195586/EU XXVII. GP
Eingelangt am 09/09/24

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

2024/0101 (NLE)

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

BEGRÜNDUNG

1. KONTEXT DES VORSCHLAGS

• Gründe und Ziele des Vorschlags

Auf der Grundlage der vom Rat im Dezember 2014 angenommenen Verhandlungsrichtlinien hat die Kommission ein weitreichendes Assoziierungsabkommen mit Andorra und San Marino ausgehandelt, das die Teilnahme dieser Länder am Binnenmarkt der Europäischen Union und die Zusammenarbeit außerhalb der vier Freiheiten vorsieht. In seinen Schlussfolgerungen vom Juni 2022 forderte der Rat die Kommission auf, die Verhandlungen bis Ende 2023 abzuschließen. Am 7. Dezember 2023 wurden die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen auf Ebene der Verhandlungsführenden zum Abschluss gebracht. Die Verhandlungen wurden im Benehmen mit der Gruppe „EFTA“ des Rates geführt. Das Europäische Parlament wurde über das Ergebnis der Verhandlungen unterrichtet.

Bei dem beigefügten Vorschlag handelt es sich um den Rechtsakt zur Genehmigung des Abschlusses des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union (EU) und dem Fürstentum Andorra (im Folgenden „Andorra“) beziehungsweise der Republik San Marino (im Folgenden „San Marino“) (im Folgenden „Abkommen“).

Das Abkommen sieht die Teilnahme Andorras bzw. San Marinos an einem homogenen erweiterten Binnenmarkt unter gleichen Wettbewerbsbedingungen und unter Einhaltung derselben Regeln sowie der damit verbundenen horizontalen und flankierenden Politik vor und ersetzt gleichzeitig die derzeitige Zollunion zwischen der EU und jedem der beiden Länder.

Darüber hinaus enthält das Abkommen einen Rahmen für eine mögliche Zusammenarbeit in Politikbereichen außerhalb der vier Freiheiten wie Forschung und Entwicklung, Bildung, Sozialpolitik, Umwelt, Verbraucherschutz sowie Kultur und regionale Zusammenarbeit.

Um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten, sieht das Abkommen eine dynamische regulatorische Angleichung vor. Zudem ist vorgesehen, dass die Kommission die für die Anwendung des EU-Beihilferechts in Andorra und San Marino zuständige Behörde ist. Das Abkommen enthält ferner Bestimmungen zur Einrichtung eines Streitbeilegungsmechanismus, wobei im Falle von Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung des Abkommens der Gerichtshof der Europäischen Union entscheidet.

Schließlich wird auch die besondere Lage Andorras und San Marinos als Länder mit geringer territorialer Ausdehnung im Einklang mit der Erklärung Nr. 3 zu Artikel 8 des Vertrags über die Europäische Union (EUV)[1] berücksichtigt. Dies spiegelt sich in einer Reihe von Anpassungen an die Bestimmungen der in den Anhängen des Abkommens enthaltenen EU-Rechtsakte sowie in mehreren Übergangsfristen für die Umsetzung und Anwendung von Teilen des EU-Besitzstands wider. Die sektoralen Anpassungen betreffen insbesondere den Bereich der Freizügigkeit, in dem quantitative Beschränkungen für bestimmte Aufenthaltsarten vorgesehen sind, die sich an den mit Liechtenstein im Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum vereinbarten[2] orientieren. Auch in Bereichen wie Telekommunikation, Verkehr oder Energie sind Übergangsfristen vorgesehen. Spezifische Anpassungen sind auch insofern vorgesehen, als bestimmte Industriesektoren, wie z. B. Teile des Verkehrssektors, nicht vorhanden sind.

---

[1] Erklärung zu Artikel 8 des Vertrags über die Europäische Union: „*Die Union trägt der besonderen Lage der Länder mit geringer territorialer Ausdehnung Rechnung, die spezifische Nachbarschaftsbeziehungen zur Union unterhalten.*“

[2] Siehe Anhang VIII des EWR-Abkommens.

www.parlament.gv.at

Das Abkommen ermöglicht auch einen gestaffelten Zugang zum EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen, wobei Andorra und San Marino beschließen können, nicht den Zugang zum gesamten EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen zu beantragen. Diese Möglichkeit sollte nicht länger als 15 Jahre ab dem Inkrafttreten des Abkommens bestehen. Angesichts der Besonderheiten Andorras und San Marinos und der damit verbundenen spezifischen Vorschriften und Bestimmungen, mit denen für eine geordnete, reibungslose Marktintegration gesorgt werden soll, muss der Marktzugang im Bereich der Finanzdienstleistungen neben den Garantien, die die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten im Binnenmarkt regeln, besonderen zusätzlichen Garantien unterworfen werden, insbesondere in Bezug auf die Anforderungen an die Erbringung von Dienstleistungen vor Ort und die Notstandsbefugnisse der Europäischen Aufsichtsbehörden.

- **Kohärenz mit bestehenden Vorschriften in diesem Bereich**

Das Abkommen stellt einen wichtigen Meilenstein dar. Zum einen wird damit das in Artikel 8 EUV verankerte Ziel der EU umgesetzt, besondere Beziehungen zu den Ländern in ihrer Nachbarschaft zu entwickeln, und zum anderen entspricht es dem erklärten Interesse dieser beiden Länder, engere Beziehungen zur EU aufzubauen.

Zu den wichtigsten Interessen der EU, die in der Mitteilung der Kommission von 2012[3] und dem Bericht von 2013[4] dargelegt wurden und die sich in den nachfolgenden Schlussfolgerungen des Rates und schließlich in den Verhandlungsrichtlinien des Rates widerspiegeln, gehört der Beitrag, den engere Wirtschaftsbeziehungen zu mehr Beschäftigung, Handel und Investitionen in den an diese Länder angrenzenden EU-Regionen leisten könnten. Angesichts der Hindernisse, die den Zugang der kleinen Länder zum EU-Binnenmarkt und die Zusammenarbeit in anderen Bereichen einschränken, bestünde ein erhebliches Potenzial für den Ausbau der Beziehungen zum beiderseitigen Nutzen, indem Hemmnisse für die grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit abgebaut werden.

Darüber hinaus wird mit dem Abkommen unter Berücksichtigung der besonderen Situation jedes dieser Länder ein kohärenter und effizienter institutioneller Rahmen für die Beziehungen geschaffen, einschließlich institutioneller Bestimmungen zur Wahrung der Homogenität und des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts, der Unteilbarkeit der vier Freiheiten und der Rechtssicherheit.

a) Die EU und Andorra

Die EU und Andorra haben im Laufe der Zeit u. a. durch den Abschluss mehrerer bilateraler Abkommen enge Beziehungen aufgebaut.

Die nachstehend aufgeführten bilateralen Abkommen werden unwirksam und durch das vorliegende Abkommen ersetzt und abgelöst. Die folgenden Abkommen treten mit Inkrafttreten des Abkommens außer Kraft:

- das Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Andorra vom 28. Juni 1990[5] und

[3] Mitteilung der Kommission „Beziehungen der EU zu dem Fürstentum Andorra, dem Fürstentum Monaco und der Republik San Marino – Optionen für eine engere Integration mit der EU (COM(2012) 680 final/2), Brüssel, 20.11.2012.

[4] Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Beziehungen der EU zu dem Fürstentum Andorra, dem Fürstentum Monaco und der Republik San Marino: Optionen für ihre Teilnahme am Binnenmarkt (COM(2013) 793 final), Brüssel, 18.11.2013.

[5] ABl. L 374 vom 31.12.1990, S. 16.

www.parlament.gv.at

- das Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Andorra vom 15. November 2004[6].

Die nachstehend aufgeführten bilateralen Übereinkünfte bleiben auch nach Inkrafttreten des Abkommens in Kraft:

- die Währungsvereinbarung zwischen der EU und Andorra vom 30. Juni 2011[7] und
- das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Andorra über Regelungen, die denen der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 15. November 2004 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen[8] gleichwertig sind.

b) Die EU und San Marino

Die EU und San Marino haben im Laufe der Zeit u. a. durch den Abschluss mehrerer bilateraler Abkommen enge Beziehungen aufgebaut.

Das nachstehend aufgeführte bilaterale Abkommen wird unwirksam und durch das vorliegende Abkommen ersetzt und abgelöst. Das folgende Abkommen tritt mit Inkrafttreten des Abkommens außer Kraft:

- Abkommen über eine Zusammenarbeit und eine Zollunion zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik San Marino vom 16. Dezember 1991[9].

Die nachstehend aufgeführten bilateralen Übereinkünfte bleiben auch nach Inkrafttreten des Abkommens in Kraft:

- die Währungsvereinbarung zwischen der EU und San Marino vom 27. März 2012[10] und
- das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik San Marino über Regelungen, die denen der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen gleichwertig sind, und die ergänzende Absichtserklärung vom 7. Dezember 2004[11].

- **Kohärenz mit der Politik der Union in anderen Bereichen**

Das Abkommen steht vollständig im Einklang mit der EU-Politik, wobei die Verträge in vollem Umfang eingehalten und somit die Integrität und Autonomie der EU-Rechtsordnung gewahrt bleiben. Das Abkommen erfordert keine Änderung der Vorschriften, Regelungen oder Normen der EU in einem regulierten Bereich. Es fördert die Werte, Ziele und Interessen der EU und gewährleistet die Kohärenz, Wirksamkeit und Kontinuität ihrer Politik und ihrer Maßnahmen.

2. RECHTSGRUNDLAGE

Die substanzielle Rechtsgrundlage für den vorgeschlagenen Beschluss des Rates über den Abschluss bildet Artikel 217 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

6 ABl. L 135 vom 28.5.2005, S. 14.
7 ABl. C 369 vom 17.12.2011, S. 1.
8 ABl. C 359 vom 4.12.2004, S. 33.
9 ABl. C 302 vom 22.11.1991, S. 12.
10 ABl. C 121 vom 26.4.2012, S. 5.
11 ABl. C 381 vom 28.12.2004, S. 33.

www.parlament.gv.at

(AEUV). Diese Rechtsgrundlage ist angesichts des weiten Anwendungsbereichs des geplanten Abkommens am besten geeignet.

Die verfahrensrechtliche Grundlage sind Artikel 218 Absatz 6 AEUV, Artikel 218 Absatz 7 AEUV und Artikel 218 Absatz 8 Unterabsatz 2 AEUV.

Gemäß Artikel 218 Absatz 6 AEUV erlässt der Rat nach Zustimmung des Europäischen Parlaments einen Beschluss über den Abschluss einer Übereinkunft.

Artikel 218 Absatz 8 Unterabsatz 2 AEUV sieht einen einstimmigen Beschluss des Rates vor.

Artikel 218 Absatz 7 AEUV wurde als Rechtsgrundlage hinzugefügt, da es angebracht ist, dass der Rat die Kommission ermächtigt, im Namen der EU gewisse Änderungen des Abkommens zu billigen, die im Wege eines vereinfachten Verfahrens oder durch ein mit dem Abkommen eingesetztes Gremium anzunehmen sind.

Die Rechtsgrundlage für den vorgeschlagenen Beschluss des Rates bildet daher Artikel 217 AEUV in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 6 AEUV, Artikel 218 Absatz 7 AEUV und Artikel 218 Absatz 8 Unterabsatz 2 AEUV.

3. WEITERE ANGABEN

- **Durchführung durch im Rahmen des Abkommens eingesetzte Gremien**

Mit dem Abkommen wird ein institutioneller Rahmen geschaffen, bestehend aus einem Assoziationsausschuss, der sich aus Vertretern der EU, Andorras und San Marinos zusammensetzt, sowie jeweils einem Gemeinsamen Ausschuss und mehreren Unterausschüssen zwischen der EU und jedem der beiden Länder. Mit dem Abkommen wird ein Mechanismus für den Fall eingeführt, dass eine der Vertragsparteien ihre im Rahmen des Abkommens eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt.

- **Durchführung und Anwendung des Abkommens**

Gemäß Artikel 216 Absatz 2 AEUV sind die von der EU geschlossenen Übereinkünfte für die Organe der Union und für die Mitgliedstaaten bindend.

Es ist angezeigt, die Kommission gemäß Artikel 218 Absatz 7 AEUV zu ermächtigen, im Namen der Union bestimmte Änderungen des Abkommens, die im Wege eines vereinfachten Verfahrens oder durch ein mit dem Abkommen eingesetztes Gremium anzunehmen sind, zu billigen. Solche Änderungen beziehen sich auf Artikel 108 des Rahmenabkommens im Zusammenhang mit Änderungen der Protokolle für die assoziierten Staaten, ausgenommen deren Anhänge.

Die Kommission sollte den Rat vorab über die oben genannten Änderungsvorschläge unterrichten. Der Rat kann gemäß Artikel 16 Absatz 4 EUV gegen diese Änderungsvorschläge mit einer Sperrminorität Einwände erheben. In diesem Fall muss die Kommission die vorgeschlagenen Änderungen im Namen der Union ablehnen, unbeschadet der Möglichkeit, dem Rat anschließend einen Vorschlag nach Artikel 218 Absatz 9 AEUV zu unterbreiten.

Ferner ist es angezeigt, die Kommission gemäß Artikel 218 Absatz 7 AEUV zu ermächtigen, im Namen der Union den Standpunkt in Bezug auf Beschlüsse der Gemeinsamen Ausschüsse zu billigen, mit denen die in den Anhängen der Protokolle für die assoziierten Staaten aufgeführten Rechtsakte der EU – vorbehaltlich technischer Anpassungen – lediglich auf Andorra bzw. San Marino ausgeweitet werden.

Um die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Abkommen zu gewährleisten, sind solide Durchsetzungsmechanismen vorgesehen. Das Abkommen bietet den Vertragsparteien zudem

www.parlament.gv.at

die Möglichkeit, Maßnahmen zum Schutz ihrer Interessen zu ergreifen, z. B. Kompensationsmaßnahmen bei nicht ordnungsgemäßer Anwendung des Abkommens, Schutzmaßnahmen im Falle ernstlicher wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und ökologischer Schwierigkeiten regionaler Art, die durch die Anwendung des Abkommens verursacht werden, oder Schutzmaßnahmen im Falle eines Terroranschlags, einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe, von denen eine der Vertragsparteien betroffen ist. Es ist wesentlich, dass die EU diese Maßnahmen in vollem Umfang rasch und wirksam ergreifen kann. Zu diesem Zweck sollte die Kommission bis zu dem Zeitpunkt, zu dem in der EU ein spezifischer Rechtsakt zur Regelung der Annahme der oben genannten Maßnahmen in Kraft tritt, etwaige Beschlüsse der EU zur Ergreifung solcher Maßnahmen im Einklang mit den in den entsprechenden Bestimmungen des Abkommens festgelegten Bedingungen treffen.

- **Ausführliche Erläuterung einzelner Bestimmungen des Abkommens**

Das Abkommen besteht aus folgenden Teilen: einem Rahmenabkommen, sieben Rahmenprotokollen, zwei Protokollen für die assoziierten Staaten und jeweils 25 technischen Anhängen zu den Protokollen für die assoziierten Staaten, die sämtliche EU-Rechtsakte enthalten, die in den Anwendungsbereich des Abkommens fallen.

Folgendes sind die Hauptbestandteile des Abkommens:

a) Rahmenabkommen

In dem Rahmenabkommen werden die wesentlichen Elemente der künftigen Assoziation zwischen der EU und Andorra bzw. San Marino dargelegt, die die Teilnahme Andorras und San Marinos an einem homogenen erweiterten Binnenmarkt unter gleichen Wettbewerbsbedingungen und unter Einhaltung derselben Regeln gewährleistet und gleichzeitig einen Rahmen für die Entwicklung und Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit in anderen Bereichen von gemeinsamem Interesse schafft. Gemäß dem Rahmenabkommen ist der im EU-Recht verankerte Grundsatz der Nichtdiskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit von Andorra und San Marino einzuhalten.

Außerdem wird mit dem Rahmenabkommen ein kohärenter, wirksamer und effizienter institutioneller Rahmen geschaffen, der die Homogenität des Binnenmarkts sowie Rechtssicherheit für Wirtschaftsbeteiligte, Bürgerinnen und Bürger u. a. gewährleisten soll.

Das Abkommen sieht die Möglichkeit vor, dass es bereits zwischen der EU und einem der assoziierten Staaten angewendet wird, bevor das Ratifizierungsverfahren für das Inkrafttreten des Abkommens zwischen den drei Vertragsparteien abgeschlossen ist.

b) Sieben Rahmenprotokolle

Das Abkommen umfasst sieben Rahmenprotokolle, in denen die Bestimmungen des Rahmenabkommens weiter ausgeführt und präzisiert werden.

Das Rahmenprotokoll 1 (über horizontale Anpassungen) enthält eine Reihe allgemeiner Regeln, auch in Bezug auf die Modalitäten spezifischer Anpassungen, einschließlich Übergangsfristen und bestimmter Ausnahmeregelungen.

Das Rahmenprotokoll 3 (über Finanzdienstleistungen) baut auf den folgenden Elementen auf:

- Der Zugang zum EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen hängt von einer umfassenden Evaluierung der vollständigen und wirksamen Umsetzung des EU-Besitzstands für den Finanzsektor und der Robustheit der Regulierungs- und Aufsichtsrahmen der assoziierten Staaten ab.
- Das Rahmenprotokoll sieht einen gestaffelten Ansatz vor, wobei die assoziierten Staaten beschließen können, nicht den Zugang zum gesamten EU-Binnenmarkt für

www.parlament.gv.at

Finanzdienstleistungen zu beantragen. Diese Möglichkeit besteht nicht länger als 15 Jahre ab dem Inkrafttreten des Abkommens.

- Der Marktzugang setzt voraus, dass die Kommission eine positive Empfehlung abgibt, in der festgestellt wird, dass alle im Protokoll festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.
- Sollte der Regulierungs- und Aufsichtsrahmen eines assoziierten Staates Mängel aufweisen, hat die EU die Möglichkeit, den Marktzugang auszusetzen.
- Voraussetzungen sind die Präsenz in den assoziierten Staaten und die Erbringung von Dienstleistungen vor Ort.
- Die Einhaltung des Besitzstands zur Bekämpfung der Geldwäsche ist eine Vorbedingung für den Zugang zum EU-Markt für Finanzdienstleistungen.
- Die Europäischen Aufsichtsbehörden spielen eine wichtige Rolle bei dem Prüfverfahren, an dem auch die zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten teilnehmen können. Darüber hinaus können sie ihre Befugnisse gegenüber den assoziierten Staaten und deren Finanzdienstleistungssektor ausüben.

Die anderen Rahmenprotokolle betreffen u. a. folgende Aspekte: a) Anwendung der Wettbewerbsregeln für Unternehmen, b) Gestaltung der Zusammenarbeit im Bereich der Statistik, c) Status des Parlamentarischen Assoziationsausschusses, d) Schiedsverfahren und e) bestehende Abkommen.

c) Zwei Protokolle für die assoziierten Staaten

Die Protokolle für die assoziierten Staaten enthalten Bestimmungen, die rein bilaterale Angelegenheiten (zwischen der EU und einem der assoziierten Staaten) betreffen, wie z. B. Bestimmungen über die Zusammenarbeit im Zollwesen.

d) Jeweils 25 Anhänge der Protokolle für die assoziierten Staaten

Jedem Protokoll für einen assoziierten Staat sind 25 Anhänge beigefügt, die die in den Anwendungsbereich des Abkommens fallenden EU-Rechtsakte enthalten. Die Anhänge umfassen mehrere sektorale oder spezifische Anpassungen, um den Besonderheiten Andorras und San Marinos Rechnung zu tragen, die sich aus der besonderen Nähe zu ihren Nachbarn, ihrer geringen Größe und ihrer relativ niedrigen Bevölkerungszahl ergeben. Die Anhänge enthalten auch Übergangsfristen für die Übernahme, Umsetzung und Anwendung bestimmter EU-Rechtsakte durch die beiden Länder.

www.parlament.gv.at

Anhang I (Veterinärwesen und Pflanzenschutz)	Anhang VI (Soziale Sicherheit)	Anhang XI (Elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste und Informations-gesellschaft, Tele-kommunikation)	Anhang XVI (Öffentliches Auftragswesen)	Anhang XXI (Statistik)
Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung)	Anhang VII (Anerkennung von Berufs-qualifikationen)	Anhang XII (Freier Kapitalverkehr)	Anhang XVII (Geistiges Eigentum)	Anhang XXII (Gesellschafts-recht)
Anhang III (Produkthaftung)	Anhang VIII (Niederlassungs-recht)	Anhang XIII (Verkehr)	Anhangs XVIII (Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitsrecht und Gleich-behandlung von Männern und Frauen)	Anhang XXIII (Zoll)
Anhang IV (Energie)	Anhang IX (Finanzdienst-leistungen)	Anhang XIV (Wettbewerb)	Anhang XIX (Verbraucher-schutz)	Anhang XXIV (Land-wirtschaft)
Anhang V (Freizügigkeit der Arbeitnehmer)	Anhang X (Dienst-leistungen im Allgemeinen)	Anhang XV (Staatliche Beihilfen)	Anhang XX (Umwelt – Klima)	Anhang XXV (Handel)

ANLAGEN:

Anhang Teil 1: Rahmenabkommen, Rahmenprotokolle

Anhang Teil 2: Andorra-Protokoll

Anhang Teil 3: Anhang I des Andorra-Protokolls

Anhang Teil 4: Anhang II des Andorra-Protokolls

Anhang Teil 5: Anhänge III, IV, V, VI, VII, VIII, IX und X des Andorra-Protokolls

Anhang Teil 6: Anhänge XI, XII, XIII, XIV, XV, XVI, XVII, XVIII und XIX des Andorra-Protokolls

Anhang Teil 7: Anhänge XX, XXI, XXII, XXIII, XXIV und XXV des Andorra-Protokolls

Anhang Teil 8: San-Marino-Protokoll

www.parlament.gv.at

Anhang Teil 9: Anhang I des San-Marino-Protokolls

Anhang Teil 10: Anhang II des San-Marino-Protokolls

Anhang Teil 11: Anhänge III, IV, V, VI, VII, VIII, IX und X des San-Marino-Protokolls

Anhang Teil 12: Anhänge XI, XII, XIII, XIV, XV, XVI, XVII, XVIII und XIX des San-Marino-Protokolls

Anhang Teil 13: Anhänge XX, XXI, XXII, XXIII, XXIV und XXV des San-Marino-Protokolls

Anhang Teil 14: Erklärungen

www.parlament.gv.at

2024/0101 (NLE)

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), insbesondere auf Artikel 217 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 6, Artikel 218 Absatz 7 und Artikel 218 Absatz 8 Unterabsatz 2,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zustimmung des Europäischen Parlaments,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Am [DATUM] erließ der Rat den Beschluss (EU) ... des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union (im Folgenden „Union“) und dem Fürstentum Andorra (im Folgenden „Andorra“) beziehungsweise der Republik San Marino (im Folgenden „San Marino“) (im Folgenden „Abkommen“).

(2) Das Abkommen sieht die Teilnahme der beiden Länder am Binnenmarkt der Union und der damit verbundenen horizontalen und flankierenden Politik vor und ersetzt gleichzeitig die derzeitige Zollunion zwischen der Union und jedem dieser Länder. Darüber hinaus enthält das Abkommen einen Rahmen für eine mögliche Zusammenarbeit in Politikbereichen außerhalb der vier Freiheiten wie Forschung und Entwicklung, Bildung, Sozialpolitik, Umwelt, Verbraucherschutz sowie Kultur und regionale Zusammenarbeit.

(3) Um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts der Union zu gewährleisten, sieht das Abkommen eine dynamische regulatorische Angleichung vor. Das Abkommen enthält ferner Bestimmungen zur Einrichtung eines Streitbeilegungsmechanismus, wobei im Falle von Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung des Abkommens der Gerichtshof der Europäischen Union entscheidet.

(4) Die Lage Andorras und San Marinos als Länder mit geringer territorialer Ausdehnung wird im Einklang mit der Erklärung Nr. 3 zu Artikel 8 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) berücksichtigt. Dies spiegelt sich in einer Reihe von Anpassungen an die Bestimmungen der in den Anhängen des Abkommens enthaltenen Rechtsakte der Union sowie in mehreren Übergangsfristen für die Umsetzung und Anwendung von Teilen des Besitzstands der Union wider.

(5) Das Abkommen ermöglicht einen gestaffelten Zugang zum Binnenmarkt der Union für Finanzdienstleistungen, wobei Andorra und San Marino beschließen können, nicht den Zugang zum gesamten EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen zu

www.parlament.gv.at

beantragen. Diese Möglichkeit sollte nicht länger als 15 Jahre ab dem Inkrafttreten des Abkommens bestehen.

(6) Angesichts der Besonderheiten Andorras und San Marinos und der damit verbundenen spezifischen Vorschriften und Bestimmungen, mit denen für eine geordnete, reibungslose Marktintegration gesorgt werden soll, muss der Marktzugang im Bereich der Finanzdienstleistungen neben den Garantien, die die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten im Binnenmarkt regeln, besonderen zusätzlichen Garantien unterworfen werden, insbesondere in Bezug auf die Anforderungen an die Erbringung von Dienstleistungen vor Ort und die Notstandsbefugnisse der Europäischen Aufsichtsbehörden.

(7) Der Zugang zum Binnenmarkt der Union für Finanzdienstleistungen sollte daher von einer umfassenden Evaluierung der vollständigen und wirksamen Umsetzung des Besitzstands der Union im Bereich des Finanzsektors und der Robustheit des Regulierungs- und Aufsichtsrahmens Andorras und San Marinos abhängen und erfordert die Annahme einer positiven Empfehlung der Europäischen Kommission, in der festgestellt wird, dass alle im Abkommen festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind. Die Bewertung des Regulierungs- und Aufsichtsrahmens Andorras und San Marinos sollte sich auf Vorschriften stützen, die im Rechtsrahmen der Union vorgesehen sind.

(8) Es ist angebracht, die Modalitäten der Vertretung der Union im Assoziationsausschuss und in den Gemeinsamen Ausschüssen, die durch das Abkommen eingesetzt werden, festzulegen. Es obliegt der Europäischen Kommission, nach Maßgabe von Artikel 17 Absatz 1 EUV die Union zu vertreten und die im Einklang mit den Verträgen festgelegten Standpunkte der Europäischen Union zum Ausdruck zu bringen.

(9) Es sollten auch die Modalitäten für die Festlegung der Standpunkte, die im Namen der Union in den durch das Abkommen eingesetzten Gemeinsamen Ausschüssen zu vertreten sind, bestimmt werden, um zu gewährleisten, dass die von der Union in den unter das Abkommen fallenden Bereichen erlassenen Rechtsakte so bald wie möglich nach ihrem Erlass und ihrer Übermittlung an Andorra und San Marino in das Abkommen aufgenommen werden, damit eine möglichst gleichzeitige Anwendung dieser Rechtsakte in der Union und in Andorra bzw. San Marino sichergestellt ist.

(10) Es ist angezeigt, die Europäische Kommission gemäß Artikel 218 Absatz 7 AEUV zu ermächtigen, im Namen der Union bestimmte Änderungen des Abkommens, die im Einklang mit diesem Abkommen im Wege eines vereinfachten Verfahrens oder durch ein mit dem Abkommen eingesetztes Gremium anzunehmen sind, zu billigen. Das Verfahren zur Konsultation des Rates zu solchen Änderungen sollte festgelegt werden.

(11) Damit die Union rasch und wirksam tätig werden kann, um ihre Interessen im Einklang mit dem Abkommen zu schützen, und bis ein spezifischer Rechtsakt zur Regelung der Annahme von Abhilfemaßnahmen im Rahmen des Abkommens angenommen wird und in der Union in Kraft tritt, sollte die Europäische Kommission ermächtigt werden, Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, wie Kompensationsmaßnahmen bei nicht ordnungsgemäßer Anwendung des Abkommens, Schutzmaßnahmen im Falle ernstlicher wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und ökologischer Schwierigkeiten regionaler Art, die durch die Anwendung des Abkommens verursacht werden, oder Schutzmaßnahmen im Falle eines Terroranschlags, einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe, von denen die Union betroffen ist.

www.parlament.gv.at

(12) Das Abkommen wurde am (...) in Brüssel unterzeichnet. Das Abkommen und die beigefügten Erklärungen sollten im Namen der Union genehmigt werden.

(13) Die Kommission sollte – im Namen der Union – die Genehmigungsurkunde gemäß Artikel 112 des Abkommens hinterlegen, um die Zustimmung der Union auszudrücken, durch das Abkommen gebunden zu sein —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Das Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Union und Andorra beziehungsweise San Marino wird im Namen der Union genehmigt.

Der Wortlaut des Abkommens ist diesem Beschluss beigefügt.

Artikel 2

(1) Die Europäische Kommission vertritt die Union im Assoziationsausschuss, in den Gemeinsamen Ausschüssen, in den Unterausschüssen für Zusammenarbeit im Zollwesen, für Lebensmittelsicherheit sowie Veterinärwesen und Pflanzenschutz, für Finanzdienstleistungen und für Statistik sowie in etwaigen zusätzlichen Unterausschüssen und Arbeitsgruppen, die gemäß Artikel 76 Absatz 8 des Rahmenabkommens eingesetzt werden.

(2) Vertritt die Europäische Kommission die Union in den durch das Abkommen geschaffenen Gremien, so unterrichtet sie den Rat rechtzeitig über die Beratungen und die Ergebnisse der Sitzungen sowie über die in diesen Sitzungen angenommenen Rechtsakte. Die Europäische Kommission unterrichtet gegebenenfalls auch das Europäische Parlament.

Artikel 3

(1) Übermittelt die Europäische Kommission dem Rat einen Vorschlag, der ihrer Ansicht nach einen unter das Abkommen fallenden Bereich betrifft, so gibt sie an, dass der künftige Rechtsakt nach seiner Annahme auf Andorra bzw. San Marino ausgeweitet wird.

(2) Die Europäische Kommission wird ermächtigt, im Namen der Union jeden Standpunkt in den in Artikel 76 des Rahmenabkommens genannten Gemeinsamen Ausschüssen in Bezug auf Beschlüsse zu vertreten, mit denen Rechtsakte der Union – vorbehaltlich der erforderlichen technischen Anpassungen – lediglich auf Andorra beziehungsweise San Marino ausgeweitet werden.

(3) Für andere als die in Absatz 2 dieses Artikels genannten Beschlüsse der Gemeinsamen Ausschüsse werden die im Namen der Union zu vertretenden Standpunkte nach dem Verfahren des Artikels 218 Absatz 9 AEUV festgelegt.

Artikel 4

(1) Unbeschadet des Artikels 3 wird die Kommission ermächtigt, im Namen der Union Änderungen der Protokolle für die assoziierten Staaten zu dem Abkommen zu genehmigen, die von den Gemeinsamen Ausschüssen gemäß Artikel 108 des Rahmenabkommens anzunehmen sind.

www.parlament.gv.at

(2) Die Kommission legt dem Rat die in Absatz 1 genannten Änderungsvorschläge vor ihrer Genehmigung vor.

Die Kommission genehmigt die vorgeschlagenen Änderungen im Namen der Union, es sei denn, eine Anzahl von Mitgliedstaaten, die nach Artikel 16 Absatz 4 EUV eine Sperrminorität im Rat bildet, erhebt innerhalb eines Monats, nachdem die Kommission dem Rat die Änderungen vorgelegt hat, Einwände dagegen. Bei Vorliegen eines solchen Einwands lehnt die Kommission die vorgeschlagenen Änderungen im Namen der Union ab.

Artikel 5

Die Europäische Kommission übermittelt dem Rat die Entwürfe der Bewertungskriterien und -methoden, die sie von den Finanzaufsichtsbehörden der EU in Anwendung von Artikel 10 des Rahmenprotokolls 3 (über Finanzdienstleistungen) zum Abkommen erhalten hat, und unterrichtet ihn darüber, bevor sie angenommen werden.

Artikel 6

Vor der Annahme eines Beschlusses gemäß Artikel 15 des Rahmenprotokolls 3 (über Finanzdienstleistungen) zu dem Abkommen unterrichten die EU-Aufsichtsbehörden die Europäische Kommission, die wiederum den Rat unterrichtet.

Artikel 7

Bis ein spezifischer Rechtsakt zur Regelung der Annahme der unter den Buchstaben a bis c dieses Artikels aufgeführten Maßnahmen in der Union in Kraft tritt, wird jeder Beschluss der Union, solche Maßnahmen zu ergreifen, von der Kommission im Einklang mit den in den einschlägigen Bestimmungen des Abkommens festgelegten Bedingungen getroffen, und zwar in Bezug auf Folgendes:

a) Kompensationsmaßnahmen bei nicht ordnungsgemäßer Anwendung des Abkommens zur Behebung von Ungleichgewichten gemäß Artikel 90 des Rahmenabkommens,

b) Schutzmaßnahmen im Falle ernstlicher wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und ökologischer Schwierigkeiten regionaler Art, die durch die Anwendung des Abkommens verursacht werden und wahrscheinlich anhalten werden, gemäß Artikel 97 des Rahmenabkommens,

c) Schutzmaßnahmen im Falle eines Terroranschlags, einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe, von denen die Union betroffen ist, gemäß Artikel 98 des Rahmenabkommens.

Artikel 9

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am

Im Namen des Rates
Der Präsident /// Die Präsidentin

www.parlament.gv.at

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 1/14

ANHANG

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

ABKOMMEN
ZUR GRÜNDUNG EINER ASSOZIATION ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DEM FÜRSTENTUM ANDORRA BEZIEHUNGSWEISE DER REPUBLIK SAN MARINO

PRÄAMBEL

DIE EUROPÄISCHE UNION, im Folgenden „EU“,

einerseits

und

DAS FÜRSTENTUM ANDORRA, im Folgenden „Andorra“,

beziehungsweise

DIE REPUBLIK SAN MARINO, im Folgenden „San Marino“,

andererseits —

EINGEDENK der engen historischen, geografischen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen der EU und jedem der beiden assoziierten Staaten, auch im Rahmen bestehender Abkommen, sowie der jeweiligen besonderen Verbindungen aufgrund der Nachbarschaft zwischen jedem assoziierten Staat und einem oder mehreren EU-Mitgliedstaaten,

www.parlament.gv.at

IN ANBETRACHT der Verbindungen, die zwischen der EU und Andorra im Laufe der Zeit aufgebaut wurden, unter anderem im Anschluss an das Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Andorra vom 28. Juni 1990[1], das Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Andorra vom 15. November 2004[2], die Währungsvereinbarung zwischen der EU und Andorra vom 30. Juni 2011[3] und das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Andorra über Regelungen, die denen der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen vom 15. November 2004 gleichwertig sind, und die ergänzende Absichtserklärung vom 15. November 2004[4] sowie das dazugehörige Änderungsprotokoll vom 12. Februar 2016[5];

IN ANBETRACHT der Verbindungen, die zwischen der EU und San Marino im Laufe der Zeit aufgebaut wurden, unter anderem im Anschluss an das Abkommen über eine Zollunion und die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik San Marino vom 16. Dezember 1991[6], die Währungsvereinbarung zwischen der EU und San Marino vom 27. März 2012[7] und das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik San Marino über Regelungen, die denen der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen gleichwertig sind, und die ergänzende Absichtserklärung vom 7. Dezember 2004[8] sowie das dazugehörige Änderungsprotokoll vom 8. Dezember 2015[9],

---

1 ABl. L 374 vom 31.12.1990, S. 16.
2 ABl. L 135 vom 28.5.2005, S. 14.
3 ABl. C 369 vom 17.12.2011, S. 1.
4 ABl. C 359 vom 4.12.2004, S. 33.
5 ABl. L 268 vom 1.10.2016, S. 40.
6 ABl. C 302 vom 22.11.1991, S. 12.
7 ABl. C 121 vom 26.4.2012, S. 5.
8 ABl. L 381 vom 28.12.2004, S. 33.
9 ABl. C 346 vom 31.12.2015, S. 3.

www.parlament.gv.at

IN DER ERWÄGUNG, dass die assoziierten Staaten seit Jahrhunderten enge Beziehungen zu ihren Nachbarländern, die nun EU-Mitgliedstaaten sind, unterhalten und dass ihre Hoheitsgebiete vom Gebiet der EU umgeben sind,

GEWILLT, eine Assoziation zu gründen, um ihre Beziehungen auf der Grundlage gemeinsamer, wesentliche Bestandteile dieses Abkommens bildender Werte der EU und der assoziierten Staaten – Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören, – zu vertiefen, zu diversifizieren und aufrechtzuerhalten,

IM BESTREBEN, diese gemeinsamen Werte in einer Gesellschaft zu fördern, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichstellung von Frauen und Männern auszeichnet,

UNTER HERVORHEBUNG der Bereitschaft der EU, besondere Beziehungen zu ihren Nachbarländern aufzubauen, um einen Raum des Wohlstands und der guten Nachbarschaft mit gegenseitigen Rechten und Pflichten sowie der Möglichkeit des gemeinsamen Handelns zu schaffen, in dem enge, friedliche Beziehungen auf der Grundlage der Zusammenarbeit gepflegt werden,

IN DEM WUNSCH, einen umfassenden und kohärenten Rahmen für die Beziehungen zwischen der EU und den assoziierten Staaten zu schaffen, der der besonderen Lage jedes assoziierten Staates gemäß der Erklärung 3 zu Artikel 8 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) Rechnung trägt,

ENTSCHLOSSEN, die wirtschaftliche Integration und die Beteiligung der assoziierten Staaten am EU-Binnenmarkt einschließlich seiner vier unteilbaren Freiheiten – freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr – auf der Grundlage gemeinsamer Regeln und gleicher Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und dabei der individuellen besonderen Lage jedes der assoziierten Staaten Rechnung zu tragen und deren Unabhängigkeit sowie diejenige ihrer Institutionen zu wahren,

GEWILLT, durch die Assoziation die wirtschaftlichen und geschäftlichen Möglichkeiten für Einzelpersonen und Unternehmen im Gebiet der Assoziationsparteien zu verbessern,

ENTSCHLOSSEN, durch die Umsetzung der Assoziation die Homogenität des Binnenmarkts, die Rechtssicherheit, die einheitliche Auslegung und Anwendung dieses Abkommens und die Gleichbehandlung unter anderem der Wirtschaftsbeteiligten und Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Assoziation zu gewährleisten,

IN ANERKENNUNG der Notwendigkeit, zur Gewährleistung des ordnungsgemäßen Funktionierens dieses Abkommens und der uneingeschränkten Achtung des EU-Rechts einen geeigneten institutionellen Rahmen zu schaffen, der insbesondere ein Forum für den Dialog zwischen den Assoziationsparteien, Aufsichts- und Streitbeilegungsverfahren sowie die ausschließliche Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Union vorsieht, um die einheitliche Auslegung und Anwendung dieses Abkommens zu gewährleisten,

IN DEM WUNSCH, zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den Mitgliedern der Parlamente der assoziierten Staaten sowie zwischen den Sozial- und Wirtschaftspartnern in der EU und den assoziierten Staaten beizutragen,

IN ANBETRACHT des Bestrebens der EU und der assoziierten Staaten, ihre Assoziation auf ein hohes Maß an Gesundheitsversorgung, Sicherheit und Verbraucherschutz zu stützen,

ENTSCHLOSSEN, die Umwelt zu erhalten, zu schützen und ihre Qualität zu verbessern und die umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen im Einklang mit den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung und der Vorsorge und Vorbeugung zu gewährleisten sowie das Wohlergehen von Mensch und Tier zu fördern,

IN ANBETRACHT der Bedeutung der nachhaltigen Entwicklung in ihrer wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Dimension und IN DEM WUNSCH, die Verwirklichung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung zu fördern und dazu beizutragen,

IN BEKRÄFTIGUNG ihres Bekenntnisses zur Charta der Vereinten Nationen, zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie zu den Zielen und Grundsätzen des Europarats und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,

UNTER HINWEIS darauf, dass durch die Gründung der Assoziation die jeweiligen bilateralen Beziehungen zwischen der Union und den assoziierten Staaten gestärkt werden, wodurch die Assoziationsparteien ermutigt werden, eine immer größere Annäherung der Standpunkte in bilateralen, regionalen und internationalen Fragen von gemeinsamem Interesse zu erreichen —

SIND nach Austausch ihrer als gut und gehörig befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:

TEIL I

ZIELE, WERTE UND GRUNDSÄTZE

ARTIKEL 1

Ziele

(1) Mit diesem Abkommen wird eine Assoziation zwischen der EU und Andorra bzw. San Marino (im Folgenden „Assoziation“) gegründet.

(2) Ziel dieser Assoziation ist es,

a) die Beteiligung der beiden assoziierten Staaten am Binnenmarkt zu gewährleisten, einschließlich des freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs und gleicher Wettbewerbsbedingungen zwischen jedem assoziierten Staat und der EU im Einklang mit diesem Abkommen, sowie ihre Beteiligung an der damit verbundenen horizontalen und begleitenden Politik unter Berücksichtigung der besonderen Situation jedes assoziierten Staates sicherzustellen und

b) einen geeigneten Rahmen für die Entwicklung und Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen der EU und jedem assoziierten Staat in anderen Bereichen von gemeinsamem Interesse zu schaffen.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 2

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Abkommens bezeichnet der Ausdruck

a) „assoziierte Staaten“ Andorra und San Marino;

b) „Vertragsparteien“ die EU, Andorra und San Marino;

c) „Assoziationsparteien“ die EU als Assoziationspartei einerseits und Andorra bzw. San Marino als Assoziationspartei andererseits;

d) „Abkommen“ das Rahmenabkommen, die Rahmenprotokolle, die Protokolle für die assoziierten Staaten und die Anhänge;

e) „Rahmenabkommen“ das Abkommen ohne Protokolle und Anhänge;

f) „Protokolle für die assoziierten Staaten“ die beiden jeweils für einen assoziierten Staat spezifischen Protokolle und deren jeweilige Anhänge, in denen die besonderen Bedingungen für die Verwirklichung der Ziele und die Elemente im Zusammenhang mit der Übernahme des Besitzstands des EU-Binnenmarkts festgelegt sind;

g) „Rahmenprotokolle“ die gemeinsamen Protokolle der drei Vertragsparteien;

h) „Anhänge der Protokolle für die assoziierten Staaten“ die Texte mit den Rechtsakten der EU, die in den Anwendungsbereich dieses Abkommens fallen, mit etwaigen Anpassungen;

www.parlament.gv.at

i) „Gerichtshof der EU“ (EuGH) den Gerichtshof und das Gericht der EU.

ARTIKEL 3

Werte

Dieses Abkommen beruht auf den gemeinsamen Werten der EU und der assoziierten Staaten: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören. In einer Gesellschaft, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichstellung von Frauen und Männern auszeichnet, sind diese Werte wesentliche Bestandteile dieses Abkommens.

ARTIKEL 4

Grundsätze

Um die in Artikel 1 des Rahmenabkommens genannten Ziele zu erreichen, treffen die Assoziationsparteien alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art, um die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Abkommen im Einklang mit den folgenden Grundprinzipien sicherzustellen:

a) reibungsloses Funktionieren und Homogenität des EU-Binnenmarkts auf der Grundlage einheitlicher Regeln,

www.parlament.gv.at

b) Rechtssicherheit und Gleichbehandlung von Wirtschaftsbeteiligten und Einzelpersonen,

c) Berücksichtigung der besonderen Situation jedes assoziierten Staates.

ARTIKEL 5

Grundsatz der Nichtdiskriminierung

Unbeschadet besonderer Bestimmungen dieses Abkommens ist in seinem Anwendungsbereich jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten.

www.parlament.gv.at

TEIL II

FREIER WAREN-, PERSONEN-, DIENSTLEISTUNGS- UND KAPITALVERKEHR

KAPITEL 1

FREIER WARENVERKEHR

ARTIKEL 6

Freier Warenverkehr

Der freie Warenverkehr zwischen den Assoziationsparteien wird nach Maßgabe dieses Abkommens verwirklicht.

ARTIKEL 7

Verbot von Zöllen

Ein- und Ausfuhrzölle sowie alle Abgaben gleicher Wirkung zwischen den Assoziationsparteien sind verboten. Dieses Verbot gilt auch für Fiskalzölle.

ARTIKEL 8

Verbot mengenmäßiger Beschränkungen

Mengenmäßige Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Assoziationsparteien sind verboten.

ARTIKEL 9

Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverbote oder -beschränkungen

(1) Dieses Abkommen steht Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten oder -beschränkungen nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutze der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen oder kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind. Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Assoziationsparteien darstellen.

(2) Maßnahmen mit möglichst geringen Auswirkungen auf den freien Warenverkehr zwischen den Assoziationsparteien sollten bevorzugt werden. Die Dauer dieser Maßnahmen ist auf das zur Erreichung der in Absatz 1 genannten Ziele unbedingt erforderliche Maß begrenzt.

ARTIKEL 10

Interne Abgaben

Keine der Assoziationsparteien erhebt auf Waren der anderen Assoziationspartei unmittelbar oder mittelbar höhere interne Abgaben gleich welcher Art, als auf gleichartige heimische Waren unmittelbar oder mittelbar erhoben werden. Ferner erhebt keine Assoziationspartei auf Waren der anderen Assoziationspartei interne Abgaben, die geeignet sind, andere Waren mittelbar zu schützen.

ARTIKEL 11

Anwendung des Gemeinsamen Zolltarifs der EU

In ihren Beziehungen zu Drittländern wenden die assoziierten Staaten den Gemeinsamen Zolltarif der EU nach Maßgabe des Protokolls für den betreffenden assoziierten Staat an.

ARTIKEL 12

Anwendung der gemeinsamen Handelspolitik der EU

In ihren Beziehungen zu Drittländern wenden die assoziierten Staaten die gemeinsame Handelspolitik der EU an, einschließlich der handelspolitischen Schutzmaßnahmen der EU, wie jeweils in Anhang XXV der Protokolle für die assoziierten Staaten dargelegt.

ARTIKEL 13

Sonstige Vorschriften

(1) Besondere Bestimmungen und Regelungen sind jeweils festgelegt in

a) Anhang I der Protokolle für die assoziierten Staaten betreffend Lebensmittelsicherheit sowie Veterinärwesen und Pflanzenschutz,

b) Anhang II der Protokolle für die assoziierten Staaten betreffend technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung,

c) Anhang III der Protokolle für die assoziierten Staaten betreffend Produkthaftung,

d) Anhang IV der Protokolle für die assoziierten Staaten betreffend Energie,

e) Anhang XXIII der Protokolle für die assoziierten Staaten betreffend Zollrecht,

f) Anhang XXIV der Protokolle für die assoziierten Staaten betreffend Landwirtschaft und

g) Anhang XXV der Protokolle für die assoziierten Staaten betreffend nicht unter Artikel 12 des Rahmenabkommens fallende Aspekte.

(2) Sofern nichts anderes bestimmt ist, gelten die besonderen Bestimmungen und Regelungen gemäß Absatz 1 für alle Waren.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

FREIZÜGIGKEIT VON PERSONEN, ARBEITNEHMERN UND SELBSTSTÄNDIGEN

ARTIKEL 14

Freizügigkeit der Arbeitnehmer

(1) Zwischen den Assoziationsparteien wird die Freizügigkeit der Arbeitnehmer hergestellt.

(2) Sie umfasst die Abschaffung jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der EU-Mitgliedstaaten und des betreffenden assoziierten Staates in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen.

(3) Sie gibt – vorbehaltlich der aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gerechtfertigten Beschränkungen – den Arbeitnehmern das Recht,

a) sich um tatsächlich angebotene Stellen zu bewerben,

b) sich zu diesem Zweck im Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten und des betreffenden assoziierten Staates frei zu bewegen,

c) sich im Hoheitsgebiet eines EU-Mitgliedstaats oder des betreffenden assoziierten Staates aufzuhalten, um dort nach den für die Arbeitnehmer dieses Staates geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften eine Beschäftigung auszuüben,

www.parlament.gv.at

d) nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines EU-Mitgliedstaats oder des betreffenden assoziierten Staates zu verbleiben.

(4) Dieser Artikel findet keine Anwendung auf die Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

(5) Die Protokolle für die assoziierten Staaten und insbesondere deren jeweiliger Anhang V enthalten besondere Bestimmungen über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer.

ARTIKEL 15

Soziale Sicherheit für Arbeitnehmer und selbstständig Erwerbstätige

Zur Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und der selbstständig Erwerbstätigen stellen die Assoziationsparteien auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit gemäß dem jeweiligen Anhang VI der Protokolle für die assoziierten Staaten für Arbeitnehmer und selbstständig Erwerbstätige sowie deren Familienangehörige insbesondere Folgendes sicher:

a) die Zusammenrechnung aller nach den verschiedenen innerstaatlichen Rechtsvorschriften berücksichtigten Zeiten für den Erwerb und die Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs sowie für die Berechnung der Leistungen,

b) die Zahlung der Leistungen an Personen, die in den Gebieten der Assoziationsparteien wohnen.

ARTIKEL 16

Gegenseitige Anerkennung von Diplomen

Um Arbeitnehmern und selbstständig Erwerbstätigen die Aufnahme und Ausübung von Erwerbstätigkeiten zu erleichtern, treffen die Assoziationsparteien die erforderlichen Maßnahmen gemäß dem jeweiligen Anhang VII der Protokolle für die assoziierten Staaten zur gegenseitigen Anerkennung von Diplomen und sonstigen Befähigungsnachweisen sowie zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Assoziationsparteien über die Aufnahme und Ausübung von Erwerbstätigkeiten durch Arbeitnehmer und selbstständig Erwerbstätige.

KAPITEL 3

NIEDERLASSUNGSFREIHEIT

ARTIKEL 17

Niederlassungsfreiheit

(1) Die Niederlassungsfreiheit zwischen den Assoziationsparteien wird nach Maßgabe dieses Abkommens gewährleistet.

(2) Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit von Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaats oder des betreffenden assoziierten Staates im Hoheitsgebiet eines anderen dieser Staaten sind verboten. Das gilt gleichermaßen für die Gründung von Agenturen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften durch Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaats oder des betreffenden assoziierten Staates, die im Hoheitsgebiet eines dieser Staaten ansässig sind.

(3) Vorbehaltlich des Kapitels 5 umfasst die Niederlassungsfreiheit die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Erwerbstätigkeiten sowie die Gründung und Leitung von Unternehmen, insbesondere von Unternehmen im Sinne des Artikels 20 Absatz 2 des Rahmenabkommens, nach den Bestimmungen des Aufnahmestaats für seine eigenen Staatsangehörigen.

(4) Die Anhänge VIII bis XI und XXII der Protokolle für die assoziierten Staaten sowie Rahmenprotokoll 3 enthalten besondere Bestimmungen über die Niederlassungsfreiheit.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 18

Ausübung hoheitlicher Befugnisse

Auf Tätigkeiten, die im Gebiet einer Assoziationspartei dauernd oder zeitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind, findet dieses Kapitel im Gebiet der betreffenden Assoziationspartei keine Anwendung.

ARTIKEL 19

Besondere Regelungen aus Gründen der öffentlichen Ordnung,
Sicherheit und Gesundheit

Dieses Kapitel und die aufgrund desselben getroffenen Maßnahmen beeinträchtigen nicht die Anwendbarkeit der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die eine besondere Regelung für Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaats oder des betreffenden assoziierten Staates vorsehen und aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind.

ARTIKEL 20

Anwendungsbereich und Definition von Unternehmen

(1) Für die Zwecke dieses Kapitels stehen die nach den Rechtsvorschriften eines EU-Mitgliedstaats oder des betreffenden assoziierten Staates gegründeten Unternehmen, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung im Hoheitsgebiet jenes Staates haben, den natürlichen Personen gleich, die Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten oder des betreffenden assoziierten Staates sind.

www.parlament.gv.at

(2) Als „Unternehmen“ gelten die Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts einschließlich der Genossenschaften und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts mit Ausnahme derjenigen, die keinen Erwerbszweck verfolgen.

ARTIKEL 21

Beteiligung am Kapital von Unternehmen

Ein EU-Mitgliedstaat bzw. der betreffende assoziierte Staat gewährt den Staatsangehörigen des anderen Staates in Bezug auf die Beteiligung am Kapital von Unternehmen im Sinne des Artikels 20 Absatz 2 des Rahmenabkommens unbeschadet der Anwendung der übrigen Bestimmungen dieses Abkommens die gleiche Behandlung wie seinen eigenen Staatsangehörigen.

ARTIKEL 22

Gegenseitige Anerkennung von Diplomen

Auf das in diesem Kapitel geregelte Sachgebiet findet Artikel 16 des Rahmenabkommens Anwendung.

ARTIKEL 23

Besondere Bestimmungen

Für die Niederlassungsfreiheit auf dem Gebiet des Verkehrs gilt Kapitel 6.

KAPITEL 4

FREIER DIENSTLEISTUNGSVERKEHR

ARTIKEL 24

Freier Dienstleistungsverkehr

(1) Der freie Dienstleistungsverkehr zwischen den Assoziationsparteien wird nach Maßgabe dieses Abkommens gewährleistet.

(2) Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs zwischen den Assoziationsparteien sind gegenüber Staatsangehörigen des betreffenden assoziierten Staates oder eines EU-Mitgliedstaats, die in einem anderen Staat als dem des Dienstleistungsempfängers ansässig sind, verboten.

(3) „Dienstleistungen“ sind Leistungen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden, soweit sie nicht den Vorschriften über den freien Waren-, Kapital- und Personenverkehr unterliegen.

(4) Als „Dienstleistungen“ gelten insbesondere folgende Tätigkeiten:

a) gewerbliche Tätigkeiten,

b) kaufmännische Tätigkeiten,

c) handwerkliche Tätigkeiten,

www.parlament.gv.at

d) freiberufliche Tätigkeiten.

Unbeschadet des Kapitels 3 kann der Leistende zwecks Erbringung seiner Leistungen seine Tätigkeit vorübergehend in dem Staat ausüben, in dem die Leistung erbracht wird, und zwar unter den Voraussetzungen, welche dieser Staat für seine eigenen Staatsangehörigen vorschreibt.

(5) Die Anhänge IX bis XI der Protokolle für die assoziierten Staaten und Rahmenprotokoll 3 enthalten besondere Bestimmungen über den freien Dienstleistungsverkehr.

ARTIKEL 25

Nichtdiskriminierung

Solange die Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs zwischen den Assoziationsparteien nicht aufgehoben sind, wenden sie die Vertragsparteien ohne Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsort auf alle Erbringer von Dienstleistungen nach Artikel 24 Absatz 2 des Rahmenabkommens an.

ARTIKEL 26

Besondere Bestimmungen

(1) Für den freien Dienstleistungsverkehr auf dem Gebiet des Verkehrs gilt Kapitel 6.

(2) Auf das in diesem Kapitel geregelte Sachgebiet finden die Artikel 16, 18, 19 und 20 des Rahmenabkommens Anwendung.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 5

FREIER KAPITALVERKEHR

ARTIKEL 27

Kapitalverkehr

(1) Im Rahmen dieses Abkommens sind Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Assoziationsparteien verboten.

(2) Im Rahmen dieses Abkommens sind Beschränkungen des Zahlungsverkehrs zwischen den Assoziationsparteien verboten.

(3) Anhang XII der Protokolle für die assoziierten Staaten enthält jeweils besondere Bestimmungen über den freien Kapital- und Zahlungsverkehr.

ARTIKEL 28

Mit dem freien Kapitalverkehr vereinbare Maßnahmen

(1) Artikel 27 des Rahmenabkommens berührt nicht das Recht der EU-Mitgliedstaaten und der assoziierten Staaten,

a) die einschlägigen Vorschriften ihres Steuerrechts anzuwenden, die Steuerpflichtige mit unterschiedlichem Wohnort oder Kapitalanlageort unterschiedlich behandeln;

b) die unerlässlichen Maßnahmen zu treffen, um Zuwiderhandlungen gegen innerstaatliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere auf dem Gebiet des Steuerrechts und der Aufsicht über Finanzinstitute, zu verhindern, sowie Meldeverfahren für den Kapitalverkehr zwecks administrativer oder statistischer Information vorzusehen oder Maßnahmen zu ergreifen, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit gerechtfertigt sind.

(2) Dieses Kapitel berührt nicht die Anwendbarkeit von Beschränkungen des Niederlassungsrechts, die mit diesem Abkommen vereinbar sind.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Maßnahmen und Verfahren dürfen weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des freien Kapital- und Zahlungsverkehrs darstellen.

ARTIKEL 29

Beschränkungen im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten

Ist ein EU-Mitgliedstaat, dessen Währung nicht der Euro ist, oder ein assoziierter Staat hinsichtlich seiner Zahlungsbilanz von Schwierigkeiten betroffen oder ernstlich bedroht, die sich entweder aus einem Ungleichgewicht seiner Gesamtzahlungsbilanz oder aus der Art der ihm zur Verfügung stehenden Devisen ergeben, und sind diese Schwierigkeiten geeignet, insbesondere das Funktionieren dieses Abkommens zu gefährden, so kann der EU-Mitgliedstaat oder der assoziierte Staat Schutzmaßnahmen treffen.

ARTIKEL 30

Schutzmaßnahmen in Bezug auf Kapitalverkehr und Zahlungen

In Ausnahmefällen, in denen die Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion der EU schwerwiegend beeinträchtigt ist oder beeinträchtigt zu werden droht, kann die EU für höchstens sechs Monate Schutzmaßnahmen im Hinblick auf den Kapitalverkehr und Zahlungen ergreifen oder aufrechterhalten, solange solche Maßnahmen unbedingt erforderlich sind.

ARTIKEL 31

Durchführung von Schutzmaßnahmen

Die EU einerseits und jeder assoziierte Staat andererseits wenden für die Durchführung des Artikels 29 des Rahmenabkommens ihre internen Verfahren an.

ARTIKEL 32

Rolle des Gemeinsamen Ausschusses im Falle von Schutzmaßnahmen

(1) Alle in Artikel 29 des Rahmenabkommens vorgesehenen Maßnahmen werden unverzüglich dem mit Artikel 76 des Rahmenabkommens eingesetzten Gemeinsamen Ausschuss notifiziert.

www.parlament.gv.at

(2) Zu allen in Artikel 29 des Rahmenabkommens vorgesehenen Maßnahmen finden vor und nach ihrer Notifikation Konsultationen und ein Informationsaustausch im Gemeinsamen Ausschuss statt.

(3) Tritt plötzlich eine Zahlungsbilanzkrise im Sinne von Artikel 29 des Rahmenabkommens ein und können die in Absatz 2 des vorliegenden Artikels genannten Verfahren nicht angewendet werden, so kann der betreffende EU-Mitgliedstaat oder assoziierte Staat vorsorglich die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen. Sie dürfen nur ein Mindestmaß an Störungen im Funktionieren dieses Abkommens hervorrufen und nicht über das zur Behebung der plötzlich aufgetretenen Schwierigkeiten unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

(4) Werden Maßnahmen nach Absatz 3 dieses Artikels getroffen, so sind sie spätestens am Tag ihres Inkrafttretens mitzuteilen; der Informationsaustausch und die Konsultationen nach Absatz 2 dieses Artikels erfolgen danach so bald wie möglich.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 6

VERKEHR

ARTIKEL 33

Anwendungsbereich von Kapitel 6

(1) Dieses Abkommen gilt für den kombinierten Verkehr, den Straßen-, Eisenbahn-, Binnenschiffs- und Seeverkehr, einschließlich der mit diesen Verkehrsträgern verbundenen Dienstleistungen.

(2) Die Verkehrsziele dieses Abkommens werden im Einklang mit den Artikeln 34 bis 37 des Rahmenabkommens und den Bestimmungen des jeweiligen Anhangs XIII der Protokolle für die assoziierten Staaten verfolgt.

ARTIKEL 34

Diskriminierungsfreie Anwendung innerstaatlicher Vorschriften

Die Bestimmungen einer Assoziationspartei für den kombinierten Verkehr, den Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Seeverkehr, die nicht unter den jeweiligen Anhang XIII der Protokolle für die assoziierten Staaten fallen, dürfen hinsichtlich ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Auswirkungen auf die Verkehrsunternehmen der anderen Assoziationspartei im Vergleich zu den heimischen Verkehrsunternehmen dieser Assoziationspartei nicht weniger günstig sein.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 35

Staatliche Beihilfen im Verkehrssektor

Mit diesem Abkommen vereinbar sind für Verkehrsdienstleistungen gewährte Beihilfen, die den Erfordernissen der Koordinierung des Verkehrs oder der Abgeltung bestimmter mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes zusammenhängender Leistungen entsprechen.

ARTIKEL 36

Verbot diskriminierender Tarife oder Bedingungen

(1) Im Verkehr im Gebiet der Assoziationsparteien dürfen keine Diskriminierungen in der Form bestehen, dass ein Verkehrsunternehmen in denselben Verkehrsverbindungen für die gleichen Güter je nach ihrem Herkunfts- oder Bestimmungsland unterschiedliche Frachten und Beförderungsbedingungen anwendet.

(2) Der Gemeinsame Ausschuss prüft von sich aus oder auf Antrag einer Assoziationspartei Fälle von Diskriminierung, die in den Anwendungsbereich dieses Artikels fallen, und trifft die erforderlichen Beschlüsse im Rahmen seiner eigenen internen Vorschriften.

ARTIKEL 37

Abgaben beim Grenzübergang

Die Abgaben oder Gebühren, die ein Verkehrsunternehmer neben den Frachten beim Grenzübergang in Rechnung stellt, dürfen unter Berücksichtigung der hierdurch tatsächlich verursachten Kosten eine angemessene Höhe nicht übersteigen. Die Assoziationsparteien bemühen sich, diese Kosten schrittweise zu verringern.

TEIL III

WETTBEWERBS- UND SONSTIGE GEMEINSAME REGELN

KAPITEL 1

VORSCHRIFTEN FÜR UNTERNEHMEN

ARTIKEL 38

Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen

(1) Mit dem Funktionieren dieses Abkommens unvereinbar und verboten sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, welche den Handel zwischen den Assoziationsparteien zu beeinträchtigen geeignet sind und eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs im Gebiet der Assoziationsparteien bezwecken oder bewirken, insbesondere

a) die unmittelbare oder mittelbare Festsetzung der An- oder Verkaufspreise oder sonstiger Geschäftsbedingungen,

b) die Einschränkung oder Kontrolle der Erzeugung, des Absatzes, der technischen Entwicklung oder der Investitionen,

c) die Aufteilung der Märkte oder Versorgungsquellen,

d) der Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden,

e) die an den Abschluss von Verträgen geknüpfte Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

(2) Die nach diesem Artikel verbotenen Vereinbarungen oder Beschlüsse sind nichtig.

(3) Absatz 1 kann für nicht anwendbar erklärt werden auf

– Vereinbarungen oder Gruppen von Vereinbarungen zwischen Unternehmen,

– Beschlüsse oder Gruppen von Beschlüssen von Unternehmensvereinigungen oder

– aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen oder Gruppen von solchen,

die unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts beitragen, ohne dass den beteiligten Unternehmen

a) Beschränkungen auferlegt werden, die für die Verwirklichung dieser Ziele nicht unerlässlich sind;

b) Möglichkeiten eröffnet werden, für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren den Wettbewerb auszuschalten.

ARTIKEL 39

Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung

Mit dem Funktionieren dieses Abkommens unvereinbar und verboten ist die missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung im Gebiet der Assoziationsparteien oder in einem wesentlichen Teil desselben durch ein oder mehrere Unternehmen, soweit dies dazu führen kann, den Handel zwischen den Assoziationsparteien zu beeinträchtigen.

Dieser Missbrauch kann insbesondere in Folgendem bestehen:

a) der unmittelbaren oder mittelbaren Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- oder Verkaufspreisen oder sonstigen Geschäftsbedingungen,

b) der Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher,

c) der Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden,

d) die an den Abschluss von Verträgen geknüpfte Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 40

Zuständigkeit der Europäischen Kommission

Ist davon auszugehen, dass der Handel zwischen EU-Mitgliedstaaten beeinträchtigt wird, ist allein die Europäische Kommission für die Anwendung der Bestimmungen dieses Kapitels zuständig.

ARTIKEL 41

Bewertungskriterien für verbotene Praktiken

Alle nach den Artikeln 38 und 39 dieses Rahmenübereinkommens verbotenen Praktiken sind nach den Kriterien zu bewerten, die sich aus der Anwendung der Artikel 101 und 102 AEUV sowie aller in der EU geltenden sekundären Rechtsvorschriften ergeben. Diese Bestimmungen sind jeweils in Anhang XIV der Protokolle für die assoziierten Staaten aufgeführt.

ARTIKEL 42

Öffentliche Unternehmen und Unternehmen mit besonderen oder ausschließlichen Rechten oder Unternehmen,
die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut sind

(1) In Bezug auf öffentliche Unternehmen und auf Unternehmen, denen entweder EU-Mitgliedstaaten oder assoziierte Staaten besondere oder ausschließliche Rechte gewähren, treffen diese Staaten keine Maßnahmen und behalten keine Maßnahmen bei, die diesem Abkommen, insbesondere diesem Kapitel, widersprechen.

(2) Für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut sind oder den Charakter eines Finanzmonopols haben, gelten dieses Abkommen und insbesondere dessen Wettbewerbsregeln, soweit die Anwendung dieser Vorschriften nicht die Erfüllung der ihnen übertragenen besonderen Aufgabe rechtlich oder tatsächlich verhindert. Die Entwicklung des Handelsverkehrs darf nicht in einem Ausmaß beeinträchtigt werden, das dem Interesse der Assoziationsparteien zuwiderläuft.

ARTIKEL 43

Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Handel damit

Dieses Kapitel gilt für die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel damit innerhalb der Grenzen, die in gemäß Artikel 42 AEUV erlassenen Rechtsakten für die Anwendung der Artikel 101 und 102 AEUV auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel damit festgelegt sind.

KAPITEL 2

STAATLICHE BEIHILFEN

ARTIKEL 44

Allgemeine Grundsätze

(1) Soweit in diesem Abkommen nicht etwas anderes bestimmt ist, sind Beihilfen der assoziierten Staaten oder der EU-Mitgliedstaaten oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Funktionieren dieses Abkommens unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen den Assoziationsparteien beeinträchtigen.

(2) Als mit diesem Abkommen vereinbar werden angesehen:

a) Beihilfen sozialer Art an einzelne Verbraucher, wenn sie ohne Diskriminierung nach der Herkunft der Waren gewährt werden,

b) Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind.

(3) Als mit dem Funktionieren dieses Abkommens vereinbar können angesehen werden:

a) Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht,

www.parlament.gv.at

b) Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse oder zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines EU-Mitgliedstaats oder eines assoziierten Staates,

c) Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete, soweit sie die Handelsbedingungen zwischen den Assoziationsparteien nicht in einer Weise verändern, die den Interessen einer Assoziationspartei zuwiderläuft,

d) Beihilfen zur Förderung der Kultur und der Erhaltung des kulturellen Erbes, einschließlich der Erhaltung natürlicher oder kultureller Werte, soweit sie die Handelsbedingungen zwischen den Assoziationsparteien nicht in einem Maß beeinträchtigen, das den Interessen einer Assoziationspartei zuwiderläuft.

ARTIKEL 45

Transparenz

Die Assoziationsparteien gewährleisten im Anwendungsbereich dieses Abkommens Transparenz bei staatlichen Beihilfen. Zu diesem Zweck sorgt jede Assoziationspartei für die Veröffentlichung der folgenden Informationen über jede Einzelbeihilfe, die den im EU-Besitzstand festgelegten Betrag übersteigt:

a) den vollständigen Wortlaut der einzelnen Beihilferegelungen oder Beihilfebeschlüsse und der Durchführungsbestimmungen,

b) den Namen der Bewilligungsbehörde,

c) den Namen der einzelnen Beihilfeempfänger,

d) die Art und den Betrag der den einzelnen Beihilfeempfängern gewährten Beihilfen,

e) den Tag der Gewährung der Beihilfe und die Art des Unternehmens,

f) die Region, in der der Beihilfeempfänger seinen Standort hat, und

g) den Wirtschaftszweig, in dem Beihilfeempfänger hauptsächlich tätig ist.

Die Europäische Kommission kann die Einzelheiten dieser Veröffentlichungspflichten festlegen.

ARTIKEL 46

Kontrolle staatlicher Beihilfen durch die Kommission

(1) Die Europäische Kommission wird von jeder von den assoziierten Staaten beabsichtigten Einführung oder Umgestaltung von Beihilfen so rechtzeitig unterrichtet, dass sie sich dazu äußern kann. Ist sie der Auffassung, dass ein Vorhaben mit dem Binnenmarkt unvereinbar ist, so leitet sie unverzüglich das in Absatz 3 vorgesehene Verfahren ein. Der betreffende assoziierte Staat darf die beabsichtigte Maßnahme nicht durchführen, bevor in diesem Verfahren ein abschließender Beschluss erlassen wurde.

www.parlament.gv.at

(2) Die Europäische Kommission überprüft in Zusammenarbeit mit den assoziierten Staaten fortlaufend die in diesen bestehenden Beihilferegelungen. Sie schlägt ihnen die zweckdienlichen Maßnahmen vor, welche die fortschreitende Entwicklung und das Funktionieren des Binnenmarkts erfordern. Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Abkommens erstellen die assoziierten Staaten ein vollständiges Verzeichnis der vor Inkrafttreten dieses Abkommens eingeführten Beihilferegelungen und passen diese Beihilferegelungen innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens an die in Artikel 44 des Rahmenübereinkommens genannten Kriterien an.

(3) Stellt die Europäische Kommission fest, nachdem sie den Beteiligten eine Frist zur Äußerung gesetzt hat, dass eine von einem assoziierten Staat oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfe mit dem Binnenmarkt unvereinbar ist oder dass sie missbräuchlich angewendet wird, so beschließt sie, dass der assoziierte Staat sie binnen einer von ihr bestimmten Frist aufzuheben oder umzugestalten hat.

(4) Kommt der assoziierte Staat diesem Beschluss innerhalb der gesetzten Frist nicht nach, so kann die Kommission den EuGH unmittelbar anrufen.

ARTIKEL 47

Auslegung und Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen

(1) Abweichend von Artikel 81 verpflichten sich die Assoziationsparteien, die Artikel 44, 45 und 46 des Rahmenabkommens im Einklang mit den Kriterien für die Anwendung der Vorschriften der Artikel 106, 107, 108 und 93 AEUV sowie aller in der EU geltenden sekundären Rechtsvorschriften anzuwenden und auszulegen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Bestimmungen sind jeweils in Anhang XV der Protokolle für die assoziierten Staaten aufgeführt.

(3) Unbeschadet des Absatzes 1 kann der Gemeinsame Ausschuss Beschlüsse zur Änderung des jeweiligen Anhangs XV der Protokolle für die assoziierten Staaten annehmen.

ARTIKEL 48

Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Handel damit

Die Vorschriften über staatliche Beihilfen gelten nicht für die Produktion der in Anhang I AEUV aufgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse und den Handel damit.

KAPITEL 3

SONSTIGE GEMEINSAME REGELN

ARTIKEL 49

Öffentliches Auftragswesen sowie Rechte des geistigen, gewerblichen und kommerziellen Eigentums

(1) Die besonderen Bestimmungen und Regelungen über das öffentliche Auftragswesen sind jeweils in Anhang XVI der Protokolle für die assoziierten Staaten enthalten. Sofern nichts anderes bestimmt ist, gelten diese Bestimmungen und Regelungen für alle in diesem Anhang aufgeführten Waren und Dienstleistungen.

(2) Die besonderen Bestimmungen und Regelungen über das geistige, gewerbliche und kommerzielle Eigentum sind jeweils in Anhang XVII der Protokolle für die assoziierten Staaten enthalten. Sofern nichts anderes bestimmt ist, gelten diese Bestimmungen und Regelungen für alle Waren und Dienstleistungen.

www.parlament.gv.at

TEIL IV

HORIZONTALE BESTIMMUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN VIER FREIHEITEN

KAPITEL 1

SOZIALPOLITIK

ARTIKEL 50

Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Die Assoziationsparteien sind sich über die Notwendigkeit einig, auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte hinzuwirken.

ARTIKEL 51

Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer

(1) Die Assoziationsparteien bemühen sich, die Verbesserung insbesondere der Arbeitsumwelt zu fördern, um die Gesundheit und die Sicherheit der Arbeitnehmer zu schützen. Als Beitrag zur Verwirklichung dieses Zieles werden Mindestvorschriften angewendet, die unter Berücksichtigung der geltenden Bedingungen und technischen Regelungen der Assoziationsparteien schrittweise durchzuführen sind. Diese Mindestvorschriften hindern die einzelnen Assoziationsparteien nicht daran, Maßnahmen zum verstärkten Schutz der Arbeitsbedingungen beizubehalten oder zu treffen, die mit diesem Abkommen vereinbar sind.

www.parlament.gv.at

(2) Die in Absatz 1 genannten Bestimmungen mit den Mindestvorschriften sind jeweils in Anhang XVIII der Protokolle für die assoziierten Staaten aufgeführt.

ARTIKEL 52

Arbeitsrecht

Auf dem Gebiet des Arbeitsrechts führen die Assoziationsparteien die für das gute Funktionieren dieses Abkommens erforderlichen Maßnahmen ein. Diese Maßnahmen sind jeweils in Anhang XVIII der Protokolle für die assoziierten Staaten aufgeführt.

ARTIKEL 53

Gleiches Entgelt für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit

(1) Jede Assoziationspartei wendet den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit an und behält ihn bei.

Unter „Entgelt“ im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses den Arbeitnehmern mittelbar und unmittelbar in bar oder in Sachleistungen zahlt.

Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bedeutet:

a) dass das Entgelt für eine gleiche nach Akkord bezahlte Arbeit aufgrund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird,

b) dass für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist.

(2) Die besonderen Durchführungsbestimmungen zu Absatz 1 sind jeweils in Anhang XVIII der Protokolle für die assoziierten Staaten enthalten.

ARTIKEL 54

Gleichbehandlung von Männern und Frauen

Die Assoziationsparteien fördern die Achtung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen mit der Durchführung der jeweils in Anhang XVIII der Protokolle für die assoziierten Staaten enthaltenen Bestimmungen.

ARTIKEL 55

Sozialer Dialog

Die Assoziationsparteien bemühen sich darum, den Dialog zwischen den Sozialpartnern, einschließlich auf europäischer Ebene, zu fördern.

KAPITEL 2

VERBRAUCHERSCHUTZ

ARTIKEL 56

Verbraucherschutz

Anhang XIX der Protokolle für die assoziierten Staaten enthält jeweils Bestimmungen zum Verbraucherschutz.

KAPITEL 3

UMWELT UND KLIMA

ARTIKEL 57

Umwelt- und klimabezogene Ziele

(1) Die Umwelt- und Klimapolitik der Assoziationsparteien hat zum Ziel,

a) die Umwelt zu erhalten, zu schützen und ihre Qualität zu verbessern,

b) zum Schutz der menschlichen Gesundheit beizutragen,

c) eine umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen zu gewährleisten und

d) Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu fördern.

(2) Die Tätigkeit der Assoziationsparteien in den Bereichen Umwelt und Klima unterliegt dem Grundsatz, vorbeugend zu handeln und Umweltbeeinträchtigungen nach Möglichkeit an ihrem Ursprung zu bekämpfen, sowie dem Verursacherprinzip. Die Erfordernisse des Umweltschutzes und die Klimapolitik sind Bestandteil der anderen Politiken der Assoziationsparteien.

ARTIKEL 58

Schutzmaßnahmen

Die besonderen Bestimmungen über die Schutzmaßnahmen nach Artikel 57 des Rahmenabkommens sind jeweils in Anhang XX der Protokolle für die assoziierten Staaten enthalten.

ARTIKEL 59

Verstärkte nationale Maßnahmen

Die Schutzmaßnahmen nach Artikel 58 des Rahmenabkommens hindern eine Assoziationspartei nicht daran, verstärkte Schutzmaßnahmen beizubehalten oder zu ergreifen, die mit diesem Abkommen vereinbar sind.

KAPITEL 4

STATISTIK

ARTIKEL 60

Zusammenarbeit im Bereich der Statistik

(1) Die Assoziationsparteien sorgen für die Erstellung und Verbreitung von kohärenten und vergleichbaren Statistiken für die Beschreibung und Überwachung aller einschlägigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte der assoziierten Staaten.

(2) Zu diesem Zweck entwickeln und benutzen die Assoziationsparteien harmonisierte Methoden, Definitionen und Klassifikationen sowie gemeinsame Programme und Verfahren, mit denen die statistischen Arbeiten auf geeigneten Verwaltungsebenen organisiert werden und der Datenschutz gebührende Beachtung findet.

(3) Anhang XXI der Protokolle für die assoziierten Staaten enthält jeweils besondere Bestimmungen zum Bereich der Statistik.

(4) Die besonderen Bestimmungen über die Gestaltung der Zusammenarbeit im Bereich der Statistik sind in Rahmenprotokoll 5 enthalten.

KAPITEL 5

GESELLSCHAFTSRECHT

ARTIKEL 61

Gesellschaftsrecht

Anhang XXII der Protokolle für die assoziierten Staaten enthält jeweils besondere Bestimmungen zum Gesellschaftsrecht.

TEIL V

ZUSAMMENARBEIT

ARTIKEL 62

Zusammenarbeit bei der Betrugsbekämpfung

(1) Die Assoziationsparteien verpflichten sich, Betrug, Korruption, Schmuggel und sonstige rechtswidrige Handlungen zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU wirksam zu bekämpfen.

Zu diesem Zweck arbeiten die zuständigen Behörden der assoziierten Staaten einerseits und die Europäische Kommission und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) andererseits eng zusammen, konsultieren einander regelmäßig und unterstützen einander im Rahmen ihres jeweiligen Mandats. Die zuständigen Behörden der assoziierten Staaten und das OLAF können Verwaltungsvereinbarungen für ihre Zusammenarbeit schließen.

Diese Vereinbarungen werden getroffen, bevor ein assoziierter Staat im Zusammenhang mit seiner Beteiligung an von der EU finanzierten Programmen EU-Mittel erhalten kann.

Die assoziierten Staaten arbeiten mit der EU bei der Betrugsbekämpfung zusammen und verpflichten sich, ihre Politik und ihre Rechtsvorschriften schrittweise mit den EU-Betrugsbekämpfungsvorschriften in Einklang zu bringen, ohne sie jedoch harmonisieren zu müssen. Diese Bestimmungen sind in den Protokollen für die assoziierten Staaten aufgeführt.

(2) Die Assoziationsparteien können Beweismittel, Analysen oder andere Arten von Informationen, einschließlich personenbezogener Daten, zum Zwecke der administrativen und strafrechtlichen Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung, Verfolgung und Bestrafung von Betrug, Korruption, Schmuggel und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die zum Nachteil ihrer jeweiligen finanziellen Interessen sind, austauschen.

Die Informationen und Beweismittel, die nach diesem Artikel – gleichgültig in welcher Form – übermittelt oder erlangt werden, unterliegen dem Amtsgeheimnis und genießen den Schutz der für solche Informationen, einschließlich personenbezogener Daten, geltenden internen Rechtsvorschriften der Assoziationspartei, die sie erhalten hat, und der für die EU-Organe geltenden entsprechenden Rechtsvorschriften.

Insbesondere dürfen diese Informationen und Beweismittel nur Personen übermittelt werden, die in den EU-Organen oder den Behörden der assoziierten Staaten kraft ihres Amtes Kenntnis haben müssen, und dürfen nicht für andere Zwecke als die in den Anwendungsbereich dieses Artikels fallenden Zwecke verwendet werden.

(3) Das OLAF kann Kontrollen und Überprüfungen vor Ort bei Wirtschaftsbeteiligten im Hoheitsgebiet des betreffenden assoziierten Staates durchführen, wenn dieser assoziierte Staat EU-Mittel im Rahmen von Programmen erhält, die von der EU finanziert werden, wenn das OLAF von der Europäischen Kommission im Rahmen dieser Programme mit Haushaltsvollzugsaufgaben betraut wurde oder wenn sich betrügerische Handlungen im assoziierten Staat nachteilig auf die EU-Zölle oder andere Eigenmittel, die in einem Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses festgelegt wurden, auswirken. Die zuständigen Behörden des betreffenden assoziierten Staates unterstützen das OLAF in dieser Hinsicht im Rahmen der engen Zusammenarbeit nach Absatz 1.

In anderen als den in Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes genannten Fällen kann das OLAF im Rahmen seiner Befugnisse und auf ordnungsgemäß begründeten Antrag an die zuständigen Behörden eines assoziierten Staates im Hoheitsgebiet dieses assoziierten Staates bei Wirtschaftsbeteiligten Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durchführen, sofern die zuständige Behörde diesen Antrag nicht ablehnt.

ARTIKEL 63

Zusammenarbeit in anderen Bereichen

(1) Die Assoziationsparteien erkennen die Grundsätze des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich – einschließlich der bestehenden internationalen Standards für Transparenz und Informationsaustausch, einer gerechten Besteuerung und der Mindeststandards gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung – an und verpflichten sich zu ihrer Durchführung. Die Assoziationsparteien fördern verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich, verbessern die internationale Zusammenarbeit im Steuerbereich und erleichtern den Schutz von Steuereinnahmen.

(2) Die Assoziationsparteien verpflichten sich, die Protokolle für die assoziierten Staaten innerhalb von vier Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens zu ändern, um Bestimmungen über die gegenseitige Amtshilfe bei der Beitreibung aller Steuerforderungen aufzunehmen.

www.parlament.gv.at

TEIL VI

ZUSAMMENARBEIT AUSSERHALB DER VIER FREIHEITEN

ARTIKEL 64

Bereiche der Zusammenarbeit

Die Assoziationsparteien können ihre Zusammenarbeit im Rahmen der Tätigkeiten der EU in den folgenden Bereichen verstärken oder erweitern:

– Forschung und technologische Entwicklung,

– Informationsdienste,

– Umwelt,

– Klimapolitik,

– allgemeine und berufliche Bildung und Jugend,

– Sozialpolitik,

– Verbraucherschutz,

– kleine und mittlere Unternehmen,

– Fremdenverkehr,

– Politik im audiovisuellen Bereich,

– Katastrophenschutz,

– justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen,

– Kultur,

– Kommunikation,

– transeuropäische Netze,

– Regionalpolitik und

– öffentliche Gesundheit,

soweit diese Sachgebiete nicht unter andere Teile dieses Abkommens fallen.

ARTIKEL 65

Dialog und Konsultation

(1) Die Assoziationsparteien können ihren Dialog in jeder geeigneten Weise, insbesondere gemäß den Verfahren des Teils VII vertiefen, um festzustellen, auf welchen Gebieten und in welchen Arbeitsbereichen eine engere Zusammenarbeit zur Verwirklichung ihrer in Artikel 64 des Rahmenabkommens aufgeführten gemeinsamen Ziele beitragen könnte.

(2) Insbesondere können die Assoziationsparteien Informationen austauschen und auf Antrag einer von ihnen Konsultationen im Gemeinsamen Ausschuss über Pläne oder Vorschläge für die Aufstellung oder Änderung von Rahmenprogrammen, Sonderprogrammen, Aktionen und Projekten in den in Artikel 64 des Rahmenabkommens aufgeführten Bereichen führen.

(3) Teil VII gilt sinngemäß für diesen Teil, soweit dieser Teil oder die Protokolle für die assoziierten Staaten dies ausdrücklich vorsehen.

ARTIKEL 66

Formen der Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit nach Artikel 64 des Rahmenabkommens kann sich wie folgt gestalten:

a) Beteiligung der assoziierten Staaten an Rahmenprogrammen, Sonderprogrammen, Projekten oder anderen Aktionen der EU,

www.parlament.gv.at

b) Festlegung gemeinsamer Tätigkeiten in besonderen Bereichen; dazu gehören auch Konzertierung oder Koordinierung der Tätigkeiten, Zusammenschluss bisheriger Tätigkeiten und Festlegung gemeinsamer Ad-hoc-Tätigkeiten,

c) Austausch oder Bereitstellung von Informationen auf formeller und informeller Grundlage,

d) gemeinsames Bemühen zur Förderung bestimmter Tätigkeiten im gesamten Gebiet der Assoziationsparteien,

e) soweit zweckmäßig, parallele Gesetzgebung gleichen oder gleichartigen Inhalts,

f) Koordinierung der Bemühungen und Tätigkeiten mittels oder im Rahmen internationaler Organisationen sowie der Zusammenarbeit mit Drittländern, soweit dies im gegenseitigen Interesse liegt.

ARTIKEL 67

Beteiligung der assoziierten Staaten an EU-Programmen

Die Zusammenarbeit in Form einer Beteiligung der assoziierten Staaten an Rahmenprogrammen, Sonderprogrammen, Projekten oder anderen Aktionen der Gemeinschaft beruht auf folgenden Grundsätzen:

a) Die assoziierten Staaten haben Zugang zu allen oder einigen Teilen des Programms;

b) bei der Festlegung des Status der assoziierten Staaten in den Ausschüssen, die die Kommission bei der Durchführung oder Entwicklung von Tätigkeiten der EU unterstützen, zu denen die assoziierten Staaten aufgrund ihrer Beteiligung finanzielle Beiträge leisten, wird diesen Beiträgen voll Rechnung getragen;

c) die Entscheidungen der EU, die nicht den Gesamthaushalt der EU betreffen und die sich unmittelbar oder mittelbar auf ein Rahmenprogramm, ein Sonderprogramm, ein Projekt oder eine andere Aktion auswirken, an denen sich die assoziierten Staaten aufgrund einer Entscheidung nach diesem Abkommen beteiligen, werden gemäß Artikel 65 Absatz 3 des Rahmenabkommens getroffen; die Bedingungen der weiteren Beteiligung an den betreffenden Maßnahmen können von dem Gemeinsamen Ausschuss gemäß Artikel 72 des Rahmenabkommens überprüft werden;

d) bei der Projektvorbereitung haben die Institutionen, Unternehmen, Organisationen und Staatsangehörigen der assoziierten Staaten im Rahmen der Programme und anderen Aktionen der EU die gleichen Rechte und Pflichten wie die Institutionen, Unternehmen, Organisationen und Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten; das Gleiche gilt sinngemäß im Rahmen der jeweiligen Aktionen für die Teilnehmer am Austausch zwischen EU-Mitgliedstaaten und den assoziierten Staaten;

e) die assoziierten Staaten, ihre Institutionen, Unternehmen, Organisationen und Staatsangehörigen haben hinsichtlich der Verbreitung, Evaluierung und Verwertung von Ergebnissen die gleichen Rechte und Pflichten wie die EU-Mitgliedstaaten, ihre Institutionen, Unternehmen, Organisationen und Staatsangehörigen;

f) die Assoziationsparteien verpflichten sich, im Einklang mit ihren jeweiligen Regelungen und Vorschriften die Mobilität der Teilnehmer an den Programmen und anderen Aktionen im erforderlichen Umfang zu erleichtern.

ARTIKEL 68

Finanzielle Beteiligung der assoziierten Staaten

(1) Ist mit der in diesem Teil vorgesehenen Zusammenarbeit eine finanzielle Beteiligung eines assoziierten Staates verbunden, so gestaltet sich diese je nach Fall wie folgt:

a) Der Beitrag der assoziierten Staaten aufgrund ihrer Beteiligung an EU-Maßnahmen berechnet sich proportional

– zu den Mitteln für Verpflichtungen und

– zu den Mitteln für Zahlungen,

die für die EU jährlich in den jeweiligen Haushaltslinien für die betreffenden Maßnahmen im Gesamthaushaltsplan der EU veranschlagt sind.

Der Proportionalitätsfaktor, der den Beitrag der assoziierten Staaten bestimmt, ist die Summe der Zahlen, die das jeweilige Verhältnis wiedergeben zwischen dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen jedes assoziierten Staates einerseits und der Summe der Bruttoinlandsprodukte zu Marktpreisen der EU-Mitgliedstaaten und des betreffenden assoziierten Staates andererseits. Dieser Faktor wird für jedes Haushaltsjahr auf der Grundlage der neuesten Statistiken berechnet.

Der Beitrag der assoziierten Staaten wird sowohl bei den Mitteln für Verpflichtungen als auch bei den Mitteln für Zahlungen zusätzlich zu den Beträgen bereitgestellt, die für die EU in dem jeweiligen Posten für die betreffenden Maßnahmen im Gesamthaushaltsplan veranschlagt sind.

Die jährlich zu zahlenden Beiträge der assoziierten Staaten werden auf der Grundlage der Mittel für Zahlungen festgesetzt.

Weder Verpflichtungen, die die EU eingegangen war, bevor sich die assoziierten Staaten auf der Grundlage dieses Abkommens an den betreffenden Maßnahmen beteiligt haben, noch hierfür geleistete Zahlungen begründen eine Beitragspflicht der assoziierten Staaten.

b) Der finanzielle Beitrag der assoziierten Staaten aufgrund ihrer Beteiligung an bestimmten Projekten oder anderen Maßnahmen beruht auf dem Grundsatz, dass jeder assoziierte Staat seine eigenen Kosten trägt und einen angemessenen Beitrag zur Deckung der Gemeinkosten der EU leistet, den der Gemeinsame Ausschuss festsetzt.

c) Der zuständige Gemeinsame Ausschuss fasst die notwendigen Beschlüsse über den Beitrag der assoziierten Staaten zu den Kosten der betreffenden Maßnahme.

(2) Die ausführlichen Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel werden in dem in Artikel 72 des Rahmenabkommens vorgesehenen Protokoll festgelegt.

ARTIKEL 69

Informationsaustausch zwischen Behörden

Unter Beachtung der Erfordernisse der Vertraulichkeit, die vom Gemeinsamen Ausschuss festgelegt werden, haben die assoziierten Staaten im Falle der Zusammenarbeit in Form eines Informationsaustauschs zwischen Behörden das gleiche Informationsrecht und die gleiche Informationspflicht wie die EU-Mitgliedstaaten.

ARTIKEL 70

Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen

Die Vereinbarungen über die Zusammenarbeit sind in den Protokollen für die assoziierten Staaten festgelegt.

ARTIKEL 71

Bereits bestehende Zusammenarbeit

Soweit im Protokoll für einen assoziierten Staat nichts anderes bestimmt ist, gelten für die Zusammenarbeit, die zwischen den Assoziationsparteien in den in Artikel 64 des Rahmenabkommens aufgeführten Bereichen am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens bereits bestand, nach diesem Tag die einschlägigen Bestimmungen dieses Teils und des Protokolls für den betreffenden assoziierten Staat.

ARTIKEL 72

Rolle der Gemeinsamen Ausschüsse

Die Gemeinsamen Ausschüsse fassen nach Maßgabe des Teils VI alle für die Durchführung der Artikel 64 bis 71 des Rahmenabkommens und der daraus abgeleiteten Maßnahmen erforderlichen Beschlüsse, wozu unter anderem die Ausarbeitung, Ergänzung oder Änderung der Bestimmungen der Protokolle für die assoziierten Staaten über die Modalitäten für die Durchführung des Artikels 68 des Rahmenabkommens wie auch der Erlass von für die Durchführung des Artikels 71 des Rahmenabkommens erforderlichen Übergangsregelungen gehören kann.

ARTIKEL 73

Neue Bereiche der Zusammenarbeit

Die Assoziationsparteien unternehmen die notwendigen Schritte, um die Zusammenarbeit bei Maßnahmen der EU in Bereichen, die nicht in Artikel 64 des Rahmenabkommens aufgeführt sind, zu entwickeln, zu verstärken oder zu erweitern, wenn eine derartige Zusammenarbeit geeignet erscheint, einen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens zu leisten, oder auf sonstige Weise im gegenseitigen Interesse liegen dürfte. Dazu kann gehören, dass Artikel 64 des Rahmenabkommens durch Einbeziehung weiterer Bereiche ergänzt wird.

ARTIKEL 74

Nationale Maßnahmen

Unbeschadet der Bestimmungen anderer Teile dieses Abkommens hindern die Bestimmungen dieses Teils eine Assoziationspartei nicht daran, unabhängig Maßnahmen vorzubereiten, zu ergreifen und durchzuführen.

www.parlament.gv.at

TEIL VII

INSTITUTIONELLE BESTIMMUNGEN

KAPITEL 1

ORGANE DER ASSOZIATION

ARTIKEL 75

Assoziationsausschuss

(1) Es wird ein Assoziationsausschuss eingesetzt, der sich aus Vertretern der Vertragsparteien zusammensetzt. Der Assoziationsausschuss ist befugt, alle unter dieses Abkommen fallenden allgemeinen Fragen zu prüfen, die sich möglicherweise zwischen der EU und den assoziierten Staaten ergeben.

(2) Den Vorsitz im Assoziationsausschuss führt abwechselnd eine der Vertragsparteien.

(3) Der Assoziationsausschuss gibt sich im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien eine Geschäftsordnung.

(4) Zur Erfüllung seiner Aufgaben tritt der Assoziationsausschuss in einer in seiner Geschäftsordnung festgelegten Häufigkeit zusammen, mindestens jedoch alle zwei Jahre. Ferner wird er nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung von einer der Vertragsparteien einberufen.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 76

Gemeinsame Ausschüsse

(1) Es werden zwei Gemeinsame Ausschüsse eingesetzt, die sich wie folgt zusammensetzen:

a) Vertreter der EU und Andorras als Assoziationsparteien (im Folgenden „Gemeinsamer Ausschuss EU-Andorra“) und

b) Vertreter der EU und San Marinos als Assoziationsparteien (im Folgenden „Gemeinsamer Ausschuss EU-San Marino“).

Für die Zwecke dieses Rahmenabkommens gilt jede Bezugnahme auf einen Gemeinsamen Ausschuss als Bezugnahme auf einen dieser Gemeinsamen Ausschüsse.

(2) Die Gemeinsamen Ausschüsse gewährleisten die wirksame Durchführung und das ordnungsgemäße Funktionieren dieses Abkommens.

(3) In den jeweiligen Gemeinsamen Ausschüssen tauschen die Assoziationsparteien Meinungen und Informationen zu Fragen aus, die unter dieses Abkommen fallen. Insbesondere werden im Rahmen der Konsultationen in den jeweiligen Gemeinsamen Ausschüssen alle unter dieses Abkommen fallenden Fragen behandelt, die Schwierigkeiten bei der Anwendung oder Auslegung mit sich bringen und von einer der Assoziationsparteien aufgeworfen werden.

(4) Damit die Ziele dieses Abkommens verwirklicht werden und in Bereichen von gemeinsamem Interesse zusammengearbeitet wird und damit gleichzeitig das wirksame Funktionieren des Binnenmarkts der EU, der gemäß den Bestimmungen und Bedingungen dieses Abkommens, insbesondere der Protokolle für die assoziierten Staaten, auf die assoziierten Staaten ausgedehnt wird, gewährleistet wird, fasst der jeweilige Gemeinsame Ausschuss alle in diesem Abkommen vorgesehenen Beschlüsse.

www.parlament.gv.at

(5) Die beiden Gemeinsamen Ausschüsse geben sich jeweils durch Beschluss eine Geschäftsordnung, die im Wesentlichen mit der anderen Geschäftsordnung übereinstimmen muss.

(6) Den Vorsitz in den Gemeinsamen Ausschüssen führt abwechselnd eine der Assoziationsparteien. Das Sekretariat der Gemeinsamen Ausschüsse wird von der EU gestellt.

(7) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben treten die Gemeinsame Ausschüsse regelmäßig, mindestens jedoch einmal jährlich, in Abständen zusammen, die in der Geschäftsordnung festzulegen sind. Ferner werden sie von ihrem Vorsitz oder auf Antrag einer Assoziationspartei einberufen. In letzterem Fall tritt der betreffende Gemeinsame Ausschuss spätestens zwei Monate nach dem Antrag zusammen.

(8) Die Gemeinsamen Ausschüsse können die Einsetzung von Unterausschüssen oder Arbeitsgruppen beschließen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen. Die Gemeinsamen Ausschüsse legen in ihrer Geschäftsordnung jeweils die Methodik, Zusammensetzung und Arbeitsweise dieser Unterausschüsse und Arbeitsgruppen fest. Die Aufgaben dieser Gremien werden für jeden Einzelfall von den Gemeinsamen Ausschüssen festgelegt.

ARTIKEL 77

Beschlussfassung der Gemeinsamen Ausschüsse

(1) Die Gemeinsamen Ausschüsse fassen ihre Beschlüsse jeweils im gegenseitigen Einvernehmen der Assoziationsparteien. Auf Antrag einer der Assoziationsparteien führt der zuständige Gemeinsame Ausschuss einen Meinungsaustausch.

(2) Änderungen des Protokolls für einen assoziierten Staat werden durch Beschluss des zuständigen Gemeinsamen Ausschusses angenommen, sofern im Protokoll für diesen assoziierten Staat nichts anderes bestimmt ist.

(3) Die Anhänge des Protokolls für einen assoziierten Staat werden durch Beschluss des zuständigen Gemeinsamen Ausschusses gemäß Artikel 81 des Rahmenabkommens geändert.

(4) Wann immer möglich und angemessen, beschließen die beiden mit Artikel 76 des Rahmenabkommens eingesetzten Gemeinsamen Ausschüsse, die in Absatz 2 des vorliegenden Artikels genannten Anhänge parallel und auf der Grundlage abgestimmter Vorschläge zu ändern. Die Beschlüsse eines Gemeinsamen Ausschusses werden auch dem assoziierten Staat übermittelt, der nicht Mitglied dieses Gemeinsamen Ausschusses ist.

(5) Ein Gemeinsamer Ausschuss kann seine Beschlüsse im schriftlichen Verfahren fassen, es sei denn, eine Assoziationspartei beantragt, dass ein Beschluss in einer Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses gefasst wird.

(6) Die Beschlüsse eines Gemeinsamen Ausschusses sind für die Assoziationsparteien bindend, die die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass diese Beschlüsse in ihrer Rechtsordnung in Kraft treten und wirksam angewendet werden.

ARTIKEL 78

Parlamentarische Zusammenarbeit

(1) Es wird ein Parlamentarischer Assoziationsausschuss eingesetzt. Dieser bildet ein Forum, in dem die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Mitglieder der Parlamente der assoziierten Staaten zusammenkommen, einen Meinungsaustausch führen und durch Dialog und Debatte zu einem besseren Verständnis zwischen den Assoziationsparteien in den unter dieses Abkommen fallenden Bereichen beitragen.

(2) Der Parlamentarische Assoziationsausschuss besteht aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments einerseits und aus Mitgliedern der Parlamente der assoziierten Staaten andererseits. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Parlamentarischen Assoziationsausschusses ist in der Satzung in Rahmenprotokoll 7 festgelegt.

(3) Der Parlamentarische Assoziationsausschuss tritt abwechselnd in der Europäischen Union und in einem der assoziierten Staaten in Abständen zusammen, die er nach Maßgabe des Rahmenprotokolls 7 selbst festlegt.

(4) Der Parlamentarische Assoziationsausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung gemäß den Bestimmungen des Rahmenprotokolls 7.

(5) Den Vorsitz im Parlamentarischen Assoziationsausschuss führen abwechselnd ein Vertreter des Europäischen Parlaments und ein Vertreter eines der Parlamente der assoziierten Staaten gemäß den Bestimmungen des Rahmenprotokolls 7 und seiner Geschäftsordnung.

ARTIKEL 79

Zusammenarbeit zwischen den Wirtschafts- und Sozialpartnern

(1) Es wird ein Beratender Assoziationsausschuss der Wirtschafts- und Sozialpartner eingesetzt. Er dient der Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Organisationen der Zivilgesellschaft der Assoziationsparteien. Dieser Dialog und diese Zusammenarbeit erstrecken sich auf alle wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der durch dieses Abkommen begründeten Beziehungen.

(2) Der Beratende Assoziationsausschuss der Wirtschafts- und Sozialpartner setzt sich aus Mitgliedern des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) einerseits und den von den assoziierten Staaten benannten Wirtschafts- und Sozialpartnern andererseits zusammen.

(3) Der Beratende Assoziationsausschuss der Wirtschafts- und Sozialpartner gibt sich eine Geschäftsordnung.

(4) Den Vorsitz im Beratenden Assoziationsausschuss der Wirtschafts- und Sozialpartner führt abwechselnd ein Vertreter des EWSA und die von den assoziierten Staaten benannten Vertreter der Wirtschafts- und Sozialpartner nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

KONSULTATION IN VERBINDUNG MIT DEM BESCHLUSSFASSUNGSVERFAHREN DER EUROPÄISCHEN UNION

ARTIKEL 80

Ausarbeitung eines EU-Rechtsakts

(1) Sobald die Europäische Kommission in einem unter dieses Abkommen fallenden Bereich einen EU-Rechtsakt ausarbeitet, setzt sie die assoziierten Staaten davon in Kenntnis und konsultiert informell deren Sachverständige in gleicher Weise und innerhalb der gleichen Frist wie die Sachverständigen der EU-Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge.

(2) Wenn die Europäische Kommission dem Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament ihren Vorschlag vorlegt, übermittelt sie den assoziierten Staaten Abschriften davon.

(3) Auf Antrag einer der Assoziationsparteien findet ein erster Meinungsaustausch im Gemeinsamen Ausschuss oder nach einer anderen geeigneten Methode statt, die formal oder informell sein kann. Auf Antrag einer von ihnen konsultieren die Assoziationsparteien einander in wichtigen Punkten vor der Annahme des betreffenden Rechtsakts erneut. Die assoziierten Staaten teilen der Europäischen Kommission gegebenenfalls ihre Reaktion mit und können sie über ihre jeweilige besondere Situation informieren.

(4) Wenn die Europäische Kommission delegierte Rechtsakte im Sinne von Artikel 290 AEUV im Zusammenhang mit einem der Rechtsakte ausarbeitet, die unter ein oder mehrere Protokolle zu diesem Abkommen fallen, bezieht die Europäische Kommission die assoziierten Staaten so umfassend wie möglich in die Ausarbeitung ihrer Vorschläge ein.

(5) Wenn die Europäische Kommission Durchführungsrechtsakte im Sinne von Artikel 291 AEUV im Zusammenhang mit einem der Rechtsakte ausarbeitet, die unter ein oder mehrere Protokolle zu diesem Abkommen fallen, bezieht sie die assoziierten Staaten so umfassend wie möglich in die Ausarbeitung ihrer Vorschläge ein, die anschließend den Ausschüssen zu unterbreiten sind, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse unterstützen. Bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge konsultiert die Europäische Kommission die Sachverständigen der assoziierten Staaten in gleicher Weise und innerhalb der gleichen Frist wie die Sachverständigen der EU-Mitgliedstaaten.

(6) In den Fällen, in denen der Rat der EU nach dem für den beteiligten Ausschuss geltenden Verfahren mit dem Entwurf befasst wird, übermittelt die Europäische Kommission dem Rat der EU die Stellungnahmen der Sachverständigen der assoziierten Staaten.

(7) Sachverständige der assoziierten Staaten werden an der Arbeit der nicht unter die Absätze 4 und 5 fallenden Ausschüsse beteiligt, wenn dies erforderlich ist, um das ordnungsgemäße Funktionieren dieses Abkommens zu gewährleisten. Die Listen dieser Ausschüsse und gegebenenfalls anderer Ausschüsse ähnlicher Art werden in die Protokolle für die assoziierten Staaten aufgenommen. Die Modalitäten einer solchen Beteiligung sind in den Protokollen für die assoziierten Staaten und den Anhängen zu den jeweiligen Sachgebieten festgelegt.

KAPITEL 3

HOMOGENITÄT

ARTIKEL 81

Änderung der Anhänge

(1) Um die Einhaltung der Grundsätze des Artikels 4 zu gewährleisten, arbeiten die Assoziationsparteien eng zusammen, um eine effiziente und rasche Beschlussfassung der Gemeinsamen Ausschüsse zu ermöglichen und sicherzustellen, dass die in den unter dieses Abkommen fallenden Bereichen erlassenen EU-Rechtsakte so bald wie möglich nach ihrer Annahme und Übermittlung an die assoziierten Staaten in die entsprechenden Anhänge aufgenommen werden.

(2) Die Gemeinsamen Ausschüsse fassen die Beschlüsse zur Änderung der Anhänge, um nach Möglichkeit die gleichzeitige Anwendung dieser Rechtsakte in der EU und der nationalen Rechtsvorschriften zu ihrer Umsetzung in den assoziierten Staaten zu gewährleisten. Bei Schwierigkeiten werden die Konsultationen zwischen den Assoziationsparteien formell oder informell intensiviert, um eine für beide Seiten annehmbare Lösung zu finden, einschließlich der Möglichkeit, die Gleichwertigkeit der nationalen Rechtsvorschriften festzustellen. Der betreffende assoziierte Staat übermittelt der EU schriftlich alle zweckdienlichen Informationen, die eine eingehende Bewertung der Lage ermöglichen.

(3) Die Beschlüsse der Gemeinsamen Ausschüsse gemäß Absatz 2 dieses Artikels müssen spätestens nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der Befassung des zuständigen Gemeinsamen Ausschusses gefasst werden. Hat ein assoziierter Staat bei Ablauf dieser Frist immer noch nicht der Aufnahme eines EU-Rechtsakts in den entsprechenden Anhang gemäß Absatz 1 dieses Artikels zugestimmt, so findet das Streitbeilegungsverfahren nach Artikel 90 des Rahmenabkommens Anwendung. Bis zum Ende dieses Zeitraums gilt der zuständige Gemeinsame Ausschuss als gemäß Artikel 90 Absatz 1 des Rahmenabkommens mit der Angelegenheit befasst.

(4) Wird durch Beschluss eines Gemeinsamen Ausschusses eine Änderung eines Anhangs vorgenommen, mit der auf EU-Rechtsakte Bezug genommen wird, und erfordert diese Änderung den Erlass von Umsetzungsmaßnahmen in dem betreffenden assoziierten Staat, so werden diese Maßnahmen innerhalb einer Frist erlassen, die derjenigen entspricht, die für die Umsetzung dieser EU-Rechtsakte durch die EU-Mitgliedstaaten vorgesehen ist, sofern der Gemeinsame Ausschuss nichts anderes beschließt. Diese Frist beginnt am Tag des Inkrafttretens des Beschlusses des Gemeinsamen Ausschusses.

ARTIKEL 82

Verfassungsrechtliche Anforderungen der assoziierten Staaten

(1) Kann ein von einem Gemeinsamen Ausschuss gefasster Beschluss in einem assoziierten Staat erst nach Erfüllung bestimmter verfassungsrechtlicher Anforderungen umgesetzt werden, so tritt dieser Beschluss in der Rechtsordnung dieses Staates in Kraft, nachdem diese Anforderungen erfüllt wurden. Der Tag des Inkrafttretens wird der EU notifiziert.

(2) Liegt eine solche Notifikation bei Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der Beschlussfassung des Gemeinsamen Ausschusses nicht vor, so wird der Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses bis zur Erfüllung der im vorstehenden Absatz genannten verfassungsrechtlichen Anforderungen vorläufig angewendet, es sei denn, der assoziierte Staat notifiziert der EU, dass und warum eine solche vorläufige Anwendung nicht möglich ist.

(3) Wurde dieser Beschluss nach Ablauf einer Frist von zwölf Monaten nach dem Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses in dem assoziierten Staat nicht umgesetzt, so findet Artikel 90 des Rahmenabkommens Anwendung.

ARTIKEL 83

Automatisches Verfahren

(1) Wird in Anhang I des Protokolls für einen assoziierten Staat auf einen EU-Rechtsakt Bezug genommen, so ist diese Bezugnahme abweichend von Artikel 81 des Rahmenabkommens als Bezugnahme auf diesen Rechtsakt in seiner aktualisierten Fassung zu verstehen, ohne dass die neuen Rechtsakte in Anhang I aufgenommen werden müssen.

(2) Für die Zwecke des Absatzes 1 bezeichnet der Ausdruck „Aktualisierung eines Rechtsakts“

a) die vollständige Ersetzung eines EU-Basisrechtsakts durch einen neuen Basisrechtsakt,

b) den Erlass delegierter Rechtsakte durch die Europäische Kommission zur Ergänzung oder Änderung bestimmter nicht wesentlicher Elemente eines Basisrechtsakts,

c) aufeinanderfolgende Änderungen der unter Buchstabe b genannten delegierten Rechtsakte,

d) den Erlass von Durchführungsrechtsakten durch die Europäische Kommission, die für die Durchführung des Basisrechtsakts erforderlich sind,

e) aufeinanderfolgende Änderungen der unter Buchstabe d genannten Durchführungsrechtsakte.

(3) Aus Gründen der Transparenz nehmen die Gemeinsamen Ausschüsse jedes Jahr die Rechtsakte zur Kenntnis, die dem automatischen Verfahren unterliegen.

ARTIKEL 84

Vereinfachtes Verfahren

(1) Abweichend von Artikel 81 des Rahmenabkommens und unbeschadet des Artikels 83 des Rahmenübereinkommens ergreifen die assoziierten Staaten gleichzeitig mit den EU-Mitgliedstaaten Maßnahmen, die den Maßnahmen entsprechen, die von den EU-Mitgliedstaaten gemäß den in den folgenden Bereichen erlassenen einschlägigen EU-Rechtsakten getroffen wurden, ohne dass diese neuen Rechtsakte in Anhang I eines der Protokolle für die assoziierte Staaten aufgenommen werden müssen:

a) Maßnahmen zur Tierseuchenbekämpfung,

b) Lebens- und Futtermittel aus Drittländern, die Beschränkungen unterliegen,

c) Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken,

d) Einfuhren aus Drittländern,

e) Freisetzung in die Umwelt.

(2) Unbeschadet des Verfahrens des Artikels 77 des Rahmenabkommens kann die Liste in Absatz 1 des vorliegenden Artikels durch Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses geändert werden.

(3) Aus Gründen der Transparenz nehmen die Gemeinsamen Ausschüsse jedes Jahr die EU-Rechtsakte zur Kenntnis, die einem vereinfachten Verfahren unterliegen.

ARTIKEL 85

Einheitliche Auslegung

(1) Dieses Abkommen und die darin genannten EU-Rechtsakte sind einheitlich auszulegen und anzuwenden.

(2) Soweit ihre Anwendung Begriffe des EU-Rechts umfasst, sind die Bestimmungen dieses Abkommens und die darin genannten EU-Rechtsakte im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH auszulegen und anzuwenden, unabhängig davon, ob diese vor oder nach der Unterzeichnung dieses Abkommens ergangen ist.

(3) Die Gemeinsamen Ausschüsse überprüfen die Entwicklungen in der Rechtsprechung des EuGH, um etwaige Diskrepanzen zwischen der innerstaatlichen Rechtsordnung eines assoziierten Staates und einem Urteil des EuGH festzustellen und zu prüfen, wie sie beseitigt werden können.

(4) Hat ein assoziierter Staat, nachdem ihm von der Europäischen Kommission das Bestehen einer Diskrepanz zwischen seiner innerstaatlichen Rechtsordnung und einem Urteil des EuGH notifiziert worden ist, nicht innerhalb von sechs Monaten die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um die Diskrepanz zu beseitigen, so findet das Verfahren nach Artikel 90 des Rahmenabkommens Anwendung. Bis zum Ende dieses Zeitraums gilt der zuständige Gemeinsame Ausschuss als gemäß Artikel 90 Absatz 1 des Rahmenabkommens mit der Angelegenheit befasst.

KAPITEL 4

ÜBERWACHUNGSVERFAHREN

ARTIKEL 86

Allgemeine Überwachung

(1) Um eine einheitliche Überwachung der Anwendung dieses Abkommens zu gewährleisten, arbeiten die Europäische Kommission und die nationalen Behörden der assoziierten Staaten zusammen, tauschen Informationen aus und konsultieren einander in Fragen der Überwachungspolitik und in Einzelfällen.

(2) Die Überwachung der Anwendung dieses Abkommens wird von den Assoziationsparteien im Rahmen des zuständigen Gemeinsamen Ausschusses gemeinsam durchgeführt. Stellen die Europäische Kommission oder die nationalen Behörden eines assoziierten Staates einen Fall der Nichtanwendung oder nicht ordnungsgemäßen Anwendung des Abkommens fest, so befassen sie damit den Gemeinsamen Ausschuss, um eine annehmbare Lösung zu finden. Kommt keine Lösung zustande, so findet das Verfahren nach Artikel 90 der Rahmenvereinbarung Anwendung.

(3) Die zuständigen Behörden der Assoziationsparteien können Beschwerden über die Anwendung dieses Abkommens entgegennehmen und prüfen. Bei Eingang solcher Beschwerden setzen sie die andere Assoziationspartei davon in Kenntnis.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 87

Überwachung in bestimmten Sektoren

(1) Werden der Europäischen Kommission mit den in den Anhängen aufgeführten EU-Rechtsakten Befugnisse, einschließlich Entscheidungs- und Durchführungsbefugnissen, gegenüber den zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten, Wirtschaftsbeteiligten oder Einzelpersonen übertragen, so verfügt die Europäische Kommission entsprechend über dieselben Befugnisse gegenüber den assoziierten Staaten und ihren natürlichen und juristischen Personen. In den Protokollen können besondere Bestimmungen festgelegt werden.

(2) Die Europäische Kommission kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß Absatz 1 von den zuständigen Behörden der assoziierten Staaten und den betreffenden natürlichen und juristischen Personen alle für notwendig erachteten Informationen anfordern.

ARTIKEL 88

Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden
der EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen

Ein assoziierter Staat kann sich bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen in Bezug auf die Durchführung und wirksame Anwendung dieses Abkommens auf die Zusammenarbeit mit einem oder mehreren EU-Mitgliedstaaten oder EU-Institutionen stützen. In solchen Fällen trifft der assoziierte Staat Vorkehrungen zur Festlegung der Einzelheiten dieser Zusammenarbeit und unterrichtet die Europäische Kommission im Rahmen des zuständigen Gemeinsamen Ausschusses darüber. Diese Vorkehrungen berühren in keiner Weise die Befugnisse der Europäischen Kommission.

KAPITEL 5

STREITBEILEGUNG UND GERICHTLICHE ÜBERPRÜFUNG

ARTIKEL 89

Ausschließlichkeitsprinzip

Die Assoziationsparteien regeln Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens oder der darin genannten EU-Rechtsakte nicht anders als in diesem Abkommen vorgesehen.

ARTIKEL 90

Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Assoziationsparteien

(1) Treten Schwierigkeiten auf, so konsultieren die Assoziationsparteien einander und bemühen sich, für das wirksame Funktionieren dieses Abkommen zu sorgen und etwaige Probleme im Wege eines konstruktiven Dialogs zu lösen. Bei Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens oder eines darin genannten EU-Rechtsakts kann die EU oder der assoziierte Staat den zuständigen Gemeinsamen Ausschuss schriftlich mit der Angelegenheit befassen. Wenn die EU oder der assoziierte Staat beabsichtigt, den Gemeinsamen Ausschuss gemäß diesem Absatz mit der Angelegenheit zu befassen, unterrichtet sie bzw. er die andere Partei im Voraus.

(2) Befasst die EU oder der assoziierte Staat den Gemeinsamen Ausschuss mit der Angelegenheit, so tritt dieser so bald wie möglich innerhalb von zwei Monaten nach seiner Befassung zusammen. Dem Gemeinsamen Ausschuss werden alle sachdienlichen Informationen zur Verfügung gestellt, um eine eingehende Prüfung der Lage zu ermöglichen. Der Gemeinsame Ausschuss prüft alle Möglichkeiten, eine Lösung im Einklang mit diesem Abkommen zu finden, und kann alle zweckdienlichen Beschlüsse fassen.

(3) Ist der Gemeinsame Ausschuss nicht in der Lage, innerhalb von sechs Monaten nach der ersten Sitzung gemäß diesem Artikel eine Lösung für die in Absatz 1 genannte Schwierigkeit zu finden, so kann jede Assoziationspartei den EuGH mit der Angelegenheit befassen. Der EuGH legt die Bestimmungen des Artikels 85 Absätze 1 und 2 des Rahmenabkommens und die darin genannten EU-Rechtsakte im Hinblick auf ihre Durchführung und Anwendung aus. Erwägt eine Assoziationspartei, den EuGH gemäß diesem Absatz mit einer Angelegenheit zu befassen, so notifiziert sie dies der anderen Assoziationspartei umgehend schriftlich und stellt ihr alle sachdienlichen Informationen zur Verfügung.

(4) Die assoziierten Staaten genießen dieselben Rechte wie die EU-Mitgliedstaaten und EU-Institutionen und unterliegen denselben Verfahren vor dem EuGH.

(5) Die Assoziationsparteien konsultieren einander im Gemeinsamen Ausschuss und regeln ihre Streitigkeiten, um die Umsetzung des EuGH-Urteils durch die EU oder den assoziierten Staat innerhalb von zwölf Monaten ab dem Tag des Erlasses dieses Urteils zu gewährleisten. Zu diesem Zweck werden dem Gemeinsamen Ausschuss alle sachdienlichen Informationen zur Verfügung gestellt, um eine eingehende Prüfung der Lage zu ermöglichen.

(6) Gelingt es dem Gemeinsamen Ausschuss nicht, die Streitigkeit beizulegen, so kann er einen Beschluss über Kompensationsmaßnahmen für die geltend gemachte fehlerhafte Anwendung dieses Abkommens fassen, um etwaige Ungleichgewichte zu beseitigen. Dieser Beschluss wird innerhalb von zwölf Monaten nach dem Tag des Erlasses des Urteils des EuGH getroffen.

(7) Hat der Gemeinsame Ausschuss keinen Beschluss nach Absatz 6 gefasst, so kann die Assoziationspartei, die eine fehlerhafte Anwendung dieses Abkommens geltend macht, Kompensationsmaßnahmen ergreifen, um etwaige Ungleichgewichte zu beseitigen, einschließlich der Aussetzung des gesamten oder eines Teils dieses Abkommens. Umfang und Dauer dieser Maßnahmen beschränken sich auf das unbedingt erforderliche Maß, um Abhilfe zu schaffen und das Funktionieren dieses Abkommens so wenig wie möglich zu stören.

(8) Die Assoziationspartei, die von den in Absatz 7 genannten Maßnahmen betroffen ist, kann dem Gemeinsamen Ausschuss ihre Stellungnahme übermitteln, damit ein Beschluss über die Verhältnismäßigkeit dieser Maßnahmen gefasst werden kann. Ist der Gemeinsame Ausschuss nicht in der Lage, innerhalb von drei Monaten, nachdem er mit der Angelegenheit befasst wurde, einen Beschluss zu fassen, so kann jede Assoziationspartei die Frage der Verhältnismäßigkeit dieser Maßnahmen einem Schiedsverfahren gemäß Rahmenprotokoll 6 unterwerfen. Fragen, die die Auslegung der in Absatz 3 genannten Bestimmungen dieses Abkommens betreffen, dürfen nicht Gegenstand eines Schiedsverfahrens sein. Der Schiedsspruch ist für die Assoziationsparteien bindend.

Wurden Kompensations- oder Aussetzungsmaßnahmen nach Absatz 6 oder 7 getroffen, so bleiben die Rechte des Einzelnen aus diesem Abkommen am Tag des Inkrafttretens dieser Maßnahmen sowie die damit verbundenen Verpflichtungen aus diesem Abkommen bestehen.

ARTIKEL 91

Gerichtliche Überprüfung

(1) Die Überprüfung der Rechtmäßigkeit von EU-Rechtsakten, die von Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der EU im Anwendungsbereich dieses Abkommens angenommen wurden, fällt in die ausschließliche Zuständigkeit des EuGH.

(2) Die in Absatz 1 genannten EU-Rechtsakte, die an einen assoziierten Staat oder eine natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz bzw. Sitz in einem assoziierten Staat gerichtet sind, unterliegen der Überprüfung durch den EuGH. Diese Überprüfung erfolgt im Einklang mit Artikel 263 AEUV.

(3) Ungeachtet des Ablaufs der in Artikel 263 Absatz 6 AEUV vorgesehenen Frist kann ein assoziierter Staat sowie jede natürliche oder juristische Person, die ihren Wohnsitz bzw. Sitz in seinem Hoheitsgebiet hat, in einem Rechtsstreit, bei dem die Rechtmäßigkeit eines von einem Organ, einer Einrichtung oder einer sonstigen Stelle der EU erlassenen Rechtsakts mit allgemeiner Geltung angefochten wird, vor dem EuGH die Unanwendbarkeit dieses Rechtsakts aus den in Artikel 263 Absatz 2 AEUV genannten Gründen geltend machen.

ARTIKEL 92

Untätigkeitsklage

(1) Ein assoziierter Staat sowie jede natürliche oder juristische Person, die ihren Wohnsitz bzw. Sitz in seinem Hoheitsgebiet hat, kann vor dem EuGH Beschwerde darüber führen, dass ein Organ, eine Einrichtung oder eine sonstige Stelle der EU es unterlassen hat, einen anderen Akt als eine Empfehlung oder Stellungnahme an sie zu richten, und damit gegen dieses Abkommen verstoßen hat.

(2) Die Klage nach Absatz 1 ist nur zulässig, wenn das Organ, die Einrichtung oder die sonstige Stelle der EU zuvor aufgefordert worden ist, tätig zu werden. Hat es bzw. sie binnen zwei Monaten nach dieser Aufforderung nicht Stellung genommen, so kann die Klage innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten erhoben werden.

ARTIKEL 93

Rechtsmittel bei außervertraglicher Haftung

In Fällen von außervertraglicher Haftung und im Einklang mit diesem Abkommen können die assoziierten Staaten sowie die natürlichen oder juristischen Personen, die ihren Wohnsitz bzw. Sitz in ihrem Hoheitsgebiet haben, den EuGH anrufen, um Ersatz für Schäden zu erlangen, die durch die Tätigkeiten der Organe, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der EU oder durch deren Bedienstete in Ausübung ihres Amtes verursacht wurden.

ARTIKEL 94

Vorabentscheidungsersuchen

(1) Wird in einem bei einem Gericht eines assoziierten Staates anhängigen Verfahren eine Frage im Zusammenhang mit der Auslegung dieses Abkommens oder der Gültigkeit eines von Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der EU im Anwendungsbereich dieses Abkommens erlassenen Rechtsakts aufgeworfen, so kann dieses Gericht den EuGH um Vorabentscheidung ersuchen.

(2) Wird in einem assoziierten Staat eine derartige Frage in einem bei einem Gericht anhängigen Verfahren gestellt, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts des assoziierten Staats angefochten werden können, so ist dieses Gericht zur Anrufung des EuGH verpflichtet.

(3) Ein assoziierter Staat hat das Recht, beim EuGH Schriftsätze oder schriftliche Stellungnahmen einzureichen, wenn ein Gericht in einem EU-Mitgliedstaat um eine Vorabentscheidung zu diesem Abkommen ersucht hat oder wenn ein Gericht in einem assoziierten Staat dies in einem der in Absatz 1 genannten Fälle getan hat.

ARTIKEL 95

Auf Verfahren vor dem EuGH anwendbares Recht

Wird beim EuGH eine Klage gemäß den Artikeln 90 bis 94 des Rahmenabkommens erhoben, so ist vor dem EuGH dasselbe Verfahren anzuwenden, das im EU-Recht für ähnliche auf den AEUV gestützte Klagen vorgesehen ist.

ARTIKEL 96

Urteile des EuGH

(1) Die im Rahmen dieses Abkommens ergangenen Urteile des EuGH sind verbindlich.

(2) Die Organe, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der EU, denen das für nichtig erklärte Handeln zur Last fällt oder deren Untätigkeit als im Widerspruch zu diesem Abkommen stehend erklärt worden ist, haben die sich aus dem Urteil des EuGH ergebenden Maßnahmen zu ergreifen.

KAPITEL 6

SCHUTZMAßNAHMEN UND HÖHERE GEWALT

ARTIKEL 97

Schutzmaßnahmen

(1) Im Falle ernstlicher wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder ökologischer Schwierigkeiten sektoraler oder regionaler Art, die durch die Anwendung dieses Abkommens verursacht werden und wahrscheinlich anhalten werden, kann eine Assoziationspartei unter den Voraussetzungen und gemäß den Verfahren dieses Artikels einseitig geeignete Schutzmaßnahmen treffen.

(2) Diese Schutzmaßnahmen sind in ihrem Anwendungsbereich und ihrer Dauer auf das für die Behebung der Schwierigkeiten unbedingt erforderliche Maß zu beschränken. Vorrang ist Maßnahmen zu geben, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Abkommens möglichst wenig beeinträchtigen.

(3) Erwägt eine Assoziationspartei, Schutzmaßnahmen nach Absatz 1 zu treffen, so notifiziert sie dies umgehend der anderen Assoziationspartei und übermittelt ihr alle sachdienlichen Informationen.

(4) Die Assoziationsparteien konsultieren einander unverzüglich im zuständigen Gemeinsamen Ausschuss, um eine annehmbare Lösung zu finden.

(5) Die betreffende Assoziationspartei darf Schutzmaßnahmen erst nach Ablauf eines Monats ab dem Tag der in Absatz 3 genannten Notifikation treffen, es sei denn, das Konsultationsverfahren im Gemeinsamen Ausschuss wurde bereits abgeschlossen. Erfordern außergewöhnliche Umstände sofortige Maßnahmen, die eine vorherige Konsultation ausschließen, so darf die betreffende Assoziationspartei unverzüglich und vorbehaltlich der umgehenden Übermittlung einer begründeten Notifikation an den Gemeinsamen Ausschuss die für die Behebung der Schwierigkeiten unbedingt erforderlichen Notstandsmaßnahmen treffen.

(6) Die betreffende Assoziationspartei notifiziert diese Maßnahmen umgehend dem Gemeinsamen Ausschuss und stellt alle sachdienlichen Informationen zur Verfügung.

(7) Über die getroffenen Schutzmaßnahmen finden im Gemeinsamen Ausschuss vom Zeitpunkt ihrer Einführung an alle drei Monate Konsultationen mit dem Ziel statt, diese Maßnahmen vor dem vorgesehenen Ablauf ihrer Geltungsdauer nach Möglichkeit aufzuheben oder ihren Anwendungsbereich zu beschränken. Jede Assoziationspartei kann den Gemeinsamen Ausschuss ersuchen, diese Maßnahmen zu überprüfen oder aufzuheben.

(8) Entsteht durch eine von einer Assoziationspartei getroffene Schutzmaßnahme ein Ungleichgewicht zwischen den Rechten und Pflichten aus diesem Abkommen, so kann die andere Assoziationspartei die angemessenen Ausgleichsmaßnahmen treffen, die für die Behebung des Ungleichgewichts unbedingt erforderlich sind. Vorrang ist Maßnahmen zu geben, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Abkommens möglichst wenig beeinträchtigen.

(9) Jede Assoziationspartei kann den Gemeinsamen Ausschuss jederzeit ersuchen, über die Verhältnismäßigkeit der in den Absätzen 1, 4 oder 7 genannten Maßnahmen zu entscheiden. Ist der Gemeinsame Ausschuss nicht in der Lage, innerhalb von drei Monaten, nachdem er mit der Angelegenheit befasst wurde, einen Beschluss zu fassen, so kann jede Assoziationspartei die Frage der Verhältnismäßigkeit dieser Maßnahmen einem Schiedsverfahren gemäß Rahmenprotokoll 6 unterwerfen. Fragen, die die Auslegung dieses Abkommens betreffen, dürfen nicht Gegenstand eines Schiedsverfahrens sein. Der Schiedsspruch ist für die Streitparteien verbindlich.

ARTIKEL 98

Höhere Gewalt

(1) Im Falle eines Terroranschlags, einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe, von denen eine Assoziationspartei betroffen ist, kann diese umgehend unter den Voraussetzungen und gemäß den Verfahren dieses Artikels einseitig geeignete Schutzmaßnahmen treffen.

(2) Diese Schutzmaßnahmen sind in ihrem Anwendungsbereich und ihrer Dauer auf das für die Behebung der Schwierigkeiten unbedingt erforderliche Maß zu beschränken. Vorrang ist Maßnahmen zu geben, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Abkommens möglichst wenig beeinträchtigen.

(3) Die betreffende Assoziationspartei notifiziert diese Maßnahmen umgehend dem Gemeinsamen Ausschuss und stellt alle sachdienlichen Informationen zur Verfügung.

(4) Über die getroffenen Schutzmaßnahmen finden im Gemeinsamen Ausschuss vom Zeitpunkt ihrer Einführung an alle drei Monate Konsultationen mit dem Ziel statt, diese Maßnahmen vor dem vorgesehenen Ablauf ihrer Geltungsdauer nach Möglichkeit aufzuheben oder ihren Anwendungsbereich zu beschränken. Jede Assoziationspartei kann den Gemeinsamen Ausschuss jederzeit ersuchen, diese Maßnahmen zu überprüfen oder aufzuheben.

(5) Entsteht durch eine von einer Assoziationspartei getroffene Schutzmaßnahme ein Ungleichgewicht zwischen den Rechten und Pflichten aus diesem Abkommen, so kann die andere Assoziationspartei die angemessenen Ausgleichsmaßnahmen treffen, die für die Behebung des Ungleichgewichts unbedingt erforderlich sind. Vorrang ist Maßnahmen zu geben, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Abkommens möglichst wenig beeinträchtigen.

(6) Jede Assoziationspartei kann den Gemeinsamen Ausschuss ersuchen, über die Verhältnismäßigkeit der in den Absätzen 1 bzw. 5 genannten Maßnahmen zu entscheiden. Ist der Gemeinsame Ausschuss nicht in der Lage, innerhalb von drei Monaten, nachdem er mit der Angelegenheit befasst wurde, einen Beschluss zu fassen, so kann jede Assoziationspartei die Frage der Verhältnismäßigkeit dieser Maßnahmen einem Schiedsverfahren gemäß dem Rahmenprotokoll 6 unterwerfen. Fragen, die die Auslegung dieses Abkommens betreffen, dürfen nicht Gegenstand eines Schiedsverfahrens sein. Der Schiedsspruch ist für die Streitparteien verbindlich.

ARTIKEL 99

Beschlüsse zur Auferlegung von Zahlungen

(1) Beschlüsse der Europäischen Kommission aufgrund dieses Abkommens, die eine Zahlung auferlegen, sind vollstreckbare Titel; dies gilt nicht gegenüber Staaten. Dasselbe gilt für Urteile des EuGH, die solche Zahlungen im Rahmen der in diesem Abkommen vorgesehenen Streitbeilegungsverfahren auferlegen.

(2) Die Zwangsvollstreckung erfolgt nach den Vorschriften des Zivilprozessrechts des Staates, in dessen Hoheitsgebiet sie stattfindet. Die Vollstreckungsklausel wird nach einer Prüfung, die sich lediglich auf die Echtheit des Titels erstrecken darf, von den Behörden erteilt, die jeder EU-Mitgliedstaat und assoziierte Staat zu diesem Zweck bestimmt und der anderen Assoziationspartei benennt.

(3) Sind diese Formvorschriften auf Antrag der die Vollstreckung betreibenden Partei erfüllt, so kann diese die Zwangsvollstreckung nach dem Recht des Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Zwangsvollstreckung stattfinden soll, betreiben, indem sie die zuständige Stelle unmittelbar anruft. Die Zwangsvollstreckung kann nur durch eine Entscheidung des EuGH ausgesetzt werden. Für die Prüfung von Beschwerden betreffend die Ordnungsmäßigkeit der Vollstreckungsmaßnahmen sind jedoch die Gerichte der betreffenden Staaten zuständig.

TEIL VIII

ALLGEMEINE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

ARTIKEL 100

Durchführung

Die Assoziationsparteien treffen alle allgemeinen oder besonderen Maßnahmen, die erforderlich sind, um ihren Verpflichtungen aus diesem Abkommen, den jeweiligen Protokollen und den darin genannten EU-Rechtsakten nachzukommen, und enthalten sich jeder Maßnahme, die die Erreichung ihrer Ziele gefährden könnte.

ARTIKEL 101

Eigentumsordnung

Dieses Abkommen lässt die Eigentumsordnung der einzelnen Assoziationsparteien unberührt.

ARTIKEL 102

Ausnahmen zur Wahrung der Sicherheit

Dieses Abkommen hindert eine Assoziationspartei nicht daran, Maßnahmen zu ergreifen,

a) die erforderlich sind, um die Preisgabe von Auskünften zu verhindern, die ihren wesentlichen Sicherheitsinteressen widerspricht,

b) die sich auf die Erzeugung von oder den Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial oder sonstigen Waren beziehen, die für Verteidigungszwecke oder für Forschung, Entwicklung oder Erzeugung für Verteidigungszwecke unerlässlich sind, sofern diese Maßnahmen die Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich der nicht eigens für militärische Zwecke bestimmten Waren nicht beeinträchtigen,

c) die sich auf spaltbare oder fusionsfähige Stoffe oder auf Stoffe beziehen, aus denen diese gewonnen werden,

d) die bei einer schwerwiegenden innerstaatlichen Störung der öffentlichen Ordnung, im Kriegsfall, bei einer ernsten, eine Kriegsgefahr darstellenden internationalen Spannung oder in Erfüllung der Verpflichtungen, die sie im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen übernommen hat, für die eigene Sicherheit wesentlich sind.

ARTIKEL 103

Restriktive Maßnahmen der EU

Die assoziierten Staaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Rechte und Pflichten im Rahmen dieses Abkommens es unter ihrer Zuständigkeit in keiner Weise ermöglichen oder zulassen, dass nach Artikel 29 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) und Artikel 215 AEUV erlassene restriktive Maßnahmen der EU umgangen werden.

ARTIKEL 104

Räumlicher Geltungsbereich

(1) Das Rahmenabkommen und die Rahmenprotokolle gelten für die Gebiete, in denen der EUV und der AEUV Anwendung finden, nach Maßgabe jener Verträge sowie für die Hoheitsgebiete Andorras und San Marinos.

(2) Jedes der Protokolle für die assoziierten Staaten gilt für die Gebiete, in denen der EUV und der AEUV Anwendung finden, nach Maßgabe jener Verträge sowie für das Hoheitsgebiet des betreffenden assoziierten Staates.

ARTIKEL 105

Künftige Beitritte zur EU

(1) Die EU notifiziert den assoziierten Staaten jeden neuen Antrag eines Drittlands auf Beitritt zur EU. Der Assoziationsausschuss prüft etwaige Auswirkungen des Beitritts eines Drittlands zur EU auf dieses Abkommen vor dem Beitrittstermin.

(2) Soweit erforderlich, ändern die Vertragsparteien dieses Abkommen vor dem Inkrafttreten eines Abkommens über den Beitritt eines Drittlands zur EU nach ihren jeweiligen internen Verfahren.

(3) Dieses Abkommen gilt für jeden neuen EU-Mitgliedstaat ab dem Tag des Beitritts dieses neuen Mitgliedstaats zur EU.

ARTIKEL 106

Änderung des Rahmenabkommens

Jede Vertragspartei kann den anderen Vertragsparteien Vorschläge zur Änderung dieses Rahmenabkommens unterbreiten. Vorschläge zur Änderung dieses Rahmenabkommens sind Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien im Assoziationsausschuss. Vereinbaren die Vertragsparteien eine Überarbeitung des Rahmenabkommens, so wird sie von den Vertragsparteien unterzeichnet und angenommen und tritt nach der Notifikation des Abschlusses ihrer jeweiligen internen Verfahren durch alle Vertragsparteien und nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden in Kraft.

ARTIKEL 107

Änderung der Rahmenprotokolle

Jede Vertragspartei kann den anderen Vertragsparteien Vorschläge zur Änderung eines Rahmenprotokolls unterbreiten. Vorschläge zur Änderung eines Rahmenprotokolls sind Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien im Assoziationsausschuss. Vereinbaren die Vertragsparteien eine Änderung eines Rahmenprotokolls, so wird sie von den Vertragsparteien unterzeichnet und angenommen und tritt nach der Notifikation des Abschlusses ihrer jeweiligen internen Verfahren durch alle Vertragsparteien und nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden in Kraft.

ARTIKEL 108

Änderung der Protokolle für die assoziierten Staaten

Die EU oder ein assoziierter Staat kann Änderungen des Protokolls für diesen assoziierten Staat vorschlagen. Vorschläge zur Änderung des Protokolls für einen assoziierten Staat sind Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Assoziationsparteien im zuständigen Gemeinsamen Ausschuss. Vereinbaren die Assoziationsparteien die Änderung des Protokolls für den betreffenden assoziierten Staat, so nimmt der Gemeinsame Ausschuss die Änderung an. Sieht das Protokoll für den assoziierten Staat im Einklang mit Artikel 77 Absatz 2 vor, dass eine Änderung des gesamten Protokolls oder eines Teils davon erst in Kraft treten kann, nachdem die Assoziationsparteien ihre eigenen internen Verfahren abgeschlossen haben, so wird der Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses erst wirksam, wenn alle Assoziationsparteien den Abschluss ihrer jeweiligen internen Verfahren notifiziert haben.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 109

Protokolle und Anhänge

Die Rahmenprotokolle, die Protokolle für die assoziierten Staaten, die Anhänge und die darin genannten Rechtsakte in der für die Zwecke dieses Abkommens angepassten Fassung sind Bestandteil dieses Abkommens und haben die gleiche Rechtswirkung.

ARTIKEL 110

Bestehende Abkommen

(1) Sofern im vorliegenden Abkommen, insbesondere in Rahmenprotokoll 2 und den Protokollen für die assoziierten Staaten, nichts anderes bestimmt ist, geht die Anwendung der Bestimmungen dieses Abkommens den Bestimmungen bestehender bilateraler Abkommen zwischen der EU und einem der assoziierten Staaten vor, soweit durch dieses Abkommen dasselbe Sachgebiet geregelt ist.

(2) Wird im vorliegenden Abkommen auf die Gesamtheit oder einen Teil eines bilateralen Abkommens, das die EU einerseits und einen der assoziierten Staaten andererseits bindet, Bezug genommen, so gelten – sofern im vorliegenden Abkommen nichts anderes bestimmt ist – auch Änderungen dieser Abkommen und deren Folgeabkommen als eingeschlossen, die am oder nach dem Tag des Inkrafttretens des vorliegenden Abkommens für beide Assoziationsparteien in Kraft getreten sind.

ARTIKEL 111

Sprachen

(1) Dieses Assoziationsabkommen ist in einer Urschrift in bulgarischer, dänischer, deutscher, englischer, estnischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, katalanischer, kroatischer, lettischer, litauischer, maltesischer, niederländischer, polnischer, portugiesischer, rumänischer, schwedischer, slowakischer, slowenischer, spanischer, tschechischer und ungarischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) Der Wortlaut der EU-Rechtsakte, auf die in diesem Assoziationsabkommen Bezug genommen wird, ist in der im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten Fassung in bulgarischer, dänischer, deutscher, englischer, estnischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, kroatischer, lettischer, litauischer, maltesischer, niederländischer, polnischer, portugiesischer, rumänischer, schwedischer, slowakischer, slowenischer, spanischer, tschechischer und ungarischer Sprache gleichermaßen verbindlich; diese Rechtsakte werden für die Authentifizierung in katalanischer Sprache abgefasst.

ARTIKEL 112

Inkrafttreten und Kündigung

(1) Die Vertragsparteien ratifizieren, schließen und genehmigen dieses Abkommen gemäß ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen oder institutionellen Anforderungen. Dieses Abkommen tritt zwischen den drei Vertragsparteien am ersten Tag des zweiten Monats nach der letzten Notifikation der Hinterlegung der Ratifikations-, Abschluss- oder Genehmigungsurkunde beim Generalsekretariat des Rates der EU in Kraft, das als Verwahrer dieses Abkommens fungiert.

(2) Bis zum Abschluss der in Absatz 1 genannten Ratifikations-, Abschluss- oder Genehmigungsverfahren wenden die Vertragsparteien dieses Abkommen ab dem ersten Tag des Monats vorläufig an, der auf den Monat folgt, in dem eine Vertragspartei ihre Ratifikations-, Abschluss- oder Genehmigungsurkunde beim Generalsekretariat des Rates der EU hinterlegt hat, es sei denn, eine andere Vertragspartei notifiziert, dass eine solche vorläufige Anwendung nicht möglich ist.

(3) Sind die Voraussetzungen für die vorläufige Anwendung zwischen allen drei Vertragsparteien nach Absatz 2 nicht erfüllt, so gilt dieses Abkommen zwischen der EU und einem der assoziierten Staaten ab dem ersten Tag des zweiten Monats, der auf den Monat folgt, in dem entweder die EU oder der assoziierte Staat ihre bzw. seine Ratifikations-, Abschluss- oder Genehmigungsurkunde beim Generalsekretariat des Rates der EU hinterlegt hat, es sei denn, eine Vertragspartei notifiziert, dass eine solche vorläufige Anwendung nicht möglich ist. Während der Anwendungsdauer dieses Abkommens nach diesem Absatz gelten die Bezugnahmen auf den „Assoziationsausschuss“ in den Artikeln 75, 105, 106 und 107 des Rahmenabkommens als Bezugnahmen auf den zuständigen „Gemeinsamen Ausschuss“. In diesem Zeitraum beschließt der Gemeinsame Ausschuss über die technischen Anpassungen des Assoziationsabkommens, die für dessen ordnungsgemäßes Funktionieren erforderlich sind.

(4) Jede Assoziationspartei kann dieses Abkommen kündigen, indem sie der anderen Assoziationspartei ihre Entscheidung schriftlich notifiziert. Die Anwendung dieses Abkommens zwischen den jeweiligen Assoziationsparteien endet sechs Monate nach Eingang der Notifikation unter den in Absatz 5 genannten Bedingungen.

(5) Dieses Abkommen findet zwischen der EU und dem verbleibenden assoziierten Staat weiterhin Anwendung, wenn die Kündigung dieses Abkommens durch einen der assoziierten Staaten nicht alle Vertragsparteien berührt.

(6) Endet die Anwendung dieses Assoziationsabkommens, so bleiben die gemäß diesem Abkommen bereits begründeten Rechte und Pflichten von Einzelpersonen und Wirtschaftsbeteiligten unberührt. Die EU und der/die betreffende(n) assoziierte(n) Staat(en) entscheiden im gegenseitigen Einvernehmen, welche Maßnahmen in Bezug auf Rechte, deren Erwerb noch im Gange ist, zu ergreifen sind. Dieser Absatz gilt unbeschadet der besonderen Bestimmungen des Artikels 90 des Rahmenabkommens.

(7) Ab dem Tag, ab dem dieses Abkommen gemäß Absatz 2 vorläufig angewendet oder gemäß Absatz 3 zwischen der EU und einem der assoziierten Staaten angewendet wird, sind Bezugnahmen in diesem Abkommen auf den „Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens“ oder auf das „Inkrafttreten dieses Abkommens“ als Bezugnahmen auf den Tag zu verstehen, ab dem dieses Abkommen gemäß Absatz 2 vorläufig angewendet oder gemäß Absatz 3 zwischen der Union und einem der assoziierten Staaten angewendet wird.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu ... am …

Für die Europäische Union

Für das Fürstentum Andorra

Für die Republik San Marino

RAHMENPROTOKOLL 1
ÜBER HORIZONTALE ANPASSUNGEN

ARTIKEL 1

Anwendung des EU-Besitzstands und spezifische Anpassungen

Die Bestimmungen der Rechtsakte, auf die in den Protokollen für die assoziierten Staaten Bezug genommen wird, sind nach Maßgabe dieses Abkommens und dieses Rahmenprotokolls anzuwenden, sofern in dem Protokoll für den betreffenden assoziierten Staat nichts anderes bestimmt ist. Die für EU-Rechtsakte erforderlichen besonderen Anpassungen sind in dem Anhang des Protokolls für einen assoziierten Staat niedergelegt, in dem der betreffende Rechtsakt aufgeführt ist.

ARTIKEL 2

Erwägungsgründe von Rechtsakten

Die Erwägungsgründe der Rechtsakte, auf die Bezug genommen wird, werden für die Zwecke dieses Abkommens nicht angepasst. Soweit notwendig sind sie im Rahmen dieses Abkommens für die ordnungsgemäße Auslegung und Anwendung der Bestimmungen dieser Rechtsakte von Bedeutung.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 3

Übergangsregelungen

(1) Wird in einem Anhang des Protokolls für einen assoziierten Staat im Zusammenhang mit einem EU-Rechtsakt auf diesen Artikel Bezug genommen, so gelten die Absätze 2 bis 5.

(2) Die Verpflichtung des betreffenden assoziierten Staates, den EU-Rechtsakt umzusetzen und anzuwenden, wird bis zum Ende des im entsprechenden Anhang genannten Zeitraums ausgesetzt.

(3) Der betreffende assoziierte Staat kann dem Gemeinsamen Ausschuss jederzeit während des in Absatz 2 genannten Zeitraums seine Absicht notifizieren, den EU-Rechtsakt vor Ablauf dieses Zeitraums umzusetzen. In diesem Fall gibt der assoziierte Staat den Tag an, ab dem er diesen Rechtsakt anzuwenden beabsichtigt. Der Gemeinsame Ausschuss fasst einen Beschluss zur Änderung des betreffenden Anhangs.

(4) Die Anwendung eines Rechtsakts zwischen der EU und dem betreffenden assoziierten Staat wird bis zu dem früheren der folgenden Zeitpunkte ausgesetzt:

a) dem ersten Tag nach Ende des in Absatz 2 genannten Zeitraums oder

b) dem in Absatz 3 genannten Tag.

(5) Während der Aussetzung nach Absatz 2 werden die Beziehungen zwischen der EU und dem betreffenden assoziierten Staat im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die in den Anwendungsbereich des EU-Rechtsakts fallen, durch die besonderen Bestimmungen des betreffenden Anhangs geregelt.

ARTIKEL 4

Regelungen ohne Angabe eines Zeitraums im Anhang

(1) Wird in einem Anhang des Protokolls für einen assoziierten Staat im Zusammenhang mit einem EU-Rechtsakt auf diesen Artikel Bezug genommen, so gelten die Absätze 2 bis 6.

(2) Die Verpflichtung des betreffenden assoziierten Staates, den EU-Rechtsakt umzusetzen und anzuwenden, wird ausgesetzt.

(3) Der betreffende assoziierte Staat kann dem Gemeinsamen Ausschuss jederzeit seine Absicht notifizieren, den EU-Rechtsakt umzusetzen. In diesem Fall gibt der assoziierte Staat den Tag an, ab dem er diesen Rechtsakt anzuwenden beabsichtigt. Der Gemeinsame Ausschuss fasst einen Beschluss zur Änderung des betreffenden Anhangs.

(4) Der Gemeinsame Ausschuss überprüft die in Absatz 2 vorgesehene Aussetzung zu jedem beliebigen Zeitpunkt, mindestens jedoch alle fünf Jahre, je nach Notwendigkeit, auf Marktentwicklungen und auf andere spezifische Kriterien, die in dem betreffenden Anhang möglicherweise festgelegt sind, einzugehen. Auf der Grundlage dieser Überprüfung kann der Gemeinsame Ausschuss beschließen, den betreffenden Anhang zu ändern, um eine Frist für die Umsetzung und Anwendung des Rechtsakts durch den betreffenden assoziierten Staat festzulegen. Dies gilt unbeschadet des Artikels 90 des Rahmenabkommens, der Anwendung findet, wenn die Integrität und Homogenität des Binnenmarkts wiederhergestellt werden müssen.

(5) Die Anwendung eines Rechtsakts zwischen der EU und dem betreffenden assoziierten Staat wird bis zu dem Tag ausgesetzt, an dem der in Absatz 3 genannte Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses in Kraft tritt, oder gegebenenfalls bis zu dem Tag, an dem die in Absatz 4 genannte Frist abläuft.

(6) Während der Aussetzung nach Absatz 2 werden die Beziehungen zwischen der EU und dem betreffenden assoziierten Staat im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die in den Anwendungsbereich des EU-Rechtsakts fallen, durch die besonderen Bestimmungen des betreffenden Anhangs geregelt.

ARTIKEL 5

Bestimmungen über EU-Ausschüsse

Die Verfahren, institutionellen Vereinbarungen und sonstigen Bestimmungen, die EU-Ausschüsse betreffen und in den Rechtsakten enthalten sind, auf die in den Protokollen für die assoziierten Staaten Bezug genommen wird, sind in Artikel 67 und in Artikel 80 Absätze 5, 6 und 7 des Rahmenabkommens sowie in den Protokollen für die assoziierten Staaten festgelegt.

ARTIKEL 6

Bestimmungen über Verfahren zur Anpassung oder Änderung von EU-Rechtsakten

Sieht ein Rechtsakt, auf den im Protokoll für einen assoziierten Staat Bezug genommen wird, vor, dass er nach EU-Verfahren angepasst, ausgeweitet oder geändert werden kann oder dass neue Politiken, Maßnahmen oder Rechtsakte der EU ausgearbeitet werden können, so findet das einschlägige Beschlussfassungsverfahren des Rahmenabkommens Anwendung.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 7

Informationsaustausch und Notifikationsverfahren

(1) Hat ein EU-Mitgliedstaat der Europäischen Kommission Informationen vorzulegen, so legt ein assoziierter Staat der Europäischen Kommission ebenfalls entsprechende Informationen vor. Dasselbe gilt, wenn die Informationen von den zuständigen Behörden zu übermitteln sind.

(2) Hat ein EU-Mitgliedstaat einem oder mehreren anderen EU-Mitgliedstaaten Informationen vorzulegen, so legt er diese Informationen auch der Europäischen Kommission vor. Die Europäische Kommission leitet diese Informationen an die assoziierten Staaten weiter.

Ein assoziierter Staat legt entsprechende Informationen einem oder mehreren EU-Mitgliedstaaten vor; diese leiten sie an die Europäische Kommission zur Übermittlung an alle EU-Mitgliedstaaten weiter. Dasselbe gilt, wenn die Informationen von den zuständigen Behörden vorzulegen sind.

(3) In Bereichen, in denen aus Dringlichkeitsgründen eine schnelle Informationsübermittlung erforderlich ist, finden geeignete sektorbezogene Lösungen Anwendung, die den direkten Austausch der Informationen vorsehen.

(4) Sofern im Assoziationsabkommen nichts anderes bestimmt ist, werden die Aufgaben der Europäischen Kommission in Überprüfungs-, Informations-, Notifikations- oder Konsultations- und ähnlichen Verfahren entsprechend auch gegenüber den assoziierten Staaten wahrgenommen. Die Artikel 5, 6 und 10 dieses Rahmenprotokolls bleiben hiervon unberührt.

www.parlament.gv.at

(5) Die Europäische Kommission und der entsprechende Gemeinsame Ausschuss tauschen alle diesbezüglichen Informationen aus. Mit Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, kann der entsprechende Gemeinsame Ausschuss befasst werden.

ARTIKEL 8

Überprüfungs- und Berichtsverfahren

Hat die Europäische Kommission oder eine sonstige EU-Institution gemäß dem Rechtsakt, auf den im Protokoll für einen assoziierten Staat Bezug genommen wird, einen Bericht, eine Erklärung oder ein ähnliches Dokument auszuarbeiten, so arbeitet sie, falls nichts anderes vereinbart wird, gleichzeitig einen entsprechenden Bericht, eine entsprechende Erklärung oder ein entsprechendes ähnliches Dokument für die assoziierten Staaten aus, sofern in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist. Während der Ausarbeitung ihrer jeweiligen Berichte konsultieren sich die Europäische Kommission und die assoziierten Staaten und tauschen Informationen aus; dem entsprechenden Gemeinsamen Ausschuss werden Abschriften der Berichte übersandt.

ARTIKEL 9

Veröffentlichung von Informationen

(1) Hat ein EU-Mitgliedstaat gemäß dem Rechtsakt, auf den im Protokoll für einen assoziierten Staat Bezug genommen wird, bestimmte Informationen über Tatsachen, Verfahren oder Ähnliches zu veröffentlichen, so veröffentlichen auch die assoziierten Staaten die einschlägigen Informationen in entsprechender Weise.

www.parlament.gv.at

(2) Sind gemäß einem Rechtsakt, auf den im Protokoll für einen assoziierten Staat Bezug genommen wird, Tatsachen, Verfahren, Berichte oder Ähnliches im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu veröffentlichen, so werden die entsprechenden Informationen betreffend die assoziierten Staaten ebenfalls darin veröffentlicht.

ARTIKEL 10

Rechte und Pflichten

Die den EU-Mitgliedstaaten oder ihren Körperschaften des öffentlichen Rechts, ihren Unternehmen oder ihren Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander verliehenen Rechte und die ihnen auferlegten Pflichten gelten als den Assoziationsparteien verliehen bzw. auferlegt; als Assoziationsparteien gelten gegebenenfalls auch ihre zuständigen Behörden, ihre Körperschaften des öffentlichen Rechts, ihre Unternehmen oder ihre Einzelpersonen.

ARTIKEL 11

Bezugnahmen auf Gebiete

Enthalten die EU-Rechtsakte, auf die in den Protokollen für die assoziierten Staaten Bezug genommen wird, Bezugnahmen auf das Gebiet der „Europäischen Union“, den „Gemeinsamen Markt“ oder den „Binnenmarkt“, so gelten diese Bezugnahmen für die Zwecke dieses Abkommens als Bezugnahmen auf die Gebiete der Vertragsparteien im Sinne des Artikels 104 des Rahmenabkommens.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 12

Bezugnahmen auf die Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten

Enthalten die Rechtsakte, auf die in den Protokollen für die assoziierten Staaten Bezug genommen wird, Bezugnahmen auf die Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten, so gelten diese Bezugnahmen für die Zwecke dieses Abkommens auch als Bezugnahmen auf die Staatsangehörigen der assoziierten Staaten.

ARTIKEL 13

Bezugnahmen auf Sprachen

Verleiht ein Rechtsakt, auf den im Protokoll für einen assoziierten Staat Bezug genommen wird, den EU-Mitgliedstaaten oder ihren Körperschaften des öffentlichen Rechts, ihren Unternehmen oder ihren Einzelpersonen Rechte oder erlegt er ihnen Pflichten hinsichtlich des Gebrauchs einer Amtssprache der EU auf, so gelten die entsprechenden Rechte und Pflichten hinsichtlich des Gebrauchs einer Amtssprache der Vertragsparteien als den Vertragsparteien, ihren zuständigen Behörden, ihren Körperschaften des öffentlichen Rechts, ihren Unternehmen oder ihren Einzelpersonen verliehen bzw. auferlegt.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 14

Inkrafttreten und Umsetzung von Rechtsakten

Die Bestimmungen über das Inkrafttreten und die Umsetzung der Rechtsakte, auf die in den Protokollen für die assoziierten Staaten Bezug genommen wird, sind für die Zwecke dieses Abkommens unbeachtlich. Für die assoziierten Staaten ergeben sich die Fristen und Daten für das Inkraftsetzen und die Umsetzung der Rechtsakte, auf die Bezug genommen wird, aus Artikel 112 des Rahmenabkommens und aus den Übergangsregelungen.

ARTIKEL 15

Adressaten der EU-Rechtsakte

Die Bestimmungen, dass ein EU-Rechtsakt an EU-Mitgliedstaaten gerichtet ist, sind für die Zwecke dieses Abkommens unbeachtlich.

www.parlament.gv.at

RAHMENPROTOKOLL 2
ÜBER BESTEHENDE ABKOMMEN

Gemäß Artikel 110 des Rahmenabkommens sind die Vertragsparteien übereingekommen, dass die nachstehenden bilateralen Abkommen zwischen der EU einerseits und einem der assoziierten Staaten andererseits nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens weiterhin angewendet werden:

a) Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Andorra über Regelungen, die denen der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen vom 15. November 2004 gleichwertig sind, und die ergänzende Absichtserklärung[1], geändert durch das Änderungsprotokoll vom 12. Februar 2016[2],

b) Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik San Marino über Regelungen, die denen der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen vom 7. Dezember 2004 gleichwertig sind, und die ergänzende Absichtserklärung[3], geändert durch das Änderungsprotokoll vom 8. Dezember 2015[4],

c) Währungsvereinbarung zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra vom 30. Juni 2011[5],

d) Währungsvereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Republik San Marino vom 27. März 2012[6].

1 ABl. L 359 vom 4.12.2004, S. 33.
2 ABl. L 268 vom 1.10.2016, S. 40.
3 ABl. L 381 vom 28.12.2004, S. 33.
4 ABl. C 346 vom 31.12.2015, S. 3.
5 ABl. C 369 vom 17.12.2011, S. 1.
6 ABl. C 121 vom 26.4.2012, S. 5.

www.parlament.gv.at

RAHMENPROTOKOLL 3
ÜBER FINANZDIENSTLEISTUNGEN

PRÄAMBEL

Die EU einerseits und Andorra bzw. San Marino andererseits —

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Dieses Rahmenabkommen trägt den Besonderheiten der assoziierten Staaten und der Frage der Integration ihrer Finanzdienstleistungsmärkte in den EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen und dessen Aufsichtsinfrastruktur Rechnung. Vor diesem Hintergrund sollten besondere Vorschriften und Bestimmungen für eine reibungslose Marktintegration eingeführt werden.

(2) Für die Umsetzung und Anwendung des EU-Besitzstands ist ein gestaffelter Ansatz vorgesehen, um einem assoziierten Staat die Flexibilität zu geben, bestimmte Segmente des EU-Besitzstands, für die er als Erstes grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen erbringen will, priorisieren zu können. Dieser Ansatz ermöglicht es dem assoziierten Staat, den EU-Besitzstand schrittweise zu übernehmen und ihn unter Berücksichtigung seiner besonderen Umstände und Präferenzen nach und nach anzuwenden.

www.parlament.gv.at

(3) Die Bewertung der Aufsichtsinfrastruktur des assoziierten Staates in Form einer Bewertung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen und anschließender regelmäßiger Bewertungen dient der Evaluierung der Wirksamkeit, Robustheit und Eignung dieser Infrastruktur unter Berücksichtigung der Merkmale des Finanzsektors des assoziierten Staates, etwa seiner Art, Vielfalt, Größe und Komplexität. Ein robuster Aufsichtsrahmen ist von entscheidender Bedeutung, um die Integrität und Stabilität des EU-Binnenmarkts zu gewährleisten, das Vertrauen der Marktteilnehmer zu fördern und die Interessen der Verbraucher und Anleger zu wahren. Den EU-Aufsichtsbehörden kommt eine zentrale Rolle bei der Durchführung dieser Bewertungen zu, für die es insgesamt erforderlich ist, dass die zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten bei Bedarf aktiv zusammenarbeiten und zusammenwirken.

(4) Um einen Missbrauch des Niederlassungsrechts zu vermeiden, muss vorgeschrieben werden, dass Finanzunternehmen mit Sitz im assoziierten Staat zumindest einen Teil ihrer Dienstleistungen in diesem Hoheitsgebiet erbringen. Die Aufsichtsbehörden des assoziierten Staates verhindern die Gründung von juristischen Personen ohne oder mit nur minimaler Substanz, die in ihrem Zuständigkeitsbereich keine oder nur sehr begrenzte wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

www.parlament.gv.at

TEIL I

ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN

ARTIKEL 1

Ziele

Die Ziele dieses Rahmenprotokolls bestehen darin,

a) die Integrität des erweiterten EU-Binnenmarkts, die Markttransparenz und den Verbraucher- und Anlegerschutz zu gewährleisten und Risiken im Zusammenhang mit Verbraucherbetrug, Geldwäsche und Finanzkriminalität zu bekämpfen;

b) zur Vermeidung potenzieller Risiken für die Finanzstabilität beizutragen;

c) einen Rahmen für die schrittweise Angleichung der Vorschriften und Aufsichtsmaßnahmen des assoziierten Staates an den gesamten EU-Besitzstand im Bereich der Finanzdienstleistungen zu schaffen;

d) die schrittweise Ausweitung des EU-Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen auf den assoziierten Staat zu erleichtern;

e) eine loyale Zusammenarbeit im Bereich der Finanzdienstleistungen zwischen der EU und dem assoziierten Staat in Regulierungs- und Aufsichtsfragen zu fördern.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 2

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Rahmenprotokolls bezeichnet der Ausdruck

a) „Finanzdienstleistungen“ die Dienstleistungen, die durch die jeweils in den Anhängen IX, XII und XXII der Protokolle für die assoziierten Staaten aufgeführten Rechtsakte geregelt sind;

b) „EU-Aufsichtsbehörden“ die Europäische Bankenaufsichtsbehörde, die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde, die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung und die Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

ARTIKEL 3

Bedingungen für den Zugang zum EU-Binnenmarkt

(1) Einem assoziierten Staat wird Zugang zum EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen gewährt, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

a) vollständige, uneingeschränkte und wirksame Umsetzung und Anwendung aller für den Finanzdienstleistungssektor geltenden Bestimmungen gemäß den Anhängen IX, XII und XXII des betreffenden Protokolls für einen assoziierten Staat,

b) Vorhandensein und ordnungsgemäßes Funktionieren von Aufsichtskapazitäten und -regelungen für den Finanzdienstleistungssektor,

www.parlament.gv.at

c) Abschluss einer Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden des assoziierten Staates und den EU-Aufsichtsbehörden über die aufsichtliche Zusammenarbeit, den Informationsaustausch und die Konsultation.

(2) Um zu bewerten, ob die in Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Bedingungen erfüllt sind, nimmt die Europäische Kommission eine umfassende Evaluierung gemäß Teil II dieses Rahmenprotokolls vor. Diese Evaluierung umfasst eine Überprüfung des Finanzsektors des assoziierten Staates, eine Bewertung der Umsetzung und Anwendung des einschlägigen EU-Besitzstands und eine Bewertung der Aufsichtsinfrastruktur des assoziierten Staates.

(3) Die Evaluierung nach Absatz 2 wird auf Antrag des assoziierten Staates durchgeführt, sobald er sich davon überzeugt hat, dass die in Absatz 1 genannten Bedingungen erfüllt sind. Der assoziierte Staat übermittelt seinen Antrag über den mit Artikel 20 dieses Rahmenprotokolls eingesetzten Unterausschuss für Finanzdienstleistungen.

ARTIKEL 4

Teilweiser Zugang zum EU-Binnenmarkt

(1) Ein assoziierter Staat kann beschließen, nicht den Zugang zum gesamten EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen zu beantragen, indem er eines oder mehrere der folgenden Marktsegmente vorübergehend ausschließt:

a) Bankwesen,

b) Versicherung und Rückversicherung,

www.parlament.gv.at

c) Vermögensverwaltung,

d) Wertpapiermärkte.

Für die Zwecke des Unterabsatzes 1 notifiziert der assoziierte Staat der Europäischen Kommission innerhalb eines Jahres nach dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens seine Absicht und gibt an, welche Segmente er vorübergehend ausschließen möchte. Nach Erhalt einer solchen Notifikation antwortet die Europäische Kommission dem assoziierten Staat innerhalb von zwei Monaten, indem sie die Liste der EU-Bestimmungen übermittelt, die der assoziierte Staat vorübergehend nicht umsetzen und anwenden muss.

(2) Im Anschluss an die in Absatz 1 Unterabsatz 2 genannte Antwort fasst der mit Artikel 76 des Rahmenabkommens eingesetzte Gemeinsame Ausschuss gemäß Artikel 81 des Rahmenabkommens einen Beschluss zur Änderung von Anhang IX des betreffenden Protokolls für den assoziierten Staat auf der Grundlage der Liste, die die Europäische Kommission dem assoziierten Staat zur Verfügung stellt, um Folgendes festzulegen:

a) die Liste der EU-Vorschriften, die vom assoziierten Staat vollständig umgesetzt und angewendet werden müssen,

b) die Liste der EU-Vorschriften, deren vollständige Umsetzung und Anwendung durch den assoziierten Staat gemäß Absatz 1 vorübergehend ausgesetzt sind.

(3) Entscheidet sich der assoziierte Staat für die Ausnahmeregelung nach Absatz 1 dieses Artikels, so gilt Artikel 3 dieses Rahmenprotokolls nur für das oder die Marktsegmente, für die der assoziierte Staat Marktzugang erhalten möchte, solange diese Ausnahmeregelung in Kraft bleibt.

www.parlament.gv.at

(4) Wünscht der assoziierte Staat zu einem späteren Zeitpunkt Zugang zum EU-Binnenmarkt in einem oder mehreren der Segmente, für die er ursprünglich eine Ausnahmeregelung nach Absatz 1 beantragt hat, so unterrichtet er die Europäische Kommission ordnungsgemäß über seine Absicht. Der Gemeinsame Ausschuss ändert Anhang IX des betreffenden Protokolls für den assoziierten Staat gemäß Artikel 81 des Rahmenabkommens, um die Liste der anwendbaren Vorschriften des EU-Besitzstands zu aktualisieren. Die Vorschriften, für die keine Ausnahmeregelung mehr gilt, müssen vom assoziierten Staat ordnungsgemäß umgesetzt und angewendet werden, bevor er Zugang zu diesen Segmenten erhalten kann. Die Evaluierung nach Artikel 3 Absatz 2 dieses Rahmenprotokolls wird jedes Mal durchgeführt, wenn der assoziierte Staat beschließt, Zugang zu einem zusätzlichen Marktsegment zu beantragen.

(5) Die Ausnahmeregelung nach Absatz 1 gilt höchstens 15 Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens. Spätestens ein Jahr vor Ablauf der Höchstdauer der Ausnahmeregelung ändern die Assoziationsparteien Anhang IX des betreffenden Protokolls für den assoziierten Staat, um sicherzustellen, dass der assoziierte Staat alle einschlägigen Vorschriften des EU-Besitzstands vor Ablauf der Ausnahmeregelung umsetzt und anwendet. Sechs Monate vor Ablauf der Geltungsdauer muss der assoziierte Staat alle EU-Vorschriften für den Finanzdienstleistungssektor vollständig, uneingeschränkt und wirksam umgesetzt haben und anwenden. Bei der Evaluierung nach Artikel 3 Absatz 2 dieses Rahmenprotokolls wird bewertet, ob der assoziierte Staat die in diesem Absatz vorgesehene Verpflichtung erfüllt hat.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 5

Aktionsplan für die Umsetzung und Anwendung des EU-Besitzstands

(1) Bevor der assoziierte Staat Zugang zum EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen oder zu einem oder mehreren seiner Marktsegmente erhält, erstellt er einen Aktionsplan und einen Zeitplan für die Vollendung der Umsetzung und Anwendung des einschlägigen EU-Besitzstands für den Finanzdienstleistungssektor oder eines oder mehrere seiner Marktsegmente.

(2) Der assoziierte Staat notifiziert der Europäischen Kommission über den Unterausschuss für Finanzdienstleistungen die Annahme des Aktionsplans und alle wesentlichen Änderungen daran. Der assoziierte Staat kann Folgeberichte vorlegen, die sich aus dem Aktionsplan ergeben.

(3) Gemäß Artikel 3 Absatz 3 dieses Rahmenprotokolls entscheidet der assoziierte Staat auf der Grundlage seines Aktionsplans nach eigenem Ermessen über einen geeigneten Zeitplan für den Antrag an die Europäische Kommission, die für den Zugang zum EU-Binnenmarkt erforderliche Evaluierung durchzuführen.

ARTIKEL 6

Wirksamwerden des Marktzugangs

(1) Nachdem die Europäische Kommission gemäß Artikel 11 dieses Rahmenprotokolls eine positive Empfehlung abgegeben hat, wonach alle erforderlichen Bedingungen des Artikels 3 dieses Rahmenprotokolls erfüllt sind, und auf Empfehlung des Unterausschusses für Finanzdienstleistungen erlässt der Gemeinsame Ausschuss einen Beschluss, mit dem der Zugang zu einem oder mehreren Segmenten des EU-Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen auf den assoziierten Staat ausgeweitet wird.

www.parlament.gv.at

(2) Der Beschluss wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf den Tag seiner Annahme durch den Gemeinsamen Ausschuss folgt.

(3) Während des gesamten Zeitraums, in dem die Ausnahmeregelung nach Artikel 4 Absatz 1 dieses Rahmenprotokolls in Kraft ist, haben EU-Wirtschaftsbeteiligte Zugang zum Finanzmarkt des assoziierten Staates ab dem Tag, an dem der Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses, mit dem dem assoziierten Staat Zugang zu einem oder mehreren Segmenten des EU-Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen gewährt wird, wirksam wird. Dieser Marktzugang ist auf das bzw. die Segmente beschränkt, die in diesem Beschluss genannt sind.

ARTIKEL 7

Erbringung von Dienstleistungen vor Ort im assoziierten Staat

(1) Die Aufsichtsbehörden des assoziierten Staates stellen sicher, dass die in dessen Hoheitsgebiet niedergelassenen Finanzdienstleister einen wesentlichen Teil ihrer Geschäftstätigkeit in diesem Hoheitsgebiet ausüben und dessen Märkte versorgen. Sie untersagen die Niederlassung von Anbietern ohne aktive Geschäftstätigkeit oder ohne nennenswerte Vermögenswerte in diesem Hoheitsgebiet.

(2) Die Einhaltung der Verpflichtung nach Absatz 1 wird im Rahmen der Überwachung der Aufsichtsinfrastruktur des assoziierten Staates gemäß Artikel 13 dieses Rahmenprotokolls überwacht.

www.parlament.gv.at

TEIL II

EVALUIERUNG IM HINBLICK AUF DEN ZUGANG ZUM EU-BINNENMARKT

ARTIKEL 8

Überprüfung des Finanzsektors des assoziierten Staates

(1) Unter der Aufsicht der Europäischen Kommission überprüfen die zuständigen EU-Aufsichtsbehörden den Finanzsektor des assoziierten Staates wie folgt:

a) Der assoziierte Staat stellt den EU-Aufsichtsbehörden Folgendes zur Verfügung:

i) eine ausführliche Beschreibung seines Finanzsektors, einschließlich einer Liste mit folgenden Angaben: zugelassene oder registrierte Finanzdienstleister und ihre Rechtsform, Identität ihrer Direktoren, Identität und Staatsangehörigkeit der Anteilseigner, Beziehungen in Unternehmensgruppen, wirtschaftliche Relevanz (Bankvermögen insgesamt, verwaltete Vermögenswerte, Gesamtversicherungsprämien),

ii) alle zusätzlichen Informationen, die die EU-Aufsichtsbehörden für den Abschluss dieser Überprüfung benötigen,

b) die EU-Aufsichtsbehörden führen Bilanzprüfungen und Überprüfungen der Qualität der Aktiva für den Banken- und den Versicherungssektor nach ihrer Methodik in Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Behörden des assoziierten Staates durch.

www.parlament.gv.at

(2) Das Vorhandensein, die Struktur und die Qualität von Einlagensicherungssystemen, Versicherungsgarantiesystemen und Abwicklungsregelungen werden von dem mit Artikel 42 der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates[1] eingesetzten Einheitlichen Abwicklungsausschuss im Einklang mit dem einschlägigen EU-Recht bewertet.

(3) Für die Durchführung dieser Überprüfung können die EU-Aufsichtsbehörden gegebenenfalls auf die Unterstützung durch Dritte auf nationaler oder internationaler Ebene zurückgreifen.

(4) Die mit der Überprüfung nach diesem Artikel verbundenen Kosten werden vom assoziierten Staat getragen.

ARTIKEL 9

Bewertung der Umsetzung und Anwendung des EU-Rechts

(1) Die EU bewertet die Vollständigkeit der Rechtsvorschriften und des Regulierungsrahmens des assoziierten Staates und ihre Übereinstimmung mit dem einschlägigen EU-Besitzstand. Sie bewertet insbesondere die Einhaltung

a) der Bestimmungen der EU-Rechtsakte, die unterschiedslos für den gesamten EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen gelten, insbesondere in Bezug auf die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, und

b) der Bestimmungen der EU-Rechtsakte, die für das oder die spezifischen Segmente des EU-Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Rahmenprotokolls gelten.

[1] ABl. EU L 225 vom 30.7.2014, S. 1.

(2) Die Übereinstimmung der Rechtsvorschriften und des Regulierungsrahmens des assoziierten Staates mit dem einschlägigen EU-Besitzstand kann mithilfe Dritter auf nationaler oder internationaler Ebene bewertet werden. Die Europäische Kommission legt die Leistungsbeschreibung für die Bewertung der Einhaltung der Vorgaben fest und unterrichtet den assoziierten Staat über das betreffende Vergabeverfahren und dessen Ergebnisse.

(3) Die mit der Bewertung nach diesem Artikel verbundenen Kosten werden vom assoziierten Staat getragen.

ARTIKEL 10

Bewertung der Aufsichtsinfrastruktur des assoziierten Staates

(1) Die Bewertung der Aufsichtsinfrastruktur hat die Unabhängigkeit, Robustheit, Wirksamkeit und Effizienz des Aufsichtsrahmens des assoziierten Staates zum Gegenstand. Diese Bewertung erstreckt sich auch auf die Überwachung der Geldwäschebekämpfung im assoziierten Staat, einschließlich des Vorhandenseins und des ordnungsgemäßen Funktionierens einer zentralen Meldestelle.

(2) Die Bewertung wird von den EU-Aufsichtsbehörden in Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Die EU-Aufsichtsbehörden legen die Bewertungskriterien und -methoden fest und unterrichten die Europäische Kommission und den assoziierten Staat entsprechend.

www.parlament.gv.at

(3) Für die Durchführung der in Absatz 1 genannten Bewertung können die EU-Aufsichtsbehörden gegebenenfalls auf die Unterstützung durch Dritte auf nationaler oder internationaler Ebene zurückgreifen.

(4) Die mit der Bewertung nach diesem Artikel verbundenen Kosten werden vom assoziierten Staat getragen.

ARTIKEL 11

Ergebnis der Evaluierung

(1) Nach Abschluss der Überprüfung des Finanzsektors des assoziierten Staates gemäß Artikel 8 dieses Rahmenprotokolls geben die EU-Aufsichtsbehörden der Europäischen Kommission gegenüber eine Stellungnahme ab, in der sie den Finanzsektor des assoziierten Staates bewerten.

(2) Nach Abschluss der Bewertung der Aufsichtsinfrastruktur des assoziierten Staates gemäß Artikel 10 dieses Rahmenprotokolls geben die EU-Aufsichtsbehörden der Europäischen Kommission gegenüber eine Stellungnahme ab, in der sie den Aufsichtsrahmen des assoziierten Staates bewerten.

(3) Die Europäische Kommission richtet unter Berücksichtigung der in den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels genannten Stellungnahmen sowie der Bewertung der Umsetzung und Anwendung der in Artikel 9 dieses Rahmenprotokolls genannten EU-Rechtsvorschriften eine Empfehlung an den Unterausschuss für Finanzdienstleistungen.

www.parlament.gv.at

Diese Empfehlung ist dafür maßgeblich, ob dem assoziierten Staat Zugang zum EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen oder zu einem oder mehreren Marktsegmenten gewährt wird, wobei folgende Erwägungen zu berücksichtigen sind:

a) Werden bei den Bilanzprüfungen oder den Bewertungen der Qualität der Aktiva gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b dieses Rahmenprotokolls Risiken für das ordnungsgemäße Funktionieren des EU-Binnenmarkts festgestellt, so wird der Zugang zu dem bzw. den entsprechenden Segmenten des EU-Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen erst gewährt, wenn diese Risiken angemessen beseitigt worden sind;

b) fällt die Bewertung des Einlagensicherungssystems, des Versicherungsgarantiesystems oder der Abwicklungsfonds nach Artikel 8 Absatz 2 dieses Rahmenprotokolls negativ aus, so wird der Zugang zum Bankensegment oder zum Versicherungs- und Rückversicherungssegment erst gewährt, wenn diese Mängel angemessen behoben worden sind;

c) werden bei der Bewertung der Umsetzung und Anwendung des EU-Besitzstands in einem oder mehreren Bereichen Mängel festgestellt, so wird der Zugang zu dem bzw. den entsprechenden Segmenten des EU-Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Rahmenprotokolls erst gewährt, wenn diese Mängel angemessen behoben worden sind;

d) werden bei der Bewertung der Aufsichtsinfrastruktur des assoziierten Staates Mängel festgestellt, so wird der Zugang zu dem bzw. den entsprechenden Segmenten des EU-Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Rahmenprotokolls erst gewährt, wenn diese Mängel angemessen behoben worden sind.

www.parlament.gv.at

(4) Gibt die Europäische Kommission eine negative Empfehlung zum Marktzugang gemäß Absatz 3 ab, so notifiziert sie dem Unterausschuss für Finanzdienstleistungen die Leitlinien und Maßnahmen zur Behebung der festgestellten Mängel durch den assoziierten Staat. Der assoziierte Staat darf nach der Veröffentlichung der Leitlinien durch die Europäische Kommission ein Jahr lang keinen neuen Antrag auf Evaluierung im Hinblick auf den Marktzugang stellen. Bei Einreichung eines neuen Antrags weist der assoziierte Staat nach, dass er die vorgeschriebenen Leitlinien einhält und die erforderlichen Maßnahmen durchgeführt hat.

TEIL III

ÜBERWACHUNG

ARTIKEL 12

Überwachung der Umsetzung
und Anwendung des EU-Rechts durch den assoziierten Staat

(1) Nachdem der Gemeinsame Ausschuss gemäß Artikel 6 dieses Rahmenprotokolls den Zugang zum EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen oder zu einem oder mehreren seiner Segmente auf den assoziierten Staat ausgeweitet hat, unterliegt die Übereinstimmung der Rechtsvorschriften des assoziierten Staates mit dem entsprechenden EU-Besitzstand während der gesamten Dauer des Marktzugangs weiterhin der Evaluierung durch die Europäische Kommission. Die Überwachung erfolgt im Einklang mit Artikel 9 dieses Rahmenprotokolls.

(2) Die Europäische Kommission übermittelt dem Unterausschuss für Finanzdienstleistungen die Ergebnisse der weiteren Überwachung, einschließlich etwaiger Empfehlungen zur Behebung der während des Überwachungsprozesses festgestellten Probleme. Der assoziierte Staat setzt die Empfehlungen innerhalb des in diesen Empfehlungen festgelegten Zeitrahmens um.

www.parlament.gv.at

(3) Werden bei der Überwachung der Umsetzung und Anwendung des EU-Besitzstands erhebliche Mängel in einem oder mehreren Bereichen festgestellt, so hat die EU das Recht, die Anwendung dieses Rahmenprotokolls in Bezug auf das bzw. die betreffenden Finanzdienstleistungssegmente auszusetzen. Die Bedingungen und das Verfahren für die Aussetzung sind in den Artikeln 18 und 19 dieses Rahmenprotokolls festgelegt.

(4) Die mit der regelmäßigen Überwachung nach diesem Artikel verbundenen Kosten werden vom assoziierten Staat getragen.

ARTIKEL 13

Überwachung der Aufsichtsinfrastruktur des assoziierten Staates

(1) Nachdem der Gemeinsame Ausschuss gemäß Artikel 6 dieses Rahmenprotokolls den Zugang zum EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen oder zu einem oder mehreren seiner Segmente auf den assoziierten Staat ausgeweitet hat, wird die Aufsichtsinfrastruktur des assoziierten Staates gemäß Artikel 10 dieses Rahmenprotokolls bewertet. Diese Bewertung wird alle zwei Jahre durchgeführt, sofern die Europäische Kommission nichts anderes bestimmt.

(2) Die Europäische Kommission übermittelt dem Unterausschuss für Finanzdienstleistungen die Ergebnisse der Bewertungen, einschließlich etwaiger von den EU-Aufsichtsbehörden erarbeiteten Empfehlungen zur Behebung der während dieser Überwachung festgestellten Probleme.

(3) Der assoziierte Staat setzt die in Absatz 2 genannten Empfehlungen innerhalb des in diesen Empfehlungen festgelegten Zeitrahmens um. Die EU-Aufsichtsbehörden prüfen, ob diese Empfehlungen vollständig umgesetzt wurden.

www.parlament.gv.at

(4) Behebt der assoziierte Staat die infolge der Bewertung in den Empfehlungen genannten Mängel nicht innerhalb der festgelegten Frist, so hat die EU das Recht, die Anwendung dieses Rahmenprotokolls in Bezug auf das bzw. die betreffenden Finanzdienstleistungssegmente auszusetzen. Die Bedingungen und das Verfahren für die Aussetzung sind in den Artikeln 18 und 19 dieses Rahmenprotokolls festgelegt.

(5) Die mit der regelmäßigen Überwachung nach diesem Artikel verbundenen Kosten werden vom assoziierten Staat getragen.

TEIL IV

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN EU-AUFSICHTSBEHÖRDEN

ARTIKEL 14

Allgemeine Befugnisse der EU-Aufsichtsbehörden

(1) Die EU-Aufsichtsbehörden werden gegenüber dem Finanzdienstleistungssektor und den zuständigen Behörden des assoziierten Staates mit allen Befugnissen ausgestattet, die ihnen durch ihre Gründungsverordnungen, die einschlägigen sektoralen EU-Rechtsvorschriften und dieses Rahmenabkommen übertragen werden.

(2) Die Befugnisse der EU-Aufsichtsbehörden umfassen die Befugnis, an die Finanzdienstleister oder die zuständigen Behörden des assoziierten Staates gerichtete Entscheidungen zu treffen und Empfehlungen abzugeben, soweit dies erforderlich ist, um das reibungslose Funktionieren des EU-Binnenmarkts, den Schutz von Verbrauchern, Anlegern und anderen einschlägigen Interessenträgern oder den Schutz der Stabilität und Integrität des EU-Binnenmarkts zu gewährleisten. Diese Befugnisse werden im Benehmen mit den Finanzaufsichtsbehörden des assoziierten Staates ausgeübt.

(3) Der assoziierte Staat stellt sicher, dass die EU-Aufsichtsbehörden ihre Befugnisse in seinem Hoheitsgebiet wirksam ausüben können, und trägt entsprechend zu ihrem Bedarf an Haushaltsmitteln bei. Wenn die EU-Aufsichtsbehörden Befugnisse im Hoheitsgebiet des assoziierten Staates ausüben, arbeiten dessen zuständige Behörden mit ihnen zusammen und ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen, um die wirksame und kohärente Durchsetzung aller Entscheidungen und Empfehlungen der EU-Aufsichtsbehörden zu gewährleisten.

(4) In den Bereichen, in denen die EU-Aufsichtsbehörden über direkte Aufsichtsmandate oder direkte Interventionsbefugnisse verfügen, sind ihre Entscheidungen rechtsverbindlich und gelten unmittelbar im Hoheitsgebiet des assoziierten Staates, ohne dass eine Validierung durch eine zuständige Behörde des assoziierten Staates erforderlich ist.

ARTIKEL 15

Notstandsbefugnisse der EU-Aufsichtsbehörden

(1) Im Falle ungünstiger Entwicklungen im Finanzsektor des assoziierten Staates, die sich auf die Stabilität oder Integrität des Finanzsektors der EU oder eines ihrer Mitgliedstaaten auswirken oder nachteilige Folgen für Verbraucher, Anleger oder andere einschlägige Interessenträger in der EU haben könnten, oder im Falle sich abzeichnender Risiken, die von Unternehmen mit Sitz in dem assoziierten Staat ausgehen, die Tätigkeiten mit potenziellen grenzüberschreitenden Auswirkungen ausüben, sind die EU-Aufsichtsbehörden befugt, gegenüber den im assoziierten Staat ansässigen Finanzdienstleistern folgende Entscheidungen zu treffen:

a) Verbot des Eingehens neuer Geschäfte oder der Annahme neuer Kunden im Falle bedenklicher Verhaltensweisen oder aufsichtsrechtlicher Bedenken,

b) Verbot der freien Verfügung über Vermögenswerte,

c) Erlass einer sanktionsbewehrten Anordnung.

www.parlament.gv.at

(2) Bei Verstößen gegen das EU-Recht, betrügerischen Handlungen oder im Falle ernsthafter Bedenken hinsichtlich der Finanzlage, des Geschäftsmodells, der Einhaltung der Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, der Erfüllung der Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit oder hinsichtlich des Verhaltens des Finanzdienstleisters gegenüber Kunden oder potenziellen Kunden erlassen die EU-Aufsichtsbehörden eine an die jeweils zuständige Behörde des assoziierten Staates gerichtete Entscheidung über die Aussetzung der einem Finanzdienstleister erteilten Lizenz.

(3) Die EU-Aufsichtsbehörden erlassen die in den Absätzen 1 und 2 genannten Entscheidungen nur, wenn sie sich vergewissert haben, dass die Aufsichtsbehörden des assoziierten Staates ihre Befugnisse nicht rechtzeitig oder wirksam ausgeübt haben. Diese Entscheidungen sind rechtsverbindlich und gelten unmittelbar im Hoheitsgebiet des assoziierten Staates.

ARTIKEL 16

Rolle des assoziierten Staates

Im Rahmen der Arbeit der EU-Aufsichtsbehörden und ihres jeweiligen Rates der Aufseher haben die zuständigen Behörden des assoziierten Staates im Zusammenhang mit Entscheidungen, die unmittelbar an ihren Finanzsektor bzw. ihre Finanzbehörden gerichtet sind, die gleichen Rechte und Pflichten – mit Ausnahme des Stimmrechts – wie die zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten.

ARTIKEL 17

Zusammenarbeit bei der Geldwäschebekämpfung

Der assoziierte Staat sorgt für die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit den benannten Geldwäschebekämpfungsbehörden der EU und der Mitgliedstaaten und etwaigen Nachfolgeeinrichtungen.

www.parlament.gv.at

TEIL V

SCHUTZMAßNAHMEN DER EU

ARTIKEL 18

Schutzmaßnahmen – Grundsätze

(1) Die EU kann die Anwendung dieses Rahmenprotokolls in Bezug auf das bzw. die betreffenden Finanzdienstleistungssegmente vorübergehend aussetzen, wenn

a) bei der Überwachung im Einklang mit Artikel 12 dieses Rahmenprotokolls erhebliche Mängel bei der Umsetzung und Anwendung des EU-Besitzstands festgestellt wurden,

b) bei der Überwachung im Einklang mit Artikel 13 dieses Rahmenprotokolls erhebliche Mängel im Aufsichtsrahmen des assoziierten Staates festgestellt wurden,

c) es an Kooperationsbereitschaft der zuständigen Behörden des assoziierten Staates bei der Bekämpfung von Unregelmäßigkeiten, Betrug, Missbrauch, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung mangelt,

d) der EU-Besitzstand im Bereich der Finanzdienstleistungen umgangen wurde oder in erheblichem Maße dagegen verstoßen wurde.

(2) Eine vorübergehende Aussetzung wird unter den Bedingungen und nach dem Verfahren des Artikels 19 dieses Rahmenprotokolls beschlossen.

ARTIKEL 19

Schutzmaßnahmen – Verfahren

(1) Wenn nach Auffassung der EU einer oder mehrere der in Artikel 18 Absatz 1 dieses Rahmenprotokolls genannten Fälle vorliegen, notifiziert sie dies abweichend von Artikel 90 des Rahmenabkommens dem assoziierten Staat und befasst den Gemeinsamen Ausschuss mit der Angelegenheit.

(2) Der Gemeinsame Ausschuss tritt unverzüglich, spätestens jedoch einen Monat, nachdem er mit der Angelegenheit befasst wurde, zusammen. Die Assoziationsparteien legen dem Gemeinsamen Ausschuss alle zweckdienlichen Informationen vor, um eine eingehende Prüfung des Falles zu ermöglichen. Der Gemeinsame Ausschuss prüft alle Möglichkeiten, die es erlauben, im Einklang mit diesem Abkommen eine Lösung zu finden, und kann zu diesem Zweck erforderlichenfalls Beschlüsse fassen.

(3) Wenn der Gemeinsame Ausschuss innerhalb von drei Monaten nach der ersten Sitzung gemäß Absatz 2 keine Lösung für die in Artikel 18 Absatz 1 genannten Fälle findet, notifiziert die EU dem assoziierten Staat ihren Lösungsvorschlag für das festgestellte Problem.

www.parlament.gv.at

(4) Befolgt der assoziierte Staat den Lösungsvorschlag der EU nicht innerhalb von drei Monaten, so setzt die EU die Anwendung dieses Rahmenprotokolls in Bezug auf das bzw. die betreffenden Finanzdienstleistungssegmente aus, bis der assoziierte Staat den von der EU festgestellten Mangel behoben hat. Die Assoziationsparteien führen weiterhin einen regelmäßigen Dialog, um eine für alle Seiten annehmbare Lösung zu finden.

(5) Nach der Aussetzung der Anwendung dieses Rahmenprotokolls kann der assoziierte Staat den EuGH mit der Angelegenheit befassen. Wenn der assoziierte Staat beabsichtigt, nach diesem Absatz Klage beim EuGH zu erheben, notifiziert er dies unverzüglich schriftlich der EU und stellt alle sachdienlichen Informationen zur Verfügung.

TEIL VI

INSTITUTIONELLE BESTIMMUNGEN

ARTIKEL 20

Unterausschüsse für Finanzdienstleistungen

(1) Abweichend von Artikel 76 Absatz 8 Satz 1 des Rahmenabkommens werden zwei Unterausschüsse für Finanzdienstleistungen eingesetzt, und zwar zwischen

a) der EU, vertreten durch die Kommission, und Andorra, vertreten durch seine für Finanzdienstleistungspolitik zuständige Behörde, bzw.

b) der EU, vertreten durch die Kommission, und San Marino, vertreten durch seine für Finanzdienstleistungspolitik zuständige Behörde.

Für die Zwecke dieses Rahmenprotokolls sind Bezugnahmen auf einen Unterausschuss für Finanzdienstleistungen als Bezugnahmen auf einen dieser Unterausschüsse zu verstehen.

(2) Die Unterausschüsse für Finanzdienstleistungen nehmen die folgenden Aufgaben wahr:

a) Überwachung der Durchführung dieses Rahmenprotokolls, wie es nach den Protokollen für die assoziierten Staaten und den einschlägigen Bestimmungen in den Anhängen IX, XII und XXII dieser Protokolle für die assoziierten Staaten angewendet wird,

www.parlament.gv.at

b) Formulierung der folgenden Empfehlungen an die Gemeinsamen Ausschüsse:

i) Empfehlungen zur Änderung des Anhangs IX der Protokolle für die assoziierten Staaten im Einklang mit Artikel 81 des Rahmenabkommens,

ii) Empfehlungen zur Ausweitung des Marktzugangs zum EU-Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen oder zu einem oder mehreren seiner Marktsegmente im Einklang mit Artikel 6 dieses Rahmenprotokolls,

iii) sonstige Empfehlungen,

c) gegebenenfalls Formulierung von Empfehlungen an den Assoziationsausschuss,

d) Übernahme aller sonstigen Aufgaben und Zuständigkeiten, die ihnen durch andere Artikel dieses Rahmenprotokolls übertragen werden.

(3) Die Europäische Kommission kann die EU-Aufsichtsbehörden einladen, zu einschlägigen fachlichen Beratungen an den Sitzungen des Unterausschusses für Finanzdienstleistungen teilzunehmen.

(4) In Fällen, in denen Änderungen an den Anhängen IX der Protokolle für die assoziierten Staaten beide assoziierte Staaten betreffen, führen die beiden Unterausschüsse für Finanzdienstleistungen ihre Arbeiten in gemeinsamen Sitzungen auf der Grundlage abgestimmter Vorschläge durch.

(5) Die Unterausschüsse für Finanzdienstleistungen treten jedes Jahr oder in anderen von ihren Mitgliedern festgelegten Abständen zusammen. Die Sitzungen können mithilfe beliebiger technischer Mittel durchgeführt werden, die den Assoziationsparteien zur Verfügung stehen.

www.parlament.gv.at

TEIL VII

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

ARTIKEL 21

Tätigkeiten der Zentralbanken und Währungsbehörden

Dieses Abkommen gilt nicht für Tätigkeiten, die von Behörden, Zentralbanken, Währungsbehörden oder sonstigen einer Assoziationspartei gehörenden oder von ihr kontrollierten Stellen zur Umsetzung der Geld- oder Wechselkurspolitik ausgeübt werden.

RAHMENPROTOKOLL 4
ÜBER DIE WETTBEWERBSVORSCHRIFTEN FÜR UNTERNEHMEN

ARTIKEL 1

Auf Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens bestehen und unter Artikel 38 Absatz 1 des Rahmenabkommens fallen, gilt das in dem genannten Absatz festgelegte Verbot ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens nicht, wenn die genannten Vereinbarungen, Beschlüsse und Verhaltensweisen innerhalb von zwölf Monaten ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens so geändert werden, dass sie die Voraussetzungen der in Anhang XIV des jeweiligen Protokolls für den assoziierten Staat vorgesehenen Gruppenfreistellungen erfüllen.

ARTIKEL 2

Auf Vereinbarungen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens bestehen und unter Artikel 38 Absatz 1 des Rahmenabkommens fallen, gilt das in dem genannten Absatz festgelegte Verbot ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens nicht, wenn die genannten Vereinbarungen, Beschlüsse und Verhaltensweisen innerhalb von zwölf Monaten ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens so geändert werden, dass sie nicht mehr unter das genannte Verbot fallen.

www.parlament.gv.at

RAHMENPROTOKOLL 5
ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH DER STATISTIK

ARTIKEL 1

Gegenstand

(1) Dieses Rahmenprotokoll gilt für die Zusammenarbeit im Bereich der Statistik zwischen den Assoziationsparteien mit dem Ziel, für die Erstellung und Verbreitung von kohärenten und vergleichbaren statistischen Informationen für die Beschreibung und Überwachung der gesamten für ihre Zusammenarbeit relevanten Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik zu sorgen.

(2) Zu diesem Zweck entwickeln und benutzen die Assoziationsparteien harmonisierte Methoden, Definitionen und Klassifikationen sowie gemeinsame Programme und Verfahren, mit denen die statistischen Arbeiten auf geeigneten Verwaltungsebenen im Einklang mit diesem Rahmenprotokoll organisiert werden.

(3) Die Statistiken der Assoziationsparteien werden unparteiisch, zuverlässig, objektiv, wissenschaftlich unabhängig, kosteneffizient und vertraulich erstellt. Die Erstellung der Statistiken darf die Wirtschaftsbeteiligten nicht übermäßig belasten.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 2

Unterausschüsse für Statistik

(1) Abweichend von Artikel 76 Absatz 8 Satz 1 des Rahmenabkommens werden zwei Unterausschüsse für Statistik eingesetzt, und zwar zwischen

a) der EU, vertreten durch die Europäische Kommission, und Andorra, vertreten durch seine für die Zusammenarbeit im Bereich der Statistik zuständigen Behörden, bzw.

b) der EU, vertreten durch die Europäische Kommission, und San Marino, vertreten durch seine für die Zusammenarbeit im Bereich der Statistik zuständigen Behörden.

Für die Zwecke dieses Rahmenprotokolls sind Bezugnahmen auf einen Unterausschuss für Statistik als Bezugnahmen auf einen dieser Unterausschüsse für Statistik zu verstehen.

(2) Die Unterausschüsse für Statistik sind für die Verwaltung dieses Rahmenprotokolls zuständig und sorgen für seine ordnungsgemäße Durchführung. Zu diesem Zweck sprechen sie Empfehlungen aus und fassen in den in diesem Rahmenprotokoll vorgesehenen Fällen Beschlüsse. Die Unterausschüsse für Statistik nehmen Beschlüsse durch Konsens an.

www.parlament.gv.at

(3) Die Unterausschüsse für Statistik und der mit der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates[1] eingesetzte Ausschuss für das Europäische Statistische System (AESS) organisieren ihre Aufgaben für die Zwecke dieses Rahmenprotokolls in gemeinsamen Sitzungen.

(4) Die Unterausschüsse für Statistik treten bei Bedarf zusammen. Jede Assoziationspartei kann eine Sitzung des zuständigen Unterausschusses für Statistik beantragen. Die Unterausschüsse für Statistik können beschließen, Arbeitsgruppen einzusetzen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen können.

(5) Eine Assoziationspartei kann ein Anliegen im Zusammenhang mit diesem Rahmenprotokoll jederzeit im zuständigen Unterausschuss für Statistik zur Sprache bringen.

(6) In jedem Beschluss eines Unterausschusses für Statistik wird der Tag angegeben, ab dem er umgesetzt wird. Ein solcher Beschluss wird erforderlichenfalls im Einklang mit der Geschäftsordnung des Unterausschusses für Statistik zur Genehmigung vorgelegt und von dem betreffenden Unterausschuss für Statistik im Einklang mit seiner Geschäftsordnung in Kraft gesetzt.

---

[1] Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1101/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken und des Beschlusses 89/382/EWG, Euratom des Rates zur Einsetzung eines Ausschusses für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 164).

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 3

Zusammenarbeit im Bereich der Statistik

(1) Das in Artikel 13 der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 genannte Europäische Statistische Programm bildet den Rahmen für die von jedem der assoziierten Staaten während der Laufzeit der einzelnen Programme durchzuführenden statistischen Maßnahmen. Sämtliche Hauptbereiche und Arbeitsthemen des Europäischen Statistischen Programms gelten als relevant für die in diesem Rahmenprotokoll festgelegte Zusammenarbeit im Bereich der Statistik und stehen jedem der assoziierten Staaten uneingeschränkt zur Teilnahme offen.

(2) Spezifische statistische Jahresprogramme EU/assoziierter Staat („EU/Andorra“ und „EU/San Marino“) werden jedes Jahr von den Unterausschüssen für Statistik als Teil des von der Europäischen Kommission im Einklang mit Kapitel III der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 aufgestellten jährlichen Arbeitsprogramms und parallel dazu erarbeitet. Jedes dieser statistischen Jahresprogramme bedarf der Genehmigung durch den zuständigen Unterausschuss für Statistik. In diesem Programm werden insbesondere diejenigen Maßnahmen innerhalb der einschlägigen Themen des Programms angegeben, die bei der Zusammenarbeit im Bereich der Statistik zwischen der EU und dem betreffenden assoziierten Staat während der Programmlaufzeit Vorrang haben.

(3) Die statistischen Informationen aus den assoziierten Staaten werden Eurostat zur Speicherung, Verarbeitung und Verbreitung übermittelt. Zu diesem Zweck arbeiten die nationalen statistischen Ämter (NSÄ) der assoziierten Staaten eng mit Eurostat zusammen, um sicherzustellen, dass die Daten aus diesen Staaten als Teil der Statistiken EU/assoziierter Staat ordnungsgemäß übermittelt und über die üblichen Verbreitungskanäle unter den verschiedenen Benutzergruppen verbreitet werden. Für den Umgang mit Statistiken aus den assoziierten Staaten gilt die Verordnung (EG) Nr. 223/2009.

www.parlament.gv.at

(4) Jeder Unterausschuss für Statistik prüft die Fortschritte, die im Rahmen für die einschlägigen statistischen Maßnahmen EU/assoziierter Staat erzielt wurden. Insbesondere beurteilt er, ob die in den ersten drei Jahren der Anwendung dieses Rahmenprotokolls vorgesehenen Ziele, Prioritäten und Maßnahmen realisiert wurden. Er beurteilt auch, ob der Inhalt von Anhang XXI des einschlägigen Protokolls für den assoziierten Staat die in Artikel 1 Absatz 1 dieses Rahmenprotokolls genannte Relevanz angemessen widerspiegelt.

ARTIKEL 4

Teilnahme

(1) In den assoziierten Staaten niedergelassene Einrichtungen haben das Recht, mit denselben vertraglichen Rechten und Pflichten wie in der EU niedergelassene Einrichtungen an von Eurostat verwalteten spezifischen EU-Programmen teilzunehmen.

(2) Nationale Sachverständige aus den assoziierten Staaten können zur Europäischen Kommission (Eurostat) abgeordnet werden. Die mit der Abordnung dieser nationalen Sachverständigen zur Europäischen Kommission (Eurostat) verbundenen Kosten, einschließlich Gehältern, Sozialabgaben, Beiträgen zur Altersversorgung, Tagegeldern und Reisekostenvergütungen, werden vollständig von dem assoziierten Staat getragen, der sie abordnet.

(3) In der EU niedergelassene Einrichtungen haben das Recht, mit denselben vertraglichen Rechten und Pflichten wie in den assoziierten Staaten niedergelassene Einrichtungen an von den NSÄ der assoziierten Staaten verwalteten spezifischen Programmen teilzunehmen.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 5

Andere Formen der Zusammenarbeit

(1) Zwischen den NSÄ der assoziierten Staaten und Eurostat kann in gegenseitigem Einvernehmen ein Technologietransfer im Bereich der Statistik stattfinden.

(2) Unbeschadet der besonderen Bestimmungen und Regelungen in Anhang XI Abschnitt S des jeweiligen Protokolls für den assoziierten Staat können die Assoziationsparteien Informationen im Bereich der Statistik austauschen.

(3) Die NSÄ der Assoziationsparteien können untereinander Beamte austauschen. Auch die NSÄ der EU-Mitgliedstaaten können Beamte mit den assoziierten Staaten austauschen. Die Bedingungen, unter denen ein solcher Austausch stattfindet, werden direkt zwischen den beteiligten NSÄ vereinbart.

ARTIKEL 6

Finanzielle Bestimmungen

(1) Zur Deckung der gesamten Kosten ihrer Teilnahme leisten die assoziierten Staaten jährlich einen finanziellen Beitrag zum Europäischen Statistischen Programm.

(2) Die Vorschriften für den finanziellen Beitrag der assoziierten Staaten sind in Artikel 68 des Rahmenabkommens festgelegt.

www.parlament.gv.at

RAHMENPROTOKOLL 6
ÜBER SCHIEDSVERFAHREN

KAPITEL 1

EINFÜHRENDE BESTIMMUNGEN

ARTIKEL 1

Anwendungsbereich

Leitet eine Assoziationspartei im Einklang mit Artikel 90 Absatz 8, Artikel 97 Absatz 9 oder Artikel 98 Absatz 6 des Rahmenabkommens wegen eines Streits ein Schiedsverfahren ein, so findet dieses Rahmenprotokoll Anwendung.

ARTIKEL 2

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Rahmenprotokolls bezeichnet der Ausdruck

a) „Schiedskläger“ die Assoziationspartei, die wegen eines Streits ein Schiedsverfahren einleitet;

b) „Schiedsbeklagter“ die Assoziationspartei, die eine der folgenden Maßnahmen getroffen hat:

i) Kompensationsmaßnahmen im Einklang mit Artikel 90 Absatz 7 des Rahmenabkommens,

ii) Schutzmaßnahmen im Einklang mit Artikel 97 Absatz 1 des Rahmenabkommens,

iii) Notstandsmaßnahmen im Einklang mit Artikel 97 Absatz 5 des Rahmenabkommens,

iv) Ausgleichsmaßnahmen im Einklang mit Artikel 97 Absatz 8 des Rahmenabkommens,

v) Schutzmaßnahmen im Einklang mit Artikel 98 Absatz 1 des Rahmenabkommens

oder

vi) Ausgleichsmaßnahmen im Einklang mit Artikel 98 Absatz 5 des Rahmenabkommens;

www.parlament.gv.at

c) „Vertreter einer Assoziationspartei“ einen Beamten einer Assoziationspartei oder eine von dieser ernannte Person, der bzw. die diese Assoziationspartei in einem Streit nach Artikel 90 Absatz 8, Artikel 97 Absatz 9 oder Artikel 98 Absatz 6 des Rahmenabkommens vertritt;

d) „Berater“ eine Person, die von einer Assoziationspartei benannt wird, um sie in einem Verfahren vor einem Schiedspanel zu beraten oder zu unterstützen;

e) „Assistent“ eine Person, die im Rahmen ihres Mandats für ein Mitglied eines Schiedspanels unter dessen Leitung und Aufsicht Nachforschungen anstellt oder es bei seiner Tätigkeit unterstützt;

f) „Kandidat“ eine Person, deren Name auf der in Artikel 4 Absatz 1 dieses Rahmenprotokolls genannten Liste steht und die für die Auswahl als Mitglied eines Schiedspanels nach dem genannten Artikel in Betracht gezogen wird.

ARTIKEL 3

Kanzlei und Unterstützung bei Sekretariatstätigkeiten

Auf schriftlichen Antrag der Assoziationsparteien oder des Schiedspanels fungiert das Internationale Büro des Ständigen Schiedshofs in Den Haag (im Folgenden „Ständiger Schiedshof“) als Kanzlei und leistet dem Schiedspanel angemessene Unterstützung bei Sekretariatstätigkeiten.

ARTIKEL 4

Liste von Personen, die bereit und in der Lage sind,
Mitglieder eines Schiedspanels zu werden

(1) Jeder Gemeinsame Ausschuss erstellt eine Liste mit 15 Personen, die bereit und in der Lage sind, Mitglieder eines Schiedspanels zu werden. Zu diesem Zweck benennt jede Assoziationspartei fünf Personen. Ferner benennen die Assoziationsparteien gemeinsam fünf Personen für den Vorsitz des Schiedspanels. Die Gemeinsamen Ausschüsse stellen sicher, dass diese Listen jederzeit die in Absatz 2 genannten Voraussetzungen erfüllen.

(2) Die im Einklang mit Absatz 1 erstellten Listen enthalten nur Personen, deren Unabhängigkeit außer Frage steht, die in ihrem Land die für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder anerkannte kompetente Juristen sind und über Fachwissen oder Erfahrung im Bereich des EU-Rechts und des Völkerrechts verfügen. Diese Listen enthalten keine Mitglieder, Beamten oder sonstigen Bediensteten der Organe der EU, der Regierung eines EU-Mitgliedstaats oder der Regierung eines assoziierten Staates.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

NOTIFIKATIONEN

ARTIKEL 5

Übermittlung von Notifikationen

(1) Das Schiedspanel übermittelt alle Anträge, Mitteilungen, Schriftsätze oder sonstigen Unterlagen beiden Assoziationsparteien gleichzeitig.

(2) Richtet eine Assoziationspartei einen Antrag, eine Mitteilung, einen Schriftsatz oder eine sonstige Unterlage an das Schiedspanel, so übermittelt sie der anderen Assoziationspartei gleichzeitig eine Kopie davon.

(3) Richtet eine Assoziationspartei einen Antrag, eine Mitteilung, einen Schriftsatz oder eine sonstige Unterlage im Zusammenhang mit dem Streit an die andere Assoziationspartei, so übermittelt sie dem Schiedspanel gleichzeitig eine Kopie davon.

(4) Notifikationen nach den Absätzen 1 bis 3 erfolgen per E-Mail oder gegebenenfalls mithilfe eines sonstigen Telekommunikationsmittels, bei dem sich die Versendung belegen lässt. Bis zum Beweis des Gegenteils gilt eine solche Notifikation als am Tag ihrer Versendung zugestellt. Alle Notifikationen sind an den Juristischen Dienst der Europäischen Kommission und die Mission des betreffenden assoziierten Staates bei der EU zu richten.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 6

Schiedsmitteilung

(1) Als Beginn des Schiedsverfahrens gilt der Tag, an dem die Schiedsmitteilung beim Schiedsbeklagten eingeht. Die Schiedsmitteilung wird auch dem Ständigen Schiedshof übermittelt.

(2) Die Schiedsmitteilung muss die folgenden Elemente enthalten:

a) den Antrag, wegen des Streits ein Schiedsverfahren einzuleiten,

b) die Namen und Anschriften der Assoziationsparteien,

c) die Namen und Anschriften ihrer Vertreter und Berater,

d) die Rechtsgrundlage für das Verfahren (Artikel 90 Absatz 8, Artikel 97 Absatz 9 oder Artikel 98 Absatz 6 des Rahmenabkommens)

e) die Angabe einer der folgenden Maßnahmen:

i) Kompensationsmaßnahmen nach Artikel 90 Absatz 7 des Rahmenabkommens,

ii) Schutzmaßnahmen nach Artikel 97 Absatz 1 des Rahmenabkommens,

www.parlament.gv.at

iii) Notstandsmaßnahmen nach Artikel 97 Absatz 5 des Rahmenabkommens,

iv) Ausgleichsmaßnahmen nach Artikel 97 Absatz 8 des Rahmenabkommens,

v) Schutzmaßnahmen nach Artikel 98 Absatz 1 des Rahmenabkommens,

vi) Ausgleichsmaßnahmen nach Artikel 98 Absatz 5 des Rahmenabkommens,

f) die Angabe der Vorschrift, die Gegenstand des Streits ist oder damit in Zusammenhang steht,

g) eine kurze Beschreibung des Streits,

h) die Benennung eines Mitglieds des Schiedspanels.

(3) Ein Streit darüber, ob die Schiedsmitteilung die Voraussetzungen dieses Rahmenprotokolls erfüllt, steht der Einsetzung des Schiedspanels nicht entgegen. Ein solcher Streit wird vom Schiedspanel endgültig beigelegt.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 7

Antwort auf die Schiedsmitteilung

(1) Innerhalb von 20 Tagen nach Eingang der Schiedsmitteilung übermittelt der Schiedsbeklagte dem Schiedskläger und dem Ständigen Schiedshof seine Antwort, die Folgendes enthalten muss:

a) die Namen und Anschriften der Assoziationsparteien,

b) die Namen und Anschriften ihrer Vertreter und Berater,

c) eine Antwort auf die in der Schiedsmitteilung enthaltenen Elemente, die in Artikel 6 Absatz 2 Buchstaben d bis g dieses Rahmenprotokolls vorgesehen sind,

d) die Benennung eines Mitglieds des Schiedspanels.

(2) Ein Streit darüber, dass der Schiedsbeklagte nicht oder nicht vollständig und fristgerecht auf die Schiedsmitteilung geantwortet hat, steht der Einsetzung des Schiedspanels nicht entgegen. Ein solcher Streit wird vom Schiedspanel endgültig beigelegt.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 3

DAS SCHIEDSPANEL

ARTIKEL 8

Einsetzung des Schiedspanels

(1) Das Panel setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen.

(2) Das Schiedspanel wird innerhalb von 30 Tagen ab dem Tag, an dem im Einklang mit Artikel 6 dieses Rahmenprotokolls eine Schiedsmitteilung vorgelegt wurde, im Einklang mit den Absätzen 3 und 4 des vorliegenden Artikels eingesetzt.

(3) Die Assoziationsparteien benennen aus dem Kreis der Personen, die auf der nach Artikel 4 Absatz 1 dieses Rahmenprotokolls erstellten Liste stehen, je ein Mitglied des Schiedspanels. Der Vorsitzende wird von den Mitgliedern des Schiedspanels in gegenseitigem Einvernehmen aus der Liste der Personen ausgewählt, die von den Assoziationsparteien gemeinsam für den Vorsitz benannt wurden.

Können sich die Mitglieder des Schiedspanels nicht innerhalb der in Absatz 2 des vorliegenden Artikels festgelegten Frist auf die Auswahl eines Vorsitzenden einigen, so kann jede Assoziationspartei den Generalsekretär des Ständigen Schiedshofs ersuchen, den Vorsitzenden per Losentscheid aus der Liste der von den Assoziationsparteien gemeinsam für den Vorsitz vorgeschlagenen Personen auszuwählen.

www.parlament.gv.at

(4) Der Generalsekretär des Ständigen Schiedshofs nimmt die in Absatz 3 Unterabsatz 2 genannte Auswahl innerhalb von fünf Tagen nach dem in Absatz 3 genannten Ersuchen vor. Vertreter der Assoziationsparteien sind berechtigt, bei der Auswahl anwesend zu sein.

(5) Als Tag der Einsetzung des Schiedspanels gilt der Tag, an dem der Vorsitzende ausgewählt worden ist und seine Ernennung angenommen hat.

(6) Wurde die in Artikel 4 Absatz 1 dieses Rahmenprotokolls genannte Liste bis zum Ablauf der in Absatz 2 des vorliegenden Artikels festgelegten Frist nicht erstellt, so benennt jede Assoziationspartei innerhalb von fünf Tagen eine Person als Mitglied des Schiedspanels. Wurden Personen nach Artikel 4 Absatz 1 dieses Rahmenprotokolls vorgeschlagen, so werden die Benennungen aus dieser Liste von Personen vorgenommen. Der Vorsitzende wird dann im Einklang mit dem in Absatz 3 des vorliegenden Artikels festgelegten Verfahren ernannt. Haben die Assoziationsparteien innerhalb einer weiteren Frist von fünf Tagen nicht gemeinsam mindestens eine Person für den Vorsitz vorgeschlagen, so schlägt der Generalsekretär des Ständigen Schiedshofs innerhalb von fünf Tagen und nach Anhörung der Assoziationsparteien einen Vorsitzenden vor, der die Voraussetzungen des Artikels 4 Absatz 2 dieses Rahmenprotokolls erfüllt. Sofern nicht eine der Assoziationsparteien innerhalb von fünf Tagen Einwände gegen diesen Vorschlag erhebt, wird die vom Generalsekretär des Ständigen Schiedshofs vorgeschlagene Person ernannt.

(7) Gelingt es nicht, innerhalb von drei Monaten ab dem Tag des Ersuchens nach Artikel 6 dieses Rahmenprotokolls ein Schiedspanel einzusetzen, so ernennt der Generalsekretär des Ständigen Schiedshofs auf Ersuchen einer Assoziationspartei und nach Anhörung der Assoziationsparteien innerhalb von 15 Tagen Personen, die die Voraussetzungen des Artikels 4 Absatz 2 dieses Rahmenprotokolls erfüllen, um das Schiedspanel zu bilden.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 9

Unabhängigkeit und Immunität der Mitglieder eines Schiedspanels

(1) Die Mitglieder eines Schiedspanels sind unabhängig, handeln in persönlicher Eigenschaft und dürfen keine Weisungen von einer Organisation oder Regierung entgegennehmen.

(2) Die Mitglieder eines Schiedspanels genießen ab dessen Einsetzung in der EU und den assoziierten Staaten Immunität von der Gerichtsbarkeit für die in Wahrnehmung ihrer Aufgaben in diesem Schiedspanel vorgenommenen Handlungen.

ARTIKEL 10

Ablehnung von Mitgliedern des Schiedspanels

(1) Eine Assoziationspartei, die beabsichtigt, ein Mitglied des Schiedspanels abzulehnen, notifiziert ihre Absicht innerhalb von 15 Tagen ab dem Tag, an dem ihr die Ernennung dieses Mitglieds notifiziert worden ist, oder innerhalb von 30 Tagen ab dem Tag, an dem sie Kenntnis von Umständen erlangt hat, die gegen Artikel 9 Absatz 1 dieses Rahmenprotokolls verstoßen.

(2) Die Ablehnungsmitteilung wird der anderen Assoziationspartei, dem abgelehnten Mitglied des Panels, den anderen Mitgliedern des Schiedspanels und dem Ständigen Schiedshof übermittelt. In der Mitteilung werden die Gründe für die Ablehnung dargelegt.

(3) Wenn ein Mitglied des Schiedspanels von einer Assoziationspartei abgelehnt wird, kann die andere Assoziationspartei die Ablehnung annehmen. Das abgelehnte Mitglied des Schiedspanels kann auch zurücktreten. Eine solche Annahme oder ein solcher Rücktritt bedeutet nicht, dass die Gründe für die Ablehnung anerkannt werden.

www.parlament.gv.at

(4) Nimmt die andere Assoziationspartei die Ablehnung nicht innerhalb von 15 Tagen nach dem Tag der Notifikation der Ablehnung an oder tritt das abgelehnte Mitglied des Schiedspanels nicht zurück, so kann die ablehnende Partei den Generalsekretär des Ständigen Schiedshofs ersuchen, eine Entscheidung über die Ablehnung zu treffen.

(5) Wenn der Generalsekretär des Ständigen Schiedshofs eine Entscheidung über eine Ablehnung trifft, gibt er seine Gründe dafür an, es sei denn, die Assoziationsparteien vereinbaren, dass kein Grund anzugeben ist.

ARTIKEL 11

Ersetzung von Mitgliedern des Schiedspanels

(1) Muss ein Mitglied des Schiedspanels während des in Kapitel 5 dieses Rahmenprotokolls vorgesehenen Schiedsverfahrens ersetzt werden, so wird im Einklang mit Artikel 8 Absatz 3 dieses Rahmenprotokolls ein Ersatzmitglied ernannt oder ausgewählt. Die genannte Bestimmung findet auch dann Anwendung, wenn eine Assoziationspartei nicht von dem Recht Gebrauch gemacht hatte, das zu ersetzende Mitglied des Schiedspanels zu ernennen oder sich an seiner Ernennung zu beteiligen.

(2) Sofern das Schiedspanel nichts anderes beschließt, wird im Falle der Ersetzung eines Mitglieds des Schiedspanels das Verfahren in der Phase wieder aufgenommen, in der das ersetzte Mitglied des Schiedspanels die Erfüllung seiner Pflichten eingestellt hat.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 12

Arbeitsweise des Schiedspanels

(1) Der Vorsitzende des Schiedspanels führt in allen Sitzungen des Panels den Vorsitz. Das Schiedspanel kann seinem Vorsitzenden die Befugnis übertragen, verwaltungs- und verfahrenstechnische Beschlüsse zu fassen.

(2) Sofern in diesem Rahmenprotokoll nichts anderes bestimmt ist, kann das Schiedspanel für die Durchführung seiner Verfahren und Beratungen jedes beliebige Kommunikationsmittel verwenden.

(3) An den Beratungen des Schiedspanels dürfen nur Mitglieder des Schiedspanels teilnehmen. Das Schiedspanel kann jedoch die Anwesenheit von Assistenten gestatten.

(4) Die Ausarbeitung von Beschlüssen fällt in die ausschließliche und nicht übertragbare Verantwortung der Mitglieder des Schiedspanels.

(5) Wenn sich eine Verfahrensfrage ergibt, die in diesem Rahmenprotokoll nicht geregelt ist, kann das Schiedspanel nach Anhörung der Assoziationsparteien über das anzuwendende Verfahren entscheiden, sofern es mit diesem Rahmenprotokoll vereinbar ist.

(6) Muss nach Auffassung des Schiedspanels eine in diesem Rahmenprotokoll genannte Frist geändert oder eine andere verfahrens- oder verwaltungstechnische Anpassung vorgenommen werden, so unterrichtet es die Assoziationsparteien, nachdem es diese gehört hat, schriftlich über die Gründe für die Änderung oder Anpassung und die erforderliche Frist oder Anpassung.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 4

BERECHNUNG DER FRISTEN

ARTIKEL 13

Berechnung der Fristen

(1) Jede in diesem Rahmenprotokoll vorgesehene Frist beginnt an dem Tag, der auf den Tag folgt, an dem eine Notifikation eingegangen ist. Fällt der letzte Tag einer Frist auf ein Wochenende oder einen gesetzlichen Feiertag, der für die Europäische Kommission oder den betreffenden assoziierten Staat gilt, so läuft die Frist bis zum nächsten Arbeitstag. Gesetzliche Feiertage, die in die Frist fallen, werden mitgerechnet.

(2) Fällt der letzte Tag für die Zustellung eines Schriftstücks auf ein Wochenende oder einen gesetzlichen Feiertag, der für die Europäische Kommission oder den betreffenden assoziierten Staat gilt, so kann dieses Schriftstück am nächsten Arbeitstag bei der Europäischen Kommission bzw. in dem betreffenden assoziierten Staat zugestellt werden.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 5

SCHIEDSVERFAHREN

ARTIKEL 14

Allgemeine Bestimmungen

Das Schiedspanel stellt sicher, dass die Parteien gleichbehandelt werden und dass jede Assoziationspartei in jeder geeigneten Phase des Verfahrens angemessen Gelegenheit erhält, ihren Standpunkt darzulegen. Das Panel führt seine Verfahren so durch, dass unnötige Verzögerungen und Kosten vermieden werden und der Streit zwischen den Assoziationsparteien beigelegt wird.

ARTIKEL 15

Schiedsort

Schiedsort ist Den Haag. In Ausnahmefällen kann das Schiedspanel an einem anderen Ort zusammentreten, der ihm geeignet erscheint.

ARTIKEL 16

Sprachen

(1) Die Verfahrenssprachen vor dem Schiedspanel sind Französisch und Englisch.

(2) Das Schiedspanel kann anordnen, dass allen Unterlagen im Anhang der Schiedsklageschrift oder der Schiedsklagebeantwortung sowie allen zusätzlichen Unterlagen, die während des Verfahrens in ihrer Originalsprache vorgelegt werden, eine Übersetzung in eine der Verfahrenssprachen beizufügen ist.

(3) Jede Assoziationspartei trägt ihre eigenen Kosten für die Übersetzung der dem Schiedspanel vorgelegten Unterlagen, die ursprünglich nicht in englischer oder französischer Sprache abgefasst sind, sowie etwaige Kosten für Dolmetschleistungen, die während der mündlichen Verhandlung für ihre Vertreter oder Berater erbracht werden.

ARTIKEL 17

Schiedsklageschrift

(1) Der Schiedskläger übermittelt seine Schiedsklageschrift innerhalb der vom Schiedspanel hierfür im Einklang mit Artikel 20 dieses Rahmenprotokolls festgelegten Frist dem Schiedsbeklagten, dem Ständigen Schiedshof und jedem Mitglied des Schiedspanels. Der Schiedskläger kann sich dafür entscheiden, seine in Artikel 6 dieses Rahmenprotokolls genannte Schiedsmitteilung als seine Schiedsklageschrift anzusehen, sofern sie alle in den Absätzen 2 und 3 des vorliegenden Artikels festgelegten Voraussetzungen erfüllt.

www.parlament.gv.at

(2) Die Schiedsklageschrift muss die folgenden Elemente enthalten:

a) die Namen und Anschriften der Assoziationsparteien,

b) die Namen und Anschriften ihrer Vertreter und Berater,

c) die Rechtsgrundlage für das Verfahren (Artikel 90 Absatz 8, Artikel 97 Absatz 9 oder Artikel 98 Absatz 6 des Rahmenabkommens)

und die Angabe einer der folgenden Maßnahmen:

i) Kompensationsmaßnahmen nach Artikel 90 Absatz 7 des Rahmenabkommens,

ii) Schutzmaßnahmen nach Artikel 97 Absatz 1 des Rahmenabkommens,

iii) Notstandsmaßnahmen nach Artikel 97 Absatz 5 des Rahmenabkommens,

iv) Ausgleichsmaßnahmen nach Artikel 97 Absatz 8 des Rahmenabkommens,

v) Schutzmaßnahmen nach Artikel 98 Absatz 1 des Rahmenabkommens,

vi) Ausgleichsmaßnahmen nach Artikel 98 Absatz 5 des Rahmenabkommens,

d) eine Darstellung des Sachverhalts, auf den sich die Schiedsklage stützt,

e) einen Überblick über den Streit und

f) die angeführten rechtlichen Gründe oder Argumente.

(3) Der Schiedsklageschrift sollten nach Möglichkeit alle Unterlagen und Beweismittel, auf die sich der Schiedskläger beruft, beigefügt werden, oder es sollte darin auf diese Unterlagen und Beweismittel Bezug genommen werden.

ARTIKEL 18

Schiedsklagebeantwortung

(1) Der Schiedsbeklagte übermittelt seine Schiedsklagebeantwortung innerhalb der vom Schiedspanel hierfür im Einklang mit Artikel 20 dieses Rahmenprotokolls festgelegten Frist schriftlich dem Schiedskläger, dem Ständigen Schiedshof und jedem Mitglied des Schiedspanels. Der Schiedsbeklagte kann sich dafür entscheiden, seine in Artikel 7 dieses Rahmenprotokolls genannte Antwort auf die Schiedsmitteilung als seine Schiedsklagebeantwortung anzusehen, sofern sie die in Absatz 2 des vorliegenden Artikels festgelegten Voraussetzungen erfüllt.

(2) In der Klagebeantwortung wird auf die Elemente geantwortet, die im Einklang mit Artikel 17 Absatz 2 Buchstaben c bis f dieses Rahmenprotokolls in der Schiedsklageschrift aufgeführt sind. Der Schiedsklagebeantwortung sollten nach Möglichkeit alle Unterlagen und Beweismittel, auf die sich der Schiedsbeklagte beruft, beigefügt werden, oder es sollte darin auf diese Unterlagen und Beweismittel Bezug genommen werden.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 19

Sonstige Schriftsätze

Das Schiedspanel kann entscheiden, welche Schriftsätze die Parteien ihm zusätzlich zur Schiedsklageschrift und zur Schiedsklagebeantwortung vorlegen müssen oder dürfen. Das Schiedspanel legt die Frist für die Übermittlung dieser Schriftsätze nach Artikel 20 dieses Rahmenprotokolls fest.

ARTIKEL 20

Fristen

Die Fristen, die das Schiedspanel für die Übermittlung der Schiedsklageschrift, der Schiedsklagebeantwortung und sonstiger Schriftsätze festlegt, sollten 90 Tage nicht überschreiten. Das Schiedspanel kann diese Fristen jedoch verlängern, wenn es eine solche Verlängerung als gerechtfertigt ansieht.

ARTIKEL 21

Vorläufige Maßnahmen

Das Schiedspanel trifft oder bewilligt keine vorläufigen Maßnahmen.

ARTIKEL 22

Beweise

(1) Jede Assoziationspartei muss die Tatsachen beweisen, auf die sie ihre Schiedsklage bzw. ihre Schiedsklagebeantwortung stützt.

(2) Das Schiedspanel kann die Assoziationsparteien während des Verfahrens jederzeit auffordern, innerhalb einer bestimmten Frist ergänzende Beweise vorzulegen.

(3) Das Schiedspanel entscheidet über die Zulässigkeit, Erheblichkeit und Beweiskraft der vorgelegten Beweise.

ARTIKEL 23

Mündliche Verhandlungen

(1) Auf der Grundlage des im Einklang mit Artikel 28 Absatz 1 dieses Rahmenprotokolls festgelegten vorläufigen Zeitplans und nach Anhörung der Assoziationsparteien und der anderen Mitglieder des Schiedspanels notifiziert der Vorsitzende den Assoziationsparteien Tag, Uhrzeit und Ort der mündlichen Verhandlung. Diese Informationen werden öffentlich zugänglich gemacht, es sei denn, die mündliche Verhandlung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

(2) Das Schiedspanel kann im Einvernehmen mit den Assoziationsparteien beschließen, keine mündliche Verhandlung abzuhalten.

www.parlament.gv.at

(3) Sofern die Assoziationsparteien nichts anderes vereinbaren, findet die mündliche Verhandlung im Einklang mit Artikel 15 dieses Rahmenprotokolls in den Räumlichkeiten des Ständigen Schiedshofs in Den Haag statt.

(4) Das Schiedspanel kann zusätzliche mündliche Verhandlungen anberaumen, wenn die Parteien dies vereinbaren.

(5) Alle Mitglieder des Schiedspanels müssen während der gesamten Dauer der mündlichen Verhandlung anwesend sein.

(6) Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, können die folgenden Personen, unabhängig davon, ob die mündliche Verhandlung öffentlich ist oder nicht, der mündlichen Verhandlung beiwohnen:

a) Vertreter der Assoziationsparteien,

b) Berater,

c) Assistenten,

d) Dolmetscher, Übersetzer und Schriftführer des Schiedspanels und

e) vom Schiedspanel benannte Sachverständige.

(7) Jede Assoziationspartei übermittelt dem Schiedspanel und der anderen Assoziationspartei spätestens fünf Tage vor der mündlichen Verhandlung eine Liste mit den Namen der Personen, die in ihrem Namen in der mündlichen Verhandlung Argumente vortragen oder erläutern werden, sowie ihrer anderen Vertreter oder Berater, die der mündlichen Verhandlung beiwohnen werden.

www.parlament.gv.at

(8) Die mündliche Verhandlung, in der sicherzustellen ist, dass dem Schiedskläger und dem Schiedsbeklagten sowohl in der Argumentation als auch in der Gegenargumentation gleich viel Zeit gegeben wird, läuft wie folgt ab:

a) Argumentation:

i) Argumentation des Schiedsklägers,

ii) Argumentation des Schiedsbeklagten,

b) Gegenargumentation:

i) Erwiderung des Schiedsklägers,

ii) Gegenerwiderung des Schiedsbeklagten.

(9) Während der mündlichen Verhandlung kann das Schiedspanel jederzeit jeder Partei Fragen stellen.

(10) Das Schiedspanel sorgt dafür, dass so bald wie möglich nach der mündlichen Verhandlung eine Niederschrift der mündlichen Verhandlung angefertigt und den Parteien übermittelt wird. Die Assoziationsparteien können innerhalb von zehn Tagen nach der mündlichen Verhandlung eine Stellungnahme zu der Niederschrift abgeben. Das Schiedspanel kann diesen Stellungnahmen Rechnung tragen.

(11) Jede Assoziationspartei kann innerhalb von zehn Tagen nach der mündlichen Verhandlung einen ergänzenden Schriftsatz zu Fragen, die während der mündlichen Verhandlung aufgeworfen wurden, an das Schiedspanel richten.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 24

Versäumnis

(1) Hat der Schiedskläger seine Schiedsklageschrift ohne berechtigten Grund nicht innerhalb der vom Schiedspanel im Einklang mit Artikel 20 dieses Rahmenprotokolls festgelegten Frist vorgelegt, so ordnet das Schiedspanel den Abschluss des Schiedsverfahrens an, es sei denn, es gibt Fragen, über die möglicherweise entschieden werden muss oder die das Panel als zweckmäßig ansieht.

(2) Hat der Schiedsbeklagte seine Antwort auf die Schiedsmitteilung oder seine Schiedsklagebeantwortung ohne berechtigten Grund nicht innerhalb der vom Schiedspanel im Einklang mit Artikel 20 dieses Rahmenprotokolls festgelegten Frist vorgelegt, so ordnet das Schiedspanel die Fortsetzung des Schiedsverfahrens an, was jedoch nicht bedeutet, dass das Schiedspanel eine solche Nichtvorlage mit der Anerkennung der Vorwürfe des Schiedsklägers durch den Schiedsbeklagten gleichsetzen darf.

Dieser Absatz findet auch Anwendung, wenn der Schiedskläger es versäumt hat, seine Gegenerwiderung auf eine Widerklage vorzulegen.

(3) Erscheint eine der Assoziationsparteien trotz ordnungsgemäßer Notifikation nach diesem Rahmenprotokoll nicht zu einer mündlichen Verhandlung, ohne einen berechtigten Grund dafür geltend zu machen, so kann das Schiedspanel das Schiedsverfahren fortsetzen.

(4) Kommt eine der Assoziationsparteien, die ordnungsgemäß aufgefordert wurde, ergänzende Beweise vorzulegen, dieser Aufforderung nicht innerhalb der festgelegten Frist nach, ohne einen berechtigten Grund dafür geltend zu machen, so entscheidet das Schiedspanel auf der Grundlage der ihm vorliegenden Beweise.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 25

Vertraulichkeit

(1) Informationen, die eine Assoziationspartei dem Schiedspanel vorgelegt und als vertraulich eingestuft hat, werden von der anderen Assoziationspartei und dem Schiedspanel als vertraulich behandelt.

Wenn eine Assoziationspartei dem Schiedspanel einen Schriftsatz vorlegt, der vertrauliche Informationen enthält, legt sie innerhalb von 15 Tagen auch einen Schriftsatz ohne die vertraulichen Informationen vor, der der Öffentlichkeit offengelegt wird.

(2) Dieses Rahmenprotokoll hindert eine Assoziationspartei nicht daran, ihre eigenen Schriftsätze, Antworten auf Fragen des Schiedspanels oder die Niederschrift der mündlich vorgetragenen Argumente der Öffentlichkeit offenzulegen, sofern sie bei der Bezugnahme auf von der anderen Assoziationspartei vorgelegte Informationen keine von dieser als vertraulich eingestuften Informationen offenlegt.

(3) Eine mündliche Verhandlung vor dem Schiedspanel ist öffentlich, es sei denn, der Schriftsatz und die Argumente einer Assoziationspartei enthalten vertrauliche Informationen oder die Assoziationsparteien vereinbaren aus anderen Gründen, dass die mündliche Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden soll. In einem solchen Fall wahren die Assoziationsparteien die Vertraulichkeit der mündlichen Verhandlung.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 26

Einseitige Kontakte

(1) Während des gesamten Schiedsverfahrens kommen die Mitglieder des Schiedspanels nicht mit einer Assoziationspartei zusammen und kommunizieren weder mündlich noch schriftlich mit ihr, ohne auch die andere Assoziationspartei hinzuzuziehen.

ARTIKEL 27

Abschluss des Verfahrens

Wenn den Assoziationsparteien hinreichend Gelegenheit gegeben wurde, ihre Argumente darzulegen, kann das Schiedspanel das Verfahren abschließen.

KAPITEL 6

ZEITPLAN FÜR DAS VERFAHREN VOR DEM SCHIEDSPANEL

ARTIKEL 28

Zeitplan für das Verfahren vor dem Schiedspanel

(1) Das Schiedspanel legt nach Anhörung der Assoziationsparteien innerhalb von zehn Tagen nach seiner Einsetzung einen vorläufigen Zeitplan für das Verfahren fest. Es kann Fristen, die in diesem Rahmenprotokoll vorgesehen sind oder denen die Assoziationsparteien zugestimmt haben, jederzeit nach Anhörung der Assoziationsparteien verlängern oder verkürzen.

(2) Das Schiedspanel notifiziert seine Entscheidung innerhalb von zwölf Monaten nach dem Tag seiner Einsetzung den Assoziationsparteien und dem Gemeinsamen Ausschuss. Wenn das Schiedspanel der Auffassung ist, dass es diese Frist nicht einhalten kann, notifiziert der Vorsitzende dies den Assoziationsparteien schriftlich unter Angabe der Gründe für die Verzögerung und des Tags, an dem das Panel seine Arbeiten abzuschließen beabsichtigt.

(3) Eine Assoziationspartei kann innerhalb von zehn Tagen nach Einsetzung des Schiedspanels einen begründeten Antrag auf Behandlung der Sache als dringend stellen. In einem solchen Fall entscheidet das Schiedspanel innerhalb von 15 Tagen nach Eingang des Antrags über die Dringlichkeit der Sache. Wenn das Schiedspanel entscheidet, dass die Sache dringend ist, bemüht es sich nach besten Kräften, seine Entscheidung in der Sache innerhalb von sechs Monaten nach dem Tag seiner Einsetzung den Assoziationsparteien zu notifizieren.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 7

SCHIEDSSPRUCH

ARTIKEL 29

Schiedssprüche des Schiedspanels

(1) Das Schiedspanel bemüht sich nach besten Kräften, Schiedssprüche durch Konsens zu erlassen. Wenn dennoch kein Schiedsspruch durch Konsens zustande kommt, wird der Schiedsspruch durch Mehrheitsbeschluss erlassen.

(2) Sondervoten von Mitgliedern eines Schiedspanels werden in keinem Fall veröffentlicht.

(3) Schiedssprüche sind für die Assoziationsparteien bindend. Im Schiedsspruch werden der festgestellte Sachverhalt, die Anwendbarkeit der einschlägigen Bestimmungen dieses Abkommens und die Gründe für die Feststellungen und Schlussfolgerungen dargelegt.

ARTIKEL 30

Form und Wirkung des Schiedsspruchs

(1) Das Schiedspanel kann zu verschiedenen Zeitpunkten gesonderte Schiedssprüche zu verschiedenen Fragen erlassen.

(2) Alle Schiedssprüche werden schriftlich erlassen und begründet.

(3) Alle Schiedssprüche sind endgültig und für die Assoziationsparteien bindend.

(4) Im Schiedsspruch, der von den Mitgliedern des Schiedspanels zu unterzeichnen ist, sind das Datum seines Erlasses und der Schiedsort anzugeben. Der Ständige Schiedshof übermittelt den Assoziationsparteien eine Kopie des von den Mitgliedern des Schiedspanels unterzeichneten Schiedsspruchs.

(5) Vorbehaltlich des Schutzes vertraulicher Informationen nach Artikel 25 dieses Rahmenprotokolls veröffentlichen die Assoziationsparteien die Schiedssprüche in ihrer Gesamtheit.

(6) Die Assoziationsparteien vollstrecken die Schiedssprüche unverzüglich.

ARTIKEL 31

Einvernehmliche Lösung und andere Gründe für die Einstellung des Verfahrens

(1) Die Assoziationsparteien können jederzeit zu einer einvernehmlichen Lösung für ihren Streit gelangen. In diesem Fall notifizieren die Assoziationsparteien die Lösung gemeinsam dem Schiedspanel. Ist für die Lösung die Genehmigung einer der Assoziationsparteien erforderlich, so wird in der Notifikation auf dieses Erfordernis hingewiesen, und das Schiedsverfahren wird während des betreffenden Verfahrens ausgesetzt. Ist eine solche Genehmigung nicht erforderlich oder ist der Abschluss des betreffenden internen Verfahrens notifiziert worden, so wird das Schiedsverfahren eingestellt.

www.parlament.gv.at

(2) Wird die Fortsetzung des Schiedsverfahrens vor Erlass des Schiedsspruchs unmöglich oder aus einem anderen, in Absatz 1 nicht genannten Grund unnötig, so unterrichtet das Schiedspanel die Assoziationsparteien über seine Absicht, einen Beschluss zur Einstellung des Verfahrens zu erlassen. Das Schiedspanel ist nur dann nicht befugt, diesen Beschluss zu erlassen, wenn es noch offene Fragen gibt, über die möglicherweise entschieden werden muss oder die das Schiedspanel als zweckmäßig ansieht.

(3) Das Schiedspanel übermittelt den Parteien den von den Mitgliedern des Schiedspanels unterzeichneten Beschluss zur Einstellung des Schiedsverfahrens oder die von ihnen unterzeichnete einvernehmliche Regelung. Auf einvernehmliche Regelungen findet Artikel 30 Absätze 2 bis 6 dieses Rahmenprotokolls Anwendung.

ARTIKEL 32

Berichtigung eines Schiedsspruchs

(1) Innerhalb von 30 Tagen nach Eingang des Schiedsspruchs kann jede Assoziationspartei das Schiedspanel – mit Notifikation an die andere Assoziationspartei und den Ständigen Schiedshof – ersuchen, Rechenfehler, sachliche Fehler, Schreibfehler oder ähnliche Fehler oder Auslassungen im Schiedsspruch zu berichtigen. Wenn das Schiedspanel das Ersuchen als gerechtfertigt ansieht, nimmt es die Berichtigung innerhalb von 45 Tagen nach Eingang des Ersuchens vor. Ein solches Ersuchen hat keine aufschiebende Wirkung.

(2) Das Schiedspanel kann innerhalb von 30 Tagen nach Bekanntgabe seines Schiedsspruchs von sich aus Berichtigungen vornehmen.

(3) Berichtigungen nach diesem Artikel werden schriftlich vorgenommen und sind Bestandteil des Schiedsspruchs. Auf solche Berichtigungen findet Artikel 30 Absätze 2 bis 6 dieses Rahmenprotokolls Anwendung.

KAPITEL 8

FINANZIELLE ANGELEGENHEITEN

ARTIKEL 33

Vergütung und Kostenerstattung
für die Mitglieder eines Schiedspanels und ihre Assistenten

Die Parteien vereinbaren mit dem Schiedspanel innerhalb von sieben Tagen nach dessen Einsetzung mithilfe eines beliebigen Kommunikationsmittels

a) die Vergütung und die Kostenerstattung für die Mitglieder des Schiedspanels, die angemessen und mit den Standards bei im Rahmen der Welthandelsorganisation eingesetzten Panels vergleichbar sein müssen,

b) die Vergütung für die Assistenten, wobei der Gesamtbetrag der Vergütungen für die Assistenten eines Mitglieds des Schiedspanels angemessen sein muss und in keinem Fall ein Drittel der Vergütung des betreffenden Mitglieds übersteigen darf.

ARTIKEL 34

Kosten

(1) Jede Assoziationspartei trägt ihre eigenen Kosten und die Hälfte der Kosten des Schiedspanels.

(2) Das Schiedspanel setzt seine Kosten in der Entscheidung in der Sache fest. Diese Kosten dürfen nur Folgendes umfassen:

a) die Honorare der Mitglieder des Schiedspanels, die für jedes Mitglied getrennt aufgeführt und vom Panel selbst im Einklang mit Artikel 34 Buchstabe a dieses Rahmenprotokolls festgesetzt werden,

b) Reisekosten und sonstige Kosten, die den Mitgliedern des Schiedspanels entstanden sind,

c) die Gebühren und Kosten des Ständigen Schiedshofs.

(3) Die in Absatz 2 genannten Kosten müssen unter Berücksichtigung des Streitwerts, der Komplexität der Streitsache, der Zeit, die die Mitglieder des Schiedspanels und vom Schiedspanel ernannte Sachverständige dafür aufgewendet haben, sowie aller sonstigen relevanten Umstände des Einzelfalls angemessen sein.

ARTIKEL 35

Kostenvorschuss

(1) Zu Beginn des Schiedsverfahrens kann der Ständige Schiedshof die Parteien ersuchen, einen Vorschuss in Höhe des geschätzten Gesamtbetrags der in Artikel 35 Absatz 2 dieses Rahmenprotokolls genannten Kosten zu überweisen.

(2) Im Laufe des Schiedsverfahrens kann der Ständige Schiedshof die Parteien ersuchen, zusätzliche Beträge zu hinterlegen.

www.parlament.gv.at

(3) Alle von den Parteien nach diesem Artikel hinterlegten Beträge werden an den Ständigen Schiedshof überwiesen, der sie zur Deckung der tatsächlich entstandenen Kosten, insbesondere der Honorare der Mitglieder des Schiedspanels und des Ständigen Schiedshofs, auszahlt.

Anlage

VERHALTENSKODEX FÜR DIE MITGLIEDER VON SCHIEDSPANELS

ARTIKEL 1

Pflichten

(1) Damit Integrität und Unparteilichkeit des Schiedsverfahrens gewährleistet bleiben, muss jeder Kandidat für die Mitgliedschaft in einem Schiedspanel

a) unangemessenes Verhalten und den Anschein unangemessenen Verhaltens vermeiden,

b) unabhängig und unparteiisch sein,

c) direkte und indirekte Interessenkonflikte vermeiden und

d) hohe Verhaltensstandards beachten, damit Integrität und Unparteilichkeit des Streitbeilegungsverfahrens gewährleistet bleiben.

(2) Ehemalige Kandidaten oder Mitglieder eines Schiedspanels bleiben an die in den Artikeln 5 und 6 dieser Anlage festgelegten Verpflichtungen gebunden.

ARTIKEL 2

Offenlegungspflichten der Mitglieder des Schiedspanels

(1) Bevor ihre Auswahl als Mitglied des Schiedspanels bestätigt wird, müssen die Kandidaten gegenüber den Assoziationsparteien schriftlich etwaige Interessen, Beziehungen und Angelegenheiten offenlegen, von denen ihnen bekannt ist, dass sie ihre Unabhängigkeit oder Unparteilichkeit beeinträchtigen oder den begründeten Anschein von unangemessenem Verhalten oder Befangenheit im Verfahren vor dem Schiedspanel erwecken könnten.

(2) Die Kandidaten und Mitglieder des Schiedspanels übermitteln Erkenntnisse im Zusammenhang mit tatsächlichen oder potenziellen Verstößen gegen diesen Verhaltenskodex ausschließlich dem Gemeinsamen Ausschuss, damit diese von den Assoziationsparteien geprüft werden können.

(3) Die Mitglieder des Schiedspanels legen den Parteien zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens vor dem Schiedspanel schriftlich etwaige Interessen, Beziehungen und Angelegenheiten nach Absatz 1 offen, von denen sie Kenntnis haben oder erlangen.

ARTIKEL 3

Sorgfaltspflicht der Mitglieder eines Schiedspanels

(1) Nach ihrer Auswahl kommen die Mitglieder eines Schiedspanels während des gesamten Verfahrens vor dem Schiedspanel ihren Verpflichtungen sorgfältig, zügig, fair und gewissenhaft nach.

(2) Insbesondere haben die Mitglieder eines Schiedspanels

a) nur die Fragen zu prüfen, die im Verfahren vor dem Schiedspanel aufgeworfen wurden und für eine Entscheidung von Bedeutung sind; sie übertragen diese Verpflichtung keiner anderen Person;

b) alle zweckdienlichen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass ihre Assistenten die Artikel 1, 2 und 6 dieser Anlage kennen und beachten.

ARTIKEL 4

Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Mitglieder eines Schiedspanels

Die Mitglieder eines Schiedspanels

a) sind unabhängig und unparteiisch, vermeiden den Anschein von unangemessenem Verhalten oder Befangenheit und lassen sich weder durch eigene Interessen noch durch Druck von außen noch aus politischen Erwägungen, durch Forderungen der Öffentlichkeit, aus Loyalität gegenüber der Union oder den assoziierten Staaten oder aus Angst vor Kritik beeinflussen;

b) dürfen weder direkt noch indirekt Verpflichtungen eingehen noch direkt oder indirekt Vergünstigungen annehmen, die in irgendeiner Weise im Widerspruch zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben stehen oder zu stehen scheinen;

c) dürfen ihre Stellung als Mitglied eines Schiedspanels nicht dazu gebrauchen, persönliche oder private Interessen zu fördern; ferner sehen sie von Handlungen ab, die den Eindruck erwecken könnten, dass Dritte in einer besonderen Lage sind, sie zu beeinflussen;

www.parlament.gv.at

d) vermeiden, dass finanzielle, geschäftliche, berufliche, familiäre oder gesellschaftliche Beziehungen oder Verpflichtungen ihr Verhalten oder ihre Entscheidungen beeinflussen;

e) sehen davon ab, Beziehungen aufzunehmen oder finanzielle Beteiligungen zu erwerben, die ihre Unparteilichkeit beeinträchtigen oder den begründeten Anschein von unangemessenem Verhalten oder Befangenheit erwecken könnten;

f) dürfen keine Aspekte des Gegenstands oder Verlaufs des Verfahrens vor dem Schiedspanel mit einer Partei oder beiden Parteien erörtern, ohne die anderen Mitglieder des Schiedspanels hinzuzuziehen.

ARTIKEL 5

Pflichten ehemaliger Mitglieder eines Schiedspanels

Alle ehemaligen Mitglieder eines Schiedspanels sehen von Handlungen ab, die den Anschein erwecken könnten, dass sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben befangen waren oder aus einem Beschluss oder einer Entscheidung des Schiedspanels Nutzen gezogen haben.

ARTIKEL 6

Vertraulichkeit

(1) Ein Mitglied oder ehemaliges Mitglied eines Schiedspanels darf zu keinem Zeitpunkt

a) nichtöffentliche Informationen, die ein Verfahren vor dem Schiedspanel betreffen oder ihm während eines Verfahrens bekannt wurden, offenlegen oder sich zunutze machen, es sei denn für die Zwecke des betreffenden Verfahrens; in keinem Fall darf es derartige Informationen offenlegen oder sich zunutze machen, um sich selbst oder anderen einen Vorteil zu verschaffen oder die Interessen anderer zu schädigen;

b) die Beratungen des Schiedspanels oder die Standpunkte einzelner Mitglieder des Schiedspanels offenlegen.

(2) Ein Mitglied eines Schiedspanels darf Entscheidungen des Schiedspanels weder ganz noch teilweise offenlegen, solange sie noch nicht im Einklang mit diesem Rahmenprotokoll veröffentlicht wurden.

www.parlament.gv.at

RAHMENPROTOKOLL 7
ÜBER DIE SATZUNG DES PARLAMENTARISCHEN ASSOZIATIONSAUSSCHUSSES

ARTIKEL 1

Der mit Artikel 78 des Rahmenabkommens eingesetzte Parlamentarische Assoziationsausschuss wird gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens und dieser Satzung gebildet und übt seine Tätigkeit gemäß den genannten Bestimmungen aus.

ARTIKEL 2

Der Parlamentarische Assoziationsausschuss besteht aus zwölf Mitgliedern. Das Europäische Parlament bestellt vier Mitglieder, und die Parlamente der assoziierten Staaten bestellen jeweils vier Mitglieder.

ARTIKEL 3

Der Parlamentarische Assoziationsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten. Der Vorsitz des Ausschusses liegt abwechselnd jeweils für ein Jahr bei einem vom Europäischen Parlament bestellten Mitglied und bei einem von einem Parlament eines assoziierten Staates bestellten Mitglied.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 4

Der Parlamentarische Assoziationsausschuss hält mindestens einmal jährlich abwechselnd in der EU und in einem assoziierten Staat eine ordentliche Tagung ab. Der Ausschuss entscheidet auf jeder Tagung, wo die nächste ordentliche Tagung stattfinden soll. Außerordentliche Tagungen können abgehalten werden, sofern der Parlamentarische Assoziationsausschuss dies gemäß der im Einklang mit Artikel 5 dieses Rahmenprotokolls erlassenen Geschäftsordnung beschließt.

ARTIKEL 5

Der Parlamentarische Assoziationsausschuss erlässt seine Geschäftsordnung mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder.

ARTIKEL 6

Die Kosten der Beteiligung eines Mitglieds an dem Parlamentarischen Assoziationsausschuss werden von dem Parlament übernommen, das das betreffende Mitglied bestellt hat.

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 2/14

ANHÄNGE

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

ANDORRA-PROTOKOLL

TEIL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

KAPITEL 1

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EU UND ANDORRA

ARTIKEL 1

Ersetzung und Nachfolge des Kooperationsabkommens vom 15. November 2004

Dieses Abkommen tritt an die Stelle des am 15. November 2004 in Brüssel unterzeichneten Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Andorra[1].

[1] ABl. L 135 vom 28.5.2005, S. 14.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 2

Besondere Bestimmungen über die Zusammenarbeit

(1) Bei der Zusammenarbeit zwischen der EU und Andorra gemäß Artikel 64 des Rahmenabkommens werden die Erfahrungen berücksichtigt, die bei der Beteiligung Andorras an EU-Programmen, insbesondere an bestehenden Programmen der territorialen Zusammenarbeit und an Strukturen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in den Pyrenäen gewonnen wurden.

(2) Zu diesem Zweck kommen die EU und Andorra überein, ihre regionale Zusammenarbeit in Anlehnung an die EU-Politik der grenzübergreifenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit zu intensivieren, und werden sie ein koordiniertes Vorgehen zur Entwicklung der Grenzgebiete rund um Andorra prüfen, um für die Pyrenäen eine mit der Politik für die Alpen vergleichbare Politik zu fördern. Gleichzeitig kommen sie überein, ihre Zusammenarbeit in Bezug auf eine Politik für Berggebiete in Anlehnung an die EU-Politik auszubauen, um eine kontinuierliche und nachhaltige landwirtschaftliche Landnutzung, wirtschaftliche Entwicklung und Erhaltung der natürlichen Umwelt zu gewährleisten.

www.parlament.gv.at

TEIL II

FREIER WARENVERKEHR

KAPITEL 1

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

ARTIKEL 3

Grundsätze

Der freie Warenverkehr zwischen der EU und Andorra beruht einerseits auf einer Zollunion und andererseits auf der Umsetzung und Anwendung des EU-Besitzstands im Bereich des freien Warenverkehrs durch Andorra.

ARTIKEL 4

Zollunion zwischen der EU und Andorra

Mit diesem Abkommen wird eine Zollunion zwischen der EU und Andorra errichtet, die an die Stelle des am 28. Juni 1990 in Luxemburg unterzeichneten Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Andorra[1] tritt.

[1] ABl. L 374 vom 31.12.1990, S. 16.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 5

Anwendungs- und Geltungsbereich der Zollunion

(1) Die Zollunion zwischen der EU und Andorra gilt – unbeschadet der in Artikel 10 dieses Protokolls aufgeführten besonderen Bestimmungen – für alle Waren.

(2) Die Zollunion zwischen der EU und Andorra gilt für das Zollgebiet der EU gemäß Artikel 4 des Zollkodex der Union[1] und für das Hoheitsgebiet Andorras.

(3) Die Zollunion zwischen der EU und Andorra gilt

a) für im Zollgebiet der EU oder in Andorra hergestellte Waren, einschließlich Waren, die ganz oder teilweise aus Waren aus Drittländern gewonnen wurden, die sich im Zollgebiet der EU oder in Andorra im zollrechtlich freien Verkehr befinden,

b) für Waren aus Drittländern, die sich im Zollgebiet der EU oder in Andorra im zollrechtlich freien Verkehr befinden.

(4) Als im zollrechtlich freien Verkehr im Zollgebiet der EU oder in Andorra befindlich gelten diejenigen Waren aus Drittländern, für die die Einfuhrförmlichkeiten erfüllt sowie die vorgeschriebenen Zölle und Abgaben gleicher Wirkung erhoben und nicht ganz oder teilweise rückvergütet worden sind.

[1] Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).

www.parlament.gv.at

(5) Die Zollunion gilt ferner für im Zollgebiet der EU oder in Andorra gewonnene Waren, für deren Herstellung Waren aus Drittländern verwendet wurden, die sich weder im Zollgebiet der EU noch in Andorra im zollrechtlich freien Verkehr befinden. Für solche Waren gelten die Bestimmungen zur Zollunion jedoch nur, wenn die ausführende Assoziationspartei EU-Zölle auf die für deren Herstellung verwendeten Waren aus Drittländern erhebt.

ARTIKEL 6

Maßnahmen zur Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik

(1) Abweichend von Artikel 81 des Rahmenabkommens wendet Andorra unmittelbar alle in der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates[1] vorgesehenen Maßnahmen an, die die EU auf Waren anwendet, die in das Zollgebiet der EU eingeführt oder aus diesem ausgeführt werden, mit Ausnahme von Zollkontingenten.

(2) Andorra wendet unmittelbar alle Verpflichtungen an, die sich aus internationalen Übereinkünften ergeben, die geschlossen wurden von

a) der EU,

b) EU-Mitgliedstaaten im Namen der EU oder

c) gemeinsam von EU-Mitgliedstaaten und der EU,

soweit diese Verpflichtungen den Warenhandel zwischen der EU und Drittländern betreffen.

[1] ABl. L 256 vom 7.9.1987, S. 1.

www.parlament.gv.at

(3) Unbeschadet des Absatzes 1 kann der mit Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe a des Rahmenabkommens eingesetzte Gemeinsame Ausschuss Beschlüsse zur Aktualisierung von Anhang XXV Teil I fassen.

(4) Die in Absatz 1 genannten Maßnahmen umfassen Maßnahmen, die sich aus der Anwendung der in Anhang XXIV Kapitel 2 und Anhang XXV Teil I genannten Rechtsakte in der EU ergeben.

(5) Andorra setzt alle in Anhang XXV Teil II aufgeführten Rechtsakte in seine Rechtsordnung um.

(6) Die Absätze 1 und 2 gelten unbeschadet besonderer Bestimmungen oder Regeln in den Anhängen I und II des Protokolls für den assoziierten Staat.

ARTIKEL 7

Unterausschuss für die Zusammenarbeit im Zollbereich

(1) Abweichend von Artikel 76 Absatz 8 Satz 1 des Rahmenabkommens wird hiermit ein Unterausschuss für die Zusammenarbeit im Zollbereich eingesetzt. Die Methodik, Zusammensetzung und Arbeitsweise dieses Unterausschusses werden durch den Gemeinsamen Ausschuss in seiner Geschäftsordnung festgelegt.

(2) Der Unterausschuss prüft in regelmäßigen Abständen oder auf Antrag einer der Assoziationsparteien Fragen der Auslegung und Anwendung der Zollbestimmungen dieses Übereinkommens. Ferner erörtert er alle Fragen im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Amtshilfe im Zollbereich zwischen der EU und Andorra.

www.parlament.gv.at

(3) Der Unterausschuss unterbreitet dem Gemeinsamen Ausschuss von sich aus oder auf Antrag des Gemeinsamen Ausschusses Empfehlungen zu Zollangelegenheiten, die durch einen Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses geregelt werden müssen.

KAPITEL 2

BESONDERE BESTIMMUNGEN

ARTIKEL 8

Von der EU ausgehandelte Präferenzabkommen

Die EU unternimmt in ihren Handelsverhandlungen mit Drittländern alles in ihrer Macht Stehende, um eine Ausweitung der für Waren geltenden Präferenzregelungen auf Waren mit Ursprung in Andorra zu erwirken.

ARTIKEL 9

Von der EU ausgehandelte Abkommen über die gegenseitige Anerkennung

Die EU unternimmt in ihren Verhandlungen mit Drittländern über Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung alles in ihrer Macht Stehende, um deren Ausweitung in Bezug auf Konformitätsbewertungen und die Kennzeichnung von Waren auf Andorra zu erwirken.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 10

Schrittweise Einbeziehung von Tabakerzeugnissen in die Zollunion

(1) Unbeschadet der Bestimmungen von Teil II Kapitel 1 des Rahmenabkommens und Teil II Kapitel 1 dieses Protokolls werden die Zölle und Abgaben gleicher Wirkung auf die Einfuhren von EU-Erzeugnissen nach Andorra, die unter Kapitel 24 der Nomenklatur im Anhang des Internationalen Übereinkommens über das Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren[1] (im Folgenden „Nomenklatur des Harmonisierten Systems“) fallen, nach der in den Absätzen 2 bis 5 festgelegten Regelung während eines Übergangszeitraums von 30 Jahren ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens abgebaut.

(2) Bei der Einfuhr von Erzeugnissen des Kapitels 24 der Nomenklatur des Harmonisierten Systems aus Drittländern nach Andorra darf keine günstigere Regelung angewandt werden als bei Einfuhren derselben Erzeugnisse aus der EU.

(3) Für Erzeugnisse der Positionen 24.02, 24.03 und 24.04 der Nomenklatur des Harmonisierten Systems in der Fassung von 2022[2], die in der EU aus Rohtabak hergestellt werden und die in Teil II Kapitel 1 Artikel 5 Absatz 3 dieses Protokolls genannten Anforderungen erfüllen, wird bei der Einfuhr nach Andorra ein Präferenzzollsatz gewährt, der 60 v. H. des in Andorra für die gleichen Erzeugnisse aus Drittländern geltenden Zollsatzes entspricht.

---

1 Beschluss 87/369/EWG des Rates vom 7. April 1987 über den Abschluss des Internationalen Übereinkommens über das Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren sowie des dazugehörigen Änderungsprotokolls (ABl. L 198 vom 20.7.1987, S. 1).

2 Durchführungsverordnung (EU) 2021/1832 der Kommission vom 12. Oktober 2021 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. L 385 vom 29.10.2021, S. 1).

www.parlament.gv.at

(4) Zölle und Abgaben gleicher Wirkung, die sich aus der Anwendung der Regelung nach Absatz 2 und der Berechnung des Präferenzzollsatzes nach Absatz 3 ergeben, werden als „Ausgangszollsätze“ bezeichnet und sind von Andorra ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens anzuwenden.

(5) Die Zölle und Abgaben gleicher Wirkung, die für nach Andorra eingeführte EU-Erzeugnisse des Kapitels 24 gelten, werden in den folgenden sechs Schritten stufenweise abgebaut:

a) Sieben Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens werden diese Zölle auf 95 v. H. des Ausgangszollsatzes gesenkt,

b) zehn Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens werden diese Zölle auf 90 v. H. des Ausgangszollsatzes gesenkt,

c) 15 Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens werden diese Zölle auf 70 v. H. des Ausgangszollsatzes gesenkt,

d) 20 Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens werden diese Zölle auf 50 v. H. des Ausgangszollsatzes gesenkt,

e) 25 Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens werden diese Zölle auf 30 v. H. des Ausgangszollsatzes gesenkt und

ab dem 30. Jahrestag des Inkrafttretens dieses Abkommens und in allen Folgejahren betragen diese Zölle 0 v. H.

ARTIKEL 11

Überwachungsmechanismus während des Übergangszeitraums

(1) Andorra übermittelt der EU vor dem 15. jedes Monats die folgenden Daten zu den Erzeugnissen des Kapitels 24 der Nomenklatur des Harmonisierten Systems (Rohtabak und Tabakerzeugnisse): monatliche Änderung der Mengen, die in Andorra erzeugt und hergestellt wurden, die eingeführt, vermarktet und ausgeführt wurden.

(2) Andorra übermittelt der EU jedes Jahr vor dem 1. September einen Bericht über die Entwicklung folgender Elemente:

a) Lage der öffentlichen Finanzen, einschließlich des Anteils der Steuereinnahmen aus Tabak;

b) Diversifizierung der Wirtschaft Andorras, insbesondere des Agrarsektors;

c) Erzeugung, Einfuhr, Vermarktung und Ausfuhr von Rohtabak und Tabakerzeugnissen;

d) von Andorra ergriffene Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Betrug und Schmuggel (Rechtsvorschriften, Umsetzung sowie administrative, justizielle und materielle Kapazitäten).

(3) Zur Bewertung der Elemente, die Gegenstand des in Absatz 2 genannten Jahresberichts sind, berücksichtigt Andorra insbesondere die folgenden Indikatoren:

a) Veränderungen des Volumens der staatlichen Einnahmen;

www.parlament.gv.at

b) erhobene Zölle sowie direkte und indirekte Steuern;

c) Veränderung des Anteils der Tabaksteuereinnahmen an den öffentlichen Finanzen;

d) Entwicklung des relativen Anteils der Einnahmen aus der Tabakernte an den Gesamteinnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe;

e) Entwicklung der Investitionen (aus Andorra und aus dem Ausland);

f) Entwicklung der Beschäftigungslage in Andorra;

g) Entwicklung der Touristenzahlen;

h) Entwicklung der monatlichen Daten über Rohtabak und Tabakerzeugnisse, insbesondere der Mengen, die

   i) in Andorra erzeugt und hergestellt werden,

   ii) aus der EU und Drittländern eingeführt werden,

   iii) in Andorra vermarktet werden und

   iv) in die EU und Drittländer ausgeführt werden.

   Darüber hinaus sind die Veränderungen dieser Daten gegenüber dem Vorjahr sowie dem Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre zu berücksichtigen;

i) Änderungen des Verkaufspreises (gewogener Durchschnittspreis auf der Grundlage von Daten über die vermarkteten Mengen, Mindest- und Höchstpreis) für Tabakerzeugnisse in Andorra sowie der Zusammensetzung dieses Preises (Steuern und andere Bestandteile);

j) konkrete Daten zur Wirksamkeit der Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Betrug und Schmuggel, insbesondere:

   i) Entwicklungen in den Bereichen Rechtssetzung und Rechtsprechung,

   ii) Veränderungen der Zahl der für die Bekämpfung von Betrug und Schmuggel eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

   iii) Entwicklungen bei der für die Bekämpfung von Betrug und Schmuggel erforderlichen Ausrüstung,

   iv) Zusammenarbeit mit Nachbarländern,

   v) Anzahl und Wert der Beschlagnahmen.

(4) Alle fünf Jahre oder auf Antrag Andorras oder der EU findet eine Follow-up-Sitzung statt, bei der die EU und Andorra über die Entwicklungen bei den Indikatoren zur Messung der Auswirkungen des schrittweisen Übergangs zum freien Verkehr von Tabakerzeugnissen auf Andorra unterrichtet werden.

(5) Der Gemeinsame Ausschuss kann beschließen, die in den Absätzen 2 und 3 genannten Elemente und Indikatoren anzupassen.

(6) Im Falle zufriedenstellender Entwicklungen bei der Diversifizierung der Wirtschaft Andorras, insbesondere des Tabaksektors, kann der Gemeinsame Ausschuss beschließen, die Übermittlung der Daten und des Berichts gemäß den Absätzen 1 bis 3 auszusetzen.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 12

Schutzmaßnahmen betreffend Tabakwaren

(1) Im Falle ernster wirtschaftlicher, haushaltspolitischer, gesellschaftlicher oder ökologischer Schwierigkeiten, die durch den in Artikel 10 dieses Protokolls genannten gestuften Abbau des für Kapitel 24 des Harmonisierten Systems geltenden Zollsatzes verursacht werden, kann Andorra gemäß den Bedingungen und im Einklang mit diesem Artikel einseitig Schutzmaßnahmen zur Anpassung dieses Zollsatzes treffen.

(2) Die EU kann unter den Bedingungen gemäß diesem Artikel und im Einklang mit diesem einseitig geeignete Schutzmaßnahmen ergreifen, wenn sie der Auffassung ist, dass es bei der Verhütung und Bekämpfung von Betrug und Schmuggel in Andorra ungünstige Entwicklungen gegeben hat, dass es zu einem unerwünschten Anstieg bei der Erzeugung, Einfuhr, Vermarktung und Ausfuhr von Rohtabak und Tabakerzeugnissen gekommen ist oder dass sich die Preisunterschiede für Tabakwaren (einschließlich Steuern) zwischen Andorra und den Mitgliedstaaten der EU vergrößert haben, insbesondere in Bezug auf den angrenzenden Mitgliedstaat mit dem niedrigsten Preis.

(3) Die Schutzmaßnahmen nach den Absätzen 1 und 2 sind hinsichtlich ihres Umfangs und ihrer Dauer auf das zur Behebung der Situation unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.

(4) Beabsichtigt Andorra oder die EU, Schutzmaßnahmen nach Absatz 1 bzw. 2 zu ergreifen, so unterrichtet Andorra bzw. die EU unverzüglich die andere Assoziationspartei und stellt alle sachdienlichen Informationen zur Verfügung.

(5) Artikel 97 Absätze 4 bis 9 des Rahmenabkommens findet Anwendung.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 13

Ursprungsregeln für Tabak während des Übergangszeitraums

(1) Während des in Artikel 10 dieses Protokolls vorgesehenen Übergangszeitraums sind die Erzeugnisse des Kapitels 24 der Nomenklatur des Harmonisierten Systems mit Ursprung in Andorra bei der Einfuhr in die EU von den Einfuhrabgaben befreit.

(2) Die Ursprungsregeln und die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen für die in Absatz 1 genannten Erzeugnisse sind in Anlage 1 zu diesem Protokoll festgelegt.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 3

STEUERBEFREIUNGEN IM REISEVERKEHR

ARTIKEL 14

Allgemeine Bestimmungen

(1) Die EU und Andorra gewähren für Waren, die im persönlichen Gepäck von Reisenden aus der anderen Assoziationspartei eingeführt werden, auf der Grundlage von Schwellenwerten oder Höchstmengen Befreiungen von den Einfuhrabgaben, der Mehrwertsteuer oder allgemeinen indirekten Steuern sowie von den Verbrauchsteuern, sofern es sich um nichtgewerbliche Einfuhren handelt.

(2) Für die Zwecke der Anwendung des Absatzes 1 gelten Einfuhren als nichtgewerblich, wenn

a) sie gelegentlich erfolgen;

b) sie sich ausschließlich aus Waren zusammensetzen, die zum persönlichen Ge- oder Verbrauch des Reisenden oder seiner Familienangehörigen oder als Geschenk bestimmt sind.

(3) Art oder Menge der Waren dürfen nicht darauf schließen lassen, dass die Einfuhr aus gewerblichen Gründen erfolgt.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 15

Schwellenwerte und Höchstmengen

(1) Die Befreiung gemäß Artikel 14 dieses Protokolls ist die Gleiche wie die in der EU geltende Befreiung in Bezug auf Drittländer[1].

(2) Sofern die Waren gemäß den allgemeinen Besteuerungsbedingungen des heimischen Markts einer der Assoziationsparteien erworben wurden, gelten abweichend von Absatz 1 die in den Absätzen 3 und 5 genannten Schwellenwerte und Höchstmengen.

(3) Im Falle von Waren, für die ein Schwellenwert gilt, wird der Gesamtwert der Befreiung auf das Dreifache des Wertes der Befreiung festgesetzt, die die EU in Bezug auf Drittländer anwendet. Dieser Absatz gilt nicht für Reisende unter 15 Jahren.

(4) Der Wert einer Ware darf bei der Anwendung der Schwellenwerte nicht aufgeteilt werden.

(5) Für Waren, für die eine Höchstmenge gilt, werden die Befreiungen wie folgt festgesetzt:

a) Tabakwaren:

– 300 Zigaretten oder

– 150 Zigarillos oder

[1] Richtlinie 2007/74/EG des Rates vom 20. Dezember 2007 über die Befreiung der von aus Drittländern kommenden Reisenden eingeführten Waren von der Mehrwertsteuer und den Verbrauchsteuern (ABl. L 346 vom 29.12.2007, S. 6).

www.parlament.gv.at

– 75 Zigarren oder

– 400 Gramm Rauchtabak.

Die angegebenen Mengen entsprechen jeweils 100 % der für Tabakwaren insgesamt gewährten Befreiungen.

Zigarillos sind Zigarren mit einem Stückgewicht von höchstens 3 Gramm.

Die Befreiung kann bei einem Reisenden auf jede Kombination von Tabakwaren angewendet werden, sofern die ausgeschöpften prozentualen Anteile der Einzelbefreiungen insgesamt 100 % nicht übersteigen.

b) Alkohol und alkoholische Getränke, Weine und Bier:

– insgesamt 1,5 Liter Alkohol und alkoholische Getränke mit einem Alkoholgehalt von mehr als 22 % vol oder unvergällter Ethylalkohol mit einem Alkoholgehalt von 80 % vol oder mehr

oder

– insgesamt 3 Liter Alkohol und alkoholische Getränke mit einem Alkoholgehalt von höchstens 22 % vol

und

– 5 Liter nicht schäumender Wein und insgesamt 20 Liter Bier.

Die angegebenen Mengen entsprechen jeweils 100 % der für Alkohol und alkoholische Getränke insgesamt gewährten Befreiungen.

Die Befreiung kann bei einem Reisenden auf jede Kombination der unter Buchstabe b genannten Arten von Alkohol und alkoholischen Getränken angewendet werden, sofern die ausgeschöpften prozentualen Anteile der Einzelbefreiungen insgesamt 100 % nicht übersteigen.

(6) Absatz 5 gilt nicht für Reisende unter 17 Jahren.

KAPITEL 4

ZOLLRECHTLICHE SICHERHEITSMAßNAHMEN

ARTIKEL 16

Begriffsbestimmung

Unter „zollrechtlichen Sicherheitsmaßnahmen“ sind die Bestimmungen zu verstehen, die für die Anmeldung von Waren vor ihrem Eingang in das Zollgebiet oder vor ihrem Ausgang aus dem Zollgebiet, für die zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten sowie für die zollrechtlichen Sicherheitskontrollen und das sicherheitsrelevante Risikomanagement aufgrund der zum entsprechenden Zeitpunkt in der EU in Kraft befindlichen zollrechtlichen Bestimmungen gelten.

ARTIKEL 17

Allgemeine Grundsätze für zollrechtliche Sicherheitsmaßnahmen

(1) Die EU und Andorra verpflichten sich, auf den Güterverkehr aus Drittländern oder in Drittländer die in Artikel 15 dieses Protokolls aufgeführten zollrechtlichen Sicherheitsmaßnahmen anzuwenden und an ihren jeweiligen Außengrenzen ein gleichwertiges Maß an Sicherheit zu gewährleisten.

(2) Die EU und Andorra verzichten während der Beförderung von Waren zwischen ihren Zollgebieten auf die Anwendung der in Artikel 16 dieses Protokolls genannten zollrechtlichen Sicherheitsmaßnahmen.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 18

Abkommen mit Drittländern

(1) Bevor die EU und Andorra mit Drittländern Abkommen in Bereichen abschließen, die in den Anwendungsbereich zollrechtlicher Sicherheitsmaßnahmen fallen, konsultieren sie einander, um die Vereinbarkeit solcher Abkommen mit diesem Kapitel sicherzustellen, insbesondere wenn das vorgesehene Abkommen Bestimmungen enthält, die von den in diesem Kapitel festgelegten zollrechtlichen Sicherheitsmaßnahmen abweichen.

(2) Die EU und Andorra vereinbaren, dass von einer Assoziationspartei mit einem Drittland in einem unter die zollrechtlichen Sicherheitsmaßnahmen fallenden Bereich geschlossene Abkommen für die andere Assoziationspartei nicht bindend sind, es sei denn, der Gemeinsame Ausschuss beschließt etwas anderes.

ARTIKEL 19

Ort für die Abgabe einer summarischen Eingangsanmeldung
und einer Vorabanmeldung bei Ausgang der Waren

(1) Die summarische Eingangsanmeldung ist bei der zuständigen Behörde derjenigen Assoziationspartei abzugeben, in deren Zollgebiet die aus Drittländern kommenden Waren verbracht werden. Diese Behörde führt auf der Grundlage der in dieser Anmeldung enthaltenen Angaben die Risikoanalyse und die für erforderlich erachteten zollrechtlichen Sicherheitskontrollen durch; sie tut dies auch dann, wenn diese Waren für die andere Assoziationspartei bestimmt sind.

www.parlament.gv.at

(2) Die Vorabanmeldung bei Ausgang der Waren ist bei der zuständigen Behörde derjenigen Assoziationspartei abzugeben, in deren Zollgebiet die Ausfuhr- bzw. Ausgangsförmlichkeiten für die für Drittländer bestimmten Waren erledigt werden. Die zuständige Behörde führt auf der Grundlage der in dieser Anmeldung enthaltenen Angaben die Risikoanalyse und die für erforderlich erachteten zollrechtlichen Sicherheitskontrollen durch.

(3) Durchqueren für ein Drittland bestimmte Waren, die das Zollgebiet einer der Assoziationsparteien verlassen haben, das Zollgebiet der anderen Assoziationspartei, so ist die Vorabanmeldung bei Ausgang der Waren ausschließlich bei der zuständigen Behörde dieser anderen Assoziationspartei abzugeben.

ARTIKEL 20

Zollrechtliche Sicherheitskontrollen und sicherheitsrelevantes Risikomanagement

(1) Die EU und Andorra arbeiten zusammen, um

a) Informationen mit dem Ziel auszutauschen, ihre Risikoanalyse und die Wirksamkeit der sicherheitsrelevanten Zollkontrollen zu verstärken;

b) innerhalb einer angemessenen Frist einen gemeinsamen Rahmen für das Risikomanagement, gemeinsame Risikokriterien sowie gemeinsame prioritäre Kontrollbereiche festzulegen und ein elektronisches System für die Umsetzung dieses gemeinsamen Risikomanagements einzurichten.

(2) Der Gemeinsame Ausschuss erlässt alle zur Anwendung von Absatz 1 erforderlichen Beschlüsse.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 21

Begleitende Maßnahmen zur Umsetzung der zollrechtlichen Sicherheitsmaßnahmen

(1) Der Gemeinsame Ausschuss erlässt Beschlüsse, in denen festgelegt wird, wie die EU und Andorra die Durchführung dieses Kapitels begleiten und die Einhaltung der zollrechtlichen Sicherheitsmaßnahmen überprüfen.

Diese begleitenden Maßnahmen können insbesondere bestehen in

a) einer regelmäßigen Bewertung der Durchführung dieses Kapitels,

b) einer Überprüfung im Hinblick auf eine bessere Anwendung des vorliegenden Kapitels oder eine Änderung seiner Bestimmungen, um seine Ziele besser zu erreichen,

c) der Organisation von Sitzungen zu bestimmten Themen, an denen Sachverständige der EU und Andorras teilnehmen, und in Audits der Verwaltungsverfahren, die auch durch Besuche vor Ort erfolgen können.

(2) Der Gemeinsame Ausschuss stellt sicher, dass die nach Absatz 1 ergriffenen Maßnahmen die Rechte der davon betroffenen Wirtschaftsbeteiligten wahren.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 22

Informationsaustausch betreffend die zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten

Die Europäische Kommission und die zuständigen Behörden Andorras tauschen regelmäßig Informationen über die Identität ihrer in Sicherheitsbelangen zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten aus und teilen auch folgende Informationen mit:

a) die Kennnummer des Wirtschaftsbeteiligten (TIN — Trader Identification Number) in einem mit den Vorschriften über die EORI-Kennnummer (Economic Operator Registration and Identification)[1] kompatiblen Format,

b) den Namen und die Anschrift des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten,

c) die Nummer der Bewilligung, mit der der Status eines zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten zuerkannt wurde,

d) den aktuellen Status (gültig, ausgesetzt, widerrufen),

e) die Zeiträume, in denen sich der Status geändert hat,

f) den Tag, an dem die Bewilligung wirksam wird,

g) die Behörde, die die Bewilligung ausgestellt hat.

[1] Delegierte Verordnung (EU) 2015/2446 der Kommission vom 28. Juli 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Einzelheiten zur Präzisierung von Bestimmungen des Zollkodex der Union (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 1).

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 23

Schutz des Berufsgeheimnisses und personenbezogener Daten

(1) Die Informationen, die im Rahmen dieses Kapitels zwischen der EU und Andorra ausgetauscht werden, unterliegen dem Schutz des Berufsgeheimnisses und dem Schutz personenbezogener Daten gemäß den Rechtsvorschriften der Assoziationspartei, die die Information erhält.

(2) Informationen dürfen weder an andere Personen als an die zuständigen Behörden der betreffenden Assoziationspartei weitergegeben noch von diesen Behörden zu anderen als den in diesem Abkommen vorgesehenen Zwecken benutzt werden.

ARTIKEL 24

Ausgleichsmaßnahmen

(1) Die EU oder Andorra kann nach Konsultationen im Gemeinsamen Ausschuss angemessene Ausgleichsmaßnahmen, einschließlich der Aussetzung der Anwendung zollrechtlicher Sicherheitsmaßnahmen, ergreifen, wenn sie bzw. es feststellt, dass die andere Assoziationspartei die entsprechenden Bedingungen nicht erfüllt.

(2) Wird die Wirksamkeit der zollrechtlichen Sicherheitsmaßnahmen durch eine Verzögerung gefährdet, so können ohne vorherige Konsultation vorläufige Sicherungsmaßnahmen getroffen werden, sofern unmittelbar nach dem Ergreifen dieser Maßnahmen Konsultationen im Gemeinsamen Ausschuss stattfinden.

www.parlament.gv.at

(3) Wird die Umsetzung des einschlägigen Besitzstands im Bereich der zollrechtlichen Sicherheitsmaßnahmen gemäß diesem Kapitel von Andorra nicht mehr gewährleistet, so kann die EU die Anwendung der zollrechtlichen Sicherheitsmaßnahmen aussetzen, es sei denn, der Gemeinsame Ausschuss beschließt etwas anderes, nachdem er die Möglichkeiten geprüft hat, die Anwendung des Besitzstands aufrechtzuerhalten.

(4) Ausgleichsmaßnahmen sollten verhältnismäßig sein, und ihr Anwendungsbereich und ihre Dauer sollten auf das zur Bewältigung der Situation erforderliche Maß beschränkt sein. Eine Assoziationspartei kann den Gemeinsamen Ausschuss ersuchen, Konsultationen hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit dieser Maßnahmen abzuhalten.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 5

AMTSHILFE BEI DER BEITREIBUNG

ARTIKEL 25

Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen

(1) Jeder EU-Mitgliedstaat und Andorra leisten Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf Einfuhr- und Ausfuhrabgaben.

(2) Diese Amtshilfe betrifft

a) Geldstrafen, Geldbußen, Gebühren und Zuschläge in Bezug auf Forderungen, für deren Beitreibung gemäß Absatz 1 um Amtshilfe ersucht werden kann und die von den für die Erhebung der betreffenden Steuern oder Abgaben oder die Durchführung der dafür erforderlichen behördlichen Ermittlungen zuständigen Behörden verhängt oder von Verwaltungsorganen oder Gerichten auf Antrag dieser Behörden bestätigt wurden,

b) Gebühren für Bescheinigungen und ähnliche Dokumente, die im Zusammenhang mit Verwaltungsverfahren in Bezug auf die betreffenden Steuern oder Abgaben ausgestellt werden,

c) Zinsen und Kosten im Zusammenhang mit Forderungen, für deren Beitreibung gemäß Absatz 1 oder gemäß den Buchstaben a oder b um Amtshilfe ersucht werden kann.

(3) Amtshilfe bei der Beitreibung wird gemäß den Kapiteln I bis V der Richtlinie 2010/24/EU des Rates[1] und den Kapiteln I bis IV der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1189/2011 der Kommission[2] geleistet, mit Ausnahme der folgenden Bestimmungen:

a) Abweichend von Artikel 4 Absätze 1 und 6 der Richtlinie 2010/24/EU des Rates benennen jeder EU-Mitgliedstaat und Andorra die Behörden, die befugt sind, Amtshilfeersuchen zu stellen oder entgegenzunehmen. Sie übermitteln der Europäischen Kommission eine Liste dieser Behörden und unterrichten sie über alle relevanten Änderungen. Die Europäische Kommission leitet die erhaltenen Informationen an die EU-Mitgliedstaaten und Andorra weiter.

b) Abweichend von Artikel 13 Absatz 1 Unterabsätze 1 und 2 und Artikel 17 der Richtlinie 2010/24/EU des Rates kann ein Beitreibungsersuchen oder ein Ersuchen um Sicherungsmaßnahmen auf der Grundlage der Befugnisse und Verfahren erfolgen, die in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften des ersuchten Staates vorgesehen sind, sofern diese Bestimmungen ein wirksames und effizientes Beitreibungssystem vorsehen.

c) Abweichend von Artikel 19 Absatz 2 Unterabsätze 1 und 2 und Artikel 19 Absatz 3 der Richtlinie 2010/24/EU des Rates wird die Verjährungsfrist durch jedes Ersuchen um Beitreibung oder Sicherungsmaßnahmen nach diesem Protokoll gehemmt, bis die ersuchte Behörde das Ersuchen erledigt hat.

---

1 Richtlinie 2010/24/EU des Rates vom 16. März 2010 über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen (ABl. L 84 vom 31.3.2010, S. 1).

2 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1189/2011 der Kommission vom 18. November 2011 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zu bestimmten Artikeln der Richtlinie 2010/24/EU des Rates über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen (ABl. L 302 vom 19.11.2011, S. 16).

www.parlament.gv.at

d) Für die Zwecke dieses Artikels wird Artikel 22 Absatz 1 der Richtlinie 2010/24/EU des Rates durch folgenden Satz ergänzt: „In jedem Fall können zusätzliche Informationen im Zusammenhang mit Amtshilfeersuchen und Antworten auf solche Ersuchen in englischer Sprache oder in einer anderen von den zuständigen Behörden akzeptierten Sprache bereitgestellt werden."

e) Jeder EU-Mitgliedstaat und Andorra erheben statistische Angaben zu Folgendem:

i) Zahl der in einem Jahr an jeden ersuchten Staat gerichteten und von jedem ersuchenden Staat erhaltenen Ersuchen um Auskunft, Zustellung, Beitreibung oder Sicherungsmaßnahmen,

ii) Betrag der Forderungen, für die um Beitreibungsamtshilfe ersucht wurde, und beigetriebene Beträge.

Die unter den Ziffern i und ii genannten statistischen Angaben werden der Europäischen Kommission bis spätestens 30. Juni jedes Jahres übermittelt. Die Europäische Kommission leitet die von den EU-Mitgliedstaaten erhaltenen Informationen an Andorra weiter.

f) Abweichend von Artikel 2 Absätze 1 und 2 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1189/2011 der Kommission werden alle Ersuchen und Begleitinstrumente, Formblätter und anderen Dokumente sowie alle anderen in Bezug auf diese Ersuchen übermittelten Informationen per gesicherter E-Mail übermittelt, es sei denn, dies ist aus technischen Gründen nicht durchführbar, oder auf andere von den zuständigen Behörden genehmigte Weise.

(4) Bei der Übermittlung eines Auskunftsersuchens verwenden die EU-Mitgliedstaaten und Andorra ein Formblatt nach dem Muster, das für Ersuchen zwischen EU-Mitgliedstaaten verwendet wird, sofern die ersuchende Behörde und die ersuchte Behörde nichts anderes vereinbart haben.

Bei der Übermittlung eines Zustellungsersuchens verwenden die EU-Mitgliedstaaten und Andorra ein Formblatt nach dem Muster, das für Ersuchen zwischen EU-Mitgliedstaaten verwendet wird.

Bei der Übermittlung eines Ersuchens um Beitreibung oder Sicherungsmaßnahmen verwenden die EU-Mitgliedstaaten und Andorra ein Formblatt nach dem Muster, das für Ersuchen zwischen EU-Mitgliedstaaten verwendet wird.

Das Standardformblatt, das dem Zustellungsersuchen beigefügt ist, und das Formblatt für den einheitlichen Vollstreckungstitel für den Erlass von Vollstreckungsmaßnahmen im ersuchten Staat werden auf der Grundlage der Muster erstellt, die für Ersuchen zwischen den EU-Mitgliedstaaten verwendet werden.

Struktur und Layout der in diesem Absatz genannten Formblätter können unter Berücksichtigung der Bestimmungen dieses Protokolls und der Anforderungen und Möglichkeiten des elektronischen Kommunikationssystems angepasst werden, sofern die darin enthaltenen Daten und Informationen nicht wesentlich verändert werden. Felder der Formblätter, die im Rahmen der Kommunikation im Zusammenhang mit dem Ersuchen und seiner Abwicklung leer bleiben, können ausgelassen werden.

ARTIKEL 26

Anbindung an die elektronischen Systeme der EU

(1) Die EU stellt die technische Hilfe und die Schulungsmaßnahmen bereit, die erforderlich sind, um die Anbindung Andorras an die elektronischen Systeme der EU zu erleichtern, die für das reibungslose Funktionieren der Zollunion erforderlich sind, und zwar innerhalb der Grenzen und nach den Modalitäten, die durch einen Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses unter Berücksichtigung der hierfür zur Verfügung stehenden Finanzmittel festzulegen sind. Die Kosten für die Anbindung werden von Andorra getragen.

(2) In dem in Absatz 1 genannten Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses werden auch ein Zeitplan für die schrittweise Anbindung Andorras an die elektronischen Systeme der EU unter Berücksichtigung des tatsächlichen Bedarfs des andorranischen Außenhandels und der EU sowie alternative Lösungen für Fälle festgelegt, in denen die Anschlusskosten nicht im Verhältnis zum erwarteten Nutzen stehen würden.

KAPITEL 6

VORSCHRIFTEN ÜBER TIERGESUNDHEIT, LEBENSMITTELSICHERHEIT UND PFLANZENGESUNDHEIT

ARTIKEL 27

Unterausschuss für Lebensmittelsicherheit sowie Veterinärwesen und Pflanzenschutz

(1) Abweichend von Artikel 76 Absatz 8 Satz 1 des Rahmenabkommens wird hiermit ein Unterausschuss für Lebensmittelsicherheit sowie Veterinärwesen und Pflanzenschutz eingesetzt. Die Methodik, Zusammensetzung und Arbeitsweise dieses Unterausschusses werden durch den Gemeinsamen Ausschuss in seiner Geschäftsordnung festgelegt.

(2) Der Unterausschuss überprüft regelmäßig oder auf Ersuchen der EU oder Andorras die Entwicklung der Rechtsvorschriften in den Bereichen Lebensmittelsicherheit sowie Veterinärwesen und Pflanzenschutz und ermittelt die Rechtsakte, die in Andorra anzuwenden sind.

(3) Erforderlichenfalls unterbreitet der Unterausschuss dem Gemeinsamen Ausschuss Empfehlungen zur Aktualisierung von Anhang I des Protokolls für den assoziierten Staat gemäß Artikel 81 des Rahmenabkommens.

ARTIKEL 28

Kontrolle von aus Drittländern eingeführten
und für Andorra bestimmten Erzeugnissen

Die Kontrollen von aus Drittländern eingeführten und für Andorra bestimmten Erzeugnissen werden an Grenzkontrollstellen von den zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten im Namen und im Auftrag der Behörden Andorras durchgeführt.

ARTIKEL 29

Zugang zu prophylaktischen oder therapeutischen Behandlungen
im Falle von Gesundheitskrisen

(1) Die EU und Andorra arbeiten bei schweren Gesundheitskrisen in den Bereichen Tiergesundheit, Pflanzengesundheit und Lebensmittelsicherheit eng zusammen.

(2) Bei schweren Gesundheitskrisen infolge des Ausbruchs von Tierseuchen, die als hochgradig epizootisch angesehen werden können, unterrichten die EU und Andorra einander umgehend und koordinieren nach Möglichkeit ihre Maßnahmen, insbesondere wenn sie Impfmaßnahmen oder -pläne in Erwägung ziehen.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 30

Audits

Für Andorra gelten für das Audit durch EU-Sachverständige die gleichen Regelungen wie für die EU-Mitgliedstaaten.

ARTIKEL 31

Beteiligung an Berichterstattungssystemen

(1) Andorra beteiligt sich am EDV-Informationsmanagementsystem für amtliche Kontrollen (IMSOC) oder an jedem anderen System, das es zu einem späteren Zeitpunkt ersetzen könnte.

(2) Die technischen und operativen Modalitäten für die Beteiligung Andorras an diesem System werden vom Gemeinsamen Ausschuss auf Vorschlag des zuständigen Unterausschusses festgelegt.

www.parlament.gv.at

TEIL III

FREIZÜGIGKEIT, FREIER DIENSTLEISTUNGS- UND KAPITALVERKEHR

KAPITEL 1

FREIZÜGIGKEIT VON PERSONEN, ARBEITNEHMERN
UND SELBSTSTÄNDIGEN

ARTIKEL 32

Übergangszeiten für die Freizügigkeit

(1) Andorra einerseits und die EU-Mitgliedstaaten andererseits können bis zum 1. Januar 2027 in Bezug auf Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten einerseits und in Bezug auf Staatsangehörige Andorras andererseits nationale Bestimmungen beibehalten, die für die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung eine vorherige Bewilligung vorschreiben.

Andorra kann in Bezug auf Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten bis zum 1. Januar 2027 zahlenmäßige Beschränkungen für Personen, die dort einen Wohnsitz begründen wollen, sowie für Arbeitnehmer beibehalten.

(2) Andorra kann bis zum 1. Januar 2027 nationale Bestimmungen zur Einschränkung der beruflichen Freizügigkeit und des Berufszugangs für alle Arbeitnehmerkategorien beibehalten.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 33

Maßnahmen während der Übergangszeiten

(1) Abgesehen von den Einschränkungen gemäß Artikel 32 führt Andorra ab dem Tag der Unterzeichnung dieses Abkommens keine neuen einschränkenden Maßnahmen in Bezug auf Einreise, Beschäftigung und Wohnsitz von Arbeitnehmern und selbstständig Erwerbstätigen ein.

(2) Andorra ergreift alle erforderlichen Maßnahmen, damit während der Übergangszeiten Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten verfügbare Stellen in Andorra mit gleichem Vorrang annehmen können wie die Staatsangehörigen Andorras.

ARTIKEL 34

Anwendung bestehender bilateraler Regelungen
während der Übergangszeiten

Während der Übergangszeiten finden bestehende bilaterale Regelungen weiterhin Anwendung, sofern sich nicht aus diesem Abkommen Bestimmungen ergeben, die für die Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten günstiger sind.

KAPITEL 2

VERKEHR

ARTIKEL 35

Kabotage im Güterkraftverkehr

(1) Dieses Abkommen gilt in Bezug auf Kabotagerechte unbeschadet der folgenden bilateralen Abkommen:

a) *Acuerdo entre el Reino de España y el Principado de Andorra sobre transporte internacional por carretera*, unterzeichnet am 8. Januar 2015 in Ordino,

b) *Accord entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la Principauté d'Andorre concernant les transports routiers internationaux de marchandises*, unterzeichnet am 12. Dezember 2000 in Andorra la Vella,

c) *Acordo entre o Principado de Andorra e a República Portuguesa relativo a Transportes Internacionais Rodoviários de Passageiros e de Mercadorias*, unterzeichnet am 15. November 2000 in Andorra la Vella, und

d) *Accordo fra il Governo della Repubblica italiana e il Governo del Principato di* Andorra*, concernente la regolamentazione del trasporto internazionale di viaggiatori e di merci su strada*, unterzeichnet am 19. Mai 2015 in Brüssel.

Diese Kabotagerechte können aktualisiert werden.

(2) Das vorliegende Abkommen tritt in Bezug auf die in den in Absatz 1 genannten bilateralen Abkommen geregelten Angelegenheiten mit Ausnahme der Kabotagerechte an die Stelle dieser bilateralen Abkommen.

(3) Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz 1 darf Andorra keine neuen Abkommen mit EU-Mitgliedstaaten über den Straßenverkehr schließen, die in den Anwendungsbereich dieses Abkommens fallende Angelegenheiten betreffen.

TEIL IV

HORIZONTALE BESTIMMUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN VIER FREIHEITEN

KAPITEL I

GESELLSCHAFTSRECHT

ARTIKEL 36

Vernetzung der Register

(1) Das Zentralregister, das Handelsregister und das Unternehmensregister von Andorra werden an das System der Registervernetzung gemäß Artikel 22 der Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates[1] angeschlossen.

(2) Andorra ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um die Interoperabilität seiner Register mit dem System der Registervernetzung über die Plattform gemäß Artikel 22 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2017/1132 zu gewährleisten, und sorgt dafür, dass seine Gesellschaften eine eindeutige Kennung (EUID) haben, durch die sie über dieses System der Registervernetzung in den verschiedenen Registern eindeutig identifiziert werden können.

(3) Andorra trägt gemäß Artikel 25 Absatz 6 der Richtlinie (EU) 2017/1132 die Kosten für die Anpassung seiner Register sowie ihre Wartung und ihren Betrieb.

[1] Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts (ABl. L 169 vom 30.6.2017, S. 46).

www.parlament.gv.at

Anlage 1

URSPRUNGSREGELN

TEIL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

ARTIKEL 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Anlage bezeichnet der Ausdruck

a) „Assoziationspartei“ Andorra oder die EU;

b) „Kapitel“, „Positionen“ und „Unterpositionen“ die Kapitel, Positionen und Unterpositionen (vier- oder sechsstellige Codes) der Nomenklatur des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung der Waren (im Folgenden „Harmonisiertes System“) mit den Änderungen gemäß der Empfehlung des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens vom 26. Juni 2004;

c) „Einreihen“ die Einreihung von Waren in eine bestimmte Position oder Unterposition des Harmonisierten Systems;

d) „Sendung“ Erzeugnisse, die entweder

i) gleichzeitig von einem Ausführer an einen Empfänger versandt werden oder

ii) mit einem einzigen Frachtpapier oder – bei Fehlen eines solchen Papiers – mit einer einzigen Rechnung vom Ausführer an den Empfänger versandt werden;

e) „Zollbehörden der EU“ die Zollbehörden der einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union;

f) „Zollwert“ den Wert, der nach dem Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens von 1994 (WTO-Übereinkommen über den Zollwert) festgelegt wird;

g) „Ab-Werk-Preis“ den Preis des Erzeugnisses ab Werk, der dem Hersteller in der Assoziationspartei gezahlt wird, in dessen Unternehmen die letzte Be- oder Verarbeitung durchgeführt worden ist, sofern dieser Preis den Wert aller verwendeten Vormaterialien und alle anderen Kosten für seine Herstellung umfasst, abzüglich aller inländischen Abgaben, die erstattet werden oder erstattet werden können, wenn das hergestellte Erzeugnis ausgeführt wird; wurde die letzte Be- oder Verarbeitung als Unterauftrag an einen Hersteller vergeben, so bezieht sich der Begriff „Hersteller“ auf das Unternehmen, das den Subunternehmer beauftragt hat; umfasst der tatsächlich entrichtete Preis nicht alle Kosten, die tatsächlich in der Assoziationspartei bei der Herstellung des Erzeugnisses angefallen sind, so bezeichnet der Ausdruck „Ab-Werk-Preis“ die Summe aller dort tatsächlich angefallenen Kosten abzüglich aller inländischen Abgaben, die erstattet werden oder erstattet werden können, wenn das hergestellte Erzeugnis ausgeführt wird;

h) „austauschbare Vormaterialien“ oder „austauschbare Erzeugnisse“ Vormaterialien oder Erzeugnisse der gleichen Art, der gleichen Handelsqualität und mit den gleichen technischen und materiellen Eigenschaften, die nicht voneinander unterschieden werden können;

i) „Waren“ sowohl Vormaterialien als auch Erzeugnisse;

j) „Herstellen“ oder „Herstellung“ jede Be- oder Verarbeitung einschließlich Zusammenbau;

k) „Vormaterial“ alle Zutaten, Rohstoffe, Komponenten oder Teile usw., die beim Herstellen des Erzeugnisses verwendet werden;

l) „Höchstanteil an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft“ den zulässigen Höchstanteil an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, der nicht überschritten werden darf, damit eine Herstellung als für die Erlangung der Ursprungseigenschaft ausreichende Be- oder Verarbeitung gilt. Er kann als Vomhundertsatz des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses oder als Vomhundertteil des Nettogewichts dieser verwendeten Vormaterialien aus einer bezeichneten Gruppe von Kapiteln, einem bezeichneten Kapitel, einer bezeichneten Position oder einer bezeichneten Unterposition ausgedrückt werden;

m) „Erzeugnis“ die hergestellte Ware, auch wenn sie zur späteren Verwendung in einem anderen Herstellungsvorgang bestimmt ist;

n) „Gebiet“ bzw. „Hoheitsgebiet“ das Landgebiet, die Binnengewässer und das Küstenmeer einer Assoziationspartei;

o) „Wertzuwachs“ den Ab-Werk-Preis des Erzeugnisses abzüglich des Zollwerts aller verwendeten Vormaterialien, die die Ursprungseigenschaft der anderen Assoziationspartei, mit denen die Kumulierung zulässig ist, besitzen, oder, wenn der Zollwert nicht bekannt ist und nicht festgestellt werden kann, den ersten feststellbaren Preis, der in der ausführenden Assoziationspartei für die Vormaterialien gezahlt wird;

p) „Wert der Vormaterialien“ den Zollwert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft zum Zeitpunkt der Einfuhr oder, wenn der Zollwert nicht bekannt ist oder nicht festgestellt werden kann, den ersten feststellbaren Preis, der in der ausführenden Assoziationspartei für die Vormaterialien gezahlt wird. Muss der Wert der verwendeten Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft bestimmt werden, so gilt dieser Buchstabe sinngemäß.

TEIL II

BESTIMMUNG DES BEGRIFFS „ERZEUGNISSE MIT URSPRUNG IN“ ODER „URSPRUNGSERZEUGNISSE“

ARTIKEL 2

Allgemeine Vorschriften

Für die Zwecke der Durchführung dieses Abkommens gelten folgende Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse einer Assoziationspartei, wenn sie in eine andere Assoziationspartei ausgeführt werden:

a) Erzeugnisse, die im Sinne des Artikels 3 dieser Anlage in einer Assoziationspartei vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind,

b) Erzeugnisse, die in einer Assoziationspartei unter Verwendung von Vormaterialien hergestellt worden sind, die dort nicht vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind, vorausgesetzt, dass diese Vormaterialien in der Assoziationspartei im Sinne des Artikels 4 dieser Anlage in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet worden sind.

ARTIKEL 3

Vollständig gewonnene oder hergestellte Erzeugnisse

(1) Bei der Ausfuhr in die andere Assoziationspartei gelten als in einer Assoziationspartei vollständig gewonnen oder hergestellt:

a) dort aus dem Boden oder dem Meeresgrund gewonnene mineralische Erzeugnisse und natürliche Wässer,

b) dort angebaute oder geerntete Pflanzen, einschließlich Wasserpflanzen, und pflanzliche Erzeugnisse,

c) dort geborene oder geschlüpfte und dort aufgezogene lebende Tiere,

d) Erzeugnisse von dort aufgezogenen lebenden Tieren,

e) Erzeugnisse von geschlachteten Tieren, die dort geboren und aufgezogen wurden,

f) dort erzielte Jagdbeute und Fischfänge,

g) Aquakulturerzeugnisse, sofern die Fische, Krebstiere, Weichtiere und anderen wirbellosen Wassertiere dort aus Eiern geschlüpft sind oder dort die Larven oder Jungfische aufgezogen wurden,

h) Erzeugnisse der Seefischerei und andere von eigenen Schiffen außerhalb der Küstenmeere aus dem Meer gewonnene Erzeugnisse,

i) Erzeugnisse, die an Bord eigener Fabrikschiffe ausschließlich aus den unter Buchstabe h genannten Erzeugnissen hergestellt werden,

j) dort gesammelte Altwaren, die nur zur Gewinnung von Rohstoffen verwendet werden können,

k) bei einer dort ausgeübten Produktionstätigkeit anfallende Abfälle,

l) aus dem Meeresboden oder Meeresuntergrund außerhalb der eigenen Küstenmeere gewonnene Erzeugnisse, sofern die Assoziationspartei zum Zwecke der Nutzbarmachung Ausschließlichkeitsrechte über diesen Teil des Meeresbodens oder Meeresuntergrunds ausübt,

m) dort ausschließlich aus Erzeugnissen gemäß den Buchstaben a bis l hergestellte Waren.

(2) Die Ausdrücke „eigene Schiffe“ und „eigene Fabrikschiffe“ in Absatz 1 Buchstabe h bzw. i sind nur anwendbar auf Schiffe und Fabrikschiffe, die alle nachstehend genannten Voraussetzungen erfüllen:

a) sie sind in der ausführenden oder der einführenden Assoziationspartei ins Schiffsregister eingetragen;

b) sie führen die Flagge der ausführenden oder der einführenden Assoziationspartei;

c) sie erfüllen eine der folgenden Bedingungen:

i) sie sind mindestens zur Hälfte Eigentum von Staatsangehörigen der ausführenden oder der einführenden Assoziationspartei oder

ii) sie sind Eigentum von Gesellschaften,

– die ihren Hauptsitz und ihre Hauptniederlassung in der ausführenden oder der einführenden Assoziationspartei haben und

– die mindestens zur Hälfte Eigentum der ausführenden oder der einführenden Assoziationspartei oder öffentlicher Einrichtungen oder von Staatsangehörigen dieser Assoziationsparteien sind.

(3) Ist die ausführende oder die einführende Assoziationspartei die EU, so sind für die Zwecke von Absatz 2 die EU-Mitgliedstaaten gemeint.

ARTIKEL 4

Ausreichende Be- oder Verarbeitungen

(1) Unbeschadet des Absatzes 3 dieses Artikels und des Artikels 6 dieser Anlage gelten Erzeugnisse, die in einer Assoziationspartei nicht vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind, als in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet, wenn die in Anhang II festgelegten Anforderungen an die betreffenden Waren erfüllt sind.

(2) Wird ein Erzeugnis, das die Ursprungseigenschaft in einer Assoziationspartei gemäß Absatz 1 erworben hat, bei der Herstellung eines anderen Erzeugnisses als Vormaterial verwendet, so werden bei seiner Herstellung gegebenenfalls verwendete Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft nicht berücksichtigt.

(3) Bei jedem Erzeugnis wird geprüft, ob die Anforderungen von Absatz 1 erfüllt sind.

Setzt die betreffende Regel jedoch die Einhaltung eines Höchstanteils an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft voraus, so können die Zollbehörden der Assoziationsparteien den Ausführern die Genehmigung erteilen, den Ab-Werk-Preis der Erzeugnisse und den Wert der Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft gemäß Absatz 4 ausgehend von Durchschnittswerten zu berechnen, um Kosten- und Wechselkursschwankungen Rechnung zu tragen.

(4) Findet Absatz 3 Unterabsatz 2 Anwendung, so werden ein durchschnittlicher Ab-Werk-Preis des Erzeugnisses und ein Durchschnittswert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft jeweils ausgehend von der Summe der Ab-Werk-Preise für sämtliche Verkäufe der gleichen Erzeugnisse und der Summe des Wertes aller bei der Herstellung der gleichen Erzeugnisse verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft errechnet, wobei vom vorherigen Rechnungsjahr entsprechend der Festlegung durch die ausführende Assoziationspartei ausgegangen wird bzw. – wenn keine Zahlen für das gesamte Rechnungsjahr vorliegen – von einem kürzeren Zeitraum, der jedoch mindestens drei Monate betragen sollte.

(5) Ausführer, die sich für die Berechnung von Durchschnittswerten entschieden haben, wenden diese Methode in dem Jahr, das auf das Bezugsjahr bzw. gegebenenfalls auf den kürzeren Bezugszeitraum folgt, durchgehend an. Sie können die Anwendung dieser Methode beenden, wenn in einem bestimmten Rechnungsjahr oder einem kürzeren Zeitraum von mindestens drei Monaten die Kosten- oder Wechselkursschwankungen, die die Anwendung der Methode gerechtfertigt haben, nicht mehr festgestellt werden.

(6) Für die Zwecke der Einhaltung des Höchstanteils an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft gelten die in Absatz 4 genannten Durchschnittswerte als Ab-Werk-Preis bzw. als Wert der Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft.

ARTIKEL 5

Toleranzregel

(1) Abweichend von Artikel 4 dieser Anlage und vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 dieses Artikels können Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die aufgrund der Auflagen gemäß der Liste in Anhang II bei der Herstellung eines bestimmten Erzeugnisses nicht verwendet werden dürfen, trotzdem verwendet werden, sofern

a) ihr festgestelltes Gesamtnettogewicht 15 v. H. des Nettogewichts des Erzeugnisses bei Erzeugnissen der Kapitel 2 und 4 bis 24, ausgenommen verarbeitete Fischereierzeugnisse des Kapitels 16, nicht überschreitet bzw.

b) ihr festgestellter Gesamtwert 15 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses bei nicht unter Buchstabe a fallenden Erzeugnissen nicht überschreitet.

Dieser Absatz gilt nicht für Erzeugnisse der Kapitel 50 bis 63 des Harmonisierten Systems, für die die Toleranzen in den Bemerkungen 6 und 7 in Anhang I gelten.

(2) Nach Absatz 1 dieses Artikels ist es nicht zulässig, die Höchstanteile an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft gemäß den in Anhang II niedergelegten Regeln zu überschreiten.

(3) Die Absätze 1 und 2 dieses Artikels gelten nicht für Erzeugnisse, die in einer Assoziationspartei im Sinne von Artikel 3 dieser Anlage vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind. Unbeschadet des Artikels 6 und des Artikels 9 Absatz 1 dieser Anlage gilt die in diesen Bestimmungen festgelegte Toleranz dennoch für Erzeugnisse, bei denen die bei der Herstellung des Erzeugnisses verwendeten Vormaterialien gemäß den in Anhang II niedergelegten Regeln vollständig gewonnen oder hergestellt worden sein müssen.

ARTIKEL 6

Nicht ausreichende Be- oder Verarbeitungen

(1) Unbeschadet des Absatzes 2 dieses Artikels gelten folgende Be- oder Verarbeitungen ungeachtet dessen, ob die Anforderungen des Artikels 4 dieser Anlage erfüllt sind, als nicht ausreichend, um die Ursprungseigenschaft zu verleihen:

a) Behandlungen, die dazu bestimmt sind, die Erzeugnisse während des Transports und der Lagerung in gutem Zustand zu erhalten;

b) Teilen oder Zusammenstellen von Packstücken;

c) Waschen, Reinigen; Entfernen von Staub, Oxid, Öl, Farbe oder anderen Beschichtungen;

d) Bügeln von Textilien;

e) einfaches Anstreichen oder Polieren;

f) Schälen und teilweises oder vollständiges Mahlen von Reis; Polieren und Glasieren von Getreide und Reis;

g) Färben oder Aromatisieren von Zucker oder Formen von Würfelzucker; teilweises oder vollständiges Mahlen von Kristallzucker;

h) Enthülsen, Entsteinen oder Schälen von Früchten, Nüssen und Gemüse;

i) Schärfen, einfaches Schleifen oder einfaches Zerteilen;

j) Sieben, Aussondern, Einordnen, Sortieren (einschließlich des Zusammenstellens von Sortimenten);

k) einfaches Abfüllen in Flaschen, Dosen, Fläschchen, Säcke, Etuis, Schachteln, Befestigen auf Karten oder Brettchen sowie alle anderen einfachen Verpackungsvorgänge;

l) Anbringen oder Aufdrucken von Marken, Etiketten, Logos oder anderen gleichartigen Unterscheidungszeichen auf den Erzeugnissen selbst oder auf ihren Verpackungen;

m) einfaches Mischen von Erzeugnissen, auch verschiedener Arten;

n) Mischen von Zucker mit anderen Vormaterialien;

o) einfaches Hinzufügen von Wasser oder Verdünnen, Trocknen oder Denaturierung von Erzeugnissen;

p) einfaches Zusammenfügen von Teilen eines Erzeugnisses zu einem vollständigen Erzeugnis oder Zerlegen von Erzeugnissen in Einzelteile;

q) Schlachten von Tieren;

r) Zusammentreffen von zwei oder mehr der unter den Buchstaben a bis q genannten Behandlungen.

(2) Bei der Beurteilung, ob die an einem Erzeugnis vorgenommenen Be- oder Verarbeitungen als nicht ausreichend im Sinne des Absatzes 1 gelten, sind alle in der ausführenden Assoziationspartei an einem bestimmten Erzeugnis vorgenommenen Behandlungen zu berücksichtigen.

ARTIKEL 7

Bilaterale Ursprungskumulierung

(1) Unbeschadet des Artikels 2 dieser Anlage gelten bei der Ausfuhr in die andere Assoziationspartei solche Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse der ausführenden Assoziationspartei, die dort unter Verwendung von Vormaterialien mit Ursprung in der anderen Assoziationspartei hergestellt worden sind, sofern die in der ausführenden Assoziationspartei vorgenommene Be- oder Verarbeitung über die in Artikel 6 dieser Anlage genannte Behandlung hinausgeht. Diese Vormaterialien brauchen nicht in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet worden zu sein.

(2) Unbeschadet des Artikels 2 dieser Anlage gelten in einer Assoziationspartei vorgenommene Be- oder Verarbeitungen als in der ausführenden Assoziationspartei vorgenommen, wenn die hergestellten Erzeugnisse anschließend einer Be- oder Verarbeitung in dieser ausführenden Assoziationspartei unterzogen werden.

ARTIKEL 8

Maßgebende Einheit

(1) Maßgebende Einheit für die Anwendung dieser Anlage ist die für die Einreihung in die Position des Harmonisierten Systems maßgebende Einheit jedes Erzeugnisses. Daraus folgt, dass

a) jede Gruppe oder Zusammenstellung von Erzeugnissen, die nach dem Harmonisierten System in eine einzige Position eingereiht wird, als Ganzes die maßgebende Einheit darstellt;

b) bei einer Sendung mit einer Anzahl gleicher Erzeugnisse, die in dieselbe Position des Harmonisierten Systems eingereiht werden, diese Regeln für jedes Erzeugnis einzeln betrachtet gelten.

(2) Werden Verpackungen nach der Allgemeinen Vorschrift 5 zum Harmonisierten System wie das darin enthaltene Erzeugnis eingereiht, so werden sie auch für die Bestimmung des Ursprungs wie das Erzeugnis behandelt.

(3) Zubehör, Ersatzteile und Werkzeuge, die mit Geräten, Maschinen, Apparaten oder Fahrzeugen geliefert werden, werden mit diesen zusammen als Einheit angesehen, wenn sie als Bestandteil der Normalausrüstung in deren Ab-Werk-Preis enthalten sind.

ARTIKEL 9

Warenzusammenstellungen

Warenzusammenstellungen im Sinne der Allgemeinen Vorschrift 3 zum Harmonisierten System gelten als Ursprungserzeugnisse, wenn alle Bestandteile Ursprungserzeugnisse sind. Jedoch gilt eine Warenzusammenstellung, die aus Bestandteilen mit Ursprungseigenschaft und Bestandteilen ohne Ursprungseigenschaft besteht, in ihrer Gesamtheit als Ursprungserzeugnis, sofern der Wert der Bestandteile ohne Ursprungseigenschaft 15 v. H. des Ab-Werk-Preises der Warenzusammenstellung nicht überschreitet.

ARTIKEL 10

Neutrale Elemente

Bei der Feststellung, ob ein Erzeugnis ein Ursprungserzeugnis ist, wird der Ursprung folgender gegebenenfalls bei seiner Herstellung verwendeter Erzeugnisse nicht berücksichtigt:

a) Energie und Brennstoffe,

b) Anlagen und Ausrüstung,

c) Maschinen und Werkzeuge,

d) Erzeugnisse, die nicht in die endgültige Zusammensetzung des Erzeugnisses eingehen oder nicht eingehen sollen.

ARTIKEL 11

Buchmäßige Trennung

(1) Werden bei der Be- oder Verarbeitung eines Erzeugnisses austauschbare Vormaterialien mit oder ohne Ursprungseigenschaft verwendet, so können die Wirtschaftsbeteiligten die Verwaltung der Vormaterialien mithilfe der Methode der buchmäßigen Trennung ohne getrennte Lagerung sicherstellen.

(2) Die Wirtschaftsbeteiligten können die Verwaltung von austauschbaren Vormaterialien der HS-Position 1701 mit oder ohne Ursprungseigenschaft mithilfe der Methode der buchmäßigen Trennung ohne getrennte Lagerung sicherstellen.

(3) Die Assoziationsparteien können vorschreiben, dass die Anwendung der buchmäßigen Trennung der vorherigen Bewilligung durch die Zollbehörden bedarf. Die Zollbehörden können die Bewilligung von allen ihnen zweckdienlich erscheinenden Voraussetzungen abhängig machen, und sie überwachen die Verwendung der Bewilligung. Die Zollbehörden können diese Bewilligung widerrufen, wenn der Begünstigte von der Bewilligung in unzulässiger Weise Gebrauch macht oder die übrigen in dieser Anlage festgelegten Voraussetzungen nicht erfüllt.

Bei der Anwendung der buchmäßigen Trennung muss gewährleistet sein, dass jederzeit nicht mehr Erzeugnisse als „Ursprungserzeugnisse der ausführenden Assoziationspartei“ angesehen werden können, als dies bei Anwendung einer Methode der räumlichen Trennung der Lagerbestände der Fall gewesen wäre.

Über die Anwendung der Methode sind nach den allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen, die in der ausführenden Assoziationspartei gelten, Aufzeichnungen zu führen.

(4) Der Begünstigte der Methode nach den Absätzen 1 und 2 fertigt für die Menge der Erzeugnisse, die als Ursprungserzeugnisse der ausführenden Assoziationspartei angesehen werden können, Ursprungsnachweise aus bzw. beantragt diese. Auf Verlangen der Zollbehörden hat der Begünstigte eine Erklärung über die Verwaltung dieser Mengen vorzulegen.

TEIL III

TERRITORIALE AUFLAGEN

ARTIKEL 12

Territorialitätsprinzip

(1) Die in Teil II genannten Anforderungen müssen in der betreffenden Assoziationspartei ohne Unterbrechung erfüllt sein.

(2) Ursprungserzeugnisse, die aus einer Assoziationspartei in ein Drittland ausgeführt und anschließend wieder eingeführt werden, gelten bei ihrer Wiedereinfuhr als Erzeugnisse ohne Ursprungseigenschaft, es sei denn, den Zollbehörden wird glaubhaft dargelegt, dass

a) die wiedereingeführten Erzeugnisse dieselben wie die ausgeführten sind und

b) sie während ihres Verbleibs in dem betreffenden Land oder während der Ausfuhr keine Behandlung erfahren haben, die über das zur Erhaltung ihres Zustands erforderliche Maß hinausgeht.

(3) Der Erwerb der Ursprungseigenschaft nach Teil II wird durch eine Be- oder Verarbeitung, die außerhalb der ausführenden Partei an aus dieser Assoziationspartei ausgeführten und anschließend wieder eingeführten Vormaterialien vorgenommen wird, nicht berührt, sofern

a) diese Vormaterialien in der ausführenden Assoziationspartei vollständig gewonnen oder hergestellt oder vor ihrer Ausfuhr einer Be- oder Verarbeitung unterzogen worden sind, die über die Be- oder Verarbeitungen im Sinne des Artikels 6 dieser Anlage hinausgeht, und

www.parlament.gv.at

b) den Zollbehörden glaubhaft dargelegt werden kann, dass

i) die wiedereingeführten Erzeugnisse durch Be- oder Verarbeitung der ausgeführten Vormaterialien hergestellt worden sind und

ii) die nach diesem Artikel außerhalb der ausführenden Assoziationspartei insgesamt erzielte Wertsteigerung 10 v. H. des Ab-Werk-Preises des Enderzeugnisses, für das die Ursprungseigenschaft beansprucht wird, nicht überschreitet.

(4) Für die Zwecke von Absatz 3 dieses Artikels finden die in Teil II genannten Bedingungen für den Erwerb der Ursprungseigenschaft auf die Be- oder Verarbeitung außerhalb der ausführenden Assoziationspartei keine Anwendung. Findet jedoch nach der Liste in Anhang II für die Bestimmung des Ursprungs des Enderzeugnisses eine Regel Anwendung, die einen höchsten zulässigen Wert für alle verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft vorsieht, so dürfen der Gesamtwert der im Gebiet der ausführenden Assoziationspartei verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft und der nach diesem Artikel außerhalb dieser Assoziationspartei insgesamt erzielte Wertzuwachs zusammengenommen den angegebenen Vomhundertsatz nicht überschreiten.

(5) Im Sinne der Absätze 3 und 4 bezeichnet der Ausdruck „insgesamt erzielter Wertzuwachs“ alle außerhalb der ausführenden Assoziationspartei entstandenen Kosten einschließlich des Wertes der dort verwendeten Vormaterialien.

(6) Die Absätze 3 und 4 dieses Artikels gelten nicht für Erzeugnisse, die die in Anhang II aufgeführten Anforderungen nicht erfüllen oder nur durch Anwendung der allgemeinen Toleranz nach Artikel 5 dieser Anlage als in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet angesehen werden können.

(7) Die unter diesen Artikel fallende Be- oder Verarbeitung außerhalb der ausführenden Assoziationspartei wird im Rahmen der passiven Veredelung oder eines ähnlichen Verfahrens vorgenommen.

ARTIKEL 13

Nichtveränderung

(1) Die Präferenzbehandlung nach diesem Abkommen gilt nur für Erzeugnisse, die die in dieser Anlage niedergelegten Anforderungen erfüllen und für die Einfuhr in eine Assoziationspartei angemeldet wurden, vorausgesetzt, diese Erzeugnisse sind dieselben wie die aus der ausführenden Partei ausgeführten Erzeugnisse. Vor der Überführung in den freien Verkehr dürfen sie nicht verändert, in irgendeiner Weise umgewandelt oder Be- oder Verarbeitungen unterzogen worden sein, die über das zur Erhaltung ihres Zustands erforderliche Maß hinausgehen; ausgenommen davon sind das Anbringen oder Beifügen von Marken, Etiketten, Siegeln oder sonstiger Dokumentation, um die Einhaltung spezifischer interner Anforderungen der einführenden Assoziationspartei zu gewährleisten, was unter zollamtlicher Überwachung in dem Durchfuhrdrittland bzw. den Durchfuhrdrittländern oder dem Drittland bzw. den Drittländern geschieht, in dem bzw. denen die Aufteilung vorgenommen wird.

(2) Erzeugnisse oder Sendungen können gelagert werden, solange sie in dem Durchfuhrdrittland bzw. den Durchfuhrdrittländern unter zollamtlicher Überwachung verbleiben.

(3) Unbeschadet des Teils IV dieser Anlage können Sendungen aufgeteilt werden, solange sie in dem Drittland bzw. den Drittländern, in dem bzw. denen die Aufteilung erfolgt, unter zollamtlicher Überwachung verbleiben.

(4) Bestehen Zweifel, kann die einführende Assoziationspartei den Einführer oder seinen Vertreter auffordern, jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen vorzulegen, welche die Erfüllung der Bestimmungen dieses Artikels belegen, was durch jede Art von Nachweisen geschehen kann, insbesondere durch:

a) vertraglich festgelegte Frachtpapiere wie Konnossemente,

www.parlament.gv.at

b) faktische oder konkrete Nachweise anhand der Kennung oder Nummerierung von Packstücken,

c) eine von den Zollbehörden des Durchfuhrdrittlands bzw. der Durchfuhrdrittländer oder des Drittlandes bzw. der Drittländer, in dem bzw. denen die Sendung aufgeteilt wurde, ausgestellte Bescheinigung über die Nichtbehandlung oder alle sonstigen Nachweise, die belegen, dass die Waren im Durchfuhrland bzw. in den Durchfuhrländern oder in dem Land bzw. den Ländern, in dem bzw. denen die Sendung aufgeteilt wurde, unter zollamtlicher Überwachung verblieben sind, oder

d) Nachweise im Zusammenhang mit den Waren selbst.

ARTIKEL 14

Ausstellungen

(1) Werden Ursprungserzeugnisse zu einer Ausstellung in ein Land versandt, mit dem keine Kumulierung nach Artikel 7 dieser Anlage zulässig ist, und nach der Ausstellung zur Einfuhr in eine Assoziationspartei verkauft, so erhalten sie bei der Einfuhr die Begünstigungen dieses Abkommens, sofern den Zollbehörden glaubhaft dargelegt wird, dass

a) ein Ausführer diese Erzeugnisse aus einer Assoziationspartei in das Ausstellungsland versandt und dort ausgestellt hat,

b) dieser Ausführer die Erzeugnisse einem Empfänger in einer anderen Assoziationspartei verkauft oder überlassen hat,

c) die Erzeugnisse während oder unmittelbar nach der Ausstellung in dem Zustand, in dem sie zur Ausstellung versandt worden waren, versandt worden sind und

d) die Erzeugnisse ab dem Zeitpunkt, zu dem sie zur Ausstellung versandt wurden, nicht zu anderen Zwecken als zur Vorführung auf dieser Ausstellung verwendet worden sind.

(2) Nach Maßgabe des Teils V ist ein Ursprungsnachweis auszustellen oder auszufertigen und den Zollbehörden der einführenden Assoziationspartei unter den üblichen Voraussetzungen vorzulegen. Darin sind Bezeichnung und Anschrift der Ausstellung anzugeben. Falls erforderlich, kann ein zusätzlicher Nachweis über die Umstände verlangt werden, unter denen die Erzeugnisse ausgestellt worden sind.

(3) Absatz 1 gilt für Handels-, Industrie-, Landwirtschafts- und Handwerksmessen oder -ausstellungen und ähnliche öffentliche Veranstaltungen, bei denen die Erzeugnisse unter zollamtlicher Überwachung bleiben; ausgenommen sind Veranstaltungen zu privaten Zwecken für den Verkauf ausländischer Erzeugnisse in Läden oder Geschäftslokalen.

TEIL IV

NACHWEIS DER URSPRUNGSEIGENSCHAFT

ARTIKEL 15

Allgemeine Vorschriften

(1) Ursprungserzeugnisse einer Assoziationspartei erhalten bei der Einfuhr in die andere Assoziationspartei die Begünstigungen dieses Abkommens, sofern einer der folgenden Ursprungsnachweise vorgelegt wird:

a) eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 nach dem Muster in Anhang IV dieser Anlage;

b) in den in Artikel 16 Absatz 1 dieser Anlage genannten Fällen eine Erklärung des Ausführers auf einer Rechnung, einem Lieferschein oder einem anderen Handelspapier (im Folgenden „Ursprungserklärung“), in der die betreffenden Erzeugnisse so genau bezeichnet sind, dass die Feststellung der Nämlichkeit möglich ist; der Wortlaut der Ursprungserklärung findet sich in Anhang III dieser Anlage.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dieses Artikels erhalten Ursprungserzeugnisse im Sinne dieser Anlage in den in Artikel 25 dieser Anlage genannten Fällen die Begünstigungen dieses Abkommens, ohne dass einer der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Ursprungsnachweise vorgelegt werden muss.

www.parlament.gv.at

(3) Unbeschadet des Absatzes 1 können die Assoziationsparteien vereinbaren, dass im Rahmen des Präferenzverkehrs zwischen ihnen die in Absatz 1 genannten Ursprungsnachweise durch Erklärungen zum Ursprung ersetzt werden, die von gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften der Assoziationsparteien in einer elektronischen Datenbank registrierten Ausführern ausgestellt werden.

(4) Für die Zwecke von Absatz 1 können die Assoziationsparteien die Einrichtung eines Systems vereinbaren, das es ermöglicht, die in Absatz 1 genannten Ursprungsnachweise elektronisch auszustellen bzw. zu übermitteln.

ARTIKEL 16

Voraussetzungen für die Ausfertigung einer Ursprungserklärung

(1) Eine in Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe b dieser Anlage genannte Ursprungserklärung kann ausgefertigt werden

a) von einem ermächtigten Ausführer im Sinne des Artikels 17 dieser Anlage oder

b) von jedem Ausführer für Sendungen mit einem oder mehreren Packstücken, die Ursprungserzeugnisse enthalten, deren Wert 6 000 EUR je Sendung nicht überschreitet.

(2) Eine Ursprungserklärung kann ausgefertigt werden, falls die Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse einer Assoziationspartei angesehen werden können und die übrigen Voraussetzungen dieser Anlage erfüllen.

(3) Auf Verlangen der Zollbehörden der ausführenden Assoziationspartei hat der Ausführer, der eine Ursprungserklärung ausfertigt, jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen zum Nachweis der Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse sowie der Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieser Anlage vorzulegen.

(4) Eine Ursprungserklärung ist vom Ausführer maschinenschriftlich oder mechanografisch auf der Rechnung, dem Lieferschein oder einem anderen Handelspapier mit dem Wortlaut und in einer der Sprachfassungen des Anhangs III dieser Anlage nach Maßgabe der nationalen Rechtsvorschriften der ausführenden Assoziationspartei auszufertigen. Wird die Erklärung handschriftlich erstellt, muss dies mit Tinte in Druckschrift erfolgen.

(5) Die Ursprungserklärung ist vom Ausführer eigenhändig zu unterzeichnen. Ein ermächtigter Ausführer im Sinne des Artikels 17 dieser Anlage braucht solche Erklärungen jedoch nicht zu unterzeichnen, wenn der Ausführer sich gegenüber den Zollbehörden der ausführenden Assoziationspartei schriftlich verpflichtet, die volle Verantwortung für jede Ursprungserklärung zu übernehmen, die den Ausführer so identifiziert, als ob er sie eigenhändig unterzeichnet hätte.

(6) Die Ursprungserklärung kann vom Ausführer bei der Ausfuhr der Erzeugnisse oder nach deren Ausfuhr (im Folgenden „nachträgliche Ursprungserklärung“) ausgefertigt werden, sofern sie in der einführenden Assoziationspartei innerhalb von zwei Jahren nach der Einfuhr der betreffenden Erzeugnisse vorgelegt wird.

Erfolgt die Aufteilung einer Sendung nach Artikel 13 Absatz 3 dieser Anlage und wird dieselbe Zweijahresfrist eingehalten, so wird die nachträgliche Ursprungserklärung vom ermächtigten Ausführer der ausführenden Assoziationspartei ausgefertigt.

ARTIKEL 17

Ermächtigter Ausführer

(1) Die Zollbehörden der ausführenden Assoziationspartei können einen in dieser Assoziationspartei niedergelassenen Ausführer (im Folgenden „ermächtigter Ausführer“) vorbehaltlich nationaler Anforderungen dazu ermächtigen, Ursprungserklärungen ungeachtet des Werts der betreffenden Erzeugnisse auszufertigen.

(2) Ein Ausführer, der eine solche Bewilligung beantragt, muss jede von den Zollbehörden für erforderlich gehaltene Gewähr für die Kontrolle der Ursprungseigenschaft der Erzeugnisse und der Erfüllung der übrigen Anforderungen dieser Anlage bieten.

(3) Die Zollbehörden erteilen dem ermächtigten Ausführer eine Bewilligungsnummer, die in der Ursprungserklärung anzugeben ist.

(4) Die Zollbehörden überprüfen den ordnungsgemäßen Gebrauch der Bewilligungen. Sie können die Bewilligung widerrufen, wenn der ermächtigte Ausführer in unzulässiger Weise von ihr Gebrauch macht, und widerrufen sie in jedem Fall, wenn der ermächtigte Ausführer die in Absatz 2 genannte Gewähr nicht mehr bietet.

ARTIKEL 18

Verfahren für die Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1

(1) Die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 wird von den Zollbehörden der ausführenden Assoziationspartei auf schriftlichen Antrag ausgestellt, der vom Ausführer oder unter der Verantwortung des Ausführers von seinem bevollmächtigten Vertreter gestellt worden ist.

(2) Der Ausführer oder sein bevollmächtigter Vertreter füllt zu diesem Zweck das Formblatt der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 und des Antrags nach dem Muster in Anhang IV dieser Anlage aus. Diese Formblätter sind in einer der Sprachen, in denen dieses Abkommen verfasst ist, nach den nationalen Rechtsvorschriften der ausführenden Assoziationspartei auszufüllen. Werden die Formblätter handschriftlich ausgefüllt, muss dies mit Tinte in Druckschrift erfolgen. Die Warenbezeichnung ist in dem dafür vorgesehenen Feld ohne Zeilenzwischenraum einzutragen. Ist das Feld nicht vollständig ausgefüllt, so ist unter der letzten Zeile der Warenbezeichnung ein waagerechter Strich zu ziehen und der nicht ausgefüllte Teil des Feldes durchzustreichen.

(3) Der Ausführer, der die Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 beantragt, hat auf Verlangen der Zollbehörden der ausführenden Assoziationspartei, in der die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausgestellt wird, jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen zum Nachweis der Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse sowie der Erfüllung der übrigen Anforderungen dieser Anlage vorzulegen.

(4) Eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 wird von den Zollbehörden der ausführenden Assoziationspartei ausgestellt, wenn die betreffenden Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse angesehen werden können und die übrigen Anforderungen dieser Anlage erfüllen.

(5) Die Zollbehörden, welche die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausstellen, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um die Ursprungseigenschaft der Erzeugnisse und die Erfüllung der übrigen Anforderungen dieser Anlage zu überprüfen. Sie sind berechtigt, zu diesem Zweck die Vorlage von Beweismitteln zu verlangen und jede Art von Überprüfung der Buchführung des Ausführers oder jede sonstige von ihnen für zweckdienlich erachtete Kontrolle durchzuführen. Sie achten auch darauf, dass die in Absatz 2 genannten Formblätter ordnungsgemäß ausgefüllt sind. Sie prüfen insbesondere, ob das Feld mit der Warenbezeichnung so ausgefüllt ist, dass jede Möglichkeit eines missbräuchlichen Zusatzes ausgeschlossen ist.

(6) In Feld 11 der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ist das Datum der Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 anzugeben.

(7) Die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 wird von den Zollbehörden ausgestellt und zur Verfügung des Ausführers gehalten, sobald die Ausfuhr erfolgt oder sichergestellt ist.

ARTIKEL 19

Nachträglich ausgestellte Warenverkehrsbescheinigung EUR.1

(1) Abweichend von Artikel 18 Absatz 7 dieser Anlage kann die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 nach der Ausfuhr der Erzeugnisse, auf die sie sich bezieht, ausgestellt werden, wenn

a) sie infolge eines Irrtums, eines unverschuldeten Versehens oder besonderer Umstände bei der Ausfuhr nicht ausgestellt worden ist;

b) den Zollbehörden glaubhaft dargelegt wird, dass eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausgestellt, aber bei der Einfuhr aus formalen Gründen nicht angenommen worden ist;

c) die endgültige Bestimmung der betreffenden Erzeugnisse zum Zeitpunkt ihrer Ausfuhr unbekannt war und erst während ihrer Beförderung oder Lagerung und möglicherweise nach einer Aufteilung einer Sendung nach Artikel 13 Absatz 3 dieser Anlage festgelegt wurde.

(2) Für die Zwecke von Absatz 1 dieses Artikels hat der Ausführer in seinem Antrag Ort und Datum der Ausfuhr der Erzeugnisse, auf die sich die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 bezieht, sowie die Gründe für den Antrag anzugeben.

(3) Die Zollbehörden dürfen eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 nachträglich innerhalb von zwei Jahren ab dem Datum der Ausfuhr ausstellen, sofern sie sich vergewissert haben, dass die Angaben im Antrag des Ausführers mit den Angaben in den entsprechenden Unterlagen übereinstimmen.

(4) Die nachträglich ausgestellte Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ist mit folgendem Vermerk in englischer Sprache zu versehen: „ISSUED RETROSPECTIVELY“.

(5) Der in Absatz 4 genannte Vermerk ist in Feld 7 der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 einzutragen.

ARTIKEL 20

Ausstellung eines Duplikats der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1

(1) Bei Diebstahl, Verlust oder Vernichtung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 kann der Ausführer bei den Zollbehörden, die die Bescheinigung ausgestellt haben, ein Duplikat beantragen, das anhand der in ihrem Besitz befindlichen Ausfuhrpapiere ausgefertigt wird.

(2) Das nach Absatz 1 ausgestellte Duplikat ist mit folgendem Vermerk in englischer Sprache zu versehen: „DUPLICATE“.

(3) Der in Absatz 2 genannte Vermerk ist in Feld 7 des Duplikats der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 einzutragen.

(4) Das Duplikat trägt das Ausstellungsdatum der Original-Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 und gilt mit Wirkung von diesem Tag.

ARTIKEL 21

Geltungsdauer der Ursprungsnachweise

(1) Die Ursprungsnachweise bleiben zehn Monate nach dem Datum der Ausstellung oder Ausfertigung in der ausführenden Assoziationspartei gültig und sind innerhalb dieser Frist den Zollbehörden der einführenden Assoziationspartei vorzulegen.

(2) Ursprungsnachweise, die den Zollbehörden der einführenden Assoziationspartei nach Ablauf der in Absatz 1 genannten Geltungsdauer vorgelegt werden, können zur Gewährung der Präferenzbehandlung angenommen werden, wenn diese Vorlagefrist aufgrund außergewöhnlicher Umstände nicht eingehalten werden konnte.

(3) In allen anderen Fällen verspäteter Vorlage können die Zollbehörden der einführenden Assoziationspartei die Ursprungsnachweise annehmen, wenn ihnen die Erzeugnisse vor Ablauf der Vorlagefrist gestellt worden sind.

ARTIKEL 22

Freizonen

(1) Die Assoziationsparteien treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Erzeugnisse mit Ursprungsnachweis, die während ihrer Beförderung zeitweilig in einer Freizone in ihrem Gebiet verbleiben, dort nicht ausgetauscht oder anderen als den üblichen auf die Erhaltung eines guten Zustands gerichteten Behandlungen unterzogen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 kann in Fällen, in denen Ursprungserzeugnisse einer Assoziationspartei mit Ursprungsnachweis in eine Freizone eingeführt und dort einer Behandlung oder Bearbeitung unterzogen werden, ein neuer Ursprungsnachweis ausgestellt oder ausgefertigt werden, wenn die Behandlung oder Bearbeitung dieser Anlage entspricht.

ARTIKEL 23

Einfuhranforderungen

Die Ursprungsnachweise sind den Zollbehörden der einführenden Assoziationspartei nach den dort geltenden Verfahrensvorschriften vorzulegen.

ARTIKEL 24

Einfuhr in Teilsendungen

Werden auf Antrag des Einführers und vorbehaltlich der von den Zollbehörden der einführenden Assoziationspartei festgelegten Voraussetzungen zerlegte oder noch nicht zusammengesetzte Erzeugnisse der Abschnitte XVI und XVII oder der Positionen 7308 und 9406 im Sinne der Allgemeinen Vorschrift 2a zur Auslegung des Harmonisierten Systems in Teilsendungen eingeführt, so ist den Zollbehörden bei der Einfuhr der ersten Teilsendung ein einziger Ursprungsnachweis vorzulegen.

ARTIKEL 25

Ausnahmen vom Ursprungsnachweis

(1) Erzeugnisse, die in Kleinsendungen von Privatpersonen an Privatpersonen versandt werden oder sich im persönlichen Gepäck von Reisenden befinden, werden ohne Vorlage eines förmlichen Ursprungsnachweises als Ursprungserzeugnisse angesehen, sofern es sich um Einfuhren nichtkommerzieller Art handelt und erklärt wird, dass die Anforderungen dieser Anlage erfüllt sind, wobei an der Richtigkeit dieser Erklärung kein Zweifel bestehen darf.

(2) Einfuhren gelten nicht als Einfuhren kommerzieller Art, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

a) Die Einfuhren erfolgen gelegentlich,

b) die Einfuhren bestehen ausschließlich aus Erzeugnissen, die zum persönlichen Ge- oder Verbrauch der Empfänger oder Reisenden oder zum Ge- oder Verbrauch in deren Haushalt bestimmt sind,

c) die Erzeugnisse geben weder durch ihre Beschaffenheit noch durch ihre Menge zu der Vermutung Anlass, dass ihre Einfuhr aus kommerziellen Gründen erfolgt.

(3) Der Gesamtwert der Erzeugnisse darf bei Kleinsendungen 500 EUR und bei den im persönlichen Gepäck von Reisenden enthaltenen Erzeugnissen 1 200 EUR nicht überschreiten.

ARTIKEL 26

Abweichungen und Formfehler

(1) Bei geringfügigen Abweichungen zwischen den Angaben in den Ursprungsnachweisen und den Angaben in den Unterlagen, die der Zollstelle zur Erfüllung der Einfuhrförmlichkeiten für die Erzeugnisse vorgelegt werden, ist der Ursprungsnachweis nicht allein dadurch ungültig, sofern nachgewiesen wird, dass sich dieses Papier auf die Erzeugnisse bezieht, für die es vorgelegt wurde.

(2) Offensichtliche Formfehler wie Tippfehler in einem Ursprungsnachweis dürfen nicht zur Ablehnung der Unterlagen nach Absatz 1 führen, wenn diese Fehler keinen Zweifel an der Richtigkeit der Angaben in diesen Unterlagen entstehen lassen.

ARTIKEL 27

Lieferantenerklärungen

(1) Wird in einer Assoziationspartei eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder eine Ursprungserklärung für Ursprungserzeugnisse ausgestellt bzw. ausgefertigt, bei deren Herstellung Waren aus der anderen Assoziationspartei gemäß Artikel 7 dieser Anlage verwendet worden sind, die dort be- oder verarbeitet wurden, ohne die Präferenzursprungseigenschaft zu erwerben, so wird die für diese Waren nach Maßgabe dieses Artikels abgegebene Lieferantenerklärung berücksichtigt.

www.parlament.gv.at

(2) Die Lieferantenerklärung nach Absatz 1 dient im Hinblick auf die Entscheidung, ob die Erzeugnisse, bei deren Herstellung diese Waren verwendet worden sind, als Ursprungserzeugnisse der ausführenden Assoziationspartei gelten können, und die übrigen Anforderungen dieser Anlage erfüllt sind, als Nachweis für die in einer Assoziationspartei an den betreffenden Waren vorgenommene Be- oder Verarbeitung.

(3) Abgesehen von den in Absatz 4 genannten Fällen wird vom Lieferanten für jede Warensendung eine gesonderte Lieferantenerklärung auf dem in Anhang VI enthaltenen Formblatt auf Papier ausgefertigt, das der Rechnung, dem Lieferschein oder einem anderen Handelspapier beigefügt wird, in dem die betreffenden Waren so genau bezeichnet sind, dass die Feststellung der Nämlichkeit möglich ist.

(4) Ein Lieferant, der regelmäßig einen Kunden mit Waren beliefert, die in einer Assoziationspartei über einen bestimmten Zeitraum hinweg in der gleichen Weise be- oder verarbeitet werden sollen, kann eine einmalige Lieferantenerklärung (im Folgenden „Langzeit-Lieferantenerklärung“) abgeben, die für alle weiteren Sendungen der betreffenden Waren gilt.

Die Geltungsdauer der Langzeit-Lieferantenerklärung kann bis zu zwei Jahre ab dem Datum ihrer Ausfertigung betragen. Die Zollbehörden der Assoziationspartei, in der die Erklärung ausgefertigt wird, legen fest, unter welchen Voraussetzungen eine längere Geltungsdauer zulässig ist.

Die Langzeit-Lieferantenerklärung wird vom Lieferanten auf dem in Anhang VII enthaltenen Formblatt ausgefertigt; die betreffenden Waren müssen darin so genau bezeichnet sein, dass die Feststellung der Nämlichkeit möglich ist. Sie wird dem betreffenden Kunden vor der ersten Lieferung der Waren, auf die sich die Erklärung bezieht, oder zusammen mit dieser ersten Lieferung vorgelegt. Der Lieferant unterrichtet seinen Kunden unverzüglich, wenn die Langzeit-Lieferantenerklärung für die betreffenden Waren nicht mehr gilt.

(5) Die Lieferantenerklärung nach den Absätzen 3 und 4 ist maschinenschriftlich oder gedruckt in einer der Sprachen, in denen dieses Abkommen abgefasst ist, nach den Rechtsvorschriften der Assoziationspartei, in der die Erklärung ausgefertigt wird, zu erstellen und vom Lieferanten eigenhändig zu unterzeichnen. Die Erklärung kann auch handschriftlich ausgefertigt werden; in diesem Fall ist sie mit Tinte in Druckschrift zu erstellen.

(6) Der die Erklärung ausfertigende Lieferant hat auf Verlangen der Zollbehörden der Assoziationspartei, in der die Erklärung ausgefertigt wird, jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen zum Nachweis der Richtigkeit der in der Erklärung gemachten Angaben vorzulegen.

ARTIKEL 28

In Euro ausgedrückte Beträge

(1) Für die Zwecke von Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 25 Absatz 3 dieser Anlage legen in den Fällen, in denen die Erzeugnisse in einer anderen Währung als Euro in Rechnung gestellt werden, die einzelnen betroffenen EU-Mitgliedstaaten, die den Euro nicht angenommen haben, jährlich die Beträge in ihren Landeswährungen fest, die den in Euro ausgedrückten Beträgen entsprechen.

(2) Für die Begünstigungen des Artikels 16 Absatz 1 Buchstabe b und des Artikels 25 Absatz 3 dieser Anlage ist der von dem betreffenden EU-Mitgliedstaat festgelegte Betrag in der Währung maßgebend, in der die Rechnung ausgestellt ist.

(3) Für die Umrechnung der in Euro ausgedrückten Beträge in die Landeswährungen gilt der Euro-Kurs der jeweiligen Landeswährung am ersten Arbeitstag des Monats Oktober. Die Beträge sind der Europäischen Kommission bis zum 15. Oktober mitzuteilen; sie gelten ab dem 1. Januar des Folgejahres. Die Europäische Kommission teilt die Beträge den betreffenden Ländern mit.

(4) Der betreffende EU-Mitgliedstaat kann den Betrag, der sich aus der Umrechnung eines in Euro ausgedrückten Betrags in seine Landeswährung ergibt, auf- oder abrunden. Der abgerundete Betrag darf um höchstens 5 v. H. vom Ergebnis der Umrechnung abweichen. Ein EU-Mitgliedstaat kann den Betrag in seiner Landeswährung, der dem in Euro ausgedrückten Betrag entspricht, unverändert beibehalten, sofern sich durch die Umrechnung dieses Betrags zum Zeitpunkt der in Absatz 3 vorgesehenen jährlichen Anpassung der Gegenwert in Landeswährung vor dem Abrunden um weniger als 15 v. H. erhöht. Der Gegenwert in Landeswährung kann unverändert beibehalten werden, sofern die Umrechnung zu einer Verringerung dieses Gegenwerts führen würde.

(5) Die in Euro ausgedrückten Beträge werden auf Antrag einer Assoziationspartei vom Gemeinsamen Ausschuss überprüft. Dabei prüft der Gemeinsame Ausschuss, ob es erstrebenswert ist, die Auswirkungen dieser Beschränkungen in realen Werten zu erhalten. Zu diesem Zweck kann er beschließen, die in Euro ausgedrückten Beträge zu ändern.

TEIL V

GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT UND NACHWEISE

ARTIKEL 29

Nachweise, Aufbewahrung von Ursprungsnachweisen
und Belegen

(1) Ein Ausführer, der eine Ursprungserklärung ausfertigt oder eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 beantragt, hat eine Abschrift oder eine elektronische Fassung dieser Ursprungsnachweise sowie aller Unterlagen zum Nachweis der Ursprungseigenschaft des Erzeugnisses mindestens drei Jahre lang ab dem Datum der Ausstellung oder der Ausfertigung der Ursprungserklärung aufzubewahren.

(2) Ein Lieferant, der eine Lieferantenerklärung ausfertigt, hat Kopien der Erklärung und aller Rechnungen, Lieferscheine oder anderen Handelspapiere, denen diese Erklärung beigefügt ist, sowie die in Artikel 27 Absatz 6 dieser Anlage genannten Unterlagen mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.

Ein Lieferant, der eine Langzeit-Lieferantenerklärung ausfertigt, hat Kopien der Erklärung und aller Rechnungen, Lieferscheine oder anderen Handelspapiere, die sich auf die im Rahmen der betreffenden Erklärung an einen Kunden gelieferten Waren beziehen, sowie die in Artikel 27 Absatz 6 dieser Anlage genannten Unterlagen nach Ablauf der Geltungsdauer der Langzeit-Lieferantenerklärung mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.

www.parlament.gv.at

(3) Für die Zwecke von Absatz 1 umfassen die „Unterlagen zum Nachweis der Ursprungseigenschaft“ unter anderem:

a) den unmittelbaren Nachweis der vom Ausführer oder Lieferanten angewandten Verfahren zur Herstellung des Erzeugnisses, z. B. aufgrund seiner geprüften Bücher oder seiner internen Buchführung,

b) Belege über die Ursprungseigenschaft der bei der Herstellung verwendeten Vormaterialien, die in der jeweiligen Assoziationspartei nach Maßgabe der nationalen Rechtsvorschriften ausgestellt oder ausgefertigt worden sind,

c) Belege über die Be- oder Verarbeitung von Vormaterialien in der betreffenden Assoziationspartei, die in der Assoziationspartei nach Maßgabe der nationalen Rechtsvorschriften ausgestellt oder ausgefertigt worden sind,

d) Ursprungserklärungen oder Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 zum Nachweis der Ursprungseigenschaft der verwendeten Vormaterialien, die in der Assoziationspartei nach Maßgabe dieser Anlage ausgestellt oder ausgefertigt worden sind,

e) geeignete Belege über die nach den Artikeln 12 und 13 dieser Anlage außerhalb der Assoziationsparteien vorgenommenen Be- oder Verarbeitungen zum Nachweis dafür, dass die Anforderungen dieser Artikel erfüllt sind.

(4) Die Zollbehörden der ausführenden Assoziationspartei, die Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 ausstellen, haben das in Artikel 18 Absatz 2 dieser Anlage genannte Antragsformblatt mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.

(5) Die Zollbehörden der einführenden Assoziationspartei haben die ihnen vorgelegten Ursprungserklärungen und Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.

(6) Die Lieferantenerklärung zum Nachweis der in einer Assoziationspartei an den verwendeten Vormaterialien vorgenommenen Be- oder Verarbeitungen wird, sofern sie in dieser Assoziationspartei ausgefertigt worden ist, einer der in Artikel 16 Absatz 3, Artikel 18 Absatz 4 und Artikel 27 Absatz 6 dieser Anlage genannten Unterlagen zum Nachweis dafür gleichgestellt, dass Erzeugnisse, für die eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder eine Ursprungserklärung vorliegt, tatsächlich als Ursprungserzeugnisse dieser Assoziationspartei angesehen werden können und sie die übrigen Voraussetzungen dieser Anlage erfüllen.

ARTIKEL 30

Streitbeilegung

Unbeschadet Artikel 90 des Rahmenabkommens sind Streitigkeiten im Zusammenhang mit den Prüfungsverfahren gemäß den Artikeln 32 und 33 oder mit der Auslegung dieser Anlage, die zwischen den Zollbehörden, die um eine Prüfung ersucht haben, und den für die Prüfung zuständigen Zollbehörden nicht beigelegt werden können, dem Gemeinsamen Ausschuss vorzulegen. Streitigkeiten zwischen einem Einführer und den Zollbehörden der einführenden Assoziationspartei sind nach dem Recht dieser Partei beizulegen.

www.parlament.gv.at

TEIL VI

ZUSAMMENARBEIT DER VERWALTUNGEN

ARTIKEL 31

Notifizierung und Zusammenarbeit

(1) Die Zollbehörden der Assoziationsparteien übermitteln einander die Musterabdrücke der Stempel, die ihre Zollstellen bei der Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 verwenden, die Muster der Bewilligungsnummern für ermächtigte Ausführer sowie die Anschriften der Zollbehörden, die für die Prüfung dieser Bescheinigungen und Ursprungserklärungen zuständig sind.

(2) Um die ordnungsgemäße Anwendung dieser Anlage sicherzustellen, leisten die Zollbehörden der Assoziationsparteien einander Amtshilfe bei der Prüfung der Echtheit der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1, der Ursprungserklärungen, der Lieferantenerklärungen sowie der Richtigkeit der Angaben in diesen Papieren.

ARTIKEL 32

Prüfung der Ursprungsnachweise

(1) Eine nachträgliche Prüfung der Ursprungsnachweise erfolgt stichprobenweise oder immer dann, wenn die Zollbehörden der einführenden Assoziationspartei begründete Zweifel an der Echtheit der Papiere, der Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse oder der Erfüllung der übrigen Anforderungen dieser Anlage haben.

www.parlament.gv.at

(2) Im Fall eines Ersuchens um nachträgliche Prüfung senden die Zollbehörden der einführenden Assoziationspartei die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1, die Rechnung, falls sie vorgelegt worden ist, die Ursprungserklärung oder eine Kopie dieser Papiere an die Zollbehörden der ausführenden Assoziationspartei zurück, gegebenenfalls unter Angabe der Gründe für das Ersuchen um nachträgliche Prüfung. Zur Begründung des Ersuchens um nachträgliche Prüfung übermitteln sie alle Unterlagen und teilen alle bekannten Umstände mit, die auf die Unrichtigkeit der Angaben in dem Ursprungsnachweis schließen lassen.

(3) Die Prüfung wird von den Zollbehörden der ausführenden Assoziationspartei durchgeführt. Sie sind berechtigt, zu diesem Zweck die Vorlage von Beweismitteln zu verlangen und jede Art von Überprüfung der Buchführung des Ausführers oder jede sonstige von ihnen für zweckdienlich erachtete Kontrolle durchzuführen.

(4) Beschließen die Zollbehörden der einführenden Assoziationspartei, bis zum Eingang des Ergebnisses der Prüfung die Präferenzbehandlung für die betreffenden Erzeugnisse nicht zu gewähren, so bieten sie dem Einführer an, die Erzeugnisse vorbehaltlich der für notwendig erachteten Sicherungsmaßnahmen freizugeben.

(5) Das Ergebnis dieser Prüfung ist den Zollbehörden, die um die Prüfung ersucht haben, so bald wie möglich mitzuteilen. Anhand dieser Ergebnisse muss sich eindeutig feststellen lassen, ob die Papiere echt sind und ob die Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse einer der Assoziationsparteien angesehen werden können und die übrigen Voraussetzungen dieser Anlage erfüllt sind.

(6) Ist bei begründeten Zweifeln nach Ablauf von zehn Monaten nach dem Datum des Ersuchens um nachträgliche Prüfung noch keine Antwort erfolgt oder enthält die Antwort keine ausreichenden Angaben, um über die Echtheit des betreffenden Papiers oder den tatsächlichen Ursprung der Erzeugnisse entscheiden zu können, so lehnen die ersuchenden Zollbehörden die Gewährung der Präferenzbehandlung ab, es sei denn, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen.

ARTIKEL 33

Prüfung der Lieferantenerklärung

(1) Eine nachträgliche Prüfung der Lieferantenerklärung bzw. der Langzeit-Lieferantenerklärung kann stichprobenweise oder immer dann erfolgen, wenn die Zollbehörden einer Assoziationspartei, in der die Erklärung bei der Ausstellung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder bei der Ausfertigung einer Ursprungserklärung berücksichtigt worden ist, begründete Zweifel an der Echtheit des Papiers oder der Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben haben.

(2) Für die Zwecke des Absatzes 1 senden die Zollbehörden der Assoziationspartei die Lieferantenerklärung bzw. die Langzeit-Lieferantenerklärung und die Rechnungen, Lieferscheine oder anderen Handelspapiere, die sich auf die im Rahmen einer solchen Erklärung gelieferten Waren beziehen, an die Zollbehörden der Assoziationspartei zurück, in der die Erklärung ausgefertigt wurde, gegebenenfalls unter Angabe der sachlichen oder formalen Gründe, die ein Ersuchen um Prüfung rechtfertigen.

Zur Begründung des Ersuchens um nachträgliche Prüfung übermitteln sie alle Unterlagen und teilen alle ihnen bekannten Umstände mit, die auf die Unrichtigkeit der Angaben in der Lieferantenerklärung bzw. Langzeit-Lieferantenerklärung schließen lassen.

(3) Die Prüfung wird von den Zollbehörden der Assoziationspartei durchgeführt, in der die Lieferantenerklärung bzw. die Langzeit-Lieferantenerklärung ausgefertigt wurde. Diese sind berechtigt, zu diesem Zweck die Vorlage von Beweismitteln zu verlangen und jede Art von Überprüfung der Buchführung des Lieferanten oder sonstige von ihnen für zweckdienlich erachtete Kontrollen durchzuführen.

(4) Das Ergebnis dieser Prüfung ist den Zollbehörden, die um die Prüfung ersucht haben, so bald wie möglich mitzuteilen. Anhand dieses Ergebnisses muss sich eindeutig feststellen lassen, ob die Angaben in der Lieferantenerklärung oder Langzeit-Lieferantenerklärung richtig sind; ferner muss es den Zollbehörden möglich sein festzustellen, ob und inwieweit eine solche Erklärung bei der Ausstellung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder bei der Ausfertigung einer Ursprungserklärung berücksichtigt werden konnte.

ARTIKEL 34

Sanktionen

Jede Assoziationspartei sieht vor, dass Verstöße gegen ihre nationalen Rechtsvorschriften, die mit dieser Anlage in Zusammenhang stehen, straf-, zivil- oder verwaltungsrechtlich geahndet werden.

TEIL VII

ANWENDUNG DER ANLAGE

ARTIKEL 35

Republik San Marino

Unbeschadet des Artikels 2 dieser Anlage gilt – wegen der Zollunion zwischen der EU und der Republik San Marino – ein Erzeugnis mit Ursprung in der Republik San Marino als Erzeugnis mit Ursprung in der EU.

ARTIKEL 36

Ceuta und Melilla

(1) Für die Zwecke dieser Anlage schließt der Begriff „EU“ Ceuta und Melilla nicht ein.

(2) Ursprungserzeugnisse Andorras erhalten bei ihrer Einfuhr nach Ceuta und Melilla in jeder Hinsicht die gleiche Zollbehandlung wie diejenige, die nach Maßgabe des Protokolls Nr. 2 zur Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge[1] für Erzeugnisse mit Ursprung im Zollgebiet der EU gewährt wird. Andorra gewährt bei der Einfuhr von unter dieses Abkommen fallenden Erzeugnissen mit Ursprung in Ceuta und Melilla die gleiche Zollbehandlung wie diejenige, die für aus der EU eingeführte Ursprungserzeugnisse der EU gewährt wird.

1 ABl. L 302 vom 15.11.1985, S. 23.

www.parlament.gv.at

(3) Für die Zwecke des Absatzes 2 des vorliegenden Artikels betreffend Ursprungserzeugnisse Ceutas und Melillas gilt diese Anlage vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen des Anhangs V sinngemäß.

ANHANG I

EINLEITENDE BEMERKUNGEN ZUR LISTE IN ANHANG II

Bemerkung 1 – Allgemeine Einleitung

In der Liste sind für alle Erzeugnisse die Bedingungen festgelegt, die zu erfüllen sind, damit diese Erzeugnisse als in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet im Sinne von Teil II Artikel 4 dieser Anlage angesehen werden können. Je nach Erzeugnis gibt es vier verschiedene Arten von Regeln:

a) Durch die Be- oder Verarbeitung wird ein Höchstanteil an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft nicht überschritten.

b) Infolge der Be- oder Verarbeitung ist das betreffende Erzeugnis in eine andere vierstellige Position oder sechsstellige Unterposition des Harmonisierten Systems einzureihen als die verwendeten Vormaterialien.

c) Es findet ein bestimmter Be- oder Verarbeitungsvorgang statt.

d) Die Be- oder Verarbeitung erfolgt mit vollständig gewonnenen oder hergestellten Vormaterialien.

www.parlament.gv.at

Bemerkung 2 – Aufbau der Liste

2.1 Die ersten beiden Spalten in der Liste enthalten Angaben zu den hergestellten Erzeugnissen. In Spalte 1 steht die Position oder das Kapitel nach dem Harmonisierten System, in Spalte 2 die Warenbezeichnung, die im Harmonisierten System für diese Position oder dieses Kapitel verwendet wird. Für jede Eintragung in den ersten beiden Spalten ist in Spalte 3 eine Regel angegeben. Steht vor der Eintragung in Spalte 1 ein „ex“, so bedeutet dies, dass die Regel in Spalte 3 nur für jenen Teil der Position oder des Kapitels gilt, der in Spalte 2 genannt ist.

2.2 In Spalte 1 sind in bestimmten Fällen mehrere Positionen zusammengefasst oder Kapitel angeführt; dementsprechend ist die zugehörige Warenbezeichnung in Spalte 2 in allgemeiner Form enthalten; die entsprechende Regel in Spalte 3 bezieht sich dann auf alle Erzeugnisse, die nach dem Harmonisierten System in die Positionen des Kapitels oder in jede der Positionen einzureihen sind, die in Spalte 1 zusammengefasst sind.

2.3 Sind in dieser Liste verschiedene Regeln angeführt, die auf verschiedene Erzeugnisse einer Position anzuwenden sind, so enthält jede Eintragung die Bezeichnung jenes Teils der Position, auf die sich die entsprechende Regel in Spalte 3 bezieht.

2.4 Sind in Spalte 3 zwei alternative, durch „oder“ getrennte Regeln angeführt, so kann der Ausführer zwischen diesen wählen.

www.parlament.gv.at

Bemerkung 3 – Beispiele zur richtigen Anwendung der Regeln

3.1 Teil II Artikel 4 dieser Anlage betreffend Erzeugnisse, welche die Ursprungseigenschaft erworben haben und zur Herstellung anderer Erzeugnisse verwendet werden, gilt unabhängig davon, ob die Ursprungseigenschaft in dem Unternehmen erworben wurde, in dem diese Erzeugnisse verwendet werden, oder in einem anderen Unternehmen in einer Assoziationspartei.

3.2 Gemäß Teil II Artikel 6 dieser Anlage muss die vorgenommene Be- oder Verarbeitung über die in diesem Artikel aufgelisteten Vorgänge hinausgehen. Andernfalls kann keine Präferenzzollbehandlung gewährt werden, auch wenn die in nachstehender Liste genannten Bedingungen erfüllt sind.

Unbeschadet Teil II Artikel 6 dieser Anlage legen die Regeln in der Liste das Mindestausmaß der erforderlichen Be- oder Verarbeitungen fest, ein darüber hinausgehender Be- oder Verarbeitungsvorgang verleiht gleichfalls die Ursprungseigenschaft; umgekehrt verleiht ein weniger weit gehender Be- oder Verarbeitungsvorgang nicht die Ursprungseigenschaft.

Wenn daher eine Regel vorsieht, dass Vormaterial ohne Ursprungseigenschaft einer bestimmten Herstellungsstufe verwendet werden kann, ist auch die Verwendung von Vormaterial dieser Art auf einer niedrigeren Herstellungsstufe zulässig, nicht aber die Verwendung von solchem Vormaterial auf einer höheren Herstellungsstufe.

Wenn eine Regel vorsieht, dass Vormaterial ohne Ursprungseigenschaft einer bestimmten Herstellungsstufe nicht verwendet werden kann, ist die Verwendung von Vormaterial dieser Art auf einer niedrigeren Herstellungsstufe zulässig, nicht aber die Verwendung von solchem Vormaterial auf einer höheren Herstellungsstufe.

www.parlament.gv.at

3.3 Wenn eine Regel das „Herstellen aus Vormaterialien jeder Position“ erlaubt, können unbeschadet der Bemerkung 3.2 Vormaterialien jeder Position (auch Vormaterialien der Position der hergestellten Ware mit derselben Warenbezeichnung) verwendet werden, wenn die besonderen Beschränkungen beachtet werden, die die Regel gegebenenfalls enthält.

Jedoch bedeutet der Ausdruck „Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus anderen Vormaterialien der Position …“ oder „Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus anderen Vormaterialien derselben Position wie der hergestellten Ware“, dass Vormaterialien jeder Position verwendet werden können, mit Ausnahme derjenigen, die dieselbe Warenbezeichnung haben wie die, die sich aus Spalte 2 ergibt.

3.4 Wenn eine Regel in der Liste vorsieht, dass ein Erzeugnis aus mehr als einem Vormaterial hergestellt werden kann, bedeutet dies, dass eines oder mehrere dieser Vormaterialien verwendet werden können. Es müssen aber nicht alle verwendet werden.

3.5 Wenn eine Regel in der Liste vorsieht, dass ein Erzeugnis aus einem bestimmten Vormaterial hergestellt werden muss, so schließt diese Bedingung die Verwendung anderer Vormaterialien, die ihrer Natur nach nicht unter diese Regel fallen können, nicht aus.

3.6 Sind in einer Regel in dieser Liste als Höchstwert für die zulässigen Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft zwei Vomhundertsätze vorgesehen, so dürfen diese nicht zusammengezählt werden. Der Gesamtwert aller Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft darf den höheren der vorgesehenen Vomhundertsätze niemals überschreiten. Die einzelnen Vomhundertsätze dürfen bezüglich der jeweiligen Vormaterialien, für die sie vorgesehen sind, nicht überschritten werden.

www.parlament.gv.at

Bemerkung 4 – Allgemeine Bestimmungen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse

4.1 Agrarerzeugnisse der Position 2401, die im Gebiet einer Assoziationspartei angebaut oder geerntet werden, gelten auch dann als Erzeugnisse mit Ursprung in dieser Partei, wenn sie aus Saatgut, Bulben, Zwiebeln, Knollen, Wurzelstöcken, Stecklingen, Pfröpflingen, Sprossen, Knospen oder anderen lebenden Teilen von Pflanzen erzeugt werden, die eingeführt wurden.

ANHANG II

LISTE DER BE- ODER VERARBEITUNGEN, DIE AN VORMATERIALIEN OHNE URSPRUNGSEIGENSCHAFT VORGENOMMEN WERDEN MÜSSEN, UM DER WARE DIE URSPRUNGSEIGENSCHAFT ZU VERLEIHEN

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
1.	2.	3.
ex Kapitel 24	Tabak und verarbeitete Tabakersatzstoffe, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, bei dem das Gewicht der verwendeten Vormaterialien der Position 2401 30 v. H. des Gesamtgewichts der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 24 nicht überschreitet
2401	Tabak, unverarbeitet; Tabakabfälle	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien der Position 2401 vollständig gewonnen oder hergestellt sind
2402	Zigarren (einschließlich Stumpen), Zigarillos und Zigaretten, aus Tabak oder Tabakersatzstoffen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis und aus Rauchtabak der Unterposition 2403 19, bei dem mindestens 10 GHT aller verwendeten Vormaterialien der Position 2401 vollständig gewonnen oder hergestellt sind
ex 2404	Erzeugnisse zum Inhalieren durch Erhitzen oder durch andere Verfahren, ohne Verbrennung	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, der Position 2403, bei dem mindestens 10 GHT aller verwendeten Vormaterialien der Position 2401 vollständig gewonnen oder hergestellt sind

www.parlament.gv.at

ANHANG III

WORTLAUT DER URSPRUNGSERKLÄRUNG

Die Ursprungserklärung, deren Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, ist gemäß den Fußnoten auszufertigen. Die Fußnoten brauchen jedoch nicht wiedergegeben zu werden.

Bulgarische Fassung

Износителят на продуктите, обхванати от този документ (митническо разрешение № …[1]) декларира, че освен където ясно е отбелязано друго, тези продукти са с … преференциален произход[2].

Spanische Fassung

El exportador de los productos incluidos en el presente documento (autorización aduanera no …[1]) declara que, salvo indicación en sentido contrario, estos productos gozan de un origen preferencial …[2].

Tschechische Fassung

Vývozce výrobků uvedených v tomto dokumentu (číslo povolení …[1]) prohlašuje, že kromě zřetelně označených mají tyto výrobky preferenční původ v …[2].

www.parlament.gv.at

Dänische Fassung

Eksportøren af varer, der er omfattet af nærværende dokument, (toldmyndighedernes tilladelse nr. … [1]), erklærer, at varerne, medmindre andet tydeligt er angivet, har præferenceoprindelse i …[2].

Deutsche Fassung

Der Ausführer (Bewilligungs-Nr. …[1]) der Waren, auf die sich dieses Handelspapier bezieht, erklärt, dass diese Waren, soweit nicht anders angegeben, präferenzbegünstigte …[2] Ursprungswaren sind.

Estnische Fassung

Käesoleva dokumendiga hõlmatud toodete eksportija (tolli luba nr …[1]) deklareerib, et need tooted on …[2] sooduspäritoluga, välja arvatud juhul, kui on selgelt näidatud teisiti.

Griechische Fassung

Ο εξαγωγέας των προϊόντων που καλύπτονται από το παρόν έγγραφο (άδεια τελωνείου υπ'αριθ. …[1]) δηλώνει ότι, εκτός εάν δηλώνεται σαφώς άλλως, τα προϊόντα αυτά είναι προτιμησιακής καταγωγής …[2].

Englische Fassung

The exporter of the products covered by this document (customs authorisation No …[1]) declares that, except where otherwise clearly indicated, these products are of …[2] preferential origin.

Französische Fassung

L'exportateur des produits couverts par le présent document (autorisation douanière no …[1]) déclare que, sauf indication claire du contraire, ces produits ont l'origine préférentielle …[2].

Kroatische Fassung

Izvoznik proizvoda obuhvaćenih ovom ispravom (carinsko ovlaštenje br. …[1]) izjavljuje da su, osim ako je drukčije izričito navedeno, ovi proizvodi …[2] preferencijalnog podrijetla.

Italienische Fassung

L'esportatore delle merci contemplate nel presente documento (autorizzazione doganale n. …[1]) dichiara che, salvo indicazione contraria, le merci sono di origine preferenziale …[2].

Lettische Fassung

To produktu eksportētājs, kuri ietverti šajā dokumentā (muitas atļauja Nr. …[1]), deklarē, ka, izņemot tur, kur ir citādi skaidri noteikts, šiem produktiem ir preferenciāla izcelsme …[2].

www.parlament.gv.at

Litauische Fassung

Šiame dokumente išvardytų produktų eksportuotojas (muitinės liudijimo Nr. …[1]) deklaruoja, kad, jeigu kitaip nenurodyta, tai yra …[2] preferencinės kilmės produktai.

Ungarische Fassung

A jelen okmányban szereplő áruk exportőre (vámfelhatalmazási szám: …[1]) kijelentem, hogy eltérő egyértelmű jelzés hiányában az áruk preferenciális …[2] származásúak.

Maltesische Fassung

L-esportatur tal-prodotti koperti b'dan id-dokument (awtorizzazzjoni tad-dwana Nru …[1]) jiddikjara li, ħlief fejn indikat b'mod ċar li mhux hekk, dawn il-prodotti huma ta' oriġini preferenzjali …[2].

Niederländische Fassung

De exporteur van de goederen waarop dit document van toepassing is (douanevergunning nr. …[1]), verklaart dat, behoudens uitdrukkelijke andersluidende vermelding, deze goederen van preferentiële … oorsprong zijn[2].

Polnische Fassung

Eksporter produktów objętych tym dokumentem (upoważnienie władz celnych nr …[1]) deklaruje, że z wyjątkiem gdzie jest to wyraźnie określone, produkty te mają …[2] preferencyjne pochodzenie.

Portugiesische Fassung

O, exportador dos produtos cobertos pelo presente documento (autorização aduaneira n.o …[(1)]), declara que, salvo expressamente indicado expressa em contrário, estes produtos são de origem preferencial …[(2)].

Rumänische Fassung

Exportatorul produselor ce fac obiectul acestui document (autorizația vamală nr. …[(1)]) declară că, exceptând cazul în care în mod expres este indicat altfel, aceste produse sunt de origine preferențială …[(2)].

Slowenische Fassung

Izvoznik blaga, zajetega s tem dokumentom (pooblastilo carinskih organov št. …[(1)]) izjavlja, da, razen če ni drugače jasno navedeno, ima to blago preferencialno …[(2)] poreklo.

Slowakische Fassung

Vývozca výrobkov uvedených v tomto dokumente (číslo povolenia …[(1)]) vyhlasuje, že okrem zreteľne označených, majú tieto výrobky preferenčný pôvod v …[(2)].

Finnische Fassung

Tässä asiakirjassa mainittujen tuotteiden viejä (tullin lupa N:o …[(1)]) ilmoittaa, että nämä tuotteet ovat, ellei toisin ole selvästi merkitty, etuuskohteluun oikeutettuja … alkuperätuotteita[(2)].

www.parlament.gv.at

Schwedische Fassung

Exportören av de varor som omfattas av detta dokument (tullmyndighetens tillstånd nr …[1]) försäkrar att dessa varor, om inte annat tydligt markerats, har förmånsberättigande … ursprung[2].

Katalanische Fassung

L'exportador dels productes determinats en el present document (Autorització duanera no…[1]) declara que, llevat que s'indiqui el contrari, aquests productes tenen l'origen preferencial …[2].

.....[3]

(Ort und Datum)

.....[4]

(Unterschrift des Ausführers und Name des Unterzeichneten in Druckschrift)

---

(1) Wird die Ursprungserklärung von einem ermächtigten Ausführer ausgefertigt, so ist die Bewilligungsnummer des ermächtigten Ausführers an dieser Stelle einzutragen. Wird die Ursprungserklärung nicht von einem ermächtigten Ausführer ausgefertigt, so können die Wörter in Klammern weggelassen bzw. der Raum leer gelassen werden.

(2) Der Ursprung der Erzeugnisse ist anzugeben. Betrifft die Ursprungserklärung ganz oder teilweise Erzeugnisse mit Ursprung in Ceuta und Melilla, so bringt der Ausführer auf dem Papier, auf dem die Erklärung ausgefertigt wird, deutlich sichtbar die Kurzbezeichnung „CM“ an.

(3) Diese Angaben können entfallen, wenn sie in dem Papier selbst enthalten sind.

(4) In Fällen, in denen der Ausführer nicht unterzeichnen muss, entfällt auch der Name des Unterzeichners.

ANHANG IV

MUSTER DER WARENVERKEHRSBESCHEINIGUNG EUR.1
UND DES ANTRAGS AUF AUSSTELLUNG EINER WARENVERKEHRSBESCHEINIGUNG EUR.1

DRUCKANWEISUNGEN

1. Jede Bescheinigung hat das Format 210 × 297 mm, wobei die Länge höchstens 5 mm weniger und 8 mm mehr betragen darf. Es ist weißes, holzfreies, geleimtes Schreibpapier mit einem Quadratmetergewicht von mindestens 25 g/m^2 zu verwenden. Dieses ist mit einem grünen, guillochierten Überdruck zu versehen, auf dem jede mechanisch oder chemisch vorgenommene Verfälschung sichtbar wird.

2. Die zuständigen Behörden der Assoziationsparteien können sich den Druck der Bescheinigungen vorbehalten oder ihn Druckereien überlassen, die sie hierzu ermächtigt haben. In diesem Fall muss in jeder Bescheinigung auf diese Ermächtigung hingewiesen werden. Jede Bescheinigung muss den Namen und die Anschrift oder das Kennzeichen der Druckerei enthalten. Sie trägt ferner zur Kennzeichnung eine Seriennummer, die auch aufgedruckt sein kann.

www.parlament.gv.at

WARENVERKEHRSBESCHEINIGUNG

1. Ausführer/Exporteur (Name, vollständige Anschrift, Staat)	EUR.1 Nr. A Vor dem Ausfüllen Anmerkungen auf der Rückseite beachten	
	2. Bescheinigung für den Präferenzverkehr zwischen ..... und ..... (Angabe der betreffenden Staaten, Staatengruppen oder Gebiete)	
3. Empfänger (Name, vollständige Anschrift, Staat) (Ausfüllen freigestellt)	4. Staat, Staatengruppe oder Gebiet, als dessen bzw. deren Ursprungserzeugnisse die Waren gelten	5. Bestimmungsstaat, -staatengruppe oder -gebiet
6. Angaben über die Beförderung (Ausfüllen freigestellt)	7. Bemerkungen	

8. Laufende Nummer, Zeichen, Nummern, Anzahl und Art der Packstücke(1), Warenbezeichnung	9. Rohmasse (kg) oder andere Maßeinheit (l, m^3 usw.)	10. Rechnungen (Ausfüllen freigestellt)

11. SICHTVERMERK DER ZOLLBEHÖRDE *Die Richtigkeit der Erklärung wird bescheinigt.* Ausfuhrpapier(2) Art/Muster ..... Nr. …….. vom …… Zollbehörde .....…….. Ausstellender/s Staat/Gebiet ……. Stempel .... Ort und Datum ……..... .... (Unterschrift)	12. ERKLÄRUNG DES AUSFÜHRERS/EXPORTEURS Der Unterzeichner erklärt, dass die vorgenannten Waren die Voraussetzungen erfüllen, um diese Bescheinigung zu erlangen. Ort und Datum ……..... ..... (Unterschrift)

(1) Bei unverpackten Waren ist die Anzahl der Gegenstände bzw. „lose geschüttet“ anzugeben.
(2) Nur ausfüllen, wenn nach den Rechtsvorschriften des Ausfuhrstaats oder -gebiets erforderlich.

www.parlament.gv.at

13. ERSUCHEN UM NACHPRÜFUNG, zu übersenden an:	14. ERGEBNIS DER NACHPRÜFUNG
	Die Nachprüfung hat ergeben, dass diese Bescheinigung[1] ☐ von der auf ihr angegebenen Zollbehörde ausgestellt worden ist und dass die darin enthaltenen Angaben zutreffen. ☐ nicht den Erfordernissen für ihre Echtheit und für die Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben entspricht (siehe beigefügte Bemerkungen).
Es wird um Überprüfung dieser Bescheinigung auf ihre Echtheit und Richtigkeit ersucht. ..... (Ort und Datum) Stempel ..... (Unterschrift)	..... (Ort und Datum) Stempel ..... (Unterschrift)

[1] Zutreffendes Feld ankreuzen.

www.parlament.gv.at

ANTRAG AUF AUSSTELLUNG EINER WARENVERKEHRSBESCHEINIGUNG

1. Ausführer/Exporteur (Name, vollständige Anschrift, Staat)	EUR.1 Nr. A Vor dem Ausfüllen Anmerkungen auf der Rückseite beachten	
	2. Antrag auf Ausstellung einer Bescheinigung für den Präferenzverkehr zwischen ..... und ..... (Angabe der betreffenden Staaten, Staatengruppen oder Gebiete)	
3. Empfänger (Name, vollständige Anschrift, Staat) (Ausfüllen freigestellt)	4. Staat, Staatengruppe oder Gebiet, als dessen bzw. deren Ursprungserzeugnisse die Waren gelten	5. Bestimmungsstaat, -staatengruppe oder -gebiet
6. Angaben über die Beförderung (Ausfüllen freigestellt)	7. Bemerkungen	

8. Laufende Nummer, Zeichen, Nummern, Anzahl und Art der Packstücke(1), Warenbezeichnung	9. Rohmasse (kg) oder andere Maßeinheit (l, m^3 usw.)	10. Rechnungen (Ausfüllen freigestellt)

(1) Bei unverpackten Waren ist die Anzahl der Gegenstände bzw. „lose geschüttet“ anzugeben.

www.parlament.gv.at

ERKLÄRUNG DES AUSFÜHRERS/EXPORTEURS

Der Unterzeichner, Ausführer/Exporteur der auf der Vorderseite beschriebenen Waren,

ERKLÄRT, dass diese Waren die Voraussetzungen erfüllen, um die beigefügte Bescheinigung zu erlangen;

BESCHREIBT den Sachverhalt, aufgrund dessen diese Waren die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen, wie folgt:

.....

.....

.....

.....

LEGT folgende Nachweise VOR[(1)]:

.....

.....

.....

.....

VERPFLICHTET SICH, auf Verlangen der zuständigen Behörden alle zusätzlichen Nachweise zu erbringen, die für die Ausstellung der beigefügten Bescheinigung erforderlich sind, und gegebenenfalls jede Kontrolle seiner Buchführung und der Herstellungsbedingungen für die oben bezeichneten Waren durch die genannten Behörden zu dulden.

www.parlament.gv.at

BEANTRAGT die Ausstellung der beigefügten Bescheinigung für diese Waren.

……. .....

(Ort und Datum)

.....

(Unterschrift)

---

(1) Zum Beispiel: Einfuhrpapiere, Warenverkehrsbescheinigungen, Rechnungen, Erklärungen des Herstellers usw. über die bei der Herstellung verwendeten Erzeugnisse oder die in unverändertem Zustand wieder ausgeführten Waren.

ANHANG V

SONDERBEDINGUNGEN FÜR ERZEUGNISSE
MIT URSPRUNG IN CEUTA UND MELILLA

Einziger Artikel

(1) Sofern sie den Bestimmungen der Nichtveränderungsregel in Artikel 13 dieser Anlage entsprechen, gelten folgende Erzeugnisse als

1. Ursprungserzeugnisse Ceutas und Melillas:

   a) Erzeugnisse, die in Ceuta und Melilla vollständig gewonnen oder hergestellt wurden,

   b) Erzeugnisse, die in Ceuta und Melilla unter Verwendung anderer als der in Ceuta und Melilla vollständig gewonnenen oder hergestellten Erzeugnisse hergestellt wurden, vorausgesetzt dass

      i) diese Erzeugnisse im Sinne des Artikels 4 dieser Anlage in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet worden sind oder

      ii) diese Erzeugnisse Ursprungserzeugnisse Andorras oder der EU sind, sofern sie Be- oder Verarbeitungen unterzogen worden sind, die über die in Artikel 6 dieser Anlage genannte Behandlung hinausgehen;

www.parlament.gv.at

2. Ursprungserzeugnisse Andorras:

a) Erzeugnisse, die in Andorra vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind,

b) Erzeugnisse, die in Andorra unter Verwendung anderer als in Andorra vollständig gewonnener oder hergestellter Erzeugnisse hergestellt worden sind, vorausgesetzt dass

i) diese Erzeugnisse im Sinne des Artikels 4 dieser Anlage in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet worden sind oder

ii) diese Erzeugnisse Ursprungserzeugnisse Ceutas und Melillas oder der Europäischen Union sind, und sie Be- oder Verarbeitungen unterzogen worden sind, die über die in Artikel 6 dieser Anlage genannte Behandlung hinausgehen.

(2) Ceuta und Melilla gelten als ein Gebiet.

(3) Der Ausführer oder sein bevollmächtigter Vertreter ist verpflichtet, in Feld 2 der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder in Ursprungserklärungen den Namen der ausführenden Assoziationspartei und den Vermerk „Ceuta und Melilla“ einzutragen. Bei Ursprungserzeugnissen Ceutas und Melillas ist ferner die Ursprungseigenschaft in Feld 4 der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder in die Ursprungserklärung einzutragen.

(4) Die spanischen Zollbehörden gewährleisten die Anwendung dieses Anhangs in Ceuta und Melilla.

ANHANG VI

LIEFERANTENERKLÄRUNG

Die Lieferantenerklärung mit nachstehendem Wortlaut ist gemäß den Fußnoten auszufertigen. Die Fußnoten brauchen jedoch nicht wiedergegeben zu werden.

LIEFERANTENERKLÄRUNG

für Waren, die in einer Assoziationspartei be- oder verarbeitet worden sind,
ohne die Präferenzursprungseigenschaft erlangt zu haben

Der Unterzeichnete, Lieferant der in dem beigefügten Papier aufgeführten Waren, erklärt Folgendes:

1. Die nachstehenden Vormaterialen, die ihren Ursprung nicht in [betreffende Assoziationspartei(en) angeben] haben, wurden zur Herstellung der nachstehenden Waren in den [betreffende Assoziationspartei(en) angeben] verwendet:

Bezeichnung der gelieferten Waren(1)	Bezeichnung der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft	Position der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft(2)	Wert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft(2)(3)
		Gesamtwert	

www.parlament.gv.at

2. Alle anderen in [betreffende Assoziationspartei(en) angeben] zur Herstellung dieser Waren verwendeten Vormaterialien sind Ursprungserzeugnisse von [betreffende Assoziationspartei(en) angeben].

3. Folgende Waren wurden außerhalb von [betreffende Assoziationspartei(en) angeben] gemäß Artikel 12 dieser Anlage be- oder verarbeitet und haben dort insgesamt folgenden Wertzuwachs erzielt:

Bezeichnung der gelieferten Waren	Außerhalb von [betreffende Assoziationspartei(en) angeben] insgesamt erzielter Wertzuwachs[4]
	(Ort und Datum)
	(Anschrift und Unterschrift des Lieferanten sowie Name des Unterzeichners der Erklärung in Druckschrift)

---

[1] Betreffen die Rechnungen, Lieferscheine oder sonstigen Handelspapiere, denen die Erklärung beigefügt ist, verschiedene Waren oder Waren, die nicht in gleichem Umfang Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft enthalten, so hat sie der Lieferant eindeutig voneinander zu unterscheiden.

[2] Die Angaben in diesen Spalten sind nur zu machen, soweit sie erforderlich sind.

[3] „Wert der Vormaterialien“ ist der Zollwert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft zum Zeitpunkt der Einfuhr oder, wenn der Zollwert nicht bekannt ist oder nicht festgestellt werden kann, der erste feststellbare Preis, der in [betreffende Assoziationspartei(en) angeben] für die Vormaterialien gezahlt wird.
Der genaue Wert jedes Vormaterials ohne Ursprungseigenschaft ist je Einheit der in der ersten Spalte aufgeführten Waren anzugeben.

[4] „Wertzuwachs insgesamt“ bedeutet alle außerhalb von [betreffende Assoziationspartei(en) angeben] angefallenen Kosten einschließlich aller dort hinzugefügten Vormaterialien. Der genaue insgesamt außerhalb von [betreffende Assoziationspartei(en) angeben] erzielte Wertzuwachs ist je Einheit der in der ersten Spalte aufgeführten Waren anzugeben.

---

www.parlament.gv.at

ANHANG VII

LANGZEIT-LIEFERANTENERKLÄRUNG

Die Langzeit-Lieferantenerklärung mit nachstehendem Wortlaut ist gemäß den Fußnoten auszufertigen. Die Fußnoten brauchen jedoch nicht wiedergegeben zu werden.

LANGZEIT-LIEFERANTENERKLÄRUNG

für Waren, die in einer Assoziationspartei be- oder verarbeitet worden sind,
ohne die Präferenzursprungseigenschaft erlangt zu haben

Der Unterzeichnete, Lieferant der in dem beigefügten Papier bezeichneten Waren, die regelmäßig an **(1)** ……. geliefert werden, erklärt Folgendes:

1. Folgende Vormaterialien ohne Ursprung in [betreffende Assoziationspartei(en) angeben] wurden in [betreffende Assoziationspartei(en) angeben] bei der Herstellung dieser Waren verwendet:

Bezeichnung der gelieferten Waren**(2)**	Bezeichnung der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft	Position der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft**(3)**	Wert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft**(3)(4)**
		Gesamtwert	

www.parlament.gv.at

2. Alle anderen in [betreffende Assoziationspartei(en) angeben] zur Herstellung dieser Waren verwendeten Vormaterialien sind Ursprungserzeugnisse von [betreffende Assoziationspartei(en) angeben].

3. Folgende Waren wurden außerhalb von [betreffende Assoziationspartei(en) angeben] gemäß Artikel 12 dieser Anlage be- oder verarbeitet und haben dort insgesamt folgenden Wertzuwachs erzielt:

Bezeichnung der gelieferten Waren	Außerhalb von [betreffende Assoziationspartei(en) angeben] insgesamt erzielter Wertzuwachs[5]

Diese Erklärung gilt für alle weiteren Sendungen dieser Waren vom

…….

bis zum ……[6]

Ich verpflichte mich, ……..[1] unverzüglich zu unterrichten, wenn diese Erklärung nicht mehr gültig ist.

(Ort und Datum)
(Anschrift und Unterschrift des Lieferanten sowie Name des Unterzeichners der Erklärung in Druckschrift)

(1) Name und Anschrift des Empfängers der Waren

(2) Betreffen die Rechnungen, Lieferscheine oder sonstigen Handelspapiere, denen die Erklärung beigefügt ist, verschiedene Waren oder Waren, die nicht in gleichem Umfang Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft enthalten, so hat sie der Lieferant eindeutig voneinander zu unterscheiden.

(3) Die Angaben in diesen Spalten sind nur zu machen, soweit sie erforderlich sind.

(4) „Wert der Vormaterialien“ ist der Zollwert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft zum Zeitpunkt der Einfuhr oder, wenn der Zollwert nicht bekannt ist oder nicht festgestellt werden kann, der erste feststellbare Preis, der in [betreffende Assoziationspartei(en) angeben] für die Vormaterialien gezahlt wird.
Der genaue Wert jedes Vormaterials ohne Ursprungseigenschaft ist je Einheit der in der ersten Spalte aufgeführten Waren anzugeben.

(5) „Wertzuwachs insgesamt“ bedeutet alle außerhalb von [betreffende Assoziationspartei angeben] angefallenen Kosten einschließlich aller dort hinzugefügten Vormaterialien. Der genaue insgesamt außerhalb von [betreffende Assoziationspartei angeben] erzielte Wertzuwachs ist je Einheit der in der ersten Spalte aufgeführten Waren anzugeben.

(6) Daten einsetzen. Die Geltungsdauer der Langzeit-Lieferantenerklärung sollte vorbehaltlich der Voraussetzungen, die von den Zollbehörden der Assoziationspartei festgelegt werden, in der die Erklärung ausgefertigt wird, normalerweise 24 Monate nicht überschreiten.

www.parlament.gv.at

Anlage 2

GEGENSEITIGE AMTSHILFE ZWISCHEN VERWALTUNGSBEHÖRDEN IM ZOLLBEREICH

ARTIKEL 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Anlage bezeichnet der Ausdruck

a) „Zollrecht“ die Gesamtheit der im Gebiet einer Assoziationspartei geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Waren und deren Überführung in ein Zollverfahren, einschließlich der Verbote, Beschränkungen und Kontrollen;

b) „ersuchende Behörde“ die von einer Assoziationspartei zu diesem Zweck bezeichnete zuständige Verwaltungsbehörde, die ein Amtshilfeersuchen aufgrund dieser Anlage stellt;

c) „ersuchte Behörde“ die von einer Assoziationspartei zu diesem Zweck bezeichnete zuständige Verwaltungsbehörde, an die ein Amtshilfeersuchen aufgrund dieser Anlage gerichtet wird;

d) „Informationen“ alle Daten, Dokumente, Bilder, Berichte, Mitteilungen oder beglaubigte Kopien in jedweder Form, auch in elektronischer Form, unabhängig davon, ob sie verarbeitet oder analysiert werden oder nicht;

www.parlament.gv.at

e) „Person“ jede natürliche oder juristische Person;

f) „personenbezogene Daten“ alle Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person;

g) „Zuwiderhandlung gegen das Zollrecht“ die Verletzung oder die versuchte Verletzung des Zollrechts.

ARTIKEL 2

Anwendungsbereich

(1) Die Assoziationsparteien leisten einander in den unter ihre Zuständigkeit fallenden Bereichen Amtshilfe in der Form und unter den Voraussetzungen, die in dieser Anlage festgelegt sind, um die ordnungsgemäße Anwendung des Zollrechts zu gewährleisten, insbesondere durch Verhütung, Untersuchung und Bekämpfung von Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht.

(2) Die Amtshilfe im Zollbereich im Sinne dieser Anlage betrifft alle Verwaltungsbehörden einer Assoziationspartei, die für die Anwendung dieser Anlage zuständig sind. Diese Amtshilfe lässt die Vorschriften über die gegenseitige Amtshilfe in Strafsachen unberührt und umfasst keine Erkenntnisse, die bei der Ausübung von Befugnissen auf Ersuchen der Justizbehörden gewonnen werden, es sei denn, diese Behörden stimmen der Übermittlung dieser Erkenntnisse zu.

(3) Die Amtshilfe zur Einziehung von Zöllen, Abgaben oder Bußgeldern fällt nicht unter diese Anlage.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 3

Amtshilfe auf Ersuchen

(1) Auf Antrag erteilt die ersuchte Behörde der ersuchenden Behörde alle sachdienlichen Auskünfte, die es dieser ermöglichen, die ordnungsgemäße Anwendung des Zollrechts zu gewährleisten, einschließlich Auskünften über festgestellte oder geplante Handlungen, bei denen es sich um Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht handelt oder handeln könnte.

(2) Auf Antrag einer ersuchenden Behörde teilt die ersuchte Behörde der ersuchenden Behörde mit,

a) ob die aus dem Gebiet der einen Assoziationspartei ausgeführten Waren ordnungsgemäß in das Gebiet der anderen Assoziationspartei eingeführt worden sind, gegebenenfalls unter Angabe des für die Waren geltenden Zollverfahrens,

b) ob die in das Gebiet der einen Assoziationspartei eingeführten Waren ordnungsgemäß aus dem Gebiet der anderen Assoziationspartei ausgeführt worden sind, gegebenenfalls unter Angabe des für die Waren geltenden Zollverfahrens.

(3) Auf Ersuchen einer ersuchenden Behörde veranlasst die ersuchte Behörde nach Maßgabe der für sie geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften die besondere Überwachung von

a) natürlichen oder juristischen Personen, bei denen Grund zu der Annahme besteht, dass sie an Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht beteiligt sind oder waren,

www.parlament.gv.at

b) Waren, die in einer Weise befördert werden oder befördert werden könnten, dass Grund zu der Annahme besteht, dass sie bei Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht verwendet werden sollen,

c) Orten, an denen Warenvorräte in einer Weise angelegt worden sind oder angelegt werden könnten, dass Grund zu der Annahme besteht, dass diese Waren bei Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht verwendet werden sollen,

d) Beförderungsmitteln, die in einer Weise benutzt werden oder benutzt werden könnten, dass Grund zu der Annahme besteht, dass sie bei Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht benutzt werden sollen.

ARTIKEL 4

Amtshilfe ohne Ersuchen

Die Assoziationsparteien leisten einander nach Maßgabe ihrer jeweiligen Gesetze und sonstigen Vorschriften Amtshilfe, wenn dies ihres Erachtens für die ordnungsgemäße Anwendung des Zollrechts erforderlich ist, indem sie Erkenntnisse über abgeschlossene, geplante oder laufende Handlungen, die Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht darstellen oder darzustellen scheinen und für die andere Assoziationspartei von Interesse sein können, zur Verfügung stellen. Diese Auskünfte beziehen sich insbesondere auf

a) Personen, Waren und Beförderungsmittel und

b) neue Mittel oder Methoden, die bei Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht angewandt werden.

ARTIKEL 5

Form und Inhalt der Amtshilfeersuchen

(1) Ersuchen nach dieser Anlage sind schriftlich, entweder in gedruckter oder elektronischer Form, zu stellen. Den Ersuchen sind alle Unterlagen beizufügen, die für ihre Bearbeitung erforderlich sind. In dringenden Fällen kann die ersuchte Behörde mündliche Ersuchen entgegennehmen, die jedoch von der ersuchenden Behörde unverzüglich schriftlich bestätigt werden müssen.

(2) Amtshilfeersuchen nach Absatz 1 müssen folgende Angaben enthalten:

a) die Bezeichnung der ersuchenden Behörde und den Namen des ersuchenden Beamten,

b) die ersuchten Auskünfte und/oder die Art der ersuchten Amtshilfe,

c) den Gegenstand und den Grund des Ersuchens,

d) die betreffenden Gesetze und sonstigen Vorschriften und weitere rechtliche Elemente,

e) möglichst genaue und umfassende Angaben zu den natürlichen oder juristischen Personen, gegen die sich die Ermittlungen richten,

f) eine Zusammenfassung des Sachverhalts und der bereits durchgeführten Ermittlungen und

g) alle zusätzlichen verfügbaren Angaben, die die ersuchte Behörde in die Lage versetzen, dem Ersuchen nachzukommen.

www.parlament.gv.at

(3) Die Ersuchen sind in einer Amtssprache der ersuchten Behörde oder in einer von dieser akzeptierten Sprache zu stellen. Anträge in englischer Sprache werden stets akzeptiert. Dies gilt nicht für die dem Ersuchen nach Absatz 1 beigefügten Schriftstücke.

(4) Entspricht ein Ersuchen nicht den Formvorschriften der Absätze 1 bis 3, darf die ersuchte Behörde eine Berichtigung oder Ergänzung des Ersuchens verlangen; in der Zwischenzeit können Sicherungsmaßnahmen angeordnet werden.

ARTIKEL 6

Erledigung der Amtshilfeersuchen

(1) Bei der Erledigung von Amtshilfeersuchen verfährt die ersuchte Behörde im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Mittel so, als ob sie in Erfüllung eigener Aufgaben oder auf Ersuchen einer anderen Behörde der eigenen Assoziationspartei handelte; zu diesem Zweck hat sie die ihr bereits vorliegenden Angaben zu übermitteln und zweckdienliche Nachforschungen anzustellen oder zu veranlassen. Dies gilt auch für jede andere Behörde, die von der ersuchten Behörde mit dem Ersuchen befasst wurde, sofern diese nicht selbst tätig werden kann.

(2) Die Erledigung von Amtshilfeersuchen erfolgt nach Maßgabe der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der ersuchten Assoziationspartei.

ARTIKEL 7

Form der Auskunftserteilung

(1) Die ersuchte Behörde teilt der ersuchenden Behörde das Ergebnis der Ermittlungen schriftlich mit und fügt zweckdienliche Schriftstücke, beglaubigte Kopien und dergleichen bei. Diese Auskünfte können auf elektronischem Wege erteilt werden.

(2) Originalschriftstücke werden entsprechend den rechtlichen Auflagen jeder Assoziationspartei nur auf Ersuchen der ersuchenden Behörde in Fällen übermittelt, in denen beglaubigte Kopien nicht ausreichen würden. Die ersuchende Behörde hat diese Originalschriftstücke so bald wie möglich zurückzugeben.

(3) Die ersuchte Behörde erteilt der ersuchenden Behörde nach Maßgabe von Absatz 2 sämtliche Auskünfte über die Echtheit der von amtlichen Stellen in ihrem Gebiet ausgestellten oder beglaubigten Schriftstücke, die einer Warenanmeldung zugrunde liegen.

ARTIKEL 8

Anwesenheit von Bediensteten einer Assoziationspartei
im Gebiet der anderen Assoziationspartei

(1) Ordnungsgemäß bevollmächtigte Bedienstete der einen Assoziationspartei dürfen mit Zustimmung der anderen Assoziationspartei und unter den von dieser festgelegten Voraussetzungen in den Diensträumen der ersuchten Behörde oder einer anderen zuständigen Behörde nach Artikel 6 Absatz 1 Auskünfte über festgestellte oder vermutete Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht einholen, welche die ersuchende Behörde für die Zwecke dieser Anlage benötigt.

(2) Ordnungsgemäß bevollmächtigte Bedienstete der einen Assoziationspartei können im Einvernehmen mit der anderen Assoziationspartei und unter den von dieser festgelegten Voraussetzungen in deren Gebiet durchgeführten Ermittlungen beiwohnen.

(3) Die Bediensteten einer Assoziationspartei dürfen sich im Gebiet der anderen Assoziationspartei nur in beratender Funktion aufhalten, und zu diesem Zweck

a) müssen diese Bediensteten jederzeit nachweisen können, dass sie in amtlichem Auftrag handeln,

b) tragen diese Bediensteten weder Uniformen noch Waffen und

c) genießen diese Bediensteten denselben Schutz wie Bedienstete der anderen Assoziationspartei, gemäß den in ihrem Gebiet geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

ARTIKEL 9

Zustellung und Bekanntgabe

(1) Auf Antrag der ersuchenden Behörde veranlasst die ersuchte Behörde nach Maßgabe der für sie geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften die Zustellung von Schriftstücken oder die Bekanntgabe von Entscheidungen, die von der ersuchenden Behörde ausgehen und in den Anwendungsbereich dieser Anlage fallen, an einen Adressaten mit Wohnsitz beziehungsweise Sitz im Gebiet der ersuchten Behörde.

(2) Der Antrag auf Zustellung eines Schriftstücks oder Bekanntgabe einer Entscheidung ist schriftlich in einer Amtssprache der ersuchten Behörde oder in einer von dieser akzeptierten Sprache zu stellen.

ARTIKEL 10

Automatischer Austausch von Informationen und vorab ausgetauschte Informationen

(1) Im gegenseitigen Einvernehmen und nach Maßgabe von Artikel 15 dieser Anlage können die Assoziationsparteien

a) Informationen, die unter diese Anlage fallen, automatisch austauschen,

b) vor der Ankunft von Sendungen im Gebiet der jeweils anderen Assoziationspartei spezifische Informationen austauschen.

(2) Zur Durchführung des Austauschs nach Absatz 1 treffen die Assoziationsparteien Vereinbarungen über die Art der Informationen, die sie austauschen möchten, sowie über Form und Häufigkeit der Übermittlung dieser Informationen.

ARTIKEL 11

Ausnahmen von der Verpflichtung zur Amtshilfe

(1) Die Amtshilfe kann abgelehnt oder von der Erfüllung bestimmter Bedingungen oder Voraussetzungen abhängig gemacht werden, wenn nach Auffassung einer Assoziationspartei durch die Amtshilfe nach dieser Anlage

a) die Souveränität Andorras oder eines EU-Mitgliedstaats, der nach dieser Anlage Amtshilfe leisten müsste, beeinträchtigt werden könnte,

www.parlament.gv.at

b) die öffentliche Ordnung, die öffentliche Sicherheit oder andere wesentliche Interessen beeinträchtigt werden könnten, insbesondere in den in Artikel 12 Absatz 5 dieser Anlage genannten Fällen, oder

c) ein Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnis verletzt würde.

(2) Die ersuchte Behörde kann die Amtshilfe mit der Begründung zurückstellen, dass sie laufende Ermittlungen, Strafverfahren oder sonstige Verfahren beeinträchtigen könnte. In diesem Fall berät sich die ersuchte Behörde mit der ersuchenden Behörde, um zu entscheiden, ob die Amtshilfe unter bestimmten von der ersuchten Behörde festgelegten Voraussetzungen oder Bedingungen geleistet werden kann.

(3) Ersucht eine Behörde um Amtshilfe, die sie selbst im Falle eines Ersuchens nicht leisten könnte, so weist sie in ihrem Ersuchen auf diesen Umstand hin. Die Erledigung dieses Ersuchens steht dann im Ermessen der ersuchten Behörde.

(4) In den in den Absätzen 1 und 2 genannten Fällen teilt die ersuchte Behörde ihre Entscheidung unter Angabe der Gründe unverzüglich der ersuchenden Behörde mit.

ARTIKEL 12

Informationsaustausch und Datenschutz

(1) Die nach dieser Anlage erlangten Auskünfte dürfen nur für die Zwecke dieser Anlage verwendet werden.

www.parlament.gv.at

(2) Die Verwendung der nach dieser Anlage erlangten Auskünfte in wegen Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht eingeleiteten Gerichts- oder Verwaltungsverfahren gilt als Verwendung für die Zwecke dieser Anlage. Die Assoziationsparteien können daher die nach dieser Anlage erlangten Auskünfte und eingesehenen Schriftstücke als Beweismittel in Protokollen, in Berichten und für Zeugenvernehmungen sowie in Gerichts- und Ermittlungsverfahren verwenden. Die ersuchte Behörde kann die Erteilung von Auskünften oder die Gewährung des Zugangs zu Schriftstücken von der Bedingung abhängig machen, dass sie über eine solche Verwendung unterrichtet wird.

(3) Will eine Assoziationspartei diese Auskünfte zu anderen Zwecken verwenden, so muss sie die vorherige schriftliche Zustimmung der Behörde einholen, die die Auskunft erteilt hat. Diese Verwendung unterliegt den von dieser Behörde festgelegten Beschränkungen.

(4) Die Auskünfte nach dieser Anlage, gleichgültig in welcher Form sie erteilt werden, sind nach Maßgabe der geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften jeder der Assoziationsparteien als vertraulich oder nur für den Dienstgebrauch bestimmt zu betrachten. Sie unterliegen dem Dienstgeheimnis und genießen den Schutz der für derartige Auskünfte geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften der empfangenden Assoziationspartei. Die Assoziationsparteien teilen einander ihre zu diesem Zweck geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften mit.

(5) Personenbezogene Daten dürfen nur im Einklang mit den Datenschutzvorschriften der die Daten bereitstellenden Assoziationspartei übermittelt werden. Die Assoziationsparteien unterrichten einander über ihre einschlägigen Datenschutzvorschriften und bemühen sich erforderlichenfalls nach besten Kräften, sich auf zusätzliche Schutzmaßnahmen zu einigen.

ARTIKEL 13

Sachverständige und Zeugen

Die ersuchte Behörde kann es ihren Bediensteten gestatten, im Rahmen der erteilten Genehmigung in Gerichts- oder Verwaltungsverfahren, die unter diese Anlage fallende Angelegenheiten betreffen, als Sachverständige oder Zeugen aufzutreten und dabei Gegenstände, Schriftstücke oder beglaubigte Kopien von Schriftstücken vorzulegen, sofern dies für das Verfahren erforderlich ist. In der Ladung ist genau anzugeben, vor welcher Justiz- oder Verwaltungsbehörde der Bedienstete aussagen soll und in welcher Angelegenheit und in welcher Eigenschaft oder mit welcher Berechtigung der Bedienstete befragt werden soll.

ARTIKEL 14

Kosten der Amtshilfe

(1) Vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 verzichten die Assoziationsparteien auf gegenseitige Ansprüche auf Erstattung der bei der Anwendung dieser Anlage anfallenden Kosten.

(2) An Sachverständige, Zeugen, Dolmetscher und Übersetzer, die nicht dem öffentlichen Dienst angehören, gezahlte Aufwendungen und Vergütungen werden gegebenenfalls von der ersuchenden Assoziationspartei getragen.

(3) Sind oder werden bei der Erledigung eines Ersuchens erhebliche oder außergewöhnliche Aufwendungen erforderlich, so konsultieren die Assoziationsparteien einander, um festzulegen, unter welchen Bedingungen das Ersuchen ausgeführt wird und auf welche Weise die Kosten getragen werden.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 15

Durchführung

(1) Die Durchführung dieser Anlage wird den Zollbehörden Andorras einerseits und den zuständigen Dienststellen der Europäischen Kommission und gegebenenfalls den Zollbehörden von EU-Mitgliedstaaten andererseits übertragen. Sie treffen alle für die Durchführung dieser Anlage erforderlichen Maßnahmen und Vereinbarungen und tragen dabei den jeweiligen geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften, insbesondere den Datenschutzvorschriften, Rechnung.

(2) Die Assoziationsparteien unterrichten einander über die Einzelheiten der Durchführungsbestimmungen, die sie nach dieser Anlage erlassen, insbesondere in Bezug auf die ordnungsgemäß ermächtigten Dienststellen und Bediensteten, die für das Versenden und Empfangen der in dieser Anlage vorgesehenen Auskünfte als zuständig benannt werden.

(3) In der EU lässt diese Anlage die Übermittlung der nach dieser Anlage erlangten Auskünfte zwischen den zuständigen Dienststellen der Europäischen Kommission und den Zollbehörden der EU-Mitgliedstaaten unberührt.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 16

Sonstige Vereinbarungen

Diese Anlage hat Vorrang vor den Bestimmungen von Übereinkünften über gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich, die zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten und Andorra geschlossen wurden oder geschlossen werden, soweit diese Übereinkünfte mit den Bestimmungen dieser Anlage unvereinbar sind.

ARTIKEL 17

Konsultation

Hinsichtlich der Auslegung und Durchführung dieser Anlage konsultieren die Assoziationsparteien einander, um die betreffende Angelegenheit im Rahmen des mit Artikel 7 des Andorra-Protokolls eingesetzten Unterausschusses für Zusammenarbeit im Zollwesen zu klären.

www.parlament.gv.at

Anlage 3

LISTE NACH ARTIKEL 80 ABSATZ 7 DES RAHMENABKOMMENS

1. Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates)[1]

2. Ausschuss der Europäischen Aufsichtsstellen für Abschlussprüfer (Verordnung (EU) Nr. 537/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates)[2]

3. Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (Verordnung (EU) Nr. 2018/1971 des Europäischen Parlaments und des Rates)[3]

4. Koordinatorengruppe auf dem Gebiet der Anerkennung der Berufsqualifikationen (Beschluss 2007/172/EG der Kommission)[4].

---

1 Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 166 vom 30.4.2004, S. 1).

2 Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 166 vom 30.4.2004, S. 1).

3 Verordnung (EU) 2018/1971 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) und der Agentur zur Unterstützung des GEREK (GEREK-Büro), zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1211/2009 (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 1).

4 Beschluss der Kommission vom 19. März 2007 zur Einsetzung einer Koordinatorengruppe auf dem Gebiet der Anerkennung der Berufsqualifikationen (ABl. L 79 vom 20.3.2007, S. 38).

www.parlament.gv.at

Anlage 4

BESTIMMUNGEN DER EU ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG
GEMÄß ARTIKEL 62 ABSATZ 1 DES RAHMENABKOMMENS

1. Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates[1]

   a) Artikel 3 — Betrug zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union

   b) Artikel 4 — Andere gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtete Straftaten

   c) Artikel 5 — Anstiftung, Beihilfe und Versuch

   d) Artikel 6 – Verantwortlichkeit juristischer Personen

   e) Artikel 7 — Strafen für natürliche Personen

   f) Artikel 9 — Sanktionen gegen juristische Personen

   g) Artikel 12 — Verjährungsfristen für gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtete Straftaten

[1] Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2017 über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug (ABl. L 198 vom 28.7.2017, S. 29).

www.parlament.gv.at

2. Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates[1]

a) Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe a – Zugang zu Bankkontoinformationen

---

[1] Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates (ABl. L 248 vom 18.9.2013, S. 1).

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 3/14

ANHANG

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

ANHANG I – ANDORRA-PROTOKOLL

LEBENSMITTELSICHERHEIT –VETERINÄRWESEN – PFLANZENSCHUTZ

Liste nach Artikel 13 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL I – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1 Lebensmittelrecht 4

2 Amtliche Kontrollen 14

3 Ausschüsse 33

4 Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit 35

5 Beitrittsakte 37

TEIL II – VETERINÄRWESEN

1 Kontrollsystem für den Binnenmarkt 40

2 Kontrollsystem für Einfuhren 64

3 Kennzeichnung und Registrierung von Tieren und Registrierung ihrer Verbringungen 83

4 Kontrollmaßnahmen in Bezug auf Tierseuchen 87

5 Handel mit lebenden Tieren, Sperma, Eizellen und Embryonen innerhalb der Union 113

6 Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken 133

7 Verbot von Stoffen und Kontrolle von Rückständen 135

8 Einfuhrbestimmungen für lebende Tiere und tierische Erzeugnisse 137

9 Völkerrechtliche Übereinkünfte der Union 272

www.parlament.gv.at

10 Tierschutz 337
11 Tierzucht 342
TEIL III – INVERKEHRBRINGEN VON LEBENSMITTELN, FUTTERMITTELN UND TIERISCHEN NEBENPRODUKTEN
1 Hygienevorschriften 346
2 Spezifische Vorschriften für tierische Erzeugnisse 351
3 Kontrollvorschriften 361
4 Spezifische Kontrollvorschriften für tierische Erzeugnisse 370
5 Vorschriften für tierische Nebenprodukte 385
6 Finanzierung von Kontrollen 389
7 Spezifische Vorschriften für Futtermittelhygiene 390
TEIL IV – VORSCHRIFTEN FÜR DIE LEBENSMITTELSICHERHEIT
1 Kennzeichnung und Aufmachung von Lebensmitteln sowie die Werbung hierfür, einschließlich nährwert- und gesundheitsbezogener Angaben und der Nährwertkennzeichnung ... 391
2 Zugelassene Zusatzstoffe und Reinheitskriterien 408
3 Lebensmittelenzyme 424
4 Extraktionslösungsmittel 425
5 Aromen 426
6 Lebensmittelkontaktmaterialien 432
7 Nahrungsergänzungsmittel 437
8 Lebensmittel für besondere Ernährungszwecke 441
9 Schnellgefrorene Lebensmittel 443
10 Kontaminanten 445
11 Neuartige Lebensmittel 453
12 Ionisierende Strahlung 504
13 Mineralwasser 506
14 Völkerrechtliche Übereinkünfte der Union 507

www.parlament.gv.at

TEIL V – SPEZIFISCHE VORSCHRIFTEN FÜR FUTTERMITTEL

1 Inverkehrbringen und Verwendung von Futtermitteln 539

2 Futtermittelzusatzstoffe 542

3 Unerwünschte Stoffe 626

4 Arzneifuttermittel 630

5 Völkerrechtliche Übereinkünfte der Union 631

TEIL VI – PFLANZENSCHUTZ

1 Pflanzengesundheit – Schädliche Organismen 654

2 Pflanzengesundheit – Pflanzenschutzmittel 688

3 Qualität von Saat- und Pflanzgut 882

4 Sortenschutzrechte 932

5 Völkerrechtliche Übereinkünfte der Union 936

TEIL VII – GENETISCH VERÄNDERTE ORGANISMEN

1 Freisetzung in die Umwelt 979

2 Genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel 987

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

www.parlament.gv.at

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

TEIL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

KAPITEL 1

LEBENSMITTELRECHT

1. 32002 R 0178: Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1), geändert durch:

   – 32003 R 1642: Verordnung (EG) Nr. 1642/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2003 (ABl. L 245 vom 29.9.2003, S. 4)

www.parlament.gv.at

– 32006 R 0575: Verordnung (EG) Nr. 575/2006 der Kommission vom 7. April 2006 (ABl. L 100 vom 8.4.2006, S. 3)

– 32008 R 0202: Verordnung (EG) Nr. 202/2008 der Kommission vom 4. März 2008 (ABl. L 60 vom 5.3.2008, S. 17)

– 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

– 32014 R 0652: Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 1)

– 32017 R 0228: Verordnung (EU) 2017/228 der Kommission vom 9. Februar 2017 (ABl. L 35 vom 10.2.2017, S. 10)

– 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die Verordnung und die auf ihrer Grundlage erlassenen Rechtsakte gelten für Andorra.

b) Andorra beteiligt sich an den wissenschaftlichen Arbeiten der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden die „Behörde“).

www.parlament.gv.at

c) Andorra wird aufgefordert, Beobachter zu den Sitzungen des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit zu entsenden, in denen diejenigen Fälle behandelt werden, die unter die Rechtsakte fallen, auf die in dem Abkommen Bezug genommen wird. Die Vertreter Andorras nehmen uneingeschränkt an der Arbeit des Ausschusses teil, haben jedoch kein Stimmrecht.

d) Der Text von Artikel 12 erhält folgende Fassung:

„Die Rechtsvorschriften Andorras über die Produktion, Einfuhr und Vermarktung von Lebensmitteln und Futtermitteln stimmen mit den einschlägigen Anforderungen des Lebensmittelrechts überein, einschließlich wirksamer Maßnahmen, die gewährleisten, dass ein Erzeugnis, das von einem Markt eines EU-Mitgliedstaats zurückgenommen wurde, nicht über Andorra in ein Drittland ausgeführt oder wieder ausgeführt werden kann."

e) Andorra erhält die Angaben gemäß Artikel 32 Absatz 2, Artikel 33 Absätze 4 und 6 und Artikel 34 Absatz 4.

ea) Der in Artikel 28 der Verordnung enthaltene Ausdruck „Mitgliedstaaten" schließt neben seiner Bedeutung in der Verordnung auch Andorra ein.

f) Artikel 29 gilt mit folgenden Anpassungen:

Andorra kann von der Behörde zu Fragen in den Bereichen ihres Auftrags ein wissenschaftliches Gutachten anfordern. Ein entsprechender Antrag ist zuerst an die Kommission zu richten, die ihn, sofern er ihrer Auffassung nach von gemeinsamem Interesse ist, an die Behörde weiterleitet, um das angeforderte Gutachten zu erhalten.

www.parlament.gv.at

g) Artikel 31 gilt mit folgender Anpassung:

Andorra kann die Behörde in Angelegenheiten, die gemäß dem Abkommen in ihre Zuständigkeit fallen, um wissenschaftliche und technische Unterstützung gemäß Artikel 31 ersuchen. Ein entsprechender Antrag ist zuerst an die Kommission zu richten, die ihn, sofern er ihrer Auffassung nach von gemeinsamem Interesse ist, an die Behörde weiterleitet, um das angeforderte Gutachten zu erhalten.

h) In Artikel 48 wird Folgendes angefügt:

„Abweichend von Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe a der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften können Staatsangehörige Andorras, die im Besitz ihrer vollen staatsbürgerlichen Rechte sind, vom Geschäftsführenden Direktor der Behörde unter Vertrag genommen werden."

i) Die Artikel 53 und 54 gelten mit folgenden Anpassungen:

1. Für Lebensmittel oder Futtermittel mit Ursprung in der Gemeinschaft oder in Andorra gilt Folgendes:

   a) Beabsichtigt eine Vertragspartei, Sofortmaßnahmen gegen die andere Vertragspartei zu ergreifen, so unterrichtet sie diese Partei unverzüglich.

www.parlament.gv.at

Unbeschadet der Möglichkeit, die Maßnahmen unmittelbar in Kraft zu setzen, beraten sich die Europäische Kommission und Andorra auf Antrag einer Seite so rasch wie möglich, um nach geeigneten Lösungen zu suchen.

Bei Meinungsverschiedenheiten kann jede Vertragspartei den Gemischten Ausschuss mit der Angelegenheit befassen. Kann dort keine Einigung erzielt werden, so darf eine Vertragspartei geeignete Maßnahmen treffen. Solche Maßnahmen sind auf das zur Abhilfe notwendige Mindestmaß zu beschränken. Dabei ist Maßnahmen der Vorzug zu geben, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Abkommens möglichst wenig beeinträchtigen.

b) Beabsichtigt die Europäische Kommission, einen Beschluss über Sofortmaßnahmen zu fassen, die einen Teil des Gebiets der Union betreffen, so unterrichtet sie Andorra unverzüglich.

Fasst die Kommission einen Beschluss über Sofortmaßnahmen, die einen Teil des Gebiets der Union betreffen, so trifft Andorra nach Konsultationen und Prüfung der Umstände entsprechende Maßnahmen, es sei denn, seine besondere Situation lässt den Schluss zu, dass diese Maßnahmen nicht gerechtfertigt sind. In diesem Fall setzt es die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

Es finden so rasch wie möglich Beratungen statt, um nach geeigneten Lösungen zu suchen. Wird keine Einigung erzielt, so findet das in Buchstabe a Unterabsatz 4 genannte Verfahren Anwendung.

2. Für Lebensmittel oder Futtermittel mit Ursprung in einem Drittland gilt Folgendes:

a) Andorra trifft für Einfuhren von Drittländern gleichzeitig mit den EU-Mitgliedstaaten Sofortmaßnahmen, die denen der letzteren entsprechen.

b) Bei Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Anwendung eines Rechtsakts der Union unterrichtet Andorra unverzüglich den Gemischten Ausschuss.

c) Die Anwendung dieses Absatzes berührt nicht das Recht Andorras, bis zur Annahme der unter Buchstabe a genannten Entscheidungen einseitige Sofortmaßnahmen zu ergreifen.

d) Der Gemischte Ausschuss kann die Entscheidungen der Union zur Kenntnis nehmen.

j) Artikel 60 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird Folgendes angefügt:

„Ist Andorra der Ansicht, dass eine von einem EU-Mitgliedstaat getroffene Maßnahme entweder mit dieser Verordnung unvereinbar ist oder droht, das Funktionieren des Abkommens zu beeinträchtigen, so befasst es den Gemischten Ausschuss mit der Angelegenheit. Dasselbe gilt, wenn ein EU-Mitgliedstaat der Ansicht ist, dass eine von Andorra getroffene Maßnahme entweder mit dieser Verordnung unvereinbar ist oder droht, das Funktionieren des Abkommens zu beeinträchtigen.“

www.parlament.gv.at

2. In Absatz 2 werden im ersten Satz die Worte „Die beiden betroffenen Mitgliedstaaten“ durch „Andorra und der betroffene EU-Mitgliedstaat“ und die Worte „die Kommission“ durch „der Gemischte Ausschuss“ ersetzt und im letzten Satz die Worte „der Kommission“ durch „dem Gemischten Ausschuss“ und die Worte „der beiden betroffenen Mitgliedstaaten“ durch „Andorras und des EU-Mitgliedstaats“. Im zweiten Satz werden die Worte „kann die Kommission“ durch „kann der Gemischte Ausschuss auf Antrag einer der Vertragsparteien“ ersetzt.

k) Andorra leistet gemäß Artikel 68 des Rahmenabkommens und des Andorra-Protokolls einen finanziellen Beitrag zum Haushalt der Behörde.

l) Andorra gewährt der Behörde Vorrechte und Befreiungen entsprechend jenen im Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften.

2. 32003 R 1304: Verordnung (EG) Nr. 1304/2003 der Kommission vom 11. Juli 2003 über das von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit bei den an sie gerichteten Ersuchen um wissenschaftliche Gutachten anzuwendende Verfahren (ABl. L 185 vom 24.7.2003, S. 6), berichtigt in ABl. L 186 vom 25.7.2003, S. 46

3. 32004 R 2230: Verordnung (EG) Nr. 2230/2004 der Kommission vom 23. Dezember 2004 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend das Netz der Organisationen, die in Bereichen tätig sind, auf die sich der Auftrag der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit erstreckt (ABl. L 379 vom 24.12.2004, S. 64)

4. 32011 R 0016: Verordnung (EU) Nr. 16/2011 der Kommission vom 10. Januar 2011 mit Durchführungsbestimmungen für das Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (ABl. L 6 vom 11.1.2011, S. 7)

5. 32019 D 0300: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/300 der Kommission vom 19. Februar 2019 zur Erstellung eines allgemeinen Plans für das Krisenmanagement im Bereich der Lebens- und Futtermittelsicherheit (ABl. L 50 vom 21.2.2019, S. 55)

6. 32009 D 0726: Entscheidung 2009/726/EG der Kommission vom 24. September 2009 betreffend von Frankreich ergriffene vorläufige Schutzmaßnahmen gegen das Verbringen von Milch und Milcherzeugnissen aus Betrieben, in denen ein Fall der klassischen Traberkrankheit nachgewiesen wurde, auf sein Hoheitsgebiet (ABl. L 258 vom 1.10.2009, S. 27)

7. 32010 D 0381: Beschluss 2010/381/EU der Kommission vom 8. Juli 2010 über Sofortmaßnahmen für aus Indien eingeführte Sendungen mit zum menschlichen Verzehr bestimmten Aquakulturerzeugnissen (ABl. L 174 vom 9.7.2010, S. 51), geändert durch:

   – 32012 D 0690: Durchführungsbeschluss 2012/690/EU der Kommission vom 6. November 2012 (ABl. L 308 vom 8.11.2012, S. 21)

   – 32016 D 1774: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1774 der Kommission vom 4. Oktober 2016 (ABl. L 271 vom 6.10.2016, S. 7)

8. 32011 D 0884: Durchführungsbeschluss 2011/884/EU der Kommission vom 22. Dezember 2011 über Sofortmaßnahmen hinsichtlich nicht zugelassenem genetisch verändertem Reis in Reiserzeugnissen mit Ursprung in China und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/289/EG (ABl. L 343 vom 23.12.2011, S. 140), geändert durch:

   – 32013 D 0287: Durchführungsbeschluss 2013/287/EU der Kommission vom 13. Juni 2013 (ABl. L 162 vom 14.6.2013, S. 10)

9. 32013 R 0208: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 208/2013 der Kommission vom 11. März 2013 über die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit von Sprossen und von Samen zur Erzeugung von Sprossen (ABl. L 68 vom 12.3.2013, S. 16)

10. 32013 H 0165: Empfehlung 2013/165/EU der Kommission vom 27. März 2013 über das Vorhandensein der Toxine T-2 und HT-2 in Getreiden und Getreideerzeugnissen (ABl. L 91 vom 3.4.2013, S. 12)

11. 32014 R 0853: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 853/2014 der Kommission vom 5. August 2014 zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1151/2009 mit Sondervorschriften für die Einfuhr von Sonnenblumenöl, dessen Ursprung oder Herkunft die Ukraine ist (ABl. L 233 vom 6.8.2014, S. 25)

    Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

12. 32019 R 1793: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1793 der Kommission vom 22. Oktober 2019 über die vorübergehende Verstärkung der amtlichen Kontrollen und über Sofortmaßnahmen beim Eingang bestimmter Waren aus bestimmten Drittländern in die Union zur Durchführung der Verordnungen (EU) 2017/625 und (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 669/2009, (EU) Nr. 884/2014, (EU) 2015/175, (EU) 2017/186 und (EU) 2018/1660 der Kommission (ABl. L 277 vom 29.10.2019, S. 89), geändert durch:

    – 32020 R 1540: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1540 der Kommission vom 22. Oktober 2020 (ABl. L 353 vom 23.10.2020, S. 4)

    – 32021 R 0608: Durchführungsverordnung (EU) 2021/608 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 119)

– 32021 R 1900: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1900 der Kommission vom 27. Oktober 2021 (ABl. L 387 vom 3.11.2021, S. 78)

– 32021 R 2246: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2246 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 453 vom 17.12.2021, S. 5)

– 32022 R 0913: Durchführungsverordnung (EU) 2022/913 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 1), berichtigt in ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 152

– 32022 R 2389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2389 der Kommission vom 7. Dezember 2022 zur Festlegung von Bestimmungen für die einheitliche Anwendung der Häufigkeitsraten für Nämlichkeitskontrollen und Warenuntersuchungen bei bestimmten Sendungen von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen Gegenständen, die in die Union verbracht werden (ABl. L 316 vom 8.12.2022, S. 42)

Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

13. 32020 R 1158: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 der Kommission vom 5. August 2020 über die Einfuhrbedingungen für Lebens- und Futtermittel mit Ursprung in Drittländern nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl (ABl. L 257 vom 6.8.2020, S. 1)

Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

14. 32021 R 1533: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1533 der Kommission vom 17. September 2021 mit besonderen Bedingungen für die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln, deren Ursprung oder Herkunft Japan ist, nach dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2016/6 (ABl. L 330 vom 20.9.2021, S. 72)

Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

KAPITEL 2

AMTLICHE KONTROLLEN

1. 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 999/2001, (EG) Nr. 396/2005, (EG) Nr. 1069/2009, (EG) Nr. 1107/2009, (EU) Nr. 1151/2012, (EU) Nr. 652/2014, (EU) 2016/429 und (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 1/2005 und (EG) Nr. 1099/2009 des Rates sowie der Richtlinien 98/58/EG, 1999/74/EG, 2007/43/EG, 2008/119/EG und 2008/120/EG des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 89/608/EWG, 89/662/EWG, 90/425/EWG, 91/496/EEG, 96/23/EG, 96/93/EG und 97/78/EG des Rates und des Beschlusses 92/438/EWG des Rates (Verordnung über amtliche Kontrollen) (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 137 vom 24.5.2017, S. 40, geändert durch:

   – 32019 R 0478: Delegierte Verordnung (EU) 2019/478 der Kommission vom 14. Januar 2019 (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 4)

   – 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183

   – 32021 R 1756: Verordnung (EU) 2021/1756 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 357 vom 8.10.2021, S. 27)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für Artikel 22 und die entsprechenden Bestimmungen über Pflanzengesundheit dieser Verordnung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

2. 32018 R 0631: Delegierte Verordnung (EU) 2018/631 der Kommission vom 7. Februar 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Einrichtung von Referenzlaboratorien der Europäischen Union für Pflanzenschädlinge (ABl. L 105 vom 25.4.2018, S. 1)

3. 32019 R 0723: Durchführungsverordnung (EU) 2019/723 der Kommission vom 2. Mai 2019 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des einheitlichen Musterformulars, das in den von den Mitgliedstaaten vorzulegenden Jahresberichten zu verwenden ist (ABl. L 124 vom 13.5.2019, S. 1)

4. 32019 R 0624: Delegierte Verordnung (EU) 2019/624 der Kommission vom 8. Februar 2019 mit besonderen Bestimmungen für die Durchführung amtlicher Kontrollen der Fleischerzeugung sowie von Erzeugungs- und Umsetzgebieten für lebende Muscheln gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 1422: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1422 der Kommission vom 26. April 2021 (ABl. L 307 vom 1.9.2021, S. 1)

– 32022 R 2258: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2258 der Kommission vom 9. September 2022 (ABl. L 299 vom 18.11.2022, S. 5)

5. 32019 R 0625: Delegierte Verordnung (EU) 2019/625 der Kommission vom 4. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an den Eingang von Sendungen bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 18), berichtigt in ABl. L 176 vom 5.6.2020, S. 15, geändert durch:

– 32020 R 2209: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2209 der Kommission vom 22. Dezember 2020 (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 24)

– 32021 R 0573: Delegierte Verordnung (EU) 2021/573 der Kommission vom 1. Februar 2021 (ABl. L 120 vom 8.4.2021, S. 6)

– 32022 R 0887: Delegierte Verordnung (EU) 2022/887 der Kommission vom 28. März 2022 (ABl. L 154 vom 7.6.2022, S. 23)

6. 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 zur Festlegung einheitlicher praktischer Modalitäten für die Durchführung der amtlichen Kontrollen in Bezug auf für den menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission in Bezug auf amtliche Kontrollen (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183, geändert durch:

– 32020 R 2108: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2108 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 427 vom 17.12.2020, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32021 R 1709: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1709 der Kommission vom 23. September 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 84)

– 32022 R 2503: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2503 der Kommission vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 325 vom 20.12.2022, S. 58)

7. 32019 R 0723: Durchführungsverordnung (EU) 2019/723 der Kommission vom 2. Mai 2019 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des einheitlichen Musterformulars, das in den von den Mitgliedstaaten vorzulegenden Jahresberichten zu verwenden ist (ABl. L 124 vom 13.5.2019, S. 1)

8. 32019 R 1012: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1012 der Kommission vom 12. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Ausnahmeregelungen hinsichtlich der Benennung von Grenzkontrollstellen und der Mindestanforderungen an Grenzkontrollstellen (ABl. L 165 vom 21.6.2019, S. 4)

   Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

9. 32019 R 1013: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1013 der Kommission vom 16. April 2019 über die Vorabinformation über Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren, die in die Union verbracht werden (ABl. L 165 vom 21.6.2019, S. 8)

   Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

10. 32019 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1014 der Kommission vom 12. Juni 2019 mit detaillierten Bestimmungen betreffend die Mindestanforderungen an Grenzkontrollstellen, einschließlich Kontrollzentren, und das Format, die Kategorien und die Abkürzungen, die bei der Auflistung der Grenzkontrollstellen und der Kontrollstellen zu verwenden sind (ABl. L 165 vom 21.6.2019, S. 10)

    Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

11. 32019 R 1081: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1081 der Kommission vom 8. März 2019 mit Vorschriften zu spezifischen Anforderungen an die Schulung des Personals, das bestimmte Warenuntersuchungen an Grenzkontrollstellen durchführt (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 1)

    Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

12. 32019 R 1602: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1602 der Kommission vom 23. April 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Gemeinsamen Gesundheitseingangsdokuments, das Sendungen von Tieren und Waren zu ihrem Bestimmungsort begleitet (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 6)

13. 32019 R 1666: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1666 Der Kommission vom 24. Juni 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Bedingungen für die Überwachung des Transports und des Eintreffens von Sendungen mit bestimmten Waren von der Eingangsgrenzkontrollstelle bis zum Betrieb am Bestimmungsort in der Union (ABl. L 255 vom 4.10.2019, S. 1)

    Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

14. 32019 R 1715: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1715 der Kommission vom 30. September 2019 mit Vorschriften zur Funktionsweise des Informationsmanagementsystems für amtliche Kontrollen und seiner Systemkomponenten (ABl. L 261 vom 14.10.2019, S. 37), geändert durch:

   – 32021 R 0547: Durchführungsverordnung (EU) 2021/547 der Kommission vom 29. März 2021 (ABl. L 109 vom 30.3.2021, S. 60)

15. 32019 R 1793: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1793 der Kommission vom 22. Oktober 2019 über die vorübergehende Verstärkung der amtlichen Kontrollen und über Sofortmaßnahmen beim Eingang bestimmter Waren aus bestimmten Drittländern in die Union zur Durchführung der Verordnungen (EU) 2017/625 und (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 669/2009, (EU) Nr. 884/2014, (EU) 2015/175, (EU) 2017/186 und (EU) 2018/1660 der Kommission (ABl. L 277 vom 29.10.2019, S. 89), geändert durch:

   – 32020 R 0625: Durchführungsverordnung (EU) 2020/625 der Kommission vom 6. Mai 2020 (ABl. L 144 vom 7.5.2020, S. 13)

   – 32021 R 0608: Durchführungsverordnung (EU) 2021/608 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 119)

   – 32021 R 1900: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1900 der Kommission vom 27. Oktober 2021 (ABl. L 387 vom 3.11.2021, S. 78)

   – 32021 R 2246: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2246 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 453 vom 17.12.2021, S. 5)

– 32022 R 0913: Durchführungsverordnung (EU) 2022/913 der Kommission vom 30. Mai 2022, berichtigt in ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 152

Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

16. 32019 R 1873: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1873 der Kommission vom 7. November 2019 über die Verfahren für die koordinierte Durchführung verstärkter amtlicher Kontrollen bei Erzeugnissen tierischen Ursprungs, Zuchtmaterial, tierischen Nebenprodukten und zusammengesetzten Erzeugnissen durch die zuständigen Behörden an den Grenzkontrollstellen (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 50)

Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

17. 32019 R 2074: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2074 der Kommission vom 23. September 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Vorschriften für spezifische amtliche Kontrollen von Sendungen von Tieren und Waren, die ihren Ursprung in der Union haben und in die Union zurückkehren, nachdem ihnen der Eingang in ein Drittland verwehrt wurde (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 6)

18. 32019 R 2090: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2090 der Kommission vom 19. Juni 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf mutmaßliche oder festgestellte Verstöße gegen Unionsvorschriften über die Verwendung oder über Rückstände pharmakologisch wirksamer Stoffe, die in Tierarzneimitteln oder als Futtermittelzusatzstoffe zugelassen sind, bzw. gegen Unionsvorschriften über die Verwendung oder über Rückstände verbotener oder nicht zugelassener pharmakologisch wirksamer Stoffe (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 28)

19. 32019 R 2122: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2122 der Kommission vom 10. Oktober 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich bestimmter Kategorien von Tieren und Waren, die von amtlichen Kontrollen an Grenzkontrollstellen ausgenommen sind, hinsichtlich besonderer Kontrollen des persönlichen Gepäcks von Fahrgästen bzw. Passagieren und von für natürliche Personen bestimmten Kleinsendungen von Waren, die nicht in Verkehr gebracht werden sollen, sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 der Kommission (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 45), geändert durch:

– 32021 R 2089: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2089 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 149)

– 32022 R 0887: Delegierte Verordnung (EU) 2022/887 der Kommission vom 28. März 2022 (ABl. L 154 vom 7.6.2022, S. 23)

Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

20. 32019 R 2123: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2123 der Kommission vom 10. Oktober 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften darüber, in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen bei bestimmten Waren Nämlichkeitskontrollen und Warenuntersuchungen an Kontrollstellen durchgeführt sowie Dokumentenprüfungen in Entfernung von Grenzkontrollstellen durchgeführt werden können (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 64)

Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

21. 32019 R 2124: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2124 der Kommission vom 10. Oktober 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Vorschriften über amtliche Kontrollen bei Tier- und Warensendungen bei der Durchfuhr, der Umladung und der Weiterbeförderung durch die Union und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 798/2008, (EG) Nr. 1251/2008, (EG) Nr. 119/2009, (EU) Nr. 206/2010, (EU) Nr. 605/2010, (EU) Nr. 142/2011 und (EU) Nr. 28/2012 der Kommission, der Durchführungsverordnung (EU) 2016/759 der Kommission und der Entscheidung 2007/777/EG der Kommission (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 73), geändert durch:

– 32020 R 2190: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2190 der Kommission vom 29. Oktober 2020 (ABl. L 434 vom 23.12.2020, S. 3)

22. 32019 R 2125: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2125 der Kommission vom 10. Oktober 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Durchführung besonderer amtlicher Kontrollen bei Verpackungsmaterial aus Holz, für die Meldung bestimmter Sendungen und für bei festgestellten Verstößen gegebenenfalls zu ergreifende Maßnahmen (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 99)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für diese Verordnung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

www.parlament.gv.at

23. 32019 R 2126: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2126 der Kommission vom 10. Oktober 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für besondere amtliche Kontrollen bei bestimmten Kategorien von Tieren und Waren, Maßnahmen, die nach der Durchführung dieser Kontrollen zu ergreifen sind, und bestimmte Kategorien von Tieren und Waren, die von amtlichen Kontrollen an Grenzkontrollstellen ausgenommen sind (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 104)

    Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

24. 32019 R 2127: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2127 der Kommission vom 10. Oktober 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Zeitpunkts der Anwendung bestimmter Bestimmungen der Richtlinien 91/496/EWG, 97/78/EG und 2000/29/EG des Rates (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 111)

25. 32019 R 2128: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2128 der Kommission vom 12. November 2019 zur Festlegung des Musters der amtlichen Bescheinigung und der Vorschriften für die Ausstellung amtlicher Bescheinigungen für Waren, die an Schiffe geliefert werden, die die Union verlassen, und die für die Versorgung der Schiffe oder den Verbrauch durch die Besatzung und die Passagiere bestimmt sind oder die an einen Militärstützpunkt der NATO oder der Vereinigten Staaten geliefert werden (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 114)

www.parlament.gv.at

26. 32019 R 2129: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2129 der Kommission vom 25. November 2019 zur Festlegung von Bestimmungen für die einheitliche Anwendung der Häufigkeitsraten für Nämlichkeitskontrollen und Warenuntersuchungen bei bestimmten Sendungen von Tieren und Waren, die in die Union verbracht werden (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 122), geändert durch:

– 32021 R 2141: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2141 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 5)

Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

27. 32019 R 2130: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2130 der Kommission vom 25. November 2019 zur Festlegung ausführlicher Vorschriften über die während und nach Dokumentenprüfungen, Nämlichkeitskontrollen und Warenuntersuchungen bei Tieren und Waren, die amtlichen Kontrollen an den Grenzkontrollstellen unterliegen, vorzunehmenden Handlungen (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 128)

Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

28. 32020 R 1158: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 der Kommission vom 5. August 2020 über die Einfuhrbedingungen für Lebens- und Futtermittel mit Ursprung in Drittländern nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl (ABl. L 257 vom 6.8.2020, S. 1)

29. 32020 D 1550: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1550 der Kommission vom 23. Oktober 2020 zur Festlegung des mehrjährigen Programms 2021-2025 für Kontrollen, die Experten der Kommission in den Mitgliedstaaten durchführen, um die Anwendung der Unionsvorschriften zur Lebensmittelkette zu überprüfen (ABl. L 354 vom 26.10.2020, S. 9)

30. 32020 R 1641: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1641 der Kommission vom 5. November 2020 über die Einfuhr lebender, gekühlter, tiefgefrorener oder verarbeiteter Muscheln, Stachelhäuter, Manteltiere und Meeresschnecken für den menschlichen Verzehr aus den Vereinigten Staaten von Amerika (ABl. L 370 vom 6.11.2020, S. 4), geändert durch:

– 32022 R 0158: Durchführungsverordnung (EU) 2022/158 der Kommission vom 4. Februar 2022 (ABl. L 26 vom 7.2.2022, S. 1)

Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

31. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

32. 32021 R 0403: Durchführungsverordnung (EU) 2021/403 der Kommission vom 24 März 2021 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Landtieren und ihres Zuchtmaterials und für deren Verbringungen zwischen Mitgliedstaaten, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung des Beschlusses 2010/470/EU (ABl. L 113 vom 31.3.2021, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32022 R 0037: Durchführungsverordnung (EU) 2022/37 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 92)

– 32022 R 0055: Durchführungsverordnung (EU) 2022/55 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

33. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606 Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

34. 32021 R 0630: Delegierte Verordnung (EU) 2021/630 der Kommission vom 16. Februar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich bestimmter Kategorien von Waren, die von amtlichen Kontrollen an Grenzkontrollstellen ausgenommen sind, sowie zur Änderung der Entscheidung 2007/275/EG der Kommission (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 17), geändert durch:

– 32022 R 0887: Delegierte Verordnung (EU) 2022/887 der Kommission vom 28. März 2022 (ABl. L 154 vom 7.6.2022, S. 23)

Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

35. 32021 R 0632: Durchführungsverordnung (EU) 2021/632 der Kommission vom 13. April 2021 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liste der Tiere, der Erzeugnisse tierischen Ursprungs, des Zuchtmaterials, der tierischen Nebenprodukte und Folgeprodukte, der zusammengesetzten Erzeugnisse sowie des Heus und des Strohs, die an Grenzkontrollstellen amtlich zu kontrollieren sind, und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2007 der Kommission und der Entscheidung 2007/275/EG der Kommission (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 24), geändert durch:

– 32022 R 1322: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1322 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 200 vom 29.7.2022, S. 25)

Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

36. 32021 R 1353: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1353 der Kommission vom 17. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Fälle und Bedingungen, in bzw. unter denen die zuständigen Behörden amtliche Laboratorien benennen können, die nicht für alle von ihnen im Rahmen amtlicher Kontrollen oder anderer amtlicher Tätigkeiten verwendeten Methoden die entsprechenden Bedingungen erfüllen (ABl. L 291 vom 13.8.2021, S. 20)

37. 32021 R 1355: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1355 der Kommission vom 12. August 2021 über die von den Mitgliedstaaten festzulegenden mehrjährigen nationalen Programme zur Kontrolle von Pestizidrückständen (ABl. L 291 vom 13.8.2021, S. 120)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für diese Verordnung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

38. 32021 R 1533: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1533 der Kommission vom 17. September 2021 mit besonderen Bedingungen für die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln, deren Ursprung oder Herkunft Japan ist, nach dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2016/6 (ABl. L 330 vom 20.9.2021, S. 72)

39. 32022 R 0931: Delegierte Verordnung (EU) 2022/931 der Kommission vom 23. März 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung von Bestimmungen über die Durchführung amtlicher Kontrollen in Bezug auf Kontaminanten in Lebensmitteln (ABl. L 162 vom 17.6.2022, S. 7)

40. 32022 R 0932: Durchführungsverordnung (EU) 2022/932 der Kommission vom 9. Juni 2022 über einheitliche praktische Modalitäten für die Durchführung der amtlichen Kontrollen hinsichtlich Kontaminanten in Lebensmitteln, zu zusätzlichen besonderen Inhalten mehrjähriger nationaler Kontrollpläne und zusätzlichen besonderen Modalitäten für ihre Aufstellung (ABl. L 162 vom 17.6.2022, S. 13)

41. 32022 D 0575: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/575 der Kommission vom 6. April 2022 bezüglich Sofortmaßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche durch Sendungen mit Heu und Stroh aus Drittländern oder Drittlandsgebieten und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/2208 (ABl. L 109 vom 8.4.2022, S. 69)

42. 32022 R 0671: Delegierte Verordnung (EU) 2022/671 der Kommission vom 4. Februar 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich besonderer Bestimmungen für amtliche Kontrollen, die von den zuständigen Behörden bei Tieren, Erzeugnissen tierischen Ursprungs und Zuchtmaterial durchgeführt werden, für von der zuständigen Behörde zu ergreifende Folgemaßnahmen bei Verstößen gegen die Identifizierungs- und Registrierungsvorschriften für Rinder, Schafe und Ziegen oder bei Verstößen bei der Durchfuhr bestimmter Rinder durch die Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 494/98 der Kommission (ABl. L 122 vom 25.4.2022, S. 17)

43. 32022 R 1428: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1428 der Kommission vom 24. August 2022 zur Festlegung der Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die Kontrolle auf Perfluoralkylsubstanzen in bestimmten Lebensmitteln (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 66)

44. 32022 R 1644: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1644 der Kommission vom 7. Juli 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf spezifische Anforderungen an die Durchführung amtlicher Kontrollen der Verwendung pharmakologisch wirksamer Stoffe, die als Tierarzneimittel oder als Futtermittelzusatzstoffe zugelassen sind, und verbotener oder nicht zugelassener pharmakologisch wirksamer Stoffe und der jeweiligen Rückstände (ABl. L 248 vom 26.9.2022, S. 3)

45. 32022 R 1646: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1646 der Kommission vom 23. September 2022 über einheitliche praktische Modalitäten für die Durchführung amtlicher Kontrollen der Verwendung pharmakologisch wirksamer Stoffe, die als Tierarzneimittel oder Futtermittelzusatzstoffe zugelassen sind, und verbotener oder nicht zugelassener pharmakologisch wirksamer Stoffe und ihrer Rückstände, über besondere Inhalte mehrjähriger nationaler Kontrollpläne und besondere Modalitäten für deren Aufstellung (ABl. L 248 vom 26.9.2022, S. 32)

46. 32022 R 2292: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2292 der Kommission vom 6. September 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an den Eingang von Sendungen von der Lebensmittelgewinnung dienenden Tieren und bestimmten für den menschlichen Verzehr bestimmten Waren in die Union (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 1), berichtigt in ABl. L 316 vom 8.12.2022, S. 100

47. 32023 R 0174: Durchführungsverordnung (EU) 2023/174 der Kommission vom 26. Januar 2023 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/1793 über die vorübergehende Verstärkung der amtlichen Kontrollen und über Sofortmaßnahmen beim Eingang bestimmter Waren aus bestimmten Drittländern in die Union zur Durchführung der Verordnungen (EU) 2017/625 und (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 25 vom 27.1.2023, S. 36)

    Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

KAPITEL 3

AUSSCHÜSSE

1. 32002 R 0178: Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit – Artikel 58, 59 und 62 (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1), geändert durch:

   – 32003 R 1642: Verordnung (EG) Nr. 1642/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2003 (ABl. L 245 vom 29.9.2003, S. 4)

   – 32006 R 0575: Verordnung (EG) Nr. 575/2006 der Kommission vom 7. April 2006 (ABl. L 100 vom 8.4.2006, S. 3)

   – 32008 R 0202: Verordnung (EG) Nr. 202/2008 der Kommission vom 4. März 2008 (ABl. L 60 vom 5.3.2008, S. 17)

   – 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

   – 32014 R 0652: Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 1)

   – 32017 R 0228: Verordnung (EU) 2017/228 der Kommission vom 9. Februar 2017 (ABl. L 35 vom 10.2.2017, S. 10)

– 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 31977 D 0505: Beschluss 77/505/EWG des Rates vom 25. Juli 1977 zur Einsetzung eines Ständigen Tierzuchtausschusses (ABl. L 206 vom 12.8.1977, S. 11)

KAPITEL 4

EUROPÄISCHE BEHÖRDE FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT

1. 32003 R 1304: Verordnung (EG) Nr. 1304/2003 der Kommission vom 11. Juli 2003 über das von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit bei den an sie gerichteten Ersuchen um wissenschaftliche Gutachten anzuwendende Verfahren (ABl. L 185 vom 24.7.2003, S. 6)

2. 32004 D 0478: Beschluss 2004/478/EG der Kommission vom 29. April 2004 zur Erstellung eines allgemeinen Plans für das Krisenmanagement im Bereich der Lebens- und Futtermittelsicherheit (ABl. L 160 vom 30.4.2004, S. 98)

3. 32006 R 0575: Verordnung (EG) Nr. 575/2006 der Kommission vom 7. April 2006 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Anzahl und Bezeichnung der ständigen Wissenschaftlichen Gremien der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (ABl. L 100 vom 8.4.2006, S. 3)

4. 32006 D 0478: Beschluss 2006/478/EG des Rates vom 19. Juni 2006 zur Ernennung der Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrats der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (ABl. L 189 vom 12.7.2006, S. 7)

5. 32008 D 0486: Beschluss 2008/486/EG des Rates vom 23. Juni 2008 zur Ernennung der Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrats der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (ABl. L 165 vom 26.6.2008, S. 8)

6. 32019 D 0300: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/300 der Kommission vom 19. Februar 2019 zur Erstellung eines allgemeinen Plans für das Krisenmanagement im Bereich der Lebens- und Futtermittelsicherheit (ABl. L 50 vom 21.2.2019, S. 55)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Stellt die Kommission einen in Artikel 56 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 angeführten Fall fest, in dem Andorra unmittelbar betroffen ist, und richtet sie einen Krisenstab gemäß Artikel 56 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 ein, so können die von Andorra benannten Krisenkoordinatoren bzw. der von Andorra benannte Krisenkoordinator von der Kommission eingeladen werden, sich an der Arbeit des Krisenstabs zu beteiligen.

KAPITEL 5

BEITRITTSAKTE

ABSCHNITT A

BEITRITTSAKTE VON 2003

1. 12003T: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge – einschließlich Protokoll Nr. 10 über Zypern (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

2. 32004 R 0866: Verordnung (EG) Nr. 866/2004 des Rates vom 29. April 2004 über eine Regelung nach Artikel 2 des Protokolls Nr. 10 zur Beitrittsakte (ABl. L 161 vom 30.4.2004, S. 128), berichtigt in ABl. L 206 vom 9.6.2004, S. 51, geändert durch:

   – 32005 R 0293: Verordnung (EG) Nr. 293/2005 des Rates vom 17. Februar 2005 (ABl. L 50 vom 23.2.2005, S. 1)

   – 32005 R 0601: Verordnung (EG) Nr. 601/2005 der Kommission vom 18. April 2005 (ABl. L 99 vom 19.4.2005, S. 10)

   – 32005 R 1283: Verordnung (EG) Nr. 1283/2005 der Kommission vom 3. August 2005 (ABl. L 203 vom 4.8.2005, S. 8)

www.parlament.gv.at

– 32013 R 0685: Verordnung (EU) Nr. 685/2013 des Rates vom 15. Juli 2013 (ABl. L 196 vom 19.7.2013, S. 1)

3. 32004 R 1480: Verordnung (EG) Nr. 1480/2004 der Kommission vom 10. August 2004 mit spezifischen Vorschriften für Waren, die aus Landesteilen, in denen die Regierung der Republik Zypern keine tatsächliche Kontrolle ausübt, in Landesteile verbracht werden, in denen die Regierung eine tatsächliche Kontrolle ausübt (ABl. L 272 vom 20.8.2004, S. 3), geändert durch:

– 32011 R 0531: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 531/2011 der Kommission vom 31. Mai 2011 (ABl. L 146 vom 1.6.2011, S. 4)

– 32022 R 1166: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1166 der Kommission vom 6. Juli 2022 (ABl. L 181 vom 7.7.2022, S. 11)

4. 32004 D 0604: Entscheidung 2004/604/EG der Kommission vom 7. Juli 2004 zur Ermächtigung der türkisch-zyprischen Handelskammer gemäß Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 866/2004 des Rates (ABl. L 272 vom 20.8.2004, S. 12)

5. 32007 D 0330: Entscheidung 2007/330/EG der Kommission vom 4. Mai 2007 zur Aufhebung des Verbringungsverbots für bestimmte tierische Erzeugnisse auf der Insel Zypern gemäß Verordnung (EG) Nr. 866/2004 des Rates und zur Festlegung von Bedingungen für das Verbringen dieser Produkte (ABl. L 123 vom 12.5.2007, S. 30), geändert durch:

– 32021 D 0586: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/586 der Kommission vom 12. April 2021 (ABl. L 126 vom 13.4.2021, S. 1)

ABSCHNITT B

BEITRITTSAKTE VON 2005

6. 12005SA: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Bulgarischen Republik und Rumäniens und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. L 157 vom 21.6.2005, S. 217)

ABSCHNITT C

BEITRITTSAKTE VON 2012

7. 12012J: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. L 112 vom 24.4.2012, S. 21)

www.parlament.gv.at

TEIL II

VETERINÄRWESEN

Andorra wendet alle Verpflichtungen an, die sich aus den von der EU geschlossenen internationalen Übereinkünften ergeben, soweit diese Verpflichtungen die für das ordnungsgemäße Funktionieren dieses Abkommens erforderlichen veterinärrechtlichen Vorschriften betreffen.

KAPITEL 1

KONTROLLSYSTEM FÜR DEN BINNENMARKT

1. 32016 R 0429: Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 57 vom 3.3.2017, S. 65, ABl. L 137 vom 24.5.2017, S. 40, und ABl. L 48 vom 11.2.2021, S. 3, geändert durch:

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

   – 32018 R 1629: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1629 der Kommission vom 25. Juli 2018 (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 11)

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT A

LEBENDE TIERE, SPERMA, EIZELLEN UND EMBRYONEN

2. 31993 D 0444: Entscheidung 93/444/EWG der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zur Regelung des innergemeinschaftlichen Handels mit bestimmten lebenden Tieren und Erzeugnissen, die zur Ausfuhr nach Drittländern bestimmt sind (ABl. L 208 vom 19.8.1993, S. 34)

3. 31994 D 0338: Entscheidung 94/338/EG der Kommission vom 25. Mai 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 90/425/EWG des Rates betreffend die Probenahme für veterinärrechtliche Kontrollen am Bestimmungsort (ABl. L 151 vom 17.6.1994, S. 36)

4. 31994 D 0339: Entscheidung 94/339/EG der Kommission vom 25. Mai 1994 mit Durchführungsbestimmungen zu Artikel 9 Absatz 1 der Richtlinie 90/425/EWG des Rates zur Regelung der veterinärrechtlichen und tierzüchterischen Kontrollen im innergemeinschaftlichen Handel mit lebenden Tieren und Erzeugnissen im Hinblick auf den Binnenmarkt (ABl. L 151 vom 17.6.1994, S. 38)

5. 32015 D 0315: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/315 der Kommission vom 25. Februar 2015 betreffend bestimmte Maßnahmen zum Schutz vor der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 in Deutschland (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 68)

6. 32015 D 0522: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/522 der Kommission vom 25. März 2015 betreffend bestimmte Maßnahmen zum Schutz vor der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 in Ungarn (ABl. L 82 vom 27.3.2015, S. 111)

7. 32018 R 1882: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission vom 3. Dezember 2018 über die Anwendung bestimmter Bestimmungen zur Seuchenprävention und -bekämpfung auf Kategorien gelisteter Seuchen und zur Erstellung einer Liste von Arten und Artengruppen, die ein erhebliches Risiko für die Ausbreitung dieser gelisteten Seuchen darstellen (ABl. L 308 vom 4.12.2018, S. 21), geändert durch:

   – 32022 R 0925: Durchführungsverordnung (EU) 2022/925 der Kommission vom 14. Juni 2022 (ABl. L 160 vom 15.6.2022, S. 30)

8. 32019 R 2035: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2035 der Kommission vom 28. Juni 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für Betriebe, in denen Landtiere gehalten werden, und für Brütereien sowie zur Rückverfolgbarkeit von bestimmten gehaltenen Landtieren und von Bruteiern (ABl. L 314 vom 5.12.2019, S. 115), geändert durch:

   – 32020 R 1625: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1625 der Kommission vom 25. August 2020 (ABl. L 366 vom 4.11.2020, S. 1)

9. 32020 D 0368: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/368 der Kommission vom 3. März 2020 zur Genehmigung des Plans zur Tilgung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in bestimmten Gebieten der Slowakei (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 137)

10. 32020 R 0688: Delegierte Verordnung (EU) 2020/688 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Tiergesundheitsanforderungen an Verbringungen von Landtieren und Bruteiern innerhalb der Union (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 140), geändert durch:

    – 32021 R 1706: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1706 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 56)

    – 32023 R 0118: Delegierte Verordnung (EU) 2023/118 der Kommission vom 23. September 2022 (ABl. L 16 vom 18.1.2023, S. 1)

11. 32020 R 0689: Delegierte Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften betreffend Überwachung, Tilgungsprogramme und den Status „seuchenfrei“ für bestimmte gelistete und neu auftretende Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 211), geändert durch:

    – 32021 R 0881: Delegierte Verordnung (EU) 2021/881 der Kommission vom 23. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 10)

12. 32020 R 0990: Delegierte Verordnung (EU) 2020/990 der Kommission vom 28. April 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Tiergesundheits- und Bescheinigungsanforderungen an Verbringungen von Wassertieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren innerhalb der Union (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 42)

13. 32020 R 0999: Durchführungsverordnung (EU) 2020/999 der Kommission vom 9. Juli 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zulassung von Zuchtmaterialbetrieben und der Rückverfolgbarkeit des Zuchtmaterials von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Equiden (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 99)

14. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

   – 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

   – 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

   – 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

15. 32021 R 0520: Durchführungsverordnung (EU) 2021/520 der Kommission vom 24. März 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Rückverfolgbarkeit bestimmter gehaltener Landtiere (ABl. L 104 vom 25.3.2021, S. 39), geändert durch:

– 32021 R 1064: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1064 der Kommission vom 28. Juni 2021 (ABl. L 229 vom 29.6.2021, S. 8)

16. 32021 D 0641: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/641 der Kommission vom 16. April 2021 betreffend Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit Ausbrüchen der hochpathogenen Aviären Influenza in bestimmten Mitgliedstaaten (ABl. L 134 vom 20.4.2021, S. 166), geändert durch:

– 32021 D 0688: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/688 der Kommission vom 23. April 2021 (ABl. L 143 vom 27.4.2021, S. 44)

– 32021 D 0766: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/766 der Kommission vom 7. Mai 2021 (ABl. L 165I vom 11.5.2021, S. 1)

– 32021 D 0846: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/846 der Kommission vom 25. Mai 2021 (ABl. L 187 vom 27.5.2021, S. 2)

– 32021 D 0906: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/906 der Kommission vom 3. Juni 2021 (ABl. L 199I vom 7.6.2021, S. 1)

– 32021 D 0989: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/989 der Kommission vom 17. Juni 2021 (ABl. L 218 vom 18.6.2021, S. 41)

– 32021 D 1084: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1084 der Kommission vom 30. Juni 2021 (ABl. L 235 vom 2.7.2021, S. 14)

– 32021 D 1146: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1146 der Kommission vom 12. Juli 2021 (ABl. L 247I vom 13.7.2021, S. 1)

– 32021 D 1186: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1186 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 257 vom 19.7.2021, S. 5)

– 32021 D 1307: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1307 der Kommission vom 6. August 2021 (ABl. L 285 vom 9.8.2021, S. 1)

– 32021 D 1395: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1395 der Kommission vom 20. August 2021 (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 70)

– 32021 D 1454: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1454 der Kommission vom 6. September 2021 (ABl. L 316 vom 7.9.2021, S. 1)

– 32021 D 1485: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1485 der Kommission vom 15. September 2021 (ABl. L 328 vom 16.9.2021, S. 4)

– 32021 D 1766: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1766 der Kommission vom 7. Oktober 2021 (ABl. L 358 vom 8.10.2021, S. 1)

– 32021 D 1872: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1872 der Kommission vom 25. Oktober 2021 (ABl. L 379 vom 26.10.2021, S. 53)

– 32021 D 1908: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1908 der Kommission vom 3. November 2021 (ABl. L 390 vom 4.11.2021, S. 39)

– 32021 D 1982: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1982 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 403 vom 15.11.2021, S. 1)

– 32021 D 2100: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2100 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 428 vom 30.11.2021, S. 3)

– 32021 D 2186: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2186 der Kommission vom 9. Dezember 2021 (ABl. L 444 vom 10.12.2021, S. 110)

– 32021 D 2310: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2310 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 461I vom 27.12.2021, S. 1)

– 32022 D 0053: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/53 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 9 vom 14.1.2022, S. 44)

– 32022 D 0106: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/106 der Kommission vom 21. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 11)

– 32022 D 0145: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/145 der Kommission vom 31. Januar 2022 (ABl. L 24 vom 3.2.2022, S. 6)

– 32022 D 0198: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/198 der Kommission vom 9. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 56)

– 32022 D 0257: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/257 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 42 vom 23.2.2022, S. 9)

– 32022 D 0349: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/349 der Kommission vom 28. Februar 2022 (ABl. L 64 vom 2.3.2022, S. 60)

– 32022 D 0417: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/417 der Kommission vom 8. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 42)

– 32022 D 0522: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/522 der Kommission vom 29. März 2022 (ABl. L 104 vom 1.4.2022, S. 74)

– 32022 D 0623: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/623 der Kommission vom 11. April 2022 (ABl. L 115 vom 13.4.2022, S. 90)

– 32022 D 0690: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/690 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 128 vom 2.5.2022, S. 3)

– 32022 D 0745: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/745 der Kommission vom 11. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 84)

– 32022 D 0817: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/817 der Kommission vom 20. Mai 2022 (ABl. L 146 vom 25.5.2022, S. 13)

– 32022 D 0898: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/898 der Kommission vom 3. Juni 2022 (ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 3)

– 32022 D 0963: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/963 der Kommission vom 17. Juni 2022 (ABl. L 165 vom 21.6.2022, S. 47)

– 32022 D 1021: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1021 der Kommission vom 27. Juni 2022 (ABl. L 170 vom 28.6.2022, S. 85)

– 32022 D 1200: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1200 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 138)

– 32022 D 1320: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1320 der Kommission vom 26. Juli 2022 (ABl. L 199 vom 28.7.2022, S. 12)

– 32022 D 1351: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1351 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 203 vom 3.8.2022, S. 3)

– 32022 D 1402: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1402 der Kommission vom 12. August 2022 (ABl. L 213 vom 16.8.2022, S. 65)

– 32022 D 1433: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1433 der Kommission vom 26. August 2022 (ABl. L 223 vom 29.8.2022, S. 1)

– 32022 D 1483: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1483 der Kommission vom 6. September 2022 (ABl. L 233 vom 8.9.2022, S. 52)

– 32022 D 1627: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1627 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 244 vom 21.9.2022, S. 19)

– 32022 D 1853: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1853 der Kommission vom 30. September 2022 (ABl. L 257 vom 5.10.2022, S. 13)

– 32022 D 1996: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1996 der Kommission vom 14. Oktober 2022 (ABl. L 273 vom 21.10.2022, S. 24)

– 32022 D 2098: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2098 der Kommission vom 25. Oktober 2022 (ABl. L 281 vom 31.10.2022, S. 73)

– 32022 D 2176: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2176 der Kommission vom 31. Oktober 2022 (ABl. L 286 vom 8.11.2022, S. 9)

– 32022 D 2322: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2322 der Kommission vom 21. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 164)

– 32023 D 0009: Durchführungsbeschluss (EU) 2023/9 der Kommission vom 20. Dezember 2022 (ABl. L 2 vom 4.1.2023, S. 34)

– 32023D0125: Durchführungsbeschluss (EU) 2023/125 der Kommission vom 10. Januar 2023 (ABl. L 16 vom 18.1.2023, S. 42)

17. 32021 R 2037: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2037 der Kommission vom 22. November 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Ausnahmen von der Pflicht der Unternehmer zur Registrierung von Aquakulturbetrieben und zur Führung von Aufzeichnungen (ABl. L 416 vom 23.11.2021, S. 80)

18. 32022 R 1345: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1345 der Kommission vom 1. August 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Registrierung und Zulassung von Betrieben, in denen Landtiere gehalten werden und Zuchtmaterial gewonnen, erzeugt, verarbeitet oder gelagert wird (ABl. L 202 vom 2.8.2022, S. 27)

19. 32022 D 2333: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2333 der Kommission vom 23. November 2022 betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Spanien und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/1913 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 22)

ABSCHNITT B

TIERISCHE ERZEUGNISSE

20. 32013 D 0443: Durchführungsbeschluss 2013/443/EU der Kommission vom 27. August 2013 betreffend bestimmte Maßnahmen zum Schutz vor der hoch pathogenen Aviären Influenza des Subtyps H7N7 in Italien einschließlich der Abgrenzung weiterer Sperrzonen und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses 2013/439/EU (ABl. L 230 vom 29.8.2013, S. 20), geändert durch:

    – 32013 D 0453: Durchführungsbeschluss 2013/453/EU der Kommission vom 11. September 2013 (ABl. L 244 vom 13.9.2013, S. 34)

21. 32015 D 0315: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/315 der Kommission vom 25. Februar 2015 betreffend bestimmte Maßnahmen zum Schutz vor der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 in Deutschland (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 68)

22. 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 zur Festlegung einheitlicher praktischer Modalitäten für die Durchführung der amtlichen Kontrollen in Bezug auf für den menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission in Bezug auf amtliche Kontrollen (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183, geändert durch:

    – 32020 R 2108: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2108 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 427 vom 17.12.2020, S. 1)

– 32021 R 1709: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1709 der Kommission vom 23. September 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 84)

– 32022 R 2503: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2503 der Kommission vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 325 vom 20.12.2022, S. 58)

23. 32020 R 0990: Delegierte Verordnung (EU) 2020/990 der Kommission vom 28. April 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Tiergesundheits- und Bescheinigungsanforderungen an Verbringungen von Wassertieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren innerhalb der Union (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 42)

24. 32020 R 2154: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2154 der Kommission vom 14. Oktober 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Tiergesundheits-, Bescheinigungs- und Meldeanforderungen bei Verbringungen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs, die von Landtieren stammen, innerhalb der Union (ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 5)

25. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

– 32022 D 1189: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1189 der Kommission vom 8. Juli 2022 betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in Deutschland (ABl. L 184 vom 11.7.2022, S. 66)

ABSCHNITT C

BESCHEINIGUNG

26. 32020 R 0990: Delegierte Verordnung (EU) 2020/990 der Kommission vom 28. April 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Tiergesundheits- und Bescheinigungsanforderungen an Verbringungen von Wassertieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren innerhalb der Union (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 42)

ABSCHNITT D

FINANZIERUNG VON KONTROLLEN

Siehe Teil III Kapitel 6.

ABSCHNITT E

SCHUTZMAßNAHMEN

27. 32001 D 0304: Entscheidung 2001/304/EG der Kommission vom 11. April 2001 über die Kennzeichnung und Verwendung bestimmter tierischer Erzeugnisse im Zusammenhang mit der Entscheidung 2001/172/EG mit Maßnahmen zum Schutz gegen die Maul- und Klauenseuche im Vereinigten Königreich (ABl. L 104 vom 13.4.2001, S. 6), geändert durch:

   – 32002 L 0049: Entscheidung 2002/49/EG der Kommission vom 23. Januar 2002 (ABl. L 189 vom 18.7.2002, S. 12)

28. 32002 D 0153: Entscheidung 2002/153/EG der Kommission vom 20. Februar 2002 mit Maßnahmen zum Schutz gegen die Maul- und Klauenseuche im Vereinigten Königreich, zur Aufhebung der Entscheidung 2001/740/EG und zur achten Änderung der Entscheidung 2001/327/EG (ABl. L 50 vom 21.2.2002, S. 98)

29. 32007 D 0314: Entscheidung 2007/314/EG der Kommission vom 30. April 2007 betreffend Maßnahmen Sloweniens nach Ausbrüchen der klassischen Schweinepest in Kroatien (ABl. L 118 vom 8.5.2007, S. 19)

30. 32006 D 0605: Entscheidung 2006/605/EG der Kommission vom 6. September 2006 über Schutzmaßnahmen beim innergemeinschaftlichen Handel mit Hausgeflügel, das zur Aufstockung von Wildbeständen bestimmt ist (ABl. L 246 vom 8.9.2006, S. 12)

31. 32023 D 0110: Durchführungsbeschluss (EU) 2023/110 der Kommission vom 12. Januar 2023 zur Festlegung von Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit bestätigten Fällen eines Befalls mit dem Kleinen Bienenbeutenkäfer (*Aethina tumida*) in Italien und Frankreich sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/597 (ABl. L 13 vom 16.1.2023, S. 5)

32. 32021 R 0605: Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 der Kommission vom 7. April 2021 mit besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0623: Durchführungsverordnung (EU) 2021/623 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 137)

– 32021 R 0687: Durchführungsverordnung (EU) 2021/687 der Kommission vom 26. April 2021 (ABl. L 143 vom 27.4.2021, S. 11)

– 32021 R 0811: Durchführungsverordnung (EU) 2021/811 der Kommission vom 20. Mai 2021 (ABl. L 180 vom 21.5.2021, S. 114)

– 32021 R 0902: Durchführungsverordnung (EU) 2021/902 der Kommission vom 3. Juni 2021 (ABl. L 197 vom 4.6.2021, S. 76)

– 32021 R 0952: Durchführungsverordnung (EU) 2021/952 der Kommission vom 11. Juni 2021 (ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 95)

– 32021 R 0994: Durchführungsverordnung (EU) 2021/994 der Kommission vom 18. Juni 2021 (ABl. L 219 vom 21.6.2021, S. 1)

– 32021 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1090 der Kommission vom 2. Juli 2021 (ABl. L 236 vom 5.7.2021, S. 10)

– 32021 R 1141: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1141 der Kommission vom 12. Juli 2021 (ABl. L 247 vom 13.7.2021, S. 55)

– 32021 R 1205: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1205 der Kommission vom 20. Juli 2021 (ABl. L 261 vom 22.7.2021, S. 8)

– 32021 R 1268: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1268 der Kommission vom 29. Juli 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 99)

– 32021 R 1371: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1371 der Kommission vom 16. August 2021 (ABl. L 294 vom 17.8.2021, S. 14)

– 32021 R 1453: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1453 der Kommission vom 3. September 2021 (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 35)

– 32021 R 1714: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1714 der Kommission vom 24. September 2021 (ABl. L 342 vom 27.9.2021, S. 5)

– 32021 R 1794: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1794 der Kommission vom 8. Oktober 2021 (ABl. L 361 vom 12.10.2021, S. 4)

– 32021 R 1850: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1850 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 374 vom 22.10.2021, S. 12)

– 32021 R 1907: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1907 der Kommission vom 3. November 2021 (ABl. L 390 vom 4.11.2021, S. 1)

– 32021 R 2024: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2024 der Kommission vom 18. November 2021 (ABl. L 411 vom 19.11.2021, S. 3)

– 32021 R 2110: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2110 der Kommission vom 30. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 108)

– 32021 R 2249: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2249 der Kommission vom 16. Dezember 2021 (ABl. L 453 vom 17.12.2021, S. 48)

– 32021 R 2308: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2308 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 461 vom 27.12.2021, S. 40)

– 32022 R 0065: Durchführungsverordnung (EU) 2022/65 der Kommission vom 17. Januar 2022 (ABl. L 11 vom 18.1.2022, S. 13)

– 32022 R 0097: Durchführungsverordnung (EU) 2022/97 der Kommission vom 25. Januar 2022 (ABl. L 17 vom 26.1.2022, S. 3)

– 32022 R 0136: Durchführungsverordnung (EU) 2022/136 der Kommission vom 31. Januar 2022 (ABl. L 22 vom 1.2.2022, S. 5)

– 32022 R 0205: Durchführungsverordnung (EU) 2022/205 der Kommission vom 14. Februar 2022 (ABl. L 34 vom 16.2.2022, S. 6)

– 32022 R 0587: Durchführungsverordnung (EU) 2022/587 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 11)

– 32022 R 0705: Durchführungsverordnung (EU) 2022/705 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 64)

– 32022 R 0743: Durchführungsverordnung (EU) 2022/743 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 45)

– 32022 R 0852: Durchführungsverordnung (EU) 2022/852 der Kommission vom 20. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 23)

– 32022 R 0889: Durchführungsverordnung (EU) 2022/889 der Kommission vom 3. Juni 2022 (ABl. L 154 vom 7.6.2022, S. 37)

– 32022 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2022/917 der Kommission vom 13. Juni 2022 (ABl. L 159 vom 14.6.2022, S. 3)

– 32022 R 0946: Durchführungsverordnung (EU) 2022/946 der Kommission vom 17. Juni 2022 (ABl. L 164 vom 20.6.2022, S. 23)

– 32022 R 1196: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1196 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 77)

– 32022 R 1234: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1234 der Kommission vom 18. Juli 2022 (ABl. L 190 vom 19.7.2022, S. 79)

– 32022 R 1325: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1325 der Kommission vom 28. Juli 2022 (ABl. L 200 vom 29.7.2022, S. 109)

– 32022 R 1366: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1366 der Kommission vom 4. August 2022 (ABl. L 205 vom 5.8.2022, S. 234)

– 32022 R 1413: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1413 der Kommission vom 19. August 2022 (ABl. L 217 vom 22.8.2022, S. 6)

– 32022 R 1460: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1460 der Kommission vom 2. September 2022 (ABl. L 229 vom 5.9.2022, S. 27)

– 32022 R 1617: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1617 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 47)

– 32022 R 1841: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1841 der Kommission vom 30. September 2022 (ABl. L 254 vom 3.10.2022, S. 3)

– 32022 R 1911: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1911 der Kommission vom 6. Oktober 2022 (ABl. L 261 vom 7.10.2022, S. 6)

– 32022 R 2067: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2067 der Kommission vom 25. Oktober 2022 (ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 106)

– 32022 R 2204: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2204 der Kommission vom 11. November 2022 (ABl. L 293 vom 14.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2348: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2348 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 311 vom 2.12.2022, S. 97)

– 32022 R 2437: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2437 der Kommission vom 9. Dezember 2022 (ABl. L 319 vom 13.12.2022, S. 16)

– 32022 R 2486: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2486 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 33)

33. 32022 D 1189: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1189 der Kommission vom 8. Juli 2022 betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in Deutschland (ABl. L 184 vom 11.7.2022, S. 66)

34. 32022 D 1639: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1639 der Kommission vom 21. September 2022 betreffend bestimmte vorläufige Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Spanien (ABl. L 247 vom 23.9.2022, S. 69)

ABSCHNITT F

MELDUNG GELISTETER SEUCHEN UND BERICHTERSTATTUNG HIERÜBER

35. 32020 R 2002: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2002 der Kommission vom 7. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Meldung gelisteter Seuchen innerhalb der Union und die Berichterstattung über gelistete Seuchen innerhalb der Union, in Bezug auf Formate und Verfahren für die Vorlage von Überwachungsprogrammen in der Union und von Tilgungsprogrammen und die Berichterstattung darüber sowie für Anträge auf Anerkennung des Status „seuchenfrei“ sowie in Bezug auf das elektronische Informationssystem (ABl. L 412 vom 8.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32022 R1183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1183 der Kommission vom 8. Juli 2022 (ABl. L 184 vom 11.7.2022, S. 6)

KAPITEL 2

KONTROLLSYSTEM FÜR EINFUHREN

Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

ABSCHNITT A

LEBENDE TIERE

1. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

   – 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

   – 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

   – 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

www.parlament.gv.at

2. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115, und ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

ABSCHNITT B

TIERISCHE ERZEUGNISSE

3. 32005 D 0092: Entscheidung 2005/92/EG der Kommission vom 2. Februar 2005 über die Tiergesundheitsbedingungen, Bescheinigungen und Übergangsbestimmungen hinsichtlich der Lagerung von Sendungen bestimmter Erzeugnisse tierischen Ursprungs in Freizonen, Freilagern und Gebäuden von Betreibern, die Beförderungsmittel im internationalen Seeverkehr in der Gemeinschaft versorgen (ABl. L 31 vom 4.2.2005, S. 62), geändert durch:

   – 32005 D 0755: Entscheidung 2005/755/EG der Kommission vom 25. Oktober 2005 (ABl. L 284 vom 27.10.2005, S. 8)

4. 32005 D 0093: Entscheidung 2005/93/EG der Kommission vom 2. Februar 2005 mit Übergangsbestimmungen hinsichtlich der Lagerung von Sendungen bestimmter Erzeugnisse tierischen Ursprungs in Zolllagern in der Gemeinschaft (ABl. L 31 vom 4.2.2005, S. 64), geändert durch:

   – 32005 D 0755: Entscheidung 2005/755/EG der Kommission vom 25. Oktober 2005 (ABl. L 284 vom 27.10.2005, S. 8)

5. 32019 R 1871: Verordnung (EU) 2019/1871 der Kommission vom 7. November 2019 betreffend die Referenzwerte für Maßnahmen für nicht zulässige pharmakologisch wirksame Stoffe, die in Lebensmitteln tierischen Ursprungs enthalten sind, und zur Aufhebung der Entscheidung 2005/34/EG (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 41)

6. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

   – 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

   – 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

   – 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

7. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

   – 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

   – 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

8. 31992 D 0563: Entscheidung 92/563/EWG der Kommission vom 19. November 1992 über die vom SHIFT-Projekt vorgesehene Datenbank über die gemeinschaftlichen Einfuhrbedingungen (ABl. L 361 vom 10.12.1992, S. 45)

9. 31997 D 0394: Entscheidung 97/394/EG der Kommission vom 6. Juni 1997 zur Festlegung der Mindestangaben für die Datenbanken mit Informationen über die in die Gemeinschaft eingeführten Tiere und Erzeugnisse (ABl. L 164 vom 21.6.1997, S. 42)

ABSCHNITT C

SCHUTZMAßNAHMEN

10. 32002 D 0251: Entscheidung 2002/251/EG der Kommission vom 27. März 2002 über Schutzmaßnahmen betreffend Geflügelfleisch und bestimmte Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse aus Thailand, die für den menschlichen Verzehr bestimmt sind (ABl. L 84 vom 28.3.2002, S. 77), geändert durch:

    – 32003 D 0895: Entscheidung 2003/895/EG der Kommission vom 19. Dezember 2003 (ABl. L 333 vom 20.12.2003, S. 92)

11. 32002 D 0805: Entscheidung 2002/805/EG der Kommission vom 15. Oktober 2002 über Schutzmaßnahmen betreffend für die Tierernährung bestimmte und aus der Ukraine eingeführte Erzeugnisse tierischen Ursprungs (ABl. L 278 vom 16.10.2002, S. 24)

12. 32002 D 0994: Entscheidung 2002/994/EG der Kommission vom 20. Dezember 2002 über Schutzmaßnahmen betreffend aus China eingeführte Erzeugnisse tierischen Ursprungs (ABl. L 348 vom 21.12.2002, S. 154), geändert durch:

    – 32004 D 0621: Entscheidung 2004/621/EG der Kommission vom 26. August 2004 (ABl. L 279 vom 28.8.2004, S. 44)

    – 32005 D 0573: Entscheidung 2005/573/EG der Kommission vom 22. Juli 2005 (ABl. L 193 vom 23.7.2005, S. 41)

– 32008 D 0463: Entscheidung 2008/463/EG der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 160 vom 19.6.2008, S. 34)

– 32008 D 0639: Entscheidung 2008/639/EG der Kommission vom 30. Juli 2008 (ABl. L 207 vom 5.8.2008, S. 30)

– 32009 D 0799: Entscheidung 2009/799/EG der Kommission vom 29. Oktober 2009 (ABl. L 285 vom 31.10.2009, S. 42)

– 32012 D 0482: Durchführungsbeschluss 2012/482/EU der Kommission vom 20. August 2012 (ABl. L 226 vom 22.8.2012, S. 5)

– 32015 D 1068: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1068 der Kommission vom 1. Juli 2015 (ABl. L 174 vom 3.7.2015, S. 30)

13. 32003 D 0459: Entscheidung 2003/459/EG der Kommission vom 20. Juni 2003 mit Maßnahmen zum Schutz gegen Affenpocken (ABl. L 154 vom 21.6.2003, S. 112)

14. 32004 D 0225: Entscheidung 2004/225/EG der Kommission vom 2. März 2004 über Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit bestimmten lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen mit Ursprung in oder Herkunft aus Albanien (ABl. L 68 vom 6.3.2004, S. 34)

15. 32006 D 0027: Entscheidung 2006/27/EG der Kommission vom 16. Januar 2006 über Sondervorschriften für die Einfuhr von zum Verzehr bestimmtem Fleisch- und Fleischerzeugnissen von Equiden aus Mexiko (ABl. L 19 vom 24.1.2006, S. 30)

16. 32006 D 0146: Entscheidung 2006/146/EG der Kommission vom 21. Februar 2006 über Schutzmaßnahmen gegenüber Flughunden, Hunden und Katzen mit Herkunft aus Malaysia (Halbinsel) und Australien (ABl. L 55 vom 25.2.2006, S. 44)

17. 32007 D 0642: Entscheidung 2007/642/EG der Kommission vom 4. Oktober 2007 über Sofortmaßnahmen für die Einfuhr von zum Verzehr bestimmten Fischereierzeugnissen aus Albanien (ABl. L 260 vom 5.10.2007, S. 21)

18. 32008 D 0161: Entscheidung 2008/161/EG der Kommission vom 22. Februar 2008 mit Maßnahmen zum Schutz gegen die hoch pathogene Aviäre Influenza in Israel und zur Abweichung von der Entscheidung 2006/696/EG (ABl. L 52 vom 27.2.2008, S. 21)

19. 32008 R 1252: Verordnung (EG) Nr. 1252/2008 der Kommission vom 12. Dezember 2008 zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 1251/2008 und zur Aussetzung der Einfuhr von Sendungen bestimmter Tiere in Aquakultur aus Malaysia in die Gemeinschaft (ABl. L 337 vom 16.12.2008, S. 76)

ABSCHNITT D

FINANZIERUNG VON KONTROLLEN

Siehe Teil III Kapitel 6.

ABSCHNITT E

VERSCHIEDENES

20. 31978 D 0685: Entscheidung 78/685/EWG der Kommission vom 26. Juli 1978 zur Erstellung einer Liste von Tierseuchen im Sinne der Richtlinie 72/462/EWG (ABl. L 227 vom 18.8.1978, S. 32)

21. 31986 D 0474: Entscheidung 86/474/EWG der Kommission vom 11. September 1986 zur Durchführung tierärztlicher Kontrollen an Ort und Stelle im Rahmen der Regelung über die Einfuhr von Rindern und Schweinen und frischem Fleisch aus Drittländern (ABl. L 279 vom 30.9.1986, S. 55)

KAPITEL 3

KENNZEICHNUNG UND REGISTRIERUNG VON TIEREN
UND REGISTRIERUNG IHRER VERBRINGUNGEN

ABSCHNITT A

RINDER

1. 32000 R 1760: Verordnung (EG) Nr. 1760/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern und über die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 820/97 des Rates (ABl. L 204 vom 11.8.2000, S. 1), geändert durch:

   – 12003T: Beitrittsakte von 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 432)

   – 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

   – 32014 R 0653: Verordnung (EU) Nr. 653/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 33), berichtigt in ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 9

   – 32016 R 0429: Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1)

2. 32022 R 0160: Durchführungsverordnung (EU) 2022/160 der Kommission vom 4. Februar 2022 zur Festlegung einheitlicher Mindesthäufigkeiten bestimmter amtlicher Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung der Tiergesundheitsanforderungen der Union gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1082/2003 und (EG) Nr. 1505/2006 (ABl. L 26 vom 7.2.2022, S. 11)

3. 31999 D 0317: Entscheidung 99/317/EG der Kommission vom 28. April 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der finnischen Datenbank für Rinder (ABl. L 122 vom 12.5.1999, S. 40)

4. 31999 D 0375: Entscheidung 1999/375/EG der Kommission vom 19. Mai 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der luxemburgischen Datenbank für Rinder (ABl. L 144 vom 9.6.1999, S. 34)

5. 31999 D 0376: Entscheidung 1999/376/EG der Kommission vom 19. Mai 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der dänischen Datenbank für Rinder (ABl. L 144 vom 9.6.1999, S. 35)

6. 31999 D 0377: Entscheidung 1999/377/EG der Kommission vom 19. Mai 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der belgischen Datenbank für Rinder (ABl. L 144 vom 9.6.1999, S. 36)

7. 31999 D 0546: Entscheidung 1999/546/EG der Kommission vom 13. Juli 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der niederländischen Datenbank für Rinder (ABl. L 209 vom 7.8.1999, S. 32)

8. 31999 D 0571: Entscheidung 1999/571/EG der Kommission vom 28. Juli 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der österreichischen Datenbank für Rinder (ABl. L 217 vom 17.8.1999, S. 62)

9. 31999 D 0693: Entscheidung 1999/693/EG der Kommission vom 5. Oktober 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der schwedischen Datenbank für Rinder (ABl. L 273 vom 23.10.1999, S. 14)

10. 31999 D 0696: Entscheidung 1999/696/EG der Kommission vom 11. Oktober 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der Datenbank Nordirlands für Rinder (ABl. L 275 vom 26.10.1999, S. 32)

11. 32001 D 0399: Entscheidung 2001/399/EG der Kommission vom 7. Mai 2001 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der französischen Datenbank für Rinder (ABl. L 140 vom 24.5.2001, S. 69)

12. 32002 D 0067: Entscheidung 2002/67/EG der Kommission vom 28. Januar 2002 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der deutschen Datenbank für Rinder (ABl. L 26 vom 30.1.2002, S. 17)

13. 32004 D 0588: Entscheidung 2004/588/EG der Kommission vom 3. Juni 2004 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der maltesischen Datenbank für Rinder (ABl. L 257 vom 4.8.2004, S. 8)

14. 32004 D 0590: Entscheidung 2004/590/EG der Kommission vom 4. Juni 2004 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der zyprischen Datenbank für Rinder (ABl. L 260 vom 6.8.2004, S. 9)

15. 32006 D 0132: Entscheidung 2006/132/EG der Kommission vom 13. Februar 2006 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der italienischen Datenbank für Rinder (ABl. L 52 vom 23.2.2006, S. 33)

16. 32010 D 0692: Beschluss 2010/692/EU der Kommission vom 15. November 2010 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der lettischen Rinderdatenbank (ABl. L 299 vom 17.11.2010, S. 45)

17. 32011 D 0685: Durchführungsbeschluss 2011/685/EU der Kommission vom 13. Oktober 2011 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der litauischen Rinderdatenbank (ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 36)

ABSCHNITT B

SCHAFE UND ZIEGEN

18. 32022 R 0160: Durchführungsverordnung (EU) 2022/160 der Kommission vom 4. Februar 2022 zur Festlegung einheitlicher Mindesthäufigkeiten bestimmter amtlicher Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung der Tiergesundheitsanforderungen der Union gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1082/2003 und (EG) Nr. 1505/2006 (ABl. L 26 vom 7.2.2022, S. 11)

19. 32005 D 0597: Entscheidung 2005/597/EG der Kommission vom 2. August 2005 zur Anerkennung des Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Schafen in Irland gemäß Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung (EG) Nr. 21/2004 des Rates (ABl. L 204 vom 5.8.2005, S. 21)

ABSCHNITT C

EQUIDEN

20. 32015 R 0262: Durchführungsverordnung (EU) 2015/262 der Kommission vom 17. Februar 2015 zur Festlegung von Vorschriften gemäß den Richtlinien 90/427/EWG und 2009/156/EG des Rates in Bezug auf die Methoden zur Identifizierung von Equiden (Equidenpass-Verordnung) (ABl. L 59 vom 3.3.2015, S. 1)

KAPITEL 4

KONTROLLMAßNAHMEN IN BEZUG AUF TIERSEUCHEN

1. 32022 R 0139: Delegierte Verordnung (EU) 2022/139 der Kommission vom 16. November 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Verwaltung, Lagerung und Ergänzung der Bestände der Unionsbanken für Antigene, Impfstoffe und diagnostische Reagenzien sowie die Anforderungen an den Schutz vor biologischen Gefahren, die biologische Sicherheit und das biologische Containment für den Betrieb dieser Banken (ABl. L 23 vom 2.2.2022, S. 1)

ABSCHNITT A

MAUL- UND KLAUENSEUCHE

2. 32021 R 2156: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2156 der Kommission vom 17. September 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Einrichtung eines Referenzlaboratoriums der Europäischen Union für Rifttalfieber (ABl. L 436 vom 7.12.2021, S. 26)

ABSCHNITT B

KLASSISCHE SCHWEINEPEST

3. 32021 R 0934: Durchführungsverordnung (EU) 2021/934 der Kommission vom 9. Juni 2021 mit besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der klassischen Schweinepest (ABl. L 204 vom 10.6.2021, S. 18), geändert durch:

   – 32021 R 2158: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2158 der Kommission vom 6. Dezember 2021 (ABl. L 436 vom 7.12.2021, S. 35)

ABSCHNITT C

AFRIKANISCHE PFERDEPEST

ABSCHNITT D

AVIÄRE INFLUENZA

ABSCHNITT E

FISCH- UND WEICHTIERKRANKHEITEN

4. 32021 D 0260: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/260 der Kommission vom 11. Februar 2021 über die Genehmigung nationaler Maßnahmen zur Begrenzung der Auswirkungen bestimmter Wassertierseuchen gemäß Artikel 226 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 2010/221/EU der Kommission (ABl. L 59 vom 19.2.2021, S. 1), geändert durch:

   – 32022 D 0181: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/181 der Kommission vom 9. Februar 2022 (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 40)

   – 32022 D 1188: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1188 der Kommission vom 8. Juli 2022 (ABl. L 184 vom 11.7.2022, S. 59)

ABSCHNITT F

TRANSMISSIBLE SPONGIFORME ENZEPHALOPATHIEN

5. 32001 R 0999: Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (ABl. L 147 vom 31.5.2001, S. 1), geändert durch:

   – 32001 R 1248: Verordnung (EG) Nr. 1248/2001 der Kommission vom 22. Juni 2001 (ABl. L 173 vom 27.6.2001, S. 12)

– 32001 R 1326: Verordnung (EG) Nr. 1326/2001 der Kommission vom 29. Juni 2001 (ABl. L 177 vom 30.6.2001, S. 60)

– 32002 R 0270: Verordnung (EG) Nr. 270/2002 der Kommission vom 14. Februar 2002 (ABl. L 45 vom 15.2.2002, S. 4)

– 32002 R 1494: Verordnung (EG) Nr. 1494/2002 der Kommission vom 21. August 2002 (ABl. L 225 vom 22.8.2002, S. 3)

– 12003T: Beitrittsakte von 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 434)

– 32003 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2003 der Kommission vom 12. Februar 2003 (ABl. L 37 vom 13.2.2003, S. 7)

– 32003 R 1053: Verordnung (EG) Nr. 1053/2003 der Kommission vom 19. Juni 2003 (ABl. L 152 vom 20.6.2003, S. 8)

– 32003 R 1128: Verordnung (EG) Nr. 1128/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 1)

– 32003 R 1139: Verordnung (EG) Nr. 1139/2003 der Kommission vom 27. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 22)

– 32003 R 1234: Verordnung (EG) Nr. 1234/2003 der Kommission vom 10. Juli 2003 (ABl. L 173 vom 11.7.2003, S. 6)

– 32003 R 1809: Verordnung (EG) Nr. 1809/2003 der Kommission vom 15. Oktober 2003 (ABl. L 265 vom 16.10.2003, S. 10)

– 32003 R 1915: Verordnung (EG) Nr. 1915/2003 der Kommission vom 30. Oktober 2003 (ABl. L 283 vom 31.10.2003, S. 29)

– 32003 R 2245: Verordnung (EG) Nr. 2245/2003 der Kommission vom 19. Dezember 2003 (ABl. L 333 vom 20.12.2003, S. 28)

– 32004 R 0876: Verordnung (EG) Nr. 876/2004 der Kommission vom 29. April 2004 (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 52)

– 32004 R 1471: Verordnung (EG) Nr. 1471/2004 der Kommission vom 18. August 2004 (ABl. L 271 vom 19.8.2004, S. 24)

– 32004 R 1492: Verordnung (EG) Nr. 1492/2004 der Kommission vom 23. August 2004 (ABl. L 274 vom 24.8.2004, S. 3)

– 32004 R 1993: Verordnung (EG) Nr. 1993/2004 der Kommission vom 19. November 2004 (ABl. L 344 vom 20.11.2004, S. 12)

– 32005 R 0036: Verordnung (EG) Nr. 36/2005 der Kommission vom 12. Januar 2005 (ABl. L 10 vom 13.1.2005, S. 9)

– 32005 R 0214: Verordnung (EG) Nr. 214/2005 der Kommission vom 9. Februar 2005 (ABl. L 37 vom 10.2.2005, S. 9)

– 32005 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2005 der Kommission vom 16. Februar 2005 (ABl. L 46 vom 17.2.2005, S. 31)

– 32005 R 0932: Verordnung (EG) Nr. 932/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2005 (ABl. L 163 vom 23.6.2005, S. 1)

– 32005 R 1292: Verordnung (EG) Nr. 1292/2005 der Kommission vom 5. August 2005 (ABl. L 205 vom 6.8.2005, S. 3)

– 32005 R 1974: Verordnung (EG) Nr. 1974/2005 der Kommission vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 317 vom 3.12.2005, S. 4)

– 32006 R 0253: Verordnung (EG) Nr. 253/2006 der Kommission vom 14. Februar 2006 (ABl. L 44 vom 15.2.2006, S. 9)

– 32006 R 0339: Verordnung (EG) Nr. 339/2006 der Kommission vom 24. Februar 2006 (ABl. L 55 vom 25.2.2006, S. 5)

– 32006 R 0657: Verordnung (EG) Nr. 657/2006 der Kommission vom 10. April 2006 (ABl. L 116 vom 29.4.2006, S. 9)

– 32006 R 0688: Verordnung (EG) Nr. 688/2006 der Kommission vom 4. Mai 2006 (ABl. L 120 vom 5.5.2006, S. 10)

– 32006 R 1041: Verordnung (EG) Nr. 1041/2006 der Kommission vom 7. Juli 2006 (ABl. L 187 vom 8.7.2006, S. 10)

– 32006 R 1923: Verordnung (EG) Nr. 1923/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 1)

– 32007 R 0722: Verordnung (EG) Nr. 722/2007 der Kommission vom 25. Juni 2007 (ABl. L 164 vom 26.6.2007, S. 7)

– 32007 R 0727: Verordnung (EG) Nr. 727/2007 der Kommission vom 26. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 8)

– 32007 R 1275: Verordnung (EG) Nr. 1275/2007 der Kommission vom 29. Oktober 2007 (ABl. L 284 vom 30.10.2007, S. 8)

– 32007 R 1428: Verordnung (EG) Nr. 1428/2007 der Kommission vom 4. Dezember 2007 (ABl. L 317 vom 5.12.2007, S. 61)

– 32008 R 0021: Verordnung (EG) Nr. 21/2008 der Kommission vom 11. Januar 2008 (ABl. L 9 vom 12.1.2008, S. 3)

– 32008 R 0315: Verordnung (EG) Nr. 315/2008 der Kommission vom 4. April 2008 (ABl. L 94 vom 5.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0357: Verordnung (EG) Nr. 357/2008 der Kommission vom 22. April 2008 (ABl. L 111 vom 23.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0553: Verordnung (EG) Nr. 553/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 158 vom 18.6.2008, S. 5), berichtigt in ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 49

– 32008 R 0571: Verordnung (EG) Nr. 571/2008 der Kommission vom 19. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 4)

– 32008 R 0746: Verordnung (EG) Nr. 746/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 202 vom 31.7.2008, S. 11)

– 32008 R 0956: Verordnung (EG) Nr. 956/2008 der Kommission vom 29. September 2008 (ABl. L 260 vom 30.9.2008, S. 8)

– 32009 R 0103: Verordnung (EG) Nr. 103/2009 der Kommission vom 3. Februar 2009 (ABl. L 34 vom 4.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0162: Verordnung (EG) Nr. 162/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0163: Verordnung (EG) Nr. 163/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 17)

– 32009 R 0220: Verordnung (EG) Nr. 220/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 155)

– 32010 R 0956: Verordnung (EU) Nr. 956/2010 der Kommission vom 22. Oktober 2010 (ABl. L 279 vom 23.10.2010, S. 10)

– 32011 R 0189: Verordnung (EU) Nr. 189/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 (ABl. L 53 vom 26.2.2011, S. 56)

– 32012 R 1064: Verordnung (EU) Nr. 1064/2012 der Kommission vom 13. November 2012 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 13)

– 32013 R 0056: Verordnung (EU) Nr. 56/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 3)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0630: Verordnung (EU) Nr. 630/2013 der Kommission vom 28. Juni 2013 (ABl. L 179 vom 29.6.2013, S. 60)

– 32014 R 1148: Verordnung (EU) Nr. 1148/2014 der Kommission vom 28. Oktober 2014 (ABl. L 308 vom 29.10.2014, S. 66)

– 32015 R 0728: Verordnung (EU) 2015/728 der Kommission vom 6. Mai 2015 (ABl. L 116 vom 7.5.2015, S. 1)

– 32015 R 1162: Verordnung (EU) 2015/1162 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 3)

– 32016 R 0027: Verordnung (EU) 2016/27 der Kommission vom 13. Januar 2016 (ABl. L 9 vom 14.1.2016, S. 4)

– 32016 R 1396: Verordnung (EU) 2016/1396 der Kommission vom 18. August 2016 (ABl. L 225 vom 19.8.2016, S. 76)

– 32017 R 0110: Verordnung (EU) 2017/110 der Kommission vom 23. Januar 2017 (ABl. L 18 vom 24.1.2017, S. 42)

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) 2017/736 der Kommission vom 26. April 2017 (ABl. L 110 vom 27.4.2017, S. 2)

– 32017 R 0893: Verordnung (EU) 2017/893 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 92)

– 32017 R 0894: Verordnung (EU) 2017/894 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 117)

– 32017 R 1972: Verordnung (EU) 2017/1972 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 14)

– 32018 R 0221: Verordnung (EU) 2018/221 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 43 vom 16.2.2018, S. 6)

– 32018 R 0969: Verordnung (EU) 2018/969 der Kommission vom 9. Juli 2018 (ABl. L 174 vom 10.7.2018, S. 12)

– 32019 R 0319: Verordnung (EU) 2019/319 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 61 vom 28.2.2019, S. 1)

– 32019 R 1091: Verordnung (EU) 2019/1091 der Kommission vom 26. Juni 2019 (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 42)

– 32020 R 0772: Verordnung (EU) 2020/772 der Kommission vom 11. Juni 2020 (ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 43)

– 32020 R 1593: Verordnung (EU) 2020/1593 der Kommission vom 29. Oktober 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 13)

– 32021 R 1176: Verordnung (EU) 2021/1176 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 56)

– 32021 R 1372: Verordnung (EU) 2021/1372 der Kommission vom 17. August 2021 (ABl. L 295 vom 18.8.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 51

– 32022 R 0175: Verordnung (EU) 2022/175 der Kommission vom 9. Februar 2022 (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 1)

– 32022 R 2246: Verordnung (EU) 2022/2246 der Kommission vom 15. November 2022 (ABl. L 295 vom 16.11.2022, S. 1)

6. 32007 D 0411: Entscheidung 2007/411/EG der Kommission vom 14. Juni 2007 zum Verbot des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die von im Vereinigten Königreich vor dem 1. August 1996 geborenen oder aufgezogenen Rindern stammen, und zum Ausschluss dieser Tiere von bestimmten in der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 festgelegten Kontroll- und Tilgungsmaßnahmen sowie zur Aufhebung der Entscheidung 2005/598/EG (ABl. L 155 vom 15.6.2007, S. 74)

7. 32007 D 0453: Entscheidung 2007/453/EG der Kommission vom 29. Juni 2007 zur Festlegung des BSE-Status von Mitgliedstaaten, Drittländern oder Gebieten davon nach ihrem BSE-Risiko (ABl. L 172 vom 30.6.2007, S. 84), geändert durch:

   – 32008 D 0829: Entscheidung 2008/829/EG der Kommission vom 30. Oktober 2008 (ABl. L 294 vom 1.11.2008, S. 14)

   – 32009 D 0830: Entscheidung 2009/830/EG der Kommission vom 11. November 2009 (ABl. L 295 vom 12.11.2009, S. 11)

   – 32010 D 0749: Beschluss 2010/749/EU der Kommission vom 2. Dezember 2010 (ABl. L 318 vom 4.12.2010, S. 47)

   – 32012 D 0111: Durchführungsbeschluss 2012/111/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 50 vom 23.2.2012, S. 49)

   – 32012 D 0489: Durchführungsbeschluss 2012/489/EU der Kommission vom 24. August 2012 (ABl. L 231 vom 28.8.2012, S. 13)

   – 32013 D 0429: Durchführungsbeschluss 2013/429/EU der Kommission vom 9. August 2013 (ABl. L 217 vom 13.8.2013, S. 37)

   – 32014 D 0732: Durchführungsbeschluss 2014/732/EU der Kommission vom 20. Oktober 2014 (ABl. L 302 vom 22.10.2014, S. 58)

   – 32015 D 1356: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1356 der Kommission vom 4. August 2015 (ABl. L 209 vom 6.8.2015, S. 5)

– 32016 D 0600: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/600 der Kommission vom 15. April 2016 (ABl. L 103 vom 19.4.2016, S. 41)

– 32016 D 0701: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/701 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 121 vom 11.5.2016, S. 22)

– 32016 D 1100: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1100 der Kommission vom 5. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 47)

– 32017 D 1396: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1396 der Kommission vom 26. Juli 2017 (ABl. L 197 vom 28.7.2017, S. 9)

– 32019 D 0599: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/599 der Kommission vom 11. April 2019 (ABl. L 103 vom 12.4.2019, S. 31)

– 32019 D 1773: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1773 der Kommission vom 23. Oktober 2019 (ABl. L 270 vom 24.10.2019, S. 116)

– 32020 D 0919: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/919 der Kommission vom 30. Juni 2020 (ABl. L 209 vom 2.7.2020, S. 19)

– 32020 D 2212: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2212 der Kommission vom 22. Dezember 2020 (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 44)

– 32021 D 1321: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1321 der Kommission vom 6. August 2021 (ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 17)

– 32022 D 1377: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1377 der Kommission vom 4. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 51)

8. 32007 D 0667: Entscheidung 2007/667/EG der Kommission vom 15. Oktober 2007 zur Genehmigung der Nutzung gefährdeter Rinder bis zum Ende ihres produktiven Lebens in Deutschland nach amtlicher Bestätigung eines BSE-Falls (ABl. L 271 vom 16.10.2007, S. 16)

9. 32009 D 0719: Entscheidung 2009/719/EG der Kommission vom 28. September 2009 zur Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten, ihr jährliches BSE-Überwachungsprogramm zu überarbeiten (ABl. L 256 vom 29.9.2009, S. 35), geändert durch:

   – 32010 D 0066: Beschluss 2010/66/EU der Kommission vom 5. Februar 2010 (ABl. L 35 vom 6.2.2010, S. 21)

   – 32011 D 0358: Durchführungsbeschluss 2011/358/EU der Kommission vom 17. Juni 2011 (ABl. L 161 vom 21.6.2011, S. 29)

   – 32013 D 0076: Durchführungsbeschluss 2013/76/EU der Kommission vom 4. Februar 2013 (ABl. L 35 vom 6.2.2013, S. 6)

   – 32016 D 0851: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/851 der Kommission vom 26. Mai 2016 (ABl. L 141 vom 28.5.2016, S. 131)

10. 32013 D 0137: Durchführungsbeschluss 2013/137/EU der Kommission vom 15. März 2013 zur Genehmigung der Nutzung gefährdeter Rinder bis zum Ende ihres produktiven Lebens in Spanien nach amtlicher Bestätigung eines BSE-Falls (ABl. L 75 vom 19.3.2013, S. 37)

11. 32013 R 0631: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 631/2013 der Kommission vom 28. Juni 2013 zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 546/2006 und der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 233/2012 (ABl. L 179 vom 29.6.2013, S. 84)

ABSCHNITT G

ZOONOSEN

12. 32003 R 2160: Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 zur Bekämpfung von Salmonellen und bestimmten anderen durch Lebensmittel übertragbaren Zoonoseerregern (ABl. L 325 vom 12.12.2003, S. 1), geändert durch:

– 32007 R 1237: Verordnung (EG) Nr. 1237/2007 der Kommission vom 23. Oktober 2007 (ABl. L 280 vom 24.10.2007, S. 5)

– 32009 R 0213: Verordnung (EG) Nr. 213/2009 der Kommission vom 18. März 2009 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 5)

– 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

– 32011 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 (ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 45), berichtigt in ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 90

– 32009 R 0213: Verordnung (EU) Nr. 1086/2011 der Kommission vom 27. Oktober 2011 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 5)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32016 R 0429: Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1)

13. 32003 L 0099: Richtlinie 2003/99/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 zur Überwachung von Zoonosen und Zoonoseerregern und zur Änderung der Entscheidung 90/424/EWG des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 92/117/EWG des Rates (ABl. L 325 vom 12.12.2003, S. 31), geändert durch:

– 32006 L 0104: Richtlinie 2006/104/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 352)

– 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

– 32013 L 0020: Richtlinie 2013/20/EU des Rates vom 13. Mai 2013

14. 32004 D 0564: Entscheidung 2004/564/EG der Kommission vom 20. Juli 2004 betreffend Gemeinschaftliche Referenzlaboratorien für die Epidemiologie von Zoonosen und für Salmonellen sowie nationale Referenzlaboratorien für Salmonellen (ABl. L 251 vom 27.7.2004, S. 14)

15. 32006 R 1177: Verordnung (EG) Nr. 1177/2006 der Kommission vom 1. August 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bestimmungen über die Anwendung von spezifischen Bekämpfungsmethoden im Rahmen der nationalen Programme zur Bekämpfung von Salmonellen bei Geflügel (ABl. L 212 vom 2.8.2006, S. 3)

16. 32006 D 0759: Entscheidung 2006/759/EG der Kommission vom 8. November 2006 zur Genehmigung bestimmter nationaler Programme zur Bekämpfung von Salmonellen bei Zuchtherden von *Gallus gallus* (ABl. L 311 vom 10.11.2006, S. 46)

17. 32007 D 0843: Entscheidung 2007/843/EG der Kommission vom 11. Dezember 2007 über die Genehmigung von Programmen zur Bekämpfung von Salmonellen in *Gallus-gallus*-Zuchtherden in bestimmten Drittländern gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Entscheidung 2006/696/EG hinsichtlich bestimmter, die öffentliche Gesundheit betreffender Anforderungen bei der Einfuhr von Geflügel und Bruteiern (ABl. L 332 vom 18.12.2007, S. 81), geändert durch:

    – 32011 D 0238: Beschluss 2011/238/EU der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 73)

18. 32007 D 0848: Entscheidung 2007/848/EG der Kommission vom 11. Dezember 2007 zur Genehmigung bestimmter nationaler Programme zur Salmonellenbekämpfung bei Legehennenbeständen der Spezies *Gallus gallus* (ABl. L 333 vom 19.12.2007, S. 83)

19. 3200 7 D 0849: Entscheidung 2007/849/EG der Kommission vom 12. Dezember 2007 zur Genehmigung der Änderungen an dem von Finnland vorgelegten nationalen Programm zur Salmonellenbekämpfung bei Zuchtherden der Spezies *Gallus gallus* (ABl. L 333 vom 19.12.2007, S. 85)

20. 32007 D 0873: Entscheidung 2007/873/EG der Kommission vom 18. Dezember 2007 zur Genehmigung des von Bulgarien vorgelegten nationalen Programms zur Salmonellenbekämpfung bei Zuchtherden der Spezies *Gallus gallus* (ABl. L 344 vom 28.12.2007, S. 45)

21. 32007 D 0874: Entscheidung 2007/874/EG der Kommission vom 18. Dezember 2007 zur Genehmigung des von Rumänien vorgelegten nationalen Programms zur Salmonellenbekämpfung bei Zuchtherden der Spezies *Gallus gallus* (ABl. L 344 vom 28.12.2007, S. 46)

22. 32008 D 0055: Entscheidung 2008/55/EG der Kommission vom 20. Dezember 2007 über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft für eine Erhebung in den Mitgliedstaaten über die Prävalenz von *Salmonella* spp. und Methicillin-resistentem *Staphylococcus aureus* in Zuchtschweinebeständen (ABl. L 14 vom 17.1.2008, S. 10)

23. 32008 D 0815: Entscheidung 2008/815/EG der Kommission vom 20. Oktober 2008 zur Genehmigung bestimmter nationaler Programme zur Salmonellenbekämpfung in Masthähnchenbeständen der Spezies *Gallus gallus* (ABl. L 283 vom 28.10.2008, S. 43)

24. 32008 R 1291: Verordnung (EG) Nr. 1291/2008 der Kommission vom 18. Dezember 2008 über die Genehmigung von Programmen zur Salmonellenbekämpfung in bestimmten Drittländern gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Auflistung von Programmen zur Überwachung auf aviäre Influenza in bestimmten Drittländern und zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 798/2008 (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 22), geändert durch:

    – 32011 R 0364: Verordnung (EU) Nr. 364/2011 der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 30)

    – 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

25. 32009 D 0771: Entscheidung 2009/771/EG der Kommission vom 20. Oktober 2009 zur Genehmigung bestimmter nationaler Programme zur Salmonellenbekämpfung bei Puten (ABl. L 275 vom 21.10.2009, S. 28)

26. 32010 R 0200: Verordnung (EU) Nr. 200/2010 der Kommission vom 10. März 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf ein Unionsziel zur Senkung der Prävalenz von *Salmonella*-Serotypen bei erwachsenen *Gallus-gallus*-Zuchtherden (ABl. L 61 vom 11.3.2010, S. 1), geändert durch:

– 32011 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 (ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 45), berichtigt in ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 90

– 32019 R 0268: Verordnung (EU) 2019/268 der Kommission vom 15. Februar 2019 (ABl. L 46 vom 18.2.2019, S. 11)

27. 32010 R 0254: Verordnung (EU) Nr. 254/2010 der Kommission vom 10. März 2010 über die Genehmigung eines Programms zur Salmonellenbekämpfung bei Geflügel in bestimmten Drittländern gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 798/2008 hinsichtlich des Salmonellenbekämpfungsstatus bestimmter Drittländer (ABl. L 80 vom 26.3.2010, S. 1)

28. 32011 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf ein Ziel der Europäischen Union zur Senkung der Prävalenz bestimmter *Salmonella*-Serotypen bei Legehennen der Spezies *Gallus gallus* sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 und der Verordnung (EU) Nr. 200/2010 der Kommission (ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 45), berichtigt in ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 90, geändert durch:

– 32019 R 0268: Verordnung (EU) 2019/268 der Kommission vom 15. Februar 2019 (ABl. L 46 vom 18.2.2019, S. 11)

29. 32012 R 0200: Verordnung (EU) Nr. 200/2012 der Kommission vom 8. März 2012 über ein Unionsziel zur Verringerung von *Salmonella enteritidis* und *Salmonella typhimurium* bei Masthähnchenherden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 71 vom 9.3.2012, S. 31), berichtigt in ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 90, geändert durch:

– 32019 R 0268: Verordnung (EU) 2019/268 der Kommission vom 15. Februar 2019 (ABl. L 46 vom 18.2.2019, S. 11)

30. 32012 R 1190: Verordnung (EU) Nr. 1190/2012 der Kommission vom 12. Dezember 2012 über ein EU-Ziel zur Verringerung von *Salmonella* Enteritidis und *Salmonella* Typhimurium bei Truthühnerherden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 340 vom 13.12.2012, S. 29), berichtigt in ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 91, geändert durch:

– 32019 R 0268: Verordnung (EU) 2019/268 der Kommission vom 15. Februar 2019 (ABl. L 46 vom 18.2.2019, S. 11)

31. 32013 D 0403: Durchführungsbeschluss 2013/403/EU der Kommission vom 25. Juli 2013 zur Genehmigung bestimmter geänderter Programme zur Tilgung, Bekämpfung und Überwachung von Tierseuchen und Zoonosen für das Jahr 2013 und zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2012/761/EU hinsichtlich der finanziellen Beteiligung der Union an bestimmten mit dem genannten Beschluss genehmigten Programmen (ABl. L 202 vom 27.7.2013, S. 30)

32. 32013 D 0766: Durchführungsbeschluss 2013/766/EU der Kommission vom 13. Dezember 2013 zur Genehmigung bestimmter geänderter Programme zur Tilgung, Bekämpfung und Überwachung von Tierseuchen und Zoonosen für das Jahr 2013, zur Änderung der Entscheidung 2008/897/EG zur Genehmigung der für 2009 und die Folgejahre vorgelegten Jahres- und Mehrjahresprogramme sowie zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2012/761/EU hinsichtlich der finanziellen Beteiligung der Union an bestimmten, mit dem genannten Beschluss genehmigten Programmen (ABl. L 338 vom 17.12.2013, S. 109)

33. 32016 R 0015: Durchführungsverordnung (EU) 2016/15 der Kommission vom 7. Januar 2016 zur Genehmigung des Programms der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zur Salmonellenbekämpfung bei Legehennen und zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 798/2008 in Bezug auf den Eintrag für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien in der Liste von Drittländern, aus denen Konsumeier in die Union verbracht werden dürfen (ABl. L 5 vom 8.1.2016, S. 1)

34. 32017 D 0302: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/302 der Kommission vom 15. Februar 2017 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Intensivhaltung oder -aufzucht von Geflügel oder Schweinen (ABl. L 43 vom 21.2.2017, S. 231), berichtigt in ABl. L 105 vom 21.4.2017, S. 21

35. 32020 D 1729: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1729 der Kommission vom 17. November 2020 zur Überwachung und Meldung von antimikrobieller Resistenz bei zoonotischen und kommensalen Bakterien und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses 2013/652/EU (ABl. L 387 vom 19.11.2020, S. 8)

ABSCHNITT H

ANDERE TIERSEUCHEN

36. 31998 D 0502: Entscheidung 98/502/EG der Kommission vom 27. Juli 1998 über die Inanspruchnahme eines Schlachthofes durch Italien in Anwendung des Anhangs II Nummer 7 der Richtlinie 92/119/EWG des Rates (ABl. L 225 vom 12.8.1998, S. 33)

37. 32007 D 0488: Entscheidung 2007/488/EG der Kommission vom 11. Juli 2007 zur Gewährung von Ausnahmen für Italien gemäß der Richtlinie 92/119/EWG des Rates hinsichtlich der Beförderung von Schlachtschweinen auf öffentlichen Verkehrswegen und Privatwegen zum Schlachthof innerhalb von Schutzzonen in Cremona (ABl. L 182 vom 12.7.2007, S. 34)

38. 32008 R 0180: Verordnung (EG) Nr. 180/2008 der Kommission vom 28. Februar 2008 über das Gemeinschaftsreferenzlaboratorium für Krankheiten von Equiden mit Ausnahme der Pferdepest und zur Änderung des Anhangs VII der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 56 vom 29.2.2008, S. 4), geändert durch:

– 32011 R 0208: Verordnung (EU) Nr. 208/2011 der Kommission vom 2. März 2011 (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 29)

– 32011 R 0880: Verordnung (EU) Nr. 880/2011 der Kommission vom 2. September 2011 (ABl. L 228 vom 3.9.2011, S. 8)

– 32013 R 0072: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 72/2013 der Kommission vom 25. Januar 2013 (ABl. L 26 vom 26.1.2013, S. 9)

– 32017 R 0793: Durchführungsverordnung (EU) 2017/793 der Kommission vom 10. Mai 2017 (ABl. L 120 vom 11.5.2017, S. 5)

39. 32022 R 2304: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2304 der Kommission vom 24. November 2022 zur Benennung des Referenzlaboratoriums der Europäischen Union für Rifttalfieber (ABl. L 305 vom 25.11.2022, S. 51)

ABSCHNITT I

MELDUNG VON TIERSEUCHEN

40. 32005 D 0176: Entscheidung 2005/176/EG der Kommission vom 1. März 2005 zur Festlegung der Code-Form und der Codes für die Mitteilung von Tierseuchen gemäß der Richtlinie 82/894/EWG des Rates (ABl. L 59 vom 5.3.2005, S. 40), geändert durch:

– 32006 D 0924: Entscheidung 2006/924/EG der Kommission vom 13. Dezember 2006 (ABl. L 354 vom 14.12.2006, S. 48)

– 32008 D 0755: Entscheidung 2008/755/EG der Kommission vom 24. September 2008 (ABl. L 258 vom 26.9.2008, S. 72)

– 32009 D 0847: Entscheidung 2009/847/EG der Kommission vom 20. November 2009 (ABl. L 307 vom 21.11.2009, S. 7)

– 32010 D 0160: Beschluss 2010/160/EU der Kommission vom 17. März 2010 (ABl. L 68 vom 18.3.2010, S. 21)

ABSCHNITT J

GELISTETE SEUCHEN

41. 32020 R 0687: Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 64), geändert durch:

– 32021 R 1140: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1140 der Kommission vom 5. Mai 2021 (ABl. L 247 vom 13.7.2021, S. 50)

42. 32020 R 0689: Delegierte Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften betreffend Überwachung, Tilgungsprogramme und den Status „seuchenfrei“ für bestimmte gelistete und neu auftretende Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 211), geändert durch:

– 32021 R 0881: Delegierte Verordnung (EU) 2021/881 der Kommission vom 23. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 10)

43. 32020 R 0690: Durchführungsverordnung (EU) 2020/690 der Kommission Vom 17. Dezember 2019 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der gelisteten Seuchen, die Überwachungsprogrammen in der Union unterliegen, des geografischen Geltungsbereichs solcher Programme und der gelisteten Seuchen, für die der Status „seuchenfrei“ von Kompartimenten festgelegt werden kann (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 341)

44. 32021 R 0620: Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 der Kommission vom 15. April 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Genehmigung des Status „seuchenfrei“ und des Status der Nichtimpfung für bestimmte Mitgliedstaaten oder Zonen oder Kompartimente dieser Mitgliedstaaten in Bezug auf bestimmte gelistete Seuchen und der Genehmigung von Tilgungsprogrammen für diese gelisteten Seuchen (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 78), geändert durch:

– 32021 R 1008: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1008 der Kommission vom 21. Juni 2021 (ABl. L 222 vom 22.6.2021, S. 12)

– 32021 R 1911: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1911 der Kommission vom 27. Oktober 2021 (ABl. L 389 vom 4.11.2021, S. 2)

– 32022 R 0214: Durchführungsverordnung (EU) 2022/214 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 16)

– 32022 R 1218: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1218 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 65)

ABSCHNITT K

VERSCHIEDENES

45. 32007 D 0142: Beschluss 2007/142/EG der Kommission vom 28. Februar 2007 zur Einrichtung eines Gemeinschaftlichen Veterinär-Notfallteams zur Unterstützung der Kommission bei der Hilfestellung für Mitgliedstaaten und Drittländer in Veterinärangelegenheiten im Zusammenhang mit bestimmten Tierseuchen (ABl. L 62 vom 1.3.2007, S. 27)

KAPITEL 5

HANDEL MIT LEBENDEN TIEREN, SPERMA, EIZELLEN UND EMBRYONEN INNERHALB DER UNION

ABSCHNITT A

RINDER UND SCHWEINE

1. 32003 D 0886: Entscheidung 2003/886/EG der Kommission vom 10. Dezember 2003 zur Festlegung der Kriterien für die Übermittlung der Angaben gemäß der Richtlinie 64/432/EWG des Rates (ABl. L 332 vom 19.12.2003, S. 53)

2. 32004 D 0315: Entscheidung 2004/315/EG der Kommission vom 26. März 2004 zur Anerkennung des Systems von Überwachungsnetzen für Rinderhaltungsbetriebe in Mitgliedstaaten oder Regionen von Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie 64/432/EWG des Rates (ABl. L 100 vom 6.4.2004, S. 43)

3. 32018 D 0718: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/718 der Kommission vom 14. Mai 2018 zur Aussetzung des Status Maltas als amtlich anerkannt tuberkulosefrei in Bezug auf die Rinderbestände und zur Änderung von Anhang I der Entscheidung 2003/467/EG (ABl. L 120 vom 16.5.2018, S. 12)

4. 32019 R 2035: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2035 der Kommission vom 28. Juni 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für Betriebe, in denen Landtiere gehalten werden, und für Brütereien sowie zur Rückverfolgbarkeit von bestimmten gehaltenen Landtieren und von Bruteiern (ABl. L 314 vom 5.12.2019, S. 115), geändert durch:

   – 32020 R 1625: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1625 der Kommission vom 25. August 2020 (ABl. L 366 vom 4.11.2020, S. 1)

ABSCHNITT B

GEFLÜGEL UND BRUTEIER

5. 31992 D 0339: Entscheidung 92/339/EWG der Kommission vom 2. Juni 1992 zur Festlegung des Status Irlands hinsichtlich der Newcastle-Krankheit (ABl. L 188 vom 8.7.1992, S. 33)

6. 31992 D 0381: Entscheidung 92/381/EWG der Kommission vom 3. Juli 1992 zur Festlegung des Statuts einer Region des Vereinigten Königreichs hinsichtlich der Newcastle-Krankheit (ABl. L 198 vom 17.7.1992, S. 56)

7. 31993 D 0152: Entscheidung 93/152/EWG der Kommission vom 8. Februar 1993 über die Kriterien für Impfstoffe für Routineimpfungen gegen die Newcastle-Krankheit (ABl. L 59 vom 12.3.1993, S. 35), geändert durch:

   – 32010 D 0633: Beschluss 2010/633/EU der Kommission vom 22. Oktober 2010 (ABl. L 279 vom 23.10.2010, S. 33)

8. 31994 D 0327: Entscheidung 94/327/EG der Kommission vom 19. Mai 1994 über die Kriterien für die jährliche Untersuchung von Zuchtgeflügel auf Newcastle-Krankheit in Anwendung des Artikels 12 der Richtlinie 90/539/EWG des Rates (ABl. L 146 vom 11.6.1994, S. 17)

9. 31997 D 0262: Entscheidung 97/262/EG der Kommission vom 4. April 1997 zur Aussetzung des Status Irlands hinsichtlich der Newcastle-Krankheit (ABl. L 104 vom 22.4.1997, S. 33)

10. 31997 D 0263: Entscheidung 97/263/EG der Kommission vom 4. April 1997 zur Aussetzung des Status einer Region des Vereinigten Königreichs hinsichtlich der Newcastle-Krankheit (ABl. L 104 vom 22.4.1997, S. 34)

11. 32003 D 0644: Entscheidung 2003/644/EG der Kommission vom 8. September 2003 über zusätzliche Garantien in Bezug auf Salmonellosen bei Zuchtgeflügel und zur Einstellung in Zucht- und Nutzgeflügelbestände bestimmten Eintagsküken, die zum Versand nach Finnland und Schweden bestimmt sind (ABl. L 228 vom 12.9.2003, S. 29)

12. 32004 D 0235: Entscheidung 2004/235/EG der Kommission vom 1. März 2004 über zusätzliche Garantien in Bezug auf Salmonellosen bei Legehennen, die zum Versand nach Finnland und Schweden bestimmt sind (ABl. L 72 vom 11.3.2004, S. 86)

13. 32007 D 0017: Entscheidung 2007/17/EG der Kommission vom 22. Dezember 2006 zur Genehmigung der Pläne für die Zulassung von Betrieben zum innergemeinschaftlichen Handel mit Geflügel und Bruteiern gemäß Richtlinie 90/539/EWG des Rates (ABl. L 7 vom 12.1.2007, S. 33)

14. 32013 D 0346: Durchführungsbeschluss 2013/346/EU der Kommission vom 28. Juni 2013 zur Genehmigung des von Kroatien vorgelegten Plans für die Zulassung von Betrieben zum Handel mit Geflügel und Bruteiern innerhalb der Union gemäß der Richtlinie 2009/158/EG des Rates (ABl. L 183 vom 2.7.2013, S. 12)

15. 32017 D 0811: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/811 der Kommission vom 10. Mai 2017 zur Genehmigung des von Belgien vorgelegten geänderten Plans für die Zulassung von Betrieben zum Handel mit Geflügel und Bruteiern innerhalb der Union gemäß der Richtlinie 2009/158/EG des Rates (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 47)

16. 32019 R 2035: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2035 der Kommission vom 28. Juni 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für Betriebe, in denen Landtiere gehalten werden, und für Brütereien sowie zur Rückverfolgbarkeit von bestimmten gehaltenen Landtieren und von Bruteiern (ABl. L 314 vom 5.12.2019, S. 115), geändert durch:

    – 32021 R 2168: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2168 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 438 vom 8.12.2021, S. 38)

17. 32020 R 0688: Delegierte Verordnung (EU) 2020/688 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Tiergesundheitsanforderungen an Verbringungen von Landtieren und Bruteiern innerhalb der Union (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 140), geändert durch:

    – 32021 R 1706: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1706 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 56)

ABSCHNITT C

AQUAKULTURTIERE

18. 32003 D 0634: Entscheidung 2003/634/EG der Kommission vom 28. August 2003 zur Genehmigung von Programmen zur Erlangung des Status zugelassener Gebiete und zugelassener Betriebe in nicht zugelassenen Gebieten hinsichtlich der Fischseuchen virale hämorrhagische Septikämie (VHS) und infektiöse hämatopoetische Nekrose (IHN) (ABl. L 220 vom 3.9.2003, S. 8), geändert durch:

– 32003 D 0904: Entscheidung 2003/904/EG der Kommission vom 15. Dezember 2003 (ABl. L 340 vom 24.12.2003, S. 69)

– 32004 D 0328: Entscheidung 2004/328/EG der Kommission vom 5. April 2004 (ABl. L 104 vom 8.4.2004, S. 129)

– 32005 D 0067: Entscheidung 2005/67/EG der Kommission vom 28. Januar 2005 (ABl. L 27 vom 29.1.2005, S. 55)

– 32005 D 0414: Entscheidung 2005/414/EG der Kommission vom 30. Mai 2005 (ABl. L 141 vom 4.6.2005, S. 29)

– 32005 D 0770: Entscheidung 2005/770/EG der Kommission vom 3. November 2005 (ABl. L 291 vom 5.11.2005, S. 33)

– 32006 D 0685: Entscheidung 2006/685/EG der Kommission vom 6. Oktober 2006 (ABl. L 282 vom 13.10.2006, S. 44)

– 32007 D 0570: Entscheidung 2007/570/EG der Kommission vom 20. August 2007 (ABl. L 217 vom 22.8.2007, S. 36)

19. 32008 R 0737: Verordnung (EG) Nr. 737/2008 der Kommission vom 28. Juli 2008 zur Benennung der Gemeinschaftsreferenzlaboratorien für Krustentierkrankheiten, Tollwut und Rindertuberkulose, zur Festlegung zusätzlicher Pflichten und Aufgaben der Gemeinschaftsreferenzlaboratorien für Tollwut und Rindertuberkulose sowie zur Änderung von Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 201 vom 30.7.2008, S. 29), geändert durch:

– 32011 R 0208: Verordnung (EU) Nr. 208/2011 der Kommission vom 2. März 2011 (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 29)

– 32011 R 0880: Verordnung (EU) Nr. 880/2011 der Kommission vom 2. September 2011 (ABl. L 228 vom 3.9.2011, S. 8)

– 32013 R 0072: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 72/2013 der Kommission vom 25. Januar 2013 (ABl. L 26 vom 26.1.2013, S. 9)

– 32013 R 0415: Verordnung (EU) Nr. 415/2013 der Kommission vom 6. Mai 2013 (ABl. L 125 vom 7.5.2013, S. 7)

20. 32020 R 0689: Delegierte Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften betreffend Überwachung, Tilgungsprogramme und den Status „seuchenfrei“ für bestimmte gelistete und neu auftretende Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 211), geändert durch:

– 32021 R 0881: Delegierte Verordnung (EU) 2021/881 der Kommission vom 23. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 10)

21. 32020 R 0691: Delegierte Verordnung (EU) 2020/691 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für Aquakulturbetriebe und Transportunternehmer, die Wassertiere befördern (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 345)

22. 32020 R 2236: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2236 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen von Wassertieren und von bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren und für deren Verbringungen innerhalb der Union sowie hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1251/2008 (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 410), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

23. 32021 D 0260: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/260 der Kommission vom 11. Februar 2021 über die Genehmigung nationaler Maßnahmen zur Begrenzung der Auswirkungen bestimmter Wassertierseuchen gemäß Artikel 226 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 2010/221/EU der Kommission (ABl. L 59 vom 19.2.2021, S. 1), geändert durch:

– 32022 D 0181: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/181 der Kommission vom 9. Februar 2022 (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 40)

– 32022 D 1188: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1188 der Kommission vom 8. Juli 2022 (ABl. L 184 vom 11.7.2022, S. 59)

ABSCHNITT D

EMBRYONEN VON RINDERN

24. 32020 R 0686: Delegierte Verordnung (EU) 2020/686 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Zulassung von Zuchtmaterialbetrieben sowie die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und die Tiergesundheit in Bezug auf Verbringungen innerhalb der Union von Zuchtmaterial von bestimmten gehaltenen Landtieren (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0880: Delegierte Verordnung (EU) 2021/880 der Kommission vom 5. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 1)

ABSCHNITT E

SPERMA VON RINDERN

25. 32020 R 0686: Delegierte Verordnung (EU) 2020/686 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Zulassung von Zuchtmaterialbetrieben sowie die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und die Tiergesundheit in Bezug auf Verbringungen innerhalb der Union von Zuchtmaterial von bestimmten gehaltenen Landtieren (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0880: Delegierte Verordnung (EU) 2021/880 der Kommission vom 5. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 1)

ABSCHNITT F

SPERMA VON SCHWEINEN

26. 32020 R 0686: Delegierte Verordnung (EU) 2020/686 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Zulassung von Zuchtmaterialbetrieben sowie die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und die Tiergesundheit in Bezug auf Verbringungen innerhalb der Union von Zuchtmaterial von bestimmten gehaltenen Landtieren (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0880: Delegierte Verordnung (EU) 2021/880 der Kommission vom 5. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 1)

ABSCHNITT G

ANDERE TIERE SOWIE DEREN SPERMA, EIZELLEN UND EMBRYONEN

27. 32005 R 1739: Verordnung (EG) Nr. 1739/2005 der Kommission vom 21. Oktober 2005 zur Festlegung der Veterinärbedingungen für die Verbringung von Zirkustieren zwischen Mitgliedstaaten (ABl. L 279 vom 22.10.2005, S. 47)

28. 32010 D 0436: Beschluss 2010/436/EU der Kommission vom 9. August 2010 zur Durchführung der Entscheidung 2000/258/EG des Rates im Hinblick auf Befähigungstests zum Zweck der Aufrechterhaltung von Laboratorien erteilten Zulassungen für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit der Tollwutimpfstoffe (ABl. L 209 vom 10.8.2010, S. 19)

29. 32010 D 0591: Beschluss 2010/591/EU der Kommission vom 1. Oktober 2010 über die Zulassung eines Laboratoriums in Russland für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit der Tollwutimpfstoffe (ABl. L 260 vom 2.10.2010, S. 21)

30. 32011 D 0091: Beschluss 2011/91/EU der Kommission vom 10. Februar 2011 über die Zulassung eines Laboratoriums in der Republik Korea für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 37 vom 11.2.2011, S. 18)

31. 32011 D 0396: Durchführungsbeschluss 2011/396/EU der Kommission vom 4. Juli 2011 zur Zulassung eines Laboratoriums in Japan für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 176 vom 5.7.2011, S. 51)

32. 32012 D 0304: Durchführungsbeschluss 2012/304/EU der Kommission vom 11. Juni 2012 über die Zulassung von Laboratorien in Kroatien und Mexiko für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 152 vom 13.6.2012, S. 50)

33. 32012 D 0752: Durchführungsbeschluss 2012/752/EU der Kommission vom 4. Dezember 2012 über die Zulassung eines Laboratoriums in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 334 vom 6.12.2012, S. 47)

34. 32013 D 0224: Durchführungsbeschluss 2013/224/EU der Kommission vom 17. Mai 2013 über die Zulassung eines Laboratoriums in Kroatien für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 135 vom 22.5.2013, S. 21)

35. 32013 D 0261: Durchführungsbeschluss 2013/261/EU der Kommission vom 3. Juni 2013 zur Zulassung eines Laboratoriums in der Ukraine für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 152 vom 5.6.2013, S. 50)

36. 32013 D 0709: Durchführungsbeschluss 2013/709/EU der Kommission vom 2. Dezember 2013 über die Zulassung eines Laboratoriums in den Vereinigten Staaten von Amerika für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 323 vom 4.12.2013, S. 34)

37. 32014 D 0514: Durchführungsbeschluss 2014/514/EU der Kommission vom 31. Juli 2014 zur Zulassung von Laboratorien in der Republik Korea für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 231 vom 2.8.2014, S. 11)

38. 32015 D 0130: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/130 der Kommission vom 26. Januar 2015 zur Zulassung von Laboratorien in China für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 21 vom 28.1.2015, S. 20)

39. 32016 D 0423: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/423 der Kommission vom 18. März 2016 zur Ermächtigung bestimmter Laboratorien in Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten und den Vereinigten Staaten von Amerika, serologische Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen bei Hunden, Katzen und Frettchen durchzuführen (ABl. L 75 vom 22.3.2016, S. 70)

40. 32017 D 0009: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/9 der Kommission vom 4. Januar 2017 über die Zulassung bestimmter Laboratorien in Marokko und Taiwan für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen bei Hunden, Katzen und Frettchen (ABl. L 3 vom 6.1.2017, S. 32)

41. 32017 D 0223: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/223 der Kommission vom 7. Februar 2017 zur Zulassung eines Laboratoriums in Brasilien für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen bei Hunden, Katzen und Frettchen (ABl. L 34 vom 9.2.2017, S. 34)

42. 32018 D 0193: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/193 der Kommission vom 7. Februar 2018 zur Zulassung von Laboratorien in Brasilien und in der Russischen Föderation für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen bei Hunden, Katzen und Frettchen (ABl. L 36 vom 9.2.2018, S. 18)

43. 32019 D 1664: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1664 der Kommission vom 30. September 2019 zur Zulassung eines Laboratoriums in der Ukraine für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen bei Hunden, Katzen und Frettchen (ABl. L 252 vom 2.10.2019, S. 38)

44. 32020 D 0528: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/528 der Kommission vom 14. April 2020 über die Zulassung von Laboratorien in Brasilien, China, Südkorea, Thailand und den Vereinigten Staaten für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen bei Hunden, Katzen und Frettchen (ABl. L 118 vom 16.4.2020, S. 26)

45. 32020 R 0686: Delegierte Verordnung (EU) 2020/686 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Zulassung von Zuchtmaterialbetrieben sowie die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und die Tiergesundheit in Bezug auf Verbringungen innerhalb der Union von Zuchtmaterial von bestimmten gehaltenen Landtieren (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0880: Delegierte Verordnung (EU) 2021/880 der Kommission vom 5. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 1)

46. 32021 D 0545: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/545 der Kommission vom 26. März 2021 über die Zulassung von Laboratorien in Brasilien, China, Kambodscha, Mexiko, Südafrika, Tunesien, Ukraine und dem Vereinigten Königreich für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen bei Hunden, Katzen und Frettchen (ABl. L 110 vom 30.3.2021, S. 34)

47. 32021 R 0403: Durchführungsverordnung (EU) 2021/403 der Kommission vom 24 März 2021 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Landtieren und ihres Zuchtmaterials und für deren Verbringungen zwischen Mitgliedstaaten, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung des Beschlusses 2010/470/EU (ABl. L 113 vom 31.3.2021, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32022 R 0037: Durchführungsverordnung (EU) 2022/37 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 92)

– 32022 R 0055: Durchführungsverordnung (EU) 2022/55 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

48. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

KAPITEL 6

VERBRINGUNG VON HEIMTIEREN ZU ANDEREN ALS HANDELSZWECKEN

1. 32013 R 0576: Verordnung (EU) Nr. 576/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über die Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 998/2003 (ABl. L 178 vom 28.6.2013, S. 1)

2. 32013 R 0577: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 577/2013 der Kommission vom 28. Juni 2013 zu den Muster-Identifizierungsdokumenten für die Verbringung von Hunden, Katzen und Frettchen zu anderen als Handelszwecken, zur Erstellung der Listen der Gebiete und Drittländer sowie zur Festlegung der Anforderungen an Format, Layout und Sprache der Erklärungen zur Bestätigung der Einhaltung bestimmter Bedingungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 178 vom 28.6.2013, S. 109), geändert durch:

   – 32014 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1219/2014 der Kommission vom 13. November 2014 (ABl. L 329 vom 14.11.2014, S. 23)

   – 32016 R 0561: Durchführungsverordnung (EU) 2016/561 der Kommission vom 11. April 2016 (ABl. L 96 vom 12.4.2016, S. 26), berichtigt in ABl. L 215 vom 10.8.2016, S. 37

   – 32019 R 1293: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1293 der Kommission vom 29. Juli 2019 (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 3)

   – 32020 R 2016: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2016 der Kommission vom 9. Dezember 2020 (ABl. L 415 vom 10.12.2020, S. 39)

3. 32018 R 0772: Delegierte Verordnung (EU) 2018/772 der Kommission vom 21. November 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich präventiver Gesundheitsmaßnahmen zur Kontrolle von *Echinococcus-multilocularis*-Infektionen bei Hunden und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1152/2011 (ABl. L 130 vom 28.5.2018, S. 1)

4. 32018 R 0878: Durchführungsverordnung (EU) 2018/878 der Kommission vom 18. Juni 2018 zur Annahme der Liste der Mitgliedstaaten oder Teile des Hoheitsgebiets von Mitgliedstaaten, die die Vorschriften für die Einstufung gemäß Artikel 2 Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2018/772 über die Anwendung präventiver Gesundheitsmaßnahmen zur Kontrolle von *Echinococcus-multilocularis*-Infektionen bei Hunden erfüllen (ABl. L 155 vom 19.6.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 2017: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2017 der Kommission vom 9. Dezember 2020 (ABl. L 415 vom 10.12.2020, S. 43)

5. 32021 R 1933: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1933 der Kommission vom 14. Juli 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Vorschriften für die Verbringung von Heimvögeln zu anderen als Handelszwecken aus einem Gebiet oder Drittland in einen Mitgliedstaat (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 4)

6. 32021 R 1938: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1938 der Kommission vom 9. November 2021 zur Festlegung des Musterausweises für die Verbringung von Heimvögeln zu anderen als Handelszwecken aus einem Gebiet oder Drittland in einen Mitgliedstaat und zur Aufhebung der Entscheidung 2007/25/EG (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 47)

KAPITEL 7

VERBOT VON STOFFEN UND KONTROLLE VON RÜCKSTÄNDEN

ABSCHNITT A

VERBOT VON STOFFEN

1. 31996 L 0022: Richtlinie 96/22/EG des Rates vom 29. April 1996 über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe mit hormonaler bzw. thyreostatischer Wirkung und von ß-Agonisten in der tierischen Erzeugung und zur Aufhebung der Richtlinien 81/602/EWG, 88/146/EWG und 88/299/EWG (ABl. L 125 vom 23.5.1996, S. 3), geändert durch:

   – 32003 L 0074: Richtlinie 2003/74/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 (ABl. L 262 vom 14.10.2003, S. 17)

   – 32008 L 0097: Richtlinie 2008/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 (ABl. L 318 vom 28.11.2008, S. 9)

2. 31999 D 0879: Entscheidung 1999/879/EG des Rates vom 17. Dezember 1999 über das Inverkehrbringen und die Verabreichung von Rindersomatotropin (BST) und zur Aufhebung der Entscheidung 90/218/EWG (ABl. L 331 vom 23.12.1999, S. 71)

ABSCHNITT B

RÜCKSTANDSKONTROLLEN

3. 32021 R 0808: Durchführungsverordnung (EU) 2021/808 der Kommission vom 22. März 2021 über Leistungskriterien für Analysemethoden für Rückstände pharmakologisch wirksamer Stoffe in zur Lebensmittelerzeugung genutzten Tieren und über die Auswertung von Ergebnissen sowie über die für Probenahmen anzuwendenden Methoden und zur Aufhebung der Entscheidungen 2002/657/EG und 98/179/EG (ABl. L 180 vom 21.5.2021, S. 84)

KAPITEL 8

EINFUHRBESTIMMUNGEN FÜR LEBENDE TIERE UND TIERISCHE ERZEUGNISSE*

Siehe Andorra-Protokoll Artikel 28.

* Unbeschadet der in internationalen Übereinkünften festgelegten besonderen Bestimmungen (siehe Kapitel 9)

ABSCHNITT A

LEBENDE TIERE, SPERMA, EIZELLEN UND EMBRYONEN

UNTERABSCHNITT 1

RINDER, SCHWEINE UND SCHAFE

1. 32001 R 0999: Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (ABl. L 147 vom 31.5.2001, S. 1), geändert durch:

   – 32001 R 1248: Verordnung (EG) Nr. 1248/2001 der Kommission vom 22. Juni 2001 (ABl. L 173 vom 27.6.2001, S. 12)

   – 32001 R 1326: Verordnung (EG) Nr. 1326/2001 der Kommission vom 29. Juni 2001 (ABl. L 177 vom 30.6.2001, S. 60)

– 32002 R 0270: Verordnung (EG) Nr. 270/2002 der Kommission vom 14. Februar 2002 (ABl. L 45 vom 15.2.2002, S. 4)

– 32002 R 1494: Verordnung (EG) Nr. 1494/2002 der Kommission vom 21. August 2002 (ABl. L 225 vom 22.8.2002, S. 3)

– 12003T: Beitrittsakte von 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 434)

– 32003 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2003 der Kommission vom 12. Februar 2003 (ABl. L 37 vom 13.2.2003, S. 7)

– 32003 R 1053: Verordnung (EG) Nr. 1053/2003 der Kommission vom 19. Juni 2003 (ABl. L 152 vom 20.6.2003, S. 8)

– 32003 R 1128: Verordnung (EG) Nr. 1128/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 1)

– 32003 R 1139: Verordnung (EG) Nr. 1139/2003 der Kommission vom 27. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 22)

– 32003 R 1234: Verordnung (EG) Nr. 1234/2003 der Kommission vom 10. Juli 2003 (ABl. L 173 vom 11.7.2003, S. 6)

– 32003 R 1809: Verordnung (EG) Nr. 1809/2003 der Kommission vom 15. Oktober 2003 (ABl. L 265 vom 16.10.2003, S. 10)

– 32003 R 1915: Verordnung (EG) Nr. 1915/2003 der Kommission vom 30. Oktober 2003 (ABl. L 283 vom 31.10.2003, S. 29)

– 32003 R 2245: Verordnung (EG) Nr. 2245/2003 der Kommission vom 19. Dezember 2003 (ABl. L 333 vom 20.12.2003, S. 28)

– 32004 R 0876: Verordnung (EG) Nr. 876/2004 der Kommission vom 29. April 2004 (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 52)

– 32004 R 1471: Verordnung (EG) Nr. 1471/2004 der Kommission vom 18. August 2004 (ABl. L 271 vom 19.8.2004, S. 24)

– 32004 R 1492: Verordnung (EG) Nr. 1492/2004 der Kommission vom 23. August 2004 (ABl. L 274 vom 24.8.2004, S. 3)

– 32004 R 1993: Verordnung (EG) Nr. 1993/2004 der Kommission vom 19. November 2004 (ABl. L 344 vom 20.11.2004, S. 12)

– 32005 R 0036: Verordnung (EG) Nr. 36/2005 der Kommission vom 12. Januar 2005 (ABl. L 10 vom 13.1.2005, S. 9)

– 32005 R 0214: Verordnung (EG) Nr. 214/2005 der Kommission vom 9. Februar 2005 (ABl. L 37 vom 10.2.2005, S. 9)

– 32005 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2005 der Kommission vom 16. Februar 2005 (ABl. L 46 vom 17.2.2005, S. 31)

– 32005 R 0932: Verordnung (EG) Nr. 932/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2005 (ABl. L 163 vom 23.6.2005, S. 1)

– 32005 R 1292: Verordnung (EG) Nr. 1292/2005 der Kommission vom 5. August 2005 (ABl. L 205 vom 6.8.2005, S. 3)

– 32005 R 1974: Verordnung (EG) Nr. 1974/2005 der Kommission vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 317 vom 3.12.2005, S. 4)

– 32006 R 0253: Verordnung (EG) Nr. 253/2006 der Kommission vom 14. Februar 2006 (ABl. L 44 vom 15.2.2006, S. 9)

– 32006 R 0339: Verordnung (EG) Nr. 339/2006 der Kommission vom 24. Februar 2006 (ABl. L 55 vom 25.2.2006, S. 5)

– 32006 R 0657: Verordnung (EG) Nr. 657/2006 der Kommission vom 10. April 2006 (ABl. L 116 vom 29.4.2006, S. 9)

– 32006 R 0688: Verordnung (EG) Nr. 688/2006 der Kommission vom 4. Mai 2006 (ABl. L 120 vom 5.5.2006, S. 10)

– 32006 R 1041: Verordnung (EG) Nr. 1041/2006 der Kommission vom 7. Juli 2006 (ABl. L 187 vom 8.7.2006, S. 10)

– 32006 R 1923: Verordnung (EG) Nr. 1923/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 1)

– 32007 R 0722: Verordnung (EG) Nr. 722/2007 der Kommission vom 25. Juni 2007 (ABl. L 164 vom 26.6.2007, S. 7)

– 32007 R 0727: Verordnung (EG) Nr. 727/2007 der Kommission vom 26. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 8)

– 32007 R 1275: Verordnung (EG) Nr. 1275/2007 der Kommission vom 29. Oktober 2007 (ABl. L 284 vom 30.10.2007, S. 8)

– 32007 R 1428: Verordnung (EG) Nr. 1428/2007 der Kommission vom 4. Dezember 2007 (ABl. L 317 vom 5.12.2007, S. 61)

– 32008 R 0021: Verordnung (EG) Nr. 21/2008 der Kommission vom 11. Januar 2008 (ABl. L 9 vom 12.1.2008, S. 3)

– 32008 R 0315: Verordnung (EG) Nr. 315/2008 der Kommission vom 4. April 2008 (ABl. L 94 vom 5.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0357: Verordnung (EG) Nr. 357/2008 der Kommission vom 22. April 2008 (ABl. L 111 vom 23.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0553: Verordnung (EG) Nr. 553/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 158 vom 18.6.2008, S. 5), berichtigt in ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 49

– 32008 R 0571: Verordnung (EG) Nr. 571/2008 der Kommission vom 19. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 4)

– 32008 R 0746: Verordnung (EG) Nr. 746/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 202 vom 31.7.2008, S. 11)

– 32008 R 0956: Verordnung (EG) Nr. 956/2008 der Kommission vom 29. September 2008 (ABl. L 260 vom 30.9.2008, S. 8)

– 32009 R 0103: Verordnung (EG) Nr. 103/2009 der Kommission vom 3. Februar 2009 (ABl. L 34 vom 4.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0162: Verordnung (EG) Nr. 162/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0163: Verordnung (EG) Nr. 163/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 17)

– 32009 R 0220: Verordnung (EG) Nr. 220/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 155)

– 32011 R 0189: Verordnung (EU) Nr. 189/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 (ABl. L 53 vom 26.2.2011, S. 56)

– 32012 R 1064: Verordnung (EU) Nr. 1064/2012 der Kommission vom 13. November 2012 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 13)

– 32013 R 0056: Verordnung (EU) Nr. 56/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 3)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0630: Verordnung (EU) Nr. 630/2013 der Kommission vom 28. Juni 2013 (ABl. L 179 vom 29.6.2013, S. 60)

– 32014 R 1148: Verordnung (EU) Nr. 1148/2014 der Kommission vom 28. Oktober 2014 (ABl. L 308 vom 29.10.2014, S. 66)

– 32015 R 0728: Verordnung (EU) 2015/728 der Kommission vom 6. Mai 2015 (ABl. L 116 vom 7.5.2015, S. 1)

– 32015 R 1162: Verordnung (EU) 2015/1162 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 3)

– 32016 R 0027: Verordnung (EU) 2016/27 der Kommission vom 13. Januar 2016 (ABl. L 9 vom 14.1.2016, S. 4)

– 32016 R 1396: Verordnung (EU) 2016/1396 der Kommission vom 18. August 2016 (ABl. L 225 vom 19.8.2016, S. 76)

– 32017 R 0110: Verordnung (EU) 2017/110 der Kommission vom 23. Januar 2017 (ABl. L 18 vom 24.1.2017, S. 42)

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) 2017/736 der Kommission vom 26. April 2017 (ABl. L 110 vom 27.4.2017, S. 2)

– 32017 R 0893: Verordnung (EU) 2017/893 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 92)

– 32017 R 0894: Verordnung (EU) 2017/894 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 117)

– 32017 R 1972: Verordnung (EU) 2017/1972 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 14)

– 32018 R 0221: Verordnung (EU) 2018/221 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 43 vom 16.2.2018, S. 6)

– 32018 R 0969: Verordnung (EU) 2018/969 der Kommission vom 9. Juli 2018 (ABl. L 174 vom 10.7.2018, S. 12)

– 32019 R 0319: Verordnung (EU) 2019/319 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 61 vom 28.2.2019, S. 1)

– 32019 R 1091: Verordnung (EU) 2019/1091 der Kommission vom 26. Juni 2019 (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 42)

– 32020 R 0772: Verordnung (EU) 2020/772 der Kommission vom 11. Juni 2020 (ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 43)

– 32020 R 1593: Verordnung (EU) 2020/1593 der Kommission vom 29. Oktober 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 13)

– 32021 R 1176: Verordnung (EU) 2021/1176 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 56)

– 32021 R 1372: Verordnung (EU) 2021/1372 der Kommission vom 17. August 2021 (ABl. L 295 vom 18.8.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 389 vom 11.11.2021, S. 51

– 32022 R 0175: Verordnung (EU) 2022/175 der Kommission vom 9. Februar 2022 (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 1)

– 32022 R 2246: Verordnung (EU) 2022/2246 der Kommission vom 15. November 2022 (ABl. L 295 vom 16.11.2022, S. 1)

2. 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 999/2001, (EG) Nr. 396/2005, (EG) Nr. 1069/2009, (EG) Nr. 1107/2009, (EU) Nr. 1151/2012, (EU) Nr. 652/2014, (EU) 2016/429 und (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 1/2005 und (EG) Nr. 1099/2009 des Rates sowie der Richtlinien 98/58/EG, 1999/74/EG, 2007/43/EG, 2008/119/EG und 2008/120/EG des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 89/608/EWG, 89/662/EWG, 90/425/EWG, 91/496/EEG, 96/23/EG, 96/93/EG und 97/78/EG des Rates und des Beschlusses 92/438/EWG des Rates (Verordnung über amtliche Kontrollen) (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 137 vom 24.5.2017, S. 40, geändert durch:

   – 32019 R 0478: Delegierte Verordnung (EU) 2019/478 der Kommission vom 14. Januar 2019 (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 4)

3. 32022 R 2292: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2292 der Kommission vom 6. September 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an den Eingang von Sendungen von der Lebensmittelgewinnung dienenden Tieren und bestimmten für den menschlichen Verzehr bestimmten Waren in die Union (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 1), berichtigt in ABl. L 316 vom 8.12.2022, S. 100

4. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

   – 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

   – 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

   – 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

5. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

6. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

7. 32007 D 0453: Entscheidung 2007/453/EG der Kommission vom 29. Juni 2007 zur Festlegung des BSE-Status von Mitgliedstaaten, Drittländern oder Gebieten davon nach ihrem BSE-Risiko (ABl. L 172 vom 30.6.2007, S. 84), geändert durch:

– 32008 D 0829: Entscheidung 2008/829/EG der Kommission vom 30. Oktober 2008 (ABl. L 294 vom 1.11.2008, S. 14)

– 32009 D 0830: Entscheidung 2009/830/EG der Kommission vom 11. November 2009 (ABl. L 295 vom 12.11.2009, S. 11)

– 32012 D 0111: Durchführungsbeschluss 2012/111/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 50 vom 23.2.2012, S. 49)

– 32012 D 0489: Durchführungsbeschluss 2012/489/EU der Kommission vom 24. August 2012 (ABl. L 231 vom 28.8.2012, S. 13)

– 32013 D 0429: Durchführungsbeschluss 2013/429/EU der Kommission vom 9. August 2013 (ABl. L 217 vom 13.8.2013, S. 37)

– 32014 D 0732: Durchführungsbeschluss 2014/732/EU der Kommission (ABl. L 302 vom 22.10.2014, S. 58)

– 32015 D 1356: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1356 der Kommission vom 4. August 2015 (ABl. L 209 vom 6.8.2015, S. 5)

– 32016 D 0600: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/600 der Kommission vom 15. April 2016 (ABl. L 103 vom 19.4.2016, S. 41)

– 32016 D 0701: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/701 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 121 vom 11.5.2016, S. 22)

– 32016 D 1100: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1100 der Kommission vom 5. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 47)

– 32017 D 1396: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1396 der Kommission vom 26. Juli 2017 (ABl. L 197 vom 28.7.2017, S. 9)

– 32019 D 0599: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/599 der Kommission vom 11. April 2019 (ABl. L 103 vom 12.4.2019, S. 31)

– 32019 D 1773: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1773 der Kommission vom 23. Oktober 2019 (ABl. L 270 vom 24.10.2019, S. 116)

– 32020 D 2212: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2212 der Kommission vom 22. Dezember 2020 (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 44)

– 32021 D 1321: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1321 der Kommission vom 6. August 2021 (ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 17)

– 32022 D 1377: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1377 der Kommission vom 4. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 51)

UNTERABSCHNITT 2

EQUIDEN

8. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

9. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

10. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 3

GEFLÜGEL, BRUTEIER, EINTAGSKÜKEN
UND SPEZIFIZIERT PATHOGENFREIE EIER

11. 32003 R 2160: Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 zur Bekämpfung von Salmonellen und bestimmten anderen durch Lebensmittel übertragbaren Zoonoseerregern (ABl. L 325 vom 12.12.2003, S. 1), geändert durch:

– 32007 R 1237: Verordnung (EG) Nr. 1237/2007 der Kommission vom 23. Oktober 2007 (ABl. L 280 vom 24.10.2007, S. 5)

– 32009 R 0213: Verordnung (EG) Nr. 213/2009 der Kommission vom 18. März 2009 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 5)

– 32011 R 1086: Verordnung (EU) Nr. 1086/2011 der Kommission vom 27. Oktober 2011 (ABl. L 281 vom 28.10.2011, S. 7)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32016 R 0429: Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1)

12. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

13. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

14. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

15. 32007 D 0843: Entscheidung 2007/843/EG der Kommission vom 11. Dezember 2007 über die Genehmigung von Programmen zur Bekämpfung von Salmonellen in *Gallus-gallus*-Zuchtherden in bestimmten Drittländern gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Entscheidung 2006/696/EG hinsichtlich bestimmter, die öffentliche Gesundheit betreffender Anforderungen bei der Einfuhr von Geflügel und Bruteiern (ABl. L 332 vom 18.12.2007, S. 81), geändert durch:

– 32011 D 0238: Beschluss 2011/238/EU der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 73)

UNTERABSCHNITT 4

AQUAKULTURTIERE – FISCHE

16. 32020 R 2236: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2236 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen von Wassertieren und von bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren und für deren Verbringungen innerhalb der Union sowie hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1251/2008 (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 410), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

17. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 5

EMBRYONEN VON RINDERN

18. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

19. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

UNTERABSCHNITT 6

SPERMA VON RINDERN

20. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

21. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 D 1980: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 272 vom 20.10.2022, S. 21)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

UNTERABSCHNITT 7

EIZELLEN UND EMBRYONEN VON SCHWEINEN

22. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

UNTERABSCHNITT 8

SPERMA VON SCHWEINEN

23. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

24. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

UNTERABSCHNITT 9

SPERMA, EIZELLEN UND EMBRYONEN VON PFERDEN

25. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

26. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022R1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

UNTERABSCHNITT 10

SPERMA, EIZELLEN UND EMBRYONEN VON SCHAFEN UND ZIEGEN

27. 32001 R 0999: Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (ABl. L 147 vom 31.5.2001, S. 1), geändert durch:

– 32001 R 1248: Verordnung (EG) Nr. 1248/2001 der Kommission vom 22. Juni 2001 (ABl. L 173 vom 27.6.2001, S. 12)

– 32001 R 1326: Verordnung (EG) Nr. 1326/2001 der Kommission vom 29. Juni 2001 (ABl. L 177 vom 30.6.2001, S. 60)

– 32002 R 0270: Verordnung (EG) Nr. 270/2002 der Kommission vom 14. Februar 2002 (ABl. L 45 vom 15.2.2002, S. 4)

– 32002 R 1494: Verordnung (EG) Nr. 1494/2002 der Kommission vom 21. August 2002 (ABl. L 225 vom 22.8.2002, S. 3)

– 12003T: Beitrittsakte von 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 432)

– 32003 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2003 der Kommission vom 12. Februar 2003 (ABl. L 37 vom 13.2.2003, S. 7)

– 32003 R 1053: Verordnung (EG) Nr. 1053/2003 der Kommission vom 19. Juni 2003 (ABl. L 152 vom 20.6.2003, S. 8)

– 32003 R 1128: Verordnung (EG) Nr. 1128/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 1)

– 32003 R 1139: Verordnung (EG) Nr. 1139/2003 der Kommission vom 27. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 22)

– 32003 R 1234: Verordnung (EG) Nr. 1234/2003 der Kommission vom 10. Juli 2003 (ABl. L 173 vom 11.7.2003, S. 6)

– 32003 R 1809: Verordnung (EG) Nr. 1809/2003 der Kommission vom 15. Oktober 2003 (ABl. L 265 vom 16.10.2003, S. 10)

– 32003 R 1915: Verordnung (EG) Nr. 1915/2003 der Kommission vom 30. Oktober 2003 (ABl. L 283 vom 31.10.2003, S. 29)

– 32003 R 2245: Verordnung (EG) Nr. 2245/2003 der Kommission vom 19. Dezember 2003 (ABl. L 333 vom 20.12.2003, S. 28)

– 32004 R 0876: Verordnung (EG) Nr. 876/2004 der Kommission vom 29. April 2004 (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 52)

– 32004 R 1471: Verordnung (EG) Nr. 1471/2004 der Kommission vom 18. August 2004 (ABl. L 271 vom 19.8.2004, S. 24)

– 32004 R 1492: Verordnung (EG) Nr. 1492/2004 der Kommission vom 23. August 2004 (ABl. L 274 vom 24.8.2004, S. 3)

– 32004 R 1993: Verordnung (EG) Nr. 1993/2004 der Kommission vom 19. November 2004 (ABl. L 344 vom 20.11.2004, S. 12)

– 32005 R 0036: Verordnung (EG) Nr. 36/2005 der Kommission vom 12. Januar 2005 (ABl. L 10 vom 13.1.2005, S. 9)

– 32005 R 0214: Verordnung (EG) Nr. 214/2005 der Kommission vom 9. Februar 2005 (ABl. L 37 vom 10.2.2005, S. 9)

– 32005 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2005 der Kommission vom 16. Februar 2005 (ABl. L 46 vom 17.2.2005, S. 31)

– 32005 R 0932: Verordnung (EG) Nr. 932/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2005 (ABl. L 163 vom 23.6.2005, S. 1)

– 32005 R 1292: Verordnung (EG) Nr. 1292/2005 der Kommission vom 5. August 2005 (ABl. L 205 vom 6.8.2005, S. 3)

– 32005 R 1974: Verordnung (EG) Nr. 1974/2005 der Kommission vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 317 vom 3.12.2005, S. 4)

– 32006 R 0253: Verordnung (EG) Nr. 253/2006 der Kommission vom 14. Februar 2006 (ABl. L 44 vom 15.2.2006, S. 9)

– 32006 R 0339: Verordnung (EG) Nr. 339/2006 der Kommission vom 24. Februar 2006 (ABl. L 55 vom 25.2.2006, S. 5)

– 32006 R 0657: Verordnung (EG) Nr. 657/2006 der Kommission vom 10. April 2006 (ABl. L 116 vom 29.4.2006, S. 9)

– 32006 R 0688: Verordnung (EG) Nr. 688/2006 der Kommission vom 4. Mai 2006 (ABl. L 120 vom 5.5.2006, S. 10)

– 32006 R 1041: Verordnung (EG) Nr. 1041/2006 der Kommission vom 7. Juli 2006 (ABl. L 187 vom 8.7.2006, S. 10)

– 32006 R 1923: Verordnung (EG) Nr. 1923/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 1)

– 32007 R 0722: Verordnung (EG) Nr. 722/2007 der Kommission vom 25. Juni 2007 (ABl. L 164 vom 26.6.2007, S. 7)

– 32007 R 0727: Verordnung (EG) Nr. 727/2007 der Kommission vom 26. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 8)

– 32007 R 1275: Verordnung (EG) Nr. 1275/2007 der Kommission vom 29. Oktober 2007 (ABl. L 284 vom 30.10.2007, S. 8)

– 32007 R 1428: Verordnung (EG) Nr. 1428/2007 der Kommission vom 4. Dezember 2007 (ABl. L 317 vom 5.12.2007, S. 61)

– 32008 R 0021: Verordnung (EG) Nr. 21/2008 der Kommission vom 11. Januar 2008 (ABl. L 9 vom 12.1.2008, S. 3)

– 32008 R 0315: Verordnung (EG) Nr. 315/2008 der Kommission vom 4. April 2008 (ABl. L 94 vom 5.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0357: Verordnung (EG) Nr. 357/2008 der Kommission vom 22. April 2008 (ABl. L 111 vom 23.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0553: Verordnung (EG) Nr. 553/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 158 vom 18.6.2008, S. 5), berichtigt in: ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 49

– 32008 R 0571: Verordnung (EG) Nr. 571/2008 der Kommission vom 19. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 4)

– 32008 R 0746: Verordnung (EG) Nr. 746/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 202 vom 31.7.2008, S. 11)

– 32008 R 0956: Verordnung (EG) Nr. 956/2008 der Kommission vom 29. September 2008 (ABl. L 260 vom 30.9.2008, S. 8)

– 32009 R 0103: Verordnung (EG) Nr. 103/2009 der Kommission vom 3. Februar 2009 (ABl. L 34 vom 4.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0162: Verordnung (EG) Nr. 162/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0163: Verordnung (EG) Nr. 163/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 17)

– 32009 R 0220: Verordnung (EG) Nr. 220/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 155)

– 32011 R 0189: Verordnung (EU) Nr. 189/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 (ABl. L 53 vom 26.2.2011, S. 56)

– 32012 R 1064: Verordnung (EU) Nr. 1064/2012 der Kommission vom 13. November 2012 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 13)

– 32013 R 0056: Verordnung (EU) Nr. 56/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 3)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0630: Verordnung (EU) Nr. 630/2013 der Kommission vom 28. Juni 2013 (ABl. L 179 vom 29.6.2013, S. 60)

– 32014 R 1148: Verordnung (EU) Nr. 1148/2014 der Kommission vom 28. Oktober 2014 (ABl. L 308 vom 29.10.2014, S. 66)

– 32015 R 0728: Verordnung (EU) 2015/728 der Kommission vom 6. Mai 2015 (ABl. L 116 vom 7.5.2015, S. 1)

– 32015 R 1162: Verordnung (EU) 2015/1162 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 3)

– 32016 R 0027: Verordnung (EU) 2016/27 der Kommission vom 13. Januar 2016 (ABl. L 9 vom 14.1.2016, S. 4)

– 32016 R 1396: Verordnung (EU) 2016/1396 der Kommission vom 18. August 2016 (ABl. L 225 vom 19.8.2016, S. 76)

– 32017 R 0110: Verordnung (EU) 2017/110 der Kommission vom 23. Januar 2017 (ABl. L 18 vom 24.1.2017, S. 42)

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) 2017/736 der Kommission vom 26. April 2017 (ABl. L 110 vom 27.4.2017, S. 2)

– 32017 R 0893: Verordnung (EU) 2017/893 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 92)

– 32017 R 0894: Verordnung (EU) 2017/894 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 117)

– 32017 R 1972: Verordnung (EU) 2017/1972 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 14)

– 32018 R 0221: Verordnung (EU) 2018/221 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 43 vom 16.2.2018, S. 6)

– 32018 R 0969: Verordnung (EU) 2018/969 der Kommission vom 9. Juli 2018 (ABl. L 174 vom 10.7.2018, S. 12)

– 32019 R 0319: Verordnung (EU) 2019/319 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 61 vom 28.2.2019, S. 1)

– 32019 R 1091: Verordnung (EU) 2019/1091 der Kommission vom 26. Juni 2019 (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 42)

– 32020 R 0772: Verordnung (EU) 2020/772 der Kommission vom 11. Juni 2020 (ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 43)

– 32020 R 1593: Verordnung (EU) 2020/1593 der Kommission vom 29. Oktober 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 13)

– 32021 R 1176: Verordnung (EU) 2021/1176 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 56)

– 32021 R 1372: Verordnung (EU) 2021/1372 der Kommission vom 17. August 2021 (ABl. L 295 vom 18.8.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 51

– 32022 R 0175: Verordnung (EU) 2022/175 der Kommission vom 9. Februar 2022 (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 1)

– 32022 R 2246: Verordnung (EU) 2022/2246 der Kommission vom 15. November 2022 (ABl. L 295 vom 16.11.2022, S. 1)

28. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

29. 32007 D 0453: Entscheidung 2007/453/EG der Kommission vom 29. Juni 2007 zur Festlegung des BSE-Status von Mitgliedstaaten, Drittländern oder Gebieten davon nach ihrem BSE-Risiko (ABl. L 172 vom 30.6.2007, S. 84), geändert durch:

– 32008 D 0829: Entscheidung 2008/829/EG der Kommission vom 30. Oktober 2008 (ABl. L 294 vom 1.11.2008, S. 14)

– 32009 D 0830: Entscheidung 2009/830/EG der Kommission vom 11. November 2009 (ABl. L 295 vom 12.11.2009, S. 11)

– 32012 D 0111: Durchführungsbeschluss 2012/111/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 50 vom 23.2.2012, S. 49)

– 32012 D 0489: Durchführungsbeschluss 2012/489/EU der Kommission vom 24. August 2012 (ABl. L 231 vom 28.8.2012, S. 13)

– 32013 D 0429: Durchführungsbeschluss 2013/429/EU der Kommission vom 9. August 2013 (ABl. L 217 vom 13.8.2013, S. 37)

– 32014 D 0732: Durchführungsbeschluss 2014/732/EU der Kommission vom 20. Oktober 2014 (ABl. L 302 vom 22.10.2014, S. 58)

– 32015 D 1356: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1356 der Kommission vom 4. August 2015 (ABl. L 209 vom 6.8.2015, S. 5)

– 32016 D 0600: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/600 der Kommission vom 15. April 2016 (ABl. L 103 vom 19.4.2016, S. 41)

– 32016 D 0701: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/701 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 121 vom 11.5.2016, S. 22)

– 32016 D 1100: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1100 der Kommission vom 5. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 47)

– 32017 D 1396: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1396 der Kommission vom 26. Juli 2017 (ABl. L 197 vom 28.7.2017, S. 9)

– 32019 D 0599: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/599 der Kommission vom 11. April 2019 (ABl. L 103 vom 12.4.2019, S. 31)

– 32019 D 1773: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1773 der Kommission vom 23. Oktober 2019 (ABl. L 270 vom 24.10.2019, S. 116)

– 32020 D 2212: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2212 der Kommission vom 22. Dezember 2020 (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 44)

– 32021 D 1321: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1321 der Kommission vom 6. August 2021 (ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 17)

– 32022 D 1377: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1377 der Kommission vom 4. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 51)

UNTERABSCHNITT 11

ANDERE TIERE SOWIE DEREN SPERMA, EIZELLEN UND EMBRYONEN

30. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854 Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

31. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

32. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

33. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

34. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

ABSCHNITT B

TIERISCHE ERZEUGNISSE FÜR DEN MENSCHLICHEN VERZEHR

35. 32004 L 0041: Richtlinie 2004/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Aufhebung bestimmter Richtlinien über Lebensmittelhygiene und Hygienevorschriften für die Herstellung und das Inverkehrbringen von bestimmten, zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs sowie zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG und 92/118/EWG des Rates und der Entscheidung 95/408/EG des Rates (ABl. L 157 vom 30.4.2004, S. 33), berichtigt in ABl. L 195 vom 2.6.2004, S. 12

UNTERABSCHNITT 1

FLEISCH VON HUFTIEREN
(HAUSRINDER, HAUSSCHWEINE, HAUSSCHAFE UND HAUSZIEGEN,
HAUSEQUIDEN, GATTERWILD,
NICHT DOMESTIZIERTE SUIDAE, NICHT DOMESTIZIERTE WILDEINHUFER,
NICHT DOMESTIZIERTES FARMWILD, AUSGENOMMEN SCHWEINE UND EINHUFER,
NICHT DOMESTIZIERTES FREILEBENDES WILD, AUSGENOMMEN SCHWEINE UND EINHUFER)

36. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

37. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

38. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

39. 32001 R 0999: Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (ABl. L 147 vom 31.5.2001, S. 1), geändert durch:

– 32001 R 1248: Verordnung (EG) Nr. 1248/2001 der Kommission vom 22. Juni 2001 (ABl. L 173 vom 27.6.2001, S. 12)

– 32001 R 1326: Verordnung (EG) Nr. 1326/2001 der Kommission vom 29. Juni 2001 (ABl. L 177 vom 30.6.2001, S. 60)

– 32002 R 0270: Verordnung (EG) Nr. 270/2002 der Kommission vom 14. Februar 2002 (ABl. L 45 vom 15.2.2002, S. 4)

– 32002 R 1494: Verordnung (EG) Nr. 1494/2002 der Kommission vom 21. August 2002 (ABl. L 225 vom 22.8.2002, S. 3)

– 12003T: Beitrittsakte von 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 432)

– 32003 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2003 der Kommission vom 12. Februar 2003 (ABl. L 37 vom 13.2.2003, S. 7)

– 32003 R 1053: Verordnung (EG) Nr. 1053/2003 der Kommission vom 19. Juni 2003 (ABl. L 152 vom 20.6.2003, S. 8)

– 32003 R 1128: Verordnung (EG) Nr. 1128/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 1)

– 32003 R 1139: Verordnung (EG) Nr. 1139/2003 der Kommission vom 27. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 22)

– 32003 R 1234: Verordnung (EG) Nr. 1234/2003 der Kommission vom 10. Juli 2003 (ABl. L 173 vom 11.7.2003, S. 6)

– 32003 R 1809: Verordnung (EG) Nr. 1809/2003 der Kommission vom 15. Oktober 2003 (ABl. L 265 vom 16.10.2003, S. 10)

– 32003 R 1915: Verordnung (EG) Nr. 1915/2003 der Kommission vom 30. Oktober 2003 (ABl. L 283 vom 31.10.2003, S. 29)

– 32003 R 2245: Verordnung (EG) Nr. 2245/2003 der Kommission vom 19. Dezember 2003 (ABl. L 333 vom 20.12.2003, S. 28)

– 32004 R 0876: Verordnung (EG) Nr. 876/2004 der Kommission vom 29. April 2004 (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 52)

– 32004 R 1471: Verordnung (EG) Nr. 1471/2004 der Kommission vom 18. August 2004 (ABl. L 271 vom 19.8.2004, S. 24)

– 32004 R 1492: Verordnung (EG) Nr. 1492/2004 der Kommission vom 23. August 2004 (ABl. L 274 vom 24.8.2004, S. 3)

– 32004 R 1993: Verordnung (EG) Nr. 1993/2004 der Kommission vom 19. November 2004 (ABl. L 344 vom 20.11.2004, S. 12)

– 32005 R 0036: Verordnung (EG) Nr. 36/2005 der Kommission vom 12. Januar 2005 (ABl. L 10 vom 13.1.2005, S. 9)

– 32005 R 0214: Verordnung (EG) Nr. 214/2005 der Kommission vom 9. Februar 2005 (ABl. L 37 vom 10.2.2005, S. 9)

– 32005 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2005 der Kommission vom 16. Februar 2005 (ABl. L 46 vom 17.2.2005, S. 31)

– 32005 R 0932: Verordnung (EG) Nr. 932/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2005 (ABl. L 163 vom 23.6.2005, S. 1)

– 32005 R 1292: Verordnung (EG) Nr. 1292/2005 der Kommission vom 5. August 2005 (ABl. L 205 vom 6.8.2005, S. 3)

– 32005 R 1974: Verordnung (EG) Nr. 1974/2005 der Kommission vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 317 vom 3.12.2005, S. 4)

– 32006 R 0253: Verordnung (EG) Nr. 253/2006 der Kommission vom 14. Februar 2006 (ABl. L 44 vom 15.2.2006, S. 9)

– 32006 R 0339: Verordnung (EG) Nr. 339/2006 der Kommission vom 24. Februar 2006 (ABl. L 55 vom 25.2.2006, S. 5)

– 32006 R 0657: Verordnung (EG) Nr. 657/2006 der Kommission vom 10. April 2006 (ABl. L 116 vom 29.4.2006, S. 9)

– 32006 R 0688: Verordnung (EG) Nr. 688/2006 der Kommission vom 4. Mai 2006 (ABl. L 120 vom 5.5.2006, S. 10)

– 32006 R 1041: Verordnung (EG) Nr. 1041/2006 der Kommission vom 7. Juli 2006 (ABl. L 187 vom 8.7.2006, S. 10)

– 32006 R 1923: Verordnung (EG) Nr. 1923/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 1)

– 32007 R 0722: Verordnung (EG) Nr. 722/2007 der Kommission vom 25. Juni 2007 (ABl. L 164 vom 26.6.2007, S. 7)

– 32007 R 0727: Verordnung (EG) Nr. 727/2007 der Kommission vom 26. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 8)

– 32007 R 1275: Verordnung (EG) Nr. 1275/2007 der Kommission vom 29. Oktober 2007 (ABl. L 284 vom 30.10.2007, S. 8)

– 32007 R 1428: Verordnung (EG) Nr. 1428/2007 der Kommission vom 4. Dezember 2007 (ABl. L 317 vom 5.12.2007, S. 61)

– 32008 R 0021: Verordnung (EG) Nr. 21/2008 der Kommission vom 11. Januar 2008 (ABl. L 9 vom 12.1.2008, S. 3)

– 32008 R 0315 Verordnung (EG) Nr. 315/2008 der Kommission vom 4. April 2008 (ABl. L 94 vom 5.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0357: Verordnung (EG) Nr. 357/2008 der Kommission vom 22. April 2008 (ABl. L 111 vom 23.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0553: Verordnung (EG) Nr. 553/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008, berichtigt in ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 49

– 32008 R 0571: Verordnung (EG) Nr. 571/2008 der Kommission vom 19. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 4)

– 32008 R 0746: Verordnung (EG) Nr. 746/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 202 vom 31.7.2008, S. 11)

– 32008 R 0956: Verordnung (EG) Nr. 956/2008 der Kommission vom 29. September 2008 (ABl. L 260 vom 30.9.2008, S. 8)

– 32009 R 0103: Verordnung (EG) Nr. 103/2009 der Kommission vom 3. Februar 2009 (ABl. L 34 vom 4.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0162: Verordnung (EG) Nr. 162/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0163: Verordnung (EG) Nr. 163/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 17)

– 32009 R 0220: Verordnung (EG) Nr. 220/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 155)

– 32011 R 0189: Verordnung (EU) Nr. 189/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 (ABl. L 53 vom 26.2.2011, S. 56)

– 32012 R 1064: Verordnung (EU) Nr. 1064/2012 der Kommission vom 13. November 2012 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 13)

– 32013 R 0056: Verordnung (EU) Nr. 56/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 3)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0630: Verordnung (EU) Nr. 630/2013 der Kommission vom 28. Juni 2013 (ABl. L 179 vom 29.6.2013, S. 60)

– 32014 R 1148: Verordnung (EU) Nr. 1148/2014 der Kommission vom 28. Oktober 2014 (ABl. L 308 vom 29.10.2014, S. 66)

– 32015 R 0728: Verordnung (EU) 2015/728 der Kommission vom 6. Mai 2015 (ABl. L 116 vom 7.5.2015, S. 1)

– 32015 R 1162: Verordnung (EU) 2015/1162 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 3)

– 32016 R 0027: Verordnung (EU) 2016/27 der Kommission vom 13. Januar 2016 (ABl. L 9 vom 14.1.2016, S. 4)

– 32016 R 1396: Verordnung (EU) 2016/1396 der Kommission vom 18. August 2016 (ABl. L 225 vom 19.8.2016, S. 76)

– 32017 R 0110: Verordnung (EU) 2017/110 der Kommission vom 23. Januar 2017 (ABl. L 18 vom 24.1.2017, S. 42)

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) 2017/736 der Kommission vom 26. April 2017 (ABl. L 110 vom 27.4.2017, S. 2)

– 32017 R 0893: Verordnung (EU) 2017/893 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 92)

– 32017 R 0894: Verordnung (EU) 2017/894 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 117)

– 32017 R 1972: Verordnung (EU) 2017/1972 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 14)

– 32018 R 0221: Verordnung (EU) 2018/221 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 43 vom 16.2.2018, S. 6)

– 32018 R 0969: Verordnung (EU) 2018/969 der Kommission vom 9. Juli 2018 (ABl. L 174 vom 10.7.2018, S. 12)

– 32019 R 0319: Verordnung (EU) 2019/319 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 61 vom 28.2.2019, S. 1)

– 32019 R 1091: Verordnung (EU) 2019/1091 der Kommission vom 26. Juni 2019 (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 42)

– 32020 R 1593: Verordnung (EU) 2020/1593 der Kommission vom 29. Oktober 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 13)

– 32021 R 1176: Verordnung (EU) 2021/1176 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 56)

– 32021 R 1372: Verordnung (EU) 2021/1372 der Kommission vom 17. August 2021 (ABl. L 295 vom 18.8.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 51

– 32022 R 0175: Verordnung (EU) 2022/175 der Kommission vom 9. Februar 2022 (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 1)

– 32022 R 2246: Verordnung (EU) 2022/2246 der Kommission vom 15. November 2022 (ABl. L 295 vom 16.11.2022, S. 1)

UNTERABSCHNITT 2

GEFLÜGELFLEISCH, HACKFLEISCH/FASCHIERTES UND SEPARATORENFLEISCH VON GEFLÜGEL, EINSCHLIESSLICH LAUFVÖGELN UND WILDGEFLÜGEL

40. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

41. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 3

KANINCHENFLEISCH UND ANDERES FLEISCH VON FREI LEBENDEM UND FARMWILD
ABGESEHEN VOM OBEN GENANNTEN

42. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

43. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

44. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 4

FLEISCHERZEUGNISSE (BEHANDELTE MÄGEN, BLASEN UND DÄRME)

45. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705 Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

46. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 5

HACKFLEISCH/FASCHIERTES (AUSGENOMMEN HACKFLEISCH/FASCHIERTES AUS GEFLÜGEL)
UND FLEISCHZUBEREITUNG

47. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

48. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 6

MILCH UND MILCHERZEUGNISSE

49. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

50. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

51. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 7

FISCHEREI- UND AQUAKULTURERZEUGNISSE
(MENSCHLICHER VERZEHR)

52. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

53. 32005 R 2074: Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften für bestimmte unter die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates fallende Erzeugnisse und für die in den Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen amtlichen Kontrollen, zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 27), geändert durch:

– 32006 R 1664: Verordnung (EG) Nr. 1664/2006 der Kommission vom 6. November 2006 (ABl. L 320 vom 18.11.2006, S. 13)

– 32007 R 1244: Verordnung (EG) Nr. 1244/2007 der Kommission vom 24. Oktober 2007 (ABl. L 281 vom 25.10.2007, S. 12)

– 32008 R 1022: Verordnung (EG) Nr. 1022/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 18)

– 32008 R 1250: Verordnung (EG) Nr. 1250/2008 der Kommission vom 12. Dezember 2008 (ABl. L 337 vom 16.12.2008, S. 31)

– 32011 R 0015: Verordnung (EU) Nr. 15/2011 der Kommission vom 10. Januar 2011 (ABl. L 6 vom 11.1.2011, S. 3)

– 32011 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 1)

– 32012 R 1012: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1012/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 1), berichtigt in: ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 11

– 32014 R 0218: Verordnung (EU) Nr. 218/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 95)

– 32015 R 2285: Verordnung (EU) 2015/2285 der Kommission vom 8. Dezember 2015 (ABl. L 323 vom 9.12.2015, S. 2)

– 32017 R 1973: Verordnung (EU) 2017/1973 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 21)

– 32017 R 1980: Verordnung (EU) 2017/1980 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 8)

– 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in: ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183

– 32019 R 1139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1139 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 12)

54. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

55. 32005 R 2074: Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften für bestimmte unter die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates fallende Erzeugnisse und für die in den Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen amtlichen Kontrollen, zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 27), geändert durch:

– 32006 R 1664: Verordnung (EG) Nr. 1664/2006 der Kommission vom 6. November 2006 (ABl. L 320 vom 18.11.2006, S. 13)

– 32007 R 1244: Verordnung (EG) Nr. 1244/2007 der Kommission vom 24. Oktober 2007 (ABl. L 281 vom 25.10.2007, S. 12)

– 32008 R 1022: Verordnung (EG) Nr. 1022/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 18)

– 32008 R 1250: Verordnung (EG) Nr. 1250/2008 der Kommission vom 12. Dezember 2008 (ABl. L 337 vom 16.12.2008, S. 31)

– 32011 R 0015: Verordnung (EU) Nr. 15/2011 der Kommission vom 10. Januar 2011 (ABl. L 6 vom 11.1.2011, S. 3)

– 32011 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 1)

– 32012 R 1012: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1012/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 11

– 32014 R 0218: Verordnung (EU) Nr. 218/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 95)

– 32015 R 2285: Verordnung (EU) 2015/2285 der Kommission vom 8. Dezember 2015 (ABl. L 323 vom 9.12.2015, S. 2)

– 32017 R 1973: Verordnung (EU) 2017/1973 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 21)

– 32017 R 1980: Verordnung (EU) 2017/1980 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 8)

– 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183

– 32019 R 1139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1139 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 12)

56. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

57. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 8

EIER UND EIPRODUKTE

58. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

59. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist, berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 9

SONSTIGE ERZEUGNISSE FÜR DEN MENSCHLICHEN VERZEHR

60. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

61. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

ABSCHNITT C

(NICHT ZUM VERZEHR BESTIMMTE) TIERISCHE NEBENPRODUKTE

62. 32009 R 1069: Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 1), geändert durch:

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

63. 32011 R 0142: Verordnung (EU) Nr. 142/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte sowie zur Durchführung der Richtlinie 97/78/EG des Rates hinsichtlich bestimmter gemäß der genannten Richtlinie von Veterinärkontrollen an der Grenze befreiter Proben und Waren (ABl. L 54 vom 26.2.2011, S. 1), geändert durch:

– 32011 R 0749: Verordnung (EU) Nr. 749/2011 der Kommission vom 29. Juli 2011 (ABl. L 198 vom 30.7.2011, S. 3)

– 32012 R 1063: Verordnung (EU) Nr. 1063/2012 der Kommission vom 13. November 2012 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 5)

– 32012 R 1097: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1097/2012 der Kommission vom 23. November 2012 (ABl. L 326 vom 24.11.2012, S. 3)

– 32013 R 0294: Verordnung (EU) Nr. 294/2013 der Kommission vom 14. März 2013 (ABl. L 98 vom 6.4.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 226 vom 24.8.2013, S. 44

– 32013 R 0555: Verordnung (EU) Nr. 555/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 (ABl. L 164 vom 18.6.2013, S. 11)

– 32013 R 0717: Verordnung (EU) Nr. 717/2013 der Kommission vom 25. Juli 2013 (ABl. L 201 vom 26.7.2013, S. 31)

– 32014 R 0592: Verordnung (EU) Nr. 592/2014 der Kommission vom 3. Juni 2014 (ABl. L 165 vom 4.6.2014, S. 33)

– 32015 R 0009: Verordnung (EU) 2015/9 der Kommission vom 6. Januar 2015 (ABl. L 3 vom 7.1.2015, S. 10)

– 32017 R 0172: Verordnung (EU) 2017/172 der Kommission vom 1. Februar 2017 (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 1)

– 32017 R 0786: Verordnung (EU) 2017/786 der Kommission vom 8. Mai 2017 (ABl. L 119 vom 9.5.2017, S. 1)

– 32017 R 0893: Verordnung (EU) 2017/893 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 92)

– 32017 R 1261: Verordnung (EU) 2017/1261 der Kommission vom 12. Juli 2017 (ABl. L 182 vom 13.7.2017, S. 31)

– 32017 R 1262: Verordnung (EU) 2017/1262 der Kommission vom 12. Juli 2017 (ABl. L 182 vom 13.7.2017, S. 34)

– 32019 R 1084: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1084 der Kommission vom 25. Juni 2019 (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 100)

– 32019 R 1177: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1177 der Kommission vom 10. Juli 2019 (ABl. L 185 vom 11.7.2019, S. 26)

– 32019 R 2122: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2122 der Kommission vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 45)

– 32019 R 2124: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2124 der Kommission vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 73)

– 32020 R 0207: Durchführungsverordnung (EU) 2020/207 der Kommission vom 14. Februar 2020 (ABl. L 43 vom 17.2.2020, S. 69)

– 32020 R 0735: Verordnung (EU) 2020/735 der Kommission vom 2. Juni 2020 (ABl. L 172 vom 3.6.2020, S. 3)

– 32020 R 0757: Verordnung (EU) 2020/757 der Kommission vom 8. Juni 2020 (ABl. L 179 vom 9.6.2020, S. 5)

– 32020 R 0762: Verordnung (EU) 2020/762 der Kommission vom 9. Juni 2020 (ABl. L 182 vom 10.6.2020, S. 3)

– 32020 R 0797: Verordnung (EU) 2020/797 der Kommission vom 17. Juni 2020 (ABl. L 194 vom 18.6.2020, S. 1)

– 32020 R 1720: Verordnung (EU) 2020/1720 der Kommission vom 17. November 2020 (ABl. L 386 vom 18.11.2020, S. 6)

– 32021 R 0899: Verordnung (EU) 2021/899 der Kommission vom 3. Juni 2021 (ABl. L 197 vom 4.6.2021, S. 68)

– 32021 R 1699: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1699 der Kommission vom 22. September 2021 (ABl. L 336 vom 23.9.2021, S. 42)

– 32021 R 1891: Verordnung (EU) 2021/1891 der Kommission vom 26. Oktober 2021 (ABl. L 384 vom 29.10.2021, S. 84)

– 32021 R 2089: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2089 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 149)

64. 32022 R 2292: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2292 der Kommission vom 6. September 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an den Eingang von Sendungen von der Lebensmittelgewinnung dienenden Tieren und bestimmten für den menschlichen Verzehr bestimmten Waren in die Union (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 1), berichtigt in ABl. L 316 vom 8.12.2022, S. 100

ABSCHNITT D

LISTE DER BETRIEBE FÜR TIERISCHE ERZEUGNISSE FÜR DEN MENSCHLICHEN VERZEHR

65. Die Listen der Lebensmittel erzeugenden Betriebe für Nicht-EU-Länder werden von zugelassenen (gelisteten) Nicht-EU-Ländern vorgeschlagen und von der Kommission gemäß den Anforderungen des Artikels 127 der Verordnung (EU) 2017/625, ergänzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2022/2292 der Kommission, geführt.

ABSCHNITT E

LISTE DER BETRIEBE FÜR NICHT FÜR DEN MENSCHLICHEN VERZEHR BESTIMMTE TIERISCHE NEBENPRODUKTE

Listen von Betrieben für tierische Nebenprodukte werden gemäß Artikel 30 der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 geführt.

ABSCHNITT F

LISTE DER BETRIEBE FÜR ZUCHTMATERIAL

Betriebe für Zuchtmaterial (Sperma, Eizellen und Embryonen) werden gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 und der Verordnung (EU) 2020/686 festgelegt.

KAPITEL 9

VÖLKERRECHTLICHE ÜBEREINKÜNFTE DER UNION

ABSCHNITT A

EWR-ABKOMMEN

1. 31994 D 0001: Beschluss des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluss des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten sowie der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen, dem Königreich Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 1)

2. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Schlussakte - Gemeinsame Erklärungen der Vertragsparteien - Erklärung der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten - Übereinkommen - Vereinbarte Niederschrift - Erklärungen einzelner oder mehrerer Vertragspartner des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3)

3. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Anhang I - Veterinärwesen und Pflanzenschutz - Liste nach Artikel 17 (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 220), (nach Annahme einer kodifizierten Fassung), geändert durch:

   – 21999 D 0624(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/98 vom 17. Juli 1998 (ABl. L 158 vom 24.6.1999, S. 1)

– 22000 D 1123(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/1999 vom 25. Juni 1999 (ABl. L 296 vom 23.11.2000, S. 1)

– 22001 D 0118(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 126/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 1)

– 22001 D 0118(02): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 127/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 3)

– 22001 D 0118(03): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 128/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 6)

– 22001 D 0118(04): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 129/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 8)

– 22001 D 0118(05): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 130/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 10)

– 22001 D 0118(06): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 131/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 12)

– 22001 D 0118(07): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 132/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 14)

– 22001 D 0118(08): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 133/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 16)

– 22001 D 0118(09): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 134/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 1)

– 22001 D 0118(10): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 135/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 20)

– 22001 D 0118(11): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 136/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 22)

– 22001 D 0118(12): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 24)

– 22001 D 0118(13): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 138/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 26)

– 22001 D 0118(14): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 28)

– 22001 D 0118(15): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 30)

– 22001 D 0118(16): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 32)

– 22001 D 0118(17): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 142/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 34)

– 21999 D 0154: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 154/1999 vom 26. November 1999 (ABl. L 61 vom 1.3.2001, S. 1)

– 21999 D 0155: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 155/1999 vom 26. November 1999 (ABl. L 61 vom 1.3.2001, S. 3)

– 21999 D 0189: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 189/1999 vom 18. Dezember 1999 (ABl. L 74 vom 15.3.2001, S. 24)

– 22001 D 0025: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 25/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 1)

– 22001 D 0026: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 26/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 4)

– 22001 D 0027: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 27/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 6)

– 22001 D 0028: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 28/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 8)

– 22001 D 0029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 29/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 10)

– 22001 D 0030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 30/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 13)

– 22001 D 0031: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 31/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 15)

– 22001 D 0032: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 32/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 17)

– 22001 D 0033: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 33/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 19)

– 22001 D 0034: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 34/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 22)

– 22001 D 0035: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 35/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 26)

– 22001 D 0036: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 36/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 28)

– 22001 D 0037: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 37/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 30)

– 22001 D 0038: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 38/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 35)

– 22001 D 0039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 40)

– 22001 D 0040: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 43)

– 22001 D 0041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 41/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 47)

– 22001 D 0042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 51)

– 22001 D 0054: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 54/2001 vom 18. Mai 2001 (ABl. L 165 vom 21.6.2001, S. 58)

– 22001 D 0089: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 89/2001 vom 13. Juli 2001 (ABl. L 251 vom 20.9.2001, S. 13)

– 22001 D 0101: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 101/2001 vom 28. September 2001 (ABl. L 322 vom 6.12.2001, S. 1)

– 22001 D 0102: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 102/2001 vom 26. Oktober 2001 (ABl. L 322 vom 6.12.2001, S. 6)

– 22001 D 0124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 124/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 1)

– 22001 D 0125: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 125/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 3)

– 22001 D 0126: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 126/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 5)

– 22001 D 0127: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 127/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 7)

– 22001 D 0128: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 128/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 9)

– 22001 D 0129: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 129/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 11)

– 22001 D 0130: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 130/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 13)

– 22001 D 0131: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 131/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 15)

– 22001 D 0141: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 1)

– 22001 D 0142: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 142/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 3)

– 22001 D 0143: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 143/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 6)

– 22001 D 0144: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 144/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 8)

– 22001 D 0145: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 145/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 10)

– 22001 D 0146: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 146/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 12)

– 22001 D 0147: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 147/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 14)

– 22001 D 0148: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 148/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 17)

– 22001 D 0149: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 149/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 20)

– 22002 D 0069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 1)

– 22002 D 0070: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 70/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 3)

– 22002 D 0266: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 71/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 5)

– 22002 D 0072: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 72/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 7)

– 22002 D 0073: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 73/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 9)

– 22002 D 0074: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 74/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 12)

– 22002 D 0075: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 75/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 14)

– 22002 D 0076: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 17)

– 22002 D 0077: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 20)

– 22002 D 0078: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 22)

– 22002 D 0096: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 96/2002 vom 12. Juli 2002 (ABl. L 298 vom 31.10.2002, S. 1)

– 22002 D 0112: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 1)

– 22002 D 0113: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 113/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 3)

– 22002 D 0114: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 5)

– 22002 D 0115: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 6)

– 22002 D 0116: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 116/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 8)

– 22002 D 0117: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 117/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 9)

– 22002 D 0118: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 118/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 11)

– 22002 D 0119: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 119/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 13)

– 22002 D 0120: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 120/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 15)

– 22002 D 0156: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 156/2002 vom 6. Dezember 2002 (ABl. L 38 vom 13.2.2003, S. 1)

– 22002 D 0157: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 157/2002 vom 6. Dezember 2002 (ABl. L 38 vom 13.2.2003, S. 3)

– 22003 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2003 vom 31. Januar 2003 (ABl. L 94 vom 10.4.2003, S. 43)

– 22003 D 0021: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 21/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 1)

– 22003 D 0022: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 22/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 3)

– 22003 D 0023: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 23/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 5)

– 22003 D 024: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 24/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 9)

– 22003 D 0025: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 25/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 11)

– 22003 D 0026: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 26/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 14)

– 22003 D 0027: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 27/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 17)

– 22003 D 0028: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 28/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 19)

– 22003 D 0029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 29/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 21)

– 22003 D 0030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 30/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 25)

– 22003 D 0031: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 31/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 30)

– 22003 D 0065: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 65/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 1)

– 22003 D 0066: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 66/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 4)

– 22003 D 0067: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 67/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 8)

– 22003 D 0100: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 100/2003 vom 26. September 2003 (ABl. L 331 vom 18.12.2003, S. 3)

– 22003 D 0101: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 101/2003 vom 26. September 2003 (ABl. L 331 vom 18.12.2003, S. 6)

– 22003 D 0102: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 102/2003 vom 26. September 2003 (ABl. L 331 vom 18.12.2003, S. 8)

– 22003 D 0099: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 99/2003 vom 26. September 2003 (ABl. L 331 vom 18.12.2003, S. 1)

– 22003 D 0137: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2003 vom 7. November 2003 (ABl. L 41 vom 12.2.2004, S. 1)

– 22003 D 0138: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 138/2003 vom 7. November 2003 (ABl. L 41 vom 12.2.2004, S. 4)

– 22003 D 0139: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2003 vom 7. November 2003 (ABl. L 41 vom 12.2.2004, S. 7)

– 22003 D 0140: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2003 vom 7. November 2003 (ABl. L 41 vom 12.2.2004, S. 9)

– 22003 D 0166: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 166/2003 vom 5. Dezember 2003 (ABl. L 88 vom 25.3.2004, S. 32)

– 22004 D 0277: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 68/2004 vom 4. Mai 2004 (ABl. L 277 vom 26.8.2004, S. 187)

– 22004 D 0069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2004 vom 8. Juni 2004 (ABl. L 349 vom 25.11.2004, S. 23)

– 22004 D 0091: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 91/2004 vom 9. Juli 2004 (ABl. L 376 vom 23.12.2004, S. 1)

– 22004 D 0092: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 92/2004 vom 9. Juli 2004 (ABl. L 376 vom 23.12.2004, S. 3)

– 22004 D 0093: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 93/2004 vom 9. Juli 2004 (ABl. L 376 vom 23.12.2004, S. 6)

– 22004 D 0094: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 94/2004 vom 9. Juli 2004 (ABl. L 376 vom 23.12.2004, S. 10)

– 22004 D 0095: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 95/2004 vom 9. Juli 2004 (ABl. L 376 vom 23.12.2004, S. 14)

– 22004 D 0118: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 118/2004 vom 24. September 2004 (ABl. L 64 vom 10.3.2005, S. 7)

– 22004 D 0119: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 119/2004 vom 24. September 2004 (ABl. L 64 vom 10.3.2005, S. 9)

– 22004 D 0120: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 120/2004 vom 24. September 2004 (ABl. L 64 vom 10.3.2005, S. 12)

– 22005 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2005 vom 8. Februar 2005 (ABl. L 161 vom 23.6.2005, S. 1)

– 22005 D 0025: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 25/2005 vom 11. März 2005 (ABl. L 198 vom 28.7.2005, S. 1)

– 22005 D 0026: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 26/2005 vom 11. März 2005 (ABl. L 198 vom 28.7.2005, S. 4)

– 22005 D 0027: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 27/2005 vom 11. März 2005 (ABl. L 198 vom 28.7.2005, S. 9)

– 22005 D 0044: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 44/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 1)

– 22005 D 0045: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 6)

– 22005 D 0046: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 8)

– 22005 D 0047: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 12)

– 22005 D 0048: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 48/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 15)

– 22005 D 0049: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 49/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 18)

– 22005 D 0050: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 50/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 20)

– 22005 D 0051: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 51/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 22)

– 22005 D 0090: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 90/2005 vom 8. Juli 2005 (ABl. L 306 vom 24.11.2005, S. 1)

– 22005 D 0306: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 91/2005 vom 8. Juli 2005 (ABl. L 306 vom 24.11.2005, S. 3), berichtigt in ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 65

– 22005 D 0092: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 92/2005 vom 8. Juli 2005 (ABl. L 306 vom 24.11.2005, S. 8), berichtigt in ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 65

– 22005 D 0093: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 93/2005 vom 8. Juli 2005 (ABl. L 306 vom 24.11.2005, S. 14)

– 22005 D 0137: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2005 vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 25)

– 22005 D 0138: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 138/2005 vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 28)

– 22005 D 0139: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2005 vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 31)

– 22005 D 0140: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2005 vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 34)

– 22006 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2006 vom 27. Januar 2006 (ABl. L 92 vom 30.3.2006, S. 17)

– 22006 D 0042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2006 vom 28. April 2006 (ABl. L 175 vom 29.6.2006, S. 86)

– 22006 D 0076: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2006 vom 7. Juli 2006 (ABl. L 289 vom 19.10.2006, S. 1)

– 22006 D 0099: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 99/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 1)

– 22006 D 0100: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 100/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 3)

– 22006 D 0101: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 101/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 6)

– 22006 D 0102: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 102/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 10)

– 22006 D 0103: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 13)

– 22006 D 0104: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 104/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 15)

– 22006 D 0105: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 17)

– 22006 D 0140: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2006 vom 8. Dezember 2006 (ABl. L 89 vom 29.3.2007, S. 1)

– 22006 D 0141: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2006 vom 8. Dezember 2006 (ABl. L 89 vom 29.3.2007, S. 6)

– 22006 D 0142: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 142/2006 vom 8. Dezember 2006 (ABl. L 89 vom 29.3.2007, S. 8)

– 22006 D 0143: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 143/2006 vom 8. Dezember 2006 (ABl. L 89 vom 29.3.2007, S. 9)

– 22007 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 1)

– 22007 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 3)

– 22007 D 0046: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2007 vom 8. Juni 2007 (ABl. L 266 vom 11.10.2007, S. 1)

– 22007 D 0072: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 72/2007 vom 6. Juli 2007 (ABl. L 328 vom 13.12.2007, S. 1)

– 22007 D 0073: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 73/2007 vom 6. Juli 2007 (ABl. L 328 vom 13.12.2007, S. 6)

– 22007 D 0097: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 97/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 3)

– 22007 D 0098: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 98/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 6)

– 22007 D 0099: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 99/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 10)

– 22007 D 0100: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 100/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 12)

– 22007 D 0132: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 132/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 1)

– 22007 D 0133: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 133/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 27), berichtigt in ABl. L 89 vom 5.4.2018, S. 19

– 22007 D 0100: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 134/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 33)

– 22007 D 0135: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 135/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 44)

– 22007 D 0136: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 136/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 49)

– 22007 D 0137: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 53)

– 22007 D 0148: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 148/2007 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 124 vom 8.5.2008, S. 1)

– 22007 D 0149: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 149/2007 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 124 vom 8.5.2008, S. 3)

– 22007 D 0150: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 150/2007 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 124 vom 8.5.2008, S. 6)

– 22008 D 0040: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2008 vom 25. April 2008 (ABl. L 223 vom 21.8.2008, S. 28)

– 22008 D 0041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 41/2008 vom 25. April 2008 (ABl. L 223 vom 21.8.2008, S. 31)

– 22008 D 0042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2008 vom 25. April 2008 (ABl. L 223 vom 21.8.2008, S. 33)

– 22008 D 0095: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 95/2008 vom 26. September 2008 (ABl. L 309 vom 20.11.2008, S. 12)

– 22008 D 0111: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 111/2008 vom 7. November 2008 (ABl. L 339 vom 18.12.2008, S. 98)

– 22009 D 0021: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 21/2009 vom 17. März 2009 (ABl. L 130 vom 28.5.2009, S. 1)

– 22009 D 0041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 41/2009 vom 24. April 2009 (ABl. L 162 vom 25.6.2009, S. 16)

– 22009 D 0055: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 55/2009 vom 29. Mai 2009 (ABl. L 232 vom 3.9.2009, S. 1)

– 22009 D 0056: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 56/2009 vom 29. Mai 2009 (ABl. L 232 vom 3.9.2009, S. 4)

– 22010 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2010 vom 29. Januar 2010 (ABl. L 101 vom 22.4.2010, S. 1)

– 22010 D 0017: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 17/2010 vom 1. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 1)

– 22010 D 0018: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 18/2010 vom 1. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 4)

– 22010 D 0019: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 19/2010 vom 12. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 8)

– 22010 D 0038: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 38/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 1)

– 22010 D 0114: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2010 vom 10. November 2010 (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 63)

– 22010 D 0115: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2010 vom 10. November 2010 (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 69)

– 22011 D 0059: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 59/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 1)

– 22011 D 0060: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 60/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 7)

– 22011 D 0262: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 61/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 11)

– 22011 D 0062: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 62/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 15)

– 22011 D 0063: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 63/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 16)

– 22011 D 0094: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 94/2011 vom 30. September 2011 (ABl. L 318 vom 1.12.2011, S. 31)

– 22011 D 0095: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 95/2011 vom 30. September 2011 (ABl. L 318 vom 1.12.2011, S. 32)

– 22011 D 0112: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2011 vom 21. Oktober 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 72)

– 22011 D 0123: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 123/2011 vom 2. Dezember 2011 (ABl. L 76 vom 15.3.2012, S. 1)

– 22012 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2012 vom 10. Februar 2012 (ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 1)

– 22012 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2012 vom 10. Februar 2012 (ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 3)

– 22012 D 0034: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 34/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 1)

– 22012 D 0035: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 35/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 2)

– 22012 D 0036: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 36/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 3)

– 22012 D 0074: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 74/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 1)

– 22012 D 0075: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 75/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 4)

– 22012 D 0076: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 6)

– 22012 D 0077: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 7)

– 22012 D 0079: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 11)

– 22012 D 0103: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2012 vom 15. Juni 2012 (ABl. L 270 vom 4.10.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 340 vom 13.12.2012, S. 40

– 22012 D 0104: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 104/2012 vom 15. Juni 2012 (ABl. L 270 vom 4.10.2012, S. 3)

– 22012 D 0123: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 123/2012 vom 13. Juli 2012 (ABl. L 309 vom 8.11.2012, S. 1)

– 22012 D 0124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 124/2012 vom 13. Juli 2012 (ABl. L 309 vom 8.11.2012, S. 2)

– 22012 D 0153: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 153/2012 vom 28. September 2012 (ABl. L 341 vom 13.12.2012, S. 1)

– 22012 D 0154: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 154/2012 vom 28. September 2012 (ABl. L 341 vom 13.12.2012, S. 3)

– 22012 D 0191: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 191/2012 vom 26. Oktober 2012 (ABl. L 21 vom 24.1.2012, S. 37)

– 22012 D 0205: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 205/2012 vom 7. Dezember 2012 (ABl. L 81 vom 21.3.2013, S. 1)

– 22013 D 0051: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 51/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 1)

– 22013 D 0052: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 52/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 2)

– 22013 D 0055: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 55/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 6)

– 22013 D 0102: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 102/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 1)

– 22013 D 0103: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 3)

– 22013 D 0104: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 104/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 5)

– 22013 D 0105: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 6)

– 22013 D 0135: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 135/2013 vom 15. Juli 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 1)

– 22013 D 0136: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 136/2013 vom 15. Juli 2013 (ABl. L 345 vom 19.12.2013, S. 4)

– 22013 D 0137: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2013 vom 15. Juli 2013 (ABl. L 345 vom 19.12.2013, S. 5)

– 22013 D 0154: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 154/2013 vom 8. Oktober 2013 (ABl. L 58 vom 27.2.2014, S. 5)

– 22013 D 0179: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 179/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 1)

– 22013 D 0180: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 180/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 3)

– 22013 D 0181: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 181/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 5)

– 22013 D 0182: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 182/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 6)

– 22013 D 0213: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 213/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 1)

– 22013 D 0214: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 214/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 3)

– 22013 D 0215: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 215/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 5)

– 22014 D 0063: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 63/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 1)

– 22014 D 0064: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 64/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 3)

– 22014 D 0065: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 65/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 5)

– 22014 D 0066: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 66/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 7)

– 22014 D 0067: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 67/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 9)

– 22014 D 0068: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 68/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 10)

– 22014 D 0069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 11)

– 22014 D 0070: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 70/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 13)

– 22014 D 0160: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 160/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 1)

– 22014 D 0161: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 161/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 3)

– 22014 D 0162: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 162/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 5)

– 22014 D 0163: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 163/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 7)

– 22014 D 0164: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 164/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 8)

– 22014 D 0165: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 165/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 9)

– 22014 D 0166: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 166/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 10)

– 22014 D 0167: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 167/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 12)

– 22014 D 0210: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 210/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 3)

– 22014 D 0211: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 211/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 5)

– 22016 D 0489: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 1)

– 22016 D 0490: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 3)

– 22016 D 0491: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 5)

– 22016 D 0717: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 34/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 1)

– 22016 D 0718: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 35/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 3)

– 22016 D 0719: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 36/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 5)

– 22016 D 0720: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 37/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 7)

– 22016 D 1257: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 74/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 1)

– 22016 D 1258: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 75/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 3)

– 22016 D 1259: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 5)

– 22016 D 1260: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 6)

– 22016 D 1261: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 8)

– 22016 D 1262: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 10)

– 22016 D 1263: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 80/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 11)

– 22017 D 0015: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 175/2015 vom 10. Juli 2015 (ABl. L 8 vom 12.1.2017, S. 1)

– 22017 D 0504: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 197/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 1)

– 22017 D 0505: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 198/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 5)

– 22017 D 0506: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 199/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 7)

– 22017 D 0507: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 200/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 8)

– 22017 D 0508: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 201/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 9)

– 22017 D 1022: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 233/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 1)

– 22017 D 1023: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 234/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 3)

– 22017 D 1024: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 235/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 4)

– 22017 D 1025: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 236/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 5)

– 22017 D 1026: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 237/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 6)

– 22017 D 1284: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 1)

– 22017 D 1285: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 3)

– 22017 D 1286: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 5)

– 22017 D 1287: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 7)

– 22017 D 1806: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 295/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 1)

– 22017 D 1807: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 296/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 3)

– 22017 D 1871: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 41/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 1)

– 22017 D 1874: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 44/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 7)

– 22017 D 1875: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 9)

– 22017 D 2017: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 66/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 1)

– 22017 D 2018: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 68/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 4)

– 22017 D 2019: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 6)

– 22017 D 2023: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 73/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 12)

– 22017 D 2122: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 104/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 1)

– 22017 D 2123: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 3)

– 22017 D 2124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 4)

– 22018 D 0422: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 164/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 1)

– 22018 D 0423: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 165/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 3)

– 22018 D 0424: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 166/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 4)

– 22018 D 0425: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 167/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 6)

– 22018 D 0426: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 168/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 8)

– 22018 D 0427: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 169/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 9)

– 22018 D 1154: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 216/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 1)

– 22018 D 1155: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 217/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 3)

– 22018 D 1156: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 218/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 4)

– 22018 D 1157: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 219/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 5)

– 22018 D 1735: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 1)

– 22018 D 1736: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 3)

– 22018 D 1737: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 4)

– 22018 D 1738: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 5)

– 22018 D 1739: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 6)

– 22018 D 1810: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 1)

– 22018 D 1811: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 1)

– 22019 D 0180: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 68/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 1)

– 22019 D 0181: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 3)

– 22019 D 0182: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 70/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 5)

– 22019 D 0183: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 71/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 7)

– 22019 D 0184: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 72/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 8)

– 22019 D 0185: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 73/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 9)

– 22019 D 0725: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 118/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 1)

– 22019 D 0726: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 119/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 3)

– 22019 D 0726: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 35)

– 22019 D 0747: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 37)

– 22019 D 1039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 151/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 3)

– 22019 D 1040: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 152/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 4)

– 22019 D 1041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 153/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 6)

– 22019 D 1042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 154/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 7)

– 22019 D 1043: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 155/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 9)

– 22019 D 1229: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 99/2019 vom 11. April 2019 (ABl. L 192 vom 18.7.2019, S. 53)

– 22019 D 1356: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 193/2017 vom 27. Oktober 2017 (ABl. L 219 vom 22.8.2019, S. 1)

– 22019 D 1618: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 209/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 1)

– 22019 D 1619: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 210/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 5)

– 22019 D 1620: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 211/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 7)

– 22019 D 2039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 5)

– 22019 D 2040: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 7)

– 22019 D 2041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 9)

– 22020 D 0052: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 35/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 1)

– 22020 D 0053: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 36/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 3)

– 22020 D 0054: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 37/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 5)

– 22020 D 0292: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 273/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 1)

– 22020 D 0293: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 274/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 3)

– 22020 D 0294: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 275/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 4)

– 22020 D 0298: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 279/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 8)

– 22020 D 0299: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 280/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 10)

– 22020 D 0300: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 281/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 12)

– 22020 D 0301: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 282/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 14)

– 22020 D 0302: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 284/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 17)

– 22020 D 0800: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 1)

– 22020 D 0920: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 1)

– 22020 D 0923: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 7)

– 22020 D 1437: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 1)

– 22020 D 1438: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 3)

– 22020 D 1607: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2018 vom 31. Mai 2018 (ABl. L 368 vom 5.11.2020, S. 1)

– 22020 D 1608: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 104/2018 vom 31. Mai 2018 (ABl. L 368 vom 5.11.2020, S. 3)

– 22020 D 1609: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2018 vom 31. Mai 2018 (ABl. L 368 vom 5.11.2020, S. 4)

– 22021 D 0185: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 123/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 1)

– 22021 D 0186: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 124/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 3)

– 22021 D 0187: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 125/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 5)

– 22021 D 0188: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 126/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 7)

– 22021 D 0193: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 131/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 16)

– 22021 D 0287: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 173/2018 vom 21. September 2018 (ABl. L 75 vom 4.3.2021, S. 1)

– 22021 D 0491: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 208/2018 vom 26. Oktober 2018 (ABl. L 105 vom 25.3.2021, S. 1)

– 22021 D 1489: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 222/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 1)

– 22021 D 1490: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 223/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 3)

– 22021 D 1491: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 224/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 5)

– 22021 D 1492: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 225/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 7)

– 22021 D 1493: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 226/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 10)

– 22021 D 1496: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 229/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 15)

– 22021 D 1497: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 230/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 17)

– 22022 D 1049: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2022 vom 4. Februar 2022 (ABl. L 175 vom 30.6.2022, S. 1)

– 22022 D 1050: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2022 vom 4. Februar 2022 (ABl. L 175 vom 30.6.2022, S. 3)

– 22022 D 1051: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2022 vom 4. Februar 2022 (ABl. L 175 vom 30.6.2022, S. 5)

– 22022 D 1052: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2022 vom 4. Februar 2022 (ABl. L 175 vom 30.6.2022, S. 7)

– 22022 D 1053: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2022 vom 4. Februar 2022 (ABl. L 175 vom 30.6.2022, S. 9)

– 22022 D 1088: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2022 vom 4. Februar 2022 (ABl. L 175 vom 30.6.2022, S. 67)

– 22022 D 1114: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 12)

– 22022 D 1115: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 14)

– 22022 D 1533: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 89/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 1)

– 22022 D 1534: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 90/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 3)

– 22022 D 1535: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 91/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 5)

– 22022 D 1537: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 93/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 9)

– 22022 D 1538: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 94/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 11)

– 22022 D 1539: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 95/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 13)

– 22022 D 1540: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 96/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 15)

– 22022 D 1548: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 104/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 31)

– 22022 D 1549: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 33)

– 22022 D 1550: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 35)

– 22022 D 1865: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 165/2022 vom 10. Juni 2022 (ABl. L 267 vom 13.10.2022, S. 1)

– 22022 D 1866: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 166/2022 vom 10. Juni 2022 (ABl. L 267 vom 13.10.2022, S. 3)

– 22022 D 2006: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 107/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 1)

– 22022 D 2007: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 3)

– 22022 D 2129: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 1)

– 22022 D 2130: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 138/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 3)

– 22022 D 2131: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 5)

– 22022 D 2132: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 7)

– 22022 D 2207: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 183/2019 vom 10. Juli 2019 (ABl. L 298 vom 17.11.2022, S. 1)

Eine konsolidierte Fassung von Anhang I des EWR-Abkommens ist auf der Website der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) verfügbar: https://www.efta.int/.

4. 31994 D 0001: Beschluss des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluss des Anpassungsprotokolls zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten sowie der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und dem Königreich Schweden (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 571)

5. 21994 A 0103(73): Anpassungsprotokoll zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Schlussakte- Gemeinsame Erklärungen der Vertragsparteien - Vereinbarte Niederschrift - Erklärung der Regierung Frankreichs (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 572)

6. 32004 D 0368: Beschluss des Rates vom 30. März 2004 über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Beteiligung der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik am Europäischen Wirtschaftsraum und der vier Nebenabkommen (ABl. L 130 vom 29.4.2004, S. 1)

7. 22004 A 0429(02): Abkommen in Form eines Briefwechsels über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Beteiligung der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik am Europäischen Wirtschaftsraum und der vier Nebenabkommen (ABl. L 130 vom 29.4.2004, S. 3)

8. E2003 C 0017: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 17/03/KOL vom 5. Februar 2003 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der norwegischen Datenbank für Rinder (ABl. L 120 vom 15.5.2003, S. 62)

9. E2003 C 0155: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 155/03/KOL vom 18. Juli 2003 zur Genehmigung des Programms Islands zur Erlangung des Status eines zugelassenen Gebiets im Hinblick auf die Fischseuchen Virale Hämorrhagische Septikämie (VHS) und Infektiöse Hämatopoetische Nekrose (IHN) (ABl. L 265 vom 16.10.2003, S. 38)

10. E2006 C 0394: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 394/06/KOL vom 13. Dezember 2006 zur Genehmigung des von Norwegen vorgelegten aktualisierten Plans zur Entfernung aller Fische aus norwegischen Betrieben, die von der Infektiösen Anämie des Lachses (ISA) befallen sind (ABl. L 132 vom 24.5.2007, S. 36)

11. E2007 C 0028: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 28/07/KOL vom 19. Februar 2007 zur Feststellung des amtlich anerkannt tuberkulose-, brucellose- und rinderleukosefreien Status Norwegens in Bezug auf die Rinderbestände (ABl. L 132 vom 24.5.2007, S. 38)

12. E2007 C 0029: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 29/07/KOL vom 19. Februar 2007 zur Genehmigung des von Norwegen vorgelegten Programms zur präventiven Impfung von Zoovögeln gegen hoch pathogene Aviäre Influenza (ABl. L 132 vom 24.5.2007, S. 40)

13. E2007 C 0030: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 30/07/KOL vom 19. Februar 2007 über das norwegische nationale Programm zur Bekämpfung der Traberkrankheit und zusätzliche Garantien betreffend den innergemeinschaftlichen Handel und Einfuhren nach Norwegen (ABl. L 132 vom 24.5.2007, S. 42)

14. E2006 C 0246: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 246/06/KOL vom 6. September 2006 zur Änderung des Verzeichnisses unter Nummer 39 in Teil 1.2 Kapitel I Anhang I des EWR-Abkommens zur Festlegung der für die Veterinärkontrollen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs und lebenden Tieren aus Drittländern zugelassenen Grenzkontrollstellen in Island und Norwegen sowie zur Aufhebung des Beschlusses der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 86/02/KOL vom 24. Mai 2002 (ABl. L 208 vom 9.8.2007, S. 12)

15. E2006 C 0320: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 320/06/KOL vom 31. Oktober 2006 zur Änderung des Verzeichnisses unter Nummer 39 in Teil 1.2 Kapitel I Anhang I des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zur Festlegung der für die Veterinärkontrollen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs und lebenden Tieren aus Drittländern zugelassenen Grenzkontrollstellen in Island und Norwegen sowie zur Aufhebung des Beschlusses der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 246/06/KOL vom 6. September 2006 (ABl. L 62 vom 6.3.2008, S. 44)

16. E2008 C 0299: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 299/08/KOL vom 21. Mai 2008 zur Genehmigung des von Norwegen vorgelegten Programms zur Bekämpfung und Tilgung der Bakteriellen Nierenerkrankung (ABl. L 257 vom 25.9.2008, S. 16)

17. E2008 C 0300: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 300/08/KOL vom 21. Mai 2008 zur Genehmigung des von Norwegen vorgelegten Krisenplans zur Bekämpfung der Aviären Influenza (ABl. L 257 vom 25.9.2008, S. 18)

18. E2008 C 0298: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 298/08/KOL vom 21. Mai 2008 über seuchenfreie Gebiete und zusätzliche Garantien in Bezug auf *Gyrodactylus salaris* in Norwegen (ABl. L 268 vom 9.10.2008, S. 37)

19. E2010 C 0002: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 02/10/KOL vom 5. Januar 2010 bezüglich des Status Norwegens hinsichtlich der infektiösen hämatopoetischen Nekrose und der viralen hämorrhagischen Septikämie und zur Aufhebung des Beschlusses der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 302/08/KOL vom 21. Mai 2008 (ABl. L 157 vom 24.6.2010, S. 16)

20. E2010 C 0043: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 43/10/KOL vom 10. Februar 2010 zur Änderung des Verzeichnisses unter Nummer 39 in Teil 1.2 Kapitel I Anhang I des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zur Festlegung der für die Veterinärkontrollen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs und lebenden Tieren aus Drittländern zugelassenen Grenzkontrollstellen in Island und Norwegen sowie zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 301/08/KOL der EFTA-Überwachungsbehörde vom 21. Mai 2008 (ABl. L 256 vom 30.9.2010, S. 30)

21. E2010 C 0159: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 159/10/KOL vom 21. April 2010 über ergänzende Garantien für Norwegen hinsichtlich der infektiösen Rhinotracheitis des Rindes (ABl. L 332 vom 16.12.2010, S. 43)

22. E2010 C 0160: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 160/10/KOL vom 21. April 2010 über ergänzende Garantien für Norwegen hinsichtlich der Aujeszky-Krankheit (ABl. L 332 vom 16.12.2010, S. 45)

23. E2011 C 0111: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 111/11/KOL vom 11. April 2011 zur Änderung des Verzeichnisses unter Nummer 39 in Teil 1.2 Kapitel I Anhang I des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zur Festlegung der für die Veterinärkontrollen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs und lebenden Tieren aus Drittländern zugelassenen Grenzkontrollstellen in Island und Norwegen sowie zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 8/11/KOL der EFTA-Überwachungsbehörde (ABl. L 170 vom 30.6.2011, S. 39)

24. E2012 C 0264: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 264/12/KOL vom 5. Juli 2012 bezüglich des Status Norwegens hinsichtlich der infektiösen hämatopoetischen Nekrose und der viralen hämorrhagischen Septikämie und zur Aufhebung des Beschlusses der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 302/08/KOL (ABl. C 340 vom 8.11.2012, S. 2)

25. E2012 C 0265: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 265/12/KOL vom 5. Juli 2012 zur Genehmigung des von Norwegen vorgelegten Krisenplans für gelistete exotische Krankheiten bei Wassertieren (ABl. C 340 vom 8.11.2012, S. 4)

26. E2013 C 0131: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 131/13/KOL vom 18. März 2013 zur Änderung des Verzeichnisses unter Nummer 39 in Teil 1.2 Kapitel I Anhang I des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zur Festlegung der für die Veterinärkontrollen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs und lebenden Tieren aus Drittländern zugelassenen Grenzkontrollstellen in Island und Norwegen sowie zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 339/12/KOL der EFTA-Überwachungsbehörde (ABl. L 175 vom 27.6.2013, S. 76)

27. E2015 C 0293: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 293/15/COL vom 14. Juli 2015 zur Genehmigung des von Island vorgelegten nationalen Programms zur Salmonellenbekämpfung bei Geflügel und Geflügelerzeugnissen (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 58)

28. E2018 C 0018: Delegierte Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 18/18/COL vom 9. Februar 2018 über den Seuchenfreiheitsstatus Norwegens in Bezug auf *Marteilia refringens* und *Bonamia ostreae* (ABl. L 214 vom 23.8.2018, S. 5)

29. E2019 C 0001: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 1/19/COL vom 16. Januar 2019 über die Ausweitung der besonderen Garantien für *Salmonellen* spp. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Fleisch und Eier von Haushühnern (*Gallus gallus*) und Fleisch von für Island bestimmten Truthühnern (ABl. L 95 vom 4.4.2019, S. 13)

30. E2019 C 0008: Delegierte Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 8/19/COL vom 6. Februar 2019 zur Änderung der Liste unter Nummer 39 des Teils 1.2 von Kapitel I in Anhang I des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zur Festlegung der für die Veterinärkontrollen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs und lebenden Tieren aus Drittländern zugelassenen Grenzkontrollstellen in Island und Norwegen (im Folgenden: „Liste der Grenzkontrollstellen in Island und Norwegen“) sowie zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 90/18/COL der EFTA-Überwachungsbehörde (ABl. L 148 vom 6.6.2019, S. 30)

31. E2021 C 0029: Delegierte Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 29/21/COL vom 13. April 2021 zur Anerkennung des Seuchenfreiheitsstatus Norwegens in Bezug auf *Brucella melitensis* bei kleinen Wiederkäuern (ABl. L 290 vom 12.8.2021, S. 3), berichtigt in ABl. L 318 vom 9.9.2021, S. 2

32. E2021 C 0032: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 32/21/COL vom 21. April 2021 zur Genehmigung des Status „seuchenfrei“ und des Status „Nichtimpfung“ sowie von Tilgungsprogrammen Norwegens und Islands oder von bestimmten Zonen oder Kompartimenten dieser Mitgliedstaaten in Bezug auf bestimmte gelistete Seuchen gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission (ABl. L 290 vom 12.8.2021, S. 5), berichtigt in ABl. L 318 vom 9.9.2021, S. 3

33. E2021 C 0033: Delegierte Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 33/21/COL vom 22. April 2021 zur Genehmigung des Status „seuchenfrei“ bezüglich des Tollwutvirus (RABV) für Norwegen und zur Änderung der Entscheidung Nr. 032/21/COL (ABl. L 290 vom 12.8.2021, S. 11), berichtigt in ABl. L 318 vom 9.9.2021, S. 4

34. E2021 C 0203: Delegierte Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 203/21/COL vom 16. Juli 2021 über die Genehmigung nationaler Maßnahmen Norwegens und Islands zur Begrenzung der Auswirkungen bestimmter Wassertierseuchen gemäß Artikel 226 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 58/16/COL-D (ABl. L 399 vom 11.11.2021, S. 8)

35. E2007 C 0119: Empfehlung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 119/07/KOL vom 16. April 2007 für das Monitoring der Hintergrundbelastung von Lebensmitteln mit Dioxinen, dioxinähnlichen PCB und nicht dioxinähnlichen PCB (ABl. L 275 vom 16.10.2008, S. 65)

ABSCHNITT B

REPUBLIK SAN MARINO

36. 22002 A 0328(01): Abkommen über eine Zusammenarbeit und eine Zollunion zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik San Marino (ABl. L 84 vom 28.3.2002, S. 43)

37. 21994 D 0913(01): Beschluss Nr. 1/94 des Kooperationsausschusses EG-San Marino vom 28. Juni 1994 über die Gemeinschaftsregelung im Veterinärbereich, die von der Republik San Marino zu übernehmen ist (ABl. L 238 vom 13.9.1994, S. 25)

ABSCHNITT C

FÄRÖER

38. 21994 D 0913(01): Protokoll 1999/1130/EG über Fragen des Veterinärwesens zur Ergänzung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer-Inseln andererseits (ABl. L 305 vom 30.11.1999, S. 26)

39. 31999 D 0778: Beschluss 1999/778/EG des Rates vom 15. November 1999 über den Abschluss eines Protokolls über Fragen des Veterinärwesens zur Ergänzung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer Inseln andererseits (ABl. L 305 vom 30.11.1999, S. 25)

40. 22001 D 0216(01): Beschluss Nr. 1/2001 (2001/127/EG) des Gemischten Ausschusses EG-Färöer vom 31. Januar 2001 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zum Protokoll über Fragen des Veterinärwesens zur Ergänzung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer Inseln andererseits (ABl. L 46 vom 16.2.2001, S. 24), geändert durch:

– 22006 D 0013: Beschluss Nr. 2/2005 (2006/13/EG) des Gemischten Ausschusses EG-Färöer Inseln vom 8. Dezember 2005 (ABl. L 8 vom 13.1.2006, S. 46)

– 22009 D 0074: Beschluss Nr. 1/2008 (2009/74/EG) des Gemischten Ausschusses EG-Färöer vom 17. Juni 2008 (ABl. L 24 vom 28.1.2009, S. 30)

ABSCHNITT D

SCHWEIZ

41. 31990 D 0216: Beschluss des Rates vom 23. April 1990 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr (ABl. L 116 vom 8.5.1990, S. 18)

42. 21990 A 0508(01): Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr (ABl. L 116 vom 8.5.1990, S. 19)

43. 22001 D 0221 (04): Empfehlung Nr. 1/2000 (2001/125/EG) der Gemischten Kommission EG—Schweiz vom 20. Dezember 2000 zur Vereinfachung bestimmter Veterinärkontrollen bei der Durchfuhr von Drittlandserzeugnissen tierischen Ursprungs durch die Europäische Gemeinschaft in die Schweiz (ABl. L 51 vom 21.2.2001, S. 44)

44. 32002 D 0309: Beschluss (2002/309/EG, Euratom) des Rates und — bezüglich des Abkommens über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit — der Kommission vom 4. April 2002 über den Abschluss von sieben Abkommen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 1)

45. 22002 A 0430(04): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 132), berichtigt in ABl. L 212 vom 12.6.2004, S. 72, geändert durch:

– 22004 D 0078: Beschluss Nr. 2/2003 (2004/78/EG) des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 23 vom 28.1.2004, S. 27)

– 22004 D 0480: Beschluss Nr. 1/2004 (2004/480/EG) des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 160 vom 30.4.2004, S. 116)

– 22005 D 0022: Beschluss Nr. 2/2004 (2005/22/EG) des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 17 vom 20.1.2005, S. 1)

– 22005 D 0962: Beschluss Nr. 1/2005 (2005/962/EG) des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 347 vom 30.12.2005, S. 93)

– 22007 D 0061: Beschluss Nr. 1/2006 des Gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 32 vom 6.2.2007, S. 91)

– 32008 D 0979: Beschluss 2008/979/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 (ABl. L 352 vom 31.12.2008, S. 23)

– 32008 D 0979: Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 352 vom 31.12.2008, S. 24)

– 22009 D 0013: Beschluss Nr. 1/2008 des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 6 vom 10.1.2009, S. 89)

– 32009 D 0805: Beschluss 2009/805/EG des Rates vom 19. Oktober 2009 (ABl. L 288 vom 4.11.2009, S. 22)

– 32010 D 0797: Beschluss Nr. 1/2010 (2010/797/EU) des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 338 vom 22.12.2010, S. 50)

– 22013 D 0479: Beschluss Nr. 1/2013 des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 264 vom 5.10.2013, S. 1)

– 22020 D 0498: Beschluss Nr. 1/2015 des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 112 vom 8.4.2020, S. 1)

– 22020 D 0554: Beschluss Nr. 1/2018 des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 127 vom 22.4.2020, S. 26)

46. 22002 A 0430(04): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen - Schlussakte (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 350)

47. 22003 D 0703: Beschluss Nr. 1/2003 (2003/703/EG) des mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen gebildeten Gemischten Veterinärausschusses vom 29. Juli 2003 zur Annahme seiner Geschäftsordnung (ABl. L 254 vom 8.10.2003, S. 35)

48. 32015 D 2367: Beschluss (EU) 2015/2367 des Rates vom 30. November 2015 über den im Namen der Europäischen Union im durch das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingesetzten Gemischten Veterinärausschuss hinsichtlich Beschluss Nr. 1/2015 zur Änderung der Anlagen 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 10 und 11 zu Anhang 11 zu vertretenden Standpunkt (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 128)

ABSCHNITT E

NEUSEELAND

49. 21997 A 0226(01): Abkommen (97/131/EG) in Form eines Briefwechsels über die vorläufige Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 57 vom 26.2.1997, S. 2)

50. 21997 A 0226(02): Abkommen (97/132/EG) zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 57 vom 26.2.1997, S. 5), geändert durch:

– 31999 D 0837: Beschluss 1999/837/EG des Rates vom 15. November 1999 (ABl. L 332 vom 23.12.1999, S. 1)

51. 21999 A 1223(01): Briefwechsel über die Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 332 vom 23.12.1999, S. 3)

52. 32002 D 0957: Beschluss 2002/957/EG des Rates vom 28. November 2002 über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels über die Änderung der Anhänge des Abkommens über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 333 vom 10.12.2002, S. 13)

53. 22002 A 1210(01): Abkommen in Form eines Briefwechsels über die Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 333 vom 10.12.2002, S. 15)

54. 22003 X 0125(01): Mitteilung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 22 vom 25.1.2003, S. 36)

55. 32003 D 0616: Beschluss 2003/616/EG der Kommission vom 11. August 2003 zur Genehmigung der Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 214 vom 26.8.2003, S. 36)

56. 22003 A 0826(01): Abkommen in Form eines Briefwechsels über die Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 214 vom 26.8.2003, S. 38), berichtigt in ABl. L 313 vom 28.11.2003, S. 82

57. Entscheidung 2004/751/EG der Kommission vom 22. Oktober 2004 zur Genehmigung der Änderung des Anhangs V des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 332 vom 6.11.2004, S. 16)

58. Briefwechsel — Vereinbarung mit Neuseeland über Änderungen von Anhang V des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 332 vom 6.11.2004, S. 17)

59. Abkommen in Form eines Briefwechsels — Vereinbarung mit Neuseeland über die Änderung der Anhänge V und VIII des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 338 vom 5.12.2006, S. 3)

60. Entscheidung 2006/854/EG der Kommission vom 26. Juli 2006 zur Genehmigung der Änderung der Anhänge V und VIII des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 338 vom 5.12.2006, S. 1)

61. 32015 D 1084: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1084 der Kommission vom 18. Februar 2015 über die Genehmigung — im Namen der Europäischen Union — bestimmter Änderungen der Anhänge II, V, VII und VIII des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 175 vom 4.7.2015, S. 44)

62. 32015 D 1901: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1901 der Kommission vom 20. Oktober 2015 zur Festlegung von Vorschriften für Bescheinigungen sowie einer Mustergesundheitsbescheinigung für die Einfuhr von Sendungen mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen aus Neuseeland in die Union sowie zur Aufhebung der Entscheidung 2003/56/EG (ABl. L 277 vom 22.10.2015, S. 32)

ABSCHNITT F

KANADA

63. 31999 D 0201: Beschluss 1999/201/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Kanadas über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten (ABl. L 71 vom 18.3.1999, S. 1)

64. 21999 A 0318(01): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Kanadas über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten (ABl. L 71 vom 18.3.1999, S. 3)

65. Entscheidung 2005/306/EG der Kommission vom 16. Februar 2005 zur Genehmigung der Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Kanadas über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 98 vom 16.4.2005, S. 32)

66. Abkommen in Form eines Briefwechsels mit der Regierung Kanadas über Änderungen der Anhänge V und VIII des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Kanadas über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten (ABl. L 98 vom 16.4.2005, S. 34)

67. 32013 D 0397: Beschluss 2013/397/EG der Kommission vom 26. Mai 2009 über die Genehmigung bestimmter Änderungen in Anhang V des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Kanadas über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 201 vom 26.7.2013, S. 66)

ABSCHNITT G

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

68. 31998 D 0258: Beschluss 98/258/EG des Rates vom 16. März 1998 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten (ABl. L 118 vom 21.4.1998, S. 1)

69. 21998 A 0421(01): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten (ABl. L 118 vom 21.4.1998, S. 3)

70. 32003 D 0833: Beschluss 2003/833/EG der Kommission vom 28. November 2003 zur Genehmigung der Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 316 vom 29.11.2003, S. 20)

71. 32003 D 0863: Entscheidung 2003/863/EG der Kommission vom 2. Dezember 2003 über Genusstauglichkeitsbescheinigungen für die Einfuhr von tierischen Erzeugnissen aus den Vereinigten Staaten (ABl. L 325 vom 12.12.2003, S. 46)

72. Beschluss 2005/405/EG der Kommission vom 4. Mai 2005 zur Genehmigung der Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 137 vom 31.5.2005, S. 31)

73. Abkommen in Form eines Briefwechsels über Änderungen der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten (ABl. L 137 vom 31.5.2005, S. 33)

74. Beschluss 2006/198/EG der Kommission vom 2. Februar 2006 zur Genehmigung der Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 71 vom 10.3.2006, S. 11)

75. Abkommen (2006/198/EG) in Form eines Briefwechsels über Änderungen der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten (ABl. L 71 vom 10.3.2006, S. 12)

76. 32006 D 0333: Beschluss 2006/333/EG des Rates vom 20. März 2006 über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik im Zuge des Beitritts dieser Staaten zur Europäischen Union (ABl. L 124 vom 11.5.2006, S. 13)

77. 22013 A 0313: Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik im Zuge des Beitritts dieser Staaten zur Europäischen Union (ABl. L 124 vom 11.5.2006, S. 15)

ABSCHNITT H

CHILE

78. 22002 A 1230(01): Beschluss 2002/979/EG des Rates vom 18. November 2002 über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung einiger Bestimmungen des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits (ABl. L 352 vom 30.12.2002, S. 1)

79. 22002 A 1230(01): Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits (ABl. L 352 vom 30.12.2002, S. 3), berichtigt in ABl. L 333 vom 19.12.2003, S. 64

81. 22002 A 1230(01): Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits - Schlussakte (ABl. L 352 vom 30.12.2002, S. 1440)

82. 31992 D 0583: Beschluss 92/583/EWG des Rates vom 14. Dezember 1992 über den Abschluss eines Protokolls zur Änderung des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen (ABl. L 395 vom 31.12.1992, S. 21)

83. 22003 X 0131(01): Information betreffend die Anwendung einiger Artikel des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits (ABl. L 26 vom 31.1.2003, S. 52)

84. 32004 D 0907: Beschluss 2004/907/EG der Kommission vom 27. Dezember 2004 über die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an der Organisation eines internationalen Tierschutzseminars im Rahmen des Abkommens zwischen der EG und Chile über gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen im Handel mit Tieren, tierischen Erzeugnissen, Pflanzen, pflanzlichen Erzeugnissen und sonstigen Waren sowie über den Tierschutz (ABl. L 381 vom 28.12.2004, S. 80)

85. 22005 D 0168: Beschluss 1/2003 des als „Gemischter Verwaltungsausschuss“ bezeichneten Assoziationsausschusses des SPS-Abkommens EU-Chile vom 24. Oktober 2003 zur Geschäftsordnung des als „Gemischter Verwaltungsausschuss“ (JMC) bezeichneten Assoziationsausschusses des SPS-Abkommens EU-Chile (ABl. L 55 vom 1.3.2005, S. 93)

86. 22007 D 0177: Beschluss Nr. 1/2006 des gemischten Verwaltungsausschusses, eingerichtet durch das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Chile über gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen im Handel mit Tieren, tierischen Erzeugnissen, Pflanzen, pflanzlichen Erzeugnissen und sonstigen Waren sowie über den Tierschutz vom 9. November 2006 zur Änderung der Anlagen Ic, IIIa, IIIb und XI zu Anhang IV des Abkommens (ABl. L 86 vom 27.3.2007, S. 20)

ABSCHNITT I

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

87. 32003 D 0822: Beschluss 2003/822/EG des Rates vom 17. November 2003 über den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zur Codex-Alimentarius-Kommission (ABl. L 309 vom 26.11.2003, S. 14)

ABSCHNITT J

EUROPÄISCHE ÜBEREINKOMMEN

88. 31978 D 0923: Beschluss 78/923/EWG des Rates vom 19. Juni 1978 zum Abschluss des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen (ABl. L 323 vom 17.11.1978, S. 12)

89. 31992 D 0583: Beschluss 92/583/EWG des Rates vom 14. Dezember 1992 über den Abschluss eines Protokolls zur Änderung des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen (ABl. L 395 vom 31.12.1992, S. 21)

90. 21992 A 1231(01): 92/1231/EWG: Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen (ABl. L 395 vom 31.12.1992, S. 22)

91. 32004 D 0544: Beschluss 2004/544/EG des Rates vom 21. Juni 2004 über die Unterzeichnung des Europäischen Übereinkommens über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport (revidiert) (ABl. L 241 vom 13.7.2004, S. 21)

92. 32004 D 0544: Europäisches Übereinkommen über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport (revidiert) (ABl. L 241 vom 13.7.2004, S. 22)

93. 31998 D 0306: Beschluss 88/306/EWG des Rates vom 16. Mai 1988 über den Abschluss des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Schlachttieren (ABl. L 137 vom 2.6.1988, S. 25)

KAPITEL 10

TIERSCHUTZ

ABSCHNITT A

NUTZTIERE

1. 31998 L 0058: Richtlinie 98/58/EG des Rates vom 20. Juli 1998 über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere (ABl. L 221 vom 8.8.1998, S. 23), geändert durch:

   – 32003 R 0806: Verordnung (EU) Nr. 806/2003 des Rates vom 14. April 2003 (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 1)

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

2. 32018 R 0329: Durchführungsverordnung (EU) 2018/329 der Kommission vom 5. März 2018 zur Benennung eines Referenzzentrums der Europäischen Union für Tierschutz (ABl. L 63 vom 6.3.2018, S. 13)

3. 32019 R 0723: Durchführungsverordnung (EU) 2019/723 der Kommission vom 2. Mai 2019 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des einheitlichen Musterformulars, das in den von den Mitgliedstaaten vorzulegenden Jahresberichten zu verwenden ist (ABl. L 124 vom 13.5.2020, S. 1)

4. 32019 R 1685: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1685 der Kommission vom 4. Oktober 2019 zur Benennung eines Referenzzentrums der Europäischen Union für den Tierschutz bei Geflügel und anderen kleinen Nutztieren (ABl. L 258 vom 9.10.2019, S. 11), berichtigt in ABl. L 79 vom 16.3.2020, S. 12

5. 32021 D 0755: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/755 der Kommission vom 6. Mai 2021 zur Benennung eines Referenzzentrums der Europäischen Union für den Tierschutz bei Wiederkäuern und Equiden im Einklang mit der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 163 vom 10.5.2021, S. 5)

6. 32022 D 0712: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/712 der Kommission vom 27. April 2022 betreffend den Antrag auf Registrierung der Europäischen Bürgerinitiative mit dem Titel „End The Slaughter Age“ gemäß der Verordnung (EU) 2019/788 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 133 vom 10.5.2022, S. 15)

7. 31999L0074: Richtlinie 1999/74/EG des Rates vom 19. Juli 1999 zur Festlegung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen (ABl. L 203 vom 3.8.1999, S. 53), geändert durch:

   – 32003 R 0806: Verordnung (EU) Nr. 806/2003 des Rates vom 14. April 2003 (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 1)

   – 32013 L 0064: Richtlinie 2013/64/EU des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 353 vom 28.12.2013, S. 8)

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L L95 vom 7.4.2017, S. 1)

8. 32002 L 0004: Richtlinie 2002/4/EG der Kommission vom 30. Januar 2002 über die Registrierung von Legehennenbetrieben gemäß der Richtlinie 1999/74/EG des Rates (ABl. L 30 vom 31.1.2002, S. 44), geändert durch:

   – 12003T/TXT: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

   – 32006 L 0083: Richtlinie 2006/83/EG der Kommission vom 23. Oktober 2006 (ABl. L 362 vom 20.12.2006, S. 97)

9. 32007 L 0043: Richtlinie 2007/43/EG des Rates vom 28. Juni 2007 mit Mindestvorschriften zum Schutz von Masthühnern (ABl. L 182 vom 12.7.2007, S. 19), geändert durch:

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

10. 32008 L 0119: Richtlinie 2008/119/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern (ABl. L 10 vom 15.1.2009, S. 7), geändert durch:

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

11. 32008 L 0120: Richtlinie 2008/120/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen (ABl. L 47 vom 18.2.2009, S. 5), geändert durch:

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

12. 32016 H 0336: Empfehlung (EU) 2016/336 der Kommission vom 8. März 2016 zur Anwendung der Richtlinie 2008/120/EG des Rates über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen im Hinblick auf die Verringerung der Notwendigkeit, den Schwanz zu kupieren (ABl. L 62 vom 9.3.2016, S. 20)

ABSCHNITT B

TIERE BEIM TRANSPORT

13. 32005 R 0001: Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen sowie zur Änderung der Richtlinien 64/432/EWG und 93/119/EG und der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 (ABl. L 3 vom 5.1.2005, S. 1), berichtigt in ABl. L 226 vom 1.9.2017, S. 31, geändert durch:

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

14. 32021 D 1032: Beschluss (EU) 2021/1032 des Europäischen Parlaments vom 27. April 2021 über die weitere Verlängerung der Mandatszeit des Untersuchungsausschusses zur Prüfung von behaupteten Verstößen gegen das Unionsrecht und Missständen bei dessen Anwendung im Zusammenhang mit dem Schutz von Tieren beim Transport innerhalb und außerhalb der Union (ABl. L 226 vom 25.6.2021, S. 1)

ABSCHNITT C

TIERE ZUM ZEITPUNKT DER SCHLACHTUNG ODER TÖTUNG

15. 32009R1099: Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 des Rates vom 24. September 2009 über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung (ABl. L 303 vom 18.11.2009, S. 1), geändert durch:

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32018 R 0723: Durchführungsverordnung (EU) 2018/723 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 11)

KAPITEL 11

TIERZUCHT

ABSCHNITT A

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. 32016 R 1012: Verordnung (EU) 2016/1012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über die Tierzucht- und Abstammungsbestimmungen für die Zucht, den Handel und die Verbringung in die Union von reinrassigen Zuchttieren und Hybridzuchtschweinen sowie deren Zuchtmaterial und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 652/2014, der Richtlinien des Rates 89/608/EWG und 90/425/EWG sowie zur Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tierzucht („Tierzuchtverordnung“) (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 66)

2. 32017 R 0716: Durchführungsverordnung (EU) 2017/716 der Kommission vom 10. April 2017 mit Bestimmungen für die Anwendung der Verordnung (EU) 2016/1012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Muster für die Informationen, die in die Liste der anerkannten Zuchtverbände und Zuchtunternehmen aufzunehmen sind (ABl. L 109 vom 26.4.2017, S. 1)

3. 32017 R 0717: Durchführungsverordnung (EU) 2017/717 der Kommission vom 10. April 2017 mit Bestimmungen für die Anwendung der Verordnung (EU) 2016/1012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Muster für Tierzuchtbescheinigungen für Zuchttiere und deren Zuchtmaterial (ABl. L 109 vom 26.4.2017, S. 9), geändert durch:

   – 32020 R 0602: Durchführungsverordnung (EU) 2020/602 der Kommission vom 15. April 2020 (ABl. L 139 vom 4.5.2020, S. 1)

   – 32021 R 0761: Durchführungsverordnung (EU) 2021/761 der Kommission vom 7. Mai 2021 (ABl. L 162 vom 10.5.2021, S. 46)

4. 32017 R 1940: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1940 der Kommission vom 13. Juli 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1012 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Inhalt und Form der als Teil des einzigen, lebenslang gültigen Identifizierungsdokuments für Equiden ausgestellten Zuchtbescheinigungen für reinrassige Zuchtequiden (ABl. L 275 vom 25.10.2017, S. 1)

5. 32020 R 0602: Durchführungsverordnung (EU) 2020/602 der Kommission vom 15. April 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/717 im Hinblick auf die Muster der Tierzuchtbescheinigungen für Zuchttiere und deren Zuchtmaterial (ABl. L 139 vom 4.5.2020, S. 1)

6. 32022 R 2077: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2077 der Kommission vom 27. Oktober 2022 zur Benennung des Referenzzentrums der Europäischen Union mit Zuständigkeit für den wissenschaftlichen und technischen Beitrag zur Einführung und Harmonisierung der Methoden zum Schutz gefährdeter Rassen und zur Erhaltung der genetischen Vielfalt innerhalb dieser Rassen (ABl. L 280 vom 28.10.2022, S. 10)

7. 32017 R 1422: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1422 der Kommission vom 4. August 2017 zur Benennung des Referenzzentrums der Europäischen Union mit Zuständigkeit für den wissenschaftlichen und technischen Beitrag zur Harmonisierung und Verbesserung der Methoden für die Leistungsprüfung und die Zuchtwertschätzung bei reinrassigen Zuchtrindern (ABl. L 204 vom 5.8.2017, S. 78)

Gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie 94/28/EG des Rates übermitteln Drittländer der Kommission die Liste der zugelassenen Stellen, die von der zuständigen Behörde des Drittlandes als mit Artikel 3 Absatz 2 der genannten Richtlinie konform anerkannt wurden. Um den Mitgliedstaaten und der Öffentlichkeit diese Informationen zugänglich zu machen, hat die Europäische Kommission folgende Website eingerichtet:

https://food.ec.europa.eu/animals/zootechnics/non-eu-countries-information_en

ABSCHNITT B

SPEZIFISCHE BESTIMMUNGEN

8. 32015 R 0262: Durchführungsverordnung (EU) 2015/262 der Kommission vom 17. Februar 2015 zur Festlegung von Vorschriften gemäß den Richtlinien 90/427/EWG und 2009/156/EG des Rates in Bezug auf die Methoden zur Identifizierung von Equiden (Equidenpass-Verordnung) (ABl. L 59 vom 3.3.2015, S. 1)

9. 31990 L 0428: Richtlinie 90/428/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 über den Handel mit Sportpferden und zur Festlegung der Bedingungen für die Teilnahme an pferdesportlichen Veranstaltungen (ABl. L 224 vom 18.8.1990, S. 60), geändert durch:

   – 32008 L 0073: Richtlinie 2008/73/EG des Rates vom 15. Juli 2008 (ABl. L 219 vom 14.8.2008, S. 40), berichtigt in ABl. L 145 vom 10.6.2009, S. 43

10. 31992 D 0216: Entscheidung 92/216/EWG der Kommission vom 26. März 1992 über die Erfassung von Daten über die pferdesportlichen Veranstaltungen gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie 90/428/EWG des Rates (ABl. L 104 vom 22.4.1992, S. 77), geändert durch:

   – 32004 D 0158: Entscheidung 2004/158/EG der Kommission vom 16. Februar 2004 (ABl. L 50 vom 20.2.2004, S. 62)

   – 32010 D 0256: Beschluss 2010/256/EU der Kommission vom 30. April 2010 (ABl. L 112 vom 5.5.2010, S. 8)

TEIL III

INVERKEHRBRINGEN VON LEBENSMITTELN, FUTTERMITTELN UND TIERISCHEN NEBENPRODUKTEN

KAPITEL 1

HYGIENEVORSCHRIFTEN

1. 32004 R 0852: Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Lebensmittelhygiene (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 1), berichtigt in ABl. L 226 vom 25.6.2004, S. 3, und ABl. L 204 vom 4.8.2007, S. 26, geändert durch:

   – 32008 R 1019: Verordnung (EU) Nr. 1019/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 7)

   – 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

   – 32021 R 0382: Verordnung (EU) 2021/382 der Kommission vom 3. März 2021 (ABl. L 74 vom 4.3.2021, S. 3)

2. 32005 R 2073: Verordnung (EG) Nr. 2073/2005 der Kommission vom 15. November 2005 über mikrobiologische Kriterien für Lebensmittel (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 1), berichtigt in ABl. L 283 vom 14.10.2006, S. 62, geändert durch:

– 32007 R 1441: Verordnung (EU) Nr. 1441/2007 der Kommission vom 5. Dezember 2007 (ABl. L 322 vom 7.12.2007, S. 12), berichtigt in ABl. L 195 vom 20.7.2016, S. 82

– 32010 R 0365: Verordnung (EU) Nr. 365/2010 der Kommission vom 28. April 2010 (ABl. L 107 vom 29.4.2010, S. 9)

– 32013 R 0209: Verordnung (EU) Nr. 209/2013 der Kommission vom 11. März 2013 (ABl. L 68 vom 12.3.2013, S. 19)

– 32013 R 1019: Verordnung (EU) Nr. 1019/2013 der Kommission vom 23. Oktober 2013 (ABl. L 282 vom 24.10.2013, S. 46), berichtigt in ABl. L 195 vom 20.7.2016, S. 83

– 32014 R 0217: Verordnung (EU) Nr. 217/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 93)

– 32015 R 2285: Verordnung (EU) 2015/2285 der Kommission vom 8. Dezember 2015 (ABl. L 323 vom 9.12.2015, S. 2)

– 32017 R 1495: Verordnung (EU) 2017/1495 der Kommission vom 23. August 2017 (ABl. L 218 vom 24.8.2017, S. 1)

– 32019 R 0229: Verordnung (EU) 2019/229 der Kommission vom 7. Februar 2019 (ABl. L 37 vom 8.2.2019, S. 106)

– 32020 R 0205: Verordnung (EU) 2020/205 der Kommission vom 14. Februar 2020 (ABl. L 43 vom 17.2.2020, S. 63)

3. 32005 R 2074: Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften für bestimmte unter die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates fallende Erzeugnisse und für die in den Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen amtlichen Kontrollen, zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 27), geändert durch:

– 32006 R 1664: Verordnung (EU) Nr. 1664/2006 der Kommission vom 6. November 2006 (ABl. L 320 vom 18.11.2006, S. 13)

– 32007 R 1244: Verordnung (EG) Nr. 1244/2007 der Kommission vom 24. Oktober 2007 (ABl. L 281 vom 25.10.2007, S. 12)

– 32008 R 1022: Verordnung (EG) Nr. 1022/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 18)

– 32011 R 0015: Verordnung (EU) Nr. 15/2011 der Kommission vom 10. Januar 2011 (ABl. L 6 vom 11.1.2011, S. 3)

– 32011 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 1)

– 32012 R 1012: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1012/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 1

– 32014 R 0218: Verordnung (EU) Nr. 218/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 95)

– 32015 R 2295: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2295 der Kommission vom 9. Dezember 2015 (ABl. L 324 vom 10.12.2015, S. 5)

– 32016 R 0759: Durchführungsverordnung (EU) 2016/759 der Kommission vom 28. April 2016 (ABl. L 126 vom 14.5.2016, S. 13)

– 32017 R 1973: Verordnung (EU) 2017/1973 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 21)

– 32017 R 1980: Verordnung (EU) 2017/1980 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 8)

– 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183

– 32019 R 0628: Durchführungsverordnung (EU) 2019/628 der Kommission vom 8. April 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 101)

– 32019 R 1139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1139 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 12)

4. 32013 R 0210: Verordnung (EU) Nr. 210/2013 der Kommission vom 11. März 2013 über die Zulassung von Sprossen erzeugenden Betrieben gemäß der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 68 vom 12.3.2013, S. 24)

5. 32014 R 0579: Verordnung (EU) Nr. 579/2014 der Kommission vom 28. Mai 2014 über eine Ausnahmeregelung zu einigen Bestimmungen des Anhangs II der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Beförderung flüssiger Öle und Fette auf dem Seeweg (ABl. L 160 vom 29.5.2014, S. 14), geändert durch:

   – 32016 R 0238: Verordnung (EU) 2016/238 der Kommission vom 19. Februar 2016 (ABl. L 45 vom 20.2.2016, S. 1)

   – 32019 R 0978: Verordnung (EU) 2019/978 der Kommission vom 14. Juni 2019 (ABl. L 159 vom 17.6.2019, S. 26)

6. 32017 R 2158: Verordnung (EU) 2017/2158 der Kommission vom 20. November 2017 zur Festlegung von Minimierungsmaßnahmen und Richtwerten für die Senkung des Acrylamidgehalts in Lebensmitteln (ABl. L 304 vom 21.11.2017, S. 24)

KAPITEL 2

SPEZIFISCHE VORSCHRIFTEN FÜR TIERISCHE ERZEUGNISSE

1. 32016 R 0429: Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 57 vom 3.3.2017, S. 3, und ABl. L 48 vom 11.2.2021, S. 3, geändert durch:

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

   – 32018 R 1629: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1629 der Kommission vom 25. Juli 2018 (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 11)

2. 32004 R 0853: Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 55), berichtigt in ABl. L 226 vom 25.6.2004, S. 22, und ABl. L 204 vom 4.8.2007, S. 26, geändert durch:

   – 32005 R 2074: Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 27), geändert durch:

      – 32019 R 1139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1139 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 12)

– 32005 R 2076: Verordnung (EU) Nr. 2076/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 83)

– 32006 R 1662: Verordnung (EU) Nr. 1662/2006 der Kommission vom 6. November 2006 (ABl. L 320 vom 18.11.2006, S. 1)

– 32006 R 1791: Verordnung (EU) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 1)

– 32007 R 1243: Verordnung (EU) Nr. 1243/2007 der Kommission vom 24. Oktober 2007 (ABl. L 281 vom 25.10.2007, S. 8)

– 32008 R 1020: Verordnung (EU) Nr. 1020/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 8)

– 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

– 32009 R 1161: Verordnung (EU) Nr. 1161/2009 der Kommission vom 30. November 2009 (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 8)

– 32010 R 0558: Verordnung (EU) Nr. 558/2010 der Kommission vom 24. Juni 2010 (ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 18)

– 32011 R 0150: Verordnung (EU) Nr. 150/2011 der Kommission vom 18. Februar 2011 (ABl. L 46 vom 19.2.2011, S. 14)

– 32011 R 1276: Verordnung (EU) Nr. 1276/2011 der Kommission vom 8. Dezember 2011 (ABl. L 327 vom 9.12.2011, S. 39)

– 32012 R 0016: Verordnung (EU) Nr. 16/2012 der Kommission vom 11. Januar 2012 (ABl. L 8 vom 12.1.2012, S. 29)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0786: Verordnung (EU) Nr. 786/2013 der Kommission vom 16. August 2013 (ABl. L 220 vom 17.8.2013, S. 14)

– 32014 R 0218: Verordnung (EU) Nr. 218/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 95)

– 32014 R 0633: Verordnung (EU) Nr. 633/2014 der Kommission vom 13. Juni 2014 (ABl. L 175 vom 14.6.2014, S. 6)

– 32014 R 1137: Verordnung (EU) Nr. 1137/2014 der Kommission vom 27. Oktober 2014 (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 28)

– 32016 R 0355: Verordnung (EU) 2016/355 der Kommission vom 11. März 2016 (ABl. L 67 vom 12.3.2016, S. 22)

– 32017 R 1978: Verordnung (EU) 2017/1978 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 3)

– 32017 R 1981: Verordnung (EU) 2017/1981 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 10)

– 32020 R 2192: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2192 der Kommission vom 7. Dezember 2020 (ABl. L 434 vom 23.12.2020, S. 10)

– 32021 R 1374: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1374 der Kommission vom 12. April 2021 (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 1)

– 32022 R 2258: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2258 der Kommission vom 9. September 2022 (ABl. L 299 vom 18.11.2022, S. 5)

3. 32004 L 0041: Richtlinie 2004/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Aufhebung bestimmter Richtlinien über Lebensmittelhygiene und Hygienevorschriften für die Herstellung und das Inverkehrbringen von bestimmten, zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs sowie zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG und 92/118/EWG des Rates und der Entscheidung 95/408/EG des Rates (ABl. L 157 vom 30.4.2004, S. 33), berichtigt in ABl. L 195 vom 2.6.2004, S. 12

4. 32005 R 1688: Verordnung (EG) Nr. 1688/2005 der Kommission vom 14. Oktober 2005 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich zusätzlicher Garantien betreffend Salmonellen bei Sendungen bestimmten Fleischs und bestimmter Eier nach Finnland und Schweden (ABl. L 271 vom 15.10.2005, S. 17), geändert durch:

– 32011 R 1223: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1223/2011 der Kommission vom 28. November 2011 (ABl. L 314 vom 29.11.2011, S. 12)

5. 32005 R 2074: Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften für bestimmte unter die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates fallende Erzeugnisse und für die in den Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen amtlichen Kontrollen, zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 27), geändert durch:

   – 32006 R 1664: Verordnung (EG) Nr. 1664/2006 der Kommission vom 6. November 2006 (ABl. L 320 vom 18.11.2006, S. 13)

   – 32007 R 1244: Verordnung (EG) Nr. 1244/2007 der Kommission vom 24. Oktober 2007 (ABl. L 281 vom 25.10.2007, S. 12)

   – 32008 R 1022: Verordnung (EG) Nr. 1022/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 18)

   – 32011 R 0015: Verordnung (EU) Nr. 15/2011 der Kommission vom 10. Januar 2011 (ABl. L 6 vom 11.1.2011, S. 3)

   – 32011 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 1)

– 32012 R 1012: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1012/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 11

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32014 R 0218: Verordnung (EU) Nr. 218/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 95)

– 32015 R 2285: Verordnung (EU) 2015/2285 der Kommission vom 8. Dezember 2015 (ABl. L 323 vom 9.12.2015, S. 2)

– 32016 R 0759: Durchführungsverordnung (EU) 2016/759 der Kommission vom 28. April 2016 (ABl. L 126 vom 14.5.2016, S. 13)

– 32017 R 1973: Verordnung (EU) 2017/1973 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 21)

– 32017 R 1980: Verordnung (EU) 2017/1980 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 8)

– 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183

– 32019 R 0628: Durchführungsverordnung (EU) 2019/628 der Kommission vom 8. April 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 101)

– 32019 R 1139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1139 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 12)

Gemäß der Richtlinie 2004/41/EG gelten bestimmte Durchführungsrechtsakte, die sich auf aufgehobene Rechtsgrundlagen stützen, weiterhin:

6. 31996 D 0077: Entscheidung 96/77/EG der Kommission vom 18. Januar 1996 zur Festlegung der Ernte- und Verarbeitungsbedingungen für Muscheln aus Gebieten, in denen die Werte für Lähmungen hervorrufende Toxine den in der Richtlinie 91/492/EWG des Rates festgelegten Gehalt überschreiten (ABl. L 15 vom 20.1.1996, S. 46)

7. 32007 D 0118: Entscheidung 2007/118/EG der Kommission vom 16. Februar 2007 zur Festlegung von Einzelvorschriften für ein alternatives Identitätskennzeichen gemäß der Richtlinie 2002/99/EG des Rates (ABl. L 51 vom 20.2.2007, S. 19)

8. 32009 D 0121: Beschluss 2009/121/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 zur Ablehnung des Vorschlags der Kommission für eine Verordnung des Rates über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Verwendung von antimikrobiellen Stoffen zur Entfernung von Oberflächenverunreinigungen bei Geflügelschlachtkörpern (ABl. L 41 vom 13.2.2009, S. 13)

9. 32011 R 0931: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 931/2011 der Kommission vom 19. September 2011 über die mit der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Rückverfolgbarkeitsanforderungen an Lebensmittel tierischen Ursprungs (ABl. L 242 vom 20.9.2011, S. 2)

10. 32012 R 0427: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 427/2012 der Kommission vom 22. Mai 2012 über die Ausdehnung der in der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen besonderen Garantien betreffend Salmonellen auf Eier, die in Dänemark in Verkehr gebracht werden sollen (ABl. L 132 vom 23.5.2012, S. 8)

11. 32013 R 0101: Verordnung (EU) Nr. 101/2013 der Kommission vom 4. Februar 2013 über die Verwendung von Milchsäure zur Verringerung mikrobiologischer Oberflächenverunreinigungen von Rinderschlachtkörpern (ABl. L 34 vom 5.2.2013, S. 1)

12. 32015 R 1474: Verordnung (EU) 2015/1474 der Kommission vom 27. August 2015 über die Verwendung wiederaufbereiteten Heißwassers zur Entfernung mikrobiologischer Oberflächenverunreinigungen von Schlachtkörpern (ABl. L 225 vom 28.8.2015, S. 7)

13. 32018 R 0307: Durchführungsverordnung (EU) 2018/307 der Kommission vom 28. Februar 2018 zur Ausdehnung der in der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen besonderen Garantien betreffend *Salmonella* spp. auf Fleisch von Masthähnchen (*Gallus gallus*), das in Dänemark in Verkehr gebracht werden soll (ABl. L 60 vom 2.3.2018, S. 5)

14. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

15. 32021 D 0477: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/477 der Kommission vom 18. März 2021 zur Genehmigung der Änderungen an den von Finnland und Schweden vorgelegten nationalen Programmen zur Bekämpfung von Salmonellen bei bestimmten lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 99 vom 22.3.2021, S. 75)

KAPITEL 3

KONTROLLVORSCHRIFTEN

1. 32005 R 2074: Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften für bestimmte unter die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates fallende Erzeugnisse und für die in den Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen amtlichen Kontrollen, zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 27), geändert durch:

   – 32006 R 1664: Verordnung (EG) Nr. 1664/2006 der Kommission vom 6. November 2006 (ABl. L 320 vom 18.11.2006, S. 13)

   – 32007 R 1244: Verordnung (EG) Nr. 1244/2007 der Kommission vom 24. Oktober 2007 (ABl. L 281 vom 25.10.2007, S. 12)

   – 32008 R 1022: Verordnung (EG) Nr. 1022/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 18)

   – 32011 R 0015: Verordnung (EU) Nr. 15/2011 der Kommission vom 10. Januar 2011 (ABl. L 6 vom 11.1.2011, S. 3)

   – 32011 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 1)

– 32012 R 1012: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1012/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L L214 vom 9.8.2013, S. 1

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32014 R 0218: Verordnung (EU) Nr. 218/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 95)

– 32015 R 2285: Verordnung (EU) 2015/2285 der Kommission vom 8. Dezember 2015 (ABl. L 323 vom 9.12.2015, S. 2)

– 32016 R 0759: Durchführungsverordnung (EU) 2016/759 der Kommission vom 28. April 2016 (ABl. L 126 vom 14.5.2016, S. 13)

– 32017 R 1973: Verordnung (EU) 2017/1973 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 21)

– 32017 R 1980: Verordnung (EU) 2017/1980 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 8)

– 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183

– 32019 R 0628: Durchführungsverordnung (EU) 2019/628 der Kommission vom 8. April 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 101)

– 32019 R 1139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1139 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 12)

2. 32009 R 0152: Verordnung (EG) Nr. 152/2009 der Kommission vom 27. Januar 2009 zur Festlegung der Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. L 54 vom 26.2.2009, S. 1), geändert durch:

– 32012 R 0278: Verordnung (EU) Nr. 278/2012 der Kommission vom 28. März 2012 (ABl. L 91 vom 29.3.2012, S. 8)

– 32013 R 0051: Verordnung (EU) Nr. 51/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 (ABl. L 20 vom 23.1.2013, S. 33), berichtigt in ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 36

– 32013 R 0691: Verordnung (EU) Nr. 691/2013 der Kommission vom 19. Juli 2013 (ABl. L 197 vom 20.4.2013, S. 1)

– 32014 R 0709: Verordnung (EU) Nr. 709/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 188 vom 27.6.2014, S. 1)

– 32017 R 0771: Verordnung (EU) 2017/771 der Kommission vom 3. Mai 2017 (ABl. L 115 vom 4.5.2017, S. 22)

– 32020 R 1560: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1560 der Kommission vom 26. Oktober 2020 (ABl. L 357 vom 27.10.2020, S. 17)

– 32022 R 0893: Durchführungsverordnung (EU) 2022/893 der Kommission vom 7. Juni 2022 (ABl. L 152 vom 8.6.2022, S. 24)

3. 32019 R 1715: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1715 der Kommission vom 30. September 2019 mit Vorschriften zur Funktionsweise des Informationsmanagementsystems für amtliche Kontrollen und seiner Systemkomponenten (IMSOC-Verordnung) (ABl. L 261 vom 14.10.2019, S. 37)

4. 32006 R 0401: Verordnung (EG) Nr. 401/2006 der Kommission vom 23. Februar 2006 zur Festlegung der Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Kontrolle des Mykotoxingehalts von Lebensmitteln (ABl. L 70 vom 9.3.2006, S. 12), geändert durch:

   – 32010 R 0178: Verordnung (EU) Nr. 178/2010 der Kommission vom 2. März 2010 (ABl. L 52 vom 3.3.2010, S. 32)

   – 32014 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2014 der Kommission vom 16. Mai 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 29), berichtigt in ABl. L 337 vom 13.12.2016, S. 24, und ABl. L 337 vom 13.12.2016, S. 24

5. 32008 D 0287: Beschluss 2008/287/EG der Kommission vom 3. April 2008 über die Finanzierung eines Arbeitsprogramms 2008 für Ausbildungstools in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit (ABl. L 93 vom 4.4.2008, S. 25)

6. 32008 R 0737: Verordnung (EG) Nr. 737/2008 der Kommission vom 28. Juli 2008 zur Benennung der Gemeinschaftsreferenzlaboratorien für Krustentierkrankheiten, Tollwut und Rindertuberkulose, zur Festlegung zusätzlicher Pflichten und Aufgaben der Gemeinschaftsreferenzlaboratorien für Tollwut und Rindertuberkulose sowie zur Änderung von Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 201 vom 30.7.2008, S. 29), geändert durch:

   – 32011 R 0208: Verordnung (EU) Nr. 208/2011 der Kommission vom 2. März 2011 (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 29)

– 32011 R 0880: Verordnung (EU) Nr. 880/2011 der Kommission vom 2. September 2011 (ABl. L 228 vom 3.9.2011, S. 8)

– 32013 R 0072: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 72/2013 der Kommission vom 25. Januar 2013 (ABl. L 26 vom 26.1.2013, S. 9)

– 32013 R 0415: Verordnung (EU) Nr. 415/2013 der Kommission vom 6. Mai 2013 (ABl. L 125 vom 7.5.2013, S. 7)

7. 32008 D 0654: Entscheidung 2008/654/EG der Kommission vom 24. Juli 2008 über Leitlinien zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Erstellung des Jahresberichts über den einzigen integrierten mehrjährigen nationalen Kontrollplan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 214 vom 9.8.2008, S. 56)

8. 32009 D 0863: Entscheidung 2009/863/EG der Kommission vom 30. November 2009 über die bestimmten gemeinschaftlichen Referenzlaboratorien im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelkontrolle gewährte Finanzhilfe der Gemeinschaft für das Jahr 2010 (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 91)

9. 32011 R 0619: Verordnung (EU) Nr. 619/2011 der Kommission vom 24. Juni 2011 zur Festlegung der Probenahme- und Analyseverfahren für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln im Hinblick auf genetisch veränderte Ausgangserzeugnisse, für die ein Zulassungsverfahren anhängig ist oder deren Zulassung abläuft (ABl. L 166 vom 25.6.2011, S. 9)

10. 32010 D 0736: Beschluss 2010/736/EU der Kommission vom 1. Dezember 2010 über die bestimmten Referenzlaboratorien der Europäischen Union im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelkontrolle gewährte Finanzhilfe der EU für das Jahr 2011 (ABl. L 316 vom 2.12.2010, S. 22)

11. 32010 D 0764: Beschluss 2010/764/EU der Kommission vom 8. Dezember 2010 über die Annahme eines Finanzierungsbeschlusses für 2010 im Bereich Lebensmittelsicherheit (ABl. L 324 vom 9.12.2010, S. 49)

12. 32011 R 0284: Verordnung (EU) Nr. 284/2011 der Kommission vom 22. März 2011 mit besonderen Bedingungen und detaillierten Verfahren für die Einfuhr von Polyamid- und Melamin-Kunststoffküchenartikeln, deren Ursprung oder Herkunft die Volksrepublik China bzw. die Sonderverwaltungsregion Hongkong, China, ist (ABl. L 77 vom 23.3.2011, S. 25)

13. 32013 D 0098: Durchführungsbeschluss 2013/98/EU der Kommission vom 19. Februar 2013 im Hinblick auf eine Finanzhilfe der Union zu einem koordinierten Kontrollplan zur Feststellung der Verbreitung betrügerischer Praktiken bei der Vermarktung bestimmter Lebensmittel (ABl. L 48 vom 21.2.2013, S. 23)

14. 32013 H 0099: Empfehlung 2013/99/EU der Kommission vom 19. Februar 2013 über einen koordinierten Kontrollplan zur Feststellung der Verbreitung betrügerischer Praktiken bei der Vermarktung bestimmter Lebensmittel (ABl. L 48 vom 21.2.2013, S. 28)

15. 32013 R 0415: Verordnung (EU) Nr. 415/2013 der Kommission vom 6. Mai 2013 zur Festlegung zusätzlicher Pflichten und Aufgaben der EU-Referenzlaboratorien für Tollwut, Rindertuberkulose und Bienengesundheit, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 737/2008 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 87/2011 (ABl. L 125 vom 7.5.2013, S. 7)

16. 32014 D 0176: Durchführungsbeschluss 2014/176/EU der Kommission vom 27. März 2014 über eine finanzielle Beteiligung der Union an einem koordinierten Kontrollplan zur Feststellung der Verbreitung betrügerischer Praktiken bei der Vermarktung bestimmter Lebensmittel (ABl. L 95 vom 29.3.2014, S. 39)

17. 32015 R 0705: Verordnung (EU) 2015/705 der Kommission vom 30. April 2015 zur Festlegung von Probenahmeverfahren und Leistungskriterien für die Analysemethoden, die für die amtliche Kontrolle des Erucasäuregehalts in Lebensmitteln verwendet werden, und zur Aufhebung der Richtlinie 80/891/EWG der Kommission (ABl. L 113 vom 1.5.2015, S. 29)

18. 32015 R 0949: Durchführungsverordnung (EU) 2015/949 der Kommission vom 19. Juni 2015 zur Genehmigung der Prüfungen hinsichtlich bestimmter Mykotoxine, die bestimmte Drittländer vor der Ausfuhr bestimmter Lebensmittel durchführen (ABl. L 156 vom 20.6.2015, S. 2), geändert durch:

    – 32017 R 1269: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1269 der Kommission vom 13. Juli 2017 (ABl. L 183 vom 14.7.2017, S. 9)

19. 32016 R 0024: Durchführungsverordnung (EU) 2016/24 der Kommission vom 8. Januar 2016 zur Festlegung besonderer Bedingungen für die Einfuhr von Erdnüssen aus Brasilien, *Capsicum annuum* und Muskatnuss aus Indien und Muskatnuss aus Indonesien sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 669/2009 und (EU) Nr. 884/2014 (ABl. L 8 vom 13.1.2016, S. 1)

20. 32016 R 1843: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1843 der Kommission vom 18. Oktober 2016 mit Übergangsmaßnahmen zur Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Akkreditierung amtlicher Laboratorien für die amtliche Untersuchung auf Trichinen (ABl. L 282 vom 19.10.2016, S. 38)

21. 32017 R 0140: Verordnung (EU) 2017/140 der Kommission vom 26. Januar 2017 zur Benennung des EU-Referenzlabors für durch Capripoxviren verursachte Erkrankungen (Lumpy-Skin-Krankheit und Pockenseuche der Schafe und Ziegen) mit zusätzlichen Zuständigkeiten und Aufgaben für dieses Labor und zur Änderung von Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 22 vom 27.1.2017, S. 10)

22. 32017 R 0212: Verordnung (EU) 2017/212 der Kommission vom 7. Februar 2017 zur Benennung des EU-Referenzlaboratoriums für Pest der kleinen Wiederkäuer, zur Festlegung zusätzlicher Pflichten und Aufgaben dieses Laboratoriums sowie zur Änderung von Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 33 vom 8.2.2017, S. 27)

23. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

KAPITEL 4

SPEZIFISCHE KONTROLLVORSCHRIFTEN FÜR TIERISCHE ERZEUGNISSE

1. 32004 L 0041: Richtlinie 2004/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Aufhebung bestimmter Richtlinien über Lebensmittelhygiene und Hygienevorschriften für die Herstellung und das Inverkehrbringen von bestimmten, zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs sowie zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG und 92/118/EWG des Rates und der Entscheidung 95/408/EG des Rates (ABl. L 157 vom 30.4.2004, S. 33), berichtigt in ABl. L 195 vom 2.6.2004, S. 12

2. 32009 R 0470: Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Rückstände pharmakologisch wirksamer Stoffe in Lebensmitteln tierischen Ursprungs, zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 des Rates und zur Änderung der Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 152 vom 16.6.2009, S. 11)

www.parlament.gv.at

3. 32005 R 2074: Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften für bestimmte unter die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates fallende Erzeugnisse und für die in den Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen amtlichen Kontrollen, zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 27), geändert durch:

   – 32006 R 1664: Verordnung (EG) Nr. 1664/2006 der Kommission vom 6. November 2006 (ABl. L 320 vom 18.11.2006, S. 13)

   – 32007 R 1244: Verordnung (EG) Nr. 1244/2007 der Kommission vom 24. Oktober 2007 (ABl. L 281 vom 25.10.2007, S. 12)

   – 32008 R 1022: Verordnung (EG) Nr. 1022/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 12)

   – 32011 R 0015: Verordnung (EU) Nr. 15/2011 der Kommission vom 10. Januar 2011 (ABl. L 6 vom 11.1.2011, S. 3)

   – 32011 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 1)

   – 32012 R 1012: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1012/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 1

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32015 R 2285: Verordnung (EU) 2015/2285 der Kommission vom 8. Dezember 2015 (ABl. L 323 vom 9.12.2015, S. 2)

– 32016 R 0759: Durchführungsverordnung (EU) 2016/759 der Kommission vom 28. April 2016 (ABl. L 126 vom 14.5.2016, S. 13)

– 32017 R 1973: Verordnung (EU) 2017/1973 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 21)

– 32017 R 1980: Verordnung (EU) 2017/1980 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 8)

– 32019 R 0628: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183

– 32019 R 0628: Durchführungsverordnung (EU) 2019/628 der Kommission vom 8. April 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 101)

– 32019 R 1139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1139 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 12)

Gemäß der Richtlinie 2004/41/EG gelten bestimmte Durchführungsrechtsakte, die sich auf aufgehobene Rechtsgrundlagen stützen, weiterhin:

4. 31992 D 0608: Entscheidung 92/608/EWG des Rates vom 14. November 1992 zur Festlegung von Analyse- und Testverfahren für wärmebehandelte Milch, die zum unmittelbaren Genuss durch Menschen bestimmt ist (ABl. L 407 vom 31.12.1992, S. 29)

5. 31998 D 0139: Entscheidung 98/139/EG der Kommission vom 4. Februar 1998 mit Durchführungsbestimmungen zu den von Sachverständigen der Kommission in den Mitgliedstaaten vor Ort durchgeführten Kontrollen im Veterinärbereich (ABl. L 38 vom 12.2.1998, S. 10)

6. 32002 D 0226: Entscheidung 2002/226/EG der Kommission vom 15. März 2002 zur Einführung spezieller Gesundheitskontrollen für die Ernte und die Verarbeitung bestimmter Muscheln, deren Gehalt an ASP (Amnesic Shellfish Poison) den in der Richtlinie 91/492/EWG des Rates genannten Höchstwert übersteigt (ABl. L 75 vom 16.3.2002, S. 65)

7. 32010 R 0037: Verordnung (EU) Nr. 37/2010 der Kommission vom 22. Dezember 2009 über pharmakologisch wirksame Stoffe und ihre Einstufung hinsichtlich der Rückstandshöchstmengen in Lebensmitteln tierischen Ursprungs (ABl. L 15 vom 20.1.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 293 vom 11.11.2010, S. 72, geändert durch:

   – 32010 R 0758: Verordnung (EU) Nr. 758/2010 der Kommission vom 24. August 2010 (ABl. L 223 vom 25.8.2010, S. 37)

   – 32010 R 0759: Verordnung (EU) Nr. 759/2010 der Kommission vom 24. August 2010 (ABl. L 223 vom 25.8.2010, S. 39)

   – 32010 R 0761: Verordnung (EU) Nr. 761/2010 der Kommission vom 25. August 2010 (ABl. L 224 vom 26.8.2010, S. 1)

– 32010 R 0890: Verordnung (EU) Nr. 890/2010 der Kommission vom 8. Oktober 2010 (ABl. L 266 vom 9.10.2010, S. 1)

– 32010 R 0914: Verordnung (EU) Nr. 914/2010 der Kommission vom 12. Oktober 2010 (ABl. L 269 vom 13.10.2010, S. 5)

– 32011 R 0362: Verordnung (EU) Nr. 362/2011 der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 26)

– 32011 R 0363: Verordnung (EU) Nr. 363/2011 der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 28)

– 32012 R 0084: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 84/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 1)

– 32012 R 0085: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 85/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 4)

– 32012 R 0086: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 86/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 6)

– 32012 R 0107: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 107/2012 der Kommission vom 8. Februar 2012 (ABl. L 36 vom 9.2.2012, S. 25)

– 32012 R 0122: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 122/2012 der Kommission vom 13. Februar 2012 (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 2)

– 32012 R 0123: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 123/2012 der Kommission vom 13. Februar 2012 (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 4)

– 32012 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2012 der Kommission vom 8. März 2012 (ABl. L 71 vom 9.3.2012, S. 37)

– 32012 R 0202: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 202/2012 der Kommission vom 8. März 2012 (ABl. L 71 vom 9.3.2012, S. 40)

– 32012 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 221/2012 der Kommission vom 14. März 2012 (ABl. L 75 vom 15.3.2012, S. 7)

– 32012 R 0222: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 222/2012 der Kommission vom 14. März 2012 (ABl. L 75 vom 15.3.2012, S. 10)

– 32012 R 0436: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 436/2012 der Kommission vom 23. Mai 2012 (ABl. L 134 vom 24.5.2012, S. 10)

– 32012 R 0466: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 466/2012 der Kommission vom 1. Juni 2012 (ABl. L 143 vom 2.6.2012, S. 2)

– 32012 R 1161: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1161/2012 der Kommission vom 7. Dezember 2012 (ABl. L 336 vom 8.12.2012, S. 14)

– 32012 R 1186: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1186/2012 der Kommission vom 11. Dezember 2012 (ABl. L 338 vom 12.12.2012, S. 20)

– 32012 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1191/2012 der Kommission vom 12. Dezember 2012 (ABl. L 340 vom 13.12.2012, S. 35)

– 32013 R 0059: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 59/2013 der Kommission vom 23. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 21)

– 32013 R 0115: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 115/2013 der Kommission vom 8. Februar 2013 (ABl. L 38 vom 9.2.2013, S. 11)

– 32013 R 0116: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 116/2013 der Kommission vom 8. Februar 2013 (ABl. L 38 vom 9.2.2013, S. 14)

– 32013 R 0394: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 394/2013 der Kommission vom 29. April 2013 (ABl. L 118 vom 30.4.2013, S. 17)

– 32013 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 406/2013 der Kommission vom 2. Mai 2013 (ABl. L 121 vom 3.5.2013, S. 42)

– 32013 R 0489: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 489/2013 der Kommission vom 27. Mai 2013 (ABl. L 141 vom 28.5.2013, S. 4)

– 32013 R 1056: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1056/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 288 vom 30.10.2013, S. 60)

– 32013 R 1057: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1057/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 288 vom 30.10.2013, S. 63)

– 32013 R 1235: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1235/2013 der Kommission vom 2. Dezember 2013 (ABl. L 322 vom 3.12.2013, S. 21)

– 32014 R 0019: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 19/2014 der Kommission vom 10. Januar 2014 (ABl. L 8 vom 11.1.2014, S. 18)

– 32014 R 0020: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 20/2014 der Kommission vom 10. Januar 2014 (ABl. L 8 vom 11.1.2014, S. 20)

– 32014 R 0200: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 200/2014 der Kommission vom 3. März 2014 (ABl. L 62 vom 4.3.2014, S. 8)

– 32014 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2014 der Kommission vom 3. März 2014 (ABl. L 62 vom 4.3.2014, S. 10)

– 32014 R 0676: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 676/2014 der Kommission vom 19. Juni 2014 (ABl. L 180 vom 21.6.2014, S. 5)

– 32014 R 0677: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 677/2014 der Kommission vom 19. Juni 2014 (ABl. L 180 vom 20.6.2014, S. 8)

– 32014 R 0681: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 681/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 11)

– 32014 R 0682: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 682/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 14)

– 32014 R 0683: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 683/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 17)

– 32014 R 0967: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 967/2014 der Kommission vom 12. September 2014 (ABl. L 272 vom 13.9.2014, S. 3)

– 32014 R 1277: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1277/2014 der Kommission vom 1. Dezember 2014 (ABl. L 346 vom 2.12.2014, S. 23)

– 32014 R 1359: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1359/2014 der Kommission vom 18. Dezember 2014 (ABl. L 364 vom 19.12.2014, S. 103)

– 32014 R 1390: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1390/2014 der Kommission vom 19. Dezember 2014 (ABl. L 369 vom 24.12.2014, S. 65)

– 32015 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2015/149 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 7)

– 32015 R 0150: Durchführungsverordnung (EU) 2015/150 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 10)

– 32015 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2015/151 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 13)

– 32015 R 0152: Durchführungsverordnung (EU) 2015/152 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 16)

– 32015 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2015/149 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 7)

– 32015 R 0150: Durchführungsverordnung (EU) 2015/150 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 10)

– 32015 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2015/151 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 13)

– 32015 R 0152: Durchführungsverordnung (EU) 2015/152 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 16)

– 32015 R 0394: Durchführungsverordnung (EU) 2015/394 der Kommission vom 10. März 2015 (ABl. L 66 vom 11.3.2015, S. 1)

– 32015 R 0446: Durchführungsverordnung (EU) 2015/446 der Kommission vom 17. März 2015 (ABl. L 74 vom 18.3.2015, S. 18)

– 32015 R 1078: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1078 der Kommission vom 3. Juli 2015 (ABl. L 175 vom 4.7.2015, S. 5)

– 32015 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1079 der Kommission vom 3. Juli 2015 (ABl. L 175 vom 4.7.2015, S. 8)

– 32015 R 1080: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1080 der Kommission vom 3. Juli 2015 (ABl. L 175 vom 4.7.2015, S. 11)

– 32015 R 1308: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1308 der Kommission vom 29. Juli 2015 (ABl. L 200 vom 30.7.2015, S. 11)

– 32015 R 1491: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1491 der Kommission vom 3. September 2015 (ABl. L 231 vom 4.9.2015, S. 7)

– 32015 R 1492: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1492 der Kommission vom 3. September 2015 (ABl. L 231 vom 4.9.2015, S. 10)

– 32015 R 1492: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1820 der Kommission vom 9. Oktober 2015 (ABl. L 265 vom 10.10.2015, S. 1)

– 32015 R 2062: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2062 der Kommission vom 17. November 2015 (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 7)

– 32016 R 2062: Durchführungsverordnung (EU) 2016/129 der Kommission vom 1. Februar 2016 (ABl. L 25 vom 2.2.2016, S. 44)

– 32016 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2016/305 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 58 vom 4.3.2019, S. 35), berichtigt in ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 3

– 32016 R 0582: Verordnung (EU) 2016/582 der Kommission vom 15. April 2016 (ABl. L 99 vom 15.4.2016, S. 1)

– 32016 R 0710: Durchführungsverordnung (EU) 2016/710 der Kommission vom 12. Mai 2016 (ABl. L 125 vom 13.5.2016, S. 6)

– 32016 R 1444: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1444 der Kommission vom 31. August 2016 (ABl. L 235 vom 1.9.2016, S. 8)

– 32016 R 1834: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1834 der Kommission vom 17. Oktober 2016 (ABl. L 280 vom 18.10.2016, S. 22)

– 32016 R 2045: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2045 der Kommission vom 23. November 2016 (ABl. L 318 vom 24.11.2016, S. 3)

– 32016 R 2074: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2074 der Kommission vom 25. November 2016 (ABl. L 320 vom 26.11.2016, S. 29)

– 32017 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) 2017/201 der Kommission vom 6. Februar 2017 (ABl. L 32 vom 7.2.2017, S. 17)

– 32017 R 1558: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1558 der Kommission vom 14. September 2017 (ABl. L 237 vom 15.9.2017, S. 67)

– 32017 R1559: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1559 der Kommission vom 14. September 2017 (ABl. L 237 vom 15.9.2017, S. 69)

– 32018 R 0520: Durchführungsverordnung (EU) 2018/520 der Kommission vom 28. März 2018 (ABl. L 87 vom 3.4.2018, S. 9)

– 32018 R 0523: Durchführungsverordnung (EU) 2018/523 der Kommission vom 28. März 2018 (ABl. L 88 vom 4.4.2018, S. 1)

– 32018 R 0721: Durchführungsverordnung (EU) 2018/721 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 5)

– 32018 R 0722: Durchführungsverordnung (EU) 2018/722 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 8)

– 32018 R 1076: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1076 der Kommission vom 30. Juli 2018 (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 41)

– 22018 R 1967: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1967 der Kommission vom 12. Dezember 2018 (ABl. L 316 vom 13.12.2008, S. 6)

– 32019 R 0238: Durchführungsverordnung (EU) 2019/238 der Kommission vom 8. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 4), berichtigt in ABl. L 186 vom 27.5.2021, S. 32

– 32019 R 1881: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1881 der Kommission vom 8. November 2019 (ABl. L 290 vom 11.11.2019, S. 8)

– 32019 R 1901: Verordnung (EU) 2019/1901 der Kommission vom 7. November 2019 (ABl. L 293 vom 14.11.2019, S. 2)

– 32020 R 0042: Durchführungsverordnung (EU) 2020/42 der Kommission vom 17. Januar 2020 (ABl. L 15 vom 20.1.2020, S. 2)

– 32020 R 0043: Durchführungsverordnung (EU) 2020/43 der Kommission vom 17. Januar 2020 (ABl. L 15 vom 20.1.2020, S. 5)

– 32020 R 1685: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1685 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 44)

– 32020 R 1712: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1712 der Kommission vom 16. November 2020 (ABl. L 384 vom 17.11.2020, S. 3)

– 32021 R 0621: Durchführungsverordnung (EU) 2021/621 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 120)

– 32022 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2022/634 der Kommission vom 13. April 2022 (ABl. L 117 vom 19.4.2022, S. 25)

8. 32015 R 1375: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1375 der Kommission vom 10. August 2015 mit spezifischen Vorschriften für die amtlichen Fleischuntersuchungen auf Trichinen (ABl. L 212 vom 11.8.2015, S. 7), geändert durch:

– 32020 R 1478: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1478 der Kommission vom 14. Oktober 2020 (ABl. L 338 vom 15.10.2020, S. 7)

– 32021 R 0519: Durchführungsverordnung (EU) 2021/519 der Kommission vom 24. März 2021 (ABl. L 104 vom 25.3.2021, S. 36)

– 32022 R 1418: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1418 der Kommission vom 22. August 2022 (ABl. L 218 vom 23.8.2022, S. 7)

9. 32017 R 0012: Durchführungsverordnung (EU) 2017/12 der Kommission vom 6. Januar 2017 hinsichtlich Form und Inhalt der Anträge auf Festsetzung von Rückstandshöchstmengen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 4 vom 7.1.2017, S. 1)

10. 32017 R 0880: Verordnung (EU) 2017/880 der Kommission vom 23. Mai 2017 mit Regelungen über die Anwendung einer Rückstandshöchstmenge, die für einen pharmakologisch wirksamen Stoff in einem bestimmten Lebensmittel festgelegt wurde, auf ein anderes von derselben Tierart stammendes Lebensmittel bzw. die Anwendung einer Rückstandshöchstmenge, die für einen pharmakologisch wirksamen Stoff in einer oder mehreren Tierarten festgelegt wurde, auf andere Tierarten, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2017, S. 1)

11. 32018 R 0470: Durchführungsverordnung (EU) 2018/470 der Kommission vom 21. März 2018 mit ausführlichen Vorschriften zu den Rückstandshöchstmengen, die bei Kontrollen von Lebensmitteln zu berücksichtigen sind, die von in der EU gemäß Artikel 11 der Richtlinie 2001/82/EG behandelten Tieren stammen (ABl. L 79 vom 22.3.2018, S. 16)

12. 32018 R 0700: Durchführungsverordnung (EU) 2018/700 der Kommission vom 8. Mai 2018 zur Änderung der Listen der Betriebe aus Drittländern, aus denen bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs eingeführt werden dürfen, im Hinblick auf bestimmte Betriebe aus Brasilien (ABl. L 118 vom 14.5.2018, S. 1)

13. 32018 R 0782: Verordnung (EU) 2018/782 der Kommission vom 29. Mai 2018 zur Festlegung der Grundsätze zur Methodik der Risikobewertung und der Empfehlungen für das Risikomanagement gemäß der Verordnung (EG) Nr. 470/2009 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 5)

KAPITEL 5

VORSCHRIFTEN FÜR TIERISCHE NEBENPRODUKTE

1. 32009 R 1069: Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

2. 32011 R 0142: Verordnung (EU) Nr. 142/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte sowie zur Durchführung der Richtlinie 97/78/EG des Rates hinsichtlich bestimmter gemäß der genannten Richtlinie von Veterinärkontrollen an der Grenze befreiter Proben und Waren (ABl. L 54 vom 26.2.2011, S. 1), geändert durch:

   – 32011 R 0749: Verordnung (EU) Nr. 749/2011 der Kommission vom 29. Juli 2011 (ABl. L 198 vom 30.7.2011, S. 3)

   – 32012 R 1063: Verordnung (EU) Nr. 1063/2012 der Kommission vom 13. November 2012 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 5)

   – 32012 R 1097: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1097/2012 der Kommission vom 23. November 2012 (ABl. L 326 vom 24.11.2012, S. 3)

– 32013 R 0294: Verordnung (EU) Nr. 294/2013 der Kommission vom 14. März 2013 (ABl. L 98 vom 6.4.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 226 vom 24.8.2013, S. 44

– 32013 R 0555: Verordnung (EU) Nr. 555/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 (ABl. L 164 vom 18.6.2013, S. 11)

– 32013 R 0717: Verordnung (EU) Nr. 717/2013 der Kommission vom 25. Juli 2013 (ABl. L 201 vom 26.7.2013, S. 31)

– 32014 R 0483: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 483/2014 der Kommission vom 8. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 52)

– 32014 R 0592: Verordnung (EU) Nr. 592/2014 der Kommission vom 3. Juni 2014 (ABl. L 165 vom 4.6.2014, S. 33)

– 32015 R 0009: Verordnung (EU) 2015/9 der Kommission vom 6. Januar 2015 (ABl. L 3 vom 7.1.2015, S. 10)

– 32017 R 0172: Verordnung (EU) 2017/172 der Kommission vom 1. Februar 2017 (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 1)

– 32017 R 0786: Verordnung (EU) 2017/786 der Kommission vom 8. Mai 2017 (ABl. L 119 vom 9.5.2017, S. 1)

– 32017 R 0893: Verordnung (EU) 2017/893 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 92)

– 32017 R 1261: Verordnung (EU) 2017/1261 der Kommission vom 12. Juli 2017 (ABl. L 182 vom 13.7.2017, S. 31)

– 32017 R 1262: Verordnung (EU) 2017/1262 der Kommission vom 12. Juli 2017 (ABl. L 182 vom 13.7.2017, S. 34)

– 32019 R 1084: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1084 der Kommission vom 25. Juni 2019 (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 100)

– 32019 R 1177: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1177 der Kommission vom 10. Juli 2019 (ABl. L 185 vom 11.7.2019, S. 26)

– 32019 R 2122: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2122 der Kommission vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 45)

– 32019 R 2124: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2124 der Kommission vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 73)

– 32020 R 0207: Durchführungsverordnung (EU) 2020/207 der Kommission vom 14. Februar 2020 (ABl. L 43 vom 17.2.2020, S. 69)

– 32020 R 0735: Verordnung (EU) 2020/735 der Kommission vom 2. Juni 2020 (ABl. L 172 vom 3.6.2020, S. 3)

– 32020 R 0757: Verordnung (EU) 2020/757 der Kommission vom 8. Juni 2020 (ABl. L 179 vom 9.6.2020, S. 5)

– 32020 R 0762: Verordnung (EU) 2020/762 der Kommission vom 9. Juni 2020 (ABl. L 182 vom 10.6.2020, S. 3)

– 32020 R 0797: Verordnung (EU) 2020/797 der Kommission vom 17. Juni 2020 (ABl. L 194 vom 18.6.2020, S. 1)

– 32020 R 1720: Verordnung (EU) 2020/1720 der Kommission vom 17. November 2020 (ABl. L 386 vom 18.11.2020, S. 6)

– 32021 R 0899: Verordnung (EU) 2021/899 der Kommission vom 3. Juni 2021 (ABl. L 197 vom 4.6.2021, S. 68)

– 32021 R 1699: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1699 der Kommission vom 22. September 2021 (ABl. L 336 vom 23.9.2021, S. 43)

– 32021 R 1891: Verordnung (EU) 2021/1891 der Kommission vom 26. Oktober 2021 (ABl. L 384 vom 20.10.2021, S. 84)

– 32021 R 1925: Verordnung (EU) 2021/1925 der Kommission vom 5. November 2021 (ABl. L 393 vom 8.11.2021, S. 4)

– 32022 R 0384: Verordnung (EU) 2022/384 der Kommission vom 4. März 2022 (ABl. L 78 vom 8.3.2022, S. 1)

3. 32021 R 1929: Verordnung (EU) 2021/1929 der Kommission vom 8. November 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Ausfuhr bestimmter organischer Düngemittel und Bodenverbesserungsmittel, die Material der Kategorie 2 enthalten (ABl. L 394 vom 9.11.2021, S. 4)

KAPITEL 6

FINANZIERUNG VON KONTROLLEN

1. 32013 D 0653: Durchführungsbeschluss 2013/653/EU der Kommission vom 12. November 2013 im Hinblick auf eine Finanzhilfe der Union für einen koordinierten Kontrollplan zur Überwachung von Zoonoseerregern auf Antibiotikaresistenzen für das Jahr 2014 (ABl. L 303 vom 14.11.2013, S. 40)

KAPITEL 7

SPEZIFISCHE VORSCHRIFTEN FÜR FUTTERMITTELHYGIENE

1. 32005 R 0183: Verordnung (EG) Nr. 183/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Januar 2005 mit Vorschriften für die Futtermittelhygiene (ABl. L 35 vom 8.2.2005, S. 1), geändert durch:

   – 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

   – 32012 R 0225: Verordnung (EU) Nr. 225/2012 der Kommission vom 15. März 2012 (ABl. L 77 vom 16.3.2012, S. 1)

   – 32015 R 1905: Verordnung (EU) 2015/1905 der Kommission vom 22. Oktober 2015 (ABl. L 278 vom 23.10.2015, S. 5)

   – 32019 R 0004: Verordnung (EU) 2019/4 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 1)

2. 32007 R 0141: Verordnung (EG) Nr. 141/2007 der Kommission vom 14. Februar 2007 über die Zulassungspflicht für Futtermittelbetriebe, die Futtermittelzusatzstoffe der Kategorie Kokzidiostatika und Histomonostatika herstellen oder in Verkehr bringen, in Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 183/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 53 vom 15.2.2007, S. 9)

TEIL IV

VORSCHRIFTEN FÜR DIE LEBENSMITTELSICHERHEIT

Andorra wendet alle Verpflichtungen an, die sich aus den von der EU geschlossenen internationalen Übereinkünften ergeben, soweit diese Verpflichtungen die für das ordnungsgemäße Funktionieren dieses Abkommens erforderlichen Vorschriften über Lebensmittelsicherheit betreffen.

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für die in Teil IV dieses Anhangs enthaltenen Rechtsakte. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt ein Jahr ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

KAPITEL 1

KENNZEICHNUNG UND AUFMACHUNG VON LEBENSMITTELN SOWIE DIE WERBUNG HIERFÜR, EINSCHLIESSLICH NÄHRWERT- UND GESUNDHEITSBEZOGENER ANGABEN UND DER NÄHRWERTKENNZEICHNUNG

1. 32006 R 1924: Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 9), berichtigt in ABl. L 12 vom 18.1.2007, S. 3, geändert durch:

   – 32008 R 0107: Verordnung (EU) Nr. 107/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2008 (ABl. L 39 vom 13.2.2008, S. 8)

   – 32008 R 0109: Verordnung (EU) Nr. 109/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2008 (ABl. L 39 vom 13.2.2008, S. 14)

– 32010 R 0116: Verordnung (EU) Nr. 116/2010 der Kommission vom 9. Februar 2010 (ABl. L 37 vom 10.2.2010, S. 16)

– 32011 R 1169: Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 18)

2. 32011 R 1169: Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1924/2006 und (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 87/250/EWG der Kommission, der Richtlinie 90/496/EWG des Rates, der Richtlinie 1999/10/EG der Kommission, der Richtlinie 2000/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2002/67/EG und 2008/5/EG der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 608/2004 der Kommission (ABl. L 304 vom 21.11.2011, S. 18), berichtigt in ABl. L 266 vom 30.9.2016, S. 7, geändert durch:

– 32013 R 1155: Delegierte Verordnung (EU) 1155/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 306 vom 16.11.2013, S. 7)

– 32013 R 1363: Delegierte Verordnung (EU) 1363/2013 der Kommission vom 12. Dezember 2013 (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 26)

– 32014 R 0078: Delegierte Verordnung (EU) 78/2014 der Kommission vom 22. November 2013 (ABl. L 27 vom 30.1.2014, S. 7)

– 32015 R 2283: Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 327 vom 11.12.2015, S. 1)

3. 32011 L 0091: Richtlinie 2011/91/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Angaben oder Marken, mit denen sich das Los, zu dem ein Lebensmittel gehört, feststellen lässt (ABl. L 334 vom 16.12.2011, S. 1)

4. 32008 R 0353: Verordnung (EG) Nr. 353/2008 der Kommission vom 18. April 2008 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen für Anträge auf Zulassung gesundheitsbezogener Angaben gemäß Artikel 15 der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 109 vom 19.8.2008, S. 11), geändert durch:

   – 32009 R 1169: Verordnung (EU) Nr. 1169/2009 der Kommission vom 30. November 2009 (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 34)

5. 32009 R 0983: Verordnung (EG) Nr. 983/2009 der Kommission vom 21. Oktober 2009 zur Zulassung bzw. Verweigerung der Zulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 277 vom 22.10.2009, S. 3), geändert durch:

   – 32010 R 0376: Verordnung (EU) Nr. 376/2010 der Kommission vom 3. Mai 2010 (ABl. L 111 vom 4.5.2010, S. 3)

   – 32014 R 0686: Verordnung (EU) Nr. 686/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 27)

6. 32009 R 0984: Verordnung (EG) Nr. 984/2009 der Kommission vom 21. Oktober 2009 zur Verweigerung der Zulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 277 vom 22.10.2009, S. 13)

7. 32009 R 1024: Verordnung (EG) Nr. 1024/2009 der Kommission vom 29. Oktober 2009 zur Zulassung bzw. Verweigerung der Zulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 283 vom 30.10.2009, S. 22)

8. 32009 R 1025: Verordnung (EG) Nr. 1025/2009 der Kommission vom 29. Oktober 2009 zur Verweigerung der Zulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 283 vom 30.10.2009, S. 30)

9. 32009 R 1167: Verordnung (EG) Nr. 1167/2009 der Kommission vom 30. November 2009 über die Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos beziehungsweise die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 29)

10. 32009 R 1168: Verordnung (EG) Nr. 1168/2009 der Kommission vom 30. November 2009 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos beziehungsweise die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 32)

11. 32009 D 0980: Beschluss 2009/980/EU der Kommission vom 17. Dezember 2009 zur Zulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe zur Wirkung eines wasserlöslichen Tomatenkonzentrats auf die Blutplättchenaggregation sowie zur Gewährung des Schutzes geschützter Daten gemäß Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 18.12.2009, S. 55), geändert durch:

    – 32010 D 0770: Beschluss 2010/770/EU der Kommission vom 13. Dezember 2010 (ABl. L 328 vom 14.12.2010, S. 18)

12. 32010 R 0375: Verordnung (EU) Nr. 375/2010 der Kommission vom 3. Mai 2010 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos beziehungsweise die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 111 vom 4.5.2010, S. 1)

13. 32010 R 0382: Verordnung (EU) Nr. 382/2010 der Kommission vom 5. Mai 2010 zur Verweigerung der Zulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 113 vom 6.5.2010, S. 1)

14. 32010 R 0383: Verordnung (EU) Nr. 383/2010 der Kommission vom 5. Mai 2010 zur Verweigerung der Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos beziehungsweise die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 113 vom 6.5.2010, S. 4)

15. 32010 R 0384: Verordnung (EU) Nr. 384/2010 der Kommission vom 5. Mai 2010 zur Zulassung bzw. Verweigerung der Zulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 113 vom 6.5.2010, S. 6)

16. 32010 R 0957: Verordnung (EU) Nr. 957/2010 der Kommission vom 22. Oktober 2010 über die Zulassung bzw. Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 279 vom 23.10.2010, S. 13)

17. 32010 R 0958: Verordnung (EU) Nr. 958/2010 der Kommission vom 22. Oktober 2010 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos beziehungsweise die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 279 vom 23.10.2010, S. 18)

18. 32010 R 1161: Verordnung (EU) Nr. 1161/2010 der Kommission vom 9. Dezember 2010 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Verringerung eines Krankheitsrisikos beziehungsweise die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 326 vom 10.12.2010, S. 59)

19. 32010 R 1162: Verordnung (EU) Nr. 1162/2010 der Kommission vom 9. Dezember 2010 über die Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos beziehungsweise die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 326 vom 10.12.2010, S. 61)

20. 32011 R 0432: Verordnung (EU) Nr. 432/2011 der Kommission vom 4. Mai 2011 zur Verweigerung der Zulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 115 vom 5.5.2011, S. 1)

21. 32011 R 0440: Verordnung (EU) Nr. 440/2011 der Kommission vom 6. Mai 2011 über die Zulassung bzw. Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 119 vom 7.5.2011, S. 4)

22. 32011 R 0665: Verordnung (EU) Nr. 665/2011 der Kommission vom 11. Juli 2011 über die Zulassung bzw. Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 182 vom 12.7.2011, S. 5)

23. 32011 R 0666: Verordnung (EU) Nr. 666/2011 der Kommission vom 11. Juli 2011 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie über die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 182 vom 12.7.2011, S. 8)

24. 32011 R 1160: Verordnung (EU) Nr. 1160/2011 der Kommission vom 14. November 2011 über die Zulassung bzw. Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 296 vom 15.11.2011, S. 26)

25. 32011 R 1170: Verordnung (EU) Nr. 1170/2011 der Kommission vom 16. November 2011 über die Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 299 vom 17.11.2011, S. 1)

26. 32011 R 1171: Verordnung (EU) Nr. 1171/2011 der Kommission vom 16. November 2011 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie über die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 299 vom 17.11.2011, S. 4)

27. 32012 R 0379: Verordnung (EU) Nr. 379/2012 der Kommission vom 3. Mai 2012 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie über die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 119 vom 4.5.2012, S. 12)

28. 32012 R 0432: Verordnung (EU) Nr. 432/2012 der Kommission vom 16. Mai 2012 zur Festlegung einer Liste zulässiger anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 136 vom 25.5.2012, S. 1), geändert durch:

    – 32013 R 0536: Verordnung (EU) Nr. 536/2013 der Kommission vom 11. Juni 2013 (ABl. L 160 vom 12.6.2013, S. 4)

    – 32013 R 0851: Verordnung (EU) Nr. 851/2013 der Kommission vom 3. September 2013 (ABl. L 253 vom 4.9.2013, S. 3)

    – 32013 R 1018: Verordnung (EU) Nr. 1018/2013 der Kommission vom 23. Oktober 2013 (ABl. L 282 vom 24.10.2013, S. 43)

– 32014 R 0040: Verordnung (EU) Nr. 40/2014 der Kommission vom 17. Januar 2014 (ABl. L 14 vom 18.1.2014, S. 8)

– 32015 R 0539: Verordnung (EU) 2015/539 der Kommission vom 31. März 2015 (ABl. L 88 vom 1.4.2015, S. 7)

– 32021 R 0686: Durchführungsverordnung (EU) 2021/686 der Kommission (ABl. L 143 vom 27.4.2021, S. 8)

29. 32012 R 1047: Verordnung (EU) Nr. 1047/2012 der Kommission vom 8. November 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 in Bezug auf die Liste der nährwertbezogenen Angaben (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 36)

30. 32012 R 1048: Verordnung (EU) Nr. 1048/2012 der Kommission vom 8. November 2012 zur Zulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 38)

31. 32013 D 0063: Durchführungsbeschluss 2013/63/EU der Kommission vom 24. Januar 2013 zur Annahme von Leitlinien zur Umsetzung der in Artikel 10 der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates dargelegten speziellen Bedingungen für gesundheitsbezogene Angaben (ABl. L 22 vom 25.1.2013, S. 25)

32. 32013 R 0851: Verordnung (EU) Nr. 851/2013 der Kommission vom 3. September 2013 zur Zulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 235 vom 4.9.2013, S. 3)

33. 32013 R 1017: Verordnung (EU) Nr. 1017/2013 der Kommission vom 23. Oktober 2013 zur Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 282 vom 24.10.2013, S. 39)

34. 32013 R 1066: Verordnung (EU) Nr. 1066/2013 der Kommission vom 30. Oktober 2013 zur Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 49)

35. 32014 R 0040: Verordnung (EU) Nr. 40/2014 der Kommission vom 17. Januar 2014 zur Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 14 vom 18.1.2014, S. 8)

36. 32014 R 0155: Verordnung (EU) Nr. 155/2014 der Kommission vom 19. Februar 2014 zur Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 50 vom 20.2.2014, S. 11)

37. 32014 R 0175: Verordnung (EU) Nr. 175/2014 der Kommission vom 25. Februar 2014 zur Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 56 vom 26.2.2014, S. 7)

38. 32014 R 0828: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 828/2014 der Kommission vom 30. Juli 2014 über die Anforderungen an die Bereitstellung von Informationen für Verbraucher über das Nichtvorhandensein oder das reduzierte Vorhandensein von Gluten in Lebensmitteln (ABl. L 228 vom 31.7.2014, S. 5)

39. 32014 R 1135: Verordnung (EU) Nr. 1135/2014 der Kommission vom 24. Oktober 2014 zur Zulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 23)

40. 32014 R 1154: Verordnung (EU) Nr. 1154/2014 der Kommission vom 29. Oktober 2014 zur Verweigerung der Zulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 309 vom 30.10.2014, S. 23)

41. 32014 R 1226: Verordnung (EU) Nr. 1226/2014 der Kommission vom 17. November 2014 zur Zulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 331 vom 18.11.2014, S. 3)

42. 32014 R 1228: Verordnung (EU) Nr. 1228/2014 der Kommission vom 17. November 2014 über die Zulassung bzw. Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 331 vom 18.11.2014, S. 8)

43. 32014 R 1229: Verordnung (EU) Nr. 1229/2014 der Kommission vom 17. November 2014 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 331 vom 18.11.2014, S. 14)

44. 32015 R 0007: Verordnung (EU) 2015/7 der Kommission vom 6. Januar 2015 zur Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 3 vom 7.1.2015, S. 3)

45. 32015 R 0008: Verordnung (EU) 2015/8 der Kommission vom 6. Januar 2015 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 3 vom 7.1.2015, S. 6)

46. 32015 R 0391: Verordnung (EU) 2015/391 der Kommission vom 9. März 2015 über die Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 65 vom 10.3.2015, S. 15)

47. 32015 R 0402: Verordnung (EU) 2015/402 der Kommission vom 11. März 2015 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 1)

48. 32015 R 0539: Verordnung (EU) 2015/539 der Kommission vom 31. März 2015 zur Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 88 vom 1.4.2015, S. 7)

49. 32015 R 1041: Verordnung (EU) 2015/1041 der Kommission vom 30. Juni 2015 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 167 vom 1.7.2015, S. 57)

50. 32015 R 1052: Verordnung (EU) 2015/1052 der Kommission vom 1. Juli 2015 über die Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 171 vom 2.7.2015, S. 5)

51. 32015 R 1886: Verordnung (EU) 2015/1886 der Kommission vom 20. Oktober 2015 über die Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel im Hinblick auf die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 276 vom 21.10.2015, S. 52)

52. 32015 R 1898: Verordnung (EU) 2015/1898 der Kommission vom 21. Oktober 2015 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als einer Angabe über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 277 vom 22.10.2015, S. 13)

53. 32015 R 2314: Verordnung (EU) 2015/2314 der Kommission vom 7. Dezember 2015 zur Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 328 vom 12.12.2015, S. 46)

54. 32016 R 0371: Verordnung (EU) 2016/371 der Kommission vom 15. März 2016 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 12)

55. 32016 R 0372: Verordnung (EU) 2016/372 der Kommission vom 15. März 2016 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 16)

56. 32016 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2016/854 der Kommission vom 30. Mai 2016 zur Zulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 142 vom 31.5.2016, S. 5)

57. 32016 R 0862: Durchführungsverordnung (EU) 2016/862 der Kommission vom 31. Mai 2016 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als einer Angabe über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 24)

58. 32016 R 1379: Verordnung (EU) 2016/1379 der Kommission vom 16. August 2016 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 222 vom 17.8.2016, S. 1)

59. 32016 R 1381: Verordnung (EU) 2016/1381 der Kommission vom 16. August 2016 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel im Hinblick auf die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 222 vom 17.8.2016, S. 8)

60. 32016 R 1389: Verordnung (EU) 2016/1389 der Kommission vom 17. August 2016 über die Zulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 223 vom 18.8.2016, S. 55)

61. 32016 R 1390: Verordnung (EU) 2016/1390 der Kommission vom 17. August 2016 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 223 vom 18.8.2016, S. 58)

62. 32016 R 1411: Verordnung (EU) 2016/1411 der Kommission vom 24. August 2016 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 1)

63. 32016 R 1412: Verordnung (EU) 2016/1412 der Kommission vom 24. August 2016 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 6)

64. 32016 R 1413: Verordnung (EU) 2016/1413 der Kommission vom 24. August 2016 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 zur Festlegung einer Liste zulässiger anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 8)

65. 32017 R 0236: Verordnung (EU) 2017/236 der Kommission vom 10. Februar 2017 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 9)

66. 32017 R 0672: Durchführungsverordnung (EU) 2017/672 der Kommission vom 7. April 2017 zur Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 97 vom 8.4.2017, S. 24)

67. 32017 R 0676: Durchführungsverordnung (EU) 2017/676 der Kommission vom 10. April 2017 zur Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 98 vom 11.4.2017, S. 1)

68. 32017 R 1200: Verordnung (EU) 2017/1200 der Kommission vom 5. Juli 2017 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 1)

69. 32017 R 1201: Verordnung (EU) 2017/1201 der Kommission vom 5. Juli 2017 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als einer Angabe über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 4)

70. 32017 R 1202: Verordnung (EU) 2017/1202 der Kommission vom 5. Juli 2017 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 6)

71. 32018 R 0199: Verordnung (EU) 2018/199 der Kommission vom 9. Februar 2018 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als einer Angabe über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 38 vom 10.2.2018, S. 9)

72. 32018 R 0775: Durchführungsverordnung (EU) 2018/775 der Kommission vom 28. Mai 2018 mit den Einzelheiten zur Anwendung von Artikel 26 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel hinsichtlich der Vorschriften für die Angabe des Ursprungslands oder Herkunftsorts der primären Zutat eines Lebensmittels (ABl. L 131 vom 29.5.2018, S. 8)

73. 32018 R 1555: Verordnung (EU) 2018/1555 der Kommission vom 17. Oktober 2018 über die Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 261 vom 18.10.2018, S. 3)

74. 32018 R 1556: Verordnung (EU) 2018/1556 der Kommission vom 17. Oktober 2018 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 261 vom 18.10.2018, S. 6)

75. 32019 R 0343: Verordnung (EU) 2019/343 der Kommission vom 28. Februar 2019 mit Ausnahmen von Artikel 1 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel zwecks Verwendung bestimmter allgemeiner Bezeichnungen (ABl. L 62 vom 1.3.2019, S. 1)

76. 32019 R 0651: Verordnung (EU) 2019/651 der Kommission vom 24. April 2019 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 110 vom 25.4.2019, S. 23)

77. 32021 R 0077: Verordnung (EU) 2021/77 der Kommission vom 27. Januar 2021 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 1)

78. 32021 R 0686: Durchführungsverordnung (EU) 2021/686 der Kommission vom 23. April 2021 zur Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 143 vom 27.4.2021, S. 8)

79. 32022 R 0709: Verordnung (EU) 2022/709 der Kommission vom 6. Mai 2022 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 133 vom 10.5.2022, S. 6)

80. 32022 R 0710: Verordnung (EU) 2022/710 der Kommission vom 6. Mai 2022 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 133 vom 10.5.2022, S. 9)

81. 32022 R 0711: Verordnung (EU) 2022/711 der Kommission vom 6. Mai 2022 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 133 vom 10.5.2022, S. 12)

82. 32022 R 0719: Verordnung (EU) 2022/719 der Kommission vom 10. Mai 2022 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 134 vom 11.5.2022, S. 1)

83. 32022 R 0727: Verordnung (EU) 2022/727 der Kommission vom 11. Mai 2022 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 135 vom 12.5.2022, S. 1)

84. 32023 R 0648: Verordnung (EU) 2023/648 der Kommission vom 20. März 2023 zur Zulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 81 vom 21.3.2023, S. 8)

85. 32023 R 1141: Verordnung (EU) 2023/1141 der Kommission vom 1. Juni 2023 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 151 vom 12.6.2023, S. 1)

86. 32023 R 1101: Verordnung (EU) 2023/1101 der Kommission vom 6. Juni 2023 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 147 vom 7.6.2023, S. 2)

87. 32013 R 1337: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1337/2013 der Kommission vom 13. Dezember 2013 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Angabe des Ursprungslandes bzw. Herkunftsortes von frischem, gekühltem oder gefrorenem Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch (ABl. L 335 vom 14.12.2013, S. 19)

KAPITEL 2

ZUGELASSENE ZUSATZSTOFFE UND REINHEITSKRITERIEN

1. 32008 R 1331: Verordnung (EG) Nr. 1331/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein einheitliches Zulassungsverfahren für Lebensmittelzusatzstoffe, -enzyme und -aromen (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 32008 R 1333: Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Lebensmittelzusatzstoffe (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 16), berichtigt in ABl. L 104 vom 24.4.2018, S. 57, geändert durch:

   – 32010 R 0238: Verordnung (EU) Nr. 238/2010 der Kommission vom 22. März 2010 (ABl. L 75 vom 23.3.2010, S. 17)

   – 32011 R 1129: Verordnung (EU) Nr. 1129/2011 der Kommission vom 11. November 2011 (ABl. L 295 vom 12.11.2011, S. 1)

   – 32011 R 1130: Verordnung (EU) Nr. 1130/2011 der Kommission vom 11. November 2011 (ABl. L 295 vom 12.11.2011, S. 178)

   – 32011 R 1131: Verordnung (EU) Nr. 1131/2011 der Kommission vom 11. November 2011 (ABl. L 295 vom 12.11.2011, S. 205)

– 32012 R 0232: Verordnung (EU) Nr. 232/2012 der Kommission vom 16. März 2012 (ABl. L 78 vom 17.3.2012, S. 1)

– 32012 R 0380: Verordnung (EU) Nr. 380/2012 der Kommission vom 3. Mai 2012 (ABl. L 119 vom 4.5.2012, S. 14)

– 32012 R 0470: Verordnung (EU) Nr. 470/2012 der Kommission vom 4. Juni 2012 (ABl. L 144 vom 5.6.2012, S. 16)

– 32012 R 0471: Verordnung (EU) Nr. 471/2012 der Kommission vom 4. Juni 2012 (ABl. L 144 vom 5.6.2012, S. 19)

– 32012 R 0472: Verordnung (EU) Nr. 472/2012 der Kommission vom 4. Juni 2012 (ABl. L 144 vom 5.6.2012, S. 22)

– 32012 R 0570: Verordnung (EU) Nr. 570/2012 der Kommission vom 28. Juni 2012 (ABl. L 169 vom 29.6.2012, S. 43)

– 32012 R 0583: Verordnung (EU) Nr. 583/2012 der Kommission vom 2. Juli 2012 (ABl. L 173 vom 3.7.2012, S. 8)

– 32012 R 0675: Verordnung (EU) Nr. 675/2012 der Kommission vom 23. Juli 2012 (ABl. L 196 vom 24.7.2012, S. 52)

– 32012 R 1049: Verordnung (EU) Nr. 1049/2012 der Kommission vom 8. November 2012 (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 41)

– 32012 R 1057: Verordnung (EU) Nr. 1057/2012 der Kommission vom 12. November 2012 (ABl. L 313 vom 13.11.2012, S. 11)

– 32012 R 1147: Verordnung (EU) Nr. 1147/2012 der Kommission vom 4. Dezember 2012 (ABl. L 333 vom 5.12.2012, S. 34)

– 32012 R 1148: Verordnung (EU) Nr. 1148/2012 der Kommission vom 4. Dezember 2012 (ABl. L 333 vom 5.12.2012, S. 37)

– 32012 R 1149: Verordnung (EU) Nr. 1149/2012 der Kommission vom 4. Dezember 2012 (ABl. L 333 vom 5.12.2012, S. 40)

– 32012 R 1166: Verordnung (EU) Nr. 1166/2012 der Kommission vom 7. Dezember 2012 (ABl. L 336 vom 8.12.2012, S. 75)

– 32013 R 0025: Verordnung (EU) Nr. 25/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 (ABl. L 13 vom 17.1.2013, S. 1)

– 32013 R 0244: Verordnung (EU) Nr. 244/2013 der Kommission vom 19. März 2013 (ABl. L 77 vom 20.3.2013, S. 3)

– 32013 R 0256: Verordnung (EU) Nr. 256/2013 der Kommission vom 20. März 2013 (ABl. L 79 vom 21.3.2013, S. 24)

– 32013 R 0438: Verordnung (EU) Nr. 438/2013 der Kommission vom 13. Mai 2013 (ABl. L 129 vom 14.5.2013, S. 28)

– 32013 R 0509: Verordnung (EU) Nr. 509/2013 der Kommission vom 3. Juni 2013 (ABl. L 150 vom 4.6.2013, S. 13)

– 32013 R 0510: Verordnung (EU) Nr. 510/2013 der Kommission vom 3. Juni 2013 (ABl. L 150 vom 4.6.2013, S. 17)

– 32013 R 0723: Verordnung (EU) Nr. 723/2013 der Kommission vom 26. Juli 2013 (ABl. L 202 vom 27.7.2013, S. 8)

– 32013 R 0738: Verordnung (EU) Nr. 738/2013 der Kommission vom 30. Juli 2013 (ABl. L 204 vom 31.7.2013, S. 32)

– 32013 R 0738: Verordnung (EU) Nr. 738/2013 der Kommission vom 30. Juli 2013 (ABl. L 204 vom 31.7.2013, S. 35)

– 32013 R 0816: Verordnung (EU) Nr. 816/2013 der Kommission vom 28. August 2013 (ABl. L 230 vom 29.8.2013, S. 1)

– 32013 R 0817: Verordnung (EU) Nr. 817/2013 der Kommission vom 28. August 2013 (ABl. L 230 vom 29.8.2013, S. 7)

– 32013 R 0818: Verordnung (EU) Nr. 818/2013 der Kommission vom 28. August 2013 (ABl. L 230 vom 29.8.2013, S. 12)

– 32013 R 0913: Verordnung (EU) Nr. 913/2013 der Kommission vom 23. September 2013 (ABl. L 252 vom 24.9.2013, S. 11)

– 32013 R 1068: Verordnung (EU) Nr. 1068/2013 der Kommission vom 30. Oktober 2013 (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 58)

– 32013 R 1069: Verordnung (EU) Nr. 1069/2013 der Kommission vom 30. Oktober 2013 (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 61)

– 32013 R 1274: Verordnung (EU) Nr. 1274/2013 der Kommission vom 6. Dezember 2013 (ABl. L 328 vom 7.12.2013, S. 79)

– 32014 R 0059: Verordnung (EU) Nr. 59/2014 der Kommission vom 23. Januar 2014 (ABl. L 21 vom 24.1.2014, S. 9)

– 32014 R 0264: Verordnung (EU) Nr. 264/2014 der Kommission vom 14. März 2014 (ABl. L 76 vom 15.3.2014, S. 22)

– 32014 R 0298: Verordnung (EU) Nr. 298/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 89 vom 25.3.2014, S. 36)

– 32014 R 0497: Verordnung (EU) Nr. 497/2014 der Kommission vom 14. Mai 2014 (ABl. L 143 vom 15.2.2014, S. 6)

– 32014 R 0497: Verordnung (EU) Nr. 497/2014 der Kommission vom 14. Mai 2014 (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 32)

– 32014 R 0505: Verordnung (EU) Nr. 505/2014 der Kommission vom 15. Mai 2014 (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 35)

– 32014 R 0601: Verordnung (EU) Nr. 601/2014 der Kommission vom 4. Juni 2014 (ABl. L 166 vom 5.6.2014, S. 11)

– 32014 R 0685: Verordnung (EU) Nr. 685/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 23)

– 32014 R 0923: Verordnung (EU) Nr. 923/2014 der Kommission vom 25. August 2014 (ABl. L 252 vom 26.8.2014, S. 11)

– 32014 R 0957: Verordnung (EU) Nr. 957/2014 der Kommission vom 10. September 2014 (ABl. L 270 vom 11.9.2014, S. 1)

– 32014 R 0969: Verordnung (EU) Nr. 969/2014 der Kommission vom 12. September 2014 (ABl. L 272 vom 13.9.2014, S. 8)

– 32014 R 1084: Verordnung (EU) Nr. 1084/2014 der Kommission vom 15. Oktober 2014 (ABl. L 298 vom 16.10.2014, S. 8)

– 32015 R 0537: Verordnung (EU) 2015/537 der Kommission vom 31. März 2015 (ABl. L 88 vom 1.4.2015, S. 1)

– 32015 R 0538: Verordnung (EU) 2015/538 der Kommission vom 31. März 2015 (ABl. L 88 vom 1.4.2015, S. 4)

– 32015 R 0639: Verordnung (EU) 2015/639 der Kommission vom 23. April 2015 (ABl. L 106 vom 24.4.2015, S. 16)

– 32015 R 0647: Verordnung (EU) 2015/647 der Kommission vom 24. April 2015 (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 1)

– 32015 R 0649: Verordnung (EU) 2015/649 der Kommission vom 24. April 2015 (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 17)

– 32015 R 1362: Verordnung (EU) 2015/1362 der Kommission vom 6. August 2015 (ABl. L 210 vom 7.8.2015, S. 22)

– 32015 R 1378: Verordnung (EU) 2015/1378 der Kommission vom 11. August 2015 (ABl. L 213 vom 12.8.2015, S. 1)

– 32015 R 1739: Verordnung (EU) 2015/1739 der Kommission vom 28. September 2015 (ABl. L 253 vom 30.9.2015, S. 3)

– 32015 R 1832: Verordnung (EU) 2015/1832 der Kommission vom 12. Oktober 2015 (ABl. L 266 vom 13.10.2015, S. 27)

– 32016 R 0056: Verordnung (EU) 2016/56 der Kommission vom 19. Januar 2016 (ABl. L 13 vom 20.1.2016, S. 46)

– 32016 R 0263: Verordnung (EU) 2016/263 der Kommission vom 25. Februar 2016 (ABl. L 50 vom 26.2.2016, S. 25)

– 32016 R 0324: Verordnung (EU) 2016/324 der Kommission vom 7. März 2016 (ABl. L 16 vom 8.3.2016, S. 1)

– 32016 R 0441: Verordnung (EU) 2016/441 der Kommission vom 23. März 2016 (ABl. L 78 vom 24.3.2016, S. 47)

– 32016 R 0479: Verordnung (EU) 2016/479 der Kommission vom 1. April 2016 (ABl. L 87 vom 2.4.2016, S. 1)

– 32016 R 0683: Verordnung (EU) 2016/683 der Kommission vom 2. Mai 2016 (ABl. L 117 vom 3.5.2016, S. 28)

– 32016 R 0691: Verordnung (EU) 2016/691 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 120 vom 5.5.2016, S. 4)

– 32016 R 1776: Verordnung (EU) 2016/1776 der Kommission vom 6. Oktober 2016 (ABl. L 272 vom 7.10.2016, S. 2)

– 32017 R 0335: Verordnung (EU) 2017/335 der Kommission vom 27. Februar 2017 (ABl. L 50 vom 28.2.2017, S. 15)

– 32017 R 0839: Verordnung (EU) 2017/839 der Kommission vom 17. Mai 2017 (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 7)

– 32017 R 0871: Verordnung (EU) 2017/871 der Kommission vom 22. Mai 2017 (ABl. L 134 vom 23.5.2017, S. 3)

– 32017 R 0874: Verordnung (EU) 2017/874 der Kommission vom 22. Mai 2017 (ABl. L 134 vom 23.5.2017, S. 18)

– 32017 R 1270: Verordnung (EU) 2017/1270 der Kommission vom 14. Juli 2017 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 1)

– 32017 R 1271: Verordnung (EU) 2017/1271 der Kommission vom 14. Juli 2017 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 3)

– 32017 R 1399: Verordnung (EU) 2017/1399 der Kommission vom 28. Juli 2017 (ABl. L 199 vom 29.7.2017, S. 8)

– 32018 R 0074: Verordnung (EU) 2018/74 der Kommission vom 17. Januar 2018 (ABl. L 13 vom 18.1.2018, S. 21)

– 32018 R 0097: Verordnung (EU) 2018/97 der Kommission vom 22. Januar 2018 (ABl. L 17 vom 23.1.2018, S. 11)

– 32018 R 0098: Verordnung (EU) 2018/98 der Kommission vom 22. Januar 2018 (ABl. L 17 vom 23.1.2018, S. 14)

– 32018 R 0682: Verordnung (EU) 2018/682 der Kommission vom 4. Mai 2018 (ABl. L 116 vom 7.5.2018, S. 5)

– 32018 R 1461: Verordnung (EU) 2018/1461 der Kommission vom 28. September 2018 (ABl. L 245 vom 1.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1472: Verordnung (EU) 2018/1472 der Kommission vom 28. September 2018 (ABl. L 247 vom 3.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1481: Verordnung (EU) 2018/1481 der Kommission vom 4. Oktober 2018 (ABl. L 251 vom 5.10.2018, S. 13)

– 32018 R 1497: Verordnung (EU) 2018/1497 der Kommission vom 8. Oktober 2018 (ABl. L 253 vom 9.10.2018, S. 36), berichtigt in ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 35

– 32019 R 0800: Verordnung (EU) 2019/800 der Kommission vom 17. Mai 2019 (ABl. L 132 vom 20.5.2019, S. 15)

– 32019 R 0801: Verordnung (EU) 2019/801 der Kommission vom 17. Mai 2019 (ABl. L 32 vom 20.5.2019, S. 18)

– 32019 R 0891: Verordnung (EU) 2019/891 der Kommission vom 28. Mai 2019 (ABl. L 142 vom 29.5.2019, S. 54)

– 32020 R 0268: Verordnung (EU) 2020/268 der Kommission vom 26. Februar 2020 (ABl. L 56 vom 27.2.2020, S. 4)

– 32020 R 0279: Verordnung (EU) 2020/279 der Kommission vom 27. Februar 2020 (ABl. L 59 vom 28.2.2020, S. 6)

– 32020 R 0351: Verordnung (EU) 2020/351 der Kommission vom 28. Februar 2020 (ABl. L 65 vom 4.3.2020, S. 1)

– 32020 R 0355: Verordnung (EU) 2020/355 der Kommission vom 26. Februar 2020 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 28)

– 32020 R 0356: Verordnung (EU) 2020/356 der Kommission vom 4. März 2020 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 31)

– 32020 R 0771: Verordnung (EU) 2020/771 der Kommission vom 11. Juni 2020 (ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 25)

– 32020 R 1419: Verordnung (EU) 2020/1419 der Kommission vom 7. Oktober 2020 (ABl. L 326 vom 8.10.2020, S. 11)

– 32020 R 1819: Verordnung (EU) 2020/1819 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 26)

– 32021 R 1156: Verordnung (EU) 2021/1156 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 249 vom 14.7.2020, S. 87)

– 32021 R 1175: Verordnung (EU) 2021/1175 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 53)

– 32022 R 0063: Verordnung (EU) 2022/63 der Kommission vom 14. Januar 2022 (ABl. L 11 vom 18.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0141: Verordnung (EU) 2022/141 der Kommission vom 21. Januar 2022 (ABl. L 23 vom 2.2.2022, S. 22)

– 32022 R 0966: Durchführungsverordnung (EU) 2022/966 der Kommission vom 21. Juni 2022 (ABl. L 166 vom 22.6.2022, S. 125)

– 32022 R 1037: Verordnung (EU) 2022/1037 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 52)

– 32022 R 1038: Verordnung (EU) 2022/1038 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 56)

– 32022 R 1923: Verordnung (EU) 2022/1923 der Kommission vom 10. Oktober 2022 (ABl. L 264 vom 11.10.2022, S. 8)

3. 32010 R 0257: Verordnung (EU) Nr. 257/2010 der Kommission vom 25. März 2010 zur Aufstellung eines Programms zur Neubewertung zugelassener Lebensmittelzusatzstoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Lebensmittelzusatzstoffe (ABl. L 80 vom 26.3.2010, S. 19), geändert durch:

– 32021 R 0148: Durchführungsverordnung (EU) 2021/148 der Kommission vom 8. Februar 2021 (ABl. L 44 vom 9.2.2021, S. 3)

4. 32011 R 0234: Verordnung (EU) Nr. 234/2011 der Kommission vom 10. März 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1331/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein einheitliches Zulassungsverfahren für Lebensmittelzusatzstoffe, -enzyme und -aromen (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 15), geändert durch:

– 32012 R 0562: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 562/2012 der Kommission vom 27. Juni 2012 (ABl. L 168 vom 28.6.2012, S. 21)

– 32020 R 1823: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1823 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 43)

5. 32012 R 0231: Verordnung (EU) Nr. 231/2012 der Kommission vom 9. März 2012 mit Spezifikationen für die in den Anhängen II und III der Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten Lebensmittelzusatzstoffe (ABl. L 83 vom 22.3.2012, S. 1), geändert durch:

– 32012 R 1050: Verordnung (EU) Nr. 1050/2012 der Kommission vom 8. November 2012 (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 45)

– 32013 R 0497: Verordnung (EU) Nr. 497/2013 der Kommission vom 29. Mai 2013 (ABl. L 143 vom 30.5.2013, S. 20)

– 32013 R 0724: Verordnung (EU) Nr. 724/2013 der Kommission vom 26. Juli 2013 (ABl. L 202 vom 27.7.2013, S. 11)

– 32013 R 0738: Verordnung (EU) Nr. 738/2013 der Kommission vom 30. Juli 2013 (ABl. L 204 vom 31.7.2013, S. 35)

– 32013 R 0816: Verordnung (EU) Nr. 816/2013 der Kommission vom 28. August 2013 (ABl. L 230 vom 29.8.2013, S. 1)

– 32013 R 0817: Verordnung (EU) Nr. 817/2013 der Kommission vom 28. August 2013 (ABl. L 230 vom 29.8.2013, S. 7)

– 32014 R 0298: Verordnung (EU) Nr. 298/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 89 vom 25.3.2014, S. 36)

– 32014 R 0497: Verordnung (EU) Nr. 497/2014 der Kommission vom 14. Mai 2014 (ABl. L 143 vom 15.2.2014, S. 6)

– 32014 R 0506: Verordnung (EU) Nr. 506/2014 der Kommission vom 15. Mai 2014 (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 35)

– 32014 R 0685: Verordnung (EU) Nr. 685/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 23)

– 32014 R 0923: Verordnung (EU) Nr. 923/2014 der Kommission vom 25. August 2014 (ABl. L 252 vom 26.8.2014, S. 11)

– 32014 R 0957: Verordnung (EU) Nr. 957/2014 der Kommission vom 10. September 2014 (ABl. L 270 vom 11.9.2014, S. 1)

– 32014 R 0966: Verordnung (EU) Nr. 966/2014 der Kommission vom 12. September 2014 (ABl. L 272 vom 13.9.2014, S. 1)

– 32015 R 0463: Verordnung (EU) 2015/463 der Kommission vom 19. März 2015 (ABl. L 76 vom 20.3.2015, S. 42)

– 32015 R 0649: Verordnung (EU) 2015/649 der Kommission vom 24. April 2015 (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 17)

– 32015 R 1725: Verordnung (EU) 2015/1725 der Kommission vom 28. September 2015 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 12)

– 32016 R 1814: Verordnung (EU) 2016/1814 der Kommission vom 13. Oktober 2016 (ABl. L 278 vom 14.10.2016, S. 37)

– 32017 R 0324: Verordnung (EU) 2017/324 der Kommission vom 24. Februar 2017 (ABl. L 49 vom 25.2.2017, S. 4)

– 32018 R 0075: Verordnung (EU) 2018/75 der Kommission vom 17. Januar 2018 (ABl. L 13 vom 18.1.2018, S. 24)

– 32018 R 0681: Verordnung (EU) 2018/681 der Kommission vom 4. Mai 2018 (ABl. L 116 vom 7.5.2018, S. 1)

– 32018 R 1461: Verordnung (EU) 2018/1461 der Kommission vom 28. September 2018 (ABl. L 245 vom 1.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1462: Verordnung (EU) 2018/1462 der Kommission vom 28. September 2018 (ABl. L 245 vom 1.10.2018, S. 6)

– 32018 R 1472: Verordnung (EU) 2018/1472 der Kommission vom 28. September 2018 (ABl. L 247 vom 3.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1481: Verordnung (EU) 2018/1481 der Kommission vom 4. Oktober 2018 (ABl. L 251 vom 5.10.2018, S. 13)

– 32020 R 0763: Verordnung (EU) 2020/763 der Kommission vom 9. Juni 2020 (ABl. L 182 vom 10.6.2020, S. 8)

– 32020 R 0771: Verordnung (EU) 2020/771 der Kommission vom 11. Juni 2020 (ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 25)

– 32021 R 1156: Verordnung (EU) 2021/1156 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 249 vom 14.7.2021, S. 87)

– 32022 R 0650: Verordnung (EU) 2022/650 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 65)

– 32022 R 0966: Durchführungsverordnung (EU) 2022/966 der Kommission vom 21. Juni 2022 (ABl. L 166 vom 22.6.2022, S. 125)

– 32022 R 1396: Verordnung (EU) 2022/1396 der Kommission vom 11. August 2022 (ABl. L 211 vom 12.8.2022, S. 182)

– 32022 R 1922: Verordnung (EU) 2022/1922 der Kommission vom 10. Oktober 2022 (ABl. L 264 vom 11.10.2022, S. 1)

6. 32021 D 0741: Beschluss (EU) 2021/741 der Kommission vom 5. Mai 2021 zu den von Dänemark mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den Zusatz von Nitriten zu bestimmten Fleischerzeugnissen (ABl. L 159 vom 6.5.2021, S. 13)

KAPITEL 3

LEBENSMITTELENZYME

1. 32008 R 1331: Verordnung (EG) Nr. 1331/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein einheitliches Zulassungsverfahren für Lebensmittelzusatzstoffe, -enzyme und -aromen (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 32008 R 1332: Verordnung (EG) Nr. 1332/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Lebensmittelenzyme und zur Änderung der Richtlinie 83/417/EWG des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates, der Richtlinie 2000/13/EG, der Richtlinie 2001/112/EG des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 258/97 (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 7), geändert durch:

   – 32012 R 1056: Verordnung (EU) Nr. 1056/2012 der Kommission vom 12. November 2012 (ABl. L 313 vom 13.11.2012, S. 9)

3. 32015 L 2203: Richtlinie (EU) 2015/2203 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Kaseine und Kaseinate für die menschliche Ernährung und zur Aufhebung der Richtlinie 83/417/EWG des Rates (ABl. L 314 vom 1.12.2015, S. 1)

KAPITEL 4

EXTRAKTIONSLÖSUNGSMITTEL

1. 32009 L 0032: Richtlinie 2009/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Extraktionslösungsmittel, die bei der Herstellung von Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten verwendet werden (ABl. L 141 vom 6.6.2009, S. 3), geändert durch:

   – 32010 L 0059: Richtlinie 2010/59/EU der Kommission vom 26. August 2010 (ABl. L 225 vom 27.8.2010, S. 10)

   – 32016 L 1855: Richtlinie (EU) 2016/1855 der Kommission vom 19. Oktober 2016 (ABl. L 284 vom 20.10.2016, S. 19)

KAPITEL 5

AROMEN

1. 32003 R 2065: Verordnung (EG) Nr. 2065/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. November 2003 über Raucharomen zur tatsächlichen oder beabsichtigten Verwendung in oder auf Lebensmitteln (ABl. L 309 vom 26.11.2003, S. 1), geändert durch:

   – 32009 R 0596: Verordnung (EU) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

   – 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 32008 R 1331: Verordnung (EG) Nr. 1331/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein einheitliches Zulassungsverfahren für Lebensmittelzusatzstoffe, -enzyme und -aromen (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

3. 32008 R 1334: Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Aromen und bestimmte Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften zur Verwendung in und auf Lebensmitteln sowie zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 2232/96 und (EG) Nr. 110/2008 und der Richtlinie 2000/13/EG (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 34), geändert durch:

– 32013 R 0545: Verordnung (EU) Nr. 545/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 15)

– 32013 R 0985: Verordnung (EU) Nr. 985/2013 der Kommission vom 14. Oktober 2013 (ABl. L 273 vom 15.10.2013, S. 18)

– 32014 R 0246: Verordnung (EU) Nr. 246/2014 der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 74 vom 14.3.2014, S. 58)

– 32014 R 1098: Verordnung (EU) Nr. 1098/2014 der Kommission vom 17. Oktober 2014 (ABl. L 300 vom 18.10.2014, S. 41)

– 32015 R 0648: Verordnung (EU) 2015/648 der Kommission vom 24. April 2015 (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 15)

– 32015 R 1102: Verordnung (EU) 2015/1102 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 54)

– 32015 R 1760: Verordnung (EU) 2015/1760 der Kommission vom 1. Oktober 2015 (ABl. L 257 vom 2.10.2015, S. 27)

– 32016 R 0054: Verordnung (EU) 2016/54 der Kommission vom 19. Januar 2016 (ABl. L 13 vom 20.1.2016, S. 40)

– 32016 R 0055: Verordnung (EU) 2016/55 der Kommission vom 19. Januar 2016 (ABl. L 13 vom 20.1.2016, S. 43)

– 32016 R 0178: Verordnung (EU) 2016/178 der Kommission vom 10. Februar 2016 (ABl. L 35 vom 11.2.2016, S. 6)

– 32016 R 0637: Verordnung (EU) 2016/637 der Kommission vom 22. April 2016 (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 24)

– 32016 R 0692: Verordnung (EU) 2016/692 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 120 vom 5.5.2016, S. 7)

– 32016 R 1244: Verordnung (EU) 2016/1244 der Kommission vom 28. Juli 2016 (ABl. L 204 vom 29.7.2016, S. 7)

– 32017 R 0378: Verordnung (EU) 2017/378 der Kommission vom 3. März 2017 (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 14)

– 32017 R 1250: Verordnung (EU) 2017/1250 der Kommission vom 11. Juli 2017 (ABl. L 179 vom 12.7.2017, S. 3)

– 32018 R 1246: Verordnung (EU) 2018/1246 der Kommission vom 18. September 2018 (ABl. L 235 vom 19.8.2018, S. 3)

– 32018 R 1482: Verordnung (EU) 2018/1482 der Kommission vom 4. Oktober 2018 (ABl. L 251 vom 5.10.2018, S. 19)

– 32018 R 1649: Verordnung (EU) 2018/1649 der Kommission vom 5. November 2018 (ABl. L 275 vom 6.11.2018, S. 7)

– 32019 R 0036: Verordnung (EU) 2019/36 der Kommission vom 10. Januar 2019 (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 85)

– 32019 R 0799: Verordnung (EU) 2019/799 der Kommission vom 17. Mai 2019 (ABl. L 132 vom 20.5.2019, S. 12)

– 32020 R 1681: Verordnung (EU) 2020/1681 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 27)

– 32021 R 1532: Verordnung (EU) 2021/1532 der Kommission vom 17. September 2021 (ABl. L 330 vom 20.9.2021, S. 69)

– 32022 R 1431: Empfehlung (EU) 2022/1431 der Kommission vom 24. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 105)

– 32022 R 1466: Verordnung (EU) 2022/1466 der Kommission vom 5. September 2022 (ABl. L 231 vom 6.9.2022, S. 32)

4. 32006 R 0627: Verordnung (EG) Nr. 627/2006 der Kommission vom 21. April 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2065/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Qualitätskriterien für validierte Analyseverfahren zur Probenahme, Identifizierung und Charakterisierung primärer Räucherprodukte (ABl. L 109 vom 22.4.2006, S. 3)

5. 32012 R 0872: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 872/2012 der Kommission vom 1. Oktober 2012 zur Festlegung der Liste der Aromastoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2232/96 des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Aufnahme dieser Liste in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1565/2000 der Kommission und der Entscheidung 1999/217/EG der Kommission (ABl. L 267 vom 2.10.2012, S. 1)

6. 32012 R 0873: Verordnung (EU) Nr. 873/2012 der Kommission vom 1. Oktober 2012 über Übergangsmaßnahmen bezüglich der Unionsliste der Aromen und Ausgangsstoffe gemäß Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 267 vom 2.10.2012, S. 162), geändert durch:

   – 32018 R 1259: Verordnung (EU) 2018/1259 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 28)

7. 32013 R 0907: Verordnung (EU) Nr. 907/2013 der Kommission vom 20. September 2013 zur Festlegung von Regeln für Anträge auf Verwendung allgemeiner Bezeichnungen (ABl. L 251 vom 21.9.2013, S. 7)

8. 32013 R 1321: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1321/2013 der Kommission vom 10. Dezember 2013 zur Festlegung der Unionsliste zugelassener Primärprodukte für die Herstellung von Raucharomen zur Verwendung als solche in oder auf Lebensmitteln und/oder für die Produktion daraus hergestellter Raucharomen (ABl. L 333 vom 12.12.2013, S. 54)

9. 32021 R 1916: Verordnung (EU) 2021/1916 der Kommission vom 3. November 2021 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Aufnahme von 4-Amino-5-(3-(isopropylamino)-2,2-dimethyl-3oxopropoxy)-2-methylchinolin-3-carbonsäure in die Unionsliste der Aromen (ABl. L 389 vom 4.11.2021, S. 11)

10. 32021 R 1917: Verordnung (EU) 2021/1917 der Kommission vom 3. November 2021 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Aufnahme von 2-(4-Methylphenoxy)-N-(1H-pyrazol-3-yl)-N-(thiophen-2-ylmethyl)acetamid in die Unionsliste der Aromen (ABl. L 389 vom 4.11.2021, S. 15)

KAPITEL 6

LEBENSMITTELKONTAKTMATERIALIEN

1. 32004 R 1935: Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 2004 über Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen und zur Aufhebung der Richtlinien 80/590/EWG und 89/109/EWG (ABl. L 338 vom 13.11.2004, S. 4), geändert durch:

   – 32009 R 0596: Verordnung (EU) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 31.3.2009, S. 14)

   – 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 32006 R 2023: Verordnung (EG) Nr. 2023/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2006 über gute Herstellungspraxis für Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 384 vom 29.12.2006, S. 75)

3. 31982 L 0711: Richtlinie 82/711/EWG des Rates vom 18. Oktober 1982 über die Grundregeln für die Ermittlung der Migration aus Materialien und Gegenständen aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 297 vom 23.10.1982, S. 26), berichtigt in ABl. L 332 vom 27.11.1982, S. 32, geändert durch:

   – 31993 L 0008: Richtlinie 93/8/EWG der Kommission vom 15. März 1993 (ABl. L 90 vom 14.4.1993, S. 22)

– 31997 L 0048: Richtlinie 97/48/EG der Kommission vom 29. Juli 1997 (ABl. L 7 vom 12.8.1997, S. 45)

4. 31985 L 0572: Richtlinie 85/572/EWG des Rates vom 19. Dezember 1985 über die Liste der Simulanzlösemittel für die Migrationsuntersuchungen von Materialien und Gegenständen aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 372 vom 31.12.1985, S. 14), geändert durch:

– 32007 L 0019: Richtlinie 2007/19/EG der Kommission vom 30. März 2007 (ABl. L 91 vom 31.3.2007, S. 17)

– 32011 R 0010: Verordnung (EU) Nr. 10/2011 der Kommission vom 14. Januar 2011 (ABl. L 12 vom 15.1.2011, S. 1), geändert durch:

– 32011 R 1282: Verordnung (EU) Nr. 1282/2011 der Kommission (ABl. L 328 vom 10.12.2011, S. 22)

5. 32011 R 0010: Verordnung (EU) Nr. 10/2011 der Kommission vom 14. Januar 2011 über Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 12 vom 15.1.2011, S. 1), geändert durch:

– 32011 R 0321: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 321/2011 der Kommission vom 1. April 2011 (ABl. L 87 vom 2.4.2011, S. 1)

– 32011 R 1282: Verordnung (EU) Nr. 1282/2011 der Kommission vom 28. November 2011 (ABl. L 328 vom 10.12.2011, S. 22)

– 32012 R 1183: Verordnung (EU) Nr. 1183/2012 der Kommission vom 30. November 2012 (ABl. L 338 vom 12.12.2012, S. 11)

– 32014 R 0202: Verordnung (EU) Nr. 202/2014 der Kommission vom 3. März 2014 (ABl. L 62 vom 4.3.2014, S. 13)

– 32015 R 0174: Verordnung (EU) 2015/174 der Kommission vom 5. Februar 2015 (ABl. L 30 vom 6.2.2015, S. 2)

– 32016 R 1416: Verordnung (EU) 2016/1416 der Kommission vom 24. August 2016 (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 22)

– 32017 R 0752: Verordnung (EU) 2017/752 der Kommission vom 28. April 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 18)

– 32018 R 0079: Verordnung (EU) 2018/79 der Kommission vom 18. Januar 2018 (ABl. L 14 vom 19.1.2018, S. 31)

– 32018 R 0213: Verordnung (EU) 2018/213 der Kommission vom 12. Februar 2018 (ABl. L 41 vom 14.2.2018, S. 6)

– 32018 R 0831: Verordnung (EU) 2018/831 der Kommission vom 5. Juni 2018 (ABl. L 140 vom 14.2.2018, S. 35)

– 32019 R 0037: Verordnung (EU) 2019/37 der Kommission vom 10. Januar 2019 (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 88)

– 32019 R 1338: Verordnung (EU) 2019/1338 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 209 vom 9.8.2019, S. 5)

– 32020 R 1245: Verordnung (EU) 2020/1245 der Kommission vom 2. September 2020 (ABl. L 288 vom 3.9.2020, S. 1)

6. 32018 R 0213: Verordnung (EU) 2018/213 der Kommission vom 12. Februar 2018 über die Verwendung von Bisphenol A in Lacken und Beschichtungen, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 10/2011 hinsichtlich der Verwendung dieses Stoffes in Lebensmittelkontaktmaterialien aus Kunststoff (ABl. L 41 vom 14.2.2018, S. 6)

7. 32022 R 1616: Verordnung (EU) 2022/1616 der Kommission vom 15. September 2022 über Materialien und Gegenstände aus recyceltem Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 282/2008 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 3), berichtigt in ABl. L 244 vom 21.9.2012, S. 70

8. 31984 L 0500: Richtlinie 84/500/EWG des Rates vom 15. Oktober 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Keramikgegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 277 vom 20.10.1984, S. 12), geändert durch:

   – 32005 L 0031: Richtlinie 2005/31/EG der Kommission vom 29. April 2005 (ABl. L 110 vom 30.4.2005, S. 36)

9. 32007 L 0042: Richtlinie 2007/42/EG der Kommission vom 29. Juni 2007 über Materialien und Gegenstände aus Zellglasfolien, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 172 vom 30.6.2007, S. 71)

10. 31978 L 0142: Richtlinie 78/142/EWG des Rates vom 30. Januar 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Vinylchlorid-Monomer enthaltende Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 44 vom 15.2.1978, S. 15), berichtigt in ABl. L 163 vom 20.6.1978, S. 24

11. 31993 L 0011: Richtlinie 93/11/EWG der Kommission vom 15. März 1993 über die Freisetzung von N-Nitrosaminen und N-nitrosierbaren Stoffen aus Flaschen- und Beruhigungssaugern aus Elastomeren oder Gummi (ABl. L 93 vom 17.4.1993, S. 37), berichtigt in ABl. L 164 vom 7.7.1993, S. 12

12. 32005 R 1895: Verordnung (EG) Nr. 1895/2005 der Kommission vom 18. November 2005 über die Beschränkung der Verwendung bestimmter Epoxyderivate in Materialien und Gegenständen, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 302 vom 19.11.2005, S. 28)

13. 32009 R 0450: Verordnung (EG) Nr. 450/2009 der Kommission vom 29. Mai 2009 über aktive und intelligente Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 135 vom 30.5.2009, S. 3)

14. 32011 R 0284: Verordnung (EU) Nr. 284/2011 der Kommission vom 22. März 2011 mit besonderen Bedingungen und detaillierten Verfahren für die Einfuhr von Polyamid- und Melamin-Kunststoffküchenartikeln, deren Ursprung oder Herkunft die Volksrepublik China bzw. die Sonderverwaltungsregion Hongkong, China, ist (ABl. L 77 vom 23.3.2011, S. 25)

KAPITEL 7

NAHRUNGSERGÄNZUNGSMITTEL

1. 32002 L 0046: Richtlinie 2002/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Juni 2002 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Nahrungsergänzungsmittel (ABl. L 183 vom 12.7.2002, S. 51), geändert durch:

   – 32006 L 0037: Richtlinie 2006/37/EG der Kommission vom 30. März 2006 (ABl. L 94 vom 1.4.2006, S. 32)

   – 32008 R 1137: Verordnung (EU) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

   – 32009 R 1170: Verordnung (EU) Nr. 1170/2009 der Kommission (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 36)

   – 32011 R 1161: Verordnung (EU) Nr. 1161/2011 der Kommission vom 14. November 2011 (ABl. L 296 vom 15.11.2011, S. 29)

   – 32014 R 0119: Verordnung (EU) Nr. 119/2014 der Kommission vom 7. Februar 2014 (ABl. L 39 vom 8.2.2014, S. 44)

   – 32015 R 0414: Verordnung (EU) 2015/414 der Kommission vom 12. März 2015 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 26)

– 32017 R 1203: Verordnung (EU) 2017/1203 der Kommission vom 5. Juli 2017 (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 9)

2. 32006 R 1925: Verordnung (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen sowie bestimmten anderen Stoffen zu Lebensmitteln (ABl. L 404 vom 20.12.2006, S. 26), geändert durch:

– 32008 R 0108: Verordnung (EU) Nr. 108/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2008 (ABl. L 39 vom 13.2.2008, S. 11)

– 32009 R 1170: Verordnung (EU) Nr. 1170/2009 der Kommission vom 30. November 2009 (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 36)

– 32011 R 1161: Verordnung (EU) Nr. 1161/2011 der Kommission vom 14. November 2011 (ABl. L 296 vom 15.11.2011, S. 29)

– 32011 R 1169: Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 18), berichtigt in ABl. L 266 vom 30.9.2016, S. 7

– 32014 R 0119: Verordnung (EU) Nr. 119/2014 der Kommission vom 7. Februar 2014 (ABl. L 39 vom 8.2.2014, S. 44)

– 32015 R 0403: Verordnung (EU) 2015/403 der Kommission vom 11. März 2015 (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 4)

– 32017 R 1203: Verordnung (EU) 2017/1203 der Kommission vom 5. Juli 2017 (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 9)

– 32019 R 0649: Verordnung (EU) 2019/649 der Kommission vom 24. April 2019 (ABl. L 110 vom 25.4.2019, S. 17)

– 32019 R 0650: Verordnung (EU) 2019/650 der Kommission vom 24. April 2019 (ABl. L 110 vom 25.4.2019, S. 21)

– 32021 R 0468: Verordnung (EU) 2021/468 der Kommission vom 18. März 2021 (ABl. L 96 vom 19.3.2021, S. 6)

– 32022 R 2340: Verordnung (EU) 2022/2340 der Kommission vom 30. November 2022 (ABl. L 310 vom 1.12.2022, S. 7)

3. 32008 D 0864: Entscheidung 2008/864/EG der Kommission vom 30. Juli 2008 über einen Verordnungsentwurf der Tschechischen Republik zur Festlegung der Anforderungen an Nahrungsergänzungsmittel und an die Anreicherung von Lebensmitteln (ABl. L 307 vom 18.11.2008, S. 4)

4. 32012 R 0307: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 307/2012 der Kommission vom 11. April 2012 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften für die Anwendung von Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen sowie bestimmten anderen Stoffen zu Lebensmitteln (ABl. L 102 vom 12.4.2012, S. 2), geändert durch:

– 32021 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) 2021/842 der Kommission vom 26. Mai 2021 (ABl. L 186 vom 27.5.2021, S. 16)

5. 32012 R 0489: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 489/2012 der Kommission vom 8. Juni 2012 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen für die Anwendung des Artikels 16 der Verordnung (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen sowie bestimmten anderen Stoffen zu Lebensmitteln (ABl. L 150 vom 9.6.2012, S. 71)

6. 32022 D 0101: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/101 der Kommission vom 24. Januar 2022 betreffend einen gemäß Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates gemeldeten Entwurf eines Erlasses des Königreichs der Niederlande über Kleinkindergetränke und Kindermilch (ABl. L 17 vom 26.1.2022, S. 56)

KAPITEL 8

LEBENSMITTEL FÜR BESONDERE ERNÄHRUNGSZWECKE

1. 32013 R 0609: Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder, Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke und Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung und zur Aufhebung der Richtlinie 92/52/EWG des Rates, der Richtlinien 96/8/EG, 1999/21/EG, 2006/125/EG und 2006/141/EG der Kommission, der Richtlinie 2009/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnungen (EG) Nr. 41/2009 und (EG) Nr. 953/2009 des Rates und der Kommission (ABl. L 181 vom 29.6.2013, S. 35), geändert durch:

   – 32017 R 1091: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1091 der Kommission vom 10. April 2017 (ABl. L 158 vom 21.6.2017, S. 5)

   – 32021 R 0571: Delegierte Verordnung (EU) 2021/571 der Kommission vom 20. Januar 2021 (ABl. L 120 vom 8.4.2021, S. 1)

2. 32016 R 0127: Delegierte Verordnung (EU) 2016/127 der Kommission vom 25. September 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die besonderen Zusammensetzungs- und Informationsanforderungen für Säuglingsanfangsnahrung und Folgenahrung und hinsichtlich der Informationen, die bezüglich der Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern bereitzustellen sind (ABl. L 25 vom 2.2.2016, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 0561: Delegierte Verordnung (EU) 2018/561 der Kommission vom 29. Januar 2018 (ABl. L 94 vom 12.4.2018, S. 1)

– 32019 R 0828: Delegierte Verordnung (EU) 2019/828 der Kommission vom 14. März 2019 (ABl. L 137 vom 23.5.2019, S. 12)

– 32021 R 0572: Delegierte Verordnung (EU) 2021/572 der Kommission vom 20. Januar 2021 (ABl. L 120 vom 8.4.2021, S. 4)

– 32021 R 1041: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1041 der Kommission vom 16. April 2021 (ABl. L 225 vom 25.5.2021, S. 4)

– 32022 R 0519: Delegierte Verordnung (EU) 2022/519 der Kommission vom 14. Januar 2022 (ABl. L 104 vom 1.4.2022, S. 58)

3. 32016 R 0128: Delegierte Verordnung (EU) 2016/128 der Kommission vom 25. September 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die besonderen Zusammensetzungs- und Informationsanforderungen für Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke (ABl. L 25 vom 2.2.2016, S. 30), geändert durch:

   – 32021 R 1040: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1040 der Kommission vom 16. April 2021 (ABl. L 225 vom 25.5.2021, S. 1)

4. 32017 R 1798: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1798 der Kommission vom 2. Juni 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der besonderen Zusammensetzungs- und Informationsanforderungen an Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung (ABl. L 259 vom 7.10.2017, S. 2)

KAPITEL 9

SCHNELLGEFRORENE LEBENSMITTEL

1. 31989 L 0108: Richtlinie 89/108/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über tiefgefrorene Lebensmittel (ABl. L 40 vom 11.2.1989, S. 34), geändert durch:

   – 12003T/TXT: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

   – 32003 R 1882: Verordnung (EU) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

   – 32006 L 0107: Richtlinie 2006/107/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 411)

   – 32008 R 1137: Verordnung (EU) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

   – 32013 L 0020: Richtlinie 2013/20/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 234)

2. 31992 L 0002: Richtlinie 92/2/EWG der Kommission vom 13. Januar 1992 zur Festlegung des Probenahmeverfahrens und des gemeinschaftlichen Analyseverfahrens für die amtliche Kontrolle der Temperaturen von tiefgefrorenen Lebensmitteln (ABl. L 34 vom 11.2.1992, S. 32)

3. 32005 R 0037: Verordnung (EG) Nr. 37/2005 der Kommission vom 12. Januar 2005 zur Überwachung der Temperaturen von tief gefrorenen Lebensmitteln in Beförderungsmitteln sowie Einlagerungs- und Lagereinrichtungen (ABl. L 10 vom 13.1.2005, S. 18)

KAPITEL 10

KONTAMINANTEN

1. 31993 R 0315: Verordnung (EWG) Nr. 315/93 des Rates vom 8. Februar 1993 zur Festlegung von gemeinschaftlichen Verfahren zur Kontrolle von Kontaminanten in Lebensmitteln (ABl. L 37 vom 13.2.1993, S. 1), geändert durch:

   – 32003 R 1882: Verordnung (EU) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

   – 32009 R 0596: Verordnung (EU) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

2. 32003 R 0598: Empfehlung 2003/598/EG der Kommission vom 11. August 2003 zur Prävention und Reduzierung der Patulinkontamination von Apfelsaft und Apfelsaftzutaten in anderen Getränken (ABl. L 203 vom 12.8.2003, S. 54)

3. 32006 R 0401: Verordnung (EG) Nr. 401/2006 der Kommission vom 23. Februar 2006 zur Festlegung der Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Kontrolle des Mykotoxingehalts von Lebensmitteln (ABl. L 70 vom 9.3.2006, S. 12), geändert durch:

   – 32010 R 0178: Verordnung (EU) Nr. 178/2010 der Kommission vom 2. März 2010 (ABl. L 52 vom 3.3.2010, S. 32)

   – 32014 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2014 der Kommission vom 16. Mai 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 29)

4. 32006 H 0794: Empfehlung 2006/794/EG der Kommission vom 16. November 2006 für das Monitoring der Hintergrundbelastung von Lebensmitteln mit Dioxinen, dioxinähnlichen PCB und nicht dioxinähnlichen PCB (ABl. L 322 vom 22.11.2006, S. 24)

5. 32006 R 1881: Verordnung (EG) Nr. 1881/2006 der Kommission vom 19. Dezember 2006 zur Festsetzung der Höchstgehalte für bestimmte Kontaminanten in Lebensmitteln (ABl. L 364 vom 20.12.2006, S. 5), geändert durch:

   – 32007 R 1126: Verordnung (EU) Nr. 1126/2007 der Kommission vom 28. September 2007 (ABl. L 255 vom 29.9.2007, S. 14)

   – 32008 R 0565: Verordnung (EU) Nr. 565/2008 der Kommission vom 18. Juni 2008 (ABl. L 160 vom 19.6.2008, S. 20)

   – 32008 R 0629: Verordnung (EU) Nr. 629/2008 der Kommission vom 2. Juli 2008 (ABl. L 173 vom 3.7.2008, S. 6)

   – 32010 R 0105: Verordnung (EU) Nr. 105/2010 der Kommission vom 5. Februar 2010 (ABl. L 35 vom 6.2.2010, S. 7)

   – 32010 R 0165: Verordnung (EU) Nr. 165/2010 der Kommission vom 26. Februar 2010 (ABl. L 50 vom 27.2.2010, S. 8)

   – 32011 R 0420: Verordnung (EU) Nr. 420/2011 der Kommission vom 29. April 2011 (ABl. L 111 vom 30.4.2011, S. 3), berichtigt in ABl. L 168 vom 28.6.2001, S. 20

   – 32011 R 0835: Verordnung (EU) Nr. 835/2011 der Kommission vom 19. August 2011 (ABl. L 215 vom 20.8.2011, S. 4)

– 32011 R 1258: Verordnung (EU) Nr. 1258/2011 der Kommission vom 2. Dezember 2011 (ABl. L 320 vom 3.12.2011, S. 15)

– 32011 R 1259: Verordnung (EU) Nr. 1259/2011 der Kommission vom 2. Dezember 2011 (ABl. L 320 vom 3.12.2011, S. 18)

– 32012 R 0219: Verordnung (EU) Nr. 219/2012 der Kommission vom 14. März 2012 (ABl. L 75 vom 15.3.2012, S. 5)

– 32012 R 0594: Verordnung (EU) Nr. 594/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 43)

– 32012 R 1058: Verordnung (EU) Nr. 1058/2012 der Kommission vom 12. November 2012 (ABl. L 313 vom 13.11.2012, S. 14)

– 32013 R 1067: Verordnung (EU) Nr. 1067/2013 der Kommission vom 30. Oktober 2013 (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 56)

– 32014 R 0212: Verordnung (EU) Nr. 212/2014 der Kommission vom 6. März 2014 (ABl. L 67 vom 7.3.2014, S. 3)

– 32014 R 0488: Verordnung (EU) Nr. 488/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 75)

– 32014 R 0696: Verordnung (EU) Nr. 696/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 1)

– 32014 R 1327: Verordnung (EU) Nr. 1327/2014 der Kommission vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 358 vom 13.12.2014, S. 13)

– 32015 R 0704: Verordnung (EU) 2015/704 der Kommission vom 30. April 2015 (ABl. L 113 vom 1.5.2015, S. 27)

– 32015 R 1005: Verordnung (EU) 2015/1005 der Kommission vom 25. Juni 2015 (ABl. L 161 vom 26.6.2015, S. 9)

– 32015 R 1006: Verordnung (EU) 2015/1006 der Kommission vom 25. Juni 2015 (ABl. L 161 vom 26.6.2015, S. 14)

– 32015 R 1125: Verordnung (EU) 2015/1125 der Kommission vom 10. Juli 2015 (ABl. L 184 vom 11.7.2015, S. 7)

– 32015 R 1137: Verordnung (EU) 2015/1137 der Kommission vom 13. Juli 2015 (ABl. L 185 vom 14.7.2015, S. 11)

– 32015 R 1933: Verordnung (EU) 2015/1933 der Kommission vom 27. Oktober 2015 (ABl. L 282 vom 28.10.2015, S. 11)

– 32016 R 0239: Verordnung (EU) 2016/239 der Kommission vom 19. Februar 2016 (ABl. L 45 vom 20.2.2016, S. 3)

– 32017 R 1237: Verordnung (EU) 2017/1237 der Kommission vom 7. Juli 2017 (ABl. L 177 vom 8.7.2017, S. 36)

– 32018 R 0290: Verordnung (EU) 2018/290 der Kommission vom 26. Februar 2018 (ABl. L 55 vom 27.2.2018, S. 27)

– 32019 R 1870: Verordnung (EU) 2019/1870 der Kommission vom 7. November 2019 (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 37)

– 32020 R 0685: Verordnung (EU) 2020/685 der Kommission vom 20. Mai 2020 (ABl. L 160 vom 25.5.2020, S. 3)

– 32020 R 1255: Verordnung (EU) 2020/1255 der Kommission vom 7. September 2020 (ABl. L 293 vom 8.9.2020, S. 1)

– 32020 R 1322: Verordnung (EU) 2020/1322 der Kommission vom 23. September 2020 (ABl. L 310 vom 24.9.2020, S. 2)

– 32020 R 2040: Verordnung (EU) 2020/2040 der Kommission vom 11. Dezember 2020 (ABl. L 420 vom 14.12.2020, S. 1)

– 32021 R 1317: Verordnung (EU) 2021/1317 der Kommission vom 9. August 2021 (ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 1)

– 32021 R 1323: Verordnung (EU) 2021/1323 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 13)

– 32021 R 1399: Verordnung (EU) 2021/1399 der Kommission vom 24. August 2021 (ABl. L 301 vom 25.8.2021, S. 1)

– 32021 R 1408: Verordnung (EU) 2021/1408 der Kommission vom 27. August 2021 (ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 1)

– 32022 R 0617: Verordnung (EU) 2022/617 der Kommission vom 12. April 2022 (ABl. L 115 vom 13.4.2022, S. 60)

– 32022 R 1364: Verordnung (EU) 2022/1364 der Kommission vom 4. August 2022 (ABl. L 205 vom 5.8.2022, S. 227)

– 32022 R 1370: Verordnung (EU) 2022/1370 der Kommission vom 5. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 11)

– 32022 R 1393: Verordnung (EU) 2022/1393 der Kommission vom 11. August 2022 (ABl. L 211 vom 12.8.2022, S. 83)

– 32021 R 2142: Verordnung (EU) 2021/2142 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 8)

– 32022 R 2002: Verordnung (EU) 2022/2002 der Kommission vom 21. Oktober 2022 (ABl. L 274 vom 24.10.2022, S. 64)

– 32022 R 2388: Verordnung (EU) 2022/2388 der Kommission vom 7. Dezember 2022 (ABl. L 316 vom 8.12.2022, S. 38)

6. 32006 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2006 der Kommission vom 19. Dezember 2006 zur Festlegung der Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Kontrolle des Nitratgehalts von bestimmten Lebensmitteln (ABl. L 364 vom 20.12.2006, S. 25)

7. 32007 R 0333: Verordnung (EG) Nr. 333/2007 der Kommission vom 28. März 2007 zur Festlegung der Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Kontrolle des Gehalts an Blei, Cadmium, Quecksilber, anorganischem Zinn, 3-MCPD und Benzo(a)pyren in Lebensmitteln (ABl. L 88 vom 29.3.2007, S. 29), geändert durch:

   – 32011 R 836: Verordnung (EU) Nr. 836/2011 der Kommission vom 19. August 2011 (ABl. L 215 vom 20.8.2011, S. 9)

   – 32016 R 0582: Verordnung (EU) 2016/582 der Kommission vom 15. April 2016 (ABl. L 101 vom 16.4.2016, S. 3)

   – 32019 R 2093: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2093 der Kommission vom 29. November 2019 (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 96)

   – 32022 R 0685: Durchführungsverordnung (EU) 2022/685 der Kommission vom 28. April 2022 (ABl. L 126 vom 29.4.2022, S. 14)

   – 32022 R 2418: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2418 der Kommission vom 9. Dezember 2022 (ABl. L 318 vom 11.2.2009, S. 4)

8. 32009 R 0124: Verordnung (EG) Nr. 124/2009 der Kommission vom 10. Februar 2009 zur Festlegung von Höchstgehalten an Kokzidiostatika und Histomonostatika, die in Lebensmitteln aufgrund unvermeidbarer Verschleppung in Futtermittel für Nichtzieltierarten vorhanden sind (ABl. L 40 vom 11.2.2009, S. 7), geändert durch:

   – 32012 R 0610: Verordnung (EU) Nr. 610/2012 der Kommission vom 9. Juli 2012 (ABl. L 178 vom 10.7.2012, S. 1)

9. 32011 H 0516: Empfehlung 2011/516/EU der Kommission vom 23. August 2011 zur Reduzierung des Anteils von Dioxinen, Furanen und PCB in Futtermitteln und Lebensmitteln (ABl. L 218 vom 24.8.2011, S. 23)

10. 32016 H 0688: Empfehlung (EU) 2016/688 der Kommission vom 2. Mai 2016 zur Überwachung und Kontrolle des Vorkommens von Dioxinen und PCB in Fisch und Fischereierzeugnissen aus dem Ostseeraum (ABl. L 118 vom 4.5.2016, S. 16)

11. 32016 H 1111: Empfehlung (EU) 2016/1111 der Kommission vom 6. Juli 2016 für die Überwachung von Nickel in Lebensmitteln (ABl. L 183 vom 8.7.2016, S. 70)

12. 32016 H 2115: Empfehlung (EU) 2016/2115 der Kommission vom 1. Dezember 2016 zum Monitoring von Δ9-Tetrahydrocannabinol, seinen Vorläufern und anderen Cannabinoiden in Lebensmitteln (ABl. L 327 vom 2.12.2016, S. 103)

13. 32017 R 0644: Verordnung (EU) 2017/644 der Kommission vom 5. April 2017 zur Festlegung der Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die Kontrolle der Gehalte an Dioxinen, dioxinähnlichen PCB und nicht dioxinähnlichen PCB in bestimmten Lebensmitteln sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 589/2014 (ABl. L 92 vom 6.4.2017, S. 9)

KAPITEL 11

NEUARTIGE LEBENSMITTEL

1. 32015 R 2283: Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über neuartige Lebensmittel, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 1852/2001 der Kommission (ABl. L 327 vom 11.12.2015, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 31997 H 0618: Empfehlung 97/618/EG der Kommission vom 29. Juli 1997 zu den wissenschaftlichen Aspekten und zur Darbietung der für Anträge auf Genehmigung des Inverkehrbringens neuartiger Lebensmittel und Lebensmittelzutaten erforderlichen Informationen sowie zur Erstellung der Berichte über die Erstprüfung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 253 vom 16.9.1997, S. 1)

3. 32000 D 0195: Entscheidung 2000/195/EG der Kommission vom 22. Februar 2000 zur Zulassung von „Phospholipiden aus Flüssigeigelb“ als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 61 vom 8.3.2000, S. 12)

4. 32000 D 0196: Entscheidung 2000/196/EG der Kommission vom 22. Februar 2000 über die Zulassungsverweigerung von „Stevia rebaudiana Bertoni: Pflanzen und getrocknete Blätter“ als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 61 vom 8.3.2000, S. 14)

5. 32000 D 0500: Entscheidung 2000/500/EG der Kommission vom 24. Juli 2000 über die Genehmigung des Inverkehrbringens von „gelben Streichfetten mit Phytosterinesterzusatz“ als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 200 vom 8.8.2000, S. 59)

6. 32001 D 0017: Entscheidung 2001/17/EG der Kommission vom 19. Dezember 2000 zum Verbot des Inverkehrbringens von „Nangainüssen (Canarium indicum L.)“ als neuartiges Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 4 vom 9.1.2001, S. 35)

7. 32001 D 0122: Entscheidung 2001/122/EG der Kommission vom 30. Januar 2001 über die Genehmigung des Inverkehrbringens einer mithilfe von *Leuconostoc mesenteroides* hergestellten Dextranzubereitung als neuartige Lebensmittelzutat für Backwaren gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 44 vom 15.2.2001, S. 46)

8. 32001 D 0424: Entscheidung 2001/424/EG der Kommission vom 23. Mai 2001 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von hochdruckpasteurisierten Fruchtzubereitungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 151 vom 7.6.2001, S. 42)

9. 32001 D 0721: Entscheidung 2001/721/EG der Kommission vom 25. September 2001 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Trehalose als ein neuartiges Lebensmittel oder eine neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 269 vom 10.10.2001, S. 17)

10. 32002 D 0150: Entscheidung 2002/150/EG der Kommission vom 15. Februar 2002 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von koagulierten Kartoffelproteinen und ihren Hydrolysaten als neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 50 vom 21.2.2002, S. 92)

11. 32003 D 0426: Entscheidung 2003/426/EG der Kommission vom 5. Juni 2003 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von „Noni-Saft“ (Saft aus der Frucht der Spezies Morinda citrifolia L.) als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 144 vom 12.6.2003, S. 12)

12. 32003 D 0867: Entscheidung 2003/867/EG der Kommission vom 1. Dezember 2003 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Salatrims als neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 326 vom 13.12.2003, S. 32)

13. 32004 D 0333: Entscheidung 2004/333/EG der Kommission vom 31. März 2004 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von gelben Streichfetten, Salatsoßen, milchartigen Erzeugnissen und fermentierten milchartigen Erzeugnissen, Sojagetränken und käseartigen Erzeugnissen mit Phytosterin-/Phytostanolzusatz als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 14.4.2004, S. 40)

14. 32004 D 0334: Entscheidung 2004/334/EG der Kommission vom 31. März 2004 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von gelben Streichfetten, milchartigen Erzeugnissen, joghurtartigen Erzeugnissen und Gewürzsoßen mit Phytosterin-/Phytostanolzusatz als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 14.4.2004, S. 43)

15. 32004 D 0335: Entscheidung 2004/335/EG der Kommission vom 31. März 2004 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von milchartigen Erzeugnissen und joghurtartigen Erzeugnissen mit Phytosterinesterzusatz als neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 14.4.2004, S. 46)

16. 32004 D 0336: Entscheidung 2004/336/EG der Kommission vom 31. März 2004 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von gelben Streichfetten, Fruchtgetränken auf Milchbasis, joghurtartigen Erzeugnissen und käseartigen Erzeugnissen mit Phytosterin-/Phytostanolzusatz als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 14.4.2004, S. 49)

17. 32004 D 0845: Entscheidung 2004/845/EG der Kommission vom 12. November 2004 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Getränken auf Milchbasis, denen Phytosterine/Phytostanole als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates zugesetzt wurden (ABl. L 366 vom 11.12.2004, S. 14)

18. 32005 D 0448: Entscheidung 2005/448/EG der Kommission vom 3. März 2005 über die Genehmigung des Inverkehrbringens von aus der gentechnisch veränderten Maissorte NK 603 gewonnenen Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 158 vom 21.6.2005, S. 20)

19. 32005 D 0457: Entscheidung 2005/457/EG der Kommission vom 4. April 2005 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Isomaltulose als neuartiges Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 160 vom 23.6.2005, S. 28)

20. 32005 D 0581: Entscheidung 2005/581/EG der Kommission vom 25. Juli 2005 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Isomaltulose als neuartiges Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 199 vom 29.7.2005, S. 90)

21. 32006 D 0058: Entscheidung 2006/58/EG der Kommission vom 24. Januar 2006 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Roggenbrot mit Phytosterin-/Phytostanolzusatz als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 31 vom 3.2.2006, S. 18)

22. 32006 D 0059: Entscheidung 2006/59/EG der Kommission vom 24. Januar 2006 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Roggenbrot mit Phytosterin-/Phytostanolzusatz als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 31 vom 3.2.2006, S. 21)

23. 32006 D 0068: Entscheidung 2006/68/EG der Kommission vom 13. Januar 2006 über die Genehmigung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 863 gewonnenen Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 34 vom 7.2.2006, S. 26)

24. 32006 D 0720: Entscheidung 2006/720/EG der Kommission vom 23. Oktober 2006 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Diacylglyceridöl pflanzlichen Ursprungs als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 296 vom 26.10.2006, S. 10)

25. 32006 D 0722: Entscheidung 2006/722/EG der Kommission vom 24. Oktober 2006 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Rapsöl mit hohem Anteil an unverseifbaren Bestandteilen als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 296 vom 26.10.2006, S. 17)

26. 32006 D 0723: Entscheidung 2006/723/EG der Kommission vom 24. Oktober 2006 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Maiskeimöl mit hohem Anteil an unverseifbaren Bestandteilen als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 296 vom 26.10.2006, S. 20)

27. 32007 D 0343: Entscheidung 2007/343/EG der Kommission vom 15. Mai 2007 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von mit Phytosterinen/Phytostanolen angereichertem Öl als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 129 vom 17.5.2007, S. 63)

28. 32008 D 0036: Entscheidung 2008/36/EG der Kommission vom 10. Januar 2008 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Reisgetränken mit Phytosterin-/Phytostanolzusatz als neuartige Lebensmittel im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 8 vom 11.1.2008, S. 15)

29. 32008 D 0413: Entscheidung 2008/413/EG der Kommission vom 26. Mai 2008 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von alpha-Cyclodextrin als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 146 vom 5.6.2008, S. 12)

30. 32008 D 0575: Entscheidung 2008/575/EG der Kommission vom 27. Juni 2008 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von getrocknetem Baobab-Fruchtfleisch als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 183 vom 11.7.2008, S. 38)

31. 32008 D 0968: Entscheidung 2008/968/EG der Kommission vom 12. Dezember 2008 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von arachidonsäurereichem Öl aus *Mortierella alpina* als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 344 vom 20.12.2008, S. 123), berichtigt in ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 5

32. 32008 D 0985: Entscheidung 2008/985/EG der Kommission vom 15. Dezember 2008 zur Genehmigung des Inverkehrbringens der Blätter von *Morinda citrifolia* als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 352 vom 31.12.2008, S. 46)

33. 32009 D 0344: Entscheidung 2009/344/EG der Kommission vom 22. April 2009 zur Genehmigung des Inverkehrbringens des Eis-strukturierenden Proteins Typ III HPLC 12 als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 25.4.2009, S. 9)

34. 32009 D 0345: Entscheidung 2009/345/EG der Kommission vom 22. April 2009 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Vitamin K2 (Menachinon) aus Bacillus subtilis natto als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 25.4.2009, S. 14)

35. 32009 D 0348: Entscheidung 2009/348/EG der Kommission vom 23. April 2009 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lycopin als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 106 vom 28.4.2009, S. 55)

36. 32009 D 0355: Entscheidung 2009/355/EG der Kommission vom 28. April 2009 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lycopin-Oleoresin aus Tomaten als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 109 vom 30.4.2009, S. 47)

37. 32009 D 0362: Entscheidung 2009/362/EG der Kommission vom 30. April 2009 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lycopin als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 110 vom 1.5.2009, S. 54)

38. 32009 D 0365: Entscheidung 2009/365/EG der Kommission vom 28. April 2009 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lycopin aus Blakeslea trispora als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 111 vom 5.5.2009, S. 31)

39. 32009 D 0752: Entscheidung 2009/752/EG der Kommission vom 12. Oktober 2009 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines Lipidextrakts aus antarktischem Krill *Euphausia superba* als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 268 vom 13.10.2009, S. 33)

40. 32009 D 0777: Entscheidung 2009/777/EG der Kommission vom 21. Oktober 2009 über die Erweiterung der Anwendungen von Algenöl aus der Mikroalge *Ulkenia sp.* als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 278 vom 23.10.2009, S. 54)

41. 32009 D 0826: Entscheidung 2009/826/EG der Kommission vom 13. Oktober 2009 über die Genehmigung des Inverkehrbringens eines Extrakts aus den Blättern der Luzerne (*Medicago sativa*) als neuartiges Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 294 vom 11.11.2009, S. 12)

42. 32009 D 0827: Entscheidung 2009/827/EG der Kommission vom 13. Oktober 2009 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Chiasamen (*Salvia hispanica*) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 294 vom 11.11.2009, S. 14)

43. 32010 D 0228: Beschluss 2010/228/EU der Kommission vom 21. April 2010 über die Genehmigung des Inverkehrbringens von Püree und Konzentrat aus Früchten von *Morinda citrifolia* als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 102 vom 23.4.2010, S. 49)

44. 32010 D 0715: Beschluss 2010/715/EU der Kommission vom 25. November 2010 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Eisen(II)-Ammoniumphosphat als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 310 vom 26.11.2010, S. 16)

45. 32011 D 0073: Beschluss 2011/73/EU der Kommission vom 2. Februar 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines Mycelauszugs von *Lentinula edodes* (Shiitake-Pilz) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 29 vom 3.2.2011, S. 30)

46. 32011 D 0076: Beschluss 2011/76/EU der Kommission vom 2. Februar 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines Chitin-Glucans aus *Aspergillus niger* als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 29 vom 3.2.2011, S. 34)

47. 32011 D 0320: Beschluss 2011/320/EU der Kommission vom 27. Mai 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Chrompicolinat als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 143 vom 31.5.2011, S. 36)

48. 32011 D 0494: Durchführungsbeschluss 2011/494/EU der Kommission vom 5. August 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens phosphatierter Maisstärke als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 9.8.2011, S. 23)

49. 32011 D 0497: Durchführungsbeschluss 2011/497/EU der Kommission vom 9. August 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von fermentiertem Extrakt aus schwarzen Bohnen als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 33)

50. 32011 D 0513: Durchführungsbeschluss 2011/513/EU der Kommission vom 19. August 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Phosphatidylserin aus Soja-Phospholipiden als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 215 vom 20.8.2011, S. 20)

51. 32011 D 0761: Durchführungsbeschluss 2011/761/EU der Kommission vom 24. November 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Flavonoiden aus *Glycyrrhiza glabra* L. als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 313 vom 26.11.2011, S. 37)

52. 32011 D 0762: Durchführungsbeschluss 2011/762/EU der Kommission vom 24. November 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Hefe-Beta-Glucanen als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 313 vom 26.11.2011, S. 41)

53. 32011 D 0882: Durchführungsbeschluss 2011/882/EU der Kommission vom 21. Dezember 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens einer neuartigen Kaubase als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 343 vom 23.12.2011, S. 121)

54. 32012 D 0288: Durchführungsbeschluss 2012/288/EU der Kommission vom 1. Juni 2012 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Gamma-Cyclodextrin als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 144 vom 5.6.2012, S. 41)

55. 32012 D 0461: Durchführungsbeschluss 2012/461/EU der Kommission vom 3. August 2012 zur Genehmigung des Inverkehrbringens einer neuartigen Kaubase als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses 2011/882/EU der Kommission (ABl. L 210 vom 7.8.2012, S. 14)

56. 32012 D 0725: Durchführungsbeschluss 2012/725/EU der Kommission vom 22. November 2012 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Rinder-Lactoferrin als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (Morinaga) (ABl. L 327 vom 27.11.2012, S. 46), geändert durch:

    – 32015 D 0568: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/568 der Kommission vom 7. April 2015 (ABl. L 93 vom 9.4.2015, S. 71)

57. 32012 D 0726: Durchführungsbeschluss 2012/726/EU der Kommission vom 22. November 2012 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Dihydrocapsiat als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 237 vom 27.11.2012, S. 49)

58. 32012 D 0727: Durchführungsbeschluss 2012/727/EU der Kommission vom 22. November 2012 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Rinder-Lactoferrin als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (FrieslandCampina) (ABl. L 327 vom 27.11.2012, S. 52)

59. 32013 D 0049: Durchführungsbeschluss 2013/49/EU der Kommission vom 22. Januar 2013 über die Genehmigung des Inverkehrbringens von synthetischem Zeaxanthin als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 32)

60. 32013 D 0050: Durchführungsbeschluss 2013/50/EU der Kommission vom 22. Januar 2013 über die Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von Chiasamen (*Salvia hispanica*) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 34)

61. 32013 D 0705: Durchführungsbeschluss 2013/705/EU der Kommission vom 29. November 2013 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Hahnenkammextrakt als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 322 vom 3.12.2013, S. 39)

62. 32014 D 0154: Durchführungsbeschluss 2014/154/EU der Kommission vom 19. März 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von (6S)-5-Methyltetrahydrofolsäure, Glucosaminsalz als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 85 vom 21.3.2014, S. 10)

63. 32014 D 0155: Durchführungsbeschluss 2014/155/EU der Kommission vom 19. März 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Koriandersamenöl als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 85 vom 21.3.2014, S. 13)

64. 32014 D 0396: Durchführungsbeschluss 2014/396/EU der Kommission vom 24. Juni 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von UV-behandelter Bäckerhefe (*Saccharomyces cerevisiae*) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 186 vom 26.6.2014, S. 108)

65. 32014 D 0423: Durchführungsbeschluss 2014/423/EU der Kommission vom 1. Juli 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Citicolin als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 3.7.2014, S. 24)

66. 32014 D 0424: Durchführungsbeschluss 2014/424/EU der Kommission vom 1. Juli 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Rapssamenprotein als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 3.7.2014, S. 27)

67. 32014 D 0463: Durchführungsbeschluss 2014/463/EU der Kommission vom 14. Juli 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Öl aus der Mikroalge *Schizochytrium sp.* als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Entscheidungen 2003/427/EG und 2009/778/EG (ABl. L 209 vom 16.7.2014, S. 55)

68. 32014 D 0890: Durchführungsbeschluss 2014/890/EU der Kommission vom 8. Dezember 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Chiaöl (*Salvia hispanica*) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 353 vom 10.12.2014, S. 15)

69. 32014 D 0905: Durchführungsbeschluss 2014/905/EU der Kommission vom 11. Dezember 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Methylvinylether/Maleinsäureanhydrid-Copolymer als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 358 vom 13.12.2014, S. 47)

70. 32014 D 0916: Durchführungsbeschluss 2014/916/EU der Kommission vom 15. Dezember 2014 zur Berichtigung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses 2014/154/EU der Kommission zur Genehmigung des Inverkehrbringens von (6S)-5-Methyltetrahydrofolsäure, Glucosaminsalz als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 360 vom 17.12.2014, S. 58)

71. 32015 D 0545: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/545 der Kommission vom 31. März 2015 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Öl aus der Mikroalge *Schizochytrium* sp. (ATCC PTA-9695) als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 90 vom 2.4.2015, S. 7)

72. 32015 D 0546: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/546 der Kommission vom 31. März 2015 zur Genehmigung einer Erweiterung des Verwendungszwecks von DHA- und EPA-reichem Öl aus der Mikroalge *Schizochytrium* sp. als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 90 vom 2.4.2015, S. 11)

73. 32015 D 1213: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1213 der Kommission vom 22. Juli 2015 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von Flavonoiden aus *Glycyrrhiza glabra* L. als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 24.7.2015, S. 19)

74. 32015 D 1290: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1290 der Kommission vom 23. Juli 2015 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von raffiniertem Öl aus Samen von *Buglossoides arvensis* als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 198 vom 28.7.2015, S. 22)

75. 32015 D 1291: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1291 der Kommission vom 23. Juli 2015 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von mit *Bacteroides xylanisolvens* (DSM 23964) fermentierten wärmebehandelten Milcherzeugnissen als neuartiges Lebensmittel im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 198 vom 28.2.2013, S. 26)

76. 32016 D 0375: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/375 der Kommission vom 11. März 2016 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lacto-N-neotetraose als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 22)

77. 32016 D 0376: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/376 der Kommission vom 11. März 2016 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 2′-O-Fucosyllactose als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 27)

78. 32016 D 0398: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/398 der Kommission vom 16. März 2016 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von UV-behandeltem Brot als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 73 vom 18.3.2016, S. 107)

79. 32016 D 0598: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/598 der Kommission vom 14. April 2016 zur Genehmigung einer Erweiterung des Verwendungszwecks von Lipidextrakt aus antarktischem Krill (*Euphausia superba*) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 103 vom 19.4.2016, S. 34)

80. 32016 D 1189: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1189 der Kommission vom 19. Juli 2016 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von UV-behandelter Milch als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 21.7.2016, S. 50)

81. 32016 D 1190: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1190 der Kommission vom 19. Juli 2016 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von trans-Resveratrol als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 21.7.2016, S. 53)

82. 32017 D 0115: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/115 der Kommission vom 20. Januar 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von fermentiertem Sojabohnenextrakt als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 18 vom 24.1.2017, S. 50)

83. 32017 D 0450: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/450 der Kommission vom 13. März 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lactit als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 69 vom 15.3.2017, S. 31)

84. 32017 D 1281: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1281 der Kommission vom 13. Juli 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von L-Ergothionein als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 65)

85. 32017 D 1387: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1387 der Kommission vom 24. Juli 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens einer Enzymzubereitung aus Prolyloligopeptidase, hergestellt mit einem genetisch veränderten Stamm von *Aspergillus niger*, als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 65)

86. 32017 D 2078: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2078 der Kommission vom 10. November 2017 zur Genehmigung einer Erweiterung des Verwendungszwecks von Hefe-Beta-Glucanen als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 77), geändert durch:

– 32019 R 1272: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1272 der Kommission vom 29. Juli 2019 (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 3)

87. 32017 D 2079: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2079 der Kommission vom 10. November 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von stark taxifolinhaltigem Extrakt als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 81)

88. 32017 D 2201: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2201 der Kommission vom 27. November 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 2′-Fucosyllactose, hergestellt mit *Escherichia coli* (Stamm BL21) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 313 vom 29.11.2017, S. 5)

89. 32017 D 2353: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2353 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Öl aus *Calanus finmarchicus* als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 16.12.2017, S. 45)

90. 32017 D 2354: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2354 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von Chiasamen (*Salvia hispanica*) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 16.12.2017, S. 49)

91. 32017 D 2355: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2355 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von UV-behandelten Pilzen als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 16.12.2017, S. 52)

92. 32017 D 2373: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2373 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Hydroxytyrosol als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 56)

93. 32017 D 2375: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2375 der Kommission vom 15. Dezember 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von N-Acetyl-D-Neuraminsäure als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 63)

94. 32017 R 2468: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2468 der Kommission vom 20. Dezember 2017 zur Festlegung administrativer und wissenschaftlicher Anforderungen an traditionelle Lebensmittel aus Drittländern gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel (ABl. L 351 vom 30.12.2017, S. 55), geändert durch:

– 32020 R 1824: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1824 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 51)

95. 32017 R 2469: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2469 der Kommission vom 20. Dezember 2017 zur Festlegung administrativer und wissenschaftlicher Anforderungen an die Anträge gemäß Artikel 10 der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel (ABl. L 351 vom 30.12.2017, S. 64), geändert durch:

– 32020 R 1772: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1772 der Kommission vom 26. November 2020 (ABl. L 398 vom 27.11.2020, S. 13)

96. 32017 R 2470: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission vom 20. Dezember 2017 zur Erstellung der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel (ABl. L 351 vom 31.12.2017, S. 72), berichtigt in ABl. L 187 vom 24.7.2018, S. 1, ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 3, ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 5, und ABl. L 33 vom 15.2.2022, S. 41, geändert durch:

– 32018 R 0460: Durchführungsverordnung (EU) 2018/460 der Kommission vom 20. März 2018 (ABl. L 78 vom 21.3.2018, S. 2)

– 32018 R 0461: Durchführungsverordnung (EU) 2018/461 der Kommission vom 20. März 2018 (ABl. L 78 vom 21.3.2018, S. 7)

– 32018 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) 2018/462 der Kommission vom 20. März 2018 (ABl. L 78 vom 21.3.2018, S. 11)

– 32018 R 0469: Durchführungsverordnung (EU) 2018/469 der Kommission vom 21. März 2018 (ABl. L 79 vom 22.3.2018, S. 11)

– 32018 R 0991: Durchführungsverordnung (EU) 2018/991 der Kommission vom 12. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 9)

– 32018 R 1011: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1011 der Kommission vom 17. Juli 2018 (ABl. L 181 vom 18.7.2018, S. 4)

– 32018 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1018 der Kommission vom 18. Juli 2018 (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 4)

– 32018 R 1032: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1032 der Kommission vom 20. Juli 2018 (ABl. L 185 vom 23.7.2018, S. 9)

– 32018 R 1122: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1122 der Kommission vom 10. August 2018 (ABl. L 204 vom 13.8.2018, S. 36)

– 32018 R 1123: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1123 der Kommission vom 10. August 2018 (ABl. L 204 vom 13.8.2018, S. 41)

– 32018 R 1132: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1132 der Kommission vom 13. August 2018 (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 15)

– 32018 R 1133: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1133 der Kommission vom 13. August 2018 (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 18)

– 32018 R 1293: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1293 der Kommission vom 26. September 2018 (ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 2)

– 32018 R 1631: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1631 der Kommission vom 30. Oktober 2018 (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 17)

– 32018 R 1632: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1632 der Kommission vom 30. Oktober 2018 (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 23)

– 32018 R 1133: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1133 der Kommission vom 13. August 2018 (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 29)

– 32018 R 1647: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1647 der Kommission vom 31. Oktober 2018 (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 51)

– 32018 R 1648: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1648 der Kommission vom 29. Oktober 2018 (ABl. L 275 vom 6.11.2018, S. 1)

– 32018 R 1991: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1991 der Kommission vom 13. Dezember 2018 (ABl. L 320 vom 17.12.2018, S. 22)

– 32018 R 2016: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2016 der Kommission vom 18. Dezember 2018 (ABl. L 323 vom 19.12.2018, S. 1)

– 32018 R 2017: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2017 der Kommission vom 18. Dezember 2018 (ABl. L 323 vom 19.12.2018, S. 4)

– 32019 R 0108: Durchführungsverordnung (EU) 2019/108 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 4)

– 32019 R 0109: Durchführungsverordnung (EU) 2019/109 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 7)

– 32019 R 0110: Durchführungsverordnung (EU) 2019/110 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 11)

– 32019 R 0387: Durchführungsverordnung (EU) 2019/387 der Kommission vom 11. März 2019 (ABl. L 70 vom 12.3.2019, S. 17)

– 32019 R 0388: Durchführungsverordnung (EU) 2019/388 der Kommission vom 11. März 2019 (ABl. L 70 vom 12.3.2019, S. 21)

– 32019 R 0456: Durchführungsverordnung (EU) 2019/456 der Kommission vom 20. März 2019 (ABl. L 79 vom 21.3.2019, S. 13)

– 32019 R 0506: Durchführungsverordnung (EU) 2019/506 der Kommission vom 26. März 2019 (ABl. L 85 vom 27.3.2019, S. 11)

– 32019 R 1294: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1294 der Kommission vom 1. August 2019 (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 16)

– 32019 R 1314: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1314 der Kommission vom 2. August 2019 (ABl. L 205 vom 5.8.2019, S. 4)

– 32019 R 1686: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1686 der Kommission vom 8. Oktober 2019 (ABl. L 258 vom 9.10.2019, S. 13)

– 32019 R 1976: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1976 der Kommission vom 25. November 2019 (ABl. L 308 vom 29.11.2019, S. 40)

– 32019 R 1979: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1979 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 308 vom 29.11.2019, S. 62)

– 32019 R 2165: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2165 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 81)

– 32020 R 0016: Durchführungsverordnung (EU) 2020/16 der Kommission vom 10. Januar 2020 (ABl. L 7 vom 14.1.2020, S. 6)

– 32020 R 0024: Durchführungsverordnung (EU) 2020/24 der Kommission vom 13. Januar 2020 (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 12)

– 32020 R 0206: Durchführungsverordnung (EU) 2020/206 der Kommission vom 14. Februar 2020 (ABl. L 43 vom 17.2.2020, S. 66)

– 32020 R 0443: Durchführungsverordnung (EU) 2020/443 der Kommission vom 25. März 2020 (ABl. L 92 vom 26.3.2020, S. 7)

– 32020 R 0478: Durchführungsverordnung (EU) 2020/478 der Kommission vom 1. April 2020 (ABl. L 102 vom 2.4.2020, S. 1)

– 32020 R 0916: Durchführungsverordnung (EU) 2020/916 der Kommission vom 1. Juli 2020 (ABl. L 209 vom 2.7.2020, S. 6)

– 32020 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2020/917 der Kommission vom 1. Juli 2020 (ABl. L 209 vom 2.7.2020, S. 10)

– 32020 R 0973: Durchführungsverordnung (EU) 2020/973 der Kommission vom 6. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 7)

– 32020 R 1163: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1163 der Kommission vom 6. August 2020 (ABl. L 258 vom 7.8.2020, S. 1)

– 32020 R 1559: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1559 der Kommission vom 26. Oktober 2020 (ABl. L 357 vom 27.10.2020, S. 7)

– 32020 R 1634: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1634 der Kommission vom 4. November 2020 (ABl. L 367 vom 5.11.2020, S. 39)

– 32020 R 1820: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1820 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 29)

– 32020 R 1821: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1821 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 34)

– 32020 R 1822: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1822 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 39)

– 32020 R 1993: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1993 der Kommission vom 4. Dezember 2020 (ABl. L 410 vom 7.12.2020, S. 62)

– 32021 R 0050: Durchführungsverordnung (EU) 2021/50 der Kommission vom 22. Januar 2021 (ABl. L 23 vom 25.1.2021, S. 7)

– 32021 R 0051: Durchführungsverordnung (EU) 2021/51 der Kommission vom 22. Januar 2021 (ABl. L 23 vom 25.1.2021, S. 10)

– 32021 R 0082: Durchführungsverordnung (EU) 2021/82 der Kommission vom 27. Januar 2021 (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 16)

– 32021 R 0096: Durchführungsverordnung (EU) 2021/96 der Kommission vom 28. Januar 2021 (ABl. L 31 vom 29.1.2021, S. 201)

– 32021 R 0120: Durchführungsverordnung (EU) 2021/120 der Kommission vom 2. Februar 2021 (ABl. L 37 vom 3.2.2021, S. 1)

– 32021 R 0668: Durchführungsverordnung (EU) 2021/668 der Kommission vom 23. April 2021 (ABl. L 141 vom 26.4.2021, S. 3)

– 32021 R 0670: Durchführungsverordnung (EU) 2021/670 der Kommission vom 23. April 2021 (ABl. L 141 vom 26.4.2021, S. 14)

– 32021 R 0882: Durchführungsverordnung (EU) 2021/882 der Kommission vom 1. Juni 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 16)

– 32021 R 0900: Durchführungsverordnung (EU) 2021/900 der Kommission vom 3. Juni 2021 (ABl. L 197 vom 4.6.2021, S. 71)

– 32021 R 0912: Durchführungsverordnung (EU) 2021/912 der Kommission vom 4. Juni 2021 (ABl. L 199 vom 7.6.2021, S. 10)

– 32021 R 1319: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1319 der Kommission vom 9. August 2021 (ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 12)

– 32021 R 1326: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1326 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 24)

– 32021 R 1377: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1377 der Kommission vom 19. August 2021 (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 20)

– 32021 R 1974: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1974 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 5)

– 32021 R 1975: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1975 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 10)

– 32021 R 2029: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2029 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 9)

– 32021 R 2079: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2079 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 16)

– 32021 R 2129: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2129 der Kommission vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 432 vom 3.12.2021, S. 13)

– 32021 R 2191: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2191 der Kommission vom 10. Dezember 2021 (ABl. L 445 vom 13.12.2021, S. 1)

– 32022 R 0047: Durchführungsverordnung (EU) 2022/47 der Kommission vom 13. Januar 2022 (ABl. L 9 vom 14.1.2022, S. 29)

– 32022 R 0168: Durchführungsverordnung (EU) 2022/168 der Kommission vom 8. Februar 2022 (ABl. L 28 vom 9.2.2022, S. 5)

– 32022 R 0169: Durchführungsverordnung (EU) 2022/169 der Kommission vom 8. Februar 2022 (ABl. L 28 vom 9.2.2022, S. 10)

– 32022 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) 2022/187 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 102)

– 32022 R 0188: Durchführungsverordnung (EU) 2022/188 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 108)

– 32022 R 0196: Durchführungsverordnung (EU) 2022/196 der Kommission vom 11. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 46)

– 32022 R 0672: Durchführungsverordnung (EU) 2022/672 der Kommission vom 22. April 2022 (ABl. L 122 vom 25.4.2022, S. 24)

– 32022 R 0673: Durchführungsverordnung (EU) 2022/673 der Kommission vom 22. April 2022 (ABl. L 122 vom 25.4.2022, S. 27)

– 32022 R 0684: Durchführungsverordnung (EU) 2022/684 der Kommission vom 28. April 2022 (ABl. L 126 vom 29.4.2022, S. 10)

– 32022 R 0961: Durchführungsverordnung (EU) 2022/961 der Kommission vom 20. Juni 2022 (ABl. L 165 vom 21.6.2022, S. 41)

– 32022 R 0965: Durchführungsverordnung (EU) 2022/965 der Kommission vom 21. Juni 2022 (ABl. L 166 vom 22.6.2022, S. 118)

– 32022 R 0966: Durchführungsverordnung (EU) 2022/966 der Kommission vom 21. Juni 2022 (ABl. L 166 vom 22.6.2022, S. 125)

– 32022 R 1160: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1160 der Kommission vom 5. Juli 2022 (ABl. L 179 vom 6.7.2022, S. 25)

– 32022 R 1365: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1365 der Kommission vom 4. August 2022 (ABl. L 205 vom 5.8.2022, S. 230)

– 32022 R 1373: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1373 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 28)

– 32022 R 1381: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1381 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 12)

– 32022 R 2534: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2534 der Kommission vom 21. Dezember 2022 (ABl. L 328 vom 22.12.2022, S. 85)

– 32022 R 2535: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2535 der Kommission vom 21. Dezember 2022 (ABl. L 328 vom 22.12.2022, S. 91)

97. 32018 R 0456: Durchführungsverordnung (EU) 2018/456 der Kommission vom 19. März 2018 über die Verfahrensschritte bei der Konsultation zur Bestimmung des Status als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel (ABl. L 77 vom 20.3.2018, S. 6)

98. 32018 R 0460: Durchführungsverordnung (EU) 2018/460 der Kommission vom 20. März 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Phlorotanninen aus *Ecklonia cava* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 78 vom 21.3.2018, S. 2)

99. 32018 R 0461: Durchführungsverordnung (EU) 2018/461 der Kommission vom 20. März 2018 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von stark taxifolinhaltigem Extrakt als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 78 vom 21.3.2018, S. 7)

100. 32018 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) 2018/462 der Kommission vom 20. März 2018 über die Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von L-Ergothionein als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 78 vom 21.3.2018, S. 11)

101. 32018 R 0469: Durchführungsverordnung (EU) 2018/469 der Kommission vom 21. März 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines Extrakts aus drei pflanzlichen Wurzeln (*Cynanchum wilfordii* Hemsley, *Phlomis umbrosa* Turcz. und *Angelica gigas* Nakai) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 79 vom 22.3.2018, S. 11)

102. 32018 R 0991: Durchführungsverordnung (EU) 2018/991 der Kommission vom 12. Juli 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lysozymhydrolysat aus Hühnereiweiß als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 9)

103. 32018 R 1011: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1011 der Kommission vom 17. Juli 2018 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungsmengen von UV-behandelten Pilzen als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 181 vom 18.7.2018, S. 4)

104. 32018 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1018 der Kommission vom 18. Juli 2018 über die Genehmigung einer Ausweitung der Verwendung von UV-behandelter Bäckerhefe (*Saccharomyces cerevisiae*) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 9)

105. 32018 R 1032: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1032 der Kommission vom 20. Juli 2018 über die Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von Öl aus der Mikroalge *Schizochytrium* sp. als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 185 vom 23.7.2018, S. 9)

106. 32018 R 1122: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1122 der Kommission vom 10. August 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Pyrrolochinolinchinon-Dinatriumsalz als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 204 vom 13.8.2018, S. 36)

107. 32018 R 1123: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1123 der Kommission vom 10. August 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 1-Methylnicotinamidchlorid als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 204 vom 13.8.2018, S. 41)

108. 32018 R 1132: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1132 der Kommission vom 13. August 2018 zur Genehmigung der Änderung der Bezeichnung und der spezifischen Kennzeichnungsvorschrift des neuartigen Lebensmittels synthetisches Zeaxanthin gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 15)

109. 32018 R 1133: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1133 der Kommission vom 13. August 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von getrockneten oberirdischen Teilen von *Hoodia parviflora* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 18)

110. 32018 R 1631: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1631 der Kommission vom 30. Oktober 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Pulver aus Cranberry-Extrakt als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 17)

111. 32018 R 1632: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1632 der Kommission vom 30. Oktober 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von basischem Molkenprotein-Isolat aus Kuhmilch als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 23)

112. 32018 R 1633: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1633 der Kommission vom 30. Oktober 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von raffiniertem Shrimps-Peptid-Konzentrat als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 29)

113. 32018 R 1647: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1647 der Kommission vom 31. Oktober 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Eimembran-Hydrolysat als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 51)

114. 32018 R 1648: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1648 der Kommission vom 29. Oktober 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Xylo-Oligosacchariden als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 275 vom 6.11.2018, S. 1), berichtigt in ABl. L 6 vom 9.1.2023, S. 1

115. 32018 R 1991: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1991 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Beeren von *Lonicera caerulea* L. als traditionelles Lebensmittel aus einem Drittland gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 320 vom 17.12.2018, S. 22)

116. 32018 R 2016: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2016 der Kommission vom 18. Dezember 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens geschälter Körner von *Digitaria exilis* als traditionelles Lebensmittel aus einem Drittland gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 323 vom 19.12.2018, S. 1)

117. 32018 R 2017: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2017 der Kommission vom 18. Dezember 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Sirup aus *Sorghum bicolor* (L.) Moench als traditionelles Lebensmittel aus einem Drittland gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 323 vom 19.12.2018, S. 4)

118. 32019 R 0108: Durchführungsverordnung (EU) 2019/108 der Kommission vom 24. Januar 2019 zur Genehmigung der Änderung der Spezifikationen der neuartigen Lebensmittelzutat Lipidextrakt aus antarktischem Krill (*Euphausia superba*) gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 4)

119. 32019 R 0109: Durchführungsverordnung (EU) 2019/109 der Kommission vom 24. Januar 2019 zur Genehmigung einer Ausweitung der Verwendungszwecke von *Schizochytrium* sp.-Öl als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 7)

120. 32019 R 0110: Durchführungsverordnung (EU) 2019/110 der Kommission vom 24. Januar 2019 zur Genehmigung einer Ausweitung der Verwendungszwecke von *Allanblackia*-Saatöl als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 11)

121. 32019 R 0387: Durchführungsverordnung (EU) 2019/387 der Kommission vom 11. März 2019 zur Genehmigung einer Erweiterung des Verwendungszwecks von Öl aus *Schizochytrium* sp. (ATCC PTA-9695) als neuartiges Lebensmittel sowie der Änderung der Bezeichnung und der spezifischen Kennzeichnungsvorschrift für Öl aus *Schizochytrium* sp. (ATCC PTA-9695) gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 70 vom 12.3.2019, S. 17)

122. 32019 R 0388: Durchführungsverordnung (EU) 2019/388 der Kommission vom 11. März 2019 zur Genehmigung der Änderung der Spezifikationen des neuartigen Lebensmittels 2′-Fucosyllactose, hergestellt mit Escherichia coli K-12 gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 70 vom 12.3.2019, S. 21)

123. 32019 R 0456: Durchführungsverordnung (EU) 2019/456 der Kommission vom 20. März 2019 zur Genehmigung der Änderung der Spezifikationen des neuartigen Lebensmittels Koriandersamenöl aus *Coriandrum sativum* gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 79 vom 21.3.2019, S. 13)

124. 32019 R 0506: Durchführungsverordnung (EU) 2019/506 der Kommission vom 26. März 2019 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von D-Ribose als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 85 vom 27.3.2019, S. 11)

125. 32019 R 0760: Durchführungsverordnung (EU) 2019/760 der Kommission vom 13. Mai 2019 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Biomasse der Hefe *Yarrowia lipolytica* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 125 vom 14.5.2019, S. 13)

126. 32019 R 1294: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1294 der Kommission vom 1. August 2019 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Betain als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 16)

127. 32019 R 1314: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1314 der Kommission vom 2. August 2019 zur Genehmigung der Änderung der Spezifikationen des neuartigen Lebensmittels Lacto-N-neotetraose, hergestellt mit Escherichia coli K-12 gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 205 vom 5.8.2019, S. 4)

128. 32019 R 1686: Durchführungsverordnung 2019/1686 der Kommission vom 8. Oktober 2019 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von basischem Molkenprotein-Isolat aus Kuhmilch als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 258 vom 9.10.2019, S. 13), berichtigt in ABl. L 6 vom 9.1.2023, S. 1

129. 32019 R 1976: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1976 der Kommission vom 25. November 2019 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Phenylcapsaicin als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 308 vom 29.11.2019, S. 40)

130. 32019 R 1979: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1979 der Kommission vom 26. November 2019 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines 2′-Fucosyllactose/Difucosyllactose-Gemischs als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 308 vom 29.11.2019, S. 62)

131. 32019 R 2165: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2165 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Genehmigung der Änderung der Spezifikation des neuartigen Lebensmittels Koriandersamenöl aus *Coriandrum sativum* gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 81)

132. 32020 R 0016: Durchführungsverordnung (EU) 2020/16 der Kommission vom 10. Januar 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Nicotinamid-Ribosidchlorid als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 7 vom 13.1.2020, S. 6)

133. 32020 R 0024: Durchführungsverordnung (EU) 2020/24 der Kommission vom 13. Januar 2020 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von Chiasamen (*Salvia hispanica*) als neuartiges Lebensmittel sowie der Änderung der Verwendungsbedingungen und der spezifischen Kennzeichnungsvorschriften für Chiasamen (*Salvia hispanica*) gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 12)

134. 32020 R 0206: Durchführungsverordnung (EU) 2020/206 der Kommission vom 14. Februar 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Fruchtfleisch, Saft und konzentriertem Saft aus dem Fruchtfleisch von *Theobroma cacao* L. als traditionelle Lebensmittel aus einem Drittland gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 43 vom 17.2.2020, S. 66)

135. 32020 R 0443: Durchführungsverordnung (EU) 2020/443 der Kommission vom 25. März 2020 zur Genehmigung der Änderung der Spezifikationen des neuartigen Lebensmittels Weizenkeimextrakt (*Triticum aestivum*) mit hohem Spermidingehalt gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 92 vom 26.3.2020, S. 7)

136. 32020 R 0484: Durchführungsverordnung (EU) 2020/484 der Kommission vom 2. April 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lacto-N-tetraose als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 103 vom 3.4.2020, S. 3), berichtigt in ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 5

137. 32020 R 0500: Durchführungsverordnung (EU) 2020/500 der Kommission vom 6. April 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von teilweise entfetteten Pulvern aus Chiasamen (*Salvia hispanica*) als neuartige Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 109 vom 7.4.2020, S. 2)

138. 32020 R 0916: Durchführungsverordnung (EU) 2020/916 der Kommission vom 1. Juli 2020 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von Xylo-Oligosacchariden als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 209 vom 2.7.2020, S. 6)

139. 32020 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2020/917 der Kommission vom 1. Juli 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines Aufgusses aus Kaffeeblättern der Arten *Coffea arabica* L. und/oder *Coffea canephora* Pierre ex A. Froehner als traditionelles Lebensmittel aus einem Drittland gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 209 vom 2.7.2020, S. 10)

140. 32020 R 0973: Durchführungsverordnung (EU) 2020/973 der Kommission vom 6. Juli 2020 zur Genehmigung einer Änderung der Verwendungsbedingungen für das neuartige Lebensmittel „Proteinextrakt aus der Schweineniere“ und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 7)

141. 32020 R 1163: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1163 der Kommission vom 6. August 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Vitamin D2-Pilzpulver als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 258 vom 7.8.2020, S. 1)

142. 32020 R 1634: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1634 der Kommission vom 4. November 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Zucker aus dem Fruchtfleisch der Kakaopflanze (*Theobroma cacao* L.) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 367 vom 5.11.2020, S. 39)

143. 32020 R 1820: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1820 der Kommission vom 2. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens getrockneter Zellen von *Euglena gracilis* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 29)

144. 32020 R 1821: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1821 der Kommission vom 2. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines Extrakts aus *Panax notoginseng* und *Astragalus membranaceus* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 34)

145. 32020 R 1822: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1822 der Kommission vom 2. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von chromhaltiger Biomasse der Hefe *Yarrowia lipolytica* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 39)

146. 32020 R 1993: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1993 der Kommission vom 4. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von selenhaltiger Biomasse der Hefe *Yarrowia lipolytica* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 410 vom 7.12.2020, S. 62)

147. 32021 R 0050: Durchführungsverordnung (EU) 2021/50 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Genehmigung einer Erweiterung des Verwendungszwecks und einer Änderung der Spezifikation des neuartigen Lebensmittels „2′-Fucosyllactose/Difucosyllactose-Gemisch“ sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 23 vom 25.1.2021, S. 7)

148. 32021 R 0051: Durchführungsverordnung (EU) 2021/51 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Genehmigung einer Änderung der Verwendungsbedingungen für das neuartige Lebensmittel „trans-Resveratrol“ gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 23 vom 25.1.2021, S. 10)

149. 32021 R 0082: Durchführungsverordnung (EU) 2021/82 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 6’-Sialyllactose-Natriumsalz als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 16)

150. 32021 R 0096: Durchführungsverordnung (EU) 2021/96 der Kommission vom 28. Januar 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 3’-Sialyllactose-Natriumsalz als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 31 vom 29.1.2021, S. 201), berichtigt in ABl. L 6 vom 9.1.2023, S. 1

151. 32021 R 0120: Durchführungsverordnung (EU) 2021/120 der Kommission vom 2. Februar 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Pulver aus teilweise entfetteten Samen von *Brassica rapa* L. und *Brassica napus* L. als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 37 vom 3.2.2021, S. 1)

152. 32021 R 0668: Durchführungsverordnung (EU) 2021/668 der Kommission vom 23. April 2021 zur Genehmigung einer Änderung der Verwendungsbedingungen für Chiasamen (*Salvia hispanica*) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 141 vom 26.4.2021, S. 3)

153. 32021 R 0670: Durchführungsverordnung (EU) 2021/670 der Kommission vom 23. April 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von *Schizochytrium* sp. (WZU477)-Öl als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 141 vom 26.4.2021, S. 14)

154. 32021 R 0882: Durchführungsverordnung (EU) 2021/882 der Kommission vom 1. Juni 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens getrockneter Larven von *Tenebrio molitor* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 16)

155. 32021 R 0900: Durchführungsverordnung (EU) 2021/900 der Kommission vom 3. Juni 2021 zur Genehmigung einer Änderung der Verwendungsbedingungen für das neuartige Lebensmittel „Galacto-Oligosaccharid“ gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 197 vom 4.6.2021, S. 71)

156. 32021 R 0912: Durchführungsverordnung (EU) 2021/912 der Kommission vom 4. Juni 2021 zur Genehmigung von Änderungen der Spezifikationen des neuartigen Lebensmittels Lacto-N-neotetraose (mikrobiell) und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 199 vom 7.6.2021, S. 10)

157. 32021 R 1319: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1319 der Kommission vom 9. August 2021 zur Genehmigung von Änderungen der Spezifikationen des neuartigen Lebensmittels Koriandersamenöl aus *Coriandrum sativum* und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 12)

158. 32021 R 1326: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1326 der Kommission vom 10. August 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von *Schizochytrium* sp. (FCC-3204)-Öl als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 24)

159. 32021 R 1377: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1377 der Kommission vom 19. August 2021 zur Genehmigung einer Änderung der Verwendungsbedingungen für das neuartige Lebensmittel „Astaxanthinreiches Oleoresin aus der Alge *Haematococcus pluvialis*“ gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 20)

160. 32021 R 1974: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1974 der Kommission vom 12. November 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens getrockneter Früchte von *Synsepalum dulcificum* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 5)

161. 32021 R 1975: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1975 der Kommission vom 12. November 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von gefrorener, getrockneter und pulverförmiger *Locusta migratoria* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 10)

162. 32021 R 2029: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2029 der Kommission vom 19. November 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 3-Fucosyllactose (3-FL) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 9)

163. 32021 R 2079: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2079 der Kommission vom 26. November 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Vitamin D2-Pilzpulver als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 16)

164. 32021 R 2129: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2129 der Kommission vom 2. Dezember 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Calciumfructoborat als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 432 vom 3.12.2021, S. 13)

165. 32021 R 2191: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2191 der Kommission vom 10. Dezember 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens frischer Pflanzen der Arten *Wolffia arrhiza* und/oder *Wolffia globosa* als traditionelles Lebensmittel aus einem Drittland gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 445 vom 13.12.2021, S. 1)

166. 32022 R 0047: Durchführungsverordnung (EU) 2022/47 der Kommission vom 13. Januar 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens getrockneter Pulpe der Kaffeekirsche der Arten *Coffea arabica* L. und/oder *Coffea canephora* Pierre ex A. Froehner sowie des Aufgusses daraus als traditionelles Lebensmittel aus einem Drittland gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 9 vom 14.1.2022, S. 29)

167. 32022 R 0168: Durchführungsverordnung (EU) 2022/168 der Kommission vom 8. Februar 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von pasteurisierten *Akkermansia muciniphila* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 28 vom 9.2.2022, S. 5)

168. 32022 R 0169: Durchführungsverordnung (EU) 2022/169 der Kommission vom 8. Februar 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von gefrorenen, getrockneten und pulverförmigen Mehlwürmern (Larven von *Tenebrio molitor*) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 28 vom 9.2.2022, S. 10)

169. 32022 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) 2022/187 der Kommission vom 10. Februar 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens cetylierter Fettsäuren als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 102)

170. 32022 R 0188: Durchführungsverordnung (EU) 2022/188 der Kommission vom 10. Februar 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von *Acheta domesticus*, gefroren, getrocknet und pulverförmig, als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 108)

171. 32022 R 0196: Durchführungsverordnung (EU) 2022/196 der Kommission vom 11. Februar 2022 über die Genehmigung einer Ausweitung der Verwendung und der Änderung der Spezifikationen von UV-behandelter Bäckerhefe (*Saccharomyces cerevisiae*) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 46)

172. 32022 R 0673: Durchführungsverordnung (EU) 2022/673 der Kommission vom 22. April 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Protein aus Mungbohnen (*Vigna radiata*) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 122 vom 25.4.2022, S. 27)

173. 32022 R 0961: Durchführungsverordnung (EU) 2022/961 der Kommission vom 20. Juni 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Tetrahydrocurcuminoiden als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 165 vom 21.6.2022, S. 41)

174. 32022 R 0965: Durchführungsverordnung (EU) 2022/965 der Kommission vom 21. Juni 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Kernen der essbaren Art von *Jatropha curcas* L. als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 166 vom 22.6.2022, S. 118)

175. 32022 R 1373: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1373 der Kommission vom 5. August 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Eisenhydroxid-Adipat-Tartrat als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 28)

176. 32022 R 2534: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2534 der Kommission vom 21. Dezember 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Beta-Lactoglobulin (β-Lactoglobulin) aus Kuhmilch als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 328 vom 22.12.2022, S. 85)

177. 32022 R 2535: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2535 der Kommission vom 21. Dezember 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens gefriergetrockneter Myzelien von *Antrodia camphorata* in Pulverform als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 328 vom 22.12.2022, S. 91)

178. 32023 R 0004: Durchführungsverordnung (EU) 2023/4 der Kommission vom 3. Januar 2023 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Vitamin-D2-Pilzpulver als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 2 vom 4.1.2023, S. 3)

179. 32023 R 0005: Durchführungsverordnung (EU) 2023/5 der Kommission vom 3. Januar 2023 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von teilweise entfettetem Pulver aus *Acheta domesticus* (Hausgrille) als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 2 vom 4.1.2023, S. 9)

180. 32023 R 0006: Durchführungsverordnung (EU) 2023/6 der Kommission vom 3. Januar 2023 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von mit Myzelien von *Lentinula edodes* (Shiitake-Pilz) fermentiertem Erbsen- und Reisprotein als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 2 vom 4.1.2023, S. 16)

181. 32023 R 0007: Durchführungsverordnung (EU) 2023/7 der Kommission vom 3. Januar 2023 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lacto-N-tetraose, erzeugt durch abgeleitete Stämme von *Escherichia coli* BL21(DE3), als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 2 vom 4.1.2023, S. 21)

182. 32023 R 0052: Durchführungsverordnung (EU) 2023/52 der Kommission vom 4. Januar 2023 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 3-Fucosyllactose aus einem abgeleiteten Stamm von *Escherichia coli* BL21(DE3) als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 3 vom 5.1.2023, S. 1)

183. 32023 R 0058: Durchführungsverordnung (EU) 2023/58 der Kommission vom 5. Januar 2023 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Larven von *Alphitobius diaperinus* (Getreideschimmelkäfer) in gefrorener, pastenartiger, getrockneter und pulverisierter Form als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 5 vom 6.1.2023, S. 10)

184. 32023 R 0065: Durchführungsverordnung (EU) 2023/65 der Kommission vom 6. Januar 2023 zur Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 zur Erstellung der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel, der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1648 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Xylo-Oligosacchariden als neuartiges Lebensmittel, der Durchführungsverordnung (EU) 2019/1686 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von basischem Molkenprotein-Isolat aus Kuhmilch als neuartiges Lebensmittel sowie der Durchführungsverordnung (EU) 2021/96 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 3'-Sialyllactose-Natriumsalz als neuartiges Lebensmittel (ABl. L 6 vom 9.1.2023, S. 1)

185. 32023 R 0113: Durchführungsverordnung (EU) 2023/113 der Kommission vom 16. Januar 2023 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 3'-Sialyllactose-Natriumsalz, erzeugt durch abgeleitete Stämme von *Escherichia coli* BL21(DE3), als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 15 vom 17.1.2023, S. 1)

KAPITEL 12

IONISIERENDE STRAHLUNG

1. 31999 L 0002: Richtlinie 1999/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Februar 1999 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über mit ionisierenden Strahlen behandelte Lebensmittel und Lebensmittelbestandteile (ABl. L 66 vom 13.3.1999, S. 16), geändert durch:

   – 32008 R 1137: Verordnung (EU) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

   – 32003 R 1882: Verordnung (EU) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

2. 31999 L 0003: Richtlinie 1999/3/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Februar 1999 über die Festlegung einer Gemeinschaftsliste von mit ionisierenden Strahlen behandelten Lebensmitteln und Lebensmittelbestandteilen (ABl. L 66 vom 13.3.1999, S. 24)

3. 32002 D 0840: Entscheidung 2002/840/EG der Kommission vom 23. Oktober 2002 zur Festlegung der Liste der in Drittländern für die Bestrahlung von Lebensmitteln zugelassenen Anlagen (ABl. L 287 vom 25.10.2002, S. 40), geändert durch:

   – 32004 D 0691: Entscheidung 2004/691/EG der Kommission vom 7. Oktober 2004 (ABl. L 314 vom 13.10.2004, S. 14)

– 32007 D 0802: Entscheidung 2007/802/EG der Kommission vom 4. Dezember 2007 (ABl. L 323 vom 8.12.2007, S. 40)

– 32010 D 0172: Beschluss 2010/172/EU der Kommission vom 22. März 2010 (ABl. L 75 vom 23.3.2010, S. 33)

– 32022 D 0120: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/120 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 19 vom 27.1.2022, S. 72)

KAPITEL 13

MINERALWASSER

1. 32009 L 0054: Richtlinie 2009/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Gewinnung von und den Handel mit natürlichen Mineralwässern (ABl. L 64 vom 26.6.2009, S. 45)

2. 32003 L 0040: Richtlinie 2003/40/EG der Kommission vom 16. Mai 2003 zur Festlegung des Verzeichnisses, der Grenzwerte und der Kennzeichnung der Bestandteile natürlicher Mineralwässer und der Bedingungen für die Behandlung natürlicher Mineralwässer und Quellwässer mit ozonangereicherter Luft (ABl. L 126 vom 22.5.2003, S. 34)

3. 32010 R 0115: Verordnung (EU) Nr. 115/2010 der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Festlegung der Bedingungen für die Verwendung von aktiviertem Aluminiumoxid zur Entfernung von Fluorid aus natürlichen Mineralwässern und Quellwässern (ABl. L 37 vom 10.2.2010, S. 13)

KAPITEL 14

VÖLKERRECHTLICHE ÜBEREINKÜNFTE DER UNION

ABSCHNITT A

EWR-ABKOMMEN

1. 21994 A 0103(74): Beschluss des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluss des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten sowie der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen, dem Königreich Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 1)

2. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Schlussakte - Gemeinsame Erklärungen der Vertragsparteien - Erklärung der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten - Übereinkommen - Vereinbarte Niederschrift - Erklärungen einzelner oder mehrerer Vertragspartner des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3)

3. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Anhang II - Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung - Verzeichnis nach Artikel 23 (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 263), geändert durch:

   – 21994 D 1231: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 35/94 vom 15. Dezember 1994 (ABl. L 372 vom 31.12.1994, S. 8)

– 21995 D 0302: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/95 vom 27. Januar 1995 (ABl. L 47 vom 2.3.1995, S. 26)

– 21999 D 0708: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 71/98 vom 31. Juli 1998 (ABl. L 172 vom 8.7.1999, S. 50)

– 21999 D 1028: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/98 vom 27. November 1998 (ABl. L 277 vom 28.10.1999, S. 37)

– 22000 D 1221: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/1999 vom 24. September 1999 (ABl. L 325 vom 21.12.2000, S. 7)

– 22001 D 0012: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 12/2001 vom 23. Februar 2001 (ABl. L 117 vom 26.4.2001, S. 7)

– 22001 D 0105: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2001 vom 26. Oktober 2001 (ABl. L 322 vom 6.12.2001, S. 11)

– 22001 D 0106: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2001 vom 28. September 2001 (ABl. L 322 vom 6.12.2001, S. 13)

– 22001 D 0109: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2001 vom 28. September 2001 (ABl. L 322 vom 6.12.2001, S. 18)

– 22001 D 0136: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 136/2001 vom 9. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 26)

– 22002 D 0029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 29/2002 vom 19. April 2002 (ABl. L 154 vom 13.6.2002, S. 8)

– 22003 D 0073: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 73/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 20)

– 22004 D 0020: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 20/2004 vom 19. März 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 124)

– 22004 D 0021: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 21/2004 vom 19. März 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 126)

– 22005 D 0124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 124/2004 vom 24. September 2004 (ABl. L 64 vom 10.3.2005, S. 41)

– 22005 D 0143: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 143/2004 vom 29. Oktober 2004 (ABl. L 102 vom 21.4.2005, S. 10)

– 22005 D 0097: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 97/2005 vom 8. Juli 2005 (ABl. L 306 vom 24.11.2005, S. 24)

– 22006 D 0022: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 22/2006 vom 10. März 2006 (ABl. L 147 vom 1.6.2006, S. 34)

– 22006 D 0045: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2006 vom 28. April 2006 (ABl. L 175 vom 29.6.2006, S. 92)

– 22006 D 0046: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2006 vom 28. April 2006 (ABl. L 175 vom 29.6.2006, S. 94)

– 22007 D 0047: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2007 vom 8. Juni 2007 (ABl. L 266 vom 11.10.2007, S. 4)

– 22007 D 0103: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 18)

– 22007 D 0134: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 134/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 33)

– 22008 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2008 vom 1. Februar 2008 (ABl. L 154 vom 12.6.2008, S. 1)

– 22008 D 0005: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2008 vom 1. Februar 2008 (ABl. L 154 vom 12.6.2008, S. 9)

– 22008 D 0006: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/2008 vom 1. Februar 2008 (ABl. L 154 vom 12.6.2008, S. 11)

– 22009 D 0004: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2009 vom 5. Februar 2009 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 36)

– 22009 D 0005: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2009 vom 5. Februar 2009 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 38)

– 22009 D 0027: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 27/2009 vom 17. März 2009 (ABl. L 130 vom 28.5.2009, S. 19)

– 22009 D 0060: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 60/2009 vom 29. Mai 2009 (ABl. L 232 vom 3.9.2009, S. 11)

– 22009 D 0078: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2009 vom 3. Juli 2009 (ABl. L 277 vom 22.10.2009, S. 27)

– 22009 D 0126: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 126/2009 vom 4. Dezember 2009 (ABl. L 62 vom 11.3.2010, S. 13)

– 22010 D 0018: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 18/2010 vom 1. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 4)

– 22010 D 0023: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 23/2010 vom 12. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 16)

– 22010 D 0024: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 24/2010 vom 12. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 17)

– 22010 D 0040: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 6)

– 22010 D 0041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 41/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 7)

– 22010 D 0042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 9)

– 22010 D 0083: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 83/2010 vom 2. Juli 2010 (ABl. L 277 vom 21.10.2010, S. 37)

– 22010 D 0100: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 100/2010 vom 1. Oktober 2010 (ABl. L 332 vom 16.12.2010, S. 50)

– 22011 D 0013: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 13/2011 vom 1. April 2011 (ABl. L 171 vom 30.6.2011, S. 10)

– 22011 D 0029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 29/2011 vom 1. April 2011 (ABl. L 171 vom 30.6.2011, S. 28)

– 22011 D 0050: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 50/2011 vom 20. Mai 2011 (ABl. L 196 vom 28.7.2011, S. 29)

– 22011 D 0059: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 59/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 1)

– 22011 D 0068: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 68/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 23)

– 22011 D 0069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 24)

– 22011 D 0070: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 70/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 26)

– 22011 D 0112: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2011 vom 21. Oktober 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 72)

– 22011 D 0114: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2011 vom 21. Oktober 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 76)

– 22011 D 0115: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2011 vom 21. Oktober 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 78)

– 22011 D 0124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 124/2011 vom 2. Dezember 2011 (ABl. L 76 vom 15.3.2012, S. 3)

– 22011 D 0128: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 128/2011 vom 2. Dezember 2011 (ABl. L 76 vom 15.3.2012, S. 11)

– 22011 D 0129: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 129/2011 vom 2. Dezember 2011 (ABl. L 76 vom 15.3.2012, S. 12)

– 22012 D 0003: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2012 vom 10. Februar 2012 (ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 5)

– 22012 D 0009: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 9/2012 vom 10. Februar 2012 (ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 15)

– 22012 D 0045: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 24)

– 22012 D 0076: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 6)

– 22012 D 0079: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 11)

– 22012 D 0080: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 80/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 13)

– 22012 D 0082: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 82/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 18)

– 22012 D 0083: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 83/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 19)

– 22012 D 0084: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 84/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 21)

– 22012 D 0085: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 85/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 22)

– 22012 D 0086: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 86/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 23)

– 22012 D 0105: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2012 vom 15. Juni 2012 (ABl. L 270 vom 4.10.2013, S. 4)

– 22012 D 0159: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 159/2012 vom 28. September 2012 (ABl. L 341 vom 13.12.2012, S. 9)

– 22012 D 0192: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 192/2012 vom 26. Oktober 2012 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 38)

– 22012 D 0193: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 193/2012 vom 26. Oktober 2012 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 41)

– 22012 D 0206: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 206/2012 vom 7. Dezember 2012 (ABl. L 81 vom 21.3.2013, S. 3)

– 22012 D 0207: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 207/2012 vom 7. Dezember 2012 (ABl. L 81 vom 21.3.2013, S. 6)

– 22013 D 0034: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 34/2013 vom 15. März 2013 (ABl. L 231 vom 29.8.2013, S. 8)

– 22013 D 0035: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 35/2013 vom 15. März 2013 (ABl. L 231 vom 29.8.2013, S. 10)

– 22013 D 0055: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 55/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 6)

– 22013 D 0056: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 56/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 8)

– 22013 D 0063: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 63/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 16)

– 22013 D 0064: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 64/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 19)

– 22013 D 0109: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 10)

– 22013 D 0110: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 110/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 11)

– 22013 D 0137: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2013 vom 15. Juli 2013 (ABl. L 345 vom 19.12.2013, S. 5)

– 22013 D 0154: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 154/2013 vom 8. Oktober 2013 (ABl. L 58 vom 27.2.2014, S. 5)

– 22013 D 0157: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 157/2013 vom 8. Oktober 2013 (ABl. L 58 vom 27.2.2014, S. 9)

– 22013 D 0186: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 186/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 12)

– 22013 D 0187: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 187/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 13)

– 22013 D 0188: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 188/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 14)

– 22013 D 0189: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 189/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 15)

– 22013 D 0190: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 190/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 16)

– 22013 D 0220: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 220/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 13)

– 22013 D 0222: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 222/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 17)

– 22014 D 0116: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 116/2014 vom 27. Juni 2014 (ABl. L 342 vom 27.11.2014, S. 6)

– 22014 D 0117: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 117/2014 vom 27. Juni 2014 (ABl. L 342 vom 27.11.2014, S. 8)

– 22014 D 0175: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 175/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 200 vom 30.7.2015, S. 23)

– 22014 D 0176: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 176/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 200 vom 30.7.2015, S. 25)

– 22014 D 0177: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 177/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 200 vom 30.7.2015, S. 27)

– 22014 D 0214: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 214/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 10)

– 22014 D 0215: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 215/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 12)

– 22014 D 0216: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 216/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 14)

– 22014 D 0217: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 217/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 15)

– 22015 D 2126: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 259/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 8)

– 22015 D 2127: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 260/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 9)

– 22015 D 2128: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 261/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 11)

– 22015 D 2129: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 262/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 12)

– 22016 D 0499: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 11/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 18)

– 22016 D 0501: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 13/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 22)

– 22016 D 0502: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 14/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 24)

– 22016 D 0727: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 44/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 20)

– 22016 D 0728: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 22)

– 22016 D 0729: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 24)

– 22016 D 0730: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 26)

– 22016 D 0731: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 48/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 28)

– 22016 D 0732: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 49/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 29)

– 22016 D 0733: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 50/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 31)

– 22016 D 1270: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 87/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 24)

– 22017 D 0017: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 177/2015 vom 10. Juli 2015 (ABl. L 8 vom 12.1.2017, S. 5)

– 22017 D 0516: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 209/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 24)

– 22017 D 0517: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 210/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 26)

– 22017 D 0518: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 211/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 28)

– 22017 D 1035: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 246/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 22)

– 22017 D 1036: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 247/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 23)

– 22017 D 1037: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 248/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 25)

– 22017 D 1038: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 249/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 26)

– 22017 D 1040: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 251/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 30)

– 22017 D 1041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 252/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 32)

– 22017 D 1042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 253/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 33)

– 22017 D 1043: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 254/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 35)

– 22017 D 1044: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 255/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 37)

– 22017 D 1287: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 7)

– 22017 D 1295: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 12/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 17)

– 22017 D 1296: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 13/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 18)

– 22017 D 1297: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 14/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 19)

– 22017 D 1298: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 15/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 20)

– 22017 D 1299: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 16/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 22)

– 22017 D 1874: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 44/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 7)

– 22017 D 1875: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 9)

– 22017 D 1877: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 13)

– 22017 D 1878: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 48/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 15)

– 22017 D 2029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 22)

– 22017 D 2030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 80/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 24)

– 22017 D 2031: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 81/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 25)

– 22017 D 2125: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 107/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 5)

– 22017 D 2129: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 111/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 12)

– 22017 D 2130: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 14)

– 22017 D 2131: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 113/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 16)

– 22017 D 2132: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 17)

– 22017 D 2133: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 18)

– 22017 D 2134: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 116/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 19)

– 22017 D 2135: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 117/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 20)

– 22018 D 0358: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 136/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 4)

– 22018 D 0361: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 9)

– 22018 D 0362: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 11)

– 22018 D 0363: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 12)

– 22018 D 0364: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 142/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 13)

– 22018 D 0365: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 143/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 14)

– 22018 D 0366: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 144/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 16)

– 22018 D 0367: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 145/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 18)

– 22018 D 0428: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 170/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 10)

– 22018 D 0429: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 171/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 11)

– 22018 D 0430: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 172/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 13)

– 22018 D 0529: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 208/2016 vom 28. Oktober 2016 (ABl. L 89 vom 5.4.2018, S. 10)

– 22018 D 1157: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 219/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 5)

– 22018 D 1166: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 228/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 19)

– 22018 D 1167: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 229/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 21)

– 22018 D 1168: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 230/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 22)

– 22018 D 1169: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 231/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 24)

– 22018 D 1170: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 232/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 26)

– 22018 D 1171: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 233/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 28)

– 22018 D 1746: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 12/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 15)

– 22018 D 1747: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 13/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 16)

– 22018 D 1754: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 20/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 25)

– 22018 D 1755: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 21/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 26)

– 22018 D 1756: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 22/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 28)

– 22018 D 1757: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 23/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 29)

– 22018 D 1758: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 24/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 30)

– 22018 D 1816: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 52/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 17)

– 22019 D 0194: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 82/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 26)

– 22019 D 0197: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 85/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 31)

– 22019 D 0198: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 86/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 33)

– 22019 D 0199: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 87/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 34)

– 22019 D 0730: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 123/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 12)

– 22019 D 0731: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 124/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 14)

– 22019 D 0732: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 125/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 16)

– 22019 D 0733: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 126/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 17)

– 22019 D 0734: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 127/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 19)

– 22019 D 0735: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 128/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 20)

– 22019 D 1047: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 159/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 15)

– 22019 D 1048: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 160/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 17)

– 22019 D 1049: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 161/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 18)

– 22019 D 1050: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 162/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 19)

– 22019 D 1051: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 163/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 21)

– 22019 D 1052: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 164/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 23)

– 22019 D 1053: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 165/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 25)

– 22019 D 1054: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 166/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 26)

– 22019 D 1055: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 167/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 28)

– 22019 D 1629: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 221/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 26)

– 22019 D 2042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 11)

– 22019 D 2043: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 7/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 14)

– 22019 D 2047: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 11/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 22)

– 22019 D 2048: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 12/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 24)

– 22019 D 2049: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 13/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 26)

– 22020 D 0056: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 9)

– 22020 D 0063: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 22)

– 22020 D 0064: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 24)

– 22020 D 0298: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 279/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 8)

– 22020 D 0299: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 280/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 10)

– 22020 D 0300: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 281/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 12)

– 22020 D 0301: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 282/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 14)

– 22020 D 0303: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 284/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 17)

– 22020 D 0307: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 288/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 24)

– 22020 D 0309: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 291/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 28)

– 22020 D 0310: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 292/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 29)

– 22020 D 0311: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 293/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 30)

– 22020 D 0312: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 294/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 8)

– 22020 D 0801: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 3)

– 22020 D 0810: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 56/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 20)

– 22020 D 0812: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 58/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 23)

– 22020 D 0813: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 59/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 25)

– 22020 D 0814: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 60/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 26)

– 22020 D 0815: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 61/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 28)

– 22020 D 0816: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 62/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 29)

– 22020 D 0817: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 63/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 30)

– 22020 D 0923: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 7)

– 22020 D 0926: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 7/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 13)

– 22020 D 0927: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 8/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 14)

– 22020 D 0928: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 9/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 16)

– 22020 D 1445: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 85/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 15)

– 22020 D 1446: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 86/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 17)

– 22021 D 0197: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 135/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 23)

– 22021 D 0198: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 136/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 24)

– 22021 D 0199: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 26)

– 22021 D 0200: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 138/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 27)

– 22021 D 0201: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 29)

– 22021 D 0202: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 30)

– 22021 D 1495: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 228/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 13)

– 22021 D 1496: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 229/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 15)

– 22021 D 1497: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 230/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 17)

– 22021 D 1499: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 232/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 20)

– 22021 D 1500: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 233/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 22)

– 22021 D 1501: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 234/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 24)

– 22021 D 1502: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 235/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 26)

– 22021 D 1504: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 237/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 29)

– 22022 D 1116: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 48/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 16)

– 22022 D 1128: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 60/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 36)

– 22022 D 1129: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 61/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 38)

– 22022 D 1130: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 62/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 39)

– 22022 D 1550: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 35)

– 22022 D 1551: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 107/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 37)

– 22022 D 1557: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 113/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 49)

– 22022 D 1558: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 51)

– 22022 D 1559: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 52)

– 22022 D 1560: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 116/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 54)

– 22022 D 1561: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 117/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 56)

– 22022 D 1562: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 118/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 58)

– 22022 D 2010: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 8)

– 22022 D 2011: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 113/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 10)

– 22022 D 2012: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 11)

– 22022 D 2013: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 13)

– 22022 D 2139: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 147/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 20)

– 22022 D 2141: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 149/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 24)

– 22022 D 2142: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 150/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 26)

– 22022 D 2208: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 184/2019 vom 10. Juli 2019 (ABl. L 298 vom 17.11.2022, S. 3)

– 22022 D 2209: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 185/2019 vom 10. Juli 2019 (ABl. L 298 vom 17.11.2022, S. 5)

Eine konsolidierte Fassung von Anhang II (in zwei Teilen) ist unter folgender Adresse abrufbar:

Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung – Teil I:

http://secretariat.efta.int/legal-texts/eea/~/media/Documents/legal-texts/eea/the-eea-agreement/Annexes%20to%20the%20Agreement/annex2a.pdf

Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung – Teil II:

http://secretariat.efta.int/legal-texts/eea/~/media/Documents/legal-texts/eea/the-eea-agreement/Annexes%20to%20the%20Agreement/annex2b.pdf

ABSCHNITT B

EMPFEHLUNG DER EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE

4. E2013 C 0093: Empfehlung Nr. 93/13/COL der EFTA-Überwachungsbehörde vom 21. Februar 2013 über einen koordinierten Kontrollplan zur Feststellung der Verbreitung betrügerischer Praktiken bei der Vermarktung bestimmter Lebensmittel (ABl. L 118 vom 30.4.2013, S. 44)

ABSCHNITT C

ENTSCHEIDUNG DER EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE

5. E2020 C 0151: Delegierte Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 151/20/COL vom 11. Dezember 2020 über ein Kontrollprogramm für das Jahr 2021 in den EWR-EFTA-Staaten zur Überprüfung der Anwendung der Rechtsvorschriften des EWR im Lebensmittel- und Veterinärbereich (ABl. L 66 vom 25.2.2021, S. 66)

TEIL V

SPEZIFISCHE VORSCHRIFTEN FÜR FUTTERMITTEL

Andorra wendet alle Verpflichtungen an, die sich aus den von der EU geschlossenen internationalen Übereinkünften ergeben, soweit diese Verpflichtungen die für das ordnungsgemäße Funktionieren dieses Abkommens erforderlichen Vorschriften über Futtermittel betreffen.

KAPITEL 1

INVERKEHRBRINGEN UND VERWENDUNG VON FUTTERMITTELN

1. 32009 R 0767: Verordnung (EG) Nr. 767/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Futtermitteln, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 79/373/EWG des Rates, 80/511/EWG der Kommission, 82/471/EWG des Rates, 83/228/EWG des Rates, 93/74/EWG des Rates, 93/113/EG des Rates und 96/25/EG des Rates und der Entscheidung 2004/217/EG der Kommission (ABl. L 229 vom 1.9.2009, S. 1), berichtigt in ABl. L 310 vom 6.12.2018, S. 22, geändert durch:

   – 32010 R 0568: Verordnung (EU) Nr. 568/2010 der Kommission vom 29. Juni 2010 (ABl. L 163 vom 30.6.2010, S. 30)

   – 32010 R 0939: Verordnung (EU) Nr. 939/2010 der Kommission vom 20. Oktober 2010 (ABl. L 277 vom 21.10.2010, S. 4)

– 32017 R 2279: Verordnung (EU) 2017/2279 der Kommission vom 11. Dezember 2017 (ABl. L 328 vom 12.12.2017, S. 3)

2. 31982 L 0475: Richtlinie 82/475/EWG der Kommission vom 23. Juni 1982 über die Kategorien von Ausgangserzeugnissen, die zur Kennzeichnung von Mischfuttermitteln für Heimtiere verwendet werden dürfen, geändert durch:

– 31991 L 0334: Richtlinie 91/334/EWG der Kommission vom 6. Juni 1991 (ABl. L 184 vom 10.7.1991, S. 27)

– 31998 L 0067: Richtlinie 98/67/EG der Kommission vom 7. September 1998 (ABl. L 261 vom 24.9.1998, S. 10)

3. 32011 H 0025: Empfehlung 2011/25/EU der Kommission vom 14. Januar 2011 zur Festlegung von Leitlinien für die Unterscheidung zwischen Einzelfuttermitteln, Futtermittelzusatzstoffen, Biozid-Produkten und Tierarzneimitteln (ABl. L 11 vom 15.1.2011, S. 75)

4. 32013 R 0068: Verordnung (EU) Nr. 68/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 zum Katalog der Einzelfuttermittel (ABl. L 29 vom 30.1.2013, S. 1), geändert durch:

– 32017 R 101: Verordnung (EU) 2017/1017 der Kommission vom 15. Juni 2017 (ABl. L 159 vom 21.6.2017, S. 48)

– 32022 R 1104: Verordnung (EU) 2022/1104 der Kommission vom 1. Juli 2022 (ABl. L 177 vom 4.7.2022, S. 4)

5. 32020 R 0354: Verordnung (EU) 2020/354 der Kommission vom 4. März 2020 zur Erstellung eines Verzeichnisses der vorgesehenen Verwendungen von Futtermitteln für besondere Ernährungszwecke und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/38/EG (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 1)

KAPITEL 2

FUTTERMITTELZUSATZSTOFFE

Die in diesem Kapitel aufgeführten Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für die in diesem Kapitel enthaltenen Rechtsakte. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 gewährleistet Andorra die Anwendung der Bestimmungen im Zusammenhang mit Marktüberwachung und Korrekturmaßnahmen.

1. 32003 R 1831: Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 29), geändert durch:

   – 32005 R 0378: Verordnung (EG) Nr. 378/2005 der Kommission vom 4. März 2005 (ABl. L 59 vom 5.3.2005, S. 8)

   – 32009 R 0386: Verordnung (EG) Nr. 386/2009 der Kommission vom 12. Mai 2009 (ABl. L 118 vom 13.5.2009, S. 66)

   – 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

www.parlament.gv.at

– 32009 R 0767: Verordnung (EG) Nr. 767/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 (ABl. L 229 vom 1.9.2009, S. 1)

– 32015 R 0327: Verordnung (EU) 2015/327 der Kommission vom 2. März 2015 (ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 46)

– 32015 R 2294: Verordnung (EU) 2015/2294 der Kommission vom 9. Dezember 2015 (ABl. L 324 vom 10.12.2015, S. 3)

– 32019 R 0962: Verordnung (EU) 2019/962 der Kommission vom 12. Juni 2019 (ABl. L 156 vom 13.6.2019, S. 1)

– 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 52004 XC 0225(03): Verzeichnis der zugelassenen Futtermittel-Zusatzstoffe, veröffentlicht gemäß Artikel 9t Buchstabe b) der Richtlinie 70/524/EWG des Rates über Zusatzstoffe in der Tierernährung (Stand vom 15. Juli 2003) (ABl. C 50 vom 25.2.2004, S. 1), geändert durch:

– 32003 R 1334: Verordnung (EG) Nr. 1334/2003 der Kommission vom 25. Juli 2003 (ABl. L 187 vom 26.7.2003, S. 11), geändert durch:

– 32014 R 0107: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 107/2014 der Kommission vom 5. Februar 2014 (ABl. L 36 vom 6.2.2014, S. 7)

– 32016 R 1095: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1095 der Kommission vom 6. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 7)

- 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

- 32017 R 2330: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2330 der Kommission vom 14. Dezember 2017 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 41)

– 32003 R 1801: Verordnung (EG) Nr. 1801/2003 der Kommission vom 14. Oktober 2003 (ABl. L 264 vom 15.10.2003, S. 16)

– 32003 R 1847: Verordnung (EG) Nr. 1847/2003 der Kommission vom 20. Oktober 2003 (ABl. L 269 vom 21.10.2003, S. 3), geändert durch:

  - 32012 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1018/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 56)

– 32003 R 2112 Verordnung (EG) Nr. 2112/2003 der Kommission vom 1. Dezember 2003 (ABl. L 317 vom 2.12.2003, S. 22)

– 32003 R 2154: Verordnung (EG) Nr. 2154/2003 der Kommission vom 10. Dezember 2003 (ABl. L 324 vom 11.12.2003, S. 11)

– 32004 R 0490: Verordnung (EG) Nr. 490/2004 der Kommission vom 16. März 2004 (ABl. L 79 vom 17.3.2004, S. 23)

– 32004 R 0879: Verordnung (EG) Nr. 879/2004 der Kommission vom 29. April 2004 (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 65)

– 32004 R 1288: Verordnung (EG) Nr. 1288/2004 der Kommission vom 14. Juli 2004 (ABl. L 243 vom 15.7.2004, S. 10), geändert durch:

  – 32012 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1018/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 56)

  – 32013 R 1061: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1061/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 38)

  – 32013 R 1101: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1101/2013 der Kommission vom 6. November 2013 (ABl. L 296 vom 7.11.2013, S. 1)

  – 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

  – 32020 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2020/147 der Kommission vom 3. Februar 2020 (ABl. L 31 vom 4.2.2020, S. 7)

– 32004 R 1356: Verordnung (EG) Nr. 1356/2004 der Kommission vom 26. Juli 2004 (ABl. L 251 vom 27.7.2004, S. 6), geändert durch:

  – 32007 R 0108: Verordnung (EG) Nr. 108/2007 der Kommission vom 5. Februar 2007 (ABl. L 31 vom 6.2.2007, S. 4)

  – 32008R1096: Verordnung (EG) Nr. 1096/2008 der Kommission vom 6. November 2008 (ABl. L 298 vom 7.11.2008, S. 5)

- 32019 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/138 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 1)

– 32004 R 1464: Verordnung (EG) Nr. 1464/2004 der Kommission vom 17. August 2004 (ABl. L 270 vom 18.8.2004, S. 8), geändert durch:

  - 32006 R 0545: Verordnung (EG) Nr. 545/2006 der Kommission vom 31. März 2006 (ABl. L 94 vom 1.4.2006, S. 26)

  - 32010 R 0884: Verordnung (EU) Nr. 884/2010 der Kommission vom 7. Oktober 2010 (ABl. L 265 vom 8.10.2010, S. 4)

  - 32019 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/138 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 1)

– 32004 R 1800: Verordnung (EG) Nr. 1800/2004 der Kommission vom 15. Oktober 2004 (ABl. L 317 vom 16.10.2004, S. 37), geändert durch:

  - 32009 R 0101: Verordnung (EG) Nr. 101/2009 der Kommission vom 3. Februar 2009 (ABl. L 34 vom 4.2.2009, S. 5)

  - 32009 R 0214: Verordnung (EG) Nr. 214/2009 der Kommission vom 18. März 2009 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 12)

  - 32012 R 0118: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2012 der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 36)

- 32013 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1014/2013 der Kommission vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 281 vom 23.10.2013, S. 1)

- 32020 R 0148: Durchführungsverordnung (EU) 2020/148 der Kommission vom 3. Februar 2020 (ABl. L 33 vom 5.2.2020, S. 1)

– 32005 R 0255: Verordnung (EG) Nr. 255/2005 der Kommission vom 15. Februar 2005 (ABl. L 45 vom 16.2.2005, S. 3), geändert durch:

  - 32011 R 0171: Verordnung (EU) Nr. 171/2011 der Kommission vom 23. Februar 2011 (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 11)

  - 32015 R 1053: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1053 der Kommission vom 1. Juli 2015 (ABl. L 171 vom 2.7.2015, S. 8)

  - 32015 R 1399: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1399 der Kommission vom 17. August 2015 (ABl. L 217 vom 18.8.2015, S. 1)

  - 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 0358: Verordnung (EG) Nr. 358/2005 der Kommission vom 2. März 2005 (ABl. L 57 vom 3.3.2005, S. 3), geändert durch:

  - 32013 R 0643: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 643/2013 der Kommission vom 4. Juli 2013 (ABl. L 186 vom 5.7.2013, S. 7)

- 32017 R 0429: Durchführungsverordnung (EU) 2017/429 der Kommission vom 10. März 2017 (ABl. L 66 vom 11.3.2017, S. 4)

- 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 0521: Verordnung (EG) Nr. 521/2005 der Kommission vom 1. April 2005 (ABl. L 84 vom 2.4.2005, S. 3), geändert durch:

  - 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 0600: Verordnung (EG) Nr. 600/2005 der Kommission vom 18. April 2005 (ABl. L 99 vom 19.4.2005, S. 5), geändert durch:

  - 32007 R 0496: Verordnung (EG) Nr. 496/2007 der Kommission vom 4. Mai 2007 (ABl. L 117 vom 5.5.2007, S. 9)

  - 32009 R 0202: Verordnung (EG) Nr. 202/2009 der Kommission vom 16. März 2009 (ABl. L 71 vom 17.3.2009, S. 8)

  - 32011 R 0516: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 516/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 (ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 43)

  - 32012 R 0118: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2012 der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 36)

- 32012 R 0334: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 334/2012 der Kommission vom 19. April 2012 (ABl. L 108 vom 20.4.2012, S. 6)

- 32013 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1014/2013 der Kommission vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 281 vom 23.10.2013, S. 1)

- 32017 R 0447: Durchführungsverordnung (EU) 2017/447 der Kommission vom 14. März 2017 (ABl. L 69 vom 15.3.2017, S. 18)

- 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 0943: Verordnung (EG) Nr. 943/2005 der Kommission vom 21. Juni 2005 (ABl. L 159 vom 22.6.2005, S. 6), geändert durch:

- 32011 R 0361: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 361/2011 der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 22)

- 32014 R 0290: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 290/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 87 vom 22.3.2014, S. 84)

- 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 1200: Verordnung (EG) Nr. 1200/2005 der Kommission vom 26. Juli 2005 (ABl. L 195 vom 27.7.2005, S. 6), geändert durch:

  – 32006 R 1445: Verordnung (EG) Nr. 1445/2006 der Kommission vom 29. September 2006 (ABl. L 271 vom 30.9.2006, S. 22)

  – 32008 R 0516: Verordnung (EG) Nr. 516/2008 der Kommission vom 10. Juni 2008 (ABl. L 151 vom 11.6.2008, S. 3)

  – 32012 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1018/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 56)

  – 32015 R 1053: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1053 der Kommission vom 1. Juli 2015 (ABl. L 171 vom 2.7.2015, S. 8)

  – 32015 R 1399: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1399 der Kommission vom 17. August 2015 (ABl. L 217 vom 18.8.2015, S. 1)

– 32005 R 1206: Verordnung (EG) Nr. 1206/2005 der Kommission vom 27. Juli 2005 (ABl. L 197 vom 28.7.2005, S. 12), geändert durch:

  – 32013 R 0403: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 403/2013 der Kommission vom 2. Mai 2013 (ABl. L 121 vom 3.5.2013, S. 26)

  – 32014 R 0290: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 290/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 87 vom 22.3.2014, S. 84)

- 32017 R 0211: Durchführungsverordnung (EU) 2017/211 der Kommission vom 7. Februar 2017 (ABl. L 33 vom 8.2.2017, S. 23)

- 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 1458: Verordnung (EG) Nr. 1458/2005 der Kommission vom 8. September 2005 (ABl. L 233 vom 9.9.2005, S. 3), geändert durch:

  - 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 1810: Verordnung (EG) Nr. 1810/2005 der Kommission vom 4. November 2005 (ABl. L 291 vom 5.11.2005, S. 5), geändert durch:

  - 32013 R 0651: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 651/2013 der Kommission vom 9. Juli 2013 (ABl. L 189 vom 10.7.2013, S. 1)

  - 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 1811: Verordnung (EG) Nr. 1811/2005 der Kommission vom 4. November 2005 (ABl. L 291 vom 5.11.2005, S. 12), geändert durch:

  - 32012 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1018/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 56)

- 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

- 32020 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2020/147 der Kommission vom 3. Februar 2020 (ABl. L 31 vom 4.2.2020, S. 7)

– 32005 R 1812: Verordnung (EG) Nr. 1812/2005 der Kommission vom 4. November 2005 (ABl. L 291 vom 5.11.2005, S. 18)

– 32005 R 1980: Verordnung (EG) Nr. 1980/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 (ABl. L 318 vom 6.12.2005, S. 3)

– 32005 R 2036: Verordnung (EG) Nr. 2036/2005 der Kommission vom 14. Dezember 2005 (ABl. L 328 vom 15.12.2005, S. 13), geändert durch:

  - 32012 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1018/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 56)

  - 32012 R 1206: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1206/2012 der Kommission vom 14. Dezember 2012 (ABl. L 347 vom 15.12.2012, S. 12)

  - 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 2037: Verordnung (EG) Nr. 2037/2005 der Kommission vom 14. Dezember 2005 (ABl. L 328 vom 15.12.2005, S. 21)

– 32006 R 0252: Verordnung (EG) Nr. 252/2006 der Kommission vom 14. Februar 2006 (ABl. L 44 vom 15.2.2006, S. 3), geändert durch:

  – 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32006 R 0479: Verordnung (EG) Nr. 479/2006 der Kommission vom 23. März 2006 (ABl. L 86 vom 24.3.2006, S. 4), geändert durch:

  – 32016 R 1095: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1095 der Kommission vom 6. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 7)

  – 32017 R 2330: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2330 der Kommission vom 14. Dezember 2017 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 41)

– 32006 R 0773: Verordnung (EG) Nr. 773/2006 der Kommission vom 22. Mai 2006 (ABl. L 135 vom 23.5.2006, S. 3), geändert durch:

  – 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32006 R 1284: Verordnung (EG) Nr. 1284/2006 der Kommission vom 29. August 2006 (ABl. L 235 vom 30.8.2006, S. 3), geändert durch:

  – 32017 R 0429: Durchführungsverordnung (EU) 2017/429 der Kommission vom 10. März 2017 (ABl. L 66 vom 11.3.2017, S. 4)

- 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

- 32006 R 1443: Verordnung (EG) Nr. 1443/2006 der Kommission vom 29. September 2006 (ABl. L 271 vom 30.9.2006, S. 12)

- 32006 R 1446: Verordnung (EG) Nr. 1446/2006 der Kommission vom 29. September 2006 (ABl. L 271 vom 30.9.2006, S. 25)

- 32007 R 0109: Verordnung (EG) Nr. 109/2007 der Kommission vom 5. Februar 2007 (ABl. L 31 vom 6.2.2007, S. 6), geändert durch:

  - 32008 R 0156: Verordnung (EG) Nr. 156/2008 der Kommission vom 21. Februar 2008 (ABl. L 48 vom 22.2.2008, S. 14)

  - 32008 R 1095: Verordnung (EG) Nr. 1095/2008 der Kommission vom 6. November 2008 (ABl. L 298 vom 7.11.2008, S. 3)

  - 32011 R 0495: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 495/2011 der Kommission vom 20. Mai 2011 (ABl. L 134 vom 21.5.2011, S. 6)

- 32007 R 0184: Verordnung (EG) Nr. 184/2007 der Kommission vom 20. Februar 2007 (ABl. L 63 vom 1.3.2007, S. 1), geändert durch:

  - 32008 R 0516: Verordnung (EG) Nr. 516/2008 der Kommission vom 10. Juni 2008 (ABl. L 151 vom 11.6.2008, S. 3)

- 32017 R 0410: Durchführungsverordnung (EU) 2017/410 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 98)

- 32007 R 0242: Verordnung (EG) Nr. 242/2007 der Kommission vom 6. März 2007 (ABl. L 73 vom 13.3.2007, S. 1)

- 32007 R 0497: Verordnung (EG) Nr. 497/2007 der Kommission vom 4. Mai 2007 (ABl. L 117 vom 5.5.2007, S. 11)

- 32007 R 1140: Verordnung (EG) Nr. 1140/2007 der Kommission vom 1. Oktober 2007 (ABl. L 256 vom 2.10.2007, S. 14)

- 32007 R 1141: Verordnung (EG) Nr. 1141/2007 der Kommission vom 1. Oktober 2007 (ABl. L 256 vom 2.10.2007, S. 17)

- 32007 R 1143: Verordnung (EG) Nr. 1143/2007 der Kommission vom 1. Oktober 2007 (ABl. L 256 vom 2.10.2007, S. 23)

- 32007 R 1501: Verordnung (EG) Nr. 1501/2007 der Kommission vom 18. Dezember 2007 (ABl. L 333 vom 19.12.2007, S. 57)

- 32007 R 1519: Verordnung (EG) Nr. 1519/2007 der Kommission vom 19. Dezember 2007 (ABl. L 335 vom 20.12.2007, S. 15)

- 32007 R 1520: Verordnung (EG) Nr. 1520/2007 der Kommission vom 19. Dezember 2007 (ABl. L 335 vom 20.12.2007, S. 17), geändert durch:

  - 32015 R 1053: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1053 der Kommission vom 1. Juli 2015 (ABl. L 171 vom 2.7.2015, S. 8)

  - 32015 R 2305: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2305 der Kommission vom 10. Dezember 2015 (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 43)

- 32008 R 0167: Verordnung (EG) Nr. 167/2008 der Kommission vom 22. Februar 2008 (ABl. L 50 vom 23.2.2008, S. 14), geändert durch:

  - 32016 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) 2016/842 der Kommission vom 27. Mai 2016 (ABl. L 141 vom 28.5.2016, S. 47)

- 32008 R 0554: Verordnung (EG) Nr. 554/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 158 vom 18.6.2008, S. 14), berichtigt in ABl. L 173 vom 3.7.2008, S. 31, geändert durch:

  - 32010 R 0879: Verordnung (EU) Nr. 879/2010 der Kommission vom 6. Oktober 2010 (ABl. L 264 vom 7.10.2010, S. 7)

  - 32012 R 0414: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 414/2012 der Kommission vom 15. Mai 2012 (ABl. L 128 vom 16.5.2012, S. 5)

- 32008 R 0721: Verordnung (EG) Nr. 721/2008 der Kommission vom 25. Juli 2008 (ABl. L 198 vom 26.7.2008, S. 23), geändert durch:

  - 32010 R 0334: Verordnung (EU) Nr. 334/2010 der Kommission vom 22. April 2010 (ABl. L 102 vom 23.4.2010, S. 21)

- 32008 R 0971: Verordnung (EG) Nr. 971/2008 der Kommission vom 3. Oktober 2008 (ABl. L 265 vom 4.10.2008, S. 3), geändert durch:

  - 32013 R 0160: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 160/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 49 vom 22.2.2013, S. 50)

  - 32019 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/138 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 1)

- 32008 R 0976: Verordnung (EG) Nr. 976/2008 der Kommission vom 6. Oktober 2008 (ABl. L 266 vom 7.10.2008, S. 3)

- 32008 R 1290: Verordnung (EG) Nr. 1290/2008 der Kommission vom 18. Dezember 2008 (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 20), geändert durch:

  - 32009 R 0899: Verordnung (EG) Nr. 899/2009 der Kommission vom 25. September 2009 (ABl. L 256 vom 29.9.2009, S. 11)

- 32013 R 1334: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1334/2013 der Kommission vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 335 vom 14.12.2013, S. 12)

- 32016 R 0895: Durchführungsverordnung (EU) 2016/895 der Kommission vom 8. Juni 2016 (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 1)

– 32009 R 0270: Verordnung (EG) Nr. 270/2009 der Kommission vom 2. April 2009 (ABl. L 91 vom 3.4.2009, S. 3)

– 32009 R 0322: Verordnung (EG) Nr. 322/2009 der Kommission vom 20. April 2009 (ABl. L 101 vom 21.4.2009, S. 9), geändert durch:

  - 32014 R 0290: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 290/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 87 vom 22.3.2014, S. 84)

  - 32015 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1043 der Kommission vom 30. Juni 2015 (ABl. L 167 vom 1.7.2015, S. 63)

  - 32017 R 0211: Durchführungsverordnung (EU) 2017/211 der Kommission vom 7. Februar 2017 (ABl. L 33 vom 8.2.2017, S. 23)

– 32009 R 0403: Verordnung (EG) Nr. 403/2009 der Kommission vom 14. Mai 2009 (ABl. L 120 vom 15.5.2009, S. 3), geändert durch:

  - 32014 R 0848: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 848/2014 der Kommission vom 4. August 2014 (ABl. L 232 vom 5.8.2014, S. 13)

- 32015 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1114 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 18)

- 32009 R 0887: Verordnung (EG) Nr. 887/2009 der Kommission vom 25. September 2009 (ABl. L 254 vom 26.9.2009, S. 68)

- 32009 R 0903: Verordnung (EG) Nr. 903/2009 der Kommission vom 28. September 2009 (ABl. L 256 vom 29.9.2009, S. 26), geändert durch:

  - 32013 R 0357: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 357/2013 der Kommission vom 18. April 2013 (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 22)

  - 32017 R 1126: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1126 der Kommission vom 23. Juni 2017 (ABl. L 163 vom 24.6.2017, S. 13)

- 32009 R 1087: Verordnung (EG) Nr. 1087/2009 der Kommission vom 12. November 2009 (ABl. L 297 vom 13.11.2009, S. 4), geändert durch:

  - 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

- 32009 R 1088: Verordnung (EG) Nr. 1088/2009 der Kommission vom 12. November 2009 (ABl. L 297 vom 13.11.2009, S. 6)

- 32010 R 0008: Verordnung (EU) Nr. 8/2010 der Kommission vom 23. Dezember 2009 (ABl. L 3 vom 7.1.2010, S. 7)

– 32010 R 0009: Verordnung (EU) Nr. 9/2010 der Kommission vom 23. Dezember 2009 (ABl. L 3 vom 7.1.2010, S. 10), geändert durch:

  – 32012 R 1196: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1196/2012 der Kommission vom 13. Dezember 2012 (ABl. L 342 vom 14.12.2012, S. 25)

  – 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

– 32010 R 0107: Verordnung (EU) Nr. 107/2010 der Kommission vom 8. Februar 2010 (ABl. L 36 vom 9.2.2010, S. 1)

– 32010 R 0874: Verordnung (EU) Nr. 874/2010 der Kommission vom 5. Oktober 2010 (ABl. L 263 vom 6.10.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 264 vom 7.10.2010, S. 19, geändert durch:

  – 32012 R 0118: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2012 der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 36)

  – 32013 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1014/2013 der Kommission vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 281 vom 23.10.2013, S. 1)

– 32010 R 0875: Verordnung (EU) Nr. 875/2010 der Kommission vom 5. Oktober 2010 (ABl. L 263 vom 6.10.2010, S. 4)

– 32010 R 0885: Verordnung (EU) Nr. 885/2010 der Kommission vom 7. Oktober 2010 (ABl. L 265 vom 8.10.2010, S. 5), geändert durch:

  – 32018 R 1957: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1957 der Kommission vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 315 vom 12.12.2018, S. 23)

– 32010 R 0999: Verordnung (EU) Nr. 999/2010 der Kommission vom 5. November 2010 (ABl. L 290 vom 6.11.2010, S. 24)

– 32010 R 1118: Verordnung (EU) Nr. 1118/2010 der Kommission vom 2. Dezember 2010 (ABl. L 317 vom 3.12.2010, S. 5), geändert durch:

  – 32013 R 0160: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 160/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 49 vom 22.2.2013, S. 50)

  – 32019 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/138 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 1)

– 32020 R 0852: Verordnung (EU) Nr. 26/2011 der Kommission vom 14. Januar 2011 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 13)

– 32011 R 0169: Verordnung (EU) Nr. 169/2011 der Kommission vom 23. Februar 2011 (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 6), geändert durch:

  – 32019 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/138 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 1)

– 32011 R 0171 Verordnung (EU) Nr. 171/2011 der Kommission vom 23. Februar 2011 (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 11)

– 32011 R 0221: Verordnung (EU) Nr. 221/2011 der Kommission vom 4. März 2011 (ABl. L 60 vom 5.3.2011, S. 3)

– 32011 R 0361: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 361/2011 der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 22), geändert durch:

  – 32015 R 0518: Durchführungsverordnung (EU) 2015/518 der Kommission vom 26. März 2015 (ABl. L 82 vom 27.3.2015, S. 75)

– 32011 R 0388: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 388/2011 der Kommission vom 19. April 2011 (ABl. L 104 vom 20.4.2011, S. 3), geändert durch:

  – 32012 R 0118: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2012 der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 36)

  – 32013 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1014/2013 der Kommission vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 281 vom 23.10.2013, S. 1)

– 32011 R 0389: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 389/2011 der Kommission vom 19. April 2011 (ABl. L 104 vom 20.4.2011, S. 7), geändert durch:

  – 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

– 32011 R 0516: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 516/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 (ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 43)

– 32011 R 0527: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 527/2011 der Kommission vom 30. Mai 2011 (ABl. L 143 vom 31.5.2011, S. 6)

– 32011 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 528/2011 der Kommission vom 30. Mai 2011 (ABl. L 143 vom 31.5.2011, S. 10), geändert durch:

  – 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

– 32011 R 0532: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 532/2011 der Kommission vom 31. Mai 2011 (ABl. L 146 vom 1.6.2011, S. 7), geändert durch:

  – 32012 R 0118: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2012 der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 36)

  – 32013 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1014/2013 der Kommission vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 281 vom 23.10.2013, S. 1)

– 32011 R 0887: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 887/2011 der Kommission vom 5. September 2011 (ABl. L 229 vom 6.9.2011, S. 7), geändert durch:

  – 32017 R 0173: Durchführungsverordnung (EU) 2017/173 der Kommission vom 1. Februar 2017 (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 5)

- 32021 R 0733: Durchführungsverordnung (EU) 2021/733 der Kommission vom 5. Mai 2021 (ABl. L 158 vom 6.5.2021, S. 11)

- 32011 R 0888: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 888/2011 der Kommission vom 5. September 2011 (ABl. L 229 vom 6.9.2011, S. 9), geändert durch:

  - 32013 R 0160: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 160/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 49 vom 22.2.2013, S. 50)

  - 32019 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/138 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 1)

- 32011 R 0900: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 900/2011 der Kommission vom 7. September 2011 (ABl. L 231 vom 8.9.2011, S. 15), geändert durch:

  - 32012 R 0118: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2012 der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 36)

  - 32013 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1014/2013 der Kommission vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 281 vom 23.10.2013, S. 1)

- 32011 R 1074: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1074/2011 der Kommission vom 24. Oktober 2011 (ABl. L 278 vom 25.10.2011, S. 5)

- 32011 R 1088: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1088/2011 der Kommission vom 27. Oktober 2011 (ABl. L 281 vom 28.10.2011, S. 14)

– 32011 R 1110: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1110/2011 der Kommission vom 3. November 2011 (ABl. L 287 vom 4.11.2011, S. 27), geändert durch:

  – 32018 R 1569: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1569 der Kommission vom 18. Oktober 2018 (ABl. L 262 vom 19.10.2018, S. 37)

– 32011 R 1111: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1111/2011 der Kommission vom 3. November 2011 (ABl. L 287 vom 4.11.2011, S. 30)

– 32012 R 0091: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 91/2012 der Kommission vom 2. Februar 2012 (ABl. L 31 vom 3.2.2012, S. 3)

– 32012 R 0131: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 131/2012 der Kommission vom 15. Februar 2012 (ABl. L 43 vom 16.2.2012, S. 15)

– 32012 R 0136: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 136/2012 der Kommission vom 16. Februar 2012 (ABl. L 46 vom 17.2.2012, S. 33)

– 32012 R 0140: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 140/2012 der Kommission vom 17. Februar 2012 (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 18)

– 32012 R 0237: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 237/2012 der Kommission vom 19. März 2012 (ABl. L 80 vom 20.3.2012, S. 1), geändert durch:

  – 32015 R 1104: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1104 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 61)

- 32012 R 0269: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 269/2012 der Kommission vom 26. März 2012 (ABl. L 89 vom 27.3.2012, S. 3)

- 32012 R 0334: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 334/2012 der Kommission vom 19. April 2012 (ABl. L 108 vom 20.4.2012, S. 6)

- 32012 R 0838: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 838/2012 der Kommission vom 18. September 2012 (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 9)

- 32012 R 0839: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 839/2012 der Kommission vom 18. September 2012 (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 11), berichtigt in ABl. L 11 vom 16.1.2014, S. 11

- 32012 R 0840: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 840/2012 der Kommission vom 18. September 2012 (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 14), geändert durch:

  - 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

- 32012 R 0841: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 841/2012 der Kommission vom 18. September 2012 (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 17)

- 32012 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 842/2012 der Kommission vom 18. September 2012 (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 21)

- 32012 R 0868: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 868/2012 der Kommission vom 24. September 2012 (ABl. L 257 vom 25.9.2012, S. 3)

- 32012 R 0869: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 869/2012 der Kommission vom 24. September 2012 (ABl. L 257 vom 25.9.2012, S. 7)

- 32012 R 0989: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 989/2012 der Kommission vom 25. Oktober 2012 (ABl. L 297 vom 26.10.2012, S. 11)

- 32012 R 0991: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 991/2012 der Kommission vom 25. Oktober 2012 (ABl. L 297 vom 26.10.2012, S. 18), geändert durch:

  - 32016 R 1095: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1095 der Kommission vom 6. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 7)

- 32012 R 1021: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1021/2012 der Kommission vom 6. November 2012 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 68), geändert durch:

  - 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

- 32012 R 1065: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1065/2012 der Kommission vom 13. November 2012 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 15)

- 32012 R 1119: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1119/2012 der Kommission vom 29. November 2012 (ABl. L 330 vom 30.11.2012, S. 14)

- 32012 R 1195: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1195/2012 der Kommission vom 13. Dezember 2012 (ABl. L 342 vom 14.12.2012, S. 23)

– 32012 R 1206: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1206/2012 der Kommission vom 14. Dezember 2012 (ABl. L 347 vom 15.12.2012, S. 12), geändert durch:

  – 32017 R 1006: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1006 der Kommission vom 15. Juni 2017 (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 9)

– 32013 R 0096: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 96/2013 der Kommission vom 1. Februar 2013 (ABl. L 33 vom 2.2.2013, S. 21)

– 32013 R 0159: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 159/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 49 vom 22.2.2013, S. 47)

– 32013 R 0161: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 161/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 49 vom 22.2.2013, S. 52)

– 32013 R 0306: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 306/2013 der Kommission vom 2. April 2013 (ABl. L 91 vom 3.4.2013, S. 5)

– 32013 R 0308: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 308/2013 der Kommission vom 3. April 2013 (ABl. L 94 vom 4.4.2013, S. 1)

– 32013 R 0403: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 403/2013 der Kommission vom 2. Mai 2013 (ABl. L 121 vom 3.5.2013, S. 26)

– 32013 R 0427: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 427/2013 der Kommission vom 8. Mai 2013 (ABl. L 127 vom 9.5.2013, S. 20)

– 32013 R 0445: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 445/2013 der Kommission vom 14. Mai 2013 (ABl. L 130 vom 15.5.2013, S. 21)

– 32013 R 0469: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 469/2013 der Kommission vom 22. Mai 2013 (ABl. L 136 vom 23.5.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 145 vom 31.5.2013, S. 37

– 32013 R 0544: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 544/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 13), geändert durch:

  – 32015 R 1105: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1105 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 65)

– 32013 R 0601: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 601/2013 der Kommission vom 24. Juni 2013 (ABl. L 172 vom 25.6.2013, S. 14), geändert durch:

  – 32014 R 0131: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 131/2014 der Kommission vom 11. Februar 2014 (ABl. L 41 vom 12.2.2014, S. 3)

– 32013 R 0636: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 636/2013 der Kommission vom 1. Juli 2013 (ABl. L 183 vom 2.7.2013, S. 3), geändert durch:

  – 32016 R 1095: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1095 der Kommission vom 6. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 7)

– 32013 R 0642: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 642/2013 der Kommission vom 4. Juli 2013 (ABl. L 186 vom 5.7.2013, S. 4)

- 32013 R 0643: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 643/2013 der Kommission vom 4. Juli 2013 (ABl. L 186 vom 5.7.2013, S. 7)

- 32013 R 0651: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 651/2013 der Kommission vom 9. Juli 2013 (ABl. L 189 vom 10.7.2013, S. 1)

- 32013 R 0667: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 667/2013 der Kommission vom 12. Juli 2013 (ABl. L 192 vom 13.7.2013, S. 35), geändert durch:

  - 32019 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/138 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 1)

- 32013 R 0725: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 725/2013 der Kommission vom 26. Juli 2013 (ABl. L 202 vom 27.7.2013, S. 17)

- 32013 R 0774: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 774/2013 der Kommission vom 12. August 2013 (ABl. L 217 vom 13.8.2013, S. 30)

- 32013 R 0775: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 775/2013 der Kommission vom 12. August 2013 (ABl. L 217 vom 13.8.2013, S. 32)

- 32013 R 0787: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 787/2013 der Kommission vom 16. August 2013 (ABl. L 220 vom 17.8.2013, S. 15)

- 32013 R 0795: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 795/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 224 vom 22.8.2013, S. 1)

– 32013 R 0797: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 797/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 224 vom 22.8.2013, S. 6)

– 32013 R 0803: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 803/2013 der Kommission vom 22. August 2013 (ABl. L 225 vom 23.8.2013, S. 17)

– 32013 R 1006: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1006/2013 der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 279 vom 19.10.2013, S. 59)

– 32013 R 1016: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1016/2013 der Kommission vom 23. Oktober 2013 (ABl. L 282 vom 24.10.2013, S. 36)

– 32013 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1040/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 46)

– 32013 R 1055: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1055/2013 der Kommission vom 25. Oktober 2013 (ABl. L 288 vom 30.10.2013, S. 57)

– 32013 R 1059: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1059/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 30)

– 32013 R 1060: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1060/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 33)

– 32013 R 1061: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1061/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 38)

– 32013 R 1077: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1077/2013 der Kommission vom 31. Oktober 2013 (ABl. L 292 vom 1.11.2013, S. 3)

– 32013 R 1078: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1078/2013 der Kommission vom 31. Oktober 2013 (ABl. L 292 vom 1.11.2013, S. 7)

– 32013 R 1113: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1113/2013 der Kommission vom 7. November 2013 (ABl. L 298 vom 8.11.2013, S. 29)

– 32013 R 1222: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1222/2013 der Kommission vom 29. November 2013 (ABl. L 320 vom 30.11.2013, S. 16)

– 32013 R 1365: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1365/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 31)

– 32013 R 1404: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1404/2013 der Kommission vom 20. Dezember 2013 (ABl. L 349 vom 21.12.2013, S. 88)

– 32014 R 0084: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 84/2014 der Kommission vom 30. Januar 2014 (ABl. L 28 vom 31.1.2014, S. 30)

– 32014 R 0101: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 101/2014 der Kommission vom 4. Februar 2014 (ABl. L 34 vom 5.2.2014, S. 1)

– 32014 R 0121: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 121/2014 der Kommission vom 7. Februar 2014 (ABl. L 39 vom 8.2.2014, S. 53)

– 32014 R 0290: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 290/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 87 vom 22.3.2014, S. 84)

– 32014R0292: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 292/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 87 vom 22.3.2014, S. 90)

– 32014 R 0302: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 302/2014 der Kommission vom 25. März 2014 (ABl. L 90 vom 26.3.2014, S. 4)

– 32014 R 0304: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 304/2014 der Kommission vom 25. März 2014 (ABl. L 90 vom 26.3.2014, S. 8)

– 32014 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 305/2014 der Kommission vom 25. März 2014 (ABl. L 90 vom 26.3.2014, S. 12)

– 32014 R 0399: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 399/2014 der Kommission vom 22. April 2014 (ABl. L 119 vom 23.4.2014, S. 40), berichtigt in ABl. L 196 vom 3.7.2014, S. 44

– 32014 R 0669: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 669/2014 der Kommission vom 18. Juni 2014 (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 62), berichtigt in ABl. L 281 vom 25.9.2014, S. 9

– 32014 R 0684: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 684/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 20)

– 32014 R 0847: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 847/2014 der Kommission vom 4. August 2014 (ABl. L 232 vom 5.8.2014, S. 10)

– 32014 R 0848: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 848/2014 der Kommission vom 4. August 2014 (ABl. L 232 vom 5.8.2014, S. 13), geändert durch:

  – 32015 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1114 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 18)

– 32014 R 0849: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 849/2014 der Kommission vom 4. August 2014 (ABl. L 232 vom 5.8.2014, S. 16)

– 32014 R 0852: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 852/2014 der Kommission vom 5. August 2014 (ABl. L 233 vom 6.8.2014, S. 22)

– 32014 R 1076: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1076/2014 der Kommission vom 13. Oktober 2014 (ABl. L 296 vom 14.10.2014, S. 19)

– 32014 R 1083: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1083/2014 der Kommission vom 15. Oktober 2014 (ABl. L 298 vom 16.10.2014, S. 5)

– 32014 R 1109: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1109/2014 der Kommission vom 20. Oktober 2014 (ABl. L 301 vom 21.10.2014, S. 19)

– 32014 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1115/2014 der Kommission vom 21. Oktober 2014 (ABl. L 302 vom 22.10.2014, S. 51)

– 32014 R 1138: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1138/2014 der Kommission vom 27. Oktober 2014 (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 30)

– 2014 R 1230: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1230/2014 der Kommission vom 17. November 2014 (ABl. L 331 vom 18.11.2014, S. 18), berichtigt in ABl. L 134 vom 30.5.2015, S. 32

– 32014 R 1236: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1236/2014 der Kommission vom 18. November 2014 (ABl. L 332 vom 19.11.2014, S. 26), geändert durch:

  – 32015 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1114 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 18)

– 32014 R 1249: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1249/2014 der Kommission vom 21. November 2014 (ABl. L 335 vom 22.11.2014, S. 7)

– 32015 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2015/38 der Kommission vom 13. Januar 2015 (ABl. L 8 vom 14.1.2015, S. 4)

– 32013 D 1386: Durchführungsverordnung (EU) 2015/46 der Kommission vom 14. Januar 2015 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 171)

– 32015 R 0047: Durchführungsverordnung (EU) 2015/47 der Kommission vom 14. Januar 2015 (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 8)

– 32015 R 0244: Durchführungsverordnung (EU) 2015/244 der Kommission vom 16. Februar 2015 (ABl. L 41 vom 17.2.2015, S. 8)

– 32015 R 0264: Durchführungsverordnung (EU) 2015/264 der Kommission vom 18. Februar 2015 (ABl. L 45 vom 19.2.2015, S. 10)

– 32015 R 0489: Durchführungsverordnung (EU) 2015/489 der Kommission vom 23. März 2015 (ABl. L 78 vom 24.3.2015, S. 5)

– 32015 R 0502: Durchführungsverordnung (EU) 2015/502 der Kommission vom 24. März 2015 (ABl. L 79 vom 25.3.2015, S. 57), geändert durch:

  – 32019 R 0146: Durchführungsverordnung (EU) 2019/146 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 12)

  – 32020 R 1095: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1095 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 18)

– 32015 R 0518: Durchführungsverordnung (EU) 2015/518 der Kommission vom 26. März 2015 (ABl. L 82 vom 27.3.2015, S. 75)

– 32015 R 0661: Durchführungsverordnung (EU) 2015/661 der Kommission vom 28. April 2015 (ABl. L 110 vom 29.4.2015, S. 1)

– 32015 R 0662: Durchführungsverordnung (EU) 2015/662 der Kommission vom 28. April 2015 (ABl. L 110 vom 29.4.2015, S. 5)

– 32015 R 0722: Durchführungsverordnung (EU) 2015/722 der Kommission vom 5. Mai 2015 (ABl. L 115 vom 6.5.2015, S. 18)

– 32015 R 0723: Durchführungsverordnung (EU) 2015/723 der Kommission vom 5. Mai 2015 (ABl. L 115 vom 6.5.2015, S. 22)

– 32015 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) 2015/724 der Kommission vom 5. Mai 2015 (ABl. L 115 vom 6.5.2015, S. 25), berichtigt in ABl. L 130 vom 28.5.2015, S. 19

– 32015 R 0861: Durchführungsverordnung (EU) 2015/861 der Kommission vom 3. Juni 2015 (ABl. L 137 vom 4.6.2015, S. 1)

– 32015 R 0897: Durchführungsverordnung (EU) 2015/897 der Kommission vom 11. Juni 2015 (ABl. L 147 vom 12.6.2015, S. 8)

– 32015 R 1020: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1020 der Kommission vom 29. Juni 2015 (ABl. L 163 vom 30.6.2015, S. 22)

– 32015 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1043 der Kommission vom 30. Juni 2015 (ABl. L 167 vom 1.7.2015, S. 63)

– 32015 R 1053: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1053 der Kommission vom 1. Juli 2015 (ABl. L 171 vom 2.7.2015, S. 8)

– 32015 R 1060: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1060 der Kommission vom 2. Juli 2015 (ABl. L 174 vom 3.7.2015, S. 3)

– 32015 R 1060: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1060 der Kommission vom 2. Juli 2015 (ABl. L 174 vom 3.7.2015, S. 3)

– 32015 R 1103: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1103 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 57)

– 32015 R 1104: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1104 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 61)

– 32015 R 1105: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1105 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 65)

– 32015 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1114 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 18)

– 32015 R 1152: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1152 der Kommission vom 14. Juli 2015 (ABl. L 187 vom 15.7.2015, S. 5)

– 32015 R 1408: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1408 der Kommission vom 19. August 2015 (ABl. L 219 vom 20.8.2015, S. 3)

– 32015 R 1414: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1414 der Kommission vom 20. August 2015 (ABl. L 220 vom 21.8.2015, S. 3)

– 32015 R 1415: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1415 der Kommission vom 20. August 2015 (ABl. L 220 vom 21.8.2015, S. 7)

– 32015 R 1416: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1416 der Kommission vom 20. August 2015 (ABl. L 220 vom 21.8.2015, S. 11)

– 32015 R 1417: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1417 der Kommission vom 20. August 2015 (ABl. L 220 vom 21.8.2015, S. 15)

– 32015 R 1426: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1426 der Kommission vom 25. August 2015 (ABl. L 223 vom 26.8.2015, S. 6)

– 32015 R 1486: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1486 der Kommission vom 2. September 2015 (ABl. L 229 vom 3.9.2015, S. 5)

– 32015 R 1489: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1489 der Kommission vom 3. September 2015 (ABl. L 231 vom 4.9.2015, S. 1)

– 32015 R 1490: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1490 der Kommission vom 3. September 2015 (ABl. L 231 vom 4.9.2015, S. 4)

– 32015 R 1747: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1747 der Kommission vom 30. September 2015 (ABl. L 256 vom 1.10.2015, S. 7)

– 32015 R 2304: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2304 der Kommission vom 10. Dezember 2015 (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 39)

– 32015 R 2305: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2305 der Kommission vom 10. Dezember 2015 (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 43)

– 32015 R 2306: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2306 der Kommission vom 10. Dezember 2015 (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 46)

– 32015 R 2307: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2307 der Kommission vom 10. Dezember 2015 (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 49)

– 32015 R 2382: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2382 der Kommission vom 17. Dezember 2015 (ABl. L 332 vom 18.12.2015, S. 54)

– 32016 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2016/104 der Kommission vom 27. Januar 2016 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 71)

– 32016 R 0329: Durchführungsverordnung (EU) 2016/329 der Kommission vom 8. März 2016 (ABl. L 62 vom 9.3.2016, S. 5), geändert durch:

  – 32017 R 2231: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2231 der Kommission vom 4. Dezember 2017 (ABl. L 319 vom 5.12.2017, S. 28)

– 32016 R 0896: Durchführungsverordnung (EU) 2016/896 der Kommission vom 8. Juni 2016 (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 3), berichtigt in ABl. L 137 vom 22.4.2021, S. 20

– 32016 R 0897: Durchführungsverordnung (EU) 2016/897 der Kommission vom 8. Juni 2016 (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 7), geändert durch:

  – 32022 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) 2022/703 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 5)

– 32016 R 0898: Durchführungsverordnung (EU) 2016/898 der Kommission vom 8. Juni 2016 (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 11), geändert durch:

  – 32022 R 0268: Durchführungsverordnung (EU) 2022/268 der Kommission vom 23. Februar 2022 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 1)

– 32016 R 0899: Durchführungsverordnung (EU) 2016/899 der Kommission vom 8. Juni 2016 (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 15), geändert durch:

  – 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

– 32016 R 0900: Durchführungsverordnung (EU) 2016/900 der Kommission vom 8. Juni 2016 (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 18), berichtigt in ABl. L 303 vom 10.11.2016, S. 26

– 32016 R 0972: Durchführungsverordnung (EU) 2016/972 der Kommission vom 17. Juni 2016 (ABl. L 161 vom 18.6.2016, S. 18)

– 32016 R 0973: Durchführungsverordnung (EU) 2016/973 der Kommission vom 17. Juni 2016 (ABl. L 161 vom 18.6.2016, S. 21)

– 32016 R 1095: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1095 der Kommission vom 6. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 7), geändert durch:

  – 32022 R 1458: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1458 der Kommission vom 2. September 2022 (ABl. L 229 vom 5.9.2022, S. 16)

– 32016 R 1220: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1220 der Kommission vom 26. Juli 2016 (ABl. L 201 vom 27.7.2016, S. 11)

– 32016 R 1768: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1768 der Kommission vom 4. Oktober 2016 (ABl. L 270 vom 5.10.2016, S. 4)

– 32016 R 1833: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1833 der Kommission vom 17. Oktober 2016 (ABl. L 280 vom 18.10.2016, S. 19)

– 32016 R 1964: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1964 der Kommission vom 9. November 2016 (ABl. L 303 vom 10.11.2016, S. 7)

– 32016 R 2023: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2023 der Kommission vom 18. November 2016 (ABl. L 313 vom 19.11.2016, S. 14)

– 32016 R 2150: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2150 der Kommission vom 7. Dezember 2016 (ABl. L 333 vom 8.12.2016, S. 44)

– 32016 R 2261: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2261 der Kommission vom 15. Dezember 2016 (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 18)

– 32017 R 0053: Durchführungsverordnung (EU) 2017/53 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 1)

– 32017 R 0054: Durchführungsverordnung (EU) 2017/54 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 80)

– 32017 R 0055: Durchführungsverordnung (EU) 2017/55 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 112)

– 32017 R 0056: Durchführungsverordnung (EU) 2017/56 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 129)

– 32017 R 0057: Durchführungsverordnung (EU) 2017/57 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 153)

– 32017 R 0058: Durchführungsverordnung (EU) 2017/58 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 159)

– 32017 R 0059: Durchführungsverordnung (EU) 2017/59 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 167)

– 32013 R 1307: Durchführungsverordnung (EU) 2017/60 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 608)

– 32017 R 0061: Durchführungsverordnung (EU) 2017/61 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 181)

– 32017 R 0062: Durchführungsverordnung (EU) 2017/62 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 186)

– 32017 R 0063: Durchführungsverordnung (EU) 2017/63 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 214)

– 32017 R 0064: Durchführungsverordnung (EU) 2017/64 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 242)

– 32017R0065: Durchführungsverordnung (EU) 2017/65 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 246)

– 32017R0066: Durchführungsverordnung (EU) 2017/66 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 259)

– 32017 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) 2017/187 der Kommission vom 2. Februar 2017 (ABl. L 29 vom 3.2.2017, S. 35)

– 32017R0194: Durchführungsverordnung (EU) 2017/194 der Kommission vom 3. Februar 2017 (ABl. L 31 vom 4.2.2017, S. 18)

– 32017R0210: Durchführungsverordnung (EU) 2017/210 der Kommission vom 7. Februar 2017 (ABl. L 33 vom 8.2.2017, S. 19)

– 32017 R 0211: Durchführungsverordnung (EU) 2017/211 der Kommission vom 7. Februar 2017 (ABl. L 33 vom 8.2.2017, S. 23)

– 32017 R 0219: Durchführungsverordnung (EU) 2017/219 der Kommission vom 8. Februar 2017 (ABl. L 34 vom 9.2.2017, S. 18)

– 32017R0307: Durchführungsverordnung (EU) 2017/307 der Kommission vom 21. Februar 2017 (ABl. L 44 vom 22.2.2017, S. 1)

– 32017 R 0420: Durchführungsverordnung (EU) 2017/429 der Kommission vom 10. März 2017 (ABl. L 64 vom 10.3.2017, S. 7)

– 32017 R 0439: Durchführungsverordnung (EU) 2017/439 der Kommission vom 13. März 2017 (ABl. L 67 vom 14.3.2017, S. 70)

– 32017 R 0440: Durchführungsverordnung (EU) 2017/440 der Kommission vom 13. März 2017 (ABl. L 67 vom 14.3.2017, S. 74), geändert durch:

  – 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

– 32017 R 0447: Durchführungsverordnung (EU) 2017/447 der Kommission vom 14. März 2017 (ABl. L 69 vom 15.3.2017, S. 18)

– 32017 R 0455: Durchführungsverordnung (EU) 2017/455 der Kommission vom 15. März 2017 (ABl. L 71 vom 16.3.2017, S. 15)

– 32017 R 0873: Durchführungsverordnung (EU) 2017/873 der Kommission vom 22. Mai 2017 (ABl. L 134 vom 23.5.2017, S. 14)

– 32017R0895: Durchführungsverordnung (EU) 2017/895 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 120)

– 32017 R 0896: Durchführungsverordnung (EU) 2017/896 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 123), geändert durch:

  – 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

– 32017 R 0912: Durchführungsverordnung (EU) 2017/912 der Kommission vom 29. Mai 2017 (ABl. L 139 vom 30.5.2017, S. 30)

- 32017 R 0913: Durchführungsverordnung (EU) 2017/913 der Kommission vom 29. Mai 2017 (ABl. L 139 vom 30.5.2017, S. 33)

- 32017 R 0930: Durchführungsverordnung (EU) 2017/930 der Kommission vom 31. Mai 2017 (ABl. L 141 vom 1.6.2017, S. 6)

- 32017 R 0961: Durchführungsverordnung (EU) 2017/961 der Kommission vom 7. Juni 2017 (ABl. L 145 vom 8.6.2017, S. 7), geändert durch:

  - 32021 R 0733: Durchführungsverordnung (EU) 2021/733 der Kommission vom 5. Mai 2021 (ABl. L 158 vom 6.5.2021, S. 11)

- 32017 R 0963: Durchführungsverordnung (EU) 2017/963 der Kommission vom 7. Juni 2017 (ABl. L 145 vom 8.6.2017, S. 18)

- 32017 R 1007: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1007 der Kommission vom 15. Juni 2017 (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 13), geändert durch:

  - 32017 R 2325: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2325 der Kommission vom 14. Dezember 2017 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 17)

- 32017 R 1008: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1008 der Kommission vom 15. Juni 2017 (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 16)

- 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 68 vom 12.3.2018, S. 3

– 32017 R 1490: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1490 der Kommission vom 21. August 2017 (ABl. L 217 vom 22.8.2017, S. 1)

– 32017 R 1492: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1492 der Kommission vom 21. August 2017 (ABl. L 216 vom 22.8.2017, S. 19), geändert durch:

  – 32019 R 0849: Durchführungsverordnung (EU) 2019/849 der Kommission vom 24. Mai 2019 (ABl. L 139 vom 27.5.2019, S. 4)

– 32017 R 1896: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1896 der Kommission vom 17. Oktober 2017 (ABl. L 267 vom 18.10.2017, S. 1), geändert durch:

  – 32022 R 1442: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1442 der Kommission vom 31. August 2022 (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 117)

– 32017 R 1903: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1903 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 269 vom 19.10.2017, S. 22)

– 32017 R 1904: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1904 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 269 vom 19.10.2017, S. 27)

– 32017 R 1905: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1905 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 269 vom 19.10.2017, S. 30)

– 32017 R 1906: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1906 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 269 vom 19.10.2017, S. 33)

- 32017 R 1907: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1907 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 269 vom 19.10.2017, S. 36)

- 32017 R 1914: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1914 der Kommission vom 19. Oktober 2017 (ABl. L 271 vom 20.10.2017, S. 20)

- 32017 R 2274: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2274 der Kommission vom 8. Dezember 2017 (ABl. L 326 vom 9.12.2017, S. 44)

- 32017 R 2275: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2275 der Kommission vom 8. Dezember 2017 (ABl. L 326 vom 9.12.2017, S. 47), geändert durch:

  - 32022 R 1417: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1417 der Kommission vom 22. August 2022 (ABl. L 218 vom 23.8.2022, S. 3)

- 32017 R 2276: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2276 der Kommission vom 8. Dezember 2017 (ABl. L 326 vom 9.12.2017, S. 50)

- 32017 R 2308: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2308 der Kommission vom 13. Dezember 2017 (ABl. L 331 vom 14.12.2017, S. 19)

- 32017 R 2312: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2312 der Kommission vom 13. Dezember 2017 (ABl. L 331 vom 14.12.2017, S. 41), geändert durch:

  - 32020 R 0146: Durchführungsverordnung (EU) 2020/146 der Kommission vom 3. Februar 2020 (ABl. L 31 vom 4.2.2020, S. 3)

- 32022 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) 2022/703 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 5)

- 32017 R 2325: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2325 der Kommission vom 14. Dezember 2017 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 17), geändert durch:

  - 32018 R 1980: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1980 der Kommission vom 13. Dezember 2018 (ABl. L 317 vom 14.12.2018, S. 12)

- 32017 R 2330: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2330 der Kommission vom 14. Dezember 2017 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 41), berichtigt in ABl. L 351 vom 30.12.2017, S. 202, geändert durch:

  - 32022 R 1457: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1457 der Kommission vom 2. September 2022 (ABl. L 229 vom 5.9.2022, S. 10)

- 32018 R 0129: Durchführungsverordnung (EU) 2018/129 der Kommission vom 25. Januar 2018 (ABl. L 22 vom 26.1.2018, S. 21)

- 32018 R 0130: Durchführungsverordnung (EU) 2018/130 der Kommission vom 25. Januar 2018 (ABl. L 22 vom 26.1.2018, S. 25)

- 32018 R 0238: Durchführungsverordnung (EU) 2018/238 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 1)

- 32018 R 0239: Durchführungsverordnung (EU) 2018/239 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 9)

– 32018 R 0240: Durchführungsverordnung (EU) 2018/240 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 14)

– 32018 R 0241: Durchführungsverordnung (EU) 2018/241 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 27)

– 32018 R 0242: Durchführungsverordnung (EU) 2018/242 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 36)

– 32018 R 0243: Durchführungsverordnung (EU) 2018/243 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 69)

– 32018 R 0244: Durchführungsverordnung (EU) 2018/244 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 81)

– 32018 R 0245: Durchführungsverordnung (EU) 2018/245 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 87)

– 32018 R 0246: Durchführungsverordnung (EU) 2018/246 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 105)

– 32018 R 0247: Durchführungsverordnung (EU) 2018/247 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 109)

– 32018 R 0248: Durchführungsverordnung (EU) 2018/248 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 120)

– 32018 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2018/249 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 134), berichtigt in ABl. L 262 vom 18.10.2018, S. 31

– 32018 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2018/250 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 166)

– 32018 R 0327: Durchführungsverordnung (EU) 2018/327 der Kommission vom 5. März 2018 (ABl. L 63 vom 6.3.2018, S. 7)

– 32018 R 0328: Durchführungsverordnung (EU) 2018/328 der Kommission vom 5. März 2018 (ABl. L 63 vom 6.3.2018, S. 10)

– 32018 R 0338: Durchführungsverordnung (EU) 2018/338 der Kommission vom 7. März 2018 (ABl. L 65 vom 8.3.2018, S. 17), geändert durch:

  – 32019 R 1290: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1290 der Kommission vom 31. Juli 2019 (ABl. L 203 vom 1.8.2019, S. 6)

– 32018 R 0346: Durchführungsverordnung (EU) 2018/346 der Kommission vom 5. März 2018 (ABl. L 67 vom 9.3.2018, S. 18)

– 32018 R 0347: Durchführungsverordnung (EU) 2018/347 der Kommission vom 5. März 2018 (ABl. L 67 vom 9.3.2018, S. 21)

– 32018 R 0982: Durchführungsverordnung (EU) 2018/982 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 176 vom 12.7.2018, S. 13), geändert durch:

  – 32022 R 0268: Durchführungsverordnung (EU) 2022/268 der Kommission vom 23. Februar 2022 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 1)

– 32018 R 0983: Durchführungsverordnung (EU) 2018/983 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 176 vom 12.7.2018, S. 17)

– 32018 R 1039: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1039 der Kommission vom 23. Juli 2018 (ABl. L 186 vom 24.7.2018, S. 3), geändert durch:

  – 32022 R 1445: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1445 der Kommission vom 31. August 2022 (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 127)

– 32018 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1079 der Kommission vom 30. Juli 2018 (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 131)

– 32018 R 1080: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1080 der Kommission vom 30. Juli 2018 (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 134)

– 32018 R 1081: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1081 der Kommission vom 30. Juli 2018 (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 137), geändert durch:

  – 32020 R 0146: Durchführungsverordnung (EU) 2020/146 der Kommission vom 3. Februar 2020 (ABl. L 31 vom 4.2.2020, S. 3)

- 32022 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) 2022/703 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 5)

- 32018 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1090 der Kommission vom 31. Juli 2018 (ABl. L 195 vom 1.8.2018, S. 23)

- 32018 R 1533: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1533 der Kommission vom 12. Oktober 2018 (ABl. L 257 vom 15.10.2018, S. 13)

- 32018 R 1543: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1543 der Kommission vom 15. Oktober 2018 (ABl. L 259 vom 16.10.2018, S. 22)

- 32018 R 1550: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1550 der Kommission vom 16. Oktober 2018 (ABl. L 560 vom 17.10.2018, S. 3)

- 32018 R 1558: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1558 der Kommission vom 17. Oktober 2018 (ABl. L 261 vom 18.10.2018, S. 13)

- 32018 R 1559: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1559 der Kommission vom 17. Oktober 2018 (ABl. L 261 vom 18.10.2018, S. 16)

- 32018 R 1564: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1564 der Kommission vom 17. Oktober 2018 (ABl. L 262 vom 19.10.2018, S. 20)

– 32018 R 1565: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1565 der Kommission vom 17. Oktober 2018 (ABl. L 262 vom 19.10.2018, S. 24), berichtigt in ABl. L 71 vom 13.3.2019, S. 30

– 32018 R 1566: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1566 der Kommission vom 18. Oktober 2018 (ABl. L 262 vom 19.10.2018, S. 27), berichtigt in ABl. L 258 vom 7.8.2020, S. 51

– 32018 R 1568: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1568 der Kommission vom 18. Oktober 2018 (ABl. L 262 vom 19.10.2018, S. 34)

– 32019 R 0008: Durchführungsverordnung (EU) 2019/8 der Kommission vom 3. Januar 2019 (ABl. L 2 vom 4.1.2019, S. 6)

– 32019 R 0009: Durchführungsverordnung (EU) 2019/9 der Kommission vom 3. Januar 2019 (ABl. L 2 vom 4.1.2019, S. 10)

– 32019 R 0010: Durchführungsverordnung (EU) 2019/10 der Kommission vom 3. Januar 2019 (ABl. L 2 vom 4.1.2019, S. 13)

– 32019 R 0011: Durchführungsverordnung (EU) 2019/11 der Kommission vom 3. Januar 2019 (ABl. L 2 vom 4.1.2019, S. 17)

– 32019 R 0012: Durchführungsverordnung (EU) 2019/12 der Kommission vom 3. Januar 2019 (ABl. L 2 vom 4.1.2019, S. 21)

– 32019 R 0049: Durchführungsverordnung (EU) 2019/49 der Kommission vom 4. Januar 2019 (ABl. L 10 vom 14.1.2019, S. 2)

– 32019 R 0111: Durchführungsverordnung (EU) 2019/111 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 14)

– 32019 R 0144: Durchführungsverordnung (EU) 2019/144 der Kommission vom 28. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 8)

– 32019 R 0454: Durchführungsverordnung (EU) 2019/454 der Kommission vom 20. März 2019 (ABl. L 79 vom 21.3.2019, S. 4)

– 32019 R 0764: Durchführungsverordnung (EU) 2019/764 der Kommission vom 14. Mai 2019 (ABl. L 126 vom 15.5.2019, S. 1)

– 32019 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) 2019/781 der Kommission vom 15. Mai 2019 (ABl. L 127 vom 16.5.2019, S. 1)

– 32019 R 0805: Durchführungsverordnung (EU) 2019/805 der Kommission vom 17. Mai 2019 (ABl. L 132 vom 20.5.2019, S. 33)

– 32019 R 0892: Durchführungsverordnung (EU) 2019/892 der Kommission vom 28. Mai 2019 (ABl. L 142 vom 29.5.2019, S. 57)

– 32019 R 0894: Durchführungsverordnung (EU) 2019/894 der Kommission vom 28. Mai 2019 (ABl. L 142 vom 29.5.2019, S. 63)

– 32019 R 0898: Durchführungsverordnung (EU) 2019/898 der Kommission vom 29. Mai 2019 (ABl. L 144 vom 3.6.2019, S. 29)

– 32019 R 0900: Durchführungsverordnung (EU) 2019/900 der Kommission vom 29. Mai 2019 (ABl. L 144 vom 3.6.2019, S. 36)

– 32019 R 0901: Durchführungsverordnung (EU) 2019/901 der Kommission vom 29. Mai 2019 (ABl. L 144 vom 3.6.2019, S. 41)

– 32019 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2019/914 der Kommission vom 29. Mai 2019 (ABl. L 146 vom 5.6.2019, S. 60)

– 32019 R 0929: Durchführungsverordnung (EU) 2019/929 der Kommission vom 5. Juni 2019 (ABl. L 148 vom 6.6.2019, S. 25)

– 32019 R 1125: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1125 der Kommission vom 5. Juni 2019 (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 77)

– 32019 R 1289: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1289 der Kommission vom 31. Juli 2019 (ABl. L 203 vom 1.8.2019, S. 2)

– 32019 R 1313: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1313 der Kommission vom 2. August 2019 (ABl. L 205 vom 5.8.2019, S. 1)

– 32019 R 1315: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1315 der Kommission vom 2. August 2019 (ABl. L 205 vom 5.8.2019, S. 7)

– 32019 R 1324: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1324 der Kommission vom 5. August 2019 (ABl. L 206 vom 6.8.2019, S. 18)

– 32019 R 1947: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1947 der Kommission vom 22. November 2019 (ABl. L 304 vom 26.11.2019, S. 7)

– 32019 R 1964: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1964 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 307 vom 28.11.2019, S. 3)

– 32019 R 1965: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1965 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 307 vom 28.11.2019, S. 12)

– 32019 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1977 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 308 vom 29.11.2019, S. 45)

– 32020 R 0106: Durchführungsverordnung (EU) 2020/106 der Kommission vom 23. Januar 2020 (ABl. L 19 vom 24.1.2020, S. 15)

– 32020 R 0107: Durchführungsverordnung (EU) 2020/107 der Kommission vom 23. Januar 2020 (ABl. L 19 vom 24.1.2020, S. 18)

– 32020 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2020/147 der Kommission vom 3. Februar 2020 (ABl. L 31 vom 4.2.2020, S. 7)

– 32020 R 0148: Durchführungsverordnung (EU) 2020/148 der Kommission vom 3. Februar 2020 (ABl. L 33 vom 5.2.2020, S. 1)

– 32020 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2020/149 der Kommission vom 4. Februar 2020 (ABl. L 33 vom 5.2.2020, S. 5)

– 32020 R 0150: Durchführungsverordnung (EU) 2020/150 der Kommission vom 4. Februar 2020 (ABl. L 33 vom 5.2.2020, S. 9)

– 32020 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2020/151 der Kommission vom 4. Februar 2020 (ABl. L 33 vom 5.2.2020, S. 12)

– 32020 R 0157: Durchführungsverordnung (EU) 2020/157 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 15)

– 32020 R 0159: Durchführungsverordnung (EU) 2020/159 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 22)

– 32020 R 0160: Durchführungsverordnung (EU) 2020/160 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 25)

– 32020 R 0161: Durchführungsverordnung (EU) 2020/161 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 28)

– 32020 R 0162: Durchführungsverordnung (EU) 2020/162 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 31)

– 32020 R 0163: Durchführungsverordnung (EU) 2020/163 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 34)

– 32020 R 0164: Durchführungsverordnung (EU) 2020/164 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 37)

– 32020 R 0165: Durchführungsverordnung (EU) 2020/165 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 40)

– 32020 R 0166: Durchführungsverordnung (EU) 2020/166 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 43)

– 32020 R 0172: Durchführungsverordnung (EU) 2020/172 der Kommission vom 6. Februar 2020 (ABl. L 35 vom 7.2.2020, S. 6)

– 32020 R 0173: Durchführungsverordnung (EU) 2020/173 der Kommission vom 6. Februar 2020 (ABl. L 35 vom 7.2.2020, S. 9)

– 32020 R 0180: Durchführungsverordnung (EU) 2020/180 der Kommission vom 7. Februar 2020 (ABl. L 37 vom 10.2.2020, S. 5)

– 32020 R 0196: Durchführungsverordnung (EU) 2020/196 der Kommission vom 13. Februar 2020 (ABl. L 42 vom 14.2.2020, S. 1)

– 32020 R 0197: Durchführungsverordnung (EU) 2020/197 der Kommission vom 13. Februar 2020 (ABl. L 42 vom 14.2.2020, S. 4)

– 32020 R 0228: Durchführungsverordnung (EU) 2020/228 der Kommission vom 19. Februar 2020 (ABl. L 47 vom 20.2.2020, S. 1)

– 32020 R 0229: Durchführungsverordnung (EU) 2020/229 der Kommission vom 19. Februar 2020 (ABl. L 47 vom 20.2.2020, S. 5)

– 32020 R 0238: Durchführungsverordnung (EU) 2020/238 der Kommission vom 20. Februar 2020 (ABl. L 48 vom 21.2.2020, S. 3)

– 32020 R 0376: Durchführungsverordnung (EU) 2020/376 der Kommission vom 5. März 2020 (ABl. L 69 vom 6.3.2020, S. 3)

– 32020 R 0377: Durchführungsverordnung (EU) 2020/377 der Kommission vom 5. März 2020 (ABl. L 69 vom 6.3.2020, S. 6)

– 32020 R 0378: Durchführungsverordnung (EU) 2020/378 der Kommission vom 5. März 2020 (ABl. L 69 vom 6.3.2020, S. 9)

– 32020 R 0992: Durchführungsverordnung (EU) 2020/992 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 73)

– 32020 R 0993: Durchführungsverordnung (EU) 2020/993 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 76)

– 32020 R 0994: Durchführungsverordnung (EU) 2020/994 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 79)

– 32020 R 0995: Durchführungsverordnung (EU) 2020/995 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 84), berichtigt in ABl. L 225 vom 14.7.2020, S. 355

– 32020 R 0996: Durchführungsverordnung (EU) 2020/996 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 87)

– 32020 R 0997: Durchführungsverordnung (EU) 2020/997 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 90)

– 32020 R 0998: Durchführungsverordnung (EU) 2020/998 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 96)

– 32020 R 1031: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1031 der Kommission vom 15. Juli 2020 (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 21)

– 32020 R 1032: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1032 der Kommission vom 15. Juli 2020 (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 24)

– 32020 R 1033: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1033 der Kommission vom 15. Juli 2020 (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 27)

– 32020 R 1034: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1034 der Kommission vom 15. Juli 2020 (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 34)

– 32020 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1090 der Kommission (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 1)

– 32020 R 1091: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1091 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 6)

– 32020 R 1094: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1094 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 15)

– 32020 R 1096: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1096 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 20)

– 32020 R 1097: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1097 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 23), berichtigt in ABl. L 83 vom 17.8.2020, S. 16

– 32020 R 1098: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1098 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 28)

– 32020 R 1175: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1175 der Kommission vom 7. August 2020 (ABl. L 259 vom 10.8.2020, S. 6), berichtigt in ABl. L 269 vom 10.3.2021, S. 42

– 32020 R 1363: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1363 der Kommission vom 30. September 2020 (ABl. L 317 vom 1.10.2020, S. 10)

– 32020 R 1370: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1370 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 5)

– 32020 R 1371: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1371 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 8)

– 32020 R 1372: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1372 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 11)

- 32020 R 1373: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1373 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 15)

- 32020 R 1374: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1374 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 19)

- 32020 R 1375: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1375 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 22)

- 32020 R 1376: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1376 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 26)

- 32020 R 1377: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1377 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 29)

- 32020 R 1378: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1378 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 32)

- 32020 R 1379: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1379 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 36)

- 32020 R 1395: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1395 der Kommission vom 5. Oktober 2020 (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 3), geändert durch:

  - 32021 R 0733: Durchführungsverordnung (EU) 2021/733 der Kommission vom 5. Mai 2021 (ABl. L 158 vom 6.5.2021, S. 11)

– 32020 R 1396: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1396 der Kommission vom 5. Oktober 2020 (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 6)

– 32020 R 1397: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1397 der Kommission vom 5. Oktober 2020 (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 19)

– 32020 R 1398: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1398 der Kommission vom 5. Oktober 2020 (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 26)

– 32020 R 1399: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1399 der Kommission vom 5. Oktober 2020 (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 29)

– 32020 R 1400: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1400 der Kommission vom 5. Oktober 2020 (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 32)

– 32020 R 1418: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1418 der Kommission vom 6. Oktober 2020 (ABl. L 326 vom 8.10.2020, S. 7)

– 32020 R 1497: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1497 der Kommission vom 15. Oktober 2020 (ABl. L 342 vom 16.10.2020, S. 1)

– 32020 R 1510: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1510 der Kommission vom 16. Oktober 2020 (ABl. L 344 vom 19.10.2020, S. 2)

– 32020 R 1755: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1755 der Kommission vom 24. November 2020 (ABl. L 395 vom 25.11.2020, S. 5)

– 32020 R 1760: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1760 der Kommission vom 25. November 2020 (ABl. L 397 vom 26.11.2020, S. 6), berichtigt in ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 10

– 32020 R 1761: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1761 der Kommission vom 25. November 2020 (ABl. L 397 vom 26.11.2020, S. 10)

– 32020 R 1762: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1762 der Kommission vom 25. November 2020 (ABl. L 397 vom 26.11.2020, S. 14)

– 32020 R 1764: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1764 der Kommission vom 25. November 2020 (ABl. L 397 vom 26.11.2020, S. 21)

– 32020 R 1773: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1773 der Kommission vom 26. November 2020 (ABl. L 398 vom 27.11.2020, S. 19)

– 32020 R 1795: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1795 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 27)

– 32020 R 1796: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1796 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 31)

– 32020 R 1797: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1797 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 36)

– 32020 R 1798: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1798 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 39)

– 32020 R 1799: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1799 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 43)

– 32020 R 1800: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1800 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 46)

– 32020 R 2116: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2116 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 7)

– 32020 R 2117: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2117 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 11)

– 32020 R 2118: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2118 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 15)

– 32020 R 2119: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2119 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 18)

– 32020 R 2120: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2120 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 22)

– 32020 R 2121: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2121 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 28)

– 32021 R 0329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/329 der Kommission vom 24. Februar 2021 (ABl. L 65 vom 25.2.2021, S. 38)

– 32021 R 0330: Durchführungsverordnung (EU) 2021/330 der Kommission vom 24. Februar 2021 (ABl. L 65 vom 25.2.2021, S. 43)

– 32021 R 0343: Durchführungsverordnung (EU) 2021/343 der Kommission vom 25. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 157)

– 32021 R 0344: Durchführungsverordnung (EU) 2021/344 der Kommission vom 25. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 160)

– 32021 R 0346: Durchführungsverordnung (EU) 2021/346 der Kommission vom 25. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 167)

– 32021 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2021/363 der Kommission vom 26. Februar 2021 (ABl. L 70 vom 1.3.2021, S. 3)

– 32021 R 0367: Durchführungsverordnung (EU) 2021/367 der Kommission vom 1. März 2021 (ABl. L 71 vom 2.3.2021, S. 1)

– 32021 R 0421: Durchführungsverordnung (EU) 2021/421 der Kommission vom 9. März 2021 (ABl. L 83 vom 10.3.2021, S. 21), berichtigt in ABl. L 78 vom 8.3.2022, S. 21

– 32021 R 0422: Durchführungsverordnung (EU) 2021/422 der Kommission vom 9. März 2021 (ABl. L 83 vom 10.3.2021, S. 25), geändert durch ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 21

– 32021 R 0426: Durchführungsverordnung (EU) 2021/426 der Kommission vom 10. März 2021 (ABl. L 84 vom 11.3.2021, S. 18)

– 32021 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) 2021/485 der Kommission vom 22. März 2021 (ABl. L 100 vom 23.3.2021, S. 3)

– 32021 R 0506: Durchführungsverordnung (EU) 2021/506 der Kommission vom 23. März 2021 (ABl. L 102 vom 24.3.2021, S. 4)

– 32021 R 0551: Durchführungsverordnung (EU) 2021/551 der Kommission vom 30. März 2021 (ABl. L 111 vom 31.3.2021, S. 3), berichtigt in ABl. L 78 vom 8.3.2022, S. 21

– 32021 R 0658: Durchführungsverordnung (EU) 2021/658 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 137 vom 22.4.2021, S. 16)

– 32021 R 0669: Durchführungsverordnung (EU) 2021/669 der Kommission vom 23. April 2021 (ABl. L 141 vom 26.4.2021, S. 7)

– 32021 R 0709: Durchführungsverordnung (EU) 2021/709 der Kommission vom 29. April 2021 (ABl. L 147 vom 30.4.2021, S. 8)

– 32021 R 0719: Durchführungsverordnung (EU) 2021/719 der Kommission vom 30. April 2021 (ABl. L 151 vom 3.5.2021, S. 12)

– 32021 R 0932: Durchführungsverordnung (EU) 2021/932 der Kommission vom 9. Juni 2021 (ABl. L 204 vom 10.6.2021, S. 13)

– 32021 R 0967: Durchführungsverordnung (EU) 2021/967 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 41)

– 32021 R 0968: Durchführungsverordnung (EU) 2021/968 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 45)

– 32021 R 0969: Durchführungsverordnung (EU) 2021/969 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 49)

– 32021 R 0981: Durchführungsverordnung (EU) 2021/981 der Kommission vom 17. Juni 2021 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 135)

– 32021 R 0982: Durchführungsverordnung (EU) 2021/982 der Kommission vom 17. Juni 2021 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 139)

– 32021 R 1409: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1409 der Kommission vom 27. August 2021 (ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 5)

– 32021 R 1410: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1410 der Kommission vom 27. August 2021 (ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 8), berichtigt in ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 7

– 32021 R 1411: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1411 der Kommission vom 27. August 2021 (ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 11)

– 32011 R 1412: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1412 der Kommission vom 27. August 2021 (ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 13)

– 32011 R 1413: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1413 der Kommission vom 27. August 2021 (ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 18)

– 32021 R 1424: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1424 der Kommission vom 31. August 2021 (ABl. L 307 vom 1.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1425: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1425 der Kommission vom 31. August 2021 (ABl. L 307 vom 1.9.2021, S. 12)

– 32021 R 1426: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1426 der Kommission vom 31. August 2021 (ABl. L 307 vom 1.9.2021, S. 17)

– 32021 R 1431: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1431 der Kommission vom 1. September 2021 (ABl. L 309 vom 2.9.2021, S. 5)

– 32021 R 2047: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2047 der Kommission vom 23. November 2021 (ABl. L 418 vom 24.11.2021, S. 13)

– 32021 R 2050: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2050 der Kommission vom 24. November 2021 (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 16), berichtigt in ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 156

– 32021 R 2051: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2051 der Kommission vom 24. November 2021 (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 19)

– 32021 R 2076: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2076 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 1)

– 32021 R 2077: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2077 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 5), berichtigt in ABl. L 78 vom 8.3.2022, S. 21

– 32021 R 2080: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2080 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 23)

– 32021 R 2090: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2090 der Kommission vom 25. November 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 160)

– 32021 R 2092: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2092 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 166)

– 32021 R 2093: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2093 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 169)

– 32021 R 2094: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2094 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 173)

– 32021 R 2095: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2095 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 179)

– 32021 R 2096: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2096 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 187)

– 32021 R 2097: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2097 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 190)

– 32022 R 0272: Durchführungsverordnung (EU) 2022/272 der Kommission vom 23. Februar 2022 (ABl. L 42 vom 24.2.2022, S. 14)

– 32022 R 0273: Durchführungsverordnung (EU) 2022/273 der Kommission vom 23. Februar 2022 (ABl. L 42 vom 24.2.2022, S. 17)

– 32022 R 0320: Durchführungsverordnung (EU) 2022/320 der Kommission vom 25. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 41)

– 32022 R 0347: Durchführungsverordnung (EU) 2022/347 der Kommission vom 1. März 2022 (ABl. L 65 vom 2.3.2022, S. 1)

– 32022 R 0537: Durchführungsverordnung (EU) 2022/537 der Kommission vom 4. April 2022 (ABl. L 106 vom 5.4.2022, S. 4)

– 32022 R 0538: Durchführungsverordnung (EU) 2022/538 der Kommission vom 4. April 2022 (ABl. L 106 vom 5.4.2022, S. 9)

– 32022 R 0565: Durchführungsverordnung (EU) 2022/565 der Kommission vom 7. April 2022 (ABl. L 109 vom 8.4.2022, S. 32)

– 32022 R 0593: Durchführungsverordnung (EU) 2022/593 der Kommission vom 1. März 2022 (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 44)

– 32022 R 0633: Durchführungsverordnung (EU) 2022/633 der Kommission vom 13. April 2022 (ABl. L 117 vom 19.4.2022, S. 26)

– 32022 R 0652: Durchführungsverordnung (EU) 2022/652 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 74)

– 32022 R 0653: Durchführungsverordnung (EU) 2022/653 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 79)

– 32022 R 0654: Durchführungsverordnung (EU) 2022/654 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 84)

– 32022 R 0702: Durchführungsverordnung (EU) 2022/702 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 1)

– 32022 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) 2022/703 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 5)

– 32022 R 1247: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1247 der Kommission vom 19. Juli 2022 (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 3)

– 32022 R 1248: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1248 der Kommission vom 19. Juli 2022 (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 7)

– 32022 R 1249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1249 der Kommission vom 19. Juli 2022 (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 10)

– 32022 R 1250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1250 der Kommission vom 19. Juli 2022 (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 13)

– 32022 R 1266: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1266 der Kommission vom 20. Juli 2022 (ABl. L 192 vom 21.7.2022, S. 17)

– 32022 R 1374: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1374 der Kommission vom 5. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 35)

– 32022 R 1382: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1382 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 16)

– 32022 R 1383: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1383 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 19)

– 32022 R 1412: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1412 der Kommission vom 19. August 2022 (ABl. L 217 vom 22.8.2022, S. 1)

– 32022 R 1417: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1417 der Kommission vom 22. August 2022 (ABl. L 218 vom 23.8.2022, S. 3)

– 32022 R 1419: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1419 der Kommission vom 22. August 2022 (ABl. L 218 vom 23.8.2022, S. 12)

– 32022 R 1420: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1420 der Kommission vom 22. August 2022 (ABl. L 218 vom 23.8.2022, S. 17)

– 32022 R 1421: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1421 der Kommission vom 22. August 2022 (ABl. L 218 vom 23.8.2022, S. 27)

– 32022 R 1451: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1451 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 10)

– 32022 R 1452: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1452 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 17)

– 32022 R 1453: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1453 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 30)

– 32022 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1469 der Kommission vom 5. September 2022 (ABl. L 231 vom 6.9.2022, S. 105)

– 32022 R 1470: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1470 der Kommission vom 5. September 2022 (ABl. L 231 vom 6.9.2022, S. 109)

– 32022 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1471 der Kommission vom 5. September 2022 (ABl. L 231 vom 6.9.2022, S. 113)

– 32022 R 1472: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1472 der Kommission vom 5. September 2022 (ABl. L 231 vom 6.9.2022, S. 116)

– 32022 R 1490: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1490 der Kommission vom 1. März 2022 (ABl. L 234 vom 9.9.2022, S. 1)

– 32022 R 1492: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1492 der Kommission vom 8. September 2022 (ABl. L 234 vom 9.9.2022, S. 14)

– 32022 R 1493: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1493 der Kommission vom 8. September 2022 (ABl. L 234 vom 9.9.2022, S. 18)

– 32022 R 1525: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1525 der Kommission vom 13. September 2022 (ABl. L 237 vom 14.9.2022, S. 12)

3. 32005 R 0378: Verordnung (EG) Nr. 378/2005 der Kommission vom 4. März 2005 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Pflichten und Aufgaben des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums in Bezug auf Anträge auf Zulassung von Futtermittelzusatzstoffen (ABl. L 59 vom 5.3.2005, S. 8), geändert durch:

– 32007 R 0850: Verordnung (EG) Nr. 850/2007 der Kommission vom 19. Juli 2007 (ABl. L 188 vom 20.7.2007, S. 3)

– 32009 R 0885: Verordnung (EG) Nr. 885/2009 der Kommission vom 25. September 2009 (ABl. L 254 vom 26.9.2009, S. 58)

– 32015 R 1761: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1761 der Kommission vom 1. Oktober 2015 (ABl. L 257 vom 2.10.2015, S. 30)

4. 32006 R 1876: Verordnung (EG) Nr. 1876/2006 der Kommission vom 18. Dezember 2006 zur befristeten beziehungsweise unbefristeten Zulassung bestimmter Zusatzstoffe in Futtermitteln (ABl. L 360 vom 19.12.2006, S. 126), geändert durch:

– 32012 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1018/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 56)

– 32013 R 0159: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 159/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 49 vom 22.2.2013, S. 47)

– 32013 R 0403: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 403/2013 der Kommission vom 2. Mai 2013 (ABl. L 121 vom 3.5.2013, S. 26)

5. 32008 R 0429: Verordnung (EG) Nr. 429/2008 der Kommission vom 25. April 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Erstellung und Vorlage von Anträgen sowie der Bewertung und Zulassung von Futtermittelzusatzstoffen (ABl. L 133 vom 22.5.2008, S. 1), geändert durch:

– 32020 R 1773: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1773 der Kommission vom 26. November 2020 (ABl. L 398 vom 27.11.2020, S. 19)

6. 32009 R 1270: Verordnung (EU) Nr. 1270/2009 der Kommission vom 21. Dezember 2009 zur Zulassung bestimmter Zusatzstoffe in Futtermitteln auf unbegrenzte Zeit (ABl. L 339 vom 22.12.2009, S. 28), geändert durch:

– 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

7. 32010 R 0892: Verordnung (EU) Nr. 892/2010 der Kommission vom 8. Oktober 2010 über den Status bestimmter Erzeugnisse hinsichtlich Futtermittelzusatzstoffen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 266 vom 9.10.2010, S. 6)

8. 32012 R 0081: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 81/2012 der Kommission vom 31. Januar 2012 zur Verweigerung der Zulassung von *Lactobacillus pentosus* (DSM 14025) als Futtermittelzusatzstoff (ABl. L 29 vom 1.2.2012, S. 36)

9. 32012 R 0451: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 451/2012 der Kommission vom 29. Mai 2012 über die Marktrücknahme bestimmter in die Funktionsgruppe „Silierzusatzstoffe“ einzuordnender Futtermittelzusatzstoffe (ABl. L 140 vom 30.5.2012, S. 55)

10. 32013 R 0230: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 230/2013 der Kommission vom 14. März 2013 über die Marktrücknahme bestimmter in die Funktionsgruppe „Aroma- und appetitanregende Stoffe“ einzuordnender Futtermittelzusatzstoffe (ABl. L 80 vom 21.3.2013, S. 1)

11. 32013 R 0796: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 796/2013 der Kommission vom 21. August 2013 zur Verweigerung der Zulassung von 3-Acetyl-2,5-Dimethylthiophen als Futtermittelzusatzstoff (ABl. L 224 vom 22.8.2013, S. 4)

12. 32014 R 0107: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 107/2014 der Kommission vom 5. Februar 2014 zur Rücknahme der Futtermittelzusatzstoffe Cobalt(II)-chlorid, Hexahydrat, Cobalt(II)-nitrat, Hexahydrat und Cobalt(II)-sulfat, Monohydrat vom Markt sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1334/2003 (ABl. L 36 vom 6.2.2014, S. 7)

13. 32014 R 0754: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 754/2014 der Kommission vom 11. Juli 2014 zur Ablehnung der Zulassung von *Pediococcus pentosaceus* (NCIMB 30068) und *Pediococcus pentosaceus* (NCIMB 30044) als Futtermittelzusatzstoffe (ABl. L 205 vom 12.7.2014, S. 10)

14. 32015 R 1399: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1399 der Kommission vom 17. August 2015 zur Verweigerung der Zulassung der Zubereitung aus *Bacillus toyonensis* (NCIMB 14858T) (vormals *Bacillus cereus* var. *toyoi* NCIMB 40112/CNCM I-1012) als Futtermittelzusatzstoff für Mastrinder, Mastkaninchen, Masthühner, Ferkel (entwöhnt), Mastschweine, Zuchtsauen und Aufzuchtkälber sowie zum Widerruf der Zulassung der Zubereitung aus *Bacillus cereus* var. *toyoi* (NCIMB 40112/CNCM I-1012) als Futtermittelzusatzstoff für Masttruthühner und weibliche Zuchtkaninchen, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 256/2002, (EG) Nr. 1453/2004, (EG) Nr. 255/2005 und (EG) Nr. 1200/2005 sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 166/2008, (EG) Nr. 378/2009 und der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 288/2013 (ABl. L 217 vom 18.8.2015, S. 1)

15. 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 über die Marktrücknahme bestimmter gemäß den Richtlinien 70/524/EWG und 82/471/EWG des Rates zugelassener Futtermittelzusatzstoffe und zur Aufhebung der veralteten Bestimmungen über die Zulassung dieser Futtermittelzusatzstoffe (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

16. 32018 R 0183: Durchführungsverordnung (EU) 2018/183 der Kommission vom 7. Februar 2018 zur Verweigerung der Zulassung von Formaldehyd als Futtermittelzusatzstoff in den Funktionsgruppen „Konservierungsmittel“ und „Stoffe zur Verbesserung der hygienischen Beschaffenheit“ (ABl. L 34 vom 8.2.2018, S. 6)

17. 32018 R 0244: Durchführungsverordnung (EU) 2018/244 der Kommission vom 15. Februar 2018 zur Zulassung von Vanillylaceton und 4-(4-Methoxyphenyl)butan-2-on als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten und zur Ablehnung von 1-Phenylethan-1-ol (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 81)

18. 32018 R 0353: Durchführungsverordnung (EU) 2018/353 der Kommission vom 9. März 2018 zur Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 über die Marktrücknahme bestimmter gemäß den Richtlinien 70/524/EWG und 82/471/EWG des Rates zugelassener Futtermittelzusatzstoffe und zur Aufhebung der veralteten Bestimmungen über die Zulassung dieser Futtermittelzusatzstoffe (ABl. L 68 vom 12.3.2018, S. 3)

19. 32018 R 1254: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1254 der Kommission vom 19. September 2018 zur Verweigerung der Zulassung von Riboflavin (80 %), hergestellt aus *Bacillus subtilis* KCCM-10445, als Futtermittelzusatzstoff in der Funktionsgruppe Vitamine, Provitamine und chemisch definierte Stoffe mit ähnlicher Wirkung (ABl. L 237 vom 20.9.2018, S. 5)

20. 32018 R 1550: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1550 der Kommission vom 16. Oktober 2018 zur Erneuerung der Zulassung von Benzoesäure als Zusatzstoff in Futtermitteln für Absetzferkel und Mastschweine und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1730/2006 und (EG) Nr. 1138/2007 (Zulassungsinhaber: DSM Nutritional Products Ltd) (ABl. L 260 vom 17.10.2018, S. 3)

21. 32019 R 0804: Durchführungsverordnung (EU) 2019/804 der Kommission vom 17. Mai 2019 in Bezug auf die Erneuerung der Zulassung von Selen in organischer Form aus *Saccharomyces cerevisiae* CNCM I-3060 und von Selenomethionin aus *Saccharomyces cerevisiae* NCYC R397 als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1750/2006 und (EG) Nr. 634/2007 (ABl. L 132 vom 20.5.2019, S. 28), geändert durch:

   – 32022 R 1459: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1459 der Kommission vom 2. September 2022 (ABl. L 229 vom 5.9.2022, S. 22)

22. 32019 R 0857: Durchführungsverordnung (EU) 2019/857 der Kommission vom 27. Mai 2019 zur Verlängerung der Zulassung von *Saccharomyces cerevisiae* CNCM I-1077 als Futtermittelzusatzstoff für Milchschafe und Milchziegen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 226/2007 (Zulassungsinhaber Danstar Ferment AG, vertreten durch Lallemand SAS) (ABl. L 140 vom 28.5.2019, S. 18)

23. 32019 R 0899: Durchführungsverordnung (EU) 2019/899 der Kommission vom 29. Mai 2019 zur Verlängerung der Zulassung von *Saccharomyces cerevisiae* CNCM I-4407 als Futtermittelzusatzstoff für Mastlämmer, Milchziegen, Milchschafe, Milchbüffel, Pferde und Mastschweine und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1447/2006, (EG) Nr. 188/2007, (EG) Nr. 232/2009, (EG) Nr. 186/2007 und (EG) Nr. 209/2008 (Zulassungsinhaber S.I. Lesaffre) (ABl. L 144 vom 3.6.2019, S. 32)

24. 32019 R 0913: Durchführungsverordnung (EU) 2019/913 der Kommission vom 29. Mai 2019 zur Erneuerung der Zulassung von Lanthancarbonat-Octahydrat als Futtermittelzusatzstoff für Katzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 163/2008 (Zulassungsinhaber Bayer HealthCare AG) (ABl. L 146 vom 5.6.2019, S. 57)

25. 32021 R 0329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/329 der Kommission vom 24. Februar 2021 zur Verlängerung der Zulassung einer Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Xylanase und Endo-1,3(4)-beta-Glucanase für Masthühner (Zulassungsinhaber: AVEVE NV) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1091/2009 (ABl. L 65 vom 25.2.2021, S. 38)

26. 32021 R 0367: Durchführungsverordnung (EU) 2021/367 der Kommission vom 1. März 2021 zur Verlängerung der Zulassung einer Zubereitung aus *Saccharomyces cerevisiae* CNCM I-4407 als Futtermittelzusatzstoff für Aufzuchtkälber sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 883/2010 (Zulassungsinhaber: S.I. Lesaffre) (ABl. L 71 vom 2.3.2021, S. 1)

27. 32021 R 0505: Durchführungsverordnung (EU) 2021/505 der Kommission vom 23. März 2021 zur Verweigerung der Zulassung von Phosphorsäure 60 % auf Kieselerdeträger als Futtermittelzusatzstoff in der Funktionsgruppe „Konservierungsstoffe“ (ABl. L 102 vom 24.3.2021, S. 1)

28. 32021 R 0507: Durchführungsverordnung (EU) 2021/507 der Kommission vom 23. März 2021 zur Verlängerung der Zulassung von Pyridoxinhydrochlorid (Vitamin B6) als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 515/2011 (ABl. L 102 vom 24.3.2021, S. 8)

29. 32021 R 0508: Durchführungsverordnung (EU) 2021/508 der Kommission vom 23. März 2021 zur Verlängerung der Zulassung einer Zubereitung aus *Saccharomyces cerevisiae* MUCL 39885 als Futtermittelzusatzstoff für Absetzferkel sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 170/2011 (Zulassungsinhaber: Prosol S.p.A.) (ABl. L 102 vom 24.3.2021, S. 11)

30. 32021 R 0758: Durchführungsverordnung (EU) 2021/758 der Kommission vom 7. Mai 2021 über den Status bestimmter Erzeugnisse als Futtermittelzusatzstoffe im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und die Marktrücknahme bestimmter Futtermittelzusatzstoffe (ABl. L 162 vom 10.5.2021, S. 5)

31. 32021 R 0932: Durchführungsverordnung (EU) 2021/932 der Kommission vom 9. Juni 2021 zur Aussetzung der Zulassung von Lasalocid-A-Natrium (Avatec 15 % cc) und Lasalocid-A-Natrium (Avatec 150 G) als Futtermittelzusatzstoffe für Masthühner und Junghennen (Zulassungsinhaber: Zoetis Belgium S.A.) (ABl. L 204 vom 10.6.2021, S. 13)

32. 32021 R 0967: Durchführungsverordnung (EU) 2021/967 der Kommission vom 16. Juni 2021 zur Verlängerung der Zulassung von Manganchelat des Hydroxyanalogs von Methionin als Futtermittelzusatzstoff für alle Tierarten sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 350/2010 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 41)

33. 32021 R 0968: Durchführungsverordnung (EU) 2021/968 der Kommission vom 16. Juni 2021 zur Verlängerung der Zulassung von Zinkchelat des Hydroxyanalogs von Methionin als Futtermittelzusatzstoff für alle Tierarten sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 335/2010 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 45)

34. 32021 R 0981: Durchführungsverordnung (EU) 2021/981 der Kommission vom 17. Juni 2021 zur Verlängerung der Zulassung einer Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Xylanase, gewonnen aus *Aspergillus niger* CBS 109.713, und Endo-1,4-beta-Glucanase, gewonnen aus *Aspergillus niger* DSM 18404, als Zusatzstoff in Futtermitteln für Geflügelarten, Ziervögel und entwöhnte Ferkel (Zulassungsinhaber: BASF SE) sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 271/2009 und der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1068/2011 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 135)

35. 32021 R 0982: Durchführungsverordnung (EU) 2021/982 der Kommission vom 17. Juni 2021 zur Verlängerung der Zulassung von 6-Phytase aus *Trichoderma reesei* (CBS 122001) als Futtermittelzusatzstoff für Schweine und Geflügel (Zulassungsinhaber: Royal Oy) sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 277/2010, (EU) Nr. 891/2010 und der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 886/2011 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 139)

36. 32021 R 1411: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1411 der Kommission vom 27. August 2021 zur Verlängerung der Zulassung von *Clostridium butyricum* FERM BP-2789 als Futtermittelzusatzstoff für Junghennen, Masttruthühner, Truthühner für Zuchtzwecke, Vogelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung außer Legevögeln, entwöhnte Ferkel und entwöhnte Ferkel von Schweinearten geringerer wirtschaftlicher Bedeutung, seiner Zulassung für Masthühner, Saugferkel und Saugferkel von Schweinearten geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und zur Aufhebung der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 373/2011, (EU) Nr. 374/2013 und (EU) Nr. 1108/2014 (Zulassungsinhaber: Miyarisan Pharmaceutical Co. Ltd vertreten durch Huvepharma NV Belgium) (ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 11)

37. 32021 R 1424: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1424 der Kommission vom 31. August 2021 zur Verlängerung der Zulassung einer Zubereitung aus *Enterococcus faecium* DSM 7134 als Futtermittelzusatzstoff für Masthühner sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 998/2010 (Zulassungsinhaber: Lactosan GmbH & Co KG) (ABl. L 307 vom 1.9.2021, S. 9)

38. 32022 R 0538: Durchführungsverordnung (EU) 2022/538 der Kommission vom 4. April 2022 zur Verlängerung der Zulassung von Natriumbenzoat als Zusatzstoff in Futtermitteln für Absatzferkel, zur Zulassung für Absatzferkel anderer *Suidae* und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 496/2011 (Zulassungsinhaber: Taminco Finland Oy) (ABl. L 106 vom 5.4.2022, S. 9)

39. 32022 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) 2022/703 der Kommission vom 5. Mai 2022 zur Verlängerung der Zulassung einer Zubereitung aus *Bacillus velezensis* DSM 15544 als Zusatzstoff in Futtermitteln für entwöhnte Ferkel, zur Zulassung für alle Arten und Kategorien von Vögeln, zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2016/897, der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2312 und der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1081 sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 333/2010, der Verordnung (EU) Nr. 184/2011 und der Durchführungsverordnung (EU) 2019/893 (Zulassungsinhaber: Asahi Biocycle Co. Ltd., in der Union vertreten durch Pen & Tec Consulting S.L.U.) (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 5)

40. 32022 R 1375: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1375 der Kommission vom 5. August 2022 zur Verweigerung der Zulassung von Ethoxyquin als Futtermittelzusatzstoff der Funktionsgruppe „Antioxidationsmittel“ und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/962 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 39)

41. 32023 R 0053: Durchführungsverordnung (EU) 2023/53 der Kommission vom 4. Januar 2023 zur Zulassung einer Zubereitung aus *Pediococcus acidilactici* CNCM I-4622 als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten (ABl. L 3 vom 5.1.2023, S. 8)

42. 32023 R 0059: Durchführungsverordnung (EU) 2023/59 der Kommission vom 5. Januar 2023 zur Zulassung einer Zubereitung aus *Pediococcus pentosaceus* DSM 32292 als Futtermittelzusatzstoff für alle Tierarten (ABl. L 6 vom 6.1.2023, S. 16)

43. 32023 R 0060: Durchführungsverordnung (EU) 2023/60 der Kommission vom 5. Januar 2023 zur Zulassung von Methylester konjugierter Linolsäure (t10, c12) als Zusatzstoff in Futtermitteln für Mastschweine und Milchkühe (Zulassungsinhaber: BASF SE) (ABl. L 6 vom 6.1.2023, S. 19)

44. 32023 R 0061: Durchführungsverordnung (EU) 2023/61 der Kommission vom 5. Januar 2023 zur Zulassung einer Zubereitung von Endo-1,4-beta-Glucanase aus *Aspergillus niger* CBS 120604, einer Zubereitung von Endo-1,3(4)-beta-Glucanase aus *Aspergillus neoniger* MUCL 39199, einer Zubereitung von Endo-1,4-beta-Xylanase aus *Trichoderma citrinoviride* MUCL 39203 und einer Zubereitung von Endo-1,4-beta-Xylanase aus *Trichoderma citrinoviride* CBS 614.94 als Futtermittelzusatzstoffe für alle Tierarten (ABl. L 6 vom 6.1.2023, S. 24)

KAPITEL 3

UNERWÜNSCHTE STOFFE

Die in diesem Kapitel aufgeführten Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für die in diesem Kapitel enthaltenen Rechtsakte. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 gewährleistet Andorra die Anwendung der Bestimmungen im Zusammenhang mit Marktüberwachung und Korrekturmaßnahmen.

1. 32002 L 0032: Richtlinie 2002/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Mai 2002 über unerwünschte Stoffe in der Tierernährung (ABl. L 140 vom 30.5.2002, S. 10), geändert durch:

   – 32003 L 0057: Richtlinie 2003/57/EG der Kommission vom 17. Juni 2003 (ABl. L 151 vom 19.6.2003, S. 38)

   – 32003 L 0100: Richtlinie 2003/100/EG der Kommission vom 31. Oktober 2003 (ABl. L 285 vom 1.11.2003, S. 33)

   – 32005 L 0008: Richtlinie 2005/8/EG der Kommission vom 27. Januar 2005 (ABl. L 27 vom 29.1.2005, S. 44)

   – 32005 L 0086: Richtlinie 2005/86/EG der Kommission vom 5. Dezember 2005 (ABl. L 318 vom 6.12.2005, S. 16)

– 32005 L 0087: Richtlinie 2005/87/EG der Kommission vom 5. Dezember 2005 (ABl. L 318 vom 6.12.2005, S. 19)

– 32006 L 0013: Richtlinie 2006/13/EG der Kommission vom 3. Februar 2006 (ABl. L 32 vom 4.2.2006, S. 44)

– 32006 L 0077: Richtlinie 2006/77/EG der Kommission vom 29. September 2006 (ABl. L 271 vom 30.9.2006, S. 53)

– 32008 L 0076: Richtlinie 2008/76/EG der Kommission vom 25. Juli 2008 (ABl. L 198 vom 26.8.2008, S. 37)

– 32009 L 0008: Richtlinie 2009/8/EG der Kommission vom 10. Februar 2009 (ABl. L 40 vom 11.2.2009, S. 19)

– 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

– 32009 L 0141: Richtlinie 2009/141/EG der Kommission vom 23. November 2009 (ABl. L 308 vom 24.11.2009, S. 20)

– 32010 L 0006: Richtlinie 2010/6/EU der Kommission vom 9. Februar 2010 (ABl. L 37 vom 10.2.2010, S. 29)

– 32011 R 0574: Verordnung (EU) Nr. 574/2011 der Kommission vom 16. Juni 2011 (ABl. L 159 vom 17.6.2011, S. 7)

– 32012 R 0277: Verordnung (EU) Nr. 277/2012 der Kommission vom 28. März 2012 (ABl. L 91 vom 29.3.2012, S. 1)

– 32012 R 0744: Verordnung (EU) Nr. 744/2012 der Kommission vom 16. August 2012 (ABl. L 219 vom 17.8.2012, S. 5)

– 32013 R 0107: Verordnung (EU) Nr. 107/2013 der Kommission vom 5. Februar 2013 (ABl. L 35 vom 6.2.2013, S. 1)

– 32013 R 1275: Verordnung (EU) Nr. 1275/2013 der Kommission vom 6. Dezember 2013 (ABl. L 328 vom 7.12.2013, S. 86)

– 32015 R 0186: Verordnung (EU) 2015/186 der Kommission vom 6. Februar 2015 (ABl. L 31 vom 7.2.2015, S. 11)

– 32017 R 2229: Verordnung (EU) 2017/2229 der Kommission vom 4. Dezember 2017 (ABl. L 319 vom 5.12.2017, S. 6)

– 32019 R 1869: Verordnung (EU) 2019/1869 der Kommission vom 7. November 2019 (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 32)

2. 32004 H 0704: Empfehlung 2004/704/EG der Kommission vom 11. Oktober 2004 zur Überwachung der natürlichen Belastung von Futtermitteln mit Dioxinen und dioxinähnlichen PCB (ABl. L 321 vom 22.10.2004, S. 38)

3. 32005 L 0006: Richtlinie 2005/6/EG der Kommission vom 26. Januar 2005 zur Änderung der Richtlinie 71/250/EWG hinsichtlich der gemäß der Richtlinie 2002/32/EG vorgeschriebenen Angabe und Auswertung der Analyseergebnisse (ABl. L 24 vom 27.1.2005, S. 33)

4. 32006 H 0088: Empfehlung 2006/88/EG der Kommission vom 6. Februar 2006 zur Reduzierung des Anteils von Dioxinen, Furanen und PCB in Futtermitteln und Lebensmitteln (ABl. L 42 vom 14.2.2006, S. 26), berichtigt in ABl. L 208 vom 2.8.2016, S. 58

5. 32006 H 0756: Empfehlung 2006/576 der Kommission vom 17. August 2006 betreffend das Vorhandensein von Deoxynivalenol, Zearalenon, Ochratroxin A, T-2- und HT-2-Toxin sowie von Fumonisinen in zur Verfütterung an Tiere bestimmten Erzeugnissen (ABl. L 229 vom 23.8.2006, S. 7), berichtigt in ABl. L 140 vom 1.6.2007, S. 59

6. 32015 R 0786: Verordnung (EU) 2015/786 der Kommission vom 19. Mai 2015 zur Festlegung von Kriterien für die Zulässigkeit von Entgiftungsverfahren, denen zur Tierernährung bestimmte Erzeugnisse unterzogen werden, gemäß der Richtlinie 2002/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 125 vom 21.5.2015, S. 10)

7. 32016 R 1110: Empfehlung (EU) 2016/1110 der Kommission vom 28. Juni 2016 zur Überwachung des Vorkommens von Nickel in Futtermitteln (ABl. L 183 vom 8.7.2016, S. 68)

KAPITEL 4

ARZNEIFUTTERMITTEL

Die in diesem Kapitel aufgeführten Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für die in diesem Kapitel enthaltenen Rechtsakte. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 gewährleistet Andorra die Anwendung der Bestimmungen im Zusammenhang mit Marktüberwachung und Korrekturmaßnahmen.

1. 32019 R 0004: Verordnung (EU) 2019/4 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von Arzneifuttermitteln, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 183/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 90/167/EWG des Rates (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 1)

KAPITEL 5

VÖLKERRECHTLICHE ÜBEREINKÜNFTE DER UNION

ABSCHNITT A

EWR-ABKOMMEN

1. 31994 D 0001: Beschluss des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluss des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten sowie der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen, dem Königreich Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 1)

2. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Schlussakte - Gemeinsame Erklärungen der Vertragsparteien - Erklärung der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten - Übereinkommen - Vereinbarte Niederschrift - Erklärungen einzelner oder mehrerer Vertragspartner des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 1)

3. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Anhang I - Veterinärwesen und Pflanzenschutz - Liste nach Artikel 17 (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 220), geändert durch:

   – 21994 D 1112: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 12/94 vom 28. September 1994 (ABl. L 292 vom 12.11.1994, S. 39)

– 21995 D 0302(02): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/95 vom 27. Januar 1995 (ABl. L 47 vom 2.3.1995, S. 22)

– 21995 D 0303(03): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/95 vom 27. Januar 1995 (ABl. L 47 vom 2.3.1995, S. 23)

– 21995 D 0304(04): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/95 vom 27. Januar 1995 (ABl. L 47 vom 2.3.1995, S. 24)

– 21996 D 0613(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 37/95 vom 22. Juni 1995 (ABl. L 140 vom 13.6.1996, S. 32)

– 21996 D 0613(02): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 38/95 vom 22. Juni 1995 (ABl. L 140 vom 13.6.1996, S. 34)

– 21996 D 0613(03): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/95 vom 22. Juni 1995 (ABl. L 140 vom 13.6.1996, S. 35)

– 21996 D 0725(04): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 25/96 vom 26. April 1996 (ABl. L 186 vom 25.7.1996, S. 77)

– 21996 D 1114(05): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 38/96 vom 5. Juli 1996 (ABl. L 291 vom 14.11.1996, S. 35)

– 21996 D 1114(06): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/96 vom 5. Juli 1996 (ABl. L 291 vom 14.11.1996, S. 36)

– 21996 D 1114(07): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/96 vom 5. Juli 1996 (ABl. L 291 vom 14.11.1996, S. 37)

– 22000 D 1214 (01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 71/2000 vom 2. Oktober 2000 (ABl. L 315 vom 14.12.2000, S. 1)

– 22001 D 0060: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 60/2001 vom 19. Juni 2001 (ABl. L 238 vom 6.9.2001, S. 1)

– 22001 D 0061: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 61/2001 vom 19. Juni 2001 (ABl. L 238 vom 6.9.2001, S. 3)

– 22001 D 0103: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2001 vom 28. September 2001 (ABl. L 322 vom 6.12.2001, S. 8)

– 22001 D 0132: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 132/2001 vom 9. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 18)

– 22001 D 0150: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 150/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 22)

– 22001 D 0151: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 151/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 24)

– 22002 D 0071: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 71/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 5)

– 22002 D 0079: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 24)

– 22002 D 0096(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 96/2002 vom 12. Juli 2002 (ABl. L 298 vom 31.10.2002, S. 1)

– 22002 D 0121(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 121/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 17)

– 22002 D 0122(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 122/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 18)

– 22003 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2003 vom 31. Januar 2003 (ABl. L 94 vom 10.4.2003, S. 45)

– 22003 D 0039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2003 vom 16. Mai 2003 (ABl. L 193 vom 31.7.2003, S. 1)

– 22003 D 0068: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 68/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 10)

– 22003 D 0069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 12)

– 22003 D 0103: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2003 vom 26. September 2003 (ABl. L 331 vom 18.12.2003, S. 10)

– 22003 D 0167: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 167/2003 vom 5. Dezember 2003 (ABl. L 88 vom 25.3.2004, S. 35)

– 22003 D 0168: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 168/2003 vom 5. Dezember 2003 (ABl. L 88 vom 25.3.2004, S. 37)

– 22004 D 0096: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 96/2004 vom 9. Juli 2004 (ABl. L 376 vom 23.12.2004, S. 17)

– 22004 D 0139: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2004 vom 29. Oktober 2004 (ABl. L 102 vom 21.4.2005, S. 1)

– 22004 D 0140: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2004 vom 29. Oktober 2004 (ABl. L 102 vom 21.4.2005, S. 4)

– 22005 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2005 vom 8. Februar 2005 (ABl. L 161 vom 23.6.2005, S. 3)

– 22005 D 0028: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 28/2005 vom 11. März 2005 (ABl. L 198 vom 28.7.2005, S. 12)

– 22005 D 0029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 29/2005 vom 11. März 2005 (ABl. L 198 vom 28.7.2005, S. 15)

– 22005 D 0052: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 52/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 24)

– 22005 D 0094: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 94/2005 vom 8. Juli 2005 (ABl. L 306 vom 24.11.2005, S. 16)

– 22005 D 0108: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2005 vom 30. September 2005 (ABl. L 339 vom 22.12.2005, S. 1)

– 22005 D 0109: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2005 vom 30. September 2005 (ABl. L 339 vom 22.12.2005, S. 4)

– 22005 D 0130: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 130/2005 vom 21. Oktober 2005 (ABl. L 14 vom 19.1.2006, S. 16)

– 22006 D 0018: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 18/2006 vom 10. März 2006 (ABl. L 147 vom 1.6.2006, S. 26)

– 22006 D 0019: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 19/2006 vom 10. März 2006 (ABl. L 147 vom 1.6.2006, S. 28)

– 22006 D 0043: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 43/2006 vom 28. April 2006 (ABl. L 175 vom 29.6.2006, S. 89)

– 22006 D 0076: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2006 vom 7. Juli 2006 (ABl. L 289 vom 19.10.2006, S. 1)

– 22006 D 0106: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 19)

– 22006 D 0107: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 107/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 21)

– 22006 D 0142: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 142/2006 vom 8. Dezember 2006 (ABl. L 89 vom 29.3.2007, S. 8)

– 22007 D 0003: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 5)

– 22007 D 0039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 70)

– 22007 D 0074: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 74/2007 vom 6. Juli 2007 (ABl. L 328 vom 13.12.2007, S. 8)

– 22007 D 0100: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 100/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 12)

– 22007 D 0138: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 138/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 62)

– 22007 D 0151: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 151/2007 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 124 vom 8.5.2008, S. 9)

– 22007 D 0152: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 152/2007 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 124 vom 8.5.2008, S. 11)

– 22008 D 0021: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 21/2008 vom 14. März 2008 (ABl. L 182 vom 10.7.2008, S. 1)

– 22008 D 0043: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 43/2008 vom 25. April 2008 (ABl. L 223 vom 21.8.2008, S. 36)

– 22009 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2009 vom 5. Februar 2009 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 30)

– 22009 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2009 vom 5. Februar 2009 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 32)

– 22009 D 0023: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 23/2009 vom 17. März 2009 (ABl. L 130 vom 28.5.2009, S. 11)

– 22009 D 0024: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 24/2009 vom 17. März 2009 (ABl. L 130 vom 28.5.2009, S. 12)

– 22009 D 0042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2009 vom 24. April 2009 (ABl. L 162 vom 25.6.2009, S. 19)

– 22009 D 0057: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 57/2009 vom 29. Mai 2009 (ABl. L 232 vom 3.9.2009, S. 6)

– 22009 D 0105: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2009 vom 22. Oktober 2009 (ABl. L 334 vom 17.12.2009, S. 1)

– 22009 D 0121: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 121/2009 vom 4. Dezember 2009 (ABl. L 62 vom 11.3.2010, S. 1)

– 22010 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2010 vom 29. Januar 2010 (ABl. L 101 vom 22.4.2010, S. 7)

– 22010 D 0020: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 20/2010 vom 12. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 10)

– 22010 D 0021: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 21/2010 vom 12. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 11)

– 22010 D 0022: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 22/2010 vom 12. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 13)

– 22010 D 0039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 4)

– 22010 D 0081: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 81/2010 vom 2. Juli 2010 (ABl. L 227 vom 21.10.2010, S. 34)

– 22010 D 0116: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 116/2010 vom 10. November 2010 (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 73)

– 22011 D 0008: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 8/2011 vom 1. April 2011 (ABl. L 171 vom 30.6.2011, S. 3)

– 22011 D 0009: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 9/2011 vom 1. April 2011 (ABl. L 171 vom 30.6.2011, S. 3)

– 22011 D 0111: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 111/2011 vom 21. Oktober 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 69)

– 22011 D 0125: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 125/2011 vom 2. Dezember 2011 (ABl. L 76 vom 15.3.2012, S. 5)

– 22012 D 0037: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 37/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 4)

– 22012 D 0038: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 38/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 10)

– 22012 D 0078: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 9)

– 22012 D 0155: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 155/2012 vom 28. September 2012 (ABl. L 341 vom 13.12.2012, S. 5)

– 22012 D 0193: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 193/2012 vom 26. Oktober 2012 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 41)

– 22013 D 0030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 30/2013 vom 15. März 2013 (ABl. L 231 vom 29.8.2013, S. 1)

– 22013 D 0031: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 31/2013 vom 15. März 2013 (ABl. L 231 vom 29.8.2013, S. 4)

– 22013 D 0032: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 32/2013 vom 15. März 2013 (ABl. L 231 vom 29.8.2013, S. 5)

– 22013 D 0033: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 33/2013 vom 15. März 2013 (ABl. L 231 vom 29.8.2013, S. 7)

– 22013 D 0053: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 53/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 3)

– 22013 D 0106: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 7)

– 22013 D 0153: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 153/2013 vom 8. Oktober 2013 (ABl. L 58 vom 27.2.2014, S. 1)

– 22013 D 0183: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 183/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 7)

– 22013 D 0216: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 216/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 6)

– 22013 D 0217: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 217/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 8)

– 22013 D 0218: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 218/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 11)

– 22014 D 0113: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 113/2014 vom 27. Juni 2014 (ABl. L 342 vom 27.11.2014, S. 1)

– 22014 D 0114: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2014 vom 27. Juni 2014 (ABl. L 342 vom 27.11.2014, S. 3)

– 22014 D 0115: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2014 vom 27. Juni 2014 (ABl. L 342 vom 27.11.2014, S. 5)

– 22014 D 0168: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 168/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 13)

– 22014 D 0209: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 209/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 1)

– 22015 D 2121: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 254/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 1)

– 22016 D 0492: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 7)

– 22016 D 0493: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 9)

– 22016 D 0494: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 10)

– 22016 D 0721: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 38/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 8)

– 22016 D 0722: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 11)

– 22016 D 0723: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 13)

– 22016 D 1264: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 81/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 13)

– 22016 D 1265: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 82/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 15)

– 22017 D 0016: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 176/2015 vom 10. Juli 2015 (ABl. L 8 vom 12.1.2017, S. 3)

– 22017 D 0509: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 202/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 11)

– 22017 D 0510: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 203/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 12)

– 22017 D 1027: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 238/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 8)

– 22017 D 1028: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 239/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 12)

– 22017 D 1029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 240/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 13)

– 22017 D 1030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 241/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 14)

– 22017 D 1031: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 242/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 15)

– 22017 D 1032: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 243/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 17)

– 22017 D 1288: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 9)

– 22017 D 1289: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 10)

– 22017 D 1290: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 7/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 11)

– 22017 D 1291: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 8/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 12)

– 22017 D 1872: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 3)

– 22017 D 1873: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 43/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 5)

– 22017 D 2020: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 70/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 8)

– 22017 D 2021: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 71/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 10)

– 22018 D 0356: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 134/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 1)

– 22018 D 0357: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 135/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 3)

– 22018 D 1157: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 219/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 5)

– 22018 D 1158: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 220/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 7)

– 22018 D 1159: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 221/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 8)

– 22018 D 1160: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 222/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 10)

– 22018 D 1161: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 223/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 12)

– 22018 D 1162: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 224/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 14)

– 22018 D 1740: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 7)

– 22018 D 1812: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 48/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 4)

– 22019 D 0186: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 74/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 11)

– 22019 D 0187: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 75/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 12)

– 22019 D 0188: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 14)

– 22019 D 0189: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 17)

– 22019 D 0727: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 120/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 5)

– 22019 D 0728: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 121/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 8)

– 22019 D 1044: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 156/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 10)

– 22019 D 1219: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 31/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 192 vom 18.7.2019, S. 40)

– 22019 D 1357: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 194/2017 vom 27. Oktober 2017 (ABl. L 219 vom 22.8.2019, S. 3)

– 22019 D 1621: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 212/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 8)

– 22019 D 1622: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 213/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 13)

– 22019 D 1623: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 214/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 15)

– 22019 D 1624: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 215/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 17)

– 22020 D 0055: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 38/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 7)

– 22020 D 0056: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 9)

– 22020 D 0296: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 277/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 6)

– 22020 D 0297: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 278/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 7)

– 22020 D 0298: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 279/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 8)

– 22020 D 0299: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 280/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 10)

– 22020 D 0300: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 281/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 12)

– 22020 D 0301: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 282/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 14)

– 22020 D 0302: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 284/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 17)

– 22020 D 0306: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 288/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 24)

– 22020 D 0802: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 48/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 5)

– 22020 D 0803: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 49/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 7)

– 22020 D 0804: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 50/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 9)

– 22020 D 0805: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 51/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 10)

– 22020 D 0806: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 52/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 12)

– 22020 D 0807: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 53/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 14)

– 22020 D 0810: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 56/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 20)

– 22020 D 0921: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 3)

– 22020 D 0923: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 7)

– 22020 D 1439: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 4)

– 22020 D 1440: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 80/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 7)

– 22021 D 0189: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 127/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 8)

– 22021 D 0190: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 128/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 10)

– 22021 D 0191: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 129/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 12)

– 22021 D 0192: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 130/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 14)

– 22021 D 1494: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 227/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 11)

– 22021 D 1495: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 228/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 13)

– 22022 D 1116: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 48/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 16)

– 22022 D 1536: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 92/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 7)

– 22022 D 1541: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 97/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 16)

– 22022 D 1542: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 98/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 19)

– 22022 D 1543: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 99/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 21)

– 22022 D 1544: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 100/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 24)

– 22022 D 1550: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 35)

– 22022 D 1551: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 107/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 37)

– 22022 D 1557: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 113/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 49)

– 22022 D 1866: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 166/2022 vom 10. Juni 2022 (ABl. L 267 vom 13.10.2022, S. 3)

– 22022 D 1867: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 167/2022 vom 10. Juni 2022 (ABl. L 276 vom 13.10.2022, S. 5)

– 22022 D 2008: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 5)

– 22022 D 2133: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 9)

– 22022 D 2134: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 142/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 10)

– 22022 D 2135: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 143/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 12)

Eine konsolidierte Fassung von Anhang I des EWR-Abkommens ist auf der Website der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) verfügbar: https://www.efta.int/.

ABSCHNITT B

ABKOMMEN MIT DER SCHWEIZ

4. 32002 D 0309: Beschluss (2002/309/EG, Euratom) des Rates und — bezüglich des Abkommens über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit — der Kommission vom 4. April 2002 über den Abschluss von sieben Abkommen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 1)

5. 22022 A 0430(04): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 132), berichtigt in ABl. L 142 vom 31.5.2002, S. 92, geändert durch:

   – 22007 D 0458: Beschluss Nr. 1/2007 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft (ABl. L 173 vom 1.7.2007, S. 31)

6. 22022 A 0430(04): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen - Schlussakte (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 350)

7. 22003 D 0808: Beschluss Nr. 1/2003 (2003/808/EG) des mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingesetzten Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft vom 21. Oktober 2003 zur Annahme seiner Geschäftsordnung (ABl. L 303 vom 21.11.2003, S. 24)

8. 22003 D 0809: Beschluss Nr. 2/2003 (2003/809/EG) des mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingesetzten Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft vom 21. Oktober 2003 über die Einsetzung der Arbeitsgruppen und die Annahme ihrer Mandate (ABl. L 303 vom 21.11.2003, S. 27)

TEIL VI

PFLANZENSCHUTZ

Andorra wendet alle Verpflichtungen an, die sich aus den von der EU geschlossenen internationalen Übereinkünften ergeben, soweit diese Verpflichtungen die für das ordnungsgemäße Funktionieren dieses Abkommens erforderlichen Vorschriften über Pflanzenschutz betreffen.

KAPITEL 1

PFLANZENGESUNDHEIT – SCHÄDLICHE ORGANISMEN

ABSCHNITT A

SPEZIFISCHE BEKÄMPFUNGSMAßNAHMEN

1. 32016 R 2031: Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 228/2013, (EU) Nr. 652/2014 und (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 69/464/EWG, 74/647/EWG, 93/85/EWG, 98/57/EG, 2000/29/EG, 2006/91/EG und 2007/33/EG des Rates (ABl. L 317 vom 23.11.2016, S. 4), geändert durch:

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

2. 32018 R 2018: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2018 der Kommission vom 18. Dezember 2018 zur Festlegung besonderer Vorschriften für das Verfahren zur Durchführung der Risikobewertung in Bezug auf Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und andere Gegenstände mit hohem Risiko im Sinne des Artikels 42 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 323 vom 18.12.2018, S. 7)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

3. 32018 R 2019: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2019 der Kommission vom 18. Dezember 2018 zur Erstellung einer vorläufigen Liste von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen Gegenständen mit hohem Risiko im Sinne des Artikels 42 der Verordnung (EU) 2016/2031 und einer Liste von Pflanzen, für die gemäß Artikel 73 der genannten Verordnung für das Einführen in die Union kein Pflanzengesundheitszeugnis benötigt wird (ABl. L 323 vom 18.12.2018, S. 10), geändert durch:

– 32019 R 2072: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 der Kommission vom 28. November 2019 (ABl. L 319 vom 10.12.2019, S. 1)

– 32020 R 1214: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1214 der Kommission vom 21. August 2020 (ABl. L 275 vom 24.8.2020, S. 12)

– 32020 R 1361: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1361 der Kommission vom 30. September 2020 (ABl. L 317 vom 1.10.2020, S. 1)

– 32021 R 0419: Durchführungsverordnung (EU) 2021/419 der Kommission vom 9. März 2021 (ABl. L 83 vom 10.3.2021, S. 6)

– 32021 R 1936: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1936 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 27)

– 32022 R 0230: Durchführungsverordnung (EU) 2022/230 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 39 vom 21.2.2022, S. 11)

– 32022 R 0853: Durchführungsverordnung (EU) 2022/853 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 62)

– 32022 R 1309: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1309 der Kommission vom 26. Juli 2022 (ABl. L 198 vom 27.7.2022, S. 4)

– 32022 R 1404: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1404 der Kommission vom 16. August 2022 (ABl. L 214 vom 17.8.2022, S. 3)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

4. 32019 R 0066: Durchführungsverordnung (EU) 2019/66 der Kommission vom 16. Januar 2019 zu Bestimmungen über einheitliche praktische Modalitäten für die Durchführung der amtlichen Kontrollen, mit denen bei Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen Gegenständen die Einhaltung der für diese Waren geltenden Unionsvorschriften für Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen überprüft wird (ABl. L 15 vom 17.1.2019, S. 1), geändert durch:

– 32020 R 0887: Durchführungsverordnung (EU) 2020/887 der Kommission vom 26. Juni 2020 (ABl. L 205 vom 29.6.2020, S. 16)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

5. 32019 R 0530: Durchführungsverordnung (EU) 2019/530 der Kommission vom 27. März 2019 zur Benennung von Referenzlaboratorien der Europäischen Union für Pflanzenschädlinge für Insekten und Milben, Nematoden, Bakterien, Pilze und Eipilze, Viren, Viroide und Phytoplasmen (ABl. L 88 vom 29.3.2019, S. 19)

6. 32019 R 0829: Delegierte Verordnung (EU) 2019/829 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen zwecks Ermächtigung der Mitgliedstaaten, befristete Ausnahmen für amtliche Tests, für wissenschaftliche Zwecke oder für Bildungszwecke, Versuche, Sortenauslese bzw. Züchtungsvorhaben zuzulassen (ABl. L 137 vom 23.5.2019, S. 15)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

7. 32019 R 1702: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1702 der Kommission vom 1. August 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Aufstellung einer Liste der prioritären Schädlinge (ABl. L 260 vom 11.10.2019, S. 8)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

8. 32019 R 1715: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1715 der Kommission vom 30. September 2019 mit Vorschriften zur Funktionsweise des Informationsmanagementsystems für amtliche Kontrollen und seiner Systemkomponenten (ABl. L 261 vom 14.10.2019, S. 37), geändert durch:

   – 32021 R 0547: Durchführungsverordnung (EU) 2021/547 der Kommission vom 29. März 2021 (ABl. L 109 vom 30.3.2021, S. 60)

9. 32019 R 2148: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2148 Der Kommission vom 13. Dezember 2019 über besondere Vorschriften für die Freigabe von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen Gegenständen aus den Quarantänestationen und geschlossenen Anlagen gemäß der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 156)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

10. 32022 R 1456: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1456 der Kommission vom 10. Juni 2022 zur Festlegung einer Ausnahme von Artikel 43 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bedingungen für die Einfuhr in das Gebiet der Union von Verpackungsmaterial aus Holz in Form von Munitionskisten mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika, die unter Kontrolle des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten stehen und vor dem 1. September 2007 hergestellt wurden (ABl. L 229 vom 5.9.2022, S. 5)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

11. 32022 R 1916: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1916 der Kommission vom 7. Oktober 2022 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/2019 hinsichtlich bestimmter zum Anpflanzen bestimmter Pflanzen der Art *Juglans regia* L. mit Ursprung in der Republik Moldau (ABl. L 263 vom 10.10.2022, S. 3)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

12. 32022 R 1941: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1941 der Kommission vom 13. Oktober 2022 über das Verbot der Einschleppung, Verbringung, Haltung, Vermehrung oder Freisetzung bestimmter Schädlinge gemäß Artikel 30 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 268 vom 14.10.2022, S. 13)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

13. 32022 R 1941: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1941 der Kommission vom 13. Oktober 2022 über das Verbot der Einschleppung, Verbringung, Haltung, Vermehrung oder Freisetzung bestimmter Schädlinge gemäß Artikel 30 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 268 vom 14.10.2022, S. 13)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

ABSCHNITT B

SPEZIFISCHE BEKÄMPFUNGSMAßNAHMEN

14. 31986 D 0250: Entscheidung 86/250/EWG der Kommission vom 5. Mai 1986 über Änderungen zu den Schutzmaßnahmen Dänemarks gegen die Einschleppung von bakterieller Ringfäule bei Konsumkartoffeln (ABl. L 165 vom 21.6.1986, S. 36)

15. 32012 D 0270: Durchführungsbeschluss 2012/270/EU der Kommission vom 16. Mai 2012 über Dringlichkeitsmaßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung von *Epitrix cucumeris* (Harris), *Epitrix similaris* (Gentner), *Epitrix subcrinita* (Lec.) und *Epitrix tuberis* (Gentner) (ABl. L 132 vom 23.5.2012, S. 18), geändert durch:

– 32016 D 1359: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1359 der Kommission vom 8. August 2016 (ABl. L 215 vom 10.8.2016, S. 29)

– 32018 D 0005: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/5 der Kommission vom 3. Januar 2018 (ABl. L 2 vom 5.1.2018, S. 11)

16. 32012 D 0535: Durchführungsbeschluss 2012/535/EU der Kommission vom 26. September 2012 über Sofortmaßnahmen gegen die Ausbreitung von *Bursaphelenchus xylophilus* (Steiner et Buhrer) Nickle et al. (Kiefernfadenwurm) in der Union (ABl. L 266 vom 2.10.2012, S. 42), geändert durch:

    – 32015 D 0226: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/226 der Kommission vom 11. Februar 2015 (ABl. L 37 vom 13.2.2015, S. 21)

    – 32017 D 0427: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/427 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 64 vom 10.3.2017, S. 109)

    – 32018 D 0618: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/618 der Kommission vom 19. April 2018 (ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 17)

17. 32012 D 0697: Durchführungsbeschluss 2012/697/EU der Kommission vom 8. November 2012 hinsichtlich Maßnahmen zum Schutz vor der Einschleppung der Gattung *Pomacea* (Perry) in die EU und ihrer Ausbreitung in der EU (ABl. L 311 vom 10.11.2012, S. 14)

18. 32014 R 0063: Empfehlung 2014/63/EU der Kommission vom 6. Februar 2014 über Maßnahmen zur Bekämpfung von *Diabrotica virgifera virgifera* Le Conte in Gebieten der Union, in denen er nachgewiesen wurde (ABl. L 38 vom 7.2.2014, S. 46)

19. 32015 D 0893: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/893 der Kommission vom 9. Juni 2015 über Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung von *Anoplophora glabripennis* (Motschulsky) (ABl. L 146 vom 11.6.2015, S. 16)

20. 32018 D 0638: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/638 der Kommission vom 23. April 2018 über Dringlichkeitsmaßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung des Schadorganismus *Spodoptera frugiperda* (Smith) (ABl. L 105 vom 25.4.2018, S. 31), geändert durch:

    – 32019 D 1598: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1598 der Kommission vom 26. September 2019 (ABl. L 248 vom 27.9.2019, S. 86)

    – 32021 D 0869: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/869 der Kommission vom 27. Mai 2021 (ABl. L 191 vom 31.5.2021, S. 4)

21. 32019 D 2032: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2032 der Kommission vom 26. November 2019 über Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung von *Fusarium circinatum* Nirenberg & O'Donnell (vormals *Gibberella circinata*) und zur Aufhebung der Entscheidung 2007/433/EG (ABl. L 313 vom 4.12.2019, S. 94)

22. 32020 D 0758: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/758 der Kommission vom 4. Juni 2020 über die vom Vereinigten Königreich in Bezug auf *Xylella fastidiosa* und *Ceratocystis platani* zu ergreifenden Maßnahmen (ABl. L 179 vom 9.6.2020, S. 8)

23. 32020 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1191 der Kommission vom 11. August 2020 über Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung des Tomato brown rugose fruit virus (ToBRFV) und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2019/1615 (ABl. L 262 vom 12.8.2020, S. 6), geändert durch:

– 32021 R 0074 Durchführungsverordnung (EU) 2021/74 der Kommission vom 26. Januar 2021 (ABl. L 27 vom 27.1.2021, S. 15)

24. 32020 R 1201: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1201 der Kommission vom 14. August 2020 über Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung von *Xylella fastidiosa* (Wells *et al.*) (ABl. L 269 vom 17.8.2020, S. 2), berichtigt in ABl. L 326 vom 8.10.2020, S. 14, geändert durch:

– 32021 R 1688: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1688 der Kommission vom 20. September 2021 (ABl. L 332 vom 21.9.2021, S. 6)

– 32021 R 2130: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2130 der Kommission vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 432 vom 6.12.2021, S. 19)

25. 32021 R 1809: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1809 der Kommission vom 13. Oktober 2021 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1191 über Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung des Tomato brown rugose fruit virus (ToBRFV) (ABl. L 365 vom 14.10.2021, S. 41)

26. 32022 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1192 der Kommission vom 11. Juli 2022 mit Maßnahmen zur Tilgung und zur Verhinderung der Ausbreitung von *Globodera pallida* (Stone) Behrens und *Globodera rostochiensis* (Wollenweber) Behrens (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 12)

27. 32022 R 1193: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1193 der Kommission vom 11. Juli 2022 mit Maßnahmen zur Tilgung und zur Verhinderung der Ausbreitung von *Ralstonia solanacearum* (Smith 1896) Yabuuchi *et al.* 1996 emend. Safni *et al.* 2014 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 27)

28. 32022 R 1194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1194 der Kommission vom 11. Juli 2022 mit Maßnahmen zur Tilgung und zur Verhinderung der Ausbreitung von *Clavibacter sepedonicus* (Spieckermann & Kotthoff 1914) Nouioui *et al.* 2018 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 47)

29. 32022 R 1195: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1195 der Kommission vom 11. Juli 2022 mit Maßnahmen zur Tilgung und zur Verhinderung der Ausbreitung von *Synchytrium endobioticum* (Schilbersky) Percival (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 65)

30. 32022 R 1265: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1265 der Kommission vom 20. Juli 2022 mit Maßnahmen zum Schutz des Gebiets der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung des Rose-rosette-Virus (ABl. L 192 vom 21.7.2022, S. 14)

31. 32022 R 1372: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1372 der Kommission vom 5. August 2022 über befristete Maßnahmen gegen die Einschleppung in die Union sowie die Verbringung, Ausbreitung, Vermehrung und Freisetzung innerhalb der Union von *Meloidogyne graminicola* (Golden & Birchfield) (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 16)

32. 32022 R 1629: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1629 der Kommission vom 21. September 2022 mit Maßnahmen zur Eindämmung von *Ceratocystis platani* (J.M. Walter) Engelbr. & T.C. Harr. innerhalb bestimmter abgegrenzter Gebiete (ABl. L 245 vom 22.9.2020, S. 14)

33. 32022 R 1630: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1630 der Kommission vom 21. September 2022 mit Maßnahmen zur Eindämmung von Grapevine flavescence dorée phytoplasma innerhalb bestimmter abgegrenzter Gebiete (ABl. L 245 vom 22.9.2022, S. 27)

34. 32022 R 1659: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1659 der Kommission vom 27. September 2022 über gleichwertige Anforderungen an das Einführen von Früchten von *Citrus sinensis* Pers. mit Ursprung in Israel in die Union angesichts der Risiken aufgrund von *Thaumatotibia leucotreta* (ABl. L 250 vom 28.9.2022, S. 1)

35. 32022 R 2095: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2095 der Kommission vom 28. Oktober 2022 zur Einführung von Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung, Etablierung und Ausbreitung von *Anoplophora chinensis* (Forster) und zur Aufhebung des Beschlusses 2012/138/EU (ABl. L 281 vom 31.10.2022, S. 53)

ABSCHNITT C

SCHUTZGEBIETE

36. 31992 L 0070: Richtlinie 92/70/EWG der Kommission vom 30. Juli 1992 mit Einzelheiten zu den für die Anerkennung von Schutzgebieten in der Gemeinschaft erforderlichen Untersuchungen (ABl. L 250 vom 29.8.1992, S. 37)

37. 31993 L 0051: Richtlinie 93/51/EWG der Kommission vom 24. Juni 1993 mit Vorschriften über das Verbringen bestimmter Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und anderer Gegenstände durch Schutzgebiete und über das Verbringen bestimmter Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und anderer Gegenstände mit Ursprung in und innerhalb von Schutzgebieten (ABl. L 205 vom 17.8.1993, S. 24)

38. 32017 R 2313: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2313 der Kommission vom 13. Dezember 2017 zur Festlegung der formalen Anforderungen an den Pflanzenpass für die Verbringung innerhalb des Gebiets der Union und den Pflanzenpass für das Einführen in ein Schutzgebiet und die Verbringung innerhalb dieses Gebiets (ABl. L 331 vom 31.12.2017, S. 44)

39. 32019 R 2072: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 der Kommission vom 28. November 2019 zur Festlegung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 690/2008 der Kommission sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/2019 der Kommission (ABl. L 319 vom 10.12.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 197 vom 4.6.2020, S. 65, geändert durch:

– 32020 D 1598: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1598 der Kommission vom 13. August 2020 (ABl. L 267 vom 14.8.2020, S. 3)

– 32020 R 1292: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1292 der Kommission vom 15. September 2020 (ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 20)

– 32020 R 1825: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1825 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 58)

– 32020 R 2210: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2210 der Kommission vom 22. Dezember 2020 (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 28)

– 32020 R 2211: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2211 der Kommission vom 22. Dezember 2020 (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 41)

– 32021 R 0759: Durchführungsverordnung (EU) 2021/759 der Kommission vom 7. Mai 2021 (ABl. L 162 vom 10.5.2021, S. 18)

– 32021 R 2069: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2069 der Kommission vom 25. November 2021 (ABl. L 421 vom 26.11.2021, S. 28)

– 32021 R 2285: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2285 der Kommission vom 14. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 173)

– 32022 R 0230: Durchführungsverordnung (EU) 2022/230 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 39 vom 21.2.2022, S. 11)

– 32022 R 0853: Durchführungsverordnung (EU) 2022/853 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 62)

– 32022 R 0959: Durchführungsverordnung (EU) 2022/959 der Kommission vom 16. Juni 2022 (ABl. L 165 vom 21.6.2022, S. 30)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

40. 32022 R 2404: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2404 der Kommission vom 14. September 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Einzelheiten für die Erhebungen zu Schutzgebiet-Quarantäneschädlingen und zur Aufhebung der Richtlinie 92/70/EWG der Kommission (ABl. L 317 vom 9.12.2022, S. 42)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

ABSCHNITT D

REGISTRIERUNG VON UNTERNEHMERN – PFLANZENPÄSSE

41. 31992 L 0090: Richtlinie 92/90/EWG der Kommission vom 3. November 1992 über die Verpflichtungen der Erzeuger und Einführer von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen oder anderen Gegenständen sowie über die Einzelheiten ihrer Registrierung (ABl. L 344 vom 26.11.1992, S. 38)

42. 31993 L 0050: Richtlinie 93/50/EWG der Kommission vom 24. Juni 1993 über die amtliche Registrierung der Erzeuger bestimmter, nicht in Anhang V Teil A der Richtlinie 77/93/EWG des Rates aufgeführter Pflanzen bzw. der Sammel- und Versandstellen im Gebiet der Erzeugung (ABl. L 205 vom 17.8.1993, S. 22)

43. 32017 R 2313: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2313 der Kommission vom 13. Dezember 2017 zur Festlegung der formalen Anforderungen an den Pflanzenpass für die Verbringung innerhalb des Gebiets der Union und den Pflanzenpass für das Einführen in ein Schutzgebiet und die Verbringung innerhalb dieses Gebiets (ABl. L 331 vom 31.12.2017, S. 44)

44. 32020 R 1770: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1770 der Kommission vom 26. November 2020 über Typen und Arten von zum Anpflanzen bestimmten Pflanzen, für die die Anforderung der Angabe des Rückverfolgbarkeitscodes in Pflanzenpässen gemäß der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 92/105/EWG der Kommission nicht gilt (ABl. L 398 vom 27.11.2020, S. 6) Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

45. 32022 R 1927: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1927 der Kommission vom 11. Oktober 2022 mit Maßnahmen zur Eindämmung von *Aleurocanthus spiniferus* (Quaintance) innerhalb bestimmter abgegrenzter Gebiete (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 72)

ABSCHNITT E

EINFUHR AUS DRITTLÄNDERN

46. 31991 D 0261: Entscheidung 91/261/EWG der Kommission vom 2. Mai 1991 zur Anerkennung Australiens als frei von Erwinia amylovora (Burr.) Winsl. et al. (ABl. L 126 vom 22.5.1991, S. 22)

47. 32002 D 0360: Entscheidung 2002/360/EG der Kommission vom 13. Mai 2002 zur Änderung der Maßnahmen Österreichs zum Schutz gegen die Einschleppung von Anoplophora glabripennis (Motschulsky) (ABl. L 127 vom 14.5.2002, S. 19)

48. 32004 L 0105: Richtlinie 2004/105/EG der Kommission vom 15. Oktober 2004 zur Festlegung der Muster der amtlichen Pflanzengesundheitszeugnisse und Pflanzengesundheitszeugnisse für die Wiederausfuhr, die den in Richtlinie 2000/29/EG des Rates aufgeführten Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und sonstigen Gegenständen aus Drittländern beiliegen (ABl. L 319 vom 20.10.2004, S. 9)

49. 32004 D 0200: Entscheidung 2004/200/EG der Kommission vom 27. Februar 2004 mit Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung des Pepino Mosaic Virus (ABl. L 644 vom 2.3.2004, S. 3)

50. 32011 D 0787: Durchführungsbeschluss 2011/787/EU der Kommission vom 29. November 2011 zur befristeten Ermächtigung der Mitgliedstaaten, zum Schutz vor der Verbreitung von *Ralstonia solanacearum* (Smith) Yabuuchi et al. Sofortmaßnahmen gegenüber Ägypten zu treffen (ABl. L 319 vom 2.12.2011, S. 112)

51. 32012 D 0219: Durchführungsbeschluss 2012/219/EU der Kommission vom 24. April 2012 zur Anerkennung Serbiens als frei von *Clavibacter michiganensis* ssp. *sepedonicus* (Spieckermann & Kotthoff) Davis et al. (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 28)

52. 32015 D 1199: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1199 der Kommission vom 17. Juli 2015 zur Anerkennung von Bosnien und Herzegowina als frei von *Clavibacter michiganensis* ssp. *sepedonicus* (Spieckermann & Kotthoff) Davis et al. (ABl. L 194 vom 22.7.2015, S. 42)

53. 32017 D 2374: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2374 der Kommission vom 15. Dezember 2017 zur Festlegung der Bedingungen für die Verbringung, Lagerung und Verarbeitung bestimmter Früchte und ihrer Hybriden mit Ursprung in Drittländern zum Schutz der Union gegen die Einschleppung bestimmter Schadorganismen (ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 60)

54. 32018 D 1503: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1503 der Kommission vom 8. Oktober 2018 zur Festlegung von Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung von *Aromia bungii* (Faldermann) (ABl. L 254 vom 10.10.2108, S. 9)

55. 32019 R 1013: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1013 der Kommission vom 16. April 2019 über die Vorabinformation über Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren, die in die Union verbracht werden (ABl. L 165 vom 21.6.2019, S. 8)

56. 32020 R 0178: Durchführungsverordnung (EU) 2020/178 der Kommission vom 31. Januar 2020 zur Darstellung von Informationen für aus Drittländern ankommende Reisende und für Kunden von Postdiensten sowie von bestimmten Unternehmern betreffend die Verbote, denen das Einführen von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen Gegenständen in das Gebiet der Union nach der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates unterliegt (ABl. L 37 vom 10.2.2020, S. 1), geändert durch:

– 32022 R 0680: Durchführungsverordnung (EU) 2022/680 der Kommission vom 27. April 2022 (ABl. L 128 vom 28.4.2022, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

57. 32020 R 1213: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1213 der Kommission vom 21. August 2020 mit Pflanzenschutzmaßnahmen für das Einführen bestimmter Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und anderer Gegenstände, die aus dem Anhang der Durchführungsverordnung (EU) 2018/2019 gestrichen wurden, in die Union (ABl. L 275 vom 24.8.2020, S. 5), geändert durch:

   – 32020 R 1362: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1362 der Kommission vom 30. September 2020 (ABl. L 317 vom 1.10.2020, S. 5)

   – 32021 R 0419: Durchführungsverordnung (EU) 2021/419 der Kommission vom 9. März 2021 (ABl. L 83 vom 10.3.2021, S. 6)

58. 32021 R 0127: Durchführungsverordnung (EU) 2021/127 der Kommission vom 3. Februar 2021 zur Festlegung der Anforderungen an das Einführen von Verpackungsmaterial aus Holz für die Beförderung bestimmter Waren mit Ursprung in bestimmten Drittländern in das Gebiet der Union und für Pflanzengesundheitskontrollen bei diesem Material sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2018/1137 (ABl. L 40 vom 4.2.2021, S. 3)

59. 32022 R 0632: Durchführungsverordnung (EU) 2022/632 der Kommission vom 13. April 2022 mit befristeten Maßnahmen für spezifizierte Früchte mit Ursprung in Argentinien, Brasilien, Südafrika, Uruguay und Simbabwe zum Schutz des Unionsgebiets gegen die Einschleppung und Ausbreitung des Schädlings *Phyllosticta citricarpa* (McAlpine) Van der Aa (ABl. L 117 vom 19.4.2022, S. 11)

60. 32023 R 0158: Durchführungsverordnung (EU) 2023/158 der Kommission vom 23. Januar 2023 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/2019 hinsichtlich einiger zum Anpflanzen bestimmter Pflanzen von *Prunus domestica* und *Prunus cerasifera* mit Ursprung in der Ukraine (ABl. L 22 vom 24.1.2023, S. 15)

ABSCHNITT F

KONTROLLEN UND MELDUNG VON BEANSTANDUNGEN

61. 32008 L 0061: Richtlinie 2008/61/EG der Kommission vom 17. Juni 2008 mit den Bedingungen, unter denen bestimmte Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und andere Gegenstände gemäß den Anhängen I bis V der Richtlinie 2000/29/EG des Rates zu Versuchs-, Forschungs- und Züchtungszwecken in die Gemeinschaft oder bestimmte Schutzgebiete derselben eingeführt oder darin verbracht werden dürfen (ABl. L 158 vom 18.6.2008, S. 41)

62. 32019 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1014 der Kommission vom 12. Juni 2019 mit detaillierten Bestimmungen betreffend die Mindestanforderungen an Grenzkontrollstellen, einschließlich Kontrollzentren, und das Format, die Kategorien und die Abkürzungen, die bei der Auflistung der Grenzkontrollstellen und der Kontrollstellen zu verwenden sind (ABl. L 165 vom 21.6.2019, S. 10)

ABSCHNITT G

AUSNAHMEN

63. 31993 D 0359: Entscheidung 93/359/EWG: der Kommission vom 28. Mai 1993 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für Holz von Thuja L. mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vorzusehen (ABl. L 148 vom 19.6.1993, S. 41)

64. 31993 D 0360: Entscheidung 93/360/EWG der Kommission vom 28. Mai 1993 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für Holz von Thuja L. mit Ursprung in Kanada Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vorzusehen (ABl. L 148 vom 19.6.1993, S. 45)

65. 31993 D 0365: Entscheidung 93/365/EWG der Kommission vom 2. Juni 1993 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für wärmebehandeltes Nadelholz mit Ursprung in Kanada Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vorzusehen, und zur Festlegung der Kennzeichnung des wärmebehandelten Holzes (ABl. L 151 vom 23.6.1993, S. 38)

66. 31993 D 0422: Entscheidung 93/422/EWG der Kommission vom 22. Juni 1993 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für künstlich getrocknetes Nadelholz mit Ursprung in Kanada Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vorzusehen, und zur Festlegung der Kennzeichnung des künstlich getrockneten Holzes (ABl. L 195 vom 4.8.1993, S. 51)

67. 31993 D 0423: Entscheidung 93/423/EWG der Kommission vom 22. Juni 1993 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für künstlich getrocknetes Nadelholz mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vorzusehen, und zur Festlegung der Kennzeichnung des künstlich getrockneten Holzes (ABl. L 195 vom 4.8.1993, S. 55)

68. 32002 D 0499: Entscheidung 2002/499/EG der Kommission vom 26. Juni 2002 zur Genehmigung von Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates für auf natürliche oder künstliche Weise kleinwüchsig gehaltene Pflanzen von Chamaecyparis Spach, Juniperus L. und Pinus L. mit Ursprung in der Republik Korea (ABl. L 168 vom 27.6.2002, S. 53), geändert durch:

– 32005 D 0775: Entscheidung 2005/775/EG der Kommission vom 4. November 2005 (ABl. L 292 vom 8.11.2005, S. 11)

– 32007 D 0432: Entscheidung 2007/432/EG der Kommission vom 18. Juni 2007 (ABl. L 161 vom 22.6.2007, S. 65)

– 32010 D 0646: Beschluss 2010/646/EU der Kommission vom 26. Oktober 2010 (ABl. L 281 vom 27.10.2010, S. 98)

69. 32003 D 0063: Entscheidung 2003/63/EG der Kommission vom 28. Januar 2003 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für nicht zum Pflanzen bestimmte Kartoffeln/Erdäpfel mit Ursprung in bestimmten Provinzen Kubas vorübergehende Ausnahmen von der Richtlinie 2000/29/EG des Rates zu gewähren (ABl. L 24 vom 29.1.2003, S. 11), geändert durch:

– 32005 D 0649: Entscheidung 2005/649/EG der Kommission vom 13. September 2005 (ABl. L 138 vom 15.9.2005, S. 18)

– 32008 D 0882: Entscheidung 2008/882/EG der Kommission vom 21. November 2008 (ABl. L 316 vom 26.11.2008, S. 13)

70. 32005 D 0051: Entscheidung 2005/51/EG der Kommission vom 21. Januar 2005 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für die Einfuhr von mit Pestiziden oder persistenten organischen Schadstoffen verseuchten Böden zu Dekontaminierungszwecken vorübergehend Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates zu gewähren (ABl. L 21 vom 25.1.2005, S. 21), geändert durch:

– 32007 D 0156: Entscheidung 2007/156/EG der Kommission vom 7. März 2007 (ABl. L 68 vom 8.3.2007, S. 7)

– 32009 D 0162: Entscheidung 2009/162/EG der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 40)

– 32012 D 0102: Durchführungsbeschluss 2012/102/EU der Kommission (ABl. L 48 vom 21.2.2012, S. 15)

– 32017 D 0487: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/487 der Kommission vom 17. März 2017 (ABl. L 75 vom 21.3.2017, S. 32)

71. 32011 D 0778: Durchführungsbeschluss 2011/778/EU der Kommission vom 28. November 2011 zur Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten, für Pflanzkartoffeln mit Ursprung in bestimmten Provinzen Kanadas befristete Ausnahmen von einigen Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates zuzulassen (ABl. L 317 vom 30.11.2011, S. 37), geändert durch:

– 32014 D 0368: Durchführungsbeschluss 2014/368/EU der Kommission vom 16. Juni 2014 (ABl. L 178 vom 18.6.2014, S. 27)

72. 32013 D 0780: Durchführungsbeschluss 2013/780/EU der Kommission vom 18. Dezember 2013 über eine Ausnahmeregelung zu Artikel 13 Absatz 1 Ziffer ii der Richtlinie 2000/29/EG des Rates in Bezug auf rindenfreies Schnittholz von *Quercus* L., *Platanus* L. und *Acer saccharum* Marsh. mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika (ABl. L 346 vom 20.12.2013, S. 61), geändert durch:

– 32016 D 2004: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2004 der Kommission vom 14. November 2016 (ABl. L 308 vom 16.11.2016, S. 62)

73. 32016 D 0412: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/412 der Kommission vom 17. März 2016 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates in Bezug auf Eschenholz zu gewähren, dessen Ursprung Kanada ist oder das dort verarbeitet wurde (ABl. L 74 vom 19.3.2016, S. 41)

74. 32017 D 2180: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2180 der Kommission vom 16. November 2017 zur Verlängerung der Geltungsdauer des Durchführungsbeschlusses (EU) 2016/412 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates in Bezug auf Eschenholz zu gewähren, dessen Ursprung Kanada ist oder das dort verarbeitet wurde (ABl. L 307 vom 23.11.2017, S. 57)

75. 32017 D 2187: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2187 der Kommission vom 16. November 2017 zur Verlängerung der Geltungsdauer des Durchführungsbeschlusses (EU) 2015/179 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, eine Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates zu gewähren für Verpackungsmaterial aus Holz von Nadelbäumen (Coniferales) in Form von Munitionskisten mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika, die unter Kontrolle des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten stehen (ABl. L 309 vom 24.11.2017, S. 19)

76. 32018 D 1970: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1970 der Kommission vom 11. Dezember 2018 zur Änderung und Verlängerung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2016/412 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates in Bezug auf Eschenholz zu gewähren, dessen Ursprung Kanada ist oder das dort verarbeitet wurde (ABl. L 316 vom 13.12.2018, S. 19)

77. 32019 D 1614: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1614 der Kommission vom 26. September 2019 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für nicht als Pflanzgut bestimmte Kartoffeln/Erdäpfel mit Ursprung in den libanesischen Regionen Akkar und Bekaa Ausnahmen von einigen Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates zu genehmigen (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 83)

78. 32020 R 0918: Durchführungsverordnung (EU) 2020/918 der Kommission vom 1. Juli 2020 zur Festlegung einer Ausnahme von der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 hinsichtlich der Anforderungen für die Einfuhr in die Union von Eschenholz, dessen Ursprung Kanada ist oder das dort verarbeitet wurde (ABl. L 209 vom 2.7.2020, S. 14)

79. 32020 R 1002: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1002 der Kommission vom 9. Juli 2020 zur Gewährung einer Ausnahme von der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 hinsichtlich der Anforderungen an das Einführen von Eschenholz in die Union, dessen Ursprung die Vereinigten Staaten von Amerika sind oder das dort verarbeitet wurde (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 122)

80. 32020 R 1217: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1217 der Kommission vom 25. August 2020 über eine Ausnahme von der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 hinsichtlich der Einführung in die Union von auf natürliche oder künstliche Weise kleinwüchsig gehaltenen, zum Anpflanzen bestimmten Pflanzen von *Chamaecyparis* Spach, *Juniperus* L. und bestimmten Arten von *Pinus* L. mit Ursprung in Japan und zur Aufhebung der Entscheidung 2002/887/EG (ABl. L 277 vom 26.8.2020, S. 6)

ABSCHNITT H

SOLIDARITÄT UND HAFTUNG

81. 32002 R 1040: Verordnung (EG) Nr. 1040/2002 der Kommission vom 14. Juni 2002 mit Durchführungsbestimmungen hinsichtlich der Gewährung eines finanziellen Beitrags der Gemeinschaft für die Pflanzengesundheitskontrolle und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2051/97 (ABl. L 157 vom 15.6.2002, S. 38), geändert durch:

   – 32005 R 0738: Verordnung (EG) Nr. 738/2005 der Kommission vom 13. Mai 2005 (ABl. L 122 vom 14.5.2005, S. 17)

82. 32006 D 0923: Entscheidung 2006/923/EG der Kommission vom 13. Dezember 2006 über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft für 2006 und 2007 zu den Ausgaben Portugals für die Bekämpfung von *Bursaphelenchus xylophilus* (Steiner et Buhrer) Nickle *et al.* (Kiefernfadenwurm) (ABl. L 354 vom 14.12.2006, S. 42)

83. 32008 D 0327: Entscheidung 2008/327/EG der Kommission vom 21. April 2008 zur Abweichung von bestimmten Vorschriften der Entscheidung 2006/923/EG über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft für 2006 und 2007 zu den Ausgaben Portugals für die Bekämpfung von *Bursaphelenchus xylophilus* (Steiner et Buhrer) Nickle et al. (Kiefernfadenwurm) (ABl. L 112 vom 24.4.2008, S. 29)

84. 32009 D 0126: Entscheidung 2009/126/EG der Kommission vom 13. Februar 2009 über die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an einem Programm zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnisse in den französischen überseeischen Departements im Jahr 2009 (ABl. L 44 vom 14.2.2009, S. 79)

85. 32009 D 0147: Entscheidung 2009/147/EG der Kommission vom 19. Februar 2009 über einen finanziellen Beitrag der Gemeinschaft für das Jahr 2008 zu den Ausgaben Deutschlands, der Niederlande und Sloweniens zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 49 vom 20.2.2009, S. 43)

86. 32009 D 0996: Beschluss 2009/996/EU der Kommission vom 17. Dezember 2009 über einen finanziellen Beitrag der Gemeinschaft für das Jahr 2009 zu den Ausgaben Deutschlands, Spaniens, Italiens, Maltas, der Niederlande, Portugals und Sloweniens zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 339 vom 22.12.2009, S. 49), geändert durch:

   – 32011 D 0212: Beschluss 2011/212/EU der Kommission vom 4. April 2011 (ABl. L 89 vom 5.4.2011, S. 24)

87. 32010 D 0052: Beschluss 2010/52/EU der Kommission vom 27. Januar 2010 über eine Finanzhilfe der Union für ein Programm zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnisse in den französischen überseeischen Departements im Jahr 2010 (ABl. L 26 vom 30.1.2010, S. 26)

88. 32010 D 0772: Beschluss 2010/772/EU der Kommission vom 14. Dezember 2010 über einen finanziellen Beitrag der Union für das Jahr 2010 zu den Ausgaben Deutschlands, Spaniens, Frankreichs, Italiens, Zyperns und Portugals zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 330 vom 15.12.2010, S. 9)

89. 32011 D 0132: Beschluss 2011/132/EU der Kommission vom 28. Februar 2011 über eine finanzielle Beteiligung der Union an einem Programm zur Bekämpfung der Schadorganismen von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen in den französischen überseeischen Departements im Jahr 2011 (ABl. L 56 vom 1.3.2011, S. 17)

90. 32011 D 0851: Durchführungsbeschluss 2011/851/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über eine zusätzliche Finanzhilfe der Europäischen Union für 2006 und 2007 zur Deckung der Ausgaben Portugals für die Bekämpfung von *Bursaphelenchus xylophilus* (Steiner et Buhrer) Nickle *et al.* (Kiefernfadenwurm) (ABl. L 335 vom 17.12.2011, S. 107), berichtigt in ABl. L 336 vom 20.12.2011, S. 85

91. 32011 D 0868: Durchführungsbeschluss 2011/868/EU der Kommission vom 19. Dezember 2011 über einen finanziellen Beitrag der Europäischen Union für das Jahr 2011 zu den Ausgaben Deutschlands, Spaniens, Italiens, Zyperns, Maltas, der Niederlande und Portugals zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 57)

92. 32012 D 0182: Durchführungsbeschluss 2012/182/EU der Kommission vom 28. März 2012 über eine finanzielle Beteiligung der Union an einem Programm zur Bekämpfung der Schadorganismen von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen in den französischen überseeischen Departements im Jahr 2012 (ABl. L 92 vom 30.3.2012, S. 28)

93. 32012 D 0789: Durchführungsbeschluss 2012/789/EU der Kommission vom 14. Dezember 2012 über einen finanziellen Beitrag der Union gemäß der Richtlinie 2000/29/EG des Rates für das Jahr 2012 zu den Ausgaben Deutschlands, Spaniens, Frankreichs, Italiens, Zyperns, der Niederlande und Portugals zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 348 vom 18.12.2012, S. 22)

94. 32012 D 0796: Durchführungsbeschluss 2012/796/EU der Kommission vom 17. Dezember 2012 über eine dritte Finanzhilfe der Union gemäß der Richtlinie 2000/29/EG des Rates für 2006 und 2007 zur Deckung der Ausgaben Portugals für die Bekämpfung von *Bursaphelenchus xylophilus* (Steiner et Buhrer) Nickle et al. (Kiefernfadenwurm) (ABl. L 349 vom 19.12.2012, S. 66)

95. 32013 D 0175: Durchführungsbeschluss 2013/175/EU der Kommission vom 8. April 2013 über eine finanzielle Beteiligung der Union gemäß der Verordnung (EG) Nr. 247/2006 des Rates an einem Programm zur Bekämpfung der Schadorganismen von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen in den französischen überseeischen Departements im Jahr 2013 (ABl. L 101 vom 10.4.2013, S. 48)

96. 32013 D 0800: Durchführungsbeschluss 2013/800/EU der Kommission vom 18. Dezember 2013 über einen finanziellen Beitrag der Union für das Jahr 2013 zu den Ausgaben Frankreichs, der Niederlande, Deutschlands, Portugals und Spaniens zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 58)

KAPITEL 2

PFLANZENGESUNDHEIT –PFLANZENSCHUTZMITTEL

ABSCHNITT A

INVERKEHRBRINGEN

1. 32021 D 1102: Beschluss (EU) 2021/1102 des Rates vom 28. Juni 2021 mit dem Ersuchen an die Kommission, eine Untersuchung über die Lage der Union und ihre Möglichkeiten im Hinblick auf Einführung, Bewertung, Herstellung, Inverkehrbringen und Einsatz von wirbellosen biologischen Bekämpfungsmitteln im Gebiet der Union sowie, falls dies angesichts der Ergebnisse der Untersuchung angemessen ist, einen Vorschlag vorzulegen (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 81)

UNTERABSCHNITT 1

REGISTRIERUNG

2. 32009 R 1107: Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32011 R 0541: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 541/2011 der Kommission vom 1. Juni 2011 (ABl. L 1538 vom 11.6.2011, S. 187)

– 32013 R 0518: Verordnung (EU) Nr. 518/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 72)

– 32014 R 0652: Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 1)

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32017 R 1432: Verordnung (EU) 2017/1432 der Kommission vom 7. August 2017 (ABl. L 205 vom 8.8.2017, S. 59)

– 32018 R 0605: Verordnung (EU) 2018/605 der Kommission vom 19. April 2018 (ABl. L 101 vom 20.4.2018, S. 33), berichtigt in ABl. L 111 vom 2.5.2018, S. 10

– 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

– 32021 R 0383: Verordnung (EU) 2021/383 der Kommission vom 3. März 2021 (ABl. L 74 vom 4.3.2021, S. 7)

– 32022 R 1438: Verordnung (EU) 2022/1438 der Kommission vom 31. August 2022 (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 2)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Andorra ist nicht verpflichtet, sich an der Bewertung von Anträgen auf Genehmigung von Wirkstoffen, Safenern, Synergisten oder Beistoffen oder an der Bewertung von Anträgen auf Zulassung von Pflanzenschutzmitteln zu beteiligen. In dieser Hinsicht erkennt Andorra stets automatisch die in Frankreich und Spanien geltenden Marktzulassungen für Pflanzenschutzmittel an.

b) Andorra kann das Verfahren zur Beantragung der gegenseitigen Anerkennung durch amtliche oder wissenschaftliche Stellen nach Maßgabe des Artikels 40 Absatz 2 dieser Verordnung einleiten.

c) Andorra kann im Falle von Notfallsituationen im Pflanzenschutz gemäß Artikel 53 dieser Verordnung das Ausnahmeverfahren einleiten.

d) Andorra kann das Verfahren für Forschung und Entwicklung nach Maßgabe des Artikels 54 dieser Verordnung einleiten.

3. 32011 R 0188: Verordnung (EU) Nr. 188/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 91/414/EWG des Rates in Bezug auf das Verfahren für die Bewertung von Wirkstoffen, die zwei Jahre nach Bekanntgabe der Richtlinie nicht im Handel waren (ABl. L 53 vom 26.2.2011, S. 51)

4. 32011 R 0540: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Liste zugelassener Wirkstoffe (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 1), berichtigt in ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 38, ABl. L 216 vom 15.8.2015, S. 1, ABl. L 152 vom 15.5.2020, S. 1, ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 9, und ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 128, geändert durch:

– 32011 R 0542 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 542/2011 der Kommission vom 1. Juni 2011 (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 189)

– 32011 R 0702: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 702/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 28)

– 32011 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 703/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 33)

– 32011 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 704/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 38)

– 32011 R 0705: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 705/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 43)

– 32011 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 706/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 50)

– 32011 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 736/2011 der Kommission vom 26. Juli 2011 (ABl. L 195 vom 27.7.2011, S. 37)

– 32011 R 0740: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 740/2011 der Kommission vom 27. Juli 2011 (ABl. L 196 vom 28.7.2011, S. 6)

– 32011 R 0786: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 786/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 11)

– 32011 R 0787: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 787/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 16)

– 32011 R 0788: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 788/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 21)

– 32011 R 0797: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 797/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 3)

– 32011 R 0798: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 798/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 9)

– 32011 R 0800: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 800/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 22)

– 32011 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 806/2011 der Kommission vom 10. August 2011 (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 39)

– 32011 R 0807: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 807/2011 der Kommission vom 10. August 2011 (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 44)

– 32011 R 0810: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 810/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 7)

– 32011 R 0820: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 820/2011 der Kommission vom 16. August 2011 (ABl. L 209 vom 17.8.2011, S. 18), geändert durch:

  – 32021 R 0824: Durchführungsverordnung (EU) 2021/824 der Kommission vom 21. Mai 2021 (ABl. L 183 vom 25.5.2021, S. 35)

– 32011 R 0974: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 974/2011 der Kommission vom 29. September 2011 (ABl. L 255 vom 1.10.2011, S. 1)

– 32011 R 0993: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 993/2011 der Kommission vom 6. Oktober 2011 (ABl. L 263 vom 7.10.2011, S. 1)

– 32011 R 1022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1022/2011 der Kommission vom 14. Oktober 2011 (ABl. L 270 vom 15.10.2011, S. 20)

– 32011 R 1100: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1100/2011 der Kommission vom 31. Oktober 2011 (ABl. L 285 vom 1.11.2011, S. 10)

– 32011 R 1134: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1134/2011 der Kommission vom 9. November 2011 (ABl. L 292 vom 10.11.2011, S. 1)

– 32011 R 1143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1143/2011 der Kommission vom 10. November 2011 (ABl. L 293 vom 11.11.2011, S. 26)

– 32012 R 0087: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 87/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 8)

– 32012 R 0127: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 127/2012 der Kommission vom 14. Februar 2012 (ABl. L 41 vom 15.2.2012, S. 12)

– 32012 R 0287: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 287/2012 der Kommission vom 30. März 2012 (ABl. L 95 vom 31.3.2012, S. 7)

– 32012 R 0359: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 359/2012 der Kommission vom 25. April 2012 (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 1)

– 32012 R 0369: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 369/2012 der Kommission vom 27. April 2012 (ABl. L 116 vom 28.4.2012, S. 19)

– 32012 R 0571: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 571/2012 der Kommission vom 28. Juni 2012 (ABl. L 169 vom 29.6.2012, S. 46)

– 32012 R 0582: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 582/2012 der Kommission vom 2. Juli 2012 (ABl. L 173 vom 3.7.2012, S. 36)

– 32012 R 0589: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 589/2012 der Kommission vom 4. Juli 2012 (ABl. L 175 vom 5.7.2012, S. 7)

– 32012 R 0595: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 595/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 46)

– 32012 R 0597: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 597/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 54)

– 32012 R 0608: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 608/2012 der Kommission vom 6. Juli 2012 (ABl. L 177 vom 7.7.2012, S. 19)

– 32012 R 0637: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 637/2012 der Kommission vom 13. Juli 2012 (ABl. L 186 vom 14.7.2012, S. 20)

– 32012 R 0735: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 735/2012 der Kommission vom 14. August 2012 (ABl. L 218 vom 15.8.2012, S. 3)

– 32012 R 0746: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 746/2012 der Kommission vom 16. August 2012 (ABl. L 219 vom 17.8.2012, S. 15)

– 32012 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1043/2012 der Kommission vom 8. November 2012 (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 24)

– 32012 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1197/2012 der Kommission vom 13. Dezember 2012 (ABl. L 342 vom 14.12.2012, S. 27)

– 32012 R 1237: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1237/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 55)

– 32012 R 1238: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1238/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 59)

– 32013 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 17/2013 der Kommission vom 14. Januar 2013 (ABl. L 9 vom 15.1.2013, S. 5)

– 32013 R 0022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 22/2013 der Kommission vom 15. Januar 2013 (ABl. L 11 vom 16.1.2013, S. 8)

– 32013 R 0175: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 175/2013 der Kommission vom 27. Februar 2013 (ABl. L 56 vom 28.2.2013, S. 4)

– 32013 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 187/2013 der Kommission vom 5. März 2013 (ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 10)

– 32013 R 0188: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 188/2013 der Kommission vom 5. März 2013 (ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 13)

– 32013 R 0190: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 190/2013 der Kommission vom 5. März 2013 (ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 19)

– 32013 R 0200: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 200/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 235 vom 31.8.2013, S. 12

– 32013 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 6)

– 32013 R 0350: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 350/2013 der Kommission vom 17. April 2013 (ABl. L 108 vom 18.4.2013, S. 9)

– 32013 R 0355: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 355/2013 der Kommission vom 18. April 2013 (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 14)

– 32013 R 0356: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 356/2013 der Kommission vom 18. April 2013 (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 18)

– 32013 R 0365: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 365/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 27)

– 32013 R 0366: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 366/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 30)

– 32013 R 0367: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 367/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 33)

– 32013 R 0368: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 368/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 36)

– 32013 R 0369: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 369/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 39)

– 32013 R 0373: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 373/2013 der Kommission vom 23. April 2013 (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 10)

– 32013 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 375/2013 der Kommission vom 23. April 2013 (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 15)

– 32013 R 0378: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 378/2013 der Kommission vom 24. April 2013 (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 1)

– 32013 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2013 der Kommission vom 24. Mai 2013 (ABl. L 139 vom 25.5.2013, S. 12)

– 32013 R 0532: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 532/2013 der Kommission vom 10. Juni 2013 (ABl. L 159 vom 11.6.2013, S. 6)

– 32013 R 0533: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 533/2013 der Kommission vom 10. Juni 2013 (ABl. L 159 vom 11.6.2013, S. 9)

– 32013 R 0546: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 546/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 17)

– 32013 R 0568: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 568/2013 der Kommission vom 18. Juni 2013 (ABl. L 167 vom 19.6.2013, S. 33)

– 32013 R 0570: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 570/2013 der Kommission vom 17. Juni 2013 (ABl. L 168 vom 20.6.2013, S. 18)

– 32013 R 0762: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 762/2013 der Kommission vom 7. August 2013 (ABl. L 213 vom 8.8.2013, S. 14)

– 32013 R 0767: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 767/2013 der Kommission vom 8. August 2013 (ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 5)

– 32013 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 781/2013 der Kommission vom 14. August 2013 (ABl. L 219 vom 15.8.2013, S. 22)

– 32013 R 0790: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 790/2013 der Kommission vom 19. August 2013 (ABl. L 222 vom 20.8.2013, S. 6)

– 32013 R 0798: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 798/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 224 vom 22.8.2013, S. 9)

– 32013 R 0802: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 802/2013 der Kommission vom 22. August 2013 (ABl. L 225 vom 23.8.2013, S. 13)

– 32013 R 0826: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 826/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 13)

– 32013 R 0827: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 827/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 18)

– 32013 R 0828: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 828/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 23)

– 32013 R 0829: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 829/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 29)

– 32013 R 0832: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 832/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 3)

– 32013 R 0833: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 833/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 7)

– 32013 R 1031: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1031/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 17)

– 32013 R 1089: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1089/2013 der Kommission vom 4. November 2013 (ABl. L 293 vom 5.11.2013, S. 31)

– 32013 R 1124: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1124/2013 der Kommission vom 8. November 2013 (ABl. L 299 vom 9.11.2013, S. 34)

– 32013 R 1136: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1136/2013 der Kommission vom 12. November 2013 (ABl. L 302 vom 13.11.2013, S. 34)

– 32013 R 1150: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1150/2013 der Kommission vom 14. November 2013 (ABl. L 305 vom 15.11.2013, S. 13)

– 32013 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1165/2013 der Kommission vom 18. November 2013 (ABl. L 309 vom 19.11.2013, S. 17)

– 32013 R 1166: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1166/2013 der Kommission vom 18. November 2013 (ABl. L 309 vom 19.11.2013, S. 22)

– 32013 R 1175: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1175/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 18)

– 32013 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1176/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 23)

– 32013 R 1177: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1177/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 28)

– 32013 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1178/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 33)

– 32013 R 1187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1187/2013 der Kommission vom 21. November 2013 (ABl. L 313 vom 22.11.2013, S. 42)

– 32013 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1192/2013 der Kommission vom 22. November 2013 (ABl. L 314 vom 23.11.2013, S. 6)

– 32013 R 1195: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1195/2013 der Kommission vom 22. November 2013 (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 27)

– 32013 R 1199: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1199/2013 der Kommission vom 25. November 2013 (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 69)

– 32014 R 0085: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 85/2014 der Kommission vom 30. Januar 2014 (ABl. L 28 vom 31.1.2014, S. 34)

– 32014 R 0140: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 140/2014 der Kommission vom 13. Februar 2014 (ABl. L 44 vom 14.2.2014, S. 35), berichtigt in ABl. L 277 vom 22.10.2015, S. 60

– 32014 R 0141: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 141/2014 der Kommission vom 13. Februar 2014 (ABl. L 44 vom 14.2.2014, S. 40)

– 32014 R 0143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 143/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 1)

– 32014 R 0144: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 144/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 7)

– 32014 R 0145: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 145/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 12)

– 32014 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 149/2014 der Kommission vom 17. Februar 2014 (ABl. L 46 vom 18.2.2014, S. 3)

– 32014 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 151/2014 der Kommission vom 18. Februar 2014 (ABl. L 48 vom 19.2.2014, S. 1)

– 32014 R 0154: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 154/2014 der Kommission vom 19. Februar 2014 (ABl. L 50 vom 20.2.2014, S. 7)

– 32014 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 187/2014 der Kommission vom 26. Februar 2014 (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 4)

– 32014 R 0192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 192/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 20)

– 32014 R 0193: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 193/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 25)

– 32014 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 462/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 (ABl. L 134 vom 7.5.2014, S. 28)

– 32014 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 65)

– 32014 R 0486: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 486/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 70)

– 32014 R 0487: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 487/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 72)

– 32014 R 0496: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 496/2014 der Kommission vom 14. Mai 2014 (ABl. L 143 vom 15.5.2014, S. 1)

– 32014 R 0504: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 504/2014 der Kommission vom 15. Mai 2014 (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 28)

– 32014 R 0563: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 563/2014 der Kommission vom 23. Mai 2014 (ABl. L 156 vom 24.5.2014, S. 5)

– 32014 R 0571: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 571/2014 der Kommission vom 26. Mai 2014 (ABl. L 157 vom 27.5.2014, S. 96)

– 32014 R 0629: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 629/2014 der Kommission vom 12. Juni 2014 (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 33)

– 32014 R 0632: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 632/2014 der Kommission vom 13. Mai 2014 (ABl. L 175 vom 14.6.2014, S. 1)

– 32014 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 678/2014 der Kommission vom 19. Juni 2014 (ABl. L 180 vom 20.6.2014, S. 11)

– 32014 R 0878: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 878/2014 der Kommission vom 12. August 2014 (ABl. L 240 vom 13.8.2014, S. 18)

– 32014 R 0880: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 880/2014 der Kommission vom 12. August 2014 (ABl. L 240 vom 13.8.2014, S. 22)

– 32014 R 0890: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 890/2014 der Kommission vom 14. August 2014 (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 42)

– 32014 R 0891: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 891/2014 der Kommission vom 14. August 2014 (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 47)

– 32014 R 0916: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 916/2014 der Kommission vom 22. August 2014 (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 16)

– 32014 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 917/2014 der Kommission vom 22. August 2014 (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 19)

– 32014 R 0918: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 918/2014 der Kommission vom 22. August 2014 (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 24)

– 32014 R 0921: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 921/2014 der Kommission vom 25. August 2014 (ABl. L 252 vom 26.8.2014, S. 3)

– 32014 R 0922: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 922/2014 der Kommission vom 25. August 2014 (ABl. L 252 vom 26.8.2014, S. 6)

– 32014 R 1330: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1330/2014 der Kommission vom 15. Dezember 2014 (ABl. L 349 vom 16.12.2014, S. 85), berichtigt in ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 128

– 32014 R 1334: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1334/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2014 (ABl. L 360 vom 17.12.2014, S. 1)

– 32015 R 0051: Durchführungsverordnung (EU) 2015/51 der Kommission vom 14. Januar 2015 (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 22)

– 32015 R 0058: Durchführungsverordnung (EU) 2015/58 der Kommission vom 15. Januar 2015 (ABl. L 10 vom 16.1.2015, S. 25)

– 32015 R 0232: Durchführungsverordnung (EU) 2015/232 der Kommission vom 13. Februar 2015 (ABl. L 39 vom 14.2.2015, S. 7)

– 32015 R 0306: Durchführungsverordnung (EU) 2015/306 der Kommission vom 26. Februar 2015 (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 1)

– 32015 R 0307: Durchführungsverordnung (EU) 2015/307 der Kommission vom 26. Februar 2015 (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 6)

– 32015 R 0308: Durchführungsverordnung (EU) 2015/308 der Kommission vom 26. Februar 2015 (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 9)

– 32015 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2015/404 der Kommission vom 11. März 2015 (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 6)

– 32015 R 0415: Durchführungsverordnung (EU) 2015/415 der Kommission vom 12. März 2015 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 28)

– 32015 R 0418: Durchführungsverordnung (EU) 2015/418 der Kommission vom 12. März 2015 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 36)

– 32015 R 0543: Durchführungsverordnung (EU) 2015/543 der Kommission vom 1. April 2015 (ABl. L 90 vom 2.4.2015, S. 7)

– 32015 R 0553: Durchführungsverordnung (EU) 2015/553 der Kommission vom 7. April 2015 (ABl. L 92 vom 8.4.2015, S. 86)

– 32015 R 0762: Durchführungsverordnung (EU) 2015/762 der Kommission vom 12. Mai 2015 (ABl. L 120 vom 13.5.2015, S. 6)

– 32015 R 1106: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1106 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 70)

- 32015 R 1107: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1107 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 72)

- 32015 R 1108: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1108 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 75), geändert durch:

  - 32019 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2019/149 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 20)

- 32015 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1115 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 22)

- 32015 R 1116: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1116 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 26)

- 32015 R 1154: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1154 der Kommission vom 14. Juli 2015 (ABl. L 187 vom 15.7.2015, S. 18)

- 32015 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1165 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 30)

- 32015 R 1166: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1166 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 34)

- 32015 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1176 der Kommission vom 17. Juli 2015 (ABl. L 192 vom 18.7.2015, S. 1)

- 32015 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1192 der Kommission vom 20. Juli 2015 (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 124)

- 32015 R 1201: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1201 der Kommission vom 22. Juli 2015 (ABl. L 195 vom 23.7.2015, S. 37)

- 32015 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1295 der Kommission vom 27. Juli 2015 (ABl. L 199 vom 29.7.2015, S. 8), geändert durch:

  - 32022 R 0686: Durchführungsverordnung (EU) 2022/686 der Kommission vom 28. April 2022 (ABl. L 129 vom 29.4.2022, S. 18)

- 32015 R 1392: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1392 der Kommission vom 13. August 2015 (ABl. L 215 vom 14.8.2015, S. 34)

- 32015 R 1397: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1397 der Kommission vom 14. August 2015 (ABl. L 216 vom 15.8.2015, S. 3)

- 32015 R 1885: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1885 der Kommission vom 20. Oktober 2015 (ABl. L 276 vom 21.10.2015, S. 48)

- 32015 R 2033: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2033 der Kommission vom 13. November 2015 (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 8)

- 32015 R 2047: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2047 der Kommission vom 16. November 2015 (ABl. L 300 vom 17.11.2015, S. 8)

– 32015 R 2069: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2069 der Kommission vom 17. November 2015 (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 42)

– 32015 R 2084: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2084 der Kommission vom 18. November 2015 (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 89)

– 32015 R 2085: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2085 der Kommission vom 18. November 2015 (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 93)

– 32015 R 2105: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2105 der Kommission vom 20. November 2015 (ABl. L 305 vom 20.11.2015, S. 31)

– 32015 R 2198: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2198 der Kommission vom 27. November 2015 (ABl. L 313 vom 28.11.2015, S. 35)

– 32015 R 2233: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2233 der Kommission vom 2. Dezember 2015 (ABl. L 317 vom 3.12.2015, S. 26)

– 32016 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2016/139 der Kommission vom 2. Februar 2016 (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 7)

– 32016 R 0146: Durchführungsverordnung (EU) 2016/146 der Kommission vom 4. Februar 2016 (ABl. L 30 vom 5.2.2016, S. 5)

– 32016 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2016/147 der Kommission vom 4. Februar 2016 (ABl. L 30 vom 5.2.2016, S. 12)

– 32016 R 0177: Durchführungsverordnung (EU) 2016/177 der Kommission vom 10. Februar 2016 (ABl. L 35 vom 11.2.2016, S. 1)

– 32016 R 0182: Durchführungsverordnung (EU) 2016/182 der Kommission vom 11. Februar 2016 (ABl. L 37 vom 12.2.2016, S. 40)

– 32016 R 0370: Durchführungsverordnung (EU) 2016/370 der Kommission vom 15. März 2016 (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 7)

– 32016 R 0389: Durchführungsverordnung (EU) 2016/389 der Kommission vom 17. März 2016 (ABl. L 73 vom 18.3.2016, S. 77)

– 32016 R 0548: Durchführungsverordnung (EU) 2016/548 der Kommission vom 8. April 2016 (ABl. L 95 vom 9.4.2016, S. 1)

– 32016 R 0549: Durchführungsverordnung (EU) 2016/549 der Kommission vom 8. April 2016 (ABl. L 95 vom 9.4.2016, S. 4)

– 32016 R 0560: Durchführungsverordnung (EU) 2016/560 der Kommission vom 11. April 2016 (ABl. L 96 vom 12.4.2016, S. 23)

– 32016 R 0636: Durchführungsverordnung (EU) 2016/636 der Kommission (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 22)

– 32016 R 0638: Durchführungsverordnung (EU) 2016/638 der Kommission vom 22. April 2016 (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 28)

– 32016 R 0864: Durchführungsverordnung (EU) 2016/864 der Kommission vom 31. Mai 2016 (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 32)

– 32016 R 0871: Durchführungsverordnung (EU) 2016/871 der Kommission vom 1. Juni 2016 (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 4)

– 32016 R 0872: Durchführungsverordnung (EU) 2016/872 der Kommission vom 1. Juni 2016 (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 7)

– 32016 R 0950: Durchführungsverordnung (EU) 2016/950 der Kommission vom 15. Juni 2016 (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 3)

– 32016 R 0951: Durchführungsverordnung (EU) 2016/951 der Kommission vom 15. Juni 2016 (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 6)

– 32016 R 1056: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1056 der Kommission vom 29. Juni 2016 (ABl. L 173 vom 30.6.2016, S. 52)

– 32016 R 1313: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1313 der Kommission vom 1. August 2016 (ABl. L 208 vom 2.8.2016, S. 1)

– 32016 R 1414: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1414 der Kommission vom 24. August 2016 (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 16)

– 32016 R 1423: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1423 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 20)

– 32016 R 1424: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1424 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 25)

– 32016 R 1425: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1425 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 30)

– 32016 R 1426: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1426 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 34)

– 32016 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1429 der Kommission vom 26. August 2016 (ABl. L 232 vom 27.8.2016, S. 1)

– 32016 R 1978: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1978 der Kommission vom 11. November 2016 (ABl. L 305 vom 12.11.2016, S. 23)

– 32016 R 2016: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2016 der Kommission vom 17. November 2016 (ABl. L 312 vom 18.11.2016, S. 21)

– 32016 R 2035: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2035 der Kommission vom 21. November 2016 (ABl. L 314 vom 22.11.2016, S. 7)

– 32017 R 0157: Durchführungsverordnung (EU) 2017/157 der Kommission vom 30. Januar 2017 (ABl. L 25 vom 31.1.2017, S. 5)

– 32017 R 0195: Durchführungsverordnung (EU) 2017/195 der Kommission vom 3. Februar 2017 (ABl. L 31 vom 4.2.2017, S. 21)

– 32017 R 0239: Durchführungsverordnung (EU) 2017/239 der Kommission vom 10. Februar 2017 (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 39)

– 32017 R 0270: Durchführungsverordnung (EU) 2017/270 der Kommission vom 16. Februar 2017 (ABl. L 40 vom 17.2.2017, S. 48)

– 32017 R 0359: Durchführungsverordnung (EU) 2017/359 der Kommission vom 28. Februar 2017 (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 8)

– 32017 R 0360: Durchführungsverordnung (EU) 2017/360 der Kommission vom 28. Februar 2017 (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 11)

– 32017 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) 2017/375 der Kommission vom 2. März 2017 (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 3)

– 32017 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) 2017/406 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 83)

– 32017 R 0407: Durchführungsverordnung (EU) 2017/407 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 87)

– 32017 R 0408: Durchführungsverordnung (EU) 2017/408 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 91)

– 32017 R 0409: Durchführungsverordnung (EU) 2017/409 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 95)

– 32017 R 0419: Durchführungsverordnung (EU) 2017/419 der Kommission vom 9. März 2017 (ABl. L 64 vom 10.3.2017, S. 4)

– 32017 R 0428: Durchführungsverordnung (EU) 2017/428 der Kommission vom 10. März 2017 (ABl. L 66 vom 11.3.2017, S. 1)

– 32017 R 0438: Durchführungsverordnung (EU) 2017/438 der Kommission vom 13. März 2017 (ABl. L 67 vom 14.3.2017, S. 67)

– 32017 R 0725: Durchführungsverordnung (EU) 2017/725 der Kommission vom 24. April 2017 (ABl. L 107 vom 25.4.2017, S. 24)

– 32017 R 0753: Durchführungsverordnung (EU) 2017/753 der Kommission vom 28. April 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 24)

– 32017 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2017/755 der Kommission vom 28. April 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 35)

– 32017 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) 2017/781 der Kommission vom 5. Mai 2017 (ABl. L 118 vom 6.5.2017, S. 1)

– 32017 R 0805: Durchführungsverordnung (EU) 2017/805 der Kommission vom 11. Mai 2017 (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 26)

– 32017 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) 2017/806 der Kommission vom 11. Mai 2017 (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 31)

– 32017 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) 2017/842 der Kommission vom 17. Mai 2017 (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 16), berichtigt in ABl. L 2 vom 2.1.2018, S. 14

– 32017 R 0855: Durchführungsverordnung (EU) 2017/855 der Kommission vom 18. Mai 2017 (ABl. L 128 vom 19.5.2018, S. 10)

– 32017 R 0856: Durchführungsverordnung (EU) 2017/856 der Kommission vom 18. Mai 2017 (ABl. L 128 vom 19.5.2017, S. 14)

– 32017 R 1113: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1113 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 27)

– 32017 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1114 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 32)

– 32017 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1115 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 38)

– 32017 R 1125: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1125 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 163 vom 24.6.2017, S. 10)

– 32017 R 1186: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1186 der Kommission vom 3. Juli 2017 (ABl. L 171 vom 4.7.2017, S. 131)

– 32017 R 1455: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1455 der Kommission vom 10. August 2017 (ABl. L 208 vom 11.8.2017, S. 28)

- 32017 R 1491: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1491 der Kommission vom 21. August 2017 (ABl. L 216 vom 22.8.2017, S. 15)

- 32017 R 1496: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1496 der Kommission vom 23. August 2017 (ABl. L 218 vom 24.8.2017, S. 7)

- 32017 R 1506: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1506 der Kommission vom 28. August 2017 (ABl. L 222 vom 29.8.2017, S. 21)

- 32017 R 1511: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1511 der Kommission vom 30. August 2017 (ABl. L 224 vom 31.8.2017, S. 115)

- 32017 R 1527: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1527 der Kommission vom 6. September 2017 (ABl. L 231 vom 7.9.2017, S. 3)

- 32017 R 1529: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1529 der Kommission vom 7. September 2017 (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 1), geändert durch:

  - 32021 R 0556: Durchführungsverordnung (EU) 2021/556 der Kommission vom 31. März 2021 (ABl. L 115 vom 6.4.2021, S. 26)

- 32017 R 1530: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1530 der Kommission vom 7. September 2017 (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 4)

- 32017 R 1531: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1531 der Kommission vom 7. September 2017 (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 6)

– 32017 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2066 der Kommission vom 13. November 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 43)

– 32017 R 2069: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2069 der Kommission vom 13. November 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 51)

– 32017 R 2090: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2090 der Kommission vom 14. November 2017 (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 22)

– 32017 R 2091: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2091 der Kommission vom 14. November 2017 (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 25)

– 32017 R 2324: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2324 der Kommission vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 10)

– 32018 R 0084: Durchführungsverordnung (EU) 2018/84 der Kommission vom 19. Januar 2018 (ABl. L 16 vom 20.1.2018, S. 8)

– 32018 R 0112: Durchführungsverordnung (EU) 2018/112 der Kommission vom 24. Januar 2018 (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 3)

– 32018 R 0113: Durchführungsverordnung (EU) 2018/113 der Kommission vom 24. Januar 2018 (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 7)

– 32018 R 0184: Durchführungsverordnung (EU) 2018/184 der Kommission vom 7. Februar 2018 (ABl. L 34 vom 8.2.2018, S. 10)

– 32018 R 0291: Durchführungsverordnung (EU) 2018/291 der Kommission vom 26. Februar 2018 (ABl. L 55 vom 27.2.2018, S. 30)

– 32018 R 0309: Durchführungsverordnung (EU) 2018/309 der Kommission vom 1. März 2018 (ABl. L 60 vom 2.3.2018, S. 16)

– 32018 R 0524: Durchführungsverordnung (EU) 2018/524 der Kommission vom 28. März 2018 (ABl. L 88 vom 4.4.2018, S. 4)

– 32018 R 0660: Durchführungsverordnung (EU) 2018/660 der Kommission vom 26. April 2018 (ABl. L 110 vom 30.4.2018, S. 122)

– 32018 R 0670: Durchführungsverordnung (EU) 2018/670 der Kommission vom 30. April 2018 (ABl. L 113 vom 3.5.2018, S. 1)

– 32018 R 0690: Durchführungsverordnung (EU) 2018/690 der Kommission vom 7. Mai 2018 (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 3)

– 32018 R 0691: Durchführungsverordnung (EU) 2018/691 der Kommission vom 7. Mai 2018 (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 6)

– 32018 R 0692: Durchführungsverordnung (EU) 2018/692 der Kommission vom 7. Mai 2018 (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 9)

– 32018 R 0710: Durchführungsverordnung (EU) 2018/710 der Kommission vom 14. Mai 2018 (ABl. L 119 vom 15.5.2018, S. 31)

– 32018 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2018/755 der Kommission vom 23. Mai 2018 (ABl. L 128 vom 24.5.2018, S. 4)

– 32018 R 0783: Durchführungsverordnung (EU) 2018/783 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 31)

– 32018 R 0784: Durchführungsverordnung (EU) 2018/784 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 35)

– 32018 R 0785: Durchführungsverordnung (EU) 2018/785 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 40)

– 32018 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2018/917 der Kommission vom 27. Juni 2018 (ABl. L 163 vom 28.6.2018, S. 13)

– 32018 R 1019: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1019 der Kommission vom 18. Juli 2018 (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 14)

– 32018 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1043 der Kommission vom 24. Juli 2018 (ABl. L 188 vom 25.7.2018, S. 9)

– 32018 R 1060: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1060 der Kommission vom 26. Juli 2018 (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 3)

– 32018 R 1061: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1061 der Kommission vom 26. Juli 2018 (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 8)

– 32018 R 1075: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1075 der Kommission vom 27. Juli 2018 (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 36)

– 32018 R 1260: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1260 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 30)

– 32018 R 1262: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1262 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 62)

– 32018 R 1264: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1264 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 71)

– 32018 R 1265: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1265 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 77)

– 32018 R 1266: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1266 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 81)

– 32018 R 1278: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1278 der Kommission vom 21. September 2018 (ABl. L 239 vom 24.9.2018, S. 4)

– 32018 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1295 der Kommission vom 26. September 2018 (ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 7)

– 32018 R 1495: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1495 der Kommission vom 8. Oktober 2018 (ABl. L 253 vom 9.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1796: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1796 der Kommission vom 20. November 2018 (ABl. L 294 vom 21.11.2018, S. 15)

– 32018 R 1913: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1913 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 13)

– 32018 R 1914: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1914 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 17)

– 32018 R 1915: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1915 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 20)

– 32018 R 1916: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1916 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 24)

– 32018 R 1917: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1917 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 27)

– 32018 R 1981: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1981 der Kommission vom 13. Dezember 2018 (ABl. L 317 vom 14.12.2018, S. 16)

– 32019 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/139 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 4)

– 32019 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2019/147 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 14)

– 32019 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2019/149 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 20)

– 32019 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2019/151 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 26)

– 32019 R 0158: Durchführungsverordnung (EU) 2019/158 der Kommission vom 31. Januar 2019 (ABl. L 31 vom 1.2.2019, S. 21)

– 32019 R 0168: Durchführungsverordnung (EU) 2019/168 der Kommission vom 31. Januar 2019 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 1)

– 32019 R 0291: Durchführungsverordnung (EU) 2019/291 der Kommission vom 19. Februar 2019 (ABl. L 48 vom 20.2.2019, S. 17)

– 32019 R 0324: Durchführungsverordnung (EU) 2019/324 der Kommission vom 25. Februar 2019 (ABl. L 57 vom 26.2.2019, S. 1)

– 32019 R 0337: Durchführungsverordnung (EU) 2019/337 der Kommission vom 27. Februar 2019 (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 12)

– 32019 R 0344: Durchführungsverordnung (EU) 2019/344 der Kommission vom 28. Februar 2019 (ABl. L 62 vom 1.3.2019, S. 7)

– 32019 R 0481: Durchführungsverordnung (EU) 2019/481 der Kommission vom 22. März 2019 (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 19)

– 32019 R 0676: Durchführungsverordnung (EU) 2019/676 der Kommission vom 29. April 2019 (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 12)

– 32019 R 0677: Durchführungsverordnung (EU) 2019/677 der Kommission vom 29. April 2019 (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 15)

– 32019 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) 2019/706 der Kommission vom 7. Mai 2019 (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 11)

– 32019 R 0707: Durchführungsverordnung (EU) 2019/707 der Kommission vom 7. Mai 2019 (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 16)

– 32019 R 0716: Durchführungsverordnung (EU) 2019/716 der Kommission vom 30. April 2019 (ABl. L 122 vom 10.5.2019, S. 39)

– 32019 R 0717: Durchführungsverordnung (EU) 2019/717 der Kommission vom 8. Mai 2019 (ABl. L 122 vom 10.5.2019, S. 44)

– 32019 R 0989: Durchführungsverordnung (EU) 2019/989 der Kommission vom 17. Juni 2019 (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 11)

– 32019 R 1085: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1085 der Kommission vom 25. Juni 2019 (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 110)

– 32019 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1090 der Kommission vom 26. Juni 2019 (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 39), berichtigt in ABl. L 235 vom 12.9.2019, S. 11

– 32019 R 1100: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1100 der Kommission vom 27. Juni 2019 (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 17)

– 32019 R 1101: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1101 der Kommission vom 27. Juni 2019 (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 20)

– 32019 R 1137: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1137 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 3)

– 32019 R 1138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1138 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 8)

– 32019 R 1589: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1589 der Kommission vom 26. September 2019 (ABl. L 248 vom 27.9.2019, S. 24)

– 32019 R 1605: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1605 der Kommission vom 27. September 2019 (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 49)

– 32019 R 1606: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1606 der Kommission vom 27. September 2019 (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 53)

– 32019 R 1675: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1675 der Kommission vom 4. Oktober 2019 (ABl. L 257 vom 8.10.2019, S. 6)

– 32019 R 1690: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1690 der Kommission vom 9. Oktober 2019 (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 2)

– 32019 R 2094: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2094 der Kommission vom 29. November 2019 (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 102)

– 32020 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) 2020/17 der Kommission vom 10. Januar 2020 (ABl. L 7 vom 13.1.2000, S. 11)

– 32020 R 0018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/18 der Kommission vom 10. Januar 2020 (ABl. L 7 vom 13.1.2000, S. 14)

– 32020 R 0023: Durchführungsverordnung (EU) 2020/23 der Kommission vom 13. Januar 2020 (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 8)

– 32020 R 0421: Durchführungsverordnung (EU) 2020/421 der Kommission vom 18. März 2020 (ABl. L 84 vom 20.3.2020, S. 7)

– 32020 R 0616: Durchführungsverordnung (EU) 2020/616 der Kommission vom 5. Mai 2020 (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 1)

– 32020 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2020/617 der Kommission vom 5. Mai 2020 (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 6)

– 32020 R 0642: Durchführungsverordnung (EU) 2020/642 der Kommission vom 12. Mai 2020 (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 134)

– 32020 R 0646: Durchführungsverordnung (EU) 2020/646 der Kommission vom 13. Mai 2020 (ABl. L 151 vom 14.5.2020, S. 3)

– 32020 R 0869: Durchführungsverordnung (EU) 2020/869 der Kommission vom 24. Juni 2020 (ABl. L 200 vom 27.6.2020, S. 1)

– 32020 R 0982: Durchführungsverordnung (EU) 2020/892 der Kommission vom 29. Juni 2020 (ABl. L 205 vom 30.6.2020, S. 6)

– 32020 R 0968: Durchführungsverordnung (EU) 2020/968 der Kommission vom 3. Juli 2020 (ABl. L 213 vom 6.7.2020, S. 7)

– 32020 R 1003: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1003 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 127)

– 32020 R 1004: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1004 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 133)

– 32020 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1018 der Kommission vom 13. Juli 2020 (ABl. L 225 vom 14.7.2020, S. 9)

– 32020 R 1160: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1160 der Kommission vom 5. August 2020 (ABl. L 257 vom 5.8.2020, S. 25)

– 32020 R 1246: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1246 der Kommission vom 2. September 2020 (ABl. L 288 vom 3.9.2020, S. 18)

– 32020 R 1263: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1263 der Kommission vom 10. September 2020 (ABl. L 297 vom 11.9.2020, S. 1)

– 32020 R 1276: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1276 der Kommission vom 11. September 2020 (ABl. L 300 vom 14.9.2020, S. 32)

– 32020 R 1280: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1280 der Kommission vom 14. September 2020 (ABl. L 301 vom 15.9.2020, S. 4)

– 32020 R 1293: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1293 der Kommission vom 15. September 2020 (ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 24)

– 32020 R 1498: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1498 der Kommission vom 15. Oktober 2020 (ABl. L 342 vom 16.10.2020, S. 5)

– 32020 R 1511: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1511 der Kommission vom 16. Oktober 2020 (ABl. L 344 vom 19.10.2020, S. 18)

– 32020 R 1643: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1643 der Kommission vom 5. November 2020 (ABl. L 370 vom 6.11.2020, S. 18)

– 32020 R 2007: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2007 der Kommission vom 8. Dezember 2020 (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 10)

– 32020 R 2101: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2101 der Kommission vom 15. Dezember 2020 (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 79)

– 32020 R 2104: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2104 der Kommission vom 15. Dezember 2020 (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 93)

– 32020 R 2105: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2105 der Kommission vom 15. Dezember 2020 (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 96)

– 32021 R 0052: Durchführungsverordnung (EU) 2021/52 der Kommission vom 22. Januar 2021 (ABl. L 23 vom 25.1.2021, S. 13)

– 32020 R 0081: Durchführungsverordnung (EU) 2021/81 der Kommission vom 27. Januar 2021 (ABl. L 29 vom 28.1.2020, S. 12)

– 32021 R 0129: Durchführungsverordnung (EU) 2021/129 der Kommission vom 3. Februar 2021 (ABl. L 40 vom 4.2.2021, S. 11)

– 32021 R 0134: Durchführungsverordnung (EU) 2021/134 der Kommission vom 4. Februar 2021 (ABl. L 42 vom 5.2.2021, S. 4)

– 32021 R 0413: Durchführungsverordnung (EU) 2021/413 der Kommission vom 8. März 2021 (ABl. L 81 vom 9.3.2021, S. 32)

– 32021 R 0427: Durchführungsverordnung (EU) 2021/427 der Kommission vom 10. März 2021 (ABl. L 84 vom 11.3.2021, S. 21)

– 32021 R 0459: Durchführungsverordnung (EU) 2021/459 der Kommission vom 16. März 2021 (ABl. L 91 vom 17.3.2021, S. 4)

– 32021 R 0556: Durchführungsverordnung (EU) 2021/556 der Kommission vom 31. März 2021 (ABl. L 115 vom 6.4.2021, S. 26)

– 32021 R 0566: Durchführungsverordnung (EU) 2021/566 der Kommission vom 30. März 2021 (ABl. L 118 vom 7.4.2021, S. 1)

– 32021 R 0567: Durchführungsverordnung (EU) 2021/567 der Kommission vom 6. April 2021 (ABl. L 118 vom 7.4.2021, S. 6)

– 32021 R 0574: Durchführungsverordnung (EU) 2021/574 der Kommission vom 30. März 2021 (ABl. L 120 vom 8.4.2021, S. 9)

– 32021 R 0726: Durchführungsverordnung (EU) 2021/726 der Kommission vom 4. Mai 2021 (ABl. L 155 vom 5.5.2021, S. 20)

– 32021 R 0745: Durchführungsverordnung (EU) 2021/745 der Kommission vom 6. Mai 2021 (ABl. L 160 vom 7.5.2021, S. 89)

– 32021 R 0795: Durchführungsverordnung (EU) 2021/795 der Kommission vom 17. Mai 2021 (ABl. L 174 vom 18.5.2021, S. 2)

– 32021 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) 2021/809 der Kommission vom 20. Mai 2021 (ABl. L 180 vom 21.5.2021, S. 110)

– 32021 R 0824: Durchführungsverordnung (EU) 2021/824 der Kommission vom 21. Mai 2021 (ABl. L 183 vom 25.5.2021, S. 35)

– 32021 R 0843: Durchführungsverordnung (EU) 2021/843 der Kommission vom 26. Mai 2021 (ABl. L 186 vom 27.5.2021, S. 20)

– 32021 R 0853: Durchführungsverordnung (EU) 2021/853 der Kommission vom 27. Mai 2021 (ABl. L 188 vom 28.5.2021, S. 56)

– 32021 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2021/917 der Kommission vom 7. Juni 2021 (ABl. L 201 vom 8.6.2021, S. 19)

– 32021 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1191 der Kommission vom 19. Juli 2021 (ABl. L 258 vom 20.7.2021, S. 37)

– 32021 R 1379: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1379 der Kommission vom 19. August 2021 (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 32)

– 32021 R 1448: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1448 der Kommission vom 3. September 2021 (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 15)

– 32021 R 1449: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1449 der Kommission vom 3. September 2021 (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 20)

– 32021 R 1450: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1450 der Kommission vom 3. September 2021 (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 25)

– 32021 R 1452: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1452 der Kommission vom 3. September 2021 (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 30)

– 32021 R 1455: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1455 der Kommission vom 6. September 2021 (ABl. L 315 vom 7.9.2021, S. 1)

– 32021 R 2049: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2049 der Kommission vom 24. November 2021 (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 6)

– 32021 R 2068: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2068 der Kommission vom 25. November 2021 (ABl. L 421 vom 26.11.2021, S. 25)

– 32021 R 2081: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2081 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 28)

– 32022 R 0004: Durchführungsverordnung (EU) 2022/4 der Kommission vom 4. Januar 2022 (ABl. L 1 vom 5.1.2022, S. 5)

– 32022 R 0019: Durchführungsverordnung (EU) 2022/19 der Kommission vom 7. Januar 2022 (ABl. L 5 vom 10.1.2022, S. 9)

– 32022 R 0043: Durchführungsverordnung (EU) 2022/43 der Kommission vom 13. Januar 2022 (ABl. L 9 vom 14.1.2022, S. 7)

– 32022 R 0094: Durchführungsverordnung (EU) 2022/94 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 16 vom 25.1.2022, S. 33)

– 32022 R 0159: Durchführungsverordnung (EU) 2022/159 der Kommission vom 4. Februar 2022 (ABl. L 26 vom 7.2.2022, S. 7)

– 32022 R 0378: Durchführungsverordnung (EU) 2022/378 der Kommission vom 4. März 2022 (ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 2)

– 32022 R 0383: Durchführungsverordnung (EU) 2022/383 der Kommission vom 4. März 2022 (ABl. L 76 vom 7.3.2022, S. 1)

– 32022 R 0686: Durchführungsverordnung (EU) 2022/686 der Kommission vom 28. April 2022 (ABl. L 129 vom 29.4.2022, S. 18)

– 32022 R 0698: Durchführungsverordnung (EU) 2022/698 der Kommission vom 3. Mai 2022 (ABl. L 130 vom 4.5.2022, S. 3)

– 32022 R 0708: Durchführungsverordnung (EU) 2022/708 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 133 vom 10.5.2022, S. 1)

– 32022 R 0751: Durchführungsverordnung (EU) 2022/751 der Kommission vom 16. Mai 2022 (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 11)

– 32022 R 0782: Durchführungsverordnung (EU) 2022/782 der Kommission vom 18. Mai 2022 (ABl. L 140 vom 19.5.2022, S. 3)

– 32022 R 0800: Durchführungsverordnung (EU) 2022/800 der Kommission vom 20. Mai 2022 (ABl. L 143 vom 23.5.2022, S. 4)

– 32022 R 0801: Durchführungsverordnung (EU) 2022/801 der Kommission vom 20. Mai 2022 (ABl. L 143 vom 23.5.2022, S. 7)

– 32022 R 0808: Durchführungsverordnung (EU) 2022/808 der Kommission vom 23. Mai 2022 (ABl. L 147 vom 24.5.2022, S. 35)

– 32022 R 0814: Durchführungsverordnung (EU) 2022/814 der Kommission vom 20. Mai 2022 (ABl. L 146 vom 25.5.2022, S. 6)

– 32022 R 1251: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1251 der Kommission vom 19. Juli 2022 (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 35)

– 32022 R 1468: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1468 der Kommission vom 5. September 2022 (ABl. L 231 vom 6.9.2022, S. 101)

– 32022 R 2305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2305 der Kommission vom 24. November 2022 (ABl. L 306 vom 25.11.2022, S. 53)

– 32022 R 2314: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2314 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 47)

– 32022 R 2315: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2315 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 52)

5. 32011 R 0541: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 541/2011 der Kommission vom 1. Juni 2011 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Liste zugelassener Wirkstoffe (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 153)

6. 32011 R 0546: Verordnung (EU) Nr. 546/2011 der Kommission vom 10. Juni 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich einheitlicher Grundsätze für die Bewertung und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 155 vom 11.6.2011, S. 127), geändert durch:

   – 32022 R 1441: Verordnung (EU) 2022/1441 der Kommission vom 31. August 2022 (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 70), berichtigt in ABl. L 134 vom 24.11.2022, S. 100

7. 32011 R 0547: Verordnung (EU) Nr. 547/2011 der Kommission vom 8. Juni 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Kennzeichnungsanforderungen für Pflanzenschutzmittel (ABl. L 155 vom 11.6.2011, S. 176), geändert durch:

   – 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

8. 32011 R 0702: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 702/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Prohexadion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 28)

9. 32011 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 703/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Azoxystrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 33)

10. 32011 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 704/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Azimsulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 38)

11. 32011 R 0705: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 705/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Imazalil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 43)

12. 32011 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 706/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Profoxydim gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 50)

13. 32011 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 736/2011 der Kommission vom 26. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluroxypyr gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 195 vom 27.7.2011, S. 37)

14. 32011 R 0740: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 740/2011 der Kommission vom 27. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Bispyribac gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 196 vom 28.7.2011, S. 6)

15. 32011 R 0786: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 786/2011 der Kommission vom 5. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs 1-Naphthylacetamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/941/EG der Kommission (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 11)

16. 32011 R 0787: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 787/2011 der Kommission vom 5. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs 1-Naphthylessigsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/941/EG der Kommission (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 16)

17. 32011 R 0788: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 788/2011 der Kommission vom 5. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluazifop-P gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 21), geändert durch:

– 32013 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.6.2013, S. 6)

18. 32011 R 0797: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 797/2011 der Kommission vom 9. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spiroxamin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 3)

19. 32011 R 0798: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 798/2011 der Kommission vom 9. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Oxyfluorfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 9)

20. 32011 R 0800: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 800/2011 der Kommission vom 9. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Tefluthrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 22)

21. 32011 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 806/2011 der Kommission vom 10. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluquinconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 39)

22. 32011 R 0807: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 807/2011 der Kommission vom 10. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Triazoxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 44)

23. 32011 R 0810: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 810/2011 der Kommission vom 11. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Kresoxim-Methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 7)

24. 32011 R 0974: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 974/2011 der Kommission vom 29. September 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Acrinathrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 255 vom 1.10.2011, S. 1)

25. 32011 R 0993: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 993/2011 der Kommission vom 6. Oktober 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs 8-Hydroxychinolin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 263 vom 7.10.2011, S. 1)

26. 32011 R 1143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1143/2011 der Kommission vom 10. November 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Prochloraz gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 293 vom 11.11.2011, S. 26)

27. 32012 R 0359: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 359/2012 der Kommission vom 25. April 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Metam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 1)

28. 32012 R 0582: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 582/2012 der Kommission vom 2. Juli 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Bifenthrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 173 vom 3.7.2012, S. 3)

29. 32012 R 0589: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 589/2012 der Kommission vom 4. Juli 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluxapyroxad gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 6.7.2012, S. 7)

30. 32012 R 0595: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 595/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fenpyrazamin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 46)

31. 32012 R 0746: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 746/2012 der Kommission vom 16. August 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Adoxophyes orana granulovirus* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 219 vom 17.8.2012, S. 15)

32. 32012 R 0823: Verordnung (EU) Nr. 823/2012 der Kommission vom 14. September 2012 zur Festlegung von von der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 abweichenden Fristen für die Genehmigung der Wirkstoffe 2,4-DB, Benzoesäure, beta-Cyfluthrin, Carfentrazon-ethyl, Coniothyrium minitans Stamm CON/M/91-08 (DSM 9660), Cyazofamid, Cyfluthrin, Deltamethrin, Dimethenamid-P, Ethofumesat, Ethoxysulfuron, Fenamidon, Flazasulfuron, Flufenacet, Flurtamon, Foramsulfuron, Fosthiazat, Imazamox, Iodosulfuron, Iprodion, Isoxaflutol, Linuron, Maleinsäurehydrazid, Mecoprop, Mecoprop-P, Mesosulfuron, Mesotrion, Oxadiargyl, Oxasulfuron, Pendimethalin, Picoxystrobin, Propiconazol, Propineb, Propoxycarbazon, Propyzamid, Pyraclostrobin, Silthiofam, Trifloxystrobin, Warfarin und Zoxamid (ABl. L 250 vom 15.9.2012, S. 13), geändert durch:

– 32014 R 0186: Verordnung (EU) Nr. 186/2014 der Kommission vom 26. Februar 2014 (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 22)

– 32014 R 0460: Verordnung (EU) Nr. 460/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 (ABl. L 133 vom 6.5.2014, S. 51)

33. 32012 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1043/2012 der Kommission vom 8. November 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Phosphan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 24)

34. 32012 R 1237: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1237/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Zucchinigelbmosaikvirus (abgeschwächter Stamm) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 55)

35. 32012 R 1238: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1238/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Trichoderma asperellum* (Stamm T34) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 59)

36. 32013 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 17/2013 der Kommission vom 14. Januar 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Trichoderma atroviride* Stamm I-1237 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 9 vom 15.1.2013, S. 5)

37. 32013 R 0022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 22/2013 der Kommission vom 15. Januar 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Cyflumetofen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 11 vom 16.1.2013, S. 8)

38. 32013 R 0188: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 188/2013 der Kommission vom 5. März 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Mandipropamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 13)

39. 32013 R 0200: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 200/2013 der Kommission vom 8. März 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Ametoctradin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 235 vom 31.8.2013, S. 12

40. 32013 R 0283: Verordnung (EU) Nr. 283/2013 der Kommission vom 1. März 2013 zur Festlegung der Datenanforderungen für Wirkstoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 93 vom 3.4.2013, S. 1), geändert durch:

    – 32014 R 1136: Verordnung (EU) Nr. 1136/2014 der Kommission vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 26)

    – 32022 R 1439: Verordnung (EU) 2022/1439 der Kommission vom 31. August 2022 (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 8)

41. 32013 R 0284: Verordnung (EU) Nr. 284/2013 der Kommission vom 1. März 2013 zur Festlegung der Datenanforderungen für Pflanzenschutzmittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 93 vom 3.4.2013, S. 85), geändert durch:

– 32015 R 1475: Verordnung (EU) 2015/1475 der Kommission vom 27. August 2015 (ABl. L 225 vom 28.8.2015, S. 10)

– 32022 R 1440: Verordnung (EU) 2022/1440 der Kommission vom 31. August 2022 (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 38)

42. 32013 R 0350: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 350/2013 der Kommission vom 17. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Bixafen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 108 vom 18.4.2013, S. 9)

43. 32013 R 0355: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 355/2013 der Kommission vom 18. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Maltodextrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 14)

44. 32013 R 0356: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 356/2013 der Kommission vom 18. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Halosulfuron-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 18)

45. 32013 R 0366: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 366/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus firmus* I-1582 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 30)

46. 32013 R 0367: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 367/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Spodoptera littoralis Nucleopolyhedrovirus* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 33)

47. 32013 R 0368: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 368/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Helicoverpa armigera Nucleopolyhedrovirus* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 36)

48. 32013 R 0369: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 369/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Kaliumphosphonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 39)

49. 32013 R 0373: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 373/2013 der Kommission vom 23. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Candida oleophila* Stamm O gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 10)

50. 32013 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 375/2013 der Kommission vom 23. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spiromesifen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 15)

51. 32013 R 0378: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 378/2013 der Kommission vom 24. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Paecilomyces fumosoroseus* Stamm FE 9901 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 1)

52. 32013 R 0546: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 546/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Eugenol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 17)

53. 32013 R 0568: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 568/2013 der Kommission vom 18. Juni 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Thymol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 167 vom 19.6.2013, S. 33)

54. 32013 R 0570: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 570/2013 der Kommission vom 17. Juni 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Geraniol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 168 vom 20.6.2013, S. 18)

55. 32013 R 0767: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 767/2013 der Kommission vom 8. August 2013 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Bitertanol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 5)

56. 32013 R 0802: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 802/2013 der Kommission vom 22. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluopyram gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 225 vom 23.8.2013, S. 13)

57. 32013 R 0826: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 826/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Sedaxan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 13)

58. 32013 R 0827: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 827/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Aureobasidium pullulans* (Stämme DSM 14940 und DSM 14941) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 18)

59. 32013 R 0828: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 828/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Emamectin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 23)

60. 32013 R 0829: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 829/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Pseudomonas* sp. Stamm DSMZ 13134 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 29)

61. 32013 R 0832: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 832/2013 der Kommission vom 30. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Dinatriumphosphonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 3)

62. 32013 R 0833: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 833/2013 der Kommission vom 30. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pyriofenon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 233 vom 31.8.2023, S. 7)

63. 32013 R 1031: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1031/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Penflufen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 17)

64. 32013 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1165/2013 der Kommission vom 18. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Orangenöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 309 vom 19.11.2013, S. 17)

65. 32013 R 1175: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1175/2013 der Kommission vom 20. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Benalaxyl-M gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 18)

66. 32013 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1176/2013 der Kommission vom 20. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pyroxsulam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 23)

67. 32013 R 1177: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1177/2013 der Kommission vom 20. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spirotetramat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 28)

68. 32013 R 1187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1187/2013 der Kommission vom 21. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Penthiopyrad gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 22.11.2013, S. 42)

69. 32013 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1192/2013 der Kommission vom 22. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Tembotrion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 314 vom 23.11.2013, S. 6)

70. 32013 R 1195: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1195/2013 der Kommission vom 22. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Natriumsilberthiosulfat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 27)

71. 32013 R 1199: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1199/2013 der Kommission vom 25. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Chlorantraniliprol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 69)

72. 32014 R 0140: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 140/2014 der Kommission vom 13. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spinetoram gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 44 vom 14.2.2014, S. 35), berichtigt in ABl. L 277 vom 22.10.2015, S. 60

73. 32014 R 0143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 143/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pyridalyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 1)

74. 32014 R 0144: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 144/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Valifenalat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 7)

75. 32014 R 0145: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 145/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Thiencarbazon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 12)

76. 32014 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 149/2014 der Kommission vom 17. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs L-Ascorbinsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 46 vom 18.2.2014, S. 3)

77. 32014 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 151/2014 der Kommission vom 18. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs S-Abscisinsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 48 vom 19.2.2014, S. 1)

78. 32014 R 0192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 192/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs 1,4-Dimethylnaphthalin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 20)

79. 32014 R 0193: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 193/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Amisulbrom gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 25)

80. 32014 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 462/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 zur Genehmigung des Grundstoffs *Equisetum arvense* L. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 134 vom 7.5.2014, S. 28)

81. 32014 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus pumilus* QST 2808 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 65)

82. 32014 R 0486: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 486/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Fenbutatinoxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 70)

83. 32014 R 0496: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 496/2014 der Kommission vom 14. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Acequinocyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 143 vom 15.5.2014, S. 1)

84. 32014 R 0563: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 563/2014 der Kommission vom 23. Mai 2014 zur Genehmigung des Grundstoffs Chitosanhydrochlorid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 156 vom 24.5.2014, S. 5)

85. 32014 R 0571: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 571/2014 der Kommission vom 26. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Ipconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 157 vom 27.5.2014, S. 96)

86. 32014 R 0632: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 632/2014 der Kommission vom 13. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flubendiamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 14.6.2014, S. 1)

87. 32014 R 0890: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 890/2014 der Kommission vom 14. August 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Metobromuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 42)

88. 32014 R 0891: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 891/2014 der Kommission vom 14. August 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Aminopyralid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 47)

89. 32014 R 0916: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 916/2014 der Kommission vom 22. August 2014 zur Genehmigung des Grundstoffs Saccharose gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 16)

90. 32014 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 917/2014 der Kommission vom 22. August 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Streptomyces lydicus* Stamm WYEC 108 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 19)

91. 32014 R 1330: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1330/2014 der Kommission vom 15. Dezember 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Meptyldinocap gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 349 vom 16.12.2014, S. 85)

92. 32014 R 1334: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1334/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs gamma-Cyhalothrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen betreffend diesen Wirkstoff zu verlängern (ABl. L 360 vom 17.12.2014, S. 1)

93. 32015 R 0051: Durchführungsverordnung (EU) 2015/51 der Kommission vom 14. Januar 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Chromafenozid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, die vorläufigen Zulassungen bezüglich dieses Wirkstoffs zu verlängern (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 22)

94. 32015 R 0408: Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 der Kommission vom 11. März 2015 zur Durchführung des Artikels 80 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Erstellung einer Liste mit Substitutionskandidaten (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 18), geändert durch:

– 32017 R 2065: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2065 der Kommission vom 13. November 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 40)

– 32019 R 1085: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1085 der Kommission vom 25. Juni 2019 (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 110)

– 32020 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1295 der Kommission vom 16. September 2020 (ABl. L 303 vom 17.9.2020, S. 18)

– 32021 R 1177: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1177 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 60)

– 32022 R 0043: Durchführungsverordnung (EU) 2022/43 der Kommission vom 13. Januar 2022 (ABl. L 9 vom 14.1.2022, S. 7)

– 32022 R 1252: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1252 der Kommission vom 19. Juli 2022 (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 41)

95. 32015 R 0543: Durchführungsverordnung (EU) 2015/543 der Kommission vom 1. April 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs COS-OGA gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 90 vom 2.4.2015, S. 1)

96. 32015 R 0553: Durchführungsverordnung (EU) 2015/553 der Kommission vom 7. April 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Cerevisan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 92 vom 8.4.2015, S. 86)

97. 32015 R 0707: Durchführungsverordnung (EU) 2015/707 der Kommission vom 30. April 2015 über die Nichtgenehmigung von *Rheum-officinale*-Wurzelextrakt als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 113 vom 1.5.2015, S. 44)

98. 32015 R 0762: Durchführungsverordnung (EU) 2015/762 der Kommission vom 12. Mai 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Calciumhydroxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 120 vom 13.5.2015, S. 6)

99. 32015 R 1107: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1107 der Kommission vom 8. Juli 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs *Salix* spp. cortex gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 72)

100. 32015 R 1108: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1108 der Kommission vom 8. Juli 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Essig gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 75)

101. 32015 R 1116: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1116 der Kommission vom 9. Juli 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Lecithine gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 26)

102. 32015 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1165 der Kommission vom 15. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Halauxifen-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 30)

103. 32015 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1176 der Kommission vom 17. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Pepino Mosaic* Virus Stamm CH2 Isolat 1906 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 192 vom 18.7.2015, S. 1)

104. 32015 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1192 der Kommission vom 20. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Terpen-Gemisch QRD 460 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 124)

105. 32015 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1295 der Kommission vom 27. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Sulfoxaflor gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 199 vom 29.7.2015, S. 8)

106. 32015 R 1392: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1392 der Kommission vom 13. August 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Fructose gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 215 vom 14.8.2015, S. 34)

107. 32015 R 2069: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2069 der Kommission vom 17. November 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Natriumhydrogencarbonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 42)

108. 32015 R 2084: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2084 der Kommission vom 18. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flupyradifuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 89)

109. 32015 R 2085: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2085 der Kommission vom 18. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Mandestrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 93)

110. 32015 R 2105: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2105 der Kommission vom 20. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flumetralin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 305 vom 21.11.2015, S. 31)

111. 32015 R 2198: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2198 der Kommission vom 27. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Rescalure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 28.11.2015, S. 35)

112. 32016 R 0177: Durchführungsverordnung (EU) 2016/177 der Kommission vom 10. Februar 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Benzovindiflupyr als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 35 vom 11.2.2016, S. 1)

113. 32016 R 0370: Durchführungsverordnung (EU) 2016/370 der Kommission vom 15. März 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pinoxaden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen betreffend diesen Wirkstoff zu verlängern (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 7)

114. 32016 R 0548: Durchführungsverordnung (EU) 2016/548 der Kommission vom 8. April 2016 zur Genehmigung des Grundstoffs Diammoniumphosphat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 95 vom 9.4.2016, S. 1)

115. 32016 R 0560: Durchführungsverordnung (EU) 2016/560 der Kommission vom 11. April 2016 zur Genehmigung des Grundstoffs Molke gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 96 vom 12.4.2016, S. 23)

116. 32016 R 0636: Durchführungsverordnung (EU) 2016/636 der Kommission vom 22. April 2016 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Z,Z,Z,Z-7,13,16,19-docosatetraen-1-yl-isobutyrat im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 22)

117. 32016 R 0638: Durchführungsverordnung (EU) 2016/638 der Kommission vom 22. April 2016 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Z-13-hexadecen-11-yn-1-yl-acetat in Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 108 vom 24.4.2016, S. 28)

118. 32016 R 0951: Durchführungsverordnung (EU) 2016/951 der Kommission vom 15. Juni 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Trichoderma atroviride* Stamm SC1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 6)

119. 32016 R 0952: Durchführungsverordnung (EU) 2016/952 der Kommission vom 15. Juni 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Saccharomyces cerevisiae* Stamm LAS02 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 10)

120. 32016 R 1414: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1414 der Kommission vom 24. August 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Cyantraniliprol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 16)

121. 32016 R 1425: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1425 der Kommission vom 25. August 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Isofetamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 30)

122. 32016 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1429 der Kommission vom 26. August 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm MBI 600 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 27.8.2016, S. 1)

123. 32016 R 1978: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1978 der Kommission vom 11. November 2016 zur Genehmigung des Grundstoffs Sonnenblumenöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 305 vom 12.11.2016, S. 23)

124. 32017 R 0239: Durchführungsverordnung (EU) 2017/239 der Kommission vom 10. Februar 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs Oxathiapiprolin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 39)

125. 32017 R 0358: Durchführungsverordnung (EU) 2017/358 der Kommission vom 28. Februar 2017 zur Bestätigung der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Acrinathrin gemäß der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 6)

126. 32017 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) 2017/406 der Kommission vom 8. März 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Mildes Pepino Mosaic Virus-Isolat VX1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 83)

127. 32017 R 0408: Durchführungsverordnung (EU) 2017/408 der Kommission vom 8. März 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Mildes Pepino Mosaic Virus-Isolat VC1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 91)

128. 32017 R 0409: Durchführungsverordnung (EU) 2017/409 der Kommission vom 8. März 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs Wasserstoffperoxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 95)

129. 32017 R 0419: Durchführungsverordnung (EU) 2017/419 der Kommission vom 9. März 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs *Urtica* spp. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 64 vom 10.3.2017, S. 4)

130. 32017 R 0428: Durchführungsverordnung (EU) 2017/428 der Kommission vom 10. März 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs tonhaltige Pflanzenkohle (*charbon argileux*) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 66 vom 11.3.2017, S. 1)

131. 32017 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) 2017/781 der Kommission vom 5. Mai 2017 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Methylnonylketon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 118 vom 6.5.2017, S. 1)

132. 32017 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) 2017/806 der Kommission vom 11. Mai 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm FZB24 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 31)

133. 32017 R 0831: Durchführungsverordnung (EU) 2017/831 der Kommission vom 16. Mai 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm 147 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 124 vom 17.5.2017, S. 27)

134. 32017 R 0841: Durchführungsverordnung (EU) 2017/841 der Kommission vom 17. Mai 2017 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Verlängerung der Laufzeit der Genehmigung für die Wirkstoffe Alpha-Cypermethrin, Ampelomyces quisqualis Stamm: AQ 10, Benalaxyl, Bentazon, Bifenazat, Bromoxynil, Carfentrazon-ethyl, Chlorpropham, Cyazofamid, Desmedipham, Diquat, DPX KE 459 (Flupyrsulfuron-methyl), Etoxazol, Famoxadon, Fenamidon, Flumioxazin, Foramsulfuron, Gliocladium catenulatum Stamm: J1446, Imazamox, Imazosulfuron, Isoxaflutol, Laminarin, Metalaxyl-M, Methoxyfenozid, Milbemectin, Oxasulfuron, Pendimethalin, Phenmedipham, Pymetrozin, S-Metolachlor und Trifloxystrobin (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 12), berichtigt in ABl. L 2 vom 5.1.2018, S. 14

135. 32017 R 0843: Durchführungsverordnung (EU) 2017/843 der Kommission vom 17. Mai 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm NPP111B005 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 21)

136. 32017 R 1125: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1125 der Kommission vom 22. Juni 2017 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Repellents (Geruch) tierischen oder pflanzlichen Ursprungs/Tallölpech gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 163 vom 24.6.2017, S. 10)

137. 32017 R 1186: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1186 der Kommission vom 3. Juli 2017 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Repellents (Geruch) tierischen oder pflanzlichen Ursprungs/Tallöl (roh) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 171 vom 4.7.2017, S. 131)

138. 32017 R 1529: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1529 der Kommission vom 7. September 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs Natriumchlorid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0556: Durchführungsverordnung (EU) 2021/556 der Kommission vom 31. März 2021 (ABl. L 115 vom 6.4.2021, S. 26)

139. 32017 R 2057: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2057 der Kommission vom 10. November 2017 über die Nichtgenehmigung von *Achillea millefolium* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 294 vom 11.11.2017, S. 27)

140. 32017 R 2065: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2065 der Kommission vom 13. November 2017 zur Bestätigung der Bedingungen für die Genehmigung des in der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 aufgeführten Wirkstoffs 8-Hydroxychinolin und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 hinsichtlich der Aufnahme des Wirkstoffs 8-Hydroxychinolin in die Liste der Substitutionskandidaten (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 40)

141. 32017 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2066 der Kommission vom 13. November 2017 zur Genehmigung von Senfsaatpulver als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 43)

142. 32017 R 2067: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2067 der Kommission vom 13. November 2017 über die Nichtgenehmigung von Paprikaextrakt (Capsanthin, Capsorubin E 160c) als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 47)

143. 32017 R 2068: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2068 der Kommission vom 13. November 2017 über die Nichtgenehmigung von Kaliumsorbat als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 49)

144. 32017 R 2090: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2090 der Kommission vom 14. November 2017 zur Genehmigung von Bier als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 22)

145. 32018 R 0691: Durchführungsverordnung (EU) 2018/691 der Kommission vom 7. Mai 2018 zur Genehmigung des Grundstoffs Talkum E 553b gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 6)

146. 32018 R 1265: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1265 der Kommission vom 20. September 2018 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fenpicoxamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 77)

147. 32018 R 1278: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1278 der Kommission vom 21. September 2018 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Pasteuria nishizawae* Pn1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 239 vom 24.9.2018, S. 4)

148. 32018 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1295 der Kommission vom 26. September 2018 zur Genehmigung des Grundstoffs Zwiebelöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 7)

149. 32018 R 1915: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1915 der Kommission vom 6. Dezember 2018 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Metschnikowia fructicola* Stamm NRRL Y-27328 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 20)

150. 32018 R 1981: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1981 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für die Wirkstoffe Kupferverbindungen als Substitutionskandidaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 317 vom 14.12.2018, S. 16)

151. 32019 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/139 der Kommission vom 29. Januar 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm IMI389521 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 4)

152. 32019 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2019/147 der Kommission vom 30. Januar 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm PPRI 5339 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 14)

153. 32019 R 0337: Durchführungsverordnung (EU) 2019/337 der Kommission vom 27. Februar 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs Mefentrifluconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 12)

154. 32019 R 0481: Durchführungsverordnung (EU) 2019/481 der Kommission vom 22. März 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flutianil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 19)

155. 32019 R 0676: Durchführungsverordnung (EU) 2019/676 der Kommission vom 29. April 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko ABE-IT 56 (Lysatbestandteile von *Saccharomyces cerevisiae* Stamm DDSF623) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 12)

156. 32019 R 1138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1138 der Kommission vom 3. Juli 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs Florpyrauxifen-benzyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 8)

157. 32020 R 0029: Durchführungsverordnung (EU) 2020/29 der Kommission vom 14. Januar 2020 zur Nichtgenehmigung von Tanninen aus der Weinrebe *Vitis vinifera* als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 9 vom 14.1.2020, S. 1)

158. 32020 D 0152: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/152 der Kommission vom 3. Februar 2020 über ein Verbot, mit dem Rumänien die erneute Erteilung von Zulassungen gemäß Artikel 53 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Clothianidin oder Imidacloprid zur Anwendung bei *Brassica napus* gegen *Phyllotreta* spp. oder *Psylliodes* spp. untersagt wird (ABl. L 33 vom 5.2.2020, S. 16)

159. 32020 D 0153: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/153 der Kommission vom 3. Februar 2020 über ein Verbot, mit dem Litauen die erneute Erteilung von Zulassungen gemäß Artikel 53 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Thiamethoxam zur Anwendung bei Sommerraps gegen *Phyllotreta* spp. und/oder *Psylliodes* spp. untersagt wird (ABl. L 33 vom 5.2.2020, S. 19)

160. 32020 R 0640: Durchführungsverordnung (EU) 2020/640 der Kommission vom 12. Mai 2020 über die Nichtgenehmigung von Propolis-Extrakt als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 32)

161. 32020 R 0642: Durchführungsverordnung (EU) 2020/642 der Kommission vom 12. Mai 2020 zur Genehmigung des Grundstoffs L-Cystein gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 134)

162. 32020 R 0643: Durchführungsverordnung (EU) 2020/643 der Kommission vom 12. Mai 2020 über die Nichtgenehmigung von Wurzeln von *Saponaria officinalis* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 138)

163. 32020 R 0646: Durchführungsverordnung (EU) 2020/646 der Kommission vom 13. Mai 2020 zur Genehmigung des Wirkstoffs Lavandulylsenecioat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 151 vom 14.5.2020, S. 3)

164. 32020 R 1004: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1004 der Kommission vom 9. Juli 2020 zur Genehmigung des Grundstoffs Kuhmilch gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 133)

165. 32020 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1018 der Kommission vom 13. Juli 2020 zur Genehmigung des Wirkstoffs Eisendiphosphat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 225 vom 14.7.2020, S. 9)

166. 32020 R 1263: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1263 der Kommission vom 10. September 2020 zur Genehmigung des Wirkstoffs Natriumhydrogencarbonat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 11.9.2020, S. 1)

167. 32021 R 0081: Durchführungsverordnung (EU) 2021/81 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Genehmigung des Grundstoffs Extrakt der Zwiebel von *Allium cepa* L. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 12)

168. 32021 R 0427: Durchführungsverordnung (EU) 2021/427 der Kommission vom 10. März 2021 zur Genehmigung des Wirkstoffs 24-Epibrassinolid als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 84 vom 11.3.2021, S. 21)

169. 32021 R 0428: Durchführungsverordnung (EU) 2021/428 der Kommission vom 10. März 2021 zur Annahme von Standarddatenformaten für die Einreichung von Anträgen auf Genehmigung oder Änderung der Bedingungen für die Genehmigung von Wirkstoffen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 84 vom 11.3.2021, S. 25)

170. 32021 R 0567: Durchführungsverordnung (EU) 2021/567 der Kommission vom 6. April 2021 zur Genehmigung des wässrigen Extrakts aus gekeimten Samenkörnern der Süßlupine *Lupinus albus* als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 118 vom 7.4.2021, S. 6)

171. 32021 R 0795: Durchführungsverordnung (EU) 2021/795 der Kommission vom 17. Mai 2021 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Alpha-Cypermethrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 174 vom 18.5.2021, S. 2)

172. 32021 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2021/917 der Kommission vom 7. Juni 2021 zur Genehmigung der Wirkstoffe mit geringem Risiko *Pepino Mosaic Virus*, EU-Stamm, mildes Isolat Abp1 und Pepino Mosaic Virus, CH2-Stamm, mildes Isolat Abp2 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 201 vom 8.6.2021, S. 19)

173. 32021 R 1455: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1455 der Kommission vom 6. September 2021 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm AH2 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 315 vom 7.9.2021, S. 1)

174. 32021 R 2049: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2049 der Kommission vom 24. November 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cypermethrin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 6)

175. 32022 R 0004: Durchführungsverordnung (EU) 2022/4 der Kommission vom 4. Januar 2022 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Purpureocillium lilacinum* Stamm PL11 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 1 vom 5.1.2022, S. 5)

176. 32022 R 0043: Durchführungsverordnung (EU) 2022/43 der Kommission vom 13. Januar 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Flumioxazin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Anhänge der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 (ABl. L 9 vom 14.1.2022, S. 7)

177. 32022 R 0159: Durchführungsverordnung (EU) 2022/159 der Kommission vom 4. Februar 2022 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm IT-45 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 26 vom 7.2.2022, S. 7)

178. 32022 R 1251: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1251 der Kommission vom 19. Juli 2022 zur Erneuerung der Genehmigung der Wirkstoffe „geradkettige Lepidopterenpheromone“ (Acetate) als Wirkstoffe mit geringem Risiko sowie der Wirkstoffe „geradkettige Lepidopterenpheromone“ (Aldehyde und Alkohole) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 35)

179. 32022 R 1443: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1443 der Kommission vom 31. August 2022 zur Nichtgenehmigung von Calciumpropionat als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 123)

180. 32022 R 1444: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1444 der Kommission vom 31. August 2022 zur Nichtgenehmigung von schwarzer Seife E470a als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 125)

181. 32022 R 1474: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1474 der Kommission vom 6. September 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für Schafsfett als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 7.9.2022, S. 3)

182. 32022 R 1480: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1480 der Kommission vom 7. September 2022 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Verlängerung der Laufzeit der Genehmigungen für die Wirkstoffe 2-Phenylphenol (einschließlich seiner Salze, z. B. Natriumsalz), 8-Hydroxychinolin, Amidosulfuron, Bensulfuron, Bifenox, Chlormequat, Chlortoluron, Clofentezin, Clomazon, Daminozid, Deltamethrin, Dicamba, Difenoconazol, Diflufenican, Dimethachlor, Esfenvalerat, Etofenprox, Fenoxaprop-P, Fenpropidin, Fenpyrazamin, Fludioxonil, Flufenacet, Flumetralin, Fosthiazat, Lenacil, MCPA, MCPB, Nicosulfuron, Paraffinöle, Paraffinöl, Penconazol, Picloram, Prohexadion, Propaquizafop, Prosulfocarb, Quizalofop-P-ethyl, Quizalofop-P-tefuryl, Natrium-5-nitroguaiacolat, Natrium-o-nitrophenolat, Natrium-p-nitrophenolat, Schwefel, Tebufenpyrad, Tetraconazol, Triallat, Triflusulfuron und Tritosulfuron (ABl. L 233 vom 8.9.2022, S. 43)

183. 32022 R 2364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2364 der Kommission vom 2. Dezember 2022 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Verlängerung der Dauer der Genehmigung für den Wirkstoff Glyphosat (ABl. L 312 vom 22.12.2022, S. 99)

184. 32023 R 0199: Durchführungsverordnung (EU) 2023/199 der Kommission vom 30. Januar 2023 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Trichoderma atroviride* AT10 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 26 vom 31.1.2023, S. 22)

185. 32023 R 0200: Durchführungsverordnung (EU) 2023/200 der Kommission vom 30. Januar 2023 zur Nichtgenehmigung von ätherischem Zitronenöl (ätherischem Öl aus *Citrus limon*) als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 26 vom 31.1.2023, S. 26)

UNTERABSCHNITT 2

ANERKENNUNG DER VOLLSTÄNDIGKEIT DER UNTERLAGEN

186. 32001 D 0861: Entscheidung 2001/861/EG der Kommission vom 27. November 2001 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Laminarin und Novaluron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln eingereicht wurden (ABl. L 321 vom 6.12.2001, S. 34), geändert durch:

– 32012 D 0187: Durchführungsbeschluss 2012/187/EU der Kommission vom 4. April 2012 (ABl. L 101 vom 11.4.2012, S. 15)

187. 32002 D 0305: Entscheidung 2002/305/EG der Kommission vom 19. April 2002 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Clothianidin und Pseudozyma flocculosa in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln eingereicht wurden (ABl. L 104 vom 20.4.2002, S. 42)

188. 32003 D 0035: Entscheidung 2003/35/EG der Kommission vom 10. Januar 2003 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Benalaxyl-M, Benthiavalicarb, 1-Methylcyclopropen, Prothioconazol und Fluoxastrobin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln eingereicht wurden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 52)

189. 32003 D 0105: Entscheidung 2003/105/EG der Kommission vom 17. Februar 2003 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Spiromesifen und Metrafenone in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 43 vom 18.2.2003, S. 45)

190. 32003 D 0636: Entscheidung 2003/636/EG der Kommission vom 2. September 2003 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Kaliumphosphit, Acequinocyl und Cyflufenamid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln eingereicht wurden (ABl. L 221 vom 4.9.2003, S. 42)

191. 32003 D 0850: Entscheidung 2003/850/EG der Kommission vom 4. Dezember 2003 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von BAS 670H und Silberthiosulfatin Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln eingereicht wurden (ABl. L 322 vom 9.12.2003, S. 28)

192. 32004 D 0686: Entscheidung 2004/686/EG der Kommission vom 29. September 2004 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Proquinazid, IKI-220 (Flonicamid) und Gamma-Cyhalothrin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 313 vom 12.10.2004, S. 21)

193. 32005 D 0459: Entscheidung 2005/459/EG der Kommission vom 22. Juni 2005 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Pinoxaden in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 160 vom 23.6.2005, S. 32)

194. 32005 D 0751: Entscheidung 2005/751/EG der Kommission vom 21. Oktober 2005 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Ascorbinsäure, Kaliumiodid und Kaliumthiocyanat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 282 vom 26.10.2005, S. 18)

195. 32005 D 0778: Entscheidung 2005/778/EG der Kommission vom 28. Oktober 2005 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Aminopyralid und Fluopicolid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 293 vom 9.11.2005, S. 26)

196. 32006 D 0517: Entscheidung 2006/517/EG der Kommission vom 19. Juli 2006 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Metaflumizon in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 201 vom 25.7.2006, S. 34)

197. 32006 D 0586: Entscheidung 2006/586/EG der Kommission vom 25. August 2006 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Chromafenozid, Halosulfuron, Tembotrion, Valiphenal und Zucchinigelbmosaikvirus (abgeschwächter Stamm) in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 236 vom 31.8.2006, S. 31)

198. 32006 D 0589: Entscheidung 2006/589/EG der Kommission vom 31. August 2006 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Aviglycine HCl, Mandipropamid und Meptyldinocap in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 240 vom 2.9.2006, S. 9), geändert durch:

    – 32008 D 0278: Entscheidung 2008/278/EG der Kommission vom 26. März 2008 (ABl. L 87 vom 29.3.2008, S. 15)

199. 32006 D 0806: Entscheidung 2006/806/EG der Kommission vom 24. November 2006 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Orthosulfamuron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 329 vom 25.11.2006, S. 74)

200. 32006 D 0927: Entscheidung 2006/927/EG der Kommission vom 13. Dezember 2006 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Flubendiamid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 354 vom 14.12.2006, S. 54)

201. 32007 D 0277: Entscheidung 2007/277/EG der Kommission vom 20. April 2007 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Pyroxsulam in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 116 vom 4.5.2007, S. 59)

202. 32007 D 0380: Entscheidung 2007/380/EG der Kommission vom 30. Mai 2007 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von *Candida oleophila* Stamm O in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 141 vom 2.6.2007, S. 78)

203. 32007 D 0560: Entscheidung 2007/560/EG der Kommission vom 2. August 2007 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Chlorantraniliprole, Heptamaloxyglucan, Spirotetramat und *Helicoverpa armigera* Nucleopolyhedrovirus in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 213 vom 15.8.2007, S. 29)

204. 32007 D 0669: Entscheidung 2007/669/EG der Kommission vom 15. Oktober 2007 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von *Adoxophyes orana Granulovirus*, Amisulbrom, Emamectin, Pyridalil und *Spodoptera littoralis Nucleopolyhedrovirus* in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 274 vom 18.10.2007, S. 15)

205. 32008 D 0020: Entscheidung 2008/20/EG der Kommission vom 20. Dezember 2007 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Ipconazol und Maltodextrin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 1 vom 4.1.2008, S. 5)

206. 32008 D 0565: Entscheidung 2008/565/EG der Kommission vom 30. Juni 2008 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von *Paecilomyces fumosoroseus* Stamm Fe 9901 und *Trichoderma atroviride* Stamm I-1237 in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 181 vom 10.7.2008, S. 49)

207. 32008 D 0566: Entscheidung 2008/566/EG der Kommission vom 1. Juli 2008 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Phosphan und Thiencarbazone in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 181 vom 10.7.2008, S. 52)

208. 32008 D 0599: Entscheidung 2008/599/EG der Kommission vom 4. Juli 2008 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von *Pseudomonas* sp. Stamm DSMZ 13134 in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 193 vom 22.7.2008, S. 14)

209. 32008 D 0740: Entscheidung 2008/740/EG der Kommission vom 12. September 2008 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Spinetoram in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 249 vom 18.9.2008, S. 21)

210. 32008 D 0953: Entscheidung 2008/953/EG der Kommission vom 8. Dezember 2008 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von *Aureobasidium pullulans* und Dinatriumphosphonat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 338 vom 17.12.2008, S. 62)

211. 32009 D 0438: Entscheidung 2009/438/EG der Kommission vom 8. Juni 2009 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Orangenöl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 145 vom 10.6.2009, S. 47)

212. 32009 D 0464: Entscheidung 2009/464/EG der Kommission vom 15. Juni 2009 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Fluopyram in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 151 vom 16.6.2009, S. 37)

213. 32009 D 0535: Entscheidung 2009/535/EG der Kommission vom 9. Juli 2009 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von BAS 650 F in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 179 vom 10.7.2009, S. 66)

214. 32009 D 0700: Entscheidung 2009/700/EG der Kommission vom 10. September 2009 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Bixafen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 240 vom 11.9.2009, S. 32)

215. 32010 D 0132: Beschluss 2010/132/EU der Kommission vom 2. März 2010 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von *Trichoderma asperellum* (Stamm T34) und Isopyrazam in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 52 vom 3.3.2010, S. 51)

216. 32010 D 0150: Beschluss 2010/150/EU der Kommission vom 10. März 2010 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Fenpyrazamin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 61 vom 11.3.2010, S. 35)

217. 32010 D 0164: Beschluss 2010/164/EU der Kommission vom 18. März 2010 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Tagetesöl und Thymianöl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 69 vom 19.3.2010, S. 18)

218. 32010 D 0244: Beschluss 2010/244/EU der Kommission vom 26. April 2010 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von 1,4-Dimethylnaphthalin und Cyflumetofen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 107 vom 29.4.2010, S. 22)

219. 32010 D 00466: Beschluss 2010/466/EU der Kommission vom 24. August 2010 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Penthiopyrad in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 224 vom 26.8.2010, S. 6)

220. 32010 D 0672: Beschluss 2010/672/EU der Kommission vom 5. November 2010 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Penflufen und Fluxapyroxad in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 290 vom 6.11.2010, S. 51)

221. 32010 D 0785: Beschluss 2010/785/EU der Kommission vom 17. Dezember 2010 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Pyriofenon in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 335 vom 18.10.2010, S. 64)

222. 32011 D 0123: Beschluss 2011/123/EU der Kommission vom 23. Februar 2011 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Sedaxan und *Bacillus firmus* I-1582 in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 40)

223. 32011 D 0124: Beschluss 2011/124/EU der Kommission vom 23. Februar 2011 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Ethametsulfuron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 12)

224. 32011 D 0253: Durchführungsbeschluss 2011/253/EU der Kommission vom 26. April 2011 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Metobromuron, S-Abscisinsäure, *Bacillus amyloliquefaciens* subsp. *plantarum* D747, *Bacillus pumilus* QST 2808 und *Streptomyces lydicus* WYEC 108 in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 106 vom 27.4.2011, S. 13)

225. 32011 D 0266: Durchführungsbeschluss 2011/266/EU der Kommission vom 2. Mai 2011 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Beta-Cypermethrin, Eugenol, Geraniol und Thymol in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 114 vom 4.5.2011, S. 3)

UNTERABSCHNITT 3

SCHUTZMAßNAHMEN

226. 32007 D 0322: Entscheidung 2007/322/EG der Kommission vom 4. Mai 2007 über Schutzmaßnahmen hinsichtlich der Anwendung von Tolylfluanid enthaltenden Pflanzenschutzmitteln, die zur Verunreinigung des Trinkwassers führen (ABl. L 119 vom 9.5.2007, S. 49)

UNTERABSCHNITT 4

ERNEUERUNG DER AUFNAHME

227. 32007 R 0737: Verordnung (EG) Nr. 737/2007 der Kommission vom 27. Juni 2007 zur Festlegung des Verfahrens für die Erneuerung der Aufnahme einer ersten Gruppe von Wirkstoffen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und zur Erstellung der Liste dieser Wirkstoffe (ABl. L 169 vom 29.6.2007, S. 10)

228. 32008 D 0656: Entscheidung 2008/656/EG der Kommission vom 28. Juli 2008 über die Zulässigkeit der Anträge auf erneute Aufnahme der Wirkstoffe Azimsulfuron, Azoxystrobin, Fluroxypyr, Imazalil, Kresoxim-Methyl, Prohexadion-Calcium und Spiroxamin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und zur Erstellung der Liste der betroffenen Antragsteller (ABl. L 214 vom 9.8.2008, S. 70)

229. 32010 R 1141: Verordnung (EU) Nr. 1141/2010 der Kommission vom 7. Dezember 2010 zur Festlegung des Verfahrens für die erneute Aufnahme einer zweiten Gruppe von Wirkstoffen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und zur Erstellung der Liste dieser Wirkstoffe (ABl. L 322 vom 8.12.2010, S. 10), geändert durch:

– 32019 R 0336: Durchführungsverordnung (EU) 2019/336 der Kommission vom 27. Februar 2019 (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 8)

230. 32011 R 1022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1022/2011 der Kommission vom 14. Oktober 2011 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cyclanilid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 270 vom 15.10.2011, S. 20)

231. 32011 R 1134: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1134/2011 der Kommission vom 9. November 2011 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Cinidonethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 292 vom 10.11.2011, S. 1)

232. 32012 R 0686: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 686/2012 der Kommission vom 26. Juli 2012 zur Übertragung der Überprüfung der Wirkstoffe, deren Genehmigung spätestens am 31. Dezember 2018 ausläuft, auf die Mitgliedstaaten zum Zweck des Erneuerungsverfahrens (ABl. L 200 vom 27.7.2012, S. 5), geändert durch:

– 32014 R 0700: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 700/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 8)

– 32015 R 0052: Durchführungsverordnung (EU) 2015/52 der Kommission vom 14. Januar 2015 (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 27)

– 32016 R 0183: Durchführungsverordnung (EU) 2016/183 der Kommission vom 11. Februar 2016 (ABl. L 37 vom 12.2.2016, S. 44)

– 32017 R 0243: Durchführungsverordnung (EU) 2017/243 der Kommission vom 10. Februar 2017 (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 53)

– 32018 R 0155: Durchführungsverordnung (EU) 2018/155 der Kommission vom 31. Januar 2018 (ABl. L 29 vom 1.2.2018, S. 8)

– 32019 R 0150: Durchführungsverordnung (EU) 2019/150 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 23)

– 32019 R 0336: Durchführungsverordnung (EU) 2019/336 der Kommission vom 27. Februar 2019 (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 8)

– 32019 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) 2019/724 der Kommission vom 10. Mai 2019 (ABl. L 124 vom 13.5.2019, S. 32)

– 32020 R 1093: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1093 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 13)

233. 32015 R 0306: Durchführungsverordnung (EU) 2015/306 der Kommission vom 26. Februar 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs *Isaria fumosorosea* Stamm Apopka 97 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 1)

234. 32015 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1115 der Kommission vom 9. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Pyridat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 22)

235. 32015 R 1154: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1154 der Kommission vom 14. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Sulfosulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 187 vom 15.7.2015, S. 18)

236. 32015 R 1166: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1166 der Kommission vom 15. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Eisen(III)-phosphat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 34)

237. 32015 R 1201: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1201 der Kommission vom 22. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Fenhexamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 195 vom 23.7.2015, S. 37)

238. 32015 R 1397: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1397 der Kommission vom 14. August 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Florasulam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 216 vom 15.8.2015, S. 3)

239. 32015 R 2033: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2033 der Kommission vom 13. November 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs 2,4-D gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 8)

240. 32015 R 2047: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2047 der Kommission vom 16. November 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Esfenvalerat als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 300 vom 17.11.2015, S. 8)

241. 32016 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2016/139 der Kommission vom 2. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Metsulfuron-methyl als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 7)

242. 32016 R 0146: Durchführungsverordnung (EU) 2016/146 der Kommission vom 4. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Lambda-Cyhalothrin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 30 vom 7.2.2016, S. 1)

243. 32016 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2016/147 der Kommission vom 4. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Iprovalicarb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 30 vom 7.2.2016, S. 12)

244. 32016 R 0182: Durchführungsverordnung (EU) 2016/182 der Kommission vom 11. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Pyraflufen-ethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 37 vom 12.2.2016, S. 40)

245. 32016 R 0389: Durchführungsverordnung (EU) 2016/389 der Kommission vom 17. März 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Acibenzolar-S-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 73 vom 18.3.2016, S. 77)

246. 32016 R 0864: Durchführungsverordnung (EU) 2016/864 der Kommission vom 31. Mai 2016 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Triasulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 32)

247. 32016 R 0871: Durchführungsverordnung (EU) 2016/871 der Kommission vom 1. Juni 2016 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Amitrol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 4)

248. 32016 R 0872: Durchführungsverordnung (EU) 2016/872 der Kommission vom 1. Juni 2016 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Isoproturon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 7)

249. 32016 R 1423: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1423 der Kommission vom 25. August 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Picolinafen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 20)

250. 32016 R 1424: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1424 der Kommission vom 25. August 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Thifensulfuron-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 25)

251. 32016 R 1426: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1426 der Kommission vom 25. August 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Ethofumesat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 34)

252. 32017 R 0157: Durchführungsverordnung (EU) 2017/157 der Kommission vom 30. Januar 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Thiabendazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 25 vom 31.1.2017, S. 5)

253. 32017 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) 2017/375 der Kommission vom 2. März 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Prosulfuron als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 3), geändert durch:

– 32021 R 0574: Durchführungsverordnung (EU) 2021/574 der Kommission vom 30. März 2021 (ABl. L 120 vom 8.4.2021, S. 9)

254. 32017 R 0407: Durchführungsverordnung (EU) 2017/407 der Kommission vom 8. März 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Iodosulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 87)

255. 32017 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) 2017/842 der Kommission vom 17. Mai 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Coniothyrium minitans* Stamm CON/M/91-08 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 16), berichtigt in ABl. L 2 vom 5.1.2018, S. 14

256. 32017 R 0725: Durchführungsverordnung (EU) 2017/725 der Kommission vom 24. April 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Mesotrion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 107 vom 25.4.2017, S. 24)

257. 32017 R 0753: Durchführungsverordnung (EU) 2017/753 der Kommission vom 28. April 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cyhalofop-butyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 24)

258. 32017 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2017/755 der Kommission vom 28. April 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Mesosulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 35)

259. 32017 R 0805: Durchführungsverordnung (EU) 2017/805 der Kommission vom 11. Mai 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Flazasulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 26)

260. 32017 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) 2017/842 der Kommission vom 17. Mai 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Coniothyrium minitans* Stamm CON/M/91-08 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 16)

261. 32017 R 1113: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1113 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Benzoesäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 27)

262. 32017 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1114 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pendimethalin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 32)

263. 32017 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1115 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propoxycarbazon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 38)

264. 32017 R 1455: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1455 der Kommission vom 10. August 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Picoxystrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 208 vom 11.8.2017, S. 28)

265. 32017 R 1491: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1491 der Kommission vom 21. August 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs 2,4-DB gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 216 vom 22.8.2017, S. 15)

266. 32017 R 1496: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1496 der Kommission vom 23. August 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff DPX KE 459 (Flupyrsulfuron-methyl) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 218 vom 24.8.2017, S. 7)

267. 32017 R 1506: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1506 der Kommission vom 28. August 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Maleinsäurehydrazid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 222 vom 29.8.2017, S. 21)

268. 32017 R 1531: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1531 der Kommission vom 7. September 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Imazamox als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 6)

269. 32017 R 2091: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2091 der Kommission vom 14. November 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Iprodion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 25)

270. 32017 R 2324: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2324 der Kommission vom 12. Dezember 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Glyphosat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 10)

271. 32018 R 0112: Durchführungsverordnung (EU) 2018/112 der Kommission vom 24. Januar 2018 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Laminarin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 3)

272. 32018 R 0113: Durchführungsverordnung (EU) 2018/113 der Kommission vom 24. Januar 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Acetamiprid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 7)

273. 32018 R 0660: Durchführungsverordnung (EU) 2018/660 der Kommission vom 26. April 2018 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Bentazon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 110 vom 30.4.2018, S. 122)

274. 32018 R 0679: Durchführungsverordnung (EU) 2018/679 der Kommission vom 3. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Forchlorfenuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 4.5.2018, S. 18)

275. 32018 R 0692: Durchführungsverordnung (EU) 2018/692 der Kommission vom 7. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Zoxamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 9)

276. 32018 R 0710: Durchführungsverordnung (EU) 2018/710 der Kommission vom 14. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Silthiofam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 119 vom 15.5.2018, S. 31)

277. 32018 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2018/755 der Kommission vom 23. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propyzamid — als Substitutionskandidat — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 128 vom 24.5.2018, S. 4)

278. 32018 R 1019: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1019 der Kommission vom 18. Juli 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Oxasulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 14)

279. 32018 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1043 der Kommission vom 24. Juli 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Fenamidon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 188 vom 25.7.2018, S. 9)

280. 32018 R 1060: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1060 der Kommission vom 26. Juli 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Trifloxystrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 3)

281. 32018 R 1061: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1061 der Kommission vom 26. Juli 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Carfentrazon-ethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 8)

282. 32018 R 1075: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1075 der Kommission vom 27. Juli 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Ampelomyces quisqualis* Stamm: AQ10 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 36)

283. 32018 R 1264: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1264 der Kommission vom 20. September 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pethoxamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 71)

284. 32018 R 1500: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1500 der Kommission vom 9. Oktober 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Thiram sowie zum Verbot der Verwendung und des Verkaufs von Saatgut, das mit Thiram enthaltenden Pflanzenschutzmitteln behandelt wurde, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 254 vom 10.10.2018, S. 1)

285. 32018 R 1501: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1501 der Kommission vom 9. Oktober 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pymetrozin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 254 vom 10.10.2018, S. 4)

286. 32018 R 1532: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1532 der Kommission vom 12. Oktober 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Diquat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 257 vom 15.10.2018, S. 10)

287. 32018 R 1865: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1865 der Kommission vom 28. November 2018 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propiconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 304 vom 29.11.2018, S. 6)

288. 32018 R 1913: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1913 der Kommission vom 6. Dezember 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Tribenuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 13)

289. 32018 R 1914: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1914 der Kommission vom 6. Dezember 2018 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Quinoxyfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 17)

290. 32018 R 1917: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1917 der Kommission vom 6. Dezember 2018 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Flurtamon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 27)

291. 32019 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2019/151 der Kommission vom 30. Januar 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Clonostachys rosea* Stamm: J1446 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 26)

292. 32019 R 0158: Durchführungsverordnung (EU) 2019/158 der Kommission vom 31. Januar 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Methoxyfenozid — als Substitutionskandidat — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 31 vom 1.2.2019, S. 21)

293. 32019 R 0344: Durchführungsverordnung (EU) 2019/344 der Kommission vom 28. Februar 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Ethoprophos gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 62 vom 1.3.2019, S. 7)

294. 32019 R 0677: Durchführungsverordnung (EU) 2019/677 der Kommission vom 29. April 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Chlorthalonil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 15)

295. 32019 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) 2019/706 der Kommission vom 7. Mai 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Carvon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 11), berichtigt in ABl. L 152 vom 15.5.2020, S. 1

296. 32019 R 0717: Durchführungsverordnung (EU) 2019/717 der Kommission vom 8. Mai 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Isoxaflutol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 122 vom 10.5.2019, S. 44)

297. 32019 R 0989: Durchführungsverordnung (EU) 2019/989 der Kommission vom 17. Juni 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Chlorpropham gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 11)

298. 32019 R 1085: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1085 der Kommission vom 25. Juni 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff 1-Methylcyclopropen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 der Kommission (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 110)

299. 32019 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1090 der Kommission vom 26. Juni 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Dimethoat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 39)

300. 32019 R 1100: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1100 der Kommission vom 27. Juni 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Desmedipham gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 17)

301. 32019 R 1101: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1101 der Kommission vom 27. Juni 2019 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Tolclofos-Methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 20)

302. 32019 R 1137: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1137 der Kommission vom 3. Juli 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Dimethenamid-p gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 3)

303. 32019 R 1605: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1605 der Kommission vom 27. September 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus subtilis* Stamm IAB/BS03 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 49)

304. 32019 R 1606: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1606 der Kommission vom 27. September 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Methiocarb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 53)

305. 32019 R 1675: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1675 der Kommission vom 4. Oktober 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Verticillium albo-atrum* Stamm: WCS850 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 257 vom 8.10.2019, S. 6)

306. 32019 R 1690: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1690 Der Kommission vom 9. Oktober 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Alpha-Cypermethrin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 2)

307. 32020 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) 2020/17 der Kommission vom 10. Januar 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Chlorpyrifos-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 7 vom 13.1.2020, S. 11)

308. 32020 R 0018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/18 der Kommission vom 10. Januar 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Chlorpyrifos gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 7 vom 13.1.2020, S. 14)

309. 32020 R 0023: Durchführungsverordnung (EU) 2020/23 der Kommission vom 13. Januar 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Thiacloprid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 8)

310. 32020 R 0616: Durchführungsverordnung (EU) 2020/616 der Kommission vom 5. Mai 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Foramsulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 1)

311. 32020 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2020/617 der Kommission vom 5. Mai 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Metalaxyl-M und zur Beschränkung der Verwendung von Saatgut, das mit Metalaxyl-M enthaltenden Pflanzenschutzmitteln behandelt wurde, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 6)

312. 32020 R 0892: Durchführungsverordnung (EU) 2020/892 der Kommission vom 29. Juni 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff beta-Cyfluthrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 205 vom 30.6.2020, S. 6)

313. 32020 R 0968: Durchführungsverordnung (EU) 2020/968 der Kommission vom 3. Juli 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pyriproxyfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 213 vom 6.7.2020, S. 7)

314. 32020 R 1003: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1003 der Kommission vom 9. Juli 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für die Wirkstoffe *Phlebiopsis gigantea* Stämme VRA 1835, VRA 1984 und FOC PG 410.3 als Wirkstoffe mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 127)

315. 32020 R 1246: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1246 der Kommission vom 2. September 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Fenamiphos gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 288 vom 3.9.2020, S. 18)

316. 32020 R 1276: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1276 der Kommission vom 11. September 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Bromoxynil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 300 vom 14.9.2020, S. 32), berichtigt in ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 27

317. 32020 R 1280: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1280 der Kommission vom 14. September 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Benalaxyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 301 vom 15.9.2020, S. 4)

318. 32020 R 1498: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1498 der Kommission vom 15. Oktober 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Thiophanatmethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 342 vom 16.10.2020, S. 5)

319. 32020 R 1740: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1740 der Kommission vom 20. November 2020 zur Festlegung der notwendigen Bestimmungen für das Erneuerungsverfahren für Wirkstoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 844/2012 der Kommission (ABl. L 392 vom 23.11.2020, S. 20)

320. 32020 R 2101: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2101 der Kommission vom 15. Dezember 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Kieselgur (Diatomeenerde) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 79)

321. 32020 R 2105: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2105 der Kommission vom 15. Dezember 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Etoxazol — als Substitutionskandidat — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 96)

322. 32021 R 0129: Durchführungsverordnung (EU) 2021/129 der Kommission vom 3. Februar 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Knoblauchextrakt gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 40 vom 4.2.2021, S. 11)

323. 32021 R 0134: Durchführungsverordnung (EU) 2021/134 der Kommission vom 4. Februar 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff mit geringem Risiko *Akanthomyces muscarius* Stamm Ve6 (vormals *Lecanicillium muscarium* Stamm Ve6) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 42 vom 5.2.2021, S. 4)

324. 32021 R 0413: Durchführungsverordnung (EU) 2021/413 der Kommission vom 8. März 2021 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Blutmehl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 81 vom 9.3.2021, S. 32)

325. 32021 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) 2021/809 der Kommission vom 20. Mai 2021 über die Nichtgenehmigung von fermentiertem Extrakt aus den Blättern von *Symphytum officinale* L. (Beinwell) als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 180 vom 21.5.2021, S. 110)

326. 32021 R 0843: Durchführungsverordnung (EU) 2021/843 der Kommission vom 26. Mai 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cyazofamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 186 vom 27.5.2021, S. 20)

327. 32021 R 0853: Durchführungsverordnung (EU) 2021/853 der Kommission vom 27. Mai 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Streptomyces* Stamm K61gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 188 vom 28.5.2021, S. 56)

328. 32021 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1191 der Kommission vom 19. Juli 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Clopyralid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 258 vom 20.7.2021, S. 37)

329. 32021 R 1379: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1379 der Kommission vom 19. August 2021 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Famoxadon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 32)

330. 32021 R 1448: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1448 der Kommission vom 3. September 2021 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Calciumcarbonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 15)

331. 32021 R 1452: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1452 der Kommission vom 3. September 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Kaliumhydrogencarbonat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 30)

332. 32021 R 2081: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2081 der Kommission vom 26. November 2021 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Indoxacarb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 28)

333. 32022 R 0019: Durchführungsverordnung (EU) 2022/19 der Kommission vom 7. Januar 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Purpureocillium lilacinum* Stamm 251 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 5 vom 10.1.2022, S. 9)

334. 32022 R 0094: Durchführungsverordnung (EU) 2022/94 der Kommission vom 24. Januar 2022 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Phosmet gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 16 vom 25.1.2022, S. 33)

335. 32022 R 0383: Durchführungsverordnung (EU) 2022/383 der Kommission vom 4. März 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff mit geringem Risiko *Metarhizium brunneum* Stamm Ma 43 (vormals *Metarhizium anisopliae var. anisopliae* Stamm BIPESCO 5/F52) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 76 vom 7.3.2022, S. 1)

336. 32022 R 0698: Durchführungsverordnung (EU) 2022/698 der Kommission vom 3. Mai 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Bifenazat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 130 vom 4.5.2022, S. 3)

337. 32022 R 2305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2305 der Kommission vom 24. November 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für Fischöl als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 306 vom 25.11.2022, S. 53)

338. 32022 R 2314: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2314 der Kommission vom 25. November 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Pythium oligandrum* Stamm M1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 47)

339. 32022 R 2315: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2315 der Kommission vom 25. November 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für Heptamaloxyloglucan als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 52)

340. 32023 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2023/149 der Kommission vom 20. Januar 2023 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Benfluralin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 20 vom 23.1.2023, S. 30)

UNTERABSCHNITT 5

FORTFÜHRUNG DER VERWENDUNG

341. 32002 R 2076: Verordnung (EG) Nr. 2076/2002 der Kommission vom 20. November 2002 zur Verlängerung der Frist gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I dieser Richtlinie sowie den Widerruf der Zulassungen von Pflanzenschutzmitteln mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 319 vom 23.11.2002, S. 3), geändert durch:

– 32003 R 1336: Verordnung (EG) Nr. 1336/2003 der Kommission vom 25. Juli 2003 (ABl. L 187 vom 26.7.2003, S. 21)

– 32004 R 0835: Verordnung (EG) Nr. 835/2004 der Kommission vom 28. April 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 43)

– 32004 R 1765: Verordnung (EG) Nr. 1765/2004 der Kommission vom 13. Oktober 2004 (ABl. L 315 vom 14.10.2004, S. 26)

– 32005 R 1335: Verordnung (EG) Nr. 1335/2005 der Kommission vom 12. August 2005 (ABl. L 211 vom 13.8.2005, S. 6)

– 32006 R 1980: Verordnung (EG) Nr. 1980/2006 der Kommission vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 96)

– 32006 R 2024: Verordnung (EG) Nr. 2024/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2006 (ABl. L 384 vom 29.12.2006, S. 79)

– 32007 R 1313: Verordnung (EG) Nr. 1313/2007 der Kommission vom 8. November 2007 (ABl. L 291 vom 9.11.2007, S. 11)

– 32008 R 0848: Verordnung (EG) Nr. 848/2008 der Kommission vom 28. August 2008 (ABl. L 231 vom 29.8.2008, S. 9)

– 32014 R 0698: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 698/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 4)

342. 32005 R 1335: Verordnung (EG) Nr. 1335/2005 der Kommission vom 12. August 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2076/2002 sowie der Entscheidungen 2002/928/EG, 2004/129/EG, 2004/140/EG, 2004/247/EG und 2005/303/EG hinsichtlich des in Artikel 8 Absatz 2 der Richtlinie 91/414/EWG des Rates genannten Zeitraums und der weiteren Verwendung bestimmter, in deren Anhang I nicht aufgeführter Wirkstoffe (ABl. L 211 vom 13.8.2005, S. 6)

343. 32006 R 1980: Verordnung (EG) Nr. 1980/2006 der Kommission vom 20 Dezember 2006 zur Festlegung von Übergangsmaßnahmen zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2076/2002 und der Entscheidungen 2001/245/EG, 2002/928/EG und 2006/797/EG hinsichtlich der weiteren Anwendung bestimmter, nicht in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG aufgenommener Wirkstoffe mit Blick auf den Beitritt Bulgariens (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 96)

UNTERABSCHNITT 6

NICHT ZUGELASSENE STOFFE

344. 31994 D 0643: Entscheidung 94/643/EG der Kommission vom 12. September 1994 über die Widerrufung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Cyhalothrin (ABl. L 249 vom 24.9.1994, S. 18)

345. 31995 D 0276: Entscheidung 95/276/EG der Kommission vom 13. Juli 1995 über die Widerrufung der Zulassung für Pflanzenschutzmittel mit den Wirkstoffen Ferbam oder Azinphosethyl (ABl. L 170 vom 20.7.1995, S. 22)

346. 31996 D 0586: Entscheidung 96/586/EG der Kommission vom 9. April 1996 über die Widerrufung der Zulassung für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Propham (ABl. L 257 vom 10.10.1996, S. 41)

347. 31998 D 0269: Entscheidung 98/269/EG der Kommission vom 7. April 1998 über die Widerrufung der Zulassung für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Dinoterb (ABl. L 117 vom 21.4.1998, S. 13)

348. 31998 D 0270: Entscheidung 98/270/EG der Kommission vom 7. April 1998 über den Entzug der Zulassung für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Fenvalerat (ABl. L 117 vom 21.4.1998, S. 15), geändert durch:

– 32006 R 2024: Verordnung (EG) Nr. 2024/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2006 (ABl. L 384 vom 29.12.2006, S. 79)

349. 31999 D 0164: Entscheidung 1999/164/EG der Kommission vom 17. Februar 1999 über die Nichtaufnahme von DNOC als Wirkstoff in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und zur Widerrufung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 54 vom 2.3.1999, S. 21)

350. 32000 D 0233: Entscheidung 2000/233/EG der Kommission vom 9. März 2000 über die Nichtaufnahme des Wirkstoffs Pyrazophos in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 73 vom 22.3.2000, S. 16)

351. 32000 D 0234: Entscheidung 2000/234/EG der Kommission vom 9. März 2000 über die Nichtaufnahme von Monolinuron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 73 vom 22.3.2000, S. 18)

352. 32000 D 0626: Entscheidung 2000/626/EG der Kommission vom 13. Oktober 2000 über die Nichtaufnahme von Chlozolinat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 263 vom 18.10.2000, S. 32)

353. 32000 D 0725: Entscheidung 2000/725/EG der Kommission vom 20. November 2000 über die Nichtaufnahme von Tecnazen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 292 vom 21.11.2000, S. 30)

354. 32000 D 0801: Entscheidung 2000/801/EG der Kommission vom 20. Dezember 2000 über die Nichtaufnahme des Wirkstoffs Lindan in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 324 vom 21.12.2000, S. 42)

355. 32000 D 0816: Entscheidung 2000/816/EG der Kommission vom 27. Dezember 2000 über die Nichtaufnahme von Quintozen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 332 vom 28.12.2000, S. 112)

356. 32000 D 0817: Entscheidung 2000/817/EG der Kommission vom 27. Dezember 2000 über die Nichtaufnahme von Permethrin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Widerrufung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 332 vom 28.12.2000, S. 114)

357. 32001 D 0245: Entscheidung 2001/245/EG der Kommission vom 22. März 2001 über die Nichtaufnahme des Wirkstoffs Zineb in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 88 vom 28.3.2001, S. 19), geändert durch:

   – 32006 R 1980: Verordnung (EG) Nr. 1980/2006 der Kommission vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 79)

358. 32001 D 0520: Entscheidung 2001/520/EG der Kommission vom 9. Juli 2001 über die Nichtaufnahme von Parathion in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 187 vom 10.7.2001, S. 47)

359. 32001 D 0697: Entscheidung 2001/697/EG der Kommission vom 5. September 2001 über die Nichtaufnahme des Wirkstoffes Chlorfenapyr in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 249 vom 19.9.2001, S. 19)

360. 32002 D 0478: Entscheidung 2002/478/EG der Kommission vom 20. Juni 2002 über die Nichtaufnahme von Fentinacetat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 164 vom 22.6.2002, S. 41)

361. 32002 D 0479: Entscheidung 2002/479/EG der Kommission vom 20. Juni 2002 über die Nichtaufnahme von Fentinhydroxid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 164 vom 22.6.2002, S. 43)

362. 32002 D 0928: Entscheidung 2002/928/EG der Kommission vom 26. November 2002 über die Nichtaufnahme von Benomyl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 322 vom 27.11.2002, S. 53), geändert durch:

    – 32004 R 0835: Verordnung (EG) Nr. 835/2004 der Kommission vom 28. April 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 43)

    – 32005 R 1335: Verordnung (EG) Nr. 1335/2005 der Kommission vom 12. August 2005 (ABl. L 211 vom 13.8.2005, S. 6)

    – 32006 R 1980: Verordnung (EG) Nr. 1980/2006 der Kommission vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 79)

– 32006 R 2024: Verordnung (EG) Nr. 2024/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2006 (ABl. L 384 vom 29.12.2006, S. 79)

363. 32002 D 0949: Entscheidung 2002/949/EG der Kommission vom 4. Dezember 2002 über die Nichtaufnahme des Wirkstoffs Azafenidin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 328 vom 5.12.2002, S. 23)

364. 32003 D 0166: Entscheidung 2003/166/EG der Kommission vom 10. März 2003 über die Nichtaufnahme von Parathion-Methyl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 67 vom 12.3.2003, S. 18)

365. 32003 D 0199: Entscheidung 2003/199/EG des Rates vom 18. März 2003 über die Nichtaufnahme von Aldicarb in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 76 vom 22.3.2003, S. 21)

366. 32003 D 0219: Entscheidung 2003/219/EG der Kommission vom 25. März 2003 über die Nichtaufnahme von Acephat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 82 vom 29.3.2003, S. 40)

367. 32004 D 0129: Entscheidung 2004/129/EG der Kommission vom 30. Januar 2004 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates sowie den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 37 vom 10.2.2004, S. 27), geändert durch:

– 32004 R 0835: Verordnung (EG) Nr. 835/2004 der Kommission vom 28. April 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 43)

– 32006 R 2024: Verordnung (EG) Nr. 2024/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2006 (ABl. L 384 vom 29.12.2006, S. 79)

368. 32004 D 0140: Entscheidung 2004/140/EG der Kommission vom 11. Februar 2004 über die Nichtaufnahme von Fenthion in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 46 vom 17.2.2004, S. 32), geändert durch:

– 32005 R 1335: Verordnung (EG) Nr. 1335/2005 der Kommission vom 12. August 2005 (ABl. L 211 vom 13.8.2005, S. 6)

369. 32004 D 0141: Entscheidung 2004/141/EG der Kommission vom 12. Februar 2004 über die Nichtaufnahme von Amitraz in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 46 vom 17.2.2004, S. 35)

370. 32004 D 0247: Entscheidung 2004/247/EG der Kommission vom 10. März 2004 über die Nichtaufnahme von Simazin Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 78 vom 16.3.2004, S. 50), geändert durch:

– 32004 R 0835: Verordnung (EG) Nr. 835/2004 der Kommission vom 28. April 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 43)

– 32005 R 1335: Verordnung (EG) Nr. 1335/2005 der Kommission vom 12. August 2005 (ABl. L 211 vom 13.8.2005, S. 6)

371. 32004 D 0248: Entscheidung 2004/248/EG der Kommission vom 10. März 2004 über die Nichtaufnahme von Atrazin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 78 vom 16.3.2004, S. 53), geändert durch:

– 32004 R 0835: Verordnung (EG) Nr. 835/2004 der Kommission vom 28. April 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 43)

372. 32004 D 0401: Entscheidung 2004/401/EG der Kommission vom 26. April 2004 über die Nichtaufnahme von Mefluidid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 123 vom 27.4.2004, S. 109)

373. 32005 D 0303: Entscheidung 2005/303/EG der Kommission vom 31. März 2005 über die Nichtaufnahme von Kresylsäure, Dichlorophen, Imazamethabenz, Kasugamycin und Polyoxin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 97 vom 15.4.2005, S. 38), geändert durch:

– 32005 R 1335: Verordnung (EG) Nr. 1335/2005 der Kommission vom 12. August 2005 (ABl. L 211 vom 13.8.2005, S. 6)

374. 32005 D 0487: Entscheidung 2005/487/EG der Kommission vom 4. Juli 2005 über die Nichtaufnahme von Triazamat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 174 vom 7.7.2005, S. 72)

375. 32005 D 0788: Entscheidung 2005/788/EG der Kommission vom 11. November 2005 über die Nichtaufnahme von Naled in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für diesen Wirkstoff enthaltende Pflanzenschutzmittel (ABl. L 296 vom 12.11.2005, S. 41)

376. 32005 D 0864: Entscheidung 2005/864/EG der Kommission vom 2. Dezember 2005 über die Nichtaufnahme von Endosulfan in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 317 vom 3.12.2005, S. 25)

377. 32006 D 0302: Entscheidung 2006/302/EG der Kommission vom 25. April 2006 über die Nichtaufnahme von Methabenzthiazuron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 112 vom 26.4.2006, S. 15)

378. 32006 D 0797: Entscheidung 2006/797/EG der Kommission vom 22. November 2006 über die Nichtaufnahme von Ammoniumsulfamat, Hexaconazol, Natriumtetrathiocarbonat und 8-Hydroxyquinolin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 324 vom 23.11.2006, S. 8), geändert durch:

   – 32006 R 1980: Verordnung (EG) Nr. 1980/2006 der Kommission vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 79)

379. 32006 D 1009: Entscheidung 2006/1009/EG der Kommission vom 22. Dezember 2006 über die Nichtaufnahme von Dimethenamid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 379 vom 28.12.2006, S. 125)

380. 32006 D 1010: Entscheidung 2006/1010/EG der Kommission vom 22. Dezember 2006 über die Nichtaufnahme von Phosalon in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 379 vom 28.12.2006, S. 127)

381. 32006 D 0966: Entscheidung 2006/966/EG der Kommission vom 18. Dezember 2006 über die Nichtaufnahme von Alachlor in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 397 vom 30.12.2006, S. 28)

382. 32007 D 0355: Entscheidung 2007/355/EG der Kommission vom 21. Mai 2007 über die Nichtaufnahme von Carbaryl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 133 vom 25.5.2007, S. 40)

383. 32007 D 0356: Entscheidung 2007/356/EG der Kommission vom 21. Mai 2007 über die Nichtaufnahme von Trichlorfon in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 133 vom 25.5.2007, S. 42)

384. 32007 D 0366: Entscheidung 2007/366/EG der Kommission vom 25. Mai 2007 über die Nichtaufnahme von Thiodicarb in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Widerrufung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 139 vom 31.5.2007, S. 28)

385. 32007 D 0379: Entscheidung 2007/379/EG der Kommission vom 25. Mai 2007 über die Nichtaufnahme von Fenitrothion in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 141 vom 2.6.2007, S. 76)

386. 32007 D 0387: Entscheidung 2007/387/EG der Kommission vom 6. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Dichlorvos in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 145 vom 7.6.2007, S. 16)

387. 32007 D 0389: Entscheidung 2007/389/EG der Kommission vom 6. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Malathion in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 146 vom 8.6.2007, S. 19)

388. 32007 D 0392: Entscheidung 2007/392/EG der Kommission vom 21. Mai 2007 über die Nichtaufnahme von Oxydemeton-Methyl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 148 vom 9.6.2007, S. 7)

389. 32007 D 0393: Entscheidung 2007/393/EG der Kommission vom 6. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Diazinon in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 148 vom 9.6.2007, S. 9)

390. 32007 D 0415: Entscheidung 2007/415/EG der Kommission vom 13. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Carbosulfan in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 156 vom 16.6.2007, S. 28)

391. 32007 D 0416: Entscheidung 2007/416/EG der Kommission vom 13. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Carbofuran in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Widerrufung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 156 vom 16.6.2007, S. 30)

392. 32007 D 0417: Entscheidung 2007/417/EG der Kommission vom 13. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Diuron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 156 vom 16.6.2007, S. 32)

393. 32007 D 0428: Entscheidung 2007/428/EG der Kommission vom 18. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Cadusafos in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 160 vom 21.6.2007, S. 26)

394. 32007 D 0437: Entscheidung 2007/437/EG der Kommission vom 19. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Haloxyfop-R in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 22)

395. 32007 D 0442: Entscheidung 2007/442/EG der Kommission vom 21. Juni 2007 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 166 vom 28.6.2007, S. 16)

396. 32007 D 0553: Entscheidung 2007/553/EG der Kommission vom 2. August 2007 über die Nichtaufnahme von Monocarbamiddihydrogensulfat und Dimethipin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 208 vom 9.8.2007, S. 10)

397. 32007 D 0615: Entscheidung 2007/615/EG der Kommission vom 20. September 2007 über die Nichtaufnahme von Benfuracarb in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 246 vom 21.9.2007, S. 47)

398. 32007 D 0628: Entscheidung 2007/628/EG der Kommission vom 19. September 2007 über die Nichtaufnahme von Methomyl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 255 vom 29.9.2007, S. 40)

399. 32008 D 0296: Entscheidung 2008/296/EG der Kommission vom 4. April 2008 über die Nichtaufnahme von Azocyclotin, Cyhexatin und Thidiazuron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 101 vom 11.4.2008, S. 9)

400. 32008 D 0317: Entscheidung 2008/317/EG der Kommission vom 10. April 2008 über die Nichtaufnahme von Rotenon, Extrakt aus Equisetum und Chininhydrochlorid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 108 vom 18.4.2008, S. 30)

401. 32008 D 0742: Entscheidung 2008/742/EG der Kommission vom 18. September 2008 über die Nichtaufnahme von Propachlor in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 251 vom 19.9.2008, S. 39)

402. 32008 D 0743: Entscheidung 2008/743/EG der Kommission vom 18. September 2008 über die Nichtaufnahme von Diniconazol-M in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 251 vom 19.9.2008, S. 41)

403. 32008 D 0745: Entscheidung 2008/745/EG der Kommission vom 18. September 2008 über die Nichtaufnahme von Cyanamid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 251 vom 19.9.2008, S. 45)

404. 32008 D 0748: Entscheidung 2008/748/EG der Kommission vom 18. September 2008 über die Nichtaufnahme von Triflumizol in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 252 vom 20.9.2008, S. 37)

405. 32008 D 0764: Entscheidung 2008/764/EG der Kommission vom 30. September 2008 über die Nichtaufnahme von Dicofol in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 262 vom 1.10.2008, S. 40)

406. 32008 D 0768: Entscheidung 2008/768/EG der Kommission vom 30. September 2008 über die Nichtaufnahme von *Beauveria brongniartii* und Kaliumpermanganat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 263 vom 2.10.2008, S. 12)

407. 32008 D 0770: Entscheidung 2008/770/EG der Kommission vom 30. September 2008 über die Nichtaufnahme von Tricyclazol in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 263 vom 2.10.2008, S. 16)

408. 32008 D 0771: Entscheidung 2008/771/EG der Kommission vom 30. September 2008 über die Nichtaufnahme von Buprofezin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 263 vom 2.10.2008, S. 18)

409. 32008 D 0819: Entscheidung 2008/819/EG der Kommission vom 20. Oktober 2008 über die Nichtaufnahme von Butralin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 285 vom 29.10.2008, S. 15)

410. 32008 D 0832: Entscheidung 2008/832/EG der Kommission vom 3. November 2008 über die Nichtaufnahme von Bromuconazol in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 295 vom 4.11.2008, S. 53)

411. 32008 D 0865: Entscheidung 2008/865/EG der Kommission vom 10. November 2008 über die Nichtaufnahme von Chlorat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 307 vom 18.11.2008, S. 7)

412. 32008 D 0902: Entscheidung 2008/902/EG der Kommission vom 7. November 2008 über die Nichtaufnahme von Napropamid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 326 vom 4.12.2008, S. 35)

413. 32008 D 0934: Entscheidung 2008/934/EG der Kommission vom 5. Dezember 2008 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Rücknahme der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 333 vom 11.12.2008, S. 11), geändert durch:

– 32010 D 0455: Beschluss 2010/455/EU der Kommission vom 13. August 2010 (ABl. L 216 vom 17.8.2010, S. 19)

– 32010 L 0087: Richtlinie 2010/87/EU der Kommission vom 3. Dezember 2010 (ABl. L 318 vom 4.12.2010, S. 32)

– 32010 L 0089: Richtlinie 2010/89/EU der Kommission vom 6. November 2010 (ABl. L 320 vom 7.12.2010, S. 3), berichtigt in ABl. L 322 vom 8.12.2010, S. 50

– 32010 L 0090: Richtlinie 2010/90/EU der Kommission vom 7. Dezember 2010 (ABl. L 322 vom 8.12.2010, S. 38)

– 32010 L 0091: Richtlinie 2010/91/EU der Kommission vom 10. Dezember 2010 (ABl. L 327 vom 11.12.2010, S. 40)

– 32011 L 0002: Richtlinie 2011/2/EU der Kommission vom 7. Januar 2011 (ABl. L 1 vom 4.1.2011, S. 5)

– 32011 L 0004: Richtlinie 2011/4/EU der Kommission vom 20. Januar 2011 (ABl. L 5 vom 8.1.2011, S. 7)

– 32011 L 0005: Richtlinie 2011/5/EU der Kommission vom 20. Januar 2011 (ABl. L 18 vom 21.1.2011, S. 30)

– 32011 D 0009: Richtlinie 2011/9/EU der Kommission vom 1. Februar 2011 (ABl. L 28 vom 2.2.2011, S. 36)

– 32011 L 0019: Richtlinie 2011/19/EU der Kommission vom 2. März 2011 (ABl. L 58 vom 1.3.2011, S. 41)

– 32011 L 0020: Richtlinie 2011/20/EU der Kommission vom 2. März 2011 (ABl. L 58 vom 1.3.2011, S. 45)

– 32011 L 0021: Richtlinie 2011/21/EU der Kommission vom 2. März 2011 (ABl. L 58 vom 1.3.2011, S. 49)

– 32011 L 0027: Richtlinie 2011/27/EU der Kommission vom 4. März 2011 (ABl. L 60 vom 5.3.2011, S. 1)

– 32011 L 0029: Richtlinie 2011/29/EU der Kommission vom 7. März 2011 (ABl. L 61 vom 8.3.2011, S. 9)

– 32011 L 0032: Richtlinie 2011/32/EU der Kommission vom 8. März 2011 (ABl. L 62 vom 9.3.2011, S. 19)

– 32011 L 0034: Richtlinie 2011/34/EU der Kommission vom 8. März 2011 (ABl. L 62 vom 9.3.2011, S. 27)

– 32011 L 0039: Durchführungsrichtlinie 2011/39/EU der Kommission vom 11. April 2011 (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 30)

– 32011 L 0040: Durchführungsrichtlinie 2011/40/EU der Kommission vom 11. April 2011 (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 34)

– 32011 L 0041: Durchführungsrichtlinie 2011/41/EU der Kommission vom 11. April 2011 (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 38)

– 32011 L 0042: Durchführungsrichtlinie 2011/42/EU der Kommission vom 11. April 2011 (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 42)

– 32011 L 0045: Durchführungsrichtlinie 2011/45/EU der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 101 vom 15.4.2011, S. 20)

– 32011 L 0046: Durchführungsrichtlinie 2011/46/EU der Kommission vom 14. April 2011 (ABl. L 102 vom 16.4.2011, S. 24)

– 32011 L 0049: Durchführungsrichtlinie 2011/49/EU der Kommission vom 18. April 2011 (ABl. L 103 vom 19.4.2011, S. 109)

– 32011 L 0050: Durchführungsrichtlinie 2011/50/EU der Kommission vom 19. April 2011 (ABl. L 104 vom 20.4.2011, S. 41)

– 32011 L 0052: Durchführungsrichtlinie 2011/52/EU der Kommission vom 20. April 2011 (ABl. L 105 vom 21.4.2011, S. 19)

– 32011 L 0053: Durchführungsrichtlinie 2011/53/EU der Kommission vom 20. April 2011 (ABl. L 105 vom 21.4.2011, S. 24)

– 32011 L 0054: Durchführungsrichtlinie 2011/54/EU der Kommission vom 20. April 2011 (ABl. L 105 vom 21.4.2011, S. 28)

– 32011 L 0055: Durchführungsrichtlinie 2011/55/EU der Kommission vom 26. April 2011 (ABl. L 106 vom 27.4.2011, S. 5)

– 32011 L 0056: Durchführungsrichtlinie 2011/56/EU der Kommission vom 27. April 2011 (ABl. L 108 vom 28.4.2011, S. 30)

– 32011 L 0057: Durchführungsrichtlinie 2011/57/EU der Kommission vom 27. April 2011 (ABl. L 108 vom 28.4.2011, S. 34)

– 32011 L 0060: Durchführungsrichtlinie 2011/60/EU der Kommission vom 23. Mai 2011 (ABl. L 136 vom 24.5.2011, S. 58)

– 32011 R 0788: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 788/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 21)

– 32011 R 0798: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 798/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 9)

– 32011 R 0800: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 800/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 22)

– 32011 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 806/2011 der Kommission vom 10. August 2011 (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 39)

– 32011 R 0820: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 820/2011 der Kommission vom 16. August 2011 (ABl. L 209 vom 17.8.2011, S. 18), geändert durch:

  – 32021 R 0824: Durchführungsverordnung (EU) 2021/824 der Kommission vom 21. Mai 2021 (ABl. L 183 vom 25.5.2021, S. 35)

– 32011 R 0942: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 942/2011 der Kommission vom 22. September 2011 (ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 13)

– 32011 R 0943: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 943/2011 der Kommission vom 22. September 2011 (ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 16)

– 32011 R 0974: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 974/2011 der Kommission vom 29. September 2011 (ABl. L 255 vom 1.10.2011, S. 1)

– 32011 R 1045: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1045/2011 der Kommission vom 19. Oktober 2011 (ABl. L 275 vom 23.10.2011, S. 23)

– 32011 R 1143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1143/2011 der Kommission vom 10. November 2011 (ABl. L 293 vom 11.11.2011, S. 26)

– 32011 R 1372: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1372/2011 der Kommission vom 21. Dezember 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 45)

– 32011 R 1381: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1381/2011 der Kommission vom 22. Dezember 2011 (ABl. L 343 vom 23.12.2011, S. 26)

414. 32008 D 0937: Entscheidung 2008/937/EG der Kommission vom 5. Dezember 2008 über die Nichtaufnahme von Schwefelsäure in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 334 vom 12.12.2008, S. 88)

415. 32008 D 0941: Entscheidung 2008/941/EG der Kommission vom 8. Dezember 2008 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 335 vom 13.12.2008, S. 91), geändert durch:

– 32010 D 0455: Beschluss 2010/455/EU der Kommission vom 13. August 2010 (ABl. L 216 vom 17.8.2010, S. 19)

– 32010 R 0893: Verordnung (EU) Nr. 893/2010 der Kommission vom 8. Oktober 2010 (ABl. L 266 vom 9.10.2010, S. 10)

– 32011 L 0028: Richtlinie 2011/28/EU der Kommission vom 4. März 2011 (ABl. L 60 vom 5.3.2011, S. 17)

– 32011 L 0033: Richtlinie 2011/33/EU der Kommission vom 8. März 2011 (ABl. L 62 vom 9.3.2011, S. 23)

– 32011 L 0001: Richtlinie 2011/1/EU der Kommission vom 3. Januar 2011 (ABl. L 1 vom 4.1.2011, S. 5)

– 32011 L 0043: Durchführungsrichtlinie 2011/43/EU der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 39)

– 32011 L 0044: Durchführungsrichtlinie 2011/44/EU der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 43)

– 32011 L 0048: Durchführungsrichtlinie 2011/48/EU der Kommission vom 15. April 2011 (ABl. L 102 vom 16.4.2011, S. 28)

– 32011 D 0262: Durchführungsbeschluss 2011/262/EU der Kommission vom 27. April 2011 (ABl. L 111 vom 30.4.2011, S. 19)

– 32011 R 0786: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 786/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 11)

– 32011 R 0787: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 787/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 16)

416. 32008 D 0943: Entscheidung 2008/943/EG der Kommission vom 12. Dezember 2008 über die Nichtaufnahme von Knochenöl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 335 vom 13.12.2008, S. 97)

417. 32008 D 0967: Entscheidung 2008/967/EG der Kommission vom 12. Dezember 2008 über die Nichtaufnahme von Kohlenmonoxid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 344 vom 20.12.2008, S. 121)

418. 32008 D 0986: Entscheidung 2008/986/EG der Kommission vom 15. Dezember 2008 über die Nichtaufnahme von Anthrachinon in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 352 vom 31.12.2008, S. 48)

419. 32009 D 0009: Entscheidung 2009/9/EG der Kommission vom 8. Dezember 2008 über die Nichtaufnahme von Nikotin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 5 vom 9.1.2009, S. 7)

420. 32009 D 0241: Entscheidung 2009/241/EG der Kommission vom 16. März 2009 über die Nichtaufnahme von Triflumuron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 71 vom 17.3.2009, S. 59)

421. 32009 D 0616: Entscheidung 2009/616/EG der Kommission vom 17. August 2009 über die Nichtaufnahme von Petroleumöl mit der CAS-Nr. 92062-35-6 in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 213 vom 18.8.2009, S. 26)

422. 32009 D 0617: Entscheidung 2009/617/EG der Kommission vom 17. August 2009 über die Nichtaufnahme von Paraffinöl mit der CAS-Nummer 64742-54-7 in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 213 vom 18.8.2009, S. 28)

423. 32009 D 0715: Entscheidung 2009/715/EG der Kommission vom 23. September 2009 über die Nichtaufnahme von Chlorthal-dimethyl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 251 vom 24.9.2009, S. 31)

424. 32009 D 0860: Entscheidung 2009/860/EG der Kommission vom 30. November 2009 über die Nichtaufnahme von Triazoxid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 80)

425. 32009 D 0887: Entscheidung 2009/887/EG der Kommission vom 30. November 2009 über die Nichtaufnahme von Bifenthrin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 318 vom 4.12.2009, S. 41)

426. 32010 D 355: Beschluss 2010/355/EU der Kommission vom 25. Juni 2010 über die Nichtaufnahme von Trifluralin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 160 vom 26.6.2010, S. 30)

427. 32011 D 0036: Beschluss 2011/36/EU der Kommission vom 20. Januar 2011 über die Nichtaufnahme von 1,3-Dichlorpropen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 18 vom 21.1.2011, S. 42)

428. 32011 D 0120: Beschluss 2011/120/EU der Kommission vom 21. Februar 2011 über die Nichtaufnahme von Methylbromid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 47 vom 22.2.2011, S. 19)

429. 32011 D 0234: Durchführungsbeschluss 2011/234/EU der Kommission vom 11. April 2011 über die Nichtaufnahme von Dichlobenil in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 98 vom 13.4.2011, S. 14)

430. 32011 D 0262: Durchführungsbeschluss 2011/262/EU der Kommission vom 27. April 2011 über die Nichtaufnahme von Propisochlor in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und zur Änderung der Entscheidung 2008/941/EG der Kommission (ABl. L 111 vom 30.4.2011, S. 19)

431. 32011 D 0328: Durchführungsbeschluss 2011/328/EU der Kommission vom 1. Juni 2011 über die Nichtaufnahme von Flurprimidol in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 192)

432. 32011 D 0329: Durchführungsbeschluss 2011/329/EU der Kommission vom 1. Juni 2011 über die Nichtaufnahme von Dicloran in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 194)

433. 32011 R 0942: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 942/2011 der Kommission vom 22. September 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Flufenoxuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 13)

434. 32011 R 0943: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 943/2011 der Kommission vom 22. September 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Propargit gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 16)

435. 32011 R 1045: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1045/2011 der Kommission vom 19. Oktober 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Asulam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 275 vom 23.10.2011, S. 23)

436. 32011 R 1078: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1078/2011 der Kommission vom 25. Oktober 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Propanil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 279 vom 26.10.2011, S. 1)

437. 32011 R 1127: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1127/2011 der Kommission vom 7. November 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs 2-Naphthyloxyessigsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 289 vom 8.11.2011, S. 26)

438. 32011 R 1372: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1372/2011 der Kommission vom 21. Dezember 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Acetochlor gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 45)

439. 32011 R 1381: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1381/2011 der Kommission vom 22. Dezember 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Chlorpikrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG (ABl. L 343 vom 23.12.2011, S. 26)

440. 32012 R 0578: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 578/2012 der Kommission vom 29. Juni 2012 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Diphenylamin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 171 vom 30.6.2012, S. 2)

441. 32014 R 0108: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 108/2014 der Kommission vom 5. Februar 2014 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Kaliumthiocyanat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 36 vom 6.2.2014, S. 9)

442. 32014 R 0116: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 116/2014 der Kommission vom 6. Februar 2014 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Kaliumiodid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 38 vom 7.2.2014, S. 26)

443. 32015 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1191 der Kommission vom 20. Juli 2015 über die Nichtgenehmigung von *Artemisia vulgaris* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 122)

444. 32015 R 2046: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2046 der Kommission vom 16. November 2015 über die Nichtgenehmigung von *Artemisia absinthium* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 300 vom 17.11.2015, S. 6)

445. 32015 R 2082: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2082 der Kommission vom 18. November 2015 über die Nichtgenehmigung von *Arctium lappa* L. (oberirdische Teile) als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 85)

446. 32015 R 2083: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2083 der Kommission vom 18. November 2015 über die Nichtgenehmigung von *Tanacetum vulgare* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 87)

447. 32016 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2016/138 der Kommission vom 2. Februar 2016 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs 3-Decen-2-on gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 5)

448. 32016 R 1826: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1826 der Kommission vom 14. Oktober 2016 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Tricyclazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 88)

449. 32017 R 0240: Durchführungsverordnung (EU) 2017/240 der Kommission vom 10. Februar 2017 über die Nichtgenehmigung des ätherischen Öls von *Satureja montana* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 43)

450. 32017 R 0241: Durchführungsverordnung (EU) 2017/241 der Kommission vom 10. Februar 2017 über die Nichtgenehmigung von ätherischem Öl aus *Origanum vulgare* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 45)

451. 32017 R 0244: Durchführungsverordnung (EU) 2017/244 der Kommission vom 10. Februar 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Linuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 54)

452. 32017 R 0357: Durchführungsverordnung (EU) 2017/357 der Kommission vom 28. Februar 2017 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Cyclaniliprol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 4)

453. 32017 R 0377: Durchführungsverordnung (EU) 2017/377 der Kommission vom 3. März 2017 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs *Pseudozyma flocculosa* Stamm ATCC 64874 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 11)

454. 32017 R 0840: Durchführungsverordnung (EU) 2017/840 der Kommission vom 17. Mai 2017 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Orthosulfamuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 10)

455. 32017 R 1526: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1526 der Kommission vom 6. September 2017 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Beta-Cypermethrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 231 vom 7.9.2017, S. 1)

456. 32018 R 0296: Durchführungsverordnung (EU) 2018/296 der Kommission vom 27. Februar 2018 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Extrakt aus *Reynoutria sachalinensis* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 31), berichtigt in ABl. L 61 vom 3.3.2018, S. 5

457. 32018 R 0309: Durchführungsverordnung (EU) 2018/309 der Kommission vom 1. März 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propineb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 60 vom 2.3.2018, S. 16)

458. 32018 R 1294: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1294 der Kommission vom 26. September 2018 über die Nichtgenehmigung von Seekiefernteer als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 5)

459. 32019 R 0148: Durchführungsverordnung (EU) 2019/148 der Kommission vom 30. Januar 2019 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Propanil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 18)

460. 32020 R 1281: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1281 der Kommission vom 14. September 2020 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Ethametsulfuron-Methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 301 vom 15.9.2020, S. 7)

461. 32021 R 0079: Durchführungsverordnung (EU) 2021/79 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Topramezon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 8)

462. 32021 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2021/80 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Nichtgenehmigung von Kohlendioxid als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 10)

463. 32021 R 0464: Durchführungsverordnung (EU) 2021/464 der Kommission vom 17. März 2021 über die Nichtgenehmigung von *Capsicum annuum* L. var. *annuum*, Longum-Gruppe, Paprika, Extrakt, als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 94 vom 18.3.2021, S. 1)

464. 32021 R 1451: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1451 der Kommission vom 3. September 2021 zur Nichtgenehmigung von Dimethylsulfid als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 28)

465. 32022 R 0740: Durchführungsverordnung (EU) 2022/740 der Kommission vom 13. Mai 2022 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs 1,3-Dichlorpropen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 10)

466. 32022 R 0751: Durchführungsverordnung (EU) 2022/751 der Kommission vom 16. Mai 2022 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Chlorpikrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 11)

467. 32022 R 0782: Durchführungsverordnung (EU) 2022/782 der Kommission vom 18. Mai 2022 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Isopyrazam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1037/2012 (ABl. L 140 vom 19.5.2022, S. 3)

UNTERABSCHNITT 7

NACHHALTIGE VERWENDUNG

468. 32009 L 0128: Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 71), berichtigt in ABl. L 161 vom 29.6.2010, S. 11, geändert durch:

– 32014 R 0652: Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 1)

– 32019 L 0782: Richtlinie (EU) 2019/782 der Kommission vom 15. Mai 2019 (ABl. L 127 vom 16.5.2019, S. 4)

469. 32016 D 0159: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/159 der Kommission vom 4. Februar 2016 zur Festlegung der Verfahren für die Einreichung von Anträgen auf Finanzhilfen und von Zahlungsanträgen und der diesbezüglichen Informationen hinsichtlich der Sofortmaßnahmen gegen Pflanzenschädlinge gemäß der Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 31 vom 6.2.2016, S. 51), geändert durch:

– 32017 D 1161: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1161 der Kommission vom 23. Juni 2017 (ABl. L 167 vom 30.6.2017, S. 39)

ABSCHNITT B

PESTIZIDRÜCKSTÄNDE

470. 32005 R 0396: Verordnung (EG) Nr. 396/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Februar 2005 über Höchstgehalte an Pestizidrückständen in oder auf Lebens- und Futtermitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs und zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 70 vom 16.3.2005, S. 1), berichtigt in ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 39, und ABl. L 361 vom 12.10.2021, S. 43, geändert durch:

– 32006 R 0178: Verordnung (EG) Nr. 178/2006 der Kommission vom 1. Februar 2006 (ABl. L 29 vom 2.2.2006, S. 3)

– 32008 R 0149: Verordnung (EG) Nr. 149/2008 der Kommission vom 29. Januar 2008 (ABl. L 58 vom 1.3.2008, S. 1), berichtigt in ABl. L 79 vom 21.3.2013, S. 33

– 32008 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2008 der Kommission vom 18. März 2008 (ABl. L 76 vom 19.3.2008, S. 31)

– 32008 R 0299: Verordnung (EG) Nr. 299/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 67)

– 32008 R 0839: Verordnung (EG) Nr. 839/2008 der Kommission vom 31. Juli 2008 (ABl. L 234 vom 30.8.2008, S. 1), berichtigt in ABl. L 240 vom 9.9.2008, S. 9

– 32009 R 0256: Verordnung (EG) Nr. 256/2009 der Kommission vom 23. März 2009 (ABl. L 81 vom 27.3.2009, S. 3), berichtigt in ABl. L 208 vom 12.8.2009, S. 39

– 32009 R 0822: Verordnung (EG) Nr. 822/2009 der Kommission vom 27. August 2009 (ABl. L 239 vom 10.9.2009, S. 5), berichtigt in ABl. L 60 vom 10.3.2010, S. 26

– 32009 R 1050: Verordnung (EG) Nr. 1050/2009 der Kommission vom 28. Oktober 2009 (ABl. L 290 vom 6.11.2009, S. 7), berichtigt in ABl. L 338 vom 19.12.2009, S. 105

– 32009 R 1097: Verordnung (EG) Nr. 1097/2009 der Kommission vom 16. November 2009 (ABl. L 301 vom 17.11.2009, S. 6), berichtigt in ABl. L 307 vom 21.11.2009, S. 9

– 32010 R 0304: Verordnung (EU) Nr. 304/2010 der Kommission vom 9. April 2010 (ABl. L 94 vom 15.4.2010, S. 1)

– 32010 R 0459: Verordnung (EU) Nr. 459/2010 der Kommission vom 27. Mai 2010 (ABl. L 129 vom 28.5.2010, S. 3)

– 32010 R 0600: Verordnung (EU) Nr. 600/2010 der Kommission vom 8. Juli 2010 (ABl. L 174 vom 9.7.2010, S. 18)

– 32010 R 0750: Verordnung (EU) Nr. 750/2010 der Kommission vom 7. Juli 2010 (ABl. L 220 vom 21.8.2010, S. 1)

– 32010 R 0765: Verordnung (EU) Nr. 765/2010 der Kommission vom 25. August 2010 (ABl. L 226 vom 28.8.2010, S. 1)

– 32010 R 0893: Verordnung (EU) Nr. 893/2010 der Kommission vom 8. Oktober 2010 (ABl. L 266 vom 9.10.2010, S. 10)

– 32011 R 0310: Verordnung (EU) Nr. 310/2011 der Kommission vom 28. März 2011 (ABl. L 86 vom 1.4.2011, S. 1)

– 32011 R 0460: Verordnung (EU) Nr. 460/2011 der Kommission vom 12. Mai 2011 (ABl. L 124 vom 13.5.2011, S. 23)

– 32011 R 0508: Verordnung (EU) Nr. 508/2011 der Kommission vom 24. Mai 2011 (ABl. L 137 vom 25.5.2011, S. 3)

– 32011 R 0520: Verordnung (EU) Nr. 520/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 (ABl. L 140 vom 27.5.2011, S. 2)

– 32011 R 0524: Verordnung (EU) Nr. 524/2011 der Kommission vom 26. Mai 2011 (ABl. L 142 vom 28.5.2011, S. 1), berichtigt in ABl. L 79 vom 21.3.2013, S. 34

– 32011 R 0559: Verordnung (EU) Nr. 559/2011 der Kommission vom 7. Juni 2011 (ABl. L 152 vom 11.6.2011, S. 1)

– 32011 R 0812: Verordnung (EU) Nr. 812/2011 der Kommission vom 10. August 2011 (ABl. L 208 vom 13.8.2011, S. 1)

– 32011 R 0813: Verordnung (EU) Nr. 813/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 208 vom 13.8.2011, S. 23)

– 32011 R 0978: Verordnung (EU) Nr. 978/2011 der Kommission vom 3. Oktober 2011 (ABl. L 258 vom 4.10.2011, S. 12)

– 32012 R 0270: Verordnung (EU) Nr. 270/2012 der Kommission vom 26. März 2012 (ABl. L 89 vom 27.3.2012, S. 5)

– 32012 R 0322: Verordnung (EU) Nr. 322/2012 der Kommission vom 16. April 2012 (ABl. L 105 vom 17.4.2012, S. 1)

– 32012 R 0441: Verordnung (EU) Nr. 441/2012 der Kommission vom 24. Mai 2012 (ABl. L 135 vom 25.5.2012, S. 4)

– 32012 R 0473: Verordnung (EU) Nr. 473/2012 der Kommission vom 4. Juni 2012 (ABl. L 144 vom 5.6.2012, S. 25)

– 32012 R 0556: Verordnung (EU) Nr. 556/2012 der Kommission vom 26. Juni 2012 (ABl. L 166 vom 27.6.2012, S. 67)

– 32012 R 0592: Verordnung (EU) Nr. 592/2012 der Kommission vom 4. Juli 2012 (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 1)

– 32012 R 0897: Verordnung (EU) Nr. 897/2012 der Kommission vom 1. Oktober 2012 (ABl. L 266 vom 2.10.2012, S. 1)

– 32012 R 0899: Verordnung (EU) Nr. 899/2012 der Kommission vom 21. September 2012 (ABl. L 273 vom 6.10.2012, S. 1)

– 32013 R 0034: Verordnung (EU) Nr. 34/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 (ABl. L 25 vom 26.1.2013, S. 1)

– 32013 R 0035: Verordnung (EU) Nr. 35/2013 der Kommission vom 18. Januar 2013 (ABl. L 35 vom 26.1.2013, S. 49)

– 32013 R 0212: Verordnung (EU) Nr. 212/2013 der Kommission vom 11. März 2013 (ABl. L 68 vom 12.3.2013, S. 30)

– 32013 R 0241: Verordnung (EU) Nr. 241/2013 der Kommission vom 14. März 2013 (ABl. L 75 vom 19.3.2013, S. 1)

– 32013 R 0251: Verordnung (EU) Nr. 251/2013 der Kommission vom 22. März 2013 (ABl. L 88 vom 27.3.2013, S. 1)

– 32013 R 0293: Verordnung (EU) Nr. 293/2013 der Kommission vom 20. März 2013 (ABl. L 96 vom 5.4.2013, S. 1)

– 32013 R 0500: Verordnung (EU) Nr. 500/2013 der Kommission vom 30. Mai 2013 (ABl. L 151 vom 4.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0668: Verordnung (EU) Nr. 668/2013 der Kommission vom 12. Juli 2013 (ABl. L 192 vom 13.7.2013, S. 39), berichtigt in ABl. L 64 vom 7.3.2015, S. 46

– 32013 R 0772: Verordnung (EU) Nr. 772/2013 der Kommission vom 8. August 2013 (ABl. L 217 vom 13.8.2013, S. 1)

– 32013 R 0777: Verordnung (EU) Nr. 777/2013 der Kommission vom 12. August 2013 (ABl. L 221 vom 17.8.2013, S. 1)

– 32013 R 0834: Verordnung (EU) Nr. 834/2013 der Kommission vom 30. August 2013 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 11)

– 32013 R 1004: Verordnung (EU) Nr. 1004/2013 der Kommission vom 15. Oktober 2013 (ABl. L 279 vom 19.10.2013, S. 10)

– 32013 R 1138: Verordnung (EU) Nr. 1138/2013 der Kommission vom 8. November 2013 (ABl. L 307 vom 16.11.2013, S. 1)

– 32013 R 1317: Verordnung (EU) Nr. 1317/2013 der Kommission vom 16. Dezember 2013 (ABl. L 339 vom 17.12.2013, S. 1)

– 32014 R 0051: Verordnung (EU) Nr. 51/2014 der Kommission vom 20. Januar 2014 (ABl. L 16 vom 21.1.2014, S. 13)

– 32014 R 0036: Verordnung (EU) Nr. 36/2014 der Kommission vom 16. Januar 2014 (ABl. L 17 vom 21.1.2014, S. 1)

– 32014 R 0061: Verordnung (EU) Nr. 61/2014 der Kommission vom 24. Januar 2014 (ABl. L 22 vom 25.1.2014, S. 1)

– 32014 R 0079: Verordnung (EU) Nr. 79/2014 der Kommission vom 29. Januar 2014 (ABl. L 27 vom 30.1.2014, S. 9)

– 32014 R 0087: Verordnung (EU) Nr. 87/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 (ABl. L 35 vom 5.2.2014, S. 1)

– 32014 R 0289: Verordnung (EU) Nr. 289/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 87 vom 22.3.2014, S. 49)

– 32014 R 0318: Verordnung (EU) Nr. 318/2014 der Kommission vom 27. März 2014 (ABl. L 93 vom 28.3.2014, S. 28)

– 32014 R 0364: Verordnung (EU) Nr. 364/2014 der Kommission vom 4. April 2014 (ABl. L 112 vom 15.4.2014, S. 1)

– 32014 R 0398: Verordnung (EU) Nr. 398/2014 der Kommission vom 22. April 2014 (ABl. L 119 vom 23.4.2014, S. 3)

– 32014 R 0491: Verordnung (EU) Nr. 491/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 (ABl. L 146 vom 16.5.2014, S. 1)

– 32014 R 0588: Verordnung (EU) Nr. 588/2014 der Kommission vom 2. Juni 2014 (ABl. L 164 vom 3.6.2014, S. 16)

– 32014 R 0617: Verordnung (EU) Nr. 617/2014 der Kommission vom 3. Juni 2014 (ABl. L 171 vom 11.6.2014, S. 1)

– 32014 R 0703: Verordnung (EU) Nr. 703/2014 der Kommission vom 19. Juni 2014 (ABl. L 186 vom 26.6.2014, S. 1)

– 32014 R 0652: Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 1)

– 32014 R 0737: Verordnung (EU) Nr. 737/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 201 vom 10.7.2014, S. 1)

– 32014 R 0752: Verordnung (EU) Nr. 752/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 208 vom 15.7.2014, S. 1)

– 32014 R 0991: Verordnung (EU) Nr. 991/2014 der Kommission vom 19. September 2014 (ABl. L 279 vom 23.9.2014, S. 1)

– 32014 R 1096: Verordnung (EU) Nr. 1096/2014 der Kommission vom 15. Oktober 2014 (ABl. L 300 vom 18.10.2014, S. 5)

– 32014 R 1119: Verordnung (EU) Nr. 1119/2014 der Kommission vom 16. Oktober 2014 (ABl. L 304 vom 23.10.2014, S. 43)

– 32014 R 1126: Verordnung (EU) Nr. 1126/2014 der Kommission vom 17. Oktober 2014 (ABl. L 305 vom 24.10.2014, S. 3)

– 32014 R 1127: Verordnung (EU) Nr. 1127/2014 der Kommission vom 20. Oktober 2014 (ABl. L 305 vom 24.10.2014, S. 47)

– 32014 R 1146: Verordnung (EU) Nr. 1146/2014 der Kommission vom 23. Oktober 2014 (ABl. L 308 vom 29.10.2014, S. 3)

– 32015 R 0165: Verordnung (EU) 2015/165 der Kommission vom 3. Februar 2015 (ABl. L 28 vom 4.2.2015, S. 1)

– 32015 R 0399: Verordnung (EU) 2015/399 der Kommission vom 25. Februar 2015 (ABl. L 71 vom 14.3.2015, S. 1)

– 32015 R 0400: Verordnung (EU) 2015/400 der Kommission vom 25. Februar 2015 (ABl. L 71 vom 14.3.2015, S. 56)

– 32015 R 0401: Verordnung (EU) 2015/401 der Kommission vom 25. Februar 2015 (ABl. L 71 vom 14.3.2015, S. 114)

– 32015 R 0552: Verordnung (EU) 2015/552 der Kommission vom 7. April 2015 (ABl. L 92 vom 8.4.2015, S. 20), berichtigt in ABl. L 94 vom 10.4.2015, S. 8

– 32015 R 0603: Verordnung (EU) 2015/603 der Kommission vom 13. April 2015 (ABl. L 100 vom 17.4.2015, S. 10), berichtigt in ABl. L 234 vom 8.9.2015, S. 27

– 32015 R 0845: Verordnung (EU) 2015/845 der Kommission vom 27. Mai 2015 (ABl. L 138 vom 4.6.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 280 vom 24.10.2015, S. 38

– 32015 R 0846: Verordnung (EU) 2015/846 der Kommission vom 28. Mai 2015 (ABl. L 140 vom 5.6.2015, S. 1)

– 32015 R 0868: Verordnung (EU) 2015/868 der Kommission vom 26. Mai 2015 (ABl. L 145 vom 10.6.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 174 vom 3.7.2015, S. 43

– 32015 R 0896: Verordnung (EU) 2015/896 der Kommission vom 11. Juni 2015 (ABl. L 147 vom 12.6.2015, S. 3)

– 32015 R 1040: Verordnung (EU) 2015/1040 der Kommission vom 30. Juni 2015 (ABl. L 167 vom 1.7.2015, S. 10)

– 32015 R 1101: Verordnung (EU) 2015/1101 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 27)

– 32015 R 1200: Verordnung (EU) 2015/1200 der Kommission vom 22. Juli 2015 (ABl. L 195 vom 23.7.2015, S. 1)

– 32015 R 1608: Verordnung (EU) 2015/1608 der Kommission vom 24. September 2015 (ABl. L 249 vom 25.9.2015, S. 14)

– 32015 R 1910: Verordnung (EU) 2015/1910 der Kommission vom 21. Oktober 2015 (ABl. L 280 vom 24.10.2015, S. 2)

– 32015 R 2075: Verordnung (EU) 2015/2075 der Kommission vom 18. November 2015 (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 15), berichtigt in ABl. L 314 vom 1.12.2015, S. 72

– 32016 R 0001: Verordnung (EU) 2016/1 der Kommission vom 3. Dezember 2015 (ABl. L 2 vom 5.1.2016, S. 1)

– 32016 R 0046: Verordnung (EU) 2016/46 der Kommission vom 18. Januar 2016 (ABl. L 12 vom 19.1.2016, S. 28)

– 32016 R 0053: Verordnung (EU) 2016/53 der Kommission vom 19. Januar 2016 (ABl. L 13 vom 20.1.2016, S. 12)

– 32016 R 0060: Verordnung (EU) 2016/60 der Kommission vom 19. Januar 2016 (ABl. L 14 vom 21.1.2016, S. 1)

– 32016 R 0067: Verordnung (EU) 2016/67 der Kommission vom 19. Januar 2016 (ABl. L 15 vom 22.1.2016, S. 2)

– 32016 R 0075: Verordnung (EU) 2016/75 der Kommission vom 21. Januar 2016 (ABl. L 16 vom 23.1.2016, S. 8)

– 32016 R 0071: Verordnung (EU) 2016/71 der Kommission vom 26. Januar 2016 (ABl. L 20 vom 27.1.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 109 vom 26.4.2016, S. 43

– 32016 R 0143: Verordnung (EU) 2016/143 der Kommission vom 18. Januar 2016 (ABl. L 28 vom 4.2.2016, S. 12)

– 32016 R 0156: Verordnung (EU) 2016/156 der Kommission vom 18. Januar 2016 (ABl. L 31 vom 6.2.2016, S. 1)

– 32016 R 0439: Verordnung (EU) 2016/439 der Kommission vom 23. März 2016 (ABl. L 78 vom 24.3.2016, S. 31)

– 32016 R 0440: Verordnung (EU) 2016/440 der Kommission vom 23. März 2016 (ABl. L 78 vom 24.3.2016, S. 34)

– 32016 R 0452: Verordnung (EU) 2016/452 der Kommission vom 29. März 2016 (ABl. L 79 vom 30.3.2016, S. 10)

– 32016 R 0486: Verordnung (EU) 2016/486 der Kommission vom 29. März 2016 (ABl. L 90 vom 6.4.2016, S. 1)

– 32016 R 0567: Verordnung (EU) 2016/567 der Kommission vom 6. April 2016 (ABl. L 100 vom 15.4.2016, S. 1)

– 32016 R 0805: Verordnung (EU) 2016/805 der Kommission vom 20. Mai 2016 (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 95)

– 32016 R 1002: Verordnung (EU) 2016/1002 der Kommission vom 17. Juni 2016 (ABl. L 167 vom 24.6.2016, S. 1)

– 32016 R 1003: Verordnung (EU) 2016/1003 der Kommission vom 17. Juni 2016 (ABl. L 167 vom 24.6.2016, S. 46)

– 32016 R 1015: Verordnung (EU) 2016/1015 der Kommission vom 17. Juni 2016 (ABl. L 172 vom 29.6.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 340 vom 15.12.2016, S. 72

– 32016 R 1016: Verordnung (EU) 2016/1016 der Kommission vom 17. Juni 2016 (ABl. L 172 vom 29.6.2016, S. 22)

– 32016 R 1355: Verordnung (EU) 2016/1355 der Kommission vom 9. August 2016 (ABl. L 215 vom 10.8.2016, S. 4)

– 32016 R 1726: Verordnung (EU) 2016/1726 der Kommission vom 27. September 2016 (ABl. L 261 vom 28.9.2016, S. 3)

– 32016 R 1785: Verordnung (EU) 2016/1785 der Kommission vom 7. Oktober 2016 (ABl. L 273 vom 8.10.2016, S. 8)

– 32016 R 1822: Verordnung (EU) 2016/1822 der Kommission vom 13. Oktober 2016 (ABl. L 281 vom 18.10.2016, S. 1)

– 32016 R 1866: Verordnung (EU) 2016/1866 der Kommission vom 17. Oktober 2016 (ABl. L 286 vom 21.10.2016, S. 4)

– 32016 R 1902: Verordnung (EU) 2016/1902 der Kommission vom 27. Oktober 2016 (ABl. L 298 vom 4.11.2016, S. 1)

– 32017 R 0170: Verordnung (EU) 2017/170 der Kommission vom 30. Januar 2017 (ABl. L 30 vom 3.2.2017, S. 1)

– 32017 R 0171: Verordnung (EU) 2017/171 der Kommission vom 30. Januar 2017 (ABl. L 30 vom 3.2.2017, S. 45)

– 32017 R 0405: Verordnung (EU) 2017/405 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 71)

– 32017 R 0623: Verordnung (EU) 2017/623 der Kommission vom 30. März 2017 (ABl. L 93 vom 6.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0624: Verordnung (EU) 2017/624 der Kommission vom 30. März 2017 (ABl. L 93 vom 6.4.2017, S. 30)

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0626: Verordnung (EU) 2017/626 der Kommission vom 31. März 2017 (ABl. L 96 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0627: Verordnung (EU) 2017/627 der Kommission vom 3. April 2017 (ABl. L 96 vom 7.4.2017, S. 44)

– 32017 R 0671: Verordnung (EU) 2017/671 der Kommission vom 7. April 2017 (ABl. L 97 vom 8.4.2017, S. 9)

– 32017 R 0693: Verordnung (EU) 2017/693 der Kommission vom 7. April 2017 (ABl. L 101 vom 13.4.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 131 vom 20.5.2017, S. 23

– 32017 R 0983: Verordnung (EU) 2017/983 der Kommission vom 9. Juni 2017 (ABl. L 148 vom 10.6.2017, S. 27)

– 32017 R 0978: Verordnung (EU) 2017/978 der Kommission vom 9. Juni 2017 (ABl. L 151 vom 14.6.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 11 vom 16.1.2018, S. 7

– 32017 R 1016: Verordnung (EU) 2017/1016 der Kommission vom 14. Juni 2017 (ABl. L 159 vom 21.6.2017, S. 1)

– 32017 R 1135: Verordnung (EU) 2017/1135 der Kommission vom 23. Juni 2017 (ABl. L 164 vom 27.6.2017, S. 28)

– 32017 R 1164: Verordnung (EU) 2017/1164 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 170 vom 1.7.2017, S. 3)

– 32017 R 1777: Verordnung (EU) 2017/1777 der Kommission vom 29. September 2017 (ABl. L 253 vom 30.9.2017, S. 1)

– 32018 T 0073: Verordnung (EU) 2018/73 der Kommission vom 16. Januar 2018 (ABl. L 13 vom 18.1.2018, S. 8)

– 32018 T 0078: Verordnung (EU) 2018/78 der Kommission vom 16. Januar 2018 (ABl. L 14 vom 19.1.2018, S. 6)

– 32018 T 0062: Verordnung (EU) 2018/62 der Kommission vom 17. Januar 2018 (ABl. L 18 vom 23.1.2018, S. 1)

– 32018 T 0685: Verordnung (EU) 2018/685 der Kommission vom 3. Mai 2018 (ABl. L 121 vom 16.5.2018, S. 1)

– 32018 R 0686: Verordnung (EU) 2018/686 der Kommission vom 4. Mai 2018 (ABl. L 121 vom 16.5.2018, S. 30)

– 32018 R 0687: Verordnung (EU) 2018/687 der Kommission vom 4. Mai 2018 (ABl. L 121 vom 16.5.2018, S. 63)

– 32018 R 0832: Verordnung (EU) 2018/832 der Kommission vom 5. Juni 2018 (ABl. L 140 vom 6.6.2018, S. 38), berichtigt in ABl. L 247 vom 3.10.2018, S. 9

– 32018 R 0960: Verordnung (EU) 2018/960 der Kommission vom 5. Juli 2018 (ABl. L 169 vom 6.7.2018, S. 27)

– 32018 R 1049: Verordnung (EU) 2018/1049 der Kommission vom 25. Juli 2018 (ABl. L 189 vom 26.7.2018, S. 9)

– 32018 R 1514: Verordnung (EU) 2018/1514 der Kommission vom 10. Oktober 2018 (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 8)

– 32018 R 1515: Verordnung (EU) 2018/1515 der Kommission vom 10. Oktober 2018 (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 33)

– 32018 R 1516: Verordnung (EU) 2018/1516 der Kommission vom 10. Oktober 2018 (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 45)

– 32019 R 0038: Verordnung (EU) 2019/38 der Kommission vom 10. Januar 2019 (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 94)

– 32019 R 0050: Verordnung (EU) 2019/50 der Kommission vom 11. Januar 2019 (ABl. L 10 vom 14.1.2019, S. 8), berichtigt in ABl. L 109 vom 24.4.2019, S. 28

– 32019 R 0058: Verordnung (EU) 2019/58 der Kommission vom 14. Januar 2019 (ABl. L 12 vom 15.1.2019, S. 1)

– 32019 R 0088: Verordnung (EU) 2019/88 der Kommission vom 18. Januar 2019 (ABl. L 22 vom 24.1.2019, S. 1)

– 32019 R 0089: Verordnung (EU) 2019/89 der Kommission vom 18. Januar 2019 (ABl. L 22 vom 24.1.2019, S. 13)

– 32019 R 0090: Verordnung (EU) 2019/90 der Kommission vom 18. Januar 2019 (ABl. L 22 vom 24.1.2019, S. 52)

– 32019 R 0091: Verordnung (EU) 2019/91 der Kommission vom 18. Januar 2019 (ABl. L 22 vom 24.1.2019, S. 74)

– 32019 R 0552: Verordnung (EU) 2019/552 der Kommission vom 4. April 2019 (ABl. L 96 vom 5.4.2019, S. 6)

– 32019 R 0973: Verordnung (EU) 2019/973 der Kommission vom 13. Juni 2019 (ABl. L 157 vom 14.6.2019, S. 3)

– 32019 R 977: Verordnung (EU) 2019/977 der Kommission vom 13. Juni 2019 (ABl. L 159 vom 17.6.2019, S. 1)

– 32019 R 1015: Verordnung (EU) 2019/1015 der Kommission vom 20. Juni 2019 (ABl. L 165 vom 21.6.2019, S. 23)

– 32019 R 1176: Verordnung (EU) 2019/1176 der Kommission vom 10. Juli 2019 (ABl. L 185 vom 11.7.2019, S. 1)

– 32019 R 1559: Verordnung (EU) 2019/1559 der Kommission vom 16. September 2019 (ABl. L 239 vom 17.9.2019, S. 1)

– 32019 R 1561: Verordnung (EU) 2019/1561 der Kommission vom 17. September 2019 (ABl. L 240 vom 18.9.2019, S. 1)

– 32019 R 1582: Verordnung (EU) 2019/1582 der Kommission vom 25. September 2019 (ABl. L 246 vom 26.9.2019, S. 1)

– 32019 R 1791: Verordnung (EU) 2019/1791 der Kommission vom 17. Oktober 2019 (ABl. L 277 vom 29.10.2019, S. 1)

– 32019 R 1792: Verordnung (EU) 2019/1792 der Kommission vom 17. Oktober 2019 (ABl. L 277 vom 29.10.2019, S. 66)

– 32020 R 0192: Verordnung (EU) 2020/192 der Kommission vom 12. Februar 2020 (ABl. L 40 vom 13.2.2020, S. 4), berichtigt in ABl. L 382 vom 18.10.2021, S. 58

– 32020 R 0703: Verordnung (EU) 2020/703 der Kommission vom 26. Mai 2020 (ABl. L 164 vom 27.5.2020, S. 1)

– 32020 R 0749: Verordnung (EU) 2020/749 der Kommission vom 4. Juni 2020 (ABl. L 178 vom 8.6.2020, S. 7)

– 32020 R 0770: Verordnung (EU) 2020/770 der Kommission vom 8. Juni 2020 (ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 1)

– 32020 R 0785: Verordnung (EU) 2020/785 der Kommission vom 9. Juni 2020 (ABl. L 190 vom 16.6.2020, S. 1)

– 32020 R 0856: Verordnung (EU) 2020/856 der Kommission vom 9. Juni 2020 (ABl. L 195 vom 19.6.2020, S. 9)

– 32020 R 1085: Verordnung (EU) 2020/1085 der Kommission vom 23. Juli 2020 (ABl. L 239 vom 24.7.2020, S. 7)

– 32020 R 1565: Verordnung (EU) 2020/1565 der Kommission vom 27. Oktober 2020 (ABl. L 358 vom 28.10.2020, S. 3)

– 32020 R 1566: Verordnung (EU) 2020/1566 der Kommission vom 27. Oktober 2020 (ABl. L 358 vom 28.10.2020, S. 30)

– 32020 R 1633: Verordnung (EU) 2020/1633 der Kommission vom 27. Oktober 2020 (ABl. L 367 vom 5.11.2020, S. 1)

– 32021 R 0155: Verordnung (EU) 2021/155 der Kommission vom 9. Februar 2021 (ABl. L 46 vom 10.2.2021, S. 5)

– 32021 R 0590: Verordnung (EU) 2021/590 der Kommission vom 12. April 2021 (ABl. L 125 vom 13.4.2021, S. 15)

– 32021 R 0616: Verordnung (EU) 2021/616 der Kommission vom 13. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 4), berichtigt in ABl. L 382 vom 18.10.2021, S. 57

– 32021 R 0618: Verordnung (EU) 2021/618 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 55), berichtigt in ABl. L 382 vom 18.10.2021, S. 56

– 32021 R 0644: Verordnung (EU) 2021/644 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 133 vom 20.4.2021, S. 9)

– 32021 R 0663: Verordnung (EU) 2021/663 der Kommission vom 22. April 2021 (ABl. L 139 vom 23.4.2021, S. 148)

– 32021 R 0976: Verordnung (EU) 2021/976 der Kommission vom 4. Juni 2021 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 1)

– 32021 R 1098: Verordnung (EU) 2021/1098 der Kommission vom 2. Juli 2021 (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 5)

– 32021 R 1110: Verordnung (EU) 2021/1110 der Kommission vom 6. Juli 2021 (ABl. L 239 vom 7.7.2021, S. 4)

– 32021 R 1247: Verordnung (EU) 2021/1247 der Kommission vom 29. Juli 2021 (ABl. L 272 vom 30.7.2021, S. 33)

– 32021 R 1531: Verordnung (EU) 2021/1531 der Kommission vom 17. September 2021 (ABl. L 330 vom 20.9.2021, S. 44)

– 32021 R 1771: Verordnung (EU) 2021/1771 der Kommission vom 7. Oktober 2021 (ABl. L 356 vom 8.10.2021, S. 30)

– 32021 R 1804: Verordnung (EU) 2021/1804 der Kommission vom 12. Oktober 2021 (ABl. L 364 vom 13.10.2021, S. 1)

– 32021 R 1807: Verordnung (EU) 2021/1807 der Kommission vom 13. Oktober 2021 (ABl. L 365 vom 14.10.2021, S. 1)

– 32021 R 1810: Verordnung (EU) 2021/1810 der Kommission vom 14. Oktober 2021 (ABl. L 366 vom 15.10.2021, S. 2)

– 32021 R 1841: Verordnung (EU) 2021/1841 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 373 vom 21.10.2021, S. 63)

– 32021 R 1842: Verordnung (EU) 2021/1842 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 373 vom 21.10.2021, S. 76)

– 32021 R 1864: Verordnung (EU) 2021/1864 der Kommission vom 22. Oktober 2021 (ABl. L 377 vom 25.10.2021, S. 3)

– 32021 R 1881: Verordnung (EU) 2021/1881 der Kommission vom 26. Oktober 2021 (ABl. L 380 vom 27.1.2021, S. 5)

– 32021 R 1884: Verordnung (EU) 2021/1884 der Kommission vom 27. Oktober 2021 (ABl. L 382 vom 28.1.2021, S. 39)

– 32021 R 2202: Verordnung (EU) 2021/2202 der Kommission vom 9. Dezember 2021 (ABl. L 446 vom 14.12.2021, S. 8)

– 32022 R 0078: Verordnung (EU) 2022/78 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 5)

– 32022 R 0085: Verordnung (EU) 2022/85 der Kommission vom 20. Januar 2022 (ABl. L 14 vom 21.1.2022, S. 6)

– 32022 R 0093: Verordnung (EU) 2022/93 der Kommission vom 20. Januar 2022 (ABl. L 16 vom 25.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0566: Verordnung (EU) 2022/566 der Kommission vom 7. April 2022 (ABl. L 109 vom 8.4.2022, S. 35)

– 32022 R 1264: Verordnung (EU) 2022/1264 der Kommission vom 20. Juli 2022 (ABl. L 192 vom 21.7.2022, S. 1)

– 32022 R 1290: Verordnung (EU) 2022/1290 der Kommission vom 22. Juli 2022 (ABl. L 196 vom 25.7.2022, S. 74)

– 32022 R 1321: Verordnung (EU) 2022/1321 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 200 vom 29.7.2022, S. 1)

– 32022 R 1324: Verordnung (EU) 2022/1324 der Kommission vom 28. Juli 2022 (ABl. L 200 vom 29.7.2022, S. 68)

– 32022 R 1343: Verordnung (EU) 2022/1343 der Kommission vom 29. Juli 2022 (ABl. L 202 vom 2.8.2022, S. 1)

– 32022 R 1346: Verordnung (EU) 2022/1346 der Kommission vom 1. August 2022 (ABl. L 202 vom 2.8.2022, S. 31)

– 32022 R 1363: Verordnung (EU) 2022/1363 der Kommission vom 3. August 2022 (ABl. L 205 vom 5.8.2022, S. 207)

– 32022 R 1406: Verordnung (EU) 2022/1406 der Kommission vom 3. August 2022 (ABl. L 215 vom 18.8.2022, S. 1)

– 32022 R 1435: Verordnung (EU) 2022/1435 der Kommission vom 26. August 2022 (ABl. L 224 vom 30.8.2022, S. 1)

471. 32000 R 645: Verordnung (EG) Nr. 645/2000 der Kommission vom 28. März 2000 mit Durchführungsbestimmungen für die ordnungsgemäße Anwendung gewisser Bestimmungen von Artikel 7 der Richtlinie 86/362/EWG und Artikel 4 der Richtlinie 90/642/EWG hinsichtlich der Kontrolle der Höchstgehalte an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in Getreide bzw. bestimmten Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs, einschließlich Obst und Gemüse (ABl. L 78 vom 29.3.2000, S. 7)

472. 32002 L 0063: Richtlinie 2002/63/EG der Kommission vom 11. Juli 2002 zur Festlegung gemeinschaftlicher Probenahmemethoden zur amtlichen Kontrolle von Pestizidrückständen in und auf Erzeugnissen pflanzlichen und tierischen Ursprungs und zur Aufhebung der Richtlinie 79/700/EWG (ABl. L 187 vom 16.7.2002, S. 30)

473. 32022 R 0741: Durchführungsverordnung (EU) 2022/741 der Kommission vom 13. Mai 2022 über ein mehrjähriges koordiniertes Kontrollprogramm der Union für 2023, 2024 und 2025 zur Gewährleistung der Einhaltung der Höchstgehalte an Pestizidrückständen und zur Bewertung der Verbraucherexposition gegenüber Pestizidrückständen in und auf Lebensmitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/601 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 12)

KAPITEL 3

QUALITÄT VON SAAT- UND PFLANZGUT

1. 32019 D 1905: Beschluss (EU) 2019/1905 des Rates vom 8. November 2019 mit dem Ersuchen an die Kommission, eine Untersuchung der Möglichkeiten der Union zur Aktualisierung der geltenden Rechtsvorschriften über die Erzeugung und Vermarktung von Pflanzenvermehrungsmaterial sowie — falls angesichts der Ergebnisse der Untersuchung angemessen — einen Vorschlag zu unterbreiten (ABl. L 293 vom 14.11.2019, S. 105)

2. 31966 L 0401: Richtlinie 66/401/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut (ABl. L 125 vom 11.7.1966, S. 2298), berichtigt in ABl. L 298 vom 1.11.1997, S. 70, geändert durch:

   – 31969 L 0063: Richtlinie 69/63/EWG des Rates vom 18. Februar 1969 (ABl. L 48 vom 26.2.1969, S. 8)

   – 31971 L 0162: Richtlinie 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971 (ABl. L 87 vom 17.4.1971, S. 24)

   – 11972B/ACT: Beitrittsakte Dänemarks, Irlands, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (angepasst durch den Beschluss des Rates vom 1. Januar 1973) (ABl. L 73 vom 27.3.1972, S. 14)

   – 31972 L 0274: Richtlinie 72/274/EWG des Rates vom 20. Juli 1972 (ABl. L 171 vom 29.7.1972, S. 37)

– 31972 L 0418: Richtlinie 72/418/EWG des Rates vom 6. Dezember 1972 (ABl. L 287 vom 26.12.1972, S. 22)

– 31973 L 0438: Richtlinie 73/438/EWG des Rates vom 11. Dezember 1973 (ABl. L 356 vom 27.12.1973, S. 79), berichtigt in ABl. L 138 vom 21.5.1974, S. 27

– 31975 L 0444: Richtlinie 75/444/EWG des Rates vom 26. Juni 1975 (ABl. L 196 vom 26.7.1975, S. 6)

– 31978 L 0055: Richtlinie 78/55/EWG des Rates vom 19. Dezember 1977 (ABl. L 16 vom 20.1.1978, S. 23)

– 31978 L 0386: Erste Richtlinie 78/386/EWG der Kommission vom 18. April 1978 (ABl. L 113 vom 25.4.1978, S. 1)

– 31978 L 0692: Richtlinie 78/692/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. L 236 vom 26.8.1978, S. 13)

– 31978 L 1020: Richtlinie 78/1020/EWG des Rates vom 5. Dezember 1978 (ABl. L 350 vom 14.12.1978, S. 27)

– 31979 L 0641: Richtlinie 79/641/EWG der Kommission vom 27. Juni 1979 (ABl. L 183 vom 19.7.1979, S. 13)

– 31979 L 0692: Richtlinie 79/692/EWG des Rates vom 24. Juli 1979 (ABl. L 205 vom 13.8.1979, S. 1)

– 11979H/ACT: Akte betreffend den Beitritt Griechenlands (ABl. L 291 vom 19.11.1979, S. 17)

– 31980 L 0754: Richtlinie 80/754/EWG der Kommission vom 17. Juli 1980 (ABl. L 207 vom 9.8.1980, S. 36)

– 31981 L 0126: Richtlinie 81/126/EWG der Kommission vom 16. Februar 1981 (ABl. L 67 vom 12.3.1981, S. 36)

– 31982 L 0287: Richtlinie 82/287/EWG der Kommission vom 13. April 1982 (ABl. L 131 vom 13.5.1982, S. 24)

– 31985 L 0038: Richtlinie 85/38/EWG der Kommission vom 14. Dezember 1984 (ABl. L 16 vom 19.1.1985, S. 41)

– 31985 R 3768: Verordnung (EWG) Nr. 3768/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. L 362 vom 31.12.1985, S. 8)

– 31986 L 0155: Richtlinie 86/155/EWG des Rates vom 22. April 1986 (ABl. L 118 vom 7.5.1986, S. 23)

– 31987 L 0120: Richtlinie 87/120/EWG der Kommission vom 14. Januar 1987 (ABl. L 49 vom 18.2.1987, S. 39)

– 31987 L 0480: Richtlinie 87/480/EWG der Kommission vom 9. September 1987 (ABl. L 273 vom 26.9.1987, S. 43)

– 31988 L 0332: Richtlinie 88/332/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. L 151 vom 17.6.1988, S. 82)

– 31988 L 0380: Richtlinie 88/380/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. L 187 vom 16.7.1988, S. 31)

– 31989 L 0100: Richtlinie 89/100/EWG der Kommission vom 20. Januar 1989 (ABl. L 38 vom 10.2.1989, S. 36)

– 31992 L 0019: Richtlinie 92/19/EWG der Kommission vom 23. März 1992 (ABl. L 104 vom 22.4.1992, S. 61), berichtigt in ABl. L 128 vom 21.5.1997, S. 16

– 11994 N 003: Beitrittsakte Österreichs, Finnlands und Schwedens (angepasst durch den Beschluss 95/1/EG, Euratom, EGKS des Rates) (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21)

– 31996 L 0018: Richtlinie 96/18/EG der Kommission vom 19. März 1996 (ABl. L 76 vom 26.3.1996, S. 21)

– 31996 L 0072: Richtlinie 96/72/EG des Rates vom 18. November 1996 (ABl. L 304 vom 27.11.1996, S. 10)

– 31998 L 0095: Richtlinie 98/95/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 (ABl. L 25 vom 1.2.1999, S. 1)

– 31998 L 0096: Richtlinie 98/96/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 (ABl. L 25 vom 1.2.1999, S. 27), berichtigt in ABl. L 161 vom 16.6.2001, S. 48

– 32001 L 0064: Richtlinie 2001/64/EG des Rates vom 31. August 2001 (ABl. L 234 vom 1.9.2001, S. 60)

– 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

– 32004 L 0055: Richtlinie 2004/55/EG der Kommission vom 20. April 2004 (ABl. L 114 vom 21.4.2004, S. 18)

– 32004 L 0117: Richtlinie 2004/117/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 (ABl. L 14 vom 18.1.2005, S. 18)

– 32007 L 0072: Richtlinie 2007/72/EG der Kommission vom 13. Dezember 2007 (ABl. L 329 vom 14.12.2007, S. 37), berichtigt in ABl. L 338 vom 17.12.2008, S. 79

– 32009 L 0074: Richtlinie 2009/74/EG der Kommission vom 26. Juni 2009 (ABl. L 166 vom 27.6.2009, S. 40), berichtigt in ABl. L 154 vom 19.6.2010, S. 31

– 32015 L 1955: Durchführungsrichtlinie (EU) 2015/1955 der Kommission vom 29. Oktober 2015 (ABl. L 284 vom 30.10.2015, S. 142)

– 32016 L 0317: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/317 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 72)

– 32016 L 2109: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/2109 der Kommission vom 1. Dezember 2016 (ABl. L 327 vom 2.12.2016, S. 59)

– 32018 L 1028: Durchführungsrichtlinie (EU) 2018/1028 der Kommission vom 19. Juli 2018 (ABl. L 184 vom 20.7.2018, S. 7)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

– 32021 L 0415: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/415 der Kommission vom 8. März 2021 (ABl. L 81 vom 9.3.2021, S. 65)

– 32021 L 0971: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/971 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 62)

3. 31966 L 0402: Richtlinie 66/402/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Getreidesaatgut (ABl. L 125 vom 11.7.1966, S. 2309), berichtigt in ABl. L 199 vom 26.7.1997, S. 69, geändert durch:

– 31969 L 0060: Richtlinie 69/60/EWG des Rates vom 18. Februar 1969 (ABl. L 48 vom 26.2.1969, S. 1)

– 31971 L 0162: Richtlinie 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971 (ABl. L 87 vom 17.4.1971, S. 24)

– 11972B/ACT: Beitrittsakte Dänemarks, Irlands, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (angepasst durch den Beschluss des Rates vom 1. Januar 1973) (ABl. L 73 vom 27.3.1972, S. 14)

– 31972 L 0274: Richtlinie 72/274/EWG des Rates vom 20. Juli 1972 (ABl. L 171 vom 29.7.1972, S. 37)

– 31972 L 0418: Richtlinie 72/418/EWG des Rates vom 6. Dezember 1972 (ABl. L 287 vom 26.12.1972, S. 22)

– 31973 L 0438: Richtlinie 73/438/EWG des Rates vom 11. Dezember 1973 (ABl. L 356 vom 27.12.1973, S. 79)

– 31975 L 0444: Richtlinie 75/444/EWG des Rates vom 26. Juni 1975 (ABl. L 196 vom 26.7.1975, S. 6)

– 31978 L 0055: Richtlinie 78/55/EWG des Rates vom 19. Dezember 1977 (ABl. L 16 vom 20.1.1978, S. 23)

– 31978 L 0387: Erste Richtlinie 78/387/EWG der Kommission vom 18. April 1978 (ABl. L 113 vom 25.4.1978, S. 13)

– 31978 L 0692: Richtlinie 78/692/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. L 236 vom 26.8.1978, S. 13)

– 31978 L 1020: Richtlinie 78/1020/EWG des Rates vom 5. Dezember 1978 (ABl. L 350 vom 14.12.1978, S. 27)

– 31979 L 0641: Richtlinie 79/641/EWG der Kommission vom 27. Juni 1979 (ABl. L 183 vom 19.7.1979, S. 13)

– 31979 L 0692: Richtlinie 79/692/EWG des Rates vom 24. Juli 1979 (ABl. L 205 vom 13.8.1979, S. 1)

– 11979H/ACT: Akte betreffend den Beitritt Griechenlands (ABl. L 291 vom 19.11.1979, S. 17)

– 31981 L 0126: Richtlinie 81/126/EWG der Kommission vom 16. Februar 1981 (ABl. L 67 vom 12.3.1981, S. 36)

– 31985 R 3768: Verordnung (EWG) Nr. 3768/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. L 362 vom 31.12.1985, S. 8)

– 31986 L 0155: Richtlinie 86/155/EWG des Rates vom 22. April 1986 (ABl. L 118 vom 7.5.1986, S. 23)

– 31986 L 0320: Richtlinie 86/320/EWG der Kommission vom 20. Juni 1986 (ABl. L 200 vom 23.7.1986, S. 38)

– 31987 L 0120: Richtlinie 87/120/EWG der Kommission vom 14. Januar 1987 (ABl. L 49 vom 18.2.1987, S. 39)

– 31988 L 0332: Richtlinie 88/332/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. L 151 vom 17.6.1988, S. 82)

– 31988 L 0380: Richtlinie 88/380/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. L 187 vom 16.7.1988, S. 31)

– 31988 L 0506: Richtlinie 88/506/EWG der Kommission vom 13. September 1988 (ABl. L 274 vom 6.10.1988, S. 44)

– 31989 L 0002: Richtlinie 89/2/EWG der Kommission vom 15. Dezember 1988 (ABl. L 5 vom 7.1.1989, S. 31)

– 31989 L 0100: Richtlinie 89/100/EWG der Kommission vom 20. Januar 1989 (ABl. L 38 vom 10.2.1989, S. 36)

– 31990 L 0623: Richtlinie 90/623/EWG der Kommission vom 7. November 1990 (ABl. L 333 vom 30.11.1990, S. 65)

– 31993 L 0002: Richtlinie 93/2/EWG der Kommission vom 28. Januar 1993 (ABl. L 54 vom 5.3.1993, S. 20)

– 11994 N 003: Beitrittsakte Österreichs, Finnlands und Schwedens (angepasst durch den Beschluss 95/1/EG, Euratom, EGKS des Rates) (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21)

– 31995 L 0006: Richtlinie 95/6/EG der Kommission vom 20. März 1995 (ABl. L 67 vom 25.3.1995, S. 30)

– 31996 L 0072: Richtlinie 96/72/EG des Rates vom 18. November 1996 (ABl. L 304 vom 27.11.1996, S. 10)

– 31998 L 0095: Richtlinie 98/95/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 (ABl. L 25 vom 1.2.1999, S. 1), berichtigt in ABl. L 161 vom 16.6.2001, S. 47

– 31998 L 0096: Richtlinie 98/96/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 (ABl. L 25 vom 1.2.1999, S. 27), berichtigt in ABl. L 161 vom 16.6.2001, S. 48

– 31999 L 0008: Richtlinie 1999/8/EG der Kommission vom 18. Februar 1999 (ABl. L 50 vom 26.2.1999, S. 26)

– 31999 L 0054: Richtlinie 1999/54/EG der Kommission vom 26. Mai 1999 (ABl. L 142 vom 5.6.1999, S. 30)

– 32001 L 0064: Richtlinie 2001/64/EG des Rates vom 31. August 2001 (ABl. L 234 vom 1.9.2001, S. 60)

– 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

– 32004 L 0055: Richtlinie 2004/55/EG der Kommission vom 20. April 2004 (ABl. L 114 vom 21.4.2004, S. 18)

– 32004 L 0117: Richtlinie 2004/117/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 (ABl. L 14 vom 18.1.2005, S. 18)

– 32006 L 0055: Richtlinie 2006/55/EG der Kommission vom 12. Juni 2006 (ABl. L 159 vom 13.6.2006, S. 13)

– 32009 L 0074: Richtlinie 2009/74/EG der Kommission vom 26. Juni 2009 (ABl. L 166 vom 27.6.2009, S. 40), berichtigt in ABl. L 154 vom 19.6.2010, S. 31

– 32012 L 0001: Durchführungsrichtlinie 2012/1/EU der Kommission vom 6. Januar 2012 (ABl. L 4 vom 7.1.2012, S. 8)

– 32012 L 0037: Durchführungsrichtlinie 2012/37/EU der Kommission vom 22. November 2012 (ABl. L 325 vom 23.11.2012, S. 13)

– 32016 L 0317: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/317 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 72)

– 32018 L 1027: Durchführungsrichtlinie (EU) 2018/1027 der Kommission vom 19. Juli 2018 (ABl. L 184 vom 20.7.2018, S. 4)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

– 32021 L 0415: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/415 der Kommission vom 8. März 2021 (ABl. L 81 vom 9.3.2021, S. 65)

– 32021 L 0971: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/971 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 62)

– 32021 L 1927: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/1927 der Kommission vom 5. November 2021 (ABl. L 393 vom 8.11.2021, S. 13)

– 32021 L 2171: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/2171 der Kommission vom 7. Dezember 2021 (ABl. L 438 vom 8.12.2021, S. 84)

4. 31968 L 0193: Richtlinie 68/193/EWG des Rates vom 9. April 1968 über den Verkehr mit vegetativem Vermehrungsgut von Reben (ABl. L 93 vom 17.4.1968, S. 15), geändert durch:

– 31971 L 0140: Richtlinie 71/140/EWG des Rates vom 22. März 1971 (ABl. L 71 vom 25.3.1971, S. 16)

– 11972B/ACT: Beitrittsakte Dänemarks, Irlands, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (angepasst durch den Beschluss des Rates vom 1. Januar 1973) (ABl. L 73 vom 27.3.1972, S. 14)

– 31974 L 0648: Richtlinie 74/648/EWG des Rates vom 9. Dezember 1974 (ABl. L 352 vom 28.12.1974, S. 43)

– 31977 L 0629: Erste Richtlinie 77/629/EWG der Kommission vom 28. September 1977 (ABl. L 257 vom 8.10.1977, S. 27)

– 31978 L 0055: Richtlinie 78/55/EWG des Rates vom 19. Dezember 1977 (ABl. L 16 vom 20.1.1978, S. 23)

– 31978 L 0692: Richtlinie 78/692/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. L 236 vom 26.8.1978, S. 13)

– 11979H/ACT: Akte betreffend den Beitritt Griechenlands (ABl. L 291 vom 19.11.1979, S. 17)

– 31982 L 0331: Richtlinie 82/331/EWG der Kommission vom 6. Mai 1982 (ABl. L 148 vom 27.5.1982, S. 47)

– 31985 R 3768: Verordnung (EWG) Nr. 3768/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. L 362 vom 31.12.1985, S. 8)

– 31986 L 0155: Richtlinie 86/155/EWG des Rates vom 22. April 1986 (ABl. L 118 vom 7.5.1986, S. 23)

– 31988 L 0332: Richtlinie 88/332/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. L 151 vom 17.6.1988, S. 82)

– 11994 N 003: Beitrittsakte Österreichs, Finnlands und Schwedens (angepasst durch den Beschluss 95/1/EG, Euratom, EGKS des Rates) (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21)

– 32002 L 0011: Richtlinie 2002/11/EG des Rates vom 14. Februar 2002 (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 20)

– 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

– 32003 R 1829: Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1)

– 32005 L 0043: Richtlinie 2005/43/EG der Kommission vom 23. Juni 2005 (ABl. L 164 vom 24.6.2005, S. 37)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

5. 32008 L 0072: Richtlinie 2008/72/EG des Rates vom 15. Juli 2008 über das Inverkehrbringen von Gemüsepflanzgut und Gemüsevermehrungsmaterial mit Ausnahme von Saatgut (ABl. L 205 vom 1.8.2008, S. 28), geändert durch:

   – 32013 D 0166: Durchführungsbeschluss 2013/166/EU der Kommission vom 2. April 2013 (ABl. L 94 vom 4.4.2013, S. 8)

   – 32013 L 0045: Durchführungsrichtlinie 2013/45/EU der Kommission vom 7. August 2013 (ABl. L 213 vom 8.8.2013, S. 20)

   – 32019 L 0990: Durchführungsrichtlinie (EU) 2019/990 der Kommission vom 17. Juni 2019 (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 14)

   – 32022 D 1400: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1400 der Kommission vom 11. August 2022 (ABl. L 213 vom 16.8.2022, S. 57)

6. 32008 L 0090: Richtlinie 2008/90/EG des Rates vom 29. September 2008 über das Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung, geändert durch:

   – 32010 D 0777: Beschluss 2010/777/EU der Kommission vom 15. Dezember 2010 (ABl. L 332 vom 16.12.2010, S. 40)

   – 32014 R 0652: Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 1)

   – 32019 D 0120: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/120 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 24 vom 28.1.2019, S. 27)

– 32022 D 1933: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1933 der Kommission vom 12. Oktober 2022 (ABl. L 266 vom 13.10.2022, S. 19)

7. 31998 L 0056: Richtlinie 98/56/EG des Rates vom 20. Juli 1998 über das Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial von Zierpflanzen (ABl. L 226 vom 13.8.1998, S. 16), geändert durch:

– 32003 R 0806: Verordnung (EG) Nr. 806/2003 des Rates vom 14. April 2003 (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 1)

– 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

– 32014 R 0652: Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 1)

8. 31999 L 0105: Richtlinie 1999/105/EG des Rates vom 22. Dezember 1999 über den Verkehr mit forstlichem Vermehrungsgut (ABl. L 11 vom 15.1.2000, S. 17)

9. 32002 L 0053: Richtlinie 2002/53/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über einen gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 1), geändert durch:

– 32003 R 1829: Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1)

– 32019 L 0114: Durchführungsrichtlinie (EU) 2019/114 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 35)

10. 32002 L 0054: Richtlinie 2002/54/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Betarübensaatgut (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 12), geändert durch:

   – 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

   – 32004 L 0117: Richtlinie 2004/117/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 (ABl. L 14 vom 18.1.2005, S. 18)

   – 32016 L 0317: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/317 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 72)

   – 32021 L 0971: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/971 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 62)

11. 32002 L 0055: Richtlinie 2002/55/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Gemüsesaatgut (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 33), geändert durch:

   – 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

   – 32003 R 1829: Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1)

   – 32004 L 0117: Richtlinie 2004/117/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 (ABl. L 14 vom 18.1.2005, S. 18)

– 32006 L 0124: Richtlinie 2006/124/EG der Kommission vom 5. Dezember 2006 (ABl. L 339 vom 6.12.2006, S. 12)

– 32009 L 0074: Richtlinie 2009/74/EG der Kommission vom 26. Juni 2009 (ABl. L 166 vom 27.6.2009, S. 40), berichtigt in ABl. L 154 vom 19.6.2010, S. 31

– 32013 L 0045: Durchführungsrichtlinie 2013/45/EU der Kommission vom 7. August 2013 (ABl. L 213 vom 8.8.2013, S. 20)

– 32016 L 0317: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/317 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 72)

– 32019 L 0114: Durchführungsrichtlinie (EU) 2019/114 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 35)

– 32019 L 0990: Durchführungsrichtlinie (EU) 2019/990 der Kommission vom 17. Juni 2019 (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 14)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

– 32020 L 0432: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/432 der Kommission vom 23. März 2020 (ABl. L 88 vom 24.3.2020, S. 3)

– 32021 L 0971: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/971 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 62)

12. 32002 L 0056: Richtlinie 2002/56/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Pflanzkartoffeln (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 60), geändert durch:

– 32003 D 0066: Entscheidung 2003/66/EG der Kommission vom 28. Januar 2003 (ABl. L 25 vom 30.1.2003, S. 42)

– 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

– 32005 D 0908: Entscheidung 2005/908/EG der Kommission vom 14. Dezember 2005 (ABl. L 329 vom 16.12.2005, S. 37)

– 32008 D 0973: Entscheidung 2008/973/EG der Kommission vom 15. Dezember 2008 (ABl. L 345 vom 23.12.2008, S. 90)

– 32011 D 0820: Durchführungsbeschluss 2011/820/EU der Kommission vom 7. Dezember 2011 (ABl. L 327 vom 9.12.2011, S. 66)

– 32013 L 0063: Durchführungsrichtlinie 2013/63/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 52)

– 32014 D 0367: Durchführungsbeschluss 2014/367/EU der Kommission vom 16. Juni 2014 (ABl. L 178 vom 18.6.2014, S. 26)

– 32016 L 0317: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/317 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 7)

– 32019 D 0119: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/119 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 24 vom 28.1.2019, S. 26)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

13. 32002 L 0057: Richtlinie 2002/57/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 74), geändert durch:

– 32002 L 0068: Richtlinie 2002/68/EG des Rates vom 19. Juli 2002 (ABl. L 195 vom 24.7.2002, S. 32)

– 32003 L 0045: Richtlinie 2003/45/EG der Kommission vom 28. Mai 2003 (ABl. L 138 vom 5.6.2003, S. 40)

– 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

– 32004 L 0117: Richtlinie 2004/117/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 (ABl. L 14 vom 18.1.2005, S. 18)

– 32009 L 0074: Richtlinie 2009/74/EG der Kommission vom 26. Juni 2009 (ABl. L 166 vom 27.6.2009, S. 40), berichtigt in ABl. L 154 vom 19.6.2010, S. 31

– 32016 L 0011: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/11 der Kommission vom 5. Januar 2016 (ABl. L 3 vom 6.1.2016, S. 48)

– 32016 L 0317: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/317 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 72)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

– 32021 L 0971: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/971 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 62)

14. 32007 D 0321: Entscheidung 2007/321/EG der Kommission vom 2. Mai 2007 zur Entbindung des Vereinigten Königreichs von einigen Verpflichtungen der Richtlinie 2002/55/EG des Rates über den Verkehr mit Gemüsesaatgut (ABl. L 119 vom 9.5.2007, S. 48)

15. 32017 D 0478: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/478 der Kommission vom 16. März 2017 zur Entbindung bestimmter Mitgliedstaaten von der Verpflichtung, die Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 68/193/EWG, 1999/105/EG, 2002/54/EG, 2002/55/EG und 2002/57/EG des Rates über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut, Getreidesaatgut, vegetativem Vermehrungsgut von Reben, forstlichem Vermehrungsgut, Betarübensaatgut, Gemüsesaatgut bzw. Saatgut von Öl- und Faserpflanzen auf bestimmte Arten anzuwenden und zur Aufhebung der Entscheidung 2010/680/EU der Kommission (ABl. L 73 vom 18.3.2017, S. 29)

16. 31974 D 0366: Entscheidung 74/366/EWG der Kommission vom 13. Juni 1974 zur vorläufigen Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut der Buschbohnensorte „Sim“ in Frankreich zu untersagen (ABl. L 196 vom 19.7.1974, S. 24)

17. 31974 D 0367: Entscheidung 74/367/EWG der Kommission vom 13. Juni 1974 zur vorläufigen Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut der Buschbohnensorte „Dustor“ in Frankreich zu untersagen (ABl. L 196 vom 19.7.1974, S. 25)

18. 31975 D 0576: Entscheidung 75/576/EWG der Kommission vom 30. Juni 1975 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saat- oder Pflanzgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 253 vom 30.9.1975, S. 36), geändert durch:

   – 31978 D 0122: Entscheidung 78/122/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1977 (ABl. L 41 vom 11.2.1978, S. 34)

   – 31986 D 0268: Entscheidung 86/268/EWG der Kommission vom 20. Mai 1986 (ABl. L 169 vom 26.6.1986, S. 48)

   – 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

19. 31975 D 0578: Entscheidung 75/578/EWG der Kommission vom 30. Juni 1975 zur Ermächtigung des Großherzogtums Luxemburg, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 253 vom 30.9.1975, S. 45), geändert durch:

   – 31978 D 0285: Entscheidung 78/285/EWG der Kommission vom 22. Februar 1978 (ABl. L 74 vom 16.3.1978, S. 29)

20. 31976 D 0219: Entscheidung 76/219/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1975 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saat- oder Pflanzgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 46 vom 21.2.1976, S. 30), geändert durch:

    – 31997 D 0363: Entscheidung 97/363/EG der Kommission vom 28. Mai 1997 (ABl. L 152 vom 11.6.1997, S. 33)

21. 31976 D 0221: Entscheidung 76/221/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1975 zur Ermächtigung des Großherzogtums Luxemburg, den Verkehr mit Saat- oder Pflanzgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 46 vom 21.2.1976, S. 33)

22. 31976 D 0687: Entscheidung 76/687/EWG der Kommission vom 30. Juni 1976 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 235 vom 26.8.1976, S. 21), geändert durch:

    – 31978 D 0615: Entscheidung 78/615/EWG der Kommission vom 23. Juni 1978 (ABl. L 198 vom 22.7.1978, S. 12)

23. 31976 D 0688: Entscheidung 76/688/EWG der Kommission vom 30. Juni 1976 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 235 vom 26.8.1976, S. 24)

24. 31976 D 0689: Entscheidung 76/689/EWG der Kommission vom 30. Juni 1976 zur Ermächtigung des Großherzogtums Luxemburg, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 235 vom 26.8.1976, S. 27)

25. 31977 D 0147: Entscheidung 77/147/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1976 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 47 vom 18.2.1977, S. 66), geändert durch:

   – 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

26. 31977 D 0149: Entscheidung 77/149/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1976 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 47 vom 18.2.1977, S. 70)

27. 31977 D 0282: Entscheidung 77/282/EWG der Kommission vom 30. März 1977 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 95 vom 19.4.1977, S. 2)

28. 31977 D 0406: Entscheidung 77/406/EWG der Kommission vom 1. Juni 1977 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 148 vom 16.6.1977, S. 25)

29. 31978 D 0124: Entscheidung 78/124/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1977 zur Ermächtigung des Großherzogtums Luxemburg, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 41 vom 11.2.1978, S. 38)

30. 31978 D 0126: Entscheidung 78/126/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1977 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 41 vom 11.2.1978, S. 41), geändert durch:

    – 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

31. 31978 D 0127: Entscheidung 78/127/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1977 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 41 vom 11.2.1978, S. 43), geändert durch:

    – 31997 D 0363: Entscheidung 97/363/EG der Kommission vom 28. Mai 1997 (ABl. L 152 vom 11.6.1997, S. 33)

32. 31978 D 0348: Entscheidung 78/348/EWG der Kommission vom 30. März 1978 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 99 vom 12.4.1978, S. 28)

33. 31978 D 0349: Entscheidung 78/349/EWG der Kommission vom 30. März 1978 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 99 vom 12.4.1978, S. 30)

34. 31979 D 0092: Entscheidung 79/92/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1978 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 22 vom 31.1.1979, S. 14), geändert durch:

    – 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

35. 31979 D 0094: Entscheidung 79/94/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1978 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 22 vom 31.1.1979, S. 19)

36. 31979 D 0347: Entscheidung 79/347/EWG der Kommission vom 14. März 1979 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 84 vom 4.4.1979, S. 10)

37. 31979 D 0348: Entscheidung 79/348/EWG der Kommission vom 14. März 1979 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 84 vom 4.4.1979, S. 12)

38. 31980 D 0126: Entscheidung 80/126/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1979 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 29 vom 6.2.1980, S. 31), geändert durch:

    – 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

39. 31980 D 0127: Entscheidung 80/127/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1979 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 29 vom 6.2.1980, S. 33)

40. 31980 D 1359: Entscheidung 80/1359/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1980 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 384 vom 31.12.1980, S. 42), berichtigt in ABl. L 122 vom 6.5.1981, S. 46, geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

41. 31980 D 1360: Entscheidung 80/1360/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1980 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 384 vom 31.12.1980, S. 44), geändert durch:

– 31997 D 0363: Entscheidung 97/363/EG der Kommission vom 28. Mai 1997 (ABl. L 152 vom 11.6.1997, S. 33)

42. 31981 D 0277: Entscheidung 81/277/EWG der Kommission vom 31. März 1981 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 123 vom 7.5.1981, S. 32)

43. 31982 D 0039: Entscheidung 82/39/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1981 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 16 vom 22.1.1982, S. 46), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

44. 31982 D 0040: Entscheidung 82/40/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1981 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 16 vom 22.1.1982, S. 48)

45. 31982 D 0948: Entscheidung 82/948/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1982 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 383 vom 31.12.1982, S. 25), geändert durch:

– 31997 D 0363: Entscheidung 97/363/EG der Kommission vom 28. Mai 1997 (ABl. L 152 vom 11.6.1997, S. 33)

46. 31982 D 0949: Entscheidung 82/949/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1982 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 383 vom 31.12.1982, S. 27), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

47. 31984 D 0019: Entscheidung 84/19/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1983 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 18 vom 21.1.1984, S. 43)

48. 31984 D 0023: Entscheidung 84/23/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1983 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 20 vom 25.1.1984, S. 19), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

49. 31991 D 0037: Entscheidung 85/59/EWG der Kommission vom 19. Dezember 1984 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 18 vom 24.1.1991, S. 19), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

50. 31985 D 0623: Entscheidung 85/623/EWG der Kommission vom 16. Dezember 1985 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 379 vom 31.12.1985, S. 18)

51. 31985 D 0624: Entscheidung 85/624/EWG der Kommission vom 16. Dezember 1985 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 379 vom 31.12.1985, S. 20), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

52. 31987 D 0110: Entscheidung 87/110/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1986 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 48 vom 17.2.1987, S. 27)

53. 31987 D 0117: Entscheidung 87/117/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1986 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 49 vom 18.2.1987, S. 34), geändert durch:

– 31997 D 0363: Entscheidung 97/363/EG der Kommission vom 28. Mai 1997 (ABl. L 152 vom 11.6.1997, S. 33)

54. 31989 D 0077: Entscheidung 89/77/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1988 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 30 vom 1.2.1989, S. 72), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

55. 31989 D 0421: Entscheidung 89/421/EWG der Kommission vom 22. Juni 1989 zur Ermächtigung der Griechischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 193 vom 8.7.1989, S. 41)

56. 31989 D 0422: Entscheidung 89/422/EWG der Kommission vom 23. Juni 1989 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einer Sorte einer landwirtschaftlichen Pflanzenart zu beschränken, und zur Änderung der Entscheidung 89/77/EWG (ABl. L 193 vom 8.7.1989, S. 43), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

57. 31991 D 0037: Entscheidung 91/37/EWG der Kommission vom 20. Dezember 1990 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland und der Griechischen Republik, den Verkehr mit Saatgut bestimmter Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken und zur Änderung bestimmter Entscheidungen zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut bestimmter Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 18 vom 24.1.1991, S. 19), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

58. 31992 D 0168: Entscheidung 92/168/EWG der Kommission vom 4. März 1992 zur Ermächtigung Griechenlands, das Inverkehrbringen von Saatgut bestimmter Sorten einer landwirtschaftlichen Pflanzenart zu beschränken (ABl. L 74 vom 20.3.1992, S. 46)

59. 32006 D 0335: Entscheidung 2006/335/EG der Kommission vom 8. Mai 2006 zur Ermächtigung der Republik Polen, in ihrem Hoheitsgebiet die Verwendung von sechzehn in den gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten gemäß der Richtlinie 2002/53/EG des Rates eingetragenen Maissorten mit der genetischen Veränderung MON 810 zu verbieten (ABl. L 124 vom 11.5.2006, S. 26)

60. 32006 D 0338: Entscheidung 2006/338/EG der Kommission vom 8. Mai 2006 zur Ermächtigung der Republik Polen, in ihrem Hoheitsgebiet die Verwendung bestimmter Maissorten zu verbieten, die im gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten gemäß der Richtlinie 2002/53/EG des Rates aufgeführt sind (ABl. L 125 vom 12.5.2006, S. 31)

61. 32013 D 0404: Durchführungsbeschluss 2013/404/EU der Kommission vom 25. Juli 2013 zur Ermächtigung Deutschlands, in seinem Hoheitsgebiet das Inverkehrbringen bestimmter Hanfsorten zu verbieten, die im gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten gemäß der Richtlinie 2002/53/EG des Rates aufgeführt sind (ABl. L 202 vom 27.7.2013, S. 33)

62. 32016 D 0017: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/17 der Kommission vom 7. Januar 2016 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, in seinem Hoheitsgebiet das Inverkehrbringen einer Hanfsorte zu verbieten, die im gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten gemäß der Richtlinie 2002/53/EG des Rates aufgeführt ist (ABl. L 5 vom 8.1.2016, S. 7)

63. 32021 D 1214: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1214 der Kommission vom 22. Juli 2021 zur Ermächtigung Polens, den Verkehr mit der Hanfsorte Finola in seinem Hoheitsgebiet gemäß der Richtlinie 2002/53/EG des Rates zu verbieten (ABl. L 265 vom 26.7.2021, S. 1)

64. 31974 D 0269: Entscheidung 74/269/EWG der Kommission vom 2. Mai 1974 zur Ermächtigung einiger Mitgliedstaaten, bezüglich des Vorhandenseins von Avena fatua in Futterpflanzensaatgut und in Getreidesaatgut strengere Vorschriften zu erlassen (ABl. L 141 vom 24.5.1974, S. 20), geändert durch:

– 31978 D 0512: Entscheidung 78/512/EWG der Kommission vom 24. Mai 1978 (ABl. L 157 vom 15.6.1978, S. 35)

65. 31974 D 0531: Entscheidung 74/531/EWG der Kommission vom 16. Oktober 1974 zur Ermächtigung des Königreichs der Niederlande, bezüglich des Vorhandenseins von Avena fatua in Getreidesaatgut strengere Vorschriften zu erlassen (ABl. L 299 vom 7.11.1974, S. 13)

66. 31995 D 0075: Entscheidung 95/75/EG der Kommission vom 10. März 1995 zur Ermächtigung Finnlands, bezüglich des Vorhandenseins von Avena fatua in Getreidesaatgut strengere Vorschriften zu erlassen (ABl. L 60 vom 18.3.1995, S. 30)

67. 31996 D 0334: Entscheidung 96/334/EG der Kommission vom 3. Mai 1996 zur Ermächtigung Schwedens, bezüglich des Vorhandenseins von Avena fatua in Getreidesaatgut strengere Vorschriften zu erlassen (ABl. L 127 vom 25.5.1996, S. 39)

68. 32005 D 0200: Entscheidung 2005/200/EG der Kommission vom 2. März 2005 zur Ermächtigung Estlands, Lettlands, Litauens und Maltas, bezüglich des Vorhandenseins von Avena fatua in Getreidesaatgut strengere Vorschriften zu erlassen (ABl. L 70 vom 16.3.2005, S. 19)

69. 32006 L 0047: Richtlinie 2006/47/EG der Kommission vom 23. Mai 2006 zur Festlegung besonderer Voraussetzungen im Hinblick auf das Vorhandensein von Avena fatua in Getreidesaatgut (ABl. L 136 vom 24.5.2006, S. 18)

70. 31981 D 0675: Entscheidung 81/675/EWG der Kommission vom 28. Juli 1981 zur Feststellung, dass bestimmte Verschlusssysteme nicht wiederverwendbare Verschlusssysteme im Sinne der Richtlinien 66/400/EWG, 66/401/EWG, 66/402/EWG, 69/208/EWG und 70/458/EWG des Rates sind (ABl. L 246 vom 29.8.1981, S. 26), geändert durch:

– 31986 D 0563: Entscheidung 86/563/EWG der Kommission vom 12. November 1986 (ABl. L 327 vom 22.11.1986, S. 50)

71. 32003 D 0017: Entscheidung 2003/17/EG des Rates vom 16. Dezember 2002 über die Gleichstellung von Feldbesichtigungen von Saatgutvermehrungsbeständen in Drittländern und über die Gleichstellung von in Drittländern erzeugtem Saatgut (ABl. L 8 vom 14.1.2003, S. 10), geändert durch:

– 32003 D 0403: Entscheidung 2003/403/EG des Rates vom 26. Mai 2003 (ABl. L 141 vom 7.6.2003, S. 23)

– 32005 D 0834: Entscheidung 2005/834/EG des Rates vom 8. November 2005 (ABl. L 312 vom 29.11.2005, S. 51)

– 32006 R 1791: Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 1)

– 32007 D 0780: Entscheidung 2007/780/EG des Rates vom 26. November 2007 (ABl. L 314 vom 1.12.2007, S. 20)

– 32012 D 1105: Beschluss Nr. 1105/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 (ABl. L 328 vom 28.11.2012, S. 4)

– 32018D1674: Beschluss (EU) 2018/1674 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 (ABl. L 284 vom 12.11.2018, S. 31)

– 32020 D 1544: Beschluss (EU) 2020/1544 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2020 (ABl. L 356 vom 26.10.2020, S. 5)

– 32021 D 0537: Beschluss (EU) 2021/537 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 (ABl. L 108 vom 29.3.2021, S. 4)

– 32022 D 0871: Beschluss (EU) 2022/871 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 109)

72. 32005 D 0834: Entscheidung 2005/834/EG des Rates vom 8. November 2005 über die Gleichstellung von in Drittländern durchgeführten Kontrollen von Erhaltungszüchtungen und zur Änderung der Entscheidung 2003/17/EG (ABl. L 312 vom 29.11.2005, S. 51), geändert durch:

– 32006 R 1791: Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 1)

– 32021 D 0537: Beschluss (EU) 2021/537 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 (ABl. L 108 vom 29.3.2021, S. 4)

73. 32006 R 0217: Verordnung (EG) Nr. 217/2006 der Kommission vom 8. Februar 2006 mit Regeln für die Anwendung der Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 2002/54/EG, 2002/55/EG und 2002/57/EG des Rates hinsichtlich der Ermächtigung der Mitgliedstaaten, den Anforderungen in Bezug auf die Mindestkeimfähigkeit nicht entsprechendes Saatgut vorübergehend zum Verkehr zuzulassen (ABl. L 38 vom 9.2.2006, S. 17)

74. 31980 D 0512: Entscheidung 80/512/EWG der Kommission vom 2. Mai 1980 zur Ermächtigung des Königreichs Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande und des Vereinigten Königreichs, die Bestimmungen der Richtlinie 66/401/EWG des Rates über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut hinsichtlich des Probegewichts für die Bestimmung von Körnern von Cuscuta nicht anzuwenden (ABl. L 126 vom 21.5.1980, S. 15)

75. 31985 D 0370: Entscheidung 85/370/EWG der Kommission vom 8. Juli 1985 zur Ermächtigung der Niederlande, die Einhaltung der in Anlage II der Richtlinie 66/401/EWG des Rates festgelegten Anforderungen an die Sortenreinheit für Saatgut von apomiktischen Einklonsorten von Poa pratensis auch aufgrund der Ergebnisse von Saatgut- und Keimlingsprüfungen zu beurteilen (ABl. L 209 vom 6.8.1985, S. 41)

76. 32004 D 0371: Entscheidung 2004/371/EG der Kommission vom 20. April 2004 über die Bedingungen für das Inverkehrbringen von Saatgutmischungen für Futterpflanzen (ABl. L 116 vom 22.4.2004, S. 39)

77. 32008 L 0124: Richtlinie 2008/124/EG der Kommission vom 18. Dezember 2008 zur Beschränkung des Verkehrs mit Saatgut bestimmter Arten von Futter-, Öl- und Faserpflanzen auf amtlich als Basissaatgut oder zertifiziertes Saatgut anerkanntes Saatgut (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 73)

78. 32010 L 0060: Richtlinie 2010/60/EU der Kommission vom 30. August 2010 mit Ausnahmeregelungen für das Inverkehrbringen von Futterpflanzensaatgutmischungen zur Erhaltung der natürlichen Umwelt (ABl. L 228 vom 31.8.2010, S. 10)

79. 32020 D 1106: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1106 der Kommission vom 24. Juli 2020 über die Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs gemäß den Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 2002/54/EG und 2002/57/EG des Rates im Hinblick auf den Prozentsatz der amtlichen Kontrollen für Feldbesichtigungen unter amtlicher Überwachung bei Basissaatgut, Zuchtsaatgut der dem Basissaatgut vorhergehenden Generationen und zertifiziertem Saatgut (ABl. L 242 vom 28.7.2020, S. 7)

80. 32020 D 1401: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1401 der Kommission vom 2. Oktober 2020 über eine vorübergehende Ausnahme von der Richtlinie 66/401/EWG des Rates hinsichtlich der Anforderungen an den Verkehr mit zertifiziertem Saatgut (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 35)

81. 31980 D 0755: Entscheidung 80/755/EWG der Kommission vom 17. Juli 1980 zur Genehmigung der vorschriftsgemäßen Kennzeichnung der Verpackungen von Getreidesaatgut (ABl. L 207 vom 9.8.1980, S. 37), geändert durch:

– 31981 D 0109: Entscheidung 81/109/EWG der Kommission vom 10. Februar 1981 (ABl. L 64 vom 11.3.1981, S. 13)

82. 32016 D 2242: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2242 der Kommission vom 9. Dezember 2016 über das vorübergehende Inverkehrbringen von den Anforderungen der Richtlinie 66/402/EWG des Rates nicht entsprechendem Saatgut von *Hordeum vulgare* L. der Sorte Scrabble (ABl. L 337 vom 13.12.2016, S. 22)

83. 32020 D 1106: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1106 der Kommission vom 24. Juli 2020 über die Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs gemäß den Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 2002/54/EG und 2002/57/EG des Rates im Hinblick auf den Prozentsatz der amtlichen Kontrollen für Feldbesichtigungen unter amtlicher Überwachung bei Basissaatgut, Zuchtsaatgut der dem Basissaatgut vorhergehenden Generationen und zertifiziertem Saatgut (ABl. L 242 vom 28.7.2020, S. 7)

84. 32004 L 0029: Richtlinie 2004/29/EG der Kommission vom 4. März 2004 zur Festlegung von Merkmalen und Mindestanforderungen für die Prüfung von Rebsorten (ABl. L 71 vom 10.3.2004, S. 22)

85. 31993 L 0061: Richtlinie 93/61/EWG der Kommission vom 2. Juli 1993 zur Aufstellung der Tabelle mit den Anforderungen an Gemüsepflanzgut und Gemüsevermehrungsmaterial mit Ausnahme von Saatgut gemäß der Richtlinie 92/33/EWG des Rates (ABl. L 250 vom 7.10.1993, S. 19), geändert durch:

– 32019 L 0990: Durchführungsrichtlinie (EU) 2019/990 der Kommission vom 17. Juni 2019 (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 14)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

86. 31993 L 0062: Richtlinie 93/62/EWG der Kommission vom 5. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften für die Überwachung und Überprüfung von Versorgern und Einrichtungen gemäß der Richtlinie 92/33/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Gemüsepflanzgut und Gemüsevermehrungsmaterial mit Ausnahme von Saatgut (ABl. L 250 vom 7.10.1993, S. 29)

87. 32020 D 2219: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2219 der Kommission vom 22. Dezember 2020 über die Gleichstellung von Gemüsepflanzgut und Gemüsevermehrungsmaterial mit Ausnahme von Saatgut sowie von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung, die im Vereinigten Königreich erzeugt wurden (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 66)

88. 32014 L 0096: Durchführungsrichtlinie 2014/96/EU der Kommission vom 15. Oktober 2014 in Bezug auf die Anforderungen an Etikettierung, Plombierung und Verpackung von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung, die in den Geltungsbereich der Richtlinie 2008/90/EG fallen (ABl. L 298 vom 16.10.2014, S. 12), geändert durch:

– 32019 L 1813: Durchführungsrichtlinie (EU) 2019/1813 der Kommission vom 29. Oktober 2019 (ABl. L 278 vom 30.10.2019, S. 7)

89. 32014 L 0097: Durchführungsrichtlinie 2014/97/EU der Kommission vom 15. Oktober 2014 zur Durchführung der Richtlinie 2008/90/EG des Rates hinsichtlich der Registrierung von Versorgern und der Eintragung von Sorten sowie des gemeinsamen Sortenverzeichnisses (ABl. L 298 vom 16.10.2014, S. 16)

90. 32014 L 0098: Durchführungsrichtlinie 2014/98/EU der Kommission vom 15. Oktober 2014 zur Durchführung der Richtlinie 2008/90/EG des Rates hinsichtlich der spezifischen Anforderungen an die in deren Anhang I aufgeführten Gattungen und Arten von Obstpflanzen, der spezifischen Anforderungen an die Versorger und ausführlicher Bestimmungen für die amtliche Prüfung (ABl. L 298 vom 16.10.2014, S. 22), geändert durch:

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

91. 32017 D 0925: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/925 der Kommission vom 29. Mai 2017 zur vorübergehenden Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten, auf dem Feld unter nicht insektensicheren Bedingungen erzeugtes Vorstufenmaterial bestimmter Arten von Obstpflanzen zu zertifizieren, und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2017/167 (ABl. L 140 vom 31.5.2017, S. 7)

92. 32020 D 2219: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2219 der Kommission vom 22. Dezember 2020 über die Gleichstellung von Gemüsepflanzgut und Gemüsevermehrungsmaterial mit Ausnahme von Saatgut sowie von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung, die im Vereinigten Königreich erzeugt wurden (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 66)

93. 32022 L 2438: Durchführungsrichtlinie (EU) 2022/2438 der Kommission vom 12. Dezember 2022 zur Änderung der Richtlinie 93/49/EWG und der Durchführungsrichtlinie 2014/98/EU hinsichtlich unionsgeregelter Nicht-Quarantäneschädlinge auf Vermehrungsmaterial von Zierpflanzen sowie Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung (ABl. L 319 vom 13.12.2022, S. 54)

94. 31993 L 0049: Richtlinie 93/49/EWG der Kommission vom 23. Juni 1993 zur Festlegung der Tabelle mit den Anforderungen an Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Zierpflanzenarten gemäß der Richtlinie 91/682/EWG des Rates (ABl. L 250 vom 7.10.1993, S. 9), geändert durch:

– 31999 L 0067: Richtlinie 1999/67/EG der Kommission vom 28. Juni 1999 (ABl. L 164 vom 30.6.1999, S. 78)

– 32018 L 0484: Durchführungsrichtlinie (EU) 2018/484 der Kommission vom 21. März 2018 (ABl. L 81 vom 23.3.2018, S. 10)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

95. 31999 L 0066: Richtlinie 1999/66/EG der Kommission vom 28. Juni 1999 zur Festlegung von Anforderungen an das vom Versorger erstellte Etikett oder sonstige Dokument gemäß der Richtlinie 98/56/EG des Rates (ABl. L 164 vom 30.6.1999, S. 76)

96. 31999 L 0068: Richtlinie 1999/68/EG der Kommission vom 28. Juni 1999 mit zusätzlichen Durchführungsbestimmungen für die von den Versorgern gemäß der Richtlinie 98/56/EG des Rates geführten Sortenlisten für Zierpflanzen (ABl. L 172 vom 8.7.1999, S. 42)

97. 32022 L 2438: Durchführungsrichtlinie (EU) 2022/2438 der Kommission vom 12. Dezember 2022 zur Änderung der Richtlinie 93/49/EWG und der Durchführungsrichtlinie 2014/98/EU hinsichtlich unionsgeregelter Nicht-Quarantäneschädlinge auf Vermehrungsmaterial von Zierpflanzen sowie Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung (ABl. L 319 vom 13.12.2022, S. 54)

98. 32002 R 1597: Verordnung (EG) Nr. 1597/2002 der Kommission vom 6. September 2002 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 1999/105/EG des Rates hinsichtlich des Formats der nationalen Listen des Ausgangsmaterials von forstlichem Vermehrungsgut (ABl. L 240 vom 7.9.2002, S. 34), geändert durch:

   – 32021 R 1324: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1324 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 19)

99. 32002 R 1598: Verordnung (EG) Nr. 1598/2002 der Kommission vom 6. September 2002 mit Durchführungsvorschriften zur Richtlinie 1999/105/EG des Rates betreffend die Leistung gegenseitiger Amtshilfe durch amtliche Stellen (ABl. L 240 vom 7.9.2002, S. 39)

100. 32002 R 1602: Verordnung (EG) Nr. 1602/2002 der Kommission vom 9. September 2002 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 1999/105/EG des Rates hinsichtlich der Ermächtigung eines Mitgliedstaats, die Abgabe von spezifiziertem forstlichem Vermehrungsgut an den Endverbraucher zu untersagen (ABl. L 242 vom 10.9.2002, S. 18)

101. 32002 R 2301: Verordnung (EG) Nr. 2301/2002 der Kommission vom 20. Dezember 2002 mit Durchführungsbestimmungen zu der Richtlinie 1999/105/EG des Rates hinsichtlich der Definition kleiner Mengen von Saatgut (ABl. L 348 vom 21.12.2002, S. 75)

102. 32005 D 0853: Entscheidung 2005/853/EG der Kommission vom 30. November 2005 zur Ermächtigung Frankreichs, die Abgabe von Vermehrungsgut von *Pinus pinaster* Ait. mit Ursprung auf der Iberischen Halbinsel an den Endverbraucher zwecks Aussaat oder Anpflanzung in bestimmten französischen Gebieten, für die es nicht geeignet ist, gemäß der Richtlinie 1999/105/EG des Rates zu untersagen (ABl. L 316 vom 2.12.2005, S. 14)

103. 32008 D 0971: Entscheidung 2008/971/EG des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Gleichstellung von in Drittländern erzeugtem forstlichem Vermehrungsgut (ABl. L 345 vom 23.12.2008, S. 83), geändert durch:

    – 32012 D 1104: Beschluss Nr. 1104/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 (ABl. L 328 vom 28.11.2012, S. 1)

    – 32021 D 0536: Beschluss (EU) 2021/536 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 (ABl. L 108 vom 29.3.2021, S. 1)

104. 32012 H 0090: Empfehlung 2012/90/EU der Kommission vom 14. Februar 2012 über Leitlinien für die Darstellung der Informationen für die Kennzeichnung von Partien von forstlichem Vermehrungsgut und der auf dem Etikett oder Dokument des Lieferanten zu machenden Angaben (ABl. L 43 vom 16.2.2012, S. 38)

105. 32016 D 0771: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/771 der Kommission vom 13. Mai 2016 zur vorübergehenden Ermächtigung Spaniens, aus Neuseeland eingeführtes Saatgut der Art *Pinus radiata* D. Don, das den Anforderungen der Richtlinie 1999/105/EG des Rates in Bezug auf die Kennzeichnung und Etikettierung nicht entspricht, und daraus erzeugtes Pflanzgut zum Verkehr zuzulassen (ABl. L 127 vom 18.5.2016, S. 52)

106. 32021 D 0773: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/773 der Kommission vom 10. Mai 2021 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, gemäß der Richtlinie 1999/105/EG des Rates vorübergehend Beschlüsse über die Gleichstellung von in bestimmten Drittländern erzeugtem forstlichem Vermehrungsgut zu fassen (ABl. L 169 vom 12.5.2021, S. 1)

107. 32003 L 0090: Richtlinie 2003/90/EG der Kommission vom 6. Oktober 2003 mit Durchführungsbestimmungen zu Artikel 7 der Richtlinie 2002/53/EG des Rates hinsichtlich der Merkmale, auf welche sich die Prüfungen mindestens zu erstrecken haben, und der Mindestanforderungen für die Prüfung bestimmter Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten (ABl. L 254 vom 8.10.2003, S. 7), geändert durch:

    – 32005 L 0091: Richtlinie 2005/91/EG der Kommission vom 16. Dezember 2005 (ABl. L 331 vom 17.12.2005, S. 24)

    – 32007 L 0048: Richtlinie 2007/48/EG der Kommission vom 26. Juli 2007 (ABl. L 195 vom 27.7.2007, S. 29)

    – 32009 L 0097: Richtlinie 2009/97/EG der Kommission vom 3. August 2009 (ABl. L 202 vom 4.8.2009, S. 29)

– 32010 L 0046: Richtlinie 2010/46/EU der Kommission vom 2. Juli 2010 (ABl. L 169 vom 3.7.2010, S. 7)

– 32011 L 0068: Durchführungsrichtlinie 2011/68/EU der Kommission vom 1. Juli 2011 (ABl. L 175 vom 2.7.2011, S. 17)

– 32012 L 0008: Durchführungsrichtlinie 2012/8/EU der Kommission vom 2. März 2012 (ABl. L 64 vom 3.3.2012, S. 9)

– 32012 L 0044: Durchführungsrichtlinie 2012/44/EU der Kommission vom 26. November 2012 (ABl. L 327 vom 27.11.2012, S. 37)

– 32013 L 0057: Durchführungsrichtlinie 2013/57/EU der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 38)

– 32014 L 0105: Durchführungsrichtlinie 2014/105/EU der Kommission vom 4. Dezember 2014 (ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 44)

– 32015 L 1168: Durchführungsrichtlinie (EU) 2015/1168 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 39)

– 32016 L 1914: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/1914 der Kommission vom 31. Oktober 2016 (ABl. L 296 vom 1.11.2016, S. 7)

– 32018 L 0100: Durchführungsrichtlinie (EU) 2018/100 der Kommission vom 22. Januar 2018 (ABl. L 17 vom 23.1.2018, S. 34)

– 32021 L 0746: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/746 der Kommission vom 6. Mai 2021 (ABl. L 160 vom 7.5.2021, S. 94)

– 32022 L 0905: Durchführungsrichtlinie (EU) 2022/905 der Kommission vom 9. Juni 2022 (ABl. L 157 vom 10.6.2022, S. 1)

– 32022 L 1647: Durchführungsrichtlinie (EU) 2022/1647 der Kommission vom 23. September 2022 (ABl. L 248 vom 26.9.2022, S. 46)

108. 32004 D 0842: Entscheidung 2004/842/EG der Kommission vom 1. Dezember 2004 über Durchführungsbestimmungen, nach denen die Mitgliedstaaten das Inverkehrbringen von Saatgut der Sorten genehmigen können, für die die Aufnahme in den einzelstaatlichen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten oder für Gemüsearten beantragt wurde (ABl. L 362 vom 9.12.2004, S. 21), geändert durch:

– 32016 D 0320: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/320 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 88)

– 32021 D 0985: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/985 der Kommission vom 3. Juni 2021 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 204)

109. 32005 D 0834: Entscheidung 2005/834/EG des Rates vom 8. November 2005 über die Gleichstellung von in Drittländern durchgeführten Kontrollen von Erhaltungszüchtungen und zur Änderung der Entscheidung 2003/17/EG (ABl. L 312 vom 29.11.2005, S. 51), geändert durch:

– 32006 R 1791: Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 1)

110. 32006 D 0010: Entscheidung 2006/10/EG der Kommission vom 10. Januar 2006 über das in Griechenland verhängte befristete Verbot des Inverkehrbringens von Saatgut der in den gemeinsamen Sortenkatalog eingetragenen Maishybride mit der genetischen Veränderung MON 810 gemäß der Richtlinie 2002/53/EG (ABl. L 7 vom 12.1.2006, S. 27)

111. 32021 R 0384: Durchführungsverordnung (EU) 2021/384 der Kommission vom 3. März 2021 betreffend die Eignung von Sortenbezeichnungen für landwirtschaftliche Pflanzenarten und für Gemüsearten und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 637/2009 (ABl. L 74 vom 4.3.2021, S. 27)

112. 32020 D 1106: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1106 der Kommission vom 24. Juli 2020 über die Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs gemäß den Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 2002/54/EG und 2002/57/EG des Rates im Hinblick auf den Prozentsatz der amtlichen Kontrollen für Feldbesichtigungen unter amtlicher Überwachung bei Basissaatgut, Zuchtsaatgut der dem Basissaatgut vorhergehenden Generationen und zertifiziertem Saatgut (ABl. L 242 vom 28.7.2020, S. 7)

113. 31989 L 0014: Richtlinie 89/14/EWG der Kommission vom 15. Dezember 1988 zur Festlegung der in den Bestandsisolierungsbedingungen der Anlage I der Richtlinie 70/458/EWG des Rates über den Verkehr mit Gemüsesaatgut genannten Sortengruppen von Mangold und roten Rüben (ABl. L 8 vom 11.1.1989, S. 9)

114. 32003 L 0091: Richtlinie 2003/91/EG der Kommission vom 6. Oktober 2003 mit Durchführungsbestimmungen zu Artikel 7 der Richtlinie 2002/55/EG des Rates hinsichtlich der Merkmale, auf welche sich die Prüfungen mindestens zu erstrecken haben, und der Mindestanforderungen für die Prüfung bestimmter Sorten von Gemüsearten (ABl. L 254 vom 8.10.2003, S. 11), geändert durch:

– 32006 L 0127: Richtlinie 2006/127/EG der Kommission vom 7. Dezember 2006 (ABl. L 343 vom 8.12.2006, S. 82)

– 32007 L 0049: Richtlinie 2007/49/EG der Kommission vom 26. Juli 2007 (ABl. L 195 vom 27.7.2007, S. 33)

– 32008 L 0083: Richtlinie 2008/83/EG der Kommission vom 13. August 2008 (ABl. L 219 vom 14.8.2008, S. 55)

– 32009 L 0097: Richtlinie 2009/97/EG der Kommission vom 3. August 2009 (ABl. L 202 vom 4.8.2009, S. 29)

– 32010 L 0046: Richtlinie 2010/46/EU der Kommission vom 2. Juli 2010 (ABl. L 169 vom 3.7.2010, S. 7)

– 32011 L 0068: Durchführungsrichtlinie 2011/68/EU der Kommission vom 1. Juli 2011 (ABl. L 175 vom 2.7.2011, S. 17)

– 32012 L 0044: Durchführungsrichtlinie 2012/44/EU der Kommission vom 26. November 2012 (ABl. L 327 vom 27.11.2012, S. 37)

– 32013 L 0057: Durchführungsrichtlinie 2013/57/EU der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 38)

– 32014 L 0105: Durchführungsrichtlinie 2014/105/EU der Kommission vom 4. Dezember 2014 (ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 44)

– 32015 L 1168: Durchführungsrichtlinie (EU) 2015/1168 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 39)

– 32016 L 1914: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/1914 der Kommission vom 31. Oktober 2016 (ABl. L 296 vom 1.11.2016, S. 7)

– 32018 L 0100: Durchführungsrichtlinie (EU) 2018/100 der Kommission vom 22. Januar 2018 (ABl. L 17 vom 23.1.2018, S. 34)

– 32021 L 0746: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/746 der Kommission vom 6. Mai 2021 (ABl. L 160 vom 7.5.2021, S. 94)

– 32022 L 0905: Durchführungsrichtlinie (EU) 2022/905 der Kommission vom 9. Juni 2022 (ABl. L 157 vom 10.6.2022, S. 1)

– 32022 L 1648: Durchführungsrichtlinie (EU) 2022/1648 der Kommission vom 23. September 2022 (ABl. L 248 vom 26.9.2022, S. 52)

115. 32012 D 0340: Durchführungsbeschluss 2012/340/EU der Kommission vom 25. Juni 2012 über die Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs gemäß den Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 2002/54/EG, 2002/55/EG und 2002/57/EG des Rates im Hinblick auf die Feldbesichtigung unter amtlicher Überwachung bei Basissaatgut und Zuchtsaatgut der dem Basissaatgut vorhergehenden Generationen (ABl. L 166 vom 27.6.2012, S. 90)

116. 32004 D 0003: Entscheidung 2004/3/EG der Kommission vom 19. Dezember 2003 zur Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten, für den Verkehr mit Pflanzkartoffeln auf ihrem gesamten oder auf Teilen ihres Hoheitsgebiets strengere als die in den Anlagen I und II der Richtlinie 2002/56/EG des Rates vorgesehenen Maßnahmen gegen bestimmte Krankheitserreger anzuwenden (ABl. L 2 vom 6.1.2004, S. 47), geändert durch:

– 32014 D 0105: Durchführungsbeschluss 2014/105/EU der Kommission vom 24. Februar 2014 (ABl. L 56 vom 26.2.2014, S. 16)

– 32020 D 2113: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2113 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 427 vom 17.12.2020, S. 21)

117. 32014 L 0020: Durchführungsrichtlinie 2014/20/EU der Kommission vom 6. Februar 2014 mit den EU-Klassen für Basispflanzgut und zertifiziertes Pflanzgut von Kartoffeln sowie den für diese Klassen geltenden Anforderungen und Bezeichnungen (ABl. L 38 vom 7.2.2014, S. 32)

118. 32014 L 0021: Durchführungsrichtlinie 2014/21/EU der Kommission vom 6. Februar 2014 mit Mindestanforderungen an Vorstufenpflanzgut von Kartoffeln und mit den EU-Klassen für dieses Vorstufenpflanzgut (ABl. L 38 vom 7.2.2014, S. 39), geändert durch:

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

119. 32017 D 0547: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/547 der Kommission vom 21. März 2017 zur Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs gemäß der Richtlinie 2002/56/EG des Rates zu aus Kartoffelsamen erzeugten Pflanzkartoffelknollen (ABl. L 78 vom 23.3.2017, S. 65)

120. 31997 D 0125: Entscheidung 97/125/EG der Kommission vom 24. Januar 1997 zur Genehmigung der vorschriftsmäßigen Kennzeichnung der Verpackungen von Saatgut von Öl- und Faserpflanzen und zur Änderung der Entscheidung 87/309/EWG zur Genehmigung der vorschriftsmäßigen Kennzeichnung der Verpackungen von Saatgut bestimmter Futterpflanzen (ABl. L 48 vom 19.2.1997, S. 35)

121. 32004 D 0266: Entscheidung 2004/266/EG der Kommission vom 17. März 2004 zur Genehmigung des Aufdrucks der vorgeschriebenen Angaben in unverwischbarer Farbe auf den Verpackungen von Saatgut von Futterpflanzen (ABl. L 83 vom 20.3.2004, S. 23)

122. 32008 L 0124: Richtlinie 2008/124/EG der Kommission vom 18. Dezember 2008 zur Beschränkung des Verkehrs mit Saatgut bestimmter Arten von Futter-, Öl- und Faserpflanzen auf amtlich als Basissaatgut oder zertifiziertes Saatgut anerkanntes Saatgut (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 73)

123. 32020 D 1106: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1106 der Kommission vom 24. Juli 2020 über die Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs gemäß den Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 2002/54/EG und 2002/57/EG des Rates im Hinblick auf den Prozentsatz der amtlichen Kontrollen für Feldbesichtigungen unter amtlicher Überwachung bei Basissaatgut, Zuchtsaatgut der dem Basissaatgut vorhergehenden Generationen und zertifiziertem Saatgut (ABl. L 242 vom 28.7.2020, S. 7)

124. 32008 L 0062: Richtlinie 2008/62/EG der Kommission vom 20. Juni 2008 mit Ausnahmeregelungen für die Zulassung von Landsorten und anderen Sorten, die an die natürlichen örtlichen und regionalen Gegebenheiten angepasst und von genetischer Erosion bedroht sind, sowie für das Inverkehrbringen von Saatgut bzw. Pflanzkartoffeln dieser Sorten (ABl. L 162 vom 21.6.2008, S. 13)

125. 32009 L 0145: Richtlinie 2009/145/EG der Kommission vom 26. November 2009 mit Ausnahmeregelungen für die Zulassung von Gemüselandsorten und anderen Sorten, die traditionell an besonderen Orten und in besonderen Regionen angebaut werden und von genetischer Erosion bedroht sind, sowie von Gemüsesorten, die an sich ohne Wert für den Anbau zu kommerziellen Zwecken sind, aber für den Anbau unter besonderen Bedingungen gezüchtet werden, sowie für das Inverkehrbringen von Saatgut dieser Landsorten und anderen Sorten (ABl. L 312 vom 27.11.2009, S. 44), geändert durch:

– 32013 L 0045: Durchführungsrichtlinie 2013/45/EU der Kommission vom 7. August 2013 (ABl. L 213 vom 8.8.2013, S. 20)

KAPITEL 4

SORTENSCHUTZRECHTE

1. 31994 R 2100: Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates vom 27. Juli 1994 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (ABl. L 227 vom 1.9.1994, S. 1), geändert durch:

   – 31995 R 2506: Verordnung (EG) Nr. 2506/95 des Rates vom 25. Oktober 1995 (ABl. L 258 vom 28.10.1995, S. 3)

   – 32003 R 0807: Verordnung (EG) Nr. 807/2003 des Rates vom 14. April 2003 (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 36)

   – 32003 R 1650: Verordnung (EG) Nr. 1650/2003 des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 245 vom 29.9.2003, S. 28)

   – 32004 R 0873: Verordnung (EG) Nr. 873/2004 des Rates vom 29. April 2004 (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 38)

   – 32008 R 0015: Verordnung (EG) Nr. 15/2008 des Rates vom 20. Dezember 2007 (ABl. L 8 vom 11.1.2008, S. 2)

2. 31996 R 2470: Verordnung (EG) Nr. 2470/96 des Rates vom 17. Dezember 1996 zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des gemeinschaftlichen Sortenschutzes für Kartoffeln (ABl. L 335 vom 24.12.1996, S. 10)

3. 31995 R 1238: Verordnung (EG) Nr. 1238/95 der Kommission vom 31. Mai 1995 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates im Hinblick auf die an das Gemeinschaftliche Sortenamt zu entrichtenden Gebühren (ABl. L 121 vom 1.6.1995, S. 31), geändert durch:

– 32000 R 0329: Verordnung (EG) Nr. 329/2000 der Kommission vom 11. Februar 2000 (ABl. L 37 vom 12.2.2000, S. 19)

– 32003 R 0569: Verordnung (EG) Nr. 569/2003 der Kommission vom 28. März 2003 (ABl. L 82 vom 29.3.2003, S. 13)

– 32005 R 1177: Verordnung (EG) Nr. 1177/2005 der Kommission vom 20. Juli 2005 (ABl. L 189 vom 21.7.2005, S. 26)

– 32005 R 2039: Verordnung (EG) Nr. 2039/2005 der Kommission vom 14. Dezember 2005 (ABl. L 328 vom 15.12.2005, S. 33)

– 32008 R 0572: Verordnung (EG) Nr. 572/2008 der Kommission vom 19. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 7)

– 32012 R 0510: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 510/2012 der Kommission vom 15. Juni 2012 (ABl. L 156 vom 16.6.2012, S. 38)

– 32013 R 0623: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 623/2013 der Kommission vom 27. Juni 2013 (ABl. L 177 vom 28.6.2013, S. 20)

– 32014 R 1294: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1294/2014 der Kommission vom 4. Dezember 2014 (ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 30)

– 32015 R 2206: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2206 der Kommission vom 30. November 2015 (ABl. L 314 vom 1.12.2015, S. 22)

– 32016 R 2141: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2141 der Kommission vom 6. Dezember 2016 (ABl. L 332 vom 7.12.2016, S. 13)

– 32019 R 1978: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1978 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 308 vom 29.11.2019, S. 58)

4. 31995 R 1768: Verordnung (EG) Nr. 1768/95 der Kommission vom 24. Juli 1995 über die Ausnahmeregelung gemäß Artikel 14 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (ABl. L 173 vom 25.7.1995, S. 14), geändert durch:

   – 31998 R 2605: Verordnung (EG) Nr. 2605/98 der Kommission vom 3. Dezember 1998 (ABl. L 328 vom 4.12.1998, S. 6)

5. 32000 Y 1223(03): Kodex für gute Verwaltungspraxis im Gemeinschaftlichen Sortenamt (ABl. C 371 vom 23.12.2000, S. 14)

6. 32007 D 0858: Beschluss 2007/858/EG des Rates vom 17. Dezember 2007 zur Ernennung des Vorsitzenden der Beschwerdekammer des Gemeinschaftlichen Sortenamts und seines Stellvertreters (ABl. L 337 vom 21.12.2007, S. 105)

7. 32009 R 0874: Verordnung (EG) Nr. 874/2009 der Kommission vom 17. September 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates im Hinblick auf das Verfahren vor dem Gemeinschaftlichen Sortenamt (ABl. L 251 vom 24.9.2009, S. 3), geändert durch:

   – 32016 R 1448: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1448 der Kommission vom 1. September 2016 (ABl. L 236 vom 2.9.2016, S. 1)

8. 32020 Q 0810(01): Beschluss des Verwaltungsrates des Gemeinschaftlichen Sortenamts vom 1. April 2020 über interne Vorschriften zur Beschränkung bestimmter Rechte betroffener Personen in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Arbeitsweise des CPVO (ABl. L 259 vom 10.8.2020, S. 32)

9. 32021 R 1873: Verordnung (EU) 2021/1873 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2021 über die Verlängerung der Dauer des gemeinschaftlichen Sortenschutzes für Sorten der Art *Asparagus officinalis* L. und der Artengruppen Blumenzwiebeln, kleinfruchtige Sträucher und Ziergehölze (ABl. L 378 vom 26.10.2021, S. 1)

KAPITEL 5

VÖLKERRECHTLICHE ÜBEREINKÜNFTE DER UNION

ABSCHNITT A

EWR-ABKOMMEN

1. 31994 D 0001: Beschluss des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluss des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten sowie der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen, dem Königreich Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 1)

2. 21994 A 0103(01): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Schlussakte - Gemeinsame Erklärungen der Vertragsparteien - Erklärung der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten - Übereinkommen - Vereinbarte Niederschrift - Erklärungen einzelner oder mehrerer Vertragspartner des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3)

3. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Anhang I - Veterinärwesen und Pflanzenschutz - Liste nach Artikel 17 (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 220), (nach Annahme einer kodifizierten Fassung), geändert durch:

   – 22002 D 0080: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 80/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 26)

– 22002 D 0123(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 123/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 19)

– 22002 D 0158: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 158/2002 vom 6. Dezember 2002 (ABl. L 38 vom 13.2.2003, S. 8)

– 22003 D 0003: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2003 vom 31. Januar 2003 (ABl. L 94 vom 10.4.2003, S. 47)

– 22003 D 0040: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2003 vom 16. Mai 2003 (ABl. L 193 vom 31.7.2003, S. 3)

– 22003 D 0070: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 70/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 14)

– 22003 D 0104: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 104/2003 vom 26. September 2003 (ABl. L 331 vom 18.12.2003, S. 12)

– 22003 D 0169: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 169/2003 vom 5. Dezember 2003 (ABl. L 88 vom 25.3.2004, S. 39)

– 22004 D 0016: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 16/2004 vom 19. März 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 116)

– 22004 D 0017: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 17/2004 vom 19. März 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 118)

– 22004 D 0121: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 121/2004 vom 24. September 2004 (ABl. L 64 vom 10.3.2005, S. 15)

– 22004 D 0141: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2004 vom 29. Oktober 2004 (ABl. L 102 vom 21.4.2005, S. 6)

– 22004 D 0161: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 161/2004 vom 3. Dezember 2004 (ABl. L 133 vom 26.5.2005, S. 1)

– 22005 D 0030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 30/2005 vom 11. März 2005 (ABl. L 198 vom 28.7.2005, S. 18)

– 22005 D 0095: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 95/2005 vom 8. Juli 2005 (ABl. L 306 vom 24.11.2005, S. 18)

– 22005 D 0110: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 110/2005 vom 30. September 2005 (ABl. L 339 vom 22.12.2005, S. 6)

– 22005 D 0141(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2005 vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 36)

– 22005 D 0142: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 142/2005 vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 38)

– 22006 D 0108: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 23)

– 22006 D 0143: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 143/2006 vom 8. Dezember 2006 (ABl. L 89 vom 29.3.2007, S. 9)

– 22007 D 0003: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 5)

– 22007 D 0004: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 8)

– 22007 D 0075: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 75/2007 vom 6. Juli 2007 (ABl. L 328 vom 13.12.2007, S. 10)

– 22007 D 0097: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 97/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 3)

– 22007 D 0153: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 153/2007 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 124 vom 8.5.2008, S. 13)

– 22008 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2008 vom 1. Februar 2008 (ABl. L 154 vom 12.6.2008, S. 4)

– 22008 D 0044: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 44/2008 vom 25. April 2008 (ABl. L 223 vom 21.8.2008, S. 37)

– 22008 D 0060: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 60/2008 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 257 vom 25.9.2008, S. 19)

– 22009 D 0025: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 25/2009 vom 17. März 2009 (ABl. L 130 vom 28.5.2009, S. 15)

– 22009 D 0058: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 58/2009 vom 29. Mai 2009 (ABl. L 232 vom 3.9.2009, S. 8)

– 22009 D 0077: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2009 vom 3. Juli 2009 (ABl. L 277 vom 22.10.2009, S. 25)

– 22009 D 0122: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 122/2009 vom 4. Dezember 2009 (ABl. L 62 vom 11.3.2010, S. 5)

– 22009 D 0123: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 123/2009 vom 4. Dezember 2009 (ABl. L 62 vom 11.3.2010, S. 7)

– 22010 D 0003: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2010 vom 29. Januar 2010 (ABl. L 101 vom 22.4.2010, S. 9)

– 22010 D 0041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 41/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 7)

– 22010 D 0042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 9)

– 22010 D 0043: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 43/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 11)

– 22010 D 0097: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 97/2010 vom 1. Oktober 2010 (ABl. L 332 vom 16.12.2010, S. 47)

– 22010 D 0098: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 98/2010 vom 1. Oktober 2010 (ABl. L 332 vom 16.12.2010, S. 48)

– 22010 D 0099: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 99/2010 vom 1. Oktober 2010 (ABl. L 332 vom 16.12.2010, S. 49)

– 22011 D 0028: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 28/2011 vom 1. April 2011 (ABl. L 171 vom 30.6.2011, S. 27)

– 22011 D 0030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 30/2011 vom 1. April 2011 (ABl. L 171 vom 30.6.2011, S. 30)

– 22011 D 0064: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 64/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 17)

– 22011 D 0065: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 65/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 19)

– 22011 D 0069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 24)

– 22011 D 0115(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2011 vom 21. Oktober 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 78)

– 22012 D 0004: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2012 vom 10. Februar 2012 (ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 7)

– 22012 D 0005: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2012 vom 10. Februar 2012 (ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 8)

– 22012 D 0039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 13)

– 22013 D 0054: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 54/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 5)

– 22013 D 0107: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 107/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 8)

– 22013 D 0184: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 184/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 9)

– 22013 D 0219: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 219/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 12)

– 22013 D 0220: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 220/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 13)

– 22013 D 0221: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 221/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 15)

– 22014 D 0118: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 118/2014 vom 27. Juni 2014 (ABl. L 342 vom 27.11.2014, S. 10)

– 22014 D 0169: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 169/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 15)

– 22014 D 0170: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 170/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 17)

– 22014 D 0212: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 212/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 6)

– 22015 D 2122: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 255/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 3)

– 22015 D 2124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 257/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 5)

– 22016 D 0495: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 7/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 11)

– 22016 D 0496: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 8/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 13)

– 22016 D 0724: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 41/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 15)

– 22017 D 0023: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 183/2015 vom 10. Juli 2015 (ABl. L 8 vom 12.1.2017, S. 12)

– 22017 D 0511: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 204/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 14)

– 22017 D 0512: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 205/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 16)

– 22017 D 0513: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 206/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 18)

– 22017 D 1292: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 9/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 14)

– 22017 D 1808: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 297/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 5)

– 22017 D 1809: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 298/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 7)

– 22017 D 1810: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 299/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 8)

– 22017 D 2022: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 72/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 11)

– 22017 D 2024: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 74/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 13)

– 22017 D 2025: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 75/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 15)

– 22017 D 2026: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 17)

– 22017 D 2027: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 19)

– 22017 D 2126: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 6)

– 22017 D 2127: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 8)

– 22017 D 2128: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 110/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 10)

– 22018 D 0359: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 6)

– 22018 D 1163: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 225/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 15)

– 22018 D 1748: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 14/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 17)

– 22018 D 1749: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 15/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 18)

– 22018 D 1750: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 16/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 20)

– 22018 D 1751: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 17/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 21)

– 22018 D 1752: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 18/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 22)

– 22018 D 1753: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 19/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 24)

– 22018 D 1814: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 50/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 13)

– 22018 D 1815: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 51/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 15)

– 22019 D 0190: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 20)

– 22019 D 0191: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 21)

– 22019 D 0192: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 80/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 22)

– 22019 D 0202: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 90/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 37)

– 22019 D 0203: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 91/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 39)

– 22019 D 0748: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 39)

– 22019 D 1068: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 180/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 49)

– 22019 D 1069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 181/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 50)

– 22019 D 1070: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 182/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 52)

– 22019 D 1625: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 216/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 19)

– 22019 D 1626: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 218/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 21)

– 22019 D 1627: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 219/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 23)

– 22020 D 0057: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 11)

– 22020 D 0295: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 276/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 5)

– 22020 D 0303: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 285/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 19)

– 22020 D 0304: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 286/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 20)

– 22020 D 0305: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 287/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 22)

– 22020 D 0808: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 54/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 16)

– 22020 D 0809: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 55/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 18)

– 22020 D 0922: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 5)

– 22020 D 0924: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 9)

– 22020 D 0925: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 11)

– 22020 D 1441: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 81/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 11)

– 22021 D 0194: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 132/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 18)

– 22021 D 0195: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 133/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 20)

– 22022 D 1545: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 101/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 26)

– 22022 D 1546: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 102/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 28)

– 22022 D 1547: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 30)

– 22022 D 1550: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 35)

– 22022 D 1552: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 39)

– 22022 D 1553: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 41)

– 22022 D 1554: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 110/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 43)

– 22022 D 1555: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 111/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 45)

– 22022 D 1556: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 47)

– 22022 D 1588: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 144/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 14)

– 22022 D 1589: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 145/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 16)

– 22022 D 1590: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 146/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 18)

Eine konsolidierte Fassung von Anhang I des EWR-Abkommens ist auf der Website der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) verfügbar:

https://www.efta.int/.

4. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Anhang II - Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung - Verzeichnis nach Artikel 23 (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 263), geändert durch:

   – 21994 D 1231(03): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 32/94 vom 15. Dezember 1994 (ABl. L 372 vom 31.12.1994, S. 4)

   – 21994 D 1231(05): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 34/94 vom 15. Dezember 1994 (ABl. L 372 vom 31.12.1994, S. 7)

   – 21995 D 0302(09): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 9/95 vom 27. Januar 1995 (ABl. L 47 vom 2.3.1995, S. 29)

   – 21996 D 0523(05): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 15/96 vom 4. März 1996 (ABl. L 124 vom 23.5.1996, S. 17)

   – 21996 D 0613(10): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/95 vom 22. Juni 1995 (ABl. L 140 vom 13.6.1996, S. 42)

   – 21997 D 0123(04): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 51/96 vom 4. Oktober 1996 (ABl. L 21 vom 23.1.1997, S. 6)

   – 21997 D 0313(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 60/96 vom 22. November 1996 (ABl. L 71 vom 13.3.1997, S. 27)

– 21997 D 0710(13): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 14/97 vom 24. März 1997 (ABl. L 182 vom 10.7.1997, S. 46)

– 21997 D 1120(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 51/97 vom 31. Juli 1997 (ABl. L 316 vom 20.11.1997, S. 12)

– 21997 D 1120(02): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 52/97 vom 31. Juli 1997 (ABl. L 316 vom 20.11.1997, S. 14)

– 21997 D 1120(08): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 58/97 vom 31. Juli 1997 (ABl. L 316 vom 20.11.1997, S. 20)

– 21998 D 0507(06): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/97 vom 12. November 1997 (ABl. L 134 vom 7.5.1998, S. 8)

– 21999 D 0722(02): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 83/98 vom 25. September 1998 (ABl. L 189 vom 22.7.1999, S. 54)

– 21999 D 0722(07): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 88/98 vom 25. September 1998 (ABl. L 189 vom 22.7.1999, S. 61)

– 21999 D 0722(08): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 89/98 vom 25. September 1998 (ABl. L 189 vom 22.7.1999, S. 62)

– 22000 D 0210(02): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/1999 vom 29. Januar 1999 (ABl. L 35 vom 10.2.2000, S. 30)

– 22000 D 0615(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 25/2000 vom 31. März 2000 (ABl. L 141 vom 15.6.2000, S. 44)

– 22000 D 1109(18): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 63/1999 vom 28. Mai 1999 (ABl. L 284 vom 9.11.2000, S. 45)

– 22000 D 1123(17): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 92/1999 vom 16. Juli 1999 (ABl. L 296 vom 23.11.2000, S. 56)

– 22000 D 1214(08): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2000 vom 2. Oktober 2000 (ABl. L 315 vom 14.12.2000, S. 18)

– 21999 D 0163: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 163/1999 vom 26. November 1999 (ABl. L 61 vom 1.3.2001, S. 14)

– 22001 D 0063: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 63/2001 vom 19. Juni 2001 (ABl. L 238 vom 6.9.2001, S. 7)

– 22001 D 0064: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 64/2001 vom 19. Juni 2001 (ABl. L 238 vom 6.9.2001, S. 8)

– 22001 D 0070: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 70/2001 vom 19. Juni 2001 (ABl. L 238 vom 6.9.2001, S. 17)

– 22001 D 0112: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2001 vom 28. September 2001 (ABl. L 322 vom 6.12.2001, S. 23)

– 22001 D 0134: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 134/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 22)

– 22001 D 0135: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 135/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 24)

– 22002 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2002 vom 1. Februar 2002 (ABl. L 88 vom 4.4.2002, S. 3)

– 22002 D 0029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 29/2002 vom 19. April 2002 (ABl. L 154 vom 13.6.2002, S. 8)

– 22002 D 0049: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 49/2002 vom 31. Mai 2002 (ABl. L 238 vom 5.9.2002, S. 4)

– 22002 D 0054: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 54/2002 vom 31. Mai 2002 (ABl. L 238 vom 5.9.2002, S. 14)

– 22002 D 0101(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 101/2002 vom 12. Juli 2002 (ABl. L 298 vom 31.10.2002, S. 15)

– 22002 D 0126(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 126/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 25)

– 22002 D 0139(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2002 vom 8. November 2002 (ABl. L 19 vom 23.1.2003, S. 3)

– 22003 D 0004(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2003 vom 31. Januar 2003 (ABl. L 94 vom 10.4.2003, S. 49)

– 22003 D 0005: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2003 vom 31. Januar 2003 (ABl. L 94 vom 10.4.2003, S. 51)

– 22003 D 0007: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 7/2003 vom 31. Januar 2003 (ABl. L 94 vom 10.4.2003, S. 55)

– 22003 D 0042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2003 vom 16. Mai 2003 (ABl. L 193 vom 31.7.2003, S. 8)

– 22003 D 0071: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 71/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 16)

– 22003 D 0072: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 72/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 18)

– 22003 D 0073: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 73/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 20)

– 22003 D 0077: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 27)

– 22003 D 0089: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 89/2003 vom 11. Juli 2003 (ABl. L 272 vom 23.10.2003, S. 24)

– 22003 D 0146: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 146/2003 vom 7. November 2003 (ABl. L 41 vom 12.2.2004, S. 31)

– 22003 D 0148: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 148/2003 vom 7. November 2003 (ABl. L 41 vom 12.2.2004, S. 35)

– 22003 D 0174: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 174/2003 vom 5. Dezember 2003 (ABl. L 88 vom 25.3.2004, S. 49)

– 22004 D 0020: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 20/2004 vom 19. März 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 124)

– 22004 D 0124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 124/2004 vom 24. September 2004 (ABl. L 64 vom 10.3.2005, S. 41)

– 22004 D 0148: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 148/2004 vom 29. Oktober 2004 (ABl. L 102 vom 21.4.2005, S. 21)

– 22004 D 0166: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 166/2004 vom 3. Dezember 2004 (ABl. L 133 vom 26.5.2005, S. 11)

– 22005 D 0054: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 54/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 28)

– 22005 D 0062: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 62/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 44)

– 22005 D 0078: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2005 vom 10. Juni 2005 (ABl. L 268 vom 13.10.2005, S. 8)

– 22005 D 0114: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2005 vom 30. September 2005 (ABl. L 339 vom 22.12.2005, S. 14)

– 22005 D 0132: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 132/2005 vom 21. Oktober 2005 (ABl. L 14 vom 19.1.2006, S. 20)

– 22005 D 0143: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 143/2005 vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 39)

– 22006 D 0045: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2006 vom 28. April 2006 (ABl. L 175 vom 29.6.2006, S. 92)

– 22006 D 0056: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 56/2006 vom 2. Juni 2006 (ABl. L 245 vom 7.9.2006, S. 1)

– 22006 D 0078: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2006 vom 7. Juli 2006 (ABl. L 289 vom 19.10.2006, S. 8)

– 22006 D 0079: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2006 vom 7. Juli 2006 (ABl. L 289 vom 19.10.2006, S. 10)

– 22006 D 0111(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 111/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 29)

– 22006 D 0112(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 30)

– 22007 D 0007: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 7/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 13)

– 22007 D 0008: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 8/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 15)

– 22007 D 0013: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 13/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 22)

– 22007 D 0082: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 82/2007 vom 6. Juli 2007 (ABl. L 328 vom 13.12.2007, S. 23)

– 22007 D 0103: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 18)

– 22007 D 0154: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 154/2007 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 124 vom 8.5.2008, S. 15)

– 22008 D 0005: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2008 vom 1. Februar 2008 (ABl. L 154 vom 12.6.2008, S. 9)

– 22008 D 0023: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 23/2008 vom 14. März 2008 (ABl. L 182 vom 10.7.2008, S. 7)

– 22008 D 0044: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 44/2008 vom 25. April 2008 (ABl. L 223 vom 21.8.2008, S. 37)

– 22008 D 0061: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 61/2008 vom 6. Juni 2008 (ABl. L 257 vom 25.9.2008, S. 21)

– 22008 D 0098: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 98/2008 vom 26. September 2008 (ABl. L 309 vom 20.11.2008, S. 19)

– 22009 D 0058: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 58/2009 vom 29. Mai 2009 (ABl. L 232 vom 3.9.2009, S. 8)

– 22009 D 0122: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 122/2009 vom 4. Dezember 2009 (ABl. L 62 vom 11.3.2010, S. 5)

– 22009 D 0127: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 127/2009 vom 4. Dezember 2009 (ABl. L 62 vom 11.3.2010, S. 14)

– 22011 D 0030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 30/2011 vom 1. April 2011 (ABl. L 171 vom 30.6.2011, S. 30)

– 22011 D 0069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 24)

– 22011 D 0115(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2011 vom 21. Oktober 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 78)

– 22012 D 0005: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2012 vom 10. Februar 2012 (ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 8)

– 22012 D 0039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 13)

– 22012 D 0151: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 151/2012 vom 26. Juli 2012 (ABl. L 309 vom 8.11.2012, S. 36)

– 22013 D 0057: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 57/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 9)

– 22013 D 0058: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 58/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 11)

– 22013 D 0184: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 184/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 9)

– 22013 D 0220: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 220/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 13)

– 22013 D 0221: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 221/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 15)

– 22014 D 0169: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 169/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 15)

– 22014 D 0170: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 170/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 17)

– 22014 D 0180: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 180/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 30)

– 22014 D 0212: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 212/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 6)

– 22014 D 0220: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 220/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 19)

– 22014 D 0221: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 221/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 22)

– 22015 D 2124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 257/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 5)

– 22015 D 2137: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 270/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 21)

– 22015 D 2138: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 271/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 22)

– 22015 D 2139: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 272/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 25)

– 22015 D 2140: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 273/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 26)

– 22015 D 2141: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 274/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 27)

– 22016 D 0500: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 12/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 20)

– 22016 D 0506: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 18/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 30)

– 22016 D 1266: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 83/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 17)

– 22016 D 1276: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 93/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 31)

– 22016 D 1277: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 94/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 32)

– 22016 D 1278: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 95/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 33)

– 22016 D 1279: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 96/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 36)

– 22017 D 0511: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 204/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 14)

– 22017 D 0512: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 205/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 16)

– 22017 D 0513: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 206/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 18)

– 22017 D 0524: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 217/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 38)

– 22017 D 1039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 250/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 28)

– 22017 D 1051: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 262/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 44)

– 22017 D 1052: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 263/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 45)

– 22017 D 1053: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 264/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 46)

– 22017 D 1054: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 265/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 48)

– 22017 D 1055: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 266/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 51)

– 22017 D 1808: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 297/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 5)

– 22017 D 1809: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 298/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 7)

– 22017 D 1810: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 299/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 8)

– 22017 D 1815: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 304/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 15)

– 22017 D 1816: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 305/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 16)

– 22017 D 1880: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 50/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 17)

– 22017 D 2024: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 74/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 13)

– 22017 D 2025: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 75/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 15)

– 22017 D 2026: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 17)

– 22017 D 2027: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 19)

– 22017 D 2035: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 85/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 31)

– 22017 D 2036: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 86/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 32)

– 22017 D 2126: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 6)

– 22017 D 2127: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 8)

– 22017 D 2128: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 110/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 10)

– 22018 D 0359: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 6)

– 22018 D 0371: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 149/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 22)

– 22018 D 0440: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 182/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 26)

– 22018 D 0441: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 183/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 27)

– 22018 D 0442: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 184/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 29)

– 22018 D 1174: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 236/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 33)

– 22018 D 1175: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 237/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 35)

– 22018 D 1176: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 238/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 37)

– 22018 D 1748: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 14/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 17)

– 22018 D 1749: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 15/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 18)

– 22018 D 1750: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 16/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 20)

– 22018 D 1751: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 17/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 21)

– 22018 D 1752: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 18/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 22)

– 22018 D 1753: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 19/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 24)

– 22018 D 1814: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 50/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 13)

– 22018 D 1815: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 51/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 15)

– 22018 D 1819: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 55/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 21)

– 22018 D 1820: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 56/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 23)

– 22019 D 0196: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 84/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 29)

– 22019 D 0739: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 132/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 24)

– 22019 D 0740: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 133/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 26)

– 22019 D 0741: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 134/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 28)

– 22019 D 0748: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 39)

– 22019 D 1062: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 174/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 37)

– 22019 D 1063: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 175/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 41)

– 22019 D 1068: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 180/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 49)

– 22019 D 1069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 181/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 50)

– 22019 D 1070: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 182/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 52)

– 22019 D 1358: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 195/2017 vom 27. Oktober 2017 (ABl. L 219 vom 22.8.2019, S. 5)

– 22019 D 1626: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 218/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 21)

– 22019 D 1627: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 219/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 23)

– 22019 D 1630: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 222/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 27)

– 22019 D 1636: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 228/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 37)

– 22019 D 2052: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 16/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 31)

– 22020 D 0057: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 11)

– 22020 D 0303: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 285/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 19)

– 22020 D 0304: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 286/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 20)

– 22020 D 0305: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 287/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 22)

– 22020 D 0315: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 297/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 35)

– 22020 D 0316: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 298/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 38)

– 22020 D 0808: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 54/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 16)

– 22020 D 0809: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 55/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 18)

– 22020 D 0822: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 36)

– 22020 D 0924: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 9)

– 22020 D 0925: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 11)

– 22020 D 0929: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 10/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 18)

– 22020 D 0933: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 14/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 23)

– 22020 D 0934: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 15/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 26)

– 22020 D 1449: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 89/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 20)

– 22020 D 1450: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 90/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 23)

– 22020 D 1612: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2018 vom 31. Mai 2018 (ABl. L 368 vom 5.11.2020, S. 8)

– 22021 D 0194: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 132/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 18)

– 22021 D 0195: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 133/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 20)

– 22021 D 0206: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 144/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 35)

– 22022 D 1135: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 67/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 46)

– 22022 D 1550: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 35)

– 22022 D 1552: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 39)

– 22022 D 1553: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 41)

– 22022 D 1554: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 110/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 43)

– 22022 D 1555: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 111/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 45)

– 22022 D 1556: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 47)

– 22022 D 1570: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 126/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 71)

– 22022 D 1571: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 127/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 73)

– 22022 D 1572: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 128/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 75)

– 22022 D 1573: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 129/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 77)

– 22022 D 2017: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 119/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 17)

– 22022 D 2018: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 120/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 19)

– 22022 D 2019: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 121/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 23)

– 22022 D 2020: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 122/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 26)

– 22022 D 2147: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 155/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 34)

Eine konsolidierte Fassung von Anhang I des EWR-Abkommens ist auf der Website der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) verfügbar:
https://www.efta.int/.

5. 31994 D 0001: Beschluss des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluss des Anpassungsprotokolls zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten sowie der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und dem Königreich Schweden (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 1)

6. 21994 A 0103(73): Anpassungsprotokoll zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Schlussakte - Gemeinsame Erklärungen der Vertragsparteien - Vereinbarte Niederschrift - Erklärung der Regierung Frankreichs (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 572)

7. 32004 D 0368: Beschluss des Rates vom 30. März 2004 über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Beteiligung der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik am Europäischen Wirtschaftsraum und der vier Nebenabkommen (ABl. L 130 vom 29.4.2004, S. 1)

8. 22004 A 0429(02): Abkommen in Form eines Briefwechsels über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Beteiligung der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik am Europäischen Wirtschaftsraum und der vier Nebenabkommen (ABl. L 130 vom 29.4.2004, S. 3)

9. 32012 D 0442: Beschluss 2012/442/EU des Rates vom 24. Juli 2012 über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der Europäischen Union zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens (ABl. L 202 vom 28.7.2012, S. 1)

ABSCHNITT B

ABKOMMEN MIT DER SCHWEIZ

10. 32002D0309: Beschluss (2002/309/EG, Euratom) des Rates und — bezüglich des Abkommens über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit — der Kommission vom 4. April 2002 über den Abschluss von sieben Abkommen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 1)

11. 22002 A 0430(04): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 132), geändert durch:

– (2004/278/EG) Beschluss Nr. 1/2004 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft

– (2004/660/EG) Beschluss Nr. 4/2004 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft

– 22005 D 0260: Beschluss Nr. 2/2005 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft (ABl. L 78 vom 24.3.2005, S. 50)

– 22008 D 0086: Beschluss Nr. 1/2008 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft (ABl. L 27 vom 31.1.2008, S. 21)

– 32009 D 0404: Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. L 136 vom 30.5.2009, S. 2)

– (2010/724/EU) Beschluss Nr. 2/2010 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft

– 22011 D 0083: Beschluss Nr. 1/2010 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft (ABl. L 32 vom 8.2.2011, S. 9)

– 22017 D 0169: Beschluss Nr. 1/2015 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft (ABl. L 27 vom 1.2.2017, S. 155)

12. 22002 A 0430(04): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen - Schlussakte (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 350)

13. 22007 A 1013(01): Zusatzabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über die Einbeziehung des Fürstentums Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. L 270 vom 13.10.2007, S. 6)

14. 32007 D 0658: Beschluss 2007/658/EG des Rates vom 26. September 2007 über den Abschluss eines Zusatzabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über die Einbeziehung des Fürstentums Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. L 270 vom 13.10.2007, S. 5)

15. 22003 D 0808: Beschluss Nr. 1/2003 (2003/808/EG) des mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingesetzten Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft vom 21. Oktober 2003 zur Annahme seiner Geschäftsordnung (ABl. L 303 vom 21.11.2003, S. 24)

16. 22003 D 0809: Beschluss Nr. 2/2003 (2003/809/EG) des mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingesetzten Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft vom 21. Oktober 2003 über die Einsetzung der Arbeitsgruppen und die Annahme ihrer Mandate (ABl. L 303 vom 21.11.2003, S. 27)

ABSCHNITT C

ABKOMMEN MIT CHILE

17. 32002 D 0979: Beschluss 2002/979/EG des Rates vom 18. November 2002 über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung einiger Bestimmungen des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits (ABl. L 352 vom 30.12.2002, S. 1)

18. 22002 A 1230(01): Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits (ABl. L 352 vom 30.12.2002, S. 3), berichtigt in ABl. L 333 vom 19.12.2003, S. 64

19. 22002 A 1230(01): Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits - Schlussakte (ABl. L 352 vom 30.12.2002, S. 1440)

20. 22003 X 0131(01): Information betreffend die Anwendung einiger Artikel des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits (ABl. L 26 vom 31.1.2003, S. 52)

21. 32004 D 0907: Beschluss 2004/907/EG der Kommission vom 27. Dezember 2004 über die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an der Organisation eines internationalen Tierschutzseminars im Rahmen des Abkommens zwischen der EG und Chile über gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen im Handel mit Tieren, tierischen Erzeugnissen, Pflanzen, pflanzlichen Erzeugnissen und sonstigen Waren sowie über den Tierschutz (ABl. L 381 vom 28.12.2004, S. 80)

22. 22005 D 0168: Beschluss 1/2003 des als „Gemischter Verwaltungsausschuss“ bezeichneten Assoziationsausschusses des SPS-Abkommens EU-Chile vom 24. Oktober 2003 zur Geschäftsordnung des als „Gemischter Verwaltungsausschuss“ (JMC) bezeichneten Assoziationsausschusses des SPS-Abkommens EU-Chile (ABl. L 55 vom 1.3.2005, S. 93)

23. 22007 D 0177: Beschluss Nr. 1/2006 des gemischten Verwaltungsausschusses, eingerichtet durch das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Chile über gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen im Handel mit Tieren, tierischen Erzeugnissen, Pflanzen, pflanzlichen Erzeugnissen und sonstigen Waren sowie über den Tierschutz vom 9. November 2006 zur Änderung der Anlagen Ic, IIIa, IIIb und XI zu Anhang IV des Abkommens (ABl. L 86 vom 27.3.2007, S. 20)

ABSCHNITT D

INTERNATIONALE ÜBEREINKOMMEN

24. 32004 D 0597: Beschluss 2004/597/EG des Rates vom 19. Juli 2004 zur Genehmigung des Beitritts der Europäischen Gemeinschaft zum Internationalen Pflanzenschutzübereinkommen, revidiert und angenommen auf der 29. Tagung der FAO-Konferenz von November 1997 durch Entschließung Nr. 12/97 (ABl. L 267 vom 14.8.2004, S. 39)

25. 32004 D 0869: Beschluss 2004/869/EG des Rates vom 24. Februar 2004 über den Abschluss des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 378 vom 23.12.2004, S. 1)

26. 32005 D 0523: Beschluss 2005/523/EG des Rates vom 30. Mai 2005 zur Genehmigung des Beitritts der Europäischen Gemeinschaft zum Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen in der am 19. März 1991 in Genf angenommenen Neufassung (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 63)

TEIL VII

GENETISCH VERÄNDERTE ORGANISMEN

KAPITEL 1

FREISETZUNG IN DIE UMWELT

1. 32001 L 0018: Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. März 2001 über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt und zur Aufhebung der Richtlinie 90/220/EWG des Rates (ABl. L 106 vom 17.4.2001, S. 1), geändert durch:

   – 32002 D 0623: Entscheidung 2002/623/EG der Kommission vom 24. Juli 2002 (ABl. L 200 vom 30.7.2002, S. 22)

   – 32003 R 1829: Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1)

   – 32003 R 1830: Verordnung (EG) Nr. 1830/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 24)

   – 32008 L 0027: Richtlinie 2008/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 (ABl. L 81 vom 20.3.2008, S. 45)

– 32015 L 0412: Richtlinie (EU) 2015/412 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 82 vom 26.3.2018, S. 17

– 32018 L 0350: Richtlinie (EU) 2018/350 der Kommission vom 8. März 2018 (ABl. L 67 vom 9.3.2018, S. 30)

– 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 32003 R 1830: Verordnung (EG) Nr. 1830/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über die Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von genetisch veränderten Organismen und über die Rückverfolgbarkeit von aus genetisch veränderten Organismen hergestellten Lebensmitteln und Futtermitteln sowie zur Änderung der Richtlinie 2001/18/EG (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 24), geändert durch:

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

3. 32009 L 0041: Richtlinie 2009/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen (ABl. L 125 vom 21.5.2009, S. 75)

4. 32000 D 0608: Entscheidung 2000/608/EG der Kommission vom 27. September 2000 über Leitlinien für die Risikobewertung gemäß Anhang III der Richtlinie 90/219/EWG des Rates über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen (ABl. L 258 vom 12.10.2000, S. 43)

5. 32002 D 0811: Entscheidung 2002/811/EG des Rates vom 3. Oktober 2002 über Leitlinien zur Ergänzung des Anhangs VII der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt und zur Aufhebung der Richtlinie 90/220/EWG des Rates (ABl. L 280 vom 18.10.2002, S. 27)

6. 32002 D 0812: Entscheidung 2002/812/EG des Rates vom 3. Oktober 2002 zur Festlegung — gemäß Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates — des Schemas für die Zusammenfassung der Anmeldeinformationen zum Inverkehrbringen genetisch veränderter Organismen als Produkte oder in Produkten (ABl. L 280 vom 18.10.2002, S. 37)

7. 32003 D 0653: Entscheidung 2003/653/EG der Kommission vom 2. September 2003 über die einzelstaatlichen Bestimmungen zum Verbot des Einsatzes gentechnisch veränderter Organismen im Land Oberösterreich, die von der Republik Österreich gemäß Artikel 95 Absatz 5 EG-Vertrag mitgeteilt wurden (ABl. L 230 vom 16.9.2003, S. 34)

8. 32003 R 1946: Verordnung (EG) Nr. 1946/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2003 über grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen (ABl. L 287 vom 5.11.2003, S. 1)

9. 32004 D 0204: Entscheidung 2004/204/EG der Kommission vom 23. Februar 2004 zur Regelung der Modalitäten der Funktionsweise der in der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Register für die Erfassung von Informationen über genetische Veränderungen bei GVO (ABl. L 65 vom 3.3.2004, S. 20)

10. 32004 H 0787: Empfehlung 2004/787/EG der Kommission vom 4. Oktober 2004 für eine technische Anleitung für Probenahme und Nachweis von gentechnisch veränderten Organismen und von aus gentechnisch veränderten Organismen hergestelltem Material als Produkte oder in Produkten im Kontext der Verordnung (EG) Nr. 1830/2003 (ABl. L 348 vom 24.11.2004, S. 18)

11. 32005 D 0463: Beschluss 2005/463/EG der Kommission vom 21. Juni 2005 zur Einsetzung einer Netzwerkgruppe für den Austausch und die Koordinierung von Informationen über die Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Kulturen (ABl. L 164 vom 24.6.2005, S. 50)

12. 32005 D 0608: Entscheidung 2005/608/EG der Kommission vom 8. August 2005 über das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten, gegen den Maiswurzelbohrer resistenten Maisprodukts (*Zea mays* L.-Linie MON 863) gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 207 vom 10.8.2005, S. 17)

13. 32005 D 0635: Entscheidung 2005/635/EG der Kommission vom 31. August 2005 über das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten, gegenüber Glyphosat-Herbiziden toleranten Ölrapsprodukts (*Brassica napus* L., Linie GT73) gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 228 vom 3.9.2005, S. 11)

14. 32005 H 0637: Empfehlung 2005/637/EG der Kommission vom 16. August 2005 bezüglich der Maßnahmen, die der Inhaber einer Zustimmung ergreifen muss, um etwaige Schäden für Gesundheit und Umwelt bei einer unbeabsichtigten Freisetzung eines genetisch veränderten, gegenüber Glyphosat-Herbiziden toleranten Ölrapses (*Brassica napus* L., Linie GT73 — MON-00073-7) zu vermeiden (ABl. L 228 vom 3.9.2005, S. 19)

15. 32005 D 0772: Entscheidung 2005/772/EG der Kommission vom 3. November 2005 über das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten, gegen bestimmte Lepidopteren resistenten und gegenüber dem Herbizid Glufosinat-Ammonium toleranten Maisprodukts (*Zea mays* L., Linie 1507) gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 291 vom 5.11.2005, S. 42)

16. 32007 D 0364: Entscheidung 2007/364/EG der Kommission vom 23. Mai 2007 über das Inverkehrbringen einer Nelkensorte (*Dianthus caryophyllus* L., Linie 123.2.38) mit genetisch veränderter Blütenfarbe gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 138 vom 30.5.2007, S. 50)

17. 32008 D 0062: Entscheidung 2008/62/EG der Kommission vom 12. Oktober 2007 über die Artikel 111 und 172 des Entwurfs des polnischen Gesetzes über genetisch veränderte Organismen, die die Republik Polen gemäß Artikel 95 Absatz 5 EG-Vertrag als Abweichungen von den Bestimmungen der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt mitgeteilt hat (ABl. L 16 vom 19.1.2008, S. 17)

18. 32008 D 0470: Entscheidung 2008/470/EG der Kommission vom 7. Mai 2008 über das vorübergehende Verbot der Verwendung und des Verkaufs von genetisch verändertem Mais (*Zea mays* L., Linie T25) gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Österreich (ABl. L 162 vom 21.6.2008, S. 31)

19. 32008 D 0495: Entscheidung 2008/495/EG der Kommission vom 7. Mai 2008 über das vorübergehende Verbot der Verwendung und des Verkaufs von genetisch verändertem Mais (*Zea mays* L., Linie MON810) gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Österreich (ABl. L 172 vom 2.7.2008, S. 25)

20. 32009 D 0244: Entscheidung 2009/244/EG der Kommission vom 16. März 2009 über das Inverkehrbringen einer Nelkensorte (*Dianthus caryophyllus* L., Linie 123.8.12) mit genetisch veränderter Blütenfarbe gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 72 vom 18.3.2009, S. 18)

21. 32009 L 0041: Richtlinie 2009/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen (ABl. L 125 vom 21.5.2009, S. 75)

22. 32009 D 0770: Entscheidung 2009/770/EG der Kommission vom 13. Oktober 2009 zur Festlegung der Standardformulare für die Berichterstattung über die Überwachung der absichtlichen Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt als Produkte oder in Produkten zum Zweck des Inverkehrbringens gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 275 vom 21.10.2009, S. 9)

23. 32009 D 0828: Entscheidung 2009/828/EG der Kommission vom 3. November 2009 über den von der Republik Portugal gemäß Artikel 95 Absatz 5 EG-Vertrag notifizierten Entwurf des Decreto Legislativo Regional, mit dem die Autonome Region Madeira zur gentechnikfreien Zone erklärt wird (ABl. L 294 vom 11.11.2009, S. 16)

24. 32010 D 0135: Beschluss 2010/135/EU der Kommission vom 2. März 2010 über das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten Kartoffelerzeugnisses (*Solanum tuberosum* L. Linie EH92-527-1) mit erhöhtem Amylopectingehalt in der Stärke gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 53 vom 4.3.2010, S. 11)

25. 32010 H 0722: Empfehlung der Kommission 2010/C 200/01 vom 13. Juli 2010 mit Leitlinien für die Entwicklung nationaler Koexistenz-Maßnahmen zur Vermeidung des unbeabsichtigten Vorhandenseins von GVO in konventionellen und ökologischen Kulturpflanzen (ABl. C 200 vom 22.7.2010, S. 1)

26. 32015 D 0692: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/692 der Kommission vom 24. April 2015 über das Inverkehrbringen einer Nelkensorte (*Dianthus caryophyllus* L., Linie 25958) mit genetisch veränderter Blütenfarbe gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 44)

27. 32015 D 0694: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/694 der Kommission vom 24. April 2015 über das Inverkehrbringen einer Nelkensorte (*Dianthus caryophyllus* L., Linie 26407) mit genetisch veränderter Blütenfarbe gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 52)

28. 32016 D 0321: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/321 der Kommission vom 3. März 2016 zur Anpassung des geografischen Geltungsbereichs der Zulassung zum Anbau von genetisch verändertem Mais (*Zea mays* L.) der Sorte MON 810 (MON-ØØ81Ø-6) (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 90)

29. 32016 D 2050: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2050 der Kommission vom 22. November 2016 über das Inverkehrbringen einer genetisch veränderten Nelkensorte (*Dianthus caryophyllus* L., Linie SHD-27531-4) (ABl. L 318 vom 24.11.2016, S. 13)

30. 32019 D 1300: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1300 der Kommission vom 26. Juli 2019 über das Inverkehrbringen einer genetisch veränderten Nelkensorte (*Dianthus caryophyllus* L., Linie FLO-40685-2) (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 46)

31. 32019 D 1301: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1301 der Kommission vom 26. Juli 2019 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2013/327/EU bezüglich der Erneuerung der Genehmigung für das Inverkehrbringen von Futtermitteln, die genetisch veränderten Raps der Linien Ms8, Rf3 und Ms8 × Rf3 enthalten oder daraus bestehen, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 50)

KAPITEL 2

GENETISCH VERÄNDERTE LEBENS- UND FUTTERMITTEL

1. 32003 R 1829: Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1), geändert durch:

   – 32006 R 1981: Verordnung (EG) Nr. 1981/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2006 (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 99)

   – 32008 R 0298: Verordnung (EG) Nr. 298/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 64)

   – 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 32003 R 1830: Verordnung (EG) Nr. 1830/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über die Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von genetisch veränderten Organismen und über die Rückverfolgbarkeit von aus genetisch veränderten Organismen hergestellten Lebensmitteln und Futtermitteln sowie zur Änderung der Richtlinie 2001/18/EG (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 24)

3. 32004 R 0065: Verordnung (EG) Nr. 65/2004 der Kommission vom 14. Januar 2004 über ein System für die Entwicklung und Zuweisung spezifischer Erkennungsmarker für genetisch veränderte Organismen (ABl. L 10 vom 16.1.2004, S. 5)

4. 32004 R 0641: Verordnung (EG) Nr. 641/2004 der Kommission vom 6. April 2004 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Antrags auf Zulassung neuer genetisch veränderter Lebensmittel und Futtermittel, der Meldung bestehender Erzeugnisse und des zufälligen oder technisch unvermeidbaren Vorhandenseins genetisch veränderten Materials, zu dem die Risikobewertung befürwortend ausgefallen ist (ABl. L 102 vom 7.4.2004, S. 14), geändert durch:

   – 32013 R 0503: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 503/2013 der Kommission vom 3. April 2013 (ABl. L 157 vom 8.6.2013, S. 1)

5. 32013 R 0503: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 503/2013 der Kommission vom 3. April 2013 über Anträge auf Zulassung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 641/2004 und (EG) Nr. 1981/2006 der Kommission (ABl. L 157 vom 8.6.2013, S. 1)

6. 32006 D 0255: Entscheidung 2006/255/EG der Kommission vom 14. März 2006 über die einzelstaatlichen Bestimmungen mit der Verpflichtung, in Supermärkten genetisch veränderte Lebensmittel in eigens dafür bestimmten Regalen getrennt von den nicht genetisch veränderten Produkten unterzubringen, welche die Republik Zypern gemäß Artikel 95 Absatz 5 EG-Vertrag mitgeteilt hat (ABl. L 92 vom 30.3.2006, S. 12)

7. 32006 R 1981: Verordnung (EG) Nr. 1981/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2006 mit Durchführungsbestimmungen zu Artikel 32 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über das gemeinschaftliche Referenzlaboratorium für gentechnisch veränderte Organismen (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 99), geändert durch:

   – 32013 R 0503: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 503/2013 der Kommission vom 3. April 2013 (ABl. L 157 vom 8.6.2013, S. 1)

– 32014 R 0120: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 120/2014 der Kommission vom 7. Februar 2014 (ABl. L 39 vom 8.2.2014, S. 46)

8. 32007 D 0304: Entscheidung 2007/304/EG der Kommission vom 25. April 2007 über die Rücknahme von Bt176(SYN-EV176-9)-Mais und daraus gewonnenen Erzeugnissen vom Markt (ABl. L 117 vom 5.5.2007, S. 14)

9. 32007 D 0305: Entscheidung 2007/305/EG der Kommission vom 25. April 2007 über die Rücknahme von Ms1xRf1 (ACS-BNØØ4-7xACS-BNØØ1-4)-Hybrid-Raps und daraus gewonnenen Erzeugnissen vom Markt (ABl. L 117 vom 5.5.2007, S. 17), geändert durch:

– 32012 D 0069: Durchführungsbeschluss 2012/69/EU der Kommission vom 3. Februar 2012 (ABl. L 34 vom 7.2.2012, S. 12)

– 32016 D 2268: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2268 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 34)

– 32019 D 1117: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1117 der Kommission vom 24. Juni 2019 (ABl. L 176 vom 1.7.2019, S. 59)

– 32019 D 1562: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1562 der Kommission vom 16. September 2019 (ABl. L 240 vom 18.9.2019, S. 13)

10. 32007 D 0306: Entscheidung 2007/306/EG der Kommission vom 25. April 2007 über die Rücknahme von Ms1xRf2 (ACS-BNØØ4-7xACS-BNØØ2-5)-Hybrid-Raps und daraus gewonnenen Erzeugnissen vom Markt (ABl. L 117 vom 5.5.2007, S. 20), geändert durch:

    – 32012 D 0069: Durchführungsbeschluss 2012/69/EU der Kommission vom 3. Februar 2012 (ABl. L 34 vom 7.2.2012, S. 12)

    – 32016 D 2268: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2268 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 34)

    – 32019 D 1117: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1117 der Kommission vom 24. Juni 2019 (ABl. L 176 vom 1.7.2019, S. 59)

    – 32019 D 1562: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1562 der Kommission vom 16. September 2019 (ABl. L 240 vom 18.9.2019, S. 13)

11. 32007 D 0307: Entscheidung 2007/307/EG der Kommission vom 25. April 2007 über die Rücknahme von Topas 19/2 (ACS-BNØØ7-1)-Raps und daraus gewonnenen Erzeugnissen vom Markt (ABl. L 117 vom 5.5.2007, S. 23), geändert durch:

    – 32012 D 0069: Durchführungsbeschluss 2012/69/EU der Kommission vom 3. Februar 2012 (ABl. L 34 vom 7.2.2012, S. 12)

    – 32016 D 2268: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2268 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 34)

– 32019 D 1117: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1117 der Kommission vom 24. Juni 2019 (ABl. L 176 vom 1.7.2019, S. 59)

– 32019 D 1562: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1562 der Kommission vom 16. September 2019 (ABl. L 240 vom 18.9.2019, S. 13)

12. 32007 D 0308: Entscheidung 2007/308/EG der Kommission vom 25. April 2007 über die Rücknahme von aus GA21xMON810 (MON-ØØØ21-9xMON-ØØ81Ø-6)-Mais gewonnenen Erzeugnissen vom Markt (ABl. L 117 vom 5.5.2007, S. 25)

13. 32007 D 0701: Entscheidung 2007/701/EG der Kommission vom 24. Oktober 2007 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte NK603xMON810 (MON-ØØ6Ø3-6xMON-ØØ81Ø-6) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 285 vom 31.10.2007, S. 37)

14. 32007 D 0702: Entscheidung 2007/702/EG der Kommission vom 24. Oktober 2007 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der gentechnisch veränderten Maissorte 59122 (DAS-59122-7) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 285 vom 31.10.2007, S. 42)

15. 32007 D 0703: Entscheidung 2007/703/EG der Kommission vom 24. Oktober 2007 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte 1507xNK603 (DAS-Ø15Ø7-1xMON-ØØ6Ø3-6) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 285 vom 31.10.2007, S. 47), geändert durch:

– 32019 D 0241: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/241 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 14)

16. 32008 D 0730: Entscheidung 2008/730/EG der Kommission vom 8. September 2008 über die Genehmigung des Inverkehrbringens von aus gentechnisch veränderter Soja der Sorte A2704-12 (ACS-GMØØ5-3) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 247 vom 16.9.2008, S. 50)

17. 32008 D 0837: Entscheidung 2008/837/EG der Kommission vom 29. Oktober 2008 über die Genehmigung des Inverkehrbringens von aus gentechnisch veränderter Baumwolle der Sorte LLCotton25 (ACS-GHØØ1-3) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 299 vom 8.11.2008, S. 36)

18. 32008 D 0933: Entscheidung 2008/933/EG der Kommission vom 4. Dezember 2008 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON89788 (MON-89788-1) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 333 vom 11.12.2008, S. 7), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

19. 32009 D 0184: Entscheidung 2009/184/EG der Kommission vom 10. März 2009 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die die genetisch veränderte Ölrapssorte T45 (ACS-BNØØ8-2), welche in Drittländern bis 2005 vermarktet wurde, enthalten oder aus dieser gewonnen wurden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 68 vom 13.3.2009, S. 28)

20. 32009 D 0813: Entscheidung 2009/813/EG der Kommission vom 30. Oktober 2009 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 89034 (MON-89Ø34-3) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 289 vom 5.11.2009, S. 21), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

21. 32009 D 0814: Entscheidung 2009/814/EG der Kommission vom 30. Oktober 2009 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 88017 (MON-88Ø17-3) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 289 vom 5.11.2009, S. 25), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

22. 32009 D 0866: Entscheidung 2009/866/EG der Kommission vom 30. November 2009 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MIR604 (SYN-IR6Ø4-5) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 102), geändert durch:

– 32019 D 0060: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/60 der Kommission vom 11. Januar 2019 (ABl. L 12 vom 15.1.2019, S. 31)

23. 32010 D 0136: Beschluss 2010/136/EU der Kommission vom 2. März 2010 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Futtermitteln, die aus der genetisch veränderten Kartoffelsorte EH92-527-1 (BPS-25271-9) gewonnen werden, und des zufälligen oder technisch nicht zu vermeidenden Vorhandenseins dieser Kartoffelsorte in Lebensmitteln und Futtermitteln gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 53 vom 4.3.2010, S. 15)

24. 32010 D 0419: Beschluss 2010/419/EU der Kommission vom 28. Juli 2010 zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte Bt11 (SYN-BTØ11-1) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, zur Zulassung von Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten, die Körnermais der Sorte Bt11 (SYN-BTØ11-1) enthalten oder aus ihm bestehen, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Entscheidung 2004/657/EG der Kommission (ABl. L 197 vom 29.7.2010, S. 11), geändert durch:

– 32019 D 0060: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/60 der Kommission vom 11. Januar 2019 (ABl. L 12 vom 15.1.2019, S. 31)

25. 32010 D 0429: Beschluss 2010/429/EU der Kommission vom 28. Juli 2010 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 88017 x MON 810 (MON-88Ø17-3 x MON-ØØ81Ø-6) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 201 vom 3.8.2010, S. 46), geändert durch:

   – 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

   – 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

26. 32011 D 0354: Beschluss 2011/354/EU der Kommission vom 17. Juni 2011 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 (BCS-GHØØ2-5) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 90)

27. 32011 D 0891: Beschluss 2011/891/EU der Kommission vom 22. Dezember 2011 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte 281-24-236x3006-210-23 (DAS-24236-5xDAS-21Ø23-5) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 344 vom 28.12.2011, S. 51)

   – 32019 D 0239: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/239 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 7)

– 32021 D 1161: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1161 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 252 vom 15.7.2021, S. 1)

28. 32012 D 0081: Durchführungsbeschluss 2012/81/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte A5547-127 (ACS-GMØØ6-4) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 10)

29. 32012 D 0082: Durchführungsbeschluss 2012/82/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 im Hinblick auf die Erneuerung der Zulassung für das fortdauernde Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte 40-3-2 (MON-Ø4Ø32-6) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlament und des Rates (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 14), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

30. 32012 D 0083: Durchführungsbeschluss 2012/83/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87701 (MON-877Ø1-2) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 18); geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

31. 32012 D 0084: Durchführungsbeschluss 2012/84/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte 356043 (DP-356Ø43-5) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 22)

32. 32012 D 0651: Durchführungsbeschluss 2012/651/EU der Kommission vom 18. Oktober 2012 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MIR162 (SYN-IR162-4) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 290 vom 20.10.2012, S. 14), geändert durch:

    – 32019 D 0060: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/60 der Kommission vom 11. Januar 2019 (ABl. L 12 vom 15.1.2019, S. 31)

33. 32013 D 0327: Durchführungsbeschluss 2013/327/EU der Kommission vom 25. Juni 2013 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Lebensmitteln, die genetisch veränderten Raps der Linien Ms8, Rf3 und Ms8 × Rf3 enthalten oder daraus bestehen, oder von Lebensmitteln und Futtermitteln, die aus solchen genetisch veränderten Organismen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates hergestellt werden (ABl. L 175 vom 27.6.2013, S. 57), geändert durch:

    – 32019 D 1301: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1301 der Kommission vom 26. Juli 2019 (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 50)

34. 32013 D 0648: Durchführungsbeschluss 2013/648/EU der Kommission vom 6. November 2013 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON89034 × 1507 × NK603 (MON-89Ø34-3 × DAS-Ø15Ø7-1 × MON-ØØ6Ø3-6) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 302 vom 13.11.2013, S. 38), geändert durch:

– 32019 D 0240: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/240 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 11)

– 32021 D 1035: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1035 der Kommission vom 23. Juni 2021 (ABl. L 226 vom 25.6.2021, S. 31)

35. 32013 D 0649: Durchführungsbeschluss 2013/649/EU der Kommission vom 6. November 2013 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der Maissorte MON810 (MON-ØØ81Ø-6) gewonnenem Pollen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 302 vom 13.11.2013, S. 44), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

36. 32013 D 0650: Durchführungsbeschluss 2013/650/EU der Kommission vom 6. November 2013 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die aus der genetisch veränderten (GV) Maissorte MON 89034 × 1507 × MON88017 × 59122 (MON-89Ø34-3 × DAS-Ø15Ø7-1 × MON-88Ø17-3 × DAS-59122-7), vier verwandten GV-Maissorten mit drei verschiedenen einzelnen GV-Ereignissen (MON89034 × 1507 × MON88017 (MON-89Ø34-3 × DAS-Ø15Ø7-1 × MON-88Ø17-3), MON89034 × 1507 × 59122 (MON-89Ø34-3 × DAS-Ø15Ø7-1 × DAS-59122-7), MON89034 × MON88017 × 59122 (MON-89Ø34-3 × MON-88Ø17-3 × DAS-59122-7), 1507 × MON 88017 × 59122 (DAS-Ø15Ø7-1 × MON-88Ø17-3 × DAS-59122-7)) und vier verwandten GV-Maissorten mit zwei verschiedenen einzelnen GV-Ereignissen (MON89034 × 1507 (MON-89Ø34-3 × DAS-Ø15Ø7-1), MON89034 × 59122 (MON-89Ø34-3 × DAS-59122-7), 1507 × MON88017 (DAS-Ø15Ø7-1 × MON-88Ø17-3), MON 88017 × 59122 (MON-88Ø17-3 × DAS-59122-7)) bestehen, diese enthalten oder aus diesen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 302 vom 13.11.2013, S. 47), geändert durch:

– 32019 D 0240: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/240 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 11)

– 32021 D 1035: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1035 der Kommission vom 23. Juni 2021 (ABl. L 226 vom 25.6.2021, S. 31)

37. 32015 D 0683: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/683 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 87460 (MON 8746Ø-4) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 1), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

38. 32015 D 0684: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/684 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von genetisch verändertem Mais der Sorte NK603 (MON-ØØ6Ø3-6) und über die Erneuerung der Zulassung bereits existierender NK603-(MON-ØØ6Ø3-6-)Erzeugnisse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 6), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

39. 32015 D 0685: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/685 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens genetisch veränderter Baumwolle der Sorte MON 15985 (MON-15985-7) und die Erneuerung der Zulassung bereits existierender aus genetisch veränderter Baumwolle der Sorte MON 15985 (MON-15985-7) gewonnener Erzeugnisse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 11), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

40. 32015 D 0686: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/686 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87769 (MON-87769-7) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 16), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

41. 32015 D 0687: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/687 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Rapssorte MON 88302 (MON-883Ø2-9) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 22), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

42. 32015 D 0688: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/688 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Baumwollsorte MON 88913 (MON-88913-8) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 26), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

43. 32015 D 0689: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/689 der Kommission vom 24. April 2015 zur Erneuerung der Zulassung bereits existierender Erzeugnisse aus genetisch veränderter Baumwolle der Sorte MON 531 (MON-ØØ531-6) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 31), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

44. 32015 D 0690: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/690 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614xLLCotton25 (BCS-GHØØ2-5xACS-GHØØ1-3) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 35)

45. 32015 D 0691: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/691 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte BPS-CV127-9 (BPS-CV127-9) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 40)

46. 32015 D 0693: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/693 der Kommission vom 24. April 2015 über die Erneuerung der Zulassung für aus der bereits existierenden genetisch veränderten Baumwolle der Sorte MON 1445 (MON-Ø1445-2) gewonnene Erzeugnisse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 48), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

47. 32015 D 0695: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/695 der Kommission vom 24. April 2015 zur Erneuerung der Zulassung bereits existierender Erzeugnisse aus genetisch veränderter Baumwolle der Sorte MON 531 x MON 1445 (MON-ØØ531-6 x MON-Ø1445-2) und über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus genetisch veränderter Baumwolle der Sorte MON 531 x MON 1445 (MON-ØØ531-6 x MON-Ø1445-2) gewonnenem Baumwollsamenöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 56), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

48. 32015 D 0696: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/696 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON87705 (MON-877Ø5-6) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 60), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

49. 32015 D 0697: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/697 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von genetisch verändertem Mais der Sorte T25 (ACS-ZMØØ3-2) und über die Erneuerung der Zulassung bereits existierender T25-(ACS-ZMØØ3-2-)Erzeugnisse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 66)

50. 32015 D 0698: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/698 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte 305423 (DP-3Ø5423-1) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 71), geändert durch:

– 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

51. 32015 D 0699: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/699 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte T304-40 (BCS-GHØØ4-7) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 77)

52. 32015 D 0700: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/700 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON87708 (MON-877Ø8-9) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 81), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

53. 32015 D 0701: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/701 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Lebensmitteln, die den genetisch veränderten Raps GT73 enthalten oder daraus bestehen, sowie von Lebensmitteln und Futtermitteln, die aus diesem genetisch veränderten Organismus hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 86), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

54. 32015 D 2279: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2279 der Kommission vom 4. Dezember 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die aus der genetisch veränderten Maissorte NK603 × T25 (MON-ØØ6Ø3-6 × ACS-ZMØØ3-2) bestehen, diese enthalten oder aus dieser gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 322 vom 8.12.2015, S. 58), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

55. 32015 D 2281: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2281 der Kommission vom 4. Dezember 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 87427 (MON-87427-7) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 322 vom 8.12.2015, S. 67), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

56. 32016 D 0087: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/87 der Kommission vom 22. Januar 2016 über die Rücknahme bereits existierender Erzeugnisse, die aus MON 863 (MON-ØØ863-5) gewonnen werden, vom Markt und zur Aufhebung der Beschlüsse 2010/139/EU, 2010/140/EU, 2010/141/EU über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die aus den genetisch veränderten Maissorten MON863×MON810×NK603 (MON-ØØ863-5×MON-ØØ81Ø-6×MON-ØØ6Ø3-6), MON863×MON810 (MON-ØØ863-5×MON-ØØ81Ø-6) und MON863×NK603 (MON-ØØ863-5×MON-ØØ6Ø3-6) bestehen, diese enthalten oder aus diesen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 17 vom 26.1.2016, S. 14)

57. 32016 D 1215: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1215 der Kommission vom 22. Juli 2016 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte FG72 (MST-FGØ72-2) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 199 vom 26.7.2016, S. 16)

58. 32016 D 1216: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1216 der Kommission vom 22. Juli 2016 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 × MON 89788 (MON-877Ø8-9 × MON-89788-1) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 199 vom 26.7.2016, S. 22), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

59. 32016 D 1217: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1217 der Kommission vom 22. Juli 2016 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87705 × MON 89788 (MON-877Ø5-6 × MON-89788-1) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 199 vom 26.7.2016, S. 28), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

60. 32016 D 1685: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1685 der Kommission vom 16. September 2016 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die aus der genetisch veränderten Maissorte Bt11 × MIR162 × MIR604 × GA21 bestehen, diese enthalten oder aus dieser gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, die zwei oder drei der GV-Ereignisse Bt11, MIR162, MIR604 und GA21 kombinieren, sowie zur Aufhebung der Beschlüsse 2010/426/EU, 2011/892/EU, 2011/893/EU und 2011/894/EU (ABl. L 254 vom 20.9.2016, S. 22), geändert durch:

– 32019 D 0060: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/60 der Kommission vom 11. Januar 2019 (ABl. L 12 vom 15.1.2019, S. 31)

61. 32017 D 1207: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1207 der Kommission vom 4. Juli 2017 zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 810 (MON-ØØ81Ø-6) gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 18), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

62. 32017 D 1208: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1208 der Kommission vom 4. Juli 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB119 (BCS-GHØØ5-8) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 23)

63. 32017 D 1209: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1209 der Kommission vom 4. Juli 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte Bt11 × 59122 × MIR604 × 1507 × GA21 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch verändertem Mais, bei dem zwei, drei oder vier der Sorten Bt11, 59122, MIR604, 1507 und GA21 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 28)

64. 32017 D 1211: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1211 der Kommission vom 4. Juli 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Baumwollsorte 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 (DAS-24236-5 × DAS-21Ø23-5 × MON-88913-8) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 38), geändert durch:

– 32019 D 0239: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/239 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 7)

– 32021 D 1161: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1161 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 252 vom 15.7.2021, S. 1)

65. 32017 D 1212: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1212 der Kommission vom 4. Juli 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DAS-40278-9 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 43), geändert durch:

– 32019 D 0239: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/239 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 7)

– 32021 D 1161: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1161 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 252 vom 15.7.2021, S. 1)

66. 32017 D 2448: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2448 der Kommission vom 21. Dezember 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte 305423 × 40-3-2 (DP-3Ø5423-1 × MON-Ø4Ø32-6) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 346 vom 28.12.2017, S. 6), geändert durch:

– 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

67. 32017 D 2449: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2449 der Kommission vom 21. Dezember 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte DAS-68416-4 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 346 vom 28.12.2017, S. 12), geändert durch:

– 32019 D 0239: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/239 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 7)

– 32021 D 1161: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1161 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 252 vom 15.7.2021, S. 1)

68. 32017 D 2450: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2450 der Kommission vom 21. Dezember 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte DAS-44406-6 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 346 vom 28.12.2017, S. 16), geändert durch:

– 32019 D 0239: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/239 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 7)

– 32021 D 1185: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1185 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 257 vom 19.7.2021, S. 3)

69. 32017 D 2451: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2451 der Kommission vom 21. Dezember 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte FG72 × A5547-127 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 346 vom 28.12.2017, S. 20)

70. 32017 D 2452: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2452 der Kommission vom 21. Dezember 2017 über die Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais 1507 (DAS-Ø15Ø7-1) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 346 vom 28.12.2017, S. 25), geändert durch:

– 32019 D 0241: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/241 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 14)

– 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

71. 32017 D 2453: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2453 der Kommission vom 21. Dezember 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Raps MON 88302 × Ms8 × Rf3 (MON-883Ø2-9 × ACSBNØØ5-8 × ACS-BNØØ3-6), MON 88302 × Ms8 (MON-883Ø2-9 × ACSBNØØ5-8) und MON 88302 × Rf3 (MON-883Ø2-9 × ACS-BNØØ3-6) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 346 vom 28.12.2017, S. 31), geändert durch:

– 32019 D 1167: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1167 der Kommission vom 28. Juni 2019 (ABl. L 182 vom 8.7.2019, S. 46)

– 32021 D 0183: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/183 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 2)

72. 32018 D 1109: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1109 der Kommission vom 1. August 2018 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais 59122 (DAS-59122-7) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 203 vom 10.8.2018, S. 7), berichtigt in ABl. L 221 vom 31.8.2018, S. 4, geändert durch:

– 32019 D 0241: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/241 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 14)

– 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

73. 32018 D 1110: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1110 der Kommission vom 3. August 2018 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die die genetisch veränderte Maissorte 1507 × 59122 × MON 810 × NK603 enthalten, aus dieser bestehen oder aus dieser gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, die zwei oder drei der Einzelereignisse 1507, 59122, MON 810 und NK603 kombinieren, sowie zur Aufhebung der Entscheidung 2009/815/EG und der Beschlüsse 2010/428/EU und 2010/432/EU (ABl. L 203 vom 10.8.2018, S. 13), berichtigt in ABl. L 221 vom 31.8.2018, S. 4, geändert durch:

– 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

74. 32018 D 1112: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1112 der Kommission vom 3. August 2018 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais GA21 (MON-ØØØ21-9) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 203 vom 10.8.2018, S. 26)

75. 32018 D 1113: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1113 der Kommission vom 3. August 2018 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von aus der genetisch veränderten Zuckerrübensorte H7-1 (KM-ØØØH71-4) gewonnenen Lebensmitteln und Futtermitteln gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 203 vom 10.8.2018, S. 32), geändert durch:

– 32019 D 1166: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1166 der Kommission vom 28. Juni 2019 (ABl. L 182 vom 8.7.2019, S. 44)

– 32021 D 1036: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1036 der Kommission vom 22. Juni 2021 (ABl. L 226 vom 25.6.2021, S. 34)

76. 32018 D 2045: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/2045 der Kommission vom 19. Dezember 2018 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte NK603 × MON 810 (MON-ØØ6Ø3-6 × MON-ØØ81Ø-6) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 65), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

77. 32018 D 2046: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/2046 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei oder vier der Einzelereignisse MON 87427, MON 89034, 1507, MON 88017 und 59122 kombiniert werden, und zur Aufhebung des Beschlusses 2011/366/EU (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 70), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

78. 32019 D 1302: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1302 der Kommission vom 26. Juli 2019 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 × LLCotton25 × MON 15985 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 54)

79. 32019 D 1303: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1303 der Kommission vom 26. Juli 2019 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte 5307 (SYN-Ø53Ø7-1) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 60)

80. 32019 D 1304: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1304 der Kommission vom 26. Juli 2019 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte 4114 (DP-ØØ4114-3) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 65), geändert durch:

– 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

81. 32019 D 1305: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1305 der Kommission vom 26. Juli 2019 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte Bt11 × MIR162 × 1507 × GA21 sowie der Unterkombinationen Bt11 × MIR162 × 1507, MIR162 × 1507 × GA21 und MIR162 × 1507 enthalten, daraus bestehen oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 69)

82. 32019 D 1306: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1306 der Kommission vom 26. Juli 2019 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais 1507 × NK603 (DAS-Ø15Ø7-1 × MON-ØØ6Ø3-6) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 75), geändert durch:

– 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

83. 32019 D 1307: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1307 der Kommission vom 26. Juli 2019 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 87403 (MON-874Ø3-1) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 81), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

84. 32019 D 1308: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1308 der Kommission vom 26. Juli 2019 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87411 (MON-87411-9) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 85), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

85. 32019 D 1309: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1309 der Kommission vom 26. Juli 2019 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87751 (MON-87751-7) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 90), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

86. 32019 D 2080: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2080 der Kommission vom 28. November 2019 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MZHG0JG (SYN-ØØØJG-2) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 51)

87. 32019 D 2081: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2081 der Kommission vom 28. November 2019 zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die die genetisch veränderte Ölrapssorte T45 (ACS-BNØØ8-2), welche in Drittländern bis 2005 vermarktet wurde, enthalten oder aus dieser gewonnen wurden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 57)

88. 32019 D 2082: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2082 der Kommission vom 28. November 2019 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte LLCotton25 (ACS-GHØØ1-3) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 62)

89. 32019 D 2083: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2083 der Kommission vom 28. November 2019 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 89788 (MON-89788-1) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 68), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

90. 32019 D 2084: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2084 der Kommission vom 28. November 2019 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte A2704-12 (ACS-GMØØ5-3) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 74)

91. 32019 D 2085: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2085 der Kommission vom 28. November 2019 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × NK603 × DAS-40278-9 sowie der Unterkombinationen MON 89034 × NK603 × DAS-40278-9, 1507 × NK603 × DAS-40278-9 und NK603 × DAS-40278-9 enthalten, daraus bestehen oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 80), geändert durch:

– 32021 D 1161: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1161 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 252 vom 15.7.2021, S. 1)

92. 32019 D 2086: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2086 der Kommission vom 28. November 2019 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 × DAS-40278-9 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei oder vier der Einzelereignisse MON 89034, 1507, MON 88017, 59122 und DAS-40278-9 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 87), geändert durch:

– 32021 D 1161: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1161 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 252 vom 15.7.2021, S. 1)

93. 32019 D 2087: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2087 der Kommission vom 28. November 2019 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte Bt11 × MIR162 × MIR604 × 1507 × 5307 × GA21 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei, vier oder fünf der Einzelereignisse Bt11, MIR162, MIR604, 1507, 5307 und GA21 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 94)

94. 32020 D 1360: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1360 der Kommission vom 28. September 2020 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 × MON 89788 × A5547-127 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 30.9.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

95. 32021 D 0060: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/60 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 89034 × MIR162 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch verändertem Mais, bei dem zwei oder drei der Einzelereignisse MON 87427, MON 89034, MIR162 und NK603 kombiniert werden, sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2018/1111 der Kommission gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 5)

96. 32021 D 0061: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/61 der Kommission vom 22. Januar 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 87460 × MON 89034 × MIR162 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei oder vier der Einzelereignisse MON 87427, MON 87460, MON 89034, MIR162 und NK603 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 12)

97. 32021 D 0062: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/62 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MIR604 (SYN-IR6Ø4-5) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 19)

98. 32021 D 0063: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/63 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 (MON-89Ø34-3) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 25)

99. 32021 D 0064: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/64 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte SYHT0H2 (SYN-ØØØH2-5) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 31)

100. 32021 D 0065: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/65 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 89034 × MIR162 × MON 87411 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch verändertem Mais, bei dem zwei oder drei der Einzelereignisse MON 87427, MON 89034, MIR162 und MON 87411 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 37)

101. 32021 D 0066: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/66 der Kommission vom 22. Januar 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87751 × MON 87701 × MON 87708 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 44)

102. 32021 D 0067: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/67 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 88017 (MON-88Ø17-3) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 50)

103. 32021 D 1385: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1385 der Kommission vom 17. August 2021 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Futtermitteln und anderen Erzeugnissen als Lebens- und Futtermittel, die genetisch veränderten Raps GT73 (MON-ØØØ73-7) enthalten oder aus ihm bestehen, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 4)

104. 32021 D 1386: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1386 der Kommission vom 17. August 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte DAS-81419-2 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 10)

105. 32021 D 1387: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1387 der Kommission vom 17. August 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte DAS-81419-2 × DAS–44406–6 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 16)

106. 32021 D 1388: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1388 der Kommission vom 17. August 2021 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte 1507 × MIR162 × MON810 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch verändertem Mais, bei dem zwei oder drei der Einzelereignisse 1507, MIR162, MON810 und NK603 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 22), geändert durch:

    – 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

107. 32021 D 1389: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1389 der Kommission vom 17. August 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 × T304-40 × GHB119 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 29)

108. 32021 D 1390: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1390 der Kommission vom 17. August 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MZIR098 (SYN-ØØØ98-3) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 35)

109. 32021 D 1391: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1391 der Kommission vom 17. August 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die aus den genetisch veränderten Rapssorten Ms8 × Rf3 × GT73, Ms8 × GT73 und Rf3 × GT73 bestehen, diese enthalten oder aus diesen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 41)

110. 32021 D 1392: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1392 der Kommission vom 17. August 2021 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais Bt 11 (SYN-BTØ11-1) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 48)

111. 32021 D 1393: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1393 der Kommission vom 17. August 2021 zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 88017 × MON 810 (MON-88Ø17-3 × MON-ØØ81Ø-6) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 54)

112. 32021 D 1394: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1394 der Kommission vom 17. August 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 87460 × MON 89034 × 1507 × MON 87411 × 59122 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei, vier oder fünf der Einzelereignisse MON 87427, MON 87460, MON 89034, 1507, MON 87411 und 59122 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 60)

113. 32021 D 1999: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1999 der Kommission vom 15. November 2021 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2016/1215 hinsichtlich des Zulassungsinhabers und seines Vertreters in der Union für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte FG72 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden (ABl. L 408 vom 17.11.2021, S. 6)

114. 32022 D 0529: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/529 der Kommission vom 31. März 2022 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Raps 73496 (DP-Ø73496-4) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 39)

115. 32022 D 0530: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/530 der Kommission vom 31. März 2022 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle GHB811 (BCS-GH811-4) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 45)

116. 32022 D 0531: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/531 der Kommission vom 31. März 2022 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte GMB151 (BCS-GM151-6) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 51)

117. 32022 D 0560: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/560 der Kommission vom 31. März 2022 über die Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 (BCS-GHØØ2-5) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 108 vom 7.4.2022, S. 60)

118. 32022 D 0736: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/736 der Kommission vom 11. Mai 2022 zur Änderung der Entscheidungen 2007/305/EG, 2007/306/EG und 2007/307/EG hinsichtlich des Toleranzzeitraums für Spuren von Ms1xRf1 (ACS-BNØØ4-7xACS-BNØØ1-4)-Hybrid-Raps, Ms1xRf2 (ACS-BNØØ4-7xACS-BNØØ2-5)-Hybrid-Raps und Topas 19/2 (ACS-BNØØ7-1)-Raps sowie von daraus gewonnenen Erzeugnissen (ABl. L 136 vom 13.5.2022, S. 108)

119. 32022 D 0797: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/797 der Kommission vom 19. Mai 2022 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte NK603 × T25 × DAS-40278-9 und der Unterkombination T25 × DAS-40278-9 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 116)

120. 32022 D 0798: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/798 der Kommission vom 19. Mai 2022 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87769 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 123)

121. 32022 D 1094: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1094 der Kommission vom 29. Juni 2022 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP4114 × MON 810 × MIR604 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch verändertem Mais, bei dem zwei oder drei der Einzelereignisse DP4114, MON 810, MIR604 und NK603 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 176 vom 1.7.2022, S. 26)

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 4/14

ANHÄNGE

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

ANHANG II – ANDORRA-PROTOKOLL

TECHNISCHE VORSCHRIFTEN, NORMEN, PRÜFUNG UND ZERTIFIZIERUNG

Liste nach Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe b des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Kraftfahrzeuge 4
2 Land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen 24
3 Hebezeuge und Fördergeräte 30
4 Haushaltsgeräte 31
5 Gasgeräte 49
6 Druckbehälter 50
7 Messgeräte 52
8 Elektromaterial 55
9 Textilien 56
10 Arzneimittel 57
11 Düngemittel 91
12 Gefährliche Stoffe 94
13 Kosmetika 284
14 Umweltschutz 292
15 Informationstechnologie, Telekommunikation und Datenverarbeitung 310

www.parlament.gv.at

16 Allgemeine Bestimmungen auf dem Gebiet der technischen Handelshemmnisse 313
17 Freier Warenverkehr – Allgemeines 325
18 Bauprodukte 326
19 Persönliche Schutzausrüstungen 350
20 Spielzeug 351
21 Maschinen 354
22 Tabakwaren 360
23 Spirituosen 363
24 Kulturgüter 370
25 Explosivstoffe für zivile Zwecke und pyrotechnische Gegenstände 371
26 Medizinprodukte 373
27 Sportboote 379
28 Schiffsausrüstung 380

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

www.parlament.gv.at

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet das Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Einfuhr und Zulassung von Gebrauchtfahrzeugen

Andorra darf für die Einfuhr und Zulassung von Fahrzeugen, die bereits in der EU zugelassen sind, keine Beschränkungen oder Anforderungen auferlegen, die nicht auch für ähnliche Fahrzeuge gelten, die bereits in Andorra zugelassen sind. Dies umfasst unter anderem ein maximales Fahrzeugalter, Emissionsgrenzwerte oder technische Kontrollen.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 1

KRAFTFAHRZEUGE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31970 L 0157: Richtlinie 70/157/EWG des Rates vom 6. Februar 1970 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den zulässigen Geräuschpegel und die Auspuffvorrichtung von Kraftfahrzeugen (ABl. L 42 vom 23.2.1970, S. 16), geändert durch:

   – 31973 L 0350: Richtlinie 73/350/EWG der Kommission vom 7. November 1973 (ABl. L 321 vom 22.11.1973, S. 33)

   – 31977 L 0212: Richtlinie 77/212/EWG des Rates vom 8. März 1977 (ABl. L 66 vom 12.3.1977, S. 33)

   – 31981 L 0334: Richtlinie 81/334/EWG der Kommission vom 13. April 1981 (ABl. L 131 vom 18.5.1981, S. 6)

   – 31984 L 0372: Richtlinie 84/372/EWG der Kommission vom 3. Juli 1984 (ABl. L 196 vom 26.7.1984, S. 47)

   – 31984 L 0424: Richtlinie 84/424/EWG des Rates vom 3. September 1984 (ABl. L 238 vom 6.9.1984, S. 31)

   – 31989 L 0491: Richtlinie 89/491/EWG der Kommission vom 17. Juli 1989 (ABl. L 238 vom 15.8.1989, S. 43)

– 31992 L 0097: Richtlinie 92/97/EWG des Rates vom 10. November 1992 (ABl. L 371 vom 19.12.1992, S. 1)

– 31996 L 0020: Richtlinie 96/20/EG der Kommission vom 27. März 1996 (ABl. L 92 vom 13.4.1996, S. 23)

– 31999 L 0101: Richtlinie 1999/101/EG der Kommission vom 15. Dezember 1999 (ABl. L 334 vom 28.12.1999, S. 41)

– 32007 L 0034: Richtlinie 2007/34/EG der Kommission vom 14. Juni 2007 (ABl. L 155 vom 15.6.2007, S. 49)

– 32013 L 0015: Richtlinie 2013/15/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 172)

2. 32014 R 0540: Verordnung (EU) Nr. 540/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über den Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen und von Austauschschalldämpferanlagen sowie zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 70/157/EWG (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 131), geändert durch:

   – 32004 D 0090: Entscheidung 2004/90/EG der Kommission vom 23. Dezember 2003 (ABl. L 31 vom 4.2.2004, S. 21)

3. 32004 L 0104: Richtlinie der Kommission 2004/104/EG vom 14. Oktober 2004 zur Anpassung der Richtlinie 72/245/EWG des Rates über die Funkentstörung (elektromagnetische Verträglichkeit) von Kraftfahrzeugen an den technischen Fortschritt und zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebserlaubnis von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern (ABl. L 337 vom 13.11.2004, S. 13), berichtigt in ABl. L 56 vom 2.3.2005, S. 35

www.parlament.gv.at

4. 32005 L 0049: Richtlinie 2005/49/EG der Kommission vom 25. Juli 2005 zur Änderung der Richtlinie 72/245/EWG des Rates über die Funkentstörung (elektromagnetische Verträglichkeit) von Kraftfahrzeugen und der Richtlinie 70/156/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebserlaubnis für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger zwecks Anpassung an den technischen Fortschritt (ABl. L 194 vom 26.7.2005, S. 12)

5. 32005 L 0039: Richtlinie 2005/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 zur Änderung der Richtlinie 74/408/EWG des Rates über Kraftfahrzeuge hinsichtlich der Sitze, ihrer Verankerungen und Kopfstützen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 143)

6. 32005 L 0040: Richtlinie 2005/40/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 zur Änderung der Richtlinie 77/541/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Sicherheitsgurte und Haltesysteme für Kraftfahrzeuge (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 146)

7. 32005 L 0041: Richtlinie 2005/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 zur Änderung der Richtlinie 76/115/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Verankerungen der Sicherheitsgurte in Kraftfahrzeugen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 149)

8. 32005 L 0064: Richtlinie 2005/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 über die Typgenehmigung für Kraftfahrzeuge hinsichtlich ihrer Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit und zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG des Rates (ABl. L 310 vom 25.11.2005, S. 10), geändert durch:

   – 32009 L 0001: Richtlinie 2009/1/EG der Kommission vom 7. Januar 2009 (ABl. L 9 vom 14.1.2009, S. 31)

9. 32006 D 0368: Entscheidung 2006/368/EG der Kommission vom 20. März 2006 über die ausführlichen technischen Vorschriften für die Durchführung der in der Richtlinie 2005/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwendung von Frontschutzsystemen an Kraftfahrzeugen genannten Prüfungen (ABl. L 140 vom 29.5.2006, S. 33)

10. 32006 L 0040: Richtlinie 2006/40/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Emissionen aus Klimaanlagen in Kraftfahrzeugen und zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG des Rates (ABl. L 161 vom 14.6.2006, S. 12)

11. 32007 R 0706: Verordnung (EG) Nr. 706/2007 der Kommission vom 21. Juni 2007 zur Festlegung von Verwaltungsvorschriften für die EG-Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und eines harmonisierten Verfahrens für die Messung von Leckagen aus bestimmten Klimaanlagen nach der Richtlinie 2006/40/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 161 vom 22.6.2007, S. 33)

12. 32007 L 0038: Richtlinie 2007/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über die Nachrüstung von in der Gemeinschaft zugelassenen schweren Lastkraftwagen mit Spiegeln (ABl. L 184 vom 14.7.2007, S. 25)

13. 32007 R 0715: Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (ABl. L 171 vom 29.6.2007, S. 1), geändert durch:

   – 32009 R 0595: Verordnung (EG) Nr. 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 1), berichtigt in ABl. L 200 vom 31.7.2009, S. 52

– 32011 R 0566: Verordnung (EU) Nr. 566/2011 der Kommission vom 8. Juni 2011 (ABl. L 158 vom 16.6.2011, S. 1)

– 32012 R 0459: Verordnung (EU) Nr. 459/2012 der Kommission vom 29. Mai 2012 (ABl. L 142 vom 1.6.2012, S. 16)

– 32017 R 1151: Verordnung (EU) Nr. 2017/1151 der Kommission vom 1. Juni 2017 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 1)

– 32017 R 2400: Verordnung (EU) 2017/2400 der Kommission vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 349 vom 29.12.2017, S. 1)

– 32018 R 0858: Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1)

14. 32009 R 0595: Verordnung (EG) Nr. 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Motoren hinsichtlich der Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen (Euro VI) und über den Zugang zu Fahrzeugreparatur- und -wartungsinformationen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 und der Richtlinie 2007/46/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinien 80/1269/EWG, 2005/55/EG und 2005/78/EG (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 1), berichtigt in ABl. L 200 vom 31.7.2009, S. 52, geändert durch:

– 32011 R 0582: Verordnung (EU) Nr. 582/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 (ABl. L 167 vom 25.6.2011, S. 1)

– 32014 R 0133: Verordnung (EU) Nr. 133/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 (ABl. L 47 vom 18.2.2014, S. 1)

– 32018 R 0858: Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1)

15. 32017 R 1151: Verordnung (EU) 2017/1151 der Kommission vom 1. Juni 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Fahrzeugreparatur- und -wartungsinformationen, zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission sowie der Verordnung (EU) Nr. 1230/2012 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 66, geändert durch:

– 32017 R 1154: Verordnung (EU) 2017/1154 der Kommission vom 7. Juni 2017 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 708), berichtigt in ABl. L 256 vom 4.10.2017, S. 11

– 32017 R 1347: Verordnung (EU) 2017/1347 der Kommission vom 13. Juli 2017 (ABl. L 192 vom 24.7.2017, S. 1)

– 32018 R 1832: Verordnung (EU) 2018/1832 der Kommission vom 5. November 2018 (ABl. L 301 vom 27.11.2018, S. 1), berichtigt in ABl. L 263 vom 16.10.2019, S. 41

– 32020 R 0049: Verordnung (EU) 2020/49 der Kommission vom 21. Januar 2020 (ABl. L 17 vom 22.1.2020, S. 1)

16. 32017 R 1152: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1152 der Kommission vom 2. Juni 2017 zur Festlegung eines Verfahrens für die Ermittlung der Korrelationsparameter, die erforderlich sind, um der Änderung des Regelprüfverfahrens in Bezug auf leichte Nutzfahrzeuge Rechnung zu tragen, und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 293/2012 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 644)

17. 32017 R 1576: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1576 der Kommission vom 26. Juni 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 540/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an das Akustische Fahrzeug-Warnsystem (AVAS) für die EU-Typgenehmigung von Fahrzeugen (ABl. L 239 vom 19.9.2017, S. 3)

18. 32011 R 0582: Verordnung (EU) Nr. 582/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen (Euro VI) und zur Änderung der Anhänge I und III der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 167 vom 25.6.2011, S. 1), geändert durch:

    – 32012 R 0064: Verordnung (EU) Nr. 64/2012 der Kommission vom 23. Januar 2012 (ABl. L 28 vom 31.1.2012, S. 1)

    – 32014 R 0133: Verordnung (EU) Nr. 133/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 (ABl. L 47 vom 18.2.2014, S. 1)

    – 32014 R 0136: Verordnung (EU) Nr. 136/2014 der Kommission vom 11. Februar 2014 (ABl. L 43 vom 13.2.2014, S. 12)

    – 32014 R 0627: Verordnung (EU) Nr. 627/2014 der Kommission vom 12. Juni 2014 (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 28)

– 32016 R 1718: Verordnung (EU) 2016/1718 der Kommission vom 20. September 2016 (ABl. L 259 vom 27.9.2016, S. 1)

– 32017 R 1347: Verordnung (EU) 2017/1347 der Kommission vom 13. Juli 2017 (ABl. L 192 vom 24.7.2017, S. 1)

– 32017 R 2400: Verordnung (EU) 2017/2400 der Kommission vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 349 vom 29.12.2017, S. 1)

– 32018 R 0932: Verordnung (EU) 2018/932 der Kommission vom 29. Juni 2018 (ABl. L 165 vom 2.7.2018, S. 32)

– 32019 R 1939: Verordnung (EU) 2019/1939 der Kommission vom 7. November 2019 (ABl. L 303 vom 25.11.2019, S. 1)

– 32020 R 1181: Verordnung (EU) 2020/1181 der Kommission vom 7. August 2020 (ABl. L 263 vom 12.8.2020, S. 1)

19. 32017 R 2400: Verordnung (EU) 2017/2400 der Kommission vom 12. Dezember 2017 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bestimmung der CO_2-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs von schweren Nutzfahrzeugen sowie zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EU) Nr. 582/2011 der Kommission (ABl. L 349 vom 29.12.2017, S. 1), geändert durch:

– 32019 R 0318: Verordnung (EU) 2019/318 der Kommission vom 19. Februar 2019 (ABl. L 58 vom 26.2.2019, S. 1)

– 32020 R 1181: Verordnung (EU) 2020/1181 der Kommission vom 7. August 2020 (ABl. L 263 vom 12.8.2020, S. 1)

20. 32019 R 0543: Verordnung (EU) 2019/543 der Kommission vom 3. April 2019 zur Änderung des Anhangs IV der Verordnung (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Anhänge I, III und IV der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Aktualisierung der Bezugnahmen auf bestimmte Regelungen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und der Aufnahme bestimmter Regelungen (ABl. L 95 vom 4.4.2019, S. 1)

21. 32013 R 0168: Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 52), berichtigt in ABl. L 77 vom 23.3.2016, S. 65, geändert durch:

– 32014 R 0134: Delegierte Verordnung (EU) 134/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2013 (ABl. L 53 vom 21.2.2014, S. 1)

– 32019 R 0129: Verordnung (EU) 2019/129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Januar 2019 (ABl. L 30 vom 31.1.2019, S. 106)

– 32020 R 1694: Verordnung (EU) 2020/1694 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. November 2020 (ABl. L 381 vom 13.11.2020, S. 4)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Angesichts des Beschlusses der EU, die Rechte und Pflichten Andorras im Hinblick darauf, EU-Typgenehmigungen zu erteilen und andere als von den EU-Mitgliedstaaten eingerichtete oder benannte technische Dienste der EU zu benennen, nicht auszuweiten, gilt Folgendes:

a) In Bezug auf die EU-Typgenehmigung finden die Artikel 6, 7, 11, 25 bis 37, 40, 41, 49, 51, 52 und 61 bis 71 keine Anwendung.

b) Artikel 42 Absatz 9 erhält folgende Fassung: „Die Genehmigungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten können die von Andorra ausgestellte nationale Typgenehmigung akzeptieren, wenn sie davon ausgehen, dass die nationalen technischen Anforderungen Andorras, nach denen das Fahrzeug genehmigt wurde, mit ihren eigenen Anforderungen gleichwertig sind. Diese Genehmigung gilt nur in dem Mitgliedstaat, der die Gleichwertigkeit anerkennt."

c) Artikel 53 Absatz 1 erhält folgende Fassung: „Jede Entscheidung aufgrund dieser Verordnung und jede Entscheidung, durch die die Zulassung verweigert, das Inverkehrbringen, die Zulassung oder die Inbetriebnahme eines Fahrzeugs verboten oder beschränkt oder die Rücknahme eines Fahrzeugs vom Markt gefordert wird, ist genau zu begründen."

Ungeachtet dieser Ausnahmen akzeptiert Andorra für Fahrzeuge, Systeme, Bauteile und Teile, die in Verkehr gebracht werden sollen, die von den EU-Typgenehmigungsbehörden ausgestellten EU- und UN-Bescheinigungen und ihre Kennzeichnungen als Nachweis der Konformität ohne erneute Prüfung oder Kennzeichnung (über die bereits in den EU-Verordnungen/-Richtlinien oder UN-Regelungen vorgeschriebenen Kennzeichnungen oder Etiketten hinaus). In Bezug auf UN-Bescheinigungen und -Kennzeichnungen gilt dies nur für UNECE-Regelungen von 1958, die die EU anwendet.

www.parlament.gv.at

Bei den UNECE-Regelungen von 1958, die sowohl die EU als auch Andorra in denselben Fassungen anwenden, erkennt die EU die von Andorra rechtmäßig ausgestellten UN-Bescheinigungen an.

Andorra ist verpflichtet, die Bestimmungen der EU-Rechtsvorschriften für Kraftfahrzeuge zur Marktüberwachung anzuwenden. Andorra kann diese Aufgabe ganz oder teilweise an die Marktüberwachungsbehörde eines EU-Mitgliedstaats seiner Wahl auslagern.

Diese Anpassungen gelten entsprechend für die Bestimmungen über die EU-Typgenehmigung in folgenden Rechtsakten:

– 32014 R 0044: Delegierte Verordnung (EU) 44/2014 der Kommission vom 21. November 2013 (ABl. L 25 vom 28.1.2014, S. 1)

– 32014 R 0134: Delegierte Verordnung (EU) 134/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2013 (ABl. L 53 vom 21.2.2014, S. 1)

– 32014 R 0901: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 901/2014 der Kommission vom 18. Juli 2014 (ABl. L 249 vom 22.8.2014, S. 1)

22. 32014 R 0003: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 3/2014 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die funktionale Sicherheit von Fahrzeugen für die Genehmigung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 7 vom 10.1.2014, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 1824: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1824 der Kommission vom 14. Juli 2016 (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 1)

23. 32014 R 0044: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 44/2014 der Kommission vom 21. November 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die Bauweise von Fahrzeugen und der allgemeinen Anforderungen im Zusammenhang mit der Typgenehmigung von zwei-, drei- und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 25 vom 28.1.2014, S. 1), geändert durch:

   – 32016 R 1824: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1824 der Kommission vom 14. Juli 2016 (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 1)

   – 32018 R 0295: Delegierte Verordnung (EU) 2018/295 der Kommission vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 1)

24. 32014 R 0901: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 901/2014 der Kommission vom 18. Juli 2014 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Verwaltungsvorschriften für die Genehmigung und Marktüberwachung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 249 vom 22.8.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 158 vom 21.6.2017, S. 51, geändert durch:

   – 32016 R 1825: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1825 der Kommission vom 6. September 2016 (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 47), berichtigt in ABl. L 23 vom 28.1.2017, S. 122

   – 32020 R 0239: Durchführungsverordnung (EU) 2020/239 der Kommission vom 20. Februar 2020 (ABl. L 48 vom 21.2.2020, S. 6)

25. 32014 R 0134: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 134/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und die Leistung der Antriebseinheit sowie zur Änderung ihres Anhangs V (ABl. L 53 vom 21.2.2014, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 1824: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1824 der Kommission vom 14. Juli 2016 (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 1)

26. 32015 R 0758: Verordnung (EU) 2015/758 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über Anforderungen für die Typgenehmigung zur Einführung des auf dem 112-Notruf basierenden bordeigenen eCall-Systems in Fahrzeugen und zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 77), geändert durch:

– 32017 R 0079: Delegierte Verordnung (EU) 2017/79 der Kommission vom 12. September 2016 (ABl. L 12 vom 17.1.2017, S. 44)

27. 32017 R 0078: Durchführungsverordnung (EU) 2017/78 der Kommission vom 15. Juli 2016 zur Festlegung von Verwaltungsvorschriften für die EG-Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen bezüglich der auf dem 112-Notruf basierenden bordeigenen eCall-Systeme und einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der Verordnung (EU) 2015/758 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Privatsphäre und des Datenschutzes für die Benutzer solcher Systeme (ABl. L 12 vom 17.1.2017, S. 26)

28. 32017 R 0079: Delegierte Verordnung (EU) 2017/79 der Kommission vom 12. September 2016 zur Festlegung detaillierter technischer Anforderungen und Prüfverfahren für die EG-Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer auf dem 112-Notruf basierenden bordeigenen eCall-Systeme, von auf dem 112-Notruf basierenden bordeigenen selbstständigen technischen eCall-Einheiten und Bauteilen und zur Ergänzung und Änderung der Verordnung (EU) 2015/758 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Ausnahmen und die anzuwendenden Normen (ABl. L 12 vom 17.1.2017, S. 44)

29. 32019 R 0026: Verordnung (EU) 2019/26 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Januar 2019 zur Ergänzung der Unionsvorschriften über die Typgenehmigung angesichts des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Union (ABl. L 8I vom 10.1.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 11 vom 14.1.2019, S. 34

30. 32018 R 0858: Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 2144: Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 1)

   – 32021 R 1244: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1244 der Kommission vom 20. Mai 2021 (ABl. L 272 vom 30.7.2021, S. 16)

   – 32021 R 1445: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1445 der Kommission vom 23. Juni 2021 (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 4)

   – 32022 R 2236: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2236 der Kommission vom 20. Juni 2022 (ABl. L 296 vom 16.11.2022, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Angesichts des Beschlusses der EU, die Rechte und Pflichten Andorras im Hinblick darauf, EU-Typgenehmigungen zu erteilen und andere als von den EU-Mitgliedstaaten eingerichtete oder benannte technische Dienste der EU zu benennen, nicht auszuweiten, gilt Folgendes:

a) Auf die EU-Typgenehmigung finden die Artikel 6, 7, 22 bis 34, 37, 39, 40, 41, 44, 54, 67 bis 81, 84 und 89, Anhang III, Anhang IV, Anhang VII, Anhang VIII, Anhang IX und Anhang X keine Anwendung.

b) Die Artikel 43 und 46 erhalten folgende Fassung: „Die Genehmigungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten können die von Andorra ausgestellte nationale Typgenehmigung akzeptieren, wenn sie davon ausgehen, dass die nationalen technischen Anforderungen Andorras, nach denen das Fahrzeug genehmigt wurde, mit ihren eigenen Anforderungen gleichwertig sind. Diese Genehmigung gilt nur in dem Mitgliedstaat, der die Gleichwertigkeit anerkennt."

c) Artikel 53 erhält folgende Fassung: „Jede Entscheidung aufgrund dieser Verordnung und jede Entscheidung, durch die die Zulassung verweigert, das Inverkehrbringen, die Zulassung oder die Inbetriebnahme eines Fahrzeugs verboten oder beschränkt oder die Rücknahme eines Fahrzeugs vom Markt gefordert wird, ist genau zu begründen."

www.parlament.gv.at

Ungeachtet dieser Ausnahmen akzeptiert Andorra für Fahrzeuge, Systeme, Bauteile und Teile, die in Verkehr gebracht werden sollen, die von den EU-Typgenehmigungsbehörden ausgestellten EU- und UN-Bescheinigungen und ihre Kennzeichnungen als Nachweis der Konformität ohne erneute Prüfung oder Kennzeichnung (über die bereits in den EU-Verordnungen/-Richtlinien oder UN-Regelungen vorgeschriebenen Kennzeichnungen oder Etiketten hinaus). In Bezug auf UN-Bescheinigungen und -Kennzeichnungen gilt dies nur für UNECE-Regelungen von 1958, die die EU anwendet.

Bei den UNECE-Regelungen von 1958, die sowohl die EU als auch Andorra in denselben Fassungen anwenden, erkennt die EU die von Andorra rechtmäßig ausgestellten UN-Bescheinigungen an.

Andorra wendet die EU-Rechtsvorschriften für Kraftfahrzeuge zur Marktüberwachung an, einschließlich der Mindestanzahl der zu prüfenden Fahrzeuge. Andorra kann diese Aufgabe ganz oder teilweise an die Marktüberwachungsbehörde eines EU-Mitgliedstaats seiner Wahl auslagern.

31. 32022 R 1209: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1209 der Kommission vom 5. Mai 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Verfahrens für die Verhängung von Geldbußen und der Methoden für deren Berechnung und Erhebung (ABl. L 187 vom 14.7.2022, S. 19)

32. 32022 R 0163: Durchführungsverordnung (EU) 2022/163 der Kommission vom 7. Februar 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich funktioneller Anforderungen an die Marktüberwachung von Fahrzeugen, Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten (ABl. L 27 vom 8.2.2022, S. 1)

33. 32020 R 0683: Durchführungsverordnung (EU) 2020/683 der Kommission vom 15. April 2020 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der administrativen Anforderungen für die Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (ABl. L 163 vom 26.5.2020, S. 1)

34. 32020 R 1812: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1812 der Kommission vom 1. Dezember 2020 zur Festlegung der Vorschriften für den Online-Datenaustausch und die Meldung von EU-Typgenehmigungen gemäß der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 404 vom 2.12.2020, S. 5)

35. 32021 R 0133: Durchführungsverordnung (EU) 2021/133 der Kommission vom 4. Februar 2021 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Grundformats, der Grundstruktur und der Mittel zum Austausch der Datensätze der Übereinstimmungsbescheinigung in elektronischem Format (ABl. L 42 vom 5.2.2021, S. 1)

36. 32019 R 2144: Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge im Hinblick auf ihre allgemeine Sicherheit und den Schutz der Fahrzeuginsassen und von ungeschützten Verkehrsteilnehmern, zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 78/2009, (EG) Nr. 79/2009 und (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnungen (EG) Nr. 631/2009, (EU) Nr. 406/2010, (EU) Nr. 672/2010, (EU) Nr. 1003/2010, (EU) Nr. 1005/2010, (EU) Nr. 1008/2010, (EU) Nr. 1009/2010, (EU) Nr. 19/2011, (EU) Nr. 109/2011, (EU) Nr. 458/2011, (EU) Nr. 65/2012, (EU) Nr. 130/2012, (EU) Nr. 347/2012, (EU) Nr. 351/2012, (EU) Nr. 1230/2012 und (EU) 2015/166 der Kommission (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 29, geändert durch:

– 32021 R 1243: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1243 der Kommission vom 19. April 2021 (ABl. L 272 vom 30.7.2021, S. 11)

– 32021 R 1341: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1341 der Kommission vom 23. April 2021 (ABl. L 292 vom 16.8.2021, S. 4)

– 32021 R 1958: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1958 der Kommission vom 23. Juni 2021 (ABl. L 409 vom 17.11.2021, S. 1)

– 32022 R 0545: Delegierte Verordnung (EU) 2022/545 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 107 vom 6.4.2022, S. 18)

– 32022 R 1398: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1398 der Kommission vom 8. Juni 2022 (ABl. L 213 vom 16.8.2022, S. 1)

37. 32021 R 0535: Durchführungsverordnung (EU) 2021/535 der Kommission vom 31. März 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich einheitlicher Verfahren und technischer Spezifikationen für die Typgenehmigung von Fahrzeugen sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge im Hinblick auf ihre allgemeinen Baumerkmale und ihre Sicherheit (ABl. L 117 vom 6.4.2021, S. 1)

38. 32021 R 0646: Durchführungsverordnung (EU) 2021/646 der Kommission vom 19. April 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf einheitliche Verfahren und technische Spezifikationen für die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer Notfall-Spurhalteassistenten (ABl. L 133 vom 20.4.2021, S. 31), berichtigt in ABl. L 145 vom 28.4.2021, S. 42

39. 32021 R 1243: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1243 der Kommission vom 19. April 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung detaillierter Vorschriften für die Vorrichtung zum Einbau einer alkoholempfindlichen Wegfahrsperre in Kraftfahrzeugen und zur Änderung des Anhangs II der genannten Verordnung (ABl. L 272 vom 30.7.2021, S. 11)

40. 32021 R 1341: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1341 der Kommission vom 23. April 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung detaillierter Vorschriften für die spezifischen Prüfverfahren und technischen Anforderungen für die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer Warnsysteme bei Müdigkeit und nachlassender Aufmerksamkeit des Fahrers sowie zur Änderung von Anhang II der genannten Verordnung (ABl. L 292 vom 16.8.2021, S. 4)

41. 32021 R 1958: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1958 der Kommission vom 23. Juni 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung detaillierter Vorschriften für die spezifischen Prüfverfahren und technischen Anforderungen für die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer intelligenten Geschwindigkeitsassistenten und für die Typgenehmigung von intelligenten Geschwindigkeitsassistenten als selbstständige technische Einheiten sowie zur Änderung von Anhang II der genannten Verordnung (ABl. L 409 vom 17.11.2021, S. 1)

42. 32022 R1426: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1426 der Kommission vom 5. August 2022 mit detaillierten Regelungen zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die einheitlichen Verfahren und technischen Spezifikationen für die Typgenehmigung des automatisierten Fahrsystems (ADS) vollautomatisierter Fahrzeuge (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 1)

43. 32022 R 0545: Delegierte Verordnung (EU) 2022/545 der Kommission vom 26. Januar 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung detaillierter Vorschriften für die spezifischen Prüfverfahren und technischen Anforderungen für die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer Ereignisdatenspeicher und für die Typgenehmigung von Ereignisdatenspeichern als selbstständige technische Einheiten sowie zur Änderung von Anhang II der genannten Verordnung (ABl. L 107 vom 6.4.2022, S. 18)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52007 SC 0169: Erläuternde Mitteilung der Kommission 2007/C 68/04 zu den Zulassungsverfahren für Kraftfahrzeuge, die aus einem Mitgliedstaat in einen anderen verbracht wurden (ABl. C 68 vom 24.3.2007, S. 15)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTLICHE ZUGMASCHINEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32008 L 0002: Richtlinie 2008/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2008 über das Sichtfeld und die Scheibenwischer von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. L 24 vom 29.1.2008, S. 30)

2. 32013 R 0167: Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Februar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 1322: Delegierte Verordnung (EU) 1322/2014 der Kommission vom 19. September 2014 (ABl. L 364 vom 18.12.2014, S. 1)

   – 32016 R 1628: Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 53), berichtigt in ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 29

   – 32016 R 1788: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1788 der Kommission vom 14. Juli 2016 (ABl. L 277 vom 13.10.2016, S. 1)

   – 32018 R 0985: Delegierte Verordnung (EU) 2018/985 der Kommission vom 12. Februar 2018 (ABl. L 182 vom 18.7.2018, S. 1)

– 32018 R 0830: Delegierte Verordnung (EU) 2018/830 der Kommission vom 9. März 2018 (ABl. L 140 vom 6.6.2018, S. 15)

– 32019 R 0519: Verordnung (EU) 2019/519 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 (ABl. L 91 vom 29.3.2019, S. 42)

– 32020 R 1564: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1564 der Kommission vom 6. August 2020 (ABl. L 358 vom 28.10.2020, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Angesichts des Beschlusses der EU, die Rechte und Pflichten Andorras im Hinblick darauf, EU-Typgenehmigungen zu erteilen und andere als von den EU-Mitgliedstaaten eingerichtete oder benannte technische Dienste der EU zu benennen, nicht auszuweiten, gilt Folgendes:

a) In Bezug auf die EU-Typgenehmigung finden die Artikel 5, 6, 20 bis 32, 35, 36 und 57 bis 67 keine Anwendung.

b) Artikel 37 Absatz 8 erhält folgende Fassung: „Die Genehmigungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten können die von Andorra ausgestellte nationale Typgenehmigung akzeptieren, wenn sie davon ausgehen, dass die nationalen technischen Anforderungen Andorras, nach denen das Fahrzeug genehmigt wurde, mit ihren eigenen Anforderungen gleichwertig sind. Diese Genehmigung gilt nur in dem Mitgliedstaat, der die Gleichwertigkeit anerkennt.“

c) Artikel 48 Absatz 1 erhält folgende Fassung: „Jede Entscheidung aufgrund dieser Verordnung und jede Entscheidung, durch die die Zulassung verweigert, das Inverkehrbringen, die Zulassung oder die Inbetriebnahme eines Fahrzeugs verboten oder beschränkt oder die Rücknahme eines Fahrzeugs vom Markt gefordert wird, ist genau zu begründen."

Ungeachtet dieser Ausnahmen akzeptiert Andorra für Fahrzeuge, Systeme, Bauteile und Teile, die in Verkehr gebracht werden sollen, die von den EU-Typgenehmigungsbehörden ausgestellten EU- und UN-Bescheinigungen sowie die OECD-Prüfberichte und Bescheinigungen, die von den benannten nationalen Behörden der EU ausgestellt wurden, sowie ihre Kennzeichnungen als Nachweis der Konformität ohne erneute Prüfung oder Kennzeichnung (über die bereits in den EU-Verordnungen/-Richtlinien oder UN-Regelungen vorgeschriebenen Kennzeichnungen oder Etiketten hinaus). In Bezug auf UN-Bescheinigungen und -Kennzeichnungen gilt dies nur für UNECE-Regelungen von 1958, die die EU anwendet.

Bei den UNECE-Regelungen von 1958, die sowohl die EU als auch Andorra in denselben Fassungen anwenden, erkennt die EU die von Andorra rechtmäßig ausgestellten UN-Bescheinigungen an.

Andorra ist verpflichtet, die Bestimmungen der EU-Rechtsvorschriften für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge zur Marktüberwachung anzuwenden. Andorra kann diese Aufgabe ganz oder teilweise an die Marktüberwachungsbehörde eines EU-Mitgliedstaats seiner Wahl auslagern.

Die Anpassungen gelten entsprechend für die Bestimmungen über die EU-Typgenehmigung in folgenden Rechtsakten:

– 32014 R 1322: Delegierte Verordnung (EU) 1322/2014 der Kommission vom 19. September 2014 (ABl. L 364 vom 18.12.2014, S. 1)

– 32015 R 0068: Delegierte Verordnung (EU) 2015/68 der Kommission vom 15. Oktober 2014 (ABl. L 17 vom 23.1.2015, S. 1)

– 32015 R 0208: Delegierte Verordnung (EU) 2015/208 der Kommission vom 8. Dezember 2014 (ABl. L 42 vom 17.2.2015, S. 1)

– 32015 R 0504: Durchführungsverordnung (EU) 2015/504 der Kommission vom 11. März 2015 (ABl. L 85 vom 28.3.2015, S. 1)

3. 32014 R 1322: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1322/2014 der Kommission vom 19. September 2014 zur Ergänzung und Änderung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die Bauweise von Fahrzeugen und der allgemeinen Anforderungen im Zusammenhang mit der Typgenehmigung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 364 vom 18.12.2014, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 1788: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1788 der Kommission vom 14. Juli 2016 (ABl. L 277 vom 13.10.2016, S. 1)

4. 32015 R 0068: Delegierte Verordnung (EU) 2015/68 der Kommission vom 15. Oktober 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen für die Bremsen von Fahrzeugen im Zusammenhang mit der Typgenehmigung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 17 vom 23.1.2015, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 1788: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1788 der Kommission vom 14. Juli 2016 (ABl. L 277 vom 13.10.2016, S. 1)

– 32018 R 0828: Delegierte Verordnung (EU) 2018/828 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 140 vom 6.6.2018, S. 5)

5. 32018 R 0985: Delegierte Verordnung (EU) 2018/985 der Kommission vom 12. Februar 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und die Leistung der Antriebseinheit land- und forstwirtschaftlicher Fahrzeuge und ihrer Motoren und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) 2015/96 der Kommission (ABl. L 182 vom 18.7.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 1564: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1564 der Kommission vom 6. August 2020 (ABl. L 358 vom 28.10.2020, S. 1)

   – 32022 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 2022/518 der Kommission vom 13. Januar 2022 (ABl. L 104 vom 1.4.2022, S. 56)

6. 32015 R 0504: Durchführungsverordnung (EU) 2015/504 der Kommission vom 11. März 2015 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Verwaltungsvorschriften für die Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 85 vom 28.3.2015, S. 1), geändert durch:

   – 32016 R 1789: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1789 der Kommission vom 7. September 2016 (ABl. L 277 vom 13.10.2016, S. 60)

   – 32018 R 0128: Durchführungsverordnung (EU) 2018/128 der Kommission vom 25. Januar 2018 (ABl. L 22 vom 26.1.2018, S. 16)

   – 32018 R 0986: Durchführungsverordnung (EU) 2018/986 der Kommission vom 3. April 2018 (ABl. L 182 vom 18.7.2018, S. 16)

7. 32015 R 0208: Delegierte Verordnung (EU) 2015/208 der Kommission vom 8. Dezember 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die funktionale Sicherheit von Fahrzeugen für die Genehmigung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 42 vom 17.2.2015, S. 1), geändert durch:

   – 32016 R 1788: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1788 der Kommission vom 14. Juli 2016 (ABl. L 277 vom 13.10.2016, S. 1)

   – 32018 R 0829: Delegierte Verordnung (EU) 2018/829 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 140 vom 6.6.2018, S. 8)

   – 32020 R 0540: Delegierte Verordnung (EU) 2020/540 der Kommission vom 21. Januar 2020 (ABl. L 121 vom 20.4.2020, S. 1)

KAPITEL 3

HEBEZEUGE UND FÖRDERGERÄTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31973 L 0361: Richtlinie 73/361/EWG des Rates vom 19. November 1973 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Bescheinigungen und Kennzeichnungen für Drahtseile, Ketten und Lasthaken (ABl. L 335 vom 5.12.1973, S. 51)

2. 32014 L 0033: Richtlinie 2014/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aufzüge und Sicherheitsbauteile für Aufzüge (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 251)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31995 X 0216: Empfehlung 95/216/EG der Kommission vom 8. Juni 1995 über die Verbesserung der Sicherheit der vorhandenen Aufzüge (ABl. L 137 vom 20.6.1995, S. 37)

KAPITEL 4

HAUSHALTSGERÄTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32017 R 1369: Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2017 zur Festlegung eines Rahmens für die Energieverbrauchskennzeichnung und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/30/EU (ABl. L 198 vom 28.7.2017, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 0740: Verordnung (EU) 2020/740 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 (ABl. L 177 vom 5.6.2020, S. 1), berichtigt in ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 46, und ABl. L 147 vom 30.4.2021, S. 23

2. 32012 R 0392: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 392/2012 der Kommission vom 1. März 2012 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Kennzeichnung von Haushaltswäschetrocknern in Bezug auf den Energieverbrauch (ABl. L 123 vom 9.5.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 124 vom 11.5.2012, S. 56, geändert durch:

   – 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 60

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

   – 32020 R 1059: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1059 der Kommission vom 27. April 2020 (ABl. L 232 vom 20.7.2020, S. 28)

www.parlament.gv.at

3. 32011 R 0626: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 626/2011 der Kommission vom 4. Mai 2011 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Kennzeichnung von Luftkonditionierern in Bezug auf den Energieverbrauch (ABl. L 178 vom 6.7.2011, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 60

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

   – 32020 R 1059: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1059 der Kommission vom 27. April 2020 (ABl. L 232 vom 20.7.2020, S. 28)

4. 32014 R 1254: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1254/2014 der Kommission vom 11. Juli 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Kennzeichnung von Wohnraumlüftungsgeräten in Bezug auf den Energieverbrauch (ABl. L 337 vom 25.11.2014, S. 27), geändert durch:

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

   – 32020 R 0987: Delegierte Verordnung (EU) 2020/987 der Kommission vom 20. Januar 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 1)

5. 32015 R 1186: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1186 der Kommission vom 24. April 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Einzelraumheizgeräten (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 20), geändert durch:

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

6. 32015 R 1187: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1187 der Kommission vom 27. April 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Festbrennstoffkesseln und Verbundanlagen aus einem Festbrennstoffkessel, Zusatzheizgeräten, Temperaturreglern und Solareinrichtungen (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 43), geändert durch:

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

7. 32015 R 1094: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1094 der Kommission vom 5. Mai 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von gewerblichen Kühllagerschränken (ABl. L 177 vom 8.7.2015, S. 2), geändert durch:

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

8. 32013 R 0811: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 811/2013 der Kommission vom 18. Februar 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energiekennzeichnung von Raumheizgeräten, Kombiheizgeräten, Verbundanlagen aus Raumheizgeräten, Temperaturreglern und Solareinrichtungen sowie von Verbundanlagen aus Kombiheizgeräten, Temperaturreglern und Solareinrichtungen (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 60

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

9. 32013 R 0812: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 812/2013 der Kommission vom 18. Februar 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieeffizienzkennzeichnung von Warmwasserbereitern, Warmwasserspeichern und Verbundanlagen aus Warmwasserbereitern und Solareinrichtungen (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 83), geändert durch:

   – 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 60

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

   – 32018 R 0543: Delegierte Verordnung (EU) 2018/543 der Kommission vom 23. Januar 2018 (ABl. L 90 vom 6.4.2018, S. 63)

10. 32014 R 0065: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 65/2014 der Kommission vom 1. Oktober 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsbacköfen und -dunstabzugshauben (ABl. L 29 vom 31.1.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 61 vom 5.3.2015, S. 26, geändert durch:

    – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

11. 32019 R 0424: Verordnung (EU) 2019/424 der Kommission vom 15. März 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Server und Datenspeicherprodukte gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 617/2013 der Kommission (ABl. L 74 vom 18.3.2019, S. 46), geändert durch:

    – 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

12. 32019 R 1784: Verordnung (EU) 2019/1784 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Schweißgeräten gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 121)

13. 32019 R 2013: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2013 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung elektronischer Displays und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1062/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 18, geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

14. 32019 R 2014: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2014 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltswaschmaschinen und Haushaltswaschtrocknern sowie zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1061/2010 der Kommission und der Richtlinie 96/60/EG der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 29), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 19, geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

15. 32019 R 2015: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2015 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Lichtquellen und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 874/2012 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 68), geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

16. 32019 R 2016: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2016 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1060/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 102), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 21, geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

17. 32019 R 2017: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2017 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsgeschirrspülern und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1059/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 134), geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

18. 32019 R 2018: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2018 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten mit Direktverkaufsfunktion (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 155), geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

19. 32019 R 2019: Verordnung (EU) 2019/2019 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Kühlgeräte gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 643/2009 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 187), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

20. 32019 R 2020: Verordnung (EU) 2019/2020 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Lichtquellen und separate Betriebsgeräte gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 244/2009, (EG) Nr. 245/2009 und (EU) Nr. 1194/2012 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 209), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

21. 32019 R 2021: Verordnung (EU) 2019/2021 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an elektronische Displays gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 642/2009 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 241), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

22. 32019 R 2022: Verordnung (EU) 2019/2022 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Haushaltsgeschirrspüler gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1016/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 267), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

23. 32019 R 2023: Verordnung (EU) 2019/2023 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Haushaltswaschmaschinen und Haushaltswaschtrockner gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1015/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 285), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

24. 32019 R 2024: Verordnung (EU) 2019/2024 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Kühlgeräte mit Direktverkaufsfunktion gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 313), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

www.parlament.gv.at

25. 32009 L 0125: Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte (ABl. L 285 vom 31.10.2009, S. 10)

26. 32013R0813: Verordnung (EU) Nr. 813/2013 der Kommission vom 2. August 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Raumheizgeräten und Kombiheizgeräten (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 136)

27. 32013R0814: Verordnung (EU) Nr. 814/2013 der Kommission vom 2. August 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Warmwasserbereitern und Warmwasserspeichern (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 162)

28. 32019 R 1781: Verordnung (EU) 2019/1781 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Elektromotoren und Drehzahlregelungen gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 641/2009 im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von externen Nassläufer-Umwälzpumpen und in Produkte integrierten Nassläufer-Umwälzpumpen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 640/2009 der Kommission (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 74), geändert durch:

    – 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

29. 32019 R 1782: Verordnung (EU) 2019/1782 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an externe Netzteile gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 278/2009 der Kommission (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 95)

30. 32012 R 0206: Verordnung (EU) Nr. 206/2012 der Kommission vom 6. März 2012 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Raumklimageräten und Komfortventilatoren (ABl. L 72 vom 10.3.2012, S. 7), geändert durch:

   – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

31. 32011 R 0327: Verordnung (EU) Nr. 327/2011 der Kommission vom 30. März 2011 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Ventilatoren, die durch Motoren mit einer elektrischen Eingangsleistung zwischen 125 W und 500 kW angetrieben werden (ABl. L 90 vom 6.4.2011, S. 8), geändert durch:

   – 32013 R 0666: Verordnung (EU) Nr. 666/2013 der Kommission vom 8. Juli 2013 (ABl. L 192 vom 13.7.2013, S. 24)

   – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

32. 32012 R 0932: Verordnung (EU) Nr. 932/2012 der Kommission vom 3. Oktober 2012 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Haushaltswäschetrocknern (ABl. L 278 vom 12.10.2012, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

33. 32012 R 0547: Verordnung (EU) Nr. 547/2012 der Kommission vom 25. Juni 2012 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Wasserpumpen (ABl. L 165 vom 26.6.2012, S. 28), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

34. 32014 R 0548: Verordnung (EU) Nr. 548/2014 der Kommission vom 21. Mai 2014 zur Umsetzung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Kleinleistungs-, Mittelleistungs- und Großleistungstransformatoren (ABl. L 152 vom 22.5.2014, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

– 32019 R 1783: Verordnung (EU) 2019/1783 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 107)

35. 32013 R 0617: Verordnung (EU) Nr. 617/2013 der Kommission vom 26. Juni 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Computern und Computerservern (ABl. L 175 vom 27.6.2013, S. 13), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

36. 32013 R 0666: Verordnung (EU) Nr. 666/2013 der Kommission vom 8. Juli 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Staubsaugern (ABl. L 192 vom 13.7.2013, S. 24), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

37. 32014 R 0066: Verordnung (EU) Nr. 66/2014 der Kommission vom 14. Januar 2014 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Haushaltsbacköfen, -kochmulden und -dunstabzugshauben (ABl. L 29 vom 31.1.2014, S. 33), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

38. 32014 R 1253: Verordnung (EU) Nr. 1253/2014 der Kommission vom 7. Juli 2014 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Lüftungsanlagen (ABl. L 337 vom 25.11.2014, S. 8), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

– 32020 R 1000: Verordnung (EU) 2020/1000 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 105)

39. 32015 R 1185: Verordnung (EU) 2015/1185 der Kommission vom 24. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Festbrennstoff-Einzelraumheizgeräten (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

40. 32015 R 1189: Verordnung (EU) 2015/1189 der Kommission vom 28. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Festbrennstoffkesseln (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 100), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

41. 32015 R 1095: Verordnung (EU) 2015/1095 der Kommission vom 5. Mai 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von gewerblichen Kühllagerschränken, Schnellkühlern/-frostern, Verflüssigungssätzen und Prozesskühlern (ABl. L 177 vom 8.7.2015, S. 19), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

42. 32015 R 1188: Verordnung (EU) 2015/1188 der Kommission vom 28. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Einzelraumheizgeräten (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 76), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

43. 32016 R 2281: Verordnung (EU) 2016/2281 der Kommission vom 30. November 2016 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte im Hinblick auf Luftheizungsprodukte, Kühlungsprodukte, Prozesskühler mit hoher Betriebstemperatur und Gebläsekonvektoren (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

44. 32008 R 1275: Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission vom 17. Dezember 2008 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an den Stromverbrauch elektrischer und elektronischer Haushalts- und Bürogeräte im Bereitschafts- und im Aus-Zustand (ABl. L 339 vom 18.12.2008, S. 45), geändert durch:

– 32009 R 0642: Verordnung (EG) Nr. 642/2009 der Kommission vom 22. Juli 2009 (ABl. L 191 vom 23.7.2009, S. 42)

– 32013 R 0617: Verordnung (EU) Nr. 617/2013 der Kommission vom 26. Juni 2013 (ABl. L 175 vom 27.6.2013, S. 13)

– 32013 R 0801: Verordnung (EU) Nr. 801/2013 der Kommission vom 22. August 2013 (ABl. L 225 vom 23.8.2013, S. 1)

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

– 32019 R 2021: Verordnung (EU) 2019/2021 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 241)

– 32019 R 2022: Verordnung (EU) 2019/2022 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 267)

– 32019 R 2023: Verordnung (EU) 2019/2023 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 285)

45. 32009 R 0107: Verordnung (EG) Nr. 107/2009 der Kommission vom 4. Februar 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Set-Top-Boxen (ABl. L 36 vom 5.2.2009, S. 8), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

46. 32009 R 0640: Verordnung (EG) Nr. 640/2009 der Kommission vom 22. Juli 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Elektromotoren (ABl. L 191 vom 23.7.2009, S. 26), geändert durch:

– 32014 R 0004: Verordnung (EU) Nr. 4/2014 der Kommission vom 6. Januar 2014 (ABl. L 2 vom 7.1.2014, S. 1)

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

47. 32009 R 0641: Verordnung (EG) Nr. 641/2009 der Kommission vom 22. Juli 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von externen Nassläufer-Umwälzpumpen und in Produkte integrierten Nassläufer-Umwälzpumpen (ABl. L 191 vom 23.7.2009, S. 35), geändert durch:

– 32012 R 0622: Verordnung (EU) Nr. 622/2012 der Kommission vom 11. Juli 2012 (ABl. L 180 vom 12.7.2012, S. 4)

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

– 32019 R 1781: Verordnung (EU) 2019/1781 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 74)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32008 D 0591: Beschluss 2008/591/EG der Kommission vom 30. Juni 2008 über das Ökodesign-Konsultationsforum (ABl. L 190 vom 18.7.2008, S. 22)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 5

GASGERÄTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31992 L 0042: Richtlinie 92/42/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 über die Wirkungsgrade von mit flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen beschickten neuen Warmwasserheizkesseln (ABl. L 167 vom 22.6.1992, S. 17), geändert durch:

   – 31993 L 0068: Richtlinie 93/68/EWG des Rates vom 22. Juli 1993 (ABl. L 220 vom 30.8.1993, S. 1)

   – 32005 L 0032: Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2005 (ABl. L 191 vom 22.7.2005, S. 29)

2. 32016 R 0426: Verordnung (EU) 2016/426 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Geräte zur Verbrennung gasförmiger Brennstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/142/EG

KAPITEL 6

DRUCKBEHÄLTER

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31975 L 0324: Richtlinie 75/324/EWG des Rates vom 20. Mai 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aerosolpackungen (ABl. L 147 vom 9.6.1975, S. 40), geändert durch:

   – 394 L 0001: Richtlinie 94/1/EG der Kommission vom 6. Januar 1994 (ABl. L 23 vom 28.1.1994, S. 28)

   – 32008 L 0047: Richtlinie 2008/47/EG der Kommission vom 8. April 2008 (ABl. L 96 vom 9.4.2008, S. 15)

   – 32013 L 0010: Richtlinie 2013/10/EU der Kommission vom 19. März 2013 (ABl. L 77 vom 20.3.2013, S. 20), berichtigt in ABl. L 91 vom 3.4.2013, S. 16

   – 32016 L 2037: Richtlinie (EU) 2016/2037 der Kommission vom 21. November 2016 (ABl. L 314 vom 22.11.2016, S. 11)

2. 32003 D 0525: Entscheidung 2003/525/EG der Kommission vom 18. Juli 2003 zur Verschiebung des Anwendungsdatums der Richtlinie 1999/36/EG des Rates über ortsbewegliche Druckgeräte hinsichtlich bestimmter Geräte (ABl. L 183 vom 22.7.2003, S. 45)

3. 32010 L 0035: Richtlinie 2010/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2010 über ortsbewegliche Druckgeräte und zur Aufhebung der Richtlinien des Rates 76/767/EWG, 84/525/EWG, 84/526/EWG, 84/527/EWG und 1999/36/EG (ABl. L 165 vom 30.6.2010, S. 1)

4. 32014 L 0068: Richtlinie 2014/68/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Druckgeräten auf dem Markt (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 164), berichtigt in ABl. L 157 vom 23.6.2015, S. 112

5. 32014 L 0029: Richtlinie 2014/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung einfacher Druckbehälter auf dem Markt (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 45)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31989 X 0349: Empfehlung 89/349/EWG der Kommission vom 13. April 1989 zur freiwilligen Verringerung der Fluorchlorkohlenwasserstoffe durch die europäische Aerosolindustrie (ABl. L 144 vom 27.5.1989, S. 56)

2. Dokument C1998/229/05: Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 87/404/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 über einfache Druckbehälter, geändert durch die Richtlinie 90/488/EWG des Rates vom 17. September 1990 (ABl. C 328 vom 12.12.1992, S. 3)

KAPITEL 7

MESSGERÄTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32009 L 0034: Richtlinie 2009/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 betreffend gemeinsame Vorschriften über Messgeräte sowie über Mess- und Prüfverfahren (Neufassung) (ABl. L 106 vom 28.4.2009, S. 7)

2. 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Anpassung von Rechtsakten, in denen auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle Bezug genommen wird, an Artikel 290 und 291 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

3. 31975 L 0107: Richtlinie 75/107/EWG des Rates vom 19. Dezember 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Flaschen als Maßbehältnisse (ABl. L 42 vom 15.2.1975, S. 14)

4. 31976 L 0211: Richtlinie 76/211/EWG des Rates vom 20. Januar 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Abfüllung bestimmter Erzeugnisse nach Gewicht oder Volumen in Fertigpackungen (ABl. L 46 vom 21.2.1976, S. 1), geändert durch:

   – 32007 L 0045: Richtlinie 2007/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. September 2007 (ABl. L 247 vom 21.9.2007, S. 17)

5. 31980 L 0181: Richtlinie 80/181/EWG des Rates vom 20. Dezember 1979 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Einheiten im Messwesen und zur Aufhebung der Richtlinie 71/354/EWG (ABl. L 39 vom 15.2.1980, S. 40), berichtigt in ABl. L 296 vom 15.10.1981, S. 52, geändert durch:

   – 31985 L 0001: Richtlinie 85/1/EWG des Rates vom 18. Dezember 1984 (ABl. L 2 vom 3.1.1985, S. 11)

   – 31989 L 0617: Richtlinie 89/617/EWG des Rates vom 27. November 1989 (ABl. L 357 vom 7.12.1989, S. 28)

   – 399 L 0103: Richtlinie 1999/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Januar 2000 (ABl. L 34 vom 9.2.2000, S. 17), berichtigt in ABl. L 104 vom 29.4.2000, S. 89, und ABl. L 311 vom 12.12.2000, S. 50

   – 32009 L 0003: Richtlinie 2009/3/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 114 vom 7.5.2009, S. 10)

   – 32019 L 1258: Richtlinie (EU) 2019/1258 der Kommission vom 23. Juli 2019 (ABl. L 196 vom 24.7.2019, S. 6)

6. 31987 L 0354: Richtlinie 87/354/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 zur Änderung bestimmter Richtlinien zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Industrieerzeugnisse hinsichtlich der Abkürzungszeichen für die Mitgliedstaaten (ABl. L 192 vom 11.7.1987, S. 43)

7. 32007 L 0045: Richtlinie 2007/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. September 2007 zur Festlegung von Nennfüllmengen für Erzeugnisse in Fertigpackungen, zur Aufhebung der Richtlinien 75/106/EWG und 80/232/EWG des Rates und zur Änderung der Richtlinie 76/211/EWG des Rates (ABl. L 247 vom 21.9.2007, S. 17)

8. 32011 L 0017: Richtlinie 2011/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 zur Aufhebung der Richtlinien 71/317/EWG, 71/347/EWG, 71/349/EWG, 74/148/EWG, 75/33/EWG, 76/765/EWG, 76/766/EWG und 86/217/EWG des Rates über das Messwesen (ABl. L 71 vom 18.3.2011, S. 1)

9. 32014 L 0031: Richtlinie 2014/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die Bereitstellung nichtselbsttätiger Waagen auf dem Markt (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 107), berichtigt in ABl. L 13 vom 20.1.2016, S. 57

10. 32014 L 0032: Richtlinie 2014/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Messgeräten auf dem Markt (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 149), geändert durch:

    – 32015 L 0013: Delegierte Richtlinie (EU) 2015/13 der Kommission vom 31. Oktober 2014 (ABl. L 3 vom 7.1.2015, S. 42)

KAPITEL 8

ELEKTROMATERIAL

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32008 L 0013: Richtlinie 2008/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 zur Aufhebung der Richtlinie 84/539/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die in der Veterinärmedizin eingesetzten elektrischen Geräte (ABl. L 76 vom 19.3.2008, S. 41)

2. 32014 L 0030: Richtlinie 2014/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die elektromagnetische Verträglichkeit (Neufassung) (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 79), geändert durch:

   – 32018 R 1139: Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 (ABl. L 212 vom 22.8.2018, S. 1)

3. 32014 L 0034: Richtlinie 2014/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (Neufassung) (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 309)

4. 32014 L 0035: Richtlinie 2014/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung elektrischer Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen auf dem Markt (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 357)

KAPITEL 9

TEXTILIEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32011 R 1007: Verordnung (EU) Nr. 1007/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2011 über die Bezeichnungen von Textilfasern und die damit zusammenhängende Etikettierung und Kennzeichnung der Faserzusammensetzung von Textilerzeugnissen und zur Aufhebung der Richtlinie 73/44/EWG des Rates und der Richtlinien 96/73/EG und 2008/121/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 272 vom 18.10.2011, S. 1), berichtigt in ABl. L 243 vom 18.9.2015, S. 13, geändert durch:

   – 32012 R 0286: Delegierte Verordnung (EU) 286/2012 der Kommission vom 27. Januar 2012 (ABl. L 95 vom 31.3.2012, S. 1)

   – 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

   – 32018 R 0122: Delegierte Verordnung (EU) 2018/122 der Kommission vom 20. Oktober 2017 (ABl. L 22 vom 26.1.2018, S. 3)

KAPITEL 10

ARZNEIMITTEL

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32009 L 0035: Richtlinie 2009/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Stoffe, die Arzneimitteln zum Zwecke der Färbung hinzugefügt werden dürfen (ABl. L 109 vom 30.4.2009, S. 10)

2. 32010 L 0063: Richtlinie 2010/63/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2010 zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere (ABl. L 276 vom 20.10.2010, S. 33)

3. 31993 L 0041: Richtlinie 93/41/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 zur Aufhebung der Richtlinie 87/22/EWG zur Angleichung der einzelstaatlichen Maßnahmen betreffend das Inverkehrbringen technologisch hochwertiger Arzneimittel, insbesondere aus der Biotechnologie (ABl. L 214 vom 24.8.1993, S. 40)

4. 31989 L 0105: Richtlinie 89/105/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 betreffend die Transparenz von Maßnahmen zur Regelung der Preisfestsetzung bei Arzneimitteln für den menschlichen Gebrauch und ihre Einbeziehung in die staatlichen Krankenversicherungssysteme (ABl. L 40 vom 11.2.1989, S. 8)

5. 32009 R 0470: Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Rückstände pharmakologisch wirksamer Stoffe in Lebensmitteln tierischen Ursprungs, zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 des Rates und zur Änderung der Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 152 vom 16.6.2009, S. 11)

6. 32017 R 0880: Verordnung (EU) 2017/880 der Kommission vom 23. Mai 2017 mit Regelungen über die Anwendung einer Rückstandshöchstmenge, die für einen pharmakologisch wirksamen Stoff in einem bestimmten Lebensmittel festgelegt wurde, auf ein anderes von derselben Tierart stammendes Lebensmittel bzw. die Anwendung einer Rückstandshöchstmenge, die für einen pharmakologisch wirksamen Stoff in einer oder mehreren Tierarten festgelegt wurde, auf andere Tierarten, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2017, S. 1)

7. 32017 R 0012: Durchführungsverordnung (EU) 2017/12 der Kommission vom 6. Januar 2017 hinsichtlich Form und Inhalt der Anträge auf Festsetzung von Rückstandshöchstmengen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 4 vom 7.1.2017, S. 1)

8. 32018 R 0782: Verordnung (EU) 2018/782 der Kommission vom 29. Mai 2018 zur Festlegung der Grundsätze zur Methodik der Risikobewertung und der Empfehlungen für das Risikomanagement gemäß der Verordnung (EG) Nr. 470/2009 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 5)

9. 32018 R 0470: Durchführungsverordnung (EU) 2018/470 der Kommission vom 21. März 2018 mit ausführlichen Vorschriften zu den Rückstandshöchstmengen, die bei Kontrollen von Lebensmitteln zu berücksichtigen sind, die von in der EU gemäß Artikel 11 der Richtlinie 2001/82/EG behandelten Tieren stammen (ABl. L 79 vom 22.3.2018, S. 16)

10. 32019 R 1871: Verordnung (EU) 2019/1871 der Kommission vom 7. November 2019 betreffend die Referenzwerte für Maßnahmen für nicht zulässige pharmakologisch wirksame Stoffe, die in Lebensmitteln tierischen Ursprungs enthalten sind, und zur Aufhebung der Entscheidung 2005/34/EG (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 41)

11. 32010 R 0037: Verordnung (EU) Nr. 37/2010 der Kommission vom 22. Dezember 2009 über pharmakologisch wirksame Stoffe und ihre Einstufung hinsichtlich der Rückstandshöchstmengen in Lebensmitteln tierischen Ursprungs (ABl. L 15 vom 20.1.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 293 vom 11.11.2010, S. 72, geändert durch:

    – 32010 R 0890: Verordnung (EU) Nr. 890/2010 der Kommission vom 8. Oktober 2010 (ABl. L 266 vom 9.10.2010, S. 1)

    – 32010 R 0914: Verordnung (EU) Nr. 914/2010 der Kommission vom 12. Oktober 2010 (ABl. L 269 vom 13.10.2010, S. 5)

    – 32010 R 0758: Verordnung (EU) Nr. 758/2010 der Kommission vom 24. August 2010 (ABl. L 223 vom 25.8.2010, S. 37)

    – 32010 R 0759: Verordnung (EU) Nr. 759/2010 der Kommission vom 24. August 2010 (ABl. L 223 vom 25.8.2010, S. 39)

– 32010 R 0761: Verordnung (EU) Nr. 761/2010 der Kommission vom 25. August 2010 (ABl. L 224 vom 26.8.2010, S. 1)

– 32011 R 0362: Verordnung (EU) Nr. 362/2011 der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 26)

– 32011 R 0363: Verordnung (EU) Nr. 363/2011 der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 28)

– 32012 R 0084: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 84/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 1)

– 32012 R 0085: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 85/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 4)

– 32012 R 0086: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 86/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 6)

– 32012 R 0107: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 107/2012 der Kommission vom 8. Februar 2012 (ABl. L 36 vom 9.2.2012, S. 25)

– 32012 R 0122: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 122/2012 der Kommission vom 13. Februar 2012 (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 2)

– 32012 R 0123: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 123/2012 der Kommission vom 13. Februar 2012 (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 4)

– 32012 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2012 der Kommission vom 8. März 2012 (ABl. L 71 vom 9.3.2012, S. 37)

– 32012 R 0202: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 202/2012 der Kommission vom 8. März 2012 (ABl. L 71 vom 9.3.2012, S. 40)

– 32012 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 221/2012 der Kommission vom 14. März 2012 (ABl. L 75 vom 15.3.2012, S. 7)

– 32012 R 0222: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 222/2012 der Kommission vom 14. März 2012 (ABl. L 75 vom 15.3.2012, S. 10)

– 32012 R 0436: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 436/2012 der Kommission vom 23. Mai 2012 (ABl. L 134 vom 24.5.2012, S. 10)

– 32012 R 0466: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 466/2012 der Kommission vom 1. Juni 2012 (ABl. L 143 vom 2.6.2012, S. 2)

– 32012 R 1161: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1161/2012 der Kommission vom 7. Dezember 2012 (ABl. L 336 vom 8.12.2012, S. 14)

– 32012 R 1186: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1186/2012 der Kommission vom 11. Dezember 2012 (ABl. L 338 vom 12.12.2012, S. 20)

– 32012 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1191/2012 der Kommission vom 12. Dezember 2012 (ABl. L 340 vom 13.12.2012, S. 35)

– 32013 R 0059: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 59/2013 der Kommission vom 23. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 21)

– 32013 R 0115: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 115/2013 der Kommission vom 8. Februar 2013 (ABl. L 38 vom 9.2.2013, S. 11)

– 32013 R 0116: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 116/2013 der Kommission vom 8. Februar 2013 (ABl. L 38 vom 9.2.2013, S. 14)

– 32013 R 0394: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 394/2013 der Kommission vom 29. April 2013 (ABl. L 118 vom 30.4.2013, S. 17)

– 32013 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 406/2013 der Kommission vom 2. Mai 2013 (ABl. L 121 vom 3.5.2013, S. 42)

– 32013 R 0489: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 489/2013 der Kommission vom 27. Mai 2013 (ABl. L 141 vom 28.5.2013, S. 4)

– 32013 R 1056: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1056/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 288 vom 30.10.2013, S. 60)

– 32013 R 1057: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1057/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 288 vom 30.10.2013, S. 63)

– 32013 R 1235: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1235/2013 der Kommission vom 2. Dezember 2013 (ABl. L 322 vom 3.12.2013, S. 21)

– 32014 R 0019: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 19/2014 der Kommission vom 10. Januar 2014 (ABl. L 8 vom 11.1.2014, S. 18)

– 32014 R 0020: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 20/2014 der Kommission vom 10. Januar 2014 (ABl. L 8 vom 11.1.2014, S. 20)

– 32014 R 0200: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 200/2014 der Kommission vom 3. März 2014 (ABl. L 62 vom 4.3.2014, S. 8)

– 32014 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2014 der Kommission vom 3. März 2014 (ABl. L 62 vom 4.3.2014, S. 10)

– 32014 R 0418: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 418/2014 der Kommission vom 24. April 2014 (ABl. L 124 vom 25.4.2014, S. 19)

– 32014 R 0676: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 676/2014 der Kommission vom 19. Juni 2014 (ABl. L 180 vom 20.6.2014, S. 5)

– 32014 R 0677: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 677/2014 der Kommission vom 19. Juni 2014 (ABl. L 180 vom 20.6.2014, S. 8)

– 32014 R 0681: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 681/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 11)

– 32014 R 0682: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 682/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 14)

– 32014 R 0683: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 683/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 17)

– 32014 R 0967: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 967/2014 der Kommission vom 12. September 2014 (ABl. L 272 vom 13.9.2014, S. 3)

– 32015 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2015/149 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 7)

– 32015 R 0150: Durchführungsverordnung (EU) 2015/150 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 10)

– 32015 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2015/151 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 13)

– 32015 R 0152: Durchführungsverordnung (EU) 2015/152 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 16)

– 32015 R 0394: Durchführungsverordnung (EU) 2015/394 der Kommission vom 10. März 2015 (ABl. L 66 vom 11.3.2015, S. 1)

– 32015 R 0446: Durchführungsverordnung (EU) 2015/446 der Kommission vom 17. März 2015 (ABl. L 74 vom 18.3.2015, S. 18)

– 32014 R 1277: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1277/2014 der Kommission vom 1. Dezember 2014 (ABl. L 346 vom 2.12.2014, S. 23)

– 32014 R 1359: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1359/2014 der Kommission vom 18. Dezember 2014 (ABl. L 365 vom 19.12.2014, S. 103)

– 32014 R 1390: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1390/2014 der Kommission vom 19. Dezember 2014 (ABl. L 369 vom 24.12.2014, S. 65)

– 32015 R 1078: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1078 der Kommission vom 3. Juli 2015 (ABl. L 175 vom 4.7.2015, S. 5)

– 32015 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1079 der Kommission vom 3. Juli 2015 (ABl. L 175 vom 4.7.2015, S. 8)

– 32015 R 1080: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1080 der Kommission vom 3. Juli 2015 (ABl. L 175 vom 4.7.2015, S. 11)

– 32015 R 1308: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1308 der Kommission vom 29. Juli 2015 (ABl. L 200 vom 30.7.2015, S. 11)

– 32015 R 1491: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1491 der Kommission vom 3. September 2015 (ABl. L 231 vom 4.9.2015, S. 7)

– 32015 R 1492: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1492 der Kommission vom 3. September 2015 (ABl. L 231 vom 4.9.2015, S. 10)

– 32015 R 1820: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1820 der Kommission vom 9. Oktober 2015 (ABl. L 265 vom 10.10.2015, S. 1)

– 32015 R 2062: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2062 der Kommission vom 17. November 2015 (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 7)

– 32016 R 0129: Durchführungsverordnung (EU) 2016/129 der Kommission vom 1. Februar 2016 (ABl. L 25 vom 2.2.2016, S. 44)

– 32016 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2016/305 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 58 vom 4.3.2016, S. 35)

– 32016 R 0312: Durchführungsverordnung (EU) 2016/312 der Kommission vom 4. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 3)

– 32016 R 0576: Durchführungsverordnung (EU) 2016/576 der Kommission vom 14. April 2016 (ABl. L 99 vom 15.4.2016, S. 1)

– 32016 R 0710: Durchführungsverordnung (EU) 2016/710 der Kommission vom 12. Mai 2016 (ABl. L 125 vom 13.5.2016, S. 6)

– 32016 R 0885: Durchführungsverordnung (EU) 2016/885 der Kommission vom 3. Juni 2016 (ABl. L 148 vom 4.6.2016, S. 1)

– 32016 R 1444: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1444 der Kommission vom 31. August 2016 (ABl. L 235 vom 1.9.2016, S. 8)

– 32016 R 1834: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1834 der Kommission vom 17. Oktober 2016 (ABl. L 280 vom 18.10.2016, S. 22)

– 32016 R 2045: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2045 der Kommission vom 23. November 2016 (ABl. L 318 vom 24.11.2016, S. 3)

– 32016 R 2074: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2074 der Kommission vom 25. November 2016 (ABl. L 320 vom 26.11.2016, S. 29)

– 32017 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) 2017/201 der Kommission vom 6. Februar 2017 (ABl. L 32 vom 7.2.2017, S. 17)

– 32017 R 1558: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1558 der Kommission vom 14. September 2017 (ABl. L 237 vom 15.9.2017, S. 67)

– 32017 R 1559: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1559 der Kommission vom 14. September 2017 (ABl. L 237 vom 15.9.2017, S. 69)

– 32018 R 0520: Durchführungsverordnung (EU) 2018/520 der Kommission vom 28. März 2018 (ABl. L 87 vom 3.4.2018, S. 9)

– 32018 R 0523: Durchführungsverordnung (EU) 2018/523 der Kommission vom 28. März 2018 (ABl. L 88 vom 4.4.2018, S. 1)

– 32018 R 0721: Durchführungsverordnung (EU) 2018/721 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 5)

– 32018 R 0722: Durchführungsverordnung (EU) 2018/722 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 8)

– 32018 R 1076: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1076 der Kommission vom 30. Juli 2018 (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 41)

– 32018 R 1967: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1967 der Kommission vom 12. Dezember 2018 (ABl. L 316 vom 13.12.2018, S. 6)

– 32019 R 0238: Durchführungsverordnung (EU) 2019/238 der Kommission vom 8. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 4)

– 32019 R 1881: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1881 der Kommission vom 8. November 2019 (ABl. L 290 vom 11.11.2019, S. 8)

– 32020 R 0042: Durchführungsverordnung (EU) 2020/42 der Kommission vom 17. Januar 2020 (ABl. L 15 vom 20.1.2020, S. 2)

– 32020 R 0043: Durchführungsverordnung (EU) 2020/43 der Kommission vom 17. Januar 2020 (ABl. L 15 vom 20.1.2020, S. 5)

– 32020 R 1685: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1685 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 44)

– 32020 R 1712: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1712 der Kommission vom 16. November 2020 (ABl. L 384 vom 17.11.2020, S. 3)

– 32021 R 0621: Durchführungsverordnung (EU) 2021/621 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 120)

– 32022 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2022/634 der Kommission vom 13. April 2022 (ABl. L 117 vom 19.4.2022, S. 29)

12. 31991 L 0412: Richtlinie 91/412/EWG der Kommission vom 23. Juli 1991 zur Festlegung der Grundsätze und Leitlinien der Guten Herstellungspraxis für Tierarzneimittel (ABl. L 228 vom 17.8.1991, S. 70)

13. 31995 R 0297: Verordnung (EG) Nr. 297/95 des Rates vom 10. Februar 1995 über die Gebühren der Europäischen Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln (ABl. L 35 vom 15.2.1995, S. 1), geändert durch:

– 31998 R 2743: Verordnung (EG) Nr. 2743/98 des Rates vom 14. Dezember 1998 (ABl. L 345 vom 19.12.1998, S. 3)

– 32003 R 0494: Verordnung (EG) Nr. 494/2003 der Kommission vom 18. März 2003 (ABl. L 73 vom 19.3.2003, S. 6)

– 32005 R 1905: Verordnung (EG) Nr. 1905/2005 des Rates vom 14. November 2005 (ABl. L 304 vom 23.11.2005, S. 1)

– 32009 R 0249: Verordnung (EG) Nr. 249/2009 der Kommission vom 23. März 2009 (ABl. L 79 vom 25.3.2009, S. 34)

– 32011 R 0301: Verordnung (EU) Nr. 301/2011 der Kommission vom 28. März 2011 (ABl. L 81 vom 29.3.2011, S. 5)

– 32012 R 0273: Verordnung (EU) Nr. 273/2012 der Kommission vom 27. März 2012 (ABl. L 90 vom 28.3.2012, S. 11)

– 32013 R 0220: Verordnung (EU) Nr. 220/2013 der Kommission vom 13. März 2013 (ABl. L 70 vom 14.3.2013, S. 1)

– 32014 R 0272: Verordnung (EU) Nr. 272/2014 der Kommission vom 17. März 2014 (ABl. L 79 vom 18.3.2014, S. 37)

– 32015 R 0490: Verordnung (EU) 2015/490 der Kommission vom 23. März 2015 (ABl. L 78 vom 24.3.2015, S. 9)

– 32016 R 0461: Verordnung (EU) 2016/461 der Kommission vom 30. März 2016 (ABl. L 80 vom 31.3.2016, S. 25)

– 32017 R 0612: Verordnung (EU) 2017/612 der Kommission vom 30. März 2017 (ABl. L 86 vom 31.3.2017, S. 7)

– 32018 R 0471: Verordnung (EU) 2018/471 der Kommission vom 21. März 2018 (ABl. L 79 vom 22.3.2018, S. 19)

– 32019 R 0480: Verordnung (EU) 2019/480 der Kommission vom 22. März 2019 (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 15)

– 32020 R 0422: Verordnung (EU) 2020/422 der Kommission vom 19. März 2020 (ABl. L 84 vom 20.3.2020, S. 11)

– 32022 R 0510: Verordnung (EU) 2022/510 der Kommission vom 29. März 2022 (ABl. L 103 vom 31.3.2022, S. 3)

14. 31995 R 0540: Verordnung (EG) Nr. 540/95 der Kommission vom 10. März 1995 zur Festlegung der Bestimmungen für die Mitteilung von vermuteten unerwarteten, nicht schwerwiegenden Nebenwirkungen, die innerhalb oder außerhalb der Gemeinschaft an gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2309/93 zugelassenen Human- oder Tierarzneimitteln festgestellt werden (ABl. L 55 vom 11.3.1995, S. 5)

15. 31996 R 2141: Verordnung (EG) Nr. 2141/96 der Kommission vom 7. November 1996 über die Prüfung eines Antrags auf Übertragung einer Zulassung für ein in den Geltungsbereich der Verordnung (EWG) Nr. 2309/93 des Rates fallendes Arzneimittel (ABl. L 286 vom 8.11.1996, S. 6)

16. 32000 R 0141: Verordnung (EG) Nr. 141/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1999 über Arzneimittel für seltene Leiden (ABl. L 18 vom 22.1.2000, S. 1)

17. 32000 R 0847: Verordnung (EG) Nr. 847/2000 der Kommission vom 27. April 2000 zur Festlegung von Bestimmungen für die Anwendung der Kriterien für die Ausweisung eines Arzneimittels als Arzneimittel für seltene Leiden und von Definitionen für die Begriffe „ähnliches Arzneimittel“ und „klinische Überlegenheit“ (ABl. L 103 vom 28.4.2000, S. 5), geändert durch:

– 32018 R 0781: Verordnung (EU) 2018/781 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 1)

18. 32001 L 0082: Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Tierarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 1), geändert durch:

   – 32004 L 0028: Richtlinie 2004/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 58)

   – 32009 L 0009: Richtlinie 2009/9/EG der Kommission vom 10. Februar 2009 (ABl. L 44 vom 14.2.2009, S. 10)

   – 32009 L 0053: Richtlinie 2009/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 33)

   – 32009 R 0470: Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 (ABl. L 152 vom 16.6.2009, S. 11)

19. 32001 L 0083: Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 67), geändert durch:

   – 32003 L 0063: Richtlinie 2003/63/EG der Kommission vom 25. Juni 2003 (ABl. L 159 vom 27.6.2003, S. 46)

   – 32002 L 0098: Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 (ABl. L 33 vom 8.2.2003, S. 30)

– 32004 L 0027: Richtlinie 2004/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 34)

– 32004 L 0024: Richtlinie 2004/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 85)

– 32006 R 1901: Verordnung (EG) Nr. 1901/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 1)

– 32007 R 1394: Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 (ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 121), berichtigt in ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 174

– 32009 L 0053: Richtlinie 2009/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 33)

– 32009 L 0120: Richtlinie 2009/120/EG der Kommission vom 14. September 2009 (ABl. L 242 vom 15.9.2009, S. 3)

– 32010 L 0084: Richtlinie 2010/84/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 (ABl. L 348 vom 31.12.2010, S. 74), berichtigt in ABl. L 21 vom 25.1.2011, S. 8, und ABl. L 276 vom 21.10.2011, S. 63

– 32011 L 0062: Richtlinie 2011/62/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 74)

– 32012 L 0026: Richtlinie 2012/26/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 (ABl. L 299 vom 27.10.2012, S. 1)

– 32017 R 0745: Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 117 vom 3.5.2019, S. 9, und ABl. L 334 vom 27.12.2019, S. 165

– 32019 R 0005: Verordnung (EU) 2019/5 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 24)

20. 32013 D 0051: Durchführungsbeschluss 2013/51/EU der Kommission vom 23. Januar 2013 über die Beurteilung des Rechtsrahmens eines Drittlandes für Wirkstoffe in Humanarzneimitteln und der entsprechenden Kontroll- und Durchsetzungsmaßnahmen gemäß Artikel 111b der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 36)

21. 32012 D 0715: Durchführungsbeschluss 2012/715/EU der Kommission vom 22. November 2012 zur Festlegung einer Liste von Drittländern mit einem Rechtsrahmen für Wirkstoffe von Humanarzneimitteln und den entsprechenden Kontroll- und Durchsetzungsmaßnahmen zur Sicherstellung eines dem der EU gleichwertigen Gesundheitsschutzniveaus gemäß der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 325 vom 23.11.2012, S. 15), geändert durch:

– 32013 D 0262: Durchführungsbeschluss 2013/262/EU der Kommission vom 4. Juni 2013 (ABl. L 152 vom 5.6.2013, S. 52)

– 32013 D 0301: Durchführungsbeschluss 2013/301/EU der Kommission vom 11. Juni 2013 (ABl. L 196 vom 21.6.2013, S. 71)

– 32013 D 0196: Durchführungsbeschluss 2013/196/EU der Kommission vom 24. April 2013 (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 22)

– 32015 D 1057: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1057 der Kommission vom 1. Juli 2015 (ABl. L 171 vom 2.7.2015, S. 23)

– 32019 D 0769: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/769 der Kommission vom 14. Mai 2019 (ABl. L 126 vom 15.5.2019, S. 70)

22. 32014 R 0357: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 357/2014 der Kommission vom 3. Februar 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Situationen, in denen Wirksamkeitsstudien nach der Zulassung verlangt werden können (ABl. L 107 vom 10.4.2014, S. 1)

23. 32014 R 1252: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1252/2014 der Kommission vom 28. Mai 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Grundsätze und Leitlinien der guten Herstellungspraxis für Wirkstoffe für Humanarzneimittel (ABl. L 337 vom 25.11.2014, S. 1)

24. 32017 L 1572: Richtlinie (EU) 2017/1572 der Kommission vom 15. September 2017 zur Ergänzung der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Grundsätze und Leitlinien der Guten Herstellungspraxis für Humanarzneimittel (ABl. L 238 vom 16.9.2017, S. 44)

25. 32016 R 0161: Delegierte Verordnung (EU) 2016/161 der Kommission vom 2. Oktober 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung genauer Bestimmungen über die Sicherheitsmerkmale auf der Verpackung von Humanarzneimitteln (ABl. L 32 vom 9.2.2016, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 0457: Delegierte Verordnung (EU) 2021/457 der Kommission vom 13. Januar 2021 (ABl. L 91 vom 17.3.2021, S. 1)

   – 32021 R 1686: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1686 der Kommission vom 7. Juli 2021 (ABl. L 332 vom 21.9.2021, S. 1)

26. 32002 L 0098: Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG (ABl. L 33 vom 8.2.2003, S. 30)

27. 32004 L 0033: Richtlinie 2004/33/EG der Kommission vom 22. März 2004 zur Durchführung der Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich bestimmter technischer Anforderungen für Blut und Blutbestandteile (ABl. L 91 vom 30.3.2004, S. 25), geändert durch:

   – 32011 L 0038: Durchführungsrichtlinie 2011/38/EU der Kommission vom 11. April 2011 (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 28)

   – 32014 L 0110: Richtlinie 2014/110/EU der Kommission vom 17. Dezember 2014 (ABl. L 366 vom 20.12.2014, S. 81)

28. 32005 L 0061: Richtlinie 2005/61/EG der Kommission vom 30. September 2005 zur Durchführung der Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und die Meldung ernster Zwischenfälle und ernster unerwünschter Reaktionen (ABl. L 256 vom 1.10.2005, S. 32)

29. 32005 L 0062: Richtlinie 2005/62/EG der Kommission vom 30. September 2005 zur Durchführung der Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf gemeinschaftliche Standards und Spezifikationen für ein Qualitätssystem für Blutspendeeinrichtungen (ABl. L 256 vom 1.10.2005, S. 41), geändert durch:

   – 32016 L 1214: Richtlinie (EU) 2016/1214 der Kommission vom 25. Juli 2016 (ABl. L 199 vom 26.7.2016, S. 14)

30. 32004 L 0023: Richtlinie 2004/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Spende, Beschaffung, Testung, Verarbeitung, Konservierung, Lagerung und Verteilung von menschlichen Geweben und Zellen (ABl. L 102 vom 7.4.2004, S. 48)

31. 32004 R 0273: Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 betreffend Drogenausgangsstoffe (ABl. L 47 vom 18.2.2004, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 1258: Verordnung (EU) Nr. 1258/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 330 vom 10.12.2013, S. 21)

   – 32016 R 1443: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1443 der Kommission vom 29. Juni 2016 (ABl. L 235 vom 1.9.2016, S. 6)

– 32018 R 0729: Delegierte Verordnung (EU) 2018/729 der Kommission vom 26. Februar 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 4)

– 32020 R 1737: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1737 der Kommission vom 14. Juli 2020 (ABl. L 392 vom 23.11.2020, S. 1)

– 32022 R 1518: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1518 der Kommission vom 29. März 2022 (ABl. L 236 vom 13.9.2022, S. 1)

32. 32015 R 1011: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1011 der Kommission vom 24. April 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der Gemeinschaft und Drittländern sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1277/2005 der Kommission (ABl. L 162 vom 27.6.2015, S. 12)

33. 32015 R 1013: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1013 der Kommission vom 25. Juni 2015 mit Vorschriften in Bezug auf die Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Drogenausgangsstoffe und auf die Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der Union und Drittländern (ABl. L 162 vom 27.6.2015, S. 33)

34. 32006 L 0017: Richtlinie 2006/17/EG der Kommission vom 8. Februar 2006 zur Durchführung der Richtlinie 2004/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich technischer Vorschriften für die Spende, Beschaffung und Testung von menschlichen Geweben und Zellen (ABl. L 38 vom 9.2.2006, S. 40), geändert durch:

– 32012 L 0039: Richtlinie 2012/39/EU der Kommission vom 26. November 2012 (ABl. L 327 vom 27.11.2012, S. 24)

35. 32006 L 0086: Richtlinie 2006/86/EG der Kommission vom 24. Oktober 2006 zur Umsetzung der Richtlinie 2004/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit, der Meldung schwerwiegender Zwischenfälle und unerwünschter Reaktionen sowie bestimmter technischer Anforderungen an die Kodierung, Verarbeitung, Konservierung, Lagerung und Verteilung von menschlichen Geweben und Zellen (ABl. L 294 vom 25.10.2006, S. 32), geändert durch:

– 32015 L 0565: Richtlinie (EU) 2015/565 der Kommission vom 8. April 2015 (ABl. L 93 vom 9.4.2015, S. 43)

36. 32006 R 1950: Verordnung (EG) Nr. 1950/2006 der Kommission vom 13. Dezember 2006 zur Erstellung eines Verzeichnisses von für die Behandlung von Equiden wesentlichen Stoffen gemäß der Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Tierarzneimittel (ABl. L 367 vom 22.12.2006, S. 33), geändert durch:

– 32013 R 0122: Verordnung (EU) Nr. 122/2013 der Kommission vom 12. Februar 2013 (ABl. L 42 vom 13.2.2013, S. 1)

37. 32004 R 0726: Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 1), geändert durch:

– 32007 R 1394: Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 (ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 121), berichtigt in ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 174

– 32009 R 0470: Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 (ABl. L 152 vom 16.6.2009, S. 11)

– 32010 R 1235: Verordnung (EU) Nr. 1235/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 (ABl. L 348 vom 31.12.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 138

– 32012 R 1027: Verordnung (EU) Nr. 1027/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 38)

– 32006 R 1901: Verordnung (EG) Nr. 1901/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 1)

– 32018 R 1718: Verordnung (EU) 2018/1718 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 (ABl. L 291 vom 16.11.2018, S. 3)

– 32019 R 0005: Verordnung (EU) 2019/5 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 24)

38. 32005 R 2049: Verordnung (EG) Nr. 2049/2005 der Kommission vom 15. Dezember 2005 zur Festlegung, aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, von Regeln für die Entrichtung von Gebühren an die Europäische Arzneimittel-Agentur durch Kleinstunternehmen und kleine und mittlere Unternehmen sowie für deren administrative Unterstützung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (ABl. L 329 vom 16.12.2005, S. 4)

39. 32006 R 0507: Verordnung (EG) Nr. 507/2006 der Kommission vom 29. März 2006 über die bedingte Zulassung von Humanarzneimitteln, die unter den Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates fallen (ABl. L 92 vom 30.3.2006, S. 6)

40. 32005 L 0028: Richtlinie 2005/28/EG der Kommission vom 8. April 2005 zur Festlegung von Grundsätzen und ausführlichen Leitlinien der guten klinischen Praxis für zur Anwendung beim Menschen bestimmte Prüfpräparate sowie von Anforderungen für die Erteilung einer Genehmigung zur Herstellung oder Einfuhr solcher Produkte (ABl. L 91 vom 9.4.2005, S. 13)

41. 32006 L 0130: Richtlinie 2006/130/EG der Kommission vom 11. Dezember 2006 zur Durchführung der Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Festlegung von Kriterien für die Ausnahme bestimmter Tierarzneimittel, die für zur Nahrungsmittelerzeugung genutzte Tiere bestimmt sind, von der Pflicht der tierärztlichen Verschreibung (ABl. L 349 vom 12.12.2006, S. 15)

42. 32007 R 1394: Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Arzneimittel für neuartige Therapien und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 121), berichtigt in ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 174, geändert durch:

    – 32010 R 1235: Verordnung (EU) Nr. 1235/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 (ABl. L 348 vom 31.12.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 138

43. 32008 R 1234: Verordnung (EG) Nr. 1234/2008 der Kommission vom 24. November 2008 über die Prüfung von Änderungen der Zulassungen von Human- und Tierarzneimitteln (ABl. L 334 vom 12.12.2008, S. 7), geändert durch:

    – 32012 R 0712: Verordnung (EU) Nr. 712/2012 der Kommission vom 3. August 2012 (ABl. L 209 vom 4.8.2012, S. 4)

– 32021 R 0756: Delegierte Verordnung (EU) 2021/756 der Kommission vom 24. März 2021 (ABl. L 162 vom 10.5.2021, S. 1)

44. 32007 R 0658: Verordnung (EG) Nr. 658/2007 der Kommission vom 14. Juni 2007 über finanzielle Sanktionen bei Verstößen gegen bestimmte Verpflichtungen im Zusammenhang mit Zulassungen, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates erteilt wurden (ABl. L 155 vom 15.6.2007, S. 10), geändert durch:

– 32012 R 0488: Verordnung (EU) Nr. 488/2012 der Kommission vom 8. Juni 2012 (ABl. L 150 vom 9.6.2012, S. 68), berichtigt in ABl. L 338 vom 12.12.2012, S. 44

45. 32008 D 0911: Entscheidung 2008/911/EG der Kommission vom 21. November 2008 zur Erstellung einer Liste pflanzlicher Stoffe, pflanzlicher Zubereitungen und Kombinationen davon zur Verwendung in traditionellen pflanzlichen Arzneimitteln (ABl. L 328 vom 6.12.2008, S. 42), geändert durch:

– 32010 D 0028: Entscheidung 2010/28/EG der Kommission vom 28. Juli 2009 (ABl. L 11 vom 16.1.2010, S. 12)

– 32010 D 0030: Beschluss 2010/30/EU der Kommission vom 9. Dezember 2009 (ABl. L 12 vom 19.1.2010, S. 14)

– 32010 D 0180: Beschluss 2010/180/EU der Kommission vom 25. März 2010 (ABl. L 80 vom 26.3.2010, S. 52)

– 32011 D 0785: Durchführungsbeschluss 2011/785/EU der Kommission vom 28. November 2011 (ABl. L 319 vom 2.12.2011, S. 102)

– 32012 D 0067: Durchführungsbeschluss 2012/67/EU der Kommission vom 3. Februar 2012 (ABl. L 34 vom 7.2.2012, S. 5)

– 32012 D 0068: Durchführungsbeschluss 2012/68/EU der Kommission vom 3. Februar 2012 (ABl. L 34 vom 7.2.2012, S. 8)

– 32016 D 1658: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1658 der Kommission vom 13. September 2016 (ABl. L 247 vom 15.9.2016, S. 19)

– 32016 D 1659: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1659 der Kommission vom 13. September 2016 (ABl. L 247 vom 15.9.2016, S. 22)

– 32018 D 0134: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/134 der Kommission vom 24. Januar 2018 (ABl. L 22 vom 26.1.2018, S. 41)

– 32018 D 0133: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/133 der Kommission vom 24. Januar 2018 (ABl. L 22 vom 26.1.2018, S. 36), berichtigt in ABl. L 38 vom 10.2.2018, S. 42

– 32022 D 1316: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1316 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 198 vom 27.7.2022, S. 22)

46. 32009 R 0668: Verordnung (EG) Nr. 668/2009 der Kommission vom 24. Juli 2009 zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Beurteilung und Zertifizierung von qualitätsbezogenen und nichtklinischen Daten zu von Kleinstunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen entwickelten Arzneimitteln für neuartige Therapien (ABl. L 194 vom 25.7.2009, S. 7)

47. 32010 L 0053: Richtlinie 2010/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Transplantation bestimmte menschliche Organe (ABl. L 207 vom 6.8.2010, S. 14), berichtigt in ABl. L 243 vom 16.9.2010, S. 68

48. 32012 L 0025: Durchführungsrichtlinie 2012/25/EU der Kommission vom 9. Oktober 2012 zur Festlegung von Informationsverfahren für den Austausch von zur Transplantation bestimmten Organen zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. L 275 vom 10.10.2012, S. 27)

49. 32013 R 0198: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 198/2013 der Kommission vom 7. März 2013 über die Wahl eines Symbols für die Kennzeichnung von Humanarzneimitteln, die einer zusätzlichen Überwachung unterliegen (ABl. L 65 vom 8.3.2013, S. 17)

50. 32020 D 0569: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/569 der Kommission vom 16. April 2020 zur Festlegung eines gemeinsamen Formats für die Vorlage der von den Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie 2010/63/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere zu meldenden Informationen und deren Inhalt sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses 2012/707/EU der Kommission (ABl. L 129 vom 24.4.2020, S. 16)

51. 32012 R 0520: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 520/2012 der Kommission vom 19. Juni 2012 über die Durchführung der in der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Pharmakovigilanz-Aktivitäten (ABl. L 159 vom 20.6.2012, S. 5)

52. 32006 R 1901: Verordnung (EG) Nr. 1901/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Kinderarzneimittel und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1768/92, der Richtlinien 2001/20/EG und 2001/83/EG sowie der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 1), geändert durch:

– 32006 R 1902: Verordnung (EG) Nr. 1902/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 20)

– 32019 R 0005: Verordnung (EU) 2019/5 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 24)

53. 32014 R 0658: Verordnung (EU) Nr. 658/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Gebühren, die der Europäischen Arzneimittelagentur für die Durchführung von Pharmakovigilanz-Tätigkeiten in Bezug auf Humanarzneimittel zu entrichten sind (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 112), geändert durch:

– 32018 R 0092: Delegierte Verordnung (EU) 2018/92 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 17 vom 23.1.2018, S. 2)

– 32018 R 1298: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1298 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 244 vom 28.9.2018, S. 1)

– 32020 R 1431: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1431 der Kommission vom 14. Juli 2020 (ABl. L 331 vom 12.10.2020, S. 2)

54. 32015 L 0566: Richtlinie (EU) 2015/566 der Kommission vom 8. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2004/23/EG hinsichtlich der Verfahren zur Prüfung der Gleichwertigkeit von Qualitäts- und Sicherheitsstandards bei eingeführten Geweben und Zellen (ABl. L 93 vom 9.4.2015, S. 56)

55. 32014 R 0536: Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 311 vom 17.11.2016, S. 25, geändert durch:

– 32022 R 0641: Verordnung (EU) 2022/641 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. April 2022 (ABl. L 118 vom 20.4.2022, S. 1)

– 32022 R 2239: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2239 der Kommission vom 6. September 2022 (ABl. L 294 vom 15.11.2022, S. 5)

56. 32017 R 1569: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1569 der Kommission vom 23. Mai 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung von Grundsätzen und Leitlinien für die Gute Herstellungspraxis bei Prüfpräparaten, die zur Anwendung beim Menschen bestimmt sind, und der Einzelheiten von Inspektionen (ABl. L 238 vom 16.9.2017, S. 12)

57. 32021 D 1240: Beschluss (EU) 2021/1240 der Kommission vom 13. Juli 2021 über die Übereinstimmung des EU-Portals und der EU-Datenbank für klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln mit den Anforderungen gemäß Artikel 82 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 275 vom 31.7.2021, S. 1)

58. 32022 R 0020: Durchführungsverordnung (EU) 2022/20 der Kommission vom 7. Januar 2022 zur Festlegung der Regeln für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Zusammenhang mit den Vorschriften und Verfahren für die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Sicherheitsbeurteilung von klinischen Prüfungen (ABl. L 5 vom 10.1.2022, S. 14)

59. 32014 R 0699: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 699/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 über die Gestaltung des gemeinsamen Logos zur Identifizierung von Personen, die der Öffentlichkeit Arzneimittel zum Verkauf im Fernabsatz anbieten, und über die technischen, elektronischen und kryptografischen Anforderungen zur Überprüfung der Echtheit desselben (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 5)

60. 32020 R 1043: Verordnung (EU) 2020/1043 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 über die Durchführung klinischer Prüfungen mit genetisch veränderte Organismen enthaltenden oder aus solchen bestehenden Humanarzneimitteln zur Behandlung oder Verhütung der Coronavirus-Erkrankung (COVID-19) und deren Abgabe (ABl. L 231 vom 17.7.2020, S. 12)

61. 32017 R 0556: Durchführungsverordnung (EU) 2017/556 der Kommission vom 24. März 2017 über die Einzelheiten der Inspektionsverfahren hinsichtlich der guten klinischen Praxis gemäß der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 80 vom 25.3.2017, S. 7)

62. 32019 R 0006: Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über Tierarzneimittel und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/82/EG (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 43), geändert durch:

    – 32021 R 0805: Delegierte Verordnung (EU) 2021/805 der Kommission vom 8. März 2021 (ABl. L 180 vom 21.5.2021, S. 3)

63. 32021 R 0016: Durchführungsverordnung (EU) 2021/16 der Kommission vom 8. Januar 2021 zur Festlegung der erforderlichen Maßnahmen und praktischen Modalitäten für die Datenbank der Union für Tierarzneimittel (Produktdatenbank der Union) (ABl. L 7 vom 11.1.2021, S. 1)

64. 32021 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) 2021/17 der Kommission vom 8. Januar 2021 zur Erstellung einer Liste der Änderungen, die keine Bewertung erfordern, gemäß der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 7 vom 11.1.2021, S. 22)

65. 32021 R 0578: Delegierte Verordnung (EU) 2021/578 der Kommission vom 29. Januar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Anforderungen an die Erhebung von Daten über das Verkaufsvolumen und die Anwendung von antimikrobiellen Arzneimitteln bei Tieren (ABl. L 123 vom 9.4.2021, S. 7)

66. 32021 R 1904: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1904 der Kommission vom 29. Oktober 2021 zur Festlegung der Gestaltung eines gemeinsamen Logos für den Einzelhandel mit Tierarzneimitteln im Fernabsatz (ABl. L 387 vom 3.11.2021, S. 133)

67. 32021 R 1248: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1248 der Kommission vom 29. Juli 2021 über Maßnahmen zur guten Vertriebspraxis für Tierarzneimittel gemäß der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 272 vom 30.7.2021, S. 46)

68. 32021 R 1280: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1280 der Kommission vom 2. August 2021 über Maßnahmen zur guten Vertriebspraxis für Wirkstoffe, die als Ausgangsstoffe für Tierarzneimittel verwendet werden, gemäß der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 279 vom 3.8.2021, S. 1)

69. 32021 R 1760: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1760 der Kommission vom 26. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Kriterien für die Bestimmung antimikrobieller Wirkstoffe, die der Behandlung bestimmter Infektionen beim Menschen vorbehalten bleiben müssen (ABl. L 353 vom 6.10.2021, S. 1)

70. 32022 R 0209: Durchführungsverordnung (EU) 2022/209 der Kommission vom 16. Februar 2022 zur Festlegung des Formats der zu erhebenden und zu meldenden Daten für die Bestimmung des Verkaufsvolumens und der Anwendung von antimikrobiellen Arzneimitteln bei Tieren gemäß der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 35 vom 17.2.2022, S. 7)

71. 32022 R 0839: Verordnung (EU) 2022/839 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 zur Festlegung von Übergangsbestimmungen für die Verpackung und Kennzeichnung von Tierarzneimitteln, die gemäß der Richtlinie 2001/82/EG oder der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 zugelassen oder registriert wurden (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 6)

72. 32021 R 1281: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1281 der Kommission vom 2. August 2021 mit Bestimmungen zur Anwendung der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die gute Pharmakovigilanz-Praxis sowie das Format, den Inhalt und die Zusammenfassung der Pharmakovigilanz-Stammdokumentation für Tierarzneimittel (ABl. L 279 vom 3.8.2021, S. 15)

73. 32022 R 1255: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1255 der Kommission vom 19. Juli 2022 zur Bestimmung von antimikrobiellen Wirkstoffen oder von Gruppen antimikrobieller Wirkstoffe, die gemäß der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates der Behandlung bestimmter Infektionen beim Menschen vorbehalten bleiben müssen (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 58)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. Mitteilung der Kommission zur Frage der Vereinbarkeit der von den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Arzneimittel-Preiskontrolle und der -Kostenerstattung getroffenen Maßnahmen mit Artikel 30 EWG-Vertrag (ABl. C 310 vom 4.12.1986, S. 7)

www.parlament.gv.at

2. Mitteilung der Kommission über Parallelimporte von Arzneispezialitäten, deren Inverkehrbringen bereits genehmigt ist (ABl. C 115 vom 6.5.1982, S. 5)

3. 32010 D 0453: Beschluss 2010/453/EU der Kommission vom 3. August 2010 zur Festlegung von Leitlinien für die Bedingungen der Inspektionen und Kontrollmaßnahmen sowie für die Ausbildung und Qualifikation der Bediensteten im Bereich menschlicher Gewebe und Zellen gemäß der Richtlinie 2004/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 213 vom 13.8.2010, S. 48)

KAPITEL 11

DÜNGEMITTEL

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32019 R 1009: Verordnung (EU) 2019/1009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 mit Vorschriften für die Bereitstellung von EU-Düngeprodukten auf dem Markt und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1069/2009 und (EG) Nr. 1107/2009 sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2003/2003 (ABl. L 170 vom 25.6.2019, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 1768: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1768 der Kommission vom 23. Juni 2021 (ABl. L 356 vom 8.10.2021, S. 8)

   – 32021 R 2086: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2086 der Kommission vom 5. Juli 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 120)

   – 32021 R 2087: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2087 der Kommission vom 6. Juli 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 130)

   – 32021 R 2088: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2088 der Kommission vom 7. Juli 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 140)

– 32022 R 1171: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1171 der Kommission vom 22. März 2022 (ABl. L 183 vom 8.7.2022, S. 2)

– 32022 R 1519: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1519 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 236 vom 13.9.2022, S. 5)

2. 32022 R 0973: Delegierte Verordnung (EU) 2022/973 der Kommission vom 14. März 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1009 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung von Kriterien für agronomische Wirksamkeit und Sicherheit bei der Verwendung von Nebenprodukten in EU-Düngeprodukten (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 29)

3. 32006 D 0347: Entscheidung 2006/347/EG der Kommission vom 3. Januar 2006 zu vom Königreich Schweden gemäß Artikel 95 Absatz 4 EG-Vertrag mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den höchsten zulässigen Cadmiumgehalt von Düngemitteln (ABl. L 129 vom 17.5.2006, S. 19)

4. 32006 D 0348: Entscheidung 2006/348/EG der Kommission vom 3. Januar 2006 zu von der Republik Finnland gemäß Artikel 95 Absatz 4 EG-Vertrag mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den höchsten zulässigen Cadmiumgehalt von Düngemitteln (ABl. L 129 vom 17.5.2006, S. 25)

5. 32006 D 0349: Entscheidung 2006/349/EG der Kommission vom 3. Januar 2006 zu von der Republik Österreich gemäß Artikel 95 Absatz 4 EG-Vertrag mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den höchsten zulässigen Cadmiumgehalt von Düngemitteln (ABl. L 129 vom 17.5.2006, S. 31)

6. 32006 D 0390: Entscheidung 2006/390/EG der Kommission vom 24. Mai 2006 zu von der Tschechischen Republik nach Artikel 95 Absatz 4 EG-Vertrag mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den höchsten zulässigen Cadmiumgehalt von Düngemitteln (ABl. L 150 vom 3.6.2006, S. 17)

7. 32020 D 1178: Beschluss (EU) 2020/1178 der Kommission vom 27. Juli 2020 zu vom Königreich Dänemark gemäß Artikel 114 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den Cadmiumgehalt in Düngemittel (ABl. L 259 vom 10.8.2020, S. 14)

8. 32020 D 1184: Beschluss (EU) 2020/1184 der Kommission vom 17. Juli 2020 zu von Ungarn gemäß Artikel 114 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den Cadmiumgehalt in Phosphatdüngern (ABl. L 261 vom 11.8.2020, S. 42)

9. 32020 D 1205: Beschluss (EU) 2020/1205 der Kommission vom 6. August 2020 zu den von der Slowakischen Republik gemäß Artikel 114 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den Cadmiumgehalt von Phosphatdüngern (ABl. L 270 vom 18.8.2020, S. 7)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52021 X C0407(04): Mitteilung der Kommission über die Gestaltung des Etiketts auf EU-Düngeprodukten gemäß Anhang III der Verordnung (EU) 2019/1009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 119 vom 7.4.2021, S. 1)

KAPITEL 12

GEFÄHRLICHE STOFFE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32004 L 0010: Richtlinie 2004/10/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Grundsätze der Guten Laborpraxis und zur Kontrolle ihrer Anwendung bei Versuchen mit chemischen Stoffen (ABl. L 50 vom 20.2.2004, S. 44)

2. 32004 L 0009: Richtlinie 2004/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über die Inspektion und Überprüfung der Guten Laborpraxis (GLP) (ABl. L 50 vom 20.2.2004, S. 28)

3. 31994 D 0643: Entscheidung 94/643/EG der Kommission vom 12. September 1994 über die Widerrufung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Cyhalothrin (ABl. L 249 vom 24.9.1994, S. 18)

4. 31997 R 0142: Verordnung (EG) Nr. 142/97 der Kommission vom 27. Januar 1997 über die in der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 vorgesehene Übermittlung von Informationen über bestimmte chemische Altstoffe (ABl. L 25 vom 28.1.1997, S. 11)

5. 31999 R 2161: Verordnung (EG) Nr. 2161/1999 der Kommission vom 12. Oktober 1999 über weitere verpflichtende Prüfungen für Importeure oder Hersteller eines bestimmten Stoffes gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates (ABl. L 265 vom 13.10.1999, S. 11)

6. 32000 D 0166: Entscheidung 2000/166/EG der Kommission vom 23. Februar 2000 zur Verlängerung des für vorläufige Zulassungen des neuen Wirkstoffs Quinoxyfen vorgesehenen Zeitraums (ABl. L 52 vom 25.2.2000, S. 44)

7. 32000 D 0657: Beschluss 2000/657/EG der Kommission vom 16. Oktober 2000 zum Erlass der Entscheidungen der Gemeinschaft gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2455/92 des Rates betreffend die Ausfuhr und Einfuhr bestimmter gefährlicher Chemikalien (ABl. L 275 vom 27.10.2000, S. 44), geändert durch:

   – 32004 R 0886: Verordnung (EG) Nr. 886/2004 der Kommission vom 4. März 2004 (ABl. L 168 vom 1.5.2004, S. 14)

   – 32006 R 1792: Verordnung (EG) Nr. 1792/2006 der Kommission vom 23. Oktober 2006 (ABl. L 362 vom 20.12.2006, S. 1)

   – 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

8. 32001 R 2592: Verordnung (EG) Nr. 2592/2001 der Kommission vom 28. Dezember 2001 über weitere Informations- und Prüfungsanforderungen an Hersteller und Importeure bestimmter mit Vorrang zu prüfender Stoffe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 zur Bewertung und Kontrolle der Umweltrisiken chemischer Altstoffe (ABl. L 345 vom 29.12.2001, S. 25)

9. 32012 R 0528: Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (ABl. L 167 vom 27.6.2012, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 0736: Delegierte Verordnung (EU) 736/2013 der Kommission vom 17. Mai 2013 (ABl. L 204 vom 31.7.2013, S. 25)

   – 32013 R 0837: Delegierte Verordnung (EU) 837/2013 der Kommission vom 25. Juni 2013 (ABl. L 234 vom 3.9.2013, S. 1)

   – 32014 R 0334: Verordnung (EU) Nr. 334/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 (ABl. L 103 vom 5.4.2014, S. 22)

   – 32019 R 1819: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1819 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 1)

   – 32019 R 1820: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1820 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 4)

   – 32019 R 1821: Delegierte Verordnung 2019/1821 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 7)

   – 32019 R 1822: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1822 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 10)

   – 32019 R 1823: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1823 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 13)

– 32019 R 1824: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1824 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 16)

– 32019 R 1825: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1825 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 19)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Andorra ist nicht verpflichtet, sich an der Bewertung von Anträgen auf Genehmigung von Wirkstoffen oder an der Bewertung von Anträgen auf Zulassung von Biozidprodukten zu beteiligen. Damit erkennt Andorra stets automatisch die in Spanien und Frankreich geltenden Marktzulassungen für Biozidprodukte an. Diese Zulassungen betreffen Biozide, die durch eine nationale Zulassung oder gegenseitige Anerkennung sowie eine EU-Zulassung und ein vereinfachtes Zulassungsverfahren zugelassen wurden.

b) Andorra kann das Verfahren zur Beantragung der gegenseitigen Anerkennung durch amtliche oder wissenschaftliche Stellen nach Maßgabe des Artikels 39 dieser Verordnung einleiten.

c) Andorra kann im Falle von Forschung und Entwicklung gemäß Artikel 56 dieser Verordnung das Ausnahmeverfahren einleiten.

d) Gebühren für die Europäische Chemikalienagentur werden nur erhoben, wenn Andorra das Verfahren nach Artikel 39 einleitet.

10. 32013 R 0945: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 945/2013 der Kommission vom 2. Oktober 2013 zur Genehmigung von Cypermethrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 261 vom 3.10.2013, S. 23)

11. 32013 R 0955: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 955/2013 der Kommission vom 4. Oktober 2013 über die Zulassung von Propiconazol als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten des Produkttyps 9 (ABl. L 263 vom 5.10.2013, S. 7)

12. 32013 R 1032: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1032/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von Bromessigsäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 4 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 22)

13. 32013 R 1033: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1033/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 über die Zulassung von Kupfersulfat-Pentahydrat als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 2 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 25)

14. 32013 R 1034: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1034/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von Phosphin freisetzendem Aluminiumphosphid als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 20 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 28)

15. 32013 R 1035: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1035/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von Benzoesäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 3 und 4 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 31)

16. 32013 R 1036: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1036/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 über die Zulassung von Etofenprox als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 35)

17. 32013 R 1037: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1037/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von IPBC als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 6 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 38)

18. 32013 R 1038: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1038/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von Tebuconazol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 7 und 10 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 40)

19. 32013 R 1039: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1039/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Änderung der Zulassung von Nonansäure als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 2 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 43)

20. 32013 R 0354: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 354/2013 der Kommission vom 18. April 2013 über Änderungen von gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates zugelassenen Biozidprodukten (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 4)

21. 32013 R 0564: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 564/2013 der Kommission vom 18. Juni 2013 über die an die Europäische Chemikalienagentur zu entrichtenden Gebühren und Abgaben gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (ABl. L 167 vom 19.6.2013, S. 17)

22. 32014 R 0088: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 88/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 zur Festlegung eines Verfahrens zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (ABl. L 32 vom 1.2.2014, S. 3)

23. 32014 R 0089: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 89/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 zur Genehmigung von Bis-(N-cyclohexyldiazeniumdioxy)-Kupfer (Cu-HDO) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 32 vom 1.2.2014, S. 6)

24. 32014 R 0090: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 90/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 zur Genehmigung von Decansäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 4, 18 und 19 (ABl. L 32 vom 1.2.2014, S. 9)

25. 32014 R 0091: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 91/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 zur Genehmigung von S-Methopren als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 32 vom 1.2.2014, S. 13)

26. 32014 R 0092: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 92/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 über die Zulassung von Zineb als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten des Produkttyps 21 (ABl. L 32 vom 1.2.2014, S. 16)

27. 32014 R 0093: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 93/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 zur Genehmigung von Octansäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 4 und 18 (ABl. L 32 vom 1.2.2014, S. 19)

28. 32014 R 0094: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 94/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 zur Genehmigung von Iod, einschließlich Polyvinylpyrrolidon-Iod, als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 3, 4 und 22 (ABl. L 32 vom 1.2.2014, S. 23)

29. 32014 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 405/2014 der Kommission vom 23. April 2014 zur Genehmigung von Laurinsäure als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 19 (ABl. L 121 vom 24.4.2014, S. 8)

30. 32014 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 406/2014 der Kommission vom 23. April 2014 zur Genehmigung von Ethylbutylacetylaminopropionat als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 19 (ABl. L 121 vom 24.4.2014, S. 11)

31. 32014 R 0407: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 407/2014 der Kommission vom 23. April 2014 über die Zulassung von Transfluthrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten des Produkttyps 18 (ABl. L 121 vom 24.4.2014, S. 14)

32. 32014 R 0408: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 408/2014 der Kommission vom 23. April 2014 zur Genehmigung von synthetischem amorphem Siliciumdioxid als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 121 vom 24.4.2014, S. 17)

33. 32014 D 0227: Durchführungsbeschluss 2014/227/EU der Kommission vom 24. April 2014 über die Nichtgenehmigung bestimmter biozider Wirkstoffe gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 124 vom 25.4.2014, S. 27)

34. 32014 R 0437: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 437/2014 der Kommission vom 29. April 2014 über die Zulassung von 4,5-Dichlor-2-octyl-2H-isothiazol-3-on als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 128 vom 30.4.2014, S. 64)

35. 32014 R 0438: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 438/2014 der Kommission vom 29. April 2014 zur Genehmigung von Cyproconazol als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 128 vom 30.4.2014, S. 68)

36. 32014 R 1062: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1062/2014 der Kommission vom 4. August 2014 über das Arbeitsprogramm zur systematischen Prüfung aller in Biozidprodukten enthaltenen alten Wirkstoffe gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 294 vom 10.10.2014, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 0698: Delegierte Verordnung (EU) 2017/698 der Kommission vom 3. Februar 2017 (ABl. L 103 vom 19.4.2017, S. 1)

   – 32019 R 0157: Delegierte Verordnung (EU) 2019/157 der Kommission vom 6. November 2018 (ABl. L 31 vom 1.2.2019, S. 1)

   – 32019 R 0227: Delegierte Verordnung (EU) 2019/227 der Kommission vom 28. November 2018 (ABl. L 37 vom 8.2.2019, S. 1)

37. 32014 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1090/2014 der Kommission vom 16. Oktober 2014 zur Genehmigung von Permethrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 8 und 18 (ABl. L 299 vom 17.10.2014, S. 10)

38. 32014 R 1091: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1091/2014 der Kommission vom 16. Oktober 2014 zur Genehmigung von Tralopyril als neuen Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 299 vom 17.10.2014, S. 15)

39. 32014 R 0492: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 492/2014 der Kommission vom 7. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Bestimmungen für die Verlängerung von Zulassungen für Biozidprodukte, die Gegenstand der gegenseitigen Anerkennung waren (ABl. L 139 vom 14.5.2014, S. 1)

40. 32014 D 0397: Durchführungsbeschluss 2014/397/EU der Kommission vom 25. Juni 2014 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Difethialon und Difenacoum zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 186 vom 26.6.2014, S. 111)

41. 32014 D 0402: Durchführungsbeschluss 2014/402/EU der Kommission vom 25. Juni 2014 über die von Deutschland gemäß der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates gemeldeten Beschränkungen der Zulassung von IPBC-haltigen Biozidprodukten (ABl. L 188 vom 27.6.2014, S. 85)

42. 32015 D 0646: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/646 der Kommission vom 23. April 2015 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Bakterienkulturen, die zur Verringerung organischer Feststoffe bestimmt sind und zu diesem Zweck in Verkehr gebracht werden sollen (ABl. L 106 vom 24.4.2015, S. 79)

43. 32015 D 0655: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/655 der Kommission vom 23. April 2015 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend eine Formulierung auf der Basis von Polydimethylsiloxan, die zur Mückenbekämpfung in Verkehr gebracht wird (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 75)

44. 32015 R 1609: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1609 der Kommission vom 24. September 2015 zur Genehmigung von Propiconazol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 7 (ABl. L 249 vom 25.9.2015, S. 17)

45. 32015 R 1610: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1610 der Kommission vom 24. September 2015 zur Genehmigung von *Pythium oligandrum* Stamm M1 als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 10 (ABl. L 249 vom 25.9.2015, S. 20)

46. 32015 R 1726: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1726 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von 2-Methyl-3(2H)-isothiazolon als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 13 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 14)

47. 32015 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1727 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von 5-Chlor-2-(4-chlorphenoxy)phenol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2 und 4 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 17)

48. 32015 R 1728: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1728 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von IPBC als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 13 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 21)

49. 32015 R 1729: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1729 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von Kaliumsorbat als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 24)

50. 32015 R 1730: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1730 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von Wasserstoffperoxid als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2, 3, 4, 5 und 6 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 27)

51. 32015 R 1731: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1731 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von Medetomidin als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 33)

52. 32015 D 1736: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1736 der Kommission vom 28. September 2015 zur Nichtgenehmigung von Triflumuron als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 56)

53. 32015 D 1737: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1737 der Kommission vom 28. September 2015 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Bromadiolon, Chlorophacinon und Coumatetralyl zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 58)

54. 32015 D 1751: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1751 der Kommission vom 29. September 2015 über die Bedingungen der Zulassung eines Bromadiolon enthaltenden Biozidprodukts, mit denen das Vereinigte Königreich gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates die Kommission befasst hat (ABl. L 256 vom 1.10.2015, S. 15)

55. 32015 R 1757: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1757 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von Folpet als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 6 (ABl. L 257 vom 2.10.2015, S. 12)

56. 32015 R 1758: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1758 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von Folpet als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 7 und 9 (ABl. L 257 vom 2.10.2015, S. 15)

57. 32015 R 1759: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1759 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von Glutaraldehyd als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2, 3, 4, 6, 11 und 12 (ABl. L 257 vom 2.10.2015, S. 19)

58. 32015 R 1981: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1981 der Kommission vom 4. November 2015 zur Genehmigung von aus N,N'-Methylenbismorpholin freigesetztem Formaldehyd als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 6 und 13 (ABl. L 289 vom 5.11.2015, S. 9)

59. 32015 R 1982: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1982 der Kommission vom 4. November 2015 zur Genehmigung von Hexaflumuron als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 289 vom 5.11.2015, S. 13)

60. 32015 D 1985: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1985 der Kommission vom 4. November 2015 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein mit Zitronensäure imprägniertes antivirales Papiertaschentuch (ABl. L 289 vom 5.11.2015, S. 26)

61. 32016 D 0903: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/903 der Kommission vom 8. Juni 2016 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend eine mit Permethrin beschichtete Pferdedecke zur Bekämpfung von Lästlingen im Umfeld von Pferden (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 43)

62. 32016 D 0904: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/904 der Kommission vom 8. Juni 2016 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über 2-Propanol-haltige Produkte für die Händedesinfektion (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 45)

63. 32016 D 1174: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1174 der Kommission vom 15. Juli 2016 über die Bedingungen der Zulassung eines Difenacoum enthaltenden Biozidprodukts, mit denen Spanien gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates die Kommission befasst hat (ABl. L 193 vom 19.7.2016, S. 110)

64. 32016 D 1175: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1175 der Kommission vom 15. Juli 2016 über die Bedingungen der Zulassung eines spinosadhaltigen Biozidprodukts, mit denen das Vereinigte Königreich gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates die Kommission befasst hat (ABl. L 193 vom 19.7.2016, S. 113)

65. 32000 R 1896: Verordnung (EG) Nr. 1896/2000 der Kommission vom 7. September 2000 über die erste Phase des Programms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Biozid-Produkte (ABl. L 228 vom 8.9.2000, S. 6)

66. 32002 R 1687: Verordnung (EG) Nr. 1687/2002 der Kommission vom 25. September 2002 über eine zusätzliche Frist für die Notifizierung bestimmter Wirkstoffe, die zur Verwendung in Biozid-Produkten bereits in Verkehr waren, gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1896/2000 (ABl. L 258 vom 26.9.2002, S. 15)

67. 32011 L 0065: Richtlinie 2011/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 88), berichtigt in ABl. L 44 vom 14.2.2014, S. 55, und ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 32, geändert durch:

– 32012 L 0050: Delegierte Richtlinie 2012/50/EU der Kommission vom 10. Oktober 2012 (ABl. L 348 vom 18.12.2012, S. 16)

– 32012 L 0051: Delegierte Richtlinie 2012/51/EU der Kommission vom 10. Oktober 2012 (ABl. L 348 vom 18.12.2013, S. 18)

– 32014 L 0001: Delegierte Richtlinie 2014/1/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 45)

– 32014 L 0002: Delegierte Richtlinie 2014/2/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 47)

– 32014 L 0003: Delegierte Richtlinie 2014/3/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 49)

– 32014 L 0004: Delegierte Richtlinie 2014/4/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 51)

– 32014 L 0005: Delegierte Richtlinie 2014/5/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 53)

– 32014 L 0006: Delegierte Richtlinie 2014/6/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 55)

– 32014 L 0007: Delegierte Richtlinie 2014/7/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 57)

– 32014 L 0008: Delegierte Richtlinie 2014/8/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 59)

– 32014 L 0009: Delegierte Richtlinie 2014/9/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 61)

– 32014 L 0010: Delegierte Richtlinie 2014/10/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 63)

– 32014 L 0011: Delegierte Richtlinie 2014/11/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 65)

– 32014 L 0012: Delegierte Richtlinie 2014/12/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 67)

– 32014 L 0013: Delegierte Richtlinie 2014/13/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 69)

– 32014 L 0014: Delegierte Richtlinie 2014/14/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 71)

– 32014 L 0015: Delegierte Richtlinie 2014/15/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 73)

– 32014 L 0016: Delegierte Richtlinie 2014/16/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 75)

– 32014 L 0069: Delegierte Richtlinie 2014/69/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 72)

– 32014 L 0070: Delegierte Richtlinie 2014/70/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 74)

– 32014 L 0071: Delegierte Richtlinie 2014/71/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 76)

– 32014 L 0072: Delegierte Richtlinie 2014/72/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 78)

– 32014 L 0073: Delegierte Richtlinie 2014/73/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 80)

– 32014 L 0074: Delegierte Richtlinie 2014/74/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 82)

– 32014 L 0075: Delegierte Richtlinie 2014/75/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 84)

– 32014 L 0076: Delegierte Richtlinie 2014/76/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 86)

– 32015 L 0573: Delegierte Richtlinie (EU) 2015/573 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 94 vom 10.4.2015, S. 4)

– 32015 L 0574: Delegierte Richtlinie (EU) 2015/574 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 94 vom 10.4.2015, S. 6)

– 32015 L 0863: Delegierte Richtlinie (EU) 2015/863 der Kommission vom 31. März 2015 (ABl. L 137 vom 4.6.2015, S. 10)

– 32016 L 0585: Delegierte Richtlinie (EU) 2016/585 der Kommission vom 12. Februar 2016 (ABl. L 101 vom 16.4.2016, S. 12)

– 32016 L 1028: Delegierte Richtlinie (EU) 2016/1028 der Kommission vom 19. April 2016 (ABl. L 168 vom 25.6.2016, S. 13)

– 32016 L 1029: Delegierte Richtlinie (EU) 2016/1029 der Kommission vom 19. April 2016 (ABl. L 168 vom 25.6.2016, S. 15)

– 32017 L 1009: Delegierte Richtlinie (EU) 2017/1009 der Kommission vom 13. März 2017 (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 21)

– 32017 L 1010: Delegierte Richtlinie (EU) 2017/1010 der Kommission vom 13. März 2017 (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 23)

– 32017 L 1011: Delegierte Richtlinie (EU) 2017/1011 der Kommission vom 15. März 2017 (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 25)

– 32017 L 1975: Delegierte Richtlinie (EU) 2017/1975 der Kommission vom 7. August 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 29), berichtigt in ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 32

– 32017 L 2102: Richtlinie (EU) 2017/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 (ABl. L 305 vom 21.11.2017, S. 8)

– 32018 L 0736: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/736 der Kommission vom 27. Februar 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 94)

– 32018 L 0737: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/737 der Kommission vom 27. Februar 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 97)

– 32018 L 0738: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/738 der Kommission vom 27. Februar 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 100)

– 32018 L 0739: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/739 der Kommission vom 1. März 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 103)

– 32018 L 0740: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/740 der Kommission vom 1. März 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 106)

– 32018 L 0741: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/741 der Kommission vom 1. März 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 109)

– 32018 L 0742: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/742 der Kommission vom 1. März 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 112)

– 32019 L 0169: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/169 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 5)

– 32019 L 0170: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/170 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 8)

– 32019 L 0171: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/171 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 11)

– 32019 L 0172: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/172 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 14)

– 32019 L 0173: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/173 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 17)

– 32019 L 0174: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/174 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 20)

– 32019 L 0175: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/175 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 23)

– 32019 L 0176: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/176 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 26)

– 32019 L 0177: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/177 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 29)

– 32019 L 0178: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/178 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 32)

– 32019 L 1845: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/1845 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 283 vom 5.11.2019, S. 38)

– 32019 L 1846: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/1846 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 283 vom 5.11.2019, S. 41)

– 32020 L 0360: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/360 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 109)

– 32020 L 0361: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/361 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 112)

– 32020 L 0364: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/364 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 122)

– 32020 L 0365: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/365 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 125)

– 32020 L 0366: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/366 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 129)

– 32021 L 0647: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/647 der Kommission vom 15. Januar 2021 (ABl. L 133 vom 20.4.2021, S. 54)

– 32021 L 0884: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/884 der Kommission vom 8. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 37)

– 32021 L 1978: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1978 der Kommission vom 11. August 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 65)

– 32021 L 1979: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1979 der Kommission vom 11. August 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 69)

– 32021 L 1980: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1980 der Kommission vom 11. August 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 73)

– 32022 L 0274: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/274 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 25)

– 32022 L 0275: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/275 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 29)

– 32022 L 0276: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/276 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 32)

– 32022 L 0277: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/277 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 35)

– 32022 L 0278: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/278 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 38)

– 32022 L 0279: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/279 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 41)

– 32022 L 0280: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/280 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 44)

– 32022 L 0281: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/281 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 47)

– 32022 L 0282: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/282 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 51)

– 32022 L 0283: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/283 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 54)

– 32022 L 0284: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/284 der Kommission vom 16. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 57)

– 32022 L 0287: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/287 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 64)

– 32022 L 1631: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/1631 der Kommission vom 12. Mai 2022 (ABl. L 245 vom 22.9.2022, S. 45)

– 32022 L 1632: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/1632 der Kommission vom 12. Mai 2022 (ABl. L 245 vom 22.9.2022, S. 48)

68. 32005 R 0642: Verordnung (EG) Nr. 642/2005 der Kommission vom 27. April 2005 über Prüf- und Informationsanforderungen an Importeure und Hersteller bestimmter prioritärer Stoffe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 zur Bewertung und Kontrolle der Risiken chemischer Altstoffe (ABl. L 107 vom 28.4.2005, S. 14)

69. 32004 R 0648: Verordnung (EG) Nr. 648/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über Detergenzien (ABl. L 104 vom 8.4.2004, S. 1), geändert durch:

– 32006 R 0907: Verordnung (EG) Nr. 907/2006 der Kommission vom 20. Juni 2006 (ABl. L 168 vom 21.6.2006, S. 5)

– 32008 R 1336: Verordnung (EG) Nr. 1336/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 60)

– 32009R0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

– 32009 R 0551: Verordnung (EG) Nr. 551/2009 der Kommission vom 25. Juni 2009 (ABl. L 164 vom 26.6.2009, S. 3)

– 32012 R 0259: Verordnung (EU) Nr. 259/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 (ABl. L 94 vom 30.3.2012, S. 16)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Andorra ist nicht verpflichtet, sich an der Prüfung von Anträgen auf Genehmigung von Ausnahmen gemäß Artikel 5 der Verordnung zu beteiligen.

70. 32006 R 0565: Verordnung (EG) Nr. 565/2006 der Kommission vom 6. April 2006 über Prüf- und Informationsanforderungen an Importeure und Hersteller bestimmter prioritärer Stoffe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 zur Bewertung und Kontrolle der Umweltrisiken chemischer Altstoffe (ABl. L 99 vom 7.4.2006, S. 3)

71. 32019 R 1021: Verordnung (EU) 2019/1021 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über persistente organische Schadstoffe (Neufassung) (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 45), berichtigt in ABl. L 179I vom 9.6.2020, S. 4, ABl. L 220 vom 9.7.2020, S. 11, und ABl. L 328 vom 22.12.2022, S. 169, geändert durch:

– 32020 R 0784: Delegierte Verordnung (EU) 2020/784 der Kommission vom 8. April 2020 (ABl. L 188I vom 15.6.2020, S. 1)

– 32020 R 1203: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1203 der Kommission vom 9. Juni 2020 (ABl. L 270 vom 18.8.2020, S. 1)

– 32020 R 1204: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1204 der Kommission vom 9. Juni 2020 (ABl. L 270 vom 18.8.2020, S. 4)

– 32021 R 0115: Delegierte Verordnung (EU) 2021/115 der Kommission vom 27. November 2020 (ABl. L 36 vom 2.2.2021, S. 7)

– 32021 R 0277: Delegierte Verordnung (EU) 2021/277 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 62 vom 23.2.2021, S. 1)

– 32022 R 2291: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2291 der Kommission vom 8. September 2022 (ABl. L 303 vom 23.11.2022, S. 19)

– 32022 R 2400: Verordnung (EU) 2022/2400 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 (ABl. L 317 vom 9.12.2022, S. 24)

72. 32006 L 0066: Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren und zur Aufhebung der Richtlinie 91/157/EWG (ABl. L 266 vom 29.9.2006, S. 1), berichtigt in ABl. L 311 vom 10.11.2006, S. 58, geändert durch:

– 32008 L 0012: Richtlinie 2008/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 (ABl. L 76 vom 19.3.2008, S. 39)

– 32008 L 0103: Richtlinie 2008/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 (ABl. L 327 vom 5.12.2008, S. 7)

– 32013 L 0056: Richtlinie 2013/56/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 329 vom 10.12.2013, S. 5)

– 32018 L 0849: Richtlinie (EU) 2018/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 93)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Im Hinblick auf Artikel 16 dieser Richtlinie findet Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

73. 32007 D 0597: Entscheidung 2007/597/EG der Kommission vom 27. August 2007 über die Nichtaufnahme von Guazatintriacetat in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 230 vom 1.9.2007, S. 18)

74. 32007 D 0639: Entscheidung 2007/639/EG der Kommission vom 2. Oktober 2007 zur Festlegung eines gemeinsamen Formats für die Übermittlung von Daten und Informationen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 850/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über persistente organische Schadstoffe (ABl. L 258 vom 4.10.2007, S. 39)

75. 32007 D 0565: Entscheidung 2007/565/EG der Kommission vom 14. August 2007 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe, die im Rahmen des Zehn-Jahres-Arbeitsprogramms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten untersucht werden, in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie (ABl. L 216 vom 21.8.2007, S. 17)

76. 32006 R 1907: Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission (ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1), berichtigt in ABl. L 136 vom 29.5.2007, S. 3, und ABl. L 141 vom 31.5.2008, S. 22, geändert durch:

– 32007 R 1354: Verordnung (EG) Nr. 1354/2007 des Rates vom 15. November 2007 (ABl. L 304 vom 22.11.2007, S. 1)

– 32009 R 0134: Verordnung (EG) Nr. 134/2009 der Kommission vom 16. Februar 2009 (ABl. L 46 vom 17.2.2009, S. 3)

– 32008 R 0987: Verordnung (EG) Nr. 987/2008 der Kommission vom 8. Oktober 2008 (ABl. L 268 vom 9.10.2008, S. 14)

– 32009 R 0552: Verordnung (EG) Nr. 552/2009 der Kommission vom 22. Juni 2009 (ABl. L 164 vom 26.6.2009, S. 7)

– 32010 R 0276: Verordnung (EU) Nr. 276/2010 der Kommission vom 31. März 2010 (ABl. L 86 vom 1.4.2010, S. 7)

– 32011 R 0143: Verordnung (EU) Nr. 143/2011 der Kommission vom 17. Februar 2011 (ABl. L 44 vom 18.2.2011, S. 2), berichtigt in ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 52

– 32011 R 0207: Verordnung (EU) Nr. 207/2011 der Kommission vom 2. März 2011 (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 27)

– 32011 R 0253: Verordnung (EU) Nr. 253/2011 der Kommission vom 15. März 2011 (ABl. L 69 vom 16.3.2011, S. 7)

– 32008 R 1272: Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1)

– 32010 R 0453: Verordnung (EU) Nr. 453/2010 der Kommission vom 20. Mai 2010 (ABl. L 133 vom 31.5.2010, S. 1)

– 32011 R 0252: Verordnung (EU) Nr. 252/2011 der Kommission vom 15. März 2011 (ABl. L 69 vom 16.3.2011, S. 3)

– 32011 R 0366: Verordnung (EU) Nr. 366/2011 der Kommission vom 14. April 2011 (ABl. L 101 vom 15.4.2011, S. 12)

– 32012 R 0109: Verordnung (EU) Nr. 109/2012 der Kommission vom 9. Februar 2012 (ABl. L 37 vom 10.2.2012, S. 1)

– 32012 R 0125: Verordnung (EU) Nr. 125/2012 der Kommission vom 14. Februar 2012 (ABl. L 41 vom 15.2.2012, S. 1)

– 32012 R 0412: Verordnung (EU) Nr. 412/2012 der Kommission vom 15. Mai 2012 (ABl. L 128 vom 16.5.2012, S. 1)

– 32011 R 0494: Verordnung (EU) Nr. 494/2011 der Kommission vom 20. Mai 2011 (ABl. L 134 vom 21.5.2011, S. 2), berichtigt in ABl. L 136 vom 24.5.2011, S. 105

– 32012 R 0835: Verordnung (EU) Nr. 835/2012 der Kommission vom 18. September 2012 (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 1)

– 32012 R 0836: Verordnung (EU) Nr. 836/2012 der Kommission vom 18. September 2012 (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 4)

– 32013 R 0126: Verordnung (EU) Nr. 126/2013 der Kommission vom 13. Februar 2013 (ABl. L 43 vom 14.2.2013, S. 24)

– 32013 R 0348: Verordnung (EU) Nr. 348/2013 der Kommission vom 17. April 2013 (ABl. L 108 vom 18.4.2013, S. 1)

– 32012 R 0847: Verordnung (EU) Nr. 847/2012 der Kommission vom 19. September 2012 (ABl. L 253 vom 20.9.2012, S. 1)

– 32013 R 1272: Verordnung (EU) Nr. 1272/2013 der Kommission vom 6. Dezember 2013 (ABl. L 328 vom 7.12.2013, S. 69)

– 32012 R 0848: Verordnung (EU) Nr. 848/2012 der Kommission vom 19. September 2012 (ABl. L 253 vom 20.9.2012, S. 5)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32014 R 0301: Verordnung (EU) Nr. 301/2014 der Kommission vom 25. März 2014 (ABl. L 90 vom 26.3.2014, S. 1)

– 32014 R 0474: Verordnung (EU) Nr. 474/2014 der Kommission vom 8. Mai 2014 (ABl. L 136 vom 9.5.2014, S. 19)

– 32014 R 0895: Verordnung (EU) Nr. 895/2014 der Kommission vom 14. August 2014 (ABl. L 244 vom 19.8.2014, S. 6)

– 32015 R 0282: Verordnung (EU) 2015/282 der Kommission vom 20. Februar 2015 (ABl. L 50 vom 21.2.2015, S. 1)

– 32014 R 0317: Verordnung (EU) Nr. 317/2014 der Kommission vom 27. März 2014 (ABl. L 93 vom 28.3.2014, S. 24)

– 32015 R 0628: Verordnung (EU) 2015/628 der Kommission vom 22. April 2015 (ABl. L 104 vom 23.4.2015, S. 2)

– 32015 R 0326: Verordnung (EU) 2015/326 der Kommission vom 2. März 2015 (ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 43)

– 32015 R 1494: Verordnung (EU) 2015/1494 der Kommission vom 4. September 2015 (ABl. L 233 vom 5.9.2015, S. 2)

– 32015 R 0830: Verordnung (EU) 2015/830 der Kommission vom 28. Mai 2015 (ABl. L 132 vom 29.5.2015, S. 8)

– 32016 R 0026: Verordnung (EU) 2016/26 der Kommission vom 13. Januar 2016 (ABl. L 9 vom 14.1.2016, S. 1)

– 32016 R 0217: Verordnung (EU) 2016/217 der Kommission vom 16. Februar 2016 (ABl. L 40 vom 17.2.2016, S. 5)

– 32016 R 0863: Verordnung (EU) 2016/863 der Kommission vom 31. Mai 2016 (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 27)

– 32016 R 1005: Verordnung (EU) 2016/1005 der Kommission vom 22. Juni 2016 (ABl. L 165 vom 23.6.2016, S. 4)

– 32016 R 1017: Verordnung (EU) 2016/1017 der Kommission vom 23. Juni 2016 (ABl. L 166 vom 24.6.2016, S. 1)

– 32016 R 2235: Verordnung (EU) 2016/2235 der Kommission vom 12. Dezember 2016 (ABl. L 337 vom 13.12.2016, S. 3)

– 32017 R 0227: Verordnung (EU) 2017/227 der Kommission vom 9. Februar 2017 (ABl. L 35 vom 10.2.2017, S. 6)

– 32017 R 0706: Verordnung (EU) 2017/706 der Kommission vom 19. April 2017 (ABl. L 104 vom 20.4.2017, S. 8)

– 32017 R 0999: Verordnung (EU) 2017/999 der Kommission vom 13. Juni 2017 (ABl. L 150 vom 14.6.2017, S. 7)

– 32017 R 1000: Verordnung (EU) 2017/1000 der Kommission vom 13. Juni 2017 (ABl. L 150 vom 14.6.2017, S. 14)

– 32017 R 1510: Verordnung (EU) 2017/1510 der Kommission vom 30. August 2017 (ABl. L 224 vom 31.8.2017, S. 110)

– 32018 R 0035: Verordnung (EU) 2018/35 der Kommission vom 10. Januar 2018 (ABl. L 6 vom 11.1.2018, S. 45)

– 32018 R 0588: Verordnung (EU) 2018/588 der Kommission vom 18. April 2018 (ABl. L 99 vom 19.4.2018, S. 3)

– 32018 R 0589: Verordnung (EU) 2018/589 der Kommission vom 18. April 2018 (ABl. L 99 vom 19.4.2018, S. 7), berichtigt in ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 99

– 32018 R 0675: Verordnung (EU) 2018/675 der Kommission vom 2. Mai 2018 (ABl. L 114 vom 4.5.2018, S. 4)

– 32018 R 1513: Verordnung (EU) 2018/1513 der Kommission vom 10. Oktober 2018 (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1881: Verordnung (EU) 2018/1881 der Kommission vom 3. Dezember 2018 (ABl. L 308 vom 4.12.2018, S. 1)

– 32018 R 2005: Verordnung (EU) 2018/2005 der Kommission vom 17. Dezember 2018 (ABl. L 322 vom 18.12.2018, S. 14)

– 32019 R 0957: Verordnung (EU) 2019/957 der Kommission vom 11. Juni 2019 (ABl. L 154 vom 12.6.2019, S. 37)

– 32019 R 1148: Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 1)

– 32019 R 1691: Verordnung (EU) 2019/1691 der Kommission vom 9. Oktober 2019 (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 9)

– 32020 R 0171: Verordnung (EU) 2020/171 der Kommission vom 6. Februar 2020 (ABl. L 35 vom 7.2.2020, S. 1)

– 32020 R 0507: Verordnung (EU) 2020/507 der Kommission vom 7. April 2020 (ABl. L 110 vom 8.4.2020, S. 1)

– 32020 R 0878: Verordnung (EU) 2020/878 der Kommission vom 18. Juni 2020 (ABl. L 203 vom 26.6.2020, S. 28)

– 32020 R 1149: Verordnung (EU) 2020/1149 der Kommission vom 3. August 2020 (ABl. L 252 vom 4.8.2020, S. 24)

– 32020 R 2081: Verordnung (EU) 2020/2081 der Kommission vom 14. Dezember 2020 (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 6)

– 32020 R 2096: Verordnung (EU) 2020/2096 der Kommission vom 15. Dezember 2020 (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 3)

– 32020 R 2160: Verordnung (EU) 2020/2160 der Kommission vom 18. Dezember 2020 (ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 38)

– 32021 R 0057: Verordnung (EU) 2021/57 der Kommission vom 25. Januar 2021 (ABl. L 24 vom 26.1.2021, S. 19)

– 32021 R 0979: Verordnung (EU) 2021/979 der Kommission vom 17. Juni 2021 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 121)

– 32021 R 1199: Verordnung (EU) 2021/1199 der Kommission vom 20. Juli 2021 (ABl. L 259 vom 21.7.2021, S. 1)

– 32021 R 1297: Verordnung (EU) 2021/1297 der Kommission vom 4. August 2021 (ABl. L 282 vom 5.8.2021, S. 29)

– 32021 R 2030: Verordnung (EU) 2021/2030 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 16)

– 32021 R 2045: Verordnung (EU) 2021/2045 der Kommission vom 23. November 2021 (ABl. L 418 vom 24.11.2021, S. 6)

– 32021 R 2204: Verordnung (EU) 2021/2204 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 446 vom 14.12.2021, S. 34)

– 32022 R 0477: Verordnung (EU) 2022/477 der Kommission vom 24. März 2022 (ABl. L 98 vom 25.3.2022, S. 38)

– 32022 R 0586: Verordnung (EU) 2022/586 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 6)

77. 32007 R 1238: Verordnung (EG) Nr. 1238/2007 der Kommission vom 23. Oktober 2007 zur Festlegung der Vorschriften für die Qualifikation der Mitglieder der Widerspruchskammer der Europäischen Agentur für chemische Stoffe (ABl. L 280 vom 24.10.2007, S. 10)

78. 32007 D 0794: Entscheidung 2007/794/EG der Kommission vom 29. November 2007 zur Festsetzung einer neuen Frist für die Einreichung der Unterlagen für bestimmte im Rahmen des Zehn-Jahres-Arbeitsprogramms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG zu untersuchende Wirkstoffe (ABl. L 320 vom 6.12.2007, S. 35)

79. 32008 R 0340: Verordnung (EG) Nr. 340/2008 der Kommission vom 16. April 2008 über die an die Europäische Chemikalienagentur zu entrichtenden Gebühren und Entgelte gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) (ABl. L 107 vom 17.4.2008, S. 6), geändert durch:

– 32013 R 0254: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 254/2013 der Kommission vom 20. März 2013 (ABl. L 79 vom 21.3.2013, S. 7)

– 32015 R 0864: Durchführungsverordnung (EU) 2015/864 der Kommission vom 4. Juni 2015 (ABl. L 139 vom 5.6.2015, S. 1)

– 32018 R 0895: Durchführungsverordnung (EU) 2018/895 der Kommission vom 22. Juni 2018 (ABl. L 160 vom 25.6.2018, S. 1)

80. 32008 D 0423: Entscheidung 2008/423/EG der Kommission vom 8. Mai 2008 zur Festsetzung einer neuen Frist für die Einreichung der Unterlagen für bestimmte im Rahmen des Zehn-Jahres-Arbeitsprogramms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zu untersuchende Wirkstoffe (ABl. L 149 vom 7.6.2008, S. 79)

81. 32008 D 0763: Entscheidung 2008/763/EG der Kommission vom 29. September 2008 zur Aufstellung — gemäß Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates — einer gemeinsamen Methodik für die Berechnung des Jahresabsatzes von Gerätebatterien und -akkumulatoren an Endnutzer (ABl. L 262 vom 1.10.2008, S. 39)

82. 32008 D 0809: Entscheidung 2008/809/EG der Kommission vom 14. Oktober 2008 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 281 vom 24.10.2008, S. 16)

83. 32008 D 0831: Entscheidung 2008/831/EG der Kommission vom 31. Oktober 2008 zur Festsetzung einer neuen Frist für die Einreichung der Unterlagen für bestimmte im Rahmen des Zehn-Jahres-Arbeitsprogramms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG zu untersuchende Wirkstoffe (ABl. L 295 vom 4.11.2008, S. 50)

84. 32008 D 0681: Entscheidung 2008/681/EG der Kommission vom 28. Juli 2008 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 222 vom 20.8.2008, S. 7)

85. 32007 R 0506: Verordnung (EG) Nr. 506/2007 der Kommission vom 8. Mai 2007 über Prüf- und Informationsanforderungen an Importeure und Hersteller bestimmter vorrangig zu prüfender Stoffe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 zur Bewertung und Kontrolle der Umweltrisiken chemischer Altstoffe (ABl. L 119 vom 9.5.2007, S. 24)

86. 32008 R 0465: Verordnung (EG) Nr. 465/2008 der Kommission vom 28. Mai 2008 zur Prüf- und Informationspflicht der Importeure und Hersteller bestimmter im Europäischen Verzeichnis der auf dem Markt vorhandenen chemischen Stoffe aufgeführter persistenter, bioakkumulierbarer und toxischer Stoffe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates (ABl. L 139 vom 29.5.2008, S. 8)

87. 32008 R 0466: Verordnung (EG) Nr. 466/2008 der Kommission vom 28. Mai 2008 über Prüf- und Informationsanforderungen an Importeure und Hersteller bestimmter vorrangig zu prüfender Stoffe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates zur Bewertung und Kontrolle der Umweltrisiken chemischer Altstoffe (ABl. L 139 vom 29.5.2008, S. 10)

88. 32009 D 0063: Entscheidung 2009/63/EG der Kommission vom 20. November 2008 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 7 Absatz 4 Buchstabe b Ziffer iii der Verordnung (EG) Nr. 850/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Mitgliedstaaten (ABl. L 23 vom 27.1.2009, S. 30)

89. 32009 D 0321: Entscheidung 2009/321/EG der Kommission vom 8. April 2009 zur Festsetzung einer neuen Frist für die Einreichung der Unterlagen für bestimmte im Rahmen des Zehn-Jahres-Arbeitsprogramms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zu untersuchende Wirkstoffe (ABl. L 95 vom 9.4.2009, S. 42)

90. 32009 D 0322: Entscheidung 2009/322/EG der Kommission vom 8. April 2009 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 95 vom 9.4.2009, S. 44)

91. 32009 D 0324: Entscheidung 2009/324/EG der Kommission vom 14. April 2009 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 96 vom 15.4.2009, S. 37)

92. 32008 R 0771: Verordnung (EG) Nr. 771/2008 der Kommission vom 1. August 2008 zur Festlegung der Vorschriften für die Organisation und die Verfahren der Widerspruchskammer der Europäischen Chemikalienagentur (ABl. L 206 vom 2.8.2008, S. 5), geändert durch:

– 32016 R 0823: Durchführungsverordnung (EU) 2016/823 der Kommission vom 25. Mai 2016 (ABl. L 137 vom 26.5.2016, S. 4)

93. 32010 D 0071: Beschluss 2010/71/EU der Kommission vom 8. Februar 2010 über die Nichtaufnahme von Diazinon in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 36 vom 9.2.2010, S. 34)

94. 32010 D 0072: Beschluss 2010/72/EU der Kommission vom 8. Februar 2010 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 36 vom 9.2.2010, S. 36)

95. 32010 D 0084: Beschluss 2010/84/EU der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Festsetzung einer neuen Frist für die Einreichung der Unterlagen für bestimmte im Rahmen des Zehn-Jahres-Arbeitsprogramms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zu untersuchende Wirkstoffe (ABl. L 38 vom 11.2.2010, S. 15)

96. 32010 D 0226: Beschluss 2010/226/EU der Kommission vom 20. April 2010 über die erneute Prüfung der Beschränkungen für die in Anhang XVII der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten kurzkettigen Chlorparaffine (ABl. L 100 vom 22.4.2010, S. 15)

97. 32010 D 0675: Beschluss 2010/675/EU der Kommission vom 8. November 2010 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 291 vom 9.11.2010, S. 47)

98. 32010 D 0296: Beschluss 2010/296/EU der Kommission vom 21. Mai 2010 zur Einrichtung eines Registers für Biozid-Produkte (ABl. L 126 vom 22.5.2010, S. 26)

99. 32008 R 0440: Verordnung (EG) Nr. 440/2008 der Kommission vom 30. Mai 2008 zur Festlegung von Prüfmethoden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) (ABl. L 142 vom 31.5.2008, S. 1), berichtigt in ABl. L 143 vom 3.6.2008, S. 55, geändert durch:

– 32009 R 0761: Verordnung (EG) Nr. 761/2009 der Kommission vom 23. Juli 2009 (ABl. L 220 vom 24.8.2009, S. 1)

– 32010 R 1152: Verordnung (EU) Nr. 1152/2010 der Kommission vom 8. Dezember 2010 (ABl. L 234 vom 9.12.2010, S. 13)

– 32012 R 0640: Verordnung (EU) Nr. 640/2012 der Kommission vom 6. Juli 2012 (ABl. L 193 vom 20.7.2012, S. 1)

– 32014 R 0260: Verordnung (EU) Nr. 260/2014 der Kommission vom 24. Januar 2014 (ABl. L 81 vom 19.3.2014, S. 1)

– 32014 R 0900: Verordnung (EU) Nr. 900/2014 der Kommission vom 15. Juli 2014 (ABl. L 247 vom 21.8.2014, S. 1)

– 32016 R 0266: Verordnung (EU) 2016/266 der Kommission vom 7. Dezember 2015 (ABl. L 54 vom 1.3.2016, S. 1)

– 32017 R 0735: Verordnung (EU) 2017/735 der Kommission vom 14. Februar 2017 (ABl. L 112 vom 28.4.2017, S. 1)

– 32019 R 1390: Verordnung (EU) 2019/1390 der Kommission vom 31. Juli 2019 (ABl. L 247 vom 26.9.2019, S. 1)

100. 32009 D 0851: Entscheidung 2009/851/EG der Kommission vom 25. November 2009 zur Einführung eines Fragebogens für Berichte der Mitgliedstaaten über die Umsetzung der Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren (ABl. L 312 vom 27.11.2009, S. 56)

101. 32011 D 0391: Beschluss 2011/391/EU der Kommission vom 1. Juli 2011 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 175 vom 2.7.2011, S. 28)

102. 32010 R 1103: Verordnung (EU) Nr. 1103/2010 der Kommission vom 29. November 2010 zur Festlegung — gemäß der Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates — von Vorschriften für die Angabe der Kapazität auf sekundären (wiederaufladbaren) Gerätebatterien und -akkumulatoren sowie auf Fahrzeugbatterien und -akkumulatoren (ABl. L 313 vom 30.11.2010, S. 3)

103. 32008 R 1272: Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1), berichtigt in ABl. L 16 vom 20.1.2011, S. 1; ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 66; ABl. L 349 vom 21.12.2016, S. 1; ABl. L 117 vom 3.5.2019, S. 8; ABl. L 51 vom 25.2.2020, S. 13; und ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 72; geändert durch:

– 32009 R 0790: Verordnung (EG) Nr. 790/2009 der Kommission vom 10. August 2009 (ABl. L 235 vom 5.9.2009, S. 1)

– 32011 R 0286: Verordnung (EU) Nr. 286/2011 der Kommission vom 10. März 2011 (ABl. L 83 vom 30.3.2011, S. 1), berichtigt in ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 66

– 32012 R 0618: Verordnung (EU) Nr. 618/2012 der Kommission vom 10. Juli 2012 (ABl. L 179 vom 11.7.2012, S. 3)

– 32013 R 0758: Verordnung (EU) Nr. 758/2013 der Kommission vom 7. August 2013 (ABl. L 216 vom 10.8.2013, S. 1)

– 32013 R 0944: Verordnung (EU) Nr. 944/2013 der Kommission vom 2. Oktober 2013 (ABl. L 261 vom 3.10.2013, S. 5)

– 32013 R 0487: Verordnung (EU) Nr. 487/2013 der Kommission vom 8. Mai 2013 (ABl. L 149 vom 1.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

– 32014 R 0605: Verordnung (EU) Nr. 605/2014 der Kommission vom 5. Juni 2014 (ABl. L 167 vom 6.6.2014, S. 36)

– 32014 R 1297: Verordnung (EU) Nr. 1297/2014 der Kommission vom 5. Dezember 2014 (ABl. L 350 vom 6.12.2014, S. 1)

– 32015 R 0491: Verordnung (EU) 2015/491 der Kommission vom 23. März 2015 (ABl. L 78 vom 24.3.2015, S. 12)

– 32015 R 1221: Verordnung (EU) 2015/1221 der Kommission vom 24. Juli 2015 (ABl. L 197 vom 25.7.2015, S. 10)

– 32016 R 1179: Verordnung (EU) 2016/1179 der Kommission vom 19. Juli 2016 (ABl. L 195 vom 20.7.2016, S. 11)

– 32016 R 0918: Verordnung (EU) 2016/918 der Kommission vom 19. Mai 2016 (ABl. L 156 vom 14.6.2016, S. 1)

– 32017 R 0542: Verordnung (EU) 2017/542 der Kommission vom 22. März 2017 (ABl. L 78 vom 23.3.2017, S. 1)

– 32017 R 0776: Verordnung (EU) 2017/776 der Kommission vom 4. Mai 2017 (ABl. L 116 vom 5.5.2017, S. 1)

– 32018 R 0669: Verordnung (EU) 2018/669 der Kommission vom 16. April 2018 (ABl. L 115 vom 4.5.2018, S. 1)

– 52018XC0709(01): Bekanntmachung betreffend die Einstufung von Pech, Kohlenteer, Hochtemperatur als aquatisch akut 1 und aquatisch chronisch 1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 239 vom 9.7.2018, S. 3)

– 32018 R 1480: Verordnung (EU) 2018/1480 der Kommission vom 4. Oktober 2018 (ABl. L 251 vom 5.10.2018, S. 1)

– 32019 R 0521: Verordnung (EU) 2019/521 der Kommission vom 27. März 2019 (ABl. L 86 vom 28.3.2019, S. 1)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

– 32019 R 0011: Delegierte Verordnung (EU) 2020/11 der Kommission vom 29. Oktober 2019 (ABl. L 6 vom 10.1.2020, S. 8)

– 32019 R 0217: Delegierte Verordnung (EU) 2020/217 der Kommission vom 4. Oktober 2019 (ABl. L 44 vom 18.2.2020, S. 1)

– 32020 R 1182: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1182 der Kommission vom 19. Mai 2020 (ABl. L 261 vom 11.8.2020, S. 2)

– 32020 R 1413: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1413 der Kommission vom 29. Juni 2020 (ABl. L 326 vom 8.10.2020, S. 1)

– 32020 R 1676: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1676 der Kommission vom 31. August 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 1)

– 32020 R 1677: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1677 der Kommission vom 31. August 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 3)

– 32021 R 643: Delegierte Verordnung (EU) 2021/643 der Kommission vom 3. Februar 2021 (ABl. L 133 vom 20.4.2021, S. 5)

– 32021 R 797: Delegierte Verordnung (EU) 2021/797 der Kommission vom 8. März 2021 (ABl. L 176 vom 19.5.2021, S. 1)

– 32021 R 849: Delegierte Verordnung (EU) 2021/849 der Kommission vom 11. März 2021 (ABl. L 188 vom 28.5.2021, S. 27)

– 32021 R 1962: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1962 der Kommission vom 12. August 2021 (ABl. L 400 vom 12.11.2021, S. 16)

– 32022 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2022/692 der Kommission vom 16. Februar 2022 (ABl. L 129 vom 3.5.2022, S. 1)

– 32023 R 0707: Delegierte Verordnung (EU) 2023/707 der Kommission vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 93 vom 31.3.2023, S. 7)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Andorra ist nicht verpflichtet, sich an dem Verfahren zur Harmonisierung der Einstufung und Kennzeichnung von Stoffen gemäß Artikel 37 der Verordnung zu beteiligen.

b) Andorra richtet gemäß Artikel 44 der Verordnung eine nationale Auskunftsstelle ein, die Einführer beraten soll.

c) Andorra kann gemäß Artikel 45 der Verordnung Stellen benennen, die für die Entgegennahme der Informationen über die Reaktion im Falle einer gesundheitlichen Notlage aus anderen EU-Mitgliedstaaten zuständig sind (Giftnotrufzentralen). Andorra schließt die hierfür erforderliche Verwaltungsvereinbarung ab.

104. 32010 R 0440: Verordnung (EU) Nr. 440/2010 der Kommission vom 21. Mai 2010 über die an die Europäische Chemikalienagentur zu entrichtenden Gebühren gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (ABl. L 126 vom 22.5.2010, S. 1)

105. 32012 D 0077: Beschluss 2012/77/EU der Kommission vom 9. Februar 2012 über die Nichtaufnahme von Flufenoxuron in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten für die Produktart 18 (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 47)

106. 32012 D 0078: Beschluss 2012/78/EU der Kommission vom 9. Februar 2012 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 48)

107. 32012 R 0493: Verordnung (EU) Nr. 493/2012 der Kommission vom 11. Juni 2012 mit Durchführungsbestimmungen zur Berechnung der Recyclingeffizienzen von Recyclingverfahren für Altbatterien und Altakkumulatoren gemäß der Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 151 vom 12.6.2012, S. 9)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Aufnahme von Recyclingverfahren für Altbatterien und Altakkumulatoren in seinem Hoheitsgebiet nicht.

108. 32012 D 0254: Beschluss 2012/254/EU der Kommission vom 10. Mai 2012 über die Nichtaufnahme von Dichlorvos in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten für die Produktart 18 (ABl. L 125 vom 12.5.2012, S. 53)

109. 32012 D 0257: Beschluss 2012/257/EU der Kommission vom 11. Mai 2012 über die Nichtaufnahme von Naled in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten für die Produktart 18 (ABl. L 126 vom 15.5.2012, S. 12)

110. 32012 D 0728: Beschluss 2012/728/EU der Kommission vom 23. November 2012 über die Nichtaufnahme von Bifenthrin in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten für die Produktart 18 (ABl. L 327 vom 27.11.2012, S. 55)

111. 32013 D 0085: Beschluss 2013/85/EU der Kommission vom 14. Februar 2013 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 45 vom 16.2.2013, S. 30)

112. 32013 D 0204: Beschluss 2013/204/EU der Kommission vom 25. April 2013 über die Nichtaufnahme von Formaldehyd in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten für die Produktart 20 (ABl. L 117 vom 27.4.2013, S. 18)

113. 32013 R 0414: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 414/2013 der Kommission vom 6. Mai 2013 zur Festlegung eines Verfahrens für die Zulassung gleicher Biozidprodukte gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 125 vom 7.5.2013, S. 4), geändert durch:

    – 32016 R 1802: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1802 der Kommission vom 11. Oktober 2016 (ABl. L 275 vom 12.10.2016, S. 34)

114. 32015 R 0292: Durchführungsverordnung (EU) 2015/292 der Kommission vom 24. Februar 2015 zur Genehmigung von Kohlendioxid als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 15 (ABl. L 53 vom 25.2.2015, S. 3)

115. 32015 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2015/405 der Kommission vom 11. März 2015 zur Genehmigung von Alpha-Cypermethrin als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 9)

116. 32015 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) 2015/406 der Kommission vom 11. März 2015 zur Genehmigung von *Bacillus thuringiensis* subsp. *israelensis* Serotyp H14, Stamm SA3A als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 12)

117. 32015 R 0407: Durchführungsverordnung (EU) 2015/407 der Kommission vom 11. März 2015 über die Genehmigung von 2-Propanol als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2 und 4 (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 15)

118. 32015 D 0411: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/411 der Kommission vom 11. März 2015 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend kationische Polymerbindemittel mit quartären Ammoniumverbindungen in Anstrichfarben und Beschichtungen (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 30)

119. 32015 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2015/416 der Kommission vom 12. März 2015 zur Genehmigung von Dinotefuran als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 30)

120. 32015 R 0417: Durchführungsverordnung (EU) 2015/417 der Kommission vom 12. März 2015 zur Genehmigung von *Bacillus sphaericus* 2362 Serotyp H5a5b, Stamm ABTS1743 als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 33)

121. 32015 R 0419: Durchführungsverordnung (EU) 2015/419 der Kommission vom 12. März 2015 zur Genehmigung von Tolylfluanid als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 39)

122. 32015 D 0744: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/744 der Kommission vom 8. Mai 2015 zur Genehmigung der vorläufigen Maßnahme der Niederlande gemäß Artikel 52 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die zusätzlichen Verpackungs- und Kennzeichnungsvorschriften für nikotinhaltige elektronische Zigaretten und Nachfüllbehälter (ABl. L 118 vom 9.5.2015, S. 8)

123. 32015 R 0984: Durchführungsverordnung (EU) 2015/984 der Kommission vom 24. Juni 2015 zur Genehmigung von Kupferpyrithion als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 159 vom 25.6.2015, S. 43)

124. 32015 R 0985: Durchführungsverordnung (EU) 2015/985 der Kommission vom 24. Juni 2015 zur Genehmigung von Clothianidin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 159 vom 25.6.2015, S. 46)

125. 32016 R 0105: Durchführungsverordnung (EU) 2016/105 der Kommission vom 27. Januar 2016 zur Genehmigung von Biphenyl-2-ol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2, 4, 6 und 13 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 74)

126. 32016 D 0107: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/107 der Kommission vom 27. Januar 2016 zur Nichtgenehmigung von Cybutryn als altem Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 81)

127. 32016 D 0108: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/108 der Kommission vom 27. Januar 2016 zur Nichtgenehmigung von 2-Butanon-peroxid als altem Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1 und 2 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 83)

128. 32016 D 0109: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/109 der Kommission vom 27. Januar 2016 über die Nichtgenehmigung von PHMB (1600; 1.8) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 6 und 9 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 84)

129. 32016 D 0110: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/110 der Kommission vom 27. Januar 2016 zur Nichtgenehmigung von Triclosan als altem Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 1 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 86)

130. 32016 R 0124: Durchführungsverordnung (EU) 2016/124 der Kommission vom 29. Januar 2016 zur Genehmigung von PHMB (1600; 1.8) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 4 (ABl. L 24 vom 30.1.2016, S. 1)

131. 32016 R 0125: Durchführungsverordnung (EU) 2016/125 der Kommission vom 29. Januar 2016 über die Genehmigung von PHMB (1600; 1.8) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2, 3 und 11 (ABl. L 24 vom 30.1.2016, S. 6)

132. 32016 R 0131: Durchführungsverordnung (EU) 2016/131 der Kommission vom 1. Februar 2016 zur Genehmigung von C(M)IT/MIT (3:1) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2, 4, 6, 11, 12 und 13 (ABl. L 25 vom 2.2.2016, S. 48)

133. 32016 D 0135: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/135 der Kommission vom 29. Januar 2016 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Flocoumafen, Brodifacoum und Warfarin zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 25 vom 2.2.2016, S. 65)

134. 32016 R 1068: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1068 der Kommission vom 1. Juli 2016 zur Genehmigung von N-Cyclopropyl-1,3,5-triazin-2,4,6-triamin (Cyromazin) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 178 vom 2.7.2016, S. 13)

135. 32016 R 1083: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1083 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von Aminen, N-C10-16-alkyltrimethylendi-, Reaktionsprodukten mit Chloressigsäure, als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2, 3 und 4 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 4)

136. 32016 R 1084: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1084 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von Biphenyl-2-ol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 3 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 9)

137. 32016 R 1085: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1085 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm ISB06 als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 3 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 12)

138. 32016 R 1086: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1086 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von 2-Brom-2-(brommethyl)pentandinitril (DBDCB) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 6 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 15)

139. 32016 R 1087: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1087 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von Tolylfluanid als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 7 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 18)

140. 32016 R 1088: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1088 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von Kupferflocken (beschichtet mit einem Film aus aliphatischer Säure) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 21)

141. 32016 R 1089: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1089 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von Dikupferoxid als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 25)

142. 32016 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1090 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von Kupferthiocyanat als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 29)

143. 32016 R 1093: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1093 der Kommission vom 6. Juli 2016 zur Genehmigung von Didecyl-methyl-poly(oxyethyl)ammoniumpropanoat als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 1)

144. 32016 R 1094: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1094 der Kommission vom 6. Juli 2016 zur Genehmigung von Kupfer, granuliert, als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 4)

145. 32016 R 1929: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1929 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von *Bacillus thuringiensis* subsp. *kurstaki*, Serotyp 3a3b, Stamm ABTS-351 als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 26)

146. 32016 R 1930: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1930 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Chlorokresol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2, 3, 6 und 9 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 29)

147. 32016 R 1931: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1931 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Chlorkresol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 13 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 33)

148. 32016 R 1932: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1932 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Calciummagnesiumoxid (Dolomitbranntkalk) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 3 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 36)

149. 32016 R 1933: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1933 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Calciummagnesiumtetrahydroxid (Dolomitkalkhydrat) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 3 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 39)

150. 32016 R 1934: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1934 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Kokos-Alkyltrimethylammoniumchlorid (ATMAC/TMAC) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 42)

151. 32016 R 1935: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1935 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Calciumdihydroxid (Kalkhydrat) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 3 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 45)

152. 32016 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1937 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Cyfluthrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 51)

153. 32016 R 1938: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1938 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Zitronensäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 2 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 54)

154. 32016 D 1943: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1943 der Kommission vom 4. November 2016 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwendung von Paraffinöl zur Beschichtung von Eiern zum Zweck der Kontrolle der Populationsgröße von Brutvögeln (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 90)

155. 32016 D 1950: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1950 der Kommission vom 4. November 2016 über die Nichtgenehmigung bestimmter biozider Wirkstoffe gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 8.11.2016, S. 14)

156. 32016 R 1936: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1936 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Calciumoxid (gebranntem Kalk) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 3 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 48)

157. 32016 R 2288: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2288 der Kommission vom 16. Dezember 2016 zur Genehmigung von Piperonylbutoxid als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 65)

158. 32016 R 2289: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2289 der Kommission vom 16. Dezember 2016 zur Genehmigung von epsilon-Momfluorothrin als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 68)

159. 32016 R 2290: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2290 der Kommission vom 16. Dezember 2016 zur Genehmigung von Peressigsäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 11 und 12 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 71)

160. 32016 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2291 der Kommission vom 16. Dezember 2016 zur Genehmigung von L(+)-Milchsäure als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 1 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 74)

161. 32017 R 0794: Durchführungsverordnung (EU) 2017/794 der Kommission vom 10. Mai 2017 zur Genehmigung von Siliciumdioxid/Kieselgur als altem Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 120 vom 11.5.2017, S. 7)

162. 32017 R 0795: Durchführungsverordnung (EU) 2017/795 der Kommission vom 10. Mai 2017 zur Genehmigung von pyrogenem, synthetisch amorphem, oberflächenbehandeltem Siliciumdioxid in Nanoform als altem Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 120 vom 11.5.2017, S. 10)

163. 32017 R 0796: Durchführungsverordnung (EU) 2017/796 der Kommission vom 10. Mai 2017 zur Genehmigung von Dichlofluanid als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 120 vom 11.5.2017, S. 13)

164. 32017 D 0802: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/802 der Kommission vom 10. Mai 2017 zur Nichtgenehmigung von PHMB (1600; 1.8) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 5 (ABl. L 120 vom 11.5.2017, S. 29)

165. 32017 D 1210: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1210 der Kommission vom 4. Juli 2017 zur Ermittlung von Di(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP), Dibutylphthalat (DBP), Benzylbutylphtalat (BBP) und Diisobutylphthalat (DIBP) als besonders besorgniserregende Stoffe gemäß Artikel 57 Buchstabe f der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 35)

166. 32017 R 1273: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1273 der Kommission vom 14. Juli 2017 zur Genehmigung von aus Natriumhypochlorit freigesetztem Aktivchlor als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2, 3, 4 und 5 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 13)

167. 32017 R 1274: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1274 der Kommission vom 14. Juli 2017 zur Genehmigung von aus Calciumhypochlorit freigesetztem Aktivchlor als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2, 3, 4 und 5 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 17)

168. 32017 R 1275: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1275 der Kommission vom 14. Juli 2017 zur Genehmigung von aus Chlor freigesetztem Aktivchlor als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 5 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 21)

169. 32017 R 1276: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1276 der Kommission vom 14. Juli 2017 zur Genehmigung von Peressigsäure, hergestellt aus Tetraacetylethylendiamin und Natriumpercarbonat, als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2, 3 und 4 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 24)

170. 32017 R 1277: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1277 der Kommission vom 14. Juli 2017 zur Genehmigung von 2-Octyl-(2H)-isothiazol-3-on als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 27)

171. 32017 R 1278: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1278 der Kommission vom 14. Juli 2017 zur Genehmigung von 2-Methyl-3(2H)-isothiazolon als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 11 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 30)

172. 32017 D 1282: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1282 der Kommission vom 14. Juli 2017 zur Nichtgenehmigung von 2-Methyl-1,2-benzisothiazol-3(2H)-on als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 13 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 69)

173. 32017 R 1376: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1376 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Warfarin als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 9)

174. 32017 R 1377: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1377 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Chlorphacinon als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 15)

175. 32017 R 1378: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1378 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Coumatetralyl als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 21)

176. 32017 R 1379: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1379 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Difenacoum als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 27)

177. 32017 R 1380: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1380 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Bromadiolon als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 33)

178. 32017 R 1381: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1381 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Brodifacoum als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 39)

179. 32017 R 1382: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1382 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Difethialon als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 45)

180. 32017 R 1383: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1383 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Flocoumafen als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 51)

181. 32017 R 2326: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2326 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Genehmigung von Imiprothrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 22)

182. 32017 R 2327: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2327 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Genehmigung von 2-Methyl-1,2-benzisothiazol-3(2H)-on als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 6 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 25)

183. 32017 D 2334: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2334 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Kreosot zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 64)

184. 32018 D 0594: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/594 der Kommission vom 13. April 2018 zur Identifizierung von Benzol-1,2,4-tricarbonsäure-1,2-anhydrid (Trimellitsäureanhydrid) (TMA) als besonders besorgniserregender Stoff gemäß Artikel 57 Buchstabe f der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 99 vom 19.4.2018, S. 16)

185. 32018 D 0622: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/622 der Kommission vom 20. April 2018 zur Nichtgenehmigung von Chlorophen als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 3 (ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 80)

186. 32018 R 0613: Durchführungsverordnung (EU) 2018/613 der Kommission vom 20. April 2018 über die Genehmigung von PHMB (1415; 4.7) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 4 (ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 1)

187. 32018 R 0614: Durchführungsverordnung (EU) 2018/614 der Kommission vom 20. April 2018 zur Genehmigung von Azoxystrobin als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 7, 9 und 10 (ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 5)

188. 32018 D 0619: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/619 der Kommission vom 20. April 2018 zur Nichtgenehmigung von PHMB (1415; 4.7) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 5 und 6 (ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 21)

189. 32018 R 1129: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1129 der Kommission vom 13. August 2018 zur Genehmigung von Acetamiprid als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 4)

190. 32018 R 1130: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1130 der Kommission vom 13. August 2018 zur Genehmigung von Cypermethrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 8)

191. 32018 R 1131: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1131 der Kommission vom 13. August 2018 zur Genehmigung von Penflufen als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 12)

192. 32018 D 1477: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1477 der Kommission vom 2. Oktober 2018 über die Bedingungen der Zulassungen von Ethylbutylacetylaminopropionat enthaltenden Biozidprodukten, mit denen Belgien gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates die Kommission befasst hat (ABl. L 249 vom 4.10.2018, S. 3)

193. 32018 D 1479: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1479 der Kommission vom 3. Oktober 2018 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Sulfurylfluorid zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 249 vom 4.10.2018, S. 16)

194. 32018 D 1622: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1622 der Kommission vom 29. Oktober 2018 über die Nichtgenehmigung bestimmter Wirkstoffe in Biozidprodukten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 271 vom 30.10.2018, S. 26), berichtigt in ABl. L 34 vom 6.2.2019, S. 10

195. 32018 D 1623: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1623 der Kommission vom 29. Oktober 2018 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über auf nicht natürliche Weise mit Wolbachia infizierte Stechmücken, die zur Vektorkontrolle eingesetzt werden (ABl. L 271 vom 30.10.2018, S. 30)

196. 32018 R 1292: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1292 der Kommission vom 25. September 2018 zur Genehmigung von Cyphenothrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 241 vom 26.9.2018, S. 11)

197. 32018 D 1305: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1305 der Kommission vom 26. September 2018 über die Bedingungen der Zulassung einer Deltamethrin enthaltenden Biozidproduktfamilie, mit denen Schweden gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates die Kommission befasst hat (ABl. L 244 vom 28.9.2018, S. 109)

198. 32018 D 1985: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1985 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Nichtgenehmigung von *Willaertia magna c2c maky* als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 11 (ABl. L 317 vom 14.12.2018, S. 27)

199. 32018 D 2013: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/2013 der Kommission vom 14. Dezember 2018 zur Identifizierung von 1,7,7-Trimethyl-3-(phenylmethylen)bicyclo[2.2.1]heptan-2-on (3-Benzylidencampfer) als besonders besorgniserregender Stoff gemäß Artikel 57 Buchstabe f der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 322 vom 18.12.2018, S. 53)

200. 32018 D 1251: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1251 der Kommission vom 18. September 2018 zur Nichtgenehmigung von Empenthrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 235 vom 19.9.2018, S. 24)

201. 32019 R 0637: Durchführungsverordnung (EU) 2019/637 der Kommission vom 23. April 2019 zur Genehmigung von Cholecalciferol als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 109 vom 24.4.2019, S. 13)

202. 32019 D 0641: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/641 der Kommission vom 17. April 2019 über die Bedingungen der Zulassung einer 1R-trans-Phenothrin enthaltenden Biozidproduktfamilie, mit denen Irland gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates die Kommission befasst hat (ABl. L 109 vom 24.4.2019, S. 26)

203. 32019 D 0994: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/994 der Kommission vom 17. Juni 2019 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Etofenprox zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 26)

204. 32019 D 1030: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1030 der Kommission vom 21. Juni 2019 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Indoxacarb zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 167 vom 24.6.2019, S. 32)

205. 32019 D 1194: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1194 der Kommission vom 5. Juli 2019 zur Identifizierung von 4-tert-Butylphenol (PTBP) als besonders besorgniserregenden Stoff gemäß Artikel 57 Buchstabe f der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 187 vom 12.7.2019, S. 41)

206. 32019 D 1331: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1331 der Kommission vom 5. August 2019 über die Bedingungen der Zulassung eines Pfefferminzöl und Citronellal enthaltenden Biozidprodukts, mit denen das Vereinigte Königreich gemäß Artikel 36 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates die Kommission befasst hat (ABl. L 207 vom 7.8.2019, S. 37)

207. 32019 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1692 Der Kommission vom 9. Oktober 2019 über die Anwendung bestimmter Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Registrierung und gemeinsame Nutzung von Daten nach Ablauf der endgültigen Registrierungsfrist für Phase-in-Stoffe (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 12)

208. 32019 D 1942: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1942 der Kommission vom 22. November 2019 zur Nichtgenehmigung von Carbendazim als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 9 (ABl. L 303 vom 25.11.2019, S. 29)

209. 32019 D 1950: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1950 Der Kommission vom 25. November 2019 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von K-HDO zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 304 vom 26.11.2019, S. 19)

210. 32019 D 1951: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1951 Der Kommission vom 25. November 2019 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Tebuconazol zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 304 vom 26.11.2019, S. 21)

211. 32019 D 1959: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1959 der Kommission vom 26. November 2019 zur Nichtgenehmigung von Silber-Natrium-Hydrogen-Zirconium-Phosphat als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 7 (ABl. L 306 vom 27.11.2019, S. 40)

212. 32019 D 1960: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1960 der Kommission vom 26. November 2019 zur Nichtgenehmigung von Silberzeolith als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 7 (ABl. L 306 vom 27.11.2019, S. 42)

213. 32019 D 1969: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1969 der Kommission vom 26. November 2019 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von IPBC zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 307 vom 28.11.2019, S. 45)

214. 32019 D 1973: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1973 der Kommission vom 27. November 2019 zur Nichtgenehmigung von Silber-Kupfer-Zeolith als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 7 (ABl. L 307 vom 28.11.2019, S. 58)

215. 32020 D 0027: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/27 der Kommission vom 13. Januar 2020 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Propiconazol zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 39)

216. 32020 R 1435: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1435 der Kommission vom 9. Oktober 2020 über die den Registranten auferlegten Pflichten zur Aktualisierung ihrer Registrierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) (ABl. L 331 vom 12.10.2020, S. 24)

217. 32020 D 1036: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1036 der Kommission vom 15. Juli 2020 über die Nichtgenehmigung bestimmter Wirkstoffe in Biozidprodukten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 68)

218. 32020 D 1037: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1037 der Kommission vom 15. Juli 2020 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Acrolein zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 12 (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 72)

219. 32020 D 1038: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1038 der Kommission vom 15. Juli 2020 zur Verschiebung des Ablaufs der Genehmigung von Kreosot zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 74)

220. 32009 R 1107: Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 1), geändert durch:

– 32013 R 0518: Verordnung (EU) Nr. 518/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 72)

– 32017 R 1432: Verordnung (EU) 2017/1432 der Kommission vom 7. August 2017 (ABl. L 205 vom 8.8.2017, S. 59)

– 32018 R 0605: Verordnung (EU) 2018/605 der Kommission vom 19. April 2018 (ABl. L 101 vom 20.4.2018, S. 33), berichtigt in ABl. L 111 vom 2.5.2018, S. 10

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Andorra ist nicht verpflichtet, sich an der Bewertung von Anträgen auf Genehmigung von Wirkstoffen, Safenern, Synergisten oder Beistoffen oder an der Bewertung von Anträgen auf Zulassung von Pflanzenschutzmitteln zu beteiligen. Damit erkennt Andorra stets automatisch die in Frankreich und Spanien geltenden Marktzulassungen für Pflanzenschutzmittel an.

b) Andorra kann das Verfahren zur Beantragung der gegenseitigen Anerkennung durch amtliche oder wissenschaftliche Stellen nach Maßgabe des Artikels 40 Absatz 2 dieser Verordnung einleiten.

c) Andorra kann im Falle von Notfallsituationen im Pflanzenschutz gemäß Artikel 53 dieser Verordnung das Ausnahmeverfahren einleiten.

d) Andorra kann das Verfahren für Forschung und Entwicklung nach Maßgabe des Artikels 54 dieser Verordnung einleiten.

221. 32011 R 0540: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Liste zugelassener Wirkstoffe (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 1), berichtigt in ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 38, geändert durch:

– 32011 R 0541: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 541/2011 der Kommission vom 1. Juni 2011 (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 187)

– 32011 R 0542: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 542/2011 der Kommission vom 1. Juni 2011 (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 189)

– 32011 R 0702: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 702/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 28)

– 32011 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 703/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 33)

– 32011 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 704/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 38)

– 32011 R 0705: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 705/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 43)

– 32011 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 706/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 50)

– 32011 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 736/2011 der Kommission vom 26. Juli 2011 (ABl. L 195 vom 27.7.2011, S. 37)

– 32011 R 0740: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 740/2011 der Kommission vom 27. Juli 2011 (ABl. L 196 vom 28.7.2011, S. 6)

– 32011 R 0786: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 786/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 11)

– 32011 R 0787: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 787/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 16)

– 32011 R 0788: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 788/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 21)

– 32011 R 0797: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 797/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 3)

– 32011 R 0798: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 798/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 9)

– 32011 R 0800: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 800/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 22)

– 32011 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 806/2011 der Kommission vom 10. August 2011 (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 39)

– 32011 R 0807: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 807/2011 der Kommission vom 10. August 2011 (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 44)

– 32011 R 0810: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 810/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 7)

– 32011 R 0820: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 820/2011 der Kommission vom 16. August 2011 (ABl. L 209 vom 17.8.2011, S. 18)

– 32011 R 0974: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 974/2011 der Kommission vom 29. September 2011 (ABl. L 255 vom 1.10.2011, S. 1)

– 32011 R 0993: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 993/2011 der Kommission vom 6. Oktober 2011 (ABl. L 263 vom 7.10.2011, S. 1)

– 32011 R 1022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1022/2011 der Kommission vom 14. Oktober 2011 (ABl. L 270 vom 15.10.2011, S. 20)

– 32011 R 1100: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1100/2011 der Kommission vom 31. Oktober 2011 (ABl. L 285 vom 1.11.2011, S. 10)

– 32011 R 1134: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1134/2011 der Kommission vom 9. November 2011 (ABl. L 292 vom 10.11.2011, S. 1)

– 32011 R 1143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1143/2011 der Kommission vom 10. November 2011 (ABl. L 293 vom 11.11.2011, S. 26)

– 32012 R 0735: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 735/2012 der Kommission vom 14. August 2012 (ABl. L 218 vom 15.8.2012, S. 3)

– 32012 R 0746: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 746/2012 der Kommission vom 16. August 2012 (ABl. L 219 vom 17.8.2012, S. 15)

– 32012 R 0087: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 87/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 8)

– 32012 R 0127: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 127/2012 der Kommission vom 14. Februar 2012 (ABl. L 41 vom 15.2.2012, S. 12)

– 32012 R 0287: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 287/2012 der Kommission vom 30. März 2012 (ABl. L 95 vom 31.3.2012, S. 7)

– 32012 R 0359: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 359/2012 der Kommission vom 25. April 2012 (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 1)

– 32012 R 0369: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 369/2012 der Kommission vom 27. April 2012 (ABl. L 116 vom 28.4.2012, S. 19)

– 32012 R 0571: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 571/2012 der Kommission vom 28. Juni 2012 (ABl. L 169 vom 29.6.2012, S. 46)

– 32012 R 0582: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 582/2012 der Kommission vom 2. Juli 2012 (ABl. L 173 vom 3.7.2012, S. 3)

– 32012 R 0589: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 589/2012 der Kommission vom 4. Juli 2012 (ABl. L 175 vom 5.7.2012, S. 7)

– 32012 R 0595: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 595/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 46)

– 32012 R 0597: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 597/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 54)

– 32012 R 0608: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 608/2012 der Kommission vom 6. Juli 2012 (ABl. L 177 vom 7.7.2012, S. 19)

– 32012 R 0637: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 637/2012 der Kommission vom 13. Juli 2012 (ABl. L 186 vom 14.7.2012, S. 20)

– 32012 R 1037: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1037/2012 der Kommission vom 7. November 2012 (ABl. L 308 vom 8.11.2012, S. 15)

– 32012 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1043/2012 der Kommission vom 8. November 2012 (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 24)

– 32012 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1197/2012 der Kommission vom 13. Dezember 2012 (ABl. L 342 vom 14.12.2012, S. 27)

– 32012 R 1237: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1237/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 55)

– 32012 R 1238: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1238/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 59)

– 32013 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 17/2013 der Kommission vom 14. Januar 2013 (ABl. L 9 vom 15.1.2013, S. 5)

– 32013 R 0022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 22/2013 der Kommission vom 15. Januar 2013 (ABl. L 11 vom 16.1.2013, S. 8)

– 32013 R 0175: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 175/2013 der Kommission vom 27. Februar 2013 (ABl. L 56 vom 28.2.2013, S. 4)

– 32013 R 0188: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 188/2013 der Kommission vom 5. März 2013 (ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 13)

– 32013 R 0200: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 200/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 235 vom 4.9.2013, S. 12

– 32013 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 6)

– 32013 R 0350: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 350/2013 der Kommission vom 17. April 2013 (ABl. L 108 vom 18.4.2013, S. 9)

– 32013 R 0355: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 355/2013 der Kommission vom 18. April 2013 (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 14)

– 32013 R 0356: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 356/2013 der Kommission vom 18. April 2013 (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 18)

– 32013 R 0366: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 366/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 30)

– 32013 R 0367: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 367/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 33)

– 32013 R 0368: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 368/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 36)

– 32013 R 0373: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 373/2013 der Kommission vom 23. April 2013 (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 10)

– 32013 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 375/2013 der Kommission vom 23. April 2013 (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 15)

– 32013 R 0378: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 378/2013 der Kommission vom 24. April 2013 (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 5)

– 32013 R 0533: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 533/2013 der Kommission vom 10. Juni 2013 (ABl. L 159 vom 11.6.2013, S. 9)

– 32013 R 0546: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 546/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 17)

– 32013 R 0568: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 568/2013 der Kommission vom 18. Juni 2013 (ABl. L 167 vom 19.6.2013, S. 33)

– 32013 R 0570: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 570/2013 der Kommission vom 17. Juni 2013 (ABl. L 168 vom 20.6.2013, S. 18)

– 32013 R 0762: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 762/2013 der Kommission vom 7. August 2013 (ABl. L 213 vom 8.8.2013, S. 14)

– 32013 R 0767: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 767/2013 der Kommission vom 8. August 2013 (ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 5)

– 32013 R 0802: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 802/2013 der Kommission vom 22. August 2013 (ABl. L 225 vom 23.8.2013, S. 13)

– 32013 R 0826: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 826/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 13)

– 32013 R 0827: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 827/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 18)

– 32013 R 0828: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 828/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 23)

– 32013 R 0829: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 829/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 29)

– 32013 R 0832: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 832/2013 der Kommission vom 30. August 2013 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 3)

– 32013 R 0833: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 833/2013 der Kommission vom 30. August 2013 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 7)

– 32013 R 1031: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1031/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 17)

– 32013 R 1136: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1136/2013 der Kommission vom 12. November 2013 (ABl. L 302 vom 13.11.2013, S. 34)

– 32013 R 1175: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1175/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 18)

– 32013 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1176/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 23)

– 32013 R 1177: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1177/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 28)

– 32013 R 1187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1187/2013 der Kommission vom 21. November 2013 (ABl. L 313 vom 22.11.2013, S. 42)

– 32013 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1192/2013 der Kommission vom 22. November 2013 (ABl. L 314 vom 23.11.2013, S. 6)

– 32013 R 1195: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1195/2013 der Kommission vom 22. November 2013 (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 27)

– 32013 R 1199: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1199/2013 der Kommission vom 25. November 2013 (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 69)

– 32013 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 187/2013 der Kommission vom 5. März 2013 (ABl. L 65 vom 6.3.2013, S. 10)

– 32013 R 0190: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 190/2013 der Kommission vom 5. März 2013 (ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 19)

– 32013 R 0365: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 365/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 27)

– 32013 R 0369: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 369/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 39)

– 32013 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2013 der Kommission vom 24. Mai 2013 (ABl. L 139 vom 25.5.2013, S. 12)

– 32013 R 0532: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 532/2013 der Kommission vom 10. Juni 2013 (ABl. L 159 vom 11.6.2013, S. 6)

– 32013 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 781/2013 der Kommission vom 14. August 2013 (ABl. L 219 vom 15.8.2013, S. 22)

– 32013 R 0790: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 790/2013 der Kommission vom 19. August 2013 (ABl. L 222 vom 20.8.2013, S. 6)

– 32013 R 0798: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 798/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 224 vom 22.8.2013, S. 9)

– 32013 R 1089: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1089/2013 der Kommission vom 4. November 2013 (ABl. L 293 vom 5.11.2013, S. 31)

– 32013 R 1124: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1124/2013 der Kommission vom 8. November 2013 (ABl. L 299 vom 9.11.2013, S. 34)

– 32013 R 1150: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1150/2013 der Kommission vom 14. November 2013 (ABl. L 305 vom 15.11.2013, S. 13)

– 32013 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1165/2013 der Kommission vom 18. November 2013 (ABl. L 309 vom 19.11.2013, S. 17)

– 32013 R 1166: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1166/2013 der Kommission vom 18. November 2013 (ABl. L 309 vom 19.11.2013, S. 22)

– 32013 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1178/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 33)

– 32014 R 0085: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 85/2014 der Kommission vom 30. Januar 2014 (ABl. L 28 vom 31.1.2014, S. 34)

– 32014 R 0140: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 140/2014 der Kommission vom 13. Februar 2014 (ABl. L 44 vom 14.2.2014, S. 35), berichtigt in ABl. L 277 vom 22.10.2015, S. 60

– 32014 R 0141: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 141/2014 der Kommission vom 13. Februar 2014 (ABl. L 44 vom 14.2.2014, S. 40)

– 32014 R 0143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 143/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 1)

– 32014 R 0144: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 144/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 7)

– 32014 R 0145: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 145/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 12)

– 32014 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 149/2014 der Kommission vom 17. Februar 2014 (ABl. L 46 vom 18.2.2014, S. 3)

– 32014 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 151/2014 der Kommission vom 18. Februar 2014 (ABl. L 48 vom 19.2.2014, S. 1)

– 32014 R 0154: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 154/2014 der Kommission vom 19. Februar 2014 (ABl. L 50 vom 20.2.2014, S. 7)

– 32014 R 0192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 192/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 20)

– 32014 R 0193: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 193/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 25)

– 32014 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 187/2014 der Kommission vom 26. Februar 2014 (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 24)

– 32014 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 462/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 (ABl. L 134 vom 7.5.2014, S. 28)

– 32014 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 65)

– 32014 R 0486: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 486/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 70)

– 32014 R 0487: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 487/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 72)

– 32014 R 0496: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 496/2014 der Kommission vom 14. Mai 2014 (ABl. L 143 vom 15.5.2014, S. 1)

– 32014 R 0504: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 504/2014 der Kommission vom 15. Mai 2014 (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 28)

– 32014 R 0563: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 563/2014 der Kommission vom 23. Mai 2014 (ABl. L 156 vom 24.5.2014, S. 5)

– 32014 R 0571: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 571/2014 der Kommission vom 26. Mai 2014 (ABl. L 157 vom 27.5.2014, S. 96)

– 32014 R 0629: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 629/2014 der Kommission vom 12. Juni 2014 (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 33)

– 32014 R 0632: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 632/2014 der Kommission vom 13. Mai 2014 (ABl. L 175 vom 14.6.2014, S. 1)

– 32014 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 678/2014 der Kommission vom 19. Juni 2014 (ABl. L 180 vom 20.6.2014, S. 11)

– 32014 R 0878: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 878/2014 der Kommission vom 12. August 2014 (ABl. L 240 vom 13.8.2014, S. 18)

– 32014 R 0880: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 880/2014 der Kommission vom 12. August 2014 (ABl. L 240 vom 13.8.2014, S. 22)

– 32014 R 0890: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 890/2014 der Kommission vom 14. August 2014 (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 42)

– 32014 R 0891: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 891/2014 der Kommission vom 14. August 2014 (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 47)

– 32014 R 0916: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 916/2014 der Kommission vom 22. August 2014 (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 16)

– 32014 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 917/2014 der Kommission vom 22. August 2014 (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 19)

– 32014 R 0918: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 918/2014 der Kommission vom 22. August 2014 (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 24)

– 32014 R 0921: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 921/2014 der Kommission vom 25. August 2014 (ABl. L 252 vom 26.8.2014, S. 3)

– 32014 R 0922: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 922/2014 der Kommission vom 25. August 2014 (ABl. L 252 vom 26.8.2014, S. 6)

– 32015 R 0415: Durchführungsverordnung (EU) 2015/415 der Kommission vom 12. März 2015 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 28)

– 32015 R 0232: Durchführungsverordnung (EU) 2015/232 der Kommission vom 13. Februar 2015 (ABl. L 39 vom 14.2.2015, S. 7)

– 32014 R 1316: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1316/2014 der Kommission vom 11. Dezember 2014 (ABl. L 355 vom 12.12.2014, S. 1)

– 32014 R 1330: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1330/2014 der Kommission vom 15. Dezember 2014 (ABl. L 359 vom 16.12.2014, S. 85)

– 32014 R 1334: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1334/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2014 (ABl. L 360 vom 17.12.2014, S. 1)

– 32015 R 0051: Durchführungsverordnung (EU) 2015/51 der Kommission vom 14. Januar 2015 (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 22)

– 32015 R 0058: Durchführungsverordnung (EU) 2015/58 der Kommission vom 15. Januar 2015 (ABl. L 10 vom 16.1.2015, S. 25)

– 32015 R 0306: Durchführungsverordnung (EU) 2015/306 der Kommission vom 26. Februar 2015 (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 1)

– 32015 R 0307: Durchführungsverordnung (EU) 2015/307 der Kommission vom 26. Februar 2015 (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 6)

– 32015 R 0308: Durchführungsverordnung (EU) 2015/308 der Kommission vom 26. Februar 2015 (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 9)

– 32015 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2015/404 der Kommission vom 11. März 2015 (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 6)

– 32015 R 0418: Durchführungsverordnung (EU) 2015/418 der Kommission vom 12. März 2015 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 36)

– 32015 R 0543: Durchführungsverordnung (EU) 2015/543 der Kommission vom 1. April 2015 (ABl. L 90 vom 2.4.2015, S. 1)

– 32015 R 0553: Durchführungsverordnung (EU) 2015/553 der Kommission vom 7. April 2015 (ABl. L 92 vom 8.4.2015, S. 86)

– 32015 R 0762: Durchführungsverordnung (EU) 2015/762 der Kommission vom 12. Mai 2015 (ABl. L 120 vom 13.5.2015, S. 6)

– 32015 R 1106: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1106 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 70)

– 32015 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1115 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 22)

– 32015 R 1154: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1154 der Kommission vom 14. Juli 2015 (ABl. L 187 vom 15.7.2015, S. 18)

– 32015 R 1166: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1166 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 34)

– 32015 R 1201: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1201 der Kommission vom 22. Juli 2015 (ABl. L 195 vom 23.7.2015, S. 37)

– 32015 R 1107: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1107 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 72)

– 32015 R 1108: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1108 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 75)

– 32015 R 1116: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1116 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 26)

– 32015 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1165 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 30)

– 32015 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1176 der Kommission vom 17. Juli 2015 (ABl. L 192 vom 18.7.2015, S. 1)

– 32015 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1192 der Kommission vom 20. Juli 2015 (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 124)

– 32015 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1295 der Kommission vom 27. Juli 2015 (ABl. L 199 vom 29.7.2015, S. 8)

– 32015 R 1392: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1392 der Kommission vom 13. August 2015 (ABl. L 215 vom 14.8.2015, S. 34)

– 32015 R 1396: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1396 der Kommission vom 14. August 2015 (ABl. L 216 vom 15.8.2015, S. 1)

– 32015 R 1397: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1397 der Kommission vom 14. August 2015 (ABl. L 216 vom 15.8.2015, S. 3)

– 32015 R 2069: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2069 der Kommission vom 17. November 2015 (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 42)

– 32015 R 2085: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2085 der Kommission vom 18. November 2015 (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 93)

– 32015 R 2233: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2233 der Kommission vom 2. Dezember 2015 (ABl. L 317 vom 3.12.2015, S. 26)

– 32015 R 1885: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1885 der Kommission vom 20. Oktober 2015 (ABl. L 276 vom 21.10.2015, S. 48)

– 32015 R 2033: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2033 der Kommission vom 13. November 2015 (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 8)

– 32015 R 2047: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2047 der Kommission vom 16. November 2015 (ABl. L 300 vom 17.11.2015, S. 8)

– 32015 R 2084: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2084 der Kommission vom 18. November 2015 (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 89)

– 32015 R 2105: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2105 der Kommission vom 20. November 2015 (ABl. L 305 vom 21.11.2015, S. 31)

– 32015 R 2198: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2198 der Kommission vom 27. November 2015 (ABl. L 313 vom 28.11.2015, S. 35)

– 32016 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2016/138 der Kommission vom 2. Februar 2016 (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 5)

– 32016 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2016/139 der Kommission vom 2. Februar 2016 (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 7)

– 32016 R 0146: Durchführungsverordnung (EU) 2016/146 der Kommission vom 4. Februar 2016 (ABl. L 30 vom 5.2.2016, S. 7)

– 32016 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2016/147 der Kommission vom 4. Februar 2016 (ABl. L 30 vom 5.2.2016, S. 12)

– 32016 R 0177: Durchführungsverordnung (EU) 2016/177 der Kommission vom 10. Februar 2016 (ABl. L 35 vom 11.2.2016, S. 1)

– 32016 R 0182: Durchführungsverordnung (EU) 2016/182 der Kommission vom 11. Februar 2016 (ABl. L 37 vom 12.2.2016, S. 40)

– 32016 R 0370: Durchführungsverordnung (EU) 2016/370 der Kommission vom 15. März 2016 (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 7)

– 32016 R 0389: Durchführungsverordnung (EU) 2016/389 der Kommission vom 17. März 2016 (ABl. L 73 vom 18.3.2016, S. 77)

– 32016 R 0636: Durchführungsverordnung (EU) 2016/636 der Kommission vom 22. April 2016 (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 22)

– 32016 R 0638: Durchführungsverordnung (EU) 2016/638 der Kommission vom 22. April 2016 (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 28)

– 32016 R 0548: Durchführungsverordnung (EU) 2016/548 der Kommission vom 8. April 2016 (ABl. L 95 vom 9.4.2016, S. 1)

– 32016 R 0549: Durchführungsverordnung (EU) 2016/549 der Kommission vom 8. April 2016 (ABl. L 95 vom 9.4.2016, S. 4)

– 32016 R 0560: Durchführungsverordnung (EU) 2016/560 der Kommission vom 11. April 2016 (ABl. L 96 vom 12.4.2016, S. 23)

– 32016 R 0864: Durchführungsverordnung (EU) 2016/864 der Kommission vom 31. Mai 2016 (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 32)

– 32016 R 0871: Durchführungsverordnung (EU) 2016/871 der Kommission vom 1. Juni 2016 (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 4)

– 32016 R 0872: Durchführungsverordnung (EU) 2016/872 der Kommission vom 1. Juni 2016 (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 7)

– 32016 R 0951: Durchführungsverordnung (EU) 2016/951 der Kommission vom 15. Juni 2016 (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 6)

– 32016 R 1056: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1056 der Kommission vom 29. Juni 2016 (ABl. L 173 vom 30.6.2016, S. 52)

– 32016 R 1313: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1313 der Kommission vom 1. August 2016 (ABl. L 208 vom 2.8.2016, S. 1)

– 32016 R 1414: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1414 der Kommission vom 24. August 2016 (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 16)

– 32016 R 1423: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1423 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 20)

– 32016 R 1425: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1425 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 30)

– 32016 R 1426: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1426 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 34)

– 32016 R 0950: Durchführungsverordnung (EU) 2016/950 der Kommission vom 15. Juni 2016 (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 3)

– 32016 R 0952: Durchführungsverordnung (EU) 2016/952 der Kommission vom 15. Juni 2016 (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 10)

– 32016 R 1424: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1424 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 25)

– 32016 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1429 der Kommission vom 26. August 2016 (ABl. L 232 vom 27.8.2016, S. 1)

– 32016 R 1978: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1978 der Kommission vom 11. November 2016 (ABl. L 305 vom 12.11.2016, S. 23)

– 32016 R 2016: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2016 der Kommission vom 17. November 2016 (ABl. L 312 vom 18.11.2016, S. 21)

– 32016 R 2035: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2035 der Kommission vom 21. November 2016 (ABl. L 314 vom 22.11.2016, S. 7)

– 32017 R 0157: Durchführungsverordnung (EU) 2017/157 der Kommission vom 30. Januar 2017 (ABl. L 25 vom 31.1.2017, S. 5)

– 32017 R 0239: Durchführungsverordnung (EU) 2017/239 der Kommission vom 10. Februar 2017 (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 39)

– 32017 R 0244: Durchführungsverordnung (EU) 2017/244 der Kommission vom 10. Februar 2017 (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 54)

– 32017 R 0195: Durchführungsverordnung (EU) 2017/195 der Kommission vom 3. Februar 2017 (ABl. L 31 vom 4.2.2017, S. 21)

– 32017 R 0407: Durchführungsverordnung (EU) 2017/407 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 87)

– 32017 R 0270: Durchführungsverordnung (EU) 2017/270 der Kommission vom 16. Februar 2017 (ABl. L 40 vom 17.2.2017, S. 48)

– 32017 R 0359: Durchführungsverordnung (EU) 2017/359 der Kommission vom 28. Februar 2017 (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 8)

– 32017 R 0360: Durchführungsverordnung (EU) 2017/360 der Kommission vom 28. Februar 2017 (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 11)

– 32017 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) 2017/375 der Kommission vom 2. März 2017 (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 3)

– 32017 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) 2017/406 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 83)

– 32017 R 0408: Durchführungsverordnung (EU) 2017/408 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 91)

– 32017 R 0409: Durchführungsverordnung (EU) 2017/409 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 95)

– 32017 R 0419: Durchführungsverordnung (EU) 2017/419 der Kommission vom 9. März 2017 (ABl. L 64 vom 10.3.2017, S. 4)

– 32017 R 0428: Durchführungsverordnung (EU) 2017/428 der Kommission vom 10. März 2017 (ABl. L 66 vom 11.3.2017, S. 1)

– 32017 R 0438: Durchführungsverordnung (EU) 2017/438 der Kommission vom 13. März 2017 (ABl. L 67 vom 14.3.2017, S. 67)

– 32017 R 0555: Durchführungsverordnung (EU) 2017/555 der Kommission vom 24. März 2017 (ABl. L 80 vom 25.3.2017, S. 1)

– 32017 R 0725: Durchführungsverordnung (EU) 2017/725 der Kommission vom 24. April 2017 (ABl. L 107 vom 25.4.2017, S. 24)

– 32017 R 0753: Durchführungsverordnung (EU) 2017/753 der Kommission vom 28. April 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 24)

– 32017 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2017/755 der Kommission vom 28. April 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 35)

– 32017 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) 2017/781 der Kommission vom 5. Mai 2017 (ABl. L 118 vom 6.5.2017, S. 1)

– 32017 R 0805: Durchführungsverordnung (EU) 2017/805 der Kommission vom 11. Mai 2017 (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 26)

– 32017 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) 2017/806 der Kommission vom 11. Mai 2017 (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 31)

– 32017 R 0831: Durchführungsverordnung (EU) 2017/831 der Kommission vom 16. Mai 2017 (ABl. L 124 vom 17.5.2017, S. 27)

– 32017 R 0841: Durchführungsverordnung (EU) 2017/841 der Kommission vom 17. Mai 2017 (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 12)

– 32017 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) 2017/842 der Kommission vom 17. Mai 2017 (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 16)

– 32017 R 0843: Durchführungsverordnung (EU) 2017/843 der Kommission vom 17. Mai 2017 (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 21)

– 32017 R 0855: Durchführungsverordnung (EU) 2017/855 der Kommission vom 18. Mai 2017 (ABl. L 128 vom 19.5.2017, S. 10)

– 32017 R 0856: Durchführungsverordnung (EU) 2017/856 der Kommission vom 18. Mai 2017 (ABl. L 128 vom 19.5.2017, S. 14)

– 32017 R 1113: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1113 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 27)

– 32017 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1114 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 32)

– 32017 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1115 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 38)

– 32017 R 1125: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1125 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 132 vom 24.6.2017, S. 10)

– 32017 R 1186: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1186 der Kommission vom 3. Juli 2017 (ABl. L 171 vom 4.7.2017, S. 131)

– 32017 R 1491: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1491 der Kommission vom 21. August 2017 (ABl. L 216 vom 22.8.2017, S. 15)

– 32017 R 1506: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1506 der Kommission vom 28. August 2017 (ABl. L 222 vom 29.8.2017, S. 21)

– 32017 R 1455: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1455 der Kommission vom 10. August 2017 (ABl. L 208 vom 11.8.2017, S. 28)

– 32017 R 1496: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1496 der Kommission vom 23. August 2017 (ABl. L 218 vom 24.8.2017, S. 7)

– 32017 R 1511: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1511 der Kommission vom 30. August 2017 (ABl. L 224 vom 31.8.2017, S. 115)

– 32017 R 1527: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1527 der Kommission vom 6. September 2017 (ABl. L 231 vom 7.9.2017, S. 3)

– 32017 R 1529: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1529 der Kommission vom 7. September 2017 (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 1)

– 32017 R 1530: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1530 der Kommission vom 7. September 2017 (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 4)

– 32017 R 1531: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1531 der Kommission vom 7. September 2017 (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 6)

– 32017 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2066 der Kommission vom 13. November 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 43)

– 32017 R 2069: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2069 der Kommission vom 13. November 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 51)

– 32017 R 2090: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2090 der Kommission vom 14. November 2017 (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 22)

– 32017 R 2091: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2091 der Kommission vom 14. November 2017 (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 25)

– 32017 R 2324: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2324 der Kommission vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 10)

– 32018 R 0084: Durchführungsverordnung (EU) 2018/84 der Kommission vom 19. Januar 2018 (ABl. L 16 vom 20.1.2018, S. 8)

– 32018 R 0112: Durchführungsverordnung (EU) 2018/112 der Kommission vom 24. Januar 2018 (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 3)

– 32018 R 0113: Durchführungsverordnung (EU) 2018/113 der Kommission vom 24. Januar 2018 (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 7)

– 32018 R 0184: Durchführungsverordnung (EU) 2018/184 der Kommission vom 7. Februar 2018 (ABl. L 34 vom 8.2.2018, S. 10)

– 32018 R 0185: Durchführungsverordnung (EU) 2018/185 der Kommission vom 7. Februar 2018 (ABl. L 34 vom 8.2.2018, S. 13)

– 32018 R 0291: Durchführungsverordnung (EU) 2018/291 der Kommission vom 26. Februar 2018 (ABl. L 55 vom 27.2.2018, S. 30)

– 32018 R 0309: Durchführungsverordnung (EU) 2018/309 der Kommission vom 1. März 2018 (ABl. L 60 vom 2.3.2018, S. 16)

– 32018 R 0524: Durchführungsverordnung (EU) 2018/524 der Kommission vom 28. März 2018 (ABl. L 88 vom 4.4.2018, S. 4)

– 32018 R 0660: Durchführungsverordnung (EU) 2018/660 der Kommission vom 26. April 2018 (ABl. L 110 vom 30.4.2018, S. 122)

– 32018 R 0670: Durchführungsverordnung (EU) 2018/670 der Kommission vom 30. April 2018 (ABl. L 113 vom 3.5.2018, S. 1)

– 32018 R 0679: Durchführungsverordnung (EU) 2018/679 der Kommission vom 3. Mai 2018 (ABl. L 114 vom 4.5.2018, S. 18)

– 32018 R 0690: Durchführungsverordnung (EU) 2018/690 der Kommission vom 7. Mai 2018 (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 3)

– 32018 R 0691: Durchführungsverordnung (EU) 2018/691 der Kommission vom 7. Mai 2018 (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 6)

– 32018 R 0692: Durchführungsverordnung (EU) 2018/692 der Kommission vom 7. Mai 2018 (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 9)

– 32018 R 0710: Durchführungsverordnung (EU) 2018/710 der Kommission vom 14. Mai 2018 (ABl. L 119 vom 15.5.2018, S. 31)

– 32018 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2018/755 der Kommission vom 23. Mai 2018 (ABl. L 128 vom 24.5.2018, S. 4)

– 32018 R 0783: Durchführungsverordnung (EU) 2018/783 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 31)

– 32018 R 0785: Durchführungsverordnung (EU) 2018/785 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 40)

– 32018 R 1060: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1060 der Kommission vom 26. Juli 2018 (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 3)

– 32018 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2018/917 der Kommission vom 27. Juni 2018 (ABl. L 163 vom 28.6.2018, S. 13)

– 32018 R 1019: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1019 der Kommission vom 18. Juli 2018 (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 14)

– 32018 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1043 der Kommission vom 24. Juli 2018 (ABl. L 188 vom 25.7.2018, S. 9)

– 32018 R 1061: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1061 der Kommission vom 26. Juli 2018 (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 8)

– 32018 R 1075: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1075 der Kommission vom 27. Juli 2018 (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 36)

– 32018 R 1260: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1260 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 30)

– 32018 R 1278: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1278 der Kommission vom 21. September 2018 (ABl. L 239 vom 24.9.2018, S. 4)

– 32018 R 0784: Durchführungsverordnung (EU) 2018/784 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 35)

– 32018 R 1262: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1262 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 62)

– 32018 R 1264: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1264 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 71)

– 32018 R 1265: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1265 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 77)

– 32018 R 1266: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1266 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 81)

– 32018 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1295 der Kommission vom 26. September 2018 (ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 7)

– 32018 R 1495: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1495 der Kommission vom 8. Oktober 2018 (ABl. L 253 vom 9.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1500: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1500 der Kommission vom 9. Oktober 2018 (ABl. L 254 vom 10.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1501: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1501 der Kommission vom 9. Oktober 2018 (ABl. L 254 vom 10.10.2018, S. 4)

– 32018 R 1532: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1532 der Kommission vom 12. Oktober 2018 (ABl. L 257 vom 15.10.2018, S. 10)

– 32018 R 1796: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1796 der Kommission vom 20. November 2018 (ABl. L 294 vom 21.11.2018, S. 15)

– 32018 R 1913: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1913 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 13)

– 32018 R 1914: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1914 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 17)

– 32018 R 1915: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1915 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 20)

– 32018 R 1916: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1916 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 24)

– 32018 R 1917: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1917 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 27)

– 32018 R 1865: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1865 der Kommission vom 28. November 2018 (ABl. L 304 vom 29.11.2018, S. 6)

– 32018 R 1981: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1981 der Kommission vom 13. Dezember 2018 (ABl. L 317 vom 14.12.2018, S. 16)

– 32019 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/139 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 4)

– 32019 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2019/147 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 14)

– 32019 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2019/149 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 20)

– 32019 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2019/151 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 26)

– 32019 R 0158: Durchführungsverordnung (EU) 2019/158 der Kommission vom 31. Januar 2019 (ABl. L 31 vom 1.2.2019, S. 21)

– 32019 R 0168: Durchführungsverordnung (EU) 2019/168 der Kommission vom 31. Januar 2019 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 1)

– 32019 R 0291: Durchführungsverordnung (EU) 2019/291 der Kommission vom 19. Februar 2019 (ABl. L 48 vom 20.2.2019, S. 17)

– 32019 R 0324: Durchführungsverordnung (EU) 2019/324 der Kommission vom 25. Februar 2019 (ABl. L 57 vom 26.2.2019, S. 1)

– 32019 R 0337: Durchführungsverordnung (EU) 2019/337 der Kommission vom 27. Februar 2019 (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 12)

– 32019 R 0344: Durchführungsverordnung (EU) 2019/344 der Kommission vom 28. Februar 2019 (ABl. L 62 vom 1.3.2019, S. 7)

– 32019 R 0481: Durchführungsverordnung (EU) 2019/481 der Kommission vom 22. März 2019 (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 19)

– 32019 R 0677: Durchführungsverordnung (EU) 2019/677 der Kommission vom 29. April 2019 (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 15)

– 32019 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) 2019/706 der Kommission vom 7. Mai 2019 (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 11)

– 32019 R 0707: Durchführungsverordnung (EU) 2019/707 der Kommission vom 7. Mai 2019 (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 16)

– 32019 R 0717: Durchführungsverordnung (EU) 2019/717 der Kommission vom 8. Mai 2019 (ABl. L 122 vom 10.5.2019, S. 44)

– 32019 R 0676: Durchführungsverordnung (EU) 2019/676 der Kommission vom 29. April 2019 (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 12)

– 32019 R 1606: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1606 der Kommission vom 27. September 2019 (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 53)

– 32019 R 1085: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1085 der Kommission vom 25. Juni 2019 (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 110)

– 32019 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1090 der Kommission vom 26. Juni 2019 (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 39)

– 32019 R 1100: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1100 der Kommission vom 27. Juni 2019 (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 17)

– 32019 R 1101: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1101 der Kommission vom 27. Juni 2019 (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 20)

– 32019 R 1137: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1137 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 3)

– 32019 R 1138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1138 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 8)

– 32019 R 0716: Durchführungsverordnung (EU) 2019/716 der Kommission vom 30. April 2019 (ABl. L 122 vom 10.5.2019, S. 39)

– 32019 R 1589: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1589 der Kommission vom 26. September 2019 (ABl. L 248 vom 27.9.2019, S. 24)

– 32019 R 1605: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1605 der Kommission vom 27. September 2019 (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 49)

– 32019 R 1690: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1690 der Kommission vom 9. Oktober 2019 (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 2)

– 32019 R 0989: Durchführungsverordnung (EU) 2019/989 der Kommission vom 17. Juni 2019 (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 11)

– 32019 R 2094: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2094 der Kommission vom 29. November 2019 (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 102)

– 32020 R 0023: Durchführungsverordnung (EU) 2020/23 der Kommission vom 13. Januar 2020 (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 8)

– 32019 R 1675: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1675 der Kommission vom 4. Oktober 2019 (ABl. L 257 vom 8.10.2019, S. 6)

– 32020 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) 2020/17 der Kommission vom 10. Januar 2020 (ABl. L 7 vom 13.1.2020, S. 11)

– 32020 R 0018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/18 der Kommission vom 10. Januar 2020 (ABl. L 7 vom 13.1.2020, S. 14)

– 32020 R 0421: Durchführungsverordnung (EU) 2020/421 der Kommission vom 18. März 2020 (ABl. L 84 vom 20.3.2020, S. 7)

– 32020 R 0616: Durchführungsverordnung (EU) 2020/616 der Kommission vom 5. Mai 2020 (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 1)

– 32020 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2020/617 der Kommission vom 5. Mai 2020 (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 6)

– 32020 R 0642: Durchführungsverordnung (EU) 2020/642 der Kommission vom 12. Mai 2020 (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 134)

– 32020 R 0646: Durchführungsverordnung (EU) 2020/646 der Kommission vom 13. Mai 2020 (ABl. L 151 vom 14.5.2020, S. 3)

– 32020 R 0653: Durchführungsverordnung (EU) 2020/653 der Kommission vom 14. Mai 2020 (ABl. L 152 vom 15.5.2020, S. 1)

– 32020 R 0869: Durchführungsverordnung (EU) 2020/869 der Kommission vom 24. Juni 2020 (ABl. L 201 vom 25.6.2020, S. 7)

– 32020 R 0892: Durchführungsverordnung (EU) 2020/892 der Kommission vom 29. Juni 2020 (ABl. L 206 vom 30.6.2020, S. 5)

– 32020 R 0968: Durchführungsverordnung (EU) 2020/968 der Kommission vom 3. Juli 2020 (ABl. L 213 vom 6.7.2020, S. 7)

– 32020 R 1003: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1003 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 127)

– 32020 R 1004: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1004 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 133)

– 32020 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1018 der Kommission vom 13. Juli 2020 (ABl. L 225 vom 14.7.2020, S. 9)

– 32020 R 1160: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1160 der Kommission vom 5. August 2020 (ABl. L 257 vom 6.8.2020, S. 29)

– 32020 R 1246: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1246 der Kommission vom 2. September 2020 (ABl. L 288 vom 3.9.2020, S. 18)

– 32020 R 1263: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1263 der Kommission vom 10. September 2020 (ABl. L 297 vom 11.9.2020, S. 1)

– 32020 R 1276: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1276 der Kommission vom 11. September 2020 (ABl. L 300 vom 14.9.2020, S. 32), berichtigt in ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 27

– 32020 R 1280: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1280 der Kommission vom 14. September 2020 (ABl. L 301 vom 15.9.2020, S. 4)

– 32020 R 1293: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1293 der Kommission vom 15. September 2020 (ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 24)

222. 32012 R 0823: Verordnung (EU) Nr. 823/2012 der Kommission vom 14. September 2012 zur Festlegung von von der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 abweichenden Fristen für die Genehmigung der Wirkstoffe 2,4-DB, Benzoesäure, beta-Cyfluthrin, Carfentrazon-ethyl, *Coniothyrium minitans* Stamm CON/M/91-08 (DSM 9660), Cyazofamid, Cyfluthrin, Deltamethrin, Dimethenamid-P, Ethofumesat, Ethoxysulfuron, Fenamidon, Flazasulfuron, Flufenacet, Flurtamon, Foramsulfuron, Fosthiazat, Imazamox, Iodosulfuron, Iprodion, Isoxaflutol, Linuron, Maleinsäurehydrazid, Mecoprop, Mecoprop-P, Mesosulfuron, Mesotrion, Oxadiargyl, Oxasulfuron, Pendimethalin, Picoxystrobin, Propiconazol, Propineb, Propoxycarbazon, Propyzamid, Pyraclostrobin, Silthiofam, Trifloxystrobin, Warfarin und Zoxamid (ABl. L 250 vom 15.9.2012, S. 13), geändert durch:

– 32014 R 0460: Verordnung (EU) Nr. 460/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 (ABl. L 133 vom 6.5.2014, S. 51)

– 32014 R 0186: Verordnung (EU) Nr. 186/2014 der Kommission vom 26. Februar 2014 (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 22)

223. 32013 R 0283: Verordnung (EU) Nr. 283/2013 der Kommission vom 1. März 2013 zur Festlegung der Datenanforderungen für Wirkstoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 93 vom 3.4.2013, S. 1), geändert durch:

– 32014 R 1136: Verordnung (EU) Nr. 1136/2014 der Kommission vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 26)

224. 32013 R 0284: Verordnung (EU) Nr. 284/2013 der Kommission vom 1. März 2013 zur Festlegung der Datenanforderungen für Pflanzenschutzmittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 93 vom 3.4.2013, S. 85), geändert durch:

    – 32015 R 1475: Verordnung (EU) 2015/1475 der Kommission vom 27. August 2015 (ABl. L 225 vom 28.8.2015, S. 10)

225. 32011 R 0546: Verordnung (EU) Nr. 546/2011 der Kommission vom 10. Juni 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich einheitlicher Grundsätze für die Bewertung und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 155 vom 11.6.2011, S. 127)

226. 32011 R 0547: Verordnung (EU) Nr. 547/2011 der Kommission vom 8. Juni 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Kennzeichnungsanforderungen für Pflanzenschutzmittel (ABl. L 155 vom 11.6.2011, S. 176)

227. 32012 R 0844: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 844/2012 der Kommission vom 18. September 2012 zur Festlegung der notwendigen Bestimmungen für das Erneuerungsverfahren für Wirkstoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 26), geändert durch:

    – 32018 R 1659: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1659 der Kommission vom 7. November 2018 (ABl. L 278 vom 8.11.2018, S. 3)

– 32019 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) 2019/724 der Kommission vom 10. Mai 2019 (ABl. L 124 vom 13.5.2019, S. 32)

– 32020 R 0103: Durchführungsverordnung (EU) 2020/103 der Kommission vom 17. Januar 2020 (ABl. L 19 vom 24.1.2020, S. 1)

228. 32011 R 0702: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 702/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Prohexadion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 28)

229. 32011 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 703/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Azoxystrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 33)

230. 32011 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 704/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Azimsulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 38)

231. 32011 R 0705: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 705/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Imazalil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 43)

232. 32011 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 706/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Profoxydim gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 50)

233. 32011 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 736/2011 der Kommission vom 26. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluroxypyr gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 195 vom 27.7.2011, S. 37)

234. 32011 R 0740: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 740/2011 der Kommission vom 27. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Bispyribac gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 196 vom 28.7.2011, S. 6)

235. 32011 R 0786: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 786/2011 der Kommission vom 5. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs 1-Naphthylacetamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/941/EG der Kommission (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 11)

236. 32011 R 0787: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 787/2011 der Kommission vom 5. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs 1-Naphthylessigsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/941/EG der Kommission (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 16)

237. 32011 R 0788: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 788/2011 der Kommission vom 5. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluazifop-P gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 21), geändert durch:

   – 32013 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 6)

238. 32011 R 0797: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 797/2011 der Kommission vom 9. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spiroxamin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 3)

239. 32011 R 0798: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 798/2011 der Kommission vom 9. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Oxyfluorfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 9)

240. 32011 R 0800: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 800/2011 der Kommission vom 9. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Tefluthrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 22)

241. 32011 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 806/2011 der Kommission vom 10. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluquinconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 39)

242. 32011 R 0807: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 807/2011 der Kommission vom 10. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Triazoxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 44)

243. 32011 R 0810: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 810/2011 der Kommission vom 11. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Kresoxim-Methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 7)

244. 32011 R 0820: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 820/2011 der Kommission vom 16. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Terbuthylazin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 209 vom 17.8.2011, S. 18)

245. 32011 R 0942: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 942/2011 der Kommission vom 22. September 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Flufenoxuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 13)

246. 32011 R 0943: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 943/2011 der Kommission vom 22. September 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Propargit gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 16)

247. 32011 R 0974: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 974/2011 der Kommission vom 29. September 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Acrinathrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 255 vom 1.10.2011, S. 1)

248. 32011 R 0993: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 993/2011 der Kommission vom 6. Oktober 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs 8-Hydroxychinolin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 263 vom 7.10.2011, S. 1)

249. 32011 R 1022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1022/2011 der Kommission vom 14. Oktober 2011 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cyclanilid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 270 vom 15.10.2011, S. 20)

250. 32011 R 1045: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1045/2011 der Kommission vom 19. Oktober 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Asulam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 275 vom 20.10.2011, S. 23)

251. 32011 R 1078: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1078/2011 der Kommission vom 25. Oktober 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Propanil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 279 vom 26.10.2011, S. 1)

252. 32011 R 1127: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1127/2011 der Kommission vom 7. November 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs 2-Naphthyloxyessigsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 289 vom 8.11.2011, S. 26)

253. 32011 R 1134: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1134/2011 der Kommission vom 9. November 2011 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Cinidonethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 292 vom 10.11.2011, S. 1)

254. 32011 R 1143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1143/2011 der Kommission vom 10. November 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Prochloraz gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 293 vom 11.11.2011, S. 26)

255. 32011 R 1372: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1372/2011 der Kommission vom 21. Dezember 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Acetochlor gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 45)

256. 32011 R 1381: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1381/2011 der Kommission vom 22. Dezember 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Chlorpikrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG (ABl. L 343 vom 23.12.2011, S. 26)

257. 32012 R 0746: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 746/2012 der Kommission vom 16. August 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Adoxophyes orana granulovirus* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 219 vom 17.8.2012, S. 15)

258. 32012 R 0359: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 359/2012 der Kommission vom 25. April 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Metam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 1)

259. 32012 R 0578: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 578/2012 der Kommission vom 29. Juni 2012 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Diphenylamin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 171 vom 30.6.2012, S. 2)

260. 32012 R 0582: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 582/2012 der Kommission vom 2. Juli 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Bifenthrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 173 vom 3.7.2012, S. 3)

261. 32012 R 0589: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 589/2012 der Kommission vom 4. Juli 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluxapyroxad gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 5.7.2012, S. 7)

262. 32012 R 0595: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 595/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fenpyrazamin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 46)

263. 32012 D 0480: Durchführungsbeschluss 2012/480/EU der Kommission vom 16. August 2012 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen für den neuen Wirkstoff *Aureobasidium pullulans* zu verlängern (ABl. L 222 vom 18.8.2012, S. 13)

264. 32012 D 0677: Durchführungsbeschluss 2012/677/EU der Kommission vom 30. Oktober 2012 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen in Bezug auf die neuen Wirkstoffe Ametoctradin (ursprünglicher Antrag unter Entwicklungscode BAS 650 F) und Dinatriumphosphonat zu verlängern (ABl. L 305 vom 1.11.2012, S. 27)

265. 32012 R 1037: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1037/2012 der Kommission vom 7. November 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Isopyrazam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 308 vom 8.11.2012, S. 15), geändert durch:

    – 32015 R 1106: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1106 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 70)

266. 32012 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1043/2012 der Kommission vom 8. November 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Phosphan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 24)

267. 32012 R 1237: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1237/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Zucchinigelbmosaikvirus (abgeschwächter Stamm) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 55)

268. 32012 R 1238: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1238/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Trichoderma asperellum* (Stamm T34) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 59)

269. 32013 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 17/2013 der Kommission vom 14. Januar 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Trichoderma atroviride* Stamm I-1237 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 9 vom 15.1.2013, S. 5)

270. 32013 R 0022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 22/2013 der Kommission vom 15. Januar 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Cyflumetofen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 11 vom 16.1.2013, S. 8)

271. 32013 R 0188: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 188/2013 der Kommission vom 5. März 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Mandipropamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 13)

272. 32013 R 0200: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 200/2013 der Kommission vom 8. März 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Ametoctradin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 235 vom 4.9.2013, S. 12

273. 32013 R 0350: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 350/2013 der Kommission vom 17. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Bixafen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 108 vom 18.4.2013, S. 9)

274. 32013 R 0355: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 355/2013 der Kommission vom 18. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Maltodextrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 14)

275. 32013 R 0356: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 356/2013 der Kommission vom 18. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Halosulfuron-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 18)

276. 32013 R 0366: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 366/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus firmus* I-1582 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 30)

277. 32013 R 0367: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 367/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Spodoptera littoralis Nucleopolyhedrovirus* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 33)

278. 32013 R 0368: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 368/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Helicoverpa armigera Nucleopolyhedrovirus* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 36)

279. 32013 R 0373: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 373/2013 der Kommission vom 23. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Candida oleophila* Stamm O gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 10)

280. 32013 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 375/2013 der Kommission vom 23. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spiromesifen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 15)

281. 32013 R 0378: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 378/2013 der Kommission vom 24. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Paecilomyces fumosoroseus* Stamm FE 9901 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 5)

282. 32013 R 0546: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 546/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Eugenol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 17)

283. 32013 R 0568: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 568/2013 der Kommission vom 18. Juni 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Thymol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 167 vom 19.6.2013, S. 33)

284. 32013 R 0570: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 570/2013 der Kommission vom 17. Juni 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Geraniol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 168 vom 20.6.2013, S. 18)

285. 32013 R 0767: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 767/2013 der Kommission vom 8. August 2013 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Bitertanol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 5)

286. 32013 R 0802: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 802/2013 der Kommission vom 22. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluopyram gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 225 vom 23.8.2013, S. 13)

287. 32013 R 0826: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 826/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Sedaxan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 13)

288. 32013 R 0827: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 827/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Aureobasidium pullulans (Stämme DSM 14940 und DSM 14941) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 18)

289. 32013 R 0828: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 828/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Emamectin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 23)

290. 32013 R 0829: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 829/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Pseudomonas* sp. Stamm DSMZ 13134 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 29)

291. 32013 R 0832: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 832/2013 der Kommission vom 30. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Dinatriumphosphonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 3)

292. 32013 R 0833: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 833/2013 der Kommission vom 30. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pyriofenon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 7)

293. 32013 R 1031: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1031/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Penflufen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 17)

294. 32013 R 1175: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1175/2013 der Kommission vom 20. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Benalaxyl-M gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 18)

295. 32013 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1176/2013 der Kommission vom 20. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pyroxsulam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 23)

296. 32013 R 1177: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1177/2013 der Kommission vom 20. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spirotetramat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 28)

297. 32013 R 1187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1187/2013 der Kommission vom 21. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Penthiopyrad gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 22.11.2013, S. 42)

298. 32013 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1192/2013 der Kommission vom 22. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Tembotrion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 314 vom 23.11.2013, S. 6)

299. 32013 R 1195: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1195/2013 der Kommission vom 22. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Natriumsilberthiosulfat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 27)

300. 32013 R 1199: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1199/2013 der Kommission vom 25. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Chlorantraniliprol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 69)

301. 32012 D 0191: Durchführungsbeschluss 2012/191/EU der Kommission vom 10. April 2012 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen in Bezug auf die neuen Wirkstoffe Amisulbrom, Chlorantraniliprol, Meptyldinocap, Pinoxaden, Silberthiosulfat und Tembotrion zu verlängern (ABl. L 102 vom 12.4.2012, S. 15)

302. 32012 D 0363: Durchführungsbeschluss 2012/363/EU der Kommission vom 4. Juli 2012 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen in Bezug auf die neuen Wirkstoffe Bixafen, *Candida oleophila* Stamm O, Fluopyram, Halosulfuron, Kaliumiodid, Kaliumthiocyanat und Spirotetramat zu verlängern (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 70)

303. 32012 R 0686: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 686/2012 der Kommission vom 26. Juli 2012 zur Übertragung der Überprüfung der Wirkstoffe, deren Genehmigung spätestens am 31. Dezember 2018 ausläuft, auf die Mitgliedstaaten zum Zweck des Erneuerungsverfahrens (ABl. L 200 vom 27.7.2012, S. 5), geändert durch:

– 32014 R 0700: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 700/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 8)

– 32015 R 0052: Durchführungsverordnung (EU) 2015/52 der Kommission vom 14. Januar 2015 (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 27)

– 32016 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2016/138 der Kommission vom 2. Februar 2016 (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 5)

– 32017 R 0243: Durchführungsverordnung (EU) 2017/243 der Kommission vom 10. Februar 2017 (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 53)

– 32018 R 0155: Durchführungsverordnung (EU) 2018/155 der Kommission vom 31. Januar 2018 (ABl. L 29 vom 1.2.2018, S. 8)

– 32019 R 0150: Durchführungsverordnung (EU) 2019/150 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 23)

– 32019 R 0336: Durchführungsverordnung (EU) 2019/336 der Kommission vom 27. Februar 2019 (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 8)

– 32019 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) 2019/724 der Kommission vom 10. Mai 2019 (ABl. L 124 vom 13.5.2019, S. 32)

304. 32013 D 0038: Durchführungsbeschluss 2013/38/EU der Kommission vom 18. Januar 2013 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, die vorläufigen Zulassungen für die neuen Wirkstoffe Emamectin und Maltodextrin zu verlängern (ABl. L 18 vom 22.1.2013, S. 17)

305. 32013 R 0369: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 369/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Kaliumphosphonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 39)

306. 32013 D 0205: Durchführungsbeschluss 2013/205/EU der Kommission vom 25. April 2013 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen für die neuen Wirkstoffe Acequinocyl, Aminopyralid, Ascorbinsäure, Flubendiamid, gamma-Cyhalothrin, Ipconazol, Metaflumizon, Orthosulfamuron, *Pseudomonas* sp. Stamm DSMZ 13134, Pyridalil, Pyroxsulam, Spiromesifen, Thiencarbazon und Topramezon zu verlängern (ABl. L 117 vom 27.4.2013, S. 20)

307. 32013 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2013 der Kommission vom 24. Mai 2013 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung der Wirkstoffe Clothianidin, Thiamethoxam und Imidacloprid sowie des Verbots der Anwendung und des Verkaufs von Saatgut, das mit diese Wirkstoffe enthaltenden Pflanzenschutzmitteln behandelt wurde (ABl. L 139 vom 25.5.2013, S. 12), geändert durch:

   – 32018 R 0783: Durchführungsverordnung (EU) 2018/783 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 31)

   – 32018 R 0784: Durchführungsverordnung (EU) 2018/784 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 35)

– 32018 R 0785: Durchführungsverordnung (EU) 2018/785 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 40)

308. 32013 D 0431: Durchführungsbeschluss 2013/431/EU der Kommission vom 12. August 2013 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen betreffend die Wirkstoffe Benalaxyl-M und Valifenalat zu verlängern (ABl. L 218 vom 14.8.2013, S. 28)

309. 32013 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 781/2013 der Kommission vom 14. August 2013 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Fipronil und zum Verbot der Verwendung und des Verkaufs von Saatgut, das mit Pflanzenschutzmitteln behandelt wurde, die diesen Wirkstoff enthalten (ABl. L 219 vom 15.8.2013, S. 22)

310. 32013 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1165/2013 der Kommission vom 18. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Orangenöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 309 vom 19.11.2013, S. 17)

311. 32014 R 0108: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 108/2014 der Kommission vom 5. Februar 2014 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Kaliumthiocyanat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 36 vom 6.2.2014, S. 9)

312. 32014 R 0116: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 116/2014 der Kommission vom 6. Februar 2014 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Kaliumiodid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 38 vom 7.2.2014, S. 26)

313. 32014 R 0140: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 140/2014 der Kommission vom 13. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spinetoram gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 44 vom 14.2.2014, S. 35), berichtigt in ABl. L 277 vom 22.10.2015, S. 60

314. 32014 R 0143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 143/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pyridalyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 1)

315. 32014 R 0144: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 144/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Valifenalat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 7)

316. 32014 R 0145: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 145/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Thiencarbazon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 12)

317. 32014 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 149/2014 der Kommission vom 17. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs L-Ascorbinsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 46 vom 18.2.2014, S. 3)

318. 32014 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 151/2014 der Kommission vom 18. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs S-Abscisinsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 48 vom 19.2.2014, S. 1)

319. 32014 R 0192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 192/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs 1,4-Dimethylnaphthalin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 20)

320. 32014 R 0193: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 193/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Amisulbrom gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 25)

321. 32014 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 187/2014 der Kommission vom 26. Februar 2014 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Methiocarb (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 24)

322. 32014 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 462/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 zur Genehmigung des Grundstoffs *Equisetum arvense* L. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 134 vom 7.5.2014, S. 28)

323. 32014 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus pumilus* QST 2808 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 65)

324. 32014 R 0486: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 486/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Fenbutatinoxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 70)

325. 32014 R 0496: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 496/2014 der Kommission vom 14. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Acequinocyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 143 vom 15.5.2014, S. 1)

326. 32014 R 0504: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 504/2014 der Kommission vom 15. Mai 2014 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Pflanzenöle/Citronellöl (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 28)

327. 32014 R 0563: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 563/2014 der Kommission vom 23. Mai 2014 zur Genehmigung des Grundstoffs Chitosanhydrochlorid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 156 vom 24.5.2014, S. 5)

328. 32014 R 0517: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 571/2014 der Kommission vom 26. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Ipconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 157 vom 27.5.2014, S. 96)

329. 32014 R 0629: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 629/2014 der Kommission vom 12. Juni 2014 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Methylnonylketon (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 33)

330. 32014 R 0632: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 632/2014 der Kommission vom 13. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flubendiamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 14.6.2014, S. 1)

331. 32014 R 0890: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 890/2014 der Kommission vom 14. August 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Metobromuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 42)

332. 32014 R 0891: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 891/2014 der Kommission vom 14. August 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Aminopyralid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 47)

333. 32014 R 0916: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 916/2014 der Kommission vom 22. August 2014 zur Genehmigung des Grundstoffs Saccharose gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 16)

334. 32014 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 917/2014 der Kommission vom 22. August 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Streptomyces lydicus* Stamm WYEC 108 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 19)

335. 32014 R 0922: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 922/2014 der Kommission vom 25. August 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Metaflumizon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 252 vom 26.8.2014, S. 6)

336. 32014 D 0289: Durchführungsbeschluss 2014/289/EU der Kommission vom 15. Mai 2014 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen betreffend die Wirkstoffe Pinoxaden und Meptyldinocap zu verlängern (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 114)

337. 32014 R 1316: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1316/2014 der Kommission vom 11. Dezember 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus amyloliquefaciens* subsp. *plantarum* Stamm D747 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, die vorläufigen Zulassungen für diesen Wirkstoff zu verlängern (ABl. L 355 vom 12.12.2014, S. 1)

338. 32014 R 1330: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1330/2014 der Kommission vom 15. Dezember 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Meptyldinocap gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 359 vom 16.12.2014, S. 85)

339. 32014 R 1334: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1334/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs gamma-Cyhalothrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen betreffend diesen Wirkstoff zu verlängern (ABl. L 360 vom 17.12.2014, S. 1)

340. 32015 R 0051: Durchführungsverordnung (EU) 2015/51 der Kommission vom 14. Januar 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Chromafenozid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, die vorläufigen Zulassungen bezüglich dieses Wirkstoffs zu verlängern (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 22)

341. 32015 R 0306: Durchführungsverordnung (EU) 2015/306 der Kommission vom 26. Februar 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs *Isaria fumosorosea* Stamm Apopka 97 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 1)

342. 32015 R 0543: Durchführungsverordnung (EU) 2015/543 der Kommission vom 1. April 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs COS-OGA gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 90 vom 2.4.2015, S. 1)

343. 32015 R 0553: Durchführungsverordnung (EU) 2015/553 der Kommission vom 7. April 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Cerevisan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 92 vom 8.4.2015, S. 86)

344. 32015 R 0408: Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 der Kommission vom 11. März 2015 zur Durchführung des Artikels 80 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Erstellung einer Liste mit Substitutionskandidaten (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 18), geändert durch:

– 32017 R 2065: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2065 der Kommission vom 13. November 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 40)

– 32019 R 1085: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1085 der Kommission vom 25. Juni 2019 (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 110)

– 32020 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1295 der Kommission vom 16. September 2020 (ABl. L 303 vom 17.9.2020, S. 18)

345. 32015 R 0707: Durchführungsverordnung (EU) 2015/707 der Kommission vom 30. April 2015 über die Nichtgenehmigung von *Rheum-officinale*-Wurzelextrakt als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 113 vom 1.5.2015, S. 44)

346. 32015 R 0762: Durchführungsverordnung (EU) 2015/762 der Kommission vom 12. Mai 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Calciumhydroxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 120 vom 13.5.2015, S. 6)

347. 32015 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1115 der Kommission vom 9. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Pyridat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 22)

348. 32015 R 1154: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1154 der Kommission vom 14. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Sulfosulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 187 vom 15.7.2015, S. 18)

349. 32015 R 1166: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1166 der Kommission vom 15. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Eisen(III)-phosphat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 34)

350. 32015 R 1201: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1201 der Kommission vom 22. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Fenhexamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 195 vom 23.7.2015, S. 37)

351. 32015 R 1107: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1107 der Kommission vom 8. Juli 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs *Salix* spp cortex gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 72)

352. 32015 R 1108: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1108 der Kommission vom 8. Juli 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Essig gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 75), geändert durch:

– 32019 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2019/149 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 20)

353. 32015 R 1116: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1116 der Kommission vom 9. Juli 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Lecithine gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 26)

354. 32015 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1165 der Kommission vom 15. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Halauxifen-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 30)

355. 32015 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1176 der Kommission vom 17. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Pepino Mosaic* Virus Stamm CH2 Isolat 1906 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 192 vom 18.7.2015, S. 1)

356. 32015 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1191 der Kommission vom 20. Juli 2015 über die Nichtgenehmigung von *Artemisia vulgaris* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 122)

357. 32015 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1192 der Kommission vom 20. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Terpen-Gemisch QRD 460 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 124)

358. 32015 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1295 der Kommission vom 27. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Sulfoxaflor gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 199 vom 29.7.2015, S. 8)

359. 32015 R 1392: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1392 der Kommission vom 13. August 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Fructose gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 215 vom 14.8.2015, S. 34)

360. 32015 R 1397: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1397 der Kommission vom 14. August 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Florasulam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 216 vom 15.8.2015, S. 3)

361. 32015 R 2046: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2046 der Kommission vom 16. November 2015 über die Nichtgenehmigung von *Artemisia absinthium* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 300 vom 17.11.2015, S. 6)

362. 32015 R 2069: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2069 der Kommission vom 17. November 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Natriumhydrogencarbonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 42)

363. 32015 R 2082: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2082 der Kommission vom 18. November 2015 über die Nichtgenehmigung von *Arctium lappa* L. (oberirdische Teile) als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 85)

364. 32015 R 2083: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2083 der Kommission vom 18. November 2015 über die Nichtgenehmigung von *Tanacetum vulgare* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 87)

365. 32015 R 2085: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2085 der Kommission vom 18. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Mandestrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 93)

366. 32015 R 2033: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2033 der Kommission vom 13. November 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs 2,4-D gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 8)

367. 32015 R 2047: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2047 der Kommission vom 16. November 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Esfenvalerat als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 300 vom 17.11.2015, S. 8)

368. 32015 R 2084: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2084 der Kommission vom 18. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flupyradifuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 89)

369. 32015 R 2105: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2105 der Kommission vom 20. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flumetralin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 305 vom 21.11.2015, S. 31)

370. 32015 R 2198: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2198 der Kommission vom 27. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Rescalure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 28.11.2015, S. 35)

371. 32016 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2016/138 der Kommission vom 2. Februar 2016 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs 3-Decen-2-on gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 5)

372. 32016 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2016/139 der Kommission vom 2. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Metsulfuron-methyl als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 7)

373. 32016 R 0146: Durchführungsverordnung (EU) 2016/146 der Kommission vom 4. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Lambda-Cyhalothrin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 30 vom 5.2.2016, S. 7)

374. 32016 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2016/147 der Kommission vom 4. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Iprovalicarb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 30 vom 5.2.2016, S. 12)

375. 32016 R 0177: Durchführungsverordnung (EU) 2016/177 der Kommission vom 10. Februar 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Benzovindiflupyr als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 35 vom 11.2.2016, S. 1)

376. 32016 R 0182: Durchführungsverordnung (EU) 2016/182 der Kommission vom 11. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Pyraflufen-ethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 37 vom 12.2.2016, S. 40)

377. 32016 R 0370: Durchführungsverordnung (EU) 2016/370 der Kommission vom 15. März 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pinoxaden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen betreffend diesen Wirkstoff zu verlängern (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 7)

378. 32016 R 0389: Durchführungsverordnung (EU) 2016/389 der Kommission vom 17. März 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Acibenzolar-S-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 73 vom 18.3.2016, S. 77)

379. 32016 R 0636: Durchführungsverordnung (EU) 2016/636 der Kommission vom 22. April 2016 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Z,Z,Z,Z-7,13,16,19-docosatetraen-1-yl-isobutyrat im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 22)

380. 32016 R 0638: Durchführungsverordnung (EU) 2016/638 der Kommission vom 22. April 2016 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Z-13-hexadecen-11-yn-1-yl-acetat in Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 28)

381. 32016 R 0548: Durchführungsverordnung (EU) 2016/548 der Kommission vom 8. April 2016 zur Genehmigung des Grundstoffs Diammoniumphosphat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 95 vom 9.4.2016, S. 1)

382. 32016 R 0560: Durchführungsverordnung (EU) 2016/560 der Kommission vom 11. April 2016 zur Genehmigung des Grundstoffs Molke gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 96 vom 12.4.2016, S. 23)

383. 32016 R 0864: Durchführungsverordnung (EU) 2016/864 der Kommission vom 31. Mai 2016 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Triasulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 32)

384. 32016 R 0871: Durchführungsverordnung (EU) 2016/871 der Kommission vom 1. Juni 2016 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Amitrol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 4)

385. 32016 R 0872: Durchführungsverordnung (EU) 2016/872 der Kommission vom 1. Juni 2016 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Isoproturon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 7)

386. 32016 R 0951: Durchführungsverordnung (EU) 2016/951 der Kommission vom 15. Juni 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Trichoderma atroviride* Stamm SC1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 6)

387. 32016 R 1414: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1414 der Kommission vom 24. August 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Cyantraniliprol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 16)

388. 32016 R 1423: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1423 der Kommission vom 25. August 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Picolinafen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 20)

389. 32016 R 1425: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1425 der Kommission vom 25. August 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Isofetamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 30)

390. 32016 R 1426: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1426 der Kommission vom 25. August 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Ethofumesat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 34)

391. 32016 R 0952: Durchführungsverordnung (EU) 2016/952 der Kommission vom 15. Juni 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Saccharomyces cerevisiae* Stamm LAS02 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 10)

392. 32016 R 1424: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1424 der Kommission vom 25. August 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Thifensulfuron-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 25)

393. 32016 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1429 der Kommission vom 26. August 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm MBI 600 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 27.8.2016, S. 1)

394. 32016 R 1978: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1978 der Kommission vom 11. November 2016 zur Genehmigung des Grundstoffs Sonnenblumenöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 305 vom 12.11.2016, S. 23)

395. 32016 R 1826: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1826 der Kommission vom 14. Oktober 2016 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Tricyclazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 88)

396. 32017 R 0157: Durchführungsverordnung (EU) 2017/157 der Kommission vom 30. Januar 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Thiabendazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 25 vom 31.1.2017, S. 5)

397. 32017 R 0239: Durchführungsverordnung (EU) 2017/239 der Kommission vom 10. Februar 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs Oxathiapiprolin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 39)

398. 32017 R 0244: Durchführungsverordnung (EU) 2017/244 der Kommission vom 10. Februar 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Linuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 54)

399. 32017 R 0240: Durchführungsverordnung (EU) 2017/240 der Kommission vom 10. Februar 2017 über die Nichtgenehmigung des ätherischen Öls von *Satureja montana* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 43)

400. 32017 R 0241: Durchführungsverordnung (EU) 2017/241 der Kommission vom 10. Februar 2017 über die Nichtgenehmigung von ätherischem Öl aus *Origanum vulgare* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 45)

401. 32017 R 0407: Durchführungsverordnung (EU) 2017/407 der Kommission vom 8. März 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Iodosulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 87)

402. 32017 R 0357: Durchführungsverordnung (EU) 2017/357 der Kommission vom 28. Februar 2017 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Cyclaniliprol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 4)

403. 32017 R 0358: Durchführungsverordnung (EU) 2017/358 der Kommission vom 28. Februar 2017 zur Bestätigung der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Acrinathrin gemäß der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 6)

404. 32017 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) 2017/375 der Kommission vom 2. März 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Prosulfuron als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 3)

405. 32017 R 0377: Durchführungsverordnung (EU) 2017/377 der Kommission vom 3. März 2017 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs *Pseudozyma flocculosa* Stamm ATCC 64874 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 11)

406. 32017 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) 2017/406 der Kommission vom 8. März 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Mildes Pepino Mosaic Virus-Isolat VX1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 83)

407. 32017 R 0408: Durchführungsverordnung (EU) 2017/408 der Kommission vom 8. März 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Mildes Pepino Mosaic Virus-Isolat VC1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 91)

408. 32017 R 0409: Durchführungsverordnung (EU) 2017/409 der Kommission vom 8. März 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs Wasserstoffperoxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 95)

409. 32017 R 0419: Durchführungsverordnung (EU) 2017/419 der Kommission vom 9. März 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs *Urtica* spp. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 64 vom 10.3.2017, S. 4)

410. 32017 R 0428: Durchführungsverordnung (EU) 2017/428 der Kommission vom 10. März 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs tonhaltige Pflanzenkohle (*charbon argileux*) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 66 vom 11.3.2017, S. 1)

411. 32017 R 0725: Durchführungsverordnung (EU) 2017/725 der Kommission vom 24. April 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Mesotrion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 107 vom 25.4.2017, S. 24)

412. 32017 R 0753: Durchführungsverordnung (EU) 2017/753 der Kommission vom 28. April 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cyhalofop-butyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 24)

413. 32017 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2017/755 der Kommission vom 28. April 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Mesosulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 35)

414. 32017 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) 2017/781 der Kommission vom 5. Mai 2017 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Methylnonylketon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 118 vom 6.5.2017, S. 1)

415. 32017 R 0805: Durchführungsverordnung (EU) 2017/805 der Kommission vom 11. Mai 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Flazasulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 26)

416. 32017 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) 2017/806 der Kommission vom 11. Mai 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm FZB24 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 31)

417. 32017 R 0831: Durchführungsverordnung (EU) 2017/831 der Kommission vom 16. Mai 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm 147 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 124 vom 17.5.2017, S. 27)

418. 32017 R 0840: Durchführungsverordnung (EU) 2017/840 der Kommission vom 17. Mai 2017 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Orthosulfamuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 10)

419. 32017 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) 2017/842 der Kommission vom 17. Mai 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Coniothyrium minitans* Stamm CON/M/91-08 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 16)

420. 32017 R 0843: Durchführungsverordnung (EU) 2017/843 der Kommission vom 17. Mai 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm NPP111B005 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 21)

421. 32017 R 1113: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1113 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Benzoesäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 27)

422. 32017 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1114 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pendimethalin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 32)

423. 32017 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1115 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propoxycarbazon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 38)

424. 32017 R 1125: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1125 der Kommission vom 22. Juni 2017 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Repellents (Geruch) tierischen oder pflanzlichen Ursprungs/Tallölpech gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 163 vom 24.6.2017, S. 10)

425. 32017 R 1186: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1186 der Kommission vom 3. Juli 2017 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Repellents (Geruch) tierischen oder pflanzlichen Ursprungs/Tallöl (roh) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 171 vom 4.7.2017, S. 131)

426. 32017 R 1491: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1491 der Kommission vom 21. August 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs 2,4-DB gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 216 vom 22.8.2017, S. 15)

427. 32017 R 1506: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1506 der Kommission vom 28. August 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Maleinsäurehydrazid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 222 vom 29.8.2017, S. 21)

428. 32017 R 1455: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1455 der Kommission vom 10. August 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Picoxystrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 208 vom 11.8.2017, S. 28)

429. 32017 R 1496: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1496 der Kommission vom 23. August 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff DPX KE 459 (Flupyrsulfuron-methyl) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 218 vom 24.8.2017, S. 7)

430. 32017 R 1526: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1526 der Kommission vom 6. September 2017 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Beta-Cypermethrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 231 vom 7.9.2017, S. 1)

431. 32017 R 1529: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1529 der Kommission vom 7. September 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs Natriumchlorid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 1)

432. 32017 R 1531: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1531 der Kommission vom 7. September 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Imazamox als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 6)

433. 32017 R 2057: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2057 der Kommission vom 10. November 2017 über die Nichtgenehmigung von *Achillea millefolium* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 294 vom 11.11.2017, S. 27)

434. 32017 R 2065: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2065 der Kommission vom 13. November 2017 zur Bestätigung der Bedingungen für die Genehmigung des in der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 aufgeführten Wirkstoffs 8-Hydroxychinolin und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 hinsichtlich der Aufnahme des Wirkstoffs 8-Hydroxychinolin in die Liste der Substitutionskandidaten (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 40)

435. 32017 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2066 der Kommission vom 13. November 2017 zur Genehmigung von Senfsaatpulver als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 43)

436. 32017 R 2067: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2067 der Kommission vom 13. November 2017 über die Nichtgenehmigung von Paprikaextrakt (Capsanthin, Capsorubin E 160c) als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 47)

437. 32017 R 2068: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2068 der Kommission vom 13. November 2017 über die Nichtgenehmigung von Kaliumsorbat als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 49)

438. 32017 R 2090: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2090 der Kommission vom 14. November 2017 zur Genehmigung von Bier als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 22)

439. 32017 R 2091: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2091 der Kommission vom 14. November 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Iprodion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 25)

440. 32017 R 2324: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2324 der Kommission vom 12. Dezember 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Glyphosat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 10)

441. 32018 R 0112: Durchführungsverordnung (EU) 2018/112 der Kommission vom 24. Januar 2018 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Laminarin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 3)

442. 32018 R 0113: Durchführungsverordnung (EU) 2018/113 der Kommission vom 24. Januar 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Acetamiprid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 7)

443. 32018 R 0296: Durchführungsverordnung (EU) 2018/296 der Kommission vom 27. Februar 2018 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Extrakt aus *Reynoutria sachalinensis* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 31)

444. 32018 R 0309: Durchführungsverordnung (EU) 2018/309 der Kommission vom 1. März 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propineb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 60 vom 2.3.2018, S. 16)

445. 32018 R 0660: Durchführungsverordnung (EU) 2018/660 der Kommission vom 26. April 2018 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Bentazon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 110 vom 30.4.2018, S. 122)

446. 32018 R 0679: Durchführungsverordnung (EU) 2018/679 der Kommission vom 3. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Forchlorfenuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 4.5.2018, S. 18)

447. 32018 R 0691: Durchführungsverordnung (EU) 2018/691 der Kommission vom 7. Mai 2018 zur Genehmigung des Grundstoffs Talkum E 553b gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 6)

448. 32018 R 0692: Durchführungsverordnung (EU) 2018/692 der Kommission vom 7. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Zoxamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 9)

449. 32018 R 0710: Durchführungsverordnung (EU) 2018/710 der Kommission vom 14. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Silthiofam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 119 vom 15.5.2018, S. 31)

450. 32018 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2018/755 der Kommission vom 23. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propyzamid — als Substitutionskandidat — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 128 vom 24.5.2018, S. 4)

451. 32018 R 1060: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1060 der Kommission vom 26. Juli 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Trifloxystrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 3)

452. 32018 R 1019: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1019 der Kommission vom 18. Juli 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Oxasulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 14)

453. 32018 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1043 der Kommission vom 24. Juli 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Fenamidon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 188 vom 25.7.2018, S. 9)

454. 32018 R 1061: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1061 der Kommission vom 26. Juli 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Carfentrazon-ethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 8)

455. 32018 R 1075: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1075 der Kommission vom 27. Juli 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Ampelomyces quisqualis* Stamm: AQ10 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 36)

456. 32018 R 1278: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1278 der Kommission vom 21. September 2018 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Pasteuria nishizawae* Pn1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 239 vom 24.9.2018, S. 4)

457. 32018 R 1264: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1264 der Kommission vom 20. September 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pethoxamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 71)

458. 32018 R 1265: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1265 der Kommission vom 20. September 2018 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fenpicoxamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 77)

459. 32018 R 1294: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1294 der Kommission vom 26. September 2018 über die Nichtgenehmigung von Seekiefernteer als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 5)

460. 32018 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1295 der Kommission vom 26. September 2018 zur Genehmigung des Grundstoffs Zwiebelöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 7)

461. 32018 R 1500: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1500 der Kommission vom 9. Oktober 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Thiram sowie zum Verbot der Verwendung und des Verkaufs von Saatgut, das mit Thiram enthaltenden Pflanzenschutzmitteln behandelt wurde, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 254 vom 10.10.2018, S. 1)

462. 32018 R 1501: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1501 der Kommission vom 9. Oktober 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pymetrozin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 254 vom 10.10.2018, S. 4)

463. 32018 R 1532: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1532 der Kommission vom 12. Oktober 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Diquat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 257 vom 15.10.2018, S. 10)

464. 32018 R 1913: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1913 der Kommission vom 6. Dezember 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Tribenuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 294 vom 21.11.2018, S. 15)

465. 32018 R 1914: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1914 der Kommission vom 6. Dezember 2018 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Quinoxyfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 17)

466. 32018 R 1915: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1915 der Kommission vom 6. Dezember 2018 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Metschnikowia fructicola* Stamm NRRL Y-27328 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 20)

467. 32018 R 1917: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1917 der Kommission vom 6. Dezember 2018 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Flurtamon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 27)

468. 32018 R 1865: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1865 der Kommission vom 28. November 2018 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propiconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 304 vom 29.11.2018, S. 6)

469. 32018 R 1981: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1981 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für die Wirkstoffe Kupferverbindungen als Substitutionskandidaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 317 vom 14.12.2018, S. 16)

470. 32019 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/139 der Kommission vom 29. Januar 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm IMI389521 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 4)

471. 32019 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2019/147 der Kommission vom 30. Januar 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm PPRI 5339 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 14)

472. 32019 R 0148: Durchführungsverordnung (EU) 2019/148 der Kommission vom 30. Januar 2019 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Propanil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 18)

473. 32019 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2019/151 der Kommission vom 30. Januar 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Clonostachys rosea* Stamm: J1446 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 26)

474. 32019 R 0158: Durchführungsverordnung (EU) 2019/158 der Kommission vom 31. Januar 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Methoxyfenozid — als Substitutionskandidat — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 31 vom 1.2.2019, S. 21)

475. 32019 R 0337: Durchführungsverordnung (EU) 2019/337 der Kommission vom 27. Februar 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs Mefentrifluconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 12)

476. 32019 R 0344: Durchführungsverordnung (EU) 2019/344 der Kommission vom 28. Februar 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Ethoprophos gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 62 vom 1.3.2019, S. 7)

477. 32019 R 0481: Durchführungsverordnung (EU) 2019/481 der Kommission vom 22. März 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flutianil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 19)

478. 32019 R 0677: Durchführungsverordnung (EU) 2019/677 der Kommission vom 29. April 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Chlorthalonil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 15)

479. 32019 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) 2019/706 der Kommission vom 7. Mai 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Carvon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 11), geändert durch:

   – 32020 R 0653: Durchführungsverordnung (EU) 2020/653 der Kommission vom 14. Mai 2020 (ABl. L 152 vom 15.5.2020, S. 1)

480. 32019 R 0717: Durchführungsverordnung (EU) 2019/717 der Kommission vom 8. Mai 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Isoxaflutol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 122 vom 10.5.2019, S. 44)

481. 32019 R 0676: Durchführungsverordnung (EU) 2019/676 der Kommission vom 29. April 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko ABE-IT 56 (Lysatbestandteile von *Saccharomyces cerevisiae* Stamm DDSF623) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 12)

482. 32019 R 1606: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1606 der Kommission vom 27. September 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Methiocarb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 53)

483. 32019 R 1085: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1085 der Kommission vom 25. Juni 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff 1-Methylcyclopropen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 der Kommission (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 110)

484. 32019 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1090 der Kommission vom 26. Juni 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Dimethoat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 39)

485. 32019 R 1100: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1100 der Kommission vom 27. Juni 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Desmedipham gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 17)

486. 32019 R 1101: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1101 der Kommission vom 27. Juni 2019 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Tolclofos-Methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 20)

487. 32019 R 1137: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1137 der Kommission vom 3. Juli 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Dimethenamid-p gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 3)

488. 32019 R 1138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1138 der Kommission vom 3. Juli 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs Florpyrauxifen-benzyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 8)

489. 32019 R 1605: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1605 der Kommission vom 27. September 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus subtilis* Stamm IAB/BS03 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 49)

490. 32019 R 1690: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1690 Der Kommission vom 9. Oktober 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Alpha-Cypermethrin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 2)

491. 32019 R 0989: Durchführungsverordnung (EU) 2019/989 der Kommission vom 17. Juni 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Chlorpropham gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 11)

492. 32020 R 0023: Durchführungsverordnung (EU) 2020/23 der Kommission vom 13. Januar 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Thiacloprid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 8)

493. 32020 R 0029: Durchführungsverordnung (EU) 2020/29 der Kommission vom 14. Januar 2020 zur Nichtgenehmigung von Tanninen aus der Weinrebe Vitis vinifera als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 9 vom 15.1.2020, S. 1)

494. 32019 R 1675: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1675 der Kommission vom 4. Oktober 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Verticillium albo-atrum* Stamm: WCS850 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 257 vom 8.10.2019, S. 6)

495. 32020 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) 2020/17 der Kommission vom 10. Januar 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Chlorpyrifos-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 7 vom 13.1.2020, S. 11)

496. 32020 R 0018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/18 der Kommission vom 10. Januar 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Chlorpyrifos gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 7 vom 13.1.2020, S. 14)

497. 32020 R 0616: Durchführungsverordnung (EU) 2020/616 der Kommission vom 5. Mai 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Foramsulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 1)

498. 32020 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2020/617 der Kommission vom 5. Mai 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Metalaxyl-M und zur Beschränkung der Verwendung von Saatgut, das mit Metalaxyl-M enthaltenden Pflanzenschutzmitteln behandelt wurde, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 6)

499. 32020 R 0640: Durchführungsverordnung (EU) 2020/640 der Kommission vom 12. Mai 2020 über die Nichtgenehmigung von Propolis-Extrakt als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 32)

500. 32020 R 0642: Durchführungsverordnung (EU) 2020/642 der Kommission vom 12. Mai 2020 zur Genehmigung des Grundstoffs L-Cystein gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 134)

501. 32020 R 0643: Durchführungsverordnung (EU) 2020/643 der Kommission vom 12. Mai 2020 über die Nichtgenehmigung von Wurzeln von *Saponaria officinalis* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 138)

502. 32020 R 0646: Durchführungsverordnung (EU) 2020/646 der Kommission vom 13. Mai 2020 zur Genehmigung des Wirkstoffs Lavandulylsenecioat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 151 vom 14.5.2020, S. 3)

503. 32020 R 0892: Durchführungsverordnung (EU) 2020/892 der Kommission vom 29. Juni 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff beta-Cyfluthrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 206 vom 30.6.2020, S. 5)

504. 32020 R 0968: Durchführungsverordnung (EU) 2020/968 der Kommission vom 3. Juli 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pyriproxyfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 213 vom 6.7.2020, S. 7)

505. 32020 R 1003: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1003 der Kommission vom 9. Juli 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für die Wirkstoffe *Phlebiopsis gigantea* Stämme VRA 1835, VRA 1984 und FOC PG 410.3 als Wirkstoffe mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 127)

506. 32020 R 1004: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1004 der Kommission vom 9. Juli 2020 zur Genehmigung des Grundstoffs Kuhmilch gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 133)

507. 32020 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1018 der Kommission vom 13. Juli 2020 zur Genehmigung des Wirkstoffs Eisendiphosphat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 225 vom 14.7.2020, S. 9)

508. 32020 R 1246: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1246 der Kommission vom 2. September 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Fenamiphos gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 288 vom 3.9.2020, S. 18)

509. 32020 R 1263: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1263 der Kommission vom 10. September 2020 zur Genehmigung des Wirkstoffs Natriumhydrogencarbonat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 11.9.2020, S. 1)

510. 32020 R 1276: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1276 der Kommission vom 11. September 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Bromoxynil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 300 vom 14.9.2020, S. 32), berichtigt in ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 27

511. 32020 R 1280: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1280 der Kommission vom 14. September 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Benalaxyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 301 vom 15.9.2020, S. 4)

512. 32020 R 1281: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1281 der Kommission vom 14. September 2020 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Ethametsulfuron-Methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 301 vom 15.9.2020, S. 7)

513. 32020 R 1498: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1498 der Kommission vom 15. Oktober 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Thiophanatmethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 342 vom 16.10.2020, S. 5)

514. 32020 R 2087: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2087 der Kommission vom 14. Dezember 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Mancozeb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 50)

515. 32020 R 2101: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2101 der Kommission vom 15. Dezember 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Kieselgur (Diatomeenerde) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 79)

516. 32020 R 2105: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2105 der Kommission vom 15. Dezember 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Etoxazol — als Substitutionskandidat — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 96)

517. 32021 R 0079: Durchführungsverordnung (EU) 2021/79 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Topramezon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 8)

518. 32021 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2021/80 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Nichtgenehmigung von Kohlendioxid als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 10)

519. 32021 R 0081: Durchführungsverordnung (EU) 2021/81 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Genehmigung des Grundstoffs Extrakt der Zwiebel von *Allium cepa* L. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 12)

520. 32021 R 0129: Durchführungsverordnung (EU) 2021/129 der Kommission vom 3. Februar 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Knoblauchextrakt gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 40 vom 4.2.2021, S. 11)

521. 32021 R 0134: Durchführungsverordnung (EU) 2021/134 der Kommission vom 4. Februar 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff mit geringem Risiko *Akanthomyces muscarius* Stamm Ve6 (vormals *Lecanicillium muscarium* Stamm Ve6) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 42 vom 5.2.2021, S. 4)

522. 32021 R 0413: Durchführungsverordnung (EU) 2021/413 der Kommission vom 8. März 2021 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Blutmehl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 81 vom 9.3.2021, S. 32)

523. 32021 R 0427: Durchführungsverordnung (EU) 2021/427 der Kommission vom 10. März 2021 zur Genehmigung des Wirkstoffs 24-Epibrassinolid als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 84 vom 11.3.2021, S. 21)

524. 32021 R 0464: Durchführungsverordnung (EU) 2021/464 der Kommission vom 17. März 2021 über die Nichtgenehmigung von *Capsicum annuum* L. var. *annuum*, Longum-Gruppe, Paprika, Extrakt, als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 94 vom 18.3.2021, S. 1)

525. 32021 R 0567: Durchführungsverordnung (EU) 2021/567 der Kommission vom 6. April 2021 zur Genehmigung des wässrigen Extrakts aus gekeimten Samenkörnern der Süßlupine *Lupinus albus* als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 118 vom 7.4.2021, S. 6)

526. 32021 R 0795: Durchführungsverordnung (EU) 2021/795 der Kommission vom 17. Mai 2021 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Alpha-Cypermethrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 174 vom 18.5.2021, S. 2)

527. 32021 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) 2021/809 der Kommission vom 20. Mai 2021 über die Nichtgenehmigung von fermentiertem Extrakt aus den Blättern von *Symphytum officinale* L. (Beinwell) als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 180 vom 21.5.2021, S. 110)

528. 32021 R 0824: Durchführungsverordnung (EU) 2021/824 der Kommission vom 21. Mai 2021 zur Änderung der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 540/2011 und (EU) Nr. 820/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Terbuthylazin (ABl. L 183 vom 25.5.2021, S. 35)

529. 32021 R 0843: Durchführungsverordnung (EU) 2021/843 der Kommission vom 26. Mai 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cyazofamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 186 vom 27.5.2021, S. 20)

530. 32021 R 0853: Durchführungsverordnung (EU) 2021/853 der Kommission vom 27. Mai 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Streptomyces* Stamm K61gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 188 vom 28.5.2021, S. 56)

531. 32021 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2021/917 der Kommission vom 7. Juni 2021 zur Genehmigung der Wirkstoffe mit geringem Risiko Pepino Mosaic Virus, EU-Stamm, mildes Isolat Abp1 und Pepino Mosaic Virus, CH2-Stamm, mildes Isolat Abp2 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 201 vom 8.6.2021, S. 19)

532. 32021 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1191 der Kommission vom 19. Juli 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Clopyralid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 258 vom 20.7.2021, S. 37)

533. 32021 R 0428: Durchführungsverordnung (EU) 2021/428 der Kommission vom 10. März 2021 zur Annahme von Standarddatenformaten für die Einreichung von Anträgen auf Genehmigung oder Änderung der Bedingungen für die Genehmigung von Wirkstoffen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 84 vom 11.3.2021, S. 25)

534. 32021 R 1448: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1448 der Kommission vom 3. September 2021 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Calciumcarbonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 15)

535. 32021 R 1379: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1379 der Kommission vom 19. August 2021 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Famoxadon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 32)

536. 32021 R 1452: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1452 der Kommission vom 3. September 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Kaliumhydrogencarbonat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 30)

537. 32021 R 1455: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1455 der Kommission vom 6. September 2021 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm AH2 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 315 vom 7.9.2021, S. 1)

538. 32021 R 1451: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1451 der Kommission vom 3. September 2021 zur Nichtgenehmigung von Dimethylsulfid als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 28)

539. 32021 R 2049: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2049 der Kommission vom 24. November 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cypermethrin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 6)

540. 32021 R 2081: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2081 der Kommission vom 26. November 2021 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Indoxacarb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 28)

541. 32022 R 0004: Durchführungsverordnung (EU) 2022/4 der Kommission vom 4. Januar 2022 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Purpureocillium lilacinum* Stamm PL11 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 1 vom 5.1.2022, S. 5)

542. 32022 R 0019: Durchführungsverordnung (EU) 2022/19 der Kommission vom 7. Januar 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Purpureocillium lilacinum* Stamm 251 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 5 vom 10.1.2022, S. 9)

543. 32022 R 0043: Durchführungsverordnung (EU) 2022/43 der Kommission vom 13. Januar 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Flumioxazin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Anhänge der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 (ABl. L 9 vom 14.1.2022, S. 7)

544. 32022 R 0159: Durchführungsverordnung (EU) 2022/159 der Kommission vom 4. Februar 2022 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm IT-45 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 26 vom 7.2.2022, S. 7)

545. 32022 R 0094: Durchführungsverordnung (EU) 2022/94 der Kommission vom 24. Januar 2022 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Phosmet gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 16 vom 25.1.2022, S. 33)

546. 32022 R 0698: Durchführungsverordnung (EU) 2022/698 der Kommission vom 3. Mai 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Bifenazat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 130 vom 4.5.2022, S. 3)

547. 32022 R 0740: Durchführungsverordnung (EU) 2022/740 der Kommission vom 13. Mai 2022 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs 1,3-Dichlorpropen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 10)

548. 32022 R 0751: Durchführungsverordnung (EU) 2022/751 der Kommission vom 16. Mai 2022 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Chlorpikrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 11)

549. 32022 R 1443: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1443 der Kommission vom 31. August 2022 zur Nichtgenehmigung von Calciumpropionat als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 123)

550. 32022 R 1444: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1444 der Kommission vom 31. August 2022 zur Nichtgenehmigung von schwarzer Seife E470a als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 125)

551. 32022 R 1474: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1474 der Kommission vom 6. September 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für Schafsfett als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 7.9.2022, S. 3)

552. 32022 R 0383: Durchführungsverordnung (EU) 2022/383 der Kommission vom 4. März 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff mit geringem Risiko *Metarhizium brunneum* Stamm Ma 43 (vormals *Metarhizium anisopliae* var. *anisopliae* Stamm BIPESCO 5/F52) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 76 vom 7.3.2022, S. 1)

553. 32022 R 0437: Durchführungsverordnung (EU) 2022/437 der Kommission vom 16. März 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Kohlendioxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 89 vom 17.3.2022, S. 3)

554. 32022 R 0501: Durchführungsverordnung (EU) 2022/501 der Kommission vom 25. März 2022 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm 203 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 102 vom 30.3.2022, S. 1)

555. 32022 R 0456: Durchführungsverordnung (EU) 2022/456 der Kommission vom 21. März 2022 zur Genehmigung des Grundstoffs Chitosan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 93 vom 22.3.2022, S. 138)

556. 32022 R 0496: Durchführungsverordnung (EU) 2022/496 der Kommission vom 28. März 2022 zur Genehmigung von *Spodoptera exigua* Multikapsid-Nucleopolyhedrovirus (SeMNPV), Isolat BV-0004 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 101 vom 29.3.2022, S. 1)

557. 32022 R 1251: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1251 der Kommission vom 19. Juli 2022 zur Erneuerung der Genehmigung der Wirkstoffe „geradkettige Lepidopterenpheromone“ (Acetate) als Wirkstoffe mit geringem Risiko sowie der Wirkstoffe „geradkettige Lepidopterenpheromone“ (Aldehyde und Alkohole) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 35)

558. 32014 D 0756: Durchführungsbeschluss 2014/756/EU der Kommission vom 29. Oktober 2014 über die von Deutschland gemäß der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates gemeldeten Beschränkungen der Zulassungen von IPBC- und propiconazolhaltigen Biozidprodukten (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 69)

559. 32014 D 0757: Durchführungsbeschluss 2014/757/EU der Kommission vom 29. Oktober 2014 über die von Deutschland gemäß der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates mitgeteilten Beschränkungen der Zulassung eines IPBC-haltigen Biozidprodukts (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 72)

560. 32014 D 0758: Durchführungsbeschluss 2014/758/EU der Kommission vom 29. Oktober 2014 über die Ablehnung der von Deutschland mitgeteilten Zurückweisung der Zulassung eines Biozidprodukts gemäß der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 75)

561. 32016 R 0009: Durchführungsverordnung (EU) 2016/9 der Kommission vom 5. Januar 2016 über die gemeinsame Vorlage und Nutzung von Daten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) (ABl. L 3 vom 6.1.2016, S. 41)

562. 32016 R 0672: Durchführungsverordnung (EU) 2016/672 der Kommission vom 29. April 2016 zur Genehmigung von Peressigsäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2, 3, 4, 5 und 6 (ABl. L 116 vom 30.4.2016, S. 3)

563. 32016 D 0678: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/678 der Kommission vom 29. April 2016 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich eines Produkts, das aus einem mit getrockneten Lavendelblüten gefüllten Kissen besteht und zur Mottenbekämpfung in Verkehr gebracht wird (ABl. L 116 vom 30.4.2016, S. 37)

564. 32017 D 1532: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1532 der Kommission vom 7. September 2017 zur Beantwortung der Fragen zur vergleichenden Bewertung gerinnungshemmender Rodentizide gemäß Artikel 23 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 11)

565. 32017 R 2001: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2001 der Kommission vom 8. November 2017 zur Genehmigung von Propan-1-ol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2 und 4 (ABl. L 290 vom 9.11.2017, S. 1)

566. 32017 R 2002: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2002 der Kommission vom 8. November 2017 zur Genehmigung von L(+)-Milchsäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2, 3 und 4 (ABl. L 290 vom 9.11.2017, S. 4)

567. 2017 R 2003: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2003 der Kommission vom 8. November 2017 zur Genehmigung von Fludioxonil als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 7, 9 und 10 (ABl. L 290 vom 9.11.2017, S. 7)

568. 32017 R 2004: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2004 der Kommission vom 8. November 2017 zur Genehmigung von 2-Methyl-2H-isothiazol-3-on als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 12 (ABl. L 290 vom 9.11.2017, S. 11)

569. 32017 R 2005: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2005 der Kommission vom 8. November 2017 zur Genehmigung von Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von *Azadirachta indica*, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid, als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 19 (ABl. L 290 vom 9.11.2017, S. 14)

570. 32017 R 2100: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2100 der Kommission vom 4. September 2017 zur Festlegung wissenschaftlicher Kriterien für die Bestimmung endokrinschädigender Eigenschaften gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 301 vom 17.11.2017, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. Mitteilung zu der Entscheidung 81/437/EWG der Kommission vom 11. Mai 1981 zur Festlegung der Kriterien, nach denen die Mitgliedstaaten der Kommission die Auskünfte für das Verzeichnis der chemischen Stoffe erteilen (ABl. C 79 vom 31.3.1982, S. 3)

2. Veröffentlichung des EINECS-Verzeichnisses (ABl. C 146 vom 15.6.1990, S. 4)

3. Europäisches Büro für Chemische Stoffe. Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament (ABl. C 1 vom 5.1.1993, S. 3)

4. Mitteilung - Dritte Veröffentlichung von ELINCS (ABl. C 130 vom 10.5.1993, S. 1)

5. Mitteilung der Kommission gemäß Artikel 2 des Beschlusses 85/71/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1984 über das Verzeichnis der Stoffe, die aufgrund der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Einstufung, Verpackung- und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe angemeldet wurden (ABl. C 130 vom 10.5.1993, S. 2)

6. 31999 X 0721: Empfehlung 1999/721/EG der Kommission vom 12. Oktober 1999 über die Ergebnisse der Risikobewertung und über die Risikobegrenzungsstrategien für die Stoffe 2-(2-Butoxyethoxy)ethanol 2-(2-Methoxyethoxy)ethanol Alkane, C_{10-13}-, Chlor- und Benzol, C_{10-13}-Alkylderivate (ABl. L 292 vom 13.11.1999, S. 42)

7. 32001 H 0194: Empfehlung 2001/194/EG der Kommission vom 5. März 2001 über die Ergebnisse der Risikobewertung und über die Risikobegrenzungsstrategien für die Stoffe Diphenylether-Pentabromderivat und Cumol (ABl. L 69 vom 10.3.2001, S. 30)

8. 32001 H 0838: Empfehlung 2001/838/EG der Kommission vom 7. November 2001 über die Ergebnisse der Risikobewertung und über die Risikobegrenzungsstrategien für die Stoffe: Acrylaldehyd; Dimethylsulfat; Nonylphenol; Phenol, 4-Nonyl-, verzweigt; tert-Butylmethylether (ABl. L 319 vom 4.12.2001, S. 30)

9. 32002 H 0755: Empfehlung 2002/755/EG der Kommission vom 16. September 2002 über die Ergebnisse der Risikobewertung und über die Risikobegrenzungsstrategie für den Stoff Diphenylether, Octabromderivat (ABl. L 249 vom 17.9.2002, S. 27)

10. 32002 H 0575: Empfehlung 2002/575/EG der Kommission vom 4. Juli 2002 über die Ergebnisse der Risikobewertung und über die Risikobegrenzungsstrategien für die Stoffe: o-Anisidin, 1,4-Dioxan (ABl. L 181 vom 11.7.2002, S. 29)

11. 32002 H 0576: Empfehlung 2002/576/EG der Kommission vom 4. Juli 2002 zu den Ergebnissen der Risikobewertung für folgende Stoffe: Ethylacetoacetat, 4-Chlor-o-kresol, Dimethyldioctadecylammoniumchlorid (ABl. L 181 vom 11.7.2002, S. 35)

12. 32004 H 0394: Empfehlung 2004/394/EG der Kommission vom 29. April 2004 über die Ergebnisse der Risikobewertung und über die Risikobegrenzungsstrategien für die Stoffe: Acetonitril; Acrylamid; Acrylnitril; Acrylsäure; Butadien; Fluorwasserstoff; Wasserstoffperoxid; Methacrylsäure; Methylmethacrylat; Toluol; Trichlorbenzol (ABl. L 144 vom 30.4.2004, S. 72), berichtigt in ABl. L 199 vom 7.6.2004, S. 41

13. 32006 H 0283: Empfehlung der Kommission vom 11. April 2006 über Risikobegrenzungsmaßnahmen für die Stoffe: Dibutylphthalat; 3,4-Dichloranilin; Diisodecylphthalat; 1,2-Benzoldicarbonsäure, Di-C_{9-11}-verzweigte Alkylester, C_{10}-reich; Diisononylphthalat; 1,2-Benzoldicarbonsäure, Di-C_{8-10}-verzweigte Alkylester, C_9-reich; Ethylendiamintetraacetat; Methylacetat; Chloressigsäure; n-Pentan und Tetranatriumethylendiamintetraacetat (ABl. L 104 vom 13.4.2006, S. 45)

KAPITEL 13

KOSMETIKA

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32009 R 1223: Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über kosmetische Mittel (Neufassung) (ABl. L 342 vom 22.12.2009, S. 59), geändert durch:

   – 32013 R 0344: Verordnung (EU) Nr. 344/2013 der Kommission vom 4. April 2013 (ABl. L 114 vom 25.4.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 142 vom 29.5.2013, S. 10

   – 32013 R 0483: Verordnung (EU) Nr. 483/2013 der Kommission vom 24. Mai 2013 (ABl. L 139 vom 25.5.2013, S. 8)

   – 32013 R 0658: Verordnung (EU) Nr. 658/2013 der Kommission vom 10. Juli 2013 (ABl. L 190 vom 11.7.2013, S. 38)

   – 32013 R 1197: Verordnung (EU) Nr. 1197/2013 der Kommission vom 25. November 2013 (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 34)

– 32014 R 0358: Verordnung (EU) Nr. 358/2014 der Kommission vom 9. April 2014 (ABl. L 107 vom 10.4.2014, S. 5)

– 32014 R 0866: Verordnung (EU) Nr. 866/2014 der Kommission vom 8. August 2014 (ABl. L 238 vom 9.8.2014, S. 3), berichtigt in ABl. L 254 vom 28.8.2014, S. 39

– 32014 R 1003: Verordnung (EU) Nr. 1003/2014 der Kommission vom 18. September 2014 (ABl. L 282 vom 26.9.2014, S. 1)

– 32014 R 1004: Verordnung (EU) Nr. 1004/2014 der Kommission vom 18. September 2014 (ABl. L 282 vom 26.9.2014, S. 5)

– 32015 R 1190: Verordnung (EU) 2015/1190 der Kommission vom 20. Juli 2015 (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 115)

– 32015 R 1298: Verordnung (EU) 2015/1298 der Kommission vom 28. Juli 2015 (ABl. L 199 vom 29.7.2015, S. 22)

– 32016 R 0314: Verordnung (EU) 2016/314 der Kommission vom 4. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 59), berichtigt in ABl. L 17 vom 21.1.2017, S. 52

– 32016 R 0621: Verordnung (EU) 2016/621 der Kommission vom 21. April 2016 (ABl. L 106 vom 22.4.2016, S. 4)

– 32016 R 0622: Verordnung (EU) 2016/622 der Kommission vom 21. April 2016 (ABl. L 106 vom 22.4.2016, S. 7)

- 32016 R 1120: Verordnung (EU) 2016/1120 der Kommission vom 11. Juli 2016 (ABl. L 187 vom 12.7.2016, S. 1)

- 32016 R 1121: Verordnung (EU) 2016/1121 der Kommission vom 11. Juli 2016 (ABl. L 187 vom 12.7.2016, S. 4)

- 32016 R 1143: Verordnung (EU) 2016/1143 der Kommission vom 13. Juli 2016 (ABl. L 189 vom 14.7.2016, S. 40)

- 32016 R 1198: Verordnung (EU) 2016/1198 der Kommission vom 22. Juli 2016 (ABl. L 198 vom 23.7.2016, S. 10)

- 32017 R 0237: Verordnung (EU) 2017/237 der Kommission vom 10. Februar 2017 (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 12)

- 32017 R 0238: Verordnung (EU) 2017/238 der Kommission vom 10. Februar 2017 (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 37)

- 32017 R 1224: Verordnung (EU) 2017/1224 der Kommission vom 6. Juli 2017 (ABl. L 174 vom 7.7.2017, S. 16)

- 32017 R 1410: Verordnung (EU) 2017/1410 der Kommission vom 2. August 2017 (ABl. L 202 vom 3.8.2017, S. 1)

- 32017 R 1413: Verordnung (EU) 2017/1413 der Kommission vom 3. August 2017 (ABl. L 203 vom 4.8.2017, S. 1)

– 32017 R 2228: Verordnung (EU) 2017/2228 der Kommission vom 4. Dezember 2017 (ABl. L 319 vom 5.12.2017, S. 2), berichtigt in ABl. L 326 vom 9.12.2017, S. 55

– 32018 R 0885: Verordnung (EU) 2018/885 der Kommission vom 20. Juni 2018 (ABl. L 158 vom 21.6.2018, S. 1)

– 32018 R 0978: Verordnung (EU) 2018/978 der Kommission vom 9. Juli 2018 (ABl. L 176 vom 12.7.2018, S. 3), berichtigt in ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 27

– 32018 R 1847: Verordnung (EU) 2018/1847 der Kommission vom 26. November 2018 (ABl. L 300 vom 27.11.2018, S. 1)

– 32019 R 0680: Verordnung (EU) 2019/680 der Kommission vom 30. April 2019 (ABl. L 115 vom 2.5.2019, S. 3)

– 32019 R 0681: Verordnung (EU) 2019/681 der Kommission vom 30. April 2019 (ABl. L 115 vom 2.5.2019, S. 5)

– 32019 R 0698: Verordnung (EU) 2019/698 der Kommission vom 30. April 2019 (ABl. L 119 vom 7.5.2019, S. 66)

– 32019 R 0831: Verordnung (EU) 2019/831 der Kommission vom 22. Mai 2019 (ABl. L 137 vom 23.5.2019, S. 29)

– 32017 R 0745: Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 117 vom 3.5.2019, S. 9

– 32019 R 1257: Verordnung (EU) 2019/1257 der Kommission vom 23. Juli 2019 (ABl. L 196 vom 24.7.2019, S. 5)

– 32019 R 1857: Verordnung (EU) 2019/1857 der Kommission vom 6. November 2019 (ABl. L 286 vom 7.11.2019, S. 3)

– 32019 R 1858: Verordnung (EU) 2019/1858 der Kommission vom 6. November 2019 (ABl. L 286 vom 7.11.2019, S. 7)

– 32019 R 1966: Verordnung (EU) 2019/1966 der Kommission vom 27. November 2019 (ABl. L 307 vom 28.11.2019, S. 15)

– 32020 R 1682: Verordnung (EU) 2020/1682 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 31)

– 32020 R 1683: Verordnung (EU) 2020/1683 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 34), berichtigt in ABl. L 397 vom 26.11.2020, S. 30

– 32020 R 1684: Verordnung (EU) 2020/1684 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 42)

– 32021 R 0850: Verordnung (EU) 2021/850 der Kommission vom 26. Mai 2021 (ABl. L 188 vom 28.5.2021, S. 44), berichtigt in ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 68

– 32021 R 1099: Verordnung (EU) 2021/1099 der Kommission vom 5. Juli 2021 (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 29), berichtigt in ABl. L 365 vom 14.10.2021, S. 46

– 32021 R 1902: Verordnung (EU) 2021/1902 der Kommission vom 29. Oktober 2021 (ABl. L 387 vom 3.11.2021, S. 120)

– 32022 R 0135: Verordnung (EU) 2022/135 der Kommission vom 31. Januar 2022 (ABl. L 22 vom 1.2.2022, S. 2)

– 32022 R 1176: Verordnung (EU) 2022/1176 der Kommission vom 7. Juli 2022 (ABl. L 183 vom 8.7.2022, S. 51)

– 32022 R 1181: Verordnung (EU) 2022/1181 der Kommission vom 8. Juli 2022 (ABl. L 184 vom 11.7.2022, S. 3)

– 32022 R 1531: Verordnung (EU) 2022/1531 der Kommission vom 15. September 2022 (ABl. L 240 vom 16.9.2022, S. 3)

– 32022 R 2195: Verordnung (EU) 2022/2195 der Kommission vom 10. November 2022 (ABl. L 292 vom 11.11.2022, S. 32)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Andorra hat während des für dieses Kapitel geltenden dreijährigen Übergangszeitraums keinen Zugang zum Europäischen Meldeportal für kosmetische Mittel (Cosmetic Products Notification Portal).

2. 32013 D 0674: Durchführungsbeschluss 2013/674/EU der Kommission vom 25. November 2013 über Leitlinien zu Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über kosmetische Mittel (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 82)

3. 32013 R 0655: Verordnung (EU) Nr. 655/2013 der Kommission vom 10. Juli 2013 zur Festlegung gemeinsamer Kriterien zur Begründung von Werbeaussagen im Zusammenhang mit kosmetischen Mitteln (ABl. L 190 vom 11.7.2013, S. 31)

4. 380 L 1335: Erste Richtlinie 80/1335/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1980 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung der kosmetischen Mittel (ABl. L 383 vom 31.12.1980, S. 27), geändert durch:

   – 387 L 0143: Richtlinie 87/143/EWG der Kommission vom 10. Februar 1987 (ABl. L 57 vom 27.2.1987, S. 56)

5. 382 L 0434: Zweite Richtlinie 82/434/EWG der Kommission vom 14. Mai 1982 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung der kosmetischen Mittel (ABl. L 185 vom 30.6.1982, S. 1), geändert durch:

   – 390 L 0207: Richtlinie 90/207/EWG der Kommission vom 4. April 1990 (ABl. L 108 vom 28.4.1990, S. 92)

6. 383 L 0514: Dritte Richtlinie 83/514/EWG der Kommission vom 27. September 1983 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung der kosmetischen Mittel (ABl. L 291 vom 24.10.1983, S. 9)

7. 385 L 0490: Vierte Richtlinie 85/490/EWG der Kommission vom 11. Oktober 1985 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung der kosmetischen Mittel (ABl. L 295 vom 7.11.1985, S. 30)

8. 393 L 0073: Fünfte Richtlinie 93/73/EWG der Kommission vom 9. September 1993 über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung kosmetischer Mittel (ABl. L 231 vom 14.9.1993, S. 34)

9. 395 L 0032: Sechste Richtlinie 95/32/EG der Kommission vom 7. Juli 1995 über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung kosmetischer Mittel (ABl. L 178 vom 28.7.1995, S. 20)

10. 396 L 0045: Siebte Richtlinie 96/45/EG der Kommission vom 2. Juli 1996 über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung kosmetischer Mittel (ABl. L 213 vom 22.8.1996, S. 8)

11. 32022 D 0677: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/677 der Kommission vom 31. März 2022 zur Festlegung von Vorschriften zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Glossars der gemeinsamen Bezeichnungen von Bestandteilen zur Verwendung bei der Kennzeichnung kosmetischer Mittel (ABl. L 127 vom 29.4.2022, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32006 H 0406: Empfehlung 2006/406/EG der Kommission vom 7. Juni 2006 zur Festlegung von Leitlinien für die Verwendung von Angaben, denen zufolge keine Tierversuche gemäß der Richtlinie 76/768/EWG des Rates durchgeführt wurden (ABl. L 158 vom 10.6.2006, S. 18)

2. 32006 H 0647: Empfehlung 2006/647/EG der Kommission vom 22. September 2006 über die Wirksamkeit von Sonnenschutzmitteln und diesbezügliche Herstellerangaben (ABl. L 265 vom 26.9.2006, S. 39)

KAPITEL 14

UMWELTSCHUTZ

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31998 L 0070: Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG des Rates (ABl. L 350 vom 28.12.1998, S. 58), geändert durch:

   – 32000 L 0071: Richtlinie 2000/71/EG der Kommission vom 7. November 2000 (ABl. L 287 vom 14.11.2000, S. 46)

   – 32003 L 0017: Richtlinie 2003/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 2003 (ABl. L 76 vom 22.3.2003, S. 10)

   – 32009 L 0030: Richtlinie 2009/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 88)

   – 32011 L 0063: Richtlinie 2011/63/EU der Kommission vom 1. Juni 2011 (ABl. L 147 vom 2.6.2011, S. 15)

   – 32014 L 0077: Richtlinie 2014/77/EU der Kommission vom 10. Juni 2014 (ABl. L 170 vom 11.6.2014, S. 62)

   – 32015 L 1513: Richtlinie (EU) 2015/1513 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 (ABl. L 239 vom 15.9.2015, S. 1)

– 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die Artikel 7a bis 7e finden keine Anwendung.

b) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für Artikel 8 der Richtlinie. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt ein Jahr ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

2. 32016 L 0802: Richtlinie (EU) 2016/802 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 58)

3. 32015 D 0887: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/887 der Kommission vom 9. Juni 2015 über die Anerkennung des Systems „Scottish Quality Farm Assured Combinable Crops Limited“ zum Nachweis der Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien der Richtlinien 98/70/EG und 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses 2012/427/EU (ABl. L 144 vom 10.6.2015, S. 17)

Der Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Aufnahme von Herstellungsverfahren für Biokraftstoffe und flüssige Biobrennstoffe in seinem Hoheitsgebiet nicht.

4. 32002 D 0159: Entscheidung 2002/159/EG der Kommission vom 18. Februar 2002 über ein gemeinsames Muster für die Vorlage der zusammenfassenden Darstellungen der nationalen Daten zur Kraftstoffqualität (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 30)

   Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt ein Jahr ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

5. 32011 D 0013: Beschluss 2011/13/EU der Kommission vom 12. Januar 2011 über bestimmte Arten von Informationen über Biokraftstoffe und flüssige Biobrennstoffe, die den Mitgliedstaaten von den Wirtschaftsbeteiligten zu übermitteln sind (ABl. L 9 vom 13.1.2011, S. 11)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Aufnahme von Herstellungsverfahren für Biokraftstoffe und flüssige Biobrennstoffe in seinem Hoheitsgebiet nicht.

6. 32014 R 1307: Verordnung (EU) Nr. 1307/2014 der Kommission vom 8. Dezember 2014 zur Festlegung der Kriterien und geografischen Verbreitungsgebiete zur Bestimmung von Grünland mit großer biologischer Vielfalt für die Zwecke des Artikels 7b Absatz 3 Buchstabe c der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen und des Artikels 17 Absatz 3 Buchstabe c der Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (ABl. L 351 vom 9.12.2014, S. 3)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Aufnahme von Herstellungsverfahren für Otto- und Dieselkraftstoffe in seinem Hoheitsgebiet nicht.

7. 32015 L 0652: Richtlinie (EU) 2015/652 des Rates vom 20. April 2015 zur Festlegung von Berechnungsverfahren und Berichterstattungspflichten gemäß der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 26), berichtigt in ABl. L 129 vom 27.5.2015, S. 53, geändert durch:

   – 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Aufnahme von Herstellungsverfahren für Otto- und Dieselkraftstoffe in seinem Hoheitsgebiet nicht.

8. 31994 L 0062: Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 über Verpackungen und Verpackungsabfälle (ABl. L 365 vom 31.12.1994, S. 10), geändert durch:

   – 32004 L 0012: Richtlinie 2004/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 (ABl. L 47 vom 18.2.2004, S. 26)

– 32005 L 0020: Richtlinie 2005/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2005 (ABl. L 70 vom 16.3.2005, S. 17)

– 32013 L 0002: Richtlinie 2013/2/EU der Kommission vom 7. Februar 2013 (ABl. L 37 vom 8.2.2013, S. 10)

– 32015 L 0720: Richtlinie (EU) 2015/720 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 (ABl. L 115 vom 6.5.2015, S. 11)

– 32018 L 0852: Richtlinie (EU) 2018/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur Änderung der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 141)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben f und g der Richtlinie. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für die Artikel 7 und 12 der Richtlinie. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

c) Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für Artikel 11 der Richtlinie. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Aufnahme von Herstellungsverfahren für Verpackungen oder Verpackungskomponenten, die Schwermetalle enthalten, in seinem Hoheitsgebiet nicht.

9. 397 D 0129: Entscheidung 97/129/EG der Kommission vom 28. Januar 1997 zur Festlegung eines Kennzeichnungssystems für Verpackungsmaterialien gemäß der Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Verpackungen und Verpackungsabfälle (ABl. L 50 vom 20.2.1997, S. 28)

10. 32001 D 0171: Entscheidung 2001/171/EG der Kommission vom 19. Februar 2001 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen die in der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle festgelegten Schwermetallgrenzwerte nicht für Glasverpackungen gelten (ABl. L 62 vom 2.3.2001, S. 20), geändert durch:

    – 32006 D 0340: Entscheidung 2006/340/EG der Kommission vom 8. Mai 2006 (ABl. L 125 vom 12.5.2006, S. 43)

    Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Aufnahme von Herstellungsverfahren für Verpackungen oder Verpackungskomponenten, die Schwermetalle enthalten, in seinem Hoheitsgebiet nicht.

11. 32005 D 0270: Entscheidung 2005/270/EG der Kommission vom 22. März 2005 zur Festlegung der Tabellenformate für die Datenbank gemäß der Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Verpackungen und Verpackungsabfälle (ABl. L 86 vom 5.4.2005, S. 6), geändert durch:

    – 32018 D 0896: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/896 der Kommission vom 19. Juni 2018 (ABl. L 160 vom 25.6.2018, S. 6)

– 32019 D 0665: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/665 der Kommission vom 17. April 2019 (ABl. L 112 vom 26.4.2019, S. 26)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

12. 32009 D 0292: Entscheidung 2009/292/EG der Kommission vom 24. März 2009 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen die in der Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Verpackungen und Verpackungsabfälle festgelegten Schwermetallgrenzwerte nicht für Kunststoffkästen und -paletten gelten (ABl. L 79 vom 25.3.2009, S. 44)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Aufnahme von Herstellungsverfahren für Kunststoffkästen und -paletten, die Schwermetalle enthalten, in seinem Hoheitsgebiet nicht.

13. 31994 L 0063: Richtlinie 94/63/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (VOC- Emissionen) bei der Lagerung von Ottokraftstoff und seiner Verteilung von den Auslieferungslagern bis zu den Tankstellen (ABl. L 365 vom 31.12.1994, S. 24), geändert durch:

– 32018 D 0853: Beschluss (EU) 2018/853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 155)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Im Hinblick auf die Artikel 3 und 4 dieser Richtlinie findet Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Aufnahme der Lagerung von Ottokraftstoff und seiner Verteilung von den Auslieferungslagern bis zu den Tankstellen in seinem Hoheitsgebiet nicht.

14. 32004 L 0042: Richtlinie 2004/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über die Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen aufgrund der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Farben und Lacken und in Produkten der Fahrzeugreparaturlackierung sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/13/EG (ABl. L 143 vom 30.4.2004, S. 87), geändert durch:

– 32010 L 0079: Richtlinie 2010/79/EU der Kommission vom 19. November 2010 (ABl. L 304 vom 20.11.2010, S. 18)

– 32008 L 0112: Richtlinie 2008/112/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 345 vom 23.12.2008, S. 68)

– 32019 R 1020: Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1)

15. 32014 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über fluorierte Treibhausgase und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 195)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Die Artikel 14 bis 19 und Artikel 25 Absatz 2 finden keine Anwendung.

16. 32015 R 2065: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2065 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung der Form der Mitteilung der Ausbildungs- und Zertifizierungsprogramme der Mitgliedstaaten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 14)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

17. 32015 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2066 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen und der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung im Hinblick auf die Zertifizierung von natürlichen Personen, die fluorierte Treibhausgase enthaltende elektrische Schaltanlagen installieren, warten, instand halten, reparieren oder stilllegen oder fluorierte Treibhausgase aus ortsfesten elektrischen Schaltanlagen zurückgewinnen (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 22)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

18. 32015 R 2067: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2067 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen und der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung im Hinblick auf die Zertifizierung von natürlichen Personen in Bezug auf fluorierte Treibhausgase enthaltende ortsfeste Kälteanlagen, Klimaanlagen und Wärmepumpen sowie Kühlaggregate in Kühlkraftfahrzeugen und -anhängern und auf die Zertifizierung von Unternehmen in Bezug auf fluorierte Treibhausgase enthaltende ortsfeste Kälteanlagen, Klimaanlagen und Wärmepumpen (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 28)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

19. 32015 R 2068: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2068 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Form der Kennzeichnung von Erzeugnissen und Einrichtungen, die fluorierte Treibhausgase enthalten (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 39)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

20. 32007 R 1497: Verordnung (EG) Nr. 1497/2007 der Kommission vom 18. Dezember 2007 zur Festlegung der Standardanforderungen an die Kontrolle auf Dichtheit ortsfester Brandschutzsysteme, die bestimmte fluorierte Treibhausgase enthalten, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 333 vom 19.12.2007, S. 4)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

21. 32007 R 1516: Verordnung (EG) Nr. 1516/2007 der Kommission vom 19. Dezember 2007 zur Festlegung der Standardanforderungen an die Kontrolle auf Dichtheit von ortsfesten Kälte- und Klimaanlagen sowie von Wärmepumpen, die bestimmte fluorierte Treibhausgase enthalten, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 335 vom 20.12.2007, S. 10)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

22. 32008 R 0304: Verordnung (EG) Nr. 304/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für die Zertifizierung von Unternehmen und Personal in Bezug auf bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende ortsfeste Brandschutzsysteme und Feuerlöscher sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung der diesbezüglichen Zertifikate (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 12)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

23. 32008 R 0306: Verordnung (EG) Nr. 306/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für die Zertifizierung von Personal, das bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende Lösungsmittel aus Ausrüstungen rückgewinnt, sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung der diesbezüglichen Zertifikate (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 21), berichtigt in ABl. L 280 vom 23.10.2008, S. 38

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

24. 32008 R 0307: Verordnung (EG) Nr. 307/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für Ausbildungsprogramme sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsbescheinigungen für Personal in Bezug auf bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende Klimaanlagen in bestimmten Kraftfahrzeugen (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 25)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

25. 32010 R 0995: Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzerzeugnisse in Verkehr bringen (ABl. L 295 vom 12.11.2010, S. 23)

26. 32019 R 1010: Verordnung (EU) 2019/1010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 zur Angleichung der Berichterstattungspflichten im Bereich der Rechtsvorschriften mit Bezug zur Umwelt und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 166/2006 und (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2002/49/EG, 2004/35/EG, 2007/2/EG, 2009/147/EG und 2010/63/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 338/97 und (EG) Nr. 2173/2005 des Rates und der Richtlinie 86/278/EWG des Rates (ABl. L 170 vom 25.6.2019, S. 115)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Bezug auf die Berichtspflichten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 übermitteln die zuständigen Behörden Andorras der Europäischen Kommission die in der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 genannten Daten direkt.[1]

b) Im Hinblick auf die Berichtspflichten gemäß der Richtlinie 2007/2/EG findet Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt vier Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.[2]

c) Im Hinblick auf die Berichtspflichten gemäß der Richtlinie 86/278/EWG des Rates findet Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft in seinem Hoheitsgebiet nicht.[3]

---

1 Einzelheiten sind Anhang XX Teil I Kapitel 1 Nr. 51 zu entnehmen.
2 Einzelheiten sind Anhang XX Teil I Kapitel 1 Nr. 55 zu entnehmen.
3 Siehe Anhang XX Teil I Kapitel 5 Nr. 1.

27. 32012 R 0363: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 363/2012 der Kommission vom 23. Februar 2012 zu den Verfahrensvorschriften für die Anerkennung und den Entzug der Anerkennung von Überwachungsorganisationen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzerzeugnisse in Verkehr bringen (ABl. L 115 vom 27.4.2012, S. 12)

28. 32012 R 0607: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 607/2012 der Kommission vom 6. Juli 2012 über die detaillierten Bestimmungen für die Sorgfaltspflichtregelung und die Häufigkeit und Art der Kontrollen der Überwachungsorganisationen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzerzeugnisse in Verkehr bringen (ABl. L 177 vom 7.7.2012, S. 16)

29. 32019 L 0904: Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (ABl. L 155 vom 12.6.2019, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Bezug auf Artikel 4 Absatz 1 werden die Worte „gegenüber 2022“ durch die Worte „gegenüber 2022 auf der Grundlage einer Schätzung des Einwegkunststoffverbrauchs anhand der in den Jahren 2024 und 2025 erhobenen Daten“ ersetzt.

b) Im Hinblick auf Artikel 8 findet Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

c) In Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a werden die Worte „bis 2025“ durch die Worte „bis 2029“ ersetzt.

d) Im Hinblick auf Artikel 13 findet Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

e) Die Verpflichtungen in Bezug auf „Fanggeräte“ und „Fanggeräte-Abfall“ im Sinne von Artikel 3 Nummern 4 und 5 finden keine Anwendung.

30. 32021 D 0958: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/958 der Kommission vom 31. Mai 2021 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung der Daten und Informationen über die in Verkehr gebrachten Fanggeräte und über den in den Mitgliedstaaten gesammelten Fanggeräte-Abfall sowie des Formats des Qualitätskontrollberichts gemäß Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe d und Artikel 13 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 211 vom 15.6.2021, S. 51), berichtigt in ABl. L 34 vom 16.2.2022, S. 52

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens gemäß den Anpassungen für die Richtlinie (EU) 2019/904.

31. 32021 D 1752: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1752 der Kommission vom 1. Oktober 2021 mit Vorschriften für die Anwendung der Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Berechnung, die Überprüfung und die Übermittlung von Daten über die getrennte Sammlung zu entsorgender Einweggetränkeflaschen aus Kunststoff (ABl. L 349 vom 4.10.2021, S. 19)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens gemäß den Anpassungen für die Richtlinie (EU) 2019/904.

32. 32021 D 2267: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2267 der Kommission vom 17. Dezember 2021 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung von Daten und Informationen über die gesammelten nach dem Konsum anfallenden Abfälle von Tabakprodukten mit Filter sowie Filtern, die zur Verwendung in Kombination mit Tabakprodukten vertrieben werden (ABl. L 455 vom 20.12.2021, S. 32)

33. 32022 D 0162: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/162 der Kommission vom 4. Februar 2022 mit Vorschriften für die Anwendung der Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Berechnung und Überprüfung der Verminderung des Verbrauchs an bestimmten Einwegkunststoffartikeln und der von den Mitgliedstaaten zur Verbrauchsminderung ergriffenen Maßnahmen sowie der Berichterstattung darüber (ABl. L 26 vom 7.2.2022, S. 19)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens gemäß den Anpassungen für die Richtlinie (EU) 2019/904.

34. 32012 L 0019: Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 197 vom 24.7.2012, S. 38), geändert durch:

– 32018 L 0849: Richtlinie (EU) 2018/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 93)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

35. 32017 R 0699: Durchführungsverordnung (EU) 2017/699 der Kommission vom 18. April 2017 über eine gemeinsame Methode für die Berechnung des Gewichts von in den einzelnen Mitgliedstaaten in den Verkehr gebrachten Elektro- und Elektronikgeräten und für die Berechnung der Menge, nach Gewicht, der in den einzelnen Mitgliedstaaten angefallenen Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 103 vom 19.4.2017, S. 17)

36. 32019 R 0290: Durchführungsverordnung (EU) 2019/290 der Kommission vom 19. Februar 2019 zur Festlegung des Formats für die Registrierung von Herstellern von Elektro- und Elektronikgeräten und deren Berichterstattung an das Register (ABl. L 48 vom 20.2.2019, S. 6)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32005 H 0027: Empfehlung 2005/27/EG der Kommission vom 12. Januar 2005 zu der Frage, was Verfügbarkeit von unverbleitem Otto- und Dieselkraftstoff mit einem Schwefelhöchstgehalt auf einer angemessen ausgewogenen geografischen Grundlage im Sinne der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen heißt (ABl. L 15 vom 19.1.2005, S. 26)

KAPITEL 15

INFORMATIONSTECHNOLOGIE, TELEKOMMUNIKATION UND DATENVERARBEITUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32008 L 0063: Richtlinie 2008/63/EG der Kommission vom 20. Juni 2008 über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsendeinrichtungen (kodifizierte Fassung) (ABl. L 162 vom 21.6.2008, S. 20)

   Hier nur informationshalber aufgeführt, zur Anwendung siehe Anhang XIV „Wettbewerb“.

2. 32014 L 0053: Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/5/EG (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 62), geändert durch:

   – 32018 R 1139: Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 (ABl. L 212 vom 22.8.2018, S. 1)

   – 32022 L 2380: Richtlinie (EU) 2022/2380 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 (ABl. L 315 vom 7.12.2022, S. 30)

3. 32019 R 0320: Delegierte Verordnung (EU) 2019/320 der Kommission vom 12. Dezember 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anwendung der in Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe g der Richtlinie genannten grundlegenden Anforderungen zur Gewährleistung der Anruferstandortbestimmung bei Notrufen über Mobilgeräte (ABl. L 55 vom 25.2.2019, S. 1)

4. 32022 R 0030: Delegierte Verordnung (EU) 2022/30 der Kommission vom 29. Oktober 2021 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Anwendung der grundlegenden Anforderungen, auf die in Artikel 3 Absatz 3 Buchstaben d, e und f der Richtlinie Bezug genommen wird (ABl. L 7 vom 12.1.2022, S. 6)

5. 32017 R 1354: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1354 der Kommission vom 20. Juli 2017 zur Festlegung der Aufmachung von Informationen gemäß Artikel 10 Absatz 10 der Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 190 vom 21.7.2017, S. 7)

6. 32000 D 0637: Entscheidung 2000/637/EG der Kommission vom 22. September 2000 über die Anwendung von Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe e) der Richtlinie 1999/5/EG auf Funkanlagen, die der Regionalen Vereinbarung über den Binnenschifffahrtsfunk unterliegen (ABl. L 269 vom 21.10.2000, S. 50)

7. 32001 D 0148: Entscheidung 2001/148/EG der Kommission vom 21. Februar 2001 über die Anwendung von Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe e) der Richtlinie 1999/5/EG auf Lawinenverschüttetensuchgeräte (ABl. L 55 vom 24.2.2001, S. 65)

8. 32005 D 0053: Entscheidung 2005/53/EG der Kommission vom 25. Januar 2005 über die Anwendung von Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe e) der Richtlinie 1999/5/EG des Europäischen Parlaments und des Rates auf Funkanlagen des automatischen Schiffsidentifizierungssystems (AIS) (ABl. L 22 vom 26.1.2005, S. 14)

9. 32005 D 0631: Entscheidung 2005/631/EG der Kommission vom 29. August 2005 über grundlegende Anforderungen in Sinne der Richtlinie 1999/5/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Sicherstellung des Zugangs von Cospas-Sarsat-Ortungsbaken zu Notfalldiensten (ABl. L 225 vom 31.8.2005, S. 28)

10. 32013 D 0638: Beschluss 2013/638/EU der Kommission vom 12. August 2013 über grundlegende Anforderungen an Seefunkanlagen, die auf nicht dem SOLAS-Übereinkommen unterliegenden Schiffen eingesetzt werden und am weltweiten Seenot- und Sicherheitsfunksystem (GMDSS) teilnehmen sollen (ABl. L 296 vom 7.11.2013, S. 22)

11. 32000 D 0299: Entscheidung 2000/299/EG der Kommission vom 6. April 2000 über die Festlegung einer vorläufigen Einstufung von Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen sowie der entsprechenden Kennungen (ABl. L 97 vom 19.4.2000, S. 13)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31984 X 0549: Empfehlung 84/549/EWG des Rates vom 12. November 1984 betreffend die Durchführung der Harmonisierung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens (ABl. L 298 vom 16.11.1984, S. 49)

2. 31989 Y 0511(01): Entschließung 89/C 117/01 des Rates vom 27. April 1989 über die Normung auf dem Gebiet der Informationstechnik und der Telekommunikation (ABl. C 117 vom 11.5.1989, S. 1)

KAPITEL 16

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN AUF DEM GEBIET DER TECHNISCHEN HANDELSHEMMNISSE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32015L1535: Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1)

2. 32012 R 1025: Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur europäischen Normung, zur Änderung der Richtlinien 89/686/EWG und 93/15/EWG des Rates sowie der Richtlinien 94/9/EG, 94/25/EG, 95/16/EG, 97/23/EG, 98/34/EG, 2004/22/EG, 2007/23/EG, 2009/23/EG und 2009/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 87/95/EWG des Rates und des Beschlusses Nr. 1673/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 12)

3. 32008 R 0765: Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 30)

4. 31993 L 0068: Richtlinie 93/68/EWG des Rates vom 22. Juli 1993 zur Änderung der Richtlinien 87/404/EWG (einfache Druckbehälter), Richtlinie 2009/48/EG vom 18. Juni 2009 (Sicherheit von Spielzeug), 89/106/EWG (Bauprodukte), 89/336/EWG (elektromagnetische Verträglichkeit), 89/392/EWG (Maschinen), 89/686/EWG (persönliche Schutzausrüstungen), 90/384/EWG (nichtselbsttätige Waagen), 90/385/EWG (aktive implantierbare medizinische Geräte), 90/396/EWG (Gasverbrauchseinrichtungen), 91/263/EWG (Telekommunikationsendeinrichtungen), 92/42/EWG (mit flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen beschickte neue Warmwasserheizkessel) und 73/23/EWG (elektrische Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen) (ABl. L 220 vom 30.8.1993, S. 1)

5. 32008 D 0768: Beschluss Nr. 768/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für die Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung des Beschlusses 93/465/EWG des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 82)

6. 31994 L 0011: Richtlinie 94/11/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. März 1994 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Kennzeichnung von Materialien für die Hauptbestandteile von Schuherzeugnissen zum Verkauf an den Verbraucher (ABl. L 100 vom 19.4.1994, S. 37), berichtigt in ABl. L 47 vom 24.2.1996, S. 35, geändert durch:

   – 32006 L 0096: Richtlinie 2006/96/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 81)

   – 32013 L 0015: Richtlinie 2013/15/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 172)

7. 32019 R 0515: Verordnung (EU) 2019/515 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 764/2008 (ABl. L 91 vom 29.3.2019, S. 1)

8. 369 L 0493: Richtlinie 69/493/EWG des Rates vom 15. Dezember 1969 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Kristallglas (ABl. L 326 vom 29.12.1969, S. 36)

9. 32001 L 0095: Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Dezember 2001 über die allgemeine Produktsicherheit (ABl. L 11 vom 15.1.2002, S. 4), geändert durch:

   – 32008 R 0765: Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 30), geändert durch:

      – 32019 R 1020: Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1)

10. 32005 D 0323: Entscheidung 2005/323/EG der Kommission vom 21. April 2005 zu den Sicherheitsanforderungen, die gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates durch Europäische Normen über schwimmfähige Freizeitartikel zur Benutzung auf dem Wasser oder im Wasser abzudecken sind (ABl. L 104 vom 23.4.2005, S. 39)

11. 32005 D 0718: Entscheidung 2005/718/EG der Kommission vom 13. Oktober 2005 zur Übereinstimmung bestimmter Normen mit der allgemeinen Sicherheitsanforderung der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Veröffentlichung der Normenverweise im Amtsblatt (ABl. L 271 vom 15.10.2005, S. 51)

12. 32008 D 0264: Beschluss 2008/264/EG der Kommission vom 25. März 2008 über Brandsicherheitsanforderungen, denen Europäische Normen für Zigaretten gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 83 vom 26.3.2008, S. 35)

13. 32008 D 0357: Beschluss 2008/357/EG der Kommission vom 23. April 2008 über spezifische Kindersicherheitsanforderungen, denen Europäische Normen für Feuerzeuge gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 120 vom 7.5.2008, S. 11)

14. 32009 D 0490: Beschluss 2009/490/EG der Kommission vom 23. Juni 2009 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für tragbare Abspielgeräte gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 161 vom 24.6.2009, S. 38)

15. 32010 D 0009: Beschluss 2010/9/EU der Kommission vom 6. Januar 2010 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für Baderinge, Badehilfen, Badewannen und Badewannenständer für Säuglinge und Kleinkinder gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 3 vom 7.1.2010, S. 23)

16. 32010 D 0011: Beschluss 2010/11/EU der Kommission vom 7. Januar 2010 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für von Verbrauchern anzubringende kindergesicherte Feststeller für Fenster und Balkontüren gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 4 vom 8.1.2010, S. 91)

17. 32010 D 0376: Beschluss 2010/376/EU der Kommission vom 2. Juli 2010 zu den Sicherheitsanforderungen, die gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates durch Europäische Normen über bestimmte Produkte für die Bettruhe von Kindern zu erfüllen sind (ABl. L 170 vom 6.7.2010, S. 39)

18. 32011 D 0476: Beschluss 2011/476/EU der Kommission vom 27. Juli 2011 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für stationäre Trainingsgeräte gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 196 vom 28.7.2011, S. 16)

19. 32009 L 0043: Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern (ABl. L 146 vom 10.6.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32010 L 0080: Richtlinie 2010/80/EU der Kommission vom 22. November 2010 (ABl. L 308 vom 24.11.2010, S. 11)

   – 32012 L 0010: Richtlinie 2012/10/EU der Kommission vom 22. März 2012 (ABl. L 85 vom 24.3.2012, S. 3)

   – 32012 L 0047: Richtlinie 2012/47/EU der Kommission vom 14. Dezember 2012 (ABl. L 31 vom 31.1.2013, S. 43)

   – 32014 L 0108: Richtlinie 2014/108/EU der Kommission vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 359 vom 16.12.2014, S. 117)

   – 32016 L 0970: Richtlinie (EU) 2016/970 der Kommission vom 27. Mai 2016 (ABl. L 163 vom 21.6.2016, S. 1)

   – 32017 L 0433: Richtlinie (EU) 2017/433 der Kommission vom 7. März 2017 (ABl. L 70 vom 15.3.2017, S. 1)

– 32019 L 0514: Richtlinie (EU) 2019/514 der Kommission vom 14. März 2019 (ABl. L 89 vom 29.3.2019, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Herstellung in oder Verbringung von seinem Hoheitsgebiet von Verteidigungsgütern nicht.

20. 32011 D 0477: Beschluss 2011/477/EU der Kommission vom 27. Juli 2011 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen, um bestimmten Risiken, die von inneren Abschlüssen, Fensterabdeckungen mit Schnüren und Sicherheitseinrichtungen ausgehen, zu begegnen (ABl. L 196 vom 28.7.2011, S. 21)

21. 32011 D 0479: Beschluss 2011/479/EU der Kommission vom 27. Juli 2011 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für Turngeräte gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 197 vom 29.7.2011, S. 13)

22. 32011 D 0786: Beschluss 2011/786/EU der Kommission vom 29. November 2011 über die Sicherheitsanforderungen an Fahrräder, Kinderfahrräder und Gepäckträger für Fahrräder, die in europäischen Normen gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates enthalten sein müssen (ABl. L 319 vom 2.12.2011, S. 106)

23. 32013 D 0121: Beschluss 2013/121/EU der Kommission vom 7. März 2013 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für bestimmte Sitze und Stühle für Kinder gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 65 vom 8.3.2013, S. 23)

24. 32014 D 0059: Beschluss 2014/59/EU der Kommission vom 5. Februar 2014 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für Lasereinrichtungen für Verbraucher gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 36 vom 6.2.2014, S. 20)

25. 32015 D 0547: Beschluss (EU) 2015/547 der Kommission vom 1. April 2015 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für alkoholbetriebene abzuglose Feuerstellen gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die allgemeine Produktsicherheit genügen müssen (ABl. L 90 vom 2.4.2015, S. 14)

26. 32006 D 0514: Entscheidung 2006/514/EG der Kommission vom 20. Juli 2006 zur Übereinstimmung bestimmter Normen mit der allgemeinen Sicherheitsanforderung der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Veröffentlichung der Normenverweise im Amtsblatt (ABl. L 200 vom 22.7.2006, S. 35)

27. 32009 D 0018: Entscheidung 2009/18/EG der Kommission vom 22. Dezember 2008 betreffend die Übereinstimmung der Norm EN 1273:2005 über Kinderlaufhilfen mit der allgemeinen Sicherheitsanforderung der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und Veröffentlichung des Normverweises im Amtsblatt (ABl. L 8 vom 13.1.2009, S. 29)

28. 32011 D 0196: Beschluss 2011/196/EU der Kommission vom 29. März 2011 betreffend die Übereinstimmung der Norm EN 14682:2007 über Kordeln und Zugbänder an Kinderbekleidung mit der allgemeinen Sicherheitsanforderung der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und Veröffentlichung des Normverweises im Amtsblatt (ABl. L 82 vom 30.3.2011, S. 8)

29. 32019 D 1698: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1698 der Kommission vom 9. Oktober 2019 über europäische Produktnormen zur Unterstützung der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die allgemeine Produktsicherheit (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 65), geändert durch:

– 32020 D 1808: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1808 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 140)

– 32022 D 1401: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1401 der Kommission vom 12. August 2022 (ABl. L 213 vom 16.8.2022, S. 59)

30. 32015 D 1320: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1320 der Kommission vom 30. Juli 2015 über die Streichung der Verweise auf die Normen für Schnullerhalter, für Schnuller, für Auftriebshilfen für das Schwimmenlernen und für Grillgeräte aus dem *Amtsblatt der Europäischen Union* gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 203 vom 31.7.2015, S. 29)

31. 32015 D 1345: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1345 der Kommission vom 31. Juli 2015 zur Veröffentlichung der Verweise auf die Normen für Kordeln und Zugbänder an Kinderbekleidung, für Tragetaschen und Ständer, für Kinderschutzgitter und für Wickeleinrichtungen für den Hausgebrauch im *Amtsblatt der Europäischen Union* gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 207 vom 4.8.2015, S. 73)

32. 32020 R 1668: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1668 der Kommission vom 10. November 2020 zur Festlegung der Einzelheiten und Funktionen des Informations- und Kommunikationssystems für die Zwecke der Verordnung (EU) 2019/515 des Europäischen Parlaments und des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind (ABl. L 377 vom 11.11.2020, S. 7)

33. 32021 L 0555: Richtlinie (EU) 2021/555 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (kodifizierter Text) (ABl. L 115 vom 6.4.2021, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. Schlussfolgerungen zur Normung, vom Rat am 16. Juli 1984 angenommen (ABl. C 136 vom 4.6.1985, S. 2)

2. 31985 Y 0604(01): Entschließung 85/C 136/01 des Rates vom 7. Mai 1985 über eine neue Konzeption auf dem Gebiet der technischen Harmonisierung und der Normung (ABl. C 136 vom 4.6.1985, S. 1)

3. 31990 Y 0116(01): Entschließung des Rates vom 21. Dezember 1989 zu einem Gesamtkonzept für die Konformitätsbewertung (ABl. C 10 vom 16.1.1990, S. 1)

4. 31992 Y 0709(01): Entschließung des Rates vom 18. Juni 1992 zur Funktion der europäischen Normung in der europäischen Wirtschaft (ABl. C 173 vom 9.7.1992, S. 1)

5. 32011 H 0024: Empfehlung 2011/24/EU der Kommission vom 11. Januar 2011 betreffend die Zertifizierung von Unternehmen der Verteidigungsindustrie nach Artikel 9 der Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern (ABl. L 11 vom 15.1.2011, S. 62)

Diese Empfehlung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Herstellung in oder Verbringung von seinem Hoheitsgebiet von Verteidigungsgütern nicht.

6. 32016 H 2123: Empfehlung (EU) 2016/2123 der Kommission vom 30. November 2016 über die Harmonisierung des Geltungsbereichs und der Bedingungen für Allgemeingenehmigungen für Streitkräfte und Auftraggeber gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a der Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 329 vom 3.12.2016, S. 101)

   Diese Empfehlung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Herstellung in oder Verbringung von seinem Hoheitsgebiet von Verteidigungsgütern nicht.

7. 32016 H 2124: Empfehlung (EU) 2016/2124 der Kommission vom 30. November 2016 über die Harmonisierung des Geltungsbereichs und der Bedingungen für Allgemeingenehmigungen für zertifizierte Empfänger gemäß Artikel 9 der Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 329 vom 3.12.2016, S. 105)

Diese Empfehlung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Herstellung in oder Verbringung von seinem Hoheitsgebiet von Verteidigungsgütern nicht.

8. 32018 H 2050: Empfehlung (EU) 2018/2050 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die Angleichung des Geltungsbereichs und der Bedingungen für Allgemeingenehmigungen für Zwecke von Vorführungen und Gutachten gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe c der Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 89)

   Diese Empfehlung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Herstellung in oder Verbringung von seinem Hoheitsgebiet von Verteidigungsgütern nicht.

9. 32018 H 2051: Empfehlung (EU) 2018/2051 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die Angleichung des Geltungsbereichs und der Bedingungen für Allgemeingenehmigungen für Zwecke der Wartung und Reparatur gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe d der Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 94)

Diese Empfehlung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Herstellung in oder Verbringung von seinem Hoheitsgebiet von Verteidigungsgütern nicht.

10. 32018 H 2052: Empfehlung (EU) 2018/2052 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die Angleichung des Geltungsbereichs und der Bedingungen für Allgemeingenehmigungen für Zwecke der Ausstellung gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe c der Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 98)

Diese Empfehlung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Herstellung in oder Verbringung von seinem Hoheitsgebiet von Verteidigungsgütern nicht.

KAPITEL 17

FREIER WARENVERKEHR – ALLGEMEINES

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31998 R 2679: Verordnung (EG) Nr. 2679/98 des Rates vom 7. Dezember 1998 über das Funktionieren des Binnenmarktes im Zusammenhang mit dem freien Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. L 337 vom 12.12.1998, S. 8)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31980 Y 1003(01): Mitteilung der Kommission über die Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofes vom 20. Februar 1979 in der Rechtssache 120/78 („Cassis de Dijon“) (ABl. C 256 vom 3.10.1980, S. 2)

2. 32000 Y 0519(2): Entschließung 2000/C 141/02 des Rates vom 28. Oktober 1999 zur gegenseitigen Anerkennung (ABl. C 141 vom 19.5.2000, S. 5)

3. 41998 X 1212(01): Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 7. Dezember 1998 über den freien Warenverkehr (ABl. L 337 vom 12.12.1998, S. 10)

4. 32009 H 0524: Empfehlung 2009/524/EG der Kommission vom 29. Juni 2009 zur Optimierung der Funktionsweise des Binnenmarktes (ABl. L 176 vom 7.7.2009, S. 17)

KAPITEL 18

BAUPRODUKTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32011 R 0305: Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten und zur Aufhebung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates (ABl. L 88 vom 4.4.2011, S. 5), geändert durch:

   – 32014 R 0574: Delegierte Verordnung (EU) 574/2014 der Kommission vom 21. Februar 2014 (ABl. L 159 vom 28.5.2014, S. 41)

   – 32014 R 0568: Delegierte Verordnung (EU) 568/2014 der Kommission vom 18. Februar 2014 (ABl. L 157 vom 27.5.2014, S. 76)

   – 32019 R 1020: Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1)

2. 31995 D 0467: Entscheidung 95/467/EG der Kommission vom 24. Oktober 1995 über die Durchführung von Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates über Bauprodukte (ABl. L 268 vom 10.11.1995, S. 29), geändert durch:

   – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

– 32002 D 0592: Entscheidung 2002/592/EG der Kommission vom 15. Juli 2002 (ABl. L 192 vom 20.7.2002, S. 57)

– 32010 D 0679: Beschluss 2010/679/EU der Kommission vom 8. November 2010 (ABl. L 292 vom 10.11.2010, S. 55)

3. 31996 D 0577: Entscheidung 96/577/EG der Kommission vom 24. Juni 1996 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend ortsfeste Brandbekämpfungssysteme (ABl. L 254 vom 8.10.1996, S. 44)

4. 31996 D 0578: Entscheidung 96/578/EG der Kommission vom 24. Juni 1996 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Sanitäreinrichtungen (ABl. L 254 vom 8.10.1996, S. 49), geändert durch:

   – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

5. 31996 D 0579: Entscheidung 96/579/EG der Kommission vom 24. Juni 1996 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Straßenausstattungen (ABl. L 254 vom 8.10.1996, S. 52), geändert durch:

   – 31999 D 0453: Entscheidung 1999/453/EG der Kommission vom 18. Juni 1999 (ABl. L 178 vom 14.7.1999, S. 50)

6. 31996 D 0580: Entscheidung 96/580/EG der Kommission vom 24. Juni 1996 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Vorhangfassaden (ABl. L 254 vom 8.10.1996, S. 56), geändert durch:

   – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

7. 31996 D 0582: Entscheidung 96/582/EG der Kommission vom 24. Juni 1996 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend geklebte Glaskonstruktionen und Metallanker für Beton (ABl. L 254 vom 8.10.1996, S. 62)

8. 31996 D 0603: Entscheidung 96/603/EG der Kommission vom 4. Oktober 1996 zur Festlegung eines Verzeichnisses von Produkten, die in die Kategorien A „Kein Beitrag zum Brand“ gemäß der Entscheidung 94/611/EG zur Durchführung von Artikel 20 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates über Bauprodukte einzustufen sind (ABl. L 267 vom 19.10.1996, S. 23)

9. 31997 D 0161: Entscheidung 97/161/EG der Kommission vom 17. Februar 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Metalldübel zur Verwendung in Beton zur Befestigung von leichten Systemen (ABl. L 62 vom 4.3.1997, S. 41)

10. 31997 D 0176: Entscheidung 97/176/EG der Kommission vom 17. Februar 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Produkte aus Bauholz für tragende Zwecke und Holzverbindungsmittel (ABl. L 73 vom 14.3.1997, S. 19), geändert durch:

    – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

11. 31997 D 0177: Entscheidung 97/177/EG der Kommission vom 17. Februar 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Injektionsdübel aus Metall zur Verwendung in Mauerwerk (ABl. L 73 vom 14.3.1997, S. 24)

12. 31997 D 0462: Entscheidung 97/462/EG der Kommission vom 27. Juni 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Holzwerkstoffe (ABl. L 198 vom 25.7.1997, S. 27), geändert durch:

    – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

13. 31997 D 0463: Entscheidung 97/463/EG der Kommission vom 27. Juni 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Kunststoffdübel zur Verwendung in Beton und Mauerwerk (ABl. L 198 vom 25.7.1997, S. 31)

14. 31997 D 0555: Entscheidung 97/555/EG der Kommission vom 14. Juli 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Zement, Baukalk und andere hydraulische Binder/Bindemittel (ABl. L 229 vom 20.8.1997, S. 9), geändert durch:

    – 32010 D 0683: Beschluss 2010/683/EU der Kommission vom 9. November 2010 (ABl. L 293 vom 11.11.2010, S. 60)

15. 31997 D 0556: Entscheidung 97/556/EG der Kommission vom 14. Juli 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend außenliegende Wärmedämmverbundsysteme oder -bausätze mit Putz (WDVS) (ABl. L 229 vom 20.8.1997, S. 14), geändert durch:

    – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

    – 32011 D 0014: Beschluss 2011/14/EU der Kommission vom 13. Januar 2011 (ABl. L 10 vom 14.1.2011, S. 5)

16. 31997 D 0638: Entscheidung 97/638/EG der Kommission vom 19. September 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Verbindungsmittel für Bauholz für tragende Holzbauteile (ABl. L 268 vom 1.10.1997, S. 36)

17. 31997 D 0740: Entscheidung 97/740/EG der Kommission vom 14. Oktober 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Mauerwerk und verwandte Erzeugnisse (ABl. L 299 vom 4.11.1997, S. 42), geändert durch:

   – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

18. 31997 D 0808: Entscheidung 97/808/EG der Kommission vom 20. November 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bodenbeläge (ABl. L 331 vom 3.12.1997, S. 18), geändert durch:

   – 31999 D 0453: Entscheidung 1999/453/EG der Kommission vom 18. Juni 1999 (ABl. L 178 vom 14.7.1999, S. 50)

   – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

   – 32006 D 0190: Entscheidung 2006/190/EG der Kommission vom 1. März 2006 (ABl. L 66 vom 8.3.2006, S. 47)

19. 31998 D 0143: Entscheidung 98/143/EG der Kommission vom 3. Februar 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Systeme von mechanisch befestigten Dachabdichtungen (ABl. L 42 vom 14.2.1998, S. 58)

20. 31998 D 0213: Entscheidung 98/213/EG der Kommission vom 9. März 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze für Trennwände (ABl. L 80 vom 18.3.1998, S. 41), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

– 32012 D 0201: Durchführungsbeschluss 2012/201/EU der Kommission vom 26. März 2012 (ABl. L 109 vom 21.4.2012, S. 20)

21. 31998 D 0214: Entscheidung 98/214/EG der Kommission vom 9. März 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Metallbauprodukte und Zubehörteile (ABl. L 80 vom 18.3.1998, S. 46), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

22. 31998 D 0279: Entscheidung 98/279/EG der Kommission vom 5. Dezember 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend nichtlasttragende Schalungssysteme/-bausätze, bestehend aus Hohlkörperelementen aus Wärmedämmmaterialien und - mitunter - Beton (ABl. L 127 vom 29.4.1998, S. 26), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

23. 31998 D 0436: Entscheidung 98/436/EG der Kommission vom 22. Juni 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bedachungen, Oberlichter, Dachfenster und Zubehörteile (ABl. L 194 vom 10.7.1998, S. 30), geändert durch:

   – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

24. 31998 D 0437: Entscheidung 98/437/EG der Kommission vom 30. Juni 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Innen- und Außenwand- und Deckenbekleidungen (ABl. L 194 vom 10.7.1998, S. 39), geändert durch:

   – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

25. 31998 D 0456: Entscheidung 98/456/EG der Kommission vom 3. Juli 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze zum Nachspannen von vorgespannten Bauteilen (ABl. L 201 vom 17.7.1998, S. 112)

26. 31998 D 0457: Entscheidung 98/457/EG der Kommission vom 3. Juli 1998 betreffend den in Entscheidung 94/611/EG zur Durchführung von Artikel 20 der Richtlinie 89/106/EWG über Bauprodukte genannten Single-Burning-Item-(SBI)Test (ABl. L 201 vom 17.7.1998, S. 114)

27. 31998 D 0598: Entscheidung 98/598/EG der Kommission vom 9. Oktober 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Zuschläge (ABl. L 287 vom 24.10.1998, S. 25)

28. 31998 D 0599: Entscheidung 98/599/EG der Kommission vom 12. Oktober 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze für flüssig aufzubringende Dachabdichtungen (ABl. L 287 vom 24.10.1998, S. 30), geändert durch:

    – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

29. 31998 D 0600: Entscheidung 98/600/EG der Kommission vom 12. Oktober 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze für selbsttragende lichtdurchlässige Bedachungen (Bausätze mit Glaselementen ausgenommen) (ABl. L 287 vom 24.10.1998, S. 35), geändert durch:

    – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

30. 31998 D 0601: Entscheidung 98/601/EG der Kommission vom 13. Oktober 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Produkte für den Straßenbau (ABl. L 287 vom 24.10.1998, S. 41), geändert durch:

    – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

31. 31999 D 0089: Entscheidung 1999/89/EG der Kommission vom 25. Januar 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze für Fertigtreppen (ABl. L 29 vom 3.2.1999, S. 34), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

32. 31999 D 0090: Entscheidung 1999/90/EG der Kommission vom 25. Januar 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Dichtungsbahnen (ABl. L 29 vom 3.2.1999, S. 38), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

33. 31999 D 0091: Entscheidung 1999/91/EG der Kommission vom 25. Januar 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Wärmedämmprodukte (ABl. L 29 vom 3.2.1999, S. 44), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

34. 31999 D 0092: Entscheidung 1999/92/EG der Kommission vom 25. Januar 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend leichte Verbundbalken und -stützen auf Holzbasis (ABl. L 29 vom 3.2.1999, S. 49)

35. 31999 D 0093: Entscheidung 1999/93/EG der Kommission vom 25. Januar 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Türen, Fenster, Fensterläden, Rollläden, Tore und Beschläge (ABl. L 29 vom 3.2.1999, S. 51), geändert durch:

– 32011 D 0246: Beschluss 2011/246/EU der Kommission vom 18. April 2011 (ABl. L 103 vom 19.4.2011, S. 114)

36. 31999 D 0094: Entscheidung 1999/94/EG der Kommission vom 25. Januar 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend vorgefertigten Normal-, Leicht- oder Porenbeton (ABl. L 29 vom 3.2.1999, S. 55), geändert durch:

– 32012 D 0202: Durchführungsbeschluss 2012/202/EU der Kommission vom 29. März 2012 (ABl. L 109 vom 21.4.2012, S. 22)

37. 31999 D 0454: Entscheidung 1999/454/EG der Kommission vom 22. Juni 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Brandschutzabschottungen und Brandschutzbekleidungen (ABl. L 178 vom 14.7.1999, S. 52), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

38. 31999 D 0455: Entscheidung 1999/455/EG der Kommission vom 22. Juni 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze für vorgefertigte Holzrahmen- und Blockhäuser (ABl. L 178 vom 14.7.1999, S. 56)

39. 31999 D 0469: Entscheidung 1999/469/EG der Kommission vom 25. Juni 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Produkte für Beton, Mörtel und Einpressmörtel (ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 27), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

40. 31999 D 0470: Entscheidung 1999/470/EG der Kommission vom 29. Juni 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bauklebstoffe (ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 32), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

41. 31999 D 0471: Entscheidung 1999/471/EG der Kommission vom 29. Juni 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Raumerwärmungsanlagen (ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 37), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

42. 31999 D 0472: Entscheidung 1999/472/EG der Kommission vom 1. Juli 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Rohre, Behälter und Zubehörteile, die nicht mit Trinkwasser in Berührung kommen (ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 42), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

43. 32000 D 0245: Entscheidung 2000/245/EG der Kommission vom 2. Februar 2000 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 4 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Flachglas, Profilglas und Glassteinerzeugnisse (ABl. L 77 vom 28.3.2000, S. 13), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

44. 32000 D 0273: Entscheidung 2000/273/EG der Kommission vom 27. März 2000 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend sieben Produkte für europäische technische Zulassungen ohne Leitlinie (ABl. L 86 vom 7.4.2000, S. 15), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

45. 32000 D 0367: Entscheidung 2000/367/EG der Kommission vom 3. Mai 2000 zur Durchführung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates im Hinblick auf die Klassifizierung des Feuerwiderstands von Bauprodukten, Bauwerken und Teilen davon (ABl. L 133 vom 6.6.2000, S. 26), geändert durch:

– 32011 D 0232: Beschluss 2011/232/EU der Kommission vom 11. April 2011 (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 49)

46. 32000 D 0447: Entscheidung 2000/447/EG der Kommission vom 13. Juni 2000 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend vorgefertigte tragende Tafeln aus Holz und Holzwerkstoffen und leichte nichttragende (selbsttragende) Verbundelemente (ABl. L 180 vom 19.7.2000, S. 40), geändert durch:

    – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

47. 32000 D 0553: Entscheidung 2000/553/EG der Kommission vom 6. September 2000 zur Durchführung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates hinsichtlich des Verhaltens von Bedachungen bei einem Brand von außen (ABl. L 235 vom 19.9.2000, S. 19)

48. 32000 D 0606: Entscheidung 2000/606/EG der Kommission vom 26. September 2000 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend sechs Produkte für europäische technische Zulassungen ohne Leitlinie (ABl. L 258 vom 12.10.2000, S. 38)

49. 32001 D 0019: Entscheidung 2001/19/EG der Kommission vom 20. Dezember 2000 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Fahrbahnübergänge für Straßenbrücken (ABl. L 5 vom 10.1.2001, S. 6)

50. 32001 D 0308: Entscheidung 2001/308/EG der Kommission vom 31. Januar 2001 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend vorgefertigte Außenwandbekleidungselemente mit Wärmedämmschicht (ABl. L 107 vom 18.4.2001, S. 25)

51. 32001 D 0671: Entscheidung 2001/671/EG der Kommission vom 21. August 2001 zur Durchführung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates im Hinblick auf die Klassifizierung des Brandverhaltens von Dächern und Bedachungen bei einem Brand von außen (ABl. L 235 vom 4.9.2001, S. 20), geändert durch:

– 32005 D 0823: Entscheidung 2005/823/EG der Kommission vom 22. November 2005 (ABl. L 307 vom 25.11.2005, S. 53)

52. 32002 D 0359: Entscheidung 2002/359/EG der Kommission vom 13. Mai 2002 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Produkte, die in Kontakt mit Wasser für den menschlichen Gebrauch kommen (ABl. L 127 vom 14.5.2002, S. 16)

53. 32003 D 0639: Entscheidung 2003/639/EG der Kommission vom 4. September 2003 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG betreffend Querkraftdorne für tragende Verbindungen (ABl. L 226 vom 10.9.2003, S. 18)

54. 32003 D 0640: Entscheidung 2003/640/EG der Kommission vom 4. September 2003 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze für vorgehängte Außenwandbekleidungen (ABl. L 226 vom 10.9.2003, S. 21)

55. 32003 D 0655: Entscheidung 2003/655/EG der Kommission vom 12. September 2003 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG betreffend Bausätze für wasserdichte Boden- und Wandbeläge für Nassräume (ABl. L 231 vom 17.9.2003, S. 12)

56. 32003 D 0656: Entscheidung 2003/656/EG der Kommission vom 12. September 2003 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG betreffend sieben Produkte für europäische technische Zulassungen ohne Leitlinie (ABl. L 231 vom 17.9.2003, S. 15)

57. 32015 D 1936: Delegierter Beschluss (EU) 2015/1936 der Kommission vom 8. Juli 2015 über die anwendbaren Systeme zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit von Belüftungskanälen und -rohren zur Belüftung im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 282 vom 28.10.2015, S. 34)

58. 32015 D 1958: Delegierter Beschluss (EU) 2015/1958 der Kommission vom 1. Juli 2015 über die anwendbaren Systeme zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit von Geosynthetics und verwandten Produkten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 284 vom 30.10.2015, S. 181)

59. 32015 D 1959: Delegierter Beschluss (EU) 2015/1959 der Kommission vom 1. Juli 2015 über die anwendbaren Systeme zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit von Produkten für die Abwasserentsorgung und -behandlung im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 284 vom 30.10.2015, S. 184)

60. 32016 R 0364: Delegierte Verordnung (EU) 2016/364 der Kommission vom 1. Juli 2015 über die Klassifizierung des Brandverhaltens von Bauprodukten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 68 vom 15.3.2016, S. 4)

61. 32016 D 1610: Beschluss (EU) 2016/1610 der Kommission vom 7. September 2016 über die mit einer Einschränkung zu versehende Veröffentlichung der Nummer der harmonisierten Norm EN 13383-1:2002 „Wasserbausteine: Teil 1: Anforderungen“ gemäß der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 240 vom 8.9.2016, S. 6)

62. 32017 R 0959: Delegierte Verordnung (EU) 2017/959 der Kommission vom 24. Februar 2017 über die Klassifizierung der Leistung hinsichtlich der horizontalen Setzung und der Kurzzeit-Wasseraufnahme von an der Verwendungsstelle hergestellten und in den Anwendungsbereich der Norm EN 15101-1 fallenden Wärmedämmstoffprodukten aus Zellulosefüllstoff (LFCI) gemäß der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 145 vom 8.6.2017, S. 1)

63. 32017 R 1475: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1475 der Kommission vom 26. Januar 2017 über die Klassifizierung der Frostwiderstandsleistung von Dachziegeln gemäß der Norm EN 1304 und der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 211 vom 17.8.2017, S. 1)

64. 32018 D 0779: Delegierter Beschluss (EU) 2018/779 der Kommission vom 19. Februar 2018 über die anwendbaren Systeme zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit von Sandwich-Elementen mit Metalldeckschicht für tragende Verwendungszwecke gemäß der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 131 vom 29.5.2018, S. 23)

65. 32018 D 0771: Delegierter Beschluss (EU) 2018/771 der Kommission vom 25. Januar 2018 über das nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates anwendbare System zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit für Anschlageinrichtungen, die bei Bauwerken eingesetzt werden und dazu bestimmt sind, Stürzen von Personen aus der Höhe vorzubeugen oder Stürze abzufangen (ABl. L 129 vom 25.5.2018, S. 82)

66. 32019 D 1764: Delegierter Beschluss (EU) 2019/1764 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch anwendbare Systeme zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit von Brüstungs- und Geländerbausätzen, die ausschließlich zur Vermeidung von Abstürzen auf Baustellen bestimmt sind und keine strukturbedingten Vertikallasten tragen (ABl. L 270 vom 24.10.2019, S. 81)

67. 32019 D 0450: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/450 der Kommission vom 19. März 2019 über die Veröffentlichung der Europäischen Bewertungsdokumente für Bauprodukte zur Unterstützung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 77 vom 20.3.2019, S. 78), geändert durch:

– 32019 D 0896: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/896 der Kommission vom 28. Mai 2019 (ABl. L 142 vom 29.5.2019, S. 69)

– 32022 D 0962: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/962 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 211 vom 3.7.2020, S. 19)

– 32020 D 1574: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1574 der Kommission vom 28. Oktober 2020 (ABl. L 359 vom 29.10.2020, S. 10)

– 32022 D 1183 Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1183 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 103)

– 32022 D 1789 Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1789 der Kommission vom 8. Oktober 2021 (ABl. L 359 vom 11.10.2021, S. 117)

– 32022 D 0381 Durchführungsbeschluss (EU) 2022/381 der Kommission vom 4. März 2022 (ABl. L 75 vom 7.3.2022, S. 1)

– 32022 D 1517: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1517 der Kommission vom 9. September 2022 (ABl. L 235 vom 12.9.2022, S. 65)

68. 32019 R 1188 Delegierte Verordnung (EU) 2019/1188 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung von Leistungsklassen in Bezug auf den Widerstand gegenüber Windlasten für Außenjalousien und Markisen (ABl. L 187 vom 12.7.2019, S. 11)

69. 32019 R 1342 Delegierte Verordnung (EU) 2019/1342 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung von Leistungsklassen in Bezug auf die Luftdurchlässigkeit für Lichtkuppeln aus Kunststoff und Glas sowie Dachluken (ABl. L 211 vom 12.8.2019, S. 1)

70. 31994 D 0023: Beschluss 94/23/EG der Kommission vom 17. Januar 1994 über die gemeinsamen Verfahrensregeln für die europäischen technischen Zulassungen (ABl. L 17 vom 20.1.1994, S. 34)

71. 31997 D 0571: Beschluss 97/571/EG der Kommission vom 22. Juli 1997 über das Muster einer europäischen technischen Zulassung für Bauelemente (ABl. L 236 vom 27.8.1997, S. 7)

72. 32005 D 0403: Entscheidung 2005/403/EG der Kommission vom 25. Mai 2005 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen bestimmter Bauprodukte für Dächer und Bedachungen bei einem Brand von außen gemäß Richtlinie 89/106/EWG des Rates (ABl. L 135 vom 28.5.2005, S. 37)

73. 32005 D 0484: Entscheidung 2005/484/EG der Kommission vom 4. Juli 2005 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze für Kühlgebäude und Bausätze für Kühlgebäudehüllen (ABl. L 173 vom 6.7.2005, S. 15)

74. 32005 D 0610: Entscheidung 2005/610/EG der Kommission vom 9. August 2005 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (ABl. L 208 vom 11.8.2005, S. 21), geändert durch:

– 32017 R 1227: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1227 der Kommission vom 20. März 2017 (ABl. L 177 vom 8.7.2017, S. 1)

75. 32003 D 0043: Entscheidung 2003/43/EG der Kommission vom 17. Januar 2003 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (ABl. L 13 vom 18.1.2003, S. 35), berichtigt in ABl. L 33 vom 8.2.2003, S. 44, geändert durch:

– 32003 D 0593: Entscheidung 2003/593/EG der Kommission vom 7. August 2003 (ABl. L 201 vom 8.8.2003, S. 25)

– 32006 D 0673: Entscheidung 2006/673/EG der Kommission vom 5. Oktober 2006 (ABl. L 276 vom 7.10.2006, S. 77)

– 32007 D 0348: Entscheidung 2007/348/EG der Kommission vom 15. Mai 2007 (ABl. L 131 vom 23.5.2007, S. 21)

76. 32006 D 0213: Entscheidung 2006/213/EG der Kommission vom 6. März 2006 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (Holzfußböden sowie Wand- und Deckenbekleidungen aus Massivholz) (ABl. L 79 vom 16.3.2006, S. 27)

77. 32006 D 0600: Entscheidung 2006/600/EG der Kommission vom 4. September 2006 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (Sandwich-Elemente mit beidseitiger Metalldeckschicht für Dächer) bei einem Brand von außen (ABl. L 244 vom 7.9.2006, S. 24)

78. 32010 D 0081: Beschluss 2010/81/EU der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (Klebstoffe für Keramikfliesen) (ABl. L 38 vom 11.2.2010, S. 9)

79. 32010 D 0082: Beschluss 2010/82/EU der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (dekorative Wandbekleidungen in Rollen- und Plattenform) (ABl. L 38 vom 11.2.2010, S. 11)

80. 32010 D 0083: Beschluss 2010/83/EU der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (lufttrocknende Spachtelmaterialien) (ABl. L 38 vom 11.2.2010, S. 13)

81. 32010 D 0085: Beschluss 2010/85/EU der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (Zement-, Calciumsulfat- und Kunstharzestriche) (ABl. L 38 vom 11.2.2010, S. 17)

82. 32010 D 0737: Beschluss 2010/737/EU der Kommission vom 2. Dezember 2010 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (Stahlbleche mit Polyester- bzw. Plastisol-Beschichtung) (ABl. L 317 vom 3.12.2010, S. 39)

83. 32010 D 0738: Beschluss 2010/738/EU der Kommission vom 2. Dezember 2010 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (Formteile aus faserverstärktem Gips) (ABl. L 317 vom 3.12.2010, S. 42)

84. 32011 D 0019: Beschluss 2011/19/EU der Kommission vom 14. Januar 2011 über das Verfahren der Konformitätsbescheinigung für Bauprodukte nach Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates im Hinblick auf Dichtstoffe für nichttragende Verbindungen in Gebäuden und Fußgängerwegen (ABl. L 11 vom 15.1.2011, S. 49)

85. 32011 D 0284: Beschluss 2011/284/EU der Kommission vom 12. Mai 2011 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Energie-, Steuer- und Kommunikationskabel (ABl. L 131 vom 18.5.2011, S. 22)

86. 32014 R 0157: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 157/2014 der Kommission vom 30. Oktober 2013 über die Bedingungen für die Zurverfügungstellung einer Leistungserklärung von Bauprodukten auf einer Website (ABl. L 52 vom 21.2.2014, S. 1)

87. 32013 R 1062: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1062/2013 der Kommission vom 30. Oktober 2013 über das Format der Europäischen Technischen Bewertung für Bauprodukte (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 42)

88. 32014 R 1291: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1291/2014 der Kommission vom 16. Juli 2014 über die Bedingungen für eine ohne weitere Prüfungen vorgenommene Einstufung von Holzwerkstoffen gemäß der Norm EN 13986 sowie von Innen- und Außenbekleidungen aus Massivholz gemäß der Norm EN 14915 im Hinblick auf ihr Brandschutzvermögen, wenn sie für Wand- und Deckenbekleidungen verwendet werden (ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 25)

89. 32014 R 1292: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1292/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 über die Bedingungen für die ohne Prüfung erfolgende Klassifizierung bestimmter unter die Norm EN 14342 fallender unbeschichteter Holzfußböden im Hinblick auf deren Brandverhalten (ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 27)

90. 32014 R 1293: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1293/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 über die Bedingungen für die ohne Prüfung erfolgende Klassifizierung von Putzträgern und Putzprofilen aus Metall für Innenputze, für die die harmonisierte Norm EN 13658-1 gilt, von Putzträgern und Putzprofilen aus Metall für Außenputze, für die die harmonisierte Norm EN 13658-2 gilt, und von Hilfs- und Zusatzprofilen aus Metall, für die die harmonisierte Norm EN 14353 gilt, in Bezug auf ihr Brandverhalten (ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 29)

91. 32017 R 1228: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1228 der Kommission vom 20. März 2017 über die Bedingungen für die ohne Prüfung erfolgende Klassifizierung von Außen- und Innenputzen mit organischen Bindemitteln, für die die harmonisierte Norm EN 15824 gilt, und von Putzmörtel, für die die harmonisierte Norm EN 998-1 gilt, in Bezug auf ihr Brandverhalten (ABl. L 177 vom 8.7.2017, S. 4)

92. 32017 R 2293: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2293 der Kommission vom 3. August 2017 über die Bedingungen für die ohne Prüfung erfolgende Klassifizierung von Brettsperrholzprodukten, für die die harmonisierte Norm EN 16351 gilt, und von Furnierschichtholzprodukten, für die die harmonisierte Norm EN 14374 gilt, in Bezug auf ihr Brandverhalten (ABl. L 329 vom 13.12.2017, S. 1)

93. 32022 D 0451 Durchführungsbeschluss (EU) 2019/451 der Kommission vom 19. März 2019 über die harmonisierten Normen für Bauprodukte zur Unterstützung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 77 vom 20.3.2019, S. 80), geändert durch:

– 32022 D 2357 Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2357 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 311 vom 2.12.2022, S. 165)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32003 H 0887: Empfehlung 2003/887/EG der Kommission vom 11. Dezember 2003 zur Einführung und Anwendung von Eurocodes für Bauwerke und tragwerksrelevante Bauprodukte (ABl. L 332 vom 19.12.2003, S. 62)

KAPITEL 19

PERSÖNLICHE SCHUTZAUSRÜSTUNGEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32016 R 0425: Verordnung (EU) 2016/425 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über persönliche Schutzausrüstungen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/686/EWG des Rates

KAPITEL 20

SPIELZEUG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32009 L 0048: Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Sicherheit von Spielzeug (ABl. L 170 vom 30.6.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32012 L 0007: Richtlinie 2012/7/EU der Kommission vom 2. März 2012 (ABl. L 64 vom 3.3.2012, S. 7)

   – 32013 R 0681: Verordnung (EU) Nr. 681/2013 der Kommission vom 17. Juli 2013 (ABl. L 195 vom 18.7.2013, S. 16)

   – 32014 L 0079: Richtlinie 2014/79/EU der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 49)

   – 32014 L 0081: Richtlinie 2014/81/EU der Kommission vom 23. Juni 2014 (ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 49)

   – 32014 L 0084: Richtlinie 2014/84/EU der Kommission vom 30. Juni 2014 (ABl. L 192 vom 1.7.2014, S. 49)

   – 32015 L 2115: Richtlinie (EU) 2015/2115 der Kommission vom 23. November 2015 (ABl. L 306 vom 24.11.2015, S. 17)

– 32015 L 2116: Richtlinie (EU) 2015/2116 der Kommission vom 23. November 2015 (ABl. L 306 vom 24.11.2015, S. 20)

– 32015 L 2117: Richtlinie (EU) 2015/2117 der Kommission vom 23. November 2015 (ABl. L 306 vom 24.11.2015, S. 23)

– 32017 L 0738: Richtlinie (EU) 2017/738 des Rates vom 27. März 2017 (ABl. L 110 vom 27.4.2017, S. 6)

– 32017 L 0774: Richtlinie (EU) 2017/774 der Kommission vom 3. Mai 2017 (ABl. L 115 vom 4.5.2017, S. 47)

– 32017 L 0898: Richtlinie (EU) 2017/898 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 128)

– 32018 L 0725: Richtlinie (EU) 2018/725 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 29)

– 32019 L 1922: Richtlinie (EU) 2019/1922 der Kommission vom 18. November 2019 (ABl. L 298 vom 19.11.2019, S. 5)

– 32019 L 1929: Richtlinie (EU) 2019/1929 der Kommission vom 19. November 2019 (ABl. L 299 vom 20.11.2019, S. 51)

– 32020 L 2089: Richtlinie (EU) 2020/2089 der Kommission vom 11. Dezember 2020 (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 58)

– 32020 L 2088: Richtlinie (EU) 2020/2088 der Kommission vom 11. Dezember 2020 (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 53)

– 32021 L 0903: Richtlinie (EU) 2021/903 der Kommission vom 3. Juni 2021 (ABl. L 197 vom 4.6.2021, S. 110)

KAPITEL 21

MASCHINEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32000 L 0014: Richtlinie 2000/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2000 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über umweltbelastende Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen (ABl. L 162 vom 3.7.2000, S. 1), berichtigt in ABl. L 165 vom 17.6.2006, S. 35, geändert durch:

   – 32005 L 0088: Richtlinie 2005/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2005 (ABl. L 344 vom 27.12.2005, S. 44), berichtigt in ABl. L 165 vom 17.6.2006, S. 35

   – 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

2. 32006 L 0042: Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Maschinen und zur Änderung der Richtlinie 95/16/EG (Neufassung) (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 24), berichtigt in ABl. L 76 vom 16.3.2007, S. 35, geändert durch:

   – 32009 L 0127: Richtlinie 2009/127/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 (ABl. L 310 vom 25.11.2009, S. 29)

– 32013 R 0167: Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Februar 2013 (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 1)

– 32014 L 0033: Richtlinie 2014/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 251)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

3. 32012 D 0032: Beschluss 2012/32/EU der Kommission vom 19. Januar 2012 zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten zum Verbot des Inverkehrbringens von schlegelartigen Schneidwerkzeugen für tragbare handgeführte Freischneider/Motorsensen (ABl. L 18 vom 21.1.2012, S. 5)

4. 32016 R 0424: Verordnung (EU) 2016/424 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Seilbahnen und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/9/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 1)

5. 32016 R 1628: Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 über die Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte für gasförmige Schadstoffe und luftverunreinigende Partikel und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1024/2012 und (EU) Nr. 167/2013 und zur Änderung und Aufhebung der Richtlinie 97/68/EG (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 53), berichtigt in ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 29, geändert durch:

– 32020 R 1040: Verordnung (EU) 2020/1040 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 231 vom 17.7.2020, S. 1)

– 32021 R 1068: Verordnung (EU) 2021/1068 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 (ABl. L 230 vom 30.6.2021, S. 1)

– 32022 R 0992: Verordnung (EU) 2022/992 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2022 (ABl. L 169 vom 27.6.2022, S. 43)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Angesichts des Beschlusses der EU, die Rechte und Pflichten Andorras im Hinblick darauf, EU-Typgenehmigungen zu erteilen und andere als von den EU-Mitgliedstaaten eingerichtete oder benannte technische Dienste der EU zu benennen, nicht auszuweiten, gilt Folgendes:

a) Die Artikel 5, 6, 20 bis 30, 34, 35, 36, 38, 39, 40, 45 bis 54 und Artikel 61 finden keine Anwendung.

b) Artikel 41 erhält folgende Fassung: „Jede Entscheidung aufgrund dieser Verordnung und jede Entscheidung, durch die die Zulassung verweigert, das Inverkehrbringen, die Zulassung oder die Inbetriebnahme eines Fahrzeugs verboten oder beschränkt oder die Rücknahme eines Fahrzeugs vom Markt gefordert wird, ist genau zu begründen."

Ungeachtet dieser Ausnahmen akzeptiert Andorra für Motoren, die in Verkehr gebracht werden sollen, die von den EU-Typgenehmigungsbehörden ausgestellten EU- und UN-Bescheinigungen und ihre Kennzeichnungen als Nachweis der Konformität ohne erneute Prüfung oder Kennzeichnung (über die bereits in den EU-Verordnungen/-Richtlinien oder UN-Regelungen vorgeschriebenen Kennzeichnungen oder Etiketten hinaus). In Bezug auf UN-Bescheinigungen und -Kennzeichnungen gilt dies nur für UNECE-Regelungen von 1958, die die EU anwendet.

Bei den UNECE-Regelungen von 1958, die sowohl die EU als auch Andorra in denselben Fassungen anwenden, erkennt die EU die von Andorra rechtmäßig ausgestellten UN-Bescheinigungen an.

Andorra ist verpflichtet, die Bestimmungen der EU-Rechtsvorschriften für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte in Bezug auf Emissionen zur Marktüberwachung anzuwenden. Andorra kann diese Aufgabe ganz oder teilweise an die Marktüberwachungsbehörde eines EU-Mitgliedstaats seiner Wahl auslagern.

Diese Anpassungen gelten entsprechend für die Bestimmungen über die EU-Typgenehmigung in folgenden Rechtsakten:

– 32017 R 0654: Delegierte Verordnung (EU) 2017/654 der Kommission vom 19. Dezember 2016 (ABl. L 102 vom 13.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0655: Delegierte Verordnung (EU) 2017/655 der Kommission vom 19. Dezember 2016 (ABl. L 102 vom 13.4.2017, S. 334) und

– 32017 R 0656: Durchführungsverordnung (EU) 2017/656 der Kommission vom 19. Dezember 2016 (ABl. L 102 vom 13.4.2017, S. 364)

6. 32017 R 0654: Delegierte Verordnung (EU) 2017/654 der Kommission vom 19. Dezember 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich technischer und allgemeiner Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung von Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte (ABl. L 102 vom 13.4.2017, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 0989: Delegierte Verordnung (EU) 2018/989 der Kommission vom 18. Mai 2018 (ABl. L 182 vom 18.7.2018, S. 61)

   – 32021R1398: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1398 der Kommission vom 4. Juni 2021 (ABl. L 299 vom 24.8.2021, S. 1)

7. 32017 R 0655: Delegierte Verordnung (EU) 2017/655 der Kommission vom 19. Dezember 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Überwachung der Emissionen gasförmiger Schadstoffe von in Betrieb befindlichen Verbrennungsmotoren in nicht für den Straßenverkehr bestimmten mobilen Maschinen und Geräten (ABl. L 102 vom 13.4.2017, S. 334), geändert durch:

   – 32018 R 0987: Delegierte Verordnung (EU) 2018/987 der Kommission vom 27. April 2018 (ABl. L 182 vom 18.7.2018, S. 40)

   – 32022 R 2387: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2387 der Kommission vom 30. August 2022 (ABl. L 316 vom 8.12.2022, S. 1)

8. 32017 R 0656: Durchführungsverordnung (EU) 2017/656 der Kommission vom 19. Dezember 2016 zur Festlegung der verwaltungstechnischen Anforderungen für die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung von Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte gemäß der Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 102 vom 13.4.2017, S. 364), geändert durch:

   – 32018 R 0988: Durchführungsverordnung (EU) 2018/988 der Kommission vom 27. April 2018 (ABl. L 182 vom 18.7.2018, S. 46)

KAPITEL 22

TABAKWAREN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32003 L 0033: Richtlinie 2003/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Werbung und Sponsoring zugunsten von Tabakerzeugnissen (ABl. L 152 vom 20.6.2003, S. 16), berichtigt in ABl. L 67 vom 5.3.2004, S. 34

2. 32003 D 0641: Entscheidung 2003/641/EG der Kommission vom 5. September 2003 über die Verwendung von Farbfotografien oder anderen Abbildungen als gesundheitsbezogene Warnhinweise auf Verpackungen von Tabakerzeugnissen (ABl. L 226 vom 10.9.2003, S. 24)

3. 32014 L 0040: Richtlinie 2014/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/37/EG (ABl. L 127 vom 29.4.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 150 vom 17.6.2015, S. 24, ABl. L 40 vom 17.2.2016, S. 16, ABl. L 295 vom 29.10.2016, S. 84, ABl. L 123 vom 16.5.2017, S. 135, geändert durch:

   – 32014 L 0109 Delegierte Richtlinie 2014/109/EU der Kommission vom 10. Oktober 2014 (ABl. L 360 vom 17.12.2014, S. 22)

4. 32015 D 1735: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1735 der Kommission vom 24. September 2015 zur genauen Anordnung des allgemeinen Warnhinweises und der Informationsbotschaft auf in Beuteln verkauftem Tabak zum Selbstdrehen (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 49)

5. 32015 D 1842: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1842 der Kommission vom 9. Oktober 2015 über die technischen Spezifikationen für das Layout, die Gestaltung und die Form der kombinierten gesundheitsbezogenen Warnhinweise für Rauchtabakerzeugnisse (ABl. L 267 vom 14.10.2015, S. 5)

6. 32015 D 2183: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2183 der Kommission vom 24. November 2015 zur Festlegung eines Formats für die Meldung von elektronischen Zigaretten und Nachfüllbehältern (ABl. L 309 vom 26.11.2015, S. 15)

7. 32015 D 2816: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2186 der Kommission vom 25. November 2015 zur Festlegung eines Formats für die Bereitstellung und Verfügbarmachung von Informationen über Tabakerzeugnisse (ABl. L 312 vom 27.11.2015, S. 5)

8. 32016 D 0586: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/586 der Kommission vom 14. April 2016 zu den technischen Normen für den Nachfüllmechanismus elektronischer Zigaretten (ABl. L 101 vom 16.4.2016, S. 15), berichtigt in ABl. L 238 vom 6.9.2016, S. 9

9. 32016 D 0786: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/786 der Kommission vom 18. Mai 2016 zur Festlegung des Verfahrens für die Einrichtung und die Arbeitsweise eines unabhängigen Beratergremiums, das den Mitgliedstaaten und der Kommission dabei hilft zu bestimmen, ob ein Tabakerzeugnis ein charakteristisches Aroma hat (ABl. L 131 vom 20.5.2016, S. 79)

10. 32016 D 0787: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/787 der Kommission vom 18. Mai 2016 mit einer Prioritätenliste von Zusatzstoffen, die in Zigaretten und in Tabak zum Selbstdrehen enthalten sind und erweiterten Meldepflichten unterliegen (ABl. L 131 vom 20.5.2016, S. 88)

11. 32016 R 0779: Durchführungsverordnung (EU) 2016/779 der Kommission vom 18. Mai 2016 zur Festlegung einheitlicher Regeln für die Verfahren, mit denen bestimmt wird, ob ein Tabakerzeugnis ein charakteristisches Aroma hat (ABl. L 131 vom 20.5.2016, S. 48)

12. 32018 R 0573: Delegierte Verordnung (EU) 2018/573 der Kommission vom 15. Dezember 2017 über Kernelemente der im Rahmen eines Rückverfolgbarkeitssystems für Tabakerzeugnisse zu schließenden Datenspeicherungsverträge (ABl. L 96 vom 16.4.2018, S. 1)

13. 32018 R 0574: Durchführungsverordnung (EU) 2018/574 der Kommission vom 15. Dezember 2017 über technische Standards für die Errichtung und den Betrieb eines Rückverfolgbarkeitssystems für Tabakerzeugnisse (ABl. L 96 vom 16.4.2018, S. 55)

14. 32018 D 0576: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/576 der Kommission vom 15. Dezember 2017 über technische Standards für Sicherheitsmerkmale von Tabakerzeugnissen (ABl. L 96 vom 16.4.2018, S. 57)

KAPITEL 23

SPIRITUOSEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 31992 R 2009: Verordnung (EWG) Nr. 2009/92 der Kommission vom 20. Juli 1992 zur Festlegung der gemeinschaftlichen Analysemethoden zum Nachweis des zur Bereitung von Spirituosen und aromatisierter weinhaltiger Getränke und Cocktails verwendeten landwirtschaftlichen Äthylalkohols (ABl. L 203 vom 21.7.1992, S. 10)

2. 31996 R 2215: Verordnung (EG) Nr. 2215/96 der Kommission vom 20. November 1996 zur Festlegung von abweichenden Bestimmungen für den Glühwein (ABl. L 296 vom 21.11.1996, S. 30)

3. 32000 R 2870: Verordnung (EG) Nr. 2870/2000 der Kommission vom 19. Dezember 2000 mit gemeinschaftlichen Referenzanalysemethoden für Spirituosen (ABl. L 333 vom 29.12.2000, S. 20), geändert durch:

   – 32002 R 2091: Verordnung (EG) Nr. 2091/2002 der Kommission vom 26. November 2002 (ABl. L 322 vom 27.11.2002, S. 11)

   – 32016 R 0635: Durchführungsverordnung (EU) 2016/635 der Kommission vom 22. April 2016 (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 1)

4. 32010 R 0976: Verordnung (EU) Nr. 976/2010 der Kommission vom 29. Oktober 2010 zur Eintragung einer Bezeichnung in das Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben (Hessischer Apfelwein (g. g. A.)) (ABl. L 285 vom 30.10.2010, S. 13)

5. 32013 R 0716: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 716/2013 der Kommission vom 25. Juli 2013 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 110/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung und Etikettierung von Spirituosen sowie zum Schutz geografischer Angaben für Spirituosen (ABl. L 201 vom 26.7.2013, S. 21)

6. 32014 R 0251: Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Begriffsbestimmung, Beschreibung, Aufmachung und Etikettierung von aromatisierten Weinerzeugnissen sowie den Schutz geografischer Angaben für aromatisierte Weinerzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 des Rates (ABl. L 84 vom 20.3.2014, S. 14)

7. 32016 H 0022: Empfehlung (EU) 2016/22 der Kommission vom 7. Januar 2016 zur Prävention und Reduzierung der Ethylcarbamatkontamination in Steinobstbränden und Steinobsttresterbränden und zur Aufhebung der Empfehlung 2010/133/EU (ABl. L 6 vom 9.1.2016, S. 8)

8. 32017 R 0670: Delegierte Verordnung (EU) 2017/670 der Kommission vom 31. Januar 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der zugelassenen Herstellungsverfahren für aromatisierte Weinerzeugnisse (ABl. L 97 vom 8.4.2017, S. 5)

9. 32018 R 1793: Verordnung (EU) 2018/1793 der Kommission vom 20. November 2018 zur Genehmigung einer Änderung der technischen Unterlage für die geografische Angabe einer in Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 110/2008 eingetragenen Spirituose, die zur Änderung der wichtigsten Spezifikationen geführt hat („Ron de Guatemala“ (g. A.)) (ABl. L 294 vom 21.11.2018, S. 1)

10. 32019 R 0787: Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen, die Verwendung der Bezeichnungen von Spirituosen bei der Aufmachung und Kennzeichnung von anderen Lebensmitteln, den Schutz geografischer Angaben für Spirituosen und die Verwendung von Ethylalkohol und Destillaten landwirtschaftlichen Ursprungs in alkoholischen Getränken sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 110/2008 (ABl. L 130 vom 17.5.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 316I vom 6.12.2019, S. 3, und ABl. L 178 vom 20.5.2021, S. 4, geändert durch:

    – 32021 R 1096: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1096 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 1)

    – 32021 R 1334: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1334 der Kommission vom 27. Mai 2021 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 1)

    – 32021 R 1335: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1335 der Kommission vom 27. Mai 2021 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 4)

    – 32021 R 1465: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1465 der Kommission vom 6. Juli 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 12)

    – 32022 R 1303: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1303 der Kommission vom 25. April 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 71)

11. 32019 R 1350: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1350 der Kommission vom 12. August 2019 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates („Absinthe de Pontarlier“) (ABl. L 215 vom 19.8.2019, S. 1)

12. 32019 R 1682: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1682 Der Kommission vom 2. Oktober 2019 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates „Ямболска гроздова ракия/Гроздова ракия от Ямбол/Yambolska grozdova rakya/Grozdova rakya ot Yambol“ (ABl. L 258 vom 9.10.2019, S. 6)

13. 32020 R 0154: Durchführungsverordnung (EU) 2020/154 der Kommission vom 23. Januar 2020 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates „Norsk Vodka“/„Norwegian Vodka“ (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 1)

14. 32020 R 0156: Durchführungsverordnung (EU) 2020/156 der Kommission vom 23. Januar 2020 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates „Norsk Akevitt“/„Norsk Aquavit“/„Norsk Akvavit“/„Norwegian Aquavit“ (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 13)

15. 32020 R 0179: Durchführungsverordnung (EU) 2020/179 der Kommission vom 3. Februar 2020 zur Genehmigung einer Änderung der Spezifikation für die geografische Angabe einer eingetragenen Spirituose (Berliner Kümmel) (ABl. L 37 vom 10.2.2020, S. 4)

16. 32020 R 0198: Durchführungsverordnung (EU) 2020/198 der Kommission vom 13. Februar 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Einrichtung des Registers geschützter geografischer Angaben im Sektor aromatisierte Weinerzeugnisse und die Aufnahme der bestehenden geografischen Angaben in dieses Register (ABl. L 42 vom 14.2.2020, S. 8)

17. 32020 R 0623: Durchführungsverordnung (EU) 2020/623 der Kommission vom 30. April 2020 zur Genehmigung einer Änderung der Spezifikation für die geografische Angabe einer eingetragenen Spirituose (Ratafia de Champagne) (ABl. L 144 vom 7.5.2020, S. 10)

18. 32020 R 1286: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1286 der Kommission vom 9. September 2020 zur Genehmigung einer Änderung der Produktspezifikation für die geografische Angabe einer eingetragenen Spirituose (Scotch Whisky) (ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 4)

19. 32020 R 1287: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1287 der Kommission vom 9. September 2020 zur Genehmigung einer Änderung der Produktspezifikation für die geografische Angabe einer eingetragenen Spirituose (Hierbas de Mallorca) (ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 6)

20. 32020 R 2079: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2079 der Kommission vom 8. Dezember 2020 zur Genehmigung einer Änderung der Produktspezifikation für die geografische Angabe einer eingetragenen Spirituose (Münchener Kümmel) (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 1)

21. 32021 R 0518: Durchführungsverordnung (EU) 2021/518 der Kommission vom 18. März 2021 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates „Vasi vadkörte pálinka“ (ABl. L 104 vom 25.3.2021, S. 34)

22. 32021 R 0717: Durchführungsverordnung (EU) 2021/717 der Kommission vom 26. April 2021 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates („Nagykunsági szilvapálinka“) (ABl. L 151 vom 3.5.2021, S. 8)

23. 32021 R 0723: Delegierte Verordnung (EU) 2021/723 der Kommission vom 26. Februar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Einrichtung eines öffentlichen Registers, in dem die von den einzelnen Mitgliedstaaten zur Überwachung der Alterungsprozesse von Spirituosen benannten Stellen aufgeführt werden (ABl. L 155 vom 5.5.2021, S. 1)

24. 32021 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) 2021/724 der Kommission vom 3. März 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Mitteilungen der Mitgliedstaaten an die Kommission zu den für die Überwachung der Alterungsprozesse von Spirituosen benannten Stellen und den für die Sicherstellung der Einhaltung der genannten Verordnung zuständigen Behörden (ABl. L 155 vom 5.5.2021, S. 3)

25. 32021 R 1235: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1235 der Kommission vom 12. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Vorschriften für Anträge auf Eintragung geografischer Angaben für Spirituosen, Änderungen der Produktspezifikation, die Löschung der Eintragung und das Register (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 1)

26. 32021 R 1236: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1236 der Kommission vom 12. Mai 2021 mit Einzelheiten der Anwendung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Eintragung geografischer Angaben für Spirituosen, das Einspruchsverfahren, Änderungen der Produktspezifikation, die Löschung der Eintragung, die Verwendung des Logos und die Kontrolle (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 10)

27. 32021 R 1265: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1265 der Kommission vom 26. Juli 2021 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates („Bayerischer Bärwurz“) (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 32)

28. 32021 R 1291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1291 der Kommission vom 28. Juli 2021 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates („Demerara Rum“) (ABl. L 281 vom 4.8.2021, S. 1)

29. 32021 R 1343: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1343 der Kommission vom 10. August 2021 zur Genehmigung einer Änderung der Produktspezifikation für die geografische Angabe einer eingetragenen Spirituose (Újfehértói meggypálinka) (ABl. L 292 vom 16.8.2021, S. 25)

30. 32021 R 1419: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1419 der Kommission vom 24. August 2021 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates („Nagykunsági birspálinka“) (ABl. L 305 vom 31.8.2021, S. 8)

31. 32021 R 1687: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1687 der Kommission vom 14. September 2021 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates „Madarasi birspálinka“ (ABl. L 332 vom 21.9.2021, S. 4)

32. 32021 R 2262: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2262 der Kommission vom 13. Dezember 2021 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates („Bayerischer Blutwurz“) (ABl. L 455 vom 20.12.2021, S. 18)

33. 32022 R 0888: Durchführungsverordnung (EU) 2022/888 der Kommission vom 31. Mai 2022 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates („Hohenloher Birnenbrand/Hohenloher Birnenwasser“) (ABl. L 154 vom 7.6.2022, S. 35)

KAPITEL 24

KULTURGÜTER

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32014 L 0060: Richtlinie 2014/60/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 (ABl. L 159 vom 28.5.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 147 vom 12.6.2015, S. 24

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

KAPITEL 25

EXPLOSIVSTOFFE FÜR ZIVILE ZWECKE UND PYROTECHNISCHE GEGENSTÄNDE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32014 L 0028: Richtlinie 2014/28/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung auf dem Markt und die Kontrolle von Explosivstoffen für zivile Zwecke (Neufassung) (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 1)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Andorra kann das derzeitige System der auf einen Ort beschränkten, zentralen und sicheren Lagerung und Beförderung von Explosivstoffen für zivile Zwecke beibehalten, das von einer einzigen zentralen Stelle verwaltet wird, die für die Einfuhr, Lagerung und Vermarktung von Explosivstoffen für zivile Zwecke zugelassen ist.

2. 32004 D 0388: Entscheidung 2004/388/EG der Kommission vom 15. April 2004 über ein Begleitformular für die innergemeinschaftliche Verbringung von Explosivstoffen (ABl. L 120 vom 24.4.2004, S. 43), geändert durch:

   – 32010 D 0347: Beschluss 2010/347/EU der Kommission vom 19. Juni 2010 (ABl. L 155 vom 22.6.2010, S. 54)

3. 32013 L 0029: Richtlinie 2013/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung pyrotechnischer Gegenstände auf dem Markt (Neufassung) (ABl. L 178 vom 28.6.2013, S. 27)

4. 32014 L 0058: Durchführungsrichtlinie 2014/58/EU der Kommission vom 16. April 2014 über die Errichtung eines Systems zur Rückverfolgbarkeit von pyrotechnischen Gegenständen gemäß der Richtlinie 2007/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 115 vom 17.4.2014, S. 28)

5. 32008 L 0043: Richtlinie 2008/43/EG der Kommission vom 4. April 2008 zur Einführung eines Verfahrens zur Kennzeichnung und Rückverfolgung von Explosivstoffen für zivile Zwecke gemäß der Richtlinie 93/15/EWG des Rates (ABl. L 94 vom 5.4.2008, S. 8), geändert durch:

   – 32012 L 0004: Richtlinie 2012/4/EU der Kommission vom 22. Februar 2012 (ABl. L 50 vom 23.2.2012, S. 18)

6. 32019 R 1148: Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 98/2013 (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 30

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32017 H 1936: Empfehlung (EU) 2017/1936 der Kommission vom 18. Oktober 2017 für unverzügliche Maßnahmen zur Verhütung des Missbrauchs von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe (ABl. L 273 vom 24.10.2017, S. 12)

KAPITEL 26

MEDIZINPRODUKTE

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31998 L 0079: Richtlinie 98/79/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 1998 über In-vitro-Diagnostika (ABl. L 331 vom 7.12.1998, S. 1), berichtigt in ABl. L 22 vom 29.1.1999, S. 75, geändert durch:

   – 32011 L 0100: Richtlinie 2011/100/EU der Kommission vom 20. Dezember 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 50)

2. 32002 D 0364: Entscheidung 2002/364/EG der Kommission vom 7. Mai 2002 über Gemeinsame Technische Spezifikationen für In-Vitro-Diagnostika (ABl. L 131 vom 16.5.2002, S. 17), geändert durch:

   – 32009 D 0886: Entscheidung 2009/886/EG der Kommission vom 27. November 2009 (ABl. L 318 vom 4.12.2009, S. 25), berichtigt in ABl. L 348 vom 29.12.2009, S. 94

   – 32011 D 0869: Beschluss 2011/869/EU der Kommission vom 20. Dezember 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 63)

– 32019 D 1244: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1244 der Kommission vom 1. Juli 2019 (ABl. L 193 vom 19.7.2019, S. 1)

– 32020 D 0350: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/350 der Kommission vom 28. Februar 2020 (ABl. L 63 vom 3.3.2020, S. 3)

3. 32003 L 0012: Richtlinie 2003/12/EG der Kommission vom 3. Februar 2003 zur Neuklassifizierung von Brustimplantaten im Rahmen der Richtlinie 93/42/EWG über Medizinprodukte (ABl. L 28 vom 4.2.2003, S. 43)

4. 32012 R 0722: Verordnung (EU) Nr. 722/2012 der Kommission vom 8. August 2012 über besondere Anforderungen betreffend die in der Richtlinie 90/385/EWG bzw. 93/42/EWG des Rates festgelegten Anforderungen an unter Verwendung von Gewebe tierischen Ursprungs hergestellte aktive implantierbare medizinische Geräte und Medizinprodukte (ABl. L 212 vom 9.8.2012, S. 3)

5. 32005 L 0050: Richtlinie 2005/50/EG der Kommission vom 11. August 2005 zur Neuklassifizierung von Gelenkersatz für Hüfte, Knie und Schulter im Rahmen der Richtlinie 93/42/EWG über Medizinprodukte (ABl. L 210 vom 12.8.2005, S. 41)

6. 32010 D 0227: Beschluss 2010/227/EU der Kommission vom 19. April 2010 über die Europäische Datenbank für Medizinprodukte (Eudamed) (ABl. L 102 vom 23.4.2010, S. 45)

7. 32012 R 0207: Verordnung (EU) Nr. 207/2012 der Kommission vom 9. März 2012 über elektronische Gebrauchsanweisungen für Medizinprodukte (ABl. L 72 vom 10.3.2012, S. 28)

8. 32013 R 0920: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 920/2013 der Kommission vom 24. September 2013 über die Benennung und Beaufsichtigung benannter Stellen gemäß der Richtlinie 90/385/EWG des Rates über aktive implantierbare medizinische Geräte und der Richtlinie 93/42/EWG des Rates über Medizinprodukte (ABl. L 253 vom 25.9.2013, S. 8), geändert durch:

   – 32020 R 0666: Durchführungsverordnung (EU) 2020/666 der Kommission vom 18. Mai 2020 (ABl. L 156 vom 19.5.2020, S. 2)

9. 32017 R 0745: Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 117 vom 3.5.2019, S. 9, geändert durch:

   – 32020 R 0561: Verordnung (EU) 2020/561 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2020 (ABl. L 130 vom 24.4.2020, S. 18)

10. 32019 D 1396: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1396 der Kommission vom 10. September 2019 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Benennung von Expertengremien für Medizinprodukte (ABl. L 234 vom 11.9.2019, S. 23)

11. 32021 R 2226: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2226 der Kommission vom 14. Dezember 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich elektronischer Gebrauchsanweisungen für Medizinprodukte (ABl. L 448 vom 15.12.2021, S. 32)

12. 32021 R 2078: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2078 der Kommission vom 26. November 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Europäischen Datenbank für Medizinprodukte (Eudamed) (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 9)

13. 32022 R 2346: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2346 der Kommission vom 1. Dezember 2022 zur Festlegung gemeinsamer Spezifikationen für die in Anhang XVI der Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates über Medizinprodukte aufgeführten Produktgruppen ohne medizinische Zweckbestimmung (ABl. L 311 vom 2.12.2022, S. 60)

14. 32022 R 2347: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2347 der Kommission vom 1. Dezember 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Neuklassifizierung von Gruppen bestimmter aktiver Produkte ohne medizinische Zweckbestimmung (ABl. L 311 vom 2.12.2022, S. 94)

15. 32017 R 0746: Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 176), berichtigt in ABl. L 117 vom 3.5.2019, S. 11, geändert durch:

    – 32022 R 0112: Verordnung (EU) 2022/112 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Januar 2022 (ABl. L 19 vom 28.1.2022, S. 3)

16. 32022 R 1107: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1107 der Kommission vom 4. Juli 2022 zur Festlegung gemeinsamer Spezifikationen für bestimmte In-vitro-Diagnostika der Klasse D gemäß der Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 178 vom 5.7.2022, S. 3)

17. 32022 R 0944: Durchführungsverordnung (EU) 2022/944 der Kommission vom 17. Juni 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Aufgaben von und der Kriterien für Referenzlaboratorien der Europäischen Union im Bereich der In-vitro-Diagnostika (ABl. L 164 vom 20.6.2022, S. 7)

18. 32022 R 0945: Durchführungsverordnung (EU) 2022/945 der Kommission vom 17. Juni 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Gebühren, die von EU-Referenzlaboratorien im Bereich der In-vitro-Diagnostika erhoben werden können (ABl. L 164 vom 20.6.2022, S. 20)

19. 32019 D 0939: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/939 der Kommission vom 6. Juni 2019 zur Benennung der Zuteilungsstellen, die für den Betrieb eines Systems zur Zuteilung von eindeutigen Produktidentifikationen im Bereich der Medizinprodukte benannt sind (ABl. L 149 vom 7.6.2019, S. 73)

20. 32017 R 2185: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2185 der Kommission vom 23. November 2017 über das Verzeichnis der Codes und der ihnen entsprechenden Produktarten zur Bestimmung des Geltungsbereichs der Benennung einer Benannten Stelle auf dem Gebiet der Medizinprodukte im Rahmen der Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie auf dem Gebiet der In-vitro-Diagnostika im Rahmen der Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 309 vom 24.11.2017, S. 7)

21. 32020 R 1207: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1207 der Kommission vom 19. August 2020 zur Festlegung von Vorschriften zur Anwendung der Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich gemeinsamer Spezifikationen für die Aufbereitung von Einmalprodukten (ABl. L 273 vom 20.8.2020, S. 3)

22. 32017 D 1445: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1445 der Kommission vom 8. August 2017 über die Produktgruppe, deren bestimmungsgemäße Hauptwirkung, die auf Proanthocyanidinen (PAC) aus Cranberries (*Vaccinium macrocarpon*) beruht, die Prävention und Behandlung von Zystitis ist (ABl. L 149 vom 7.6.2019, S. 73)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32013 H 0172: Empfehlung 2013/172/EU der Kommission vom 5. April 2013 über einen gemeinsamen Rahmen für ein System einmaliger Produktkennzeichnung für Medizinprodukte in der Union (ABl. L 99 vom 9.4.2013, S. 17)

2. 32013 H 0473: Empfehlung 2013/473/EU der Kommission vom 24. September 2013 zu den Audits und Bewertungen, die von benannten Stellen im Bereich der Medizinprodukte durchgeführt werden (ABl. L 253 vom 25.9.2013, S. 27)

KAPITEL 27

SPORTBOOTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32013 L 0053: Richtlinie 2013/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über Sportboote und Wassermotorräder und zur Aufhebung der Richtlinie 94/25/EG (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 90), berichtigt in ABl. L 297 vom 13.11.2015, S. 9, ergänzt durch:

   – 32022 D 1954: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1954 der Kommission vom 12. Oktober 2022 (ABl. L 269 vom 17.10.2022, S. 20)

2. 32017 R 0001: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1 der Kommission vom 3. Januar 2017 über Verfahren zur Kennzeichnung von Wasserfahrzeugen gemäß der Richtlinie 2013/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Sportboote und Wassermotorräder (ABl. L 1 vom 4.1.2017, S. 1)

KAPITEL 28

SCHIFFSAUSRÜSTUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32014 L 0090: Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richtlinie 96/98/EG des Rates (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 146), geändert durch:

   – 32021 L 1206: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1206 der Kommission vom 30. April 2021 (ABl. L 261 vom 22.7.2021, S. 45)

2. 32022 R 1157: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1157 der Kommission vom 4. Juli 2022 mit Vorschriften für die Anwendung der Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Entwurfs-, Bau- und Leistungsanforderungen sowie der Prüfnormen für Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/1158 der Kommission (ABl. L 180 vom 6.7.2022, S. 1)

3. 32018 R 0414: Delegierte Verordnung (EU) 2018/414 der Kommission vom 9. Januar 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung der Schiffsausrüstungsgegenstände, die elektronisch gekennzeichnet werden können (ABl. L 75 vom 19.3.2018, S. 3)

4. 32018 R 0608: Durchführungsverordnung (EU) 2018/608 der Kommission vom 19. April 2018 zur Festlegung technischer Kriterien für die elektronische Kennzeichnung von Schiffsausrüstungen (ABl. L 101 vom 20.4.2018, S. 64)

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 5/14

ANHANG

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

ANHANG III – ANDORRA-PROTOKOLL

PRODUKTHAFTUNG

Liste nach Artikel 13 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31985 L 0374: Richtlinie 85/374/EWG des Rates vom 25. Juli 1985 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte (ABl. L 210 vom 7.8.1985, S. 29), geändert durch:

   – 31999 L 0034: Richtlinie 1999/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 1999 (ABl. L 141 vom 4.6.1999, S. 20)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) für die Haftung des Einführers gemäß Artikel 3 Absatz 2 gilt Folgendes:

      i) unbeschadet der Haftung des Herstellers ist als Hersteller verantwortlich, wer im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit ein Produkt zum Zweck des Verkaufs, der Vermietung, des Mietkaufs oder einer anderen Form des Vertriebs nach Andorra einführt;

      ii) unbeschadet der Haftung des Herstellers gilt dasselbe für Einfuhren aus Andorra in die EU oder aus der EU nach Andorra.

www.parlament.gv.at

Ab dem Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens von Lugano über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 16. September 1988[1] für einen EU-Mitgliedstaat oder Andorra gilt der erste Satz dieses Unterabsatzes zwischen den Staaten, die das Übereinkommen ratifiziert haben, nicht mehr, soweit ein nationales Urteil zugunsten des Geschädigten aufgrund dieser Ratifikationen gegen den Hersteller oder Einführer im Sinne von Ziffer i vollstreckbar ist.

b) für Artikel 14 gilt Folgendes:

Die Richtlinie ist nicht auf Verletzungen oder Schäden infolge eines nuklearen Zwischenfalls anwendbar, die in einem von Andorra und den EU-Mitgliedstaaten ratifizierten internationalen Übereinkommen erfasst sind.

---

[1] Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 339 vom 21.12.2007, S. 3).

ANHANG IV – ANDORRA-PROTOKOLL

ENERGIE

Liste nach Artikel 13 Buchstabe d des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Allgemein 2
2 Erdöl 19
3 Erdgas 22
4 Elektrizität 27
5 Erneuerbare Energie 34
6 Energieeffizienz – Allgemeines 41
7 Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsgeräten 43
8 Energieeffizienz von Gebäuden 50
9 Reifen 53
10 Ökodesign energieverbrauchsrelevanter Produkte 54

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

www.parlament.gv.at

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

ALLGEMEIN

1. 31994 L 0022: Richtlinie 94/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 1994 über die Erteilung und Nutzung von Genehmigungen zur Prospektion, Exploration und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen (ABl. L 164 vom 30.6.1994, S. 3), geändert durch:

   – 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

www.parlament.gv.at

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 erteilt Andorra keine Genehmigungen zur Prospektion, Exploration und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen auf seinem Hoheitsgebiet.

2. 32011 R 1227: Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts (ABl. L 326 vom 8.12.2011, S. 1)

3. 32013 L 0030: Richtlinie 2013/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über die Sicherheit von Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten und zur Änderung der Richtlinie 2004/35/EG (ABl. L 178 vom 28.6.2013, S. 66), geändert durch:

   – 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

4. 32016 R 1952: Verordnung (EU) 2016/1952 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über europäische Erdgas- und Strompreisstatistik und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/92/EG (ABl. L 311 vom 17.11.2016, S. 1)

5. 32017 D 0684: Beschluss (EU) 2017/684 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich, und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 994/2012/EU (ABl. L 99 vom 12.4.2017, S. 1)

6. 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 663/2009 und (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 94/22/EG, 98/70/EG, 2009/31/EG, 2009/73,/EG, 2010/31/EU, 2012/27/EU und 2013/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2009/119/EG und (EU) 2015/652 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1), geändert durch:

– 32019 D 0504: Beschluss (EU) 2019/504 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 (ABl. L 85I vom 27.3.2019, S. 66)

– 32021 R 1119: Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Mit dieser Verordnung wird ein Governance-Mechanismus eingerichtet

a) zur Umsetzung von Politiken und Maßnahmen, um die Ziele und Vorgaben der Energieunion und die langfristigen Verpflichtungen der EU im Bereich Treibhausgasemissionen im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris, und – im ersten Zehnjahreszeitraum 2021–2030 – insbesondere die energie- und klimapolitischen Vorgaben der EU für 2030 zu erreichen, und zur Umsetzung von Strategien und Maßnahmen, mit denen die entsprechenden Ziele und Vorgaben Andorras und – im ersten Fünfjahreszeitraum 2026–2030 – insbesondere dessen energie- und klimapolitische Vorgaben für 2030 erreicht werden sollen;

b) zur Anregung der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Andorra, erforderlichenfalls auch auf regionaler Ebene, um die Ziele und Vorgaben der Energieunion und Andorras energie- und klimapolitische Vorgaben zu erreichen;

c) zur Gewährleistung der rechtzeitigen Verfügbarkeit, Transparenz, Genauigkeit, Kohärenz, Vergleichbarkeit und Vollständigkeit der Berichterstattung der EU und ihrer Mitgliedstaaten an das Sekretariat des UNFCCC und des Übereinkommens von Paris und

d) als Beitrag zu mehr Rechtssicherheit und zu mehr Sicherheit für Investoren und zur vollen Ausschöpfung der Möglichkeiten für die Wirtschaftsentwicklung, die Schaffung von Anreizen für Investitionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und den sozialen Zusammenhalt.

Der Governance-Mechanismus stützt sich für Andorra auf Energie- und Klimaschutzpläne für den ersten Fünfjahreszeitraum von 2026 bis 2030 und anschließend auf Zehnjahreszeiträume ab 2031 bis 2040 sowie auf die entsprechenden integrierten nationalen energie- und klimabezogenen Fortschrittsberichte Andorras. Der Governance-Mechanismus ermöglicht es der Öffentlichkeit, sich konkret an der Ausarbeitung dieser Energie- und Klimaschutzpläne und der langfristigen Strategien für Energie und Klimawandel gemäß Artikel 15 zu beteiligen.

2. Diese Verordnung betrifft die fünf Dimensionen der Energie- und Klimapolitik, die eng miteinander verbunden sind und sich gegenseitig verstärken:

a) Sicherheit der Energieversorgung;

b) Energiebinnenmarkt;

c) Energieeffizienz;

www.parlament.gv.at

d) Dekarbonisierung sowie

e) Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.“

b) Artikel 2 wird wie folgt geändert:

i) Nummer 6 wird gestrichen.

ii) Nummer 7 erhält folgende Fassung:

„7. ‚Projektionen‘ bezeichnet Projektionen anthropogener Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und des Abbaus dieser Gase durch Senken oder von Entwicklungen des Energiesystems.“

iii) die Nummern 11 und 12 erhalten folgende Fassung:

„11. die ‚energie- und klimapolitischen Vorgaben Andorras für 2030‘ sind der Wert, der auf der Grundlage der für Andorra angenommenen Ziele wie folgt berechnet wird: ein verbindliches Mindestziel für die Verringerung der nationalen Treibhausgasemissionen in der gesamten Wirtschaft im Vergleich zu 2005 – den höchsten Treibhausgasemissionen in Andorra – bis 2030, ein Mindestanteil an in Andorra genutzter Energie aus erneuerbaren Quellen im Jahr 2030, ein Mindestziel für die Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 und ein Mindestprozentsatz des Stromverbundziels für 2030 oder späterer Zielvorgaben unter den von Andorra in diesem Zusammenhang festzulegenden Bedingungen;“

iv) Nummer 14 erhält folgende Fassung:

„14. ‚Schlüsselindikator‘ bezeichnet die von der Kommission vorgeschlagenen Indikatoren für die Fortschritte bei den fünf Dimensionen der Energie- und Klimapolitik;“

v) Die Nummern 15, 16, 19 und 20 gelten nicht für Andorra.

c) Artikel 3 wird wie folgt geändert:

i) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Andorra übermittelt dem Gemeinsamen Ausschuss des Assoziationsabkommens bis zum 1. Januar 2026 und anschließend bis zum 1. Januar 2029 und danach alle zehn Jahre seinen Energie- und Klimaschutzplan. Der Plan enthält die in Absatz 2 dieses Artikels genannten Elemente und trägt den in Anhang I aufgeführten Elementen weitestmöglich Rechnung. Der erste Plan deckt – unter Berücksichtigung der langfristigen Perspektive – den Zeitraum 2026–2030 ab. Die nachfolgenden Pläne beziehen sich auf den Zehnjahreszeitraum, der unmittelbar an das Ende des unter die vorige Strategie fallenden Zeitraums anschließt.

ii) In Absatz 2 erhält der einleitende Satz folgende Fassung:

„Der Energie- und Klimaschutzplan umfasst die folgenden Hauptabschnitte:“

iii) Absatz 2 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) einen Überblick über das Verfahren, nach dem der Energie- und Klimaschutzplan aufgestellt wurde, in Form einer Zusammenfassung und einer Beschreibung der öffentlichen Konsultation und Einbeziehung von Interessenträgern, einschließlich der Ergebnisse sowie der regionalen Zusammenarbeit mit anderen EU-Mitgliedstaaten bei der Planaufstellung, wie in den Artikeln 10, 11 und 12 festgelegt;“

www.parlament.gv.at

iv) Absatz 2 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) eine Beschreibung der nationalen Ziele, Vorgaben und Beiträge im Zusammenhang mit den Dimensionen der Energie- und Klimapolitik gemäß Artikel 4;“

v) Absatz 2 Buchstabe d erhält folgende Fassung:

„d) eine Beschreibung der aktuellen Situation der fünf Dimensionen der Energie- und Klimapolitik, auch im Hinblick auf das Energiesystem und die Emissionen bzw. den Abbau von Treibhausgasen, sowie Projektionen für die unter Buchstabe b genannten Ziele mit den derzeitigen Politiken und Maßnahmen;“

vi) Absatz 2 Buchstabe h erhält folgende Fassung:

„h) einen gemäß den Anforderungen und der Struktur in Anhang III der vorliegenden Verordnung erstellten Anhang, der die Methoden und Maßnahmen Andorras zur Erfüllung der Energieeinsparungsverpflichtung gemäß Artikel 7 und Anhang V der Richtlinie 2012/27/EU enthält.“

vii) In Absatz 3 erhält der einleitende Satz folgende Fassung:

„(3) Für den Energie- und Klimaschutzplan muss Andorra“

viii) Absatz 3 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) den Querverbindungen zwischen den fünf Dimensionen der Energie- und Klimapolitik Rechnung tragen, insbesondere dem Grundsatz ‚Energieeffizienz an erster Stelle‘;“

www.parlament.gv.at

ix) Absatz 3 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Gelangt Andorra gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe d auf der Grundlage seiner Bewertung überprüfbarer Daten zu der Erkenntnis, dass in seinem Hoheitsgebiet eine erhebliche Anzahl von Haushalten von Energiearmut betroffen ist, so nimmt es ein nationales Richtziel für die Verringerung der Energiearmut in seinen Energie- und Klimaschutzplan auf. Andorra beschreibt in seinem Energie- und Klimaschutzplan die Politiken und Maßnahmen gegen Energiearmut, soweit einschlägig, einschließlich sozialpolitischer Maßnahmen und anderer nationaler Programme."

x) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Andorra macht seinen Energie- und Klimaschutzplan, der dem Gemeinsamen Ausschuss des Assoziationsabkommens gemäß diesem Artikel vorgelegt wird, öffentlich zugänglich."

xi) Absatz 5 gilt nicht für Andorra.

d) Der Text von Artikel 4 erhält folgende Fassung:

„Andorra erläutert in seinem Energie- und Klimaschutzplan für jede Energie- und Klimadimension die folgenden Ziele und Vorgaben:

a) Dimension ‚Dekarbonisierung':

(1) nationales Treibhausgasreduktionsziel und gegebenenfalls zur Erreichung dieses Treibhausgasreduktionsziels andere Ziele und Vorgaben, einschließlich sektorspezifischer Vorgaben und Anpassungsziele;

www.parlament.gv.at

(2) nationales Ziel in Bezug auf den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendverbrauch;

b) nationales Ziel für die Energieeffizienz in absoluten Zahlen für den Primärenergieverbrauch und den Endenergieverbrauch;

c) nationales Ziel für die kumulierten Energieeinsparungen beim Energieendverbrauch;

d) nationales Ziel in Bezug auf die Gebäuderenovierung;

e) nationale Ziele für die Dimension ‚Sicherheit der Energieversorgung';

f) nationale Ziele in Bezug auf die Dimension ‚Energiebinnenmarkt';

g) nationale Ziele und Finanzierungsvorgaben für öffentliche und, soweit vorhanden, private Forschung und Innovation in Bezug auf die Dimensionen ‚Energie und Klima'."

e) Die Artikel 5 und 6 gelten nicht für Andorra.

f) Der Text von Artikel 7 erhält folgende Fassung:

„Andorra beschreibt in seinem Energie- und Klimaschutzplan die wichtigsten derzeitigen und geplanten Politiken und Maßnahmen zur Verwirklichung insbesondere der in dem Plan festgelegten Ziele, einschließlich etwaiger Maßnahmen, mit denen eine regionale Zusammenarbeit und eine angemessene Finanzierung auf nationaler und regionaler Ebene eingerichtet/geregelt wird, darunter die Mobilisierung von Programmen und Instrumenten der EU.

www.parlament.gv.at

Andorra legt einen allgemeinen Überblick über die Investitionen vor, die erforderlich sind, um die im Energie- und Klimaschutzplan festgelegten Ziele, Vorgaben und Beiträge zu verwirklichen, und eine allgemeine Einschätzung der Quellen für diese Investitionen."

g) Artikel 8 erhält folgende Fassung:

„Andorra beschreibt die derzeitige Lage jeder der fünf Dimensionen, einschließlich des Energiesystems und der Emissionen von Treibhausgasen und des Abbaus dieser Gase zum Zeitpunkt der Vorlage des Energie- und Klimaschutzplans oder auf Grundlage der jüngsten verfügbaren Informationen. Darüber hinaus beschreibt und erläutert Andorra die Projektionen für jede der fünf Dimensionen der Energie- und Klimapolitik mindestens für die Laufzeit des Plans, die sich voraussichtlich aus den derzeitigen Politiken und Maßnahmen ergeben. Andorra ist bestrebt, zusätzliche längerfristige Perspektiven für die fünf Dimensionen über die Laufzeit des Energie- und Klimaschutzplans hinaus zu beschreiben, wenn das sinnvoll und möglich ist."

h) Artikel 9 gilt nicht für Andorra.

i) Der Text von Artikel 10 erhält folgende Fassung:

„Unbeschadet anderer Anforderungen des EU-Rechts stellt Andorra sicher, dass der Öffentlichkeit frühzeitig und wirksam Gelegenheit geboten wird, an der Ausarbeitung des Energie- und Klimaschutzplans sowie der langfristigen Strategien gemäß Artikel 15 mitzuwirken. Andorra fügt bei der Übermittlung solcher Dokumente an den Gemeinsamen Ausschuss des Assoziationsabkommens eine Zusammenfassung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit bei. Soweit die Richtlinie 2001/42/EG anwendbar ist, gelten mit der Durchführung der Konsultationen zu dem Entwurf gemäß jener Richtlinie die Verpflichtungen zur Konsultation der Öffentlichkeit gemäß der vorliegenden Verordnung als erfüllt.

www.parlament.gv.at

Andorra stellt sicher, dass die Öffentlichkeit unterrichtet wird. Bei der Umsetzung dieses Artikels begrenzt Andorra den Verwaltungsaufwand.“

j) Der Text von Artikel 11 erhält folgende Fassung:

„Andorra richtet gemäß seinen jeweiligen nationalen Vorschriften einen Dialog über klima- und energiepolitische Fragen auf mehreren Ebenen ein, in den sich lokale Gebietskörperschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft, die Wirtschaft, Investoren, andere bedeutende Interessenträger und die Allgemeinheit aktiv einbringen können und in dem sie die Verwirklichung des Ziels Andorras der Klimaneutralität und die verschiedenen, auch langfristigen Szenarien, die in der Energie- und Klimapolitik ins Auge gefasst werden, erörtern und die Fortschritte überprüfen können, es sei denn, Andorra hat bereits eine Struktur, die dem gleichen Zweck dient. Im Rahmen dieses Dialogs können die Energie- und Klimaschutzpläne erörtert werden.“

k) Der Text von Artikel 12 erhält folgende Fassung:

„(1) Andorra arbeitet unter Berücksichtigung aller bestehenden und potenziellen Formen der regionalen Zusammenarbeit mit den benachbarten EU-Mitgliedstaaten zusammen, um die Ziele, Vorgaben und Beiträge ihres integrierten nationalen Energie- und Klimaplans zu verwirklichen.

(2) Andorra ermittelt ausreichend lange vor der Annahme seines Energie- und Klimaschutzplans Möglichkeiten für eine regionale Zusammenarbeit und konsultiert die benachbarten EU-Mitgliedstaaten, auch in Foren der regionalen Zusammenarbeit. Wenn Andorra dies für angemessen hält, kann es die EU-Mitgliedstaaten konsultieren, die ihr Interesse bekundet haben. Andorra und den konsultierten EU-Mitgliedstaaten sollte ein angemessener Zeitraum eingeräumt werden, in dem sie reagieren können. Andorra erläutert in seiner Strategie mindestens die vorläufigen Ergebnisse dieser regionalen Konsultationen, wobei anzugeben ist, wie die Anmerkungen der konsultierten EU-Mitgliedstaaten gegebenenfalls berücksichtigt wurden.

(3) Andorra kann Teile seiner Energie- und Klimaschutzpläne und Fortschrittsberichte freiwillig in Zusammenarbeit mit anderen ausarbeiten, auch in Foren der regionalen Zusammenarbeit. In diesem Fall werden durch das Ergebnis die entsprechenden Teile des Energie- und Klimaschutzplans Andorras und der Fortschrittsberichte ersetzt.

(4) Andorra trägt den Anmerkungen der EU-Mitgliedstaaten gemäß den Absätzen 2 und 3 in seinem Energie- und Klimaschutzplan Rechnung und erläutert in diesen Plänen, wie diesen Anmerkungen Rechnung getragen wurde.

(5) Bei der Durchführung der einschlägigen Politiken und Maßnahmen der Energie- und Klimaschutzpläne setzt Andorra für die Zwecke des Absatzes 1 seine Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten auf regionaler Ebene und in etwaigen Foren der regionalen Zusammenarbeit fort.

(6) Andorra kann darüber hinaus die Zusammenarbeit mit den Vertragsparteien der Energiegemeinschaft und mit den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums, die nicht Mitgliedstaaten der EU sind, in Erwägung ziehen.

(7) Soweit die Richtlinie 2001/42/EG anwendbar ist, gelten mit den grenzüberschreitenden Konsultationen über den Entwurf gemäß Artikel 7 jener Richtlinie auch die Verpflichtungen zur regionalen Zusammenarbeit gemäß der vorliegenden Verordnung als erfüllt, sofern die Anforderungen des vorliegenden Artikels erfüllt sind.“

l) Der Text von Artikel 13 erhält folgende Fassung:

„Auf der Grundlage der gemäß den Artikeln 3 und 14 mitgeteilten Energie- und Klimaschutzpläne und ihren aktualisierten Fassungen kann der Gemeinsame Ausschuss des Assoziationsabkommens Stellungnahmen zu diesen Plänen abgeben.“

www.parlament.gv.at

m) Der Text von Artikel 14 erhält folgende Fassung:

„(1) Bis zum 1. Januar 2034 und danach alle zehn Jahre legt Andorra dem Gemeinsamen Ausschuss des Assoziationsabkommens eine aktualisierte Fassung des zuletzt vorgelegten Energie- und Klimaschutzplans vor oder nennt dem Gemeinsamen Ausschuss die Gründe, warum der Plan nicht aktualisiert werden muss.

(2) Bei der Aktualisierung gemäß Absatz 1 ändert Andorra sein nationales Ziel, seine nationale Vorgabe oder seinen nationalen Beitrag, um einem ehrgeizigeren Ziel als im zuletzt übermittelten Energie- und Klimaschutzplan gemäß Artikel 2 oder dem letzten national festgelegten Beitrag, der dem UNFCCC-Sekretariat vorgelegt wurde, Ausdruck zu verleihen, je nachdem, was ehrgeiziger ist.

(3) Andorra bemüht sich, in seinem aktualisierten Energie- und Klimaschutzplan etwaige negative Auswirkungen auf die Umwelt einzudämmen, die im Rahmen der Umsetzung seiner Energie- und Klimaschutzpläne zutage treten.

(4) Für die Ausarbeitung der aktualisierten Energie- und Klimaschutzpläne gelten die in den Artikeln 10 und 12 festgelegten Verfahren.

(5) Dieser Artikel berührt nicht das Recht Andorras, jederzeit Änderungen und Anpassungen an den nationalen Politiken vorzunehmen, die in seinen Energie- und Klimaschutzplänen festgelegt oder aufgeführt sind, sofern diese Änderungen und Anpassungen in den integrierten nationalen energie- und klimaschutzbezogenen Fortschrittsbericht aufgenommen werden.“

n) Artikel 15 wird wie folgt geändert:

i) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Wie in Artikel 3 vorgesehen, übermittelt Andorra dem Gemeinsamen Ausschuss des Assoziationsabkommens für die Zwecke der Governance-Mechanismen, die zum Nachweis der Einhaltung der Klima- und Energiemaßnahmen zu entwickeln sind, seine langfristige Strategie für Energie und Klimawandel und die Kommunikationsdokumente im Rahmen des UNFCCC und des Übereinkommens von Paris, insbesondere den halbjährlichen Transparenzbericht, die nationale Mitteilung und den national festgelegten Beitrag. Bis zum 1. Januar 2026 und anschließend alle zehn Jahre ab dem 1. Januar 2029 erstellt Andorra seine langfristige Strategie mit einer Perspektive von 30 Jahren und im Einklang mit seinem Ziel der Klimaneutralität und übermittelt sie dem Gemeinsamen Ausschuss.“

ii) Absatz 2 gilt nicht für Andorra.

iii) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die langfristige Strategie Andorras dient als Beitrag zu

a) der Erfüllung der Verpflichtungen, die Andorra aus dem UNFCCC und dem Übereinkommen von Paris erwachsen, um die anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen zu verringern und den Abbau dieser Gase durch Senken zu verbessern sowie die stärkere Einbindung von Kohlenstoff zu fördern;

b) der Verwirklichung des Ziels des Übereinkommens von Paris, den Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen;

c) der Erzielung von langfristigen Reduktionen von Treibhausgasemissionen sowie eines verstärkten Abbaus dieser Gase durch Senken in allen Sektoren im Einklang mit dem Ziel der Klimaneutralität im Kontext erforderlicher Reduktionen von Treibhausgasemissionen und des verstärkten Abbaus der Gase durch Senken laut Zwischenstaatlichem Ausschuss für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel for Climate Change, IPCC), um die Treibhausgasemissionen kosteneffizient zu verringern und zur Verwirklichung der Temperaturziele gemäß dem Übereinkommen von Paris den Abbau durch Senken zu verbessern, damit ein Gleichgewicht zwischen anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und ihrem Abbau durch Senken hergestellt wird und danach, falls möglich, negative Emissionen erreicht werden;

d) einem hochgradig energieeffizienten Energiesystem, das in hohem Maße auf erneuerbaren Energieträgern beruht.“

iv) In Absatz 4 erhält der einleitende Satz folgende Fassung:

„(4) Die langfristigen Strategien Andorras sollten die in Anhang IV aufgeführten Elemente enthalten. Darüber hinaus umfasst die langfristige Strategie Andorras Folgendes:“

v) Die Absätze 5 und 6 gelten nicht für Andorra.

vi) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Andorra unterrichtet die Öffentlichkeit über ihre langfristige Strategie und etwaige Aktualisierungen dieser Strategie und veröffentlicht sie umgehend.“

vii) Die Absätze 8 und 9 gelten nicht für Andorra.

o) Artikel 16 gilt nicht für Andorra.

p) Artikel 17 wird wie folgt geändert:

i) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Bis zum 15. März 2030 und danach alle zwei Jahre berichtet Andorra dem Gemeinsamen Ausschuss des Assoziationsabkommens über den Stand der Umsetzung seines Energie- und Klimaschutzplans, indem es einen integrierten nationalen energie- und klimabezogenen Fortschrittsbericht übermittelt, in dem auf alle fünf Dimensionen der Energie- und Klimapolitik eingegangen wird. Unbeschadet der Verpflichtungen der EU-Mitgliedstaaten nach den Artikeln 20 bis 25 kann Andorra in seine energie- und klimabezogenen Fortschrittsberichte die in den Artikeln 20 bis 25 genannten Elemente aufnehmen.“

ii) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Der integrierte nationale energie- und klimabezogene Fortschrittsbericht enthält Folgendes:

a) Informationen über die Fortschritte, die bei der Verwirklichung der in Artikel 2 genannten Ziele sowie bei der Finanzierung und Umsetzung der zu ihrer Erreichung erforderlichen Politiken und Maßnahmen erzielt wurden, einschließlich einer Überprüfung der tatsächlichen Investitionen im Vergleich zu den Investitionsannahmen;

b) etwaige Informationen zu den Fortschritten bei der Einrichtung des in Artikel 11 genannten Dialogs;

c) Informationen über die Anpassung gemäß Artikel 4.“

iii) Die Absätze 3 bis 6 gelten nicht für Andorra.

iv) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Andorra macht die dem Gemeinsamen Ausschuss vorgelegten Berichte öffentlich zugänglich.“

q) Die Artikel 18 bis 40 gelten nicht für Andorra.

r) Artikel 41 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Im Zusammenhang mit den Verpflichtungen aus dieser Verordnung pflegt Andorra eine umfassende Zusammenarbeit und Abstimmung mit der EU und ihren Mitgliedstaaten.“

7. 32014 R 1112: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1112/2014 der Kommission vom 13. Oktober 2014 zur Festlegung eines gemeinsamen Formats für den Informationsaustausch über Indikatoren für ernste Gefahren durch die Betreiber und Eigentümer von Offshore-Erdöl- und -Erdgasanlagen sowie eines gemeinsamen Formats für die Veröffentlichung der Informationen über Indikatoren für ernste Gefahren durch die Mitgliedstaaten (ABl. L 302 vom 22.10.2014, S. 1)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

ERDÖL

1. 31995 R 2964: Verordnung (EG) Nr. 2964/95 des Rates vom 20. Dezember 1995 zur Schaffung eines Registrierungssystems für Rohöleinfuhren und -lieferungen in der Gemeinschaft (ABl. L 310 vom 22.12.1995, S. 5)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt Andorra kein Rohöl ein.

2. 31999 D 0280: Entscheidung 1999/280/EG des Rates vom 22. April 1999 über ein gemeinschaftliches Verfahren zur Unterrichtung und Konsultation über die Kosten der Versorgung mit Rohöl und die Verbraucherpreise für Mineralölerzeugnisse (ABl. L 110 vom 28.4.1999, S. 8)

   Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt Andorra kein Rohöl ein.

www.parlament.gv.at

3. 31999 D 0566: Entscheidung 1999/566/EG der Kommission vom 26. Juli 1999 zur Durchführung der Entscheidung 1999/280/EG des Rates über ein gemeinschaftliches Verfahren zur Unterrichtung und Konsultation über die Kosten der Versorgung mit Rohöl und die Verbraucherpreise für Mineralölerzeugnisse (ABl. L 216 vom 14.8.1999, S. 8)

   Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt Andorra kein Rohöl ein.

4. 32009 L 0119: Richtlinie 2009/119/EG des Rates vom 14. September 2009 zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölerzeugnissen zu halten (ABl. L 265 vom 9.10.2009, S. 9), geändert durch:

   – 32018 L 1581: Durchführungsrichtlinie (EU) 2018/1581 der Kommission vom 19. Oktober 2018 (ABl. L 263 vom 22.10.2018, S. 57)

   – 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

www.parlament.gv.at

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) „Andorra stellt sicher, dass es die Verpflichtung nach Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie, dass die Erdölvorräte, die im Gebiet der Assoziationsparteien zum Nutzen Andorras ständig gehalten werden, insgesamt mindestens den täglichen Durchschnittsnettoeinfuhren für 90 Tage oder dem täglichen durchschnittlichen Inlandsverbrauch für 61 Tage entsprechen, je nachdem, welche Menge größer ist, durch bilaterale Abkommen mit benachbarten EU-Mitgliedstaaten tatsächlich erfüllt."

b) Die Artikel 5 bis 15, 17, 18, 20 und 21 der Richtlinie finden keine Anwendung.

c) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

KAPITEL 3

ERDGAS

1. 32009 L 0073: Richtlinie 2009/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 94), geändert durch:

   – 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

   – 32019 L 0692: Richtlinie (EU) 2019/692 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 (ABl. L 117 vom 3.5.2019, S. 1)

   – 32022 R 0869: Verordnung (EU) 2022/869 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 45)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungs- oder -verteilernetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

www.parlament.gv.at

2. 32009 R 0715: Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005 (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 36), geändert durch:

– 32010 D 0685: Beschluss 2010/685/EU der Kommission vom 10. November 2010 (ABl. L 293 vom 11.11.2010, S. 67)

– 32012 D 0490: Beschluss 2012/490/EU der Kommission vom 24. August 2012 (ABl. L 231 vom 28.8.2012, S. 16)

– 32013 R 0347: Verordnung (EU) Nr. 347/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2013 (ABl. L 115 vom 25.4.2013, S. 39)

– 32015 D 0715: Beschluss (EU) 2015/715 der Kommission vom 30. April 2015 (ABl. L 114 vom 5.5.2015, S. 9)

– 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

– 32022 R 0869: Verordnung (EU) 2022/869 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 45)

– 32022 R 1032: Verordnung (EU) 2022/1032 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 17)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

3. 32017 R 1938: Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 (ABl. L 280 vom 28.10.2017, S. 1), geändert durch:

   – 32022 R 0517: Delegierte Verordnung (EU) 2022/517 der Kommission vom 18. November 2021 (ABl. L 104 vom 1.4.2022, S. 53)

   – 32022 R 1032: Verordnung (EU) 2022/1032 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 17)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungs- oder -verteilernetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

4. 32014 R 0312: Verordnung (EU) Nr. 312/2014 der Kommission vom 26. März 2014 zur Festlegung eines Netzkodex für die Gasbilanzierung in Fernleitungsnetzen (ABl. L 91 vom 27.3.2014, S. 15)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

5. 32015 R 0703: Verordnung (EU) 2015/703 der Kommission vom 30. April 2015 zur Festlegung eines Netzkodex mit Vorschriften für die Interoperabilität und den Datenaustausch (ABl. L 113 vom 1.5.2015, S. 13)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

6. 32015 D 0715: Beschluss (EU) 2015/715 der Kommission vom 30. April 2015 zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen (ABl. L 114 vom 5.5.2015, S. 9)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

www.parlament.gv.at

7. 32017 R 0459: Verordnung (EU) 2017/459 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über Mechanismen für die Kapazitätszuweisung in Fernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 984/2013 (ABl. L 72 vom 17.3.2017, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

8. 32017 R 0460: Verordnung (EU) 2017/460 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über harmonisierte Fernleitungsentgeltstrukturen (ABl. L 72 vom 17.3.2017, S. 29)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

KAPITEL 4

ELEKTRIZITÄT

1. 32019 R 0941: Verordnung (EU) 2019/941 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Risikovorsorge im Elektrizitätssektor und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/89/EG (ABl. L 158 vom 14.6.2019, S. 1)

2. 32019 R 943: Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt (ABl. L 158 vom 14.6.2019, S. 54), geändert durch:

   – 32022 R 0869: Verordnung (EU) 2022/869 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 45)

3. 32019 L 0944: Richtlinie (EU) 2019/944 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 158 vom 14.6.2019, S. 125), geändert durch:

   – 32022 R 0869: Verordnung (EU) 2022/869 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 45)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) In Artikel 66 Absatz 2 wird Folgendes angefügt:

      „Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe y und Artikel 59 Absätze 5 bis 8 gelten nicht für Andorra, solange Ausnahmeregelungen gemäß Artikel 66 Absatz 6 gewährt werden.“

www.parlament.gv.at

b) In Artikel 66 wird Folgendes angefügt:

„(6) Als Land mit einem kleinen Verbundnetz kann Andorra bis zum 31. Dezember 2030 von den Artikeln 4 bis 7, Artikel 10 Absatz 1, Artikel 10 Absatz 12, Artikel 12 und Artikel 14 abweichen, sofern

a) die nationalen Elektrizitätsunternehmen verpflichtet werden, Maßnahmen zu befolgen, die ihren umsichtigen und effizienten Betrieb gewährleisten, einschließlich Maßnahmen zum Ausgleich der Konten innerhalb eines angemessenen Zeitraums;

b) nationale Elektrizitätsunternehmen ihren Kunden Preise, Dienstleistungsstandards und Wahlmöglichkeiten anbieten, die denen entsprechen, die Verbrauchern auf gut funktionierenden wettbewerbsorientierten Märkten zur Verfügung stehen, einschließlich mindestens drei unterschiedlicher Tarife;

c) nationale Elektrizitätsunternehmen, die als Versorger fungieren, verpflichtet sind, die Laststeuerung durch Aggregierung zu fördern und zumindest größeren Kunden die Teilnahme an der Laststeuerung durch Aggregierung zu ermöglichen;

d) eine unabhängige Regulierungsbehörde die Lieferpreise der nationalen Elektrizitätsunternehmen an ihre Endkunden festlegt. Für die Zwecke der uneingeschränkten Durchführung der Artikel 15 und 16 wird keine Ausnahme von Artikel 6 gewährt, soweit es um den Zugang aktiver Kunden und Bürgerenergiegemeinschaften zum Verteilernetz geht.

Die nationalen Behörden erheben und melden der Kommission jährlich Indikatoren für Preise, Dienstleistungsstandards und Wahlmöglichkeiten, die den Verbrauchern im Elektrizitätssektor zur Verfügung stehen.

Auf begründeten Antrag Andorras kann der Gemeinsame Ausschuss einige oder alle der in Unterabsatz 1 dieses Absatzes vorgesehenen Ausnahmeregelungen verlängern. In dem Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses wird der Zeitraum festgelegt, für den die Verlängerung gewährt wird. Der Gemeinsame Ausschuss kann an seinen Beschluss Bedingungen und Pflichten knüpfen, um sicherzustellen, dass die in den Unterabsätzen 1 und 2 dieses Absatzes genannten Anforderungen erfüllt sind. Auf begründeten Antrag kann der Gemeinsame Ausschuss nach Ablauf der in seinem ursprünglichen Beschluss gesetzten Frist weitere Verlängerungen gewähren, sofern die Voraussetzungen für die Gewährung einer solchen Verlängerung weiterhin erfüllt sind."

c) Für die Kapitel V und VI sowie Artikel 59 Absatz 1 Buchstaben h, k und w und Artikel 62 gilt Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

4. 32010 R 0838: Verordnung (EU) Nr. 838/2010 der Kommission vom 23. September 2010 zur Festlegung von Leitlinien für den Ausgleichsmechanismus zwischen Übertragungsnetzbetreibern und für einen gemeinsamen Regelungsrahmen im Bereich der Übertragungsentgelte (ABl. L 250 vom 24.9.2010, S. 5)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

5. 32013 R 0543: Verordnung (EU) Nr. 543/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 über die Übermittlung und die Veröffentlichung von Daten in Strommärkten und zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 943: Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt (ABl. L 158 vom 14.6.2019, S. 54)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

6. 32015 R 1222: Verordnung (EU) 2015/1222 der Kommission vom 24. Juli 2015 zur Festlegung einer Leitlinie für die Kapazitätsvergabe und das Engpassmanagement (ABl. L 197 vom 25.7.2015, S. 24), geändert durch:

   – 32021 R 0280: Durchführungsverordnung (EU) 2021/280 der Kommission vom 22. Februar 2021 (ABl. L 62 vom 23.2.2021, S. 24)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

www.parlament.gv.at

7. 32016 R 0631: Verordnung (EU) 2016/631 der Kommission vom 14. April 2016 zur Festlegung eines Netzkodex mit Netzanschlussbestimmungen für Stromerzeuger (ABl. L 112 vom 27.4.2016, S. 1)

8. 32016 R 1388: Verordnung (EU) 2016/1388 der Kommission vom 17. August 2016 zur Festlegung eines Netzkodex für den Lastanschluss (ABl. L 223 vom 18.8.2016, S. 10)

9. 32016 R 1447: Verordnung (EU) 2016/1447 der Kommission vom 26. August 2016 zur Festlegung eines Netzkodex mit Netzanschlussbestimmungen für Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungssysteme und nichtsynchrone Stromerzeugungsanlagen mit Gleichstromanbindung (ABl. L 241 vom 8.9.2016, S. 1)

10. 32016 R 1719: Verordnung (EU) 2016/1719 der Kommission vom 26. September 2016 zur Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe langfristiger Kapazität (ABl. L 259 vom 27.9.2016, S. 42), geändert durch:

    – 32021 R 0280: Durchführungsverordnung (EU) 2021/280 der Kommission vom 22. Februar 2021 (ABl. L 62 vom 23.2.2021, S. 24)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

www.parlament.gv.at

11. 32017 R 1485: Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission vom 2. August 2017 zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb (ABl. L 220 vom 25.8.2017, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0280: Durchführungsverordnung (EU) 2021/280 der Kommission vom 22. Februar 2021 (ABl. L 62 vom 23.2.2021, S. 24)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

12. 32017 R 2195: Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem (ABl. L 312 vom 28.11.2017, S. 6), geändert durch:

– 32021 R 0280: Durchführungsverordnung (EU) 2021/280 der Kommission vom 22. Februar 2021 (ABl. L 62 vom 23.2.2021, S. 24)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

13. 32017 R 2196: Verordnung (EU) 2017/2196 der Kommission vom 24. November 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über den Notzustand und den Netzwiederaufbau des Übertragungsnetzes (ABl. L 312 vom 28.11.2017, S. 54)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 5

ERNEUERBARE ENERGIE

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum endet am 31. Dezember 2025.

1. 32018 L 2001: Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 82), geändert durch:

   – 32022 R 0759: Delegierte Verordnung (EU) 2022/759 der Kommission vom 14. Dezember 2021 (ABl. L 139 vom 18.5.2022, S. 1)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Artikel 3 Absatz 1 findet keine Anwendung.

www.parlament.gv.at

b) Artikel 3 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Andorra legt bis spätestens 31. Dezember 2025 als Teil seines Energie- und Klimaschutzplans gemäß den Artikeln 3, 4 und 10 bis 14 der Verordnung (EU) 2018/1999 ein indikatives nationales Ziel für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen an seinem Bruttoendenergieverbrauch im Jahr 2030 fest.

Abweichend von Absatz 4 darf der Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch Andorras ab dem 1. Januar 2026 nicht niedriger sein als dieser Anteil im Jahr 2020. Hält Andorra seinen Ausgangswert, gemessen über einen Zeitraum von einem Jahr, nicht ein, so ergreift es innerhalb eines Jahres zusätzliche Maßnahmen, die ausreichen, um die Lücke innerhalb eines Jahres zu schließen."

c) Der Text von Artikel 25 erhält folgende Fassung:

„Andorra legt bis spätestens 31. Dezember 2025 als Teil seines Energie- und Klimaschutzplans gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2018/1999 ein indikatives nationales Ziel für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Endenergieverbrauch im Verkehr im Jahr 2030 fest."

d) Artikel 28 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Andorra trifft Maßnahmen, um nach und nach die Verfügbarkeit von Kraftstoffen aus erneuerbaren Quellen für den Verkehrssektor in Hinblick darauf sicherzustellen, dass im Einklang mit seinem nationalen Strategierahmen gemäß der Richtlinie 2014/94/EU öffentlich zugängliche Hochleistungsladestationen und andere Betankungsinfrastrukturen bereitgestellt werden."

e) Artikel 30 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Werden Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe und Biomasse-Brennstoffe, oder andere Brennstoffe, die auf den Zähler gemäß Artikel 27 Absatz 1 Buchstabe b angerechnet werden können, für die in den Artikeln 23 und 25 sowie in Artikel 29 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a, b und c genannten Zwecke berücksichtigt, verpflichtet Andorra die Kraftstoffanbieter, eine Bescheinigung vom Verkäufer einzuholen, die bestätigt, dass die Nachhaltigkeitskriterien und Kriterien für Treibhausgaseinsparungen für diese Kraftstoffe erfüllt sind, und die über ein freiwilliges oder nationales System ausgestellt wird."

f) Artikel 30 Absätze 2, 3, 6, 9 und 10 findet keine Anwendung.

2. 32019 R 0807: Delegierte Verordnung (EU) 2019/807 der Kommission vom 13. März 2019 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Bestimmung der Rohstoffe mit hohem Risiko indirekter Landnutzungsänderungen, in deren Fall eine wesentliche Ausdehnung der Produktionsflächen auf Flächen mit hohem Kohlenstoffbestand zu beobachten ist, und die Zertifizierung von Biokraftstoffen, flüssigen Biobrennstoffen und Biomasse-Brennstoffen mit geringem Risiko indirekter Landnutzungsänderungen (ABl. L 133 vom 21.5.2019, S. 1)

3. 32022 D 0599: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/599 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „Biomass Biofuels Sustainability voluntary scheme" (2BSvs) zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 173)

4. 32022 D 0600: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/600 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „Bonsucro EU“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 176)

5. 32022 D 0601: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/601 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „Better Biomass“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 179)

6. 32022 D 0602: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/602 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „International Sustainability & Carbon Certification — ISCC EU“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 182)

7. 32022 D 0604: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/604 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „Red Tractor Farm Assurance Crops and Sugar Beet Scheme“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 188)

8. 32022 D 0605: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/605 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „REDcert-EU“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 191)

9. 32022 D 0606: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/606 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „Round Table on Responsible Soy with EU RED Requirements (RTRS EU RED)“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 194)

10. 32022 D 0607: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/607 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „Roundtable on Sustainable Biomaterials (RSB) EU RED“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 197)

11. 32022 D 0608: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/608 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des Systems „Scottish Quality Crops Farm Assurance Scheme (SQC)“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 200)

12. 32022 D 0609: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/609 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „SURE“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 203)

13. 32022 D 0610: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/610 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des Systems „Trade Assurance Scheme for Combinable Crops (TASCC)“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 206)

14. 32022 D 0611: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/611 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des Systems „Universal Feed Assurance Scheme (UFAS)“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 209)

15. 32022 R 0996: Durchführungsverordnung (EU) 2022/996 der Kommission vom 14. Juni 2022 über Vorschriften für die Überprüfung in Bezug auf die Nachhaltigkeitskriterien und die Kriterien für Treibhausgaseinsparungen sowie die Kriterien für ein geringes Risiko indirekter Landnutzungsänderungen (ABl. L 168 vom 27.6.2022, S. 1)

16. 32022 D 1655: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1655 der Kommission vom 26. September 2022 über die Anerkennung des Berichts mit Angaben zu den typischen Treibhausgasemissionen aus dem Anbau von Sojabohnen in Argentinien gemäß Artikel 31 Absätze 3 und 4 der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 249 vom 27.9.2022, S. 47)

17. 32022 D 1656: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1656 der Kommission vom 26. September 2022 über die Anerkennung des Systems „Austrian agricultural certification scheme (AACS)“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 249 vom 27.9.2022, S. 50)

18. 32022 D 1657: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1657 der Kommission vom 26. September 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „Sustainable Biomass Program“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 249 vom 27.9.2022, S. 53)

19. 32022 R 2448: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2448 der Kommission vom 13. Dezember 2022 zur Festlegung operativer Leitlinien für den Nachweis der Einhaltung der in Artikel 29 der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Nachhaltigkeitskriterien für forstwirtschaftliche Biomasse (ABl. L 320 vom 14.12.2022, S. 4)

20. 32022 D 2461: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2461 der Kommission vom 14. Dezember 2022 zur Anerkennung des Systems „KZR INiG“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/603 (ABl. L 321 vom 15.12.2022, S. 38)

KAPITEL 6

ENERGIEEFFIZIENZ – ALLGEMEINES

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum endet am 31. Dezember 2025.

1. 32012 L 0027: Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG (ABl. L 315 vom 14.11.2012, S. 1), geändert durch:

   – 32013 L 0012: Richtlinie 2013/12/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 141 vom 28.5.2013, S. 28)

   – 32018 L 0844: Richtlinie (EU) 2018/844 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 156 vom 19.6.2018, S. 75)

   – 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

   – 32018 L 2002: Richtlinie (EU) 2018/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 210)

– 32019 D 0504: Beschluss (EU) 2019/504 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 (ABl. L 85I vom 27.3.2019, S. 66)

– 32019 R 0826: Delegierte Verordnung (EU) 2019/826 der Kommission vom 4. März 2019 (ABl. L 137 vom 23.5.2019, S. 3)

– 32019 L 0944: Richtlinie (EU) 2019/944 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 158 vom 14.6.2019, S. 125)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 1 Absatz 1 findet keine Anwendung.

b) Der Text von Artikel 3 erhält folgende Fassung:

„Andorra legt bis spätestens 31. Dezember 2025 als Teil seines Energie- und Klimaschutzplans gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2018/1999 ein indikatives nationales Energieeffizienzziel für 2030 fest.“

c) Der Text von Artikel 5 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Im Rahmen seines Energie- und Klimaschutzplans gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2018/1999 legt Andorra bis spätestens 31. Dezember 2025 ein indikatives nationales Ziel für den Anteil der Gesamtfläche der beheizten und/oder gekühlten Gebäude fest, die sich im Eigentum seiner Zentralregierung befinden und von ihr genutzt werden und die jedes Jahr bis 2030 renoviert werden. Das indikative nationale Ziel muss dem in Artikel 5 Absatz 1 festgelegten Satz möglichst nahekommen.“

d) Artikel 5 Absatz 3 findet keine Anwendung.

e) Artikel 8 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Andorra stellt sicher, dass Unternehmen, die kein KMU sind, Gegenstand eines Energieaudits sind, das bis zum [ein Jahr nach Inkrafttreten der Richtlinie] und mindestens alle vier Jahre nach dem vorangegangenen Energieaudit in unabhängiger und kostenwirksamer Weise von qualifizierten und/oder akkreditierten Experten durchgeführt oder nach innerstaatlichem Recht von unabhängigen Behörden durchgeführt und überwacht wird."

f) Anhang III Buchstabe c findet keine Anwendung.

2. 32008 D 0952: Entscheidung 2008/952/EG der Kommission vom 19. November 2008 zur Festlegung detaillierter Leitlinien für die Umsetzung und Anwendung des Anhangs II der Richtlinie 2004/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 338 vom 17.12.2008, S. 55)

3. 32013 D 0242: 2013/242/EU: Durchführungsbeschluss der Kommission vom 22. Mai 2013 zur Festlegung eines Musters für die Nationalen Energieeffizienz-Aktionspläne im Rahmen der Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 141 vom 28.5.2013, S. 48)

4. 32015 R 2402: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2402 der Kommission vom 12. Oktober 2015 zur Überarbeitung der harmonisierten Wirkungsgrad-Referenzwerte für die getrennte Erzeugung von Strom und Wärme gemäß der Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses 2011/877/EU der Kommission (ABl. L 333 vom 19.12.2015, S. 54)

KAPITEL 7

ENERGIEVERBRAUCHSKENNZEICHNUNG

1. 32017 R 1369: Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2017 zur Festlegung eines Rahmens für die Energieverbrauchskennzeichnung und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/30/EU (ABl. L 198 vom 28.7.2017, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 0740: Verordnung (EU) 2020/740 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 (ABl. L 177 vom 5.6.2020, S. 1)

2. 32011 R 0626: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 626/2011 der Kommission vom 4. Mai 2011 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Kennzeichnung von Luftkonditionierern in Bezug auf den Energieverbrauch (ABl. L 178 vom 6.7.2011, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1)

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

3. 32012 R 0392: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 392/2012 der Kommission vom 1. März 2012 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Kennzeichnung von Haushaltswäschetrocknern in Bezug auf den Energieverbrauch (ABl. L 123 vom 9.5.2012, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1)

– 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

4. 32013 R 0812: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 812/2013 der Kommission vom 18. Februar 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieeffizienzkennzeichnung von Warmwasserbereitern, Warmwasserspeichern und Verbundanlagen aus Warmwasserbereitern und Solareinrichtungen (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 83), geändert durch:

– 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1)

– 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

5. 32013 R 0811: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 811/2013 der Kommission vom 18. Februar 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energiekennzeichnung von Raumheizgeräten, Kombiheizgeräten, Verbundanlagen aus Raumheizgeräten, Temperaturreglern und Solareinrichtungen sowie von Verbundanlagen aus Kombiheizgeräten, Temperaturreglern und Solareinrichtungen (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 1), geändert durch:

– 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1)

– 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

6. 32014 R 0065: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 65/2014 der Kommission vom 1. Oktober 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsbacköfen und -dunstabzugshauben (ABl. L 29 vom 31.1.2014, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

7. 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 zur Änderung der delegierten Verordnungen (EU) Nr. 1059/2010, (EU) Nr. 1060/2010, (EU) Nr. 1061/2010, (EU) Nr. 1062/2010, (EU) Nr. 626/2011, (EU) Nr. 392/2012, (EU) Nr. 874/2012, (EU) Nr. 665/2013, (EU) Nr. 811/2013 und (EU) Nr. 812/2013 der Kommission im Hinblick auf die Kennzeichnung energieverbrauchsrelevanter Produkte im Internet

8. 32014 R 1254: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1254/2014 der Kommission vom 11. Juli 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Kennzeichnung von Wohnraumlüftungsgeräten in Bezug auf den Energieverbrauch (ABl. L 337 vom 25.11.2014, S. 27), berichtigt in ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 1, geändert durch:

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

9. 32015 R 1186: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1186 der Kommission vom 24. April 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Einzelraumheizgeräten (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 20), geändert durch:

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

10. 32015 R 1187: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1187 der Kommission vom 27. April 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Festbrennstoffkesseln und Verbundanlagen aus einem Festbrennstoffkessel, Zusatzheizgeräten, Temperaturreglern und Solareinrichtungen (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 43), geändert durch:

    – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

11. 32015 R 1094: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1094 der Kommission vom 5. Mai 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von gewerblichen Kühllagerschränken (ABl. L 177 vom 8.7.2015, S. 2), geändert durch:

    – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

12. 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 zur Änderung der Delegierten Verordnungen der Kommission (EU) Nr. 1059/2010, (EU) Nr. 1060/2010, (EU) Nr. 1061/2010, (EU) Nr. 1062/2010, (EU) Nr. 626/2011, (EU) Nr. 392/2012, (EU) Nr. 874/2012, (EU) Nr. 665/2013, (EU) Nr. 811/2013, (EU) Nr. 812/2013, (EU) Nr. 65/2014, (EU) Nr. 1254/2014, (EU) 2015/1094, (EU) 2015/1186 und (EU) 2015/1187 im Hinblick auf die Anwendung von Toleranzen bei Prüfverfahren (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

13. 32019 R 2013: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2013 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung elektronischer Displays und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1062/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

14. 32019 R 2014: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2014 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltswaschmaschinen und Haushaltswaschtrocknern sowie zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1061/2010 der Kommission und der Richtlinie 96/60/EG der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 29), geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

15. 32019 R 2015: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2015 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Lichtquellen und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 874/2012 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 68), geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

16. 32019 R 2016: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2016 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1060/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 102), geändert durch:

    – 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

17. 32019 R 2017: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2017 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsgeschirrspülern und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1059/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 134), geändert durch:

    – 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

18. 32019 R 2018: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2018 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten mit Direktverkaufsfunktion (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 155), geändert durch:

    – 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

KAPITEL 8

ENERGIEEFFIZIENZ VON GEBÄUDEN

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum endet am 31. Dezember 2025.

1. 32010 L 0031: Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (ABl. L 153 vom 18.6.2010, S. 13), geändert durch:

   – 32018 L 0844: Richtlinie (EU) 2018/844 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 156 vom 19.6.2018, S. 75)

   – 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 2a Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Andorra legt im Rahmen seiner Energie- und Klimaschutzpläne gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2018/1999 bis spätestens 31. Dezember 2025 ein indikatives nationales Ziel fest, um für einen in hohem Maße energieeffizienten und dekarbonisierten nationalen Gebäudebestand zu sorgen und den kosteneffizienten Umbau bestehender Gebäude in Niedrigstenergiegebäude bis 2050 zu erleichtern. Andorra legt ferner indikative Meilensteine für 2030, 2040 und 2050 fest, um das indikative nationale Ziel zu erreichen."

b) Artikel 2a Absatz 8 erhält folgende Fassung:

„(8) Andorra legt der Kommission bis spätestens 31. Dezember 2025 eine langfristige Renovierungsstrategie vor."

c) Artikel 5 Absatz 2 Unterabsatz 2 letzter Satz erhält folgende Fassung:

„Der erste Bericht ist bis 30. Juni 2027 zu übermitteln."

2. 32020 R 2155: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2155 der Kommission vom 14. Oktober 2020 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung eines optionalen gemeinsamen Systems der Union zur Bewertung der Intelligenzfähigkeit von Gebäuden (ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 9)

www.parlament.gv.at

3. 32020 R 2156: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2156 der Kommission vom 14. Oktober 2020 zur Festlegung der technischen Modalitäten für die wirksame Umsetzung eines optionalen gemeinsamen Systems der Union zur Bewertung der Intelligenzfähigkeit von Gebäuden (ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 25)

4. 32012 R 0244: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 244/2012 der Kommission vom 16. Januar 2012 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden durch die Schaffung eines Rahmens für eine Vergleichsmethode zur Berechnung kostenoptimaler Niveaus von Mindestanforderungen an die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und Gebäudekomponenten (ABl. L 81 vom 21.3.2012, S. 18)

KAPITEL 9

REIFEN

1. 32020 R 0740: Verordnung (EU) 2020/740 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere Parameter, zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1369 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1222/2009 (ABl. L 177 vom 5.6.2020, S. 1)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 10

ÖKODESIGN ENERGIEVERBRAUCHSRELEVANTER PRODUKTE

1. 31992 L 0042: Richtlinie 92/42/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 über die Wirkungsgrade von mit flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen beschickten neuen Warmwasserheizkesseln (ABl. L 167 vom 22.6.1992, S. 17), geändert durch:

   – 31993 L 0068: Richtlinie 93/68/EWG des Rates vom 22. Juli 1993 (ABl. L 220 vom 30.8.1993, S. 1)

   – 32008 L 0028: Richtlinie 2008/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 (ABl. L 81 vom 20.3.2008, S. 48)

   – 32013 R 0813: Verordnung (EU) Nr. 813/2013 der Kommission vom 2. August 2013 (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 136)

2. 32009 L 0125: Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte (Neufassung der Richtlinie 2005/32/EG) (ABl. L 285 vom 31.10.2009, S. 10), geändert durch:

   – 32012 L 0027: Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 (ABl. L 315 vom 14.11.2012, S. 1)

3. 32008 R 1275: Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission vom 17. Dezember 2008 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an den Stromverbrauch elektrischer und elektronischer Haushalts- und Bürogeräte im Bereitschafts- und im Aus-Zustand (ABl. L 339 vom 18.12.2008, S. 45), geändert durch:

– 32009 R 0278: Verordnung (EG) Nr. 278/2009 der Kommission vom 6. April 2009 (ABl. L 93 vom 7.4.2009, S. 3)

– 32009 R 0642: Verordnung (EG) Nr. 642/2009 der Kommission vom 22. Juli 2009 (ABl. L 191 vom 23.7.2009, S. 42)

– 32013 R 0617: Verordnung (EU) Nr. 617/2013 der Kommission vom 26. Juni 2013 (ABl. L 175 vom 27.6.2013, S. 13)

– 32013 R 0801: Verordnung (EU) Nr. 801/2013 der Kommission vom 22. August 2013 (ABl. L 225 vom 23.8.2013, S. 1)

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) Nr. 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

– 32019 R 2021: Verordnung (EU) 2019/2021 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 241)

– 32019 R 2022: Verordnung (EU) 2019/2022 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 267)

– 32019 R 2023: Verordnung (EU) 2019/2023 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 285)

4. 32009 R 0107: Verordnung (EG) Nr. 107/2009 der Kommission vom 4. Februar 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Set-Top-Boxen (ABl. L 36 vom 5.2.2009, S. 8), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

5. 32009 R 0641: Verordnung (EG) Nr. 641/2009 der Kommission vom 22. Juli 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von externen Nassläufer-Umwälzpumpen und in Produkte integrierten Nassläufer-Umwälzpumpen (ABl. L 191 vom 23.7.2009, S. 35), geändert durch:

– 32012 R 0622: Verordnung (EU) Nr. 622/2012 der Kommission vom 11. Juli 2012 (ABl. L 180 vom 12.7.2012, S. 4)

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

6. 32011 R 0327: Verordnung (EU) Nr. 327/2011 der Kommission vom 30. März 2011 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Ventilatoren, die durch Motoren mit einer elektrischen Eingangsleistung zwischen 125 W und 500 kW angetrieben werden (ABl. L 90 vom 6.4.2011, S. 8), geändert durch:

   – 32013 R 0666: Verordnung (EU) Nr. 666/2013 der Kommission vom 8. Juli 2013 (ABl. L 192 vom 13.7.2013, S. 24)

   – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

7. 32012 R 0206: Verordnung (EU) Nr. 206/2012 der Kommission vom 6. März 2012 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Raumklimageräten und Komfortventilatoren (ABl. L 72 vom 10.3.2012, S. 7), geändert durch:

   – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

8. 32012 R 0547: Verordnung (EU) Nr. 547/2012 der Kommission vom 25. Juni 2012 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Wasserpumpen (ABl. L 165 vom 26.6.2012, S. 28), geändert durch:

   – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

9. 32012 R 0932: Verordnung (EU) Nr. 932/2012 der Kommission vom 3. Oktober 2012 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Haushaltswäschetrocknern (ABl. L 278 vom 12.10.2012, S. 1), geändert durch:

   – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

10. 32013 R 0617: Verordnung (EU) Nr. 617/2013 der Kommission vom 26. Juni 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Computern und Computerservern (ABl. L 175 vom 27.6.2013, S. 13), geändert durch:

   – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

   – 32019 R 0424: Verordnung (EU) 2019/424 der Kommission vom 15. März 2019

11. 32013 R 0666: Verordnung (EU) Nr. 666/2013 der Kommission vom 8. Juli 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Staubsaugern (ABl. L 192 vom 13.7.2013, S. 24), geändert durch:

   – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

12. 32013 R 0813: Verordnung (EU) Nr. 813/2013 der Kommission vom 2. August 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Raumheizgeräten und Kombiheizgeräten (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 136), geändert durch:

    – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

13. 32013 R 0814: Verordnung (EU) Nr. 814/2013 der Kommission vom 2. August 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Warmwasserbereitern und Warmwasserspeichern (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 162), geändert durch:

    – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

14. 32014 R 0066: Verordnung (EU) Nr. 66/2014 der Kommission vom 14. Januar 2014 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Haushaltsbacköfen, -kochmulden und -dunstabzugshauben (ABl. L 29 vom 31.1.2014, S. 33), geändert durch:

    – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

15. 32014 R 0548: Verordnung (EU) Nr. 548/2014 der Kommission vom 21. Mai 2014 zur Umsetzung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Kleinleistungs-, Mittelleistungs- und Großleistungstransformatoren (ABl. L 152 vom 22.5.2014, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

– 32019 R 1783: Verordnung (EU) 2019/1783 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 107)

16. 32014 R 1253: Verordnung (EU) Nr. 1253/2014 der Kommission vom 7. Juli 2014 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Lüftungsanlagen (ABl. L 337 vom 25.11.2014, S. 8), berichtigt in ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 105, geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

17. 32015 R 1185: Verordnung (EU) 2015/1185 der Kommission vom 24. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Festbrennstoff-Einzelraumheizgeräten (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

18. 32015 R 1188: Verordnung (EU) 2015/1188 der Kommission vom 28. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Einzelraumheizgeräten (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 76), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

19. 32015 R 1189: Verordnung (EU) 2015/1189 der Kommission vom 28. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Festbrennstoffkesseln (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 100), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

20. 32015 R 1095: Verordnung (EU) 2015/1095 der Kommission vom 5. Mai 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von gewerblichen Kühllagerschränken, Schnellkühlern/-frostern, Verflüssigungssätzen und Prozesskühlern (ABl. L 177 vom 8.7.2015, S. 19), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

21. 32016 R 2281: Verordnung (EU) 2016/2281 der Kommission vom 30. November 2016 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte im Hinblick auf Luftheizungsprodukte, Kühlungsprodukte, Prozesskühler mit hoher Betriebstemperatur und Gebläsekonvektoren (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

22. 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1275/2008, (EG) Nr. 107/2009, (EG) Nr. 278/2009, (EG) Nr. 640/2009, (EG) Nr. 641/2009, (EG) Nr. 642/2009, (EG) Nr. 643/2009, (EU) Nr. 1015/2010, (EU) Nr. 1016/2010, (EU) Nr. 327/2011, (EU) Nr. 206/2012, (EU) Nr. 547/2012, (EU) Nr. 932/2012, (EU) Nr. 617/2013, (EU) Nr. 666/2013, (EU) Nr. 813/2013, (EU) Nr. 814/2013, (EU) Nr. 66/2014, (EU) Nr. 548/2014, (EU) Nr. 1253/2014, (EU) 2015/1095, (EU) 2015/1185, (EU) 2015/1188, (EU) 2015/1189 und (EU) 2016/2281 im Hinblick auf die Anwendung von Toleranzen bei Prüfverfahren

23. 32019 R 0424: Verordnung (EU) 2019/424 der Kommission vom 15. März 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Server und Datenspeicherprodukte gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 617/2013 der Kommission (ABl. L 74 vom 18.3.2019, S. 46), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

24. 32019 R 1781: Verordnung (EU) 2019/1781 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Elektromotoren und Drehzahlregelungen gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 641/2009 im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von externen Nassläufer-Umwälzpumpen und in Produkte integrierten Nassläufer-Umwälzpumpen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 640/2009 der Kommission (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 74), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

25. 32019 R 1782: Verordnung (EU) 2019/1782 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an externe Netzteile gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 278/2009 der Kommission (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 95)

26. 32019 R 1784: Verordnung (EU) 2019/1784 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Schweißgeräten gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 121)

27. 32019 R 2019: Verordnung (EU) 2019/2019 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Kühlgeräte gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 643/2009 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 187), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

28. 32019 R 2020: Verordnung (EU) 2019/2020 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Lichtquellen und separate Betriebsgeräte gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 244/2009, (EG) Nr. 245/2009 und (EU) Nr. 1194/2012 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 209), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

29. 32019 R 2021: Verordnung (EU) 2019/2021 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an elektronische Displays gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 642/2009 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 241), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

30. 32019 R 2022: Verordnung (EU) 2019/2022 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Haushaltsgeschirrspüler gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1016/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 267), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

31. 32019 R 2023: Verordnung (EU) 2019/2023 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Haushaltswaschmaschinen und Haushaltswaschtrockner gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1015/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 285), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

32. 32019 R 2024: Verordnung (EU) 2019/2024 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Kühlgeräte mit Direktverkaufsfunktion gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 313), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

ANHANG V – ANDORRA-PROTOKOLL

FREIZÜGIGKEIT DER ARBEITNEHMER

Liste nach Artikel 14 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Die Bestimmungen über die sektoralen Anpassungen in Anhang VIII des Andorra-Protokolls gelten entsprechend für diesen Anhang.

ÜBERGANGSZEITRAUM

Soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist, finden die Artikel 32 bis 34 des Andorra-Protokolls entsprechend auf diesen Anhang Anwendung.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. Der unter Nummer 3 des Anhangs VIII dieses Abkommens genannte Rechtsakt (Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates) in der für die Zwecke des Abkommens angepassten Fassung gilt entsprechend für die unter diesen Anhang fallenden Bereiche.

2. Der unter Nummer 4 des Anhangs VIII genannte Rechtsakt (Verordnung (EU) 2019/1157 des Europäischen Parlaments und des Rates) in der für die Zwecke des Abkommens angepassten Fassung gilt entsprechend für die unter diesen Anhang fallenden Bereiche.

3. 32011 R 0492: Verordnung (EU) Nr. 492/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union (ABl. L 141 vom 27.5.2011, S. 1), geändert durch:

   – 32016 R 0589: Verordnung (EU) 2016/589 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. April 2016 (ABl. L 107 vom 22.4.2016, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32019 R 1149: Verordnung (EU) 2019/1149 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 21)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 36 Absatz 1 findet keine Anwendung.

b) In Artikel 36 Absatz 2 wird der Verweis auf Artikel 48 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union durch einen Verweis auf Artikel 15 dieses Abkommens ersetzt.

4. 32016 R 0589: Verordnung (EU) 2016/589 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. April 2016 über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen (EURES), den Zugang von Arbeitnehmern zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 492/2011 und (EU) Nr. 1296/2013 (ABl. L 107 vom 22.4.2016, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

5. 32018 D 0170: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/170 der Kommission vom 2. Februar 2018 über einheitliche detaillierte Spezifikationen für die Datenerhebung und -analyse zur Überwachung und Bewertung der Funktionsweise des EURES-Netzes (ABl. L 31 vom 3.2.2018, S. 104)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

6. 32017 D 1255: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1255 der Kommission vom 11. Juli 2017 über ein Muster für die Beschreibung der nationalen Systeme und Verfahren zur Zulassung von Einrichtungen als EURES-Mitglieder und -Partner (ABl. L 179 vom 12.7.2017, S. 18)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

7. 32017 D 1256: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1256 der Kommission vom 11. Juli 2017 über Muster und Verfahren für den Austausch auf Unionsebene von Informationen über die nationalen Arbeitsprogramme für die Tätigkeiten des EURES-Netzes (ABl. L 179 vom 12.7.2017, S. 24)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

8. 32017 D 1257: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1257 der Kommission vom 11. Juli 2017 über die notwendigen technischen Standards und Formate für ein einheitliches System zur Ermöglichung des Abgleichs von Stellenangeboten mit Stellengesuchen und Lebensläufen auf dem EURES-Portal (ABl. L 179 vom 12.7.2017, S. 32)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

9. 31977 L 0486: Richtlinie 77/486/EWG des Rates vom 25. Juli 1977 über die schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern (ABl. L 199 vom 6.8.1977, S. 32)

10. 32014 L 0054: Richtlinie 2014/54/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Maßnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte, die Arbeitnehmern im Rahmen der Freizügigkeit zustehen (ABl. L 128 vom 30.4.2014, S. 8)

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

    a) Bezugnahmen auf „Unionsbürger“ beziehungsweise „Bürger der Union“ werden durch Bezugnahmen auf „Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten und Andorras“ ersetzt.

    b) Bezugnahmen auf „Arbeitnehmer der Union“ werden durch Bezugnahmen auf „Arbeitnehmer“ ersetzt.

    c) In den Artikeln 1 und 3 wird die Angabe „Artikel 45 AEUV“ durch die Angabe „Artikel 14 des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

www.parlament.gv.at

d) In Artikel 4 werden die Worte „des Unionsrechts im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit“ durch die Worte „der Vorschriften über die Arbeitnehmerfreizügigkeit gemäß dem Assoziationsabkommen“ ersetzt.

e) In Artikel 6 wird das Wort „Unionsrecht“ durch das Wort „Assoziationsabkommen“ ersetzt.

f) In Artikel 7 finden die Worte „Artikel 21 AEUV und“ keine Anwendung.

11. 32018 D 1020: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1020 der Kommission vom 18. Juli 2018 zur Annahme und Aktualisierung der Liste der Fähigkeiten, Kompetenzen und Berufe der europäischen Klassifikation zum Zweck des automatisierten Abgleichs über die gemeinsame IT-Plattform von EURES (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 17)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

12. 32018 D 1021: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1021 der Kommission vom 18. Juli 2018 zur Festlegung der technischen Standards und Formate, die für die Anwendung des automatisierten Abgleichs über die gemeinsame IT-Plattform unter Nutzung der europäischen Klassifikation und für die Interoperabilität zwischen den nationalen Systemen und der europäischen Klassifikation benötigt werden (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 20)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

13. 32019 R 1149: Verordnung (EU) 2019/1149 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 883/2004, (EU) Nr. 492/2011 und (EU) 2016/589 sowie zur Aufhebung des Beschlusses (EU) 2016/344 (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 21)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Artikel 17 wird folgender Absatz eingefügt:

„(1a) Andorra kann an den Sitzungen und Beratungen des Verwaltungsrats der Europäischen Arbeitsbehörde als Beobachter teilnehmen, ohne sich an anderen Tätigkeiten der Europäischen Arbeitsbehörde zu beteiligen.“

Diese Anpassung wird fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens überprüft.

ANHANG VI – ANDORRA-PROTOKOLL

SOZIALE SICHERHEIT

Liste nach Artikel 15 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Allgemeine Koordinierung der sozialen Sicherheit 2
2 Wahrung ergänzender Rentenansprüche 7

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

www.parlament.gv.at

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

KAPITEL 1

ALLGEMEINE KOORDINIERUNG DER SOZIALEN SICHERHEIT

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32004 R 0883: Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 166 vom 30.4.2004, S. 1), berichtigt in ABl. L 200 vom 7.6.2004, S. 1, und ABl. L 204 vom 4.8.2007, S. 30, geändert durch:

   – 32009 R 0988: Verordnung (EG) Nr. 988/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 (ABl. L 284 vom 30.10.2009, S. 43)

   – 32010 R 1244: Verordnung (EU) Nr. 1244/2010 der Kommission vom 9. Dezember 2010 (ABl. L 338 vom 22.12.2010, S. 35)

   – 32012 R 0465: Verordnung (EU) Nr. 465/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 (ABl. L 149 vom 8.6.2012, S. 4)

   – 32012 R 1224: Verordnung (EU) Nr. 1224/2012 der Kommission vom 18. Dezember 2012 (ABl. L 349 vom 19.12.2012, S. 45)

www.parlament.gv.at

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32013 R 1372: Verordnung (EU) Nr. 1372/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2013 (ABl. L 346 vom 20.12.2013, S. 27), geändert durch:

  – 32014 R 1368: Verordnung (EU) Nr. 1368/2014 der Kommission vom 17. Dezember 2014 (ABl. L 366 vom 20.12.2014, S. 15), berichtigt in ABl. L 288 vom 22.10.2016, S. 58

– 32017 R 0492: Verordnung (EU) 2017/492 der Kommission vom 21. März 2017 (ABl. L 76 vom 22.3.2017, S. 13)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Anhang II wird Folgendes angefügt:

„ANDORRA — SPANIEN

Artikel 11.4 des bilateralen Abkommens zwischen Spanien und Andorra vom 14. April 1978 über soziale Sicherheit (betreffend die Ansprüche von in Andorra wohnenden Versicherten, die eine spanische Rente beziehen, auf Beibehaltung des Anspruchs auf Sachleistungen, als ob sie zu 100 % weiterhin in Spanien wohnten).

Artikel 46 des bilateralen Abkommens zwischen Spanien und Andorra vom 1. Januar 2003 über soziale Sicherheit (betreffend die Ansprüche von in Andorra wohnenden Versicherten, die eine spanische Rente beziehen, auf Beibehaltung des Anspruchs auf Sachleistungen, als ob sie zu 100 % weiterhin in Spanien wohnten).“

www.parlament.gv.at

b) In Anhang III wird Folgendes angefügt:

„ANDORRA“

c) In Anhang X wird Folgendes angefügt:

„ANDORRA

a) Beitragsunabhängige Zulage zu Invaliditätsrenten (Artikel 170a des Gesetzes über die soziale Sicherheit Nr. 17/2008 vom 3. Oktober 2008).

b) Beitragsunabhängige Zulage zu Witwen- und Witwerrenten (Artikel 184 des Gesetzes über die soziale Sicherheit Nr. 17/2008 vom 3. Oktober 2008).

c) Solidaritätsbeihilfe für Menschen mit Behinderungen (Artikel 25 des Gesetzesdekrets vom 30. Mai 2018 zur Veröffentlichung der Neufassung des Gesetzes 6/2014 vom 24. April über Sozial- und Gesundheitsdienste; und Artikel 9 und 10 des Dekrets vom 7. Oktober 2020 zur Genehmigung der Verordnung über wirtschaftliche Vorteile von Sozial- und Gesundheitsdiensten).

d) Solidaritätsbeihilfe für ältere Menschen (Artikel 26 des Gesetzesdekrets vom 30. Mai 2018 zur Veröffentlichung der Neufassung des Gesetzes 6/2014 vom 24. April über Sozial- und Gesundheitsdienste; und Artikel 9 und 11 des Dekrets vom 7. Oktober 2020 zur Genehmigung der Leistungsverordnungen).“

www.parlament.gv.at

d) MODALITÄTEN FÜR DIE BETEILIGUNG ANDORRAS AN DER VERWALTUNGSKOMMISSION FÜR DIE KOORDINIERUNG DER SYSTEME DER SOZIALEN SICHERHEIT UND AN DEM FACHAUSSCHUSS FÜR DATENVERARBEITUNG SOWIE DEM RECHNUNGSAUSSCHUSS DIESER VERWALTUNGSKOMMISSION NACH ARTIKEL 80 DES RAHMENABKOMMENS:

Andorra kann einen Vertreter in beratender Funktion (Beobachter) zu den Sitzungen der bei der Europäischen Kommission eingesetzten Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit sowie zu den Sitzungen des Fachausschusses für Datenverarbeitung und des Rechnungsausschusses dieser Verwaltungskommission entsenden.

e) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens, mit Ausnahme der Bestimmungen über den elektronischen Austausch von Sozialversicherungsdaten, für die dieser Zeitraum fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens beträgt.

2. 32019 R 0500: Verordnung (EU) 2019/500 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. März 2019 zur Einführung von Notfallmaßnahmen im Bereich der Koordinierung der sozialen Sicherheit nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union (ABl. L 85I vom 27.3.2019, S. 35)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Absatz 2 jenes Artikels genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens, mit Ausnahme der Bestimmungen über den elektronischen Austausch von Sozialversicherungsdaten, für die dieser Zeitraum fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens beträgt.

www.parlament.gv.at

3. 32009 R 0987: Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 284 vom 30.10.2009, S. 1), geändert durch:

– 32010 R 1244: Verordnung (EU) Nr. 1244/2010 der Kommission vom 9. Dezember 2010 (ABl. L 338 vom 22.12.2010, S. 35)

– 32012 R 0465: Verordnung (EU) Nr. 465/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 (ABl. L 149 vom 8.6.2012, S. 4)

– 32012 R 1224: Verordnung (EU) Nr. 1224/2012 der Kommission vom 18. Dezember 2012 (ABl. L 349 vom 19.12.2012, S. 45)

– 32013 R 1372: Verordnung (EU) Nr. 1372/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2013 (ABl. L 346 vom 20.12.2013, S. 27)

– 32014 R 1368: Verordnung (EU) Nr. 1368/2014 der Kommission vom 17. Dezember 2014 (ABl. L 366 vom 20.12.2014, S. 15), berichtigt in ABl. L 288 vom 22.10.2016, S. 58

– 32017 R 0492: Verordnung (EU) 2017/492 der Kommission vom 21. März 2017 (ABl. L 76 vom 22.3.2017, S. 13)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Absatz 2 jenes Artikels genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens, mit Ausnahme der Bestimmungen über den elektronischen Austausch von Sozialversicherungsdaten, für die dieser Zeitraum fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens beträgt.

KAPITEL 2

WAHRUNG ERGÄNZENDER RENTENANSPRÜCHE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31998 L 0049: Richtlinie 98/49/EG des Rates vom 29. Juni 1998 zur Wahrung ergänzender Rentenansprüche von Arbeitnehmern und Selbständigen, die innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. L 209 vom 25.7.1998, S. 46)

2. 32014 L 0050: Richtlinie 2014/50/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Mindestvorschriften zur Erhöhung der Mobilität von Arbeitnehmern zwischen den Mitgliedstaaten durch Verbesserung des Erwerbs und der Wahrung von Zusatzrentenansprüchen (ABl. L 128 vom 30.4.2014, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32010 D 0424(01): Beschluss Nr. A1 vom 12. Juni 2009 über die Einrichtung eines Dialog- und Vermittlungsverfahrens zu Fragen der Gültigkeit von Dokumenten, der Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften und der Leistungserbringung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 1)

2. 32010 D 0424(02): Beschluss Nr. A2 vom 12. Juni 2009 zur Auslegung des Artikels 12 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der auf entsandte Arbeitnehmer sowie auf Selbständige, die vorübergehend eine Tätigkeit in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat ausüben, anzuwendenden Rechtsvorschriften (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 5)

www.parlament.gv.at

3. 32010 D 0608(01): Beschluss Nr. A3 vom 17. Dezember 2009 über die Zusammenrechnung ununterbrochener Entsendezeiten, die gemäß den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates zurückgelegt wurden (ABl. C 149 vom 8.6.2010, S. 3)

4. 32010 D 0710(01): Beschluss Nr. E2 vom 3. März 2010 über die Einführung eines Verfahrens für die Vornahme von Änderungen an den Angaben zu den in Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates genannten Stellen, die in dem elektronischen Verzeichnis, das Bestandteil von EESSI ist, aufgeführt sind (ABl. C 187 vom 10.7.2010, S. 5)

5. 32014 D 0520(03): Beschluss Nr. E4 vom 13. März 2014 über die Übergangszeit gemäß Artikel 95 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 152 vom 20.5.2014, S. 21)

6. 32017 D 0719(01): Beschluss Nr. E5 vom 16. März 2017 über die praktischen Modalitäten für die Übergangszeit zum elektronischen Datenaustausch nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 (ABl. C 233 vom 19.7.2017, S. 3)

7. 32018 D 1004 (02): Beschluss Nr. E6 vom 19. Oktober 2017 zur Bestimmung des Zeitpunkts, ab dem eine Nachricht im System für den elektronischen Austausch von Sozialversicherungsdaten (EESSI) als rechtlich zugestellt gilt (ABl. C 355 vom 4.10.2018, S. 5)

8. 32020 D 0306 (01): Beschluss NR. E7 vom 27. Juni 2019 über die praktischen Modalitäten der Zusammenarbeit und des Datenaustauschs bis zur vollständigen Umsetzung des elektronischen Austauschs von Sozialversicherungsdaten (EESSI) in den Mitgliedstaaten (ABl. C 73 vom 6.3.2020, S. 5)

9. 32010 D 0424(04): Beschluss Nr. F1 vom 12. Juni 2009 zur Auslegung des Artikels 68 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Prioritätsregeln beim Zusammentreffen von Familienleistungen (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 11)

10. 32016 D 0211(05): Beschluss Nr. F2 vom 23. Juni 2015 über den Datenaustausch zwischen den Trägern zum Zweck der Gewährung von Familienleistungen (ABl. C 52 vom 11.2.2016, S. 11)

11. 32019 D 0626(01): Beschluss Nr. F3 vom 19. Dezember 2018 zur Auslegung des Artikels 68 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 in Bezug auf die Methode zur Berechnung des Unterschiedsbetrags (ABl. C 215 vom 26.6.2019, S. 2)

12. 32010 D 0424(05): Beschluss Nr. H1 vom 12. Juni 2009 über die Rahmenbedingungen für den Übergang von den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und (EWG) Nr. 574/72 des Rates zu den Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie über die Anwendung der Beschlüsse und Empfehlungen der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 13)

13. 32010 D 0608(02): Beschluss Nr. H5 vom 18. März 2010 über die Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Betrug und Fehlern im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. C 149 vom 8.6.2010, S. 5)

14. 32011 D 0212(01): Beschluss Nr. H6 vom 16. Dezember 2010 über die Anwendung bestimmter Grundsätze für die Zusammenrechnung der Zeiten gemäß Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. C 45 vom 12.2.2011, S. 5)

15. 32020 D 0807 (01): Beschluss Nr. H9 vom 17. Juni 2020 zur Verlängerung der in den Artikeln 67 und 70 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie im Beschluss Nr. S9 genannten Fristen aufgrund der COVID-19-Pandemie (ABl. C 259 vom 7.8.2020, S. 9)

16. 32021 D 0316(01): Beschluss Nr. H10 vom 21. Oktober 2020 über die Arbeitsweise und Zusammensetzung des Fachausschusses für Datenverarbeitung der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. C 89 vom 16.3.2021, S. 6)

17. 32021 D 0506 (01): Beschluss Nr. H11 vom 9. Dezember 2020 zur Verlängerung der in den Artikeln 67 und 70 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 sowie im Beschluss Nr. S9 genannten Fristen aufgrund der COVID-19-Pandemie (ABl. C 170 vom 6.5.2021, S. 4)

18. 32022 D 0228 (01): Beschluss Nr. H12 vom 19. Oktober 2021 über den Bezugszeitpunkt für die Festlegung der Umrechnungskurse gemäß Artikel 90 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 93 vom 28.2.2022, S. 6)

19. 32022 D 0810 (01): Beschluss Nr. H13 vom 30. März 2022 über die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Rechnungsausschusses der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit 2022/C 305/03 (ABl. C 305 vom 10.8.2022, S. 4)

20. 32010 D 0424(07): Beschluss Nr. P1 vom 12. Juni 2009 zur Auslegung der Artikel 50 Absatz 4, 58 und 87 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Feststellung von Leistungen bei Invalidität und Alter sowie Leistungen an Hinterbliebene (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 21)

21. 32013 D 0927(01): Beschluss Nr. R1 vom 20. Juni 2013 über die Auslegung des Artikels 85 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 (ABl. C 279 vom 27.9.2013, S. 11)

22. 32010 D 0424(08): Beschluss Nr. S1 vom 12. Juni 2009 betreffend die europäische Krankenversicherungskarte (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 23)

23. 32010 D 0424(09): Beschluss Nr. S2 vom 12. Juni 2009 betreffend die technischen Merkmale der europäischen Krankenversicherungskarte (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 26)

    Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Ungeachtet der Nummer 3.3.2 des Anhangs des Beschlusses hat Andorra die Möglichkeit, auf den von Andorra ausgestellten europäischen Krankenversicherungskarten die europäischen Sterne zu verwenden.

24. 32010 D 0424(10): Beschluss Nr. S3 vom 12. Juni 2009 zur Bestimmung der durch Artikel 19 Absatz 1 und Artikel 27 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie Artikel 25 Buchstabe A Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates abgedeckten Leistungen (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 40)

25. 32010 D 0424(15): Beschluss Nr. S5 vom 2. Oktober 2009 zur Auslegung des in Artikel 1 Buchstabe va der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates definierten Begriffs „Sachleistungen“ bei Krankheit und Mutterschaft gemäß den Artikeln 17, 19, 20, 22, 24 Absatz 1, 25, 26, 27 Absätze 1, 3, 4 und 5, 28, 34 und 36 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 sowie zur Berechnung der Erstattungsbeträge nach den Artikeln 62, 63 und 64 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 54)

www.parlament.gv.at

26. 32010 D 0427(02): Beschluss Nr. S6 vom 22. Dezember 2009 über die Eintragung im Wohnmitgliedstaat gemäß Artikel 24 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 und die Erstellung der in Artikel 64 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 vorgesehenen Verzeichnisse (ABl. C 107 vom 27.4.2010, S. 6)

27. 32011 D 0906(01): Beschluss Nr. S8 vom 15. Juni 2011 über die Zuerkennung des Anspruchs auf Körperersatzstücke, größere Hilfsmittel oder andere Sachleistungen von erheblicher Bedeutung gemäß Artikel 33 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. C 262 vom 6.9.2011, S. 6)

28. 32014 D 0520(02): Beschluss Nr. S10 vom 19. Dezember 2013 betreffend den Übergang von den Verordnungen (EWG) Nrn. 1408/71 und 574/72 zu den Verordnungen (EG) Nrn. 883/2004 und 987/2009 sowie die Anwendung der Erstattungsverfahren (ABl. C 152 vom 20.5.2014, S. 16)

29. 32021 D 0618 (01): Beschluss Nr. S11 vom 9. Dezember 2020 über Erstattungsverfahren zur Durchführung der Artikel 35 und 41 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 (ABl. C 236 vom 18.6.2021, S. 4)

30. 32010 D 0424(11): Beschluss Nr. U1 vom 12. Juni 2009 zu Artikel 54 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Familienzuschläge zu Leistungen bei Arbeitslosigkeit (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 42)

31. 32010 D 0424(12): Beschluss Nr. U2 vom 12. Juni 2009 zum Geltungsbereich des Artikels 65 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Anspruch auf Leistungen wegen Arbeitslosigkeit bei anderen Vollarbeitslosen als Grenzgängern, die während ihrer letzten Beschäftigung oder selbstständigen Erwerbstätigkeit im Gebiet eines anderen als des zuständigen Mitgliedstaats gewohnt haben (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 43)

32. 32010 D 0424(13): Beschluss Nr. U3 vom 12. Juni 2009 zur Bedeutung des Begriffs „Kurzarbeit“ im Hinblick auf die in Artikel 65 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 genannten Personen (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 45)

33. 32012 D 0225(01): Beschluss Nr. U4 vom 13. Dezember 2011 über die Erstattungsverfahren gemäß Artikel 65 Absätze 6 und 7 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 und Artikel 70 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 (ABl. C 57 vom 25.2.2012, S. 4)

    Der Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Absatz 2 jenes Artikels genannte Zeitraum beträgt für die Anwendung der Beschlüsse der Verwaltungskommission zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens, mit Ausnahme der Bestimmungen über den elektronischen Austausch von Sozialversicherungsdaten (Entscheidungen Serie E), für die dieser Zeitraum fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens beträgt.

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32018 H 0529 (01): Empfehlung Nr. A1 vom 18. Oktober 2017 zur Ausstellung der Bescheinigung gemäß Artikel 19 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 183 vom 29.5.2018, S. 5)

www.parlament.gv.at

2. 32013 H 0927 (01): Empfehlung Nr. H1 vom 19. Juni 2013 betreffend das Urteil Gottardo, wonach die Vorteile, die den eigenen Staatsangehörigen aufgrund eines mit einem Drittstaat geschlossenen bilateralen Abkommens über soziale Sicherheit zustehen, auch Arbeitnehmern gewährt werden müssen, die Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten sind (ABl. C 279 vom 27.9.2013, S. 13)

3. 32019 H 0429 (01): Empfehlung Nr. H2 vom 10. Oktober 2018 betreffend die Aufnahme von Authentifizierungsmerkmalen in portablen Dokumenten, die von einem Träger eines Mitgliedstaats ausgestellt werden und den Status einer Person für die Zwecke der Anwendung der Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates bescheinigen (ABl. C 147 vom 29.4.2019, S. 6)

4. 32012 H 0810(01): Empfehlung Nr. S1 vom 15. März 2012 über die finanziellen Aspekte grenzübergreifender Lebendorganspenden (ABl. C 240 vom 10.8.2012, S. 3)

5. 32014 H 0218(01): Empfehlung Nr. S2 vom 22. Oktober 2013 über den Sachleistungsanspruch von Versicherten und ihren Familienangehörigen gemäß einem bilateralen Abkommen zwischen dem zuständigen Mitgliedstaat und einem Drittstaat während eines Aufenthalts in dem Drittstaat (ABl. C 46 vom 18.2.2014, S. 8)

6. 32010 H 0424(02): Empfehlung Nr. U1 vom 12. Juni 2009 über die Rechtsvorschriften, die auf Arbeitslose anzuwenden sind, die in einem anderen Mitgliedstaat als dem Wohnstaat eine Teilzeittätigkeit ausüben (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 49)

7. 32010 H 0424(03): Empfehlung Nr. U2 vom 12. Juni 2009 zur Anwendung des Artikels 64 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates auf Arbeitslose, die ihren Ehepartner oder Partner begleiten, der in einem anderen Mitgliedstaat als dem zuständigen Staat eine Erwerbstätigkeit ausübt (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 51)

Die Empfehlung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Absatz 2 dieses Artikels genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens für die Anwendung der Empfehlungen der Verwaltungskommission.

ANHANG VII – ANDORRA-PROTOKOLL

ANERKENNUNG VON BERUFSQUALIFIKATIONEN

Liste nach Artikel 16 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Allgemeine Regelung, Anerkennung der Berufserfahrung und automatische Anerkennung 2
2 Rechtsberufe 7
3 Handels- und Vermittlungstätigkeiten 10

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

www.parlament.gv.at

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

ALLGEMEINE REGELUNG, ANERKENNUNG DER BERUFSERFAHRUNG UND AUTOMATISCHE ANERKENNUNG

1. 32005 L 0036: Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22), berichtigt in ABl. L 271 vom 16.10.2007, S. 18, berichtigt in ABl. L 93 vom 4.4.2008, S. 28, geändert durch:

   – 32006 L 0100: Richtlinie 2006/100/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 141), berichtigt in 32006L0100R(02) (ABl. L 177 vom 8.7.2015, S. 60)

   – 32011 R 0213: Verordnung (EU) Nr. 213/2011 der Kommission vom 3. März 2011 (ABl. L 59 vom 4.3.2011, S. 4)

www.parlament.gv.at

– 12012 J 003: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vom 9. Dezember 2011 (ABl. L 112 vom 24.4.2012, S. 21)

– 32013 L 0025: Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 368)

– 32013 L 0055: Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 132)

– 32016 D 0790: Delegierter Beschluss (EU) 2016/790 der Kommission vom 13. Januar 2016 zur Änderung des Anhangs V der Richtlinie 2005/36/EG (ABl. L 134 vom 24.5.2016, S. 135)

– 32017 D 2113: Delegierter Beschluss (EU) 2017/2113 der Kommission vom 11. September 2017 zur Änderung des Anhangs V der Richtlinie 2005/36/EG (ABl. L 317 vom 1.12.2017, S. 119)

– 32019 D 0608: Delegierter Beschluss (EU) 2019/608 der Kommission vom 16. Januar 2019 zur Änderung des Anhangs V der Richtlinie 2005/36/EG (ABl. L 104 vom 15.4.2019, S. 1)

– 32020 D 0548: Delegierter Beschluss (EU) 2020/548 der Kommission vom 23. Januar 2020 zur Änderung des Anhangs V der Richtlinie 2005/36/EG (ABl. L 131 vom 24.4.2020, S. 1)

– 32021 D 2183: Delegierter Beschluss (EU) 2021/2183 der Kommission vom 25. August 2021 zur Änderung des Anhangs V der Richtlinie 2005/36/EG (ABl. L 444 vom 10.12.2021, S. 16)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Artikel 9 Buchstabe e dieser Richtlinie findet keine Anwendung.

2. 32007 D 0172: Beschluss 2007/172/EG der Kommission vom 19. März 2007 zur Einsetzung einer Koordinatorengruppe auf dem Gebiet der Anerkennung der Berufsqualifikationen (ABl. L 79 vom 20.3.2007, S. 38)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Modalitäten für die Teilnahme Andorras an der Koordinatorengruppe auf dem Gebiet der Anerkennung von Berufsqualifikationen gemäß Artikel 81 Absatz 7 dieses Abkommens:

i) Andorra kann gemäß Artikel 4 Absatz 1 des Beschlusses 2007/172/EG der Kommission Beobachter zur Teilnahme an den Sitzungen der Koordinatorengruppe auf dem Gebiet der Anerkennung der Berufsqualifikationen ernennen,

ii) Die Kommission informiert die Teilnehmer rechtzeitig über die Sitzungstermine dieser Gruppe und lässt ihnen die entsprechenden Unterlagen zukommen.

3. 32015 R 0983: Durchführungsverordnung (EU) 2015/983 der Kommission vom 24. Juni 2015 betreffend das Verfahren zur Ausstellung des Europäischen Berufsausweises und die Anwendung des Vorwarnmechanismus gemäß der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 159 vom 25.6.2015, S. 27)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

4. 32018 L 0958: Richtlinie (EU) 2018/958 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen (ABl. L 173 vom 9.7.2018, S. 25)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

5. 32019 R 0907: Delegierte Verordnung (EU) 2019/907 der Kommission vom 14. März 2019 zur Festlegung einer gemeinsamen Ausbildungsprüfung für Skilehrer gemäß Artikel 49b der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 145 vom 4.6.2019, S. 7)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

KAPITEL 2

RECHTSBERUFE

1. 31977 L 0249: Richtlinie 77/249/EWG des Rates vom 22. März 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte (ABl. L 78 vom 26.3.1977, S. 17), geändert durch:

   – 1 79 H: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Griechenland und die Anpassungen der Verträge (ABl. L 291 vom 19.11.1979, S. 17)

   – 1 85 I: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge (ABl. L 302 vom 15.11.1985, S. 23)

   – 1 03 T: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, angenommen am 16. April 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

   – 1 94 N: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21, geändert durch ABl. L 1 vom 1.1.1995, S. 1)

   – 32006 L 0100: Richtlinie 2006/100/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 141)

– 32013 L 0025: Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 368)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) In Artikel 1 Absatz 2 wird Folgendes angefügt:

„in Andorra: ‚Advocat'".

2. 31998 L 0005: Richtlinie 98/5/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 zur Erleichterung der ständigen Ausübung des Rechtsanwaltsberufs in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem die Qualifikation erworben wurde (ABl. L 77 vom 14.3.1998, S. 36), geändert durch:

– 1 03 T: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, angenommen am 16. April 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

www.parlament.gv.at

– 32006 L 0100: Richtlinie 2006/100/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 141)

– 32013 L 0025: Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 368)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) In Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a wird Folgendes angefügt:

„in Andorra: ‚Advocat‘“.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 3

HANDELS- UND VERMITTLUNGSTÄTIGKEITEN

1. 31974 L 0556: Richtlinie 74/556/EWG des Rates vom 4. Juni 1974 über die Einzelheiten der Übergangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Tätigkeiten des Handels mit und der Verteilung von Giftstoffen und der Tätigkeiten, die die berufliche Verwendung dieser Stoffe umfassen, einschließlich der Vermittlertätigkeiten (ABl. L 307 vom 18.11.1974, S. 1)

2. 31974 L 0557: Richtlinie 74/557/EWG des Rates vom 4. Juni 1974 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbstständigen Tätigkeiten und die Vermittlertätigkeiten des Handels mit und der Verteilung von Giftstoffen (ABl. L 307 vom 18.11.1974, S. 5), geändert durch:

   – 1 03 T: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, angenommen am 16. April 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

   – 1 94 N: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21, geändert durch ABl. L 1 vom 1.1.1995, S. 1)

   – 32006 L 0101: Richtlinie 2006/0101/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 238)

www.parlament.gv.at

– 32013 L 0025: Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 368)

3. 31986 L 0653: Richtlinie 86/653/EWG des Rates vom 18. Dezember 1986 zur Koordinierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die selbstständigen Handelsvertreter (ABl. L 382 vom 31.12.1986, S. 17)

www.parlament.gv.at

ANHANG VIII – ANDORRA-PROTOKOLL

NIEDERLASSUNGSFREIHEIT

Liste nach Artikel 17 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Die folgenden sektoralen Anpassungen gelten angesichts seiner besonderen geografischen Lage für Andorra. Diese Regelung wird alle zehn Jahre und erstmals vor dem 1. Januar 2037 überprüft.

I

Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten dürfen sich nur dann in Andorra aufhalten, wenn sie von den Behörden Andorras eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben. Mit den unten aufgeführten Einschränkungen haben sie einen Rechtsanspruch auf diese Genehmigung. Für einen Zeitraum von weniger als drei Monaten brauchen Personen, die in Andorra keine Beschäftigung oder sonstige ständige Erwerbstätigkeit aufnehmen, und Personen, die grenzüberschreitende Dienste erbringen, keine derartige Aufenthaltsgenehmigung.

Die Bedingungen für Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten dürfen nicht restriktiver sein als diejenigen, die für Drittstaatsangehörige gelten.

II

1. Die Zahl der neuen Aufenthaltsgenehmigungen für Aufenthalte von mehr als 12 Monaten (Langzeitaufenthaltsgenehmigungen), die jedes Jahr (Jahr N) Staatsangehörigen von EU-Mitgliedstaaten, die in Andorra eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, zur Verfügung stehen, ist so zu bestimmen, dass der jährliche Nettoanstieg der Zahl dieser erwerbstätigen Staatsangehörigen, die sich in Andorra aufhalten, mindestens 7 % der durchschnittlichen Zahl der gültigen Aufenthaltsgenehmigungen in den fünf vorangegangenen Jahren (Jahre N-5 bis N-1) beträgt.

www.parlament.gv.at

Wenn die Zahl dieser erwerbstätigen Staatsangehörigen im vergangenen Jahr (Jahr N-1) im Vergleich zum Vorjahr (Jahr N-2) zurückgegangen ist und dieser Rückgang größer ist als die Zahl der nach dem vorstehenden Satz verfügbaren neuen Aufenthaltsgenehmigungen, sollte die Zahl der verfügbaren Aufenthaltsgenehmigungen (Jahr N) diesem Rückgang entsprechen. Aufenthaltsgenehmigungen für im Laufe des Jahres eingebürgerte Personen sind von der Berechnungsgrundlage für das folgende Jahr abzuziehen. Über das Mindestmaß hinaus erteilte Langzeitaufenthaltsgenehmigungen sind nicht auf den für das Folgejahr fälligen Anstieg anzurechnen.

2. Die Zahl der neuen Aufenthaltsgenehmigungen für Aufenthalte von mehr als 3 Monaten (Aufenthaltsgenehmigungen ohne wirtschaftliche Tätigkeit), die jedes Jahr Staatsangehörigen von EU-Mitgliedstaaten, die in Andorra keine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, zur Verfügung stehen, ist so zu bestimmen, dass der jährliche Nettoanstieg der Zahl dieser nicht erwerbstätigen Staatsangehörigen, die sich in Andorra aufhalten, mindestens 2,5 % der durchschnittlichen Zahl der gültigen Aufenthaltsgenehmigungen in den fünf vorangegangenen Jahren beträgt.

   Wenn die Zahl dieser nicht erwerbstätigen Staatsangehörigen im vergangenen Jahr im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen ist und dieser Rückgang größer ist als die Zahl der nach dem vorstehenden Satz verfügbaren neuen Aufenthaltsgenehmigungen, sollte die Zahl der verfügbaren Aufenthaltsgenehmigungen diesem Rückgang entsprechen. Aufenthaltsgenehmigungen für im Laufe des Jahres eingebürgerte Personen sind von der Berechnungsgrundlage für das folgende Jahr abzuziehen. Über das Mindestmaß hinaus erteilte Aufenthaltsgenehmigungen sind nicht auf den für das Folgejahr fälligen Anstieg anzurechnen.

   Für Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten, die sich auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe c der Richtlinie niederlassen wollen, gilt keine Quote.

3. Die Behörden Andorras erteilen Staatsangehörigen von EU-Mitgliedstaaten, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, Aufenthaltsgenehmigungen für einen Zeitraum von höchstens 12 Monaten (Kurzzeitaufenthaltsgenehmigungen).

   Die Zahl der neuen Kurzzeitaufenthaltsgenehmigungen, die jedes Jahr (Jahr N) Staatsangehörigen von EU-Mitgliedstaaten, die in Andorra eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, zur Verfügung stehen, ist so zu bestimmen, dass der jährliche Nettoanstieg der Zahl dieser erwerbstätigen Staatsangehörigen, die sich in Andorra aufhalten, mindestens 5 % der durchschnittlichen Zahl der verfügbaren Aufenthaltsgenehmigungen in den fünf vorangegangenen Jahren (Jahre N-5 bis N-1) beträgt. Die Anzahl der jährlich verfügbaren Aufenthaltsgenehmigungen muss mindestens der Anzahl der im Vorjahr verfügbaren Aufenthaltsgenehmigungen entsprechen.

4. Nach Ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigung können Personen, die sich weiterhin in Andorra aufhalten wollen, eine neue Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Unterliegt die neue Aufenthaltsgenehmigung einer Quote gemäß diesem Buchstaben, so wird die neue Aufenthaltsgenehmigung von der Anzahl der verfügbaren Aufenthaltsgenehmigungen abgezogen, es sei denn, der Antrag auf Verlängerung wird im selben Kalenderjahr gestellt, in dem die ursprüngliche Aufenthaltsgenehmigung ausgestellt wurde, und betrifft eine gleichartige Aufenthaltsgenehmigung.

5. Die Behörden Andorras vermeiden bei der Erteilung der Aufenthaltsgenehmigungen Diskriminierungen und Wettbewerbsverzerrungen.

www.parlament.gv.at

III

Familienangehörige der Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten, die ihren rechtmäßigen Aufenthalt in Andorra haben, haben ein Anrecht auf eine Aufenthaltsgenehmigung der gleichen Gültigkeitsdauer wie die der Person, von der sie abhängen. Sie haben das Recht, eine wirtschaftliche Tätigkeit aufzunehmen; in diesem Fall werden sie in die Anzahl der Aufenthaltsgenehmigungen einbezogen, die Erwerbstätigen gemäß Abschnitt II erteilt werden. Die Bedingungen des Abschnitts II dürfen jedoch nicht zu einer Ablehnung der Aufenthaltsgenehmigung herangezogen werden, wenn die jährliche Quote der Genehmigungen für Erwerbstätige erschöpft ist.

IV

Das Recht auf Daueraufenthalt nach Kapitel IV der Richtlinie 2004/38/EG gilt für 1) Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten, die sich vor dem 1. Januar 2027 rechtmäßig und gemäß den in der Richtlinie 2004/38/EG festgelegten Bedingungen in Andorra aufgehalten haben; 2) Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten, die sich aufgrund einer auf der Grundlage dieser sektoralen Anpassung erteilten Aufenthaltsgenehmigung in Andorra aufhalten; 3) Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten, die sich rechtmäßig und im Einklang mit den in der Richtlinie 2004/38/EG festgelegten Bedingungen in Andorra aufhalten und nicht unter die Nummern 1 und 2 fallen. Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten, die unter den in der Richtlinie 2004/38/EG festgelegten Bedingungen ein Recht auf Daueraufenthalt haben, werden nicht mehr in die Anzahl der verfügbaren Aufenthaltsgenehmigungen einbezogen.

www.parlament.gv.at

V

Wer eine Aufenthaltsgenehmigung beantragt, erhält spätestens vor Ablauf des zweiten Monats ab dem Tag der Antragstellung einen schriftlichen Bescheid. Abgelehnte Antragsteller haben ein Anrecht auf eine schriftliche Begründung der Ablehnung. Sie müssen die gleichen Rechtsbehelfe einlegen können, die den Staatsangehörigen Andorras gegenüber Verwaltungsakten zustehen.

Das Aufenthaltsrecht von Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten wird durch die Ausstellung eines Aufenthaltsdokuments nachgewiesen, das die Anforderungen des Artikels 6 der Verordnung (EU) 2019/1157 erfüllt.

Das Aufenthaltsrecht von Familienangehörigen von Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten, die selbst nicht Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaats sind, wird durch die Ausstellung einer Aufenthaltskarte nachgewiesen, die die Anforderungen des Artikels 7 der Verordnung (EU) 2019/1157 erfüllt.

VI

Andorra ist verpflichtet, der EU alle Informationen zu übermitteln, die erforderlich sind, um die Einhaltung dieser sektoralen Anpassung zu überprüfen.

ÜBERGANGSZEITRAUM

Soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist, finden die Artikel 32 bis 34 des Andorra-Protokolls entsprechend auf diesen Anhang Anwendung.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31961 X 1202: Allgemeines Programm zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit (französische Fassung: ABl. P 2 vom 15. Januar 1962, S. 36; englische Fassung: englische Sonderausgabe, Reihe II Band IX S. 7)

2. 32006 L 0123: Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

   Bei der in Artikel 3 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 1 genannten Bestimmung handelt es sich um Folgendes: Andorra darf während eines Zeitraums von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens keine diskriminierende Behandlung von EU-Dienstleistern aufrechterhalten oder einführen.

3. 32004 L 0038: Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365/EWG und 93/96/EWG (ABl. L 158 vom 30.4.2004, S. 77), berichtigt in ABl. L 229 vom 29.6.2004, S. 35, ABl. L 30 vom 3.2.2005, S. 27, und ABl. L 197 vom 28.7.2005, S. 34

www.parlament.gv.at

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke des Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die Richtlinie gilt entsprechend für die unter diesen Anhang fallenden Bereiche.

b) Das Abkommen gilt für Staatsangehörige der Assoziationsparteien. Ihren Familienangehörigen mit Drittstaatsangehörigkeit stehen jedoch bestimmte aus der Richtlinie abgeleitete Rechte zu.

c) Bezugnahmen auf „Unionsbürger“ beziehungsweise „Bürger der Union“ werden durch Bezugnahmen auf „Staatsangehörige(r) der EU-Mitgliedstaaten und Andorras“ ersetzt.

d) Artikel 8 Absätze 3 und 5 und Artikel 10 Absatz 2 werden wie folgt ergänzt: „eine Eigenerklärung über frühere strafrechtliche Verurteilungen, die nach dem Recht des Urteilsstaats in das Strafregister aufgenommen werden können“.

e) In Artikel 24 Absatz 1 wird das Wort „Vertrag“ durch das Wort „Abkommen“ und die Worte „abgeleiteten Recht“ werden durch die Worte „im Abkommen aufgenommenen abgeleiteten Recht“ ersetzt.

4. 32019 R 1157: Verordnung (EU) 2019/1157 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Erhöhung der Sicherheit der Personalausweise von Unionsbürgern und der Aufenthaltsdokumente, die Unionsbürgern und deren Familienangehörigen ausgestellt werden, die ihr Recht auf Freizügigkeit ausüben (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 67)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Bezugnahmen auf „Unionsbürger“ beziehungsweise „Bürger der Union“ werden durch Bezugnahmen auf „Staatsangehörige(r) der EU-Mitgliedstaaten und Andorras“ ersetzt.

b) In Artikel 3 Absatz 4 gilt der Einschub „im Negativdruck in einem blauen Rechteck, umgeben von zwölf gelben Sternen“ nicht für Andorra.

c) In Artikel 5 Absatz 1 wird für Andorra die Angabe „3. August 2031“ durch die Angabe „1. Januar 2037“ ersetzt.

d) In Artikel 5 Absatz 2 wird für Andorra die Angabe „3. August 2026“ durch die Angabe „1. Januar 2032“ ersetzt.

e) In Artikel 6 Buchstabe h gilt der Einschub „im Negativdruck in einem blauen Rechteck, umgeben von zwölf gelben Sternen“ nicht für Andorra.

f) In Artikel 7 Absatz 2 werden die Worte „EU – Familienangehöriger“ für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union durch „Andorra – Familienangehöriger“ ersetzt.

g) In Artikel 8 Absatz 1 wird für Andorra die Angabe „3. August 2026“ durch die Angabe „1. Januar 2032“ ersetzt.

h) In Artikel 8 Absatz 2 wird für Andorra die Angabe „3. August 2023“ durch die Angabe „1. Januar 2029“ ersetzt.

www.parlament.gv.at

i) In Artikel 10 Absatz 2 gelten die Wörter „in der Charta“ nicht für Andorra.

j) In Artikel 16 wird für Andorra die Angabe „2. August 2021“ durch die Angabe „1. Januar 2027“ ersetzt.

_____

ANHANG IX – ANDORRA-PROTOKOLL

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

Liste nach Artikel 24 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Versicherung 2
2 Banken und Kreditinstitute 22
3 Börse und Wertpapiermärkte 60
4 Betriebliche Altersversorgung 124
5 Bestimmungen für alle Arten von Finanzdienstleistungen 125

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

VERSICHERUNG

ABSCHNITT A

NICHTLEBENS- UND LEBENSVERSICHERUNG

1. 32009 L 0138: Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (Neufassung) (ABl. L 335 vom 17.12.2009, S. 1), berichtigt in ABl. L 219 vom 25.7.2014, S. 66, geändert durch:

   – 32012 L 0023: Richtlinie 2012/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. September 2012 (ABl. L 249 vom 14.9.2012, S. 1)

   – 32013 L 0058: Richtlinie 2013/58/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 1)

   – 32013 L 0023: Richtlinie 2013/23/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 362)

www.parlament.gv.at

– 32014 L 0051: Richtlinie 2014/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 1)

– 32018 L 0843: Richtlinie (EU) 2018/843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 156 vom 19.6.2018, S. 43)

– 32011 L 0089: Richtlinie 2011/89/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 (ABl. L 326 vom 8.12.2011, S. 113)

– 32016 L 2341: Richtlinie (EU) 2016/2341 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 354 vom 23.12.2016, S. 37)

2. 32015 D 1602: Delegierter Beschluss (EU) 2015/1602 der Kommission vom 5. Juni 2015 über die Gleichwertigkeit der in der Schweiz geltenden Solvabilitäts- und Aufsichtssysteme für Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen auf der Grundlage von Artikel 172 Absatz 2, Artikel 227 Absatz 4 und Artikel 260 Absatz 3 der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 95)

3. 32015 D 2290: Delegierter Beschluss (EU) 2015/2290 der Kommission vom 12. Juni 2015 über die vorläufige Gleichwertigkeit der geltenden Solvabilitätssysteme in Australien, Bermuda, Brasilien, Kanada, Mexiko und den Vereinigten Staaten, die auf Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen mit Sitz in diesen Ländern anwendbar sind (ABl. L 323 vom 9.12.2015, S. 22), berichtigt in ABl. L 328 vom 12.12.2015, S. 126, geändert durch:

– 32016 D 0309: Delegierter Beschluss (EU) 2016/309 der Kommission vom 26. November 2015 (ABl. L 58 vom 4.3.2016, S. 50)

4. 32016 D 0309: Delegierter Beschluss (EU) 2016/309 der Kommission vom 26. November 2015 über die Gleichwertigkeit des in Bermuda geltenden Aufsichtssystems für Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen mit dem in der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten System, und zur Änderung des Delegierten Beschlusses (EU) 2015/2290 der Kommission (ABl. L 58 vom 4.3.2016, S. 50)

5. 32016 D 0310: Delegierter Beschluss (EU) 2016/310 der Kommission vom 26. November 2015 über die Gleichwertigkeit des japanischen Solvabilitätssystems für Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen mit dem in der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten System (ABl. L 58 vom 4.3.2016, S. 55)

6. 32015 R 0035: Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 der Kommission vom 10. Oktober 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (ABl. L 12 vom 17.1.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 307 vom 25.11.2015, S. 31, und ABl. L 2 vom 6.1.2022, S. 8, geändert durch:

   – 32016 R 0467: Delegierte Verordnung (EU) 2016/467 der Kommission vom 30. September 2015 (ABl. L 85 vom 1.4.2016, S. 6)

   – 32016 R 2283: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2283 der Kommission vom 22. August 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 11)

   – 32017 R 0669: Delegierte Verordnung (EU) 2017/669 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 97 vom 8.4.2017, S. 3)

– 32017 R 1542: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1542 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 236 vom 14.9.2017, S. 14), berichtigt in ABl. L 264 vom 13.10.2017, S. 24

– 32019 R 0981: Delegierte Verordnung (EU) 2019/981 der Kommission vom 8. März 2019 (ABl. L 161 vom 18.6.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 168 vom 25.6.2019, S. 16

– 32019 R 1865: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1865 der Kommission vom 6. Juni 2019 (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 3)

– 32020 R 0442: Delegierte Verordnung (EU) 2020/442 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 92 vom 26.3.2020, S. 1)

– 32020 R 0988: Delegierte Verordnung (EU) 2020/988 der Kommission vom 12. März 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 3)

– 32021 R 0526: Delegierte Verordnung (EU) 2021/526 der Kommission vom 23. Oktober 2020 (ABl. L 106 vom 26.3.2021, S. 29)

– 32021 R 1256: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1256 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 14)

7. 32015 R 0460: Durchführungsverordnung (EU) 2015/460 der Kommission vom 19. März 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich des Verfahrens zur Genehmigung eines internen Modells gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 76 vom 20.3.2015, S. 13)

8. 32015 R 0461: Durchführungsverordnung (EU) 2015/461 der Kommission vom 19. März 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich des Prozesses zur Erzielung einer gemeinsamen Entscheidung über den Antrag auf Verwendung eines gruppeninternen Modells gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 76 vom 20.3.2015, S. 19)

9. 32015 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) 2015/462 der Kommission vom 19. März 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich der Verfahren für die aufsichtliche Genehmigung für die Errichtung von Zweckgesellschaften, für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den Aufsichtsbehörden im Hinblick auf Zweckgesellschaften sowie zur Festlegung der Formate und Muster für die von Zweckgesellschaften gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vorzulegenden Angaben (ABl. L 76 vom 20.3.2015, S. 23)

10. 32015 R 0498: Durchführungsverordnung (EU) 2015/498 der Kommission vom 24. März 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Verfahren zur aufsichtlichen Genehmigung der Verwendung unternehmensspezifischer Parameter gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 79 vom 25.3.2015, S. 8)

11. 32015 R 0499: Durchführungsverordnung (EU) 2015/499 der Kommission vom 24. März 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Verfahren zur aufsichtlichen Genehmigung der Verwendung ergänzender Eigenmittelbestandteile gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 79 vom 25.3.2015, S. 12)

12. 32015 R 0500: Durchführungsverordnung (EU) 2015/500 der Kommission vom 24. März 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Verfahren zur aufsichtlichen Genehmigung der Anwendung einer Matching-Anpassung gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 79 vom 25.3.2015, S. 18)

13. 32015 R 2011: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2011 der Kommission vom 11. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Verzeichnisse regionaler und lokaler Gebietskörperschaften, für die gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates gilt, dass Risiken ihnen gegenüber als Risiken gegenüber dem Zentralstaat zu betrachten sind (ABl. L 295 vom 12.11.2015, S. 3)

14. 32015 R 2012: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2012 der Kommission vom 11. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf die Verfahren für Beschlüsse zur Festsetzung, Berechnung und Aufhebung von Kapitalaufschlägen im Einklang mit der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 12.11.2015, S. 5)

15. 32015 R 2013: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2013 der Kommission vom 11. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf Standardabweichungen bei gesundheitsbasierten Risikoausgleichssystemen gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 12.11.2015, S. 9)

16. 32015 R 2014: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2014 der Kommission vom 11. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Verfahren und Muster für die Übermittlung der Informationen an die für die Gruppenaufsicht zuständige Behörde und für den Informationsaustausch zwischen den Aufsichtsbehörden gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 12.11.2015, S. 11)

17. 32015 R 2015: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2015 der Kommission vom 11. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Verfahren zur Bewertung externer Ratings im Einklang mit der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 12.11.2015, S. 16)

18. 32015 R 2016: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2016 der Kommission vom 11. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf den Aktienindex für die symmetrische Anpassung der Standardkapitalanforderung für Aktienanlagen gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 12.11.2015, S. 18)

19. 32015 R 2017: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2017 der Kommission vom 11. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf die angepassten Faktoren zur Berechnung der Kapitalanforderung für das Wechselkursrisiko für an den Euro gekoppelte Währungen im Einklang mit der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 12.11.2015, S. 21)

20. 32015 R 2450: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2450 der Kommission vom 2. Dezember 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich der Meldebögen für die Übermittlung von Informationen an die Aufsichtsbehörde gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 347 vom 31.12.2015, S. 1), geändert durch:

    – 32016 R 1868: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1868 der Kommission vom 20. Oktober 2016 (ABl. L 286 vom 21.10.2016, S. 35)

    – 32017 R 2189: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2189 der Kommission vom 24. November 2017 (ABl. L 310 vom 25.11.2017, S. 3)

– 32018 R 1844: Verordnung (EU) 2018/1844 der Kommission vom 23. November 2018 (ABl. L 299 vom 26.11.2018, S. 5)

– 32019 R 2103: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2103 der Kommission vom 27. November 2019 (ABl. L 318 vom 10.12.2019, S. 13)

– 32020 R 0657: Durchführungsverordnung (EU) 2020/657 der Kommission vom 15. Mai 2020 (ABl. L 155 vom 18.5.2020, S. 1)

21. 32015 R 2451: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2451 der Kommission vom 2. Dezember 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Meldebögen und die Struktur für die gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates von den Aufsichtsbehörden offenzulegenden Informationen (ABl. L 347 vom 31.12.2015, S. 1224)

22. 32015 R 2452: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2452 der Kommission vom 2. Dezember 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich der Verfahren, Formate und Meldebögen für den Bericht über Solvabilität und Finanzlage gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 347 vom 31.12.2015, S. 1285), geändert durch:

– 32017 R 2190: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2190 der Kommission vom 24. November 2017 (ABl. L 310 vom 25.11.2017, S. 30)

– 32018 R 1843: Verordnung (EU) 2018/1843 der Kommission vom 23. November 2018 (ABl. L 299 vom 26.11.2018, S. 2)

– 32019 R 2102: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2102 der Kommission vom 27. November 2019 (ABl. L 318 vom 10.12.2019, S. 6)

23. 32016 R 0165: Durchführungsverordnung (EU) 2016/165 der Kommission vom 5. Februar 2016 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 1. Januar bis zum 30. März 2016 im Einklang mit der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates („Solvabilität II“) (ABl. L 32 vom 9.2.2016, S. 31)

24. 32016 R 0869: Durchführungsverordnung (EU) 2016/869 der Kommission vom 27. Mai 2016 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. März bis 29. Juni 2016 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 147 vom 3.6.2016, S. 1)

25. 32016 R 1376: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1376 der Kommission vom 8. August 2016 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. Juni bis 29. September 2016 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 224 vom 18.8.2016, S. 1)

26. 32016 R 1630: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1630 der Kommission vom 9. September 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Verfahren zur Anwendung der Übergangsmaßnahme für das Untermodul „Aktienrisiko“ im Einklang mit der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 243 vom 10.9.2016, S. 1)

27. 32016 R 1800: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1800 der Kommission vom 11. Oktober 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Zuweisung der Ratings externer Ratingagenturen zu einer objektiven Skala von Bonitätsstufen gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 275 vom 12.10.2016, S. 19), geändert durch:

   – 32018 R 0633: Durchführungsverordnung (EU) 2018/633 der Kommission vom 24. April 2018 (ABl. L 105 vom 25.4.2018, S. 6)

   – 32020 R 0744: Durchführungsverordnung (EU) 2020/744 der Kommission vom 4. Juni 2020 (ABl. L 176 vom 5.6.2020, S. 4)

   – 32021 R 2006: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2006 der Kommission vom 16. November 2021 (ABl. L 407 vom 17.11.2021, S. 18)

28. 32016 R 1976: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1976 der Kommission vom 10. November 2016 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. September bis 30. Dezember 2016 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 309 vom 16.11.2016, S. 1)

29. 32018 R 0165: Durchführungsverordnung (EU) 2018/165 der Kommission vom 31. Januar 2018 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. Dezember 2017 bis 30. März 2018 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 31 vom 3.2.2018, S. 3)

www.parlament.gv.at

30. 32018 R 0730: Durchführungsverordnung (EU) 2018/730 der Kommission vom 4. Mai 2018 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. März 2018 bis 29. Juni 2018 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 6)

31. 32018 R 1078: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1078 der Kommission vom 30. Juli 2018 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. Juni 2018 bis 29. September 2018 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 47)

32. 32017 R 0309: Durchführungsverordnung (EU) 2017/309 der Kommission vom 23. Februar 2017 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. Dezember 2016 bis 30. März 2017 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 53 vom 28.2.2017, S. 1)

33. 32017 R 0812: Durchführungsverordnung (EU) 2017/812 der Kommission vom 15. Mai 2017 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. März bis 29. Juni 2017 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 126 vom 18.5.2017, S. 1)

34. 32017 R 1421: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1421 der Kommission vom 2. August 2017 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. Juni bis 29. September 2017 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 204 vom 5.8.2017, S. 7)

35. 32017 R 2015: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2015 der Kommission vom 9. November 2017 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. September 2017 bis 30. Dezember 2017 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 296 vom 14.11.2017, S. 1)

36. 32018 R 1699: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1699 der Kommission vom 9. November 2018 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. September 2018 bis 30. Dezember 2018 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 285 vom 13.11.2018, S. 1)

37. 32019 R 0228: Durchführungsverordnung (EU) 2019/228 der Kommission vom 7. Februar 2019 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. Dezember 2018 bis 30. März 2019 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 37 vom 8.2.2019, S. 22)

38. 32019 R 0699: Durchführungsverordnung (EU) 2019/699 der Kommission vom 6. Mai 2019 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. März 2019 bis 29. Juni 2019 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 119 vom 7.5.2019, S. 70)

39. 32019 R 1285: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1285 der Kommission vom 30. Juli 2019 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. Juni 2019 bis 29. September 2019 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 202 vom 31.7.2019, S. 1)

40. 32019 R 1902: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1902 der Kommission vom 7. November 2019 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. September 2019 bis 30. Dezember 2019 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 293 vom 14.11.2019, S. 5)

41. 32020 R 0193: Durchführungsverordnung (EU) 2020/193 der Kommission vom 12. Februar 2020 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. Dezember 2019 bis 30. März 2020 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 40 vom 13.2.2020, S. 18)

42. 32020 R 0641: Durchführungsverordnung (EU) 2020/641 der Kommission vom 12. Mai 2020 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. März 2020 bis 29. Juni 2020 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 34)

43. 32020 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1145 der Kommission vom 31. Juli 2020 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. Juni 2020 bis 29. September 2020 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 250 vom 3.8.2020, S. 1)

44. 32020 R 1647: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1647 der Kommission vom 9. November 2020 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. September 2020 bis 30. Dezember 2020 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 375 vom 10.11.2020, S. 1)

45. 32021 R 0178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/178 der Kommission vom 8. Februar 2021 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. Dezember 2020 bis 30. März 2021 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 53 vom 16.2.2021, S. 6)

46. 32021 R 0744: Durchführungsverordnung (EU) 2021/744 der Kommission vom 6. Mai 2021 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. März 2021 bis 29. Juni 2021 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 160 vom 7.5.2021, S. 3)

47. 32021 R 1354: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1354 der Kommission vom 6. August 2021 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. Juni 2021 bis 29. September 2021 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 291 vom 13.8.2021, S. 24)

48. 32021 R 1964: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1964 der Kommission vom 11. November 2021 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. September 2021 bis 30. Dezember 2021 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 400 vom 12.11.2021, S. 52)

49. 32022 R 0186: Durchführungsverordnung (EU) 2022/186 der Kommission vom 10. Februar 2022 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. Dezember 2021 bis 30. März 2022 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 7)

50. 32022 R 0732: Durchführungsverordnung (EU) 2022/732 der Kommission vom 12. Mai 2022 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. März 2022 bis 29. Juni 2022 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 136 vom 13.5.2022, S. 8)

51. 32022 R 1384: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1384 der Kommission vom 8. August 2022 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. Juni 2022 bis 29. September 2022 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 24)

52. 32022 R 2282: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2282 der Kommission vom 21. November 2022 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. September 2022 bis 30. Dezember 2022 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 301 vom 22.11.2022, S. 22)

53. 32023 R 0266: Durchführungsverordnung (EU) 2023/266 der Kommission vom 9. Februar 2023 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. Dezember 2022 bis 30. März 2023 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 41 vom 10.2.2023, S. 77)

54. Richtlinie (EU) 2019/2177 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2019 zur Änderung der Richtlinie 2009/138/EG betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II), der Richtlinie 2014/65/EU über Märkte für Finanzinstrumente, und der Richtlinie (EU) 2015/849 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (ABl. L 334 vom 27.12.2019, S. 155)

ABSCHNITT B

KFZ-VERSICHERUNG

54. 32009 L 0103: Richtlinie 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht (kodifizierte Fassung) (ABl. L 263 vom 7.10.2009, S. 11)

55. 32003 D 0564: Entscheidung 2003/564/EG der Kommission vom 28. Juli 2003 zur Durchführung der Richtlinie 72/166/EWG des Rates in Bezug auf die Kontrolle der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. L 192 vom 31.7.2003, S. 23)

56. 32004 D 0332: Entscheidung 2004/332/EG der Kommission vom 2. April 2004 zur Durchführung der Richtlinie 72/166/EWG des Rates in Bezug auf die Kontrolle der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. L 105 vom 14.4.2004, S. 39)

57. 32005 D 0849: Entscheidung 2005/849/EG der Kommission vom 29. November 2005 zur Durchführung der Richtlinie 72/166/EWG des Rates in Bezug auf die Kontrolle der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. L 315 vom 1.12.2005, S. 16)

58. 32007 D 0482: Entscheidung 2007/482/EG der Kommission vom 9. Juli 2007 zur Durchführung der Richtlinie 72/166/EWG des Rates in Bezug auf die Kontrolle der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. L 180 vom 10.7.2007, S. 42)

59. 32011 D 0754: Durchführungsbeschluss 2011/754/EU der Kommission vom 22. November 2011 zur Durchführung der Richtlinie 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Kontrolle der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. L 310 vom 25.11.2011, S. 17)

60. 32020 D 1358: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1358 der Kommission vom 28. September 2020 zur Anwendung der Richtlinie 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Kontrolle der Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge mit gewöhnlichem Standort in Bosnien und Herzegowina (ABl. L 314 vom 29.9.2020, S. 66)

61. 32021 D 1145: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1145 der Kommission vom 30. Juni 2021 zur Anwendung der Richtlinie 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Kontrolle der Haftpflichtversicherung bei Fahrzeugen mit gewöhnlichem Standort in Montenegro und im Vereinigten Königreich (ABl. L 247 vom 13.7.2021, S. 100)

ABSCHNITT C

BEAUFSICHTIGUNG UND ABSCHLÜSSE

62. 31991 L 0674: Richtlinie 91/674/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Versicherungsunternehmen (ABl. L 374 vom 31.12.1991, S. 7), geändert durch:

– 32003 L 0051: Richtlinie 2003/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 178 vom 17.7.2003, S. 16)

– 32006 L 0046: Richtlinie 2006/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 (ABl. L 224 vom 16.8.2006, S. 1)

ABSCHNITT D

SONSTIGES

63. 32016 L 0097: Richtlinie (EU) 2016/97 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Januar 2016 über Versicherungsvertrieb (Neufassung) (ABl. L 26 vom 2.2.2016, S. 19), geändert durch:

– 32018 L 0411: Richtlinie (EU) 2018/411 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2018 (ABl. L 76 vom 19.3.2018, S. 28)

– 32019 R 1935: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1935 der Kommission vom 13. Mai 2019 (ABl. L 301 vom 22.11.2019, S. 3)

www.parlament.gv.at

64. 32017 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1469 der Kommission vom 11. August 2017 zur Festlegung eines Standardformats für das Informationsblatt zu Versicherungsprodukten (ABl. L 209 vom 12.8.2017, S. 19)

65. 32017 R 2358: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2358 der Kommission vom 21. September 2017 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2016/97 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Aufsichts- und Lenkungsanforderungen für Versicherungsunternehmen und Versicherungsvertreiber (ABl. L 341 vom 20.12.2017, S. 1), geändert durch:

– 32018 R 0541: Delegierte Verordnung (EU) 2018/541 der Kommission vom 20. Dezember 2017 (ABl. L 90 vom 6.4.2018, S. 59)

– 32021 R 1257: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1257 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 18)

66. 32017 R 2359: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2359 der Kommission vom 21. September 2017 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2016/97 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die für den Vertrieb von Versicherungsanlageprodukten geltenden Informationspflichten und Wohlverhaltensregeln (ABl. L 341 vom 20.12.2017, S. 8), geändert durch:

– 32018 R 0541: Delegierte Verordnung (EU) 2018/541 der Kommission vom 20. Dezember 2017 (ABl. L 90 vom 6.4.2018, S. 59)

– 32021 R 1257: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1257 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 18)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

BANKEN UND KREDITINSTITUTE

ABSCHNITT A

KOORDINIERUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN ÜBER DIE NIEDERLASSUNGSFREIHEIT UND DEN FREIEN DIENSTLEISTUNGSVERKEHR

1. 32013 L 0036: Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338), berichtigt in ABl. L 208 vom 2.8.2013, S. 73, und ABl. L 20 vom 25.1.2017, S. 1, geändert durch:

   – 32014 L 0059: Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 190)

   – 32015 L 2366: Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 35), berichtigt in ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 97

   – 32018 L 0843: Richtlinie (EU) 2018/843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 156 vom 19.6.2018, S. 43)

www.parlament.gv.at

– 32019 L 0878: Richtlinie (EU) 2019/878 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 (ABl. L 150 vom 7.6.2019, S. 253), berichtigt in ABl. L 212 vom 3.7.2020, S. 20

– 32021 L 0338: Richtlinie (EU) 2021/338 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 14)

2. 32013 R 0575: Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 208 vom 2.8.2013, S. 68, ABl. L 321 vom 30.11.2013, S. 6, und ABl. L 20 vom 25.1.2017, S. 2, geändert durch:

– 32017 R 2395: Verordnung (EU) 2017/2395 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 27)

– 32015 R 0062: Delegierte Verordnung (EU) 2015/62 der Kommission vom 10. Oktober 2014 (ABl. L 11 vom 17.1.2015, S. 37)

– 32016 R 1014: Verordnung (EU) 2016/1014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 153)

– 32019 R 0630: Verordnung (EU) 2019/630 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 (ABl. L 111 vom 25.4.2019, S. 4), berichtigt in ABl. L 111 vom 17.4.2019, S. 5

– 32017 R 2188: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2188 der Kommission vom 11. August 2017 (ABl. L 310 vom 25.11.2017, S. 1)

– 32018 R 0405: Delegierte Verordnung (EU) 2018/405 der Kommission vom 21. November 2017 (ABl. L 74 vom 16.3.2018, S. 3)

– 32019 R 0876: Verordnung (EU) 2019/876 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 (ABl. L 150 vom 7.6.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 65 vom 25.2.2021, S. 61, und ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 32

– 32020 R 0873: Verordnung (EU) 2020/873 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2020 (ABl. L 204 vom 26.6.2020, S. 4)

– 32021 R 0424: Delegierte Verordnung (EU) 2021/424 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 84 vom 11.3.2021, S. 1)

– 32019 R 2160: Verordnung (EU) 2019/2160 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 1)

– 32022 R 2257: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2257 der Kommission vom 11. August 2022 (ABl. L 299 vom 18.11.2022, S. 1)

– Verordnung (EU) 2021/558 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 mit dem Ziel, die wirtschaftliche Erholung von der COVID-19-Krise durch Anpassungen am Verbriefungsrahmen zu unterstützen (ABl. L 116 vom 6.4.2021, S. 25)

3. 32014 R 0241: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 241/2014 der Kommission vom 7. Januar 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Eigenmittelanforderungen an Institute (ABl. L 74 vom 14.3.2014, S. 8), geändert durch:

   – 32015 R 0488: Delegierte Verordnung (EU) 2015/488 der Kommission vom 4. September 2014 (ABl. L 78 vom 24.3.2015, S. 1)

   – 32015 R 0850: Delegierte Verordnung (EU) 2015/850 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 135 vom 2.6.2015, S. 1)

   – 32015 R 0923: Delegierte Verordnung (EU) 2015/923 der Kommission vom 11. März 2015 (ABl. L 150 vom 17.6.2015, S. 1)

   – 32020 R 2176: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2176 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 433 vom 22.12.2020, S. 27)

4. 32021 R 0451: Durchführungsverordnung (EU) 2021/451 der Kommission vom 17. Dezember 2020 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates auf die aufsichtlichen Meldungen der Institute und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 680/2014 (ABl. L 97 vom 19.3.2021, S. 1), geändert durch:

   – 32022 R 0185: Durchführungsverordnung (EU) 2022/185 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 5)

5. 32015 R 0061: Delegierte Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission vom 10. Oktober 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liquiditätsdeckungsanforderung an Kreditinstitute (ABl. L 11 vom 17.1.2015, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 1620: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1620 der Kommission vom 13. Juli 2018 (ABl. L 271 vom 30.10.2018, S. 10)

   – 32022 R 0786: Delegierte Verordnung (EU) 2022/786 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 1)

6. 32015 R 0585: Delegierte Verordnung (EU) 2015/585 der Kommission vom 18. Dezember 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Nachschuss-Risikoperioden (ABl. L 98 vom 15.4.2015, S. 1)

7. 32016 R 0100: Durchführungsverordnung (EU) 2016/100 der Kommission vom 16. Oktober 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards zur Spezifizierung des Verfahrens für gemeinsame Entscheidungen über Anträge auf bestimmte aufsichtliche Genehmigungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 45)

8. 32016 R 0101: Delegierte Verordnung (EU) 2016/101 der Kommission vom 26. Oktober 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die vorsichtige Bewertung nach Artikel 105 Absatz 14 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 54), berichtigt in ABl. L 28 vom 4.2.2016, S. 17, geändert durch:

   – 32020 R 0866: Delegierte Verordnung (EU) 2020/866 der Kommission vom 28. Mai 2020 (ABl. L 201 vom 25.6.2020, S. 1)

9. 32021 R 0637: Durchführungsverordnung (EU) 2021/637 der Kommission vom 15. März 2021 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Offenlegung der in Teil 8 Titel II und III der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates genannten Informationen durch die Institute und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423/2013 der Kommission, der Delegierten Verordnung (EU) 2015/1555 der Kommission, der Durchführungsverordnung (EU) 2016/200 der Kommission und der Delegierten Verordnung (EU) 2017/2295 der Kommission (ABl. L 136 vom 21.4.2021, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1018 der Kommission vom 22. Juni 2021 (ABl. L 224 vom 24.6.2021, S. 6)

   – 32022 R 0631: Durchführungsverordnung (EU) 2022/631 der Kommission vom 13. April 2022 (ABl. L 117 vom 19.4.2022, S. 3)

   – 32022 R 2453: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2453 der Kommission vom 30. November 2022 (ABl. L 324 vom 19.12.2022, S. 1)

10. 32014 R 0183: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 183/2014 der Kommission vom 20. Dezember 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Berechnung der spezifischen und allgemeinen Kreditrisikoanpassungen (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 3), geändert durch:

   – 32022 R 0954: Delegierte Verordnung (EU) 2022/954 der Kommission vom 12. Mai 2022 (ABl. L 165 vom 21.6.2022, S. 24)

11. 32014 R 0523: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 523/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen festgelegt wird, was eine enge Übereinstimmung zwischen dem Wert der gedeckten Schuldverschreibungen und dem Wert der Aktiva eines Instituts darstellt (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 4)

12. 32014 R 0525: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 525/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Definition des Terminus „Markt“ (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 15)

13. 32014 R 0526: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 526/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Ermittlung eines Näherungswerts für die Risikoprämie und für die Bestimmung begrenzter kleinerer Portfolios für das Risiko einer Anpassung der Kreditbewertung (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 17)

14. 32014 R 0528: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 528/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für Nicht-Delta-Risiken von Optionen gemäß dem standardisierten Marktrisiko-Ansatz (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 29), berichtigt in ABl. L 265 vom 5.9.2014, S. 32, geändert durch:

    – 32016 R 0861: Delegierte Verordnung (EU) 2016/861 der Kommission vom 18. Februar 2016 (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 21)

15. 32014 R 0529: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 529/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Beurteilung der Wesentlichkeit von Erweiterungen und Änderungen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes und des fortgeschrittenen Messansatzes (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 36), geändert durch:

    – 32015 R 0942: Delegierte Verordnung (EU) 2015/942 der Kommission vom 4. März 2015 (ABl. L 154 vom 19.6.2015, S. 1)

16. 32014 R 0591: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 591/2014 der Kommission vom 3. Juni 2014 zur Verlängerung der in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 165 vom 4.6.2014, S. 31)

17. 32014 R 0602: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 602/2014 der Kommission vom 4. Juni 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards zur Erleichterung der Konvergenz der Aufsichtspraxis bezüglich der Anwendung zusätzlicher Risikogewichte gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 166 vom 5.6.2014, S. 22)

18. 32014 R 0625: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 625/2014 der Kommission vom 13. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Anforderungen, denen Anleger, Sponsoren, ursprüngliche Kreditgeber und Originatoren in Bezug auf Risikopositionen aus übertragenen Kreditrisiken unterliegen (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 16), geändert durch:

    – 32015 R 1798: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1798 der Kommission vom 2. Juli 2015 (ABl. L 263 vom 8.10.2015, S. 12)

19. 32014 R 0945: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 945/2014 der Kommission vom 4. September 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf relevante angemessen breit gestreute Indizes gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 265 vom 5.9.2014, S. 3), geändert durch:

    – 32020 R 0125: Durchführungsverordnung (EU) 2020/125 der Kommission vom 29. Januar 2020 (ABl. L 24 vom 30.1.2020, S. 1)

20. 32014 R 1187: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1187/2014 der Kommission vom 2. Oktober 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Bestimmung der Gesamtrisikoposition gegenüber einem Kunden oder einer Gruppe verbundener Kunden bei Geschäften mit zugrunde liegenden Vermögenswerten (ABl. L 324 vom 7.11.2014, S. 1)

21. 32021 D 1753: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1753 der Kommission vom 1. Oktober 2021 über die Gleichwertigkeit der aufsichtlichen und rechtlichen Anforderungen bestimmter Drittländer und Gebiete für die Zwecke der Behandlung von Risikopositionen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 349 vom 4.10.2021, S. 31)

22. 32015 R 0233: Durchführungsverordnung (EU) 2015/233 der Kommission vom 13. Februar 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Währungen, deren Zentralbankfähigkeit äußerst eng definiert ist (ABl. L 39 vom 14.2.2015, S. 11)

23. 32015 R 1556: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1556 der Kommission vom 11. Juni 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Übergangsbehandlung von Beteiligungspositionen bei der Anwendung des IRB-Ansatzes (ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 9)

24. 32015 R 2197: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2197 der Kommission vom 27. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf eng verbundene Währungen im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 313 vom 28.11.2015, S. 30), geändert durch:

– 32018 R 1580: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1580 der Kommission vom 19. Oktober 2018 (ABl. L 263 vom 22.10.2018, S. 53)

– 32019 R 2091: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2091 der Kommission vom 28. November 2019 (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 38)

– 32021 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2021/249 der Kommission vom 17. Februar 2021 (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 86)

25. 32015 R 2344: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2344 der Kommission vom 15. Dezember 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf Währungen mit begrenzter Verfügbarkeit liquider Aktiva gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 330 vom 16.12.2015, S. 26)

26. 32016 R 0709: Delegierte Verordnung (EU) 2016/709 der Kommission vom 26. Januar 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Voraussetzungen für die Anwendung der Ausnahmen bezüglich Währungen mit begrenzter Verfügbarkeit liquider Aktiva (ABl. L 125 vom 13.5.2016, S. 1)

27. 32016 R 1646: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1646 der Kommission vom 13. September 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf Hauptindizes und anerkannte Börsen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (ABl. L 245 vom 14.9.2016, S. 5), geändert durch:

– 32022 R 1650: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1650 der Kommission vom 24. März 2022 (ABl. L 249 vom 27.9.2022, S. 1)

28. 32016 R 1799: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1799 der Kommission vom 7. Oktober 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Zuordnung der Bonitätsbeurteilungen des Kreditrisikos durch externe Ratingagenturen gemäß Artikel 136 Absatz 1 und Artikel 136 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 275 vom 12.10.2016, S. 3), geändert durch:

– 32018 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2018/634 der Kommission vom 24. April 2018 (ABl. L 105 vom 25.4.2018, S. 14)

– 32019 R 2028: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2028 der Kommission vom 29. November 2019 (ABl. L 313 vom 4.12.2019, S. 34)

– 32021 R 2005: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2005 der Kommission vom 16. November 2021 (ABl. L 407 vom 17.11.2021, S. 10)

29. 32016 R 1801: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1801 der Kommission vom 11. Oktober 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Zuordnung der Bonitätsbeurteilungen für Verbriefungen durch externe Ratingagenturen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 275 vom 12.10.2016, S. 27), geändert durch:

– 32022 R 2365: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2365 der Kommission vom 2. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 101)

30. 32017 R 0072: Delegierte Verordnung (EU) 2017/72 der Kommission vom 23. September 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Bedingungen für Genehmigungen zum Datenverzicht (ABl. L 10 vom 14.1.2017, S. 1)

31. 32017 R 0208: Delegierte Verordnung (EU) 2017/208 der Kommission vom 31. Oktober 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards im Hinblick auf zusätzliche Liquiditätsabflüsse für Sicherheiten, die aufgrund der Auswirkungen ungünstiger Marktbedingungen auf die Derivatgeschäfte eines Instituts benötigt werden (ABl. L 33 vom 8.2.2017, S. 14)

32. 32014 R 1317: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1317/2014 der Kommission vom 11. Dezember 2014 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 355 vom 12.12.2014, S. 6)

33. 32015 R 0880: Durchführungsverordnung (EU) 2015/880 der Kommission vom 4. Juni 2015 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 143 vom 9.6.2015, S. 7), berichtigt in ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 60

34. 32015 R 2326: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2326 der Kommission vom 11. Dezember 2015 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 328 vom 12.12.2015, S. 108)

35. 32016 R 0892: Durchführungsverordnung (EU) 2016/892 der Kommission vom 7. Juni 2016 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 151 vom 8.6.2016, S. 4)

36. 32016 R 2227: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2227 der Kommission vom 9. Dezember 2016 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 336 vom 10.12.2016, S. 36)

37. 32017 R 0954: Durchführungsverordnung (EU) 2017/954 der Kommission vom 6. Juni 2017 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 144 vom 7.6.2017, S. 14)

38. 32017 R 1230: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1230 der Kommission vom 31. Mai 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Spezifizierung der zusätzlichen objektiven Kriterien für die Anwendung einer günstigeren Liquiditätsabfluss- oder -zuflussrate bei grenzüberschreitenden, nicht in Anspruch genommenen Kredit- oder Liquiditätsfazilitäten innerhalb einer Gruppe oder eines institutsbezogenen Sicherungssystems (ABl. L 177 vom 8.7.2017, S. 7)

39. 32018 R 0171: Delegierte Verordnung (EU) 2018/171 der Kommission vom 19. Oktober 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards bezüglich der Erheblichkeitsschwelle für überfällige Verbindlichkeiten (ABl. L 32 vom 6.2.2018, S. 1)

40. 32018 R 0728: Delegierte Verordnung (EU) 2018/728 der Kommission vom 24. Januar 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für Verfahren, nach denen Geschäfte mit in Drittländern niedergelassenen nichtfinanziellen Gegenparteien von der Eigenmittelanforderung für das CVA-Risiko ausgenommen werden können (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 1)

41. 32018 R 0959: Delegierte Verordnung (EU) 2018/959 der Kommission vom 14. März 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Beurteilungsmethode, nach der die zuständigen Behörden Instituten die Verwendung fortgeschrittener Messansätze für operationelle Risiken gestatten (ABl. L 169 vom 6.7.2018, S. 1)

42. 32017 R 2241: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2241 der Kommission vom 6. Dezember 2017 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 322 vom 7.12.2017, S. 27)

43. 32018 R 0815: Durchführungsverordnung (EU) 2018/815 der Kommission vom 1. Juni 2018 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 137 vom 4.6.2018, S. 3)

44. 32018 R 1889: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1889 der Kommission vom 4. Dezember 2018 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 309 vom 5.12.2018, S. 1)

45. 32021 R 0453: Durchführungsverordnung (EU) 2021/453 der Kommission vom 15. März 2021 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die besonderen Meldepflichten für Marktrisiken (ABl. L 89 vom 16.3.2021, S. 3), berichtigt in ABl. L 106 vom 26.3.2021, S. 71

46. 32021 R 0598: Delegierte Verordnung (EU) 2021/598 der Kommission vom 14. Dezember 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Zuweisung von Risikogewichten für Spezialfinanzierungsrisikopositionen (ABl. L 127 vom 14.4.2021, S. 1)

47. 32021 R 0930: Delegierte Verordnung (EU) 2021/930 der Kommission vom 1. März 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung von Art, Schwere und Dauer eines Konjunkturabschwungs im Sinne von Artikel 181 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 182 Absatz 1 Buchstabe b jener Verordnung (ABl. L 204 vom 10.6.2021, S. 1)

48. 32021 R 0931: Delegierte Verordnung (EU) 2021/931 der Kommission vom 1. März 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Methode zur Ermittlung der Derivategeschäfte mit einem oder mehreren wesentlichen Risikofaktoren für die Zwecke von Artikel 277 Absatz 5, der Formel für die Berechnung des Aufsichtsdeltas von Kauf- und Verkaufsoptionen der Kategorie „Zinsrisiko“ und der Methode zur Bestimmung eines Geschäfts als Kauf- oder Verkaufsposition im primären Risikofaktor oder im wesentlichsten Risikofaktor der betreffenden Risikokategorie für die Zwecke von Artikel 279a Absatz 3 Buchstaben a und b des Standardansatzes für das Gegenparteiausfallrisiko (ABl. L 204 vom 10.6.2021, S. 7)

49. 32021 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1043 der Kommission vom 24. Juni 2021 zur Verlängerung der in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangsbestimmungen zu den Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 225 vom 25.6.2021, S. 52)

50. 32021 R 0763: Durchführungsverordnung (EU) 2021/763 der Kommission vom 23. April 2021 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die aufsichtlichen Meldungen und die Offenlegung der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (ABl. L 168 vom 12.5.2021, S. 1)

51. 32019 R 2160: Verordnung (EU) 2019/2160 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 hinsichtlich Risikopositionen in Form gedeckter Schuldverschreibungen (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 1)

52. 32022 R 0439: Delegierte Verordnung (EU) 2022/439 der Kommission vom 20. Oktober 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Bewertungsmethode, nach der die zuständigen Behörden beurteilen, ob Kreditinstitute und Wertpapierfirmen die Anforderungen für die Anwendung des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes (IRB-Ansatzes) erfüllen (ABl. L 90 vom 18.3.2022, S. 1)

53. 32022 R 0676: Delegierte Verordnung (EU) 2022/676 der Kommission vom 3. Dezember 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Bedingungen für eine Konsolidierung in den in Artikel 18 Absätze 3 bis 6 sowie 8 beschriebenen Fällen (ABl. L 123 vom 26.4.2022, S. 1)

54. 32022 R 1011: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1011 der Kommission vom 10. März 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zur Festlegung, wie die indirekten Risikopositionen gegenüber einem Kunden aus Derivatkontrakten und aus Kreditderivatkontrakten zu ermitteln sind, wenn der Kontrakt nicht direkt mit dem Kunden abgeschlossen wurde, jedoch der zugrunde liegende Schuldtitel oder das zugrunde liegende Eigenkapitalinstrument von diesem Kunden begeben wurde (ABl. L 170 vom 28.6.2022, S. 22)

55. 32022 R 2058: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2058 der Kommission vom 28. Februar 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Bestimmung der Liquiditätshorizonte beim alternativen auf einem internen Modell beruhenden Ansatz gemäß Artikel 325bd Absatz 7 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 40)

56. 32022 R 2059: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2059 der Kommission vom 14. Juni 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Spezifizierung der technischen Einzelheiten der Anforderungen an Rückvergleiche und die Gewinn- und Verlustzuweisung gemäß den Artikeln 325bf und 325bg der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 47)

57. 32022 R 2060: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2060 der Kommission vom 14. Juni 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Kriterien für die Bewertung der Modellierbarkeit von Risikofaktoren im Rahmen des auf einem internen Modell basierenden Ansatzes (IMA) und zur Festlegung der Häufigkeit dieser Bewertung gemäß Artikel 325be Absatz 3 der Verordnung (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 60)

58. 32022 R 2328: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2328 der Kommission vom 16. August 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung, was ein exotischer Basiswert ist und welche Instrumente für die Zwecke der Berechnung der Eigenmittelanforderungen als Instrumente mit Restrisiken gelten (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 1)

www.parlament.gv.at

59. 32023 R 0511: Delegierte Verordnung (EU) 2023/511 der Kommission vom 24. November 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge von Organismen für gemeinsame Anlagen im Rahmen des mandatsbasierten Ansatzes (ABl. L 71 vom 9.3.2023, S. 1)

60. 32014 R 0710: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 710/2014 der Kommission vom 23. Juni 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf das Vorgehen bei der Beschlussfassung in Bezug auf gemeinsame Entscheidungen über institutsspezifische Aufsichtsanforderungen gemäß der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 188 vom 27.6.2014, S. 19)

61. 32014 R 0926: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 926/2014 der Kommission vom 27. August 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf Standardformulare, -meldebögen und -verfahren für Notifizierungen im Zusammenhang mit der Ausübung des Niederlassungsrechts und des freien Dienstleistungsverkehrs gemäß der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 254 vom 28.8.2014, S. 2), geändert durch:

   – 32022 R 0193: Durchführungsverordnung (EU) 2022/193 der Kommission vom 17. November 2021 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 4)

62. 32014 R 1151: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1151/2014 der Kommission vom 4. Juni 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen festgelegt wird, welche Angaben bei Ausübung des Niederlassungsrechts und des freien Dienstleistungsverkehrs zu übermitteln sind (ABl. L 309 vom 30.10.2014, S. 1), geändert durch:

– 32022 R 0192: Delegierte Verordnung (EU) 2022/192 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 1)

63. 32016 R 0098: Delegierte Verordnung (EU) 2016/98 der Kommission vom 16. Oktober 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der allgemeinen Bedingungen für die Arbeitsweise der Aufsichtskollegien (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 2)

64. 32016 R 0099: Durchführungsverordnung (EU) 2016/99 der Kommission vom 16. Oktober 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Festsetzung der praktischen Arbeitsweise der Aufsichtskollegien gemäß der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 21)

65. 32014 R 0527: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 527/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Bezeichnung der Klassen von Instrumenten, die die Bonität eines Instituts unter der Annahme der Unternehmensfortführung angemessen widerspiegeln und die für eine Verwendung zu Zwecken der variablen Vergütung geeignet sind (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 21)

66. 32014 R 0530: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 530/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen für interne Ansätze zur Ermittlung spezifischer Risiken im Handelsbuch bedeutende Risikopositionen und Schwellen definiert werden (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 50)

67. 32021 R 0923: Delegierte Verordnung (EU) 2021/923 der Kommission vom 25. März 2021 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Kriterien für die Definition der Managementverantwortung, der Kontrollaufgaben, der wesentlichen Geschäftsbereiche und einer erheblichen Auswirkung auf das Risikoprofil eines wesentlichen Geschäftsbereichs sowie zur Festlegung der Kriterien für die Ermittlung der Mitarbeiter oder Mitarbeiterkategorien, deren berufliche Tätigkeiten vergleichsweise ebenso wesentliche Auswirkungen auf das Risikoprofil des Instituts haben wie diejenigen der in Artikel 92 Absatz 3 der genannten Richtlinie aufgeführten Mitarbeiter oder Mitarbeiterkategorien (ABl. L 203 vom 9.6.2021, S. 1)

68. 32014 R 0650: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 650/2014 der Kommission vom 4. Juni 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für das Format, den Aufbau, das Inhaltsverzeichnis und den Zeitpunkt der jährlichen Veröffentlichung der von den zuständigen Behörden gemäß der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu veröffentlichenden Informationen (ABl. L 185 vom 25.6.2014, S. 1), geändert durch:

– 32019 R 0912: Durchführungsverordnung (EU) 2019/912 der Kommission vom 28. Mai 2019 (ABl. L 146 vom 5.6.2019, S. 3)

69. 32014 R 1152: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1152/2014 der Kommission vom 4. Juni 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen festgelegt wird, wie für die Berechnung der Quote des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers der Belegenheitsort der wesentlichen Kreditrisikopositionen zu ermitteln ist (ABl. L 309 vom 30.10.2014, S. 5)

70. 32014 R 1222: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1222/2014 der Kommission vom 8. Oktober 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Methode zur Bestimmung global systemrelevanter Institute und zur Festlegung der Teilkategorien global systemrelevanter Institute (ABl. L 330 vom 15.11.2014, S. 27), geändert durch:

– 32016 R 1608: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1608 der Kommission vom 17. Mai 2016 (ABl. L 240 vom 8.9.2016, S. 1)

– 32021 R 0539: Delegierte Verordnung (EU) 2021/539 der Kommission vom 11. Februar 2021 (ABl. L 108 vom 29.3.2021, S. 10)

71. 32016 R 2070: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2070 der Kommission vom 14. September 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für Meldebögen, Begriffsbestimmungen und IT-Lösungen, die von Instituten für Meldungen an die Europäische Bankenaufsichtsbehörde und an zuständige Behörden gemäß Artikel 78 Absatz 2 der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu verwenden sind (ABl. L 328 vom 2.12.2016, S. 1), geändert durch:

– 32017 R 1486: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1486 der Kommission vom 10. Juli 2017 (ABl. L 225 vom 31.8.2017, S. 1)

– 32019 R 0439: Durchführungsverordnung (EU) 2019/439 der Kommission vom 15. Februar 2019 (ABl. L 90 vom 29.3.2019, S. 1)

– 32018 R 0688: Durchführungsverordnung (EU) 2018/688 der Kommission vom 23. März 2018 (ABl. L 124 vom 18.5.2018, S. 1)

– 32021 R 1971: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1971 der Kommission vom 13. September 2021 (ABl. L 412 vom 19.11.2021, S. 1)

– 32021 R 2017: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2017 der Kommission vom 13. September 2021 (ABl. L 424 vom 26.11.2021, S. 1)

– 32022 R 0951: Durchführungsverordnung (EU) 2022/951 der Kommission vom 24. Mai 2022 (ABl. L 174 vom 30.6.2022, S. 1)

72. 32017 R 0180: Delegierte Verordnung (EU) 2017/180 der Kommission vom 24. Oktober 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Normen für die Referenzportfoliobewertung und der Verfahren für die gemeinsame Nutzung der Bewertungen (ABl. L 29 vom 3.2.2017, S. 1)

73. 32014 R 0524: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 524/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen festgelegt wird, welche Informationen die zuständigen Behörden von Herkunfts- und Aufnahmemitgliedstaaten einander zur Verfügung stellen müssen (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 6)

www.parlament.gv.at

74. 32014 R 0620: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 620/2014 der Kommission vom 4. Juni 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden von Herkunfts- und Aufnahmemitgliedstaaten gemäß der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 172 vom 12.6.2014, S. 1)

75. 32017 R 0461: Durchführungsverordnung (EU) 2017/461 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für gemeinsame Verfahren, Formulare und Muster für den Konsultationsprozess zwischen den jeweils zuständigen Behörden bei dem geplanten Erwerb einer qualifizierten Beteiligung an einem Kreditinstitut gemäß Artikel 24 der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 72 vom 17.3.2017, S. 57)

76. 32022 R 2580: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2580 der Kommission vom 17. Juni 2022 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zu den im Antrag auf Zulassung als Kreditinstitut zu übermittelnden Informationen und zur Präzisierung möglicher Hindernisse für die ordnungsgemäße Wahrnehmung von Aufsichtsfunktionen durch die zuständigen Behörden (ABl. L 335 vom 29.12.2022, S. 64)

77. 32022 R 2581: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2581 der Kommission vom 20. Juni 2022 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Übermittlung von Angaben in Anträgen auf Zulassung als Kreditinstitut (ABl. L 335 vom 29.12.2022, S. 86)

78. 32009 L 0110: Richtlinie 2009/110/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über die Aufnahme, Ausübung und Beaufsichtigung der Tätigkeit von E-Geld-Instituten, zur Änderung der Richtlinien 2005/60/EG und 2006/48/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2000/46/EG (ABl. L 267 vom 10.10.2009, S. 7), geändert durch:

– 32015 L 2366: Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 35)

79. 398 L 0026: Richtlinie 98/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 1998 über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen (ABl. L 166 vom 11.6.1998, S. 45), geändert durch:

– 32009 L 0044: Richtlinie 2009/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 (ABl. L 146 vom 10.6.2009, S. 37)

– 32012 R 0648: Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 (ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 1)

– 32010 L 0078: Richtlinie 2010/78/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 120), berichtigt in ABl. L 170 vom 30.6.2011, S. 43, und ABl. L 54 vom 22.2.2014, S. 23

– 32014 R 0909: Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 349 vom 21.12.2016, S. 8

– 32019 L 0879: Richtlinie (EU) 2019/879 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 (ABl. L 150 vom 7.6.2019, S. 296), berichtigt in ABl. L 283 vom 31.8.2020, S. 2

80. 32001 L 0024: Richtlinie 2001/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. April 2001 über die Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten (ABl. L 125 vom 5.5.2001, S. 15), geändert durch:

– 32014 L 0059: Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 190)

81. 32015 L 2366: Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 2002/65/EG, 2009/110/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2007/64/EG (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 35)

82. 32017 R 2055: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2055 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen zuständigen Behörden im Zusammenhang mit der Ausübung des Niederlassungsrechts oder des Rechts auf freien Dienstleistungsverkehr durch Zahlungsinstitute (ABl. L 294 vom 11.11.2017, S. 1)

83. 32018 R 0389: Delegierte Verordnung (EU) 2018/389 der Kommission vom 27. November 2017 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für eine starke Kundenauthentifizierung und für sichere offene Standards für die Kommunikation (ABl. L 69 vom 13.3.2018, S. 23), geändert durch:

– 32022 R 2360: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2360 der Kommission vom 3. August 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 1)

84. 32019 R 0410: Durchführungsverordnung (EU) 2019/410 der Kommission vom 29. November 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Einzelheiten und die Struktur der Angaben, die der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde nach der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates von den zuständigen Behörden im Bereich Zahlungsdienste zu übermitteln sind (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 20)

85. 32019 R 0411: Delegierte Verordnung (EU) 2019/411 der Kommission vom 29. November 2018 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der technischen Anforderungen für die Entwicklung, den Betrieb und die Führung des elektronischen zentralen Registers im Bereich der Zahlungsdienste und für den Zugang zu den darin enthaltenen Angaben (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 84)

86. 32020 R 1423: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1423 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für Kriterien für die Benennung zentraler Kontaktstellen auf dem Gebiet der Zahlungsdienste und die Aufgaben dieser zentralen Kontaktstellen (ABl. L 328 vom 9.10.2020, S. 1)

87. 32021 R 1722: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1722 der Kommission vom 18. Juni 2021 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden des Herkunfts- und des Aufnahmemitgliedstaats im Zusammenhang mit der Beaufsichtigung von Zahlungsinstituten und E-Geld-Instituten, die grenzüberschreitend Zahlungsdienste erbringen (ABl. L 343 vom 28.9.2021, S. 1)

88. 32014 L 0092: Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 214)

89. 32018 R 0032: Delegierte Verordnung (EU) 2018/32 der Kommission vom 28. September 2017 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die standardisierte Unionsterminologie für die repräsentativsten mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste (ABl. L 6 vom 11.1.2018, S. 3)

90. 32018 R 0033: Durchführungsverordnung (EU) 2018/33 der Kommission vom 28. September 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für das standardisierte Format für die Präsentation der Entgeltaufstellung und des betreffenden gemeinsamen Symbols gemäß der Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 6 vom 11.1.2018, S. 26), berichtigt in ABl. L 221 vom 31.8.2018, S. 3

91. 32018 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2018/34 der Kommission vom 28. September 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für das standardisierte Format für die Entgeltinformation und des betreffenden gemeinsamen Symbols gemäß der Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 6 vom 11.1.2018, S. 37), berichtigt in ABl. L 221 vom 31.8.2018, S. 3

92. Verordnung (EU) 2017/2401 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (ABl. L 347 vom 28.12.2017, S. 1)

ABSCHNITT B

AUFSICHTSRECHTLICHE VERPFLICHTUNGEN UND VORSCHRIFTEN

92. 32014 L 0049: Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme (Neufassung) (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 149), berichtigt in: ABl. L 212 vom 18.7.2014, S. 47, und: ABl. L 309 vom 30.10.2014, S. 37

93. 32014 L 0059: Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 190), geändert durch:

– 32017 L 2399: Richtlinie (EU) 2017/2399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 96)

– 32019 L 2162: Richtlinie (EU) 2019/2162 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 29)

– 32019 L 0879: Richtlinie (EU) 2019/879 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 (ABl. L 150 vom 7.6.2019, S. 296), berichtigt in ABl. L 283 vom 31.8.2020, S. 2

www.parlament.gv.at

94. 32015 R 0063: Delegierte Verordnung (EU) 2015/63 der Kommission vom 21. Oktober 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf im Voraus erhobene Beiträge zu Abwicklungsfinanzierungsmechanismen (ABl. L 11 vom 17.1.2015, S. 44), berichtigt in ABl. L 156 vom 20.6.2017, S. 38, geändert durch:

– 32016 R 1434: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1434 der Kommission vom 14. Dezember 2015 (ABl. L 233 vom 30.8.2016, S. 1)

95. 32016 R 0860: Delegierte Verordnung (EU) 2016/860 der Kommission vom 4. Februar 2016 zur Präzisierung der Umstände, unter denen ein Ausschluss aus dem Anwendungsbereich der Herabschreibungs- oder Umwandlungsbefugnisse gemäß Artikel 44 Absatz 3 der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen erforderlich ist (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 11)

96. 32016 R 1075: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1075 der Kommission vom 23. März 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen der Inhalt von Sanierungsplänen, Abwicklungsplänen und Gruppenabwicklungsplänen, die Mindestkriterien, anhand deren die zuständige Behörde Sanierungs- und Gruppensanierungspläne zu bewerten hat, die Voraussetzungen für gruppeninterne finanzielle Unterstützung, die Anforderungen an die Unabhängigkeit der Bewerter, die vertragliche Anerkennung von Herabschreibungs- und Umwandlungsbefugnissen, die Verfahren und Inhalte von Mitteilungen und Aussetzungsbekanntmachungen und die konkrete Arbeitsweise der Abwicklungskollegien festgelegt wird (ABl. L 184 vom 8.7.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 205 vom 30.7.2016, S. 27

www.parlament.gv.at

97. 32016 R 1400: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1400 der Kommission vom 10. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Mindestbestandteile eines Reorganisationsplans und des Mindestinhalts der Berichte über die Fortschritte bei der Durchführung eines Reorganisationsplans (ABl. L 228 vom 23.8.2016, S. 1)

98. 32016 R 1450: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1450 der Kommission vom 23. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Kriterien im Zusammenhang mit der Methode zur Festlegung der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (ABl. L 237 vom 3.9.2016, S. 1)

99. 32016 R 0911: Durchführungsverordnung (EU) 2016/911 der Kommission vom 9. Juni 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards zu Form und Inhalt der Beschreibung von Vereinbarungen über gruppeninterne finanzielle Unterstützung gemäß der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (ABl. L 153 vom 10.6.2016, S. 25)

100. 32016 R 1712: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1712 der Kommission vom 7. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zur Spezifizierung einer Mindestauswahl der in die detaillierten Aufzeichnungen aufzunehmenden Angaben zu Finanzkontrakten und der Umstände, unter denen die Anforderung aufzuerlegen ist (ABl. L 258 vom 24.9.2016, S. 1)

101. 32016 R 0778: Delegierte Verordnung (EU) 2016/778 der Kommission vom 2. Februar 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Umstände und Bedingungen, unter denen die Entrichtung von außerordentlichen nachträglich erhobenen Beiträgen teilweise oder vollständig aufgeschoben werden kann, und auf die Kriterien für die Bestimmung der Tätigkeiten, Dienstleistungen und Geschäfte im Zusammenhang mit „kritischen Funktionen“ und zur Präzisierung der Kriterien für die Bestimmung der Geschäftsbereiche und damit verbundenen Dienste im Zusammenhang mit den Kerngeschäftsbereichen (ABl. L 131 vom 20.5.2016, S. 41)

102. 32016 R 1401: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1401 der Kommission vom 23. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für Methoden und Grundsätze der Bewertung von aus Derivaten entstehenden Verbindlichkeiten (ABl. L 228 vom 23.8.2016, S. 7)

103. 32017 R 0867: Delegierte Verordnung (EU) 2017/867 der Kommission vom 7. Februar 2017 über die bei partiellen Vermögensübertragungen nach Artikel 76 der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu schützenden Kategorien von Vereinbarungen (ABl. L 131 vom 20.5.2017, S. 15)

104. 32021 R 0622: Durchführungsverordnung (EU) 2021/622 der Kommission vom 15. April 2021 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf einheitliche Meldebögen, Anweisungen und Methoden für die Meldung der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 123)

105. 32018 R 0344: Delegierte Verordnung (EU) 2018/344 der Kommission vom 14. November 2017 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Kriterien für die Methoden zur Bewertung einer unterschiedlichen Behandlung bei der Abwicklung (ABl. L 67 vom 9.3.2018, S. 3)

106. 32018 R 0345: Delegierte Verordnung (EU) 2018/345 der Kommission vom 14. November 2017 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Kriterien im Zusammenhang mit der Methode zur Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von Instituten oder Unternehmen (ABl. L 67 vom 9.3.2018, S. 8)

107. 32018 R 1624: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1624 der Kommission vom 23. Oktober 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf Verfahren, Standardformulare und Meldebögen für die Bereitstellung von Informationen für die Erstellung von Abwicklungsplänen für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen gemäß der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2016/1066 der Kommission (ABl. L 277 vom 7.11.2018, S. 1), geändert durch:

    – 32022 R 0365: Durchführungsverordnung (EU) 2022/365 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 60)

108. 32019 R 0348: Delegierte Verordnung (EU) 2019/348 der Kommission vom 25. Oktober 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Kriterien, anhand deren die Auswirkungen eines Institutsausfalls auf die Finanzmärkte, auf andere Institute und auf die Finanzierungsbedingungen zu bewerten sind (ABl. L 63 vom 4.3.2019, S. 1)

109. 32021 R 1751: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1751 der Kommission vom 1. Oktober 2021 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf einheitliche Formate und Meldebögen für Mitteilungen über eine festgestellte Undurchführbarkeit der Aufnahme einer vertraglichen Anerkennung von Herabschreibungs- und Umwandlungsbefugnissen (ABl. L 349 vom 4.10.2021, S. 5)

110. 32021 R 1118: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1118 der Kommission vom 26. März 2021 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Methode zur Abschätzung der Anforderung nach Artikel 104a der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und der kombinierten Kapitalpufferanforderung für Abwicklungseinheiten auf konsolidierter Basis auf Ebene der Abwicklungsgruppe, sofern die Abwicklungsgruppe nicht selbst den Anforderungen nach jener Richtlinie unterliegt (ABl. L 241 vom 8.7.2021, S. 1)

111. 32021 R 1340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1340 der Kommission vom 22. April 2021 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung des Inhalts der Vertragsklausel über die Anerkennung von Befugnissen zur Aussetzung bei der Abwicklung (ABl. L 292 vom 16.8.2021, S. 1)

112. Verordnung (EU) 2021/23 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über einen Rahmen für die Sanierung und Abwicklung zentraler Gegenparteien und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1095/2010, (EU) Nr. 648/2012, (EU) Nr. 600/2014, (EU) Nr. 806/2014 und (EU) 2015/2365 sowie der Richtlinien 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2007/36/EG, 2014/59/EU und (EU) 2017/1132 (ABl. L 22 vom 22.1.2021, S. 1)

113. Richtlinie (EU) 2019/2034 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Beaufsichtigung von Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinien 2002/87/EG, 2009/65/EG, 2011/61/EU, 2013/36/EU, 2014/59/EU und 2014/65/EU (ABl. L 314 vom 5.12.2019, S. 64)

114. Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 (ABl. L 225 vom 30.7.2014, S. 1)

ABSCHNITT C

BEAUFSICHTIGUNG UND ABSCHLÜSSE

112. 386 L 0635: Richtlinie 86/635/EWG des Rates vom 8. Dezember 1986 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten (ABl. L 372 vom 31.12.1986, S. 1), geändert durch:

– 32001 L 0065: Richtlinie 2001/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2001 (ABl. L 283 vom 27.10.2001, S. 28)

– 32003 L 0051: Richtlinie 2003/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 178 vom 17.7.2003, S. 16)

– 32006 L 0046: Richtlinie 2006/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 (ABl. L 224 vom 16.8.2006, S. 1)

Es gelten die in den Anhängen der Beitrittsakte vom 16. April 2003 festgelegten Übergangsregelungen für Slowenien (Anhang XIII Kapitel 3 Nummer 1).

113. 389 L 0117: Richtlinie 89/117/EWG des Rates vom 13. Februar 1989 über die Pflichten der in einem Mitgliedstaat eingerichteten Zweigniederlassungen von Kreditinstituten und Finanzinstituten mit Sitz außerhalb dieses Mitgliedstaats zur Offenlegung von Jahresabschlussunterlagen (ABl. L 44 vom 16.2.1989, S. 40)

114. 32015 L 0849: Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2006/70/EG der Kommission (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 73), geändert durch:

– 32018 L 0843: Richtlinie (EU) 2018/843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 156 vom 19.6.2018, S. 43)

115. 32015 R 0847: Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1781/2006 (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 1)

116. 32016 R 1675: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1675 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Ermittlung von Drittländern mit hohem Risiko, die strategische Mängel aufweisen (ABl. L 254 vom 20.9.2016, S. 1), geändert durch:

– 32018 R 0105: Delegierte Verordnung (EU) 2018/105 der Kommission vom 27. Oktober 2017 (ABl. L 19 vom 24.1.2018, S. 1)

– 32018 R 0212: Delegierte Verordnung (EU) 2018/212 der Kommission vom 13. Dezember 2017 (ABl. L 41 vom 14.2.2018, S. 4)

– 32018 R 1467: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1467 der Kommission vom 27. Juli 2018 (ABl. L 246 vom 2.10.2018, S. 1)

– 32020 R 0855: Delegierte Verordnung (EU) 2020/855 der Kommission vom 7. Mai 2020 (ABl. L 195 vom 19.6.2020, S. 1)

– 32021 R 0037: Delegierte Verordnung (EU) 2021/37 der Kommission vom 7. Dezember 2020 (ABl. L 14 vom 18.1.2021, S. 1)

– 32022 R 0229: Delegierte Verordnung (EU) 2022/229 der Kommission vom 7. Januar 2022 (ABl. L 39 vom 21.2.2022, S. 4)

– 32023 R 0410: Delegierte Verordnung (EU) 2023/410 der Kommission vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 59 vom 24.2.2023, S. 3)

117. 32018 R 1108: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1108 der Kommission vom 7. Mai 2018 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Kriterien für die Benennung zentraler Kontaktstellen für E-Geld-Emittenten und Zahlungsdienstleister sowie ihrer Aufgaben (ABl. L 203 vom 10.8.2018, S. 2)

118. 32019 R 0758: Delegierte Verordnung (EU) 2019/758 der Kommission vom 31. Januar 2019 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die von Kredit- und Finanzinstituten zur Minderung des Risikos von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in bestimmten Drittländern mindestens zu treffenden Maßnahmen und die Art zusätzlich zu treffender Maßnahmen (ABl. L 125 vom 14.5.2019, S. 4)

119. 32021 R 0369: Durchführungsverordnung (EU) 2021/369 der Kommission vom 1. März 2021 zur Festlegung technischer Spezifikationen und Verfahren für das System der Vernetzung zentraler Register gemäß Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 71 vom 2.3.2021, S. 11)

120. 32008 D 0961: Entscheidung 2008/961/EG der Kommission vom 12. Dezember 2008 über die Verwendung der nationalen Rechnungslegungsgrundsätze bestimmter Drittländer und der International Financial Reporting Standards durch Wertpapieremittenten aus Drittländern bei der Erstellung ihrer konsolidierten Abschlüsse (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 112), geändert durch:

    – 32012 D 0194: Durchführungsbeschluss 2012/194/EU der Kommission vom 11. April 2012 (ABl. L 103 vom 13.4.2012, S. 49)

    – 32015 D 1612: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1612 der Kommission vom 23. September 2015 (ABl. L 249 vom 25.9.2015, S. 26)

KAPITEL 3

BÖRSE UND WERTPAPIERMÄRKTE

ABSCHNITT A

AMTLICHE NOTIERUNG UND TRANSAKTIONEN

1. 32001 L 0034: Richtlinie 2001/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Mai 2001 über die Zulassung von Wertpapieren zur amtlichen Börsennotierung und über die hinsichtlich dieser Wertpapiere zu veröffentlichenden Informationen (ABl. L 184 vom 6.7.2001, S. 1), geändert durch:

   – 32003 L 0071: Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 (ABl. L 345 vom 31.12.2003, S. 64)

   – 32005 L 0001: Richtlinie 2005/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2005 (ABl. L 79 vom 24.3.2005, S. 9)

   – 32004 L 0109: Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 (ABl. L 390 vom 31.12.2004, S. 38)

2. 32014 R 0596: Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 287 vom 21.10.2016, S. 320, geändert durch:

   – 32016 R 1011: Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 1)

   – 32019 R 2115: Verordnung (EU) 2019/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 320 vom 11.12.2019, S. 1)

3. 32015 L 2392: Durchführungsrichtlinie (EU) 2015/2392 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Meldung tatsächlicher oder möglicher Verstöße gegen diese Verordnung (ABl. L 332 vom 18.12.2015, S. 126)

4. 32022 R 1210: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1210 der Kommission vom 13. Juli 2022 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf das Format der Insiderlisten und deren Aktualisierungen (ABl. L 187 vom 14.7.2022, S. 23)

5. 32016 R 0378: Durchführungsverordnung (EU) 2016/378 der Kommission vom 11. März 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf den Zeitplan, das Format und Muster für die Übermittlung der Meldungen an die zuständigen Behörden gemäß Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 72 vom 17.3.2016, S. 1)

6. 32016 R 0522: Delegierte Verordnung (EU) 2016/522 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf eine Ausnahme für bestimmte öffentliche Stellen und Zentralbanken von Drittstaaten, die Indikatoren für Marktmanipulation, die Schwellenwerte für die Offenlegung, die zuständige Behörde, der ein Aufschub zu melden ist, die Erlaubnis zum Handel während eines geschlossenen Zeitraums und die Arten meldepflichtiger Eigengeschäfte von Führungskräften (ABl. L 88 vom 5.4.2016, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 0461: Delegierte Verordnung (EU) 2019/461 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 80 vom 22.3.2019, S. 10), berichtigt in ABl. L 103 vom 12.4.2019, S. 61

7. 32016 R 0523: Durchführungsverordnung (EU) 2016/523 der Kommission vom 10. März 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf das Format und die Vorlage für die Meldung und öffentliche Bekanntgabe der Eigengeschäfte von Führungskräften gemäß Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 88 vom 5.4.2016, S. 19)

8. 32016 R 0908: Delegierte Verordnung (EU) 2016/908 der Kommission vom 26. Februar 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Kriterien, das Verfahren und die Anforderungen für die Festlegung einer zulässigen Marktpraxis und die Anforderungen an ihre Beibehaltung, Beendigung oder Änderung der Bedingungen für ihre Zulässigkeit (ABl. L 153 vom 10.6.2016, S. 3)

9. 32016 R 0909: Delegierte Verordnung (EU) 2016/909 der Kommission vom 1. März 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für den Inhalt der Meldungen, die den zuständigen Behörden zu übermitteln sind, sowie für die Zusammenstellung, Veröffentlichung und Pflege der Liste der Meldungen (ABl. L 153 vom 10.6.2016, S. 13)

10. 32016 R 0957: Delegierte Verordnung (EU) 2016/957 der Kommission vom 9. März 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die geeigneten Regelungen, Systeme und Verfahren sowie Mitteilungsmuster zur Vorbeugung, Aufdeckung und Meldung von Missbrauchspraktiken oder verdächtigen Aufträgen oder Geschäften (ABl. L 160 vom 17.6.2016, S. 1)

11. 32016 R 0958: Delegierte Verordnung (EU) 2016/958 der Kommission vom 9. März 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die technischen Regulierungsstandards für die technischen Modalitäten für die objektive Darstellung von Anlageempfehlungen oder anderen Informationen mit Empfehlungen oder Vorschlägen zu Anlagestrategien sowie für die Offenlegung bestimmter Interessen oder Anzeichen für Interessenkonflikte (ABl. L 160 vom 17.6.2016, S. 15), berichtigt in ABl. L 110 vom 27.4.2017, S. 9

12. 32016 R 0959: Durchführungsverordnung (EU) 2016/959 der Kommission vom 17. Mai 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für Marktsondierungen in Bezug auf die von offenlegenden Marktteilnehmern zu nutzenden Systeme und Mitteilungsmuster und das Format der Aufzeichnungen gemäß Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 160 vom 17.6.2016, S. 23)

13. 32016 R 0960: Delegierte Verordnung (EU) 2016/960 der Kommission vom 17. Mai 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für angemessene Regelungen, Systeme und Verfahren für offenlegende Marktteilnehmer bei der Durchführung von Marktsondierungen (ABl. L 160 vom 17.6.2016, S. 29)

14. 32016 R 1052: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1052 der Kommission vom 8. März 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die auf Rückkaufprogramme und Stabilisierungsmaßnahmen anwendbaren Bedingungen (ABl. L 173 vom 30.6.2016, S. 34)

15. 32016 R 1055: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1055 der Kommission vom 29. Juni 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich der technischen Mittel für die angemessene Bekanntgabe von Insiderinformationen und für den Aufschub der Bekanntgabe von Insiderinformationen gemäß Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 173 vom 30.6.2016, S. 47)

16. 32017 R 1158: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1158 der Kommission vom 29. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Verfahren und Formen des Informationsaustauschs der zuständigen Behörden mit der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde im Sinne des Artikels 33 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 167 vom 30.6.2017, S. 22)

17. 32018 R 0292: Durchführungsverordnung (EU) 2018/292 der Kommission vom 26. Februar 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf Verfahren und Formulare für Informationsaustausch und Amtshilfe zwischen zuständigen Behörden gemäß der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Marktmissbrauch (ABl. L 55 vom 27.2.2018, S. 34)

18. 32020 R 1406: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1406 der Kommission vom 2. Oktober 2020 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf Verfahren und Formulare für Informationsaustausch und Zusammenarbeit zwischen zuständigen Behörden, ESMA, Kommission und anderen Stellen gemäß Artikel 24 Absatz 2 und Artikel 25 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Marktmissbrauch (ABl. L 325 vom 7.10.2020, S. 7)

19. 32017 R 1129: Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt zu veröffentlichen ist und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/71/EG (ABl. L 168 vom 30.6.2017, S. 12), geändert durch:

– 32019 R 2115: Verordnung (EU) 2019/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 320 vom 11.12.2019, S. 1)

– 32021 R 0337: Verordnung (EU) 2021/337 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 1)

20. 32019 R 0979: Delegierte Verordnung (EU) 2019/979 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für wesentliche Finanzinformationen in der Zusammenfassung des Prospekts, die Veröffentlichung und Klassifizierung von Prospekten, die Werbung für Wertpapiere, Nachträge zum Prospekt und das Notifizierungsportal und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 382/2014 der Kommission und der Delegierten Verordnung (EU) 2016/301 der Kommission (ABl. L 166 vom 21.6.2019, S. 1), geändert durch:

– 32020 R 1272: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1272 der Kommission vom 4. Juni 2020 (ABl. L 300 vom 14.9.2020, S. 1)

21. 32019 R 0980: Delegierte Verordnung (EU) 2019/980 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Aufmachung, des Inhalts, der Prüfung und der Billigung des Prospekts, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt zu veröffentlichen ist, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission (ABl. L 166 vom 21.6.2019, S. 26), geändert durch:

– 32020 R 1273: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1273 der Kommission vom 4. Juni 2020 (ABl. L 300 vom 14.9.2020, S. 6)

22. 32021 R 0528: Delegierte Verordnung (EU) 2021/528 der Kommission vom 16. Dezember 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Mindestinformationen des Dokuments, das der Öffentlichkeit bei einer Ausnahme von der Prospektpflicht im Zusammenhang mit einer Übernahme im Wege eines Tauschangebots, einer Verschmelzung oder einer Spaltung zur Verfügung zu stellen ist (ABl. L 106 vom 26.3.2021, S. 32)

23. 32004 L 0109: Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (ABl. L 390 vom 21.12.2004, S. 38), geändert durch:

– 32010 L 0073: Richtlinie 2010/73/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 (ABl. L 327 vom 11.12.2010, S. 1)

– 32010 L 0078: Richtlinie 2010/78/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 120), berichtigt in ABl. L 170 vom 30.6.2011, S. 43, und ABl. L 54 vom 22.2.2014, S. 23

– 32013 L 0050: Richtlinie 2013/50/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 294 vom 6.11.2013, S. 13), berichtigt in ABl. L 14 vom 18.1.2014, S. 35

– 32021 R 0337: Verordnung (EU) 2021/337 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 1)

24. 32007 L 0014: Richtlinie 2007/14/EG der Kommission vom 8. März 2007 mit Durchführungsbestimmungen zu bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2004/109/EG zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt zugelassen sind (ABl. L 69 vom 9.3.2007, S. 27), geändert durch:

– 32013 L 0050: Richtlinie 2013/50/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 294 vom 6.11.2013, S. 13), berichtigt in ABl. L 14 vom 18.1.2014, S. 35

25. 32015 R 0761: Delegierte Verordnung (EU) 2015/761 der Kommission vom 17. Dezember 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf bestimmte technische Regulierungsstandards für bedeutende Beteiligungen (ABl. L 120 vom 13.5.2015, S. 2)

26. 32016 R 1437: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1437 der Kommission vom 19. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für den Zugang zu vorgeschriebenen Informationen auf Unionsebene (ABl. L 234 vom 31.8.2016, S. 1)

27. 32019 R 0815: Delegierte Verordnung (EU) 2019/815 der Kommission vom 17. Dezember 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Spezifikation eines einheitlichen elektronischen Berichtsformats (ABl. L 143 vom 29.5.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 145 vom 4.6.2019, S. 85, geändert durch:

– 32019 R 2100: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2100 der Kommission vom 30. September 2019 (ABl. L 326 vom 16.12.2019, S. 1)

– 32020 R 1989: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1989 der Kommission vom 6. November 2020 (ABl. L 429 vom 18.12.2020, S. 1)

– 32022 R 0352: Delegierte Verordnung (EU) 2022/352 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 77 vom 7.3.2022, S. 1)

– 32022 R 2553: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2553 der Kommission vom 21. September 2022 (ABl. L 339 vom 30.12.2022, S. 1)

28. 32007 R 1569: Verordnung (EG) Nr. 1569/2007 der Kommission vom 21. Dezember 2007 über die Einrichtung eines Mechanismus zur Festlegung der Gleichwertigkeit der von Drittstaatemittenten angewandten Rechnungslegungsgrundsätze gemäß den Richtlinien 2003/71/EG und 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 340 vom 22.12.2007, S. 66), geändert durch:

– 32012 R 0310: Delegierte Verordnung (EU) 310/2012 der Kommission vom 21. Dezember 2011 (ABl. L 103 vom 13.4.2012, S. 11)

– 32015 R 1605: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1605 der Kommission vom 12. Juni 2015 (ABl. L 249 vom 25.9.2015, S. 3)

29. 32012 R 0236: Verordnung (EU) Nr. 236/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps (ABl. L 86 vom 24.3.2012, S. 1), geändert durch:

– 32014 R 0909: Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 349 vom 21.12.2016, S. 8

– 32022 R 0027: Delegierte Verordnung (EU) 2022/27 der Kommission vom 27. September 2021 (ABl. L 6 vom 11.1.2022, S. 9)

30. 32012 R 0826: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 826/2012 der Kommission vom 29. Juni 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Melde- und Offenlegungspflichten in Bezug auf Netto-Leerverkaufspositionen, die Einzelheiten der in Bezug auf Netto-Leerverkaufspositionen an die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde zu übermittelnden Informationen und die Methode zur Berechnung des Umsatzes zwecks Ermittlung der unter die Ausnahmeregelung fallenden Aktien (ABl. L 251 vom 18.9.2012, S. 1)

31. 32012 R 0827: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 827/2012 der Kommission vom 29. Juni 2012 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf die Verfahren für die Offenlegung von Nettopositionen in Aktien gegenüber der Öffentlichkeit, das Format, in dem der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde Informationen zu Netto-Leerverkaufspositionen zu übermitteln sind, die Arten von Vereinbarungen, Zusagen und Maßnahmen, die angemessen gewährleisten, dass Aktien oder öffentliche Schuldtitel für die Abwicklung des Geschäfts verfügbar sind, und die Daten, zu denen die Ermittlung des Haupthandelsplatzes einer Aktie erfolgt, sowie den Zeitraum, auf den sich die betreffende Berechnung bezieht, gemäß der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps (ABl. L 251 vom 18.9.2012, S. 11)

32. 32012 R 0918: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 918/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps im Hinblick auf Begriffsbestimmungen, die Berechnung von Netto-Leerverkaufspositionen, gedeckte Credit Default Swaps auf öffentliche Schuldtitel, Meldeschwellen, Liquiditätsschwellen für die vorübergehende Aufhebung von Beschränkungen, signifikante Wertminderungen bei Finanzinstrumenten und ungünstige Ereignisse (ABl. L 274 vom 9.10.2012, S. 1), geändert durch:

– 32015 R 0097: Delegierte Verordnung (EU) 2015/97 der Kommission vom 17. Oktober 2014 (ABl. L 16 vom 23.1.2015, S. 22)

33. 32012 R 0919: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 919/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Methode zur Berechnung der Wertminderung bei liquiden Aktien und anderen Finanzinstrumenten (ABl. L 274 vom 9.10.2012, S. 16)

ABSCHNITT B

ORGANISMEN FÜR GEMEINSAME ANLAGEN
IN WERTPAPIEREN (OGAW)

34. 32009 L 0065: Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) (Neufassung) (ABl. L 302 vom 17.11.2009, S. 32), geändert durch:

– 32011 L 0061: Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1)

– 32013 L 0014: Richtlinie 2013/14/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 (ABl. L 145 vom 31.5.2013, S. 1)

– 32014 L 0091: Richtlinie 2014/91/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 186), berichtigt in ABl. L 52 vom 27.2.2016, S. 37

– 32010 L 0078: Richtlinie 2010/78/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 120), berichtigt in ABl. L 170 vom 30.6.2011, S. 43, und ABl. L 54 vom 22.2.2014, S. 23

– 32019 L 1160: Richtlinie (EU) 2019/1160 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 106)

– 32019 L 2162: Richtlinie (EU) 2019/2162 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 29)

– 32021 L 2261: Richtlinie (EU) 2021/2261 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 455 vom 20.12.2021, S. 15)

35. 32007 L 0016: Richtlinie 2007/16/EG der Kommission vom 19. März 2007 zur Durchführung der Richtlinie 85/611/EWG des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) im Hinblick auf die Erläuterung gewisser Definitionen (ABl. L 79 vom 20.3.2007, S. 11)

36. 32010 R 0583: Verordnung (EU) Nr. 583/2010 der Kommission vom 1. Juli 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die wesentlichen Informationen für den Anleger und die Bedingungen, die einzuhalten sind, wenn die wesentlichen Informationen für den Anleger oder der Prospekt auf einem anderen dauerhaften Datenträger als Papier oder auf einer Website zur Verfügung gestellt werden (ABl. L 176 vom 10.7.2010, S. 1)

37. 32010 R 0584: Verordnung (EU) Nr. 584/2010 der Kommission vom 1. Juli 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Form und Inhalt des Standardmodells für das Anzeigeschreiben und die OGAW-Bescheinigung, die Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel durch die zuständigen Behörden für die Anzeige und die Verfahren für Überprüfungen vor Ort und Ermittlungen sowie für den Informationsaustausch zwischen zuständigen Behörden (ABl. L 176 vom 10.7.2010, S. 16)

38. 32010 L 0043: Richtlinie 2010/43/EU der Kommission vom 1. Juli 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf organisatorische Anforderungen, Interessenkonflikte, Wohlverhalten, Risikomanagement und den Inhalt der Vereinbarung zwischen Verwahrstelle und Verwaltungsgesellschaft (ABl. L 176 vom 10.7.2010, S. 42), geändert durch:

    – 32021 L 1270: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1270 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 141)

39. 32010 L 0044: Richtlinie 2010/44/EU der Kommission vom 1. Juli 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Bestimmungen über Fondsverschmelzungen, Master-Feeder-Strukturen und das Anzeigeverfahren (ABl. L 176 vom 10.7.2010, S. 28), berichtigt in ABl. L 179 vom 14.7.2010, S. 16

40. 32016 R 0438: Delegierte Verordnung (EU) 2016/438 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Pflichten der Verwahrstellen (ABl. L 78 vom 24.3.2016, S. 11), geändert durch:

    – 32018 R 1619: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1619 der Kommission vom 12. Juli 2018 (ABl. L 271 vom 30.10.2018, S. 6)

41. 32016 R 1212: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1212 der Kommission vom 25. Juli 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für Standardverfahren und -formulare zur Übermittlung von Informationen im Einklang mit der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 199 vom 26.7.2016, S. 6)

ABSCHNITT C

WERTPAPIERDIENSTLEISTUNGEN

42. 31997 L 0009: Richtlinie 97/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 1997 über Systeme für die Entschädigung der Anleger (ABl. L 84 vom 26.3.1997, S. 22)

Es gelten die Übergangsregelungen, die in den Anhängen zur Beitrittsakte vom 16. April 2003 für Estland (Anhang VI, Kapitel 2, Nummer 2), Lettland (Anhang VIII, Kapitel 2, Nummer 2), Litauen (Anhang IX, Kapitel 3, Nummer 2), Ungarn (Anhang X, Kapitel 2, Nummer 1), Polen (Anhang XII, Kapitel 3, Nummer 1), Slowenien (Anhang XIII, Kapitel 3, Nummer 3) und die Slowakei (Anhang XIV, Kapitel 2) festgelegt sind.

Es gelten die in den Anhängen der Beitrittsakte vom 25. April 2005 festgelegten Übergangsregelungen für Bulgarien (Anhang VI Kapitel 2) und Rumänien (Anhang VII, Kapitel 2).

43. 32014 L 0065: Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 349), berichtigt in ABl. L 188 vom 13.7.2016, S. 28, ABl. L 273 vom 8.10.2016, S. 35, und ABl. L 64 vom 10.3.2017, S. 116, geändert durch:

– 32016 L 1034: Richtlinie (EU) 2016/1034 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juni 2016 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 8)

– 32014 R 0909: Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 349 vom 21.12.2016, S. 8

– 32019 R 2115: Verordnung (EU) 2019/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 320 vom 11.12.2019, S. 1)

– 32021 L 0338: Richtlinie (EU) 2021/338 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 14)

– Richtlinie (EU) 2020/1504 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Oktober 2020 (ABl. L 347 vom 20.10.2020, S. 50)

44. 32014 R 0600: Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 84), berichtigt in ABl. L 270 vom 15.10.2015, S. 4, ABl. L 187 vom 12.7.2016, S. 30, und ABl. L 278 vom 27.10.2017, S. 54, geändert durch:

– 32016 R 1033: Verordnung (EU) 2016/1033 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juni 2016 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 1)

45. 32006 L 0073: Richtlinie 2006/73/EG der Kommission vom 10. August 2006 zur Durchführung der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die organisatorischen Anforderungen an Wertpapierfirmen und die Bedingungen für die Ausübung ihrer Tätigkeit sowie in Bezug auf die Definition bestimmter Begriffe für die Zwecke der genannten Richtlinie (ABl. L 241 vom 2.9.2006, S. 26)

46. 32006 R 1287: Verordnung (EG) Nr. 1287/2006 der Kommission vom 10. August 2006 zur Durchführung der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufzeichnungspflichten für Wertpapierfirmen, die Meldung von Geschäften, die Markttransparenz, die Zulassung von Finanzinstrumenten zum Handel und bestimmte Begriffe im Sinne dieser Richtlinie (ABl. L 241 vom 2.9.2006, S. 1)

47. 32016 R 0824: Durchführungsverordnung (EU) 2016/824 der Kommission vom 25. Mai 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf den Inhalt und das Format der Beschreibung der Funktionsweise multilateraler Handelssysteme und organisierter Handelssysteme sowie die Benachrichtigung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente (ABl. L 137 vom 26.5.2016, S. 10)

48. 32016 R 2020: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2020 der Kommission vom 26. Mai 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für Kriterien zur Entscheidung über die Auferlegung der Handelspflicht für der Clearingpflicht unterliegende Derivate (ABl. L 313 vom 19.11.2016, S. 2)

49. 32016 R 2021: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2021 der Kommission vom 2. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für den Zugang im Zusammenhang mit Referenzwerten (ABl. L 313 vom 19.11.2016, S. 6)

50. 32016 R 2022: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2022 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die zur Registrierung von Drittlandfirmen erforderlichen Angaben und das Format von Informationen für Kunden (ABl. L 313 vom 19.11.2016, S. 11)

51. 32017 R 0565: Delegierte Verordnung (EU) 2017/565 der Kommission vom 25. April 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die organisatorischen Anforderungen an Wertpapierfirmen und die Bedingungen für die Ausübung ihrer Tätigkeit sowie in Bezug auf die Definition bestimmter Begriffe für die Zwecke der genannten Richtlinie (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 1), geändert durch:

– 32017 R 2294: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2294 der Kommission vom 28. August 2017 (ABl. L 329 vom 13.12.2017, S. 4)

– 32019 R 1011: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1011 der Kommission vom 13. Dezember 2018 (ABl. L 165 vom 21.6.2019, S. 1)

– 32021 R 0527: Delegierte Verordnung (EU) 2021/527 der Kommission vom 15. Dezember 2020 (ABl. L 106 vom 26.3.2021, S. 30)

– 32021 R 1254: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1254 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 6)

– 32021 R 1253: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1253 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 1)

52. 32017 R 0566: Delegierte Verordnung (EU) 2017/566 der Kommission vom 18. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards für das Verhältnis zwischen nicht ausgeführten Verträgen und Geschäften zur Verhinderung marktstörender Handelsbedingungen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 84)

53. 32017 R 0567: Delegierte Verordnung (EU) 2017/567 der Kommission vom 18. Mai 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Begriffsbestimmungen, Transparenz, Portfoliokomprimierung und Aufsichtsmaßnahmen zur Produktintervention und zu den Positionen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 90)

54. 32017 R 0568: Delegierte Verordnung (EU) 2017/568 der Kommission vom 24. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Zulassung von Finanzinstrumenten zum Handel an geregelten Märkten (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 117)

55. 32017 R 0569: Delegierte Verordnung (EU) 2017/569 der Kommission vom 24. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Aussetzung des Handels und den Ausschluss von Finanzinstrumenten vom Handel (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 122)

56. 32017 R 0570: Delegierte Verordnung (EU) 2017/570 der Kommission vom 26. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards zur Bestimmung des in Bezug auf die Liquidität maßgeblichen Markts hinsichtlich Benachrichtigungen über vorübergehende Handelseinstellungen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 124)

57. 32017 R 0571: Delegierte Verordnung (EU) 2017/571 der Kommission vom 2. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Zulassung, die organisatorischen Anforderungen und die Veröffentlichung von Geschäften für Datenbereitstellungsdienste (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 126), geändert durch:

– 32018 R 0063: Delegierte Verordnung (EU) 2018/63 der Kommission vom 26. September 2017 (ABl. L 12 vom 17.1.2018, S. 2)

58. 32017 R 0572: Delegierte Verordnung (EU) 2017/572 der Kommission vom 2. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Festlegung der angebotenen Vor- und Nachhandelsdaten und des Disaggregationsniveaus der Daten (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 142)

59. 32017 R 0573: Delegierte Verordnung (EU) 2017/573 der Kommission vom 6. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards für Anforderungen zur Sicherstellung gerechter und nichtdiskriminierender Kollokationsdienste und Gebührenstrukturen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 145)

60. 32017 R 0574: Delegierte Verordnung (EU) 2017/574 der Kommission vom 7. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für den Grad an Genauigkeit von im Geschäftsverkehr verwendeten Uhren (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 148)

61. 32017 R 0575: Delegierte Verordnung (EU) 2017/575 der Kommission vom 8. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards bezüglich der Daten, die Ausführungsplätze zur Qualität der Ausführung von Geschäften veröffentlichen müssen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 152)

62. 32017 R 0576: Delegierte Verordnung (EU) 2017/576 der Kommission vom 8. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die jährliche Veröffentlichung von Informationen durch Wertpapierfirmen zur Identität von Handelsplätzen und zur Qualität der Ausführung (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 166)

63. 32017 R 0577: Delegierte Verordnung (EU) 2017/577 der Kommission vom 13. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards für den Mechanismus zur Begrenzung des Volumens und die Bereitstellung von Informationen für Transparenz- und andere Berechnungen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 174)

64. 32017 R 0578: Delegierte Verordnung (EU) 2017/578 der Kommission vom 13. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards zur Angabe von Anforderungen an Market-Making-Vereinbarungen und -Systeme (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 183)

65. 32017 R 0579: Delegierte Verordnung (EU) 2017/579 der Kommission vom 13. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards in Bezug auf unmittelbare, wesentliche und vorhersehbare Auswirkungen von Derivatekontrakten innerhalb der Union und die Verhinderung der Umgehung von Vorschriften und Pflichten (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 189)

66. 32017 R 0580: Delegierte Verordnung (EU) 2017/580 der Kommission vom 24. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Aufzeichnung einschlägiger Daten über Aufträge für Finanzinstrumente (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 193)

67. 32017 R 0581: Delegierte Verordnung (EU) 2017/581 der Kommission vom 24. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für den Clearing-Zugang im Zusammenhang mit Handelsplätzen und zentralen Gegenparteien (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 212)

68. 32017 R 0582: Delegierte Verordnung (EU) 2017/582 der Kommission vom 29. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Clearingpflicht für über geregelte Märkte gehandelte Derivate und Zeitrahmen für die Annahme zum Clearing (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 224)

69. 32017 R 0583: Delegierte Verordnung (EU) 2017/583 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards zu den Transparenzanforderungen für Handelsplätze und Wertpapierfirmen in Bezug auf Anleihen, strukturierte Finanzprodukte, Emissionszertifikate und Derivate (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 229), geändert durch:

– 32021 R 0529: Delegierte Verordnung (EU) 2021/529 der Kommission vom 18. Dezember 2020 (ABl. L 106 vom 26.3.2021, S. 47)

– 32022 R 0629: Delegierte Verordnung (EU) 2022/629 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 115I vom 13.4.2022, S. 1)

70. 32017 R 0584: Delegierte Verordnung (EU) 2017/584 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der organisatorischen Anforderungen an Handelsplätze (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 350)

71. 32017 R 0585: Delegierte Verordnung (EU) 2017/585 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Datenstandards und -formate für die Referenzdaten für Finanzinstrumente und die technischen Maßnahmen in Bezug auf die von der ESMA und den zuständigen Behörden zu treffenden Vorkehrungen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 368)

72. 32017 R 0586: Delegierte Verordnung (EU) 2017/586 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden im Rahmen der Zusammenarbeit bei der Überwachung, bei Überprüfungen vor Ort und bei Ermittlungen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 382)

73. 32017 R 0587: Delegierte Verordnung (EU) 2017/587 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards mit Transparenzanforderungen für Handelsplätze und Wertpapierfirmen in Bezug auf Aktien, Aktienzertifikate, börsengehandelte Fonds, Zertifikate und andere vergleichbare Finanzinstrumente und mit Ausführungspflichten in Bezug auf bestimmte Aktiengeschäfte an einem Handelsplatz oder über einen systematischen Internalisierer (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 387), geändert durch:

– 32019 R 0442: Delegierte Verordnung (EU) 2019/442 der Kommission vom 12. Dezember 2018 (ABl. L 77 vom 20.3.2019, S. 56)

74. 32017 R 0588: Delegierte Verordnung (EU) 2017/588 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für das Tick-Größen-System für Aktien, Aktienzertifikate und börsengehandelte Fonds (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 411), geändert durch:

– 32019 R 0443: Delegierte Verordnung (EU) 2019/443 der Kommission vom 13. Februar 2019 (ABl. L 77 vom 20.3.2019, S. 59)

75. 32017 R 0589: Delegierte Verordnung (EU) 2017/589 der Kommission vom 19. Juli 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der organisatorischen Anforderungen an Wertpapierfirmen, die algorithmischen Handel betreiben (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 417)

76. 32017 R 0590: Delegierte Verordnung (EU) 2017/590 der Kommission vom 28. Juli 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Meldung von Geschäften an die zuständigen Behörden (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 449)

77. 32022 R 1302: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1302 der Kommission vom 20. April 2022 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Anwendung von Positionslimits für Warenderivate und für Verfahren für Anträge auf Ausnahmen von Positionslimits (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 52)

78. 32021 R 1833: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1833 der Kommission vom 14. Juli 2021 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Kriterien für die Feststellung, wann eine Tätigkeit als Nebentätigkeit zur Haupttätigkeit auf Gruppenebene gilt (ABl. L 372 vom 20.10.2021, S. 1)

79. 32017 L 0593: Delegierte Richtlinie (EU) 2017/593 der Kommission vom 7. April 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf den Schutz der Finanzinstrumente und Gelder von Kunden, Produktüberwachungspflichten und Vorschriften für die Entrichtung beziehungsweise Gewährung oder Entgegennahme von Gebühren, Provisionen oder anderen monetären oder nicht-monetären Vorteilen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 500), geändert durch:

– 32021 L 1269: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1269 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 137)

80. 32017 R 0953: Durchführungsverordnung (EU) 2017/953 der Kommission vom 6. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf das Format und den Zeitpunkt der Positionsmeldungen von Wertpapierfirmen und Marktbetreibern von Handelsplätzen gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente (ABl. L 144 vom 7.6.2017, S. 12)

81. 32017 R 0980: Durchführungsverordnung (EU) 2017/980 der Kommission vom 7. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Standardformulare, Muster und Verfahren für die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden bei der Überwachung, den Überprüfungen vor Ort und den Ermittlungen und für den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 148 vom 10.6.2017, S. 3)

82. 32017 R 0981: Durchführungsverordnung (EU) 2017/981 der Kommission vom 7. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Standardformulare, Muster und Verfahren zur Konsultation anderer zuständiger Behörden vor einer Zulassung gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 148 vom 10.6.2017, S. 16)

83. 32017 R 0988: Durchführungsverordnung (EU) 2017/988 der Kommission vom 6. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für Standardformulare, Muster und Verfahren für die Zusammenarbeit in Bezug auf Handelsplätze, deren Geschäfte in einem Aufnahmemitgliedstaat von wesentlicher Bedeutung sind (ABl. L 149 vom 13.6.2017, S. 3)

84. 32017 R 1005: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1005 der Kommission vom 15. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf Format und Zeitpunkt der Mitteilungen und der Veröffentlichung der Aussetzung des Handels und des Ausschlusses von Finanzinstrumenten gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 1)

85. 32017 R 1018: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1018 der Kommission vom 29. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Angaben, die von Wertpapierfirmen, Marktbetreibern und Kreditinstituten zu übermitteln sind (ABl. L 155 vom 17.6.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 292 vom 10.11.2017, S. 119

86. 32017 R 1093: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1093 der Kommission vom 20. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf das Format der Positionsberichte von Wertpapierfirmen und Marktbetreibern (ABl. L 158 vom 21.6.2017, S. 16), geändert durch:

– 32022 R 1300: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1300 der Kommission vom 24. März 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 4)

87. 32017 R 1110: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1110 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Standardformulare, Muster und Verfahren für die Zulassung von Datenbereitstellungsdiensten und die damit zusammenhängenden Mitteilungen gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 3)

88. 32017 R 1111: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1111 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards zu den Verfahren und Formularen für die Übermittlung von Informationen über Sanktionen und Maßnahmen im Einklang mit der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 14)

89. 32017 R 1799: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1799 der Kommission vom 12. Juni 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die für bestimmte Zentralbanken von Drittländern geltende Ausnahme von Vorhandels- und Nachhandelstransparenzanforderungen bei der Ausübung der Geld-, Devisen- und Finanzmarktpolitik (ABl. L 259 vom 7.10.2017, S. 11), geändert durch:

– 32019 R 0462: Delegierte Verordnung (EU) 2019/462 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 80 vom 22.3.2019, S. 13)

– 32019 R 1000: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1000 der Kommission vom 14. März 2019 (ABl. L 163 vom 20.6.2019, S. 56)

90. 32017 R 1943: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1943 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards in Bezug auf Informationen und Anforderungen für die Zulassung von Wertpapierfirmen (ABl. L 276 vom 26.10.2017, S. 4)

91. 32017 R 1944: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1944 der Kommission vom 13. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Standardformulare, Muster und Verfahren für den Konsultationsprozess zwischen den jeweils zuständigen Behörden nach Anzeige eines geplanten Erwerbs einer qualifizierten Beteiligung an einer Wertpapierfirma gemäß den Richtlinien 2004/39/EG und 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 276 vom 26.10.2017, S. 12)

92. 32017 R 1945: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1945 der Kommission vom 19. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für Mitteilungen von und an Wertpapierfirmen, die eine Zulassung beantragen oder besitzen, gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 276 vom 26.10.2017, S. 22)

93. 32017 R 1946: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1946 der Kommission vom 11. Juli 2017 zur Ergänzung der Richtlinien 2004/39/EG und 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für eine erschöpfende Liste der Informationen, die interessierte Erwerber in die Anzeige des beabsichtigten Erwerbs einer qualifizierten Beteiligung an einer Wertpapierfirma aufnehmen müssen (ABl. L 276 vom 26.10.2017, S. 32)

94. 32017 R 2154: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2154 der Kommission vom 22. September 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für indirekte Clearingvereinbarungen (ABl. L 304 vom 21.11.2017, S. 6)

95. 32017 R 2194: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2194 der Kommission vom 14. August 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente im Hinblick auf Auftragspakete (ABl. L 312 vom 28.11.2017, S. 1)

96. 32017 D 2238: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2238 der Kommission vom 5. Dezember 2017 über die Gleichwertigkeit des Rechts- und Aufsichtsrahmens für anerkannte Kontraktmärkte und Swap-Ausführungssysteme in den Vereinigten Staaten von Amerika gemäß der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 320 vom 6.12.2017, S. 11)

97. 32017 D 2318: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2318 der Kommission vom 13. Dezember 2017 über die Gleichwertigkeit des Rechts- und Aufsichtsrahmens Australiens für Finanzmärkte gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 331 vom 14.12.2017, S. 81)

98. 32017 D 2319: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2319 der Kommission vom 13. Dezember 2017 über die Gleichwertigkeit des Rechts- und Aufsichtsrahmens der Sonderverwaltungsregion Hongkong für als Börse anerkannte Kapitalgesellschaften (Recognized Exchange Companies) gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 331 vom 14.12.2017, S. 87)

99. 32017 D 2320: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2320 der Kommission vom 13. Dezember 2017 über die Gleichwertigkeit des Rechts- und Aufsichtsrahmens der Vereinigten Staaten von Amerika für nationale Wertpapierbörsen und alternative Handelssysteme gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 331 vom 14.12.2017, S. 94)

100. 32017 R 2382: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2382 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf Standardformulare, Mustertexte und Verfahren für die Übermittlung von Angaben nach Maßgabe der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 340 vom 20.12.2017, S. 6), berichtigt in ABl. L 33 vom 7.2.2018, S. 5, geändert durch:

– 32022 R 1407: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1407 der Kommission vom 16. August 2022 (ABl. L 215 vom 18.8.2022, S. 27)

101. 32017 R 2417: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2417 der Kommission vom 17. November 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards zur Handelspflicht für bestimmte Derivate (ABl. L 343 vom 22.12.2017, S. 48), geändert durch:

– 32022 R 0749: Delegierte Verordnung (EU) 2022/749 der Kommission vom 8. Februar 2022 (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 4)

102. 32017 D 2441: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2441 der Kommission vom 21. Dezember 2017 über die Gleichwertigkeit des für Börsen in der Schweiz geltenden Rechts- und Aufsichtsrahmens gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 344 vom 23.12.2017, S. 52)

103. 32019 D 0541: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/541 der Kommission vom 1. April 2019 über die Gleichwertigkeit des Rechts- und Aufsichtsrahmens für genehmigte Börsen und anerkannte Marktbetreiber in Singapur im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 93 vom 2.4.2019, S. 18), geändert durch:

– 32020 D 2127: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2127 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 65)

104. 32022 R 1299: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1299 der Kommission vom 24. März 2022 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung des Inhalts von Positionsmanagementkontrollen der Handelsplätze (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 1)

105. 32011 L 0061: Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1), geändert durch:

– 32013 L 0014: Richtlinie 2013/14/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 (ABl. L 145 vom 31.5.2013, S. 1)

– 32019 L 1160: Richtlinie (EU) 2019/1160 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 106)

106. 32013 R 0231: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 231/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Ausnahmen, die Bedingungen für die Ausübung der Tätigkeit, Verwahrstellen, Hebelfinanzierung, Transparenz und Beaufsichtigung (ABl. L 83 vom 22.3.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 1618: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1618 der Kommission vom 12. Juli 2018 (ABl. L 271 vom 30.10.2018, S. 1)

   – 32021 R 1255: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1255 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 11)

107. 32013 R 0447: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 447/2013 der Kommission vom 15. Mai 2013 zur Festlegung des Verfahrens für AIFM, die beschließen, sich der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu unterwerfen (ABl. L 132 vom 16.5.2013, S. 1)

108. 32013 R 0448: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 448/2013 der Kommission vom 15. Mai 2013 zur Festlegung eines Verfahrens für die Bestimmung des Referenzmitgliedstaats eines Nicht-EU-AIFM gemäß der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 132 vom 16.5.2013, S. 3)

109. 32014 R 0694: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 694/2014 der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zur Bestimmung der Arten von Verwaltern alternativer Investmentfonds (ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 18)

110. 32015 R 0514: Delegierte Verordnung (EU) 2015/514 der Kommission vom 18. Dezember 2014 über die nach Artikel 67 Absatz 3 der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates von den zuständigen Behörden an die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde zu übermittelnden Informationen (ABl. L 82 vom 27.3.2015, S. 5)

111. 32012 R 0648: Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 1), geändert durch:

– 32013 R 1002: Delegierte Verordnung (EU) 1002/2013 der Kommission vom 12. Juli 2013 (ABl. L 279 vom 19.10.2013, S. 2)

– 32014 L 0059: Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 190)

– 32015 R 1515: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1515 der Kommission vom 5. Juni 2015 (ABl. L 239 vom 15.9.2015, S. 63)

– 32015 L 0849: Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 73)

– 32014 R 0600: Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 84), berichtigt in ABl. L 270 vom 15.10.2015, S. 4, ABl. L 187 vom 12.7.2016, S. 30, und ABl. L 278 vom 27.10.2017, S. 54

– 32013 R 0575: Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 208 vom 2.8.2013, S. 68, ABl. L 321 vom 30.11.2013, S. 6, und ABl. L 20 vom 25.1.2017, S. 2

– 32017 R 0610: Delegierte Verordnung (EU) 2017/610 der Kommission vom 20. Dezember 2016 (ABl. L 86 vom 31.3.2017, S. 3)

– 32017 R 0979: Delegierte Verordnung (EU) 2017/979 der Kommission vom 2. März 2017 (ABl. L 148 vom 10.6.2017, S. 1)

– 32019 R 0460: Delegierte Verordnung (EU) 2019/460 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 80 vom 22.3.2019, S. 8)

– 32019 R 0834: Verordnung (EU) 2019/834 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 (ABl. L 141 vom 28.5.2019, S. 42)

– 32019 R 0876: Verordnung (EU) 2019/876 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 (ABl. L 150 vom 7.6.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 32

– 32015 R 2365: Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1)

112. 32014 D 0752: Durchführungsbeschluss 2014/752/EU der Kommission vom 30. Oktober 2014 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Japans für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 55)

113. 32014 D 0753: Durchführungsbeschluss 2014/753/EU der Kommission vom 30. Oktober 2014 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Singapurs für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 58)

114. 32014 D 0754: Durchführungsbeschluss 2014/754/EU der Kommission vom 30. Oktober 2014 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Hong Kongs für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 62)

115. 32014 D 0755: Durchführungsbeschluss 2014/755/EU der Kommission vom 30. Oktober 2014 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Australiens für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 66)

116. 32015 D 2038: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2038 der Kommission vom 13. November 2015 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens der Republik Korea für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 25)

117. 32015 D 2039: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2039 der Kommission vom 13. November 2015 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Südafrikas für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 29), geändert durch:

    – 32022 D 0900: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/900 der Kommission vom 8. Juni 2022 (ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 57)

118. 32015 D 2040: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2040 der Kommission vom 13. November 2015 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens bestimmter Provinzen Kanadas für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 32)

119. 32015 D 2041: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2041 der Kommission vom 13. November 2015 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Mexikos für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 38)

120. 32015 D 2042: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2042 der Kommission vom 13. November 2015 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens der Schweiz für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 42)

121. 32016 D 1073: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1073 der Kommission vom 1. Juli 2016 über die Gleichwertigkeit anerkannter Kontraktmärkte in den Vereinigten Staaten von Amerika gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 178 vom 2.7.2016, S. 24), geändert durch:

    – 32021 D 0583: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/583 der Kommission vom 9. April 2021 (ABl. L 124 vom 12.4.2021, S. 116)

122. 32016 D 2270: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2270 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit in Singapur genehmigter Börsen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 42)

123. 32016 D 2271: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2271 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit von Börsen für Finanzinstrumente und Warenbörsen in Japan gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 45)

124. 32016 D 2272: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2272 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit von Finanzmärkten in Australien gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 48)

125. 32016 D 2273: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2273 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit in Kanada anerkannter Börsen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 51)

126. 32016 D 0377: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/377 der Kommission vom 15. März 2016 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens der Vereinigten Staaten von Amerika für von der Commodity Futures Trading Commission (Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel) zugelassene und beaufsichtigte zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 32)

127. 32016 D 2269: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2269 der Kommission vom 14. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Indiens für zentrale Gegenparteien gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 38), geändert durch:

    – 32022 D 0901: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/901 der Kommission vom 8. Juni 2022 (ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 60)

128. 32016 D 2274: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2274 der Kommission vom 14. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Neuseelands für zentrale Gegenparteien gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 54)

129. 32016 D 2275: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2275 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Japans für zentrale Gegenparteien gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 57)

130. 32016 D 2276: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2276 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Brasiliens für zentrale Gegenparteien gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 61)

131. 32016 D 2277: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2277 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens im Dubai International Financial Centre für zentrale Gegenparteien gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 65)

132. 32016 D 2278: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2278 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens der Vereinigten Arabischen Emirate für zentrale Gegenparteien gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 68)

133. 32017 D 1857: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1857 der Kommission vom 13. Oktober 2017 über die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen der Vereinigten Staaten von Amerika für der Aufsicht der Commodity Futures Trading Commission (Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel) unterliegende Derivatgeschäfte mit bestimmten Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 265 vom 14.10.2017, S. 23)

134. 32022 D 0174: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/174 der Kommission vom 8. Februar 2022 zur Feststellung der Gleichwertigkeit des für zentrale Gegenparteien im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland geltenden Rechtsrahmens gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates für einen begrenzten Zeitraum (ABl. L 28 vom 9.2.2022, S. 40)

135. 32019 D 0684: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/684 der Kommission vom 25. April 2019 über die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen Japans für der Aufsicht der japanischen Finanzaufsichtsbehörde (Japan Financial Services Agency) unterliegende Derivategeschäfte mit den Bewertungs-, Streitbeilegungs- und Einschussanforderungen in Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 115 vom 2.5.2019, S. 11)

136. 32021 D 0085: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/85 der Kommission vom 27. Januar 2021 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens der Vereinigten Staaten von Amerika für von der Securities and Exchange Commission (Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde) zugelassene und beaufsichtigte zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 27), geändert durch:

– 32022 D 0551: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/551 der Kommission vom 4. April 2022 (ABl. L 107 vom 6.4.2022, S. 82)

137. 32021 D 1103: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1103 der Kommission vom 5. Juli 2021 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen Brasiliens für der Aufsicht der Zentralbank von Brasilien unterliegende, von brasilianischen Instituten geschlossene Derivategeschäfte mit bestimmten Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 84)

138. 32021 D 1104: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1104 der Kommission vom 5. Juli 2021 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen Kanadas für der Aufsicht der Aufsichtsbehörde für Finanzinstitute (Office of the Superintendent of Financial Institutions) unterliegende Derivategeschäfte mit bestimmten Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 89)

139. 32021 D 1105: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1105 der Kommission vom 5. Juli 2021 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen Singapurs für der Aufsicht der Währungsbehörde Singapurs (Monetary Authority of Singapore) unterliegende Derivategeschäfte mit bestimmten Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 94)

140. 32021 D 1106: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1106 der Kommission vom 5. Juli 2021 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen Australiens für der Aufsicht der australischen Aufsichtsbehörde (Australian Prudential Regulation Authority) unterliegende Derivategeschäfte mit bestimmten Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 99)

141. 32021 D 1107: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1107 der Kommission vom 5. Juli 2021 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen Hongkongs für der Aufsicht der Währungsbehörde Hongkongs (Hongkong Monetary Authority) unterliegende Derivategeschäfte mit bestimmten Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 104)

142. 32021 D 1108: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1108 der Kommission vom 5. Juli 2021 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen der Vereinigten Staaten von Amerika für der Aufsicht des Gouverneursrats des Zentralbanksystems (Board of Governors of the Federal Reserve System), der Kreditüberwachungsbehörde (Office of the Comptroller of the Currency), des Einlagensicherungsfonds (Federal Deposit Insurance Corporation), der Kreditanstalt für die Landwirtschaft (Farm Credit Administration) und der Bundesbehörde für Hypothekenkredite (Federal Housing Finance Agency) unterliegende Derivatgeschäfte mit bestimmten Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 109)

143. 32022 D 0899: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/899 der Kommission vom 8. Juni 2022 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens für zentrale Gegenparteien in Indonesien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf von der indonesischen Finanzdienstleistungsbehörde (Otoritas Jasa Keuangan) beaufsichtigte zentrale Gegenparteien (ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 53)

144. 32022 D 0902: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/902 der Kommission vom 8. Juni 2022 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Malaysias für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 64)

145. 32022 D 0903: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/903 der Kommission vom 8. Juni 2022 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Chiles für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 68)

146. 32022 D 0984: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/984 der Kommission vom 22. Juni 2022 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens der Volksrepublik China für die von der People's Bank of China zum Clearing von OTC-Derivaten auf dem Interbankenmarkt zugelassenen und beaufsichtigten zentralen Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 103)

147. 32022 D 0985: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/985 der Kommission vom 22. Juni 2022 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Israels für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 108)

148. 32022 D 1683: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1683 der Kommission vom 28. September 2022 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Kolumbiens für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 78)

149. 32022 D 1684: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1684 der Kommission vom 28. September 2022 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Taiwans für zentrale Gegenparteien mit der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf von der Finanzaufsichtskommission beaufsichtigte Clearingstellen für Terminkontrakte (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 82)

150. 32012 R 1247: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1247/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf das Format und die Häufigkeit von Transaktionsmeldungen an Transaktionsregister gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 352 vom 21.12.2012, S. 20), geändert durch:

– 32017 R 0105: Durchführungsverordnung (EU) 2017/105 der Kommission vom 26. Oktober 2016 (ABl. L 17 vom 21.1.2017, S. 17), berichtigt in ABl. L 19 vom 25.1.2017, S. 17

– 32017 R 2155: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2155 der Kommission vom 22. September 2017 (ABl. L 304 vom 21.11.2017, S. 13)

151. 32012 R 1248: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1248/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für das Format von Anträgen auf Registrierung von Transaktionsregistern gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 352 vom 21.12.2012, S. 30), geändert durch:

– 32022 R 1859: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1859 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 262 vom 7.10.2022, S. 65)

152. 32012 R 1249: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1249/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf das Format der gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister von zentralen Gegenparteien aufzubewahrenden Aufzeichnungen (ABl. L 352 vom 21.12.2012, S. 32)

153. 32013 R 0148: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 148/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister bezüglich technischer Regulierungsstandards für die Mindestangaben der Meldungen an Transaktionsregister (ABl. L 52 vom 23.2.2013, S. 1), geändert durch:

– 32017 R 0104: Delegierte Verordnung (EU) 2017/104 der Kommission vom 19. Oktober 2016 (ABl. L 17 vom 21.1.2017, S. 1)

154. 32013 R 0149: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 149/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für indirekte Clearingvereinbarungen, die Clearingpflicht, das öffentliche Register, den Zugang zu einem Handelsplatz, nichtfinanzielle Gegenparteien und Risikominderungstechniken für nicht durch eine CCP geclearte OTC-Derivatekontrakte (ABl. L 52 vom 23.2.2013, S. 11), geändert durch:

– 32017 R 2155: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2155 der Kommission vom 22. September 2017 (ABl. L 304 vom 21.11.2017, S. 13)

– 32022 R 2310: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2310 der Kommission vom 18. Oktober 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 29)

155. 32013 R 0150: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 150/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister durch technische Regulierungsstandards, in denen die Einzelheiten eines Antrags auf Registrierung als Transaktionsregister festgelegt werden (ABl. L 52 vom 23.2.2013, S. 25), geändert durch:

– 32019 R 0362: Delegierte Verordnung (EU) 2019/362 der Kommission vom 13. Dezember 2018 (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 74)

156. 32013 R 0151: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 151/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die von Transaktionsregistern zu veröffentlichenden und zugänglich zu machenden Daten sowie operationelle Standards für die Zusammenstellung und den Vergleich von Daten sowie den Datenzugang (ABl. L 52 vom 23.2.2013, S. 33), geändert durch:

– 32017 R 1800: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1800 der Kommission vom 29. Juni 2017 (ABl. L 259 vom 7.10.2017, S. 14)

– 32019 R 0361: Delegierte Verordnung (EU) 2019/361 der Kommission vom 13. Dezember 2018 (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 69)

157. 32013 R 0152: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 152/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Eigenkapitalanforderungen an zentrale Gegenparteien (ABl. L 52 vom 23.2.2013, S. 37)

158. 32013 R 0153: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 153/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf technische Regulierungsstandards für Anforderungen an zentrale Gegenparteien (ABl. L 52 vom 23.2.2013, S. 41), geändert durch:

– 32016 R 0822: Delegierte Verordnung (EU) 2016/822 der Kommission vom 21. April 2016 (ABl. L 137 vom 26.5.2016, S. 1)

– 32022 R 2311: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2311 der Kommission vom 21. Oktober 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 31)

159. 32013 R 0876: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 876/2013 der Kommission vom 28. Mai 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards bezüglich Kollegien für zentrale Gegenparteien (ABl. L 244 vom 13.9.2013, S. 19)

160. 32013 R 1003: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1003/2013 der Kommission vom 12. Juli 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Gebühren, die den Transaktionsregistern von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde in Rechnung gestellt werden (ABl. L 279 vom 19.10.2013, S. 4), geändert durch:

– 32021 R 0822: Delegierte Verordnung (EU) 2021/822 der Kommission vom 24. März 2021 (ABl. L 183 vom 25.5.2021, S. 1)

161. 32014 R 0285: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 285/2014 der Kommission vom 13. Februar 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards in Bezug auf unmittelbare, wesentliche und vorhersehbare Auswirkungen von Kontrakten innerhalb der Union und die Verhinderung der Umgehung von Vorschriften und Pflichten (ABl. L 85 vom 21.3.2014, S. 1)

162. 32014 R 0484: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 484/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards bezüglich des hypothetischen Kapitals einer zentralen Gegenpartei gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 57)

163. 32014 R 0667: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 667/2014 der Kommission vom 13. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Verfahrensvorschriften für von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) Transaktionsregistern auferlegte Sanktionen, einschließlich Vorschriften über das Verteidigungsrecht und Fristen (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 31), berichtigt in ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 31, geändert durch:

– 32021 R 0732: Delegierte Verordnung (EU) 2021/732 der Kommission vom 26. Januar 2021 (ABl. L 158 vom 6.5.2021, S. 8)

164. 32015 R 2205: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2205 der Kommission vom 6. August 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Clearingpflicht (ABl. L 314 vom 1.12.2015, S. 13), geändert durch:

– 32017 R 0751: Delegierte Verordnung (EU) 2017/751 der Kommission vom 16. März 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 15)

– 32019 R 0396: Delegierte Verordnung (EU) 2019/396 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 71 vom 13.3.2019, S. 11)

– 32019 R 0565: Delegierte Verordnung (EU) 2019/565 der Kommission vom 28. März 2019 (ABl. L 99 vom 10.4.2019, S. 6)

– 32019 R 0667: Delegierte Verordnung (EU) 2019/667 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 113 vom 29.4.2019, S. 1)

– 32021 R 0237: Delegierte Verordnung (EU) 2021/237 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 56 vom 17.2.2021, S. 6)

– 32022 R 0750: Delegierte Verordnung (EU) 2022/750 der Kommission vom 8. Februar 2022 (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 6)

– 32022 R 0315: Delegierte Verordnung (EU) 2023/315 der Kommission vom 25. Oktober 2022 (ABl. L 43 vom 13.2.2023, S. 4)

165. 32016 R 0592: Delegierte Verordnung (EU) 2016/592 der Kommission vom 1. März 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Clearingpflicht (ABl. L 103 vom 19.4.2016, S. 5), geändert durch:

– 32017 R 0751: Delegierte Verordnung (EU) 2017/751 der Kommission vom 16. März 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 15)

– 32019 R 0396: Delegierte Verordnung (EU) 2019/396 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 71 vom 13.3.2019, S. 11)

– 32019 R 0565: Delegierte Verordnung (EU) 2019/565 der Kommission vom 28. März 2019 (ABl. L 99 vom 10.4.2019, S. 6)

– 32019 R 0667: Delegierte Verordnung (EU) 2019/667 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 113 vom 29.4.2019, S. 1)

– 32021 R 0237: Delegierte Verordnung (EU) 2021/237 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 56 vom 17.2.2021, S. 6)

– 32022 R 0315: Delegierte Verordnung (EU) 2023/315 der Kommission vom 25. Oktober 2022 (ABl. L 43 vom 13.2.2023, S. 4)

166. 32016 R 1178: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1178 der Kommission vom 10. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Clearingpflicht (ABl. L 195 vom 20.7.2016, S. 3), berichtigt in ABl. L 196 vom 21.7.2016, S. 56, geändert durch:

– 32017 R 0751: Delegierte Verordnung (EU) 2017/751 der Kommission vom 16. März 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 15)

– 32019 R 0396: Delegierte Verordnung (EU) 2019/396 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 71 vom 13.3.2019, S. 11)

– 32019 R 0565: Delegierte Verordnung (EU) 2019/565 der Kommission vom 28. März 2019 (ABl. L 99 vom 10.4.2019, S. 6)

– 32019 R 0667: Delegierte Verordnung (EU) 2019/667 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 113 vom 29.4.2019, S. 1)

– 32021 R 0237: Delegierte Verordnung (EU) 2021/237 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 56 vom 17.2.2021, S. 6)

– 32022 R 0315: Delegierte Verordnung (EU) 2023/315 der Kommission vom 25. Oktober 2022 (ABl. L 43 vom 13.2.2023, S. 4)

167. 32016 R 2251: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2251 der Kommission vom 4. Oktober 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister durch technische Regulierungsstandards zu Risikominderungstechniken für nicht durch eine zentrale Gegenpartei geclearte OTC-Derivatekontrakte (ABl. L 340 vom 15.12.2016, S. 9), berichtigt in ABl. L 29 vom 3.2.2017, S. 69, geändert durch:

– 32017 R 0323: Delegierte Verordnung (EU) 2017/323 der Kommission vom 20. Januar 2017 (ABl. L 49 vom 25.2.2017, S. 1)

– 32019 R 0397: Delegierte Verordnung (EU) 2019/397 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 71 vom 13.3.2019, S. 15)

– 32019 R 0564: Delegierte Verordnung (EU) 2019/564 der Kommission vom 28. März 2019 (ABl. L 99 vom 10.4.2019, S. 3)

– 32021 R 0236: Delegierte Verordnung (EU) 2021/236 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 56 vom 17.2.2021, S. 1)

– 32022 R 0314: Delegierte Verordnung (EU) 2022/314 der Kommission vom 25. Oktober 2022 (ABl. L 43 vom 13.2.2023, S. 2)

168. 32021 R 1456: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1456 der Kommission vom 2. Juni 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates mittels Festlegung der Voraussetzungen, unter denen die handelsüblichen Bedingungen von Clearingdiensten für OTC-Derivate als fair, angemessen, diskriminierungsfrei und transparent anzusehen sind (ABl. L 317 vom 8.9.2021, S. 1)

169. 32013 R 0345: Verordnung (EU) Nr. 345/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2013 über Europäische Risikokapitalfonds (ABl. L 115 vom 25.4.2013, S. 1), geändert durch:

– 32017 R 1991: Verordnung (EU) 2017/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 (ABl. L 293 vom 10.11.2017, S. 1)

– 32019 R 1156: Verordnung (EU) 2019/1156 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 55)

170. 32014 R 0593: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 593/2014 der Kommission vom 3. Juni 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für das Format der Notifizierung nach Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 345/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Europäische Risikokapitalfonds (ABl. L 165 vom 4.6.2014, S. 41)

171. 32019 R 0820: Delegierte Verordnung (EU) 2019/820 der Kommission vom 4. Februar 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 345/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Interessenkonflikte bei Europäischen Risikokapitalfonds (ABl. L 134 vom 22.5.2019, S. 8)

172. 32013 R 0346: Verordnung (EU) Nr. 346/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2013 über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (ABl. L 115 vom 25.4.2013, S. 18), geändert durch:

– 32017 R 1991: Verordnung (EU) 2017/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 (ABl. L 293 vom 10.11.2017, S. 1)

– 32019 R 1156: Verordnung (EU) 2019/1156 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 55)

173. 32014 R 0594: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 594/2014 der Kommission vom 3. Juni 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für das Format der Notifizierung nach Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 346/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (ABl. L 165 vom 4.6.2014, S. 44)

174. 32019 R 0819: Delegierte Verordnung (EU) 2019/819 der Kommission vom 1. Februar 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 346/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Interessenkonflikte, die Messung sozialer Wirkungen und Anlegerinformationen bei Europäischen Fonds für soziales Unternehmertum (ABl. L 134 vom 22.5.2019, S. 1)

175. 32014 R 0909: Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer sowie zur Änderung der Richtlinien 98/26/EG und 2014/65/EU und der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 349 vom 21.12.2016, S. 8

176. 32017 R 0389: Delegierte Verordnung (EU) 2017/389 der Kommission vom 11. November 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Parameter für die Berechnung von Geldbußen für gescheiterte Abwicklungen und die Tätigkeiten von CSD in Aufnahmemitgliedstaaten (ABl. L 65 vom 10.3.2017, S. 1)

177. 32017 R 0390: Delegierte Verordnung (EU) 2017/390 der Kommission vom 11. November 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für bestimmte aufsichtsrechtliche Anforderungen an Zentralverwahrer und benannte Kreditinstitute, die bankartige Nebendienstleistungen anbieten (ABl. L 65 vom 10.3.2017, S. 9), berichtigt in ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 35, und berichtigt in ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 35

178. 32017 R 0391: Delegierte Verordnung (EU) 2017/391 der Kommission vom 11. November 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur genaueren Bestimmung des Inhalts der Meldungen über internalisierte Abwicklungen (ABl. L 65 vom 10.3.2017, S. 44), berichtigt in ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 36, und berichtigt in ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 36

179. 32017 R 0392: Delegierte Verordnung (EU) 2017/392 der Kommission vom 11. November 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Zulassung von und für aufsichtliche und operationelle Anforderungen an Zentralverwahrer (ABl. L 65 vom 10.3.2017, S. 48)

180. 32017 R 0393: Durchführungsverordnung (EU) 2017/393 der Kommission vom 11. November 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Muster und Verfahren zur Meldung und Übermittlung von Angaben zur internalisierten Abwicklung gemäß der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 65 vom 10.3.2017, S. 116)

181. 32017 R 0394: Durchführungsverordnung (EU) 2017/394 der Kommission vom 11. November 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für standardisierte Formulare, Muster und Verfahren für die Zulassung, Überprüfung und Bewertung von Zentralverwahrern, für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden des Herkunftsmitgliedstaats und des Aufnahmemitgliedstaats, für die Anhörung der an der Zulassung für die Erbringung von bankartigen Nebendienstleistungen beteiligten Behörden, für den Zugang zu Zentralverwahrern oder für Zentralverwahrer und für das Format der von den Zentralverwahrern aufzubewahrenden Aufzeichnungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 65 vom 10.3.2017, S. 145)

182. 32018 D 2030: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/2030 der Kommission vom 19. Dezember 2018 zur Feststellung der Gleichwertigkeit des für Zentralverwahrer des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland geltenden Rechtsrahmens gemäß der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates für einen begrenzten Zeitraum (ABl. L 325 vom 20.12.2018, S. 47), geändert durch:

    – 32019 D 0545: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/545 der Kommission vom 3. April 2019 (ABl. L 95 vom 4.4.2019, S. 11)

183. 32018 R 1229: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1229 der Kommission vom 25. Mai 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Abwicklungsdisziplin (ABl. L 230 vom 13.9.2018, S. 1), geändert durch:

    – 32019 R 1689: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1689 der Kommission vom 29. Mai 2019 (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 1)

– 32020 R 1212: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1212 der Kommission vom 8. Mai 2020 (ABl. L 275 vom 24.8.2020, S. 3)

– 32021 R 0070: Delegierte Verordnung (EU) 2021/70 der Kommission vom 23. Oktober 2020 (ABl. L 27 vom 27.1.2021, S. 1)

– 32022 R 1930: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1930 der Kommission vom 6. Juli 2022 (ABl. L 266 vom 13.10.2022, S. 13)

184. 32020 D 1766: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1766. der Kommission vom 25. November 2020 zur Feststellung der Gleichwertigkeit des für Zentralverwahrer des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland geltenden Rechtsrahmens gemäß der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates für einen begrenzten Zeitraum (ABl. L 397 vom 26.11.2020, S. 26)

185. 32014 R 1286: Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) (ABl. L 352 vom 9.2.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 358 vom 13.12.2014, S. 50, geändert durch:

– 32016 R 2340: Verordnung (EU) 2016/2340 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 354 vom 23.12.2016, S. 35)

– 32019 R 1156: Verordnung (EU) 2019/1156 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 55)

– 32021 R 2259: Verordnung (EU) 2021/2259 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 455 vom 20.12.2021, S. 1)

186. 32016 R 1904: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1904 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Produktintervention (ABl. L 295 vom 29.10.2016, S. 11)

187. 32017 R 0653: Delegierte Verordnung (EU) 2017/653 der Kommission vom 8. März 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) durch technische Regulierungsstandards in Bezug auf die Darstellung, den Inhalt, die Überprüfung und die Überarbeitung dieser Basisinformationsblätter sowie die Bedingungen für die Erfüllung der Verpflichtung zu ihrer Bereitstellung (ABl. L 100 vom 12.4.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 120 vom 11.5.2017, S. 31, ABl. L 210 vom 15.8.2017, S. 16, und ABl. L 176 vom 12.7.2018, S. 1, geändert durch:

– 32019 R 1866: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1866 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 4)

– 32021 R 2268: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2268 der Kommission vom 6. September 2021 (ABl. L 455I vom 20.12.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 46, und ABl. L 115 vom 13.4.2022, S. 187

– 32022 R 0975: Delegierte Verordnung (EU) 2022/975 der Kommission vom 17. März 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 35)

188. 32015 R 0760: Verordnung (EU) 2015/760 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über europäische langfristige Investmentfonds (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 98)

189. 32018 R 0480: Delegierte Verordnung (EU) 2018/480 der Kommission vom 4. Dezember 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/760 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards im Hinblick auf einzig und allein der Absicherung dienende Finanzderivate, die ausreichende Länge der Laufzeit europäischer langfristiger Investmentfonds, die Kriterien für die Einschätzung des potenziellen Käufermarkts und die Bewertung der zu veräußernden Vermögenswerte sowie die Arten und Merkmale der den Kleinanlegern zur Verfügung stehenden Einrichtungen (ABl. L 81 vom 23.3.2018, S. 1)

190. 32015 R 2365: Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1), geändert durch:

    – 32019 R 0463: Delegierte Verordnung (EU) 2019/463 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 80 vom 22.3.2019, S. 16)

191. 32019 R 0356: Delegierte Verordnung (EU) 2019/356 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur genauen Festlegung der an Transaktionsregister zu meldenden Einzelheiten von Wertpapierfinanzierungsgeschäften (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 1)

192. 32019 R 0357: Delegierte Verordnung (EU) 2019/357 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für den Zugang zu den Einzelheiten von Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT) in Transaktionsregistern (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 22)

193. 32019 R 0358: Delegierte Verordnung (EU) 2019/358 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Erhebung, die Überprüfung, die Aggregierung, den Vergleich und die Veröffentlichung von Daten über Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT) durch Transaktionsregister (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 30)

194. 32019 R 0359: Delegierte Verordnung (EU) 2019/359 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen die Einzelheiten eines Antrags auf Registrierung oder Ausweitung der Registrierung als Transaktionsregister festgelegt werden (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 45)

195. 32019 R 0360: Delegierte Verordnung (EU) 2019/360 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Gebühren, die den Transaktionsregistern von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde in Rechnung gestellt werden (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 58), geändert durch:

    – 32021 R 0822: Delegierte Verordnung (EU) 2021/822 der Kommission vom 24. März 2021 (ABl. L 183 vom 25.5.2021, S. 1)

196. 32019 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2019/363 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf das Format und die Häufigkeit der Meldung der Einzelheiten von Wertpapierfinanzierungsgeschäften an Transaktionsregister gemäß der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1247/2012 der Kommission im Hinblick auf die Verwendung von Codes für die Meldung von Derivatekontrakten (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 85)

197. 32019 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2019/364 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für das Format von Anträgen auf Registrierung oder Ausweitung der Registrierung als Transaktionsregister gemäß der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 125)

198. 32019 R 0365: Durchführungsverordnung (EU) 2019/365 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf die Verfahren und Formate für den Austausch von Informationen zu Sanktionen, Maßnahmen und Ermittlungen gemäß der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 128)

199. 32019 R 1156: Verordnung (EU) 2019/1156 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Vertriebs von Organismen für gemeinsame Anlagen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 345/2013, (EU) Nr. 346/2013 und (EU) Nr. 1286/2014 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 55)

200. 32021 R 0955: Durchführungsverordnung (EU) 2021/955 der Kommission vom 27. Mai 2021 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) 2019/1156 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Formulare, Mustertexte, Verfahren und technischen Voraussetzungen für die Veröffentlichung und Mitteilung der Vertriebsvorschriften, Gebühren und Entgelte sowie zur Festlegung der für die Einrichtung und das Führen der zentralen Datenbank für den grenzüberschreitenden Vertrieb von alternativen Investmentfonds und Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren zu übermittelnden Informationen und zur Festlegung der Formulare, Mustertexte und Verfahren für die Übermittlung dieser Informationen (ABl. L 211 vom 15.6.2021, S. 30), berichtigt in ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 49

201. 32019 L 2162: Richtlinie (EU) 2019/2162 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Emission gedeckter Schuldverschreibungen und die öffentliche Aufsicht über gedeckte Schuldverschreibungen und zur Änderung der Richtlinien 2009/65/EG und 2014/59/EU (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 29)

202. Verordnung (EU) 2019/2033 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über Aufsichtsanforderungen an Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 575/2013, (EU) Nr. 600/2014 und (EU) Nr. 806/2014 (ABl. L 314 vom 5.12.2019, S. 1)

KAPITEL 4

BETRIEBLICHE ALTERSVERSORGUNG

1. 32016 L 2341: Richtlinie (EU) 2016/2341 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV) (ABl. L 354 vom 23.12.2016, S. 37)

KAPITEL 5

BESTIMMUNGEN FÜR ALLE ARTEN VON FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. 32002 L 0065: Richtlinie 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002 über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung der Richtlinie 90/619/EWG des Rates und der Richtlinien 97/7/EG und 98/27/EG (ABl. L 271 vom 9.10.2002, S. 16), geändert durch:

   – 32005 L 0029: Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 (ABl. L 149 vom 11.6.2005, S. 22)

   – 32007 L 0064: Richtlinie 2007/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 (ABl. L 319 vom 5.12.2007, S. 1)

   – 32015 L 2366: Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 35), berichtigt in ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 97

2. 32002 L 0087: Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über die zusätzliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen eines Finanzkonglomerats und zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG, 79/267/EWG, 92/49/EWG, 92/96/EWG, 93/6/EWG und 93/22/EWG des Rates und der Richtlinien 98/78/EG und 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 35 vom 11.2.2003, S. 1), geändert durch:

   – 32005 L 0001: Richtlinie 2005/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2005 (ABl. L 79 vom 24.3.2005, S. 9)

– 32010 L 0078: Richtlinie 2010/78/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 120), berichtigt in ABl. L 170 vom 30.6.2011, S. 43, und ABl. L 54 vom 22.2.2014, S. 23

– 32013 L 0036: Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338), berichtigt in ABl. L 208 vom 2.8.2013, S. 73, und ABl. L 20 vom 25.1.2017, S. 1

– 32011 L 0089: Richtlinie 2011/89/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 (ABl. L 326 vom 8.12.2011, S. 113)

– Richtlinie 2008/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG über die zusätzliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen eines Finanzkonglomerats im Hinblick auf die der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse (ABl. L 81 vom 20.3.2008, S. 40)

3. 32014 R 0342: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 342/2014 der Kommission vom 21. Januar2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen die Bedingungen für die Anwendung der Methoden zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für Finanzkonglomerate festgelegt werden (ABl. L 100 vom 3.4.2014, S. 1)

4. 32015 R 2303: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2303 der Kommission vom 28. Juli 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Begriffsbestimmungen und zur Koordinierung der zusätzlichen Beaufsichtigung der Risikokonzentration und der gruppeninternen Transaktionen (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 34)

5. 32022 R 2454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2454 der Kommission vom 14. Dezember 2022 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die aufsichtlichen Meldungen von Risikokonzentrationen und gruppeninternen Transaktionen (ABl. L 324 vom 19.12.2022, S. 55)

6. 32009 R 1060: Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen (ABl. L 302 vom 17.11.2009, S. 1), berichtigt in ABl. L 350 vom 29.12.2009, S. 59, geändert durch:

– 32011 L 0061: Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1)

– 32011 R 0513: Verordnung (EU) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 (ABl. L 145 vom 31.5.2011, S. 30)

– 32013 R 0462: Verordnung (EU) Nr. 462/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 (ABl. L 146 vom 31.5.2013, S. 1)

– 32014 L 0051: Richtlinie 2014/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 1)

7. 32019 D 1283: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1283 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Japans mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 40)

8. 32019 D 1279: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1279 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 26)

9. 32019 D 1280: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1280 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Mexikos mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 30)

10. 32019 D 1284: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1284 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Hongkongs mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 43)

11. 32012 R 0272: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 272/2012 der Kommission vom 7. Februar 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Gebühren, die den Ratingagenturen von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde in Rechnung gestellt werden (ABl. L 90 vom 28.3.2012, S. 6)

12. 32012 R 0447: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 447/2012 der Kommission vom 21. März 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung technischer Regulierungsstandards für die Bewertung der Normgerechtheit der Ratingmethoden (ABl. L 140 vom 30.5.2012, S. 14)

13. 32012 R 0449: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 449/2012 der Kommission vom 21. März 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für Informationen zur Registrierung und Zertifizierung von Ratingagenturen (ABl. L 140 vom 30.5.2012, S. 32)

14. 32012 R 0946: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 946/2012 der Kommission vom 12. Juli 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Verfahrensvorschriften für von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) Ratingagenturen auferlegte Geldbußen, einschließlich der Vorschriften über das Recht auf Verteidigung und Fristen (ABl. L 282 vom 16.10.2012, S. 23)

15. 32015 R 0001: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1 der Kommission vom 30. September 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der technischen Regulierungsstandards für die regelmäßige Meldung der von den Ratingagenturen erhobenen Gebühren für die Zwecke der laufenden Beaufsichtigung durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ABl. L 2 vom 6.1.2015, S. 1)

16. 32015 R 0002: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2 der Kommission vom 30. September 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf technische Regulierungsstandards für die Präsentation von Informationen, die Ratingagenturen der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde zur Verfügung stellen (ABl. L 2 vom 6.1.2015, S. 24)

17. 32015 R 0003: Delegierte Verordnung (EU) 2015/3 der Kommission vom 30. September 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf technische Regulierungsstandards für die Offenlegungspflichten bei strukturierten Finanzinstrumenten (ABl. L 2 vom 6.1.2015, S. 57)

18. 32010 D 1203(02): Beschluss 2010/C 326/07 der Kommission vom 2. November 2010 zur Einsetzung des Europäischen Stakeholder-Forums für elektronische Rechnungsstellung (E-Invoicing) (ABl. C 326 vom 3.12.2010, S. 13)

19. 32010 R 1092: Verordnung (EU) Nr. 1092/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über die Finanzaufsicht der Europäischen Union auf Makroebene und zur Errichtung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 1)

20. 32010 R 1093: Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/78/EG der Kommission (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 12), geändert durch:

   – 32013 R 1022: Verordnung (EU) Nr. 1022/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 5)

   – 32014 L 0059: Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 190)

   – 32014 L 0017: Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 (ABl. L 60 vom 28.2.2014, S. 34), berichtigt in ABl. L 246 vom 23.9.2015, S. 11

   – 32015 L 2366: Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 35), berichtigt in ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 97

   – 32018 R 1717: Verordnung (EU) 2018/1717 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 (ABl. L 291 vom 16.11.2018, S. 1)

21. 32010 R 1094: Verordnung (EU) Nr. 1094/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/79/EG der Kommission (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 48), geändert durch:

– 32014 L 0051: Richtlinie 2014/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 1)

22. 32010 R 1095: Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/77/EG der Kommission (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 84), geändert durch:

– 32011 L 0061: Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1)

– 32014 L 0051: Richtlinie 2014/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 1)

23. 32014 L 0017: Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 (ABl. L 60 vom 28.2.2014, S. 34), berichtigt in ABl. L 246 vom 23.9.2015, S. 11, geändert durch:

– 32016 R 1011: Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 1)

24. 32015 R 0751: Verordnung (EU) 2015/751 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 1)

25. 32018 R 0072: Delegierte Verordnung (EU) 2018/72 der Kommission vom 4. Oktober 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/751 des Europäischen Parlaments und des Rates über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der von Kartenzahlverfahren und abwickelnden Stellen zu erfüllenden Anforderungen zur Gewährleistung der Anwendung von Anforderungen in Bezug auf ihre Unabhängigkeit hinsichtlich Rechnungslegung, Organisation und Entscheidungsverfahren (ABl. L 13 vom 18.1.2018, S. 1)

26. 32016 R 1011: Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 1), geändert durch:

    – 32019 R 2089: Verordnung (EU) 2019/2089 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 17)

    – 32021 R 0168: Verordnung (EU) 2021/168 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Februar 2021 (ABl. L 49 vom 12.2.2021, S. 6)

27. 32016 R 1368: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1368 der Kommission vom 11. August 2016 zur Erstellung einer Liste der an den Finanzmärkten verwendeten kritischen Referenzwerte gemäß der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 217 vom 12.8.2016, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 1147: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1147 der Kommission vom 28. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 32)

   – 32017 R 2446: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2446 der Kommission vom 19. Dezember 2017 (ABl. L 346 vom 28.12.2017, S. 1)

   – 32018 R 1557: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1557 der Kommission vom 17. Oktober 2018 (ABl. L 261 vom 18.10.2018, S. 10)

   – 32019 R 0482: Durchführungsverordnung (EU) 2019/482 der Kommission vom 22. März 2019 (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 26)

   – 32021 R 1122: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1122 der Kommission vom 8. Juli 2021 (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 39)

28. 32018 R 0064: Delegierte Verordnung (EU) 2018/64 der Kommission vom 29. September 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung, wie die in Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer iii genannten Kriterien anzuwenden sind, wenn beurteilt wird, ob bestimmte Ereignisse in einem oder mehreren Mitgliedstaaten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Integrität der Märkte, die Finanzstabilität, die Verbraucher, die Realwirtschaft oder die Finanzierung der Haushalte und Unternehmen hätten (ABl. L 12 vom 17.1.2018, S. 5)

29. 32018 R 0065: Delegierte Verordnung (EU) 2018/65 der Kommission vom 29. September 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Präzisierung technischer Elemente der Begriffsbestimmungen in Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (ABl. L 12 vom 17.1.2018, S. 9)

30. 32018 R 0066: Delegierte Verordnung (EU) 2018/66 der Kommission vom 29. September 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung, wie der Nennwert von Finanzinstrumenten mit Ausnahme von Derivaten, der nominelle Wert von Derivaten und der Nettoinventarwert von Investmentfonds bewertet werden muss (ABl. L 12 vom 17.1.2018, S. 11)

31. 32018 R 0067: Delegierte Verordnung (EU) 2018/67 der Kommission vom 3. Oktober 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Bedingungen für die Bewertung der Auswirkungen einer Einstellung oder Änderung bestehender Referenzwerte (ABl. L 12 vom 17.1.2018, S. 14)

32. 32018 R 1105: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1105 der Kommission vom 8. August 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards zu den Verfahren und Formularen, über die die zuständigen Behörden der ESMA nach der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates Informationen zur Verfügung zu stellen haben (ABl. L 202 vom 9.8.2018, S. 1)

33. 32018 R 1106: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1106 der Kommission vom 8. August 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards zu den Mustern für die Konformitätserklärung, die Administratoren signifikanter und nicht signifikanter Referenzwerte gemäß der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates zu veröffentlichen und zu pflegen haben (ABl. L 202 vom 9.8.2018, S. 9)

34. 32018 R 1637: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1637 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Verfahren und Merkmale der Aufsichtsfunktion (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 1)

35. 32018 R 1638: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1638 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen weiter ausgeführt wird, wie die Eignung und Nachprüfbarkeit von Eingabedaten zu gewährleisten ist, und welche internen Aufsichts- und Verifizierungsverfahren der Administrator eines kritischen oder signifikanten Referenzwerts bei einem Kontributor für den Fall sicherzustellen hat, dass Eingabedaten von einem Frontoffice oder einer Frontoffice-Funktion bereitgestellt werden (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 6)

36. 32018 R 1639: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1639 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur näheren Ausführung der Elemente des Verhaltenskodexes, der von den Administratoren der auf Eingabedaten von Kontributoren beruhenden Referenzwerte auszuarbeiten ist (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 11)

37. 32018 R 1640: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1640 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der für beaufsichtigte Kontributoren geltenden Anforderungen an die Unternehmensführung und die Kontrollen (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 16)

38. 32018 R 1641: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1641 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur näheren Ausführung der Informationen, die Administratoren kritischer oder signifikanter Referenzwerte über die Methodik zur Bestimmung des Referenzwerts, die interne Überprüfung und Genehmigung der Methodik und die Verfahren bei wesentlichen Änderungen der Methodik zur Verfügung stellen müssen (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 21)

39. 32018 R 1642: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1642 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur näheren Ausführung der von den zuständigen Behörden bei der Einschätzung, ob Administratoren signifikanter Referenzwerte bestimmte Anforderungen anwenden sollten, zu berücksichtigenden Kriterien (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 25)

40. 32018 R 1643: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1643 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung des Inhalts der von Referenzwert-Administratoren zu veröffentlichenden Referenzwert-Erklärungen und der Fälle, in denen ihre Aktualisierung erforderlich ist (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 29)

41. 32018 R 1644: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1644 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung des Mindestinhalts von Kooperationsvereinbarungen mit zuständigen Behörden von Drittländern, deren Rechtsrahmen und Aufsichtspraxis als gleichwertig anerkannt wurden (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 33)

42. 32018 R 1645: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1645 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Form und den Inhalt des Antrags auf Anerkennung bei der zuständigen Behörde des Referenzmitgliedstaats und die Darstellung der Informationen in der Mitteilung an die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 36)

43. 32018 R 1646: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1646 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur näheren Bestimmung der Angaben, die bei einem Antrag auf Zulassung und bei einem Antrag auf Registrierung vorzulegen sind (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 43)

44. 32019 D 1274: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1274 der Kommission vom 29. Juli 2019 über die Gleichwertigkeit des australischen Rechts- und Aufsichtsrahmens für Referenzwerte gemäß der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 9)

45. 32019 D 1275: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1275 der Kommission vom 29. Juli 2019 über die Gleichwertigkeit des singapurischen Rechts- und Aufsichtsrahmens für Referenzwerte gemäß der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 13)

46. 32020 R 1816: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1816 der Kommission vom 17. Juli 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Erläuterung in der Referenzwert-Erklärung, wie Umwelt-, Sozial- und Governance-Faktoren in den einzelnen Referenzwerten, die zur Verfügung gestellt und veröffentlicht werden, berücksichtigt werden (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 1)

47. 32020 R 1817: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1817 der Kommission vom 17. Juli 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Mindestinhalts der Erläuterung, wie Umwelt-, Sozial- und Governance-Faktoren in der Referenzwert-Methodik berücksichtigt werden (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 12)

48. 32020 R 1818: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1818 der Kommission vom 17. Juli 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Mindeststandards für EU-Referenzwerte für den klimabedingten Wandel und für Paris-abgestimmte EU-Referenzwerte (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 17)

49. 32021 R 1847: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1847 der Kommission vom 14. Oktober 2021 über die Bestimmung eines gesetzlichen Ersatzzinssatzes für bestimmte Anwendungen des CHF LIBOR (ABl. L 374 vom 22.10.2021, S. 1)

50. 32021 R 1848: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1848 der Kommission vom 21. Oktober 2021 über die Bestimmung eines Ersatzzinssatzes für den Referenzwert Euro Overnight Index Average (ABl. L 374 vom 22.10.2021, S. 6)

51. 32017 R 1131: Verordnung (EU) 2017/1131 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über Geldmarktfonds (ABl. L 169 vom 30.6.2017, S. 8), geändert durch:

    – 32018 R 0990: Delegierte Verordnung (EU) 2018/990 der Kommission vom 10. April 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 1)

52. 32018 R 0708: Durchführungsverordnung (EU) 2018/708 der Kommission vom 17. April 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf die Meldevorlage, die von Geldmarktfondsverwaltern für die nach Artikel 37 der Verordnung (EU) 2017/1131 des Europäischen Parlaments und des Rates durchzuführende Berichterstattung an die zuständigen Behörden zu verwenden ist (ABl. L 119 vom 15.5.2018, S. 5)

53. 32018 R 0990: Delegierte Verordnung (EU) 2018/990 der Kommission vom 10. April 2018 zur Änderung und Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1131 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf einfache, transparente und standardisierte (STS-) Verbriefungen und forderungsgedeckte Geldmarktpapiere (ABCP), Anforderungen an im Rahmen von umgekehrten Pensionsgeschäften entgegengenommene Vermögenswerte und Methoden zur Bewertung der Kreditqualität (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 1383: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1383 der Kommission vom 15. Juni 2021 (ABl. L 298 vom 23.8.2021, S. 1)

54. 32019 R 2088: Verordnung (EU) 2019/2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 1), geändert durch:

– 32020 R 0852: Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 13), berichtigt in ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 159

55. 32020 R 0852: Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 13), berichtigt in ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 159

56. 32021 R 2139: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2139 der Kommission vom 4. Juni 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der technischen Bewertungskriterien, anhand deren bestimmt wird, unter welchen Bedingungen davon auszugehen ist, dass eine Wirtschaftstätigkeit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz oder zur Anpassung an den Klimawandel leistet, und anhand deren bestimmt wird, ob diese Wirtschaftstätigkeit erhebliche Beeinträchtigungen eines der übrigen Umweltziele vermeidet (ABl. L 442 vom 9.12.2021, S. 1), geändert durch:

– 32022 R 1214: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1214 der Kommission vom 9. März 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 1)

75. 32021 R 2178: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2178 der Kommission vom 6. Juli 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung des Inhalts und der Darstellung der Informationen, die von Unternehmen, die unter Artikel 19a oder Artikel 29a der Richtlinie 2013/34/EU fallen, in Bezug auf ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten offenzulegen sind, und durch Festlegung der Methode, anhand deren die Einhaltung dieser Offenlegungspflicht zu gewährleisten ist (ABl. L 443 vom 10.12.2021, S. 9), geändert durch:

– 32022 R 1214: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1214 der Kommission vom 9. März 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31974 X 0165: Empfehlung 74/165/EWG der Kommission vom 6. Februar 1974 zur Anwendung der Richtlinie des Rates vom 24. April 1972 (ABl. L 87 vom 30.3.1974, S. 12)

2. 31981 X 0076: Empfehlung 81/76/EWG der Kommission vom 8. Januar 1981 zur Beschleunigung der Regelung von Schadensfällen im Rahmen der Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge (ABl. L 57 vom 4.3.1981, S. 27)

3. 31985 X 0612: Empfehlung 85/612/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 zu Artikel 25 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Richtlinie 85/611/EWG (ABl. L 375 vom 31.12.1985, S. 19)

4. 31987 X 0062: Empfehlung 87/62/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1986 über die Überwachung und Kontrolle der Großkredite von Kreditinstituten (ABl. L 33 vom 4.2.1987, S. 10)

5. 31987 X 0063: Empfehlung 87/63/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1986 zur Einführung von Einlagensicherungssystemen in der Gemeinschaft (ABl. L 33 vom 4.2.1987, S. 16)

6. 31990 X 0109: Empfehlung 90/109/EWG der Kommission vom 14. Februar 1990 zur Transparenz der Bankkonditionen bei grenzüberschreitenden Finanztransaktionen (ABl. L 67 vom 15.3.1990, S. 39)

7. 31992 X 0048: Empfehlung 92/48/EWG der Kommission vom 18. Dezember 1991 über Versicherungsvermittler (ABl. L 19 vom 28.1.1992, S. 32)

8. 31997 X 0489: Empfehlung 97/489/EG der Kommission vom 30. Juli 1997 zu den Geschäften, die mit elektronischen Zahlungsinstrumenten getätigt werden (besonders zu den Beziehungen zwischen Emittenten und Inhabern solcher Instrumente) (ABl. L 208 vom 2.8.1997, S. 52)

9. 32000 X 0408: Empfehlung 2000/408/EG der Kommission vom 23. Juni 2000 zur Offenlegung von Informationen über Finanzinstrumente und andere ähnliche Instrumente in Ergänzung der Offenlegung gemäß der Richtlinie 86/635/EWG des Rates über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten (ABl. L 154 vom 27.6.2000, S. 36)

10. 32004 H 0383: Empfehlung 2004/383/EG der Kommission vom 27. April 2004 zum Einsatz derivativer Finanzinstrumente bei Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) (ABl. L 144 vom 30.4.2004, S. 33), berichtigt in ABl. L 199 vom 7.6.2004, S. 24

11. 32004 H 0384: Empfehlung 2004/384/EG der Kommission vom 27. April 2004 zu bestimmten Angaben, die nach Anhang I Schema C der Richtlinie 85/611/EWG im vereinfachten Prospekt enthalten sein müssen (ABl. L 144 vom 30.4.2004, S. 42), berichtigt in ABl. L 199 vom 7.6.2004, S. 30

12. 32007 H 0657: Empfehlung 2007/657/EG der Kommission vom 11. Oktober 2007 zum elektronischen Netz amtlicher bestellter Systeme für die zentrale Speicherung vorgeschriebener Informationen gemäß der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 267 vom 12.10.2007, S. 16)

13. 32009 H 0384: Empfehlung 2009/384/EG der Kommission vom 30. April 2009 zur Vergütungspolitik im Finanzdienstleistungssektor (ABl. L 120 vom 15.5.2009, S. 22)

ANHANG X – ANDORRA-PROTOKOLL

DIENSTLEISTUNGEN IM ALLGEMEINEN

Liste nach Artikel 24 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31961 X 1201: Allgemeines Programm zur Aufhebung der Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs (ABl. 2 vom 15.1.1962, S. 32)

2. 32006 L 0123: Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) In Artikel 3 Absatz 3 werden die Worte „Bestimmungen des Vertrags“ durch die Worte „Bestimmungen des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

   b) In Artikel 4 Absatz 1 werden die Worte „Artikel 50 des Vertrags“ durch die Worte „Artikel 24 des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

   c) In Artikel 4 Absätze 2 und 3 werden die Worte „im Sinne des Artikels 48 des Vertrags“ durch die Worte „im Sinne des Artikels 20 des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

   d) In Artikel 4 Absatz 5 werden die Worte „Artikel 43 des Vertrags“ durch die Worte „Artikel 17 des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

   e) Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe d findet keine Anwendung.

   f) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

Bei der in Artikel 3 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 1 genannten Bestimmung handelt es sich um Folgendes: Andorra darf während eines Zeitraums von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens keine diskriminierende Behandlung von EU-Dienstleistern aufrechterhalten oder einführen.

3. 32009 D 0739: Entscheidung 2009/739/EG der Kommission vom 2. Oktober 2009 zur Festlegung der praktischen Regelungen für den Informationsaustausch auf elektronischem Wege zwischen den Mitgliedstaaten gemäß Kapitel VI der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 263 vom 7.10.2009, S. 32)

   Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

4. 32009 D 0767: Entscheidung 2009/767/EG der Kommission vom 16. Oktober 2009 über Maßnahmen zur Erleichterung der Nutzung elektronischer Verfahren über „einheitliche Ansprechpartner“ gemäß der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 274 vom 20.10.2009, S. 36), berichtigt in ABl. L 299 vom 14.11.2009, S. 18, geändert durch:

   – 32010 D 0425: Beschluss 2010/425/EU der Kommission vom 28. Juli 2010 (ABl. L 199 vom 31.7.2010, S. 30)

   – 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

– 32013 D 0662: Durchführungsbeschluss 2013/662/EU der Kommission vom 14. Oktober 2013 (ABl. L 306 vom 16.11.2013, S. 21)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

5. 32011 D 0130: Beschluss 2011/130/EU der Kommission vom 25. Februar 2011 über Mindestanforderungen für die grenzüberschreitende Verarbeitung von Dokumenten, die gemäß der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt von zuständigen Behörden elektronisch signiert worden sind (ABl. L 53 vom 26.2.2011, S. 66), geändert durch:

– 32014 D 0148: Durchführungsbeschluss 2014/148/EU der Kommission vom 17. März 2014 (ABl. L 80 vom 19.3.2014, S. 7), berichtigt in ABl. L 95 vom 29.3.2014, S. 69

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

6. 32011 L 0024: Richtlinie 2011/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (ABl. L 88 vom 4.4.2011, S. 45)

www.parlament.gv.at

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

7. 32012 L 0052: Durchführungsrichtlinie 2012/52/EU der Kommission vom 20. Dezember 2012 mit Maßnahmen zur Erleichterung der Anerkennung von in einem anderen Mitgliedstaat ausgestellten ärztlichen Verschreibungen (ABl. L 356 vom 22.12.2012, S. 68)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

8. 32013 D 0329: Durchführungsbeschluss 2013/329/EU der Kommission vom 26. Juni 2013 mit Vorschriften für die Einrichtung, die Verwaltung und die transparente Funktionsweise des Netzwerks der für die Bewertung von Gesundheitstechnologien zuständigen nationalen Behörden oder Stellen (ABl. L 175 vom 27.6.2013, S. 71)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

9. 32014 D 0286: Delegierter Beschluss 2014/286/EU der Kommission vom 10. März 2014 über die Kriterien und Bedingungen, die Europäische Referenznetzwerke und Gesundheitsdienstleister, die sich einem Europäischen Referenznetzwerk anschließen möchten, erfüllen müssen (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 71)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

10. 32014 D 0287: Durchführungsbeschluss 2014/287/EU der Kommission vom 10. März 2014 zur Festlegung von Kriterien für die Einrichtung europäischer Referenznetzwerke, für die Evaluierung dieser Netzwerke und ihrer Mitglieder und zur Erleichterung des Austauschs von Informationen und Fachwissen in Bezug auf die Einrichtung und Evaluierung solcher Netzwerke (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 79), geändert durch:

   – 32019 D 1269: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1269 der Kommission vom 26. Juli 2019 (ABl. L 200 vom 29.7.2019, S. 35)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

11. 32020 D 0534: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/534 der Kommission vom 16. April 2020 zur Aussetzung der Bewertung der Anträge auf Aufnahme in bestehende europäische Referenznetzwerke (ABl. L 119 vom 17.4.2020, S. 18)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

12. 32012 R 1024: Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/49/EG der Kommission (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 1), geändert durch:

– 32014 L 0060: Richtlinie 2014/60/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 159 vom 28.5.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 147 vom 12.6.2015, S. 24

– 32013 L 0055: Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 132)

– 32014 L 0067: Richtlinie 2014/67/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 159 vom 28.5.2014, S. 11)

– 32016 R 1628: Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 53), berichtigt in ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 29

– 32020 R 1055: Verordnung (EU) 2020/1055 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 17)

– 32020 L 1057: Richtlinie (EU) 2020/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 49)

– 32018 R 1724: Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

13. 32014 D 0089: Durchführungsbeschluss 2014/89/EU der Kommission vom 14. Februar 2014 für ein Pilotprojekt zur Umsetzung der in der Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 36)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

14. 32018 R 0302: Verordnung (EU) 2018/302 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2018 über Maßnahmen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2006/2004 und (EU) 2017/2394 sowie der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 60I vom 2.3.2018, S. 1), berichtigt in ABl. L 66 vom 8.3.2018, S. 1

15. 32018 R 1724: Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 über die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 1)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

16. 32020 R 1121: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1121 der Kommission vom 29. Juli 2020 über die Erhebung und den Austausch von Nutzerstatistiken und Rückmeldungen der Nutzer zu den Diensten des einheitlichen digitalen Zugangstors gemäß der Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 245 vom 30.7.2020, S. 3)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32013 H 0461: Empfehlung 2013/461/EU der Kommission vom 17. September 2013 zu den Grundsätzen für SOLVIT (ABl. L 249 vom 19.9.2013, S. 10)

_____

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 6/14

ANHANG

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

ANHANG XI

ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATION, AUDIOVISUELLE DIENSTE UND INFORMATIONSGESELLSCHAFT

Liste nach den Artikeln 17 und 24 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Telekommunikationsdienstleistungen 3
2 Digitale Dekade 11
3 Roaming 13
4 Funkfrequenzpolitik 16
5 Gigabit-Gesellschaft 25
6 5G und Cybersicherheit 26
7 Künstliche Intelligenz 27
8 Europäische Cloud-Initiative 28
9 Freier Datenverkehr 29
10 Internet-Governance 30
11 Cybersicherheit 32
12 Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste 34
13 Elektronischer Geschäftsverkehr – Regulierung von Online-Plattformen 36
14 Geoblocking 39

www.parlament.gv.at

15 Sektor- oder inhaltsspezifische Rechtsakte mit besonderer Bedeutung für das horizontale Gesetz über digitale Dienste und die Platform-to-Business-Verordnung 39
16 Offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors 41
17 Barrierefreies Web 42
18 Elektronische Identifizierung, Authentifizierung und Vertrauensdienste 45
19 Privatsphäre und Datenschutz 48
20 Elektronische Gesundheitsdienste (eHealth) 58
21 Postdienste 58

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

KAPITEL 1

TELEKOMMUNIKATIONSDIENSTLEISTUNGEN

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

www.parlament.gv.at

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt sieben Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32018 L 1972: Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36), berichtigt in ABl. L 334 vom 27.12.2019, S. 164, und ABl. L 419 vom 11.12.2020, S. 36

2. 32019 R 2243: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2243 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Festlegung eines Musters für die Vertragszusammenfassung, das von den Anbietern öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste gemäß der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates zu verwenden ist, berichtigt in ABl. L 16 vom 21.1.2020, S. 40 (ABl. L 336 vom 30.12.2019, S. 274)

3. 32021 R 0654: Delegierte Verordnung (EU) 2021/654 der Kommission vom 18. Dezember 2020 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung eines unionsweit einheitlichen maximalen Mobilfunkzustellungsentgelts und eines unionsweit einheitlichen maximalen Festnetzzustellungsentgelts (ABl. L 137 vom 22.4.2021, S. 1)

4. 32015 R 2120: Verordnung (EU) 2015/2120 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet und zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten sowie der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (ABl. L 310 vom 26.11.2015, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 1971: Verordnung (EU) 2018/1971 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 1)

5. 32014 L 0061: Richtlinie 2014/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation (ABl. L 155 vom 23.5.2014, S. 1)

6. 32007 D 0176: Entscheidung 2007/176/EG der Kommission vom 11. Dezember 2006 über das Verzeichnis der Normen und Spezifikationen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste sowie zugehörige Einrichtungen und Dienste, ersetzt alle vorherigen Fassungen (ABl. L 86 vom 27.3.2007, S. 11), geändert durch:

   – 32008 D 0286: Entscheidung 2008/286/EG der Kommission vom 17. März 2008 (ABl. L 93 vom 4.4.2008, S. 24)

7. 32007 D 0116: Entscheidung 2007/116/EG der Kommission vom 15. Februar 2007 über die Reservierung der mit 116 beginnenden nationalen Nummernbereiche für einheitliche Rufnummern für harmonisierte Dienste von sozialem Wert (ABl. L 49 vom 17.2.2007, S. 30), geändert durch:

   – 32007 D 0698: Entscheidung 2007/698/EG der Kommission vom 29. Oktober 2007 (ABl. L 284 vom 30.10.2007, S. 31)

   – 32009 D 0884: Entscheidung 2009/884/EG der Kommission vom 30. November 2009 (ABl. L 317 vom 3.12.2009, S. 46)

   – 32023 D 0468: Durchführungsbeschluss (EU) 2023/468 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 68 vom 6.3.2023, S. 96)

8. 32009 D 0449 Entscheidung 2009/449/EG der Kommission vom 13. Mai 2009 über die Auswahl der Betreiber europaweiter Systeme, die Satellitenmobilfunkdienste (MSS) erbringen (ABl. L 149 vom 12.6.2009, S. 65)

9. 32018 R 1971: Verordnung (EU) 2018/1971 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) und der Agentur zur Unterstützung des GEREK (GEREK-Büro), zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1211/2009 (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Modalitäten für die Beteiligung Andorras gemäß Artikel 80 Absatz 7 des Abkommens:

Die nationalen Regulierungsbehörden Andorras, die in erster Linie für die Beaufsichtigung des laufenden Marktgeschehens im Bereich der elektronischen Kommunikationsnetze und -dienste zuständig sind, nehmen uneingeschränkt an der Arbeit des Regulierungsrats des GEREK, der Arbeitsgruppen des GEREK und des Verwaltungsrats des GEREK-Büros teil:

Sie werden gemäß den Bestimmungen der GEREK-Verordnung auf einer angemessenen Ebene vertreten.

Zu diesem Zweck haben die nationalen Regulierungsbehörden Andorras die gleichen Rechte und Pflichten wie die nationalen Regulierungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten, mit Ausnahme des Stimmrechts. Angehörige Andorras kommen nicht für den Vorsitz im Regulierungsrat oder im Verwaltungsrat in Betracht.

Das GEREK und das GEREK-Büro unterstützen die nationalen Regulierungsbehörden Andorras gegebenenfalls bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

b) Artikel 4 wird wie folgt angepasst:

i) Folgender Absatz wird eingefügt:

„(1a) Die Standpunkte der nationalen Regulierungsbehörden des assoziierten Staates werden gesondert erfasst, wenn das GEREK eine Stellungnahme gemäß Absatz 1 Buchstabe c Ziffern i und ii abgibt.“

ii) In Absatz 4 werden die Worte „einschlägigen Unionsrechts“ durch das Wort „Assoziationsabkommens“ ersetzt.

c) In Artikel 25 wird folgender Absatz angefügt:

„(5) Andorra beteiligt sich an dem in Absatz 3 Buchstabe a genannten Beitrag der EU. Für diesen Zweck gelten die Verfahren des Artikels 68 des Rahmenabkommens und des Andorra-Protokolls sinngemäß.“

d) In Artikel 30 werden folgende Unterabsätze angefügt:

„Abweichend von Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe a und Artikel 82 Absatz 3 Buchstabe a der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union können Staatsangehörige Andorras, die im Besitz ihrer vollen staatsbürgerlichen Rechte sind, von der zuständigen Personalstelle der Agentur auf Vertragsbasis eingestellt werden.

www.parlament.gv.at

Abweichend von Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe e, Artikel 82 Absatz 3 Buchstabe e und Artikel 85 Absatz 3 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union betrachtet das Büro im Hinblick auf das eigene Personal die Sprachen nach Artikel 111 des Assoziationsabkommens als Sprachen der Union nach Artikel 55 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union.“

e) In Artikel 34 wird Folgendes angefügt:

„Andorra räumt dem GEREK-Büro Vorrechte und Befreiungen ein, die den im Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union aufgeführten entsprechen.“

f) In Artikel 36 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission gilt für die Zwecke der Anwendung der Verordnung für die nationalen Regulierungsbehörden Andorras im Hinblick auf die Dokumente, die vom GEREK oder dem GEREK-Büro erstellt werden.“

g) Artikel 40 Absatz 2 wird wie folgt angepasst:

Die Worte „dem Unionsrecht und dem nationalen Recht“ werden durch die Worte „dem Assoziationsabkommen und dem nationalen Recht“ ersetzt.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32010 H 0572: Empfehlung 2010/572/EU der Kommission vom 20. September 2010 über den regulierten Zugang zu Zugangsnetzen der nächsten Generation (NGA) (ABl. L 251 vom 25.9.2010, S. 35)

2. 32010 H 0167: Empfehlung 2010/167/EU der Kommission vom 19. März 2010 zur Genehmigung von Systemen für Mobilfunkdienste an Bord von Schiffen (MCV-Dienste) (ABl. L 72 vom 20.3.2010, S. 42)

3. 32013 H 0466: Empfehlung 2013/466/EU der Kommission vom 11. September 2013 über einheitliche Nichtdiskriminierungsverpflichtungen und Kostenrechnungsmethoden zur Förderung des Wettbewerbs und zur Verbesserung des Umfelds für Breitbandinvestitionen (ABl. L 251 vom 21.9.2013, S. 13)

4. 32009 H 0848: Empfehlung 2009/848/EG der Kommission vom 28. Oktober 2009 zur leichteren Freisetzung der digitalen Dividende in der Europäischen Union (ABl. L 308 vom 24.11.2009, S. 24)

5. 32009 H 0396: Empfehlung 2009/396/EG der Kommission vom 7. Mai 2009 über die Regulierung der Festnetz- und Mobilfunk-Zustellungsentgelte in der EU (ABl. L 124 vom 20.5.2009, S. 67)

6. 32014H0710: Empfehlung 2014/710/EU der Kommission vom 9. Oktober 2014 über relevante Produkt- und Dienstmärkte des elektronischen Kommunikationssektors, die aufgrund der Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste für eine Vorabregulierung in Betracht kommen; Erläuterungen beigefügt (ABl. C 159 vom 7.5.2018, S. 1)

7. 31997Y1209(01): Bekanntmachung der Kommission über die Definition des relevanten Marktes im Sinne des Wettbewerbsrechts der Gemeinschaft (ABl. C 372 vom 9.12.1997, S. 5)

8. 52018XC0507(01): Mitteilung der Kommission (C/2018/2374) – Leitlinien zur Marktanalyse und Ermittlung beträchtlicher Marktmacht nach dem EU-Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste; zusammen mit einer Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen (SWD(2018) 124 final) (ABl. C 159 vom 7.5.2018, S. 1)

9. 32005 H 0698: Empfehlung 2005/698/EG der Kommission vom 19. September 2005 über die getrennte Buchführung und Kostenrechnungssysteme entsprechend dem Rechtsrahmen für die elektronische Kommunikation (ABl. L 266 vom 11.10.2005, S. 64)

KAPITEL 2

DIGITALE DEKADE

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52015 DC 0192: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN – Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa (COM(2015) 192 final)

2. 52017 DC 0228: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN über die Halbzeitüberprüfung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt – Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt für alle (COM(2017) 228 final)

3. 52005 DC 0204: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Beschleunigung des Übergangs vom analogen zum digitalen Rundfunk (SEK(2005)661, KOM(2005) 204 endg.)

4. 52003 DC 0541: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über den Übergang vom analogen zum digitalen Rundfunk (digitaler Übergang und Analogabschaltung) (SEK(2003)992, KOM(2003) 541 endg.)

5. 52021 DC 0118: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN – Digitaler Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade (COM(2021) 118 final)

6. 32022 D 2481: Beschluss (EU) 2022/2481 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die Aufstellung des Politikprogramms 2030 für die digitale Dekade (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 4)

7. 32023 C 0123: Europäische Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen für die digitale Dekade (ABl. C 23 vom 23.1.2023, S. 1)

KAPITEL 3

ROAMING

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt sieben Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32022 R 0612: Verordnung (EU) 2022/612 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. April 2022 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (Neufassung) (ABl. L 115 vom 13.4.2022, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

www.parlament.gv.at

In Artikel 24 werden nach Absatz 2 folgende Absätze angefügt:

„Diese Verordnung tritt in Andorra mit dem Ende des Übergangszeitraums gemäß Anhang XI Kapitel 3 des Andorra-Protokolls zum Assoziationsabkommen in Kraft, es sei denn, die geschätzten Kosten des Betreibers bzw. der Betreiber Andorras für Roamingvorleistungsdienste für ein bestimmtes Jahr liegen nach dem Kostenmodell der Kommission über den in dieser Verordnung für das betreffende Jahr festgelegten maximalen Vorleistungsentgelten.

Die erste Überprüfung wird auf Initiative der Europäischen Kommission spätestens vier Jahre vor Ablauf des im vorstehenden Absatz genannten Übergangszeitraums durchgeführt. Spätere Überprüfungen können von der Europäischen Kommission spätestens ein Jahr vor Ablauf des Übergangszeitraums eingeleitet werden.

Für die Zwecke der beiden vorstehenden Absätze arbeiten die Behörden Andorras ab dem Tag des Inkrafttretens des in Absatz 3 dieses Artikels genannten Abkommens eng mit der Kommission oder einer in ihrem Namen handelnden Stelle zusammen, indem sie alle relevanten und erforderlichen Daten für das Kostenmodell der Kommission zur Verfügung stellen.“

2. 32016 R 2286: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2286 der Kommission vom 15. Dezember 2016 zur Festlegung detaillierter Vorschriften über die Anwendung der Regelung der angemessenen Nutzung und über die Methode zur Prüfung der Tragfähigkeit der Abschaffung der Endkundenroamingaufschläge sowie über den von Roaminganbietern für diese Prüfung zu stellenden Antrag (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 46), geändert durch:

   – 32019 R 0296: Durchführungsverordnung (EU) 2019/296 der Kommission vom 20. Februar 2019 (ABl. L 50 vom 21.2.2019, S. 4)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. GEREK-Roamingleitlinien für den Endkundenbereich, BoR(22)174, Dezember 2022

2. GEREK- Roamingleitlinien für den Vorleistungsbereich, BoR(22)147, September 2022

KAPITEL 4

FUNKFREQUENZPOLITIK

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32012 D 0243: Beschluss Nr. 243/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 über ein Mehrjahresprogramm für die Funkfrequenzpolitik (ABl. L 81 vom 21.3.2012, S. 7)

2. 32013 D 0195: Durchführungsbeschluss 2013/195/EU der Kommission vom 23. April 2013 zur Festlegung der näheren Vorschriften, der einheitlichen Formate und einer Methode für die im Beschluss Nr. 243/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Mehrjahresprogramm für die Funkfrequenzpolitik vorgesehene Bestandsaufnahme der Funkfrequenzen (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 18)

3. 32017 D 0899: Beschluss (EU) 2017/899 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 über die Nutzung des Frequenzbands 470-790 MHz in der Union (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 131)

4. 32019 D 0612(01): Beschluss der Kommission vom 11. Juni 2019 über die Einrichtung der Gruppe für Frequenzpolitik und zur Aufhebung des Beschlusses 2002/622/EG (ABl. C 196 vom 12.6.2019, S. 16)

5. 32007 D 0344: Entscheidung 2007/344/EG der Kommission vom 16. Mai 2007 über die einheitliche Bereitstellung von Informationen über die Frequenznutzung in der Gemeinschaft (ABl. L 129 vom 17.5.2007, S. 67)

6. 32010 D 0267: Beschluss 2010/267/EU der Kommission vom 6. Mai 2010 über harmonisierte technische Bedingungen für die Nutzung des Frequenzbands 790–862 MHz für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Europäischen Union erbringen können (ABl. L 117 vom 11.5.2010, S. 95)

7. 32022 D 0173: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/173 der Kommission vom 7. Februar 2022 zur Harmonisierung des 900-MHz-Frequenzbands und des 1800-MHz-Frequenzbands für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Union erbringen können, und zur Aufhebung der Entscheidung 2009/766/EG (ABl. L 28 vom 9.2.2022, S. 29)

8. 32015 D 0750: Durchführungsbeschluss der Kommission (EU) 2015/750 vom 8. Mai 2015 zur Harmonisierung des Frequenzbands 1452-1492 MHz für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Union erbringen können (ABl. L 119 vom 12.5.2015, S. 27), geändert durch:

   – 32018 D 0661: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/661 der Kommission (ABl. L 110 vom 30.4.2018, S. 127)

9. 32016 D 0339: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/339 der Kommission vom 8. März 2016 zur Harmonisierung des Frequenzbands 2010-2025 MHz für tragbare oder mobile drahtlose Videoverbindungen und kabellose Kameras, die für die Programmproduktion und Sonderveranstaltungen (PMSE) eingesetzt werden (ABl. L 63 vom 10.3.2016, S. 5)

10. 32012 D 0688: Durchführungsbeschluss 2012/688/EU der Kommission vom 5. November 2012 zur Harmonisierung der Frequenzbänder 1920 – 1980 MHz und 2110 – 2170 MHz für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Union erbringen können, geändert durch:

    – 32020 D 0667: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/667 der Kommission vom 6. Mai 2020 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 84)

11. 32008 D 0477: Entscheidung 2008/477/EG der Kommission vom 13. Juni 2008 zur Harmonisierung des Frequenzbands 2500 — 2690 MHz für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Gemeinschaft erbringen können, geändert durch:

    – 32020D0636: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/636 der Kommission vom 8. Mai 2020 (ABl. L 163 vom 24.6.2008, S. 37)

12. 32008 D 0411: Entscheidung 2008/411/EG der Kommission vom 21. Mai 2008 zur Harmonisierung des Frequenzbands 3400 — 3800 MHz für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Gemeinschaft erbringen können (ABl. L 144 vom 4.6.2008, S. 77), geändert durch:

    – 32014 D 0276: Durchführungsbeschluss 2014/276/EU der Kommission vom 2. Mai 2014 (ABl. L 139 vom 14.5.2014, S. 18)

    – 32019 D 0235: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/235 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 37 vom 8.2.2019, S. 135)

13. 32020 D 1426: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1426 der Kommission vom 7. Oktober 2020 zur harmonisierten Nutzung von Funkfrequenzen im Frequenzband 5875-5935 MHz für sicherheitsbezogene Anwendungen intelligenter Verkehrssysteme (IVS) und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/671/EG (ABl. L 328 vom 9.10.2020, S. 19)

14. 32022 D 0179: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/179 der Kommission vom 8. Februar 2022 über die harmonisierte Nutzung von Funkfrequenzen im 5-GHz-Band für die Einführung drahtloser Zugangssysteme einschließlich lokaler Funknetze und zur Aufhebung der Entscheidung 2005/513/EG (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 10)

15. 32022 D 2307: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2307 der Kommission vom 23. November 2022 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/179 im Hinblick auf die Ausweisung und Bereitstellung der Frequenzbänder 5150-5250 MHz, 5250-5350 MHz und 5470-5725 MHz gemäß den technischen Bedingungen im Anhang (ABl. L 305 vom 25.11.2022, S. 63)

16. 32021 D 1067: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1067 der Kommission vom 17. Juni 2021 über die harmonisierte Nutzung von Funkfrequenzen im Frequenzband 5945–6425 MHz für die Einführung drahtloser Zugangssysteme einschließlich lokaler Funknetze (WAS/Funk-LANs) (ABl. L 232 vom 30.6.2021, S. 1)

17. 32005 D 0050: Entscheidung 2005/50/EG der Kommission vom 17. Januar 2005 zur Harmonisierung der befristeten Nutzung des Frequenzbands im Bereich um 24 GHz durch Kfz-Kurzstreckenradargeräte in der Gemeinschaft (ABl. L 21 vom 25.1.2005, S. 15), geändert durch:

    – 32011 D 0485: Durchführungsbeschluss 2011/485/EU der Kommission vom 29. Juli 2011 (ABl. L 198 vom 30.7.2011, S. 71)

    – 32017 D 2077 Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2077 der Kommission vom 10. November 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 75)

18. 32019 D 0784: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/784 der Kommission vom 14. Mai 2019 zur Harmonisierung des Frequenzbands 24,25-27,5 GHz für terrestrische Systeme, die drahtlose breitbandige elektronische Kommunikationsdienste in der Union erbringen können *(ABl. L 127 vom 16.5.2019, S. 13)*, geändert durch:

    – 32020D0590: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/590 der Kommission vom 24. April 2020 (ABl. L 127 vom 16.5.2019, S. 13)

19. 32004 D 0545: Entscheidung 2004/545/EG der Kommission vom 8. Juli 2004 zur Harmonisierung der Frequenznutzung im Bereich 79 GHz für Kfz-Kurzstreckenradargeräte in der Gemeinschaft (ABl. L 241 vom 13.7.2004, S. 66)

20. 32006 D 0771(01): Entscheidung 2006/771/EG der Kommission vom 9. November 2006 zur Harmonisierung der Frequenznutzung durch Geräte mit geringer Reichweite (ABl. L 312 vom 11.11.2006, S. 66), geändert durch:

– 32008 D 0432: Entscheidung 2008/432/EG der Kommission vom 23. Mai 2008 (ABl. L 151 vom 11.6.2008, S. 49), berichtigt in ABl. L 212 vom 7.8.2008, S. 15

– 32009 D 0381: Entscheidung 2009/381/EG der Kommission vom 13. Mai 2009 (ABl. L 119 vom 14.5.2009, S. 32)

– 32010 D 0368: Beschluss 2010/368/EU der Kommission vom 30. Juni 2010 (ABl. L 166 vom 1.7.2010, S. 33)

– 32011 D 0829: Durchführungsbeschluss 2011/829/EU der Kommission vom 8. Dezember 2011 (ABl. L 329 vom 13.12.2011, S. 10)

– 32013 D 0752: Durchführungsbeschluss 2013/752/EU der Kommission vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 334 vom 13.12.2013, S. 17)

– 32017 D 1483 Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1483 der Kommission vom 8. August 2017 (ABl. L 214 vom 18.8.2017, S. 3)

– 32018 D 1538 Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1538 der Kommission vom 11. Oktober 2018 (ABl. L 257 vom 15.10.2018, S. 57), geändert durch:

  – 32022 D 0172: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/172 der Kommission vom 7. Februar 2022 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2018/1538 der Kommission zur Harmonisierung der Frequenznutzung durch Geräte mit geringer Reichweite in den Frequenzbändern 874–876 MHz und 915–921 MHz (ABl. L 28 vom 9.2.2022, S. 21)

– 32019 D 1345: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1345 der Kommission vom 2. August 2019 zur Änderung der Entscheidung 2006/771/EG im Hinblick auf die Aktualisierung der harmonisierten technischen Bedingungen im Bereich der Funkfrequenznutzung für Geräte mit geringer Reichweite (ABl. L 212 vom 13.8.2019, S. 53)

– 32022 D 0180: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/180 der Kommission vom 8. Februar 2022 zur Änderung der Entscheidung 2006/771/EG im Hinblick auf die Aktualisierung der harmonisierten technischen Bedingungen im Bereich der Funkfrequenznutzung für Geräte mit geringer Reichweite (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 17)

21. 32008 D 0294: Entscheidung 2008/294/EG der Kommission vom 7. April 2008 über harmonisierte Frequenznutzungsbedingungen für den Betrieb von Mobilfunkdiensten an Bord von Flugzeugen (MCA-Diensten) in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 98 vom 10.4.2008, S. 19), geändert durch:

– 32013 D 0654: Durchführungsbeschluss 2013/654/EU der Kommission vom 12. November 2013 (ABl. L 303 vom 14.11.2013, S. 48), geändert durch:

  – 32016 D 2317: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2317 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 345 vom 20.12.2016, S. 67)

– 32022 D 2324: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2324 der Kommission vom 23. November 2022 zur Änderung der Entscheidung 2008/294/EG zwecks Aufnahme weiterer Zugangstechnologien und Maßnahmen für den Betrieb von Mobilfunkdiensten an Bord von Luftfahrzeugen (MCA-Diensten) in der Union (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 262)

22. 32010 D 0166: Beschluss 2010/166/EU der Kommission vom 19. März 2010 über harmonisierte Frequenznutzungsbedingungen für den Betrieb von Mobilfunkdiensten an Bord von Schiffen (MCV-Dienste) in der Europäischen Union (ABl. L 72 vom 20.3.2010, S. 38), geändert durch:

– 32017 D 0191: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/191 der Kommission vom 1. Februar 2017 (ABl. L 29 vom 3.2.2017, S. 63)

23. 32021 D 1730: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1730 der Kommission vom 28. September 2021 über die harmonisierte Nutzung der gepaarten Frequenzbänder 874,4–880,0 MHz und 919,4–925,0 MHz sowie des ungepaarten Frequenzbands 1900–1910 MHz für den Bahnmobilfunk (ABl. L 346 vom 30.9.2021, S. 1)

24. 32019 D 0785: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/785 der Kommission vom 14. Mai 2019 über die Harmonisierung der Funkfrequenzen für Ultrabreitbandgeräte in der Union und zur Aufhebung der Entscheidung 2007/131/EG (ABl. L 127 vom 16.5.2019, S. 23)

25. 32014 D 0641: Durchführungsbeschluss 2014/641/EU der Kommission vom 1. September 2014 über harmonisierte technische Bedingungen für die Nutzung von Funkfrequenzen durch drahtlose PMSE-Audioausrüstungen in der Union (ABl. L 263 vom 3.9.2014, S. 29)

26. 32016 D 0687: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/687 der Kommission vom 28. April 2016 zur Harmonisierung des Frequenzbands 694-790 MHz für terrestrische Systeme, die drahtlose breitbandige elektronische Kommunikationsdienste erbringen können, und für eine flexible nationale Nutzung in der Union (ABl. L 118 vom 4.5.2016, S. 4)

27. 32020 R 1070: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1070 der Kommission vom 20. Juli 2020 zur Festlegung der Merkmale drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite gemäß Artikel 57 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (ABl. L 234 vom 21.7.2020, S. 11)

KAPITEL 5

GIGABIT-GESELLSCHAFT

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32021 R 1153: Verordnung (EU) 2021/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) Nr. 283/2014 (ABl. L 249 vom 14.7.2021, S. 38)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52010 D C0472: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Europäische Breitbandnetze: Investition in ein internetgestütztes Wachstum KOM(2010) 472

2. 52016 DC 0587: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Konnektivität für einen wettbewerbsfähigen digitalen Binnenmarkt - Hin zu einer europäischen Gigabit-Gesellschaft (COM(2016) 587 final)

3. 32022 D 2481: Beschluss (EU) 2022/2481 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die Aufstellung des Politikprogramms 2030 für die digitale Dekade (Text von Bedeutung für den EWR) (*ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 4*)

4. 52023 XC 0131(01): Mitteilung der Kommission Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Breitbandnetzen 2023/C 36/01 (*ABl. C 36 vom 31.1.2023, S. 1*)

KAPITEL 6

5G UND CYBERSICHERHEIT

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – 5G für Europa: ein Aktionsplan - COM(2016) 588

2. 32019 H 0534: Empfehlung (EU) 2019/534 der Kommission vom 26. März 2019 Cybersicherheit der 5G-Netze, C/2019/2335 (ABl. L 88 vom 29.3.2019, S. 42)

3. 52020 DC 0050 Mitteilung COM(2020) 50 final der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Sichere 5G-Einführung in der EU – Umsetzung des EU-Instrumentariums

4. Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen SWD(2020) 357 final - Bericht über die Auswirkungen der Empfehlung der Kommission vom 26. März 2019 zur Cybersicherheit von 5G-Netzen

www.parlament.gv.at

KAPITEL 7

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32019 R 0947: Durchführungsverordnung (EU) 2019/947 der Kommission vom 24. Mai 2019 über die Vorschriften und Verfahren für den Betrieb unbemannter Luftfahrzeuge (ABl. L 152 vom 11.6.2019, S. 45)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52018 DC 0237: Mitteilung COM(2018) 237 final – Künstliche Intelligenz für Europa

2. 52018 DC 0795: Mitteilung COM(2018) 795 final – Koordinierter Plan für künstliche Intelligenz

3. 52018 DC 0237: Mitteilung COM(2018) 237 final – Künstliche Intelligenz für Europa

4. 52019 AE 1830: COM(2019) 168 final –Schaffung von Vertrauen in eine auf den Menschen ausgerichtete künstliche Intelligenz (ABl. C 47 vom 11.2.2020, S. 64)

5. 52020 DC 0065: WEIßBUCH COM(2020) 65 – Zur Künstlichen Intelligenz – ein europäisches Konzept für Exzellenz und Vertrauen

6. 52021 DC 0205: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Förderung eines europäischen Konzepts für künstliche Intelligenz (COM(2021) 205 final)

KAPITEL 8

EUROPÄISCHE CLOUD-INITIATIVE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32021 R 1173: Verordnung (EU) 2021/1173 des Rates vom 13. Juli 2021 zur Gründung des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1488 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 3)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52016 DC 0178: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Europäische Cloud-Initiative – Aufbau einer wettbewerbsfähigen Daten- und Wissenswirtschaft in Europa, COM(2016) 178 final

2. 52016 SC 0106: ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN Umsetzung des Aktionsplans für die europäische Strategie für Hochleistungsrechnen, als Begleitunterlage zu der MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Europäische Cloud-Initiative - Aufbau einer wettbewerbsfähigen Daten- und Wissenswirtschaft in Europa

3. ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN Umsetzungsfahrplan für die Europäische Cloud für offene Wissenschaft, Brüssel, 14.3.2018, SWD(2018) 83 final

KAPITEL 9

FREIER DATENVERKEHR

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32018 R 1807: Verordnung (EU) 2018/1807 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht-personenbezogener Daten in der Europäischen Union (ABl. L 303 vom 28.11.2018, S. 59)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52019 DC 0250: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat – Leitlinien zur Verordnung über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht-personenbezogener Daten in der Europäischen Union, COM(2019) 250 final

www.parlament.gv.at

KAPITEL 10

INTERNET-GOVERNANCE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32019 R 0517: Verordnung (EU) 2019/517 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die Durchführung und Funktionsweise der Domäne oberster Stufe.eu, zur Änderung und Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 733/2002 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 874/2004 der Kommission (ABl. L 91 vom 29.3.2019, S. 25)

2. 32020 R 0857: Durchführungsverordnung (EU) 2020/857 der Kommission vom 17. Juni 2020 zur Festlegung der Grundsätze, die in den gemäß der Verordnung (EU) 2019/517 des Europäischen Parlaments und des Rates zu schließenden Vertrag zwischen der Europäischen Kommission und dem Register für die Domäne oberster Stufe.eu aufzunehmen sind (ABl. L 195 vom 19.6.2020, S. 52)

3. Delegierte Verordnung (EU) 2020/1083 der Kommission vom 14. Mai 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/517 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Zulassungsvoraussetzungen und der Auswahlkriterien sowie des Verfahrens für die Benennung des Registers für die Domäne oberster Stufe.eu (ABl. L 239 vom 24.7.2020, S. 1)

4. 32021 D 1878: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1878 der Kommission vom 25. Oktober 2021 zur Benennung des Registers für die Domäne oberster Stufe.eu (ABl. L 378 vom 26.10.2021, S. 22)

5. Durchführungsverordnung (EU) 2022/1862 der Kommission vom 4. Oktober 2022 zur Erstellung der Listen der reservierten und gesperrten Domänennamen unter der Domäne oberster Stufe.eu gemäß der Verordnung (EU) 2019/517 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 259 vom 6.10.2022, S. 3)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52014 DC 0072: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Internet-Politik und Internet-Governance Europas Rolle bei der Mitgestaltung der Zukunft der Internet-Governance (COM(2014) 72 final)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 11

CYBERSICHERHEIT

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32022 L 2555: Richtlinie (EU) 2022/2555 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 und der Richtlinie (EU) 2018/1972 sowie zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2016/1148 (NIS-2-Richtlinie) (ABl. L 333 vom 27.12.2022, S. 80)

2. 32018 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2018/151 der Kommission vom 30. Januar 2018 über Vorschriften für die Anwendung der Richtlinie (EU) 2016/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der weiteren Festlegung der von Anbietern digitaler Dienste beim Risikomanagement in Bezug auf die Sicherheit von Netz- und Informationssystemen zu berücksichtigenden Elemente und der Parameter für die Feststellung erheblicher Auswirkungen eines Sicherheitsvorfalls (ABl. L 26 vom 31.1.2018, S. 48)

3. 32019 R 0881: Verordnung (EU) 2019/881 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die ENISA (Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit) und über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 (Rechtsakt zur Cybersicherheit) (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 15)

4. 32021 R 0887: Verordnung (EU) 2021/887 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 zur Einrichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Industrie, Technologie und Forschung im Bereich der Cybersicherheit und des Netzwerks nationaler Koordinierungszentren (ABl. L 202 vom 8.6.2021, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52009 DC 0149 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über den Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen - „Schutz Europas vor Cyber-Angriffen und Störungen großen Ausmaßes: Stärkung der Abwehrbereitschaft, Sicherheit und Stabilität“ (30.3.2009, KOM(2009) 149 endg.)

2. 52011 DC 0163 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über den Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen „Ergebnisse und nächste Schritte: der Weg zur globalen Netzsicherheit“ (KOM(2011) 163 endgültig)

3. 52013 JC 0001: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen JOIN/2013/1 final Cybersicherheitsstrategie der Europäischen Union – ein offener, sicherer und geschützter Cyberraum

4. 32017 H 1584: Empfehlung (EU) 2017/1584 der Kommission vom 13. September 2017 für eine koordinierte Reaktion auf große Cybersicherheitsvorfälle und -krisen (C/2017/6100) (ABl. L 239 vom 19.9.2017, S. 36)

5. 52020 JC 0018: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat – Die Cybersicherheitsstrategie der EU für die digitale Dekade (JOIN/2020/18 final)

6. Mitteilung der Kommission C(2021) 7412 final – Leitlinien für die Bewertung der Kapazität nationaler Koordinierungszentren zur Mittelverwaltung im Hinblick auf die Erfüllung des Auftrags und der Ziele gemäß der Verordnung (EU) 2021/887

KAPITEL 12

AUDIOVISUELLE MEDIENDIENSTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32010 L 0013: Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 263 vom 6.10.2010, S. 15, geändert durch:

   – 32018 L 1808: Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 (ABl. L 303 vom 28.11.2018, S. 69)

2. C(2014) 462: Beschluss C(2014) 462 der Kommission vom 3.2.2014 zur Einsetzung der Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 51996 DC 0483: Grünbuch vom 23. Oktober 1996 über den Jugendschutz und den Schutz der Menschenwürde in den audiovisuellen und den Informationsdiensten (KOM(96) 483)

2. 31997 Y 0306(02): Schlussfolgerungen des Rates vom 17. Februar 1997 zum Grünbuch über den Jugendschutz und den Schutz der Menschenwürde in den audiovisuellen und den Informationsdiensten (ABl. C 70 vom 6.3.1997, S. 4)

3. 31998 H 0560: Empfehlung 98/560/EG des Rates vom 24. September 1998 zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Industriezweigs der audiovisuellen Dienste und Informationsdienste durch die Förderung nationaler Rahmenbedingungen für die Verwirklichung eines vergleichbaren Niveaus in Bezug auf den Jugendschutz und den Schutz der Menschenwürde (ABl. L 270 vom 7.10.1998, S. 48)

4. 52004 XC 0428(01): Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen in Bezug auf bestimmte Aspekte der Bestimmungen der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ über die Fernsehwerbung C(2004) 1450 - 23.4.2004 (ABl. C 102 vom 28.4.2004, S. 2)

www.parlament.gv.at

5. 32005 H 0865: Empfehlung 2005/865/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2005 zum Filmerbe und zur Wettbewerbsfähigkeit der einschlägigen Industriezweige (ABl. L 323 vom 9.12.2005, S. 57)

6. 32006 H 0952: Empfehlung 2006/952/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Schutz Minderjähriger und den Schutz der Menschenwürde und über das Recht auf Gegendarstellung im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Industriezweiges der audiovisuellen Dienste und Online-Informationsdienste (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 72)

7. 32011 H 0711: Empfehlung 2011/711/EU der Kommission vom 27. Oktober 2011 zur Digitalisierung und Online-Zugänglichkeit kulturellen Materials und dessen digitaler Bewahrung (ABl. L 283 vom 29.10.2011, S. 39)

KAPITEL 13

ELEKTRONISCHER GESCHÄFTSVERKEHR – REGULIERUNG VON ONLINE-PLATTFORMEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31998 L 0084: Richtlinie 98/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 1998 über den rechtlichen Schutz von zugangskontrollierten Diensten und von Zugangskontrolldiensten (ABl. L 320 vom 28.11.1998, S. 54)

2. 32000 L 0031: Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“) (ABl. L 178 vom 17.7.2000, S. 1)

3. 32005 D 0752: Beschluss 2005/752/EG der Kommission vom 24. Oktober 2005 zur Einsetzung einer Expertengruppe „Elektronischer Geschäftsverkehr“ (ABl. L 282 vom 26.10.2005, S. 20)

4. 32015 L 1535: Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1)

5. 32019 R 1150: Platform-to-Business-Verordnung – Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 57)

6. 32022 R 1925: Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte) (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 1)

7. 32022 R 2065: Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) (ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. ST 8601 2018 INIT: Diskussionspapier des Vorsitzes: Verordnung über Beziehungen zwischen Online-Plattformen und Unternehmen

2. Beschluss der Kommission vom 26.4.2018 über die Einsetzung der Sachverständigengruppe für die Beobachtungsstelle für die Online-Plattformwirtschaft (C(2018) 2393 final)

3. 32018 H 0334: Empfehlung (EU) 2018/334 der Kommission vom 1. März 2018 für wirksame Maßnahmen im Umgang mit illegalen Online-Inhalten (C/2018/1177) (ABl. L 63 vom 6.3.2018, S. 50)

4. 52020 XC 1208(01): Bekanntmachung der Kommission Leitlinien zur Transparenz des Rankings gemäß der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates 2020/C 424/01 (ABl. C 424 vom 8.12.2020, S. 1)

KAPITEL 14

GEOBLOCKING

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32018 R 0302: Verordnung (EU) 2018/302 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2018 über Maßnahmen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2006/2004 und (EU) 2017/2394 sowie der Richtlinie 2009/22/EG (Text von Bedeutung für den EWR.) (ABl. L 60I vom 2.3.2018, S. 1)

KAPITEL 15

SEKTOR- ODER INHALTSSPEZIFISCHE RECHTSAKTE MIT BESONDERER BEDEUTUNG FÜR DAS HORIZONTALE GESETZ ÜBER DIGITALE DIENSTE UND DIE PLATFORM-TO-BUSINESS-VERORDNUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32021 R 0784: Verordnung (EU) 2021/784 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte (ABl. L 172 vom 17.5.2021, S. 79)

2. 32019 L 0770: Richtlinie (EU) 2019/770 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen (ABl. L 136 vom 22.5.2019, S. 1)

3. 32019 L 0771: Richtlinie (EU) 2019/771 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Warenkaufs, zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie 2009/22/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 1999/44/EG

4. 32017 R 2394: Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 1)

5. 32018 R 0644: Verordnung (EU) 2018/644 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 über grenzüberschreitende Paketzustelldienste (ABl. L 112 vom 2.5.2018, S. 19)

6. 32018 R 1263: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1263 der Kommission vom 20. September 2018 zur Erstellung der Formulare für die Übermittlung von Informationen durch Paketzustelldienstanbieter gemäß der Verordnung (EU) 2018/644 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 65)

KAPITEL 16

OFFENE DATEN UND DIE WEITERVERWENDUNG VON INFORMATIONEN DES ÖFFENTLICHEN SEKTORS

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32019 L 1024: Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (ABl. L 172 vom 26.6.2019, S. 56)

2. 32023 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2023/138 der Kommission vom 21. Dezember 2022 zur Festlegung bestimmter hochwertiger Datensätze und der Modalitäten ihrer Veröffentlichung und Weiterverwendung (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 19 vom 20.1.2023, S. 43)

3. 32022 R 0868: Verordnung (EU) 2022/868 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über europäische Daten-Governance und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt) (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52011 DC 0882: Mitteilung KOM(2011) 882 endgültig der Kommission vom 12.12.2011 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Offene Daten: Ein Motor für Innovation, Wachstum und transparente Verwaltung

2. 52020 DC 0066: Mitteilung COM(2020) 66 final der Kommission vom 19.2.2020 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Eine europäische Datenstrategie

KAPITEL 17

BARRIEREFREIES WEB

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32008 D 1351: Beschluss Nr. 1351/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein mehrjähriges Gemeinschaftsprogramm zum Schutz der Kinder bei der Nutzung des Internets und anderer Kommunikationstechnologien (Programm „Sicheres Internet 2009–2013“) (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 118)

2. 32014 D 0554: Beschluss Nr. 554/2014/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Beteiligung der Union an dem von mehreren Mitgliedstaaten gemeinsam durchgeführten Forschungs- und Entwicklungsprogramm „Aktives und unterstütztes Leben“ (ABl. L 169 vom 7.6.2014, S. 14)

3. 32016 L 2102: Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (ABl. L 327 vom 2.12.2016, S. 1)

4. 32018 D 1523: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1523 der Kommission vom 11. Oktober 2018 zur Festlegung einer Mustererklärung zur Barrierefreiheit gemäß der Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 103)

5. 32018 D 1524: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1524 der Kommission vom 11. Oktober 2018 zur Festlegung einer Überwachungsmethodik und der Modalitäten für die Berichterstattung der Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 108)

6. 32018 D 2048 Durchführungsbeschluss (EU) 2018/2048 der Kommission vom 20. Dezember 2018 über die harmonisierte Norm für Websites und mobile Anwendungen zur Unterstützung der Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 84), geändert durch:

   – 32021 D 1339: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1339 der Kommission vom 11. August 2021 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 53)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52012 DC 0196 Mitteilung COM(2012) 196 final der Kommission vom 2. Mai 2012 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Europäische Strategie für ein besseres Internet für Kinder

2. 52010 DC 0743 Mitteilung KOM(2010) 743 endg. der Kommission vom 15. Dezember 2010 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäischer eGovernment-Aktionsplan 2011–2015 – Einsatz der IKT zur Förderung intelligent, nachhaltig und innovativ handelnder Behörden

3. 52016 DC 0179: Mitteilung COM(2016) 179 final der Kommission vom 19. April 2016 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. EU-eGovernment-Aktionsplan 2016-2020 – Beschleunigung der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

4. Erklärung von Tallinn (2017), einschließlich Anhang: Nutzerzentrierte Prinzipien für das Design und die Bereitstellung digitaler öffentlicher Dienste

KAPITEL 18

ELEKTRONISCHE IDENTIFIZIERUNG, AUTHENTIFIZIERUNG UND VERTRAUENSDIENSTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32014 R 0910: Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG

2. 32015 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) 2015/806 der Kommission vom 22. Mai 2015 zur Festlegung von Spezifikationen für die Form des EU-Vertrauenssiegels für qualifizierte Vertrauensdienste (ABl. L 128 vom 23.5.2015, S. 13)

3. 32015 D 1505: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1505 der Kommission vom 8. September 2015 über technische Spezifikationen und Formate in Bezug auf Vertrauenslisten gemäß Artikel 22 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (ABl. L 235 vom 9.9.2015, S. 26)

4. 32015 D 1506: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1506 der Kommission vom 8. September 2015 zur Festlegung von Spezifikationen für Formate fortgeschrittener elektronischer Signaturen und fortgeschrittener Siegel, die von öffentlichen Stellen gemäß Artikel 27 Absatz 5 und Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt anerkannt werden (ABl. L 235 vom 9.9.2015, S. 37)

5. 32016 D 0650: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/650 der Kommission vom 25. April 2016 zur Festlegung von Normen für die Sicherheitsbewertung qualifizierter Signatur- und Siegelerstellungseinheiten gemäß Artikel 30 Absatz 3 und Artikel 39 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (ABl. L 109 vom 26.4.2016, S. 40)

6. 32015 D 0296: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/296 der Kommission vom 24. Februar 2015 zur Festlegung von Verfahrensmodalitäten für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der elektronischen Identifizierung gemäß Artikel 12 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (ABl. L 53 vom 25.2.2015, S. 14)

7. 32015 R 1501: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1501 der Kommission vom 8. September 2015 über den Interoperabilitätsrahmen gemäß Artikel 12 Absatz 8 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (ABl. L 235 vom 9.9.2015, S. 1)

8. 32015 R 1502: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1502 der Kommission vom 8. September 2015 zur Festlegung von Mindestanforderungen an technische Spezifikationen und Verfahren für Sicherheitsniveaus elektronischer Identifizierungsmittel gemäß Artikel 8 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (ABl. L 235 vom 9.9.2015, S. 7)

9. 32015 D 1984: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1984 der Kommission vom 3. November 2015 zur Festlegung der Umstände, Formate und Verfahren der Notifizierung gemäß Artikel 9 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (ABl. L 289 vom 5.11.2015, S. 18)

KAPITEL 19

PRIVATSPHÄRE UND DATENSCHUTZ

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32002 L 0058: Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 37), geändert durch:

   – 32009L0136: Richtlinie 2009/136/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 11); berichtigt in: ABl. L 241 vom 10.9.2013, S. 9

   – 32021R1232: Verordnung (EU) 2021/1232 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juli 2021 über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG hinsichtlich der Verwendung von Technologien durch Anbieter nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste zur Verarbeitung personenbezogener und anderer Daten zwecks Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet (ABl. L 274 vom 30.7.2021, S. 41)

2. 32013 R 0611: Verordnung (EU) Nr. 611/2013 der Kommission vom 24. Juni 2013 über die Maßnahmen für die Benachrichtigung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten gemäß der Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. L 173 vom 26.6.2013, S. 2)

3. 32016 L 0680: Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 89)

4. 32016 R 0679: Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 127 vom 23.5.2018, S. 2

5. 32000 D 0518: Entscheidung 2000/518/EG der Kommission vom 26. Juli 2000 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Schutzes personenbezogener Daten in der Schweiz (ABl. L 215 vom 25.8.2000, S. 1), geändert durch:

   – 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

6. 32001 D 0497: Entscheidung 2001/497/EG der Kommission vom 15. Juni 2001 hinsichtlich Standardvertragsklauseln für die Übermittlung personenbezogener Daten in Drittländer nach der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 181 vom 4.7.2001, S. 19), berichtigt in ABl. L 253 vom 21.9.2001, S. 34, geändert durch:

   – 32004 D 0915: Entscheidung 2004/915/EG der Kommission vom 27. Dezember 2004 (ABl. L 385 vom 29.12.2004, S. 74)

   – 32016 D 2297: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2297 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 100)

7. 32002 D 0002: Entscheidung 2002/2/EG der Kommission vom 20. Dezember 2001 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzes, den das kanadische Personal Information Protection and Electronic Documents Act bietet (ABl. L 2 vom 4.1.2002, S. 13), geändert durch:

   – 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

8. 32010 D 0087: Beschluss 2010/87/EU der Kommission vom 5. Februar 2010 über Standardvertragsklauseln für die Übermittlung personenbezogener Daten an Auftragsverarbeiter in Drittländern nach der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 39 vom 12.2.2010, S. 5), geändert durch:

   – 32016 D 2297: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2297 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 100)

9. 32003 D 0490: Entscheidung 2003/490/EG der Kommission vom 30. Juni 2003 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzniveaus in Argentinien (ABl. L 168 vom 5.7.2003, S. 19), geändert durch:

   – 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

10. 32003 D 0821: Entscheidung 2003/821/EG der Kommission vom 21. November 2003 über die Angemessenheit des Schutzes personenbezogener Daten in Guernsey (ABl. L 308 vom 25.11.2003, S. 27), geändert durch:

   – 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

11. 32004 D 0411: Entscheidung 2004/411/EG der Kommission vom 28. April 2004 über die Angemessenheit des Schutzes personenbezogener Daten auf der Insel Man (ABl. L 151 vom 30.4.2004, S. 48), berichtigt in ABl. L 208 vom 10.6.2004, S. 47, geändert durch:

– 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

12. 32008 D 0393: Entscheidung 2008/393/EG der Kommission vom 8. Mai 2008 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzniveaus in Jersey (ABl. L 138 vom 28.5.2008, S. 21), geändert durch:

– 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

13. 32010 D 0146: Beschluss 2010/146/EU der Kommission vom 5. März 2010 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Schutzniveaus, den das färöische Gesetz über die Verarbeitung personenbezogener Daten bietet (ABl. L 58 vom 9.3.2010, S. 17), geändert durch:

– 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

14. 32010 D 0625: Beschluss 2010/625/EU der Kommission vom 19. Oktober 2010 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzniveaus in Andorra (ABl. L 277 vom 21.10.2010, S. 27), geändert durch:

– 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

15. 32011 D 0061: Beschluss 2011/61/EU der Kommission vom 31. Januar 2011 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzniveaus im Staat Israel im Hinblick auf die automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten (ABl. L 27 vom 1.2.2011, S. 39), geändert durch:

– 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

16. 32012 D 0484: Durchführungsbeschluss 2012/484/EU der Kommission vom 21. August 2012 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzniveaus in der Republik Östlich des Uruguay im Hinblick auf die automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten (ABl. L 227 vom 23.8.2012, S. 11), geändert durch:

– 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

17. 32013 D 0065: Durchführungsbeschluss 2013/65/EU der Kommission vom 19. Dezember 2012 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzniveaus in Neuseeland (ABl. L 28 vom 30.1.2013, S. 12), geändert durch:

– 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

18. 32016 D 1250: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1250 der Kommission vom 12. Juli 2016 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des vom EU-US-Datenschutzschild gebotenen Schutzes (ABl. L 207 vom 1.8.2016, S. 1)

19. 32019 D 0419: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/419 der Kommission vom 23. Januar 2019 nach der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzniveaus in Japan im Rahmen des Gesetzes über den Schutz personenbezogener Informationen (ABl. L 76 vom 19.3.2019, S. 1)

20. 32018 D 0743: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/743 der Kommission vom 16. Mai 2018 über ein Pilotprojekt zur Umsetzung der in der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 115)

21. 32021 D 1772: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1772 der Kommission vom 28. Juni 2021 gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angemessenheit des Schutzes personenbezogener Daten durch das Vereinigte Königreich (ABl. L 360 vom 11.10.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 382 vom 28.10.2021, S. 55

22. 32022 D 0254: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/254 der Kommission vom 17. Dezember 2021 gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Schutzes personenbezogener Daten durch die Republik Korea im Rahmen des koreanischen Gesetzes über den Schutz personenbezogener Daten (ABl. L 44 vom 24.2.2022, S. 1)

23. 32021 D 0914: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/914 der Kommission vom 4. Juni 2021 über Standardvertragsklauseln für die Übermittlung personenbezogener Daten an Drittländer gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 199 vom 7.6.2021, S. 31)

24. 32021 D 0915: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/915 der Kommission vom 4. Juni 2021 über Standardvertragsklauseln zwischen Verantwortlichen und Auftragsverarbeitern gemäß Artikel 28 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates und Artikel 29 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 199 vom 7.6.2021, S. 18)

25. 32022 D 2519: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2519 der Kommission vom 20. Dezember 2022 über die technischen Spezifikationen und Standards für das e-CODEX-System, einschließlich der Sicherheitsstandards und der Methoden zur Überprüfung der Integrität und Authentizität (ABl. L 326 vom 21.12.2022, S. 25)

26. 32022 D 2520: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2520 der Kommission vom 20. Dezember 2022 über die spezifischen Regelungen für den Übergabe- und Übernahmeprozess des e-CODEX-Systems (ABl. L 326 vom 21.12.2022, S. 34)

27. 32022 R 0868: Verordnung (EU) 2022/868 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über europäische Daten-Governance und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt) (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 1)

28. 32022 R 0850: Verordnung (EU) 2022/850 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über ein EDV-System für den grenzüberschreitenden elektronischen Datenaustausch im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen (e-CODEX-System) und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1726 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 1)

29. 32023D0117: Durchführungsbeschluss (EU) 2023/117 der Kommission vom 13. Januar 2023 über die Anforderungen an das Dienstleistungsniveau für die von eu-LISA im Zusammenhang mit dem e-CODEX-System durchzuführenden Tätigkeiten, C/2023/197 (ABl. L 15 vom 17.1.2023, S. 17)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32021H1970: Empfehlung (EU) 2021/1970 der Kommission vom 10. November 2021 für einen gemeinsamen europäischen Datenraum für das Kulturerbe (ABl. L 401 vom 12.11.2021, S. 5)

KAPITEL 20

ELEKTRONISCHE GESUNDHEITSDIENSTE (EHEALTH)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32008 H 0594 Empfehlung 2008/594/EG der Kommission vom 2. Juli 2008 zur grenzübergreifenden Interoperabilität elektronischer Patientendatensysteme (ABl. L 190 vom 18.7.2008, S. 37)

2. 52012 DC 0736: Mitteilung COM(2012) 736 final der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Aktionsplan für elektronische Gesundheitsdienste 2012–2020 – innovative Gesundheitsfürsorge im 21. Jahrhundert

3. 32019 H 0243: Empfehlung (EU) 2019/243 (C(2019) 800) der Kommission vom 6. Februar 2019 über ein europäisches Austauschformat für elektronische Patientenakten (und Anhang) (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 18)

4. 52018 DC 0233: Mitteilung COM(2018) 233 final der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Ermöglichung der digitalen Umgestaltung der Gesundheitsversorgung und Pflege im digitalen Binnenmarkt, die aufgeklärte Mitwirkung der Bürger und den Aufbau einer gesünderen Gesellschaft

5. Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen SWD(2018) 126 über die Ermöglichung der digitalen Umgestaltung der Gesundheitsversorgung und Pflege im digitalen Binnenmarkt, die aufgeklärte Mitwirkung der Bürger und den Aufbau einer gesünderen Gesellschaft

6. Schlussfolgerungen des Rates vom 1. Dezember 2009 zur sicheren und effizienten Gesundheitsversorgung durch eHealth

7. Schlussfolgerungen des Rates zu personalisierter Medizin für Patienten, angenommen am 7. Dezember 2015

8. Schlussfolgerungen des Rates zum Gesundheitswesen in der digitalen Gesellschaft — Fortschritte bei der datengesteuerten Innovation im Gesundheitswesen, angenommen am 8. Dezember 2017

9. Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung einer von den Mitgliedstaaten ausgehenden freiwilligen Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitssystemen, angenommen am 16. Juni 2017

10. Grünbuch zu mobiler Gesundheit (mHealth), COM(2014) 219

KAPITEL 21

POSTDIENSTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31997 L 0067: Richtlinie 97/67/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 1997 über gemeinsame Vorschriften für die Entwicklung des Binnenmarktes der Postdienste der Gemeinschaft und die Verbesserung der Dienstequalität (ABl. L 15 vom 21.1.1998, S. 14), geändert durch:

   – 32002 L 0039: Richtlinie 2002/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Juni 2002 (ABl. L 176 vom 5.7.2002, S. 21)

– 32008 L 0006: Richtlinie 2008/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 (ABl. L 52 vom 27.2.2008, S. 3)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 5 Absatz 2 werden die Worte „den Vertrag, insbesondere dessen Artikel 30 und 46“ durch die Worte „das Abkommen, insbesondere dessen Artikel 9 und 19“ ersetzt.

b) In Artikel 7 Absatz 1 wird das Wort „Vertrag“ durch das Wort „Abkommen“ ersetzt.

c) Die Artikel 10 und 11 finden keine Anwendung.

2. 32018 R 0644: Verordnung (EU) 2018/644 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 über grenzüberschreitende Paketzustelldienste (ABl. L 112 vom 2.5.2018, S. 19)

ANHANG XII

FREIER KAPITALVERKEHR

Liste nach Artikel 27 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

www.parlament.gv.at

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31988 L 0361: Richtlinie 88/361/EWG des Rates vom 24. Juni 1988 zur Durchführung von Artikel 67 des Vertrages (ABl. L 178 vom 8.7.1988, S. 5)

2. 32011 L 0007: Richtlinie 2011/7/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr (ABl. L 48 vom 23.2.2011, S. 1)

3. 32021 R 1230: Verordnung (EU) 2021/1230 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juli 2021 über grenzüberschreitende Zahlungen in der Union, zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 (ABl. L 274 vom 30.7.2021, S. 20)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

www.parlament.gv.at

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen gilt für die Artikel 3, 5, 7 und 9 bis 16 dieser Verordnung. Die oben genannten Artikel gelten erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment gewährt wurde.

4. 32012 R 0260: Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 (ABl. L 94 vom 30.3.2012, S. 22)

5. 32002 L 0047: Richtlinie 2002/47/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juni 2002 über Finanzsicherheiten (ABl. L 168 vom 27.6.2002, S. 43), geändert durch:

   – 32009 L 0044: Richtlinie 2009/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 (ABl. L 146 vom 10.6.2009, S. 37)

   – 32014 L 0059: Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 190)

ANHANG XIII

VERKEHR

Liste nach Artikel 33 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Kombinierter Verkehr – Saubere Fahrzeuge – IVS 3
2 Straßenverkehr 10
3 Schienenverkehr 51
4 Binnenschiffsverkehr 72
5 Seeverkehr 80
6 Allgemeine Maßnahmen 102
7 Fahrgastrechte 104
8 Transeuropäische Netze 106
9 Sonstiges 108

www.parlament.gv.at

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

www.parlament.gv.at

KAPITEL 1

KOMBINIERTER VERKEHR –SAUBERE FAHRZEUGE – IVS

1. 31992 L 0106: Richtlinie 92/106/EWG des Rates vom 7. Dezember 1992 über die Festlegung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Güterverkehr zwischen Mitgliedstaaten (ABl. L 368 vom 17.12.1992, S. 38), geändert durch:

   – 11994 NN 01/06/A: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, ANHANG I - Liste nach Artikel 29 der Beitrittsakte - VI. VERKEHR - A. LANDVERKEHR (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 165)

   – 12003 TN 02/08/C: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge - Anhang II: Liste nach Artikel 20 der Beitrittsakte - 8. Verkehrspolitik - C. Straßenverkehr (*ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 449*)

www.parlament.gv.at

– 32006 L 0103: Richtlinie 2006/103/EG des Rates vom 20. November 2006 zur Anpassung bestimmter Richtlinien im Bereich Verkehrspolitik anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 344)

– 32013 L 0022: Richtlinie 2013/22/EU des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung bestimmter Richtlinien im Bereich Verkehr aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 356)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung.

b) Artikel 6 Absatz 3 wird wie folgt ergänzt:

– „Andorra: Taxa de tinença de vehicle.“

2. 32009 L 0033: Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge (ABl. L 120 vom 15.5.2009, S. 5), geändert durch:

– 32019 L 1161: Richtlinie (EU) 2019/1161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 116)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

(a) Artikel 10 Absatz 2 der Richtlinie findet keine Anwendung.

(b) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

Während der Aussetzung gemäß Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 sind Zielvorgaben oder sonstige Bedingungen, die von den öffentlichen Auftraggebern und Vergabestellen der EU-Mitgliedstaaten bei ihrer Beschaffung im Einklang mit den Verpflichtungen dieser EU-Mitgliedstaaten aus dieser Richtlinie eingeführt werden, mit diesem Abkommen vereinbar.

3. 32014 L 0094: Richtlinie 2014/94/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 1)[1], geändert durch:

– 32019 R 1745: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1745 der Kommission vom 13. August 2019 (ABl. L 207 vom 6.8.2010, S. 1)

[1] Verordnung (EU) 2023/1804 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2023 über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/94/EU.

www.parlament.gv.at

4. 32010 L 0040: Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zum Rahmen für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr und für deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern (ABl. L 207 vom 6.8.2010, S. 1), geändert durch:

   – 32017 D 2380: Beschluss (EU) 2017/2380 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 340 vom 20.12.2017, S. 1)

5. 32011 D 0453: Durchführungsbeschluss 2011/453/EU der Kommission vom 13. Juli 2011 zur Annahme von Leitlinien für die Berichterstattung durch die Mitgliedstaaten nach Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 193 vom 23.7.2011, S. 48)

6. 32013 R 0305: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 305/2013 der Kommission vom 26. November 2012 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die harmonisierte Bereitstellung eines interoperablen EU-weiten e Call-Dienstes (ABl. L 91 vom 3.4.2013, S. 1)

7. 32013 R 0885: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 885/2013 der Kommission vom 15. Mai 2013 zur Ergänzung der IVS-Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Bereitstellung von Informationsdiensten für sichere Parkplätze für Lastkraftwagen und andere gewerbliche Fahrzeuge (ABl. L 247 vom 18.9.2013, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

8. 32013 R 0886: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 886/2013 der Kommission vom 15. Mai 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Daten und Verfahren für die möglichst unentgeltliche Bereitstellung eines Mindestniveaus allgemeiner für die Straßenverkehrssicherheit relevanter Verkehrsinformationen für die Nutzer (ABl. L 247 vom 18.9.2013, S. 6)

9. 32015 R 0962: Delegierte Verordnung (EU) 2015/962 der Kommission vom 18. Dezember 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bereitstellung EU-weiter Echtzeit-Verkehrsinformationsdienste (ABl. L 157 vom 23.6.2015, S. 21)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

10. 32014 D 0585: Beschluss Nr. 585/2014/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Einführung des interoperablen EU-weiten eCall-Dienstes (ABl. L 164 vom 3.6.2014, S. 6)

11. 32017 R 1926: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1926 der Kommission vom 31. Mai 2017 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bereitstellung EU-weiter multimodaler Reiseinformationsdienste (ABl. L 272 vom 21.10.2017, S. 1)

12. 32022 R 0670: Delegierte Verordnung (EU) 2022/670 der Kommission vom 2. Februar 2022 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bereitstellung EU-weiter Echtzeit-Verkehrsinformationsdienste (ABl. L 122 vom 25.4.2022, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Bis zum 31. Dezember 2027 ist Andorra in Bezug auf andere Straßen als das transeuropäische Gesamtstraßennetz sowie andere Autobahnen und Hauptstraßen nicht an die Verpflichtungen in Bezug auf Datenarten gemäß der Richtlinie 92/106/EWG des Rates, der Richtlinie 2014/94/EU, der Verordnung (EU) 2020/1056 und der Richtlinie (EU) 2019/520 gebunden.

13. 32020 R 1056: Verordnung (EU) 2020/1056 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 über elektronische Frachtbeförderungsinformationen (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 33)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

KAPITEL 2

STRAßENVERKEHR

1. 32019 L 0520: Richtlinie (EU) 2019/520 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die Interoperabilität elektronischer Mautsysteme und die Erleichterung des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs über die Nichtzahlung von Straßenbenutzungsgebühren in der Union (ABl. L 91 vom 29.3.2019, S. 45), geändert durch:

   – 32022 L 0362: Richtlinie (EU) 2022/362 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Februar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 1)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt Andorra in seinem Hoheitsgebiet keine elektronischen Mautsysteme nach anderen als den in der Richtlinie vorgesehenen nationalen Vorschriften ein.

www.parlament.gv.at

2. 32020 R 0203: Delegierte Verordnung (EU) 2020/203 der Kommission vom 28. November 2019 über die Klassifizierung von Fahrzeugen, Pflichten der Nutzer des europäischen elektronischen Mautdienstes, Anforderungen an Interoperabilitätskomponenten und Mindesteignungskriterien für benannte Stellen (ABl. L 43 vom 17.2.2020, S. 41)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt Andorra in seinem Hoheitsgebiet keine elektronischen Mautsysteme nach anderen als den in der Richtlinie vorgesehenen nationalen Vorschriften ein.

3. 32020 R 0204: Durchführungsverordnung (EU) 2020/204 der Kommission vom 28. November 2019 über detaillierte Pflichten der Anbieter des europäischen elektronischen Mautdienstes, den Mindestinhalt der Vorgabe für das EETS-Gebiet, elektronische Schnittstellen und Anforderungen an Interoperabilitätskomponenten sowie zur Aufhebung der Entscheidung 2009/750/EG (ABl. L 43 vom 17.2.2020, S. 49)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt Andorra in seinem Hoheitsgebiet keine elektronischen Mautsysteme nach anderen als den in der Richtlinie vorgesehenen nationalen Vorschriften ein.

4. 31999 L 0062: Richtlinie 1999/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 1999 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (ABl. L 187 vom 20.7.1999, S. 42), geändert durch:

   – 12003T / ACT: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, angenommen am 16. April 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

   – 32006 L 0038: Richtlinie 2006/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 8)

   – 32006 L 0103: Richtlinie 2006/103/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 344)

– 32011 L 0076: Richtlinie 2011/76/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2011 (ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 1)

– 32013 L 0022: Richtlinie 2013/22/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 356)

- 52020XC0707(01): Aktualisierung des Anhangs II und des Anhangs IIIb Tabellen 1 und 2 in Bezug auf geltende Werte in Euro gemäß Artikel 10a der Richtlinie 1999/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in der durch die Richtlinie 2011/76/EU des Europäischen Parlaments und des Rates geänderten Fassung (ABl. C 223 vom 7.7.2020, S. 1)

– 32022 L 0362: Richtlinie (EU) 2022/362 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Februar 2022 zur Änderung der Richtlinien 1999/62/EG, 1999/37/EG und (EU) 2019/520 hinsichtlich der Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch Fahrzeuge (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für die Richtlinie mit Ausnahme des Artikels 7 Absatz 2 und der darin genannten Bestimmungen. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen führt Andorra keine Mautsysteme auf Abschnitten des transeuropäischen Straßennetzes oder auf anderen Autobahnabschnitten im Hoheitsgebiet Andorras nach anderen als den in der Richtlinie vorgesehenen nationalen Vorschriften ein.

b) In Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie wird Folgendes angefügt:

– Andorra: Taxa de tinença de vehicle.

c) Artikel 6 der Richtlinie erhält folgende Fassung:

„Andorra wendet weiterhin seine in Artikel 3 Absatz 1 genannten bestehenden Vorschriften an, um sicherzustellen, dass der Wettbewerb nicht verzerrt wird, d. h. dass der Steuersatz für jede der in Anhang I der Richtlinie genannten Fahrzeugklassen oder -unterklassen nicht niedriger ist als der in Anhang I der Richtlinie festgelegte Mindestsatz.“

d) Unbeschadet des Artikels 6 der Richtlinie 92/106/EWG des Rates vom 7. Dezember 1992 darf Andorra keine Befreiungen oder Ermäßigungen hinsichtlich der in Artikel 3 genannten Steuern gewähren, die den Wettbewerb verfälschen würden, d. h. durch die die zu entrichtende Steuer unter dem unter Buchstabe c genannten Mindestsatz liegen würde.

5. 32009 R 1071: Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Festlegung gemeinsamer Regeln für die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers und zur Aufhebung der Richtlinie 96/26/EG des Rates (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 51), geändert durch:

– 32012 R 0613: Verordnung (EU) Nr. 613/2012 der Kommission vom 9. Juli 2012 (ABl. L 178 vom 10.7.2012, S. 6)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32020 R 1055: Verordnung (EU) 2020/1055 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 17)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für die Verordnung und ihre ergänzenden Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Das Datum „4. Dezember 2009“ in Artikel 9 der Verordnung ist als der in Artikel 3 Absatz 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen genannte Zeitpunkt zu verstehen.

c) Die Verpflichtung Andorras zur Verwirklichung der Zugänglichkeit und Vernetzung des einzelstaatlichen elektronischen Registers der Kraftverkehrsunternehmen gemäß Artikel 16 Absatz 5 der Verordnung wird für einen Zeitraum von einem Jahr ab dem in Artikel 3 Absatz 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen genannten Zeitpunkt ausgesetzt.

d) Andorra kann beschließen, die in Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung genannten Prüfungen nicht durchzuführen. In diesem Fall gestattet Andorra der betreffenden Person bzw. den betreffenden Personen, diese Prüfungen in dem benachbarten EU-Mitgliedstaat bzw. den benachbarten EU-Mitgliedstaaten abzulegen.

e) Andorra erkennt die von den EU-Mitgliedstaaten gemäß Artikel 21 der Verordnung ausgestellten Bescheinigungen der fachlichen Eignung an. Für die Zwecke dieser Anerkennung werden in den Bestimmungen der Bescheinigung in Anhang III der Verordnung die Bezugnahmen auf „Mitgliedstaat(en)“ durch Bezugnahmen auf „EU-Mitgliedstaat(en) und Andorra“ ersetzt.

f) In Anhang I der Verordnung wird die Bezugnahme auf die Entscheidung 85/368/EWG des Rates durch die Bezugnahme auf die Empfehlung 2008/C 111/01 vom 23. April 2008 zur Einrichtung des Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen ersetzt.

g) Anhang III der Verordnung wird durch Anhang 1 Anlage 1 zu diesem Anhang ersetzt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten erkennen die von Andorra gemäß Anhang 1 Anlage 1 zu diesem Anhang ausgestellten Bescheinigungen an.

6. 32016 R 0403: Verordnung (EU) 2016/403 der Kommission vom 18. März 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Einstufung schwerwiegender Verstöße gegen die Unionsvorschriften, die zur Aberkennung der Zuverlässigkeit der Kraftverkehrsunternehmer führen können, sowie zur Änderung von Anhang III der Richtlinie 2006/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 74 vom 19.3.2016, S. 8), geändert durch:

   – 32022 R 0694: Durchführungsverordnung (EU) 2022/694 der Kommission vom 2. Mai 2022 (ABl. L 129 vom 3.5.2022, S. 22)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

7. 32009 D 0992: Beschluss der Kommission vom 17. Dezember 2009 über Mindestanforderungen an die Daten, die in die einzelstaatlichen elektronischen Register der Kraftverkehrsunternehmen einzugeben sind (2009/992/EU) (ABl. L 339 vom 22.12.2009, S. 36)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

8. 32016 R 0480: Durchführungsverordnung (EU) 2016/480 der Kommission vom 1. April 2016 zur Festlegung gemeinsamer Regeln für die Vernetzung der nationalen elektronischen Register der Kraftverkehrsunternehmen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1213/2010 (ABl. L 87 vom 2.4.2016, S. 4), geändert durch:

   – 32017 R 1440: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1440 der Kommission vom 8. August 2017 (ABl. L 206 vom 9.8.2017, S. 3)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

9. 32009 R 1072: Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 72), geändert durch:

– 32012 R 0612: Verordnung (EU) Nr. 612/2012 der Kommission vom 9. Juli 2012 (ABl. L 178 vom 10.7.2012, S. 5)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32020 R 1055: Verordnung (EU) 2020/1055 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 17)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Artikel 1 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Bei Beförderungen aus einer Assoziationspartei nach einem Drittland und umgekehrt gilt die Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 nicht für die im Gebiet der Assoziationspartei der Be- oder Entladung zurückgelegte Wegstrecke."

c) Artikel 1 Absatz 3 findet keine Anwendung.

d) In Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung finden die Worte „im Sinne der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen", „im Sinne der Richtlinie 2003/109/EG" und „im Sinne der genannten Richtlinie" keine Anwendung.

e) Kapitel III dieser Verordnung findet keine Anwendung.

f) Die Anhänge II und III der Verordnung erhalten die Fassung der Anlagen 2 und 3 zu Anhang 1 dieses Anhangs. Die EU und ihre Mitgliedstaaten erkennen die von Andorra gemäß diesen Bestimmungen ausgestellten Lizenzen und Fahrerbescheinigungen an.

g) Andorra erkennt die von den EU-Mitgliedstaaten gemäß der in diesem Anhang angepassten Verordnung ausgestellten Gemeinschaftslizenzen und Fahrerbescheinigungen an. Für die Zwecke dieser Anerkennung werden in den allgemeinen Bestimmungen der Gemeinschaftslizenz gemäß Anhang II der Verordnung in der durch Anlage 2 zu Anhang 1 dieses Anhangs angepassten Fassung und der Fahrerbescheinigung gemäß Anhang III der Verordnung in der durch Anlage 3 zu Anhang 1 dieses Anhangs angepassten Fassung die Bezugnahmen auf „Gemeinschaft“ durch „Gemeinschaft und Andorra“ und Bezugnahmen auf „Mitgliedstaat(en)“ durch „EU-Mitgliedstaat(en) und Andorra“ ersetzt.

10. 32009 R 1073: Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 88), berichtigt in ABl. L 272 vom 16.10.2015, S. 15, geändert durch:

– 32012 R 0611: Verordnung (EU) Nr. 611/2012 der Kommission vom 9. Juli 2012 (ABl. L 178 vom 10.7.2012, S. 4)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 1 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Bei Beförderungen aus einer Assoziationspartei nach einem Drittland und umgekehrt gilt diese Verordnung nicht für die im Gebiet der Assoziationspartei der Aufnahme oder des Absetzens zurückgelegte Wegstrecke, sofern von den Assoziationsparteien nichts anderes vereinbart wird."

b) Artikel 1 Absatz 3 findet keine Anwendung.

c) Anhang II der Verordnung erhält die Fassung der Anlage 1 zu Anhang 2 dieses Anhangs.

d) Andorra erkennt die von den EU-Mitgliedstaaten gemäß dieser Verordnung ausgestellten Gemeinschaftslizenzen an. Für die Zwecke dieser Anerkennung werden in den Bestimmungen der Gemeinschaftslizenz in Anhang II der Verordnung in der durch Anlage 1 zu Anhang 2 dieses Anhangs angepassten Fassung die Bezugnahmen auf „Mitgliedstaat(en)" durch Bezugnahmen auf „EU-Mitgliedstaat(en) und Andorra" ersetzt.

e) Die EU und ihre Mitgliedstaaten erkennen die von Andorra gemäß der Verordnung in der für die Zwecke dieses Abkommens angepassten Fassung in Anhang 2 Anlage 4 zu diesem Anhang ausgestellten Lizenzen an.

f) Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe e der Verordnung erhält folgende Fassung: „MwSt. (Mehrwertsteuer) oder Umsatzsteuer auf die Beförderungsdienstleistungen."

11. 32014 R 0361: Verordnung (EU) Nr. 361/2014 der Kommission vom 9. April 2014 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 hinsichtlich der Beförderungsdokumente für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2121/98 der Kommission (ABl. L 107 vom 10.4.2014, S. 39), berichtigt in ABl. L 258 vom 3.10.2015, S. 11

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die EU-Mitgliedstaaten und Andorra erkennen die gemäß Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 ausgestellten Beförderungsdokumente für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen gegenseitig an.

b) In Artikel 7 werden die Worte „Rechtsvorschriften der Union" durch die Worte „nach dem Assoziationsabkommen anzuwendenden Rechtsvorschriften" ersetzt.

c) In den Dokumenten in den Anhängen II bis VI der Verordnung werden das Wort „Mitgliedstaat(en)" durch die Worte „EU-Mitgliedstaat(en) oder Andorra", die Worte „Rechtsvorschriften der Union" und „maßgeblichen Rechtsvorschriften der Union" durch das Wort „Assoziationsabkommen", das Wort „Gemeinschaftsvorschriften" durch die Worte „nach dem Assoziationsabkommen anzuwendenden Rechtsvorschriften" und das Wort „Gemeinschaftslizenz" durch das Wort „Lizenz" ersetzt.

d) In Teil C des Dokuments in Anhang II der Verordnung wird der Text von Nummer 1 v) durch „Mehrwertsteuer (MwSt.) oder Umsatzsteuer auf Beförderungsdienstleistungen“ ersetzt.

e) In den Dokumenten in den Anhängen II, III, IV, V und VI der Verordnung werden in die Listen mit Nationalitätszeichen die Worte „Andorra (AND)“ eingefügt und nach den Worten „Verordnung (EG) Nr. 1073/2009“ und „Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006“ werden die Worte „in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung“ angefügt.

f) Die Anhänge der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 werden durch Anhang 2 des vorliegenden Anhangs ersetzt.

g) Die EU-Mitgliedstaaten erkennen die von Andorra gemäß Anhang 2 zu diesem Anhang ausgestellten Dokumente an.

h) In der Tabelle des Dokuments in Anhang VI der Verordnung wird die Abkürzung „AND“ gemäß Anhang 2 Anlage 7 zu diesem Anhang eingefügt.

12. 31992 R 3912: Verordnung (EWG) Nr. 3912/92 des Rates vom 17. Dezember 1992 über innerhalb der Gemeinschaft durchgeführte Kontrollen im Straßen- und im Binnenschiffsverkehr von in einem Drittland registrierten oder zum Verkehr zugelassenen Verkehrsmitteln (ABl. L 395 vom 31.12.1992, S. 6)

13. 31990 R 3916: Verordnung (EWG) Nr. 3916/90 des Rates vom 21. Dezember 1990 über Maßnahmen bei Krisen auf dem Güterkraftverkehrsmarkt (ABl. L 375 vom 31.12.1990, S. 10)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In den in Artikel 4 genannten Fällen:

i) Wenn bei der Europäischen Kommission ein Antrag eines EU-Mitgliedstaats oder Andorras auf Anordnung von Schutzmaßnahmen eingeht, wird der Gemeinsame Ausschuss unter Übermittlung aller zweckdienlichen Informationen unverzüglich unterrichtet.

ii) Auf Antrag einer Assoziationspartei finden Konsultationen im Gemeinsamen Ausschuss statt. Diese Konsultationen können auch im Falle der Verlängerung der Schutzmaßnahmen beantragt werden.

iii) Sobald die Europäische Kommission einen Beschluss gefasst hat, unterrichtet sie unverzüglich den Gemeinsamen Ausschuss über die getroffenen Maßnahmen.

iv) Ist eine der Assoziationsparteien der Auffassung, dass durch die Schutzmaßnahmen ein Ungleichgewicht zwischen den Rechten und Pflichten der Assoziationsparteien entsteht, so gilt Artikel 97 Absatz 7 des Abkommens sinngemäß.

b) In Bezug auf Artikel 5 dieser Verordnung wird Andorra in die Arbeiten des beratenden Ausschusses einbezogen, was seine allgemeinen Aufgaben betrifft, die Lage auf dem Verkehrsmarkt zu beobachten und bei der Erfassung der Angaben zu beraten, die für die Verfolgung der Entwicklung des Marktes und die Erkennung einer Krise erforderlich sind.

14. 31960 R 0011: Verordnung Nr. 11 über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen gemäß Artikel 79 Absatz (3) des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. L 52 vom 16.8.1960, S. 1121), geändert durch:

– 31984 R 3626: Verordnung (EWG) Nr. 3626/84 des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. L 335 vom 22.12.1984, S. 4)

– 32008 R 0569: Verordnung (EG) Nr. 569/2008 des Rates vom 12. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die Artikel 11 bis 26 dieser Verordnung werden im Einklang mit dem Rahmenprotokoll 4 zu diesem Abkommen angewandt.

15. 32009 R 0169: Verordnung (EG) Nr. 169/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Anwendung von Wettbewerbsregeln auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (kodifizierte Fassung) (ABl. L 61 vom 5.3.2009, S. 1)

    Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Bezüglich der Anwendung siehe Anhang XIV „Wettbewerb“.

16. 31974 R 2988: Verordnung (EWG) Nr. 2988/74 des Rates vom 26. November 1974 über die Verfolgungs- und Vollstreckungsverjährung im Verkehrs- und Wettbewerbsrecht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. L 319 vom 29.11.1974, S. 1), geändert durch:

    – 32003 R 0001: Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1)

    Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Bezüglich der Anwendung siehe Rahmenprotokoll 4 zu diesem Abkommen.

17. 31989 R 4058: Verordnung (EWG) Nr. 4058/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Preisbildung im Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. L 390 vom 30.12.1989, S. 1)

18. 32006 R 0561: Verordnung (EG) Nr. 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr und zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 3821/85 und (EG) Nr. 2135/98 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3820/85 des Rates (ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 1), berichtigt in ABl. L 195 vom 20.7.2016, S. 83, geändert durch:

   – 32009 R 1073: Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 88)

   – 32014 R 0165: Verordnung (EU) Nr. 165/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 (ABl. L 60 vom 28.2.2014, S. 1)

   – 32020 R 1054: Verordnung (EU) 2020/1054 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 1)

19. 32010 R 0581: Verordnung (EU) Nr. 581/2010 der Kommission vom 1. Juli 2010 zur Festlegung der Höchstzeiträume für das Herunterladen relevanter Daten von Fahrzeugeinheiten und Fahrerkarten (ABl. L 168 vom 2.7.2010, S. 16)

20. C(2011) 3759/F1: Durchführungsbeschluss der Kommission vom 7.6.2011 zur Berechnung der Tageslenkzeit gemäß der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (nicht im Amtsblatt veröffentlicht, siehe https://transport.ec.europa.eu/system/files/2016-09/2011_3759_de.pdf)

21. 32017 D 1013: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1013 der Kommission vom 30. März 2017 über das in Artikel 17 der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates genannte Berichtsmuster (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 28)

22. 32022 R 1012: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1012 der Kommission vom 7. April 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Festlegung von Normen für das Dienstleistungsniveau und das Sicherheitsniveau von sicheren und gesicherten Parkflächen sowie der Verfahren für deren Zertifizierung (ABl. L 170 vom 28.6.2022, S. 27)

23. 32014 R 0165: Verordnung (EU) Nr. 165/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 über Fahrtenschreiber im Straßenverkehr, zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 des Rates über das Kontrollgerät im Straßenverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr (ABl. L 60 vom 28.2.2014, S. 1), geändert durch:

    – 32020 R 1054: Verordnung (EU) 2020/1054 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Ungeachtet des Artikels 3 Absatz 1 und des Artikels 8 Absatz 1 Unterabsatz 3 und letzter Unterabsatz müssen spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens alle in Andorra zugelassenen Fahrzeuge, die in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen und ausschließlich im innerstaatlichen Verkehr eingesetzt werden, mit einem digitalen Fahrtenschreiber ausgerüstet sein, der dieser Verordnung entspricht.

b) In Anhang II Kapitel I Nummer 1 Buchstabe a wird das Verzeichnis der Kennzahlen oder Kennbuchstaben des Landes, das die Bauartengenehmigung erteilt hat, wie folgt ergänzt:

„Andorra 41".

24. 32016 R 0068: Durchführungsverordnung (EU) 2016/68 der Kommission vom 21. Januar 2016 über die für die Vernetzung der elektronischen Register von Fahrerkarten notwendigen gemeinsamen Verfahren und Spezifikationen (ABl. L 15 vom 22.1.2016, S. 51), geändert durch:

– 32017 R 1503: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1503 der Kommission vom 25. August 2017 (ABl. L 221 vom 26.8.2017, S. 10)

25. 32016 R 0799: Durchführungsverordnung (EU) 2016/799 der Kommission vom 18. März 2016 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 165/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Vorschriften über Bauart, Prüfung, Einbau, Betrieb und Reparatur von Fahrtenschreibern und ihren Komponenten (ABl. L 139 vom 26.5.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 146 vom 3.6.2016, S. 31, geändert durch:

– 32018 R 0502: Durchführungsverordnung (EU) 2018/502 der Kommission vom 28. Februar 2018 (ABl. L 85 vom 28.3.2018, S. 1)

– 32020 R 0158: Durchführungsverordnung (EU) 2020/158 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 20)

– 32021 R 1228: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1228 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 273 vom 30.7.2021, S. 1), geändert durch:

  – 32023 R 0980: Durchführungsverordnung (EU) 2023/980 der Kommission vom 16. Mai 2023 (ABl. L 134 vom 22.5.2023, S. 28)

– 32023 R 0980: Durchführungsverordnung (EU) 2023/980 der Kommission vom 16. Mai 2023 (ABl. L 134 vom 22.5.2023, S. 28)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Anhang 1C Abschnitt 4.1 wird nach der Tabelle über die Unterscheidungszeichen in der Anforderung 229) folgender Absatz angefügt:

„das Unterscheidungszeichen Andorras, schwarz und in einem elliptischen Kreis“. Das Unterscheidungszeichen ist wie folgt:

„Andorra AND“.

b) In Anhang II Kapitel I Nummer 1 Buchstabe a wird das Verzeichnis der Kennzahlen oder Kennbuchstaben des Landes, das die Bauartengenehmigung erteilt hat, wie folgt ergänzt:

„Andorra 41“.

26. 32017R0548: Durchführungsverordnung (EU) 2017/548 der Kommission vom 23. März 2017 zur Festlegung eines Musterformulars für die schriftliche Erklärung zu Entfernung oder Aufbrechen der Plombierung eines Fahrtenschreibers (ABl. L 79 vom 24.3.2017, S. 1)

27. 32006 L 0022: Richtlinie 2006/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über Mindestbedingungen für die Durchführung der Verordnungen (EWG) Nr. 3820/85 und (EWG) Nr. 3821/85 des Rates über Sozialvorschriften für Tätigkeiten im Kraftverkehr sowie zur Aufhebung der Richtlinie 88/599/EWG des Rates (ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 35), geändert durch:

   – 32009 L 0004: Richtlinie 2009/4/EG der Kommission vom 23. Januar 2009 (ABl. L 21 vom 24.1.2009, S. 39)

   – 32009 L 0005: Richtlinie 2009/5/EG der Kommission vom 30. Januar 2009 (ABl. L 29 vom 31.1.2009, S. 45), berichtigt in ABl. L 256 vom 29.9.2009, S. 38

   – 32016 R 0403: Verordnung (EU) 2016/403 der Kommission vom 18. März 2016 (ABl. L 74 vom 19.3.2016, S. 8)

   – 32020 L 1057: Richtlinie (EU) 2020/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 49)

28. 32007 D 0230: Entscheidung 2007/230/EG der Kommission vom 12. April 2007 über ein Formblatt betreffend die Sozialvorschriften für Tätigkeiten im Kraftverkehr (ABl. L 99 vom 14.4.2007, S. 14), geändert durch:

   – 32009 D 0959: Beschluss der Kommission vom 14. Dezember 2009 (ABl. L 330 vom 16.12.2009, S. 80)

29. 32022 R 0695: Durchführungsverordnung (EU) 2022/695 der Kommission vom 2. Mai 2022 zur Festlegung von Regeln für die Anwendung der Richtlinie 2006/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der gemeinsamen Formel für die Berechnung der Risikoeinstufung von Verkehrsunternehmen (ABl. L 129 vom 3.5.2022, S. 33)

30. 32020 L 1057: Richtlinie (EU) 2020/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 zur Festlegung besonderer Regeln im Zusammenhang mit der Richtlinie 96/71/EG und der Richtlinie 2014/67/EU für die Entsendung von Kraftfahrern im Straßenverkehrssektor und zur Änderung der Richtlinie 2006/22/EG bezüglich der Durchsetzungsanforderungen und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 49)

31. 32021 R 2179: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2179 der Kommission vom 9. Dezember 2021 zu den Funktionen der öffentlichen Schnittstelle des Binnenmarktinformationssystems für die Entsendung von Kraftfahrern im Straßenverkehrssektor (ABl. L 443 vom 10.12.2021, S. 68)

32. 32002 L 0015: Richtlinie 2002/15/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Regelung der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben (ABl. L 80 vom 23.3.2002, S. 35), berichtigt in ABl. L 57 vom 24.2.2007, S. 28

33. 32010 L 0035: Richtlinie 2010/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2010 über ortsbewegliche Druckgeräte und zur Aufhebung der Richtlinien des Rates 76/767/EWG, 84/525/EWG, 84/526/EWG, 84/527/EWG und 1999/36/EG (ABl. L 165 vom 30.6.2010, S. 1)

34. 32014 L 0045: Richtlinie 2014/45/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhägern und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/40/EG (ABl. L 127 vom 29.4.2014, S. 51), berichtigt in ABl. L 219 vom 22.8.2019, S. 25, geändert durch:

– 32021 L 1717: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1717 der Kommission vom 9. Juli 2021 (ABl. L 342 vom 27.9.2021, S. 48)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

Während der Aussetzung nach Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 gilt Artikel 8 Absatz 3 der Richtlinie für die Anerkennung durch Andorra von Prüfbescheinigungen, die von einem EU-Mitgliedstaat ausgestellt wurden, wenn ein im Bescheinigungsstaat zugelassenes Fahrzeug in Andorra erneut zugelassen wird.

35. 32021 R 0621: Durchführungsverordnung (EU) 2019/621 der Kommission vom 17. April 2019 über die für die technische Überwachung in Bezug auf die zu prüfenden Positionen erforderlichen technischen Angaben sowie zur Anwendung der empfohlenen Prüfmethoden und zur Festlegung detaillierter Regelungen hinsichtlich des Datenformats und der Verfahren für den Zugang zu den einschlägigen technischen Angaben (ABl. L 108 vom 23.4.2019, S. 5)

www.parlament.gv.at

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

36. 32014 L 0047: Richtlinie 2014/47/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die technische Unterwegskontrolle der Verkehrs- und Betriebssicherheit von Nutzfahrzeugen, die in der Union am Straßenverkehr teilnehmen, und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/30/EG (ABl. L 127 vom 29.4.2014, S. 134), berichtigt in ABl. L 197 vom 4.7.2014, S. 87, und ABl. L 219 vom 22.8.2019, S. 77, geändert durch:

– 32021 L 1716: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1716 der Kommission vom 29. Juni 2021 (ABl. L 342 vom 27.9.2021, S. 45)

37. 32017 R 2205: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2205 der Kommission vom 29. November 2017 mit Durchführungsbestimmungen für das Verfahren zur Meldung von Nutzfahrzeugen mit erheblichen oder gefährlichen Mängeln, die bei einer technischen Unterwegskontrolle festgestellt wurden (ABl. L 314 vom 30.11.2017, S. 3)

38. 31992 L 0006: Richtlinie 92/6/EWG des Rates vom 10. Februar 1992 über Einbau und Benutzung von Geschwindigkeitsbegrenzern für bestimmte Kraftfahrzeugklassen in der Gemeinschaft (ABl. L 57 vom 2.3.1992, S. 27), geändert durch:

– 32002 L 0085: Richtlinie 2002/85/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 (ABl. L 327 vom 4.12.2002, S. 4)

39. 31991 L 0671: Richtlinie 91/671/EWG des Rates vom 16. Dezember 1991 über die Gurtanlegepflicht und die Pflicht zur Benutzung von Kinderrückhalteeinrichtungen in Kraftfahrzeugen (ABl. L 373 vom 31.12.1991, S. 26), geändert durch:

– 32003 L 0020: Richtlinie 2003/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. April 2003 (ABl. L 115 vom 9.5.2003, S. 63)

– 32014 L 0037: Durchführungsrichtlinie 2014/37/EU der Kommission vom 27. Februar 2014 (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 32)

40. 32007 L 0038: Richtlinie 2007/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über die Nachrüstung von in der Gemeinschaft zugelassenen schweren Lastkraftwagen mit Spiegeln (ABl. L 184 vom 14.7.2007, S. 25)

41. 31999 L 0037: Richtlinie 1999/37/EG des Rates vom 29. April 1999 über Zulassungsdokumente für Fahrzeuge (ABl. L 138 vom 1.6.1999, S. 57), geändert durch:

– 32003 L 0127: Richtlinie 2003/127/EG der Kommission vom 23. Dezember 2003 (ABl. L 10 vom 16.1.2004, S. 29)

– 32006 L 0103: Richtlinie 2006/103/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 344)

– 32013 L 0022: Richtlinie 2013/22/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 356)

– 32014 L 0046: Richtlinie 2014/46/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 (ABl. L 127 vom 29.4.2014, S. 129)

– 32022 L 0362: Richtlinie (EU) 2022/362 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Februar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Andorra stellt Zulassungsbescheinigungen nach dem Muster in Anhang I der Richtlinie oder nach den Mustern in den Anhängen I und II der Richtlinie aus, die wie folgt angepasst werden:

a) In Anhang I Ziffer II.4 zweiter Gedankenstrich wird Folgendes angefügt:

1. „AND: Andorra“.

b) In Anhang I Ziffer II.4 vierter Gedankenstrich werden die Worte „übrigen Sprachen der Europäischen Gemeinschaften“ durch die Worte „Sprachen der EU und Andorras“ ersetzt.

c) In Anhang II Ziffer II.4 zweiter Gedankenstrich wird Folgendes angefügt:

1. „AND: Andorra“.

d) In Anhang II Ziffer II.4 vierter Gedankenstrich werden die Worte „übrigen Sprachen der Europäischen Gemeinschaften“ durch die Worte „Sprachen der EU und Andorras“ ersetzt.

e) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

Während der Aussetzung nach Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 gelten die Artikel 4 und 5 dieser Richtlinie für Zulassungsbescheinigungen, die von einem EU-Mitgliedstaat im Hinblick auf die Identifizierung des Fahrzeugs im grenzüberschreitenden Straßenverkehr im Hoheitsgebiet Andorras oder dessen erneute Zulassung in Andorra ausgestellt werden.

42. 32006 L 0001: Richtlinie 2006/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2006 über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr (ABl. L 33 vom 4.2.2006, S. 82), geändert durch:

– 32022 L 0738: Richtlinie (EU) 2022/738 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. April 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 1)

43. 31998 R 2411: Verordnung (EG) Nr. 2411/98 des Rates vom 3. November 1998 über die Anerkennung des Unterscheidungszeichens des Zulassungsmitgliedstaats von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern im innergemeinschaftlichen Verkehr (ABl. L 299 vom 10.11.1998, S. 1)

44. 32022 L 2561: Richtlinie (EU) 2022/2561 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr (ABl. L 330 vom 23.12.2022, S. 46)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 9 wird folgender Absatz angefügt:

„Fahrer im Sinne des Artikels 1, die ihren ordentlichen Wohnsitz in Andorra haben und dort arbeiten, haben alternativ das Recht, die Grundqualifikation nach Artikel 5 zu erwerben und eine Weiterbildung gemäß Artikel 7 in einem EU-Mitgliedstaat zu durchlaufen, sofern die dort vorgesehene Weiterbildung dieser Richtlinie in vollem Umfang entspricht."

b) In Anhang II wird unter Nummer 2 Buchstabe c betreffend Seite 1 des Nachweises nach dem Eintrag für Schweden Folgendes angefügt:

„das Unterscheidungszeichen Andorras, in einem elliptischen Kreis gemäß Artikel 37 des UN-Übereinkommens über den Straßenverkehr vom 8. November 1968 (mit demselben Hintergrund wie der Nachweis); das Unterscheidungszeichen ist wie folgt:

AND Andorra"

c) In Anhang II Nummer 2 Buchstabe e in Bezug auf Seite 1 des Nachweises werden die Worte „Modell der Europäischen Union" durch die Worte „Dem EU-Modell entsprechendes Modell" ersetzt.

d) Hinsichtlich Anhang II Nummer 2 Buchstabe e verwendet Andorra für Seite 1 des Nachweises seine Amtssprache.

e) Anhang II Nummer 2 Buchstabe f betreffend Seite 1 des Nachweises ist nicht auf Andorra anwendbar.

45. 32006 L 0126: Richtlinie 2006/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Führerschein (Neufassung) (ABl. L 403 vom 30.12.2006, S. 18), geändert durch:

– 32009 L 0113: Richtlinie 2009/113/EG der Kommission vom 25. August 2009 (ABl. L 223 vom 26.8.2009, S. 31)

– 32011 L 0094: Richtlinie 2011/94/EU der Kommission vom 28. November 2011 (ABl. L 314 vom 29.11.2011, S. 31)

– 32012 L 0036: Richtlinie 2012/36/EU der Kommission vom 19. November 2012 (ABl. L 321 vom 20.11.2012, S. 54), berichtigt in ABl. L 81 vom 28.3.2017, S. 20

– 32013 L 0022: Richtlinie 2013/22/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 356)

– 32013 L 0047: Richtlinie 2013/47/EU der Kommission vom 2. Oktober 2013 (ABl. L 261 vom 3.10.2013, S. 29)

– 32014 L 0085: Richtlinie 2014/85/EU der Kommission vom 1. Juli 2014 (ABl. L 194 vom 2.7.2014, S. 10)

– 32015 L 0653: Richtlinie (EU) 2015/653 der Kommission vom 24. April 2015 (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 68), berichtigt in ABl. L 89 vom 1.4.2017, S. 18

– 32016 L 1106: Richtlinie (EU) 2016/1106 der Kommission vom 7. Juli 2016 zur Änderung der Richtlinie 2006/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Führerschein (ABl. L 183 vom 8.7.2016, S. 59)

– 32018 L 0645: Richtlinie (EU) 2018/645 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 (ABl. L 112 vom 2.5.2018, S. 29)

– 32018 L 0933: Richtlinie (EU) 2018/933 der Kommission vom 29. Juni 2018 (ABl. L 165 vom 2.7.2018, S. 35)

– 32020 L 0612: Richtlinie (EU) 2020/612 der Kommission vom 4. Mai 2020 (ABl. L 141 vom 5.5.2020, S. 9)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 1 Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Führerscheine Andorras enthalten folgendes Unterscheidungszeichen: ‚AND (Andorra)'."

b) In Anhang I Nummer 3 erhält der einleitende Satz unter Buchstabe c betreffend Seite 1 des Führerscheins folgende Fassung:

„das Unterscheidungszeichen Andorras, in einem elliptischen Kreis gemäß Artikel 37 des UN-Übereinkommens über den Straßenverkehr vom 8. November 1968 (mit demselben Hintergrund wie der Führerschein); das Unterscheidungszeichen ist wie folgt:“

c) In Anhang I Nummer 3 wird unter Buchstabe c betreffend Seite 1 des Führerscheins Folgendes angefügt:

„AND: Andorra“.

d) In Anhang I Nummer 3 Buchstabe e betreffend Seite 1 des Führerscheins werden die Worte „Modell der Europäischen Union“ durch „Dem EU-Modell entsprechendes Modell“ ersetzt.

e) Anhang I Nummer 3 Buchstabe f betreffend Seite 1 des Führerscheins findet für Andorra keine Anwendung.

46. 32012 R 0383: Verordnung (EU) Nr. 383/2012 der Kommission vom 4. Mai 2012 zur Festlegung technischer Anforderungen in Bezug auf Führerscheine, die ein Speichermedium (einen Mikrochip) enthalten (ABl. L 120 vom 5.5.2012, S. 1), geändert durch:

– 32014 R 0575: Verordnung (EU) Nr. 575/2014 der Kommission vom 27. Mai 2014 (ABl. L 159 vom 28.5.2014, S. 47)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Anhang III Nummer III.4.2 wird unter Buchstabe a bei den Kennziffern Folgendes angefügt:

– „41. für Andorra“.

b) Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 stellt Andorra keine Führerscheine mit Mikrochip nach anderen als den in der Verordnung (EU) Nr. 383/2012 der Kommission festgelegten nationalen Vorschriften aus.

47. 32016 D 1945: Beschluss (EU) 2016/1945 der Kommission vom 14. Oktober 2016 über Äquivalenzen zwischen Führerscheinklassen (ABl. L 302 vom 9.11.2016, S. 62)

48. 32015 L 0413: Richtlinie (EU) 2015/413 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Austauschs von Informationen über die Straßenverkehrssicherheit gefährdende Verkehrsdelikte (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 9)

49. 32008 L 0068: Richtlinie 2008/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über die Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland (ABl. L 260 vom 30.9.2008, S. 13), geändert durch:

- 32009 D 0240: Entscheidung 2009/240/EG der Kommission vom 4. März 2009 (ABl. L 71 vom 17.3.2009, S. 23)

- 32010 D 0187: Beschluss 2010/187/EU der Kommission vom 25. März 2010 (ABl. L 83 vom 30.3.2010, S. 24)

- 32010 L 0061: Richtlinie 2010/61/EU der Kommission vom 2. September 2010 (ABl. L 233 vom 3.9.2010, S. 27)

- 32011 D 0026: Beschluss 2011/26/EU der Kommission vom 14. Januar 2011 (ABl. L 13 vom 18.1.2011, S. 64)

- 32012 L 0045: Richtlinie 2012/45/EU der Kommission vom 3. Dezember 2012 (ABl. L 332 vom 4.12.2012, S. 18)

– 32014 L 0103: Richtlinie 2014/103/EU der Kommission vom 21. November 2014 (ABl. L 335 vom 22.11.2014, S. 15)

– 32015 D 0217: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/217 der Kommission vom 10. April 2014 (ABl. L 44 vom 18.2.2015, S. 1)

– 32015 D 0974: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/974 der Kommission vom 17. Juni 2015 (ABl. L 157 vom 23.6.2015, S. 53)

– 32016 D 0629: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/629 der Kommission vom 20. April 2016 (ABl. L 106 vom 22.4.2016, S. 26)

– 32016 L 2309: Richtlinie (EU) 2016/2309 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 345 vom 20.12.2016, S. 48)

– 32017 D 0695: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/695 der Kommission vom 7. April 2017 (ABl. L 101 vom 13.4.2017, S. 37)

– 32018 L 0217: Richtlinie (EU) 2018/217 der Kommission vom 31. Januar 2018 (ABl. L 42 vom 15.2.2018, S. 52)

– 32018 D 0936: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/936 der Kommission vom 29. Juni 2018 (ABl. L 165 vom 2.7.2018, S. 42)

– 32018 L 1846: Richtlinie (EU) 2018/1846 der Kommission vom 23. November 2018 (ABl. L 299 vom 26.11.2018, S. 58)

– 32019 D 1094: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1094 der Kommission vom 17. Juni 2019 (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 52)

– 32020 L 1833: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/1833 der Kommission vom 2. Oktober 2020 (ABl. L 408 vom 4.12.2020, S. 1)

– 32020 D 1241: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1241 der Kommission vom 28. August 2020 (ABl. L 284 vom 1.9.2020, S. 9)

– 32022 D 1095: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1095 der Kommission vom 29. Juni 2022 *(ABl. L 176 vom 1.7.2022, S. 33)*

– 32022 L 2407: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/2407 der Kommission vom 20. September 2022 (ABl. L 317 vom 9.12.2022, S. 64)

50. 32022 L 1999: Richtlinie (EU) 2022/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einheitliche Verfahren für die Kontrolle von Gefahrguttransporten auf der Straße (kodifizierter Text) (ABl. L 274 vom 24.10.2022, S. 1)

51. 32004 L 0054: Richtlinie 2004/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Mindestanforderungen an die Sicherheit von Tunneln im transeuropäischen Straßennetz (ABl. L 201 vom 7.6.2004, S. 56), berichtigt in ABl. L 201 vom 7.6.2004, S. 56

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra den Bau von Tunneln mit einer Länge von mehr als 500 m nach anderen als den in dieser Richtlinie festgelegten nationalen Vorschriften in seinem Hoheitsgebiet nicht und wendet die Bestimmungen dieser Richtlinie auf die betreffenden Tunnel an.

52. 32008 L 0096: Richtlinie 2008/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur (ABl. L 319 vom 29.11.2008, S. 59), geändert durch:

– 32019 L 1936: Richtlinie (EU) 2019/1936 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 (ABl. L 305 vom 26.11.2019, S. 1)

53. 31996 L 0053: Richtlinie 96/53/EG des Rates vom 25. Juli 1996 zur Festlegung der höchstzulässigen Abmessungen für bestimmte Straßenfahrzeuge im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr in der Gemeinschaft sowie zur Festlegung der höchstzulässigen Gewichte im grenzüberschreitenden Verkehr (ABl. L 235 vom 17.9.1996, S. 59), geändert durch:

– 32002 L 0007: Richtlinie 2002/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Februar 2002 (ABl. L 67 vom 9.3.2002, S. 47)

– 32015 L 0719: Richtlinie (EU) 2015/719 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 (ABl. L 115 vom 6.5.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 314

– 32019 D 0984: Beschluss (EU) 2019/984 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 164 vom 20.6.2019, S. 30)

– 32019 R 1242: Verordnung (EU) 2019/1242 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 202)

54. 32019 R 1213: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1213 der Kommission vom 12. Juli 2019 zur näheren Regelung der Sicherstellung einheitlicher Bedingungen für die Verwirklichung der Interoperabilität und Kompatibilität bordeigener Wiegesysteme nach der Richtlinie 96/53/EG des Rates (ABl. L 192 vom 18.7.2019, S. 1)

55. 31989 L 0459: Richtlinie 89/459/EWG des Rates vom 18. Juli 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Profiltiefe der Reifen an bestimmten Klassen von Kraftfahrzeugen und deren Anhängern (ABl. L 226 vom 3.8.1989, S. 4)

KAPITEL 3

SCHIENENVERKEHR

Die Bestimmungen der folgenden in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für

   (i) die Richtlinie 2012/34/EU mit Ausnahme von Kapitel I (Artikel 1–3), Kapitel III (Artikel 16–25) und Kapitel V (Artikel 58–67) der Richtlinie 2012/34/EU;

   ii) die nachstehend unter den Nummern 3 bis 56 aufgeführten Rechtsakte der EU.

b) Während des Aussetzungszeitraums nach Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 gilt:

   i) Andorra genehmigt den Aufbau oder die Inbetriebnahme eines Eisenbahnsystems, das in den Anwendungsbereich dieser Rechtsakte fällt, in seinem Hoheitsgebiet nicht.

ii) Andorra genehmigt weder die Einrichtung einer Genehmigungsbehörde oder von Ausbildungszentren noch die Einführung von Bedingungen und Verfahren für die Zertifizierung von Triebfahrzeugführern, die Lokomotiven und Züge im Eisenbahnsystem führen, nach anderen nationalen Vorschriften als denjenigen, die in den nachstehend unter den Nummern 19 bis 22 aufgeführten EU-Rechtsakten festgelegt sind.

iii) Andorra genehmigt nicht das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme von Eisenbahnausrüstung für den Entwurf, den Bau, die Umrüstung, die Erneuerung, den Betrieb und die Instandhaltung dieser Ausrüstung nach anderen nationalen Vorschriften als denen, die in den nachstehend unter den Nummern 23 bis 44 aufgeführten EU-Rechtsakten festgelegt sind.

1. 31960 R 0011: Verordnung Nr. 11 über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen gemäß Artikel 79 Absatz (3) des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. 52 vom 16.8.1960, S. 1121), geändert durch:

   – 31984 R 3626: Verordnung (EWG) Nr. 3626/84 des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. L 335 vom 22.12.1984, S. 4)

   – 32008 R 0569: Verordnung (EG) Nr. 569/2008 des Rates vom 12. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 1)

2. 32012 L 0034: Richtlinie 2012/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums (ABl. L 343 vom 14.12.2012, S. 32), berichtigt in ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 32, geändert durch:

   – 32016 L 2370: Richtlinie (EU) 2016/2370 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 352 vom 23.12.2016, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32017 D 2075: Delegierter Beschluss (EU) 2017/2075 der Kommission vom 4. September 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 69)

3. 32015 R 0010: Durchführungsverordnung (EU) 2015/10 der Kommission vom 6. Januar 2015 über Kriterien für Antragsteller hinsichtlich der Zuweisung von Eisenbahn-Fahrwegkapazität und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 870/2014 (ABl. L 3 vom 7.1.2015, S. 34)

4. 32015 R 0171: Durchführungsverordnung (EU) 2015/171 der Kommission vom 4. Februar 2015 über bestimmte Aspekte des Verfahrens der Genehmigung von Eisenbahnunternehmen (ABl. L 29 vom 5.2.2015, S. 3)

5. 32015 R 0429: Durchführungsverordnung (EU) 2015/429 der Kommission vom 13. März 2015 zur Festlegung der Modalitäten für die Anlastung der Kosten von Lärmauswirkungen (ABl. L 70 vom 14.3.2015, S. 36)

6. 32015 R 0909: Durchführungsverordnung (EU) 2015/909 der Kommission vom 12. Juni 2015 über die Modalitäten für die Berechnung der Kosten, die unmittelbar aufgrund des Zugbetriebs anfallen (ABl. L 148 vom 13.6.2015, S. 17)

7. 32015 R 1100: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1100 der Kommission vom 7. Juli 2015 über die Berichtspflichten der Mitgliedstaaten im Rahmen der Überwachung des Schienenverkehrsmarkts (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 1)

8. 32016 R 0545: Durchführungsverordnung (EU) 2016/545 der Kommission vom 7. April 2016 über Verfahren und Kriterien in Bezug auf Rahmenverträge für die Zuweisung von Fahrwegkapazität (ABl. L 94 vom 8.4.2016, S. 1)

9. 32017 R 2177: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2177 der Kommission vom 22. November 2017 über den Zugang zu Serviceeinrichtungen und schienenverkehrsbezogenen Leistungen (ABl. L 307 vom 23.11.2017, S. 1)

10. 32018 R 1795: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1795 der Kommission vom 20. November 2018 zur Festlegung des Verfahrens und der Kriterien für die Durchführung der Prüfung des wirtschaftlichen Gleichgewichts gemäß Artikel 11 der Richtlinie 2012/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 294 vom 21.11.2018, S. 5)

11. 32010 R 0913: Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2010 zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr (ABl. L 276 vom 20.10.2010, S. 22), geändert durch:

    – 32013 R 1316: Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129)

12. 32015 D 1111: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1111 der Kommission vom 7. Juli 2015 über die Vereinbarkeit des von den beteiligten Mitgliedstaaten vorgelegten gemeinsamen Vorschlags zur Verlängerung des Nord-Ostsee-Schienengüterverkehrskorridors mit Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 82)

13. 32017 D 0177: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/177 der Kommission vom 31. Januar 2017 über die Vereinbarkeit des gemeinsamen Vorschlags zur Schaffung des Schienengüterverkehrskorridors „Amber“ mit Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 69)

14. 32017 D 0178: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/178 der Kommission vom 31. Januar 2017 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2015/1111 über die Vereinbarkeit des von den beteiligten Mitgliedstaaten vorgelegten gemeinsamen Vorschlags zur Verlängerung des Nord-Ostsee-Schienengüterverkehrskorridors mit Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 71)

15. 32018 D 0300: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/300 der Kommission vom 11. Januar 2018 über die Vereinbarkeit des von den beteiligten Mitgliedstaaten vorgelegten gemeinsamen Vorschlags einer Verlängerung des Atlantik-Schienengüterverkehrskorridors mit Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 60)

16. 32018 D 0491: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/491 der Kommission vom 21. März 2018 über die Vereinbarkeit des von den beteiligten Mitgliedstaaten vorgelegten gemeinsamen Vorschlags einer Verlängerung des Nordsee-Mittelmeer-Schienengüterverkehrskorridors mit Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 81 vom 23.3.2018, S. 23)

17. 32018 D 0500: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/500 der Kommission vom 22. März 2018 zur Vereinbarkeit des Vorschlags zur Einrichtung des Schienengüterverkehrskorridors Alpen–Westbalkan mit Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 82 vom 26.3.2018, S. 13)

18. 32020 D 2168: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2168 der Kommission vom 17. Dezember 2020 über die Vereinbarkeit des von den beteiligten Mitgliedstaaten vorgelegten gemeinsamen Vorschlags zur Verlängerung des Nord-Ostsee-Schienengüterverkehrskorridors mit Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr (ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 72)

19. 32007 L 0059: Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Zertifizierung von Triebfahrzeugführern, die Lokomotiven und Züge im Eisenbahnsystem in der Gemeinschaft führen (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 51), geändert durch:

    – 32014 L 0082: Richtlinie 2014/82/EU der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 11)

    – 32016 L 0882: Richtlinie (EU) 2016/882 der Kommission vom 1. Juni 2016 (ABl. L 146 vom 3.6.2016, S. 22)

– 32019 R 0554: Verordnung (EU) 2019/554 der Kommission vom 5. April 2019 (ABl. L 97 vom 8.4.2019, S. 1)

20. 32010 R 0036: Verordnung (EU) Nr. 36/2010 der Kommission vom 3. Dezember 2009 über Gemeinschaftsmodelle für die Fahrerlaubnis der Triebfahrzeugführer, Zusatzbescheinigungen, beglaubigte Kopien von Zusatzbescheinigungen und Formulare für den Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis für Triebfahrzeugführer gemäß der Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 13 vom 19.1.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 286 vom 4.11.2010, S. 22, geändert durch:

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

21. 32010 D 0017: Entscheidung 2010/17/EG der Kommission vom 29. Oktober 2009 zur Festlegung der Eckdaten der Register der Fahrerlaubnisse und Zusatzbescheinigungen für Triebfahrzeugführer gemäß Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 8 vom 13.1.2010, S. 17)

22. 32011 D 0765: Beschluss 2011/765/EU der Kommission vom 22. November 2011 zu den Kriterien der Anerkennung von Ausbildungseinrichtungen, die an der Ausbildung von Triebfahrzeugführern beteiligt sind, den Kriterien der Anerkennung von Triebfahrzeugführer-Prüfern und den Kriterien für die Organisation von Prüfungen gemäß der Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 314 vom 29.11.2011, S. 36)

23. 32016 L 0797: Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (Neufassung) (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 44), geändert durch:

    – 32020 L 0700: Richtlinie (EU) 2020/700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 (ABl. L 165 vom 27.5.2020, S. 27)

24. 32017 D 1474: Delegierter Beschluss (EU) 2017/1474 der Kommission vom 8. Juni 2017 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf spezifische Ziele für die Ausarbeitung, Annahme und Überarbeitung der Technischen Spezifikationen für die Interoperabilität (ABl. L 210 vom 15.8.2017, S. 5)

25. 32018 R 0545: Durchführungsverordnung (EU) 2018/545 der Kommission vom 4. April 2018 über die praktischen Modalitäten für die Genehmigung für das Inverkehrbringen von Schienenfahrzeugen und die Genehmigung von Schienenfahrzeugtypen gemäß der Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 90 vom 6.4.2018, S. 66)

26. 32018 D 1614: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1614 der Kommission vom 25. Oktober 2018 zur Festlegung der Spezifikationen für die Fahrzeugeinstellungsregister nach Artikel 47 der Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung und Aufhebung der Entscheidung 2007/756/EG der Kommission (ABl. L 268 vom 26.10.2018, S. 53)

27. 32019 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2019/250 der Kommission vom 12. Februar 2019 über die Muster der EG-Erklärungen und -Bescheinigungen für Eisenbahn-Interoperabilitätskomponenten und -Teilsysteme, das Muster der Typenkonformitätserklärung für Schienenfahrzeuge und über die EG-Prüfverfahren für Teilsysteme gemäß der Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 201/2011 der Kommission (ABl. L 42 vom 13.2.2019, S. 9)

28. 32019 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2019/776 der Kommission vom 16. Mai 2019 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 321/2013, (EU) Nr. 1299/2014, (EU) Nr. 1301/2014, (EU) Nr. 1302/2014, (EU) Nr. 1303/2014 und (EU) 2016/919 der Kommission sowie des Durchführungsbeschlusses 2011/665/EU der Kommission im Hinblick auf die Angleichung an die Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates und Umsetzung der in dem Delegierten Beschluss (EU) 2017/1474 der Kommission festgelegten spezifischen Ziele (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 108)

29. 32009 D 0965: Entscheidung 2009/965/EG der Kommission vom 30. November 2009 über das Referenzdokument gemäß Artikel 27 Absatz 4 der Richtlinie 2008/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Gemeinschaft (ABl. L 341 vom 22.12.2009, S. 1), geändert durch:

– 32015 D 2299: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2299 der Kommission vom 17. November 2015 (ABl. L 324 vom 10.12.2015, S. 15)

30. 32014 R 1299: Verordnung (EU) Nr. 1299/2014 der Kommission vom 18. November 2014 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Infrastruktur“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 1), geändert durch:

– 32019 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2019/776 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 108)

31. 32014 R 1300: Verordnung (EU) Nr. 1300/2014 der Kommission vom 18. November 2014 über die technischen Spezifikationen für die Interoperabilität bezüglich der Zugänglichkeit des Eisenbahnsystems der Union für Menschen mit Behinderungen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 110), geändert durch:

– 32019 R 0772: Durchführungsverordnung (EU) 2019/772 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 1)

– 32022 R 0721: Durchführungsverordnung (EU) 2022/721 der Kommission vom 10. Mai 2022 (ABl. L 134 vom 11.5.2022, S. 14)

– 32023 R 0062: Durchführungsverordnung (EU) 2023/62 der Kommission vom 5. Januar 2023 (ABl. L 5 vom 6.1.2023, S. 31)

32. 32014 R 1301: Verordnung (EU) Nr. 1301/2014 der Kommission vom 18. November 2014 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Energie“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 179), berichtigt in ABl. L 13 vom 20.1.2015, S. 13, geändert durch:

– 32018 R 0868: Durchführungsverordnung (EU) 2018/868 der Kommission vom 13. Juni 2018 (ABl. L 149 vom 14.6.2018, S. 16)

– 32019 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2019/776 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 108)

33. 32014 R 1302: Verordnung (EU) Nr. 1302/2014 der Kommission vom 18. November 2014 über eine technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Fahrzeuge — Lokomotiven und Personenwagen“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 228), berichtigt in ABl. L 10 vom 16.1.2015, S. 45, geändert durch:

– 32016 R 0919: Verordnung (EU) 2016/919 der Kommission vom 27. Mai 2016 (ABl. L 158 vom 15.6.2016, S. 1)

– 32018 R 0868: Durchführungsverordnung (EU) 2018/868 der Kommission vom 13. Juni 2018 (ABl. L 149 vom 14.6.2018, S. 16)

– 32019 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2019/776 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 108)

– 32020 R 0387: Durchführungsverordnung (EU) 2020/387 der Kommission vom 9. März 2020 (ABl. L 73 vom 10.3.2020, S. 6)

34. 32014 R 1303: Verordnung (EU) Nr. 1303/2014 der Kommission vom 18. November 2014 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität bezüglich der „Sicherheit in Eisenbahntunneln“ im Eisenbahnsystem der Europäischen Union (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 394), geändert durch:

– 32016 R 0912: Verordnung (EU) 2016/912 der Kommission vom 9. Juni 2016 (ABl. L 153 vom 10.6.2016, S. 28)

– 32019 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2019/776 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 108)

35. 32014 R 1304: Verordnung (EU) Nr. 1304/2014 der Kommission vom 26. November 2014 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Fahrzeuge — Lärm“ sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/232/EG und Aufhebung des Beschlusses 2011/229/EU (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 421), geändert durch:

– 32019 R 0774: Durchführungsverordnung (EU) 2019/774 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 89)

36. 32014 R 1305: Verordnung (EU) Nr. 1305/2014 der Kommission vom 11. Dezember 2014 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität zum Teilsystem „Telematikanwendungen für den Güterverkehr“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 62/2006 der Kommission (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 438), geändert durch:

– 32018 R 0278: Durchführungsverordnung (EU) 2018/278 der Kommission vom 23. Februar 2018 (ABl. L 54 vom 24.2.2018, S. 11)

– 32019 R 0778: Durchführungsverordnung (EU) 2019/778 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 356)

– 32021 R 0541: Durchführungsverordnung (EU) 2021/541 der Kommission vom 26. März 2021 (ABl. L 108 vom 29.3.2021, S. 19)

37. 32011 D 0665: Durchführungsbeschluss 2011/665/EU der Kommission vom 4. Oktober 2011 über das Europäische Register genehmigter Schienenfahrzeugtypen (ABl. L 264 vom 8.10.2011, S. 32), geändert durch:

– 32019 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2019/776 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 108)

– 32021 D 0701: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/701 der Kommission vom 27. April 2021 (ABl. L 145 vom 28.4.2021, S. 37)

38. 32019 R 0773: Durchführungsverordnung (EU) 2019/773 der Kommission vom 16. Mai 2019 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Verkehrsbetrieb und Verkehrssteuerung“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union und zur Aufhebung des Beschlusses 2012/757/EU (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 5)

– 32020 R 0778: Durchführungsverordnung (EU) 2020/778 der Kommission vom 12. Juni 2020 (ABl. L 188 vom 15.6.2020, S. 4)

– 32021 R 2238: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2238 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 57)

39. 32011 R 0454: Verordnung (EU) Nr. 454/2011 der Kommission vom 5. Mai 2011 über die Technische Spezifikation für die Interoperabilität (TSI) zum Teilsystem „Telematikanwendungen für den Personenverkehr“ des transeuropäischen Eisenbahnsystems (ABl. L 123 vom 12.5.2011, S. 11), geändert durch:

– 32012 R 0665: Verordnung (EU) Nr. 665/2012 der Kommission vom 20. Juli 2012 (ABl. L 194 vom 21.7.2012, S. 1)

– 32013 R 1273: Verordnung (EU) Nr. 1273/2013 der Kommission vom 6. Dezember 2013 (ABl. L 328 vom 7.12.2013, S. 72)

– 32015 R 0302: Verordnung (EU) 2015/302 der Kommission vom 25. Februar 2015 (ABl. L 55 vom 26.2.2015, S. 2)

– 32016 R 0527: Verordnung (EU) 2016/527 der Kommission vom 4. April 2016 (ABl. L 88 vom 5.4.2016, S. 26)

– 32019 R 0775: Durchführungsverordnung (EU) 2019/775 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 103)

40. 32013 R 0321: Verordnung (EU) Nr. 321/2013 der Kommission vom 13. März 2013 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Fahrzeuge — Güterwagen“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union und zur Aufhebung der Entscheidung 2006/861/EG der Kommission (ABl. L 104 vom 12.4.2013, S. 1), geändert durch:

– 32013 R 1236: Verordnung (EU) Nr. 1236/2013 der Kommission vom 2. Dezember 2013 (ABl. L 322 vom 3.12.2013, S. 23)

– 32015 R 0924: Verordnung (EU) 2015/924 der Kommission vom 8. Juni 2015 (ABl. L 150 vom 17.6.2015, S. 10)

– 32019 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2019/776 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 108)

– 32020 R 0387: Durchführungsverordnung (EU) 2020/387 der Kommission vom 9. März 2020 (ABl. L 73 vom 10.3.2020, S. 6)

41. 32010 D 0713: Beschluss 2010/713/EU der Kommission vom 9. November 2010 über Module für die Verfahren der Konformitäts- und Gebrauchstauglichkeitsbewertung sowie der EG-Prüfung, die in den gemäß Richtlinie 2008/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates angenommenen technischen Spezifikationen für die Interoperabilität zu verwenden sind (ABl. L 319 vom 4.12.2010, S. 1)

42. 32011 D 0155: Beschluss 2011/155/EU der Kommission vom 9. März 2011 über die Veröffentlichung und Verwaltung des Referenzdokuments gemäß Artikel 27 Absatz 4 der Richtlinie 2008/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Gemeinschaft (ABl. L 63 vom 10.3.2011, S. 22)

43. 32020 R 0387: Durchführungsverordnung (EU) 2020/387 der Kommission vom 9. März 2020 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 321/2013, (EU) Nr. 1302/2014 und (EU) 2016/919 hinsichtlich der Erweiterung des Verwendungsgebiets und der Übergangszeiträume (ABl. L 73 vom 10.3.2020, S. 6)

44. 32020 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2020/424 der Kommission vom 19. März 2020 über die Übermittlung von Informationen an die Kommission betreffend die Nichtanwendung technischer Spezifikationen für die Interoperabilität gemäß der Richtlinie (EU) 2016/797 (ABl. L 84 vom 20.3.2020, S. 20)

45. 32016 R 0796: Verordnung (EU) 2016/796 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Eisenbahnagentur der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 881/2004 (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 1)

46. 32018 R 0867: Durchführungsverordnung (EU) 2018/867 der Kommission vom 13. Juni 2018 zur Festlegung der Geschäftsordnung der Beschwerdekammer(n) der Eisenbahnagentur der Europäischen Union (ABl. L 149 vom 14.6.2018, S. 3)

47. 32018 R 0764: Durchführungsverordnung (EU) 2018/764 der Kommission vom 2. Mai 2018 über die an die Eisenbahnagentur der Europäischen Union zu entrichtenden Gebühren und Entgelte und die Zahlungsbedingungen (ABl. L 129 vom 25.5.2018, S. 68)

48. 32016 L 0798: Richtlinie (EU) 2016/798 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über Eisenbahnsicherheit (Neufassung) (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 102), berichtigt in ABl. L 59 vom 7.3.2017, S. 41, und ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 114, geändert durch:

    – 32020 L 0700: Richtlinie (EU) 2020/700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 (ABl. L 165 vom 27.5.2020, S. 27)

    – 32020 R 1530: Verordnung (EU) 2020/1530 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2020 (ABl. L 352 vom 22.10.2020, S. 1)

49. 32018 R 0763: Durchführungsverordnung (EU) 2018/763 der Kommission vom 9. April 2018 über die praktischen Festlegungen für die Erteilung von einheitlichen Sicherheitsbescheinigungen an Eisenbahnunternehmen gemäß der Richtlinie (EU) 2016/798 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 653/2007 der Kommission (ABl. L 129 vom 25.5.2018, S. 49)

50. 32012 D 0226: Beschluss 2012/226/EU der Kommission vom 23. April 2012 über die zweite Reihe gemeinsamer Sicherheitsziele für das Eisenbahnsystem (ABl. L 115 vom 27.4.2012, S. 27), geändert durch:

– 32013 D 0753: Durchführungsbeschluss 2013/753/EU der Kommission vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 334 vom 13.12.2013, S. 37)

51. 32013 R 0402: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 402/2013 der Kommission vom 30. April 2013 über die gemeinsame Sicherheitsmethode für die Evaluierung und Bewertung von Risiken und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 352/2009 (ABl. L 121 vom 3.5.2013, S. 8), geändert durch:

– 32015 R 1136: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1136 der Kommission vom 13. Juli 2015 (ABl. L 185 vom 14.7.2015, S. 6)

52. 32018 R 0762: Delegierte Verordnung (EU) 2018/762 der Kommission vom 8. März 2018 über gemeinsame Sicherheitsmethoden bezüglich der Anforderungen an Sicherheitsmanagementsysteme gemäß der Richtlinie (EU) 2016/798 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1158/2010 und (EU) Nr. 1169/2010 (ABl. L 129 vom 25.5.2018, S. 26), geändert durch:

– 32020 R 0782: Delegierte Verordnung (EU) 2020/782 der Kommission vom 12. Juni 2020 (ABl. L 188 vom 15.6.2020, S. 14)

53. 32012 R 1078: Verordnung (EU) Nr. 1078/2012 der Kommission vom 16. November 2012 über eine gemeinsame Sicherheitsmethode für die Kontrolle, die von Eisenbahnunternehmen und Fahrwegbetreibern, denen eine Sicherheitsbescheinigung beziehungsweise Sicherheitsgenehmigung erteilt wurde, sowie von den für die Instandhaltung zuständigen Stellen anzuwenden ist (ABl. L 320 vom 17.11.2012, S. 8)

54. 32018 R 0761: Delegierte Verordnung (EU) 2018/761 der Kommission vom 16. Februar 2018 zur Festlegung gemeinsamer Sicherheitsmethoden für die Aufsicht durch die nationalen Sicherheitsbehörden nach Ausstellung einer einheitlichen Sicherheitsbescheinigung oder Erteilung einer Sicherheitsgenehmigung gemäß der Richtlinie (EU) 2016/798 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1077/2012 der Kommission (ABl. L 129 vom 25.5.2018, S. 16), geändert durch:

– 32020 R 0782: Delegierte Verordnung (EU) 2020/782 der Kommission vom 12. Juni 2020 (ABl. L 188 vom 15.6.2020, S. 14)

55. 32019 R 0779: Durchführungsverordnung (EU) 2019/779 der Kommission vom 16. Mai 2019 mit Durchführungsbestimmungen für ein System zur Zertifizierung von für die Instandhaltung von Fahrzeugen zuständigen Stellen gemäß der Richtlinie (EU) 2016/798 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 445/2011 der Kommission (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 360), geändert durch:

– 32020 R 0780: Durchführungsverordnung (EU) 2020/780 der Kommission vom 12. Juni 2020 (ABl. L 188 vom 15.6.2020, S. 8)

56. 32020 R 0572: Durchführungsverordnung (EU) 2020/572 der Kommission vom 24. April 2020 über die zu befolgende Berichterstattungsstruktur für Berichte über die Untersuchung von Eisenbahnunfällen und -störungen (ABl. L 132 vom 27.4.2020, S. 10)

57. 32003 R 0693: Verordnung (EG) Nr. 693/2003 des Rates vom 14. April 2003 zur Einführung eines Dokuments für den erleichterten Transit (FTD) und eines Dokuments für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) sowie zur Änderung der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion und des Gemeinsamen Handbuchs (ABl. L 99 vom 17.4.2003, S. 8)

58. 32003 R 0694: Verordnung (EG) Nr. 694/2003 des Rates vom 14. April 2003 über einheitliche Formate von Dokumenten für den erleichterten Transit (FTD) und Dokumenten für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 693/2003 (ABl. L 99 vom 17.4.2003, S. 15)

59. 32010 L 0035: Richtlinie 2010/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2010 über ortsbewegliche Druckgeräte und zur Aufhebung der Richtlinien des Rates 76/767/EWG, 84/525/EWG, 84/526/EWG, 84/527/EWG und 1999/36/EG (ABl. L 165 vom 30.6.2010, S. 1)

60. 32003 L 0088: Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (ABl. L 299 vom 18.11.2003, S. 9)

61. 32005 L 0047: Richtlinie 2005/47/EG des Rates vom 18. Juli 2005 betreffend die Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft der Europäischen Bahnen (CER) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) über bestimmte Aspekte der Einsatzbedingungen des fahrenden Personals im interoperablen grenzüberschreitenden Verkehr im Eisenbahnsektor – Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft der Europäischen Bahnen (CER) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) über bestimmte Aspekte der Einsatzbedingungen des fahrenden Personals im interoperablen grenzüberschreitenden Verkehr (ABl. L 195 vom 27.7.2005, S. 15)

62. 32021 R 2085: Verordnung (EU) 2021/2085 des Rates vom 19. November 2021 zur Gründung der gemeinsamen Unternehmen im Rahmen von „Horizont Europa“ und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 219/2007, (EU) Nr. 557/2014, (EU) Nr. 558/2014, (EU) Nr. 559/2014, (EU) Nr. 560/2014, (EU) Nr. 561/2014 und (EU) Nr. 642/2014 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 17)

63. 32015 D 0214: Beschluss (EU) 2015/214 des Rates vom 10. Februar 2015 zur Bestätigung des Shift2Rail-Masterplans (ABl. L 36 vom 12.2.2015, S. 7)

KAPITEL 4

BINNENSCHIFFSVERKEHR

Die Bestimmungen der folgenden in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für die unter den Nummern 1 bis 12, 14 bis 19 und 21 bis 26 aufgeführten Rechtsakte der EU.

b) Während des in Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannten Aussetzungszeitraums beteiligt sich Andorra nicht an Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Binnenschifffahrt, einschließlich der Einrichtung eines Registers der Binnenschiffe oder der Gesellschaften für die Einstellung von Besatzungen für die Binnenschifffahrt in seinem Hoheitsgebiet.

1. 31996 R 1356: Verordnung (EG) Nr. 1356/96 des Rates vom 8. Juli 1996 über gemeinsame Regeln zur Verwirklichung der Dienstleistungsfreiheit im Binnenschiffsgüter- und -personenverkehr zwischen Mitgliedstaaten (ABl. L 175 vom 13.7.1996, S. 7)

2. 31991 R 3921: Verordnung (EWG) Nr. 3921/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 über die Bedingungen für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum Binnenschiffsgüter- und -personenverkehr innerhalb eines Mitgliedstaats, in dem sie nicht ansässig sind (ABl. L 373 vom 31.12.1991, S. 1)

3. 31999 R 0718: Verordnung (EG) Nr. 718/1999 des Rates vom 29. März 1999 über kapazitätsbezogene Maßnahmen für die Binnenschifffahrtsflotten der Gemeinschaft zur Förderung des Binnenschiffsverkehrs (ABl. L 90 vom 2.4.1999, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 0546: Verordnung (EU) Nr. 546/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 163 vom 29.5.2014, S. 15)

4. 31996 L 0075: Richtlinie 96/75/EG des Rates vom 19. November 1996 über die Einzelheiten der Befrachtung und der Frachtratenbildung im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Binnenschiffsgüterverkehr in der Gemeinschaft (ABl. L 304 vom 27.11.1996, S. 12)

5. 32018 R 0974: Verordnung (EU) 2018/974 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 über die Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen (kodifizierter Text) (*ABl. L 179 vom 16.7.2018, S. 14)*

6. 32009 R 0169: Verordnung (EG) Nr. 169/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Anwendung von Wettbewerbsregeln auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (ABl. L 61 vom 5.3.2009, S. 1)

7. 31985 R 2919: Verordnung (EWG) Nr. 2919/85 des Rates vom 17. Oktober 1985 zur Festlegung der Bedingungen für die Inanspruchnahme der Regelung, die aufgrund der Revidierten Rheinschifffahrtsakte den Schiffen der Rheinschifffahrt vorbehalten ist (ABl. L 280 vom 22.10.1985, S. 4)

8. 32008 R 0181: Verordnung (EG) Nr. 181/2008 der Kommission vom 28. Februar 2008 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 718/1999 des Rates über kapazitätsbezogene Maßnahmen für die Binnenschifffahrtsflotten der Gemeinschaft zur Förderung des Binnenschiffsverkehrs (kodifizierte Fassung) (ABl. L 56 vom 29.2.2008, S. 8)

9. 31987 L 0540: Richtlinie 87/540/EWG des Rates vom 9. November 1987 über den Zugang zum Beruf des Unternehmers im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Binnenschiffsgüterverkehr und über die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise für diesen Beruf (ABl. L 322 vom 12.11.1987, S. 20)

10. 32017 L 2397: Richtlinie (EU) 2017/2397 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt und zur Aufhebung der Richtlinien 91/672/EWG und 96/50/EG des Rates (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 53), geändert durch:

    – 32021 L 1233: Richtlinie (EU) 2021/1233 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juli 2021 (ABl. L 274 vom 30.7.2021, S. 52)

    – 32022 R 0184: Delegierte Verordnung (EU) 2022/184 der Kommission vom 22. November 2021 (ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 3)

11. 32020 L 0012: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/12 der Kommission vom 2. August 2019 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2017/2397 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Standards für Befähigungen und entsprechende Kenntnisse und Fertigkeiten, für praktische Prüfungen, für die Zulassung von Simulatoren und für die medizinische Tauglichkeit (ABl. L 6 vom 10.1.2020, S. 15)

12. 32020 R 0182: Durchführungsverordnung (EU) 2020/182 der Kommission vom 14. Januar 2020 über Muster im Bereich der Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt (ABl. L 38 vom 11.2.2020, S. 1)

13. 32014 L 0112: Richtlinie 2014/112/EU des Rates vom 19. Dezember 2014 zur Durchführung der von der Europäischen Binnenschifffahrts Union (EBU), der Europäischen Schifferorganisation (ESO) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) geschlossenen Europäischen Vereinbarung über die Regelung bestimmter Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in der Binnenschifffahrt (ABl. L 367 vom 23.12.2014, S. 86)

14. 32009 L 0100: Richtlinie 2009/100/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über die gegenseitige Anerkennung von Schiffsattesten für Binnenschiffe (ABl. L 259 vom 2.10.2009, S. 8), geändert durch:

    – 32016 L 1629: Richtlinie (EU) 2016/1629 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 118)

15. Richtlinie (EU) 2016/1629 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 zur Festlegung technischer Vorschriften für Binnenschiffe, zur Änderung der Richtlinie 2009/100/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/87/EG (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 118), berichtigt in ABl. L 181 vom 5.7.2019, S. 123, geändert durch:

   – 32018 L 0970: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/970 der Kommission vom 18. April 2018 (ABl. L 174 vom 10.7.2018, S. 15)

   – 32019 R 1668: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1668 der Kommission vom 26. Juni 2019 (ABl. L 256 vom 7.10.2019, S. 1)

   – 32021 R 1308: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1308 der Kommission vom 28. April 2021 (ABl. L 284 vom 9.8.2021, S. 1)

   – 32023 R 2477: Delegierte Verordnung (EU) 2023/2477 der Kommission vom 30. August 2023 (ABl. L, 2023/2477, 7.11.2023)

16. 32013 L 0049: Richtlinie 2013/49/EU der Kommission vom 11. Oktober 2013 zur Änderung des Anhangs II der Richtlinie 2006/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die technischen Vorschriften für Binnenschiffe (ABl. L 272 vom 12.10.2013, S. 41)

17. 32012 D 0064: Durchführungsbeschluss 2012/64/EU der Kommission vom 2. Februar 2012 über die Anerkennung von RINA s.p.a (Italienisches Schiffsregister) als Klassifikationsgesellschaft für Binnenschiffe (ABl. L 33 vom 4.2.2012, S. 6)

18. 32012 D 0065: Durchführungsbeschluss 2012/65/EU der Kommission vom 2. Februar 2012 über die Anerkennung des Russischen Schiffsregisters als Klassifikationsgesellschaft für Binnenschiffe (ABl. L 33 vom 4.2.2012, S. 7)

19. 32012 D 0066: Durchführungsbeschluss 2012/66/EU der Kommission vom 2. Februar 2012 über die Anerkennung von Polski Rejestr Statków S.A. (Polnisches Schiffsregister) als Klassifikationsgesellschaft für Binnenschiffe (ABl. L 33 vom 4.2.2012, S. 8)

20. 32010 L 0035: Richtlinie 2010/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2010 über ortsbewegliche Druckgeräte und zur Aufhebung der Richtlinien des Rates 76/767/EWG, 84/525/EWG, 84/526/EWG, 84/527/EWG und 1999/36/EG (ABl. L 165 vom 30.6.2010, S. 1)

21. 32005 L 0044: Richtlinie 2005/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über harmonisierte Binnenschifffahrtsinformationsdienste (RIS) auf den Binnenwasserstraßen der Gemeinschaft (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 152), geändert durch:

    – 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

    – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

22. 32013 R 0909: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 909/2013 der Kommission vom 10. September 2013 zu den technischen Spezifikationen für das System zur elektronischen Darstellung von Binnenschifffahrtskarten und von damit verbundenen Informationen (Inland ECDIS) gemäß der Richtlinie 2005/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 258 vom 28.9.2013, S. 1), geändert durch:

– 32018 R 1973: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1973 der Kommission vom 7. Dezember 2018 (ABl. L 324 vom 19.12.2018, S. 1)

23. 32019 R 1744: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1744 der Kommission vom 17. September 2019 über technische Spezifikationen für elektronische Meldungen in der Binnenschifffahrt und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 164/2010 (ABl. L 273 vom 25.10.2019, S. 1)

24. 32007 R 0416: Verordnung (EG) Nr. 416/2007 der Kommission vom 22. März 2007 über die technischen Spezifikationen für Nachrichten für die Binnenschifffahrt gemäß Artikel 5 der Richtlinie 2005/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über harmonisierte Binnenschifffahrtsinformationsdienste (RIS) auf den Binnenwasserstraßen der Gemeinschaft (ABl. L 105 vom 23.4.2007, S. 88), geändert durch:

– 32018 R 2032: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2032 der Kommission vom 20. November 2018 (ABl. L 332 vom 28.12.2018, S. 1)

25. 32019 R 0838: Durchführungsverordnung (EU) 2019/838 der Kommission vom 20. Februar 2019 über die technischen Spezifikationen für Schiffsverfolgungs- und -aufspürungssysteme und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 415/2007 (ABl. L 138 vom 24.5.2019, S. 31)

26. 32007 R 0414: Verordnung (EG) Nr. 414/2007 der Kommission vom 13. März 2007 über die technischen Leitlinien für die Planung, die Einführung und den Betrieb der Binnenschifffahrtsinformationsdienste gemäß Artikel 5 der Richtlinie 2005/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über harmonisierte Binnenschifffahrtsinformationsdienste (RIS) auf den Binnenwasserstraßen der Gemeinschaft (ABl. L 105 vom 23.4.2007, S. 1)

27. 32009 L 0030: Richtlinie 2009/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG im Hinblick auf die Spezifikationen für Otto-, Diesel- und Gasölkraftstoffe und die Einführung eines Systems zur Überwachung und Verringerung der Treibhausgasemissionen sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG des Rates im Hinblick auf die Spezifikationen für von Binnenschiffen gebrauchte Kraftstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 93/12/EWG (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 88)

    Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Bezüglich der Anwendung siehe Anhang II Kapitel 14 „Umweltschutz“.

28. 32016 R 1628: Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 über die Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte für gasförmige Schadstoffe und luftverunreinigende Partikel und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1024/2012 und (EU) Nr. 167/2013 und zur Änderung und Aufhebung der Richtlinie 97/68/EG (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 53), berichtigt in ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 29, geändert durch:

    – 32020 R 1040: Verordnung (EU) 2020/1040 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 231 vom 17.7.2020, S. 1)

– 32021 R 1068: Verordnung (EU) 2021/1068 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 (ABl. L 230 vom 30.6.2021, S. 1)

– 32022 R 0992: Verordnung (EU) 2022/992 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2022 (ABl. L 169 vom 27.6.2022, S. 43)

Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Bezüglich der Anwendung siehe Anhang II Kapitel 21 „Maschinen“.

KAPITEL 5

SEEVERKEHR

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während des Aussetzungszeitraums nach Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 gilt:

a) Andorra unternimmt die erforderlichen Schritte, um Vertragspartei folgender Übereinkünfte zu werden:

i) das Internationale Übereinkommen von 1996 über Haftung und Entschädigung für Schäden bei der Beförderung schädlicher und gefährlicher Stoffe auf See („HNS-Übereinkommen“);

ii) das Protokoll von 2003 zum internationalen Übereinkommen von 1992 über die Errichtung eines internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden und gegebenenfalls die zugrunde liegenden Instrumente;

iii) das Übereinkommen der Vereinten Nationen über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen;

iv) das Internationale Übereinkommen von 2001 über die zivilrechtliche Haftung für Bunkerölverschmutzungsschäden („Bunkeröl-Übereinkommen“);

v) das Protokoll von 2002 zum Athener Übereinkommen von 1974 über die Beförderung von Reisenden und ihrem Gepäck auf See;

vi) das Übereinkommen von Kapstadt von 2012 über die Durchführung der Bestimmungen des Torremolinos-Protokolls von 1993 zu dem Internationalen Übereinkommen von Torremolinos über die Sicherheit von Fischereifahrzeugen von 1977.

b) Andorra gewährt Schiffen, die in den Anwendungsbereich der in diesem Kapitel aufgeführten Rechtsakte der EU fallen, weder seine Staatszugehörigkeit noch gestattet es diesen Schiffen, seine Flagge zu führen oder sich in seinem Hoheitsgebiet registrieren zu lassen.

c) Andorra genehmigt die Einrichtung von Ausbildungszentren oder die Einführung von Bedingungen oder Verfahren für die Ausbildung von Seeleuten oder die Erteilung von Befähigungszeugnissen nach anderen nationalen Vorschriften als den in den Nummern 62 bis 72 genannten Rechtsakten nicht.

1. 31986 R 4055: Verordnung (EWG) Nr. 4055/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf die Seeschifffahrt zwischen Mitgliedstaaten sowie zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern (ABl. L 378 vom 31.12.1986, S. 1), geändert durch:

   – 31990 R 3573: Verordnung (EWG) Nr. 3573/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. L 353 vom 17.12.1990, S. 16)

2. 31986 R 4058: Verordnung (EWG) Nr. 4058/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 für ein koordiniertes Vorgehen zum Schutz des freien Zugangs zu Ladungen in der Seeschifffahrt (ABl. L 378 vom 31.12.1986, S. 21)

3. 31992 R 3577: Verordnung (EWG) Nr. 3577/92 des Rates vom 7. Dezember 1992 zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf den Seeverkehr in den Mitgliedstaaten (Seekabotage) (ABl. L 364 vom 12.12.1992, S. 7), geändert durch:

   – 12012J/ACT: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, Anhang V, 7 (ABl. L 112 vom 24.4.2012, S. 74)

4. 32004 R 0789: Verordnung (EG) Nr. 789/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Umregistrierung von Fracht- und Fahrgastschiffen innerhalb der Gemeinschaft und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 613/91 des Rates (ABl. L 138 vom 30.4.2004, S. 19), geändert durch:

   – 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

5. 31986 R 4057: Verordnung (EWG) Nr. 4057/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über unlautere Preisbildungspraktiken in der Seeschifffahrt (ABl. L 378 vom 31.12.1986, S. 14)

6. 31977 D 0587: Entscheidung 77/587/EWG des Rates vom 13. September 1977 zur Einführung eines Konsultationsverfahrens betreffend die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern auf dem Gebiet des Seeverkehrs sowie die diesbezüglichen Aktionen in den internationalen Organisationen (ABl. L 239 vom 17.9.1977, S. 23)

7. 32006 D 0167: Entscheidung Nr. 167/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2006 betreffend die Tätigkeiten bestimmter Drittländer in der Frachtschifffahrt (kodifizierte Fassung) (ABl. L 33 vom 4.2.2006, S. 18)

8. 31992 D 0143: Entscheidung 92/143/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 über Funknavigationssysteme für Europa (ABl. L 59 vom 4.3.1992, S. 17)

9. 32009 L 0015: Richtlinie 2009/15/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über gemeinsame Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen und die einschlägigen Maßnahmen der Seebehörden (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 47), geändert durch:

   – 32014 L 0111: Durchführungsrichtlinie 2014/111/EU der Kommission vom 17. Dezember 2014 (ABl. L 366 vom 20.12.2014, S. 83)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

10. 32009 D 0491: Entscheidung 2009/491/EG der Kommission vom 16. Juni 2009 über die Kriterien, anhand derer entschieden wird, wann die Leistungsfähigkeit einer Organisation, die für einen Flaggenstaat tätig ist, eine unannehmbare Bedrohung für die Sicherheit und die Umwelt bedeutet (ABl. L 162 vom 25.6.2009, S. 6)

11. 32009 R 0391: Verordnung (EG) Nr. 391/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über gemeinsame Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen (Neufassung) (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 11), berichtigt in ABl. L 74 vom 22.3.2010, S. 1, geändert durch:

   – 32014 R 1355: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1355/2014 der Kommission vom 17. Dezember 2014 (ABl. L 365 vom 19.12.2014, S. 82)

– 32019 R 0492: Verordnung (EU) 2019/492 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. März 2019 (ABl. L 85I vom 27.3.2019, S. 5)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

12. 32013 D 0765: Durchführungsbeschluss 2013/765/EU der Kommission vom 13. Dezember 2013 zur Änderung der Anerkennung von Det Norske Veritas gemäß der Verordnung (EG) Nr. 391/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen (ABl. L 338 vom 17.12.2013, S. 107)

13. 32014 D 0281: Durchführungsbeschluss 2014/281/EU der Kommission vom 14. Mai 2014 über die Anerkennung von „Hrvatski registar brodova“ (kroatisches Schiffsregister) durch die EU im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 391/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 43)

14. 32015 D 0668: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/668 der Kommission vom 24. April 2015 über die Änderung der Anerkennung bestimmter Organisationen gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 391/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 110 vom 29.4.2015, S. 22)

15. 32015 D 0669: Beschluss (EU) 2015/669 der Kommission vom 24. April 2015 zur Aufhebung der Entscheidung 2007/421/EG über die Veröffentlichung des Verzeichnisses der von den Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie 94/57/EG des Rates als anerkannt gemeldeten Organisationen (ABl. L 110 vom 29.4.2015, S. 24)

16. 32016 D 1327: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1327 der Kommission vom 1. August 2016 über die Anerkennung des indischen Schiffsregisters (Indian Register of Shipping) durch die EU gemäß der Verordnung (EG) Nr. 391/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen (ABl. L 209 vom 3.8.2016, S. 15)

17. 32014 R 0788: Verordnung (EU) Nr. 788/2014 der Kommission vom 18. Juli 2014 mit Bestimmungen für die Verhängung von Geldbußen und Zwangsgeldern und den Entzug der Anerkennung von Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen gemäß den Artikeln 6 und 7 der Verordnung (EG) Nr. 391/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 214 vom 19.7.2014, S. 12), berichtigt in ABl. L 234 vom 7.8.2014, S. 15

18. 32009 D 0728: Beschluss 2009/728/EG der Kommission vom 30. September 2009 über die unbeschränkte Verlängerung der gemeinschaftlichen Anerkennung des Polish Register of Shipping (ABl. L 258 vom 1.10.2009, S. 34)

19. 32009 L 0021: Richtlinie 2009/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Erfüllung der Flaggenstaatpflichten (ABl. L 131 vom 8.5.2009, S. 132)

20. 32009 L 0016: Richtlinie 2009/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Hafenstaatkontrolle (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 57), berichtigt in ABl. L 32 vom 1.2.2013, S. 23, geändert durch:

– 32013 L 0038: Richtlinie 2013/38/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 (ABl. L 218 vom 14.8.2013, S. 1)

– 32013 R 1257: Verordnung (EU) Nr. 1257/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 330 vom 10.12.2013, S. 1)

– 32015 R 0757: Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 55)

– 32017 L 2110: Richtlinie (EU) 2017/2110 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 (ABl. L 315 vom 30.11.2017, S. 61)

21. 32010 R 0428: Verordnung (EU) Nr. 428/2010 der Kommission vom 20. Mai 2010 zur Durchführung des Artikels 14 der Richtlinie 2009/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf erweiterte Überprüfungen von Schiffen (ABl. L 125 vom 21.5.2010, S. 2)

22. 32010 R 0801: Verordnung (EU) Nr. 801/2010 der Kommission vom 13. September 2010 zur Durchführung von Artikel 10 Absatz 3 der Richtlinie 2009/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Flaggenstaat-Kriterien (ABl. L 241 vom 14.9.2010, S. 1)

23. 32010 R 0802: Verordnung (EU) Nr. 802/2010 der Kommission vom 13. September 2010 zur Durchführung von Artikel 10 Absatz 3 und Artikel 27 der Richtlinie 2009/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Leistung von Unternehmen (ABl. L 241 vom 14.9.2010, S. 4), geändert durch:

– 32012 R 1205: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1205/2012 der Kommission vom 14. Dezember 2012 (ABl. L 347 vom 15.12.2012, S. 10)

24. 31996 L 0040: Richtlinie 96/40/EG der Kommission vom 25. Juni 1996 zur Erstellung eines einheitlichen Musters für die Ausweise der Besichtiger der Hafenstaatkontrolle (ABl. L 196 vom 7.8.1996, S. 8)

25. 32002 L 0059: Richtlinie 2002/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über die Einrichtung eines gemeinschaftlichen Überwachungs- und Informationssystems für den Schiffsverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 93/75/EWG des Rates (ABl. L 208 vom 5.8.2002, S. 10), geändert durch:

– 32009 L 0017: Richtlinie 2009/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 101)

– 32009 L 0018: Richtlinie 2009/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 114)

– 32011 L 0015: Richtlinie 2011/15/EU der Kommission vom 23. Februar 2011 (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 33)

– 32014 L 0100: Richtlinie 2014/100/EU der Kommission vom 28. Oktober 2014 (ABl. L 308 vom 29.10.2014, S. 82)

26. 32016 D 0566: Beschluss (EU) 2016/566 der Kommission vom 11. April 2016 zur Einsetzung der hochrangigen Lenkungsgruppe zur Steuerung des digitalen Seeverkehrssystems und der digitalen Seeverkehrsdienstleistungen sowie zur Aufhebung des Beschlusses 2009/584/EG (ABl. L 96 vom 12.4.2016, S. 46)

27. 32006 R 0336: Verordnung (EG) Nr. 336/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2006 (ABl. L 64 vom 4.3.2006, S. 1), geändert durch:

– 32008 R 0540: Verordnung (EG) Nr. 540/2008 der Kommission vom 16. Juni 2008 (ABl. L 157 vom 17.6.2008, S. 15)

– Beschluss der Kommission vom 21. Februar 2011 zur Einführung eines einheitlichen Formulars für Berichte gemäß der Verordnung (EG) Nr. 336/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2006 zur Umsetzung des Internationalen Codes für Maßnahmen zur Organisation eines sicheren Schiffsbetriebs innerhalb der Gemeinschaft und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 3051/95 des Rates (nicht veröffentlicht)

28. 31979 L 0115: Richtlinie 79/115/EWG des Rates vom 21. Dezember 1978 über die Beratung von Schiffen durch Überseelotsen in der Nordsee und im Englischen Kanal (ABl. L 33 vom 8.2.1979, S. 32)

29. 32010 L 0065: Richtlinie 2010/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über Meldeformalitäten für Schiffe beim Einlaufen in und/oder Auslaufen aus Häfen der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/6/EG (ABl. L 35 vom 6.2.2010, S. 18), geändert durch:

   – 32017 L 2109: Richtlinie (EU) 2017/2109 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 (ABl. L 315 vom 30.11.2017, S. 52)

   – 32019 L 0883: Richtlinie (EU) 2019/883 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 116)

30. 32017 R 0352: Verordnung (EU) 2017/352 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2017 (ABl. L 57 vom 3.3.2017, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 0697: Verordnung (EU) 2020/697 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 (ABl. L 165 vom 27.5.2020, S. 7)

31. 32019 R 1239: Verordnung (EU) 2019/1239 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 64)

32. 32023 R 0204: Durchführungsverordnung (EU) 2023/204 der Kommission vom 28. Oktober 2022 zur Festlegung von technischen Spezifikationen, Normen und Verfahren für das europäische Umfeld zentraler Meldeportale für den Seeverkehr gemäß der Verordnung (EU) 2019/1239 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 33 vom 3.2.2023, S. 1)

33. 32023 R 0205: Delegierte Verordnung (EU) 2023/205 der Kommission vom 7. November 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1239 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Festlegung des Datensatzes für das europäische Umfeld zentraler Meldeportale für den Seeverkehr und zur Änderung ihres Anhangs (ABl. L 33 vom 3.2.2023, S. 24)

34. 32014 L 0090: Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richtlinie 96/98/EG des Rates (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 146), berichtigt in ABl. L 146 vom 11.6.2018, S. 8, geändert durch:

    – 32021 L 1206: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1206 der Kommission vom 30. April 2021 (ABl. L 261 vom 22.7.2021, S. 45)

35. 32017 L 2110: Richtlinie (EU) 2017/2110 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 über ein System von Überprüfungen im Hinblick auf den sicheren Betrieb von Ro-Ro-Fahrgastschiffen und Fahrgast-Hochgeschwindigkeitsfahrzeugen im Linienverkehr und zur Änderung der Richtlinie 2009/16/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 1999/35/EG des Rates (ABl. L 315 vom 30.11.2017, S. 61)

36. 32003 L 0025: Richtlinie 2003/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. April 2003 (ABl. L 123 vom 17.5.2003, S. 22), geändert durch:

    – 32005 L 0012: Richtlinie 2005/12/EG der Kommission vom 18. Februar 2005 (ABl. L 48 vom 19.2.2005, S. 19)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

37. 32009 R 0392: Verordnung (EG) Nr. 392/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 24), geändert durch:

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

38. 31998 L 0041: Richtlinie 98/41/EG des Rates vom 18. Juni 1998 über die Registrierung der an Bord von Fahrgastschiffen im Verkehr nach oder von einem Hafen eines Mitgliedstaates der Gemeinschaft befindlichen Personen (ABl. L 188 vom 2.7.1998, S. 35), geändert durch:

– 32002 L 0084: Richtlinie 2002/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 (ABl. L 324 vom 29.11.2002, S. 53)

– 32017 L 2109: Richtlinie (EU) 2017/2109 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 (ABl. L 315 vom 30.11.2017, S. 52)

39. 32016 D 1109: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1109 der Kommission vom 6. Juli 2016 über einen Antrag Italiens auf Befreiung gemäß Artikel 9 Absatz 4 der Richtlinie 98/41/EG des Rates über die Registrierung der an Bord von Fahrgastschiffen im Verkehr nach oder von einem Hafen eines Mitgliedstaats der Gemeinschaft befindlichen Personen (ABl. L 183 vom 8.7.2016, S. 66)

40. 32017 D 0711: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/711 der Kommission vom 18. April 2017 über einen Antrag des Königreichs Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland auf Befreiung von der Registrierungspflicht nach Artikel 9 Absatz 4 der Richtlinie 98/41/EG in Bezug auf die an Bord von Fahrgastschiffen im Verkehr nach oder von einem Hafen eines Mitgliedstaats der Gemeinschaft befindlichen Personen (ABl. L 104 vom 20.4.2017, S. 26)

41. 32017 D 0729: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/729 der Kommission vom 20. April 2017 über einen Antrag der Republik Kroatien auf Befreiung von der Registrierungspflicht nach Artikel 9 Absatz 4 der Richtlinie 98/41/EG des Rates in Bezug auf die an Bord von Fahrgastschiffen im Verkehr nach oder von einem Hafen eines Mitgliedstaats der Gemeinschaft befindlichen Personen (ABl. L 107 vom 25.4.2017, S. 35)

42. 32009 L 0045: Richtlinie 2009/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über Sicherheitsvorschriften und -normen für Fahrgastschiffe (Neufassung) (ABl. L 163 vom 25.6.2009, S. 1), geändert durch:

    – 32010 L 0036: Richtlinie 2010/36/EU der Kommission vom 1. Juni 2010 (ABl. L 162 vom 29.6.2010, S. 1)

    – 32016 L 0844: Richtlinie (EU) 2016/844 der Kommission vom 27. Mai 2016 (ABl. L 141 vom 28.5.2016, S. 51), berichtigt in ABl. L 193 vom 19.7.2016, S. 117

    – 32017 L 2108: Richtlinie (EU) 2017/2108 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 (ABl. L 315 vom 30.11.2017, S. 40)

– 32020 R 0411: Delegierte Verordnung (EU) 2020/411 der Kommission vom 19. November 2019 (ABl. L 83 vom 19.3.2020, S. 1)

– 32022 R 1180: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1180 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 184 vom 11.7.2022, S. 1)

43. 31997 L 0070: Richtlinie 97/70/EG des Rates vom 11. Dezember 1997 über eine harmonisierte Sicherheitsregelung für Fischereifahrzeuge von 24 Meter Länge und mehr (ABl. L 34 vom 9.2.1998, S. 1), geändert durch:

– 31999 L 0019: Richtlinie 1999/19/EG der Kommission vom 18. März 1999 (ABl. L 83 vom 27.3.1999, S. 48)

– 32002 L 0035: Richtlinie 2002/35/EG der Kommission vom 25. April 2002 (ABl. L 112 vom 27.4.2002, S. 21)

– 32002 L 0084: Richtlinie 2002/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 (ABl. L 324 vom 29.11.2002, S. 53)

– 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

44. 32012 R 0530: Verordnung (EU) Nr. 530/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 zur beschleunigten Einführung von Doppelhüllen oder gleichwertigen Konstruktionsanforderungen für Einhüllen-Öltankschiffe (Neufassung) (ABl. L 172 vom 30.6.2012, S. 3)

45. 32001 L 0096: Richtlinie 2001/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Dezember 2001 zur Festlegung von harmonisierten Vorschriften und Verfahrensregeln für das sichere Be- und Entladen von Massengutschiffen (ABl. L 13 vom 16.1.2002, S. 9), geändert durch:

   – 32002 L 0084: Richtlinie 2002/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 (ABl. L 324 vom 29.11.2002, S. 53)

46. 32009 L 0018: Richtlinie 2009/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Festlegung der Grundsätze für die Untersuchung von Unfällen im Seeverkehr und zur Änderung der Richtlinie 1999/35/EG des Rates und der Richtlinie 2002/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 114)

47. 32011 R 0651: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 651/2011 der Kommission vom 5. Juli 2011 zur Annahme der Verfahrensordnung für den von den Mitgliedstaaten im Einvernehmen mit der Kommission festgelegten Rahmen für die ständige Zusammenarbeit gemäß Artikel 10 der Richtlinie 2009/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 177 vom 6.7.2011, S. 18)

48. 32011 R 1286: Verordnung (EU) Nr. 1286/2011 der Kommission vom 9. Dezember 2011 über die Festlegung einer gemeinsamen Methodik zur Untersuchung von Unfällen und Vorkommnissen auf See gemäß Artikel 5 Absatz 4 der Richtlinie 2009/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 328 vom 10.12.2011, S. 36)

49. 32009 L 0020: Richtlinie 2009/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Versicherung von Schiffseigentümern für Seeforderungen (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 128)

50. 32005 L 0035: Richtlinie 2005/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Meeresverschmutzung durch Schiffe und die Einführung von Sanktionen, einschließlich strafrechtlicher Sanktionen, für Verschmutzungsdelikte (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 11), geändert durch:

– 32009 L 0123: Richtlinie 2009/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 (ABl. L 280 vom 27.10.2009, S. 52)

51. 32019 L 0883: Richtlinie (EU) 2019/883 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen, zur Änderung der Richtlinie 2010/65/EU und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/59/EG (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 116)

52. 32022 R 0089: Durchführungsverordnung (EU) 2022/89 der Kommission vom 21. Januar 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie (EU) 2019/883 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Methode zur Berechnung der ausreichenden spezifischen Lagerkapazität (ABl. L 15 vom 24.1.2022, S. 1)

53. 32022 R 0090: Durchführungsverordnung (EU) 2022/90 der Kommission vom 21. Januar 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie (EU) 2019/883 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Einzelheiten des risikobasierten Auswahlmechanismus der Union für zu überprüfende Schiffe (ABl. L 15 vom 24.1.2022, S. 7)

54. 32022 R 0091: Durchführungsverordnung (EU) 2022/91 der Kommission vom 21. Januar 2022 mit Kriterien für die Feststellung gemäß der Richtlinie (EU) 2019/883 des Europäischen Parlaments und des Rates, dass ein Schiff geringere Abfallmengen erzeugt und seine Abfälle nachhaltig und umweltverträglich bewirtschaftet (ABl. L 15 vom 24.1.2022, S. 12)

55. 32022 R 0092: Durchführungsverordnung (EU) 2022/92 der Kommission vom 21. Januar 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie (EU) 2019/883 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Methodik für Überwachungsdaten und das Format für die Berichterstattung über passiv gefischte Abfälle (ABl. L 15 vom 24.1.2022, S. 16)

56. 32003 R 0782: Verordnung (EG) Nr. 782/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. April 2003 über das Verbot zinnorganischer Verbindungen auf Schiffen (ABl. L 115 vom 9.5.2003, S. 1), geändert durch:

    – 32008 R 0536: Verordnung (EG) Nr. 536/2008 der Kommission vom 13. Juni 2008 (ABl. L 156 vom 14.6.2008, S. 10)

57. 32004 R 0725: Verordnung (EG) Nr. 725/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Erhöhung der Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen (ABl. L 129 vom 29.4.2004, S. 6), geändert durch:

    – 32009 D 0083: Entscheidung 2009/83/EG der Kommission vom 23. Januar 2009 (ABl. L 29 vom 31.1.2009, S. 53)

– 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

58. 32005 L 0065: Richtlinie 2005/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 zur Erhöhung der Gefahrenabwehr in Häfen (ABl. L 310 vom 25.11.2005, S. 28), geändert durch:

– 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

59. 32008 R 0324: Verordnung (EG) Nr. 324/2008 der Kommission vom 9. April 2008 (ABl. L 98 vom 10.4.2008, S. 5), geändert durch:

– 32016 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) 2016/462 der Kommission vom 30. März 2016 (ABl. L 80 vom 31.3.2016, S. 28)

60. 32002 R 1406: Verordnung (EG) Nr. 1406/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (ABl. L 208 vom 5.8.2002, S. 1), geändert durch:

– 32003 R 1644: Verordnung (EG) Nr. 1644/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2003 (ABl. L 245 vom 29.9.2003, S. 10)

– 32004 R 0724: Verordnung (EG) Nr. 724/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 (ABl. L 129 vom 29.4.2004, S. 1)

– 32006 R 2038: Verordnung (EG) Nr. 2038/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 (ABl. L 394 vom 30.12.2006, S. 1), berichtigt in ABl. L 30 vom 3.2.2007, S. 12

– 32013 R 0100: Verordnung (EU) Nr. 100/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 (ABl. L 39 vom 9.2.2013, S. 30)

– 32016 R 1625: Verordnung (EU) 2016/1625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 (ABl. L 251 vom 16.9.2016, S. 77)

61. 32002 R 2099: Verordnung (EG) Nr. 2099/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 (ABl. L 324 vom 29.11.2002, S. 1), geändert durch:

– 32004 R 0415: Verordnung (EG) Nr. 415/2004 der Kommission vom 5. März 2004 (ABl. L 68 vom 6.3.2004, S. 10)

– 32007 R 0093: Verordnung (EG) Nr. 93/2007 der Kommission vom 30. Januar 2007 (ABl. L 22 vom 31.1.2007, S. 12)

– 32016 R 0103: Verordnung (EU) 2016/103 der Kommission vom 27. Januar 2016 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 67)

62. 32022 L 0993: Richtlinie (EU) 2022/993 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2022 über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten (kodifizierter Text) (ABl. L 169 vom 27.6.2022, S. 45)

63. 32022 D 1973: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1973 der Kommission vom 11. Oktober 2022 über die Anerkennung des Vereinigten Königreichs gemäß der Richtlinie (EU) 2022/993 in Bezug auf das Ausbildungs- und Zeugniserteilungssystem für Seeleute (ABl. L 270 vom 18.10.2022, S. 99)

64. 32011 D 0259: Beschluss 2011/259/EU der Kommission vom 27. April 2011 über die Anerkennung Tunesiens in Bezug auf die Aus- und Fortbildung von Seeleuten und die Erteilung von Befähigungszeugnissen im Hinblick auf die Anerkennung von Befähigungszeugnissen (ABl. L 110 vom 29.4.2011, S. 34)

65. 32010 D 0361: Beschluss 2010/361/EU der Kommission vom 28. Juni 2010 über die Anerkennung Israels in Bezug auf die Aus- und Fortbildung von Seeleuten und die Erteilung von Befähigungszeugnissen, im Hinblick auf die Anerkennung von Befähigungszeugnissen (ABl. L 161 vom 29.6.2010, S. 9)

66. 32010 D 0363: Beschluss 2010/363/EU der Kommission vom 28. Juni 2010 über die Anerkennung Algeriens in Bezug auf die Aus- und Fortbildung von Seeleuten und die Erteilung von Befähigungszeugnissen, im Hinblick auf die Anerkennung von Befähigungszeugnissen (ABl. L 163 vom 30.6.2010, S. 42)

67. 32011 D 0385: Beschluss 2011/385/EU der Kommission vom 28. Juni 2011 zur Anerkennung Ecuadors gemäß Richtlinie 2008/106/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Systeme für die Aus- und Fortbildung von Seeleuten (ABl. L 170 vom 30.6.2011, S. 38)

68. 32010 D 0704: Beschluss 2010/704/EU der Kommission vom 22. November 2010 über die Anerkennung Sri Lankas in Bezug auf die Aus- und Fortbildung von Seeleuten und die Erteilung von Befähigungszeugnissen für die Zwecke der Anerkennung von Befähigungszeugnissen (ABl. L 306 vom 23.11.2010, S. 77)

69. 32010 D 0705: Beschluss 2010/705/EU der Kommission vom 22. November 2010 über den Entzug der Anerkennung Georgiens in Bezug auf die Aus- und Fortbildung von Seeleuten und die Erteilung von Befähigungszeugnissen für die Zwecke der Anerkennung von Befähigungszeugnissen (ABl. L 306 vom 23.11.2010, S. 78)

70. 52002XC0629(02): Liste der entsprechenden Befähigungszeugnisse, die nach dem Verfahren nach Artikel 18, Absatz 3, Richtlinie 2001/25/EG über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten anerkannt sind (Stand vom 22. Mai 2002) (2002/C 155/03) (ABl. C 155 vom 29.6.2002, S. 11)

71. 52003XC1107(01): Liste der entsprechenden Befähigungszeugnisse, die nach dem Verfahren des Artikels 18 Absatz 3 der Richtlinie 2001/25/EG über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten anerkannt sind (Stand 17.2.2003) (2003/C 268/04) (ABl. C 268 vom 7.11.2003, S. 7)

72. 52005XC0407(01): Liste der entsprechenden Befähigungszeugnisse, die nach dem Verfahren des Artikels 18 Absatz 3 der Richtlinie 2001/25/EG über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten anerkannt wurden (Stand 31. Dezember 2004) (2005/C 85/04) (ABl. C 85 vom 7.4.2005, S. 8)

73. 32013 L 0054: Richtlinie 2013/54/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über bestimmte Verantwortlichkeiten der Flaggenstaaten für die Einhaltung und Durchsetzung des Seearbeitsübereinkommens 2006 (ABl. L 329 vom 10.12.2013, S. 1)

74. 31999 L 0063: Richtlinie 1999/63/EG des Rates vom 21. Juni 1999 zu der vom Verband der Reeder in der Europäischen Gemeinschaft (European Community Shipowners' Association ECSA) und dem Verband der Verkehrsgewerkschaften in der Europäischen Union (Federation of Transport Workers' Unions in the European Union FST) getroffenen Vereinbarung über die Regelung der Arbeitszeit von Seeleuten (ABl. L 167 vom 2.7.1999, S. 33), berichtigt in ABl. L 244 vom 16.6.1999, S. 64, geändert durch:

– 32009 L 0013: Richtlinie 2009/13/EG des Rates vom 16. Februar 2009 (ABl. L 124 vom 20.5.2009, S. 30)

75. 31999 L 0095: Richtlinie 1999/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 zur Durchsetzung der Arbeitszeitregelung für Seeleute an Bord von Schiffen, die Gemeinschaftshäfen anlaufen (ABl. L 14 vom 20.1.2000, S. 29)

KAPITEL 6

ALLGEMEINE MAßNAHMEN

1. 32012 D 0286: Beschluss 2012/286/EU der Kommission vom 31. Mai 2012 über die Einrichtung einer Sachverständigengruppe zur Gefahrenabwehr im Landverkehr (ABl. L 142 vom 1.6.2012, S. 47)

2. 32009 D 0357: Entscheidung Nr. 357/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. April 2009 über ein Verfahren zur vorherigen Prüfung und Beratung künftiger Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des Verkehrs (kodifizierte Fassung) (ABl. L 109 vom 30.4.2009, S. 37)

3. 32000 L 0084: Richtlinie 2000/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Januar 2001 zur Regelung der Sommerzeit (ABl. L 31 vom 2.2.2001, S. 21)

4. 32007 R 1370: Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1), geändert durch:

   – 32016 R 2338: Verordnung (EU) 2016/2338 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 354 vom 23.12.2016, S. 22)

5. 31960 R 0011: Verordnung Nr. 11 über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen gemäß Artikel 79 Absatz (3) des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. 52 vom 16.8.1960, S. 1121), geändert durch:

   – 31984 R 3626: Verordnung (EWG) Nr. 3626/84 des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. L 335 vom 22.12.1984, S. 4)

   – 32008 R 0569: Verordnung (EG) Nr. 569/2008 des Rates vom 12. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 1)

KAPITEL 7

FAHRGASTRECHTE

1. 32010 R 1177: Verordnung (EU) Nr. 1177/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während des Aussetzungszeitraums nach Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 gilt:

a) Andorra beteiligt sich nicht an Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Binnenschifffahrt, einschließlich der Einrichtung eines Registers der Binnenschiffe oder der Gesellschaften für die Einstellung von Besatzungen für die Binnenschifffahrt in seinem Hoheitsgebiet.

b) Andorra gewährt Schiffen, die in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen, keine Staatszugehörigkeit.

2. 32009 R 0392: Verordnung (EG) Nr. 392/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 24)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während des Aussetzungszeitraums nach Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 gilt:

a) Andorra beteiligt sich nicht an Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Binnenschifffahrt, einschließlich der Einrichtung eines Registers der Binnenschiffe oder der Gesellschaften für die Einstellung von Besatzungen für die Binnenschifffahrt in seinem Hoheitsgebiet.

b) Andorra gewährt Schiffen, die in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen, keine Staatszugehörigkeit.

3. 32021 R 0782: Verordnung (EU) 2021/782 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (Neufassung) (ABl. L 172 vom 17.5.2021, S. 1)

4. 32011 R 0181: Verordnung (EU) Nr. 181/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 1)

5. 32009 L 0103: Richtlinie 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht (ABl. L 263 vom 7.10.2009, S. 11)

KAPITEL 8

TRANSEUROPÄISCHE NETZE

1. 32013 R 1315: Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 661/2010/EU (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 0473: Delegierte Verordnung (EU) 473/2014 der Kommission vom 17. Januar 2014 (ABl. L 136 vom 9.5.2014, S. 10)

   – 32016 R 0758: Delegierte Verordnung (EU) 2016/758 der Kommission vom 4. Februar 2016 (ABl. L 126 vom 14.5.2016, S. 3)

   – 32017 R 0849: Delegierte Verordnung (EU) 2017/849 der Kommission vom 7. Dezember 2016 (ABl. L 128I vom 19.5.2017, S. 1)

– 32019 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2019/254 der Kommission vom 9. November 2018 (ABl. L 43 vom 14.2.2019, S. 1)

– 32023 R 1176: Delegierte Verordnung (EU) 2023/1176 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 156 vom 19.6.2023, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung.

2. 32017 R 0006: Durchführungsverordnung (EU) 2017/6 der Kommission vom 5. Januar 2017 über den europäischen Bereitstellungsplan für das Europäische Eisenbahnverkehrsleitsystem (ABl. L 3 vom 6.1.2017, S. 6)

KAPITEL 9

SONSTIGES

1. 32021 D 0173: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/173 der Kommission vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Europäischen Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt, der Europäischen Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales, der Europäischen Exekutivagentur für die Forschung, der Europäischen Exekutivagentur für den Innovationsrat und für KMU, der Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrats sowie der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur und zur Aufhebung der Durchführungsbeschlüsse 2013/801/EU, 2013/771/EU, 2013/778/EU, 2013/779/EU, 2013/776/EU und 2013/770/EU (ABl. L 50 vom 15.2.2021, S. 9)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32001 H 0115: Empfehlung 2001/115/EG der Kommission vom 17. Januar 2001 über die maximal zulässige Blutalkoholkonzentration (BAK) bei Kraftfahrern (ABl. L 43 vom 14.2.2001, S. 31)

2. 32004 H 0345: Empfehlung 2004/345/EG der Kommission vom 6. April 2004 zu Durchsetzungsmaßnahmen im Bereich der Straßenverkehrssicherheit (ABl. L 111 vom 17.4.2004, S. 75)

3. 32009 H 0060: Empfehlung der Kommission vom 23. Januar 2009 Leitlinien zur optimalen Vorgehensweise bei der Prüfung von Kontrollgeräten im Rahmen von Fahrzeugkontrollen auf der Straße und durch zugelassene Werkstätten (ABl. L 21 vom 24.1.2009, S. 87)

4. 32010 H 0019: Empfehlung 2010/19/EU der Kommission vom 13. Januar 2010 für den sicheren elektronischen Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zur Überprüfung der Einzigkeit der von ihnen ausgestellten Fahrerkarten (ABl. L 9 vom 14.1.2010, S. 10)

5. 32010 H 0378: Empfehlung 2010/378/EU der Kommission vom 5. Juli 2010 zur Mängelbewertung bei der technischen Überwachung gemäß der Richtlinie 2009/40/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die technische Überwachung der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. L 173 vom 8.7.2010, S. 74)

6. 32010 H 0379: Empfehlung 2010/379/EU der Kommission vom 5. Juli 2010 zur Risikobewertung der bei technischen Unterwegskontrollen (von Nutzfahrzeugen) gemäß der Richtlinie 2000/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates festgestellten Mängel (ABl. L 173 vom 8.7.2010, S. 97)

7. 32011 H 0750: Empfehlung 2011/750/EU der Kommission vom 8. September 2011 zur Unterstützung eines EU-weiten e Call-Dienstes in elektronischen Kommunikationsnetzen für die Übertragung bordseitig ausgelöster 112-Notrufe („eCalls“) (ABl. L 303 vom 22.11.2011, S. 46)

8. 32023 H 0688: Empfehlung (EU) 2023/688 der Kommission vom 20. März 2023 über die Messung der Partikelzahl bei der regelmäßigen technischen Prüfung von Fahrzeugen mit Selbstzündungsmotor (ABl. L 90 vom 28.3.2023, S. 46)

9. 32010 H 0159: Empfehlung der Kommission vom 11. März 2010 für Maßnahmen zum Eigenschutz und zur Verhütung seeräuberischer Handlungen und bewaffneter Überfälle auf Schiffe (ABl. L 67 vom 17.3.2010, S. 13)

10. 32011 H 0766: Empfehlung der Kommission vom 22. November 2011 über das Verfahren zur Anerkennung von Ausbildungseinrichtungen für Triebfahrzeugführer und von Triebfahrzeugführer-Prüfern gemäß der Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 314 vom 29.11.2011, S. 41)

11. 32004 H 0358: Empfehlung der Kommission vom 7. April 2004 über die Verwendung eines einheitlichen europäischen Formats für Genehmigungsdokumente gemäß der Richtlinie 95/18/EG des Rates über die Erteilung von Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen (ABl. L 113 vom 20.4.2004, S. 37)

12. 32019 H 0780: Empfehlung (EU) 2019/780 der Kommission vom 16. Mai 2019 über praktische Festlegungen für die Ausstellung von Sicherheitsgenehmigungen für Infrastrukturbetreiber (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 390)

ANHANG 1

STRAßENGÜTERVERKEHR

Anlage 1

Dem Muster der Europäischen Gemeinschaft gleichwertiges Muster für die Bescheinigung der fachlichen Eignung[1]

ANDORRA

(Farbe: Pantone kräftig beigefarben („stout fawn"), Format DIN A4, Zellulosepapier 100 g/m^2 oder mehr)

(Text in der Amtssprache der Beförderer Andorras, die die Bescheinigung ausstellen)

Nationalitätskennzeichen des Mitgliedstaats[2] Bezeichnung der ermächtigten Behörde oder Stelle[3]

BESCHEINIGUNG DER FACHLICHEN EIGNUNG FÜR DEN GÜTERKRAFTVERKEHR/PERSONENKRAFTVERKEHR[4]

Nr. .....

Hiermit wird durch .....

bescheinigt, dass [5] .....

geboren am …….. in .....

mit Erfolg die erforderliche Prüfung (Jahr: …; Prüfungstermin: ……..)[6] zur Erlangung der Bescheinigung der fachlichen Eignung für den Güterkraftverkehr/Personenkraftverkehr[3] gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Festlegung gemeinsamer Regeln für die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung bestanden hat.
Durch diese Bescheinigung wird der ausreichende Nachweis der fachlichen Eignung gemäß Artikel 21 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 erbracht.

Ort: , Datum: [7]

_____

[1] Auf der Grundlage des Assoziationsabkommens zwischen der Europäischen Union und Andorra.
[2] Das Nationalitätskennzeichen des assoziierten Staates ist: (AND) Andorra.
[3] Behörde oder Stelle, die vom jeweiligen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder von Andorra zur Ausstellung dieser Bescheinigung vorab benannt wurde.
[4] Nichtzutreffendes streichen.
[5] Name, Vorname; Geburtsdatum und -ort.
[6] Genaue Bezeichnung der Prüfung.

Anlage 2

Dem Muster für die Europäische Gemeinschaftslizenz gleichwertiges Muster

[ANDORRA[1]]

a)

(Farbe: Pantone hellblau 290 oder dieser Farbe so ähnlich wie möglich — Format DIN A4, Zellulosepapier 100 g/m^2 oder mehr)

(Erste Seite der Lizenz)

(Text in der Amtssprache Andorras)

Nationalitätskennzeichen Andorras[2], das die Lizenz ausstellt	Bezeichnung der zuständigen Behörde oder Stelle

LIZENZ Nr. …

(oder)

BEGLAUBIGTE KOPIE Nr. …

für den grenzüberschreitenden gewerblichen Güterkraftverkehr

Diese Lizenz berechtigt[3] ..……

…….

…….

auf allen Verkehrsverbindungen für die Wegstrecken im Gebiet der Gemeinschaft sowie Andorras zum grenzüberschreitenden gewerblichen Güterkraftverkehr im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung und nach Maßgabe der allgemeinen Bestimmungen dieser Lizenz.

Diese Lizenz verleiht Andorra keine Rechte zur Durchführung von Kabotagebeförderungen gemäß den Artikeln 8 bis 10 der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung.

Besondere Bemerkungen: …..……..	
……..……..……..	
Diese Lizenz gilt vom ……..….	bis zum ……
Ausgestellt in ……..…....,	am ……
……[4]	

[1] Dieses Muster gilt für Andorra ab zwei Jahre nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens. Mit ihm wird Verkehrsunternehmern aus Andorra nicht die Durchführung von Kabotagebeförderungen im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung erlaubt.

[2] Das Nationalitätskennzeichen Andorras: AND (Andorra).

[3] Name oder Firma und vollständige Anschrift des Verkehrsunternehmers.

b)

(Zweite Seite der Lizenz)

(Text in der Amtssprache Andorras)

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Diese Lizenz wird gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung erteilt.

Sie berechtigt auf allen Verkehrsverbindungen für die Wegstrecken im Gebiet der Gemeinschaft und Andorras, gegebenenfalls unter den in der Lizenz festgelegten Bedingungen, zum grenzüberschreitenden gewerblichen Güterkraftverkehr für Beförderungen,

— bei denen sich Ausgangspunkt und Bestimmungsort in zwei verschiedenen Staaten, bei denen es sich um EU-Mitgliedstaaten oder Andorra handelt, befinden, mit oder ohne Transit durch einen oder mehrere EU-Mitgliedstaaten oder Andorra oder ein oder mehrere Drittländer;
— von einem EU-Mitgliedstaat oder Andorra in ein Drittland oder umgekehrt, mit oder ohne Transit durch einen oder mehrere EU-Mitgliedstaaten oder Andorra oder ein oder mehrere Drittländer;
— zwischen Drittländern mit Transit durch einen oder mehrere EU-Mitgliedstaaten oder Andorra

sowie zu Leerfahrten in Verbindung mit diesen Beförderungen.
Bei Beförderungen von einem EU-Mitgliedstaat oder Andorra nach einem Drittland und umgekehrt gilt diese Lizenz nicht für die Wegstrecke im EU-Mitgliedstaat, in dem die Be- oder Entladung stattfindet, oder in Andorra.
Die Lizenz ist persönlich und nicht übertragbar.
Sie kann von der zuständigen Behörde Andorras, die sie erteilt hat, insbesondere dann entzogen werden, wenn der Lizenzinhaber
— nicht alle Bedingungen für die Verwendung der Lizenz erfüllt hat;
— zu Tatsachen, die für die Erteilung bzw. Erneuerung der Lizenz erheblich waren, unrichtige Angaben gemacht hat.

Das Original der Lizenz ist vom Verkehrsunternehmer aufzubewahren.
Eine beglaubigte Kopie der Lizenz ist im Fahrzeug mitzuführen[5]. Bei Fahrzeugkombinationen ist sie im Kraftfahrzeug mitzuführen. Sie gilt für die gesamte Fahrzeugkombination auch dann, wenn der Anhänger oder Sattelanhänger nicht auf den Namen des Lizenzinhabers amtlich zugelassen oder zum Verkehr zugelassen ist oder wenn er in einem anderen Staat amtlich zugelassen oder zum Verkehr zugelassen ist.
Die Lizenz ist jedem Kontrollberechtigten auf Verlangen vorzuzeigen.
Der Lizenzinhaber ist verpflichtet, im Hoheitsgebiet jedes EU-Mitgliedstaats und Andorras die im jeweiligen Staat geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere für Beförderungen und für den Straßenverkehr, einzuhalten.

Diese Lizenz gestattet Andorra nicht, Kabotagebeförderungen gemäß Kapitel III Artikel 8 bis 10 der Verordnung durchzuführen.

---

[4] Unterschrift und Dienstsiegel der ausstellenden zuständigen Behörde oder Stelle.

[5] „Fahrzeug“ ist ein in Andorra amtlich zugelassenes Kraftfahrzeug oder eine Fahrzeugkombination, bei der zumindest das Kraftfahrzeug in Andorra amtlich zugelassen ist, sofern sie ausschließlich für die Güterbeförderung verwendet werden.

Anlage 3

Dem Muster für die Fahrerbescheinigung der Gemeinschaft gleichwertiges Muster

ANDORRA

a)

(Farbe: Pantone rosa 182 oder dieser Farbe so ähnlich wie möglich — Format DIN A4, Zellulosepapier 100 g/m^2 oder mehr)

(Erste Seite der Bescheinigung)

(Der Text ist in der Amtssprache Andorras, das die Bescheinigung ausstellt, abgefasst)

Nationalitätskennzeichen Andorras[1], das die Lizenz ausstellt	Bezeichnung der zuständigen Behörde oder Stelle

FAHRERBESCHEINIGUNG Nr. …

für den gewerblichen Güterkraftverkehr im Rahmen einer Lizenz, die von Andorra ausgestellt wird und der Gemeinschaftslizenz gleichwertig ist

(Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs, in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung)

Hiermit wird bescheinigt, dass angesichts der Unterlagen, die von

……

…… [2] vorgelegt worden sind,

der folgende Fahrer:

Name und Vorname: …..……	
Geburtsdatum und Geburtsort: ……..……..	Staatsangehörigkeit: ……..
Art und Nummer des Ausweises: ……..….	
ausgestellt am …..…….....	in …….....
Nummer der Fahrerlaubnis ……...	
ausgestellt am …..…….....	in …….....
Nummer der Sozialversicherung ……...	

gemäß den Rechts- und Verwaltungsvorschriften und gegebenenfalls, je nach den Vorschriften Andorras, gemäß den Tarifverträgen über die in Andorra geltenden Bedingungen für die Beschäftigung und Berufsausbildung von Fahrern beschäftigt wird, um dort Beförderungen im Güterkraftverkehr vorzunehmen:

……[3]

Besondere Bemerkungen: ……..……

Diese Bescheinigung gilt vom …….....	bis zum …….....
Ausgestellt in ……..…..	am ……
……[4]	

…….....

[1] Das Nationalitätskennzeichen Andorras ist: AND (Andorra).
[2] Name oder Firma und vollständige Anschrift des Verkehrsunternehmers.
[3] Name des Staates, in dem der Verkehrsunternehmer ansässig ist (Andorra).
[4] Unterschrift und Dienstsiegel der ausstellenden zuständigen Behörde oder Stelle.

b)

(Zweite Seite der Bescheinigung)

(Der Text ist in der Amtssprache Andorras, das die Bescheinigung ausstellt, abgefasst)

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Diese Bescheinigung wird gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung erteilt.

Es wird bescheinigt, dass der Fahrer, dessen Name auf der Bescheinigung angegeben ist, gemäß den Rechts- und Verwaltungsvorschriften und gegebenenfalls, je nach den Vorschriften Andorras, die auf der Bescheinigung genannt sind, gemäß den Tarifverträgen über die in Andorra geltenden Bedingungen für die Beschäftigung und Berufsausbildung von Fahrern beschäftigt wird, um dort Beförderungen im Güterkraftverkehr vorzunehmen.

Die Fahrerbescheinigung ist Eigentum des Verkehrsunternehmers, der sie dem hier genannten Fahrer zur Verfügung stellt, wenn dieser Fahrer ein Fahrzeug[5] mit einer dem Verkehrsunternehmer erteilten Gemeinschaftslizenz oder gleichwertigen Lizenz Andorras führt. Die Fahrerbescheinigung ist nicht übertragbar. Die Fahrerbescheinigung gilt nur, solange die Bedingungen, unter denen sie ausgestellt wurde, weiterhin erfüllt sind; sie ist unverzüglich vom Verkehrsunternehmer an die ausstellende Behörde zurückzugeben, wenn die Bedingungen nicht mehr erfüllt sind.

Sie kann von der zuständigen Behörde Andorras, die sie erteilt hat, insbesondere dann entzogen werden, wenn der Lizenzinhaber

— nicht alle Bedingungen für die Verwendung der Bescheinigung erfüllt hat;

— zu Tatsachen, die für die Ausstellung bzw. Erneuerung der Bescheinigung erheblich waren, unrichtige Angaben gemacht hat.

Eine beglaubigte Kopie der Bescheinigung ist vom Verkehrsunternehmer aufzubewahren.

Ein Original der Bescheinigung ist im Fahrzeug mitzuführen und jedem Kontrollberechtigten vom Fahrer auf Verlangen vorzuzeigen.

---

[5] „Fahrzeug“ ist ein in Andorra amtlich zugelassenes Kraftfahrzeug oder eine Fahrzeugkombination, bei der zumindest das Kraftfahrzeug in Andorra amtlich zugelassen ist, sofern sie ausschließlich für die Güterbeförderung verwendet werden.

ANHANG 2

PERSONENBEFÖRDERUNG IM STRAßENVERKEHR

Anlage 1

Dem Muster für die Gemeinschaftslizenz gleichwertiges Muster

ANDORRA

a)

(Farbe: Pantone hellblau 290 oder dieser Farbe so ähnlich wie möglich — Format DIN A4, Zellulosepapier 100 g/m^2 oder mehr)

(Erste Seite der Lizenz)

(Text in der Amtssprache Andorras)

Nationalitätskennzeichen Andorras[6], das die Lizenz ausstellt	Bezeichnung der zuständigen Behörde oder Stelle

LIZENZ Nr. …

(oder)

BEGLAUBIGTE KOPIE Nr. …

für den gewerblichen grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen

Der Inhaber dieser Lizenz[7] ……

……

……

ist zu den in der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung festgelegten Bedingungen sowie nach Maßgabe der allgemeinen Bestimmungen dieser Lizenz im Gebiet der Gemeinschaft und Andorras zum gewerblichen grenzüberschreitenden Personenkraftverkehr zugelassen.

Besondere Bemerkungen: ……	
……	
Diese Lizenz gilt vom ……	bis zum ……
Ausgestellt in ……,	am ……
……[8]	

[6] Das Nationalitätskennzeichen ist: AND (Andorra).
[7] Name oder Firma und vollständige Anschrift des Verkehrsunternehmers.
[8] Unterschrift und Dienstsiegel der ausstellenden Behörde oder Stelle.

www.parlament.gv.at

b)

(Zweite Seite der Lizenz)

(Text in der Amtssprache Andorras)

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. Diese Lizenz wird aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung erteilt.

2. Diese Lizenz wird von den zuständigen Behörden Andorras erteilt, wo der gewerbliche Verkehrsunternehmer niedergelassen ist, der

   a) in Andorra die Genehmigung für Personenbeförderungen mit Kraftomnibussen im Linienverkehr, einschließlich der Sonderformen des Linienverkehrs, oder im Gelegenheitsverkehr erhalten hat;

   b) die Voraussetzungen der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung über den Zugang zum Beruf des Personenkraftverkehrsunternehmers im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr erfüllt und

   c) die Rechtsvorschriften hinsichtlich Fahrern und Fahrzeugen erfüllt.

3. Diese Lizenz berechtigt zur Durchführung gewerblicher grenzüberschreitender Personenbeförderungen mit Kraftomnibussen auf allen Verkehrsverbindungen im Gebiet der Gemeinschaft und Andorras,

   a) bei denen sich Ausgangspunkt und Bestimmungsort in zwei verschiedenen Staaten, bei denen es sich um EU-Mitgliedstaaten oder Andorra handelt, befinden, mit oder ohne Transit durch einen oder mehrere EU-Mitgliedstaaten oder Andorra oder ein oder mehrere Drittländer;

   b) bei denen sich Ausgangspunkt und Bestimmungsort in demselben EU-Mitgliedstaat oder in Andorra befinden, das Aufnehmen und Absetzen von Fahrgästen jedoch in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder Andorra oder in einem Drittland stattfindet;

   c) von einem EU-Mitgliedstaat oder Andorra in ein Drittland und umgekehrt, mit oder ohne Transit durch einen oder mehrere EU-Mitgliedstaaten oder Andorra oder ein oder mehrere Drittländer;

   d) zwischen Drittländern mit Transit durch einen oder mehrere EU-Mitgliedstaaten oder Andorra;

   sowie zu Leerfahrten im Zusammenhang mit diesen Beförderungen gemäß den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung.

   Bei Beförderungen von einem EU-Mitgliedstaat oder Andorra nach einem Drittland oder umgekehrt gilt diese Lizenz nicht für die im EU-Mitgliedstaat der Aufnahme oder des Absetzens zurückgelegte Wegstrecke oder in Andorra.

4. Diese Lizenz ist persönlich und nicht übertragbar.

5. Diese Lizenz kann von der zuständigen Behörde Andorras insbesondere dann entzogen werden, wenn

a) der Verkehrsunternehmer die Bedingungen des Artikels 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung nicht mehr erfüllt;

b) die für die Erteilung oder Verlängerung der Lizenz wesentlichen Angaben des Verkehrsunternehmers unrichtig waren;

c)
(Dritte Seite der Lizenz)

c) der Verkehrsunternehmer in einem EU-Mitgliedstaat oder Andorra einen schwerwiegenden Verstoß oder schwerwiegende Verstöße gegen die Gemeinschaftsvorschriften im Bereich des Straßenverkehrs in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung begangen hat, insbesondere gegen die Bestimmungen betreffend die Fahrzeuge, die Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer und die Genehmigungspflicht für die Durchführung von parallelen oder zeitlich befristeten Verkehrsdiensten nach Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung. Wenn der Verstoß durch einen Verkehrsunternehmer mit Sitz in Andorra begangen wurde, können die zuständigen Behörden Andorras insbesondere den Entzug der Lizenz des Verkehrsunternehmers, oder einen befristeten oder dauerhaften Entzug von beglaubigten Kopien der Lizenz verfügen.

Die entsprechenden Sanktionen bestimmen sich nach der Schwere des vom Inhaber der Lizenz begangenen Verstoßes und nach der Gesamtzahl der beglaubigten Kopien, über die dieser für seine grenzüberschreitenden Verkehrsdienste verfügt.

6. Das Original der Lizenz ist vom Verkehrsunternehmer aufzubewahren. Eine beglaubigte Kopie der Lizenz ist im Fahrzeug, das im grenzüberschreitenden Verkehr eingesetzt wird, mitzuführen.

7. Diese Lizenz ist jedem Kontrollberechtigten auf Verlangen vorzuzeigen.

8. Der Lizenzinhaber hat im Hoheitsgebiet eines jeden EU-Mitgliedstaats oder Andorras die im jeweiligen Staat geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere für Beförderungen und für den Straßenverkehr, zu beachten.

9. „Linienverkehr“ ist die regelmäßige Beförderung von Fahrgästen auf einer bestimmten Verkehrsstrecke, wobei Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen aufgenommen oder abgesetzt werden können; Linienverkehr ist ungeachtet einer etwaigen Verpflichtung zur Buchung für jedermann zugänglich.
Eine Anpassung der Beförderungsbedingungen eines solchen Verkehrsdienstes beeinträchtigt nicht seine Eigenschaft als Linienverkehr.
Linienverkehr ist genehmigungspflichtig.
„Sonderformen des Linienverkehrs“ sind Dienste im Linienverkehr unabhängig davon, wer Veranstalter der Fahrten ist, zur Beförderung bestimmter Gruppen von Fahrgästen unter Ausschluss anderer Fahrgäste auf einer bestimmten Verkehrsstrecke, wobei Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen aufgenommen oder abgesetzt werden können.
Zu den Sonderformen des Linienverkehrs zählen insbesondere
a) die Beförderung von Arbeitnehmern zwischen Wohnort und Arbeitsstätte;
b) die Beförderung von Schülern und Studenten zwischen Wohnort und Lehranstalt.
Die Regelmäßigkeit der Sonderformen des Linienverkehrs wird nicht dadurch berührt, dass der Ablauf wechselnden Bedürfnissen der Nutzer angepasst wird.
Sonderformen des Linienverkehrs sind nicht genehmigungspflichtig, sofern sie zwischen dem Veranstalter und dem Verkehrsunternehmer vertraglich geregelt sind.
Die Durchführung von parallelen oder zeitlich befristeten Verkehrsdiensten, die auf die Benutzer der bestehenden Liniendienste ausgerichtet sind, ist genehmigungspflichtig.
„Gelegenheitsverkehr“ ist der Verkehrsdienst, der nicht der Begriffsbestimmung des Linienverkehrs, einschließlich der Sonderformen des Linienverkehrs, entspricht und dessen Hauptmerkmal die Beförderung vorab gebildeter Fahrgastgruppen auf Initiative eines Auftraggebers oder des Verkehrsunternehmers selbst ist. Die Durchführung von parallelen oder zeitlich befristeten Verkehrsdiensten, die bestehenden Liniendiensten vergleichbar und auf deren Benutzer ausgerichtet sind, unterliegt der Pflicht zur Genehmigung nach dem in Kapitel III der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung festgelegten Verfahren. Diese Dienste verlieren die Eigenschaft des Gelegenheitsverkehrs auch dann nicht, wenn sie mit einer gewissen Häufigkeit durchgeführt werden.
Gelegenheitsverkehr ist nicht genehmigungspflichtig.

Dem Muster eines Fahrtenblatts der Europäischen Union gleichwertiges Muster

ANDORRA

JOURNEY FORM No ..... of Book No .....

(Colour Pantone 358 (light green), or as close as possible to this colour, format DIN A4 uncoated paper)

INTERNATIONAL OCCASIONAL SERVICES and CABOTAGE OPERATIONS IN THE FORM OF OCCASIONAL SERVICES

(Each item, if necessary, can be supplemented on a separate sheet)

1	Registration number of the coach	..... Place, date and signature of the carrier
2	Carrier and, where appropriate, subcontractor or group of carriers	1. ..... 2. ..... 3. .....
3	Name of driver(s)	1. ..... 2. ..... 3. .....
4	Organisation or person responsible for the occasional service	1. ..... 3. ..... 2. ..... 4. .....
5	**Type of service**	☐ International occasional service ☐ Cabotage operation in the form of occasional service ☐ Cabotage operations in the form of special regular services — monthly statement Month ..... Year .....
6	Place of departure of service: ..... Country: ..... Place of destination of service: ..... Country:	

7	Journey	Route/Daily stages and/or passenger pick-up or set-down points				
	Dates	from	to	number of passengers	empty (mark with an X)	Planned km

8	Connection points, if any, with another carrier in the same group	Number of passengers set down	Final destination of the passengers set down	Carrier picking up the passengers

9	**Local excursions**				
	Date	Planned km	Place of departure	Place of excursion	No of passengers

10	**Unforeseen changes**
	.....
	.....

Anlage 3

Deckblatt des Fahrtenhefts

(Papier: Format DIN A4, Stärke 100 g/m^2 oder mehr, ungestrichen)

Wortlaut in der Amtssprache Andorras

STAAT, IN DEM DAS HEFT AUSGEGEBEN WIRD — Zuständige Behörde

Nationalitätszeichen[1] …….

Heft Nr. …….

Fahrtenblätter:

a) für grenzüberschreitende Gelegenheitsverkehre mit Kraftomnibussen zwischen den Mitgliedstaaten und Andorra, ausgegeben aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung;

b) für Kabotagebeförderungen im Gelegenheitsverkehr innerhalb eines Mitgliedstaats oder Andorras durch einen Verkehrsunternehmer, der im betreffenden Mitgliedstaat oder in Andorra nicht ansässig ist, ausgegeben aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung;

für: ……..……

(Name und Vorname oder Bezeichnung der Firma des Verkehrsunternehmers)

……..…..

……

(Vollständige Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer)

……. ……

…… *(Ort und Datum der Ausgabe)* *(Unterschrift und Stempel der Behörde oder Stelle, die das Fahrtenheft ausgibt)*

(Zweites Deckblatt)

Wortlaut in der Amtssprache Andorras

[1] Andorra (AND).

WICHTIGER HINWEIS

A. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. Nach Artikel 12 Absatz 1, Artikel 5 Absatz 3 Unterabsatz 2 und Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung ist bei Beförderungen im Gelegenheitsverkehr ein Kontrollpapier (aus dem für den Verkehrsunternehmer ausgestellten Fahrtenheft abgetrenntes Fahrtenblatt) mitzuführen.

2. In Artikel 2 Nummer 4 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung wird der Gelegenheitsverkehr definiert als „Verkehrsdienst, der nicht der Begriffsbestimmung des Linienverkehrs, einschließlich der Sonderformen des Linienverkehrs, entspricht und dessen Hauptmerkmal die Beförderung vorab gebildeter Fahrgastgruppen auf Initiative eines Auftraggebers oder des Verkehrsunternehmers selbst ist“.

In Artikel 2 Nummer 2 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 (in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung) wird der Linienverkehr definiert als „die regelmäßige Beförderung von Fahrgästen auf einer bestimmten Verkehrsstrecke, wobei Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen aufgenommen oder abgesetzt werden können“. Linienverkehr ist ungeachtet einer etwaigen Buchungspflicht für jedermann zugänglich.

Die Regelmäßigkeit des Linienverkehrs wird nicht dadurch berührt, dass die Betriebsbedingungen des Linienverkehrs angepasst werden.

Als Linienverkehr gilt unabhängig davon, wer Veranstalter der Fahrten ist, die regelmäßige Beförderung bestimmter Gruppen von Fahrgästen unter Ausschluss anderer Fahrgäste. Solche Verkehrsdienste werden als „Sonderformen des Linienverkehrs“ bezeichnet; dazu zählen insbesondere:

a) die Beförderung von Arbeitnehmern zwischen Wohnort und Arbeitsstätte,

b) die Beförderung von Schülern und Studenten zwischen Wohnort und Lehranstalt. Die Regelmäßigkeit der Sonderformen des Linienverkehrs wird nicht dadurch berührt, dass der Ablauf wechselnden Bedürfnissen der Nutzer angepasst wird.

3. Das Fahrtenblatt gilt für die gesamte Fahrtstrecke.

4. Der Inhaber der Gemeinschaftslizenz und des Fahrtenblattes ist berechtigt, folgende Verkehrsdienste durchzuführen:

i) grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen zwischen zwei oder mehreren EU-Mitgliedstaaten;

ii) Kabotagebeförderungen im Gelegenheitsverkehr innerhalb eines Mitgliedstaats, in dem der Verkehrsunternehmer nicht ansässig ist.

5. Das Fahrtenblatt ist entweder vom Verkehrsunternehmer oder vom Fahrer vor Beginn einer jeden Fahrt in doppelter Ausfertigung auszufüllen. Eine Durchschrift des Fahrtenblattes verbleibt am Sitz des Unternehmens. Der Fahrer muss das Original des Fahrtenblattes während der Dauer der Fahrt im Fahrzeug mitführen und den Kontrollberechtigten auf Verlangen vorzeigen.

6. Nach Beendigung der Fahrt händigt der Fahrer das Fahrtenblatt dem Unternehmen aus. Der Verkehrsunternehmer ist für die Führung der Fahrtenblätter verantwortlich. Die Blätter sind in leserlicher und dauerhafter Schrift auszufüllen.

(Drittes Deckblatt)

B. BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR DEN GRENZÜBERSCHREITENDEN GELEGENHEITSVERKEHR

1. Nach Artikel 5 Nummer 3 Unterabsatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung unterliegt die Durchführung von parallelen oder zeitlich befristeten Verkehrsdiensten, die mit bestehenden Liniendiensten vergleichbar und auf deren Benutzer ausgerichtet sind, der Pflicht zur Genehmigung.

2. Im Rahmen eines grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehrs kann ein Verkehrsunternehmer örtliche Ausflüge in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem er niedergelassen ist, durchführen. Diese örtlichen Ausflüge sind nur für gebietsfremde Fahrgäste bestimmt, die zuvor von demselben Verkehrsunternehmer im Rahmen eines grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehrs befördert wurden. Dabei muss dasselbe Fahrzeug oder ein Fahrzeug desselben Unternehmens bzw. derselben Unternehmensgruppe eingesetzt werden.

3. Bei örtlichen Ausflügen ist das Fahrtenblatt vor der Abfahrt des Fahrzeugs für den betreffenden Ausflug auszufüllen.

4. Wird ein grenzüberschreitender Gelegenheitsverkehr von einer Gruppe von Verkehrsunternehmen betrieben, die für Rechnung desselben Auftraggebers tätig sind, und nehmen die Fahrgäste dabei gegebenenfalls bei einem anderen Verkehrsunternehmen derselben Gruppe eine Anschlussverbindung auf der Strecke wahr, muss sich das Original des Fahrtenblattes in dem diesen Dienst ausführenden Fahrzeug befinden. Eine Durchschrift dieses Fahrtenblattes befindet sich am Sitz jedes betreffenden Unternehmens.

C. BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR KABOTAGEBEFÖRDERUNGEN IM GELEGENHEITSVERKEHR

1. Vorbehaltlich der Anwendung der Gemeinschaftsregelung unterliegt die Durchführung von Kabotagebeförderungen im Gelegenheitsverkehr den Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Aufnahmemitgliedstaats in folgenden Bereichen:

i) für den Beförderungsvertrag geltende Bedingungen;

ii) Fahrzeuggewichte und -abmessungen;

iii) Vorschriften für die Beförderung bestimmter Personengruppen, und zwar Schüler, Kinder und in ihrer Bewegungsfähigkeit beeinträchtigte Personen;

iv) ;Lenk- und Ruhezeiten

v) Mehrwertsteuer (MwSt.) oder Umsatzsteuer auf die Beförderungsdienstleistungen; dabei gelten für Leistungen gemäß Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung die Bestimmungen der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem[1], insbesondere Artikel 48 in Verbindung mit Artikel 193 und Artikel 194.

2. Für die bei der Kabotagebeförderung eingesetzten Fahrzeuge gelten dieselben technischen Bau- und Ausrüstungsnormen wie für die zum grenzüberschreitenden Verkehr zugelassenen Fahrzeuge.

3. Die unter Nummer 1 und Nummer 2 genannten einzelstaatlichen Vorschriften werden von den EU-Mitgliedstaaten auf die nichtansässigen Verkehrsunternehmer unter denselben Bedingungen wie gegenüber ihren eigenen Staatsangehörigen angewandt, damit jede offenkundige oder versteckte Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Niederlassungsorts tatsächlich ausgeschlossen ist.

4. Bei Kabotagebeförderungen im Gelegenheitsverkehr sind die Fahrtenblätter vom Verkehrsunternehmer an die zuständige Behörde oder Stelle des Niederlassungsmitgliedstaats gemäß den von dieser festzulegenden Bedingungen zurückzusenden[2].

5. Bei der Durchführung von Kabotagebeförderungen in Sonderformen des Linienverkehrs ist das Fahrtenblatt in Form einer monatlichen Aufstellung auszufüllen und vom Verkehrsunternehmer an die zuständige Behörde oder Stelle des Niederlassungsmitgliedstaats gemäß den von dieser festzulegenden Bedingungen zurückzusenden.

---

[1] ABl. L 347 vom 11.12.2006, S. 1.

[2] Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten können diese Nummer 4 durch Auskünfte zu der Stelle, die mit der Entgegennahme der Fahrtenblätter betraut ist, sowie zu den Modalitäten der Weiterleitung dieser Informationen ergänzen.

Anlage 4

Deckblatt

(Papier: Format DIN A4, ungestrichen)

Wortlaut in der Amtssprache des Mitgliedstaats der Union oder des assoziierten Staates (Andorra), in dem der Verkehrsunternehmer niedergelassen ist.

GENEHMIGUNGSANTRAG FÜR[1]:

EINEN LINIENVERKEHR □
EINE SONDERFORM DES LINIENVERKEHRS[2] □
DIE ERNEUERUNG DER GENEHMIGUNG FÜR EINEN VERKEHRSDIENST[3] □
EINE ÄNDERUNG DER BEDINGUNGEN FÜR EINEN GENEHMIGTEN VERKEHRSDIENST[4]□

mit Kraftomnibussen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Andorra auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung

an: ……..….

(zuständige Behörde)

1. Name und Vorname des Antragstellers oder Firmenbezeichnung sowie Anschrift, Telefon- und Faxnummer und/oder E-Mail des antragstellenden und ggf. des geschäftsführenden Unternehmens einer Unternehmensvereinigung:

…….....
…….....

2. Verkehrsdienst(e) betrieben durch[1]

Unternehmen □	Unternehmensvereinigung □	Unterauftragnehmer □

3. Namen und Anschriften des/der

Verkehrsunternehmer(s), an der Vereinigung beteiligten Unternehmen(s) oder Unterauftragnehmer(s)[4], [5]

3.1 ……..……Tel. ……..……
3.2 ……..……Tel. ……..……
3.3 ……..……Tel. ……..……
3.4 ……..……Tel. ……..……

(Antrag auf Genehmigung oder auf Erneuerung einer Genehmigung — Seite 2)

4. Bei Sonderformen des Linienverkehrs:

4.1 Fahrgastkategorie: ……..

[1] Zutreffendes bitte ankreuzen.
[2] Sonderformen des Linienverkehrs, die zwischen dem Veranstalter und dem Verkehrsunternehmer nicht vertraglich geregelt sind.
[3] Nach Maßgabe von Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009.
[4] Bitte jeweils angeben, ob es sich um ein Mitglied einer Unternehmensvereinigung oder einen Unterauftragnehmer handelt.
[5] Liste ggf. beifügen.

5. Gültigkeitsdauer der beantragten Genehmigung oder Termin der Durchführung des Verkehrsdienstes:

……

……

……

……

6. Hauptstrecke des Verkehrsdienstes (Orte, an denen Fahrgäste zusteigen, unterstreichen):

……

……

……

……

7. Dauer des Verkehrsdienstes:

……

……

……

8. Häufigkeit (täglich, wöchentlich usw.):

……

9. Fahrpreise: ……..… Anhang beigefügt

10. Bitte als Anlage einen Fahrplan beilegen, anhand dessen die Einhaltung der Rechtsvorschriften der Union über die Lenk- und Ruhezeiten überprüft werden kann.

11. Zahl der beantragten Genehmigungen oder Durchschriften[6]:

……

12. Zusätzliche Angaben:

……

……

……

13.	…….	……..
	(Ort und Datum)	*(Unterschrift des Antragstellers)*

[6] Der Antragsteller wird darauf hingewiesen, dass, da die Genehmigung stets im Fahrzeug mitzuführen ist, die Anzahl der Genehmigungen der Anzahl der für den beantragten Verkehrsdienst gleichzeitig eingesetzten Fahrzeuge entsprechen muss.

WICHTIGER HINWEIS

1. Dem Antrag sind beizufügen:

   a) die Fahrpläne;

   b) die Fahrpreistabellen;

   c) eine beglaubigte Kopie der Gemeinschaftslizenz für den gewerblichen grenzüberschreitenden Personenkraftverkehr gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung;

   d) detaillierte Angaben zu Art und Umfang des Verkehrsdienstes, den der Antragsteller betreiben will, falls es sich um einen Antrag auf Einrichtung eines Verkehrsdienstes handelt, oder den er betrieben hat, falls es sich um einen Antrag auf Erneuerung einer Genehmigung handelt;

   e) eine Karte in geeignetem Maßstab, auf der die Fahrtstrecke sowie die Orte, an denen Fahrgäste aufgenommen oder abgesetzt werden, verzeichnet sind;

   f) einen Fahrplan, anhand dessen die Einhaltung der Rechtsvorschriften der Union über die Lenk- und Ruhezeiten überprüft werden kann.

2. Der Antragsteller erteilt zur Begründung seines Genehmigungsantrags alle zusätzlichen Angaben, die er für zweckdienlich hält oder um die die Genehmigungsbehörde ersucht.

3. Nach Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung sind folgende Verkehrsdienste genehmigungspflichtig:

   a) Linienverkehr, d. h. die regelmäßige Beförderung von Fahrgästen auf einer bestimmten Verkehrsverbindung, wobei Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen aufgenommen oder abgesetzt werden können. Linienverkehr ist ungeachtet einer etwaigen Buchungspflicht für jedermann zugänglich. Eine Anpassung der Beförderungsbedingungen eines solchen Verkehrsdienstes beeinträchtigt nicht seine Eigenschaft als Linienverkehr;

   b) Sonderformen des Linienverkehrs, die zwischen dem Veranstalter und dem Verkehrsunternehmer nicht vertraglich geregelt sind. Als Linienverkehr gelten auch Verkehrsdienste zur regelmäßigen Beförderung bestimmter Gruppen von Fahrgästen unter Ausschluss anderer Fahrgäste, unabhängig davon, wer Veranstalter der Fahrten ist. Solche Verkehrsdienste werden als „Sonderformen des Linienverkehrs“ bezeichnet; dazu zählen insbesondere:

      i) die Beförderung von Arbeitnehmern zwischen Wohnort und Arbeitsstätte;

      ii) die Beförderung von Schülern und Studenten zwischen Wohnort und Lehranstalt.

      Die Anpassung eines Sonderverkehrsdienstes an wechselnde Bedürfnisse der Nutzer berührt nicht die Einstufung eines solchen Dienstes als Sonderform des Linienverkehrs.

4. Der Genehmigungsantrag ist bei der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats zu stellen, in dessen Hoheitsgebiet sich der Ausgangsort des Verkehrsdienstes, d. h. eine der Endhaltestellen des Verkehrsdienstes, befindet.

5. Die maximale Gültigkeitsdauer der Genehmigungen beträgt fünf Jahre.

Anlage 5

(Genehmigung – Seite 1)

(Papier: Farbe Pantone 182 (Pink), oder möglichst ähnlicher Farbton, Format DIN A4 Papier 100 g/m^2 oder mehr, ungestrichen)

Wortlaut in der Amtssprache Andorras

STAAT, DER DIE GENEHMIGUNG AUSSTELLT

Nationalitätszeichen[1]

Zuständige Behörde

…….

GENEHMIGUNG Nr. …

eines Linienverkehrs[2]

einer Sonderform des Linienverkehrs

mit Kraftomnibussen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Andorra gemäß

Kapitel III der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung

an: ……..

(Name und Vorname oder Firmenbezeichnung des Inhabers bzw. des geschäftsführenden Unternehmens einer Unternehmensvereinigung)

…….

Anschrift: ……

Tel., Fax und/oder E-Mail: …….

Namen, Anschrift, Telefon- und Telefax-Nummer und/oder E-Mail-Adresse der an der Unternehmensvereinigung beteiligten und der als Unterauftragnehmer tätigen Verkehrsunternehmer:

(1) ……

(2) ……....

(3) ……....

(4) ……....

(5) ……

Liste liegt ggf. bei.

Die Genehmigung erlischt am: … … … ……..

……. ……..

(Ort und Datum der Ausstellung) *(Unterschrift und Stempel der Behörde oder Stelle, die die Genehmigung erteilt)*

[1] Andorra (AND).

[2] Nichtzutreffendes streichen.

1. Streckenführung:

a) Ausgangsort des Verkehrsdienstes: …….

b) Zielort des Verkehrsdienstes: ……..

c) Hauptstreckenführung des Verkehrsdienstes, wobei die Orte, an denen Fahrgäste aufgenommen oder abgesetzt werden, unterstrichen sind: ……..……..……..……

……
……
……
……

2. Dauer des Verkehrsdienstes: ……

---

3. Häufigkeit: …….
4. Fahrplan: ……..……..
5. Sonderformen des Linienverkehrs:
   — Fahrgastkategorie: ……
6. Besondere Bedingungen oder Bemerkungen (z. B. genehmigte Kabotagebeförderungen[1]):

……..……
……..……
……..……
……..……
……..……
……..……

……..
(Stempel und/oder Unterschrift der Genehmigungsbehörde)

[1] Die mit dem Aufnahmemitgliedstaat vereinbart und der Genehmigungsbehörde innerhalb der Frist nach Artikel 8 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 mitgeteilt wurden.

Wortlaut in der Amtssprache Andorras

WICHTIGER HINWEIS

1. Diese Genehmigung gilt für die gesamte Fahrtstrecke. Sie darf nicht von einem Unternehmen verwendet werden, dessen Namen darauf nicht genannt ist.

2. Die Genehmigung oder eine von der Genehmigungsbehörde beglaubigte Kopie ist während der gesamten Dauer der Fahrt im Fahrzeug mitzuführen und den Kontrollberechtigten auf Verlangen jederzeit vorzuzeigen.

3. Eine beglaubigte Kopie der Gemeinschaftslizenz ist im Fahrzeug mitzuführen.

Anlage 6

(Bescheinigung – Seite 1)

(Papier: Farbe Pantone 100 (gelb) oder möglichst ähnlicher Farbton, Format DIN A4 — Stärke 100 g/m^2 oder mehr, ungestrichen)

Wortlaut in der Amtssprache Andorras

STAAT, DER DIE BESCHEINIGUNG AUSSTELLT

Nationalitätszeichen[1]

Zuständige Behörde

..…….

BESCHEINIGUNG

aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung für Beförderungen im Werkverkehr auf der Straße zwischen EU-Mitgliedstaaten und Andorra

(Von der natürlichen oder juristischen Person auszufüllen, die diese Beförderungen im Werkverkehr durchführt)

Der/Die Unterzeichnete ……..

verantwortliche Person des Unternehmens oder der Vereinigung ohne Erwerbszweck oder einer sonstigen Vereinigung (bitte erläutern)

…….

(Name und Vorname oder andere amtliche Bezeichnung, vollständige Anschrift)

bestätigt,

— dass er/sie Beförderungen ohne Erwerbsabsicht durchführt,

— dass die Beförderung für die betreffende natürliche oder juristische Person lediglich eine Nebentätigkeit darstellt,

— dass der Kraftomnibus mit dem amtlichen Kennzeichen ……Eigentum, Gegenstand eines Abzahlungsgeschäfts oder eines Langzeitleasingvertrages ist,

— dass der Kraftomnibus von einem Angehörigen des Personals der natürlichen oder juristischen Person oder von der natürlichen Person selbst oder von Personal, das bei dem Unternehmen beschäftigt ist oder ihm im Rahmen einer vertraglichen Verpflichtung zur Verfügung gestellt wurde, geführt wird.

…….

(Unterschrift der natürlichen Person oder eines Vertreters der juristischen Person)

(von der zuständigen Behörde auszufüllen)

Dieses Dokument ist eine Bescheinigung im Sinne von Artikel 5 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung.

……. *(Gültigkeitsdauer)*

…….. *(Ort und Datum der Ausstellung)*

……. *(Unterschrift und Stempel der zuständigen Behörde)*

[1] Andorra (AND).

Wortlaut in der Amtssprache Andorras

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. Gemäß Artikel 2 Nummer 5 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung ist Werkverkehr der nicht kommerzielle Verkehrsdienst ohne Erwerbszweck, den eine natürliche oder juristische Person unter folgenden Bedingungen durchführt:

— bei der Beförderungstätigkeit handelt es sich lediglich um eine Nebentätigkeit der natürlichen oder juristischen Person und

— die eingesetzten Fahrzeuge sind Eigentum der natürlichen oder juristischen Person oder wurden von ihr im Rahmen eines Abzahlungsgeschäfts gekauft oder sind Gegenstand eines Langzeitleasingvertrages und werden von einem Angehörigen des Personals der natürlichen oder juristischen Person oder von der natürlichen Person selbst oder von Personal, das bei dem Unternehmen beschäftigt ist oder ihm im Rahmen einer vertraglichen Verpflichtung zur Verfügung gestellt wurde, geführt.

2. Jeder im Werkverkehr tätige Verkehrsunternehmer ist gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung ohne Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Ortes der Niederlassung zu diesen Verkehrsdiensten zugelassen, wenn er

— im Mitgliedstaat, in dem er ansässig ist, nach den Bedingungen für den Zugang zum Markt, die in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften festgelegt sind, die Genehmigung für Personenbeförderungen mit Kraftomnibussen erhalten hat;

— die Rechtsvorschriften über die Sicherheit im Straßenverkehr für Fahrer und Fahrzeuge erfüllt.

3. Für die in Nummer 1 genannten Beförderungen im Werkverkehr gilt eine Bescheinigungsregelung.

4. Die Bescheinigung berechtigt ihren Inhaber zu grenzüberschreitenden Beförderungen im Werkverkehr mit Kraftomnibussen. Sie wird von der zuständigen Stelle des Mitgliedstaats oder Andorras, wo das Fahrzeug zugelassen ist, ausgestellt und gilt für die gesamte Fahrstrecke einschließlich des Transits.

5. Die Bescheinigung ist von einer natürlichen Person oder vom Verantwortlichen der juristischen Person in dreifacher Ausfertigung in dauerhaften Druckbuchstaben auszufüllen und von der zuständigen Behörde zu ergänzen. Eine Durchschrift wird bei der Verwaltungsbehörde aufbewahrt, eine zweite verbleibt bei der natürlichen oder juristischen Person. Das Original oder eine beglaubigte Durchschrift ist vom Fahrer während der gesamten Dauer der Fahrt im grenzüberschreitenden Verkehr im Fahrzeug mitzuführen. Die Bescheinigung ist den Kontrollberechtigten auf Verlangen jederzeit vorzuzeigen. Die natürliche oder juristische Person ist für die ordnungsgemäße Führung der Bescheinigungen verantwortlich.

6. Die Geltungsdauer der Bescheinigung beträgt höchstens fünf Jahre.

———————

Anlage 7

MUSTER DER MITTEILUNG

(gemäß Artikel 28 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006) in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit Andorra angepassten Fassung

Anzahl der Genehmigungen, die für Kabotagebeförderungen im Linienverkehr in den Jahren

…… (Zweijahreszeitraum)

in …….. (Name des Aufnahmemitgliedstaats oder assoziierten Staats) **erteilt wurden**

Land, in dem der Unternehmer ansässig ist	Anzahl der erteilten Genehmigungen
AND	
B	
BG	
CZ	
DK	
D	
EST	
GR	
E	
F	
IRL	
HR	
I	
CY	
LV	
LT	
L	

Land, in dem der Unternehmer ansässig ist	Anzahl der erteilten Genehmigungen
H	
M	
NL	
A	
PL	
P	
RO	
SLO	
SK	
FIN	
S	
Insgesamt	

ANHANG XIV

WETTBEWERB

Liste nach Artikel 41 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Gruppenfreistellungen 3
2 Landwirtschaft 5
3 Versicherungssektor 8
4 Verkehrswesen 8
5 Informations- und Kommunikationstechnologien 10

www.parlament.gv.at

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

www.parlament.gv.at

KAPITEL 1

GRUPPENFREISTELLUNGEN

1. 32014 R 0316: Verordnung (EU) Nr. 316/2014 der Kommission vom 21. März 2014 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von Technologietransfer-Vereinbarungen (ABl. L 93 vom 28.3.2014, S. 17)

2. 32010 R 1218: Verordnung (EU) Nr. 1218/2010 der Kommission vom 14. Dezember 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Spezialisierungsvereinbarungen (ABl. L 335 vom 18.12.2010, S. 43), geändert durch:

   – 32022 R 2456: Verordnung (EU) 2022/2456 der Kommission vom 8. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1218/2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Spezialisierungsvereinbarungen (ABl. L 321 vom 15.12.2022, S. 3)

3. 32010 R 1217: Verordnung (EU) Nr. 1217/2010 der Kommission vom 14. Dezember 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung (ABl. L 335 vom 18.12.2010, S. 36), geändert durch:

   – 32022 R 2455: Verordnung (EU) 2022/2455 der Kommission vom 8. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1217/2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung (ABl. L 321 vom 15.12.2022, S. 1)

www.parlament.gv.at

4. 32022 R 0720: Verordnung (EU) 2022/720 der Kommission vom 10. Mai 2022 über die Anwendung des Artikels 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen (ABl. L 134 vom 11.5.2022, S. 4)

5. 32010 R 0461: Verordnung (EU) Nr. 461/2010 der Kommission vom 27. Mai 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen im Kraftfahrzeugsektor (ABl. L 129 vom 28.5.2010, S. 52)

6. 31971 R 2821: Verordnung (EWG) Nr. 2821/71 des Rates vom 20. Dezember 1971 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen (ABl. L 285 vom 29.12.1971, S. 46), geändert durch:

   – 31972 R 2743: Verordnung (EWG) Nr. 2743/72 des Rates vom 19. Dezember 1972 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2821/71 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen (ABl. L 291 vom 28.12.1972, S. 144)

   – 32003 R 0001: Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1)

7. 31965 R 0019: Verordnung Nr. 19/65/EWG des Rates vom 2. März 1965 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz (3) des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen (ABl. L 36 vom 6.3.1965, S. 533), geändert durch:

   – 31999 R 1215: Verordnung (EG) Nr. 1215/1999 des Rates vom 10. Juni 1999 zur Änderung der Verordnung Nr. 19/65/EWG über die Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen (ABl. L 148 vom 15.6.1999, S. 1)

   – 32003 R 0001: Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1)

KAPITEL 2

LANDWIRTSCHAFT

1. 32013 R 1308: Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671), geändert durch:

   – 32013 R 1310: Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 865)

– 32016 R 0791: Verordnung (EU) 2016/791 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 1)

– 32016 R 1166: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1166 der Kommission vom 17. Mai 2016 (ABl. L 193 vom 19.7.2016, S. 17)

– 32016 R 1226: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1226 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 202 vom 28.7.2016, S. 5)

– 32017 R 2393: Verordnung (EU) 2017/2393 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2017 (ABl. L 350 vom 29.12.2017, S. 15)

– 32020 R 2220: Verordnung (EU) 2020/2220 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 (ABl. L 437 vom 28.12.2020, S. 1)

– 32021 R 2117: Verordnung (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 262)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Nur die folgenden Bestimmungen der Verordnung finden Anwendung: Artikel 125, 149, 152, 164, 166a, 167, 167a, 206 bis 210a und 222.

www.parlament.gv.at

2. 32013 R 1379: Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1184/2006 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 104/2000 des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 1385 Verordnung (EU) Nr. 1385/2013 des Rates vom 17. Dezember 2013 *(ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 86)*

   – 32015 R 0812: Verordnung (EU) 2015/812 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 *(ABl. L 133 vom 29.5.2015, S. 1)*

   – 32020 R 0560 Verordnung (EU) 2020/560 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2020 *(ABl. L 130 vom 24.4.2020, S. 11)*

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung.

KAPITEL 3

VERSICHERUNGSSEKTOR

1. 31991 R 1534: Verordnung (EWG) Nr. 1534/91 des Rates vom 31. Mai 1991 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen im Bereich der Versicherungswirtschaft (ABl. L 143 vom 7.6.1991, S. 1)

KAPITEL 4

VERKEHR

1. 32009 R 0906: Verordnung (EG) Nr. 906/2009 der Kommission vom 28. September 2009 über die Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 EG-Vertrag auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen zwischen Seeschifffahrtsunternehmen (Konsortien) (ABl. L 256 vom 29.9.2009, S. 31), geändert durch:

   – 32014 R 0697: Verordnung (EU) Nr. 697/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 3)

   – 32020 R 0436: Verordnung (EU) 2020/436 der Kommission vom 24. März 2020 (ABl. L 90 vom 25.3.2020, S. 1)

www.parlament.gv.at

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung.

2. 32009 R 0246: Verordnung (EG) Nr. 246/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Anwendung des Artikels 81 Absatz 3 des Vertrages auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen zwischen Seeschifffahrtsunternehmen (Konsortien) (kodifizierte Fassung) (ABl. L 79 vom 25.3.2009, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung.

3. 32009 R 0169: Verordnung (EG) Nr. 169/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Anwendung von Wettbewerbsregeln auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (ABl. L 61 vom 5.3.2009, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für die Wettbewerbsregeln im Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehr.

KAPITEL 5

INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN

1. 32018 L 1972: Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36)

2. 32008 L 0063: Richtlinie 2008/63/EG der Kommission vom 20. Juni 2008 über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsendeinrichtungen (kodifizierte Fassung) (ABl. L 162 vom 21.6.2008, S. 20)

3. 32002 L 0077: Richtlinie 2002/77/EG der Kommission vom 16. September 2002 über den Wettbewerb auf den Märkten für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (ABl. L 249 vom 17.9.2002, S. 21)

RECHTSAKTE, DIE DIE KOMMISSION UND DIE NATIONALEN BEHÖRDEN ANDORRAS ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Kommission und die nationalen Behörden Andorras berücksichtigen bei der Anwendung der Artikel 38 bis 43 dieses Abkommens und der Vorschriften, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, die Grundsätze und Regelungen der folgenden Rechtsakte gebührend.

1. 52014 XC 0328(01): Mitteilung der Kommission — Leitlinien zur Anwendung von Artikel 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Technologietransfer-Vereinbarungen (ABl. C 89 vom 28.3.2014, S. 3)

2. 52011 XC 0114(04): Mitteilung der Kommission — Leitlinien zur Anwendbarkeit des Artikels 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit (ABl. C 11 vom 14.1.2011, S. 1, Berichtigung in ABl. C 33 vom 2.2.2011, S. 20)

3. 52022 XC 0630(01): Leitlinien für vertikale Beschränkungen („Vertikal-Leitlinien“) Bekanntmachung der Kommission – Leitlinien für vertikale Beschränkungen 2022/C 248/01, C/2022/4238 (ABl. C 248 vom 30.6.2022, S. 1)

4. 52010 XC 0528(01): Bekanntmachung der Kommission — Ergänzende Leitlinien für vertikale Beschränkungen in Vereinbarungen über den Verkauf und die Instandsetzung von Kraftfahrzeugen und den Vertrieb von Kraftfahrzeugersatzteilen (ABl. C 138 vom 28.5.2010, S. 16)

5. 52004 XC 0427(07): Bekanntmachung der Kommission — Leitlinien zur Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 EG-Vertrag (ABl. C 101 vom 27.4.2004, S. 97)

www.parlament.gv.at

6. 52009 XC 0224(01): Mitteilung der Kommission — Erläuterungen zu den Prioritäten der Kommission bei der Anwendung von Artikel 82 des EG-Vertrags auf Fälle von Behinderungsmissbrauch durch marktbeherrschende Unternehmen (ABl. C 45 vom 24.2.2009, S. 7)

7. 52004 XC 0427(06): Bekanntmachung der Kommission — Leitlinien über den Begriff der Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags (ABl. C 101 vom 27.4.2004, S. 81)

8. 52014 XC 0830(01): Mitteilung der Kommission — Bekanntmachung über Vereinbarungen von geringer Bedeutung, die im Sinne des Artikels 101 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union den Wettbewerb nicht spürbar beschränken (De-minimis-Bekanntmachung) (ABl. C 291 vom 30.8.2014, S. 1)

9. Leitlinien zu „bezweckten“ Wettbewerbsbeschränkungen im Hinblick auf die Bestimmung, welche Vereinbarungen unter die De-minimis-Bekanntmachung fallen können, SWD(2014) 198 final

10. 31979 Y 0103(01): Bekanntmachung der Kommission vom 18. Dezember 1978 über die Beurteilung von Zulieferverträgen nach Artikel 85 Absatz 1 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. C 1 vom 3.1.1979, S. 2)

11. 52010 XC 0330(02): Mitteilung der Kommission über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und abgestimmten Verhaltensweisen im Versicherungssektor (ABl. C 82 vom 30.3.2010, S. 20)

12. 31998 Y 0206(01): Bekanntmachung der Kommission über die Anwendung der Wettbewerbsregeln auf den Postsektor und über die Beurteilung bestimmter staatlicher Maßnahmen betreffend Postdienste (ABl. C 39 vom 6.2.1998, S. 2)

13. 31997 Y 0930(01): Erläuterung der Empfehlungen der Kommission zur Anwendung der Wettbewerbsregeln auf neue Verkehrsinfrastrukturprojekte (ABl. C 298 vom 30.9.1997, S. 5)

14. 52018 XC 0507(01): Mitteilung der Kommission — Leitlinien zur Marktanalyse und Ermittlung beträchtlicher Marktmacht nach dem EU-Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und –dienste (ABl. C 159 vom 7.5.2018, S. 1)

ANHANG XV

STAATLICHE BEIHILFEN

Liste nach Artikel 47 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Verfahrensvorschriften 3

2 Gruppenfreistellungsverordnungen 4

3 De-minimis-Beihilfen 6

4 Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen 8

www.parlament.gv.at

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

www.parlament.gv.at

KAPITEL 1

VERFAHRENSVORSCHRIFTEN

1. 32015 R 1589: Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 9)

2. 32004 R 0794: Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission vom 21. April 2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 93 des EG-Vertrags (ABl. L 140 vom 30.4.2004, S. 1), geändert durch:

   – 32006 R 1627: Verordnung (EG) Nr. 1627/2006 der Kommission vom 24. Oktober 2006 (ABl. L 302 vom 1.11.2006, S. 10)

   – 32008 R 0271: Verordnung (EG) Nr. 271/2008 der Kommission vom 30. Januar 2008 (ABl. L 82 vom 25.3.2008, S. 1)

   – 32009 R 0257: Verordnung (EG) Nr. 257/2009 der Kommission vom 24. März 2009 (ABl. L 81 vom 27.3.2009, S. 15)

   – 32014 R 0372: Verordnung (EU) Nr. 372/2014 der Kommission vom 9. April 2014 (ABl. L 109 vom 12.4.2014, S. 14)

– 32015 R 2282: Verordnung (EU) 2015/2282 der Kommission vom 27. November 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 hinsichtlich der Anmeldeformulare und Anmeldebögen (ABl. L 325 vom 10.12.2015, S. 1)

– 32016 R 0246: Verordnung (EU) 2016/246 der Kommission vom 3. Februar 2016 (ABl. L 51 vom 26.2.2016, S. 1)

– 32016 R 2105: Verordnung (EU) 2016/2105 der Kommission vom 1. Dezember 2016 (ABl. L 327 vom 2.12.2016, S. 19)

KAPITEL 2

GRUPPENFREISTELLUNGSVERORDNUNGEN

1. 32015 R 1588: Verordnung (EU) 2015/1588 des Rates vom 13. Juli 2015 (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 1), geändert durch:

– 32018 R 1911: Verordnung (EU) 2018/1911 der Kommission vom 26. November 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 8)

www.parlament.gv.at

2. 32014 R 0651: Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 1084: Verordnung (EU) 2017/1084 der Kommission vom 14. Juni 2017 (ABl. L 156 vom 20.6.2017, S. 1)

   – 32020 R 0972: Verordnung (EU) 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3)

   – 32021 R 0452: Verordnung (EU) 2021/452 der Kommission vom 15. März 2021 (ABl. L 89 vom 16.3.2021, S. 1)

   – 32021 R 1237: Verordnung (EU) 2021/1237 der Kommission vom 23. Juli 2021 (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 39)

3. 32007 R 1370: Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1), geändert durch:

   – 32016 R 2338: Verordnung (EU) 2016/2338 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 354 vom 23.12.2016, S. 22)

4. 32022 R 2472: Verordnung (EU) 2022/2472 der Kommission vom 14. Dezember 2022 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 327 vom 21.12.2022, S. 1)

5. 32022 R 2473: Verordnung (EU) 2022/2473 der Kommission vom 14. Dezember 2022 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen zugunsten von in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Erzeugnissen der Fischerei und der Aquakultur tätigen Unternehmen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 327 vom 21.12.2022, S. 82)

6. 32010 D 0787: Beschluss 2010/787/EU des Rates vom 10. Dezember 2010 über staatliche Beihilfen zur Erleichterung der Stilllegung nicht wettbewerbsfähiger Steinkohlebergwerke (ABl. L 336 vom 21.12.2010, S. 24)

KAPITEL 3

„DE-MINIMIS“-BEIHILFEN

1. 32013 R 1407: Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 0972: Verordnung (EU) 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3)

2. 32012 R 0360: Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 8), geändert durch:

   – 32018 R 1923: Verordnung (EU) 2018/1923 der Kommission vom 7. Dezember 2018 (ABl. L 313 vom 10.12.2018, S. 2)

   – 32020 R 1474: Verordnung (EU) 2020/1474 der Kommission vom 13. Oktober 2020 (ABl. L 337 vom 14.10.2020, S. 1)

3. 32013 R 1408: Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 9), geändert durch:

   – 32019 R 0316: Verordnung (EU) 2019/316 der Kommission vom 21. Februar 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (ABl. L 511 vom 22.2.2019, S. 1)

4. 32014 R 0717: Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 45), geändert durch:

   – 32020 R 2008: Verordnung (EU) 2020/2008 der Kommission vom 8. Dezember 2020 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 702/2014, (EU) Nr. 717/2014 und (EU) Nr. 1388/2014 hinsichtlich ihrer Geltungsdauer und anderer entsprechender Anpassungen (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 15)

   – 32022 R 2514: Verordnung (EU) 2022/2514 der Kommission vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 hinsichtlich ihrer Geltungsdauer (ABl. L 326 vom 21.12.2022, S. 8)

KAPITEL 4

TRANSPARENZ DER FINANZIELLEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN UND DEN ÖFFENTLICHEN UNTERNEHMEN

1. 32006 L 0111: Richtlinie 2006/111/EG der Kommission vom 16. November 2006 über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen (ABl. L 318 vom 17.11.2006, S. 17)

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52019 XC 0723(01): Bekanntmachung der Kommission über die Rückforderung rechtswidriger und mit dem Binnenmarkt unvereinbarer staatlicher Beihilfen - C/2019/5396 (ABl. C 247 vom 23.7.2019, S. 1)

2. 52009 XC 0409(01): Bekanntmachung der Kommission über die Durchsetzung des Beihilfenrechts durch die einzelstaatlichen Gerichte (ABl. C 85 vom 9.4.2009, S. 1)

3. 52008 XC 0119(01): Mitteilung der Kommission über die Änderung der Methode zur Festsetzung der Referenz- und Abzinsungssätze (ABl. C 14 vom 19.1.2008, S. 6)

4. 52018 XC 0719(01): Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren – C/2018/4412 (ABl. C 253 vom 19.7.2018, S. 14)

5. 52003 XC 1209(02): Mitteilung der Kommission C(2003) 4582 vom 1. Dezember 2003 zum Berufsgeheimnis in Beihilfeentscheidungen (ABl. C 297 vom 9.12.2003, S. 6)

6. 52016 XC 0719(05): Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. C 262 vom 19.7.2016, S. 1)

7. 52012 XC 0111(02): Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfevorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (ABl. C 8 vom 11.1.2012, S. 4)

www.parlament.gv.at

8. 52008 XC 0620(02): Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften (ABl. C 155 vom 20.6.2008, S. 10)

9. 52021 XC 1230(02): Mitteilung der Kommission – Kriterien für die Würdigung der Vereinbarkeit von staatlichen Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse mit dem Binnenmarkt (2021/C 528/02) (ABl. C 528 vom 30.12.2021, S. 10)

10. 52021 XC 0429(01): Mitteilung der Kommission – Leitlinien für Regionalbeihilfen (2021/C 153/01) (ABl. C 153 vom 29.4.2021, S. 1)

11. 52022 XC 1028(03): Mitteilung der Kommission – Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (ABl. C 414 vom 28.10.2022, S. 1)

12. 52021 XC 1216(04): Mitteilung der Kommission — Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen (ABl. C 508 vom 16.12.2021, S. 1)

13. 52014 XC 0731(01): Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. C 249 vom 31.7.2014, S. 1), in ihrer verlängerten Fassung.

14. 52009 XC 0811(01): Mitteilung der Kommission — Kriterien für die Bewertung der Vereinbarkeit einzeln anzumeldender Ausbildungsbeihilfen mit dem Gemeinsamen Markt (ABl. C 188 vom 11.8.2009, S. 1)

15. 52009 XC 0811(02): Mitteilung der Kommission — Kriterien für die Bewertung der Vereinbarkeit einzeln anzumeldender staatlicher Beihilfen für die Beschäftigung von benachteiligten und behinderten Arbeitnehmern mit dem gemeinsamen Markt (ABl. C 188 vom 11.8.2009, S. 6)

16. 52020 XC 0320(03): Mitteilung der Kommission – Befristeter Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19 (ABl. C 91I vom 20.3.2020, S. 1), geändert durch:

    – Mitteilung der Kommission C(2020) 2215 (ABl. C 112I vom 4.4.2020, S. 1)

    – Mitteilung der Kommission C(2020) 3156 (ABl. C 164 vom 13.5.2020, S. 3)

    – Mitteilung der Kommission C(2020) 4509 (ABl. C 218 vom 2.7.2020, S. 3)

    – Mitteilung der Kommission C(2020) 7127 (ABl. C 340I vom 13.10.2020, S. 1)

    – Mitteilung der Kommission C(2021) 564 (ABl. C 34 vom 1.2.2021, S. 6)

17. 52009 XC 0115(01): Mitteilung der Kommission — Die Rekapitalisierung von Finanzinstituten in der derzeitigen Finanzkrise: Beschränkung der Hilfen auf das erforderliche Minimum und Vorkehrungen gegen unverhältnismäßige Wettbewerbsverzerrungen (ABl. C 10 vom 15.1.2009, S. 2)

18. 52009 XC 0326(01): Mitteilung der Kommission über die Behandlung wertgeminderter Aktiva im Bankensektor der Gemeinschaft (ABl. C 72 vom 26.3.2009, S. 1)

19. 52009 XC 0819(03): Mitteilung der Kommission über die Wiederherstellung der Rentabilität und die Bewertung von Umstrukturierungsmaßnahmen im Finanzsektor im Rahmen der derzeitigen Krise gemäß den Beihilfevorschriften (ABl. C 195 vom 19.8.2009, S. 9)

20. 52010 XC 1207(04): Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen auf Maßnahmen zur Stützung von Finanzinstituten im Kontext der Finanzkrise ab dem 1. Januar 2011 (ABl. C 329 vom 7.12.2010, S. 7)

21. 52011 XC 1206(02): Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen auf Maßnahmen zur Stützung von Banken im Kontext der Finanzkrise ab dem 1. Januar 2012 (ABl. C 356 vom 6.12.2011, S. 7)

22. 52013 XC 0730(01): Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen ab dem 1. August 2013 auf Maßnahmen zur Stützung von Banken im Kontext der Finanzkrise („Bankenmitteilung“) (ABl. C 216 vom 30.7.2013, S. 1)

23. 52012 XC 1219(01): Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten zur Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf die kurzfristige Exportkreditversicherung (ABl. C 224 vom 8.7.2020, S. 2)

24. 52022 XC 0218(03): Mitteilung der Kommission — Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022 (ABl. C 80 vom 18.2.2022, S. 1)

25. 52020 XC0925(01): Mitteilung der Kommission – Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2021 (ABl. C 317 vom 25.9.2020, S. 5)

26. Mitteilung der Kommission vom 26. Juli 2001 über die Methode für die Analyse staatlicher Beihilfen in Verbindung mit verlorenen Kosten; den Mitgliedstaaten mit Schreiben SG(2001) D/290869 vom 6. August 2001 mitgeteilt (http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/stranded_costs_en.pdf)

27. 52002 XC 0626(02): Mitteilung der Kommission über bestimmte Aspekte der Behandlung von Wettbewerbsfällen nach Auslaufen des EGKS-Vertrags (ABl. C 152 vom 26.6.2002, S. 5)

28. 31998 Y 0206(01): Bekanntmachung der Kommission über die Anwendung der Wettbewerbsregeln auf den Postsektor und über die Beurteilung bestimmter staatlicher Maßnahmen betreffend Postdienste (ABl. C 39 vom 6.2.1998, S. 2)

29. 52013 XC 1115(01): Mitteilung der Kommission über staatliche Beihilfen für Filme und andere audiovisuelle Werke (ABl. C 332 vom 15.11.2013, S. 1)

30. 52009 XC 1027(01): Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften über Staatliche Beihilfen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ABl. C 257 vom 27.10.2009, S. 1)

31. 52023 XC 0131(01): Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Breitbandnetzen (ABl. C 36 vom 31.1.2023, S. 1)

32. 52008 XC 0722(04): Mitteilung der Kommission — Gemeinschaftliche Leitlinien für staatliche Beihilfen an Eisenbahnunternehmen (ABl. C 184 vom 22.7.2008, S. 13)

33. 52004 XC 0117(01): Mitteilung C(2004) 43 der Kommission — Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen im Seeverkehr (ABl. C 13 vom 17.1.2004, S. 3)

34. C2008/317/8: Mitteilung der Kommission betreffend die Leitlinien für staatliche Beihilfen, die die Anschubfinanzierung der Gemeinschaft für Meeresautobahnen ergänzen (ABl. C 317 vom 12.12.2008, S. 10)

35. 52009 XC 0611(01): Mitteilung der Kommission – Leitfaden zu staatlichen Beihilfen für Schiffsmanagementgesellschaften (ABl. C 132 vom 11.6.2009, S. 6)

36. 52012 XC 0111(03): Mitteilung der Kommission — Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (ABl. C 8 vom 11.1.2012, S. 15)

37. 52014 XC 0329(01): Mitteilung der Kommission über die Auslegungsleitlinien zu der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (ABl. C 92 vom 29.3.2014, S. 1)

38. 32012 D 0021: 2012/21/EU: Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. L 7 vom 11.1.2012, S. 3)

39. 52014 XC 0627(01): Mitteilung der Kommission – Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (ABl. C 198 vom 27.6.2014, S. 1)

40. Arbeitspapier der GD Wettbewerb über staatliche Beihilfen und Steuervorbescheide, 3.6.2016 (https://competition-policy.ec.europa.eu/system/files/2021-04/specific_aid_instruments_working_paper_tax_rulings.pdf)

41. Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über die gemeinsame Methodik für die Evaluierung staatlicher Beihilfen (SWD(2014) 179 final)

42. 52022 XC 1221(01): Mitteilung der Kommission – Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten (ABl. C 485 vom 21.12.2022, S. 1)

ANHANG XVI

AUFTRAGSVERGABE

Liste nach Artikel 49 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32014 L 0023: Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 114 vom 5.5.2015, S. 24, geändert durch:

   – 32017 R 2366: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2366 der Kommission vom 18. Dezember 2017 (ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 21)

   – 32019 R 1827: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1827 der Kommission vom 30. Oktober 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 23)

   – 32021 R 1951: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1951 der Kommission vom 10. November 2021 (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 21)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

2. 32014 L 0024: Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65), geändert durch:

   – 32017 R 2365: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2365 der Kommission vom 18. Dezember 2017 (ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 19)

   – 32019 R 1828: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1828 der Kommission vom 30. Oktober 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 25)

   – 32021 R 1952: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1952 der Kommission vom 10. November 2021 *(ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 23)*

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

3. 32016 R 0007: Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 5. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 6.1.2016, S. 16)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

4. 32014 L 0025: Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 243), geändert durch:

   – 32017 R 2364: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2364 der Kommission vom 18. Dezember 2017 (ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 17)

   – 32019 R 1829: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1829 der Kommission vom 30. Oktober 2019 zur Änderung der Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Schwellenwerte für Liefer-, Dienstleistungs- und Bauaufträge sowie für Wettbewerbe (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 27)

   – 32021 R 1953: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1953 der Kommission vom 10. November 2021 zur Änderung der Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Schwellenwerte für Liefer-, Dienstleistungs- und Bauaufträge sowie für Wettbewerbe (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 25)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

5. 31989 L 0665: Richtlinie 89/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge (ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 33), berichtigt in ABl. L 63 vom 10.3.2016, S. 44, geändert durch:

   – 32007 L 0066: Richtlinie 2007/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 (ABl. L 335 vom 20.12.2007, S. 31)

   – 32014 L 0023: Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 114 vom 5.5.2015, S. 24

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

6. 31992 L 0013: Richtlinie 92/13/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Gemeinschaftsvorschriften über die Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (ABl. L 76 vom 23.3.1992, S. 14), geändert durch:

   – 32007 L 0066: Richtlinie 2007/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 (ABl. L 335 vom 20.12.2007, S. 31)

   – 32014 L 0023: Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 114 vom 5.5.2015, S. 24

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

7. 32009 L 0081: Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG (ABl. L 216 vom 20.8.2009, S. 76), geändert durch:

   – 32009 R 1177: Verordnung (EG) Nr. 1177/2009 der Kommission vom 30. November 2009 (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 64)

– 32011 R 1251: Verordnung (EU) Nr. 1251/2011 der Kommission vom 30. November 2011 (ABl. L 319 vom 2.12.2011, S. 43)

– 32013 L 0016: Richtlinie 2013/16/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 184)

– 32013 R 1336: Verordnung (EU) Nr. 1336/2013 der Kommission vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 335 vom 14.12.2013, S. 17)

– 32017 R 2367: Verordnung (EU) 2017/2367 der Kommission vom 18. Dezember 2017 (ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 22)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

– 32019 R 1830: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1830 der Kommission vom 30. Oktober 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 29)

– 32021 R 1950: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1950 der Kommission vom 10. November 2021 (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 19)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Vergabe von Aufträgen, die in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallen, nicht.

8. 31971 R 1182: Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine (ABl. L 124 vom 8.6.1971, S. 1)

9. 32002 R 2195: Verordnung (EG) Nr. 2195/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 über das Gemeinsame Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV) (ABl. L 340 vom 16.12.2002, S. 1), geändert durch:

   – 32003 R 2151: Verordnung (EG) Nr. 2151/2003 der Kommission vom 16. Dezember 2003 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2195/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 329 vom 17.12.2003, S. 1), berichtigt in ABl. L 330 vom 18.12.2003, S. 34

   – 32008 R 0213: Verordnung (EG) Nr. 213/2008 der Kommission vom 28. November 2007 (ABl. L 74 vom 15.3.2008, S. 1)

   – 32022 R 0943: Verordnung (EU) 2022/943 der Kommission vom 17. Juni 2022 zur Berichtigung bestimmter Sprachfassungen des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 2195/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Gemeinsame Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV) (ABl. L 164 vom 20.6.2022, S. 6)

www.parlament.gv.at

10. 32014 L 0055: Richtlinie 2014/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen (ABl. L 133 vom 6.5.2014, S. 1)

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

11. 32019 R 1780: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1780 der Kommission vom 23. September 2019 zur Einführung von Standardformularen für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen für öffentliche Aufträge und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1986 (elektronische Formulare — eForms) (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 7), geändert durch:

    – 32022 R 2303: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2303 der Kommission vom 24. November 2022 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/1780 zur Einführung von Standardformularen für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen für öffentliche Aufträge (ABl. L 305 vom 25.11.2022, S. 12)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

12. 32016 D 1804: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1804 der Kommission vom 10. Oktober 2016 über die Durchführungsmodalitäten für die Anwendung der Artikel 34 und 35 der Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste (ABl. L 275 vom 12.10.2016, S. 39)

    Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32015 D 1302: Beschluss (EU) 2015/1302 der Kommission vom 28. Juli 2015 zur Festlegung von „Integrating the Healthcare Enterprise“-Profilen, auf die bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Bezug genommen werden kann (ABl. L 199 vom 29.7.2015, S. 43)

2. 32016 D 1765: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1765 der Kommission vom 3. Oktober 2016 zur Festlegung der technischen Spezifikationen im IKT-Bereich, auf die bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Bezug genommen werden kann (ABl. L 269 vom 4.10.2016, S. 20)

www.parlament.gv.at

3. 32017 H 1805: Empfehlung (EU) 2017/1805 der Kommission vom 3. Oktober 2017 zur Professionalisierung der öffentlichen Auftragsvergabe — Errichtung einer Architektur für die Professionalisierung der öffentlichen Auftragsvergabe (ABl. L 259 vom 7.10.2017, S. 28)

4. 32017 D 1870: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1870 der Kommission vom 16. Oktober 2017 über die Veröffentlichung der Fundstelle der europäischen Norm für die elektronische Rechnungsstellung und die Liste von Syntaxen gemäß der Richtlinie 2014/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 266 vom 17.10.2017, S. 19)

5. 52006 X C0801(01): Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen in Bezug auf das Gemeinschaftsrecht, das für die Vergabe öffentlicher Aufträge gilt, die nicht oder nur teilweise unter die Vergaberichtlinien fallen (ABl. C 179 vom 1.8.2006, S. 2)

6. 52019 X C0813(01): Mitteilung der Kommission — Leitlinien zur Teilnahme von Bietern und Waren aus Drittländern am EU-Beschaffungsmarkt (ABl. C 271 vom 13.8.2019, S. 43)

7. 32022 R 1031: Verordnung (EU) 2022/1031 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juni 2022 über den Zugang von Wirtschaftsteilnehmern, Waren und Dienstleistungen aus Drittländern zum Unionsmarkt für öffentliche Aufträge und Konzessionen und über die Verfahren zur Unterstützung von Verhandlungen über den Zugang von Wirtschaftsteilnehmern, Waren und Dienstleistungen aus der Union zu den Märkten für öffentliche Aufträge und Konzessionen von Drittländern (Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen — IPI) (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 1)

8. 32022 R 2560: Verordnung (EU) 2022/2560 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über den Binnenmarkt verzerrende drittstaatliche Subventionen (ABl. L 330 vom 23.12.2022, S. 1)

9. 32018 H 0624: Empfehlung (EU) 2018/624 der Kommission vom 20. April 2018 zum grenzüberschreitenden Marktzugang für Subunternehmer und KMU im Verteidigungssektor (ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 87)

10. 52019 XC 0508(01): Bekanntmachung der Kommission zu Leitlinien für die kooperative Beschaffung in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit (Richtlinie 2009/81/EG über die Vergabeverfahren im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich)

Anlage 1

LISTE ZENTRALER REGIERUNGSBEHÖRDEN
GEMÄß ARTIKEL 2 ABSATZ 1 UNTERABSATZ 2
DER RICHTLINIE 2014/24/EU

ANHANG I DER RICHTLINIE 2014/24/EU

ZENTRALE REGIERUNGSBEHÖRDEN

ANDORRA

– Ministeri del Cap de Govern
– Ministeri de Presidència, Economia, Treball i Habitatge
– Ministeri de Relacions Institucionals, Educació i Universitats
– Ministeri de Turisme i Comerç
– Ministeri de Finances
– Ministeri d'Afers Exteriors
– Ministeri de Justícia i Interior
– Ministeri de Territori i Urbanisme
– Ministeri d'Afers Socials i Funció Pública

– Ministeri de Salut

– Ministeri de Medi Ambient, Agricultura i Ramaderia i portaveu del Govern

– Ministeri de Cultura, Joventut i Esports

und die ihnen unterstellten Organe, alle nationalen öffentlichen Einrichtungen, Exekutivagenturen und sonstigen staatlichen Stellen, die durch Gesetz oder durch Dekret des Ministerrates geschaffen wurden und eine mit der Ausübung von Exekutivbefugnissen zusammenhängende Funktion haben.

Anlage 2

VERZEICHNIS DER WAREN
NACH ARTIKEL 4 BUCHSTABE B DER RICHTLINIE 2014/24/EU
BETREFFEND AUFTRÄGE VON ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERN,
DIE IM VERTEIDIGUNGSBEREICH VERGEBEN WERDEN

ANHANG III DER RICHTLINIE 2014/24/EU

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für Artikel 4 Buchstabe b der Richtlinie 2014/24/EU auf der Grundlage der Ausnahmeregelung, die für die Richtlinie 2009/81/EG Anwendung findet. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Vergabe von Aufträgen, die in den Anwendungsbereich von Artikel 4 Buchstabe b der Richtlinie 2014/24/EU fallen, nicht.

www.parlament.gv.at

Anlage 3

REGISTER GEMÄß ARTIKEL 58 ABSATZ 2 DER RICHTLINIE 2014/24/EU

ANHANG XI DER RICHTLINIE 2014/24/EU

REGISTER

Die einschlägigen Berufs- oder Handelsregister, Bescheinigungen oder Erklärungen für die Assoziationsparteien sind:

– in Andorra der Registre de Titulars d'Activitats Econòmiques (Registre de Societats Mercantils, Registre de Comerç i Indústria and Registre de Persones Autoritzades a Exercir Professions Liberals) und der Registre Oficial de Licitadors i Empreses Classificades.

ANHANG XVII

GEISTIGES EIGENTUM

Liste nach Artikel 49 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31987 L 0054: Richtlinie 87/54/EWG des Rates vom 16. Dezember 1986 über den Rechtsschutz der Topographien von Halbleitererzeugnissen (ABl. L 24 vom 27.1.1987, S. 36)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) In Artikel 1 Buchstabe c wird die Bezugnahme auf Artikel 223 Absatz 1 Buchstabe b des EWG-Vertrages (heute Artikel 346 AEUV) durch einen Verweis auf Artikel 102 des Assoziationsabkommens ersetzt.

   b) Artikel 3 Absätze 6 bis 8 finden keine Anwendung.

   c) Der Text von Artikel 5 Absatz 5 erhält folgende Fassung:

      „Das ausschließliche Recht zur Zustimmung oder zum Verbot der in Absatz 1 Buchstabe b genannten Handlungen erstreckt sich nicht auf Handlungen, welche vorgenommen werden, wenn die Topographie oder das Halbleitererzeugnis bereits von der zur Erteilung der Zustimmung für das Inverkehrbringen berechtigten Person selber oder mit ihrer Zustimmung in Andorra oder einem EU-Mitgliedstaat in Verkehr gebracht worden ist.“

2. 31993 D 0016: Entscheidung 93/16/EWG des Rates vom 21. Dezember 1992 zur Ausdehnung des Rechtsschutzes der Topographien von Halbleitererzeugnissen auf Personen aus den Vereinigten Staaten von Amerika und aus bestimmten Gebieten (ABl. L 11 vom 19.1.1993, S. 20), geändert durch:

   – 31993 D 0520: Entscheidung 93/520/EWG des Rates vom 27. September 1993 (ABl. L 246 vom 2.10.1993, S. 31)

www.parlament.gv.at

3. 31994 D 0700: Entscheidung 94/700/EG des Rates vom 24. Oktober 1994 zur Ausdehnung des Rechtsschutzes der Topographien von Halbleitererzeugnissen auf Personen aus Kanada (ABl. L 284 vom 1.11.1994, S. 61)

4. 31994 D 0824: Entscheidung 94/824/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über die Ausdehnung des Rechtsschutzes der Topographien von Halbleitererzeugnissen auf Personen aus einem Mitgliedstaat der Welthandelsorganisation (ABl. L 349 vom 31.12.1994, S. 201)

5. 31996 D 0644: Entscheidung 96/644/EG des Rates vom 11. November 1996 zur Ausdehnung des Rechtsschutzes der Topographien von Halbleitererzeugnissen auf Personen von der Isle of Man (ABl. L 293 vom 16.11.1996, S. 18)

6. 31996 R 1610: Verordnung (EG) Nr. 1610/96 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 1996 über die Schaffung eines ergänzenden Schutzzertifikats für Pflanzenschutzmittel (ABl. L 193 vom 8.8.1996, S. 30), geändert durch:

   – 1 03 T: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, angenommen am 16. April 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

   – 1 2005 SA: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Bulgarischen Republik und Rumäniens und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, angenommen am 25. April 2005 (ABl. L 157 vom 21.6.2005, S. 203)

– 1 2012 J003: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, angenommen am 9. Dezember 2011 (ABl. L 112 vom 24.4.2012, S. 21)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b wird Folgendes angefügt:

„; für die Zwecke dieses Unterabsatzes und der Artikel, in denen auf ihn Bezug genommen wird, gilt eine nach den nationalen Rechtsvorschriften Andorras erteilte Genehmigung für das Inverkehrbringen als Genehmigung, die gemäß der Richtlinie 91/414/EWG oder einer gleichwertigen Bestimmung des innerstaatlichen Rechts eines EU-Mitgliedstaats erteilt wurde."

b) Artikel 20 kommt nicht zur Anwendung.

7. 32019 R 0933: Verordnung (EU) 2019/933 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 469/2009 über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel (ABl. L 153 vom 11.6.2019, S. 1)

8. 31993 L 0083: Richtlinie 93/83/EWG des Rates vom 27. September 1993 zur Koordinierung bestimmter urheber- und leistungsschutzrechtlicher Vorschriften betreffend Satellitenrundfunk und Kabelweiterverbreitung (ABl. L 248 vom 6.10.1993, S. 15)

9. 31996 L 0009: Richtlinie 96/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 1996 über den rechtlichen Schutz von Datenbanken (ABl. L 77 vom 27.3.1996, S. 20)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 11 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Die Schutzdauer, die aufgrund von durch Andorra oder einen EU-Mitgliedstaat geschlossene Abkommen, mit denen das in Artikel 7 vorgesehene Recht auf Datenbanken ausgedehnt wird, die in Drittländern erstellt wurden und nicht unter die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 fallen, auf Datenbanken ausgedehnt wird, darf die nach Artikel 10 verfügbare Schutzdauer nicht überschreiten."

10. 31998 L 0071: Richtlinie 98/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über den rechtlichen Schutz von Mustern und Modellen (ABl. L 289 vom 28.10.1998, S. 28)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Der Text von Artikel 15 erhält folgende Fassung:

„Die Rechte aus einem Muster nach seiner Eintragung erstrecken sich nicht auf Handlungen, die ein Erzeugnis betreffen, in das ein unter den Schutzumfang des Rechts an einem Muster fallendes Muster eingefügt oder bei dem es verwendet wird, wenn das Erzeugnis vom Inhaber des Rechts an einem Muster oder mit seiner Zustimmung in Andorra oder einem EU-Mitgliedstaat in den Verkehr gebracht worden ist."

11. 32001 L 0084: Richtlinie 2001/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2001 über das Folgerecht des Urhebers des Originals eines Kunstwerks (ABl. L 272 vom 13.10.2001, S. 32)

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Andorra wird aufgefordert, Vertreter zu den Sitzungen des Kontaktausschusses zu entsenden.

12. 31998 L 0044: Richtlinie 98/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 1998 über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen (ABl. L 213 vom 30.7.1998, S. 13)

13. 32001 L 0029: Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft (ABl. L 167 vom 22.6.2001, S. 10), berichtigt in ABl. L 6 vom 10.1.2002, S. 70

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Andorra wird aufgefordert, Vertreter zu den Sitzungen des Kontaktausschusses zu entsenden.

14. 32009 L 0024: Richtlinie 2009/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über den Rechtsschutz von Computerprogrammen (kodifizierte Fassung) (ABl. L 111 vom 5.5.2009, S. 16)

15. 32006 L 0115: Richtlinie 2006/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zum Vermietrecht und Verleihrecht sowie zu bestimmten dem Urheberrecht verwandten Schutzrechten im Bereich des geistigen Eigentums (kodifizierte Fassung) (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 28)

16. 32006 L 0116: Richtlinie 2006/116/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über die Schutzdauer des Urheberrechts und bestimmter verwandter Schutzrechte (kodifizierte Fassung) (ABl. L 372 vom 27.12.2006, S. 12), geändert durch:

    – 32011 L 0077: Richtlinie 2011/77/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2011 (ABl. L 265 vom 11.10.2011, S. 1)

17. 32015 L 2436: Richtlinie (EU) 2015/2436 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (ABl. L 336 vom 23.12.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 110 vom 26.4.2016, S. 5

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

    a) In Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe i und Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe l ist unter den Begriffen „nationalem Recht des betreffenden Mitgliedstaats“ bzw. „nationalen Recht des betreffenden Mitgliedstaats“ das in Andorra oder einem EU-Mitgliedstaat geltende Markenrecht zu verstehen. Die Worte „internationalen Übereinkünften, denen die Union oder der betreffende Mitgliedstaat angehört“ sind als „internationalen Übereinkünften, denen Andorra oder ein EU-Mitgliedstaat angehört“ zu verstehen.

www.parlament.gv.at

b) In Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe a werden die Worte „anderen Rechtsvorschriften als des Markenrechts des jeweiligen Mitgliedstaats“ durch die Worte „anderen Rechtsvorschriften als des Markenrechts Andorras oder des jeweiligen EU-Mitgliedstaats“ ersetzt.

c) In Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer i, Absatz 2 Buchstabe b und Absatz 3 Buchstabe a, Artikel 6, Artikel 18 Absatz 2, Artikel 44 Absatz 3 und Artikel 46 Absatz 5 gelten die Bestimmungen über die Unionsmarke nicht für Andorra, es sei denn, die Unionsmarke erstreckt sich auf Andorra.

d) In Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe c werden die Worte „nach dem einschlägigen Recht des betreffenden Mitgliedstaats“ durch die Worte „nach dem einschlägigen Recht Andorras oder eines betreffenden EU-Mitgliedstaats“ ersetzt.

e) Artikel 10 Absatz 4 findet keine Anwendung.

18. 32012 L 0028: Richtlinie 2012/28/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über bestimmte zulässige Formen der Nutzung verwaister Werke (ABl. L 299 vom 27.10.2012, S. 5)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Andorra beteiligt sich an der einzigen öffentlich zugänglichen Online-Datenbank, die gemäß Artikel 3 Absatz 6 vom Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt eingerichtet wurde. Andorra trägt erforderlichenfalls die Kosten für die Übersetzung in die katalanische Sprache.

b) Der in Artikel 8 genannte Stichtag für die Anwendung ist der Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

19. 32014 L 0026: Richtlinie 2014/26/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung im Binnenmarkt (ABl. L 84 vom 20.3.2014, S. 72)

20. 32004 L 0048R(01): Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (ABl. L 195 vom 2.6.2004, S. 16)

21. 32009 R 0469: Verordnung (EG) Nr. 469/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel (kodifizierte Fassung) (ABl. L 152 vom 16.6.2009, S. 1)

22. 32016 L 0943: Richtlinie (EU) 2016/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung (ABl. L 157 vom 15.6.2016, S. 1)

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

    a) In Artikel 1 Absatz 1 ist „AEUV“ als „Assoziationsabkommens“ zu lesen.

    b) In Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a und Artikel 5 Buchstabe a werden die Worte „des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit gemäß der Charta“ durch die Worte „des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit“ ersetzt.

c) In Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben b und c sind die Worte „Vorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten“ als „EU-Vorschriften oder nationalen Vorschriften Andorras“ zu lesen.

d) Die Worte „Organen und Einrichtungen der Union“ in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c sind so zu verstehen, dass sie auch bei „Organen und Einrichtungen Andorras“ greifen.

e) In Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 3 Buchstabe c, Artikel 3 Absatz 2 und Artikel 5 Buchstaben c und d werden die Worte „Unionsrecht oder im nationalen Recht“ durch die Worte „EU-Recht oder im nationalen Recht Andorras“, die Worte „Unionsrecht oder dem nationalen Recht“ durch „EU-Recht oder dem nationalen Recht Andorras“, die Worte „Unionsrecht oder nationales Recht“ durch die Worte „EU-Recht oder nationales Recht Andorras“ und die Worte „Unionsrecht oder das nationale Recht“ durch die Worte „EU-Recht oder das nationale Recht Andorras“ ersetzt.

f) In Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d und Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c werden die Worte „Unionsrecht sowie gemäß den Gepflogenheiten und den Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten“ bzw. die Worte „Unionsrecht sowie gemäß den Rechtsvorschriften und den Gepflogenheiten der Mitgliedstaaten“ durch die Worte „EU-Recht sowie gemäß den nationalen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten Andorras“ ersetzt.

23. 32017 L 1564: Richtlinie (EU) 2017/1564 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2017 über bestimmte zulässige Formen der Nutzung bestimmter urheberrechtlich oder durch verwandte Schutzrechte geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen und zur Änderung der Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft (ABl. L 242 vom 20.9.2017, S. 6)

24. 32017 R 1563: Verordnung (EU) 2017/1563 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2017 über den grenzüberschreitenden Austausch von Vervielfältigungsstücken bestimmter urheberrechtlich oder durch verwandte Schutzrechte geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände in einem barrierefreien Format zwischen der Union und Drittländern zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen (ABl. L 242 vom 20.9.2017, S. 1)

25. 32017 R 1128: Verordnung (EU) 2017/1128 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 zur grenzüberschreitenden Portabilität von Online-Inhaltediensten im Binnenmarkt (ABl. L 168 vom 30.6.2017, S. 1)

26. 32019 L 0790: Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG (ABl. L 130 vom 17.5.2019, S. 92)

27. 32019 L 0789: Richtlinie (EU) 2019/789 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 mit Vorschriften für die Ausübung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Sendeunternehmen und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen und zur Änderung der Richtlinie 93/83/EWG des Rates (ABl. L 130 vom 17.5.2019, S. 82)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31992 Y 0528(01): Entschließung 92/C 138/01 des Rates vom 14. Mai 1992 im Hinblick auf einen verstärkten Schutz des Urheberrechts und der Leistungsschutzrechte (ABl. C 138 vom 28.5.1992, S. 1)

2. 52017DC0712: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss vom 29. November 2017 über den Umgang der EU mit standardessenziellen Patenten, COM(2017) 712

www.parlament.gv.at

ANHANG XVIII

GESUNDHEIT UND SICHERHEIT AM ARBEITSPLATZ, ARBEITSRECHT UND GLEICHBEHANDLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN, VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN, VON LGBTIQ-PERSONEN, UND VON ALLEN MENSCHEN OHNE UNTERSCHIED DER ETHNISCHEN HERKUNFT, DER RELIGION ODER DES ALTERS

Liste nach den Artikeln 51 bis 54 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 3

2 Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitsrecht und Gleichbehandlung von Frauen und Männern, von Menschen mit Behinderungen, von LGBTIQ-Personen, und von allen Menschen ohne Unterschied der ethnischen Herkunft, der Religion oder des Alters 17

3 Arbeitsrecht 21

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 1

GESUNDHEIT UND SICHERHEIT AM ARBEITSPLATZ

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31989 L 0391: Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1), berichtigt in ABl. L 275 vom 5.10.1990, S. 42, geändert durch:

   – 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

   – 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

2. 31989 L 0654: Richtlinie 89/654/EWG des Rates vom 30. November 1989 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz in Arbeitsstätten (Erste Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 393 vom 30.12.1989, S. 1), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

3. 32009 L 0104: Richtlinie 2009/104/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit (Zweite Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (kodifizierte Fassung) (ABl. L 260 vom 3.10.2009, S. 5)

4. 31989 L 0656: Richtlinie 89/656/EWG des Rates vom 30. November 1989 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung persönlicher Schutzausrüstungen durch Arbeitnehmer bei der Arbeit (Dritte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 393 vom 30.12.1989, S. 18), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

– 32019 R 1832: Verordnung (EU) 2019/1832 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 35)

5. 31990 L 0269: Richtlinie 90/269/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der manuellen Handhabung von Lasten, die für die Arbeitnehmer insbesondere eine Gefährdung der Lendenwirbelsäule mit sich bringt (Vierte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 9), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

6. 31990 L 0270: Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

7. 31992 L 0058: Richtlinie 92/58/EWG des Rates vom 24. Juni 1992 über Mindestvorschriften für die Sicherheits- und/oder Gesundheitsschutzkennzeichnung am Arbeitsplatz (Neunte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 245 vom 26.8.1992, S. 23), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

   – 32014 L 0027: Richtlinie 2014/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 65 vom 5.3.2014, S. 1)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

8. 31992 L 0057: Richtlinie 92/57/EWG des Rates vom 24. Juni 1992 über die auf zeitlich begrenzte oder ortsveränderliche Baustellen anzuwendenden Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz (Achte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 245 vom 26.8.1992, S. 6), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

9. 31992 L 0091: Richtlinie 92/91/EWG des Rates vom 3. November 1992 über Mindestvorschriften zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer in den Betrieben, in denen durch Bohrungen Mineralien gewonnen werden (Elfte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 348 vom 28.11.1992, S. 9), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

10. 31992 L 0104: Richtlinie 92/104/EWG des Rates vom 3. Dezember 1992 über Mindestvorschriften zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer in übertägigen oder untertägigen mineralgewinnenden Betrieben (Zwölfte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 404 vom 31.12.1992, S. 10), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

11. 31992 L 0029: Richtlinie 92/29/EWG des Rates vom 31. März 1992 über Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz zum Zweck einer besseren medizinischen Versorgung auf Schiffen (ABl. L 113 vom 30.4.1992, S. 19), geändert durch:

   – 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

– 32019 L 1834: Richtlinie (EU) 2019/1834 der Kommission vom 24. Oktober 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 80)

12. 31993 L 0103: Richtlinie 93/103/EG des Rates vom 23. November 1993 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit an Bord von Fischereifahrzeugen (13. Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 307 vom 13.12.1993, S. 1), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32019 L 1832: Richtlinie (EU) 2019/1832 der Kommission vom 24. Oktober 2019 zur Änderung der Anhänge I, II und III der Richtlinie 89/656/EWG des Rates hinsichtlich rein technischer Anpassungen (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 35)

13. 32000 L 0054: Richtlinie 2000/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. September 2000 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (Siebte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 262 vom 17.10.2000, S. 21), geändert durch:

– 32019 L 1833: Richtlinie (EU) 2019/1833 der Kommission vom 24. Oktober 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 54)

– 32020 L 0739: Richtlinie (EU) 2020/739 der Kommission vom 3. Juni 2020 (ABl. L 175 vom 4.6.2020, S. 11)

14. 31999 L 0092: Richtlinie 1999/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1999 über Mindestvorschriften zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit der Arbeitnehmer, die durch explosionsfähige Atmosphären gefährdet werden können (Fünfzehnte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 23 vom 28.1.2000, S. 57), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

15. 32002 L 0044: Richtlinie 2002/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2002 über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (Vibrationen) (16. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 177 vom 6.7.2002, S. 13), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

16. 32003 L 0010: Richtlinie 2003/10/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Februar 2003 über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (Lärm) (17. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 42 vom 15.2.2003, S. 38), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

17. 32006 L 0025: Richtlinie 2006/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (künstliche optische Strahlung) (19. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 114 vom 27.4.2006, S. 38), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

– 32013 L 0064: Richtlinie 2013/64/EU des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 353 vom 28.12.2013, S. 8)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

18. 32010 L 0032: Richtlinie 2010/32/EU des Rates vom 10. Mai 2010 zur Durchführung der von HOSPEEM und EGÖD geschlossenen Rahmenvereinbarung zur Vermeidung von Verletzungen durch scharfe/spitze Instrumente im Krankenhaus- und Gesundheitssektor (ABl. L 134 vom 1.6.2010, S. 66)

19. 32013 L 0035: Richtlinie 2013/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder) (20. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/40/EG (ABl. L 179 vom 29.6.2013, S. 1)

20. 31991 L 0322: Richtlinie 91/322/EWG der Kommission vom 29. Mai 1991 zur Festsetzung von Richtgrenzwerten zur Durchführung der Richtlinie 80/1107/EWG des Rates über den Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische, physikalische und biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (ABl. L 177 vom 5.7.1991, S. 22), geändert durch:

    – 32006 L 0015: Richtlinie 2006/15/EG der Kommission vom 7. Februar 2006 (ABl. L 38 vom 9.2.2006, S. 36)

    – 32017 L 164: Richtlinie (EU) 2017/164 der Kommission vom 31. Januar 2017 (ABl. L 27 vom 1.2.2017, S. 115)

21. 31998 L 0024: Richtlinie 98/24/EG des Rates vom 7. April 1998 zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (vierzehnte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 131 vom 5.5.1998, S. 11), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32014 L 0027: Richtlinie 2014/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 65 vom 5.3.2014, S. 1)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

22. 32000 L 0039: Richtlinie 2000/39/EG der Kommission vom 8. Juni 2000 zur Festlegung einer ersten Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (ABl. L 142 vom 16.6.2000, S. 47), geändert durch:

– 32006 L 0015: Richtlinie 2006/15/EG der Kommission vom 7. Februar 2006 zur Festlegung einer zweiten Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates und zur Änderung der Richtlinien 91/322/EWG und 2000/39/EG (ABl. L 38 vom 9.2.2006, S. 36)

– 32009 L 0161: Richtlinie 2009/161/EU der Kommission vom 17. Dezember 2009 zur Festlegung einer dritten Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates und zur Änderung der Richtlinie 2000/39/EG (ABl. L 338 vom 19.12.2009, S. 87)

– 32017 L 0164: Richtlinie (EU) 2017/164 der Kommission vom 31. Januar 2017 zur Festlegung einer vierten Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates und zur Änderung der Richtlinien 91/322/EWG, 2000/39/EG und 2009/161/EU der Kommission (ABl. L 27 vom 1.2.2017, S. 115)

– 32019 L 1831: Richtlinie (EU) 2019/1831 der Kommission vom 24. Oktober 2019 zur Festlegung einer fünften Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates und zur Änderung der Richtlinie 2000/39/EG der Kommission (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 31)

23. 32004 L 0037: Richtlinie 2004/37/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit (Sechste Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG des Rates) (ABl. L 158 vom 30.4.2004, S. 50), berichtigt in ABl. L 229 vom 29.6.2004, S. 23., geändert durch:

– 32014 L 0027: Richtlinie 2014/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 65 vom 5.3.2014, S. 1)

– 32017 L 2398: Richtlinie (EU) 2017/2398 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 zur Änderung der Richtlinie 2004/37/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 87)

– 32019 L 0130: Richtlinie (EU) 2019/130 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Januar 2019 (ABl. L 30 vom 31.1.2019, S. 112)

– 32019 L 0983: Richtlinie (EU) 2019/983 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 164 vom 20.6.2019, S. 23)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

– 32022 L 0431: Richtlinie (EU) 2022/431 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2022 zur Änderung der Richtlinie 2004/37/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit (ABl. L 88 vom 16.3.2022, S. 1)

24. 32009 L 0148: Richtlinie 2009/148/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz (kodifizierte Fassung) (ABl. L 330 vom 16.12.2009, S. 28), geändert durch:

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

25. 31991 L 0383: Richtlinie 91/383/EWG des Rates vom 25. Juni 1991 zur Ergänzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von Arbeitnehmern mit befristetem Arbeitsverhältnis oder Leiharbeitsverhältnis (ABl. L 206 vom 29.7.1991, S. 19), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52000 DC 0466: Mitteilung der Kommission über die Leitlinien für die Beurteilung der chemischen, physikalischen und biologischen Agenzien sowie der industriellen Verfahren, die als Gefahrenquelle für Gesundheit und Sicherheit von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz gelten (Richtlinie des Rates 92/85/EWG) (KOM(2000) 466 endg., berichtigt in KOM(2000) 466 endg./2)

2. 32003 H 0134: Empfehlung 2003/134/EG des Rates vom 18. Februar 2003 zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit Selbstständiger am Arbeitsplatz (ABl. L 53 vom 28.2.2003, S. 45)

3. 52021 DC 0323: Mitteilung der Kommission vom 28. Juni 2021 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021–2027 Arbeitsschutz in einer sich wandelnden Arbeitswelt (COM(2021) 323 final)

4. 32022 H 2337: Empfehlung (EU) 2022/2337 der Kommission vom 28. November 2022 über die Europäische Liste der Berufskrankheiten (ABl. L 309 vom 30.11.2022, S. 12)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

GLEICHBEHANDLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN, VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN,
VON LGBTIQ-PERSONEN, UND VON ALLEN MENSCHEN OHNE UNTERSCHIED DER ETHNISCHEN HERKUNFT, DER RELIGION ODER DES ALTERS

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31979 L 0007: Richtlinie 79/7/EWG des Rates vom 19. Dezember 1978 zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit (ABl. L 6 vom 10.1.1979, S. 24)

2. 32010 L 0041: Richtlinie 2010/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbstständige Erwerbstätigkeit ausüben, und zur Aufhebung der Richtlinie 86/613/EWG des Rates (ABl. L 180 vom 15.7.2010, S. 1)

3. 32006 L 0054: Richtlinie 2006/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen (Neufassung) (ABl. L 204 vom 26.7.2006, S. 23)

4. 32004 L 0113: Richtlinie 2004/113/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen (ABl. L 373 vom 21.12.2004, S. 37)

5. 32019 L 1158: Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 79)

6. 31992 L 0085: Richtlinie 92/85/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz (zehnte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 348 vom 28.11.1992, S. 1), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

   – 32014 L 0027: Richtlinie 2014/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 65 vom 5.3.2014, S. 1)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

7. 32000 L 0078: Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (ABl. L 303 vom 2.12.2000, S. 16)

8. 32019 L 0882: Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (ABl. L 115 vom 7.6.2019, S. 70)

9. 32000 L 0043: Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (ABl. L 180 vom 19.7.2000, S. 22)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32010 D 0048: Beschluss des Rates vom 26. November 2009 über den Abschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die Europäische Gemeinschaft (2010/48/EG)

2. 52020 DC 0620: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat – Eine Union der Gleichheit: Strategischer Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma (COM(2020) 620 final)

3. 32021 H 0319: Empfehlung des Rates vom 12. März 2021 zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma (2021/C 93/01)

4. 32018 H 0951: Empfehlung (EU) 2018/951 der Kommission vom 22. Juni 2018 zu Standards für Gleichstellungsstellen (ABl. L 167 vom 4.7.2018, S. 28)

5. 52020 DC 0698: Mitteilung der Kommission vom 12. November 2020 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020-2025 (COM(2020) 698 final)

6. 52021 DC 0101: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Union der Gleichheit: Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030, COM(2021) 101 final

7. 52020 DC 0565: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Eine Union der Gleichheit: EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025, COM(2020) 565 final

8. 52021 DC 0615: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens (2021-2030), COM(2021) 615 final

9. 52020 DC 0152: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025, COM(2020) 152 final

KAPITEL 3

ARBEITSRECHT

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31998 L 0059: Richtlinie 98/59/EG des Rates vom 20. Juli 1998 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Massenentlassungen (ABl. L 225 vom 12.8.1998, S. 16), geändert durch:

   – 32015 L 1794: Richtlinie (EU) 2015/1794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Änderung der Richtlinien 2008/94/EG, 2009/38/EG und 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 98/59/EG und 2001/23/EG des Rates in Bezug auf Seeleute (ABl. L 263 vom 8.10.2015, S. 1)

2. 32008 L 0094: Richtlinie 2008/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 über den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (kodifizierte Fassung) (ABl. L 283 vom 28.10.2008, S. 36), geändert durch:

   – 32015 L 1794: Richtlinie (EU) 2015/1794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Änderung der Richtlinien 2008/94/EG, 2009/38/EG und 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 98/59/EG und 2001/23/EG des Rates in Bezug auf Seeleute (ABl. L 263 vom 8.10.2015, S. 1)

3. 32015 L 1794: Richtlinie (EU) 2015/1794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Änderung der Richtlinien 2008/94/EG, 2009/38/EG und 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 98/59/EG und 2001/23/EG des Rates in Bezug auf Seeleute (ABl. L 263 vom 8.10.2015, S. 1)

4. 32019 L 1152: Richtlinie (EU) 2019/1152 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 105)

5. 32009 L 0038: Richtlinie 2009/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen (Neufassung) (ABl. L 122 vom 16.5.2009, S. 28), geändert durch:

   – 32015 L 1794: Richtlinie (EU) 2015/1794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Änderung der Richtlinien 2008/94/EG, 2009/38/EG und 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 98/59/EG und 2001/23/EG des Rates in Bezug auf Seeleute (ABl. L 263 vom 8.10.2015, S. 1)

6. 31994 L 0033: Richtlinie 94/33/EG des Rates vom 22. Juni 1994 über den Jugendarbeitsschutz (ABl. L 216 vom 20.8.1994, S. 12), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32014 L 0027: Richtlinie 2014/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 65 vom 5.3.2014, S. 1)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

7. 31996 L 0071: Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (ABl. L 18 vom 21.1.1997, S. 1), geändert durch:

– 32018 L 0957: Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (ABl. L 173 vom 9.7.2018, S. 16)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

8. 32014 L 0067: Richtlinie 2014/67/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Durchsetzung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“) (ABl. L 159 vom 28.5.2014, S. 11)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

9. 31997 L 0081: Richtlinie 97/81/EG des Rates vom 15. Dezember 1997 zu der von UNICE, CEEP und EGB geschlossenen Rahmenvereinigung über Teilzeitarbeit (ABl. L 14 vom 20.1.1998, S. 9), geändert durch:

   – 31998 L 0023: Richtlinie 98/23/EG des Rates vom 7. April 1998 (ABl. L 131 vom 5.5.1998, S. 10)

10. 31999 L 0070: Richtlinie 1999/70/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zu der EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge (ABl. L 175 vom 10.7.1999, S. 43), berichtigt in ABl. L 244 vom 16.9.1999, S. 64

11. 31999 L 0063: Richtlinie 1999/63/EG des Rates vom 21. Juni 1999 zu der vom Verband der Reeder in der Europäischen Gemeinschaft (European Community Shipowners' Association ECSA) und dem Verband der Verkehrsgewerkschaften in der Europäischen Union (Federation of Transport Workers' Unions in the European Union FST) getroffenen Vereinbarung über die Regelung der Arbeitszeit von Seeleuten (ABl. L 167 vom 2.7.1999, S. 33), berichtigt in ABl. L 244 vom 16.9.1999, S. 64, geändert durch:

   – 32009 L 0013: Richtlinie 2009/13/EG des Rates vom 16. Februar 2009 (ABl. L 124 vom 20.5.2009, S. 30)

12. 32000 L 0079: Richtlinie 2000/79/EG des Rates vom 27. November 2000 über die Durchführung der von der Vereinigung Europäischer Fluggesellschaften (AEA), der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF), der European Cockpit Association (ECA), der European Regions Airline Association (ERA) und der International Air Carrier Association (IACA) geschlossenen Europäischen Vereinbarung über die Arbeitszeitorganisation für das fliegende Personal der Zivilluftfahrt (ABl. L 302 vom 1.12.2000, S. 57)

13. 32001 L 0023: Richtlinie 2001/23/EG des Rates vom 12. März 2001 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Unternehmens- oder Betriebsteilen (ABl. L 82 vom 22.3.2001, S. 16), berichtigt in ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 84, geändert durch:

   – 32015 L 1794: Richtlinie (EU) 2015/1794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Änderung der Richtlinien 2008/94/EG, 2009/38/EG und 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 98/59/EG und 2001/23/EG des Rates in Bezug auf Seeleute (ABl. L 263 vom 8.10.2015, S. 1)

14. 32001 L 0086: Richtlinie 2001/86/EG des Rates vom 8. Oktober 2001 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer (ABl. L 294 vom 11.10.2001, S. 22)

15. 32002 L 0014: Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 80 vom 23.3.2002, S. 29), geändert durch:

    – 32015 L 1794: Richtlinie (EU) 2015/1794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Änderung der Richtlinien 2008/94/EG, 2009/38/EG und 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 98/59/EG und 2001/23/EG des Rates in Bezug auf Seeleute (ABl. L 263 vom 8.10.2015, S. 1)

16. 32003 L 0072: Richtlinie 2003/72/EG des Rates vom 22. Juli 2003 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Genossenschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer (ABl. L 207 vom 18.8.2003, S. 25)

17. 32003 L 0088: Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (ABl. L 299 vom 18.11.2003, S. 9)

18. 32005 L 0047: Richtlinie 2005/47/EG des Rates vom 18. Juli 2005 betreffend die Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft der Europäischen Bahnen (CER) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) über bestimmte Aspekte der Einsatzbedingungen des fahrenden Personals im interoperablen grenzüberschreitenden Verkehr im Eisenbahnsektor (ABl. L 195 vom 27.7.2005, S. 15)

19. 32002 L 0015: Richtlinie 2002/15/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Regelung der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben (ABl. L 80 vom 23.3.2002, S. 35)

20. 32009 L 0013: Richtlinie 2009/13/EG des Rates vom 16. Februar 2009 zur Durchführung der Vereinbarung zwischen dem Verband der Reeder in der Europäischen Gemeinschaft (ECSA) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) über das Seearbeitsübereinkommen 2006 und zur Änderung der Richtlinie 1999/63/EG (ABl. L 124 vom 20.5.2009, S. 30), geändert durch:

    – 32018 L 0131: Richtlinie (EU) 2018/131 des Rates vom 23. Januar 2018 zur Durchführung der Vereinbarung zwischen dem Verband der Reeder in der Europäischen Gemeinschaft (ECSA) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) zur Änderung der Richtlinie 2009/13/EG im Einklang mit den Änderungen von 2014 des Seearbeitsübereinkommens 2006 in ihrer von der Internationalen Arbeitskonferenz am 11. Juni 2014 gebilligten Form (ABl. L 22 vom 26.1.2018, S. 28)

www.parlament.gv.at

21. 32017 L 0159: Richtlinie (EU) 2017/159 des Rates vom 19. Dezember 2016 zur Durchführung der Vereinbarung über die Durchführung des Übereinkommens über die Arbeit im Fischereisektor von 2007 der Internationalen Arbeitsorganisation, die am 21. Mai 2012 zwischen dem Allgemeinen Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Europäischen Union (COGECA), der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) und der Vereinigung der nationalen Verbände von Fischereiunternehmen in der Europäischen Union (Europêche) geschlossen wurde (ABl. L 25 vom 31.1.2017, S. 12)

22. 32008 L 0104: Richtlinie 2008/104/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Leiharbeit (ABl. L 327 vom 5.12.2008, S. 9)

23. 32014 L 0112: Richtlinie 2014/112/EU des Rates vom 19. Dezember 2014 zur Durchführung der von der Europäischen Binnenschifffahrts Union (EBU), der Europäischen Schifferorganisation (ESO) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) geschlossenen Europäischen Vereinbarung über die Regelung bestimmter Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in der Binnenschifffahrt (ABl. L 367 vom 23.12.2014, S. 86)

24. 32016 D 0344: Beschluss (EU) 2016/344 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über die Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit (ABl. L 65 vom 11.3.2016, S. 12)

25. 32019 L 1937: Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (ABl. L 305 vom 26.11.2019, S. 17), geändert durch:

   – 32020 R 1503: Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Oktober 2020 über Europäische Schwarmfinanzierungsdienstleister für Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1129 und der Richtlinie (EU) 2019/1937 (ABl. L 347 vom 20.10.2020, S. 1)

   – 32022 R 1925: Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte) (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 1)

26. 32022 L 2041: Richtlinie (EU) 2022/2041 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union (ABl. L 275 vom 25.10.2022, S. 33)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 41995 Y 1110(01): Entschließung 95/C 296/06 des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 5. Oktober 1995 zur Darstellung der Frau und des Mannes in Werbung und Medien (ABl. C 296 vom 10.11.1995, S. 15)

2. 31995 Y 0704(02): Entschließung 95/C 168/02 des Rates vom 27. März 1995 über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess (ABl. C 168 vom 4.7.1995, S. 3)

3. 31996 H 0694: Empfehlung 96/694/EG des Rates vom 2. Dezember 1996 über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess (ABl. L 319 vom 10.12.1996, S. 11)

4. 52013 DC 0882: Mitteilung der Kommission vom 13. Dezember 2013 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Qualitätsrahmen der EU für die Antizipation von Veränderungen und Umstrukturierungen (COM(2013) 882 final)

5. 32014 H 0327 (01): Empfehlung des Rates vom 10. März 2014 zu einem Qualitätsrahmen für Praktika (2014/C 88/01) (ABl. C 88 vom 27.3.2014, S. 1)

6. 52017 X C0524(01): Mitteilung zu Auslegungsfragen C/2017/2601 in Bezug auf die Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (*ABl. C 165 vom 24.5.2017, S. 1*)

7. 52017 DC 0254: Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss – Bericht über die Durchführung der Richtlinie 2003/88/EG über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in den Mitgliedstaaten (COM(2017) 254 final)

8. 32021 H 0402: Empfehlung (EU) 2021/402 der Kommission vom 4. März 2021 zu einer wirksamen aktiven Beschäftigungsförderung (EASE) nach der COVID-19-Krise (ABl. L 80 vom 8.3.2021, S. 1)

ANHANG XIX

VERBRAUCHERSCHUTZ

Liste nach Artikel 56 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

www.parlament.gv.at

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31998 L 0006: Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse (ABl. L 80 vom 18.3.1998, S. 27), geändert durch:

   – 32019 L 2161: Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 7)

2. 32006 L 0114: Richtlinie 2006/114/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über irreführende und vergleichende Werbung (kodifizierte Fassung) (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 21)

3. 31987 L 0357: Richtlinie 87/357/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Erzeugnisse, deren tatsächliche Beschaffenheit nicht erkennbar ist und die die Gesundheit oder die Sicherheit der Verbraucher gefährden (ABl. L 192 vom 11.7.1987, S. 49)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

www.parlament.gv.at

In Artikel 4 Absatz 2 gilt der Verweis auf die Entscheidung 84/133/EWG als Verweis auf die Entscheidung 89/45/EWG.

4. 31993 L 0013: Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen (ABl. L 95 vom 21.4.1993, S. 29), geändert durch:

   – 32011 L 0083: Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 64)

   – 32019 L 2161: Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 7)

5. 32008 L 0122: Richtlinie 2008/122/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Januar 2009 über den Schutz der Verbraucher im Hinblick auf bestimmte Aspekte von Teilzeitnutzungsverträgen, Verträgen über langfristige Urlaubsprodukte sowie Wiederverkaufs- und Tauschverträgen (ABl. L 33 vom 3.2.2009, S. 10)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Teilzeitnutzungsverträge, Verträge über langfristige Urlaubsprodukte sowie Wiederverkaufs- und Tauschverträge in seinem Hoheitsgebiet.

6. 32020 L 1828: Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 409 vom 4.12.2020, S. 1), geändert durch:

   – 32022 R 1925: Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 1)

7. 32020 D 0369: Beschluss (EU) 2020/369 der Kommission vom 4. März 2020 zur Ermächtigung von Einrichtungen, die Verbraucherinteressen und Unternehmerinteressen auf Unionsebene vertreten, eine externe Warnmeldung gemäß der Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates abzugeben (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 139)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt ein Jahr ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

8. 32011 L 0083: Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 64), geändert durch:

   – 32019 L 2161: Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 7)

9. 32019 L 0770: Richtlinie (EU) 2019/770 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen (ABl. L 136 vom 22.5.2019, S. 1)

10. 32019 L 0771: Richtlinie (EU) 2019/771 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Warenkaufs, zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie 2009/22/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 1999/44/EG (ABl. L 136 vom 22.5.2019, S. 28)

11. 32018 R 2394: Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (ABl. L 345 vom 24.12.2017, S. 1), geändert durch:

    – 32018 R 0302: Verordnung (EU) 2018/302 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2018 (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 1)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt ein Jahr ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

12. 32019 D 2213: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2213 der Kommission vom 20. Dezember 2019 zur Festlegung der praktischen und operativen Modalitäten für die Funktionsweise der nach der Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates eingerichteten elektronischen Datenbank in Bezug auf bestimmte nach dieser Verordnung übermittelte Mitteilungen (ABl. L 332 vom 23.12.2019, S. 163)

13. 32019 D 2212: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2212 der Kommission vom 20. Dezember 2019 über ein Pilotprojekt zur Umsetzung bestimmter in der Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden enthaltener Bestimmungen zur Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems (ABl. L 332 vom 23.12.2019, S. 159)[1]

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

14. 32005 L 0029: Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates („Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken“) (ABl. L 149 vom 11.6.2005, S. 22), geändert durch:

– 32019 L 2161: Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 7)

[1] Bestimmte Bestimmungen der Verordnung (EU) 2017/2394 über die Verwaltungszusammenarbeit sind Gegenstand eines Pilotprojekts unter Nutzung des Binnenmarkt-Informationssystems, das mit der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/49/EG der Kommission („IMI-Verordnung“) (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 1) eingerichtet wurde. Zu diesem Zweck wurde gemäß Artikel 4 der IMI-Verordnung ein gesonderter Durchführungsbeschluss erlassen.

www.parlament.gv.at

15. 32008 L 0048: Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates (ABl. L 133 vom 2.5.2008, S. 66), geändert durch:

– 32011 L 0090: Richtlinie 2011/90/EU der Kommission vom 14. November 2011 (ABl. L 296 vom 15.11.2011, S. 35)

– 32014 L 0017: Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 (ABl. L 60 vom 28.2.2014, S. 34)

– 32016 R 1011: Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 1)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen gilt für Artikel 9 dieser Richtlinie. Der oben genannte Artikel gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Banksegment gewährt wurde.

16. 32013 R 0524: Verordnung (EU) Nr. 524/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 165 vom 18.6.2013, S. 1)

17. 32015 R 1051: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1051 der Kommission vom 1. Juli 2015 über die Modalitäten für die Ausübung der Funktionen der Plattform zur Online-Streitbeilegung, über die Modalitäten des elektronischen Beschwerdeformulars und die Modalitäten der Zusammenarbeit der Kontaktstellen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 524/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten (ABl. L 171 vom 2.7.2015, S. 1)

18. 32013 L 0011: Richtlinie 2013/11/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 165 vom 18.6.2013, S. 63)

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

    a) In der Richtlinie enthaltene Verweise auf andere Rechtsakte gelten in dem Umfang und in der Form, in denen sie in dieses Abkommen übernommen wurden.

b) Artikel 11 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Für die Zwecke dieses Artikels wird der ‚gewöhnliche Aufenthalt' nach Maßgabe des Folgenden bestimmt:

a) Der Ort des gewöhnlichen Aufenthalts von Gesellschaften, Vereinen und juristischen Personen ist der Ort ihrer Hauptverwaltung;

der gewöhnliche Aufenthalt einer natürlichen Person, die im Rahmen der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit handelt, ist der Ort ihrer Hauptniederlassung;

b) wird der Vertrag im Rahmen des Betriebs einer Zweigniederlassung, Agentur oder sonstigen Niederlassung geschlossen oder ist für die Erfüllung gemäß dem Vertrag eine solche Zweigniederlassung, Agentur oder sonstige Niederlassung verantwortlich, so steht der Ort des gewöhnlichen Aufenthalts dem Ort gleich, an dem sich die Zweigniederlassung, Agentur oder sonstige Niederlassung befindet;

c) für die Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts ist der Zeitpunkt des Vertragsschlusses maßgebend."

c) In Artikel 18 Absatz 2 wird Folgendes angefügt:

„Die Kommission nimmt die von Andorra benannten zuständigen Stellen und zentralen Anlaufstellen in diese Liste auf."

d) In Artikel 20 Absatz 4 wird nach den Worten „bei jeder Mitteilung von Änderungen.“ Folgendes eingefügt:

„Die Kommission nimmt die gemäß Absatz 2 aufgeführten AS-Stellen mit Sitz in Andorra in diese Liste auf.“

19. 32015 L 2302: Richtlinie (EU) 2015/2302 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 90/314/EWG des Rates (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Artikel 14 Absatz 4 werden die Worte „die Union“ durch das Wort „Andorra“ ersetzt.

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 41986 X 0723(06): Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 9. Juni 1986 über die Verbrauchererziehung in Primar- und Sekundarschulen (ABl. C 184 vom 23.7.1986, S. 21)

2. 32010 H 0304: Empfehlung 2010/304/EU der Kommission vom 12. Mai 2010 zur Verwendung einer harmonisierten Methodik zur Klassifizierung und Meldung von Verbraucherbeschwerden und Verbraucheranfragen (ABl. L 136 vom 2.6.2010, S. 1)

www.parlament.gv.at

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 7/14

ANHANG

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

ANHANG XX – ANDORRA-PROTOKOLL

UMWELT – KLIMA

Liste nach den Artikeln 57 und 58 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL I – UMWELT

1 Allgemein 4
2 Wasser 42
3 Luft 48
4 Chemische Stoffe, industrielle Risiken und Biotechnologie 53
5 Abfall 59
6 Lärm 76

TEIL II – KLIMA

1 EU-Überwachungsmechanismus 79
2 Überwachung in der EU – Seeverkehr 80
3 Emissionshandelssystem 82
4 Emissionshandelssystem der EU – Luftverkehr 92
5 Kraftstoffqualität 94
6 Schutz der Ozonschicht 96
7 Fluorierte Treibhausgase 98
8 CO_2-Emissionsnormen der EU für Pkw, leichte Nutzfahrzeuge und Lkw 102
9 CO_2-Abscheidung und -Speicherung 110

www.parlament.gv.at

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Für Teil II – Klima dieses Anhangs gilt Folgendes:

1. Andorra hält in seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften seine Verpflichtung fest, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, und zwar im Einklang mit seinen schrittweise national festgelegten Beiträgen, die ausgearbeitet und dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen mitgeteilt wurden, und einer auf dieses Ziel abgestimmten langfristigen Strategie für eine hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarme Entwicklung.

2. Andorra hält in seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften seine Verpflichtung fest, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 45 % gegenüber 2005 zu senken, was Netto-Treibhausgasemissionen von 202 Gg CO_2-Äq. bis 2030 entspricht. Andorra stellt vor dem 31. Dezember 2025 sicher, dass seine innerstaatliche Verpflichtung zur Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 an die in der Europäischen Union geltende Verpflichtung angeglichen wird.

3. Andorra bemüht sich um Fortschritte bei der Erfüllung seiner in den Absätzen 1 und 2 genannten Verpflichtungen und belegt diese.

4. Andorra enthält sich jeglicher Handlungen oder Unterlassungen, die die Ziele und Zwecke des Übereinkommens von Paris untergraben oder wesentlich beeinträchtigen würden, wie die Bereitstellung öffentlicher Unterstützung für die Schaffung neuer Erzeugungskapazitäten, die mehr als 550 g CO_2 aus fossilen Brennstoffen pro kWh ausstoßen.

www.parlament.gv.at

5. Andorra hält in seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften die erforderlichen Bestimmungen zur Erhaltung und Verbesserung der Kohlenstoffbestände und -senken im Einklang mit Artikel 5 des Übereinkommens von Paris fest. Andorra legt dem Gemeinsamen Ausschuss Nachweise vor, dass die gemeldeten Emissionen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) im Sinne der Verordnung (EU) 2018/841 den Abbau von Treibhausgasen nicht übersteigen.

TEIL I – UMWELT

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

ALLGEMEIN

1. 32011 L 0092: Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 1), geändert durch:

   – 32014 L 0052: Richtlinie 2014/52/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 124 vom 25.4.2014, S. 1)

www.parlament.gv.at

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In dieser Richtlinie enthaltene Verweise auf EU-Rechtsvorschriften gelten in dem Umfang und in der Form, in denen sie in das Abkommen übernommen wurden.

2. 32003 L 0004: Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2003 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen und zur Aufhebung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates (ABl. L 41 vom 14.2.2003, S. 26)

3. 31994 D 0741: Entscheidung 94/741/EG der Kommission vom 24. Oktober 1994 über die Fragebögen für die Berichte der Mitgliedstaaten über die Durchführung bestimmter Abfallrichtlinien (Durchführung der Richtlinie 91/692/EWG des Rates) (ABl. L 296 vom 17.11.1994, S. 42), geändert durch:

   – 32007 D 0151: Entscheidung 2007/151/EG der Kommission vom 6. März 2007 (ABl. L 67 vom 7.3.2007, S. 7)

   – 32021 D 2252: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2252 der Kommission vom 16. Dezember 2021 zur Änderung der Entscheidung 94/741/EG über die Fragebögen für die Berichte der Mitgliedstaaten über die Durchführung bestimmter Abfallrichtlinien (ABl. L 454 vom 17.12.2021, S. 4)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Hinsichtlich der Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Fragebogen für den Bericht der EU-Mitgliedstaaten über die Umsetzung und Anwendung der Richtlinie 86/278/EWG gemäß diesem Beschluss gilt Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen.

Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft in seinem Hoheitsgebiet nicht.

4. 31997 D 0622: Entscheidung 97/622/EG der Kommission vom 27. Mai 1997 über Fragebögen zu den Berichten der Mitgliedstaaten über die Durchführung bestimmter Richtlinien auf dem Abfallsektor (Durchführung der Richtlinie 91/692/EWG des Rates) (ABl. L 256 vom 19.9.1997, S. 13), geändert durch:

   – 32007 D 0151: Entscheidung 2007/151/EG der Kommission vom 6. März 2007 (ABl. L 67 vom 7.3.2007, S. 7)

5. 32009 R 1221: Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001, sowie der Beschlüsse der Kommission 2001/681/EG und 2006/193/EG (ABl. L 342 vom 22.12.2009, S. 1), geändert durch:

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32017 R 1505: Verordnung (EU) 2017/1505 der Kommission vom 28. August 2017 (ABl. L 222 vom 29.8.2017, S. 1)

– 32018 R 2026: Verordnung (EU) 2018/2026 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 325 vom 20.12.2018, S. 18)

6. 32011 D 0832: Beschluss 2011/832/EU der Kommission vom 7. Dezember 2011 über einen Leitfaden zur EU-Sammelregistrierung, Drittlandregistrierung und weltweiten Registrierung nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 25)

7. 32013 D 0131: Beschluss 2013/131/EU der Kommission vom 4. März 2013 über ein Nutzerhandbuch mit den Schritten, die zur Teilnahme an EMAS nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung unternommen werden müssen (ABl. L 76 vom 19.3.2013, S. 1)

8. 32015 D 0801: Beschluss (EU) 2015/801 der Kommission vom 20. Mai 2015 über das Referenzdokument über bewährte Praktiken im Umweltmanagement, branchenspezifische einschlägige Indikatoren für die Umweltleistung und Leistungsrichtwerte für den Einzelhandel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (ABl. L 127 vom 22.5.2015, S. 25)

9. 32016 D 0611: Beschluss (EU) 2016/611 der Kommission vom 15. April 2016 über das Referenzdokument über bewährte Praktiken im Umweltmanagement, branchenspezifische einschlägige Indikatoren für die Umweltleistung und Leistungsrichtwerte für die Tourismusbranche gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 104 vom 20.4.2016, S. 27)

10. 32016 D 1621: Beschluss (EU) 2016/1621 der Kommission vom 7. September 2016 über einen Leitfaden für die Mitteilung von Angaben an Akkreditierungs- und Zulassungsstellen durch in einem anderen als dem Akkreditierungs- oder Zulassungsmitgliedstaat tätige Umweltgutachter gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 242 vom 9.9.2016, S. 32)

11. 32017 D 1508: Beschluss (EU) 2017/1508 der Kommission vom 28. August 2017 über das Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Lebensmittel- und Getränkeindustrie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 223 vom 30.8.2017, S. 1)

12. 32017 D 2285: Beschluss (EU) 2017/2285 der Kommission vom 6. Dezember 2017 über die Änderung des Nutzerhandbuchs mit den Schritten, die zur Teilnahme an EMAS nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung unternommen werden müssen (ABl. L 328 vom 12.12.2017, S. 38)

13. 32017 D 2286: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2286 der Kommission vom 6. Dezember 2017 über die Anerkennung der Übereinstimmung der Anforderungen des Umweltmanagementsystems Eco-Lighthouse mit den entsprechenden Anforderungen des Gemeinschaftssystems für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) gemäß Artikel 45 der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (ABl. L 328 vom 12.12.2017, S. 87)

14. 32018 D 0813: Beschluss (EU) 2018/813 der Kommission vom 14. Mai 2018 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für den Agrarsektor gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 145 vom 8.6.2018, S. 1)

15. 32019 D 0061: Beschluss (EU) 2019/61 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die öffentliche Verwaltung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 17 vom 18.1.2019, S. 1)

16. 32019 D 0062: Beschluss (EU) 2019/62 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Automobilindustrie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 17 vom 18.1.2019, S. 58)

17. 32019 D 0063: Beschluss (EU) 2019/63 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Elektro- und Elektronikgeräteindustrie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 17 vom 18.1.2019, S. 94)

18. 32020 D 0519: Beschluss (EU) 2020/519 der Kommission vom 3. April 2020 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Abfallbewirtschaftung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 115 vom 14.4.2020, S. 1)

19. 32020 D 1802: Beschluss (EU) 2020/1802 der Kommission vom 27. November 2020 über die Änderung des Nutzerhandbuchs mit den Schritten, die zur Teilnahme an EMAS nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung unternommen werden müssen (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 51)

20. 32021 D 2053: Beschluss (EU) 2021/2053 der Kommission vom 8. November 2021 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Herstellung von Metallerzeugnissen für die Zwecke der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 55)

21. 32021 D 2054: Beschluss (EU) 2021/2054 der Kommission vom 8. November 2021 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für den Sektor Telekommunikationsdienste und Informations- und Kommunikationstechnologiedienste (IKT-Dienste) für die Zwecke der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 87)

22. 32010 L 0075: Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (Neufassung) (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 17), berichtigt in ABl. L 158 vom 19.6.2012, S. 25

23. 32012 D 0115: Durchführungsbeschluss 2012/115/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 mit Bestimmungen zu den nationalen Übergangsplänen gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen (ABl. L 52 vom 24.2.2012, S. 12)

    Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Inbetriebnahme von Feuerungsanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht.

24. 32012 D 0119: Durchführungsbeschluss 2012/119/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 mit Leitlinien für die Erhebung von Daten sowie für die Ausarbeitung der BVT-Merkblätter und die entsprechenden Qualitätssicherungsmaßnahmen gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen (ABl. L 63 vom 2.3.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 328 vom 28.11.2012, S. 27

25. 32012 D 0134: Durchführungsbeschluss 2012/134/EU der Kommission vom 28. Februar 2012 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Glasherstellung (ABl. L 70 vom 8.3.2012, S. 1)

    Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme von Tätigkeiten der Glasindustrie in seinem Hoheitsgebiet.

26. 32012 D 0135: Durchführungsbeschluss 2012/135/EU der Kommission vom 28. Februar 2012 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Eisen- und Stahlerzeugung (ABl. L 70 vom 8.3.2012, S. 63)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der Eisen- und Stahlerzeugung in seinem Hoheitsgebiet.

27. 32012 D 0249: Durchführungsbeschluss 2012/249/EU der Kommission vom 7. Mai 2012 zur Festlegung der Zeitabschnitte des An- und Abfahrens von Feuerungsanlagen zum Zwecke der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen (ABl. L 123 vom 9.5.2012, S. 44)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Inbetriebnahme von Feuerungsanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht.

28. 32012 D 0795: Durchführungsbeschluss 2012/795/EU der Kommission vom 12. Dezember 2012 zur Festlegung, welche Art von Informationen die Mitgliedstaaten in welcher Form und mit welcher Häufigkeit für die Berichterstattung über die Umsetzung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen zu übermitteln haben (ABl. L 349 vom 19.12.2012, S. 57)

29. 32013 D 0084: Durchführungsbeschluss 2013/84/EU der Kommission vom 11. Februar 2013 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf das Gerben von Häuten und Fellen (ABl. L 45 vom 16.2.2013, S. 13)

    Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme von Tätigkeiten der Gerberei in seinem Hoheitsgebiet.

30. 32013 D 0163: Durchführungsbeschluss 2013/163/EU der Kommission vom 26. März 2013 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Herstellung von Zement, Kalk und Magnesiumoxid (ABl. L 100 vom 9.4.2013, S. 1)

31. 32013 D 0732: Durchführungsbeschluss 2013/732/EU der Kommission vom 9. Dezember 2013 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Chloralkaliindustrie (ABl. L 332 vom 11.12.2013, S. 34)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der Chloralkali-Herstellung in seinem Hoheitsgebiet.

32. 32014 D 0687: Durchführungsbeschluss 2014/687/EU der Kommission vom 26. September 2014 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Herstellung von Zellstoff, Papier und Karton (ABl. L 284 vom 30.9.2014, S. 76), berichtigt in ABl. L 348 vom 4.12.2014, S. 30

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der Herstellung von Zellstoff, Papier und Pappe in seinem Hoheitsgebiet.

33. 32014 D 0738: Durchführungsbeschluss 2014/738/EU der Kommission vom 9. Oktober 2014 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf das Raffinieren von Mineralöl und Gas (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 38), berichtigt in ABl. L 62 vom 6.3.2015, S. 35

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Inbetriebnahme von Mineralöl- und Gasraffinerien in seinem Hoheitsgebiet.

34. 32014 D 0768: Durchführungsbeschluss 2014/768/EU der Kommission vom 30. Oktober 2014 zur Festlegung, welche Art von Informationen die Mitgliedstaaten in welcher Form und mit welcher Häufigkeit gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über integrierte Emissionsmanagementtechniken in Mineralöl- und Gasraffinerien zu übermitteln haben (ABl. L 315 vom 1.11.2014, S. 15)

35. 32015 D 2119: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2119 der Kommission vom 20. November 2015 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Herstellung von Platten auf Holzbasis (ABl. L 306 vom 24.11.2015, S. 31)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der Herstellung von Platten auf Holzbasis in seinem Hoheitsgebiet.

36. 32016 D 1032: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1032 der Kommission vom 13. Juni 2016 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für die Nichteisenmetallindustrie (ABl. L 174 vom 30.6.2016, S. 32)

    Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Inbetriebnahme der Nichteisenmetallindustrie in seinem Hoheitsgebiet.

37. 32017 D 0302: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/302 der Kommission vom 15. Februar 2017 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Intensivhaltung oder -aufzucht von Geflügel oder Schweinen (ABl. L 43 vom 21.2.2017, S. 231)

    Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der Intensivhaltung oder -aufzucht von Geflügel oder Schweinen in seinem Hoheitsgebiet.

38. 32016 D 0902: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/902 der Kommission vom 30. Mai 2016 zur Festlegung der Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für eine einheitliche Abwasser-/Abgasbehandlung und einheitliche Abwasser-/Abgasmanagementsysteme in der Chemiebranche (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 23)

    Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Inbetriebnahme der chemischen Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

39. 32017 D 1442: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1442 der Kommission vom 31. Juli 2017 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für Großfeuerungsanlagen (ABl. L 212 vom 17.8.2017, S. 1)

    Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Inbetriebnahme von Großfeuerungsanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht.

40. 32017 D 2117: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2117 der Kommission vom 21. November 2017 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die die Herstellung von organischen Grundchemikalien (ABl. L 323 vom 7.12.2017, S. 1)

    Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Herstellung von organischen Grundchemikalien in seinem Hoheitsgebiet nicht.

41. 32018 D 1147: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1147 der Kommission vom 10. August 2018 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für die Abfallbehandlung (ABl. L 208 vom 17.8.2018, S. 38)

42. 32018 D 1135: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1135 der Kommission vom 10. August 2018 zur Festlegung, welche Art von Informationen die Mitgliedstaaten in welcher Form und mit welcher Häufigkeit für die Berichterstattung über die Umsetzung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen zu übermitteln haben (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 40)

43. 32019 D 2031: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2031 der Kommission vom 12. November 2019 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für die Nahrungsmittel-, Getränke- und Milchindustrie (ABl. L 313 vom 4.12.2019, S. 60)

44. 32019 D 2010: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2010 der Kommission vom 12. November 2019 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Abfallverbrennung (ABl. L 312 vom 3.12.2019, S. 55)

45. 32020 D 2009: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2009 der Kommission vom 22. Juni 2020 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Behandlung von Oberflächen unter Verwendung von organischen Lösungsmitteln, einschließlich der Konservierung von Holz und Holzerzeugnissen mit Chemikalien (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 19)

46. 32021 D 2326: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2326 der Kommission vom 30. November 2021 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für Großfeuerungsanlagen (ABl. L 469 vom 30.12.2021, S. 1)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Inbetriebnahme von Großfeuerungsanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht.

47. 32022 D 2110: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2110 der Kommission vom 11. Oktober 2022 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Eisenmetallverarbeitungsindustrie (ABl. L 284 vom 4.11.2022, S. 69)

    Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Inbetriebnahme der Eisenmetallindustrie in seinem Hoheitsgebiet.

48. 32022 D 2427: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2427 der Kommission vom 6. Dezember 2022 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf einheitliche Abgasmanagement- und -behandlungssysteme in der Chemiebranche (ABl. L 318 vom 12.12.2022, S. 157)

49. 32022 D 2508: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2508 der Kommission vom 9. Dezember 2022 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Textilindustrie (ABl. L 325 vom 20.12.2022, S. 112)

50. 32001 L 0042: Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (ABl. L 197 vom 21.7.2001, S. 30)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b der Richtlinie findet keine Anwendung.

b) Die Worte „wie etwa die gemäß den Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG ausgewiesenen Gebiete“ werden aus Anhang I Buchstabe d (Informationen gemäß Artikel 5 Absatz 1) der Richtlinie gestrichen.

51. 32006 R 0166: Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2006 über die Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters und zur Änderung der Richtlinien 91/689/EWG und 96/61/EG des Rates (ABl. L 33 vom 4.2.2006, S. 1), geändert durch:

– 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

– 32019 R 1010: Verordnung (EU) 2019/1010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 170 vom 25.6.2019, S. 115)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

Diese Verordnung gilt mit folgenden Anpassungen:

Da Andorra nur über zwei Anlagen verfügt, die in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen, eine öffentlich betriebene Anlage, die unter Anhang I Nummer 5 Buchstabe b fällt – Anlagen für die Verbrennung nicht gefährlicher Abfälle, die unter die Richtlinie 2000/76/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Dezember 2000 über die Verbrennung von Abfällen – und eine öffentlich betriebene Anlage, die unter Anhang I Nummer 5 Buchstabe f fällt – kommunale Abwasserbehandlungsanlagen – ist Andorra berechtigt, der Europäischen Kommission die Daten zu den beiden Anlagen direkt zu übermitteln, sofern die folgenden Anforderungen vollständig erfüllt sind:

– Die Daten müssen gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung von den zuständigen Behörden Andorras und nicht vom Betreiber übermittelt werden.

– Die übermittelten Daten müssen im Einklang mit den Anforderungen gemäß Artikel 5 Absätze 1 und 2 und Artikel 6 der Verordnung vollständig sein und dem im Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1741 der Kommission in der geänderten Fassung festgelegten Berichterstattungsformat entsprechen.

– Die Daten müssen im Einklang mit den im Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1741 der Kommission in der geänderten Fassung festgelegten Fristen vorgelegt werden.

– Der Betreiber muss die Anforderungen gemäß Artikel 5 Absätze 3, 4 und 5 und Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung erfüllen.

– Die zuständigen Behörden Andorras müssen die Qualität der von den Anlagen übermittelten Daten gemäß Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung bewerten, bevor sie sie der Kommission vorlegen.

– Andorra muss Vorschriften über Sanktionen festlegen, die bei Verstößen der Betreiber der beiden Anlagen gegen die einschlägigen Verpflichtungen aus der Verordnung zu verhängen sind.

52. 32010 D 0205: Beschluss 2010/205/EU der Kommission vom 31. März 2010 über den Fragebogen für die Berichterstattung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters und zur Änderung der Richtlinien 91/689/EWG und 96/61/EG des Rates (ABl. L 88 vom 8.4.2010, S. 18)

53. 32019 D 1741: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1741 der Kommission vom 23. September 2019 zur Festlegung, in welcher Form und mit welcher Häufigkeit die Mitgliedstaaten Daten für die Berichterstattung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters und zur Änderung der Richtlinien 91/689/EWG und 96/61/EG des Rates zu übermitteln haben (ABl. L 267 vom 21.10.2019, S. 3), geändert durch:

– 32022 D 0142: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/142 der Kommission vom 31. Januar 2022 (ABl. L 23 vom 2.2.2022, S. 25)

www.parlament.gv.at

Dieser Beschluss gilt mit folgender Anpassung:

In Artikel 1 werden die Worte „Berichtsjahr 2019“ durch die Worte „Berichtsjahr nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt.

54. 32004 L 0035: Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (ABl. L 143 vom 30.4.2004, S. 56), geändert durch:

– 32006 L 0021: Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 (ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 15)

– 32009 L 0031: Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114)

– 32019 R 1010: Verordnung (EU) 2019/1010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 170 vom 25.6.2019, S. 115)

Diese Richtlinie gilt mit folgenden Anpassungen:

a) Unbeschadet künftiger Maßnahmen des mit diesem Abkommen eingerichteten Gemeinsamen Ausschusses ist darauf hinzuweisen, dass folgende Rechtsakte der Gemeinschaft nicht in dieses Abkommen aufgenommen wurden:

i) 31979 L 0409: Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (*ABl. L 103 vom 25.4.1979, S. 1*)

ii) 31992 L 0043: Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (*ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7*)

Daher gelten keinerlei Bezugnahmen auf diese Rechtsakte.

b) Artikel 2 Absatz 3 findet keine Anwendung.

c) „geschützte Arten und natürliche Lebensräume“ bedeutet:

Wenn Andorra dies vorsieht, Lebensräume oder Arten oder Typen von Lebensräumen oder Arten, die von Andorra für gleichartige Zwecke wie in den beiden in Artikel 2 Absatz 3 genannten Richtlinien ausgewiesen werden.

55. 32007 L 0002: Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE) (ABl. L 108 vom 25.4.2007, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die in Artikel 6 Buchstabe a, Artikel 6 Buchstabe b und Artikel 7 Absatz 3 genannten Fristen beziehen sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Die in Artikel 21 Absatz 2 und Artikel 24 Absatz 1 genannten Daten beziehen sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

c) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt vier Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

56. 32008 R 1205: Verordnung (EG) Nr. 1205/2008 der Kommission vom 3. Dezember 2008 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Metadaten (ABl. L 326 vom 4.12.2008, S. 12), berichtigt in ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 83

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt vier Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

57. 32019 D 1372: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1372 der Kommission vom 19. August 2019 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Überwachung und Berichterstattung (ABl. L 220 vom 23.8.2019, S. 1)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt vier Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

58. 32009 R 0976: Verordnung (EG) Nr. 976/2009 der Kommission vom 19. Oktober 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Netzdienste (ABl. L 274 vom 20.10.2009, S. 9), geändert durch:

– 32010 R 1088: Verordnung (EU) Nr. 1088/2010 der Kommission vom 23. November 2010 (ABl. L 323 vom 8.12.2010, S. 1)

– 32014 R 1311: Verordnung (EU) Nr. 1311/2014 der Kommission vom 10. Dezember 2014 (ABl. L 354 vom 11.12.2014, S. 6)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die in Artikel 4 genannten Daten beziehen sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt vier Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

59. 32010 R 0268: Verordnung (EU) Nr. 268/2010 der Kommission vom 29. März 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf den Zugang der Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft zu Geodatensätzen und -diensten der Mitgliedstaaten nach harmonisierten Bedingungen (ABl. L 83 vom 30.3.2010, S. 8)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die in Artikel 8 gesetzten Fristen beziehen sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt vier Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

60. 32010 R 1089: Verordnung (EG) Nr. 1089/2010 der Kommission vom 23. November 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Interoperabilität von Geodatensätzen und -diensten (ABl. L 323 vom 8.12.2010, S. 11), geändert durch:

– 32011 R 0102: Verordnung (EU) Nr. 102/2011 der Kommission vom 4. Februar 2011 (ABl. L 31 vom 5.2.2011, S. 13)

– 32013 R 1253: Verordnung (EU) Nr. 1253/2013 der Kommission vom 21. Oktober 2013 (ABl. L 331 vom 10.12.2013, S. 1)

– 32014 R 1312: Verordnung (EU) Nr. 1312/2014 der Kommission vom 10. Dezember 2014 (ABl. L 354 vom 11.12.2014, S. 8)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Das in Artikel 14a genannten Datum bezieht sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt vier Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

61. 32003 L 0035: Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten (ABl. L 156 vom 25.6.2003, S. 17)

www.parlament.gv.at

62. 32009 L 0128: Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 71), berichtigt in ABl. L 161 vom 29.6.2010, S. 11, geändert durch:

– 32019 L 0782: Richtlinie (EU) 2019/782 der Kommission vom 15. Mai 2019 (ABl. L 127 vom 16.5.2019, S. 4)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

63. 31997 R 0338: Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (ABl. L 61 vom 3.3.1997, S. 1)

64. 32008 L 0099: Richtlinie 2008/99/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt (ABl. L 328 vom 6.12.2008, S. 28)

Diese Richtlinie gilt mit folgender Anpassung:

Da bestimmte in dieser Richtlinie aufgeführten EU-Rechtsakte nicht in dieses Abkommen aufgenommen wurden, gelten alle Bezugnahmen auf diese Rechtsakte, auf Definitionen in diesen Rechtsakten und auf als Straftat geltendes Verhalten, das unter die in dieser Richtlinie aufgeführten Rechtsakte fällt, nicht. Derzeit handelt es sich um folgende Rechtsakte:

i) 31976 L 0160: Richtlinie 76/160/EWG des Rates vom 8. Dezember 1975 über die Qualität der Badegewässer (*ABl. L 31 vom 5.2.1976, S. 1*)

ii) 31979 L 0409: Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (*ABl. L 103 vom 25.4.1979, S. 1*)

iii) 31992 L 0043: Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (*ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7*)

iv) 31996 L 0029: Richtlinie 96/29/Euratom des Rates vom 13. Mai 1996 zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren durch ionisierende Strahlungen (*ABl. L 159 vom 29.6.1996, S. 1*)

v) 32019 R 1587: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1587 der Kommission vom 24. September 2019 zum Verbot der Einfuhr von Exemplaren bestimmter Arten wild lebender Tiere und Pflanzen in die Union gemäß der Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates über den Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (*ABl. L 248 vom 27.9.2019, S. 5)*

vi) 32013 L 0059: Richtlinie 2013/59/Euratom des Rates vom 5. Dezember 2013 zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen für den Schutz vor den Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung und zur Aufhebung der Richtlinien 89/618/Euratom, 90/641/Euratom, 96/29/Euratom, 97/43/Euratom und 2003/122/Euratom (*ABl. L 13 vom 17.1.2014, S. 1)*

vii) 32006 L 0007: Richtlinie 2006/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2006 über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung (*ABl. L 64 vom 4.3.2006, S. 37*)

viii) 32006 L 0044: Richtlinie 2006/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Qualität von Süßwasser, das schutz- oder verbesserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten (*ABl. L 264 vom 25.9.2006, S. 20*)

ix) 32006 L 0117: Richtlinie 2006/117/Euratom des Rates vom 20. November 2006 über die Überwachung und Kontrolle der Verbringungen radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente (*ABl. L 337 vom 5.12.2006, S. 21*)

65. 32010 R 0066: Verordnung (EG) Nr. 66/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über das EU-Umweltzeichen (ABl. L 27 vom 30.1.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 108 vom 29.4.2010, S. 355, geändert durch:

– 32013 R 0782: Verordnung (EU) Nr. 782/2013 der Kommission vom 14. August 2013 (ABl. L 219 vom 15.8.2013, S. 26)

– 32017 R 1941: Verordnung (EU) 2017/1941 der Kommission vom 24. Oktober 2017 (ABl. L 275 vom 25.10.2017, S. 9)

66. 32022 D 1244: Beschluss (EU) 2022/1244 der Kommission vom 13. Juli 2022 zur Festlegung von EU-Umweltzeichenkriterien für Kultursubstrate und Bodenverbesserungsmittel (ABl. L 190 vom 19.7.2022, S. 141)

67. 32017 D 1218: Beschluss (EU) 2017/1218 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Waschmittel (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 63), geändert durch:

– 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)

– 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)

68. 32014 D 0350: Beschluss 2014/350/EU der Kommission vom 5. Juni 2014 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Textilerzeugnisse (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 45), geändert durch:

– 32017 D 1392: Beschluss (EU) 2017/1392 der Kommission vom 25. Juli 2017 (ABl. L 195 vom 27.7.2017, S. 36)

– 32020 D 1805: Beschluss (EU) 2020/1805 der Kommission vom 27. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 89)

69. 32016 D 1349: Beschluss (EU) 2016/1349 der Kommission vom 5. August 2016 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Schuhe (ABl. L 214 vom 9.8.2016, S. 16), geändert durch:

– 32020 D 1805: Beschluss (EU) 2020/1805 der Kommission vom 27. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 89)

70. 32017 D 1216: Beschluss (EU) 2017/1216 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Maschinengeschirrspülmittel (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 31), geändert durch:

– 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)

– 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)

71. 32020 D 1804: Beschluss (EU) 2020/1804 der Kommission vom 27. November 2020 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für elektronische Displays (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 73)

72. 32021 D 0476: Beschluss (EU) 2021/476 der Kommission vom 16. März 2021 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Hartbeläge (ABl. L 99 vom 22.3.2021, S. 37)

73. 32017 D 0175: Beschluss (EU) 2017/175 der Kommission vom 25. Januar 2017 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens an Beherbergungsbetriebe (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 9), geändert durch:

– 32021 D 1845: Beschluss (EU) 2021/1845 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 376 vom 22.10.2021, S. 1)

– 32023 D 0705: Beschluss (EU) 2023/705 der Kommission vom 29. März 2023 (ABl. L 92 vom 30.3.2023, S. 19)

74. 32017 D 1214: Beschluss (EU) 2017/1214 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Handgeschirrspülmittel (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 1), geändert durch:

– 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)

– 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)

75. 32017 D 1217: Beschluss (EU) 2017/1217 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Reinigungsmittel für harte Oberflächen (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 45), geändert durch:

– 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)

76. 32014 D 0312: Beschluss 2014/312/EU der Kommission vom 28. Mai 2014 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Innen- und Außenfarben und -lacke (ABl. L 164 vom 3.6.2014, S. 45), geändert durch:

– 32015 D 0886: Beschluss (EU) 2015/886 der Kommission vom 8. Juni 2015 (ABl. L 144 vom 10.6.2015, S. 12)

– 32016 D 0397: Beschluss (EU) 2016/397 der Kommission vom 16. März 2016 (ABl. L 73 vom 18.3.2016, S. 100)

– 32018 D 0666: Beschluss (EU) 2018/666 der Kommission vom 27. April 2018 (ABl. L 111 vom 2.5.2018, S. 2)

– 32020 D 0503: Beschluss (EU) 2020/503 der Kommission vom 3. April 2020 (ABl. L 109 vom 7.4.2020, S. 14)

– 32021 D 1871: Beschluss (EU) 2021/1871 der Kommission vom 22. Oktober 2021 (ABl. L 379 vom 26.10.2021, S. 49)

– 32022 D 1229: Beschluss (EU) 2022/1229 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 189 vom 18.7.2022, S. 20)

77. 32014 D 0391: Beschluss 2014/391/EU der Kommission vom 23. Juni 2014 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Bettmatratzen (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 18), geändert durch:

– 32018 D 1590: Beschluss (EU) 2018/1590 der Kommission vom 19. Oktober 2018 (ABl. L 264 vom 23.10.2018, S. 24)

– 32022 D 1229: Beschluss (EU) 2022/1229 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 189 vom 18.7.2022, S. 20)

78. 32021 D 1870: Beschluss (EU) 2021/1870 der Kommission vom 22. Oktober 2021 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für kosmetische Mittel und Tierpflegeprodukte (ABl. L 379 vom 26.10.2021, S. 8)

79. 32017 D 0176: Beschluss (EU) 2017/176 der Kommission vom 25. Januar 2017 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Bodenbeläge auf Holz-, Kork- und Bambusbasis (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 44), geändert durch:

– 32022 D 1229: Beschluss (EU) 2022/1229 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 189 vom 18.7.2022, S. 20)

80. 32016 D 1332: Beschluss (EU) 2016/1332 der Kommission vom 28. Juli 2016 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Möbel (ABl. L 210 vom 4.8.2016, S. 100), geändert durch:

– 32022 D 1229: Beschluss (EU) 2022/1229 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 189 vom 18.7.2022, S. 20)

81. 32017 D 1215: Beschluss (EU) 2017/1215 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Maschinengeschirrspülmittel für den industriellen und institutionellen Bereich (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 16), geändert durch:

– 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)

– 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)

82. 32017 D 1219: Beschluss (EU) 2017/1219 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Waschmittel für den industriellen und institutionellen Bereich (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 79), geändert durch:

– 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)

www.parlament.gv.at

– 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)

83. 32013 D 0250: Beschluss 2013/250/EU der Kommission vom 21. Mai 2013 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Sanitärarmaturen (ABl. L 145 vom 31.5.2013, S. 6), berichtigt in ABl. L 280 vom 22.10.2013, S. 32

84. 32013 D 0641: Beschluss 2013/641/EU der Kommission vom 7. November 2013 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für WC und Urinale (ABl. L 299 vom 9.11.2013, S. 38)

85. 32013 D 0806: Beschluss 2013/806/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für bildgebende Geräte (ABl. L 353 vom 28.12.2013, S. 53)

86. 32014 D 0314: Beschluss 2014/314/EU der Kommission vom 28. Mai 2014 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Warmwasser-Heizgeräte (ABl. L 164 vom 3.6.2014, S. 83), berichtigt in ABl. L 298 vom 16.10.2014, S. 62

87. 32014 D 0350: Beschluss 2014/350/EU der Kommission vom 5. Juni 2014 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Textilerzeugnisse (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 45), geändert durch:

– 32017 D 1392: Beschluss (EU) 2017/1392 der Kommission vom 25. Juli 2017 (ABl. L 195 vom 27.7.2017, S. 36)

– 32020 D 1805: Beschluss (EU) 2020/1805 der Kommission vom 27. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 89)

88. 32018 D 0680: Beschluss (EU) 2018/680 der Kommission vom 2. Mai 2018 zur Festlegung der Kriterien des EU-Umweltzeichens für Gebäudereinigungsdienste (ABl. L 114 vom 4.5.2018, S. 22)

89. 32018 D 1702: Beschluss (EU) 2018/1702 der Kommission vom 8. November 2018 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Schmierstoffe (ABl. L 285 vom 13.11.2018, S. 82)

90. 32019 D 0070: Beschluss (EU) 2019/70 der Kommission vom 11. Januar 2019 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für grafisches Papier und der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Hygienepapier und Hygienepapierprodukte (ABl. L 15 vom 17.1.2019, S. 27)

91. 32020 D 1803: Beschluss (EU) 2020/1803 der Kommission vom 27. November 2020 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Druckerzeugnisse, Schreibwaren aus Papier und Papiertragetaschenerzeugnisse (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 53)

KAPITEL 2

WASSER

1. 32020 L 2184: Richtlinie (EU) 2020/2184 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Neufassung) (ABl. L 435 vom 23.12.2020, S. 1)

2. 32022 D 0679: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/679 der Kommission vom 19. Januar 2022 zur Erstellung einer Beobachtungsliste der für Wasser für den menschlichen Gebrauch bedenklichen Stoffe und Verbindungen gemäß der Richtlinie (EU) 2020/2184 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 41)

3. 32020 R 0741: Verordnung (EU) 2020/741 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 über Mindestanforderungen an die Wasserwiederverwendung (ABl. L 177 vom 5.6.2020, S. 32)

4. 31991 L 0271: Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser (ABl. L 135 vom 30.5.1991, S. 40), geändert durch:

   – 31998 L 0015: Richtlinie 98/15/EG der Kommission vom 27. Februar 1998 (ABl. L 67 vom 7.3.1998, S. 29), berichtigt in ABl. L 189 vom 17.7.2015, S. 41

   – 32003 R 1882 Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

– 32013 L 0064: Richtlinie 2013/64/EU des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 353 vom 28.12.2013, S. 8)

5. 32014 D 0431: Durchführungsbeschluss 2014/431/EU der Kommission vom 26. Juni 2014 über die Formblätter für die Mitteilung der einzelstaatlichen Programme zur Durchführung der Richtlinie 91/271/EWG des Rates (ABl. L 197 vom 4.7.2014, S. 77)

6. 31991 L 0676: Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen (ABl. L 375 vom 31.12.1991, S. 1), geändert durch:

– 32003 R 1882 Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

7. 32000 L 0060: Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1), geändert durch:

– 32001 D 2455: Entscheidung Nr. 2455/2001/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2001 (ABl. L 331 vom 15.12.2001, S. 1)

– 32008 L 0105: Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 84)

– 32009 L 0031: Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114)

– 32013 L 0039: Richtlinie 2013/39/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 (ABl. L 226 vom 24.8.2013, S. 1)

– 32014 L 0101: Richtlinie 2014/101/EU der Kommission vom 30. Oktober 2014 (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 32)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Unbeschadet künftiger Maßnahmen des mit diesem Abkommen eingerichteten Gemeinsamen Ausschusses werden folgende Rechtsakte der Gemeinschaft nicht in dieses Abkommen aufgenommen:

i) 31976 L 0160: Richtlinie 76/160/EWG des Rates vom 8. Dezember 1975 über die Qualität der Badegewässer (ABl. L 31 vom 5.2.1976, S. 1)

ii) 31979 L 0409: Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 103 vom 25.4.1979, S. 1)

iii) 31992 L 0043: Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7)

iv) 32006 L 0113: Richtlinie 2006/113/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über die Qualitätsanforderungen an Muschelgewässer (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 14)

v) 32006 L 0044: Richtlinie 2006/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Qualität von Süßwasser, das schutz- oder verbesserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten (ABl. L 264 vom 25.9.2006, S. 20)

b) Die in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a Ziffern ii und iii, Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii, Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c, Artikel 5 Absätze 1 und 2, Artikel 6 Absatz 1, Artikel 8 Absatz 2, Artikel 10 Absatz 2, Artikel 11 Absätze 7 und 8, Artikel 13 Absätze 6 und 7 sowie Artikel 17 Absatz 4 genannten Fristen, die ab dem Tag des Inkrafttretens der Richtlinie laufen, gelten ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens. Für die Zwecke dieser Artikel der Richtlinie findet Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

c) Gemäß Artikel 14 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt jede Bezugnahme auf das in Artikel 24 dieser Richtlinie genannte Datum als Bezugnahme auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens. Für die Zwecke von Artikel 24 der Richtlinie findet Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

8. 32006 L 0118: Richtlinie 2006/118/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung (ABl. L 372 vom 27.12.2006, S. 19), geändert durch:

– 32014 L 0080: Richtlinie 2014/80/EU der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 52)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

9. 32018 D 0229: Beschluss (EU) 2018/229 der Kommission vom 12. Februar 2018 zur Festlegung der Werte für die Einstufungen im Rahmen des Überwachungssystems des jeweiligen Mitgliedstaats als Ergebnis der Interkalibrierung gemäß der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 2013/480/EU der Kommission (ABl. L 47 vom 20.2.2018, S. 1)

10. 32005 D 0646: Entscheidung 2005/646/EG der Kommission vom 17. August 2005 über die Erstellung eines Verzeichnisses von Orten, die das Interkalibrierungsnetz gemäß der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates bilden sollen (ABl. L 243 vom 19.9.2005, S. 1)

    Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Da sich Andorra grenzüberschreitende Einzugsgebiete mit Frankreich und Spanien teilt, beteiligt sich Andorra auf freiwilliger Basis an der Interkalibrierung und wird daher eine Liste von Orten nach demselben Verfahren wie die EU-Mitgliedstaaten vorgelegen.

11. 32008 L 0105: Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien des Rates 82/176/EWG, 83/513/EWG, 84/156/EWG, 84/491/EWG und 86/280/EWG sowie zur Änderung der Richtlinie 2000/60/EG (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 84), geändert durch:

    – 32013 L 0039: Richtlinie 2013/39/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 (ABl. L 226 vom 24.8.2013, S. 1)

12. 32009 L 0090: Richtlinie 2009/90/EG der Kommission vom 31. Juli 2009 zur Festlegung technischer Spezifikationen für die chemische Analyse und die Überwachung des Gewässerzustands gemäß der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 201 vom 1.8.2009, S. 36)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

13. 32022 D 1307: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1307 der Kommission vom 22. Juli 2022 zur Erstellung einer Beobachtungsliste von Stoffen für eine unionsweite Überwachung im Bereich der Wasserpolitik gemäß der Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 117)

KAPITEL 3

LUFT

1. 32008 L 0050: Richtlinie 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa (ABl. L 152 vom 11.6.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32015 L 1480: Richtlinie (EU) 2015/1480 der Kommission vom 28. August 2015 (ABl. L 226 vom 29.8.2015, S. 4)

2. 32011 D 0850: Durchführungsbeschluss 2011/850/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 mit Bestimmungen zu den Richtlinien 2004/107/EG und 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf den Austausch von Informationen und die Berichterstattung über die Luftqualität (ABl. L 335 vom 17.12.2011, S. 86), berichtigt in ABl. L 156 vom 20.6.2017, S. 36

3. 31987 L 0217: Richtlinie 87/217/EWG des Rates vom 19. März 1987 zur Verhütung und Verringerung der Umweltverschmutzung durch Asbest (ABl. L 85 vom 28.3.1987, S. 40), geändert durch:

   – 11994 N 003: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21), geändert durch ABl. L 1 vom 1.1.1995, S. 1)

   – 32018 D 0853: Beschluss (EU) 2018/853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 155)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme von Asbesterkundungstätigkeiten in seinem Hoheitsgebiet.

4. 32009 L 0030: Richtlinie 2009/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG im Hinblick auf die Spezifikationen für Otto-, Diesel- und Gasölkraftstoffe und die Einführung eines Systems zur Überwachung und Verringerung der Treibhausgasemissionen sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG des Rates im Hinblick auf die Spezifikationen für von Binnenschiffen gebrauchte Kraftstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 93/12/EWG (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 88), geändert durch:

   – 32016 L 0802: Richtlinie (EU) 2016/802 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe (kodifizierter Text) (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 58)

   Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Zur Anwendung siehe Anhang II Kapitel 14 „Umweltschutz“.

5. 32016 L 0802: Richtlinie (EU) 2016/802 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe (kodifizierter Text) (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 58)

6. 32010 D 0769: Beschluss 2010/769/EU der Kommission vom 13. Dezember 2010 über die Festlegung von Kriterien für den Einsatz von Technologien, die bei Flüssiggastankern eine Alternative zur Verwendung schwefelarmer Schiffskraftstoffe darstellen, die den Anforderungen des Artikels 4b der Richtlinie 1999/32/EG des Rates über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe in der durch die Richtlinie 2005/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen geänderten Fassung entsprechen (ABl. L 328 vom 14.12.2010, S. 15)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Aufnahme des Einsatzes von Technologien, die bei Flüssiggastankern eine Alternative zur Verwendung schwefelarmer Schiffskraftstoffe darstellen, nicht.

7. 32015 D 0253: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/253 der Kommission vom 16. Februar 2015 zur Regelung der Probenahmen und der Berichterstattung gemäß der Richtlinie 1999/32/EG des Rates bezüglich des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen (ABl. L 41 vom 17.2.2015, S. 55)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der Erzeugung von Schiffskraftstoffen in seinem Hoheitsgebiet.

8. 32004 D 0279: Entscheidung 2004/279/EG der Kommission vom 19. März 2004 über Leitlinien für die Umsetzung der Richtlinie 2002/3/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Ozongehalt der Luft (ABl. L 87 vom 25.3.2004, S. 50)

9. 32004 L 0107: Richtlinie 2004/107/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 über Arsen, Kadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in der Luft (ABl. L 23 vom 26.1.2005, S. 3), geändert durch:

   – 32015 L 1480: Richtlinie (EU) 2015/1480 der Kommission vom 28. August 2015 (ABl. L 226 vom 29.8.2015, S. 4)

10. 32016 L 2284: Richtlinie (EU) 2016/2284 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 über die Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe, zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/81/EG (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 1)

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

11. 32009 L 0126: Richtlinie 2009/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über Phase II der Benzindampf-Rückgewinnung beim Betanken von Kraftfahrzeugen an Tankstellen (ABl. L 285 vom 31.10.2009, S. 36), geändert durch:

– 32014 L 0099: Richtlinie 2014/99/EU der Kommission vom 21. Oktober 2014 (ABl. L 304 vom 23.10.2014, S. 89)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

12. 32015 L 2193: Richtlinie (EU) 2015/2193 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 zur Begrenzung der Emissionen bestimmter Schadstoffe aus mittelgroßen Feuerungsanlagen in die Luft (ABl. L 313 vom 28.11.2015, S. 1)

13. 32019 D 1713: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1713 der Kommission vom 9. Oktober 2019 zur Festlegung des Formats der von den Mitgliedstaaten für die Berichterstattung über die Durchführung der Richtlinie (EU) 2015/2193 des Europäischen Parlaments und des Rates zu übermittelnden Informationen (ABl. L 260 vom 11.10.2019, S. 65)

KAPITEL 4

CHEMISCHE STOFFE, INDUSTRIELLE RISIKEN UND BIOTECHNOLOGIE

1. 31997 D 0283: Entscheidung 97/283/EG der Kommission vom 21. April 1997 über harmonisierte Maßnahmen für die Festlegung der Massenkonzentration von Dioxinen und Furanen in den Emissionen gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Richtlinie 94/67/EG über die Verbrennung gefährlicher Abfälle (ABl. L 113 vom 30.4.1997, S. 11)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Inbetriebnahme von Sondermüllverbrennungsanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht.

2. 31996 L 0059: Richtlinie 96/59/EG des Rates vom 16. September 1996 über die Beseitigung polychlorierter Biphenyle und polychlorierter Terphenyle (PCB/PCT) (ABl. L 243 vom 24.9.1996, S. 31), geändert durch:

– 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

3. 32017 R 0852: Verordnung (EU) 2017/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 über Quecksilber und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1102/2008 (ABl. L 137 vom 24.5.2017, S. 1), geändert durch:

– 32022 R 2526: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2526 der Kommission vom 23. September 2022 (ABl. L 328 vom 22.12.2022, S. 66)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

a) In Artikel 2 Nummer 6 wird die Angabe „Artikel 28 Absatz 2 AEUV“ durch die Angabe „Artikel 6 des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

b) In Artikel 2 Nummern 6 und 7 werden nach den Worten „das Zollgebiet der Union“ die Worte „oder das Gebiet Andorras“ eingefügt.

c) In Artikel 2 Nummer 7 finden die Worte „anderen [Zollverfahren] als dem externen Unionsversandverfahren“ keine Anwendung.

d) Die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Ausfuhr- und Einfuhrbeschränkungen gelten nicht zwischen der EU und Andorra und umgekehrt. Dies gilt unbeschadet strengerer Ausfuhr- und Einfuhrverbote, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens in Andorra gelten. Andorra trifft wirksame Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Quecksilber nicht aus der EU ausgeführt oder über Andorra in die EU eingeführt wird.

e) In Artikel 8 Absatz 4 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Hat ein Wirtschaftsteilnehmer die zuständigen Behörden in Andorra gemäß Absatz 3 unterrichtet und ist Andorra der Auffassung, dass die in Absatz 6 Unterabsatz 1 genannten Kriterien erfüllt sind, so leitet Andorra die Mitteilung an die Kommission weiter. Andorra unterrichtet die Kommission über Fälle, in denen es der Ansicht ist, die Kriterien gemäß Absatz 6 Unterabsatz 1 seien nicht erfüllt gewesen."

f) In Artikel 8 Absatz 6 wird folgender Unterabsatz angefügt: „Die Durchführungsrechtsakte der Kommission, in denen festgelegt wird, ob ein einschlägiges neues quecksilberhaltiges Produkt oder ein neues Herstellungsverfahren zugelassen ist, sind allgemein anwendbar und werden in das Assoziationsabkommens aufgenommen."

g) In Artikel 10 Absatz 1 werden die Worte „Ab dem 1. Januar 2019" für Andorra durch die Worte „Ab einem Jahr nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens" ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 2 werden die Worte „Ab dem 1. Juli 2018" für Andorra durch die Worte „Ab sechs Monate nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens" ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 3 werden die Worte „Bis zum 1. Juli 2019" für Andorra durch die Worte „Ab achtzehn Monate nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens" ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 4 werden die Worte „Ab dem 1. Januar 2019“ für Andorra durch die Worte „Ab einem Jahr nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe a werden die Worte „nach dem 1. Januar 2018“ für Andorra durch die Worte „nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe b werden die Worte „ab dem 1. Januar 2021“ für Andorra durch die Worte „ab drei Jahre nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

h) Im Hinblick auf die Artikel 11–15 der Verordnung findet Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen Anwendung.

Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra weder die Aufnahme eines der in Artikel 11 genannten Industriezweige in seinem Hoheitsgebiet noch die Einfuhr von Abfällen aus diesen Industriezweigen.

i) In Artikel 18 Absatz 1 werden die Worte „bis zum 1. Januar 2020“ durch die Worte „ab zwei Jahre nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

j) Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b findet keine Anwendung.

www.parlament.gv.at

4. 32019 D 1752: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1752 der Kommission vom 25. Februar 2019 zur Erstellung der Fragebögen sowie zur Festlegung von Format und Häufigkeit der von den Mitgliedstaaten im Einklang mit der Verordnung (EU) 2017/852 des Europäischen Parlaments und des Rates zu erstellenden Berichte (ABl. L 269 vom 23.10.2019, S. 5)

5. 32012 L 0018: Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG des Rates (ABl. L 197 vom 24.7.2012, S. 1)

6. 32014 D 0896: Durchführungsbeschluss 2014/896/EU der Kommission vom 10. Dezember 2014 über das Format für die Übermittlung der Informationen der Mitgliedstaaten über die Umsetzung der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (ABl. L 355 vom 12.12.2014, S. 55)

7. 32009 D 0010: Entscheidung 2009/10/EG der Kommission vom 2. Dezember 2008 zur Festlegung eines Meldevordrucks für schwere Unfälle gemäß der Richtlinie 96/82/EG des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (ABl. L 6 vom 10.1.2009, S. 64)

8. 32014 D 0895: Durchführungsbeschluss 2014/895/EU der Kommission vom 10. Dezember 2014 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (ABl. L 355 vom 12.12.2014, S. 51)

9. 32022 D 1979: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1979 der Kommission vom 31. August 2022 zur Erstellung des Formulars und der Datenbanken für die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 18 Absatz 1 und Artikel 21 Absatz 3 der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen und zur Aufhebung des Beschlusses 2014/895/EU der Kommission (ABl. L 272 vom 20.10.2022, S. 14)

KAPITEL 5

ABFALL

1. 31986 L 0278: Richtlinie 86/278/EWG des Rates vom 12. Juni 1986 über den Schutz der Umwelt und insbesondere der Böden bei der Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft (ABl. L 181 vom 4.7.1986, S. 6), geändert durch:

   – 32003 R 0807: Verordnung (EG) Nr. 807/2003 des Rates vom 14. April 2003 (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 36)

   – 32018 D 0853: Beschluss (EU) 2018/853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 155)

   – 32019 R 1010: Verordnung (EU) 2019/1010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 170 vom 25.6.2019, S. 115)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft in seinem Hoheitsgebiet nicht.

2. 32000 D 0532: Entscheidung 2000/532/EG der Kommission vom 3. Mai 2000 zur Ersetzung der Entscheidung 94/3/EG über ein Abfallverzeichnis gemäß Artikel 1 Buchstabe a) der Richtlinie 75/442/EWG des Rates über Abfälle und der Entscheidung 94/904/EG des Rates über ein Verzeichnis gefährlicher Abfälle im Sinne von Artikel 1 Absatz 4 der Richtlinie 91/689/EWG über gefährliche Abfälle (ABl. L 226 vom 6.9.2000, S. 3), geändert durch:

   – 32001 D 0118: Entscheidung 2001/118/EG der Kommission vom 16. Januar 2001 (ABl. L 47 vom 16.2.2001, S. 1)

   – 32001 D 0119: Entscheidung 2001/119/EG der Kommission vom 22. Januar 2001 (ABl. L 47 vom 16.2.2001, S. 32)

   – 32001 D 0573: Beschluss 2001/573/EG des Rates vom 23. Juli 2001 (ABl. L 203 vom 28.7.2001, S. 18)

   – 32014 D 0955: Beschluss 2014/955/EU der Kommission vom 18. Dezember 2014 (ABl. L 370 vom 30.12.2014, S. 44), berichtigt in ABl. L 40 vom 17.2.2017, S. 78

3. 32006 R 1013: Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen (ABl. L 190 vom 12.7.2006, S. 1), geändert durch:

   – 32007 R 1379: Verordnung (EG) Nr. 1379/2007 der Kommission vom 26. November 2007 (ABl. L 309 vom 27.11.2007, S. 7)

   – 32008 R 0669: Verordnung (EG) Nr. 669/2008 der Kommission vom 15. Juli 2008 (ABl. L 188 vom 16.7.2008, S. 7)

   – 32009 R 0308: Verordnung (EG) Nr. 308/2009 der Kommission vom 15. April 2009 (ABl. L 97 vom 16.4.2009, S. 8)

   – 32009 L 0031: Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114)

   – 32010 R 0413: Verordnung (EU) Nr. 413/2010 der Kommission vom 12. Mai 2010 (ABl. L 119 vom 13.5.2010, S. 1)

   – 32011 R 0664: Verordnung (EU) Nr. 664/2011 der Kommission vom 11. Juli 2011 (ABl. L 182 vom 12.7.2011, S. 2)

   – 32012 R 0135: Verordnung (EU) Nr. 135/2012 der Kommission vom 16. Februar 2012 (ABl. L 46 vom 17.2.2012, S. 30)

– 32013 R 0255: Verordnung (EU) Nr. 255/2013 der Kommission vom 20. März 2013 (ABl. L 179 vom 21.3.2013, S. 19)

– 32014 R 0660: Verordnung (EU) Nr. 660/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 135)

– 32014 R 1234: Verordnung (EU) Nr. 1234/2014 der Kommission vom 18. November 2014 (ABl. L 332 vom 19.11.2014, S. 15)

– 32015 R 2002: Verordnung (EU) 2015/2002 der Kommission vom 10. November 2015 (ABl. L 294 vom 11.11.2015, S. 1)

– 32020 R 2174: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2174 der Kommission vom 19. Oktober 2020 (ABl. L 433 vom 22.12.2020, S. 11)

4. 32007 R 1418: Verordnung (EG) Nr. 1418/2007 der Kommission vom 29. November 2007 über die Ausfuhr von bestimmten in Anhang III oder IIIA der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten Abfällen, die zur Verwertung bestimmt sind, in bestimmte Staaten, für die der OECD-Beschluss über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen nicht gilt (ABl. L 316 vom 4.12.2007, S. 6), geändert durch:

– 32008 R 0740: Verordnung (EG) Nr. 740/2008 der Kommission vom 29. Juli 2008 (ABl. L 201 vom 30.7.2008, S. 36)

– 32009 R 0967: Verordnung (EG) Nr. 967/2009 der Kommission vom 15. Oktober 2009 (ABl. L 271 vom 16.10.2009, S. 12)

– 32010 R 0837: Verordnung (EU) Nr. 837/2010 der Kommission vom 23. September 2010 (ABl. L 250 vom 24.9.2010, S. 1)

– 32011 R 0661: Verordnung (EU) Nr. 661/2011 der Kommission vom 8. Juli 2011 (ABl. L 181 vom 9.7.2011, S. 22)

– 32012 R 0674: Verordnung (EU) Nr. 674/2012 der Kommission vom 23. Juli 2012 (ABl. L 196 vom 24.7.2012, S. 12)

– 32013 R 0057: Verordnung (EU) Nr. 57/2013 der Kommission vom 23. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 17)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

– 32014 R 0733: Verordnung (EU) Nr. 733/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 197 vom 4.7.2014, S. 10)

– 32021 R 1840: Verordnung (EU) 2021/1840 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 373 vom 21.10.2021, S. 1)

– 32022 R 0520: Verordnung (EU) 2022/520 der Kommission vom 31. März 2022 (ABl. L 104 vom 1.4.2022, S. 63)

5. 31999 L 0031: Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien (ABl. L 182 vom 16.7.1999, S. 1), geändert durch:

– 32011 L 0097: Richtlinie 2011/97/EU des Rates vom 5. Dezember 2011 (ABl. L 328 vom 10.12.2011, S. 49)

– 32018 L 0850: Richtlinie (EU) 2018/850 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 100)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Einrichtung und Inbetriebnahme von Deponien für gefährliche Abfälle oder nicht gefährliche Abfälle in seinem Hoheitsgebiet nicht.

6. 32019 D 1885: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1885 der Kommission vom 6. November 2019 zur Festlegung der Vorschriften für die Berechnung, die Prüfung und die Übermittlung von Daten über die Ablagerung von Siedlungsabfällen auf Deponien gemäß der Richtlinie 1999/31/EG des Rates sowie zur Aufhebung der Entscheidung 2000/738/EG der Kommission (ABl. L 290 vom 11.11.2019, S. 18)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Einrichtung und Inbetriebnahme von Deponien für Kommunalabfälle in seinem Hoheitsgebiet nicht.

7. 32003 D 0033: Entscheidung 2003/33/EG des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung von Kriterien und Verfahren für die Annahme von Abfällen auf Abfalldeponien gemäß Artikel 16 und Anhang II der Richtlinie 1999/31/EG (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 27)

   Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Einrichtung und Inbetriebnahme von Deponien für gefährliche Abfälle oder nicht gefährliche Abfälle in seinem Hoheitsgebiet nicht.

8. 32000 L 0053: Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. September 2000 über Altfahrzeuge (ABl. L 269 vom 21.10.2000, S. 34), geändert durch:

   – 32002 D 0525: Entscheidung 2002/525/EG der Kommission vom 27. Juni 2002 (ABl. L 170 vom 29.6.2002, S. 81)

– 32005 D 0438: Entscheidung 2005/438/EG der Kommission vom 10. Juni 2005 (ABl. L 152 vom 15.6.2005, S. 19)

– 32005 D 0673: Beschluss 2005/673/EG des Rates vom 20. September 2005 (ABl. L 254 vom 30.9.2005, S. 69)

– 32010 D 0115: Beschluss 2010/115/EU der Kommission vom 23. Februar 2010 (ABl. L 48 vom 25.2.2010, S. 12)

– 32008 L 0112: Richtlinie 2008/112/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 345 vom 23.12.2008, S. 68)

– 32011 L 0037: Richtlinie 2011/37/EU der Kommission vom 30. März 2011 (ABl. L 85 vom 31.3.2011, S. 3)

– 32013 L 0028: Richtlinie 2013/28/EU der Kommission vom 17. Mai 2013 (ABl. L 135 vom 22.5.2013, S. 14)

– 32016 L 0774: Richtlinie (EU) 2016/774 der Kommission vom 18. Mai 2016 (ABl. L 128 vom 19.5.2016, S. 4)

– 32017 L 2096: Richtlinie (EU) 2017/2096 der Kommission vom 15. November 2017 (ABl. L 299 vom 16.11.2017, S. 24)

– 32020 L 0363: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/363 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 119)

– 32020 L 0362: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/362 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 116), berichtigt in ABl. L 103 vom 3.4.2020, S. 53

– 32018 L 0849: Richtlinie (EU) 2018/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 93)

– 32023 L 0544: Delegierte Richtlinie (EU) 2023/544 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 73 vom 10.3.2023, S. 5)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

9. 32002 D 0151: Entscheidung 2002/151/EG der Kommission vom 19. Februar 2002 über Mindestanforderungen für den gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Altfahrzeuge ausgestellten Verwertungsnachweis (ABl. L 50 vom 21.2.2002, S. 94)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

10. 32003 D 0138: Entscheidung 2003/138/EG der Kommission vom 27. Februar 2003 zur Festlegung von Kennzeichnungsnormen für Bauteile und Werkstoffe gemäß der Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Altfahrzeuge (ABl. L 53 vom 28.2.2003, S. 58)

11. 32005 D 0293: Entscheidung 2005/293/EG der Kommission vom 1. April 2005 zur Festlegung der Einzelheiten für die Kontrolle der Einhaltung der Zielvorgaben für Wiederverwendung/Verwertung und Wiederverwendung/Recycling gemäß der Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Altfahrzeuge (ABl. L 94 vom 13.4.2005, S. 30)

12. 32012 L 0019: Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 197 vom 24.7.2012, S. 38), geändert durch:

    – 32018 L 0849: Richtlinie (EU) 2018/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 93)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

13. 32017 R 0699: Durchführungsverordnung (EU) 2017/699 der Kommission vom 18. April 2017 über eine gemeinsame Methode für die Berechnung des Gewichts von in den einzelnen Mitgliedstaaten in den Verkehr gebrachten Elektro- und Elektronikgeräten und für die Berechnung der Menge, nach Gewicht, der in den einzelnen Mitgliedstaaten angefallenen Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 103 vom 19.4.2017, S. 17)

14. 32019 R 0290: Durchführungsverordnung (EU) 2019/290 der Kommission vom 19. Februar 2019 zur Festlegung des Formats für die Registrierung von Herstellern von Elektro- und Elektronikgeräten und deren Berichterstattung an das Register (ABl. L 48 vom 20.2.2019, S. 6)

15. 32019 D 2193: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2193 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Festlegung der Vorschriften für die Berechnung, die Prüfung und die Übermittlung von Daten sowie der Datenformate für die Zwecke der Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 330 vom 20.12.2019, S. 72)

16. 32004 D 0249: Entscheidung 2004/249/EG der Kommission vom 11. März 2004 über einen Fragebogen für Berichte der Mitgliedstaaten über die Umsetzung der Richtlinie 2002/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 78 vom 16.3.2004, S. 56)

17. 32005 D 0369: Entscheidung 2005/369/EG der Kommission vom 3. Mai 2005 über Bestimmungen zur Überwachung der Einhaltung der Vorschriften durch die Mitgliedstaaten und zur Festlegung von Datenformaten für die Zwecke der Richtlinie 2002/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 119 vom 11.5.2005, S. 13)

18. 32006 L 0021: Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie und zur Änderung der Richtlinie 2004/35/EG (ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 15)

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der mineralgewinnenden Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

19. 32009 D 0335: Entscheidung 2009/335/EG der Kommission vom 20. April 2009 über technische Leitlinien für die Festsetzung der finanziellen Sicherheitsleistung gemäß der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 101 vom 21.4.2009, S. 25)

    Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der mineralgewinnenden Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

20. 32009 D 0337: Entscheidung 2009/337/EG der Kommission vom 20. April 2009 über die Festlegung der Kriterien für die Einstufung von Abfallentsorgungseinrichtungen gemäß Anhang III der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 102 vom 22.4.2009, S. 7)

    Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der mineralgewinnenden Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

21. 32009 D 0358: Entscheidung 2009/358/EG der Kommission vom 29. April 2009 über die Harmonisierung und die regelmäßige Übermittlung von Informationen sowie über den Fragebogen gemäß Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a bzw. Artikel 18 der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 110 vom 1.5.2009, S. 39)

    Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der mineralgewinnenden Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

22. 32009 D 0359: Entscheidung 2009/359/EG der Kommission vom 30. April 2009 zur Ergänzung der Begriffsbestimmung von Inertabfälle gemäß Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe f der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 110 vom 1.5.2009, S. 46)

    Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der mineralgewinnenden Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

23. 32009 D 0360: Entscheidung 2009/360/EG der Kommission vom 30. April 2009 zur Ergänzung der technischen Anforderungen für die Charakterisierung der Abfälle gemäß der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 110 vom 1.5.2009, S. 48)

    Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der mineralgewinnenden Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

24. 32020 D 0248: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/248 der Kommission vom 21. Februar 2020 zur Festlegung technischer Leitlinien für die Inspektionen gemäß Artikel 17 der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 51 vom 25.2.2020, S. 4)

    Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der mineralgewinnenden Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

25. 32008 L 0098: Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien (ABl. L 312 vom 22.11.2008, S. 3), geändert durch:

– 32014 R 1357: Verordnung (EU) Nr. 1357/2014 der Kommission vom 18. Dezember 2014 (ABl. L 365 vom 19.12.2014, S. 89), berichtigt in ABl. L 42 vom 18.2.2017, S. 43

– 32015 L 1127: Richtlinie (EU) 2015/1127 der Kommission vom 10. Juli 2015 (ABl. L 184 vom 11.7.2015, S. 13), berichtigt in ABl. L 297 vom 13.11.2015, S. 9

– 32017 R 0997: Verordnung (EU) 2017/997 des Rates vom 8. Juni 2017 (ABl. L 150 vom 14.6.2017, S. 1)

– 32018 L 0851: Richtlinie (EU) 2018/851 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 109)

26. 32011 R 0333: Verordnung (EU) Nr. 333/2011 des Rates vom 31. März 2011 mit Kriterien zur Festlegung, wann bestimmte Arten von Schrott gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates nicht mehr als Abfall anzusehen sind (ABl. L 94 vom 8.4.2011, S. 2)

27. 32012 R 1179: Verordnung (EU) Nr. 1179/2012 der Kommission vom 10. Dezember 2012 mit Kriterien zur Festlegung, wann bestimmte Arten von Bruchglas gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates nicht mehr als Abfall anzusehen sind (ABl. L 337 vom 11.12.2012, S. 31)

28. 32013 R 0715: Verordnung (EU) Nr. 715/2013 der Kommission vom 25. Juli 2013 mit Kriterien zur Festlegung, wann bestimmte Arten von Kupferschrott gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates nicht mehr als Abfall anzusehen sind (ABl. L 201 vom 26.7.2013, S. 14)

29. 32011 D 0753: Beschluss 2011/753/EU der Kommission vom 18. November 2011 mit Vorschriften und Berechnungsmethoden für die Überprüfung der Einhaltung der Zielvorgaben gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 310 vom 25.11.2011, S. 11)

30. 32013 D 0727: Durchführungsbeschluss 2013/727/EU der Kommission vom 6. Dezember 2013 zur Festlegung eines Formats für die Mitteilungen über die Annahme und die wesentliche Änderung von Abfallbewirtschaftungsplänen und Abfallvermeidungsprogrammen (ABl. L 329 vom 10.12.2013, S. 44)

31. 32019 L 0904: Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (ABl. L 155 vom 12.6.2019, S. 1)

32. 32019 D 1597: Delegierter Beschluss (EU) 2019/1597 der Kommission vom 3. Mai 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf eine gemeinsame Methodik und Mindestqualitätsanforderungen für die einheitliche Messung des Umfangs von Lebensmittelabfällen (ABl. L 248 vom 27.9.2019, S. 77)

33. 32019 D 2000: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2000 der Kommission vom 28. November 2019 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung von Daten zu Lebensmittelabfällen und für die Vorlage des Qualitätskontrollberichts gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 310 vom 2.12.2019, S. 39)

34. 32021 D 0019: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/19 der Kommission vom 18. Dezember 2020 zur Festlegung einer gemeinsamen Methode und eines Formats für die Berichterstattung über die Wiederverwendung gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 10 vom 12.1.2021, S. 1)

KAPITEL 6

LÄRM

1. 32002 L 0049: Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (ABl. L 189 vom 18.7.2002, S. 12), geändert durch:

   – 32020 L 0367: Richtlinie (EU) 2020/367 der Kommission vom 4. März 2020 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 132)

– 32021 L 1226: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1226 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 269 vom 28.7.2021, S. 65)

2. 32015 L 0996: Richtlinie (EU) 2015/996 der Kommission vom 19. Mai 2015 zur Festlegung gemeinsamer Lärmbewertungsmethoden gemäß der Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 168 vom 1.7.2015, S. 1)

3. 32021 D 1967: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1967 der Kommission vom 11. November 2021 zur Einrichtung einer obligatorischen Datenablage und eines obligatorischen Mechanismus für den digitalen Informationsaustausch gemäß der Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 400 vom 12.11.2021, S. 160)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 375 X 0436: Empfehlung 75/436/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 3. März 1975 über die Kostenzurechnung und die Intervention der öffentlichen Hand bei Umweltschutzmaßnahmen (ABl. L 194 vom 25.7.1975, S. 1)

2. 379 X 0003: Empfehlung 79/3/EWG des Rates vom 19. Dezember 1978 an die Mitgliedstaaten betreffend Verfahren zur Berechnung der Umweltschutzkosten der Industrie (ABl. L 5 vom 9.1.1979, S. 28)

3. 32001 H 0331: Empfehlung 2001/331/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. April 2001 zur Festlegung von Mindestkriterien für Umweltinspektionen in den Mitgliedstaaten (ABl. L 118 vom 27.4.2001, S. 41)

4. 32003 H 0047: Empfehlung 2003/47/EG der Kommission vom 15. Januar 2003 über Leitlinien zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Erstellung eines nationalen Emissionsverminderungsplans gemäß den Bestimmungen der Richtlinie 2001/80/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft (ABl. L 16 vom 22.1.2003, S. 59)

5. 32006 H 0339: Empfehlung 2006/339/EG der Kommission vom 8. Mai 2006 über die Förderung der Landstromversorgung von Schiffen an Liegeplätzen in den Häfen der Gemeinschaft (ABl. L 125 vom 12.5.2006, S. 38)

TEIL II

KLIMA

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

EU-ÜBERWACHUNGSMECHANISMUS

1. 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 663/2009 und (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 94/22/EG, 98/70/EG, 2009/31/EG, 2009/73,/EG, 2010/31/EU, 2012/27/EU und 2013/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2009/119/EG und (EU) 2015/652 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32019 D 0504: Beschluss (EU) 2019/504 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 (ABl. L 85I vom 27.3.2019, S. 66)

– 32021 R 1119: Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 1)

Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Bezüglich der Anwendung siehe Anhang IV, Kapitel 4 über Elektrizität.

KAPITEL 2

ÜBERWACHUNG IN DER EU – SEEVERKEHR

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Registrierung von unter die Verordnung (EU) 2015/757 fallenden Schiffen unter seiner Flagge nicht.

1. 32015 R 0757: Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen und zur Änderung der Richtlinie 2009/16/EG (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 55), geändert durch:

– 32016 R 2071: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2071 der Kommission vom 22. September 2016 (ABl. L 320 vom 26.11.2016, S. 1)

2. 32016 R 2072: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2072 der Kommission vom 22. September 2016 über die Prüftätigkeiten und die Akkreditierung von Prüfstellen gemäß der Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen (ABl. L 320 vom 26.11.2016, S. 5)

3. 32016 R 1927: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1927 der Kommission vom 4. November 2016 über Vorlagen für Monitoringkonzepte, Emissionsberichte und Konformitätsbescheinigungen gemäß der Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 1)

4. 32016 R 1928: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1928 der Kommission vom 4. November 2016 über die Bestimmung der Ladung, die von anderen Kategorien von Schiffen als Fahrgastschiffen, Ro-Ro-Schiffen und Containerschiffen gemäß der Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen befördert wird (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 22)

KAPITEL 3

EMISSIONSHANDELSSYSTEM

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Ausübung einer der in Artikel 2 der Richtlinie 2003/87/EG genannten Tätigkeiten nicht; während dieser Aussetzung genehmigt Andorra zudem die Registrierung einer Person oder Organisation nicht, die eine der in Artikel 2 der Richtlinie 2003/87/EG genannten Tätigkeiten ausübt, wenn diese Registrierung zur Folge hätte, dass Andorra für die Verwaltung des EU-EHS in Bezug auf diese Person oder Organisation zuständig wäre.

1. 32003 L 0087: Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates (ABl. L 275 vom 25.10.2003, S. 32), geändert durch:

   – 32004 L 0101: Richtlinie 2004/101/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 2004 (ABl. L 338 vom 13.11.2004, S. 18)

– 32008 L 0101: Richtlinie 2008/101/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 (ABl. L 8 vom 13.1.2009, S. 3)

– 32009 L 0029: Richtlinie 2009/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 63)

– 32013 D 1359: Beschluss Nr. 1359/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 1)

– 32014 R 0421: Verordnung (EU) Nr. 421/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 129 vom 30.4.2014, S. 1)

– 32015 D 1814: Beschluss (EU) 2015/1814 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 (ABl. L 264 vom 9.10.2015, S. 1)

– 32017 R 2392: Verordnung (EU) 2017/2392 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2017 (ABl. L 350 vom 29.12.2017, S. 7)

– 32018 L 0410: Richtlinie (EU) 2018/410 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2018 (ABl. L 76 vom 19.3.2018, S. 3)

– 32020 D 1071: Delegierter Beschluss (EU) 2020/1071 der Kommission vom 18. Mai 2020 (ABl. L 234 vom 21.7.2020, S. 16)

– 32021 R 1416: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1416 der Kommission vom 17. Juni 2021 (ABl. L 305 vom 31.8.2021, S. 1)

– 32023 D 0136: Beschluss (EU) 2023/136 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2023 (ABl. L 19 vom 20.1.2023, S. 1)

2. 32010 D 0634: Beschluss 2010/634/EU der Kommission vom 22. Oktober 2010 zur Anpassung der gemeinschaftsweiten Menge der im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems für 2013 zu vergebenden Zertifikate und zur Aufhebung des Beschlusses 2010/384/EU (ABl. L 279 vom 23.10.2010, S. 34), geändert durch:

   – 32013 D 0448: Beschluss 2013/448/EU der Kommission vom 5. September 2013 (ABl. L 240 vom 7.9.2013, S. 27)

3. 32011 R 0550: Verordnung (EU) Nr. 550/2011 der Kommission vom 7. Juni 2011 über Maßnahmen zur Beschränkung der Verwendung internationaler Gutschriften aus Industriegasprojekten gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 8.6.2011, S. 1)

4. 32013 D 0448: Beschluss 2013/448/EU der Kommission vom 5. September 2013 über nationale Umsetzungsmaßnahmen für die übergangsweise kostenlose Zuteilung von Treibhausgasemissionszertifikaten gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 240 vom 7.9.2013, S. 27), geändert durch:

– 32017 D 0126: Beschluss (EU) 2017/126 der Kommission vom 24. Januar 2017 (ABl. L 19 vom 25.1.2017, S. 93)

5. 32013 D 0447: Beschluss der Kommission vom 5. September 2013 über den Standardauslastungsfaktor gemäß Artikel 18 Absatz 2 des Beschlusses 2011/278/EU (ABl. L 240 vom 7.9.2013, S. 23)

6. 32013 R 1123: Verordnung (EU) Nr. 1123/2013 der Kommission vom 8. November 2013 zur Festlegung der Verwendungsrechte für internationale Gutschriften gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 299 vom 9.11.2013, S. 32)

7. 32015 D 1814: Beschluss (EU) 2015/1814 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 über die Einrichtung und Anwendung einer Marktstabilitätsreserve für das System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union und zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG (ABl. L 264 vom 9.10.2015, S. 1), geändert durch:

– 32018 L 0410: Richtlinie (EU) 2018/410 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2018 (ABl. L 76 vom 19.3.2018, S. 3)

8. 32019 R 0856: Delegierte Verordnung (EU) 2019/856 der Kommission vom 26. Februar 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Funktionsweise des Innovationsfonds (ABl. L 140 vom 28.5.2019, S. 6), geändert durch:

– 32021 R 1204: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1204 der Kommission vom 10. Mai 2021 (ABl. L 261 vom 22.7.2021, S. 4)

9. 32019 R 0331: Delegierte Verordnung (EU) 2019/331 der Kommission vom 19. Dezember 2018 zur Festlegung EU-weiter Übergangsvorschriften zur Harmonisierung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten gemäß Artikel 10a der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 59 vom 27.2.2019, S. 8)

10. 32019 D 0708: Delegierter Beschluss (EU) 2019/708 der Kommission vom 15. Februar 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Festlegung der Sektoren und Teilsektoren, bei denen davon ausgegangen wird, dass für sie im Zeitraum 2021-2030 ein Risiko der Verlagerung von CO_2-Emissionen besteht (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 20)

11. 32021 D 0355: Beschluss (EU) 2021/355 der Kommission vom 25. Februar 2021 über nationale Umsetzungsmaßnahmen für die übergangsweise kostenlose Zuteilung von Treibhausgasemissionszertifikaten gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 221), geändert durch:

    – 32022 D 1028: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1028 der Kommission vom 27. Juni 2022 (ABl. L 172 vom 29.6.2022, S. 21)

12. 32021 R 0447: Durchführungsverordnung (EU) 2021/447 der Kommission vom 12. März 2021 zur Festlegung angepasster Benchmarkwerte für die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten für den Zeitraum 2021–2025 gemäß Artikel 10a Absatz 2 der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 87 vom 15.3.2021, S. 29)

13. 32010 R 1031: Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 der Kommission vom 12. November 2010 über den zeitlichen und administrativen Ablauf sowie sonstige Aspekte der Versteigerung von Treibhausgasemissionszertifikaten gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft (ABl. L 302 vom 18.11.2010, S. 1), geändert durch:

– 32011 R 1210: Verordnung (EU) Nr. 1210/2011 der Kommission vom 23. November 2011 (ABl. L 308 vom 24.11.2011, S. 2)

– 32012 R 0784: Verordnung (EU) Nr. 784/2012 der Kommission vom 30. August 2012 (ABl. L 234 vom 31.8.2012, S. 4)

– 32012 R 1042: Verordnung (EU) Nr. 1042/2012 der Kommission vom 7. November 2012 (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 19)

– 32013 R 1143: Verordnung (EU) Nr. 1143/2013 der Kommission vom 13. November 2013 (ABl. L 303 vom 14.11.2013, S. 10)

– 32014 R 0176: Verordnung (EU) Nr. 176/2014 der Kommission vom 25. Februar 2014 (ABl. L 56 vom 26.2.2014, S. 11)

– 32017 R 1902: Verordnung (EU) 2017/1902 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 56 vom 26.2.2014, S. 11)

– 32019 R 0007: Delegierte Verordnung (EU) 2019/7 der Kommission vom 30. Oktober 2018 (ABl. L 2 vom 4.1.2019, S. 1)

– 32019 R 1868: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1868 der Kommission vom 28. August 2019 (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 9)

14. 32021 D 0927: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/927 der Kommission vom 31. Mai 2021 zur Festlegung des einheitlichen sektorübergreifenden Korrekturfaktors für die Anpassung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten für den Zeitraum 2021 bis 2025 (ABl. L 203 vom 9.6.2021, S. 14)

15. 32020 D 2166: Beschluss (EU) 2020/2166 der Kommission vom 17. Dezember 2020 zur Festlegung der Versteigerungsanteile der Mitgliedstaaten in der Handelsperiode 2021-2030 des EU-Emissionshandelssystems (ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 66)

16. 32013 R 0389: Verordnung (EU) Nr. 389/2013 der Kommission vom 2. Mai 2013 zur Festlegung eines Unionsregisters gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und den Entscheidungen Nr. 280/2004/EG und Nr. 406/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 920/2010 und (EU) Nr. 1193/2011 der Kommission (ABl. L 122 vom 3.5.2013, S. 1), geändert durch:

– 32015 R 1844: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1844 der Kommission vom 13. Juli 2015 (ABl. L 268 vom 15.10.2015, S. 1)

– 32018 R 0208: Verordnung (EU) 2018/208 der Kommission vom 12. Februar 2018 (ABl. L 39 vom 13.2.2018, S. 3)

– 32019 R 0401: Delegierte Verordnung (EU) 2019/401 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 72 vom 14.3.2019, S. 4), berichtigt in ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 193

– 32019 R 1122: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1122 der Kommission vom 12. März 2019 (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 3)

– 32019 R 1123: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1123 der Kommission vom 12. März 2019 (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 63)

17. 32019 R 1122: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1122 der Kommission vom 12. März 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Funktionsweise des Unionsregisters (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 3), geändert durch:

– 32019 R 1124: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1124 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 66)

18. 32006 D 0780: Entscheidung 2006/780/EG der Kommission vom 13. November 2006 zur Vermeidung der doppelten Erfassung von im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems erzielten Treibhausgasemissionsreduktionen gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates bei Projektmaßnahmen im Sinne des Kyoto-Protokolls (ABl. L 316 vom 16.11.2006, S. 12)

19. 32005 D 0381: Entscheidung 2005/381/EG der Kommission vom 4. Mai 2005 zur Einführung eines Fragebogens für die Berichterstattung über die Umsetzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates (ABl. L 126 vom 19.5.2005, S. 43), geändert durch:

   – 32006 D 0803: Entscheidung 2006/803/EG der Kommission vom 23. November 2006 (ABl. L 329 vom 25.11.2006, S. 38)

   – 32014 D 0166: Durchführungsbeschluss 2014/166/EU der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 89 vom 25.3.2014, S. 45)

   – 32022 D 0919: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/919 der Kommission vom 8. Juni 2022 (ABl. L 159 vom 14.6.2022, S. 52)

20. 32011 D 0389: Beschluss 2011/389/EU der Kommission vom 30. Juni 2011 über die EU-weite Menge der Zertifikate gemäß Artikel 3e Absatz 3 Buchstaben a bis d der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft (ABl. L 173 vom 1.7.2011, S. 13)

21. 32013 D 0377: Beschluss Nr. 377/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. April 2013 über die vorübergehende Abweichung von der Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 1)

22. 32018 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2066 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die Überwachung von und die Berichterstattung über Treibhausgasemissionen gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 601/2012 der Kommission (ABl. L 334 vom 31.12.2018, S. 1), geändert durch:

– 32020 R 2085: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2085 der Kommission vom 14. Dezember 2020 (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 37)

– 32022 R 0388: Durchführungsverordnung (EU) 2022/388 der Kommission vom 8. März 2022 (ABl. L 79 vom 9.3.2022, S. 1)

– 32022 R 1371: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1371 der Kommission vom 5. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 15)

23. 32018 R 2067: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2067 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die Prüfung von Daten und die Akkreditierung von Prüfstellen gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 334 vom 31.12.2018, S. 94), geändert durch:

– 32020 R 2084: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2084 der Kommission vom 14. Dezember 2020 (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 23)

24. 32019 R 1842: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1842 der Kommission vom 31. Oktober 2019 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich weiterer Vorkehrungen für die Anpassung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten aufgrund von Änderungen der Aktivitätsraten (ABl. L 282 vom 4.11.2019, S. 20), geändert durch:

    – 32022 R 0827: Durchführungsverordnung (EU) 2022/827 der Kommission vom 20. Mai 2022 (ABl. L 147 vom 30.5.2022, S. 25)

25. 32020 D 1722: Beschluss (EU) 2020/1722 der Kommission vom 16. November 2020 über die unionsweite Menge der im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems für 2021 zu vergebenden Zertifikate (ABl. L 386 vom 18.11.2020, S. 26)

KAPITEL 4

EMISSIONSHANDELSSYSTEM DER EU – LUFTVERKEHR

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Ausübung einer der in Artikel 2 der Richtlinie 2003/87/EG genannten Tätigkeiten nicht; während dieser Aussetzung genehmigt Andorra zudem die Registrierung einer Person oder Organisation nicht, die eine der in Artikel 2 der Richtlinie 2003/87/EG genannten Tätigkeiten ausübt, wenn diese Registrierung zur Folge hätte, dass Andorra für die Verwaltung des EU-EHS in Bezug auf diese Person oder Organisation zuständig wäre.

1. 32009 D 0450: Entscheidung der Kommission vom 8. Juni 2009 zur genauen Auslegung der in Anhang I der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten Luftverkehrstätigkeiten (ABl. L 149 vom 12.6.2009, S. 69)

2. 32019 R 1603: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1603 der Kommission vom 18. Juli 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation angenommenen Maßnahmen für die Überwachung von, die Berichterstattung über und die Prüfung von Luftverkehrsemissionen für die Zwecke der Umsetzung eines globalen marktbasierten Mechanismus (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 10)

3. 32009 R 0748: Verordnung (EG) Nr. 748/2009 der Kommission vom 5. August 2009 über die Liste der Luftfahrzeugbetreiber, die am oder nach dem 1. Januar 2006 einer Luftverkehrstätigkeit im Sinne von Anhang I der Richtlinie 2003/87/EG nachgekommen sind, mit Angabe des für die einzelnen Luftfahrzeugbetreiber zuständigen Verwaltungsmitgliedstaats (ABl. L 219 vom 22.8.2009, S. 1), zuletzt geändert durch:

– 32022 R 0455: Verordnung (EU) 2022/455 der Kommission vom 14. März 2022 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 748/2009 in Bezug auf die Aktualisierung der Liste der Luftfahrzeugbetreiber, die am oder nach dem 1. Januar 2006 einer Luftverkehrstätigkeit im Sinne von Anhang I der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates nachgekommen sind, mit Angabe des für die einzelnen Luftfahrzeugbetreiber zuständigen Verwaltungsmitgliedstaats (ABl. L 93 vom 22.3.2022, S. 1)

4. 32010 R 0606: Verordnung (EU) Nr. 606/2010 der Kommission vom 9. Juli 2010 zur Genehmigung eines von der Europäischen Organisation für Flugsicherung (Eurocontrol) entwickelten vereinfachten Instruments zur Schätzung des Treibstoffverbrauchs bestimmter Luftfahrzeugbetreiber, die Kleinemittenten sind (ABl. L 175 vom 10.7.2010, S. 25)

KAPITEL 5

KRAFTSTOFFQUALITÄT

1. 31998 L 0070: Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG des Rates (ABl. L 350 vom 28.12.1998, S. 58), geändert durch:

– 32000 L 0071: Richtlinie 2000/71/EG der Kommission vom 7. November 2000 (ABl. L 287 vom 14.11.2000, S. 46)

– 32003 L 0017: Richtlinie 2003/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 2003 (ABl. L 76 vom 22.3.2003, S. 10)

– 32011 L 0063: Richtlinie 2011/63/EU der Kommission vom 1. Juni 2011 (ABl. L 147 vom 2.6.2011, S. 15)

– 32014 L 0077: Richtlinie 2014/77/EU der Kommission vom 10. Juni 2014 (ABl. L 170 vom 11.6.2014, S. 62)

– 32009 L 0030: Richtlinie 2009/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 88)

Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Zur Anwendung siehe Anhang II Kapitel 14 „Umweltschutz“.

2. 32015 L 0652: Richtlinie (EU) 2015/652 des Rates vom 20. April 2015 zur Festlegung von Berechnungsverfahren und Berichterstattungspflichten gemäß der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 26), berichtigt in ABl. L 129 vom 27.5.2015, S. 53, geändert durch:

– 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Zur Anwendung siehe Anhang II Kapitel 14 „Umweltschutz“.

3. 32002 D 0159: Entscheidung 2002/159/EG der Kommission vom 18. Februar 2002 über ein gemeinsames Muster für die Vorlage der zusammenfassenden Darstellungen der nationalen Daten zur Kraftstoffqualität (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 30)

Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Zur Anwendung siehe Anhang II Kapitel 14 „Umweltschutz“.

KAPITEL 6

SCHUTZ DER OZONSCHICHT

1. 32009 R 1005: Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (ABl. L 286 vom 31.10.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32010 R 0744: Verordnung (EU) Nr. 744/2010 der Kommission vom 18. August 2010 (ABl. L 218 vom 19.8.2010, S. 2)

   – 32013 R 1087: Verordnung (EU) Nr. 1087/2013 der Kommission vom 4. November 2013 (ABl. L 293 vom 5.11.2013, S. 28)

– 32013R1088: Verordnung (EU) Nr. 1088/2013 der Kommission vom 4. November 2013 (ABl. L 293 vom 5.11.2013, S. 29)

– 32017 R 0605: Verordnung (EU) 2017/605 der Kommission vom 29. März 2017 (ABl. L 84 vom 30.3.2017, S. 3)

2. 32010 D 0372: Beschluss der Kommission vom 18. Juni 2010 über die Verwendung von geregelten Stoffen als Verarbeitungshilfsstoffe gemäß Artikel 8 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 169 vom 3.7.2010, S. 17), geändert durch:

– 32014 D 0008 Durchführungsbeschluss 2014/8/EU der Kommission vom 10. Oktober 2013 (ABl. L 8 vom 11.1.2014, S. 27)

3. 32011 R 0291: Verordnung (EU) Nr. 291/2011 der Kommission vom 24. März 2011 über wesentliche Verwendungen geregelter Stoffe außer Fluorchlorkohlenwasserstoffen zu Labor- und Analysezwecken in der Union gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (ABl. L 79 vom 25.3.2011, S. 4)

4. 32011 R 0537: Verordnung (EU) Nr. 537/2011 der Kommission vom 1. Juni 2011 über den Mechanismus für die Zuweisung der Quoten der für Labor- und Analysezwecke in der Union zugelassenen geregelten Stoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (ABl. L 147 vom 2.6.2011, S. 4)

KAPITEL 7

FLUORIERTE TREIBHAUSGASE

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

1. 32014 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über fluorierte Treibhausgase und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 195)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Die Artikel 14 bis 19 und Artikel 25 Absatz 2 finden keine Anwendung.

2. 32007 R 1497: Verordnung (EG) Nr. 1497/2007 der Kommission vom 18. Dezember 2007 zur Festlegung der Standardanforderungen an die Kontrolle auf Dichtheit ortsfester Brandschutzsysteme, die bestimmte fluorierte Treibhausgase enthalten, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 333 vom 19.12.2007, S. 4)

3. 32007 R 1516: Verordnung (EG) Nr. 1516/2007 der Kommission vom 19. Dezember 2007 zur Festlegung der Standardanforderungen an die Kontrolle auf Dichtheit von ortsfesten Kälte- und Klimaanlagen sowie von Wärmepumpen, die bestimmte fluorierte Treibhausgase enthalten, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 335 vom 20.12.2007, S. 10)

4. 32008 R 0304: Verordnung (EG) Nr. 304/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für die Zertifizierung von Unternehmen und Personal in Bezug auf bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende ortsfeste Brandschutzsysteme und Feuerlöscher sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung der diesbezüglichen Zertifikate (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 12)

5. 32008 R 0306: Verordnung (EG) Nr. 306/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für die Zertifizierung von Personal, das bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende Lösungsmittel aus Ausrüstungen rückgewinnt, sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung der diesbezüglichen Zertifikate (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 21)

6. 32008 R 0307: Verordnung (EG) Nr. 307/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für Ausbildungsprogramme sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsbescheinigungen für Personal in Bezug auf bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende Klimaanlagen in bestimmten Kraftfahrzeugen (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 25)

7. 32015 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2066 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen und der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung im Hinblick auf die Zertifizierung von natürlichen Personen, die fluorierte Treibhausgase enthaltende elektrische Schaltanlagen installieren, warten, instand halten, reparieren oder stilllegen oder fluorierte Treibhausgase aus ortsfesten elektrischen Schaltanlagen zurückgewinnen (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 22)

8. 32015 R 2067: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2067 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen und der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung im Hinblick auf die Zertifizierung von natürlichen Personen in Bezug auf fluorierte Treibhausgase enthaltende ortsfeste Kälteanlagen, Klimaanlagen und Wärmepumpen sowie Kühlaggregate in Kühlkraftfahrzeugen und -anhängern und auf die Zertifizierung von Unternehmen in Bezug auf fluorierte Treibhausgase enthaltende ortsfeste Kälteanlagen, Klimaanlagen und Wärmepumpen (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 28)

9. 32016 R 0879: Durchführungsverordnung (EU) 2016/879 der Kommission vom 2. Juni 2016 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Einzelheiten der Konformitätserklärung für das Inverkehrbringen von Kälteanlagen, Klimaanlagen und Wärmepumpen, die mit teilfluorierten Kohlenwasserstoffen befüllt sind, und der Überprüfung durch einen unabhängigen Prüfer (ABl. L 146 vom 3.6.2016, S. 1)

10. 32015 R 2068: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2068 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Form der Kennzeichnung von Erzeugnissen und Einrichtungen, die fluorierte Treibhausgase enthalten (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 39)

11. 32014 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1191/2014 der Kommission vom 30. Oktober 2014 zur Festlegung von Form und Art der Übermittlung der Berichte gemäß Artikel 19 der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über fluorierte Treibhausgase (ABl. L 318 vom 5.11.2014, S. 5), geändert durch:

   – 32017 R 1375: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1375 der Kommission vom 25. Juli 2017 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 4)

   – 32018 R 1992: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1992 der Kommission vom 14. Dezember 2018 (ABl. L 320 vom 17.12.2018, S. 25)

   – 32019 R 0522: Durchführungsverordnung (EU) 2019/522 der Kommission vom 27. März 2019 (ABl. L 86 vom 28.3.2019, S. 37)

12. 32015 R 2065: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2065 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung der Form der Mitteilung der Ausbildungs- und Zertifizierungsprogramme der Mitgliedstaaten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 14)

13. 32019 R 0661: Durchführungsverordnung (EU) 2019/661 der Kommission vom 25. April 2019 zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des elektronischen Registers für Quoten für das Inverkehrbringen von teilfluorierten Kohlenwasserstoffen (ABl. L 112 vom 26.4.2019, S. 11), geändert durch:

– 32021 R 0980: Durchführungsverordnung (EU) 2021/980 der Kommission vom 17. Juni 2021 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 133)

KAPITEL 8

CO_2-EMISSIONSNORMEN DER EU FÜR PKW, LEICHTE NUTZFAHRZEUGE UND LKW

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für alle Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Herstellung von Kraftfahrzeugen. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Tätigkeit zur Herstellung von Kraftfahrzeugen in seinem Hoheitsgebiet.

1. 31999 L 0094: Richtlinie 1999/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 über die Bereitstellung von Verbraucherinformationen über den Kraftstoffverbrauch und CO_2-Emissionen beim Marketing für neue Personenkraftwagen (ABl. L 12 vom 18.1.2000, S. 16), geändert durch

   – 32003 L 0073: Richtlinie 2003/73/EG der Kommission vom 24. Juli 2003 (ABl. L 186 vom 25.7.2003, S. 34)

   – 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

   – 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1), berichtigt in ABl. L 276 vom 20.10.2010, S. 80, geändert durch:

   – 32014 L 0032: Richtlinie 2014/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 149)

2. 32019 R 0631: Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 zur Festsetzung von CO_2-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 443/2009 und (EU) Nr. 510/2011 (ABl. L 111 vom 25.4.2019, S. 13), geändert durch:

   – 32020 R 0022: Delegierte Verordnung (EU) 2020/22 der Kommission vom 31. Oktober 2019 (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 2)

– 32020 R 1590: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1590 der Kommission vom 19. August 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 8)

– 32020 R 2173: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2173 der Kommission vom 16. Oktober 2020 (ABl. L 433 vom 22.12.2020, S. 1)

– 32021 R 1961: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1961 der Kommission vom 5. August 2021 (ABl. L 400 vom 12.11.2021, S. 14)

3. 32021 R 0392: Durchführungsverordnung (EU) 2021/392 der Kommission vom 4. März 2021 über die Überwachung und Meldung von Daten zu den CO_2-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen gemäß der Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 1014/2010, (EU) Nr. 293/2012, (EU) 2017/1152 und (EU) 2017/1153 der Kommission (ABl. L 77 vom 5.3.2021, S. 8)

4. 32011 R 0063: Verordnung (EU) Nr. 63/2011 der Kommission vom 26. Januar 2011 mit Durchführungsbestimmungen für die Beantragung einer Ausnahme von den Zielvorgaben für spezifische CO_2-Emissionen gemäß Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 23 vom 27.1.2011, S. 16), geändert durch:

– 32019 R 0248: Delegierte Verordnung (EU) 2019/248 der Kommission vom 13. November 2018 (ABl. L 42 vom 13.2.2019, S. 5)

5. 32011 R 0725: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 725/2011 der Kommission vom 25. Juli 2011 zur Einführung eines Verfahrens zur Genehmigung und Zertifizierung innovativer Technologien zur Verringerung der CO_2-Emissionen von Personenkraftwagen nach der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 194 vom 26.7.2011, S. 19), geändert durch:

   – 32018 R 0258: Durchführungsverordnung (EU) 2018/258 der Kommission vom 21. Februar 2018 (ABl. L 49 vom 22.2.2018, S. 1)

6. 32012 D 0100: Beschluss 2012/100/EU der Kommission vom 17. Februar 2012 über ein Verfahren für die Erhebung der Abgaben wegen Überschreitung der CO_2-Emissionen neuer Personenkraftwagen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 71)

7. 32017 R 1153: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1153 der Kommission vom 2. Juni 2017 zur Festlegung eines Verfahrens für die Ermittlung der Korrelationsparameter, die erforderlich sind, um der Änderung des Regelprüfverfahrens Rechnung zu tragen, und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1014/2010 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 679), geändert durch:

   – 32017 R 1231: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1231 der Kommission vom 6. Juni 2017 (ABl. L 177 vom 8.7.2017, S. 11)

   – 32018 R 1002: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1002 der Kommission vom 16. Juli 2018 (ABl. L 180 vom 17.7.2018, S. 10)

– 32018 R 2043: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2043 der Kommission vom 18. Dezember 2018 (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 58)

– 32019 R 1840: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1840 der Kommission vom 31. Oktober 2019 (ABl. L 282 vom 4.11.2019, S. 9)

8. 32014 R 0427: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 427/2014 der Kommission vom 25. April 2014 zur Einführung eines Verfahrens zur Genehmigung und Zertifizierung innovativer Technologien zur Verringerung der CO_2-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen nach der Verordnung (EU) Nr. 510/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 125 vom 26.4.2014, S. 57), geändert durch:

   – 32018 R 0259: Durchführungsverordnung (EU) 2018/259 der Kommission vom 21. Februar 2018 (ABl. L 49 vom 22.2.2018, S. 9)

9. 32012 D 0099: Durchführungsbeschluss 2012/99/EU der Kommission vom 17. Februar 2012 mit den Durchführungsbestimmungen für die Erhebung der Abgaben wegen Überschreitung der CO_2-Emissionen neuer leichter Nutzfahrzeuge gemäß der Verordnung (EG) Nr. 510/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 69)

10. 32013 R 0114: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 114/2013 der Kommission vom 6. November 2012 mit ergänzenden Vorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 510/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Gewährung einer Ausnahme von den spezifischen CO_2-Emissionszielen für neue leichte Nutzfahrzeuge (ABl. L 38 vom 9.2.2013, S. 1), geändert durch:

    – 32013 R 1047: Delegierte Verordnung (EU) 1047/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 285 vom 29.10.2013, S. 1)

    – 32014 R 0482: Delegierte Verordnung (EU) 482/2014 der Kommission vom 4. März 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 51)

11. 32017 R 1152: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1152 der Kommission vom 2. Juni 2017 zur Festlegung eines Verfahrens für die Ermittlung der Korrelationsparameter, die erforderlich sind, um der Änderung des Regelprüfverfahrens in Bezug auf leichte Nutzfahrzeuge Rechnung zu tragen, und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 293/2012 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 644), geändert durch:

    – 32018 R 1003: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1003 der Kommission vom 16. Juli 2018 (ABl. L 180 vom 17.7.2018, S. 16)

    – 32018 R 2042: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2042 der Kommission vom 18. Dezember 2018 (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 53)

    – 32019 R 1839: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1839 der Kommission vom 31. Oktober 2019 (ABl. L 282 vom 4.11.2019, S. 1)

12. 32018 R 0956: Verordnung (EU) 2018/956 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über die Überwachung und Meldung der CO_2-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge (ABl. L 173 vom 9.7.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 0888: Delegierte Verordnung (EU) 2019/888 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 142 vom 29.5.2019, S. 43)

   – 32019 R 1242: Verordnung (EU) 2019/1242 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 202)

   – 32020 R 1589: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1589 der Kommission vom 22. Juli 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 4)

   – 32021 R 1429: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1429 der Kommission vom 31. Mai 2021 (ABl. L 309 vom 2.9.2021, S. 1)

   – 32022 R 0247: Delegierte Verordnung (EU) 2022/247 der Kommission vom 14. Dezember 2021 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 11)

13. 32019 R 1242: Verordnung (EU) 2019/1242 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Festlegung von CO_2-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 595/2009 und (EU) 2018/956 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Richtlinie 96/53/EG des Rates (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 202)

14. 32019 R 1859: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1859 der Kommission vom 6. November 2019 zur Festlegung von Vorschriften für die Anwendung des Artikels 10 der Verordnung (EU) 2019/1242 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Erhebung bestimmter Daten (ABl. L 286 vom 7.11.2019, S. 10), geändert durch:

    – 32022 R 0096: Durchführungsverordnung (EU) 2022/96 der Kommission vom 25. Januar 2022 (ABl. L 17 vom 26.1.2022, S. 1)

15. 32020 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1079 der Kommission vom 20. Juli 2020 über die Überprüfung und Berichtigung von Daten gemäß der Verordnung (EU) 2018/956 über die Überwachung und Meldung der CO_2-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge (ABl. L 235 vom 22.7.2020, S. 1)

16. 32021 R 1430: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1430 der Kommission vom 31. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/956 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Präzisierung der von den Mitgliedstaaten zur Prüfung der CO_2-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge zu meldenden Daten (ABl. L 309 vom 2.9.2021, S. 3)

17. 32021 R 0941: Durchführungsverordnung (EU) 2021/941 der Kommission vom 10. Juni 2021 zur Festlegung eines spezifischen Verfahrens für die Ermittlung von schweren Nutzfahrzeugen, die als Arbeitsfahrzeuge bescheinigt, aber nicht als solche zugelassen sind, und für die Anwendung von Korrekturen auf die jährlichen durchschnittlichen spezifischen CO_2-Emissionen eines Herstellers zwecks Berücksichtigung dieser Fahrzeuge (ABl. L 205 vom 11.6.2021, S. 77)

KAPITEL 9

CO2-ABSCHEIDUNG UND -SPEICHERUNG

1. 32009 L 0031: Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und 2008/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114), geändert durch:

   – 32018 D 0853: Beschluss (EU) 2018/853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 155)

2. 32011 D 0092: Beschluss 2011/92/EU der Kommission vom 10. Februar 2011 zur Einführung eines Fragebogens für den ersten Bericht über die Durchführung der Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die geologische Speicherung von Kohlendioxid (ABl. L 37 vom 11.2.2011, S. 19)

3. 32010 D 0670: Beschluss 2010/670/EU der Kommission vom 3. November 2010 über Kriterien und Maßnahmen für die Finanzierung von kommerziellen Demonstrationsprojekten, die auf eine umweltverträgliche Abscheidung und geologische Speicherung von CO_2 abzielen, und von Demonstrationsprojekten für innovative Technologien für erneuerbare Energien im Rahmen des Gemeinschaftssystems für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 290 vom 6.11.2010, S. 39), geändert durch:

   – 32015 D 0191: Beschluss (EU) 2015/191 der Kommission vom 5. Februar 2015 (ABl. L 31 vom 7.2.2015, S. 31)

   – 32017 D 2172: Beschluss (EU) 2017/2172 der Kommission vom 20. November 2017 (ABl. L 306 vom 22.11.2017, S. 24)

ANHANG XXI

STATISTIK

Liste nach Artikel 60 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Grundlegende und allgemeine Bestimmungen 3
2 Statistische Geheimhaltung 5
3 Unternehmensstatistiken 6
4 Tourismusstatistiken 11
5 Verkehrsstatistiken 13
6 Statistiken zur Bevölkerung und zu den sozialen Bedingungen 20
7 Wirtschafts- und Finanzstatistiken 42
8 Statistiken zu Tarifierung/Nomenklatur 54
9 Landwirtschafts- und Fischereistatistiken 62
10 Energiestatistiken 78
11 Umweltstatistiken 80

www.parlament.gv.at

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 1

GRUNDLEGENDE UND ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

EUROPÄISCHE STATISTIKEN: RECHTSRAHMEN

1. 32009 R 0223: Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1101/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken und des Beschlusses 89/382/EWG, Euratom des Rates zur Einsetzung eines Ausschusses für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 164), geändert durch:

   – 32015 R 0759: Verordnung (EU) 2015/759 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 90)

2. 32013 R 0557: Verordnung (EU) Nr. 557/2013 der Kommission vom 17. Juni 2013 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Statistiken in Bezug auf den Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 831/2002 der Kommission (ABl. L 164 vom 18.6.2013, S. 16)

www.parlament.gv.at

3. 32012 D 0504: Beschluss 2012/504/EU der Kommission vom 17. September 2012 über Eurostat (ABl. L 251 vom 18.9.2012, S. 49)

4. 32008 D 0235: Beschluss Nr. 235/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 zur Einsetzung eines Europäischen Beratungsgremiums für die Statistische Governance (ABl. L 73 vom 15.3.2008, S. 17)

EUROPÄISCHES STATISTISCHES PROGRAMM

1. 32021 R 0690: Verordnung (EU) 2021/690 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Aufstellung eines Programms für den Binnenmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen, den Bereich Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel sowie europäische Statistiken (Binnenmarktprogramm) und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 99/2013, (EU) Nr. 1287/2013, (EU) Nr. 254/2014 und (EU) Nr. 652/2014 (ABl. L 153 vom 3.5.2021, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG

1. 02016 R 0679: Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1)

EUROPÄISCHE DATENSCHUTZVERORDNUNG

1. 32018 R 1725: Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39)

2. 32019 D 2071: Beschluss (EU) 2019/2071 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2019 zur Ernennung des Europäischen Datenschutzbeauftragten (ABl. L 316I vom 6.12.2019, S. 1)

KAPITEL 2

STATISTISCHE GEHEIMHALTUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32006 R 1367: Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens von Århus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten auf Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft (ABl. L 264 vom 25.9.2006, S. 13), geändert durch:

– 32021 R 1767: Verordnung (EU) 2021/1767 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2021 (ABl. L 356 vom 8.10.2021, S. 1)

2. 32016 D 0128(02): Beschluss des Europäischen Datenschutzbeauftragten vom 3. Dezember 2015 über die Einsetzung eines externen Beirats für die ethische Dimension des Datenschutzes („Ethik-Beirat“) (ABl. C 33 vom 28.1.2016, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. Verhaltenskodex für europäische Statistiken für die nationalen statistischen Ämter und Eurostat (statistisches Amt der EU), angenommen vom Ausschuss für das Europäische Statistische System am 16. November 2017

KAPITEL 3

UNTERNEHMENSSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32019 R 2152: Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über europäische Unternehmensstatistiken, zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken (ABl. L 327 vom 17.12.2019, S. 1)

www.parlament.gv.at

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Kapitel V dieser Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32020 R 1030: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1030 der Kommission vom 15. Juli 2020 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „IKT-Nutzung und E-Commerce“ für das Bezugsjahr 2021 gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 12)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

3. 32020 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission vom 30. Juli 2020 zur Festlegung technischer Spezifikationen und Einzelheiten nach der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Unternehmensstatistiken, zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken (ABl. L 271 vom 18.8.2020, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   a) Anhang I Teil B dieser Verordnung gilt nicht für Andorra, mit Ausnahme der Variablen, die in der Anlage aufgeführt sind – Anhang XXI Teil A, Statistik.

b) Anhang VIII dieser Verordnung gilt nicht für Andorra, mit Ausnahme der Variablen, die in der Anlage aufgeführt sind – Anhang XXI Teil B, Statistik.

4. 32022 R 0918: Durchführungsverordnung (EU) 2022/918 der Kommission vom 13. Juni 2022 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „Globale Wertschöpfungsketten“ gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 159 vom 14.6.2022, S. 43)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

5. 32021 R 1190: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1190 der Kommission vom 15. Juli 2021 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „IKT-Nutzung und E-Commerce“ für das Bezugsjahr 2022 gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 258 vom 20.7.2021, S. 28)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

6. 32022 R 1344: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1344 der Kommission vom 1. August 2022 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „IKT-Nutzung und E-Commerce“ für das Bezugsjahr 2023 gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 182 vom 19.7.2023, S. 100)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

7. 32020 R 1470: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1470 der Kommission vom 12. Oktober 2020 über das Verzeichnis der Länder und Gebiete für die europäischen Statistiken über den internationalen Warenverkehr und die geografische Aufgliederung für sonstige Unternehmensstatistiken (ABl. L 334 vom 13.10.2020, S. 2)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

8. 32021 R 1704: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1704 der Kommission vom 14. Juli 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates durch genauere Festlegung der Einzelheiten der von den Steuer- und Zollbehörden zu übermittelnden statistischen Angaben und zur Änderung ihrer Anhänge V und VI (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 33)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

9. 32021 R 1225: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1225 der Kommission vom 27. Juli 2021 zur Festlegung der Einzelheiten für den Datenaustausch gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission in Bezug auf den Mitgliedstaat der Ausfuhr außerhalb der Union und die Pflichten der Meldeeinheiten (ABl. L 269 vom 28.7.2021, S. 58)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

10. 32022 R 1092: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1092 der Kommission vom 30. Juni 2022 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „Innovation“ gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 176 vom 1.7.2022, S. 10)

11. 32022 R 2552: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2552 der Kommission vom 12. Dezember 2022 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für die Statistik für das Einzelthema Industrieproduktion zur Erstellung der Aufschlüsselung der Klassifikation der Industrieprodukte gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission im Hinblick auf den Abdeckungsbereich der Güterklassifikation (ABl. L 336 vom 29.12.2022, S. 1)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

KAPITEL 4

TOURISMUSSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32011 R 0692: Verordnung (EU) Nr. 692/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2011 über die europäische Tourismusstatistik und zur Aufhebung der Richtlinie 95/57/EG des Rates (ABl. L 192 vom 22.7.2011, S. 17), geändert durch:

    – 32013 R 0253: Delegierte Verordnung (EU) 253/2013 der Kommission vom 15. Januar 2013 (ABl. L 79 vom 21.3.2013, S. 5)

www.parlament.gv.at

– 32019 R 1681: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1681 der Kommission vom 1. August 2019 (ABl. L 258 vom 9.10.2019, S. 1)

– 32020 R 1569: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1569 der Kommission vom 23. Juli 2020 (ABl. L 359 vom 29.10.2020, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Anhang II dieser Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32011 R 1051: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1051/2011 der Kommission vom 20. Oktober 2011 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 692/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates über die europäische Tourismusstatistik in Bezug auf den Aufbau der Qualitätsberichte sowie die Datenübermittlung (ABl. L 276 vom 21.10.2011, S. 13), geändert durch:

– 32013 R 0081: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 81/2013 der Kommission vom 29. Januar 2013 (ABl. L 28 vom 30.1.2013, S. 1)

– 32021 R 1179: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1179 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 89)

KAPITEL 5

VERKEHRSSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

ABSCHNITT A

LUFT

1. 32003 R 0437: Verordnung (EG) Nr. 437/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2003 über die statistische Erfassung der Beförderung von Fluggästen, Fracht und Post im Luftverkehr (ABl. L 66 vom 11.3.2003, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32003 R 1358: Verordnung (EG) Nr. 1358/2003 der Kommission vom 31. Juli 2003 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 437/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die statistische Erfassung der Beförderung von Fluggästen, Fracht und Post im Luftverkehr und zur Änderung der Anhänge I und II der genannten Verordnung (ABl. L 194 vom 1.8.2003, S. 9), geändert durch:

www.parlament.gv.at

– 32005 R 0546: Verordnung (EG) Nr. 546/2005 der Kommission vom 8. April 2005 (ABl. L 91 vom 9.4.2005, S. 5)

– 32007 R 0158: Verordnung (EG) Nr. 158/2007 der Kommission vom 16. Februar 2007 (ABl. L 49 vom 17.2.2007, S. 9)

3. 32005 R 0546: Verordnung (EG) Nr. 546/2005 der Kommission vom 8. April 2005 zur Anpassung der Verordnung (EG) Nr. 437/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Vergabe von Meldelandcodes und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1358/2003 der Kommission im Hinblick auf die Aktualisierung der Liste der Gemeinschaftsflughäfen (ABl. L 91 vom 9.4.2005, S. 5)

4. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

ABSCHNITT B

BINNENWASSERSTRASSEN

1. 32018 R 0974: Verordnung (EU) 2018/974 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 über die Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen (kodifizierter Text) (ABl. L 179 vom 16.7.2018, S. 14)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

ABSCHNITT C

SCHIENE

1. 32018 R 0643: Verordnung (EU) 2018/643 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 über die Statistik des Eisenbahnverkehrs (Neufassung) (ABl. L 112 vom 2.5.2018, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

www.parlament.gv.at

2. 32007 R 0332: Verordnung (EG) Nr. 332/2007 der Kommission vom 27. März 2007 über die technischen Einzelheiten der Datenübermittlung der Statistiken über den Eisenbahnverkehr (ABl. L 88 vom 29.3.2007, S. 16)

ABSCHNITT D

STRAßENVERKEHR

1. 31993 D 0704: Entscheidung 93/704/EG des Rates vom 30. November 1993 über die Einrichtung einer gemeinschaftlichen Datenbank über Straßenverkehrsunfälle (ABl. L 329 vom 30.12.1993, S. 63)

   Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Für Andorra müssen die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Dateien erstmals im Jahr nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens übermittelt werden.

2. 32001 R 2163: Verordnung (EG) Nr. 2163/2001 der Kommission vom 7. November 2001 über die technischen Modalitäten für die Übermittlung der Daten zur Statistik des Güterkraftverkehrs (ABl. L 291 vom 8.11.2001, S. 13)

3. 32003 R 0006: Verordnung (EG) Nr. 6/2003 der Kommission vom 30. Dezember 2002 über die Verbreitung der Statistik des Güterkraftverkehrs (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 45), geändert durch:

   – 32010 R 0202: Verordnung (EU) Nr. 202/2010 der Kommission vom 10. März 2010 (ABl. L 61 vom 11.3.2010, S. 24)

4. 32004 R 0642: Verordnung (EG) Nr. 642/2004 der Kommission vom 6. April 2004 über Genauigkeitsanforderungen für die nach der Verordnung (EG) Nr. 1172/98 des Rates über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs erhobenen Daten (ABl. L 102 vom 7.4.2004, S. 26)

5. 32012 R 0070: Verordnung (EU) Nr. 70/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2012 über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs (Neufassung) (ABl. L 32 vom 3.2.2012, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Für Andorra wird ein Opt-out von der Verordnung gewährt, bis das Land den in der Verordnung vorgesehenen Schwellenwert für die Anzahl von Lastkraftwagen erreicht.

6. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

ABSCHNITT E

SEEVERKEHR

1. 32009 L 0042: Richtlinie 2009/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs (Neufassung) (ABl. L 141 vom 6.6.2009, S. 29), geändert durch:

   – 32010 R 1090: Verordnung (EU) Nr. 1090/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 (ABl. L 325 vom 9.12.2010, S. 1)

   – 32010 D 1090: Beschluss 2010/216/EU der Kommission vom 14. April 2010 (ABl. L 94 vom 15.4.2010, S. 33)

– 32012 D 0186: Delegierter Beschluss 2012/186/EU der Kommission vom 3. Februar 2012 (ABl. L 101 vom 11.4.2012, S. 5)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Richtlinie gilt nicht für Andorra.

2. 32018 D 01007: Delegierter Beschluss (EU) 2018/1007 der Kommission vom 25. April 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2009/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Hafenliste und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/861/EG der Kommission (ABl. L 180 vom 17.7.2018, S. 29)

3. 32001 D 0423: Entscheidung 2001/423/EG der Kommission vom 22. Mai 2001 über die Einzelheiten der Veröffentlichung oder Verbreitung der statistischen Daten, die gemäß der Richtlinie 95/64/EG des Rates über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs erhoben werden (ABl. L 151 vom 7.6.2001, S. 41)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Entscheidung gilt nicht für Andorra.

KAPITEL 6

STATISTIKEN ZUR BEVÖLKERUNG UND ZU DEN SOZIALEN BEDINGUNGEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

ABSCHNITT A

VOLKS- UND WOHNUNGSZÄHLUNGEN

1. 32008 R 0763: Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über Volks- und Wohnungszählungen (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 14)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt für Andorra nur auf nationaler Ebene.

2. 32009 R 1201: Verordnung (EG) Nr. 1201/2009 der Kommission vom 30. November 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die technischen Spezifikationen für die Themen sowie für deren Untergliederungen (ABl. L 329 vom 15.12.2009, S. 29)

www.parlament.gv.at

3. 32010 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2010 der Kommission vom 16. Juni 2010 zur Annahme des Programms der statistischen Daten und der Metadaten für Volks- und Wohnungszählungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 151 vom 17.6.2010, S. 1)

4. 32010 R 1151: Verordnung (EU) Nr. 1151/2010 der Kommission vom 8. Dezember 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die Modalitäten und die Struktur der Qualitätsberichte sowie das technische Format der Datenübermittlung (ABl. L 324 vom 9.12.2010, S. 1)

5. 32017 R 0543: Durchführungsverordnung (EU) 2017/543 der Kommission vom 22. März 2017 zur Festlegung der Regeln für die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die technischen Spezifikationen für die Themen sowie für deren Untergliederungen (ABl. L 78 vom 23.3.2017, S. 13)

6. 32017 R 0712: Verordnung (EU) 2017/712 der Kommission vom 20. April 2017 zur Festlegung des Bezugsjahrs und des Programms der statistischen Daten und Metadaten für Volks- und Wohnungszählungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 21.4.2014, S. 1)

7. 32017 R 0881: Durchführungsverordnung (EU) 2017/881 der Kommission vom 23. Mai 2017 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die Modalitäten und die Struktur der Qualitätsberichte sowie das technische Format der Datenübermittlung und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2010 (ABl. L 135 vom 24.5.2017, S. 6)

8. 32018 R 1799: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1799 der Kommission vom 21. November 2018 über die Einführung einer zeitlich begrenzten statistischen Direktmaßnahme für die Verbreitung ausgewählter Themen der Volks- und Wohnungszählung 2021 geokodiert auf ein 1-km2-Gitter (ABl. L 296 vom 22.11.2018, S. 19)

ABSCHNITT B

DEMOGRAFIE

1. 32013 R 1260: Verordnung (EU) Nr. 1260/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über europäische demografische Statistiken (ABl. L 330 vom 10.12.2013, S. 39)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Andorra ist von der Übermittlung von Daten zur Reihenfolge der Lebendgeburten befreit.

   b) Artikel 4 gilt nicht für Andorra.

2. 32014 R 0205: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 205/2014 der Kommission vom 4. März 2014 zur Festlegung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1260/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische demografische Statistiken im Hinblick auf die Untergliederung der Daten, die Fristen und die Revision von Daten (ABl. L 65 vom 5.3.2014, S. 10)

ABSCHNITT C

STATISTIKEN ÜBER PERSONEN UND HAUSHALTE (STICHPROBENBASIS) FÜR DIE BEREICHE ARBEITSKRÄFTE, EINKOMMEN UND LEBENSBEDINGUNGEN, GESUNDHEIT, ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG, NUTZUNG VON INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN, ZEITVERWENDUNG, VERBRAUCH

1. 32019 R 1700: Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für europäische Statistiken über Personen und Haushalte auf der Grundlage von Einzeldaten aus Stichprobenerhebungen, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 808/2004, (EG) Nr. 452/2008 und (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates (ABl. L 261I vom 14.10.2019, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32019 R 2180: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2180 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte nach der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 330 vom 20.12.2019, S. 8)

www.parlament.gv.at

3. 32019 R 2181: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2181 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Festlegung der technischen Merkmale von in mehreren Datensätzen vorkommenden Elementen gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 330 vom 20.12.2019, S. 16)

4. 32020 R 0256: Delegierte Verordnung (EU) 2020/256 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung einer rotierenden Mehrjahresplanung (ABl. L 54 vom 26.2.2020, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 2175: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2175 der Kommission vom 20. Oktober 2020 (ABl. L 433 vom 22.12.2020, S. 20)

   – 32023 R 0167: Delegierte Verordnung (EU) 2023/167 der Kommission vom 3. November 2022 (ABl. L 24 vom 26.1.2023, S. 3)

5. 32020 R 0257: Delegierte Verordnung (EU) 2020/257 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Arbeitskräfte (ABl. L 54 vom 26.2.2020, S. 9)

6. 32019 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2240 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Arbeitskräfte gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 30.12.2019, S. 59)

7. 32019 R 2241: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2241 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Beschreibung der Variablen und der Länge, der Qualitätsanforderungen und des Detaillierungsgrads der Zeitreihen für die Übermittlung monatlicher Daten zur Erwerbslosigkeit nach der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 30.12.2019, S. 125)

8. 32020 R 1640: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1640 der Kommission vom 12. August 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für das Ad-hoc-Thema 2022 „Berufliche Kompetenzen“ und für die achtjährlichen Variablen zu „Altersrenten, Alterspensionen und Erwerbsbeteiligung“ im Bereich Arbeitskräfte (ABl. L 370 vom 6.11.2020, S. 1)

9. 32020 R 1642: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1642 der Kommission vom 5. November 2020 zur Spezifizierung der technischen Eigenschaften des Datensatzes für das Ad-hoc-Thema 2022 „Berufliche Kompetenzen“ und für die achtjährlichen Variablen zu „Altersrenten, Alterspensionen und Erwerbsbeteiligung“ im Bereich Arbeitskräfte gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 370 vom 6.11.2020, S. 9)

10. 32022 R 2447: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2447 der Kommission vom 30. September 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und der Titel der achtjährlichen Variablen im Bereich Arbeitskräfte zu „Junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt“, „Bildungsstand — Einzelangaben, einschließlich unter- oder abgebrochener Ausbildung“ und „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ (ABl. L 320 vom 14.12.2022, S. 1)

11. 32022 R 2312: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2312 der Kommission vom 25. November 2022 über achtjährliche Variablen im Bereich Arbeitskräfte zu „Junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt“, „Bildungsstand — Einzelangaben, einschließlich unter- oder abgebrochener Ausbildung“ und „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 34)

12. 32020 R 0258: Delegierte Verordnung (EU) 2020/258 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Einkommen und Lebensbedingungen (ABl. L 54 vom 26.2.2020, S. 16)

13. 32019 R 2242: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2242 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Festlegung der technischen Angaben von Datensätzen, zur Festlegung der technischen Formate und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 30.12.2019, S. 133)

14. 32020 R 1721: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1721 der Kommission vom 17. November 2020 zur Festlegung der technischen Eigenschaften der Datensätze der Stichprobenerhebung im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen hinsichtlich „Gesundheit“ und „Lebensqualität“ gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 386 vom 18.11.2020, S. 9)

15. 32021 R 0466: Delegierte Verordnung (EU) 2021/466 der Kommission vom 17. November 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Einkommen und Lebensbedingungen hinsichtlich „Gesundheit“ und „Lebensqualität“ (ABl. L 96 vom 19.3.2021, S. 1)

16. 32022 R 0029: Delegierte Verordnung (EU) 2022/29 der Kommission vom 28. Oktober 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen hinsichtlich „Arbeitsmarkt und Wohnen“, „Intergenerationale Übertragung von Vorteilen und Benachteiligungen, Wohnungsnot“ und des Ad-hoc-Themas 2023 „Energieeffizienz der Haushalte“ (ABl. L 7 vom 12.1.2022, S. 1)

17. 32021 R 2052: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2052 der Kommission vom 24. November 2021 zur Festlegung der technischen Eigenschaften der Datensätze der Stichprobenerhebung im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen über Arbeitsmarkt und Wohnen, intergenerationale Übertragung von Vorteilen und Benachteiligungen, Wohnungsnot sowie des Ad-hoc-Themas 2023 zur Energieeffizienz von Haushalten gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 23)

18. 32023 R 0212: Delegierte Verordnung (EU) 2023/212 der Kommission vom 3. November 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen zum Zugang zu Dienstleistungen (ABl. L 30 vom 2.2.2023, S. 1)

19. 32022 R 2498: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2498 der Kommission Vom 9. Dezember 2022 zur Festlegung der technischen Angaben der Datensätze der Stichprobenerhebung im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen über Zugang zu Dienstleistungen gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 325 vom 20.12.2022, S. 16)

20. 32021 R 0859: Delegierte Verordnung (EU) 2021/859 der Kommission vom 4. Februar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Datensatz im Bereich Allgemeine und berufliche Bildung (ABl. L 190 vom 31.5.2021, S. 1)

21. 32021 R 0861: Durchführungsverordnung (EU) 2021/861 der Kommission vom 21. Mai 2021 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes und zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen für die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Allgemeine und berufliche Bildung gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 190 vom 31.5.2021, S. 25)

22. 32020 R 1432: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1432 der Kommission vom 14. Juli 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und Titel der Variablen für den Bereich Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2021 (ABl. L 331 vom 12.10.2020, S. 4)

23. 32020 R 1013: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1013 der Kommission vom 20. Juli 2020 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2021 gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 237 vom 22.7.2020, S. 1)

24. 32021 R 1898: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1898 der Kommission vom 20. Juli 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und Titel der Variablen für den Bereich Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2022 (ABl. L 387 vom 3.11.2021, S. 58)

25. 32021 R 1223: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1223 der Kommission vom 27. Juli 2021 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2022 gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 269 vom 28.7.2021, S. 1)

26. 32022 R 2279: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2279 der Kommission vom 1. August 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und Titel der Variablen für den Bereich Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2023 (ABl. L 301 vom 22.11.2022, S. 1)

27. 32022 R 1399: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1399 der Kommission vom 1. August 2022 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2023 gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 213 vom 16.8.2022, S. 13)

28. 32023 R 0126: Delegierte Verordnung (EU) 2023/126 der Kommission vom 21. Oktober 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Verbrauch (ABl. L 17 vom 19.1.2023, S. 1)

29. 32022 R 2094: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2094 der Kommission vom 28. Oktober 2022 zur Festlegung der technischen Angaben von Datensätzen, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Verbrauch gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 281 vom 31.10.2022, S. 23)

ABSCHNITT D

BILDUNG

1. 32008 R 0452: Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über die Erstellung und die Entwicklung von Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen (ABl. L 145 vom 4.6.2008, S. 227), geändert durch:

   – 32019 R 1700: Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 261I vom 14.10.2019, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra, mit Ausnahme der Daten zur Primar- und Sekundarstufe I.

2. 32013 R 0912: Verordnung (EU) Nr. 912/2013 der Kommission vom 23. September 2013 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und die Entwicklung von Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen im Hinblick auf Statistiken über die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung (ABl. L 252 vom 24.9.2013, S. 5)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 gilt nicht für Andorra, mit Ausnahme der Übermittlung der ISCED-Zuordnung der nationalen Programme und Qualifikationen.

ABSCHNITT E

ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT SOWIE GESUNDHEITSSCHUTZ UND SICHERHEIT AM ARBEITSPLATZ

1. 32008 R 1338: Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 70), geändert durch:

   – 32019 R 1700: Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 261I vom 14.10.2019, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra, mit Ausnahme von Daten zur Gesundheitsversorgung (Anhang II).

2. 32011 R 0328: Verordnung (EU) Nr. 328/2011 der Kommission vom 5. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz betreffend Statistiken über Todesursachen (ABl. L 90 vom 6.4.2011, S. 22)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

3. 32011 R 0349: Verordnung (EU) Nr. 349/2011 der Kommission vom 11. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz betreffend Statistiken über Arbeitsunfälle (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 3)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

4. 32021 R 1901: Verordnung (EU) 2021/1901 der Kommission vom 29. Oktober 2021 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Statistiken über die Kosten der Gesundheitsversorgung und ihre Finanzierung (ABl. L 387 vom 3.11.2021, S. 110)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

5. 32022 R 2294: Verordnung (EU) 2022/2294 der Kommission vom 23. November 2022 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Statistiken über Gesundheitsversorgungseinrichtungen, Humanressourcen im Bereich der Gesundheitsversorgung und Nutzung der Gesundheitsversorgung (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 42)

ABSCHNITT F

EUROPÄISCHES SYSTEM INTEGRIERTER SOZIALSCHUTZSTATISTIKEN

1. 32007 R 0458: Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. April 2007 über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) (ABl. L 113 vom 30.4.2007, S. 3)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32007 R 1322: Verordnung (EG) Nr. 1322/2007 der Kommission vom 12. November 2007 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) im Hinblick auf die geeigneten Formate für die Datenübermittlung, die zu übermittelnden Ergebnisse und die Kriterien für die Qualitätsbeurteilung für das ESSOSS-Kernsystem und das Modul Rentenempfänger (ABl. L 294 vom 13.11.2007, S. 5)

3. 32008 R 0010: Verordnung (EG) Nr. 10/2008 der Kommission vom 8. Januar 2008 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) im Hinblick auf die Definitionen, die detaillierten Klassifikationen und die Aktualisierung der Verbreitungsregelungen für das ESSOSS-Kernsystem und das Modul Rentenempfänger (ABl. L 5 vom 9.1.2008, S. 3)

4. 32011 R 0110: Verordnung (EU) Nr. 110/2011 der Kommission vom 8. Februar 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) im Hinblick auf die geeigneten Formate für die Datenübermittlung, die zu übermittelnden Ergebnisse und die Kriterien für die Qualitätsbeurteilung für das ESSOSS-Modul Nettosozialschutzleistungen (ABl. L 34 vom 9.2.2011, S. 29)

5. 32011 R 0263: Verordnung (EU) Nr. 263/2011 der Kommission vom 17. März 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) in Bezug auf den Beginn einer umfassenden Datenerhebung für das ESSOSS-Modul Nettosozialschutzleistungen (ABl. L 71 vom 18.3.2011, S. 4)

ABSCHNITT G

MIGRATION UND INTERNATIONALER SCHUTZ

1. 32007 R 0862: Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer (ABl. L 199 vom 31.7.2007, S. 23), geändert durch:

   – 32020 R 0851: Verordnung (EU) 2020/851 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 1)

2. 32010 R 0216: Verordnung (EU) Nr. 216/2010 der Kommission vom 15. März 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz betreffend die Definitionen der Kategorien der Gründe für die Erteilung von Aufenthaltstiteln (ABl. L 66 vom 16.3.2010, S. 1)

3. 32010 R 0351: Verordnung (EU) Nr. 351/2010 der Kommission vom 23. April 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz in Bezug auf die Definitionen der Kategorien der Gruppen für das Geburtsland, der Gruppen für das Land des letzten üblichen Aufenthaltsorts, der Gruppen für das Land des nächsten üblichen Aufenthaltsorts und der Gruppen für die Staatsangehörigkeit (ABl. L 104 vom 24.4.2010, S. 37)

ABSCHNITT H

BETRIEBLICHE BILDUNG

1. 32005 R 1552: Verordnung (EG) Nr. 1552/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Statistik der betrieblichen Bildung (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 1), geändert durch:

   – 32006 R 1893: Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1)

   – 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

www.parlament.gv.at

2. 32006 R 0198: Verordnung (EG) Nr. 198/2006 der Kommission vom 3. Februar 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1552/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Statistik der betrieblichen Bildung (ABl. L 32 vom 4.2.2006, S. 15), geändert durch:

   – 32010 R 0822: Verordnung (EU) Nr. 822/2010 der Kommission vom 17. September 2010 (ABl. L 246 vom 18.9.2010, S. 18)

   – 32014 R 1153: Verordnung (EU) Nr. 1153/2014 der Kommission vom 29. Oktober 2014 (ABl. L 309 vom 30.10.2014, S. 9)

ABSCHNITT I

EUROPÄISCHE UNTERNEHMENSBEZOGENE ARBEITSMARKTSTATISTIKEN

1. 31999 R 0530: Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 9. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten (ABl. L 63 vom 12.3.1999, S. 6), geändert durch:

   – 32006 R 1893: Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 31999 R 1726: Verordnung (EG) Nr. 1726/1999 der Kommission vom 27. Juli 1999 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten in Bezug auf Definition und Übermittlung von Informationen über Arbeitskosten (ABl. L 203 vom 3.8.1999, S. 28), geändert durch:

   – 32005 R 1737: Verordnung (EU) Nr. 1737/2005 der Kommission vom 21. Oktober 2005 (ABl. L 279 vom 22.10.2005, S. 11)

3. 32000 R 1916: Verordnung (EG) Nr. 1916/2000 der Kommission vom 8. September 2000 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten hinsichtlich der Definition und Übermittlung der Informationen über die Verdienststruktur (ABl. L 229 vom 9.9.2000, S. 3), geändert durch:

   – 32005 R 1738: Verordnung (EG) Nr. 1738/2005 der Kommission vom 21. Oktober 2005 (ABl. L 279 vom 22.10.2005, S. 32), geändert durch:

      – 32009 R 1022: Verordnung (EG) Nr. 1022/2009 der Kommission vom 29. Oktober 2009 (ABl. L 283 vom 30.10.2009, S. 3)

www.parlament.gv.at

– 32013 R 0317: Verordnung (EU) Nr. 317/2013 der Kommission vom 8. April 2013 (ABl. L 99 vom 9.4.2013, S. 1)

4. 32006 R 0698: Verordnung (EG) Nr. 698/2006 der Kommission vom 5. Mai 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates hinsichtlich der Qualitätsbewertung der Statistik über die Struktur der Arbeitskosten und der Verdienste (ABl. L 121 vom 6.5.2006, S. 30), geändert durch:

– 32009 R 1022: Verordnung (EG) Nr. 1022/2009 der Kommission vom 29. Oktober 2009 (ABl. L 283 vom 30.10.2009, S. 3)

5. 32003 R 0450: Verordnung (EG) Nr. 450/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2003 über den Arbeitskostenindex (ABl. L 63 vom 12.3.1999, S. 6)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

6. 32003 R 1216: Verordnung (EG) Nr. 1216/2003 der Kommission vom 7. Juli 2003 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 450/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Arbeitskostenindex (ABl. L 169 vom 8.7.2003, S. 37), geändert durch:

– 32007 R 0224: Verordnung (EG) Nr. 224/2007 der Kommission vom 1. März 2007 (ABl. L 64 vom 2.3.2007, S. 23)

7. 32008 R 0453: Verordnung (EG) Nr. 453/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über die vierteljährliche Statistik der offenen Stellen in der Gemeinschaft (ABl. L 145 vom 4.6.2008, S. 234)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

8. 32008 R 1062: Verordnung (EG) Nr. 1062/2008 der Kommission vom 28. Oktober 2008 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 453/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die vierteljährliche Statistik der offenen Stellen in der Gemeinschaft im Hinblick auf Saisonbereinigungsverfahren und Qualitätsberichte (ABl. L 285 vom 29.10.2008, S. 3)

9. 32009 R 0019: Verordnung (EG) Nr. 19/2009 der Kommission vom 13. Januar 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 453/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die vierteljährliche Statistik der offenen Stellen in der Gemeinschaft im Hinblick auf die Definition des Begriffs der offenen Stelle, die Messzeitpunkte für die Datenerhebung, die Spezifikationen für die Datenübermittlung und die Durchführbarkeitsstudien (ABl. L 9 vom 14.1.2009, S. 3)

KAPITEL 7

WIRTSCHAFTS- UND FINANZSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

ABSCHNITT A

AWFZ

1. 32006 D 0856: Beschluss des Rates vom 13. November 2006 zur Einsetzung eines Ausschusses für die Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken (ABl. L 332 vom 30.11.2006, S. 21)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Dieser Beschluss gilt nicht für Andorra.

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT B

BNE

1. 32019 R 0516: Verordnung (EU) 2019/516 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/130/EWG, Euratom des Rates und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 des Rates (BNE-Verordnung) (ABl. L 91 vom 29.3.2019, S. 19)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32019 D 0521(02): Beschluss C/2019/3651 der Kommission vom 17. Mai 2019 zur Einrichtung der Expertengruppe „Bruttonationaleinkommen“ der Kommission (ABl. C 174 vom 21.5.2019, S. 5)

3. 32020 R 1546: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1546 der Kommission vom 23. Oktober 2020 zur Festlegung der Struktur und der genauen Vorgaben des Verzeichnisses der zur Erstellung der Aggregate des Bruttonationaleinkommens und ihrer Bestandteile nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) genutzten Quellen und angewandten Methoden (ABl. L 354 vom 26.10.2020, S. 1)

4. 32021 R 1947: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1947 der Kommission vom 10. November 2021 zur Definition des geografischen Gebiets der Mitgliedstaaten für die Zwecke der Verordnung (EU) 2019/516 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (BNE-Verordnung) und zur Aufhebung der Entscheidung 91/450/EWG, Euratom der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 109/2005 der Kommission (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 1)

5. 32021 R 1948: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1948 der Kommission vom 10. November 2021 über die Behandlung von Mehrwertsteuer-Rückzahlungen an Nichtsteuerpflichtige und an Steuerpflichtige mit Bezug auf deren steuerbefreite Tätigkeiten für die Zwecke der Verordnung (EU) 2019/516 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (BNE-Verordnung) und zur Aufhebung der Entscheidung 1999/622/EG, Euratom der Kommission und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 116/2005 der Kommission (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 4)

6. 32021 R 1949: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1949 der Kommission vom 10. November 2021 betreffend die Grundsätze zur Berechnung der Wohnungsdienstleistungen für die Zwecke der Verordnung (EU) 2019/516 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (BNE-Verordnung) und zur Aufhebung der Entscheidung 95/309/EG, Euratom der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 1722/2005 der Kommission (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 6)

7. 32010 D 0196: Beschluss des Rates vom 16. März 2010 über die Aufgliederung der unterstellten Bankgebühr (FISIM) zur Ermittlung des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Zwecke des Haushaltsplans und der Eigenmittel der Europäischen Union (ABl. L 87 vom 7.4.2010, S. 31)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Dieser Beschluss gilt nicht für Andorra.

ABSCHNITT C

VERFAHREN BEI EINEM ÜBERMÄSSIGEN DEFIZIT

1. 32009 R 0479: Verordnung (EG) Nr. 479/2009 des Rates vom 25. Mai 2009 über die Anwendung des dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügten Protokolls über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (kodifizierte Fassung) (ABl. L 145 vom 10.6.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32010 R 0679: Verordnung (EU) Nr. 679/2010 des Rates vom 26. Juli 2010 (ABl. L 198 vom 30.7.2010, S. 1)

   – 32014 R 0220: Verordnung (EU) Nr. 220/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 101)

www.parlament.gv.at

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32012 D 0678: Delegierter Beschluss 2012/678/EU der Kommission vom 29. Juni 2012 über Untersuchungen und Geldbußen in Zusammenhang mit der Manipulation von Statistiken gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1173/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates über die wirksame Durchsetzung der haushaltspolitischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 21)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Dieser Beschluss gilt nicht für Andorra.

3. 31997 R 1467: Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 6), geändert durch:

   – 32005 R 1056: Verordnung (EG) Nr. 1056/2005 des Rates vom 27. Juni 2005 (ABl. L 174 vom 7.7.2005, S. 5)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

ABSCHNITT D

EUROPÄISCHES SYSTEM VOLKSWIRTSCHAFTLICHER GESAMTRECHNUNGEN – ESVG

1. 2013 R 549: Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union (ABl. L 174 vom 26.6.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32015 R 1342: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1342 der Kommission vom 22. April 2015 (ABl. L 207 vom 4.8.2015, S. 35)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32014 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 724/2014 der Kommission vom 26. Juni 2014 über das Standardaustauschformat für die Übermittlung von Daten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union (ABl. L 192 vom 1.7.2014, S. 38)

3. 32015 R 1365: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1365 der Kommission vom 30. April 2015 über das Format für die Übermittlung von Daten zu den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (ABl. L 211 vom 8.8.2015, S. 1)

4. 32016 R 2304: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2304 der Kommission vom 19. Dezember 2016 über die Modalitäten, den Aufbau, die Periodizität und die Indikatoren für die Bewertung der Qualitätsberichte über die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates übermittelten Daten (ABl. L 345 vom 20.12.2016, S. 27)

5. 31996 R 2223: Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 310 vom 30.11.1996, S. 1), geändert durch:

   – 31998 R 0448: Verordnung (EG) Nr. 448/98 des Rates vom 16. Februar 1998 (ABl. L 58 vom 27.2.1998, S. 1)

   – 32000 R 2516: Verordnung (EG) Nr. 2516/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. November 2000 (ABl. L 290 vom 17.11.2000, S. 1)

   – 32001 R 2558: Verordnung (EG) Nr. 2558/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Dezember 2001 (ABl. L 344 vom 28.12.2001, S. 1)

   – 32002 R 0113: Verordnung (EG) Nr. 113/2002 der Kommission vom 23. Januar 2002 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates im Hinblick auf überarbeitete Klassifikationen der Ausgaben nach dem Verwendungszweck (ABl. L 21 vom 24.1.2002, S. 3)

– 32010 R 0715: Verordnung (EU) Nr. 715/2010 der Kommission vom 10. August 2010 (ABl. L 210 vom 11.8.2010, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

6. 32002 R 1889: Verordnung (EG) Nr. 1889/2002 der Kommission vom 23. Oktober 2002 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 448/98 des Rates zur Ergänzung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 hinsichtlich der Aufgliederung der unterstellten Bankgebühr (FISIM) im Rahmen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene (ESVG) (ABl. L 286 vom 24.10.2002, S. 11)

7. 32000 R 2516: Verordnung (EG) Nr. 2516/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. November 2000 zur Änderung der gemeinsamen Grundsätze des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Gemeinschaft (ESVG 95) im Hinblick auf Steuern und Sozialbeiträge und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates (ABl. L 290 vom 17.11.2000, S. 1)

8. 32001 R 0995: Verordnung (EG) Nr. 995/2001 der Kommission vom 22. Mai 2001 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2516/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der gemeinsamen Grundsätze des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Gemeinschaft (ESVG 95) im Hinblick auf Steuern und Sozialbeiträge (ABl. L 139 vom 23.5.2001, S. 3)

9. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

10. 32000 R 1500: Verordnung (EG) Nr. 1500/2000 der Kommission vom 10. Juli 2000 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates im Hinblick auf die Ausgaben und Einnahmen des Staates (ABl. L 172 vom 12.7.2000, S. 3)

ABSCHNITT E

PREISE

1. 32016 R 0792: Verordnung (EU) 2016/792 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über harmonisierte Verbraucherpreisindizes und den Häuserpreisindex sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 11)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32020 R 1148: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1148 der Kommission vom 31. Juli 2020 zur Festlegung der methodischen und technischen Spezifikationen nach der Verordnung (EU) 2016/792 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf harmonisierte Verbraucherpreisindizes und den Häuserpreisindex (ABl. L 252 vom 4.8.2020, S. 12)

ABSCHNITT F

ZAHLUNGSBILANZ

1. 32005 R 0184: Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Januar 2005 betreffend die gemeinschaftliche Statistik der Zahlungsbilanz, des internationalen Dienstleistungsverkehrs und der Direktinvestitionen (ABl. L 35 vom 8.2.2005, S. 23), geändert durch:

   – 32012 R 0555: Verordnung (EU) Nr. 555/2012 der Kommission vom 22. Juni 2012 (ABl. L 166 vom 27.6.2012, S. 22)

   – 32016 R 1013: Verordnung (EU) 2016/1013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 144)

   – 32019 R 0505: Delegierte Verordnung (EU) 2019/505 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 85 vom 27.3.2019, S. 1)

   – 32009 R 0707: Verordnung (EG) Nr. 707/2009 der Kommission vom 5. August 2009 (ABl. L 202 vom 6.8.2009, S. 3)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32006 R 0601: Verordnung (EG) Nr. 601/2006 der Kommission vom 18. April 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf das Format und das Verfahren der Datenübertragung (ABl. L 106 vom 19.4.2006, S. 7), geändert durch:

   – 32014 R 0228: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 228/2014 der Kommission vom 10. März 2014 (ABl. L 70 vom 11.3.2014, S. 16)

3. 32006 R 0602: Verordnung (EG) Nr. 602/2006 der Kommission vom 18. April 2006 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Aktualisierung der Datenanforderungen (ABl. L 106 vom 19.4.2006, S. 10)

4. 32008 R 1055: Verordnung (EG) Nr. 1055/2008 der Kommission vom 27. Oktober 2008 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Qualitätskriterien und der Qualitätsberichtserstattung für Zahlungsbilanzstatistiken (ABl. L 283 vom 28.10.2008, S. 3), geändert durch:

   – 32010 R 1227: Verordnung (EU) Nr. 1227/2010 der Kommission vom 20. Dezember 2010 (ABl. L 336 vom 21.12.2010, S. 15)

ABSCHNITT G

Kaufkraftparitäten (KKP)

1. 32007 R 1445: Verordnung (EG) Nr. 1445/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 zur Festlegung gemeinsamer Regeln für die Bereitstellung der Basisinformationen für Kaufkraftparitäten sowie für deren Berechnung und Verbreitung (ABl. L 336 vom 20.12.2007, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32011 R 0193: Verordnung (EU) Nr. 193/2011 der Kommission vom 28. Februar 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1445/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich des Systems zur Qualitätskontrolle für Kaufkraftparitäten (ABl. L 56 vom 1.3.2011, S. 1)

3. 32015 R 1163: Verordnung (EU) 2015/1163 der Kommission vom 15. Juli 2015 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1445/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Liste der Einzelpositionen für Kaufkraftparitäten (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 6)

KAPITEL 8

STATISTIKEN ZU TARIFIERUNG/NOMENKLATUR

ABSCHNITT A

WIRTSCHAFTSZWEIGE (NACE)

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31990 R 3037: Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990 betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 293 vom 24.10.1990, S. 1), geändert durch:

   – 32002 R 0029: Verordnung (EG) Nr. 29/2002 der Kommission vom 19. Dezember 2001 (ABl. L 6 vom 10.1.2002, S. 3)

   – 32006 R 1893: Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1)

www.parlament.gv.at

2. 32006 R 1893: Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1), geändert durch:

   – 32023 R 0137: Delegierte Verordnung (EU) 2023/137 der Kommission vom 10. Oktober 2022 (ABl. L 19 vom 20.1.2023, S. 5)

3. 32007 R 0973: Verordnung (EG) Nr. 973/2007 der Kommission vom 20 August 2007 zur Änderung einiger Verordnungen der EG über bestimmte statistische Bereiche zum Zweck der Umsetzung der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Rev. 2 (ABl. L 216 vom 21.8.2007, S. 10)

4. 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Anpassung von Rechtsakten, in denen auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle Bezug genommen wird, an Artikel 290 und 291 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31996 H 0162: Empfehlung 96/162/EG der Kommission vom 8. Februar 1996 betreffend eine gemeinsame Aggregation für Wirtschaftsanalysen (ABl. L 38 vom 16.2.1996, S. 20)

ABSCHNITT B

NUTS

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32003 R 1059: Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) (ABl. L 154 vom 21.6.2003, S. 1), geändert durch:

   – 32005 R 1888: Verordnung (EG) Nr. 1888/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 (ABl. L 309 vom 25.11.2005, S. 1)

   – 32007 R 0105: Verordnung (EG) Nr. 105/2007 der Kommission vom 1. Februar 2007 (ABl. L 39 vom 10.2.2007, S. 1)

   – 32008 R 0176: Verordnung (EG) Nr. 176/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 (ABl. L 61 vom 5.3.2008, S. 1)

   – 32011 R 0031: Verordnung (EU) Nr. 31/2011 der Kommission vom 17. Januar 2011 (ABl. L 13 vom 18.1.2011, S. 3)

   – 32013 R 1319: Verordnung (EU) Nr. 1319/2013 der Kommission vom 9. Dezember 2013 (ABl. L 342 vom 18.12.2013, S. 1)

– 32014 R 0868: Verordnung (EU) Nr. 868/2014 der Kommission vom 8. August 2014 (ABl. L 241 vom 13.8.2014, S. 1)

– 32016 R 2066: Verordnung (EU) 2016/2066 der Kommission vom 21. November 2016 (ABl. L 322 vom 29.11.2016, S. 1)

– 32017 R 2391: Verordnung (EU) 2017/2391 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 350 vom 29.12.2017, S. 1)

– 32019 R 1755: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1755 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 270 vom 24.10.2019, S. 1)

– 32023 R 0674: Delegierte Verordnung (EU) 2023/674 der Kommission vom 26. Dezember 2022 (ABl. L 87 vom 24.3.2023, S. 1)

2. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

3. 32008 R 0011: Verordnung (EG) Nr. 11/2008 der Kommission vom 8. Januar 2008 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) im Hinblick auf die Übermittlung der Zeitreihen für die neue regionale Gliederung (ABl. L 5 vom 9.1.2008, S. 13)

4. 32012 R 1046: Verordnung (EU) Nr. 1046/2012 der Kommission vom 8. November 2012 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) im Hinblick auf die Übermittlung der Zeitreihen für die neue regionale Gliederung (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 34)

5. 32015 R 2381: Verordnung (EU) 2015/2381 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) im Hinblick auf die Übermittlung der Zeitreihen für die neue regionale Gliederung (ABl. L 332 vom 18.12.2015, S. 52)

6. 32018 R 1685: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1685 der Kommission vom 8. November 2018 über einheitliche Bedingungen für die Übermittlung von Zeitreihen für die neue regionale Gliederung nach der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 (ABl. L 279 vom 9.11.2018, S. 33)

7. 32019 R 1130: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1130 der Kommission vom 2. Juli 2019 über die Festlegung einheitlicher Bestimmungen für eine harmonisierte Anwendung territorialer Typologien gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 179 vom 3.7.2019, S. 9)

8. 32020 R 1703: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1703 der Kommission vom 13. November 2020 über einheitliche Bedingungen für die Übermittlung von Zeitreihen für die neue regionale Gliederung nach der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 382 vom 16.11.2020, S. 7)

ABSCHNITT C

PRODCOM

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32019 R 1933: Verordnung (EU) 2019/1933 der Kommission vom 6. November 2019 zur Erstellung der „Prodcom-Liste“ der produzierten Güter gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 des Rates (ABl. L 309 vom 29.11.2019, S. 1)

ABSCHNITT D

GÜTERKLASSIFIKATION IN VERBINDUNG MIT DEN WIRTSCHAFTSZWEIGEN (CPA)

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32008 R 0451: Verordnung (EG) Nr. 451/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 zur Schaffung einer neuen statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (CPA) und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3696/93 des Rates (ABl. L 145 vom 4.6.2008, S. 65), geändert durch:

   – 32014 R 1209: Verordnung (EU) Nr. 1209/2014 der Kommission vom 29. Oktober 2014 (ABl. L 336 vom 22.11.2014, S. 1)

2. 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Anpassung von Rechtsakten, in denen auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle Bezug genommen wird, an Artikel 290 und 291 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT E

STATISTISCHE EINHEITEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31993 R 0696: Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft (ABl. L 76 vom 30.3.1993, S. 1), geändert durch:

   – 11994 N 003: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21)

2. 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 zur Anpassung der Bestimmungen über die Ausschüsse zur Unterstützung der Kommission bei der Ausübung von deren Durchführungsbefugnissen, die in Rechtsakten vorgesehen sind, für die das Verfahren des Artikels 251 des EG-Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

3. 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Anpassung an das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Erster Teil (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

KAPITEL 9

LANDWIRTSCHAFTS- UND FISCHEREISTATISTIKEN

ABSCHNITT A

STATISTIKEN ZU LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBSMITTELN UND ZUR LANDWIRTSCHAFTLICHEN ERZEUGUNG – SAIO

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32022 R 2379: Verordnung (EU) 2022/2379 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 über Statistiken zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und zur landwirtschaftlichen Erzeugung, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 617/2008 der Kommission sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1165/2008, (EG) Nr. 543/2009 und (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Richtlinie 96/16/EG des Rates (ABl. L 315 vom 7.12.2022, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32022 C 1207(02): Erklärung der Kommission in Bezug auf Verordnung (EU) 2022/2379 des Europäischen Parlaments und des Rates, zu den laufenden Arbeiten zur Gewährleistung der elektronischen Verfügbarkeit der Aufzeichnungen, die von beruflichen Verwendern von Pflanzenschutzmitteln gemäß Artikel 67 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates zu führen sind (2022/C 466/06) (ABl. C 466 vom 7.12.2022, S. 23)

2. 32022 C 1207(01): Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verordnung (EU) 2022/2379 zur großen Bedeutung der Einrichtung eines von den zuständigen nationalen Behörden geführten Registers über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft in allen Mitgliedstaaten (2022/C 466/04) (ABl. C 466 vom 7.12.2022, S. 21)

ABSCHNITT B

LANDWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32004 R 0138: Verordnung (EG) Nr. 138/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2003 zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Gemeinschaft (ABl. L 33 vom 5.2.2004, S. 1), geändert durch:

   – 32005 R 0306: Verordnung (EG) Nr. 306/2005 der Kommission vom 24. Februar 2005 (ABl. L 52 vom 25.2.2005, S. 9)

   – 32006 R 0909: Verordnung (EG) Nr. 909/2006 der Kommission vom 20. Juni 2006 (ABl. L 168 vom 21.6.2006, S. 14)

   – 32008 R 0212: Verordnung (EG) Nr. 212/2008 der Kommission vom 7. März 2008 (ABl. L 65 vom 8.3.2008, S. 5)

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

– 32019 R 0280: Delegierte Verordnung (EU) 2019/280 der Kommission vom 3. Dezember 2018 (ABl. L 47 vom 19.2.2019, S. 7)

– 32022 R 0590: Verordnung (EU) 2022/590 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. April 2022 (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 2008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Anpassung an das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Erster Teil (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

3. 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung bestimmter Gesetzgebungsakte im Bereich Agrar- und Fischereistatistik (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

ABSCHNITT C

ERHEBUNGEN ÜBER DIE STRUKTUR DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32018 R 1091: Verordnung (EU) 2018/1091 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1166/2008 und (EU) Nr. 1337/2011 (ABl. L 200 vom 7.8.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 2269: Verordnung (EU) 2021/2269 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 457 vom 21.12.2021, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32018 R 1874: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1874 der Kommission vom 29. November 2018 zu den für 2020 gemäß der Verordnung (EU) 2018/1091 des Europäischen Parlaments und des Rates über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1166/2008 und (EU) Nr. 1337/2011 hinsichtlich der Liste der Variablen und ihrer Beschreibung zu liefernden Daten (ABl. L 306 vom 30.11.2018, S. 14)

www.parlament.gv.at

3. 32020 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2020/405 der Kommission vom 16. März 2020 zur Festlegung der praktischen Vorkehrungen für die nach der Verordnung (EU) 2018/1091 des Europäischen Parlaments und des Rates über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben zu übermittelnden Qualitätsberichte und ihrer Inhalte (ABl. L 80 vom 17.3.2020, S. 3)

4. 32021 R 2286: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2286 der Kommission vom 16. Dezember 2021 zu den für das Referenzjahr 2023 gemäß der Verordnung (EU) 2018/1091 des Europäischen Parlaments und des Rates über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben zu liefernden Daten hinsichtlich der Liste der Variablen und ihrer Beschreibung sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1200/2009 der Kommission (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 284)

ABSCHNITT D

PFLANZLICHE ERZEUGUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32009 R 0543: Verordnung (EG) Nr. 543/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Statistik der pflanzlichen Erzeugung und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 837/90 und (EWG) Nr. 959/93 des Rates (ABl. L 167 vom 29.6.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

– 32015 R 1557: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1557 der Kommission vom 13. Juli 2015 (ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 11)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung bestimmter Gesetzgebungsakte im Bereich Agrar- und Fischereistatistik (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

ABSCHNITT E

MILCH UND MILCHERZEUGNISSE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31996 L 0016: Richtlinie 96/16/EG des Rates vom 19. März 1996 betreffend die statistischen Erhebungen über Milch und Milcherzeugnisse (ABl. L 78 vom 28.3.1996, S. 27), geändert durch:

– 32003 L 0107: Richtlinie 2003/107/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2003 (ABl. L 7 vom 13.1.2004, S. 40)

– 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Richtlinie gilt nicht für Andorra.

2. 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 zur Anpassung der Bestimmungen über die Ausschüsse zur Unterstützung der Kommission bei der Ausübung von deren Durchführungsbefugnissen, die in Rechtsakten vorgesehen sind, für die das Verfahren des Artikels 251 des EG-Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

3. 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Anpassung an das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Zweiter Teil (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

4. 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung bestimmter Gesetzgebungsakte im Bereich Agrar- und Fischereistatistik (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

5. 31997 D 0080 Entscheidung 97/80/EG der Kommission vom 18. Dezember 1996 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 96/16/EG des Rates betreffend die statistischen Erhebungen über Milch und Milcherzeugnisse (ABl. L 24 vom 25.1.1997, S. 26), geändert durch:

   – 31998 D 0582: Beschluss 98/582/EG des Rates vom 6. Oktober 1998 (ABl. L 281 vom 17.10.1998, S. 36)

   – 32005 D 0288: Entscheidung 2005/288/EG der Kommission vom 18. März 2005 (ABl. L 88 vom 7.4.2005, S. 10)

   – 32011 D 0142: Beschluss 2011/142/EU der Kommission vom 3. März 2011 (ABl. L 59 vom 4.3.2011, S. 66)

ABSCHNITT F

SCHWEINE, RINDER, SCHAFE UND ZIEGEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32008 R 1165: Verordnung (EG) Nr. 1165/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Viehbestands- und Fleischstatistiken und zur Aufhebung der Richtlinien 93/23/EWG, 93/24/EWG und 93/25/EWG des Rates (ABl. L 321 vom 1.12.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

ABSCHNITT G

PESTIZIDE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32009 R 1185: Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über Statistiken zu Pestiziden (ABl. L 324 vom 10.10.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 0269: Verordnung (EU) 2017/269 der Kommission vom 16. Februar 2017 (ABl. L 40 vom 17.2.2017, S. 4)

   – 32021 R 2010: Verordnung (EU) 2021/2010 der Kommission vom 17. November 2021 (ABl. L 410 vom 18.11.2021, S. 4)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32011 R 0408: Verordnung (EU) Nr. 408/2011 der Kommission vom 27. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Statistiken zu Pestiziden im Hinblick auf das Übermittlungsformat (ABl. L 108 vom 28.4.2011, S. 21), geändert durch:

   – 32014 R 1264: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1264/2014 der Kommission vom 26. November 2014 (ABl. L 341 vom 27.11.2014, S. 6)

3. 32011 R 0656: Verordnung (EU) Nr. 656/2011 der Kommission vom 7. Juli 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Statistiken zu Pestiziden im Hinblick auf die Begriffsbestimmungen und die Liste der Wirkstoffe (ABl. L 180 vom 8.7.2011, S. 3)

ABSCHNITT H

FISCHEREI

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

UNTERABSCHNITT 1

ÜBERMITTLUNG VON DATEN ÜBER FISCHEREIERZEUGNISSE

1. 32006 R 1921: Verordnung (EG) Nr. 1921/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 betreffend die Übermittlung von statistischen Daten über die Anlandungen von Fischereierzeugnissen in den Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1382/91 des Rates (ABl. L 403 vom 30.12.2006, S. 1)

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

www.parlament.gv.at

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32009 R 0216: Verordnung (EG) Nr. 216/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Fangstatistiken durch Mitgliedstaaten, die in bestimmten Gebieten außerhalb des Nordatlantiks Fischfang betreiben (Neufassung) (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 1)

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

3. 32009 R 0217: Verordnung (EG) Nr. 217/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Statistiken über die Fänge und die Fischereitätigkeit der Mitgliedstaaten, die im Nordwestatlantik Fischfang betreiben (Neufassung) (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 42)

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

4. 32009 R 0218: Verordnung (EG) Nr. 218/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Fangstatistiken durch die Mitgliedstaaten, die im Nordostatlantik Fischfang betreiben (Neufassung) (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 70)

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

UNTERABSCHNITT 2

AQUAKULTUR

1. 32008 R 0762: Verordnung (EG) Nr. 762/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorlage von Aquakulturstatistiken durch die Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 788/96 des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung bestimmter Gesetzgebungsakte im Bereich Agrar- und Fischereistatistik (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

KAPITEL 10

ENERGIESTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32016 R 1952: Verordnung (EU) 2016/1952 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über europäische Erdgas- und Strompreisstatistik und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/92/EG (ABl. L 311 vom 17.11.2016, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra, mit Ausnahme der Strompreise für industrielle Endverbraucher der Gruppe IC und der Gaspreise für industrielle Endverbraucher der Gruppe I3. Diese Angaben (jeweils drei Preise: Preise ohne Steuern, Abgaben und sonstige staatlich verursachte Belastungen; Preise ohne MwSt. und sonstige erstattungsfähige Steuern; Preise einschließlich aller Steuern, Abgaben, sonstigen staatlich verursachten Belastungen und MwSt.) sind anhand des einschlägigen Fragebogens von Eurostat halbjährlich innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf des Bezugszeitraums zu übermitteln.

2. 32017 R 2169: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2169 der Kommission vom 21. November 2017 betreffend Format und Modalitäten für die Übermittlung europäischer Erdgas- und Strompreisstatistiken gemäß der Verordnung (EU) 2016/1952 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 306 vom 22.11.2017, S. 9)

3. 32019 R 0803: Durchführungsverordnung (EU) 2019/803 der Kommission vom 17. Mai 2019 über die technischen Anforderungen an den Inhalt der Qualitätsberichte über europäische Erdgas- und Strompreisstatistiken gemäß der Verordnung (EU) 2016/1952 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 132 vom 20.5.2019, S. 23)

4. 32008 R 1099: Verordnung (EG) Nr. 1099/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 über die Energiestatistik (ABl. L 304 vom 14.11.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 0147: Verordnung (EU) Nr. 147/2013 der Kommission vom 13. Februar 2013 (ABl. L 50 vom 22.2.2013, S. 1)

   – 32014 R 0431: Verordnung (EU) Nr. 431/2014 der Kommission vom 24. April 2014 (ABl. L 131 vom 1.5.2014, S. 1)

   – 32017 R 2010: Verordnung (EU) 2017/2010 der Kommission vom 9. November 2017 (ABl. L 292 vom 10.11.2017, S. 3)

   – 32019 R 2146: Verordnung (EU) 2019/2146 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 43)

   – 32022 R 0132: Verordnung (EU) 2022/132 der Kommission vom 28. Januar 2022 (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 208)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra, mit Ausnahme der Daten über Ein- und Ausfuhren der verschiedenen Energieprodukte und die Stromerzeugung für die jährlichen Energiestatistiken (Anhang B).

KAPITEL 11

UMWELTSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

ABSCHNITT A

ABFALL

1. 32002 R 2150: Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2002 zur Abfallstatistik (ABl. L 332 vom 9.12.2002, S. 1), geändert durch:

   – 32004 R 0574: Verordnung (EG) Nr. 574/2004 der Kommission vom 23. Februar 2004 (ABl. L 90 vom 27.3.2004, S. 15)

   – 32005 R 0783: Verordnung (EG) Nr. 783/2005 der Kommission vom 24. Mai 2005 (ABl. L 131 vom 25.5.2005, S. 38)

– 32009 R 0221: Verordnung (EG) Nr. 221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 157)

– 32010 R 0849: Verordnung (EU) Nr. 849/2010 der Kommission vom 27. September 2010 (ABl. L 253 vom 28.9.2010, S. 2)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Anhang II dieser Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32005 R 0782: Verordnung (EG) Nr. 782/2005 der Kommission vom 24. Mai 2005 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung der Ergebnisse der Abfallstatistik (ABl. L 131 vom 25.5.2005, S. 26)

3. 32005 R 1445: Verordnung (EG) Nr. 1445/2005 der Kommission vom 5. September 2005 zur Festlegung der Kriterien für die Bewertung der Qualität der Abfallstatistik und des Inhalts der Berichte über ihre Qualität gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 229 vom 6.9.2005, S. 6)

ABSCHNITT B

UMWELTÖKONOMISCHE GESAMTRECHNUNGEN

1. 32011 R 0691: Verordnung (EU) Nr. 691/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen (ABl. L 192 vom 22.7.2011, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 0538: Verordnung (EU) Nr. 538/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 113)

   – 32022 R 0125: Delegierte Verordnung (EU) 2022/125 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 40)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32015 R 2174: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2174 der Kommission vom 24. November 2015 über die indikative Übersicht der Umweltgüter und -dienstleistungen, über das Format für die Datenübermittlung für die europäischen umweltökonomischen Gesamtrechnungen sowie über Modalitäten, Aufbau und Periodizität der Qualitätsberichte gemäß der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen (ABl. L 307 vom 25.11.2015, S. 17)

3. 32016 R 0172: Delegierte Verordnung (EU) 2016/172 der Kommission vom 24. November 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Bestimmung der Energieerzeugnisse (ABl. L 33 vom 10.2.2016, S. 3)

Anlage 1

Daten, die Eurostat gemäß der Verordnung über europäische Unternehmensstatistiken (EBS) (Verordnung (EU) 2019/2152) zu übermitteln sind

Teil A

Zu übermittelnde Daten zu den Tabellen im EBS-Durchführungsrechtsakt in Anhang I Teil B (nicht in der Tabelle aufgeführte Daten sind ausgenommen) – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission vom 30. Juli 2020 – allgemeiner EBS-Durchführungsrechtsakt:

www.parlament.gv.at

Tabelle Anhang I – Teil B – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 1	1) konjunkturelle Unternehmensstatistiken: a) betreffend Thema 1.1 – Unternehmen Grundgesamtheit – Unternehmensdemografische Ereignisse (110101. nur Eintragungen)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — Aggregate von NACE-Abschnitten: — B+C+D+E, K+L+M+N, P+Q+R+S95+S96 — NACE-Abschnitte: — F, G, H, I und J	Vierteljährlich	2021	T+2 Monate
Tabelle 2	1) konjunkturelle Unternehmensstatistiken: b) und betreffend Thema 1.2 Arbeitseinsatz – Beschäftigung (120101. nur Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger und Selbstständigen)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — Aggregate von NACE-Abschnitten und -Abteilungen: — B+C+D+E36, H+I+J+L+M (ausgenommen M70.1, M72, M75)+N — NACE-Abschnitte: — B, C, D, F, G, H, I, J, L, M (ausgenommen M70.1, M72, M75) und N	Vierteljährlich	2021	T+2 Monate
Tabellen 10 und 11	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: a) Betreffend Thema 2.1 Grundgesamtheit der Unternehmen (21010. Zahl der aktiven Unternehmen)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — Aggregate von NACE-Abschnitten: — B+C+D+E, K+L+M+N, P+Q+R+S95+S96 — NACE-Abschnitte: — F, G, H, I und J	Jährlich	2020	T+24 Monate

www.parlament.gv.at

Tabelle Anhang I – Teil B – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabellen 10 und 11	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: b) betreffend Thema 2.2 Arbeitseinsatz – Beschäftigung (220101. Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger und Selbstständigen und 220102. nur Zahl der Beschäftigten)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — Aggregate von NACE-Abschnitten: — B+C+D+E, H+I+J+L+M+N — NACE-Abschnitte: — B, C, D, F, G, H, I, J, L, M und N	Jährlich	2020	T+24 Monate
Tabellen 10 und 11	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: c) betreffend Thema 2.2 Arbeitseinsatz – Arbeitskosten (220301. Ausgaben für Leistungen an Lohn- und Gehaltsempfänger, 220302. Löhne und Gehälter und 220303. nur Sozialversicherungskosten)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — Aggregate von NACE-Abschnitten: — B+C+D+E, H+I+J+L+M+N — NACE-Abschnitte: — B, C, D, F, G, H, I, J, L, M und N	Jährlich	2020	T+24 Monate
Tabelle 18	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: d) betreffend Thema 2.3 FuE-Input – FuE-Ausgaben (230101. nur Interne FuE-Ausgaben)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — Aggregate von NACE-Abschnitten: D+E — NACE-Abschnitte und -Abteilungen A, B, C, F, G, H, I, J, L68, M, N, P, Q, R, S95	Zweijährlich	2023	T+24 Monate

www.parlament.gv.at

Tabelle Anhang I – Teil B – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabellen 18 und 19	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: e) betreffend Thema 2.3 FuE-Input – FuE-Beschäftigung (230201. FuE-Personal und 230202. nur Forscher)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — Aggregate von NACE-Abschnitten: D+E — NACE-Abschnitte und -Abteilungen A, B, C, F, G, H, I, J, L68, M, N, P, Q, R, S95	Zweijährlich	2023	T+24 Monate
Tabelle 20	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: f) betreffend Thema 2.3 FuE-Input – Staatliche Mittelzuweisungen für FuE (230501. Staatliche Mittelzuweisungen für Forschung und Entwicklung (GBARD) und 230502. nur nationale öffentliche Finanzmittel für länderübergreifend koordinierte FuE)	Nur insgesamt. Keine Aufschlüsselung	Jährlich	2012	T+24 Monate
Tabellen 10, 11 und 21	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: g) betreffend Thema 2.4 Käufe – Käufe von Waren und Dienstleistungen (240101. Käufe von Waren und Dienstleistungen insgesamt und 240102. nur Käufe von Waren und Dienstleistungen für den Wiederverkauf)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — NACE-Abschnitte und -Abteilungen B, C, D, E, F, G, H, I, J, L, M, N, P, Q, R, S95, S96	Jährlich	2012	T+24 Monate

www.parlament.gv.at

Tabelle Anhang I – Teil B – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 22	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: h) betreffend Thema 2.4 Käufe – Vorratsveränderungen bei Waren (240201. nur Vorratsveränderungen bei Waren)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — NACE-Abschnitte und -Abteilungen B, C, D, E, F, G, H, I, J, L, M, N, P, Q, R, S95, S96	Jährlich	2012	T+24 Monate
Tabellen 10, 11 und 24	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: i) betreffend Thema 2.5 Ergebnisse und Leistung – Nettoumsatzerlös (250101. Nettoumsatzerlös 250102. Nettoumsatzerlös aus land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen sowie aus industriellen Tätigkeiten, 250103. Nettoumsatzerlös aus industriellen Tätigkeiten, 250104. Nettoumsatzerlös aus industriellen Tätigkeiten mit Ausnahme der Bautätigkeit, 250105. Nettoumsatzerlös aus der Bautätigkeit, 250106. Nettoumsatz aus Dienstleistungstätigkeiten, 250107. Nettoumsatzerlös aus Handel (Ankauf und Wiederverkauf) und Vermittlungstätigkeiten, 250108. Nettoumsatzerlös aus dem Hochbau, 250109. nur Nettoumsatzerlös aus dem Tiefbau)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — NACE-Abschnitte und -Abteilungen B, C, D, E, F, G, H, I, J, L, M, N, P, Q, R, S95, S96	Jährlich	2012	T+24 Monate

www.parlament.gv.at

Tabelle Anhang I – Teil B – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabellen 10 und 11	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: j) betreffend Thema 2.5 Ergebnisse und Leistung – Produktionswert (250301. nur Produktionswert)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — NACE-Abschnitte und -Abteilungen: B, C, D, E, F, G, H, I, J, L, M, N, P, Q, R, S95, S96	Jährlich	2012	T+24 Monate
Tabellen 10 und 11	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: k) betreffend Thema 2.5 Ergebnisse und Leistung – Wertschöpfung (250401. nur Wertschöpfung)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — NACE-Abschnitte und -Abteilungen B, C, D, E, F, G, H, I, J, L, M, N, P, Q, R, S95, S96	Jährlich	2012	T+24 Monate
Tabellen 10 und 11	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: l) betreffend Thema 2.5 Ergebnisse und Leistung – Bruttobetriebsüberschuss (250501. nur Bruttobetriebsüberschuss)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — NACE-Abschnitte: B, C, D, E, F, G, H, I, J, L, M, N, P, Q, R, S95, S96	Jährlich	2012	T+24 Monate
Tabellen 10, 27 und 28	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: m) betreffend Thema 2.6 Investitionen – Bruttoinvestitionen aktiver Unternehmen (260101. Bruttoinvestitionen in langfristige materielle Vermögenswerte, 260102. Bruttoinvestitionen in Grundstücke, 260105. Bruttoinvestitionen in Maschinen und Ausrüstungen, 260106. Bruttoinvestitionen in langfristige immaterielle Vermögenswerte außer dem Geschäfts- oder Firmenwert und 260107. nur Investitionen in beschaffte Software)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — NACE-Abschnitte und -Abteilungen B, C, D, E, F, G, H, I, J, L, M, N, P, Q, R, S95, S96	Jährlich	2012	T+24 Monate

www.parlament.gv.at

Teil B

Aufzubewahrende Daten zu den Tabellen im EBS-Durchführungsrechtsakt in Anhang VIII (nicht in der Tabelle aufgeführte Daten sind ausgenommen) – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission vom 30. Juli 2020 – allgemeiner EBS-Durchführungsrechtsakt:

Anhang Im Sinne der nationalen URS	Variablen
1. RECHTLICHE EINHEIT	
IDENTIFIZIERUNG	1.1 Kennnummer(n)
	1.2 Name
	1.3 Anschrift
DEMOGRAFISCHE EREIGNISSE	1.6 Datum der Gründung (juristische Personen) oder Datum der amtlichen Eintragung als Wirtschaftsteilnehmer (natürliche Personen)
	1.7 Datum, seit dem die rechtliche Einheit nicht mehr besteht
SCHICHTUNGSPARAMETER	1.8 Rechtsform
	1.9 Rechtlicher Aktivitätsstatus

www.parlament.gv.at

Anhang Im Sinne der nationalen URS	Variablen
4. ÖRTLICHE EINHEIT	
IDENTIFIZIERUNG	4.1 Kennnummer
	4.2 Name
	4.3 Anschrift
DEMOGRAFISCHE EREIGNISSE	4.5 Datum der Aufnahme der Tätigkeiten
	4.6 Datum der endgültigen Einstellung der Tätigkeiten
SCHICHTUNGSPARAMETER UND WIRTSCHAFTLICHE VARIABLEN	4.7 Code der Haupttätigkeit auf der vierstelligen Ebene der NACE
	4.13 Geografischer Code

www.parlament.gv.at

ANHANG XXII

GESELLSCHAFTSRECHT

Liste nach Artikel 61 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32017 L 1132: Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts (ABl. L 169 vom 30.6.2017, S. 46), geändert durch:

   – 32019 L 1151: Richtlinie (EU) 2019/1151 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 189 vom 11.7.2019, S. 80)

   – 32019 L 2121: Richtlinie (EU) 2019/2121 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 1)

   – 32021 R 1042: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1042 der Kommission vom 18. Juni 2021 (ABl. L 225 vom 25.6.2021, S. 7)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

www.parlament.gv.at

b) Die in Artikel 160 genannten Übergangsbestimmungen gelten auch für Andorra.

c) In Anhang I der Richtlinie wird Folgendes ergänzt:

„– Andorra:

societat anònima;“

d) In Anhang II der Richtlinie wird Folgendes ergänzt:

„– Andorra:

la societat anònima, la societat comanditària per accions, la societat de responsabilitat limitada;“

e) In Anhang IIA der Richtlinie wird Folgendes ergänzt:

„– Andorra:

societat de responsabilitat limitada;“

2. 32009 L 0102: Richtlinie 2009/102/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts betreffend Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter (kodifizierte Fassung) (ABl. L 258 vom 1.10.2009, S. 20), geändert durch:

– 32013 L 0024: Richtlinie 2013/24/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 365)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) In Anhang I der Richtlinie wird Folgendes ergänzt:

„– Andorra:

‚societat de responsabilitat limitada'"

3. 31985 R 2137: Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates vom 25. Juli 1985 über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) (ABl. L 199 vom 31.7.1985, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

4. 32001 R 2157: Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) (ABl. L 294 vom 10.11.2001, S. 1), geändert durch:

– 32004 R 0885: Verordnung (EG) Nr. 885/2004 des Rates vom 26. April 2004 (ABl. L 168 vom 1.5.2004, S. 1)

– 32006 R 1791: Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 1)

- 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

www.parlament.gv.at

b) In Anhang I der Verordnung wird Folgendes ergänzt:

„ANDORRA:
la societat anònima“

c) In Anhang II der Verordnung wird Folgendes ergänzt:

„ANDORRA:
la societat anònima, la societat de responsabilitat limitada;“

5. 32004 L 0025: Richtlinie 2004/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 betreffend Übernahmeangebote (ABl. L 142 vom 30.4.2004, S. 12)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

6. 32007 L 0036: Richtlinie 2007/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften (ABl. L 184 vom 14.7.2007, S. 17), geändert durch:

– 32017 L 0828: Richtlinie (EU) 2017/828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 (ABl. L 132 vom 20.5.2017, S. 1)

– 32018 R 1212: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 der Kommission vom 3. September 2018 (ABl. L 223 vom 4.9.2018, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

7. 32002 R 1606: Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (ABl. L 243 vom 11.9.2002, S. 1)

8. 32008 R 1126: Verordnung (EG) Nr. 1126/2008 der Kommission vom 3. November 2008 zur Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 320 vom 29.11.2008, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Für die Rechnungslegung von börsennotierten Unternehmen, Banken und Versicherungsgesellschaften mit Sitz in Andorra werden konsolidierte Abschlüsse nach den International Financial Reporting Standards erstellt, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1126/2008 der Kommission vom 3. November 2008 angenommen wurden.

Der Regierung Andorras steht es jedoch frei, die direkte Anwendung der International Financial Reporting Standards vorzuschreiben, sofern die Anhänge zu den geprüften Abschlüssen eine ausdrückliche und uneingeschränkte Erklärung enthalten, dass diese Abschlüsse den International Financial Reporting Standards entsprechen. Die Verordnung (EG) Nr. 1126/2008 der Kommission vom 3. November 2008 findet keine Anwendung, wenn diese Bedingung erfüllt ist.

9. 32003 R 1435: Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE) (ABl. L 207 vom 18.8.2003, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

10. 32006 L 0043: Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen, zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 84/253/EWG des Rates (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 87), geändert durch:

    – 32013 L 0034: Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19)

    – 32014 L 0056: Richtlinie 2014/56/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 196)

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    In Artikel 30c Absatz 3 gelten in Bezug auf Andorra die Worte „den in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union festgelegten“ nicht.

11. 32010 D 0064: Beschluss 2010/64/EU der Kommission vom 5. Februar 2010 über die Angemessenheit der zuständigen Stellen bestimmter Drittländer gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 35 vom 6.2.2010, S. 15)

www.parlament.gv.at

12. 32011 D 0030: Beschluss 2011/30/EU der Kommission vom 19. Januar 2011 über die Gleichwertigkeit bestimmter drittstaatlicher Aufsichts-, Qualitätssicherungs-, Untersuchungs- und Sanktionssysteme für Abschlussprüfer und Abschlussprüfungsgesellschaften und über eine Übergangsfrist für Prüfungstätigkeiten bestimmter drittstaatlicher Abschlussprüfer und Abschlussprüfungsgesellschaften in der Europäischen Union (ABl. L 15 vom 20.1.2011, S. 12), geändert durch:

   – 32013 D 0288: Durchführungsbeschluss 2013/288/EU der Kommission vom 13. Juni 2013 (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 26)

   – 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

   – 32016 D 1223: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1223 der Kommission vom 25. Juli 2016 (ABl. L 201 vom 27.7.2016, S. 23)

13. 32016 D 1010: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1010 der Kommission vom 21. Juni 2016 über die Angemessenheit der zuständigen Stellen bestimmter Drittländer und Gebiete gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 165 vom 23.6.2016, S. 17)

14. 32022 D 1297: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1297 der Kommission vom 22. Juli 2022 über die Angemessenheit der zuständigen Stellen der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 25.7.2022, S. 134)

15. 32022D1298: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1298 der Kommission vom 22. Juli 2022 über die Gleichwertigkeit der öffentlichen Aufsichts-, Qualitätssicherungs-, Untersuchungs- und Sanktionssysteme für Abschlussprüfer und Prüfungsgesellschaften der zuständigen Stellen der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 25.7.2022, S. 138)

16. 32019 D 1874: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1874 der Kommission vom 6. November 2019 über die Angemessenheit der zuständigen Stellen der Volksrepublik China gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 55)

17. 32020 D 0589: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/589 der Kommission vom 23. April 2020 über die Angemessenheit der zuständigen Stelle der Republik Südafrika gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 138 vom 30.4.2020, S. 15)

18. 32013 L 0034: Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19), geändert durch:

– 32014 L 0102: Richtlinie 2014/102/EU des Rates vom 7. November 2014 (ABl. L 334 vom 21.11.2014, S. 86)

– 32014 L 0095: Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 (ABl. L 330 vom 15.11.2014, S. 1)

– 32021 L 2101: Richtlinie (EU) 2021/2101 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 1)

– 32022 L 2464: Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 (ABl. L 322 vom 16.12.2022, S. 15)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) In Anhang I der Richtlinie wird Folgendes ergänzt:

„– Andorra:

La societat anònima, la societat comanditària per accions, la societat de responsabilitat limitada;“

c) In Anhang II der Richtlinie wird Folgendes ergänzt:

„– Andorra:

la societat col·lectiva, la societat en comanditària simple;“

19. 32014 R 0537: Verordnung (EU) Nr. 537/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse und zur Aufhebung des Beschlusses 2005/909/EG der Kommission (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 77), berichtigt in ABl. L 170 vom 11.6.2014, S. 66

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Modalitäten für die Beteiligung Andorras gemäß Artikel 80 des Abkommens:

Die zuständigen Behörden Andorras gemäß Artikel 32 Absatz 1 der Richtlinie 2006/43/EG haben das Recht, sich uneingeschränkt am Ausschuss der Europäischen Aufsichtsstellen für Abschlussprüfer unter den gleichen Bedingungen wie die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zu beteiligen – jedoch ohne Stimmrecht. Angehörige Andorras kommen nicht für den Vorsitz des Ausschusses der Aufsichtsstellen gemäß Artikel 30 Absatz 6 in Betracht.

c) Die Worte „Unionsrecht oder nationalem Recht“ werden ersetzt durch die Worte „dem Assoziationsabkommen oder nationalem Recht“.

d) In Artikel 41:

i) die Angabe „Ab dem 17. Juni 2020“ wird durch die Angabe „Ab fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt;

ii) die Angabe „Ab dem 17. Juni 2023“ wird durch die Angabe „Ab fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt;

iii) die Angabe „vor dem 16. Juni 2014“ wird durch die Angabe „vor Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt;

iv) die Angabe „zum 17. Juni 2016“ wird durch die Angabe „fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt.

e) In Artikel 44 wird die Angabe „ab dem 17. Juni 2017“ durch die Angabe „ab fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt.

20. 32009 R 1060: Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen (ABl. L 302 vom 17.11.2009, S. 1), geändert durch:

– 32011 R 0513 Verordnung (EU) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 (ABl. L 145 vom 31.5.2011, S. 30)

– 32011 L 0061 Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1)

– 32013 R 0462 Verordnung (EU) Nr. 462/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 (ABl. L 146 vom 31.5.2013, S. 1)

– 32014 L 0051 Richtlinie 2014/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 1)

– 32017 R 2402 Verordnung (EU) 2017/2402 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 347 vom 28.12.2017, S. 35)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Verordnung gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

21. 32019 D 1283: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1283 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Japans mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 40)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der Beschluss gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment des Binnenmarkts erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

22. 32019 D 1280: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1280 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Mexikos mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 30)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der Beschluss gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment des Binnenmarkts erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

23. 32019 D 1279: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1279 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 26)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Dieser Beschluss gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

24. 32019 D 1284: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1284 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Hongkongs mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 43)

    Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Dieser Beschluss gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

25. 32004 D 0109: Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (ABl. L 390 vom 31.12.2004, S. 38), geändert durch:

    – 32008 L 0022: Richtlinie 2008/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 (ABl. L 76 vom 19.3.2008, S. 50)

    – 32013 D 0050: Richtlinie 2013/50/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 294 vom 6.11.2013, S. 13)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Richtlinie gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

26. 32007 L 0014: Richtlinie 2007/14/EG der Kommission vom 8. März 2007 mit Durchführungsbestimmungen zu bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2004/109/EG zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt zugelassen sind (ABl. L 69 vom 9.3.2007, S. 27)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Richtlinie gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

27. 32015 R 0761: Delegierte Verordnung (EU) 2015/761 der Kommission vom 17. Dezember 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf bestimmte technische Regulierungsstandards für bedeutende Beteiligungen (ABl. L 120 vom 13.5.2015, S. 2)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Verordnung gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

28. 32016 R 1437: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1437 der Kommission vom 19. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für den Zugang zu vorgeschriebenen Informationen auf Unionsebene (ABl. L 234 vom 31.8.2016, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Verordnung gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

29. 32019 R 0815: Delegierte Verordnung (EU) 2018/815 der Kommission vom 17. Dezember 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Spezifikation eines einheitlichen elektronischen Berichtsformats (ABl. L 143 vom 29.5.2019, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Verordnung gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

30. 32007 R 1569: Verordnung (EG) Nr. 1569/2007 der Kommission vom 21. Dezember 2007 über die Einrichtung eines Mechanismus zur Festlegung der Gleichwertigkeit der von Drittstaatemittenten angewandten Rechnungslegungsgrundsätze gemäß den Richtlinien 2003/71/EG und 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 340 vom 22.12.2007, S. 66)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

www.parlament.gv.at

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Verordnung gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

31. 32008 D 0961: Entscheidung der Kommission vom 12. Dezember 2008 über die Verwendung der nationalen Rechnungslegungsgrundsätze bestimmter Drittländer und der International Financial Reporting Standards durch Wertpapieremittenten aus Drittländern bei der Erstellung ihrer konsolidierten Abschlüsse (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 112)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Verordnung gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 2001 H 0256: Empfehlung 2001/256/EG der Kommission vom 15. November 2000 Mindestanforderungen an Qualitätssicherungssysteme für die Abschlussprüfung in der EU (ABl. L 91 vom 31.3.2001, S. 91)

2. 32002 H 0590: Empfehlung 2002/590/EG der Kommission vom 16. Mai 2002 — Unabhängigkeit des Abschlussprüfers in der EU — Grundprinzipien (ABl. L 191 vom 19.7.2002, S. 22)

3. 32001 H 0453: Empfehlung 2001/453/EG der Kommission vom 30. Mai 2001 zur Berücksichtigung von Umweltaspekten in Jahresabschluss und Lagebericht von Unternehmen: Ausweis, Bewertung und Offenlegung (ABl. L 156 vom 13.6.2001, S. 33)

4. 32004 H 0913: Empfehlung 2004/913/EG der Kommission vom 14. Dezember 2004 zur Einführung einer angemessenen Regelung für die Vergütung von Mitgliedern der Unternehmensleitung börsennotierter Gesellschaften (ABl. L 385 vom 29.12.2004, S. 55)

5. 32005 H 0162: Empfehlung 2005/162/EG der Kommission vom 15. Februar 2005 zu den Aufgaben von nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern/börsennotierter Gesellschaften sowie zu den Ausschüssen des Verwaltungs-/Aufsichtsrats (ABl. L 52 vom 25.2.2005, S. 51)

www.parlament.gv.at

6. 32008 H 0473: Empfehlung der Kommission vom 5. Juni 2008 zur Beschränkung der zivilrechtlichen Haftung von Abschlussprüfern und Prüfungsgesellschaften (ABl. L 162 vom 21.6.2008, S. 39)

7. 32009 H 0385: Empfehlung 2009/385/EG der Kommission vom 30. April 2009 zur Ergänzung der Empfehlungen 2004/913/EG und 2005/162/EG zur Regelung der Vergütung von Mitgliedern der Unternehmensleitung börsennotierter Gesellschaften (ABl. L 120 vom 15.5.2009, S. 28)

8. 32014 H 0208: Empfehlung 2014/208/EU der Kommission vom 9. April 2014 zur Qualität der Berichterstattung über die Unternehmensführung („Comply or Explain“) (ABl. L 109 vom 12.4.2014, S. 43)

ANHANG XXIII

ZOLL

Liste nach Artikel 13 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Allgemeine und besondere Zollvorschriften und -verfahren 3
2 Zolltarifliche Einreihung und Zolltarif 8
3 Drogenausgangsstoffe 11
4 Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums durch die Zollbehörden 13
5 Überwachung von Barmitteln 14
6 Kulturgüter 15
7 Unterstützung bei der Beitreibung von Forderungen 16

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

www.parlament.gv.at

KAPITEL 1

ALLGEMEINE UND BESONDERE ZOLLVORSCHRIFTEN UND -VERFAHREN

1. 32013 R 0952: Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 90, und ABl. L 267 vom 30.9.2016, S. 2, geändert durch:

   – 32016 R 2339: Verordnung (EU) 2016/2339 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 354 vom 23.12.2016, S. 32)

   – 32019 R 0474: Verordnung (EU) 2019/474 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 (ABl. L 83 vom 25.3.2019, S. 38)

   – 32019 R 0632: Verordnung (EU) 2019/632 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 (ABl. L 111 vom 25.4.2019, S. 54)

   – 32022 R 2399: Verordnung (EU) 2022/2399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 (ABl. L 317 vom 9.12.2022, S. 1)

www.parlament.gv.at

2. 32015 R 2446: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2446 der Kommission vom 28. Juli 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Einzelheiten zur Präzisierung von Bestimmungen des Zollkodex der Union (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 87 vom 2.4.2016, S. 35, und ABl. L 96 vom 5.4.2019, S. 55 (2016/341), geändert durch:

– 32016 R 0341: Delegierte Verordnung (EU) 2016/341 der Kommission vom 17. Dezember 2015 (ABl. L 69 vom 15.3.2016, S. 1)

– 32016 R 0651: Delegierte Verordnung (EU) 2016/651 der Kommission vom 5. April 2016 (ABl. L 111 vom 27.4.2016, S. 1)

– 32018 R 1063: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1063 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 192 vom 30.7.2018, S. 1)

– 32018 R 1118: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1118 der Kommission vom 7. Juni 2018 (ABl. L 204 vom 13.8.2018, S. 11)

– 32019 R 0841: Delegierte Verordnung (EU) 2019/841 der Kommission vom 14. März 2019 (ABl. L 138 vom 24.5.2019, S. 76)

– 32019 R 1143: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1143 der Kommission vom 14. März 2019 (ABl. L 181 vom 5.7.2019, S. 2)

www.parlament.gv.at

– 32020 R 0877: Delegierte Verordnung (EU) 2020/877 der Kommission vom 3. April 2020 (ABl. L 203 vom 26.6.2020, S. 1)

– 32020 R 2191: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2191 der Kommission vom 20. November 2020 (ABl. L 434 vom 23.12.2020, S. 8)

– 32021 R 0234: Delegierte Verordnung (EU) 2021/234 der Kommission vom 7. Dezember 2020 (ABl. L 63 vom 23.2.2021, S. 1)

– 32021 R 1934: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1934 der Kommission vom 30. Juli 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 10)

3. 32016 R 0341: Delegierte Verordnung (EU) 2016/341 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Übergangsbestimmungen für bestimmte Vorschriften des Zollkodex der Union, für den Fall, dass die entsprechenden elektronischen Systeme noch nicht betriebsbereit sind, und zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2015/2446 (ABl. L 69 vom 15.3.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 101 vom 16.4.2016, S. 33, ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 34, und ABl. L 96 vom 5.4.2019, S. 55, geändert durch:

– 32016 R 0698: Delegierte Verordnung (EU) 2016/698 der Kommission vom 8. April 2016 (ABl. L 121 vom 11.5.2016, S. 1) Mit dieser Verordnung wurde Artikel 12 berichtigt. (ABl. L 121 vom 11.5.2016, S. 1)

– 32020 R 0877: Delegierte Verordnung (EU) 2020/877 der Kommission vom 3. April 2020 (ABl. L 203 vom 26.6.2020, S. 1)

– 32021 R 0234: Delegierte Verordnung (EU) 2021/234 der Kommission vom 7. Dezember 2020 (ABl. L 63 vom 23.2.2021, S. 1)

4. 32015 R 2447: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558), berichtigt in ABl. L 87 vom 2.4.2016, S. 35, geändert durch:

– 32017 R 0989: Durchführungsverordnung (EU) 2017/989 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 149 vom 13.6.2017, S. 19)

– 32018 R 0604: Durchführungsverordnung (EU) 2018/604 der Kommission vom 18. April 2018 (ABl. L 101 vom 20.4.2018, S. 22)

– 32019 R 1394: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1394 der Kommission vom 10. September 2019 (ABl. L 234 vom 11.9.2019, S. 1)

– 32020 R 0893: Durchführungsverordnung (EU) 2020/893 der Kommission vom 29. Juni 2020 (ABl. L 206 vom 30.6.2020, S. 8)

– 32020 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1727 der Kommission vom 18. November 2020 (ABl. L 387 vom 19.11.2020, S. 1)

– 32020 R 2038: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2038 der Kommission vom 10. Dezember 2020 (ABl. L 416 vom 11.12.2020, S. 48)

– 32021 R 0235: Durchführungsverordnung (EU) 2021/235 der Kommission vom 8. Februar 2021 (ABl. L 63 vom 23.2.2021, S. 386)

– 32022 R 2334: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2334 der Kommission vom 29. November 2022 (ABl. L 309 vom 30.11.2022, S. 1)

5. 32019 D 2151: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2151 der Kommission vom 13. Dezember 2019 zur Festlegung des Arbeitsprogramms für die Entwicklung und Inbetriebnahme der im Zollkodex der Union vorgesehenen elektronischen Systeme (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 168)

6. 32016 R 0481: Durchführungsverordnung (EU) 2016/481 der Kommission vom 1. April 2016 zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. L 87 vom 2.4.2016, S. 24)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

ZOLLTARIFLICHE EINREIHUNG UND ZOLLTARIF

1. 31987 R 2658: Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. L 256 vom 7.9.1987, S. 1), geändert durch:

   – 32022 R 1998: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1998 der Kommission vom 20. September 2022 (ABl. L 282 vom 31.10.2022, S. 1)

2. 32021 R 2278: Verordnung (EU) 2021/2278 des Rates vom 20. Dezember 2021 zur Aussetzung der in Artikel 56 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 genannten Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte landwirtschaftliche und gewerbliche Waren und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1387/2013 (ABl. L 466 vom 29.12.2021, S. 1), geändert durch:

   – 32022 R 2583: Verordnung (EU) 2022/2583 des Rates vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 340 vom 30.12.2022, S. 1)

www.parlament.gv.at

3. 32018 R 0581: Verordnung (EU) 2018/581 des Rates vom 16. April 2018 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte Waren, die zum Einbau in oder zur Verwendung für Luftfahrzeuge bestimmt sind, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1147/2002 (ABl. L 98 vom 18.4.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 1517: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1517 der Kommission vom 11. Oktober 2018 (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 58)

4. 32021 R 2283: Verordnung (EU) 2021/2283 des Rates vom 20. Dezember 2021 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Zollkontingente der Union für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1388/2013 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 33), geändert durch:

   – 32022 R 2563: Verordnung (EU) 2022/2563 des Rates vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 330 vom 23.12.2022, S. 109)

5. 31988 R 3915: Verordnung (EWG) Nr. 3915/88 der Kommission vom 15. Dezember 1988 zur Durchführung von Artikel 63c der Verordnung (EWG) Nr. 918/83 des Rates über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen (ABl. L 347 vom 16.12.1988, S. 55)

6. 32009 R 1186: Verordnung (EG) Nr. 1186/2009 des Rates vom 16. November 2009 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen (ABl. L 324 vom 10.12.2009, S. 23), geändert durch:

7. 32011 R 1224: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1224/2011 der Kommission vom 28. November 2011 zu den Artikeln 66 bis 73 der Verordnung (EG) Nr. 1186/2009 des Rates über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen (ABl. L 314 vom 29.11.2011, S. 14), geändert durch:

   – 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

8. 32011 R 1225: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1225/2011 der Kommission vom 28. November 2011 (ABl. L 314 vom 29.11.2011, S. 20), geändert durch:

   – 32013 R 0504: Durchführungsverordnung (EU) 504/2013 der Kommission vom 31. Mai 2013 (*ABl. L 147 vom 1.6.2013, S. 1*)

   – 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

9. 32012 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 80/2012 der Kommission vom 31. Januar 2012 über die Aufstellung der in Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1186/2009 des Rates über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen genannten Liste der biologischen und chemischen Stoffe (ABl. L 29 vom 1.2.2012, S. 33), geändert durch:

   – 32013 R 0197: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 197/2013 der Kommission vom 7. März 2013 (ABl. L 65 vom 8.3.2013, S. 15)

KAPITEL 3

DROGENAUSGANGSSTOFFE

1. 32005 R 0111: Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates vom 22. Dezember 2004 zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenaustauschstoffen zwischen der Gemeinschaft und Drittländern (ABl. L 22 vom 26.1.2005, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 1259: Verordnung (EU) Nr. 1259/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 330 vom 10.12.2013, S. 30)

   – 32016 R 1443: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1443 der Kommission vom 29. Juni 2016 (ABl. L 235 vom 1.9.2016, S. 6)

   – 32018 R 0729: Delegierte Verordnung (EU) 2018/729 der Kommission vom 26. Februar 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 4)

   – 32020 R 1737: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1737 der Kommission vom 14. Juli 2020 (ABl. L 392 vom 23.11.2020, S. 1), berichtigt in ABl. L 282 vom 5.8.2021, S. 38

   – 32022 R 1518: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1518 der Kommission vom 29. März 2022 (ABl. L 236 vom 13.9.2022, S. 1)

– 32023 R 0196: Delegierte Verordnung (EU) 2023/196 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 27 vom 31.1.2023, S. 1)

2. 32015 R 1011: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1011 der Kommission vom 24. April 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der Gemeinschaft und Drittländern sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1277/2005 der Kommission (ABl. L 162 vom 27.6.2015, S. 12), berichtigt in ABl. L 185 vom 14.7.2015, S. 31, und ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 75

3. 32015 R 1013: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1013 der Kommission vom 25. Juni 2015 mit Vorschriften in Bezug auf die Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Drogenausgangsstoffe und auf die Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der Union und Drittländern (ABl. L 162 vom 27.6.2015, S. 33)

KAPITEL 4

DURCHSETZUNG DER RECHTE DES GEISTIGEN EIGENTUMS DURCH DIE ZOLLBEHÖRDEN

1. 32013 R 0608: Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 zur Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates (ABl. L 185 vom 29.6.2013, S. 15)

2. 32013 R 1352: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1352/2013 der Kommission vom 4. Dezember 2013 zur Festlegung der in der Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden vorgesehenen Formblätter (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 10)

3. 32020 R 1209: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1209 der Kommission vom 13. August 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1352/2013 zur Festlegung der in der Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden vorgesehenen Formblätter (ABl. L 274 vom 21.8.2020, S. 3)

4. 32020 R 2035: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2035 der Kommission vom 7. Dezember 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1352/2013 in Bezug auf das Formblatt für den Antrag auf Tätigwerden gemäß der Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zwecks Einführung der Möglichkeit eines Antrags auf Tätigwerden in Nordirland (ABl. L 416 vom 11.12.2020, S. 11)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 5

ÜBERWACHUNG VON BARMITTELN

1. 32018 R 1672: Verordnung (EU) 2018/1672 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 über die Überwachung von Barmitteln, die in die Union oder aus der Union verbracht werden, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1889/2005 (ABl. L 284 vom 12.11.2018, S. 6), berichtigt in ABl. L 435 vom 23.12.2020, S. 79

2. 32021 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2021/776 der Kommission vom 11. Mai 2021 zur Festlegung von Mustern für bestimmte Formulare sowie von technischen Vorschriften für den wirksamen Informationsaustausch gemäß der Verordnung (EU) 2018/1672 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung von Barmitteln, die in die Union oder aus der Union verbracht werden (ABl. L 167 vom 12.5.2021, S. 6)

3. Durchführungsbeschluss C(2022) 1801 der Kommission vom 24. März 2022 zur Festlegung von Maßnahmen für die einheitliche Anwendung von Kontrollen im Wege der Schaffung gemeinsamer Risikokriterien und -standards für Barmittelbewegungen gemäß der Verordnung (EU) 2018/1672 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung von Barmitteln, die in die Union oder aus der Union verbracht werden (EU RESTRICTED)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 6

KULTURGÜTER

1. 32009 R 0116: Verordnung (EG) Nr. 116/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Ausfuhr von Kulturgütern (kodifizierte Fassung) (ABl. L 39 vom 10.2.2009, S. 1)

2. 32012 R 1081: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1081/2012 der Kommission vom 9. November 2012 zu der Verordnung (EG) Nr. 116/2009 des Rates über die Ausfuhr von Kulturgütern (ABl. L 324 vom 22.11.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 93 vom 28.3.2014, S. 86

3. 32019 R 0880: Verordnung (EU) 2019/880 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Verbringen und die Einfuhr von Kulturgütern (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 1)

4. 32021 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1079 der Kommission vom 24. Juni 2021 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) 2019/880 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Verbringen und die Einfuhr von Kulturgütern (ABl. L 234 vom 2.7.2021, S. 67)

KAPITEL 7

UNTERSTÜTZUNG BEI DER BEITREIBUNG VON FORDERUNGEN

1. 32010 L 0024: Richtlinie 2010/24/EU des Rates vom 16. März 2010 über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen (ABl. L 84 vom 31.3.2010, S. 1)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Die Bestimmungen dieser Richtlinie gelten nur für Forderungen, die sich auf Abgaben beziehen, die infolge eines Zollvorgangs fällig werden.

2. 32011 R 1189: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1189/2011 der Kommission vom 18. November 2011 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zu bestimmten Artikeln der Richtlinie 2010/24/EU des Rates über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen (ABl. L 302 vom 19.11.2011, S. 16)

3. 32017 R 1966: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1966 der Kommission vom 27. Oktober 2017 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1189/2011 in Bezug auf die Übermittlung von Amtshilfeersuchen und die Weiterverfolgung dieser Ersuchen (ABl. L 279 vom 28.10.2017, S. 38)

ANHANG XXIV

LANDWIRTSCHAFT

Liste nach Artikel 13 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Landwirtschaftliche Grunderzeugnisse 2

2 Landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse 31

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

LANDWIRTSCHAFTLICHE GRUNDERZEUGNISSE

1. 32013 R 1308: Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671), berichtigt in ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 261, und ABl. L 130 vom 19.5.2016, S. 9, geändert durch:

www.parlament.gv.at

– 32013 R 1310: Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 865)

– 32016 R 0791: Verordnung (EU) 2016/791 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 1)

– 32016 R 1166: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1166 der Kommission vom 17. Mai 2016 (ABl. L 193 vom 19.7.2016, S. 17)

– 32016 R 1226: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1226 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 202 vom 28.7.2016, S. 5)

– 32017 R 2393: Verordnung (EU) 2017/2393 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2017 (ABl. L 350 vom 29.12.2017, S. 15)

– 32020 R 2220: Verordnung (EU) 2020/2220 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 (ABl. L 437 vom 28.12.2020, S. 1)

– 32021 R 2117: Verordnung (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 262)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Nur die folgenden Bestimmungen der Verordnung finden Anwendung: Artikel 73 bis 123, Artikel 125, 148, 149, 152 bis 162, 164, 165, 166a bis 168, 172a, 172b, 206 bis 210a und 222.

2. 32016 R 0232: Delegierte Verordnung (EU) 2016/232 der Kommission vom 15. Dezember 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf bestimmte Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Erzeugern (ABl. L 44 vom 19.2.2016, S. 1671)

3. 32019 R 0033: Delegierte Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission vom 17. Oktober 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Schutz von Ursprungsbezeichnungen, geografischen Angaben und traditionellen Begriffen im Weinsektor, das Einspruchsverfahren, Einschränkungen der Verwendung, Änderungen der Produktspezifikationen, die Löschung des Schutzes sowie die Kennzeichnung und Aufmachung (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2), berichtigt in ABl. L 269 vom 23.10.2019, S. 13, geändert durch:

   – 32021 R 1375: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1375 der Kommission vom 11. Juni 2021 (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 16)

4. 32019 R 0934: Delegierte Verordnung (EU) 2019/934 der Kommission vom 12. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anbauflächen, auf denen der Alkoholgehalt der Weine erhöht werden darf, der zugelassenen önologischen Verfahren und der Einschränkungen für die Erzeugung und Haltbarmachung von Weinbauerzeugnissen, des Mindestalkoholgehalts von Nebenerzeugnissen und deren Beseitigung sowie der Veröffentlichung von OIV-Dossiers (ABl. L 149 vom 7.6.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 59, ABl. L 129 vom 24.4.2020, S. 1, und ABl. L 5 vom 10.1.2022, S. 1, geändert durch:

   – 32022 R 0068: Delegierte Verordnung (EU) 2022/68 der Kommission vom 27. Oktober 2021 (ABl. L 12 vom 19.1.2022, S. 1)

5. 32019 R 0935: Durchführungsverordnung (EU) 2019/935 der Kommission vom 16. April 2019 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Analysemethoden zur Feststellung der physikalischen, chemischen und organoleptischen Merkmale von Weinbauerzeugnissen und der Mitteilung von Beschlüssen der Mitgliedstaaten zur Erhöhung des natürlichen Alkoholgehalts (ABl. L 149 vom 7.6.2019, S. 53)

6. 32018 R 0273: Delegierte Verordnung (EU) 2018/273 der Kommission vom 11. Dezember 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Genehmigungssystems für Rebpflanzungen, der Weinbaukartei, der Begleitdokumente und der Zertifizierung, der Ein- und Ausgangsregister, der obligatorischen Meldungen, Mitteilungen und Veröffentlichung der mitgeteilten Informationen und zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die diesbezüglichen Kontrollen und Sanktionen sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 555/2008, (EG) Nr. 606/2009 und (EG) Nr. 607/2009 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 436/2009 und der Delegierten Verordnung (EU) 2015/560 der Kommission (ABl. L 58 vom 28.2.2018, S. 1)

7. 32018 R 0274: Durchführungsverordnung (EU) 2018/274 der Kommission vom 11. Dezember 2017 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Genehmigungssystems für Rebpflanzungen, der Zertifizierung, der Ein- und Ausgangsregister, der obligatorischen Meldungen und Mitteilungen sowie mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der einschlägigen Kontrollen und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/561 der Kommission (ABl. L 58 vom 28.2.2018, S. 60), berichtigt in ABl. L 354 vom 26.10.2020, S. 4, geändert durch:

   – 32021 R 1007: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1007 der Kommission vom 18. Juni 2021 (ABl. L 222 vom 22.6.2021, S. 8)

www.parlament.gv.at

– 32022 R 2567: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2567 der Kommission vom 13. Oktober 2022 (ABl. L 330 vom 23.12.2022, S. 139)

8. 32014 R 0251: Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Begriffsbestimmung, Beschreibung, Aufmachung und Etikettierung von aromatisierten Weinerzeugnissen sowie den Schutz geografischer Angaben für aromatisierte Weinerzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 des Rates (ABl. L 84 vom 20.3.2014, S. 14), geändert durch:

   – 32021 R 2117: Verordnung (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 262)

9. 32017 R 0670: Delegierte Verordnung (EU) 2017/670 der Kommission vom 31. Januar 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der zugelassenen Herstellungsverfahren für aromatisierte Weinerzeugnisse (ABl. L 97 vom 8.4.2017, S. 5)

10. 32020 R 0198: Durchführungsverordnung (EU) 2020/198 der Kommission vom 13. Februar 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Einrichtung des Registers geschützter geografischer Angaben im Sektor aromatisierte Weinerzeugnisse und die Aufnahme der bestehenden geografischen Angaben in dieses Register (ABl. L 42 vom 14.2.2020, S. 8)

11. 32019 R 0787: Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen, die Verwendung der Bezeichnungen von Spirituosen bei der Aufmachung und Kennzeichnung von anderen Lebensmitteln, den Schutz geografischer Angaben für Spirituosen und die Verwendung von Ethylalkohol und Destillaten landwirtschaftlichen Ursprungs in alkoholischen Getränken sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 110/2008 (ABl. L 130 vom 17.5.2019, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 1096: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1096 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 1)

   – 32021 R 1334: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1334 der Kommission vom 27. Mai 2021 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 1)

   – 32021 R 1335: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1335 der Kommission vom 27. Mai 2021 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 4)

   – 32021 R 1465: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1465 der Kommission vom 6. Juli 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 12)

12. 32021 R 1235: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1235 der Kommission vom 12. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Vorschriften für Anträge auf Eintragung geografischer Angaben für Spirituosen, Änderungen der Produktspezifikation, die Löschung der Eintragung und das Register (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 1)

13. 32021 R 1236: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1236 der Kommission vom 12. Mai 2021 mit Einzelheiten der Anwendung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Eintragung geografischer Angaben für Spirituosen, das Einspruchsverfahren, Änderungen der Produktspezifikation, die Löschung der Eintragung, die Verwendung des Logos und die Kontrolle (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 10)

14. 32021 R 0723: Delegierte Verordnung (EU) 2021/723 der Kommission vom 26. Februar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Einrichtung eines öffentlichen Registers, in dem die von den einzelnen Mitgliedstaaten zur Überwachung der Alterungsprozesse von Spirituosen benannten Stellen aufgeführt werden (ABl. L 155 vom 5.5.2021, S. 1)

15. 32021 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) 2021/724 der Kommission vom 3. März 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Mitteilungen der Mitgliedstaaten an die Kommission zu den für die Überwachung der Alterungsprozesse von Spirituosen benannten Stellen und den für die Sicherstellung der Einhaltung der genannten Verordnung zuständigen Behörden (ABl. L 155 vom 5.5.2021, S. 3)

16. 32011 R 0543: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 der Kommission vom 7. Juni 2011 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates für die Sektoren Obst und Gemüse und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. L 157 vom 15.6.2011, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 1890: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1890 der Kommission vom 2. August 2021 (ABl. L 384 vom 29.10.2021, S. 23)

   – 32019 R 0428: Delegierte Verordnung (EU) 2019/428 der Kommission vom 12. Juli 2018 (ABl. L 75 vom 19.3.2019, S. 1)

   – 32015 R 2000: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2000 der Kommission vom 9. November 2015 (ABl. L 292 vom 10.11.2015, S. 4)

   – 32013 R 0594: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 594/2013 der Kommission vom 21. Juni 2013 (ABl. L 170 vom 22.6.2013, S. 43)

   – 32012 R 0302: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 302/2012 der Kommission vom 4. April 2012 (ABl. L 99 vom 5.4.2012, S. 21)

17. 32021 R 1926: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1926 der Kommission vom 5. November 2021 zur Anerkennung der vom Vereinigten Königreich durchgeführten Kontrollen auf Konformität mit den Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates für die Sektoren Obst und Gemüse und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. L 393 vom 8.11.2021, S. 9)

18. 32017 R 0891: Delegierte Verordnung (EU) 2017/891 der Kommission vom 13. März 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Sektoren Obst und Gemüse sowie Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse und zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die in diesen Sektoren anzuwendenden Sanktionen und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 der Kommission (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 4)

19. 32014 R 0499: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 499/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 der Kommission in Bezug auf Obst und Gemüse und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 5)

20. 32011 R 1333: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1333/2011 der Kommission vom 19. Dezember 2011 zur Festsetzung von Vermarktungsnormen für Bananen, von Bestimmungen zur Kontrolle der Einhaltung dieser Vermarktungsnormen und von Anforderungen an Mitteilungen im Bananensektor (ABl. L 336 vom 20.12.2011, S. 23), berichtigt in ABl. L 177 vom 8.7.2017, S. 6

21. 32017 R 1185: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1185 der Kommission vom 20. April 2017 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) Nr. 1307/2013 und (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Übermittlung von Informationen und Dokumenten an die Kommission und zur Änderung und Aufhebung mehrerer Verordnungen der Kommission (ABl. L 171 vom 4.7.2017, S. 113), geändert durch:

   – 32019 R 1746: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1746 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 268 vom 22.10.2019, S. 6)

   – 32022 R 0791: Durchführungsverordnung (EU) 2022/791 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 15)

22. 32008 R 0589: Verordnung (EG) Nr. 589/2008 der Kommission vom 23. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Eier (ABl. L 163 vom 24.6.2008, S. 6), berichtigt in ABl. L 133 vom 17.5.2013, S. 17, geändert durch:

   – 32008 R 0598: Verordnung (EG) Nr. 598/2008 der Kommission vom 24. Juni 2008 (ABl. L 164 vom 25.6.2008, S. 14)

   – 32010 R 0557: Verordnung (EU) Nr. 557/2010 der Kommission vom 24. Juni 2010 (ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 13)

– 32013 R 0342: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 342/2013 der Kommission vom 16. April 2013 (ABl. L 107 vom 17.4.2013, S. 4)

– 32017 R 2168: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2168 der Kommission vom 20. September 2017 (ABl. L 306 vom 22.11.2017, S. 6)

23. 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Niederlassungsrecht und freier Dienstleistungsverkehr, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutzpolitik, Fischerei, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, Sozialpolitik und Beschäftigung, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen und Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufgrund des Beitritts Kroatiens (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

24. 32008 R 0617: Verordnung (EG) Nr. 617/2008 der Kommission vom 27. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Bruteier und Küken von Hausgeflügel (ABl. L 168 vom 28.6.2008, S. 5), berichtigt in ABl. L 248 vom 24.9.2011, S. 1, geändert durch:

– 32010 R 0557: Verordnung (EU) Nr. 557/2010 der Kommission vom 24. Juni 2010 (ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 13)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

25. 32008 R 0543: Verordnung (EG) Nr. 543/2008 der Kommission vom 16. Juni 2008 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch (ABl. L 157 vom 17.6.2008, S. 46), berichtigt in ABl. L 257 vom 25.9.2008, S. 7, und ABl. L 190 vom 19.7.2012, S. 1, geändert durch:

– 32009 R 0508: Verordnung (EG) Nr. 508/2009 der Kommission vom 15. Juni 2009 (ABl. L 151 vom 16.6.2009, S. 28)

– 32010 R 0557: Verordnung (EU) Nr. 557/2010 der Kommission vom 24. Juni 2010 (ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 13)

– 32011 R 0576: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 576/2011 der Kommission vom 16. Juni 2011 (ABl. L 159 vom 17.6.2011, S. 66)

– 32012 R 1239: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1239/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 63)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

www.parlament.gv.at

26. 32008 R 0566: Verordnung (EG) Nr. 566/2008 der Kommission vom 18. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates in Bezug auf die Vermarktung von Fleisch von bis zu zwölf Monate alten Rindern (ABl. L 160 vom 19.6.2008, S. 22), geändert durch:

- 32013 R 0565: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 565/2013 der Kommission vom 18. Juni 2013 (ABl. L 167 vom 19.6.2013, S. 26)

27. 32006 R 1850: Verordnung (EG) Nr. 1850/2006 der Kommission vom 14. Dezember 2006 mit Durchführungsbestimmungen für die Zertifizierung von Hopfen und Hopfenerzeugnissen (ABl. L 355 vom 15.12.2006, S. 72), geändert durch:

– 32011 R 0173: Verordnung (EU) Nr. 173/2011 der Kommission vom 23. Februar 2011 (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 16)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

28. 32007 R 0445: Verordnung (EG) Nr. 445/2007 der Kommission vom 23. April 2007 mit bestimmten Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 2991/94 des Rates mit Normen für Streichfette und zur Verordnung (EWG) Nr. 1898/87 des Rates über den Schutz der Bezeichnung der Milch und Milcherzeugnisse bei ihrer Vermarktung (kodifizierte Fassung) (ABl. L 106 vom 24.4.2007, S. 24)

29. 32011 R 1169: Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1924/2006 und (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 87/250/EWG der Kommission, der Richtlinie 90/496/EWG des Rates, der Richtlinie 1999/10/EG der Kommission, der Richtlinie 2000/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2002/67/EG und 2008/5/EG der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 608/2004 der Kommission (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 18), geändert durch:

– 32013 R 1155: Delegierte Verordnung (EU) 1155/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 306 vom 16.11.2013, S. 7)

– 32014 R 0078: Delegierte Verordnung (EU) 78/2014 der Kommission vom 22. November 2013 (ABl. L 27 vom 30.1.2014, S. 7)

– 32015 R 2283: Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 327 vom 11.12.2015, S. 1)

30. 31999 L 0004: Richtlinie 1999/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Februar 1999 über Kaffee- und Zichorien-Extrakte (ABl. L 66 vom 13.3.1999, S. 26), geändert durch:

– 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

– 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)

31. 32000 L 0036: Richtlinie 2000/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juni 2000 über Kakao- und Schokoladeerzeugnisse für die menschliche Ernährung (ABl. L 197 vom 3.8.2000, S. 19), geändert durch:

– 12003 TN 02/01/J: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge - Anhang II: Liste nach Artikel 20 der Beitrittsakte - 1. Freier Warenverkehr - J. Lebensmittel (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 92)

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

– 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)

32. 32001 L 0111: Richtlinie 2001/111/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über bestimmte Zuckerarten für die menschliche Ernährung (ABl. L 10 vom 12.1.2002, S. 53), geändert durch:

– 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)

– 32006 R 0951: Verordnung (EG) Nr. 951/2006 der Kommission vom 30. Juni 2006 (ABl. L 178 vom 1.7.2006, S. 24)

33. 32001L0113: Richtlinie 2001/113/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über Konfitüren, Gelees, Marmeladen und Maronenkrem für die menschliche Ernährung (ABl. L 10 vom 12.1.2002, S. 67), geändert durch:

– 32004 L 0084: Richtlinie 2004/84/EG des Rates vom 10. Juni 2004 (ABl. L 219 vom 19.6.2004, S. 8)

– 32007 R 1182: Verordnung (EG) Nr. 1182/2007 des Rates vom 26. September 2007 (ABl. L 273 vom 17.10.2007, S. 1)

– 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)

34. 32001 L 0114: Richtlinie 2001/114/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über bestimmte Sorten eingedickter Milch und Trockenmilch für die menschliche Ernährung (ABl. L 15 vom 17.1.2002, S. 19), geändert durch:

– 12003 TN 02/01/J: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge - Anhang II: Liste nach Artikel 20 der Beitrittsakte - 1. Freier Warenverkehr - J. Lebensmittel (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 92)

– 32007 L 0061: Richtlinie 2007/61/EG des Rates vom 26. September 2007 (ABl. L 258 vom 4.10.2007, S. 27)

– 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)

35. 32001 L 0112: Richtlinie 2001/112/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über Fruchtsäfte und bestimmte gleichartige Erzeugnisse für die menschliche Ernährung (ABl. L 10 vom 12.1.2002, S. 58), berichtigt in ABl. L 126 vom 22.5.2010, S. 23, geändert durch:

– 32007 R 1182: Verordnung (EG) Nr. 1182/2007 des Rates vom 26. September 2007 (ABl. L 273 vom 17.10.2007, S. 1)

– 32008 R 1332: Verordnung (EG) Nr. 1332/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 7)

– 32009 L 0106: Richtlinie 2009/106/EG der Kommission vom 14. August 2009 (ABl. L 212 vom 15.8.2009, S. 42)

– 32012 L 0012: Richtlinie 2012/12/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2012 (ABl. L 115 vom 27.4.2012, S. 1)

– 32014 R 1040: Delegierte Verordnung (EU) 1040/2014 der Kommission vom 25. Juli 2014 (ABl. L 288 vom 2.10.2014, S. 1)

36. 32001 L 0110: Richtlinie 2001/110/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über Honig (ABl. L 10 vom 12.1.2002, S. 47), geändert durch:

– 32014 L 0063: Richtlinie 2014/63/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 164 vom 3.6.2014, S. 1)

www.parlament.gv.at

37. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

38. 32018 R 0848: Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 1), berichtigt in ABl. L 374 vom 22.10.2021, S. 10, und ABl. L 391 vom 5.11.2021, S. 41, geändert durch:

– 32020 R 1693: Verordnung (EU) 2020/1693 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. November 2020 (ABl. L 381 vom 13.11.2020, S. 1)

– 32020 R 0427: Delegierte Verordnung (EU) 2020/427 der Kommission vom 13. Januar 2020 (ABl. L 87 vom 23.3.2020, S. 1)

– 32020 R 1794: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1794 der Kommission vom 16. September 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 23)

– 32021 R 0642: Delegierte Verordnung (EU) 2021/642 der Kommission vom 30. Oktober 2020 (ABl. L 133 vom 20.4.2021, S. 1)

– 32020 R 2042: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2042 der Kommission vom 11. Dezember 2020 (ABl. L 420 vom 14.12.2020, S. 9)

– 32021 R 0715: Delegierte Verordnung (EU) 2021/715 der Kommission vom 20. Januar 2021 (ABl. L 151 vom 3.5.2021, S. 1)

– 32021 R 0716: Delegierte Verordnung (EU) 2021/716 der Kommission vom 9. Februar 2021 (ABl. L 151 vom 3.5.2021, S. 5)

– 32021 R 0269: Delegierte Verordnung (EU) 2021/269 der Kommission vom 4. Dezember 2020 (ABl. L 60 vom 22.2.2021, S. 24)

– 32021 R 0716: Delegierte Verordnung (EU) 2021/716 der Kommission vom 9. Februar 2021 (ABl. L 151 vom 3.5.2021, S. 5)

– 32021 R 1006: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1006 der Kommission vom 12. April 2021 (ABl. L 222 vom 22.6.2021, S. 3)

– 32021 R 1697: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1697 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 336 vom 23.9.2021, S. 3)

– 32021 R 1691: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1691 der Kommission vom 12. Juli 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1935: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1935 der Kommission vom 8. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 17)

– 32022 R 0474: Delegierte Verordnung (EU) 2022/474 der Kommission vom 17. Januar 2022 (ABl. L 98 vom 25.3.2022, S. 1)

39. 32020 R 0464: Durchführungsverordnung (EU) 2020/464 der Kommission vom 26. März 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der für die rückwirkende Anerkennung von Umstellungszeiträumen erforderlichen Dokumente, der Herstellung ökologischer/biologischer Erzeugnisse und der von den Mitgliedstaaten bereitzustellenden Informationen (ABl. L 98 vom 31.3.2020, S. 2)

40. 32020 R 2146: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2146 der Kommission vom 24. September 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich Ausnahmen von den Produktionsvorschriften für die ökologische/biologische Produktion (ABl. L 428 vom 18.12.2020, S. 5)

41. 32021 R 0279: Durchführungsverordnung (EU) 2021/279 der Kommission vom 22. Februar 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates über Kontrollen und andere Maßnahmen zur Gewährleistung der Rückverfolgbarkeit und Einhaltung der Vorschriften für die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen (ABl. L 62 vom 23.2.2021, S. 6)

42. 32021 R 0771: Delegierte Verordnung (EU) 2021/771 der Kommission vom 21. Januar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung spezifischer Kriterien und Bedingungen für die Prüfungen der Dokumentation im Rahmen der amtlichen Kontrollen in der ökologischen/biologischen Produktion und die amtlichen Kontrollen von Unternehmergruppen (ABl. L 165 vom 11.5.2021, S. 25)

43. 32021 R 1189: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1189 der Kommission vom 7. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Erzeugung und Vermarktung von Pflanzenvermehrungsmaterial aus ökologischem/biologischem heterogenem Material besonderer Gattungen oder Arten (ABl. L 258 vom 20.7.2021, S. 18)

44. 32021 R 1342: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1342 der Kommission vom 27. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Vorschriften über die Informationen, die von Drittländern sowie von Kontrollbehörden und Kontrollstellen zwecks Überwachung ihrer Anerkennung gemäß Artikel 33 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates für eingeführte ökologische/biologische Erzeugnisse zu übermitteln sind, sowie über die Maßnahmen, die zur Ausübung dieser Überwachung zu ergreifen sind (ABl. L 292 vom 16.8.2021, S. 20)

45. 32021 R 1698: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1698 der Kommission vom 13. Juli 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Verfahrensvorschriften für die Anerkennung von Kontrollbehörden und Kontrollstellen, die für die Durchführung von Kontrollen von als ökologisch/biologisch zertifizierten Unternehmern und Unternehmergruppen und ökologischen/biologischen Erzeugnissen in Drittländern zuständig sind, und durch Vorschriften über deren Überwachung sowie über die Kontrollen und sonstigen Maßnahmen, die von diesen Kontrollbehörden und Kontrollstellen durchgeführt werden (ABl. L 336 vom 23.9.2021, S. 7)

46. 32021 R 2304: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2304 der Kommission vom 18. Oktober 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften zur Ausstellung von ergänzenden Zertifikaten, mit denen zum Zweck der Ausfuhr bescheinigt wird, dass bei der ökologischen/biologischen Produktion von tierischen Erzeugnissen keine Antibiotika eingesetzt werden (ABl. L 461 vom 27.12.2021, S. 2)

47. 32021 R 2306: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2306 der Kommission vom 21. Oktober 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Vorschriften über die amtlichen Kontrollen von zur Einfuhr in die Union bestimmten Sendungen von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und Umstellungserzeugnissen sowie über die Kontrollbescheinigung (ABl. L 461 vom 27.12.2021, S. 13)

48. 32021 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1165 der Kommission vom 15. Juli 2021 über die Zulassung bestimmter Erzeugnisse und Stoffe zur Verwendung in der ökologischen/biologischen Produktion und zur Erstellung entsprechender Verzeichnisse (ABl. L 253 vom 16.7.2021, S. 13)

49. 32021 R 1378: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1378 der Kommission vom 19. August 2021 mit Vorschriften zur Bescheinigung für Unternehmer, Unternehmergruppen und Ausführer in Drittländern, die ökologische/biologische Erzeugnisse und Umstellungserzeugnisse in die Union einführen und zur Erstellung des Verzeichnisses anerkannter Kontrollbehörden und Kontrollstellen gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 24)

50. 32021 R 2307: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2307 der Kommission vom 21. Oktober 2021 zur Festlegung von Vorschriften über die erforderlichen Unterlagen und Mitteilungen für ökologische/biologische Erzeugnisse und Umstellungserzeugnisse, die zur Einfuhr in die Union bestimmt sind (ABl. L 461 vom 27.12.2021, S. 30)

51. 32021 R 2119: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2119 der Kommission vom 1. Dezember 2021 zur Festlegung detaillierter Vorschriften über bestimmte von Unternehmern und Unternehmergruppen verlangte Aufzeichnungen und Erklärungen und über die technischen Mittel für die Ausstellung von Zertifikaten gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/1378 der Kommission hinsichtlich der Ausstellung der Bescheinigung für Unternehmer, Unternehmergruppen und Ausführer in Drittländern (ABl. L 430 vom 2.12.2021, S. 24)

52. 32021 R 2325: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2325 der Kommission vom 16. Dezember 2021 zur Erstellung — gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates — des Verzeichnisses der Drittländer und des Verzeichnisses der Kontrollbehörden und Kontrollstellen, die gemäß Artikel 33 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates für die Zwecke der Einfuhr ökologischer/biologischer Erzeugnisse in die Union anerkannt sind (ABl. L 465 vom 29.12.2021, S. 8)

53. 32012 R 1151: Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (ABl. L 343 vom 14.12.2012, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 2117: Verordnung (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 262)

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) Nr. 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

54. 32014 R 0668: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 668/2014 der Kommission vom 13. Juni 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 36)

55. 32014 R 0664: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung der EU-Zeichen für geschützte Ursprungsbezeichnungen, geschützte geografische Angaben und garantiert traditionelle Spezialitäten sowie im Hinblick auf bestimmte herkunftsbezogene Vorschriften, Verfahrensvorschriften und zusätzliche Übergangsvorschriften (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 17)

56. 32014 R 0665: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 665/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bedingungen für die Verwendung der fakultativen Qualitätsangabe „Bergerzeugnis“ (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 23)

57. 32008 R 0555: Verordnung (EG) Nr. 555/2008 der Kommission vom 27. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 479/2008 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Wein hinsichtlich der Stützungsprogramme, des Handels mit Drittländern, des Produktionspotenzials und der Kontrollen im Weinsektor (ABl. L 170 vom 30.6.2008, S. 1), berichtigt in ABl. L 139 vom 5.6.2010, S. 3, geändert durch:

– 32009 R 0042: Verordnung (EG) Nr. 42/2009 der Kommission vom 20. Januar 2009 (ABl. L 16 vom 21.1.2009, S. 6)

– 32009 R 0702: Verordnung (EG) Nr. 702/2009 der Kommission vom 3. August 2009 (ABl. L 202 vom 4.8.2009, S. 5)

– 32010 R 0772: Verordnung (EU) Nr. 772/2010 der Kommission vom 1. September 2010 (ABl. L 232 vom 2.9.2010, S. 1)

– 32012 R 0314: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 314/2012 der Kommission vom 12. April 2012 (ABl. L 103 vom 13.4.2012, S. 21)

– 32012 R 0568: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 568/2012 der Kommission vom 28. Juni 2012 (ABl. L 169 vom 29.6.2012, S. 13)

– 32013 R 0202: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 202/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 10)

– 32013 R 0752: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 752/2013 der Kommission vom 31. Juli 2013 (ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 17)

– 32013 R 0994: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 994/2013 der Kommission vom 16. Oktober 2013 (ABl. L 276 vom 17.10.2013, S. 1)

– 32014 R 0168: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 168/2014 der Kommission vom 21. Februar 2014 (ABl. L 54 vom 22.2.2014, S. 14)

– 32014 R 0612: Delegierte Verordnung (EU) 612/2014 der Kommission vom 11. März 2014 (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 62)

– 32014 R 0614: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 614/2014 der Kommission vom 6. Juni 2014 (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 73)

– 32015 R 1991: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1991 der Kommission vom 5. November 2015 (ABl. L 290 vom 6.11.2015, S. 9)

– 32016 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2016/38 der Kommission vom 14. Januar 2016 (ABl. L 11 vom 16.1.2016, S. 1)

– 32016 R 1149: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1149 der Kommission vom 15. April 2016 (ABl. L 190 vom 15.7.2016, S. 1)

– 32018 R 0273: Delegierte Verordnung (EU) 2018/273 der Kommission vom 11. Dezember 2017 (ABl. L 58 vom 28.2.2018, S. 1)

58. 32014 R 0907: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die finanzielle Verwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 18)

KAPITEL 2

LANDWIRTSCHAFTLICHE VERARBEITUNGSERZEUGNISSE

1. 32014 R 0510: Verordnung (EU) Nr. 510/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur über die Handelsregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1216/2009 und (EG) Nr. 614/2009 des Rates (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die Artikel 22 bis 32 der Verordnung finden keine Anwendung.

b) Andorra wendet die Artikel 1 bis 21 und 33 bis 46 der Verordnung im Einklang mit Artikel 6 des Andorra-Protokolls direkt an.

2. 32011 R 0514: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 514/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 mit Durchführungsbestimmungen zu den Präferenzregelungen gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1216/2009 des Rates beim Handel mit bestimmten aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellten Waren (ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 18)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Andorra wendet diese Verordnung im Einklang mit Artikel 6 des Andorra-Protokolls direkt an.

3. 32008 R 0900: Verordnung (EG) Nr. 900/2008 der Kommission vom 16. September 2008 zur Festlegung der Analysenmethoden und anderer technischer Bestimmungen für die Anwendung der Einfuhrregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren (kodifizierte Fassung) (ABl. L 248 vom 17.9.2008, S. 8), geändert durch:

– 32010 R 0118: Verordnung (EU) Nr. 118/2010 der Kommission vom 9. Februar 2010 (ABl. L 37 vom 10.2.2010, S. 21)

– 32011 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 617/2011 der Kommission vom 24. Juni 2011 (ABl. L 166 vom 25.6.2011, S. 6)

– 32015 R 0824: Durchführungsverordnung (EU) 2015/824 der Kommission vom 27. Mai 2015 (ABl. L 130 vom 28.5.2015, S. 4)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Andorra wendet diese Verordnung im Einklang mit Artikel 6 des Andorra-Protokolls direkt an.

www.parlament.gv.at

4. 32001 R 1488: Verordnung (EG) Nr. 1488/2001 der Kommission vom 19. Juli 2001 über Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 3448/93 des Rates für die Überführung bestimmter Mengen bestimmter unter Anhang I des Vertrags fallender Grunderzeugnisse in das Verfahren der aktiven Veredelung ohne vorherige Prüfung der wirtschaftlichen Voraussetzungen (ABl. L 196 vom 20.7.2001, S. 9), geändert durch:

   – 32003 R 1914: Verordnung (EG) Nr. 1914/2003 der Kommission vom 30. Oktober 2003 (ABl. L 168 vom 1.5.2004, S. 14)

   – 32004 R 0886: Verordnung (EG) Nr. 886/2004 der Kommission vom 4. März 2004 (ABl. L 168 vom 1.5.2004, S. 14)

   – 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Andorra wendet diese Verordnung im Einklang mit Artikel 6 des Andorra-Protokolls direkt an.

ANHANG XXV

HANDEL

Liste nach den Artikeln 12 und 13 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL I – RECHTSAKTE, DIE UNMITTELBAR AUF ANDORRA ANWENDBAR SIND

1 Handelspolitische Schutzinstrumente 3
2 Gemeinsame Einfuhr-/Ausfuhrregelungen 5
3 Schutzbestimmungen 6
4 Durchsetzung 9
5 Spezifische Regeln für den Handelssektor 10
6 Präferentielle Handelsregelungen 11
7 Verordnungen zur Anwendung von Abkommen 15
8 Gemeinsame Ausfuhrregelungen 17

TEIL II – VON ANDORRA UMZUSETZENDE RECHTSAKTE

1 Ausfuhrkredit 17
2 Spezifische Regeln für den Handelssektor 19

www.parlament.gv.at

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

www.parlament.gv.at

TEIL 1

RECHTSAKTE, DIE UNMITTELBAR AUF ANDORRA ANWENDBAR SIND

KAPITEL 1

HANDELSPOLITISCHE SCHUTZINSTRUMENTE

1. 32016 R 1036: Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern (ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21), geändert durch:

   – 32017 R 2321: Verordnung (EU) 2017/2321 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 338 vom 19.12.2017, S. 1)

   – 32018 R 0825: Verordnung (EU) 2018/825 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 143 vom 7.6.2018, S. 1)

   – 32020 R 1173: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1173 der Kommission vom 4. Juni 2020 (ABl. L 259 vom 10.8.2020, S. 1)

www.parlament.gv.at

2. 32016 R 1037: Verordnung (EU) 2016/1037 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern (ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 55), geändert durch:

   – 32017 R 2321: Verordnung (EU) 2017/2321 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 338 vom 19.12.2017, S. 1)

   – 32018 R 0825: Verordnung (EU) 2018/825 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 143 vom 7.6.2018, S. 1)

   – 32020 R 1173: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1173 der Kommission vom 4. Juni 2020 (ABl. L 259 vom 10.8.2020, S. 1)

3. 32016 R 1035: Verordnung (EU) 2016/1035 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen schädigende Preisgestaltung im Schiffbau (ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung.

KAPITEL 2

GEMEINSAME EINFUHR-/AUSFUHRREGELUNGEN

1. 32015 R 0755: Verordnung (EU) 2015/755 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über eine gemeinsame Regelung der Einfuhren aus bestimmten Drittländern (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 33), geändert durch:

   – 32017 R 0749: Delegierte Verordnung (EU) 2017/749 der Kommission vom 24. Februar 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 11)

2. 32015 R 0478: Verordnung (EU) 2015/478 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über eine gemeinsame Einfuhrregelung (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 16)

3. 32018 R 0196: Verordnung (EU) 2018/196 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Februar 2018 über zusätzliche Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika (ABl. L 44 vom 16.2.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 0673: Delegierte Verordnung (EU) 2019/673 der Kommission vom 27. Februar 2019 (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 5)

   – 32020 R 0578: Delegierte Verordnung (EU) 2020/578 der Kommission vom 21. Februar 2020 (ABl. L 133 vom 28.4.2020, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32021 R 0704: Delegierte Verordnung (EU) 2021/704 der Kommission vom 26. Februar 2021 (ABl. L 146 vom 29.4.2021, S. 70)

– 32022 R 0682: Delegierte Verordnung (EU) 2022/682 der Kommission vom 25. Februar 2022 (ABl. L 126 vom 29.4.2022, S. 4)

KAPITEL 3

SCHUTZBESTIMMUNGEN

1. 32019 R 0287: Verordnung (EU) 2019/287 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Februar 2019 über die Anwendung von bilateralen Schutzklauseln und anderen Mechanismen für die vorübergehende Rücknahme von im Rahmen bestimmter Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Drittländern vereinbarten Präferenzen (ABl. L 53 vom 22.2.2019, S. 1)

2. 32015 R 0477: Verordnung (EU) 2015/477 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über mögliche Maßnahmen der Union im Fall einer gleichzeitigen Anwendung von Antidumping- bzw. Antisubventionsmaßnahmen und Schutzmaßnahmen (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 11)

3. 32015 R 1145: Verordnung (EU) 2015/1145 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juli 2015 über die im Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vorgesehenen Schutzmaßnahmen (ABl. L 191 vom 17.7.2015, S. 1)

www.parlament.gv.at

4. 32015 R 0475: Verordnung (EU) 2015/475 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über die im Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Island vorgesehenen Schutzmaßnahmen (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 1)

5. 32015 R 0938: Verordnung (EU) 2015/938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über die im Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Norwegen vorgesehenen Schutzmaßnahmen (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 57)

6. 32013 R 0019: Verordnung (EU) Nr. 19/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 zur Umsetzung der bilateralen Schutzklausel und des Stabilisierungsmechanismus für Bananen des Handelsübereinkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Kolumbien, Peru und Ecuador andererseits (ABl. L 17 vom 19.1.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 0540: Verordnung (EU) 2017/540 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 88 vom 31.3.2017, S. 1)

7. 32013 R 0020: Verordnung (EU) Nr. 20/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 zur Umsetzung der bilateralen Schutzklausel und des Stabilisierungsmechanismus für Bananen des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Zentralamerika andererseits (ABl. L 17 vom 19.1.2013, S. 13), geändert durch:

   – 32017 R 0540: Verordnung (EU) 2017/540 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 88 vom 31.3.2017, S. 1)

8. 32016 R 0400: Verordnung (EU) 2016/400 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zur Anwendung der im Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits vorgesehenen Schutzklausel und des dort vorgesehenen Verfahrens zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken (ABl. L 77 vom 23.3.2016, S. 53)

9. 32016 R 0401: Verordnung (EU) 2016/401 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über die Anwendung des im Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits vorgesehenen Verfahrens zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken (ABl. L 77 vom 23.3.2016, S. 62)

10. 32011 R 0511: Verordnung (EU) Nr. 511/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Umsetzung der bilateralen Schutzklausel des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Korea (ABl. L 145 vom 31.5.2011, S. 19)

KAPITEL 4

DURCHSETZUNG

1. 32014 R 0654: Verordnung (EU) Nr. 654/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Ausübung der Rechte der Union in Bezug auf die Anwendung und die Durchsetzung internationaler Handelsregeln und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3286/94 des Rates zur Festlegung der Verfahren der Gemeinschaft im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik zur Ausübung der Rechte der Gemeinschaft nach internationalen Handelsregeln, insbesondere den im Rahmen der Welthandelsorganisation vereinbarten Regeln (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 50), geändert durch:

   – 32015 R 1843: Verordnung (EU) 2015/1843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 (ABl. L 272 vom 16.10.2015, S. 1)

   – 32021 R 0167: Verordnung (EU) 2021/167 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Februar 2021 (ABl. L 49 vom 12.2.2021, S. 1)

2. 32015 R 1843: Verordnung (EU) 2015/1843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Festlegung der Verfahren der Union im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik zur Ausübung der Rechte der Union nach internationalen Handelsregeln, insbesondere den im Rahmen der Welthandelsorganisation vereinbarten Regeln (ABl. L 272 vom 16.10.2015, S. 1)

3. 32015 R 0476: Verordnung (EU) 2015/476 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über die möglichen Maßnahmen der Union aufgrund eines vom WTO-Streitbeilegungsgremium angenommenen Berichts über Antidumping- oder Antisubventionsmaßnahmen (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 6)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 5

SPEZIFISCHE REGELN FÜR DEN HANDELSSEKTOR

1. 32015 R 0936: Verordnung (EU) 2015/936 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über die gemeinsame Regelung der Einfuhren von Textilwaren aus bestimmten Drittländern, die nicht unter bilaterale Abkommen, Protokolle, andere Vereinbarungen oder eine spezifische Einfuhrregelung der Union fallen (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 0354: Verordnung (EU) 2017/354 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2017 (ABl. L 57 vom 3.3.2017, S. 31)

   – 32018 R 0173: Delegierte Verordnung (EU) 2018/173 der Kommission vom 29. November 2017 (ABl. L 32 vom 6.2.2018, S. 12)

2. 32012 R 0498: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 498/2012 der Kommission vom 12. Juni 2012 über die Zuteilung von Zollkontingenten für Holzausfuhren aus der Russischen Föderation in die Europäische Union (ABl. L 152 vom 13.6.2012, S. 28), geändert durch:

   – 32014 R 0449: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 449/2014 der Kommission vom 2. Mai 2014 (ABl. L 132 vom 3.5.2014, S. 57)

www.parlament.gv.at

– 32015 R 0630: Durchführungsverordnung (EU) 2015/630 der Kommission vom 22. April 2015 (ABl. L 104 vom 23.4.2015, S. 8)

– 32016 R 0623: Durchführungsverordnung (EU) 2016/623 der Kommission vom 21. April 2016 (ABl. L 106 vom 22.4.2016, S. 11)

– 32021 R 0011: Durchführungsverordnung (EU) 2021/11 der Kommission vom 7. Januar 2021 (ABl. L 5 vom 8.1.2021, S. 1)

KAPITEL 6

PRÄFERENTIELLE HANDELSREGELUNGEN

1. 32012 R 0978: Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 732/2008 des Rates (ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21), geändert durch:

   – 32013 R 1421: Delegierte Verordnung (EU) 1421/2013 der Kommission vom 30. Oktober 2013 (ABl. L 355 vom 31.12.2013, S. 1)

   – 32014 R 0001: Delegierte Verordnung (EU) 1/2014 der Kommission vom 28. August 2013 (ABl. L 1 vom 4.1.2014, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32014 R 0182: Delegierte Verordnung (EU) 182/2014 der Kommission vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 1)

– 32014 R 1015: Delegierte Verordnung (EU) 1015/2014 der Kommission vom 22. Juli 2014 (ABl. L 283 vom 27.9.2014, S. 20)

– 32014 R 1016: Delegierte Verordnung (EU) 1016/2014 der Kommission vom 22. Juli 2014 (ABl. L 283 vom 27.9.2014, S. 23)

– 32014 R 1386: Delegierte Verordnung (EU) 1386/2014 der Kommission vom 19. August 2014 (ABl. L 369 vom 24.12.2014, S. 33)

– 32015 R 0602: Delegierte Verordnung (EU) 2015/602 der Kommission vom 9. Februar 2015 (ABl. L 100 vom 17.4.2015, S. 8)

– 32015 R 1978: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1978 der Kommission vom 28. August 2015 (ABl. L 289 vom 5.11.2015, S. 1)

– 32015 R 1979: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1979 der Kommission vom 28. August 2015 (ABl. L 289 vom 5.11.2015, S. 3)

– 32016 R 0079: Delegierte Verordnung (EU) 2016/79 der Kommission vom 25. November 2015 (ABl. L 17 vom 26.1.2016, S. 1)

– 32017 R 0217: Delegierte Verordnung (EU) 2017/217 der Kommission vom 5. Dezember 2016 (ABl. L 34 vom 9.2.2017, S. 7)

– 32017 R 0836: Delegierte Verordnung (EU) 2017/836 der Kommission vom 11. Januar 2017 (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 1)

– 32018 R 0148: Delegierte Verordnung (EU) 2018/148 der Kommission vom 27. September 2017 (ABl. L 26 vom 31.1.2018, S. 8)

– 32018 R 0216: Delegierte Verordnung (EU) 2018/216 der Kommission vom 14. Dezember 2017 (ABl. L 42 vom 12.2.2018, S. 2)

– 32020 R 0128: Delegierte Verordnung (EU) 2020/128 der Kommission vom 25. November 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2020, S. 6)

– 32020 R 0129: Delegierte Verordnung (EU) 2020/129 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2020, S. 8)

– 32020 R 0550: Delegierte Verordnung (EU) 2020/550 der Kommission vom 12. Februar 2020 (ABl. L 127 vom 22.4.2020, S. 1)

– 32021 R 0114: Delegierte Verordnung (EU) 2021/114 der Kommission vom 25. September 2020 (ABl. L 36 vom 2.2.2021, S. 5)

– 32021 R 0576: Delegierte Verordnung (EU) 2021/576 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 123 vom 9.4.2021, S. 1)

2. 32009 R 1215: Verordnung (EG) Nr. 1215/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Einführung besonderer Handelsmaßnahmen für die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der Europäischen Union teilnehmenden oder damit verbundenen Länder und Gebiete (ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 1), geändert durch:

– 32011 R 1336: Verordnung (EU) Nr. 1336/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 (ABl. L 347 vom 30.12.2011, S. 1)

– 32013 R 1202: Verordnung (EU) Nr. 1202/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 321 vom 30.11.2013, S. 1)

– 32015 R 2423: Verordnung (EU) 2015/2423 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 (ABl. L 341 vom 24.12.2015, S. 18)

– 32017 R 1464: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1464 der Kommission vom 2. Juni 2017 (ABl. L 209 vom 12.8.2017, S. 1)

– 32020 R 2172: Verordnung (EU) 2020/2172 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 432 vom 21.12.2020, S. 7)

KAPITEL 7

VERORDNUNGEN ZUR ANWENDUNG VON ABKOMMEN

1. 32015 R 0752: Verordnung (EU) 2015/752 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über bestimmte Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Montenegro andererseits (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 16)

2. 32015 R 0941: Verordnung (EU) 2015/941 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien andererseits (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 76)

3. 32015 R 0940: Verordnung (EU) 2015/940 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Bosnien und Herzegowina andererseits und für die Anwendung des Interimsabkommens über Handel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und Bosnien und Herzegowina andererseits (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 69)

www.parlament.gv.at

4. 32015 R 0939: Verordnung (EU) 2015/939 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über bestimmte Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Albanien andererseits (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 62)

5. 32014 R 0332: Verordnung (EU) Nr. 332/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 über bestimmte Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Serbien andererseits (ABl. L 103 vom 5.4.2014, S. 10)

6. 32017 R 0355: Verordnung (EU) 2017/355 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2017 über bestimmte Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Kosovo* andererseits (ABl. L 57 vom 3.3.2017, S. 59)

7. 32016 R 1076: Verordnung (EU) 2016/1076 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 mit Durchführungsbestimmungen zu den Regelungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen oder der zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen führenden Abkommen für Waren mit Ursprung in bestimmten Staaten, die zur Gruppe der Staaten Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP) gehören (ABl. L 185 vom 8.7.2016, S. 1)

---

* Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.

KAPITEL 8

GEMEINSAME AUSFUHRREGELUNGEN

1. 32015 R 0479: Verordnung (EU) 2015/479 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über eine gemeinsame Ausfuhrregelung (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 34)

TEIL II

VON ANDORRA UMZUSETZENDE RECHTSAKTE

KAPITEL 1

EXPORTKREDIT

1. 32011 R 1233: Verordnung (EU) Nr. 1233/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die Anwendung bestimmter Leitlinien auf dem Gebiet der öffentlich unterstützten Exportkredite sowie zur Aufhebung der Beschlüsse 2001/76/EG und 2001/77/EG des Rates (ABl. L 326 vom 8.12.2011, S. 45), geändert durch:

www.parlament.gv.at

– 32013 R 0727: Delegierte Verordnung (EU) 727/2013 der Kommission vom 14. März 2013 (ABl. L 207 vom 2.8.2013, S. 1)

– 32016 R 0155: Delegierte Verordnung (EU) 2016/155 der Kommission vom 29. September 2015 (ABl. L 36 vom 11.2.2016, S. 1)

– 32018 R 0179: Delegierte Verordnung (EU) 2018/179 der Kommission vom 25. September 2017 (ABl. L 37 vom 9.2.2018, S. 1)

– 32023 R 0262: Delegierte Verordnung (EU) 2023/262 der Kommission vom 7. September 2022 (ABl. L 38 vom 8.2.2023, S. 1)

2. 31998 L 0029: Richtlinie 98/29/EG des Rates vom 7. Mai 1998 zur Harmonisierung der wichtigsten Bestimmungen über die Exportkreditversicherung zur Deckung mittel- und langfristiger Geschäfte (ABl. L 148 vom 19.5.1998, S. 22)

3. 32003 R 0806: Verordnung (EG) Nr. 806/2003 des Rates vom 14. April 2003 zur Anpassung der Bestimmungen über die Ausschüsse zur Unterstützung der Kommission bei der Ausübung von deren Durchführungsbefugnissen, die in nach dem Konsultationsverfahren (qualifizierte Mehrheit) erlassenen Rechtsakten des Rates vorgesehen sind, an den Beschluss 1999/468/EG (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 1)

4. 31984 L 0568: Richtlinie 84/568/EWG des Rates vom 27. November 1984 betreffend die gegenseitigen Verpflichtungen der Ausfuhrkredit-Versicherungsinstitutionen der Mitgliedstaaten, die für Rechnung oder mit Unterstützung des Staates handeln, oder der Behörden, die anstelle solcher Institutionen handeln, im Falle der Mitversicherung für ein Geschäft, das eine oder mehrere Zulieferungen aus einem oder mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften umfasst (ABl. L 314 vom 4.12.1984, S. 24)

www.parlament.gv.at

5. 31982 D 0854: Entscheidung 82/854/EWG des Rates vom 10. Dezember 1982 über die Regelung, die auf dem Gebiet der Ausfuhrgarantien und -bürgschaften und der Ausfuhrfinanzierung auf bestimmte Zulieferungen aus anderen Mitgliedstaaten oder aus Nichtmitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften Anwendung findet (ABl. L 357 vom 18.12.1982, S. 20)

6. 32006 D 0789: Entscheidung 2006/789/EG des Rates vom 13. November 2006 über die Verfahren für Konsultationen und Notifizierungen auf dem Gebiet der Kreditversicherung, der Bürgschaften und der Finanzkredite (ABl. L 319 vom 18.11.2006, S. 37)

KAPITEL 2

SPEZIFISCHE REGELN FÜR DEN HANDELSSEKTOR

1. 32006 R 0816: Verordnung (EG) Nr. 816/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Zwangslizenzen für Patente an der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen für die Ausfuhr in Länder mit Problemen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 1)

2. 32016 R 0793: Verordnung (EU) 2016/793 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 zur Vermeidung von Handelsumlenkungen bei bestimmten grundlegenden Arzneimitteln in die Europäische Union (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 39)

3. 32007 R 1418: Verordnung (EG) Nr. 1418/2007 der Kommission vom 29. November 2007 über die Ausfuhr von bestimmten in Anhang III oder IIIA der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten Abfällen, die zur Verwertung bestimmt sind, in bestimmte Staaten, für die der OECD-Beschluss über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen nicht gilt (ABl. L 316 vom 4.12.2007, S. 6), geändert durch:

– 32009 R 0967: Verordnung (EG) Nr. 967/2009 der Kommission vom 15. Oktober 2009 (ABl. L 271 vom 16.10.2009, S. 12)

– 32010 R 0837: Verordnung (EU) Nr. 837/2010 der Kommission vom 23. September 2010 (ABl. L 250 vom 24.9.2010, S. 1)

– 32011 R 0661: Verordnung (EU) Nr. 661/2011 der Kommission vom 8. Juli 2011 (ABl. L 181 vom 9.7.2011, S. 22)

– 32012 R 0674: Verordnung (EU) Nr. 674/2012 der Kommission vom 23. Juli 2012 (ABl. L 196 vom 24.7.2012, S. 12)

– 32013 R 0057: Verordnung (EU) Nr. 57/2013 der Kommission vom 23. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 17)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

– 32014 R 0733: Verordnung (EU) Nr. 733/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 197 vom 4.7.2014, S. 10)

– 32021 R 1840: Verordnung (EU) 2021/1840 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 373 vom 21.10.2021, S. 1)

– 32022 R 0520: Verordnung (EU) 2022/520 der Kommission vom 31. März 2022 (ABl. L 104 vom 1.4.2022, S. 63)

4. 02021 R 0821: Verordnung (EU) 2021/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 über eine Unionsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Vermittlung, der technischen Unterstützung der Durchfuhr und der Verbringung betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Neufassung) (ABl. L 206 vom 11.6.2021, S. 1), geändert durch:

– 32022 R 0001: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 3 vom 6.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0699: Delegierte Verordnung (EU) 2022/699 der Kommission vom 3. Mai 2022 (ABl. L 130I vom 4.5.2022, S. 1)

– 32023 R 0066: Delegierte Verordnung (EU) 2023/66 der Kommission vom 21. Oktober 2022 (ABl. L 9 vom 11.1.2023, S. 1)

5. 32009 R 0116: Verordnung (EG) Nr. 116/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Ausfuhr von Kulturgütern (ABl. L 39 vom 10.2.2009, S. 1)

6. 32012 R 1081: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1081/2012 der Kommission vom 9. November 2012 zu der Verordnung (EG) Nr. 116/2009 des Rates über die Ausfuhr von Kulturgütern (ABl. L 324 vom 22.11.2012, S. 1)

7. 32019 R 0880: Verordnung (EU) 2019/880 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Verbringen und die Einfuhr von Kulturgütern (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 1)

8. 32021 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1079 der Kommission vom 24. Juni 2021 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) 2019/880 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Verbringen und die Einfuhr von Kulturgütern (ABl. L 234 vom 2.7.2021, S. 67)

9. 32017 R 0821: Verordnung (EU) 2017/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Festlegung von Pflichten zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für Unionseinführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten (ABl. L 130 vom 19.5.2017, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 1588: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1588 der Kommission vom 25. Juni 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 1)

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 8/14

ANHÄNGE

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

SAN MARINO-PROTOKOLL

TEIL I

FREIER WARENVERKEHR

KAPITEL 1

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

ARTIKEL 1

Grundsätze

Der freie Warenverkehr zwischen der EU und San Marino beruht einerseits auf einer Zollunion und andererseits auf der Übernahme des EU-Besitzstands im Bereich des freien Warenverkehrs durch San Marino.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 2

Zollunion zwischen der EU und San Marino

Mit diesem Abkommen wird eine Zollunion zwischen der EU und San Marino errichtet, die, sofern in diesem Protokoll nichts anderes bestimmt ist, an die Stelle der Zollunion tritt, die durch das am 16. Dezember 1991 in Brüssel unterzeichnete Abkommen über eine Zusammenarbeit und eine Zollunion zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik San Marino[1] begründet wurde.

ARTIKEL 3

Anwendungs- und Geltungsbereich der Zollunion

(1) Die Zollunion zwischen der EU und San Marino gilt für alle Waren.

(2) Die Zollunion zwischen der EU und San Marino gilt für das Zollgebiet der Europäischen Union gemäß Artikel 4 des Zollkodex der Union[2] und für das Hoheitsgebiet von San Marino.

---

1 ABl. L 84 vom 28.3.2002, S. 43.

2 Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).

www.parlament.gv.at

(3) Die Zollunion zwischen der EU und San Marino gilt

a) für im Zollgebiet der EU oder in San Marino hergestellte Waren, einschließlich Waren, die ganz oder teilweise aus Waren aus Drittländern gewonnen wurden, die sich im Zollgebiet der EU oder in San Marino im zollrechtlich freien Verkehr befinden,

b) für Waren aus Drittländern, die sich im Zollgebiet der EU oder in San Marino im zollrechtlich freien Verkehr befinden.

(4) Als im zollrechtlich freien Verkehr im Zollgebiet der EU oder San Marino befindlich gelten diejenigen Waren aus Drittländern, für die die Einfuhrförmlichkeiten erfüllt sowie die vorgeschriebenen Zölle und Abgaben gleicher Wirkung erhoben und nicht ganz oder teilweise rückvergütet worden sind.

(5) Die Zollunion gilt ferner für im Zollgebiet der EU oder in San Marino gewonnene Waren, für deren Herstellung Waren aus Drittländern verwendet wurden, die sich weder im Zollgebiet der EU noch in San Marino im zollrechtlich freien Verkehr befinden. Für solche Waren gelten die Bestimmungen zur Zollunion jedoch nur, wenn die ausführende Assoziationspartei EU-Zölle auf die für deren Herstellung verwendeten Waren aus Drittländern erhebt.

ARTIKEL 4

Unterausschuss für die Zusammenarbeit im Zollbereich

(1) Abweichend von Artikel 76 Absatz 8 Satz 1 des Rahmenabkommens wird hiermit ein Unterausschuss für die Zusammenarbeit im Zollbereich eingesetzt. Die Methodik, Zusammensetzung und Arbeitsweise dieses Unterausschusses werden durch den nach Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe b des Rahmenabkommens eingerichteten Gemeinsamen Ausschuss in seiner Geschäftsordnung festgelegt.

(2) Der Unterausschuss prüft in regelmäßigen Abständen oder auf Antrag einer der Assoziationsparteien Fragen der Auslegung und Durchführung der Zollbestimmungen dieses Abkommens. Ferner erörtert er alle Fragen im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Amtshilfe im Zollbereich zwischen der EU und San Marino.

(3) Der Unterausschuss unterbreitet dem Gemeinsamen Ausschuss von sich aus oder auf Antrag des Gemeinsamen Ausschusses Empfehlungen zu Zollangelegenheiten, die durch einen Beschluss des Gemischten Ausschusses geregelt werden müssen.

ARTIKEL 5

Anbindung an die elektronischen Systeme der EU

Die Kosten für die Anbindung an die elektronischen Systeme der EU, die für das reibungslose Funktionieren der Zollunion erforderlich ist, werden von San Marino getragen. Durch Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses wird festgelegt, für welche Fälle diese Anbindung erforderlich ist.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

BESONDERE BESTIMMUNGEN

ARTIKEL 6

Von der EU ausgehandelte Präferenzabkommen

Die EU unternimmt in ihren Handelsverhandlungen mit Drittländern alles in ihrer Macht Stehende, um eine Ausweitung der für Waren geltenden Präferenzregelungen auf Waren mit Ursprung in San Marino zu erwirken.

ARTIKEL 7

Von der EU ausgehandelte Abkommen über die gegenseitige Anerkennung

Die EU unternimmt in ihren Verhandlungen mit Drittländern über Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung alles in ihrer Macht Stehende, um deren Ausweitung in Bezug auf Konformitätsbewertungen und die Kennzeichnung von Waren auf San Marino zu erwirken.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 8

Für die Abfertigung der für San Marino bestimmten Waren zuständige Zollstellen der Union

(1) San Marino ermächtigt die EU, im Namen und für Rechnung San Marinos die Zollabfertigung für Waren, die aus Drittländern in sein Hoheitsgebiet verbracht werden oder aus seinem Hoheitsgebiet verbracht werden und für Drittländer bestimmt sind, abzufertigen.

(2) Die Einfuhrförmlichkeiten, insbesondere die Förmlichkeiten für die Überführung von für San Marino bestimmten Waren aus Drittländern in den zollrechtlich freien Verkehr, werden von den in Anlage 1 zu diesem Protokoll aufgeführten Zollstellen der EU vorgenommen.

(3) Die Ausfuhrförmlichkeiten können bei allen Zollstellen der EU erledigt werden, mit Ausnahme von Förmlichkeiten,

a) die im Rahmen besonderer Verfahren, mit Ausnahme des Versandverfahrens, durchgeführt werden,

b) die im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Waffen, Kunstgegenständen, Drogengrundstoffen und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck stehen,

c) für die die in Anlage 1 zu diesem Protokoll aufgeführten Zollstellen und Abteilungen zuständig sind.

www.parlament.gv.at

(4) Die Methoden der Verwaltungszusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der EU und San Marinos in Bezug auf die Beförderung von Waren nach Absatz 1 und die Beförderung von Waren zwischen San Marino und EU-Mitgliedstaaten sowie die Liste der Zollstellen, die befugt sind, die Abfertigung von Waren nach Absatz 2 und Absatz 3 Buchstaben a und b vorzunehmen, sowie das Verfahren für die Wiedereinfuhr dieser Waren nach San Marino werden vom Gemeinsamen Ausschuss festgelegt.

(5) San Marino behält sich das Recht vor, die Abfertigung – vorbehaltlich der Zustimmung der Assoziationsparteien im Gemeinsamen Ausschuss – selbst durchzuführen.

ARTIKEL 9

Bestimmung der erhobenen Zölle

(1) Die gemäß Artikel 8 dieses Protokolls auf Waren erhobenen Einfuhrabgaben werden für San Marino erhoben. San Marino verpflichtet sich, den Zollbeteiligten die erhobenen Beträge vorbehaltlich des Absatzes 2 weder unmittelbar noch mittelbar zu erstatten.

(2) Abgaben und Abschöpfungen auf Einfuhren von landwirtschaftlichen Erzeugnissen können von San Marino als Erzeuger- oder Exportbeihilfe verwendet werden.

(3) Die Modalitäten der Abführung der erhobenen Beträge an die Staatskasse San Marinos sind in Anlage 2 zu diesem Protokoll festgelegt und können vom Gemeinsamen Ausschuss geändert werden.

www.parlament.gv.at

TEIL II

FREIZÜGIGKEIT, FREIER DIENSTLEISTUNGS- UND KAPITALVERKEHR

KAPITEL 1

VERKEHR

ARTIKEL 10

Kabotage im Güterkraftverkehr

(1) Dieses Abkommen gilt in Bezug auf Kabotagerechte unbeschadet des folgenden bilateralen Abkommens zwischen San Marino und Italien:

– *Accordo tra la Repubblica di San Marino e la Repubblica italiana sulla regolamentazione reciproca dell'autotrasporto internazionale di viaggiatori e merci*, unterzeichnet am 7. Mai 1997

Diese Kabotagerechte können aktualisiert werden.

(2) Dieses Abkommen tritt in Bezug auf alle in dem in Absatz 1 genannten bilateralen Abkommen geregelten Angelegenheiten mit Ausnahme der Kabotagerechte an die Stelle dieses bilateralen Abkommens.

www.parlament.gv.at

(3) Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz 1 darf San Marino keine neuen Abkommen mit EU-Mitgliedstaaten über den Straßenverkehr schließen, die in den Anwendungsbereich dieses Abkommens fallende Angelegenheiten betreffen.

TEIL III

HORIZONTALE BESTIMMUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN VIER FREIHEITEN

KAPITEL 1

GESELLSCHAFTSRECHT

ARTIKEL 11

Vernetzung der Register

(1) Das Zentralregister, das Handelsregister und das Unternehmensregister von San Marino werden an das System der Registervernetzung gemäß Artikel 22 der Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates[1] angeschlossen.

[1] Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts (ABl. L 169 vom 30.6.2017, S. 46).

www.parlament.gv.at

(2) San Marino ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um die Interoperabilität seiner Register innerhalb des Systems der Registervernetzung über die Plattform gemäß Artikel 22 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2017/1132 zu gewährleisten, und sorgt dafür, dass seine Gesellschaften eine eindeutige Kennung (EUID) haben, durch die sie bei der Kommunikation zwischen Registern über dieses System der Registervernetzung eindeutig identifiziert werden können.

(3) San Marino trägt gemäß Artikel 25 Absatz 6 der Richtlinie (EU) 2017/1132 die Kosten für die Anpassung seiner Register sowie für ihre Wartung und ihren Betrieb.

Anlage 1

VERZEICHNIS DER FÜR DIE ABFERTIGUNG VON FÜR SAN MARINO BESTIMMTEN WAREN ZUSTÄNDIGEN ZOLLSTELLEN DER UNION

ANCONA: Ufficio delle Dogane di Ancona; Sezione Operativa Territoriale di Falconara Aeroporto.

BOLOGNA: Ufficio delle Dogane di Bologna, Sezione Operativa Territoriale Aeroporto „G. Marconi“

FORLÌ: Ufficio delle Dogane di Forlì-Cesena; Sezione Operativa Territoriale Aeroporto «Ridolfi».

GENUA: Ufficio delle Dogane di Genova; Sezione Operativa Territoriale Passo Nuovo; Sezione Operativa Territoriale Voltri; Sezione Operativa Territoriale Aeroporto.

GIOIA TAURO: Ufficio delle Dogane di Gioia Tauro

LA SPEZIA: Ufficio delle Dogane di La Spezia

LIVORNO: Ufficio delle Dogane di Livorno

MAILAND: Ufficio delle Dogane di Varese, Sezione Operativa Territoriale di Malpensa

ORIO AL SERIO: Ufficio delle Dogane di Bergamo, Sezione Operativa Territoriale di Orio al Serio

RAVENNA: Ufficio delle Dogane di Ravenna; Sezione Operativa Territoriale di San Vitale.

RIMINI: Ufficio delle Dogane di Rimini; Sezione Operativa Territoriale di Aeroporto «F. Fellini».

ROM: Ufficio delle Dogane di Roma II; Sezione Operativa Territoriale di Fiumicino.

TARANTO: Ufficio delle Dogane di Taranto

TRIEST: Ufficio delle Dogane di Trieste; Sezione Operativa Territoriale di Porto industriale; Sezione Operativa Territoriale di Punto Franco Vecchio; Sezione Operativa Territoriale di Punto Franco Nuovo.

VENEDIG: Ufficio delle Dogane di Venezia; Sezione Operativa Territoriale di Interporto; Sezione Operativa Territoriale di Portogruaro.

Anlage 2

MODALITÄTEN DER ABFÜHRUNG DER VON DER EU FÜR SAN MARINO ERHOBENEN EINFUHRABGABEN AN DIE STAATSKASSE SAN MARINOS

ARTIKEL 1

Für die Feststellung, Kontrolle und Bereitstellung der Einfuhrabgaben auf für San Marino bestimmten Waren gelten Artikel 2 Absatz 1, Artikel 2 Absatz 2 Unterabsatz 1, Artikel 2 Absatz 4, Artikel 3, Artikel 6 Absatz 1, Artikel 6 Absatz 3 Unterabsätze 1 und 2, Artikel 6 Absatz 4 Unterabsatz 1, Artikel 7, Artikel 8, Artikel 10 Absatz 1 und Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates[1] in der geänderten Fassung sinngemäß. Insbesondere gelten folgende Bestimmungen:

a) Die EU-Mitgliedstaaten, in denen sich die in Anlage 1 zu diesem Protokoll aufgeführten Zollstellen befinden, führen über die Einfuhrabgaben auf für San Marino bestimmte Waren getrennt und in gleicher Weise Buch, wie dies für die Eigenmittel der EU gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Artikel 6 Absatz 3 Unterabsätze 1 und 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates vorgesehen ist.

b) Die Einfuhrabgaben auf Waren, für die anschließend ein Versandpapier T2 SM oder T2L SM ausgestellt wird, werden von den in Anlage 1 dieses Protokolls genannten Zollstellen zu dem Zeitpunkt festgestellt, zu dem sie tatsächlich buchmäßig erfasst wurden, und nach Buchstabe a in die Buchführung aufgenommen.

---

1 Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung der Methoden und Verfahren für die Bereitstellung der traditionellen, der MwSt.- und der BNE-Eigenmittel sowie der Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Kassenmittel (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 39).

www.parlament.gv.at

Gehen bei der Abgangszollstelle des Versandverfahrens T2 SM oder der Zollstelle, die das Versandpapier T2L SM ausgestellt hat, die zum Nachweis des Eingangs der Waren erforderliche Angaben nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten ein, wird eine Berichtigung der ursprünglichen buchmäßigen Erfassung vorgenommen.

In diesem Fall werden die Einfuhrabgaben als Eigenmittel der EU festgestellt und in die Buchführung nach Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 oder gegebenenfalls in die gesonderte Buchführung nach Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 2 jener Verordnung aufgenommen.

Das gleiche Verfahren gilt sinngemäß für Veredelungserzeugnisse oder Waren in unverändertem Zustand, die im Rahmen der aktiven Veredelung in San Marino verkauft wurden, bzw. für Waren, für die im Rahmen der vorübergehenden Verwendung eine Zollschuld entstanden ist.

c) Die betreffenden EU-Mitgliedstaaten übermitteln der Europäischen Kommission gemäß Artikel 6 Absatz 4 Buchstabe a der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 Übersichten über ihre Buchführung zusammen mit den Übersichten über die Eigenmittel. In den Übersichten, die auf die gleiche Weise erstellt werden wie die Übersichten über die Eigenmittel, werden auch die Gesamtbeträge der von jeder Zollstelle erhobenen Abgaben angegeben.

d) Die Unterlagen werden gemäß Artikel 3 Unterabsätze 1 und 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 aufbewahrt. Diese Unterlagen und die Unterlagen über die Eigenmittel werden getrennt abgelegt.

e) Berichtigungen von festgestellten Abgaben oder von Buchungen, die nach dem 31. Dezember des dritten auf das Jahr der ursprünglichen Feststellung folgenden Jahres vorgenommen wurden, werden nicht berücksichtigt, außer wenn es sich um Punkte handelt, die nach diesem Zeitpunkt von der Europäischen Kommission oder einem EU-Mitgliedstaat oder von San Marino mitgeteilt wurden.

f) Artikel 2 der Verordnung (EU, Euratom) 2021/768[1] findet sinngemäß Anwendung. Die Kontrollen erstrecken sich auch auf die unter Artikel 2 Absatz 3 Buchstaben b, c und d genannten Papiere, die zum Nachweis des Eingangs der Waren in San Marino dienen; an den Kontrollen können dazu befugte Bedienstete San Marinos teilnehmen.

g) Die betreffenden EU-Mitgliedstaaten schreiben die in die Buchführung nach Artikel 6 Absatz 3 Unterabsätze 1 und 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 aufgenommenen Abgaben dem in Artikel 9 jener Verordnung genannten Konto der Europäischen Kommission innerhalb der in Artikel 10 Absatz 1 jener Verordnung vorgesehenen Fristen nach Abzug der Erhebungskosten gut; der Prozentsatz, den die EU als Erhebungskosten von den für Rechnung San Marinos erhobenen Einfuhrabgaben, abziehen kann, wird auf 20 % festgesetzt.

h) Die EU-Mitgliedstaaten sind nur dann nicht verpflichtet, der Europäischen Kommission die den festgestellten Ansprüchen entsprechenden Beträge für San Marino zur Verfügung zu stellen, wenn die Voraussetzungen nach Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 erfüllt sind.

i) Für die Durchführung der Buchstaben a und b dieses Artikels gilt der Anhang dieser Anlage.

---

[1] Verordnung (EU, Euratom) 2021/768 des Rates vom 30. April 2021 zur Festlegung von Durchführungsmaßnahmen für das Eigenmittelsystem der Europäischen Union sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 608/2014 (ABl. L 165 vom 11.5.2021, S. 1).

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 2

Binnen 30 Tagen nach der Notifizierung einer buchmäßigen Erfassung durch die EU-Mitgliedstaaten überweist die Europäische Kommission die verbuchten Beträge auf ein von San Marino eröffnetes Konto. San Marino übermittelt der Europäischen Kommission alle für die Überweisung erforderlichen Angaben. San Marino trägt die Kosten für die Verwaltung dieses Kontos.

_____

www.parlament.gv.at

Anhang zur Anlage 2

VERWALTUNGSVERFAHREN FÜR DIE DURCHFÜHRUNG VON ARTIKEL 1 BUCHSTABEN a UND b

(1) Erfüllung der Förmlichkeiten zur Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr bei den dazu ermächtigten Zollstellen

a) Werden für San Marino bestimmte Waren in den zollrechtlich freien Verkehr übergeführt, so geschieht dies im Rahmen des Versandverfahrens T2 SM beziehungsweise unter Verwendung des Versandpapiers T2L SM. Die Einfuhrabgaben werden innerhalb der im Zollkodex der Union festgesetzten Fristen buchmäßig erfasst.

b) Zu Kontrollzwecken werden die buchmäßig erfassten Abgaben auch in von der betreffenden Zollstelle gesondert geführten Büchern entsprechend eingetragen; hierbei sind sämtliche für San Marino bestimmte Einfuhren unter Angabe der eingeführten Waren, Datum der Annahme der Einfuhranmeldung, der Bemessungsgrundlagen, der Höhe der sich daraus ergebenden Ansprüche sowie der Versandbezugsnummer bzw. des ausgestellten Versandpapiers T2 SM oder T2L SM zu verzeichnen.

c) Die Behörden San Marinos setzen die Abgangszollstelle am Tag der Gestellung der Waren bei der Bestimmungszollstelle durch die „Ankunftsmeldung“ über deren Ankunft in Kenntnis und übermitteln der Abgangszollstelle spätestens am dritten auf den Tag der Gestellung der Waren folgenden Tag die „Kontrollergebnisnachricht“.

d) Wird in einem Ausfallverfahren ein Versandpapier T2 SM oder T2L SM verwendet, so gibt die Zollstelle auf diesen Dokumenten die Frist von drei Monaten ab dem Datum der Ausstellung dieser Papiere an, die für die Rücksendung des Exemplars Nr. 5 des Versandpapiers T2 SM bzw. der Kopie des Versandpapiers T2L SM, das bzw. die ordnungsgemäß mit dem Sichtvermerk der Behörden San Marinos zu versehen ist, an die ausstellende Zollstelle gilt.

(2) Erfüllung der buchmäßigen Förmlichkeiten bei den ermächtigten Zollstellen

a) Die Einfuhrabgaben werden in die Buchführung „San Marino“ nach einem Verfahren, das dem in Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates beschriebenen Verfahren entspricht, und im Einklang mit dem genannten Artikel aufgenommen.

b) Die Behörden der EU-Mitgliedstaaten, in denen sich die in Anhang 1 aufgeführten Zollstellen befinden, können jedoch beschließen, keine Erfassung in der Buchführung „San Marino“ vorzunehmen, wenn die festgestellten Ansprüche, für die eine Sicherheit geleistet wurde, angefochten wurden und die Beilegung solcher Streitfälle zu ihrer Änderung führen könnten. In diesem Fall wird der Betrag der Einfuhrabgaben in einer gesonderten Buchführung „San Marino“ entsprechend dem Verfahren nach Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates ausgewiesen, bis das nationale Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren durch die zuständigen Behörden abgeschlossen ist.

www.parlament.gv.at

c) Als „zuständige Behörden“ im Sinne von Buchstabe b gelten:

i) bei Fragen, die die Anwendung der im Zollbereich geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffen, die Verwaltungs- oder Justizbehörden des EU-Mitgliedstaats, der die Zollabfertigung vorgenommen hat, oder gegebenenfalls die Organe der EU,

ii) bei Fragen, die mit den Verfahrensvorschriften (Mitteilungen, Fristen usw.) in Zusammenhang stehen, die Verwaltungs- oder Justizbehörden des EU-Mitgliedstaats, der die Zollabfertigung vorgenommen hat,

iii) bei Fragen in Verbindung mit der Durchführung einer Vollstreckungsmaßnahme zur Zwangseintreibung von Außenständen im Hoheitsgebiet San Marinos die Justizbehörden San Marinos.

(3) Erledigung des Versandverfahrens und Rücksendung der Unterlagen

a) Das Versandverfahren kann erledigt werden, wenn die Abgangszollstelle der Waren innerhalb der in den zollrechtlichen Vorschriften der EU vorgesehenen Fristen die entsprechende „Ankunftsmeldung“ und „Kontrollergebnisnachricht“ erhalten hat.[1]

[1] Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558).

www.parlament.gv.at

b) Wird ein Ausfallverfahren angewendet oder wurde ein Versandpapier T2L SM ausgestellt, so wird das Exemplar Nr. 5 des Versandpapiers T2 SM bzw. die Kopie des Versandpapiers T2L SM, das bzw. die von den Behörden San Marinos ordnungsgemäß mit einem Sichtvermerk versehen wurde, innerhalb der in Absatz 1 Buchstabe d genannten Dreimonatsfrist an die ausstellende Zollstelle zurückgesandt.

c) Wird die unter Buchstabe a genannte Bestätigung oder Nachricht nicht vorgelegt oder wird das Exemplar Nr. 5 des Versandpapiers T2 SM bzw. die Kopie des Versandpapiers T2L SM nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist an die ausstellende Zollbehörde zurückgesandt, so wird in den oben genannten Büchern ein Vermerk angebracht und die ursprüngliche buchmäßige Erfassung korrigiert. In diesem Fall werden die Einfuhrabgaben als Eigenmittel der EU festgestellt und in die Buchführung nach Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 oder gegebenenfalls in die gesonderte Buchführung nach Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 2 jener Verordnung aufgenommen.

d) Dies lässt etwaige Änderungen, die nach Abschluss des im Versandverfahren der EU vorgesehenen Suchverfahrens bzw. angesichts der Ergebnisse der im Rahmen der Amtshilfe gemäß Anlage 3 eingeleiteten Schritte erforderlich werden, unberührt.

(4) Anwendung des besonderen Verfahrens im Rahmen der aktiven Veredelung und der vorübergehenden Verwendung

Das oben genannte Verfahren gilt sinngemäß für Veredelungserzeugnisse oder Waren in unverändertem Zustand, die im Rahmen der aktiven Veredelung in San Marino verkauft wurden, bzw. für Waren, für die im Rahmen der vorübergehenden Verwendung eine Zollschuld entstanden ist.

Anlage 3

GEGENSEITIGE AMTSHILFE ZWISCHEN VERWALTUNGSBEHÖRDEN IM ZOLLBEREICH

ARTIKEL 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Anlage bezeichnet der Ausdruck

a) „Zollrecht“ die Gesamtheit der im Gebiet einer Assoziationspartei geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Waren und deren Überführung in ein Zollverfahren, einschließlich der Verbote, Beschränkungen und Kontrollen;

b) „ersuchende Behörde“ die von einer Assoziationspartei zu diesem Zweck bezeichnete zuständige Verwaltungsbehörde, die ein Amtshilfeersuchen aufgrund dieser Anlage stellt;

c) „ersuchte Behörde“ die von einer Assoziationspartei zu diesem Zweck bezeichnete zuständige Verwaltungsbehörde, an die ein Amtshilfeersuchen aufgrund dieser Anlage gerichtet wird;

d) „Informationen“ alle Daten, Dokumente, Bilder, Berichte, Mitteilungen oder beglaubigte Kopien in jedweder Form, auch in elektronischer Form, unabhängig davon, ob sie verarbeitet oder analysiert werden oder nicht;

e) „Person“ jede natürliche oder juristische Person;

f) „personenbezogene Daten“ alle Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person;

g) „Zuwiderhandlung gegen das Zollrecht“ die Verletzung oder die versuchte Verletzung des Zollrechts.

ARTIKEL 2

Anwendungsbereich

(1) Die Assoziationsparteien leisten einander in den unter ihre Zuständigkeit fallenden Bereichen Amtshilfe in der Form und unter den Voraussetzungen, die in dieser Anlage festgelegt sind, um die ordnungsgemäße Anwendung des Zollrechts zu gewährleisten, insbesondere durch Verhütung, Untersuchung und Bekämpfung von Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht.

www.parlament.gv.at

(2) Die Amtshilfe im Zollbereich im Sinne dieser Anlage betrifft alle Behörden einer Assoziationspartei, die für die Anwendung dieser Anlage zuständig sind. Diese Amtshilfe lässt die Vorschriften über die gegenseitige Amtshilfe in Strafsachen unberührt und umfasst keine Erkenntnisse, die bei der Ausübung von Befugnissen auf Ersuchen der Justizbehörden gewonnen werden, es sei denn, diese Behörden stimmen der Übermittlung dieser Erkenntnisse zu.

(3) Die Amtshilfe zur Einziehung von Zöllen, Abgaben oder Bußgeldern fällt nicht unter diese Anlage.

ARTIKEL 3

Amtshilfe auf Ersuchen

(1) Auf Antrag erteilt die ersuchte Behörde der ersuchenden Behörde alle sachdienlichen Auskünfte, die es dieser ermöglichen, die ordnungsgemäße Anwendung des Zollrechts zu gewährleisten, einschließlich Auskünften über festgestellte oder geplante Handlungen, bei denen es sich um Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht handelt oder handeln könnte.

(2) Auf Antrag einer ersuchenden Behörde teilt die ersuchte Behörde der ersuchenden Behörde mit,

a) ob die aus dem Gebiet der einen Assoziationspartei ausgeführten Waren ordnungsgemäß in das Gebiet der anderen Assoziationspartei eingeführt worden sind, gegebenenfalls unter Angabe des für die Waren geltenden Zollverfahrens,

www.parlament.gv.at

b) ob die in das Gebiet der einen Assoziationspartei eingeführten Waren ordnungsgemäß aus dem Gebiet der anderen Assoziationspartei ausgeführt worden sind, gegebenenfalls unter Angabe des für die Waren geltenden Zollverfahrens.

(3) Auf Ersuchen einer ersuchenden Behörde veranlasst die ersuchte Behörde nach Maßgabe der für sie geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften die besondere Überwachung von

a) natürlichen oder juristischen Personen, bei denen Grund zu der Annahme besteht, dass sie an Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht beteiligt sind oder waren,

b) Waren, die in einer Weise befördert werden oder befördert werden könnten, dass Grund zu der Annahme besteht, dass sie bei Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht verwendet werden sollen,

c) Orten, an denen Warenvorräte in einer Weise angelegt worden sind oder angelegt werden könnten, dass Grund zu der Annahme besteht, dass diese Waren bei Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht verwendet werden sollen,

d) Beförderungsmitteln, die in einer Weise benutzt werden oder benutzt werden könnten, dass Grund zu der Annahme besteht, dass sie bei Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht benutzt werden sollen.

ARTIKEL 4

Amtshilfe ohne Ersuchen

Die Assoziationsparteien leisten einander nach Maßgabe ihrer jeweiligen Gesetze und sonstigen Vorschriften Amtshilfe, wenn dies ihres Erachtens für die ordnungsgemäße Anwendung des Zollrechts erforderlich ist, indem sie Erkenntnisse über abgeschlossene, geplante oder laufende Handlungen, die Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht darstellen oder darzustellen scheinen und für die andere Assoziationspartei von Interesse sein können, zur Verfügung stellen. Diese Auskünfte beziehen sich insbesondere auf

a) Personen, Waren und Beförderungsmittel und

b) neue Mittel oder Methoden, die bei Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht angewandt werden.

ARTIKEL 5

Form und Inhalt der Amtshilfeersuchen

(1) Ersuchen nach dieser Anlage sind schriftlich, entweder in gedruckter oder elektronischer Form, zu stellen. Den Ersuchen sind alle Unterlagen beizufügen, die für ihre Bearbeitung erforderlich sind. In dringenden Fällen kann die ersuchte Behörde mündliche Ersuchen entgegennehmen, die jedoch von der ersuchenden Behörde unverzüglich schriftlich bestätigt werden müssen.

www.parlament.gv.at

(2) Die Ersuchen nach Absatz 1 müssen folgende Angaben enthalten:

a) die Bezeichnung der ersuchenden Behörde und den Namen des ersuchenden Beamten,

b) die ersuchten Auskünfte und/oder die Art der ersuchten Amtshilfe,

c) den Gegenstand und den Grund des Ersuchens,

d) die betreffenden Gesetze und sonstigen Vorschriften und weitere rechtliche Elemente,

e) möglichst genaue und umfassende Angaben zu den natürlichen oder juristischen Personen, gegen die sich die Ermittlungen richten,

f) eine Zusammenfassung des Sachverhalts und der bereits durchgeführten Ermittlungen und

g) alle zusätzlichen verfügbaren Angaben, die die ersuchte Behörde in die Lage versetzen, dem Ersuchen nachzukommen.

(3) Die Ersuchen sind in einer Amtssprache der ersuchten Behörde oder in einer von dieser akzeptierten Sprache zu stellen. Anträge in englischer Sprache werden stets akzeptiert. Dies gilt nicht für die dem Ersuchen nach Absatz 1 beigefügten Schriftstücke.

(4) Entspricht ein Ersuchen nicht den Formvorschriften der Absätze 1, 2 und 3, darf die ersuchte Behörde eine Berichtigung oder Ergänzung des Ersuchens verlangen; in der Zwischenzeit können Sicherungsmaßnahmen angeordnet werden.

ARTIKEL 6

Erledigung der Amtshilfeersuchen

(1) Bei der Erledigung von Amtshilfeersuchen verfährt die ersuchte Behörde im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Mittel so, als ob sie in Erfüllung eigener Aufgaben oder auf Ersuchen einer anderen Behörde der Assoziationspartei handelte; zu diesem Zweck hat sie die ihr bereits vorliegenden Angaben zu übermitteln und zweckdienliche Nachforschungen anzustellen oder zu veranlassen. Dies gilt auch für jede andere Behörde, die von der ersuchten Behörde mit dem Ersuchen befasst wurde, sofern diese nicht selbst tätig werden kann.

(2) Die Erledigung von Amtshilfeersuchen erfolgt nach Maßgabe der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Assoziationspartei.

ARTIKEL 7

Form der Auskunftserteilung

(1) Die ersuchte Behörde teilt der ersuchenden Behörde das Ergebnis der Ermittlungen schriftlich mit und fügt zweckdienliche Schriftstücke, beglaubigte Kopien und dergleichen bei. Diese Auskünfte können auf elektronischem Wege erteilt werden.

(2) Originalschriftstücke werden entsprechend den rechtlichen Auflagen jeder Assoziationspartei nur auf Ersuchen der ersuchenden Behörde in Fällen übermittelt, in denen beglaubigte Kopien nicht ausreichen würden. Die ersuchende Behörde hat diese Originalschriftstücke so bald wie möglich zurückzugeben.

(3) Die ersuchte Behörde erteilt der ersuchenden Behörde nach Maßgabe von Absatz 2 sämtliche Auskünfte über die Echtheit der von amtlichen Stellen in ihrem Gebiet ausgestellten oder beglaubigten Schriftstücke, die einer Warenanmeldung zugrunde liegen.

ARTIKEL 8

Anwesenheit von Bediensteten einer Assoziationspartei im Gebiet der anderen Assoziationspartei

(1) Ordnungsgemäß bevollmächtigte Bedienstete der einen Assoziationspartei dürfen mit Zustimmung der anderen Assoziationspartei und unter den von dieser festgelegten Voraussetzungen in den Diensträumen der ersuchten Behörde oder einer anderen zuständigen Behörde nach Artikel 6 Absatz 1 Auskünfte über festgestellte oder vermutete Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht einholen, welche die ersuchende Behörde für die Zwecke dieser Anlage benötigt.

(2) Ordnungsgemäß bevollmächtigte Bedienstete der einen Assoziationspartei dürfen im Einvernehmen mit der anderen Assoziationspartei und unter den von dieser festgelegten Voraussetzungen in deren Gebiet durchgeführten Ermittlungen beiwohnen.

www.parlament.gv.at

(3) Die Bediensteten einer Assoziationspartei dürfen sich im Gebiet der anderen Assoziationspartei nur in beratender Funktion aufhalten, und zu diesem Zweck

a) müssen diese Bediensteten jederzeit nachweisen können, dass sie in amtlichem Auftrag handeln,

b) tragen diese Bediensteten weder Uniformen noch Waffen und

c) genießen diese Bediensteten denselben Schutz wie Bedienstete der anderen Assoziationspartei, gemäß den in ihrem Gebiet geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

ARTIKEL 9

Zustellung und Bekanntgabe

(1) Auf Antrag der ersuchenden Behörde veranlasst die ersuchte Behörde nach Maßgabe der für sie geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften die Zustellung von Schriftstücken oder die Bekanntgabe von Entscheidungen, die von der ersuchenden Behörde ausgehen und in den Anwendungsbereich dieser Anlage fallen, an einen Adressaten mit Wohnsitz beziehungsweise Sitz im Gebiet der ersuchten Behörde.

(2) Der Antrag auf Zustellung eines Schriftstücks oder Bekanntgabe einer Entscheidung ist schriftlich in einer Amtssprache der ersuchten Behörde oder in einer von dieser akzeptierten Sprache zu stellen.

ARTIKEL 10

Automatischer Austausch von Informationen und vorab ausgetauschte Informationen

(1) Im gegenseitigen Einvernehmen und nach Maßgabe von Artikel 15 dieser Anlage können die Assoziationsparteien

a) Informationen, die unter diese Anlage fallen, automatisch austauschen,

b) vor der Ankunft von Sendungen im Gebiet der jeweils anderen Partei spezifische Informationen austauschen.

(2) Zur Durchführung des Austauschs nach Absatz 1 treffen die Assoziationsparteien Vereinbarungen über die Art der Informationen, die sie austauschen möchten, sowie über Form und Häufigkeit der Übermittlung dieser Informationen.

ARTIKEL 11

Ausnahmen von der Verpflichtung zur Amtshilfe

(1) Die Amtshilfe kann abgelehnt oder von der Erfüllung bestimmter Bedingungen oder Voraussetzungen abhängig gemacht werden, wenn nach Auffassung einer Assoziationspartei durch die Amtshilfe nach dieser Anlage

a) die Souveränität San Marinos oder eines EU-Mitgliedstaats, der nach dieser Anlage Amtshilfe leisten müsste, beeinträchtigt werden könnte,

www.parlament.gv.at

b) die öffentliche Ordnung, die öffentliche Sicherheit oder andere wesentliche Interessen beeinträchtigt werden könnten, insbesondere in den in Artikel 12 Absatz 5 dieser Anlage genannten Fällen, oder

c) ein Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnis verletzt würde.

(2) Die ersuchte Behörde kann die Amtshilfe mit der Begründung zurückstellen, dass sie laufende Ermittlungen, Strafverfahren oder sonstige Verfahren beeinträchtigen könnte. In diesem Fall berät sich die ersuchte Behörde mit der ersuchenden Behörde, um zu entscheiden, ob die Amtshilfe unter bestimmten von der ersuchten Behörde festgelegten Voraussetzungen oder Bedingungen geleistet werden kann.

(3) Ersucht eine Behörde um Amtshilfe, die sie selbst im Falle eines Ersuchens nicht leisten könnte, so weist sie in ihrem Ersuchen auf diesen Umstand hin. Die Erledigung dieses Ersuchens steht dann im Ermessen der ersuchten Behörde.

(4) In den in den Absätzen 1 und 2 genannten Fällen teilt die ersuchte Behörde ihre Entscheidung unter Angabe der Gründe unverzüglich der ersuchenden Behörde mit.

ARTIKEL 12

Informationsaustausch und Datenschutz

(1) Die nach dieser Anlage erlangten Auskünfte dürfen nur für die Zwecke dieser Anlage verwendet werden.

www.parlament.gv.at

(2) Die Verwendung der nach dieser Anlage erlangten Auskünfte in wegen Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht eingeleiteten Gerichts- oder Verwaltungsverfahren gilt als Verwendung für die Zwecke dieser Anlage. Die Assoziationsparteien können daher die nach dieser Anlage erlangten Auskünfte und eingesehenen Schriftstücke als Beweismittel in Protokollen, in Berichten und für Zeugenvernehmungen sowie in Gerichts- und Ermittlungsverfahren verwenden. Die ersuchte Behörde kann die Erteilung von Auskünften oder die Gewährung des Zugangs zu Schriftstücken von der Bedingung abhängig machen, dass sie über eine solche Verwendung unterrichtet wird.

(3) Will eine Assoziationspartei diese Auskünfte zu anderen Zwecken verwenden, so muss sie die vorherige schriftliche Zustimmung der Behörde einholen, die die Auskunft erteilt hat. Diese Verwendung unterliegt den von dieser Behörde festgelegten Beschränkungen.

(4) Die Auskünfte nach dieser Anlage, gleichgültig in welcher Form sie erteilt werden, sind nach Maßgabe der geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften jeder der Assoziationsparteien als vertraulich oder nur für den Dienstgebrauch bestimmt zu betrachten. Sie unterliegen dem Dienstgeheimnis und genießen den Schutz der für derartige Auskünfte geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften der empfangenden Assoziationspartei. Die Assoziationsparteien teilen einander ihre zu diesem Zweck geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften mit.

(5) Personenbezogene Daten dürfen nur im Einklang mit den Datenschutzvorschriften der die Daten bereitstellenden Assoziationspartei übermittelt werden. Die Assoziationsparteien unterrichten einander über ihre einschlägigen Datenschutzvorschriften und bemühen sich erforderlichenfalls nach besten Kräften, sich auf zusätzliche Schutzmaßnahmen zu einigen.

ARTIKEL 13

Sachverständige und Zeugen

Die ersuchte Behörde kann es ihren Bediensteten gestatten, im Rahmen der erteilten Genehmigung in Gerichts- oder Verwaltungsverfahren, die unter diese Anlage fallende Angelegenheiten betreffen, als Sachverständige oder Zeugen aufzutreten und dabei Gegenstände, Schriftstücke oder beglaubigte Kopien von Schriftstücken vorzulegen, sofern dies für das Verfahren erforderlich ist. In der Ladung ist genau anzugeben, vor welcher Justiz- oder Verwaltungsbehörde der Bedienstete aussagen soll und in welcher Angelegenheit und in welcher Eigenschaft oder mit welcher Berechtigung der Bedienstete befragt werden soll.

ARTIKEL 14

Kosten der Amtshilfe

(1) Vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 verzichten die Assoziationsparteien auf gegenseitige Ansprüche auf Erstattung der bei der Anwendung dieser Anlage anfallenden Kosten.

(2) An Sachverständige, Zeugen, Dolmetscher und Übersetzer, die nicht dem öffentlichen Dienst angehören, gezahlte Aufwendungen und Vergütungen werden gegebenenfalls von der ersuchenden Assoziationspartei getragen.

(3) Sind oder werden bei der Erledigung eines Ersuchens erhebliche oder außergewöhnliche Aufwendungen erforderlich, so konsultieren die Assoziationsparteien einander, um festzulegen, unter welchen Bedingungen das Ersuchen ausgeführt wird und auf welche Weise die Kosten getragen werden.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 15

Durchführung

(1) Die Durchführung dieser Anlage wird den Zollbehörden San Marinos einerseits und den zuständigen Dienststellen der Europäischen Kommission und gegebenenfalls den Zollbehörden von EU-Mitgliedstaaten andererseits übertragen. Sie treffen alle für die Durchführung dieser Anlage erforderlichen Maßnahmen und Vereinbarungen und tragen dabei den jeweiligen geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften, insbesondere den Datenschutzvorschriften, Rechnung.

(2) Die Assoziationsparteien unterrichten einander über die Einzelheiten der Durchführungsbestimmungen, die sie nach dieser Anlage erlassen, insbesondere in Bezug auf die ordnungsgemäß ermächtigten Dienststellen und Bediensteten, die für das Versenden und Empfangen der in dieser Anlage vorgesehenen Auskünfte als zuständig benannt werden.

(3) In der EU lässt diese Anlage die Übermittlung der nach dieser Anlage erlangten Auskünfte zwischen den zuständigen Dienststellen der Europäischen Kommission und den Zollbehörden der EU-Mitgliedstaaten unberührt.

www.parlament.gv.at

ARTIKEL 16

Sonstige Vereinbarungen

Diese Anlage hat Vorrang vor den Bestimmungen von Übereinkünften über gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich, die zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten und San Marino geschlossen wurden oder geschlossen werden, soweit diese Übereinkünfte mit den Bestimmungen dieser Anlage unvereinbar sind.

ARTIKEL 17

Konsultation

Hinsichtlich der Auslegung und Durchführung dieser Anlage konsultieren die Assoziationsparteien einander, um die betreffende Angelegenheit im Rahmen des mit Artikel 4 des Protokolls von San Marino eingesetzten Unterausschusses für Zusammenarbeit im Zollwesen zu klären.

www.parlament.gv.at

Anlage 4

LISTE NACH ARTIKEL 80 ABSATZ 7 DES RAHMENABKOMMENS

1. Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates)[1]

2. Ausschuss der Europäischen Aufsichtsstellen für Abschlussprüfer (Verordnung (EU) Nr. 537/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates)[2]

3. Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (Verordnung (EU) Nr. 2018/1971 des Europäischen Parlaments und des Rates)[3]

---

1 Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 166 vom 30.4.2004, S. 1).

2 Verordnung (EU) Nr. 537/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse und zur Aufhebung des Beschlusses 2005/909/EG der Kommission (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 77).

3 Verordnung (EU) 2018/1971 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) und der Agentur zur Unterstützung des GEREK (GEREK-Büro), zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1211/2009 (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 1).

www.parlament.gv.at

Anhang 5

BESTIMMUNGEN DER EU ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG GEMÄSS ARTIKEL 62 ABSATZ 1 DES RAHMENABKOMMENS

1. Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates[1]

   a) Artikel 3 — Betrug zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union

   b) Artikel 4 — Andere gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtete Straftaten

   c) Artikel 5 — Anstiftung, Beihilfe und Versuch

   d) Artikel 6 – Verantwortlichkeit juristischer Personen

   e) Artikel 7 — Strafen für natürliche Personen

   f) Artikel 9 — Sanktionen gegen juristische Personen

   g) Artikel 12 — Verjährungsfristen für gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtete Straftaten

[1] Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2017 über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug (ABl. L 198 vom 28.7.2017, S. 29).

www.parlament.gv.at

2. Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates[1]

a) Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe a – Zugang zu Bankkontoinformationen

---

[1] Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates (ABl. L 248 vom 18.9.2013, S. 1).

www.parlament.gv.at

ERWERB VON ZWEITWOHNSITZEN IN SAN MARINO

In Anbetracht der äußerst geringen Anzahl von Wohneinheiten in San Marino und des sehr begrenzt verfügbaren Baulands, das lediglich zur Deckung der durch die demografische Entwicklung der derzeitigen Bewohner entstehenden Grundbedarfs ausreicht, ist es San Marino gestattet, auf nichtdiskriminierende Weise die geltenden Genehmigungsverfahren auf den Erwerb und den Besitz von Immobilien als Zweitwohnsitze durch Staatsangehörige der Mitgliedstaaten anzuwenden, die sich nicht seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in San Marino aufgehalten haben.

San Marino wendet für den Erwerb von Immobilieneigentum als Zweitwohnsitz in San Marino Genehmigungsverfahren an, die auf veröffentlichten, objektiven, dauerhaften und transparenten Kriterien beruhen. Diese Kriterien werden auf nichtdiskriminierende Weise angewandt und dürfen keine Differenzierung zwischen Staatsangehörigen San Marinos und Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten beinhalten. San Marino wird gewährleisten, dass Staatsangehörige der Mitgliedstaaten auf keinen Fall restriktiver behandelt werden als Staatsangehörige von Drittstaaten.

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 9/14

ANHANG

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

ANHANG I – SAN MARINO-PROTOKOLL

LEBENSMITTELSICHERHEIT –VETERINÄRWESEN – PFLANZENSCHUTZ

Liste nach Artikel 13 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL I – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1 Lebensmittelrecht 4

2 Amtliche Kontrollen 9

3 Ausschüsse 26

4 Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit 28

5 Beitrittsakte 29

TEIL II – VETERINÄRWESEN

1 Kontrollsystem für den Binnenmarkt 32

2 Kontrollsystem für Einfuhren 56

3 Kennzeichnung und Registrierung von Tieren und Registrierung ihrer Verbringungen 75

4 Kontrollmaßnahmen in Bezug auf Tierseuchen 79

5 Handel mit lebenden Tieren, Sperma, Eizellen und Embryonen innerhalb der Union 104

6 Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken 124

7 Verbot von Stoffen und Kontrolle von Rückständen 126

8 Einfuhrbestimmungen für lebende Tiere und tierische Erzeugnisse 128

9 Völkerrechtliche Übereinkünfte der Union 259

www.parlament.gv.at

10 Tierschutz 324
11 Tierzucht 329
TEIL III – INVERKEHRBRINGEN VON LEBENSMITTELN, FUTTERMITTELN UND TIERISCHEN NEBENPRODUKTEN
1 Hygienevorschriften 333
2 Spezifische Vorschriften für tierische Erzeugnisse 338
3 Kontrollvorschriften 348
4 Spezifische Kontrollvorschriften für tierische Erzeugnisse 357
5 Vorschriften für tierische Nebenprodukte 372
6 Finanzierung von Kontrollen 376
7 Spezifische Vorschriften für Futtermittelhygiene 377
TEIL IV – VORSCHRIFTEN FÜR DIE LEBENSMITTELSICHERHEIT
1 Kennzeichnung und Aufmachung von Lebensmitteln sowie die Werbung hierfür, einschließlich nährwert- und gesundheitsbezogener Angaben und der Nährwertkennzeichnung 378
2 Zugelassene Zusatzstoffe und Reinheitskriterien 395
3 Lebensmittelenzyme 411
4 Extraktionslösungsmittel 412
5 Aromen 413
6 Lebensmittelkontaktmaterialien 419
7 Nahrungsergänzungsmittel 424
8 Lebensmittel für besondere Ernährungszwecke 428
9 Schnellgefrorene Lebensmittel 430
10 Kontaminanten 432
11 Neuartige Lebensmittel 440
12 Ionisierende Strahlung 487
13 Mineralwasser 489
14 Völkerrechtliche Übereinkünfte der Union 490

www.parlament.gv.at

TEIL V – SPEZIFISCHE VORSCHRIFTEN FÜR FUTTERMITTEL
1 Inverkehrbringen und Verwendung von Futtermitteln 522
2 Futtermittelzusatzstoffe 524
3 Unerwünschte Stoffe 609
4 Arzneifuttermittel 613
5 Völkerrechtliche Übereinkünfte der Union 614
TEIL VI – PFLANZENSCHUTZ
1 Pflanzengesundheit – Schädliche Organismen 637
2 Pflanzengesundheit – Pflanzenschutzmittel 662
3 Qualität von Saat- und Pflanzgut 852
4 Sortenschutzrechte 901
5 Völkerrechtliche Übereinkünfte der Union 905
TEIL VII – GENETISCH VERÄNDERTE ORGANISMEN
1 Freisetzung in die Umwelt 948
2 Genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel 956

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

www.parlament.gv.at

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

TEIL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

KAPITEL 1

LEBENSMITTELRECHT

1. 32002 R 0178: Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1), geändert durch:

   – 32003 R 1642: Verordnung (EG) Nr. 1642/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2003 (ABl. L 245 vom 29.9.2003, S. 4)

www.parlament.gv.at

– 32006 R 0575: Verordnung (EG) Nr. 575/2006 der Kommission vom 7. April 2006 (ABl. L 100 vom 8.4.2006, S. 3)

– 32008 R 0202: Verordnung (EG) Nr. 202/2008 der Kommission vom 4. März 2008 (ABl. L 60 vom 5.3.2008, S. 17)

– 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

– 32014 R 0652: Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 1)

– 32017 R 0228: Verordnung (EU) 2017/228 der Kommission vom 9. Februar 2017 (ABl. L 35 vom 10.2.2017, S. 10)

– 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 32003 R 1304: Verordnung (EG) Nr. 1304/2003 der Kommission vom 11. Juli 2003 über das von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit bei den an sie gerichteten Ersuchen um wissenschaftliche Gutachten anzuwendende Verfahren (ABl. L 185 vom 24.7.2003, S. 6), berichtigt in ABl. L 186 vom 25.7.2003, S. 46

3. 32004 R 2230: Verordnung (EG) Nr. 2230/2004 der Kommission vom 23. Dezember 2004 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend das Netz der Organisationen, die in Bereichen tätig sind, auf die sich der Auftrag der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit erstreckt (ABl. L 379 vom 24.12.2004, S. 64)

www.parlament.gv.at

4. 32011 R 0016: Verordnung (EU) Nr. 16/2011 der Kommission vom 10. Januar 2011 mit Durchführungsbestimmungen für das Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (ABl. L 6 vom 11.1.2011, S. 7)

5. 32019 D 0300: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/300 der Kommission vom 19. Februar 2019 zur Erstellung eines allgemeinen Plans für das Krisenmanagement im Bereich der Lebens- und Futtermittelsicherheit (ABl. L 50 vom 21.2.2019, S. 55)

6. 32009 D 0726: Entscheidung 2009/726/EG der Kommission vom 24. September 2009 betreffend von Frankreich ergriffene vorläufige Schutzmaßnahmen gegen das Verbringen von Milch und Milcherzeugnissen aus Betrieben, in denen ein Fall der klassischen Traberkrankheit nachgewiesen wurde, auf sein Hoheitsgebiet (ABl. L 258 vom 1.10.2009, S. 27)

7. 32010 D 0381: Beschluss 2010/381/EU der Kommission vom 8. Juli 2010 über Sofortmaßnahmen für aus Indien eingeführte Sendungen mit zum menschlichen Verzehr bestimmten Aquakulturerzeugnissen (ABl. L 174 vom 9.7.2010, S. 51), geändert durch:

   – 32012 D 0690: Durchführungsbeschluss 2012/690/EU der Kommission vom 6. November 2012 (ABl. L 308 vom 8.11.2012, S. 21)

   – 32016 D 1774: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1774 der Kommission vom 4. Oktober 2016 (ABl. L 271 vom 6.10.2016, S. 7)

www.parlament.gv.at

8. 32011 D 0884: Durchführungsbeschluss 2011/884/EU der Kommission vom 22. Dezember 2011 über Sofortmaßnahmen hinsichtlich nicht zugelassenem genetisch verändertem Reis in Reiserzeugnissen mit Ursprung in China und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/289/EG (ABl. L 343 vom 23.12.2011, S. 140), geändert durch:

   – 32013 D 0287: Durchführungsbeschluss 2013/287/EU der Kommission vom 13. Juni 2013 (ABl. L 162 vom 14.6.2013, S. 10)

9. 32013 R 0208: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 208/2013 der Kommission vom 11. März 2013 über die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit von Sprossen und von Samen zur Erzeugung von Sprossen (ABl. L 68 vom 12.3.2013, S. 16)

10. 32013 H 0165: Empfehlung 2013/165/EU der Kommission vom 27. März 2013 über das Vorhandensein der Toxine T-2 und HT-2 in Getreiden und Getreideerzeugnissen (ABl. L 91 vom 3.4.2013, S. 12)

11. 32014 R 0853: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 853/2014 der Kommission vom 5. August 2014 zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1151/2009 mit Sondervorschriften für die Einfuhr von Sonnenblumenöl, dessen Ursprung oder Herkunft die Ukraine ist (ABl. L 233 vom 6.8.2014, S. 25)

12. 32019 R 1793: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1793 der Kommission vom 22. Oktober 2019 über die vorübergehende Verstärkung der amtlichen Kontrollen und über Sofortmaßnahmen beim Eingang bestimmter Waren aus bestimmten Drittländern in die Union zur Durchführung der Verordnungen (EU) 2017/625 und (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 669/2009, (EU) Nr. 884/2014, (EU) 2015/175, (EU) 2017/186 und (EU) 2018/1660 der Kommission (ABl. L 277 vom 29.10.2019, S. 89), geändert durch:

   – 32020 R 1540: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1540 der Kommission vom 22. Oktober 2020 (ABl. L 353 vom 23.10.2020, S. 4)

www.parlament.gv.at

– 32021 R 0608: Durchführungsverordnung (EU) 2021/608 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 119)

– 32021 R 1900: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1900 der Kommission vom 27. Oktober 2021 (ABl. L 387 vom 3.11.2021, S. 78)

– 32021 R 2246: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2246 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 453 vom 17.12.2021, S. 5)

– 32022 R 0913: Durchführungsverordnung (EU) 2022/913 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 1), berichtigt in ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 152

– 32022 R 2389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2389 der Kommission vom 7. Dezember 2022 zur Festlegung von Bestimmungen für die einheitliche Anwendung der Häufigkeitsraten für Nämlichkeitskontrollen und Warenuntersuchungen bei bestimmten Sendungen von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen Gegenständen, die in die Union verbracht werden (ABl. L 316 vom 8.12.2022, S. 42)

13. 32020 R 1158: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 der Kommission vom 5. August 2020 über die Einfuhrbedingungen für Lebens- und Futtermittel mit Ursprung in Drittländern nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl (ABl. L 257 vom 6.8.2020, S. 1)

14. 32021 R 1533: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1533 der Kommission vom 17. September 2021 mit besonderen Bedingungen für die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln, deren Ursprung oder Herkunft Japan ist, nach dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2016/6 (ABl. L 330 vom 20.9.2021, S. 72)

KAPITEL 2

AMTLICHE KONTROLLEN

1. 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 999/2001, (EG) Nr. 396/2005, (EG) Nr. 1069/2009, (EG) Nr. 1107/2009, (EU) Nr. 1151/2012, (EU) Nr. 652/2014, (EU) 2016/429 und (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 1/2005 und (EG) Nr. 1099/2009 des Rates sowie der Richtlinien 98/58/EG, 1999/74/EG, 2007/43/EG, 2008/119/EG und 2008/120/EG des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 89/608/EWG, 89/662/EWG, 90/425/EWG, 91/496/EEG, 96/23/EG, 96/93/EG und 97/78/EG des Rates und des Beschlusses 92/438/EWG des Rates (Verordnung über amtliche Kontrollen) (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 137 vom 24.5.2017, S. 40, geändert durch:

   – 32019 R 0478: Delegierte Verordnung (EU) 2019/478 der Kommission vom 14. Januar 2019 (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 4)

   – 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183

   – 32021 R 1756: Verordnung (EU) 2021/1756 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 357 vom 8.10.2021, S. 27)

2. 32018 R 0631: Delegierte Verordnung (EU) 2018/631 der Kommission vom 7. Februar 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Einrichtung von Referenzlaboratorien der Europäischen Union für Pflanzenschädlinge (ABl. L 105 vom 25.4.2018, S. 1)

3. 32019 R 0723: Durchführungsverordnung (EU) 2019/723 der Kommission vom 2. Mai 2019 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des einheitlichen Musterformulars, das in den von den Mitgliedstaaten vorzulegenden Jahresberichten zu verwenden ist (ABl. L 124 vom 13.5.2019, S. 1)

4. 32019 R 0624: Delegierte Verordnung (EU) 2019/624 der Kommission vom 8. Februar 2019 mit besonderen Bestimmungen für die Durchführung amtlicher Kontrollen der Fleischerzeugung sowie von Erzeugungs- und Umsetzgebieten für lebende Muscheln gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 1422: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1422 der Kommission vom 26. April 2021 (ABl. L 307 vom 1.9.2021, S. 1)

   – 32022 R 2258: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2258 der Kommission vom 9. September 2022 (ABl. L 299 vom 18.11.2022, S. 5)

5. 32019 R 0625: Delegierte Verordnung (EU) 2019/625 der Kommission vom 4. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an den Eingang von Sendungen bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 18), berichtigt in ABl. L 176 vom 5.6.2020, S. 15, geändert durch:

   – 32020 R 2209: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2209 der Kommission vom 22. Dezember 2020 (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 24)

   – 32021 R 0573: Delegierte Verordnung (EU) 2021/573 der Kommission vom 1. Februar 2021 (ABl. L 120 vom 8.4.2021, S. 6)

   – 32022 R 0887: Delegierte Verordnung (EU) 2022/887 der Kommission vom 28. März 2022 (ABl. L 154 vom 7.6.2022, S. 23)

6. 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 zur Festlegung einheitlicher praktischer Modalitäten für die Durchführung der amtlichen Kontrollen in Bezug auf für den menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission in Bezug auf amtliche Kontrollen (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183, geändert durch:

   – 32020 R 2108: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2108 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 427 vom 17.12.2020, S. 1)

   – 32021 R 1709: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1709 der Kommission vom 23. September 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 84)

– 32022 R 2503: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2503 der Kommission vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 325 vom 20.12.2022, S. 58)

7. 32019 R 0723: Durchführungsverordnung (EU) 2019/723 der Kommission vom 2. Mai 2019 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des einheitlichen Musterformulars, das in den von den Mitgliedstaaten vorzulegenden Jahresberichten zu verwenden ist (ABl. L 124 vom 13.5.2019, S. 1)

8. 32019 R 1012: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1012 der Kommission vom 12. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Ausnahmeregelungen hinsichtlich der Benennung von Grenzkontrollstellen und der Mindestanforderungen an Grenzkontrollstellen (ABl. L 165 vom 21.6.2019, S. 4)

9. 32019 R 1013: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1013 der Kommission vom 16. April 2019 über die Vorabinformation über Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren, die in die Union verbracht werden (ABl. L 165 vom 21.6.2019, S. 8)

10. 32019 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1014 der Kommission vom 12. Juni 2019 mit detaillierten Bestimmungen betreffend die Mindestanforderungen an Grenzkontrollstellen, einschließlich Kontrollzentren, und das Format, die Kategorien und die Abkürzungen, die bei der Auflistung der Grenzkontrollstellen und der Kontrollstellen zu verwenden sind (ABl. L 165 vom 21.6.2019, S. 10)

11. 32019 R 1081: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1081 der Kommission vom 8. März 2019 mit Vorschriften zu spezifischen Anforderungen an die Schulung des Personals, das bestimmte Warenuntersuchungen an Grenzkontrollstellen durchführt (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 1)

12. 32019 R 1602: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1602 der Kommission vom 23. April 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Gemeinsamen Gesundheitseingangsdokuments, das Sendungen von Tieren und Waren zu ihrem Bestimmungsort begleitet (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 6)

13. 32019 R 1666: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1666 Der Kommission vom 24. Juni 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Bedingungen für die Überwachung des Transports und des Eintreffens von Sendungen mit bestimmten Waren von der Eingangsgrenzkontrollstelle bis zum Betrieb am Bestimmungsort in der Union (ABl. L 255 vom 4.10.2019, S. 1)

14. 32019 R 1715: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1715 der Kommission vom 30. September 2019 mit Vorschriften zur Funktionsweise des Informationsmanagementsystems für amtliche Kontrollen und seiner Systemkomponenten (ABl. L 261 vom 14.10.2019, S. 37), geändert durch:

    – 32021 R 0547: Durchführungsverordnung (EU) 2021/547 der Kommission vom 29. März 2021 (ABl. L 109 vom 30.3.2021, S. 60)

15. 32019 R 1793: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1793 der Kommission vom 22. Oktober 2019 über die vorübergehende Verstärkung der amtlichen Kontrollen und über Sofortmaßnahmen beim Eingang bestimmter Waren aus bestimmten Drittländern in die Union zur Durchführung der Verordnungen (EU) 2017/625 und (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 669/2009, (EU) Nr. 884/2014, (EU) 2015/175, (EU) 2017/186 und (EU) 2018/1660 der Kommission (ABl. L 277 vom 29.10.2019, S. 89), geändert durch:

    – 32020 R 0625: Durchführungsverordnung (EU) 2020/625 der Kommission vom 6. Mai 2020 (ABl. L 144 vom 7.5.2020, S. 13)

– 32021 R 0608: Durchführungsverordnung (EU) 2021/608 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 119)

– 32021 R 1900: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1900 der Kommission vom 27. Oktober 2021 (ABl. L 387 vom 3.11.2021, S. 78)

– 32021 R 2246: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2246 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 453 vom 17.12.2021, S. 5)

– 32022 R 0913: Durchführungsverordnung (EU) 2022/913 der Kommission vom 30. Mai 2022, berichtigt in ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 152

16. 32019 R 1873: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1873 der Kommission vom 7. November 2019 über die Verfahren für die koordinierte Durchführung verstärkter amtlicher Kontrollen bei Erzeugnissen tierischen Ursprungs, Zuchtmaterial, tierischen Nebenprodukten und zusammengesetzten Erzeugnissen durch die zuständigen Behörden an den Grenzkontrollstellen (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 50)

17. 32019 R 2074: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2074 der Kommission vom 23. September 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Vorschriften für spezifische amtliche Kontrollen von Sendungen von Tieren und Waren, die ihren Ursprung in der Union haben und in die Union zurückkehren, nachdem ihnen der Eingang in ein Drittland verwehrt wurde (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 6)

18. 32019 R 2090: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2090 der Kommission vom 19. Juni 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf mutmaßliche oder festgestellte Verstöße gegen Unionsvorschriften über die Verwendung oder über Rückstände pharmakologisch wirksamer Stoffe, die in Tierarzneimitteln oder als Futtermittelzusatzstoffe zugelassen sind, bzw. gegen Unionsvorschriften über die Verwendung oder über Rückstände verbotener oder nicht zugelassener pharmakologisch wirksamer Stoffe (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 28)

19. 32019 R 2122: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2122 der Kommission vom 10. Oktober 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich bestimmter Kategorien von Tieren und Waren, die von amtlichen Kontrollen an Grenzkontrollstellen ausgenommen sind, hinsichtlich besonderer Kontrollen des persönlichen Gepäcks von Fahrgästen bzw. Passagieren und von für natürliche Personen bestimmten Kleinsendungen von Waren, die nicht in Verkehr gebracht werden sollen, sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 der Kommission (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 45), geändert durch:

   – 32021 R 2089: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2089 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 149)

   – 32022 R 0887: Delegierte Verordnung (EU) 2022/887 der Kommission vom 28. März 2022 (ABl. L 154 vom 7.6.2022, S. 23)

20. 32019 R 2123: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2123 der Kommission vom 10. Oktober 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften darüber, in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen bei bestimmten Waren Nämlichkeitskontrollen und Warenuntersuchungen an Kontrollstellen durchgeführt sowie Dokumentenprüfungen in Entfernung von Grenzkontrollstellen durchgeführt werden können (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 64)

21. 32019 R 2124: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2124 der Kommission vom 10. Oktober 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Vorschriften über amtliche Kontrollen bei Tier- und Warensendungen bei der Durchfuhr, der Umladung und der Weiterbeförderung durch die Union und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 798/2008, (EG) Nr. 1251/2008, (EG) Nr. 119/2009, (EU) Nr. 206/2010, (EU) Nr. 605/2010, (EU) Nr. 142/2011 und (EU) Nr. 28/2012 der Kommission, der Durchführungsverordnung (EU) 2016/759 der Kommission und der Entscheidung 2007/777/EG der Kommission (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 73), geändert durch:

   – 32020 R 2190: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2190 der Kommission vom 29. Oktober 2020 (ABl. L 434 vom 23.12.2020, S. 3)

22. 32019 R 2125: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2125 der Kommission vom 10. Oktober 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Durchführung besonderer amtlicher Kontrollen bei Verpackungsmaterial aus Holz, für die Meldung bestimmter Sendungen und für bei festgestellten Verstößen gegebenenfalls zu ergreifende Maßnahmen (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 99)

23. 32019 R 2126: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2126 der Kommission vom 10. Oktober 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für besondere amtliche Kontrollen bei bestimmten Kategorien von Tieren und Waren, Maßnahmen, die nach der Durchführung dieser Kontrollen zu ergreifen sind, und bestimmte Kategorien von Tieren und Waren, die von amtlichen Kontrollen an Grenzkontrollstellen ausgenommen sind (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 104)

24. 32019 R 2127: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2127 der Kommission vom 10. Oktober 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Zeitpunkts der Anwendung bestimmter Bestimmungen der Richtlinien 91/496/EWG, 97/78/EG und 2000/29/EG des Rates (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 111)

25. 32019 R 2128: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2128 der Kommission vom 12. November 2019 zur Festlegung des Musters der amtlichen Bescheinigung und der Vorschriften für die Ausstellung amtlicher Bescheinigungen für Waren, die an Schiffe geliefert werden, die die Union verlassen, und die für die Versorgung der Schiffe oder den Verbrauch durch die Besatzung und die Passagiere bestimmt sind oder die an einen Militärstützpunkt der NATO oder der Vereinigten Staaten geliefert werden (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 114)

26. 32019 R 2129: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2129 der Kommission vom 25. November 2019 zur Festlegung von Bestimmungen für die einheitliche Anwendung der Häufigkeitsraten für Nämlichkeitskontrollen und Warenuntersuchungen bei bestimmten Sendungen von Tieren und Waren, die in die Union verbracht werden (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 122), geändert durch:

    – 32021 R 2141: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2141 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 5)

27. 32019 R 2130: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2130 der Kommission vom 25. November 2019 zur Festlegung ausführlicher Vorschriften über die während und nach Dokumentenprüfungen, Nämlichkeitskontrollen und Warenuntersuchungen bei Tieren und Waren, die amtlichen Kontrollen an den Grenzkontrollstellen unterliegen, vorzunehmenden Handlungen (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 128)

28. 32020 R 1158: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 der Kommission vom 5. August 2020 über die Einfuhrbedingungen für Lebens- und Futtermittel mit Ursprung in Drittländern nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl (ABl. L 257 vom 6.8.2020, S. 1)

29. 32020 D 1550: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1550 der Kommission vom 23. Oktober 2020 zur Festlegung des mehrjährigen Programms 2021-2025 für Kontrollen, die Experten der Kommission in den Mitgliedstaaten durchführen, um die Anwendung der Unionsvorschriften zur Lebensmittelkette zu überprüfen (ABl. L 354 vom 26.10.2020, S. 9)

30. 32020 R 1641: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1641 der Kommission vom 5. November 2020 über die Einfuhr lebender, gekühlter, tiefgefrorener oder verarbeiteter Muscheln, Stachelhäuter, Manteltiere und Meeresschnecken für den menschlichen Verzehr aus den Vereinigten Staaten von Amerika (ABl. L 370 vom 6.11.2020, S. 4), geändert durch:

    – 32022 R 0158: Durchführungsverordnung (EU) 2022/158 der Kommission vom 4. Februar 2022 (ABl. L 26 vom 7.2.2022, S. 1)

31. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

    – 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

32. 32021 R 0403: Durchführungsverordnung (EU) 2021/403 der Kommission vom 24 März 2021 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Landtieren und ihres Zuchtmaterials und für deren Verbringungen zwischen Mitgliedstaaten, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung des Beschlusses 2010/470/EU (ABl. L 113 vom 31.3.2021, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32022 R 0037: Durchführungsverordnung (EU) 2022/37 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 92)

– 32022 R 0055: Durchführungsverordnung (EU) 2022/55 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

33. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606 Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

34. 32021 R 0630: Delegierte Verordnung (EU) 2021/630 der Kommission vom 16. Februar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich bestimmter Kategorien von Waren, die von amtlichen Kontrollen an Grenzkontrollstellen ausgenommen sind, sowie zur Änderung der Entscheidung 2007/275/EG der Kommission (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 17), geändert durch:

– 32022 R 0887: Delegierte Verordnung (EU) 2022/887 der Kommission vom 28. März 2022 (ABl. L 154 vom 7.6.2022, S. 23)

35. 32021 R 0632: Durchführungsverordnung (EU) 2021/632 der Kommission vom 13. April 2021 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liste der Tiere, der Erzeugnisse tierischen Ursprungs, des Zuchtmaterials, der tierischen Nebenprodukte und Folgeprodukte, der zusammengesetzten Erzeugnisse sowie des Heus und des Strohs, die an Grenzkontrollstellen amtlich zu kontrollieren sind, und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2007 der Kommission und der Entscheidung 2007/275/EG der Kommission (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 24), geändert durch:

– 32022 R 1322: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1322 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 200 vom 29.7.2022, S. 25)

36. 32021 R 1353: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1353 der Kommission vom 17. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Fälle und Bedingungen, in bzw. unter denen die zuständigen Behörden amtliche Laboratorien benennen können, die nicht für alle von ihnen im Rahmen amtlicher Kontrollen oder anderer amtlicher Tätigkeiten verwendeten Methoden die entsprechenden Bedingungen erfüllen (ABl. L 291 vom 13.8.2021, S. 20)

37. 32021 R 1355: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1355 der Kommission vom 12. August 2021 über die von den Mitgliedstaaten festzulegenden mehrjährigen nationalen Programme zur Kontrolle von Pestizidrückständen (ABl. L 291 vom 13.8.2021, S. 120)

38. 32021 R 1533: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1533 der Kommission vom 17. September 2021 mit besonderen Bedingungen für die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln, deren Ursprung oder Herkunft Japan ist, nach dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2016/6 (ABl. L 330 vom 20.9.2021, S. 72)

39. 32022 R 0931: Delegierte Verordnung (EU) 2022/931 der Kommission vom 23. März 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung von Bestimmungen über die Durchführung amtlicher Kontrollen in Bezug auf Kontaminanten in Lebensmitteln (ABl. L 162 vom 17.6.2022, S. 7)

40. 32022 R 0932: Durchführungsverordnung (EU) 2022/932 der Kommission vom 9. Juni 2022 über einheitliche praktische Modalitäten für die Durchführung der amtlichen Kontrollen hinsichtlich Kontaminanten in Lebensmitteln, zu zusätzlichen besonderen Inhalten mehrjähriger nationaler Kontrollpläne und zusätzlichen besonderen Modalitäten für ihre Aufstellung (ABl. L 162 vom 17.6.2022, S. 13)

41. 32022 D 0575: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/575 der Kommission vom 6. April 2022 bezüglich Sofortmaßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche durch Sendungen mit Heu und Stroh aus Drittländern oder Drittlandsgebieten und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/2208 (ABl. L 109 vom 8.4.2022, S. 69)

42. 32022 R 0671: Delegierte Verordnung (EU) 2022/671 der Kommission vom 4. Februar 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich besonderer Bestimmungen für amtliche Kontrollen, die von den zuständigen Behörden bei Tieren, Erzeugnissen tierischen Ursprungs und Zuchtmaterial durchgeführt werden, für von der zuständigen Behörde zu ergreifende Folgemaßnahmen bei Verstößen gegen die Identifizierungs- und Registrierungsvorschriften für Rinder, Schafe und Ziegen oder bei Verstößen bei der Durchfuhr bestimmter Rinder durch die Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 494/98 der Kommission (ABl. L 122 vom 25.4.2022, S. 17)

43. 32022 R 1428: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1428 der Kommission vom 24. August 2022 zur Festlegung der Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die Kontrolle auf Perfluoralkylsubstanzen in bestimmten Lebensmitteln (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 66)

44. 32022 R 1644: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1644 der Kommission vom 7. Juli 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf spezifische Anforderungen an die Durchführung amtlicher Kontrollen der Verwendung pharmakologisch wirksamer Stoffe, die als Tierarzneimittel oder als Futtermittelzusatzstoffe zugelassen sind, und verbotener oder nicht zugelassener pharmakologisch wirksamer Stoffe und der jeweiligen Rückstände (ABl. L 248 vom 26.9.2022, S. 3)

45. 32022 R 1646: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1646 der Kommission vom 23. September 2022 über einheitliche praktische Modalitäten für die Durchführung amtlicher Kontrollen der Verwendung pharmakologisch wirksamer Stoffe, die als Tierarzneimittel oder Futtermittelzusatzstoffe zugelassen sind, und verbotener oder nicht zugelassener pharmakologisch wirksamer Stoffe und ihrer Rückstände, über besondere Inhalte mehrjähriger nationaler Kontrollpläne und besondere Modalitäten für deren Aufstellung (ABl. L 248 vom 26.9.2022, S. 32)

46. 32022 R 2292: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2292 der Kommission vom 6. September 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an den Eingang von Sendungen von der Lebensmittelgewinnung dienenden Tieren und bestimmten für den menschlichen Verzehr bestimmten Waren in die Union (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 1), berichtigt in ABl. L 316 vom 8.12.2022, S. 100

47. 32023 R 0174: Durchführungsverordnung (EU) 2023/174 der Kommission vom 26. Januar 2023 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/1793 über die vorübergehende Verstärkung der amtlichen Kontrollen und über Sofortmaßnahmen beim Eingang bestimmter Waren aus bestimmten Drittländern in die Union zur Durchführung der Verordnungen (EU) 2017/625 und (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 25 vom 27.1.2023, S. 36)

KAPITEL 3

AUSSCHÜSSE

1. 32002 R 0178: Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit – Artikel 58, 59 und 62 (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1), geändert durch:

   – 32003 R 1642: Verordnung (EG) Nr. 1642/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2003 (ABl. L 245 vom 29.9.2003, S. 4)

   – 32006 R 0575: Verordnung (EG) Nr. 575/2006 der Kommission vom 7. April 2006 (ABl. L 100 vom 8.4.2006, S. 3)

   – 32008 R 0202: Verordnung (EG) Nr. 202/2008 der Kommission vom 4. März 2008 (ABl. L 60 vom 5.3.2008, S. 17)

   – 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

   – 32014 R 0652: Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 1)

   – 32017 R 0228: Verordnung (EU) 2017/228 der Kommission vom 9. Februar 2017 (ABl. L 35 vom 10.2.2017, S. 10)

– 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 31977 D 0505: Beschluss 77/505/EWG des Rates vom 25. Juli 1977 zur Einsetzung eines Ständigen Tierzuchtausschusses (ABl. L 206 vom 12.8.1977, S. 11)

KAPITEL 4

EUROPÄISCHE BEHÖRDE FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT

1. 32003 R 1304: Verordnung (EG) Nr. 1304/2003 der Kommission vom 11. Juli 2003 über das von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit bei den an sie gerichteten Ersuchen um wissenschaftliche Gutachten anzuwendende Verfahren (ABl. L 185 vom 24.7.2003, S. 6)

2. 32004 D 0478: Beschluss 2004/478/EG der Kommission vom 29. April 2004 zur Erstellung eines allgemeinen Plans für das Krisenmanagement im Bereich der Lebens- und Futtermittelsicherheit (ABl. L 160 vom 30.4.2004, S. 98)

3. 32006 R 0575: Verordnung (EG) Nr. 575/2006 der Kommission vom 7. April 2006 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Anzahl und Bezeichnung der ständigen Wissenschaftlichen Gremien der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (ABl. L 100 vom 8.4.2006, S. 3)

4. 32006 D 0478: Beschluss 2006/478/EG des Rates vom 19. Juni 2006 zur Ernennung der Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrats der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (ABl. L 189 vom 12.7.2006, S. 7)

5. 32008 D 0486: Beschluss 2008/486/EG des Rates vom 23. Juni 2008 zur Ernennung der Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrats der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (ABl. L 165 vom 26.6.2008, S. 8)

6. 32019 D 0300: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/300 der Kommission vom 19. Februar 2019 zur Erstellung eines allgemeinen Plans für das Krisenmanagement im Bereich der Lebens- und Futtermittelsicherheit (ABl. L 50 vom 21.2.2019, S. 55)

KAPITEL 5

BEITRITTSAKTE

ABSCHNITT A

BEITRITTSAKTE VON 2003

1. 12003T: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge – einschließlich Protokoll Nr. 10 über Zypern (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

2. 32004 R 0866: Verordnung (EG) Nr. 866/2004 des Rates vom 29. April 2004 über eine Regelung nach Artikel 2 des Protokolls Nr. 10 zur Beitrittsakte (ABl. L 161 vom 30.4.2004, S. 128), berichtigt in ABl. L 206 vom 9.6.2004, S. 51, geändert durch:

   – 32005 R 0293: Verordnung (EG) Nr. 293/2005 des Rates vom 17. Februar 2005 (ABl. L 50 vom 23.2.2005, S. 1)

   – 32005 R 0601: Verordnung (EG) Nr. 601/2005 der Kommission vom 18. April 2005 (ABl. L 99 vom 19.4.2005, S. 10)

   – 32005 R 1283: Verordnung (EG) Nr. 1283/2005 der Kommission vom 3. August 2005 (ABl. L 203 vom 4.8.2005, S. 8)

www.parlament.gv.at

– 32013 R 0685: Verordnung (EU) Nr. 685/2013 des Rates vom 15. Juli 2013 (ABl. L 196 vom 19.7.2013, S. 1)

3. 32004 R 1480: Verordnung (EG) Nr. 1480/2004 der Kommission vom 10. August 2004 mit spezifischen Vorschriften für Waren, die aus Landesteilen, in denen die Regierung der Republik Zypern keine tatsächliche Kontrolle ausübt, in Landesteile verbracht werden, in denen die Regierung eine tatsächliche Kontrolle ausübt (ABl. L 272 vom 20.8.2004, S. 3), geändert durch:

– 32011 R 0531: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 531/2011 der Kommission vom 31. Mai 2011 (ABl. L 146 vom 1.6.2011, S. 4)

– 32022 R 1166: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1166 der Kommission vom 6. Juli 2022 (ABl. L 181 vom 7.7.2022, S. 11)

4. 32004 D 0604: Entscheidung 2004/604/EG der Kommission vom 7. Juli 2004 zur Ermächtigung der türkisch-zyprischen Handelskammer gemäß Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 866/2004 des Rates (ABl. L 272 vom 20.8.2004, S. 12)

5. 32007 D 0330: Entscheidung 2007/330/EG der Kommission vom 4. Mai 2007 zur Aufhebung des Verbringungsverbots für bestimmte tierische Erzeugnisse auf der Insel Zypern gemäß Verordnung (EG) Nr. 866/2004 des Rates und zur Festlegung von Bedingungen für das Verbringen dieser Produkte (ABl. L 123 vom 12.5.2007, S. 30), geändert durch:

– 32021 D 0586: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/586 der Kommission vom 12. April 2021 (ABl. L 126 vom 13.4.2021, S. 1)

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT B

BEITRITTSAKTE VON 2005

6. 12005SA: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Bulgarischen Republik und Rumäniens und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. L 157 vom 21.6.2005, S. 217)

ABSCHNITT C

BEITRITTSAKTE VON 2012

7. 12012J: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. L 112 vom 24.4.2012, S. 21)

www.parlament.gv.at

TEIL II

VETERINÄRWESEN

San Marino wendet alle Verpflichtungen an, die sich aus den von der EU geschlossenen internationalen Übereinkünften ergeben, soweit diese Verpflichtungen die für das ordnungsgemäße Funktionieren dieses Abkommens erforderlichen veterinärrechtlichen Vorschriften betreffen.

KAPITEL 1

KONTROLLSYSTEM FÜR DEN BINNENMARKT

1. 32016 R 0429: Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 57 vom 3.3.2017, S. 65, ABl. L 137 vom 24.5.2017, S. 40, und ABl. L 48 vom 11.2.2021, S. 3, geändert durch:

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

   – 32018 R 1629: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1629 der Kommission vom 25. Juli 2018 (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 11)

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT A

LEBENDE TIERE, SPERMA, EIZELLEN UND EMBRYONEN

2. 31993 D 0444: Entscheidung 93/444/EWG der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zur Regelung des innergemeinschaftlichen Handels mit bestimmten lebenden Tieren und Erzeugnissen, die zur Ausfuhr nach Drittländern bestimmt sind (ABl. L 208 vom 19.8.1993, S. 34)

3. 31994 D 0338: Entscheidung 94/338/EG der Kommission vom 25. Mai 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 90/425/EWG des Rates betreffend die Probenahme für veterinärrechtliche Kontrollen am Bestimmungsort (ABl. L 151 vom 17.6.1994, S. 36)

4. 31994 D 0339: Entscheidung 94/339/EG der Kommission vom 25. Mai 1994 mit Durchführungsbestimmungen zu Artikel 9 Absatz 1 der Richtlinie 90/425/EWG des Rates zur Regelung der veterinärrechtlichen und tierzüchterischen Kontrollen im innergemeinschaftlichen Handel mit lebenden Tieren und Erzeugnissen im Hinblick auf den Binnenmarkt (ABl. L 151 vom 17.6.1994, S. 38)

5. 32015 D 0315: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/315 der Kommission vom 25. Februar 2015 betreffend bestimmte Maßnahmen zum Schutz vor der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 in Deutschland (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 68)

6. 32015 D 0522: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/522 der Kommission vom 25. März 2015 betreffend bestimmte Maßnahmen zum Schutz vor der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 in Ungarn (ABl. L 82 vom 27.3.2015, S. 111)

7. 32018 R 1882: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission vom 3. Dezember 2018 über die Anwendung bestimmter Bestimmungen zur Seuchenprävention und -bekämpfung auf Kategorien gelisteter Seuchen und zur Erstellung einer Liste von Arten und Artengruppen, die ein erhebliches Risiko für die Ausbreitung dieser gelisteten Seuchen darstellen (ABl. L 308 vom 4.12.2018, S. 21), geändert durch:

   – 32022 R 0925: Durchführungsverordnung (EU) 2022/925 der Kommission vom 14. Juni 2022 (ABl. L 160 vom 15.6.2022, S. 30)

8. 32019 R 2035: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2035 der Kommission vom 28. Juni 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für Betriebe, in denen Landtiere gehalten werden, und für Brütereien sowie zur Rückverfolgbarkeit von bestimmten gehaltenen Landtieren und von Bruteiern (ABl. L 314 vom 5.12.2019, S. 115), geändert durch:

   – 32020 R 1625: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1625 der Kommission vom 25. August 2020 (ABl. L 366 vom 4.11.2020, S. 1)

9. 32020 D 0368: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/368 der Kommission vom 3. März 2020 zur Genehmigung des Plans zur Tilgung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in bestimmten Gebieten der Slowakei (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 137)

10. 32020 R 0688: Delegierte Verordnung (EU) 2020/688 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Tiergesundheitsanforderungen an Verbringungen von Landtieren und Bruteiern innerhalb der Union (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 140), geändert durch:

    – 32021 R 1706: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1706 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 56)

    – 32023 R 0118: Delegierte Verordnung (EU) 2023/118 der Kommission vom 23. September 2022 (ABl. L 16 vom 18.1.2023, S. 1)

11. 32020 R 0689: Delegierte Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften betreffend Überwachung, Tilgungsprogramme und den Status „seuchenfrei“ für bestimmte gelistete und neu auftretende Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 211), geändert durch:

    – 32021 R 0881: Delegierte Verordnung (EU) 2021/881 der Kommission vom 23. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 10)

12. 32020 R 0990: Delegierte Verordnung (EU) 2020/990 der Kommission vom 28. April 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Tiergesundheits- und Bescheinigungsanforderungen an Verbringungen von Wassertieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren innerhalb der Union (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 42)

13. 32020 R 0999: Durchführungsverordnung (EU) 2020/999 der Kommission vom 9. Juli 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zulassung von Zuchtmaterialbetrieben und der Rückverfolgbarkeit des Zuchtmaterials von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Equiden (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 99)

14. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

   – 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

   – 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

15. 32021 R 0520: Durchführungsverordnung (EU) 2021/520 der Kommission vom 24. März 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Rückverfolgbarkeit bestimmter gehaltener Landtiere (ABl. L 104 vom 25.3.2021, S. 39), geändert durch:

– 32021 R 1064: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1064 der Kommission vom 28. Juni 2021 (ABl. L 229 vom 29.6.2021, S. 8)

16. 32021 D 0641: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/641 der Kommission vom 16. April 2021 betreffend Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit Ausbrüchen der hochpathogenen Aviären Influenza in bestimmten Mitgliedstaaten (ABl. L 134 vom 20.4.2021, S. 166), geändert durch:

– 32021 D 0688: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/688 der Kommission vom 23. April 2021 (ABl. L 143 vom 27.4.2021, S. 44)

– 32021 D 0766: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/766 der Kommission vom 7. Mai 2021 (ABl. L 165I vom 11.5.2021, S. 1)

– 32021 D 0846: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/846 der Kommission vom 25. Mai 2021 (ABl. L 187 vom 27.5.2021, S. 2)

– 32021 D 0906: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/906 der Kommission vom 3. Juni 2021 (ABl. L 199I vom 7.6.2021, S. 1)

– 32021 D 0989: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/989 der Kommission vom 17. Juni 2021 (ABl. L 218 vom 18.6.2021, S. 41)

– 32021 D 1084: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1084 der Kommission vom 30. Juni 2021 (ABl. L 235 vom 2.7.2021, S. 14)

– 32021 D 1146: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1146 der Kommission vom 12. Juli 2021 (ABl. L 247I vom 13.7.2021, S. 1)

– 32021 D 1186: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1186 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 257 vom 19.7.2021, S. 5)

– 32021 D 1307: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1307 der Kommission vom 6. August 2021 (ABl. L 285 vom 9.8.2021, S. 1)

– 32021 D 1395: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1395 der Kommission vom 20. August 2021 (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 70)

– 32021 D 1454: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1454 der Kommission vom 6. September 2021 (ABl. L 316 vom 7.9.2021, S. 1)

– 32021 D 1485: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1485 der Kommission vom 15. September 2021 (ABl. L 328 vom 16.9.2021, S. 4)

– 32021 D 1766: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1766 der Kommission vom 7. Oktober 2021 (ABl. L 358 vom 8.10.2021, S. 1)

– 32021 D 1872: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1872 der Kommission vom 25. Oktober 2021 (ABl. L 379 vom 26.10.2021, S. 53)

– 32021 D 1908: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1908 der Kommission vom 3. November 2021 (ABl. L 390 vom 4.11.2021, S. 39)

– 32021 D 1982: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1982 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 403 vom 15.11.2021, S. 1)

– 32021 D 2100: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2100 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 428 vom 30.11.2021, S. 3)

– 32021 D 2186: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2186 der Kommission vom 9. Dezember 2021 (ABl. L 444 vom 10.12.2021, S. 110)

– 32021 D 2310: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2310 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 461I vom 27.12.2021, S. 1)

– 32022 D 0053: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/53 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 9 vom 14.1.2022, S. 44)

– 32022 D 0106: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/106 der Kommission vom 21. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 11)

– 32022 D 0145: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/145 der Kommission vom 31. Januar 2022 (ABl. L 24 vom 3.2.2022, S. 6)

– 32022 D 0198: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/198 der Kommission vom 9. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 56)

– 32022 D 0257: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/257 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 42 vom 23.2.2022, S. 9)

– 32022 D 0349: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/349 der Kommission vom 28. Februar 2022 (ABl. L 64 vom 2.3.2022, S. 60)

www.parlament.gv.at

– 32022 D 0417: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/417 der Kommission vom 8. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 42)

– 32022 D 0522: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/522 der Kommission vom 29. März 2022 (ABl. L 104 vom 1.4.2022, S. 74)

– 32022 D 0623: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/623 der Kommission vom 11. April 2022 (ABl. L 115 vom 13.4.2022, S. 90)

– 32022 D 0690: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/690 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 128 vom 2.5.2022, S. 3)

– 32022 D 0745: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/745 der Kommission vom 11. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 84)

– 32022 D 0817: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/817 der Kommission vom 20. Mai 2022 (ABl. L 146 vom 25.5.2022, S. 13)

– 32022 D 0898: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/898 der Kommission vom 3. Juni 2022 (ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 3)

– 32022 D 0963: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/963 der Kommission vom 17. Juni 2022 (ABl. L 165 vom 21.6.2022, S. 47)

– 32022 D 1021: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1021 der Kommission vom 27. Juni 2022 (ABl. L 170 vom 28.6.2022, S. 85)

– 32022 D 1200: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1200 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 138)

– 32022 D 1320: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1320 der Kommission vom 26. Juli 2022 (ABl. L 199 vom 28.7.2022, S. 12)

– 32022 D 1351: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1351 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 203 vom 3.8.2022, S. 3)

– 32022 D 1402: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1402 der Kommission vom 12. August 2022 (ABl. L 213 vom 16.8.2022, S. 65)

– 32022 D 1433: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1433 der Kommission vom 26. August 2022 (ABl. L 223 vom 29.8.2022, S. 1)

– 32022 D 1483: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1483 der Kommission vom 6. September 2022 (ABl. L 233 vom 8.9.2022, S. 52)

– 32022 D 1627: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1627 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 244 vom 21.9.2022, S. 19)

– 32022 D 1853: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1853 der Kommission vom 30. September 2022 (ABl. L 257 vom 5.10.2022, S. 13)

– 32022 D 1996: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1996 der Kommission vom 14. Oktober 2022 (ABl. L 273 vom 21.10.2022, S. 24)

– 32022 D 2098: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2098 der Kommission vom 25. Oktober 2022 (ABl. L 281 vom 31.10.2022, S. 73)

– 32022 D 2176: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2176 der Kommission vom 31. Oktober 2022 (ABl. L 286 vom 8.11.2022, S. 9)

– 32022 D 2322: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2322 der Kommission vom 21. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 164)

– 32023 D 0009: Durchführungsbeschluss (EU) 2023/9 der Kommission vom 20. Dezember 2022 (ABl. L 2 vom 4.1.2023, S. 34)

– 32023D0125: Durchführungsbeschluss (EU) 2023/125 der Kommission vom 10. Januar 2023 (ABl. L 16 vom 18.1.2023, S. 42)

17. 32021 R 2037: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2037 der Kommission vom 22. November 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Ausnahmen von der Pflicht der Unternehmer zur Registrierung von Aquakulturbetrieben und zur Führung von Aufzeichnungen (ABl. L 416 vom 23.11.2021, S. 80)

18. 32022 R 1345: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1345 der Kommission vom 1. August 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Registrierung und Zulassung von Betrieben, in denen Landtiere gehalten werden und Zuchtmaterial gewonnen, erzeugt, verarbeitet oder gelagert wird (ABl. L 202 vom 2.8.2022, S. 27)

19. 32022 D 2333: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2333 der Kommission vom 23. November 2022 betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Spanien und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/1913 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 22)

ABSCHNITT B

TIERISCHE ERZEUGNISSE

20. 32013 D 0443: Durchführungsbeschluss 2013/443/EU der Kommission vom 27. August 2013 betreffend bestimmte Maßnahmen zum Schutz vor der hoch pathogenen Aviären Influenza des Subtyps H7N7 in Italien einschließlich der Abgrenzung weiterer Sperrzonen und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses 2013/439/EU (ABl. L 230 vom 29.8.2013, S. 20), geändert durch:

– 32013 D 0453: Durchführungsbeschluss 2013/453/EU der Kommission vom 11. September 2013 (ABl. L 244 vom 13.9.2013, S. 34)

21. 32015 D 0315: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/315 der Kommission vom 25. Februar 2015 betreffend bestimmte Maßnahmen zum Schutz vor der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 in Deutschland (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 68)

www.parlament.gv.at

22. 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 zur Festlegung einheitlicher praktischer Modalitäten für die Durchführung der amtlichen Kontrollen in Bezug auf für den menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission in Bezug auf amtliche Kontrollen (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183, geändert durch:

   – 32020 R 2108: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2108 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 427 vom 17.12.2020, S. 1)

   – 32021 R 1709: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1709 der Kommission vom 23. September 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 84)

   – 32022 R 2503: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2503 der Kommission vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 325 vom 20.12.2022, S. 58)

23. 32020 R 0990: Delegierte Verordnung (EU) 2020/990 der Kommission vom 28. April 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Tiergesundheits- und Bescheinigungsanforderungen an Verbringungen von Wassertieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren innerhalb der Union (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 42)

24. 32020 R 2154: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2154 der Kommission vom 14. Oktober 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Tiergesundheits-, Bescheinigungs- und Meldeanforderungen bei Verbringungen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs, die von Landtieren stammen, innerhalb der Union (ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 5)

25. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

– 32022 D 1189: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1189 der Kommission vom 8. Juli 2022 betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in Deutschland (ABl. L 184 vom 11.7.2022, S. 66)

ABSCHNITT C

BESCHEINIGUNG

26. 32020 R 0990: Delegierte Verordnung (EU) 2020/990 der Kommission vom 28. April 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Tiergesundheits- und Bescheinigungsanforderungen an Verbringungen von Wassertieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren innerhalb der Union (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 42)

ABSCHNITT D

FINANZIERUNG VON KONTROLLEN

Siehe Teil III Kapitel 6.

ABSCHNITT E

SCHUTZMAßNAHMEN

27. 32001 D 0304: Entscheidung 2001/304/EG der Kommission vom 11. April 2001 über die Kennzeichnung und Verwendung bestimmter tierischer Erzeugnisse im Zusammenhang mit der Entscheidung 2001/172/EG mit Maßnahmen zum Schutz gegen die Maul- und Klauenseuche im Vereinigten Königreich (ABl. L 104 vom 13.4.2001, S. 6), geändert durch:

   – 32002 L 0049: Entscheidung 2002/49/EG der Kommission vom 23. Januar 2002 (ABl. L 189 vom 18.7.2002, S. 12)

28. 32002 D 0153: Entscheidung 2002/153/EG der Kommission vom 20. Februar 2002 mit Maßnahmen zum Schutz gegen die Maul- und Klauenseuche im Vereinigten Königreich, zur Aufhebung der Entscheidung 2001/740/EG und zur achten Änderung der Entscheidung 2001/327/EG (ABl. L 50 vom 21.2.2002, S. 98)

29. 32007 D 0314: Entscheidung 2007/314/EG der Kommission vom 30. April 2007 betreffend Maßnahmen Sloweniens nach Ausbrüchen der klassischen Schweinepest in Kroatien (ABl. L 118 vom 8.5.2007, S. 19)

www.parlament.gv.at

30. 32006 D 0605: Entscheidung 2006/605/EG der Kommission vom 6. September 2006 über Schutzmaßnahmen beim innergemeinschaftlichen Handel mit Hausgeflügel, das zur Aufstockung von Wildbeständen bestimmt ist (ABl. L 246 vom 8.9.2006, S. 12)

31. 32023 D 0110: Durchführungsbeschluss (EU) 2023/110 der Kommission vom 12. Januar 2023 zur Festlegung von Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit bestätigten Fällen eines Befalls mit dem Kleinen Bienenbeutenkäfer (*Aethina tumida*) in Italien und Frankreich sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/597 (ABl. L 13 vom 16.1.2023, S. 5)

32. 32021 R 0605: Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 der Kommission vom 7. April 2021 mit besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 1), geändert durch:

    – 32021 R 0623: Durchführungsverordnung (EU) 2021/623 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 137)

    – 32021 R 0687: Durchführungsverordnung (EU) 2021/687 der Kommission vom 26. April 2021 (ABl. L 143 vom 27.4.2021, S. 11)

    – 32021 R 0811: Durchführungsverordnung (EU) 2021/811 der Kommission vom 20. Mai 2021 (ABl. L 180 vom 21.5.2021, S. 114)

    – 32021 R 0902: Durchführungsverordnung (EU) 2021/902 der Kommission vom 3. Juni 2021 (ABl. L 197 vom 4.6.2021, S. 76)

    – 32021 R 0952: Durchführungsverordnung (EU) 2021/952 der Kommission vom 11. Juni 2021 (ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 95)

– 32021 R 0994: Durchführungsverordnung (EU) 2021/994 der Kommission vom 18. Juni 2021 (ABl. L 219 vom 21.6.2021, S. 1)

– 32021 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1090 der Kommission vom 2. Juli 2021 (ABl. L 236 vom 5.7.2021, S. 10)

– 32021 R 1141: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1141 der Kommission vom 12. Juli 2021 (ABl. L 247 vom 13.7.2021, S. 55)

– 32021 R 1205: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1205 der Kommission vom 20. Juli 2021 (ABl. L 261 vom 22.7.2021, S. 8)

– 32021 R 1268: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1268 der Kommission vom 29. Juli 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 99)

– 32021 R 1371: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1371 der Kommission vom 16. August 2021 (ABl. L 294 vom 17.8.2021, S. 14)

– 32021 R 1453: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1453 der Kommission vom 3. September 2021 (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 35)

– 32021 R 1714: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1714 der Kommission vom 24. September 2021 (ABl. L 342 vom 27.9.2021, S. 5)

– 32021 R 1794: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1794 der Kommission vom 8. Oktober 2021 (ABl. L 361 vom 12.10.2021, S. 4)

– 32021 R 1850: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1850 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 374 vom 22.10.2021, S. 12)

– 32021 R 1907: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1907 der Kommission vom 3. November 2021 (ABl. L 390 vom 4.11.2021, S. 1)

– 32021 R 2024: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2024 der Kommission vom 18. November 2021 (ABl. L 411 vom 19.11.2021, S. 3)

– 32021 R 2110: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2110 der Kommission vom 30. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 108)

– 32021 R 2249: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2249 der Kommission vom 16. Dezember 2021 (ABl. L 453 vom 17.12.2021, S. 48)

– 32021 R 2308: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2308 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 461 vom 27.12.2021, S. 40)

– 32022 R 0065: Durchführungsverordnung (EU) 2022/65 der Kommission vom 17. Januar 2022 (ABl. L 11 vom 18.1.2022, S. 13)

– 32022 R 0097: Durchführungsverordnung (EU) 2022/97 der Kommission vom 25. Januar 2022 (ABl. L 17 vom 26.1.2022, S. 3)

– 32022 R 0136: Durchführungsverordnung (EU) 2022/136 der Kommission vom 31. Januar 2022 (ABl. L 22 vom 1.2.2022, S. 5)

– 32022 R 0205: Durchführungsverordnung (EU) 2022/205 der Kommission vom 14. Februar 2022 (ABl. L 34 vom 16.2.2022, S. 6)

– 32022 R 0587: Durchführungsverordnung (EU) 2022/587 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 11)

– 32022 R 0705: Durchführungsverordnung (EU) 2022/705 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 64)

– 32022 R 0743: Durchführungsverordnung (EU) 2022/743 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 45)

– 32022 R 0852: Durchführungsverordnung (EU) 2022/852 der Kommission vom 20. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 23)

– 32022 R 0889: Durchführungsverordnung (EU) 2022/889 der Kommission vom 3. Juni 2022 (ABl. L 154 vom 7.6.2022, S. 37)

– 32022 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2022/917 der Kommission vom 13. Juni 2022 (ABl. L 159 vom 14.6.2022, S. 3)

– 32022 R 0946: Durchführungsverordnung (EU) 2022/946 der Kommission vom 17. Juni 2022 (ABl. L 164 vom 20.6.2022, S. 23)

– 32022 R 1196: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1196 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 77)

– 32022 R 1234: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1234 der Kommission vom 18. Juli 2022 (ABl. L 190 vom 19.7.2022, S. 79)

– 32022 R 1325: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1325 der Kommission vom 28. Juli 2022 (ABl. L 200 vom 29.7.2022, S. 109)

– 32022 R 1366: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1366 der Kommission vom 4. August 2022 (ABl. L 205 vom 5.8.2022, S. 234)

– 32022 R 1413: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1413 der Kommission vom 19. August 2022 (ABl. L 217 vom 22.8.2022, S. 6)

– 32022 R 1460: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1460 der Kommission vom 2. September 2022 (ABl. L 229 vom 5.9.2022, S. 27)

– 32022 R 1617: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1617 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 47)

– 32022 R 1841: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1841 der Kommission vom 30. September 2022 (ABl. L 254 vom 3.10.2022, S. 3)

– 32022 R 1911: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1911 der Kommission vom 6. Oktober 2022 (ABl. L 261 vom 7.10.2022, S. 6)

– 32022 R 2067: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2067 der Kommission vom 25. Oktober 2022 (ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 106)

– 32022 R 2204: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2204 der Kommission vom 11. November 2022 (ABl. L 293 vom 14.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2348: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2348 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 311 vom 2.12.2022, S. 97)

– 32022 R 2437: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2437 der Kommission vom 9. Dezember 2022 (ABl. L 319 vom 13.12.2022, S. 16)

– 32022 R 2486: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2486 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 33)

33. 32022 D 1189: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1189 der Kommission vom 8. Juli 2022 betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in Deutschland (ABl. L 184 vom 11.7.2022, S. 66)

34. 32022 D 1639: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1639 der Kommission vom 21. September 2022 betreffend bestimmte vorläufige Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Pockenseuche der Schafe und Ziegen in Spanien (ABl. L 247 vom 23.9.2022, S. 69)

ABSCHNITT F

MELDUNG GELISTETER SEUCHEN UND BERICHTERSTATTUNG HIERÜBER

35. 32020 R 2002: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2002 der Kommission vom 7. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Meldung gelisteter Seuchen innerhalb der Union und die Berichterstattung über gelistete Seuchen innerhalb der Union, in Bezug auf Formate und Verfahren für die Vorlage von Überwachungsprogrammen in der Union und von Tilgungsprogrammen und die Berichterstattung darüber sowie für Anträge auf Anerkennung des Status „seuchenfrei“ sowie in Bezug auf das elektronische Informationssystem (ABl. L 412 vom 8.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32022 R1183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1183 der Kommission vom 8. Juli 2022 (ABl. L 184 vom 11.7.2022, S. 6)

KAPITEL 2

KONTROLLSYSTEM FÜR EINFUHREN

ABSCHNITT A

LEBENDE TIERE

1. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

   – 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

   – 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

   – 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

2. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115, und ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

ABSCHNITT B

TIERISCHE ERZEUGNISSE

3. 32005 D 0092: Entscheidung 2005/92/EG der Kommission vom 2. Februar 2005 über die Tiergesundheitsbedingungen, Bescheinigungen und Übergangsbestimmungen hinsichtlich der Lagerung von Sendungen bestimmter Erzeugnisse tierischen Ursprungs in Freizonen, Freilagern und Gebäuden von Betreibern, die Beförderungsmittel im internationalen Seeverkehr in der Gemeinschaft versorgen (ABl. L 31 vom 4.2.2005, S. 62), geändert durch:

   – 32005 D 0755: Entscheidung 2005/755/EG der Kommission vom 25. Oktober 2005 (ABl. L 284 vom 27.10.2005, S. 8)

4. 32005 D 0093: Entscheidung 2005/93/EG der Kommission vom 2. Februar 2005 mit Übergangsbestimmungen hinsichtlich der Lagerung von Sendungen bestimmter Erzeugnisse tierischen Ursprungs in Zolllagern in der Gemeinschaft (ABl. L 31 vom 4.2.2005, S. 64), geändert durch:

   – 32005 D 0755: Entscheidung 2005/755/EG der Kommission vom 25. Oktober 2005 (ABl. L 284 vom 27.10.2005, S. 8)

5. 32019 R 1871: Verordnung (EU) 2019/1871 der Kommission vom 7. November 2019 betreffend die Referenzwerte für Maßnahmen für nicht zulässige pharmakologisch wirksame Stoffe, die in Lebensmitteln tierischen Ursprungs enthalten sind, und zur Aufhebung der Entscheidung 2005/34/EG (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 41)

6. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

   – 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

   – 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

   – 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

7. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

   – 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

   – 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

8. 31992 D 0563: Entscheidung 92/563/EWG der Kommission vom 19. November 1992 über die vom SHIFT-Projekt vorgesehene Datenbank über die gemeinschaftlichen Einfuhrbedingungen (ABl. L 361 vom 10.12.1992, S. 45)

9. 31997 D 0394: Entscheidung 97/394/EG der Kommission vom 6. Juni 1997 zur Festlegung der Mindestangaben für die Datenbanken mit Informationen über die in die Gemeinschaft eingeführten Tiere und Erzeugnisse (ABl. L 164 vom 21.6.1997, S. 42)

ABSCHNITT C

SCHUTZMAßNAHMEN

10. 32002 D 0251: Entscheidung 2002/251/EG der Kommission vom 27. März 2002 über Schutzmaßnahmen betreffend Geflügelfleisch und bestimmte Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse aus Thailand, die für den menschlichen Verzehr bestimmt sind (ABl. L 84 vom 28.3.2002, S. 77), geändert durch:

    – 32003 D 0895: Entscheidung 2003/895/EG der Kommission vom 19. Dezember 2003 (ABl. L 333 vom 20.12.2003, S. 92)

11. 32002 D 0805: Entscheidung 2002/805/EG der Kommission vom 15. Oktober 2002 über Schutzmaßnahmen betreffend für die Tierernährung bestimmte und aus der Ukraine eingeführte Erzeugnisse tierischen Ursprungs (ABl. L 278 vom 16.10.2002, S. 24)

12. 32002 D 0994: Entscheidung 2002/994/EG der Kommission vom 20. Dezember 2002 über Schutzmaßnahmen betreffend aus China eingeführte Erzeugnisse tierischen Ursprungs (ABl. L 348 vom 21.12.2002, S. 154), geändert durch:

    – 32004 D 0621: Entscheidung 2004/621/EG der Kommission vom 26. August 2004 (ABl. L 279 vom 28.8.2004, S. 44)

    – 32005 D 0573: Entscheidung 2005/573/EG der Kommission vom 22. Juli 2005 (ABl. L 193 vom 23.7.2005, S. 41)

– 32008 D 0463: Entscheidung 2008/463/EG der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 160 vom 19.6.2008, S. 34)

– 32008 D 0639: Entscheidung 2008/639/EG der Kommission vom 30. Juli 2008 (ABl. L 207 vom 5.8.2008, S. 30)

– 32009 D 0799: Entscheidung 2009/799/EG der Kommission vom 29. Oktober 2009 (ABl. L 285 vom 31.10.2009, S. 42)

– 32012 D 0482: Durchführungsbeschluss 2012/482/EU der Kommission vom 20. August 2012 (ABl. L 226 vom 22.8.2012, S. 5)

– 32015 D 1068: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1068 der Kommission vom 1. Juli 2015 (ABl. L 174 vom 3.7.2015, S. 30)

13. 32003 D 0459: Entscheidung 2003/459/EG der Kommission vom 20. Juni 2003 mit Maßnahmen zum Schutz gegen Affenpocken (ABl. L 154 vom 21.6.2003, S. 112)

14. 32004 D 0225: Entscheidung 2004/225/EG der Kommission vom 2. März 2004 über Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit bestimmten lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen mit Ursprung in oder Herkunft aus Albanien (ABl. L 68 vom 6.3.2004, S. 34)

15. 32006 D 0027: Entscheidung 2006/27/EG der Kommission vom 16. Januar 2006 über Sondervorschriften für die Einfuhr von zum Verzehr bestimmtem Fleisch- und Fleischerzeugnissen von Equiden aus Mexiko (ABl. L 19 vom 24.1.2006, S. 30)

16. 32006 D 0146: Entscheidung 2006/146/EG der Kommission vom 21. Februar 2006 über Schutzmaßnahmen gegenüber Flughunden, Hunden und Katzen mit Herkunft aus Malaysia (Halbinsel) und Australien (ABl. L 55 vom 25.2.2006, S. 44)

17. 32007 D 0642: Entscheidung 2007/642/EG der Kommission vom 4. Oktober 2007 über Sofortmaßnahmen für die Einfuhr von zum Verzehr bestimmten Fischereierzeugnissen aus Albanien (ABl. L 260 vom 5.10.2007, S. 21)

18. 32008 D 0161: Entscheidung 2008/161/EG der Kommission vom 22. Februar 2008 mit Maßnahmen zum Schutz gegen die hoch pathogene Aviäre Influenza in Israel und zur Abweichung von der Entscheidung 2006/696/EG (ABl. L 52 vom 27.2.2008, S. 21)

19. 32008 R 1252: Verordnung (EG) Nr. 1252/2008 der Kommission vom 12. Dezember 2008 zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 1251/2008 und zur Aussetzung der Einfuhr von Sendungen bestimmter Tiere in Aquakultur aus Malaysia in die Gemeinschaft (ABl. L 337 vom 16.12.2008, S. 76)

ABSCHNITT D

FINANZIERUNG VON KONTROLLEN

Siehe Teil III Kapitel 6.

ABSCHNITT E

VERSCHIEDENES

20. 31978 D 0685: Entscheidung 78/685/EWG der Kommission vom 26. Juli 1978 zur Erstellung einer Liste von Tierseuchen im Sinne der Richtlinie 72/462/EWG (ABl. L 227 vom 18.8.1978, S. 32)

21. 31986 D 0474: Entscheidung 86/474/EWG der Kommission vom 11. September 1986 zur Durchführung tierärztlicher Kontrollen an Ort und Stelle im Rahmen der Regelung über die Einfuhr von Rindern und Schweinen und frischem Fleisch aus Drittländern (ABl. L 279 vom 30.9.1986, S. 55)

KAPITEL 3

KENNZEICHNUNG UND REGISTRIERUNG VON TIEREN
UND REGISTRIERUNG IHRER VERBRINGUNGEN

ABSCHNITT A

RINDER

1. 32000 R 1760: Verordnung (EG) Nr. 1760/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern und über die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 820/97 des Rates (ABl. L 204 vom 11.8.2000, S. 1), geändert durch:

   – 12003T: Beitrittsakte von 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 432)

   – 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

   – 32014 R 0653: Verordnung (EU) Nr. 653/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 33), berichtigt in ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 9

   – 32016 R 0429: Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1)

2. 32022 R 0160: Durchführungsverordnung (EU) 2022/160 der Kommission vom 4. Februar 2022 zur Festlegung einheitlicher Mindesthäufigkeiten bestimmter amtlicher Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung der Tiergesundheitsanforderungen der Union gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1082/2003 und (EG) Nr. 1505/2006 (ABl. L 26 vom 7.2.2022, S. 11)

3. 31999 D 0317: Entscheidung 99/317/EG der Kommission vom 28. April 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der finnischen Datenbank für Rinder (ABl. L 122 vom 12.5.1999, S. 40)

4. 31999 D 0375: Entscheidung 1999/375/EG der Kommission vom 19. Mai 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der luxemburgischen Datenbank für Rinder (ABl. L 144 vom 9.6.1999, S. 34)

5. 31999 D 0376: Entscheidung 1999/376/EG der Kommission vom 19. Mai 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der dänischen Datenbank für Rinder (ABl. L 144 vom 9.6.1999, S. 35)

6. 31999 D 0377: Entscheidung 1999/377/EG der Kommission vom 19. Mai 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der belgischen Datenbank für Rinder (ABl. L 144 vom 9.6.1999, S. 36)

7. 31999 D 0546: Entscheidung 1999/546/EG der Kommission vom 13. Juli 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der niederländischen Datenbank für Rinder (ABl. L 209 vom 7.8.1999, S. 32)

8. 31999 D 0571: Entscheidung 1999/571/EG der Kommission vom 28. Juli 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der österreichischen Datenbank für Rinder (ABl. L 217 vom 17.8.1999, S. 62)

9. 31999 D 0693: Entscheidung 1999/693/EG der Kommission vom 5. Oktober 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der schwedischen Datenbank für Rinder (ABl. L 273 vom 23.10.1999, S. 14)

10. 31999 D 0696: Entscheidung 1999/696/EG der Kommission vom 11. Oktober 1999 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der Datenbank Nordirlands für Rinder (ABl. L 275 vom 26.10.1999, S. 32)

11. 32001 D 0399: Entscheidung 2001/399/EG der Kommission vom 7. Mai 2001 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der französischen Datenbank für Rinder (ABl. L 140 vom 24.5.2001, S. 69)

12. 32002 D 0067: Entscheidung 2002/67/EG der Kommission vom 28. Januar 2002 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der deutschen Datenbank für Rinder (ABl. L 26 vom 30.1.2002, S. 17)

13. 32004 D 0588: Entscheidung 2004/588/EG der Kommission vom 3. Juni 2004 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der maltesischen Datenbank für Rinder (ABl. L 257 vom 4.8.2004, S. 8)

14. 32004 D 0590: Entscheidung 2004/590/EG der Kommission vom 4. Juni 2004 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der zyprischen Datenbank für Rinder (ABl. L 260 vom 6.8.2004, S. 9)

15. 32006 D 0132: Entscheidung 2006/132/EG der Kommission vom 13. Februar 2006 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der italienischen Datenbank für Rinder (ABl. L 52 vom 23.2.2006, S. 33)

16. 32010 D 0692: Beschluss 2010/692/EU der Kommission vom 15. November 2010 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der lettischen Rinderdatenbank (ABl. L 299 vom 17.11.2010, S. 45)

17. 32011 D 0685: Durchführungsbeschluss 2011/685/EU der Kommission vom 13. Oktober 2011 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der litauischen Rinderdatenbank (ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 36)

ABSCHNITT B

SCHAFE UND ZIEGEN

18. 32022 R 0160: Durchführungsverordnung (EU) 2022/160 der Kommission vom 4. Februar 2022 zur Festlegung einheitlicher Mindesthäufigkeiten bestimmter amtlicher Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung der Tiergesundheitsanforderungen der Union gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1082/2003 und (EG) Nr. 1505/2006 (ABl. L 26 vom 7.2.2022, S. 11)

19. 32005 D 0597: Entscheidung 2005/597/EG der Kommission vom 2. August 2005 zur Anerkennung des Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Schafen in Irland gemäß Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung (EG) Nr. 21/2004 des Rates (ABl. L 204 vom 5.8.2005, S. 21)

ABSCHNITT C

EQUIDEN

20. 32015 R 0262: Durchführungsverordnung (EU) 2015/262 der Kommission vom 17. Februar 2015 zur Festlegung von Vorschriften gemäß den Richtlinien 90/427/EWG und 2009/156/EG des Rates in Bezug auf die Methoden zur Identifizierung von Equiden (Equidenpass-Verordnung) (ABl. L 59 vom 3.3.2015, S. 1)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 4

KONTROLLMAßNAHMEN IN BEZUG AUF TIERSEUCHEN

1. 32022 R 0139: Delegierte Verordnung (EU) 2022/139 der Kommission vom 16. November 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Verwaltung, Lagerung und Ergänzung der Bestände der Unionsbanken für Antigene, Impfstoffe und diagnostische Reagenzien sowie die Anforderungen an den Schutz vor biologischen Gefahren, die biologische Sicherheit und das biologische Containment für den Betrieb dieser Banken (ABl. L 23 vom 2.2.2022, S. 1)

ABSCHNITT A

MAUL- UND KLAUENSEUCHE

2. 32021 R 2156: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2156 der Kommission vom 17. September 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Einrichtung eines Referenzlaboratoriums der Europäischen Union für Rifttalfieber (ABl. L 436 vom 7.12.2021, S. 26)

ABSCHNITT B

KLASSISCHE SCHWEINEPEST

3. 32021 R 0934: Durchführungsverordnung (EU) 2021/934 der Kommission vom 9. Juni 2021 mit besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der klassischen Schweinepest (ABl. L 204 vom 10.6.2021, S. 18), geändert durch:

   – 32021 R 2158: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2158 der Kommission vom 6. Dezember 2021 (ABl. L 436 vom 7.12.2021, S. 35)

ABSCHNITT C

AFRIKANISCHE PFERDEPEST

ABSCHNITT D

AVIÄRE INFLUENZA

ABSCHNITT E

FISCH- UND WEICHTIERKRANKHEITEN

4. 32021 D 0260: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/260 der Kommission vom 11. Februar 2021 über die Genehmigung nationaler Maßnahmen zur Begrenzung der Auswirkungen bestimmter Wassertierseuchen gemäß Artikel 226 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 2010/221/EU der Kommission (ABl. L 59 vom 19.2.2021, S. 1), geändert durch:

   – 32022 D 0181: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/181 der Kommission vom 9. Februar 2022 (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 40)

   – 32022 D 1188: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1188 der Kommission vom 8. Juli 2022 (ABl. L 184 vom 11.7.2022, S. 59)

ABSCHNITT F

TRANSMISSIBLE SPONGIFORME ENZEPHALOPATHIEN

5. 32001 R 0999: Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (ABl. L 147 vom 31.5.2001, S. 1), geändert durch:

   – 32001 R 1248: Verordnung (EG) Nr. 1248/2001 der Kommission vom 22. Juni 2001 (ABl. L 173 vom 27.6.2001, S. 12)

– 32001 R 1326: Verordnung (EG) Nr. 1326/2001 der Kommission vom 29. Juni 2001 (ABl. L 177 vom 30.6.2001, S. 60)

– 32002 R 0270: Verordnung (EG) Nr. 270/2002 der Kommission vom 14. Februar 2002 (ABl. L 45 vom 15.2.2002, S. 4)

– 32002 R 1494: Verordnung (EG) Nr. 1494/2002 der Kommission vom 21. August 2002 (ABl. L 225 vom 22.8.2002, S. 3)

– 12003T: Beitrittsakte von 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 434)

– 32003 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2003 der Kommission vom 12. Februar 2003 (ABl. L 37 vom 13.2.2003, S. 7)

– 32003 R 1053: Verordnung (EG) Nr. 1053/2003 der Kommission vom 19. Juni 2003 (ABl. L 152 vom 20.6.2003, S. 8)

– 32003 R 1128: Verordnung (EG) Nr. 1128/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 1)

– 32003 R 1139: Verordnung (EG) Nr. 1139/2003 der Kommission vom 27. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 22)

– 32003 R 1234: Verordnung (EG) Nr. 1234/2003 der Kommission vom 10. Juli 2003 (ABl. L 173 vom 11.7.2003, S. 6)

– 32003 R 1809: Verordnung (EG) Nr. 1809/2003 der Kommission vom 15. Oktober 2003 (ABl. L 265 vom 16.10.2003, S. 10)

– 32003 R 1915: Verordnung (EG) Nr. 1915/2003 der Kommission vom 30. Oktober 2003 (ABl. L 283 vom 31.10.2003, S. 29)

– 32003 R 2245: Verordnung (EG) Nr. 2245/2003 der Kommission vom 19. Dezember 2003 (ABl. L 333 vom 20.12.2003, S. 28)

– 32004 R 0876: Verordnung (EG) Nr. 876/2004 der Kommission vom 29. April 2004 (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 52)

– 32004 R 1471: Verordnung (EG) Nr. 1471/2004 der Kommission vom 18. August 2004 (ABl. L 271 vom 19.8.2004, S. 24)

– 32004 R 1492: Verordnung (EG) Nr. 1492/2004 der Kommission vom 23. August 2004 (ABl. L 274 vom 24.8.2004, S. 3)

– 32004 R 1993: Verordnung (EG) Nr. 1993/2004 der Kommission vom 19. November 2004 (ABl. L 344 vom 20.11.2004, S. 12)

– 32005 R 0036: Verordnung (EG) Nr. 36/2005 der Kommission vom 12. Januar 2005 (ABl. L 10 vom 13.1.2005, S. 9)

– 32005 R 0214: Verordnung (EG) Nr. 214/2005 der Kommission vom 9. Februar 2005 (ABl. L 37 vom 10.2.2005, S. 9)

– 32005 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2005 der Kommission vom 16. Februar 2005 (ABl. L 46 vom 17.2.2005, S. 31)

– 32005 R 0932: Verordnung (EG) Nr. 932/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2005 (ABl. L 163 vom 23.6.2005, S. 1)

– 32005 R 1292: Verordnung (EG) Nr. 1292/2005 der Kommission vom 5. August 2005 (ABl. L 205 vom 6.8.2005, S. 3)

– 32005 R 1974: Verordnung (EG) Nr. 1974/2005 der Kommission vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 317 vom 3.12.2005, S. 4)

– 32006 R 0253: Verordnung (EG) Nr. 253/2006 der Kommission vom 14. Februar 2006 (ABl. L 44 vom 15.2.2006, S. 9)

– 32006 R 0339: Verordnung (EG) Nr. 339/2006 der Kommission vom 24. Februar 2006 (ABl. L 55 vom 25.2.2006, S. 5)

– 32006 R 0657: Verordnung (EG) Nr. 657/2006 der Kommission vom 10. April 2006 (ABl. L 116 vom 29.4.2006, S. 9)

– 32006 R 0688: Verordnung (EG) Nr. 688/2006 der Kommission vom 4. Mai 2006 (ABl. L 120 vom 5.5.2006, S. 10)

– 32006 R 1041: Verordnung (EG) Nr. 1041/2006 der Kommission vom 7. Juli 2006 (ABl. L 187 vom 8.7.2006, S. 10)

– 32006 R 1923: Verordnung (EG) Nr. 1923/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 1)

– 32007 R 0722: Verordnung (EG) Nr. 722/2007 der Kommission vom 25. Juni 2007 (ABl. L 164 vom 26.6.2007, S. 7)

– 32007 R 0727: Verordnung (EG) Nr. 727/2007 der Kommission vom 26. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 8)

– 32007 R 1275: Verordnung (EG) Nr. 1275/2007 der Kommission vom 29. Oktober 2007 (ABl. L 284 vom 30.10.2007, S. 8)

– 32007 R 1428: Verordnung (EG) Nr. 1428/2007 der Kommission vom 4. Dezember 2007 (ABl. L 317 vom 5.12.2007, S. 61)

– 32008 R 0021: Verordnung (EG) Nr. 21/2008 der Kommission vom 11. Januar 2008 (ABl. L 9 vom 12.1.2008, S. 3)

– 32008 R 0315: Verordnung (EG) Nr. 315/2008 der Kommission vom 4. April 2008 (ABl. L 94 vom 5.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0357: Verordnung (EG) Nr. 357/2008 der Kommission vom 22. April 2008 (ABl. L 111 vom 23.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0553: Verordnung (EG) Nr. 553/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 158 vom 18.6.2008, S. 5), berichtigt in ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 49

– 32008 R 0571: Verordnung (EG) Nr. 571/2008 der Kommission vom 19. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 4)

– 32008 R 0746: Verordnung (EG) Nr. 746/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 202 vom 31.7.2008, S. 11)

– 32008 R 0956: Verordnung (EG) Nr. 956/2008 der Kommission vom 29. September 2008 (ABl. L 260 vom 30.9.2008, S. 8)

– 32009 R 0103: Verordnung (EG) Nr. 103/2009 der Kommission vom 3. Februar 2009 (ABl. L 34 vom 4.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0162: Verordnung (EG) Nr. 162/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0163: Verordnung (EG) Nr. 163/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 17)

– 32009 R 0220: Verordnung (EG) Nr. 220/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 155)

– 32010 R 0956: Verordnung (EU) Nr. 956/2010 der Kommission vom 22. Oktober 2010 (ABl. L 279 vom 23.10.2010, S. 10)

– 32011 R 0189: Verordnung (EU) Nr. 189/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 (ABl. L 53 vom 26.2.2011, S. 56)

– 32012 R 1064: Verordnung (EU) Nr. 1064/2012 der Kommission vom 13. November 2012 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 13)

– 32013 R 0056: Verordnung (EU) Nr. 56/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 3)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0630: Verordnung (EU) Nr. 630/2013 der Kommission vom 28. Juni 2013 (ABl. L 179 vom 29.6.2013, S. 60)

– 32014 R 1148: Verordnung (EU) Nr. 1148/2014 der Kommission vom 28. Oktober 2014 (ABl. L 308 vom 29.10.2014, S. 66)

– 32015 R 0728: Verordnung (EU) 2015/728 der Kommission vom 6. Mai 2015 (ABl. L 116 vom 7.5.2015, S. 1)

– 32015 R 1162: Verordnung (EU) 2015/1162 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 3)

– 32016 R 0027: Verordnung (EU) 2016/27 der Kommission vom 13. Januar 2016 (ABl. L 9 vom 14.1.2016, S. 4)

– 32016 R 1396: Verordnung (EU) 2016/1396 der Kommission vom 18. August 2016 (ABl. L 225 vom 19.8.2016, S. 76)

– 32017 R 0110: Verordnung (EU) 2017/110 der Kommission vom 23. Januar 2017 (ABl. L 18 vom 24.1.2017, S. 42)

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) 2017/736 der Kommission vom 26. April 2017 (ABl. L 110 vom 27.4.2017, S. 2)

– 32017 R 0893: Verordnung (EU) 2017/893 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 92)

– 32017 R 0894: Verordnung (EU) 2017/894 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 117)

– 32017 R 1972: Verordnung (EU) 2017/1972 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 14)

– 32018 R 0221: Verordnung (EU) 2018/221 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 43 vom 16.2.2018, S. 6)

– 32018 R 0969: Verordnung (EU) 2018/969 der Kommission vom 9. Juli 2018 (ABl. L 174 vom 10.7.2018, S. 12)

– 32019 R 0319: Verordnung (EU) 2019/319 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 61 vom 28.2.2019, S. 1)

– 32019 R 1091: Verordnung (EU) 2019/1091 der Kommission vom 26. Juni 2019 (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 42)

– 32020 R 0772: Verordnung (EU) 2020/772 der Kommission vom 11. Juni 2020 (ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 43)

– 32020 R 1593: Verordnung (EU) 2020/1593 der Kommission vom 29. Oktober 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 13)

– 32021 R 1176: Verordnung (EU) 2021/1176 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 56)

– 32021 R 1372: Verordnung (EU) 2021/1372 der Kommission vom 17. August 2021 (ABl. L 295 vom 18.8.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 51

– 32022 R 0175: Verordnung (EU) 2022/175 der Kommission vom 9. Februar 2022 (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 1)

– 32022 R 2246: Verordnung (EU) 2022/2246 der Kommission vom 15. November 2022 (ABl. L 295 vom 16.11.2022, S. 1)

6. 32007 D 0411: Entscheidung 2007/411/EG der Kommission vom 14. Juni 2007 zum Verbot des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die von im Vereinigten Königreich vor dem 1. August 1996 geborenen oder aufgezogenen Rindern stammen, und zum Ausschluss dieser Tiere von bestimmten in der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 festgelegten Kontroll- und Tilgungsmaßnahmen sowie zur Aufhebung der Entscheidung 2005/598/EG (ABl. L 155 vom 15.6.2007, S. 74)

7. 32007 D 0453: Entscheidung 2007/453/EG der Kommission vom 29. Juni 2007 zur Festlegung des BSE-Status von Mitgliedstaaten, Drittländern oder Gebieten davon nach ihrem BSE-Risiko (ABl. L 172 vom 30.6.2007, S. 84), geändert durch:

   – 32008 D 0829: Entscheidung 2008/829/EG der Kommission vom 30. Oktober 2008 (ABl. L 294 vom 1.11.2008, S. 14)

   – 32009 D 0830: Entscheidung 2009/830/EG der Kommission vom 11. November 2009 (ABl. L 295 vom 12.11.2009, S. 11)

   – 32010 D 0749: Beschluss 2010/749/EU der Kommission vom 2. Dezember 2010 (ABl. L 318 vom 4.12.2010, S. 47)

   – 32012 D 0111: Durchführungsbeschluss 2012/111/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 50 vom 23.2.2012, S. 49)

   – 32012 D 0489: Durchführungsbeschluss 2012/489/EU der Kommission vom 24. August 2012 (ABl. L 231 vom 28.8.2012, S. 13)

   – 32013 D 0429: Durchführungsbeschluss 2013/429/EU der Kommission vom 9. August 2013 (ABl. L 217 vom 13.8.2013, S. 37)

   – 32014 D 0732: Durchführungsbeschluss 2014/732/EU der Kommission vom 20. Oktober 2014 (ABl. L 302 vom 22.10.2014, S. 58)

   – 32015 D 1356: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1356 der Kommission vom 4. August 2015 (ABl. L 209 vom 6.8.2015, S. 5)

– 32016 D 0600: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/600 der Kommission vom 15. April 2016 (ABl. L 103 vom 19.4.2016, S. 41)

– 32016 D 0701: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/701 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 121 vom 11.5.2016, S. 22)

– 32016 D 1100: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1100 der Kommission vom 5. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 47)

– 32017 D 1396: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1396 der Kommission vom 26. Juli 2017 (ABl. L 197 vom 28.7.2017, S. 9)

– 32019 D 0599: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/599 der Kommission vom 11. April 2019 (ABl. L 103 vom 12.4.2019, S. 31)

– 32019 D 1773: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1773 der Kommission vom 23. Oktober 2019 (ABl. L 270 vom 24.10.2019, S. 116)

– 32020 D 0919: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/919 der Kommission vom 30. Juni 2020 (ABl. L 209 vom 2.7.2020, S. 19)

– 32020 D 2212: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2212 der Kommission vom 22. Dezember 2020 (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 44)

– 32021 D 1321: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1321 der Kommission vom 6. August 2021 (ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 17)

– 32022 D 1377: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1377 der Kommission vom 4. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 51)

8. 32007 D 0667: Entscheidung 2007/667/EG der Kommission vom 15. Oktober 2007 zur Genehmigung der Nutzung gefährdeter Rinder bis zum Ende ihres produktiven Lebens in Deutschland nach amtlicher Bestätigung eines BSE-Falls (ABl. L 271 vom 16.10.2007, S. 16)

9. 32009 D 0719: Entscheidung 2009/719/EG der Kommission vom 28. September 2009 zur Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten, ihr jährliches BSE-Überwachungsprogramm zu überarbeiten (ABl. L 256 vom 29.9.2009, S. 35), geändert durch:

   – 32010 D 0066: Beschluss 2010/66/EU der Kommission vom 5. Februar 2010 (ABl. L 35 vom 6.2.2010, S. 21)

   – 32011 D 0358: Durchführungsbeschluss 2011/358/EU der Kommission vom 17. Juni 2011 (ABl. L 161 vom 21.6.2011, S. 29)

   – 32013 D 0076: Durchführungsbeschluss 2013/76/EU der Kommission vom 4. Februar 2013 (ABl. L 35 vom 6.2.2013, S. 6)

   – 32016 D 0851: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/851 der Kommission vom 26. Mai 2016 (ABl. L 141 vom 28.5.2016, S. 131)

10. 32013 D 0137: Durchführungsbeschluss 2013/137/EU der Kommission vom 15. März 2013 zur Genehmigung der Nutzung gefährdeter Rinder bis zum Ende ihres produktiven Lebens in Spanien nach amtlicher Bestätigung eines BSE-Falls (ABl. L 75 vom 19.3.2013, S. 37)

11. 32013 R 0631: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 631/2013 der Kommission vom 28. Juni 2013 zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 546/2006 und der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 233/2012 (ABl. L 179 vom 29.6.2013, S. 84)

ABSCHNITT G

ZOONOSEN

12. 32003 R 2160: Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 zur Bekämpfung von Salmonellen und bestimmten anderen durch Lebensmittel übertragbaren Zoonoseerregern (ABl. L 325 vom 12.12.2003, S. 1), geändert durch:

– 32007 R 1237: Verordnung (EG) Nr. 1237/2007 der Kommission vom 23. Oktober 2007 (ABl. L 280 vom 24.10.2007, S. 5)

– 32009 R 0213: Verordnung (EG) Nr. 213/2009 der Kommission vom 18. März 2009 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 5)

– 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

– 32011 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 (ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 45), berichtigt in ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 90

– 32009 R 0213: Verordnung (EU) Nr. 1086/2011 der Kommission vom 27. Oktober 2011 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 5)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32016 R 0429: Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1)

13. 32003 L 0099: Richtlinie 2003/99/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 zur Überwachung von Zoonosen und Zoonoseerregern und zur Änderung der Entscheidung 90/424/EWG des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 92/117/EWG des Rates (ABl. L 325 vom 12.12.2003, S. 31), geändert durch:

– 32006 L 0104: Richtlinie 2006/104/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 352)

– 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

– 32013 L 0020: Richtlinie 2013/20/EU des Rates vom 13. Mai 2013

14. 32004 D 0564: Entscheidung 2004/564/EG der Kommission vom 20. Juli 2004 betreffend Gemeinschaftliche Referenzlaboratorien für die Epidemiologie von Zoonosen und für Salmonellen sowie nationale Referenzlaboratorien für Salmonellen (ABl. L 251 vom 27.7.2004, S. 14)

15. 32006 R 1177: Verordnung (EG) Nr. 1177/2006 der Kommission vom 1. August 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bestimmungen über die Anwendung von spezifischen Bekämpfungsmethoden im Rahmen der nationalen Programme zur Bekämpfung von Salmonellen bei Geflügel (ABl. L 212 vom 2.8.2006, S. 3)

16. 32006 D 0759: Entscheidung 2006/759/EG der Kommission vom 8. November 2006 zur Genehmigung bestimmter nationaler Programme zur Bekämpfung von Salmonellen bei Zuchtherden von *Gallus gallus* (ABl. L 311 vom 10.11.2006, S. 46)

17. 32007 D 0843: Entscheidung 2007/843/EG der Kommission vom 11. Dezember 2007 über die Genehmigung von Programmen zur Bekämpfung von Salmonellen in *Gallus-gallus*-Zuchtherden in bestimmten Drittländern gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Entscheidung 2006/696/EG hinsichtlich bestimmter, die öffentliche Gesundheit betreffender Anforderungen bei der Einfuhr von Geflügel und Bruteiern (ABl. L 332 vom 18.12.2007, S. 81), geändert durch:

    – 32011 D 0238: Beschluss 2011/238/EU der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 73)

18. 32007 D 0848: Entscheidung 2007/848/EG der Kommission vom 11. Dezember 2007 zur Genehmigung bestimmter nationaler Programme zur Salmonellenbekämpfung bei Legehennenbeständen der Spezies *Gallus gallus* (ABl. L 333 vom 19.12.2007, S. 83)

19. 3200 7 D 0849: Entscheidung 2007/849/EG der Kommission vom 12. Dezember 2007 zur Genehmigung der Änderungen an dem von Finnland vorgelegten nationalen Programm zur Salmonellenbekämpfung bei Zuchtherden der Spezies *Gallus gallus* (ABl. L 333 vom 19.12.2007, S. 85)

20. 32007 D 0873: Entscheidung 2007/873/EG der Kommission vom 18. Dezember 2007 zur Genehmigung des von Bulgarien vorgelegten nationalen Programms zur Salmonellenbekämpfung bei Zuchtherden der Spezies *Gallus gallus* (ABl. L 344 vom 28.12.2007, S. 45)

21. 32007 D 0874: Entscheidung 2007/874/EG der Kommission vom 18. Dezember 2007 zur Genehmigung des von Rumänien vorgelegten nationalen Programms zur Salmonellenbekämpfung bei Zuchtherden der Spezies *Gallus gallus* (ABl. L 344 vom 28.12.2007, S. 46)

22. 32008 D 0055: Entscheidung 2008/55/EG der Kommission vom 20. Dezember 2007 über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft für eine Erhebung in den Mitgliedstaaten über die Prävalenz von *Salmonella* spp. und Methicillin-resistentem *Staphylococcus aureus* in Zuchtschweinebeständen (ABl. L 14 vom 17.1.2008, S. 10)

23. 32008 D 0815: Entscheidung 2008/815/EG der Kommission vom 20. Oktober 2008 zur Genehmigung bestimmter nationaler Programme zur Salmonellenbekämpfung in Masthähnchenbeständen der Spezies *Gallus gallus* (ABl. L 283 vom 28.10.2008, S. 43)

24. 32008 R 1291: Verordnung (EG) Nr. 1291/2008 der Kommission vom 18. Dezember 2008 über die Genehmigung von Programmen zur Salmonellenbekämpfung in bestimmten Drittländern gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Auflistung von Programmen zur Überwachung auf aviäre Influenza in bestimmten Drittländern und zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 798/2008 (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 22), geändert durch:

    – 32011 R 0364: Verordnung (EU) Nr. 364/2011 der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 30)

    – 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

25. 32009 D 0771: Entscheidung 2009/771/EG der Kommission vom 20. Oktober 2009 zur Genehmigung bestimmter nationaler Programme zur Salmonellenbekämpfung bei Puten (ABl. L 275 vom 21.10.2009, S. 28)

26. 32010 R 0200: Verordnung (EU) Nr. 200/2010 der Kommission vom 10. März 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf ein Unionsziel zur Senkung der Prävalenz von *Salmonella*-Serotypen bei erwachsenen *Gallus-gallus*-Zuchtherden (ABl. L 61 vom 11.3.2010, S. 1), geändert durch:

– 32011 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 (ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 45), berichtigt in ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 90

– 32019 R 0268: Verordnung (EU) 2019/268 der Kommission vom 15. Februar 2019 (ABl. L 46 vom 18.2.2019, S. 11)

27. 32010 R 0254: Verordnung (EU) Nr. 254/2010 der Kommission vom 10. März 2010 über die Genehmigung eines Programms zur Salmonellenbekämpfung bei Geflügel in bestimmten Drittländern gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 798/2008 hinsichtlich des Salmonellenbekämpfungsstatus bestimmter Drittländer (ABl. L 80 vom 26.3.2010, S. 1)

28. 32011 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf ein Ziel der Europäischen Union zur Senkung der Prävalenz bestimmter *Salmonella*-Serotypen bei Legehennen der Spezies *Gallus gallus* sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 und der Verordnung (EU) Nr. 200/2010 der Kommission (ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 45), berichtigt in ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 90, geändert durch:

– 32019 R 0268: Verordnung (EU) 2019/268 der Kommission vom 15. Februar 2019 (ABl. L 46 vom 18.2.2019, S. 11)

29. 32012 R 0200: Verordnung (EU) Nr. 200/2012 der Kommission vom 8. März 2012 über ein Unionsziel zur Verringerung von *Salmonella enteritidis* und *Salmonella typhimurium* bei Masthähnchenherden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 71 vom 9.3.2012, S. 31), berichtigt in ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 90, geändert durch:

– 32019 R 0268: Verordnung (EU) 2019/268 der Kommission vom 15. Februar 2019 (ABl. L 46 vom 18.2.2019, S. 11)

30. 32012 R 1190: Verordnung (EU) Nr. 1190/2012 der Kommission vom 12. Dezember 2012 über ein EU-Ziel zur Verringerung von *Salmonella* Enteritidis und *Salmonella* Typhimurium bei Truthühnerherden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 340 vom 13.12.2012, S. 29), berichtigt in ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 91, geändert durch:

– 32019 R 0268: Verordnung (EU) 2019/268 der Kommission vom 15. Februar 2019 (ABl. L 46 vom 18.2.2019, S. 11)

31. 32013 D 0403: Durchführungsbeschluss 2013/403/EU der Kommission vom 25. Juli 2013 zur Genehmigung bestimmter geänderter Programme zur Tilgung, Bekämpfung und Überwachung von Tierseuchen und Zoonosen für das Jahr 2013 und zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2012/761/EU hinsichtlich der finanziellen Beteiligung der Union an bestimmten mit dem genannten Beschluss genehmigten Programmen (ABl. L 202 vom 27.7.2013, S. 30)

32. 32013 D 0766: Durchführungsbeschluss 2013/766/EU der Kommission vom 13. Dezember 2013 zur Genehmigung bestimmter geänderter Programme zur Tilgung, Bekämpfung und Überwachung von Tierseuchen und Zoonosen für das Jahr 2013, zur Änderung der Entscheidung 2008/897/EG zur Genehmigung der für 2009 und die Folgejahre vorgelegten Jahres- und Mehrjahresprogramme sowie zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2012/761/EU hinsichtlich der finanziellen Beteiligung der Union an bestimmten, mit dem genannten Beschluss genehmigten Programmen (ABl. L 338 vom 17.12.2013, S. 109)

33. 32016 R 0015: Durchführungsverordnung (EU) 2016/15 der Kommission vom 7. Januar 2016 zur Genehmigung des Programms der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zur Salmonellenbekämpfung bei Legehennen und zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 798/2008 in Bezug auf den Eintrag für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien in der Liste von Drittländern, aus denen Konsumeier in die Union verbracht werden dürfen (ABl. L 5 vom 8.1.2016, S. 1)

34. 32017 D 0302: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/302 der Kommission vom 15. Februar 2017 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Intensivhaltung oder -aufzucht von Geflügel oder Schweinen (ABl. L 43 vom 21.2.2017, S. 231), berichtigt in ABl. L 105 vom 21.4.2017, S. 21

35. 32020 D 1729: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1729 der Kommission vom 17. November 2020 zur Überwachung und Meldung von antimikrobieller Resistenz bei zoonotischen und kommensalen Bakterien und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses 2013/652/EU (ABl. L 387 vom 19.11.2020, S. 8)

ABSCHNITT H

ANDERE TIERSEUCHEN

36. 31998 D 0502: Entscheidung 98/502/EG der Kommission vom 27. Juli 1998 über die Inanspruchnahme eines Schlachthofes durch Italien in Anwendung des Anhangs II Nummer 7 der Richtlinie 92/119/EWG des Rates (ABl. L 225 vom 12.8.1998, S. 33)

37. 32007 D 0488: Entscheidung 2007/488/EG der Kommission vom 11. Juli 2007 zur Gewährung von Ausnahmen für Italien gemäß der Richtlinie 92/119/EWG des Rates hinsichtlich der Beförderung von Schlachtschweinen auf öffentlichen Verkehrswegen und Privatwegen zum Schlachthof innerhalb von Schutzzonen in Cremona (ABl. L 182 vom 12.7.2007, S. 34)

38. 32008 R 0180: Verordnung (EG) Nr. 180/2008 der Kommission vom 28. Februar 2008 über das Gemeinschaftsreferenzlaboratorium für Krankheiten von Equiden mit Ausnahme der Pferdepest und zur Änderung des Anhangs VII der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 56 vom 29.2.2008, S. 4), geändert durch:

– 32011 R 0208: Verordnung (EU) Nr. 208/2011 der Kommission vom 2. März 2011 (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 29)

– 32011 R 0880: Verordnung (EU) Nr. 880/2011 der Kommission vom 2. September 2011 (ABl. L 228 vom 3.9.2011, S. 8)

– 32013 R 0072: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 72/2013 der Kommission vom 25. Januar 2013 (ABl. L 26 vom 26.1.2013, S. 9)

www.parlament.gv.at

– 32017 R 0793: Durchführungsverordnung (EU) 2017/793 der Kommission vom 10. Mai 2017 (ABl. L 120 vom 11.5.2017, S. 5)

39. 32022 R 2304: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2304 der Kommission vom 24. November 2022 zur Benennung des Referenzlaboratoriums der Europäischen Union für Rifttalfieber (ABl. L 305 vom 25.11.2022, S. 51)

ABSCHNITT I

MELDUNG VON TIERSEUCHEN

40. 32005 D 0176: Entscheidung 2005/176/EG der Kommission vom 1. März 2005 zur Festlegung der Code-Form und der Codes für die Mitteilung von Tierseuchen gemäß der Richtlinie 82/894/EWG des Rates (ABl. L 59 vom 5.3.2005, S. 40), geändert durch:

– 32006 D 0924: Entscheidung 2006/924/EG der Kommission vom 13. Dezember 2006 (ABl. L 354 vom 14.12.2006, S. 48)

– 32008 D 0755: Entscheidung 2008/755/EG der Kommission vom 24. September 2008 (ABl. L 258 vom 26.9.2008, S. 72)

– 32009 D 0847: Entscheidung 2009/847/EG der Kommission vom 20. November 2009 (ABl. L 307 vom 21.11.2009, S. 7)

– 32010 D 0160: Beschluss 2010/160/EU der Kommission vom 17. März 2010 (ABl. L 68 vom 18.3.2010, S. 21)

ABSCHNITT J

GELISTETE SEUCHEN

41. 32020 R 0687: Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 64), geändert durch:

– 32021 R 1140: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1140 der Kommission vom 5. Mai 2021 (ABl. L 247 vom 13.7.2021, S. 50)

42. 32020 R 0689: Delegierte Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften betreffend Überwachung, Tilgungsprogramme und den Status „seuchenfrei“ für bestimmte gelistete und neu auftretende Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 211), geändert durch:

– 32021 R 0881: Delegierte Verordnung (EU) 2021/881 der Kommission vom 23. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 10)

43. 32020 R 0690: Durchführungsverordnung (EU) 2020/690 der Kommission Vom 17. Dezember 2019 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der gelisteten Seuchen, die Überwachungsprogrammen in der Union unterliegen, des geografischen Geltungsbereichs solcher Programme und der gelisteten Seuchen, für die der Status „seuchenfrei“ von Kompartimenten festgelegt werden kann (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 341)

44. 32021 R 0620: Durchführungsverordnung (EU) 2021/620 der Kommission vom 15. April 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Genehmigung des Status „seuchenfrei“ und des Status der Nichtimpfung für bestimmte Mitgliedstaaten oder Zonen oder Kompartimente dieser Mitgliedstaaten in Bezug auf bestimmte gelistete Seuchen und der Genehmigung von Tilgungsprogrammen für diese gelisteten Seuchen (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 78), geändert durch:

– 32021 R 1008: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1008 der Kommission vom 21. Juni 2021 (ABl. L 222 vom 22.6.2021, S. 12)

– 32021 R 1911: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1911 der Kommission vom 27. Oktober 2021 (ABl. L 389 vom 4.11.2021, S. 2)

– 32022 R 0214: Durchführungsverordnung (EU) 2022/214 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 16)

– 32022 R 1218: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1218 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 65)

ABSCHNITT K

VERSCHIEDENES

45. 32007 D 0142: Beschluss 2007/142/EG der Kommission vom 28. Februar 2007 zur Einrichtung eines Gemeinschaftlichen Veterinär-Notfallteams zur Unterstützung der Kommission bei der Hilfestellung für Mitgliedstaaten und Drittländer in Veterinärangelegenheiten im Zusammenhang mit bestimmten Tierseuchen (ABl. L 62 vom 1.3.2007, S. 27)

KAPITEL 5

HANDEL MIT LEBENDEN TIEREN, SPERMA, EIZELLEN UND EMBRYONEN IN DER UNION

ABSCHNITT A

RINDER UND SCHWEINE

1. 32003 D 0886: Entscheidung 2003/886/EG der Kommission vom 10. Dezember 2003 zur Festlegung der Kriterien für die Übermittlung der Angaben gemäß der Richtlinie 64/432/EWG des Rates (ABl. L 332 vom 19.12.2003, S. 53)

2. 32004 D 0315: Entscheidung 2004/315/EG der Kommission vom 26. März 2004 zur Anerkennung des Systems von Überwachungsnetzen für Rinderhaltungsbetriebe in Mitgliedstaaten oder Regionen von Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie 64/432/EWG des Rates (ABl. L 100 vom 6.4.2004, S. 43)

3. 32018 D 0718: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/718 der Kommission vom 14. Mai 2018 zur Aussetzung des Status Maltas als amtlich anerkannt tuberkulosefrei in Bezug auf die Rinderbestände und zur Änderung von Anhang I der Entscheidung 2003/467/EG (ABl. L 120 vom 16.5.2018, S. 12)

4. 32019 R 2035: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2035 der Kommission vom 28. Juni 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für Betriebe, in denen Landtiere gehalten werden, und für Brütereien sowie zur Rückverfolgbarkeit von bestimmten gehaltenen Landtieren und von Bruteiern (ABl. L 314 vom 5.12.2019, S. 115), geändert durch:

   – 32020 R 1625: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1625 der Kommission vom 25. August 2020 (ABl. L 366 vom 4.11.2020, S. 1)

ABSCHNITT B

GEFLÜGEL UND BRUTEIER

5. 31992 D 0339: Entscheidung 92/339/EWG der Kommission vom 2. Juni 1992 zur Festlegung des Status Irlands hinsichtlich der Newcastle-Krankheit (ABl. L 188 vom 8.7.1992, S. 33)

6. 31992 D 0381: Entscheidung 92/381/EWG der Kommission vom 3. Juli 1992 zur Festlegung des Statuts einer Region des Vereinigten Königreichs hinsichtlich der Newcastle-Krankheit (ABl. L 198 vom 17.7.1992, S. 56)

7. 31993 D 0152: Entscheidung 93/152/EWG der Kommission vom 8. Februar 1993 über die Kriterien für Impfstoffe für Routineimpfungen gegen die Newcastle-Krankheit (ABl. L 59 vom 12.3.1993, S. 35), geändert durch:

   – 32010 D 0633: Beschluss 2010/633/EU der Kommission vom 22. Oktober 2010 (ABl. L 279 vom 23.10.2010, S. 33)

8. 31994 D 0327: Entscheidung 94/327/EG der Kommission vom 19. Mai 1994 über die Kriterien für die jährliche Untersuchung von Zuchtgeflügel auf Newcastle-Krankheit in Anwendung des Artikels 12 der Richtlinie 90/539/EWG des Rates (ABl. L 146 vom 11.6.1994, S. 17)

9. 31997 D 0262: Entscheidung 97/262/EG der Kommission vom 4. April 1997 zur Aussetzung des Status Irlands hinsichtlich der Newcastle-Krankheit (ABl. L 104 vom 22.4.1997, S. 33)

10. 31997 D 0263: Entscheidung 97/263/EG der Kommission vom 4. April 1997 zur Aussetzung des Status einer Region des Vereinigten Königreichs hinsichtlich der Newcastle-Krankheit (ABl. L 104 vom 22.4.1997, S. 34)

11. 32003 D 0644: Entscheidung 2003/644/EG der Kommission vom 8. September 2003 über zusätzliche Garantien in Bezug auf Salmonellosen bei Zuchtgeflügel und zur Einstellung in Zucht- und Nutzgeflügelbestände bestimmten Eintagsküken, die zum Versand nach Finnland und Schweden bestimmt sind (ABl. L 228 vom 12.9.2003, S. 29)

12. 32004 D 0235: Entscheidung 2004/235/EG der Kommission vom 1. März 2004 über zusätzliche Garantien in Bezug auf Salmonellosen bei Legehennen, die zum Versand nach Finnland und Schweden bestimmt sind (ABl. L 72 vom 11.3.2004, S. 86)

13. 32007 D 0017: Entscheidung 2007/17/EG der Kommission vom 22. Dezember 2006 zur Genehmigung der Pläne für die Zulassung von Betrieben zum innergemeinschaftlichen Handel mit Geflügel und Bruteiern gemäß Richtlinie 90/539/EWG des Rates (ABl. L 7 vom 12.1.2007, S. 33)

14. 32013 D 0346: Durchführungsbeschluss 2013/346/EU der Kommission vom 28. Juni 2013 zur Genehmigung des von Kroatien vorgelegten Plans für die Zulassung von Betrieben zum Handel mit Geflügel und Bruteiern innerhalb der Union gemäß der Richtlinie 2009/158/EG des Rates (ABl. L 183 vom 2.7.2013, S. 12)

15. 32017 D 0811: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/811 der Kommission vom 10. Mai 2017 zur Genehmigung des von Belgien vorgelegten geänderten Plans für die Zulassung von Betrieben zum Handel mit Geflügel und Bruteiern innerhalb der Union gemäß der Richtlinie 2009/158/EG des Rates (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 47)

16. 32019 R 2035: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2035 der Kommission vom 28. Juni 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für Betriebe, in denen Landtiere gehalten werden, und für Brütereien sowie zur Rückverfolgbarkeit von bestimmten gehaltenen Landtieren und von Bruteiern (ABl. L 314 vom 5.12.2019, S. 115), geändert durch:

    – 32021 R 2168: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2168 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 438 vom 8.12.2021, S. 38)

17. 32020 R 0688: Delegierte Verordnung (EU) 2020/688 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Tiergesundheitsanforderungen an Verbringungen von Landtieren und Bruteiern innerhalb der Union (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 140), geändert durch:

    – 32021 R 1706: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1706 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 56)

ABSCHNITT C

AQUAKULTURTIERE

18. 32003 D 0634: Entscheidung 2003/634/EG der Kommission vom 28. August 2003 zur Genehmigung von Programmen zur Erlangung des Status zugelassener Gebiete und zugelassener Betriebe in nicht zugelassenen Gebieten hinsichtlich der Fischseuchen virale hämorrhagische Septikämie (VHS) und infektiöse hämatopoetische Nekrose (IHN) (ABl. L 220 vom 3.9.2003, S. 8), geändert durch:

– 32003 D 0904: Entscheidung 2003/904/EG der Kommission vom 15. Dezember 2003 (ABl. L 340 vom 24.12.2003, S. 69)

– 32004 D 0328: Entscheidung 2004/328/EG der Kommission vom 5. April 2004 (ABl. L 104 vom 8.4.2004, S. 129)

– 32005 D 0067: Entscheidung 2005/67/EG der Kommission vom 28. Januar 2005 (ABl. L 27 vom 29.1.2005, S. 55)

– 32005 D 0414: Entscheidung 2005/414/EG der Kommission vom 30. Mai 2005 (ABl. L 141 vom 4.6.2005, S. 29)

– 32005 D 0770: Entscheidung 2005/770/EG der Kommission vom 3. November 2005 (ABl. L 291 vom 5.11.2005, S. 33)

– 32006 D 0685: Entscheidung 2006/685/EG der Kommission vom 6. Oktober 2006 (ABl. L 282 vom 13.10.2006, S. 44)

– 32007 D 0570: Entscheidung 2007/570/EG der Kommission vom 20. August 2007 (ABl. L 217 vom 22.8.2007, S. 36)

19. 32008 R 0737: Verordnung (EG) Nr. 737/2008 der Kommission vom 28. Juli 2008 zur Benennung der Gemeinschaftsreferenzlaboratorien für Krustentierkrankheiten, Tollwut und Rindertuberkulose, zur Festlegung zusätzlicher Pflichten und Aufgaben der Gemeinschaftsreferenzlaboratorien für Tollwut und Rindertuberkulose sowie zur Änderung von Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 201 vom 30.7.2008, S. 29), geändert durch:

– 32011 R 0208: Verordnung (EU) Nr. 208/2011 der Kommission vom 2. März 2011 (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 29)

– 32011 R 0880: Verordnung (EU) Nr. 880/2011 der Kommission vom 2. September 2011 (ABl. L 228 vom 3.9.2011, S. 8)

– 32013 R 0072: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 72/2013 der Kommission vom 25. Januar 2013 (ABl. L 26 vom 26.1.2013, S. 9)

– 32013 R 0415: Verordnung (EU) Nr. 415/2013 der Kommission vom 6. Mai 2013 (ABl. L 125 vom 7.5.2013, S. 7)

20. 32020 R 0689: Delegierte Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften betreffend Überwachung, Tilgungsprogramme und den Status „seuchenfrei“ für bestimmte gelistete und neu auftretende Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 211), geändert durch:

– 32021 R 0881: Delegierte Verordnung (EU) 2021/881 der Kommission vom 23. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 10)

21. 32020 R 0691: Delegierte Verordnung (EU) 2020/691 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für Aquakulturbetriebe und Transportunternehmer, die Wassertiere befördern (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 345)

22. 32020 R 2236: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2236 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen von Wassertieren und von bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren und für deren Verbringungen innerhalb der Union sowie hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1251/2008 (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 410), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

23. 32021 D 0260: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/260 der Kommission vom 11. Februar 2021 über die Genehmigung nationaler Maßnahmen zur Begrenzung der Auswirkungen bestimmter Wassertierseuchen gemäß Artikel 226 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 2010/221/EU der Kommission (ABl. L 59 vom 19.2.2021, S. 1), geändert durch:

– 32022 D 0181: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/181 der Kommission vom 9. Februar 2022 (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 40)

– 32022 D 1188: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1188 der Kommission vom 8. Juli 2022 (ABl. L 184 vom 11.7.2022, S. 59)

ABSCHNITT D

EMBRYONEN VON RINDERN

24. 32020 R 0686: Delegierte Verordnung (EU) 2020/686 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Zulassung von Zuchtmaterialbetrieben sowie die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und die Tiergesundheit in Bezug auf Verbringungen innerhalb der Union von Zuchtmaterial von bestimmten gehaltenen Landtieren (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0880: Delegierte Verordnung (EU) 2021/880 der Kommission vom 5. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 1)

ABSCHNITT E

SPERMA VON RINDERN

25. 32020 R 0686: Delegierte Verordnung (EU) 2020/686 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Zulassung von Zuchtmaterialbetrieben sowie die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und die Tiergesundheit in Bezug auf Verbringungen innerhalb der Union von Zuchtmaterial von bestimmten gehaltenen Landtieren (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0880: Delegierte Verordnung (EU) 2021/880 der Kommission vom 5. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 1)

ABSCHNITT F

SPERMA VON SCHWEINEN

26. 32020 R 0686: Delegierte Verordnung (EU) 2020/686 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Zulassung von Zuchtmaterialbetrieben sowie die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und die Tiergesundheit in Bezug auf Verbringungen innerhalb der Union von Zuchtmaterial von bestimmten gehaltenen Landtieren (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0880: Delegierte Verordnung (EU) 2021/880 der Kommission vom 5. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 1)

ABSCHNITT G

ANDERE TIERE SOWIE DEREN SPERMA, EIZELLEN UND EMBRYONEN

27. 32005 R 1739: Verordnung (EG) Nr. 1739/2005 der Kommission vom 21. Oktober 2005 zur Festlegung der Veterinärbedingungen für die Verbringung von Zirkustieren zwischen Mitgliedstaaten (ABl. L 279 vom 22.10.2005, S. 47)

28. 32010 D 0436: Beschluss 2010/436/EU der Kommission vom 9. August 2010 zur Durchführung der Entscheidung 2000/258/EG des Rates im Hinblick auf Befähigungstests zum Zweck der Aufrechterhaltung von Laboratorien erteilten Zulassungen für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit der Tollwutimpfstoffe (ABl. L 209 vom 10.8.2010, S. 19)

29. 32010 D 0591: Beschluss 2010/591/EU der Kommission vom 1. Oktober 2010 über die Zulassung eines Laboratoriums in Russland für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit der Tollwutimpfstoffe (ABl. L 260 vom 2.10.2010, S. 21)

30. 32011 D 0091: Beschluss 2011/91/EU der Kommission vom 10. Februar 2011 über die Zulassung eines Laboratoriums in der Republik Korea für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 37 vom 11.2.2011, S. 18)

31. 32011 D 0396: Durchführungsbeschluss 2011/396/EU der Kommission vom 4. Juli 2011 zur Zulassung eines Laboratoriums in Japan für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 176 vom 5.7.2011, S. 51)

32. 32012 D 0304: Durchführungsbeschluss 2012/304/EU der Kommission vom 11. Juni 2012 über die Zulassung von Laboratorien in Kroatien und Mexiko für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 152 vom 13.6.2012, S. 50)

33. 32012 D 0752: Durchführungsbeschluss 2012/752/EU der Kommission vom 4. Dezember 2012 über die Zulassung eines Laboratoriums in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 334 vom 6.12.2012, S. 47)

34. 32013 D 0224: Durchführungsbeschluss 2013/224/EU der Kommission vom 17. Mai 2013 über die Zulassung eines Laboratoriums in Kroatien für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 135 vom 22.5.2013, S. 21)

35. 32013 D 0261: Durchführungsbeschluss 2013/261/EU der Kommission vom 3. Juni 2013 zur Zulassung eines Laboratoriums in der Ukraine für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 152 vom 5.6.2013, S. 50)

36. 32013 D 0709: Durchführungsbeschluss 2013/709/EU der Kommission vom 2. Dezember 2013 über die Zulassung eines Laboratoriums in den Vereinigten Staaten von Amerika für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 323 vom 4.12.2013, S. 34)

37. 32014 D 0514: Durchführungsbeschluss 2014/514/EU der Kommission vom 31. Juli 2014 zur Zulassung von Laboratorien in der Republik Korea für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 231 vom 2.8.2014, S. 11)

38. 32015 D 0130: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/130 der Kommission vom 26. Januar 2015 zur Zulassung von Laboratorien in China für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen (ABl. L 21 vom 28.1.2015, S. 20)

39. 32016 D 0423: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/423 der Kommission vom 18. März 2016 zur Ermächtigung bestimmter Laboratorien in Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten und den Vereinigten Staaten von Amerika, serologische Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen bei Hunden, Katzen und Frettchen durchzuführen (ABl. L 75 vom 22.3.2016, S. 70)

40. 32017 D 0009: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/9 der Kommission vom 4. Januar 2017 über die Zulassung bestimmter Laboratorien in Marokko und Taiwan für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen bei Hunden, Katzen und Frettchen (ABl. L 3 vom 6.1.2017, S. 32)

41. 32017 D 0223: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/223 der Kommission vom 7. Februar 2017 zur Zulassung eines Laboratoriums in Brasilien für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen bei Hunden, Katzen und Frettchen (ABl. L 34 vom 9.2.2017, S. 34)

42. 32018 D 0193: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/193 der Kommission vom 7. Februar 2018 zur Zulassung von Laboratorien in Brasilien und in der Russischen Föderation für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen bei Hunden, Katzen und Frettchen (ABl. L 36 vom 9.2.2018, S. 18)

43. 32019 D 1664: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1664 der Kommission vom 30. September 2019 zur Zulassung eines Laboratoriums in der Ukraine für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen bei Hunden, Katzen und Frettchen (ABl. L 252 vom 2.10.2019, S. 38)

44. 32020 D 0528: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/528 der Kommission vom 14. April 2020 über die Zulassung von Laboratorien in Brasilien, China, Südkorea, Thailand und den Vereinigten Staaten für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen bei Hunden, Katzen und Frettchen (ABl. L 118 vom 16.4.2020, S. 26)

45. 32020 R 0686: Delegierte Verordnung (EU) 2020/686 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Zulassung von Zuchtmaterialbetrieben sowie die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und die Tiergesundheit in Bezug auf Verbringungen innerhalb der Union von Zuchtmaterial von bestimmten gehaltenen Landtieren (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0880: Delegierte Verordnung (EU) 2021/880 der Kommission vom 5. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 1)

46. 32021 D 0545: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/545 der Kommission vom 26. März 2021 über die Zulassung von Laboratorien in Brasilien, China, Kambodscha, Mexiko, Südafrika, Tunesien, Ukraine und dem Vereinigten Königreich für die Durchführung serologischer Tests zur Kontrolle der Wirksamkeit von Tollwutimpfstoffen bei Hunden, Katzen und Frettchen (ABl. L 110 vom 30.3.2021, S. 34)

47. 32021 R 0403: Durchführungsverordnung (EU) 2021/403 der Kommission vom 24 März 2021 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Landtieren und ihres Zuchtmaterials und für deren Verbringungen zwischen Mitgliedstaaten, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung des Beschlusses 2010/470/EU (ABl. L 113 vom 31.3.2021, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32022 R 0037: Durchführungsverordnung (EU) 2022/37 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 92)

– 32022 R 0055: Durchführungsverordnung (EU) 2022/55 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

48. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

- 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

- 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

- 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

- 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

- 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

- 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

- 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

- 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

- 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

KAPITEL 6

VERBRINGUNG VON HEIMTIEREN ZU ANDEREN ALS HANDELSZWECKEN

1. 32013 R 0576: Verordnung (EU) Nr. 576/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über die Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 998/2003 (ABl. L 178 vom 28.6.2013, S. 1)

2. 32013 R 0577: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 577/2013 der Kommission vom 28. Juni 2013 zu den Muster-Identifizierungsdokumenten für die Verbringung von Hunden, Katzen und Frettchen zu anderen als Handelszwecken, zur Erstellung der Listen der Gebiete und Drittländer sowie zur Festlegung der Anforderungen an Format, Layout und Sprache der Erklärungen zur Bestätigung der Einhaltung bestimmter Bedingungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 178 vom 28.6.2013, S. 109), geändert durch:

   – 32014 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1219/2014 der Kommission vom 13. November 2014 (ABl. L 329 vom 14.11.2014, S. 23)

   – 32016 R 0561: Durchführungsverordnung (EU) 2016/561 der Kommission vom 11. April 2016 (ABl. L 96 vom 12.4.2016, S. 26), berichtigt in ABl. L 215 vom 10.8.2016, S. 37

   – 32019 R 1293: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1293 der Kommission vom 29. Juli 2019 (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 3)

   – 32020 R 2016: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2016 der Kommission vom 9. Dezember 2020 (ABl. L 415 vom 10.12.2020, S. 39)

3. 32018 R 0772: Delegierte Verordnung (EU) 2018/772 der Kommission vom 21. November 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich präventiver Gesundheitsmaßnahmen zur Kontrolle von *Echinococcus-multilocularis*-Infektionen bei Hunden und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1152/2011 (ABl. L 130 vom 28.5.2018, S. 1)

4. 32018 R 0878: Durchführungsverordnung (EU) 2018/878 der Kommission vom 18. Juni 2018 zur Annahme der Liste der Mitgliedstaaten oder Teile des Hoheitsgebiets von Mitgliedstaaten, die die Vorschriften für die Einstufung gemäß Artikel 2 Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2018/772 über die Anwendung präventiver Gesundheitsmaßnahmen zur Kontrolle von *Echinococcus-multilocularis*-Infektionen bei Hunden erfüllen (ABl. L 155 vom 19.6.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 2017: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2017 der Kommission vom 9. Dezember 2020 (ABl. L 415 vom 10.12.2020, S. 43)

5. 32021 R 1933: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1933 der Kommission vom 14. Juli 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Vorschriften für die Verbringung von Heimvögeln zu anderen als Handelszwecken aus einem Gebiet oder Drittland in einen Mitgliedstaat (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 4)

6. 32021 R 1938: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1938 der Kommission vom 9. November 2021 zur Festlegung des Musterausweises für die Verbringung von Heimvögeln zu anderen als Handelszwecken aus einem Gebiet oder Drittland in einen Mitgliedstaat und zur Aufhebung der Entscheidung 2007/25/EG (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 47)

KAPITEL 7

VERBOT VON STOFFEN UND KONTROLLE VON RÜCKSTÄNDEN

ABSCHNITT A

VERBOT VON STOFFEN

1. 31996 L 0022: Richtlinie 96/22/EG des Rates vom 29. April 1996 über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe mit hormonaler bzw. thyreostatischer Wirkung und von ß-Agonisten in der tierischen Erzeugung und zur Aufhebung der Richtlinien 81/602/EWG, 88/146/EWG und 88/299/EWG (ABl. L 125 vom 23.5.1996, S. 3), geändert durch:

   – 32003 L 0074: Richtlinie 2003/74/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 (ABl. L 262 vom 14.10.2003, S. 17)

   – 32008 L 0097: Richtlinie 2008/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 (ABl. L 318 vom 28.11.2008, S. 9)

2. 31999 D 0879: Entscheidung 1999/879/EG des Rates vom 17. Dezember 1999 über das Inverkehrbringen und die Verabreichung von Rindersomatotropin (BST) und zur Aufhebung der Entscheidung 90/218/EWG (ABl. L 331 vom 23.12.1999, S. 71)

ABSCHNITT B

RÜCKSTANDSKONTROLLEN

3. 32021 R 0808: Durchführungsverordnung (EU) 2021/808 der Kommission vom 22. März 2021 über Leistungskriterien für Analysemethoden für Rückstände pharmakologisch wirksamer Stoffe in zur Lebensmittelerzeugung genutzten Tieren und über die Auswertung von Ergebnissen sowie über die für Probenahmen anzuwendenden Methoden und zur Aufhebung der Entscheidungen 2002/657/EG und 98/179/EG (ABl. L 180 vom 21.5.2021, S. 84)

KAPITEL 8

EINFUHRBESTIMMUNGEN FÜR LEBENDE TIERE UND TIERISCHE ERZEUGNISSE*

* Unbeschadet der in internationalen Übereinkünften festgelegten besonderen Bestimmungen (siehe Kapitel 9)

ABSCHNITT A

LEBENDE TIERE, SPERMA, EIZELLEN UND EMBRYONEN

UNTERABSCHNITT 1

RINDER, SCHWEINE UND SCHAFE

1. 32001 R 0999: Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (ABl. L 147 vom 31.5.2001, S. 1), geändert durch:

   – 32001 R 1248: Verordnung (EG) Nr. 1248/2001 der Kommission vom 22. Juni 2001 (ABl. L 173 vom 27.6.2001, S. 12)

   – 32001 R 1326: Verordnung (EG) Nr. 1326/2001 der Kommission vom 29. Juni 2001 (ABl. L 177 vom 30.6.2001, S. 60)

   – 32002 R 0270: Verordnung (EG) Nr. 270/2002 der Kommission vom 14. Februar 2002 (ABl. L 45 vom 15.2.2002, S. 4)

– 32002 R 1494: Verordnung (EG) Nr. 1494/2002 der Kommission vom 21. August 2002 (ABl. L 225 vom 22.8.2002, S. 3)

– 12003T: Beitrittsakte von 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 434)

– 32003 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2003 der Kommission vom 12. Februar 2003 (ABl. L 37 vom 13.2.2003, S. 7)

– 32003 R 1053: Verordnung (EG) Nr. 1053/2003 der Kommission vom 19. Juni 2003 (ABl. L 152 vom 20.6.2003, S. 8)

– 32003 R 1128: Verordnung (EG) Nr. 1128/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 1)

– 32003 R 1139: Verordnung (EG) Nr. 1139/2003 der Kommission vom 27. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 22)

– 32003 R 1234: Verordnung (EG) Nr. 1234/2003 der Kommission vom 10. Juli 2003 (ABl. L 173 vom 11.7.2003, S. 6)

– 32003 R 1809: Verordnung (EG) Nr. 1809/2003 der Kommission vom 15. Oktober 2003 (ABl. L 265 vom 16.10.2003, S. 10)

– 32003 R 1915: Verordnung (EG) Nr. 1915/2003 der Kommission vom 30. Oktober 2003 (ABl. L 283 vom 31.10.2003, S. 29)

– 32003 R 2245: Verordnung (EG) Nr. 2245/2003 der Kommission vom 19. Dezember 2003 (ABl. L 333 vom 20.12.2003, S. 28)

– 32004 R 0876: Verordnung (EG) Nr. 876/2004 der Kommission vom 29. April 2004 (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 52)

– 32004 R 1471: Verordnung (EG) Nr. 1471/2004 der Kommission vom 18. August 2004 (ABl. L 271 vom 19.8.2004, S. 24)

– 32004 R 1492: Verordnung (EG) Nr. 1492/2004 der Kommission vom 23. August 2004 (ABl. L 274 vom 24.8.2004, S. 3)

– 32004 R 1993: Verordnung (EG) Nr. 1993/2004 der Kommission vom 19. November 2004 (ABl. L 344 vom 20.11.2004, S. 12)

– 32005 R 0036: Verordnung (EG) Nr. 36/2005 der Kommission vom 12. Januar 2005 (ABl. L 10 vom 13.1.2005, S. 9)

– 32005 R 0214: Verordnung (EG) Nr. 214/2005 der Kommission vom 9. Februar 2005 (ABl. L 37 vom 10.2.2005, S. 9)

– 32005 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2005 der Kommission vom 16. Februar 2005 (ABl. L 46 vom 17.2.2005, S. 31)

– 32005 R 0932: Verordnung (EG) Nr. 932/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2005 (ABl. L 163 vom 23.6.2005, S. 1)

– 32005 R 1292: Verordnung (EG) Nr. 1292/2005 der Kommission vom 5. August 2005 (ABl. L 205 vom 6.8.2005, S. 3)

– 32005 R 1974: Verordnung (EG) Nr. 1974/2005 der Kommission vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 317 vom 3.12.2005, S. 4)

– 32006 R 0253: Verordnung (EG) Nr. 253/2006 der Kommission vom 14. Februar 2006 (ABl. L 44 vom 15.2.2006, S. 9)

– 32006 R 0339: Verordnung (EG) Nr. 339/2006 der Kommission vom 24. Februar 2006 (ABl. L 55 vom 25.2.2006, S. 5)

– 32006 R 0657: Verordnung (EG) Nr. 657/2006 der Kommission vom 10. April 2006 (ABl. L 116 vom 29.4.2006, S. 9)

– 32006 R 0688: Verordnung (EG) Nr. 688/2006 der Kommission vom 4. Mai 2006 (ABl. L 120 vom 5.5.2006, S. 10)

– 32006 R 1041: Verordnung (EG) Nr. 1041/2006 der Kommission vom 7. Juli 2006 (ABl. L 187 vom 8.7.2006, S. 10)

– 32006 R 1923: Verordnung (EG) Nr. 1923/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 1)

– 32007 R 0722: Verordnung (EG) Nr. 722/2007 der Kommission vom 25. Juni 2007 (ABl. L 164 vom 26.6.2007, S. 7)

– 32007 R 0727: Verordnung (EG) Nr. 727/2007 der Kommission vom 26. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 8)

– 32007 R 1275: Verordnung (EG) Nr. 1275/2007 der Kommission vom 29. Oktober 2007 (ABl. L 284 vom 30.10.2007, S. 8)

– 32007 R 1428: Verordnung (EG) Nr. 1428/2007 der Kommission vom 4. Dezember 2007 (ABl. L 317 vom 5.12.2007, S. 61)

– 32008 R 0021: Verordnung (EG) Nr. 21/2008 der Kommission vom 11. Januar 2008 (ABl. L 9 vom 12.1.2008, S. 3)

– 32008 R 0315: Verordnung (EG) Nr. 315/2008 der Kommission vom 4. April 2008 (ABl. L 94 vom 5.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0357: Verordnung (EG) Nr. 357/2008 der Kommission vom 22. April 2008 (ABl. L 111 vom 23.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0553: Verordnung (EG) Nr. 553/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 158 vom 18.6.2008, S. 5), berichtigt in ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 49

– 32008 R 0571: Verordnung (EG) Nr. 571/2008 der Kommission vom 19. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 4)

– 32008 R 0746: Verordnung (EG) Nr. 746/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 202 vom 31.7.2008, S. 11)

– 32008 R 0956: Verordnung (EG) Nr. 956/2008 der Kommission vom 29. September 2008 (ABl. L 260 vom 30.9.2008, S. 8)

– 32009 R 0103: Verordnung (EG) Nr. 103/2009 der Kommission vom 3. Februar 2009 (ABl. L 34 vom 4.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0162: Verordnung (EG) Nr. 162/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0163: Verordnung (EG) Nr. 163/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 17)

– 32009 R 0220: Verordnung (EG) Nr. 220/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 155)

– 32011 R 0189: Verordnung (EU) Nr. 189/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 (ABl. L 53 vom 26.2.2011, S. 56)

– 32012 R 1064: Verordnung (EU) Nr. 1064/2012 der Kommission vom 13. November 2012 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 13)

– 32013 R 0056: Verordnung (EU) Nr. 56/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 3)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0630: Verordnung (EU) Nr. 630/2013 der Kommission vom 28. Juni 2013 (ABl. L 179 vom 29.6.2013, S. 60)

– 32014 R 1148: Verordnung (EU) Nr. 1148/2014 der Kommission vom 28. Oktober 2014 (ABl. L 308 vom 29.10.2014, S. 66)

– 32015 R 0728: Verordnung (EU) 2015/728 der Kommission vom 6. Mai 2015 (ABl. L 116 vom 7.5.2015, S. 1)

– 32015 R 1162: Verordnung (EU) 2015/1162 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 3)

– 32016 R 0027: Verordnung (EU) 2016/27 der Kommission vom 13. Januar 2016 (ABl. L 9 vom 14.1.2016, S. 4)

– 32016 R 1396: Verordnung (EU) 2016/1396 der Kommission vom 18. August 2016 (ABl. L 225 vom 19.8.2016, S. 76)

– 32017 R 0110: Verordnung (EU) 2017/110 der Kommission vom 23. Januar 2017 (ABl. L 18 vom 24.1.2017, S. 42)

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) 2017/736 der Kommission vom 26. April 2017 (ABl. L 110 vom 27.4.2017, S. 2)

– 32017 R 0893: Verordnung (EU) 2017/893 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 92)

– 32017 R 0894: Verordnung (EU) 2017/894 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 117)

– 32017 R 1972: Verordnung (EU) 2017/1972 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 14)

– 32018 R 0221: Verordnung (EU) 2018/221 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 43 vom 16.2.2018, S. 6)

– 32018 R 0969: Verordnung (EU) 2018/969 der Kommission vom 9. Juli 2018 (ABl. L 174 vom 10.7.2018, S. 12)

– 32019 R 0319: Verordnung (EU) 2019/319 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 61 vom 28.2.2019, S. 1)

– 32019 R 1091: Verordnung (EU) 2019/1091 der Kommission vom 26. Juni 2019 (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 42)

– 32020 R 0772: Verordnung (EU) 2020/772 der Kommission vom 11. Juni 2020 (ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 43)

– 32020 R 1593: Verordnung (EU) 2020/1593 der Kommission vom 29. Oktober 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 13)

– 32021 R 1176: Verordnung (EU) 2021/1176 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 56)

– 32021 R 1372: Verordnung (EU) 2021/1372 der Kommission vom 17. August 2021 (ABl. L 295 vom 18.8.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 389 vom 11.11.2021, S. 51

– 32022 R 0175: Verordnung (EU) 2022/175 der Kommission vom 9. Februar 2022 (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 1)

– 32022 R 2246: Verordnung (EU) 2022/2246 der Kommission vom 15. November 2022 (ABl. L 295 vom 16.11.2022, S. 1)

2. 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 999/2001, (EG) Nr. 396/2005, (EG) Nr. 1069/2009, (EG) Nr. 1107/2009, (EU) Nr. 1151/2012, (EU) Nr. 652/2014, (EU) 2016/429 und (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 1/2005 und (EG) Nr. 1099/2009 des Rates sowie der Richtlinien 98/58/EG, 1999/74/EG, 2007/43/EG, 2008/119/EG und 2008/120/EG des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 89/608/EWG, 89/662/EWG, 90/425/EWG, 91/496/EEG, 96/23/EG, 96/93/EG und 97/78/EG des Rates und des Beschlusses 92/438/EWG des Rates (Verordnung über amtliche Kontrollen) (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 137 vom 24.5.2017, S. 40, geändert durch:

– 32019 R 0478: Delegierte Verordnung (EU) 2019/478 der Kommission vom 14. Januar 2019 (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 4)

3. 32022 R 2292: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2292 der Kommission vom 6. September 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an den Eingang von Sendungen von der Lebensmittelgewinnung dienenden Tieren und bestimmten für den menschlichen Verzehr bestimmten Waren in die Union (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 1), berichtigt in ABl. L 316 vom 8.12.2022, S. 100

4. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

   – 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

   – 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

   – 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

5. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

6. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

7. 32007 D 0453: Entscheidung 2007/453/EG der Kommission vom 29. Juni 2007 zur Festlegung des BSE-Status von Mitgliedstaaten, Drittländern oder Gebieten davon nach ihrem BSE-Risiko (ABl. L 172 vom 30.6.2007, S. 84), geändert durch:

– 32008 D 0829: Entscheidung 2008/829/EG der Kommission vom 30. Oktober 2008 (ABl. L 294 vom 1.11.2008, S. 14)

– 32009 D 0830: Entscheidung 2009/830/EG der Kommission vom 11. November 2009 (ABl. L 295 vom 12.11.2009, S. 11)

– 32012 D 0111: Durchführungsbeschluss 2012/111/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 50 vom 23.2.2012, S. 49)

– 32012 D 0489: Durchführungsbeschluss 2012/489/EU der Kommission vom 24. August 2012 (ABl. L 231 vom 28.8.2012, S. 13)

– 32013 D 0429: Durchführungsbeschluss 2013/429/EU der Kommission vom 9. August 2013 (ABl. L 217 vom 13.8.2013, S. 37)

– 32014 D 0732: Durchführungsbeschluss 2014/732/EU der Kommission (ABl. L 302 vom 22.10.2014, S. 58)

– 32015 D 1356: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1356 der Kommission vom 4. August 2015 (ABl. L 209 vom 6.8.2015, S. 5)

– 32016 D 0600: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/600 der Kommission vom 15. April 2016 (ABl. L 103 vom 19.4.2016, S. 41)

– 32016 D 0701: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/701 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 121 vom 11.5.2016, S. 22)

– 32016 D 1100: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1100 der Kommission vom 5. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 47)

– 32017 D 1396: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1396 der Kommission vom 26. Juli 2017 (ABl. L 197 vom 28.7.2017, S. 9)

– 32019 D 0599: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/599 der Kommission vom 11. April 2019 (ABl. L 103 vom 12.4.2019, S. 31)

– 32019 D 1773: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1773 der Kommission vom 23. Oktober 2019 (ABl. L 270 vom 24.10.2019, S. 116)

– 32020 D 2212: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2212 der Kommission vom 22. Dezember 2020 (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 44)

– 32021 D 1321: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1321 der Kommission vom 6. August 2021 (ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 17)

– 32022 D 1377: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1377 der Kommission vom 4. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 51)

UNTERABSCHNITT 2

EQUIDEN

8. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

9. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

10. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 3

GEFLÜGEL, BRUTEIER, EINTAGSKÜKEN
UND SPEZIFIZIERT PATHOGENFREIE EIER

11. 32003 R 2160: Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 zur Bekämpfung von Salmonellen und bestimmten anderen durch Lebensmittel übertragbaren Zoonoseerregern (ABl. L 325 vom 12.12.2003, S. 1), geändert durch:

– 32007 R 1237: Verordnung (EG) Nr. 1237/2007 der Kommission vom 23. Oktober 2007 (ABl. L 280 vom 24.10.2007, S. 5)

– 32009 R 0213: Verordnung (EG) Nr. 213/2009 der Kommission vom 18. März 2009 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 5)

– 32011 R 1086: Verordnung (EU) Nr. 1086/2011 der Kommission vom 27. Oktober 2011 (ABl. L 281 vom 28.10.2011, S. 7)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32016 R 0429: Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1)

12. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

13. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

14. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

15. 32007 D 0843: Entscheidung 2007/843/EG der Kommission vom 11. Dezember 2007 über die Genehmigung von Programmen zur Bekämpfung von Salmonellen in *Gallus-gallus*-Zuchtherden in bestimmten Drittländern gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Entscheidung 2006/696/EG hinsichtlich bestimmter, die öffentliche Gesundheit betreffender Anforderungen bei der Einfuhr von Geflügel und Bruteiern (ABl. L 332 vom 18.12.2007, S. 81), geändert durch:

– 32011 D 0238: Beschluss 2011/238/EU der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 73)

UNTERABSCHNITT 4

AQUAKULTURTIERE – FISCHE

16. 32020 R 2236: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2236 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen von Wassertieren und von bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren und für deren Verbringungen innerhalb der Union sowie hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1251/2008 (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 410), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

17. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 5

EMBRYONEN VON RINDERN

18. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

19. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

UNTERABSCHNITT 6

SPERMA VON RINDERN

20. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

21. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 D 1980: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 272 vom 20.10.2022, S. 21)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

UNTERABSCHNITT 7

EIZELLEN UND EMBRYONEN VON SCHWEINEN

22. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

UNTERABSCHNITT 8

SPERMA VON SCHWEINEN

23. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

www.parlament.gv.at

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

24. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

UNTERABSCHNITT 9

SPERMA, EIZELLEN UND EMBRYONEN VON PFERDEN

25. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

26. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022R1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

UNTERABSCHNITT 10

SPERMA, EIZELLEN UND EMBRYONEN VON SCHAFEN UND ZIEGEN

27. 32001 R 0999: Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (ABl. L 147 vom 31.5.2001, S. 1), geändert durch:

– 32001 R 1248: Verordnung (EG) Nr. 1248/2001 der Kommission vom 22. Juni 2001 (ABl. L 173 vom 27.6.2001, S. 12)

– 32001 R 1326: Verordnung (EG) Nr. 1326/2001 der Kommission vom 29. Juni 2001 (ABl. L 177 vom 30.6.2001, S. 60)

– 32002 R 0270: Verordnung (EG) Nr. 270/2002 der Kommission vom 14. Februar 2002 (ABl. L 45 vom 15.2.2002, S. 4)

– 32002 R 1494: Verordnung (EG) Nr. 1494/2002 der Kommission vom 21. August 2002 (ABl. L 225 vom 22.8.2002, S. 3)

– 12003T: Beitrittsakte von 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 432)

– 32003 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2003 der Kommission vom 12. Februar 2003 (ABl. L 37 vom 13.2.2003, S. 7)

– 32003 R 1053: Verordnung (EG) Nr. 1053/2003 der Kommission vom 19. Juni 2003 (ABl. L 152 vom 20.6.2003, S. 8)

– 32003 R 1128: Verordnung (EG) Nr. 1128/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 1)

– 32003 R 1139: Verordnung (EG) Nr. 1139/2003 der Kommission vom 27. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 22)

– 32003 R 1234: Verordnung (EG) Nr. 1234/2003 der Kommission vom 10. Juli 2003 (ABl. L 173 vom 11.7.2003, S. 6)

– 32003 R 1809: Verordnung (EG) Nr. 1809/2003 der Kommission vom 15. Oktober 2003 (ABl. L 265 vom 16.10.2003, S. 10)

– 32003 R 1915: Verordnung (EG) Nr. 1915/2003 der Kommission vom 30. Oktober 2003 (ABl. L 283 vom 31.10.2003, S. 29)

– 32003 R 2245: Verordnung (EG) Nr. 2245/2003 der Kommission vom 19. Dezember 2003 (ABl. L 333 vom 20.12.2003, S. 28)

– 32004 R 0876: Verordnung (EG) Nr. 876/2004 der Kommission vom 29. April 2004 (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 52)

– 32004 R 1471: Verordnung (EG) Nr. 1471/2004 der Kommission vom 18. August 2004 (ABl. L 271 vom 19.8.2004, S. 24)

– 32004 R 1492: Verordnung (EG) Nr. 1492/2004 der Kommission vom 23. August 2004 (ABl. L 274 vom 24.8.2004, S. 3)

– 32004 R 1993: Verordnung (EG) Nr. 1993/2004 der Kommission vom 19. November 2004 (ABl. L 344 vom 20.11.2004, S. 12)

– 32005 R 0036: Verordnung (EG) Nr. 36/2005 der Kommission vom 12. Januar 2005 (ABl. L 10 vom 13.1.2005, S. 9)

– 32005 R 0214: Verordnung (EG) Nr. 214/2005 der Kommission vom 9. Februar 2005 (ABl. L 37 vom 10.2.2005, S. 9)

– 32005 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2005 der Kommission vom 16. Februar 2005 (ABl. L 46 vom 17.2.2005, S. 31)

– 32005 R 0932: Verordnung (EG) Nr. 932/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2005 (ABl. L 163 vom 23.6.2005, S. 1)

– 32005 R 1292: Verordnung (EG) Nr. 1292/2005 der Kommission vom 5. August 2005 (ABl. L 205 vom 6.8.2005, S. 3)

– 32005 R 1974: Verordnung (EG) Nr. 1974/2005 der Kommission vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 317 vom 3.12.2005, S. 4)

– 32006 R 0253: Verordnung (EG) Nr. 253/2006 der Kommission vom 14. Februar 2006 (ABl. L 44 vom 15.2.2006, S. 9)

– 32006 R 0339: Verordnung (EG) Nr. 339/2006 der Kommission vom 24. Februar 2006 (ABl. L 55 vom 25.2.2006, S. 5)

– 32006 R 0657: Verordnung (EG) Nr. 657/2006 der Kommission vom 10. April 2006 (ABl. L 116 vom 29.4.2006, S. 9)

– 32006 R 0688: Verordnung (EG) Nr. 688/2006 der Kommission vom 4. Mai 2006 (ABl. L 120 vom 5.5.2006, S. 10)

– 32006 R 1041: Verordnung (EG) Nr. 1041/2006 der Kommission vom 7. Juli 2006 (ABl. L 187 vom 8.7.2006, S. 10)

– 32006 R 1923: Verordnung (EG) Nr. 1923/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 1)

– 32007 R 0722: Verordnung (EG) Nr. 722/2007 der Kommission vom 25. Juni 2007 (ABl. L 164 vom 26.6.2007, S. 7)

– 32007 R 0727: Verordnung (EG) Nr. 727/2007 der Kommission vom 26. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 8)

– 32007 R 1275: Verordnung (EG) Nr. 1275/2007 der Kommission vom 29. Oktober 2007 (ABl. L 284 vom 30.10.2007, S. 8)

– 32007 R 1428: Verordnung (EG) Nr. 1428/2007 der Kommission vom 4. Dezember 2007 (ABl. L 317 vom 5.12.2007, S. 61)

– 32008 R 0021: Verordnung (EG) Nr. 21/2008 der Kommission vom 11. Januar 2008 (ABl. L 9 vom 12.1.2008, S. 3)

– 32008 R 0315: Verordnung (EG) Nr. 315/2008 der Kommission vom 4. April 2008 (ABl. L 94 vom 5.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0357: Verordnung (EG) Nr. 357/2008 der Kommission vom 22. April 2008 (ABl. L 111 vom 23.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0553: Verordnung (EG) Nr. 553/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 158 vom 18.6.2008, S. 5), berichtigt in: ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 49

– 32008 R 0571: Verordnung (EG) Nr. 571/2008 der Kommission vom 19. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 4)

– 32008 R 0746: Verordnung (EG) Nr. 746/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 202 vom 31.7.2008, S. 11)

– 32008 R 0956: Verordnung (EG) Nr. 956/2008 der Kommission vom 29. September 2008 (ABl. L 260 vom 30.9.2008, S. 8)

– 32009 R 0103: Verordnung (EG) Nr. 103/2009 der Kommission vom 3. Februar 2009 (ABl. L 34 vom 4.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0162: Verordnung (EG) Nr. 162/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0163: Verordnung (EG) Nr. 163/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 17)

– 32009 R 0220: Verordnung (EG) Nr. 220/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 155)

– 32011 R 0189: Verordnung (EU) Nr. 189/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 (ABl. L 53 vom 26.2.2011, S. 56)

– 32012 R 1064: Verordnung (EU) Nr. 1064/2012 der Kommission vom 13. November 2012 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 13)

– 32013 R 0056: Verordnung (EU) Nr. 56/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 3)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0630: Verordnung (EU) Nr. 630/2013 der Kommission vom 28. Juni 2013 (ABl. L 179 vom 29.6.2013, S. 60)

– 32014 R 1148: Verordnung (EU) Nr. 1148/2014 der Kommission vom 28. Oktober 2014 (ABl. L 308 vom 29.10.2014, S. 66)

– 32015 R 0728: Verordnung (EU) 2015/728 der Kommission vom 6. Mai 2015 (ABl. L 116 vom 7.5.2015, S. 1)

– 32015 R 1162: Verordnung (EU) 2015/1162 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 3)

– 32016 R 0027: Verordnung (EU) 2016/27 der Kommission vom 13. Januar 2016 (ABl. L 9 vom 14.1.2016, S. 4)

– 32016 R 1396: Verordnung (EU) 2016/1396 der Kommission vom 18. August 2016 (ABl. L 225 vom 19.8.2016, S. 76)

– 32017 R 0110: Verordnung (EU) 2017/110 der Kommission vom 23. Januar 2017 (ABl. L 18 vom 24.1.2017, S. 42)

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) 2017/736 der Kommission vom 26. April 2017 (ABl. L 110 vom 27.4.2017, S. 2)

– 32017 R 0893: Verordnung (EU) 2017/893 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 92)

– 32017 R 0894: Verordnung (EU) 2017/894 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 117)

– 32017 R 1972: Verordnung (EU) 2017/1972 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 14)

– 32018 R 0221: Verordnung (EU) 2018/221 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 43 vom 16.2.2018, S. 6)

– 32018 R 0969: Verordnung (EU) 2018/969 der Kommission vom 9. Juli 2018 (ABl. L 174 vom 10.7.2018, S. 12)

– 32019 R 0319: Verordnung (EU) 2019/319 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 61 vom 28.2.2019, S. 1)

– 32019 R 1091: Verordnung (EU) 2019/1091 der Kommission vom 26. Juni 2019 (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 42)

– 32020 R 0772: Verordnung (EU) 2020/772 der Kommission vom 11. Juni 2020 (ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 43)

– 32020 R 1593: Verordnung (EU) 2020/1593 der Kommission vom 29. Oktober 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 13)

– 32021 R 1176: Verordnung (EU) 2021/1176 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 56)

– 32021 R 1372: Verordnung (EU) 2021/1372 der Kommission vom 17. August 2021 (ABl. L 295 vom 18.8.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 51

– 32022 R 0175: Verordnung (EU) 2022/175 der Kommission vom 9. Februar 2022 (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 1)

– 32022 R 2246: Verordnung (EU) 2022/2246 der Kommission vom 15. November 2022 (ABl. L 295 vom 16.11.2022, S. 1)

28. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

29. 32007 D 0453: Entscheidung 2007/453/EG der Kommission vom 29. Juni 2007 zur Festlegung des BSE-Status von Mitgliedstaaten, Drittländern oder Gebieten davon nach ihrem BSE-Risiko (ABl. L 172 vom 30.6.2007, S. 84), geändert durch:

– 32008 D 0829: Entscheidung 2008/829/EG der Kommission vom 30. Oktober 2008 (ABl. L 294 vom 1.11.2008, S. 14)

– 32009 D 0830: Entscheidung 2009/830/EG der Kommission vom 11. November 2009 (ABl. L 295 vom 12.11.2009, S. 11)

– 32012 D 0111: Durchführungsbeschluss 2012/111/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 50 vom 23.2.2012, S. 49)

– 32012 D 0489: Durchführungsbeschluss 2012/489/EU der Kommission vom 24. August 2012 (ABl. L 231 vom 28.8.2012, S. 13)

– 32013 D 0429: Durchführungsbeschluss 2013/429/EU der Kommission vom 9. August 2013 (ABl. L 217 vom 13.8.2013, S. 37)

– 32014 D 0732: Durchführungsbeschluss 2014/732/EU der Kommission vom 20. Oktober 2014 (ABl. L 302 vom 22.10.2014, S. 58)

– 32015 D 1356: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1356 der Kommission vom 4. August 2015 (ABl. L 209 vom 6.8.2015, S. 5)

– 32016 D 0600: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/600 der Kommission vom 15. April 2016 (ABl. L 103 vom 19.4.2016, S. 41)

– 32016 D 0701: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/701 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 121 vom 11.5.2016, S. 22)

– 32016 D 1100: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1100 der Kommission vom 5. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 47)

– 32017 D 1396: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1396 der Kommission vom 26. Juli 2017 (ABl. L 197 vom 28.7.2017, S. 9)

– 32019 D 0599: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/599 der Kommission vom 11. April 2019 (ABl. L 103 vom 12.4.2019, S. 31)

– 32019 D 1773: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1773 der Kommission vom 23. Oktober 2019 (ABl. L 270 vom 24.10.2019, S. 116)

– 32020 D 2212: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2212 der Kommission vom 22. Dezember 2020 (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 44)

– 32021 D 1321: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1321 der Kommission vom 6. August 2021 (ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 17)

– 32022 D 1377: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1377 der Kommission vom 4. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 51)

UNTERABSCHNITT 11

ANDERE TIERE SOWIE DEREN SPERMA, EIZELLEN UND EMBRYONEN

30. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854 Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

31. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

32. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

33. 32021 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 9, geändert durch:

– 32021 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2021/634 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 108)

– 32021 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1178 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 63)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1692 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1727 der Kommission vom 29. September 2021 (ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1937 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 36)

– 32021 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1977 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 60)

– 32021 R 2031: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2031 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 20)

– 32021 R 2107: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2107 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 92)

– 32021 R 2143: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2143 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 11)

– 32021 R 2172: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2172 der Kommission vom 8. Dezember 2021 (ABl. L 440 vom 9.12.2021, S. 1)

– 32021 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2240 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 137)

– 32021 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2291 der Kommission vom 21. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 494)

– 32022 R 0035: Durchführungsverordnung (EU) 2022/35 der Kommission vom 6. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 14)

– 32022 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2022/38 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 126)

– 32022 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2022/80 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 37)

– 32022 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2022/104 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 4)

– 32022 R 0194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/194 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 21)

– 32022 R 0215: Durchführungsverordnung (EU) 2022/215 der Kommission vom 17. Februar 2022 (ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 28)

– 32022 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/249 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 16)

– 32022 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/250 der Kommission vom 21. Februar 2022 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 19)

– 32022 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/305 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 84)

– 32022 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/364 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 45)

– 32022 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2022/416 der Kommission vom 11. März 2022 (ABl. L 85 vom 14.3.2022, S. 28)

– 32022 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2022/424 der Kommission vom 14. März 2022 (ABl. L 87 vom 15.3.2022, S. 14)

– 32022 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) 2022/528 der Kommission vom 1. April 2022 (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 14)

– 32022 R 0588: Durchführungsverordnung (EU) 2022/588 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 48)

– 32022 R 0649: Durchführungsverordnung (EU) 2022/649 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 5)

– 32022 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) 2022/678 der Kommission vom 26. April 2022 (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 1)

– 32022 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) 2022/704 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 10)

– 32022 R 0742: Durchführungsverordnung (EU) 2022/742 der Kommission vom 13. Mai 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 25)

– 32022 R 0792: Durchführungsverordnung (EU) 2022/792 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 18)

– 32022 R 0845: Durchführungsverordnung (EU) 2022/845 der Kommission vom 30. Mai 2022 (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 26)

– 32022 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2022/914 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 158 vom 13.6.2022, S. 27)

– 32022 R 0928: Durchführungsverordnung (EU) 2022/928 der Kommission vom 15. Juni 2022 (ABl. L 161 vom 16.6.2022, S. 67)

– 32022 R 0976: Durchführungsverordnung (EU) 2022/976 der Kommission vom 22. Juni 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 38)

– 32022 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1040 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 61)

– 32022 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1197 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 117)

– 32022 R 1306: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1306 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 102)

– 32022 R 1385: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1385 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 115)

– 32022 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1429 der Kommission vom 25. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 74)

– 32022 R 1454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1454 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 33)

– 32022 R 1618: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1618 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 90)

– 32022 R 1619: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1619 der Kommission vom 19. September 2022 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 141)

– 32022 R 1676: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1676 der Kommission vom 29. September 2022 (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 17)

– 32022 R 2061: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2061 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 69)

– 32022 R 2183: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2183 der Kommission vom 8. November 2022 (ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 21)

– 32022 R 2316: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2316 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 57)

– 32022 R 2329: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2329 der Kommission vom 28. November 2022 (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 5)

– 32022 R 2487: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2487 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 75)

– 32022 R 2361: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2361 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 5)

34. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

ABSCHNITT B

TIERISCHE ERZEUGNISSE FÜR DEN MENSCHLICHEN VERZEHR

35. 32004 L 0041: Richtlinie 2004/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Aufhebung bestimmter Richtlinien über Lebensmittelhygiene und Hygienevorschriften für die Herstellung und das Inverkehrbringen von bestimmten, zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs sowie zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG und 92/118/EWG des Rates und der Entscheidung 95/408/EG des Rates (ABl. L 157 vom 30.4.2004, S. 33), berichtigt in ABl. L 195 vom 2.6.2004, S. 12

UNTERABSCHNITT 1

FLEISCH VON HUFTIEREN
(HAUSRINDER, HAUSSCHWEINE, HAUSSCHAFE UND HAUSZIEGEN,
HAUSEQUIDEN, GATTERWILD,
NICHT DOMESTIZIERTE SUIDAE, NICHT DOMESTIZIERTE WILDEINHUFER,
NICHT DOMESTIZIERTES FARMWILD, AUSGENOMMEN SCHWEINE UND EINHUFER,
NICHT DOMESTIZIERTES FREILEBENDES WILD, AUSGENOMMEN SCHWEINE UND EINHUFER)

36. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

37. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

38. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

39. 32001 R 0999: Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (ABl. L 147 vom 31.5.2001, S. 1), geändert durch:

– 32001 R 1248: Verordnung (EG) Nr. 1248/2001 der Kommission vom 22. Juni 2001 (ABl. L 173 vom 27.6.2001, S. 12)

– 32001 R 1326: Verordnung (EG) Nr. 1326/2001 der Kommission vom 29. Juni 2001 (ABl. L 177 vom 30.6.2001, S. 60)

– 32002 R 0270: Verordnung (EG) Nr. 270/2002 der Kommission vom 14. Februar 2002 (ABl. L 45 vom 15.2.2002, S. 4)

– 32002 R 1494: Verordnung (EG) Nr. 1494/2002 der Kommission vom 21. August 2002 (ABl. L 225 vom 22.8.2002, S. 3)

– 12003T: Beitrittsakte von 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 432)

– 32003 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2003 der Kommission vom 12. Februar 2003 (ABl. L 37 vom 13.2.2003, S. 7)

– 32003 R 1053: Verordnung (EG) Nr. 1053/2003 der Kommission vom 19. Juni 2003 (ABl. L 152 vom 20.6.2003, S. 8)

– 32003 R 1128: Verordnung (EG) Nr. 1128/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 1)

– 32003 R 1139: Verordnung (EG) Nr. 1139/2003 der Kommission vom 27. Juni 2003 (ABl. L 160 vom 28.6.2003, S. 22)

– 32003 R 1234: Verordnung (EG) Nr. 1234/2003 der Kommission vom 10. Juli 2003 (ABl. L 173 vom 11.7.2003, S. 6)

– 32003 R 1809: Verordnung (EG) Nr. 1809/2003 der Kommission vom 15. Oktober 2003 (ABl. L 265 vom 16.10.2003, S. 10)

– 32003 R 1915: Verordnung (EG) Nr. 1915/2003 der Kommission vom 30. Oktober 2003 (ABl. L 283 vom 31.10.2003, S. 29)

– 32003 R 2245: Verordnung (EG) Nr. 2245/2003 der Kommission vom 19. Dezember 2003 (ABl. L 333 vom 20.12.2003, S. 28)

– 32004 R 0876: Verordnung (EG) Nr. 876/2004 der Kommission vom 29. April 2004 (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 52)

– 32004 R 1471: Verordnung (EG) Nr. 1471/2004 der Kommission vom 18. August 2004 (ABl. L 271 vom 19.8.2004, S. 24)

– 32004 R 1492: Verordnung (EG) Nr. 1492/2004 der Kommission vom 23. August 2004 (ABl. L 274 vom 24.8.2004, S. 3)

– 32004 R 1993: Verordnung (EG) Nr. 1993/2004 der Kommission vom 19. November 2004 (ABl. L 344 vom 20.11.2004, S. 12)

– 32005 R 0036: Verordnung (EG) Nr. 36/2005 der Kommission vom 12. Januar 2005 (ABl. L 10 vom 13.1.2005, S. 9)

– 32005 R 0214: Verordnung (EG) Nr. 214/2005 der Kommission vom 9. Februar 2005 (ABl. L 37 vom 10.2.2005, S. 9)

– 32005 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2005 der Kommission vom 16. Februar 2005 (ABl. L 46 vom 17.2.2005, S. 31)

– 32005 R 0932: Verordnung (EG) Nr. 932/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2005 (ABl. L 163 vom 23.6.2005, S. 1)

– 32005 R 1292: Verordnung (EG) Nr. 1292/2005 der Kommission vom 5. August 2005 (ABl. L 205 vom 6.8.2005, S. 3)

– 32005 R 1974: Verordnung (EG) Nr. 1974/2005 der Kommission vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 317 vom 3.12.2005, S. 4)

– 32006 R 0253: Verordnung (EG) Nr. 253/2006 der Kommission vom 14. Februar 2006 (ABl. L 44 vom 15.2.2006, S. 9)

– 32006 R 0339: Verordnung (EG) Nr. 339/2006 der Kommission vom 24. Februar 2006 (ABl. L 55 vom 25.2.2006, S. 5)

– 32006 R 0657: Verordnung (EG) Nr. 657/2006 der Kommission vom 10. April 2006 (ABl. L 116 vom 29.4.2006, S. 9)

– 32006 R 0688: Verordnung (EG) Nr. 688/2006 der Kommission vom 4. Mai 2006 (ABl. L 120 vom 5.5.2006, S. 10)

– 32006 R 1041: Verordnung (EG) Nr. 1041/2006 der Kommission vom 7. Juli 2006 (ABl. L 187 vom 8.7.2006, S. 10)

– 32006 R 1923: Verordnung (EG) Nr. 1923/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 1)

– 32007 R 0722: Verordnung (EG) Nr. 722/2007 der Kommission vom 25. Juni 2007 (ABl. L 164 vom 26.6.2007, S. 7)

– 32007 R 0727: Verordnung (EG) Nr. 727/2007 der Kommission vom 26. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 8)

– 32007 R 1275: Verordnung (EG) Nr. 1275/2007 der Kommission vom 29. Oktober 2007 (ABl. L 284 vom 30.10.2007, S. 8)

– 32007 R 1428: Verordnung (EG) Nr. 1428/2007 der Kommission vom 4. Dezember 2007 (ABl. L 317 vom 5.12.2007, S. 61)

– 32008 R 0021: Verordnung (EG) Nr. 21/2008 der Kommission vom 11. Januar 2008 (ABl. L 9 vom 12.1.2008, S. 3)

– 32008 R 0315 Verordnung (EG) Nr. 315/2008 der Kommission vom 4. April 2008 (ABl. L 94 vom 5.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0357: Verordnung (EG) Nr. 357/2008 der Kommission vom 22. April 2008 (ABl. L 111 vom 23.4.2008, S. 3)

– 32008 R 0553: Verordnung (EG) Nr. 553/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008, berichtigt in ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 49

– 32008 R 0571: Verordnung (EG) Nr. 571/2008 der Kommission vom 19. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 4)

– 32008 R 0746: Verordnung (EG) Nr. 746/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 202 vom 31.7.2008, S. 11)

– 32008 R 0956: Verordnung (EG) Nr. 956/2008 der Kommission vom 29. September 2008 (ABl. L 260 vom 30.9.2008, S. 8)

– 32009 R 0103: Verordnung (EG) Nr. 103/2009 der Kommission vom 3. Februar 2009 (ABl. L 34 vom 4.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0162: Verordnung (EG) Nr. 162/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 11)

– 32009 R 0163: Verordnung (EG) Nr. 163/2009 der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 17)

– 32009 R 0220: Verordnung (EG) Nr. 220/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 155)

– 32011 R 0189: Verordnung (EU) Nr. 189/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 (ABl. L 53 vom 26.2.2011, S. 56)

– 32012 R 1064: Verordnung (EU) Nr. 1064/2012 der Kommission vom 13. November 2012 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 13)

– 32013 R 0056: Verordnung (EU) Nr. 56/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 3)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0630: Verordnung (EU) Nr. 630/2013 der Kommission vom 28. Juni 2013 (ABl. L 179 vom 29.6.2013, S. 60)

– 32014 R 1148: Verordnung (EU) Nr. 1148/2014 der Kommission vom 28. Oktober 2014 (ABl. L 308 vom 29.10.2014, S. 66)

– 32015 R 0728: Verordnung (EU) 2015/728 der Kommission vom 6. Mai 2015 (ABl. L 116 vom 7.5.2015, S. 1)

– 32015 R 1162: Verordnung (EU) 2015/1162 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 3)

– 32016 R 0027: Verordnung (EU) 2016/27 der Kommission vom 13. Januar 2016 (ABl. L 9 vom 14.1.2016, S. 4)

– 32016 R 1396: Verordnung (EU) 2016/1396 der Kommission vom 18. August 2016 (ABl. L 225 vom 19.8.2016, S. 76)

– 32017 R 0110: Verordnung (EU) 2017/110 der Kommission vom 23. Januar 2017 (ABl. L 18 vom 24.1.2017, S. 42)

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) 2017/736 der Kommission vom 26. April 2017 (ABl. L 110 vom 27.4.2017, S. 2)

– 32017 R 0893: Verordnung (EU) 2017/893 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 92)

– 32017 R 0894: Verordnung (EU) 2017/894 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 117)

– 32017 R 1972: Verordnung (EU) 2017/1972 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 14)

– 32018 R 0221: Verordnung (EU) 2018/221 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 43 vom 16.2.2018, S. 6)

– 32018 R 0969: Verordnung (EU) 2018/969 der Kommission vom 9. Juli 2018 (ABl. L 174 vom 10.7.2018, S. 12)

– 32019 R 0319: Verordnung (EU) 2019/319 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 61 vom 28.2.2019, S. 1)

– 32019 R 1091: Verordnung (EU) 2019/1091 der Kommission vom 26. Juni 2019 (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 42)

– 32020 R 1593: Verordnung (EU) 2020/1593 der Kommission vom 29. Oktober 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 13)

– 32021 R 1176: Verordnung (EU) 2021/1176 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 56)

– 32021 R 1372: Verordnung (EU) 2021/1372 der Kommission vom 17. August 2021 (ABl. L 295 vom 18.8.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 51

– 32022 R 0175: Verordnung (EU) 2022/175 der Kommission vom 9. Februar 2022 (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 1)

– 32022 R 2246: Verordnung (EU) 2022/2246 der Kommission vom 15. November 2022 (ABl. L 295 vom 16.11.2022, S. 1)

UNTERABSCHNITT 2

GEFLÜGELFLEISCH, HACKFLEISCH/FASCHIERTES UND SEPARATORENFLEISCH VON GEFLÜGEL, EINSCHLIESSLICH LAUFVÖGELN UND WILDGEFLÜGEL

40. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

41. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 3

KANINCHENFLEISCH UND ANDERES FLEISCH VON FREI LEBENDEM UND FARMWILD
ABGESEHEN VOM OBEN GENANNTEN

42. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

43. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

44. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 4

FLEISCHERZEUGNISSE (BEHANDELTE MÄGEN, BLASEN UND DÄRME)

45. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705 Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

46. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 5

HACKFLEISCH/FASCHIERTES (AUSGENOMMEN HACKFLEISCH/FASCHIERTES AUS GEFLÜGEL)
UND FLEISCHZUBEREITUNG

47. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

48. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 6

MILCH UND MILCHERZEUGNISSE

49. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

50. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

51. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 7

FISCHEREI- UND AQUAKULTURERZEUGNISSE
(MENSCHLICHER VERZEHR)

52. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

53. 32005 R 2074: Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften für bestimmte unter die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates fallende Erzeugnisse und für die in den Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen amtlichen Kontrollen, zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 27), geändert durch:

– 32006 R 1664: Verordnung (EG) Nr. 1664/2006 der Kommission vom 6. November 2006 (ABl. L 320 vom 18.11.2006, S. 13)

– 32007 R 1244: Verordnung (EG) Nr. 1244/2007 der Kommission vom 24. Oktober 2007 (ABl. L 281 vom 25.10.2007, S. 12)

– 32008 R 1022: Verordnung (EG) Nr. 1022/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 18)

– 32008 R 1250: Verordnung (EG) Nr. 1250/2008 der Kommission vom 12. Dezember 2008 (ABl. L 337 vom 16.12.2008, S. 31)

– 32011 R 0015: Verordnung (EU) Nr. 15/2011 der Kommission vom 10. Januar 2011 (ABl. L 6 vom 11.1.2011, S. 3)

– 32011 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 1)

– 32012 R 1012: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1012/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 1), berichtigt in: ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 11

– 32014 R 0218: Verordnung (EU) Nr. 218/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 95)

– 32015 R 2285: Verordnung (EU) 2015/2285 der Kommission vom 8. Dezember 2015 (ABl. L 323 vom 9.12.2015, S. 2)

– 32017 R 1973: Verordnung (EU) 2017/1973 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 21)

– 32017 R 1980: Verordnung (EU) 2017/1980 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 8)

– 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in: ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183

– 32019 R 1139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1139 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 12)

54. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

55. 32005 R 2074: Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften für bestimmte unter die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates fallende Erzeugnisse und für die in den Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen amtlichen Kontrollen, zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 27), geändert durch:

– 32006 R 1664: Verordnung (EG) Nr. 1664/2006 der Kommission vom 6. November 2006 (ABl. L 320 vom 18.11.2006, S. 13)

– 32007 R 1244: Verordnung (EG) Nr. 1244/2007 der Kommission vom 24. Oktober 2007 (ABl. L 281 vom 25.10.2007, S. 12)

– 32008 R 1022: Verordnung (EG) Nr. 1022/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 18)

– 32008 R 1250: Verordnung (EG) Nr. 1250/2008 der Kommission vom 12. Dezember 2008 (ABl. L 337 vom 16.12.2008, S. 31)

– 32011 R 0015: Verordnung (EU) Nr. 15/2011 der Kommission vom 10. Januar 2011 (ABl. L 6 vom 11.1.2011, S. 3)

– 32011 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 1)

– 32012 R 1012: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1012/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 11

– 32014 R 0218: Verordnung (EU) Nr. 218/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 95)

– 32015 R 2285: Verordnung (EU) 2015/2285 der Kommission vom 8. Dezember 2015 (ABl. L 323 vom 9.12.2015, S. 2)

– 32017 R 1973: Verordnung (EU) 2017/1973 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 21)

– 32017 R 1980: Verordnung (EU) 2017/1980 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 8)

– 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183

– 32019 R 1139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1139 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 12)

56. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

57. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 118), berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 8

EIER UND EIPRODUKTE

58. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

59. 32021 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen der Drittländer oder Drittlandsgebiete, aus denen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Eingang bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die Union zulässig ist, berichtigt in ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 8, geändert durch:

– 32021 R 0606: Durchführungsverordnung (EU) 2021/606 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 65)

– 32021 R 1327: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1327 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 28)

– 32022 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2022/34 der Kommission vom 22. Dezember 2021 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2022/363 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 40)

– 32022 R 1389: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1389 der Kommission vom 2. August 2022 (ABl. L 210 vom 11.8.2022, S. 1)

– 32022 R 2293: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2293 der Kommission vom 18. November 2022 (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 31)

UNTERABSCHNITT 9

SONSTIGE ERZEUGNISSE FÜR DEN MENSCHLICHEN VERZEHR

60. 32020 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379), geändert durch:

– 32021 R 1703: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1703 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 29)

– 32021 R 1705: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1705 der Kommission vom 14. Juli 2021 (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 40)

– 32022 R 0054: Delegierte Verordnung (EU) 2022/54 der Kommission vom 21. Oktober 2021 (ABl. L 10 vom 17.1.2022, S. 1)

61. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

ABSCHNITT C

(NICHT ZUM VERZEHR BESTIMMTE) TIERISCHE NEBENPRODUKTE

62. 32009 R 1069: Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 1), geändert durch:

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

63. 32011 R 0142: Verordnung (EU) Nr. 142/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte sowie zur Durchführung der Richtlinie 97/78/EG des Rates hinsichtlich bestimmter gemäß der genannten Richtlinie von Veterinärkontrollen an der Grenze befreiter Proben und Waren (ABl. L 54 vom 26.2.2011, S. 1), geändert durch:

– 32011 R 0749: Verordnung (EU) Nr. 749/2011 der Kommission vom 29. Juli 2011 (ABl. L 198 vom 30.7.2011, S. 3)

– 32012 R 1063: Verordnung (EU) Nr. 1063/2012 der Kommission vom 13. November 2012 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 5)

– 32012 R 1097: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1097/2012 der Kommission vom 23. November 2012 (ABl. L 326 vom 24.11.2012, S. 3)

– 32013 R 0294: Verordnung (EU) Nr. 294/2013 der Kommission vom 14. März 2013 (ABl. L 98 vom 6.4.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 226 vom 24.8.2013, S. 44

– 32013 R 0555: Verordnung (EU) Nr. 555/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 (ABl. L 164 vom 18.6.2013, S. 11)

– 32013 R 0717: Verordnung (EU) Nr. 717/2013 der Kommission vom 25. Juli 2013 (ABl. L 201 vom 26.7.2013, S. 31)

– 32014 R 0592: Verordnung (EU) Nr. 592/2014 der Kommission vom 3. Juni 2014 (ABl. L 165 vom 4.6.2014, S. 33)

– 32015 R 0009: Verordnung (EU) 2015/9 der Kommission vom 6. Januar 2015 (ABl. L 3 vom 7.1.2015, S. 10)

– 32017 R 0172: Verordnung (EU) 2017/172 der Kommission vom 1. Februar 2017 (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 1)

– 32017 R 0786: Verordnung (EU) 2017/786 der Kommission vom 8. Mai 2017 (ABl. L 119 vom 9.5.2017, S. 1)

– 32017 R 0893: Verordnung (EU) 2017/893 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 92)

– 32017 R 1261: Verordnung (EU) 2017/1261 der Kommission vom 12. Juli 2017 (ABl. L 182 vom 13.7.2017, S. 31)

– 32017 R 1262: Verordnung (EU) 2017/1262 der Kommission vom 12. Juli 2017 (ABl. L 182 vom 13.7.2017, S. 34)

– 32019 R 1084: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1084 der Kommission vom 25. Juni 2019 (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 100)

– 32019 R 1177: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1177 der Kommission vom 10. Juli 2019 (ABl. L 185 vom 11.7.2019, S. 26)

– 32019 R 2122: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2122 der Kommission vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 45)

– 32019 R 2124: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2124 der Kommission vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 73)

– 32020 R 0207: Durchführungsverordnung (EU) 2020/207 der Kommission vom 14. Februar 2020 (ABl. L 43 vom 17.2.2020, S. 69)

– 32020 R 0735: Verordnung (EU) 2020/735 der Kommission vom 2. Juni 2020 (ABl. L 172 vom 3.6.2020, S. 3)

– 32020 R 0757: Verordnung (EU) 2020/757 der Kommission vom 8. Juni 2020 (ABl. L 179 vom 9.6.2020, S. 5)

– 32020 R 0762: Verordnung (EU) 2020/762 der Kommission vom 9. Juni 2020 (ABl. L 182 vom 10.6.2020, S. 3)

– 32020 R 0797: Verordnung (EU) 2020/797 der Kommission vom 17. Juni 2020 (ABl. L 194 vom 18.6.2020, S. 1)

– 32020 R 1720: Verordnung (EU) 2020/1720 der Kommission vom 17. November 2020 (ABl. L 386 vom 18.11.2020, S. 6)

– 32021 R 0899: Verordnung (EU) 2021/899 der Kommission vom 3. Juni 2021 (ABl. L 197 vom 4.6.2021, S. 68)

– 32021 R 1699: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1699 der Kommission vom 22. September 2021 (ABl. L 336 vom 23.9.2021, S. 42)

– 32021 R 1891: Verordnung (EU) 2021/1891 der Kommission vom 26. Oktober 2021 (ABl. L 384 vom 29.10.2021, S. 84)

– 32021 R 2089: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2089 der Kommission vom 21. September 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 149)

64. 32022 R 2292: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2292 der Kommission vom 6. September 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an den Eingang von Sendungen von der Lebensmittelgewinnung dienenden Tieren und bestimmten für den menschlichen Verzehr bestimmten Waren in die Union (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 1), berichtigt in ABl. L 316 vom 8.12.2022, S. 100

ABSCHNITT D

LISTE DER BETRIEBE FÜR TIERISCHE ERZEUGNISSE FÜR DEN MENSCHLICHEN VERZEHR

65. Die Listen der Lebensmittel erzeugenden Betriebe für Nicht-EU-Länder werden von zugelassenen (gelisteten) Nicht-EU-Ländern vorgeschlagen und von der Kommission gemäß den Anforderungen des Artikels 127 der Verordnung (EU) 2017/625, ergänzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2022/2292 der Kommission, geführt.

ABSCHNITT E

LISTE DER BETRIEBE FÜR NICHT FÜR DEN MENSCHLICHEN VERZEHR BESTIMMTE TIERISCHE NEBENPRODUKTE

Listen von Betrieben für tierische Nebenprodukte werden gemäß Artikel 30 der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 geführt.

ABSCHNITT F

LISTE DER BETRIEBE FÜR ZUCHTMATERIAL

Betriebe für Zuchtmaterial (Sperma, Eizellen und Embryonen) werden gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 und der Verordnung (EU) 2020/686 festgelegt.

KAPITEL 9

VÖLKERRECHTLICHE ÜBEREINKÜNFTE DER UNION

ABSCHNITT A

EWR-ABKOMMEN

1. 31994 D 0001: Beschluss des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluss des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten sowie der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen, dem Königreich Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 1)

2. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Schlussakte - Gemeinsame Erklärungen der Vertragsparteien - Erklärung der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten - Übereinkommen - Vereinbarte Niederschrift - Erklärungen einzelner oder mehrerer Vertragspartner des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3)

3. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Anhang I - Veterinärwesen und Pflanzenschutz - Liste nach Artikel 17 (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 220), (nach Annahme einer kodifizierten Fassung) geändert durch:

   – 21999 D 0624(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/98 vom 17. Juli 1998 (ABl. L 158 vom 24.6.1999, S. 1)

– 22000 D 1123(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/1999 vom 25. Juni 1999 (ABl. L 296 vom 23.11.2000, S. 1)

– 22001 D 0118(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 126/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 1)

– 22001 D 0118(02): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 127/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 3)

– 22001 D 0118(03): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 128/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 6)

– 22001 D 0118(04): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 129/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 8)

– 22001 D 0118(05): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 130/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 10)

– 22001 D 0118(06): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 131/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 12)

– 22001 D 0118(07): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 132/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 14)

– 22001 D 0118(08): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 133/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 16)

– 22001 D 0118(09): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 134/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 1)

– 22001 D 0118(10): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 135/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 20)

– 22001 D 0118(11): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 136/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 22)

– 22001 D 0118(12): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 24)

– 22001 D 0118(13): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 138/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 26)

– 22001 D 0118(14): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 28)

– 22001 D 0118(15): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 30)

– 22001 D 0118(16): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 32)

– 22001 D 0118(17): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 142/1999 vom 5. November 1999 (ABl. L 15 vom 18.1.2001, S. 34)

– 21999 D 0154: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 154/1999 vom 26. November 1999 (ABl. L 61 vom 1.3.2001, S. 1)

– 21999 D 0155: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 155/1999 vom 26. November 1999 (ABl. L 61 vom 1.3.2001, S. 3)

– 21999 D 0189: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 189/1999 vom 18. Dezember 1999 (ABl. L 74 vom 15.3.2001, S. 24)

– 22001 D 0025: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 25/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 1)

– 22001 D 0026: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 26/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 4)

– 22001 D 0027: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 27/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 6)

– 22001 D 0028: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 28/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 8)

– 22001 D 0029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 29/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 10)

– 22001 D 0030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 30/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 13)

– 22001 D 0031: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 31/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 15)

– 22001 D 0032: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 32/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 17)

– 22001 D 0033: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 33/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 19)

– 22001 D 0034: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 34/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 22)

– 22001 D 0035: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 35/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 26)

– 22001 D 0036: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 36/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 28)

– 22001 D 0037: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 37/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 30)

– 22001 D 0038: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 38/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 35)

– 22001 D 0039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 40)

– 22001 D 0040: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 43)

– 22001 D 0041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 41/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 47)

– 22001 D 0042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2001 vom 30. März 2001 (ABl. L 158 vom 14.6.2001, S. 51)

– 22001 D 0054: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 54/2001 vom 18. Mai 2001 (ABl. L 165 vom 21.6.2001, S. 58)

– 22001 D 0089: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 89/2001 vom 13. Juli 2001 (ABl. L 251 vom 20.9.2001, S. 13)

– 22001 D 0101: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 101/2001 vom 28. September 2001 (ABl. L 322 vom 6.12.2001, S. 1)

– 22001 D 0102: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 102/2001 vom 26. Oktober 2001 (ABl. L 322 vom 6.12.2001, S. 6)

– 22001 D 0124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 124/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 1)

– 22001 D 0125: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 125/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 3)

– 22001 D 0126: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 126/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 5)

– 22001 D 0127: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 127/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 7)

– 22001 D 0128: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 128/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 9)

– 22001 D 0129: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 129/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 11)

– 22001 D 0130: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 130/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 13)

– 22001 D 0131: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 131/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 15)

– 22001 D 0141: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 1)

– 22001 D 0142: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 142/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 3)

– 22001 D 0143: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 143/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 6)

– 22001 D 0144: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 144/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 8)

– 22001 D 0145: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 145/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 10)

– 22001 D 0146: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 146/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 12)

– 22001 D 0147: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 147/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 14)

– 22001 D 0148: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 148/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 17)

– 22001 D 0149: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 149/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 20)

– 22002 D 0069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 1)

– 22002 D 0070: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 70/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 3)

– 22002 D 0266: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 71/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 5)

– 22002 D 0072: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 72/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 7)

– 22002 D 0073: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 73/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 9)

– 22002 D 0074: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 74/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 12)

– 22002 D 0075: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 75/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 14)

– 22002 D 0076: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 17)

– 22002 D 0077: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 20)

– 22002 D 0078: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 22)

– 22002 D 0096: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 96/2002 vom 12. Juli 2002 (ABl. L 298 vom 31.10.2002, S. 1)

– 22002 D 0112: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 1)

– 22002 D 0113: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 113/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 3)

– 22002 D 0114: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 5)

– 22002 D 0115: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 6)

– 22002 D 0116: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 116/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 8)

– 22002 D 0117: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 117/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 9)

– 22002 D 0118: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 118/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 11)

– 22002 D 0119: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 119/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 13)

– 22002 D 0120: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 120/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 15)

– 22002 D 0156: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 156/2002 vom 6. Dezember 2002 (ABl. L 38 vom 13.2.2003, S. 1)

– 22002 D 0157: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 157/2002 vom 6. Dezember 2002 (ABl. L 38 vom 13.2.2003, S. 3)

– 22003 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2003 vom 31. Januar 2003 (ABl. L 94 vom 10.4.2003, S. 43)

– 22003 D 0021: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 21/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 1)

– 22003 D 0022: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 22/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 3)

– 22003 D 0023: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 23/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 5)

– 22003 D 024: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 24/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 9)

– 22003 D 0025: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 25/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 11)

– 22003 D 0026: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 26/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 14)

– 22003 D 0027: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 27/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 17)

– 22003 D 0028: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 28/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 19)

– 22003 D 0029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 29/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 21)

– 22003 D 0030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 30/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 25)

– 22003 D 0031: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 31/2003 vom 14. März 2003 (ABl. L 137 vom 5.6.2003, S. 30)

– 22003 D 0065: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 65/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 1)

– 22003 D 0066: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 66/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 4)

– 22003 D 0067: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 67/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 8)

– 22003 D 0100: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 100/2003 vom 26. September 2003 (ABl. L 331 vom 18.12.2003, S. 3)

– 22003 D 0101: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 101/2003 vom 26. September 2003 (ABl. L 331 vom 18.12.2003, S. 6)

– 22003 D 0102: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 102/2003 vom 26. September 2003 (ABl. L 331 vom 18.12.2003, S. 8)

– 22003 D 0099: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 99/2003 vom 26. September 2003 (ABl. L 331 vom 18.12.2003, S. 1)

– 22003 D 0137: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2003 vom 7. November 2003 (ABl. L 41 vom 12.2.2004, S. 1)

– 22003 D 0138: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 138/2003 vom 7. November 2003 (ABl. L 41 vom 12.2.2004, S. 4)

– 22003 D 0139: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2003 vom 7. November 2003 (ABl. L 41 vom 12.2.2004, S. 7)

– 22003 D 0140: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2003 vom 7. November 2003 (ABl. L 41 vom 12.2.2004, S. 9)

– 22003 D 0166: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 166/2003 vom 5. Dezember 2003 (ABl. L 88 vom 25.3.2004, S. 32)

– 22004 D 0277: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 68/2004 vom 4. Mai 2004 (ABl. L 277 vom 26.8.2004, S. 187)

– 22004 D 0069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2004 vom 8. Juni 2004 (ABl. L 349 vom 25.11.2004, S. 23)

– 22004 D 0091: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 91/2004 vom 9. Juli 2004 (ABl. L 376 vom 23.12.2004, S. 1)

– 22004 D 0092: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 92/2004 vom 9. Juli 2004 (ABl. L 376 vom 23.12.2004, S. 3)

– 22004 D 0093: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 93/2004 vom 9. Juli 2004 (ABl. L 376 vom 23.12.2004, S. 6)

– 22004 D 0094: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 94/2004 vom 9. Juli 2004 (ABl. L 376 vom 23.12.2004, S. 10)

– 22004 D 0095: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 95/2004 vom 9. Juli 2004 (ABl. L 376 vom 23.12.2004, S. 14)

– 22004 D 0118: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 118/2004 vom 24. September 2004 (ABl. L 64 vom 10.3.2005, S. 7)

– 22004 D 0119: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 119/2004 vom 24. September 2004 (ABl. L 64 vom 10.3.2005, S. 9)

– 22004 D 0120: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 120/2004 vom 24. September 2004 (ABl. L 64 vom 10.3.2005, S. 12)

– 22005 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2005 vom 8. Februar 2005 (ABl. L 161 vom 23.6.2005, S. 1)

– 22005 D 0025: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 25/2005 vom 11. März 2005 (ABl. L 198 vom 28.7.2005, S. 1)

– 22005 D 0026: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 26/2005 vom 11. März 2005 (ABl. L 198 vom 28.7.2005, S. 4)

– 22005 D 0027: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 27/2005 vom 11. März 2005 (ABl. L 198 vom 28.7.2005, S. 9)

– 22005 D 0044: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 44/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 1)

– 22005 D 0045: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 6)

– 22005 D 0046: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 8)

– 22005 D 0047: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 12)

– 22005 D 0048: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 48/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 15)

– 22005 D 0049: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 49/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 18)

– 22005 D 0050: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 50/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 20)

– 22005 D 0051: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 51/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 22)

– 22005 D 0090: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 90/2005 vom 8. Juli 2005 (ABl. L 306 vom 24.11.2005, S. 1)

– 22005 D 0306: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 91/2005 vom 8. Juli 2005 (ABl. L 306 vom 24.11.2005, S. 3), berichtigt in ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 65

– 22005 D 0092: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 92/2005 vom 8. Juli 2005 (ABl. L 306 vom 24.11.2005, S. 8), berichtigt in ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 65

– 22005 D 0093: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 93/2005 vom 8. Juli 2005 (ABl. L 306 vom 24.11.2005, S. 14)

– 22005 D 0137: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2005 vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 25)

– 22005 D 0138: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 138/2005 vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 28)

– 22005 D 0139: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2005 vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 31)

– 22005 D 0140: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2005 vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 34)

– 22006 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2006 vom 27. Januar 2006 (ABl. L 92 vom 30.3.2006, S. 17)

– 22006 D 0042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2006 vom 28. April 2006 (ABl. L 175 vom 29.6.2006, S. 86)

– 22006 D 0076: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2006 vom 7. Juli 2006 (ABl. L 289 vom 19.10.2006, S. 1)

– 22006 D 0099: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 99/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 1)

– 22006 D 0100: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 100/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 3)

– 22006 D 0101: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 101/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 6)

– 22006 D 0102: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 102/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 10)

– 22006 D 0103: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 13)

– 22006 D 0104: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 104/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 15)

– 22006 D 0105: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 17)

– 22006 D 0140: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2006 vom 8. Dezember 2006 (ABl. L 89 vom 29.3.2007, S. 1)

– 22006 D 0141: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2006 vom 8. Dezember 2006 (ABl. L 89 vom 29.3.2007, S. 6)

– 22006 D 0142: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 142/2006 vom 8. Dezember 2006 (ABl. L 89 vom 29.3.2007, S. 8)

– 22006 D 0143: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 143/2006 vom 8. Dezember 2006 (ABl. L 89 vom 29.3.2007, S. 9)

– 22007 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 1)

– 22007 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 3)

– 22007 D 0046: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2007 vom 8. Juni 2007 (ABl. L 266 vom 11.10.2007, S. 1)

– 22007 D 0072: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 72/2007 vom 6. Juli 2007 (ABl. L 328 vom 13.12.2007, S. 1)

– 22007 D 0073: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 73/2007 vom 6. Juli 2007 (ABl. L 328 vom 13.12.2007, S. 6)

– 22007 D 0097: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 97/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 3)

– 22007 D 0098: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 98/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 6)

– 22007 D 0099: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 99/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 10)

– 22007 D 0100: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 100/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 12)

– 22007 D 0132: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 132/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 1)

– 22007 D 0133: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 133/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 27), berichtigt in ABl. L 89 vom 5.4.2018, S. 19

– 22007 D 0100: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 134/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 33)

– 22007 D 0135: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 135/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 44)

– 22007 D 0136: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 136/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 49)

– 22007 D 0137: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 53)

– 22007 D 0148: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 148/2007 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 124 vom 8.5.2008, S. 1)

– 22007 D 0149: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 149/2007 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 124 vom 8.5.2008, S. 3)

– 22007 D 0150: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 150/2007 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 124 vom 8.5.2008, S. 6)

– 22008 D 0040: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2008 vom 25. April 2008 (ABl. L 223 vom 21.8.2008, S. 28)

– 22008 D 0041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 41/2008 vom 25. April 2008 (ABl. L 223 vom 21.8.2008, S. 31)

– 22008 D 0042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2008 vom 25. April 2008 (ABl. L 223 vom 21.8.2008, S. 33)

– 22008 D 0095: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 95/2008 vom 26. September 2008 (ABl. L 309 vom 20.11.2008, S. 12)

– 22008 D 0111: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 111/2008 vom 7. November 2008 (ABl. L 339 vom 18.12.2008, S. 98)

– 22009 D 0021: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 21/2009 vom 17. März 2009 (ABl. L 130 vom 28.5.2009, S. 1)

– 22009 D 0041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 41/2009 vom 24. April 2009 (ABl. L 162 vom 25.6.2009, S. 16)

– 22009 D 0055: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 55/2009 vom 29. Mai 2009 (ABl. L 232 vom 3.9.2009, S. 1)

– 22009 D 0056: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 56/2009 vom 29. Mai 2009 (ABl. L 232 vom 3.9.2009, S. 4)

– 22010 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2010 vom 29. Januar 2010 (ABl. L 101 vom 22.4.2010, S. 1)

– 22010 D 0017: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 17/2010 vom 1. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 1)

– 22010 D 0018: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 18/2010 vom 1. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 4)

– 22010 D 0019: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 19/2010 vom 12. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 8)

– 22010 D 0038: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 38/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 1)

– 22010 D 0114: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2010 vom 10. November 2010 (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 63)

– 22010 D 0115: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2010 vom 10. November 2010 (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 69)

– 22011 D 0059: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 59/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 1)

– 22011 D 0060: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 60/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 7)

– 22011 D 0262: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 61/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 11)

– 22011 D 0062: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 62/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 15)

– 22011 D 0063: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 63/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 16)

– 22011 D 0094: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 94/2011 vom 30. September 2011 (ABl. L 318 vom 1.12.2011, S. 31)

– 22011 D 0095: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 95/2011 vom 30. September 2011 (ABl. L 318 vom 1.12.2011, S. 32)

– 22011 D 0112: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2011 vom 21. Oktober 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 72)

– 22011 D 0123: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 123/2011 vom 2. Dezember 2011 (ABl. L 76 vom 15.3.2012, S. 1)

– 22012 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2012 vom 10. Februar 2012 (ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 1)

– 22012 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2012 vom 10. Februar 2012 (ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 3)

– 22012 D 0034: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 34/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 1)

– 22012 D 0035: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 35/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 2)

– 22012 D 0036: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 36/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 3)

– 22012 D 0074: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 74/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 1)

– 22012 D 0075: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 75/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 4)

– 22012 D 0076: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 6)

– 22012 D 0077: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 7)

– 22012 D 0079: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 11)

– 22012 D 0103: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2012 vom 15. Juni 2012 (ABl. L 270 vom 4.10.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 340 vom 13.12.2012, S. 40

– 22012 D 0104: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 104/2012 vom 15. Juni 2012 (ABl. L 270 vom 4.10.2012, S. 3)

– 22012 D 0123: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 123/2012 vom 13. Juli 2012 (ABl. L 309 vom 8.11.2012, S. 1)

– 22012 D 0124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 124/2012 vom 13. Juli 2012 (ABl. L 309 vom 8.11.2012, S. 2)

– 22012 D 0153: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 153/2012 vom 28. September 2012 (ABl. L 341 vom 13.12.2012, S. 1)

– 22012 D 0154: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 154/2012 vom 28. September 2012 (ABl. L 341 vom 13.12.2012, S. 3)

– 22012 D 0191: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 191/2012 vom 26. Oktober 2012 (ABl. L 21 vom 24.1.2012, S. 37)

– 22012 D 0205: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 205/2012 vom 7. Dezember 2012 (ABl. L 81 vom 21.3.2013, S. 1)

– 22013 D 0051: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 51/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 1)

– 22013 D 0052: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 52/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 2)

– 22013 D 0055: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 55/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 6)

– 22013 D 0102: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 102/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 1)

– 22013 D 0103: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 3)

– 22013 D 0104: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 104/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 5)

– 22013 D 0105: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 6)

– 22013 D 0135: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 135/2013 vom 15. Juli 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 1)

– 22013 D 0136: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 136/2013 vom 15. Juli 2013 (ABl. L 345 vom 19.12.2013, S. 4)

– 22013 D 0137: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2013 vom 15. Juli 2013 (ABl. L 345 vom 19.12.2013, S. 5)

– 22013 D 0154: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 154/2013 vom 8. Oktober 2013 (ABl. L 58 vom 27.2.2014, S. 5)

– 22013 D 0179: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 179/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 1)

– 22013 D 0180: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 180/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 3)

– 22013 D 0181: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 181/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 5)

– 22013 D 0182: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 182/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 6)

– 22013 D 0213: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 213/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 1)

– 22013 D 0214: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 214/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 3)

– 22013 D 0215: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 215/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 5)

– 22014 D 0063: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 63/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 1)

– 22014 D 0064: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 64/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 3)

– 22014 D 0065: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 65/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 5)

– 22014 D 0066: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 66/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 7)

– 22014 D 0067: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 67/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 9)

– 22014 D 0068: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 68/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 10)

– 22014 D 0069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 11)

– 22014 D 0070: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 70/2014 vom 16. Mai 2014 (ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 13)

– 22014 D 0160: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 160/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 1)

– 22014 D 0161: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 161/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 3)

– 22014 D 0162: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 162/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 5)

– 22014 D 0163: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 163/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 7)

– 22014 D 0164: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 164/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 8)

– 22014 D 0165: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 165/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 9)

– 22014 D 0166: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 166/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 10)

– 22014 D 0167: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 167/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 12)

– 22014 D 0210: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 210/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 3)

– 22014 D 0211: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 211/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 5)

– 22016 D 0489: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 1)

– 22016 D 0490: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 3)

– 22016 D 0491: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 5)

– 22016 D 0717: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 34/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 1)

– 22016 D 0718: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 35/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 3)

– 22016 D 0719: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 36/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 5)

– 22016 D 0720: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 37/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 7)

– 22016 D 1257: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 74/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 1)

– 22016 D 1258: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 75/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 3)

– 22016 D 1259: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 5)

– 22016 D 1260: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 6)

– 22016 D 1261: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 8)

– 22016 D 1262: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 10)

– 22016 D 1263: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 80/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 11)

– 22017 D 0015: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 175/2015 vom 10. Juli 2015 (ABl. L 8 vom 12.1.2017, S. 1)

– 22017 D 0504: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 197/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 1)

– 22017 D 0505: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 198/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 5)

– 22017 D 0506: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 199/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 7)

– 22017 D 0507: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 200/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 8)

– 22017 D 0508: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 201/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 9)

– 22017 D 1022: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 233/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 1)

– 22017 D 1023: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 234/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 3)

– 22017 D 1024: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 235/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 4)

– 22017 D 1025: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 236/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 5)

– 22017 D 1026: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 237/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 6)

– 22017 D 1284: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 1)

– 22017 D 1285: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 3)

– 22017 D 1286: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 5)

– 22017 D 1287: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 7)

– 22017 D 1806: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 295/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 1)

– 22017 D 1807: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 296/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 3)

– 22017 D 1871: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 41/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 1)

– 22017 D 1874: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 44/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 7)

– 22017 D 1875: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 9)

– 22017 D 2017: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 66/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 1)

– 22017 D 2018: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 68/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 4)

– 22017 D 2019: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 6)

– 22017 D 2023: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 73/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 12)

– 22017 D 2122: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 104/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 1)

– 22017 D 2123: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 3)

– 22017 D 2124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 4)

– 22018 D 0422: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 164/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 1)

– 22018 D 0423: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 165/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 3)

– 22018 D 0424: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 166/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 4)

– 22018 D 0425: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 167/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 6)

– 22018 D 0426: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 168/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 8)

– 22018 D 0427: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 169/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 9)

– 22018 D 1154: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 216/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 1)

– 22018 D 1155: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 217/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 3)

– 22018 D 1156: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 218/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 4)

– 22018 D 1157: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 219/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 5)

– 22018 D 1735: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 1)

– 22018 D 1736: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 3)

– 22018 D 1737: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 4)

– 22018 D 1738: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 5)

– 22018 D 1739: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 6)

– 22018 D 1810: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 1)

– 22018 D 1811: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 1)

– 22019 D 0180: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 68/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 1)

– 22019 D 0181: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 3)

– 22019 D 0182: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 70/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 5)

– 22019 D 0183: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 71/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 7)

– 22019 D 0184: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 72/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 8)

– 22019 D 0185: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 73/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 9)

– 22019 D 0725: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 118/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 1)

– 22019 D 0726: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 119/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 3)

– 22019 D 0726: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 35)

– 22019 D 0747: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 37)

– 22019 D 1039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 151/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 3)

– 22019 D 1040: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 152/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 4)

– 22019 D 1041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 153/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 6)

– 22019 D 1042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 154/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 7)

– 22019 D 1043: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 155/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 9)

– 22019 D 1229: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 99/2019 vom 11. April 2019 (ABl. L 192 vom 18.7.2019, S. 53)

– 22019 D 1356: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 193/2017 vom 27. Oktober 2017 (ABl. L 219 vom 22.8.2019, S. 1)

– 22019 D 1618: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 209/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 1)

– 22019 D 1619: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 210/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 5)

– 22019 D 1620: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 211/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 7)

– 22019 D 2039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 5)

– 22019 D 2040: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 7)

– 22019 D 2041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 9)

– 22020 D 0052: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 35/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 1)

– 22020 D 0053: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 36/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 3)

– 22020 D 0054: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 37/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 5)

– 22020 D 0292: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 273/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 1)

– 22020 D 0293: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 274/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 3)

– 22020 D 0294: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 275/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 4)

– 22020 D 0298: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 279/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 8)

– 22020 D 0299: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 280/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 10)

– 22020 D 0300: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 281/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 12)

– 22020 D 0301: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 282/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 14)

– 22020 D 0302: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 284/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 17)

– 22020 D 0800: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 1)

– 22020 D 0920: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 1)

– 22020 D 0923: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 7)

– 22020 D 1437: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 1)

– 22020 D 1438: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 3)

– 22020 D 1607: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2018 vom 31. Mai 2018 (ABl. L 368 vom 5.11.2020, S. 1)

– 22020 D 1608: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 104/2018 vom 31. Mai 2018 (ABl. L 368 vom 5.11.2020, S. 3)

– 22020 D 1609: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2018 vom 31. Mai 2018 (ABl. L 368 vom 5.11.2020, S. 4)

– 22021 D 0185: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 123/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 1)

– 22021 D 0186: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 124/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 3)

– 22021 D 0187: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 125/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 5)

– 22021 D 0188: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 126/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 7)

– 22021 D 0193: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 131/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 16)

– 22021 D 0287: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 173/2018 vom 21. September 2018 (ABl. L 75 vom 4.3.2021, S. 1)

– 22021 D 0491: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 208/2018 vom 26. Oktober 2018 (ABl. L 105 vom 25.3.2021, S. 1)

– 22021 D 1489: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 222/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 1)

– 22021 D 1490: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 223/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 3)

– 22021 D 1491: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 224/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 5)

– 22021 D 1492: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 225/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 7)

– 22021 D 1493: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 226/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 10)

– 22021 D 1496: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 229/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 15)

– 22021 D 1497: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 230/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 17)

– 22022 D 1049: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2022 vom 4. Februar 2022 (ABl. L 175 vom 30.6.2022, S. 1)

– 22022 D 1050: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2022 vom 4. Februar 2022 (ABl. L 175 vom 30.6.2022, S. 3)

– 22022 D 1051: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2022 vom 4. Februar 2022 (ABl. L 175 vom 30.6.2022, S. 5)

– 22022 D 1052: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2022 vom 4. Februar 2022 (ABl. L 175 vom 30.6.2022, S. 7)

– 22022 D 1053: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2022 vom 4. Februar 2022 (ABl. L 175 vom 30.6.2022, S. 9)

– 22022 D 1088: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2022 vom 4. Februar 2022 (ABl. L 175 vom 30.6.2022, S. 67)

– 22022 D 1114: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 12)

– 22022 D 1115: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 14)

– 22022 D 1533: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 89/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 1)

– 22022 D 1534: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 90/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 3)

– 22022 D 1535: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 91/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 5)

– 22022 D 1537: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 93/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 9)

– 22022 D 1538: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 94/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 11)

– 22022 D 1539: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 95/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 13)

– 22022 D 1540: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 96/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 15)

– 22022 D 1548: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 104/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 31)

– 22022 D 1549: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 33)

– 22022 D 1550: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 35)

– 22022 D 1865: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 165/2022 vom 10. Juni 2022 (ABl. L 267 vom 13.10.2022, S. 1)

– 22022 D 1866: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 166/2022 vom 10. Juni 2022 (ABl. L 267 vom 13.10.2022, S. 3)

– 22022 D 2006: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 107/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 1)

– 22022 D 2007: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 3)

– 22022 D 2129: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 1)

– 22022 D 2130: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 138/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 3)

– 22022 D 2131: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 5)

– 22022 D 2132: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 7)

– 22022 D 2207: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 183/2019 vom 10. Juli 2019 (ABl. L 298 vom 17.11.2022, S. 1)

Eine konsolidierte Fassung von Anhang I des EWR-Abkommens ist auf der Website der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) verfügbar: https://www.efta.int/.

4. 31994 D 0001: Beschluss des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluss des Anpassungsprotokolls zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten sowie der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und dem Königreich Schweden (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 571)

5. 21994 A 0103(73): Anpassungsprotokoll zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Schlussakte- Gemeinsame Erklärungen der Vertragsparteien - Vereinbarte Niederschrift - Erklärung der Regierung Frankreichs (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 572)

6. 32004 D 0368: Beschluss des Rates vom 30. März 2004 über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Beteiligung der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik am Europäischen Wirtschaftsraum und der vier Nebenabkommen (ABl. L 130 vom 29.4.2004, S. 1)

7. 22004 A 0429(02): Abkommen in Form eines Briefwechsels über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Beteiligung der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik am Europäischen Wirtschaftsraum und der vier Nebenabkommen (ABl. L 130 vom 29.4.2004, S. 3)

8. E2003 C 0017: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 17/03/KOL vom 5. Februar 2003 zur Anerkennung der vollen Betriebsfähigkeit der norwegischen Datenbank für Rinder (ABl. L 120 vom 15.5.2003, S. 62)

9. E2003 C 0155: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 155/03/KOL vom 18. Juli 2003 zur Genehmigung des Programms Islands zur Erlangung des Status eines zugelassenen Gebiets im Hinblick auf die Fischseuchen Virale Hämorrhagische Septikämie (VHS) und Infektiöse Hämatopoetische Nekrose (IHN) (ABl. L 265 vom 16.10.2003, S. 38)

10. E2006 C 0394: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 394/06/KOL vom 13. Dezember 2006 zur Genehmigung des von Norwegen vorgelegten aktualisierten Plans zur Entfernung aller Fische aus norwegischen Betrieben, die von der Infektiösen Anämie des Lachses (ISA) befallen sind (ABl. L 132 vom 24.5.2007, S. 36)

11. E2007 C 0028: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 28/07/KOL vom 19. Februar 2007 zur Feststellung des amtlich anerkannt tuberkulose-, brucellose- und rinderleukosefreien Status Norwegens in Bezug auf die Rinderbestände (ABl. L 132 vom 24.5.2007, S. 38)

12. E2007 C 0029: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 29/07/KOL vom 19. Februar 2007 zur Genehmigung des von Norwegen vorgelegten Programms zur präventiven Impfung von Zoovögeln gegen hoch pathogene Aviäre Influenza (ABl. L 132 vom 24.5.2007, S. 40)

13. E2007 C 0030: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 30/07/KOL vom 19. Februar 2007 über das norwegische nationale Programm zur Bekämpfung der Traberkrankheit und zusätzliche Garantien betreffend den innergemeinschaftlichen Handel und Einfuhren nach Norwegen (ABl. L 132 vom 24.5.2007, S. 42)

14. E2006 C 0246: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 246/06/KOL vom 6. September 2006 zur Änderung des Verzeichnisses unter Nummer 39 in Teil 1.2 Kapitel I Anhang I des EWR-Abkommens zur Festlegung der für die Veterinärkontrollen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs und lebenden Tieren aus Drittländern zugelassenen Grenzkontrollstellen in Island und Norwegen sowie zur Aufhebung des Beschlusses der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 86/02/KOL vom 24. Mai 2002 (ABl. L 208 vom 9.8.2007, S. 12)

15. E2006 C 0320: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 320/06/KOL vom 31. Oktober 2006 zur Änderung des Verzeichnisses unter Nummer 39 in Teil 1.2 Kapitel I Anhang I des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zur Festlegung der für die Veterinärkontrollen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs und lebenden Tieren aus Drittländern zugelassenen Grenzkontrollstellen in Island und Norwegen sowie zur Aufhebung des Beschlusses der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 246/06/KOL vom 6. September 2006 (ABl. L 62 vom 6.3.2008, S. 44)

16. E2008 C 0299: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 299/08/KOL vom 21. Mai 2008 zur Genehmigung des von Norwegen vorgelegten Programms zur Bekämpfung und Tilgung der Bakteriellen Nierenerkrankung (ABl. L 257 vom 25.9.2008, S. 16)

17. E2008 C 0300: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 300/08/KOL vom 21. Mai 2008 zur Genehmigung des von Norwegen vorgelegten Krisenplans zur Bekämpfung der Aviären Influenza (ABl. L 257 vom 25.9.2008, S. 18)

18. E2008 C 0298: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 298/08/KOL vom 21. Mai 2008 über seuchenfreie Gebiete und zusätzliche Garantien in Bezug auf *Gyrodactylus salaris* in Norwegen (ABl. L 268 vom 9.10.2008, S. 37)

19. E2010 C 0002: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 02/10/KOL vom 5. Januar 2010 bezüglich des Status Norwegens hinsichtlich der infektiösen hämatopoetischen Nekrose und der viralen hämorrhagischen Septikämie und zur Aufhebung des Beschlusses der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 302/08/KOL vom 21. Mai 2008 (ABl. L 157 vom 24.6.2010, S. 16)

20. E2010 C 0043: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 43/10/KOL vom 10. Februar 2010 zur Änderung des Verzeichnisses unter Nummer 39 in Teil 1.2 Kapitel I Anhang I des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zur Festlegung der für die Veterinärkontrollen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs und lebenden Tieren aus Drittländern zugelassenen Grenzkontrollstellen in Island und Norwegen sowie zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 301/08/KOL der EFTA-Überwachungsbehörde vom 21. Mai 2008 (ABl. L 256 vom 30.9.2010, S. 30)

21. E2010 C 0159: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 159/10/KOL vom 21. April 2010 über ergänzende Garantien für Norwegen hinsichtlich der infektiösen Rhinotracheitis des Rindes (ABl. L 332 vom 16.12.2010, S. 43)

22. E2010 C 0160: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 160/10/KOL vom 21. April 2010 über ergänzende Garantien für Norwegen hinsichtlich der Aujeszky-Krankheit (ABl. L 332 vom 16.12.2010, S. 45)

23. E2011 C 0111: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 111/11/KOL vom 11. April 2011 zur Änderung des Verzeichnisses unter Nummer 39 in Teil 1.2 Kapitel I Anhang I des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zur Festlegung der für die Veterinärkontrollen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs und lebenden Tieren aus Drittländern zugelassenen Grenzkontrollstellen in Island und Norwegen sowie zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 8/11/KOL der EFTA-Überwachungsbehörde (ABl. L 170 vom 30.6.2011, S. 39)

24. E2012 C 0264: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 264/12/KOL vom 5. Juli 2012 bezüglich des Status Norwegens hinsichtlich der infektiösen hämatopoetischen Nekrose und der viralen hämorrhagischen Septikämie und zur Aufhebung des Beschlusses der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 302/08/KOL (ABl. C 340 vom 8.11.2012, S. 2)

25. E2012 C 0265: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 265/12/KOL vom 5. Juli 2012 zur Genehmigung des von Norwegen vorgelegten Krisenplans für gelistete exotische Krankheiten bei Wassertieren (ABl. C 340 vom 8.11.2012, S. 4)

26. E2013 C 0131: Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 131/13/KOL vom 18. März 2013 zur Änderung des Verzeichnisses unter Nummer 39 in Teil 1.2 Kapitel I Anhang I des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zur Festlegung der für die Veterinärkontrollen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs und lebenden Tieren aus Drittländern zugelassenen Grenzkontrollstellen in Island und Norwegen sowie zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 339/12/KOL der EFTA-Überwachungsbehörde (ABl. L 175 vom 27.6.2013, S. 76)

27. E2015 C 0293: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 293/15/COL vom 14. Juli 2015 zur Genehmigung des von Island vorgelegten nationalen Programms zur Salmonellenbekämpfung bei Geflügel und Geflügelerzeugnissen (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 58)

28. E2018 C 0018: Delegierte Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 18/18/COL vom 9. Februar 2018 über den Seuchenfreiheitsstatus Norwegens in Bezug auf *Marteilia refringens* und *Bonamia ostreae* (ABl. L 214 vom 23.8.2018, S. 5)

29. E2019 C 0001: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 1/19/COL vom 16. Januar 2019 über die Ausweitung der besonderen Garantien für *Salmonellen* spp. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Fleisch und Eier von Haushühnern (*Gallus gallus*) und Fleisch von für Island bestimmten Truthühnern (ABl. L 95 vom 4.4.2019, S. 13)

30. E2019 C 0008: Delegierte Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 8/19/COL vom 6. Februar 2019 zur Änderung der Liste unter Nummer 39 des Teils 1.2 von Kapitel I in Anhang I des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zur Festlegung der für die Veterinärkontrollen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs und lebenden Tieren aus Drittländern zugelassenen Grenzkontrollstellen in Island und Norwegen (im Folgenden: „Liste der Grenzkontrollstellen in Island und Norwegen“) sowie zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 90/18/COL der EFTA-Überwachungsbehörde (ABl. L 148 vom 6.6.2019, S. 30)

31. E2021 C 0029: Delegierte Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 29/21/COL vom 13. April 2021 zur Anerkennung des Seuchenfreiheitsstatus Norwegens in Bezug auf *Brucella melitensis* bei kleinen Wiederkäuern (ABl. L 290 vom 12.8.2021, S. 3), berichtigt in ABl. L 318 vom 9.9.2021, S. 2

32. E2021 C 0032: Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 32/21/COL vom 21. April 2021 zur Genehmigung des Status „seuchenfrei“ und des Status „Nichtimpfung“ sowie von Tilgungsprogrammen Norwegens und Islands oder von bestimmten Zonen oder Kompartimenten dieser Mitgliedstaaten in Bezug auf bestimmte gelistete Seuchen gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission (ABl. L 290 vom 12.8.2021, S. 5), berichtigt in ABl. L 318 vom 9.9.2021, S. 3

33. E2021 C 0033: Delegierte Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 33/21/COL vom 22. April 2021 zur Genehmigung des Status „seuchenfrei“ bezüglich des Tollwutvirus (RABV) für Norwegen und zur Änderung der Entscheidung Nr. 032/21/COL (ABl. L 290 vom 12.8.2021, S. 11), berichtigt in ABl. L 318 vom 9.9.2021, S. 4

34. E2021 C 0203: Delegierte Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 203/21/COL vom 16. Juli 2021 über die Genehmigung nationaler Maßnahmen Norwegens und Islands zur Begrenzung der Auswirkungen bestimmter Wassertierseuchen gemäß Artikel 226 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 58/16/COL-D (ABl. L 399 vom 11.11.2021, S. 8)

35. E2007 C 0119: Empfehlung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 119/07/KOL vom 16. April 2007 für das Monitoring der Hintergrundbelastung von Lebensmitteln mit Dioxinen, dioxinähnlichen PCB und nicht dioxinähnlichen PCB (ABl. L 275 vom 16.10.2008, S. 65)

ABSCHNITT B

ANDORRA

36. 31997 D 0345: Beschluss (97/345/EG) des Rates vom 17. Februar 1997 über den Abschluss des Protokolls über Fragen des Veterinärwesens zur Ergänzung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Andorra (ABl. L 148 vom 6.6.1997, S. 15)

37. 21997 A 0606(01): Protokoll (97/606/EG) über Fragen des Veterinärwesens zur Ergänzung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Andorra (ABl. L 148 vom 6.6.1997, S. 16)

38. Informationen über das Inkrafttreten des Protokolls über Fragen des Veterinärwesens zur Ergänzung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Andorra

39. 22000 D 0205(01): Beschluss Nr. 2/1999 (2000/105/EG) des Gemischten Ausschusses EG-Andorra vom 22. Dezember 1999 betreffend die Durchführungsbestimmungen zu dem am 15. Mai 1997 in Brüssel unterzeichneten Protokoll über Fragen des Veterinärwesens zur Ergänzung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Andorra (ABl. L 31 vom 5.2.2000, S. 84)

40. 22002 D 0202(01): Beschluss Nr. 1/2001 (2002/76/EG) des Gemischten Ausschusses EG-Andorra vom 13. Dezember 2001 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zu dem am 15. Mai 1997 in Brüssel unterzeichneten Protokoll über Fragen des Veterinärwesens zur Ergänzung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Andorra (ABl. L 33 vom 2.2.2002, S. 35)

41. 22003 D 0747: Beschluss Nr. 2/2003 (2003/747/EG) des Gemischten Ausschusses EG-Andorra vom 8. Oktober 2003 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zu dem am 15. Mai 1997 in Brüssel unterzeichneten Protokoll über Fragen des Veterinärwesens zur Ergänzung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Andorra (ABl. L 269 vom 21.10.2003, S. 28)

42. 22005 D 0867: Beschluss Nr. 1/2005 (2005/867/EG) des Gemischten Ausschusses EG-Andorra vom 10. Oktober 2005 (ABl. L 318 vom 6.12.2005, S. 26)

ABSCHNITT C

FÄRÖER

43. 21994 D 0913(01): Protokoll 1999/1130/EG über Fragen des Veterinärwesens zur Ergänzung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer-Inseln andererseits (ABl. L 305 vom 30.11.1999, S. 26)

44. 31999 D 0778: Beschluss 1999/778/EG des Rates vom 15. November 1999 über den Abschluss eines Protokolls über Fragen des Veterinärwesens zur Ergänzung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer Inseln andererseits (ABl. L 305 vom 30.11.1999, S. 25)

45. 22001 D 0216(01): Beschluss Nr. 1/2001 (2001/127/EG) des Gemischten Ausschusses EG-Färöer vom 31. Januar 2001 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zum Protokoll über Fragen des Veterinärwesens zur Ergänzung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer Inseln andererseits (ABl. L 46 vom 16.2.2001, S. 24), geändert durch:

– 22006 D 0013: Beschluss Nr. 2/2005 (2006/13/EG) des Gemischten Ausschusses EG-Färöer Inseln vom 8. Dezember 2005 (ABl. L 8 vom 13.1.2006, S. 46)

– 22009 D 0074: Beschluss Nr. 1/2008 (2009/74/EG) des Gemischten Ausschusses EG-Färöer vom 17. Juni 2008 (ABl. L 24 vom 28.1.2009, S. 30)

ABSCHNITT D

SCHWEIZ

46. 31990 D 0216: Beschluss des Rates vom 23. April 1990 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr (ABl. L 116 vom 8.5.1990, S. 18)

47. 21990 A 0508(01): Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr (ABl. L 116 vom 8.5.1990, S. 19)

48. 22001 D 0221 (04): Empfehlung Nr. 1/2000 (2001/125/EG) der Gemischten Kommission EG—Schweiz vom 20. Dezember 2000 zur Vereinfachung bestimmter Veterinärkontrollen bei der Durchfuhr von Drittlandserzeugnissen tierischen Ursprungs durch die Europäische Gemeinschaft in die Schweiz (ABl. L 51 vom 21.2.2001, S. 44)

49. 32002 D 0309: Beschluss (2002/309/EG, Euratom) des Rates und — bezüglich des Abkommens über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit — der Kommission vom 4. April 2002 über den Abschluss von sieben Abkommen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 1)

50. 22002 A 0430(04): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 132), berichtigt in ABl. L 212 vom 12.6.2004, S. 72, geändert durch:

– 22004 D 0078: Beschluss Nr. 2/2003 (2004/78/EG) des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 23 vom 28.1.2004, S. 27)

– 22004 D 0480: Beschluss Nr. 1/2004 (2004/480/EG) des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 160 vom 30.4.2004, S. 116)

– 22005 D 0022: Beschluss Nr. 2/2004 (2005/22/EG) des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 17 vom 20.1.2005, S. 1)

– 22005 D 0962: Beschluss Nr. 1/2005 (2005/962/EG) des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 347 vom 30.12.2005, S. 93)

– 22007 D 0061: Beschluss Nr. 1/2006 des Gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 32 vom 6.2.2007, S. 91)

– 32008 D 0979: Beschluss 2008/979/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 (ABl. L 352 vom 31.12.2008, S. 23)

– 32008 D 0979: Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 352 vom 31.12.2008, S. 24)

– 22009 D 0013: Beschluss Nr. 1/2008 des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 6 vom 10.1.2009, S. 89)

– 32009 D 0805: Beschluss 2009/805/EG des Rates vom 19. Oktober 2009 (ABl. L 288 vom 4.11.2009, S. 22)

– 32010 D 0797: Beschluss Nr. 1/2010 (2010/797/EU) des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 338 vom 22.12.2010, S. 50)

– 22013 D 0479: Beschluss Nr. 1/2013 des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 264 vom 5.10.2013, S. 1)

– 22020 D 0498: Beschluss Nr. 1/2015 des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 112 vom 8.4.2020, S. 1)

– 22020 D 0554: Beschluss Nr. 1/2018 des gemischten Veterinärausschusses (ABl. L 127 vom 22.4.2020, S. 26)

51. 22002 A 0430(04): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen - Schlussakte (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 350)

52. 22003 D 0703: Beschluss Nr. 1/2003 (2003/703/EG) des mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen gebildeten Gemischten Veterinärausschusses vom 29. Juli 2003 zur Annahme seiner Geschäftsordnung (ABl. L 254 vom 8.10.2003, S. 35)

53. 32015 D 2367: Beschluss (EU) 2015/2367 des Rates vom 30. November 2015 über den im Namen der Europäischen Union im durch das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingesetzten Gemischten Veterinärausschuss hinsichtlich Beschluss Nr. 1/2015 zur Änderung der Anlagen 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 10 und 11 zu Anhang 11 zu vertretenden Standpunkt (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 128)

ABSCHNITT E

NEUSEELAND

54. 21997 A 0226(01): Abkommen (97/131/EG) in Form eines Briefwechsels über die vorläufige Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 57 vom 26.2.1997, S. 2)

55. 21997 A 0226(02): Abkommen (97/132/EG) zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 57 vom 26.2.1997, S. 5), geändert durch:

– 31999 D 0837: Beschluss 1999/837/EG des Rates vom 15. November 1999 (ABl. L 332 vom 23.12.1999, S. 1)

56. 21999 A 1223(01): Briefwechsel über die Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 332 vom 23.12.1999, S. 3)

57. 32002 D 0957: Beschluss 2002/957/EG des Rates vom 28. November 2002 über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels über die Änderung der Anhänge des Abkommens über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 333 vom 10.12.2002, S. 13)

58. 22002 A 1210(01): Abkommen in Form eines Briefwechsels über die Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 333 vom 10.12.2002, S. 15)

59. 22003 X 0125(01): Mitteilung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 22 vom 25.1.2003, S. 35)

60. 32003 D 0616: Beschluss 2003/616/EG der Kommission vom 11. August 2003 zur Genehmigung der Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 214 vom 26.8.2003, S. 36)

61. 22003 A 0826(01): Abkommen in Form eines Briefwechsels über die Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 214 vom 26.8.2003, S. 38), berichtigt in ABl. L 313 vom 28.11.2003, S. 82

62. Entscheidung 2004/751/EG der Kommission vom 22. Oktober 2004 zur Genehmigung der Änderung des Anhangs V des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 332 vom 6.11.2004, S. 16)

63. Briefwechsel — Vereinbarung mit Neuseeland über Änderungen von Anhang V des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 332 vom 6.11.2004, S. 17)

64. Abkommen in Form eines Briefwechsels — Vereinbarung mit Neuseeland über die Änderung der Anhänge V und VIII des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 338 vom 5.12.2006, S. 3)

65. Entscheidung 2006/854/EG der Kommission vom 26. Juli 2006 zur Genehmigung der Änderung der Anhänge V und VIII des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 338 vom 5.12.2006, S. 1)

66. 32015 D 1084: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1084 der Kommission vom 18. Februar 2015 über die Genehmigung — im Namen der Europäischen Union — bestimmter Änderungen der Anhänge II, V, VII und VIII des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland über veterinärhygienische Maßnahmen im Handel mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 175 vom 4.7.2015, S. 45)

67. 32015 D 1901: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1901 der Kommission vom 20. Oktober 2015 zur Festlegung von Vorschriften für Bescheinigungen sowie einer Mustergesundheitsbescheinigung für die Einfuhr von Sendungen mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen aus Neuseeland in die Union sowie zur Aufhebung der Entscheidung 2003/56/EG (ABl. L 277 vom 22.10.2015, S. 32)

ABSCHNITT F

KANADA

68. 31999 D 0201: Beschluss 1999/201/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Kanadas über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten (ABl. L 71 vom 18.3.1999, S. 1)

69. 21999 A 0318(01): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Kanadas über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten (ABl. L 71 vom 18.3.1999, S. 3)

70. Entscheidung 2005/306/EG der Kommission vom 16. Februar 2005 zur Genehmigung der Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Kanadas über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 98 vom 16.4.2005, S. 32)

71. Abkommen in Form eines Briefwechsels mit der Regierung Kanadas über Änderungen der Anhänge V und VIII des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Kanadas über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten (ABl. L 98 vom 16.4.2005, S. 34)

72. 32013 D 0397: Beschluss 2013/397/EG der Kommission vom 26. Mai 2009 über die Genehmigung bestimmter Änderungen in Anhang V des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Kanadas über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 201 vom 26.7.2013, S. 66)

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT G

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

73. 31998 D 0258: Beschluss 98/258/EG des Rates vom 16. März 1998 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten (ABl. L 118 vom 21.4.1998, S. 1)

74. 21998 A 0421(01): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten (ABl. L 118 vom 21.4.1998, S. 3)

75. 32003 D 0833: Beschluss 2003/833/EG der Kommission vom 28. November 2003 zur Genehmigung der Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 316 vom 29.11.2003, S. 20)

76. 32003 D 0863: Entscheidung 2003/863/EG der Kommission vom 2. Dezember 2003 über Genusstauglichkeitsbescheinigungen für die Einfuhr von tierischen Erzeugnissen aus den Vereinigten Staaten (ABl. L 325 vom 12.12.2003, S. 46)

77. Beschluss 2005/405/EG der Kommission vom 4. Mai 2005 zur Genehmigung der Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 137 vom 31.5.2005, S. 31)

78. Abkommen in Form eines Briefwechsels über Änderungen der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten (ABl. L 137 vom 31.5.2005, S. 33)

79. Beschluss 2006/198/EG der Kommission vom 2. Februar 2006 zur Genehmigung der Änderung der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 71 vom 10.3.2006, S. 11)

80. Abkommen (2006/198/EG) in Form eines Briefwechsels über Änderungen der Anhänge des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier im Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten (ABl. L 71 vom 10.3.2006, S. 12)

81. 32006 D 0333: Beschluss 2006/333/EG des Rates vom 20. März 2006 über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik im Zuge des Beitritts dieser Staaten zur Europäischen Union (ABl. L 124 vom 11.5.2006, S. 13)

82. 22013 A 0313: Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Listen der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik im Zuge des Beitritts dieser Staaten zur Europäischen Union (ABl. L 124 vom 11.5.2006, S. 15)

ABSCHNITT H

CHILE

83. 22002 A 1230(01): Beschluss 2002/979/EG des Rates vom 18. November 2002 über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung einiger Bestimmungen des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits (ABl. L 352 vom 30.12.2002, S. 1)

84. 22002 A 1230(01): Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits (ABl. L 352 vom 30.12.2002, S. 3), berichtigt in ABl. L 333 vom 19.12.2003, S. 64

85. 22002 A 1230(01): Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits - Schlussakte (ABl. L 352 vom 30.12.2002, S. 1440)

86. 31992 D 0583: Beschluss 92/583/EWG des Rates vom 14. Dezember 1992 über den Abschluss eines Protokolls zur Änderung des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen (ABl. L 395 vom 31.12.1992, S. 21)

87. 22003 X 0131(01): Information betreffend die Anwendung einiger Artikel des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits (ABl. L 26 vom 31.1.2003, S. 52)

88. 32004 D 0907: Beschluss 2004/907/EG der Kommission vom 27. Dezember 2004 über die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an der Organisation eines internationalen Tierschutzseminars im Rahmen des Abkommens zwischen der EG und Chile über gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen im Handel mit Tieren, tierischen Erzeugnissen, Pflanzen, pflanzlichen Erzeugnissen und sonstigen Waren sowie über den Tierschutz (ABl. L 381 vom 28.12.2004, S. 80)

89. 22005 D 0168: Beschluss 1/2003 des als „Gemischter Verwaltungsausschuss“ bezeichneten Assoziationsausschusses des SPS-Abkommens EU-Chile vom 24. Oktober 2003 zur Geschäftsordnung des als „Gemischter Verwaltungsausschuss“ (JMC) bezeichneten Assoziationsausschusses des SPS-Abkommens EU-Chile (ABl. L 55 vom 1.3.2005, S. 93)

90. 22007 D 0177: Beschluss Nr. 1/2006 des gemischten Verwaltungsausschusses, eingerichtet durch das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Chile über gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen im Handel mit Tieren, tierischen Erzeugnissen, Pflanzen, pflanzlichen Erzeugnissen und sonstigen Waren sowie über den Tierschutz vom 9. November 2006 zur Änderung der Anlagen Ic, IIIa, IIIb und XI zu Anhang IV des Abkommens (ABl. L 86 vom 27.3.2007, S. 20)

ABSCHNITT I

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

91. 32003 D 0822: Beschluss 2003/822/EG des Rates vom 17. November 2003 über den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zur Codex-Alimentarius-Kommission (ABl. L 309 vom 26.11.2003, S. 14)

ABSCHNITT J

EUROPÄISCHE ÜBEREINKOMMEN

92. 31978 D 0923: Beschluss 78/923/EWG des Rates vom 19. Juni 1978 zum Abschluss des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen (ABl. L 323 vom 17.11.1978, S. 12)

93. 31992 D 0583: Beschluss 92/583/EWG des Rates vom 14. Dezember 1992 über den Abschluss eines Protokolls zur Änderung des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen (ABl. L 395 vom 31.12.1992, S. 21)

94. 21992 A 1231(01): 92/1231/EWG: Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen (ABl. L 395 vom 31.12.1992, S. 22)

95. 32004 D 0544: Beschluss 2004/544/EG des Rates vom 21. Juni 2004 über die Unterzeichnung des Europäischen Übereinkommens über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport (revidiert) (ABl. L 241 vom 13.7.2004, S. 21)

96. 32004 D 0544: Europäisches Übereinkommen über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport (revidiert) (ABl. L 241 vom 13.7.2004, S. 22)

97. 31998 D 0306: Beschluss 88/306/EWG des Rates vom 16. Mai 1988 über den Abschluss des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Schlachttieren (ABl. L 137 vom 2.6.1988, S. 25)

KAPITEL 10

TIERSCHUTZ

ABSCHNITT A

NUTZTIERE

1. 31998 L 0058: Richtlinie 98/58/EG des Rates vom 20. Juli 1998 über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere (ABl. L 221 vom 8.8.1998, S. 23), geändert durch:

   – 32003 R 0806: Verordnung (EU) Nr. 806/2003 des Rates vom 14. April 2003 (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 1)

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

2. 32018 R 0329: Durchführungsverordnung (EU) 2018/329 der Kommission vom 5. März 2018 zur Benennung eines Referenzzentrums der Europäischen Union für Tierschutz (ABl. L 63 vom 6.3.2018, S. 13)

3. 32019 R 0723: Durchführungsverordnung (EU) 2019/723 der Kommission vom 2. Mai 2019 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des einheitlichen Musterformulars, das in den von den Mitgliedstaaten vorzulegenden Jahresberichten zu verwenden ist (ABl. L 124 vom 13.5.2020, S. 1)

4. 32019 R 1685: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1685 der Kommission vom 4. Oktober 2019 zur Benennung eines Referenzzentrums der Europäischen Union für den Tierschutz bei Geflügel und anderen kleinen Nutztieren (ABl. L 258 vom 9.10.2019, S. 11), berichtigt in ABl. L 79 vom 16.3.2020, S. 12

5. 32021 D 0755: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/755 der Kommission vom 6. Mai 2021 zur Benennung eines Referenzzentrums der Europäischen Union für den Tierschutz bei Wiederkäuern und Equiden im Einklang mit der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 163 vom 10.5.2021, S. 5)

6. 32022 D 0712: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/712 der Kommission vom 27. April 2022 betreffend den Antrag auf Registrierung der Europäischen Bürgerinitiative mit dem Titel „End The Slaughter Age“ gemäß der Verordnung (EU) 2019/788 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 133 vom 10.5.2022, S. 15)

7. 31999L0074: Richtlinie 1999/74/EG des Rates vom 19. Juli 1999 zur Festlegung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen (ABl. L 203 vom 3.8.1999, S. 53), geändert durch:

   – 32003 R 0806: Verordnung (EU) Nr. 806/2003 des Rates vom 14. April 2003 (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 1)

   – 32013 L 0064: Richtlinie 2013/64/EU des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 353 vom 28.12.2013, S. 8)

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L L95 vom 7.4.2017, S. 1)

8. 32002 L 0004: Richtlinie 2002/4/EG der Kommission vom 30. Januar 2002 über die Registrierung von Legehennenbetrieben gemäß der Richtlinie 1999/74/EG des Rates (ABl. L 30 vom 31.1.2002, S. 44), geändert durch:

   – 12003T/TXT: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

   – 32006 L 0083: Richtlinie 2006/83/EG der Kommission vom 23. Oktober 2006 (ABl. L 362 vom 20.12.2006, S. 97)

9. 32007 L 0043: Richtlinie 2007/43/EG des Rates vom 28. Juni 2007 mit Mindestvorschriften zum Schutz von Masthühnern (ABl. L 182 vom 12.7.2007, S. 19), geändert durch:

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

10. 32008 L 0119: Richtlinie 2008/119/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern (ABl. L 10 vom 15.1.2009, S. 7), geändert durch:

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

11. 32008 L 0120: Richtlinie 2008/120/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen (ABl. L 47 vom 18.2.2009, S. 5), geändert durch:

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

12. 32016 H 0336: Empfehlung (EU) 2016/336 der Kommission vom 8. März 2016 zur Anwendung der Richtlinie 2008/120/EG des Rates über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen im Hinblick auf die Verringerung der Notwendigkeit, den Schwanz zu kupieren (ABl. L 62 vom 9.3.2016, S. 20)

ABSCHNITT B

TIERE BEIM TRANSPORT

13. 32005 R 0001: Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen sowie zur Änderung der Richtlinien 64/432/EWG und 93/119/EG und der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 (ABl. L 3 vom 5.1.2005, S. 1), berichtigt in ABl. L 226 vom 1.9.2017, S. 31, geändert durch:

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

14. 32021 D 1032: Beschluss (EU) 2021/1032 des Europäischen Parlaments vom 27. April 2021 über die weitere Verlängerung der Mandatszeit des Untersuchungsausschusses zur Prüfung von behaupteten Verstößen gegen das Unionsrecht und Missständen bei dessen Anwendung im Zusammenhang mit dem Schutz von Tieren beim Transport innerhalb und außerhalb der Union (ABl. L 226 vom 25.6.2021, S. 1)

ABSCHNITT C

TIERE ZUM ZEITPUNKT DER SCHLACHTUNG ODER TÖTUNG

15. 32009R1099: Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 des Rates vom 24. September 2009 über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung (ABl. L 303 vom 18.11.2009, S. 1), geändert durch:

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32018 R 0723: Durchführungsverordnung (EU) 2018/723 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 11)

KAPITEL 11

TIERZUCHT

ABSCHNITT A

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. 32016 R 1012: Verordnung (EU) 2016/1012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über die Tierzucht- und Abstammungsbestimmungen für die Zucht, den Handel und die Verbringung in die Union von reinrassigen Zuchttieren und Hybridzuchtschweinen sowie deren Zuchtmaterial und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 652/2014, der Richtlinien des Rates 89/608/EWG und 90/425/EWG sowie zur Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tierzucht („Tierzuchtverordnung“) (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 66)

2. 32017 R 0716: Durchführungsverordnung (EU) 2017/716 der Kommission vom 10. April 2017 mit Bestimmungen für die Anwendung der Verordnung (EU) 2016/1012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Muster für die Informationen, die in die Liste der anerkannten Zuchtverbände und Zuchtunternehmen aufzunehmen sind (ABl. L 109 vom 26.4.2017, S. 1)

3. 32017 R 0717: Durchführungsverordnung (EU) 2017/717 der Kommission vom 10. April 2017 mit Bestimmungen für die Anwendung der Verordnung (EU) 2016/1012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Muster für Tierzuchtbescheinigungen für Zuchttiere und deren Zuchtmaterial (ABl. L 109 vom 26.4.2017, S. 9), geändert durch:

   – 32020 R 0602: Durchführungsverordnung (EU) 2020/602 der Kommission vom 15. April 2020 (ABl. L 139 vom 4.5.2020, S. 1)

   – 32021 R 0761: Durchführungsverordnung (EU) 2021/761 der Kommission vom 7. Mai 2021 (ABl. L 162 vom 10.5.2021, S. 46)

4. 32017 R 1940: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1940 der Kommission vom 13. Juli 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1012 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Inhalt und Form der als Teil des einzigen, lebenslang gültigen Identifizierungsdokuments für Equiden ausgestellten Zuchtbescheinigungen für reinrassige Zuchtequiden (ABl. L 275 vom 25.10.2017, S. 1)

5. 32020 R 0602: Durchführungsverordnung (EU) 2020/602 der Kommission vom 15. April 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/717 im Hinblick auf die Muster der Tierzuchtbescheinigungen für Zuchttiere und deren Zuchtmaterial (ABl. L 139 vom 4.5.2020, S. 1)

6. 32022 R 2077: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2077 der Kommission vom 27. Oktober 2022 zur Benennung des Referenzzentrums der Europäischen Union mit Zuständigkeit für den wissenschaftlichen und technischen Beitrag zur Einführung und Harmonisierung der Methoden zum Schutz gefährdeter Rassen und zur Erhaltung der genetischen Vielfalt innerhalb dieser Rassen (ABl. L 280 vom 28.10.2022, S. 10)

7. 32017 R 1422: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1422 der Kommission vom 4. August 2017 zur Benennung des Referenzzentrums der Europäischen Union mit Zuständigkeit für den wissenschaftlichen und technischen Beitrag zur Harmonisierung und Verbesserung der Methoden für die Leistungsprüfung und die Zuchtwertschätzung bei reinrassigen Zuchtrindern (ABl. L 204 vom 5.8.2017, S. 78)

Gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie 94/28/EG des Rates übermitteln Drittländer der Kommission die Liste der zugelassenen Stellen, die von der zuständigen Behörde des Drittlandes als mit Artikel 3 Absatz 2 der genannten Richtlinie konform anerkannt wurden. Um den Mitgliedstaaten und der Öffentlichkeit diese Informationen zugänglich zu machen, hat die Europäische Kommission folgende Website eingerichtet:

https://food.ec.europa.eu/animals/zootechnics/non-eu-countries-information_en

ABSCHNITT B

SPEZIFISCHE BESTIMMUNGEN

8. 32015 R 0262: Durchführungsverordnung (EU) 2015/262 der Kommission vom 17. Februar 2015 zur Festlegung von Vorschriften gemäß den Richtlinien 90/427/EWG und 2009/156/EG des Rates in Bezug auf die Methoden zur Identifizierung von Equiden (Equidenpass-Verordnung) (ABl. L 59 vom 3.3.2015, S. 1)

9. 31990 L 0428: Richtlinie 90/428/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 über den Handel mit Sportpferden und zur Festlegung der Bedingungen für die Teilnahme an pferdesportlichen Veranstaltungen (ABl. L 224 vom 18.8.1990, S. 60), geändert durch:

   – 32008 L 0073: Richtlinie 2008/73/EG des Rates vom 15. Juli 2008 (ABl. L 219 vom 14.8.2008, S. 40), berichtigt in ABl. L 145 vom 10.6.2009, S. 43

10. 31992 D 0216: Entscheidung 92/216/EWG der Kommission vom 26. März 1992 über die Erfassung von Daten über die pferdesportlichen Veranstaltungen gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie 90/428/EWG des Rates (ABl. L 104 vom 22.4.1992, S. 77), geändert durch:

   – 32004 D 0158: Entscheidung 2004/158/EG der Kommission vom 16. Februar 2004 (ABl. L 50 vom 20.2.2004, S. 62)

   – 32010 D 0256: Beschluss 2010/256/EU der Kommission vom 30. April 2010 (ABl. L 112 vom 5.5.2010, S. 8)

TEIL III

INVERKEHRBRINGEN VON LEBENSMITTELN, FUTTERMITTELN UND TIERISCHEN NEBENPRODUKTEN

KAPITEL 1

HYGIENEVORSCHRIFTEN

1. 32004 R 0852: Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Lebensmittelhygiene (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 1), berichtigt in ABl. L 226 vom 25.6.2004, S. 3, und ABl. L 204 vom 4.8.2007, S. 26, geändert durch:

   – 32008 R 1019: Verordnung (EU) Nr. 1019/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 7)

   – 32009 R 0219: Verordnung (EU) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

   – 32021 R 0382: Verordnung (EU) 2021/382 der Kommission vom 3. März 2021 (ABl. L 74 vom 4.3.2021, S. 3)

2. 32005 R 2073: Verordnung (EG) Nr. 2073/2005 der Kommission vom 15. November 2005 über mikrobiologische Kriterien für Lebensmittel (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 1), berichtigt in ABl. L 283 vom 14.10.2006, S. 62, geändert durch:

– 32007 R 1441: Verordnung (EU) Nr. 1441/2007 der Kommission vom 5. Dezember 2007 (ABl. L 322 vom 7.12.2007, S. 12), berichtigt in ABl. L 195 vom 20.7.2016, S. 82

– 32010 R 0365: Verordnung (EU) Nr. 365/2010 der Kommission vom 28. April 2010 (ABl. L 107 vom 29.4.2010, S. 9)

– 32013 R 0209: Verordnung (EU) Nr. 209/2013 der Kommission vom 11. März 2013 (ABl. L 68 vom 12.3.2013, S. 19)

– 32013 R 1019: Verordnung (EU) Nr. 1019/2013 der Kommission vom 23. Oktober 2013 (ABl. L 282 vom 24.10.2013, S. 46), berichtigt in ABl. L 195 vom 20.7.2016, S. 83

– 32014 R 0217: Verordnung (EU) Nr. 217/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 93)

– 32015 R 2285: Verordnung (EU) 2015/2285 der Kommission vom 8. Dezember 2015 (ABl. L 323 vom 9.12.2015, S. 2)

– 32017 R 1495: Verordnung (EU) 2017/1495 der Kommission vom 23. August 2017 (ABl. L 218 vom 24.8.2017, S. 1)

– 32019 R 0229: Verordnung (EU) 2019/229 der Kommission vom 7. Februar 2019 (ABl. L 37 vom 8.2.2019, S. 106)

– 32020 R 0205: Verordnung (EU) 2020/205 der Kommission vom 14. Februar 2020 (ABl. L 43 vom 17.2.2020, S. 63)

3. 32005 R 2074: Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften für bestimmte unter die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates fallende Erzeugnisse und für die in den Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen amtlichen Kontrollen, zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 27), geändert durch:

– 32006 R 1664: Verordnung (EU) Nr. 1664/2006 der Kommission vom 6. November 2006 (ABl. L 320 vom 18.11.2006, S. 13)

– 32007 R 1244: Verordnung (EU) Nr. 1244/2007 der Kommission vom 24. Oktober 2007 (ABl. L 281 vom 25.10.2007, S. 12)

– 32008 R 1022: Verordnung (EU) Nr. 1022/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 18)

– 32011 R 0015: Verordnung (EU) Nr. 15/2011 der Kommission vom 10. Januar 2011 (ABl. L 6 vom 11.1.2011, S. 3)

– 32011 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 1)

– 32012 R 1012: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1012/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 1

– 32014 R 0218: Verordnung (EU) Nr. 218/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 95)

– 32015 R 2295: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2295 der Kommission vom 9. Dezember 2015 (ABl. L 324 vom 10.12.2015, S. 5)

– 32016 R 0759: Durchführungsverordnung (EU) 2016/759 der Kommission vom 28. April 2016 (ABl. L 126 vom 14.5.2016, S. 13)

– 32017 R 1973: Verordnung (EU) 2017/1973 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 21)

– 32017 R 1980: Verordnung (EU) 2017/1980 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 8)

– 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183

– 32019 R 0628: Durchführungsverordnung (EU) 2019/628 der Kommission vom 8. April 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 101)

– 32019 R 1139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1139 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 12)

4. 32013 R 0210: Verordnung (EU) Nr. 210/2013 der Kommission vom 11. März 2013 über die Zulassung von Sprossen erzeugenden Betrieben gemäß der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 68 vom 12.3.2013, S. 24)

5. 32014 R 0579: Verordnung (EU) Nr. 579/2014 der Kommission vom 28. Mai 2014 über eine Ausnahmeregelung zu einigen Bestimmungen des Anhangs II der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Beförderung flüssiger Öle und Fette auf dem Seeweg (ABl. L 160 vom 29.5.2014, S. 14), geändert durch:

   – 32016 R 0238: Verordnung (EU) 2016/238 der Kommission vom 19. Februar 2016 (ABl. L 45 vom 20.2.2016, S. 1)

   – 32019 R 0978: Verordnung (EU) 2019/978 der Kommission vom 14. Juni 2019 (ABl. L 159 vom 17.6.2019, S. 26)

6. 32017 R 2158: Verordnung (EU) 2017/2158 der Kommission vom 20. November 2017 zur Festlegung von Minimierungsmaßnahmen und Richtwerten für die Senkung des Acrylamidgehalts in Lebensmitteln (ABl. L 304 vom 21.11.2017, S. 24)

KAPITEL 2

SPEZIFISCHE VORSCHRIFTEN FÜR TIERISCHE ERZEUGNISSE

1. 32016 R 0429: Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 57 vom 3.3.2017, S. 3, und ABl. L 48 vom 11.2.2021, S. 3, geändert durch:

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

   – 32018 R 1629: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1629 der Kommission vom 25. Juli 2018 (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 11)

2. 32004 R 0853: Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 55), berichtigt in ABl. L 226 vom 25.6.2004, S. 22, und ABl. L 204 vom 4.8.2007, S. 26, geändert durch:

   – 32005 R 2074: Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 27), geändert durch:

      – 32019 R 1139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1139 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 12)

– 32005 R 2076: Verordnung (EU) Nr. 2076/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 83)

– 32006 R 1662: Verordnung (EU) Nr. 1662/2006 der Kommission vom 6. November 2006 (ABl. L 320 vom 18.11.2006, S. 1)

– 32006 R 1791: Verordnung (EU) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 1)

– 32007 R 1243: Verordnung (EU) Nr. 1243/2007 der Kommission vom 24. Oktober 2007 (ABl. L 281 vom 25.10.2007, S. 8)

– 32008 R 1020: Verordnung (EU) Nr. 1020/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 8)

– 32009 R 0219: Verordnung (EU) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

– 32009 R 1161: Verordnung (EU) Nr. 1161/2009 der Kommission vom 30. November 2009 (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 8)

– 32010 R 0558: Verordnung (EU) Nr. 558/2010 der Kommission vom 24. Juni 2010 (ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 18)

– 32011 R 0150: Verordnung (EU) Nr. 150/2011 der Kommission vom 18. Februar 2011 (ABl. L 46 vom 19.2.2011, S. 14)

– 32011 R 1276: Verordnung (EU) Nr. 1276/2011 der Kommission vom 8. Dezember 2011 (ABl. L 327 vom 9.12.2011, S. 39)

– 32012 R 0016: Verordnung (EU) Nr. 16/2012 der Kommission vom 11. Januar 2012 (ABl. L 8 vom 12.1.2012, S. 29)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0786: Verordnung (EU) Nr. 786/2013 der Kommission vom 16. August 2013 (ABl. L 220 vom 17.8.2013, S. 14)

– 32014 R 0218: Verordnung (EU) Nr. 218/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 95)

– 32014 R 0633: Verordnung (EU) Nr. 633/2014 der Kommission vom 13. Juni 2014 (ABl. L 175 vom 14.6.2014, S. 6)

– 32014 R 1137: Verordnung (EU) Nr. 1137/2014 der Kommission vom 27. Oktober 2014 (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 28)

– 32016 R 0355: Verordnung (EU) 2016/355 der Kommission vom 11. März 2016 (ABl. L 67 vom 12.3.2016, S. 22)

– 32017 R 1978: Verordnung (EU) 2017/1978 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 3)

– 32017 R 1981: Verordnung (EU) 2017/1981 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 10)

– 32020 R 2192: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2192 der Kommission vom 7. Dezember 2020 (ABl. L 434 vom 23.12.2020, S. 10)

– 32021 R 1374: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1374 der Kommission vom 12. April 2021 (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 1)

– 32022 R 2258: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2258 der Kommission vom 9. September 2022 (ABl. L 299 vom 18.11.2022, S. 5)

3. 32004 L 0041: Richtlinie 2004/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Aufhebung bestimmter Richtlinien über Lebensmittelhygiene und Hygienevorschriften für die Herstellung und das Inverkehrbringen von bestimmten, zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs sowie zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG und 92/118/EWG des Rates und der Entscheidung 95/408/EG des Rates (ABl. L 157 vom 30.4.2004, S. 33), berichtigt in ABl. L 195 vom 2.6.2004, S. 12

4. 32005 R 1688: Verordnung (EG) Nr. 1688/2005 der Kommission vom 14. Oktober 2005 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich zusätzlicher Garantien betreffend Salmonellen bei Sendungen bestimmten Fleischs und bestimmter Eier nach Finnland und Schweden (ABl. L 271 vom 15.10.2005, S. 17), geändert durch:

– 32011 R 1223: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1223/2011 der Kommission vom 28. November 2011 (ABl. L 314 vom 29.11.2011, S. 12)

5. 32005 R 2074: Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften für bestimmte unter die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates fallende Erzeugnisse und für die in den Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen amtlichen Kontrollen, zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 27), geändert durch:

   – 32006 R 1664: Verordnung (EU) Nr. 1664/2006 der Kommission vom 6. November 2006 (ABl. L 320 vom 18.11.2006, S. 13)

   – 32007 R 1244: Verordnung (EU) Nr. 1244/2007 der Kommission vom 24. Oktober 2007 (ABl. L 281 vom 25.10.2007, S. 12)

   – 32008 R 1022: Verordnung (EU) Nr. 1022/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 18)

   – 32011 R 0015: Verordnung (EU) Nr. 15/2011 der Kommission vom 10. Januar 2011 (ABl. L 6 vom 11.1.2011, S. 3)

   – 32011 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 1)

– 32012 R 1012: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1012/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 11

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32014 R 0218: Verordnung (EU) Nr. 218/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 95)

– 32015 R 2285: Verordnung (EU) 2015/2285 der Kommission vom 8. Dezember 2015 (ABl. L 323 vom 9.12.2015, S. 2)

– 32016 R 0759: Durchführungsverordnung (EU) 2016/759 der Kommission vom 28. April 2016 (ABl. L 126 vom 14.5.2016, S. 13)

– 32017 R 1973: Verordnung (EU) 2017/1973 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 21)

– 32017 R 1980: Verordnung (EU) 2017/1980 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 8)

– 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183

– 32019 R 0628: Durchführungsverordnung (EU) 2019/628 der Kommission vom 8. April 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 101)

– 32019 R 1139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1139 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 12)

Gemäß der Richtlinie 2004/41/EG gelten bestimmte Durchführungsrechtsakte, die sich auf aufgehobene Rechtsgrundlagen stützen, weiterhin:

6. 31996 D 0077: Entscheidung 96/77/EG der Kommission vom 18. Januar 1996 zur Festlegung der Ernte- und Verarbeitungsbedingungen für Muscheln aus Gebieten, in denen die Werte für Lähmungen hervorrufende Toxine den in der Richtlinie 91/492/EWG des Rates festgelegten Gehalt überschreiten (ABl. L 15 vom 20.1.1996, S. 46)

7. 32007 D 0118: Entscheidung 2007/118/EG der Kommission vom 16. Februar 2007 zur Festlegung von Einzelvorschriften für ein alternatives Identitätskennzeichen gemäß der Richtlinie 2002/99/EG des Rates (ABl. L 51 vom 20.2.2007, S. 19)

8. 32009 D 0121: Beschluss 2009/121/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 zur Ablehnung des Vorschlags der Kommission für eine Verordnung des Rates über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Verwendung von antimikrobiellen Stoffen zur Entfernung von Oberflächenverunreinigungen bei Geflügelschlachtkörpern (ABl. L 41 vom 13.2.2009, S. 13)

9. 32011 R 0931: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 931/2011 der Kommission vom 19. September 2011 über die mit der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Rückverfolgbarkeitsanforderungen an Lebensmittel tierischen Ursprungs (ABl. L 242 vom 20.9.2011, S. 2)

10. 32012 R 0427: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 427/2012 der Kommission vom 22. Mai 2012 über die Ausdehnung der in der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen besonderen Garantien betreffend Salmonellen auf Eier, die in Dänemark in Verkehr gebracht werden sollen (ABl. L 132 vom 23.5.2012, S. 8)

11. 32013 R 0101: Verordnung (EU) Nr. 101/2013 der Kommission vom 4. Februar 2013 über die Verwendung von Milchsäure zur Verringerung mikrobiologischer Oberflächenverunreinigungen von Rinderschlachtkörpern (ABl. L 34 vom 5.2.2013, S. 1)

12. 32015 R 1474: Verordnung (EU) 2015/1474 der Kommission vom 27. August 2015 über die Verwendung wiederaufbereiteten Heißwassers zur Entfernung mikrobiologischer Oberflächenverunreinigungen von Schlachtkörpern (ABl. L 225 vom 28.8.2015, S. 7)

13. 32018 R 0307: Durchführungsverordnung (EU) 2018/307 der Kommission vom 28. Februar 2018 zur Ausdehnung der in der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen besonderen Garantien betreffend *Salmonella* spp. auf Fleisch von Masthähnchen (*Gallus gallus*), das in Dänemark in Verkehr gebracht werden soll (ABl. L 60 vom 2.3.2018, S. 5)

14. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

15. 32021 D 0477: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/477 der Kommission vom 18. März 2021 zur Genehmigung der Änderungen an den von Finnland und Schweden vorgelegten nationalen Programmen zur Bekämpfung von Salmonellen bei bestimmten lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen (ABl. L 99 vom 22.3.2021, S. 75)

KAPITEL 3

KONTROLLVORSCHRIFTEN

1. 32005 R 2074: Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften für bestimmte unter die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates fallende Erzeugnisse und für die in den Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen amtlichen Kontrollen, zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 27), geändert durch:

   – 32006 R 1664: Verordnung (EU) Nr. 1664/2006 der Kommission vom 6. November 2006 (ABl. L 320 vom 18.11.2006, S. 13)

   – 32007 R 1244: Verordnung (EU) Nr. 1244/2007 der Kommission vom 24. Oktober 2007 (ABl. L 281 vom 25.10.2007, S. 12)

   – 32008 R 1022: Verordnung (EU) Nr. 1022/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 18)

   – 32011 R 0015: Verordnung (EU) Nr. 15/2011 der Kommission vom 10. Januar 2011 (ABl. L 6 vom 11.1.2011, S. 3)

   – 32011 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 1)

– 32012 R 1012: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1012/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L L214 vom 9.8.2013, S. 1

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32014 R 0218: Verordnung (EU) Nr. 218/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 95)

– 32015 R 2285: Verordnung (EU) 2015/2285 der Kommission vom 8. Dezember 2015 (ABl. L 323 vom 9.12.2015, S. 2)

– 32016 R 0759: Durchführungsverordnung (EU) 2016/759 der Kommission vom 28. April 2016 (ABl. L 126 vom 14.5.2016, S. 13)

– 32017 R 1973: Verordnung (EU) 2017/1973 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 21)

– 32017 R 1980: Verordnung (EU) 2017/1980 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 8)

– 32019 R 0627: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183

– 32019 R 0628: Durchführungsverordnung (EU) 2019/628 der Kommission vom 8. April 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 101)

– 32019 R 1139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1139 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 12)

2. 32009 R 0152: Verordnung (EG) Nr. 152/2009 der Kommission vom 27. Januar 2009 zur Festlegung der Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. L 54 vom 26.2.2009, S. 1), geändert durch:

– 32012 R 0278: Verordnung (EU) Nr. 278/2012 der Kommission vom 28. März 2012 (ABl. L 91 vom 29.3.2012, S. 8)

– 32013 R 0051: Verordnung (EU) Nr. 51/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 (ABl. L 20 vom 23.1.2013, S. 33), berichtigt in ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 36

– 32013 R 0691: Verordnung (EU) Nr. 691/2013 der Kommission vom 19. Juli 2013 (ABl. L 197 vom 20.4.2013, S. 1)

– 32014 R 0709: Verordnung (EU) Nr. 709/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 188 vom 27.6.2014, S. 1)

– 32017 R 0771: Verordnung (EU) 2017/771 der Kommission vom 3. Mai 2017 (ABl. L 115 vom 4.5.2017, S. 22)

– 32020 R 1560: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1560 der Kommission vom 26. Oktober 2020 (ABl. L 357 vom 27.10.2020, S. 17)

– 32022 R 0893: Durchführungsverordnung (EU) 2022/893 der Kommission vom 7. Juni 2022 (ABl. L 152 vom 8.6.2022, S. 24)

3. 32019 R 1715: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1715 der Kommission vom 30. September 2019 mit Vorschriften zur Funktionsweise des Informationsmanagementsystems für amtliche Kontrollen und seiner Systemkomponenten (IMSOC-Verordnung) (ABl. L 261 vom 14.10.2019, S. 37)

4. 32006 R 0401: Verordnung (EG) Nr. 401/2006 der Kommission vom 23. Februar 2006 zur Festlegung der Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Kontrolle des Mykotoxingehalts von Lebensmitteln (ABl. L 70 vom 9.3.2006, S. 12), geändert durch:

   – 32010 R 0178: Verordnung (EU) Nr. 178/2010 der Kommission vom 2. März 2010 (ABl. L 52 vom 3.3.2010, S. 32)

   – 32014 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2014 der Kommission vom 16. Mai 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 29), berichtigt in ABl. L 337 vom 13.12.2016, S. 24, und ABl. L 337 vom 13.12.2016, S. 24

5. 32008 D 0287: Beschluss 2008/287/EG der Kommission vom 3. April 2008 über die Finanzierung eines Arbeitsprogramms 2008 für Ausbildungstools in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit (ABl. L 93 vom 4.4.2008, S. 25)

6. 32008 R 0737: Verordnung (EG) Nr. 737/2008 der Kommission vom 28. Juli 2008 zur Benennung der Gemeinschaftsreferenzlaboratorien für Krustentierkrankheiten, Tollwut und Rindertuberkulose, zur Festlegung zusätzlicher Pflichten und Aufgaben der Gemeinschaftsreferenzlaboratorien für Tollwut und Rindertuberkulose sowie zur Änderung von Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 201 vom 30.7.2008, S. 29), geändert durch:

   – 32011 R 0208: Verordnung (EU) Nr. 208/2011 der Kommission vom 2. März 2011 (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 29)

– 32011 R 0880: Verordnung (EU) Nr. 880/2011 der Kommission vom 2. September 2011 (ABl. L 228 vom 3.9.2011, S. 8)

– 32013 R 0072: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 72/2013 der Kommission vom 25. Januar 2013 (ABl. L 26 vom 26.1.2013, S. 9)

– 32013 R 0415: Verordnung (EU) Nr. 415/2013 der Kommission vom 6. Mai 2013 (ABl. L 125 vom 7.5.2013, S. 7)

7. 32008 D 0654: Entscheidung 2008/654/EG der Kommission vom 24. Juli 2008 über Leitlinien zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Erstellung des Jahresberichts über den einzigen integrierten mehrjährigen nationalen Kontrollplan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 214 vom 9.8.2008, S. 56)

8. 32009 D 0863: Entscheidung 2009/863/EG der Kommission vom 30. November 2009 über die bestimmten gemeinschaftlichen Referenzlaboratorien im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelkontrolle gewährte Finanzhilfe der Gemeinschaft für das Jahr 2010 (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 91)

9. 32011 R 0619: Verordnung (EU) Nr. 619/2011 der Kommission vom 24. Juni 2011 zur Festlegung der Probenahme- und Analyseverfahren für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln im Hinblick auf genetisch veränderte Ausgangserzeugnisse, für die ein Zulassungsverfahren anhängig ist oder deren Zulassung abläuft (ABl. L 166 vom 25.6.2011, S. 9)

10. 32010 D 0736: Beschluss 2010/736/EU der Kommission vom 1. Dezember 2010 über die bestimmten Referenzlaboratorien der Europäischen Union im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelkontrolle gewährte Finanzhilfe der EU für das Jahr 2011 (ABl. L 316 vom 2.12.2010, S. 22)

11. 32010 D 0764: Beschluss 2010/764/EU der Kommission vom 8. Dezember 2010 über die Annahme eines Finanzierungsbeschlusses für 2010 im Bereich Lebensmittelsicherheit (ABl. L 324 vom 9.12.2010, S. 49)

12. 32011 R 0284: Verordnung (EU) Nr. 284/2011 der Kommission vom 22. März 2011 mit besonderen Bedingungen und detaillierten Verfahren für die Einfuhr von Polyamid- und Melamin-Kunststoffküchenartikeln, deren Ursprung oder Herkunft die Volksrepublik China bzw. die Sonderverwaltungsregion Hongkong, China, ist (ABl. L 77 vom 23.3.2011, S. 25)

13. 32013 D 0098: Durchführungsbeschluss 2013/98/EU der Kommission vom 19. Februar 2013 im Hinblick auf eine Finanzhilfe der Union zu einem koordinierten Kontrollplan zur Feststellung der Verbreitung betrügerischer Praktiken bei der Vermarktung bestimmter Lebensmittel (ABl. L 48 vom 21.2.2013, S. 23)

14. 32013 H 0099: Empfehlung 2013/99/EU der Kommission vom 19. Februar 2013 über einen koordinierten Kontrollplan zur Feststellung der Verbreitung betrügerischer Praktiken bei der Vermarktung bestimmter Lebensmittel (ABl. L 48 vom 21.2.2013, S. 28)

15. 32013 R 0415: Verordnung (EU) Nr. 415/2013 der Kommission vom 6. Mai 2013 zur Festlegung zusätzlicher Pflichten und Aufgaben der EU-Referenzlaboratorien für Tollwut, Rindertuberkulose und Bienengesundheit, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 737/2008 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 87/2011 (ABl. L 125 vom 7.5.2013, S. 7)

16. 32014 D 0176: Durchführungsbeschluss 2014/176/EU der Kommission vom 27. März 2014 über eine finanzielle Beteiligung der Union an einem koordinierten Kontrollplan zur Feststellung der Verbreitung betrügerischer Praktiken bei der Vermarktung bestimmter Lebensmittel (ABl. L 95 vom 29.3.2014, S. 39)

17. 32015 R 0705: Verordnung (EU) 2015/705 der Kommission vom 30. April 2015 zur Festlegung von Probenahmeverfahren und Leistungskriterien für die Analysemethoden, die für die amtliche Kontrolle des Erucasäuregehalts in Lebensmitteln verwendet werden, und zur Aufhebung der Richtlinie 80/891/EWG der Kommission (ABl. L 113 vom 1.5.2015, S. 29)

18. 32015 R 0949: Durchführungsverordnung (EU) 2015/949 der Kommission vom 19. Juni 2015 zur Genehmigung der Prüfungen hinsichtlich bestimmter Mykotoxine, die bestimmte Drittländer vor der Ausfuhr bestimmter Lebensmittel durchführen (ABl. L 156 vom 20.6.2015, S. 2), geändert durch:

    – 32017 R 1269: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1269 der Kommission vom 13. Juli 2017 (ABl. L 183 vom 14.7.2017, S. 9)

19. 32016 R 0024: Durchführungsverordnung (EU) 2016/24 der Kommission vom 8. Januar 2016 zur Festlegung besonderer Bedingungen für die Einfuhr von Erdnüssen aus Brasilien, *Capsicum annuum* und Muskatnuss aus Indien und Muskatnuss aus Indonesien sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 669/2009 und (EU) Nr. 884/2014 (ABl. L 8 vom 13.1.2016, S. 1)

20. 32016 R 1843: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1843 der Kommission vom 18. Oktober 2016 mit Übergangsmaßnahmen zur Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Akkreditierung amtlicher Laboratorien für die amtliche Untersuchung auf Trichinen (ABl. L 282 vom 19.10.2016, S. 38)

21. 32017 R 0140: Verordnung (EU) 2017/140 der Kommission vom 26. Januar 2017 zur Benennung des EU-Referenzlabors für durch Capripoxviren verursachte Erkrankungen (Lumpy-Skin-Krankheit und Pockenseuche der Schafe und Ziegen) mit zusätzlichen Zuständigkeiten und Aufgaben für dieses Labor und zur Änderung von Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 22 vom 27.1.2017, S. 10)

22. 32017 R 0212: Verordnung (EU) 2017/212 der Kommission vom 7. Februar 2017 zur Benennung des EU-Referenzlaboratoriums für Pest der kleinen Wiederkäuer, zur Festlegung zusätzlicher Pflichten und Aufgaben dieses Laboratoriums sowie zur Änderung von Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 33 vom 8.2.2017, S. 27)

23. 32020 R 2235: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2021/617 der Kommission vom 14. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 41)

– 32021 R 0619: Durchführungsverordnung (EU) 2021/619 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 72)

– 32021 R 1329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1329 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 48)

– 32021 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1469 der Kommission vom 10. September 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 21)

– 32021 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1471 der Kommission vom 18. August 2021 (ABl. L 326 vom 15.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0036: Durchführungsverordnung (EU) 2022/36 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 8 vom 13.1.2022, S. 36)

– 32022 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2022/854 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 69)

– 32022 R 1219: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1219 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 75)

KAPITEL 4

SPEZIFISCHE KONTROLLVORSCHRIFTEN FÜR TIERISCHE ERZEUGNISSE

1. 32004 L 0041: Richtlinie 2004/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Aufhebung bestimmter Richtlinien über Lebensmittelhygiene und Hygienevorschriften für die Herstellung und das Inverkehrbringen von bestimmten, zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs sowie zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG und 92/118/EWG des Rates und der Entscheidung 95/408/EG des Rates (ABl. L 157 vom 30.4.2004, S. 33), berichtigt in ABl. L 195 vom 2.6.2004, S. 12

2. 32009 R 0470: Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Rückstände pharmakologisch wirksamer Stoffe in Lebensmitteln tierischen Ursprungs, zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 des Rates und zur Änderung der Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 152 vom 16.6.2009, S. 11)

3. 32005 R 2074: Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften für bestimmte unter die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates fallende Erzeugnisse und für die in den Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen amtlichen Kontrollen, zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (ABl. L 338 vom 22.12.2005, S. 27), geändert durch:

   – 32006 R 1664: Verordnung (EU) Nr. 1664/2006 der Kommission vom 6. November 2006 (ABl. L 320 vom 18.11.2006, S. 13)

   – 32007 R 1244: Verordnung (EU) Nr. 1244/2007 der Kommission vom 24. Oktober 2007 (ABl. L 281 vom 25.10.2007, S. 12)

   – 32008 R 1022: Verordnung (EU) Nr. 1022/2008 der Kommission vom 17. Oktober 2008 (ABl. L 277 vom 18.10.2008, S. 12)

   – 32011 R 0015: Verordnung (EU) Nr. 15/2011 der Kommission vom 10. Januar 2011 (ABl. L 6 vom 11.1.2011, S. 3)

   – 32011 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 1)

   – 32012 R 1012: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1012/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 1

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32015 R 2285: Verordnung (EU) 2015/2285 der Kommission vom 8. Dezember 2015 (ABl. L 323 vom 9.12.2015, S. 2)

– 32016 R 0759: Durchführungsverordnung (EU) 2016/759 der Kommission vom 28. April 2016 (ABl. L 126 vom 14.5.2016, S. 13)

– 32017 R 1973: Verordnung (EU) 2017/1973 der Kommission vom 30. Oktober 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 21)

– 32017 R 1980: Verordnung (EU) 2017/1980 der Kommission vom 31. Oktober 2017 (ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 8)

– 32019 R 0628: Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), berichtigt in ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 183

– 32019 R 0628: Durchführungsverordnung (EU) 2019/628 der Kommission vom 8. April 2019 (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 101)

– 32019 R 1139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1139 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 12)

Gemäß der Richtlinie 2004/41/EG gelten bestimmte Durchführungsrechtsakte, die sich auf aufgehobene Rechtsgrundlagen stützen, weiterhin:

4. 31992 D 0608: Entscheidung 92/608/EWG des Rates vom 14. November 1992 zur Festlegung von Analyse- und Testverfahren für wärmebehandelte Milch, die zum unmittelbaren Genuss durch Menschen bestimmt ist (ABl. L 407 vom 31.12.1992, S. 29)

5. 31998 D 0139: Entscheidung 98/139/EG der Kommission vom 4. Februar 1998 mit Durchführungsbestimmungen zu den von Sachverständigen der Kommission in den Mitgliedstaaten vor Ort durchgeführten Kontrollen im Veterinärbereich (ABl. L 38 vom 12.2.1998, S. 10)

6. 32002 D 0226: Entscheidung 2002/226/EG der Kommission vom 15. März 2002 zur Einführung spezieller Gesundheitskontrollen für die Ernte und die Verarbeitung bestimmter Muscheln, deren Gehalt an ASP (Amnesic Shellfish Poison) den in der Richtlinie 91/492/EWG des Rates genannten Höchstwert übersteigt (ABl. L 75 vom 16.3.2002, S. 65)

7. 32010 R 0037: Verordnung (EU) Nr. 37/2010 der Kommission vom 22. Dezember 2009 über pharmakologisch wirksame Stoffe und ihre Einstufung hinsichtlich der Rückstandshöchstmengen in Lebensmitteln tierischen Ursprungs (ABl. L 15 vom 20.1.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 293 vom 11.11.2010, S. 72, geändert durch:

   – 32010 R 0758: Verordnung (EU) Nr. 758/2010 der Kommission vom 24. August 2010 (ABl. L 223 vom 25.8.2010, S. 37)

   – 32010 R 0759: Verordnung (EU) Nr. 759/2010 der Kommission vom 24. August 2010 (ABl. L 223 vom 25.8.2010, S. 39)

   – 32010 R 0761: Verordnung (EU) Nr. 761/2010 der Kommission vom 25. August 2010 (ABl. L 224 vom 26.8.2010, S. 1)

– 32010 R 0890: Verordnung (EU) Nr. 890/2010 der Kommission vom 8. Oktober 2010 (ABl. L 266 vom 9.10.2010, S. 1)

– 32010 R 0914: Verordnung (EU) Nr. 914/2010 der Kommission vom 12. Oktober 2010 (ABl. L 269 vom 13.10.2010, S. 5)

– 32011 R 0362: Verordnung (EU) Nr. 362/2011 der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 26)

– 32011 R 0363: Verordnung (EU) Nr. 363/2011 der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 28)

– 32012 R 0084: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 84/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 1)

– 32012 R 0085: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 85/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 4)

– 32012 R 0086: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 86/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 6)

– 32012 R 0107: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 107/2012 der Kommission vom 8. Februar 2012 (ABl. L 36 vom 9.2.2012, S. 25)

– 32012 R 0122: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 122/2012 der Kommission vom 13. Februar 2012 (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 2)

– 32012 R 0123: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 123/2012 der Kommission vom 13. Februar 2012 (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 4)

– 32012 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2012 der Kommission vom 8. März 2012 (ABl. L 71 vom 9.3.2012, S. 37)

– 32012 R 0202: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 202/2012 der Kommission vom 8. März 2012 (ABl. L 71 vom 9.3.2012, S. 40)

– 32012 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 221/2012 der Kommission vom 14. März 2012 (ABl. L 75 vom 15.3.2012, S. 7)

– 32012 R 0222: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 222/2012 der Kommission vom 14. März 2012 (ABl. L 75 vom 15.3.2012, S. 10)

– 32012 R 0436: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 436/2012 der Kommission vom 23. Mai 2012 (ABl. L 134 vom 24.5.2012, S. 10)

– 32012 R 0466: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 466/2012 der Kommission vom 1. Juni 2012 (ABl. L 143 vom 2.6.2012, S. 2)

– 32012 R 1161: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1161/2012 der Kommission vom 7. Dezember 2012 (ABl. L 336 vom 8.12.2012, S. 14)

– 32012 R 1186: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1186/2012 der Kommission vom 11. Dezember 2012 (ABl. L 338 vom 12.12.2012, S. 20)

– 32012 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1191/2012 der Kommission vom 12. Dezember 2012 (ABl. L 340 vom 13.12.2012, S. 35)

– 32013 R 0059: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 59/2013 der Kommission vom 23. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 21)

– 32013 R 0115: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 115/2013 der Kommission vom 8. Februar 2013 (ABl. L 38 vom 9.2.2013, S. 11)

– 32013 R 0116: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 116/2013 der Kommission vom 8. Februar 2013 (ABl. L 38 vom 9.2.2013, S. 14)

– 32013 R 0394: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 394/2013 der Kommission vom 29. April 2013 (ABl. L 118 vom 30.4.2013, S. 17)

– 32013 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 406/2013 der Kommission vom 2. Mai 2013 (ABl. L 121 vom 3.5.2013, S. 42)

– 32013 R 0489: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 489/2013 der Kommission vom 27. Mai 2013 (ABl. L 141 vom 28.5.2013, S. 4)

– 32013 R 1056: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1056/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 288 vom 30.10.2013, S. 60)

– 32013 R 1057: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1057/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 288 vom 30.10.2013, S. 63)

– 32013 R 1235: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1235/2013 der Kommission vom 2. Dezember 2013 (ABl. L 322 vom 3.12.2013, S. 21)

– 32014 R 0019: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 19/2014 der Kommission vom 10. Januar 2014 (ABl. L 8 vom 11.1.2014, S. 18)

– 32014 R 0020: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 20/2014 der Kommission vom 10. Januar 2014 (ABl. L 8 vom 11.1.2014, S. 20)

– 32014 R 0200: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 200/2014 der Kommission vom 3. März 2014 (ABl. L 62 vom 4.3.2014, S. 8)

– 32014 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2014 der Kommission vom 3. März 2014 (ABl. L 62 vom 4.3.2014, S. 10)

– 32014 R 0676: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 676/2014 der Kommission vom 19. Juni 2014 (ABl. L 180 vom 21.6.2014, S. 5)

– 32014 R 0677: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 677/2014 der Kommission vom 19. Juni 2014 (ABl. L 180 vom 20.6.2014, S. 8)

– 32014 R 0681: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 681/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 11)

– 32014 R 0682: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 682/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 14)

– 32014 R 0683: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 683/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 17)

– 32014 R 0967: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 967/2014 der Kommission vom 12. September 2014 (ABl. L 272 vom 13.9.2014, S. 3)

– 32014 R 1277: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1277/2014 der Kommission vom 1. Dezember 2014 (ABl. L 346 vom 2.12.2014, S. 23)

– 32014 R 1359: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1359/2014 der Kommission vom 18. Dezember 2014 (ABl. L 364 vom 19.12.2014, S. 103)

– 32014 R 1390: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1390/2014 der Kommission vom 19. Dezember 2014 (ABl. L 369 vom 24.12.2014, S. 65)

– 32015 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2015/149 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 7)

– 32015 R 0150: Durchführungsverordnung (EU) 2015/150 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 10)

– 32015 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2015/151 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 13)

– 32015 R 0152: Durchführungsverordnung (EU) 2015/152 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 16)

– 32015 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2015/149 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 7)

– 32015 R 0150: Durchführungsverordnung (EU) 2015/150 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 10)

– 32015 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2015/151 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 13)

– 32015 R 0152: Durchführungsverordnung (EU) 2015/152 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 16)

– 32015 R 0394: Durchführungsverordnung (EU) 2015/394 der Kommission vom 10. März 2015 (ABl. L 66 vom 11.3.2015, S. 1)

– 32015 R 0446: Durchführungsverordnung (EU) 2015/446 der Kommission vom 17. März 2015 (ABl. L 74 vom 18.3.2015, S. 18)

– 32015 R 1078: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1078 der Kommission vom 3. Juli 2015 (ABl. L 175 vom 4.7.2015, S. 5)

– 32015 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1079 der Kommission vom 3. Juli 2015 (ABl. L 175 vom 4.7.2015, S. 8)

– 32015 R 1080: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1080 der Kommission vom 3. Juli 2015 (ABl. L 175 vom 4.7.2015, S. 11)

– 32015 R 1308: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1308 der Kommission vom 29. Juli 2015 (ABl. L 200 vom 30.7.2015, S. 11)

– 32015 R 1491: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1491 der Kommission vom 3. September 2015 (ABl. L 231 vom 4.9.2015, S. 7)

– 32015 R 1492: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1492 der Kommission vom 3. September 2015 (ABl. L 231 vom 4.9.2015, S. 10)

– 32015 R 1492: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1820 der Kommission vom 9. Oktober 2015 (ABl. L 265 vom 10.10.2015, S. 1)

– 32015 R 2062: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2062 der Kommission vom 17. November 2015 (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 7)

– 32016 R 2062: Durchführungsverordnung (EU) 2016/129 der Kommission vom 1. Februar 2016 (ABl. L 25 vom 2.2.2016, S. 44)

– 32016 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2016/305 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 58 vom 4.3.2019, S. 35), berichtigt in ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 3

– 32016 R 0582: Verordnung (EU) 2016/582 der Kommission vom 15. April 2016 (ABl. L 99 vom 15.4.2016, S. 1)

– 32016 R 0710: Durchführungsverordnung (EU) 2016/710 der Kommission vom 12. Mai 2016 (ABl. L 125 vom 13.5.2016, S. 6)

– 32016 R 1444: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1444 der Kommission vom 31. August 2016 (ABl. L 235 vom 1.9.2016, S. 8)

– 32016 R 1834: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1834 der Kommission vom 17. Oktober 2016 (ABl. L 280 vom 18.10.2016, S. 22)

– 32016 R 2045: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2045 der Kommission vom 23. November 2016 (ABl. L 318 vom 24.11.2016, S. 3)

– 32016 R 2074: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2074 der Kommission vom 25. November 2016 (ABl. L 320 vom 26.11.2016, S. 29)

– 32017 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) 2017/201 der Kommission vom 6. Februar 2017 (ABl. L 32 vom 7.2.2017, S. 17)

– 32017 R 1558: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1558 der Kommission vom 14. September 2017 (ABl. L 237 vom 15.9.2017, S. 67)

– 32017 R1559: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1559 der Kommission vom 14. September 2017 (ABl. L 237 vom 15.9.2017, S. 69)

– 32018 R 0520: Durchführungsverordnung (EU) 2018/520 der Kommission vom 28. März 2018 (ABl. L 87 vom 3.4.2018, S. 9)

– 32018 R 0523: Durchführungsverordnung (EU) 2018/523 der Kommission vom 28. März 2018 (ABl. L 88 vom 4.4.2018, S. 1)

– 32018 R 0721: Durchführungsverordnung (EU) 2018/721 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 5)

– 32018 R 0722: Durchführungsverordnung (EU) 2018/722 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 8)

– 32018 R 1076: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1076 der Kommission vom 30. Juli 2018 (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 41)

– 22018 R 1967: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1967 der Kommission vom 12. Dezember 2018 (ABl. L 316 vom 13.12.2008, S. 6)

– 32019 R 0238: Durchführungsverordnung (EU) 2019/238 der Kommission vom 8. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 4), berichtigt in ABl. L 186 vom 27.5.2021, S. 32

– 32019 R 1881: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1881 der Kommission vom 8. November 2019 (ABl. L 290 vom 11.11.2019, S. 8)

– 32019 R 1901: Verordnung (EU) 2019/1901 der Kommission vom 7. November 2019 (ABl. L 293 vom 14.11.2019, S. 2)

– 32020 R 0042: Durchführungsverordnung (EU) 2020/42 der Kommission vom 17. Januar 2020 (ABl. L 15 vom 20.1.2020, S. 2)

– 32020 R 0043: Durchführungsverordnung (EU) 2020/43 der Kommission vom 17. Januar 2020 (ABl. L 15 vom 20.1.2020, S. 5)

– 32020 R 1685: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1685 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 44)

– 32020 R 1712: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1712 der Kommission vom 16. November 2020 (ABl. L 384 vom 17.11.2020, S. 3)

– 32021 R 0621: Durchführungsverordnung (EU) 2021/621 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 120)

– 32022 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2022/634 der Kommission vom 13. April 2022 (ABl. L 117 vom 19.4.2022, S. 25)

8. 32015 R 1375: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1375 der Kommission vom 10. August 2015 mit spezifischen Vorschriften für die amtlichen Fleischuntersuchungen auf Trichinen (ABl. L 212 vom 11.8.2015, S. 7), geändert durch:

– 32020 R 1478: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1478 der Kommission vom 14. Oktober 2020 (ABl. L 338 vom 15.10.2020, S. 7)

– 32021 R 0519: Durchführungsverordnung (EU) 2021/519 der Kommission vom 24. März 2021 (ABl. L 104 vom 25.3.2021, S. 36)

– 32022 R 1418: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1418 der Kommission vom 22. August 2022 (ABl. L 218 vom 23.8.2022, S. 7)

9. 32017 R 0012: Durchführungsverordnung (EU) 2017/12 der Kommission vom 6. Januar 2017 hinsichtlich Form und Inhalt der Anträge auf Festsetzung von Rückstandshöchstmengen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 4 vom 7.1.2017, S. 1)

10. 32017 R 0880: Verordnung (EU) 2017/880 der Kommission vom 23. Mai 2017 mit Regelungen über die Anwendung einer Rückstandshöchstmenge, die für einen pharmakologisch wirksamen Stoff in einem bestimmten Lebensmittel festgelegt wurde, auf ein anderes von derselben Tierart stammendes Lebensmittel bzw. die Anwendung einer Rückstandshöchstmenge, die für einen pharmakologisch wirksamen Stoff in einer oder mehreren Tierarten festgelegt wurde, auf andere Tierarten, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2017, S. 1)

11. 32018 R 0470: Durchführungsverordnung (EU) 2018/470 der Kommission vom 21. März 2018 mit ausführlichen Vorschriften zu den Rückstandshöchstmengen, die bei Kontrollen von Lebensmitteln zu berücksichtigen sind, die von in der EU gemäß Artikel 11 der Richtlinie 2001/82/EG behandelten Tieren stammen (ABl. L 79 vom 22.3.2018, S. 16)

12. 32018 R 0700: Durchführungsverordnung (EU) 2018/700 der Kommission vom 8. Mai 2018 zur Änderung der Listen der Betriebe aus Drittländern, aus denen bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs eingeführt werden dürfen, im Hinblick auf bestimmte Betriebe aus Brasilien (ABl. L 118 vom 14.5.2018, S. 1)

13. 32018 R 0782: Verordnung (EU) 2018/782 der Kommission vom 29. Mai 2018 zur Festlegung der Grundsätze zur Methodik der Risikobewertung und der Empfehlungen für das Risikomanagement gemäß der Verordnung (EG) Nr. 470/2009 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 5)

KAPITEL 5

VORSCHRIFTEN FÜR TIERISCHE NEBENPRODUKTE

1. 32009 R 1069: Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

2. 32011 R 0142: Verordnung (EU) Nr. 142/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte sowie zur Durchführung der Richtlinie 97/78/EG des Rates hinsichtlich bestimmter gemäß der genannten Richtlinie von Veterinärkontrollen an der Grenze befreiter Proben und Waren (ABl. L 54 vom 26.2.2011, S. 1), geändert durch:

   – 32011 R 0749: Verordnung (EU) Nr. 749/2011 der Kommission vom 29. Juli 2011 (ABl. L 198 vom 30.7.2011, S. 3)

   – 32012 R 1063: Verordnung (EU) Nr. 1063/2012 der Kommission vom 13. November 2012 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 5)

   – 32012 R 1097: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1097/2012 der Kommission vom 23. November 2012 (ABl. L 326 vom 24.11.2012, S. 3)

– 32013 R 0294: Verordnung (EU) Nr. 294/2013 der Kommission vom 14. März 2013 (ABl. L 98 vom 6.4.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 226 vom 24.8.2013, S. 44

– 32013 R 0555: Verordnung (EU) Nr. 555/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 (ABl. L 164 vom 18.6.2013, S. 11)

– 32013 R 0717: Verordnung (EU) Nr. 717/2013 der Kommission vom 25. Juli 2013 (ABl. L 201 vom 26.7.2013, S. 31)

– 32014 R 0483: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 483/2014 der Kommission vom 8. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 52)

– 32014 R 0592: Verordnung (EU) Nr. 592/2014 der Kommission vom 3. Juni 2014 (ABl. L 165 vom 4.6.2014, S. 33)

– 32015 R 0009: Verordnung (EU) 2015/9 der Kommission vom 6. Januar 2015 (ABl. L 3 vom 7.1.2015, S. 10)

– 32017 R 0172: Verordnung (EU) 2017/172 der Kommission vom 1. Februar 2017 (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 1)

– 32017 R 0786: Verordnung (EU) 2017/786 der Kommission vom 8. Mai 2017 (ABl. L 119 vom 9.5.2017, S. 1)

– 32017 R 0893: Verordnung (EU) 2017/893 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 92)

– 32017 R 1261: Verordnung (EU) 2017/1261 der Kommission vom 12. Juli 2017 (ABl. L 182 vom 13.7.2017, S. 31)

– 32017 R 1262: Verordnung (EU) 2017/1262 der Kommission vom 12. Juli 2017 (ABl. L 182 vom 13.7.2017, S. 34)

– 32019 R 1084: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1084 der Kommission vom 25. Juni 2019 (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 100)

– 32019 R 1177: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1177 der Kommission vom 10. Juli 2019 (ABl. L 185 vom 11.7.2019, S. 26)

– 32019 R 2122: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2122 der Kommission vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 45)

– 32019 R 2124: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2124 der Kommission vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 73)

– 32020 R 0207: Durchführungsverordnung (EU) 2020/207 der Kommission vom 14. Februar 2020 (ABl. L 43 vom 17.2.2020, S. 69)

– 32020 R 0735: Verordnung (EU) 2020/735 der Kommission vom 2. Juni 2020 (ABl. L 172 vom 3.6.2020, S. 3)

– 32020 R 0757: Verordnung (EU) 2020/757 der Kommission vom 8. Juni 2020 (ABl. L 179 vom 9.6.2020, S. 5)

– 32020 R 0762: Verordnung (EU) 2020/762 der Kommission vom 9. Juni 2020 (ABl. L 182 vom 10.6.2020, S. 3)

– 32020 R 0797: Verordnung (EU) 2020/797 der Kommission vom 17. Juni 2020 (ABl. L 194 vom 18.6.2020, S. 1)

– 32020 R 1720: Verordnung (EU) 2020/1720 der Kommission vom 17. November 2020 (ABl. L 386 vom 18.11.2020, S. 6)

– 32021 R 0899: Verordnung (EU) 2021/899 der Kommission vom 3. Juni 2021 (ABl. L 197 vom 4.6.2021, S. 68)

– 32021 R 1699: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1699 der Kommission vom 22. September 2021 (ABl. L 336 vom 23.9.2021, S. 43)

– 32021 R 1891: Verordnung (EU) 2021/1891 der Kommission vom 26. Oktober 2021 (ABl. L 384 vom 20.10.2021, S. 84)

– 32021 R 1925: Verordnung (EU) 2021/1925 der Kommission vom 5. November 2021 (ABl. L 393 vom 8.11.2021, S. 4)

– 32022 R 0384: Verordnung (EU) 2022/384 der Kommission vom 4. März 2022 (ABl. L 78 vom 8.3.2022, S. 1)

3. 32021 R 1929: Verordnung (EU) 2021/1929 der Kommission vom 8. November 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Ausfuhr bestimmter organischer Düngemittel und Bodenverbesserungsmittel, die Material der Kategorie 2 enthalten (ABl. L 394 vom 9.11.2021, S. 4)

KAPITEL 6

FINANZIERUNG VON KONTROLLEN

1. 32013 D 0653: Durchführungsbeschluss 2013/653/EU der Kommission vom 12. November 2013 im Hinblick auf eine Finanzhilfe der Union für einen koordinierten Kontrollplan zur Überwachung von Zoonoseerregern auf Antibiotikaresistenzen für das Jahr 2014 (ABl. L 303 vom 14.11.2013, S. 40)

KAPITEL 7

SPEZIFISCHE VORSCHRIFTEN FÜR FUTTERMITTELHYGIENE

1. 32005 R 0183: Verordnung (EG) Nr. 183/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Januar 2005 mit Vorschriften für die Futtermittelhygiene (ABl. L 35 vom 8.2.2005, S. 1), geändert durch:

   – 32009 R 0219: Verordnung (EU) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

   – 32012 R 0225: Verordnung (EU) Nr. 225/2012 der Kommission vom 15. März 2012 (ABl. L 77 vom 16.3.2012, S. 1)

   – 32015 R 1905: Verordnung (EU) 2015/1905 der Kommission vom 22. Oktober 2015 (ABl. L 278 vom 23.10.2015, S. 5)

   – 32019 R 0004: Verordnung (EU) 2019/4 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 1)

2. 32007 R 0141: Verordnung (EG) Nr. 141/2007 der Kommission vom 14. Februar 2007 über die Zulassungspflicht für Futtermittelbetriebe, die Futtermittelzusatzstoffe der Kategorie Kokzidiostatika und Histomonostatika herstellen oder in Verkehr bringen, in Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 183/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 53 vom 15.2.2007, S. 9)

TEIL IV

VORSCHRIFTEN FÜR DIE LEBENSMITTELSICHERHEIT

San Marino wendet alle Verpflichtungen an, die sich aus den von der EU geschlossenen internationalen Übereinkünften ergeben, soweit diese Verpflichtungen die für das ordnungsgemäße Funktionieren dieses Abkommens erforderlichen Vorschriften über Lebensmittelsicherheit betreffen.

KAPITEL 1

KENNZEICHNUNG UND AUFMACHUNG VON LEBENSMITTELN SOWIE DIE WERBUNG HIERFÜR, EINSCHLIESSLICH NÄHRWERT- UND GESUNDHEITSBEZOGENER ANGABEN UND DER NÄHRWERTKENNZEICHNUNG

1. 32006 R 1924: Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 9), berichtigt in ABl. L 12 vom 18.1.2007, S. 3, geändert durch:

   – 32008 R 0107: Verordnung (EU) Nr. 107/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2008 (ABl. L 39 vom 13.2.2008, S. 8)

   – 32008 R 0109: Verordnung (EU) Nr. 109/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2008 (ABl. L 39 vom 13.2.2008, S. 14)

   – 32010 R 0116: Verordnung (EU) Nr. 116/2010 der Kommission vom 9. Februar 2010 (ABl. L 37 vom 10.2.2010, S. 16)

– 32011 R 1169: Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 18)

2. 32011 R 1169: Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1924/2006 und (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 87/250/EWG der Kommission, der Richtlinie 90/496/EWG des Rates, der Richtlinie 1999/10/EG der Kommission, der Richtlinie 2000/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2002/67/EG und 2008/5/EG der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 608/2004 der Kommission (ABl. L 304 vom 21.11.2011, S. 18), berichtigt in ABl. L 266 vom 30.9.2016, S. 7, geändert durch:

– 32013 R 1155: Delegierte Verordnung (EU) 1155/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 306 vom 16.11.2013, S. 7)

– 32013 R 1363: Delegierte Verordnung (EU) 1363/2013 der Kommission vom 12. Dezember 2013 (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 26)

– 32014 R 0078: Delegierte Verordnung (EU) 78/2014 der Kommission vom 22. November 2013 (ABl. L 27 vom 30.1.2014, S. 7)

– 32015 R 2283: Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 327 vom 11.12.2015, S. 1)

3. 32011 L 0091: Richtlinie 2011/91/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Angaben oder Marken, mit denen sich das Los, zu dem ein Lebensmittel gehört, feststellen lässt (ABl. L 334 vom 16.12.2011, S. 1)

4. 32008 R 0353: Verordnung (EG) Nr. 353/2008 der Kommission vom 18. April 2008 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen für Anträge auf Zulassung gesundheitsbezogener Angaben gemäß Artikel 15 der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 109 vom 19.8.2008, S. 11), geändert durch:

   – 32009 R 1169: Verordnung (EU) Nr. 1169/2009 der Kommission vom 30. November 2009 (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 34)

5. 32009 R 0983: Verordnung (EG) Nr. 983/2009 der Kommission vom 21. Oktober 2009 zur Zulassung bzw. Verweigerung der Zulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 277 vom 22.10.2009, S. 3), geändert durch:

   – 32010 R 0376: Verordnung (EU) Nr. 376/2010 der Kommission vom 3. Mai 2010 (ABl. L 111 vom 4.5.2010, S. 3)

   – 32014 R 0686: Verordnung (EU) Nr. 686/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 27)

6. 32009 R 0984: Verordnung (EG) Nr. 984/2009 der Kommission vom 21. Oktober 2009 zur Verweigerung der Zulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 277 vom 22.10.2009, S. 13)

7. 32009 R 1024: Verordnung (EG) Nr. 1024/2009 der Kommission vom 29. Oktober 2009 zur Zulassung bzw. Verweigerung der Zulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 283 vom 30.10.2009, S. 22)

8. 32009 R 1025: Verordnung (EG) Nr. 1025/2009 der Kommission vom 29. Oktober 2009 zur Verweigerung der Zulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 283 vom 30.10.2009, S. 30)

9. 32009 R 1167: Verordnung (EG) Nr. 1167/2009 der Kommission vom 30. November 2009 über die Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos beziehungsweise die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 29)

10. 32009 R 1168: Verordnung (EG) Nr. 1168/2009 der Kommission vom 30. November 2009 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos beziehungsweise die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 32)

11. 32009 D 0980: Beschluss 2009/980/EU der Kommission vom 17. Dezember 2009 zur Zulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe zur Wirkung eines wasserlöslichen Tomatenkonzentrats auf die Blutplättchenaggregation sowie zur Gewährung des Schutzes geschützter Daten gemäß Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 18.12.2009, S. 55), geändert durch:

    – 32010 D 0770: Beschluss 2010/770/EU der Kommission vom 13. Dezember 2010 (ABl. L 328 vom 14.12.2010, S. 18)

12. 32010 R 0375: Verordnung (EU) Nr. 375/2010 der Kommission vom 3. Mai 2010 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos beziehungsweise die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 111 vom 4.5.2010, S. 1)

13. 32010 R 0382: Verordnung (EU) Nr. 382/2010 der Kommission vom 5. Mai 2010 zur Verweigerung der Zulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 113 vom 6.5.2010, S. 1)

14. 32010 R 0383: Verordnung (EU) Nr. 383/2010 der Kommission vom 5. Mai 2010 zur Verweigerung der Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos beziehungsweise die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 113 vom 6.5.2010, S. 4)

15. 32010 R 0384: Verordnung (EU) Nr. 384/2010 der Kommission vom 5. Mai 2010 zur Zulassung bzw. Verweigerung der Zulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 113 vom 6.5.2010, S. 6)

16. 32010 R 0957: Verordnung (EU) Nr. 957/2010 der Kommission vom 22. Oktober 2010 über die Zulassung bzw. Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 279 vom 23.10.2010, S. 13)

17. 32010 R 0958: Verordnung (EU) Nr. 958/2010 der Kommission vom 22. Oktober 2010 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos beziehungsweise die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 279 vom 23.10.2010, S. 18)

18. 32010 R 1161: Verordnung (EU) Nr. 1161/2010 der Kommission vom 9. Dezember 2010 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Verringerung eines Krankheitsrisikos beziehungsweise die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 326 vom 10.12.2010, S. 59)

19. 32010 R 1162: Verordnung (EU) Nr. 1162/2010 der Kommission vom 9. Dezember 2010 über die Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos beziehungsweise die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 326 vom 10.12.2010, S. 61)

20. 32011 R 0432: Verordnung (EU) Nr. 432/2011 der Kommission vom 4. Mai 2011 zur Verweigerung der Zulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 115 vom 5.5.2011, S. 1)

21. 32011 R 0440: Verordnung (EU) Nr. 440/2011 der Kommission vom 6. Mai 2011 über die Zulassung bzw. Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 119 vom 7.5.2011, S. 4)

22. 32011 R 0665: Verordnung (EU) Nr. 665/2011 der Kommission vom 11. Juli 2011 über die Zulassung bzw. Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 182 vom 12.7.2011, S. 5)

23. 32011 R 0666: Verordnung (EU) Nr. 666/2011 der Kommission vom 11. Juli 2011 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie über die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 182 vom 12.7.2011, S. 8)

24. 32011 R 1160: Verordnung (EU) Nr. 1160/2011 der Kommission vom 14. November 2011 über die Zulassung bzw. Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 296 vom 15.11.2011, S. 26)

25. 32011 R 1170: Verordnung (EU) Nr. 1170/2011 der Kommission vom 16. November 2011 über die Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 299 vom 17.11.2011, S. 1)

26. 32011 R 1171: Verordnung (EU) Nr. 1171/2011 der Kommission vom 16. November 2011 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie über die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 299 vom 17.11.2011, S. 4)

27. 32012 R 0379: Verordnung (EU) Nr. 379/2012 der Kommission vom 3. Mai 2012 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie über die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 119 vom 4.5.2012, S. 12)

28. 32012 R 0432: Verordnung (EU) Nr. 432/2012 der Kommission vom 16. Mai 2012 zur Festlegung einer Liste zulässiger anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 136 vom 25.5.2012, S. 1), geändert durch:

– 32013 R 0536: Verordnung (EU) Nr. 536/2013 der Kommission vom 11. Juni 2013 (ABl. L 160 vom 12.6.2013, S. 4)

– 32013 R 0851: Verordnung (EU) Nr. 851/2013 der Kommission vom 3. September 2013 (ABl. L 253 vom 4.9.2013, S. 3)

– 32013 R 1018: Verordnung (EU) Nr. 1018/2013 der Kommission vom 23. Oktober 2013 (ABl. L 282 vom 24.10.2013, S. 43)

– 32014 R 0040: Verordnung (EU) Nr. 40/2014 der Kommission vom 17. Januar 2014 (ABl. L 14 vom 18.1.2014, S. 8)

– 32015 R 0539: Verordnung (EU) 2015/539 der Kommission vom 31. März 2015 (ABl. L 88 vom 1.4.2015, S. 7)

– 32021 R 0686: Durchführungsverordnung (EU) 2021/686 der Kommission (ABl. L 143 vom 27.4.2021, S. 8)

29. 32012 R 1047: Verordnung (EU) Nr. 1047/2012 der Kommission vom 8. November 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 in Bezug auf die Liste der nährwertbezogenen Angaben (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 36)

30. 32012 R 1048: Verordnung (EU) Nr. 1048/2012 der Kommission vom 8. November 2012 zur Zulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 38)

31. 32013 D 0063: Durchführungsbeschluss 2013/63/EU der Kommission vom 24. Januar 2013 zur Annahme von Leitlinien zur Umsetzung der in Artikel 10 der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates dargelegten speziellen Bedingungen für gesundheitsbezogene Angaben (ABl. L 22 vom 25.1.2013, S. 25)

32. 32013 R 0851: Verordnung (EU) Nr. 851/2013 der Kommission vom 3. September 2013 zur Zulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 235 vom 4.9.2013, S. 3)

33. 32013 R 1017: Verordnung (EU) Nr. 1017/2013 der Kommission vom 23. Oktober 2013 zur Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 282 vom 24.10.2013, S. 39)

34. 32013 R 1066: Verordnung (EU) Nr. 1066/2013 der Kommission vom 30. Oktober 2013 zur Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 49)

35. 32014 R 0040: Verordnung (EU) Nr. 40/2014 der Kommission vom 17. Januar 2014 zur Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 14 vom 18.1.2014, S. 8)

36. 32014 R 0155: Verordnung (EU) Nr. 155/2014 der Kommission vom 19. Februar 2014 zur Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 50 vom 20.2.2014, S. 11)

37. 32014 R 0175: Verordnung (EU) Nr. 175/2014 der Kommission vom 25. Februar 2014 zur Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 56 vom 26.2.2014, S. 7)

38. 32014 R 0828: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 828/2014 der Kommission vom 30. Juli 2014 über die Anforderungen an die Bereitstellung von Informationen für Verbraucher über das Nichtvorhandensein oder das reduzierte Vorhandensein von Gluten in Lebensmitteln (ABl. L 228 vom 31.7.2014, S. 5)

39. 32014 R 1135: Verordnung (EU) Nr. 1135/2014 der Kommission vom 24. Oktober 2014 zur Zulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 23)

40. 32014 R 1154: Verordnung (EU) Nr. 1154/2014 der Kommission vom 29. Oktober 2014 zur Verweigerung der Zulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 309 vom 30.10.2014, S. 23)

41. 32014 R 1226: Verordnung (EU) Nr. 1226/2014 der Kommission vom 17. November 2014 zur Zulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 331 vom 18.11.2014, S. 3)

42. 32014 R 1228: Verordnung (EU) Nr. 1228/2014 der Kommission vom 17. November 2014 über die Zulassung bzw. Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 331 vom 18.11.2014, S. 8)

43. 32014 R 1229: Verordnung (EU) Nr. 1229/2014 der Kommission vom 17. November 2014 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 331 vom 18.11.2014, S. 14)

44. 32015 R 0007: Verordnung (EU) 2015/7 der Kommission vom 6. Januar 2015 zur Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 3 vom 7.1.2015, S. 3)

45. 32015 R 0008: Verordnung (EU) 2015/8 der Kommission vom 6. Januar 2015 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 3 vom 7.1.2015, S. 6)

46. 32015 R 0391: Verordnung (EU) 2015/391 der Kommission vom 9. März 2015 über die Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 65 vom 10.3.2015, S. 15)

47. 32015 R 0402: Verordnung (EU) 2015/402 der Kommission vom 11. März 2015 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 1)

48. 32015 R 0539: Verordnung (EU) 2015/539 der Kommission vom 31. März 2015 zur Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 88 vom 1.4.2015, S. 7)

49. 32015 R 1041: Verordnung (EU) 2015/1041 der Kommission vom 30. Juni 2015 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 167 vom 1.7.2015, S. 57)

50. 32015 R 1052: Verordnung (EU) 2015/1052 der Kommission vom 1. Juli 2015 über die Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 171 vom 2.7.2015, S. 5)

51. 32015 R 1886: Verordnung (EU) 2015/1886 der Kommission vom 20. Oktober 2015 über die Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel im Hinblick auf die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 276 vom 21.10.2015, S. 52)

52. 32015 R 1898: Verordnung (EU) 2015/1898 der Kommission vom 21. Oktober 2015 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als einer Angabe über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 277 vom 22.10.2015, S. 13)

53. 32015 R 2314: Verordnung (EU) 2015/2314 der Kommission vom 7. Dezember 2015 zur Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 328 vom 12.12.2015, S. 46)

54. 32016 R 0371: Verordnung (EU) 2016/371 der Kommission vom 15. März 2016 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 12)

55. 32016 R 0372: Verordnung (EU) 2016/372 der Kommission vom 15. März 2016 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 16)

56. 32016 R 0854: Durchführungsverordnung (EU) 2016/854 der Kommission vom 30. Mai 2016 zur Zulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 142 vom 31.5.2016, S. 5)

57. 32016 R 0862: Durchführungsverordnung (EU) 2016/862 der Kommission vom 31. Mai 2016 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als einer Angabe über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 24)

58. 32016 R 1379: Verordnung (EU) 2016/1379 der Kommission vom 16. August 2016 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 222 vom 17.8.2016, S. 1)

59. 32016 R 1381: Verordnung (EU) 2016/1381 der Kommission vom 16. August 2016 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel im Hinblick auf die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 222 vom 17.8.2016, S. 8)

60. 32016 R 1389: Verordnung (EU) 2016/1389 der Kommission vom 17. August 2016 über die Zulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 223 vom 18.8.2016, S. 55)

61. 32016 R 1390: Verordnung (EU) 2016/1390 der Kommission vom 17. August 2016 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 223 vom 18.8.2016, S. 58)

62. 32016 R 1411: Verordnung (EU) 2016/1411 der Kommission vom 24. August 2016 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 1)

63. 32016 R 1412: Verordnung (EU) 2016/1412 der Kommission vom 24. August 2016 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 6)

64. 32016 R 1413: Verordnung (EU) 2016/1413 der Kommission vom 24. August 2016 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 zur Festlegung einer Liste zulässiger anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 8)

65. 32017 R 0236: Verordnung (EU) 2017/236 der Kommission vom 10. Februar 2017 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 9)

66. 32017 R 0672: Durchführungsverordnung (EU) 2017/672 der Kommission vom 7. April 2017 zur Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 97 vom 8.4.2017, S. 24)

67. 32017 R 0676: Durchführungsverordnung (EU) 2017/676 der Kommission vom 10. April 2017 zur Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 98 vom 11.4.2017, S. 1)

68. 32017 R 1200: Verordnung (EU) 2017/1200 der Kommission vom 5. Juli 2017 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 1)

69. 32017 R 1201: Verordnung (EU) 2017/1201 der Kommission vom 5. Juli 2017 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als einer Angabe über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 4)

70. 32017 R 1202: Verordnung (EU) 2017/1202 der Kommission vom 5. Juli 2017 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 6)

71. 32018 R 0199: Verordnung (EU) 2018/199 der Kommission vom 9. Februar 2018 über die Nichtzulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als einer Angabe über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 38 vom 10.2.2018, S. 9)

72. 32018 R 0775: Durchführungsverordnung (EU) 2018/775 der Kommission vom 28. Mai 2018 mit den Einzelheiten zur Anwendung von Artikel 26 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel hinsichtlich der Vorschriften für die Angabe des Ursprungslands oder Herkunftsorts der primären Zutat eines Lebensmittels (ABl. L 131 vom 29.5.2018, S. 8)

73. 32018 R 1555: Verordnung (EU) 2018/1555 der Kommission vom 17. Oktober 2018 über die Nichtzulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 261 vom 18.10.2018, S. 3)

74. 32018 R 1556: Verordnung (EU) 2018/1556 der Kommission vom 17. Oktober 2018 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 261 vom 18.10.2018, S. 6)

75. 32019 R 0343: Verordnung (EU) 2019/343 der Kommission vom 28. Februar 2019 mit Ausnahmen von Artikel 1 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel zwecks Verwendung bestimmter allgemeiner Bezeichnungen (ABl. L 62 vom 1.3.2019, S. 1)

76. 32019 R 0651: Verordnung (EU) 2019/651 der Kommission vom 24. April 2019 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 110 vom 25.4.2019, S. 23)

77. 32021 R 0077: Verordnung (EU) 2021/77 der Kommission vom 27. Januar 2021 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 1)

78. 32021 R 0686: Durchführungsverordnung (EU) 2021/686 der Kommission vom 23. April 2021 zur Zulassung einer anderen gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 432/2012 (ABl. L 143 vom 27.4.2021, S. 8)

79. 32022 R 0709: Verordnung (EU) 2022/709 der Kommission vom 6. Mai 2022 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 133 vom 10.5.2022, S. 6)

80. 32022 R 0710: Verordnung (EU) 2022/710 der Kommission vom 6. Mai 2022 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 133 vom 10.5.2022, S. 9)

81. 32022 R 0711: Verordnung (EU) 2022/711 der Kommission vom 6. Mai 2022 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 133 vom 10.5.2022, S. 12)

82. 32022 R 0719: Verordnung (EU) 2022/719 der Kommission vom 10. Mai 2022 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 134 vom 11.5.2022, S. 1)

83. 32022 R 0727: Verordnung (EU) 2022/727 der Kommission vom 11. Mai 2022 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 135 vom 12.5.2022, S. 1)

84. 32023 R 0648: Verordnung (EU) 2023/648 der Kommission vom 20. März 2023 zur Zulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos (ABl. L 81 vom 21.3.2023, S. 8)

85. 32023 R 1141: Verordnung (EU) 2023/1141 der Kommission vom 1. Juni 2023 über die Nichtzulassung bestimmter anderer gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 151 vom 12.6.2023, S. 1)

86. 32023 R 1101: Verordnung (EU) 2023/1101 der Kommission vom 6. Juni 2023 über die Nichtzulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel betreffend die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (ABl. L 147 vom 7.6.2023, S. 2)

87. 32013 R 1337: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1337/2013 der Kommission vom 13. Dezember 2013 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Angabe des Ursprungslandes bzw. Herkunftsortes von frischem, gekühltem oder gefrorenem Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch (ABl. L 335 vom 14.12.2013, S. 19)

KAPITEL 2

ZUGELASSENE ZUSATZSTOFFE UND REINHEITSKRITERIEN

1. 32008 R 1331: Verordnung (EG) Nr. 1331/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein einheitliches Zulassungsverfahren für Lebensmittelzusatzstoffe, -enzyme und -aromen (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 32008 R 1333: Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Lebensmittelzusatzstoffe (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 16), berichtigt in ABl. L 104 vom 24.4.2018, S. 57, geändert durch:

   – 32010 R 0238: Verordnung (EU) Nr. 238/2010 der Kommission vom 22. März 2010 (ABl. L 75 vom 23.3.2010, S. 17)

   – 32011 R 1129: Verordnung (EU) Nr. 1129/2011 der Kommission vom 11. November 2011 (ABl. L 295 vom 12.11.2011, S. 1)

   – 32011 R 1130: Verordnung (EU) Nr. 1130/2011 der Kommission vom 11. November 2011 (ABl. L 295 vom 12.11.2011, S. 178)

   – 32011 R 1131: Verordnung (EU) Nr. 1131/2011 der Kommission vom 11. November 2011 (ABl. L 295 vom 12.11.2011, S. 205)

– 32012 R 0232: Verordnung (EU) Nr. 232/2012 der Kommission vom 16. März 2012 (ABl. L 78 vom 17.3.2012, S. 1)

– 32012 R 0380: Verordnung (EU) Nr. 380/2012 der Kommission vom 3. Mai 2012 (ABl. L 119 vom 4.5.2012, S. 14)

– 32012 R 0470: Verordnung (EU) Nr. 470/2012 der Kommission vom 4. Juni 2012 (ABl. L 144 vom 5.6.2012, S. 16)

– 32012 R 0471: Verordnung (EU) Nr. 471/2012 der Kommission vom 4. Juni 2012 (ABl. L 144 vom 5.6.2012, S. 19)

– 32012 R 0472: Verordnung (EU) Nr. 472/2012 der Kommission vom 4. Juni 2012 (ABl. L 144 vom 5.6.2012, S. 22)

– 32012 R 0570: Verordnung (EU) Nr. 570/2012 der Kommission vom 28. Juni 2012 (ABl. L 169 vom 29.6.2012, S. 43)

– 32012 R 0583: Verordnung (EU) Nr. 583/2012 der Kommission vom 2. Juli 2012 (ABl. L 173 vom 3.7.2012, S. 8)

– 32012 R 0675: Verordnung (EU) Nr. 675/2012 der Kommission vom 23. Juli 2012 (ABl. L 196 vom 24.7.2012, S. 52)

– 32012 R 1049: Verordnung (EU) Nr. 1049/2012 der Kommission vom 8. November 2012 (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 41)

– 32012 R 1057: Verordnung (EU) Nr. 1057/2012 der Kommission vom 12. November 2012 (ABl. L 313 vom 13.11.2012, S. 11)

– 32012 R 1147: Verordnung (EU) Nr. 1147/2012 der Kommission vom 4. Dezember 2012 (ABl. L 333 vom 5.12.2012, S. 34)

– 32012 R 1148: Verordnung (EU) Nr. 1148/2012 der Kommission vom 4. Dezember 2012 (ABl. L 333 vom 5.12.2012, S. 37)

– 32012 R 1149: Verordnung (EU) Nr. 1149/2012 der Kommission vom 4. Dezember 2012 (ABl. L 333 vom 5.12.2012, S. 40)

– 32012 R 1166: Verordnung (EU) Nr. 1166/2012 der Kommission vom 7. Dezember 2012 (ABl. L 336 vom 8.12.2012, S. 75)

– 32013 R 0025: Verordnung (EU) Nr. 25/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 (ABl. L 13 vom 17.1.2013, S. 1)

– 32013 R 0244: Verordnung (EU) Nr. 244/2013 der Kommission vom 19. März 2013 (ABl. L 77 vom 20.3.2013, S. 3)

– 32013 R 0256: Verordnung (EU) Nr. 256/2013 der Kommission vom 20. März 2013 (ABl. L 79 vom 21.3.2013, S. 24)

– 32013 R 0438: Verordnung (EU) Nr. 438/2013 der Kommission vom 13. Mai 2013 (ABl. L 129 vom 14.5.2013, S. 28)

– 32013 R 0509: Verordnung (EU) Nr. 509/2013 der Kommission vom 3. Juni 2013 (ABl. L 150 vom 4.6.2013, S. 13)

– 32013 R 0510: Verordnung (EU) Nr. 510/2013 der Kommission vom 3. Juni 2013 (ABl. L 150 vom 4.6.2013, S. 17)

– 32013 R 0723: Verordnung (EU) Nr. 723/2013 der Kommission vom 26. Juli 2013 (ABl. L 202 vom 27.7.2013, S. 8)

– 32013 R 0738: Verordnung (EU) Nr. 738/2013 der Kommission vom 30. Juli 2013 (ABl. L 204 vom 31.7.2013, S. 32)

– 32013 R 0738: Verordnung (EU) Nr. 738/2013 der Kommission vom 30. Juli 2013 (ABl. L 204 vom 31.7.2013, S. 35)

– 32013 R 0816: Verordnung (EU) Nr. 816/2013 der Kommission vom 28. August 2013 (ABl. L 230 vom 29.8.2013, S. 1)

– 32013 R 0817: Verordnung (EU) Nr. 817/2013 der Kommission vom 28. August 2013 (ABl. L 230 vom 29.8.2013, S. 7)

– 32013 R 0818: Verordnung (EU) Nr. 818/2013 der Kommission vom 28. August 2013 (ABl. L 230 vom 29.8.2013, S. 12)

– 32013 R 0913: Verordnung (EU) Nr. 913/2013 der Kommission vom 23. September 2013 (ABl. L 252 vom 24.9.2013, S. 11)

– 32013 R 1068: Verordnung (EU) Nr. 1068/2013 der Kommission vom 30. Oktober 2013 (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 58)

– 32013 R 1069: Verordnung (EU) Nr. 1069/2013 der Kommission vom 30. Oktober 2013 (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 61)

– 32013 R 1274: Verordnung (EU) Nr. 1274/2013 der Kommission vom 6. Dezember 2013 (ABl. L 328 vom 7.12.2013, S. 79)

– 32014 R 0059: Verordnung (EU) Nr. 59/2014 der Kommission vom 23. Januar 2014 (ABl. L 21 vom 24.1.2014, S. 9)

– 32014 R 0264: Verordnung (EU) Nr. 264/2014 der Kommission vom 14. März 2014 (ABl. L 76 vom 15.3.2014, S. 22)

– 32014 R 0298: Verordnung (EU) Nr. 298/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 89 vom 25.3.2014, S. 36)

– 32014 R 0497: Verordnung (EU) Nr. 497/2014 der Kommission vom 14. Mai 2014 (ABl. L 143 vom 15.2.2014, S. 6)

– 32014 R 0497: Verordnung (EU) Nr. 497/2014 der Kommission vom 14. Mai 2014 (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 32)

– 32014 R 0505: Verordnung (EU) Nr. 505/2014 der Kommission vom 15. Mai 2014 (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 35)

– 32014 R 0601: Verordnung (EU) Nr. 601/2014 der Kommission vom 4. Juni 2014 (ABl. L 166 vom 5.6.2014, S. 11)

– 32014 R 0685: Verordnung (EU) Nr. 685/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 23)

– 32014 R 0923: Verordnung (EU) Nr. 923/2014 der Kommission vom 25. August 2014 (ABl. L 252 vom 26.8.2014, S. 11)

– 32014 R 0957: Verordnung (EU) Nr. 957/2014 der Kommission vom 10. September 2014 (ABl. L 270 vom 11.9.2014, S. 1)

– 32014 R 0969: Verordnung (EU) Nr. 969/2014 der Kommission vom 12. September 2014 (ABl. L 272 vom 13.9.2014, S. 8)

– 32014 R 1084: Verordnung (EU) Nr. 1084/2014 der Kommission vom 15. Oktober 2014 (ABl. L 298 vom 16.10.2014, S. 8)

– 32015 R 0537: Verordnung (EU) 2015/537 der Kommission vom 31. März 2015 (ABl. L 88 vom 1.4.2015, S. 1)

– 32015 R 0538: Verordnung (EU) 2015/538 der Kommission vom 31. März 2015 (ABl. L 88 vom 1.4.2015, S. 4)

– 32015 R 0639: Verordnung (EU) 2015/639 der Kommission vom 23. April 2015 (ABl. L 106 vom 24.4.2015, S. 16)

– 32015 R 0647: Verordnung (EU) 2015/647 der Kommission vom 24. April 2015 (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 1)

– 32015 R 0649: Verordnung (EU) 2015/649 der Kommission vom 24. April 2015 (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 17)

– 32015 R 1362: Verordnung (EU) 2015/1362 der Kommission vom 6. August 2015 (ABl. L 210 vom 7.8.2015, S. 22)

– 32015 R 1378: Verordnung (EU) 2015/1378 der Kommission vom 11. August 2015 (ABl. L 213 vom 12.8.2015, S. 1)

– 32015 R 1739: Verordnung (EU) 2015/1739 der Kommission vom 28. September 2015 (ABl. L 253 vom 30.9.2015, S. 3)

– 32015 R 1832: Verordnung (EU) 2015/1832 der Kommission vom 12. Oktober 2015 (ABl. L 266 vom 13.10.2015, S. 27)

– 32016 R 0056: Verordnung (EU) 2016/56 der Kommission vom 19. Januar 2016 (ABl. L 13 vom 20.1.2016, S. 46)

– 32016 R 0263: Verordnung (EU) 2016/263 der Kommission vom 25. Februar 2016 (ABl. L 50 vom 26.2.2016, S. 25)

– 32016 R 0324: Verordnung (EU) 2016/324 der Kommission vom 7. März 2016 (ABl. L 16 vom 8.3.2016, S. 1)

– 32016 R 0441: Verordnung (EU) 2016/441 der Kommission vom 23. März 2016 (ABl. L 78 vom 24.3.2016, S. 47)

– 32016 R 0479: Verordnung (EU) 2016/479 der Kommission vom 1. April 2016 (ABl. L 87 vom 2.4.2016, S. 1)

– 32016 R 0683: Verordnung (EU) 2016/683 der Kommission vom 2. Mai 2016 (ABl. L 117 vom 3.5.2016, S. 28)

– 32016 R 0691: Verordnung (EU) 2016/691 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 120 vom 5.5.2016, S. 4)

– 32016 R 1776: Verordnung (EU) 2016/1776 der Kommission vom 6. Oktober 2016 (ABl. L 272 vom 7.10.2016, S. 2)

– 32017 R 0335: Verordnung (EU) 2017/335 der Kommission vom 27. Februar 2017 (ABl. L 50 vom 28.2.2017, S. 15)

– 32017 R 0839: Verordnung (EU) 2017/839 der Kommission vom 17. Mai 2017 (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 7)

– 32017 R 0871: Verordnung (EU) 2017/871 der Kommission vom 22. Mai 2017 (ABl. L 134 vom 23.5.2017, S. 3)

– 32017 R 0874: Verordnung (EU) 2017/874 der Kommission vom 22. Mai 2017 (ABl. L 134 vom 23.5.2017, S. 18)

– 32017 R 1270: Verordnung (EU) 2017/1270 der Kommission vom 14. Juli 2017 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 1)

– 32017 R 1271: Verordnung (EU) 2017/1271 der Kommission vom 14. Juli 2017 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 3)

– 32017 R 1399: Verordnung (EU) 2017/1399 der Kommission vom 28. Juli 2017 (ABl. L 199 vom 29.7.2017, S. 8)

– 32018 R 0074: Verordnung (EU) 2018/74 der Kommission vom 17. Januar 2018 (ABl. L 13 vom 18.1.2018, S. 21)

– 32018 R 0097: Verordnung (EU) 2018/97 der Kommission vom 22. Januar 2018 (ABl. L 17 vom 23.1.2018, S. 11)

– 32018 R 0098: Verordnung (EU) 2018/98 der Kommission vom 22. Januar 2018 (ABl. L 17 vom 23.1.2018, S. 14)

– 32018 R 0682: Verordnung (EU) 2018/682 der Kommission vom 4. Mai 2018 (ABl. L 116 vom 7.5.2018, S. 5)

– 32018 R 1461: Verordnung (EU) 2018/1461 der Kommission vom 28. September 2018 (ABl. L 245 vom 1.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1472: Verordnung (EU) 2018/1472 der Kommission vom 28. September 2018 (ABl. L 247 vom 3.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1481: Verordnung (EU) 2018/1481 der Kommission vom 4. Oktober 2018 (ABl. L 251 vom 5.10.2018, S. 13)

– 32018 R 1497: Verordnung (EU) 2018/1497 der Kommission vom 8. Oktober 2018 (ABl. L 253 vom 9.10.2018, S. 36), berichtigt in ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 35

– 32019 R 0800: Verordnung (EU) 2019/800 der Kommission vom 17. Mai 2019 (ABl. L 132 vom 20.5.2019, S. 15)

– 32019 R 0801: Verordnung (EU) 2019/801 der Kommission vom 17. Mai 2019 (ABl. L 32 vom 20.5.2019, S. 18)

– 32019 R 0891: Verordnung (EU) 2019/891 der Kommission vom 28. Mai 2019 (ABl. L 142 vom 29.5.2019, S. 54)

– 32020 R 0268: Verordnung (EU) 2020/268 der Kommission vom 26. Februar 2020 (ABl. L 56 vom 27.2.2020, S. 4)

– 32020 R 0279: Verordnung (EU) 2020/279 der Kommission vom 27. Februar 2020 (ABl. L 59 vom 28.2.2020, S. 6)

– 32020 R 0351: Verordnung (EU) 2020/351 der Kommission vom 28. Februar 2020 (ABl. L 65 vom 4.3.2020, S. 1)

– 32020 R 0355: Verordnung (EU) 2020/355 der Kommission vom 26. Februar 2020 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 28)

– 32020 R 0356: Verordnung (EU) 2020/356 der Kommission vom 4. März 2020 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 31)

– 32020 R 0771: Verordnung (EU) 2020/771 der Kommission vom 11. Juni 2020 (ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 25)

– 32020 R 1419: Verordnung (EU) 2020/1419 der Kommission vom 7. Oktober 2020 (ABl. L 326 vom 8.10.2020, S. 11)

– 32020 R 1819: Verordnung (EU) 2020/1819 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 26)

– 32021 R 1156: Verordnung (EU) 2021/1156 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 249 vom 14.7.2020, S. 87)

– 32021 R 1175: Verordnung (EU) 2021/1175 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 53)

– 32022 R 0063: Verordnung (EU) 2022/63 der Kommission vom 14. Januar 2022 (ABl. L 11 vom 18.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0141: Verordnung (EU) 2022/141 der Kommission vom 21. Januar 2022 (ABl. L 23 vom 2.2.2022, S. 22)

– 32022 R 0966: Durchführungsverordnung (EU) 2022/966 der Kommission vom 21. Juni 2022 (ABl. L 166 vom 22.6.2022, S. 125)

– 32022 R 1037: Verordnung (EU) 2022/1037 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 52)

– 32022 R 1038: Verordnung (EU) 2022/1038 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 56)

– 32022 R 1923: Verordnung (EU) 2022/1923 der Kommission vom 10. Oktober 2022 (ABl. L 264 vom 11.10.2022, S. 8)

3. 32010 R 0257: Verordnung (EU) Nr. 257/2010 der Kommission vom 25. März 2010 zur Aufstellung eines Programms zur Neubewertung zugelassener Lebensmittelzusatzstoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Lebensmittelzusatzstoffe (ABl. L 80 vom 26.3.2010, S. 19), geändert durch:

– 32021 R 0148: Durchführungsverordnung (EU) 2021/148 der Kommission vom 8. Februar 2021 (ABl. L 44 vom 9.2.2021, S. 3)

4. 32011 R 0234: Verordnung (EU) Nr. 234/2011 der Kommission vom 10. März 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1331/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein einheitliches Zulassungsverfahren für Lebensmittelzusatzstoffe, -enzyme und -aromen (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 15), geändert durch:

– 32012 R 0562: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 562/2012 der Kommission vom 27. Juni 2012 (ABl. L 168 vom 28.6.2012, S. 21)

– 32020 R 1823: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1823 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 43)

5. 32012 R 0231: Verordnung (EU) Nr. 231/2012 der Kommission vom 9. März 2012 mit Spezifikationen für die in den Anhängen II und III der Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten Lebensmittelzusatzstoffe (ABl. L 83 vom 22.3.2012, S. 1), geändert durch:

– 32012 R 1050: Verordnung (EU) Nr. 1050/2012 der Kommission vom 8. November 2012 (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 45)

– 32013 R 0497: Verordnung (EU) Nr. 497/2013 der Kommission vom 29. Mai 2013 (ABl. L 143 vom 30.5.2013, S. 20)

– 32013 R 0724: Verordnung (EU) Nr. 724/2013 der Kommission vom 26. Juli 2013 (ABl. L 202 vom 27.7.2013, S. 11)

– 32013 R 0738: Verordnung (EU) Nr. 738/2013 der Kommission vom 30. Juli 2013 (ABl. L 204 vom 31.7.2013, S. 35)

– 32013 R 0816: Verordnung (EU) Nr. 816/2013 der Kommission vom 28. August 2013 (ABl. L 230 vom 29.8.2013, S. 1)

– 32013 R 0817: Verordnung (EU) Nr. 817/2013 der Kommission vom 28. August 2013 (ABl. L 230 vom 29.8.2013, S. 7)

– 32014 R 0298: Verordnung (EU) Nr. 298/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 89 vom 25.3.2014, S. 36)

– 32014 R 0497: Verordnung (EU) Nr. 497/2014 der Kommission vom 14. Mai 2014 (ABl. L 143 vom 15.2.2014, S. 6)

– 32014 R 0506: Verordnung (EU) Nr. 506/2014 der Kommission vom 15. Mai 2014 (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 35)

– 32014 R 0685: Verordnung (EU) Nr. 685/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 23)

– 32014 R 0923: Verordnung (EU) Nr. 923/2014 der Kommission vom 25. August 2014 (ABl. L 252 vom 26.8.2014, S. 11)

– 32014 R 0957: Verordnung (EU) Nr. 957/2014 der Kommission vom 10. September 2014 (ABl. L 270 vom 11.9.2014, S. 1)

– 32014 R 0966: Verordnung (EU) Nr. 966/2014 der Kommission vom 12. September 2014 (ABl. L 272 vom 13.9.2014, S. 1)

– 32015 R 0463: Verordnung (EU) 2015/463 der Kommission vom 19. März 2015 (ABl. L 76 vom 20.3.2015, S. 42)

– 32015 R 0649: Verordnung (EU) 2015/649 der Kommission vom 24. April 2015 (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 17)

– 32015 R 1725: Verordnung (EU) 2015/1725 der Kommission vom 28. September 2015 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 12)

– 32016 R 1814: Verordnung (EU) 2016/1814 der Kommission vom 13. Oktober 2016 (ABl. L 278 vom 14.10.2016, S. 37)

– 32017 R 0324: Verordnung (EU) 2017/324 der Kommission vom 24. Februar 2017 (ABl. L 49 vom 25.2.2017, S. 4)

– 32018 R 0075: Verordnung (EU) 2018/75 der Kommission vom 17. Januar 2018 (ABl. L 13 vom 18.1.2018, S. 24)

– 32018 R 0681: Verordnung (EU) 2018/681 der Kommission vom 4. Mai 2018 (ABl. L 116 vom 7.5.2018, S. 1)

– 32018 R 1461: Verordnung (EU) 2018/1461 der Kommission vom 28. September 2018 (ABl. L 245 vom 1.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1462: Verordnung (EU) 2018/1462 der Kommission vom 28. September 2018 (ABl. L 245 vom 1.10.2018, S. 6)

– 32018 R 1472: Verordnung (EU) 2018/1472 der Kommission vom 28. September 2018 (ABl. L 247 vom 3.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1481: Verordnung (EU) 2018/1481 der Kommission vom 4. Oktober 2018 (ABl. L 251 vom 5.10.2018, S. 13)

– 32020 R 0763: Verordnung (EU) 2020/763 der Kommission vom 9. Juni 2020 (ABl. L 182 vom 10.6.2020, S. 8)

– 32020 R 0771: Verordnung (EU) 2020/771 der Kommission vom 11. Juni 2020 (ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 25)

– 32021 R 1156: Verordnung (EU) 2021/1156 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 249 vom 14.7.2021, S. 87)

– 32022 R 0650: Verordnung (EU) 2022/650 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 65)

– 32022 R 0966: Durchführungsverordnung (EU) 2022/966 der Kommission vom 21. Juni 2022 (ABl. L 166 vom 22.6.2022, S. 125)

– 32022 R 1396: Verordnung (EU) 2022/1396 der Kommission vom 11. August 2022 (ABl. L 211 vom 12.8.2022, S. 182)

– 32022 R 1922: Verordnung (EU) 2022/1922 der Kommission vom 10. Oktober 2022 (ABl. L 264 vom 11.10.2022, S. 1)

6. 32021 D 0741: Beschluss (EU) 2021/741 der Kommission vom 5. Mai 2021 zu den von Dänemark mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den Zusatz von Nitriten zu bestimmten Fleischerzeugnissen (ABl. L 159 vom 6.5.2021, S. 13)

KAPITEL 3

LEBENSMITTELENZYME

1. 32008 R 1331: Verordnung (EG) Nr. 1331/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein einheitliches Zulassungsverfahren für Lebensmittelzusatzstoffe, -enzyme und -aromen (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 32008 R 1332: Verordnung (EG) Nr. 1332/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Lebensmittelenzyme und zur Änderung der Richtlinie 83/417/EWG des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates, der Richtlinie 2000/13/EG, der Richtlinie 2001/112/EG des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 258/97 (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 7), geändert durch:

   – 32012 R 1056: Verordnung (EU) Nr. 1056/2012 der Kommission vom 12. November 2012 (ABl. L 313 vom 13.11.2012, S. 9)

3. 32015 L 2203: Richtlinie (EU) 2015/2203 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Kaseine und Kaseinate für die menschliche Ernährung und zur Aufhebung der Richtlinie 83/417/EWG des Rates (ABl. L 314 vom 1.12.2015, S. 1)

KAPITEL 4

EXTRAKTIONSLÖSUNGSMITTEL

1. 32009 L 0032: Richtlinie 2009/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Extraktionslösungsmittel, die bei der Herstellung von Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten verwendet werden (ABl. L 141 vom 6.6.2009, S. 3), geändert durch:

   – 32010 L 0059: Richtlinie 2010/59/EU der Kommission vom 26. August 2010 (ABl. L 225 vom 27.8.2010, S. 10)

   – 32016 L 1855: Richtlinie (EU) 2016/1855 der Kommission vom 19. Oktober 2016 (ABl. L 284 vom 20.10.2016, S. 19)

KAPITEL 5

AROMEN

1. 32003 R 2065: Verordnung (EG) Nr. 2065/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. November 2003 über Raucharomen zur tatsächlichen oder beabsichtigten Verwendung in oder auf Lebensmitteln (ABl. L 309 vom 26.11.2003, S. 1), geändert durch:

   – 32009 R 0596: Verordnung (EU) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

   – 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 32008 R 1331: Verordnung (EG) Nr. 1331/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein einheitliches Zulassungsverfahren für Lebensmittelzusatzstoffe, -enzyme und -aromen (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

3. 32008 R 1334: Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Aromen und bestimmte Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften zur Verwendung in und auf Lebensmitteln sowie zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 2232/96 und (EG) Nr. 110/2008 und der Richtlinie 2000/13/EG (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 34), geändert durch:

– 32013 R 0545: Verordnung (EU) Nr. 545/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 15)

– 32013 R 0985: Verordnung (EU) Nr. 985/2013 der Kommission vom 14. Oktober 2013 (ABl. L 273 vom 15.10.2013, S. 18)

– 32014 R 0246: Verordnung (EU) Nr. 246/2014 der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 74 vom 14.3.2014, S. 58)

– 32014 R 1098: Verordnung (EU) Nr. 1098/2014 der Kommission vom 17. Oktober 2014 (ABl. L 300 vom 18.10.2014, S. 41)

– 32015 R 0648: Verordnung (EU) 2015/648 der Kommission vom 24. April 2015 (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 15)

– 32015 R 1102: Verordnung (EU) 2015/1102 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 54)

– 32015 R 1760: Verordnung (EU) 2015/1760 der Kommission vom 1. Oktober 2015 (ABl. L 257 vom 2.10.2015, S. 27)

– 32016 R 0054: Verordnung (EU) 2016/54 der Kommission vom 19. Januar 2016 (ABl. L 13 vom 20.1.2016, S. 40)

– 32016 R 0055: Verordnung (EU) 2016/55 der Kommission vom 19. Januar 2016 (ABl. L 13 vom 20.1.2016, S. 43)

– 32016 R 0178: Verordnung (EU) 2016/178 der Kommission vom 10. Februar 2016 (ABl. L 35 vom 11.2.2016, S. 6)

– 32016 R 0637: Verordnung (EU) 2016/637 der Kommission vom 22. April 2016 (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 24)

– 32016 R 0692: Verordnung (EU) 2016/692 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 120 vom 5.5.2016, S. 7)

– 32016 R 1244: Verordnung (EU) 2016/1244 der Kommission vom 28. Juli 2016 (ABl. L 204 vom 29.7.2016, S. 7)

– 32017 R 0378: Verordnung (EU) 2017/378 der Kommission vom 3. März 2017 (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 14)

– 32017 R 1250: Verordnung (EU) 2017/1250 der Kommission vom 11. Juli 2017 (ABl. L 179 vom 12.7.2017, S. 3)

– 32018 R 1246: Verordnung (EU) 2018/1246 der Kommission vom 18. September 2018 (ABl. L 235 vom 19.8.2018, S. 3)

– 32018 R 1482: Verordnung (EU) 2018/1482 der Kommission vom 4. Oktober 2018 (ABl. L 251 vom 5.10.2018, S. 19)

– 32018 R 1649: Verordnung (EU) 2018/1649 der Kommission vom 5. November 2018 (ABl. L 275 vom 6.11.2018, S. 7)

– 32019 R 0036: Verordnung (EU) 2019/36 der Kommission vom 10. Januar 2019 (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 85)

– 32019 R 0799: Verordnung (EU) 2019/799 der Kommission vom 17. Mai 2019 (ABl. L 132 vom 20.5.2019, S. 12)

– 32020 R 1681: Verordnung (EU) 2020/1681 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 27)

– 32021 R 1532: Verordnung (EU) 2021/1532 der Kommission vom 17. September 2021 (ABl. L 330 vom 20.9.2021, S. 69)

– 32022 R 1431: Empfehlung (EU) 2022/1431 der Kommission vom 24. August 2022 (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 105)

– 32022 R 1466: Verordnung (EU) 2022/1466 der Kommission vom 5. September 2022 (ABl. L 231 vom 6.9.2022, S. 32)

4. 32006 R 0627: Verordnung (EG) Nr. 627/2006 der Kommission vom 21. April 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2065/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Qualitätskriterien für validierte Analyseverfahren zur Probenahme, Identifizierung und Charakterisierung primärer Räucherprodukte (ABl. L 109 vom 22.4.2006, S. 3)

5. 32012 R 0872: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 872/2012 der Kommission vom 1. Oktober 2012 zur Festlegung der Liste der Aromastoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2232/96 des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Aufnahme dieser Liste in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1565/2000 der Kommission und der Entscheidung 1999/217/EG der Kommission (ABl. L 267 vom 2.10.2012, S. 1)

6. 32012 R 0873: Verordnung (EU) Nr. 873/2012 der Kommission vom 1. Oktober 2012 über Übergangsmaßnahmen bezüglich der Unionsliste der Aromen und Ausgangsstoffe gemäß Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 267 vom 2.10.2012, S. 162), geändert durch:

   – 32018 R 1259: Verordnung (EU) 2018/1259 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 28)

7. 32013 R 0907: Verordnung (EU) Nr. 907/2013 der Kommission vom 20. September 2013 zur Festlegung von Regeln für Anträge auf Verwendung allgemeiner Bezeichnungen (ABl. L 251 vom 21.9.2013, S. 7)

8. 32013 R 1321: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1321/2013 der Kommission vom 10. Dezember 2013 zur Festlegung der Unionsliste zugelassener Primärprodukte für die Herstellung von Raucharomen zur Verwendung als solche in oder auf Lebensmitteln und/oder für die Produktion daraus hergestellter Raucharomen (ABl. L 333 vom 12.12.2013, S. 54)

9. 32021 R 1916: Verordnung (EU) 2021/1916 der Kommission vom 3. November 2021 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Aufnahme von 4-Amino-5-(3-(isopropylamino)-2,2-dimethyl-3oxopropoxy)-2-methylchinolin-3-carbonsäure in die Unionsliste der Aromen (ABl. L 389 vom 4.11.2021, S. 11)

10. 32021 R 1917: Verordnung (EU) 2021/1917 der Kommission vom 3. November 2021 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Aufnahme von 2-(4-Methylphenoxy)-N-(1H-pyrazol-3-yl)-N-(thiophen-2-ylmethyl)acetamid in die Unionsliste der Aromen (ABl. L 389 vom 4.11.2021, S. 15)

KAPITEL 6

LEBENSMITTELKONTAKTMATERIALIEN

1. 32004 R 1935: Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 2004 über Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen und zur Aufhebung der Richtlinien 80/590/EWG und 89/109/EWG (ABl. L 338 vom 13.11.2004, S. 4), geändert durch:

   – 32009 R 0596: Verordnung (EU) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 31.3.2009, S. 14)

   – 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 32006 R 2023: Verordnung (EG) Nr. 2023/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2006 über gute Herstellungspraxis für Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 384 vom 29.12.2006, S. 75)

3. 31982 L 0711: Richtlinie 82/711/EWG des Rates vom 18. Oktober 1982 über die Grundregeln für die Ermittlung der Migration aus Materialien und Gegenständen aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 297 vom 23.10.1982, S. 26), berichtigt in ABl. L 332 vom 27.11.1982, S. 32, geändert durch:

   – 31993 L 0008: Richtlinie 93/8/EWG der Kommission vom 15. März 1993 (ABl. L 90 vom 14.4.1993, S. 22)

– 31997 L 0048: Richtlinie 97/48/EG der Kommission vom 29. Juli 1997 (ABl. L 7 vom 12.8.1997, S. 45)

4. 31985 L 0572: Richtlinie 85/572/EWG des Rates vom 19. Dezember 1985 über die Liste der Simulanzlösemittel für die Migrationsuntersuchungen von Materialien und Gegenständen aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 372 vom 31.12.1985, S. 14), geändert durch:

– 32007 L 0019: Richtlinie 2007/19/EG der Kommission vom 30. März 2007 (ABl. L 91 vom 31.3.2007, S. 17)

– 32011 R 0010: Verordnung (EU) Nr. 10/2011 der Kommission vom 14. Januar 2011 (ABl. L 12 vom 15.1.2011, S. 1), geändert durch:

  – 32011 R 1282: Verordnung (EU) Nr. 1282/2011 der Kommission (ABl. L 328 vom 10.12.2011, S. 22)

5. 32011 R 0010: Verordnung (EU) Nr. 10/2011 der Kommission vom 14. Januar 2011 über Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 12 vom 15.1.2011, S. 1), geändert durch:

– 32011 R 0321: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 321/2011 der Kommission vom 1. April 2011 (ABl. L 87 vom 2.4.2011, S. 1)

– 32011 R 1282: Verordnung (EU) Nr. 1282/2011 der Kommission vom 28. November 2011 (ABl. L 328 vom 10.12.2011, S. 22)

– 32012 R 1183: Verordnung (EU) Nr. 1183/2012 der Kommission vom 30. November 2012 (ABl. L 338 vom 12.12.2012, S. 11)

– 32014 R 0202: Verordnung (EU) Nr. 202/2014 der Kommission vom 3. März 2014 (ABl. L 62 vom 4.3.2014, S. 13)

– 32015 R 0174: Verordnung (EU) 2015/174 der Kommission vom 5. Februar 2015 (ABl. L 30 vom 6.2.2015, S. 2)

– 32016 R 1416: Verordnung (EU) 2016/1416 der Kommission vom 24. August 2016 (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 22)

– 32017 R 0752: Verordnung (EU) 2017/752 der Kommission vom 28. April 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 18)

– 32018 R 0079: Verordnung (EU) 2018/79 der Kommission vom 18. Januar 2018 (ABl. L 14 vom 19.1.2018, S. 31)

– 32018 R 0213: Verordnung (EU) 2018/213 der Kommission vom 12. Februar 2018 (ABl. L 41 vom 14.2.2018, S. 6)

– 32018 R 0831: Verordnung (EU) 2018/831 der Kommission vom 5. Juni 2018 (ABl. L 140 vom 14.2.2018, S. 35)

– 32019 R 0037: Verordnung (EU) 2019/37 der Kommission vom 10. Januar 2019 (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 88)

– 32019 R 1338: Verordnung (EU) 2019/1338 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 209 vom 9.8.2019, S. 5)

– 32020 R 1245: Verordnung (EU) 2020/1245 der Kommission vom 2. September 2020 (ABl. L 288 vom 3.9.2020, S. 1)

6. 32018 R 0213: Verordnung (EU) 2018/213 der Kommission vom 12. Februar 2018 über die Verwendung von Bisphenol A in Lacken und Beschichtungen, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 10/2011 hinsichtlich der Verwendung dieses Stoffes in Lebensmittelkontaktmaterialien aus Kunststoff (ABl. L 41 vom 14.2.2018, S. 6)

7. 32022 R 1616: Verordnung (EU) 2022/1616 der Kommission vom 15. September 2022 über Materialien und Gegenstände aus recyceltem Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 282/2008 (ABl. L 243 vom 20.9.2022, S. 3), berichtigt in ABl. L 244 vom 21.9.2012, S. 70

8. 31984 L 0500: Richtlinie 84/500/EWG des Rates vom 15. Oktober 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Keramikgegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 277 vom 20.10.1984, S. 12), geändert durch:

   – 32005 L 0031: Richtlinie 2005/31/EG der Kommission vom 29. April 2005 (ABl. L 110 vom 30.4.2005, S. 36)

9. 32007 L 0042: Richtlinie 2007/42/EG der Kommission vom 29. Juni 2007 über Materialien und Gegenstände aus Zellglasfolien, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 172 vom 30.6.2007, S. 71)

10. 31978 L 0142: Richtlinie 78/142/EWG des Rates vom 30. Januar 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Vinylchlorid-Monomer enthaltende Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 44 vom 15.2.1978, S. 15), berichtigt in ABl. L 163 vom 20.6.1978, S. 24

11. 31993 L 0011: Richtlinie 93/11/EWG der Kommission vom 15. März 1993 über die Freisetzung von N-Nitrosaminen und N-nitrosierbaren Stoffen aus Flaschen- und Beruhigungssaugern aus Elastomeren oder Gummi (ABl. L 93 vom 17.4.1993, S. 37), berichtigt in ABl. L 164 vom 7.7.1993, S. 12

12. 32005 R 1895: Verordnung (EG) Nr. 1895/2005 der Kommission vom 18. November 2005 über die Beschränkung der Verwendung bestimmter Epoxyderivate in Materialien und Gegenständen, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 302 vom 19.11.2005, S. 28)

13. 32009 R 0450: Verordnung (EG) Nr. 450/2009 der Kommission vom 29. Mai 2009 über aktive und intelligente Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 135 vom 30.5.2009, S. 3)

14. 32011 R 0284: Verordnung (EU) Nr. 284/2011 der Kommission vom 22. März 2011 mit besonderen Bedingungen und detaillierten Verfahren für die Einfuhr von Polyamid- und Melamin-Kunststoffküchenartikeln, deren Ursprung oder Herkunft die Volksrepublik China bzw. die Sonderverwaltungsregion Hongkong, China, ist (ABl. L 77 vom 23.3.2011, S. 25)

KAPITEL 7

NAHRUNGSERGÄNZUNGSMITTEL

1. 32002 L 0046: Richtlinie 2002/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Juni 2002 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Nahrungsergänzungsmittel (ABl. L 183 vom 12.7.2002, S. 51), geändert durch:

   – 32006 L 0037: Richtlinie 2006/37/EG der Kommission vom 30. März 2006 (ABl. L 94 vom 1.4.2006, S. 32)

   – 32008 R 1137: Verordnung (EU) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

   – 32009 R 1170: Verordnung (EU) Nr. 1170/2009 der Kommission (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 36)

   – 32011 R 1161: Verordnung (EU) Nr. 1161/2011 der Kommission vom 14. November 2011 (ABl. L 296 vom 15.11.2011, S. 29)

   – 32014 R 0119: Verordnung (EU) Nr. 119/2014 der Kommission vom 7. Februar 2014 (ABl. L 39 vom 8.2.2014, S. 44)

   – 32015 R 0414: Verordnung (EU) 2015/414 der Kommission vom 12. März 2015 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 26)

– 32017 R 1203: Verordnung (EU) 2017/1203 der Kommission vom 5. Juli 2017 (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 9)

2. 32006 R 1925: Verordnung (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen sowie bestimmten anderen Stoffen zu Lebensmitteln (ABl. L 404 vom 20.12.2006, S. 26), geändert durch:

– 32008 R 0108: Verordnung (EU) Nr. 108/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2008 (ABl. L 39 vom 13.2.2008, S. 11)

– 32009 R 1170: Verordnung (EU) Nr. 1170/2009 der Kommission vom 30. November 2009 (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 36)

– 32011 R 1161: Verordnung (EU) Nr. 1161/2011 der Kommission vom 14. November 2011 (ABl. L 296 vom 15.11.2011, S. 29)

– 32011 R 1169: Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 18), berichtigt in ABl. L 266 vom 30.9.2016, S. 7

– 32014 R 0119: Verordnung (EU) Nr. 119/2014 der Kommission vom 7. Februar 2014 (ABl. L 39 vom 8.2.2014, S. 44)

– 32015 R 0403: Verordnung (EU) 2015/403 der Kommission vom 11. März 2015 (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 4)

– 32017 R 1203: Verordnung (EU) 2017/1203 der Kommission vom 5. Juli 2017 (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 9)

– 32019 R 0649: Verordnung (EU) 2019/649 der Kommission vom 24. April 2019 (ABl. L 110 vom 25.4.2019, S. 17)

– 32019 R 0650: Verordnung (EU) 2019/650 der Kommission vom 24. April 2019 (ABl. L 110 vom 25.4.2019, S. 21)

– 32021 R 0468: Verordnung (EU) 2021/468 der Kommission vom 18. März 2021 (ABl. L 96 vom 19.3.2021, S. 6)

– 32022 R 2340: Verordnung (EU) 2022/2340 der Kommission vom 30. November 2022 (ABl. L 310 vom 1.12.2022, S. 7)

3. 32008 D 0864: Entscheidung 2008/864/EG der Kommission vom 30. Juli 2008 über einen Verordnungsentwurf der Tschechischen Republik zur Festlegung der Anforderungen an Nahrungsergänzungsmittel und an die Anreicherung von Lebensmitteln (ABl. L 307 vom 18.11.2008, S. 4)

4. 32012 R 0307: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 307/2012 der Kommission vom 11. April 2012 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften für die Anwendung von Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zusatz von Vitaminen, Mineralstoffen sowie bestimmten anderen Stoffen zu Lebensmitteln (ABl. L 102 vom 12.4.2012, S. 2), geändert durch:

– 32021 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) 2021/842 der Kommission vom 26. Mai 2021 (ABl. L 186 vom 27.5.2021, S. 16)

5. 32012 R 0489: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 489/2012 der Kommission vom 8. Juni 2012 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen für die Anwendung des Artikels 16 der Verordnung (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen sowie bestimmten anderen Stoffen zu Lebensmitteln (ABl. L 150 vom 9.6.2012, S. 71)

6. 32022 D 0101: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/101 der Kommission vom 24. Januar 2022 betreffend einen gemäß Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates gemeldeten Entwurf eines Erlasses des Königreichs der Niederlande über Kleinkindergetränke und Kindermilch (ABl. L 17 vom 26.1.2022, S. 56)

KAPITEL 8

LEBENSMITTEL FÜR BESONDERE ERNÄHRUNGSZWECKE

1. 32013 R 0609: Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder, Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke und Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung und zur Aufhebung der Richtlinie 92/52/EWG des Rates, der Richtlinien 96/8/EG, 1999/21/EG, 2006/125/EG und 2006/141/EG der Kommission, der Richtlinie 2009/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnungen (EG) Nr. 41/2009 und (EG) Nr. 953/2009 des Rates und der Kommission (ABl. L 181 vom 29.6.2013, S. 35), geändert durch:

   – 32017 R 1091: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1091 der Kommission vom 10. April 2017 (ABl. L 158 vom 21.6.2017, S. 5)

   – 32021 R 0571: Delegierte Verordnung (EU) 2021/571 der Kommission vom 20. Januar 2021 (ABl. L 120 vom 8.4.2021, S. 1)

2. 32016 R 0127: Delegierte Verordnung (EU) 2016/127 der Kommission vom 25. September 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die besonderen Zusammensetzungs- und Informationsanforderungen für Säuglingsanfangsnahrung und Folgenahrung und hinsichtlich der Informationen, die bezüglich der Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern bereitzustellen sind (ABl. L 25 vom 2.2.2016, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 0561: Delegierte Verordnung (EU) 2018/561 der Kommission vom 29. Januar 2018 (ABl. L 94 vom 12.4.2018, S. 1)

– 32019 R 0828: Delegierte Verordnung (EU) 2019/828 der Kommission vom 14. März 2019 (ABl. L 137 vom 23.5.2019, S. 12)

– 32021 R 0572: Delegierte Verordnung (EU) 2021/572 der Kommission vom 20. Januar 2021 (ABl. L 120 vom 8.4.2021, S. 4)

– 32021 R 1041: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1041 der Kommission vom 16. April 2021 (ABl. L 225 vom 25.5.2021, S. 4)

– 32022 R 0519: Delegierte Verordnung (EU) 2022/519 der Kommission vom 14. Januar 2022 (ABl. L 104 vom 1.4.2022, S. 58)

3. 32016 R 0128: Delegierte Verordnung (EU) 2016/128 der Kommission vom 25. September 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die besonderen Zusammensetzungs- und Informationsanforderungen für Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke (ABl. L 25 vom 2.2.2016, S. 30), geändert durch:

   – 32021 R 1040: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1040 der Kommission vom 16. April 2021 (ABl. L 225 vom 25.5.2021, S. 1)

4. 32017 R 1798: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1798 der Kommission vom 2. Juni 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der besonderen Zusammensetzungs- und Informationsanforderungen an Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung (ABl. L 259 vom 7.10.2017, S. 2)

KAPITEL 9

SCHNELLGEFRORENE LEBENSMITTEL

1. 31989 L 0108: Richtlinie 89/108/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über tiefgefrorene Lebensmittel (ABl. L 40 vom 11.2.1989, S. 34), geändert durch:

   – 12003T/TXT: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

   – 32003 R 1882: Verordnung (EU) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

   – 32006 L 0107: Richtlinie 2006/107/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 411)

   – 32008 R 1137: Verordnung (EU) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

   – 32013 L 0020: Richtlinie 2013/20/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 234)

2. 31992 L 0002: Richtlinie 92/2/EWG der Kommission vom 13. Januar 1992 zur Festlegung des Probenahmeverfahrens und des gemeinschaftlichen Analyseverfahrens für die amtliche Kontrolle der Temperaturen von tiefgefrorenen Lebensmitteln (ABl. L 34 vom 11.2.1992, S. 32)

3. 32005 R 0037: Verordnung (EG) Nr. 37/2005 der Kommission vom 12. Januar 2005 zur Überwachung der Temperaturen von tief gefrorenen Lebensmitteln in Beförderungsmitteln sowie Einlagerungs- und Lagereinrichtungen (ABl. L 10 vom 13.1.2005, S. 18)

KAPITEL 10

KONTAMINANTEN

1. 31993 R 0315: Verordnung (EWG) Nr. 315/93 des Rates vom 8. Februar 1993 zur Festlegung von gemeinschaftlichen Verfahren zur Kontrolle von Kontaminanten in Lebensmitteln (ABl. L 37 vom 13.2.1993, S. 1), geändert durch:

   – 32003 R 1882: Verordnung (EU) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

   – 32009 R 0596: Verordnung (EU) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

2. 32003 R 0598: Empfehlung 2003/598/EG der Kommission vom 11. August 2003 zur Prävention und Reduzierung der Patulinkontamination von Apfelsaft und Apfelsaftzutaten in anderen Getränken (ABl. L 203 vom 12.8.2003, S. 54)

3. 32006 R 0401: Verordnung (EG) Nr. 401/2006 der Kommission vom 23. Februar 2006 zur Festlegung der Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Kontrolle des Mykotoxingehalts von Lebensmitteln (ABl. L 70 vom 9.3.2006, S. 12), geändert durch:

   – 32010 R 0178: Verordnung (EU) Nr. 178/2010 der Kommission vom 2. März 2010 (ABl. L 52 vom 3.3.2010, S. 32)

   – 32014 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2014 der Kommission vom 16. Mai 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 29)

4. 32006 H 0794: Empfehlung 2006/794/EG der Kommission vom 16. November 2006 für das Monitoring der Hintergrundbelastung von Lebensmitteln mit Dioxinen, dioxinähnlichen PCB und nicht dioxinähnlichen PCB (ABl. L 322 vom 22.11.2006, S. 24)

5. 32006 R 1881: Verordnung (EG) Nr. 1881/2006 der Kommission vom 19. Dezember 2006 zur Festsetzung der Höchstgehalte für bestimmte Kontaminanten in Lebensmitteln (ABl. L 364 vom 20.12.2006, S. 5), geändert durch:

   – 32007 R 1126: Verordnung (EU) Nr. 1126/2007 der Kommission vom 28. September 2007 (ABl. L 255 vom 29.9.2007, S. 14)

   – 32008 R 0565: Verordnung (EU) Nr. 565/2008 der Kommission vom 18. Juni 2008 (ABl. L 160 vom 19.6.2008, S. 20)

   – 32008 R 0629: Verordnung (EU) Nr. 629/2008 der Kommission vom 2. Juli 2008 (ABl. L 173 vom 3.7.2008, S. 6)

   – 32010 R 0105: Verordnung (EU) Nr. 105/2010 der Kommission vom 5. Februar 2010 (ABl. L 35 vom 6.2.2010, S. 7)

   – 32010 R 0165: Verordnung (EU) Nr. 165/2010 der Kommission vom 26. Februar 2010 (ABl. L 50 vom 27.2.2010, S. 8)

   – 32011 R 0420: Verordnung (EU) Nr. 420/2011 der Kommission vom 29. April 2011 (ABl. L 111 vom 30.4.2011, S. 3), berichtigt in ABl. L 168 vom 28.6.2001, S. 20

   – 32011 R 0835: Verordnung (EU) Nr. 835/2011 der Kommission vom 19. August 2011 (ABl. L 215 vom 20.8.2011, S. 4)

– 32011 R 1258: Verordnung (EU) Nr. 1258/2011 der Kommission vom 2. Dezember 2011 (ABl. L 320 vom 3.12.2011, S. 15)

– 32011 R 1259: Verordnung (EU) Nr. 1259/2011 der Kommission vom 2. Dezember 2011 (ABl. L 320 vom 3.12.2011, S. 18)

– 32012 R 0219: Verordnung (EU) Nr. 219/2012 der Kommission vom 14. März 2012 (ABl. L 75 vom 15.3.2012, S. 5)

– 32012 R 0594: Verordnung (EU) Nr. 594/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 43)

– 32012 R 1058: Verordnung (EU) Nr. 1058/2012 der Kommission vom 12. November 2012 (ABl. L 313 vom 13.11.2012, S. 14)

– 32013 R 1067: Verordnung (EU) Nr. 1067/2013 der Kommission vom 30. Oktober 2013 (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 56)

– 32014 R 0212: Verordnung (EU) Nr. 212/2014 der Kommission vom 6. März 2014 (ABl. L 67 vom 7.3.2014, S. 3)

– 32014 R 0488: Verordnung (EU) Nr. 488/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 75)

– 32014 R 0696: Verordnung (EU) Nr. 696/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 1)

– 32014 R 1327: Verordnung (EU) Nr. 1327/2014 der Kommission vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 358 vom 13.12.2014, S. 13)

– 32015 R 0704: Verordnung (EU) 2015/704 der Kommission vom 30. April 2015 (ABl. L 113 vom 1.5.2015, S. 27)

– 32015 R 1005: Verordnung (EU) 2015/1005 der Kommission vom 25. Juni 2015 (ABl. L 161 vom 26.6.2015, S. 9)

– 32015 R 1006: Verordnung (EU) 2015/1006 der Kommission vom 25. Juni 2015 (ABl. L 161 vom 26.6.2015, S. 14)

– 32015 R 1125: Verordnung (EU) 2015/1125 der Kommission vom 10. Juli 2015 (ABl. L 184 vom 11.7.2015, S. 7)

– 32015 R 1137: Verordnung (EU) 2015/1137 der Kommission vom 13. Juli 2015 (ABl. L 185 vom 14.7.2015, S. 11)

– 32015 R 1933: Verordnung (EU) 2015/1933 der Kommission vom 27. Oktober 2015 (ABl. L 282 vom 28.10.2015, S. 11)

– 32016 R 0239: Verordnung (EU) 2016/239 der Kommission vom 19. Februar 2016 (ABl. L 45 vom 20.2.2016, S. 3)

– 32017 R 1237: Verordnung (EU) 2017/1237 der Kommission vom 7. Juli 2017 (ABl. L 177 vom 8.7.2017, S. 36)

– 32018 R 0290: Verordnung (EU) 2018/290 der Kommission vom 26. Februar 2018 (ABl. L 55 vom 27.2.2018, S. 27)

– 32019 R 1870: Verordnung (EU) 2019/1870 der Kommission vom 7. November 2019 (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 37)

– 32020 R 0685: Verordnung (EU) 2020/685 der Kommission vom 20. Mai 2020 (ABl. L 160 vom 25.5.2020, S. 3)

– 32020 R 1255: Verordnung (EU) 2020/1255 der Kommission vom 7. September 2020 (ABl. L 293 vom 8.9.2020, S. 1)

– 32020 R 1322: Verordnung (EU) 2020/1322 der Kommission vom 23. September 2020 (ABl. L 310 vom 24.9.2020, S. 2)

– 32020 R 2040: Verordnung (EU) 2020/2040 der Kommission vom 11. Dezember 2020 (ABl. L 420 vom 14.12.2020, S. 1)

– 32021 R 1317: Verordnung (EU) 2021/1317 der Kommission vom 9. August 2021 (ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 1)

– 32021 R 1323: Verordnung (EU) 2021/1323 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 13)

– 32021 R 1399: Verordnung (EU) 2021/1399 der Kommission vom 24. August 2021 (ABl. L 301 vom 25.8.2021, S. 1)

– 32021 R 1408: Verordnung (EU) 2021/1408 der Kommission vom 27. August 2021 (ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 1)

– 32022 R 0617: Verordnung (EU) 2022/617 der Kommission vom 12. April 2022 (ABl. L 115 vom 13.4.2022, S. 60)

– 32022 R 1364: Verordnung (EU) 2022/1364 der Kommission vom 4. August 2022 (ABl. L 205 vom 5.8.2022, S. 227)

– 32022 R 1370: Verordnung (EU) 2022/1370 der Kommission vom 5. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 11)

– 32022 R 1393: Verordnung (EU) 2022/1393 der Kommission vom 11. August 2022 (ABl. L 211 vom 12.8.2022, S. 83)

– 32021 R 2142: Verordnung (EU) 2021/2142 der Kommission vom 3. Dezember 2021 (ABl. L 433 vom 6.12.2021, S. 8)

– 32022 R 2002: Verordnung (EU) 2022/2002 der Kommission vom 21. Oktober 2022 (ABl. L 274 vom 24.10.2022, S. 64)

– 32022 R 2388: Verordnung (EU) 2022/2388 der Kommission vom 7. Dezember 2022 (ABl. L 316 vom 8.12.2022, S. 38)

6. 32006 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2006 der Kommission vom 19. Dezember 2006 zur Festlegung der Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Kontrolle des Nitratgehalts von bestimmten Lebensmitteln (ABl. L 364 vom 20.12.2006, S. 25)

7. 32007 R 0333: Verordnung (EG) Nr. 333/2007 der Kommission vom 28. März 2007 zur Festlegung der Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Kontrolle des Gehalts an Blei, Cadmium, Quecksilber, anorganischem Zinn, 3-MCPD und Benzo(a)pyren in Lebensmitteln (ABl. L 88 vom 29.3.2007, S. 29), geändert durch:

   – 32011 R 836: Verordnung (EU) Nr. 836/2011 der Kommission vom 19. August 2011 (ABl. L 215 vom 20.8.2011, S. 9)

   – 32016 R 0582: Verordnung (EU) 2016/582 der Kommission vom 15. April 2016 (ABl. L 101 vom 16.4.2016, S. 3)

   – 32019 R 2093: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2093 der Kommission vom 29. November 2019 (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 96)

   – 32022 R 0685: Durchführungsverordnung (EU) 2022/685 der Kommission vom 28. April 2022 (ABl. L 126 vom 29.4.2022, S. 14)

   – 32022 R 2418: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2418 der Kommission vom 9. Dezember 2022 (ABl. L 318 vom 11.2.2009, S. 4)

8. 32009 R 0124: Verordnung (EG) Nr. 124/2009 der Kommission vom 10. Februar 2009 zur Festlegung von Höchstgehalten an Kokzidiostatika und Histomonostatika, die in Lebensmitteln aufgrund unvermeidbarer Verschleppung in Futtermittel für Nichtzieltierarten vorhanden sind (ABl. L 40 vom 11.2.2009, S. 7), geändert durch:

   – 32012 R 0610: Verordnung (EU) Nr. 610/2012 der Kommission vom 9. Juli 2012 (ABl. L 178 vom 10.7.2012, S. 1)

9. 32011 H 0516: Empfehlung 2011/516/EU der Kommission vom 23. August 2011 zur Reduzierung des Anteils von Dioxinen, Furanen und PCB in Futtermitteln und Lebensmitteln (ABl. L 218 vom 24.8.2011, S. 23)

10. 32016 H 0688: Empfehlung (EU) 2016/688 der Kommission vom 2. Mai 2016 zur Überwachung und Kontrolle des Vorkommens von Dioxinen und PCB in Fisch und Fischereierzeugnissen aus dem Ostseeraum (ABl. L 118 vom 4.5.2016, S. 16)

11. 32016 H 1111: Empfehlung (EU) 2016/1111 der Kommission vom 6. Juli 2016 für die Überwachung von Nickel in Lebensmitteln (ABl. L 183 vom 8.7.2016, S. 70)

12. 32016 H 2115: Empfehlung (EU) 2016/2115 der Kommission vom 1. Dezember 2016 zum Monitoring von Δ9-Tetrahydrocannabinol, seinen Vorläufern und anderen Cannabinoiden in Lebensmitteln (ABl. L 327 vom 2.12.2016, S. 103)

13. 32017 R 0644: Verordnung (EU) 2017/644 der Kommission vom 5. April 2017 zur Festlegung der Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die Kontrolle der Gehalte an Dioxinen, dioxinähnlichen PCB und nicht dioxinähnlichen PCB in bestimmten Lebensmitteln sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 589/2014 (ABl. L 92 vom 6.4.2017, S. 9)

KAPITEL 11

NEUARTIGE LEBENSMITTEL

1. 32015 R 2283: Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über neuartige Lebensmittel, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 1852/2001 der Kommission (ABl. L 327 vom 11.12.2015, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 31997 H 0618: Empfehlung 97/618/EG der Kommission vom 29. Juli 1997 zu den wissenschaftlichen Aspekten und zur Darbietung der für Anträge auf Genehmigung des Inverkehrbringens neuartiger Lebensmittel und Lebensmittelzutaten erforderlichen Informationen sowie zur Erstellung der Berichte über die Erstprüfung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 253 vom 16.9.1997, S. 1)

3. 32000 D 0195: Entscheidung 2000/195/EG der Kommission vom 22. Februar 2000 zur Zulassung von „Phospholipiden aus Flüssigeigelb“ als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 61 vom 8.3.2000, S. 12)

4. 32000 D 0196: Entscheidung 2000/196/EG der Kommission vom 22. Februar 2000 über die Zulassungsverweigerung von „Stevia rebaudiana Bertoni: Pflanzen und getrocknete Blätter“ als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 61 vom 8.3.2000, S. 14)

5. 32000 D 0500: Entscheidung 2000/500/EG der Kommission vom 24. Juli 2000 über die Genehmigung des Inverkehrbringens von „gelben Streichfetten mit Phytosterinesterzusatz“ als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 200 vom 8.8.2000, S. 59)

6. 32001 D 0017: Entscheidung 2001/17/EG der Kommission vom 19. Dezember 2000 zum Verbot des Inverkehrbringens von „Nangainüssen (Canarium indicum L.)“ als neuartiges Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 4 vom 9.1.2001, S. 35)

7. 32001 D 0122: Entscheidung 2001/122/EG der Kommission vom 30. Januar 2001 über die Genehmigung des Inverkehrbringens einer mithilfe von *Leuconostoc mesenteroides* hergestellten Dextranzubereitung als neuartige Lebensmittelzutat für Backwaren gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 44 vom 15.2.2001, S. 46)

8. 32001 D 0424: Entscheidung 2001/424/EG der Kommission vom 23. Mai 2001 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von hochdruckpasteurisierten Fruchtzubereitungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 151 vom 7.6.2001, S. 42)

9. 32001 D 0721: Entscheidung 2001/721/EG der Kommission vom 25. September 2001 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Trehalose als ein neuartiges Lebensmittel oder eine neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 269 vom 10.10.2001, S. 17)

10. 32002 D 0150: Entscheidung 2002/150/EG der Kommission vom 15. Februar 2002 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von koagulierten Kartoffelproteinen und ihren Hydrolysaten als neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 50 vom 21.2.2002, S. 92)

11. 32003 D 0426: Entscheidung 2003/426/EG der Kommission vom 5. Juni 2003 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von „Noni-Saft“ (Saft aus der Frucht der Spezies Morinda citrifolia L.) als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 144 vom 12.6.2003, S. 12)

12. 32003 D 0867: Entscheidung 2003/867/EG der Kommission vom 1. Dezember 2003 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Salatrims als neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 326 vom 13.12.2003, S. 32)

13. 32004 D 0333: Entscheidung 2004/333/EG der Kommission vom 31. März 2004 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von gelben Streichfetten, Salatsoßen, milchartigen Erzeugnissen und fermentierten milchartigen Erzeugnissen, Sojagetränken und käseartigen Erzeugnissen mit Phytosterin-/Phytostanolzusatz als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 14.4.2004, S. 40)

14. 32004 D 0334: Entscheidung 2004/334/EG der Kommission vom 31. März 2004 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von gelben Streichfetten, milchartigen Erzeugnissen, joghurtartigen Erzeugnissen und Gewürzsoßen mit Phytosterin-/Phytostanolzusatz als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 14.4.2004, S. 43)

15. 32004 D 0335: Entscheidung 2004/335/EG der Kommission vom 31. März 2004 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von milchartigen Erzeugnissen und joghurtartigen Erzeugnissen mit Phytosterinesterzusatz als neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 14.4.2004, S. 46)

16. 32004 D 0336: Entscheidung 2004/336/EG der Kommission vom 31. März 2004 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von gelben Streichfetten, Fruchtgetränken auf Milchbasis, joghurtartigen Erzeugnissen und käseartigen Erzeugnissen mit Phytosterin-/Phytostanolzusatz als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 14.4.2004, S. 49)

17. 32004 D 0845: Entscheidung 2004/845/EG der Kommission vom 12. November 2004 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Getränken auf Milchbasis, denen Phytosterine/Phytostanole als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates zugesetzt wurden (ABl. L 366 vom 11.12.2004, S. 14)

18. 32005 D 0448: Entscheidung 2005/448/EG der Kommission vom 3. März 2005 über die Genehmigung des Inverkehrbringens von aus der gentechnisch veränderten Maissorte NK 603 gewonnenen Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 158 vom 21.6.2005, S. 20)

19. 32005 D 0457: Entscheidung 2005/457/EG der Kommission vom 4. April 2005 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Isomaltulose als neuartiges Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 160 vom 23.6.2005, S. 28)

20. 32005 D 0581: Entscheidung 2005/581/EG der Kommission vom 25. Juli 2005 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Isomaltulose als neuartiges Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 199 vom 29.7.2005, S. 90)

21. 32006 D 0058: Entscheidung 2006/58/EG der Kommission vom 24. Januar 2006 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Roggenbrot mit Phytosterin-/Phytostanolzusatz als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 31 vom 3.2.2006, S. 18)

22. 32006 D 0059: Entscheidung 2006/59/EG der Kommission vom 24. Januar 2006 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Roggenbrot mit Phytosterin-/Phytostanolzusatz als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 31 vom 3.2.2006, S. 21)

23. 32006 D 0068: Entscheidung 2006/68/EG der Kommission vom 13. Januar 2006 über die Genehmigung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 863 gewonnenen Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 34 vom 7.2.2006, S. 26)

24. 32006 D 0720: Entscheidung 2006/720/EG der Kommission vom 23. Oktober 2006 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Diacylglyceridöl pflanzlichen Ursprungs als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 296 vom 26.10.2006, S. 10)

25. 32006 D 0722: Entscheidung 2006/722/EG der Kommission vom 24. Oktober 2006 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Rapsöl mit hohem Anteil an unverseifbaren Bestandteilen als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 296 vom 26.10.2006, S. 17)

26. 32006 D 0723: Entscheidung 2006/723/EG der Kommission vom 24. Oktober 2006 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Maiskeimöl mit hohem Anteil an unverseifbaren Bestandteilen als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 296 vom 26.10.2006, S. 20)

27. 32007 D 0343: Entscheidung 2007/343/EG der Kommission vom 15. Mai 2007 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von mit Phytosterinen/Phytostanolen angereichertem Öl als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 129 vom 17.5.2007, S. 63)

28. 32008 D 0036: Entscheidung 2008/36/EG der Kommission vom 10. Januar 2008 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Reisgetränken mit Phytosterin-/Phytostanolzusatz als neuartige Lebensmittel im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 8 vom 11.1.2008, S. 15)

29. 32008 D 0413: Entscheidung 2008/413/EG der Kommission vom 26. Mai 2008 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von alpha-Cyclodextrin als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 146 vom 5.6.2008, S. 12)

30. 32008 D 0575: Entscheidung 2008/575/EG der Kommission vom 27. Juni 2008 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von getrocknetem Baobab-Fruchtfleisch als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 183 vom 11.7.2008, S. 38)

31. 32008 D 0968: Entscheidung 2008/968/EG der Kommission vom 12. Dezember 2008 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von arachidonsäurereichem Öl aus *Mortierella alpina* als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 344 vom 20.12.2008, S. 123), berichtigt in ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 5

32. 32008 D 0985: Entscheidung 2008/985/EG der Kommission vom 15. Dezember 2008 zur Genehmigung des Inverkehrbringens der Blätter von *Morinda citrifolia* als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 352 vom 31.12.2008, S. 46)

33. 32009 D 0344: Entscheidung 2009/344/EG der Kommission vom 22. April 2009 zur Genehmigung des Inverkehrbringens des Eis-strukturierenden Proteins Typ III HPLC 12 als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 25.4.2009, S. 9)

34. 32009 D 0345: Entscheidung 2009/345/EG der Kommission vom 22. April 2009 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Vitamin K2 (Menachinon) aus Bacillus subtilis natto als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 25.4.2009, S. 14)

35. 32009 D 0348: Entscheidung 2009/348/EG der Kommission vom 23. April 2009 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lycopin als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 106 vom 28.4.2009, S. 55)

36. 32009 D 0355: Entscheidung 2009/355/EG der Kommission vom 28. April 2009 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lycopin-Oleoresin aus Tomaten als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 109 vom 30.4.2009, S. 47)

37. 32009 D 0362: Entscheidung 2009/362/EG der Kommission vom 30. April 2009 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lycopin als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 110 vom 1.5.2009, S. 54)

38. 32009 D 0365: Entscheidung 2009/365/EG der Kommission vom 28. April 2009 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lycopin aus Blakeslea trispora als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 111 vom 5.5.2009, S. 31)

39. 32009 D 0752: Entscheidung 2009/752/EG der Kommission vom 12. Oktober 2009 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines Lipidextrakts aus antarktischem Krill *Euphausia superba* als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 268 vom 13.10.2009, S. 33)

40. 32009 D 0777: Entscheidung 2009/777/EG der Kommission vom 21. Oktober 2009 über die Erweiterung der Anwendungen von Algenöl aus der Mikroalge *Ulkenia sp.* als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 278 vom 23.10.2009, S. 54)

41. 32009 D 0826: Entscheidung 2009/826/EG der Kommission vom 13. Oktober 2009 über die Genehmigung des Inverkehrbringens eines Extrakts aus den Blättern der Luzerne (*Medicago sativa*) als neuartiges Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 294 vom 11.11.2009, S. 12)

42. 32009 D 0827: Entscheidung 2009/827/EG der Kommission vom 13. Oktober 2009 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Chiasamen (*Salvia hispanica*) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 294 vom 11.11.2009, S. 14)

43. 32010 D 0228: Beschluss 2010/228/EU der Kommission vom 21. April 2010 über die Genehmigung des Inverkehrbringens von Püree und Konzentrat aus Früchten von *Morinda citrifolia* als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 102 vom 23.4.2010, S. 49)

44. 32010 D 0715: Beschluss 2010/715/EU der Kommission vom 25. November 2010 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Eisen(II)-Ammoniumphosphat als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 310 vom 26.11.2010, S. 16)

45. 32011 D 0073: Beschluss 2011/73/EU der Kommission vom 2. Februar 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines Mycelauszugs von *Lentinula edodes* (Shiitake-Pilz) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 29 vom 3.2.2011, S. 30)

46. 32011 D 0076: Beschluss 2011/76/EU der Kommission vom 2. Februar 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines Chitin-Glucans aus *Aspergillus niger* als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 29 vom 3.2.2011, S. 34)

47. 32011 D 0320: Beschluss 2011/320/EU der Kommission vom 27. Mai 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Chrompicolinat als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 143 vom 31.5.2011, S. 36)

48. 32011 D 0494: Durchführungsbeschluss 2011/494/EU der Kommission vom 5. August 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens phosphatierter Maisstärke als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 9.8.2011, S. 23)

49. 32011 D 0497: Durchführungsbeschluss 2011/497/EU der Kommission vom 9. August 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von fermentiertem Extrakt aus schwarzen Bohnen als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 33)

50. 32011 D 0513: Durchführungsbeschluss 2011/513/EU der Kommission vom 19. August 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Phosphatidylserin aus Soja-Phospholipiden als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 215 vom 20.8.2011, S. 20)

51. 32011 D 0761: Durchführungsbeschluss 2011/761/EU der Kommission vom 24. November 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Flavonoiden aus *Glycyrrhiza glabra* L. als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 313 vom 26.11.2011, S. 37)

52. 32011 D 0762: Durchführungsbeschluss 2011/762/EU der Kommission vom 24. November 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Hefe-Beta-Glucanen als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 313 vom 26.11.2011, S. 41)

53. 32011 D 0882: Durchführungsbeschluss 2011/882/EU der Kommission vom 21. Dezember 2011 zur Genehmigung des Inverkehrbringens einer neuartigen Kaubase als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 343 vom 23.12.2011, S. 121)

54. 32012 D 0288: Durchführungsbeschluss 2012/288/EU der Kommission vom 1. Juni 2012 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Gamma-Cyclodextrin als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 144 vom 5.6.2012, S. 41)

55. 32012 D 0461: Durchführungsbeschluss 2012/461/EU der Kommission vom 3. August 2012 zur Genehmigung des Inverkehrbringens einer neuartigen Kaubase als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses 2011/882/EU der Kommission (ABl. L 210 vom 7.8.2012, S. 14)

56. 32012 D 0725: Durchführungsbeschluss 2012/725/EU der Kommission vom 22. November 2012 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Rinder-Lactoferrin als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (Morinaga) (ABl. L 327 vom 27.11.2012, S. 46), geändert durch:

– 32015 D 0568: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/568 der Kommission vom 7. April 2015 (ABl. L 93 vom 9.4.2015, S. 71)

57. 32012 D 0726: Durchführungsbeschluss 2012/726/EU der Kommission vom 22. November 2012 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Dihydrocapsiat als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 237 vom 27.11.2012, S. 49)

58. 32012 D 0727: Durchführungsbeschluss 2012/727/EU der Kommission vom 22. November 2012 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Rinder-Lactoferrin als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (FrieslandCampina) (ABl. L 327 vom 27.11.2012, S. 52)

59. 32013 D 0049: Durchführungsbeschluss 2013/49/EU der Kommission vom 22. Januar 2013 über die Genehmigung des Inverkehrbringens von synthetischem Zeaxanthin als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 32)

60. 32013 D 0050: Durchführungsbeschluss 2013/50/EU der Kommission vom 22. Januar 2013 über die Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von Chiasamen (*Salvia hispanica*) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 34)

61. 32013 D 0705: Durchführungsbeschluss 2013/705/EU der Kommission vom 29. November 2013 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Hahnenkammextrakt als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 322 vom 3.12.2013, S. 39)

62. 32014 D 0154: Durchführungsbeschluss 2014/154/EU der Kommission vom 19. März 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von (6S)-5-Methyltetrahydrofolsäure, Glucosaminsalz als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 85 vom 21.3.2014, S. 10)

63. 32014 D 0155: Durchführungsbeschluss 2014/155/EU der Kommission vom 19. März 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Koriandersamenöl als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 85 vom 21.3.2014, S. 13)

64. 32014 D 0396: Durchführungsbeschluss 2014/396/EU der Kommission vom 24. Juni 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von UV-behandelter Bäckerhefe (*Saccharomyces cerevisiae*) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 186 vom 26.6.2014, S. 108)

65. 32014 D 0423: Durchführungsbeschluss 2014/423/EU der Kommission vom 1. Juli 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Citicolin als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 3.7.2014, S. 24)

66. 32014 D 0424: Durchführungsbeschluss 2014/424/EU der Kommission vom 1. Juli 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Rapssamenprotein als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 3.7.2014, S. 27)

67. 32014 D 0463: Durchführungsbeschluss 2014/463/EU der Kommission vom 14. Juli 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Öl aus der Mikroalge *Schizochytrium sp.* als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Entscheidungen 2003/427/EG und 2009/778/EG (ABl. L 209 vom 16.7.2014, S. 55)

68. 32014 D 0890: Durchführungsbeschluss 2014/890/EU der Kommission vom 8. Dezember 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Chiaöl (*Salvia hispanica*) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 353 vom 10.12.2014, S. 15)

69. 32014 D 0905: Durchführungsbeschluss 2014/905/EU der Kommission vom 11. Dezember 2014 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Methylvinylether/Maleinsäureanhydrid-Copolymer als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 358 vom 13.12.2014, S. 47)

70. 32014 D 0916: Durchführungsbeschluss 2014/916/EU der Kommission vom 15. Dezember 2014 zur Berichtigung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses 2014/154/EU der Kommission zur Genehmigung des Inverkehrbringens von (6S)-5-Methyltetrahydrofolsäure, Glucosaminsalz als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 360 vom 17.12.2014, S. 58)

71. 32015 D 0545: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/545 der Kommission vom 31. März 2015 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Öl aus der Mikroalge *Schizochytrium* sp. (ATCC PTA-9695) als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 90 vom 2.4.2015, S. 7)

72. 32015 D 0546: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/546 der Kommission vom 31. März 2015 zur Genehmigung einer Erweiterung des Verwendungszwecks von DHA- und EPA-reichem Öl aus der Mikroalge *Schizochytrium* sp. als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 90 vom 2.4.2015, S. 11)

73. 32015 D 1213: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1213 der Kommission vom 22. Juli 2015 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von Flavonoiden aus *Glycyrrhiza glabra* L. als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 24.7.2015, S. 19)

74. 32015 D 1290: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1290 der Kommission vom 23. Juli 2015 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von raffiniertem Öl aus Samen von *Buglossoides arvensis* als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 198 vom 28.7.2015, S. 22)

75. 32015 D 1291: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1291 der Kommission vom 23. Juli 2015 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von mit *Bacteroides xylanisolvens* (DSM 23964) fermentierten wärmebehandelten Milcherzeugnissen als neuartiges Lebensmittel im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 198 vom 28.2.2013, S. 26)

76. 32016 D 0375: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/375 der Kommission vom 11. März 2016 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lacto-N-neotetraose als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 22)

77. 32016 D 0376: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/376 der Kommission vom 11. März 2016 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 2′-O-Fucosyllactose als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 27)

78. 32016 D 0398: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/398 der Kommission vom 16. März 2016 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von UV-behandeltem Brot als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 73 vom 18.3.2016, S. 107)

79. 32016 D 0598: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/598 der Kommission vom 14. April 2016 zur Genehmigung einer Erweiterung des Verwendungszwecks von Lipidextrakt aus antarktischem Krill (*Euphausia superba*) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 103 vom 19.4.2016, S. 34)

80. 32016 D 1189: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1189 der Kommission vom 19. Juli 2016 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von UV-behandelter Milch als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 21.7.2016, S. 50)

81. 32016 D 1190: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1190 der Kommission vom 19. Juli 2016 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von trans-Resveratrol als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 21.7.2016, S. 53)

82. 32017 D 0115: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/115 der Kommission vom 20. Januar 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von fermentiertem Sojabohnenextrakt als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 18 vom 24.1.2017, S. 50)

83. 32017 D 0450: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/450 der Kommission vom 13. März 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lactit als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 69 vom 15.3.2017, S. 31)

84. 32017 D 1281: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1281 der Kommission vom 13. Juli 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von L-Ergothionein als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 65)

85. 32017 D 1387: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1387 der Kommission vom 24. Juli 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens einer Enzymzubereitung aus Prolyloligopeptidase, hergestellt mit einem genetisch veränderten Stamm von *Aspergillus niger*, als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 65)

86. 32017 D 2078: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2078 der Kommission vom 10. November 2017 zur Genehmigung einer Erweiterung des Verwendungszwecks von Hefe-Beta-Glucanen als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 77), geändert durch:

– 32019 R 1272: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1272 der Kommission vom 29. Juli 2019 (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 3)

87. 32017 D 2079: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2079 der Kommission vom 10. November 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von stark taxifolinhaltigem Extrakt als neuartige Lebensmittelzutat im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 81)

88. 32017 D 2201: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2201 der Kommission vom 27. November 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 2′-Fucosyllactose, hergestellt mit *Escherichia coli* (Stamm BL21) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 313 vom 29.11.2017, S. 5)

89. 32017 D 2353: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2353 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Öl aus *Calanus finmarchicus* als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 16.12.2017, S. 45)

90. 32017 D 2354: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2354 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von Chiasamen (*Salvia hispanica*) als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 16.12.2017, S. 49)

91. 32017 D 2355: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2355 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von UV-behandelten Pilzen als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 16.12.2017, S. 52)

92. 32017 D 2373: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2373 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Hydroxytyrosol als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 56)

93. 32017 D 2375: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2375 der Kommission vom 15. Dezember 2017 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von N-Acetyl-D-Neuraminsäure als neuartige Lebensmittelzutat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 63)

94. 32017 R 2468: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2468 der Kommission vom 20. Dezember 2017 zur Festlegung administrativer und wissenschaftlicher Anforderungen an traditionelle Lebensmittel aus Drittländern gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel (ABl. L 351 vom 30.12.2017, S. 55), geändert durch:

– 32020 R 1824: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1824 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 51)

95. 32017 R 2469: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2469 der Kommission vom 20. Dezember 2017 zur Festlegung administrativer und wissenschaftlicher Anforderungen an die Anträge gemäß Artikel 10 der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel (ABl. L 351 vom 30.12.2017, S. 64), geändert durch:

– 32020 R 1772: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1772 der Kommission vom 26. November 2020 (ABl. L 398 vom 27.11.2020, S. 13)

96. 32017 R 2470: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission vom 20. Dezember 2017 zur Erstellung der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel (ABl. L 351 vom 31.12.2017, S. 72), berichtigt in ABl. L 187 vom 24.7.2018, S. 1, ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 3, ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 5, und ABl. L 33 vom 15.2.2022, S. 41, geändert durch:

– 32018 R 0460: Durchführungsverordnung (EU) 2018/460 der Kommission vom 20. März 2018 (ABl. L 78 vom 21.3.2018, S. 2)

– 32018 R 0461: Durchführungsverordnung (EU) 2018/461 der Kommission vom 20. März 2018 (ABl. L 78 vom 21.3.2018, S. 7)

– 32018 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) 2018/462 der Kommission vom 20. März 2018 (ABl. L 78 vom 21.3.2018, S. 11)

– 32018 R 0469: Durchführungsverordnung (EU) 2018/469 der Kommission vom 21. März 2018 (ABl. L 79 vom 22.3.2018, S. 11)

– 32018 R 0991: Durchführungsverordnung (EU) 2018/991 der Kommission vom 12. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 9)

– 32018 R 1011: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1011 der Kommission vom 17. Juli 2018 (ABl. L 181 vom 18.7.2018, S. 4)

– 32018 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1018 der Kommission vom 18. Juli 2018 (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 4)

– 32018 R 1032: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1032 der Kommission vom 20. Juli 2018 (ABl. L 185 vom 23.7.2018, S. 9)

– 32018 R 1122: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1122 der Kommission vom 10. August 2018 (ABl. L 204 vom 13.8.2018, S. 36)

– 32018 R 1123: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1123 der Kommission vom 10. August 2018 (ABl. L 204 vom 13.8.2018, S. 41)

– 32018 R 1132: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1132 der Kommission vom 13. August 2018 (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 15)

– 32018 R 1133: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1133 der Kommission vom 13. August 2018 (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 18)

– 32018 R 1293: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1293 der Kommission vom 26. September 2018 (ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 2)

– 32018 R 1631: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1631 der Kommission vom 30. Oktober 2018 (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 17)

– 32018 R 1632: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1632 der Kommission vom 30. Oktober 2018 (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 23)

– 32018 R 1133: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1133 der Kommission vom 13. August 2018 (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 29)

– 32018 R 1647: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1647 der Kommission vom 31. Oktober 2018 (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 51)

– 32018 R 1648: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1648 der Kommission vom 29. Oktober 2018 (ABl. L 275 vom 6.11.2018, S. 1)

– 32018 R 1991: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1991 der Kommission vom 13. Dezember 2018 (ABl. L 320 vom 17.12.2018, S. 22)

– 32018 R 2016: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2016 der Kommission vom 18. Dezember 2018 (ABl. L 323 vom 19.12.2018, S. 1)

– 32018 R 2017: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2017 der Kommission vom 18. Dezember 2018 (ABl. L 323 vom 19.12.2018, S. 4)

– 32019 R 0108: Durchführungsverordnung (EU) 2019/108 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 4)

– 32019 R 0109: Durchführungsverordnung (EU) 2019/109 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 7)

– 32019 R 0110: Durchführungsverordnung (EU) 2019/110 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 11)

– 32019 R 0387: Durchführungsverordnung (EU) 2019/387 der Kommission vom 11. März 2019 (ABl. L 70 vom 12.3.2019, S. 17)

– 32019 R 0388: Durchführungsverordnung (EU) 2019/388 der Kommission vom 11. März 2019 (ABl. L 70 vom 12.3.2019, S. 21)

– 32019 R 0456: Durchführungsverordnung (EU) 2019/456 der Kommission vom 20. März 2019 (ABl. L 79 vom 21.3.2019, S. 13)

– 32019 R 0506: Durchführungsverordnung (EU) 2019/506 der Kommission vom 26. März 2019 (ABl. L 85 vom 27.3.2019, S. 11)

– 32019 R 1294: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1294 der Kommission vom 1. August 2019 (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 16)

– 32019 R 1314: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1314 der Kommission vom 2. August 2019 (ABl. L 205 vom 5.8.2019, S. 4)

– 32019 R 1686: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1686 der Kommission vom 8. Oktober 2019 (ABl. L 258 vom 9.10.2019, S. 13)

– 32019 R 1976: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1976 der Kommission vom 25. November 2019 (ABl. L 308 vom 29.11.2019, S. 40)

– 32019 R 1979: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1979 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 308 vom 29.11.2019, S. 62)

– 32019 R 2165: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2165 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 81)

– 32020 R 0016: Durchführungsverordnung (EU) 2020/16 der Kommission vom 10. Januar 2020 (ABl. L 7 vom 14.1.2020, S. 6)

– 32020 R 0024: Durchführungsverordnung (EU) 2020/24 der Kommission vom 13. Januar 2020 (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 12)

– 32020 R 0206: Durchführungsverordnung (EU) 2020/206 der Kommission vom 14. Februar 2020 (ABl. L 43 vom 17.2.2020, S. 66)

– 32020 R 0443: Durchführungsverordnung (EU) 2020/443 der Kommission vom 25. März 2020 (ABl. L 92 vom 26.3.2020, S. 7)

– 32020 R 0478: Durchführungsverordnung (EU) 2020/478 der Kommission vom 1. April 2020 (ABl. L 102 vom 2.4.2020, S. 1)

– 32020 R 0916: Durchführungsverordnung (EU) 2020/916 der Kommission vom 1. Juli 2020 (ABl. L 209 vom 2.7.2020, S. 6)

– 32020 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2020/917 der Kommission vom 1. Juli 2020 (ABl. L 209 vom 2.7.2020, S. 10)

– 32020 R 0973: Durchführungsverordnung (EU) 2020/973 der Kommission vom 6. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 7)

– 32020 R 1163: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1163 der Kommission vom 6. August 2020 (ABl. L 258 vom 7.8.2020, S. 1)

– 32020 R 1559: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1559 der Kommission vom 26. Oktober 2020 (ABl. L 357 vom 27.10.2020, S. 7)

– 32020 R 1634: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1634 der Kommission vom 4. November 2020 (ABl. L 367 vom 5.11.2020, S. 39)

– 32020 R 1820: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1820 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 29)

– 32020 R 1821: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1821 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 34)

– 32020 R 1822: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1822 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 39)

– 32020 R 1993: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1993 der Kommission vom 4. Dezember 2020 (ABl. L 410 vom 7.12.2020, S. 62)

– 32021 R 0050: Durchführungsverordnung (EU) 2021/50 der Kommission vom 22. Januar 2021 (ABl. L 23 vom 25.1.2021, S. 7)

– 32021 R 0051: Durchführungsverordnung (EU) 2021/51 der Kommission vom 22. Januar 2021 (ABl. L 23 vom 25.1.2021, S. 10)

– 32021 R 0082: Durchführungsverordnung (EU) 2021/82 der Kommission vom 27. Januar 2021 (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 16)

– 32021 R 0096: Durchführungsverordnung (EU) 2021/96 der Kommission vom 28. Januar 2021 (ABl. L 31 vom 29.1.2021, S. 201)

– 32021 R 0120: Durchführungsverordnung (EU) 2021/120 der Kommission vom 2. Februar 2021 (ABl. L 37 vom 3.2.2021, S. 1)

– 32021 R 0668: Durchführungsverordnung (EU) 2021/668 der Kommission vom 23. April 2021 (ABl. L 141 vom 26.4.2021, S. 3)

– 32021 R 0670: Durchführungsverordnung (EU) 2021/670 der Kommission vom 23. April 2021 (ABl. L 141 vom 26.4.2021, S. 14)

– 32021 R 0882: Durchführungsverordnung (EU) 2021/882 der Kommission vom 1. Juni 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 16)

– 32021 R 0900: Durchführungsverordnung (EU) 2021/900 der Kommission vom 3. Juni 2021 (ABl. L 197 vom 4.6.2021, S. 71)

– 32021 R 0912: Durchführungsverordnung (EU) 2021/912 der Kommission vom 4. Juni 2021 (ABl. L 199 vom 7.6.2021, S. 10)

– 32021 R 1319: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1319 der Kommission vom 9. August 2021 (ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 12)

– 32021 R 1326: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1326 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 24)

– 32021 R 1377: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1377 der Kommission vom 19. August 2021 (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 20)

– 32021 R 1974: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1974 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 5)

– 32021 R 1975: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1975 der Kommission vom 12. November 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 10)

– 32021 R 2029: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2029 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 9)

– 32021 R 2079: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2079 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 16)

– 32021 R 2129: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2129 der Kommission vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 432 vom 3.12.2021, S. 13)

– 32021 R 2191: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2191 der Kommission vom 10. Dezember 2021 (ABl. L 445 vom 13.12.2021, S. 1)

– 32022 R 0047: Durchführungsverordnung (EU) 2022/47 der Kommission vom 13. Januar 2022 (ABl. L 9 vom 14.1.2022, S. 29)

– 32022 R 0168: Durchführungsverordnung (EU) 2022/168 der Kommission vom 8. Februar 2022 (ABl. L 28 vom 9.2.2022, S. 5)

– 32022 R 0169: Durchführungsverordnung (EU) 2022/169 der Kommission vom 8. Februar 2022 (ABl. L 28 vom 9.2.2022, S. 10)

– 32022 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) 2022/187 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 102)

– 32022 R 0188: Durchführungsverordnung (EU) 2022/188 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 108)

– 32022 R 0196: Durchführungsverordnung (EU) 2022/196 der Kommission vom 11. Februar 2022 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 46)

– 32022 R 0672: Durchführungsverordnung (EU) 2022/672 der Kommission vom 22. April 2022 (ABl. L 122 vom 25.4.2022, S. 24)

– 32022 R 0673: Durchführungsverordnung (EU) 2022/673 der Kommission vom 22. April 2022 (ABl. L 122 vom 25.4.2022, S. 27)

– 32022 R 0684: Durchführungsverordnung (EU) 2022/684 der Kommission vom 28. April 2022 (ABl. L 126 vom 29.4.2022, S. 10)

– 32022 R 0961: Durchführungsverordnung (EU) 2022/961 der Kommission vom 20. Juni 2022 (ABl. L 165 vom 21.6.2022, S. 41)

– 32022 R 0965: Durchführungsverordnung (EU) 2022/965 der Kommission vom 21. Juni 2022 (ABl. L 166 vom 22.6.2022, S. 118)

– 32022 R 0966: Durchführungsverordnung (EU) 2022/966 der Kommission vom 21. Juni 2022 (ABl. L 166 vom 22.6.2022, S. 125)

– 32022 R 1160: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1160 der Kommission vom 5. Juli 2022 (ABl. L 179 vom 6.7.2022, S. 25)

– 32022 R 1365: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1365 der Kommission vom 4. August 2022 (ABl. L 205 vom 5.8.2022, S. 230)

– 32022 R 1373: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1373 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 28)

– 32022 R 1381: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1381 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 12)

– 32022 R 2534: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2534 der Kommission vom 21. Dezember 2022 (ABl. L 328 vom 22.12.2022, S. 85)

– 32022 R 2535: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2535 der Kommission vom 21. Dezember 2022 (ABl. L 328 vom 22.12.2022, S. 91)

97. 32018 R 0456: Durchführungsverordnung (EU) 2018/456 der Kommission vom 19. März 2018 über die Verfahrensschritte bei der Konsultation zur Bestimmung des Status als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel (ABl. L 77 vom 20.3.2018, S. 6)

98. 32018 R 0460: Durchführungsverordnung (EU) 2018/460 der Kommission vom 20. März 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Phlorotanninen aus *Ecklonia cava* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 78 vom 21.3.2018, S. 2)

99. 32018 R 0461: Durchführungsverordnung (EU) 2018/461 der Kommission vom 20. März 2018 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von stark taxifolinhaltigem Extrakt als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 78 vom 21.3.2018, S. 7)

100. 32018 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) 2018/462 der Kommission vom 20. März 2018 über die Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von L-Ergothionein als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 78 vom 21.3.2018, S. 11)

101. 32018 R 0469: Durchführungsverordnung (EU) 2018/469 der Kommission vom 21. März 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines Extrakts aus drei pflanzlichen Wurzeln (*Cynanchum wilfordii* Hemsley, *Phlomis umbrosa* Turcz. und *Angelica gigas* Nakai) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 79 vom 22.3.2018, S. 11)

102. 32018 R 0991: Durchführungsverordnung (EU) 2018/991 der Kommission vom 12. Juli 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lysozymhydrolysat aus Hühnereiweiß als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 9)

103. 32018 R 1011: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1011 der Kommission vom 17. Juli 2018 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungsmengen von UV-behandelten Pilzen als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 181 vom 18.7.2018, S. 4)

104. 32018 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1018 der Kommission vom 18. Juli 2018 über die Genehmigung einer Ausweitung der Verwendung von UV-behandelter Bäckerhefe (*Saccharomyces cerevisiae*) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 9)

105. 32018 R 1032: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1032 der Kommission vom 20. Juli 2018 über die Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von Öl aus der Mikroalge *Schizochytrium* sp. als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 185 vom 23.7.2018, S. 9)

106. 32018 R 1122: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1122 der Kommission vom 10. August 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Pyrrolochinolinchinon-Dinatriumsalz als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 204 vom 13.8.2018, S. 36)

107. 32018 R 1123: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1123 der Kommission vom 10. August 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 1-Methylnicotinamidchlorid als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 204 vom 13.8.2018, S. 41)

108. 32018 R 1132: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1132 der Kommission vom 13. August 2018 zur Genehmigung der Änderung der Bezeichnung und der spezifischen Kennzeichnungsvorschrift des neuartigen Lebensmittels synthetisches Zeaxanthin gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 15)

109. 32018 R 1133: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1133 der Kommission vom 13. August 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von getrockneten oberirdischen Teilen von *Hoodia parviflora* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 18)

110. 32018 R 1631: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1631 der Kommission vom 30. Oktober 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Pulver aus Cranberry-Extrakt als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 17)

111. 32018 R 1632: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1632 der Kommission vom 30. Oktober 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von basischem Molkenprotein-Isolat aus Kuhmilch als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 23)

112. 32018 R 1633: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1633 der Kommission vom 30. Oktober 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von raffiniertem Shrimps-Peptid-Konzentrat als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 29)

113. 32018 R 1647: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1647 der Kommission vom 31. Oktober 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Eimembran-Hydrolysat als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 51)

114. 32018 R 1648: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1648 der Kommission vom 29. Oktober 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Xylo-Oligosacchariden als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 275 vom 6.11.2018, S. 1), berichtigt in ABl. L 6 vom 9.1.2023, S. 1

115. 32018 R 1991: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1991 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Beeren von *Lonicera caerulea* L. als traditionelles Lebensmittel aus einem Drittland gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 320 vom 17.12.2018, S. 22)

116. 32018 R 2016: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2016 der Kommission vom 18. Dezember 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens geschälter Körner von *Digitaria exilis* als traditionelles Lebensmittel aus einem Drittland gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 323 vom 19.12.2018, S. 1)

117. 32018 R 2017: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2017 der Kommission vom 18. Dezember 2018 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Sirup aus *Sorghum bicolor* (L.) Moench als traditionelles Lebensmittel aus einem Drittland gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 323 vom 19.12.2018, S. 4)

118. 32019 R 0108: Durchführungsverordnung (EU) 2019/108 der Kommission vom 24. Januar 2019 zur Genehmigung der Änderung der Spezifikationen der neuartigen Lebensmittelzutat Lipidextrakt aus antarktischem Krill (*Euphausia superba*) gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 4)

119. 32019 R 0109: Durchführungsverordnung (EU) 2019/109 der Kommission vom 24. Januar 2019 zur Genehmigung einer Ausweitung der Verwendungszwecke von *Schizochytrium* sp.-Öl als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 7)

120. 32019 R 0110: Durchführungsverordnung (EU) 2019/110 der Kommission vom 24. Januar 2019 zur Genehmigung einer Ausweitung der Verwendungszwecke von *Allanblackia*-Saatöl als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 11)

121. 32019 R 0387: Durchführungsverordnung (EU) 2019/387 der Kommission vom 11. März 2019 zur Genehmigung einer Erweiterung des Verwendungszwecks von Öl aus *Schizochytrium* sp. (ATCC PTA-9695) als neuartiges Lebensmittel sowie der Änderung der Bezeichnung und der spezifischen Kennzeichnungsvorschrift für Öl aus *Schizochytrium* sp. (ATCC PTA-9695) gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 70 vom 12.3.2019, S. 17)

122. 32019 R 0388: Durchführungsverordnung (EU) 2019/388 der Kommission vom 11. März 2019 zur Genehmigung der Änderung der Spezifikationen des neuartigen Lebensmittels 2′-Fucosyllactose, hergestellt mit Escherichia coli K-12 gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 70 vom 12.3.2019, S. 21)

123. 32019 R 0456: Durchführungsverordnung (EU) 2019/456 der Kommission vom 20. März 2019 zur Genehmigung der Änderung der Spezifikationen des neuartigen Lebensmittels Koriandersamenöl aus *Coriandrum sativum* gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 79 vom 21.3.2019, S. 13)

124. 32019 R 0506: Durchführungsverordnung (EU) 2019/506 der Kommission vom 26. März 2019 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von D-Ribose als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 85 vom 27.3.2019, S. 11)

125. 32019 R 0760: Durchführungsverordnung (EU) 2019/760 der Kommission vom 13. Mai 2019 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Biomasse der Hefe *Yarrowia lipolytica* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 125 vom 14.5.2019, S. 13)

126. 32019 R 1294: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1294 der Kommission vom 1. August 2019 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Betain als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 16)

127. 32019 R 1314: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1314 der Kommission vom 2. August 2019 zur Genehmigung der Änderung der Spezifikationen des neuartigen Lebensmittels Lacto-N-neotetraose, hergestellt mit Escherichia coli K-12 gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 205 vom 5.8.2019, S. 4)

128. 32019 R 1686: Durchführungsverordnung 2019/1686 der Kommission vom 8. Oktober 2019 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von basischem Molkenprotein-Isolat aus Kuhmilch als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 258 vom 9.10.2019, S. 13), berichtigt in ABl. L 6 vom 9.1.2023, S. 1

129. 32019 R 1976: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1976 der Kommission vom 25. November 2019 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Phenylcapsaicin als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 308 vom 29.11.2019, S. 40)

130. 32019 R 1979: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1979 der Kommission vom 26. November 2019 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines 2′-Fucosyllactose/Difucosyllactose-Gemischs als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 308 vom 29.11.2019, S. 62)

131. 32019 R 2165: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2165 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Genehmigung der Änderung der Spezifikation des neuartigen Lebensmittels Koriandersamenöl aus *Coriandrum sativum* gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 81)

132. 32020 R 0016: Durchführungsverordnung (EU) 2020/16 der Kommission vom 10. Januar 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Nicotinamid-Ribosidchlorid als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 7 vom 13.1.2020, S. 6)

133. 32020 R 0024: Durchführungsverordnung (EU) 2020/24 der Kommission vom 13. Januar 2020 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von Chiasamen (*Salvia hispanica*) als neuartiges Lebensmittel sowie der Änderung der Verwendungsbedingungen und der spezifischen Kennzeichnungsvorschriften für Chiasamen (*Salvia hispanica*) gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 12)

134. 32020 R 0206: Durchführungsverordnung (EU) 2020/206 der Kommission vom 14. Februar 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Fruchtfleisch, Saft und konzentriertem Saft aus dem Fruchtfleisch von *Theobroma cacao* L. als traditionelle Lebensmittel aus einem Drittland gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 43 vom 17.2.2020, S. 66)

135. 32020 R 0443: Durchführungsverordnung (EU) 2020/443 der Kommission vom 25. März 2020 zur Genehmigung der Änderung der Spezifikationen des neuartigen Lebensmittels Weizenkeimextrakt (*Triticum aestivum*) mit hohem Spermidingehalt gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 92 vom 26.3.2020, S. 7)

136. 32020 R 0484: Durchführungsverordnung (EU) 2020/484 der Kommission vom 2. April 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lacto-N-tetraose als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 103 vom 3.4.2020, S. 3), berichtigt in ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 5

137. 32020 R 0500: Durchführungsverordnung (EU) 2020/500 der Kommission vom 6. April 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von teilweise entfetteten Pulvern aus Chiasamen (*Salvia hispanica*) als neuartige Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 109 vom 7.4.2020, S. 2)

138. 32020 R 0916: Durchführungsverordnung (EU) 2020/916 der Kommission vom 1. Juli 2020 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von Xylo-Oligosacchariden als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 209 vom 2.7.2020, S. 6)

139. 32020 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2020/917 der Kommission vom 1. Juli 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines Aufgusses aus Kaffeeblättern der Arten *Coffea arabica* L. und/oder *Coffea canephora* Pierre ex A. Froehner als traditionelles Lebensmittel aus einem Drittland gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 209 vom 2.7.2020, S. 10)

140. 32020 R 0973: Durchführungsverordnung (EU) 2020/973 der Kommission vom 6. Juli 2020 zur Genehmigung einer Änderung der Verwendungsbedingungen für das neuartige Lebensmittel „Proteinextrakt aus der Schweineniere“ und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 7)

141. 32020 R 1163: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1163 der Kommission vom 6. August 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Vitamin D2-Pilzpulver als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 258 vom 7.8.2020, S. 1)

142. 32020 R 1634: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1634 der Kommission vom 4. November 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Zucker aus dem Fruchtfleisch der Kakaopflanze (*Theobroma cacao* L.) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 367 vom 5.11.2020, S. 39)

143. 32020 R 1820: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1820 der Kommission vom 2. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens getrockneter Zellen von *Euglena gracilis* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 29)

144. 32020 R 1821: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1821 der Kommission vom 2. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines Extrakts aus *Panax notoginseng* und *Astragalus membranaceus* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 34)

145. 32020 R 1822: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1822 der Kommission vom 2. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von chromhaltiger Biomasse der Hefe *Yarrowia lipolytica* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 39)

146. 32020 R 1993: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1993 der Kommission vom 4. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von selenhaltiger Biomasse der Hefe *Yarrowia lipolytica* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 410 vom 7.12.2020, S. 62)

147. 32021 R 0050: Durchführungsverordnung (EU) 2021/50 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Genehmigung einer Erweiterung des Verwendungszwecks und einer Änderung der Spezifikation des neuartigen Lebensmittels „2′-Fucosyllactose/Difucosyllactose-Gemisch“ sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 23 vom 25.1.2021, S. 7)

148. 32021 R 0051: Durchführungsverordnung (EU) 2021/51 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Genehmigung einer Änderung der Verwendungsbedingungen für das neuartige Lebensmittel „trans-Resveratrol“ gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 23 vom 25.1.2021, S. 10)

149. 32021 R 0082: Durchführungsverordnung (EU) 2021/82 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 6’-Sialyllactose-Natriumsalz als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 16)

150. 32021 R 0096: Durchführungsverordnung (EU) 2021/96 der Kommission vom 28. Januar 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 3’-Sialyllactose-Natriumsalz als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 31 vom 29.1.2021, S. 201), berichtigt in ABl. L 6 vom 9.1.2023, S. 1

151. 32021 R 0120: Durchführungsverordnung (EU) 2021/120 der Kommission vom 2. Februar 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Pulver aus teilweise entfetteten Samen von *Brassica rapa* L. und *Brassica napus* L. als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 37 vom 3.2.2021, S. 1)

152. 32021 R 0668: Durchführungsverordnung (EU) 2021/668 der Kommission vom 23. April 2021 zur Genehmigung einer Änderung der Verwendungsbedingungen für Chiasamen (*Salvia hispanica*) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 141 vom 26.4.2021, S. 3)

153. 32021 R 0670: Durchführungsverordnung (EU) 2021/670 der Kommission vom 23. April 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von *Schizochytrium* sp. (WZU477)-Öl als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 141 vom 26.4.2021, S. 14)

154. 32021 R 0882: Durchführungsverordnung (EU) 2021/882 der Kommission vom 1. Juni 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens getrockneter Larven von *Tenebrio molitor* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 16)

155. 32021 R 0900: Durchführungsverordnung (EU) 2021/900 der Kommission vom 3. Juni 2021 zur Genehmigung einer Änderung der Verwendungsbedingungen für das neuartige Lebensmittel „Galacto-Oligosaccharid“ gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 197 vom 4.6.2021, S. 71)

156. 32021 R 0912: Durchführungsverordnung (EU) 2021/912 der Kommission vom 4. Juni 2021 zur Genehmigung von Änderungen der Spezifikationen des neuartigen Lebensmittels Lacto-N-neotetraose (mikrobiell) und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 199 vom 7.6.2021, S. 10)

157. 32021 R 1319: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1319 der Kommission vom 9. August 2021 zur Genehmigung von Änderungen der Spezifikationen des neuartigen Lebensmittels Koriandersamenöl aus *Coriandrum sativum* und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 286 vom 10.8.2021, S. 12)

158. 32021 R 1326: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1326 der Kommission vom 10. August 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von *Schizochytrium* sp. (FCC-3204)-Öl als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 24)

159. 32021 R 1377: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1377 der Kommission vom 19. August 2021 zur Genehmigung einer Änderung der Verwendungsbedingungen für das neuartige Lebensmittel „Astaxanthinreiches Oleoresin aus der Alge *Haematococcus pluvialis*“ gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 20)

160. 32021 R 1974: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1974 der Kommission vom 12. November 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens getrockneter Früchte von *Synsepalum dulcificum* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 5)

161. 32021 R 1975: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1975 der Kommission vom 12. November 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von gefrorener, getrockneter und pulverförmiger *Locusta migratoria* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 10)

162. 32021 R 2029: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2029 der Kommission vom 19. November 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 3-Fucosyllactose (3-FL) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 9)

163. 32021 R 2079: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2079 der Kommission vom 26. November 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Vitamin D2-Pilzpulver als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 16)

164. 32021 R 2129: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2129 der Kommission vom 2. Dezember 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Calciumfructoborat als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 432 vom 3.12.2021, S. 13)

165. 32021 R 2191: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2191 der Kommission vom 10. Dezember 2021 zur Genehmigung des Inverkehrbringens frischer Pflanzen der Arten *Wolffia arrhiza* und/oder *Wolffia globosa* als traditionelles Lebensmittel aus einem Drittland gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 445 vom 13.12.2021, S. 1)

166. 32022 R 0047: Durchführungsverordnung (EU) 2022/47 der Kommission vom 13. Januar 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens getrockneter Pulpe der Kaffeekirsche der Arten *Coffea arabica* L. und/oder *Coffea canephora* Pierre ex A. Froehner sowie des Aufgusses daraus als traditionelles Lebensmittel aus einem Drittland gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 9 vom 14.1.2022, S. 29)

167. 32022 R 0168: Durchführungsverordnung (EU) 2022/168 der Kommission vom 8. Februar 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von pasteurisierten *Akkermansia muciniphila* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 28 vom 9.2.2022, S. 5)

168. 32022 R 0169: Durchführungsverordnung (EU) 2022/169 der Kommission vom 8. Februar 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von gefrorenen, getrockneten und pulverförmigen Mehlwürmern (Larven von *Tenebrio molitor*) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 28 vom 9.2.2022, S. 10)

169. 32022 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) 2022/187 der Kommission vom 10. Februar 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens cetylierter Fettsäuren als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 102)

170. 32022 R 0188: Durchführungsverordnung (EU) 2022/188 der Kommission vom 10. Februar 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von *Acheta domesticus*, gefroren, getrocknet und pulverförmig, als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 108)

171. 32022 R 0196: Durchführungsverordnung (EU) 2022/196 der Kommission vom 11. Februar 2022 über die Genehmigung einer Ausweitung der Verwendung und der Änderung der Spezifikationen von UV-behandelter Bäckerhefe (*Saccharomyces cerevisiae*) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 46)

172. 32022 R 0673: Durchführungsverordnung (EU) 2022/673 der Kommission vom 22. April 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Protein aus Mungbohnen (*Vigna radiata*) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 122 vom 25.4.2022, S. 27)

173. 32022 R 0961: Durchführungsverordnung (EU) 2022/961 der Kommission vom 20. Juni 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Tetrahydrocurcuminoiden als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 165 vom 21.6.2022, S. 41)

174. 32022 R 0965: Durchführungsverordnung (EU) 2022/965 der Kommission vom 21. Juni 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Kernen der essbaren Art von *Jatropha curcas* L. als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 166 vom 22.6.2022, S. 118)

175. 32022 R 1373: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1373 der Kommission vom 5. August 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Eisenhydroxid-Adipat-Tartrat als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 28)

176. 32022 R 2534: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2534 der Kommission vom 21. Dezember 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Beta-Lactoglobulin (β-Lactoglobulin) aus Kuhmilch als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 328 vom 22.12.2022, S. 85)

177. 32022 R 2535: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2535 der Kommission vom 21. Dezember 2022 zur Genehmigung des Inverkehrbringens gefriergetrockneter Myzelien von *Antrodia camphorata* in Pulverform als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 328 vom 22.12.2022, S. 91)

178. 32023 R 0004: Durchführungsverordnung (EU) 2023/4 der Kommission vom 3. Januar 2023 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Vitamin-D2-Pilzpulver als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 2 vom 4.1.2023, S. 3)

179. 32023 R 0005: Durchführungsverordnung (EU) 2023/5 der Kommission vom 3. Januar 2023 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von teilweise entfettetem Pulver aus *Acheta domesticus* (Hausgrille) als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 2 vom 4.1.2023, S. 9)

180. 32023 R 0006: Durchführungsverordnung (EU) 2023/6 der Kommission vom 3. Januar 2023 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von mit Myzelien von *Lentinula edodes* (Shiitake-Pilz) fermentiertem Erbsen- und Reisprotein als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 2 vom 4.1.2023, S. 16)

181. 32023 R 0007: Durchführungsverordnung (EU) 2023/7 der Kommission vom 3. Januar 2023 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Lacto-N-tetraose, erzeugt durch abgeleitete Stämme von *Escherichia coli* BL21(DE3), als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 2 vom 4.1.2023, S. 21)

182. 32023 R 0052: Durchführungsverordnung (EU) 2023/52 der Kommission vom 4. Januar 2023 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 3-Fucosyllactose aus einem abgeleiteten Stamm von *Escherichia coli* BL21(DE3) als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 3 vom 5.1.2023, S. 1)

183. 32023 R 0058: Durchführungsverordnung (EU) 2023/58 der Kommission vom 5. Januar 2023 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Larven von *Alphitobius diaperinus* (Getreideschimmelkäfer) in gefrorener, pastenartiger, getrockneter und pulverisierter Form als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 5 vom 6.1.2023, S. 10)

184. 32023 R 0065: Durchführungsverordnung (EU) 2023/65 der Kommission vom 6. Januar 2023 zur Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 zur Erstellung der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel, der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1648 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Xylo-Oligosacchariden als neuartiges Lebensmittel, der Durchführungsverordnung (EU) 2019/1686 zur Genehmigung einer Erweiterung der Verwendungszwecke von basischem Molkenprotein-Isolat aus Kuhmilch als neuartiges Lebensmittel sowie der Durchführungsverordnung (EU) 2021/96 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 3'-Sialyllactose-Natriumsalz als neuartiges Lebensmittel (ABl. L 6 vom 9.1.2023, S. 1)

185. 32023 R 0113: Durchführungsverordnung (EU) 2023/113 der Kommission vom 16. Januar 2023 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von 3'-Sialyllactose-Natriumsalz, erzeugt durch abgeleitete Stämme von *Escherichia coli* BL21(DE3), als neuartiges Lebensmittel und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 (ABl. L 15 vom 17.1.2023, S. 1)

KAPITEL 12

IONISIERENDE STRAHLUNG

1. 31999 L 0002: Richtlinie 1999/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Februar 1999 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über mit ionisierenden Strahlen behandelte Lebensmittel und Lebensmittelbestandteile (ABl. L 66 vom 13.3.1999, S. 16), geändert durch:

   – 32008 R 1137: Verordnung (EU) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

   – 32003 R 1882: Verordnung (EU) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

2. 31999 L 0003: Richtlinie 1999/3/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Februar 1999 über die Festlegung einer Gemeinschaftsliste von mit ionisierenden Strahlen behandelten Lebensmitteln und Lebensmittelbestandteilen (ABl. L 66 vom 13.3.1999, S. 24)

3. 32002 D 0840: Entscheidung 2002/840/EG der Kommission vom 23. Oktober 2002 zur Festlegung der Liste der in Drittländern für die Bestrahlung von Lebensmitteln zugelassenen Anlagen (ABl. L 287 vom 25.10.2002, S. 40), geändert durch:

   – 32004 D 0691: Entscheidung 2004/691/EG der Kommission vom 7. Oktober 2004 (ABl. L 314 vom 13.10.2004, S. 14)

– 32007 D 0802: Entscheidung 2007/802/EG der Kommission vom 4. Dezember 2007 (ABl. L 323 vom 8.12.2007, S. 40)

– 32010 D 0172: Beschluss 2010/172/EU der Kommission vom 22. März 2010 (ABl. L 75 vom 23.3.2010, S. 33)

– 32022 D 0120: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/120 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 19 vom 27.1.2022, S. 72)

KAPITEL 13

MINERALWASSER

1. 32009 L 0054: Richtlinie 2009/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Gewinnung von und den Handel mit natürlichen Mineralwässern (ABl. L 64 vom 26.6.2009, S. 45)

2. 32003 L 0040: Richtlinie 2003/40/EG der Kommission vom 16. Mai 2003 zur Festlegung des Verzeichnisses, der Grenzwerte und der Kennzeichnung der Bestandteile natürlicher Mineralwässer und der Bedingungen für die Behandlung natürlicher Mineralwässer und Quellwässer mit ozonangereicherter Luft (ABl. L 126 vom 22.5.2003, S. 34)

3. 32010 R 0115: Verordnung (EU) Nr. 115/2010 der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Festlegung der Bedingungen für die Verwendung von aktiviertem Aluminiumoxid zur Entfernung von Fluorid aus natürlichen Mineralwässern und Quellwässern (ABl. L 37 vom 10.2.2010, S. 13)

KAPITEL 14

VÖLKERRECHTLICHE ÜBEREINKÜNFTE DER UNION

ABSCHNITT A

EWR-ABKOMMEN

1. 21994 A 0103(74): Beschluss des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluss des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten sowie der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen, dem Königreich Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 1)

2. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Schlussakte - Gemeinsame Erklärungen der Vertragsparteien - Erklärung der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten - Übereinkommen - Vereinbarte Niederschrift - Erklärungen einzelner oder mehrerer Vertragspartner des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3)

3. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Anhang II - Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung - Verzeichnis nach Artikel 23 (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 263), geändert durch:

   – 21994 D 1231: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 35/94 vom 15. Dezember 1994 (ABl. L 372 vom 31.12.1994, S. 8)

– 21995 D 0302: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/95 vom 27. Januar 1995 (ABl. L 47 vom 2.3.1995, S. 26)

– 21999 D 0708: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 71/98 vom 31. Juli 1998 (ABl. L 172 vom 8.7.1999, S. 50)

– 21999 D 1028: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/98 vom 27. November 1998 (ABl. L 277 vom 28.10.1999, S. 37)

– 22000 D 1221: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/1999 vom 24. September 1999 (ABl. L 325 vom 21.12.2000, S. 7)

– 22001 D 0012: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 12/2001 vom 23. Februar 2001 (ABl. L 117 vom 26.4.2001, S. 7)

– 22001 D 0105: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2001 vom 26. Oktober 2001 (ABl. L 322 vom 6.12.2001, S. 11)

– 22001 D 0106: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2001 vom 28. September 2001 (ABl. L 322 vom 6.12.2001, S. 13)

– 22001 D 0109: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2001 vom 28. September 2001 (ABl. L 322 vom 6.12.2001, S. 18)

– 22001 D 0136: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 136/2001 vom 9. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 26)

– 22002 D 0029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 29/2002 vom 19. April 2002 (ABl. L 154 vom 13.6.2002, S. 8)

– 22003 D 0073: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 73/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 20)

– 22004 D 0020: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 20/2004 vom 19. März 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 124)

– 22004 D 0021: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 21/2004 vom 19. März 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 126)

– 22005 D 0124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 124/2004 vom 24. September 2004 (ABl. L 64 vom 10.3.2005, S. 41)

– 22005 D 0143: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 143/2004 vom 29. Oktober 2004 (ABl. L 102 vom 21.4.2005, S. 10)

– 22005 D 0097: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 97/2005 vom 8. Juli 2005 (ABl. L 306 vom 24.11.2005, S. 24)

– 22006 D 0022: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 22/2006 vom 10. März 2006 (ABl. L 147 vom 1.6.2006, S. 34)

– 22006 D 0045: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2006 vom 28. April 2006 (ABl. L 175 vom 29.6.2006, S. 92)

– 22006 D 0046: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2006 vom 28. April 2006 (ABl. L 175 vom 29.6.2006, S. 94)

– 22007 D 0047: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2007 vom 8. Juni 2007 (ABl. L 266 vom 11.10.2007, S. 4)

– 22007 D 0103: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 18)

– 22007 D 0134: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 134/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 33)

– 22008 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2008 vom 1. Februar 2008 (ABl. L 154 vom 12.6.2008, S. 1)

– 22008 D 0005: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2008 vom 1. Februar 2008 (ABl. L 154 vom 12.6.2008, S. 9)

– 22008 D 0006: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/2008 vom 1. Februar 2008 (ABl. L 154 vom 12.6.2008, S. 11)

– 22009 D 0004: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2009 vom 5. Februar 2009 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 36)

– 22009 D 0005: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2009 vom 5. Februar 2009 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 38)

– 22009 D 0027: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 27/2009 vom 17. März 2009 (ABl. L 130 vom 28.5.2009, S. 19)

– 22009 D 0060: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 60/2009 vom 29. Mai 2009 (ABl. L 232 vom 3.9.2009, S. 11)

– 22009 D 0078: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2009 vom 3. Juli 2009 (ABl. L 277 vom 22.10.2009, S. 27)

– 22009 D 0126: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 126/2009 vom 4. Dezember 2009 (ABl. L 62 vom 11.3.2010, S. 13)

– 22010 D 0018: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 18/2010 vom 1. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 4)

– 22010 D 0023: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 23/2010 vom 12. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 16)

– 22010 D 0024: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 24/2010 vom 12. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 17)

– 22010 D 0040: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 6)

– 22010 D 0041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 41/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 7)

– 22010 D 0042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 9)

– 22010 D 0083: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 83/2010 vom 2. Juli 2010 (ABl. L 277 vom 21.10.2010, S. 37)

– 22010 D 0100: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 100/2010 vom 1. Oktober 2010 (ABl. L 332 vom 16.12.2010, S. 50)

– 22011 D 0013: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 13/2011 vom 1. April 2011 (ABl. L 171 vom 30.6.2011, S. 10)

– 22011 D 0029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 29/2011 vom 1. April 2011 (ABl. L 171 vom 30.6.2011, S. 28)

– 22011 D 0050: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 50/2011 vom 20. Mai 2011 (ABl. L 196 vom 28.7.2011, S. 29)

– 22011 D 0059: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 59/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 1)

– 22011 D 0068: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 68/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 23)

– 22011 D 0069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 24)

– 22011 D 0070: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 70/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 26)

– 22011 D 0112: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2011 vom 21. Oktober 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 72)

– 22011 D 0114: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2011 vom 21. Oktober 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 76)

– 22011 D 0115: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2011 vom 21. Oktober 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 78)

– 22011 D 0124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 124/2011 vom 2. Dezember 2011 (ABl. L 76 vom 15.3.2012, S. 3)

– 22011 D 0128: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 128/2011 vom 2. Dezember 2011 (ABl. L 76 vom 15.3.2012, S. 11)

– 22011 D 0129: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 129/2011 vom 2. Dezember 2011 (ABl. L 76 vom 15.3.2012, S. 12)

– 22012 D 0003: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2012 vom 10. Februar 2012 (ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 5)

– 22012 D 0009: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 9/2012 vom 10. Februar 2012 (ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 15)

– 22012 D 0045: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 24)

– 22012 D 0076: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 6)

– 22012 D 0079: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 11)

– 22012 D 0080: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 80/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 13)

– 22012 D 0082: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 82/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 18)

– 22012 D 0083: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 83/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 19)

– 22012 D 0084: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 84/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 21)

– 22012 D 0085: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 85/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 22)

– 22012 D 0086: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 86/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 23)

– 22012 D 0105: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2012 vom 15. Juni 2012 (ABl. L 270 vom 4.10.2013, S. 4)

– 22012 D 0159: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 159/2012 vom 28. September 2012 (ABl. L 341 vom 13.12.2012, S. 9)

– 22012 D 0192: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 192/2012 vom 26. Oktober 2012 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 38)

– 22012 D 0193: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 193/2012 vom 26. Oktober 2012 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 41)

– 22012 D 0206: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 206/2012 vom 7. Dezember 2012 (ABl. L 81 vom 21.3.2013, S. 3)

– 22012 D 0207: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 207/2012 vom 7. Dezember 2012 (ABl. L 81 vom 21.3.2013, S. 6)

– 22013 D 0034: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 34/2013 vom 15. März 2013 (ABl. L 231 vom 29.8.2013, S. 8)

– 22013 D 0035: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 35/2013 vom 15. März 2013 (ABl. L 231 vom 29.8.2013, S. 10)

– 22013 D 0055: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 55/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 6)

– 22013 D 0056: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 56/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 8)

– 22013 D 0063: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 63/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 16)

– 22013 D 0064: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 64/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 19)

– 22013 D 0109: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 10)

– 22013 D 0110: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 110/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 11)

– 22013 D 0137: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2013 vom 15. Juli 2013 (ABl. L 345 vom 19.12.2013, S. 5)

– 22013 D 0154: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 154/2013 vom 8. Oktober 2013 (ABl. L 58 vom 27.2.2014, S. 5)

– 22013 D 0157: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 157/2013 vom 8. Oktober 2013 (ABl. L 58 vom 27.2.2014, S. 9)

– 22013 D 0186: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 186/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 12)

– 22013 D 0187: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 187/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 13)

– 22013 D 0188: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 188/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 14)

– 22013 D 0189: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 189/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 15)

– 22013 D 0190: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 190/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 16)

– 22013 D 0220: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 220/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 13)

– 22013 D 0222: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 222/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 17)

– 22014 D 0116: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 116/2014 vom 27. Juni 2014 (ABl. L 342 vom 27.11.2014, S. 6)

– 22014 D 0117: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 117/2014 vom 27. Juni 2014 (ABl. L 342 vom 27.11.2014, S. 8)

– 22014 D 0175: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 175/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 200 vom 30.7.2015, S. 23)

– 22014 D 0176: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 176/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 200 vom 30.7.2015, S. 25)

– 22014 D 0177: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 177/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 200 vom 30.7.2015, S. 27)

– 22014 D 0214: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 214/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 10)

– 22014 D 0215: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 215/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 12)

– 22014 D 0216: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 216/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 14)

– 22014 D 0217: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 217/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 15)

– 22015 D 2126: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 259/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 8)

– 22015 D 2127: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 260/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 9)

– 22015 D 2128: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 261/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 11)

– 22015 D 2129: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 262/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 12)

– 22016 D 0499: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 11/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 18)

– 22016 D 0501: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 13/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 22)

– 22016 D 0502: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 14/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 24)

– 22016 D 0727: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 44/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 20)

– 22016 D 0728: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 22)

– 22016 D 0729: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 24)

– 22016 D 0730: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 26)

– 22016 D 0731: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 48/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 28)

– 22016 D 0732: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 49/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 29)

– 22016 D 0733: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 50/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 31)

– 22016 D 1270: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 87/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 24)

– 22017 D 0017: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 177/2015 vom 10. Juli 2015 (ABl. L 8 vom 12.1.2017, S. 5)

– 22017 D 0516: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 209/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 24)

– 22017 D 0517: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 210/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 26)

– 22017 D 0518: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 211/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 28)

– 22017 D 1035: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 246/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 22)

– 22017 D 1036: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 247/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 23)

– 22017 D 1037: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 248/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 25)

– 22017 D 1038: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 249/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 26)

– 22017 D 1040: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 251/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 30)

– 22017 D 1041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 252/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 32)

– 22017 D 1042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 253/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 33)

– 22017 D 1043: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 254/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 35)

– 22017 D 1044: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 255/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 37)

– 22017 D 1287: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 7)

– 22017 D 1295: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 12/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 17)

– 22017 D 1296: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 13/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 18)

– 22017 D 1297: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 14/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 19)

– 22017 D 1298: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 15/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 20)

– 22017 D 1299: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 16/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 22)

– 22017 D 1874: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 44/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 7)

– 22017 D 1875: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 9)

– 22017 D 1877: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 13)

– 22017 D 1878: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 48/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 15)

– 22017 D 2029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 22)

– 22017 D 2030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 80/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 24)

– 22017 D 2031: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 81/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 25)

– 22017 D 2125: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 107/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 5)

– 22017 D 2129: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 111/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 12)

– 22017 D 2130: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 14)

– 22017 D 2131: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 113/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 16)

– 22017 D 2132: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 17)

– 22017 D 2133: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 18)

– 22017 D 2134: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 116/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 19)

– 22017 D 2135: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 117/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 20)

– 22018 D 0358: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 136/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 4)

– 22018 D 0361: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 9)

– 22018 D 0362: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 11)

– 22018 D 0363: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 12)

– 22018 D 0364: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 142/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 13)

– 22018 D 0365: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 143/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 14)

– 22018 D 0366: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 144/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 16)

– 22018 D 0367: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 145/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 18)

– 22018 D 0428: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 170/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 10)

– 22018 D 0429: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 171/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 11)

– 22018 D 0430: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 172/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 13)

– 22018 D 0529: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 208/2016 vom 28. Oktober 2016 (ABl. L 89 vom 5.4.2018, S. 10)

– 22018 D 1157: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 219/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 5)

– 22018 D 1166: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 228/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 19)

– 22018 D 1167: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 229/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 21)

– 22018 D 1168: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 230/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 22)

– 22018 D 1169: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 231/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 24)

– 22018 D 1170: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 232/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 26)

– 22018 D 1171: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 233/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 28)

– 22018 D 1746: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 12/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 15)

– 22018 D 1747: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 13/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 16)

– 22018 D 1754: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 20/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 25)

– 22018 D 1755: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 21/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 26)

– 22018 D 1756: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 22/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 28)

– 22018 D 1757: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 23/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 29)

– 22018 D 1758: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 24/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 30)

– 22018 D 1816: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 52/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 17)

– 22019 D 0194: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 82/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 26)

– 22019 D 0197: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 85/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 31)

– 22019 D 0198: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 86/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 33)

– 22019 D 0199: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 87/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 34)

– 22019 D 0730: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 123/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 12)

– 22019 D 0731: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 124/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 14)

– 22019 D 0732: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 125/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 16)

– 22019 D 0733: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 126/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 17)

– 22019 D 0734: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 127/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 19)

– 22019 D 0735: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 128/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 20)

– 22019 D 1047: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 159/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 15)

– 22019 D 1048: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 160/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 17)

– 22019 D 1049: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 161/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 18)

– 22019 D 1050: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 162/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 19)

– 22019 D 1051: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 163/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 21)

– 22019 D 1052: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 164/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 23)

– 22019 D 1053: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 165/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 25)

– 22019 D 1054: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 166/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 26)

– 22019 D 1055: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 167/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 28)

– 22019 D 1629: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 221/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 26)

– 22019 D 2042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 11)

– 22019 D 2043: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 7/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 14)

– 22019 D 2047: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 11/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 22)

– 22019 D 2048: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 12/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 24)

– 22019 D 2049: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 13/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 26)

– 22020 D 0056: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 9)

– 22020 D 0063: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 22)

– 22020 D 0064: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 24)

– 22020 D 0298: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 279/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 8)

– 22020 D 0299: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 280/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 10)

– 22020 D 0300: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 281/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 12)

– 22020 D 0301: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 282/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 14)

– 22020 D 0303: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 284/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 17)

– 22020 D 0307: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 288/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 24)

– 22020 D 0309: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 291/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 28)

– 22020 D 0310: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 292/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 29)

– 22020 D 0311: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 293/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 30)

– 22020 D 0312: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 294/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 8)

– 22020 D 0801: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 47/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 3)

– 22020 D 0810: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 56/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 20)

– 22020 D 0812: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 58/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 23)

– 22020 D 0813: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 59/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 25)

– 22020 D 0814: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 60/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 26)

– 22020 D 0815: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 61/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 28)

– 22020 D 0816: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 62/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 29)

– 22020 D 0817: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 63/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 30)

– 22020 D 0923: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 7)

– 22020 D 0926: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 7/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 13)

– 22020 D 0927: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 8/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 14)

– 22020 D 0928: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 9/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 16)

– 22020 D 1445: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 85/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 15)

– 22020 D 1446: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 86/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 17)

– 22021 D 0197: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 135/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 23)

– 22021 D 0198: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 136/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 24)

– 22021 D 0199: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 26)

– 22021 D 0200: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 138/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 27)

– 22021 D 0201: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 29)

– 22021 D 0202: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 30)

– 22021 D 1495: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 228/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 13)

– 22021 D 1496: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 229/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 15)

– 22021 D 1497: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 230/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 17)

– 22021 D 1499: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 232/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 20)

– 22021 D 1500: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 233/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 22)

– 22021 D 1501: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 234/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 24)

– 22021 D 1502: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 235/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 26)

– 22021 D 1504: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 237/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 29)

– 22022 D 1116: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 48/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 16)

– 22022 D 1128: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 60/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 36)

– 22022 D 1129: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 61/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 38)

– 22022 D 1130: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 62/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 39)

– 22022 D 1550: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 35)

– 22022 D 1551: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 107/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 37)

– 22022 D 1557: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 113/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 49)

– 22022 D 1558: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 51)

– 22022 D 1559: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 52)

– 22022 D 1560: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 116/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 54)

– 22022 D 1561: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 117/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 56)

– 22022 D 1562: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 118/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 58)

– 22022 D 2010: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 8)

– 22022 D 2011: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 113/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 10)

– 22022 D 2012: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 11)

– 22022 D 2013: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 13)

– 22022 D 2139: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 147/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 20)

– 22022 D 2141: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 149/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 24)

– 22022 D 2142: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 150/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 26)

– 22022 D 2208: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 184/2019 vom 10. Juli 2019 (ABl. L 298 vom 17.11.2022, S. 3)

– 22022 D 2209: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 185/2019 vom 10. Juli 2019 (ABl. L 298 vom 17.11.2022, S. 5)

Eine konsolidierte Fassung von Anhang II (in zwei Teilen) ist unter folgender Adresse abrufbar:

Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung – Teil I:

http://secretariat.efta.int/legal-texts/eea/~/media/Documents/legal-texts/eea/the-eea-agreement/Annexes%20to%20the%20Agreement/annex2a.pdf

Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung – Teil II:

http://secretariat.efta.int/legal-texts/eea/~/media/Documents/legal-texts/eea/the-eea-agreement/Annexes%20to%20the%20Agreement/annex2b.pdf

ABSCHNITT B

EMPFEHLUNG DER EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE

4. E2013 C 0093: Empfehlung Nr. 93/13/COL der EFTA-Überwachungsbehörde vom 21. Februar 2013 über einen koordinierten Kontrollplan zur Feststellung der Verbreitung betrügerischer Praktiken bei der Vermarktung bestimmter Lebensmittel (ABl. L 118 vom 30.4.2013, S. 44)

ABSCHNITT C

ENTSCHEIDUNG DER EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE

5. E2020 C 0151: Delegierte Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 151/20/COL vom 11. Dezember 2020 über ein Kontrollprogramm für das Jahr 2021 in den EWR-EFTA-Staaten zur Überprüfung der Anwendung der Rechtsvorschriften des EWR im Lebensmittel- und Veterinärbereich (ABl. L 66 vom 25.2.2021, S. 66)

TEIL V

SPEZIFISCHE VORSCHRIFTEN FÜR FUTTERMITTEL

San Marino wendet alle Verpflichtungen an, die sich aus den von der EU geschlossenen internationalen Übereinkünften ergeben, soweit diese Verpflichtungen die für das ordnungsgemäße Funktionieren dieses Abkommens erforderlichen Vorschriften über Futtermittel betreffen.

KAPITEL 1

INVERKEHRBRINGEN UND VERWENDUNG VON FUTTERMITTELN

1. 32009 R 0767: Verordnung (EG) Nr. 767/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Futtermitteln, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 79/373/EWG des Rates, 80/511/EWG der Kommission, 82/471/EWG des Rates, 83/228/EWG des Rates, 93/74/EWG des Rates, 93/113/EG des Rates und 96/25/EG des Rates und der Entscheidung 2004/217/EG der Kommission (ABl. L 229 vom 1.9.2009, S. 1), berichtigt in ABl. L 310 vom 6.12.2018, S. 22, geändert durch:

   – 32010 R 0568: Verordnung (EU) Nr. 568/2010 der Kommission vom 29. Juni 2010 (ABl. L 163 vom 30.6.2010, S. 30)

   – 32010 R 0939: Verordnung (EU) Nr. 939/2010 der Kommission vom 20. Oktober 2010 (ABl. L 277 vom 21.10.2010, S. 4)

– 32017 R 2279: Verordnung (EU) 2017/2279 der Kommission vom 11. Dezember 2017 (ABl. L 328 vom 12.12.2017, S. 3)

2. 31982 L 0475: Richtlinie 82/475/EWG der Kommission vom 23. Juni 1982 über die Kategorien von Ausgangserzeugnissen, die zur Kennzeichnung von Mischfuttermitteln für Heimtiere verwendet werden dürfen, geändert durch:

– 31991 L 0334: Richtlinie 91/334/EWG der Kommission vom 6. Juni 1991 (ABl. L 184 vom 10.7.1991, S. 27)

– 31998 L 0067: Richtlinie 98/67/EG der Kommission vom 7. September 1998 (ABl. L 261 vom 24.9.1998, S. 10)

3. 32011 H 0025: Empfehlung 2011/25/EU der Kommission vom 14. Januar 2011 zur Festlegung von Leitlinien für die Unterscheidung zwischen Einzelfuttermitteln, Futtermittelzusatzstoffen, Biozid-Produkten und Tierarzneimitteln (ABl. L 11 vom 15.1.2011, S. 75)

4. 32013 R 0068: Verordnung (EU) Nr. 68/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 zum Katalog der Einzelfuttermittel (ABl. L 29 vom 30.1.2013, S. 1), geändert durch:

– 32017 R 101: Verordnung (EU) 2017/1017 der Kommission vom 15. Juni 2017 (ABl. L 159 vom 21.6.2017, S. 48)

– 32022 R 1104: Verordnung (EU) 2022/1104 der Kommission vom 1. Juli 2022 (ABl. L 177 vom 4.7.2022, S. 4)

5. 32020 R 0354: Verordnung (EU) 2020/354 der Kommission vom 4. März 2020 zur Erstellung eines Verzeichnisses der vorgesehenen Verwendungen von Futtermitteln für besondere Ernährungszwecke und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/38/EG (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 1)

KAPITEL 2

FUTTERMITTELZUSATZSTOFFE

1. 32003 R 1831: Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 29), geändert durch:

   – 32005 R 0378: Verordnung (EG) Nr. 378/2005 der Kommission vom 4. März 2005 (ABl. L 59 vom 5.3.2005, S. 8)

   – 32009 R 0386: Verordnung (EG) Nr. 386/2009 der Kommission vom 12. Mai 2009 (ABl. L 118 vom 13.5.2009, S. 66)

   – 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

   – 32009 R 0767: Verordnung (EG) Nr. 767/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 (ABl. L 229 vom 1.9.2009, S. 1)

   – 32015 R 0327: Verordnung (EU) 2015/327 der Kommission vom 2. März 2015 (ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 46)

   – 32015 R 2294: Verordnung (EU) 2015/2294 der Kommission vom 9. Dezember 2015 (ABl. L 324 vom 10.12.2015, S. 3)

– 32019 R 0962: Verordnung (EU) 2019/962 der Kommission vom 12. Juni 2019 (ABl. L 156 vom 13.6.2019, S. 1)

– 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 52004 XC 0225(03): Verzeichnis der zugelassenen Futtermittel-Zusatzstoffe, veröffentlicht gemäß Artikel 9t Buchstabe b) der Richtlinie 70/524/EWG des Rates über Zusatzstoffe in der Tierernährung (Stand vom 15. Juli 2003) (ABl. C 50 vom 25.2.2004, S. 1), geändert durch:

– 32003 R 1334: Verordnung (EG) Nr. 1334/2003 der Kommission vom 25. Juli 2003 (ABl. L 187 vom 26.7.2003, S. 11), geändert durch:

– 32014 R 0107: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 107/2014 der Kommission vom 5. Februar 2014 (ABl. L 36 vom 6.2.2014, S. 7)

– 32016 R 1095: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1095 der Kommission vom 6. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 7)

– 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32017 R 2330: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2330 der Kommission vom 14. Dezember 2017 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 41)

– 32003 R 1801: Verordnung (EG) Nr. 1801/2003 der Kommission vom 14. Oktober 2003 (ABl. L 264 vom 15.10.2003, S. 16)

- 32003 R 1847: Verordnung (EG) Nr. 1847/2003 der Kommission vom 20. Oktober 2003 (ABl. L 269 vom 21.10.2003, S. 3), geändert durch:

  - 32012 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1018/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 56)

- 32003 R 2112 Verordnung (EG) Nr. 2112/2003 der Kommission vom 1. Dezember 2003 (ABl. L 317 vom 2.12.2003, S. 22)

- 32003 R 2154: Verordnung (EG) Nr. 2154/2003 der Kommission vom 10. Dezember 2003 (ABl. L 324 vom 11.12.2003, S. 11)

- 32004 R 0490: Verordnung (EG) Nr. 490/2004 der Kommission vom 16. März 2004 (ABl. L 79 vom 17.3.2004, S. 23)

- 32004 R 0879: Verordnung (EG) Nr. 879/2004 der Kommission vom 29. April 2004 (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 65)

- 32004 R 1288: Verordnung (EG) Nr. 1288/2004 der Kommission vom 14. Juli 2004 (ABl. L 243 vom 15.7.2004, S. 10), geändert durch:

  - 32012 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1018/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 56)

  - 32013 R 1061: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1061/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 38)

- 32013 R 1101: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1101/2013 der Kommission vom 6. November 2013 (ABl. L 296 vom 7.11.2013, S. 1)

- 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

- 32020 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2020/147 der Kommission vom 3. Februar 2020 (ABl. L 31 vom 4.2.2020, S. 7)

– 32004 R 1356: Verordnung (EG) Nr. 1356/2004 der Kommission vom 26. Juli 2004 (ABl. L 251 vom 27.7.2004, S. 6), geändert durch:

  - 32007 R 0108: Verordnung (EG) Nr. 108/2007 der Kommission vom 5. Februar 2007 (ABl. L 31 vom 6.2.2007, S. 4)

  - 32008R1096: Verordnung (EG) Nr. 1096/2008 der Kommission vom 6. November 2008 (ABl. L 298 vom 7.11.2008, S. 5)

  - 32019 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/138 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 1)

– 32004 R 1464: Verordnung (EG) Nr. 1464/2004 der Kommission vom 17. August 2004 (ABl. L 270 vom 18.8.2004, S. 8), geändert durch:

  - 32006 R 0545: Verordnung (EG) Nr. 545/2006 der Kommission vom 31. März 2006 (ABl. L 94 vom 1.4.2006, S. 26)

– 32010 R 0884: Verordnung (EU) Nr. 884/2010 der Kommission vom 7. Oktober 2010 (ABl. L 265 vom 8.10.2010, S. 4)

– 32019 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/138 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 1)

– 32004 R 1800: Verordnung (EG) Nr. 1800/2004 der Kommission vom 15. Oktober 2004 (ABl. L 317 vom 16.10.2004, S. 37), geändert durch:

– 32009 R 0101: Verordnung (EG) Nr. 101/2009 der Kommission vom 3. Februar 2009 (ABl. L 34 vom 4.2.2009, S. 5)

– 32009 R 0214: Verordnung (EG) Nr. 214/2009 der Kommission vom 18. März 2009 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 12)

– 32012 R 0118: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2012 der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 36)

– 32013 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1014/2013 der Kommission vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 281 vom 23.10.2013, S. 1)

– 32020 R 0148: Durchführungsverordnung (EU) 2020/148 der Kommission vom 3. Februar 2020 (ABl. L 33 vom 5.2.2020, S. 1)

- 32005 R 0255: Verordnung (EG) Nr. 255/2005 der Kommission vom 15. Februar 2005 (ABl. L 45 vom 16.2.2005, S. 3), geändert durch:

  - 32011 R 0171: Verordnung (EU) Nr. 171/2011 der Kommission vom 23. Februar 2011 (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 11)

  - 32015 R 1053: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1053 der Kommission vom 1. Juli 2015 (ABl. L 171 vom 2.7.2015, S. 8)

  - 32015 R 1399: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1399 der Kommission vom 17. August 2015 (ABl. L 217 vom 18.8.2015, S. 1)

  - 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

- 32005 R 0358: Verordnung (EG) Nr. 358/2005 der Kommission vom 2. März 2005 (ABl. L 57 vom 3.3.2005, S. 3), geändert durch:

  - 32013 R 0643: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 643/2013 der Kommission vom 4. Juli 2013 (ABl. L 186 vom 5.7.2013, S. 7)

  - 32017 R 0429: Durchführungsverordnung (EU) 2017/429 der Kommission vom 10. März 2017 (ABl. L 66 vom 11.3.2017, S. 4)

  - 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 0521: Verordnung (EG) Nr. 521/2005 der Kommission vom 1. April 2005 (ABl. L 84 vom 2.4.2005, S. 3), geändert durch:

  – 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 0600: Verordnung (EG) Nr. 600/2005 der Kommission vom 18. April 2005 (ABl. L 99 vom 19.4.2005, S. 5), geändert durch:

  – 32007 R 0496: Verordnung (EG) Nr. 496/2007 der Kommission vom 4. Mai 2007 (ABl. L 117 vom 5.5.2007, S. 9)

  – 32009 R 0202: Verordnung (EG) Nr. 202/2009 der Kommission vom 16. März 2009 (ABl. L 71 vom 17.3.2009, S. 8)

  – 32011 R 0516: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 516/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 (ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 43)

  – 32012 R 0118: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2012 der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 36)

  – 32012 R 0334: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 334/2012 der Kommission vom 19. April 2012 (ABl. L 108 vom 20.4.2012, S. 6)

  – 32013 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1014/2013 der Kommission vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 281 vom 23.10.2013, S. 1)

- 32017 R 0447: Durchführungsverordnung (EU) 2017/447 der Kommission vom 14. März 2017 (ABl. L 69 vom 15.3.2017, S. 18)

- 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 0943: Verordnung (EG) Nr. 943/2005 der Kommission vom 21. Juni 2005 (ABl. L 159 vom 22.6.2005, S. 6), geändert durch:

  - 32011 R 0361: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 361/2011 der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 22)

  - 32014 R 0290: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 290/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 87 vom 22.3.2014, S. 84)

  - 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 1200: Verordnung (EG) Nr. 1200/2005 der Kommission vom 26. Juli 2005 (ABl. L 195 vom 27.7.2005, S. 6), geändert durch:

  - 32006 R 1445: Verordnung (EG) Nr. 1445/2006 der Kommission vom 29. September 2006 (ABl. L 271 vom 30.9.2006, S. 22)

  - 32008 R 0516: Verordnung (EG) Nr. 516/2008 der Kommission vom 10. Juni 2008 (ABl. L 151 vom 11.6.2008, S. 3)

- 32012 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1018/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 56)

- 32015 R 1053: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1053 der Kommission vom 1. Juli 2015 (ABl. L 171 vom 2.7.2015, S. 8)

- 32015 R 1399: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1399 der Kommission vom 17. August 2015 (ABl. L 217 vom 18.8.2015, S. 1)

– 32005 R 1206: Verordnung (EG) Nr. 1206/2005 der Kommission vom 27. Juli 2005 (ABl. L 197 vom 28.7.2005, S. 12), geändert durch:

  - 32013 R 0403: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 403/2013 der Kommission vom 2. Mai 2013 (ABl. L 121 vom 3.5.2013, S. 26)

  - 32014 R 0290: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 290/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 87 vom 22.3.2014, S. 84)

  - 32017 R 0211: Durchführungsverordnung (EU) 2017/211 der Kommission vom 7. Februar 2017 (ABl. L 33 vom 8.2.2017, S. 23)

  - 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 1458: Verordnung (EG) Nr. 1458/2005 der Kommission vom 8. September 2005 (ABl. L 233 vom 9.9.2005, S. 3), geändert durch:

  – 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 1810: Verordnung (EG) Nr. 1810/2005 der Kommission vom 4. November 2005 (ABl. L 291 vom 5.11.2005, S. 5), geändert durch:

  – 32013 R 0651: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 651/2013 der Kommission vom 9. Juli 2013 (ABl. L 189 vom 10.7.2013, S. 1)

  – 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32005 R 1811: Verordnung (EG) Nr. 1811/2005 der Kommission vom 4. November 2005 (ABl. L 291 vom 5.11.2005, S. 12), geändert durch:

  – 32012 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1018/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 56)

  – 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

  – 32020 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2020/147 der Kommission vom 3. Februar 2020 (ABl. L 31 vom 4.2.2020, S. 7)

- 32005 R 1812: Verordnung (EG) Nr. 1812/2005 der Kommission vom 4. November 2005 (ABl. L 291 vom 5.11.2005, S. 18)

- 32005 R 1980: Verordnung (EG) Nr. 1980/2005 der Kommission vom 5. Dezember 2005 (ABl. L 318 vom 6.12.2005, S. 3)

- 32005 R 2036: Verordnung (EG) Nr. 2036/2005 der Kommission vom 14. Dezember 2005 (ABl. L 328 vom 15.12.2005, S. 13), geändert durch:

  - 32012 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1018/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 56)

  - 32012 R 1206: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1206/2012 der Kommission vom 14. Dezember 2012 (ABl. L 347 vom 15.12.2012, S. 12)

  - 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

- 32005 R 2037: Verordnung (EG) Nr. 2037/2005 der Kommission vom 14. Dezember 2005 (ABl. L 328 vom 15.12.2005, S. 21)

- 32006 R 0252: Verordnung (EG) Nr. 252/2006 der Kommission vom 14. Februar 2006 (ABl. L 44 vom 15.2.2006, S. 3), geändert durch:

  - 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32006 R 0479: Verordnung (EG) Nr. 479/2006 der Kommission vom 23. März 2006 (ABl. L 86 vom 24.3.2006, S. 4), geändert durch:

  – 32016 R 1095: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1095 der Kommission vom 6. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 7)

  – 32017 R 2330: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2330 der Kommission vom 14. Dezember 2017 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 41)

– 32006 R 0773: Verordnung (EG) Nr. 773/2006 der Kommission vom 22. Mai 2006 (ABl. L 135 vom 23.5.2006, S. 3), geändert durch:

  – 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32006 R 1284: Verordnung (EG) Nr. 1284/2006 der Kommission vom 29. August 2006 (ABl. L 235 vom 30.8.2006, S. 3), geändert durch:

  – 32017 R 0429: Durchführungsverordnung (EU) 2017/429 der Kommission vom 10. März 2017 (ABl. L 66 vom 11.3.2017, S. 4)

  – 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

– 32006 R 1443: Verordnung (EG) Nr. 1443/2006 der Kommission vom 29. September 2006 (ABl. L 271 vom 30.9.2006, S. 12)

– 32006 R 1446: Verordnung (EG) Nr. 1446/2006 der Kommission vom 29. September 2006 (ABl. L 271 vom 30.9.2006, S. 25)

– 32007 R 0109: Verordnung (EG) Nr. 109/2007 der Kommission vom 5. Februar 2007 (ABl. L 31 vom 6.2.2007, S. 6), geändert durch:

  – 32008 R 0156: Verordnung (EG) Nr. 156/2008 der Kommission vom 21. Februar 2008 (ABl. L 48 vom 22.2.2008, S. 14)

  – 32008 R 1095: Verordnung (EG) Nr. 1095/2008 der Kommission vom 6. November 2008 (ABl. L 298 vom 7.11.2008, S. 3)

  – 32011 R 0495: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 495/2011 der Kommission vom 20. Mai 2011 (ABl. L 134 vom 21.5.2011, S. 6)

– 32007 R 0184: Verordnung (EG) Nr. 184/2007 der Kommission vom 20. Februar 2007 (ABl. L 63 vom 1.3.2007, S. 1), geändert durch:

  – 32008 R 0516: Verordnung (EG) Nr. 516/2008 der Kommission vom 10. Juni 2008 (ABl. L 151 vom 11.6.2008, S. 3)

  – 32017 R 0410: Durchführungsverordnung (EU) 2017/410 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 98)

– 32007 R 0242: Verordnung (EG) Nr. 242/2007 der Kommission vom 6. März 2007 (ABl. L 73 vom 13.3.2007, S. 1)

- 32007 R 0497: Verordnung (EG) Nr. 497/2007 der Kommission vom 4. Mai 2007 (ABl. L 117 vom 5.5.2007, S. 11)

- 32007 R 1140: Verordnung (EG) Nr. 1140/2007 der Kommission vom 1. Oktober 2007 (ABl. L 256 vom 2.10.2007, S. 14)

- 32007 R 1141: Verordnung (EG) Nr. 1141/2007 der Kommission vom 1. Oktober 2007 (ABl. L 256 vom 2.10.2007, S. 17)

- 32007 R 1143: Verordnung (EG) Nr. 1143/2007 der Kommission vom 1. Oktober 2007 (ABl. L 256 vom 2.10.2007, S. 23)

- 32007 R 1501: Verordnung (EG) Nr. 1501/2007 der Kommission vom 18. Dezember 2007 (ABl. L 333 vom 19.12.2007, S. 57)

- 32007 R 1519: Verordnung (EG) Nr. 1519/2007 der Kommission vom 19. Dezember 2007 (ABl. L 335 vom 20.12.2007, S. 15)

- 32007 R 1520: Verordnung (EG) Nr. 1520/2007 der Kommission vom 19. Dezember 2007 (ABl. L 335 vom 20.12.2007, S. 17), geändert durch:

  - 32015 R 1053: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1053 der Kommission vom 1. Juli 2015 (ABl. L 171 vom 2.7.2015, S. 8)

  - 32015 R 2305: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2305 der Kommission vom 10. Dezember 2015 (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 43)

- 32008 R 0167: Verordnung (EG) Nr. 167/2008 der Kommission vom 22. Februar 2008 (ABl. L 50 vom 23.2.2008, S. 14), geändert durch:

  - 32016 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) 2016/842 der Kommission vom 27. Mai 2016 (ABl. L 141 vom 28.5.2016, S. 47)

- 32008 R 0554: Verordnung (EG) Nr. 554/2008 der Kommission vom 17. Juni 2008 (ABl. L 158 vom 18.6.2008, S. 14), berichtigt in ABl. L 173 vom 3.7.2008, S. 31, geändert durch:

  - 32010 R 0879: Verordnung (EU) Nr. 879/2010 der Kommission vom 6. Oktober 2010 (ABl. L 264 vom 7.10.2010, S. 7)

  - 32012 R 0414: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 414/2012 der Kommission vom 15. Mai 2012 (ABl. L 128 vom 16.5.2012, S. 5)

- 32008 R 0721: Verordnung (EG) Nr. 721/2008 der Kommission vom 25. Juli 2008 (ABl. L 198 vom 26.7.2008, S. 23), geändert durch:

  - 32010 R 0334: Verordnung (EU) Nr. 334/2010 der Kommission vom 22. April 2010 (ABl. L 102 vom 23.4.2010, S. 21)

- 32008 R 0971: Verordnung (EG) Nr. 971/2008 der Kommission vom 3. Oktober 2008 (ABl. L 265 vom 4.10.2008, S. 3), geändert durch:

  - 32013 R 0160: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 160/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 49 vom 22.2.2013, S. 50)

- 32019 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/138 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 1)

- 32008 R 0976: Verordnung (EG) Nr. 976/2008 der Kommission vom 6. Oktober 2008 (ABl. L 266 vom 7.10.2008, S. 3)

- 32008 R 1290: Verordnung (EG) Nr. 1290/2008 der Kommission vom 18. Dezember 2008 (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 20), geändert durch:

  - 32009 R 0899: Verordnung (EG) Nr. 899/2009 der Kommission vom 25. September 2009 (ABl. L 256 vom 29.9.2009, S. 11)

  - 32013 R 1334: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1334/2013 der Kommission vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 335 vom 14.12.2013, S. 12)

  - 32016 R 0895: Durchführungsverordnung (EU) 2016/895 der Kommission vom 8. Juni 2016 (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 1)

- 32009 R 0270: Verordnung (EG) Nr. 270/2009 der Kommission vom 2. April 2009 (ABl. L 91 vom 3.4.2009, S. 3)

- 32009 R 0322: Verordnung (EG) Nr. 322/2009 der Kommission vom 20. April 2009 (ABl. L 101 vom 21.4.2009, S. 9), geändert durch:

  - 32014 R 0290: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 290/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 87 vom 22.3.2014, S. 84)

- 32015 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1043 der Kommission vom 30. Juni 2015 (ABl. L 167 vom 1.7.2015, S. 63)

- 32017 R 0211: Durchführungsverordnung (EU) 2017/211 der Kommission vom 7. Februar 2017 (ABl. L 33 vom 8.2.2017, S. 23)

– 32009 R 0403: Verordnung (EG) Nr. 403/2009 der Kommission vom 14. Mai 2009 (ABl. L 120 vom 15.5.2009, S. 3), geändert durch:

  - 32014 R 0848: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 848/2014 der Kommission vom 4. August 2014 (ABl. L 232 vom 5.8.2014, S. 13)

  - 32015 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1114 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 18)

– 32009 R 0887: Verordnung (EG) Nr. 887/2009 der Kommission vom 25. September 2009 (ABl. L 254 vom 26.9.2009, S. 68)

– 32009 R 0903: Verordnung (EG) Nr. 903/2009 der Kommission vom 28. September 2009 (ABl. L 256 vom 29.9.2009, S. 26), geändert durch:

  - 32013 R 0357: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 357/2013 der Kommission vom 18. April 2013 (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 22)

  - 32017 R 1126: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1126 der Kommission vom 23. Juni 2017 (ABl. L 163 vom 24.6.2017, S. 13)

- 32009 R 1087: Verordnung (EG) Nr. 1087/2009 der Kommission vom 12. November 2009 (ABl. L 297 vom 13.11.2009, S. 4), geändert durch:

  - 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

- 32009 R 1088: Verordnung (EG) Nr. 1088/2009 der Kommission vom 12. November 2009 (ABl. L 297 vom 13.11.2009, S. 6)

- 32010 R 0008: Verordnung (EU) Nr. 8/2010 der Kommission vom 23. Dezember 2009 (ABl. L 3 vom 7.1.2010, S. 7)

- 32010 R 0009: Verordnung (EU) Nr. 9/2010 der Kommission vom 23. Dezember 2009 (ABl. L 3 vom 7.1.2010, S. 10), geändert durch:

  - 32012 R 1196: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1196/2012 der Kommission vom 13. Dezember 2012 (ABl. L 342 vom 14.12.2012, S. 25)

  - 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

- 32010 R 0107: Verordnung (EU) Nr. 107/2010 der Kommission vom 8. Februar 2010 (ABl. L 36 vom 9.2.2010, S. 1)

- 32010 R 0874: Verordnung (EU) Nr. 874/2010 der Kommission vom 5. Oktober 2010 (ABl. L 263 vom 6.10.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 264 vom 7.10.2010, S. 19, geändert durch:

  - 32012 R 0118: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2012 der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 36)

  - 32013 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1014/2013 der Kommission vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 281 vom 23.10.2013, S. 1)

- 32010 R 0875: Verordnung (EU) Nr. 875/2010 der Kommission vom 5. Oktober 2010 (ABl. L 263 vom 6.10.2010, S. 4)

- 32010 R 0885: Verordnung (EU) Nr. 885/2010 der Kommission vom 7. Oktober 2010 (ABl. L 265 vom 8.10.2010, S. 5), geändert durch:

  - 32018 R 1957: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1957 der Kommission vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 315 vom 12.12.2018, S. 23)

- 32010 R 0999: Verordnung (EU) Nr. 999/2010 der Kommission vom 5. November 2010 (ABl. L 290 vom 6.11.2010, S. 24)

- 32010 R 1118: Verordnung (EU) Nr. 1118/2010 der Kommission vom 2. Dezember 2010 (ABl. L 317 vom 3.12.2010, S. 5), geändert durch:

  - 32013 R 0160: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 160/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 49 vom 22.2.2013, S. 50)

- 32019 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/138 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 1)

- 32020 R 0852: Verordnung (EU) Nr. 26/2011 der Kommission vom 14. Januar 2011 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 13)

- 32011 R 0169: Verordnung (EU) Nr. 169/2011 der Kommission vom 23. Februar 2011 (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 6), geändert durch:

  - 32019 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/138 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 1)

- 32011 R 0171 Verordnung (EU) Nr. 171/2011 der Kommission vom 23. Februar 2011 (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 11)

- 32011 R 0221: Verordnung (EU) Nr. 221/2011 der Kommission vom 4. März 2011 (ABl. L 60 vom 5.3.2011, S. 3)

- 32011 R 0361: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 361/2011 der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 22), geändert durch:

  - 32015 R 0518: Durchführungsverordnung (EU) 2015/518 der Kommission vom 26. März 2015 (ABl. L 82 vom 27.3.2015, S. 75)

- 32011 R 0388: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 388/2011 der Kommission vom 19. April 2011 (ABl. L 104 vom 20.4.2011, S. 3), geändert durch:

  - 32012 R 0118: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2012 der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 36)

  - 32013 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1014/2013 der Kommission vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 281 vom 23.10.2013, S. 1)

- 32011 R 0389: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 389/2011 der Kommission vom 19. April 2011 (ABl. L 104 vom 20.4.2011, S. 7), geändert durch:

  - 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

- 32011 R 0516: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 516/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 (ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 43)

- 32011 R 0527: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 527/2011 der Kommission vom 30. Mai 2011 (ABl. L 143 vom 31.5.2011, S. 6)

- 32011 R 0528: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 528/2011 der Kommission vom 30. Mai 2011 (ABl. L 143 vom 31.5.2011, S. 10), geändert durch:

  - 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

– 32011 R 0532: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 532/2011 der Kommission vom 31. Mai 2011 (ABl. L 146 vom 1.6.2011, S. 7), geändert durch:

  – 32012 R 0118: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2012 der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 36)

  – 32013 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1014/2013 der Kommission vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 281 vom 23.10.2013, S. 1)

– 32011 R 0887: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 887/2011 der Kommission vom 5. September 2011 (ABl. L 229 vom 6.9.2011, S. 7), geändert durch:

  – 32017 R 0173: Durchführungsverordnung (EU) 2017/173 der Kommission vom 1. Februar 2017 (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 5)

  – 32021 R 0733: Durchführungsverordnung (EU) 2021/733 der Kommission vom 5. Mai 2021 (ABl. L 158 vom 6.5.2021, S. 11)

– 32011 R 0888: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 888/2011 der Kommission vom 5. September 2011 (ABl. L 229 vom 6.9.2011, S. 9), geändert durch:

  – 32013 R 0160: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 160/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 49 vom 22.2.2013, S. 50)

  – 32019 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/138 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 1)

– 32011 R 0900: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 900/2011 der Kommission vom 7. September 2011 (ABl. L 231 vom 8.9.2011, S. 15), geändert durch:

  – 32012 R 0118: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2012 der Kommission vom 10. Februar 2012 (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 36)

  – 32013 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1014/2013 der Kommission vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 281 vom 23.10.2013, S. 1)

– 32011 R 1074: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1074/2011 der Kommission vom 24. Oktober 2011 (ABl. L 278 vom 25.10.2011, S. 5)

– 32011 R 1088: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1088/2011 der Kommission vom 27. Oktober 2011 (ABl. L 281 vom 28.10.2011, S. 14)

– 32011 R 1110: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1110/2011 der Kommission vom 3. November 2011 (ABl. L 287 vom 4.11.2011, S. 27), geändert durch:

  – 32018 R 1569: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1569 der Kommission vom 18. Oktober 2018 (ABl. L 262 vom 19.10.2018, S. 37)

– 32011 R 1111: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1111/2011 der Kommission vom 3. November 2011 (ABl. L 287 vom 4.11.2011, S. 30)

– 32012 R 0091: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 91/2012 der Kommission vom 2. Februar 2012 (ABl. L 31 vom 3.2.2012, S. 3)

– 32012 R 0131: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 131/2012 der Kommission vom 15. Februar 2012 (ABl. L 43 vom 16.2.2012, S. 15)

– 32012 R 0136: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 136/2012 der Kommission vom 16. Februar 2012 (ABl. L 46 vom 17.2.2012, S. 33)

– 32012 R 0140: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 140/2012 der Kommission vom 17. Februar 2012 (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 18)

– 32012 R 0237: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 237/2012 der Kommission vom 19. März 2012 (ABl. L 80 vom 20.3.2012, S. 1), geändert durch:

  – 32015 R 1104: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1104 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 61)

– 32012 R 0269: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 269/2012 der Kommission vom 26. März 2012 (ABl. L 89 vom 27.3.2012, S. 3)

– 32012 R 0334: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 334/2012 der Kommission vom 19. April 2012 (ABl. L 108 vom 20.4.2012, S. 6)

– 32012 R 0838: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 838/2012 der Kommission vom 18. September 2012 (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 9)

– 32012 R 0839: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 839/2012 der Kommission vom 18. September 2012 (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 11), berichtigt in ABl. L 11 vom 16.1.2014, S. 11

– 32012 R 0840: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 840/2012 der Kommission vom 18. September 2012 (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 14), geändert durch:

  – 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

– 32012 R 0841: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 841/2012 der Kommission vom 18. September 2012 (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 17)

– 32012 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 842/2012 der Kommission vom 18. September 2012 (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 21)

– 32012 R 0868: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 868/2012 der Kommission vom 24. September 2012 (ABl. L 257 vom 25.9.2012, S. 3)

– 32012 R 0869: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 869/2012 der Kommission vom 24. September 2012 (ABl. L 257 vom 25.9.2012, S. 7)

– 32012 R 0989: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 989/2012 der Kommission vom 25. Oktober 2012 (ABl. L 297 vom 26.10.2012, S. 11)

– 32012 R 0991: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 991/2012 der Kommission vom 25. Oktober 2012 (ABl. L 297 vom 26.10.2012, S. 18), geändert durch:

  – 32016 R 1095: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1095 der Kommission vom 6. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 7)

– 32012 R 1021: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1021/2012 der Kommission vom 6. November 2012 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 68), geändert durch:

  – 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

– 32012 R 1065: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1065/2012 der Kommission vom 13. November 2012 (ABl. L 314 vom 14.11.2012, S. 15)

– 32012 R 1119: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1119/2012 der Kommission vom 29. November 2012 (ABl. L 330 vom 30.11.2012, S. 14)

– 32012 R 1195: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1195/2012 der Kommission vom 13. Dezember 2012 (ABl. L 342 vom 14.12.2012, S. 23)

– 32012 R 1206: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1206/2012 der Kommission vom 14. Dezember 2012 (ABl. L 347 vom 15.12.2012, S. 12), geändert durch:

  – 32017 R 1006: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1006 der Kommission vom 15. Juni 2017 (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 9)

– 32013 R 0096: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 96/2013 der Kommission vom 1. Februar 2013 (ABl. L 33 vom 2.2.2013, S. 21)

– 32013 R 0159: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 159/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 49 vom 22.2.2013, S. 47)

- 32013 R 0161: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 161/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 49 vom 22.2.2013, S. 52)

- 32013 R 0306: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 306/2013 der Kommission vom 2. April 2013 (ABl. L 91 vom 3.4.2013, S. 5)

- 32013 R 0308: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 308/2013 der Kommission vom 3. April 2013 (ABl. L 94 vom 4.4.2013, S. 1)

- 32013 R 0403: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 403/2013 der Kommission vom 2. Mai 2013 (ABl. L 121 vom 3.5.2013, S. 26)

- 32013 R 0427: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 427/2013 der Kommission vom 8. Mai 2013 (ABl. L 127 vom 9.5.2013, S. 20)

- 32013 R 0445: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 445/2013 der Kommission vom 14. Mai 2013 (ABl. L 130 vom 15.5.2013, S. 21)

- 32013 R 0469: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 469/2013 der Kommission vom 22. Mai 2013 (ABl. L 136 vom 23.5.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 145 vom 31.5.2013, S. 37

- 32013 R 0544: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 544/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 13), geändert durch:

    - 32015 R 1105: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1105 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 65)

– 32013 R 0601: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 601/2013 der Kommission vom 24. Juni 2013 (ABl. L 172 vom 25.6.2013, S. 14), geändert durch:

  – 32014 R 0131: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 131/2014 der Kommission vom 11. Februar 2014 (ABl. L 41 vom 12.2.2014, S. 3)

– 32013 R 0636: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 636/2013 der Kommission vom 1. Juli 2013 (ABl. L 183 vom 2.7.2013, S. 3), geändert durch:

  – 32016 R 1095: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1095 der Kommission vom 6. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 7)

– 32013 R 0642: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 642/2013 der Kommission vom 4. Juli 2013 (ABl. L 186 vom 5.7.2013, S. 4)

– 32013 R 0643: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 643/2013 der Kommission vom 4. Juli 2013 (ABl. L 186 vom 5.7.2013, S. 7)

– 32013 R 0651: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 651/2013 der Kommission vom 9. Juli 2013 (ABl. L 189 vom 10.7.2013, S. 1)

– 32013 R 0667: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 667/2013 der Kommission vom 12. Juli 2013 (ABl. L 192 vom 13.7.2013, S. 35), geändert durch:

  – 32019 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/138 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 1)

– 32013 R 0725: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 725/2013 der Kommission vom 26. Juli 2013 (ABl. L 202 vom 27.7.2013, S. 17)

– 32013 R 0774: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 774/2013 der Kommission vom 12. August 2013 (ABl. L 217 vom 13.8.2013, S. 30)

– 32013 R 0775: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 775/2013 der Kommission vom 12. August 2013 (ABl. L 217 vom 13.8.2013, S. 32)

– 32013 R 0787: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 787/2013 der Kommission vom 16. August 2013 (ABl. L 220 vom 17.8.2013, S. 15)

– 32013 R 0795: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 795/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 224 vom 22.8.2013, S. 1)

– 32013 R 0797: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 797/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 224 vom 22.8.2013, S. 6)

– 32013 R 0803: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 803/2013 der Kommission vom 22. August 2013 (ABl. L 225 vom 23.8.2013, S. 17)

– 32013 R 1006: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1006/2013 der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 279 vom 19.10.2013, S. 59)

– 32013 R 1016: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1016/2013 der Kommission vom 23. Oktober 2013 (ABl. L 282 vom 24.10.2013, S. 36)

– 32013 R 1040: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1040/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 46)

– 32013 R 1055: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1055/2013 der Kommission vom 25. Oktober 2013 (ABl. L 288 vom 30.10.2013, S. 57)

– 32013 R 1059: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1059/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 30)

– 32013 R 1060: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1060/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 33)

– 32013 R 1061: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1061/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 38)

– 32013 R 1077: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1077/2013 der Kommission vom 31. Oktober 2013 (ABl. L 292 vom 1.11.2013, S. 3)

– 32013 R 1078: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1078/2013 der Kommission vom 31. Oktober 2013 (ABl. L 292 vom 1.11.2013, S. 7)

– 32013 R 1113: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1113/2013 der Kommission vom 7. November 2013 (ABl. L 298 vom 8.11.2013, S. 29)

– 32013 R 1222: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1222/2013 der Kommission vom 29. November 2013 (ABl. L 320 vom 30.11.2013, S. 16)

– 32013 R 1365: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1365/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 31)

– 32013 R 1404: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1404/2013 der Kommission vom 20. Dezember 2013 (ABl. L 349 vom 21.12.2013, S. 88)

– 32014 R 0084: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 84/2014 der Kommission vom 30. Januar 2014 (ABl. L 28 vom 31.1.2014, S. 30)

– 32014 R 0101: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 101/2014 der Kommission vom 4. Februar 2014 (ABl. L 34 vom 5.2.2014, S. 1)

– 32014 R 0121: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 121/2014 der Kommission vom 7. Februar 2014 (ABl. L 39 vom 8.2.2014, S. 53)

– 32014 R 0290: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 290/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 87 vom 22.3.2014, S. 84)

– 32014R0292: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 292/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 87 vom 22.3.2014, S. 90)

– 32014 R 0302: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 302/2014 der Kommission vom 25. März 2014 (ABl. L 90 vom 26.3.2014, S. 4)

– 32014 R 0304: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 304/2014 der Kommission vom 25. März 2014 (ABl. L 90 vom 26.3.2014, S. 8)

- 32014 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 305/2014 der Kommission vom 25. März 2014 (ABl. L 90 vom 26.3.2014, S. 12)

- 32014 R 0399: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 399/2014 der Kommission vom 22. April 2014 (ABl. L 119 vom 23.4.2014, S. 40), berichtigt in ABl. L 196 vom 3.7.2014, S. 44

- 32014 R 0669: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 669/2014 der Kommission vom 18. Juni 2014 (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 62), berichtigt in ABl. L 281 vom 25.9.2014, S. 9

- 32014 R 0684: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 684/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 20)

- 32014 R 0847: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 847/2014 der Kommission vom 4. August 2014 (ABl. L 232 vom 5.8.2014, S. 10)

- 32014 R 0848: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 848/2014 der Kommission vom 4. August 2014 (ABl. L 232 vom 5.8.2014, S. 13), geändert durch:

  - 32015 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1114 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 18)

- 32014 R 0849: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 849/2014 der Kommission vom 4. August 2014 (ABl. L 232 vom 5.8.2014, S. 16)

- 32014 R 0852: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 852/2014 der Kommission vom 5. August 2014 (ABl. L 233 vom 6.8.2014, S. 22)

- 32014 R 1076: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1076/2014 der Kommission vom 13. Oktober 2014 (ABl. L 296 vom 14.10.2014, S. 19)

- 32014 R 1083: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1083/2014 der Kommission vom 15. Oktober 2014 (ABl. L 298 vom 16.10.2014, S. 5)

- 32014 R 1109: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1109/2014 der Kommission vom 20. Oktober 2014 (ABl. L 301 vom 21.10.2014, S. 19)

- 32014 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1115/2014 der Kommission vom 21. Oktober 2014 (ABl. L 302 vom 22.10.2014, S. 51)

- 32014 R 1138: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1138/2014 der Kommission vom 27. Oktober 2014 (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 30)

- 2014 R 1230: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1230/2014 der Kommission vom 17. November 2014 (ABl. L 331 vom 18.11.2014, S. 18), berichtigt in ABl. L 134 vom 30.5.2015, S. 32

- 32014 R 1236: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1236/2014 der Kommission vom 18. November 2014 (ABl. L 332 vom 19.11.2014, S. 26), geändert durch:

  - 32015 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1114 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 18)

- 32014 R 1249: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1249/2014 der Kommission vom 21. November 2014 (ABl. L 335 vom 22.11.2014, S. 7)

– 32015 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2015/38 der Kommission vom 13. Januar 2015 (ABl. L 8 vom 14.1.2015, S. 4)

– 32013 D 1386: Durchführungsverordnung (EU) 2015/46 der Kommission vom 14. Januar 2015 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 171)

– 32015 R 0047: Durchführungsverordnung (EU) 2015/47 der Kommission vom 14. Januar 2015 (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 8)

– 32015 R 0244: Durchführungsverordnung (EU) 2015/244 der Kommission vom 16. Februar 2015 (ABl. L 41 vom 17.2.2015, S. 8)

– 32015 R 0264: Durchführungsverordnung (EU) 2015/264 der Kommission vom 18. Februar 2015 (ABl. L 45 vom 19.2.2015, S. 10)

– 32015 R 0489: Durchführungsverordnung (EU) 2015/489 der Kommission vom 23. März 2015 (ABl. L 78 vom 24.3.2015, S. 5)

– 32015 R 0502: Durchführungsverordnung (EU) 2015/502 der Kommission vom 24. März 2015 (ABl. L 79 vom 25.3.2015, S. 57), geändert durch:

  – 32019 R 0146: Durchführungsverordnung (EU) 2019/146 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 12)

  – 32020 R 1095: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1095 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 18)

– 32015 R 0518: Durchführungsverordnung (EU) 2015/518 der Kommission vom 26. März 2015 (ABl. L 82 vom 27.3.2015, S. 75)

– 32015 R 0661: Durchführungsverordnung (EU) 2015/661 der Kommission vom 28. April 2015 (ABl. L 110 vom 29.4.2015, S. 1)

– 32015 R 0662: Durchführungsverordnung (EU) 2015/662 der Kommission vom 28. April 2015 (ABl. L 110 vom 29.4.2015, S. 5)

– 32015 R 0722: Durchführungsverordnung (EU) 2015/722 der Kommission vom 5. Mai 2015 (ABl. L 115 vom 6.5.2015, S. 18)

– 32015 R 0723: Durchführungsverordnung (EU) 2015/723 der Kommission vom 5. Mai 2015 (ABl. L 115 vom 6.5.2015, S. 22)

– 32015 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) 2015/724 der Kommission vom 5. Mai 2015 (ABl. L 115 vom 6.5.2015, S. 25), berichtigt in ABl. L 130 vom 28.5.2015, S. 19

– 32015 R 0861: Durchführungsverordnung (EU) 2015/861 der Kommission vom 3. Juni 2015 (ABl. L 137 vom 4.6.2015, S. 1)

– 32015 R 0897: Durchführungsverordnung (EU) 2015/897 der Kommission vom 11. Juni 2015 (ABl. L 147 vom 12.6.2015, S. 8)

– 32015 R 1020: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1020 der Kommission vom 29. Juni 2015 (ABl. L 163 vom 30.6.2015, S. 22)

– 32015 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1043 der Kommission vom 30. Juni 2015 (ABl. L 167 vom 1.7.2015, S. 63)

– 32015 R 1053: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1053 der Kommission vom 1. Juli 2015 (ABl. L 171 vom 2.7.2015, S. 8)

– 32015 R 1060: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1060 der Kommission vom 2. Juli 2015 (ABl. L 174 vom 3.7.2015, S. 3)

– 32015 R 1060: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1060 der Kommission vom 2. Juli 2015 (ABl. L 174 vom 3.7.2015, S. 3)

– 32015 R 1103: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1103 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 57)

– 32015 R 1104: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1104 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 61)

– 32015 R 1105: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1105 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 65)

– 32015 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1114 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 18)

– 32015 R 1152: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1152 der Kommission vom 14. Juli 2015 (ABl. L 187 vom 15.7.2015, S. 5)

– 32015 R 1408: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1408 der Kommission vom 19. August 2015 (ABl. L 219 vom 20.8.2015, S. 3)

– 32015 R 1414: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1414 der Kommission vom 20. August 2015 (ABl. L 220 vom 21.8.2015, S. 3)

– 32015 R 1415: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1415 der Kommission vom 20. August 2015 (ABl. L 220 vom 21.8.2015, S. 7)

– 32015 R 1416: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1416 der Kommission vom 20. August 2015 (ABl. L 220 vom 21.8.2015, S. 11)

– 32015 R 1417: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1417 der Kommission vom 20. August 2015 (ABl. L 220 vom 21.8.2015, S. 15)

– 32015 R 1426: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1426 der Kommission vom 25. August 2015 (ABl. L 223 vom 26.8.2015, S. 6)

– 32015 R 1486: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1486 der Kommission vom 2. September 2015 (ABl. L 229 vom 3.9.2015, S. 5)

– 32015 R 1489: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1489 der Kommission vom 3. September 2015 (ABl. L 231 vom 4.9.2015, S. 1)

– 32015 R 1490: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1490 der Kommission vom 3. September 2015 (ABl. L 231 vom 4.9.2015, S. 4)

- 32015 R 1747: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1747 der Kommission vom 30. September 2015 (ABl. L 256 vom 1.10.2015, S. 7)

- 32015 R 2304: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2304 der Kommission vom 10. Dezember 2015 (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 39)

- 32015 R 2305: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2305 der Kommission vom 10. Dezember 2015 (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 43)

- 32015 R 2306: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2306 der Kommission vom 10. Dezember 2015 (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 46)

- 32015 R 2307: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2307 der Kommission vom 10. Dezember 2015 (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 49)

- 32015 R 2382: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2382 der Kommission vom 17. Dezember 2015 (ABl. L 332 vom 18.12.2015, S. 54)

- 32016 R 0104: Durchführungsverordnung (EU) 2016/104 der Kommission vom 27. Januar 2016 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 71)

- 32016 R 0329: Durchführungsverordnung (EU) 2016/329 der Kommission vom 8. März 2016 (ABl. L 62 vom 9.3.2016, S. 5), geändert durch:

    - 32017 R 2231: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2231 der Kommission vom 4. Dezember 2017 (ABl. L 319 vom 5.12.2017, S. 28)

– 32016 R 0896: Durchführungsverordnung (EU) 2016/896 der Kommission vom 8. Juni 2016 (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 3), berichtigt in ABl. L 137 vom 22.4.2021, S. 20

– 32016 R 0897: Durchführungsverordnung (EU) 2016/897 der Kommission vom 8. Juni 2016 (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 7), geändert durch:

  – 32022 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) 2022/703 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 5)

– 32016 R 0898: Durchführungsverordnung (EU) 2016/898 der Kommission vom 8. Juni 2016 (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 11), geändert durch:

  – 32022 R 0268: Durchführungsverordnung (EU) 2022/268 der Kommission vom 23. Februar 2022 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 1)

– 32016 R 0899: Durchführungsverordnung (EU) 2016/899 der Kommission vom 8. Juni 2016 (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 15), geändert durch:

  – 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

– 32016 R 0900: Durchführungsverordnung (EU) 2016/900 der Kommission vom 8. Juni 2016 (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 18), berichtigt in ABl. L 303 vom 10.11.2016, S. 26

– 32016 R 0972: Durchführungsverordnung (EU) 2016/972 der Kommission vom 17. Juni 2016 (ABl. L 161 vom 18.6.2016, S. 18)

- 32016 R 0973: Durchführungsverordnung (EU) 2016/973 der Kommission vom 17. Juni 2016 (ABl. L 161 vom 18.6.2016, S. 21)

- 32016 R 1095: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1095 der Kommission vom 6. Juli 2016 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 7), geändert durch:

  - 32022 R 1458: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1458 der Kommission vom 2. September 2022 (ABl. L 229 vom 5.9.2022, S. 16)

- 32016 R 1220: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1220 der Kommission vom 26. Juli 2016 (ABl. L 201 vom 27.7.2016, S. 11)

- 32016 R 1768: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1768 der Kommission vom 4. Oktober 2016 (ABl. L 270 vom 5.10.2016, S. 4)

- 32016 R 1833: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1833 der Kommission vom 17. Oktober 2016 (ABl. L 280 vom 18.10.2016, S. 19)

- 32016 R 1964: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1964 der Kommission vom 9. November 2016 (ABl. L 303 vom 10.11.2016, S. 7)

- 32016 R 2023: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2016/2023 der Kommission vom 18. November 2016 (ABl. L 313 vom 19.11.2016, S. 14)

- 32016 R 2150: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2150 der Kommission vom 7. Dezember 2016 (ABl. L 333 vom 8.12.2016, S. 44)

– 32016 R 2261: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2261 der Kommission vom 15. Dezember 2016 (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 18)

– 32017 R 0053: Durchführungsverordnung (EU) 2017/53 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 1)

– 32017 R 0054: Durchführungsverordnung (EU) 2017/54 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 80)

– 32017 R 0055: Durchführungsverordnung (EU) 2017/55 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 112)

– 32017 R 0056: Durchführungsverordnung (EU) 2017/56 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 129)

– 32017 R 0057: Durchführungsverordnung (EU) 2017/57 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 153)

– 32017 R 0058: Durchführungsverordnung (EU) 2017/58 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 159)

– 32017 R 0059: Durchführungsverordnung (EU) 2017/59 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 167)

– 32013 R 1307: Durchführungsverordnung (EU) 2017/60 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 608)

– 32017 R 0061: Durchführungsverordnung (EU) 2017/61 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 181)

– 32017 R 0062: Durchführungsverordnung (EU) 2017/62 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 186)

– 32017 R 0063: Durchführungsverordnung (EU) 2017/63 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 214)

– 32017 R 0064: Durchführungsverordnung (EU) 2017/64 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 242)

– 32017R0065: Durchführungsverordnung (EU) 2017/65 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 246)

– 32017R0066: Durchführungsverordnung (EU) 2017/66 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 13 vom 17.1.2017, S. 259)

– 32017 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) 2017/187 der Kommission vom 2. Februar 2017 (ABl. L 29 vom 3.2.2017, S. 35)

– 32017R0194: Durchführungsverordnung (EU) 2017/194 der Kommission vom 3. Februar 2017 (ABl. L 31 vom 4.2.2017, S. 18)

– 32017R0210: Durchführungsverordnung (EU) 2017/210 der Kommission vom 7. Februar 2017 (ABl. L 33 vom 8.2.2017, S. 19)

- 32017 R 0211: Durchführungsverordnung (EU) 2017/211 der Kommission vom 7. Februar 2017 (ABl. L 33 vom 8.2.2017, S. 23)

- 32017 R 0219: Durchführungsverordnung (EU) 2017/219 der Kommission vom 8. Februar 2017 (ABl. L 34 vom 9.2.2017, S. 18)

- 32017R0307: Durchführungsverordnung (EU) 2017/307 der Kommission vom 21. Februar 2017 (ABl. L 44 vom 22.2.2017, S. 1)

- 32017 R 0420: Durchführungsverordnung (EU) 2017/429 der Kommission vom 10. März 2017 (ABl. L 64 vom 10.3.2017, S. 7)

- 32017 R 0439: Durchführungsverordnung (EU) 2017/439 der Kommission vom 13. März 2017 (ABl. L 67 vom 14.3.2017, S. 70)

- 32017 R 0440: Durchführungsverordnung (EU) 2017/440 der Kommission vom 13. März 2017 (ABl. L 67 vom 14.3.2017, S. 74), geändert durch:

  - 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

- 32017 R 0447: Durchführungsverordnung (EU) 2017/447 der Kommission vom 14. März 2017 (ABl. L 69 vom 15.3.2017, S. 18)

- 32017 R 0455: Durchführungsverordnung (EU) 2017/455 der Kommission vom 15. März 2017 (ABl. L 71 vom 16.3.2017, S. 15)

- 32017 R 0873: Durchführungsverordnung (EU) 2017/873 der Kommission vom 22. Mai 2017 (ABl. L 134 vom 23.5.2017, S. 14)

- 32017R0895: Durchführungsverordnung (EU) 2017/895 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 120)

- 32017 R 0896: Durchführungsverordnung (EU) 2017/896 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 123), geändert durch:

  - 32019 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) 2019/221 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 35 vom 7.2.2019, S. 28)

- 32017 R 0912: Durchführungsverordnung (EU) 2017/912 der Kommission vom 29. Mai 2017 (ABl. L 139 vom 30.5.2017, S. 30)

- 32017 R 0913: Durchführungsverordnung (EU) 2017/913 der Kommission vom 29. Mai 2017 (ABl. L 139 vom 30.5.2017, S. 33)

- 32017 R 0930: Durchführungsverordnung (EU) 2017/930 der Kommission vom 31. Mai 2017 (ABl. L 141 vom 1.6.2017, S. 6)

- 32017 R 0961: Durchführungsverordnung (EU) 2017/961 der Kommission vom 7. Juni 2017 (ABl. L 145 vom 8.6.2017, S. 7), geändert durch:

  - 32021 R 0733: Durchführungsverordnung (EU) 2021/733 der Kommission vom 5. Mai 2021 (ABl. L 158 vom 6.5.2021, S. 11)

– 32017 R 0963: Durchführungsverordnung (EU) 2017/963 der Kommission vom 7. Juni 2017 (ABl. L 145 vom 8.6.2017, S. 18)

– 32017 R 1007: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1007 der Kommission vom 15. Juni 2017 (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 13), geändert durch:

  – 32017 R 2325: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2325 der Kommission vom 14. Dezember 2017 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 17)

– 32017 R 1008: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1008 der Kommission vom 15. Juni 2017 (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 16)

– 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 68 vom 12.3.2018, S. 3

– 32017 R 1490: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1490 der Kommission vom 21. August 2017 (ABl. L 217 vom 22.8.2017, S. 1)

– 32017 R 1492: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1492 der Kommission vom 21. August 2017 (ABl. L 216 vom 22.8.2017, S. 19), geändert durch:

  – 32019 R 0849: Durchführungsverordnung (EU) 2019/849 der Kommission vom 24. Mai 2019 (ABl. L 139 vom 27.5.2019, S. 4)

– 32017 R 1896: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1896 der Kommission vom 17. Oktober 2017 (ABl. L 267 vom 18.10.2017, S. 1), geändert durch:

  – 32022 R 1442: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1442 der Kommission vom 31. August 2022 (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 117)

– 32017 R 1903: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1903 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 269 vom 19.10.2017, S. 22)

– 32017 R 1904: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1904 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 269 vom 19.10.2017, S. 27)

– 32017 R 1905: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1905 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 269 vom 19.10.2017, S. 30)

– 32017 R 1906: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1906 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 269 vom 19.10.2017, S. 33)

– 32017 R 1907: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1907 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 269 vom 19.10.2017, S. 36)

– 32017 R 1914: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1914 der Kommission vom 19. Oktober 2017 (ABl. L 271 vom 20.10.2017, S. 20)

– 32017 R 2274: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2274 der Kommission vom 8. Dezember 2017 (ABl. L 326 vom 9.12.2017, S. 44)

- 32017 R 2275: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2275 der Kommission vom 8. Dezember 2017 (ABl. L 326 vom 9.12.2017, S. 47), geändert durch:

  - 32022 R 1417: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1417 der Kommission vom 22. August 2022 (ABl. L 218 vom 23.8.2022, S. 3)

- 32017 R 2276: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2276 der Kommission vom 8. Dezember 2017 (ABl. L 326 vom 9.12.2017, S. 50)

- 32017 R 2308: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2308 der Kommission vom 13. Dezember 2017 (ABl. L 331 vom 14.12.2017, S. 19)

- 32017 R 2312: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2312 der Kommission vom 13. Dezember 2017 (ABl. L 331 vom 14.12.2017, S. 41), geändert durch:

  - 32020 R 0146: Durchführungsverordnung (EU) 2020/146 der Kommission vom 3. Februar 2020 (ABl. L 31 vom 4.2.2020, S. 3)

  - 32022 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) 2022/703 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 5)

- 32017 R 2325: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2325 der Kommission vom 14. Dezember 2017 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 17), geändert durch:

  - 32018 R 1980: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1980 der Kommission vom 13. Dezember 2018 (ABl. L 317 vom 14.12.2018, S. 12)

– 32017 R 2330: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2330 der Kommission vom 14. Dezember 2017 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 41), berichtigt in ABl. L 351 vom 30.12.2017, S. 202, geändert durch:

  – 32022 R 1457: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1457 der Kommission vom 2. September 2022 (ABl. L 229 vom 5.9.2022, S. 10)

– 32018 R 0129: Durchführungsverordnung (EU) 2018/129 der Kommission vom 25. Januar 2018 (ABl. L 22 vom 26.1.2018, S. 21)

– 32018 R 0130: Durchführungsverordnung (EU) 2018/130 der Kommission vom 25. Januar 2018 (ABl. L 22 vom 26.1.2018, S. 25)

– 32018 R 0238: Durchführungsverordnung (EU) 2018/238 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 1)

– 32018 R 0239: Durchführungsverordnung (EU) 2018/239 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 9)

– 32018 R 0240: Durchführungsverordnung (EU) 2018/240 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 14)

– 32018 R 0241: Durchführungsverordnung (EU) 2018/241 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 27)

– 32018 R 0242: Durchführungsverordnung (EU) 2018/242 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 36)

– 32018 R 0243: Durchführungsverordnung (EU) 2018/243 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 69)

– 32018 R 0244: Durchführungsverordnung (EU) 2018/244 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 81)

– 32018 R 0245: Durchführungsverordnung (EU) 2018/245 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 87)

– 32018 R 0246: Durchführungsverordnung (EU) 2018/246 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 105)

– 32018 R 0247: Durchführungsverordnung (EU) 2018/247 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 109)

– 32018 R 0248: Durchführungsverordnung (EU) 2018/248 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 120)

– 32018 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2018/249 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 134), berichtigt in ABl. L 262 vom 18.10.2018, S. 31

– 32018 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2018/250 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 166)

– 32018 R 0327: Durchführungsverordnung (EU) 2018/327 der Kommission vom 5. März 2018 (ABl. L 63 vom 6.3.2018, S. 7)

– 32018 R 0328: Durchführungsverordnung (EU) 2018/328 der Kommission vom 5. März 2018 (ABl. L 63 vom 6.3.2018, S. 10)

– 32018 R 0338: Durchführungsverordnung (EU) 2018/338 der Kommission vom 7. März 2018 (ABl. L 65 vom 8.3.2018, S. 17), geändert durch:

  – 32019 R 1290: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1290 der Kommission vom 31. Juli 2019 (ABl. L 203 vom 1.8.2019, S. 6)

– 32018 R 0346: Durchführungsverordnung (EU) 2018/346 der Kommission vom 5. März 2018 (ABl. L 67 vom 9.3.2018, S. 18)

– 32018 R 0347: Durchführungsverordnung (EU) 2018/347 der Kommission vom 5. März 2018 (ABl. L 67 vom 9.3.2018, S. 21)

– 32018 R 0982: Durchführungsverordnung (EU) 2018/982 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 176 vom 12.7.2018, S. 13), geändert durch:

  – 32022 R 0268: Durchführungsverordnung (EU) 2022/268 der Kommission vom 23. Februar 2022 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 1)

– 32018 R 0983: Durchführungsverordnung (EU) 2018/983 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 176 vom 12.7.2018, S. 17)

– 32018 R 1039: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1039 der Kommission vom 23. Juli 2018 (ABl. L 186 vom 24.7.2018, S. 3), geändert durch:

  – 32022 R 1445: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1445 der Kommission vom 31. August 2022 (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 127)

– 32018 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1079 der Kommission vom 30. Juli 2018 (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 131)

– 32018 R 1080: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1080 der Kommission vom 30. Juli 2018 (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 134)

– 32018 R 1081: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1081 der Kommission vom 30. Juli 2018 (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 137), geändert durch:

  – 32020 R 0146: Durchführungsverordnung (EU) 2020/146 der Kommission vom 3. Februar 2020 (ABl. L 31 vom 4.2.2020, S. 3)

  – 32022 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) 2022/703 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 5)

– 32018 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1090 der Kommission vom 31. Juli 2018 (ABl. L 195 vom 1.8.2018, S. 23)

– 32018 R 1533: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1533 der Kommission vom 12. Oktober 2018 (ABl. L 257 vom 15.10.2018, S. 13)

– 32018 R 1543: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1543 der Kommission vom 15. Oktober 2018 (ABl. L 259 vom 16.10.2018, S. 22)

– 32018 R 1550: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1550 der Kommission vom 16. Oktober 2018 (ABl. L 560 vom 17.10.2018, S. 3)

– 32018 R 1558: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1558 der Kommission vom 17. Oktober 2018 (ABl. L 261 vom 18.10.2018, S. 13)

– 32018 R 1559: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1559 der Kommission vom 17. Oktober 2018 (ABl. L 261 vom 18.10.2018, S. 16)

– 32018 R 1564: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1564 der Kommission vom 17. Oktober 2018 (ABl. L 262 vom 19.10.2018, S. 20)

– 32018 R 1565: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1565 der Kommission vom 17. Oktober 2018 (ABl. L 262 vom 19.10.2018, S. 24), berichtigt in ABl. L 71 vom 13.3.2019, S. 30

– 32018 R 1566: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1566 der Kommission vom 18. Oktober 2018 (ABl. L 262 vom 19.10.2018, S. 27), berichtigt in ABl. L 258 vom 7.8.2020, S. 51

– 32018 R 1568: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1568 der Kommission vom 18. Oktober 2018 (ABl. L 262 vom 19.10.2018, S. 34)

– 32019 R 0008: Durchführungsverordnung (EU) 2019/8 der Kommission vom 3. Januar 2019 (ABl. L 2 vom 4.1.2019, S. 6)

– 32019 R 0009: Durchführungsverordnung (EU) 2019/9 der Kommission vom 3. Januar 2019 (ABl. L 2 vom 4.1.2019, S. 10)

– 32019 R 0010: Durchführungsverordnung (EU) 2019/10 der Kommission vom 3. Januar 2019 (ABl. L 2 vom 4.1.2019, S. 13)

– 32019 R 0011: Durchführungsverordnung (EU) 2019/11 der Kommission vom 3. Januar 2019 (ABl. L 2 vom 4.1.2019, S. 17)

– 32019 R 0012: Durchführungsverordnung (EU) 2019/12 der Kommission vom 3. Januar 2019 (ABl. L 2 vom 4.1.2019, S. 21)

– 32019 R 0049: Durchführungsverordnung (EU) 2019/49 der Kommission vom 4. Januar 2019 (ABl. L 10 vom 14.1.2019, S. 2)

– 32019 R 0111: Durchführungsverordnung (EU) 2019/111 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 14)

– 32019 R 0144: Durchführungsverordnung (EU) 2019/144 der Kommission vom 28. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 8)

– 32019 R 0454: Durchführungsverordnung (EU) 2019/454 der Kommission vom 20. März 2019 (ABl. L 79 vom 21.3.2019, S. 4)

– 32019 R 0764: Durchführungsverordnung (EU) 2019/764 der Kommission vom 14. Mai 2019 (ABl. L 126 vom 15.5.2019, S. 1)

– 32019 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) 2019/781 der Kommission vom 15. Mai 2019 (ABl. L 127 vom 16.5.2019, S. 1)

– 32019 R 0805: Durchführungsverordnung (EU) 2019/805 der Kommission vom 17. Mai 2019 (ABl. L 132 vom 20.5.2019, S. 33)

– 32019 R 0892: Durchführungsverordnung (EU) 2019/892 der Kommission vom 28. Mai 2019 (ABl. L 142 vom 29.5.2019, S. 57)

– 32019 R 0894: Durchführungsverordnung (EU) 2019/894 der Kommission vom 28. Mai 2019 (ABl. L 142 vom 29.5.2019, S. 63)

– 32019 R 0898: Durchführungsverordnung (EU) 2019/898 der Kommission vom 29. Mai 2019 (ABl. L 144 vom 3.6.2019, S. 29)

– 32019 R 0900: Durchführungsverordnung (EU) 2019/900 der Kommission vom 29. Mai 2019 (ABl. L 144 vom 3.6.2019, S. 36)

– 32019 R 0901: Durchführungsverordnung (EU) 2019/901 der Kommission vom 29. Mai 2019 (ABl. L 144 vom 3.6.2019, S. 41)

– 32019 R 0914: Durchführungsverordnung (EU) 2019/914 der Kommission vom 29. Mai 2019 (ABl. L 146 vom 5.6.2019, S. 60)

– 32019 R 0929: Durchführungsverordnung (EU) 2019/929 der Kommission vom 5. Juni 2019 (ABl. L 148 vom 6.6.2019, S. 25)

– 32019 R 1125: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1125 der Kommission vom 5. Juni 2019 (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 77)

– 32019 R 1289: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1289 der Kommission vom 31. Juli 2019 (ABl. L 203 vom 1.8.2019, S. 2)

– 32019 R 1313: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1313 der Kommission vom 2. August 2019 (ABl. L 205 vom 5.8.2019, S. 1)

– 32019 R 1315: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1315 der Kommission vom 2. August 2019 (ABl. L 205 vom 5.8.2019, S. 7)

– 32019 R 1324: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1324 der Kommission vom 5. August 2019 (ABl. L 206 vom 6.8.2019, S. 18)

– 32019 R 1947: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1947 der Kommission vom 22. November 2019 (ABl. L 304 vom 26.11.2019, S. 7)

– 32019 R 1964: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1964 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 307 vom 28.11.2019, S. 3)

– 32019 R 1965: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1965 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 307 vom 28.11.2019, S. 12)

– 32019 R 1977: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1977 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 308 vom 29.11.2019, S. 45)

– 32020 R 0106: Durchführungsverordnung (EU) 2020/106 der Kommission vom 23. Januar 2020 (ABl. L 19 vom 24.1.2020, S. 15)

– 32020 R 0107: Durchführungsverordnung (EU) 2020/107 der Kommission vom 23. Januar 2020 (ABl. L 19 vom 24.1.2020, S. 18)

– 32020 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2020/147 der Kommission vom 3. Februar 2020 (ABl. L 31 vom 4.2.2020, S. 7)

– 32020 R 0148: Durchführungsverordnung (EU) 2020/148 der Kommission vom 3. Februar 2020 (ABl. L 33 vom 5.2.2020, S. 1)

– 32020 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2020/149 der Kommission vom 4. Februar 2020 (ABl. L 33 vom 5.2.2020, S. 5)

– 32020 R 0150: Durchführungsverordnung (EU) 2020/150 der Kommission vom 4. Februar 2020 (ABl. L 33 vom 5.2.2020, S. 9)

– 32020 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2020/151 der Kommission vom 4. Februar 2020 (ABl. L 33 vom 5.2.2020, S. 12)

– 32020 R 0157: Durchführungsverordnung (EU) 2020/157 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 15)

– 32020 R 0159: Durchführungsverordnung (EU) 2020/159 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 22)

– 32020 R 0160: Durchführungsverordnung (EU) 2020/160 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 25)

– 32020 R 0161: Durchführungsverordnung (EU) 2020/161 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 28)

– 32020 R 0162: Durchführungsverordnung (EU) 2020/162 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 31)

– 32020 R 0163: Durchführungsverordnung (EU) 2020/163 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 34)

– 32020 R 0164: Durchführungsverordnung (EU) 2020/164 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 37)

– 32020 R 0165: Durchführungsverordnung (EU) 2020/165 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 40)

– 32020 R 0166: Durchführungsverordnung (EU) 2020/166 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 43)

– 32020 R 0172: Durchführungsverordnung (EU) 2020/172 der Kommission vom 6. Februar 2020 (ABl. L 35 vom 7.2.2020, S. 6)

– 32020 R 0173: Durchführungsverordnung (EU) 2020/173 der Kommission vom 6. Februar 2020 (ABl. L 35 vom 7.2.2020, S. 9)

– 32020 R 0180: Durchführungsverordnung (EU) 2020/180 der Kommission vom 7. Februar 2020 (ABl. L 37 vom 10.2.2020, S. 5)

– 32020 R 0196: Durchführungsverordnung (EU) 2020/196 der Kommission vom 13. Februar 2020 (ABl. L 42 vom 14.2.2020, S. 1)

– 32020 R 0197: Durchführungsverordnung (EU) 2020/197 der Kommission vom 13. Februar 2020 (ABl. L 42 vom 14.2.2020, S. 4)

– 32020 R 0228: Durchführungsverordnung (EU) 2020/228 der Kommission vom 19. Februar 2020 (ABl. L 47 vom 20.2.2020, S. 1)

– 32020 R 0229: Durchführungsverordnung (EU) 2020/229 der Kommission vom 19. Februar 2020 (ABl. L 47 vom 20.2.2020, S. 5)

– 32020 R 0238: Durchführungsverordnung (EU) 2020/238 der Kommission vom 20. Februar 2020 (ABl. L 48 vom 21.2.2020, S. 3)

– 32020 R 0376: Durchführungsverordnung (EU) 2020/376 der Kommission vom 5. März 2020 (ABl. L 69 vom 6.3.2020, S. 3)

– 32020 R 0377: Durchführungsverordnung (EU) 2020/377 der Kommission vom 5. März 2020 (ABl. L 69 vom 6.3.2020, S. 6)

– 32020 R 0378: Durchführungsverordnung (EU) 2020/378 der Kommission vom 5. März 2020 (ABl. L 69 vom 6.3.2020, S. 9)

– 32020 R 0992: Durchführungsverordnung (EU) 2020/992 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 73)

– 32020 R 0993: Durchführungsverordnung (EU) 2020/993 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 76)

– 32020 R 0994: Durchführungsverordnung (EU) 2020/994 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 79)

– 32020 R 0995: Durchführungsverordnung (EU) 2020/995 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 84), berichtigt in ABl. L 225 vom 14.7.2020, S. 355

– 32020 R 0996: Durchführungsverordnung (EU) 2020/996 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 87)

– 32020 R 0997: Durchführungsverordnung (EU) 2020/997 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 90)

– 32020 R 0998: Durchführungsverordnung (EU) 2020/998 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 96)

– 32020 R 1031: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1031 der Kommission vom 15. Juli 2020 (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 21)

– 32020 R 1032: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1032 der Kommission vom 15. Juli 2020 (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 24)

– 32020 R 1033: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1033 der Kommission vom 15. Juli 2020 (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 27)

– 32020 R 1034: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1034 der Kommission vom 15. Juli 2020 (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 34)

– 32020 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1090 der Kommission (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 1)

– 32020 R 1091: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1091 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 6)

– 32020 R 1094: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1094 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 15)

– 32020 R 1096: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1096 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 20)

– 32020 R 1097: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1097 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 23), berichtigt in ABl. L 83 vom 17.8.2020, S. 16

– 32020 R 1098: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1098 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 28)

– 32020 R 1175: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1175 der Kommission vom 7. August 2020 (ABl. L 259 vom 10.8.2020, S. 6), berichtigt in ABl. L 269 vom 10.3.2021, S. 42

– 32020 R 1363: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1363 der Kommission vom 30. September 2020 (ABl. L 317 vom 1.10.2020, S. 10)

– 32020 R 1370: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1370 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 5)

– 32020 R 1371: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1371 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 8)

– 32020 R 1372: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1372 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 11)

– 32020 R 1373: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1373 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 15)

– 32020 R 1374: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1374 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 19)

– 32020 R 1375: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1375 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 22)

– 32020 R 1376: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1376 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 26)

- 32020 R 1377: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1377 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 29)

- 32020 R 1378: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1378 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 32)

- 32020 R 1379: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1379 der Kommission vom 1. Oktober 2020 (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 36)

- 32020 R 1395: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1395 der Kommission vom 5. Oktober 2020 (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 3), geändert durch:

  - 32021 R 0733: Durchführungsverordnung (EU) 2021/733 der Kommission vom 5. Mai 2021 (ABl. L 158 vom 6.5.2021, S. 11)

- 32020 R 1396: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1396 der Kommission vom 5. Oktober 2020 (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 6)

- 32020 R 1397: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1397 der Kommission vom 5. Oktober 2020 (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 19)

- 32020 R 1398: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1398 der Kommission vom 5. Oktober 2020 (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 26)

- 32020 R 1399: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1399 der Kommission vom 5. Oktober 2020 (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 29)

– 32020 R 1400: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1400 der Kommission vom 5. Oktober 2020 (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 32)

– 32020 R 1418: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1418 der Kommission vom 6. Oktober 2020 (ABl. L 326 vom 8.10.2020, S. 7)

– 32020 R 1497: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1497 der Kommission vom 15. Oktober 2020 (ABl. L 342 vom 16.10.2020, S. 1)

– 32020 R 1510: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1510 der Kommission vom 16. Oktober 2020 (ABl. L 344 vom 19.10.2020, S. 2)

– 32020 R 1755: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1755 der Kommission vom 24. November 2020 (ABl. L 395 vom 25.11.2020, S. 5)

– 32020 R 1760: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1760 der Kommission vom 25. November 2020 (ABl. L 397 vom 26.11.2020, S. 6), berichtigt in ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 10

– 32020 R 1761: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1761 der Kommission vom 25. November 2020 (ABl. L 397 vom 26.11.2020, S. 10)

– 32020 R 1762: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1762 der Kommission vom 25. November 2020 (ABl. L 397 vom 26.11.2020, S. 14)

– 32020 R 1764: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1764 der Kommission vom 25. November 2020 (ABl. L 397 vom 26.11.2020, S. 21)

– 32020 R 1773: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1773 der Kommission vom 26. November 2020 (ABl. L 398 vom 27.11.2020, S. 19)

– 32020 R 1795: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1795 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 27)

– 32020 R 1796: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1796 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 31)

– 32020 R 1797: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1797 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 36)

– 32020 R 1798: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1798 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 39)

– 32020 R 1799: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1799 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 43)

– 32020 R 1800: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1800 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 46)

– 32020 R 2116: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2116 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 7)

– 32020 R 2117: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2117 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 11)

– 32020 R 2118: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2118 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 15)

– 32020 R 2119: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2119 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 18)

– 32020 R 2120: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2120 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 22)

– 32020 R 2121: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2121 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 28)

– 32021 R 0329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/329 der Kommission vom 24. Februar 2021 (ABl. L 65 vom 25.2.2021, S. 38)

– 32021 R 0330: Durchführungsverordnung (EU) 2021/330 der Kommission vom 24. Februar 2021 (ABl. L 65 vom 25.2.2021, S. 43)

– 32021 R 0343: Durchführungsverordnung (EU) 2021/343 der Kommission vom 25. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 157)

– 32021 R 0344: Durchführungsverordnung (EU) 2021/344 der Kommission vom 25. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 160)

– 32021 R 0346: Durchführungsverordnung (EU) 2021/346 der Kommission vom 25. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 167)

– 32021 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2021/363 der Kommission vom 26. Februar 2021 (ABl. L 70 vom 1.3.2021, S. 3)

– 32021 R 0367: Durchführungsverordnung (EU) 2021/367 der Kommission vom 1. März 2021 (ABl. L 71 vom 2.3.2021, S. 1)

– 32021 R 0421: Durchführungsverordnung (EU) 2021/421 der Kommission vom 9. März 2021 (ABl. L 83 vom 10.3.2021, S. 21), berichtigt in ABl. L 78 vom 8.3.2022, S. 21

– 32021 R 0422: Durchführungsverordnung (EU) 2021/422 der Kommission vom 9. März 2021 (ABl. L 83 vom 10.3.2021, S. 25), geändert durch ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 21

– 32021 R 0426: Durchführungsverordnung (EU) 2021/426 der Kommission vom 10. März 2021 (ABl. L 84 vom 11.3.2021, S. 18)

– 32021 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) 2021/485 der Kommission vom 22. März 2021 (ABl. L 100 vom 23.3.2021, S. 3)

– 32021 R 0506: Durchführungsverordnung (EU) 2021/506 der Kommission vom 23. März 2021 (ABl. L 102 vom 24.3.2021, S. 4)

– 32021 R 0551: Durchführungsverordnung (EU) 2021/551 der Kommission vom 30. März 2021 (ABl. L 111 vom 31.3.2021, S. 3), berichtigt in ABl. L 78 vom 8.3.2022, S. 21

– 32021 R 0658: Durchführungsverordnung (EU) 2021/658 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 137 vom 22.4.2021, S. 16)

– 32021 R 0669: Durchführungsverordnung (EU) 2021/669 der Kommission vom 23. April 2021 (ABl. L 141 vom 26.4.2021, S. 7)

– 32021 R 0709: Durchführungsverordnung (EU) 2021/709 der Kommission vom 29. April 2021 (ABl. L 147 vom 30.4.2021, S. 8)

– 32021 R 0719: Durchführungsverordnung (EU) 2021/719 der Kommission vom 30. April 2021 (ABl. L 151 vom 3.5.2021, S. 12)

– 32021 R 0932: Durchführungsverordnung (EU) 2021/932 der Kommission vom 9. Juni 2021 (ABl. L 204 vom 10.6.2021, S. 13)

– 32021 R 0967: Durchführungsverordnung (EU) 2021/967 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 41)

– 32021 R 0968: Durchführungsverordnung (EU) 2021/968 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 45)

– 32021 R 0969: Durchführungsverordnung (EU) 2021/969 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 49)

– 32021 R 0981: Durchführungsverordnung (EU) 2021/981 der Kommission vom 17. Juni 2021 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 135)

– 32021 R 0982: Durchführungsverordnung (EU) 2021/982 der Kommission vom 17. Juni 2021 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 139)

– 32021 R 1409: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1409 der Kommission vom 27. August 2021 (ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 5)

– 32021 R 1410: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1410 der Kommission vom 27. August 2021 (ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 8), berichtigt in ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 7

– 32021 R 1411: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1411 der Kommission vom 27. August 2021 (ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 11)

– 32011 R 1412: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1412 der Kommission vom 27. August 2021 (ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 13)

– 32011 R 1413: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1413 der Kommission vom 27. August 2021 (ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 18)

– 32021 R 1424: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1424 der Kommission vom 31. August 2021 (ABl. L 307 vom 1.9.2021, S. 9)

– 32021 R 1425: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1425 der Kommission vom 31. August 2021 (ABl. L 307 vom 1.9.2021, S. 12)

– 32021 R 1426: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1426 der Kommission vom 31. August 2021 (ABl. L 307 vom 1.9.2021, S. 17)

– 32021 R 1431: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1431 der Kommission vom 1. September 2021 (ABl. L 309 vom 2.9.2021, S. 5)

– 32021 R 2047: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2047 der Kommission vom 23. November 2021 (ABl. L 418 vom 24.11.2021, S. 13)

– 32021 R 2050: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2050 der Kommission vom 24. November 2021 (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 16), berichtigt in ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 156

– 32021 R 2051: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2051 der Kommission vom 24. November 2021 (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 19)

– 32021 R 2076: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2076 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 1)

– 32021 R 2077: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2077 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 5), berichtigt in ABl. L 78 vom 8.3.2022, S. 21

– 32021 R 2080: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2080 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 23)

– 32021 R 2090: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2090 der Kommission vom 25. November 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 160)

– 32021 R 2092: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2092 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 166)

– 32021 R 2093: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2093 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 169)

– 32021 R 2094: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2094 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 173)

– 32021 R 2095: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2095 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 179)

– 32021 R 2096: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2096 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 187)

– 32021 R 2097: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2097 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 190)

– 32022 R 0272: Durchführungsverordnung (EU) 2022/272 der Kommission vom 23. Februar 2022 (ABl. L 42 vom 24.2.2022, S. 14)

– 32022 R 0273: Durchführungsverordnung (EU) 2022/273 der Kommission vom 23. Februar 2022 (ABl. L 42 vom 24.2.2022, S. 17)

– 32022 R 0320: Durchführungsverordnung (EU) 2022/320 der Kommission vom 25. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 41)

– 32022 R 0347: Durchführungsverordnung (EU) 2022/347 der Kommission vom 1. März 2022 (ABl. L 65 vom 2.3.2022, S. 1)

– 32022 R 0537: Durchführungsverordnung (EU) 2022/537 der Kommission vom 4. April 2022 (ABl. L 106 vom 5.4.2022, S. 4)

– 32022 R 0538: Durchführungsverordnung (EU) 2022/538 der Kommission vom 4. April 2022 (ABl. L 106 vom 5.4.2022, S. 9)

– 32022 R 0565: Durchführungsverordnung (EU) 2022/565 der Kommission vom 7. April 2022 (ABl. L 109 vom 8.4.2022, S. 32)

– 32022 R 0593: Durchführungsverordnung (EU) 2022/593 der Kommission vom 1. März 2022 (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 44)

– 32022 R 0633: Durchführungsverordnung (EU) 2022/633 der Kommission vom 13. April 2022 (ABl. L 117 vom 19.4.2022, S. 26)

– 32022 R 0652: Durchführungsverordnung (EU) 2022/652 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 74)

– 32022 R 0653: Durchführungsverordnung (EU) 2022/653 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 79)

– 32022 R 0654: Durchführungsverordnung (EU) 2022/654 der Kommission vom 20. April 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 84)

– 32022 R 0702: Durchführungsverordnung (EU) 2022/702 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 1)

– 32022 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) 2022/703 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 5)

– 32022 R 1247: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1247 der Kommission vom 19. Juli 2022 (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 3)

– 32022 R 1248: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1248 der Kommission vom 19. Juli 2022 (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 7)

– 32022 R 1249: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1249 der Kommission vom 19. Juli 2022 (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 10)

– 32022 R 1250: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1250 der Kommission vom 19. Juli 2022 (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 13)

– 32022 R 1266: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1266 der Kommission vom 20. Juli 2022 (ABl. L 192 vom 21.7.2022, S. 17)

– 32022 R 1374: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1374 der Kommission vom 5. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 35)

– 32022 R 1382: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1382 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 16)

– 32022 R 1383: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1383 der Kommission vom 8. August 2022 (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 19)

– 32022 R 1412: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1412 der Kommission vom 19. August 2022 (ABl. L 217 vom 22.8.2022, S. 1)

– 32022 R 1417: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1417 der Kommission vom 22. August 2022 (ABl. L 218 vom 23.8.2022, S. 3)

– 32022 R 1419: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1419 der Kommission vom 22. August 2022 (ABl. L 218 vom 23.8.2022, S. 12)

– 32022 R 1420: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1420 der Kommission vom 22. August 2022 (ABl. L 218 vom 23.8.2022, S. 17)

– 32022 R 1421: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1421 der Kommission vom 22. August 2022 (ABl. L 218 vom 23.8.2022, S. 27)

– 32022 R 1451: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1451 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 10)

– 32022 R 1452: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1452 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 17)

– 32022 R 1453: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1453 der Kommission vom 1. September 2022 (ABl. L 228 vom 2.9.2022, S. 30)

– 32022 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1469 der Kommission vom 5. September 2022 (ABl. L 231 vom 6.9.2022, S. 105)

– 32022 R 1470: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1470 der Kommission vom 5. September 2022 (ABl. L 231 vom 6.9.2022, S. 109)

– 32022 R 1471: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1471 der Kommission vom 5. September 2022 (ABl. L 231 vom 6.9.2022, S. 113)

– 32022 R 1472: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1472 der Kommission vom 5. September 2022 (ABl. L 231 vom 6.9.2022, S. 116)

– 32022 R 1490: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1490 der Kommission vom 1. März 2022 (ABl. L 234 vom 9.9.2022, S. 1)

– 32022 R 1492: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1492 der Kommission vom 8. September 2022 (ABl. L 234 vom 9.9.2022, S. 14)

– 32022 R 1493: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1493 der Kommission vom 8. September 2022 (ABl. L 234 vom 9.9.2022, S. 18)

– 32022 R 1525: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1525 der Kommission vom 13. September 2022 (ABl. L 237 vom 14.9.2022, S. 12)

3. 32005 R 0378: Verordnung (EG) Nr. 378/2005 der Kommission vom 4. März 2005 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Pflichten und Aufgaben des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums in Bezug auf Anträge auf Zulassung von Futtermittelzusatzstoffen (ABl. L 59 vom 5.3.2005, S. 8), geändert durch:

   – 32007 R 0850: Verordnung (EG) Nr. 850/2007 der Kommission vom 19. Juli 2007 (ABl. L 188 vom 20.7.2007, S. 3)

   – 32009 R 0885: Verordnung (EG) Nr. 885/2009 der Kommission vom 25. September 2009 (ABl. L 254 vom 26.9.2009, S. 58)

   – 32015 R 1761: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1761 der Kommission vom 1. Oktober 2015 (ABl. L 257 vom 2.10.2015, S. 30)

4. 32006 R 1876: Verordnung (EG) Nr. 1876/2006 der Kommission vom 18. Dezember 2006 zur befristeten beziehungsweise unbefristeten Zulassung bestimmter Zusatzstoffe in Futtermitteln (ABl. L 360 vom 19.12.2006, S. 126), geändert durch:

   – 32012 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1018/2012 der Kommission vom 5. November 2012 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 56)

   – 32013 R 0159: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 159/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 49 vom 22.2.2013, S. 47)

   – 32013 R 0403: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 403/2013 der Kommission vom 2. Mai 2013 (ABl. L 121 vom 3.5.2013, S. 26)

5. 32008 R 0429: Verordnung (EG) Nr. 429/2008 der Kommission vom 25. April 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Erstellung und Vorlage von Anträgen sowie der Bewertung und Zulassung von Futtermittelzusatzstoffen (ABl. L 133 vom 22.5.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 1773: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1773 der Kommission vom 26. November 2020 (ABl. L 398 vom 27.11.2020, S. 19)

6. 32009 R 1270: Verordnung (EU) Nr. 1270/2009 der Kommission vom 21. Dezember 2009 zur Zulassung bestimmter Zusatzstoffe in Futtermitteln auf unbegrenzte Zeit (ABl. L 339 vom 22.12.2009, S. 28), geändert durch:

   – 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

7. 32010 R 0892: Verordnung (EU) Nr. 892/2010 der Kommission vom 8. Oktober 2010 über den Status bestimmter Erzeugnisse hinsichtlich Futtermittelzusatzstoffen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 266 vom 9.10.2010, S. 6)

8. 32012 R 0081: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 81/2012 der Kommission vom 31. Januar 2012 zur Verweigerung der Zulassung von *Lactobacillus pentosus* (DSM 14025) als Futtermittelzusatzstoff (ABl. L 29 vom 1.2.2012, S. 36)

9. 32012 R 0451: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 451/2012 der Kommission vom 29. Mai 2012 über die Marktrücknahme bestimmter in die Funktionsgruppe „Silierzusatzstoffe“ einzuordnender Futtermittelzusatzstoffe (ABl. L 140 vom 30.5.2012, S. 55)

10. 32013 R 0230: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 230/2013 der Kommission vom 14. März 2013 über die Marktrücknahme bestimmter in die Funktionsgruppe „Aroma- und appetitanregende Stoffe“ einzuordnender Futtermittelzusatzstoffe (ABl. L 80 vom 21.3.2013, S. 1)

11. 32013 R 0796: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 796/2013 der Kommission vom 21. August 2013 zur Verweigerung der Zulassung von 3-Acetyl-2,5-Dimethylthiophen als Futtermittelzusatzstoff (ABl. L 224 vom 22.8.2013, S. 4)

12. 32014 R 0107: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 107/2014 der Kommission vom 5. Februar 2014 zur Rücknahme der Futtermittelzusatzstoffe Cobalt(II)-chlorid, Hexahydrat, Cobalt(II)-nitrat, Hexahydrat und Cobalt(II)-sulfat, Monohydrat vom Markt sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1334/2003 (ABl. L 36 vom 6.2.2014, S. 7)

13. 32014 R 0754: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 754/2014 der Kommission vom 11. Juli 2014 zur Ablehnung der Zulassung von *Pediococcus pentosaceus* (NCIMB 30068) und *Pediococcus pentosaceus* (NCIMB 30044) als Futtermittelzusatzstoffe (ABl. L 205 vom 12.7.2014, S. 10)

14. 32015 R 1399: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1399 der Kommission vom 17. August 2015 zur Verweigerung der Zulassung der Zubereitung aus *Bacillus toyonensis* (NCIMB 14858T) (vormals *Bacillus cereus* var. *toyoi* NCIMB 40112/CNCM I-1012) als Futtermittelzusatzstoff für Mastrinder, Mastkaninchen, Masthühner, Ferkel (entwöhnt), Mastschweine, Zuchtsauen und Aufzuchtkälber sowie zum Widerruf der Zulassung der Zubereitung aus *Bacillus cereus* var. *toyoi* (NCIMB 40112/CNCM I-1012) als Futtermittelzusatzstoff für Masttruthühner und weibliche Zuchtkaninchen, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 256/2002, (EG) Nr. 1453/2004, (EG) Nr. 255/2005 und (EG) Nr. 1200/2005 sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 166/2008, (EG) Nr. 378/2009 und der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 288/2013 (ABl. L 217 vom 18.8.2015, S. 1)

15. 32017 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 der Kommission vom 8. Juni 2017 über die Marktrücknahme bestimmter gemäß den Richtlinien 70/524/EWG und 82/471/EWG des Rates zugelassener Futtermittelzusatzstoffe und zur Aufhebung der veralteten Bestimmungen über die Zulassung dieser Futtermittelzusatzstoffe (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 1)

16. 32018 R 0183: Durchführungsverordnung (EU) 2018/183 der Kommission vom 7. Februar 2018 zur Verweigerung der Zulassung von Formaldehyd als Futtermittelzusatzstoff in den Funktionsgruppen „Konservierungsmittel“ und „Stoffe zur Verbesserung der hygienischen Beschaffenheit“ (ABl. L 34 vom 8.2.2018, S. 6)

17. 32018 R 0244: Durchführungsverordnung (EU) 2018/244 der Kommission vom 15. Februar 2018 zur Zulassung von Vanillylaceton und 4-(4-Methoxyphenyl)butan-2-on als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten und zur Ablehnung von 1-Phenylethan-1-ol (ABl. L 53 vom 23.2.2018, S. 81)

18. 32018 R 0353: Durchführungsverordnung (EU) 2018/353 der Kommission vom 9. März 2018 zur Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/1145 über die Marktrücknahme bestimmter gemäß den Richtlinien 70/524/EWG und 82/471/EWG des Rates zugelassener Futtermittelzusatzstoffe und zur Aufhebung der veralteten Bestimmungen über die Zulassung dieser Futtermittelzusatzstoffe (ABl. L 68 vom 12.3.2018, S. 3)

19. 32018 R 1254: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1254 der Kommission vom 19. September 2018 zur Verweigerung der Zulassung von Riboflavin (80 %), hergestellt aus *Bacillus subtilis* KCCM-10445, als Futtermittelzusatzstoff in der Funktionsgruppe Vitamine, Provitamine und chemisch definierte Stoffe mit ähnlicher Wirkung (ABl. L 237 vom 20.9.2018, S. 5)

20. 32018 R 1550: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1550 der Kommission vom 16. Oktober 2018 zur Erneuerung der Zulassung von Benzoesäure als Zusatzstoff in Futtermitteln für Absetzferkel und Mastschweine und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1730/2006 und (EG) Nr. 1138/2007 (Zulassungsinhaber: DSM Nutritional Products Ltd) (ABl. L 260 vom 17.10.2018, S. 3)

21. 32019 R 0804: Durchführungsverordnung (EU) 2019/804 der Kommission vom 17. Mai 2019 in Bezug auf die Erneuerung der Zulassung von Selen in organischer Form aus *Saccharomyces cerevisiae* CNCM I-3060 und von Selenomethionin aus *Saccharomyces cerevisiae* NCYC R397 als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1750/2006 und (EG) Nr. 634/2007 (ABl. L 132 vom 20.5.2019, S. 28), geändert durch:

– 32022 R 1459: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1459 der Kommission vom 2. September 2022 (ABl. L 229 vom 5.9.2022, S. 22)

22. 32019 R 0857: Durchführungsverordnung (EU) 2019/857 der Kommission vom 27. Mai 2019 zur Verlängerung der Zulassung von *Saccharomyces cerevisiae* CNCM I-1077 als Futtermittelzusatzstoff für Milchschafe und Milchziegen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 226/2007 (Zulassungsinhaber Danstar Ferment AG, vertreten durch Lallemand SAS) (ABl. L 140 vom 28.5.2019, S. 18)

23. 32019 R 0899: Durchführungsverordnung (EU) 2019/899 der Kommission vom 29. Mai 2019 zur Verlängerung der Zulassung von *Saccharomyces cerevisiae* CNCM I-4407 als Futtermittelzusatzstoff für Mastlämmer, Milchziegen, Milchschafe, Milchbüffel, Pferde und Mastschweine und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1447/2006, (EG) Nr. 188/2007, (EG) Nr. 232/2009, (EG) Nr. 186/2007 und (EG) Nr. 209/2008 (Zulassungsinhaber S.I. Lesaffre) (ABl. L 144 vom 3.6.2019, S. 32)

24. 32019 R 0913: Durchführungsverordnung (EU) 2019/913 der Kommission vom 29. Mai 2019 zur Erneuerung der Zulassung von Lanthancarbonat-Octahydrat als Futtermittelzusatzstoff für Katzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 163/2008 (Zulassungsinhaber Bayer HealthCare AG) (ABl. L 146 vom 5.6.2019, S. 57)

25. 32021 R 0329: Durchführungsverordnung (EU) 2021/329 der Kommission vom 24. Februar 2021 zur Verlängerung der Zulassung einer Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Xylanase und Endo-1,3(4)-beta-Glucanase für Masthühner (Zulassungsinhaber: AVEVE NV) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1091/2009 (ABl. L 65 vom 25.2.2021, S. 38)

26. 32021 R 0367: Durchführungsverordnung (EU) 2021/367 der Kommission vom 1. März 2021 zur Verlängerung der Zulassung einer Zubereitung aus *Saccharomyces cerevisiae* CNCM I-4407 als Futtermittelzusatzstoff für Aufzuchtkälber sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 883/2010 (Zulassungsinhaber: S.I. Lesaffre) (ABl. L 71 vom 2.3.2021, S. 1)

27. 32021 R 0505: Durchführungsverordnung (EU) 2021/505 der Kommission vom 23. März 2021 zur Verweigerung der Zulassung von Phosphorsäure 60 % auf Kieselerdeträger als Futtermittelzusatzstoff in der Funktionsgruppe „Konservierungsstoffe“ (ABl. L 102 vom 24.3.2021, S. 1)

28. 32021 R 0507: Durchführungsverordnung (EU) 2021/507 der Kommission vom 23. März 2021 zur Verlängerung der Zulassung von Pyridoxinhydrochlorid (Vitamin B6) als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 515/2011 (ABl. L 102 vom 24.3.2021, S. 8)

29. 32021 R 0508: Durchführungsverordnung (EU) 2021/508 der Kommission vom 23. März 2021 zur Verlängerung der Zulassung einer Zubereitung aus *Saccharomyces cerevisiae* MUCL 39885 als Futtermittelzusatzstoff für Absetzferkel sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 170/2011 (Zulassungsinhaber: Prosol S.p.A.) (ABl. L 102 vom 24.3.2021, S. 11)

30. 32021 R 0758: Durchführungsverordnung (EU) 2021/758 der Kommission vom 7. Mai 2021 über den Status bestimmter Erzeugnisse als Futtermittelzusatzstoffe im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und die Marktrücknahme bestimmter Futtermittelzusatzstoffe (ABl. L 162 vom 10.5.2021, S. 5)

31. 32021 R 0932: Durchführungsverordnung (EU) 2021/932 der Kommission vom 9. Juni 2021 zur Aussetzung der Zulassung von Lasalocid-A-Natrium (Avatec 15 % cc) und Lasalocid-A-Natrium (Avatec 150 G) als Futtermittelzusatzstoffe für Masthühner und Junghennen (Zulassungsinhaber: Zoetis Belgium S.A.) (ABl. L 204 vom 10.6.2021, S. 13)

32. 32021 R 0967: Durchführungsverordnung (EU) 2021/967 der Kommission vom 16. Juni 2021 zur Verlängerung der Zulassung von Manganchelat des Hydroxyanalogs von Methionin als Futtermittelzusatzstoff für alle Tierarten sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 350/2010 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 41)

33. 32021 R 0968: Durchführungsverordnung (EU) 2021/968 der Kommission vom 16. Juni 2021 zur Verlängerung der Zulassung von Zinkchelat des Hydroxyanalogs von Methionin als Futtermittelzusatzstoff für alle Tierarten sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 335/2010 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 45)

34. 32021 R 0981: Durchführungsverordnung (EU) 2021/981 der Kommission vom 17. Juni 2021 zur Verlängerung der Zulassung einer Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Xylanase, gewonnen aus *Aspergillus niger* CBS 109.713, und Endo-1,4-beta-Glucanase, gewonnen aus *Aspergillus niger* DSM 18404, als Zusatzstoff in Futtermitteln für Geflügelarten, Ziervögel und entwöhnte Ferkel (Zulassungsinhaber: BASF SE) sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 271/2009 und der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1068/2011 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 135)

35. 32021 R 0982: Durchführungsverordnung (EU) 2021/982 der Kommission vom 17. Juni 2021 zur Verlängerung der Zulassung von 6-Phytase aus *Trichoderma reesei* (CBS 122001) als Futtermittelzusatzstoff für Schweine und Geflügel (Zulassungsinhaber: Royal Oy) sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 277/2010, (EU) Nr. 891/2010 und der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 886/2011 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 139)

36. 32021 R 1411: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1411 der Kommission vom 27. August 2021 zur Verlängerung der Zulassung von *Clostridium butyricum* FERM BP-2789 als Futtermittelzusatzstoff für Junghennen, Masttruthühner, Truthühner für Zuchtzwecke, Vogelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung außer Legevögeln, entwöhnte Ferkel und entwöhnte Ferkel von Schweinearten geringerer wirtschaftlicher Bedeutung, seiner Zulassung für Masthühner, Saugferkel und Saugferkel von Schweinearten geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und zur Aufhebung der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 373/2011, (EU) Nr. 374/2013 und (EU) Nr. 1108/2014 (Zulassungsinhaber: Miyarisan Pharmaceutical Co. Ltd vertreten durch Huvepharma NV Belgium) (ABl. L 304 vom 30.8.2021, S. 11)

37. 32021 R 1424: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1424 der Kommission vom 31. August 2021 zur Verlängerung der Zulassung einer Zubereitung aus *Enterococcus faecium* DSM 7134 als Futtermittelzusatzstoff für Masthühner sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 998/2010 (Zulassungsinhaber: Lactosan GmbH & Co KG) (ABl. L 307 vom 1.9.2021, S. 9)

38. 32022 R 0538: Durchführungsverordnung (EU) 2022/538 der Kommission vom 4. April 2022 zur Verlängerung der Zulassung von Natriumbenzoat als Zusatzstoff in Futtermitteln für Absatzferkel, zur Zulassung für Absatzferkel anderer *Suidae* und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 496/2011 (Zulassungsinhaber: Taminco Finland Oy) (ABl. L 106 vom 5.4.2022, S. 9)

39. 32022 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) 2022/703 der Kommission vom 5. Mai 2022 zur Verlängerung der Zulassung einer Zubereitung aus *Bacillus velezensis* DSM 15544 als Zusatzstoff in Futtermitteln für entwöhnte Ferkel, zur Zulassung für alle Arten und Kategorien von Vögeln, zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2016/897, der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2312 und der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1081 sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 333/2010, der Verordnung (EU) Nr. 184/2011 und der Durchführungsverordnung (EU) 2019/893 (Zulassungsinhaber: Asahi Biocycle Co. Ltd., in der Union vertreten durch Pen & Tec Consulting S.L.U.) (ABl. L 132 vom 6.5.2022, S. 5)

40. 32022 R 1375: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1375 der Kommission vom 5. August 2022 zur Verweigerung der Zulassung von Ethoxyquin als Futtermittelzusatzstoff der Funktionsgruppe „Antioxidationsmittel“ und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/962 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 39)

41. 32023 R 0053: Durchführungsverordnung (EU) 2023/53 der Kommission vom 4. Januar 2023 zur Zulassung einer Zubereitung aus *Pediococcus acidilactici* CNCM I-4622 als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten (ABl. L 3 vom 5.1.2023, S. 8)

42. 32023 R 0059: Durchführungsverordnung (EU) 2023/59 der Kommission vom 5. Januar 2023 zur Zulassung einer Zubereitung aus *Pediococcus pentosaceus* DSM 32292 als Futtermittelzusatzstoff für alle Tierarten (ABl. L 6 vom 6.1.2023, S. 16)

43. 32023 R 0060: Durchführungsverordnung (EU) 2023/60 der Kommission vom 5. Januar 2023 zur Zulassung von Methylester konjugierter Linolsäure (t10, c12) als Zusatzstoff in Futtermitteln für Mastschweine und Milchkühe (Zulassungsinhaber: BASF SE) (ABl. L 6 vom 6.1.2023, S. 19)

44. 32023 R 0061: Durchführungsverordnung (EU) 2023/61 der Kommission vom 5. Januar 2023 zur Zulassung einer Zubereitung von Endo-1,4-beta-Glucanase aus *Aspergillus niger* CBS 120604, einer Zubereitung von Endo-1,3(4)-beta-Glucanase aus *Aspergillus neoniger* MUCL 39199, einer Zubereitung von Endo-1,4-beta-Xylanase aus *Trichoderma citrinoviride* MUCL 39203 und einer Zubereitung von Endo-1,4-beta-Xylanase aus *Trichoderma citrinoviride* CBS 614.94 als Futtermittelzusatzstoffe für alle Tierarten (ABl. L 6 vom 6.1.2023, S. 24)

KAPITEL 3

UNERWÜNSCHTE STOFFE

1. 32002 L 0032: Richtlinie 2002/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Mai 2002 über unerwünschte Stoffe in der Tierernährung (ABl. L 140 vom 30.5.2002, S. 10), geändert durch:

   – 32003 L 0057: Richtlinie 2003/57/EG der Kommission vom 17. Juni 2003 (ABl. L 151 vom 19.6.2003, S. 38)

   – 32003 L 0100: Richtlinie 2003/100/EG der Kommission vom 31. Oktober 2003 (ABl. L 285 vom 1.11.2003, S. 33)

   – 32005 L 0008: Richtlinie 2005/8/EG der Kommission vom 27. Januar 2005 (ABl. L 27 vom 29.1.2005, S. 44)

   – 32005 L 0086: Richtlinie 2005/86/EG der Kommission vom 5. Dezember 2005 (ABl. L 318 vom 6.12.2005, S. 16)

   – 32005 L 0087: Richtlinie 2005/87/EG der Kommission vom 5. Dezember 2005 (ABl. L 318 vom 6.12.2005, S. 19)

   – 32006 L 0013: Richtlinie 2006/13/EG der Kommission vom 3. Februar 2006 (ABl. L 32 vom 4.2.2006, S. 44)

– 32006 L 0077: Richtlinie 2006/77/EG der Kommission vom 29. September 2006 (ABl. L 271 vom 30.9.2006, S. 53)

– 32008 L 0076: Richtlinie 2008/76/EG der Kommission vom 25. Juli 2008 (ABl. L 198 vom 26.8.2008, S. 37)

– 32009 L 0008: Richtlinie 2009/8/EG der Kommission vom 10. Februar 2009 (ABl. L 40 vom 11.2.2009, S. 19)

– 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

– 32009 L 0141: Richtlinie 2009/141/EG der Kommission vom 23. November 2009 (ABl. L 308 vom 24.11.2009, S. 20)

– 32010 L 0006: Richtlinie 2010/6/EU der Kommission vom 9. Februar 2010 (ABl. L 37 vom 10.2.2010, S. 29)

– 32011 R 0574: Verordnung (EU) Nr. 574/2011 der Kommission vom 16. Juni 2011 (ABl. L 159 vom 17.6.2011, S. 7)

– 32012 R 0277: Verordnung (EU) Nr. 277/2012 der Kommission vom 28. März 2012 (ABl. L 91 vom 29.3.2012, S. 1)

– 32012 R 0744: Verordnung (EU) Nr. 744/2012 der Kommission vom 16. August 2012 (ABl. L 219 vom 17.8.2012, S. 5)

– 32013 R 0107: Verordnung (EU) Nr. 107/2013 der Kommission vom 5. Februar 2013 (ABl. L 35 vom 6.2.2013, S. 1)

– 32013 R 1275: Verordnung (EU) Nr. 1275/2013 der Kommission vom 6. Dezember 2013 (ABl. L 328 vom 7.12.2013, S. 86)

– 32015 R 0186: Verordnung (EU) 2015/186 der Kommission vom 6. Februar 2015 (ABl. L 31 vom 7.2.2015, S. 11)

– 32017 R 2229: Verordnung (EU) 2017/2229 der Kommission vom 4. Dezember 2017 (ABl. L 319 vom 5.12.2017, S. 6)

– 32019 R 1869: Verordnung (EU) 2019/1869 der Kommission vom 7. November 2019 (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 32)

2. 32004 H 0704: Empfehlung 2004/704/EG der Kommission vom 11. Oktober 2004 zur Überwachung der natürlichen Belastung von Futtermitteln mit Dioxinen und dioxinähnlichen PCB (ABl. L 321 vom 22.10.2004, S. 38)

3. 32005 L 0006: Richtlinie 2005/6/EG der Kommission vom 26. Januar 2005 zur Änderung der Richtlinie 71/250/EWG hinsichtlich der gemäß der Richtlinie 2002/32/EG vorgeschriebenen Angabe und Auswertung der Analyseergebnisse (ABl. L 24 vom 27.1.2005, S. 33)

4. 32006 H 0088: Empfehlung 2006/88/EG der Kommission vom 6. Februar 2006 zur Reduzierung des Anteils von Dioxinen, Furanen und PCB in Futtermitteln und Lebensmitteln (ABl. L 42 vom 14.2.2006, S. 26), berichtigt in ABl. L 208 vom 2.8.2016, S. 58

5. 32006 H 0756: Empfehlung 2006/576 der Kommission vom 17. August 2006 betreffend das Vorhandensein von Deoxynivalenol, Zearalenon, Ochratroxin A, T-2- und HT-2-Toxin sowie von Fumonisinen in zur Verfütterung an Tiere bestimmten Erzeugnissen (ABl. L 229 vom 23.8.2006, S. 7), berichtigt in ABl. L 140 vom 1.6.2007, S. 59

6. 32015 R 0786: Verordnung (EU) 2015/786 der Kommission vom 19. Mai 2015 zur Festlegung von Kriterien für die Zulässigkeit von Entgiftungsverfahren, denen zur Tierernährung bestimmte Erzeugnisse unterzogen werden, gemäß der Richtlinie 2002/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 125 vom 21.5.2015, S. 10)

7. 32016 R 1110: Empfehlung (EU) 2016/1110 der Kommission vom 28. Juni 2016 zur Überwachung des Vorkommens von Nickel in Futtermitteln (ABl. L 183 vom 8.7.2016, S. 68)

KAPITEL 4

ARZNEIFUTTERMITTEL

1. 32019 R 0004: Verordnung (EU) 2019/4 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von Arzneifuttermitteln, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 183/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 90/167/EWG des Rates (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 1)

KAPITEL 5

VÖLKERRECHTLICHE ÜBEREINKÜNFTE DER UNION

ABSCHNITT A

EWR-ABKOMMEN

1. 31994 D 0001: Beschluss des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluss des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten sowie der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen, dem Königreich Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 1)

2. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Schlussakte - Gemeinsame Erklärungen der Vertragsparteien - Erklärung der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten - Übereinkommen - Vereinbarte Niederschrift - Erklärungen einzelner oder mehrerer Vertragspartner des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 1)

3. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Anhang I - Veterinärwesen und Pflanzenschutz - Liste nach Artikel 17 (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 220), geändert durch:

   – 21994 D 1112: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 12/94 vom 28. September 1994 (ABl. L 292 vom 12.11.1994, S. 39)

– 21995 D 0302(02): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/95 vom 27. Januar 1995 (ABl. L 47 vom 2.3.1995, S. 22)

– 21995 D 0303(03): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/95 vom 27. Januar 1995 (ABl. L 47 vom 2.3.1995, S. 23)

– 21995 D 0304(04): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/95 vom 27. Januar 1995 (ABl. L 47 vom 2.3.1995, S. 24)

– 21996 D 0613(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 37/95 vom 22. Juni 1995 (ABl. L 140 vom 13.6.1996, S. 32)

– 21996 D 0613(02): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 38/95 vom 22. Juni 1995 (ABl. L 140 vom 13.6.1996, S. 34)

– 21996 D 0613(03): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/95 vom 22. Juni 1995 (ABl. L 140 vom 13.6.1996, S. 35)

– 21996 D 0725(04): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 25/96 vom 26. April 1996 (ABl. L 186 vom 25.7.1996, S. 77)

– 21996 D 1114(05): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 38/96 vom 5. Juli 1996 (ABl. L 291 vom 14.11.1996, S. 35)

– 21996 D 1114(06): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/96 vom 5. Juli 1996 (ABl. L 291 vom 14.11.1996, S. 36)

– 21996 D 1114(07): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/96 vom 5. Juli 1996 (ABl. L 291 vom 14.11.1996, S. 37)

– 22000 D 1214 (01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 71/2000 vom 2. Oktober 2000 (ABl. L 315 vom 14.12.2000, S. 1)

– 22001 D 0060: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 60/2001 vom 19. Juni 2001 (ABl. L 238 vom 6.9.2001, S. 1)

– 22001 D 0061: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 61/2001 vom 19. Juni 2001 (ABl. L 238 vom 6.9.2001, S. 3)

– 22001 D 0103: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2001 vom 28. September 2001 (ABl. L 322 vom 6.12.2001, S. 8)

– 22001 D 0132: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 132/2001 vom 9. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 18)

– 22001 D 0150: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 150/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 22)

– 22001 D 0151: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 151/2001 vom 11. Dezember 2001 (ABl. L 65 vom 7.3.2002, S. 24)

– 22002 D 0071: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 71/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 5)

– 22002 D 0079: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 24)

– 22002 D 0096(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 96/2002 vom 12. Juli 2002 (ABl. L 298 vom 31.10.2002, S. 1)

– 22002 D 0121(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 121/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 17)

– 22002 D 0122(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 122/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 18)

– 22003 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2003 vom 31. Januar 2003 (ABl. L 94 vom 10.4.2003, S. 45)

– 22003 D 0039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2003 vom 16. Mai 2003 (ABl. L 193 vom 31.7.2003, S. 1)

– 22003 D 0068: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 68/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 10)

– 22003 D 0069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 12)

– 22003 D 0103: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2003 vom 26. September 2003 (ABl. L 331 vom 18.12.2003, S. 10)

– 22003 D 0167: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 167/2003 vom 5. Dezember 2003 (ABl. L 88 vom 25.3.2004, S. 35)

– 22003 D 0168: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 168/2003 vom 5. Dezember 2003 (ABl. L 88 vom 25.3.2004, S. 37)

– 22004 D 0096: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 96/2004 vom 9. Juli 2004 (ABl. L 376 vom 23.12.2004, S. 17)

– 22004 D 0139: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2004 vom 29. Oktober 2004 (ABl. L 102 vom 21.4.2005, S. 1)

– 22004 D 0140: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 140/2004 vom 29. Oktober 2004 (ABl. L 102 vom 21.4.2005, S. 4)

– 22005 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2005 vom 8. Februar 2005 (ABl. L 161 vom 23.6.2005, S. 3)

– 22005 D 0028: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 28/2005 vom 11. März 2005 (ABl. L 198 vom 28.7.2005, S. 12)

– 22005 D 0029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 29/2005 vom 11. März 2005 (ABl. L 198 vom 28.7.2005, S. 15)

– 22005 D 0052: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 52/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 24)

– 22005 D 0094: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 94/2005 vom 8. Juli 2005 (ABl. L 306 vom 24.11.2005, S. 16)

– 22005 D 0108: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2005 vom 30. September 2005 (ABl. L 339 vom 22.12.2005, S. 1)

– 22005 D 0109: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2005 vom 30. September 2005 (ABl. L 339 vom 22.12.2005, S. 4)

– 22005 D 0130: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 130/2005 vom 21. Oktober 2005 (ABl. L 14 vom 19.1.2006, S. 16)

– 22006 D 0018: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 18/2006 vom 10. März 2006 (ABl. L 147 vom 1.6.2006, S. 26)

– 22006 D 0019: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 19/2006 vom 10. März 2006 (ABl. L 147 vom 1.6.2006, S. 28)

– 22006 D 0043: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 43/2006 vom 28. April 2006 (ABl. L 175 vom 29.6.2006, S. 89)

– 22006 D 0076: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2006 vom 7. Juli 2006 (ABl. L 289 vom 19.10.2006, S. 1)

– 22006 D 0106: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 19)

– 22006 D 0107: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 107/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 21)

– 22006 D 0142: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 142/2006 vom 8. Dezember 2006 (ABl. L 89 vom 29.3.2007, S. 8)

– 22007 D 0003: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 5)

– 22007 D 0039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 70)

– 22007 D 0074: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 74/2007 vom 6. Juli 2007 (ABl. L 328 vom 13.12.2007, S. 8)

– 22007 D 0100: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 100/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 12)

– 22007 D 0138: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 138/2007 vom 26. Oktober 2007 (ABl. L 100 vom 10.4.2008, S. 62)

– 22007 D 0151: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 151/2007 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 124 vom 8.5.2008, S. 9)

– 22007 D 0152: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 152/2007 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 124 vom 8.5.2008, S. 11)

– 22008 D 0021: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 21/2008 vom 14. März 2008 (ABl. L 182 vom 10.7.2008, S. 1)

– 22008 D 0043: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 43/2008 vom 25. April 2008 (ABl. L 223 vom 21.8.2008, S. 36)

– 22009 D 0001: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 1/2009 vom 5. Februar 2009 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 30)

– 22009 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2009 vom 5. Februar 2009 (ABl. L 73 vom 19.3.2009, S. 32)

– 22009 D 0023: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 23/2009 vom 17. März 2009 (ABl. L 130 vom 28.5.2009, S. 11)

– 22009 D 0024: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 24/2009 vom 17. März 2009 (ABl. L 130 vom 28.5.2009, S. 12)

– 22009 D 0042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2009 vom 24. April 2009 (ABl. L 162 vom 25.6.2009, S. 19)

– 22009 D 0057: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 57/2009 vom 29. Mai 2009 (ABl. L 232 vom 3.9.2009, S. 6)

– 22009 D 0105: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 105/2009 vom 22. Oktober 2009 (ABl. L 334 vom 17.12.2009, S. 1)

– 22009 D 0121: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 121/2009 vom 4. Dezember 2009 (ABl. L 62 vom 11.3.2010, S. 1)

– 22010 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2010 vom 29. Januar 2010 (ABl. L 101 vom 22.4.2010, S. 7)

– 22010 D 0020: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 20/2010 vom 12. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 10)

– 22010 D 0021: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 21/2010 vom 12. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 11)

– 22010 D 0022: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 22/2010 vom 12. März 2010 (ABl. L 143 vom 10.6.2010, S. 13)

– 22010 D 0039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 4)

– 22010 D 0081: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 81/2010 vom 2. Juli 2010 (ABl. L 227 vom 21.10.2010, S. 34)

– 22010 D 0116: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 116/2010 vom 10. November 2010 (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 73)

– 22011 D 0008: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 8/2011 vom 1. April 2011 (ABl. L 171 vom 30.6.2011, S. 3)

– 22011 D 0009: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 9/2011 vom 1. April 2011 (ABl. L 171 vom 30.6.2011, S. 3)

– 22011 D 0111: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 111/2011 vom 21. Oktober 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 69)

– 22011 D 0125: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 125/2011 vom 2. Dezember 2011 (ABl. L 76 vom 15.3.2012, S. 5)

– 22012 D 0037: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 37/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 4)

– 22012 D 0038: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 38/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 10)

– 22012 D 0078: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2012 vom 30. April 2012 (ABl. L 248 vom 13.9.2012, S. 9)

– 22012 D 0155: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 155/2012 vom 28. September 2012 (ABl. L 341 vom 13.12.2012, S. 5)

– 22012 D 0193: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 193/2012 vom 26. Oktober 2012 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 41)

– 22013 D 0030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 30/2013 vom 15. März 2013 (ABl. L 231 vom 29.8.2013, S. 1)

– 22013 D 0031: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 31/2013 vom 15. März 2013 (ABl. L 231 vom 29.8.2013, S. 4)

– 22013 D 0032: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 32/2013 vom 15. März 2013 (ABl. L 231 vom 29.8.2013, S. 5)

– 22013 D 0033: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 33/2013 vom 15. März 2013 (ABl. L 231 vom 29.8.2013, S. 7)

– 22013 D 0053: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 53/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 3)

– 22013 D 0106: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 7)

– 22013 D 0153: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 153/2013 vom 8. Oktober 2013 (ABl. L 58 vom 27.2.2014, S. 1)

– 22013 D 0183: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 183/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 7)

– 22013 D 0216: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 216/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 6)

– 22013 D 0217: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 217/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 8)

– 22013 D 0218: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 218/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 11)

– 22014 D 0113: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 113/2014 vom 27. Juni 2014 (ABl. L 342 vom 27.11.2014, S. 1)

– 22014 D 0114: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2014 vom 27. Juni 2014 (ABl. L 342 vom 27.11.2014, S. 3)

– 22014 D 0115: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2014 vom 27. Juni 2014 (ABl. L 342 vom 27.11.2014, S. 5)

– 22014 D 0168: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 168/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 13)

– 22014 D 0209: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 209/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 1)

– 22015 D 2121: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 254/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 1)

– 22016 D 0492: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 7)

– 22016 D 0493: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 9)

– 22016 D 0494: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 10)

– 22016 D 0721: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 38/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 8)

– 22016 D 0722: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 11)

– 22016 D 0723: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 13)

– 22016 D 1264: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 81/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 13)

– 22016 D 1265: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 82/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 15)

– 22017 D 0016: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 176/2015 vom 10. Juli 2015 (ABl. L 8 vom 12.1.2017, S. 3)

– 22017 D 0509: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 202/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 11)

– 22017 D 0510: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 203/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 12)

– 22017 D 1027: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 238/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 8)

– 22017 D 1028: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 239/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 12)

– 22017 D 1029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 240/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 13)

– 22017 D 1030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 241/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 14)

– 22017 D 1031: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 242/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 15)

– 22017 D 1032: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 243/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 17)

– 22017 D 1288: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 9)

– 22017 D 1289: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 10)

– 22017 D 1290: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 7/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 11)

– 22017 D 1291: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 8/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 12)

– 22017 D 1872: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 3)

– 22017 D 1873: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 43/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 5)

– 22017 D 2020: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 70/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 8)

– 22017 D 2021: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 71/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 10)

– 22018 D 0356: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 134/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 1)

– 22018 D 0357: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 135/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 3)

– 22018 D 1157: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 219/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 5)

– 22018 D 1158: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 220/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 7)

– 22018 D 1159: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 221/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 8)

– 22018 D 1160: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 222/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 10)

– 22018 D 1161: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 223/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 12)

– 22018 D 1162: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 224/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 14)

– 22018 D 1740: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 7)

– 22018 D 1812: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 48/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 4)

– 22019 D 0186: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 74/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 11)

– 22019 D 0187: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 75/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 12)

– 22019 D 0188: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 14)

– 22019 D 0189: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 17)

– 22019 D 0727: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 120/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 5)

– 22019 D 0728: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 121/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 8)

– 22019 D 1044: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 156/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 10)

– 22019 D 1219: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 31/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 192 vom 18.7.2019, S. 40)

– 22019 D 1357: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 194/2017 vom 27. Oktober 2017 (ABl. L 219 vom 22.8.2019, S. 3)

– 22019 D 1621: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 212/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 8)

– 22019 D 1622: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 213/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 13)

– 22019 D 1623: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 214/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 15)

– 22019 D 1624: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 215/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 17)

– 22020 D 0055: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 38/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 7)

– 22020 D 0056: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 9)

– 22020 D 0296: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 277/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 6)

– 22020 D 0297: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 278/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 7)

– 22020 D 0298: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 279/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 8)

– 22020 D 0299: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 280/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 10)

– 22020 D 0300: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 281/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 12)

– 22020 D 0301: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 282/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 14)

– 22020 D 0302: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 284/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 17)

– 22020 D 0306: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 288/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 24)

– 22020 D 0802: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 48/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 5)

– 22020 D 0803: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 49/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 7)

– 22020 D 0804: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 50/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 9)

– 22020 D 0805: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 51/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 10)

– 22020 D 0806: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 52/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 12)

– 22020 D 0807: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 53/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 14)

– 22020 D 0810: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 56/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 20)

– 22020 D 0921: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 3)

– 22020 D 0923: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 7)

– 22020 D 1439: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 4)

– 22020 D 1440: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 80/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 7)

– 22021 D 0189: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 127/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 8)

– 22021 D 0190: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 128/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 10)

– 22021 D 0191: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 129/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 12)

– 22021 D 0192: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 130/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 14)

– 22021 D 1494: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 227/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2021, S. 11)

– 22021 D 1495: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 228/2018 vom 5. Dezember 2018 (ABl. L 337 vom 23.9.2011, S. 13)

– 22022 D 1116: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 48/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 16)

– 22022 D 1536: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 92/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 7)

– 22022 D 1541: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 97/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 16)

– 22022 D 1542: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 98/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 19)

– 22022 D 1543: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 99/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 21)

– 22022 D 1544: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 100/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 24)

– 22022 D 1550: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 35)

– 22022 D 1551: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 107/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 37)

– 22022 D 1557: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 113/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 49)

– 22022 D 1866: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 166/2022 vom 10. Juni 2022 (ABl. L 267 vom 13.10.2022, S. 3)

– 22022 D 1867: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 167/2022 vom 10. Juni 2022 (ABl. L 276 vom 13.10.2022, S. 5)

– 22022 D 2008: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 5)

– 22022 D 2133: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 9)

– 22022 D 2134: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 142/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 10)

– 22022 D 2135: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 143/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 12)

Eine konsolidierte Fassung von Anhang I des EWR-Abkommens ist auf der Website der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) verfügbar: https://www.efta.int/.

ABSCHNITT B

ABKOMMEN MIT DER SCHWEIZ

4. 32002 D 0309: Beschluss (2002/309/EG, Euratom) des Rates und — bezüglich des Abkommens über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit — der Kommission vom 4. April 2002 über den Abschluss von sieben Abkommen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 1)

5. 22022 A 0430(04): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 132), berichtigt in ABl. L 142 vom 31.5.2002, S. 92, geändert durch:

   – 22007 D 0458: Beschluss Nr. 1/2007 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft (ABl. L 173 vom 1.7.2007, S. 31)

6. 22022 A 0430(04): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen - Schlussakte (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 350)

7. 22003 D 0808: Beschluss Nr. 1/2003 (2003/808/EG) des mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingesetzten Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft vom 21. Oktober 2003 zur Annahme seiner Geschäftsordnung (ABl. L 303 vom 21.11.2003, S. 24)

8. 22003 D 0809: Beschluss Nr. 2/2003 (2003/809/EG) des mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingesetzten Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft vom 21. Oktober 2003 über die Einsetzung der Arbeitsgruppen und die Annahme ihrer Mandate (ABl. L 303 vom 21.11.2003, S. 27)

TEIL VI

PFLANZENSCHUTZ

San Marino wendet alle Verpflichtungen an, die sich aus den von der EU geschlossenen internationalen Übereinkünften ergeben, soweit diese Verpflichtungen die für das ordnungsgemäße Funktionieren dieses Abkommens erforderlichen Vorschriften über Pflanzenschutz betreffen.

KAPITEL 1

PFLANZENGESUNDHEIT – SCHÄDLICHE ORGANISMEN

ABSCHNITT A

SPEZIFISCHE BEKÄMPFUNGSMAßNAHMEN

1. 32016 R 2031: Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 228/2013, (EU) Nr. 652/2014 und (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 69/464/EWG, 74/647/EWG, 93/85/EWG, 98/57/EG, 2000/29/EG, 2006/91/EG und 2007/33/EG des Rates (ABl. L 317 vom 23.11.2016, S. 4), geändert durch:

   – 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

2. 32018 R 2018: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2018 der Kommission vom 18. Dezember 2018 zur Festlegung besonderer Vorschriften für das Verfahren zur Durchführung der Risikobewertung in Bezug auf Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und andere Gegenstände mit hohem Risiko im Sinne des Artikels 42 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 323 vom 18.12.2018, S. 7)

3. 32018 R 2019: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2019 der Kommission vom 18. Dezember 2018 zur Erstellung einer vorläufigen Liste von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen Gegenständen mit hohem Risiko im Sinne des Artikels 42 der Verordnung (EU) 2016/2031 und einer Liste von Pflanzen, für die gemäß Artikel 73 der genannten Verordnung für das Einführen in die Union kein Pflanzengesundheitszeugnis benötigt wird (ABl. L 323 vom 18.12.2018, S. 10), geändert durch:

   – 32019 R 2072: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 der Kommission vom 28. November 2019 (ABl. L 319 vom 10.12.2019, S. 1)

   – 32020 R 1214: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1214 der Kommission vom 21. August 2020 (ABl. L 275 vom 24.8.2020, S. 12)

   – 32020 R 1361: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1361 der Kommission vom 30. September 2020 (ABl. L 317 vom 1.10.2020, S. 1)

   – 32021 R 0419: Durchführungsverordnung (EU) 2021/419 der Kommission vom 9. März 2021 (ABl. L 83 vom 10.3.2021, S. 6)

   – 32021 R 1936: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1936 der Kommission vom 9. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 27)

– 32022 R 0230: Durchführungsverordnung (EU) 2022/230 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 39 vom 21.2.2022, S. 11)

– 32022 R 0853: Durchführungsverordnung (EU) 2022/853 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 62)

– 32022 R 1309: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1309 der Kommission vom 26. Juli 2022 (ABl. L 198 vom 27.7.2022, S. 4)

– 32022 R 1404: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1404 der Kommission vom 16. August 2022 (ABl. L 214 vom 17.8.2022, S. 3)

4. 32019 R 0066: Durchführungsverordnung (EU) 2019/66 der Kommission vom 16. Januar 2019 zu Bestimmungen über einheitliche praktische Modalitäten für die Durchführung der amtlichen Kontrollen, mit denen bei Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen Gegenständen die Einhaltung der für diese Waren geltenden Unionsvorschriften für Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen überprüft wird (ABl. L 15 vom 17.1.2019, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 0887: Durchführungsverordnung (EU) 2020/887 der Kommission vom 26. Juni 2020 (ABl. L 205 vom 29.6.2020, S. 16)

5. 32019 R 0530: Durchführungsverordnung (EU) 2019/530 der Kommission vom 27. März 2019 zur Benennung von Referenzlaboratorien der Europäischen Union für Pflanzenschädlinge für Insekten und Milben, Nematoden, Bakterien, Pilze und Eipilze, Viren, Viroide und Phytoplasmen (ABl. L 88 vom 29.3.2019, S. 19)

6. 32019 R 0829: Delegierte Verordnung (EU) 2019/829 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen zwecks Ermächtigung der Mitgliedstaaten, befristete Ausnahmen für amtliche Tests, für wissenschaftliche Zwecke oder für Bildungszwecke, Versuche, Sortenauslese bzw. Züchtungsvorhaben zuzulassen (ABl. L 137 vom 23.5.2019, S. 15)

7. 32019 R 1702: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1702 der Kommission vom 1. August 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Aufstellung einer Liste der prioritären Schädlinge (ABl. L 260 vom 11.10.2019, S. 8)

8. 32019 R 1715: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1715 der Kommission vom 30. September 2019 mit Vorschriften zur Funktionsweise des Informationsmanagementsystems für amtliche Kontrollen und seiner Systemkomponenten (ABl. L 261 vom 14.10.2019, S. 37), geändert durch:

   – 32021 R 0547: Durchführungsverordnung (EU) 2021/547 der Kommission vom 29. März 2021 (ABl. L 109 vom 30.3.2021, S. 60)

9. 32019 R 2148: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2148 Der Kommission vom 13. Dezember 2019 über besondere Vorschriften für die Freigabe von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen Gegenständen aus den Quarantänestationen und geschlossenen Anlagen gemäß der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 156)

10. 32022 R 1456: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1456 der Kommission vom 10. Juni 2022 zur Festlegung einer Ausnahme von Artikel 43 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bedingungen für die Einfuhr in das Gebiet der Union von Verpackungsmaterial aus Holz in Form von Munitionskisten mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika, die unter Kontrolle des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten stehen und vor dem 1. September 2007 hergestellt wurden (ABl. L 229 vom 5.9.2022, S. 5)

11. 32022 R 1916: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1916 der Kommission vom 7. Oktober 2022 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/2019 hinsichtlich bestimmter zum Anpflanzen bestimmter Pflanzen der Art *Juglans regia* L. mit Ursprung in der Republik Moldau (ABl. L 263 vom 10.10.2022, S. 3)

12. 32022 R 1941: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1941 der Kommission vom 13. Oktober 2022 über das Verbot der Einschleppung, Verbringung, Haltung, Vermehrung oder Freisetzung bestimmter Schädlinge gemäß Artikel 30 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 268 vom 14.10.2022, S. 13)

13. 32022 R 1941: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1941 der Kommission vom 13. Oktober 2022 über das Verbot der Einschleppung, Verbringung, Haltung, Vermehrung oder Freisetzung bestimmter Schädlinge gemäß Artikel 30 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 268 vom 14.10.2022, S. 13)

ABSCHNITT B

SPEZIFISCHE BEKÄMPFUNGSMAßNAHMEN

14. 31986 D 0250: Entscheidung 86/250/EWG der Kommission vom 5. Mai 1986 über Änderungen zu den Schutzmaßnahmen Dänemarks gegen die Einschleppung von bakterieller Ringfäule bei Konsumkartoffeln (ABl. L 165 vom 21.6.1986, S. 36)

15. 32012 D 0270: Durchführungsbeschluss 2012/270/EU der Kommission vom 16. Mai 2012 über Dringlichkeitsmaßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung von *Epitrix cucumeris* (Harris), *Epitrix similaris* (Gentner), *Epitrix subcrinita* (Lec.) und *Epitrix tuberis* (Gentner) (ABl. L 132 vom 23.5.2012, S. 18), geändert durch:

– 32016 D 1359: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1359 der Kommission vom 8. August 2016 (ABl. L 215 vom 10.8.2016, S. 29)

– 32018 D 0005: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/5 der Kommission vom 3. Januar 2018 (ABl. L 2 vom 5.1.2018, S. 11)

16. 32012 D 0535: Durchführungsbeschluss 2012/535/EU der Kommission vom 26. September 2012 über Sofortmaßnahmen gegen die Ausbreitung von *Bursaphelenchus xylophilus* (Steiner et Buhrer) Nickle et al. (Kiefernfadenwurm) in der Union (ABl. L 266 vom 2.10.2012, S. 42), geändert durch:

– 32015 D 0226: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/226 der Kommission vom 11. Februar 2015 (ABl. L 37 vom 13.2.2015, S. 21)

– 32017 D 0427: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/427 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 64 vom 10.3.2017, S. 109)

– 32018 D 0618: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/618 der Kommission vom 19. April 2018 (ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 17)

17. 32012 D 0697: Durchführungsbeschluss 2012/697/EU der Kommission vom 8. November 2012 hinsichtlich Maßnahmen zum Schutz vor der Einschleppung der Gattung *Pomacea* (Perry) in die EU und ihrer Ausbreitung in der EU (ABl. L 311 vom 10.11.2012, S. 14)

18. 32014 R 0063: Empfehlung 2014/63/EU der Kommission vom 6. Februar 2014 über Maßnahmen zur Bekämpfung von *Diabrotica virgifera virgifera* Le Conte in Gebieten der Union, in denen er nachgewiesen wurde (ABl. L 38 vom 7.2.2014, S. 46)

19. 32015 D 0893: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/893 der Kommission vom 9. Juni 2015 über Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung von *Anoplophora glabripennis* (Motschulsky) (ABl. L 146 vom 11.6.2015, S. 16)

20. 32018 D 0638: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/638 der Kommission vom 23. April 2018 über Dringlichkeitsmaßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung des Schadorganismus *Spodoptera frugiperda* (Smith) (ABl. L 105 vom 25.4.2018, S. 31), geändert durch:

    – 32019 D 1598: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1598 der Kommission vom 26. September 2019 (ABl. L 248 vom 27.9.2019, S. 86)

    – 32021 D 0869: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/869 der Kommission vom 27. Mai 2021 (ABl. L 191 vom 31.5.2021, S. 4)

21. 32019 D 2032: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2032 der Kommission vom 26. November 2019 über Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung von *Fusarium circinatum* Nirenberg & O'Donnell (vormals *Gibberella circinata*) und zur Aufhebung der Entscheidung 2007/433/EG (ABl. L 313 vom 4.12.2019, S. 94)

22. 32020 D 0758: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/758 der Kommission vom 4. Juni 2020 über die vom Vereinigten Königreich in Bezug auf *Xylella fastidiosa* und *Ceratocystis platani* zu ergreifenden Maßnahmen (ABl. L 179 vom 9.6.2020, S. 8)

23. 32020 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1191 der Kommission vom 11. August 2020 über Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung des Tomato brown rugose fruit virus (ToBRFV) und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2019/1615 (ABl. L 262 vom 12.8.2020, S. 6), geändert durch:

    – 32021 R 0074 Durchführungsverordnung (EU) 2021/74 der Kommission vom 26. Januar 2021 (ABl. L 27 vom 27.1.2021, S. 15)

24. 32020 R 1201: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1201 der Kommission vom 14. August 2020 über Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung von *Xylella fastidiosa* (Wells *et al.*) (ABl. L 269 vom 17.8.2020, S. 2), berichtigt in ABl. L 326 vom 8.10.2020, S. 14, geändert durch:

    – 32021 R 1688: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1688 der Kommission vom 20. September 2021 (ABl. L 332 vom 21.9.2021, S. 6)

    – 32021 R 2130: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2130 der Kommission vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 432 vom 6.12.2021, S. 19)

25. 32021 R 1809: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1809 der Kommission vom 13. Oktober 2021 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1191 über Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung des Tomato brown rugose fruit virus (ToBRFV) (ABl. L 365 vom 14.10.2021, S. 41)

26. 32022 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1192 der Kommission vom 11. Juli 2022 mit Maßnahmen zur Tilgung und zur Verhinderung der Ausbreitung von *Globodera pallida* (Stone) Behrens und *Globodera rostochiensis* (Wollenweber) Behrens (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 12)

27. 32022 R 1193: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1193 der Kommission vom 11. Juli 2022 mit Maßnahmen zur Tilgung und zur Verhinderung der Ausbreitung von *Ralstonia solanacearum* (Smith 1896) Yabuuchi *et al.* 1996 emend. Safni *et al.* 2014 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 27)

28. 32022 R 1194: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1194 der Kommission vom 11. Juli 2022 mit Maßnahmen zur Tilgung und zur Verhinderung der Ausbreitung von *Clavibacter sepedonicus* (Spieckermann & Kotthoff 1914) Nouioui *et al.* 2018 (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 47)

29. 32022 R 1195: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1195 der Kommission vom 11. Juli 2022 mit Maßnahmen zur Tilgung und zur Verhinderung der Ausbreitung von *Synchytrium endobioticum* (Schilbersky) Percival (ABl. L 185 vom 12.7.2022, S. 65)

30. 32022 R 1265: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1265 der Kommission vom 20. Juli 2022 mit Maßnahmen zum Schutz des Gebiets der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung des Rose-rosette-Virus (ABl. L 192 vom 21.7.2022, S. 14)

31. 32022 R 1372: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1372 der Kommission vom 5. August 2022 über befristete Maßnahmen gegen die Einschleppung in die Union sowie die Verbringung, Ausbreitung, Vermehrung und Freisetzung innerhalb der Union von *Meloidogyne graminicola* (Golden & Birchfield) (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 16)

32. 32022 R 1629: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1629 der Kommission vom 21. September 2022 mit Maßnahmen zur Eindämmung von *Ceratocystis platani* (J.M. Walter) Engelbr. & T.C. Harr. innerhalb bestimmter abgegrenzter Gebiete (ABl. L 245 vom 22.9.2020, S. 14)

33. 32022 R 1630: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1630 der Kommission vom 21. September 2022 mit Maßnahmen zur Eindämmung von Grapevine flavescence dorée phytoplasma innerhalb bestimmter abgegrenzter Gebiete (ABl. L 245 vom 22.9.2022, S. 27)

34. 32022 R 1659: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1659 der Kommission vom 27. September 2022 über gleichwertige Anforderungen an das Einführen von Früchten von *Citrus sinensis* Pers. mit Ursprung in Israel in die Union angesichts der Risiken aufgrund von *Thaumatotibia leucotreta* (ABl. L 250 vom 28.9.2022, S. 1)

35. 32022 R 2095: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2095 der Kommission vom 28. Oktober 2022 zur Einführung von Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung, Etablierung und Ausbreitung von *Anoplophora chinensis* (Forster) und zur Aufhebung des Beschlusses 2012/138/EU (ABl. L 281 vom 31.10.2022, S. 53)

ABSCHNITT C

SCHUTZGEBIETE

36. 31992 L 0070: Richtlinie 92/70/EWG der Kommission vom 30. Juli 1992 mit Einzelheiten zu den für die Anerkennung von Schutzgebieten in der Gemeinschaft erforderlichen Untersuchungen (ABl. L 250 vom 29.8.1992, S. 37)

37. 31993 L 0051: Richtlinie 93/51/EWG der Kommission vom 24. Juni 1993 mit Vorschriften über das Verbringen bestimmter Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und anderer Gegenstände durch Schutzgebiete und über das Verbringen bestimmter Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und anderer Gegenstände mit Ursprung in und innerhalb von Schutzgebieten (ABl. L 205 vom 17.8.1993, S. 24)

38. 32017 R 2313: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2313 der Kommission vom 13. Dezember 2017 zur Festlegung der formalen Anforderungen an den Pflanzenpass für die Verbringung innerhalb des Gebiets der Union und den Pflanzenpass für das Einführen in ein Schutzgebiet und die Verbringung innerhalb dieses Gebiets (ABl. L 331 vom 31.12.2017, S. 44)

39. 32019 R 2072: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 der Kommission vom 28. November 2019 zur Festlegung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 690/2008 der Kommission sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/2019 der Kommission (ABl. L 319 vom 10.12.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 197 vom 4.6.2020, S. 65, geändert durch:

   – 32020 D 1598: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1598 der Kommission vom 13. August 2020 (ABl. L 267 vom 14.8.2020, S. 3)

   – 32020 R 1292: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1292 der Kommission vom 15. September 2020 (ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 20)

   – 32020 R 1825: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1825 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 58)

– 32020 R 2210: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2210 der Kommission vom 22. Dezember 2020 (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 28)

– 32020 R 2211: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2211 der Kommission vom 22. Dezember 2020 (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 41)

– 32021 R 0759: Durchführungsverordnung (EU) 2021/759 der Kommission vom 7. Mai 2021 (ABl. L 162 vom 10.5.2021, S. 18)

– 32021 R 2069: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2069 der Kommission vom 25. November 2021 (ABl. L 421 vom 26.11.2021, S. 28)

– 32021 R 2285: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2285 der Kommission vom 14. Dezember 2021 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 173)

– 32022 R 0230: Durchführungsverordnung (EU) 2022/230 der Kommission vom 18. Februar 2022 (ABl. L 39 vom 21.2.2022, S. 11)

– 32022 R 0853: Durchführungsverordnung (EU) 2022/853 der Kommission vom 31. Mai 2022 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 62)

– 32022 R 0959: Durchführungsverordnung (EU) 2022/959 der Kommission vom 16. Juni 2022 (ABl. L 165 vom 21.6.2022, S. 30)

40. 32022 R 2404: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2404 der Kommission vom 14. September 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Einzelheiten für die Erhebungen zu Schutzgebiet-Quarantäneschädlingen und zur Aufhebung der Richtlinie 92/70/EWG der Kommission (ABl. L 317 vom 9.12.2022, S. 42)

ABSCHNITT D

REGISTRIERUNG VON UNTERNEHMERN – PFLANZENPÄSSE

41. 31992 L 0090: Richtlinie 92/90/EWG der Kommission vom 3. November 1992 über die Verpflichtungen der Erzeuger und Einführer von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen oder anderen Gegenständen sowie über die Einzelheiten ihrer Registrierung (ABl. L 344 vom 26.11.1992, S. 38)

42. 31993 L 0050: Richtlinie 93/50/EWG der Kommission vom 24. Juni 1993 über die amtliche Registrierung der Erzeuger bestimmter, nicht in Anhang V Teil A der Richtlinie 77/93/EWG des Rates aufgeführter Pflanzen bzw. der Sammel- und Versandstellen im Gebiet der Erzeugung (ABl. L 205 vom 17.8.1993, S. 22)

43. 32017 R 2313: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2313 der Kommission vom 13. Dezember 2017 zur Festlegung der formalen Anforderungen an den Pflanzenpass für die Verbringung innerhalb des Gebiets der Union und den Pflanzenpass für das Einführen in ein Schutzgebiet und die Verbringung innerhalb dieses Gebiets (ABl. L 331 vom 31.12.2017, S. 44)

44. 32020 R 1770: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1770 der Kommission vom 26. November 2020 über Typen und Arten von zum Anpflanzen bestimmten Pflanzen, für die die Anforderung der Angabe des Rückverfolgbarkeitscodes in Pflanzenpässen gemäß der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 92/105/EWG der Kommission nicht gilt (ABl. L 398 vom 27.11.2020, S. 6)

45. 32022 R 1927: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1927 der Kommission vom 11. Oktober 2022 mit Maßnahmen zur Eindämmung von *Aleurocanthus spiniferus* (Quaintance) innerhalb bestimmter abgegrenzter Gebiete (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 72)

ABSCHNITT E

EINFUHR AUS DRITTLÄNDERN

46. 31991 D 0261: Entscheidung 91/261/EWG der Kommission vom 2. Mai 1991 zur Anerkennung Australiens als frei von Erwinia amylovora (Burr.) Winsl. et al. (ABl. L 126 vom 22.5.1991, S. 22)

47. 32002 D 0360: Entscheidung 2002/360/EG der Kommission vom 13. Mai 2002 zur Änderung der Maßnahmen Österreichs zum Schutz gegen die Einschleppung von Anoplophora glabripennis (Motschulsky) (ABl. L 127 vom 14.5.2002, S. 19)

48. 32004 L 0105: Richtlinie 2004/105/EG der Kommission vom 15. Oktober 2004 zur Festlegung der Muster der amtlichen Pflanzengesundheitszeugnisse und Pflanzengesundheitszeugnisse für die Wiederausfuhr, die den in Richtlinie 2000/29/EG des Rates aufgeführten Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und sonstigen Gegenständen aus Drittländern beiliegen (ABl. L 319 vom 20.10.2004, S. 9)

49. 32004 D 0200: Entscheidung 2004/200/EG der Kommission vom 27. Februar 2004 mit Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung des Pepino Mosaic Virus (ABl. L 644 vom 2.3.2004, S. 3)

50. 32011 D 0787: Durchführungsbeschluss 2011/787/EU der Kommission vom 29. November 2011 zur befristeten Ermächtigung der Mitgliedstaaten, zum Schutz vor der Verbreitung von *Ralstonia solanacearum* (Smith) Yabuuchi et al. Sofortmaßnahmen gegenüber Ägypten zu treffen (ABl. L 319 vom 2.12.2011, S. 112)

51. 32012 D 0219: Durchführungsbeschluss 2012/219/EU der Kommission vom 24. April 2012 zur Anerkennung Serbiens als frei von *Clavibacter michiganensis* ssp. *sepedonicus* (Spieckermann & Kotthoff) Davis et al. (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 28)

52. 32015 D 1199: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1199 der Kommission vom 17. Juli 2015 zur Anerkennung von Bosnien und Herzegowina als frei von *Clavibacter michiganensis* ssp. *sepedonicus* (Spieckermann & Kotthoff) Davis et al. (ABl. L 194 vom 22.7.2015, S. 42)

53. 32017 D 2374: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2374 der Kommission vom 15. Dezember 2017 zur Festlegung der Bedingungen für die Verbringung, Lagerung und Verarbeitung bestimmter Früchte und ihrer Hybriden mit Ursprung in Drittländern zum Schutz der Union gegen die Einschleppung bestimmter Schadorganismen (ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 60)

54. 32018 D 1503: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1503 der Kommission vom 8. Oktober 2018 zur Festlegung von Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung von *Aromia bungii* (Faldermann) (ABl. L 254 vom 10.10.2108, S. 9)

55. 32019 R 1013: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1013 der Kommission vom 16. April 2019 über die Vorabinformation über Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren, die in die Union verbracht werden (ABl. L 165 vom 21.6.2019, S. 8)

56. 32020 R 0178: Durchführungsverordnung (EU) 2020/178 der Kommission vom 31. Januar 2020 zur Darstellung von Informationen für aus Drittländern ankommende Reisende und für Kunden von Postdiensten sowie von bestimmten Unternehmern betreffend die Verbote, denen das Einführen von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen Gegenständen in das Gebiet der Union nach der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates unterliegt (ABl. L 37 vom 10.2.2020, S. 1), geändert durch:

– 32022 R 0680: Durchführungsverordnung (EU) 2022/680 der Kommission vom 27. April 2022 (ABl. L 128 vom 28.4.2022, S. 1)

57. 32020 R 1213: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1213 der Kommission vom 21. August 2020 mit Pflanzenschutzmaßnahmen für das Einführen bestimmter Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und anderer Gegenstände, die aus dem Anhang der Durchführungsverordnung (EU) 2018/2019 gestrichen wurden, in die Union (ABl. L 275 vom 24.8.2020, S. 5), geändert durch:

– 32020 R 1362: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1362 der Kommission vom 30. September 2020 (ABl. L 317 vom 1.10.2020, S. 5)

– 32021 R 0419: Durchführungsverordnung (EU) 2021/419 der Kommission vom 9. März 2021 (ABl. L 83 vom 10.3.2021, S. 6)

58. 32021 R 0127: Durchführungsverordnung (EU) 2021/127 der Kommission vom 3. Februar 2021 zur Festlegung der Anforderungen an das Einführen von Verpackungsmaterial aus Holz für die Beförderung bestimmter Waren mit Ursprung in bestimmten Drittländern in das Gebiet der Union und für Pflanzengesundheitskontrollen bei diesem Material sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2018/1137 (ABl. L 40 vom 4.2.2021, S. 3)

59. 32022 R 0632: Durchführungsverordnung (EU) 2022/632 der Kommission vom 13. April 2022 mit befristeten Maßnahmen für spezifizierte Früchte mit Ursprung in Argentinien, Brasilien, Südafrika, Uruguay und Simbabwe zum Schutz des Unionsgebiets gegen die Einschleppung und Ausbreitung des Schädlings *Phyllosticta citricarpa* (McAlpine) Van der Aa (ABl. L 117 vom 19.4.2022, S. 11)

60. 32023 R 0158: Durchführungsverordnung (EU) 2023/158 der Kommission vom 23. Januar 2023 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/2019 hinsichtlich einiger zum Anpflanzen bestimmter Pflanzen von *Prunus domestica* und *Prunus cerasifera* mit Ursprung in der Ukraine (ABl. L 22 vom 24.1.2023, S. 15)

ABSCHNITT F

KONTROLLEN UND MELDUNG VON BEANSTANDUNGEN

61. 32008 L 0061: Richtlinie 2008/61/EG der Kommission vom 17. Juni 2008 mit den Bedingungen, unter denen bestimmte Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und andere Gegenstände gemäß den Anhängen I bis V der Richtlinie 2000/29/EG des Rates zu Versuchs-, Forschungs- und Züchtungszwecken in die Gemeinschaft oder bestimmte Schutzgebiete derselben eingeführt oder darin verbracht werden dürfen (ABl. L 158 vom 18.6.2008, S. 41)

62. 32019 R 1014: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1014 der Kommission vom 12. Juni 2019 mit detaillierten Bestimmungen betreffend die Mindestanforderungen an Grenzkontrollstellen, einschließlich Kontrollzentren, und das Format, die Kategorien und die Abkürzungen, die bei der Auflistung der Grenzkontrollstellen und der Kontrollstellen zu verwenden sind (ABl. L 165 vom 21.6.2019, S. 10)

ABSCHNITT G

AUSNAHMEN

63. 31993 D 0359: Entscheidung 93/359/EWG: der Kommission vom 28. Mai 1993 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für Holz von Thuja L. mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vorzusehen (ABl. L 148 vom 19.6.1993, S. 41)

64. 31993 D 0360: Entscheidung 93/360/EWG der Kommission vom 28. Mai 1993 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für Holz von Thuja L. mit Ursprung in Kanada Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vorzusehen (ABl. L 148 vom 19.6.1993, S. 45)

65. 31993 D 0365: Entscheidung 93/365/EWG der Kommission vom 2. Juni 1993 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für wärmebehandeltes Nadelholz mit Ursprung in Kanada Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vorzusehen, und zur Festlegung der Kennzeichnung des wärmebehandelten Holzes (ABl. L 151 vom 23.6.1993, S. 38)

66. 31993 D 0422: Entscheidung 93/422/EWG der Kommission vom 22. Juni 1993 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für künstlich getrocknetes Nadelholz mit Ursprung in Kanada Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vorzusehen, und zur Festlegung der Kennzeichnung des künstlich getrockneten Holzes (ABl. L 195 vom 4.8.1993, S. 51)

67. 31993 D 0423: Entscheidung 93/423/EWG der Kommission vom 22. Juni 1993 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für künstlich getrocknetes Nadelholz mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vorzusehen, und zur Festlegung der Kennzeichnung des künstlich getrockneten Holzes (ABl. L 195 vom 4.8.1993, S. 55)

68. 32002 D 0499: Entscheidung 2002/499/EG der Kommission vom 26. Juni 2002 zur Genehmigung von Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates für auf natürliche oder künstliche Weise kleinwüchsig gehaltene Pflanzen von Chamaecyparis Spach, Juniperus L. und Pinus L. mit Ursprung in der Republik Korea (ABl. L 168 vom 27.6.2002, S. 53), geändert durch:

   – 32005 D 0775: Entscheidung 2005/775/EG der Kommission vom 4. November 2005 (ABl. L 292 vom 8.11.2005, S. 11)

   – 32007 D 0432: Entscheidung 2007/432/EG der Kommission vom 18. Juni 2007 (ABl. L 161 vom 22.6.2007, S. 65)

   – 32010 D 0646: Beschluss 2010/646/EU der Kommission vom 26. Oktober 2010 (ABl. L 281 vom 27.10.2010, S. 98)

69. 32003 D 0063: Entscheidung 2003/63/EG der Kommission vom 28. Januar 2003 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für nicht zum Pflanzen bestimmte Kartoffeln/Erdäpfel mit Ursprung in bestimmten Provinzen Kubas vorübergehende Ausnahmen von der Richtlinie 2000/29/EG des Rates zu gewähren (ABl. L 24 vom 29.1.2003, S. 11), geändert durch:

– 32005 D 0649: Entscheidung 2005/649/EG der Kommission vom 13. September 2005 (ABl. L 138 vom 15.9.2005, S. 18)

– 32008 D 0882: Entscheidung 2008/882/EG der Kommission vom 21. November 2008 (ABl. L 316 vom 26.11.2008, S. 13)

70. 32005 D 0051: Entscheidung 2005/51/EG der Kommission vom 21. Januar 2005 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für die Einfuhr von mit Pestiziden oder persistenten organischen Schadstoffen verseuchten Böden zu Dekontaminierungszwecken vorübergehend Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates zu gewähren (ABl. L 21 vom 25.1.2005, S. 21), geändert durch:

– 32007 D 0156: Entscheidung 2007/156/EG der Kommission vom 7. März 2007 (ABl. L 68 vom 8.3.2007, S. 7)

– 32009 D 0162: Entscheidung 2009/162/EG der Kommission vom 26. Februar 2009 (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 40)

– 32012 D 0102: Durchführungsbeschluss 2012/102/EU der Kommission (ABl. L 48 vom 21.2.2012, S. 15)

– 32017 D 0487: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/487 der Kommission vom 17. März 2017 (ABl. L 75 vom 21.3.2017, S. 32)

71. 32011 D 0778: Durchführungsbeschluss 2011/778/EU der Kommission vom 28. November 2011 zur Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten, für Pflanzkartoffeln mit Ursprung in bestimmten Provinzen Kanadas befristete Ausnahmen von einigen Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates zuzulassen (ABl. L 317 vom 30.11.2011, S. 37), geändert durch:

– 32014 D 0368: Durchführungsbeschluss 2014/368/EU der Kommission vom 16. Juni 2014 (ABl. L 178 vom 18.6.2014, S. 27)

72. 32013 D 0780: Durchführungsbeschluss 2013/780/EU der Kommission vom 18. Dezember 2013 über eine Ausnahmeregelung zu Artikel 13 Absatz 1 Ziffer ii der Richtlinie 2000/29/EG des Rates in Bezug auf rindenfreies Schnittholz von *Quercus* L., *Platanus* L. und *Acer saccharum* Marsh. mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika (ABl. L 346 vom 20.12.2013, S. 61), geändert durch:

– 32016 D 2004: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2004 der Kommission vom 14. November 2016 (ABl. L 308 vom 16.11.2016, S. 62)

73. 32016 D 0412: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/412 der Kommission vom 17. März 2016 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates in Bezug auf Eschenholz zu gewähren, dessen Ursprung Kanada ist oder das dort verarbeitet wurde (ABl. L 74 vom 19.3.2016, S. 41)

74. 32017 D 2180: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2180 der Kommission vom 16. November 2017 zur Verlängerung der Geltungsdauer des Durchführungsbeschlusses (EU) 2016/412 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates in Bezug auf Eschenholz zu gewähren, dessen Ursprung Kanada ist oder das dort verarbeitet wurde (ABl. L 307 vom 23.11.2017, S. 57)

75. 32017 D 2187: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2187 der Kommission vom 16. November 2017 zur Verlängerung der Geltungsdauer des Durchführungsbeschlusses (EU) 2015/179 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, eine Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates zu gewähren für Verpackungsmaterial aus Holz von Nadelbäumen (Coniferales) in Form von Munitionskisten mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika, die unter Kontrolle des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten stehen (ABl. L 309 vom 24.11.2017, S. 19)

76. 32018 D 1970: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1970 der Kommission vom 11. Dezember 2018 zur Änderung und Verlängerung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2016/412 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates in Bezug auf Eschenholz zu gewähren, dessen Ursprung Kanada ist oder das dort verarbeitet wurde (ABl. L 316 vom 13.12.2018, S. 19)

77. 32019 D 1614: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1614 der Kommission vom 26. September 2019 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für nicht als Pflanzgut bestimmte Kartoffeln/Erdäpfel mit Ursprung in den libanesischen Regionen Akkar und Bekaa Ausnahmen von einigen Vorschriften der Richtlinie 2000/29/EG des Rates zu genehmigen (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 83)

78. 32020 R 0918: Durchführungsverordnung (EU) 2020/918 der Kommission vom 1. Juli 2020 zur Festlegung einer Ausnahme von der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 hinsichtlich der Anforderungen für die Einfuhr in die Union von Eschenholz, dessen Ursprung Kanada ist oder das dort verarbeitet wurde (ABl. L 209 vom 2.7.2020, S. 14)

79. 32020 R 1002: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1002 der Kommission vom 9. Juli 2020 zur Gewährung einer Ausnahme von der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 hinsichtlich der Anforderungen an das Einführen von Eschenholz in die Union, dessen Ursprung die Vereinigten Staaten von Amerika sind oder das dort verarbeitet wurde (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 122)

80. 32020 R 1217: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1217 der Kommission vom 25. August 2020 über eine Ausnahme von der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 hinsichtlich der Einführung in die Union von auf natürliche oder künstliche Weise kleinwüchsig gehaltenen, zum Anpflanzen bestimmten Pflanzen von *Chamaecyparis* Spach, *Juniperus* L. und bestimmten Arten von *Pinus* L. mit Ursprung in Japan und zur Aufhebung der Entscheidung 2002/887/EG (ABl. L 277 vom 26.8.2020, S. 6)

ABSCHNITT H

SOLIDARITÄT UND HAFTUNG

81. 32002 R 1040: Verordnung (EG) Nr. 1040/2002 der Kommission vom 14. Juni 2002 mit Durchführungsbestimmungen hinsichtlich der Gewährung eines finanziellen Beitrags der Gemeinschaft für die Pflanzengesundheitskontrolle und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2051/97 (ABl. L 157 vom 15.6.2002, S. 38), geändert durch:

– 32005 R 0738: Verordnung (EG) Nr. 738/2005 der Kommission vom 13. Mai 2005 (ABl. L 122 vom 14.5.2005, S. 17)

82. 32006 D 0923: Entscheidung 2006/923/EG der Kommission vom 13. Dezember 2006 über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft für 2006 und 2007 zu den Ausgaben Portugals für die Bekämpfung von *Bursaphelenchus xylophilus* (Steiner et Buhrer) Nickle *et al.* (Kiefernfadenwurm) (ABl. L 354 vom 14.12.2006, S. 42)

83. 32008 D 0327: Entscheidung 2008/327/EG der Kommission vom 21. April 2008 zur Abweichung von bestimmten Vorschriften der Entscheidung 2006/923/EG über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft für 2006 und 2007 zu den Ausgaben Portugals für die Bekämpfung von *Bursaphelenchus xylophilus* (Steiner et Buhrer) Nickle et al. (Kiefernfadenwurm) (ABl. L 112 vom 24.4.2008, S. 29)

84. 32009 D 0126: Entscheidung 2009/126/EG der Kommission vom 13. Februar 2009 über die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an einem Programm zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnisse in den französischen überseeischen Departements im Jahr 2009 (ABl. L 44 vom 14.2.2009, S. 79)

85. 32009 D 0147: Entscheidung 2009/147/EG der Kommission vom 19. Februar 2009 über einen finanziellen Beitrag der Gemeinschaft für das Jahr 2008 zu den Ausgaben Deutschlands, der Niederlande und Sloweniens zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 49 vom 20.2.2009, S. 43)

86. 32009 D 0996: Beschluss 2009/996/EU der Kommission vom 17. Dezember 2009 über einen finanziellen Beitrag der Gemeinschaft für das Jahr 2009 zu den Ausgaben Deutschlands, Spaniens, Italiens, Maltas, der Niederlande, Portugals und Sloweniens zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 339 vom 22.12.2009, S. 49), geändert durch:

   – 32011 D 0212: Beschluss 2011/212/EU der Kommission vom 4. April 2011 (ABl. L 89 vom 5.4.2011, S. 24)

87. 32010 D 0052: Beschluss 2010/52/EU der Kommission vom 27. Januar 2010 über eine Finanzhilfe der Union für ein Programm zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnisse in den französischen überseeischen Departements im Jahr 2010 (ABl. L 26 vom 30.1.2010, S. 26)

88. 32010 D 0772: Beschluss 2010/772/EU der Kommission vom 14. Dezember 2010 über einen finanziellen Beitrag der Union für das Jahr 2010 zu den Ausgaben Deutschlands, Spaniens, Frankreichs, Italiens, Zyperns und Portugals zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 330 vom 15.12.2010, S. 9)

89. 32011 D 0132: Beschluss 2011/132/EU der Kommission vom 28. Februar 2011 über eine finanzielle Beteiligung der Union an einem Programm zur Bekämpfung der Schadorganismen von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen in den französischen überseeischen Departements im Jahr 2011 (ABl. L 56 vom 1.3.2011, S. 17)

90. 32011 D 0851: Durchführungsbeschluss 2011/851/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über eine zusätzliche Finanzhilfe der Europäischen Union für 2006 und 2007 zur Deckung der Ausgaben Portugals für die Bekämpfung von *Bursaphelenchus xylophilus* (Steiner et Buhrer) Nickle *et al.* (Kiefernfadenwurm) (ABl. L 335 vom 17.12.2011, S. 107), berichtigt in ABl. L 336 vom 20.12.2011, S. 85

91. 32011 D 0868: Durchführungsbeschluss 2011/868/EU der Kommission vom 19. Dezember 2011 über einen finanziellen Beitrag der Europäischen Union für das Jahr 2011 zu den Ausgaben Deutschlands, Spaniens, Italiens, Zyperns, Maltas, der Niederlande und Portugals zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 57)

92. 32012 D 0182: Durchführungsbeschluss 2012/182/EU der Kommission vom 28. März 2012 über eine finanzielle Beteiligung der Union an einem Programm zur Bekämpfung der Schadorganismen von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen in den französischen überseeischen Departements im Jahr 2012 (ABl. L 92 vom 30.3.2012, S. 28)

93. 32012 D 0789: Durchführungsbeschluss 2012/789/EU der Kommission vom 14. Dezember 2012 über einen finanziellen Beitrag der Union gemäß der Richtlinie 2000/29/EG des Rates für das Jahr 2012 zu den Ausgaben Deutschlands, Spaniens, Frankreichs, Italiens, Zyperns, der Niederlande und Portugals zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 348 vom 18.12.2012, S. 22)

94. 32012 D 0796: Durchführungsbeschluss 2012/796/EU der Kommission vom 17. Dezember 2012 über eine dritte Finanzhilfe der Union gemäß der Richtlinie 2000/29/EG des Rates für 2006 und 2007 zur Deckung der Ausgaben Portugals für die Bekämpfung von *Bursaphelenchus xylophilus* (Steiner et Buhrer) Nickle et al. (Kiefernfadenwurm) (ABl. L 349 vom 19.12.2012, S. 66)

95. 32013 D 0175: Durchführungsbeschluss 2013/175/EU der Kommission vom 8. April 2013 über eine finanzielle Beteiligung der Union gemäß der Verordnung (EG) Nr. 247/2006 des Rates an einem Programm zur Bekämpfung der Schadorganismen von Pflanzen und pflanzlichen Erzeugnissen in den französischen überseeischen Departements im Jahr 2013 (ABl. L 101 vom 10.4.2013, S. 48)

96. 32013 D 0800: Durchführungsbeschluss 2013/800/EU der Kommission vom 18. Dezember 2013 über einen finanziellen Beitrag der Union für das Jahr 2013 zu den Ausgaben Frankreichs, der Niederlande, Deutschlands, Portugals und Spaniens zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 58)

KAPITEL 2

PFLANZENGESUNDHEIT –PFLANZENSCHUTZMITTEL

ABSCHNITT A

INVERKEHRBRINGEN

1. 32021 D 1102: Beschluss (EU) 2021/1102 des Rates vom 28. Juni 2021 mit dem Ersuchen an die Kommission, eine Untersuchung über die Lage der Union und ihre Möglichkeiten im Hinblick auf Einführung, Bewertung, Herstellung, Inverkehrbringen und Einsatz von wirbellosen biologischen Bekämpfungsmitteln im Gebiet der Union sowie, falls dies angesichts der Ergebnisse der Untersuchung angemessen ist, einen Vorschlag vorzulegen (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 81)

UNTERABSCHNITT 1

REGISTRIERUNG

2. 32009 R 1107: Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32011 R 0541: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 541/2011 der Kommission vom 1. Juni 2011 (ABl. L 1538 vom 11.6.2011, S. 187)

– 32013 R 0518: Verordnung (EU) Nr. 518/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 72)

– 32014 R 0652: Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 1)

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32017 R 1432: Verordnung (EU) 2017/1432 der Kommission vom 7. August 2017 (ABl. L 205 vom 8.8.2017, S. 59)

– 32018 R 0605: Verordnung (EU) 2018/605 der Kommission vom 19. April 2018 (ABl. L 101 vom 20.4.2018, S. 33), berichtigt in ABl. L 111 vom 2.5.2018, S. 10

– 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

– 32021 R 0383: Verordnung (EU) 2021/383 der Kommission vom 3. März 2021 (ABl. L 74 vom 4.3.2021, S. 7)

– 32022 R 1438: Verordnung (EU) 2022/1438 der Kommission vom 31. August 2022 (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 2)

3. 32011 R 0188: Verordnung (EU) Nr. 188/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 91/414/EWG des Rates in Bezug auf das Verfahren für die Bewertung von Wirkstoffen, die zwei Jahre nach Bekanntgabe der Richtlinie nicht im Handel waren (ABl. L 53 vom 26.2.2011, S. 51)

4. 32011 R 0540: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Liste zugelassener Wirkstoffe (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 1), berichtigt in ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 38, ABl. L 216 vom 15.8.2015, S. 1, ABl. L 152 vom 15.5.2020, S. 1, ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 9, und ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 128, geändert durch:

   – 32011 R 0542 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 542/2011 der Kommission vom 1. Juni 2011 (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 189)

   – 32011 R 0702: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 702/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 28)

   – 32011 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 703/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 33)

   – 32011 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 704/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 38)

   – 32011 R 0705: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 705/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 43)

– 32011 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 706/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 50)

– 32011 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 736/2011 der Kommission vom 26. Juli 2011 (ABl. L 195 vom 27.7.2011, S. 37)

– 32011 R 0740: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 740/2011 der Kommission vom 27. Juli 2011 (ABl. L 196 vom 28.7.2011, S. 6)

– 32011 R 0786: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 786/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 11)

– 32011 R 0787: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 787/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 16)

– 32011 R 0788: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 788/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 21)

– 32011 R 0797: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 797/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 3)

– 32011 R 0798: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 798/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 9)

– 32011 R 0800: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 800/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 22)

- 32011 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 806/2011 der Kommission vom 10. August 2011 (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 39)

- 32011 R 0807: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 807/2011 der Kommission vom 10. August 2011 (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 44)

- 32011 R 0810: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 810/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 7)

- 32011 R 0820: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 820/2011 der Kommission vom 16. August 2011 (ABl. L 209 vom 17.8.2011, S. 18), geändert durch:

  - 32021 R 0824: Durchführungsverordnung (EU) 2021/824 der Kommission vom 21. Mai 2021 (ABl. L 183 vom 25.5.2021, S. 35)

- 32011 R 0974: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 974/2011 der Kommission vom 29. September 2011 (ABl. L 255 vom 1.10.2011, S. 1)

- 32011 R 0993: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 993/2011 der Kommission vom 6. Oktober 2011 (ABl. L 263 vom 7.10.2011, S. 1)

- 32011 R 1022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1022/2011 der Kommission vom 14. Oktober 2011 (ABl. L 270 vom 15.10.2011, S. 20)

- 32011 R 1100: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1100/2011 der Kommission vom 31. Oktober 2011 (ABl. L 285 vom 1.11.2011, S. 10)

– 32011 R 1134: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1134/2011 der Kommission vom 9. November 2011 (ABl. L 292 vom 10.11.2011, S. 1)

– 32011 R 1143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1143/2011 der Kommission vom 10. November 2011 (ABl. L 293 vom 11.11.2011, S. 26)

– 32012 R 0087: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 87/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 8)

– 32012 R 0127: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 127/2012 der Kommission vom 14. Februar 2012 (ABl. L 41 vom 15.2.2012, S. 12)

– 32012 R 0287: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 287/2012 der Kommission vom 30. März 2012 (ABl. L 95 vom 31.3.2012, S. 7)

– 32012 R 0359: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 359/2012 der Kommission vom 25. April 2012 (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 1)

– 32012 R 0369: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 369/2012 der Kommission vom 27. April 2012 (ABl. L 116 vom 28.4.2012, S. 19)

– 32012 R 0571: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 571/2012 der Kommission vom 28. Juni 2012 (ABl. L 169 vom 29.6.2012, S. 46)

– 32012 R 0582: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 582/2012 der Kommission vom 2. Juli 2012 (ABl. L 173 vom 3.7.2012, S. 36)

– 32012 R 0589: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 589/2012 der Kommission vom 4. Juli 2012 (ABl. L 175 vom 5.7.2012, S. 7)

– 32012 R 0595: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 595/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 46)

– 32012 R 0597: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 597/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 54)

– 32012 R 0608: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 608/2012 der Kommission vom 6. Juli 2012 (ABl. L 177 vom 7.7.2012, S. 19)

– 32012 R 0637: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 637/2012 der Kommission vom 13. Juli 2012 (ABl. L 186 vom 14.7.2012, S. 20)

– 32012 R 0735: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 735/2012 der Kommission vom 14. August 2012 (ABl. L 218 vom 15.8.2012, S. 3)

– 32012 R 0746: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 746/2012 der Kommission vom 16. August 2012 (ABl. L 219 vom 17.8.2012, S. 15)

– 32012 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1043/2012 der Kommission vom 8. November 2012 (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 24)

– 32012 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1197/2012 der Kommission vom 13. Dezember 2012 (ABl. L 342 vom 14.12.2012, S. 27)

– 32012 R 1237: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1237/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 55)

– 32012 R 1238: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1238/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 59)

– 32013 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 17/2013 der Kommission vom 14. Januar 2013 (ABl. L 9 vom 15.1.2013, S. 5)

– 32013 R 0022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 22/2013 der Kommission vom 15. Januar 2013 (ABl. L 11 vom 16.1.2013, S. 8)

– 32013 R 0175: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 175/2013 der Kommission vom 27. Februar 2013 (ABl. L 56 vom 28.2.2013, S. 4)

– 32013 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 187/2013 der Kommission vom 5. März 2013 (ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 10)

– 32013 R 0188: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 188/2013 der Kommission vom 5. März 2013 (ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 13)

– 32013 R 0190: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 190/2013 der Kommission vom 5. März 2013 (ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 19)

– 32013 R 0200: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 200/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 235 vom 31.8.2013, S. 12

– 32013 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 6)

– 32013 R 0350: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 350/2013 der Kommission vom 17. April 2013 (ABl. L 108 vom 18.4.2013, S. 9)

– 32013 R 0355: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 355/2013 der Kommission vom 18. April 2013 (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 14)

– 32013 R 0356: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 356/2013 der Kommission vom 18. April 2013 (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 18)

– 32013 R 0365: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 365/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 27)

– 32013 R 0366: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 366/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 30)

– 32013 R 0367: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 367/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 33)

– 32013 R 0368: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 368/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 36)

– 32013 R 0369: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 369/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 39)

– 32013 R 0373: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 373/2013 der Kommission vom 23. April 2013 (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 10)

– 32013 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 375/2013 der Kommission vom 23. April 2013 (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 15)

– 32013 R 0378: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 378/2013 der Kommission vom 24. April 2013 (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 1)

– 32013 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2013 der Kommission vom 24. Mai 2013 (ABl. L 139 vom 25.5.2013, S. 12)

– 32013 R 0532: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 532/2013 der Kommission vom 10. Juni 2013 (ABl. L 159 vom 11.6.2013, S. 6)

– 32013 R 0533: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 533/2013 der Kommission vom 10. Juni 2013 (ABl. L 159 vom 11.6.2013, S. 9)

– 32013 R 0546: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 546/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 17)

– 32013 R 0568: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 568/2013 der Kommission vom 18. Juni 2013 (ABl. L 167 vom 19.6.2013, S. 33)

– 32013 R 0570: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 570/2013 der Kommission vom 17. Juni 2013 (ABl. L 168 vom 20.6.2013, S. 18)

– 32013 R 0762: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 762/2013 der Kommission vom 7. August 2013 (ABl. L 213 vom 8.8.2013, S. 14)

– 32013 R 0767: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 767/2013 der Kommission vom 8. August 2013 (ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 5)

– 32013 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 781/2013 der Kommission vom 14. August 2013 (ABl. L 219 vom 15.8.2013, S. 22)

– 32013 R 0790: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 790/2013 der Kommission vom 19. August 2013 (ABl. L 222 vom 20.8.2013, S. 6)

– 32013 R 0798: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 798/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 224 vom 22.8.2013, S. 9)

– 32013 R 0802: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 802/2013 der Kommission vom 22. August 2013 (ABl. L 225 vom 23.8.2013, S. 13)

– 32013 R 0826: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 826/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 13)

– 32013 R 0827: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 827/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 18)

– 32013 R 0828: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 828/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 23)

– 32013 R 0829: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 829/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 29)

– 32013 R 0832: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 832/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 3)

– 32013 R 0833: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 833/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 7)

– 32013 R 1031: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1031/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 17)

– 32013 R 1089: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1089/2013 der Kommission vom 4. November 2013 (ABl. L 293 vom 5.11.2013, S. 31)

– 32013 R 1124: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1124/2013 der Kommission vom 8. November 2013 (ABl. L 299 vom 9.11.2013, S. 34)

– 32013 R 1136: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1136/2013 der Kommission vom 12. November 2013 (ABl. L 302 vom 13.11.2013, S. 34)

– 32013 R 1150: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1150/2013 der Kommission vom 14. November 2013 (ABl. L 305 vom 15.11.2013, S. 13)

– 32013 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1165/2013 der Kommission vom 18. November 2013 (ABl. L 309 vom 19.11.2013, S. 17)

– 32013 R 1166: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1166/2013 der Kommission vom 18. November 2013 (ABl. L 309 vom 19.11.2013, S. 22)

– 32013 R 1175: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1175/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 18)

– 32013 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1176/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 23)

– 32013 R 1177: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1177/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 28)

– 32013 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1178/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 33)

– 32013 R 1187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1187/2013 der Kommission vom 21. November 2013 (ABl. L 313 vom 22.11.2013, S. 42)

– 32013 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1192/2013 der Kommission vom 22. November 2013 (ABl. L 314 vom 23.11.2013, S. 6)

– 32013 R 1195: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1195/2013 der Kommission vom 22. November 2013 (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 27)

– 32013 R 1199: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1199/2013 der Kommission vom 25. November 2013 (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 69)

– 32014 R 0085: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 85/2014 der Kommission vom 30. Januar 2014 (ABl. L 28 vom 31.1.2014, S. 34)

– 32014 R 0140: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 140/2014 der Kommission vom 13. Februar 2014 (ABl. L 44 vom 14.2.2014, S. 35), berichtigt in ABl. L 277 vom 22.10.2015, S. 60

– 32014 R 0141: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 141/2014 der Kommission vom 13. Februar 2014 (ABl. L 44 vom 14.2.2014, S. 40)

– 32014 R 0143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 143/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 1)

– 32014 R 0144: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 144/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 7)

– 32014 R 0145: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 145/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 12)

– 32014 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 149/2014 der Kommission vom 17. Februar 2014 (ABl. L 46 vom 18.2.2014, S. 3)

– 32014 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 151/2014 der Kommission vom 18. Februar 2014 (ABl. L 48 vom 19.2.2014, S. 1)

– 32014 R 0154: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 154/2014 der Kommission vom 19. Februar 2014 (ABl. L 50 vom 20.2.2014, S. 7)

– 32014 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 187/2014 der Kommission vom 26. Februar 2014 (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 4)

– 32014 R 0192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 192/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 20)

– 32014 R 0193: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 193/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 25)

– 32014 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 462/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 (ABl. L 134 vom 7.5.2014, S. 28)

– 32014 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 65)

– 32014 R 0486: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 486/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 70)

– 32014 R 0487: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 487/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 72)

– 32014 R 0496: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 496/2014 der Kommission vom 14. Mai 2014 (ABl. L 143 vom 15.5.2014, S. 1)

– 32014 R 0504: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 504/2014 der Kommission vom 15. Mai 2014 (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 28)

– 32014 R 0563: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 563/2014 der Kommission vom 23. Mai 2014 (ABl. L 156 vom 24.5.2014, S. 5)

– 32014 R 0571: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 571/2014 der Kommission vom 26. Mai 2014 (ABl. L 157 vom 27.5.2014, S. 96)

– 32014 R 0629: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 629/2014 der Kommission vom 12. Juni 2014 (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 33)

– 32014 R 0632: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 632/2014 der Kommission vom 13. Mai 2014 (ABl. L 175 vom 14.6.2014, S. 1)

– 32014 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 678/2014 der Kommission vom 19. Juni 2014 (ABl. L 180 vom 20.6.2014, S. 11)

– 32014 R 0878: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 878/2014 der Kommission vom 12. August 2014 (ABl. L 240 vom 13.8.2014, S. 18)

– 32014 R 0880: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 880/2014 der Kommission vom 12. August 2014 (ABl. L 240 vom 13.8.2014, S. 22)

– 32014 R 0890: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 890/2014 der Kommission vom 14. August 2014 (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 42)

– 32014 R 0891: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 891/2014 der Kommission vom 14. August 2014 (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 47)

– 32014 R 0916: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 916/2014 der Kommission vom 22. August 2014 (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 16)

– 32014 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 917/2014 der Kommission vom 22. August 2014 (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 19)

– 32014 R 0918: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 918/2014 der Kommission vom 22. August 2014 (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 24)

– 32014 R 0921: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 921/2014 der Kommission vom 25. August 2014 (ABl. L 252 vom 26.8.2014, S. 3)

– 32014 R 0922: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 922/2014 der Kommission vom 25. August 2014 (ABl. L 252 vom 26.8.2014, S. 6)

– 32014 R 1330: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1330/2014 der Kommission vom 15. Dezember 2014 (ABl. L 349 vom 16.12.2014, S. 85), berichtigt in ABl. L 18 vom 27.1.2022, S. 128

– 32014 R 1334: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1334/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2014 (ABl. L 360 vom 17.12.2014, S. 1)

– 32015 R 0051: Durchführungsverordnung (EU) 2015/51 der Kommission vom 14. Januar 2015 (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 22)

– 32015 R 0058: Durchführungsverordnung (EU) 2015/58 der Kommission vom 15. Januar 2015 (ABl. L 10 vom 16.1.2015, S. 25)

– 32015 R 0232: Durchführungsverordnung (EU) 2015/232 der Kommission vom 13. Februar 2015 (ABl. L 39 vom 14.2.2015, S. 7)

– 32015 R 0306: Durchführungsverordnung (EU) 2015/306 der Kommission vom 26. Februar 2015 (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 1)

– 32015 R 0307: Durchführungsverordnung (EU) 2015/307 der Kommission vom 26. Februar 2015 (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 6)

– 32015 R 0308: Durchführungsverordnung (EU) 2015/308 der Kommission vom 26. Februar 2015 (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 9)

– 32015 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2015/404 der Kommission vom 11. März 2015 (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 6)

– 32015 R 0415: Durchführungsverordnung (EU) 2015/415 der Kommission vom 12. März 2015 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 28)

– 32015 R 0418: Durchführungsverordnung (EU) 2015/418 der Kommission vom 12. März 2015 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 36)

– 32015 R 0543: Durchführungsverordnung (EU) 2015/543 der Kommission vom 1. April 2015 (ABl. L 90 vom 2.4.2015, S. 7)

– 32015 R 0553: Durchführungsverordnung (EU) 2015/553 der Kommission vom 7. April 2015 (ABl. L 92 vom 8.4.2015, S. 86)

- 32015 R 0762: Durchführungsverordnung (EU) 2015/762 der Kommission vom 12. Mai 2015 (ABl. L 120 vom 13.5.2015, S. 6)

- 32015 R 1106: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1106 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 70)

- 32015 R 1107: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1107 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 72)

- 32015 R 1108: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1108 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 75), geändert durch:

  - 32019 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2019/149 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 20)

- 32015 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1115 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 22)

- 32015 R 1116: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1116 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 26)

- 32015 R 1154: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1154 der Kommission vom 14. Juli 2015 (ABl. L 187 vom 15.7.2015, S. 18)

- 32015 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1165 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 30)

- 32015 R 1166: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1166 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 34)

- 32015 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1176 der Kommission vom 17. Juli 2015 (ABl. L 192 vom 18.7.2015, S. 1)

- 32015 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1192 der Kommission vom 20. Juli 2015 (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 124)

- 32015 R 1201: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1201 der Kommission vom 22. Juli 2015 (ABl. L 195 vom 23.7.2015, S. 37)

- 32015 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1295 der Kommission vom 27. Juli 2015 (ABl. L 199 vom 29.7.2015, S. 8), geändert durch:

  - 32022 R 0686: Durchführungsverordnung (EU) 2022/686 der Kommission vom 28. April 2022 (ABl. L 129 vom 29.4.2022, S. 18)

- 32015 R 1392: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1392 der Kommission vom 13. August 2015 (ABl. L 215 vom 14.8.2015, S. 34)

- 32015 R 1397: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1397 der Kommission vom 14. August 2015 (ABl. L 216 vom 15.8.2015, S. 3)

- 32015 R 1885: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1885 der Kommission vom 20. Oktober 2015 (ABl. L 276 vom 21.10.2015, S. 48)

– 32015 R 2033: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2033 der Kommission vom 13. November 2015 (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 8)

– 32015 R 2047: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2047 der Kommission vom 16. November 2015 (ABl. L 300 vom 17.11.2015, S. 8)

– 32015 R 2069: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2069 der Kommission vom 17. November 2015 (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 42)

– 32015 R 2084: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2084 der Kommission vom 18. November 2015 (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 89)

– 32015 R 2085: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2085 der Kommission vom 18. November 2015 (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 93)

– 32015 R 2105: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2105 der Kommission vom 20. November 2015 (ABl. L 305 vom 20.11.2015, S. 31)

– 32015 R 2198: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2198 der Kommission vom 27. November 2015 (ABl. L 313 vom 28.11.2015, S. 35)

– 32015 R 2233: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2233 der Kommission vom 2. Dezember 2015 (ABl. L 317 vom 3.12.2015, S. 26)

– 32016 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2016/139 der Kommission vom 2. Februar 2016 (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 7)

– 32016 R 0146: Durchführungsverordnung (EU) 2016/146 der Kommission vom 4. Februar 2016 (ABl. L 30 vom 5.2.2016, S. 5)

– 32016 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2016/147 der Kommission vom 4. Februar 2016 (ABl. L 30 vom 5.2.2016, S. 12)

– 32016 R 0177: Durchführungsverordnung (EU) 2016/177 der Kommission vom 10. Februar 2016 (ABl. L 35 vom 11.2.2016, S. 1)

– 32016 R 0182: Durchführungsverordnung (EU) 2016/182 der Kommission vom 11. Februar 2016 (ABl. L 37 vom 12.2.2016, S. 40)

– 32016 R 0370: Durchführungsverordnung (EU) 2016/370 der Kommission vom 15. März 2016 (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 7)

– 32016 R 0389: Durchführungsverordnung (EU) 2016/389 der Kommission vom 17. März 2016 (ABl. L 73 vom 18.3.2016, S. 77)

– 32016 R 0548: Durchführungsverordnung (EU) 2016/548 der Kommission vom 8. April 2016 (ABl. L 95 vom 9.4.2016, S. 1)

– 32016 R 0549: Durchführungsverordnung (EU) 2016/549 der Kommission vom 8. April 2016 (ABl. L 95 vom 9.4.2016, S. 4)

– 32016 R 0560: Durchführungsverordnung (EU) 2016/560 der Kommission vom 11. April 2016 (ABl. L 96 vom 12.4.2016, S. 23)

– 32016 R 0636: Durchführungsverordnung (EU) 2016/636 der Kommission (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 22)

– 32016 R 0638: Durchführungsverordnung (EU) 2016/638 der Kommission vom 22. April 2016 (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 28)

– 32016 R 0864: Durchführungsverordnung (EU) 2016/864 der Kommission vom 31. Mai 2016 (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 32)

– 32016 R 0871: Durchführungsverordnung (EU) 2016/871 der Kommission vom 1. Juni 2016 (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 4)

– 32016 R 0872: Durchführungsverordnung (EU) 2016/872 der Kommission vom 1. Juni 2016 (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 7)

– 32016 R 0950: Durchführungsverordnung (EU) 2016/950 der Kommission vom 15. Juni 2016 (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 3)

– 32016 R 0951: Durchführungsverordnung (EU) 2016/951 der Kommission vom 15. Juni 2016 (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 6)

– 32016 R 1056: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1056 der Kommission vom 29. Juni 2016 (ABl. L 173 vom 30.6.2016, S. 52)

– 32016 R 1313: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1313 der Kommission vom 1. August 2016 (ABl. L 208 vom 2.8.2016, S. 1)

– 32016 R 1414: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1414 der Kommission vom 24. August 2016 (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 16)

– 32016 R 1423: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1423 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 20)

– 32016 R 1424: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1424 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 25)

– 32016 R 1425: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1425 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 30)

– 32016 R 1426: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1426 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 34)

– 32016 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1429 der Kommission vom 26. August 2016 (ABl. L 232 vom 27.8.2016, S. 1)

– 32016 R 1978: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1978 der Kommission vom 11. November 2016 (ABl. L 305 vom 12.11.2016, S. 23)

– 32016 R 2016: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2016 der Kommission vom 17. November 2016 (ABl. L 312 vom 18.11.2016, S. 21)

– 32016 R 2035: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2035 der Kommission vom 21. November 2016 (ABl. L 314 vom 22.11.2016, S. 7)

– 32017 R 0157: Durchführungsverordnung (EU) 2017/157 der Kommission vom 30. Januar 2017 (ABl. L 25 vom 31.1.2017, S. 5)

– 32017 R 0195: Durchführungsverordnung (EU) 2017/195 der Kommission vom 3. Februar 2017 (ABl. L 31 vom 4.2.2017, S. 21)

– 32017 R 0239: Durchführungsverordnung (EU) 2017/239 der Kommission vom 10. Februar 2017 (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 39)

– 32017 R 0270: Durchführungsverordnung (EU) 2017/270 der Kommission vom 16. Februar 2017 (ABl. L 40 vom 17.2.2017, S. 48)

– 32017 R 0359: Durchführungsverordnung (EU) 2017/359 der Kommission vom 28. Februar 2017 (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 8)

– 32017 R 0360: Durchführungsverordnung (EU) 2017/360 der Kommission vom 28. Februar 2017 (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 11)

– 32017 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) 2017/375 der Kommission vom 2. März 2017 (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 3)

– 32017 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) 2017/406 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 83)

– 32017 R 0407: Durchführungsverordnung (EU) 2017/407 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 87)

– 32017 R 0408: Durchführungsverordnung (EU) 2017/408 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 91)

– 32017 R 0409: Durchführungsverordnung (EU) 2017/409 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 95)

– 32017 R 0419: Durchführungsverordnung (EU) 2017/419 der Kommission vom 9. März 2017 (ABl. L 64 vom 10.3.2017, S. 4)

– 32017 R 0428: Durchführungsverordnung (EU) 2017/428 der Kommission vom 10. März 2017 (ABl. L 66 vom 11.3.2017, S. 1)

– 32017 R 0438: Durchführungsverordnung (EU) 2017/438 der Kommission vom 13. März 2017 (ABl. L 67 vom 14.3.2017, S. 67)

– 32017 R 0725: Durchführungsverordnung (EU) 2017/725 der Kommission vom 24. April 2017 (ABl. L 107 vom 25.4.2017, S. 24)

– 32017 R 0753: Durchführungsverordnung (EU) 2017/753 der Kommission vom 28. April 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 24)

– 32017 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2017/755 der Kommission vom 28. April 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 35)

– 32017 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) 2017/781 der Kommission vom 5. Mai 2017 (ABl. L 118 vom 6.5.2017, S. 1)

– 32017 R 0805: Durchführungsverordnung (EU) 2017/805 der Kommission vom 11. Mai 2017 (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 26)

– 32017 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) 2017/806 der Kommission vom 11. Mai 2017 (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 31)

– 32017 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) 2017/842 der Kommission vom 17. Mai 2017 (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 16), berichtigt in ABl. L 2 vom 2.1.2018, S. 14

– 32017 R 0855: Durchführungsverordnung (EU) 2017/855 der Kommission vom 18. Mai 2017 (ABl. L 128 vom 19.5.2018, S. 10)

– 32017 R 0856: Durchführungsverordnung (EU) 2017/856 der Kommission vom 18. Mai 2017 (ABl. L 128 vom 19.5.2017, S. 14)

– 32017 R 1113: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1113 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 27)

– 32017 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1114 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 32)

– 32017 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1115 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 38)

– 32017 R 1125: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1125 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 163 vom 24.6.2017, S. 10)

- 32017 R 1186: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1186 der Kommission vom 3. Juli 2017 (ABl. L 171 vom 4.7.2017, S. 131)

- 32017 R 1455: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1455 der Kommission vom 10. August 2017 (ABl. L 208 vom 11.8.2017, S. 28)

- 32017 R 1491: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1491 der Kommission vom 21. August 2017 (ABl. L 216 vom 22.8.2017, S. 15)

- 32017 R 1496: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1496 der Kommission vom 23. August 2017 (ABl. L 218 vom 24.8.2017, S. 7)

- 32017 R 1506: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1506 der Kommission vom 28. August 2017 (ABl. L 222 vom 29.8.2017, S. 21)

- 32017 R 1511: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1511 der Kommission vom 30. August 2017 (ABl. L 224 vom 31.8.2017, S. 115)

- 32017 R 1527: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1527 der Kommission vom 6. September 2017 (ABl. L 231 vom 7.9.2017, S. 3)

- 32017 R 1529: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1529 der Kommission vom 7. September 2017 (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 1), geändert durch:

    - 32021 R 0556: Durchführungsverordnung (EU) 2021/556 der Kommission vom 31. März 2021 (ABl. L 115 vom 6.4.2021, S. 26)

– 32017 R 1530: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1530 der Kommission vom 7. September 2017 (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 4)

– 32017 R 1531: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1531 der Kommission vom 7. September 2017 (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 6)

– 32017 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2066 der Kommission vom 13. November 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 43)

– 32017 R 2069: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2069 der Kommission vom 13. November 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 51)

– 32017 R 2090: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2090 der Kommission vom 14. November 2017 (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 22)

– 32017 R 2091: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2091 der Kommission vom 14. November 2017 (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 25)

– 32017 R 2324: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2324 der Kommission vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 10)

– 32018 R 0084: Durchführungsverordnung (EU) 2018/84 der Kommission vom 19. Januar 2018 (ABl. L 16 vom 20.1.2018, S. 8)

– 32018 R 0112: Durchführungsverordnung (EU) 2018/112 der Kommission vom 24. Januar 2018 (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 3)

– 32018 R 0113: Durchführungsverordnung (EU) 2018/113 der Kommission vom 24. Januar 2018 (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 7)

– 32018 R 0184: Durchführungsverordnung (EU) 2018/184 der Kommission vom 7. Februar 2018 (ABl. L 34 vom 8.2.2018, S. 10)

– 32018 R 0291: Durchführungsverordnung (EU) 2018/291 der Kommission vom 26. Februar 2018 (ABl. L 55 vom 27.2.2018, S. 30)

– 32018 R 0309: Durchführungsverordnung (EU) 2018/309 der Kommission vom 1. März 2018 (ABl. L 60 vom 2.3.2018, S. 16)

– 32018 R 0524: Durchführungsverordnung (EU) 2018/524 der Kommission vom 28. März 2018 (ABl. L 88 vom 4.4.2018, S. 4)

– 32018 R 0660: Durchführungsverordnung (EU) 2018/660 der Kommission vom 26. April 2018 (ABl. L 110 vom 30.4.2018, S. 122)

– 32018 R 0670: Durchführungsverordnung (EU) 2018/670 der Kommission vom 30. April 2018 (ABl. L 113 vom 3.5.2018, S. 1)

– 32018 R 0690: Durchführungsverordnung (EU) 2018/690 der Kommission vom 7. Mai 2018 (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 3)

– 32018 R 0691: Durchführungsverordnung (EU) 2018/691 der Kommission vom 7. Mai 2018 (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 6)

– 32018 R 0692: Durchführungsverordnung (EU) 2018/692 der Kommission vom 7. Mai 2018 (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 9)

– 32018 R 0710: Durchführungsverordnung (EU) 2018/710 der Kommission vom 14. Mai 2018 (ABl. L 119 vom 15.5.2018, S. 31)

– 32018 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2018/755 der Kommission vom 23. Mai 2018 (ABl. L 128 vom 24.5.2018, S. 4)

– 32018 R 0783: Durchführungsverordnung (EU) 2018/783 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 31)

– 32018 R 0784: Durchführungsverordnung (EU) 2018/784 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 35)

– 32018 R 0785: Durchführungsverordnung (EU) 2018/785 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 40)

– 32018 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2018/917 der Kommission vom 27. Juni 2018 (ABl. L 163 vom 28.6.2018, S. 13)

– 32018 R 1019: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1019 der Kommission vom 18. Juli 2018 (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 14)

– 32018 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1043 der Kommission vom 24. Juli 2018 (ABl. L 188 vom 25.7.2018, S. 9)

– 32018 R 1060: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1060 der Kommission vom 26. Juli 2018 (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 3)

– 32018 R 1061: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1061 der Kommission vom 26. Juli 2018 (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 8)

– 32018 R 1075: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1075 der Kommission vom 27. Juli 2018 (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 36)

– 32018 R 1260: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1260 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 30)

– 32018 R 1262: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1262 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 62)

– 32018 R 1264: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1264 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 71)

– 32018 R 1265: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1265 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 77)

– 32018 R 1266: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1266 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 81)

– 32018 R 1278: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1278 der Kommission vom 21. September 2018 (ABl. L 239 vom 24.9.2018, S. 4)

– 32018 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1295 der Kommission vom 26. September 2018 (ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 7)

– 32018 R 1495: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1495 der Kommission vom 8. Oktober 2018 (ABl. L 253 vom 9.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1796: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1796 der Kommission vom 20. November 2018 (ABl. L 294 vom 21.11.2018, S. 15)

– 32018 R 1913: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1913 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 13)

– 32018 R 1914: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1914 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 17)

– 32018 R 1915: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1915 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 20)

– 32018 R 1916: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1916 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 24)

– 32018 R 1917: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1917 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 27)

– 32018 R 1981: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1981 der Kommission vom 13. Dezember 2018 (ABl. L 317 vom 14.12.2018, S. 16)

– 32019 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/139 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 4)

– 32019 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2019/147 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 14)

– 32019 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2019/149 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 20)

– 32019 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2019/151 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 26)

– 32019 R 0158: Durchführungsverordnung (EU) 2019/158 der Kommission vom 31. Januar 2019 (ABl. L 31 vom 1.2.2019, S. 21)

– 32019 R 0168: Durchführungsverordnung (EU) 2019/168 der Kommission vom 31. Januar 2019 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 1)

– 32019 R 0291: Durchführungsverordnung (EU) 2019/291 der Kommission vom 19. Februar 2019 (ABl. L 48 vom 20.2.2019, S. 17)

– 32019 R 0324: Durchführungsverordnung (EU) 2019/324 der Kommission vom 25. Februar 2019 (ABl. L 57 vom 26.2.2019, S. 1)

– 32019 R 0337: Durchführungsverordnung (EU) 2019/337 der Kommission vom 27. Februar 2019 (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 12)

– 32019 R 0344: Durchführungsverordnung (EU) 2019/344 der Kommission vom 28. Februar 2019 (ABl. L 62 vom 1.3.2019, S. 7)

– 32019 R 0481: Durchführungsverordnung (EU) 2019/481 der Kommission vom 22. März 2019 (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 19)

– 32019 R 0676: Durchführungsverordnung (EU) 2019/676 der Kommission vom 29. April 2019 (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 12)

– 32019 R 0677: Durchführungsverordnung (EU) 2019/677 der Kommission vom 29. April 2019 (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 15)

– 32019 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) 2019/706 der Kommission vom 7. Mai 2019 (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 11)

– 32019 R 0707: Durchführungsverordnung (EU) 2019/707 der Kommission vom 7. Mai 2019 (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 16)

– 32019 R 0716: Durchführungsverordnung (EU) 2019/716 der Kommission vom 30. April 2019 (ABl. L 122 vom 10.5.2019, S. 39)

– 32019 R 0717: Durchführungsverordnung (EU) 2019/717 der Kommission vom 8. Mai 2019 (ABl. L 122 vom 10.5.2019, S. 44)

– 32019 R 0989: Durchführungsverordnung (EU) 2019/989 der Kommission vom 17. Juni 2019 (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 11)

– 32019 R 1085: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1085 der Kommission vom 25. Juni 2019 (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 110)

– 32019 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1090 der Kommission vom 26. Juni 2019 (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 39), berichtigt in ABl. L 235 vom 12.9.2019, S. 11

– 32019 R 1100: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1100 der Kommission vom 27. Juni 2019 (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 17)

– 32019 R 1101: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1101 der Kommission vom 27. Juni 2019 (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 20)

– 32019 R 1137: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1137 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 3)

– 32019 R 1138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1138 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 8)

– 32019 R 1589: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1589 der Kommission vom 26. September 2019 (ABl. L 248 vom 27.9.2019, S. 24)

– 32019 R 1605: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1605 der Kommission vom 27. September 2019 (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 49)

– 32019 R 1606: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1606 der Kommission vom 27. September 2019 (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 53)

– 32019 R 1675: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1675 der Kommission vom 4. Oktober 2019 (ABl. L 257 vom 8.10.2019, S. 6)

– 32019 R 1690: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1690 der Kommission vom 9. Oktober 2019 (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 2)

– 32019 R 2094: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2094 der Kommission vom 29. November 2019 (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 102)

– 32020 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) 2020/17 der Kommission vom 10. Januar 2020 (ABl. L 7 vom 13.1.2000, S. 11)

– 32020 R 0018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/18 der Kommission vom 10. Januar 2020 (ABl. L 7 vom 13.1.2000, S. 14)

– 32020 R 0023: Durchführungsverordnung (EU) 2020/23 der Kommission vom 13. Januar 2020 (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 8)

– 32020 R 0421: Durchführungsverordnung (EU) 2020/421 der Kommission vom 18. März 2020 (ABl. L 84 vom 20.3.2020, S. 7)

– 32020 R 0616: Durchführungsverordnung (EU) 2020/616 der Kommission vom 5. Mai 2020 (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 1)

– 32020 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2020/617 der Kommission vom 5. Mai 2020 (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 6)

– 32020 R 0642: Durchführungsverordnung (EU) 2020/642 der Kommission vom 12. Mai 2020 (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 134)

– 32020 R 0646: Durchführungsverordnung (EU) 2020/646 der Kommission vom 13. Mai 2020 (ABl. L 151 vom 14.5.2020, S. 3)

– 32020 R 0869: Durchführungsverordnung (EU) 2020/869 der Kommission vom 24. Juni 2020 (ABl. L 200 vom 27.6.2020, S. 1)

– 32020 R 0982: Durchführungsverordnung (EU) 2020/892 der Kommission vom 29. Juni 2020 (ABl. L 205 vom 30.6.2020, S. 6)

– 32020 R 0968: Durchführungsverordnung (EU) 2020/968 der Kommission vom 3. Juli 2020 (ABl. L 213 vom 6.7.2020, S. 7)

– 32020 R 1003: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1003 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 127)

– 32020 R 1004: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1004 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 133)

– 32020 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1018 der Kommission vom 13. Juli 2020 (ABl. L 225 vom 14.7.2020, S. 9)

– 32020 R 1160: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1160 der Kommission vom 5. August 2020 (ABl. L 257 vom 5.8.2020, S. 25)

– 32020 R 1246: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1246 der Kommission vom 2. September 2020 (ABl. L 288 vom 3.9.2020, S. 18)

– 32020 R 1263: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1263 der Kommission vom 10. September 2020 (ABl. L 297 vom 11.9.2020, S. 1)

– 32020 R 1276: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1276 der Kommission vom 11. September 2020 (ABl. L 300 vom 14.9.2020, S. 32)

– 32020 R 1280: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1280 der Kommission vom 14. September 2020 (ABl. L 301 vom 15.9.2020, S. 4)

– 32020 R 1293: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1293 der Kommission vom 15. September 2020 (ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 24)

– 32020 R 1498: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1498 der Kommission vom 15. Oktober 2020 (ABl. L 342 vom 16.10.2020, S. 5)

– 32020 R 1511: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1511 der Kommission vom 16. Oktober 2020 (ABl. L 344 vom 19.10.2020, S. 18)

– 32020 R 1643: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1643 der Kommission vom 5. November 2020 (ABl. L 370 vom 6.11.2020, S. 18)

– 32020 R 2007: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2007 der Kommission vom 8. Dezember 2020 (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 10)

– 32020 R 2101: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2101 der Kommission vom 15. Dezember 2020 (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 79)

– 32020 R 2104: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2104 der Kommission vom 15. Dezember 2020 (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 93)

– 32020 R 2105: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2105 der Kommission vom 15. Dezember 2020 (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 96)

– 32021 R 0052: Durchführungsverordnung (EU) 2021/52 der Kommission vom 22. Januar 2021 (ABl. L 23 vom 25.1.2021, S. 13)

– 32020 R 0081: Durchführungsverordnung (EU) 2021/81 der Kommission vom 27. Januar 2021 (ABl. L 29 vom 28.1.2020, S. 12)

– 32021 R 0129: Durchführungsverordnung (EU) 2021/129 der Kommission vom 3. Februar 2021 (ABl. L 40 vom 4.2.2021, S. 11)

– 32021 R 0134: Durchführungsverordnung (EU) 2021/134 der Kommission vom 4. Februar 2021 (ABl. L 42 vom 5.2.2021, S. 4)

– 32021 R 0413: Durchführungsverordnung (EU) 2021/413 der Kommission vom 8. März 2021 (ABl. L 81 vom 9.3.2021, S. 32)

– 32021 R 0427: Durchführungsverordnung (EU) 2021/427 der Kommission vom 10. März 2021 (ABl. L 84 vom 11.3.2021, S. 21)

– 32021 R 0459: Durchführungsverordnung (EU) 2021/459 der Kommission vom 16. März 2021 (ABl. L 91 vom 17.3.2021, S. 4)

– 32021 R 0556: Durchführungsverordnung (EU) 2021/556 der Kommission vom 31. März 2021 (ABl. L 115 vom 6.4.2021, S. 26)

– 32021 R 0566: Durchführungsverordnung (EU) 2021/566 der Kommission vom 30. März 2021 (ABl. L 118 vom 7.4.2021, S. 1)

– 32021 R 0567: Durchführungsverordnung (EU) 2021/567 der Kommission vom 6. April 2021 (ABl. L 118 vom 7.4.2021, S. 6)

– 32021 R 0574: Durchführungsverordnung (EU) 2021/574 der Kommission vom 30. März 2021 (ABl. L 120 vom 8.4.2021, S. 9)

– 32021 R 0726: Durchführungsverordnung (EU) 2021/726 der Kommission vom 4. Mai 2021 (ABl. L 155 vom 5.5.2021, S. 20)

– 32021 R 0745: Durchführungsverordnung (EU) 2021/745 der Kommission vom 6. Mai 2021 (ABl. L 160 vom 7.5.2021, S. 89)

– 32021 R 0795: Durchführungsverordnung (EU) 2021/795 der Kommission vom 17. Mai 2021 (ABl. L 174 vom 18.5.2021, S. 2)

– 32021 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) 2021/809 der Kommission vom 20. Mai 2021 (ABl. L 180 vom 21.5.2021, S. 110)

– 32021 R 0824: Durchführungsverordnung (EU) 2021/824 der Kommission vom 21. Mai 2021 (ABl. L 183 vom 25.5.2021, S. 35)

– 32021 R 0843: Durchführungsverordnung (EU) 2021/843 der Kommission vom 26. Mai 2021 (ABl. L 186 vom 27.5.2021, S. 20)

– 32021 R 0853: Durchführungsverordnung (EU) 2021/853 der Kommission vom 27. Mai 2021 (ABl. L 188 vom 28.5.2021, S. 56)

– 32021 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2021/917 der Kommission vom 7. Juni 2021 (ABl. L 201 vom 8.6.2021, S. 19)

– 32021 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1191 der Kommission vom 19. Juli 2021 (ABl. L 258 vom 20.7.2021, S. 37)

– 32021 R 1379: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1379 der Kommission vom 19. August 2021 (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 32)

– 32021 R 1448: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1448 der Kommission vom 3. September 2021 (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 15)

– 32021 R 1449: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1449 der Kommission vom 3. September 2021 (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 20)

– 32021 R 1450: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1450 der Kommission vom 3. September 2021 (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 25)

– 32021 R 1452: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1452 der Kommission vom 3. September 2021 (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 30)

– 32021 R 1455: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1455 der Kommission vom 6. September 2021 (ABl. L 315 vom 7.9.2021, S. 1)

– 32021 R 2049: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2049 der Kommission vom 24. November 2021 (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 6)

– 32021 R 2068: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2068 der Kommission vom 25. November 2021 (ABl. L 421 vom 26.11.2021, S. 25)

– 32021 R 2081: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2081 der Kommission vom 26. November 2021 (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 28)

– 32022 R 0004: Durchführungsverordnung (EU) 2022/4 der Kommission vom 4. Januar 2022 (ABl. L 1 vom 5.1.2022, S. 5)

– 32022 R 0019: Durchführungsverordnung (EU) 2022/19 der Kommission vom 7. Januar 2022 (ABl. L 5 vom 10.1.2022, S. 9)

– 32022 R 0043: Durchführungsverordnung (EU) 2022/43 der Kommission vom 13. Januar 2022 (ABl. L 9 vom 14.1.2022, S. 7)

– 32022 R 0094: Durchführungsverordnung (EU) 2022/94 der Kommission vom 24. Januar 2022 (ABl. L 16 vom 25.1.2022, S. 33)

– 32022 R 0159: Durchführungsverordnung (EU) 2022/159 der Kommission vom 4. Februar 2022 (ABl. L 26 vom 7.2.2022, S. 7)

– 32022 R 0378: Durchführungsverordnung (EU) 2022/378 der Kommission vom 4. März 2022 (ABl. L 72 vom 7.3.2022, S. 2)

– 32022 R 0383: Durchführungsverordnung (EU) 2022/383 der Kommission vom 4. März 2022 (ABl. L 76 vom 7.3.2022, S. 1)

– 32022 R 0686: Durchführungsverordnung (EU) 2022/686 der Kommission vom 28. April 2022 (ABl. L 129 vom 29.4.2022, S. 18)

– 32022 R 0698: Durchführungsverordnung (EU) 2022/698 der Kommission vom 3. Mai 2022 (ABl. L 130 vom 4.5.2022, S. 3)

– 32022 R 0708: Durchführungsverordnung (EU) 2022/708 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 133 vom 10.5.2022, S. 1)

– 32022 R 0751: Durchführungsverordnung (EU) 2022/751 der Kommission vom 16. Mai 2022 (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 11)

– 32022 R 0782: Durchführungsverordnung (EU) 2022/782 der Kommission vom 18. Mai 2022 (ABl. L 140 vom 19.5.2022, S. 3)

– 32022 R 0800: Durchführungsverordnung (EU) 2022/800 der Kommission vom 20. Mai 2022 (ABl. L 143 vom 23.5.2022, S. 4)

– 32022 R 0801: Durchführungsverordnung (EU) 2022/801 der Kommission vom 20. Mai 2022 (ABl. L 143 vom 23.5.2022, S. 7)

– 32022 R 0808: Durchführungsverordnung (EU) 2022/808 der Kommission vom 23. Mai 2022 (ABl. L 147 vom 24.5.2022, S. 35)

– 32022 R 0814: Durchführungsverordnung (EU) 2022/814 der Kommission vom 20. Mai 2022 (ABl. L 146 vom 25.5.2022, S. 6)

– 32022 R 1251: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1251 der Kommission vom 19. Juli 2022 (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 35)

– 32022 R 1468: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1468 der Kommission vom 5. September 2022 (ABl. L 231 vom 6.9.2022, S. 101)

– 32022 R 2305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2305 der Kommission vom 24. November 2022 (ABl. L 306 vom 25.11.2022, S. 53)

– 32022 R 2314: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2314 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 47)

– 32022 R 2315: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2315 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 52)

5. 32011 R 0541: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 541/2011 der Kommission vom 1. Juni 2011 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Liste zugelassener Wirkstoffe (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 153)

6. 32011 R 0546: Verordnung (EU) Nr. 546/2011 der Kommission vom 10. Juni 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich einheitlicher Grundsätze für die Bewertung und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 155 vom 11.6.2011, S. 127), geändert durch:

   – 32022 R 1441: Verordnung (EU) 2022/1441 der Kommission vom 31. August 2022 (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 70), berichtigt in ABl. L 134 vom 24.11.2022, S. 100

7. 32011 R 0547: Verordnung (EU) Nr. 547/2011 der Kommission vom 8. Juni 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Kennzeichnungsanforderungen für Pflanzenschutzmittel (ABl. L 155 vom 11.6.2011, S. 176), geändert durch:

   – 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

8. 32011 R 0702: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 702/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Prohexadion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 28)

9. 32011 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 703/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Azoxystrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 33)

10. 32011 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 704/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Azimsulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 38)

11. 32011 R 0705: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 705/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Imazalil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 43)

12. 32011 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 706/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Profoxydim gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 50)

13. 32011 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 736/2011 der Kommission vom 26. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluroxypyr gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 195 vom 27.7.2011, S. 37)

14. 32011 R 0740: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 740/2011 der Kommission vom 27. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Bispyribac gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 196 vom 28.7.2011, S. 6)

15. 32011 R 0786: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 786/2011 der Kommission vom 5. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs 1-Naphthylacetamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/941/EG der Kommission (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 11)

16. 32011 R 0787: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 787/2011 der Kommission vom 5. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs 1-Naphthylessigsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/941/EG der Kommission (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 16)

17. 32011 R 0788: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 788/2011 der Kommission vom 5. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluazifop-P gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 21), geändert durch:

– 32013 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.6.2013, S. 6)

18. 32011 R 0797: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 797/2011 der Kommission vom 9. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spiroxamin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 3)

19. 32011 R 0798: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 798/2011 der Kommission vom 9. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Oxyfluorfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 9)

20. 32011 R 0800: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 800/2011 der Kommission vom 9. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Tefluthrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 22)

21. 32011 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 806/2011 der Kommission vom 10. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluquinconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 39)

22. 32011 R 0807: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 807/2011 der Kommission vom 10. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Triazoxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 44)

23. 32011 R 0810: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 810/2011 der Kommission vom 11. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Kresoxim-Methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 7)

24. 32011 R 0974: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 974/2011 der Kommission vom 29. September 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Acrinathrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 255 vom 1.10.2011, S. 1)

25. 32011 R 0993: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 993/2011 der Kommission vom 6. Oktober 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs 8-Hydroxychinolin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 263 vom 7.10.2011, S. 1)

26. 32011 R 1143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1143/2011 der Kommission vom 10. November 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Prochloraz gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 293 vom 11.11.2011, S. 26)

27. 32012 R 0359: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 359/2012 der Kommission vom 25. April 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Metam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 1)

28. 32012 R 0582: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 582/2012 der Kommission vom 2. Juli 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Bifenthrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 173 vom 3.7.2012, S. 3)

29. 32012 R 0589: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 589/2012 der Kommission vom 4. Juli 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluxapyroxad gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 6.7.2012, S. 7)

30. 32012 R 0595: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 595/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fenpyrazamin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 46)

31. 32012 R 0746: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 746/2012 der Kommission vom 16. August 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Adoxophyes orana granulovirus* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 219 vom 17.8.2012, S. 15)

32. 32012 R 0823: Verordnung (EU) Nr. 823/2012 der Kommission vom 14. September 2012 zur Festlegung von von der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 abweichenden Fristen für die Genehmigung der Wirkstoffe 2,4-DB, Benzoesäure, beta-Cyfluthrin, Carfentrazon-ethyl, Coniothyrium minitans Stamm CON/M/91-08 (DSM 9660), Cyazofamid, Cyfluthrin, Deltamethrin, Dimethenamid-P, Ethofumesat, Ethoxysulfuron, Fenamidon, Flazasulfuron, Flufenacet, Flurtamon, Foramsulfuron, Fosthiazat, Imazamox, Iodosulfuron, Iprodion, Isoxaflutol, Linuron, Maleinsäurehydrazid, Mecoprop, Mecoprop-P, Mesosulfuron, Mesotrion, Oxadiargyl, Oxasulfuron, Pendimethalin, Picoxystrobin, Propiconazol, Propineb, Propoxycarbazon, Propyzamid, Pyraclostrobin, Silthiofam, Trifloxystrobin, Warfarin und Zoxamid (ABl. L 250 vom 15.9.2012, S. 13), geändert durch:

– 32014 R 0186: Verordnung (EU) Nr. 186/2014 der Kommission vom 26. Februar 2014 (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 22)

– 32014 R 0460: Verordnung (EU) Nr. 460/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 (ABl. L 133 vom 6.5.2014, S. 51)

33. 32012 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1043/2012 der Kommission vom 8. November 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Phosphan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 24)

34. 32012 R 1237: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1237/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Zucchinigelbmosaikvirus (abgeschwächter Stamm) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 55)

35. 32012 R 1238: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1238/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Trichoderma asperellum* (Stamm T34) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 59)

36. 32013 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 17/2013 der Kommission vom 14. Januar 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Trichoderma atroviride* Stamm I-1237 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 9 vom 15.1.2013, S. 5)

37. 32013 R 0022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 22/2013 der Kommission vom 15. Januar 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Cyflumetofen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 11 vom 16.1.2013, S. 8)

38. 32013 R 0188: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 188/2013 der Kommission vom 5. März 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Mandipropamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 13)

39. 32013 R 0200: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 200/2013 der Kommission vom 8. März 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Ametoctradin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 235 vom 31.8.2013, S. 12

40. 32013 R 0283: Verordnung (EU) Nr. 283/2013 der Kommission vom 1. März 2013 zur Festlegung der Datenanforderungen für Wirkstoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 93 vom 3.4.2013, S. 1), geändert durch:

    – 32014 R 1136: Verordnung (EU) Nr. 1136/2014 der Kommission vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 26)

    – 32022 R 1439: Verordnung (EU) 2022/1439 der Kommission vom 31. August 2022 (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 8)

41. 32013 R 0284: Verordnung (EU) Nr. 284/2013 der Kommission vom 1. März 2013 zur Festlegung der Datenanforderungen für Pflanzenschutzmittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 93 vom 3.4.2013, S. 85), geändert durch:

– 32015 R 1475: Verordnung (EU) 2015/1475 der Kommission vom 27. August 2015 (ABl. L 225 vom 28.8.2015, S. 10)

– 32022 R 1440: Verordnung (EU) 2022/1440 der Kommission vom 31. August 2022 (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 38)

42. 32013 R 0350: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 350/2013 der Kommission vom 17. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Bixafen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 108 vom 18.4.2013, S. 9)

43. 32013 R 0355: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 355/2013 der Kommission vom 18. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Maltodextrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 14)

44. 32013 R 0356: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 356/2013 der Kommission vom 18. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Halosulfuron-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 18)

45. 32013 R 0366: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 366/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus firmus* I-1582 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 30)

46. 32013 R 0367: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 367/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Spodoptera littoralis Nucleopolyhedrovirus* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 33)

47. 32013 R 0368: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 368/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Helicoverpa armigera Nucleopolyhedrovirus* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 36)

48. 32013 R 0369: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 369/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Kaliumphosphonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 39)

49. 32013 R 0373: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 373/2013 der Kommission vom 23. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Candida oleophila* Stamm O gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 10)

50. 32013 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 375/2013 der Kommission vom 23. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spiromesifen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 15)

51. 32013 R 0378: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 378/2013 der Kommission vom 24. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Paecilomyces fumosoroseus* Stamm FE 9901 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 1)

52. 32013 R 0546: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 546/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Eugenol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 17)

53. 32013 R 0568: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 568/2013 der Kommission vom 18. Juni 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Thymol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 167 vom 19.6.2013, S. 33)

54. 32013 R 0570: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 570/2013 der Kommission vom 17. Juni 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Geraniol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 168 vom 20.6.2013, S. 18)

55. 32013 R 0767: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 767/2013 der Kommission vom 8. August 2013 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Bitertanol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 5)

56. 32013 R 0802: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 802/2013 der Kommission vom 22. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluopyram gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 225 vom 23.8.2013, S. 13)

57. 32013 R 0826: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 826/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Sedaxan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 13)

58. 32013 R 0827: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 827/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Aureobasidium pullulans* (Stämme DSM 14940 und DSM 14941) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 18)

59. 32013 R 0828: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 828/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Emamectin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 23)

60. 32013 R 0829: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 829/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Pseudomonas* sp. Stamm DSMZ 13134 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 29)

61. 32013 R 0832: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 832/2013 der Kommission vom 30. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Dinatriumphosphonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 3)

62. 32013 R 0833: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 833/2013 der Kommission vom 30. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pyriofenon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 233 vom 31.8.2023, S. 7)

63. 32013 R 1031: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1031/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Penflufen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 17)

64. 32013 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1165/2013 der Kommission vom 18. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Orangenöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 309 vom 19.11.2013, S. 17)

65. 32013 R 1175: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1175/2013 der Kommission vom 20. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Benalaxyl-M gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 18)

66. 32013 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1176/2013 der Kommission vom 20. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pyroxsulam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 23)

67. 32013 R 1177: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1177/2013 der Kommission vom 20. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spirotetramat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 28)

68. 32013 R 1187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1187/2013 der Kommission vom 21. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Penthiopyrad gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 22.11.2013, S. 42)

69. 32013 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1192/2013 der Kommission vom 22. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Tembotrion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 314 vom 23.11.2013, S. 6)

70. 32013 R 1195: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1195/2013 der Kommission vom 22. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Natriumsilberthiosulfat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 27)

71. 32013 R 1199: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1199/2013 der Kommission vom 25. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Chlorantraniliprol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 69)

72. 32014 R 0140: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 140/2014 der Kommission vom 13. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spinetoram gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 44 vom 14.2.2014, S. 35), berichtigt in ABl. L 277 vom 22.10.2015, S. 60

73. 32014 R 0143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 143/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pyridalyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 1)

74. 32014 R 0144: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 144/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Valifenalat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 7)

75. 32014 R 0145: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 145/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Thiencarbazon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 12)

76. 32014 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 149/2014 der Kommission vom 17. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs L-Ascorbinsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 46 vom 18.2.2014, S. 3)

77. 32014 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 151/2014 der Kommission vom 18. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs S-Abscisinsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 48 vom 19.2.2014, S. 1)

78. 32014 R 0192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 192/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs 1,4-Dimethylnaphthalin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 20)

79. 32014 R 0193: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 193/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Amisulbrom gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 25)

80. 32014 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 462/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 zur Genehmigung des Grundstoffs *Equisetum arvense* L. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 134 vom 7.5.2014, S. 28)

81. 32014 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus pumilus* QST 2808 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 65)

82. 32014 R 0486: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 486/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Fenbutatinoxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 70)

83. 32014 R 0496: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 496/2014 der Kommission vom 14. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Acequinocyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 143 vom 15.5.2014, S. 1)

84. 32014 R 0563: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 563/2014 der Kommission vom 23. Mai 2014 zur Genehmigung des Grundstoffs Chitosanhydrochlorid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 156 vom 24.5.2014, S. 5)

85. 32014 R 0571: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 571/2014 der Kommission vom 26. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Ipconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 157 vom 27.5.2014, S. 96)

86. 32014 R 0632: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 632/2014 der Kommission vom 13. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flubendiamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 14.6.2014, S. 1)

87. 32014 R 0890: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 890/2014 der Kommission vom 14. August 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Metobromuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 42)

88. 32014 R 0891: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 891/2014 der Kommission vom 14. August 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Aminopyralid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 47)

89. 32014 R 0916: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 916/2014 der Kommission vom 22. August 2014 zur Genehmigung des Grundstoffs Saccharose gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 16)

90. 32014 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 917/2014 der Kommission vom 22. August 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Streptomyces lydicus* Stamm WYEC 108 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 19)

91. 32014 R 1330: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1330/2014 der Kommission vom 15. Dezember 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Meptyldinocap gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 349 vom 16.12.2014, S. 85)

92. 32014 R 1334: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1334/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs gamma-Cyhalothrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen betreffend diesen Wirkstoff zu verlängern (ABl. L 360 vom 17.12.2014, S. 1)

93. 32015 R 0051: Durchführungsverordnung (EU) 2015/51 der Kommission vom 14. Januar 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Chromafenozid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, die vorläufigen Zulassungen bezüglich dieses Wirkstoffs zu verlängern (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 22)

94. 32015 R 0408: Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 der Kommission vom 11. März 2015 zur Durchführung des Artikels 80 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Erstellung einer Liste mit Substitutionskandidaten (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 18), geändert durch:

– 32017 R 2065: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2065 der Kommission vom 13. November 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 40)

– 32019 R 1085: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1085 der Kommission vom 25. Juni 2019 (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 110)

– 32020 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1295 der Kommission vom 16. September 2020 (ABl. L 303 vom 17.9.2020, S. 18)

– 32021 R 1177: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1177 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 60)

– 32022 R 0043: Durchführungsverordnung (EU) 2022/43 der Kommission vom 13. Januar 2022 (ABl. L 9 vom 14.1.2022, S. 7)

– 32022 R 1252: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1252 der Kommission vom 19. Juli 2022 (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 41)

95. 32015 R 0543: Durchführungsverordnung (EU) 2015/543 der Kommission vom 1. April 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs COS-OGA gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 90 vom 2.4.2015, S. 1)

96. 32015 R 0553: Durchführungsverordnung (EU) 2015/553 der Kommission vom 7. April 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Cerevisan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 92 vom 8.4.2015, S. 86)

97. 32015 R 0707: Durchführungsverordnung (EU) 2015/707 der Kommission vom 30. April 2015 über die Nichtgenehmigung von *Rheum-officinale*-Wurzelextrakt als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 113 vom 1.5.2015, S. 44)

98. 32015 R 0762: Durchführungsverordnung (EU) 2015/762 der Kommission vom 12. Mai 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Calciumhydroxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 120 vom 13.5.2015, S. 6)

99. 32015 R 1107: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1107 der Kommission vom 8. Juli 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs *Salix* spp. cortex gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 72)

100. 32015 R 1108: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1108 der Kommission vom 8. Juli 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Essig gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 75)

101. 32015 R 1116: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1116 der Kommission vom 9. Juli 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Lecithine gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 26)

102. 32015 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1165 der Kommission vom 15. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Halauxifen-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 30)

103. 32015 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1176 der Kommission vom 17. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Pepino Mosaic* Virus Stamm CH2 Isolat 1906 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 192 vom 18.7.2015, S. 1)

104. 32015 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1192 der Kommission vom 20. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Terpen-Gemisch QRD 460 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 124)

105. 32015 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1295 der Kommission vom 27. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Sulfoxaflor gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 199 vom 29.7.2015, S. 8)

106. 32015 R 1392: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1392 der Kommission vom 13. August 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Fructose gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 215 vom 14.8.2015, S. 34)

107. 32015 R 2069: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2069 der Kommission vom 17. November 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Natriumhydrogencarbonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 42)

108. 32015 R 2084: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2084 der Kommission vom 18. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flupyradifuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 89)

109. 32015 R 2085: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2085 der Kommission vom 18. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Mandestrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 93)

110. 32015 R 2105: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2105 der Kommission vom 20. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flumetralin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 305 vom 21.11.2015, S. 31)

111. 32015 R 2198: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2198 der Kommission vom 27. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Rescalure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 28.11.2015, S. 35)

112. 32016 R 0177: Durchführungsverordnung (EU) 2016/177 der Kommission vom 10. Februar 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Benzovindiflupyr als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 35 vom 11.2.2016, S. 1)

113. 32016 R 0370: Durchführungsverordnung (EU) 2016/370 der Kommission vom 15. März 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pinoxaden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen betreffend diesen Wirkstoff zu verlängern (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 7)

114. 32016 R 0548: Durchführungsverordnung (EU) 2016/548 der Kommission vom 8. April 2016 zur Genehmigung des Grundstoffs Diammoniumphosphat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 95 vom 9.4.2016, S. 1)

115. 32016 R 0560: Durchführungsverordnung (EU) 2016/560 der Kommission vom 11. April 2016 zur Genehmigung des Grundstoffs Molke gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 96 vom 12.4.2016, S. 23)

116. 32016 R 0636: Durchführungsverordnung (EU) 2016/636 der Kommission vom 22. April 2016 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Z,Z,Z,Z-7,13,16,19-docosatetraen-1-yl-isobutyrat im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 22)

117. 32016 R 0638: Durchführungsverordnung (EU) 2016/638 der Kommission vom 22. April 2016 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Z-13-hexadecen-11-yn-1-yl-acetat in Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 108 vom 24.4.2016, S. 28)

118. 32016 R 0951: Durchführungsverordnung (EU) 2016/951 der Kommission vom 15. Juni 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Trichoderma atroviride* Stamm SC1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 6)

119. 32016 R 0952: Durchführungsverordnung (EU) 2016/952 der Kommission vom 15. Juni 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Saccharomyces cerevisiae* Stamm LAS02 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 10)

120. 32016 R 1414: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1414 der Kommission vom 24. August 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Cyantraniliprol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 16)

121. 32016 R 1425: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1425 der Kommission vom 25. August 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Isofetamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 30)

122. 32016 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1429 der Kommission vom 26. August 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm MBI 600 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 27.8.2016, S. 1)

123. 32016 R 1978: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1978 der Kommission vom 11. November 2016 zur Genehmigung des Grundstoffs Sonnenblumenöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 305 vom 12.11.2016, S. 23)

124. 32017 R 0239: Durchführungsverordnung (EU) 2017/239 der Kommission vom 10. Februar 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs Oxathiapiprolin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 39)

125. 32017 R 0358: Durchführungsverordnung (EU) 2017/358 der Kommission vom 28. Februar 2017 zur Bestätigung der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Acrinathrin gemäß der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 6)

126. 32017 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) 2017/406 der Kommission vom 8. März 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Mildes Pepino Mosaic Virus-Isolat VX1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 83)

127. 32017 R 0408: Durchführungsverordnung (EU) 2017/408 der Kommission vom 8. März 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Mildes Pepino Mosaic Virus-Isolat VC1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 91)

128. 32017 R 0409: Durchführungsverordnung (EU) 2017/409 der Kommission vom 8. März 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs Wasserstoffperoxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 95)

129. 32017 R 0419: Durchführungsverordnung (EU) 2017/419 der Kommission vom 9. März 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs *Urtica* spp. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 64 vom 10.3.2017, S. 4)

130. 32017 R 0428: Durchführungsverordnung (EU) 2017/428 der Kommission vom 10. März 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs tonhaltige Pflanzenkohle (*charbon argileux*) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 66 vom 11.3.2017, S. 1)

131. 32017 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) 2017/781 der Kommission vom 5. Mai 2017 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Methylnonylketon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 118 vom 6.5.2017, S. 1)

132. 32017 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) 2017/806 der Kommission vom 11. Mai 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm FZB24 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 31)

133. 32017 R 0831: Durchführungsverordnung (EU) 2017/831 der Kommission vom 16. Mai 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm 147 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 124 vom 17.5.2017, S. 27)

134. 32017 R 0841: Durchführungsverordnung (EU) 2017/841 der Kommission vom 17. Mai 2017 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Verlängerung der Laufzeit der Genehmigung für die Wirkstoffe Alpha-Cypermethrin, Ampelomyces quisqualis Stamm: AQ 10, Benalaxyl, Bentazon, Bifenazat, Bromoxynil, Carfentrazon-ethyl, Chlorpropham, Cyazofamid, Desmedipham, Diquat, DPX KE 459 (Flupyrsulfuron-methyl), Etoxazol, Famoxadon, Fenamidon, Flumioxazin, Foramsulfuron, Gliocladium catenulatum Stamm: J1446, Imazamox, Imazosulfuron, Isoxaflutol, Laminarin, Metalaxyl-M, Methoxyfenozid, Milbemectin, Oxasulfuron, Pendimethalin, Phenmedipham, Pymetrozin, S-Metolachlor und Trifloxystrobin (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 12), berichtigt in ABl. L 2 vom 5.1.2018, S. 14

135. 32017 R 0843: Durchführungsverordnung (EU) 2017/843 der Kommission vom 17. Mai 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm NPP111B005 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 21)

136. 32017 R 1125: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1125 der Kommission vom 22. Juni 2017 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Repellents (Geruch) tierischen oder pflanzlichen Ursprungs/Tallölpech gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 163 vom 24.6.2017, S. 10)

137. 32017 R 1186: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1186 der Kommission vom 3. Juli 2017 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Repellents (Geruch) tierischen oder pflanzlichen Ursprungs/Tallöl (roh) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 171 vom 4.7.2017, S. 131)

138. 32017 R 1529: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1529 der Kommission vom 7. September 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs Natriumchlorid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0556: Durchführungsverordnung (EU) 2021/556 der Kommission vom 31. März 2021 (ABl. L 115 vom 6.4.2021, S. 26)

139. 32017 R 2057: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2057 der Kommission vom 10. November 2017 über die Nichtgenehmigung von *Achillea millefolium* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 294 vom 11.11.2017, S. 27)

140. 32017 R 2065: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2065 der Kommission vom 13. November 2017 zur Bestätigung der Bedingungen für die Genehmigung des in der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 aufgeführten Wirkstoffs 8-Hydroxychinolin und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 hinsichtlich der Aufnahme des Wirkstoffs 8-Hydroxychinolin in die Liste der Substitutionskandidaten (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 40)

141. 32017 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2066 der Kommission vom 13. November 2017 zur Genehmigung von Senfsaatpulver als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 43)

142. 32017 R 2067: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2067 der Kommission vom 13. November 2017 über die Nichtgenehmigung von Paprikaextrakt (Capsanthin, Capsorubin E 160c) als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 47)

143. 32017 R 2068: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2068 der Kommission vom 13. November 2017 über die Nichtgenehmigung von Kaliumsorbat als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 49)

144. 32017 R 2090: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2090 der Kommission vom 14. November 2017 zur Genehmigung von Bier als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 22)

145. 32018 R 0691: Durchführungsverordnung (EU) 2018/691 der Kommission vom 7. Mai 2018 zur Genehmigung des Grundstoffs Talkum E 553b gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 6)

146. 32018 R 1265: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1265 der Kommission vom 20. September 2018 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fenpicoxamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 77)

147. 32018 R 1278: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1278 der Kommission vom 21. September 2018 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Pasteuria nishizawae* Pn1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 239 vom 24.9.2018, S. 4)

148. 32018 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1295 der Kommission vom 26. September 2018 zur Genehmigung des Grundstoffs Zwiebelöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 7)

149. 32018 R 1915: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1915 der Kommission vom 6. Dezember 2018 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Metschnikowia fructicola* Stamm NRRL Y-27328 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 20)

150. 32018 R 1981: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1981 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für die Wirkstoffe Kupferverbindungen als Substitutionskandidaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 317 vom 14.12.2018, S. 16)

151. 32019 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/139 der Kommission vom 29. Januar 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm IMI389521 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 4)

152. 32019 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2019/147 der Kommission vom 30. Januar 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm PPRI 5339 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 14)

153. 32019 R 0337: Durchführungsverordnung (EU) 2019/337 der Kommission vom 27. Februar 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs Mefentrifluconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 12)

154. 32019 R 0481: Durchführungsverordnung (EU) 2019/481 der Kommission vom 22. März 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flutianil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 19)

155. 32019 R 0676: Durchführungsverordnung (EU) 2019/676 der Kommission vom 29. April 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko ABE-IT 56 (Lysatbestandteile von *Saccharomyces cerevisiae* Stamm DDSF623) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 12)

156. 32019 R 1138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1138 der Kommission vom 3. Juli 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs Florpyrauxifen-benzyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 8)

157. 32020 R 0029: Durchführungsverordnung (EU) 2020/29 der Kommission vom 14. Januar 2020 zur Nichtgenehmigung von Tanninen aus der Weinrebe *Vitis vinifera* als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 9 vom 14.1.2020, S. 1)

158. 32020 D 0152: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/152 der Kommission vom 3. Februar 2020 über ein Verbot, mit dem Rumänien die erneute Erteilung von Zulassungen gemäß Artikel 53 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Clothianidin oder Imidacloprid zur Anwendung bei *Brassica napus* gegen *Phyllotreta* spp. oder *Psylliodes* spp. untersagt wird (ABl. L 33 vom 5.2.2020, S. 16)

159. 32020 D 0153: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/153 der Kommission vom 3. Februar 2020 über ein Verbot, mit dem Litauen die erneute Erteilung von Zulassungen gemäß Artikel 53 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Thiamethoxam zur Anwendung bei Sommerraps gegen *Phyllotreta* spp. und/oder *Psylliodes* spp. untersagt wird (ABl. L 33 vom 5.2.2020, S. 19)

160. 32020 R 0640: Durchführungsverordnung (EU) 2020/640 der Kommission vom 12. Mai 2020 über die Nichtgenehmigung von Propolis-Extrakt als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 32)

161. 32020 R 0642: Durchführungsverordnung (EU) 2020/642 der Kommission vom 12. Mai 2020 zur Genehmigung des Grundstoffs L-Cystein gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 134)

162. 32020 R 0643: Durchführungsverordnung (EU) 2020/643 der Kommission vom 12. Mai 2020 über die Nichtgenehmigung von Wurzeln von *Saponaria officinalis* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 138)

163. 32020 R 0646: Durchführungsverordnung (EU) 2020/646 der Kommission vom 13. Mai 2020 zur Genehmigung des Wirkstoffs Lavandulylsenecioat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 151 vom 14.5.2020, S. 3)

164. 32020 R 1004: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1004 der Kommission vom 9. Juli 2020 zur Genehmigung des Grundstoffs Kuhmilch gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 133)

165. 32020 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1018 der Kommission vom 13. Juli 2020 zur Genehmigung des Wirkstoffs Eisendiphosphat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 225 vom 14.7.2020, S. 9)

166. 32020 R 1263: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1263 der Kommission vom 10. September 2020 zur Genehmigung des Wirkstoffs Natriumhydrogencarbonat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 11.9.2020, S. 1)

167. 32021 R 0081: Durchführungsverordnung (EU) 2021/81 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Genehmigung des Grundstoffs Extrakt der Zwiebel von *Allium cepa* L. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 12)

168. 32021 R 0427: Durchführungsverordnung (EU) 2021/427 der Kommission vom 10. März 2021 zur Genehmigung des Wirkstoffs 24-Epibrassinolid als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 84 vom 11.3.2021, S. 21)

169. 32021 R 0428: Durchführungsverordnung (EU) 2021/428 der Kommission vom 10. März 2021 zur Annahme von Standarddatenformaten für die Einreichung von Anträgen auf Genehmigung oder Änderung der Bedingungen für die Genehmigung von Wirkstoffen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 84 vom 11.3.2021, S. 25)

170. 32021 R 0567: Durchführungsverordnung (EU) 2021/567 der Kommission vom 6. April 2021 zur Genehmigung des wässrigen Extrakts aus gekeimten Samenkörnern der Süßlupine *Lupinus albus* als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 118 vom 7.4.2021, S. 6)

171. 32021 R 0795: Durchführungsverordnung (EU) 2021/795 der Kommission vom 17. Mai 2021 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Alpha-Cypermethrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 174 vom 18.5.2021, S. 2)

172. 32021 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2021/917 der Kommission vom 7. Juni 2021 zur Genehmigung der Wirkstoffe mit geringem Risiko *Pepino Mosaic Virus*, EU-Stamm, mildes Isolat Abp1 und Pepino Mosaic Virus, CH2-Stamm, mildes Isolat Abp2 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 201 vom 8.6.2021, S. 19)

173. 32021 R 1455: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1455 der Kommission vom 6. September 2021 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm AH2 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 315 vom 7.9.2021, S. 1)

174. 32021 R 2049: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2049 der Kommission vom 24. November 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cypermethrin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 6)

175. 32022 R 0004: Durchführungsverordnung (EU) 2022/4 der Kommission vom 4. Januar 2022 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Purpureocillium lilacinum* Stamm PL11 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 1 vom 5.1.2022, S. 5)

176. 32022 R 0043: Durchführungsverordnung (EU) 2022/43 der Kommission vom 13. Januar 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Flumioxazin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Anhänge der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 (ABl. L 9 vom 14.1.2022, S. 7)

177. 32022 R 0159: Durchführungsverordnung (EU) 2022/159 der Kommission vom 4. Februar 2022 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm IT-45 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 26 vom 7.2.2022, S. 7)

178. 32022 R 1251: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1251 der Kommission vom 19. Juli 2022 zur Erneuerung der Genehmigung der Wirkstoffe „geradkettige Lepidopterenpheromone“ (Acetate) als Wirkstoffe mit geringem Risiko sowie der Wirkstoffe „geradkettige Lepidopterenpheromone“ (Aldehyde und Alkohole) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 35)

179. 32022 R 1443: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1443 der Kommission vom 31. August 2022 zur Nichtgenehmigung von Calciumpropionat als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 123)

180. 32022 R 1444: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1444 der Kommission vom 31. August 2022 zur Nichtgenehmigung von schwarzer Seife E470a als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 125)

181. 32022 R 1474: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1474 der Kommission vom 6. September 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für Schafsfett als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 7.9.2022, S. 3)

182. 32022 R 1480: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1480 der Kommission vom 7. September 2022 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Verlängerung der Laufzeit der Genehmigungen für die Wirkstoffe 2-Phenylphenol (einschließlich seiner Salze, z. B. Natriumsalz), 8-Hydroxychinolin, Amidosulfuron, Bensulfuron, Bifenox, Chlormequat, Chlortoluron, Clofentezin, Clomazon, Daminozid, Deltamethrin, Dicamba, Difenoconazol, Diflufenican, Dimethachlor, Esfenvalerat, Etofenprox, Fenoxaprop-P, Fenpropidin, Fenpyrazamin, Fludioxonil, Flufenacet, Flumetralin, Fosthiazat, Lenacil, MCPA, MCPB, Nicosulfuron, Paraffinöle, Paraffinöl, Penconazol, Picloram, Prohexadion, Propaquizafop, Prosulfocarb, Quizalofop-P-ethyl, Quizalofop-P-tefuryl, Natrium-5-nitroguaiacolat, Natrium-o-nitrophenolat, Natrium-p-nitrophenolat, Schwefel, Tebufenpyrad, Tetraconazol, Triallat, Triflusulfuron und Tritosulfuron (ABl. L 233 vom 8.9.2022, S. 43)

183. 32022 R 2364: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2364 der Kommission vom 2. Dezember 2022 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Verlängerung der Dauer der Genehmigung für den Wirkstoff Glyphosat (ABl. L 312 vom 22.12.2022, S. 99)

184. 32023 R 0199: Durchführungsverordnung (EU) 2023/199 der Kommission vom 30. Januar 2023 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Trichoderma atroviride* AT10 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 26 vom 31.1.2023, S. 22)

185. 32023 R 0200: Durchführungsverordnung (EU) 2023/200 der Kommission vom 30. Januar 2023 zur Nichtgenehmigung von ätherischem Zitronenöl (ätherischem Öl aus *Citrus limon*) als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 26 vom 31.1.2023, S. 26)

UNTERABSCHNITT 2

ANERKENNUNG DER VOLLSTÄNDIGKEIT DER UNTERLAGEN

186. 32001 D 0861: Entscheidung 2001/861/EG der Kommission vom 27. November 2001 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Laminarin und Novaluron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln eingereicht wurden (ABl. L 321 vom 6.12.2001, S. 34), geändert durch:

– 32012 D 0187: Durchführungsbeschluss 2012/187/EU der Kommission vom 4. April 2012 (ABl. L 101 vom 11.4.2012, S. 15)

187. 32002 D 0305: Entscheidung 2002/305/EG der Kommission vom 19. April 2002 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Clothianidin und Pseudozyma flocculosa in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln eingereicht wurden (ABl. L 104 vom 20.4.2002, S. 42)

188. 32003 D 0035: Entscheidung 2003/35/EG der Kommission vom 10. Januar 2003 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Benalaxyl-M, Benthiavalicarb, 1-Methylcyclopropen, Prothioconazol und Fluoxastrobin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln eingereicht wurden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 52)

189. 32003 D 0105: Entscheidung 2003/105/EG der Kommission vom 17. Februar 2003 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Spiromesifen und Metrafenone in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 43 vom 18.2.2003, S. 45)

190. 32003 D 0636: Entscheidung 2003/636/EG der Kommission vom 2. September 2003 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Kaliumphosphit, Acequinocyl und Cyflufenamid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln eingereicht wurden (ABl. L 221 vom 4.9.2003, S. 42)

191. 32003 D 0850: Entscheidung 2003/850/EG der Kommission vom 4. Dezember 2003 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von BAS 670H und Silberthiosulfatin Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln eingereicht wurden (ABl. L 322 vom 9.12.2003, S. 28)

192. 32004 D 0686: Entscheidung 2004/686/EG der Kommission vom 29. September 2004 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Proquinazid, IKI-220 (Flonicamid) und Gamma-Cyhalothrin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 313 vom 12.10.2004, S. 21)

193. 32005 D 0459: Entscheidung 2005/459/EG der Kommission vom 22. Juni 2005 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Pinoxaden in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 160 vom 23.6.2005, S. 32)

194. 32005 D 0751: Entscheidung 2005/751/EG der Kommission vom 21. Oktober 2005 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Ascorbinsäure, Kaliumiodid und Kaliumthiocyanat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 282 vom 26.10.2005, S. 18)

195. 32005 D 0778: Entscheidung 2005/778/EG der Kommission vom 28. Oktober 2005 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Aminopyralid und Fluopicolid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 293 vom 9.11.2005, S. 26)

196. 32006 D 0517: Entscheidung 2006/517/EG der Kommission vom 19. Juli 2006 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Metaflumizon in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 201 vom 25.7.2006, S. 34)

197. 32006 D 0586: Entscheidung 2006/586/EG der Kommission vom 25. August 2006 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Chromafenozid, Halosulfuron, Tembotrion, Valiphenal und Zucchinigelbmosaikvirus (abgeschwächter Stamm) in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 236 vom 31.8.2006, S. 31)

198. 32006 D 0589: Entscheidung 2006/589/EG der Kommission vom 31. August 2006 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Aviglycine HCl, Mandipropamid und Meptyldinocap in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 240 vom 2.9.2006, S. 9), geändert durch:
    – 32008 D 0278: Entscheidung 2008/278/EG der Kommission vom 26. März 2008 (ABl. L 87 vom 29.3.2008, S. 15)

199. 32006 D 0806: Entscheidung 2006/806/EG der Kommission vom 24. November 2006 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Orthosulfamuron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 329 vom 25.11.2006, S. 74)

200. 32006 D 0927: Entscheidung 2006/927/EG der Kommission vom 13. Dezember 2006 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Flubendiamid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 354 vom 14.12.2006, S. 54)

201. 32007 D 0277: Entscheidung 2007/277/EG der Kommission vom 20. April 2007 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Pyroxsulam in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 116 vom 4.5.2007, S. 59)

202. 32007 D 0380: Entscheidung 2007/380/EG der Kommission vom 30. Mai 2007 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von *Candida oleophila* Stamm O in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 141 vom 2.6.2007, S. 78)

203. 32007 D 0560: Entscheidung 2007/560/EG der Kommission vom 2. August 2007 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Chlorantraniliprole, Heptamaloxyglucan, Spirotetramat und *Helicoverpa armigera* Nucleopolyhedrovirus in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 213 vom 15.8.2007, S. 29)

204. 32007 D 0669: Entscheidung 2007/669/EG der Kommission vom 15. Oktober 2007 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von *Adoxophyes orana Granulovirus*, Amisulbrom, Emamectin, Pyridalil und *Spodoptera littoralis Nucleopolyhedrovirus* in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 274 vom 18.10.2007, S. 15)

205. 32008 D 0020: Entscheidung 2008/20/EG der Kommission vom 20. Dezember 2007 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Ipconazol und Maltodextrin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 1 vom 4.1.2008, S. 5)

206. 32008 D 0565: Entscheidung 2008/565/EG der Kommission vom 30. Juni 2008 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von *Paecilomyces fumosoroseus* Stamm Fe 9901 und *Trichoderma atroviride* Stamm I-1237 in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 181 vom 10.7.2008, S. 49)

207. 32008 D 0566: Entscheidung 2008/566/EG der Kommission vom 1. Juli 2008 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Phosphan und Thiencarbazone in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 181 vom 10.7.2008, S. 52)

208. 32008 D 0599: Entscheidung 2008/599/EG der Kommission vom 4. Juli 2008 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von *Pseudomonas* sp. Stamm DSMZ 13134 in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 193 vom 22.7.2008, S. 14)

209. 32008 D 0740: Entscheidung 2008/740/EG der Kommission vom 12. September 2008 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Spinetoram in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 249 vom 18.9.2008, S. 21)

210. 32008 D 0953: Entscheidung 2008/953/EG der Kommission vom 8. Dezember 2008 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von *Aureobasidium pullulans* und Dinatriumphosphonat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 338 vom 17.12.2008, S. 62)

211. 32009 D 0438: Entscheidung 2009/438/EG der Kommission vom 8. Juni 2009 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Orangenöl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 145 vom 10.6.2009, S. 47)

212. 32009 D 0464: Entscheidung 2009/464/EG der Kommission vom 15. Juni 2009 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Fluopyram in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 151 vom 16.6.2009, S. 37)

213. 32009 D 0535: Entscheidung 2009/535/EG der Kommission vom 9. Juli 2009 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von BAS 650 F in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 179 vom 10.7.2009, S. 66)

214. 32009 D 0700: Entscheidung 2009/700/EG der Kommission vom 10. September 2009 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Bixafen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 240 vom 11.9.2009, S. 32)

215. 32010 D 0132: Beschluss 2010/132/EU der Kommission vom 2. März 2010 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von *Trichoderma asperellum* (Stamm T34) und Isopyrazam in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 52 vom 3.3.2010, S. 51)

216. 32010 D 0150: Beschluss 2010/150/EU der Kommission vom 10. März 2010 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Fenpyrazamin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 61 vom 11.3.2010, S. 35)

217. 32010 D 0164: Beschluss 2010/164/EU der Kommission vom 18. März 2010 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Tagetesöl und Thymianöl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 69 vom 19.3.2010, S. 18)

218. 32010 D 0244: Beschluss 2010/244/EU der Kommission vom 26. April 2010 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von 1,4-Dimethylnaphthalin und Cyflumetofen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 107 vom 29.4.2010, S. 22)

219. 32010 D 00466: Beschluss 2010/466/EU der Kommission vom 24. August 2010 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Penthiopyrad in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 224 vom 26.8.2010, S. 6)

220. 32010 D 0672: Beschluss 2010/672/EU der Kommission vom 5. November 2010 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Penflufen und Fluxapyroxad in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 290 vom 6.11.2010, S. 51)

221. 32010 D 0785: Beschluss 2010/785/EU der Kommission vom 17. Dezember 2010 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Pyriofenon in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 335 vom 18.10.2010, S. 64)

222. 32011 D 0123: Beschluss 2011/123/EU der Kommission vom 23. Februar 2011 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Sedaxan und *Bacillus firmus* I-1582 in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 40)

223. 32011 D 0124: Beschluss 2011/124/EU der Kommission vom 23. Februar 2011 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Ethametsulfuron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 12)

224. 32011 D 0253: Durchführungsbeschluss 2011/253/EU der Kommission vom 26. April 2011 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Metobromuron, S-Abscisinsäure, *Bacillus amyloliquefaciens* subsp. *plantarum* D747, *Bacillus pumilus* QST 2808 und *Streptomyces lydicus* WYEC 108 in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 106 vom 27.4.2011, S. 13)

225. 32011 D 0266: Durchführungsbeschluss 2011/266/EU der Kommission vom 2. Mai 2011 zur grundsätzlichen Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von Beta-Cypermethrin, Eugenol, Geraniol und Thymol in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates eingereicht wurden (ABl. L 114 vom 4.5.2011, S. 3)

UNTERABSCHNITT 3

SCHUTZMAßNAHMEN

226. 32007 D 0322: Entscheidung 2007/322/EG der Kommission vom 4. Mai 2007 über Schutzmaßnahmen hinsichtlich der Anwendung von Tolylfluanid enthaltenden Pflanzenschutzmitteln, die zur Verunreinigung des Trinkwassers führen (ABl. L 119 vom 9.5.2007, S. 49)

UNTERABSCHNITT 4

ERNEUERUNG DER AUFNAHME

227. 32007 R 0737: Verordnung (EG) Nr. 737/2007 der Kommission vom 27. Juni 2007 zur Festlegung des Verfahrens für die Erneuerung der Aufnahme einer ersten Gruppe von Wirkstoffen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und zur Erstellung der Liste dieser Wirkstoffe (ABl. L 169 vom 29.6.2007, S. 10)

228. 32008 D 0656: Entscheidung 2008/656/EG der Kommission vom 28. Juli 2008 über die Zulässigkeit der Anträge auf erneute Aufnahme der Wirkstoffe Azimsulfuron, Azoxystrobin, Fluroxypyr, Imazalil, Kresoxim-Methyl, Prohexadion-Calcium und Spiroxamin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und zur Erstellung der Liste der betroffenen Antragsteller (ABl. L 214 vom 9.8.2008, S. 70)

229. 32010 R 1141: Verordnung (EU) Nr. 1141/2010 der Kommission vom 7. Dezember 2010 zur Festlegung des Verfahrens für die erneute Aufnahme einer zweiten Gruppe von Wirkstoffen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und zur Erstellung der Liste dieser Wirkstoffe (ABl. L 322 vom 8.12.2010, S. 10), geändert durch:

– 32019 R 0336: Durchführungsverordnung (EU) 2019/336 der Kommission vom 27. Februar 2019 (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 8)

230. 32011 R 1022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1022/2011 der Kommission vom 14. Oktober 2011 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cyclanilid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 270 vom 15.10.2011, S. 20)

231. 32011 R 1134: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1134/2011 der Kommission vom 9. November 2011 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Cinidonethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 292 vom 10.11.2011, S. 1)

232. 32012 R 0686: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 686/2012 der Kommission vom 26. Juli 2012 zur Übertragung der Überprüfung der Wirkstoffe, deren Genehmigung spätestens am 31. Dezember 2018 ausläuft, auf die Mitgliedstaaten zum Zweck des Erneuerungsverfahrens (ABl. L 200 vom 27.7.2012, S. 5), geändert durch:

– 32014 R 0700: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 700/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 8)

– 32015 R 0052: Durchführungsverordnung (EU) 2015/52 der Kommission vom 14. Januar 2015 (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 27)

– 32016 R 0183: Durchführungsverordnung (EU) 2016/183 der Kommission vom 11. Februar 2016 (ABl. L 37 vom 12.2.2016, S. 44)

– 32017 R 0243: Durchführungsverordnung (EU) 2017/243 der Kommission vom 10. Februar 2017 (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 53)

– 32018 R 0155: Durchführungsverordnung (EU) 2018/155 der Kommission vom 31. Januar 2018 (ABl. L 29 vom 1.2.2018, S. 8)

– 32019 R 0150: Durchführungsverordnung (EU) 2019/150 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 23)

– 32019 R 0336: Durchführungsverordnung (EU) 2019/336 der Kommission vom 27. Februar 2019 (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 8)

– 32019 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) 2019/724 der Kommission vom 10. Mai 2019 (ABl. L 124 vom 13.5.2019, S. 32)

– 32020 R 1093: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1093 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 13)

233. 32015 R 0306: Durchführungsverordnung (EU) 2015/306 der Kommission vom 26. Februar 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs *Isaria fumosorosea* Stamm Apopka 97 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 1)

234. 32015 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1115 der Kommission vom 9. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Pyridat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 22)

235. 32015 R 1154: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1154 der Kommission vom 14. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Sulfosulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 187 vom 15.7.2015, S. 18)

236. 32015 R 1166: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1166 der Kommission vom 15. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Eisen(III)-phosphat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 34)

237. 32015 R 1201: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1201 der Kommission vom 22. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Fenhexamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 195 vom 23.7.2015, S. 37)

238. 32015 R 1397: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1397 der Kommission vom 14. August 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Florasulam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 216 vom 15.8.2015, S. 3)

239. 32015 R 2033: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2033 der Kommission vom 13. November 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs 2,4-D gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 8)

240. 32015 R 2047: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2047 der Kommission vom 16. November 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Esfenvalerat als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 300 vom 17.11.2015, S. 8)

241. 32016 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2016/139 der Kommission vom 2. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Metsulfuron-methyl als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 7)

242. 32016 R 0146: Durchführungsverordnung (EU) 2016/146 der Kommission vom 4. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Lambda-Cyhalothrin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 30 vom 7.2.2016, S. 1)

243. 32016 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2016/147 der Kommission vom 4. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Iprovalicarb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 30 vom 7.2.2016, S. 12)

244. 32016 R 0182: Durchführungsverordnung (EU) 2016/182 der Kommission vom 11. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Pyraflufen-ethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 37 vom 12.2.2016, S. 40)

245. 32016 R 0389: Durchführungsverordnung (EU) 2016/389 der Kommission vom 17. März 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Acibenzolar-S-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 73 vom 18.3.2016, S. 77)

246. 32016 R 0864: Durchführungsverordnung (EU) 2016/864 der Kommission vom 31. Mai 2016 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Triasulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 32)

247. 32016 R 0871: Durchführungsverordnung (EU) 2016/871 der Kommission vom 1. Juni 2016 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Amitrol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 4)

248. 32016 R 0872: Durchführungsverordnung (EU) 2016/872 der Kommission vom 1. Juni 2016 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Isoproturon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 7)

249. 32016 R 1423: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1423 der Kommission vom 25. August 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Picolinafen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 20)

250. 32016 R 1424: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1424 der Kommission vom 25. August 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Thifensulfuron-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 25)

251. 32016 R 1426: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1426 der Kommission vom 25. August 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Ethofumesat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 34)

252. 32017 R 0157: Durchführungsverordnung (EU) 2017/157 der Kommission vom 30. Januar 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Thiabendazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 25 vom 31.1.2017, S. 5)

253. 32017 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) 2017/375 der Kommission vom 2. März 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Prosulfuron als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 3), geändert durch:

– 32021 R 0574: Durchführungsverordnung (EU) 2021/574 der Kommission vom 30. März 2021 (ABl. L 120 vom 8.4.2021, S. 9)

254. 32017 R 0407: Durchführungsverordnung (EU) 2017/407 der Kommission vom 8. März 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Iodosulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 87)

255. 32017 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) 2017/842 der Kommission vom 17. Mai 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Coniothyrium minitans* Stamm CON/M/91-08 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 16), berichtigt in ABl. L 2 vom 5.1.2018, S. 14

256. 32017 R 0725: Durchführungsverordnung (EU) 2017/725 der Kommission vom 24. April 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Mesotrion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 107 vom 25.4.2017, S. 24)

257. 32017 R 0753: Durchführungsverordnung (EU) 2017/753 der Kommission vom 28. April 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cyhalofop-butyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 24)

258. 32017 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2017/755 der Kommission vom 28. April 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Mesosulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 35)

259. 32017 R 0805: Durchführungsverordnung (EU) 2017/805 der Kommission vom 11. Mai 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Flazasulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 26)

260. 32017 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) 2017/842 der Kommission vom 17. Mai 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Coniothyrium minitans* Stamm CON/M/91-08 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 16)

261. 32017 R 1113: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1113 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Benzoesäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 27)

262. 32017 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1114 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pendimethalin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 32)

263. 32017 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1115 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propoxycarbazon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 38)

264. 32017 R 1455: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1455 der Kommission vom 10. August 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Picoxystrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 208 vom 11.8.2017, S. 28)

265. 32017 R 1491: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1491 der Kommission vom 21. August 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs 2,4-DB gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 216 vom 22.8.2017, S. 15)

266. 32017 R 1496: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1496 der Kommission vom 23. August 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff DPX KE 459 (Flupyrsulfuron-methyl) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 218 vom 24.8.2017, S. 7)

267. 32017 R 1506: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1506 der Kommission vom 28. August 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Maleinsäurehydrazid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 222 vom 29.8.2017, S. 21)

268. 32017 R 1531: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1531 der Kommission vom 7. September 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Imazamox als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 6)

269. 32017 R 2091: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2091 der Kommission vom 14. November 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Iprodion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 25)

270. 32017 R 2324: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2324 der Kommission vom 12. Dezember 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Glyphosat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 10)

271. 32018 R 0112: Durchführungsverordnung (EU) 2018/112 der Kommission vom 24. Januar 2018 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Laminarin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 3)

272. 32018 R 0113: Durchführungsverordnung (EU) 2018/113 der Kommission vom 24. Januar 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Acetamiprid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 7)

273. 32018 R 0660: Durchführungsverordnung (EU) 2018/660 der Kommission vom 26. April 2018 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Bentazon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 110 vom 30.4.2018, S. 122)

274. 32018 R 0679: Durchführungsverordnung (EU) 2018/679 der Kommission vom 3. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Forchlorfenuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 4.5.2018, S. 18)

275. 32018 R 0692: Durchführungsverordnung (EU) 2018/692 der Kommission vom 7. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Zoxamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 9)

276. 32018 R 0710: Durchführungsverordnung (EU) 2018/710 der Kommission vom 14. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Silthiofam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 119 vom 15.5.2018, S. 31)

277. 32018 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2018/755 der Kommission vom 23. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propyzamid — als Substitutionskandidat — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 128 vom 24.5.2018, S. 4)

278. 32018 R 1019: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1019 der Kommission vom 18. Juli 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Oxasulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 14)

279. 32018 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1043 der Kommission vom 24. Juli 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Fenamidon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 188 vom 25.7.2018, S. 9)

280. 32018 R 1060: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1060 der Kommission vom 26. Juli 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Trifloxystrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 3)

281. 32018 R 1061: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1061 der Kommission vom 26. Juli 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Carfentrazon-ethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 8)

282. 32018 R 1075: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1075 der Kommission vom 27. Juli 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Ampelomyces quisqualis* Stamm: AQ10 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 36)

283. 32018 R 1264: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1264 der Kommission vom 20. September 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pethoxamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 71)

284. 32018 R 1500: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1500 der Kommission vom 9. Oktober 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Thiram sowie zum Verbot der Verwendung und des Verkaufs von Saatgut, das mit Thiram enthaltenden Pflanzenschutzmitteln behandelt wurde, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 254 vom 10.10.2018, S. 1)

285. 32018 R 1501: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1501 der Kommission vom 9. Oktober 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pymetrozin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 254 vom 10.10.2018, S. 4)

286. 32018 R 1532: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1532 der Kommission vom 12. Oktober 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Diquat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 257 vom 15.10.2018, S. 10)

287. 32018 R 1865: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1865 der Kommission vom 28. November 2018 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propiconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 304 vom 29.11.2018, S. 6)

288. 32018 R 1913: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1913 der Kommission vom 6. Dezember 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Tribenuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 13)

289. 32018 R 1914: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1914 der Kommission vom 6. Dezember 2018 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Quinoxyfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 17)

290. 32018 R 1917: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1917 der Kommission vom 6. Dezember 2018 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Flurtamon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 27)

291. 32019 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2019/151 der Kommission vom 30. Januar 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Clonostachys rosea* Stamm: J1446 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 26)

292. 32019 R 0158: Durchführungsverordnung (EU) 2019/158 der Kommission vom 31. Januar 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Methoxyfenozid — als Substitutionskandidat — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 31 vom 1.2.2019, S. 21)

293. 32019 R 0344: Durchführungsverordnung (EU) 2019/344 der Kommission vom 28. Februar 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Ethoprophos gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 62 vom 1.3.2019, S. 7)

294. 32019 R 0677: Durchführungsverordnung (EU) 2019/677 der Kommission vom 29. April 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Chlorthalonil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 15)

295. 32019 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) 2019/706 der Kommission vom 7. Mai 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Carvon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 11), berichtigt in ABl. L 152 vom 15.5.2020, S. 1

296. 32019 R 0717: Durchführungsverordnung (EU) 2019/717 der Kommission vom 8. Mai 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Isoxaflutol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 122 vom 10.5.2019, S. 44)

297. 32019 R 0989: Durchführungsverordnung (EU) 2019/989 der Kommission vom 17. Juni 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Chlorpropham gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 11)

298. 32019 R 1085: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1085 der Kommission vom 25. Juni 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff 1-Methylcyclopropen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 der Kommission (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 110)

299. 32019 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1090 der Kommission vom 26. Juni 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Dimethoat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 39)

300. 32019 R 1100: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1100 der Kommission vom 27. Juni 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Desmedipham gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 17)

301. 32019 R 1101: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1101 der Kommission vom 27. Juni 2019 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Tolclofos-Methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 20)

302. 32019 R 1137: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1137 der Kommission vom 3. Juli 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Dimethenamid-p gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 3)

303. 32019 R 1605: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1605 der Kommission vom 27. September 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus subtilis* Stamm IAB/BS03 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 49)

304. 32019 R 1606: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1606 der Kommission vom 27. September 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Methiocarb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 53)

305. 32019 R 1675: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1675 der Kommission vom 4. Oktober 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Verticillium albo-atrum* Stamm: WCS850 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 257 vom 8.10.2019, S. 6)

306. 32019 R 1690: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1690 Der Kommission vom 9. Oktober 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Alpha-Cypermethrin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 2)

307. 32020 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) 2020/17 der Kommission vom 10. Januar 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Chlorpyrifos-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 7 vom 13.1.2020, S. 11)

308. 32020 R 0018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/18 der Kommission vom 10. Januar 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Chlorpyrifos gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 7 vom 13.1.2020, S. 14)

309. 32020 R 0023: Durchführungsverordnung (EU) 2020/23 der Kommission vom 13. Januar 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Thiacloprid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 8)

310. 32020 R 0616: Durchführungsverordnung (EU) 2020/616 der Kommission vom 5. Mai 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Foramsulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 1)

311. 32020 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2020/617 der Kommission vom 5. Mai 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Metalaxyl-M und zur Beschränkung der Verwendung von Saatgut, das mit Metalaxyl-M enthaltenden Pflanzenschutzmitteln behandelt wurde, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 6)

312. 32020 R 0892: Durchführungsverordnung (EU) 2020/892 der Kommission vom 29. Juni 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff beta-Cyfluthrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 205 vom 30.6.2020, S. 6)

313. 32020 R 0968: Durchführungsverordnung (EU) 2020/968 der Kommission vom 3. Juli 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pyriproxyfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 213 vom 6.7.2020, S. 7)

314. 32020 R 1003: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1003 der Kommission vom 9. Juli 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für die Wirkstoffe *Phlebiopsis gigantea* Stämme VRA 1835, VRA 1984 und FOC PG 410.3 als Wirkstoffe mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 127)

315. 32020 R 1246: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1246 der Kommission vom 2. September 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Fenamiphos gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 288 vom 3.9.2020, S. 18)

316. 32020 R 1276: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1276 der Kommission vom 11. September 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Bromoxynil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 300 vom 14.9.2020, S. 32), berichtigt in ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 27

317. 32020 R 1280: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1280 der Kommission vom 14. September 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Benalaxyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 301 vom 15.9.2020, S. 4)

318. 32020 R 1498: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1498 der Kommission vom 15. Oktober 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Thiophanatmethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 342 vom 16.10.2020, S. 5)

319. 32020 R 1740: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1740 der Kommission vom 20. November 2020 zur Festlegung der notwendigen Bestimmungen für das Erneuerungsverfahren für Wirkstoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 844/2012 der Kommission (ABl. L 392 vom 23.11.2020, S. 20)

320. 32020 R 2101: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2101 der Kommission vom 15. Dezember 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Kieselgur (Diatomeenerde) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 79)

321. 32020 R 2105: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2105 der Kommission vom 15. Dezember 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Etoxazol — als Substitutionskandidat — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 96)

322. 32021 R 0129: Durchführungsverordnung (EU) 2021/129 der Kommission vom 3. Februar 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Knoblauchextrakt gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 40 vom 4.2.2021, S. 11)

323. 32021 R 0134: Durchführungsverordnung (EU) 2021/134 der Kommission vom 4. Februar 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff mit geringem Risiko *Akanthomyces muscarius* Stamm Ve6 (vormals *Lecanicillium muscarium* Stamm Ve6) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 42 vom 5.2.2021, S. 4)

324. 32021 R 0413: Durchführungsverordnung (EU) 2021/413 der Kommission vom 8. März 2021 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Blutmehl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 81 vom 9.3.2021, S. 32)

325. 32021 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) 2021/809 der Kommission vom 20. Mai 2021 über die Nichtgenehmigung von fermentiertem Extrakt aus den Blättern von *Symphytum officinale* L. (Beinwell) als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 180 vom 21.5.2021, S. 110)

326. 32021 R 0843: Durchführungsverordnung (EU) 2021/843 der Kommission vom 26. Mai 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cyazofamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 186 vom 27.5.2021, S. 20)

327. 32021 R 0853: Durchführungsverordnung (EU) 2021/853 der Kommission vom 27. Mai 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Streptomyces* Stamm K61gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 188 vom 28.5.2021, S. 56)

328. 32021 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1191 der Kommission vom 19. Juli 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Clopyralid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 258 vom 20.7.2021, S. 37)

329. 32021 R 1379: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1379 der Kommission vom 19. August 2021 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Famoxadon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 32)

330. 32021 R 1448: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1448 der Kommission vom 3. September 2021 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Calciumcarbonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 15)

331. 32021 R 1452: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1452 der Kommission vom 3. September 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Kaliumhydrogencarbonat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 30)

332. 32021 R 2081: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2081 der Kommission vom 26. November 2021 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Indoxacarb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 28)

333. 32022 R 0019: Durchführungsverordnung (EU) 2022/19 der Kommission vom 7. Januar 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Purpureocillium lilacinum* Stamm 251 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 5 vom 10.1.2022, S. 9)

334. 32022 R 0094: Durchführungsverordnung (EU) 2022/94 der Kommission vom 24. Januar 2022 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Phosmet gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 16 vom 25.1.2022, S. 33)

335. 32022 R 0383: Durchführungsverordnung (EU) 2022/383 der Kommission vom 4. März 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff mit geringem Risiko *Metarhizium brunneum* Stamm Ma 43 (vormals *Metarhizium anisopliae var. anisopliae* Stamm BIPESCO 5/F52) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 76 vom 7.3.2022, S. 1)

336. 32022 R 0698: Durchführungsverordnung (EU) 2022/698 der Kommission vom 3. Mai 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Bifenazat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 130 vom 4.5.2022, S. 3)

337. 32022 R 2305: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2305 der Kommission vom 24. November 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für Fischöl als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 306 vom 25.11.2022, S. 53)

338. 32022 R 2314: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2314 der Kommission vom 25. November 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Pythium oligandrum* Stamm M1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 47)

339. 32022 R 2315: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2315 der Kommission vom 25. November 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für Heptamaloxyloglucan als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 52)

340. 32023 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2023/149 der Kommission vom 20. Januar 2023 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Benfluralin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 20 vom 23.1.2023, S. 30)

UNTERABSCHNITT 5

FORTFÜHRUNG DER VERWENDUNG

341. 32002 R 2076: Verordnung (EG) Nr. 2076/2002 der Kommission vom 20. November 2002 zur Verlängerung der Frist gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I dieser Richtlinie sowie den Widerruf der Zulassungen von Pflanzenschutzmitteln mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 319 vom 23.11.2002, S. 3), geändert durch:

– 32003 R 1336: Verordnung (EG) Nr. 1336/2003 der Kommission vom 25. Juli 2003 (ABl. L 187 vom 26.7.2003, S. 21)

– 32004 R 0835: Verordnung (EG) Nr. 835/2004 der Kommission vom 28. April 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 43)

– 32004 R 1765: Verordnung (EG) Nr. 1765/2004 der Kommission vom 13. Oktober 2004 (ABl. L 315 vom 14.10.2004, S. 26)

– 32005 R 1335: Verordnung (EG) Nr. 1335/2005 der Kommission vom 12. August 2005 (ABl. L 211 vom 13.8.2005, S. 6)

– 32006 R 1980: Verordnung (EG) Nr. 1980/2006 der Kommission vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 96)

– 32006 R 2024: Verordnung (EG) Nr. 2024/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2006 (ABl. L 384 vom 29.12.2006, S. 79)

– 32007 R 1313: Verordnung (EG) Nr. 1313/2007 der Kommission vom 8. November 2007 (ABl. L 291 vom 9.11.2007, S. 11)

– 32008 R 0848: Verordnung (EG) Nr. 848/2008 der Kommission vom 28. August 2008 (ABl. L 231 vom 29.8.2008, S. 9)

– 32014 R 0698: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 698/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 4)

342. 32005 R 1335: Verordnung (EG) Nr. 1335/2005 der Kommission vom 12. August 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2076/2002 sowie der Entscheidungen 2002/928/EG, 2004/129/EG, 2004/140/EG, 2004/247/EG und 2005/303/EG hinsichtlich des in Artikel 8 Absatz 2 der Richtlinie 91/414/EWG des Rates genannten Zeitraums und der weiteren Verwendung bestimmter, in deren Anhang I nicht aufgeführter Wirkstoffe (ABl. L 211 vom 13.8.2005, S. 6)

343. 32006 R 1980: Verordnung (EG) Nr. 1980/2006 der Kommission vom 20 Dezember 2006 zur Festlegung von Übergangsmaßnahmen zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2076/2002 und der Entscheidungen 2001/245/EG, 2002/928/EG und 2006/797/EG hinsichtlich der weiteren Anwendung bestimmter, nicht in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG aufgenommener Wirkstoffe mit Blick auf den Beitritt Bulgariens (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 96)

UNTERABSCHNITT 6

NICHT ZUGELASSENE STOFFE

344. 31994 D 0643: Entscheidung 94/643/EG der Kommission vom 12. September 1994 über die Widerrufung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Cyhalothrin (ABl. L 249 vom 24.9.1994, S. 18)

345. 31995 D 0276: Entscheidung 95/276/EG der Kommission vom 13. Juli 1995 über die Widerrufung der Zulassung für Pflanzenschutzmittel mit den Wirkstoffen Ferbam oder Azinphosethyl (ABl. L 170 vom 20.7.1995, S. 22)

346. 31996 D 0586: Entscheidung 96/586/EG der Kommission vom 9. April 1996 über die Widerrufung der Zulassung für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Propham (ABl. L 257 vom 10.10.1996, S. 41)

347. 31998 D 0269: Entscheidung 98/269/EG der Kommission vom 7. April 1998 über die Widerrufung der Zulassung für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Dinoterb (ABl. L 117 vom 21.4.1998, S. 13)

348. 31998 D 0270: Entscheidung 98/270/EG der Kommission vom 7. April 1998 über den Entzug der Zulassung für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Fenvalerat (ABl. L 117 vom 21.4.1998, S. 15), geändert durch:

– 32006 R 2024: Verordnung (EG) Nr. 2024/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2006 (ABl. L 384 vom 29.12.2006, S. 79)

349. 31999 D 0164: Entscheidung 1999/164/EG der Kommission vom 17. Februar 1999 über die Nichtaufnahme von DNOC als Wirkstoff in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und zur Widerrufung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 54 vom 2.3.1999, S. 21)

350. 32000 D 0233: Entscheidung 2000/233/EG der Kommission vom 9. März 2000 über die Nichtaufnahme des Wirkstoffs Pyrazophos in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 73 vom 22.3.2000, S. 16)

351. 32000 D 0234: Entscheidung 2000/234/EG der Kommission vom 9. März 2000 über die Nichtaufnahme von Monolinuron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 73 vom 22.3.2000, S. 18)

352. 32000 D 0626: Entscheidung 2000/626/EG der Kommission vom 13. Oktober 2000 über die Nichtaufnahme von Chlozolinat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 263 vom 18.10.2000, S. 32)

353. 32000 D 0725: Entscheidung 2000/725/EG der Kommission vom 20. November 2000 über die Nichtaufnahme von Tecnazen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 292 vom 21.11.2000, S. 30)

354. 32000 D 0801: Entscheidung 2000/801/EG der Kommission vom 20. Dezember 2000 über die Nichtaufnahme des Wirkstoffs Lindan in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 324 vom 21.12.2000, S. 42)

355. 32000 D 0816: Entscheidung 2000/816/EG der Kommission vom 27. Dezember 2000 über die Nichtaufnahme von Quintozen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 332 vom 28.12.2000, S. 112)

356. 32000 D 0817: Entscheidung 2000/817/EG der Kommission vom 27. Dezember 2000 über die Nichtaufnahme von Permethrin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Widerrufung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 332 vom 28.12.2000, S. 114)

357. 32001 D 0245: Entscheidung 2001/245/EG der Kommission vom 22. März 2001 über die Nichtaufnahme des Wirkstoffs Zineb in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 88 vom 28.3.2001, S. 19), geändert durch:

   – 32006 R 1980: Verordnung (EG) Nr. 1980/2006 der Kommission vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 79)

358. 32001 D 0520: Entscheidung 2001/520/EG der Kommission vom 9. Juli 2001 über die Nichtaufnahme von Parathion in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 187 vom 10.7.2001, S. 47)

359. 32001 D 0697: Entscheidung 2001/697/EG der Kommission vom 5. September 2001 über die Nichtaufnahme des Wirkstoffes Chlorfenapyr in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 249 vom 19.9.2001, S. 19)

360. 32002 D 0478: Entscheidung 2002/478/EG der Kommission vom 20. Juni 2002 über die Nichtaufnahme von Fentinacetat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 164 vom 22.6.2002, S. 41)

361. 32002 D 0479: Entscheidung 2002/479/EG der Kommission vom 20. Juni 2002 über die Nichtaufnahme von Fentinhydroxid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 164 vom 22.6.2002, S. 43)

362. 32002 D 0928: Entscheidung 2002/928/EG der Kommission vom 26. November 2002 über die Nichtaufnahme von Benomyl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 322 vom 27.11.2002, S. 53), geändert durch:

   – 32004 R 0835: Verordnung (EG) Nr. 835/2004 der Kommission vom 28. April 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 43)

   – 32005 R 1335: Verordnung (EG) Nr. 1335/2005 der Kommission vom 12. August 2005 (ABl. L 211 vom 13.8.2005, S. 6)

   – 32006 R 1980: Verordnung (EG) Nr. 1980/2006 der Kommission vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 79)

– 32006 R 2024: Verordnung (EG) Nr. 2024/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2006 (ABl. L 384 vom 29.12.2006, S. 79)

363. 32002 D 0949: Entscheidung 2002/949/EG der Kommission vom 4. Dezember 2002 über die Nichtaufnahme des Wirkstoffs Azafenidin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 328 vom 5.12.2002, S. 23)

364. 32003 D 0166: Entscheidung 2003/166/EG der Kommission vom 10. März 2003 über die Nichtaufnahme von Parathion-Methyl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 67 vom 12.3.2003, S. 18)

365. 32003 D 0199: Entscheidung 2003/199/EG des Rates vom 18. März 2003 über die Nichtaufnahme von Aldicarb in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 76 vom 22.3.2003, S. 21)

366. 32003 D 0219: Entscheidung 2003/219/EG der Kommission vom 25. März 2003 über die Nichtaufnahme von Acephat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 82 vom 29.3.2003, S. 40)

367. 32004 D 0129: Entscheidung 2004/129/EG der Kommission vom 30. Januar 2004 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates sowie den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 37 vom 10.2.2004, S. 27), geändert durch:

– 32004 R 0835: Verordnung (EG) Nr. 835/2004 der Kommission vom 28. April 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 43)

– 32006 R 2024: Verordnung (EG) Nr. 2024/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2006 (ABl. L 384 vom 29.12.2006, S. 79)

368. 32004 D 0140: Entscheidung 2004/140/EG der Kommission vom 11. Februar 2004 über die Nichtaufnahme von Fenthion in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 46 vom 17.2.2004, S. 32), geändert durch:

– 32005 R 1335: Verordnung (EG) Nr. 1335/2005 der Kommission vom 12. August 2005 (ABl. L 211 vom 13.8.2005, S. 6)

369. 32004 D 0141: Entscheidung 2004/141/EG der Kommission vom 12. Februar 2004 über die Nichtaufnahme von Amitraz in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 46 vom 17.2.2004, S. 35)

370. 32004 D 0247: Entscheidung 2004/247/EG der Kommission vom 10. März 2004 über die Nichtaufnahme von Simazin Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 78 vom 16.3.2004, S. 50), geändert durch:

– 32004 R 0835: Verordnung (EG) Nr. 835/2004 der Kommission vom 28. April 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 43)

– 32005 R 1335: Verordnung (EG) Nr. 1335/2005 der Kommission vom 12. August 2005 (ABl. L 211 vom 13.8.2005, S. 6)

371. 32004 D 0248: Entscheidung 2004/248/EG der Kommission vom 10. März 2004 über die Nichtaufnahme von Atrazin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 78 vom 16.3.2004, S. 53), geändert durch:

– 32004 R 0835: Verordnung (EG) Nr. 835/2004 der Kommission vom 28. April 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 43)

372. 32004 D 0401: Entscheidung 2004/401/EG der Kommission vom 26. April 2004 über die Nichtaufnahme von Mefluidid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 123 vom 27.4.2004, S. 109)

373. 32005 D 0303: Entscheidung 2005/303/EG der Kommission vom 31. März 2005 über die Nichtaufnahme von Kresylsäure, Dichlorophen, Imazamethabenz, Kasugamycin und Polyoxin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 97 vom 15.4.2005, S. 38), geändert durch:

– 32005 R 1335: Verordnung (EG) Nr. 1335/2005 der Kommission vom 12. August 2005 (ABl. L 211 vom 13.8.2005, S. 6)

374. 32005 D 0487: Entscheidung 2005/487/EG der Kommission vom 4. Juli 2005 über die Nichtaufnahme von Triazamat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 174 vom 7.7.2005, S. 72)

375. 32005 D 0788: Entscheidung 2005/788/EG der Kommission vom 11. November 2005 über die Nichtaufnahme von Naled in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für diesen Wirkstoff enthaltende Pflanzenschutzmittel (ABl. L 296 vom 12.11.2005, S. 41)

376. 32005 D 0864: Entscheidung 2005/864/EG der Kommission vom 2. Dezember 2005 über die Nichtaufnahme von Endosulfan in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 317 vom 3.12.2005, S. 25)

377. 32006 D 0302: Entscheidung 2006/302/EG der Kommission vom 25. April 2006 über die Nichtaufnahme von Methabenzthiazuron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 112 vom 26.4.2006, S. 15)

378. 32006 D 0797: Entscheidung 2006/797/EG der Kommission vom 22. November 2006 über die Nichtaufnahme von Ammoniumsulfamat, Hexaconazol, Natriumtetrathiocarbonat und 8-Hydroxyquinolin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 324 vom 23.11.2006, S. 8), geändert durch:

   – 32006 R 1980: Verordnung (EG) Nr. 1980/2006 der Kommission vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 79)

379. 32006 D 1009: Entscheidung 2006/1009/EG der Kommission vom 22. Dezember 2006 über die Nichtaufnahme von Dimethenamid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 379 vom 28.12.2006, S. 125)

380. 32006 D 1010: Entscheidung 2006/1010/EG der Kommission vom 22. Dezember 2006 über die Nichtaufnahme von Phosalon in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 379 vom 28.12.2006, S. 127)

381. 32006 D 0966: Entscheidung 2006/966/EG der Kommission vom 18. Dezember 2006 über die Nichtaufnahme von Alachlor in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 397 vom 30.12.2006, S. 28)

382. 32007 D 0355: Entscheidung 2007/355/EG der Kommission vom 21. Mai 2007 über die Nichtaufnahme von Carbaryl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 133 vom 25.5.2007, S. 40)

383. 32007 D 0356: Entscheidung 2007/356/EG der Kommission vom 21. Mai 2007 über die Nichtaufnahme von Trichlorfon in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 133 vom 25.5.2007, S. 42)

384. 32007 D 0366: Entscheidung 2007/366/EG der Kommission vom 25. Mai 2007 über die Nichtaufnahme von Thiodicarb in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Widerrufung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 139 vom 31.5.2007, S. 28)

385. 32007 D 0379: Entscheidung 2007/379/EG der Kommission vom 25. Mai 2007 über die Nichtaufnahme von Fenitrothion in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 141 vom 2.6.2007, S. 76)

386. 32007 D 0387: Entscheidung 2007/387/EG der Kommission vom 6. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Dichlorvos in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 145 vom 7.6.2007, S. 16)

387. 32007 D 0389: Entscheidung 2007/389/EG der Kommission vom 6. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Malathion in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 146 vom 8.6.2007, S. 19)

388. 32007 D 0392: Entscheidung 2007/392/EG der Kommission vom 21. Mai 2007 über die Nichtaufnahme von Oxydemeton-Methyl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 148 vom 9.6.2007, S. 7)

389. 32007 D 0393: Entscheidung 2007/393/EG der Kommission vom 6. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Diazinon in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 148 vom 9.6.2007, S. 9)

390. 32007 D 0415: Entscheidung 2007/415/EG der Kommission vom 13. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Carbosulfan in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 156 vom 16.6.2007, S. 28)

391. 32007 D 0416: Entscheidung 2007/416/EG der Kommission vom 13. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Carbofuran in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Widerrufung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 156 vom 16.6.2007, S. 30)

392. 32007 D 0417: Entscheidung 2007/417/EG der Kommission vom 13. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Diuron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 156 vom 16.6.2007, S. 32)

393. 32007 D 0428: Entscheidung 2007/428/EG der Kommission vom 18. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Cadusafos in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 160 vom 21.6.2007, S. 26)

394. 32007 D 0437: Entscheidung 2007/437/EG der Kommission vom 19. Juni 2007 über die Nichtaufnahme von Haloxyfop-R in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 22)

395. 32007 D 0442: Entscheidung 2007/442/EG der Kommission vom 21. Juni 2007 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 166 vom 28.6.2007, S. 16)

396. 32007 D 0553: Entscheidung 2007/553/EG der Kommission vom 2. August 2007 über die Nichtaufnahme von Monocarbamiddihydrogensulfat und Dimethipin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 208 vom 9.8.2007, S. 10)

397. 32007 D 0615: Entscheidung 2007/615/EG der Kommission vom 20. September 2007 über die Nichtaufnahme von Benfuracarb in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 246 vom 21.9.2007, S. 47)

398. 32007 D 0628: Entscheidung 2007/628/EG der Kommission vom 19. September 2007 über die Nichtaufnahme von Methomyl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 255 vom 29.9.2007, S. 40)

399. 32008 D 0296: Entscheidung 2008/296/EG der Kommission vom 4. April 2008 über die Nichtaufnahme von Azocyclotin, Cyhexatin und Thidiazuron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 101 vom 11.4.2008, S. 9)

400. 32008 D 0317: Entscheidung 2008/317/EG der Kommission vom 10. April 2008 über die Nichtaufnahme von Rotenon, Extrakt aus Equisetum und Chininhydrochlorid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 108 vom 18.4.2008, S. 30)

401. 32008 D 0742: Entscheidung 2008/742/EG der Kommission vom 18. September 2008 über die Nichtaufnahme von Propachlor in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 251 vom 19.9.2008, S. 39)

402. 32008 D 0743: Entscheidung 2008/743/EG der Kommission vom 18. September 2008 über die Nichtaufnahme von Diniconazol-M in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 251 vom 19.9.2008, S. 41)

403. 32008 D 0745: Entscheidung 2008/745/EG der Kommission vom 18. September 2008 über die Nichtaufnahme von Cyanamid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 251 vom 19.9.2008, S. 45)

404. 32008 D 0748: Entscheidung 2008/748/EG der Kommission vom 18. September 2008 über die Nichtaufnahme von Triflumizol in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 252 vom 20.9.2008, S. 37)

405. 32008 D 0764: Entscheidung 2008/764/EG der Kommission vom 30. September 2008 über die Nichtaufnahme von Dicofol in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 262 vom 1.10.2008, S. 40)

406. 32008 D 0768: Entscheidung 2008/768/EG der Kommission vom 30. September 2008 über die Nichtaufnahme von *Beauveria brongniartii* und Kaliumpermanganat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 263 vom 2.10.2008, S. 12)

407. 32008 D 0770: Entscheidung 2008/770/EG der Kommission vom 30. September 2008 über die Nichtaufnahme von Tricyclazol in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 263 vom 2.10.2008, S. 16)

408. 32008 D 0771: Entscheidung 2008/771/EG der Kommission vom 30. September 2008 über die Nichtaufnahme von Buprofezin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 263 vom 2.10.2008, S. 18)

409. 32008 D 0819: Entscheidung 2008/819/EG der Kommission vom 20. Oktober 2008 über die Nichtaufnahme von Butralin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 285 vom 29.10.2008, S. 15)

410. 32008 D 0832: Entscheidung 2008/832/EG der Kommission vom 3. November 2008 über die Nichtaufnahme von Bromuconazol in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 295 vom 4.11.2008, S. 53)

411. 32008 D 0865: Entscheidung 2008/865/EG der Kommission vom 10. November 2008 über die Nichtaufnahme von Chlorat in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 307 vom 18.11.2008, S. 7)

412. 32008 D 0902: Entscheidung 2008/902/EG der Kommission vom 7. November 2008 über die Nichtaufnahme von Napropamid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff (ABl. L 326 vom 4.12.2008, S. 35)

413. 32008 D 0934: Entscheidung 2008/934/EG der Kommission vom 5. Dezember 2008 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Rücknahme der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 333 vom 11.12.2008, S. 11), geändert durch:

– 32010 D 0455: Beschluss 2010/455/EU der Kommission vom 13. August 2010 (ABl. L 216 vom 17.8.2010, S. 19)

– 32010 L 0087: Richtlinie 2010/87/EU der Kommission vom 3. Dezember 2010 (ABl. L 318 vom 4.12.2010, S. 32)

– 32010 L 0089: Richtlinie 2010/89/EU der Kommission vom 6. November 2010 (ABl. L 320 vom 7.12.2010, S. 3), berichtigt in ABl. L 322 vom 8.12.2010, S. 50

– 32010 L 0090: Richtlinie 2010/90/EU der Kommission vom 7. Dezember 2010 (ABl. L 322 vom 8.12.2010, S. 38)

– 32010 L 0091: Richtlinie 2010/91/EU der Kommission vom 10. Dezember 2010 (ABl. L 327 vom 11.12.2010, S. 40)

– 32011 L 0002: Richtlinie 2011/2/EU der Kommission vom 7. Januar 2011 (ABl. L 1 vom 4.1.2011, S. 5)

– 32011 L 0004: Richtlinie 2011/4/EU der Kommission vom 20. Januar 2011 (ABl. L 5 vom 8.1.2011, S. 7)

– 32011 L 0005: Richtlinie 2011/5/EU der Kommission vom 20. Januar 2011 (ABl. L 18 vom 21.1.2011, S. 30)

– 32011 D 0009: Richtlinie 2011/9/EU der Kommission vom 1. Februar 2011 (ABl. L 28 vom 2.2.2011, S. 36)

– 32011 L 0019: Richtlinie 2011/19/EU der Kommission vom 2. März 2011 (ABl. L 58 vom 1.3.2011, S. 41)

– 32011 L 0020: Richtlinie 2011/20/EU der Kommission vom 2. März 2011 (ABl. L 58 vom 1.3.2011, S. 45)

– 32011 L 0021: Richtlinie 2011/21/EU der Kommission vom 2. März 2011 (ABl. L 58 vom 1.3.2011, S. 49)

– 32011 L 0027: Richtlinie 2011/27/EU der Kommission vom 4. März 2011 (ABl. L 60 vom 5.3.2011, S. 1)

– 32011 L 0029: Richtlinie 2011/29/EU der Kommission vom 7. März 2011 (ABl. L 61 vom 8.3.2011, S. 9)

– 32011 L 0032: Richtlinie 2011/32/EU der Kommission vom 8. März 2011 (ABl. L 62 vom 9.3.2011, S. 19)

– 32011 L 0034: Richtlinie 2011/34/EU der Kommission vom 8. März 2011 (ABl. L 62 vom 9.3.2011, S. 27)

– 32011 L 0039: Durchführungsrichtlinie 2011/39/EU der Kommission vom 11. April 2011 (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 30)

– 32011 L 0040: Durchführungsrichtlinie 2011/40/EU der Kommission vom 11. April 2011 (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 34)

– 32011 L 0041: Durchführungsrichtlinie 2011/41/EU der Kommission vom 11. April 2011 (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 38)

– 32011 L 0042: Durchführungsrichtlinie 2011/42/EU der Kommission vom 11. April 2011 (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 42)

– 32011 L 0045: Durchführungsrichtlinie 2011/45/EU der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 101 vom 15.4.2011, S. 20)

– 32011 L 0046: Durchführungsrichtlinie 2011/46/EU der Kommission vom 14. April 2011 (ABl. L 102 vom 16.4.2011, S. 24)

– 32011 L 0049: Durchführungsrichtlinie 2011/49/EU der Kommission vom 18. April 2011 (ABl. L 103 vom 19.4.2011, S. 109)

– 32011 L 0050: Durchführungsrichtlinie 2011/50/EU der Kommission vom 19. April 2011 (ABl. L 104 vom 20.4.2011, S. 41)

– 32011 L 0052: Durchführungsrichtlinie 2011/52/EU der Kommission vom 20. April 2011 (ABl. L 105 vom 21.4.2011, S. 19)

– 32011 L 0053: Durchführungsrichtlinie 2011/53/EU der Kommission vom 20. April 2011 (ABl. L 105 vom 21.4.2011, S. 24)

– 32011 L 0054: Durchführungsrichtlinie 2011/54/EU der Kommission vom 20. April 2011 (ABl. L 105 vom 21.4.2011, S. 28)

– 32011 L 0055: Durchführungsrichtlinie 2011/55/EU der Kommission vom 26. April 2011 (ABl. L 106 vom 27.4.2011, S. 5)

– 32011 L 0056: Durchführungsrichtlinie 2011/56/EU der Kommission vom 27. April 2011 (ABl. L 108 vom 28.4.2011, S. 30)

– 32011 L 0057: Durchführungsrichtlinie 2011/57/EU der Kommission vom 27. April 2011 (ABl. L 108 vom 28.4.2011, S. 34)

– 32011 L 0060: Durchführungsrichtlinie 2011/60/EU der Kommission vom 23. Mai 2011 (ABl. L 136 vom 24.5.2011, S. 58)

– 32011 R 0788: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 788/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 21)

– 32011 R 0798: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 798/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 9)

– 32011 R 0800: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 800/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 22)

– 32011 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 806/2011 der Kommission vom 10. August 2011 (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 39)

– 32011 R 0820: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 820/2011 der Kommission vom 16. August 2011 (ABl. L 209 vom 17.8.2011, S. 18), geändert durch:

  – 32021 R 0824: Durchführungsverordnung (EU) 2021/824 der Kommission vom 21. Mai 2021 (ABl. L 183 vom 25.5.2021, S. 35)

– 32011 R 0942: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 942/2011 der Kommission vom 22. September 2011 (ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 13)

– 32011 R 0943: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 943/2011 der Kommission vom 22. September 2011 (ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 16)

– 32011 R 0974: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 974/2011 der Kommission vom 29. September 2011 (ABl. L 255 vom 1.10.2011, S. 1)

– 32011 R 1045: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1045/2011 der Kommission vom 19. Oktober 2011 (ABl. L 275 vom 23.10.2011, S. 23)

– 32011 R 1143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1143/2011 der Kommission vom 10. November 2011 (ABl. L 293 vom 11.11.2011, S. 26)

– 32011 R 1372: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1372/2011 der Kommission vom 21. Dezember 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 45)

– 32011 R 1381: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1381/2011 der Kommission vom 22. Dezember 2011 (ABl. L 343 vom 23.12.2011, S. 26)

414. 32008 D 0937: Entscheidung 2008/937/EG der Kommission vom 5. Dezember 2008 über die Nichtaufnahme von Schwefelsäure in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 334 vom 12.12.2008, S. 88)

415. 32008 D 0941: Entscheidung 2008/941/EG der Kommission vom 8. Dezember 2008 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesen Wirkstoffen (ABl. L 335 vom 13.12.2008, S. 91), geändert durch:

– 32010 D 0455: Beschluss 2010/455/EU der Kommission vom 13. August 2010 (ABl. L 216 vom 17.8.2010, S. 19)

– 32010 R 0893: Verordnung (EU) Nr. 893/2010 der Kommission vom 8. Oktober 2010 (ABl. L 266 vom 9.10.2010, S. 10)

– 32011 L 0028: Richtlinie 2011/28/EU der Kommission vom 4. März 2011 (ABl. L 60 vom 5.3.2011, S. 17)

– 32011 L 0033: Richtlinie 2011/33/EU der Kommission vom 8. März 2011 (ABl. L 62 vom 9.3.2011, S. 23)

– 32011 L 0001: Richtlinie 2011/1/EU der Kommission vom 3. Januar 2011 (ABl. L 1 vom 4.1.2011, S. 5)

– 32011 L 0043: Durchführungsrichtlinie 2011/43/EU der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 39)

– 32011 L 0044: Durchführungsrichtlinie 2011/44/EU der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 43)

– 32011 L 0048: Durchführungsrichtlinie 2011/48/EU der Kommission vom 15. April 2011 (ABl. L 102 vom 16.4.2011, S. 28)

– 32011 D 0262: Durchführungsbeschluss 2011/262/EU der Kommission vom 27. April 2011 (ABl. L 111 vom 30.4.2011, S. 19)

– 32011 R 0786: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 786/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 11)

– 32011 R 0787: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 787/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 16)

416. 32008 D 0943: Entscheidung 2008/943/EG der Kommission vom 12. Dezember 2008 über die Nichtaufnahme von Knochenöl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 335 vom 13.12.2008, S. 97)

417. 32008 D 0967: Entscheidung 2008/967/EG der Kommission vom 12. Dezember 2008 über die Nichtaufnahme von Kohlenmonoxid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 344 vom 20.12.2008, S. 121)

418. 32008 D 0986: Entscheidung 2008/986/EG der Kommission vom 15. Dezember 2008 über die Nichtaufnahme von Anthrachinon in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 352 vom 31.12.2008, S. 48)

419. 32009 D 0009: Entscheidung 2009/9/EG der Kommission vom 8. Dezember 2008 über die Nichtaufnahme von Nikotin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 5 vom 9.1.2009, S. 7)

420. 32009 D 0241: Entscheidung 2009/241/EG der Kommission vom 16. März 2009 über die Nichtaufnahme von Triflumuron in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und die Aufhebung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 71 vom 17.3.2009, S. 59)

421. 32009 D 0616: Entscheidung 2009/616/EG der Kommission vom 17. August 2009 über die Nichtaufnahme von Petroleumöl mit der CAS-Nr. 92062-35-6 in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 213 vom 18.8.2009, S. 26)

422. 32009 D 0617: Entscheidung 2009/617/EG der Kommission vom 17. August 2009 über die Nichtaufnahme von Paraffinöl mit der CAS-Nummer 64742-54-7 in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 213 vom 18.8.2009, S. 28)

423. 32009 D 0715: Entscheidung 2009/715/EG der Kommission vom 23. September 2009 über die Nichtaufnahme von Chlorthal-dimethyl in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 251 vom 24.9.2009, S. 31)

424. 32009 D 0860: Entscheidung 2009/860/EG der Kommission vom 30. November 2009 über die Nichtaufnahme von Triazoxid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 80)

425. 32009 D 0887: Entscheidung 2009/887/EG der Kommission vom 30. November 2009 über die Nichtaufnahme von Bifenthrin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 318 vom 4.12.2009, S. 41)

426. 32010 D 355: Beschluss 2010/355/EU der Kommission vom 25. Juni 2010 über die Nichtaufnahme von Trifluralin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 160 vom 26.6.2010, S. 30)

427. 32011 D 0036: Beschluss 2011/36/EU der Kommission vom 20. Januar 2011 über die Nichtaufnahme von 1,3-Dichlorpropen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 18 vom 21.1.2011, S. 42)

428. 32011 D 0120: Beschluss 2011/120/EU der Kommission vom 21. Februar 2011 über die Nichtaufnahme von Methylbromid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 47 vom 22.2.2011, S. 19)

429. 32011 D 0234: Durchführungsbeschluss 2011/234/EU der Kommission vom 11. April 2011 über die Nichtaufnahme von Dichlobenil in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 98 vom 13.4.2011, S. 14)

430. 32011 D 0262: Durchführungsbeschluss 2011/262/EU der Kommission vom 27. April 2011 über die Nichtaufnahme von Propisochlor in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und zur Änderung der Entscheidung 2008/941/EG der Kommission (ABl. L 111 vom 30.4.2011, S. 19)

431. 32011 D 0328: Durchführungsbeschluss 2011/328/EU der Kommission vom 1. Juni 2011 über die Nichtaufnahme von Flurprimidol in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 192)

432. 32011 D 0329: Durchführungsbeschluss 2011/329/EU der Kommission vom 1. Juni 2011 über die Nichtaufnahme von Dicloran in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 194)

433. 32011 R 0942: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 942/2011 der Kommission vom 22. September 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Flufenoxuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 13)

434. 32011 R 0943: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 943/2011 der Kommission vom 22. September 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Propargit gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 16)

435. 32011 R 1045: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1045/2011 der Kommission vom 19. Oktober 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Asulam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 275 vom 23.10.2011, S. 23)

436. 32011 R 1078: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1078/2011 der Kommission vom 25. Oktober 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Propanil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 279 vom 26.10.2011, S. 1)

437. 32011 R 1127: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1127/2011 der Kommission vom 7. November 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs 2-Naphthyloxyessigsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 289 vom 8.11.2011, S. 26)

438. 32011 R 1372: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1372/2011 der Kommission vom 21. Dezember 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Acetochlor gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 45)

439. 32011 R 1381: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1381/2011 der Kommission vom 22. Dezember 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Chlorpikrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG (ABl. L 343 vom 23.12.2011, S. 26)

440. 32012 R 0578: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 578/2012 der Kommission vom 29. Juni 2012 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Diphenylamin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 171 vom 30.6.2012, S. 2)

441. 32014 R 0108: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 108/2014 der Kommission vom 5. Februar 2014 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Kaliumthiocyanat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 36 vom 6.2.2014, S. 9)

442. 32014 R 0116: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 116/2014 der Kommission vom 6. Februar 2014 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Kaliumiodid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 38 vom 7.2.2014, S. 26)

443. 32015 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1191 der Kommission vom 20. Juli 2015 über die Nichtgenehmigung von *Artemisia vulgaris* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 122)

444. 32015 R 2046: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2046 der Kommission vom 16. November 2015 über die Nichtgenehmigung von *Artemisia absinthium* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 300 vom 17.11.2015, S. 6)

445. 32015 R 2082: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2082 der Kommission vom 18. November 2015 über die Nichtgenehmigung von *Arctium lappa* L. (oberirdische Teile) als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 85)

446. 32015 R 2083: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2083 der Kommission vom 18. November 2015 über die Nichtgenehmigung von *Tanacetum vulgare* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 87)

447. 32016 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2016/138 der Kommission vom 2. Februar 2016 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs 3-Decen-2-on gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 5)

448. 32016 R 1826: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1826 der Kommission vom 14. Oktober 2016 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Tricyclazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 88)

449. 32017 R 0240: Durchführungsverordnung (EU) 2017/240 der Kommission vom 10. Februar 2017 über die Nichtgenehmigung des ätherischen Öls von *Satureja montana* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 43)

450. 32017 R 0241: Durchführungsverordnung (EU) 2017/241 der Kommission vom 10. Februar 2017 über die Nichtgenehmigung von ätherischem Öl aus *Origanum vulgare* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 45)

451. 32017 R 0244: Durchführungsverordnung (EU) 2017/244 der Kommission vom 10. Februar 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Linuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 54)

452. 32017 R 0357: Durchführungsverordnung (EU) 2017/357 der Kommission vom 28. Februar 2017 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Cyclaniliprol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 4)

453. 32017 R 0377: Durchführungsverordnung (EU) 2017/377 der Kommission vom 3. März 2017 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs *Pseudozyma flocculosa* Stamm ATCC 64874 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 11)

454. 32017 R 0840: Durchführungsverordnung (EU) 2017/840 der Kommission vom 17. Mai 2017 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Orthosulfamuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 10)

455. 32017 R 1526: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1526 der Kommission vom 6. September 2017 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Beta-Cypermethrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 231 vom 7.9.2017, S. 1)

456. 32018 R 0296: Durchführungsverordnung (EU) 2018/296 der Kommission vom 27. Februar 2018 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Extrakt aus *Reynoutria sachalinensis* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 31), berichtigt in ABl. L 61 vom 3.3.2018, S. 5

457. 32018 R 0309: Durchführungsverordnung (EU) 2018/309 der Kommission vom 1. März 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propineb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 60 vom 2.3.2018, S. 16)

458. 32018 R 1294: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1294 der Kommission vom 26. September 2018 über die Nichtgenehmigung von Seekiefernteer als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 5)

459. 32019 R 0148: Durchführungsverordnung (EU) 2019/148 der Kommission vom 30. Januar 2019 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Propanil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 18)

460. 32020 R 1281: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1281 der Kommission vom 14. September 2020 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Ethametsulfuron-Methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 301 vom 15.9.2020, S. 7)

461. 32021 R 0079: Durchführungsverordnung (EU) 2021/79 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Topramezon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 8)

462. 32021 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2021/80 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Nichtgenehmigung von Kohlendioxid als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 10)

463. 32021 R 0464: Durchführungsverordnung (EU) 2021/464 der Kommission vom 17. März 2021 über die Nichtgenehmigung von *Capsicum annuum* L. var. *annuum*, Longum-Gruppe, Paprika, Extrakt, als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 94 vom 18.3.2021, S. 1)

464. 32021 R 1451: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1451 der Kommission vom 3. September 2021 zur Nichtgenehmigung von Dimethylsulfid als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 28)

465. 32022 R 0740: Durchführungsverordnung (EU) 2022/740 der Kommission vom 13. Mai 2022 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs 1,3-Dichlorpropen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 10)

466. 32022 R 0751: Durchführungsverordnung (EU) 2022/751 der Kommission vom 16. Mai 2022 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Chlorpikrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 11)

467. 32022 R 0782: Durchführungsverordnung (EU) 2022/782 der Kommission vom 18. Mai 2022 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Isopyrazam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1037/2012 (ABl. L 140 vom 19.5.2022, S. 3)

UNTERABSCHNITT 7

NACHHALTIGE VERWENDUNG

468. 32009 L 0128: Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 71), berichtigt in ABl. L 161 vom 29.6.2010, S. 11, geändert durch:

– 32014 R 0652: Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 1)

– 32019 L 0782: Richtlinie (EU) 2019/782 der Kommission vom 15. Mai 2019 (ABl. L 127 vom 16.5.2019, S. 4)

469. 32016 D 0159: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/159 der Kommission vom 4. Februar 2016 zur Festlegung der Verfahren für die Einreichung von Anträgen auf Finanzhilfen und von Zahlungsanträgen und der diesbezüglichen Informationen hinsichtlich der Sofortmaßnahmen gegen Pflanzenschädlinge gemäß der Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 31 vom 6.2.2016, S. 51), geändert durch:

– 32017 D 1161: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1161 der Kommission vom 23. Juni 2017 (ABl. L 167 vom 30.6.2017, S. 39)

ABSCHNITT B

PESTIZIDRÜCKSTÄNDE

470. 32005 R 0396: Verordnung (EG) Nr. 396/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Februar 2005 über Höchstgehalte an Pestizidrückständen in oder auf Lebens- und Futtermitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs und zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (ABl. L 70 vom 16.3.2005, S. 1), berichtigt in ABl. L 345 vom 30.9.2021, S. 39, und ABl. L 361 vom 12.10.2021, S. 43, geändert durch:

– 32006 R 0178: Verordnung (EG) Nr. 178/2006 der Kommission vom 1. Februar 2006 (ABl. L 29 vom 2.2.2006, S. 3)

– 32008 R 0149: Verordnung (EG) Nr. 149/2008 der Kommission vom 29. Januar 2008 (ABl. L 58 vom 1.3.2008, S. 1), berichtigt in ABl. L 79 vom 21.3.2013, S. 33

– 32008 R 0260: Verordnung (EG) Nr. 260/2008 der Kommission vom 18. März 2008 (ABl. L 76 vom 19.3.2008, S. 31)

– 32008 R 0299: Verordnung (EG) Nr. 299/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 67)

– 32008 R 0839: Verordnung (EG) Nr. 839/2008 der Kommission vom 31. Juli 2008 (ABl. L 234 vom 30.8.2008, S. 1), berichtigt in ABl. L 240 vom 9.9.2008, S. 9

– 32009 R 0256: Verordnung (EG) Nr. 256/2009 der Kommission vom 23. März 2009 (ABl. L 81 vom 27.3.2009, S. 3), berichtigt in ABl. L 208 vom 12.8.2009, S. 39

– 32009 R 0822: Verordnung (EG) Nr. 822/2009 der Kommission vom 27. August 2009 (ABl. L 239 vom 10.9.2009, S. 5), berichtigt in ABl. L 60 vom 10.3.2010, S. 26

– 32009 R 1050: Verordnung (EG) Nr. 1050/2009 der Kommission vom 28. Oktober 2009 (ABl. L 290 vom 6.11.2009, S. 7), berichtigt in ABl. L 338 vom 19.12.2009, S. 105

– 32009 R 1097: Verordnung (EG) Nr. 1097/2009 der Kommission vom 16. November 2009 (ABl. L 301 vom 17.11.2009, S. 6), berichtigt in ABl. L 307 vom 21.11.2009, S. 9

– 32010 R 0304: Verordnung (EU) Nr. 304/2010 der Kommission vom 9. April 2010 (ABl. L 94 vom 15.4.2010, S. 1)

– 32010 R 0459: Verordnung (EU) Nr. 459/2010 der Kommission vom 27. Mai 2010 (ABl. L 129 vom 28.5.2010, S. 3)

– 32010 R 0600: Verordnung (EU) Nr. 600/2010 der Kommission vom 8. Juli 2010 (ABl. L 174 vom 9.7.2010, S. 18)

– 32010 R 0750: Verordnung (EU) Nr. 750/2010 der Kommission vom 7. Juli 2010 (ABl. L 220 vom 21.8.2010, S. 1)

– 32010 R 0765: Verordnung (EU) Nr. 765/2010 der Kommission vom 25. August 2010 (ABl. L 226 vom 28.8.2010, S. 1)

– 32010 R 0893: Verordnung (EU) Nr. 893/2010 der Kommission vom 8. Oktober 2010 (ABl. L 266 vom 9.10.2010, S. 10)

– 32011 R 0310: Verordnung (EU) Nr. 310/2011 der Kommission vom 28. März 2011 (ABl. L 86 vom 1.4.2011, S. 1)

– 32011 R 0460: Verordnung (EU) Nr. 460/2011 der Kommission vom 12. Mai 2011 (ABl. L 124 vom 13.5.2011, S. 23)

– 32011 R 0508: Verordnung (EU) Nr. 508/2011 der Kommission vom 24. Mai 2011 (ABl. L 137 vom 25.5.2011, S. 3)

– 32011 R 0520: Verordnung (EU) Nr. 520/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 (ABl. L 140 vom 27.5.2011, S. 2)

– 32011 R 0524: Verordnung (EU) Nr. 524/2011 der Kommission vom 26. Mai 2011 (ABl. L 142 vom 28.5.2011, S. 1), berichtigt in ABl. L 79 vom 21.3.2013, S. 34

– 32011 R 0559: Verordnung (EU) Nr. 559/2011 der Kommission vom 7. Juni 2011 (ABl. L 152 vom 11.6.2011, S. 1)

– 32011 R 0812: Verordnung (EU) Nr. 812/2011 der Kommission vom 10. August 2011 (ABl. L 208 vom 13.8.2011, S. 1)

– 32011 R 0813: Verordnung (EU) Nr. 813/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 208 vom 13.8.2011, S. 23)

– 32011 R 0978: Verordnung (EU) Nr. 978/2011 der Kommission vom 3. Oktober 2011 (ABl. L 258 vom 4.10.2011, S. 12)

– 32012 R 0270: Verordnung (EU) Nr. 270/2012 der Kommission vom 26. März 2012 (ABl. L 89 vom 27.3.2012, S. 5)

– 32012 R 0322: Verordnung (EU) Nr. 322/2012 der Kommission vom 16. April 2012 (ABl. L 105 vom 17.4.2012, S. 1)

– 32012 R 0441: Verordnung (EU) Nr. 441/2012 der Kommission vom 24. Mai 2012 (ABl. L 135 vom 25.5.2012, S. 4)

– 32012 R 0473: Verordnung (EU) Nr. 473/2012 der Kommission vom 4. Juni 2012 (ABl. L 144 vom 5.6.2012, S. 25)

– 32012 R 0556: Verordnung (EU) Nr. 556/2012 der Kommission vom 26. Juni 2012 (ABl. L 166 vom 27.6.2012, S. 67)

– 32012 R 0592: Verordnung (EU) Nr. 592/2012 der Kommission vom 4. Juli 2012 (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 1)

– 32012 R 0897: Verordnung (EU) Nr. 897/2012 der Kommission vom 1. Oktober 2012 (ABl. L 266 vom 2.10.2012, S. 1)

– 32012 R 0899: Verordnung (EU) Nr. 899/2012 der Kommission vom 21. September 2012 (ABl. L 273 vom 6.10.2012, S. 1)

– 32013 R 0034: Verordnung (EU) Nr. 34/2013 der Kommission vom 16. Januar 2013 (ABl. L 25 vom 26.1.2013, S. 1)

– 32013 R 0035: Verordnung (EU) Nr. 35/2013 der Kommission vom 18. Januar 2013 (ABl. L 35 vom 26.1.2013, S. 49)

– 32013 R 0212: Verordnung (EU) Nr. 212/2013 der Kommission vom 11. März 2013 (ABl. L 68 vom 12.3.2013, S. 30)

– 32013 R 0241: Verordnung (EU) Nr. 241/2013 der Kommission vom 14. März 2013 (ABl. L 75 vom 19.3.2013, S. 1)

– 32013 R 0251: Verordnung (EU) Nr. 251/2013 der Kommission vom 22. März 2013 (ABl. L 88 vom 27.3.2013, S. 1)

– 32013 R 0293: Verordnung (EU) Nr. 293/2013 der Kommission vom 20. März 2013 (ABl. L 96 vom 5.4.2013, S. 1)

– 32013 R 0500: Verordnung (EU) Nr. 500/2013 der Kommission vom 30. Mai 2013 (ABl. L 151 vom 4.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0668: Verordnung (EU) Nr. 668/2013 der Kommission vom 12. Juli 2013 (ABl. L 192 vom 13.7.2013, S. 39), berichtigt in ABl. L 64 vom 7.3.2015, S. 46

– 32013 R 0772: Verordnung (EU) Nr. 772/2013 der Kommission vom 8. August 2013 (ABl. L 217 vom 13.8.2013, S. 1)

– 32013 R 0777: Verordnung (EU) Nr. 777/2013 der Kommission vom 12. August 2013 (ABl. L 221 vom 17.8.2013, S. 1)

– 32013 R 0834: Verordnung (EU) Nr. 834/2013 der Kommission vom 30. August 2013 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 11)

– 32013 R 1004: Verordnung (EU) Nr. 1004/2013 der Kommission vom 15. Oktober 2013 (ABl. L 279 vom 19.10.2013, S. 10)

– 32013 R 1138: Verordnung (EU) Nr. 1138/2013 der Kommission vom 8. November 2013 (ABl. L 307 vom 16.11.2013, S. 1)

– 32013 R 1317: Verordnung (EU) Nr. 1317/2013 der Kommission vom 16. Dezember 2013 (ABl. L 339 vom 17.12.2013, S. 1)

– 32014 R 0051: Verordnung (EU) Nr. 51/2014 der Kommission vom 20. Januar 2014 (ABl. L 16 vom 21.1.2014, S. 13)

– 32014 R 0036: Verordnung (EU) Nr. 36/2014 der Kommission vom 16. Januar 2014 (ABl. L 17 vom 21.1.2014, S. 1)

– 32014 R 0061: Verordnung (EU) Nr. 61/2014 der Kommission vom 24. Januar 2014 (ABl. L 22 vom 25.1.2014, S. 1)

– 32014 R 0079: Verordnung (EU) Nr. 79/2014 der Kommission vom 29. Januar 2014 (ABl. L 27 vom 30.1.2014, S. 9)

– 32014 R 0087: Verordnung (EU) Nr. 87/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 (ABl. L 35 vom 5.2.2014, S. 1)

– 32014 R 0289: Verordnung (EU) Nr. 289/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 87 vom 22.3.2014, S. 49)

– 32014 R 0318: Verordnung (EU) Nr. 318/2014 der Kommission vom 27. März 2014 (ABl. L 93 vom 28.3.2014, S. 28)

– 32014 R 0364: Verordnung (EU) Nr. 364/2014 der Kommission vom 4. April 2014 (ABl. L 112 vom 15.4.2014, S. 1)

– 32014 R 0398: Verordnung (EU) Nr. 398/2014 der Kommission vom 22. April 2014 (ABl. L 119 vom 23.4.2014, S. 3)

– 32014 R 0491: Verordnung (EU) Nr. 491/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 (ABl. L 146 vom 16.5.2014, S. 1)

– 32014 R 0588: Verordnung (EU) Nr. 588/2014 der Kommission vom 2. Juni 2014 (ABl. L 164 vom 3.6.2014, S. 16)

– 32014 R 0617: Verordnung (EU) Nr. 617/2014 der Kommission vom 3. Juni 2014 (ABl. L 171 vom 11.6.2014, S. 1)

– 32014 R 0703: Verordnung (EU) Nr. 703/2014 der Kommission vom 19. Juni 2014 (ABl. L 186 vom 26.6.2014, S. 1)

– 32014 R 0652: Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 1)

– 32014 R 0737: Verordnung (EU) Nr. 737/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 201 vom 10.7.2014, S. 1)

– 32014 R 0752: Verordnung (EU) Nr. 752/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 208 vom 15.7.2014, S. 1)

– 32014 R 0991: Verordnung (EU) Nr. 991/2014 der Kommission vom 19. September 2014 (ABl. L 279 vom 23.9.2014, S. 1)

– 32014 R 1096: Verordnung (EU) Nr. 1096/2014 der Kommission vom 15. Oktober 2014 (ABl. L 300 vom 18.10.2014, S. 5)

– 32014 R 1119: Verordnung (EU) Nr. 1119/2014 der Kommission vom 16. Oktober 2014 (ABl. L 304 vom 23.10.2014, S. 43)

– 32014 R 1126: Verordnung (EU) Nr. 1126/2014 der Kommission vom 17. Oktober 2014 (ABl. L 305 vom 24.10.2014, S. 3)

– 32014 R 1127: Verordnung (EU) Nr. 1127/2014 der Kommission vom 20. Oktober 2014 (ABl. L 305 vom 24.10.2014, S. 47)

– 32014 R 1146: Verordnung (EU) Nr. 1146/2014 der Kommission vom 23. Oktober 2014 (ABl. L 308 vom 29.10.2014, S. 3)

– 32015 R 0165: Verordnung (EU) 2015/165 der Kommission vom 3. Februar 2015 (ABl. L 28 vom 4.2.2015, S. 1)

– 32015 R 0399: Verordnung (EU) 2015/399 der Kommission vom 25. Februar 2015 (ABl. L 71 vom 14.3.2015, S. 1)

– 32015 R 0400: Verordnung (EU) 2015/400 der Kommission vom 25. Februar 2015 (ABl. L 71 vom 14.3.2015, S. 56)

– 32015 R 0401: Verordnung (EU) 2015/401 der Kommission vom 25. Februar 2015 (ABl. L 71 vom 14.3.2015, S. 114)

– 32015 R 0552: Verordnung (EU) 2015/552 der Kommission vom 7. April 2015 (ABl. L 92 vom 8.4.2015, S. 20), berichtigt in ABl. L 94 vom 10.4.2015, S. 8

– 32015 R 0603: Verordnung (EU) 2015/603 der Kommission vom 13. April 2015 (ABl. L 100 vom 17.4.2015, S. 10), berichtigt in ABl. L 234 vom 8.9.2015, S. 27

– 32015 R 0845: Verordnung (EU) 2015/845 der Kommission vom 27. Mai 2015 (ABl. L 138 vom 4.6.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 280 vom 24.10.2015, S. 38

– 32015 R 0846: Verordnung (EU) 2015/846 der Kommission vom 28. Mai 2015 (ABl. L 140 vom 5.6.2015, S. 1)

– 32015 R 0868: Verordnung (EU) 2015/868 der Kommission vom 26. Mai 2015 (ABl. L 145 vom 10.6.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 174 vom 3.7.2015, S. 43

– 32015 R 0896: Verordnung (EU) 2015/896 der Kommission vom 11. Juni 2015 (ABl. L 147 vom 12.6.2015, S. 3)

– 32015 R 1040: Verordnung (EU) 2015/1040 der Kommission vom 30. Juni 2015 (ABl. L 167 vom 1.7.2015, S. 10)

– 32015 R 1101: Verordnung (EU) 2015/1101 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 27)

– 32015 R 1200: Verordnung (EU) 2015/1200 der Kommission vom 22. Juli 2015 (ABl. L 195 vom 23.7.2015, S. 1)

– 32015 R 1608: Verordnung (EU) 2015/1608 der Kommission vom 24. September 2015 (ABl. L 249 vom 25.9.2015, S. 14)

– 32015 R 1910: Verordnung (EU) 2015/1910 der Kommission vom 21. Oktober 2015 (ABl. L 280 vom 24.10.2015, S. 2)

– 32015 R 2075: Verordnung (EU) 2015/2075 der Kommission vom 18. November 2015 (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 15), berichtigt in ABl. L 314 vom 1.12.2015, S. 72

– 32016 R 0001: Verordnung (EU) 2016/1 der Kommission vom 3. Dezember 2015 (ABl. L 2 vom 5.1.2016, S. 1)

– 32016 R 0046: Verordnung (EU) 2016/46 der Kommission vom 18. Januar 2016 (ABl. L 12 vom 19.1.2016, S. 28)

– 32016 R 0053: Verordnung (EU) 2016/53 der Kommission vom 19. Januar 2016 (ABl. L 13 vom 20.1.2016, S. 12)

– 32016 R 0060: Verordnung (EU) 2016/60 der Kommission vom 19. Januar 2016 (ABl. L 14 vom 21.1.2016, S. 1)

– 32016 R 0067: Verordnung (EU) 2016/67 der Kommission vom 19. Januar 2016 (ABl. L 15 vom 22.1.2016, S. 2)

– 32016 R 0075: Verordnung (EU) 2016/75 der Kommission vom 21. Januar 2016 (ABl. L 16 vom 23.1.2016, S. 8)

– 32016 R 0071: Verordnung (EU) 2016/71 der Kommission vom 26. Januar 2016 (ABl. L 20 vom 27.1.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 109 vom 26.4.2016, S. 43

– 32016 R 0143: Verordnung (EU) 2016/143 der Kommission vom 18. Januar 2016 (ABl. L 28 vom 4.2.2016, S. 12)

– 32016 R 0156: Verordnung (EU) 2016/156 der Kommission vom 18. Januar 2016 (ABl. L 31 vom 6.2.2016, S. 1)

– 32016 R 0439: Verordnung (EU) 2016/439 der Kommission vom 23. März 2016 (ABl. L 78 vom 24.3.2016, S. 31)

– 32016 R 0440: Verordnung (EU) 2016/440 der Kommission vom 23. März 2016 (ABl. L 78 vom 24.3.2016, S. 34)

– 32016 R 0452: Verordnung (EU) 2016/452 der Kommission vom 29. März 2016 (ABl. L 79 vom 30.3.2016, S. 10)

– 32016 R 0486: Verordnung (EU) 2016/486 der Kommission vom 29. März 2016 (ABl. L 90 vom 6.4.2016, S. 1)

– 32016 R 0567: Verordnung (EU) 2016/567 der Kommission vom 6. April 2016 (ABl. L 100 vom 15.4.2016, S. 1)

– 32016 R 0805: Verordnung (EU) 2016/805 der Kommission vom 20. Mai 2016 (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 95)

– 32016 R 1002: Verordnung (EU) 2016/1002 der Kommission vom 17. Juni 2016 (ABl. L 167 vom 24.6.2016, S. 1)

– 32016 R 1003: Verordnung (EU) 2016/1003 der Kommission vom 17. Juni 2016 (ABl. L 167 vom 24.6.2016, S. 46)

– 32016 R 1015: Verordnung (EU) 2016/1015 der Kommission vom 17. Juni 2016 (ABl. L 172 vom 29.6.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 340 vom 15.12.2016, S. 72

– 32016 R 1016: Verordnung (EU) 2016/1016 der Kommission vom 17. Juni 2016 (ABl. L 172 vom 29.6.2016, S. 22)

– 32016 R 1355: Verordnung (EU) 2016/1355 der Kommission vom 9. August 2016 (ABl. L 215 vom 10.8.2016, S. 4)

– 32016 R 1726: Verordnung (EU) 2016/1726 der Kommission vom 27. September 2016 (ABl. L 261 vom 28.9.2016, S. 3)

– 32016 R 1785: Verordnung (EU) 2016/1785 der Kommission vom 7. Oktober 2016 (ABl. L 273 vom 8.10.2016, S. 8)

– 32016 R 1822: Verordnung (EU) 2016/1822 der Kommission vom 13. Oktober 2016 (ABl. L 281 vom 18.10.2016, S. 1)

– 32016 R 1866: Verordnung (EU) 2016/1866 der Kommission vom 17. Oktober 2016 (ABl. L 286 vom 21.10.2016, S. 4)

– 32016 R 1902: Verordnung (EU) 2016/1902 der Kommission vom 27. Oktober 2016 (ABl. L 298 vom 4.11.2016, S. 1)

– 32017 R 0170: Verordnung (EU) 2017/170 der Kommission vom 30. Januar 2017 (ABl. L 30 vom 3.2.2017, S. 1)

– 32017 R 0171: Verordnung (EU) 2017/171 der Kommission vom 30. Januar 2017 (ABl. L 30 vom 3.2.2017, S. 45)

– 32017 R 0405: Verordnung (EU) 2017/405 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 71)

– 32017 R 0623: Verordnung (EU) 2017/623 der Kommission vom 30. März 2017 (ABl. L 93 vom 6.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0624: Verordnung (EU) 2017/624 der Kommission vom 30. März 2017 (ABl. L 93 vom 6.4.2017, S. 30)

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0626: Verordnung (EU) 2017/626 der Kommission vom 31. März 2017 (ABl. L 96 vom 7.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0627: Verordnung (EU) 2017/627 der Kommission vom 3. April 2017 (ABl. L 96 vom 7.4.2017, S. 44)

– 32017 R 0671: Verordnung (EU) 2017/671 der Kommission vom 7. April 2017 (ABl. L 97 vom 8.4.2017, S. 9)

– 32017 R 0693: Verordnung (EU) 2017/693 der Kommission vom 7. April 2017 (ABl. L 101 vom 13.4.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 131 vom 20.5.2017, S. 23

– 32017 R 0983: Verordnung (EU) 2017/983 der Kommission vom 9. Juni 2017 (ABl. L 148 vom 10.6.2017, S. 27)

– 32017 R 0978: Verordnung (EU) 2017/978 der Kommission vom 9. Juni 2017 (ABl. L 151 vom 14.6.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 11 vom 16.1.2018, S. 7

– 32017 R 1016: Verordnung (EU) 2017/1016 der Kommission vom 14. Juni 2017 (ABl. L 159 vom 21.6.2017, S. 1)

– 32017 R 1135: Verordnung (EU) 2017/1135 der Kommission vom 23. Juni 2017 (ABl. L 164 vom 27.6.2017, S. 28)

– 32017 R 1164: Verordnung (EU) 2017/1164 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 170 vom 1.7.2017, S. 3)

– 32017 R 1777: Verordnung (EU) 2017/1777 der Kommission vom 29. September 2017 (ABl. L 253 vom 30.9.2017, S. 1)

– 32018 T 0073: Verordnung (EU) 2018/73 der Kommission vom 16. Januar 2018 (ABl. L 13 vom 18.1.2018, S. 8)

– 32018 T 0078: Verordnung (EU) 2018/78 der Kommission vom 16. Januar 2018 (ABl. L 14 vom 19.1.2018, S. 6)

– 32018 T 0062: Verordnung (EU) 2018/62 der Kommission vom 17. Januar 2018 (ABl. L 18 vom 23.1.2018, S. 1)

– 32018 T 0685: Verordnung (EU) 2018/685 der Kommission vom 3. Mai 2018 (ABl. L 121 vom 16.5.2018, S. 1)

– 32018 R 0686: Verordnung (EU) 2018/686 der Kommission vom 4. Mai 2018 (ABl. L 121 vom 16.5.2018, S. 30)

– 32018 R 0687: Verordnung (EU) 2018/687 der Kommission vom 4. Mai 2018 (ABl. L 121 vom 16.5.2018, S. 63)

– 32018 R 0832: Verordnung (EU) 2018/832 der Kommission vom 5. Juni 2018 (ABl. L 140 vom 6.6.2018, S. 38), berichtigt in ABl. L 247 vom 3.10.2018, S. 9

– 32018 R 0960: Verordnung (EU) 2018/960 der Kommission vom 5. Juli 2018 (ABl. L 169 vom 6.7.2018, S. 27)

– 32018 R 1049: Verordnung (EU) 2018/1049 der Kommission vom 25. Juli 2018 (ABl. L 189 vom 26.7.2018, S. 9)

– 32018 R 1514: Verordnung (EU) 2018/1514 der Kommission vom 10. Oktober 2018 (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 8)

– 32018 R 1515: Verordnung (EU) 2018/1515 der Kommission vom 10. Oktober 2018 (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 33)

– 32018 R 1516: Verordnung (EU) 2018/1516 der Kommission vom 10. Oktober 2018 (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 45)

– 32019 R 0038: Verordnung (EU) 2019/38 der Kommission vom 10. Januar 2019 (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 94)

– 32019 R 0050: Verordnung (EU) 2019/50 der Kommission vom 11. Januar 2019 (ABl. L 10 vom 14.1.2019, S. 8), berichtigt in ABl. L 109 vom 24.4.2019, S. 28

– 32019 R 0058: Verordnung (EU) 2019/58 der Kommission vom 14. Januar 2019 (ABl. L 12 vom 15.1.2019, S. 1)

– 32019 R 0088: Verordnung (EU) 2019/88 der Kommission vom 18. Januar 2019 (ABl. L 22 vom 24.1.2019, S. 1)

– 32019 R 0089: Verordnung (EU) 2019/89 der Kommission vom 18. Januar 2019 (ABl. L 22 vom 24.1.2019, S. 13)

– 32019 R 0090: Verordnung (EU) 2019/90 der Kommission vom 18. Januar 2019 (ABl. L 22 vom 24.1.2019, S. 52)

– 32019 R 0091: Verordnung (EU) 2019/91 der Kommission vom 18. Januar 2019 (ABl. L 22 vom 24.1.2019, S. 74)

– 32019 R 0552: Verordnung (EU) 2019/552 der Kommission vom 4. April 2019 (ABl. L 96 vom 5.4.2019, S. 6)

– 32019 R 0973: Verordnung (EU) 2019/973 der Kommission vom 13. Juni 2019 (ABl. L 157 vom 14.6.2019, S. 3)

– 32019 R 977: Verordnung (EU) 2019/977 der Kommission vom 13. Juni 2019 (ABl. L 159 vom 17.6.2019, S. 1)

– 32019 R 1015: Verordnung (EU) 2019/1015 der Kommission vom 20. Juni 2019 (ABl. L 165 vom 21.6.2019, S. 23)

– 32019 R 1176: Verordnung (EU) 2019/1176 der Kommission vom 10. Juli 2019 (ABl. L 185 vom 11.7.2019, S. 1)

– 32019 R 1559: Verordnung (EU) 2019/1559 der Kommission vom 16. September 2019 (ABl. L 239 vom 17.9.2019, S. 1)

– 32019 R 1561: Verordnung (EU) 2019/1561 der Kommission vom 17. September 2019 (ABl. L 240 vom 18.9.2019, S. 1)

– 32019 R 1582: Verordnung (EU) 2019/1582 der Kommission vom 25. September 2019 (ABl. L 246 vom 26.9.2019, S. 1)

– 32019 R 1791: Verordnung (EU) 2019/1791 der Kommission vom 17. Oktober 2019 (ABl. L 277 vom 29.10.2019, S. 1)

– 32019 R 1792: Verordnung (EU) 2019/1792 der Kommission vom 17. Oktober 2019 (ABl. L 277 vom 29.10.2019, S. 66)

– 32020 R 0192: Verordnung (EU) 2020/192 der Kommission vom 12. Februar 2020 (ABl. L 40 vom 13.2.2020, S. 4), berichtigt in ABl. L 382 vom 18.10.2021, S. 58

– 32020 R 0703: Verordnung (EU) 2020/703 der Kommission vom 26. Mai 2020 (ABl. L 164 vom 27.5.2020, S. 1)

– 32020 R 0749: Verordnung (EU) 2020/749 der Kommission vom 4. Juni 2020 (ABl. L 178 vom 8.6.2020, S. 7)

– 32020 R 0770: Verordnung (EU) 2020/770 der Kommission vom 8. Juni 2020 (ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 1)

– 32020 R 0785: Verordnung (EU) 2020/785 der Kommission vom 9. Juni 2020 (ABl. L 190 vom 16.6.2020, S. 1)

– 32020 R 0856: Verordnung (EU) 2020/856 der Kommission vom 9. Juni 2020 (ABl. L 195 vom 19.6.2020, S. 9)

– 32020 R 1085: Verordnung (EU) 2020/1085 der Kommission vom 23. Juli 2020 (ABl. L 239 vom 24.7.2020, S. 7)

– 32020 R 1565: Verordnung (EU) 2020/1565 der Kommission vom 27. Oktober 2020 (ABl. L 358 vom 28.10.2020, S. 3)

– 32020 R 1566: Verordnung (EU) 2020/1566 der Kommission vom 27. Oktober 2020 (ABl. L 358 vom 28.10.2020, S. 30)

– 32020 R 1633: Verordnung (EU) 2020/1633 der Kommission vom 27. Oktober 2020 (ABl. L 367 vom 5.11.2020, S. 1)

– 32021 R 0155: Verordnung (EU) 2021/155 der Kommission vom 9. Februar 2021 (ABl. L 46 vom 10.2.2021, S. 5)

– 32021 R 0590: Verordnung (EU) 2021/590 der Kommission vom 12. April 2021 (ABl. L 125 vom 13.4.2021, S. 15)

– 32021 R 0616: Verordnung (EU) 2021/616 der Kommission vom 13. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 4), berichtigt in ABl. L 382 vom 18.10.2021, S. 57

– 32021 R 0618: Verordnung (EU) 2021/618 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 55), berichtigt in ABl. L 382 vom 18.10.2021, S. 56

– 32021 R 0644: Verordnung (EU) 2021/644 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 133 vom 20.4.2021, S. 9)

– 32021 R 0663: Verordnung (EU) 2021/663 der Kommission vom 22. April 2021 (ABl. L 139 vom 23.4.2021, S. 148)

– 32021 R 0976: Verordnung (EU) 2021/976 der Kommission vom 4. Juni 2021 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 1)

– 32021 R 1098: Verordnung (EU) 2021/1098 der Kommission vom 2. Juli 2021 (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 5)

– 32021 R 1110: Verordnung (EU) 2021/1110 der Kommission vom 6. Juli 2021 (ABl. L 239 vom 7.7.2021, S. 4)

– 32021 R 1247: Verordnung (EU) 2021/1247 der Kommission vom 29. Juli 2021 (ABl. L 272 vom 30.7.2021, S. 33)

– 32021 R 1531: Verordnung (EU) 2021/1531 der Kommission vom 17. September 2021 (ABl. L 330 vom 20.9.2021, S. 44)

– 32021 R 1771: Verordnung (EU) 2021/1771 der Kommission vom 7. Oktober 2021 (ABl. L 356 vom 8.10.2021, S. 30)

– 32021 R 1804: Verordnung (EU) 2021/1804 der Kommission vom 12. Oktober 2021 (ABl. L 364 vom 13.10.2021, S. 1)

– 32021 R 1807: Verordnung (EU) 2021/1807 der Kommission vom 13. Oktober 2021 (ABl. L 365 vom 14.10.2021, S. 1)

– 32021 R 1810: Verordnung (EU) 2021/1810 der Kommission vom 14. Oktober 2021 (ABl. L 366 vom 15.10.2021, S. 2)

– 32021 R 1841: Verordnung (EU) 2021/1841 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 373 vom 21.10.2021, S. 63)

– 32021 R 1842: Verordnung (EU) 2021/1842 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 373 vom 21.10.2021, S. 76)

– 32021 R 1864: Verordnung (EU) 2021/1864 der Kommission vom 22. Oktober 2021 (ABl. L 377 vom 25.10.2021, S. 3)

– 32021 R 1881: Verordnung (EU) 2021/1881 der Kommission vom 26. Oktober 2021 (ABl. L 380 vom 27.1.2021, S. 5)

– 32021 R 1884: Verordnung (EU) 2021/1884 der Kommission vom 27. Oktober 2021 (ABl. L 382 vom 28.1.2021, S. 39)

– 32021 R 2202: Verordnung (EU) 2021/2202 der Kommission vom 9. Dezember 2021 (ABl. L 446 vom 14.12.2021, S. 8)

– 32022 R 0078: Verordnung (EU) 2022/78 der Kommission vom 19. Januar 2022 (ABl. L 13 vom 20.1.2022, S. 5)

– 32022 R 0085: Verordnung (EU) 2022/85 der Kommission vom 20. Januar 2022 (ABl. L 14 vom 21.1.2022, S. 6)

– 32022 R 0093: Verordnung (EU) 2022/93 der Kommission vom 20. Januar 2022 (ABl. L 16 vom 25.1.2022, S. 1)

– 32022 R 0566: Verordnung (EU) 2022/566 der Kommission vom 7. April 2022 (ABl. L 109 vom 8.4.2022, S. 35)

– 32022 R 1264: Verordnung (EU) 2022/1264 der Kommission vom 20. Juli 2022 (ABl. L 192 vom 21.7.2022, S. 1)

– 32022 R 1290: Verordnung (EU) 2022/1290 der Kommission vom 22. Juli 2022 (ABl. L 196 vom 25.7.2022, S. 74)

– 32022 R 1321: Verordnung (EU) 2022/1321 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 200 vom 29.7.2022, S. 1)

– 32022 R 1324: Verordnung (EU) 2022/1324 der Kommission vom 28. Juli 2022 (ABl. L 200 vom 29.7.2022, S. 68)

– 32022 R 1343: Verordnung (EU) 2022/1343 der Kommission vom 29. Juli 2022 (ABl. L 202 vom 2.8.2022, S. 1)

– 32022 R 1346: Verordnung (EU) 2022/1346 der Kommission vom 1. August 2022 (ABl. L 202 vom 2.8.2022, S. 31)

– 32022 R 1363: Verordnung (EU) 2022/1363 der Kommission vom 3. August 2022 (ABl. L 205 vom 5.8.2022, S. 207)

– 32022 R 1406: Verordnung (EU) 2022/1406 der Kommission vom 3. August 2022 (ABl. L 215 vom 18.8.2022, S. 1)

– 32022 R 1435: Verordnung (EU) 2022/1435 der Kommission vom 26. August 2022 (ABl. L 224 vom 30.8.2022, S. 1)

471. 32000 R 645: Verordnung (EG) Nr. 645/2000 der Kommission vom 28. März 2000 mit Durchführungsbestimmungen für die ordnungsgemäße Anwendung gewisser Bestimmungen von Artikel 7 der Richtlinie 86/362/EWG und Artikel 4 der Richtlinie 90/642/EWG hinsichtlich der Kontrolle der Höchstgehalte an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in Getreide bzw. bestimmten Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs, einschließlich Obst und Gemüse (ABl. L 78 vom 29.3.2000, S. 7)

472. 32002 L 0063: Richtlinie 2002/63/EG der Kommission vom 11. Juli 2002 zur Festlegung gemeinschaftlicher Probenahmemethoden zur amtlichen Kontrolle von Pestizidrückständen in und auf Erzeugnissen pflanzlichen und tierischen Ursprungs und zur Aufhebung der Richtlinie 79/700/EWG (ABl. L 187 vom 16.7.2002, S. 30)

473. 32022 R 0741: Durchführungsverordnung (EU) 2022/741 der Kommission vom 13. Mai 2022 über ein mehrjähriges koordiniertes Kontrollprogramm der Union für 2023, 2024 und 2025 zur Gewährleistung der Einhaltung der Höchstgehalte an Pestizidrückständen und zur Bewertung der Verbraucherexposition gegenüber Pestizidrückständen in und auf Lebensmitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/601 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 12)

KAPITEL 3

QUALITÄT VON SAAT- UND PFLANZGUT

1. 32019 D 1905: Beschluss (EU) 2019/1905 Des Rates vom 8. November 2019 mit dem Ersuchen an die Kommission, eine Untersuchung der Möglichkeiten der Union zur Aktualisierung der geltenden Rechtsvorschriften über die Erzeugung und Vermarktung von Pflanzenvermehrungsmaterial sowie — falls angesichts der Ergebnisse der Untersuchung angemessen — einen Vorschlag zu unterbreiten (ABl. L 293 vom 14.11.2019, S. 105)

2. 31966 L 0401: Richtlinie 66/401/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut (ABl. L 125 vom 11.7.1966, S. 2298), berichtigt in ABl. L 298 vom 1.11.1997, S. 70, geändert durch:

   – 31969 L 0063: Richtlinie 69/63/EWG des Rates vom 18. Februar 1969 (ABl. L 48 vom 26.2.1969, S. 8)

   – 31971 L 0162: Richtlinie 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971 (ABl. L 87 vom 17.4.1971, S. 24)

   – 11972B/ACT: Beitrittsakte Dänemarks, Irlands, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (angepasst durch den Beschluss des Rates vom 1. Januar 1973) (ABl. L 73 vom 27.3.1972, S. 14)

   – 31972 L 0274: Richtlinie 72/274/EWG des Rates vom 20. Juli 1972 (ABl. L 171 vom 29.7.1972, S. 37)

– 31972 L 0418: Richtlinie 72/418/EWG des Rates vom 6. Dezember 1972 (ABl. L 287 vom 26.12.1972, S. 22)

– 31973 L 0438: Richtlinie 73/438/EWG des Rates vom 11. Dezember 1973 (ABl. L 356 vom 27.12.1973, S. 79), berichtigt in ABl. L 138 vom 21.5.1974, S. 27

– 31975 L 0444: Richtlinie 75/444/EWG des Rates vom 26. Juni 1975 (ABl. L 196 vom 26.7.1975, S. 6)

– 31978 L 0055: Richtlinie 78/55/EWG des Rates vom 19. Dezember 1977 (ABl. L 16 vom 20.1.1978, S. 23)

– 31978 L 0386: Erste Richtlinie 78/386/EWG der Kommission vom 18. April 1978 (ABl. L 113 vom 25.4.1978, S. 1)

– 31978 L 0692: Richtlinie 78/692/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. L 236 vom 26.8.1978, S. 13)

– 31978 L 1020: Richtlinie 78/1020/EWG des Rates vom 5. Dezember 1978 (ABl. L 350 vom 14.12.1978, S. 27)

– 31979 L 0641: Richtlinie 79/641/EWG der Kommission vom 27. Juni 1979 (ABl. L 183 vom 19.7.1979, S. 13)

– 31979 L 0692: Richtlinie 79/692/EWG des Rates vom 24. Juli 1979 (ABl. L 205 vom 13.8.1979, S. 1)

– 11979H/ACT: Akte betreffend den Beitritt Griechenlands (ABl. L 291 vom 19.11.1979, S. 17)

– 31980 L 0754: Richtlinie 80/754/EWG der Kommission vom 17. Juli 1980 (ABl. L 207 vom 9.8.1980, S. 36)

– 31981 L 0126: Richtlinie 81/126/EWG der Kommission vom 16. Februar 1981 (ABl. L 67 vom 12.3.1981, S. 36)

– 31982 L 0287: Richtlinie 82/287/EWG der Kommission vom 13. April 1982 (ABl. L 131 vom 13.5.1982, S. 24)

– 31985 L 0038: Richtlinie 85/38/EWG der Kommission vom 14. Dezember 1984 (ABl. L 16 vom 19.1.1985, S. 41)

– 31985 R 3768: Verordnung (EWG) Nr. 3768/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. L 362 vom 31.12.1985, S. 8)

– 31986 L 0155: Richtlinie 86/155/EWG des Rates vom 22. April 1986 (ABl. L 118 vom 7.5.1986, S. 23)

– 31987 L 0120: Richtlinie 87/120/EWG der Kommission vom 14. Januar 1987 (ABl. L 49 vom 18.2.1987, S. 39)

– 31987 L 0480: Richtlinie 87/480/EWG der Kommission vom 9. September 1987 (ABl. L 273 vom 26.9.1987, S. 43)

– 31988 L 0332: Richtlinie 88/332/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. L 151 vom 17.6.1988, S. 82)

– 31988 L 0380: Richtlinie 88/380/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. L 187 vom 16.7.1988, S. 31)

– 31989 L 0100: Richtlinie 89/100/EWG der Kommission vom 20. Januar 1989 (ABl. L 38 vom 10.2.1989, S. 36)

– 31992 L 0019: Richtlinie 92/19/EWG der Kommission vom 23. März 1992 (ABl. L 104 vom 22.4.1992, S. 61), berichtigt in ABl. L 128 vom 21.5.1997, S. 16

– 11994 N 003: Beitrittsakte Österreichs, Finnlands und Schwedens (angepasst durch den Beschluss 95/1/EG, Euratom, EGKS des Rates) (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21)

– 31996 L 0018: Richtlinie 96/18/EG der Kommission vom 19. März 1996 (ABl. L 76 vom 26.3.1996, S. 21)

– 31996 L 0072: Richtlinie 96/72/EG des Rates vom 18. November 1996 (ABl. L 304 vom 27.11.1996, S. 10)

– 31998 L 0095: Richtlinie 98/95/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 (ABl. L 25 vom 1.2.1999, S. 1)

– 31998 L 0096: Richtlinie 98/96/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 (ABl. L 25 vom 1.2.1999, S. 27), berichtigt in ABl. L 161 vom 16.6.2001, S. 48

– 32001 L 0064: Richtlinie 2001/64/EG des Rates vom 31. August 2001 (ABl. L 234 vom 1.9.2001, S. 60)

– 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

– 32004 L 0055: Richtlinie 2004/55/EG der Kommission vom 20. April 2004 (ABl. L 114 vom 21.4.2004, S. 18)

– 32004 L 0117: Richtlinie 2004/117/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 (ABl. L 14 vom 18.1.2005, S. 18)

– 32007 L 0072: Richtlinie 2007/72/EG der Kommission vom 13. Dezember 2007 (ABl. L 329 vom 14.12.2007, S. 37), berichtigt in ABl. L 338 vom 17.12.2008, S. 79

– 32009 L 0074: Richtlinie 2009/74/EG der Kommission vom 26. Juni 2009 (ABl. L 166 vom 27.6.2009, S. 40), berichtigt in ABl. L 154 vom 19.6.2010, S. 31

– 32015 L 1955: Durchführungsrichtlinie (EU) 2015/1955 der Kommission vom 29. Oktober 2015 (ABl. L 284 vom 30.10.2015, S. 142)

– 32016 L 0317: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/317 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 72)

– 32016 L 2109: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/2109 der Kommission vom 1. Dezember 2016 (ABl. L 327 vom 2.12.2016, S. 59)

– 32018 L 1028: Durchführungsrichtlinie (EU) 2018/1028 der Kommission vom 19. Juli 2018 (ABl. L 184 vom 20.7.2018, S. 7)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

– 32021 L 0415: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/415 der Kommission vom 8. März 2021 (ABl. L 81 vom 9.3.2021, S. 65)

– 32021 L 0971: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/971 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 62)

3. 31966 L 0402: Richtlinie 66/402/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Getreidesaatgut (ABl. L 125 vom 11.7.1966, S. 2309), berichtigt in ABl. L 199 vom 26.7.1997, S. 69, geändert durch:

– 31969 L 0060: Richtlinie 69/60/EWG des Rates vom 18. Februar 1969 (ABl. L 48 vom 26.2.1969, S. 1)

– 31971 L 0162: Richtlinie 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971 (ABl. L 87 vom 17.4.1971, S. 24)

– 11972B/ACT: Beitrittsakte Dänemarks, Irlands, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (angepasst durch den Beschluss des Rates vom 1. Januar 1973) (ABl. L 73 vom 27.3.1972, S. 14)

– 31972 L 0274: Richtlinie 72/274/EWG des Rates vom 20. Juli 1972 (ABl. L 171 vom 29.7.1972, S. 37)

– 31972 L 0418: Richtlinie 72/418/EWG des Rates vom 6. Dezember 1972 (ABl. L 287 vom 26.12.1972, S. 22)

– 31973 L 0438: Richtlinie 73/438/EWG des Rates vom 11. Dezember 1973 (ABl. L 356 vom 27.12.1973, S. 79)

– 31975 L 0444: Richtlinie 75/444/EWG des Rates vom 26. Juni 1975 (ABl. L 196 vom 26.7.1975, S. 6)

– 31978 L 0055: Richtlinie 78/55/EWG des Rates vom 19. Dezember 1977 (ABl. L 16 vom 20.1.1978, S. 23)

– 31978 L 0387: Erste Richtlinie 78/387/EWG der Kommission vom 18. April 1978 (ABl. L 113 vom 25.4.1978, S. 13)

– 31978 L 0692: Richtlinie 78/692/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. L 236 vom 26.8.1978, S. 13)

– 31978 L 1020: Richtlinie 78/1020/EWG des Rates vom 5. Dezember 1978 (ABl. L 350 vom 14.12.1978, S. 27)

– 31979 L 0641: Richtlinie 79/641/EWG der Kommission vom 27. Juni 1979 (ABl. L 183 vom 19.7.1979, S. 13)

– 31979 L 0692: Richtlinie 79/692/EWG des Rates vom 24. Juli 1979 (ABl. L 205 vom 13.8.1979, S. 1)

– 11979H/ACT: Akte betreffend den Beitritt Griechenlands (ABl. L 291 vom 19.11.1979, S. 17)

– 31981 L 0126: Richtlinie 81/126/EWG der Kommission vom 16. Februar 1981 (ABl. L 67 vom 12.3.1981, S. 36)

– 31985 R 3768: Verordnung (EWG) Nr. 3768/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. L 362 vom 31.12.1985, S. 8)

– 31986 L 0155: Richtlinie 86/155/EWG des Rates vom 22. April 1986 (ABl. L 118 vom 7.5.1986, S. 23)

– 31986 L 0320: Richtlinie 86/320/EWG der Kommission vom 20. Juni 1986 (ABl. L 200 vom 23.7.1986, S. 38)

– 31987 L 0120: Richtlinie 87/120/EWG der Kommission vom 14. Januar 1987 (ABl. L 49 vom 18.2.1987, S. 39)

– 31988 L 0332: Richtlinie 88/332/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. L 151 vom 17.6.1988, S. 82)

– 31988 L 0380: Richtlinie 88/380/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. L 187 vom 16.7.1988, S. 31)

– 31988 L 0506: Richtlinie 88/506/EWG der Kommission vom 13. September 1988 (ABl. L 274 vom 6.10.1988, S. 44)

– 31989 L 0002: Richtlinie 89/2/EWG der Kommission vom 15. Dezember 1988 (ABl. L 5 vom 7.1.1989, S. 31)

– 31989 L 0100: Richtlinie 89/100/EWG der Kommission vom 20. Januar 1989 (ABl. L 38 vom 10.2.1989, S. 36)

– 31990 L 0623: Richtlinie 90/623/EWG der Kommission vom 7. November 1990 (ABl. L 333 vom 30.11.1990, S. 65)

– 31993 L 0002: Richtlinie 93/2/EWG der Kommission vom 28. Januar 1993 (ABl. L 54 vom 5.3.1993, S. 20)

– 11994 N 003: Beitrittsakte Österreichs, Finnlands und Schwedens (angepasst durch den Beschluss 95/1/EG, Euratom, EGKS des Rates) (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21)

– 31995 L 0006: Richtlinie 95/6/EG der Kommission vom 20. März 1995 (ABl. L 67 vom 25.3.1995, S. 30)

– 31996 L 0072: Richtlinie 96/72/EG des Rates vom 18. November 1996 (ABl. L 304 vom 27.11.1996, S. 10)

– 31998 L 0095: Richtlinie 98/95/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 (ABl. L 25 vom 1.2.1999, S. 1), berichtigt in ABl. L 161 vom 16.6.2001, S. 47

– 31998 L 0096: Richtlinie 98/96/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 (ABl. L 25 vom 1.2.1999, S. 27), berichtigt in ABl. L 161 vom 16.6.2001, S. 48

– 31999 L 0008: Richtlinie 1999/8/EG der Kommission vom 18. Februar 1999 (ABl. L 50 vom 26.2.1999, S. 26)

– 31999 L 0054: Richtlinie 1999/54/EG der Kommission vom 26. Mai 1999 (ABl. L 142 vom 5.6.1999, S. 30)

– 32001 L 0064: Richtlinie 2001/64/EG des Rates vom 31. August 2001 (ABl. L 234 vom 1.9.2001, S. 60)

– 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

– 32004 L 0055: Richtlinie 2004/55/EG der Kommission vom 20. April 2004 (ABl. L 114 vom 21.4.2004, S. 18)

– 32004 L 0117: Richtlinie 2004/117/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 (ABl. L 14 vom 18.1.2005, S. 18)

– 32006 L 0055: Richtlinie 2006/55/EG der Kommission vom 12. Juni 2006 (ABl. L 159 vom 13.6.2006, S. 13)

– 32009 L 0074: Richtlinie 2009/74/EG der Kommission vom 26. Juni 2009 (ABl. L 166 vom 27.6.2009, S. 40), berichtigt in ABl. L 154 vom 19.6.2010, S. 31

– 32012 L 0001: Durchführungsrichtlinie 2012/1/EU der Kommission vom 6. Januar 2012 (ABl. L 4 vom 7.1.2012, S. 8)

– 32012 L 0037: Durchführungsrichtlinie 2012/37/EU der Kommission vom 22. November 2012 (ABl. L 325 vom 23.11.2012, S. 13)

– 32016 L 0317: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/317 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 72)

– 32018 L 1027: Durchführungsrichtlinie (EU) 2018/1027 der Kommission vom 19. Juli 2018 (ABl. L 184 vom 20.7.2018, S. 4)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

– 32021 L 0415: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/415 der Kommission vom 8. März 2021 (ABl. L 81 vom 9.3.2021, S. 65)

– 32021 L 0971: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/971 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 62)

– 32021 L 1927: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/1927 der Kommission vom 5. November 2021 (ABl. L 393 vom 8.11.2021, S. 13)

– 32021 L 2171: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/2171 der Kommission vom 7. Dezember 2021 (ABl. L 438 vom 8.12.2021, S. 84)

4. 31968 L 0193: Richtlinie 68/193/EWG des Rates vom 9. April 1968 über den Verkehr mit vegetativem Vermehrungsgut von Reben (ABl. L 93 vom 17.4.1968, S. 15), geändert durch:

– 31971 L 0140: Richtlinie 71/140/EWG des Rates vom 22. März 1971 (ABl. L 71 vom 25.3.1971, S. 16)

– 11972B/ACT: Beitrittsakte Dänemarks, Irlands, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (angepasst durch den Beschluss des Rates vom 1. Januar 1973) (ABl. L 73 vom 27.3.1972, S. 14)

– 31974 L 0648: Richtlinie 74/648/EWG des Rates vom 9. Dezember 1974 (ABl. L 352 vom 28.12.1974, S. 43)

– 31977 L 0629: Erste Richtlinie 77/629/EWG der Kommission vom 28. September 1977 (ABl. L 257 vom 8.10.1977, S. 27)

– 31978 L 0055: Richtlinie 78/55/EWG des Rates vom 19. Dezember 1977 (ABl. L 16 vom 20.1.1978, S. 23)

– 31978 L 0692: Richtlinie 78/692/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. L 236 vom 26.8.1978, S. 13)

– 11979H/ACT: Akte betreffend den Beitritt Griechenlands (ABl. L 291 vom 19.11.1979, S. 17)

– 31982 L 0331: Richtlinie 82/331/EWG der Kommission vom 6. Mai 1982 (ABl. L 148 vom 27.5.1982, S. 47)

– 31985 R 3768: Verordnung (EWG) Nr. 3768/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. L 362 vom 31.12.1985, S. 8)

– 31986 L 0155: Richtlinie 86/155/EWG des Rates vom 22. April 1986 (ABl. L 118 vom 7.5.1986, S. 23)

– 31988 L 0332: Richtlinie 88/332/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. L 151 vom 17.6.1988, S. 82)

– 11994 N 003: Beitrittsakte Österreichs, Finnlands und Schwedens (angepasst durch den Beschluss 95/1/EG, Euratom, EGKS des Rates) (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21)

– 32002 L 0011: Richtlinie 2002/11/EG des Rates vom 14. Februar 2002 (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 20)

– 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

– 32003 R 1829: Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1)

– 32005 L 0043: Richtlinie 2005/43/EG der Kommission vom 23. Juni 2005 (ABl. L 164 vom 24.6.2005, S. 37)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

5. 32008 L 0072: Richtlinie 2008/72/EG des Rates vom 15. Juli 2008 über das Inverkehrbringen von Gemüsepflanzgut und Gemüsevermehrungsmaterial mit Ausnahme von Saatgut (ABl. L 205 vom 1.8.2008, S. 28), geändert durch:

   – 32013 D 0166: Durchführungsbeschluss 2013/166/EU der Kommission vom 2. April 2013 (ABl. L 94 vom 4.4.2013, S. 8)

   – 32013 L 0045: Durchführungsrichtlinie 2013/45/EU der Kommission vom 7. August 2013 (ABl. L 213 vom 8.8.2013, S. 20)

   – 32019 L 0990: Durchführungsrichtlinie (EU) 2019/990 der Kommission vom 17. Juni 2019 (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 14)

   – 32022 D 1400: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1400 der Kommission vom 11. August 2022 (ABl. L 213 vom 16.8.2022, S. 57)

6. 32008 L 0090: Richtlinie 2008/90/EG des Rates vom 29. September 2008 über das Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung, geändert durch:

   – 32010 D 0777: Beschluss 2010/777/EU der Kommission vom 15. Dezember 2010 (ABl. L 332 vom 16.12.2010, S. 40)

   – 32014 R 0652: Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 1)

   – 32019 D 0120: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/120 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 24 vom 28.1.2019, S. 27)

– 32022 D 1933: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1933 der Kommission vom 12. Oktober 2022 (ABl. L 266 vom 13.10.2022, S. 19)

7. 31998 L 0056: Richtlinie 98/56/EG des Rates vom 20. Juli 1998 über das Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial von Zierpflanzen (ABl. L 226 vom 13.8.1998, S. 16), geändert durch:

– 32003 R 0806: Verordnung (EG) Nr. 806/2003 des Rates vom 14. April 2003 (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 1)

– 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

– 32014 R 0652: Verordnung (EU) Nr. 652/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 1)

8. 31999 L 0105: Richtlinie 1999/105/EG des Rates vom 22. Dezember 1999 über den Verkehr mit forstlichem Vermehrungsgut (ABl. L 11 vom 15.1.2000, S. 17)

9. 32002 L 0053: Richtlinie 2002/53/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über einen gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 1), geändert durch:

– 32003 R 1829: Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1)

– 32019 L 0114: Durchführungsrichtlinie (EU) 2019/114 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 35)

10. 32002 L 0054: Richtlinie 2002/54/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Betarübensaatgut (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 12), geändert durch:

   – 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

   – 32004 L 0117: Richtlinie 2004/117/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 (ABl. L 14 vom 18.1.2005, S. 18)

   – 32016 L 0317: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/317 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 72)

   – 32021 L 0971: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/971 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 62)

11. 32002 L 0055: Richtlinie 2002/55/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Gemüsesaatgut (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 33), geändert durch:

   – 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

   – 32003 R 1829: Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1)

   – 32004 L 0117: Richtlinie 2004/117/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 (ABl. L 14 vom 18.1.2005, S. 18)

– 32006 L 0124: Richtlinie 2006/124/EG der Kommission vom 5. Dezember 2006 (ABl. L 339 vom 6.12.2006, S. 12)

– 32009 L 0074: Richtlinie 2009/74/EG der Kommission vom 26. Juni 2009 (ABl. L 166 vom 27.6.2009, S. 40), berichtigt in ABl. L 154 vom 19.6.2010, S. 31

– 32013 L 0045: Durchführungsrichtlinie 2013/45/EU der Kommission vom 7. August 2013 (ABl. L 213 vom 8.8.2013, S. 20)

– 32016 L 0317: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/317 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 72)

– 32019 L 0114: Durchführungsrichtlinie (EU) 2019/114 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 23 vom 25.1.2019, S. 35)

– 32019 L 0990: Durchführungsrichtlinie (EU) 2019/990 der Kommission vom 17. Juni 2019 (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 14)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

– 32020 L 0432: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/432 der Kommission vom 23. März 2020 (ABl. L 88 vom 24.3.2020, S. 3)

– 32021 L 0971: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/971 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 62)

12. 32002 L 0056: Richtlinie 2002/56/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Pflanzkartoffeln (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 60), geändert durch:

– 32003 D 0066: Entscheidung 2003/66/EG der Kommission vom 28. Januar 2003 (ABl. L 25 vom 30.1.2003, S. 42)

– 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

– 32005 D 0908: Entscheidung 2005/908/EG der Kommission vom 14. Dezember 2005 (ABl. L 329 vom 16.12.2005, S. 37)

– 32008 D 0973: Entscheidung 2008/973/EG der Kommission vom 15. Dezember 2008 (ABl. L 345 vom 23.12.2008, S. 90)

– 32011 D 0820: Durchführungsbeschluss 2011/820/EU der Kommission vom 7. Dezember 2011 (ABl. L 327 vom 9.12.2011, S. 66)

– 32013 L 0063: Durchführungsrichtlinie 2013/63/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 52)

– 32014 D 0367: Durchführungsbeschluss 2014/367/EU der Kommission vom 16. Juni 2014 (ABl. L 178 vom 18.6.2014, S. 26)

– 32016 L 0317: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/317 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 7)

– 32019 D 0119: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/119 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 24 vom 28.1.2019, S. 26)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

13. 32002 L 0057: Richtlinie 2002/57/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 74), geändert durch:

– 32002 L 0068: Richtlinie 2002/68/EG des Rates vom 19. Juli 2002 (ABl. L 195 vom 24.7.2002, S. 32)

– 32003 L 0045: Richtlinie 2003/45/EG der Kommission vom 28. Mai 2003 (ABl. L 138 vom 5.6.2003, S. 40)

– 32003 L 0061: Richtlinie 2003/61/EG des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23)

– 32004 L 0117: Richtlinie 2004/117/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 (ABl. L 14 vom 18.1.2005, S. 18)

– 32009 L 0074: Richtlinie 2009/74/EG der Kommission vom 26. Juni 2009 (ABl. L 166 vom 27.6.2009, S. 40), berichtigt in ABl. L 154 vom 19.6.2010, S. 31

– 32016 L 0011: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/11 der Kommission vom 5. Januar 2016 (ABl. L 3 vom 6.1.2016, S. 48)

– 32016 L 0317: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/317 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 72)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

– 32021 L 0971: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/971 der Kommission vom 16. Juni 2021 (ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 62)

14. 32007 D 0321: Entscheidung 2007/321/EG der Kommission vom 2. Mai 2007 zur Entbindung des Vereinigten Königreichs von einigen Verpflichtungen der Richtlinie 2002/55/EG des Rates über den Verkehr mit Gemüsesaatgut (ABl. L 119 vom 9.5.2007, S. 48)

15. 32017 D 0478: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/478 der Kommission vom 16. März 2017 zur Entbindung bestimmter Mitgliedstaaten von der Verpflichtung, die Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 68/193/EWG, 1999/105/EG, 2002/54/EG, 2002/55/EG und 2002/57/EG des Rates über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut, Getreidesaatgut, vegetativem Vermehrungsgut von Reben, forstlichem Vermehrungsgut, Betarübensaatgut, Gemüsesaatgut bzw. Saatgut von Öl- und Faserpflanzen auf bestimmte Arten anzuwenden und zur Aufhebung der Entscheidung 2010/680/EU der Kommission (ABl. L 73 vom 18.3.2017, S. 29)

16. 31974 D 0366: Entscheidung 74/366/EWG der Kommission vom 13. Juni 1974 zur vorläufigen Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut der Buschbohnensorte „Sim“ in Frankreich zu untersagen (ABl. L 196 vom 19.7.1974, S. 24)

17. 31974 D 0367: Entscheidung 74/367/EWG der Kommission vom 13. Juni 1974 zur vorläufigen Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut der Buschbohnensorte „Dustor“ in Frankreich zu untersagen (ABl. L 196 vom 19.7.1974, S. 25)

18. 31975 D 0576: Entscheidung 75/576/EWG der Kommission vom 30. Juni 1975 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saat- oder Pflanzgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 253 vom 30.9.1975, S. 36), geändert durch:

   – 31978 D 0122: Entscheidung 78/122/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1977 (ABl. L 41 vom 11.2.1978, S. 34)

   – 31986 D 0268: Entscheidung 86/268/EWG der Kommission vom 20. Mai 1986 (ABl. L 169 vom 26.6.1986, S. 48)

   – 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

19. 31975 D 0578: Entscheidung 75/578/EWG der Kommission vom 30. Juni 1975 zur Ermächtigung des Großherzogtums Luxemburg, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 253 vom 30.9.1975, S. 45), geändert durch:

   – 31978 D 0285: Entscheidung 78/285/EWG der Kommission vom 22. Februar 1978 (ABl. L 74 vom 16.3.1978, S. 29)

20. 31976 D 0219: Entscheidung 76/219/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1975 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saat- oder Pflanzgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 46 vom 21.2.1976, S. 30), geändert durch:

    – 31997 D 0363: Entscheidung 97/363/EG der Kommission vom 28. Mai 1997 (ABl. L 152 vom 11.6.1997, S. 33)

21. 31976 D 0221: Entscheidung 76/221/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1975 zur Ermächtigung des Großherzogtums Luxemburg, den Verkehr mit Saat- oder Pflanzgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 46 vom 21.2.1976, S. 33)

22. 31976 D 0687: Entscheidung 76/687/EWG der Kommission vom 30. Juni 1976 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 235 vom 26.8.1976, S. 21), geändert durch:

    – 31978 D 0615: Entscheidung 78/615/EWG der Kommission vom 23. Juni 1978 (ABl. L 198 vom 22.7.1978, S. 12)

23. 31976 D 0688: Entscheidung 76/688/EWG der Kommission vom 30. Juni 1976 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 235 vom 26.8.1976, S. 24)

24. 31976 D 0689: Entscheidung 76/689/EWG der Kommission vom 30. Juni 1976 zur Ermächtigung des Großherzogtums Luxemburg, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 235 vom 26.8.1976, S. 27)

25. 31977 D 0147: Entscheidung 77/147/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1976 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 47 vom 18.2.1977, S. 66), geändert durch:

    – 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

26. 31977 D 0149: Entscheidung 77/149/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1976 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 47 vom 18.2.1977, S. 70)

27. 31977 D 0282: Entscheidung 77/282/EWG der Kommission vom 30. März 1977 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 95 vom 19.4.1977, S. 2)

28. 31977 D 0406: Entscheidung 77/406/EWG der Kommission vom 1. Juni 1977 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 148 vom 16.6.1977, S. 25)

29. 31978 D 0124: Entscheidung 78/124/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1977 zur Ermächtigung des Großherzogtums Luxemburg, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 41 vom 11.2.1978, S. 38)

30. 31978 D 0126: Entscheidung 78/126/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1977 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 41 vom 11.2.1978, S. 41), geändert durch:

    – 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

31. 31978 D 0127: Entscheidung 78/127/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1977 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 41 vom 11.2.1978, S. 43), geändert durch:

    – 31997 D 0363: Entscheidung 97/363/EG der Kommission vom 28. Mai 1997 (ABl. L 152 vom 11.6.1997, S. 33)

32. 31978 D 0348: Entscheidung 78/348/EWG der Kommission vom 30. März 1978 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 99 vom 12.4.1978, S. 28)

33. 31978 D 0349: Entscheidung 78/349/EWG der Kommission vom 30. März 1978 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 99 vom 12.4.1978, S. 30)

34. 31979 D 0092: Entscheidung 79/92/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1978 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 22 vom 31.1.1979, S. 14), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

35. 31979 D 0094: Entscheidung 79/94/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1978 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 22 vom 31.1.1979, S. 19)

36. 31979 D 0347: Entscheidung 79/347/EWG der Kommission vom 14. März 1979 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 84 vom 4.4.1979, S. 10)

37. 31979 D 0348: Entscheidung 79/348/EWG der Kommission vom 14. März 1979 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 84 vom 4.4.1979, S. 12)

38. 31980 D 0126: Entscheidung 80/126/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1979 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 29 vom 6.2.1980, S. 31), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

39. 31980 D 0127: Entscheidung 80/127/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1979 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 29 vom 6.2.1980, S. 33)

40. 31980 D 1359: Entscheidung 80/1359/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1980 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 384 vom 31.12.1980, S. 42), berichtigt in ABl. L 122 vom 6.5.1981, S. 46, geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

41. 31980 D 1360: Entscheidung 80/1360/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1980 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 384 vom 31.12.1980, S. 44), geändert durch:

– 31997 D 0363: Entscheidung 97/363/EG der Kommission vom 28. Mai 1997 (ABl. L 152 vom 11.6.1997, S. 33)

42. 31981 D 0277: Entscheidung 81/277/EWG der Kommission vom 31. März 1981 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 123 vom 7.5.1981, S. 32)

43. 31982 D 0039: Entscheidung 82/39/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1981 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 16 vom 22.1.1982, S. 46), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

44. 31982 D 0040: Entscheidung 82/40/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1981 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 16 vom 22.1.1982, S. 48)

45. 31982 D 0948: Entscheidung 82/948/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1982 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 383 vom 31.12.1982, S. 25), geändert durch:

– 31997 D 0363: Entscheidung 97/363/EG der Kommission vom 28. Mai 1997 (ABl. L 152 vom 11.6.1997, S. 33)

46. 31982 D 0949: Entscheidung 82/949/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1982 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 383 vom 31.12.1982, S. 27), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

47. 31984 D 0019: Entscheidung 84/19/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1983 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 18 vom 21.1.1984, S. 43)

48. 31984 D 0023: Entscheidung 84/23/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1983 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 20 vom 25.1.1984, S. 19), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

49. 31991 D 0037: Entscheidung 85/59/EWG der Kommission vom 19. Dezember 1984 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 18 vom 24.1.1991, S. 19), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

50. 31985 D 0623: Entscheidung 85/623/EWG der Kommission vom 16. Dezember 1985 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 379 vom 31.12.1985, S. 18)

51. 31985 D 0624: Entscheidung 85/624/EWG der Kommission vom 16. Dezember 1985 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 379 vom 31.12.1985, S. 20), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

52. 31987 D 0110: Entscheidung 87/110/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1986 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 48 vom 17.2.1987, S. 27)

53. 31987 D 0117: Entscheidung 87/117/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1986 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 49 vom 18.2.1987, S. 34), geändert durch:

– 31997 D 0363: Entscheidung 97/363/EG der Kommission vom 28. Mai 1997 (ABl. L 152 vom 11.6.1997, S. 33)

54. 31989 D 0077: Entscheidung 89/77/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1988 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 30 vom 1.2.1989, S. 72), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

55. 31989 D 0421: Entscheidung 89/421/EWG der Kommission vom 22. Juni 1989 zur Ermächtigung der Griechischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 193 vom 8.7.1989, S. 41)

56. 31989 D 0422: Entscheidung 89/422/EWG der Kommission vom 23. Juni 1989 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einer Sorte einer landwirtschaftlichen Pflanzenart zu beschränken, und zur Änderung der Entscheidung 89/77/EWG (ABl. L 193 vom 8.7.1989, S. 43), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

57. 31991 D 0037: Entscheidung 91/37/EWG der Kommission vom 20. Dezember 1990 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland und der Griechischen Republik, den Verkehr mit Saatgut bestimmter Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken und zur Änderung bestimmter Entscheidungen zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut bestimmter Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. L 18 vom 24.1.1991, S. 19), geändert durch:

– 31992 D 0227: Entscheidung 92/227/EWG der Kommission vom 3. April 1992 (ABl. L 108 vom 25.4.1992, S. 55)

58. 31992 D 0168: Entscheidung 92/168/EWG der Kommission vom 4. März 1992 zur Ermächtigung Griechenlands, das Inverkehrbringen von Saatgut bestimmter Sorten einer landwirtschaftlichen Pflanzenart zu beschränken (ABl. L 74 vom 20.3.1992, S. 46)

59. 32006 D 0335: Entscheidung 2006/335/EG der Kommission vom 8. Mai 2006 zur Ermächtigung der Republik Polen, in ihrem Hoheitsgebiet die Verwendung von sechzehn in den gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten gemäß der Richtlinie 2002/53/EG des Rates eingetragenen Maissorten mit der genetischen Veränderung MON 810 zu verbieten (ABl. L 124 vom 11.5.2006, S. 26)

60. 32006 D 0338: Entscheidung 2006/338/EG der Kommission vom 8. Mai 2006 zur Ermächtigung der Republik Polen, in ihrem Hoheitsgebiet die Verwendung bestimmter Maissorten zu verbieten, die im gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten gemäß der Richtlinie 2002/53/EG des Rates aufgeführt sind (ABl. L 125 vom 12.5.2006, S. 31)

61. 32013 D 0404: Durchführungsbeschluss 2013/404/EU der Kommission vom 25. Juli 2013 zur Ermächtigung Deutschlands, in seinem Hoheitsgebiet das Inverkehrbringen bestimmter Hanfsorten zu verbieten, die im gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten gemäß der Richtlinie 2002/53/EG des Rates aufgeführt sind (ABl. L 202 vom 27.7.2013, S. 33)

62. 32016 D 0017: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/17 der Kommission vom 7. Januar 2016 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, in seinem Hoheitsgebiet das Inverkehrbringen einer Hanfsorte zu verbieten, die im gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten gemäß der Richtlinie 2002/53/EG des Rates aufgeführt ist (ABl. L 5 vom 8.1.2016, S. 7)

63. 32021 D 1214: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1214 der Kommission vom 22. Juli 2021 zur Ermächtigung Polens, den Verkehr mit der Hanfsorte Finola in seinem Hoheitsgebiet gemäß der Richtlinie 2002/53/EG des Rates zu verbieten (ABl. L 265 vom 26.7.2021, S. 1)

64. 31974 D 0269: Entscheidung 74/269/EWG der Kommission vom 2. Mai 1974 zur Ermächtigung einiger Mitgliedstaaten, bezüglich des Vorhandenseins von Avena fatua in Futterpflanzensaatgut und in Getreidesaatgut strengere Vorschriften zu erlassen (ABl. L 141 vom 24.5.1974, S. 20), geändert durch:

– 31978 D 0512: Entscheidung 78/512/EWG der Kommission vom 24. Mai 1978 (ABl. L 157 vom 15.6.1978, S. 35)

65. 31974 D 0531: Entscheidung 74/531/EWG der Kommission vom 16. Oktober 1974 zur Ermächtigung des Königreichs der Niederlande, bezüglich des Vorhandenseins von Avena fatua in Getreidesaatgut strengere Vorschriften zu erlassen (ABl. L 299 vom 7.11.1974, S. 13)

66. 31995 D 0075: Entscheidung 95/75/EG der Kommission vom 10. März 1995 zur Ermächtigung Finnlands, bezüglich des Vorhandenseins von Avena fatua in Getreidesaatgut strengere Vorschriften zu erlassen (ABl. L 60 vom 18.3.1995, S. 30)

67. 31996 D 0334: Entscheidung 96/334/EG der Kommission vom 3. Mai 1996 zur Ermächtigung Schwedens, bezüglich des Vorhandenseins von Avena fatua in Getreidesaatgut strengere Vorschriften zu erlassen (ABl. L 127 vom 25.5.1996, S. 39)

68. 32005 D 0200: Entscheidung 2005/200/EG der Kommission vom 2. März 2005 zur Ermächtigung Estlands, Lettlands, Litauens und Maltas, bezüglich des Vorhandenseins von Avena fatua in Getreidesaatgut strengere Vorschriften zu erlassen (ABl. L 70 vom 16.3.2005, S. 19)

69. 32006 L 0047: Richtlinie 2006/47/EG der Kommission vom 23. Mai 2006 zur Festlegung besonderer Voraussetzungen im Hinblick auf das Vorhandensein von Avena fatua in Getreidesaatgut (ABl. L 136 vom 24.5.2006, S. 18)

70. 31981 D 0675: Entscheidung 81/675/EWG der Kommission vom 28. Juli 1981 zur Feststellung, dass bestimmte Verschlusssysteme nicht wiederverwendbare Verschlusssysteme im Sinne der Richtlinien 66/400/EWG, 66/401/EWG, 66/402/EWG, 69/208/EWG und 70/458/EWG des Rates sind (ABl. L 246 vom 29.8.1981, S. 26), geändert durch:

– 31986 D 0563: Entscheidung 86/563/EWG der Kommission vom 12. November 1986 (ABl. L 327 vom 22.11.1986, S. 50)

71. 32003 D 0017: Entscheidung 2003/17/EG des Rates vom 16. Dezember 2002 über die Gleichstellung von Feldbesichtigungen von Saatgutvermehrungsbeständen in Drittländern und über die Gleichstellung von in Drittländern erzeugtem Saatgut (ABl. L 8 vom 14.1.2003, S. 10), geändert durch:

– 32003 D 0403: Entscheidung 2003/403/EG des Rates vom 26. Mai 2003 (ABl. L 141 vom 7.6.2003, S. 23)

– 32005 D 0834: Beschluss 2005/834/EG des Rates vom 8. November 2005 (ABl. L 312 vom 29.11.2005, S. 51)

– 32006 R 1791: Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 1)

– 32007 D 0780: Beschluss 2007/780/EG des Rates vom 26. November 2007 (ABl. L 314 vom 1.12.2007, S. 20)

– 32012 D 1105: Beschluss Nr. 1105/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 (ABl. L 328 vom 28.11.2012, S. 4)

– 32018D1674: Beschluss (EU) 2018/1674 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 (ABl. L 284 vom 12.11.2018, S. 31)

– 32020 D 1544: Beschluss (EU) 2020/1544 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2020 (ABl. L 356 vom 26.10.2020, S. 5)

– 32021 D 0537: Beschluss (EU) 2021/537 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 (ABl. L 108 vom 29.3.2021, S. 4)

– 32022 D 0871: Beschluss (EU) 2022/871 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 109)

72. 32005 D 0834: Entscheidung 2005/834/EG des Rates vom 8. November 2005 über die Gleichstellung von in Drittländern durchgeführten Kontrollen von Erhaltungszüchtungen und zur Änderung der Entscheidung 2003/17/EG (ABl. L 312 vom 29.11.2005, S. 51), geändert durch:

– 32006 R 1791: Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 1)

– 32021 D 0537: Beschluss (EU) 2021/537 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 (ABl. L 108 vom 29.3.2021, S. 4)

73. 32006 R 0217: Verordnung (EG) Nr. 217/2006 der Kommission vom 8. Februar 2006 mit Regeln für die Anwendung der Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 2002/54/EG, 2002/55/EG und 2002/57/EG des Rates hinsichtlich der Ermächtigung der Mitgliedstaaten, den Anforderungen in Bezug auf die Mindestkeimfähigkeit nicht entsprechendes Saatgut vorübergehend zum Verkehr zuzulassen (ABl. L 38 vom 9.2.2006, S. 17)

74. 31980 D 0512: Entscheidung 80/512/EWG der Kommission vom 2. Mai 1980 zur Ermächtigung des Königreichs Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande und des Vereinigten Königreichs, die Bestimmungen der Richtlinie 66/401/EWG des Rates über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut hinsichtlich des Probegewichts für die Bestimmung von Körnern von Cuscuta nicht anzuwenden (ABl. L 126 vom 21.5.1980, S. 15)

75. 31985 D 0370: Entscheidung 85/370/EWG der Kommission vom 8. Juli 1985 zur Ermächtigung der Niederlande, die Einhaltung der in Anlage II der Richtlinie 66/401/EWG des Rates festgelegten Anforderungen an die Sortenreinheit für Saatgut von apomiktischen Einklonsorten von Poa pratensis auch aufgrund der Ergebnisse von Saatgut- und Keimlingsprüfungen zu beurteilen (ABl. L 209 vom 6.8.1985, S. 41)

76. 32004 D 0371: Entscheidung 2004/371/EG der Kommission vom 20. April 2004 über die Bedingungen für das Inverkehrbringen von Saatgutmischungen für Futterpflanzen (ABl. L 116 vom 22.4.2004, S. 39)

77. 32008 L 0124: Richtlinie 2008/124/EG der Kommission vom 18. Dezember 2008 zur Beschränkung des Verkehrs mit Saatgut bestimmter Arten von Futter-, Öl- und Faserpflanzen auf amtlich als Basissaatgut oder zertifiziertes Saatgut anerkanntes Saatgut (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 73)

78. 32010 L 0060: Richtlinie 2010/60/EU der Kommission vom 30. August 2010 mit Ausnahmeregelungen für das Inverkehrbringen von Futterpflanzensaatgutmischungen zur Erhaltung der natürlichen Umwelt (ABl. L 228 vom 31.8.2010, S. 10)

79. 32020 D 1106: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1106 der Kommission vom 24. Juli 2020 über die Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs gemäß den Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 2002/54/EG und 2002/57/EG des Rates im Hinblick auf den Prozentsatz der amtlichen Kontrollen für Feldbesichtigungen unter amtlicher Überwachung bei Basissaatgut, Zuchtsaatgut der dem Basissaatgut vorhergehenden Generationen und zertifiziertem Saatgut (ABl. L 242 vom 28.7.2020, S. 7)

80. 32020 D 1401: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1401 der Kommission vom 2. Oktober 2020 über eine vorübergehende Ausnahme von der Richtlinie 66/401/EWG des Rates hinsichtlich der Anforderungen an den Verkehr mit zertifiziertem Saatgut (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 35)

81. 31980 D 0755: Entscheidung 80/755/EWG der Kommission vom 17. Juli 1980 zur Genehmigung der vorschriftsgemäßen Kennzeichnung der Verpackungen von Getreidesaatgut (ABl. L 207 vom 9.8.1980, S. 37), geändert durch:

– 31981 D 0109: Entscheidung 81/109/EWG der Kommission vom 10. Februar 1981 (ABl. L 64 vom 11.3.1981, S. 13)

82. 32016 D 2242: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2242 der Kommission vom 9. Dezember 2016 über das vorübergehende Inverkehrbringen von den Anforderungen der Richtlinie 66/402/EWG des Rates nicht entsprechendem Saatgut von *Hordeum vulgare* L. der Sorte Scrabble (ABl. L 337 vom 13.12.2016, S. 22)

83. 32020 D 1106: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1106 der Kommission vom 24. Juli 2020 über die Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs gemäß den Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 2002/54/EG und 2002/57/EG des Rates im Hinblick auf den Prozentsatz der amtlichen Kontrollen für Feldbesichtigungen unter amtlicher Überwachung bei Basissaatgut, Zuchtsaatgut der dem Basissaatgut vorhergehenden Generationen und zertifiziertem Saatgut (ABl. L 242 vom 28.7.2020, S. 7)

84. 32004 L 0029: Richtlinie 2004/29/EG der Kommission vom 4. März 2004 zur Festlegung von Merkmalen und Mindestanforderungen für die Prüfung von Rebsorten (ABl. L 71 vom 10.3.2004, S. 22)

85. 31993 L 0061: Richtlinie 93/61/EWG der Kommission vom 2. Juli 1993 zur Aufstellung der Tabelle mit den Anforderungen an Gemüsepflanzgut und Gemüsevermehrungsmaterial mit Ausnahme von Saatgut gemäß der Richtlinie 92/33/EWG des Rates (ABl. L 250 vom 7.10.1993, S. 19), geändert durch:

– 32019 L 0990: Durchführungsrichtlinie (EU) 2019/990 der Kommission vom 17. Juni 2019 (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 14)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

86. 31993 L 0062: Richtlinie 93/62/EWG der Kommission vom 5. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften für die Überwachung und Überprüfung von Versorgern und Einrichtungen gemäß der Richtlinie 92/33/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Gemüsepflanzgut und Gemüsevermehrungsmaterial mit Ausnahme von Saatgut (ABl. L 250 vom 7.10.1993, S. 29)

87. 32020 D 2219: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2219 der Kommission vom 22. Dezember 2020 über die Gleichstellung von Gemüsepflanzgut und Gemüsevermehrungsmaterial mit Ausnahme von Saatgut sowie von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung, die im Vereinigten Königreich erzeugt wurden (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 66)

88. 32014 L 0096: Durchführungsrichtlinie 2014/96/EU der Kommission vom 15. Oktober 2014 in Bezug auf die Anforderungen an Etikettierung, Plombierung und Verpackung von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung, die in den Geltungsbereich der Richtlinie 2008/90/EG fallen (ABl. L 298 vom 16.10.2014, S. 12), geändert durch:

– 32019 L 1813: Durchführungsrichtlinie (EU) 2019/1813 der Kommission vom 29. Oktober 2019 (ABl. L 278 vom 30.10.2019, S. 7)

89. 32014 L 0097: Durchführungsrichtlinie 2014/97/EU der Kommission vom 15. Oktober 2014 zur Durchführung der Richtlinie 2008/90/EG des Rates hinsichtlich der Registrierung von Versorgern und der Eintragung von Sorten sowie des gemeinsamen Sortenverzeichnisses (ABl. L 298 vom 16.10.2014, S. 16)

90. 32014 L 0098: Durchführungsrichtlinie 2014/98/EU der Kommission vom 15. Oktober 2014 zur Durchführung der Richtlinie 2008/90/EG des Rates hinsichtlich der spezifischen Anforderungen an die in deren Anhang I aufgeführten Gattungen und Arten von Obstpflanzen, der spezifischen Anforderungen an die Versorger und ausführlicher Bestimmungen für die amtliche Prüfung (ABl. L 298 vom 16.10.2014, S. 22), geändert durch:

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

91. 32017 D 0925: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/925 der Kommission vom 29. Mai 2017 zur vorübergehenden Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten, auf dem Feld unter nicht insektensicheren Bedingungen erzeugtes Vorstufenmaterial bestimmter Arten von Obstpflanzen zu zertifizieren, und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2017/167 (ABl. L 140 vom 31.5.2017, S. 7)

92. 32020 D 2219: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2219 der Kommission vom 22. Dezember 2020 über die Gleichstellung von Gemüsepflanzgut und Gemüsevermehrungsmaterial mit Ausnahme von Saatgut sowie von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung, die im Vereinigten Königreich erzeugt wurden (ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 66)

93. 32022 L 2438: Durchführungsrichtlinie (EU) 2022/2438 der Kommission vom 12. Dezember 2022 zur Änderung der Richtlinie 93/49/EWG und der Durchführungsrichtlinie 2014/98/EU hinsichtlich unionsgeregelter Nicht-Quarantäneschädlinge auf Vermehrungsmaterial von Zierpflanzen sowie Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung (ABl. L 319 vom 13.12.2022, S. 54)

94. 31993 L 0049: Richtlinie 93/49/EWG der Kommission vom 23. Juni 1993 zur Festlegung der Tabelle mit den Anforderungen an Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Zierpflanzenarten gemäß der Richtlinie 91/682/EWG des Rates (ABl. L 250 vom 7.10.1993, S. 9), geändert durch:

– 31999 L 0067: Richtlinie 1999/67/EG der Kommission vom 28. Juni 1999 (ABl. L 164 vom 30.6.1999, S. 78)

– 32018 L 0484: Durchführungsrichtlinie (EU) 2018/484 der Kommission vom 21. März 2018 (ABl. L 81 vom 23.3.2018, S. 10)

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

95. 31999 L 0066: Richtlinie 1999/66/EG der Kommission vom 28. Juni 1999 zur Festlegung von Anforderungen an das vom Versorger erstellte Etikett oder sonstige Dokument gemäß der Richtlinie 98/56/EG des Rates (ABl. L 164 vom 30.6.1999, S. 76)

96. 31999 L 0068: Richtlinie 1999/68/EG der Kommission vom 28. Juni 1999 mit zusätzlichen Durchführungsbestimmungen für die von den Versorgern gemäß der Richtlinie 98/56/EG des Rates geführten Sortenlisten für Zierpflanzen (ABl. L 172 vom 8.7.1999, S. 42)

97. 32022 L 2438: Durchführungsrichtlinie (EU) 2022/2438 der Kommission vom 12. Dezember 2022 zur Änderung der Richtlinie 93/49/EWG und der Durchführungsrichtlinie 2014/98/EU hinsichtlich unionsgeregelter Nicht-Quarantäneschädlinge auf Vermehrungsmaterial von Zierpflanzen sowie Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung (ABl. L 319 vom 13.12.2022, S. 54)

98. 32002 R 1597: Verordnung (EG) Nr. 1597/2002 der Kommission vom 6. September 2002 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 1999/105/EG des Rates hinsichtlich des Formats der nationalen Listen des Ausgangsmaterials von forstlichem Vermehrungsgut (ABl. L 240 vom 7.9.2002, S. 34), geändert durch:

   – 32021 R 1324: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1324 der Kommission vom 10. August 2021 (ABl. L 288 vom 11.8.2021, S. 19)

99. 32002 R 1598: Verordnung (EG) Nr. 1598/2002 der Kommission vom 6. September 2002 mit Durchführungsvorschriften zur Richtlinie 1999/105/EG des Rates betreffend die Leistung gegenseitiger Amtshilfe durch amtliche Stellen (ABl. L 240 vom 7.9.2002, S. 39)

100. 32002 R 1602: Verordnung (EG) Nr. 1602/2002 der Kommission vom 9. September 2002 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 1999/105/EG des Rates hinsichtlich der Ermächtigung eines Mitgliedstaats, die Abgabe von spezifiziertem forstlichem Vermehrungsgut an den Endverbraucher zu untersagen (ABl. L 242 vom 10.9.2002, S. 18)

101. 32002 R 2301: Verordnung (EG) Nr. 2301/2002 der Kommission vom 20. Dezember 2002 mit Durchführungsbestimmungen zu der Richtlinie 1999/105/EG des Rates hinsichtlich der Definition kleiner Mengen von Saatgut (ABl. L 348 vom 21.12.2002, S. 75)

102. 32005 D 0853: Entscheidung 2005/853/EG der Kommission vom 30. November 2005 zur Ermächtigung Frankreichs, die Abgabe von Vermehrungsgut von *Pinus pinaster* Ait. mit Ursprung auf der Iberischen Halbinsel an den Endverbraucher zwecks Aussaat oder Anpflanzung in bestimmten französischen Gebieten, für die es nicht geeignet ist, gemäß der Richtlinie 1999/105/EG des Rates zu untersagen (ABl. L 316 vom 2.12.2005, S. 14)

103. 32008 D 0971: Entscheidung 2008/971/EG des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Gleichstellung von in Drittländern erzeugtem forstlichem Vermehrungsgut (ABl. L 345 vom 23.12.2008, S. 83), geändert durch:

    – 32012 D 1104: Beschluss Nr. 1104/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 (ABl. L 328 vom 28.11.2012, S. 1)

    – 32021 D 0536: Beschluss (EU) 2021/536 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 (ABl. L 108 vom 29.3.2021, S. 1)

104. 32012 H 0090: Empfehlung 2012/90/EU der Kommission vom 14. Februar 2012 über Leitlinien für die Darstellung der Informationen für die Kennzeichnung von Partien von forstlichem Vermehrungsgut und der auf dem Etikett oder Dokument des Lieferanten zu machenden Angaben (ABl. L 43 vom 16.2.2012, S. 38)

105. 32016 D 0771: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/771 der Kommission vom 13. Mai 2016 zur vorübergehenden Ermächtigung Spaniens, aus Neuseeland eingeführtes Saatgut der Art *Pinus radiata* D. Don, das den Anforderungen der Richtlinie 1999/105/EG des Rates in Bezug auf die Kennzeichnung und Etikettierung nicht entspricht, und daraus erzeugtes Pflanzgut zum Verkehr zuzulassen (ABl. L 127 vom 18.5.2016, S. 52)

106. 32021 D 0773: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/773 der Kommission vom 10. Mai 2021 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, gemäß der Richtlinie 1999/105/EG des Rates vorübergehend Beschlüsse über die Gleichstellung von in bestimmten Drittländern erzeugtem forstlichem Vermehrungsgut zu fassen (ABl. L 169 vom 12.5.2021, S. 1)

107. 32003 L 0090: Richtlinie 2003/90/EG der Kommission vom 6. Oktober 2003 mit Durchführungsbestimmungen zu Artikel 7 der Richtlinie 2002/53/EG des Rates hinsichtlich der Merkmale, auf welche sich die Prüfungen mindestens zu erstrecken haben, und der Mindestanforderungen für die Prüfung bestimmter Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten (ABl. L 254 vom 8.10.2003, S. 7), geändert durch:

    – 32005 L 0091: Richtlinie 2005/91/EG der Kommission vom 16. Dezember 2005 (ABl. L 331 vom 17.12.2005, S. 24)

    – 32007 L 0048: Richtlinie 2007/48/EG der Kommission vom 26. Juli 2007 (ABl. L 195 vom 27.7.2007, S. 29)

    – 32009 L 0097: Richtlinie 2009/97/EG der Kommission vom 3. August 2009 (ABl. L 202 vom 4.8.2009, S. 29)

– 32010 L 0046: Richtlinie 2010/46/EU der Kommission vom 2. Juli 2010 (ABl. L 169 vom 3.7.2010, S. 7)

– 32011 L 0068: Durchführungsrichtlinie 2011/68/EU der Kommission vom 1. Juli 2011 (ABl. L 175 vom 2.7.2011, S. 17)

– 32012 L 0008: Durchführungsrichtlinie 2012/8/EU der Kommission vom 2. März 2012 (ABl. L 64 vom 3.3.2012, S. 9)

– 32012 L 0044: Durchführungsrichtlinie 2012/44/EU der Kommission vom 26. November 2012 (ABl. L 327 vom 27.11.2012, S. 37)

– 32013 L 0057: Durchführungsrichtlinie 2013/57/EU der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 38)

– 32014 L 0105: Durchführungsrichtlinie 2014/105/EU der Kommission vom 4. Dezember 2014 (ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 44)

– 32015 L 1168: Durchführungsrichtlinie (EU) 2015/1168 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 39)

– 32016 L 1914: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/1914 der Kommission vom 31. Oktober 2016 (ABl. L 296 vom 1.11.2016, S. 7)

– 32018 L 0100: Durchführungsrichtlinie (EU) 2018/100 der Kommission vom 22. Januar 2018 (ABl. L 17 vom 23.1.2018, S. 34)

– 32021 L 0746: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/746 der Kommission vom 6. Mai 2021 (ABl. L 160 vom 7.5.2021, S. 94)

– 32022 L 0905: Durchführungsrichtlinie (EU) 2022/905 der Kommission vom 9. Juni 2022 (ABl. L 157 vom 10.6.2022, S. 1)

– 32022 L 1647: Durchführungsrichtlinie (EU) 2022/1647 der Kommission vom 23. September 2022 (ABl. L 248 vom 26.9.2022, S. 46)

108. 32004 D 0842: Entscheidung 2004/842/EG der Kommission vom 1. Dezember 2004 über Durchführungsbestimmungen, nach denen die Mitgliedstaaten das Inverkehrbringen von Saatgut der Sorten genehmigen können, für die die Aufnahme in den einzelstaatlichen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten oder für Gemüsearten beantragt wurde (ABl. L 362 vom 9.12.2004, S. 21), geändert durch:

– 32016 D 0320: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/320 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 88)

– 32021 D 0985: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/985 der Kommission vom 3. Juni 2021 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 204)

109. 32005 D 0834: Entscheidung 2005/834/EG des Rates vom 8. November 2005 über die Gleichstellung von in Drittländern durchgeführten Kontrollen von Erhaltungszüchtungen und zur Änderung der Entscheidung 2003/17/EG (ABl. L 312 vom 29.11.2005, S. 51), geändert durch:

– 32006 R 1791: Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 1)

110. 32006 D 0010: Entscheidung 2006/10/EG der Kommission vom 10. Januar 2006 über das in Griechenland verhängte befristete Verbot des Inverkehrbringens von Saatgut der in den gemeinsamen Sortenkatalog eingetragenen Maishybride mit der genetischen Veränderung MON 810 gemäß der Richtlinie 2002/53/EG (ABl. L 7 vom 12.1.2006, S. 27)

111. 32021 R 0384: Durchführungsverordnung (EU) 2021/384 der Kommission vom 3. März 2021 betreffend die Eignung von Sortenbezeichnungen für landwirtschaftliche Pflanzenarten und für Gemüsearten und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 637/2009 (ABl. L 74 vom 4.3.2021, S. 27)

112. 32020 D 1106: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1106 der Kommission vom 24. Juli 2020 über die Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs gemäß den Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 2002/54/EG und 2002/57/EG des Rates im Hinblick auf den Prozentsatz der amtlichen Kontrollen für Feldbesichtigungen unter amtlicher Überwachung bei Basissaatgut, Zuchtsaatgut der dem Basissaatgut vorhergehenden Generationen und zertifiziertem Saatgut (ABl. L 242 vom 28.7.2020, S. 7)

113. 31989 L 0014: Richtlinie 89/14/EWG der Kommission vom 15. Dezember 1988 zur Festlegung der in den Bestandsisolierungsbedingungen der Anlage I der Richtlinie 70/458/EWG des Rates über den Verkehr mit Gemüsesaatgut genannten Sortengruppen von Mangold und roten Rüben (ABl. L 8 vom 11.1.1989, S. 9)

114. 32003 L 0091: Richtlinie 2003/91/EG der Kommission vom 6. Oktober 2003 mit Durchführungsbestimmungen zu Artikel 7 der Richtlinie 2002/55/EG des Rates hinsichtlich der Merkmale, auf welche sich die Prüfungen mindestens zu erstrecken haben, und der Mindestanforderungen für die Prüfung bestimmter Sorten von Gemüsearten (ABl. L 254 vom 8.10.2003, S. 11), geändert durch:

– 32006 L 0127: Richtlinie 2006/127/EG der Kommission vom 7. Dezember 2006 (ABl. L 343 vom 8.12.2006, S. 82)

– 32007 L 0049: Richtlinie 2007/49/EG der Kommission vom 26. Juli 2007 (ABl. L 195 vom 27.7.2007, S. 33)

– 32008 L 0083: Richtlinie 2008/83/EG der Kommission vom 13. August 2008 (ABl. L 219 vom 14.8.2008, S. 55)

– 32009 L 0097: Richtlinie 2009/97/EG der Kommission vom 3. August 2009 (ABl. L 202 vom 4.8.2009, S. 29)

– 32010 L 0046: Richtlinie 2010/46/EU der Kommission vom 2. Juli 2010 (ABl. L 169 vom 3.7.2010, S. 7)

– 32011 L 0068: Durchführungsrichtlinie 2011/68/EU der Kommission vom 1. Juli 2011 (ABl. L 175 vom 2.7.2011, S. 17)

– 32012 L 0044: Durchführungsrichtlinie 2012/44/EU der Kommission vom 26. November 2012 (ABl. L 327 vom 27.11.2012, S. 37)

– 32013 L 0057: Durchführungsrichtlinie 2013/57/EU der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 38)

– 32014 L 0105: Durchführungsrichtlinie 2014/105/EU der Kommission vom 4. Dezember 2014 (ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 44)

– 32015 L 1168: Durchführungsrichtlinie (EU) 2015/1168 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 39)

– 32016 L 1914: Durchführungsrichtlinie (EU) 2016/1914 der Kommission vom 31. Oktober 2016 (ABl. L 296 vom 1.11.2016, S. 7)

– 32018 L 0100: Durchführungsrichtlinie (EU) 2018/100 der Kommission vom 22. Januar 2018 (ABl. L 17 vom 23.1.2018, S. 34)

– 32021 L 0746: Durchführungsrichtlinie (EU) 2021/746 der Kommission vom 6. Mai 2021 (ABl. L 160 vom 7.5.2021, S. 94)

– 32022 L 0905: Durchführungsrichtlinie (EU) 2022/905 der Kommission vom 9. Juni 2022 (ABl. L 157 vom 10.6.2022, S. 1)

– 32022 L 1648: Durchführungsrichtlinie (EU) 2022/1648 der Kommission vom 23. September 2022 (ABl. L 248 vom 26.9.2022, S. 52)

115. 32012 D 0340: Durchführungsbeschluss 2012/340/EU der Kommission vom 25. Juni 2012 über die Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs gemäß den Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 2002/54/EG, 2002/55/EG und 2002/57/EG des Rates im Hinblick auf die Feldbesichtigung unter amtlicher Überwachung bei Basissaatgut und Zuchtsaatgut der dem Basissaatgut vorhergehenden Generationen (ABl. L 166 vom 27.6.2012, S. 90)

116. 32004 D 0003: Entscheidung 2004/3/EG der Kommission vom 19. Dezember 2003 zur Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten, für den Verkehr mit Pflanzkartoffeln auf ihrem gesamten oder auf Teilen ihres Hoheitsgebiets strengere als die in den Anlagen I und II der Richtlinie 2002/56/EG des Rates vorgesehenen Maßnahmen gegen bestimmte Krankheitserreger anzuwenden (ABl. L 2 vom 6.1.2004, S. 47), geändert durch:

– 32014 D 0105: Durchführungsbeschluss 2014/105/EU der Kommission vom 24. Februar 2014 (ABl. L 56 vom 26.2.2014, S. 16)

– 32020 D 2113: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2113 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 427 vom 17.12.2020, S. 21)

117. 32014 L 0020: Durchführungsrichtlinie 2014/20/EU der Kommission vom 6. Februar 2014 mit den EU-Klassen für Basispflanzgut und zertifiziertes Pflanzgut von Kartoffeln sowie den für diese Klassen geltenden Anforderungen und Bezeichnungen (ABl. L 38 vom 7.2.2014, S. 32)

118. 32014 L 0021: Durchführungsrichtlinie 2014/21/EU der Kommission vom 6. Februar 2014 mit Mindestanforderungen an Vorstufenpflanzgut von Kartoffeln und mit den EU-Klassen für dieses Vorstufenpflanzgut (ABl. L 38 vom 7.2.2014, S. 39), geändert durch:

– 32020 L 0177: Durchführungsrichtlinie (EU) 2020/177 der Kommission vom 11. Februar 2020 (ABl. L 41 vom 13.2.2020, S. 1)

119. 32017 D 0547: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/547 der Kommission vom 21. März 2017 zur Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs gemäß der Richtlinie 2002/56/EG des Rates zu aus Kartoffelsamen erzeugten Pflanzkartoffelknollen (ABl. L 78 vom 23.3.2017, S. 65)

120. 31997 D 0125: Entscheidung 97/125/EG der Kommission vom 24. Januar 1997 zur Genehmigung der vorschriftsmäßigen Kennzeichnung der Verpackungen von Saatgut von Öl- und Faserpflanzen und zur Änderung der Entscheidung 87/309/EWG zur Genehmigung der vorschriftsmäßigen Kennzeichnung der Verpackungen von Saatgut bestimmter Futterpflanzen (ABl. L 48 vom 19.2.1997, S. 35)

121. 32004 D 0266: Entscheidung 2004/266/EG der Kommission vom 17. März 2004 zur Genehmigung des Aufdrucks der vorgeschriebenen Angaben in unverwischbarer Farbe auf den Verpackungen von Saatgut von Futterpflanzen (ABl. L 83 vom 20.3.2004, S. 23)

122. 32008 L 0124: Richtlinie 2008/124/EG der Kommission vom 18. Dezember 2008 zur Beschränkung des Verkehrs mit Saatgut bestimmter Arten von Futter-, Öl- und Faserpflanzen auf amtlich als Basissaatgut oder zertifiziertes Saatgut anerkanntes Saatgut (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 73)

123. 32020 D 1106: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1106 der Kommission vom 24. Juli 2020 über die Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs gemäß den Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 2002/54/EG und 2002/57/EG des Rates im Hinblick auf den Prozentsatz der amtlichen Kontrollen für Feldbesichtigungen unter amtlicher Überwachung bei Basissaatgut, Zuchtsaatgut der dem Basissaatgut vorhergehenden Generationen und zertifiziertem Saatgut (ABl. L 242 vom 28.7.2020, S. 7)

124. 32008 L 0062: Richtlinie 2008/62/EG der Kommission vom 20. Juni 2008 mit Ausnahmeregelungen für die Zulassung von Landsorten und anderen Sorten, die an die natürlichen örtlichen und regionalen Gegebenheiten angepasst und von genetischer Erosion bedroht sind, sowie für das Inverkehrbringen von Saatgut bzw. Pflanzkartoffeln dieser Sorten (ABl. L 162 vom 21.6.2008, S. 13)

125. 32009 L 0145: Richtlinie 2009/145/EG der Kommission vom 26. November 2009 mit Ausnahmeregelungen für die Zulassung von Gemüselandsorten und anderen Sorten, die traditionell an besonderen Orten und in besonderen Regionen angebaut werden und von genetischer Erosion bedroht sind, sowie von Gemüsesorten, die an sich ohne Wert für den Anbau zu kommerziellen Zwecken sind, aber für den Anbau unter besonderen Bedingungen gezüchtet werden, sowie für das Inverkehrbringen von Saatgut dieser Landsorten und anderen Sorten (ABl. L 312 vom 27.11.2009, S. 44), geändert durch:

– 32013 L 0045: Durchführungsrichtlinie 2013/45/EU der Kommission vom 7. August 2013 (ABl. L 213 vom 8.8.2013, S. 20)

KAPITEL 4

SORTENSCHUTZRECHTE

1. 31994 R 2100: Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates vom 27. Juli 1994 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (ABl. L 227 vom 1.9.1994, S. 1), geändert durch:

   – 31995 R 2506: Verordnung (EG) Nr. 2506/95 des Rates vom 25. Oktober 1995 (ABl. L 258 vom 28.10.1995, S. 3)

   – 32003 R 0807: Verordnung (EG) Nr. 807/2003 des Rates vom 14. April 2003 (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 36)

   – 32003 R 1650: Verordnung (EG) Nr. 1650/2003 des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 245 vom 29.9.2003, S. 28)

   – 32004 R 0873: Verordnung (EG) Nr. 873/2004 des Rates vom 29. April 2004 (ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 38)

   – 32008 R 0015: Verordnung (EG) Nr. 15/2008 des Rates vom 20. Dezember 2007 (ABl. L 8 vom 11.1.2008, S. 2)

2. 31996 R 2470: Verordnung (EG) Nr. 2470/96 des Rates vom 17. Dezember 1996 zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des gemeinschaftlichen Sortenschutzes für Kartoffeln (ABl. L 335 vom 24.12.1996, S. 10)

3. 31995 R 1238: Verordnung (EG) Nr. 1238/95 der Kommission vom 31. Mai 1995 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates im Hinblick auf die an das Gemeinschaftliche Sortenamt zu entrichtenden Gebühren (ABl. L 121 vom 1.6.1995, S. 31), geändert durch:

– 32000 R 0329: Verordnung (EG) Nr. 329/2000 der Kommission vom 11. Februar 2000 (ABl. L 37 vom 12.2.2000, S. 19)

– 32003 R 0569: Verordnung (EG) Nr. 569/2003 der Kommission vom 28. März 2003 (ABl. L 82 vom 29.3.2003, S. 13)

– 32005 R 1177: Verordnung (EG) Nr. 1177/2005 der Kommission vom 20. Juli 2005 (ABl. L 189 vom 21.7.2005, S. 26)

– 32005 R 2039: Verordnung (EG) Nr. 2039/2005 der Kommission vom 14. Dezember 2005 (ABl. L 328 vom 15.12.2005, S. 33)

– 32008 R 0572: Verordnung (EG) Nr. 572/2008 der Kommission vom 19. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 7)

– 32012 R 0510: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 510/2012 der Kommission vom 15. Juni 2012 (ABl. L 156 vom 16.6.2012, S. 38)

– 32013 R 0623: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 623/2013 der Kommission vom 27. Juni 2013 (ABl. L 177 vom 28.6.2013, S. 20)

– 32014 R 1294: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1294/2014 der Kommission vom 4. Dezember 2014 (ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 30)

– 32015 R 2206: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2206 der Kommission vom 30. November 2015 (ABl. L 314 vom 1.12.2015, S. 22)

– 32016 R 2141: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2141 der Kommission vom 6. Dezember 2016 (ABl. L 332 vom 7.12.2016, S. 13)

– 32019 R 1978: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1978 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 308 vom 29.11.2019, S. 58)

4. 31995 R 1768: Verordnung (EG) Nr. 1768/95 der Kommission vom 24. Juli 1995 über die Ausnahmeregelung gemäß Artikel 14 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (ABl. L 173 vom 25.7.1995, S. 14), geändert durch:

   – 31998 R 2605: Verordnung (EG) Nr. 2605/98 der Kommission vom 3. Dezember 1998 (ABl. L 328 vom 4.12.1998, S. 6)

5. 32000 Y 1223(03): Kodex für gute Verwaltungspraxis im Gemeinschaftlichen Sortenamt (ABl. C 371 vom 23.12.2000, S. 14)

6. 32007 D 0858: Beschluss 2007/858/EG des Rates vom 17. Dezember 2007 zur Ernennung des Vorsitzenden der Beschwerdekammer des Gemeinschaftlichen Sortenamts und seines Stellvertreters (ABl. L 337 vom 21.12.2007, S. 105)

7. 32009 R 0874: Verordnung (EG) Nr. 874/2009 der Kommission vom 17. September 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates im Hinblick auf das Verfahren vor dem Gemeinschaftlichen Sortenamt (ABl. L 251 vom 24.9.2009, S. 3), geändert durch:

   – 32016 R 1448: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1448 der Kommission vom 1. September 2016 (ABl. L 236 vom 2.9.2016, S. 1)

8. 32020 Q 0810(01): Beschluss des Verwaltungsrates des Gemeinschaftlichen Sortenamts vom 1. April 2020 über interne Vorschriften zur Beschränkung bestimmter Rechte betroffener Personen in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Arbeitsweise des CPVO (ABl. L 259 vom 10.8.2020, S. 32)

9. 32021 R 1873: Verordnung (EU) 2021/1873 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2021 über die Verlängerung der Dauer des gemeinschaftlichen Sortenschutzes für Sorten der Art *Asparagus officinalis* L. und der Artengruppen Blumenzwiebeln, kleinfruchtige Sträucher und Ziergehölze (ABl. L 378 vom 26.10.2021, S. 1)

KAPITEL 5

VÖLKERRECHTLICHE ÜBEREINKÜNFTE DER UNION

ABSCHNITT A

EWR-ABKOMMEN

1. 31994 D 0001: Beschluss des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluss des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten sowie der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen, dem Königreich Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 1)

2. 21994 A 0103(01): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Schlussakte - Gemeinsame Erklärungen der Vertragsparteien - Erklärung der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten - Übereinkommen - Vereinbarte Niederschrift - Erklärungen einzelner oder mehrerer Vertragspartner des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3)

3. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Anhang I - Veterinärwesen und Pflanzenschutz - Liste nach Artikel 17 (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 220), (nach Annahme einer kodifizierten Fassung) geändert durch:

   – 22002 D 0080: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 80/2002 vom 25. Juni 2002 (ABl. L 266 vom 3.10.2002, S. 26)

– 22002 D 0123(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 123/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 19)

– 22002 D 0158: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 158/2002 vom 6. Dezember 2002 (ABl. L 38 vom 13.2.2003, S. 8)

– 22003 D 0003: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2003 vom 31. Januar 2003 (ABl. L 94 vom 10.4.2003, S. 47)

– 22003 D 0040: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2003 vom 16. Mai 2003 (ABl. L 193 vom 31.7.2003, S. 3)

– 22003 D 0070: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 70/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 14)

– 22003 D 0104: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 104/2003 vom 26. September 2003 (ABl. L 331 vom 18.12.2003, S. 12)

– 22003 D 0169: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 169/2003 vom 5. Dezember 2003 (ABl. L 88 vom 25.3.2004, S. 39)

– 22004 D 0016: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 16/2004 vom 19. März 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 116)

– 22004 D 0017: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 17/2004 vom 19. März 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 118)

– 22004 D 0121: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 121/2004 vom 24. September 2004 (ABl. L 64 vom 10.3.2005, S. 15)

– 22004 D 0141: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2004 vom 29. Oktober 2004 (ABl. L 102 vom 21.4.2005, S. 6)

– 22004 D 0161: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 161/2004 vom 3. Dezember 2004 (ABl. L 133 vom 26.5.2005, S. 1)

– 22005 D 0030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 30/2005 vom 11. März 2005 (ABl. L 198 vom 28.7.2005, S. 18)

– 22005 D 0095: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 95/2005 vom 8. Juli 2005 (ABl. L 306 vom 24.11.2005, S. 18)

– 22005 D 0110: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 110/2005 vom 30. September 2005 (ABl. L 339 vom 22.12.2005, S. 6)

– 22005 D 0141(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2005 vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 36)

– 22005 D 0142: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 142/2005 vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 38)

– 22006 D 0108: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 23)

– 22006 D 0143: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 143/2006 vom 8. Dezember 2006 (ABl. L 89 vom 29.3.2007, S. 9)

– 22007 D 0003: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 5)

– 22007 D 0004: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 8)

– 22007 D 0075: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 75/2007 vom 6. Juli 2007 (ABl. L 328 vom 13.12.2007, S. 10)

– 22007 D 0097: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 97/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 3)

– 22007 D 0153: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 153/2007 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 124 vom 8.5.2008, S. 13)

– 22008 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2008 vom 1. Februar 2008 (ABl. L 154 vom 12.6.2008, S. 4)

– 22008 D 0044: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 44/2008 vom 25. April 2008 (ABl. L 223 vom 21.8.2008, S. 37)

– 22008 D 0060: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 60/2008 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 257 vom 25.9.2008, S. 19)

– 22009 D 0025: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 25/2009 vom 17. März 2009 (ABl. L 130 vom 28.5.2009, S. 15)

– 22009 D 0058: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 58/2009 vom 29. Mai 2009 (ABl. L 232 vom 3.9.2009, S. 8)

– 22009 D 0077: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2009 vom 3. Juli 2009 (ABl. L 277 vom 22.10.2009, S. 25)

– 22009 D 0122: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 122/2009 vom 4. Dezember 2009 (ABl. L 62 vom 11.3.2010, S. 5)

– 22009 D 0123: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 123/2009 vom 4. Dezember 2009 (ABl. L 62 vom 11.3.2010, S. 7)

– 22010 D 0003: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2010 vom 29. Januar 2010 (ABl. L 101 vom 22.4.2010, S. 9)

– 22010 D 0041: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 41/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 7)

– 22010 D 0042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 9)

– 22010 D 0043: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 43/2010 vom 30. April 2010 (ABl. L 181 vom 15.7.2010, S. 11)

– 22010 D 0097: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 97/2010 vom 1. Oktober 2010 (ABl. L 332 vom 16.12.2010, S. 47)

– 22010 D 0098: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 98/2010 vom 1. Oktober 2010 (ABl. L 332 vom 16.12.2010, S. 48)

– 22010 D 0099: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 99/2010 vom 1. Oktober 2010 (ABl. L 332 vom 16.12.2010, S. 49)

– 22011 D 0028: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 28/2011 vom 1. April 2011 (ABl. L 171 vom 30.6.2011, S. 27)

– 22011 D 0030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 30/2011 vom 1. April 2011 (ABl. L 171 vom 30.6.2011, S. 30)

– 22011 D 0064: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 64/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 17)

– 22011 D 0065: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 65/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 19)

– 22011 D 0069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 24)

– 22011 D 0115(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2011 vom 21. Oktober 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 78)

– 22012 D 0004: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2012 vom 10. Februar 2012 (ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 7)

– 22012 D 0005: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2012 vom 10. Februar 2012 (ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 8)

– 22012 D 0039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 13)

– 22013 D 0054: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 54/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 5)

– 22013 D 0107: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 107/2013 vom 14. Juni 2013 (ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 8)

– 22013 D 0184: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 184/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 9)

– 22013 D 0219: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 219/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 12)

– 22013 D 0220: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 220/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 13)

– 22013 D 0221: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 221/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 15)

– 22014 D 0118: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 118/2014 vom 27. Juni 2014 (ABl. L 342 vom 27.11.2014, S. 10)

– 22014 D 0169: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 169/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 15)

– 22014 D 0170: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 170/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 17)

– 22014 D 0212: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 212/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 6)

– 22015 D 2122: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 255/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 3)

– 22015 D 2124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 257/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 5)

– 22016 D 0495: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 7/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 11)

– 22016 D 0496: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 8/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 13)

– 22016 D 0724: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 41/2015 vom 20. März 2015 (ABl. L 129 vom 19.5.2016, S. 15)

– 22017 D 0023: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 183/2015 vom 10. Juli 2015 (ABl. L 8 vom 12.1.2017, S. 12)

– 22017 D 0511: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 204/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 14)

– 22017 D 0512: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 205/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 16)

– 22017 D 0513: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 206/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 18)

– 22017 D 1292: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 9/2016 vom 5. Februar 2016 (ABl. L 189 vom 20.7.2017, S. 14)

– 22017 D 1808: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 297/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 5)

– 22017 D 1809: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 298/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 7)

– 22017 D 1810: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 299/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 8)

– 22017 D 2022: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 72/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 11)

– 22017 D 2024: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 74/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 13)

– 22017 D 2025: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 75/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 15)

– 22017 D 2026: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 17)

– 22017 D 2027: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 19)

– 22017 D 2126: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 6)

– 22017 D 2127: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 8)

– 22017 D 2128: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 110/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 10)

– 22018 D 0359: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 6)

– 22018 D 1163: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 225/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 15)

– 22018 D 1748: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 14/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 17)

– 22018 D 1749: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 15/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 18)

– 22018 D 1750: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 16/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 20)

– 22018 D 1751: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 17/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 21)

– 22018 D 1752: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 18/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 22)

– 22018 D 1753: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 19/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 24)

– 22018 D 1814: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 50/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 13)

– 22018 D 1815: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 51/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 15)

– 22019 D 0190: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 20)

– 22019 D 0191: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 21)

– 22019 D 0192: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 80/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 22)

– 22019 D 0202: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 90/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 37)

– 22019 D 0203: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 91/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 39)

– 22019 D 0748: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 39)

– 22019 D 1068: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 180/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 49)

– 22019 D 1069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 181/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 50)

– 22019 D 1070: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 182/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 52)

– 22019 D 1625: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 216/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 19)

– 22019 D 1626: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 218/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 21)

– 22019 D 1627: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 219/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 23)

– 22020 D 0057: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 11)

– 22020 D 0295: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 276/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 5)

– 22020 D 0303: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 285/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 19)

– 22020 D 0304: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 286/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 20)

– 22020 D 0305: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 287/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 22)

– 22020 D 0808: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 54/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 16)

– 22020 D 0809: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 55/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 18)

– 22020 D 0922: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 3/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 5)

– 22020 D 0924: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 9)

– 22020 D 0925: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 11)

– 22020 D 1441: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 81/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 11)

– 22021 D 0194: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 132/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 18)

– 22021 D 0195: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 133/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 20)

– 22022 D 1545: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 101/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 26)

– 22022 D 1546: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 102/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 28)

– 22022 D 1547: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 30)

– 22022 D 1550: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 35)

– 22022 D 1552: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 39)

– 22022 D 1553: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 41)

– 22022 D 1554: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 110/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 43)

– 22022 D 1555: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 111/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 45)

– 22022 D 1556: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 47)

– 22022 D 1588: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 144/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 14)

– 22022 D 1589: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 145/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 16)

– 22022 D 1590: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 146/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 18)

Eine konsolidierte Fassung von Anhang I des EWR-Abkommens ist auf der Website der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) verfügbar: https://www.efta.int/.

4. 21994 A 0103(74): Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Anhang II - Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung - Verzeichnis nach Artikel 23 (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 263), geändert durch:

   – 21994 D 1231(03): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 32/94 vom 15. Dezember 1994 (ABl. L 372 vom 31.12.1994, S. 4)

   – 21994 D 1231(05): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 34/94 vom 15. Dezember 1994 (ABl. L 372 vom 31.12.1994, S. 7)

   – 21995 D 0302(09): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 9/95 vom 27. Januar 1995 (ABl. L 47 vom 2.3.1995, S. 29)

   – 21996 D 0523(05): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 15/96 vom 4. März 1996 (ABl. L 124 vom 23.5.1996, S. 17)

   – 21996 D 0613(10): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 46/95 vom 22. Juni 1995 (ABl. L 140 vom 13.6.1996, S. 42)

   – 21997 D 0123(04): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 51/96 vom 4. Oktober 1996 (ABl. L 21 vom 23.1.1997, S. 6)

   – 21997 D 0313(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 60/96 vom 22. November 1996 (ABl. L 71 vom 13.3.1997, S. 27)

– 21997 D 0710(13): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 14/97 vom 24. März 1997 (ABl. L 182 vom 10.7.1997, S. 46)

– 21997 D 1120(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 51/97 vom 31. Juli 1997 (ABl. L 316 vom 20.11.1997, S. 12)

– 21997 D 1120(02): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 52/97 vom 31. Juli 1997 (ABl. L 316 vom 20.11.1997, S. 14)

– 21997 D 1120(08): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 58/97 vom 31. Juli 1997 (ABl. L 316 vom 20.11.1997, S. 20)

– 21998 D 0507(06): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/97 vom 12. November 1997 (ABl. L 134 vom 7.5.1998, S. 8)

– 21999 D 0722(02): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 83/98 vom 25. September 1998 (ABl. L 189 vom 22.7.1999, S. 54)

– 21999 D 0722(07): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 88/98 vom 25. September 1998 (ABl. L 189 vom 22.7.1999, S. 61)

– 21999 D 0722(08): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 89/98 vom 25. September 1998 (ABl. L 189 vom 22.7.1999, S. 62)

– 22000 D 0210(02): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/1999 vom 29. Januar 1999 (ABl. L 35 vom 10.2.2000, S. 30)

– 22000 D 0615(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 25/2000 vom 31. März 2000 (ABl. L 141 vom 15.6.2000, S. 44)

– 22000 D 1109(18): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 63/1999 vom 28. Mai 1999 (ABl. L 284 vom 9.11.2000, S. 45)

– 22000 D 1123(17): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 92/1999 vom 16. Juli 1999 (ABl. L 296 vom 23.11.2000, S. 56)

– 22000 D 1214(08): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2000 vom 2. Oktober 2000 (ABl. L 315 vom 14.12.2000, S. 18)

– 21999 D 0163: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 163/1999 vom 26. November 1999 (ABl. L 61 vom 1.3.2001, S. 14)

– 22001 D 0063: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 63/2001 vom 19. Juni 2001 (ABl. L 238 vom 6.9.2001, S. 7)

– 22001 D 0064: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 64/2001 vom 19. Juni 2001 (ABl. L 238 vom 6.9.2001, S. 8)

– 22001 D 0070: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 70/2001 vom 19. Juni 2001 (ABl. L 238 vom 6.9.2001, S. 17)

– 22001 D 0112: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2001 vom 28. September 2001 (ABl. L 322 vom 6.12.2001, S. 23)

– 22001 D 0134: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 134/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 22)

– 22001 D 0135: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 135/2001 vom 23. November 2001 (ABl. L 22 vom 24.1.2002, S. 24)

– 22002 D 0002: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 2/2002 vom 1. Februar 2002 (ABl. L 88 vom 4.4.2002, S. 3)

– 22002 D 0029: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 29/2002 vom 19. April 2002 (ABl. L 154 vom 13.6.2002, S. 8)

– 22002 D 0049: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 49/2002 vom 31. Mai 2002 (ABl. L 238 vom 5.9.2002, S. 4)

– 22002 D 0054: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 54/2002 vom 31. Mai 2002 (ABl. L 238 vom 5.9.2002, S. 14)

– 22002 D 0101(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 101/2002 vom 12. Juli 2002 (ABl. L 298 vom 31.10.2002, S. 15)

– 22002 D 0126(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 126/2002 vom 27. September 2002 (ABl. L 336 vom 12.12.2002, S. 25)

– 22002 D 0139(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 139/2002 vom 8. November 2002 (ABl. L 19 vom 23.1.2003, S. 3)

– 22003 D 0004(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2003 vom 31. Januar 2003 (ABl. L 94 vom 10.4.2003, S. 49)

– 22003 D 0005: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2003 vom 31. Januar 2003 (ABl. L 94 vom 10.4.2003, S. 51)

– 22003 D 0007: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 7/2003 vom 31. Januar 2003 (ABl. L 94 vom 10.4.2003, S. 55)

– 22003 D 0042: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 42/2003 vom 16. Mai 2003 (ABl. L 193 vom 31.7.2003, S. 8)

– 22003 D 0071: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 71/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 16)

– 22003 D 0072: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 72/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 18)

– 22003 D 0073: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 73/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 20)

– 22003 D 0077: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2003 vom 20. Juni 2003 (ABl. L 257 vom 9.10.2003, S. 27)

– 22003 D 0089: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 89/2003 vom 11. Juli 2003 (ABl. L 272 vom 23.10.2003, S. 24)

– 22003 D 0146: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 146/2003 vom 7. November 2003 (ABl. L 41 vom 12.2.2004, S. 31)

– 22003 D 0148: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 148/2003 vom 7. November 2003 (ABl. L 41 vom 12.2.2004, S. 35)

– 22003 D 0174: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 174/2003 vom 5. Dezember 2003 (ABl. L 88 vom 25.3.2004, S. 49)

– 22004 D 0020: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 20/2004 vom 19. März 2004 (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 124)

– 22004 D 0124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 124/2004 vom 24. September 2004 (ABl. L 64 vom 10.3.2005, S. 41)

– 22004 D 0148: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 148/2004 vom 29. Oktober 2004 (ABl. L 102 vom 21.4.2005, S. 21)

– 22004 D 0166: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 166/2004 vom 3. Dezember 2004 (ABl. L 133 vom 26.5.2005, S. 11)

– 22005 D 0054: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 54/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 28)

– 22005 D 0062: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 62/2005 vom 29. April 2005 (ABl. L 239 vom 15.9.2005, S. 44)

– 22005 D 0078: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2005 vom 10. Juni 2005 (ABl. L 268 vom 13.10.2005, S. 8)

– 22005 D 0114: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 114/2005 vom 30. September 2005 (ABl. L 339 vom 22.12.2005, S. 14)

– 22005 D 0132: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 132/2005 vom 21. Oktober 2005 (ABl. L 14 vom 19.1.2006, S. 20)

– 22005 D 0143: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 143/2005 vom 2. Dezember 2005 (ABl. L 53 vom 23.2.2006, S. 39)

– 22006 D 0045: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2006 vom 28. April 2006 (ABl. L 175 vom 29.6.2006, S. 92)

– 22006 D 0056: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 56/2006 vom 2. Juni 2006 (ABl. L 245 vom 7.9.2006, S. 1)

– 22006 D 0078: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 78/2006 vom 7. Juli 2006 (ABl. L 289 vom 19.10.2006, S. 8)

– 22006 D 0079: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 79/2006 vom 7. Juli 2006 (ABl. L 289 vom 19.10.2006, S. 10)

– 22006 D 0111(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 111/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 29)

– 22006 D 0112(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2006 vom 22. September 2006 (ABl. L 333 vom 30.11.2006, S. 30)

– 22007 D 0007: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 7/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 13)

– 22007 D 0008: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 8/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 15)

– 22007 D 0013: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 13/2007 vom 27. April 2007 (ABl. L 209 vom 9.8.2007, S. 22)

– 22007 D 0082: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 82/2007 vom 6. Juli 2007 (ABl. L 328 vom 13.12.2007, S. 23)

– 22007 D 0103: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 103/2007 vom 28. September 2007 (ABl. L 47 vom 21.2.2008, S. 18)

– 22007 D 0154: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 154/2007 vom 7. Dezember 2007 (ABl. L 124 vom 8.5.2008, S. 15)

– 22008 D 0005: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2008 vom 1. Februar 2008 (ABl. L 154 vom 12.6.2008, S. 9)

– 22008 D 0023: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 23/2008 vom 14. März 2008 (ABl. L 182 vom 10.7.2008, S. 7)

– 22008 D 0044: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 44/2008 vom 25. April 2008 (ABl. L 223 vom 21.8.2008, S. 37)

– 22008 D 0061: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 61/2008 vom 6. Juni 2008 (ABl. L 257 vom 25.9.2008, S. 21)

– 22008 D 0098: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 98/2008 vom 26. September 2008 (ABl. L 309 vom 20.11.2008, S. 19)

– 22009 D 0058: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 58/2009 vom 29. Mai 2009 (ABl. L 232 vom 3.9.2009, S. 8)

– 22009 D 0122: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 122/2009 vom 4. Dezember 2009 (ABl. L 62 vom 11.3.2010, S. 5)

– 22009 D 0127: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 127/2009 vom 4. Dezember 2009 (ABl. L 62 vom 11.3.2010, S. 14)

– 22011 D 0030: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 30/2011 vom 1. April 2011 (ABl. L 171 vom 30.6.2011, S. 30)

– 22011 D 0069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2011 vom 1. Juli 2011 (ABl. L 262 vom 6.10.2011, S. 24)

– 22011 D 0115(01): Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 115/2011 vom 21. Oktober 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 78)

– 22012 D 0005: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2012 vom 10. Februar 2012 (ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 8)

– 22012 D 0039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 39/2012 vom 30. März 2012 (ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 13)

– 22012 D 0151: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 151/2012 vom 26. Juli 2012 (ABl. L 309 vom 8.11.2012, S. 36)

– 22013 D 0057: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 57/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 9)

– 22013 D 0058: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 58/2013 vom 3. Mai 2013 (ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 11)

– 22013 D 0184: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 184/2013 vom 8. November 2013 (ABl. L 92 vom 27.3.2014, S. 9)

– 22013 D 0220: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 220/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 13)

– 22013 D 0221: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 221/2013 vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 15)

– 22014 D 0169: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 169/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 15)

– 22014 D 0170: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 170/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 17)

– 22014 D 0180: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 180/2014 vom 25. September 2014 (ABl. L 202 vom 30.7.2015, S. 30)

– 22014 D 0212: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 212/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 6)

– 22014 D 0220: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 220/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 19)

– 22014 D 0221: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 221/2014 vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 230 vom 3.9.2015, S. 22)

– 22015 D 2124: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 257/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 5)

– 22015 D 2137: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 270/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 21)

– 22015 D 2138: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 271/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 22)

– 22015 D 2139: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 272/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 25)

– 22015 D 2140: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 273/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 26)

– 22015 D 2141: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 274/2014 vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 311 vom 26.11.2015, S. 27)

– 22016 D 0500: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 12/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 20)

– 22016 D 0506: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 18/2015 vom 25. Februar 2015 (ABl. L 93 vom 7.4.2016, S. 30)

– 22016 D 1266: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 83/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 17)

– 22016 D 1276: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 93/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 31)

– 22016 D 1277: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 94/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 32)

– 22016 D 1278: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 95/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 33)

– 22016 D 1279: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 96/2015 vom 30. April 2015 (ABl. L 211 vom 4.8.2016, S. 36)

– 22017 D 0511: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 204/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 14)

– 22017 D 0512: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 205/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 16)

– 22017 D 0513: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 206/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 18)

– 22017 D 0524: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 217/2015 vom 25. September 2015 (ABl. L 85 vom 30.3.2017, S. 38)

– 22017 D 1039: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 250/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 28)

– 22017 D 1051: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 262/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 44)

– 22017 D 1052: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 263/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 45)

– 22017 D 1053: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 264/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 46)

– 22017 D 1054: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 265/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 48)

– 22017 D 1055: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 266/2015 vom 30. Oktober 2015 (ABl. L 161 vom 22.6.2017, S. 51)

– 22017 D 1808: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 297/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 5)

– 22017 D 1809: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 298/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 7)

– 22017 D 1810: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 299/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 8)

– 22017 D 1815: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 304/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 15)

– 22017 D 1816: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 305/2015 vom 11. Dezember 2015 (ABl. L 263 vom 12.10.2017, S. 16)

– 22017 D 1880: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 50/2016 vom 18. März 2016 (ABl. L 270 vom 19.10.2017, S. 17)

– 22017 D 2024: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 74/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 13)

– 22017 D 2025: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 75/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 15)

– 22017 D 2026: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 76/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 17)

– 22017 D 2027: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 77/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 19)

– 22017 D 2035: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 85/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 31)

– 22017 D 2036: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 86/2016 vom 29. April 2016 (ABl. L 300 vom 16.11.2017, S. 32)

– 22017 D 2126: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 6)

– 22017 D 2127: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 8)

– 22017 D 2128: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 110/2016 vom 3. Juni 2016 (ABl. L 308 vom 23.11.2017, S. 10)

– 22018 D 0359: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 137/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 6)

– 22018 D 0371: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 149/2016 vom 8. Juli 2016 (ABl. L 73 vom 15.3.2018, S. 22)

– 22018 D 0440: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 182/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 26)

– 22018 D 0441: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 183/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 27)

– 22018 D 0442: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 184/2016 vom 23. September 2016 (ABl. L 80 vom 22.3.2018, S. 29)

– 22018 D 1174: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 236/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 33)

– 22018 D 1175: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 237/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 35)

– 22018 D 1176: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 238/2016 vom 2. Dezember 2016 (ABl. L 215 vom 23.8.2018, S. 37)

– 22018 D 1748: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 14/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 17)

– 22018 D 1749: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 15/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 18)

– 22018 D 1750: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 16/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 20)

– 22018 D 1751: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 17/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 21)

– 22018 D 1752: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 18/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 22)

– 22018 D 1753: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 19/2017 vom 3. Februar 2017 (ABl. L 297 vom 22.11.2018, S. 24)

– 22018 D 1814: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 50/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 13)

– 22018 D 1815: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 51/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 15)

– 22018 D 1819: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 55/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 21)

– 22018 D 1820: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 56/2017 vom 17. März 2017 (ABl. L 305 vom 29.11.2018, S. 23)

– 22019 D 0196: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 84/2017 vom 5. Mai 2017 (ABl. L 36 vom 7.2.2019, S. 29)

– 22019 D 0739: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 132/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 24)

– 22019 D 0740: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 133/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 26)

– 22019 D 0741: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 134/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 28)

– 22019 D 0748: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 141/2017 vom 7. Juli 2017 (ABl. L 128 vom 16.5.2019, S. 39)

– 22019 D 1062: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 174/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 37)

– 22019 D 1063: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 175/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 41)

– 22019 D 1068: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 180/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 49)

– 22019 D 1069: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 181/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 50)

– 22019 D 1070: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 182/2017 vom 22. September 2017 (ABl. L 174 vom 27.6.2019, S. 52)

– 22019 D 1358: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 195/2017 vom 27. Oktober 2017 (ABl. L 219 vom 22.8.2019, S. 5)

– 22019 D 1626: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 218/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 21)

– 22019 D 1627: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 219/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 23)

– 22019 D 1630: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 222/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 27)

– 22019 D 1636: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 228/2017 vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 254 vom 3.10.2019, S. 37)

– 22019 D 2052: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 16/2018 vom 9. Februar 2018 (ABl. L 323 vom 12.12.2019, S. 31)

– 22020 D 0057: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 40/2018 vom 23. März 2018 (ABl. L 26 vom 30.1.2020, S. 11)

– 22020 D 0303: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 285/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 19)

– 22020 D 0304: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 286/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 20)

– 22020 D 0305: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 287/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 22)

– 22020 D 0315: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 297/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 35)

– 22020 D 0316: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 298/2019 vom 13. Dezember 2019 (ABl. L 68 vom 5.3.2020, S. 38)

– 22020 D 0808: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 54/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 16)

– 22020 D 0809: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 55/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 18)

– 22020 D 0822: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 69/2019 vom 29. März 2019 (ABl. L 210 vom 2.7.2020, S. 36)

– 22020 D 0924: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 5/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 9)

– 22020 D 0925: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 6/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 11)

– 22020 D 0929: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 10/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 18)

– 22020 D 0933: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 14/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 23)

– 22020 D 0934: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 15/2019 vom 8. Februar 2019 (ABl. L 228 vom 16.7.2020, S. 26)

– 22020 D 1449: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 89/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 20)

– 22020 D 1450: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 90/2018 vom 27. April 2018 (ABl. L 340 vom 15.10.2020, S. 23)

– 22020 D 1612: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2018 vom 31. Mai 2018 (ABl. L 368 vom 5.11.2020, S. 8)

– 22021 D 0194: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 132/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 18)

– 22021 D 0195: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 133/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 20)

– 22021 D 0206: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 144/2018 vom 6. Juli 2018 (ABl. L 67 vom 25.2.2021, S. 35)

– 22022 D 1135: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 67/2022 vom 18. März 2022 (ABl. L 182 vom 7.7.2022, S. 46)

– 22022 D 1550: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 106/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 35)

– 22022 D 1552: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 108/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 39)

– 22022 D 1553: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 109/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 41)

– 22022 D 1554: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 110/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 43)

– 22022 D 1555: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 111/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 45)

– 22022 D 1556: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 112/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 47)

– 22022 D 1570: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 126/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 71)

– 22022 D 1571: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 127/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 73)

– 22022 D 1572: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 128/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 75)

– 22022 D 1573: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 129/2022 vom 29. April 2022 (ABl. L 246 vom 22.9.2022, S. 77)

– 22022 D 2017: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 119/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 17)

– 22022 D 2018: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 120/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 19)

– 22022 D 2019: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 121/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 23)

– 22022 D 2020: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 122/2019 vom 8. Mai 2019 (ABl. L 279 vom 27.10.2022, S. 26)

– 22022 D 2147: Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 155/2019 vom 14. Juni 2019 (ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 34)

Eine konsolidierte Fassung von Anhang I des EWR-Abkommens ist auf der Website der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) verfügbar: https://www.efta.int/.

5. 31994 D 0001: Beschluss des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluss des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten sowie der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen, dem Königreich Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 1)

6. 21994 A 0103(73): Anpassungsprotokoll zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum - Schlussakte- Gemeinsame Erklärungen der Vertragsparteien - Vereinbarte Niederschrift - Erklärung der Regierung Frankreichs (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 572)

7. 32004 D 0368: Beschluss des Rates vom 30. März 2004 über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Beteiligung der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik am Europäischen Wirtschaftsraum und der vier Nebenabkommen (ABl. L 130 vom 29.4.2004, S. 1)

8. 22004 A 0429(02): Abkommen in Form eines Briefwechsels über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Beteiligung der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik am Europäischen Wirtschaftsraum und der vier Nebenabkommen (ABl. L 130 vom 29.4.2004, S. 3)

9. 32012 D 0442: Beschluss 2012/442/EU des Rates vom 24. Juli 2012 über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der Europäischen Union zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens (ABl. L 202 vom 28.7.2012, S. 1)

ABSCHNITT B

ABKOMMEN MIT DER SCHWEIZ

10. 32002 D 0309: Beschluss (2002/309/EG, Euratom) des Rates und — bezüglich des Abkommens über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit — der Kommission vom 4. April 2002 über den Abschluss von sieben Abkommen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 1)

11. 22002 A 0430(04): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 132), geändert durch:

– (2004/278/EG) Beschluss Nr. 1/2004 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft

– (2004/660/EG) Beschluss Nr. 4/2004 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft

– 22005 D 0260: Beschluss Nr. 2/2005 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft (ABl. L 78 vom 24.3.2005, S. 50)

– 22008 D 0086: Beschluss Nr. 1/2008 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft (ABl. L 27 vom 31.1.2008, S. 21)

– 32009 D 0404: Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. L 136 vom 30.5.2009, S. 2)

– (2010/724/EU) Beschluss Nr. 2/2010 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft

– 22011 D 0083: Beschluss Nr. 1/2010 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft (ABl. L 32 vom 8.2.2011, S. 9)

– 22017 D 0169: Beschluss Nr. 1/2015 des Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft (ABl. L 27 vom 1.2.2017, S. 155)

12. 22002 A 0430(04): Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen - Schlussakte (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 350)

13. 22007 A 1013(01): Zusatzabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über die Einbeziehung des Fürstentums Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. L 270 vom 13.10.2007, S. 6)

14. 32007 D 0658: Beschluss 2007/658/EG des Rates vom 26. September 2007 über den Abschluss eines Zusatzabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über die Einbeziehung des Fürstentums Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (ABl. L 270 vom 13.10.2007, S. 5)

15. 22003 D 0808: Beschluss Nr. 1/2003 (2003/808/EG) des mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingesetzten Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft vom 21. Oktober 2003 zur Annahme seiner Geschäftsordnung (ABl. L 303 vom 21.11.2003, S. 24)

16. 22003 D 0809: Beschluss Nr. 2/2003 (2003/809/EG) des mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingesetzten Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft vom 21. Oktober 2003 über die Einsetzung der Arbeitsgruppen und die Annahme ihrer Mandate (ABl. L 303 vom 21.11.2003, S. 27)

ABSCHNITT C

ABKOMMEN MIT CHILE

17. 32002 D 0979: Beschluss 2002/979/EG des Rates vom 18. November 2002 über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung einiger Bestimmungen des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits (ABl. L 352 vom 30.12.2002, S. 1)

18. 22002 A 1230(01): Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits (ABl. L 352 vom 30.12.2002, S. 3), berichtigt in ABl. L 333 vom 19.12.2003, S. 64

19. Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits - Schlussakte (ABl. L 352 vom 30.12.2002, S. 1440)

20. 22003 X 0131(01): Information betreffend die Anwendung einiger Artikel des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits (ABl. L 26 vom 31.1.2003, S. 52)

21. 32004 D 0907: Beschluss 2004/907/EG der Kommission vom 27. Dezember 2004 über die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an der Organisation eines internationalen Tierschutzseminars im Rahmen des Abkommens zwischen der EG und Chile über gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen im Handel mit Tieren, tierischen Erzeugnissen, Pflanzen, pflanzlichen Erzeugnissen und sonstigen Waren sowie über den Tierschutz (ABl. L 381 vom 28.12.2004, S. 80)

22. 22005 D 0168: Beschluss 1/2003 des als „Gemischter Verwaltungsausschuss“ bezeichneten Assoziationsausschusses des SPS-Abkommens EU-Chile vom 24. Oktober 2003 zur Geschäftsordnung des als „Gemischter Verwaltungsausschuss“ (JMC) bezeichneten Assoziationsausschusses des SPS-Abkommens EU-Chile (ABl. L 55 vom 1.3.2005, S. 93)

23. 22007 D 0177: Beschluss Nr. 1/2006 des gemischten Verwaltungsausschusses, eingerichtet durch das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Chile über gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen im Handel mit Tieren, tierischen Erzeugnissen, Pflanzen, pflanzlichen Erzeugnissen und sonstigen Waren sowie über den Tierschutz vom 9. November 2006 zur Änderung der Anlagen Ic, IIIa, IIIb und XI zu Anhang IV des Abkommens (ABl. L 86 vom 27.3.2007, S. 20)

ABSCHNITT D

INTERNATIONALE ÜBEREINKOMMEN

24. 32004 D 0597: Beschluss 2004/597/EG des Rates vom 19. Juli 2004 zur Genehmigung des Beitritts der Europäischen Gemeinschaft zum Internationalen Pflanzenschutzübereinkommen, revidiert und angenommen auf der 29. Tagung der FAO-Konferenz von November 1997 durch Entschließung Nr. 12/97 (ABl. L 267 vom 14.8.2004, S. 39)

25. 32004 D 0869: Beschluss 2004/869/EG des Rates vom 24. Februar 2004 über den Abschluss des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 378 vom 23.12.2004, S. 1)

26. 32005 D 0523: Beschluss 2005/523/EG des Rates vom 30. Mai 2005 zur Genehmigung des Beitritts der Europäischen Gemeinschaft zum Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen in der am 19. März 1991 in Genf angenommenen Neufassung (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 63)

TEIL VII

GENETISCH VERÄNDERTE ORGANISMEN

KAPITEL 1

FREISETZUNG IN DIE UMWELT

1. 32001 L 0018: Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. März 2001 über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt und zur Aufhebung der Richtlinie 90/220/EWG des Rates (ABl. L 106 vom 17.4.2001, S. 1), geändert durch:

   – 32002 D 0623: Entscheidung 2002/623/EG der Kommission vom 24. Juli 2002 (ABl. L 200 vom 30.7.2002, S. 22)

   – 32003 R 1829: Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1)

   – 32003 R 1830: Verordnung (EG) Nr. 1830/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 24)

   – 32008 L 0027: Richtlinie 2008/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 (ABl. L 81 vom 20.3.2008, S. 45)

– 32015 L 0412: Richtlinie (EU) 2015/412 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 82 vom 26.3.2018, S. 17

– 32018 L 0350: Richtlinie (EU) 2018/350 der Kommission vom 8. März 2018 (ABl. L 67 vom 9.3.2018, S. 30)

– 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 32003 R 1830: Verordnung (EG) Nr. 1830/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über die Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von genetisch veränderten Organismen und über die Rückverfolgbarkeit von aus genetisch veränderten Organismen hergestellten Lebensmitteln und Futtermitteln sowie zur Änderung der Richtlinie 2001/18/EG (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 24), geändert durch:

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

3. 32009 L 0041: Richtlinie 2009/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen (ABl. L 125 vom 21.5.2009, S. 75)

4. 32000 D 0608: Entscheidung 2000/608/EG der Kommission vom 27. September 2000 über Leitlinien für die Risikobewertung gemäß Anhang III der Richtlinie 90/219/EWG des Rates über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen (ABl. L 258 vom 12.10.2000, S. 43)

5. 32002 D 0811: Entscheidung 2002/811/EG des Rates vom 3. Oktober 2002 über Leitlinien zur Ergänzung des Anhangs VII der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt und zur Aufhebung der Richtlinie 90/220/EWG des Rates (ABl. L 280 vom 18.10.2002, S. 27)

6. 32002 D 0812: Entscheidung 2002/812/EG des Rates vom 3. Oktober 2002 zur Festlegung — gemäß Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates — des Schemas für die Zusammenfassung der Anmeldeinformationen zum Inverkehrbringen genetisch veränderter Organismen als Produkte oder in Produkten (ABl. L 280 vom 18.10.2002, S. 37)

7. 32003 D 0653: Entscheidung 2003/653/EG der Kommission vom 2. September 2003 über die einzelstaatlichen Bestimmungen zum Verbot des Einsatzes gentechnisch veränderter Organismen im Land Oberösterreich, die von der Republik Österreich gemäß Artikel 95 Absatz 5 EG-Vertrag mitgeteilt wurden (ABl. L 230 vom 16.9.2003, S. 34)

8. 32003 R 1946: Verordnung (EG) Nr. 1946/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2003 über grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen (ABl. L 287 vom 5.11.2003, S. 1)

9. 32004 D 0204: Entscheidung 2004/204/EG der Kommission vom 23. Februar 2004 zur Regelung der Modalitäten der Funktionsweise der in der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Register für die Erfassung von Informationen über genetische Veränderungen bei GVO (ABl. L 65 vom 3.3.2004, S. 20)

10. 32004 H 0787: Empfehlung 2004/787/EG der Kommission vom 4. Oktober 2004 für eine technische Anleitung für Probenahme und Nachweis von gentechnisch veränderten Organismen und von aus gentechnisch veränderten Organismen hergestelltem Material als Produkte oder in Produkten im Kontext der Verordnung (EG) Nr. 1830/2003 (ABl. L 348 vom 24.11.2004, S. 18)

11. 32005 D 0463: Beschluss 2005/463/EG der Kommission vom 21. Juni 2005 zur Einsetzung einer Netzwerkgruppe für den Austausch und die Koordinierung von Informationen über die Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Kulturen (ABl. L 164 vom 24.6.2005, S. 50)

12. 32005 D 0608: Entscheidung 2005/608/EG der Kommission vom 8. August 2005 über das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten, gegen den Maiswurzelbohrer resistenten Maisprodukts (*Zea mays* L.-Linie MON 863) gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 207 vom 10.8.2005, S. 17)

13. 32005 D 0635: Entscheidung 2005/635/EG der Kommission vom 31. August 2005 über das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten, gegenüber Glyphosat-Herbiziden toleranten Ölrapsprodukts (*Brassica napus* L., Linie GT73) gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 228 vom 3.9.2005, S. 11)

14. 32005 H 0637: Empfehlung 2005/637/EG der Kommission vom 16. August 2005 bezüglich der Maßnahmen, die der Inhaber einer Zustimmung ergreifen muss, um etwaige Schäden für Gesundheit und Umwelt bei einer unbeabsichtigten Freisetzung eines genetisch veränderten, gegenüber Glyphosat-Herbiziden toleranten Ölrapses (*Brassica napus* L., Linie GT73 — MON-00073-7) zu vermeiden (ABl. L 228 vom 3.9.2005, S. 19)

15. 32005 D 0772: Entscheidung 2005/772/EG der Kommission vom 3. November 2005 über das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten, gegen bestimmte Lepidopteren resistenten und gegenüber dem Herbizid Glufosinat-Ammonium toleranten Maisprodukts (*Zea mays* L., Linie 1507) gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 291 vom 5.11.2005, S. 42)

16. 32007 D 0364: Entscheidung 2007/364/EG der Kommission vom 23. Mai 2007 über das Inverkehrbringen einer Nelkensorte (*Dianthus caryophyllus* L., Linie 123.2.38) mit genetisch veränderter Blütenfarbe gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 138 vom 30.5.2007, S. 50)

17. 32008 D 0062: Entscheidung 2008/62/EG der Kommission vom 12. Oktober 2007 über die Artikel 111 und 172 des Entwurfs des polnischen Gesetzes über genetisch veränderte Organismen, die die Republik Polen gemäß Artikel 95 Absatz 5 EG-Vertrag als Abweichungen von den Bestimmungen der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt mitgeteilt hat (ABl. L 16 vom 19.1.2008, S. 17)

18. 32008 D 0470: Entscheidung 2008/470/EG der Kommission vom 7. Mai 2008 über das vorübergehende Verbot der Verwendung und des Verkaufs von genetisch verändertem Mais (*Zea mays* L., Linie T25) gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Österreich (ABl. L 162 vom 21.6.2008, S. 31)

19. 32008 D 0495: Entscheidung 2008/495/EG der Kommission vom 7. Mai 2008 über das vorübergehende Verbot der Verwendung und des Verkaufs von genetisch verändertem Mais (*Zea mays* L., Linie MON810) gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Österreich (ABl. L 172 vom 2.7.2008, S. 25)

20. 32009 D 0244: Entscheidung 2009/244/EG der Kommission vom 16. März 2009 über das Inverkehrbringen einer Nelkensorte (*Dianthus caryophyllus* L., Linie 123.8.12) mit genetisch veränderter Blütenfarbe gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 72 vom 18.3.2009, S. 18)

21. 32009 L 0041: Richtlinie 2009/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen (ABl. L 125 vom 21.5.2009, S. 75)

22. 32009 D 0770: Entscheidung 2009/770/EG der Kommission vom 13. Oktober 2009 zur Festlegung der Standardformulare für die Berichterstattung über die Überwachung der absichtlichen Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt als Produkte oder in Produkten zum Zweck des Inverkehrbringens gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 275 vom 21.10.2009, S. 9)

23. 32009 D 0828: Entscheidung 2009/828/EG der Kommission vom 3. November 2009 über den von der Republik Portugal gemäß Artikel 95 Absatz 5 EG-Vertrag notifizierten Entwurf des Decreto Legislativo Regional, mit dem die Autonome Region Madeira zur gentechnikfreien Zone erklärt wird (ABl. L 294 vom 11.11.2009, S. 16)

24. 32010 D 0135: Beschluss 2010/135/EU der Kommission vom 2. März 2010 über das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten Kartoffelerzeugnisses (*Solanum tuberosum* L. Linie EH92-527-1) mit erhöhtem Amylopectingehalt in der Stärke gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 53 vom 4.3.2010, S. 11)

25. 32010 H 0722: Empfehlung der Kommission 2010/C 200/01 vom 13. Juli 2010 mit Leitlinien für die Entwicklung nationaler Koexistenz-Maßnahmen zur Vermeidung des unbeabsichtigten Vorhandenseins von GVO in konventionellen und ökologischen Kulturpflanzen (ABl. C 200 vom 22.7.2010, S. 1)

26. 32015 D 0692: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/692 der Kommission vom 24. April 2015 über das Inverkehrbringen einer Nelkensorte (*Dianthus caryophyllus* L., Linie 25958) mit genetisch veränderter Blütenfarbe gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 44)

27. 32015 D 0694: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/694 der Kommission vom 24. April 2015 über das Inverkehrbringen einer Nelkensorte (*Dianthus caryophyllus* L., Linie 26407) mit genetisch veränderter Blütenfarbe gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 52)

28. 32016 D 0321: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/321 der Kommission vom 3. März 2016 zur Anpassung des geografischen Geltungsbereichs der Zulassung zum Anbau von genetisch verändertem Mais (*Zea mays* L.) der Sorte MON 810 (MON-ØØ81Ø-6) (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 90)

29. 32016 D 2050: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2050 der Kommission vom 22. November 2016 über das Inverkehrbringen einer genetisch veränderten Nelkensorte (*Dianthus caryophyllus* L., Linie SHD-27531-4) (ABl. L 318 vom 24.11.2016, S. 13)

30. 32019 D 1300: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1300 der Kommission vom 26. Juli 2019 über das Inverkehrbringen einer genetisch veränderten Nelkensorte (*Dianthus caryophyllus* L., Linie FLO-40685-2) (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 46)

31. 32019 D 1301: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1301 der Kommission vom 26. Juli 2019 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2013/327/EU bezüglich der Erneuerung der Genehmigung für das Inverkehrbringen von Futtermitteln, die genetisch veränderten Raps der Linien Ms8, Rf3 und Ms8 × Rf3 enthalten oder daraus bestehen, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 50)

KAPITEL 2

GENETISCH VERÄNDERTE LEBENS- UND FUTTERMITTEL

1. 32003 R 1829: Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1), geändert durch:

   – 32006 R 1981: Verordnung (EG) Nr. 1981/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2006 (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 99)

   – 32008 R 0298: Verordnung (EG) Nr. 298/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 64)

   – 32019 R 1381: Verordnung (EU) 2019/1381 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1)

2. 32003 R 1830: Verordnung (EG) Nr. 1830/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über die Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von genetisch veränderten Organismen und über die Rückverfolgbarkeit von aus genetisch veränderten Organismen hergestellten Lebensmitteln und Futtermitteln sowie zur Änderung der Richtlinie 2001/18/EG (ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 24)

3. 32004 R 0065: Verordnung (EG) Nr. 65/2004 der Kommission vom 14. Januar 2004 über ein System für die Entwicklung und Zuweisung spezifischer Erkennungsmarker für genetisch veränderte Organismen (ABl. L 10 vom 16.1.2004, S. 5)

4. 32004 R 0641: Verordnung (EG) Nr. 641/2004 der Kommission vom 6. April 2004 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Antrags auf Zulassung neuer genetisch veränderter Lebensmittel und Futtermittel, der Meldung bestehender Erzeugnisse und des zufälligen oder technisch unvermeidbaren Vorhandenseins genetisch veränderten Materials, zu dem die Risikobewertung befürwortend ausgefallen ist (ABl. L 102 vom 7.4.2004, S. 14), geändert durch:

   – 32013 R 0503: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 503/2013 der Kommission vom 3. April 2013 (ABl. L 157 vom 8.6.2013, S. 1)

5. 32013 R 0503: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 503/2013 der Kommission vom 3. April 2013 über Anträge auf Zulassung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 641/2004 und (EG) Nr. 1981/2006 der Kommission (ABl. L 157 vom 8.6.2013, S. 1)

6. 32006 D 0255: Entscheidung 2006/255/EG der Kommission vom 14. März 2006 über die einzelstaatlichen Bestimmungen mit der Verpflichtung, in Supermärkten genetisch veränderte Lebensmittel in eigens dafür bestimmten Regalen getrennt von den nicht genetisch veränderten Produkten unterzubringen, welche die Republik Zypern gemäß Artikel 95 Absatz 5 EG-Vertrag mitgeteilt hat (ABl. L 92 vom 30.3.2006, S. 12)

7. 32006 R 1981: Verordnung (EG) Nr. 1981/2006 der Kommission vom 22. Dezember 2006 mit Durchführungsbestimmungen zu Artikel 32 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über das gemeinschaftliche Referenzlaboratorium für gentechnisch veränderte Organismen (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 99), geändert durch:

   – 32013 R 0503: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 503/2013 der Kommission vom 3. April 2013 (ABl. L 157 vom 8.6.2013, S. 1)

– 32014 R 0120: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 120/2014 der Kommission vom 7. Februar 2014 (ABl. L 39 vom 8.2.2014, S. 46)

8. 32007 D 0304: Entscheidung 2007/304/EG der Kommission vom 25. April 2007 über die Rücknahme von Bt176(SYN-EV176-9)-Mais und daraus gewonnenen Erzeugnissen vom Markt (ABl. L 117 vom 5.5.2007, S. 14)

9. 32007 D 0305: Entscheidung 2007/305/EG der Kommission vom 25. April 2007 über die Rücknahme von Ms1xRf1 (ACS-BNØØ4-7xACS-BNØØ1-4)-Hybrid-Raps und daraus gewonnenen Erzeugnissen vom Markt (ABl. L 117 vom 5.5.2007, S. 17), geändert durch:

– 32012 D 0069: Durchführungsbeschluss 2012/69/EU der Kommission vom 3. Februar 2012 (ABl. L 34 vom 7.2.2012, S. 12)

– 32016 D 2268: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2268 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 34)

– 32019 D 1117: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1117 der Kommission vom 24. Juni 2019 (ABl. L 176 vom 1.7.2019, S. 59)

– 32019 D 1562: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1562 der Kommission vom 16. September 2019 (ABl. L 240 vom 18.9.2019, S. 13)

10. 32007 D 0306: Entscheidung 2007/306/EG der Kommission vom 25. April 2007 über die Rücknahme von Ms1xRf2 (ACS-BNØØ4-7xACS-BNØØ2-5)-Hybrid-Raps und daraus gewonnenen Erzeugnissen vom Markt (ABl. L 117 vom 5.5.2007, S. 20), geändert durch:

    – 32012 D 0069: Durchführungsbeschluss 2012/69/EU der Kommission vom 3. Februar 2012 (ABl. L 34 vom 7.2.2012, S. 12)

    – 32016 D 2268: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2268 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 34)

    – 32019 D 1117: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1117 der Kommission vom 24. Juni 2019 (ABl. L 176 vom 1.7.2019, S. 59)

    – 32019 D 1562: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1562 der Kommission vom 16. September 2019 (ABl. L 240 vom 18.9.2019, S. 13)

11. 32007 D 0307: Entscheidung 2007/307/EG der Kommission vom 25. April 2007 über die Rücknahme von Topas 19/2 (ACS-BNØØ7-1)-Raps und daraus gewonnenen Erzeugnissen vom Markt (ABl. L 117 vom 5.5.2007, S. 23), geändert durch:

    – 32012 D 0069: Durchführungsbeschluss 2012/69/EU der Kommission vom 3. Februar 2012 (ABl. L 34 vom 7.2.2012, S. 12)

    – 32016 D 2268: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2268 der Kommission vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 34)

– 32019 D 1117: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1117 der Kommission vom 24. Juni 2019 (ABl. L 176 vom 1.7.2019, S. 59)

– 32019 D 1562: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1562 der Kommission vom 16. September 2019 (ABl. L 240 vom 18.9.2019, S. 13)

12. 32007 D 0308: Entscheidung 2007/308/EG der Kommission vom 25. April 2007 über die Rücknahme von aus GA21xMON810 (MON-ØØØ21-9xMON-ØØ81Ø-6)-Mais gewonnenen Erzeugnissen vom Markt (ABl. L 117 vom 5.5.2007, S. 25)

13. 32007 D 0701: Entscheidung 2007/701/EG der Kommission vom 24. Oktober 2007 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte NK603xMON810 (MON-ØØ6Ø3-6xMON-ØØ81Ø-6) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 285 vom 31.10.2007, S. 37)

14. 32007 D 0702: Entscheidung 2007/702/EG der Kommission vom 24. Oktober 2007 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der gentechnisch veränderten Maissorte 59122 (DAS-59122-7) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 285 vom 31.10.2007, S. 42)

15. 32007 D 0703: Entscheidung 2007/703/EG der Kommission vom 24. Oktober 2007 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte 1507xNK603 (DAS-Ø15Ø7-1xMON-ØØ6Ø3-6) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 285 vom 31.10.2007, S. 47), geändert durch:

    – 32019 D 0241: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/241 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 14)

16. 32008 D 0730: Entscheidung 2008/730/EG der Kommission vom 8. September 2008 über die Genehmigung des Inverkehrbringens von aus gentechnisch veränderter Soja der Sorte A2704-12 (ACS-GMØØ5-3) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 247 vom 16.9.2008, S. 50)

17. 32008 D 0837: Entscheidung 2008/837/EG der Kommission vom 29. Oktober 2008 über die Genehmigung des Inverkehrbringens von aus gentechnisch veränderter Baumwolle der Sorte LLCotton25 (ACS-GHØØ1-3) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 299 vom 8.11.2008, S. 36)

18. 32008 D 0933: Entscheidung 2008/933/EG der Kommission vom 4. Dezember 2008 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON89788 (MON-89788-1) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 333 vom 11.12.2008, S. 7), geändert durch:

    – 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

19. 32009 D 0184: Entscheidung 2009/184/EG der Kommission vom 10. März 2009 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die die genetisch veränderte Ölrapssorte T45 (ACS-BNØØ8-2), welche in Drittländern bis 2005 vermarktet wurde, enthalten oder aus dieser gewonnen wurden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 68 vom 13.3.2009, S. 28)

20. 32009 D 0813: Entscheidung 2009/813/EG der Kommission vom 30. Oktober 2009 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 89034 (MON-89Ø34-3) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 289 vom 5.11.2009, S. 21), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

21. 32009 D 0814: Entscheidung 2009/814/EG der Kommission vom 30. Oktober 2009 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 88017 (MON-88Ø17-3) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 289 vom 5.11.2009, S. 25), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

22. 32009 D 0866: Entscheidung 2009/866/EG der Kommission vom 30. November 2009 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MIR604 (SYN-IR6Ø4-5) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 102), geändert durch:

– 32019 D 0060: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/60 der Kommission vom 11. Januar 2019 (ABl. L 12 vom 15.1.2019, S. 31)

23. 32010 D 0136: Beschluss 2010/136/EU der Kommission vom 2. März 2010 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Futtermitteln, die aus der genetisch veränderten Kartoffelsorte EH92-527-1 (BPS-25271-9) gewonnen werden, und des zufälligen oder technisch nicht zu vermeidenden Vorhandenseins dieser Kartoffelsorte in Lebensmitteln und Futtermitteln gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 53 vom 4.3.2010, S. 15)

24. 32010 D 0419: Beschluss 2010/419/EU der Kommission vom 28. Juli 2010 zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte Bt11 (SYN-BTØ11-1) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, zur Zulassung von Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten, die Körnermais der Sorte Bt11 (SYN-BTØ11-1) enthalten oder aus ihm bestehen, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Entscheidung 2004/657/EG der Kommission (ABl. L 197 vom 29.7.2010, S. 11), geändert durch:

– 32019 D 0060: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/60 der Kommission vom 11. Januar 2019 (ABl. L 12 vom 15.1.2019, S. 31)

25. 32010 D 0429: Beschluss 2010/429/EU der Kommission vom 28. Juli 2010 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 88017 x MON 810 (MON-88Ø17-3 x MON-ØØ81Ø-6) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 201 vom 3.8.2010, S. 46), geändert durch:

   – 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

   – 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

26. 32011 D 0354: Beschluss 2011/354/EU der Kommission vom 17. Juni 2011 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 (BCS-GHØØ2-5) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 90)

27. 32011 D 0891: Beschluss 2011/891/EU der Kommission vom 22. Dezember 2011 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte 281-24-236x3006-210-23 (DAS-24236-5xDAS-21Ø23-5) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 344 vom 28.12.2011, S. 51)

   – 32019 D 0239: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/239 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 7)

– 32021 D 1161: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1161 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 252 vom 15.7.2021, S. 1)

28. 32012 D 0081: Durchführungsbeschluss 2012/81/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte A5547-127 (ACS-GMØØ6-4) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 10)

29. 32012 D 0082: Durchführungsbeschluss 2012/82/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 im Hinblick auf die Erneuerung der Zulassung für das fortdauernde Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte 40-3-2 (MON-Ø4Ø32-6) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlament und des Rates (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 14), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

30. 32012 D 0083: Durchführungsbeschluss 2012/83/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87701 (MON-877Ø1-2) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 18); geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

31. 32012 D 0084: Durchführungsbeschluss 2012/84/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte 356043 (DP-356Ø43-5) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 22)

32. 32012 D 0651: Durchführungsbeschluss 2012/651/EU der Kommission vom 18. Oktober 2012 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MIR162 (SYN-IR162-4) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 290 vom 20.10.2012, S. 14), geändert durch:

    – 32019 D 0060: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/60 der Kommission vom 11. Januar 2019 (ABl. L 12 vom 15.1.2019, S. 31)

33. 32013 D 0327: Durchführungsbeschluss 2013/327/EU der Kommission vom 25. Juni 2013 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Lebensmitteln, die genetisch veränderten Raps der Linien Ms8, Rf3 und Ms8 × Rf3 enthalten oder daraus bestehen, oder von Lebensmitteln und Futtermitteln, die aus solchen genetisch veränderten Organismen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates hergestellt werden (ABl. L 175 vom 27.6.2013, S. 57), geändert durch:

    – 32019 D 1301: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1301 der Kommission vom 26. Juli 2019 (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 50)

34. 32013 D 0648: Durchführungsbeschluss 2013/648/EU der Kommission vom 6. November 2013 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON89034 × 1507 × NK603 (MON-89Ø34-3 × DAS-Ø15Ø7-1 × MON-ØØ6Ø3-6) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 302 vom 13.11.2013, S. 38), geändert durch:

– 32019 D 0240: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/240 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 11)

– 32021 D 1035: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1035 der Kommission vom 23. Juni 2021 (ABl. L 226 vom 25.6.2021, S. 31)

35. 32013 D 0649: Durchführungsbeschluss 2013/649/EU der Kommission vom 6. November 2013 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der Maissorte MON810 (MON-ØØ81Ø-6) gewonnenem Pollen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 302 vom 13.11.2013, S. 44), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

36. 32013 D 0650: Durchführungsbeschluss 2013/650/EU der Kommission vom 6. November 2013 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die aus der genetisch veränderten (GV) Maissorte MON 89034 × 1507 × MON88017 × 59122 (MON-89Ø34-3 × DAS-Ø15Ø7-1 × MON-88Ø17-3 × DAS-59122-7), vier verwandten GV-Maissorten mit drei verschiedenen einzelnen GV-Ereignissen (MON89034 × 1507 × MON88017 (MON-89Ø34-3 × DAS-Ø15Ø7-1 × MON-88Ø17-3), MON89034 × 1507 × 59122 (MON-89Ø34-3 × DAS-Ø15Ø7-1 × DAS-59122-7), MON89034 × MON88017 × 59122 (MON-89Ø34-3 × MON-88Ø17-3 × DAS-59122-7), 1507 × MON 88017 × 59122 (DAS-Ø15Ø7-1 × MON-88Ø17-3 × DAS-59122-7)) und vier verwandten GV-Maissorten mit zwei verschiedenen einzelnen GV-Ereignissen (MON89034 × 1507 (MON-89Ø34-3 × DAS-Ø15Ø7-1), MON89034 × 59122 (MON-89Ø34-3 × DAS-59122-7), 1507 × MON88017 (DAS-Ø15Ø7-1 × MON-88Ø17-3), MON 88017 × 59122 (MON-88Ø17-3 × DAS-59122-7)) bestehen, diese enthalten oder aus diesen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 302 vom 13.11.2013, S. 47), geändert durch:

– 32019 D 0240: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/240 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 11)

– 32021 D 1035: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1035 der Kommission vom 23. Juni 2021 (ABl. L 226 vom 25.6.2021, S. 31)

37. 32015 D 0683: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/683 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 87460 (MON 8746Ø-4) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 1), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

38. 32015 D 0684: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/684 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von genetisch verändertem Mais der Sorte NK603 (MON-ØØ6Ø3-6) und über die Erneuerung der Zulassung bereits existierender NK603-(MON-ØØ6Ø3-6-)Erzeugnisse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 6), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

39. 32015 D 0685: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/685 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens genetisch veränderter Baumwolle der Sorte MON 15985 (MON-15985-7) und die Erneuerung der Zulassung bereits existierender aus genetisch veränderter Baumwolle der Sorte MON 15985 (MON-15985-7) gewonnener Erzeugnisse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 11), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

–

32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

40. 32015 D 0686: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/686 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87769 (MON-87769-7) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 16), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

41. 32015 D 0687: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/687 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Rapssorte MON 88302 (MON-883Ø2-9) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 22), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

42. 32015 D 0688: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/688 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Baumwollsorte MON 88913 (MON-88913-8) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 26), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

43. 32015 D 0689: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/689 der Kommission vom 24. April 2015 zur Erneuerung der Zulassung bereits existierender Erzeugnisse aus genetisch veränderter Baumwolle der Sorte MON 531 (MON-ØØ531-6) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 31), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

44. 32015 D 0690: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/690 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614xLLCotton25 (BCS-GHØØ2-5xACS-GHØØ1-3) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 35)

45. 32015 D 0691: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/691 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte BPS-CV127-9 (BPS-CV127-9) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 40)

46. 32015 D 0693: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/693 der Kommission vom 24. April 2015 über die Erneuerung der Zulassung für aus der bereits existierenden genetisch veränderten Baumwolle der Sorte MON 1445 (MON-Ø1445-2) gewonnene Erzeugnisse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 48), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

47. 32015 D 0695: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/695 der Kommission vom 24. April 2015 zur Erneuerung der Zulassung bereits existierender Erzeugnisse aus genetisch veränderter Baumwolle der Sorte MON 531 x MON 1445 (MON-ØØ531-6 x MON-Ø1445-2) und über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus genetisch veränderter Baumwolle der Sorte MON 531 x MON 1445 (MON-ØØ531-6 x MON-Ø1445-2) gewonnenem Baumwollsamenöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 56), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

48. 32015 D 0696: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/696 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON87705 (MON-877Ø5-6) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 60), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

49. 32015 D 0697: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/697 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von genetisch verändertem Mais der Sorte T25 (ACS-ZMØØ3-2) und über die Erneuerung der Zulassung bereits existierender T25-(ACS-ZMØØ3-2-)Erzeugnisse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 66)

50. 32015 D 0698: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/698 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte 305423 (DP-3Ø5423-1) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 71), geändert durch:

– 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

51. 32015 D 0699: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/699 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte T304-40 (BCS-GHØØ4-7) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 77)

52. 32015 D 0700: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/700 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON87708 (MON-877Ø8-9) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 81), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

53. 32015 D 0701: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/701 der Kommission vom 24. April 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Lebensmitteln, die den genetisch veränderten Raps GT73 enthalten oder daraus bestehen, sowie von Lebensmitteln und Futtermitteln, die aus diesem genetisch veränderten Organismus hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 112 vom 30.4.2015, S. 86), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

54. 32015 D 2279: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2279 der Kommission vom 4. Dezember 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die aus der genetisch veränderten Maissorte NK603 × T25 (MON-ØØ6Ø3-6 × ACS-ZMØØ3-2) bestehen, diese enthalten oder aus dieser gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 322 vom 8.12.2015, S. 58), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

55. 32015 D 2281: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2281 der Kommission vom 4. Dezember 2015 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 87427 (MON-87427-7) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 322 vom 8.12.2015, S. 67), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

56. 32016 D 0087: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/87 der Kommission vom 22. Januar 2016 über die Rücknahme bereits existierender Erzeugnisse, die aus MON 863 (MON-ØØ863-5) gewonnen werden, vom Markt und zur Aufhebung der Beschlüsse 2010/139/EU, 2010/140/EU, 2010/141/EU über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die aus den genetisch veränderten Maissorten MON863×MON810×NK603 (MON-ØØ863-5×MON-ØØ81Ø-6×MON-ØØ6Ø3-6), MON863×MON810 (MON-ØØ863-5×MON-ØØ81Ø-6) und MON863×NK603 (MON-ØØ863-5×MON-ØØ6Ø3-6) bestehen, diese enthalten oder aus diesen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 17 vom 26.1.2016, S. 14)

57. 32016 D 1215: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1215 der Kommission vom 22. Juli 2016 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte FG72 (MST-FGØ72-2) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 199 vom 26.7.2016, S. 16)

58. 32016 D 1216: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1216 der Kommission vom 22. Juli 2016 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 × MON 89788 (MON-877Ø8-9 × MON-89788-1) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 199 vom 26.7.2016, S. 22), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

59. 32016 D 1217: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1217 der Kommission vom 22. Juli 2016 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87705 × MON 89788 (MON-877Ø5-6 × MON-89788-1) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 199 vom 26.7.2016, S. 28), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

60. 32016 D 1685: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1685 der Kommission vom 16. September 2016 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die aus der genetisch veränderten Maissorte Bt11 × MIR162 × MIR604 × GA21 bestehen, diese enthalten oder aus dieser gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, die zwei oder drei der GV-Ereignisse Bt11, MIR162, MIR604 und GA21 kombinieren, sowie zur Aufhebung der Beschlüsse 2010/426/EU, 2011/892/EU, 2011/893/EU und 2011/894/EU (ABl. L 254 vom 20.9.2016, S. 22), geändert durch:

– 32019 D 0060: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/60 der Kommission vom 11. Januar 2019 (ABl. L 12 vom 15.1.2019, S. 31)

61. 32017 D 1207: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1207 der Kommission vom 4. Juli 2017 zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 810 (MON-ØØ81Ø-6) gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 18), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

62. 32017 D 1208: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1208 der Kommission vom 4. Juli 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB119 (BCS-GHØØ5-8) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 23)

63. 32017 D 1209: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1209 der Kommission vom 4. Juli 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte Bt11 × 59122 × MIR604 × 1507 × GA21 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch verändertem Mais, bei dem zwei, drei oder vier der Sorten Bt11, 59122, MIR604, 1507 und GA21 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 28)

64. 32017 D 1211: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1211 der Kommission vom 4. Juli 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Baumwollsorte 281-24-236 × 3006-210-23 × MON 88913 (DAS-24236-5 × DAS-21Ø23-5 × MON-88913-8) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 38), geändert durch:

– 32019 D 0239: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/239 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 7)

– 32021 D 1161: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1161 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 252 vom 15.7.2021, S. 1)

65. 32017 D 1212: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1212 der Kommission vom 4. Juli 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DAS-40278-9 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 43), geändert durch:

– 32019 D 0239: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/239 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 7)

– 32021 D 1161: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1161 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 252 vom 15.7.2021, S. 1)

66. 32017 D 2448: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2448 der Kommission vom 21. Dezember 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte 305423 × 40-3-2 (DP-3Ø5423-1 × MON-Ø4Ø32-6) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 346 vom 28.12.2017, S. 6), geändert durch:

– 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

67. 32017 D 2449: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2449 der Kommission vom 21. Dezember 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte DAS-68416-4 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 346 vom 28.12.2017, S. 12), geändert durch:

– 32019 D 0239: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/239 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 7)

– 32021 D 1161: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1161 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 252 vom 15.7.2021, S. 1)

68. 32017 D 2450: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2450 der Kommission vom 21. Dezember 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte DAS-44406-6 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 346 vom 28.12.2017, S. 16), geändert durch:

– 32019 D 0239: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/239 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 7)

– 32021 D 1185: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1185 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 257 vom 19.7.2021, S. 3)

69. 32017 D 2451: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2451 der Kommission vom 21. Dezember 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte FG72 × A5547-127 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 346 vom 28.12.2017, S. 20)

70. 32017 D 2452: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2452 der Kommission vom 21. Dezember 2017 über die Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais 1507 (DAS-Ø15Ø7-1) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 346 vom 28.12.2017, S. 25), geändert durch:

– 32019 D 0241: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/241 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 14)

– 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

71. 32017 D 2453: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2453 der Kommission vom 21. Dezember 2017 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Raps MON 88302 × Ms8 × Rf3 (MON-883Ø2-9 × ACSBNØØ5-8 × ACS-BNØØ3-6), MON 88302 × Ms8 (MON-883Ø2-9 × ACSBNØØ5-8) und MON 88302 × Rf3 (MON-883Ø2-9 × ACS-BNØØ3-6) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 346 vom 28.12.2017, S. 31), geändert durch:

– 32019 D 1167: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1167 der Kommission vom 28. Juni 2019 (ABl. L 182 vom 8.7.2019, S. 46)

– 32021 D 0183: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/183 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 2)

72. 32018 D 1109: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1109 der Kommission vom 1. August 2018 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais 59122 (DAS-59122-7) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 203 vom 10.8.2018, S. 7), berichtigt in ABl. L 221 vom 31.8.2018, S. 4, geändert durch:

– 32019 D 0241: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/241 der Kommission vom 6. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 14)

– 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

73. 32018 D 1110: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1110 der Kommission vom 3. August 2018 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die die genetisch veränderte Maissorte 1507 × 59122 × MON 810 × NK603 enthalten, aus dieser bestehen oder aus dieser gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, die zwei oder drei der Einzelereignisse 1507, 59122, MON 810 und NK603 kombinieren, sowie zur Aufhebung der Entscheidung 2009/815/EG und der Beschlüsse 2010/428/EU und 2010/432/EU (ABl. L 203 vom 10.8.2018, S. 13), berichtigt in ABl. L 221 vom 31.8.2018, S. 4, geändert durch:

– 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

74. 32018 D 1112: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1112 der Kommission vom 3. August 2018 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais GA21 (MON-ØØØ21-9) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 203 vom 10.8.2018, S. 26)

75. 32018 D 1113: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1113 der Kommission vom 3. August 2018 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von aus der genetisch veränderten Zuckerrübensorte H7-1 (KM-ØØØH71-4) gewonnenen Lebensmitteln und Futtermitteln gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 203 vom 10.8.2018, S. 32), geändert durch:

– 32019 D 1166: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1166 der Kommission vom 28. Juni 2019 (ABl. L 182 vom 8.7.2019, S. 44)

– 32021 D 1036: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1036 der Kommission vom 22. Juni 2021 (ABl. L 226 vom 25.6.2021, S. 34)

76. 32018 D 2045: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/2045 der Kommission vom 19. Dezember 2018 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte NK603 × MON 810 (MON-ØØ6Ø3-6 × MON-ØØ81Ø-6) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 65), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

77. 32018 D 2046: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/2046 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei oder vier der Einzelereignisse MON 87427, MON 89034, 1507, MON 88017 und 59122 kombiniert werden, und zur Aufhebung des Beschlusses 2011/366/EU (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 70), geändert durch:

– 32019 D 1579: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1579 der Kommission vom 18. September 2019 (ABl. L 244 vom 24.9.2019, S. 8)

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

78. 32019 D 1302: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1302 der Kommission vom 26. Juli 2019 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 × LLCotton25 × MON 15985 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 54)

79. 32019 D 1303: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1303 der Kommission vom 26. Juli 2019 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte 5307 (SYN-Ø53Ø7-1) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 60)

80. 32019 D 1304: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1304 der Kommission vom 26. Juli 2019 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte 4114 (DP-ØØ4114-3) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 65), geändert durch:

   – 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

81. 32019 D 1305: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1305 der Kommission vom 26. Juli 2019 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte Bt11 × MIR162 × 1507 × GA21 sowie der Unterkombinationen Bt11 × MIR162 × 1507, MIR162 × 1507 × GA21 und MIR162 × 1507 enthalten, daraus bestehen oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 69)

82. 32019 D 1306: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1306 der Kommission vom 26. Juli 2019 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais 1507 × NK603 (DAS-Ø15Ø7-1 × MON-ØØ6Ø3-6) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 75), geändert durch:

– 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

83. 32019 D 1307: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1307 der Kommission vom 26. Juli 2019 über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 87403 (MON-874Ø3-1) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 81), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

84. 32019 D 1308: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1308 der Kommission vom 26. Juli 2019 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87411 (MON-87411-9) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 85), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

85. 32019 D 1309: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1309 der Kommission vom 26. Juli 2019 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87751 (MON-87751-7) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 204 vom 2.8.2019, S. 90), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

86. 32019 D 2080: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2080 der Kommission vom 28. November 2019 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MZHG0JG (SYN-ØØØJG-2) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 51)

87. 32019 D 2081: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2081 der Kommission vom 28. November 2019 zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die die genetisch veränderte Ölrapssorte T45 (ACS-BNØØ8-2), welche in Drittländern bis 2005 vermarktet wurde, enthalten oder aus dieser gewonnen wurden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 57)

88. 32019 D 2082: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2082 der Kommission vom 28. November 2019 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte LLCotton25 (ACS-GHØØ1-3) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 62)

89. 32019 D 2083: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2083 der Kommission vom 28. November 2019 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 89788 (MON-89788-1) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 68), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

90. 32019 D 2084: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2084 der Kommission vom 28. November 2019 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte A2704-12 (ACS-GMØØ5-3) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 74)

91. 32019 D 2085: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2085 der Kommission vom 28. November 2019 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × NK603 × DAS-40278-9 sowie der Unterkombinationen MON 89034 × NK603 × DAS-40278-9, 1507 × NK603 × DAS-40278-9 und NK603 × DAS-40278-9 enthalten, daraus bestehen oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 80), geändert durch:

– 32021 D 1161: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1161 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 252 vom 15.7.2021, S. 1)

92. 32019 D 2086: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2086 der Kommission vom 28. November 2019 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 × DAS-40278-9 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei oder vier der Einzelereignisse MON 89034, 1507, MON 88017, 59122 und DAS-40278-9 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 87), geändert durch:

– 32021 D 1161: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1161 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 252 vom 15.7.2021, S. 1)

93. 32019 D 2087: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2087 der Kommission vom 28. November 2019 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte Bt11 × MIR162 × MIR604 × 1507 × 5307 × GA21 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei, vier oder fünf der Einzelereignisse Bt11, MIR162, MIR604, 1507, 5307 und GA21 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 6.12.2019, S. 94)

94. 32020 D 1360: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1360 der Kommission vom 28. September 2020 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 × MON 89788 × A5547-127 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 30.9.2020, S. 1), geändert durch:

– 32021 D 0184: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/184 der Kommission vom 12. Februar 2021 (ABl. L 55 vom 16.2.2021, S. 4)

95. 32021 D 0060: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/60 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 89034 × MIR162 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch verändertem Mais, bei dem zwei oder drei der Einzelereignisse MON 87427, MON 89034, MIR162 und NK603 kombiniert werden, sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2018/1111 der Kommission gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 5)

96. 32021 D 0061: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/61 der Kommission vom 22. Januar 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 87460 × MON 89034 × MIR162 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei oder vier der Einzelereignisse MON 87427, MON 87460, MON 89034, MIR162 und NK603 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 12)

97. 32021 D 0062: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/62 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MIR604 (SYN-IR6Ø4-5) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 19)

98. 32021 D 0063: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/63 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 (MON-89Ø34-3) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 25)

99. 32021 D 0064: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/64 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte SYHT0H2 (SYN-ØØØH2-5) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 31)

100. 32021 D 0065: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/65 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 89034 × MIR162 × MON 87411 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch verändertem Mais, bei dem zwei oder drei der Einzelereignisse MON 87427, MON 89034, MIR162 und MON 87411 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 37)

101. 32021 D 0066: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/66 der Kommission vom 22. Januar 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87751 × MON 87701 × MON 87708 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 44)

102. 32021 D 0067: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/67 der Kommission vom 22. Januar 2021 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 88017 (MON-88Ø17-3) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 26.1.2021, S. 50)

103. 32021 D 1385: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1385 der Kommission vom 17. August 2021 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Futtermitteln und anderen Erzeugnissen als Lebens- und Futtermittel, die genetisch veränderten Raps GT73 (MON-ØØØ73-7) enthalten oder aus ihm bestehen, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 4)

104. 32021 D 1386: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1386 der Kommission vom 17. August 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte DAS-81419-2 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 10)

105. 32021 D 1387: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1387 der Kommission vom 17. August 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte DAS-81419-2 × DAS–44406–6 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 16)

106. 32021 D 1388: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1388 der Kommission vom 17. August 2021 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte 1507 × MIR162 × MON810 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch verändertem Mais, bei dem zwei oder drei der Einzelereignisse 1507, MIR162, MON810 und NK603 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 22), geändert durch:

    – 32022 D 0325: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/325 der Kommission vom 24. Februar 2022 (ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 70)

107. 32021 D 1389: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1389 der Kommission vom 17. August 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 × T304-40 × GHB119 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 29)

108. 32021 D 1390: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1390 der Kommission vom 17. August 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MZIR098 (SYN-ØØØ98-3) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 35)

109. 32021 D 1391: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1391 der Kommission vom 17. August 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die aus den genetisch veränderten Rapssorten Ms8 × Rf3 × GT73, Ms8 × GT73 und Rf3 × GT73 bestehen, diese enthalten oder aus diesen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 41)

110. 32021 D 1392: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1392 der Kommission vom 17. August 2021 zur Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais Bt 11 (SYN-BTØ11-1) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 48)

111. 32021 D 1393: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1393 der Kommission vom 17. August 2021 zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MON 88017 × MON 810 (MON-88Ø17-3 × MON-ØØ81Ø-6) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 54)

112. 32021 D 1394: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1394 der Kommission vom 17. August 2021 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 87460 × MON 89034 × 1507 × MON 87411 × 59122 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei, vier oder fünf der Einzelereignisse MON 87427, MON 87460, MON 89034, 1507, MON 87411 und 59122 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 24.8.2021, S. 60)

113. 32021 D 1999: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1999 der Kommission vom 15. November 2021 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2016/1215 hinsichtlich des Zulassungsinhabers und seines Vertreters in der Union für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte FG72 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden (ABl. L 408 vom 17.11.2021, S. 6)

114. 32022 D 0529: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/529 der Kommission vom 31. März 2022 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Raps 73496 (DP-Ø73496-4) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 39)

115. 32022 D 0530: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/530 der Kommission vom 31. März 2022 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle GHB811 (BCS-GH811-4) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 45)

116. 32022 D 0531: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/531 der Kommission vom 31. März 2022 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte GMB151 (BCS-GM151-6) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 4.4.2022, S. 51)

117. 32022 D 0560: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/560 der Kommission vom 31. März 2022 über die Erneuerung der Zulassung für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 (BCS-GHØØ2-5) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 108 vom 7.4.2022, S. 60)

118. 32022 D 0736: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/736 der Kommission vom 11. Mai 2022 zur Änderung der Entscheidungen 2007/305/EG, 2007/306/EG und 2007/307/EG hinsichtlich des Toleranzzeitraums für Spuren von Ms1xRf1 (ACS-BNØØ4-7xACS-BNØØ1-4)-Hybrid-Raps, Ms1xRf2 (ACS-BNØØ4-7xACS-BNØØ2-5)-Hybrid-Raps und Topas 19/2 (ACS-BNØØ7-1)-Raps sowie von daraus gewonnenen Erzeugnissen (ABl. L 136 vom 13.5.2022, S. 108)

119. 32022 D 0797: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/797 der Kommission vom 19. Mai 2022 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte NK603 × T25 × DAS-40278-9 und der Unterkombination T25 × DAS-40278-9 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 116)

120. 32022 D 0798: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/798 der Kommission vom 19. Mai 2022 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87769 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 123)

121. 32022 D 1094: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1094 der Kommission vom 29. Juni 2022 zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP4114 × MON 810 × MIR604 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch verändertem Mais, bei dem zwei oder drei der Einzelereignisse DP4114, MON 810, MIR604 und NK603 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 176 vom 1.7.2022, S. 26)

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 10/14

ANHANG

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

ANHANG II – SAN MARINO-PROTOKOLL

TECHNISCHE VORSCHRIFTEN, NORMEN, PRÜFUNG UND ZERTIFIZIERUNG

Liste nach Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe b des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Kraftfahrzeuge 4
2 Land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen 24
3 Hebezeuge und Fördergeräte 30
4 Haushaltsgeräte 31
5 Gasgeräte 49
6 Druckbehälter 50
7 Messgeräte 52
8 Elektromaterial 55
9 Textilien 56
10 Arzneimittel 57
11 Düngemittel 91
12 Gefährliche Stoffe 94
13 Kosmetika 285
14 Umweltschutz 293
15 Informationstechnologie, Telekommunikation und Datenverarbeitung 304

www.parlament.gv.at

16 Allgemeine Bestimmungen auf dem Gebiet der technischen Handelshemmnisse 307
17 Freier Warenverkehr – Allgemeines 317
18 Bauprodukte 318
19 Persönliche Schutzausrüstungen 342
20 Spielzeug 343
21 Maschinen 346
22 Tabakwaren 352
23 Spirituosen 355
24 Kulturgüter 363
25 Explosivstoffe für zivile Zwecke und pyrotechnische Gegenstände 364
26 Medizinprodukte 366
27 Sportboote 372
28 Schiffsausrüstung 373

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

www.parlament.gv.at

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet das Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Einfuhr und Zulassung von Gebrauchtfahrzeugen

San Marino darf für die Einfuhr und Zulassung von Fahrzeugen, die bereits in der EU zugelassen sind, keine Beschränkungen oder Anforderungen auferlegen, die nicht auch für ähnliche Fahrzeuge gelten, die bereits in San Marino zugelassen sind. Dies umfasst unter anderem ein maximales Fahrzeugalter, Emissionsgrenzwerte oder technische Kontrollen.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 1

KRAFTFAHRZEUGE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31970 L 0157: Richtlinie 70/157/EWG des Rates vom 6. Februar 1970 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den zulässigen Geräuschpegel und die Auspuffvorrichtung von Kraftfahrzeugen (ABl. L 42 vom 23.2.1970, S. 16), geändert durch:

   – 31973 L 0350: Richtlinie 73/350/EWG der Kommission vom 7. November 1973 (ABl. L 321 vom 22.11.1973, S. 33)

   – 31977 L 0212: Richtlinie 77/212/EWG des Rates vom 8. März 1977 (ABl. L 66 vom 12.3.1977, S. 33)

   – 31981 L 0334: Richtlinie 81/334/EWG der Kommission vom 13. April 1981 (ABl. L 131 vom 18.5.1981, S. 6)

   – 31984 L 0372: Richtlinie 84/372/EWG der Kommission vom 3. Juli 1984 (ABl. L 196 vom 26.7.1984, S. 47)

   – 31984 L 0424: Richtlinie 84/424/EWG des Rates vom 3. September 1984 (ABl. L 238 vom 6.9.1984, S. 31)

   – 31989 L 0491: Richtlinie 89/491/EWG der Kommission vom 17. Juli 1989 (ABl. L 238 vom 15.8.1989, S. 43)

– 31992 L 0097: Richtlinie 92/97/EWG des Rates vom 10. November 1992 (ABl. L 371 vom 19.12.1992, S. 1)

– 31996 L 0020: Richtlinie 96/20/EG der Kommission vom 27. März 1996 (ABl. L 92 vom 13.4.1996, S. 23)

– 31999 L 0101: Richtlinie 1999/101/EG der Kommission vom 15. Dezember 1999 (ABl. L 334 vom 28.12.1999, S. 41)

– 32007 L 0034: Richtlinie 2007/34/EG der Kommission vom 14. Juni 2007 (ABl. L 155 vom 15.6.2007, S. 49)

– 32013 L 0015: Richtlinie 2013/15/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 172)

2. 32014 R 0540: Verordnung (EU) Nr. 540/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über den Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen und von Austauschschalldämpferanlagen sowie zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 70/157/EWG (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 131), geändert durch:

   – 32004 D 0090: Entscheidung 2004/90/EG der Kommission vom 23. Dezember 2003 (ABl. L 31 vom 4.2.2004, S. 21)

3. 32004 L 0104: Richtlinie der Kommission 2004/104/EG vom 14. Oktober 2004 zur Anpassung der Richtlinie 72/245/EWG des Rates über die Funkentstörung (elektromagnetische Verträglichkeit) von Kraftfahrzeugen an den technischen Fortschritt und zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebserlaubnis von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern (ABl. L 337 vom 13.11.2004, S. 13), berichtigt in ABl. L 56 vom 2.3.2005, S. 35

www.parlament.gv.at

4. 32005 L 0049: Richtlinie 2005/49/EG der Kommission vom 25. Juli 2005 zur Änderung der Richtlinie 72/245/EWG des Rates über die Funkentstörung (elektromagnetische Verträglichkeit) von Kraftfahrzeugen und der Richtlinie 70/156/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebserlaubnis für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger zwecks Anpassung an den technischen Fortschritt (ABl. L 194 vom 26.7.2005, S. 12)

5. 32005 L 0039: Richtlinie 2005/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 zur Änderung der Richtlinie 74/408/EWG des Rates über Kraftfahrzeuge hinsichtlich der Sitze, ihrer Verankerungen und Kopfstützen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 143)

6. 32005 L 0040: Richtlinie 2005/40/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 zur Änderung der Richtlinie 77/541/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Sicherheitsgurte und Haltesysteme für Kraftfahrzeuge (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 146)

7. 32005 L 0041: Richtlinie 2005/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 zur Änderung der Richtlinie 76/115/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Verankerungen der Sicherheitsgurte in Kraftfahrzeugen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 149)

8. 32005 L 0064: Richtlinie 2005/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 über die Typgenehmigung für Kraftfahrzeuge hinsichtlich ihrer Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit und zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG des Rates (ABl. L 310 vom 25.11.2005, S. 10), geändert durch:

   – 32009 L 0001: Richtlinie 2009/1/EG der Kommission vom 7. Januar 2009 (ABl. L 9 vom 14.1.2009, S. 31)

9. 32006 D 0368: Entscheidung 2006/368/EG der Kommission vom 20. März 2006 über die ausführlichen technischen Vorschriften für die Durchführung der in der Richtlinie 2005/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwendung von Frontschutzsystemen an Kraftfahrzeugen genannten Prüfungen (ABl. L 140 vom 29.5.2006, S. 33)

10. 32006 L 0040: Richtlinie 2006/40/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Emissionen aus Klimaanlagen in Kraftfahrzeugen und zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG des Rates (ABl. L 161 vom 14.6.2006, S. 12)

11. 32007 R 0706: Verordnung (EG) Nr. 706/2007 der Kommission vom 21. Juni 2007 zur Festlegung von Verwaltungsvorschriften für die EG-Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und eines harmonisierten Verfahrens für die Messung von Leckagen aus bestimmten Klimaanlagen nach der Richtlinie 2006/40/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 161 vom 22.6.2007, S. 33)

12. 32007 L 0038: Richtlinie 2007/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über die Nachrüstung von in der Gemeinschaft zugelassenen schweren Lastkraftwagen mit Spiegeln (ABl. L 184 vom 14.7.2007, S. 25)

13. 32007 R 0715: Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (ABl. L 171 vom 29.6.2007, S. 1), geändert durch:

    – 32009 R 0595: Verordnung (EG) Nr. 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 1), berichtigt in ABl. L 200 vom 31.7.2009, S. 52

– 32011 R 0566: Verordnung (EU) Nr. 566/2011 der Kommission vom 8. Juni 2011 (ABl. L 158 vom 16.6.2011, S. 1)

– 32012 R 0459: Verordnung (EU) Nr. 459/2012 der Kommission vom 29. Mai 2012 (ABl. L 142 vom 1.6.2012, S. 16)

– 32017 R 1151: Verordnung (EU) Nr. 2017/1151 der Kommission vom 1. Juni 2017 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 1)

– 32017 R 2400: Verordnung (EU) 2017/2400 der Kommission vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 349 vom 29.12.2017, S. 1)

– 32018 R 0858: Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1)

14. 32009 R 0595: Verordnung (EG) Nr. 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Motoren hinsichtlich der Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen (Euro VI) und über den Zugang zu Fahrzeugreparatur- und -wartungsinformationen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 und der Richtlinie 2007/46/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinien 80/1269/EWG, 2005/55/EG und 2005/78/EG (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 1), berichtigt in ABl. L 200 vom 31.7.2009, S. 52, geändert durch:

– 32011 R 0582: Verordnung (EU) Nr. 582/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 (ABl. L 167 vom 25.6.2011, S. 1)

– 32014 R 0133: Verordnung (EU) Nr. 133/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 (ABl. L 47 vom 18.2.2014, S. 1)

– 32018 R 0858: Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1)

15. 32017 R 1151: Verordnung (EU) 2017/1151 der Kommission vom 1. Juni 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Fahrzeugreparatur- und -wartungsinformationen, zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission sowie der Verordnung (EU) Nr. 1230/2012 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 66, geändert durch:

– 32017 R 1154: Verordnung (EU) 2017/1154 der Kommission vom 7. Juni 2017 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 708), berichtigt in ABl. L 256 vom 4.10.2017, S. 11

– 32017 R 1347: Verordnung (EU) 2017/1347 der Kommission vom 13. Juli 2017 (ABl. L 192 vom 24.7.2017, S. 1)

– 32018 R 1832: Verordnung (EU) 2018/1832 der Kommission vom 5. November 2018 (ABl. L 301 vom 27.11.2018, S. 1), berichtigt in ABl. L 263 vom 16.10.2019, S. 41

– 32020 R 0049: Verordnung (EU) 2020/49 der Kommission vom 21. Januar 2020 (ABl. L 17 vom 22.1.2020, S. 1)

16. 32017 R 1152: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1152 der Kommission vom 2. Juni 2017 zur Festlegung eines Verfahrens für die Ermittlung der Korrelationsparameter, die erforderlich sind, um der Änderung des Regelprüfverfahrens in Bezug auf leichte Nutzfahrzeuge Rechnung zu tragen, und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 293/2012 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 644)

17. 32017 R 1576: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1576 der Kommission vom 26. Juni 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 540/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an das Akustische Fahrzeug-Warnsystem (AVAS) für die EU-Typgenehmigung von Fahrzeugen (ABl. L 239 vom 19.9.2017, S. 3)

18. 32011 R 0582: Verordnung (EU) Nr. 582/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen (Euro VI) und zur Änderung der Anhänge I und III der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 167 vom 25.6.2011, S. 1), geändert durch:

    – 32012 R 0064: Verordnung (EU) Nr. 64/2012 der Kommission vom 23. Januar 2012 (ABl. L 28 vom 31.1.2012, S. 1)

    – 32014 R 0133: Verordnung (EU) Nr. 133/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 (ABl. L 47 vom 18.2.2014, S. 1)

    – 32014 R 0136: Verordnung (EU) Nr. 136/2014 der Kommission vom 11. Februar 2014 (ABl. L 43 vom 13.2.2014, S. 12)

    – 32014 R 0627: Verordnung (EU) Nr. 627/2014 der Kommission vom 12. Juni 2014 (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 28)

– 32016 R 1718: Verordnung (EU) 2016/1718 der Kommission vom 20. September 2016 (ABl. L 259 vom 27.9.2016, S. 1)

– 32017 R 1347: Verordnung (EU) 2017/1347 der Kommission vom 13. Juli 2017 (ABl. L 192 vom 24.7.2017, S. 1)

– 32017 R 2400: Verordnung (EU) 2017/2400 der Kommission vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 349 vom 29.12.2017, S. 1)

– 32018 R 0932: Verordnung (EU) 2018/932 der Kommission vom 29. Juni 2018 (ABl. L 165 vom 2.7.2018, S. 32)

– 32019 R 1939: Verordnung (EU) 2019/1939 der Kommission vom 7. November 2019 (ABl. L 303 vom 25.11.2019, S. 1)

– 32020 R 1181: Verordnung (EU) 2020/1181 der Kommission vom 7. August 2020 (ABl. L 263 vom 12.8.2020, S. 1)

19. 32017 R 2400: Verordnung (EU) 2017/2400 der Kommission vom 12. Dezember 2017 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bestimmung der CO_2-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs von schweren Nutzfahrzeugen sowie zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EU) Nr. 582/2011 der Kommission (ABl. L 349 vom 29.12.2017, S. 1), geändert durch:

– 32019 R 0318: Verordnung (EU) 2019/318 der Kommission vom 19. Februar 2019 (ABl. L 58 vom 26.2.2019, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32020 R 1181: Verordnung (EU) 2020/1181 der Kommission vom 7. August 2020 (ABl. L 263 vom 12.8.2020, S. 1)

20. 32019 R 0543: Verordnung (EU) 2019/543 der Kommission vom 3. April 2019 zur Änderung des Anhangs IV der Verordnung (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Anhänge I, III und IV der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Aktualisierung der Bezugnahmen auf bestimmte Regelungen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und der Aufnahme bestimmter Regelungen (ABl. L 95 vom 4.4.2019, S. 1)

21. 32013 R 0168: Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 52), berichtigt in ABl. L 77 vom 23.3.2016, S. 65, geändert durch:

– 32014 R 0134: Delegierte Verordnung (EU) 134/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2013 (ABl. L 53 vom 21.2.2014, S. 1)

– 32019 R 0129: Verordnung (EU) 2019/129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Januar 2019 (ABl. L 30 vom 31.1.2019, S. 106)

– 32020 R 1694: Verordnung (EU) 2020/1694 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. November 2020 (ABl. L 381 vom 13.11.2020, S. 4)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Angesichts des Beschlusses der EU, die Rechte und Pflichten San Marinos im Hinblick darauf, EU-Typgenehmigungen zu erteilen und andere als von den EU-Mitgliedstaaten eingerichtete oder benannte technische Dienste der EU zu benennen, nicht auszuweiten, gilt Folgendes:

a) In Bezug auf die EU-Typgenehmigung finden die Artikel 6, 7, 11, 25 bis 37, 40, 41, 49, 51, 52 und 61 bis 71 keine Anwendung.

b) Artikel 42 Absatz 9 erhält folgende Fassung: „Die Genehmigungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten können die von San Marino ausgestellte nationale Typgenehmigung akzeptieren, wenn sie davon ausgehen, dass die nationalen technischen Anforderungen San Marinos, nach denen das Fahrzeug genehmigt wurde, mit ihren eigenen Anforderungen gleichwertig sind. Diese Genehmigung gilt nur in dem Mitgliedstaat, der die Gleichwertigkeit anerkennt."

c) Artikel 53 Absatz 1 erhält folgende Fassung: „Jede Entscheidung aufgrund dieser Verordnung und jede Entscheidung, durch die die Zulassung verweigert, das Inverkehrbringen, die Zulassung oder die Inbetriebnahme eines Fahrzeugs verboten oder beschränkt oder die Rücknahme eines Fahrzeugs vom Markt gefordert wird, ist genau zu begründen."

Ungeachtet dieser Ausnahmen akzeptiert San Marino für Fahrzeuge, Systeme, Bauteile und Teile, die in Verkehr gebracht werden sollen, die von den EU-Typgenehmigungsbehörden ausgestellten EU- und UN-Bescheinigungen und ihre Kennzeichnungen als Nachweis der Konformität ohne erneute Prüfung oder Kennzeichnung (über die bereits in den EU-Verordnungen/-Richtlinien oder UN-Regelungen vorgeschriebenen Kennzeichnungen oder Etiketten hinaus). In Bezug auf UN-Bescheinigungen und -Kennzeichnungen gilt dies nur für UNECE-Regelungen von 1958, die die EU anwendet.

www.parlament.gv.at

Bei den UNECE-Regelungen von 1958, die sowohl die EU als auch San Marino in denselben Fassungen anwenden, erkennt die EU die von San Marino rechtmäßig ausgestellten UN-Bescheinigungen an.

San Marino ist verpflichtet, die Bestimmungen der EU-Rechtsvorschriften für Kraftfahrzeuge zur Marktüberwachung anzuwenden. San Marino kann diese Aufgabe ganz oder teilweise an die Marktüberwachungsbehörde eines EU-Mitgliedstaats seiner Wahl auslagern.

Diese Anpassungen gelten entsprechend für die Bestimmungen über die EU-Typgenehmigung in folgenden Rechtsakten:

– 32014 R 0044: Delegierte Verordnung (EU) 44/2014 der Kommission vom 21. November 2013 (ABl. L 25 vom 28.1.2014, S. 1)

– 32014 R 0134: Delegierte Verordnung (EU) 134/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2013 (ABl. L 53 vom 21.2.2014, S. 1)

– 32014 R 0901: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 901/2014 der Kommission vom 18. Juli 2014 (ABl. L 249 vom 22.8.2014, S. 1)

22. 32014 R 0003: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 3/2014 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die funktionale Sicherheit von Fahrzeugen für die Genehmigung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 7 vom 10.1.2014, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 1824: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1824 der Kommission vom 14. Juli 2016 (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 1)

23. 32014 R 0044: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 44/2014 der Kommission vom 21. November 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die Bauweise von Fahrzeugen und der allgemeinen Anforderungen im Zusammenhang mit der Typgenehmigung von zwei-, drei- und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 25 vom 28.1.2014, S. 1), geändert durch:

   – 32016 R 1824: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1824 der Kommission vom 14. Juli 2016 (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 1)

   – 32018 R 0295: Delegierte Verordnung (EU) 2018/295 der Kommission vom 15. Dezember 2017 (ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 1)

24. 32014 R 0901: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 901/2014 der Kommission vom 18. Juli 2014 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Verwaltungsvorschriften für die Genehmigung und Marktüberwachung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 249 vom 22.8.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 158 vom 21.6.2017, S. 51, geändert durch:

   – 32016 R 1825: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1825 der Kommission vom 6. September 2016 (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 47), berichtigt in ABl. L 23 vom 28.1.2017, S. 122

   – 32020 R 0239: Durchführungsverordnung (EU) 2020/239 der Kommission vom 20. Februar 2020 (ABl. L 48 vom 21.2.2020, S. 6)

25. 32014 R 0134: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 134/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und die Leistung der Antriebseinheit sowie zur Änderung ihres Anhangs V (ABl. L 53 vom 21.2.2014, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 1824: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1824 der Kommission vom 14. Juli 2016 (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 1)

26. 32015 R 0758: Verordnung (EU) 2015/758 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über Anforderungen für die Typgenehmigung zur Einführung des auf dem 112-Notruf basierenden bordeigenen eCall-Systems in Fahrzeugen und zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 77), geändert durch:

– 32017 R 0079: Delegierte Verordnung (EU) 2017/79 der Kommission vom 12. September 2016 (ABl. L 12 vom 17.1.2017, S. 44)

27. 32017 R 0078: Durchführungsverordnung (EU) 2017/78 der Kommission vom 15. Juli 2016 zur Festlegung von Verwaltungsvorschriften für die EG-Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen bezüglich der auf dem 112-Notruf basierenden bordeigenen eCall-Systeme und einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der Verordnung (EU) 2015/758 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Privatsphäre und des Datenschutzes für die Benutzer solcher Systeme (ABl. L 12 vom 17.1.2017, S. 26)

28. 32017 R 0079: Delegierte Verordnung (EU) 2017/79 der Kommission vom 12. September 2016 zur Festlegung detaillierter technischer Anforderungen und Prüfverfahren für die EG-Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer auf dem 112-Notruf basierenden bordeigenen eCall-Systeme, von auf dem 112-Notruf basierenden bordeigenen selbstständigen technischen eCall-Einheiten und Bauteilen und zur Ergänzung und Änderung der Verordnung (EU) 2015/758 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Ausnahmen und die anzuwendenden Normen (ABl. L 12 vom 17.1.2017, S. 44)

www.parlament.gv.at

29. 32019 R 0026: Verordnung (EU) 2019/26 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Januar 2019 zur Ergänzung der Unionsvorschriften über die Typgenehmigung angesichts des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Union (ABl. L 8I vom 10.1.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 11 vom 14.1.2019, S. 34

30. 32018 R 0858: Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 2144: Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 1)

   – 32021 R 1244: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1244 der Kommission vom 20. Mai 2021 (ABl. L 272 vom 30.7.2021, S. 16)

   – 32021 R 1445: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1445 der Kommission vom 23. Juni 2021 (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 4)

   – 32022 R 2236: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2236 der Kommission vom 20. Juni 2022 (ABl. L 296 vom 16.11.2022, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Angesichts des Beschlusses der EU, die Rechte und Pflichten San Marinos im Hinblick darauf, EU-Typgenehmigungen zu erteilen und andere als von den EU-Mitgliedstaaten eingerichtete oder benannte technische Dienste der EU zu benennen, nicht auszuweiten, gilt Folgendes:

a) Auf die EU-Typgenehmigung finden die Artikel 6, 7, 22 bis 34, 37, 39, 40, 41, 44, 54, 67 bis 81, 84 und 89, Anhang III, Anhang IV, Anhang VII, Anhang VIII, Anhang IX und Anhang X keine Anwendung.

b) Die Artikel 43 und 46 erhalten folgende Fassung: „Die Genehmigungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten können die von San Marino ausgestellte nationale Typgenehmigung akzeptieren, wenn sie davon ausgehen, dass die nationalen technischen Anforderungen San Marinos, nach denen das Fahrzeug genehmigt wurde, mit ihren eigenen Anforderungen gleichwertig sind. Diese Genehmigung gilt nur in dem Mitgliedstaat, der die Gleichwertigkeit anerkennt."

c) Artikel 53 erhält folgende Fassung: „Jede Entscheidung aufgrund dieser Verordnung und jede Entscheidung, durch die die Zulassung verweigert, das Inverkehrbringen, die Zulassung oder die Inbetriebnahme eines Fahrzeugs verboten oder beschränkt oder die Rücknahme eines Fahrzeugs vom Markt gefordert wird, ist genau zu begründen."

Ungeachtet dieser Ausnahmen akzeptiert San Marino für Fahrzeuge, Systeme, Bauteile und Teile, die in Verkehr gebracht werden sollen, die von den EU-Typgenehmigungsbehörden ausgestellten EU- und UN-Bescheinigungen und ihre Kennzeichnungen als Nachweis der Konformität ohne erneute Prüfung oder Kennzeichnung (über die bereits in den EU-Verordnungen/-Richtlinien oder UN-Regelungen vorgeschriebenen Kennzeichnungen oder Etiketten hinaus). In Bezug auf UN-Bescheinigungen und -Kennzeichnungen gilt dies nur für UNECE-Regelungen von 1958, die die EU anwendet.

Bei den UNECE-Regelungen von 1958, die sowohl die EU als auch San Marino in denselben Fassungen anwenden, erkennt die EU die von San Marino rechtmäßig ausgestellten UN-Bescheinigungen an.

San Marino wendet die EU-Rechtsvorschriften für Kraftfahrzeuge zur Marktüberwachung an, einschließlich der Mindestanzahl der zu prüfenden Fahrzeuge. San Marino kann diese Aufgabe ganz oder teilweise an die Marktüberwachungsbehörde eines EU-Mitgliedstaats seiner Wahl auslagern.

31. 32022 R 1209: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1209 der Kommission vom 5. Mai 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Verfahrens für die Verhängung von Geldbußen und der Methoden für deren Berechnung und Erhebung (ABl. L 187 vom 14.7.2022, S. 19)

32. 32022 R 0163: Durchführungsverordnung (EU) 2022/163 der Kommission vom 7. Februar 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich funktioneller Anforderungen an die Marktüberwachung von Fahrzeugen, Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten (ABl. L 27 vom 8.2.2022, S. 1)

33. 32020 R 0683: Durchführungsverordnung (EU) 2020/683 der Kommission vom 15. April 2020 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der administrativen Anforderungen für die Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (ABl. L 163 vom 26.5.2020, S. 1)

34. 32020 R 1812: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1812 der Kommission vom 1. Dezember 2020 zur Festlegung der Vorschriften für den Online-Datenaustausch und die Meldung von EU-Typgenehmigungen gemäß der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 404 vom 2.12.2020, S. 5)

35. 32021 R 0133: Durchführungsverordnung (EU) 2021/133 der Kommission vom 4. Februar 2021 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Grundformats, der Grundstruktur und der Mittel zum Austausch der Datensätze der Übereinstimmungsbescheinigung in elektronischem Format (ABl. L 42 vom 5.2.2021, S. 1)

36. 32019 R 2144: Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge im Hinblick auf ihre allgemeine Sicherheit und den Schutz der Fahrzeuginsassen und von ungeschützten Verkehrsteilnehmern, zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 78/2009, (EG) Nr. 79/2009 und (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnungen (EG) Nr. 631/2009, (EU) Nr. 406/2010, (EU) Nr. 672/2010, (EU) Nr. 1003/2010, (EU) Nr. 1005/2010, (EU) Nr. 1008/2010, (EU) Nr. 1009/2010, (EU) Nr. 19/2011, (EU) Nr. 109/2011, (EU) Nr. 458/2011, (EU) Nr. 65/2012, (EU) Nr. 130/2012, (EU) Nr. 347/2012, (EU) Nr. 351/2012, (EU) Nr. 1230/2012 und (EU) 2015/166 der Kommission (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 29, geändert durch:

– 32021 R 1243: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1243 der Kommission vom 19. April 2021 (ABl. L 272 vom 30.7.2021, S. 11)

– 32021 R 1341: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1341 der Kommission vom 23. April 2021 (ABl. L 292 vom 16.8.2021, S. 4)

– 32021 R 1958: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1958 der Kommission vom 23. Juni 2021 (ABl. L 409 vom 17.11.2021, S. 1)

– 32022 R 0545: Delegierte Verordnung (EU) 2022/545 der Kommission vom 26. Januar 2022 (ABl. L 107 vom 6.4.2022, S. 18)

– 32022 R 1398: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1398 der Kommission vom 8. Juni 2022 (ABl. L 213 vom 16.8.2022, S. 1)

37. 32021 R 0535: Durchführungsverordnung (EU) 2021/535 der Kommission vom 31. März 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich einheitlicher Verfahren und technischer Spezifikationen für die Typgenehmigung von Fahrzeugen sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge im Hinblick auf ihre allgemeinen Baumerkmale und ihre Sicherheit (ABl. L 117 vom 6.4.2021, S. 1)

38. 32021 R 0646: Durchführungsverordnung (EU) 2021/646 der Kommission vom 19. April 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf einheitliche Verfahren und technische Spezifikationen für die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer Notfall-Spurhalteassistenten (ABl. L 133 vom 20.4.2021, S. 31), berichtigt in ABl. L 145 vom 28.4.2021, S. 42

39. 32021 R 1243: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1243 der Kommission vom 19. April 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung detaillierter Vorschriften für die Vorrichtung zum Einbau einer alkoholempfindlichen Wegfahrsperre in Kraftfahrzeugen und zur Änderung des Anhangs II der genannten Verordnung (ABl. L 272 vom 30.7.2021, S. 11)

40. 32021 R 1341: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1341 der Kommission vom 23. April 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung detaillierter Vorschriften für die spezifischen Prüfverfahren und technischen Anforderungen für die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer Warnsysteme bei Müdigkeit und nachlassender Aufmerksamkeit des Fahrers sowie zur Änderung von Anhang II der genannten Verordnung (ABl. L 292 vom 16.8.2021, S. 4)

41. 32021 R 1958: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1958 der Kommission vom 23. Juni 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung detaillierter Vorschriften für die spezifischen Prüfverfahren und technischen Anforderungen für die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer intelligenten Geschwindigkeitsassistenten und für die Typgenehmigung von intelligenten Geschwindigkeitsassistenten als selbstständige technische Einheiten sowie zur Änderung von Anhang II der genannten Verordnung (ABl. L 409 vom 17.11.2021, S. 1)

42. 32022 R1426: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1426 der Kommission vom 5. August 2022 mit detaillierten Regelungen zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die einheitlichen Verfahren und technischen Spezifikationen für die Typgenehmigung des automatisierten Fahrsystems (ADS) vollautomatisierter Fahrzeuge (ABl. L 221 vom 26.8.2022, S. 1)

43. 32022 R 0545: Delegierte Verordnung (EU) 2022/545 der Kommission vom 26. Januar 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung detaillierter Vorschriften für die spezifischen Prüfverfahren und technischen Anforderungen für die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer Ereignisdatenspeicher und für die Typgenehmigung von Ereignisdatenspeichern als selbstständige technische Einheiten sowie zur Änderung von Anhang II der genannten Verordnung (ABl. L 107 vom 6.4.2022, S. 18)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52007 SC 0169: Erläuternde Mitteilung der Kommission 2007/C 68/04 zu den Zulassungsverfahren für Kraftfahrzeuge, die aus einem Mitgliedstaat in einen anderen verbracht wurden (ABl. C 68 vom 24.3.2007, S. 15)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTLICHE ZUGMASCHINEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32008 L 0002: Richtlinie 2008/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2008 über das Sichtfeld und die Scheibenwischer von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. L 24 vom 29.1.2008, S. 30)

2. 32013 R 0167: Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Februar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 1322: Delegierte Verordnung (EU) 1322/2014 der Kommission vom 19. September 2014 (ABl. L 364 vom 18.12.2014, S. 1)

   – 32016 R 1628: Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 53), berichtigt in ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 29

   – 32016 R 1788: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1788 der Kommission vom 14. Juli 2016 (ABl. L 277 vom 13.10.2016, S. 1)

   – 32018 R 0985: Delegierte Verordnung (EU) 2018/985 der Kommission vom 12. Februar 2018 (ABl. L 182 vom 18.7.2018, S. 1)

– 32018 R 0830: Delegierte Verordnung (EU) 2018/830 der Kommission vom 9. März 2018 (ABl. L 140 vom 6.6.2018, S. 15)

– 32019 R 0519: Verordnung (EU) 2019/519 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 (ABl. L 91 vom 29.3.2019, S. 42)

– 32020 R 1564: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1564 der Kommission vom 6. August 2020 (ABl. L 358 vom 28.10.2020, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Angesichts des Beschlusses der EU, die Rechte und Pflichten San Marinos im Hinblick darauf, EU-Typgenehmigungen zu erteilen und andere als von den EU-Mitgliedstaaten eingerichtete oder benannte technische Dienste der EU zu benennen, nicht auszuweiten, gilt Folgendes:

a) In Bezug auf die EU-Typgenehmigung finden die Artikel 5, 6, 20 bis 32, 35, 36 und 57 bis 67 keine Anwendung.

b) Artikel 37 Absatz 8 erhält folgende Fassung: „Die Genehmigungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten können die von San Marino ausgestellte nationale Typgenehmigung akzeptieren, wenn sie davon ausgehen, dass die nationalen technischen Anforderungen San Marinos, nach denen das Fahrzeug genehmigt wurde, mit ihren eigenen Anforderungen gleichwertig sind. Diese Genehmigung gilt nur in dem Mitgliedstaat, der die Gleichwertigkeit anerkennt.“

c) Artikel 48 Absatz 1 erhält folgende Fassung: „Jede Entscheidung aufgrund dieser Verordnung und jede Entscheidung, durch die die Zulassung verweigert, das Inverkehrbringen, die Zulassung oder die Inbetriebnahme eines Fahrzeugs verboten oder beschränkt oder die Rücknahme eines Fahrzeugs vom Markt gefordert wird, ist genau zu begründen."

Ungeachtet dieser Ausnahmen akzeptiert San Marino für Fahrzeuge, Systeme, Bauteile und Teile, die in Verkehr gebracht werden sollen, die von den EU-Typgenehmigungsbehörden ausgestellten EU- und UN-Bescheinigungen sowie die OECD-Prüfberichte und Bescheinigungen, die von den benannten nationalen Behörden der EU ausgestellt wurden, sowie ihre Kennzeichnungen als Nachweis der Konformität ohne erneute Prüfung oder Kennzeichnung (über die bereits in den EU-Verordnungen/-Richtlinien oder UN-Regelungen vorgeschriebenen Kennzeichnungen oder Etiketten hinaus). In Bezug auf UN-Bescheinigungen und -Kennzeichnungen gilt dies nur für UNECE-Regelungen von 1958, die die EU anwendet.

Bei den UNECE-Regelungen von 1958, die sowohl die EU als auch San Marino in denselben Fassungen anwenden, erkennt die EU die von San Marino rechtmäßig ausgestellten UN-Bescheinigungen an.

San Marino ist verpflichtet, die Bestimmungen der EU-Rechtsvorschriften für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge zur Marktüberwachung anzuwenden. San Marino kann diese Aufgabe ganz oder teilweise an die Marktüberwachungsbehörde eines EU-Mitgliedstaats seiner Wahl auslagern.

Die Anpassungen gelten entsprechend für die Bestimmungen über die EU-Typgenehmigung in folgenden Rechtsakten:

– 32014 R 1322: Delegierte Verordnung (EU) 1322/2014 der Kommission vom 19. September 2014 (ABl. L 364 vom 18.12.2014, S. 1)

– 32015 R 0068: Delegierte Verordnung (EU) 2015/68 der Kommission vom 15. Oktober 2014 (ABl. L 17 vom 23.1.2015, S. 1)

– 32015 R 0208: Delegierte Verordnung (EU) 2015/208 der Kommission vom 8. Dezember 2014 (ABl. L 42 vom 17.2.2015, S. 1)

– 32015 R 0504: Durchführungsverordnung (EU) 2015/504 der Kommission vom 11. März 2015 (ABl. L 85 vom 28.3.2015, S. 1)

3. 32014 R 1322: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1322/2014 der Kommission vom 19. September 2014 zur Ergänzung und Änderung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die Bauweise von Fahrzeugen und der allgemeinen Anforderungen im Zusammenhang mit der Typgenehmigung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 364 vom 18.12.2014, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 1788: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1788 der Kommission vom 14. Juli 2016 (ABl. L 277 vom 13.10.2016, S. 1)

4. 32015 R 0068: Delegierte Verordnung (EU) 2015/68 der Kommission vom 15. Oktober 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen für die Bremsen von Fahrzeugen im Zusammenhang mit der Typgenehmigung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 17 vom 23.1.2015, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 1788: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1788 der Kommission vom 14. Juli 2016 (ABl. L 277 vom 13.10.2016, S. 1)

– 32018 R 0828: Delegierte Verordnung (EU) 2018/828 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 140 vom 6.6.2018, S. 5)

5. 32018 R 0985: Delegierte Verordnung (EU) 2018/985 der Kommission vom 12. Februar 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und die Leistung der Antriebseinheit land- und forstwirtschaftlicher Fahrzeuge und ihrer Motoren und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) 2015/96 der Kommission (ABl. L 182 vom 18.7.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 1564: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1564 der Kommission vom 6. August 2020 (ABl. L 358 vom 28.10.2020, S. 1)

   – 32022 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 2022/518 der Kommission vom 13. Januar 2022 (ABl. L 104 vom 1.4.2022, S. 56)

6. 32015 R 0504: Durchführungsverordnung (EU) 2015/504 der Kommission vom 11. März 2015 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Verwaltungsvorschriften für die Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 85 vom 28.3.2015, S. 1), geändert durch:

   – 32016 R 1789: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1789 der Kommission vom 7. September 2016 (ABl. L 277 vom 13.10.2016, S. 60)

   – 32018 R 0128: Durchführungsverordnung (EU) 2018/128 der Kommission vom 25. Januar 2018 (ABl. L 22 vom 26.1.2018, S. 16)

   – 32018 R 0986: Durchführungsverordnung (EU) 2018/986 der Kommission vom 3. April 2018 (ABl. L 182 vom 18.7.2018, S. 16)

7. 32015 R 0208: Delegierte Verordnung (EU) 2015/208 der Kommission vom 8. Dezember 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die funktionale Sicherheit von Fahrzeugen für die Genehmigung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 42 vom 17.2.2015, S. 1), geändert durch:

   – 32016 R 1788: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1788 der Kommission vom 14. Juli 2016 (ABl. L 277 vom 13.10.2016, S. 1)

   – 32018 R 0829: Delegierte Verordnung (EU) 2018/829 der Kommission vom 15. Februar 2018 (ABl. L 140 vom 6.6.2018, S. 8)

   – 32020 R 0540: Delegierte Verordnung (EU) 2020/540 der Kommission vom 21. Januar 2020 (ABl. L 121 vom 20.4.2020, S. 1)

KAPITEL 3

HEBEZEUGE UND FÖRDERGERÄTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31973 L 0361: Richtlinie 73/361/EWG des Rates vom 19. November 1973 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Bescheinigungen und Kennzeichnungen für Drahtseile, Ketten und Lasthaken (ABl. L 335 vom 5.12.1973, S. 51)

2. 32014 L 0033: Richtlinie 2014/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aufzüge und Sicherheitsbauteile für Aufzüge (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 251)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31995 X 0216: Empfehlung 95/216/EG der Kommission vom 8. Juni 1995 über die Verbesserung der Sicherheit der vorhandenen Aufzüge (ABl. L 137 vom 20.6.1995, S. 37)

KAPITEL 4

HAUSHALTSGERÄTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32017 R 1369: Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2017 zur Festlegung eines Rahmens für die Energieverbrauchskennzeichnung und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/30/EU (ABl. L 198 vom 28.7.2017, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 0740: Verordnung (EU) 2020/740 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 (ABl. L 177 vom 5.6.2020, S. 1), berichtigt in ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 46, und ABl. L 147 vom 30.4.2021, S. 23

2. 32012 R 0392: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 392/2012 der Kommission vom 1. März 2012 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Kennzeichnung von Haushaltswäschetrocknern in Bezug auf den Energieverbrauch (ABl. L 123 vom 9.5.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 124 vom 11.5.2012, S. 56, geändert durch:

   – 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 60

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

   – 32020 R 1059: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1059 der Kommission vom 27. April 2020 (ABl. L 232 vom 20.7.2020, S. 28)

www.parlament.gv.at

3. 32011 R 0626: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 626/2011 der Kommission vom 4. Mai 2011 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Kennzeichnung von Luftkonditionierern in Bezug auf den Energieverbrauch (ABl. L 178 vom 6.7.2011, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 60

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

   – 32020 R 1059: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1059 der Kommission vom 27. April 2020 (ABl. L 232 vom 20.7.2020, S. 28)

4. 32014 R 1254: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1254/2014 der Kommission vom 11. Juli 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Kennzeichnung von Wohnraumlüftungsgeräten in Bezug auf den Energieverbrauch (ABl. L 337 vom 25.11.2014, S. 27), geändert durch:

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

   – 32020 R 0987: Delegierte Verordnung (EU) 2020/987 der Kommission vom 20. Januar 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 1)

5. 32015 R 1186: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1186 der Kommission vom 24. April 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Einzelraumheizgeräten (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 20), geändert durch:

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

6. 32015 R 1187: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1187 der Kommission vom 27. April 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Festbrennstoffkesseln und Verbundanlagen aus einem Festbrennstoffkessel, Zusatzheizgeräten, Temperaturreglern und Solareinrichtungen (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 43), geändert durch:

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

7. 32015 R 1094: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1094 der Kommission vom 5. Mai 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von gewerblichen Kühllagerschränken (ABl. L 177 vom 8.7.2015, S. 2), geändert durch:

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

8. 32013 R 0811: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 811/2013 der Kommission vom 18. Februar 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energiekennzeichnung von Raumheizgeräten, Kombiheizgeräten, Verbundanlagen aus Raumheizgeräten, Temperaturreglern und Solareinrichtungen sowie von Verbundanlagen aus Kombiheizgeräten, Temperaturreglern und Solareinrichtungen (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 60

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

9. 32013 R 0812: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 812/2013 der Kommission vom 18. Februar 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieeffizienzkennzeichnung von Warmwasserbereitern, Warmwasserspeichern und Verbundanlagen aus Warmwasserbereitern und Solareinrichtungen (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 83), geändert durch:

   – 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 60

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

   – 32018 R 0543: Delegierte Verordnung (EU) 2018/543 der Kommission vom 23. Januar 2018 (ABl. L 90 vom 6.4.2018, S. 63)

10. 32014 R 0065: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 65/2014 der Kommission vom 1. Oktober 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsbacköfen und -dunstabzugshauben (ABl. L 29 vom 31.1.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 61 vom 5.3.2015, S. 26, geändert durch:

    – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

11. 32019 R 0424: Verordnung (EU) 2019/424 der Kommission vom 15. März 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Server und Datenspeicherprodukte gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 617/2013 der Kommission (ABl. L 74 vom 18.3.2019, S. 46), geändert durch:

    – 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

12. 32019 R 1784: Verordnung (EU) 2019/1784 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Schweißgeräten gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 121)

13. 32019 R 2013: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2013 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung elektronischer Displays und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1062/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 18, geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

14. 32019 R 2014: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2014 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltswaschmaschinen und Haushaltswaschtrocknern sowie zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1061/2010 der Kommission und der Richtlinie 96/60/EG der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 29), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 19, geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

15. 32019 R 2015: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2015 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Lichtquellen und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 874/2012 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 68), geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

16. 32019 R 2016: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2016 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1060/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 102), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 21, geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

17. 32019 R 2017: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2017 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsgeschirrspülern und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1059/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 134), geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

18. 32019 R 2018: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2018 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten mit Direktverkaufsfunktion (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 155), geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

19. 32019 R 2019: Verordnung (EU) 2019/2019 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Kühlgeräte gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 643/2009 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 187), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

20. 32019 R 2020: Verordnung (EU) 2019/2020 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Lichtquellen und separate Betriebsgeräte gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 244/2009, (EG) Nr. 245/2009 und (EU) Nr. 1194/2012 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 209), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

21. 32019 R 2021: Verordnung (EU) 2019/2021 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an elektronische Displays gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 642/2009 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 241), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

22. 32019 R 2022: Verordnung (EU) 2019/2022 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Haushaltsgeschirrspüler gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1016/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 267), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

23. 32019 R 2023: Verordnung (EU) 2019/2023 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Haushaltswaschmaschinen und Haushaltswaschtrockner gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1015/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 285), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

24. 32019 R 2024: Verordnung (EU) 2019/2024 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Kühlgeräte mit Direktverkaufsfunktion gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 313), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

www.parlament.gv.at

25. 32009 L 0125: Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte (ABl. L 285 vom 31.10.2009, S. 10)

26. 32013R0813: Verordnung (EU) Nr. 813/2013 der Kommission vom 2. August 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Raumheizgeräten und Kombiheizgeräten (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 136)

27. 32013R0814: Verordnung (EU) Nr. 814/2013 der Kommission vom 2. August 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Warmwasserbereitern und Warmwasserspeichern (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 162)

28. 32019 R 1781: Verordnung (EU) 2019/1781 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Elektromotoren und Drehzahlregelungen gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 641/2009 im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von externen Nassläufer-Umwälzpumpen und in Produkte integrierten Nassläufer-Umwälzpumpen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 640/2009 der Kommission (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 74), geändert durch:

    – 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

29. 32019 R 1782: Verordnung (EU) 2019/1782 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an externe Netzteile gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 278/2009 der Kommission (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 95)

30. 32012 R 0206: Verordnung (EU) Nr. 206/2012 der Kommission vom 6. März 2012 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Raumklimageräten und Komfortventilatoren (ABl. L 72 vom 10.3.2012, S. 7), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

31. 32011 R 0327: Verordnung (EU) Nr. 327/2011 der Kommission vom 30. März 2011 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Ventilatoren, die durch Motoren mit einer elektrischen Eingangsleistung zwischen 125 W und 500 kW angetrieben werden (ABl. L 90 vom 6.4.2011, S. 8), geändert durch:

– 32013 R 0666: Verordnung (EU) Nr. 666/2013 der Kommission vom 8. Juli 2013 (ABl. L 192 vom 13.7.2013, S. 24)

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

32. 32012 R 0932: Verordnung (EU) Nr. 932/2012 der Kommission vom 3. Oktober 2012 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Haushaltswäschetrocknern (ABl. L 278 vom 12.10.2012, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

33. 32012 R 0547: Verordnung (EU) Nr. 547/2012 der Kommission vom 25. Juni 2012 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Wasserpumpen (ABl. L 165 vom 26.6.2012, S. 28), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

34. 32014 R 0548: Verordnung (EU) Nr. 548/2014 der Kommission vom 21. Mai 2014 zur Umsetzung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Kleinleistungs-, Mittelleistungs- und Großleistungstransformatoren (ABl. L 152 vom 22.5.2014, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

– 32019 R 1783: Verordnung (EU) 2019/1783 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 107)

35. 32013 R 0617: Verordnung (EU) Nr. 617/2013 der Kommission vom 26. Juni 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Computern und Computerservern (ABl. L 175 vom 27.6.2013, S. 13), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

36. 32013 R 0666: Verordnung (EU) Nr. 666/2013 der Kommission vom 8. Juli 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Staubsaugern (ABl. L 192 vom 13.7.2013, S. 24), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

37. 32014 R 0066: Verordnung (EU) Nr. 66/2014 der Kommission vom 14. Januar 2014 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Haushaltsbacköfen, -kochmulden und -dunstabzugshauben (ABl. L 29 vom 31.1.2014, S. 33), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

38. 32014 R 1253: Verordnung (EU) Nr. 1253/2014 der Kommission vom 7. Juli 2014 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Lüftungsanlagen (ABl. L 337 vom 25.11.2014, S. 8), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

– 32020 R 1000: Verordnung (EU) 2020/1000 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 105)

39. 32015 R 1185: Verordnung (EU) 2015/1185 der Kommission vom 24. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Festbrennstoff-Einzelraumheizgeräten (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

40. 32015 R 1189: Verordnung (EU) 2015/1189 der Kommission vom 28. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Festbrennstoffkesseln (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 100), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

41. 32015 R 1095: Verordnung (EU) 2015/1095 der Kommission vom 5. Mai 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von gewerblichen Kühllagerschränken, Schnellkühlern/-frostern, Verflüssigungssätzen und Prozesskühlern (ABl. L 177 vom 8.7.2015, S. 19), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

42. 32015 R 1188: Verordnung (EU) 2015/1188 der Kommission vom 28. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Einzelraumheizgeräten (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 76), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

43. 32016 R 2281: Verordnung (EU) 2016/2281 der Kommission vom 30. November 2016 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte im Hinblick auf Luftheizungsprodukte, Kühlungsprodukte, Prozesskühler mit hoher Betriebstemperatur und Gebläsekonvektoren (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

44. 32008 R 1275: Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission vom 17. Dezember 2008 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an den Stromverbrauch elektrischer und elektronischer Haushalts- und Bürogeräte im Bereitschafts- und im Aus-Zustand (ABl. L 339 vom 18.12.2008, S. 45), geändert durch:

– 32009 R 0642: Verordnung (EG) Nr. 642/2009 der Kommission vom 22. Juli 2009 (ABl. L 191 vom 23.7.2009, S. 42)

– 32013 R 0617: Verordnung (EU) Nr. 617/2013 der Kommission vom 26. Juni 2013 (ABl. L 175 vom 27.6.2013, S. 13)

– 32013 R 0801: Verordnung (EU) Nr. 801/2013 der Kommission vom 22. August 2013 (ABl. L 225 vom 23.8.2013, S. 1)

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

– 32019 R 2021: Verordnung (EU) 2019/2021 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 241)

– 32019 R 2022: Verordnung (EU) 2019/2022 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 267)

– 32019 R 2023: Verordnung (EU) 2019/2023 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 285)

45. 32009 R 0107: Verordnung (EG) Nr. 107/2009 der Kommission vom 4. Februar 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Set-Top-Boxen (ABl. L 36 vom 5.2.2009, S. 8), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

46. 32009 R 0640: Verordnung (EG) Nr. 640/2009 der Kommission vom 22. Juli 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Elektromotoren (ABl. L 191 vom 23.7.2009, S. 26), geändert durch:

– 32014 R 0004: Verordnung (EU) Nr. 4/2014 der Kommission vom 6. Januar 2014 (ABl. L 2 vom 7.1.2014, S. 1)

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

47. 32009 R 0641: Verordnung (EG) Nr. 641/2009 der Kommission vom 22. Juli 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von externen Nassläufer-Umwälzpumpen und in Produkte integrierten Nassläufer-Umwälzpumpen (ABl. L 191 vom 23.7.2009, S. 35), geändert durch:

– 32012 R 0622: Verordnung (EU) Nr. 622/2012 der Kommission vom 11. Juli 2012 (ABl. L 180 vom 12.7.2012, S. 4)

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

– 32019 R 1781: Verordnung (EU) 2019/1781 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 74)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32008 D 0591: Beschluss 2008/591/EG der Kommission vom 30. Juni 2008 über das Ökodesign-Konsultationsforum (ABl. L 190 vom 18.7.2008, S. 22)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 5

GASGERÄTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31992 L 0042: Richtlinie 92/42/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 über die Wirkungsgrade von mit flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen beschickten neuen Warmwasserheizkesseln (ABl. L 167 vom 22.6.1992, S. 17), geändert durch:

   – 31993 L 0068: Richtlinie 93/68/EWG des Rates vom 22. Juli 1993 (ABl. L 220 vom 30.8.1993, S. 1)

   – 32005 L 0032: Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2005 (ABl. L 191 vom 22.7.2005, S. 29)

2. 32016 R 0426: Verordnung (EU) 2016/426 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Geräte zur Verbrennung gasförmiger Brennstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/142/EG

KAPITEL 6

DRUCKBEHÄLTER

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31975 L 0324: Richtlinie 75/324/EWG des Rates vom 20. Mai 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aerosolpackungen (ABl. L 147 vom 9.6.1975, S. 40), geändert durch:

   – 394 L 0001: Richtlinie 94/1/EG der Kommission vom 6. Januar 1994 (ABl. L 23 vom 28.1.1994, S. 28)

   – 32008 L 0047: Richtlinie 2008/47/EG der Kommission vom 8. April 2008 (ABl. L 96 vom 9.4.2008, S. 15)

   – 32013 L 0010: Richtlinie 2013/10/EU der Kommission vom 19. März 2013 (ABl. L 77 vom 20.3.2013, S. 20), berichtigt in ABl. L 91 vom 3.4.2013, S. 16

   – 32016 L 2037: Richtlinie (EU) 2016/2037 der Kommission vom 21. November 2016 (ABl. L 314 vom 22.11.2016, S. 11)

2. 32003 D 0525: Entscheidung 2003/525/EG der Kommission vom 18. Juli 2003 zur Verschiebung des Anwendungsdatums der Richtlinie 1999/36/EG des Rates über ortsbewegliche Druckgeräte hinsichtlich bestimmter Geräte (ABl. L 183 vom 22.7.2003, S. 45)

3. 32010 L 0035: Richtlinie 2010/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2010 über ortsbewegliche Druckgeräte und zur Aufhebung der Richtlinien des Rates 76/767/EWG, 84/525/EWG, 84/526/EWG, 84/527/EWG und 1999/36/EG (ABl. L 165 vom 30.6.2010, S. 1)

4. 32014 L 0068: Richtlinie 2014/68/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Druckgeräten auf dem Markt (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 164), berichtigt in ABl. L 157 vom 23.6.2015, S. 112

5. 32014 L 0029: Richtlinie 2014/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung einfacher Druckbehälter auf dem Markt (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 45)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31989 X 0349: Empfehlung 89/349/EWG der Kommission vom 13. April 1989 zur freiwilligen Verringerung der Fluorchlorkohlenwasserstoffe durch die europäische Aerosolindustrie (ABl. L 144 vom 27.5.1989, S. 56)

2. Dokument C1998/229/05 Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 87/404/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 über einfache Druckbehälter, geändert durch die Richtlinie 90/488/EWG des Rates vom 17. September 1990 (ABl. C 328 vom 12.12.1992, S. 3)

KAPITEL 7

MESSGERÄTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32009 L 0034: Richtlinie 2009/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 betreffend gemeinsame Vorschriften über Messgeräte sowie über Mess- und Prüfverfahren (Neufassung) (ABl. L 106 vom 28.4.2009, S. 7)

2. 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Anpassung von Rechtsakten, in denen auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle Bezug genommen wird, an Artikel 290 und 291 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

3. 31975 L 0107: Richtlinie 75/107/EWG des Rates vom 19. Dezember 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Flaschen als Maßbehältnisse (ABl. L 42 vom 15.2.1975, S. 14)

4. 31976 L 0211: Richtlinie 76/211/EWG des Rates vom 20. Januar 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Abfüllung bestimmter Erzeugnisse nach Gewicht oder Volumen in Fertigpackungen (ABl. L 46 vom 21.2.1976, S. 1), geändert durch:

   – 32007 L 0045: Richtlinie 2007/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. September 2007 (ABl. L 247 vom 21.9.2007, S. 17)

5. 31980 L 0181: Richtlinie 80/181/EWG des Rates vom 20. Dezember 1979 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Einheiten im Messwesen und zur Aufhebung der Richtlinie 71/354/EWG (ABl. L 39 vom 15.2.1980, S. 40), berichtigt in ABl. L 296 vom 15.10.1981, S. 52, geändert durch:

   – 31985 L 0001: Richtlinie 85/1/EWG des Rates vom 18. Dezember 1984 (ABl. L 2 vom 3.1.1985, S. 11)

   – 31989 L 0617: Richtlinie 89/617/EWG des Rates vom 27. November 1989 (ABl. L 357 vom 7.12.1989, S. 28)

   – 399 L 0103: Richtlinie 1999/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Januar 2000 (ABl. L 34 vom 9.2.2000, S. 17), berichtigt in ABl. L 104 vom 29.4.2000, S. 89, und ABl. L 311 vom 12.12.2000, S. 50

   – 32009 L 0003: Richtlinie 2009/3/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 114 vom 7.5.2009, S. 10)

   – 32019 L 1258: Richtlinie (EU) 2019/1258 der Kommission vom 23. Juli 2019 (ABl. L 196 vom 24.7.2019, S. 6)

6. 31987 L 0354: Richtlinie 87/354/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 zur Änderung bestimmter Richtlinien zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Industrieerzeugnisse hinsichtlich der Abkürzungszeichen für die Mitgliedstaaten (ABl. L 192 vom 11.7.1987, S. 43)

7. 32007 L 0045: Richtlinie 2007/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. September 2007 zur Festlegung von Nennfüllmengen für Erzeugnisse in Fertigpackungen, zur Aufhebung der Richtlinien 75/106/EWG und 80/232/EWG des Rates und zur Änderung der Richtlinie 76/211/EWG des Rates (ABl. L 247 vom 21.9.2007, S. 17)

8. 32011 L 0017: Richtlinie 2011/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 zur Aufhebung der Richtlinien 71/317/EWG, 71/347/EWG, 71/349/EWG, 74/148/EWG, 75/33/EWG, 76/765/EWG, 76/766/EWG und 86/217/EWG des Rates über das Messwesen (ABl. L 71 vom 18.3.2011, S. 1)

9. 32014 L 0031: Richtlinie 2014/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die Bereitstellung nichtselbsttätiger Waagen auf dem Markt (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 107), berichtigt in ABl. L 13 vom 20.1.2016, S. 57

10. 32014 L 0032: Richtlinie 2014/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Messgeräten auf dem Markt (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 149), geändert durch:

    – 32015 L 0013: Delegierte Richtlinie (EU) 2015/13 der Kommission vom 31. Oktober 2014 (ABl. L 3 vom 7.1.2015, S. 42)

KAPITEL 8

ELEKTROMATERIAL

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32008 L 0013: Richtlinie 2008/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 zur Aufhebung der Richtlinie 84/539/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die in der Veterinärmedizin eingesetzten elektrischen Geräte (ABl. L 76 vom 19.3.2008, S. 41)

2. 32014 L 0030: Richtlinie 2014/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die elektromagnetische Verträglichkeit (Neufassung) (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 79), geändert durch:

   – 32018 R 1139: Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 (ABl. L 212 vom 22.8.2018, S. 1)

3. 32014 L 0034: Richtlinie 2014/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (Neufassung) (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 309)

4. 32014 L 0035: Richtlinie 2014/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung elektrischer Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen auf dem Markt (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 357)

KAPITEL 9

TEXTILIEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32011 R 1007: Verordnung (EU) Nr. 1007/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2011 über die Bezeichnungen von Textilfasern und die damit zusammenhängende Etikettierung und Kennzeichnung der Faserzusammensetzung von Textilerzeugnissen und zur Aufhebung der Richtlinie 73/44/EWG des Rates und der Richtlinien 96/73/EG und 2008/121/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 272 vom 18.10.2011, S. 1), berichtigt in ABl. L 243 vom 18.9.2015, S. 13, geändert durch:

   – 32012 R 0286: Delegierte Verordnung (EU) 286/2012 der Kommission vom 27. Januar 2012 (ABl. L 95 vom 31.3.2012, S. 1)

   – 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

   – 32018 R 0122: Delegierte Verordnung (EU) 2018/122 der Kommission vom 20. Oktober 2017 (ABl. L 22 vom 26.1.2018, S. 3)

KAPITEL 10

ARZNEIMITTEL

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32009 L 0035: Richtlinie 2009/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Stoffe, die Arzneimitteln zum Zwecke der Färbung hinzugefügt werden dürfen (ABl. L 109 vom 30.4.2009, S. 10)

2. 32010 L 0063: Richtlinie 2010/63/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2010 zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere (ABl. L 276 vom 20.10.2010, S. 33)

3. 31993 L 0041: Richtlinie 93/41/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 zur Aufhebung der Richtlinie 87/22/EWG zur Angleichung der einzelstaatlichen Maßnahmen betreffend das Inverkehrbringen technologisch hochwertiger Arzneimittel, insbesondere aus der Biotechnologie (ABl. L 214 vom 24.8.1993, S. 40)

4. 31989 L 0105: Richtlinie 89/105/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 betreffend die Transparenz von Maßnahmen zur Regelung der Preisfestsetzung bei Arzneimitteln für den menschlichen Gebrauch und ihre Einbeziehung in die staatlichen Krankenversicherungssysteme (ABl. L 40 vom 11.2.1989, S. 8)

5. 32009 R 0470: Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Rückstände pharmakologisch wirksamer Stoffe in Lebensmitteln tierischen Ursprungs, zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 des Rates und zur Änderung der Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 152 vom 16.6.2009, S. 11)

6. 32017 R 0880: Verordnung (EU) 2017/880 der Kommission vom 23. Mai 2017 mit Regelungen über die Anwendung einer Rückstandshöchstmenge, die für einen pharmakologisch wirksamen Stoff in einem bestimmten Lebensmittel festgelegt wurde, auf ein anderes von derselben Tierart stammendes Lebensmittel bzw. die Anwendung einer Rückstandshöchstmenge, die für einen pharmakologisch wirksamen Stoff in einer oder mehreren Tierarten festgelegt wurde, auf andere Tierarten, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2017, S. 1)

7. 32017 R 0012: Durchführungsverordnung (EU) 2017/12 der Kommission vom 6. Januar 2017 hinsichtlich Form und Inhalt der Anträge auf Festsetzung von Rückstandshöchstmengen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 4 vom 7.1.2017, S. 1)

8. 32018 R 0782: Verordnung (EU) 2018/782 der Kommission vom 29. Mai 2018 zur Festlegung der Grundsätze zur Methodik der Risikobewertung und der Empfehlungen für das Risikomanagement gemäß der Verordnung (EG) Nr. 470/2009 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 5)

9. 32018 R 0470: Durchführungsverordnung (EU) 2018/470 der Kommission vom 21. März 2018 mit ausführlichen Vorschriften zu den Rückstandshöchstmengen, die bei Kontrollen von Lebensmitteln zu berücksichtigen sind, die von in der EU gemäß Artikel 11 der Richtlinie 2001/82/EG behandelten Tieren stammen (ABl. L 79 vom 22.3.2018, S. 16)

10. 32019 R 1871: Verordnung (EU) 2019/1871 der Kommission vom 7. November 2019 betreffend die Referenzwerte für Maßnahmen für nicht zulässige pharmakologisch wirksame Stoffe, die in Lebensmitteln tierischen Ursprungs enthalten sind, und zur Aufhebung der Entscheidung 2005/34/EG (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 41)

11. 32010 R 0037: Verordnung (EU) Nr. 37/2010 der Kommission vom 22. Dezember 2009 über pharmakologisch wirksame Stoffe und ihre Einstufung hinsichtlich der Rückstandshöchstmengen in Lebensmitteln tierischen Ursprungs (ABl. L 15 vom 20.1.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 293 vom 11.11.2010, S. 72, geändert durch:

– 32010 R 0890: Verordnung (EU) Nr. 890/2010 der Kommission vom 8. Oktober 2010 (ABl. L 266 vom 9.10.2010, S. 1)

– 32010 R 0914: Verordnung (EU) Nr. 914/2010 der Kommission vom 12. Oktober 2010 (ABl. L 269 vom 13.10.2010, S. 5)

– 32010 R 0758: Verordnung (EU) Nr. 758/2010 der Kommission vom 24. August 2010 (ABl. L 223 vom 25.8.2010, S. 37)

– 32010 R 0759: Verordnung (EU) Nr. 759/2010 der Kommission vom 24. August 2010 (ABl. L 223 vom 25.8.2010, S. 39)

– 32010 R 0761: Verordnung (EU) Nr. 761/2010 der Kommission vom 25. August 2010 (ABl. L 224 vom 26.8.2010, S. 1)

– 32011 R 0362: Verordnung (EU) Nr. 362/2011 der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 26)

– 32011 R 0363: Verordnung (EU) Nr. 363/2011 der Kommission vom 13. April 2011 (ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 28)

– 32012 R 0084: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 84/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 1)

– 32012 R 0085: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 85/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 4)

– 32012 R 0086: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 86/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 6)

– 32012 R 0107: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 107/2012 der Kommission vom 8. Februar 2012 (ABl. L 36 vom 9.2.2012, S. 25)

– 32012 R 0122: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 122/2012 der Kommission vom 13. Februar 2012 (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 2)

– 32012 R 0123: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 123/2012 der Kommission vom 13. Februar 2012 (ABl. L 40 vom 14.2.2012, S. 4)

– 32012 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2012 der Kommission vom 8. März 2012 (ABl. L 71 vom 9.3.2012, S. 37)

– 32012 R 0202: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 202/2012 der Kommission vom 8. März 2012 (ABl. L 71 vom 9.3.2012, S. 40)

– 32012 R 0221: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 221/2012 der Kommission vom 14. März 2012 (ABl. L 75 vom 15.3.2012, S. 7)

– 32012 R 0222: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 222/2012 der Kommission vom 14. März 2012 (ABl. L 75 vom 15.3.2012, S. 10)

– 32012 R 0436: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 436/2012 der Kommission vom 23. Mai 2012 (ABl. L 134 vom 24.5.2012, S. 10)

– 32012 R 0466: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 466/2012 der Kommission vom 1. Juni 2012 (ABl. L 143 vom 2.6.2012, S. 2)

– 32012 R 1161: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1161/2012 der Kommission vom 7. Dezember 2012 (ABl. L 336 vom 8.12.2012, S. 14)

– 32012 R 1186: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1186/2012 der Kommission vom 11. Dezember 2012 (ABl. L 338 vom 12.12.2012, S. 20)

– 32012 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1191/2012 der Kommission vom 12. Dezember 2012 (ABl. L 340 vom 13.12.2012, S. 35)

– 32013 R 0059: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 59/2013 der Kommission vom 23. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 21)

– 32013 R 0115: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 115/2013 der Kommission vom 8. Februar 2013 (ABl. L 38 vom 9.2.2013, S. 11)

– 32013 R 0116: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 116/2013 der Kommission vom 8. Februar 2013 (ABl. L 38 vom 9.2.2013, S. 14)

– 32013 R 0394: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 394/2013 der Kommission vom 29. April 2013 (ABl. L 118 vom 30.4.2013, S. 17)

– 32013 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 406/2013 der Kommission vom 2. Mai 2013 (ABl. L 121 vom 3.5.2013, S. 42)

– 32013 R 0489: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 489/2013 der Kommission vom 27. Mai 2013 (ABl. L 141 vom 28.5.2013, S. 4)

– 32013 R 1056: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1056/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 288 vom 30.10.2013, S. 60)

– 32013 R 1057: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1057/2013 der Kommission vom 29. Oktober 2013 (ABl. L 288 vom 30.10.2013, S. 63)

– 32013 R 1235: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1235/2013 der Kommission vom 2. Dezember 2013 (ABl. L 322 vom 3.12.2013, S. 21)

– 32014 R 0019: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 19/2014 der Kommission vom 10. Januar 2014 (ABl. L 8 vom 11.1.2014, S. 18)

– 32014 R 0020: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 20/2014 der Kommission vom 10. Januar 2014 (ABl. L 8 vom 11.1.2014, S. 20)

– 32014 R 0200: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 200/2014 der Kommission vom 3. März 2014 (ABl. L 62 vom 4.3.2014, S. 8)

– 32014 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2014 der Kommission vom 3. März 2014 (ABl. L 62 vom 4.3.2014, S. 10)

– 32014 R 0418: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 418/2014 der Kommission vom 24. April 2014 (ABl. L 124 vom 25.4.2014, S. 19)

– 32014 R 0676: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 676/2014 der Kommission vom 19. Juni 2014 (ABl. L 180 vom 20.6.2014, S. 5)

– 32014 R 0677: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 677/2014 der Kommission vom 19. Juni 2014 (ABl. L 180 vom 20.6.2014, S. 8)

– 32014 R 0681: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 681/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 11)

– 32014 R 0682: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 682/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 14)

– 32014 R 0683: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 683/2014 der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 17)

– 32014 R 0967: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 967/2014 der Kommission vom 12. September 2014 (ABl. L 272 vom 13.9.2014, S. 3)

– 32015 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2015/149 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 7)

– 32015 R 0150: Durchführungsverordnung (EU) 2015/150 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 10)

– 32015 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2015/151 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 13)

– 32015 R 0152: Durchführungsverordnung (EU) 2015/152 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 16)

– 32015 R 0394: Durchführungsverordnung (EU) 2015/394 der Kommission vom 10. März 2015 (ABl. L 66 vom 11.3.2015, S. 1)

– 32015 R 0446: Durchführungsverordnung (EU) 2015/446 der Kommission vom 17. März 2015 (ABl. L 74 vom 18.3.2015, S. 18)

– 32014 R 1277: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1277/2014 der Kommission vom 1. Dezember 2014 (ABl. L 346 vom 2.12.2014, S. 23)

– 32014 R 1359: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1359/2014 der Kommission vom 18. Dezember 2014 (ABl. L 365 vom 19.12.2014, S. 103)

– 32014 R 1390: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1390/2014 der Kommission vom 19. Dezember 2014 (ABl. L 369 vom 24.12.2014, S. 65)

– 32015 R 1078: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1078 der Kommission vom 3. Juli 2015 (ABl. L 175 vom 4.7.2015, S. 5)

– 32015 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1079 der Kommission vom 3. Juli 2015 (ABl. L 175 vom 4.7.2015, S. 8)

– 32015 R 1080: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1080 der Kommission vom 3. Juli 2015 (ABl. L 175 vom 4.7.2015, S. 11)

– 32015 R 1308: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1308 der Kommission vom 29. Juli 2015 (ABl. L 200 vom 30.7.2015, S. 11)

– 32015 R 1491: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1491 der Kommission vom 3. September 2015 (ABl. L 231 vom 4.9.2015, S. 7)

– 32015 R 1492: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1492 der Kommission vom 3. September 2015 (ABl. L 231 vom 4.9.2015, S. 10)

– 32015 R 1820: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1820 der Kommission vom 9. Oktober 2015 (ABl. L 265 vom 10.10.2015, S. 1)

– 32015 R 2062: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2062 der Kommission vom 17. November 2015 (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 7)

– 32016 R 0129: Durchführungsverordnung (EU) 2016/129 der Kommission vom 1. Februar 2016 (ABl. L 25 vom 2.2.2016, S. 44)

– 32016 R 0305: Durchführungsverordnung (EU) 2016/305 der Kommission vom 3. März 2016 (ABl. L 58 vom 4.3.2016, S. 35)

– 32016 R 0312: Durchführungsverordnung (EU) 2016/312 der Kommission vom 4. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 3)

– 32016 R 0576: Durchführungsverordnung (EU) 2016/576 der Kommission vom 14. April 2016 (ABl. L 99 vom 15.4.2016, S. 1)

– 32016 R 0710: Durchführungsverordnung (EU) 2016/710 der Kommission vom 12. Mai 2016 (ABl. L 125 vom 13.5.2016, S. 6)

– 32016 R 0885: Durchführungsverordnung (EU) 2016/885 der Kommission vom 3. Juni 2016 (ABl. L 148 vom 4.6.2016, S. 1)

– 32016 R 1444: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1444 der Kommission vom 31. August 2016 (ABl. L 235 vom 1.9.2016, S. 8)

– 32016 R 1834: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1834 der Kommission vom 17. Oktober 2016 (ABl. L 280 vom 18.10.2016, S. 22)

– 32016 R 2045: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2045 der Kommission vom 23. November 2016 (ABl. L 318 vom 24.11.2016, S. 3)

– 32016 R 2074: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2074 der Kommission vom 25. November 2016 (ABl. L 320 vom 26.11.2016, S. 29)

– 32017 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) 2017/201 der Kommission vom 6. Februar 2017 (ABl. L 32 vom 7.2.2017, S. 17)

– 32017 R 1558: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1558 der Kommission vom 14. September 2017 (ABl. L 237 vom 15.9.2017, S. 67)

– 32017 R 1559: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1559 der Kommission vom 14. September 2017 (ABl. L 237 vom 15.9.2017, S. 69)

– 32018 R 0520: Durchführungsverordnung (EU) 2018/520 der Kommission vom 28. März 2018 (ABl. L 87 vom 3.4.2018, S. 9)

– 32018 R 0523: Durchführungsverordnung (EU) 2018/523 der Kommission vom 28. März 2018 (ABl. L 88 vom 4.4.2018, S. 1)

– 32018 R 0721: Durchführungsverordnung (EU) 2018/721 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 5)

– 32018 R 0722: Durchführungsverordnung (EU) 2018/722 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 8)

– 32018 R 1076: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1076 der Kommission vom 30. Juli 2018 (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 41)

– 32018 R 1967: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1967 der Kommission vom 12. Dezember 2018 (ABl. L 316 vom 13.12.2018, S. 6)

– 32019 R 0238: Durchführungsverordnung (EU) 2019/238 der Kommission vom 8. Februar 2019 (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 4)

– 32019 R 1881: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1881 der Kommission vom 8. November 2019 (ABl. L 290 vom 11.11.2019, S. 8)

– 32020 R 0042: Durchführungsverordnung (EU) 2020/42 der Kommission vom 17. Januar 2020 (ABl. L 15 vom 20.1.2020, S. 2)

– 32020 R 0043: Durchführungsverordnung (EU) 2020/43 der Kommission vom 17. Januar 2020 (ABl. L 15 vom 20.1.2020, S. 5)

– 32020 R 1685: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1685 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 44)

– 32020 R 1712: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1712 der Kommission vom 16. November 2020 (ABl. L 384 vom 17.11.2020, S. 3)

– 32021 R 0621: Durchführungsverordnung (EU) 2021/621 der Kommission vom 15. April 2021 (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 120)

– 32022 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2022/634 der Kommission vom 13. April 2022 (ABl. L 117 vom 19.4.2022, S. 29)

12. 31991 L 0412: Richtlinie 91/412/EWG der Kommission vom 23. Juli 1991 zur Festlegung der Grundsätze und Leitlinien der Guten Herstellungspraxis für Tierarzneimittel (ABl. L 228 vom 17.8.1991, S. 70)

13. 31995 R 0297: Verordnung (EG) Nr. 297/95 des Rates vom 10. Februar 1995 über die Gebühren der Europäischen Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln (ABl. L 35 vom 15.2.1995, S. 1), geändert durch:

– 31998 R 2743: Verordnung (EG) Nr. 2743/98 des Rates vom 14. Dezember 1998 (ABl. L 345 vom 19.12.1998, S. 3)

– 32003 R 0494: Verordnung (EG) Nr. 494/2003 der Kommission vom 18. März 2003 (ABl. L 73 vom 19.3.2003, S. 6)

– 32005 R 1905: Verordnung (EG) Nr. 1905/2005 des Rates vom 14. November 2005 (ABl. L 304 vom 23.11.2005, S. 1)

– 32009 R 0249: Verordnung (EG) Nr. 249/2009 der Kommission vom 23. März 2009 (ABl. L 79 vom 25.3.2009, S. 34)

– 32011 R 0301: Verordnung (EU) Nr. 301/2011 der Kommission vom 28. März 2011 (ABl. L 81 vom 29.3.2011, S. 5)

– 32012 R 0273: Verordnung (EU) Nr. 273/2012 der Kommission vom 27. März 2012 (ABl. L 90 vom 28.3.2012, S. 11)

– 32013 R 0220: Verordnung (EU) Nr. 220/2013 der Kommission vom 13. März 2013 (ABl. L 70 vom 14.3.2013, S. 1)

– 32014 R 0272: Verordnung (EU) Nr. 272/2014 der Kommission vom 17. März 2014 (ABl. L 79 vom 18.3.2014, S. 37)

– 32015 R 0490: Verordnung (EU) 2015/490 der Kommission vom 23. März 2015 (ABl. L 78 vom 24.3.2015, S. 9)

– 32016 R 0461: Verordnung (EU) 2016/461 der Kommission vom 30. März 2016 (ABl. L 80 vom 31.3.2016, S. 25)

– 32017 R 0612: Verordnung (EU) 2017/612 der Kommission vom 30. März 2017 (ABl. L 86 vom 31.3.2017, S. 7)

– 32018 R 0471: Verordnung (EU) 2018/471 der Kommission vom 21. März 2018 (ABl. L 79 vom 22.3.2018, S. 19)

– 32019 R 0480: Verordnung (EU) 2019/480 der Kommission vom 22. März 2019 (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 15)

– 32020 R 0422: Verordnung (EU) 2020/422 der Kommission vom 19. März 2020 (ABl. L 84 vom 20.3.2020, S. 11)

– 32022 R 0510: Verordnung (EU) 2022/510 der Kommission vom 29. März 2022 (ABl. L 103 vom 31.3.2022, S. 3)

14. 31995 R 0540: Verordnung (EG) Nr. 540/95 der Kommission vom 10. März 1995 zur Festlegung der Bestimmungen für die Mitteilung von vermuteten unerwarteten, nicht schwerwiegenden Nebenwirkungen, die innerhalb oder außerhalb der Gemeinschaft an gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2309/93 zugelassenen Human- oder Tierarzneimitteln festgestellt werden (ABl. L 55 vom 11.3.1995, S. 5)

15. 31996 R 2141: Verordnung (EG) Nr. 2141/96 der Kommission vom 7. November 1996 über die Prüfung eines Antrags auf Übertragung einer Zulassung für ein in den Geltungsbereich der Verordnung (EWG) Nr. 2309/93 des Rates fallendes Arzneimittel (ABl. L 286 vom 8.11.1996, S. 6)

16. 32000 R 0141: Verordnung (EG) Nr. 141/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1999 über Arzneimittel für seltene Leiden (ABl. L 18 vom 22.1.2000, S. 1)

17. 32000 R 0847: Verordnung (EG) Nr. 847/2000 der Kommission vom 27. April 2000 zur Festlegung von Bestimmungen für die Anwendung der Kriterien für die Ausweisung eines Arzneimittels als Arzneimittel für seltene Leiden und von Definitionen für die Begriffe „ähnliches Arzneimittel“ und „klinische Überlegenheit“ (ABl. L 103 vom 28.4.2000, S. 5), geändert durch:

    – 32018 R 0781: Verordnung (EU) 2018/781 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 1)

18. 32001 L 0082: Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Tierarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 1), geändert durch:

    – 32004 L 0028: Richtlinie 2004/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 58)

    – 32009 L 0009: Richtlinie 2009/9/EG der Kommission vom 10. Februar 2009 (ABl. L 44 vom 14.2.2009, S. 10)

– 32009 L 0053: Richtlinie 2009/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 33)

– 32009 R 0470: Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 (ABl. L 152 vom 16.6.2009, S. 11)

19. 32001 L 0083: Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 67), geändert durch:

– 32003 L 0063: Richtlinie 2003/63/EG der Kommission vom 25. Juni 2003 (ABl. L 159 vom 27.6.2003, S. 46)

– 32002 L 0098: Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 (ABl. L 33 vom 8.2.2003, S. 30)

– 32004 L 0027: Richtlinie 2004/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 34)

– 32004 L 0024: Richtlinie 2004/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 85)

– 32006 R 1901: Verordnung (EG) Nr. 1901/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 1)

– 32007 R 1394: Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 (ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 121), berichtigt in ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 174

– 32009 L 0053: Richtlinie 2009/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 33)

– 32009 L 0120: Richtlinie 2009/120/EG der Kommission vom 14. September 2009 (ABl. L 242 vom 15.9.2009, S. 3)

– 32010 L 0084: Richtlinie 2010/84/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 (ABl. L 348 vom 31.12.2010, S. 74), berichtigt in ABl. L 21 vom 25.1.2011, S. 8, und ABl. L 276 vom 21.10.2011, S. 63

– 32011 L 0062: Richtlinie 2011/62/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 74)

– 32012 L 0026: Richtlinie 2012/26/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 (ABl. L 299 vom 27.10.2012, S. 1)

– 32017 R 0745: Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 117 vom 3.5.2019, S. 9, und ABl. L 334 vom 27.12.2019, S. 165

– 32019 R 0005: Verordnung (EU) 2019/5 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 24)

20. 32013 D 0051: Durchführungsbeschluss 2013/51/EU der Kommission vom 23. Januar 2013 über die Beurteilung des Rechtsrahmens eines Drittlandes für Wirkstoffe in Humanarzneimitteln und der entsprechenden Kontroll- und Durchsetzungsmaßnahmen gemäß Artikel 111b der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 36)

21. 32012 D 0715: Durchführungsbeschluss 2012/715/EU der Kommission vom 22. November 2012 zur Festlegung einer Liste von Drittländern mit einem Rechtsrahmen für Wirkstoffe von Humanarzneimitteln und den entsprechenden Kontroll- und Durchsetzungsmaßnahmen zur Sicherstellung eines dem der EU gleichwertigen Gesundheitsschutzniveaus gemäß der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 325 vom 23.11.2012, S. 15), geändert durch:

– 32013 D 0262: Durchführungsbeschluss 2013/262/EU der Kommission vom 4. Juni 2013 (ABl. L 152 vom 5.6.2013, S. 52)

– 32013 D 0301: Durchführungsbeschluss 2013/301/EU der Kommission vom 11. Juni 2013 (ABl. L 196 vom 21.6.2013, S. 71)

– 32013 D 0196: Durchführungsbeschluss 2013/196/EU der Kommission vom 24. April 2013 (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 22)

– 32015 D 1057: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1057 der Kommission vom 1. Juli 2015 (ABl. L 171 vom 2.7.2015, S. 23)

– 32019 D 0769: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/769 der Kommission vom 14. Mai 2019 (ABl. L 126 vom 15.5.2019, S. 70)

www.parlament.gv.at

22. 32014 R 0357: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 357/2014 der Kommission vom 3. Februar 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Situationen, in denen Wirksamkeitsstudien nach der Zulassung verlangt werden können (ABl. L 107 vom 10.4.2014, S. 1)

23. 32014 R 1252: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1252/2014 der Kommission vom 28. Mai 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Grundsätze und Leitlinien der guten Herstellungspraxis für Wirkstoffe für Humanarzneimittel (ABl. L 337 vom 25.11.2014, S. 1)

24. 32017 L 1572: Richtlinie (EU) 2017/1572 der Kommission vom 15. September 2017 zur Ergänzung der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Grundsätze und Leitlinien der Guten Herstellungspraxis für Humanarzneimittel (ABl. L 238 vom 16.9.2017, S. 44)

25. 32016 R 0161: Delegierte Verordnung (EU) 2016/161 der Kommission vom 2. Oktober 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung genauer Bestimmungen über die Sicherheitsmerkmale auf der Verpackung von Humanarzneimitteln (ABl. L 32 vom 9.2.2016, S. 1), geändert durch:

    – 32021 R 0457: Delegierte Verordnung (EU) 2021/457 der Kommission vom 13. Januar 2021 (ABl. L 91 vom 17.3.2021, S. 1)

    – 32021 R 1686: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1686 der Kommission vom 7. Juli 2021 (ABl. L 332 vom 21.9.2021, S. 1)

26. 32002 L 0098: Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG (ABl. L 33 vom 8.2.2003, S. 30)

27. 32004 L 0033: Richtlinie 2004/33/EG der Kommission vom 22. März 2004 zur Durchführung der Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich bestimmter technischer Anforderungen für Blut und Blutbestandteile (ABl. L 91 vom 30.3.2004, S. 25), geändert durch:

– 32011 L 0038: Durchführungsrichtlinie 2011/38/EU der Kommission vom 11. April 2011 (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 28)

– 32014 L 0110: Richtlinie 2014/110/EU der Kommission vom 17. Dezember 2014 (ABl. L 366 vom 20.12.2014, S. 81)

28. 32005 L 0061: Richtlinie 2005/61/EG der Kommission vom 30. September 2005 zur Durchführung der Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und die Meldung ernster Zwischenfälle und ernster unerwünschter Reaktionen (ABl. L 256 vom 1.10.2005, S. 32)

29. 32005 L 0062: Richtlinie 2005/62/EG der Kommission vom 30. September 2005 zur Durchführung der Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf gemeinschaftliche Standards und Spezifikationen für ein Qualitätssystem für Blutspendeeinrichtungen (ABl. L 256 vom 1.10.2005, S. 41), geändert durch:

– 32016 L 1214: Richtlinie (EU) 2016/1214 der Kommission vom 25. Juli 2016 (ABl. L 199 vom 26.7.2016, S. 14)

30. 32004 L 0023: Richtlinie 2004/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Spende, Beschaffung, Testung, Verarbeitung, Konservierung, Lagerung und Verteilung von menschlichen Geweben und Zellen (ABl. L 102 vom 7.4.2004, S. 48)

31. 32004 R 0273: Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 betreffend Drogenausgangsstoffe (ABl. L 47 vom 18.2.2004, S. 1), geändert durch:

– 32013 R 1258: Verordnung (EU) Nr. 1258/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 330 vom 10.12.2013, S. 21)

– 32016 R 1443: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1443 der Kommission vom 29. Juni 2016 (ABl. L 235 vom 1.9.2016, S. 6)

– 32018 R 0729: Delegierte Verordnung (EU) 2018/729 der Kommission vom 26. Februar 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 4)

– 32020 R 1737: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1737 der Kommission vom 14. Juli 2020 (ABl. L 392 vom 23.11.2020, S. 1)

– 32022 R 1518: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1518 der Kommission vom 29. März 2022 (ABl. L 236 vom 13.9.2022, S. 1)

32. 32015 R 1011: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1011 der Kommission vom 24. April 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der Gemeinschaft und Drittländern sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1277/2005 der Kommission (ABl. L 162 vom 27.6.2015, S. 12)

33. 32015 R 1013: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1013 der Kommission vom 25. Juni 2015 mit Vorschriften in Bezug auf die Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Drogenausgangsstoffe und auf die Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der Union und Drittländern (ABl. L 162 vom 27.6.2015, S. 33)

34. 32006 L 0017: Richtlinie 2006/17/EG der Kommission vom 8. Februar 2006 zur Durchführung der Richtlinie 2004/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich technischer Vorschriften für die Spende, Beschaffung und Testung von menschlichen Geweben und Zellen (ABl. L 38 vom 9.2.2006, S. 40), geändert durch:

– 32012 L 0039: Richtlinie 2012/39/EU der Kommission vom 26. November 2012 (ABl. L 327 vom 27.11.2012, S. 24)

35. 32006 L 0086: Richtlinie 2006/86/EG der Kommission vom 24. Oktober 2006 zur Umsetzung der Richtlinie 2004/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit, der Meldung schwerwiegender Zwischenfälle und unerwünschter Reaktionen sowie bestimmter technischer Anforderungen an die Kodierung, Verarbeitung, Konservierung, Lagerung und Verteilung von menschlichen Geweben und Zellen (ABl. L 294 vom 25.10.2006, S. 32), geändert durch:

– 32015 L 0565: Richtlinie (EU) 2015/565 der Kommission vom 8. April 2015 (ABl. L 93 vom 9.4.2015, S. 43)

36. 32006 R 1950: Verordnung (EG) Nr. 1950/2006 der Kommission vom 13. Dezember 2006 zur Erstellung eines Verzeichnisses von für die Behandlung von Equiden wesentlichen Stoffen gemäß der Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Tierarzneimittel (ABl. L 367 vom 22.12.2006, S. 33), geändert durch:

– 32013 R 0122: Verordnung (EU) Nr. 122/2013 der Kommission vom 12. Februar 2013 (ABl. L 42 vom 13.2.2013, S. 1)

37. 32004 R 0726: Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 1), geändert durch:

– 32007 R 1394: Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 (ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 121), berichtigt in ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 174

– 32009 R 0470: Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 (ABl. L 152 vom 16.6.2009, S. 11)

– 32010 R 1235: Verordnung (EU) Nr. 1235/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 (ABl. L 348 vom 31.12.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 138

– 32012 R 1027: Verordnung (EU) Nr. 1027/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 38)

– 32006 R 1901: Verordnung (EG) Nr. 1901/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 1)

– 32018 R 1718: Verordnung (EU) 2018/1718 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 (ABl. L 291 vom 16.11.2018, S. 3)

– 32019 R 0005: Verordnung (EU) 2019/5 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 24)

38. 32005 R 2049: Verordnung (EG) Nr. 2049/2005 der Kommission vom 15. Dezember 2005 zur Festlegung, aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, von Regeln für die Entrichtung von Gebühren an die Europäische Arzneimittel-Agentur durch Kleinstunternehmen und kleine und mittlere Unternehmen sowie für deren administrative Unterstützung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (ABl. L 329 vom 16.12.2005, S. 4)

39. 32006 R 0507: Verordnung (EG) Nr. 507/2006 der Kommission vom 29. März 2006 über die bedingte Zulassung von Humanarzneimitteln, die unter den Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates fallen (ABl. L 92 vom 30.3.2006, S. 6)

40. 32005 L 0028: Richtlinie 2005/28/EG der Kommission vom 8. April 2005 zur Festlegung von Grundsätzen und ausführlichen Leitlinien der guten klinischen Praxis für zur Anwendung beim Menschen bestimmte Prüfpräparate sowie von Anforderungen für die Erteilung einer Genehmigung zur Herstellung oder Einfuhr solcher Produkte (ABl. L 91 vom 9.4.2005, S. 13)

41. 32006 L 0130: Richtlinie 2006/130/EG der Kommission vom 11. Dezember 2006 zur Durchführung der Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Festlegung von Kriterien für die Ausnahme bestimmter Tierarzneimittel, die für zur Nahrungsmittelerzeugung genutzte Tiere bestimmt sind, von der Pflicht der tierärztlichen Verschreibung (ABl. L 349 vom 12.12.2006, S. 15)

42. 32007 R 1394: Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Arzneimittel für neuartige Therapien und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 121), berichtigt in ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 174, geändert durch:

    – 32010 R 1235: Verordnung (EU) Nr. 1235/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 (ABl. L 348 vom 31.12.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 138

43. 32008 R 1234: Verordnung (EG) Nr. 1234/2008 der Kommission vom 24. November 2008 über die Prüfung von Änderungen der Zulassungen von Human- und Tierarzneimitteln (ABl. L 334 vom 12.12.2008, S. 7), geändert durch:

    – 32012 R 0712: Verordnung (EU) Nr. 712/2012 der Kommission vom 3. August 2012 (ABl. L 209 vom 4.8.2012, S. 4)

– 32021 R 0756: Delegierte Verordnung (EU) 2021/756 der Kommission vom 24. März 2021 (ABl. L 162 vom 10.5.2021, S. 1)

44. 32007 R 0658: Verordnung (EG) Nr. 658/2007 der Kommission vom 14. Juni 2007 über finanzielle Sanktionen bei Verstößen gegen bestimmte Verpflichtungen im Zusammenhang mit Zulassungen, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates erteilt wurden (ABl. L 155 vom 15.6.2007, S. 10), geändert durch:

– 32012 R 0488: Verordnung (EU) Nr. 488/2012 der Kommission vom 8. Juni 2012 (ABl. L 150 vom 9.6.2012, S. 68), berichtigt in ABl. L 338 vom 12.12.2012, S. 44

45. 32008 D 0911: Entscheidung 2008/911/EG der Kommission vom 21. November 2008 zur Erstellung einer Liste pflanzlicher Stoffe, pflanzlicher Zubereitungen und Kombinationen davon zur Verwendung in traditionellen pflanzlichen Arzneimitteln (ABl. L 328 vom 6.12.2008, S. 42), geändert durch:

– 32010 D 0028: Entscheidung 2010/28/EG der Kommission vom 28. Juli 2009 (ABl. L 11 vom 16.1.2010, S. 12)

– 32010 D 0030: Beschluss 2010/30/EU der Kommission vom 9. Dezember 2009 (ABl. L 12 vom 19.1.2010, S. 14)

– 32010 D 0180: Beschluss 2010/180/EU der Kommission vom 25. März 2010 (ABl. L 80 vom 26.3.2010, S. 52)

– 32011 D 0785: Durchführungsbeschluss 2011/785/EU der Kommission vom 28. November 2011 (ABl. L 319 vom 2.12.2011, S. 102)

– 32012 D 0067: Durchführungsbeschluss 2012/67/EU der Kommission vom 3. Februar 2012 (ABl. L 34 vom 7.2.2012, S. 5)

– 32012 D 0068: Durchführungsbeschluss 2012/68/EU der Kommission vom 3. Februar 2012 (ABl. L 34 vom 7.2.2012, S. 8)

– 32016 D 1658: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1658 der Kommission vom 13. September 2016 (ABl. L 247 vom 15.9.2016, S. 19)

– 32016 D 1659: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1659 der Kommission vom 13. September 2016 (ABl. L 247 vom 15.9.2016, S. 22)

– 32018 D 0134: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/134 der Kommission vom 24. Januar 2018 (ABl. L 22 vom 26.1.2018, S. 41)

– 32018 D 0133: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/133 der Kommission vom 24. Januar 2018 (ABl. L 22 vom 26.1.2018, S. 36), berichtigt in ABl. L 38 vom 10.2.2018, S. 42

– 32022 D 1316: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1316 der Kommission vom 25. Juli 2022 (ABl. L 198 vom 27.7.2022, S. 22)

46. 32009 R 0668: Verordnung (EG) Nr. 668/2009 der Kommission vom 24. Juli 2009 zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Beurteilung und Zertifizierung von qualitätsbezogenen und nichtklinischen Daten zu von Kleinstunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen entwickelten Arzneimitteln für neuartige Therapien (ABl. L 194 vom 25.7.2009, S. 7)

www.parlament.gv.at

47. 32010 L 0053: Richtlinie 2010/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Transplantation bestimmte menschliche Organe (ABl. L 207 vom 6.8.2010, S. 14), berichtigt in ABl. L 243 vom 16.9.2010, S. 68

48. 32012 L 0025: Durchführungsrichtlinie 2012/25/EU der Kommission vom 9. Oktober 2012 zur Festlegung von Informationsverfahren für den Austausch von zur Transplantation bestimmten Organen zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. L 275 vom 10.10.2012, S. 27)

49. 32013 R 0198: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 198/2013 der Kommission vom 7. März 2013 über die Wahl eines Symbols für die Kennzeichnung von Humanarzneimitteln, die einer zusätzlichen Überwachung unterliegen (ABl. L 65 vom 8.3.2013, S. 17)

50. 32020 D 0569: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/569 der Kommission vom 16. April 2020 zur Festlegung eines gemeinsamen Formats für die Vorlage der von den Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie 2010/63/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere zu meldenden Informationen und deren Inhalt sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses 2012/707/EU der Kommission (ABl. L 129 vom 24.4.2020, S. 16)

51. 32012 R 0520: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 520/2012 der Kommission vom 19. Juni 2012 über die Durchführung der in der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Pharmakovigilanz-Aktivitäten (ABl. L 159 vom 20.6.2012, S. 5)

52. 32006 R 1901: Verordnung (EG) Nr. 1901/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Kinderarzneimittel und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1768/92, der Richtlinien 2001/20/EG und 2001/83/EG sowie der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 1), geändert durch:

– 32006 R 1902: Verordnung (EG) Nr. 1902/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 20)

– 32019 R 0005: Verordnung (EU) 2019/5 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 24)

53. 32014 R 0658: Verordnung (EU) Nr. 658/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Gebühren, die der Europäischen Arzneimittelagentur für die Durchführung von Pharmakovigilanz-Tätigkeiten in Bezug auf Humanarzneimittel zu entrichten sind (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 112), geändert durch:

– 32018 R 0092: Delegierte Verordnung (EU) 2018/92 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 17 vom 23.1.2018, S. 2)

– 32018 R 1298: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1298 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 244 vom 28.9.2018, S. 1)

– 32020 R 1431: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1431 der Kommission vom 14. Juli 2020 (ABl. L 331 vom 12.10.2020, S. 2)

54. 32015 L 0566: Richtlinie (EU) 2015/566 der Kommission vom 8. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2004/23/EG hinsichtlich der Verfahren zur Prüfung der Gleichwertigkeit von Qualitäts- und Sicherheitsstandards bei eingeführten Geweben und Zellen (ABl. L 93 vom 9.4.2015, S. 56)

55. 32014 R 0536: Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 311 vom 17.11.2016, S. 25, geändert durch:

– 32022 R 0641: Verordnung (EU) 2022/641 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. April 2022 (ABl. L 118 vom 20.4.2022, S. 1)

– 32022 R 2239: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2239 der Kommission vom 6. September 2022 (ABl. L 294 vom 15.11.2022, S. 5)

56. 32017 R 1569: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1569 der Kommission vom 23. Mai 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung von Grundsätzen und Leitlinien für die Gute Herstellungspraxis bei Prüfpräparaten, die zur Anwendung beim Menschen bestimmt sind, und der Einzelheiten von Inspektionen (ABl. L 238 vom 16.9.2017, S. 12)

57. 32021 D 1240: Beschluss (EU) 2021/1240 der Kommission vom 13. Juli 2021 über die Übereinstimmung des EU-Portals und der EU-Datenbank für klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln mit den Anforderungen gemäß Artikel 82 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 275 vom 31.7.2021, S. 1)

58. 32022 R 0020: Durchführungsverordnung (EU) 2022/20 der Kommission vom 7. Januar 2022 zur Festlegung der Regeln für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Zusammenhang mit den Vorschriften und Verfahren für die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Sicherheitsbeurteilung von klinischen Prüfungen (ABl. L 5 vom 10.1.2022, S. 14)

59. 32014 R 0699: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 699/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 über die Gestaltung des gemeinsamen Logos zur Identifizierung von Personen, die der Öffentlichkeit Arzneimittel zum Verkauf im Fernabsatz anbieten, und über die technischen, elektronischen und kryptografischen Anforderungen zur Überprüfung der Echtheit desselben (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 5)

60. 32020 R 1043: Verordnung (EU) 2020/1043 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 über die Durchführung klinischer Prüfungen mit genetisch veränderte Organismen enthaltenden oder aus solchen bestehenden Humanarzneimitteln zur Behandlung oder Verhütung der Coronavirus-Erkrankung (COVID-19) und deren Abgabe (ABl. L 231 vom 17.7.2020, S. 12)

61. 32017 R 0556: Durchführungsverordnung (EU) 2017/556 der Kommission vom 24. März 2017 über die Einzelheiten der Inspektionsverfahren hinsichtlich der guten klinischen Praxis gemäß der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 80 vom 25.3.2017, S. 7)

62. 32019 R 0006: Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über Tierarzneimittel und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/82/EG (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 43), geändert durch:

    – 32021 R 0805: Delegierte Verordnung (EU) 2021/805 der Kommission vom 8. März 2021 (ABl. L 180 vom 21.5.2021, S. 3)

63. 32021 R 0016: Durchführungsverordnung (EU) 2021/16 der Kommission vom 8. Januar 2021 zur Festlegung der erforderlichen Maßnahmen und praktischen Modalitäten für die Datenbank der Union für Tierarzneimittel (Produktdatenbank der Union) (ABl. L 7 vom 11.1.2021, S. 1)

64. 32021 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) 2021/17 der Kommission vom 8. Januar 2021 zur Erstellung einer Liste der Änderungen, die keine Bewertung erfordern, gemäß der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 7 vom 11.1.2021, S. 22)

65. 32021 R 0578: Delegierte Verordnung (EU) 2021/578 der Kommission vom 29. Januar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Anforderungen an die Erhebung von Daten über das Verkaufsvolumen und die Anwendung von antimikrobiellen Arzneimitteln bei Tieren (ABl. L 123 vom 9.4.2021, S. 7)

66. 32021 R 1904: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1904 der Kommission vom 29. Oktober 2021 zur Festlegung der Gestaltung eines gemeinsamen Logos für den Einzelhandel mit Tierarzneimitteln im Fernabsatz (ABl. L 387 vom 3.11.2021, S. 133)

67. 32021 R 1248: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1248 der Kommission vom 29. Juli 2021 über Maßnahmen zur guten Vertriebspraxis für Tierarzneimittel gemäß der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 272 vom 30.7.2021, S. 46)

68. 32021 R 1280: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1280 der Kommission vom 2. August 2021 über Maßnahmen zur guten Vertriebspraxis für Wirkstoffe, die als Ausgangsstoffe für Tierarzneimittel verwendet werden, gemäß der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 279 vom 3.8.2021, S. 1)

69. 32021 R 1760: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1760 der Kommission vom 26. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Kriterien für die Bestimmung antimikrobieller Wirkstoffe, die der Behandlung bestimmter Infektionen beim Menschen vorbehalten bleiben müssen (ABl. L 353 vom 6.10.2021, S. 1)

70. 32022 R 0209: Durchführungsverordnung (EU) 2022/209 der Kommission vom 16. Februar 2022 zur Festlegung des Formats der zu erhebenden und zu meldenden Daten für die Bestimmung des Verkaufsvolumens und der Anwendung von antimikrobiellen Arzneimitteln bei Tieren gemäß der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 35 vom 17.2.2022, S. 7)

71. 32022 R 0839: Verordnung (EU) 2022/839 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 zur Festlegung von Übergangsbestimmungen für die Verpackung und Kennzeichnung von Tierarzneimitteln, die gemäß der Richtlinie 2001/82/EG oder der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 zugelassen oder registriert wurden (ABl. L 148 vom 31.5.2022, S. 6)

72. 32021 R 1281: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1281 der Kommission vom 2. August 2021 mit Bestimmungen zur Anwendung der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die gute Pharmakovigilanz-Praxis sowie das Format, den Inhalt und die Zusammenfassung der Pharmakovigilanz-Stammdokumentation für Tierarzneimittel (ABl. L 279 vom 3.8.2021, S. 15)

73. 32022 R 1255: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1255 der Kommission vom 19. Juli 2022 zur Bestimmung von antimikrobiellen Wirkstoffen oder von Gruppen antimikrobieller Wirkstoffe, die gemäß der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates der Behandlung bestimmter Infektionen beim Menschen vorbehalten bleiben müssen (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 58)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. Mitteilung der Kommission zur Frage der Vereinbarkeit der von den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Arzneimittel-Preiskontrolle und der -Kostenerstattung getroffenen Maßnahmen mit Artikel 30 EWG-Vertrag (ABl. C 310 vom 4.12.1986, S. 7)

www.parlament.gv.at

2. Mitteilung der Kommission über Parallelimporte von Arzneispezialitäten, deren Inverkehrbringen bereits genehmigt ist (ABl. C 115 vom 6.5.1982, S. 5)

3. 32010 D 0453: Beschluss 2010/453/EU der Kommission vom 3. August 2010 zur Festlegung von Leitlinien für die Bedingungen der Inspektionen und Kontrollmaßnahmen sowie für die Ausbildung und Qualifikation der Bediensteten im Bereich menschlicher Gewebe und Zellen gemäß der Richtlinie 2004/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 213 vom 13.8.2010, S. 48)

KAPITEL 11

DÜNGEMITTEL

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32019 R 1009: Verordnung (EU) 2019/1009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 mit Vorschriften für die Bereitstellung von EU-Düngeprodukten auf dem Markt und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1069/2009 und (EG) Nr. 1107/2009 sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2003/2003 (ABl. L 170 vom 25.6.2019, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 1768: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1768 der Kommission vom 23. Juni 2021 (ABl. L 356 vom 8.10.2021, S. 8)

   – 32021 R 2086: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2086 der Kommission vom 5. Juli 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 120)

   – 32021 R 2087: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2087 der Kommission vom 6. Juli 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 130)

   – 32021 R 2088: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2088 der Kommission vom 7. Juli 2021 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 140)

   – 32022 R 1171: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1171 der Kommission vom 22. März 2022 (ABl. L 183 vom 8.7.2022, S. 2)

– 32022 R 1519: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1519 der Kommission vom 5. Mai 2022 (ABl. L 236 vom 13.9.2022, S. 5)

2. 32022 R 0973: Delegierte Verordnung (EU) 2022/973 der Kommission vom 14. März 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1009 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung von Kriterien für agronomische Wirksamkeit und Sicherheit bei der Verwendung von Nebenprodukten in EU-Düngeprodukten (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 29)

3. 32006 D 0347: Entscheidung 2006/347/EG der Kommission vom 3. Januar 2006 zu vom Königreich Schweden gemäß Artikel 95 Absatz 4 EG-Vertrag mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den höchsten zulässigen Cadmiumgehalt von Düngemitteln (ABl. L 129 vom 17.5.2006, S. 19)

4. 32006 D 0348: Entscheidung 2006/348/EG der Kommission vom 3. Januar 2006 zu von der Republik Finnland gemäß Artikel 95 Absatz 4 EG-Vertrag mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den höchsten zulässigen Cadmiumgehalt von Düngemitteln (ABl. L 129 vom 17.5.2006, S. 25)

5. 32006 D 0349: Entscheidung 2006/349/EG der Kommission vom 3. Januar 2006 zu von der Republik Österreich gemäß Artikel 95 Absatz 4 EG-Vertrag mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den höchsten zulässigen Cadmiumgehalt von Düngemitteln (ABl. L 129 vom 17.5.2006, S. 31)

6. 32006 D 0390: Entscheidung 2006/390/EG der Kommission vom 24. Mai 2006 zu von der Tschechischen Republik nach Artikel 95 Absatz 4 EG-Vertrag mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den höchsten zulässigen Cadmiumgehalt von Düngemitteln (ABl. L 150 vom 3.6.2006, S. 17)

7. 32020 D 1178: Beschluss (EU) 2020/1178 der Kommission vom 27. Juli 2020 zu vom Königreich Dänemark gemäß Artikel 114 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den Cadmiumgehalt in Düngemittel (ABl. L 259 vom 10.8.2020, S. 14)

8. 32020 D 1184: Beschluss (EU) 2020/1184 der Kommission vom 17. Juli 2020 zu von Ungarn gemäß Artikel 114 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den Cadmiumgehalt in Phosphatdüngern (ABl. L 261 vom 11.8.2020, S. 42)

9. 32020 D 1205: Beschluss (EU) 2020/1205 der Kommission vom 6. August 2020 zu den von der Slowakischen Republik gemäß Artikel 114 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union mitgeteilten einzelstaatlichen Bestimmungen über den Cadmiumgehalt von Phosphatdüngern (ABl. L 270 vom 18.8.2020, S. 7)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52021 X C0407(04): Mitteilung der Kommission über die Gestaltung des Etiketts auf EU-Düngeprodukten gemäß Anhang III der Verordnung (EU) 2019/1009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 119 vom 7.4.2021, S. 1)

KAPITEL 12

GEFÄHRLICHE STOFFE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32004 L 0010: Richtlinie 2004/10/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Grundsätze der Guten Laborpraxis und zur Kontrolle ihrer Anwendung bei Versuchen mit chemischen Stoffen (ABl. L 50 vom 20.2.2004, S. 44)

2. 32004 L 0009: Richtlinie 2004/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über die Inspektion und Überprüfung der Guten Laborpraxis (GLP) (ABl. L 50 vom 20.2.2004, S. 28)

3. 31994 D 0643: Entscheidung 94/643/EG der Kommission vom 12. September 1994 über die Widerrufung der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Cyhalothrin (ABl. L 249 vom 24.9.1994, S. 18)

4. 31997 R 0142: Verordnung (EG) Nr. 142/97 der Kommission vom 27. Januar 1997 über die in der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 vorgesehene Übermittlung von Informationen über bestimmte chemische Altstoffe (ABl. L 25 vom 28.1.1997, S. 11)

5. 31999 R 2161: Verordnung (EG) Nr. 2161/1999 der Kommission vom 12. Oktober 1999 über weitere verpflichtende Prüfungen für Importeure oder Hersteller eines bestimmten Stoffes gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates (ABl. L 265 vom 13.10.1999, S. 11)

6. 32000 D 0166: Entscheidung 2000/166/EG der Kommission vom 23. Februar 2000 zur Verlängerung des für vorläufige Zulassungen des neuen Wirkstoffs Quinoxyfen vorgesehenen Zeitraums (ABl. L 52 vom 25.2.2000, S. 44)

7. 32000 D 0657: Beschluss 2000/657/EG der Kommission vom 16. Oktober 2000 zum Erlass der Entscheidungen der Gemeinschaft gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2455/92 des Rates betreffend die Ausfuhr und Einfuhr bestimmter gefährlicher Chemikalien (ABl. L 275 vom 27.10.2000, S. 44), geändert durch:

   – 32004 R 0886: Verordnung (EG) Nr. 886/2004 der Kommission vom 4. März 2004 (ABl. L 168 vom 1.5.2004, S. 14)

   – 32006 R 1792: Verordnung (EG) Nr. 1792/2006 der Kommission vom 23. Oktober 2006 (ABl. L 362 vom 20.12.2006, S. 1)

   – 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

8. 32001 R 2592: Verordnung (EG) Nr. 2592/2001 der Kommission vom 28. Dezember 2001 über weitere Informations- und Prüfungsanforderungen an Hersteller und Importeure bestimmter mit Vorrang zu prüfender Stoffe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 zur Bewertung und Kontrolle der Umweltrisiken chemischer Altstoffe (ABl. L 345 vom 29.12.2001, S. 25)

9. 32012 R 0528: Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (ABl. L 167 vom 27.6.2012, S. 1), geändert durch:

– 32013 R 0736: Delegierte Verordnung (EU) 736/2013 der Kommission vom 17. Mai 2013 (ABl. L 204 vom 31.7.2013, S. 25)

– 32013 R 0837: Delegierte Verordnung (EU) 837/2013 der Kommission vom 25. Juni 2013 (ABl. L 234 vom 3.9.2013, S. 1)

– 32014 R 0334: Verordnung (EU) Nr. 334/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 (ABl. L 103 vom 5.4.2014, S. 22)

– 32019 R 1819: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1819 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 1)

– 32019 R 1820: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1820 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 4)

– 32019 R 1821: Delegierte Verordnung 2019/1821 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 7)

– 32019 R 1822: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1822 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 10)

– 32019 R 1823: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1823 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 13)

– 32019 R 1824: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1824 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 16)

– 32019 R 1825: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1825 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 19)

10. 32013 R 0945: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 945/2013 der Kommission vom 2. Oktober 2013 zur Genehmigung von Cypermethrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 261 vom 3.10.2013, S. 23)

11. 32013 R 0955: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 955/2013 der Kommission vom 4. Oktober 2013 über die Zulassung von Propiconazol als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten des Produkttyps 9 (ABl. L 263 vom 5.10.2013, S. 7)

12. 32013 R 1032: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1032/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von Bromessigsäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 4 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 22)

13. 32013 R 1033: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1033/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 über die Zulassung von Kupfersulfat-Pentahydrat als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 2 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 25)

14. 32013 R 1034: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1034/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von Phosphin freisetzendem Aluminiumphosphid als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 20 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 28)

15. 32013 R 1035: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1035/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von Benzoesäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 3 und 4 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 31)

16. 32013 R 1036: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1036/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 über die Zulassung von Etofenprox als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 35)

17. 32013 R 1037: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1037/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von IPBC als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 6 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 38)

18. 32013 R 1038: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1038/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von Tebuconazol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 7 und 10 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 40)

19. 32013 R 1039: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1039/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Änderung der Zulassung von Nonansäure als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 2 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 43)

20. 32013 R 0354: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 354/2013 der Kommission vom 18. April 2013 über Änderungen von gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates zugelassenen Biozidprodukten (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 4)

21. 32013 R 0564: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 564/2013 der Kommission vom 18. Juni 2013 über die an die Europäische Chemikalienagentur zu entrichtenden Gebühren und Abgaben gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (ABl. L 167 vom 19.6.2013, S. 17)

22. 32014 R 0088: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 88/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 zur Festlegung eines Verfahrens zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (ABl. L 32 vom 1.2.2014, S. 3)

23. 32014 R 0089: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 89/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 zur Genehmigung von Bis-(N-cyclohexyldiazeniumdioxy)-Kupfer (Cu-HDO) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 32 vom 1.2.2014, S. 6)

24. 32014 R 0090: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 90/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 zur Genehmigung von Decansäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 4, 18 und 19 (ABl. L 32 vom 1.2.2014, S. 9)

25. 32014 R 0091: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 91/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 zur Genehmigung von S-Methopren als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 32 vom 1.2.2014, S. 13)

26. 32014 R 0092: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 92/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 über die Zulassung von Zineb als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten des Produkttyps 21 (ABl. L 32 vom 1.2.2014, S. 16)

27. 32014 R 0093: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 93/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 zur Genehmigung von Octansäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 4 und 18 (ABl. L 32 vom 1.2.2014, S. 19)

28. 32014 R 0094: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 94/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 zur Genehmigung von Iod, einschließlich Polyvinylpyrrolidon-Iod, als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 3, 4 und 22 (ABl. L 32 vom 1.2.2014, S. 23)

29. 32014 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 405/2014 der Kommission vom 23. April 2014 zur Genehmigung von Laurinsäure als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 19 (ABl. L 121 vom 24.4.2014, S. 8)

30. 32014 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 406/2014 der Kommission vom 23. April 2014 zur Genehmigung von Ethylbutylacetylaminopropionat als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 19 (ABl. L 121 vom 24.4.2014, S. 11)

31. 32014 R 0407: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 407/2014 der Kommission vom 23. April 2014 über die Zulassung von Transfluthrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten des Produkttyps 18 (ABl. L 121 vom 24.4.2014, S. 14)

32. 32014 R 0408: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 408/2014 der Kommission vom 23. April 2014 zur Genehmigung von synthetischem amorphem Siliciumdioxid als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 121 vom 24.4.2014, S. 17)

33. 32014 D 0227: Durchführungsbeschluss 2014/227/EU der Kommission vom 24. April 2014 über die Nichtgenehmigung bestimmter biozider Wirkstoffe gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 124 vom 25.4.2014, S. 27)

34. 32014 R 0437: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 437/2014 der Kommission vom 29. April 2014 über die Zulassung von 4,5-Dichlor-2-octyl-2H-isothiazol-3-on als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 128 vom 30.4.2014, S. 64)

35. 32014 R 0438: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 438/2014 der Kommission vom 29. April 2014 zur Genehmigung von Cyproconazol als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 128 vom 30.4.2014, S. 68)

36. 32014 R 1062: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1062/2014 der Kommission vom 4. August 2014 über das Arbeitsprogramm zur systematischen Prüfung aller in Biozidprodukten enthaltenen alten Wirkstoffe gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 294 vom 10.10.2014, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 0698: Delegierte Verordnung (EU) 2017/698 der Kommission vom 3. Februar 2017 (ABl. L 103 vom 19.4.2017, S. 1)

   – 32019 R 0157: Delegierte Verordnung (EU) 2019/157 der Kommission vom 6. November 2018 (ABl. L 31 vom 1.2.2019, S. 1)

   – 32019 R 0227: Delegierte Verordnung (EU) 2019/227 der Kommission vom 28. November 2018 (ABl. L 37 vom 8.2.2019, S. 1)

37. 32014 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1090/2014 der Kommission vom 16. Oktober 2014 zur Genehmigung von Permethrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 8 und 18 (ABl. L 299 vom 17.10.2014, S. 10)

38. 32014 R 1091: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1091/2014 der Kommission vom 16. Oktober 2014 zur Genehmigung von Tralopyril als neuen Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 299 vom 17.10.2014, S. 15)

39. 32014 R 0492: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 492/2014 der Kommission vom 7. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Bestimmungen für die Verlängerung von Zulassungen für Biozidprodukte, die Gegenstand der gegenseitigen Anerkennung waren (ABl. L 139 vom 14.5.2014, S. 1)

40. 32014 D 0397: Durchführungsbeschluss 2014/397/EU der Kommission vom 25. Juni 2014 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Difethialon und Difenacoum zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 186 vom 26.6.2014, S. 111)

41. 32014 D 0402: Durchführungsbeschluss 2014/402/EU der Kommission vom 25. Juni 2014 über die von Deutschland gemäß der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates gemeldeten Beschränkungen der Zulassung von IPBC-haltigen Biozidprodukten (ABl. L 188 vom 27.6.2014, S. 85)

42. 32015 D 0646: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/646 der Kommission vom 23. April 2015 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Bakterienkulturen, die zur Verringerung organischer Feststoffe bestimmt sind und zu diesem Zweck in Verkehr gebracht werden sollen (ABl. L 106 vom 24.4.2015, S. 79)

43. 32015 D 0655: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/655 der Kommission vom 23. April 2015 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend eine Formulierung auf der Basis von Polydimethylsiloxan, die zur Mückenbekämpfung in Verkehr gebracht wird (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 75)

44. 32015 R 1609: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1609 der Kommission vom 24. September 2015 zur Genehmigung von Propiconazol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 7 (ABl. L 249 vom 25.9.2015, S. 17)

45. 32015 R 1610: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1610 der Kommission vom 24. September 2015 zur Genehmigung von *Pythium oligandrum* Stamm M1 als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 10 (ABl. L 249 vom 25.9.2015, S. 20)

46. 32015 R 1726: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1726 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von 2-Methyl-3(2H)-isothiazolon als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 13 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 14)

47. 32015 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1727 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von 5-Chlor-2-(4-chlorphenoxy)phenol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2 und 4 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 17)

48. 32015 R 1728: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1728 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von IPBC als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 13 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 21)

49. 32015 R 1729: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1729 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von Kaliumsorbat als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 24)

50. 32015 R 1730: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1730 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von Wasserstoffperoxid als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2, 3, 4, 5 und 6 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 27)

51. 32015 R 1731: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1731 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von Medetomidin als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 33)

52. 32015 D 1736: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1736 der Kommission vom 28. September 2015 zur Nichtgenehmigung von Triflumuron als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 56)

53. 32015 D 1737: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1737 der Kommission vom 28. September 2015 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Bromadiolon, Chlorophacinon und Coumatetralyl zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 58)

54. 32015 D 1751: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1751 der Kommission vom 29. September 2015 über die Bedingungen der Zulassung eines Bromadiolon enthaltenden Biozidprodukts, mit denen das Vereinigte Königreich gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates die Kommission befasst hat (ABl. L 256 vom 1.10.2015, S. 15)

55. 32015 R 1757: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1757 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von Folpet als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 6 (ABl. L 257 vom 2.10.2015, S. 12)

56. 32015 R 1758: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1758 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von Folpet als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 7 und 9 (ABl. L 257 vom 2.10.2015, S. 15)

57. 32015 R 1759: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1759 der Kommission vom 28. September 2015 zur Genehmigung von Glutaraldehyd als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2, 3, 4, 6, 11 und 12 (ABl. L 257 vom 2.10.2015, S. 19)

58. 32015 R 1981: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1981 der Kommission vom 4. November 2015 zur Genehmigung von aus N,N'-Methylenbismorpholin freigesetztem Formaldehyd als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 6 und 13 (ABl. L 289 vom 5.11.2015, S. 9)

59. 32015 R 1982: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1982 der Kommission vom 4. November 2015 zur Genehmigung von Hexaflumuron als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 289 vom 5.11.2015, S. 13)

60. 32015 D 1985: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1985 der Kommission vom 4. November 2015 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein mit Zitronensäure imprägniertes antivirales Papiertaschentuch (ABl. L 289 vom 5.11.2015, S. 26)

61. 32016 D 0903: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/903 der Kommission vom 8. Juni 2016 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend eine mit Permethrin beschichtete Pferdedecke zur Bekämpfung von Lästlingen im Umfeld von Pferden (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 43)

62. 32016 D 0904: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/904 der Kommission vom 8. Juni 2016 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über 2-Propanol-haltige Produkte für die Händedesinfektion (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 45)

63. 32016 D 1174: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1174 der Kommission vom 15. Juli 2016 über die Bedingungen der Zulassung eines Difenacoum enthaltenden Biozidprodukts, mit denen Spanien gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates die Kommission befasst hat (ABl. L 193 vom 19.7.2016, S. 110)

64. 32016 D 1175: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1175 der Kommission vom 15. Juli 2016 über die Bedingungen der Zulassung eines spinosadhaltigen Biozidprodukts, mit denen das Vereinigte Königreich gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates die Kommission befasst hat (ABl. L 193 vom 19.7.2016, S. 113)

65. 32000 R 1896: Verordnung (EG) Nr. 1896/2000 der Kommission vom 7. September 2000 über die erste Phase des Programms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Biozid-Produkte (ABl. L 228 vom 8.9.2000, S. 6)

66. 32002 R 1687: Verordnung (EG) Nr. 1687/2002 der Kommission vom 25. September 2002 über eine zusätzliche Frist für die Notifizierung bestimmter Wirkstoffe, die zur Verwendung in Biozid-Produkten bereits in Verkehr waren, gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1896/2000 (ABl. L 258 vom 26.9.2002, S. 15)

67. 32011 L 0065: Richtlinie 2011/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 88), berichtigt in ABl. L 44 vom 14.2.2014, S. 55, und ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 32, geändert durch:

– 32012 L 0050: Delegierte Richtlinie 2012/50/EU der Kommission vom 10. Oktober 2012 (ABl. L 348 vom 18.12.2012, S. 16)

– 32012 L 0051: Delegierte Richtlinie 2012/51/EU der Kommission vom 10. Oktober 2012 (ABl. L 348 vom 18.12.2013, S. 18)

– 32014 L 0001: Delegierte Richtlinie 2014/1/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 45)

– 32014 L 0002: Delegierte Richtlinie 2014/2/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 47)

– 32014 L 0003: Delegierte Richtlinie 2014/3/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 49)

– 32014 L 0004: Delegierte Richtlinie 2014/4/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 51)

– 32014 L 0005: Delegierte Richtlinie 2014/5/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 53)

– 32014 L 0006: Delegierte Richtlinie 2014/6/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 55)

– 32014 L 0007: Delegierte Richtlinie 2014/7/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 57)

– 32014 L 0008: Delegierte Richtlinie 2014/8/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 59)

– 32014 L 0009: Delegierte Richtlinie 2014/9/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 61)

– 32014 L 0010: Delegierte Richtlinie 2014/10/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 63)

– 32014 L 0011: Delegierte Richtlinie 2014/11/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 65)

– 32014 L 0012: Delegierte Richtlinie 2014/12/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 67)

– 32014 L 0013: Delegierte Richtlinie 2014/13/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 69)

– 32014 L 0014: Delegierte Richtlinie 2014/14/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 71)

– 32014 L 0015: Delegierte Richtlinie 2014/15/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 73)

– 32014 L 0016: Delegierte Richtlinie 2014/16/EU der Kommission vom 18. Oktober 2013 (ABl. L 4 vom 9.1.2014, S. 75)

– 32014 L 0069: Delegierte Richtlinie 2014/69/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 72)

– 32014 L 0070: Delegierte Richtlinie 2014/70/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 74)

– 32014 L 0071: Delegierte Richtlinie 2014/71/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 76)

– 32014 L 0072: Delegierte Richtlinie 2014/72/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 78)

– 32014 L 0073: Delegierte Richtlinie 2014/73/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 80)

– 32014 L 0074: Delegierte Richtlinie 2014/74/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 82)

– 32014 L 0075: Delegierte Richtlinie 2014/75/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 84)

– 32014 L 0076: Delegierte Richtlinie 2014/76/EU der Kommission vom 13. März 2014 (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 86)

– 32015 L 0573: Delegierte Richtlinie (EU) 2015/573 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 94 vom 10.4.2015, S. 4)

– 32015 L 0574: Delegierte Richtlinie (EU) 2015/574 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 94 vom 10.4.2015, S. 6)

– 32015 L 0863: Delegierte Richtlinie (EU) 2015/863 der Kommission vom 31. März 2015 (ABl. L 137 vom 4.6.2015, S. 10)

– 32016 L 0585: Delegierte Richtlinie (EU) 2016/585 der Kommission vom 12. Februar 2016 (ABl. L 101 vom 16.4.2016, S. 12)

– 32016 L 1028: Delegierte Richtlinie (EU) 2016/1028 der Kommission vom 19. April 2016 (ABl. L 168 vom 25.6.2016, S. 13)

– 32016 L 1029: Delegierte Richtlinie (EU) 2016/1029 der Kommission vom 19. April 2016 (ABl. L 168 vom 25.6.2016, S. 15)

– 32017 L 1009: Delegierte Richtlinie (EU) 2017/1009 der Kommission vom 13. März 2017 (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 21)

– 32017 L 1010: Delegierte Richtlinie (EU) 2017/1010 der Kommission vom 13. März 2017 (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 23)

– 32017 L 1011: Delegierte Richtlinie (EU) 2017/1011 der Kommission vom 15. März 2017 (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 25)

– 32017 L 1975: Delegierte Richtlinie (EU) 2017/1975 der Kommission vom 7. August 2017 (ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 29), berichtigt in ABl. L 285 vom 1.11.2017, S. 32

– 32017 L 2102: Richtlinie (EU) 2017/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 (ABl. L 305 vom 21.11.2017, S. 8)

– 32018 L 0736: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/736 der Kommission vom 27. Februar 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 94)

– 32018 L 0737: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/737 der Kommission vom 27. Februar 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 97)

– 32018 L 0738: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/738 der Kommission vom 27. Februar 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 100)

– 32018 L 0739: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/739 der Kommission vom 1. März 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 103)

– 32018 L 0740: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/740 der Kommission vom 1. März 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 106)

– 32018 L 0741: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/741 der Kommission vom 1. März 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 109)

– 32018 L 0742: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/742 der Kommission vom 1. März 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 112)

– 32019 L 0169: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/169 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 5)

– 32019 L 0170: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/170 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 8)

– 32019 L 0171: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/171 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 11)

– 32019 L 0172: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/172 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 14)

– 32019 L 0173: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/173 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 17)

– 32019 L 0174: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/174 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 20)

– 32019 L 0175: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/175 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 23)

– 32019 L 0176: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/176 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 26)

– 32019 L 0177: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/177 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 29)

– 32019 L 0178: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/178 der Kommission vom 16. November 2018 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 32)

– 32019 L 1845: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/1845 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 283 vom 5.11.2019, S. 38)

– 32019 L 1846: Delegierte Richtlinie (EU) 2019/1846 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 283 vom 5.11.2019, S. 41)

– 32020 L 0360: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/360 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 109)

– 32020 L 0361: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/361 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 112)

– 32020 L 0364: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/364 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 122)

– 32020 L 0365: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/365 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 125)

– 32020 L 0366: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/366 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 129)

– 32021 L 0647: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/647 der Kommission vom 15. Januar 2021 (ABl. L 133 vom 20.4.2021, S. 54)

– 32021 L 0884: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/884 der Kommission vom 8. März 2021 (ABl. L 194 vom 2.6.2021, S. 37)

– 32021 L 1978: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1978 der Kommission vom 11. August 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 65)

– 32021 L 1979: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1979 der Kommission vom 11. August 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 69)

– 32021 L 1980: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1980 der Kommission vom 11. August 2021 (ABl. L 402 vom 15.11.2021, S. 73)

– 32022 L 0274: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/274 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 25)

– 32022 L 0275: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/275 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 29)

– 32022 L 0276: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/276 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 32)

– 32022 L 0277: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/277 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 35)

– 32022 L 0278: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/278 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 38)

– 32022 L 0279: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/279 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 41)

– 32022 L 0280: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/280 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 44)

– 32022 L 0281: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/281 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 47)

– 32022 L 0282: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/282 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 51)

– 32022 L 0283: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/283 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 54)

– 32022 L 0284: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/284 der Kommission vom 16. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 57)

– 32022 L 0287: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/287 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 64)

– 32022 L 1631: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/1631 der Kommission vom 12. Mai 2022 (ABl. L 245 vom 22.9.2022, S. 45)

– 32022 L 1632: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/1632 der Kommission vom 12. Mai 2022 (ABl. L 245 vom 22.9.2022, S. 48)

68. 32005 R 0642: Verordnung (EG) Nr. 642/2005 der Kommission vom 27. April 2005 über Prüf- und Informationsanforderungen an Importeure und Hersteller bestimmter prioritärer Stoffe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 zur Bewertung und Kontrolle der Risiken chemischer Altstoffe (ABl. L 107 vom 28.4.2005, S. 14)

69. 32004 R 0648: Verordnung (EG) Nr. 648/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über Detergenzien (ABl. L 104 vom 8.4.2004, S. 1), geändert durch:

– 32006 R 0907: Verordnung (EG) Nr. 907/2006 der Kommission vom 20. Juni 2006 (ABl. L 168 vom 21.6.2006, S. 5)

– 32008 R 1336: Verordnung (EG) Nr. 1336/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 60)

– 32009R0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

– 32009 R 0551: Verordnung (EG) Nr. 551/2009 der Kommission vom 25. Juni 2009 (ABl. L 164 vom 26.6.2009, S. 3)

– 32012 R 0259: Verordnung (EU) Nr. 259/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 (ABl. L 94 vom 30.3.2012, S. 16)

70. 32006 R 0565: Verordnung (EG) Nr. 565/2006 der Kommission vom 6. April 2006 über Prüf- und Informationsanforderungen an Importeure und Hersteller bestimmter prioritärer Stoffe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 zur Bewertung und Kontrolle der Umweltrisiken chemischer Altstoffe (ABl. L 99 vom 7.4.2006, S. 3)

71. 32019 R 1021: Verordnung (EU) 2019/1021 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über persistente organische Schadstoffe (Neufassung) (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 45), berichtigt in ABl. L 179I vom 9.6.2020, S. 4, ABl. L 220 vom 9.7.2020, S. 11, und ABl. L 328 vom 22.12.2022, S. 169, geändert durch:

– 32020 R 0784: Delegierte Verordnung (EU) 2020/784 der Kommission vom 8. April 2020 (ABl. L 188I vom 15.6.2020, S. 1)

– 32020 R 1203: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1203 der Kommission vom 9. Juni 2020 (ABl. L 270 vom 18.8.2020, S. 1)

– 32020 R 1204: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1204 der Kommission vom 9. Juni 2020 (ABl. L 270 vom 18.8.2020, S. 4)

– 32021 R 0115: Delegierte Verordnung (EU) 2021/115 der Kommission vom 27. November 2020 (ABl. L 36 vom 2.2.2021, S. 7)

– 32021 R 0277: Delegierte Verordnung (EU) 2021/277 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 62 vom 23.2.2021, S. 1)

– 32022 R 2291: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2291 der Kommission vom 8. September 2022 (ABl. L 303 vom 23.11.2022, S. 19)

– 32022 R 2400: Verordnung (EU) 2022/2400 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 (ABl. L 317 vom 9.12.2022, S. 24)

72. 32006 L 0066: Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren und zur Aufhebung der Richtlinie 91/157/EWG (ABl. L 266 vom 29.9.2006, S. 1), berichtigt in ABl. L 311 vom 10.11.2006, S. 58, geändert durch:

– 32008 L 0012: Richtlinie 2008/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 (ABl. L 76 vom 19.3.2008, S. 39)

– 32008 L 0103: Richtlinie 2008/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 (ABl. L 327 vom 5.12.2008, S. 7)

– 32013 L 0056: Richtlinie 2013/56/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 329 vom 10.12.2013, S. 5)

– 32018 L 0849: Richtlinie (EU) 2018/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 93)

73. 32007 D 0597: Entscheidung 2007/597/EG der Kommission vom 27. August 2007 über die Nichtaufnahme von Guazatintriacetat in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 230 vom 1.9.2007, S. 18)

74. 32007 D 0639: Entscheidung 2007/639/EG der Kommission vom 2. Oktober 2007 zur Festlegung eines gemeinsamen Formats für die Übermittlung von Daten und Informationen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 850/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über persistente organische Schadstoffe (ABl. L 258 vom 4.10.2007, S. 39)

75. 32007 D 0565: Entscheidung 2007/565/EG der Kommission vom 14. August 2007 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe, die im Rahmen des Zehn-Jahres-Arbeitsprogramms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten untersucht werden, in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie (ABl. L 216 vom 21.8.2007, S. 17)

76. 32006 R 1907: Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission (ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1), berichtigt in ABl. L 136 vom 29.5.2007, S. 3, und durch ABl. L 141 vom 31.5.2008, S. 22, geändert durch:

– 32007 R 1354: Verordnung (EG) Nr. 1354/2007 des Rates vom 15. November 2007 (ABl. L 304 vom 22.11.2007, S. 1)

– 32009 R 0134: Verordnung (EG) Nr. 134/2009 der Kommission vom 16. Februar 2009 (ABl. L 46 vom 17.2.2009, S. 3)

– 32008 R 0987: Verordnung (EG) Nr. 987/2008 der Kommission vom 8. Oktober 2008 (ABl. L 268 vom 9.10.2008, S. 14)

– 32009 R 0552: Verordnung (EG) Nr. 552/2009 der Kommission vom 22. Juni 2009 (ABl. L 164 vom 26.6.2009, S. 7)

– 32010 R 0276: Verordnung (EU) Nr. 276/2010 der Kommission vom 31. März 2010 (ABl. L 86 vom 1.4.2010, S. 7)

– 32011 R 0143: Verordnung (EU) Nr. 143/2011 der Kommission vom 17. Februar 2011 (ABl. L 44 vom 18.2.2011, S. 2), berichtigt in ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 52

– 32011 R 0207: Verordnung (EU) Nr. 207/2011 der Kommission vom 2. März 2011 (ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 27)

– 32011 R 0253: Verordnung (EU) Nr. 253/2011 der Kommission vom 15. März 2011 (ABl. L 69 vom 16.3.2011, S. 7)

– 32008 R 1272: Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1)

– 32010 R 0453: Verordnung (EU) Nr. 453/2010 der Kommission vom 20. Mai 2010 (ABl. L 133 vom 31.5.2010, S. 1)

– 32011 R 0252: Verordnung (EU) Nr. 252/2011 der Kommission vom 15. März 2011 (ABl. L 69 vom 16.3.2011, S. 3)

– 32011 R 0366: Verordnung (EU) Nr. 366/2011 der Kommission vom 14. April 2011 (ABl. L 101 vom 15.4.2011, S. 12)

– 32012 R 0109: Verordnung (EU) Nr. 109/2012 der Kommission vom 9. Februar 2012 (ABl. L 37 vom 10.2.2012, S. 1)

– 32012 R 0125: Verordnung (EU) Nr. 125/2012 der Kommission vom 14. Februar 2012 (ABl. L 41 vom 15.2.2012, S. 1)

– 32012 R 0412: Verordnung (EU) Nr. 412/2012 der Kommission vom 15. Mai 2012 (ABl. L 128 vom 16.5.2012, S. 1)

– 32011 R 0494: Verordnung (EU) Nr. 494/2011 der Kommission vom 20. Mai 2011 (ABl. L 134 vom 21.5.2011, S. 2), berichtigt in ABl. L 136 vom 24.5.2011, S. 105

– 32012 R 0835: Verordnung (EU) Nr. 835/2012 der Kommission vom 18. September 2012 (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 1)

– 32012 R 0836: Verordnung (EU) Nr. 836/2012 der Kommission vom 18. September 2012 (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 4)

– 32013 R 0126: Verordnung (EU) Nr. 126/2013 der Kommission vom 13. Februar 2013 (ABl. L 43 vom 14.2.2013, S. 24)

– 32013 R 0348: Verordnung (EU) Nr. 348/2013 der Kommission vom 17. April 2013 (ABl. L 108 vom 18.4.2013, S. 1)

– 32012 R 0847: Verordnung (EU) Nr. 847/2012 der Kommission vom 19. September 2012 (ABl. L 253 vom 20.9.2012, S. 1)

– 32013 R 1272: Verordnung (EU) Nr. 1272/2013 der Kommission vom 6. Dezember 2013 (ABl. L 328 vom 7.12.2013, S. 69)

– 32012 R 0848: Verordnung (EU) Nr. 848/2012 der Kommission vom 19. September 2012 (ABl. L 253 vom 20.9.2012, S. 5)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32014 R 0301: Verordnung (EU) Nr. 301/2014 der Kommission vom 25. März 2014 (ABl. L 90 vom 26.3.2014, S. 1)

– 32014 R 0474: Verordnung (EU) Nr. 474/2014 der Kommission vom 8. Mai 2014 (ABl. L 136 vom 9.5.2014, S. 19)

– 32014 R 0895: Verordnung (EU) Nr. 895/2014 der Kommission vom 14. August 2014 (ABl. L 244 vom 19.8.2014, S. 6)

– 32015 R 0282: Verordnung (EU) 2015/282 der Kommission vom 20. Februar 2015 (ABl. L 50 vom 21.2.2015, S. 1)

– 32014 R 0317: Verordnung (EU) Nr. 317/2014 der Kommission vom 27. März 2014 (ABl. L 93 vom 28.3.2014, S. 24)

– 32015 R 0628: Verordnung (EU) 2015/628 der Kommission vom 22. April 2015 (ABl. L 104 vom 23.4.2015, S. 2)

– 32015 R 0326: Verordnung (EU) 2015/326 der Kommission vom 2. März 2015 (ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 43)

– 32015 R 1494: Verordnung (EU) 2015/1494 der Kommission vom 4. September 2015 (ABl. L 233 vom 5.9.2015, S. 2)

– 32015 R 0830: Verordnung (EU) 2015/830 der Kommission vom 28. Mai 2015 (ABl. L 132 vom 29.5.2015, S. 8)

– 32016 R 0026: Verordnung (EU) 2016/26 der Kommission vom 13. Januar 2016 (ABl. L 9 vom 14.1.2016, S. 1)

– 32016 R 0217: Verordnung (EU) 2016/217 der Kommission vom 16. Februar 2016 (ABl. L 40 vom 17.2.2016, S. 5)

– 32016 R 0863: Verordnung (EU) 2016/863 der Kommission vom 31. Mai 2016 (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 27)

– 32016 R 1005: Verordnung (EU) 2016/1005 der Kommission vom 22. Juni 2016 (ABl. L 165 vom 23.6.2016, S. 4)

– 32016 R 1017: Verordnung (EU) 2016/1017 der Kommission vom 23. Juni 2016 (ABl. L 166 vom 24.6.2016, S. 1)

– 32016 R 2235: Verordnung (EU) 2016/2235 der Kommission vom 12. Dezember 2016 (ABl. L 337 vom 13.12.2016, S. 3)

– 32017 R 0227: Verordnung (EU) 2017/227 der Kommission vom 9. Februar 2017 (ABl. L 35 vom 10.2.2017, S. 6)

– 32017 R 0706: Verordnung (EU) 2017/706 der Kommission vom 19. April 2017 (ABl. L 104 vom 20.4.2017, S. 8)

– 32017 R 0999: Verordnung (EU) 2017/999 der Kommission vom 13. Juni 2017 (ABl. L 150 vom 14.6.2017, S. 7)

– 32017 R 1000: Verordnung (EU) 2017/1000 der Kommission vom 13. Juni 2017 (ABl. L 150 vom 14.6.2017, S. 14)

– 32017 R 1510: Verordnung (EU) 2017/1510 der Kommission vom 30. August 2017 (ABl. L 224 vom 31.8.2017, S. 110)

– 32018 R 0035: Verordnung (EU) 2018/35 der Kommission vom 10. Januar 2018 (ABl. L 6 vom 11.1.2018, S. 45)

– 32018 R 0588: Verordnung (EU) 2018/588 der Kommission vom 18. April 2018 (ABl. L 99 vom 19.4.2018, S. 3)

– 32018 R 0589: Verordnung (EU) 2018/589 der Kommission vom 18. April 2018 (ABl. L 99 vom 19.4.2018, S. 7), berichtigt in ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 99

– 32018 R 0675: Verordnung (EU) 2018/675 der Kommission vom 2. Mai 2018 (ABl. L 114 vom 4.5.2018, S. 4)

– 32018 R 1513: Verordnung (EU) 2018/1513 der Kommission vom 10. Oktober 2018 (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1881: Verordnung (EU) 2018/1881 der Kommission vom 3. Dezember 2018 (ABl. L 308 vom 4.12.2018, S. 1)

– 32018 R 2005: Verordnung (EU) 2018/2005 der Kommission vom 17. Dezember 2018 (ABl. L 322 vom 18.12.2018, S. 14)

– 32019 R 0957: Verordnung (EU) 2019/957 der Kommission vom 11. Juni 2019 (ABl. L 154 vom 12.6.2019, S. 37)

– 32019 R 1148: Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 1)

– 32019 R 1691: Verordnung (EU) 2019/1691 der Kommission vom 9. Oktober 2019 (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 9)

– 32020 R 0171: Verordnung (EU) 2020/171 der Kommission vom 6. Februar 2020 (ABl. L 35 vom 7.2.2020, S. 1)

– 32020 R 0507: Verordnung (EU) 2020/507 der Kommission vom 7. April 2020 (ABl. L 110 vom 8.4.2020, S. 1)

– 32020 R 0878: Verordnung (EU) 2020/878 der Kommission vom 18. Juni 2020 (ABl. L 203 vom 26.6.2020, S. 28)

– 32020 R 1149: Verordnung (EU) 2020/1149 der Kommission vom 3. August 2020 (ABl. L 252 vom 4.8.2020, S. 24)

– 32020 R 2081: Verordnung (EU) 2020/2081 der Kommission vom 14. Dezember 2020 (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 6)

– 32020 R 2096: Verordnung (EU) 2020/2096 der Kommission vom 15. Dezember 2020 (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 3)

– 32020 R 2160: Verordnung (EU) 2020/2160 der Kommission vom 18. Dezember 2020 (ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 38)

– 32021 R 0057: Verordnung (EU) 2021/57 der Kommission vom 25. Januar 2021 (ABl. L 24 vom 26.1.2021, S. 19)

– 32021 R 0979: Verordnung (EU) 2021/979 der Kommission vom 17. Juni 2021 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 121)

– 32021 R 1199: Verordnung (EU) 2021/1199 der Kommission vom 20. Juli 2021 (ABl. L 259 vom 21.7.2021, S. 1)

– 32021 R 1297: Verordnung (EU) 2021/1297 der Kommission vom 4. August 2021 (ABl. L 282 vom 5.8.2021, S. 29)

– 32021 R 2030: Verordnung (EU) 2021/2030 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 415 vom 22.11.2021, S. 16)

– 32021 R 2045: Verordnung (EU) 2021/2045 der Kommission vom 23. November 2021 (ABl. L 418 vom 24.11.2021, S. 6)

– 32021 R 2204: Verordnung (EU) 2021/2204 der Kommission vom 13. Dezember 2021 (ABl. L 446 vom 14.12.2021, S. 34)

– 32022 R 0477: Verordnung (EU) 2022/477 der Kommission vom 24. März 2022 (ABl. L 98 vom 25.3.2022, S. 38)

– 32022 R 0586: Verordnung (EU) 2022/586 der Kommission vom 8. April 2022 (ABl. L 112 vom 11.4.2022, S. 6)

77. 32007 R 1238: Verordnung (EG) Nr. 1238/2007 der Kommission vom 23. Oktober 2007 zur Festlegung der Vorschriften für die Qualifikation der Mitglieder der Widerspruchskammer der Europäischen Agentur für chemische Stoffe (ABl. L 280 vom 24.10.2007, S. 10)

78. 32007 D 0794: Entscheidung 2007/794/EG der Kommission vom 29. November 2007 zur Festsetzung einer neuen Frist für die Einreichung der Unterlagen für bestimmte im Rahmen des Zehn-Jahres-Arbeitsprogramms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG zu untersuchende Wirkstoffe (ABl. L 320 vom 6.12.2007, S. 35)

79. 32008 R 0340: Verordnung (EG) Nr. 340/2008 der Kommission vom 16. April 2008 über die an die Europäische Chemikalienagentur zu entrichtenden Gebühren und Entgelte gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) (ABl. L 107 vom 17.4.2008, S. 6), geändert durch:

– 32013 R 0254: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 254/2013 der Kommission vom 20. März 2013 (ABl. L 79 vom 21.3.2013, S. 7)

– 32015 R 0864: Durchführungsverordnung (EU) 2015/864 der Kommission vom 4. Juni 2015 (ABl. L 139 vom 5.6.2015, S. 1)

– 32018 R 0895: Durchführungsverordnung (EU) 2018/895 der Kommission vom 22. Juni 2018 (ABl. L 160 vom 25.6.2018, S. 1)

80. 32008 D 0423: Entscheidung 2008/423/EG der Kommission vom 8. Mai 2008 zur Festsetzung einer neuen Frist für die Einreichung der Unterlagen für bestimmte im Rahmen des Zehn-Jahres-Arbeitsprogramms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zu untersuchende Wirkstoffe (ABl. L 149 vom 7.6.2008, S. 79)

81. 32008 D 0763: Entscheidung 2008/763/EG der Kommission vom 29. September 2008 zur Aufstellung — gemäß Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates — einer gemeinsamen Methodik für die Berechnung des Jahresabsatzes von Gerätebatterien und -akkumulatoren an Endnutzer (ABl. L 262 vom 1.10.2008, S. 39)

82. 32008 D 0809: Entscheidung 2008/809/EG der Kommission vom 14. Oktober 2008 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 281 vom 24.10.2008, S. 16)

83. 32008 D 0831: Entscheidung 2008/831/EG der Kommission vom 31. Oktober 2008 zur Festsetzung einer neuen Frist für die Einreichung der Unterlagen für bestimmte im Rahmen des Zehn-Jahres-Arbeitsprogramms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG zu untersuchende Wirkstoffe (ABl. L 295 vom 4.11.2008, S. 50)

84. 32008 D 0681: Entscheidung 2008/681/EG der Kommission vom 28. Juli 2008 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 222 vom 20.8.2008, S. 7)

85. 32007 R 0506: Verordnung (EG) Nr. 506/2007 der Kommission vom 8. Mai 2007 über Prüf- und Informationsanforderungen an Importeure und Hersteller bestimmter vorrangig zu prüfender Stoffe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 zur Bewertung und Kontrolle der Umweltrisiken chemischer Altstoffe (ABl. L 119 vom 9.5.2007, S. 24)

86. 32008 R 0465: Verordnung (EG) Nr. 465/2008 der Kommission vom 28. Mai 2008 zur Prüf- und Informationspflicht der Importeure und Hersteller bestimmter im Europäischen Verzeichnis der auf dem Markt vorhandenen chemischen Stoffe aufgeführter persistenter, bioakkumulierbarer und toxischer Stoffe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates (ABl. L 139 vom 29.5.2008, S. 8)

87. 32008 R 0466: Verordnung (EG) Nr. 466/2008 der Kommission vom 28. Mai 2008 über Prüf- und Informationsanforderungen an Importeure und Hersteller bestimmter vorrangig zu prüfender Stoffe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates zur Bewertung und Kontrolle der Umweltrisiken chemischer Altstoffe (ABl. L 139 vom 29.5.2008, S. 10)

88. 32009 D 0063: Entscheidung 2009/63/EG der Kommission vom 20. November 2008 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 7 Absatz 4 Buchstabe b Ziffer iii der Verordnung (EG) Nr. 850/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Mitgliedstaaten (ABl. L 23 vom 27.1.2009, S. 30)

89. 32009 D 0321: Entscheidung 2009/321/EG der Kommission vom 8. April 2009 zur Festsetzung einer neuen Frist für die Einreichung der Unterlagen für bestimmte im Rahmen des Zehn-Jahres-Arbeitsprogramms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zu untersuchende Wirkstoffe (ABl. L 95 vom 9.4.2009, S. 42)

90. 32009 D 0322: Entscheidung 2009/322/EG der Kommission vom 8. April 2009 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 95 vom 9.4.2009, S. 44)

91. 32009 D 0324: Entscheidung 2009/324/EG der Kommission vom 14. April 2009 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 96 vom 15.4.2009, S. 37)

92. 32008 R 0771: Verordnung (EG) Nr. 771/2008 der Kommission vom 1. August 2008 zur Festlegung der Vorschriften für die Organisation und die Verfahren der Widerspruchskammer der Europäischen Chemikalienagentur (ABl. L 206 vom 2.8.2008, S. 5), geändert durch:

– 32016 R 0823: Durchführungsverordnung (EU) 2016/823 der Kommission vom 25. Mai 2016 (ABl. L 137 vom 26.5.2016, S. 4)

93. 32010 D 0071: Beschluss 2010/71/EU der Kommission vom 8. Februar 2010 über die Nichtaufnahme von Diazinon in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 36 vom 9.2.2010, S. 34)

94. 32010 D 0072: Beschluss 2010/72/EU der Kommission vom 8. Februar 2010 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 36 vom 9.2.2010, S. 36)

95. 32010 D 0084: Beschluss 2010/84/EU der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Festsetzung einer neuen Frist für die Einreichung der Unterlagen für bestimmte im Rahmen des Zehn-Jahres-Arbeitsprogramms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zu untersuchende Wirkstoffe (ABl. L 38 vom 11.2.2010, S. 15)

96. 32010 D 0226: Beschluss 2010/226/EU der Kommission vom 20. April 2010 über die erneute Prüfung der Beschränkungen für die in Anhang XVII der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten kurzkettigen Chlorparaffine (ABl. L 100 vom 22.4.2010, S. 15)

97. 32010 D 0675: Beschluss 2010/675/EU der Kommission vom 8. November 2010 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 291 vom 9.11.2010, S. 47)

98. 32010 D 0296: Beschluss 2010/296/EU der Kommission vom 21. Mai 2010 zur Einrichtung eines Registers für Biozid-Produkte (ABl. L 126 vom 22.5.2010, S. 26)

99. 32008 R 0440: Verordnung (EG) Nr. 440/2008 der Kommission vom 30. Mai 2008 zur Festlegung von Prüfmethoden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) (ABl. L 142 vom 31.5.2008, S. 1), berichtigt in ABl. L 143 vom 3.6.2008, S. 55, geändert durch:

– 32009 R 0761: Verordnung (EG) Nr. 761/2009 der Kommission vom 23. Juli 2009 (ABl. L 220 vom 24.8.2009, S. 1)

– 32010 R 1152: Verordnung (EU) Nr. 1152/2010 der Kommission vom 8. Dezember 2010 (ABl. L 234 vom 9.12.2010, S. 13)

– 32012 R 0640: Verordnung (EU) Nr. 640/2012 der Kommission vom 6. Juli 2012 (ABl. L 193 vom 20.7.2012, S. 1)

– 32014 R 0260: Verordnung (EU) Nr. 260/2014 der Kommission vom 24. Januar 2014 (ABl. L 81 vom 19.3.2014, S. 1)

– 32014 R 0900: Verordnung (EU) Nr. 900/2014 der Kommission vom 15. Juli 2014 (ABl. L 247 vom 21.8.2014, S. 1)

– 32016 R 0266: Verordnung (EU) 2016/266 der Kommission vom 7. Dezember 2015 (ABl. L 54 vom 1.3.2016, S. 1)

– 32017 R 0735: Verordnung (EU) 2017/735 der Kommission vom 14. Februar 2017 (ABl. L 112 vom 28.4.2017, S. 1)

– 32019 R 1390: Verordnung (EU) 2019/1390 der Kommission vom 31. Juli 2019 (ABl. L 247 vom 26.9.2019, S. 1)

100. 32009 D 0851: Entscheidung 2009/851/EG der Kommission vom 25. November 2009 zur Einführung eines Fragebogens für Berichte der Mitgliedstaaten über die Umsetzung der Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren (ABl. L 312 vom 27.11.2009, S. 56)

101. 32011 D 0391: Beschluss 2011/391/EU der Kommission vom 1. Juli 2011 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 175 vom 2.7.2011, S. 28)

102. 32010 R 1103: Verordnung (EU) Nr. 1103/2010 der Kommission vom 29. November 2010 zur Festlegung — gemäß der Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates — von Vorschriften für die Angabe der Kapazität auf sekundären (wiederaufladbaren) Gerätebatterien und -akkumulatoren sowie auf Fahrzeugbatterien und -akkumulatoren (ABl. L 313 vom 30.11.2010, S. 3)

103. 32008 R 1272: Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1), berichtigt in ABl. L 16 vom 20.1.2011, S. 1; ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 66; ABl. L 349 vom 21.12.2016, S. 1; ABl. L 117 vom 3.5.2019, S. 8; ABl. L 51 vom 25.2.2020, S. 13; und ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 72; geändert durch:

– 32009 R 0790: Verordnung (EG) Nr. 790/2009 der Kommission vom 10. August 2009 (ABl. L 235 vom 5.9.2009, S. 1)

– 32011 R 0286: Verordnung (EU) Nr. 286/2011 der Kommission vom 10. März 2011 (ABl. L 83 vom 30.3.2011, S. 1), berichtigt in ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 66

– 32012 R 0618: Verordnung (EU) Nr. 618/2012 der Kommission vom 10. Juli 2012 (ABl. L 179 vom 11.7.2012, S. 3)

– 32013 R 0758: Verordnung (EU) Nr. 758/2013 der Kommission vom 7. August 2013 (ABl. L 216 vom 10.8.2013, S. 1)

– 32013 R 0944: Verordnung (EU) Nr. 944/2013 der Kommission vom 2. Oktober 2013 (ABl. L 261 vom 3.10.2013, S. 5)

– 32013 R 0487: Verordnung (EU) Nr. 487/2013 der Kommission vom 8. Mai 2013 (ABl. L 149 vom 1.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

– 32014 R 0605: Verordnung (EU) Nr. 605/2014 der Kommission vom 5. Juni 2014 (ABl. L 167 vom 6.6.2014, S. 36)

– 32014 R 1297: Verordnung (EU) Nr. 1297/2014 der Kommission vom 5. Dezember 2014 (ABl. L 350 vom 6.12.2014, S. 1)

– 32015 R 0491: Verordnung (EU) 2015/491 der Kommission vom 23. März 2015 (ABl. L 78 vom 24.3.2015, S. 12)

– 32015 R 1221: Verordnung (EU) 2015/1221 der Kommission vom 24. Juli 2015 (ABl. L 197 vom 25.7.2015, S. 10)

– 32016 R 1179: Verordnung (EU) 2016/1179 der Kommission vom 19. Juli 2016 (ABl. L 195 vom 20.7.2016, S. 11)

– 32016 R 0918: Verordnung (EU) 2016/918 der Kommission vom 19. Mai 2016 (ABl. L 156 vom 14.6.2016, S. 1)

– 32017 R 0542: Verordnung (EU) 2017/542 der Kommission vom 22. März 2017 (ABl. L 78 vom 23.3.2017, S. 1)

– 32017 R 0776: Verordnung (EU) 2017/776 der Kommission vom 4. Mai 2017 (ABl. L 116 vom 5.5.2017, S. 1)

– 32018 R 0669: Verordnung (EU) 2018/669 der Kommission vom 16. April 2018 (ABl. L 115 vom 4.5.2018, S. 1)

– 52018XC0709(01): Bekanntmachung betreffend die Einstufung von Pech, Kohlenteer, Hochtemperatur als aquatisch akut 1 und aquatisch chronisch 1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 239 vom 9.7.2018, S. 3)

– 32018 R 1480: Verordnung (EU) 2018/1480 der Kommission vom 4. Oktober 2018 (ABl. L 251 vom 5.10.2018, S. 1)

– 32019 R 0521: Verordnung (EU) 2019/521 der Kommission vom 27. März 2019 (ABl. L 86 vom 28.3.2019, S. 1)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

– 32019 R 0011: Delegierte Verordnung (EU) 2020/11 der Kommission vom 29. Oktober 2019 (ABl. L 6 vom 10.1.2020, S. 8)

– 32019 R 0217: Delegierte Verordnung (EU) 2020/217 der Kommission vom 4. Oktober 2019 (ABl. L 44 vom 18.2.2020, S. 1)

– 32020 R 1182: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1182 der Kommission vom 19. Mai 2020 (ABl. L 261 vom 11.8.2020, S. 2)

– 32020 R 1413: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1413 der Kommission vom 29. Juni 2020 (ABl. L 326 vom 8.10.2020, S. 1)

– 32020 R 1676: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1676 der Kommission vom 31. August 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 1)

– 32020 R 1677: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1677 der Kommission vom 31. August 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 3)

– 32021 R 643: Delegierte Verordnung (EU) 2021/643 der Kommission vom 3. Februar 2021 (ABl. L 133 vom 20.4.2021, S. 5)

– 32021 R 797: Delegierte Verordnung (EU) 2021/797 der Kommission vom 8. März 2021 (ABl. L 176 vom 19.5.2021, S. 1)

– 32021 R 849: Delegierte Verordnung (EU) 2021/849 der Kommission vom 11. März 2021 (ABl. L 188 vom 28.5.2021, S. 27)

– 32021 R 1962: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1962 der Kommission vom 12. August 2021 (ABl. L 400 vom 12.11.2021, S. 16)

– 32022 R 0692: Delegierte Verordnung (EU) 2022/692 der Kommission vom 16. Februar 2022 (ABl. L 129 vom 3.5.2022, S. 1)

– 32023 R 0707: Delegierte Verordnung (EU) 2023/707 der Kommission vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 93 vom 31.3.2023, S. 7)

104. 32010 R 0440: Verordnung (EU) Nr. 440/2010 der Kommission vom 21. Mai 2010 über die an die Europäische Chemikalienagentur zu entrichtenden Gebühren gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (ABl. L 126 vom 22.5.2010, S. 1)

105. 32012 D 0077: Beschluss 2012/77/EU der Kommission vom 9. Februar 2012 über die Nichtaufnahme von Flufenoxuron in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten für die Produktart 18 (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 47)

106. 32012 D 0078: Beschluss 2012/78/EU der Kommission vom 9. Februar 2012 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 38 vom 11.2.2012, S. 48)

107. 32012 R 0493: Verordnung (EU) Nr. 493/2012 der Kommission vom 11. Juni 2012 mit Durchführungsbestimmungen zur Berechnung der Recyclingeffizienzen von Recyclingverfahren für Altbatterien und Altakkumulatoren gemäß der Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 151 vom 12.6.2012, S. 9)

108. 32012 D 0254: Beschluss 2012/254/EU der Kommission vom 10. Mai 2012 über die Nichtaufnahme von Dichlorvos in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten für die Produktart 18 (ABl. L 125 vom 12.5.2012, S. 53)

109. 32012 D 0257: Beschluss 2012/257/EU der Kommission vom 11. Mai 2012 über die Nichtaufnahme von Naled in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten für die Produktart 18 (ABl. L 126 vom 15.5.2012, S. 12)

110. 32012 D 0728: Beschluss 2012/728/EU der Kommission vom 23. November 2012 über die Nichtaufnahme von Bifenthrin in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten für die Produktart 18 (ABl. L 327 vom 27.11.2012, S. 55)

111. 32013 D 0085: Beschluss 2013/85/EU der Kommission vom 14. Februar 2013 über die Nichtaufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (ABl. L 45 vom 16.2.2013, S. 30)

112. 32013 D 0204: Beschluss 2013/204/EU der Kommission vom 25. April 2013 über die Nichtaufnahme von Formaldehyd in Anhang I, IA oder IB der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten für die Produktart 20 (ABl. L 117 vom 27.4.2013, S. 18)

113. 32013 R 0414: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 414/2013 der Kommission vom 6. Mai 2013 zur Festlegung eines Verfahrens für die Zulassung gleicher Biozidprodukte gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 125 vom 7.5.2013, S. 4), geändert durch:

    – 32016 R 1802: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1802 der Kommission vom 11. Oktober 2016 (ABl. L 275 vom 12.10.2016, S. 34)

114. 32015 R 0292: Durchführungsverordnung (EU) 2015/292 der Kommission vom 24. Februar 2015 zur Genehmigung von Kohlendioxid als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 15 (ABl. L 53 vom 25.2.2015, S. 3)

115. 32015 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2015/405 der Kommission vom 11. März 2015 zur Genehmigung von Alpha-Cypermethrin als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 9)

116. 32015 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) 2015/406 der Kommission vom 11. März 2015 zur Genehmigung von *Bacillus thuringiensis* subsp. *israelensis* Serotyp H14, Stamm SA3A als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 12)

117. 32015 R 0407: Durchführungsverordnung (EU) 2015/407 der Kommission vom 11. März 2015 über die Genehmigung von 2-Propanol als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2 und 4 (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 15)

118. 32015 D 0411: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/411 der Kommission vom 11. März 2015 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend kationische Polymerbindemittel mit quartären Ammoniumverbindungen in Anstrichfarben und Beschichtungen (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 30)

119. 32015 R 0416: Durchführungsverordnung (EU) 2015/416 der Kommission vom 12. März 2015 zur Genehmigung von Dinotefuran als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 30)

120. 32015 R 0417: Durchführungsverordnung (EU) 2015/417 der Kommission vom 12. März 2015 zur Genehmigung von *Bacillus sphaericus* 2362 Serotyp H5a5b, Stamm ABTS1743 als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 33)

121. 32015 R 0419: Durchführungsverordnung (EU) 2015/419 der Kommission vom 12. März 2015 zur Genehmigung von Tolylfluanid als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 39)

122. 32015 D 0744: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/744 der Kommission vom 8. Mai 2015 zur Genehmigung der vorläufigen Maßnahme der Niederlande gemäß Artikel 52 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die zusätzlichen Verpackungs- und Kennzeichnungsvorschriften für nikotinhaltige elektronische Zigaretten und Nachfüllbehälter (ABl. L 118 vom 9.5.2015, S. 8)

123. 32015 R 0984: Durchführungsverordnung (EU) 2015/984 der Kommission vom 24. Juni 2015 zur Genehmigung von Kupferpyrithion als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 159 vom 25.6.2015, S. 43)

124. 32015 R 0985: Durchführungsverordnung (EU) 2015/985 der Kommission vom 24. Juni 2015 zur Genehmigung von Clothianidin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 159 vom 25.6.2015, S. 46)

125. 32016 R 0105: Durchführungsverordnung (EU) 2016/105 der Kommission vom 27. Januar 2016 zur Genehmigung von Biphenyl-2-ol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2, 4, 6 und 13 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 74)

126. 32016 D 0107: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/107 der Kommission vom 27. Januar 2016 zur Nichtgenehmigung von Cybutryn als altem Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 81)

127. 32016 D 0108: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/108 der Kommission vom 27. Januar 2016 zur Nichtgenehmigung von 2-Butanon-peroxid als altem Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1 und 2 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 83)

128. 32016 D 0109: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/109 der Kommission vom 27. Januar 2016 über die Nichtgenehmigung von PHMB (1600; 1.8) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 6 und 9 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 84)

129. 32016 D 0110: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/110 der Kommission vom 27. Januar 2016 zur Nichtgenehmigung von Triclosan als altem Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 1 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 86)

130. 32016 R 0124: Durchführungsverordnung (EU) 2016/124 der Kommission vom 29. Januar 2016 zur Genehmigung von PHMB (1600; 1.8) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 4 (ABl. L 24 vom 30.1.2016, S. 1)

131. 32016 R 0125: Durchführungsverordnung (EU) 2016/125 der Kommission vom 29. Januar 2016 über die Genehmigung von PHMB (1600; 1.8) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2, 3 und 11 (ABl. L 24 vom 30.1.2016, S. 6)

132. 32016 R 0131: Durchführungsverordnung (EU) 2016/131 der Kommission vom 1. Februar 2016 zur Genehmigung von C(M)IT/MIT (3:1) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2, 4, 6, 11, 12 und 13 (ABl. L 25 vom 2.2.2016, S. 48)

133. 32016 D 0135: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/135 der Kommission vom 29. Januar 2016 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Flocoumafen, Brodifacoum und Warfarin zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 25 vom 2.2.2016, S. 65)

134. 32016 R 1068: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1068 der Kommission vom 1. Juli 2016 zur Genehmigung von N-Cyclopropyl-1,3,5-triazin-2,4,6-triamin (Cyromazin) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 178 vom 2.7.2016, S. 13)

135. 32016 R 1083: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1083 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von Aminen, N-C10-16-alkyltrimethylendi-, Reaktionsprodukten mit Chloressigsäure, als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2, 3 und 4 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 4)

136. 32016 R 1084: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1084 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von Biphenyl-2-ol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 3 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 9)

137. 32016 R 1085: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1085 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm ISB06 als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 3 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 12)

138. 32016 R 1086: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1086 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von 2-Brom-2-(brommethyl)pentandinitril (DBDCB) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 6 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 15)

139. 32016 R 1087: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1087 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von Tolylfluanid als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 7 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 18)

140. 32016 R 1088: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1088 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von Kupferflocken (beschichtet mit einem Film aus aliphatischer Säure) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 21)

141. 32016 R 1089: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1089 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von Dikupferoxid als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 25)

142. 32016 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1090 der Kommission vom 5. Juli 2016 zur Genehmigung von Kupferthiocyanat als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 180 vom 6.7.2016, S. 29)

143. 32016 R 1093: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1093 der Kommission vom 6. Juli 2016 zur Genehmigung von Didecyl-methyl-poly(oxyethyl)ammoniumpropanoat als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 1)

144. 32016 R 1094: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1094 der Kommission vom 6. Juli 2016 zur Genehmigung von Kupfer, granuliert, als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 182 vom 7.7.2016, S. 4)

145. 32016 R 1929: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1929 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von *Bacillus thuringiensis* subsp. *kurstaki*, Serotyp 3a3b, Stamm ABTS-351 als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 26)

146. 32016 R 1930: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1930 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Chlorokresol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2, 3, 6 und 9 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 29)

147. 32016 R 1931: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1931 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Chlorkresol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 13 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 33)

148. 32016 R 1932: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1932 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Calciummagnesiumoxid (Dolomitbranntkalk) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 3 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 36)

149. 32016 R 1933: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1933 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Calciummagnesiumtetrahydroxid (Dolomitkalkhydrat) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 3 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 39)

150. 32016 R 1934: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1934 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Kokos-Alkyltrimethylammoniumchlorid (ATMAC/TMAC) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 42)

151. 32016 R 1935: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1935 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Calciumdihydroxid (Kalkhydrat) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 3 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 45)

152. 32016 R 1937: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1937 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Cyfluthrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 51)

153. 32016 R 1938: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1938 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Zitronensäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 2 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 54)

154. 32016 D 1943: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1943 der Kommission vom 4. November 2016 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwendung von Paraffinöl zur Beschichtung von Eiern zum Zweck der Kontrolle der Populationsgröße von Brutvögeln (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 90)

155. 32016 D 1950: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1950 der Kommission vom 4. November 2016 über die Nichtgenehmigung bestimmter biozider Wirkstoffe gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 300 vom 8.11.2016, S. 14)

156. 32016 R 1936: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1936 der Kommission vom 4. November 2016 zur Genehmigung von Calciumoxid (gebranntem Kalk) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 3 (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 48)

157. 32016 R 2288: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2288 der Kommission vom 16. Dezember 2016 zur Genehmigung von Piperonylbutoxid als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 65)

158. 32016 R 2289: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2289 der Kommission vom 16. Dezember 2016 zur Genehmigung von epsilon-Momfluorothrin als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 68)

159. 32016 R 2290: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2290 der Kommission vom 16. Dezember 2016 zur Genehmigung von Peressigsäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 11 und 12 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 71)

160. 32016 R 2291: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2291 der Kommission vom 16. Dezember 2016 zur Genehmigung von L(+)-Milchsäure als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 1 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 74)

161. 32017 R 0794: Durchführungsverordnung (EU) 2017/794 der Kommission vom 10. Mai 2017 zur Genehmigung von Siliciumdioxid/Kieselgur als altem Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 120 vom 11.5.2017, S. 7)

162. 32017 R 0795: Durchführungsverordnung (EU) 2017/795 der Kommission vom 10. Mai 2017 zur Genehmigung von pyrogenem, synthetisch amorphem, oberflächenbehandeltem Siliciumdioxid in Nanoform als altem Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 120 vom 11.5.2017, S. 10)

163. 32017 R 0796: Durchführungsverordnung (EU) 2017/796 der Kommission vom 10. Mai 2017 zur Genehmigung von Dichlofluanid als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 21 (ABl. L 120 vom 11.5.2017, S. 13)

164. 32017 D 0802: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/802 der Kommission vom 10. Mai 2017 zur Nichtgenehmigung von PHMB (1600; 1.8) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 5 (ABl. L 120 vom 11.5.2017, S. 29)

165. 32017 D 1210: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1210 der Kommission vom 4. Juli 2017 zur Ermittlung von Di(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP), Dibutylphthalat (DBP), Benzylbutylphtalat (BBP) und Diisobutylphthalat (DIBP) als besonders besorgniserregende Stoffe gemäß Artikel 57 Buchstabe f der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 173 vom 6.7.2017, S. 35)

166. 32017 R 1273: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1273 der Kommission vom 14. Juli 2017 zur Genehmigung von aus Natriumhypochlorit freigesetztem Aktivchlor als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2, 3, 4 und 5 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 13)

167. 32017 R 1274: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1274 der Kommission vom 14. Juli 2017 zur Genehmigung von aus Calciumhypochlorit freigesetztem Aktivchlor als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2, 3, 4 und 5 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 17)

168. 32017 R 1275: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1275 der Kommission vom 14. Juli 2017 zur Genehmigung von aus Chlor freigesetztem Aktivchlor als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 5 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 21)

169. 32017 R 1276: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1276 der Kommission vom 14. Juli 2017 zur Genehmigung von Peressigsäure, hergestellt aus Tetraacetylethylendiamin und Natriumpercarbonat, als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2, 3 und 4 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 24)

170. 32017 R 1277: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1277 der Kommission vom 14. Juli 2017 zur Genehmigung von 2-Octyl-(2H)-isothiazol-3-on als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 27)

171. 32017 R 1278: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1278 der Kommission vom 14. Juli 2017 zur Genehmigung von 2-Methyl-3(2H)-isothiazolon als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 11 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 30)

172. 32017 D 1282: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1282 der Kommission vom 14. Juli 2017 zur Nichtgenehmigung von 2-Methyl-1,2-benzisothiazol-3(2H)-on als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 13 (ABl. L 184 vom 15.7.2017, S. 69)

173. 32017 R 1376: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1376 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Warfarin als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 9)

174. 32017 R 1377: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1377 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Chlorphacinon als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 15)

175. 32017 R 1378: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1378 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Coumatetralyl als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 21)

176. 32017 R 1379: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1379 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Difenacoum als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 27)

177. 32017 R 1380: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1380 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Bromadiolon als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 33)

178. 32017 R 1381: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1381 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Brodifacoum als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 39)

179. 32017 R 1382: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1382 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Difethialon als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 45)

180. 32017 R 1383: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1383 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Flocoumafen als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 51)

181. 32017 R 2326: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2326 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Genehmigung von Imiprothrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 22)

182. 32017 R 2327: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2327 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Genehmigung von 2-Methyl-1,2-benzisothiazol-3(2H)-on als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 6 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 25)

183. 32017 D 2334: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2334 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Kreosot zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 64)

184. 32018 D 0594: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/594 der Kommission vom 13. April 2018 zur Identifizierung von Benzol-1,2,4-tricarbonsäure-1,2-anhydrid (Trimellitsäureanhydrid) (TMA) als besonders besorgniserregender Stoff gemäß Artikel 57 Buchstabe f der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 99 vom 19.4.2018, S. 16)

185. 32018 D 0622: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/622 der Kommission vom 20. April 2018 zur Nichtgenehmigung von Chlorophen als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 3 (ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 80)

186. 32018 R 0613: Durchführungsverordnung (EU) 2018/613 der Kommission vom 20. April 2018 über die Genehmigung von PHMB (1415; 4.7) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 4 (ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 1)

187. 32018 R 0614: Durchführungsverordnung (EU) 2018/614 der Kommission vom 20. April 2018 zur Genehmigung von Azoxystrobin als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 7, 9 und 10 (ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 5)

188. 32018 D 0619: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/619 der Kommission vom 20. April 2018 zur Nichtgenehmigung von PHMB (1415; 4.7) als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 5 und 6 (ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 21)

189. 32018 R 1129: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1129 der Kommission vom 13. August 2018 zur Genehmigung von Acetamiprid als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 4)

190. 32018 R 1130: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1130 der Kommission vom 13. August 2018 zur Genehmigung von Cypermethrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 8)

191. 32018 R 1131: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1131 der Kommission vom 13. August 2018 zur Genehmigung von Penflufen als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 12)

192. 32018 D 1477: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1477 der Kommission vom 2. Oktober 2018 über die Bedingungen der Zulassungen von Ethylbutylacetylaminopropionat enthaltenden Biozidprodukten, mit denen Belgien gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates die Kommission befasst hat (ABl. L 249 vom 4.10.2018, S. 3)

193. 32018 D 1479: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1479 der Kommission vom 3. Oktober 2018 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Sulfurylfluorid zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 249 vom 4.10.2018, S. 16)

194. 32018 D 1622: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1622 der Kommission vom 29. Oktober 2018 über die Nichtgenehmigung bestimmter Wirkstoffe in Biozidprodukten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 271 vom 30.10.2018, S. 26), berichtigt in ABl. L 34 vom 6.2.2019, S. 10

195. 32018 D 1623: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1623 der Kommission vom 29. Oktober 2018 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über auf nicht natürliche Weise mit Wolbachia infizierte Stechmücken, die zur Vektorkontrolle eingesetzt werden (ABl. L 271 vom 30.10.2018, S. 30)

196. 32018 R 1292: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1292 der Kommission vom 25. September 2018 zur Genehmigung von Cyphenothrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 241 vom 26.9.2018, S. 11)

197. 32018 D 1305: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1305 der Kommission vom 26. September 2018 über die Bedingungen der Zulassung einer Deltamethrin enthaltenden Biozidproduktfamilie, mit denen Schweden gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates die Kommission befasst hat (ABl. L 244 vom 28.9.2018, S. 109)

198. 32018 D 1985: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1985 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Nichtgenehmigung von *Willaertia magna c2c maky* als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 11 (ABl. L 317 vom 14.12.2018, S. 27)

199. 32018 D 2013: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/2013 der Kommission vom 14. Dezember 2018 zur Identifizierung von 1,7,7-Trimethyl-3-(phenylmethylen)bicyclo[2.2.1]heptan-2-on (3-Benzylidencampfer) als besonders besorgniserregender Stoff gemäß Artikel 57 Buchstabe f der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 322 vom 18.12.2018, S. 53)

200. 32018 D 1251: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1251 der Kommission vom 18. September 2018 zur Nichtgenehmigung von Empenthrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 235 vom 19.9.2018, S. 24)

201. 32019 R 0637: Durchführungsverordnung (EU) 2019/637 der Kommission vom 23. April 2019 zur Genehmigung von Cholecalciferol als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (ABl. L 109 vom 24.4.2019, S. 13)

202. 32019 D 0641: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/641 der Kommission vom 17. April 2019 über die Bedingungen der Zulassung einer 1R-trans-Phenothrin enthaltenden Biozidproduktfamilie, mit denen Irland gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates die Kommission befasst hat (ABl. L 109 vom 24.4.2019, S. 26)

203. 32019 D 0994: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/994 der Kommission vom 17. Juni 2019 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Etofenprox zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 26)

204. 32019 D 1030: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1030 der Kommission vom 21. Juni 2019 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Indoxacarb zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18 (ABl. L 167 vom 24.6.2019, S. 32)

205. 32019 D 1194: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1194 der Kommission vom 5. Juli 2019 zur Identifizierung von 4-tert-Butylphenol (PTBP) als besonders besorgniserregenden Stoff gemäß Artikel 57 Buchstabe f der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 187 vom 12.7.2019, S. 41)

206. 32019 D 1331: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1331 der Kommission vom 5. August 2019 über die Bedingungen der Zulassung eines Pfefferminzöl und Citronellal enthaltenden Biozidprodukts, mit denen das Vereinigte Königreich gemäß Artikel 36 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates die Kommission befasst hat (ABl. L 207 vom 7.8.2019, S. 37)

207. 32019 R 1692: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1692 Der Kommission vom 9. Oktober 2019 über die Anwendung bestimmter Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Registrierung und gemeinsame Nutzung von Daten nach Ablauf der endgültigen Registrierungsfrist für Phase-in-Stoffe (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 12)

208. 32019 D 1942: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1942 der Kommission vom 22. November 2019 zur Nichtgenehmigung von Carbendazim als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 9 (ABl. L 303 vom 25.11.2019, S. 29)

209. 32019 D 1950: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1950 Der Kommission vom 25. November 2019 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von K-HDO zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 304 vom 26.11.2019, S. 19)

210. 32019 D 1951: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1951 Der Kommission vom 25. November 2019 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Tebuconazol zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 304 vom 26.11.2019, S. 21)

211. 32019 D 1959: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1959 der Kommission vom 26. November 2019 zur Nichtgenehmigung von Silber-Natrium-Hydrogen-Zirconium-Phosphat als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 7 (ABl. L 306 vom 27.11.2019, S. 40)

212. 32019 D 1960: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1960 der Kommission vom 26. November 2019 zur Nichtgenehmigung von Silberzeolith als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 7 (ABl. L 306 vom 27.11.2019, S. 42)

213. 32019 D 1969: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1969 der Kommission vom 26. November 2019 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von IPBC zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 307 vom 28.11.2019, S. 45)

214. 32019 D 1973: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1973 der Kommission vom 27. November 2019 zur Nichtgenehmigung von Silber-Kupfer-Zeolith als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2 und 7 (ABl. L 307 vom 28.11.2019, S. 58)

215. 32020 D 0027: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/27 der Kommission vom 13. Januar 2020 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Propiconazol zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 39)

216. 32020 R 1435: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1435 der Kommission vom 9. Oktober 2020 über die den Registranten auferlegten Pflichten zur Aktualisierung ihrer Registrierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) (ABl. L 331 vom 12.10.2020, S. 24)

217. 32020 D 1036: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1036 der Kommission vom 15. Juli 2020 über die Nichtgenehmigung bestimmter Wirkstoffe in Biozidprodukten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 68)

218. 32020 D 1037: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1037 der Kommission vom 15. Juli 2020 zur Verschiebung des Ablaufdatums der Genehmigung von Acrolein zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 12 (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 72)

219. 32020 D 1038: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1038 der Kommission vom 15. Juli 2020 zur Verschiebung des Ablaufs der Genehmigung von Kreosot zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8 (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 74)

220. 32009 R 1107: Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 1), geändert durch:

– 32013 R 0518: Verordnung (EU) Nr. 518/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 72)

– 32017 R 1432: Verordnung (EU) 2017/1432 der Kommission vom 7. August 2017 (ABl. L 205 vom 8.8.2017, S. 59)

– 32018 R 0605: Verordnung (EU) 2018/605 der Kommission vom 19. April 2018 (ABl. L 101 vom 20.4.2018, S. 33), berichtigt in ABl. L 111 vom 2.5.2018, S. 10

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

221. 32011 R 0540: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Liste zugelassener Wirkstoffe (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 1), berichtigt in ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 38, geändert durch:

– 32011 R 0541: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 541/2011 der Kommission vom 1. Juni 2011 (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 187)

– 32011 R 0542: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 542/2011 der Kommission vom 1. Juni 2011 (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 189)

– 32011 R 0702: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 702/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 28)

– 32011 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 703/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 33)

– 32011 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 704/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 38)

– 32011 R 0705: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 705/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 43)

– 32011 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 706/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 50)

– 32011 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 736/2011 der Kommission vom 26. Juli 2011 (ABl. L 195 vom 27.7.2011, S. 37)

– 32011 R 0740: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 740/2011 der Kommission vom 27. Juli 2011 (ABl. L 196 vom 28.7.2011, S. 6)

– 32011 R 0786: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 786/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 11)

– 32011 R 0787: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 787/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 16)

– 32011 R 0788: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 788/2011 der Kommission vom 5. August 2011 (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 21)

– 32011 R 0797: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 797/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 3)

– 32011 R 0798: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 798/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 9)

– 32011 R 0800: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 800/2011 der Kommission vom 9. August 2011 (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 22)

– 32011 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 806/2011 der Kommission vom 10. August 2011 (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 39)

– 32011 R 0807: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 807/2011 der Kommission vom 10. August 2011 (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 44)

– 32011 R 0810: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 810/2011 der Kommission vom 11. August 2011 (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 7)

– 32011 R 0820: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 820/2011 der Kommission vom 16. August 2011 (ABl. L 209 vom 17.8.2011, S. 18)

– 32011 R 0974: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 974/2011 der Kommission vom 29. September 2011 (ABl. L 255 vom 1.10.2011, S. 1)

– 32011 R 0993: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 993/2011 der Kommission vom 6. Oktober 2011 (ABl. L 263 vom 7.10.2011, S. 1)

– 32011 R 1022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1022/2011 der Kommission vom 14. Oktober 2011 (ABl. L 270 vom 15.10.2011, S. 20)

– 32011 R 1100: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1100/2011 der Kommission vom 31. Oktober 2011 (ABl. L 285 vom 1.11.2011, S. 10)

– 32011 R 1134: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1134/2011 der Kommission vom 9. November 2011 (ABl. L 292 vom 10.11.2011, S. 1)

– 32011 R 1143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1143/2011 der Kommission vom 10. November 2011 (ABl. L 293 vom 11.11.2011, S. 26)

– 32012 R 0735: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 735/2012 der Kommission vom 14. August 2012 (ABl. L 218 vom 15.8.2012, S. 3)

– 32012 R 0746: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 746/2012 der Kommission vom 16. August 2012 (ABl. L 219 vom 17.8.2012, S. 15)

– 32012 R 0087: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 87/2012 der Kommission vom 1. Februar 2012 (ABl. L 30 vom 2.2.2012, S. 8)

– 32012 R 0127: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 127/2012 der Kommission vom 14. Februar 2012 (ABl. L 41 vom 15.2.2012, S. 12)

– 32012 R 0287: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 287/2012 der Kommission vom 30. März 2012 (ABl. L 95 vom 31.3.2012, S. 7)

– 32012 R 0359: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 359/2012 der Kommission vom 25. April 2012 (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 1)

– 32012 R 0369: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 369/2012 der Kommission vom 27. April 2012 (ABl. L 116 vom 28.4.2012, S. 19)

– 32012 R 0571: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 571/2012 der Kommission vom 28. Juni 2012 (ABl. L 169 vom 29.6.2012, S. 46)

– 32012 R 0582: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 582/2012 der Kommission vom 2. Juli 2012 (ABl. L 173 vom 3.7.2012, S. 3)

– 32012 R 0589: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 589/2012 der Kommission vom 4. Juli 2012 (ABl. L 175 vom 5.7.2012, S. 7)

– 32012 R 0595: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 595/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 46)

– 32012 R 0597: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 597/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 54)

– 32012 R 0608: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 608/2012 der Kommission vom 6. Juli 2012 (ABl. L 177 vom 7.7.2012, S. 19)

– 32012 R 0637: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 637/2012 der Kommission vom 13. Juli 2012 (ABl. L 186 vom 14.7.2012, S. 20)

– 32012 R 1037: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1037/2012 der Kommission vom 7. November 2012 (ABl. L 308 vom 8.11.2012, S. 15)

– 32012 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1043/2012 der Kommission vom 8. November 2012 (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 24)

– 32012 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1197/2012 der Kommission vom 13. Dezember 2012 (ABl. L 342 vom 14.12.2012, S. 27)

– 32012 R 1237: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1237/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 55)

– 32012 R 1238: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1238/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 59)

– 32013 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 17/2013 der Kommission vom 14. Januar 2013 (ABl. L 9 vom 15.1.2013, S. 5)

– 32013 R 0022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 22/2013 der Kommission vom 15. Januar 2013 (ABl. L 11 vom 16.1.2013, S. 8)

– 32013 R 0175: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 175/2013 der Kommission vom 27. Februar 2013 (ABl. L 56 vom 28.2.2013, S. 4)

– 32013 R 0188: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 188/2013 der Kommission vom 5. März 2013 (ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 13)

– 32013 R 0200: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 200/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 235 vom 4.9.2013, S. 12

– 32013 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 6)

– 32013 R 0350: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 350/2013 der Kommission vom 17. April 2013 (ABl. L 108 vom 18.4.2013, S. 9)

– 32013 R 0355: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 355/2013 der Kommission vom 18. April 2013 (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 14)

– 32013 R 0356: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 356/2013 der Kommission vom 18. April 2013 (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 18)

– 32013 R 0366: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 366/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 30)

– 32013 R 0367: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 367/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 33)

– 32013 R 0368: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 368/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 36)

– 32013 R 0373: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 373/2013 der Kommission vom 23. April 2013 (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 10)

– 32013 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 375/2013 der Kommission vom 23. April 2013 (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 15)

– 32013 R 0378: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 378/2013 der Kommission vom 24. April 2013 (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 5)

– 32013 R 0533: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 533/2013 der Kommission vom 10. Juni 2013 (ABl. L 159 vom 11.6.2013, S. 9)

– 32013 R 0546: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 546/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 17)

– 32013 R 0568: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 568/2013 der Kommission vom 18. Juni 2013 (ABl. L 167 vom 19.6.2013, S. 33)

– 32013 R 0570: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 570/2013 der Kommission vom 17. Juni 2013 (ABl. L 168 vom 20.6.2013, S. 18)

– 32013 R 0762: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 762/2013 der Kommission vom 7. August 2013 (ABl. L 213 vom 8.8.2013, S. 14)

– 32013 R 0767: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 767/2013 der Kommission vom 8. August 2013 (ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 5)

– 32013 R 0802: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 802/2013 der Kommission vom 22. August 2013 (ABl. L 225 vom 23.8.2013, S. 13)

– 32013 R 0826: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 826/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 13)

– 32013 R 0827: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 827/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 18)

– 32013 R 0828: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 828/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 23)

– 32013 R 0829: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 829/2013 der Kommission vom 29. August 2013 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 29)

– 32013 R 0832: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 832/2013 der Kommission vom 30. August 2013 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 3)

– 32013 R 0833: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 833/2013 der Kommission vom 30. August 2013 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 7)

– 32013 R 1031: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1031/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 17)

– 32013 R 1136: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1136/2013 der Kommission vom 12. November 2013 (ABl. L 302 vom 13.11.2013, S. 34)

– 32013 R 1175: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1175/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 18)

– 32013 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1176/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 23)

– 32013 R 1177: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1177/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 28)

– 32013 R 1187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1187/2013 der Kommission vom 21. November 2013 (ABl. L 313 vom 22.11.2013, S. 42)

– 32013 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1192/2013 der Kommission vom 22. November 2013 (ABl. L 314 vom 23.11.2013, S. 6)

– 32013 R 1195: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1195/2013 der Kommission vom 22. November 2013 (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 27)

– 32013 R 1199: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1199/2013 der Kommission vom 25. November 2013 (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 69)

– 32013 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 187/2013 der Kommission vom 5. März 2013 (ABl. L 65 vom 6.3.2013, S. 10)

– 32013 R 0190: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 190/2013 der Kommission vom 5. März 2013 (ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 19)

– 32013 R 0365: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 365/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 27)

– 32013 R 0369: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 369/2013 der Kommission vom 22. April 2013 (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 39)

– 32013 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2013 der Kommission vom 24. Mai 2013 (ABl. L 139 vom 25.5.2013, S. 12)

– 32013 R 0532: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 532/2013 der Kommission vom 10. Juni 2013 (ABl. L 159 vom 11.6.2013, S. 6)

– 32013 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 781/2013 der Kommission vom 14. August 2013 (ABl. L 219 vom 15.8.2013, S. 22)

– 32013 R 0790: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 790/2013 der Kommission vom 19. August 2013 (ABl. L 222 vom 20.8.2013, S. 6)

– 32013 R 0798: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 798/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 224 vom 22.8.2013, S. 9)

– 32013 R 1089: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1089/2013 der Kommission vom 4. November 2013 (ABl. L 293 vom 5.11.2013, S. 31)

– 32013 R 1124: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1124/2013 der Kommission vom 8. November 2013 (ABl. L 299 vom 9.11.2013, S. 34)

– 32013 R 1150: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1150/2013 der Kommission vom 14. November 2013 (ABl. L 305 vom 15.11.2013, S. 13)

– 32013 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1165/2013 der Kommission vom 18. November 2013 (ABl. L 309 vom 19.11.2013, S. 17)

– 32013 R 1166: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1166/2013 der Kommission vom 18. November 2013 (ABl. L 309 vom 19.11.2013, S. 22)

– 32013 R 1178: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1178/2013 der Kommission vom 20. November 2013 (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 33)

– 32014 R 0085: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 85/2014 der Kommission vom 30. Januar 2014 (ABl. L 28 vom 31.1.2014, S. 34)

– 32014 R 0140: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 140/2014 der Kommission vom 13. Februar 2014 (ABl. L 44 vom 14.2.2014, S. 35), berichtigt in ABl. L 277 vom 22.10.2015, S. 60

– 32014 R 0141: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 141/2014 der Kommission vom 13. Februar 2014 (ABl. L 44 vom 14.2.2014, S. 40)

– 32014 R 0143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 143/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 1)

– 32014 R 0144: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 144/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 7)

– 32014 R 0145: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 145/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 12)

– 32014 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 149/2014 der Kommission vom 17. Februar 2014 (ABl. L 46 vom 18.2.2014, S. 3)

– 32014 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 151/2014 der Kommission vom 18. Februar 2014 (ABl. L 48 vom 19.2.2014, S. 1)

– 32014 R 0154: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 154/2014 der Kommission vom 19. Februar 2014 (ABl. L 50 vom 20.2.2014, S. 7)

– 32014 R 0192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 192/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 20)

– 32014 R 0193: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 193/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 25)

– 32014 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 187/2014 der Kommission vom 26. Februar 2014 (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 24)

– 32014 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 462/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 (ABl. L 134 vom 7.5.2014, S. 28)

– 32014 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 65)

– 32014 R 0486: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 486/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 70)

– 32014 R 0487: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 487/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 72)

– 32014 R 0496: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 496/2014 der Kommission vom 14. Mai 2014 (ABl. L 143 vom 15.5.2014, S. 1)

– 32014 R 0504: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 504/2014 der Kommission vom 15. Mai 2014 (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 28)

– 32014 R 0563: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 563/2014 der Kommission vom 23. Mai 2014 (ABl. L 156 vom 24.5.2014, S. 5)

– 32014 R 0571: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 571/2014 der Kommission vom 26. Mai 2014 (ABl. L 157 vom 27.5.2014, S. 96)

– 32014 R 0629: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 629/2014 der Kommission vom 12. Juni 2014 (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 33)

– 32014 R 0632: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 632/2014 der Kommission vom 13. Mai 2014 (ABl. L 175 vom 14.6.2014, S. 1)

– 32014 R 0678: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 678/2014 der Kommission vom 19. Juni 2014 (ABl. L 180 vom 20.6.2014, S. 11)

– 32014 R 0878: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 878/2014 der Kommission vom 12. August 2014 (ABl. L 240 vom 13.8.2014, S. 18)

– 32014 R 0880: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 880/2014 der Kommission vom 12. August 2014 (ABl. L 240 vom 13.8.2014, S. 22)

– 32014 R 0890: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 890/2014 der Kommission vom 14. August 2014 (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 42)

– 32014 R 0891: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 891/2014 der Kommission vom 14. August 2014 (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 47)

– 32014 R 0916: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 916/2014 der Kommission vom 22. August 2014 (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 16)

– 32014 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 917/2014 der Kommission vom 22. August 2014 (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 19)

– 32014 R 0918: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 918/2014 der Kommission vom 22. August 2014 (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 24)

– 32014 R 0921: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 921/2014 der Kommission vom 25. August 2014 (ABl. L 252 vom 26.8.2014, S. 3)

– 32014 R 0922: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 922/2014 der Kommission vom 25. August 2014 (ABl. L 252 vom 26.8.2014, S. 6)

– 32015 R 0415: Durchführungsverordnung (EU) 2015/415 der Kommission vom 12. März 2015 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 28)

– 32015 R 0232: Durchführungsverordnung (EU) 2015/232 der Kommission vom 13. Februar 2015 (ABl. L 39 vom 14.2.2015, S. 7)

– 32014 R 1316: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1316/2014 der Kommission vom 11. Dezember 2014 (ABl. L 355 vom 12.12.2014, S. 1)

– 32014 R 1330: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1330/2014 der Kommission vom 15. Dezember 2014 (ABl. L 359 vom 16.12.2014, S. 85)

– 32014 R 1334: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1334/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2014 (ABl. L 360 vom 17.12.2014, S. 1)

– 32015 R 0051: Durchführungsverordnung (EU) 2015/51 der Kommission vom 14. Januar 2015 (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 22)

– 32015 R 0058: Durchführungsverordnung (EU) 2015/58 der Kommission vom 15. Januar 2015 (ABl. L 10 vom 16.1.2015, S. 25)

– 32015 R 0306: Durchführungsverordnung (EU) 2015/306 der Kommission vom 26. Februar 2015 (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 1)

– 32015 R 0307: Durchführungsverordnung (EU) 2015/307 der Kommission vom 26. Februar 2015 (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 6)

– 32015 R 0308: Durchführungsverordnung (EU) 2015/308 der Kommission vom 26. Februar 2015 (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 9)

– 32015 R 0404: Durchführungsverordnung (EU) 2015/404 der Kommission vom 11. März 2015 (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 6)

– 32015 R 0418: Durchführungsverordnung (EU) 2015/418 der Kommission vom 12. März 2015 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 36)

– 32015 R 0543: Durchführungsverordnung (EU) 2015/543 der Kommission vom 1. April 2015 (ABl. L 90 vom 2.4.2015, S. 1)

– 32015 R 0553: Durchführungsverordnung (EU) 2015/553 der Kommission vom 7. April 2015 (ABl. L 92 vom 8.4.2015, S. 86)

– 32015 R 0762: Durchführungsverordnung (EU) 2015/762 der Kommission vom 12. Mai 2015 (ABl. L 120 vom 13.5.2015, S. 6)

– 32015 R 1106: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1106 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 70)

– 32015 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1115 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 22)

– 32015 R 1154: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1154 der Kommission vom 14. Juli 2015 (ABl. L 187 vom 15.7.2015, S. 18)

– 32015 R 1166: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1166 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 34)

– 32015 R 1201: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1201 der Kommission vom 22. Juli 2015 (ABl. L 195 vom 23.7.2015, S. 37)

– 32015 R 1107: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1107 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 72)

– 32015 R 1108: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1108 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 75)

– 32015 R 1116: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1116 der Kommission vom 9. Juli 2015 (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 26)

– 32015 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1165 der Kommission vom 15. Juli 2015 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 30)

– 32015 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1176 der Kommission vom 17. Juli 2015 (ABl. L 192 vom 18.7.2015, S. 1)

– 32015 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1192 der Kommission vom 20. Juli 2015 (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 124)

– 32015 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1295 der Kommission vom 27. Juli 2015 (ABl. L 199 vom 29.7.2015, S. 8)

– 32015 R 1392: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1392 der Kommission vom 13. August 2015 (ABl. L 215 vom 14.8.2015, S. 34)

– 32015 R 1396: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1396 der Kommission vom 14. August 2015 (ABl. L 216 vom 15.8.2015, S. 1)

– 32015 R 1397: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1397 der Kommission vom 14. August 2015 (ABl. L 216 vom 15.8.2015, S. 3)

– 32015 R 2069: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2069 der Kommission vom 17. November 2015 (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 42)

– 32015 R 2085: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2085 der Kommission vom 18. November 2015 (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 93)

– 32015 R 2233: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2233 der Kommission vom 2. Dezember 2015 (ABl. L 317 vom 3.12.2015, S. 26)

– 32015 R 1885: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1885 der Kommission vom 20. Oktober 2015 (ABl. L 276 vom 21.10.2015, S. 48)

– 32015 R 2033: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2033 der Kommission vom 13. November 2015 (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 8)

– 32015 R 2047: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2047 der Kommission vom 16. November 2015 (ABl. L 300 vom 17.11.2015, S. 8)

– 32015 R 2084: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2084 der Kommission vom 18. November 2015 (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 89)

– 32015 R 2105: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2105 der Kommission vom 20. November 2015 (ABl. L 305 vom 21.11.2015, S. 31)

– 32015 R 2198: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2198 der Kommission vom 27. November 2015 (ABl. L 313 vom 28.11.2015, S. 35)

– 32016 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2016/138 der Kommission vom 2. Februar 2016 (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 5)

– 32016 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2016/139 der Kommission vom 2. Februar 2016 (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 7)

– 32016 R 0146: Durchführungsverordnung (EU) 2016/146 der Kommission vom 4. Februar 2016 (ABl. L 30 vom 5.2.2016, S. 7)

– 32016 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2016/147 der Kommission vom 4. Februar 2016 (ABl. L 30 vom 5.2.2016, S. 12)

– 32016 R 0177: Durchführungsverordnung (EU) 2016/177 der Kommission vom 10. Februar 2016 (ABl. L 35 vom 11.2.2016, S. 1)

– 32016 R 0182: Durchführungsverordnung (EU) 2016/182 der Kommission vom 11. Februar 2016 (ABl. L 37 vom 12.2.2016, S. 40)

– 32016 R 0370: Durchführungsverordnung (EU) 2016/370 der Kommission vom 15. März 2016 (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 7)

– 32016 R 0389: Durchführungsverordnung (EU) 2016/389 der Kommission vom 17. März 2016 (ABl. L 73 vom 18.3.2016, S. 77)

– 32016 R 0636: Durchführungsverordnung (EU) 2016/636 der Kommission vom 22. April 2016 (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 22)

– 32016 R 0638: Durchführungsverordnung (EU) 2016/638 der Kommission vom 22. April 2016 (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 28)

– 32016 R 0548: Durchführungsverordnung (EU) 2016/548 der Kommission vom 8. April 2016 (ABl. L 95 vom 9.4.2016, S. 1)

– 32016 R 0549: Durchführungsverordnung (EU) 2016/549 der Kommission vom 8. April 2016 (ABl. L 95 vom 9.4.2016, S. 4)

– 32016 R 0560: Durchführungsverordnung (EU) 2016/560 der Kommission vom 11. April 2016 (ABl. L 96 vom 12.4.2016, S. 23)

– 32016 R 0864: Durchführungsverordnung (EU) 2016/864 der Kommission vom 31. Mai 2016 (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 32)

– 32016 R 0871: Durchführungsverordnung (EU) 2016/871 der Kommission vom 1. Juni 2016 (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 4)

– 32016 R 0872: Durchführungsverordnung (EU) 2016/872 der Kommission vom 1. Juni 2016 (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 7)

– 32016 R 0951: Durchführungsverordnung (EU) 2016/951 der Kommission vom 15. Juni 2016 (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 6)

– 32016 R 1056: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1056 der Kommission vom 29. Juni 2016 (ABl. L 173 vom 30.6.2016, S. 52)

– 32016 R 1313: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1313 der Kommission vom 1. August 2016 (ABl. L 208 vom 2.8.2016, S. 1)

– 32016 R 1414: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1414 der Kommission vom 24. August 2016 (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 16)

– 32016 R 1423: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1423 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 20)

– 32016 R 1425: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1425 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 30)

– 32016 R 1426: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1426 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 34)

– 32016 R 0950: Durchführungsverordnung (EU) 2016/950 der Kommission vom 15. Juni 2016 (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 3)

– 32016 R 0952: Durchführungsverordnung (EU) 2016/952 der Kommission vom 15. Juni 2016 (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 10)

– 32016 R 1424: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1424 der Kommission vom 25. August 2016 (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 25)

– 32016 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1429 der Kommission vom 26. August 2016 (ABl. L 232 vom 27.8.2016, S. 1)

– 32016 R 1978: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1978 der Kommission vom 11. November 2016 (ABl. L 305 vom 12.11.2016, S. 23)

– 32016 R 2016: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2016 der Kommission vom 17. November 2016 (ABl. L 312 vom 18.11.2016, S. 21)

– 32016 R 2035: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2035 der Kommission vom 21. November 2016 (ABl. L 314 vom 22.11.2016, S. 7)

– 32017 R 0157: Durchführungsverordnung (EU) 2017/157 der Kommission vom 30. Januar 2017 (ABl. L 25 vom 31.1.2017, S. 5)

– 32017 R 0239: Durchführungsverordnung (EU) 2017/239 der Kommission vom 10. Februar 2017 (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 39)

– 32017 R 0244: Durchführungsverordnung (EU) 2017/244 der Kommission vom 10. Februar 2017 (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 54)

– 32017 R 0195: Durchführungsverordnung (EU) 2017/195 der Kommission vom 3. Februar 2017 (ABl. L 31 vom 4.2.2017, S. 21)

– 32017 R 0407: Durchführungsverordnung (EU) 2017/407 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 87)

– 32017 R 0270: Durchführungsverordnung (EU) 2017/270 der Kommission vom 16. Februar 2017 (ABl. L 40 vom 17.2.2017, S. 48)

– 32017 R 0359: Durchführungsverordnung (EU) 2017/359 der Kommission vom 28. Februar 2017 (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 8)

– 32017 R 0360: Durchführungsverordnung (EU) 2017/360 der Kommission vom 28. Februar 2017 (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 11)

– 32017 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) 2017/375 der Kommission vom 2. März 2017 (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 3)

– 32017 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) 2017/406 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 83)

– 32017 R 0408: Durchführungsverordnung (EU) 2017/408 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 91)

– 32017 R 0409: Durchführungsverordnung (EU) 2017/409 der Kommission vom 8. März 2017 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 95)

– 32017 R 0419: Durchführungsverordnung (EU) 2017/419 der Kommission vom 9. März 2017 (ABl. L 64 vom 10.3.2017, S. 4)

– 32017 R 0428: Durchführungsverordnung (EU) 2017/428 der Kommission vom 10. März 2017 (ABl. L 66 vom 11.3.2017, S. 1)

– 32017 R 0438: Durchführungsverordnung (EU) 2017/438 der Kommission vom 13. März 2017 (ABl. L 67 vom 14.3.2017, S. 67)

– 32017 R 0555: Durchführungsverordnung (EU) 2017/555 der Kommission vom 24. März 2017 (ABl. L 80 vom 25.3.2017, S. 1)

– 32017 R 0725: Durchführungsverordnung (EU) 2017/725 der Kommission vom 24. April 2017 (ABl. L 107 vom 25.4.2017, S. 24)

– 32017 R 0753: Durchführungsverordnung (EU) 2017/753 der Kommission vom 28. April 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 24)

– 32017 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2017/755 der Kommission vom 28. April 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 35)

– 32017 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) 2017/781 der Kommission vom 5. Mai 2017 (ABl. L 118 vom 6.5.2017, S. 1)

– 32017 R 0805: Durchführungsverordnung (EU) 2017/805 der Kommission vom 11. Mai 2017 (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 26)

– 32017 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) 2017/806 der Kommission vom 11. Mai 2017 (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 31)

– 32017 R 0831: Durchführungsverordnung (EU) 2017/831 der Kommission vom 16. Mai 2017 (ABl. L 124 vom 17.5.2017, S. 27)

– 32017 R 0841: Durchführungsverordnung (EU) 2017/841 der Kommission vom 17. Mai 2017 (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 12)

– 32017 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) 2017/842 der Kommission vom 17. Mai 2017 (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 16)

– 32017 R 0843: Durchführungsverordnung (EU) 2017/843 der Kommission vom 17. Mai 2017 (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 21)

– 32017 R 0855: Durchführungsverordnung (EU) 2017/855 der Kommission vom 18. Mai 2017 (ABl. L 128 vom 19.5.2017, S. 10)

– 32017 R 0856: Durchführungsverordnung (EU) 2017/856 der Kommission vom 18. Mai 2017 (ABl. L 128 vom 19.5.2017, S. 14)

– 32017 R 1113: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1113 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 27)

– 32017 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1114 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 32)

– 32017 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1115 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 38)

– 32017 R 1125: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1125 der Kommission vom 22. Juni 2017 (ABl. L 132 vom 24.6.2017, S. 10)

– 32017 R 1186: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1186 der Kommission vom 3. Juli 2017 (ABl. L 171 vom 4.7.2017, S. 131)

– 32017 R 1491: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1491 der Kommission vom 21. August 2017 (ABl. L 216 vom 22.8.2017, S. 15)

– 32017 R 1506: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1506 der Kommission vom 28. August 2017 (ABl. L 222 vom 29.8.2017, S. 21)

– 32017 R 1455: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1455 der Kommission vom 10. August 2017 (ABl. L 208 vom 11.8.2017, S. 28)

– 32017 R 1496: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1496 der Kommission vom 23. August 2017 (ABl. L 218 vom 24.8.2017, S. 7)

– 32017 R 1511: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1511 der Kommission vom 30. August 2017 (ABl. L 224 vom 31.8.2017, S. 115)

– 32017 R 1527: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1527 der Kommission vom 6. September 2017 (ABl. L 231 vom 7.9.2017, S. 3)

– 32017 R 1529: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1529 der Kommission vom 7. September 2017 (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 1)

– 32017 R 1530: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1530 der Kommission vom 7. September 2017 (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 4)

– 32017 R 1531: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1531 der Kommission vom 7. September 2017 (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 6)

– 32017 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2066 der Kommission vom 13. November 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 43)

– 32017 R 2069: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2069 der Kommission vom 13. November 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 51)

– 32017 R 2090: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2090 der Kommission vom 14. November 2017 (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 22)

– 32017 R 2091: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2091 der Kommission vom 14. November 2017 (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 25)

– 32017 R 2324: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2324 der Kommission vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 10)

– 32018 R 0084: Durchführungsverordnung (EU) 2018/84 der Kommission vom 19. Januar 2018 (ABl. L 16 vom 20.1.2018, S. 8)

– 32018 R 0112: Durchführungsverordnung (EU) 2018/112 der Kommission vom 24. Januar 2018 (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 3)

– 32018 R 0113: Durchführungsverordnung (EU) 2018/113 der Kommission vom 24. Januar 2018 (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 7)

– 32018 R 0184: Durchführungsverordnung (EU) 2018/184 der Kommission vom 7. Februar 2018 (ABl. L 34 vom 8.2.2018, S. 10)

– 32018 R 0185: Durchführungsverordnung (EU) 2018/185 der Kommission vom 7. Februar 2018 (ABl. L 34 vom 8.2.2018, S. 13)

– 32018 R 0291: Durchführungsverordnung (EU) 2018/291 der Kommission vom 26. Februar 2018 (ABl. L 55 vom 27.2.2018, S. 30)

– 32018 R 0309: Durchführungsverordnung (EU) 2018/309 der Kommission vom 1. März 2018 (ABl. L 60 vom 2.3.2018, S. 16)

– 32018 R 0524: Durchführungsverordnung (EU) 2018/524 der Kommission vom 28. März 2018 (ABl. L 88 vom 4.4.2018, S. 4)

– 32018 R 0660: Durchführungsverordnung (EU) 2018/660 der Kommission vom 26. April 2018 (ABl. L 110 vom 30.4.2018, S. 122)

– 32018 R 0670: Durchführungsverordnung (EU) 2018/670 der Kommission vom 30. April 2018 (ABl. L 113 vom 3.5.2018, S. 1)

– 32018 R 0679: Durchführungsverordnung (EU) 2018/679 der Kommission vom 3. Mai 2018 (ABl. L 114 vom 4.5.2018, S. 18)

– 32018 R 0690: Durchführungsverordnung (EU) 2018/690 der Kommission vom 7. Mai 2018 (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 3)

– 32018 R 0691: Durchführungsverordnung (EU) 2018/691 der Kommission vom 7. Mai 2018 (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 6)

– 32018 R 0692: Durchführungsverordnung (EU) 2018/692 der Kommission vom 7. Mai 2018 (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 9)

– 32018 R 0710: Durchführungsverordnung (EU) 2018/710 der Kommission vom 14. Mai 2018 (ABl. L 119 vom 15.5.2018, S. 31)

– 32018 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2018/755 der Kommission vom 23. Mai 2018 (ABl. L 128 vom 24.5.2018, S. 4)

– 32018 R 0783: Durchführungsverordnung (EU) 2018/783 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 31)

– 32018 R 0785: Durchführungsverordnung (EU) 2018/785 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 40)

– 32018 R 1060: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1060 der Kommission vom 26. Juli 2018 (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 3)

– 32018 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2018/917 der Kommission vom 27. Juni 2018 (ABl. L 163 vom 28.6.2018, S. 13)

– 32018 R 1019: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1019 der Kommission vom 18. Juli 2018 (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 14)

– 32018 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1043 der Kommission vom 24. Juli 2018 (ABl. L 188 vom 25.7.2018, S. 9)

– 32018 R 1061: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1061 der Kommission vom 26. Juli 2018 (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 8)

– 32018 R 1075: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1075 der Kommission vom 27. Juli 2018 (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 36)

– 32018 R 1260: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1260 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 30)

– 32018 R 1278: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1278 der Kommission vom 21. September 2018 (ABl. L 239 vom 24.9.2018, S. 4)

– 32018 R 0784: Durchführungsverordnung (EU) 2018/784 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 35)

– 32018 R 1262: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1262 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 62)

– 32018 R 1264: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1264 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 71)

– 32018 R 1265: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1265 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 77)

– 32018 R 1266: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1266 der Kommission vom 20. September 2018 (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 81)

– 32018 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1295 der Kommission vom 26. September 2018 (ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 7)

– 32018 R 1495: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1495 der Kommission vom 8. Oktober 2018 (ABl. L 253 vom 9.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1500: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1500 der Kommission vom 9. Oktober 2018 (ABl. L 254 vom 10.10.2018, S. 1)

– 32018 R 1501: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1501 der Kommission vom 9. Oktober 2018 (ABl. L 254 vom 10.10.2018, S. 4)

– 32018 R 1532: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1532 der Kommission vom 12. Oktober 2018 (ABl. L 257 vom 15.10.2018, S. 10)

– 32018 R 1796: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1796 der Kommission vom 20. November 2018 (ABl. L 294 vom 21.11.2018, S. 15)

– 32018 R 1913: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1913 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 13)

– 32018 R 1914: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1914 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 17)

– 32018 R 1915: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1915 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 20)

– 32018 R 1916: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1916 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 24)

– 32018 R 1917: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1917 der Kommission vom 6. Dezember 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 27)

– 32018 R 1865: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1865 der Kommission vom 28. November 2018 (ABl. L 304 vom 29.11.2018, S. 6)

– 32018 R 1981: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1981 der Kommission vom 13. Dezember 2018 (ABl. L 317 vom 14.12.2018, S. 16)

– 32019 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/139 der Kommission vom 29. Januar 2019 (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 4)

– 32019 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2019/147 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 14)

– 32019 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2019/149 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 20)

– 32019 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2019/151 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 26)

– 32019 R 0158: Durchführungsverordnung (EU) 2019/158 der Kommission vom 31. Januar 2019 (ABl. L 31 vom 1.2.2019, S. 21)

– 32019 R 0168: Durchführungsverordnung (EU) 2019/168 der Kommission vom 31. Januar 2019 (ABl. L 33 vom 5.2.2019, S. 1)

– 32019 R 0291: Durchführungsverordnung (EU) 2019/291 der Kommission vom 19. Februar 2019 (ABl. L 48 vom 20.2.2019, S. 17)

– 32019 R 0324: Durchführungsverordnung (EU) 2019/324 der Kommission vom 25. Februar 2019 (ABl. L 57 vom 26.2.2019, S. 1)

– 32019 R 0337: Durchführungsverordnung (EU) 2019/337 der Kommission vom 27. Februar 2019 (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 12)

– 32019 R 0344: Durchführungsverordnung (EU) 2019/344 der Kommission vom 28. Februar 2019 (ABl. L 62 vom 1.3.2019, S. 7)

– 32019 R 0481: Durchführungsverordnung (EU) 2019/481 der Kommission vom 22. März 2019 (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 19)

– 32019 R 0677: Durchführungsverordnung (EU) 2019/677 der Kommission vom 29. April 2019 (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 15)

– 32019 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) 2019/706 der Kommission vom 7. Mai 2019 (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 11)

– 32019 R 0707: Durchführungsverordnung (EU) 2019/707 der Kommission vom 7. Mai 2019 (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 16)

– 32019 R 0717: Durchführungsverordnung (EU) 2019/717 der Kommission vom 8. Mai 2019 (ABl. L 122 vom 10.5.2019, S. 44)

– 32019 R 0676: Durchführungsverordnung (EU) 2019/676 der Kommission vom 29. April 2019 (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 12)

– 32019 R 1606: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1606 der Kommission vom 27. September 2019 (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 53)

– 32019 R 1085: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1085 der Kommission vom 25. Juni 2019 (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 110)

– 32019 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1090 der Kommission vom 26. Juni 2019 (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 39)

– 32019 R 1100: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1100 der Kommission vom 27. Juni 2019 (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 17)

– 32019 R 1101: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1101 der Kommission vom 27. Juni 2019 (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 20)

– 32019 R 1137: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1137 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 3)

– 32019 R 1138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1138 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 8)

– 32019 R 0716: Durchführungsverordnung (EU) 2019/716 der Kommission vom 30. April 2019 (ABl. L 122 vom 10.5.2019, S. 39)

– 32019 R 1589: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1589 der Kommission vom 26. September 2019 (ABl. L 248 vom 27.9.2019, S. 24)

– 32019 R 1605: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1605 der Kommission vom 27. September 2019 (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 49)

– 32019 R 1690: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1690 der Kommission vom 9. Oktober 2019 (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 2)

– 32019 R 0989: Durchführungsverordnung (EU) 2019/989 der Kommission vom 17. Juni 2019 (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 11)

– 32019 R 2094: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2094 der Kommission vom 29. November 2019 (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 102)

– 32020 R 0023: Durchführungsverordnung (EU) 2020/23 der Kommission vom 13. Januar 2020 (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 8)

– 32019 R 1675: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1675 der Kommission vom 4. Oktober 2019 (ABl. L 257 vom 8.10.2019, S. 6)

– 32020 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) 2020/17 der Kommission vom 10. Januar 2020 (ABl. L 7 vom 13.1.2020, S. 11)

– 32020 R 0018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/18 der Kommission vom 10. Januar 2020 (ABl. L 7 vom 13.1.2020, S. 14)

– 32020 R 0421: Durchführungsverordnung (EU) 2020/421 der Kommission vom 18. März 2020 (ABl. L 84 vom 20.3.2020, S. 7)

– 32020 R 0616: Durchführungsverordnung (EU) 2020/616 der Kommission vom 5. Mai 2020 (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 1)

– 32020 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2020/617 der Kommission vom 5. Mai 2020 (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 6)

– 32020 R 0642: Durchführungsverordnung (EU) 2020/642 der Kommission vom 12. Mai 2020 (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 134)

– 32020 R 0646: Durchführungsverordnung (EU) 2020/646 der Kommission vom 13. Mai 2020 (ABl. L 151 vom 14.5.2020, S. 3)

– 32020 R 0653: Durchführungsverordnung (EU) 2020/653 der Kommission vom 14. Mai 2020 (ABl. L 152 vom 15.5.2020, S. 1)

– 32020 R 0869: Durchführungsverordnung (EU) 2020/869 der Kommission vom 24. Juni 2020 (ABl. L 201 vom 25.6.2020, S. 7)

– 32020 R 0892: Durchführungsverordnung (EU) 2020/892 der Kommission vom 29. Juni 2020 (ABl. L 206 vom 30.6.2020, S. 5)

– 32020 R 0968: Durchführungsverordnung (EU) 2020/968 der Kommission vom 3. Juli 2020 (ABl. L 213 vom 6.7.2020, S. 7)

– 32020 R 1003: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1003 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 127)

– 32020 R 1004: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1004 der Kommission vom 9. Juli 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 133)

– 32020 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1018 der Kommission vom 13. Juli 2020 (ABl. L 225 vom 14.7.2020, S. 9)

– 32020 R 1160: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1160 der Kommission vom 5. August 2020 (ABl. L 257 vom 6.8.2020, S. 29)

– 32020 R 1246: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1246 der Kommission vom 2. September 2020 (ABl. L 288 vom 3.9.2020, S. 18)

– 32020 R 1263: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1263 der Kommission vom 10. September 2020 (ABl. L 297 vom 11.9.2020, S. 1)

– 32020 R 1276: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1276 der Kommission vom 11. September 2020 (ABl. L 300 vom 14.9.2020, S. 32), berichtigt in ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 27

– 32020 R 1280: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1280 der Kommission vom 14. September 2020 (ABl. L 301 vom 15.9.2020, S. 4)

– 32020 R 1293: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1293 der Kommission vom 15. September 2020 (ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 24)

222. 32012 R 0823: Verordnung (EU) Nr. 823/2012 der Kommission vom 14. September 2012 zur Festlegung von von der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 abweichenden Fristen für die Genehmigung der Wirkstoffe 2,4-DB, Benzoesäure, beta-Cyfluthrin, Carfentrazon-ethyl, *Coniothyrium minitans* Stamm CON/M/91-08 (DSM 9660), Cyazofamid, Cyfluthrin, Deltamethrin, Dimethenamid-P, Ethofumesat, Ethoxysulfuron, Fenamidon, Flazasulfuron, Flufenacet, Flurtamon, Foramsulfuron, Fosthiazat, Imazamox, Iodosulfuron, Iprodion, Isoxaflutol, Linuron, Maleinsäurehydrazid, Mecoprop, Mecoprop-P, Mesosulfuron, Mesotrion, Oxadiargyl, Oxasulfuron, Pendimethalin, Picoxystrobin, Propiconazol, Propineb, Propoxycarbazon, Propyzamid, Pyraclostrobin, Silthiofam, Trifloxystrobin, Warfarin und Zoxamid (ABl. L 250 vom 15.9.2012, S. 13), geändert durch:

– 32014 R 0460: Verordnung (EU) Nr. 460/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 (ABl. L 133 vom 6.5.2014, S. 51)

– 32014 R 0186: Verordnung (EU) Nr. 186/2014 der Kommission vom 26. Februar 2014 (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 22)

223. 32013 R 0283: Verordnung (EU) Nr. 283/2013 der Kommission vom 1. März 2013 zur Festlegung der Datenanforderungen für Wirkstoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 93 vom 3.4.2013, S. 1), geändert durch:

– 32014 R 1136: Verordnung (EU) Nr. 1136/2014 der Kommission vom 24. Oktober 2014 (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 26)

224. 32013 R 0284: Verordnung (EU) Nr. 284/2013 der Kommission vom 1. März 2013 zur Festlegung der Datenanforderungen für Pflanzenschutzmittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 93 vom 3.4.2013, S. 85), geändert durch:

    – 32015 R 1475: Verordnung (EU) 2015/1475 der Kommission vom 27. August 2015 (ABl. L 225 vom 28.8.2015, S. 10)

225. 32011 R 0546: Verordnung (EU) Nr. 546/2011 der Kommission vom 10. Juni 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich einheitlicher Grundsätze für die Bewertung und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 155 vom 11.6.2011, S. 127)

226. 32011 R 0547: Verordnung (EU) Nr. 547/2011 der Kommission vom 8. Juni 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Kennzeichnungsanforderungen für Pflanzenschutzmittel (ABl. L 155 vom 11.6.2011, S. 176)

227. 32012 R 0844: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 844/2012 der Kommission vom 18. September 2012 zur Festlegung der notwendigen Bestimmungen für das Erneuerungsverfahren für Wirkstoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 252 vom 19.9.2012, S. 26), geändert durch:

    – 32018 R 1659: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1659 der Kommission vom 7. November 2018 (ABl. L 278 vom 8.11.2018, S. 3)

– 32019 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) 2019/724 der Kommission vom 10. Mai 2019 (ABl. L 124 vom 13.5.2019, S. 32)

– 32020 R 0103: Durchführungsverordnung (EU) 2020/103 der Kommission vom 17. Januar 2020 (ABl. L 19 vom 24.1.2020, S. 1)

228. 32011 R 0702: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 702/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Prohexadion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 28)

229. 32011 R 0703: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 703/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Azoxystrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 33)

230. 32011 R 0704: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 704/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Azimsulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 38)

231. 32011 R 0705: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 705/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Imazalil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 43)

232. 32011 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 706/2011 der Kommission vom 20. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Profoxydim gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 21.7.2011, S. 50)

233. 32011 R 0736: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 736/2011 der Kommission vom 26. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluroxypyr gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 195 vom 27.7.2011, S. 37)

234. 32011 R 0740: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 740/2011 der Kommission vom 27. Juli 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Bispyribac gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 196 vom 28.7.2011, S. 6)

235. 32011 R 0786: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 786/2011 der Kommission vom 5. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs 1-Naphthylacetamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/941/EG der Kommission (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 11)

236. 32011 R 0787: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 787/2011 der Kommission vom 5. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs 1-Naphthylessigsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/941/EG der Kommission (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 16)

237. 32011 R 0788: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 788/2011 der Kommission vom 5. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluazifop-P gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 203 vom 6.8.2011, S. 21), geändert durch:

   – 32013 R 0201: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 201/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 6)

238. 32011 R 0797: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 797/2011 der Kommission vom 9. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spiroxamin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 3)

239. 32011 R 0798: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 798/2011 der Kommission vom 9. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Oxyfluorfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 9)

240. 32011 R 0800: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 800/2011 der Kommission vom 9. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Tefluthrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 205 vom 10.8.2011, S. 22)

241. 32011 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 806/2011 der Kommission vom 10. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluquinconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 39)

242. 32011 R 0807: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 807/2011 der Kommission vom 10. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Triazoxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 206 vom 11.8.2011, S. 44)

243. 32011 R 0810: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 810/2011 der Kommission vom 11. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Kresoxim-Methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 207 vom 12.8.2011, S. 7)

244. 32011 R 0820: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 820/2011 der Kommission vom 16. August 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Terbuthylazin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 209 vom 17.8.2011, S. 18)

245. 32011 R 0942: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 942/2011 der Kommission vom 22. September 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Flufenoxuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 13)

246. 32011 R 0943: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 943/2011 der Kommission vom 22. September 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Propargit gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 16)

247. 32011 R 0974: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 974/2011 der Kommission vom 29. September 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Acrinathrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 255 vom 1.10.2011, S. 1)

248. 32011 R 0993: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 993/2011 der Kommission vom 6. Oktober 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs 8-Hydroxychinolin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 263 vom 7.10.2011, S. 1)

249. 32011 R 1022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1022/2011 der Kommission vom 14. Oktober 2011 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cyclanilid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 270 vom 15.10.2011, S. 20)

250. 32011 R 1045: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1045/2011 der Kommission vom 19. Oktober 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Asulam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 275 vom 20.10.2011, S. 23)

251. 32011 R 1078: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1078/2011 der Kommission vom 25. Oktober 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Propanil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 279 vom 26.10.2011, S. 1)

252. 32011 R 1127: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1127/2011 der Kommission vom 7. November 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs 2-Naphthyloxyessigsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 289 vom 8.11.2011, S. 26)

253. 32011 R 1134: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1134/2011 der Kommission vom 9. November 2011 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Cinidonethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 292 vom 10.11.2011, S. 1)

254. 32011 R 1143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1143/2011 der Kommission vom 10. November 2011 zur Genehmigung des Wirkstoffs Prochloraz gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 293 vom 11.11.2011, S. 26)

255. 32011 R 1372: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1372/2011 der Kommission vom 21. Dezember 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Acetochlor gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG der Kommission (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 45)

256. 32011 R 1381: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1381/2011 der Kommission vom 22. Dezember 2011 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Chlorpikrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/934/EG (ABl. L 343 vom 23.12.2011, S. 26)

257. 32012 R 0746: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 746/2012 der Kommission vom 16. August 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Adoxophyes orana granulovirus* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 219 vom 17.8.2012, S. 15)

258. 32012 R 0359: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 359/2012 der Kommission vom 25. April 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Metam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 1)

259. 32012 R 0578: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 578/2012 der Kommission vom 29. Juni 2012 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Diphenylamin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 171 vom 30.6.2012, S. 2)

260. 32012 R 0582: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 582/2012 der Kommission vom 2. Juli 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Bifenthrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 173 vom 3.7.2012, S. 3)

261. 32012 R 0589: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 589/2012 der Kommission vom 4. Juli 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluxapyroxad gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 5.7.2012, S. 7)

262. 32012 R 0595: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 595/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fenpyrazamin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 46)

263. 32012 D 0480: Durchführungsbeschluss 2012/480/EU der Kommission vom 16. August 2012 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen für den neuen Wirkstoff *Aureobasidium pullulans* zu verlängern (ABl. L 222 vom 18.8.2012, S. 13)

264. 32012 D 0677: Durchführungsbeschluss 2012/677/EU der Kommission vom 30. Oktober 2012 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen in Bezug auf die neuen Wirkstoffe Ametoctradin (ursprünglicher Antrag unter Entwicklungscode BAS 650 F) und Dinatriumphosphonat zu verlängern (ABl. L 305 vom 1.11.2012, S. 27)

265. 32012 R 1037: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1037/2012 der Kommission vom 7. November 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Isopyrazam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 308 vom 8.11.2012, S. 15), geändert durch:

    – 32015 R 1106: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1106 der Kommission vom 8. Juli 2015 (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 70)

266. 32012 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1043/2012 der Kommission vom 8. November 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Phosphan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 24)

267. 32012 R 1237: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1237/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs Zucchinigelbmosaikvirus (abgeschwächter Stamm) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 55)

268. 32012 R 1238: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1238/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Trichoderma asperellum* (Stamm T34) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 59)

269. 32013 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 17/2013 der Kommission vom 14. Januar 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Trichoderma atroviride* Stamm I-1237 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 9 vom 15.1.2013, S. 5)

270. 32013 R 0022: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 22/2013 der Kommission vom 15. Januar 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Cyflumetofen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 11 vom 16.1.2013, S. 8)

271. 32013 R 0188: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 188/2013 der Kommission vom 5. März 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Mandipropamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 62 vom 6.3.2013, S. 13)

272. 32013 R 0200: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 200/2013 der Kommission vom 8. März 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Ametoctradin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 235 vom 4.9.2013, S. 12

273. 32013 R 0350: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 350/2013 der Kommission vom 17. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Bixafen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 108 vom 18.4.2013, S. 9)

274. 32013 R 0355: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 355/2013 der Kommission vom 18. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Maltodextrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 14)

275. 32013 R 0356: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 356/2013 der Kommission vom 18. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Halosulfuron-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 109 vom 19.4.2013, S. 18)

276. 32013 R 0366: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 366/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus firmus* I-1582 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 30)

277. 32013 R 0367: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 367/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Spodoptera littoralis Nucleopolyhedrovirus* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 33)

278. 32013 R 0368: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 368/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Helicoverpa armigera Nucleopolyhedrovirus* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 36)

279. 32013 R 0373: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 373/2013 der Kommission vom 23. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Candida oleophila* Stamm O gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 10)

280. 32013 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 375/2013 der Kommission vom 23. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spiromesifen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 112 vom 24.4.2013, S. 15)

281. 32013 R 0378: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 378/2013 der Kommission vom 24. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Paecilomyces fumosoroseus* Stamm FE 9901 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 5)

282. 32013 R 0546: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 546/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Eugenol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 17)

283. 32013 R 0568: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 568/2013 der Kommission vom 18. Juni 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Thymol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 167 vom 19.6.2013, S. 33)

284. 32013 R 0570: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 570/2013 der Kommission vom 17. Juni 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Geraniol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 168 vom 20.6.2013, S. 18)

285. 32013 R 0767: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 767/2013 der Kommission vom 8. August 2013 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Bitertanol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 214 vom 9.8.2013, S. 5)

286. 32013 R 0802: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 802/2013 der Kommission vom 22. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fluopyram gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 225 vom 23.8.2013, S. 13)

287. 32013 R 0826: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 826/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Sedaxan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 13)

288. 32013 R 0827: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 827/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Aureobasidium pullulans* (Stämme DSM 14940 und DSM 14941) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 18)

289. 32013 R 0828: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 828/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Emamectin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 23)

290. 32013 R 0829: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 829/2013 der Kommission vom 29. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Pseudomonas* sp. Stamm DSMZ 13134 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 30.8.2013, S. 29)

291. 32013 R 0832: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 832/2013 der Kommission vom 30. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Dinatriumphosphonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 3)

292. 32013 R 0833: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 833/2013 der Kommission vom 30. August 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pyriofenon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 233 vom 31.8.2013, S. 7)

293. 32013 R 1031: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1031/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Penflufen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 17)

294. 32013 R 1175: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1175/2013 der Kommission vom 20. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Benalaxyl-M gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 18)

295. 32013 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1176/2013 der Kommission vom 20. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pyroxsulam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 23)

296. 32013 R 1177: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1177/2013 der Kommission vom 20. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spirotetramat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 312 vom 21.11.2013, S. 28)

297. 32013 R 1187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1187/2013 der Kommission vom 21. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Penthiopyrad gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 22.11.2013, S. 42)

298. 32013 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1192/2013 der Kommission vom 22. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Tembotrion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 314 vom 23.11.2013, S. 6)

299. 32013 R 1195: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1195/2013 der Kommission vom 22. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Natriumsilberthiosulfat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 27)

300. 32013 R 1199: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1199/2013 der Kommission vom 25. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Chlorantraniliprol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 69)

301. 32012 D 0191: Durchführungsbeschluss 2012/191/EU der Kommission vom 10. April 2012 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen in Bezug auf die neuen Wirkstoffe Amisulbrom, Chlorantraniliprol, Meptyldinocap, Pinoxaden, Silberthiosulfat und Tembotrion zu verlängern (ABl. L 102 vom 12.4.2012, S. 15)

302. 32012 D 0363: Durchführungsbeschluss 2012/363/EU der Kommission vom 4. Juli 2012 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen in Bezug auf die neuen Wirkstoffe Bixafen, *Candida oleophila* Stamm O, Fluopyram, Halosulfuron, Kaliumiodid, Kaliumthiocyanat und Spirotetramat zu verlängern (ABl. L 176 vom 6.7.2012, S. 70)

303. 32012 R 0686: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 686/2012 der Kommission vom 26. Juli 2012 zur Übertragung der Überprüfung der Wirkstoffe, deren Genehmigung spätestens am 31. Dezember 2018 ausläuft, auf die Mitgliedstaaten zum Zweck des Erneuerungsverfahrens (ABl. L 200 vom 27.7.2012, S. 5), geändert durch:

– 32014 R 0700: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 700/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 8)

– 32015 R 0052: Durchführungsverordnung (EU) 2015/52 der Kommission vom 14. Januar 2015 (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 27)

– 32016 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2016/138 der Kommission vom 2. Februar 2016 (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 5)

– 32017 R 0243: Durchführungsverordnung (EU) 2017/243 der Kommission vom 10. Februar 2017 (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 53)

– 32018 R 0155: Durchführungsverordnung (EU) 2018/155 der Kommission vom 31. Januar 2018 (ABl. L 29 vom 1.2.2018, S. 8)

– 32019 R 0150: Durchführungsverordnung (EU) 2019/150 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 23)

– 32019 R 0336: Durchführungsverordnung (EU) 2019/336 der Kommission vom 27. Februar 2019 (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 8)

– 32019 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) 2019/724 der Kommission vom 10. Mai 2019 (ABl. L 124 vom 13.5.2019, S. 32)

304. 32013 D 0038: Durchführungsbeschluss 2013/38/EU der Kommission vom 18. Januar 2013 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, die vorläufigen Zulassungen für die neuen Wirkstoffe Emamectin und Maltodextrin zu verlängern (ABl. L 18 vom 22.1.2013, S. 17)

305. 32013 R 0369: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 369/2013 der Kommission vom 22. April 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Kaliumphosphonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 39)

306. 32013 D 0205: Durchführungsbeschluss 2013/205/EU der Kommission vom 25. April 2013 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen für die neuen Wirkstoffe Acequinocyl, Aminopyralid, Ascorbinsäure, Flubendiamid, gamma-Cyhalothrin, Ipconazol, Metaflumizon, Orthosulfamuron, *Pseudomonas* sp. Stamm DSMZ 13134, Pyridalil, Pyroxsulam, Spiromesifen, Thiencarbazon und Topramezon zu verlängern (ABl. L 117 vom 27.4.2013, S. 20)

307. 32013 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2013 der Kommission vom 24. Mai 2013 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung der Wirkstoffe Clothianidin, Thiamethoxam und Imidacloprid sowie des Verbots der Anwendung und des Verkaufs von Saatgut, das mit diese Wirkstoffe enthaltenden Pflanzenschutzmitteln behandelt wurde (ABl. L 139 vom 25.5.2013, S. 12), geändert durch:

   – 32018 R 0783: Durchführungsverordnung (EU) 2018/783 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 31)

   – 32018 R 0784: Durchführungsverordnung (EU) 2018/784 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 35)

– 32018 R 0785: Durchführungsverordnung (EU) 2018/785 der Kommission vom 29. Mai 2018 (ABl. L 132 vom 30.5.2018, S. 40)

308. 32013 D 0431: Durchführungsbeschluss 2013/431/EU der Kommission vom 12. August 2013 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen betreffend die Wirkstoffe Benalaxyl-M und Valifenalat zu verlängern (ABl. L 218 vom 14.8.2013, S. 28)

309. 32013 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 781/2013 der Kommission vom 14. August 2013 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Fipronil und zum Verbot der Verwendung und des Verkaufs von Saatgut, das mit Pflanzenschutzmitteln behandelt wurde, die diesen Wirkstoff enthalten (ABl. L 219 vom 15.8.2013, S. 22)

310. 32013 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1165/2013 der Kommission vom 18. November 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Orangenöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 309 vom 19.11.2013, S. 17)

311. 32014 R 0108: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 108/2014 der Kommission vom 5. Februar 2014 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Kaliumthiocyanat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 36 vom 6.2.2014, S. 9)

312. 32014 R 0116: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 116/2014 der Kommission vom 6. Februar 2014 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Kaliumiodid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 38 vom 7.2.2014, S. 26)

313. 32014 R 0140: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 140/2014 der Kommission vom 13. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Spinetoram gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 44 vom 14.2.2014, S. 35), berichtigt in ABl. L 277 vom 22.10.2015, S. 60

314. 32014 R 0143: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 143/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pyridalyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 1)

315. 32014 R 0144: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 144/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Valifenalat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 7)

316. 32014 R 0145: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 145/2014 der Kommission vom 14. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Thiencarbazon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 12)

317. 32014 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 149/2014 der Kommission vom 17. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs L-Ascorbinsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 46 vom 18.2.2014, S. 3)

318. 32014 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 151/2014 der Kommission vom 18. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs S-Abscisinsäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 48 vom 19.2.2014, S. 1)

319. 32014 R 0192: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 192/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs 1,4-Dimethylnaphthalin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 20)

320. 32014 R 0193: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 193/2014 der Kommission vom 27. Februar 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Amisulbrom gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 25)

321. 32014 R 0187: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 187/2014 der Kommission vom 26. Februar 2014 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Methiocarb (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 24)

322. 32014 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 462/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 zur Genehmigung des Grundstoffs *Equisetum arvense* L. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 134 vom 7.5.2014, S. 28)

323. 32014 R 0485: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus pumilus* QST 2808 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 65)

324. 32014 R 0486: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 486/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Fenbutatinoxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 70)

325. 32014 R 0496: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 496/2014 der Kommission vom 14. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Acequinocyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 143 vom 15.5.2014, S. 1)

326. 32014 R 0504: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 504/2014 der Kommission vom 15. Mai 2014 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Pflanzenöle/Citronellöl (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 28)

327. 32014 R 0563: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 563/2014 der Kommission vom 23. Mai 2014 zur Genehmigung des Grundstoffs Chitosanhydrochlorid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 156 vom 24.5.2014, S. 5)

328. 32014 R 0517: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 571/2014 der Kommission vom 26. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Ipconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 157 vom 27.5.2014, S. 96)

329. 32014 R 0629: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 629/2014 der Kommission vom 12. Juni 2014 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Methylnonylketon (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 33)

330. 32014 R 0632: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 632/2014 der Kommission vom 13. Mai 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flubendiamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 14.6.2014, S. 1)

331. 32014 R 0890: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 890/2014 der Kommission vom 14. August 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Metobromuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 42)

332. 32014 R 0891: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 891/2014 der Kommission vom 14. August 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Aminopyralid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 243 vom 15.8.2014, S. 47)

333. 32014 R 0916: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 916/2014 der Kommission vom 22. August 2014 zur Genehmigung des Grundstoffs Saccharose gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 16)

334. 32014 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 917/2014 der Kommission vom 22. August 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Streptomyces lydicus* Stamm WYEC 108 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 251 vom 23.8.2014, S. 19)

335. 32014 R 0922: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 922/2014 der Kommission vom 25. August 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Metaflumizon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 252 vom 26.8.2014, S. 6)

336. 32014 D 0289: Durchführungsbeschluss 2014/289/EU der Kommission vom 15. Mai 2014 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen betreffend die Wirkstoffe Pinoxaden und Meptyldinocap zu verlängern (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 114)

337. 32014 R 1316: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1316/2014 der Kommission vom 11. Dezember 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus amyloliquefaciens* subsp. *plantarum* Stamm D747 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, die vorläufigen Zulassungen für diesen Wirkstoff zu verlängern (ABl. L 355 vom 12.12.2014, S. 1)

338. 32014 R 1330: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1330/2014 der Kommission vom 15. Dezember 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs Meptyldinocap gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 359 vom 16.12.2014, S. 85)

339. 32014 R 1334: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1334/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2014 zur Genehmigung des Wirkstoffs gamma-Cyhalothrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen betreffend diesen Wirkstoff zu verlängern (ABl. L 360 vom 17.12.2014, S. 1)

340. 32015 R 0051: Durchführungsverordnung (EU) 2015/51 der Kommission vom 14. Januar 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Chromafenozid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, die vorläufigen Zulassungen bezüglich dieses Wirkstoffs zu verlängern (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 22)

341. 32015 R 0306: Durchführungsverordnung (EU) 2015/306 der Kommission vom 26. Februar 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs *Isaria fumosorosea* Stamm Apopka 97 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 56 vom 27.2.2015, S. 1)

342. 32015 R 0543: Durchführungsverordnung (EU) 2015/543 der Kommission vom 1. April 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs COS-OGA gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 90 vom 2.4.2015, S. 1)

343. 32015 R 0553: Durchführungsverordnung (EU) 2015/553 der Kommission vom 7. April 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Cerevisan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 92 vom 8.4.2015, S. 86)

344. 32015 R 0408: Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 der Kommission vom 11. März 2015 zur Durchführung des Artikels 80 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Erstellung einer Liste mit Substitutionskandidaten (ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 18), geändert durch:

– 32017 R 2065: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2065 der Kommission vom 13. November 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 40)

– 32019 R 1085: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1085 der Kommission vom 25. Juni 2019 (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 110)

– 32020 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1295 der Kommission vom 16. September 2020 (ABl. L 303 vom 17.9.2020, S. 18)

345. 32015 R 0707: Durchführungsverordnung (EU) 2015/707 der Kommission vom 30. April 2015 über die Nichtgenehmigung von *Rheum-officinale*-Wurzelextrakt als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 113 vom 1.5.2015, S. 44)

346. 32015 R 0762: Durchführungsverordnung (EU) 2015/762 der Kommission vom 12. Mai 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Calciumhydroxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 120 vom 13.5.2015, S. 6)

347. 32015 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1115 der Kommission vom 9. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Pyridat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 22)

348. 32015 R 1154: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1154 der Kommission vom 14. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Sulfosulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 187 vom 15.7.2015, S. 18)

349. 32015 R 1166: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1166 der Kommission vom 15. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Eisen(III)-phosphat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 34)

350. 32015 R 1201: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1201 der Kommission vom 22. Juli 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Fenhexamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 195 vom 23.7.2015, S. 37)

351. 32015 R 1107: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1107 der Kommission vom 8. Juli 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs *Salix* spp cortex gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 72)

352. 32015 R 1108: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1108 der Kommission vom 8. Juli 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Essig gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 75), geändert durch:

– 32019 R 0149: Durchführungsverordnung (EU) 2019/149 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 20)

353. 32015 R 1116: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1116 der Kommission vom 9. Juli 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Lecithine gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 182 vom 10.7.2015, S. 26)

354. 32015 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1165 der Kommission vom 15. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Halauxifen-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 30)

355. 32015 R 1176: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1176 der Kommission vom 17. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Pepino Mosaic* Virus Stamm CH2 Isolat 1906 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 192 vom 18.7.2015, S. 1)

356. 32015 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1191 der Kommission vom 20. Juli 2015 über die Nichtgenehmigung von *Artemisia vulgaris* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 122)

357. 32015 R 1192: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1192 der Kommission vom 20. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Terpen-Gemisch QRD 460 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 124)

358. 32015 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1295 der Kommission vom 27. Juli 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Sulfoxaflor gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 199 vom 29.7.2015, S. 8)

359. 32015 R 1392: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1392 der Kommission vom 13. August 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Fructose gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 215 vom 14.8.2015, S. 34)

360. 32015 R 1397: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1397 der Kommission vom 14. August 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Florasulam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 216 vom 15.8.2015, S. 3)

361. 32015 R 2046: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2046 der Kommission vom 16. November 2015 über die Nichtgenehmigung von *Artemisia absinthium* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 300 vom 17.11.2015, S. 6)

362. 32015 R 2069: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2069 der Kommission vom 17. November 2015 zur Genehmigung des Grundstoffs Natriumhydrogencarbonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 42)

363. 32015 R 2082: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2082 der Kommission vom 18. November 2015 über die Nichtgenehmigung von *Arctium lappa* L. (oberirdische Teile) als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 85)

364. 32015 R 2083: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2083 der Kommission vom 18. November 2015 über die Nichtgenehmigung von *Tanacetum vulgare* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 87)

365. 32015 R 2085: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2085 der Kommission vom 18. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Mandestrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 93)

366. 32015 R 2033: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2033 der Kommission vom 13. November 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs 2,4-D gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 8)

367. 32015 R 2047: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2047 der Kommission vom 16. November 2015 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Esfenvalerat als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 300 vom 17.11.2015, S. 8)

368. 32015 R 2084: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2084 der Kommission vom 18. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flupyradifuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 302 vom 19.11.2015, S. 89)

369. 32015 R 2105: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2105 der Kommission vom 20. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flumetralin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 305 vom 21.11.2015, S. 31)

370. 32015 R 2198: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2198 der Kommission vom 27. November 2015 zur Genehmigung des Wirkstoffs Rescalure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 28.11.2015, S. 35)

371. 32016 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2016/138 der Kommission vom 2. Februar 2016 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs 3-Decen-2-on gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 5)

372. 32016 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2016/139 der Kommission vom 2. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Metsulfuron-methyl als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 27 vom 3.2.2016, S. 7)

373. 32016 R 0146: Durchführungsverordnung (EU) 2016/146 der Kommission vom 4. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Lambda-Cyhalothrin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 30 vom 5.2.2016, S. 7)

374. 32016 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2016/147 der Kommission vom 4. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Iprovalicarb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 30 vom 5.2.2016, S. 12)

375. 32016 R 0177: Durchführungsverordnung (EU) 2016/177 der Kommission vom 10. Februar 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Benzovindiflupyr als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 35 vom 11.2.2016, S. 1)

376. 32016 R 0182: Durchführungsverordnung (EU) 2016/182 der Kommission vom 11. Februar 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Pyraflufen-ethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 37 vom 12.2.2016, S. 40)

377. 32016 R 0370: Durchführungsverordnung (EU) 2016/370 der Kommission vom 15. März 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Pinoxaden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, vorläufige Zulassungen betreffend diesen Wirkstoff zu verlängern (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 7)

378. 32016 R 0389: Durchführungsverordnung (EU) 2016/389 der Kommission vom 17. März 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Acibenzolar-S-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 73 vom 18.3.2016, S. 77)

379. 32016 R 0636: Durchführungsverordnung (EU) 2016/636 der Kommission vom 22. April 2016 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Z,Z,Z,Z-7,13,16,19-docosatetraen-1-yl-isobutyrat im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 22)

380. 32016 R 0638: Durchführungsverordnung (EU) 2016/638 der Kommission vom 22. April 2016 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Z-13-hexadecen-11-yn-1-yl-acetat in Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 28)

381. 32016 R 0548: Durchführungsverordnung (EU) 2016/548 der Kommission vom 8. April 2016 zur Genehmigung des Grundstoffs Diammoniumphosphat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 95 vom 9.4.2016, S. 1)

382. 32016 R 0560: Durchführungsverordnung (EU) 2016/560 der Kommission vom 11. April 2016 zur Genehmigung des Grundstoffs Molke gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 96 vom 12.4.2016, S. 23)

383. 32016 R 0864: Durchführungsverordnung (EU) 2016/864 der Kommission vom 31. Mai 2016 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Triasulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 32)

384. 32016 R 0871: Durchführungsverordnung (EU) 2016/871 der Kommission vom 1. Juni 2016 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Amitrol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 4)

385. 32016 R 0872: Durchführungsverordnung (EU) 2016/872 der Kommission vom 1. Juni 2016 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Isoproturon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 145 vom 2.6.2016, S. 7)

386. 32016 R 0951: Durchführungsverordnung (EU) 2016/951 der Kommission vom 15. Juni 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Trichoderma atroviride* Stamm SC1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 6)

387. 32016 R 1414: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1414 der Kommission vom 24. August 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Cyantraniliprol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 230 vom 25.8.2016, S. 16)

388. 32016 R 1423: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1423 der Kommission vom 25. August 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Picolinafen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 20)

389. 32016 R 1425: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1425 der Kommission vom 25. August 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs Isofetamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 30)

390. 32016 R 1426: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1426 der Kommission vom 25. August 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Ethofumesat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 34)

391. 32016 R 0952: Durchführungsverordnung (EU) 2016/952 der Kommission vom 15. Juni 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Saccharomyces cerevisiae* Stamm LAS02 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 159 vom 16.6.2016, S. 10)

392. 32016 R 1424: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1424 der Kommission vom 25. August 2016 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Thifensulfuron-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 231 vom 26.8.2016, S. 25)

393. 32016 R 1429: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1429 der Kommission vom 26. August 2016 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm MBI 600 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 27.8.2016, S. 1)

394. 32016 R 1978: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1978 der Kommission vom 11. November 2016 zur Genehmigung des Grundstoffs Sonnenblumenöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 305 vom 12.11.2016, S. 23)

395. 32016 R 1826: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1826 der Kommission vom 14. Oktober 2016 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Tricyclazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 88)

396. 32017 R 0157: Durchführungsverordnung (EU) 2017/157 der Kommission vom 30. Januar 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Thiabendazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 25 vom 31.1.2017, S. 5)

397. 32017 R 0239: Durchführungsverordnung (EU) 2017/239 der Kommission vom 10. Februar 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs Oxathiapiprolin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 39)

398. 32017 R 0244: Durchführungsverordnung (EU) 2017/244 der Kommission vom 10. Februar 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Linuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 54)

399. 32017 R 0240: Durchführungsverordnung (EU) 2017/240 der Kommission vom 10. Februar 2017 über die Nichtgenehmigung des ätherischen Öls von *Satureja montana* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 43)

400. 32017 R 0241: Durchführungsverordnung (EU) 2017/241 der Kommission vom 10. Februar 2017 über die Nichtgenehmigung von ätherischem Öl aus *Origanum vulgare* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 45)

401. 32017 R 0407: Durchführungsverordnung (EU) 2017/407 der Kommission vom 8. März 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Iodosulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 87)

402. 32017 R 0357: Durchführungsverordnung (EU) 2017/357 der Kommission vom 28. Februar 2017 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Cyclaniliprol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 4)

403. 32017 R 0358: Durchführungsverordnung (EU) 2017/358 der Kommission vom 28. Februar 2017 zur Bestätigung der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Acrinathrin gemäß der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 54 vom 1.3.2017, S. 6)

404. 32017 R 0375: Durchführungsverordnung (EU) 2017/375 der Kommission vom 2. März 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Prosulfuron als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 3)

405. 32017 R 0377: Durchführungsverordnung (EU) 2017/377 der Kommission vom 3. März 2017 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs *Pseudozyma flocculosa* Stamm ATCC 64874 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 11)

406. 32017 R 0406: Durchführungsverordnung (EU) 2017/406 der Kommission vom 8. März 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Mildes Pepino Mosaic Virus-Isolat VX1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 83)

407. 32017 R 0408: Durchführungsverordnung (EU) 2017/408 der Kommission vom 8. März 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Mildes Pepino Mosaic Virus-Isolat VC1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 91)

408. 32017 R 0409: Durchführungsverordnung (EU) 2017/409 der Kommission vom 8. März 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs Wasserstoffperoxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 63 vom 9.3.2017, S. 95)

409. 32017 R 0419: Durchführungsverordnung (EU) 2017/419 der Kommission vom 9. März 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs *Urtica* spp. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 64 vom 10.3.2017, S. 4)

410. 32017 R 0428: Durchführungsverordnung (EU) 2017/428 der Kommission vom 10. März 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs tonhaltige Pflanzenkohle (*charbon argileux*) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 66 vom 11.3.2017, S. 1)

411. 32017 R 0725: Durchführungsverordnung (EU) 2017/725 der Kommission vom 24. April 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Mesotrion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 107 vom 25.4.2017, S. 24)

412. 32017 R 0753: Durchführungsverordnung (EU) 2017/753 der Kommission vom 28. April 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cyhalofop-butyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 24)

413. 32017 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2017/755 der Kommission vom 28. April 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Mesosulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 35)

414. 32017 R 0781: Durchführungsverordnung (EU) 2017/781 der Kommission vom 5. Mai 2017 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Methylnonylketon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 118 vom 6.5.2017, S. 1)

415. 32017 R 0805: Durchführungsverordnung (EU) 2017/805 der Kommission vom 11. Mai 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Flazasulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 26)

416. 32017 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) 2017/806 der Kommission vom 11. Mai 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm FZB24 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 121 vom 12.5.2017, S. 31)

417. 32017 R 0831: Durchführungsverordnung (EU) 2017/831 der Kommission vom 16. Mai 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm 147 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 124 vom 17.5.2017, S. 27)

418. 32017 R 0840: Durchführungsverordnung (EU) 2017/840 der Kommission vom 17. Mai 2017 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Orthosulfamuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 10)

419. 32017 R 0842: Durchführungsverordnung (EU) 2017/842 der Kommission vom 17. Mai 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Coniothyrium minitans* Stamm CON/M/91-08 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 16)

420. 32017 R 0843: Durchführungsverordnung (EU) 2017/843 der Kommission vom 17. Mai 2017 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm NPP111B005 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 21)

421. 32017 R 1113: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1113 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Benzoesäure gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 27)

422. 32017 R 1114: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1114 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pendimethalin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 32)

423. 32017 R 1115: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1115 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propoxycarbazon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 38)

424. 32017 R 1125: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1125 der Kommission vom 22. Juni 2017 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Repellents (Geruch) tierischen oder pflanzlichen Ursprungs/Tallölpech gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 163 vom 24.6.2017, S. 10)

425. 32017 R 1186: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1186 der Kommission vom 3. Juli 2017 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Repellents (Geruch) tierischen oder pflanzlichen Ursprungs/Tallöl (roh) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 171 vom 4.7.2017, S. 131)

426. 32017 R 1491: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1491 der Kommission vom 21. August 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs 2,4-DB gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 216 vom 22.8.2017, S. 15)

427. 32017 R 1506: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1506 der Kommission vom 28. August 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Maleinsäurehydrazid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 222 vom 29.8.2017, S. 21)

428. 32017 R 1455: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1455 der Kommission vom 10. August 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Picoxystrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 208 vom 11.8.2017, S. 28)

429. 32017 R 1496: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1496 der Kommission vom 23. August 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff DPX KE 459 (Flupyrsulfuron-methyl) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 218 vom 24.8.2017, S. 7)

430. 32017 R 1526: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1526 der Kommission vom 6. September 2017 über die Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Beta-Cypermethrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 231 vom 7.9.2017, S. 1)

431. 32017 R 1529: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1529 der Kommission vom 7. September 2017 zur Genehmigung des Grundstoffs Natriumchlorid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 1)

432. 32017 R 1531: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1531 der Kommission vom 7. September 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Imazamox als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 6)

433. 32017 R 2057: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2057 der Kommission vom 10. November 2017 über die Nichtgenehmigung von *Achillea millefolium* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 294 vom 11.11.2017, S. 27)

434. 32017 R 2065: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2065 der Kommission vom 13. November 2017 zur Bestätigung der Bedingungen für die Genehmigung des in der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 aufgeführten Wirkstoffs 8-Hydroxychinolin und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 hinsichtlich der Aufnahme des Wirkstoffs 8-Hydroxychinolin in die Liste der Substitutionskandidaten (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 40)

435. 32017 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2066 der Kommission vom 13. November 2017 zur Genehmigung von Senfsaatpulver als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 43)

436. 32017 R 2067: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2067 der Kommission vom 13. November 2017 über die Nichtgenehmigung von Paprikaextrakt (Capsanthin, Capsorubin E 160c) als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 47)

437. 32017 R 2068: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2068 der Kommission vom 13. November 2017 über die Nichtgenehmigung von Kaliumsorbat als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 49)

438. 32017 R 2090: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2090 der Kommission vom 14. November 2017 zur Genehmigung von Bier als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 22)

439. 32017 R 2091: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2091 der Kommission vom 14. November 2017 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Iprodion gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 15.11.2017, S. 25)

440. 32017 R 2324: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2324 der Kommission vom 12. Dezember 2017 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Glyphosat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 333 vom 15.12.2017, S. 10)

441. 32018 R 0112: Durchführungsverordnung (EU) 2018/112 der Kommission vom 24. Januar 2018 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Laminarin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 3)

442. 32018 R 0113: Durchführungsverordnung (EU) 2018/113 der Kommission vom 24. Januar 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Acetamiprid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 20 vom 25.1.2018, S. 7)

443. 32018 R 0296: Durchführungsverordnung (EU) 2018/296 der Kommission vom 27. Februar 2018 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Extrakt aus *Reynoutria sachalinensis* gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 31)

444. 32018 R 0309: Durchführungsverordnung (EU) 2018/309 der Kommission vom 1. März 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propineb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 60 vom 2.3.2018, S. 16)

445. 32018 R 0660: Durchführungsverordnung (EU) 2018/660 der Kommission vom 26. April 2018 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Bentazon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 110 vom 30.4.2018, S. 122)

446. 32018 R 0679: Durchführungsverordnung (EU) 2018/679 der Kommission vom 3. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Forchlorfenuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 4.5.2018, S. 18)

447. 32018 R 0691: Durchführungsverordnung (EU) 2018/691 der Kommission vom 7. Mai 2018 zur Genehmigung des Grundstoffs Talkum E 553b gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 6)

448. 32018 R 0692: Durchführungsverordnung (EU) 2018/692 der Kommission vom 7. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Zoxamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 117 vom 8.5.2018, S. 9)

449. 32018 R 0710: Durchführungsverordnung (EU) 2018/710 der Kommission vom 14. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Silthiofam gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 119 vom 15.5.2018, S. 31)

450. 32018 R 0755: Durchführungsverordnung (EU) 2018/755 der Kommission vom 23. Mai 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propyzamid — als Substitutionskandidat — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 128 vom 24.5.2018, S. 4)

451. 32018 R 1060: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1060 der Kommission vom 26. Juli 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Trifloxystrobin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 3)

452. 32018 R 1019: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1019 der Kommission vom 18. Juli 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Oxasulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 14)

453. 32018 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1043 der Kommission vom 24. Juli 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Fenamidon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 188 vom 25.7.2018, S. 9)

454. 32018 R 1061: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1061 der Kommission vom 26. Juli 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Carfentrazon-ethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 190 vom 27.7.2018, S. 8)

455. 32018 R 1075: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1075 der Kommission vom 27. Juli 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Ampelomyces quisqualis* Stamm: AQ10 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 36)

456. 32018 R 1278: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1278 der Kommission vom 21. September 2018 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Pasteuria nishizawae* Pn1 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 239 vom 24.9.2018, S. 4)

457. 32018 R 1264: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1264 der Kommission vom 20. September 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pethoxamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 71)

458. 32018 R 1265: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1265 der Kommission vom 20. September 2018 zur Genehmigung des Wirkstoffs Fenpicoxamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 77)

459. 32018 R 1294: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1294 der Kommission vom 26. September 2018 über die Nichtgenehmigung von Seekiefernteer als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 5)

460. 32018 R 1295: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1295 der Kommission vom 26. September 2018 zur Genehmigung des Grundstoffs Zwiebelöl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 7)

461. 32018 R 1500: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1500 der Kommission vom 9. Oktober 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Thiram sowie zum Verbot der Verwendung und des Verkaufs von Saatgut, das mit Thiram enthaltenden Pflanzenschutzmitteln behandelt wurde, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 254 vom 10.10.2018, S. 1)

462. 32018 R 1501: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1501 der Kommission vom 9. Oktober 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pymetrozin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 254 vom 10.10.2018, S. 4)

463. 32018 R 1532: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1532 der Kommission vom 12. Oktober 2018 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Diquat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 257 vom 15.10.2018, S. 10)

464. 32018 R 1913: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1913 der Kommission vom 6. Dezember 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Tribenuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 294 vom 21.11.2018, S. 15)

465. 32018 R 1914: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1914 der Kommission vom 6. Dezember 2018 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Quinoxyfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 17)

466. 32018 R 1915: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1915 der Kommission vom 6. Dezember 2018 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Metschnikowia fructicola* Stamm NRRL Y-27328 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 20)

467. 32018 R 1917: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1917 der Kommission vom 6. Dezember 2018 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Flurtamon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 27)

468. 32018 R 1865: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1865 der Kommission vom 28. November 2018 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propiconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 304 vom 29.11.2018, S. 6)

469. 32018 R 1981: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1981 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Erneuerung der Genehmigung für die Wirkstoffe Kupferverbindungen als Substitutionskandidaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 317 vom 14.12.2018, S. 16)

470. 32019 R 0139: Durchführungsverordnung (EU) 2019/139 der Kommission vom 29. Januar 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm IMI389521 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 26 vom 30.1.2019, S. 4)

471. 32019 R 0147: Durchführungsverordnung (EU) 2019/147 der Kommission vom 30. Januar 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm PPRI 5339 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 14)

472. 32019 R 0148: Durchführungsverordnung (EU) 2019/148 der Kommission vom 30. Januar 2019 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Propanil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 18)

473. 32019 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2019/151 der Kommission vom 30. Januar 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Clonostachys rosea* Stamm: J1446 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 27 vom 31.1.2019, S. 26)

474. 32019 R 0158: Durchführungsverordnung (EU) 2019/158 der Kommission vom 31. Januar 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Methoxyfenozid — als Substitutionskandidat — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 31 vom 1.2.2019, S. 21)

475. 32019 R 0337: Durchführungsverordnung (EU) 2019/337 der Kommission vom 27. Februar 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs Mefentrifluconazol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 12)

476. 32019 R 0344: Durchführungsverordnung (EU) 2019/344 der Kommission vom 28. Februar 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Ethoprophos gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 62 vom 1.3.2019, S. 7)

477. 32019 R 0481: Durchführungsverordnung (EU) 2019/481 der Kommission vom 22. März 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs Flutianil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 19)

478. 32019 R 0677: Durchführungsverordnung (EU) 2019/677 der Kommission vom 29. April 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Chlorthalonil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 15)

479. 32019 R 0706: Durchführungsverordnung (EU) 2019/706 der Kommission vom 7. Mai 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Carvon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 11), geändert durch:

   – 32020 R 0653: Durchführungsverordnung (EU) 2020/653 der Kommission vom 14. Mai 2020 (ABl. L 152 vom 15.5.2020, S. 1)

480. 32019 R 0717: Durchführungsverordnung (EU) 2019/717 der Kommission vom 8. Mai 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Isoxaflutol gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 122 vom 10.5.2019, S. 44)

481. 32019 R 0676: Durchführungsverordnung (EU) 2019/676 der Kommission vom 29. April 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko ABE-IT 56 (Lysatbestandteile von *Saccharomyces cerevisiae* Stamm DDSF623) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 12)

482. 32019 R 1606: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1606 der Kommission vom 27. September 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Methiocarb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 53)

483. 32019 R 1085: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1085 der Kommission vom 25. Juni 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff 1-Methylcyclopropen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 der Kommission (ABl. L 171 vom 26.6.2019, S. 110)

484. 32019 R 1090: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1090 der Kommission vom 26. Juni 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Dimethoat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 39)

485. 32019 R 1100: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1100 der Kommission vom 27. Juni 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Desmedipham gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 17)

486. 32019 R 1101: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1101 der Kommission vom 27. Juni 2019 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Tolclofos-Methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 175 vom 28.6.2019, S. 20)

487. 32019 R 1137: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1137 der Kommission vom 3. Juli 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Dimethenamid-p gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 3)

488. 32019 R 1138: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1138 der Kommission vom 3. Juli 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs Florpyrauxifen-benzyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 180 vom 4.7.2019, S. 8)

489. 32019 R 1605: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1605 der Kommission vom 27. September 2019 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Bacillus subtilis* Stamm IAB/BS03 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 49)

490. 32019 R 1690: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1690 Der Kommission vom 9. Oktober 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Alpha-Cypermethrin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 2)

491. 32019 R 0989: Durchführungsverordnung (EU) 2019/989 der Kommission vom 17. Juni 2019 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Chlorpropham gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 160 vom 18.6.2019, S. 11)

492. 32020 R 0023: Durchführungsverordnung (EU) 2020/23 der Kommission vom 13. Januar 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Thiacloprid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 8)

493. 32020 R 0029: Durchführungsverordnung (EU) 2020/29 der Kommission vom 14. Januar 2020 zur Nichtgenehmigung von Tanninen aus der Weinrebe Vitis vinifera als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 9 vom 15.1.2020, S. 1)

494. 32019 R 1675: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1675 der Kommission vom 4. Oktober 2019 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Verticillium albo-atrum* Stamm: WCS850 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 257 vom 8.10.2019, S. 6)

495. 32020 R 0017: Durchführungsverordnung (EU) 2020/17 der Kommission vom 10. Januar 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Chlorpyrifos-methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 7 vom 13.1.2020, S. 11)

496. 32020 R 0018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/18 der Kommission vom 10. Januar 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Chlorpyrifos gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 7 vom 13.1.2020, S. 14)

497. 32020 R 0616: Durchführungsverordnung (EU) 2020/616 der Kommission vom 5. Mai 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Foramsulfuron gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 1)

498. 32020 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) 2020/617 der Kommission vom 5. Mai 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Metalaxyl-M und zur Beschränkung der Verwendung von Saatgut, das mit Metalaxyl-M enthaltenden Pflanzenschutzmitteln behandelt wurde, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 143 vom 6.5.2020, S. 6)

499. 32020 R 0640: Durchführungsverordnung (EU) 2020/640 der Kommission vom 12. Mai 2020 über die Nichtgenehmigung von Propolis-Extrakt als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 32)

500. 32020 R 0642: Durchführungsverordnung (EU) 2020/642 der Kommission vom 12. Mai 2020 zur Genehmigung des Grundstoffs L-Cystein gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 134)

501. 32020 R 0643: Durchführungsverordnung (EU) 2020/643 der Kommission vom 12. Mai 2020 über die Nichtgenehmigung von Wurzeln von *Saponaria officinalis* L. als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 138)

502. 32020 R 0646: Durchführungsverordnung (EU) 2020/646 der Kommission vom 13. Mai 2020 zur Genehmigung des Wirkstoffs Lavandulylsenecioat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 151 vom 14.5.2020, S. 3)

503. 32020 R 0892: Durchführungsverordnung (EU) 2020/892 der Kommission vom 29. Juni 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff beta-Cyfluthrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 206 vom 30.6.2020, S. 5)

504. 32020 R 0968: Durchführungsverordnung (EU) 2020/968 der Kommission vom 3. Juli 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Pyriproxyfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 213 vom 6.7.2020, S. 7)

505. 32020 R 1003: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1003 der Kommission vom 9. Juli 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für die Wirkstoffe *Phlebiopsis gigantea* Stämme VRA 1835, VRA 1984 und FOC PG 410.3 als Wirkstoffe mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 127)

506. 32020 R 1004: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1004 der Kommission vom 9. Juli 2020 zur Genehmigung des Grundstoffs Kuhmilch gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 133)

507. 32020 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1018 der Kommission vom 13. Juli 2020 zur Genehmigung des Wirkstoffs Eisendiphosphat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 225 vom 14.7.2020, S. 9)

508. 32020 R 1246: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1246 der Kommission vom 2. September 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Fenamiphos gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 288 vom 3.9.2020, S. 18)

509. 32020 R 1263: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1263 der Kommission vom 10. September 2020 zur Genehmigung des Wirkstoffs Natriumhydrogencarbonat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 11.9.2020, S. 1)

510. 32020 R 1276: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1276 der Kommission vom 11. September 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Bromoxynil gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 300 vom 14.9.2020, S. 32), berichtigt in ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 27

511. 32020 R 1280: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1280 der Kommission vom 14. September 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Benalaxyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 301 vom 15.9.2020, S. 4)

512. 32020 R 1281: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1281 der Kommission vom 14. September 2020 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Ethametsulfuron-Methyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 301 vom 15.9.2020, S. 7)

513. 32020 R 1498: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1498 der Kommission vom 15. Oktober 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Thiophanatmethyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 342 vom 16.10.2020, S. 5)

514. 32020 R 2087: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2087 der Kommission vom 14. Dezember 2020 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Mancozeb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 50)

515. 32020 R 2101: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2101 der Kommission vom 15. Dezember 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Kieselgur (Diatomeenerde) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 79)

516. 32020 R 2105: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2105 der Kommission vom 15. Dezember 2020 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Etoxazol — als Substitutionskandidat — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 425 vom 16.12.2020, S. 96)

517. 32021 R 0079: Durchführungsverordnung (EU) 2021/79 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Topramezon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 8)

518. 32021 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) 2021/80 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Nichtgenehmigung von Kohlendioxid als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 10)

519. 32021 R 0081: Durchführungsverordnung (EU) 2021/81 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Genehmigung des Grundstoffs Extrakt der Zwiebel von *Allium cepa* L. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 12)

520. 32021 R 0129: Durchführungsverordnung (EU) 2021/129 der Kommission vom 3. Februar 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Knoblauchextrakt gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 40 vom 4.2.2021, S. 11)

521. 32021 R 0134: Durchführungsverordnung (EU) 2021/134 der Kommission vom 4. Februar 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff mit geringem Risiko *Akanthomyces muscarius* Stamm Ve6 (vormals *Lecanicillium muscarium* Stamm Ve6) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 42 vom 5.2.2021, S. 4)

522. 32021 R 0413: Durchführungsverordnung (EU) 2021/413 der Kommission vom 8. März 2021 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Blutmehl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 81 vom 9.3.2021, S. 32)

523. 32021 R 0427: Durchführungsverordnung (EU) 2021/427 der Kommission vom 10. März 2021 zur Genehmigung des Wirkstoffs 24-Epibrassinolid als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 84 vom 11.3.2021, S. 21)

524. 32021 R 0464: Durchführungsverordnung (EU) 2021/464 der Kommission vom 17. März 2021 über die Nichtgenehmigung von *Capsicum annuum* L. var. *annuum*, Longum-Gruppe, Paprika, Extrakt, als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 94 vom 18.3.2021, S. 1)

525. 32021 R 0567: Durchführungsverordnung (EU) 2021/567 der Kommission vom 6. April 2021 zur Genehmigung des wässrigen Extrakts aus gekeimten Samenkörnern der Süßlupine *Lupinus albus* als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 118 vom 7.4.2021, S. 6)

526. 32021 R 0795: Durchführungsverordnung (EU) 2021/795 der Kommission vom 17. Mai 2021 zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Alpha-Cypermethrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 174 vom 18.5.2021, S. 2)

527. 32021 R 0809: Durchführungsverordnung (EU) 2021/809 der Kommission vom 20. Mai 2021 über die Nichtgenehmigung von fermentiertem Extrakt aus den Blättern von *Symphytum officinale* L. (Beinwell) als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 180 vom 21.5.2021, S. 110)

528. 32021 R 0824: Durchführungsverordnung (EU) 2021/824 der Kommission vom 21. Mai 2021 zur Änderung der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 540/2011 und (EU) Nr. 820/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Terbuthylazin (ABl. L 183 vom 25.5.2021, S. 35)

529. 32021 R 0843: Durchführungsverordnung (EU) 2021/843 der Kommission vom 26. Mai 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cyazofamid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 186 vom 27.5.2021, S. 20)

530. 32021 R 0853: Durchführungsverordnung (EU) 2021/853 der Kommission vom 27. Mai 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Streptomyces* Stamm K61gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 188 vom 28.5.2021, S. 56)

531. 32021 R 0917: Durchführungsverordnung (EU) 2021/917 der Kommission vom 7. Juni 2021 zur Genehmigung der Wirkstoffe mit geringem Risiko Pepino Mosaic Virus, EU-Stamm, mildes Isolat Abp1 und Pepino Mosaic Virus, CH2-Stamm, mildes Isolat Abp2 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 201 vom 8.6.2021, S. 19)

532. 32021 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1191 der Kommission vom 19. Juli 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Clopyralid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 258 vom 20.7.2021, S. 37)

533. 32021 R 0428: Durchführungsverordnung (EU) 2021/428 der Kommission vom 10. März 2021 zur Annahme von Standarddatenformaten für die Einreichung von Anträgen auf Genehmigung oder Änderung der Bedingungen für die Genehmigung von Wirkstoffen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 84 vom 11.3.2021, S. 25)

534. 32021 R 1448: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1448 der Kommission vom 3. September 2021 zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko Calciumcarbonat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 15)

535. 32021 R 1379: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1379 der Kommission vom 19. August 2021 über die Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Famoxadon gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 32)

536. 32021 R 1452: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1452 der Kommission vom 3. September 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Kaliumhydrogencarbonat als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 30)

537. 32021 R 1455: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1455 der Kommission vom 6. September 2021 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm AH2 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 315 vom 7.9.2021, S. 1)

538. 32021 R 1451: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1451 der Kommission vom 3. September 2021 zur Nichtgenehmigung von Dimethylsulfid als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 313 vom 6.9.2021, S. 28)

539. 32021 R 2049: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2049 der Kommission vom 24. November 2021 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Cypermethrin als Substitutionskandidat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 6)

540. 32021 R 2081: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2081 der Kommission vom 26. November 2021 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Indoxacarb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 28)

541. 32022 R 0004: Durchführungsverordnung (EU) 2022/4 der Kommission vom 4. Januar 2022 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Purpureocillium lilacinum* Stamm PL11 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 1 vom 5.1.2022, S. 5)

542. 32022 R 0019: Durchführungsverordnung (EU) 2022/19 der Kommission vom 7. Januar 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff *Purpureocillium lilacinum* Stamm 251 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 5 vom 10.1.2022, S. 9)

543. 32022 R 0043: Durchführungsverordnung (EU) 2022/43 der Kommission vom 13. Januar 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Flumioxazin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Anhänge der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission und der Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 (ABl. L 9 vom 14.1.2022, S. 7)

544. 32022 R 0159: Durchführungsverordnung (EU) 2022/159 der Kommission vom 4. Februar 2022 zur Genehmigung des Wirkstoffs mit geringem Risiko *Bacillus amyloliquefaciens* Stamm IT-45 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 26 vom 7.2.2022, S. 7)

545. 32022 R 0094: Durchführungsverordnung (EU) 2022/94 der Kommission vom 24. Januar 2022 zur Nichterneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Phosmet gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 16 vom 25.1.2022, S. 33)

546. 32022 R 0698: Durchführungsverordnung (EU) 2022/698 der Kommission vom 3. Mai 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Bifenazat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 130 vom 4.5.2022, S. 3)

547. 32022 R 0740: Durchführungsverordnung (EU) 2022/740 der Kommission vom 13. Mai 2022 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs 1,3-Dichlorpropen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 10)

548. 32022 R 0751: Durchführungsverordnung (EU) 2022/751 der Kommission vom 16. Mai 2022 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Chlorpikrin gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 11)

549. 32022 R 1443: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1443 der Kommission vom 31. August 2022 zur Nichtgenehmigung von Calciumpropionat als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 123)

550. 32022 R 1444: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1444 der Kommission vom 31. August 2022 zur Nichtgenehmigung von schwarzer Seife E470a als Grundstoff gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 227 vom 1.9.2022, S. 125)

551. 32022 R 1474: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1474 der Kommission vom 6. September 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für Schafsfett als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 232 vom 7.9.2022, S. 3)

552. 32022 R 0383: Durchführungsverordnung (EU) 2022/383 der Kommission vom 4. März 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff mit geringem Risiko *Metarhizium brunneum* Stamm Ma 43 (vormals *Metarhizium anisopliae* var. *anisopliae* Stamm BIPESCO 5/F52) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 76 vom 7.3.2022, S. 1)

553. 32022 R 0437: Durchführungsverordnung (EU) 2022/437 der Kommission vom 16. März 2022 zur Erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Kohlendioxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 89 vom 17.3.2022, S. 3)

554. 32022 R 0501: Durchführungsverordnung (EU) 2022/501 der Kommission vom 25. März 2022 zur Genehmigung des Wirkstoffs *Beauveria bassiana* Stamm 203 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 102 vom 30.3.2022, S. 1)

555. 32022 R 0456: Durchführungsverordnung (EU) 2022/456 der Kommission vom 21. März 2022 zur Genehmigung des Grundstoffs Chitosan gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 (ABl. L 93 vom 22.3.2022, S. 138)

556. 32022 R 0496: Durchführungsverordnung (EU) 2022/496 der Kommission vom 28. März 2022 zur Genehmigung von *Spodoptera exigua* Multikapsid-Nucleopolyhedrovirus (SeMNPV), Isolat BV-0004 als Wirkstoff mit geringem Risiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 101 vom 29.3.2022, S. 1)

557. 32022 R 1251: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1251 der Kommission vom 19. Juli 2022 zur Erneuerung der Genehmigung der Wirkstoffe „geradkettige Lepidopterenpheromone“ (Acetate) als Wirkstoffe mit geringem Risiko sowie der Wirkstoffe „geradkettige Lepidopterenpheromone“ (Aldehyde und Alkohole) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 191 vom 20.7.2022, S. 35)

558. 32014 D 0756: Durchführungsbeschluss 2014/756/EU der Kommission vom 29. Oktober 2014 über die von Deutschland gemäß der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates gemeldeten Beschränkungen der Zulassungen von IPBC- und propiconazolhaltigen Biozidprodukten (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 69)

559. 32014 D 0757: Durchführungsbeschluss 2014/757/EU der Kommission vom 29. Oktober 2014 über die von Deutschland gemäß der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates mitgeteilten Beschränkungen der Zulassung eines IPBC-haltigen Biozidprodukts (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 72)

560. 32014 D 0758: Durchführungsbeschluss 2014/758/EU der Kommission vom 29. Oktober 2014 über die Ablehnung der von Deutschland mitgeteilten Zurückweisung der Zulassung eines Biozidprodukts gemäß der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 75)

561. 32016 R 0009: Durchführungsverordnung (EU) 2016/9 der Kommission vom 5. Januar 2016 über die gemeinsame Vorlage und Nutzung von Daten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) (ABl. L 3 vom 6.1.2016, S. 41)

562. 32016 R 0672: Durchführungsverordnung (EU) 2016/672 der Kommission vom 29. April 2016 zur Genehmigung von Peressigsäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2, 3, 4, 5 und 6 (ABl. L 116 vom 30.4.2016, S. 3)

563. 32016 D 0678: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/678 der Kommission vom 29. April 2016 gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich eines Produkts, das aus einem mit getrockneten Lavendelblüten gefüllten Kissen besteht und zur Mottenbekämpfung in Verkehr gebracht wird (ABl. L 116 vom 30.4.2016, S. 37)

564. 32017 D 1532: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1532 der Kommission vom 7. September 2017 zur Beantwortung der Fragen zur vergleichenden Bewertung gerinnungshemmender Rodentizide gemäß Artikel 23 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 232 vom 8.9.2017, S. 11)

565. 32017 R 2001: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2001 der Kommission vom 8. November 2017 zur Genehmigung von Propan-1-ol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 1, 2 und 4 (ABl. L 290 vom 9.11.2017, S. 1)

566. 32017 R 2002: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2002 der Kommission vom 8. November 2017 zur Genehmigung von L(+)-Milchsäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 2, 3 und 4 (ABl. L 290 vom 9.11.2017, S. 4) 3

567. 2017 R 2003: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2003 der Kommission vom 8. November 2017 zur Genehmigung von Fludioxonil als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 7, 9 und 10 (ABl. L 290 vom 9.11.2017, S. 7)

568. 32017 R 2004: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2004 der Kommission vom 8. November 2017 zur Genehmigung von 2-Methyl-2H-isothiazol-3-on als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 12 (ABl. L 290 vom 9.11.2017, S. 11)

569. 32017 R 2005: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2005 der Kommission vom 8. November 2017 zur Genehmigung von Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von *Azadirachta indica*, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid, als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 19 (ABl. L 290 vom 9.11.2017, S. 14)

570. 32017 R 2100: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2100 der Kommission vom 4. September 2017 zur Festlegung wissenschaftlicher Kriterien für die Bestimmung endokrinschädigender Eigenschaften gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 301 vom 17.11.2017, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. Mitteilung zu der Entscheidung 81/437/EWG der Kommission vom 11. Mai 1981 zur Festlegung der Kriterien, nach denen die Mitgliedstaaten der Kommission die Auskünfte für das Verzeichnis der chemischen Stoffe erteilen (ABl. C 79 vom 31.3.1982, S. 3)

2. Veröffentlichung des EINECS-Verzeichnisses (ABl. C 146 vom 15.6.1990, S. 4)

3. Europäisches Büro für Chemische Stoffe. Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament (ABl. C 1 vom 5.1.1993, S. 3)

4. Mitteilung - Dritte Veröffentlichung von ELINCS (ABl. C 130 vom 10.5.1993, S. 1)

5. Mitteilung der Kommission gemäß Artikel 2 des Beschlusses 85/71/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1984 über das Verzeichnis der Stoffe, die aufgrund der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Einstufung, Verpackung- und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe angemeldet wurden (ABl. C 130 vom 10.5.1993, S. 2)

6. 31999 X 0721: Empfehlung 1999/721/EG der Kommission vom 12. Oktober 1999 über die Ergebnisse der Risikobewertung und über die Risikobegrenzungsstrategien für die Stoffe 2-(2-Butoxyethoxy)ethanol 2-(2-Methoxyethoxy)ethanol Alkane, C_{10-13}-, Chlor- und Benzol, C_{10-13}-Alkylderivate (ABl. L 292 vom 13.11.1999, S. 42)

7. 32001 H 0194: Empfehlung 2001/194/EG der Kommission vom 5. März 2001 über die Ergebnisse der Risikobewertung und über die Risikobegrenzungsstrategien für die Stoffe Diphenylether-Pentabromderivat und Cumol (ABl. L 69 vom 10.3.2001, S. 30)

8. 32001 H 0838: Empfehlung 2001/838/EG der Kommission vom 7. November 2001 über die Ergebnisse der Risikobewertung und über die Risikobegrenzungsstrategien für die Stoffe: Acrylaldehyd; Dimethylsulfat; Nonylphenol; Phenol, 4-Nonyl-, verzweigt; tert-Butylmethylether (ABl. L 319 vom 4.12.2001, S. 30)

9. 32002 H 0755: Empfehlung 2002/755/EG der Kommission vom 16. September 2002 über die Ergebnisse der Risikobewertung und über die Risikobegrenzungsstrategie für den Stoff Diphenylether, Octabromderivat (ABl. L 249 vom 17.9.2002, S. 27)

10. 32002 H 0575: Empfehlung 2002/575/EG der Kommission vom 4. Juli 2002 über die Ergebnisse der Risikobewertung und über die Risikobegrenzungsstrategien für die Stoffe: o-Anisidin, 1,4-Dioxan (ABl. L 181 vom 11.7.2002, S. 29)

11. 32002 H 0576: Empfehlung 2002/576/EG der Kommission vom 4. Juli 2002 zu den Ergebnissen der Risikobewertung für folgende Stoffe: Ethylacetoacetat, 4-Chlor-o-kresol, Dimethyldioctadecylammoniumchlorid (ABl. L 181 vom 11.7.2002, S. 35)

12. 32004 H 0394: Empfehlung 2004/394/EG der Kommission vom 29. April 2004 über die Ergebnisse der Risikobewertung und über die Risikobegrenzungsstrategien für die Stoffe: Acetonitril; Acrylamid; Acrylnitril; Acrylsäure; Butadien; Fluorwasserstoff; Wasserstoffperoxid; Methacrylsäure; Methylmethacrylat; Toluol; Trichlorbenzol (ABl. L 144 vom 30.4.2004, S. 72), berichtigt in ABl. L 199 vom 7.6.2004, S. 41

13. 32006 H 0283: Empfehlung der Kommission vom 11. April 2006 über Risikobegrenzungsmaßnahmen für die Stoffe: Dibutylphthalat; 3,4-Dichloranilin; Diisodecylphthalat; 1,2-Benzoldicarbonsäure, Di-C_{9-11}-verzweigte Alkylester, C_{10}-reich; Diisononylphthalat; 1,2-Benzoldicarbonsäure, Di-C_{8-10}-verzweigte Alkylester, C_9-reich; Ethylendiamintetraacetat; Methylacetat; Chloressigsäure; n-Pentan und Tetranatriumethylendiamintetraacetat (ABl. L 104 vom 13.4.2006, S. 45)

KAPITEL 13

KOSMETIKA

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32009 R 1223: Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über kosmetische Mittel (Neufassung) (ABl. L 342 vom 22.12.2009, S. 59), geändert durch:

   – 32013 R 0344: Verordnung (EU) Nr. 344/2013 der Kommission vom 4. April 2013 (ABl. L 114 vom 25.4.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 142 vom 29.5.2013, S. 10

   – 32013 R 0483: Verordnung (EU) Nr. 483/2013 der Kommission vom 24. Mai 2013 (ABl. L 139 vom 25.5.2013, S. 8)

   – 32013 R 0658: Verordnung (EU) Nr. 658/2013 der Kommission vom 10. Juli 2013 (ABl. L 190 vom 11.7.2013, S. 38)

   – 32013 R 1197: Verordnung (EU) Nr. 1197/2013 der Kommission vom 25. November 2013 (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 34)

   – 32014 R 0358: Verordnung (EU) Nr. 358/2014 der Kommission vom 9. April 2014 (ABl. L 107 vom 10.4.2014, S. 5)

– 32014 R 0866: Verordnung (EU) Nr. 866/2014 der Kommission vom 8. August 2014 (ABl. L 238 vom 9.8.2014, S. 3), berichtigt in ABl. L 254 vom 28.8.2014, S. 39

– 32014 R 1003: Verordnung (EU) Nr. 1003/2014 der Kommission vom 18. September 2014 (ABl. L 282 vom 26.9.2014, S. 1)

– 32014 R 1004: Verordnung (EU) Nr. 1004/2014 der Kommission vom 18. September 2014 (ABl. L 282 vom 26.9.2014, S. 5)

– 32015 R 1190: Verordnung (EU) 2015/1190 der Kommission vom 20. Juli 2015 (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 115)

– 32015 R 1298: Verordnung (EU) 2015/1298 der Kommission vom 28. Juli 2015 (ABl. L 199 vom 29.7.2015, S. 22)

– 32016 R 0314: Verordnung (EU) 2016/314 der Kommission vom 4. März 2016 (ABl. L 60 vom 5.3.2016, S. 59), berichtigt in ABl. L 17 vom 21.1.2017, S. 52

– 32016 R 0621: Verordnung (EU) 2016/621 der Kommission vom 21. April 2016 (ABl. L 106 vom 22.4.2016, S. 4)

– 32016 R 0622: Verordnung (EU) 2016/622 der Kommission vom 21. April 2016 (ABl. L 106 vom 22.4.2016, S. 7)

– 32016 R 1120: Verordnung (EU) 2016/1120 der Kommission vom 11. Juli 2016 (ABl. L 187 vom 12.7.2016, S. 1)

– 32016 R 1121: Verordnung (EU) 2016/1121 der Kommission vom 11. Juli 2016 (ABl. L 187 vom 12.7.2016, S. 4)

– 32016 R 1143: Verordnung (EU) 2016/1143 der Kommission vom 13. Juli 2016 (ABl. L 189 vom 14.7.2016, S. 40)

– 32016 R 1198: Verordnung (EU) 2016/1198 der Kommission vom 22. Juli 2016 (ABl. L 198 vom 23.7.2016, S. 10)

– 32017 R 0237: Verordnung (EU) 2017/237 der Kommission vom 10. Februar 2017 (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 12)

– 32017 R 0238: Verordnung (EU) 2017/238 der Kommission vom 10. Februar 2017 (ABl. L 36 vom 11.2.2017, S. 37)

– 32017 R 1224: Verordnung (EU) 2017/1224 der Kommission vom 6. Juli 2017 (ABl. L 174 vom 7.7.2017, S. 16)

– 32017 R 1410: Verordnung (EU) 2017/1410 der Kommission vom 2. August 2017 (ABl. L 202 vom 3.8.2017, S. 1)

– 32017 R 1413: Verordnung (EU) 2017/1413 der Kommission vom 3. August 2017 (ABl. L 203 vom 4.8.2017, S. 1)

– 32017 R 2228: Verordnung (EU) 2017/2228 der Kommission vom 4. Dezember 2017 (ABl. L 319 vom 5.12.2017, S. 2), berichtigt in ABl. L 326 vom 9.12.2017, S. 55

– 32018 R 0885: Verordnung (EU) 2018/885 der Kommission vom 20. Juni 2018 (ABl. L 158 vom 21.6.2018, S. 1)

– 32018 R 0978: Verordnung (EU) 2018/978 der Kommission vom 9. Juli 2018 (ABl. L 176 vom 12.7.2018, S. 3), berichtigt in ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 27

– 32018 R 1847: Verordnung (EU) 2018/1847 der Kommission vom 26. November 2018 (ABl. L 300 vom 27.11.2018, S. 1)

– 32019 R 0680: Verordnung (EU) 2019/680 der Kommission vom 30. April 2019 (ABl. L 115 vom 2.5.2019, S. 3)

– 32019 R 0681: Verordnung (EU) 2019/681 der Kommission vom 30. April 2019 (ABl. L 115 vom 2.5.2019, S. 5)

– 32019 R 0698: Verordnung (EU) 2019/698 der Kommission vom 30. April 2019 (ABl. L 119 vom 7.5.2019, S. 66)

– 32019 R 0831: Verordnung (EU) 2019/831 der Kommission vom 22. Mai 2019 (ABl. L 137 vom 23.5.2019, S. 29)

– 32017 R 0745: Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 117 vom 3.5.2019, S. 9

– 32019 R 1257: Verordnung (EU) 2019/1257 der Kommission vom 23. Juli 2019 (ABl. L 196 vom 24.7.2019, S. 5)

– 32019 R 1857: Verordnung (EU) 2019/1857 der Kommission vom 6. November 2019 (ABl. L 286 vom 7.11.2019, S. 3)

– 32019 R 1858: Verordnung (EU) 2019/1858 der Kommission vom 6. November 2019 (ABl. L 286 vom 7.11.2019, S. 7)

– 32019 R 1966: Verordnung (EU) 2019/1966 der Kommission vom 27. November 2019 (ABl. L 307 vom 28.11.2019, S. 15)

– 32020 R 1682: Verordnung (EU) 2020/1682 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 31)

– 32020 R 1683: Verordnung (EU) 2020/1683 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 34), berichtigt in ABl. L 397 vom 26.11.2020, S. 30

– 32020 R 1684: Verordnung (EU) 2020/1684 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 42)

– 32021 R 0850: Verordnung (EU) 2021/850 der Kommission vom 26. Mai 2021 (ABl. L 188 vom 28.5.2021, S. 44), berichtigt in ABl. L 214 vom 17.6.2021, S. 68

– 32021 R 1099: Verordnung (EU) 2021/1099 der Kommission vom 5. Juli 2021 (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 29), berichtigt in ABl. L 365 vom 14.10.2021, S. 46

– 32021 R 1902: Verordnung (EU) 2021/1902 der Kommission vom 29. Oktober 2021 (ABl. L 387 vom 3.11.2021, S. 120)

– 32022 R 0135: Verordnung (EU) 2022/135 der Kommission vom 31. Januar 2022 (ABl. L 22 vom 1.2.2022, S. 2)

– 32022 R 1176: Verordnung (EU) 2022/1176 der Kommission vom 7. Juli 2022 (ABl. L 183 vom 8.7.2022, S. 51)

– 32022 R 1181: Verordnung (EU) 2022/1181 der Kommission vom 8. Juli 2022 (ABl. L 184 vom 11.7.2022, S. 3)

– 32022 R 1531: Verordnung (EU) 2022/1531 der Kommission vom 15. September 2022 (ABl. L 240 vom 16.9.2022, S. 3)

– 32022 R 2195: Verordnung (EU) 2022/2195 der Kommission vom 10. November 2022 (ABl. L 292 vom 11.11.2022, S. 32)

2. 32013 D 0674: Durchführungsbeschluss 2013/674/EU der Kommission vom 25. November 2013 über Leitlinien zu Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über kosmetische Mittel (ABl. L 315 vom 26.11.2013, S. 82)

3. 32013 R 0655: Verordnung (EU) Nr. 655/2013 der Kommission vom 10. Juli 2013 zur Festlegung gemeinsamer Kriterien zur Begründung von Werbeaussagen im Zusammenhang mit kosmetischen Mitteln (ABl. L 190 vom 11.7.2013, S. 31)

4. 380 L 1335: Erste Richtlinie 80/1335/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1980 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung der kosmetischen Mittel (ABl. L 383 vom 31.12.1980, S. 27), geändert durch:

   – 387 L 0143: Richtlinie 87/143/EWG der Kommission vom 10. Februar 1987 (ABl. L 57 vom 27.2.1987, S. 56)

5. 382 L 0434: Zweite Richtlinie 82/434/EWG der Kommission vom 14. Mai 1982 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung der kosmetischen Mittel (ABl. L 185 vom 30.6.1982, S. 1), geändert durch:

   – 390 L 0207: Richtlinie 90/207/EWG der Kommission vom 4. April 1990 (ABl. L 108 vom 28.4.1990, S. 92)

6. 383 L 0514: Dritte Richtlinie 83/514/EWG der Kommission vom 27. September 1983 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung der kosmetischen Mittel (ABl. L 291 vom 24.10.1983, S. 9)

7. 385 L 0490: Vierte Richtlinie 85/490/EWG der Kommission vom 11. Oktober 1985 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung der kosmetischen Mittel (ABl. L 295 vom 7.11.1985, S. 30)

8. 393 L 0073: Fünfte Richtlinie 93/73/EWG der Kommission vom 9. September 1993 über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung kosmetischer Mittel (ABl. L 231 vom 14.9.1993, S. 34)

9. 395 L 0032: Sechste Richtlinie 95/32/EG der Kommission vom 7. Juli 1995 über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung kosmetischer Mittel (ABl. L 178 vom 28.7.1995, S. 20)

10. 396 L 0045: Siebte Richtlinie 96/45/EG der Kommission vom 2. Juli 1996 über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung kosmetischer Mittel (ABl. L 213 vom 22.8.1996, S. 8)

11. 32022 D 0677: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/677 der Kommission vom 31. März 2022 zur Festlegung von Vorschriften zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Glossars der gemeinsamen Bezeichnungen von Bestandteilen zur Verwendung bei der Kennzeichnung kosmetischer Mittel (ABl. L 127 vom 29.4.2022, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32006 H 0406: Empfehlung 2006/406/EG der Kommission vom 7. Juni 2006 zur Festlegung von Leitlinien für die Verwendung von Angaben, denen zufolge keine Tierversuche gemäß der Richtlinie 76/768/EWG des Rates durchgeführt wurden (ABl. L 158 vom 10.6.2006, S. 18)

2. 32006 H 0647: Empfehlung 2006/647/EG der Kommission vom 22. September 2006 über die Wirksamkeit von Sonnenschutzmitteln und diesbezügliche Herstellerangaben (ABl. L 265 vom 26.9.2006, S. 39)

KAPITEL 14

UMWELTSCHUTZ

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31998 L 0070: Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG des Rates (ABl. L 350 vom 28.12.1998, S. 58), geändert durch:

   – 32000 L 0071: Richtlinie 2000/71/EG der Kommission vom 7. November 2000 (ABl. L 287 vom 14.11.2000, S. 46)

   – 32003 L 0017: Richtlinie 2003/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 2003 (ABl. L 76 vom 22.3.2003, S. 10)

   – 32009 L 0030: Richtlinie 2009/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 88)

   – 32011 L 0063: Richtlinie 2011/63/EU der Kommission vom 1. Juni 2011 (ABl. L 147 vom 2.6.2011, S. 15)

   – 32014 L 0077: Richtlinie 2014/77/EU der Kommission vom 10. Juni 2014 (ABl. L 170 vom 11.6.2014, S. 62)

   – 32015 L 1513: Richtlinie (EU) 2015/1513 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 (ABl. L 239 vom 15.9.2015, S. 1)

– 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die Artikel 7 a bis 7e finden keine Anwendung.

2. 32016 L 0802: Richtlinie (EU) 2016/802 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 58)

3. 32015 D 0887: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/887 der Kommission vom 9. Juni 2015 über die Anerkennung des Systems „Scottish Quality Farm Assured Combinable Crops Limited“ zum Nachweis der Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien der Richtlinien 98/70/EG und 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses 2012/427/EU (ABl. L 144 vom 10.6.2015, S. 17)

4. 32002 D 0159: Entscheidung 2002/159/EG der Kommission vom 18. Februar 2002 über ein gemeinsames Muster für die Vorlage der zusammenfassenden Darstellungen der nationalen Daten zur Kraftstoffqualität (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 30)

5. 32011 D 0013: Beschluss 2011/13/EU der Kommission vom 12. Januar 2011 über bestimmte Arten von Informationen über Biokraftstoffe und flüssige Biobrennstoffe, die den Mitgliedstaaten von den Wirtschaftsbeteiligten zu übermitteln sind (ABl. L 9 vom 13.1.2011, S. 11)

6. 32014 R 1307: Verordnung (EU) Nr. 1307/2014 der Kommission vom 8. Dezember 2014 zur Festlegung der Kriterien und geografischen Verbreitungsgebiete zur Bestimmung von Grünland mit großer biologischer Vielfalt für die Zwecke des Artikels 7b Absatz 3 Buchstabe c der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen und des Artikels 17 Absatz 3 Buchstabe c der Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (ABl. L 351 vom 9.12.2014, S. 3)

7. 32015 L 0652: Richtlinie (EU) 2015/652 des Rates vom 20. April 2015 zur Festlegung von Berechnungsverfahren und Berichterstattungspflichten gemäß der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 26), berichtigt in ABl. L 129 vom 27.5.2015, S. 53, geändert durch:

   – 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

8. 31994 L 0062: Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 über Verpackungen und Verpackungsabfälle (ABl. L 365 vom 31.12.1994, S. 10), geändert durch:

   – 32004 L 0012: Richtlinie 2004/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 (ABl. L 47 vom 18.2.2004, S. 26)

   – 32005 L 0020: Richtlinie 2005/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2005 (ABl. L 70 vom 16.3.2005, S. 17)

– 32013 L 0002: Richtlinie 2013/2/EU der Kommission vom 7. Februar 2013 (ABl. L 37 vom 8.2.2013, S. 10)

– 32015 L 0720: Richtlinie (EU) 2015/720 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 (ABl. L 115 vom 6.5.2015, S. 11)

– 32018 L 0852: Richtlinie (EU) 2018/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur Änderung der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 141)

9. 397 D 0129: Entscheidung 97/129/EG der Kommission vom 28. Januar 1997 zur Festlegung eines Kennzeichnungssystems für Verpackungsmaterialien gemäß der Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Verpackungen und Verpackungsabfälle (ABl. L 50 vom 20.2.1997, S. 28)

10. 32001 D 0171: Entscheidung 2001/171/EG der Kommission vom 19. Februar 2001 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen die in der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle festgelegten Schwermetallgrenzwerte nicht für Glasverpackungen gelten (ABl. L 62 vom 2.3.2001, S. 20), geändert durch:

– 32006 D 0340: Entscheidung 2006/340/EG der Kommission vom 8. Mai 2006 (ABl. L 125 vom 12.5.2006, S. 43)

11. 32005 D 0270: Entscheidung 2005/270/EG der Kommission vom 22. März 2005 zur Festlegung der Tabellenformate für die Datenbank gemäß der Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Verpackungen und Verpackungsabfälle (ABl. L 86 vom 5.4.2005, S. 6), geändert durch:

   – 32018 D 0896: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/896 der Kommission vom 19. Juni 2018 (ABl. L 160 vom 25.6.2018, S. 6)

   – 32019 D 0665: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/665 der Kommission vom 17. April 2019 (ABl. L 112 vom 26.4.2019, S. 26)

12. 32009 D 0292: Entscheidung 2009/292/EG der Kommission vom 24. März 2009 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen die in der Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Verpackungen und Verpackungsabfälle festgelegten Schwermetallgrenzwerte nicht für Kunststoffkästen und -paletten gelten (ABl. L 79 vom 25.3.2009, S. 44)

13. 31994 L 0063: Richtlinie 94/63/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (VOC- Emissionen) bei der Lagerung von Ottokraftstoff und seiner Verteilung von den Auslieferungslagern bis zu den Tankstellen (ABl. L 365 vom 31.12.1994, S. 24), geändert durch:

   – 32018 D 0853: Beschluss (EU) 2018/853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 155)

14. 32004 L 0042: Richtlinie 2004/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über die Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen aufgrund der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Farben und Lacken und in Produkten der Fahrzeugreparaturlackierung sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/13/EG (ABl. L 143 vom 30.4.2004, S. 87), geändert durch:

– 32010 L 0079: Richtlinie 2010/79/EU der Kommission vom 19. November 2010 (ABl. L 304 vom 20.11.2010, S. 18)

– 32008 L 0112: Richtlinie 2008/112/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 345 vom 23.12.2008, S. 68)

– 32019 R 1020: Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1)

15. 32014 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über fluorierte Treibhausgase und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 195)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 4 Absatz 2 wird die Angabe „bis zum 31. Dezember 2016“ durch die Angabe „bis zu einem Jahr nach Inkrafttreten des Abkommens“ ersetzt.

b) In Artikel 5 Absatz 2 wird die Angabe „ab dem 1. Januar 2017“ durch die Angabe „ab einem Jahr nach Inkrafttreten des Abkommens“ ersetzt.

c) In Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe c wird die Angabe „ab 1. Januar 2017“ durch die Angabe „ab einem Jahr nach Inkrafttreten des Abkommens“ ersetzt.

d) Die Artikel 14 bis 19 und Artikel 25 Absatz 2 finden keine Anwendung.

16. 32007 R 1497: Verordnung (EG) Nr. 1497/2007 der Kommission vom 18. Dezember 2007 zur Festlegung der Standardanforderungen an die Kontrolle auf Dichtheit ortsfester Brandschutzsysteme, die bestimmte fluorierte Treibhausgase enthalten, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 333 vom 19.12.2007, S. 4)

17. 32007 R 1516: Verordnung (EG) Nr. 1516/2007 der Kommission vom 19. Dezember 2007 zur Festlegung der Standardanforderungen an die Kontrolle auf Dichtheit von ortsfesten Kälte- und Klimaanlagen sowie von Wärmepumpen, die bestimmte fluorierte Treibhausgase enthalten, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 335 vom 20.12.2007, S. 10)

18. 32008 R 0304: Verordnung (EG) Nr. 304/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für die Zertifizierung von Unternehmen und Personal in Bezug auf bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende ortsfeste Brandschutzsysteme und Feuerlöscher sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung der diesbezüglichen Zertifikate (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 12)

19. 32008 R 0306: Verordnung (EG) Nr. 306/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für die Zertifizierung von Personal, das bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende Lösungsmittel aus Ausrüstungen rückgewinnt, sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung der diesbezüglichen Zertifikate (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 21), berichtigt in ABl. L 280 vom 23.10.2008, S. 38

20. 32008 R 0307: Verordnung (EG) Nr. 307/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für Ausbildungsprogramme sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsbescheinigungen für Personal in Bezug auf bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende Klimaanlagen in bestimmten Kraftfahrzeugen (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 25)

21. 32010 R 0995: Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzerzeugnisse in Verkehr bringen (ABl. L 295 vom 12.11.2010, S. 23)

22. 32019 R 1010: Verordnung (EU) 2019/1010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 zur Angleichung der Berichterstattungspflichten im Bereich der Rechtsvorschriften mit Bezug zur Umwelt und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 166/2006 und (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2002/49/EG, 2004/35/EG, 2007/2/EG, 2009/147/EG und 2010/63/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 338/97 und (EG) Nr. 2173/2005 des Rates und der Richtlinie 86/278/EWG des Rates (ABl. L 170 vom 25.6.2019, S. 115)

23. 32012 R 0363: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 363/2012 der Kommission vom 23. Februar 2012 zu den Verfahrensvorschriften für die Anerkennung und den Entzug der Anerkennung von Überwachungsorganisationen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzerzeugnisse in Verkehr bringen (ABl. L 115 vom 27.4.2012, S. 12)

24. 32012 R 0607: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 607/2012 der Kommission vom 6. Juli 2012 über die detaillierten Bestimmungen für die Sorgfaltspflichtregelung und die Häufigkeit und Art der Kontrollen der Überwachungsorganisationen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzerzeugnisse in Verkehr bringen (ABl. L 177 vom 7.7.2012, S. 16)

25. 32019 L 0904: Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (ABl. L 155 vom 12.6.2019, S. 1)

26. 32021 D 0958: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/958 der Kommission vom 31. Mai 2021 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung der Daten und Informationen über die in Verkehr gebrachten Fanggeräte und über den in den Mitgliedstaaten gesammelten Fanggeräte-Abfall sowie des Formats des Qualitätskontrollberichts gemäß Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe d und Artikel 13 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 211 vom 15.6.2021, S. 51), berichtigt in ABl. L 34 vom 16.2.2022, S. 52

27. 32021 D 1752: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1752 der Kommission vom 1. Oktober 2021 mit Vorschriften für die Anwendung der Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Berechnung, die Überprüfung und die Übermittlung von Daten über die getrennte Sammlung zu entsorgender Einweggetränkeflaschen aus Kunststoff (ABl. L 349 vom 4.10.2021, S. 19)

28. 32021 D 2267: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2267 der Kommission vom 17. Dezember 2021 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung von Daten und Informationen über die gesammelten nach dem Konsum anfallenden Abfälle von Tabakprodukten mit Filter sowie Filtern, die zur Verwendung in Kombination mit Tabakprodukten vertrieben werden (ABl. L 455 vom 20.12.2021, S. 32)

29. 32022 D 0162: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/162 der Kommission vom 4. Februar 2022 mit Vorschriften für die Anwendung der Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Berechnung und Überprüfung der Verminderung des Verbrauchs an bestimmten Einwegkunststoffartikeln und der von den Mitgliedstaaten zur Verbrauchsminderung ergriffenen Maßnahmen sowie der Berichterstattung darüber (ABl. L 26 vom 7.2.2022, S. 19)

30. 32012 L 0019: Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 197 vom 24.7.2012, S. 38), geändert durch:

    – 32018 L 0849: Richtlinie (EU) 2018/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 93)

31. 32017 R 0699: Durchführungsverordnung (EU) 2017/699 der Kommission vom 18. April 2017 über eine gemeinsame Methode für die Berechnung des Gewichts von in den einzelnen Mitgliedstaaten in den Verkehr gebrachten Elektro- und Elektronikgeräten und für die Berechnung der Menge, nach Gewicht, der in den einzelnen Mitgliedstaaten angefallenen Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 103 vom 19.4.2017, S. 17)

32. 32019 R 0290: Durchführungsverordnung (EU) 2019/290 der Kommission vom 19. Februar 2019 zur Festlegung des Formats für die Registrierung von Herstellern von Elektro- und Elektronikgeräten und deren Berichterstattung an das Register (ABl. L 48 vom 20.2.2019, S. 6)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32005 H 0027: Empfehlung 2005/27/EG der Kommission vom 12. Januar 2005 zu der Frage, was Verfügbarkeit von unverbleitem Otto- und Dieselkraftstoff mit einem Schwefelhöchstgehalt auf einer angemessen ausgewogenen geografischen Grundlage im Sinne der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen heißt (ABl. L 15 vom 19.1.2005, S. 26)

KAPITEL 15

INFORMATIONSTECHNOLOGIE, TELEKOMMUNIKATION UND DATENVERARBEITUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32008 L 0063: Richtlinie 2008/63/EG der Kommission vom 20. Juni 2008 über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsendeinrichtungen (kodifizierte Fassung) (ABl. L 162 vom 21.6.2008, S. 20)

   Hier nur informationshalber aufgeführt, zur Anwendung siehe Anhang XIV „Wettbewerb“.

2. 32014 L 0053: Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/5/EG (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 62), geändert durch:

   – 32018 R 1139: Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 (ABl. L 212 vom 22.8.2018, S. 1)

   – 32022 L 2380: Richtlinie (EU) 2022/2380 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 (ABl. L 315 vom 7.12.2022, S. 30)

3. 32019 R 0320: Delegierte Verordnung (EU) 2019/320 der Kommission vom 12. Dezember 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anwendung der in Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe g der Richtlinie genannten grundlegenden Anforderungen zur Gewährleistung der Anruferstandortbestimmung bei Notrufen über Mobilgeräte (ABl. L 55 vom 25.2.2019, S. 1)

4. 32022 R 0030: Delegierte Verordnung (EU) 2022/30 der Kommission vom 29. Oktober 2021 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Anwendung der grundlegenden Anforderungen, auf die in Artikel 3 Absatz 3 Buchstaben d, e und f der Richtlinie Bezug genommen wird (ABl. L 7 vom 12.1.2022, S. 6)

5. 32017 R 1354: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1354 der Kommission vom 20. Juli 2017 zur Festlegung der Aufmachung von Informationen gemäß Artikel 10 Absatz 10 der Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 190 vom 21.7.2017, S. 7)

6. 32000 D 0637: Entscheidung 2000/637/EG der Kommission vom 22. September 2000 über die Anwendung von Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe e) der Richtlinie 1999/5/EG auf Funkanlagen, die der Regionalen Vereinbarung über den Binnenschifffahrtsfunk unterliegen (ABl. L 269 vom 21.10.2000, S. 50)

7. 32001 D 0148: Entscheidung 2001/148/EG der Kommission vom 21. Februar 2001 über die Anwendung von Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe e) der Richtlinie 1999/5/EG auf Lawinenverschüttetensuchgeräte (ABl. L 55 vom 24.2.2001, S. 65)

8. 32005 D 0053: Entscheidung 2005/53/EG der Kommission vom 25. Januar 2005 über die Anwendung von Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe e) der Richtlinie 1999/5/EG des Europäischen Parlaments und des Rates auf Funkanlagen des automatischen Schiffsidentifizierungssystems (AIS) (ABl. L 22 vom 26.1.2005, S. 14)

9. 32005 D 0631: Entscheidung 2005/631/EG der Kommission vom 29. August 2005 über grundlegende Anforderungen in Sinne der Richtlinie 1999/5/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Sicherstellung des Zugangs von Cospas-Sarsat-Ortungsbaken zu Notfalldiensten (ABl. L 225 vom 31.8.2005, S. 28)

10. 32013 D 0638: Beschluss 2013/638/EU der Kommission vom 12. August 2013 über grundlegende Anforderungen an Seefunkanlagen, die auf nicht dem SOLAS-Übereinkommen unterliegenden Schiffen eingesetzt werden und am weltweiten Seenot- und Sicherheitsfunksystem (GMDSS) teilnehmen sollen (ABl. L 296 vom 7.11.2013, S. 22)

11. 32000 D 0299: Entscheidung 2000/299/EG der Kommission vom 6. April 2000 über die Festlegung einer vorläufigen Einstufung von Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen sowie der entsprechenden Kennungen (ABl. L 97 vom 19.4.2000, S. 13)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31984 X 0549: Empfehlung 84/549/EWG des Rates vom 12. November 1984 betreffend die Durchführung der Harmonisierung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens (ABl. L 298 vom 16.11.1984, S. 49)

2. 31989 Y 0511(01): Entschließung 89/C 117/01 des Rates vom 27. April 1989 über die Normung auf dem Gebiet der Informationstechnik und der Telekommunikation (ABl. C 117 vom 11.5.1989, S. 1)

KAPITEL 16

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN AUF DEM GEBIET DER TECHNISCHEN HANDELSHEMMNISSE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32015L1535: Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1)

2. 32012 R 1025: Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur europäischen Normung, zur Änderung der Richtlinien 89/686/EWG und 93/15/EWG des Rates sowie der Richtlinien 94/9/EG, 94/25/EG, 95/16/EG, 97/23/EG, 98/34/EG, 2004/22/EG, 2007/23/EG, 2009/23/EG und 2009/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 87/95/EWG des Rates und des Beschlusses Nr. 1673/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 12)

3. 32008 R 0765: Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 30)

4. 31993 L 0068: Richtlinie 93/68/EWG des Rates vom 22. Juli 1993 zur Änderung der Richtlinien 87/404/EWG (einfache Druckbehälter), Richtlinie 2009/48/EG vom 18. Juni 2009 (Sicherheit von Spielzeug), 89/106/EWG (Bauprodukte), 89/336/EWG (elektromagnetische Verträglichkeit), 89/392/EWG (Maschinen), 89/686/EWG (persönliche Schutzausrüstungen), 90/384/EWG (nichtselbsttätige Waagen), 90/385/EWG (aktive implantierbare medizinische Geräte), 90/396/EWG (Gasverbrauchseinrichtungen), 91/263/EWG (Telekommunikationsendeinrichtungen), 92/42/EWG (mit flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen beschickte neue Warmwasserheizkessel) und 73/23/EWG (elektrische Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen) (ABl. L 220 vom 30.8.1993, S. 1)

5. 32008 D 0768: Beschluss Nr. 768/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für die Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung des Beschlusses 93/465/EWG des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 82)

6. 31994 L 0011: Richtlinie 94/11/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. März 1994 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Kennzeichnung von Materialien für die Hauptbestandteile von Schuherzeugnissen zum Verkauf an den Verbraucher (ABl. L 100 vom 19.4.1994, S. 37), berichtigt in ABl. L 47 vom 24.2.1996, S. 35, geändert durch:

   – 32006 L 0096: Richtlinie 2006/96/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 81)

   – 32013 L 0015: Richtlinie 2013/15/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 172)

7. 32019 R 0515: Verordnung (EU) 2019/515 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 764/2008 (ABl. L 91 vom 29.3.2019, S. 1)

8. 369 L 0493: Richtlinie 69/493/EWG des Rates vom 15. Dezember 1969 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Kristallglas (ABl. L 326 vom 29.12.1969, S. 36)

9. 32001 L 0095: Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Dezember 2001 über die allgemeine Produktsicherheit (ABl. L 11 vom 15.1.2002, S. 4), geändert durch:

   – 32008 R 0765: Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 30), geändert durch:

   – 32019 R 1020: Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1)

10. 32005 D 0323: Entscheidung 2005/323/EG der Kommission vom 21. April 2005 zu den Sicherheitsanforderungen, die gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates durch Europäische Normen über schwimmfähige Freizeitartikel zur Benutzung auf dem Wasser oder im Wasser abzudecken sind (ABl. L 104 vom 23.4.2005, S. 39)

11. 32005 D 0718: Entscheidung 2005/718/EG der Kommission vom 13. Oktober 2005 zur Übereinstimmung bestimmter Normen mit der allgemeinen Sicherheitsanforderung der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Veröffentlichung der Normenverweise im Amtsblatt (ABl. L 271 vom 15.10.2005, S. 51)

12. 32008 D 0264: Beschluss 2008/264/EG der Kommission vom 25. März 2008 über Brandsicherheitsanforderungen, denen Europäische Normen für Zigaretten gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 83 vom 26.3.2008, S. 35)

13. 32008 D 0357: Beschluss 2008/357/EG der Kommission vom 23. April 2008 über spezifische Kindersicherheitsanforderungen, denen Europäische Normen für Feuerzeuge gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 120 vom 7.5.2008, S. 11)

14. 32009 D 0490: Beschluss 2009/490/EG der Kommission vom 23. Juni 2009 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für tragbare Abspielgeräte gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 161 vom 24.6.2009, S. 38)

15. 32010 D 0009: Beschluss 2010/9/EU der Kommission vom 6. Januar 2010 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für Baderinge, Badehilfen, Badewannen und Badewannenständer für Säuglinge und Kleinkinder gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 3 vom 7.1.2010, S. 23)

16. 32010 D 0011: Beschluss 2010/11/EU der Kommission vom 7. Januar 2010 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für von Verbrauchern anzubringende kindergesicherte Feststeller für Fenster und Balkontüren gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 4 vom 8.1.2010, S. 91)

17. 32010 D 0376: Beschluss 2010/376/EU der Kommission vom 2. Juli 2010 zu den Sicherheitsanforderungen, die gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates durch Europäische Normen über bestimmte Produkte für die Bettruhe von Kindern zu erfüllen sind (ABl. L 170 vom 6.7.2010, S. 39)

18. 32011 D 0476: Beschluss 2011/476/EU der Kommission vom 27. Juli 2011 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für stationäre Trainingsgeräte gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 196 vom 28.7.2011, S. 16)

19. 32009 L 0043: Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern (ABl. L 146 vom 10.6.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32010 L 0080: Richtlinie 2010/80/EU der Kommission vom 22. November 2010 (ABl. L 308 vom 24.11.2010, S. 11)

   – 32012 L 0010: Richtlinie 2012/10/EU der Kommission vom 22. März 2012 (ABl. L 85 vom 24.3.2012, S. 3)

   – 32012 L 0047: Richtlinie 2012/47/EU der Kommission vom 14. Dezember 2012 (ABl. L 31 vom 31.1.2013, S. 43)

   – 32014 L 0108: Richtlinie 2014/108/EU der Kommission vom 12. Dezember 2014 (ABl. L 359 vom 16.12.2014, S. 117)

   – 32016 L 0970: Richtlinie (EU) 2016/970 der Kommission vom 27. Mai 2016 (ABl. L 163 vom 21.6.2016, S. 1)

   – 32017 L 0433: Richtlinie (EU) 2017/433 der Kommission vom 7. März 2017 (ABl. L 70 vom 15.3.2017, S. 1)

– 32019 L 0514: Richtlinie (EU) 2019/514 der Kommission vom 14. März 2019 (ABl. L 89 vom 29.3.2019, S. 1)

20. 32011 D 0477: Beschluss 2011/477/EU der Kommission vom 27. Juli 2011 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen, um bestimmten Risiken, die von inneren Abschlüssen, Fensterabdeckungen mit Schnüren und Sicherheitseinrichtungen ausgehen, zu begegnen (ABl. L 196 vom 28.7.2011, S. 21)

21. 32011 D 0479: Beschluss 2011/479/EU der Kommission vom 27. Juli 2011 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für Turngeräte gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 197 vom 29.7.2011, S. 13)

22. 32011 D 0786: Beschluss 2011/786/EU der Kommission vom 29. November 2011 über die Sicherheitsanforderungen an Fahrräder, Kinderfahrräder und Gepäckträger für Fahrräder, die in europäischen Normen gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates enthalten sein müssen (ABl. L 319 vom 2.12.2011, S. 106)

23. 32013 D 0121: Beschluss 2013/121/EU der Kommission vom 7. März 2013 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für bestimmte Sitze und Stühle für Kinder gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 65 vom 8.3.2013, S. 23)

24. 32014 D 0059: Beschluss 2014/59/EU der Kommission vom 5. Februar 2014 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für Lasereinrichtungen für Verbraucher gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genügen müssen (ABl. L 36 vom 6.2.2014, S. 20)

25. 32015 D 0547: Beschluss (EU) 2015/547 der Kommission vom 1. April 2015 über Sicherheitsanforderungen, denen europäische Normen für alkoholbetriebene abzuglose Feuerstellen gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die allgemeine Produktsicherheit genügen müssen (ABl. L 90 vom 2.4.2015, S. 14)

26. 32006 D 0514: Entscheidung 2006/514/EG der Kommission vom 20. Juli 2006 zur Übereinstimmung bestimmter Normen mit der allgemeinen Sicherheitsanforderung der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Veröffentlichung der Normenverweise im Amtsblatt (ABl. L 200 vom 22.7.2006, S. 35)

27. 32009 D 0018: Entscheidung 2009/18/EG der Kommission vom 22. Dezember 2008 betreffend die Übereinstimmung der Norm EN 1273:2005 über Kinderlaufhilfen mit der allgemeinen Sicherheitsanforderung der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und Veröffentlichung des Normverweises im Amtsblatt (ABl. L 8 vom 13.1.2009, S. 29)

28. 32011 D 0196: Beschluss 2011/196/EU der Kommission vom 29. März 2011 betreffend die Übereinstimmung der Norm EN 14682:2007 über Kordeln und Zugbänder an Kinderbekleidung mit der allgemeinen Sicherheitsanforderung der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und Veröffentlichung des Normverweises im Amtsblatt (ABl. L 82 vom 30.3.2011, S. 8)

29. 32019 D 1698: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1698 der Kommission vom 9. Oktober 2019 über europäische Produktnormen zur Unterstützung der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die allgemeine Produktsicherheit (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 65), geändert durch:

    – 32020 D 1808: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1808 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 140)

– 32022 D 1401: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1401 der Kommission vom 12. August 2022 (ABl. L 213 vom 16.8.2022, S. 59)

30. 32015 D 1320: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1320 der Kommission vom 30. Juli 2015 über die Streichung der Verweise auf die Normen für Schnullerhalter, für Schnuller, für Auftriebshilfen für das Schwimmenlernen und für Grillgeräte aus dem *Amtsblatt der Europäischen Union* gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 203 vom 31.7.2015, S. 29)

31. 32015 D 1345: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1345 der Kommission vom 31. Juli 2015 zur Veröffentlichung der Verweise auf die Normen für Kordeln und Zugbänder an Kinderbekleidung, für Tragetaschen und Ständer, für Kinderschutzgitter und für Wickeleinrichtungen für den Hausgebrauch im *Amtsblatt der Europäischen Union* gemäß der Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 207 vom 4.8.2015, S. 73)

32. 32020 R 1668: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1668 der Kommission vom 10. November 2020 zur Festlegung der Einzelheiten und Funktionen des Informations- und Kommunikationssystems für die Zwecke der Verordnung (EU) 2019/515 des Europäischen Parlaments und des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind (ABl. L 377 vom 11.11.2020, S. 7)

33. 32021 L 0555: Richtlinie (EU) 2021/555 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (kodifizierter Text) (ABl. L 115 vom 6.4.2021, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. Schlussfolgerungen zur Normung, vom Rat am 16. Juli 1984 angenommen (ABl. C 136 vom 4.6.1985, S. 2)

2. 31985 Y 0604(01): Entschließung 85/C 136/01 des Rates vom 7. Mai 1985 über eine neue Konzeption auf dem Gebiet der technischen Harmonisierung und der Normung (ABl. C 136 vom 4.6.1985, S. 1)

3. 31990 Y 0116(01): Entschließung des Rates vom 21. Dezember 1989 zu einem Gesamtkonzept für die Konformitätsbewertung (ABl. C 10 vom 16.1.1990, S. 1)

4. 31992 Y 0709(01): Entschließung des Rates vom 18. Juni 1992 zur Funktion der europäischen Normung in der europäischen Wirtschaft (ABl. C 173 vom 9.7.1992, S. 1)

5. 32011 H 0024: Empfehlung 2011/24/EU der Kommission vom 11. Januar 2011 betreffend die Zertifizierung von Unternehmen der Verteidigungsindustrie nach Artikel 9 der Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern (ABl. L 11 vom 15.1.2011, S. 62)

6. 32016 H 2123: Empfehlung (EU) 2016/2123 der Kommission vom 30. November 2016 über die Harmonisierung des Geltungsbereichs und der Bedingungen für Allgemeingenehmigungen für Streitkräfte und Auftraggeber gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a der Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 329 vom 3.12.2016, S. 101)

7. 32016 H 2124: Empfehlung (EU) 2016/2124 der Kommission vom 30. November 2016 über die Harmonisierung des Geltungsbereichs und der Bedingungen für Allgemeingenehmigungen für zertifizierte Empfänger gemäß Artikel 9 der Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 329 vom 3.12.2016, S. 105)

8. 32018 H 2050: Empfehlung (EU) 2018/2050 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die Angleichung des Geltungsbereichs und der Bedingungen für Allgemeingenehmigungen für Zwecke von Vorführungen und Gutachten gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe c der Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 89)

9. 32018 H 2051: Empfehlung (EU) 2018/2051 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die Angleichung des Geltungsbereichs und der Bedingungen für Allgemeingenehmigungen für Zwecke der Wartung und Reparatur gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe d der Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 94)

10. 32018 H 2052: Empfehlung (EU) 2018/2052 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die Angleichung des Geltungsbereichs und der Bedingungen für Allgemeingenehmigungen für Zwecke der Ausstellung gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe c der Richtlinie 2009/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 98)

KAPITEL 17

FREIER WARENVERKEHR – ALLGEMEINES

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31998 R 2679: Verordnung (EG) Nr. 2679/98 des Rates vom 7. Dezember 1998 über das Funktionieren des Binnenmarktes im Zusammenhang mit dem freien Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. L 337 vom 12.12.1998, S. 8)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31980 Y 1003(01): Mitteilung der Kommission über die Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofes vom 20. Februar 1979 in der Rechtssache 120/78 („Cassis de Dijon“) (ABl. C 256 vom 3.10.1980, S. 2)

2. 32000 Y 0519(2): Entschließung 2000/C 141/02 des Rates vom 28. Oktober 1999 zur gegenseitigen Anerkennung (ABl. C 141 vom 19.5.2000, S. 5)

3. 41998 X 1212(01): Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 7. Dezember 1998 über den freien Warenverkehr (ABl. L 337 vom 12.12.1998, S. 10)

4. 32009 H 0524: Empfehlung 2009/524/EG der Kommission vom 29. Juni 2009 zur Optimierung der Funktionsweise des Binnenmarktes (ABl. L 176 vom 7.7.2009, S. 17)

KAPITEL 18

BAUPRODUKTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32011 R 0305: Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten und zur Aufhebung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates (ABl. L 88 vom 4.4.2011, S. 5), geändert durch:

   – 32014 R 0574: Delegierte Verordnung (EU) 574/2014 der Kommission vom 21. Februar 2014 (ABl. L 159 vom 28.5.2014, S. 41)

   – 32014 R 0568: Delegierte Verordnung (EU) 568/2014 der Kommission vom 18. Februar 2014 (ABl. L 157 vom 27.5.2014, S. 76)

   – 32019 R 1020: Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1)

2. 31995 D 0467: Entscheidung 95/467/EG der Kommission vom 24. Oktober 1995 über die Durchführung von Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates über Bauprodukte (ABl. L 268 vom 10.11.1995, S. 29), geändert durch:

   – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

– 32002 D 0592: Entscheidung 2002/592/EG der Kommission vom 15. Juli 2002 (ABl. L 192 vom 20.7.2002, S. 57)

– 32010 D 0679: Beschluss 2010/679/EU der Kommission vom 8. November 2010 (ABl. L 292 vom 10.11.2010, S. 55)

3. 31996 D 0577: Entscheidung 96/577/EG der Kommission vom 24. Juni 1996 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend ortsfeste Brandbekämpfungssysteme (ABl. L 254 vom 8.10.1996, S. 44)

4. 31996 D 0578: Entscheidung 96/578/EG der Kommission vom 24. Juni 1996 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Sanitäreinrichtungen (ABl. L 254 vom 8.10.1996, S. 49), geändert durch:

   – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

5. 31996 D 0579: Entscheidung 96/579/EG der Kommission vom 24. Juni 1996 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Straßenausstattungen (ABl. L 254 vom 8.10.1996, S. 52), geändert durch:

   – 31999 D 0453: Entscheidung 1999/453/EG der Kommission vom 18. Juni 1999 (ABl. L 178 vom 14.7.1999, S. 50)

6. 31996 D 0580: Entscheidung 96/580/EG der Kommission vom 24. Juni 1996 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Vorhangfassaden (ABl. L 254 vom 8.10.1996, S. 56), geändert durch:

   – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

7. 31996 D 0582: Entscheidung 96/582/EG der Kommission vom 24. Juni 1996 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend geklebte Glaskonstruktionen und Metallanker für Beton (ABl. L 254 vom 8.10.1996, S. 62)

8. 31996 D 0603: Entscheidung 96/603/EG der Kommission vom 4. Oktober 1996 zur Festlegung eines Verzeichnisses von Produkten, die in die Kategorien A „Kein Beitrag zum Brand“ gemäß der Entscheidung 94/611/EG zur Durchführung von Artikel 20 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates über Bauprodukte einzustufen sind (ABl. L 267 vom 19.10.1996, S. 23)

9. 31997 D 0161: Entscheidung 97/161/EG der Kommission vom 17. Februar 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Metalldübel zur Verwendung in Beton zur Befestigung von leichten Systemen (ABl. L 62 vom 4.3.1997, S. 41)

10. 31997 D 0176: Entscheidung 97/176/EG der Kommission vom 17. Februar 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Produkte aus Bauholz für tragende Zwecke und Holzverbindungsmittel (ABl. L 73 vom 14.3.1997, S. 19), geändert durch:

    – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

11. 31997 D 0177: Entscheidung 97/177/EG der Kommission vom 17. Februar 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Injektionsdübel aus Metall zur Verwendung in Mauerwerk (ABl. L 73 vom 14.3.1997, S. 24)

12. 31997 D 0462: Entscheidung 97/462/EG der Kommission vom 27. Juni 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Holzwerkstoffe (ABl. L 198 vom 25.7.1997, S. 27), geändert durch:

    – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

13. 31997 D 0463: Entscheidung 97/463/EG der Kommission vom 27. Juni 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Kunststoffdübel zur Verwendung in Beton und Mauerwerk (ABl. L 198 vom 25.7.1997, S. 31)

14. 31997 D 0555: Entscheidung 97/555/EG der Kommission vom 14. Juli 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Zement, Baukalk und andere hydraulische Binder/Bindemittel (ABl. L 229 vom 20.8.1997, S. 9), geändert durch:

    – 32010 D 0683: Beschluss 2010/683/EU der Kommission vom 9. November 2010 (ABl. L 293 vom 11.11.2010, S. 60)

15. 31997 D 0556: Entscheidung 97/556/EG der Kommission vom 14. Juli 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend außenliegende Wärmedämmverbundsysteme oder -bausätze mit Putz (WDVS) (ABl. L 229 vom 20.8.1997, S. 14), geändert durch:

    – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

    – 32011 D 0014: Beschluss 2011/14/EU der Kommission vom 13. Januar 2011 (ABl. L 10 vom 14.1.2011, S. 5)

16. 31997 D 0638: Entscheidung 97/638/EG der Kommission vom 19. September 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Verbindungsmittel für Bauholz für tragende Holzbauteile (ABl. L 268 vom 1.10.1997, S. 36)

17. 31997 D 0740: Entscheidung 97/740/EG der Kommission vom 14. Oktober 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Mauerwerk und verwandte Erzeugnisse (ABl. L 299 vom 4.11.1997, S. 42), geändert durch:

   – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

18. 31997 D 0808: Entscheidung 97/808/EG der Kommission vom 20. November 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bodenbeläge (ABl. L 331 vom 3.12.1997, S. 18), geändert durch:

   – 31999 D 0453: Entscheidung 1999/453/EG der Kommission vom 18. Juni 1999 (ABl. L 178 vom 14.7.1999, S. 50)

   – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

   – 32006 D 0190: Entscheidung 2006/190/EG der Kommission vom 1. März 2006 (ABl. L 66 vom 8.3.2006, S. 47)

19. 31998 D 0143: Entscheidung 98/143/EG der Kommission vom 3. Februar 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Systeme von mechanisch befestigten Dachabdichtungen (ABl. L 42 vom 14.2.1998, S. 58)

20. 31998 D 0213: Entscheidung 98/213/EG der Kommission vom 9. März 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze für Trennwände (ABl. L 80 vom 18.3.1998, S. 41), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

– 32012 D 0201: Durchführungsbeschluss 2012/201/EU der Kommission vom 26. März 2012 (ABl. L 109 vom 21.4.2012, S. 20)

21. 31998 D 0214: Entscheidung 98/214/EG der Kommission vom 9. März 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Metallbauprodukte und Zubehörteile (ABl. L 80 vom 18.3.1998, S. 46), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

22. 31998 D 0279: Entscheidung 98/279/EG der Kommission vom 5. Dezember 1997 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend nichtlasttragende Schalungssysteme/-bausätze, bestehend aus Hohlkörperelementen aus Wärmedämmmaterialien und - mitunter - Beton (ABl. L 127 vom 29.4.1998, S. 26), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

23. 31998 D 0436: Entscheidung 98/436/EG der Kommission vom 22. Juni 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bedachungen, Oberlichter, Dachfenster und Zubehörteile (ABl. L 194 vom 10.7.1998, S. 30), geändert durch:

   – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

24. 31998 D 0437: Entscheidung 98/437/EG der Kommission vom 30. Juni 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Innen- und Außenwand- und Deckenbekleidungen (ABl. L 194 vom 10.7.1998, S. 39), geändert durch:

   – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

25. 31998 D 0456: Entscheidung 98/456/EG der Kommission vom 3. Juli 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze zum Nachspannen von vorgespannten Bauteilen (ABl. L 201 vom 17.7.1998, S. 112)

26. 31998 D 0457: Entscheidung 98/457/EG der Kommission vom 3. Juli 1998 betreffend den in Entscheidung 94/611/EG zur Durchführung von Artikel 20 der Richtlinie 89/106/EWG über Bauprodukte genannten Single-Burning-Item-(SBI)Test (ABl. L 201 vom 17.7.1998, S. 114)

27. 31998 D 0598: Entscheidung 98/598/EG der Kommission vom 9. Oktober 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Zuschläge (ABl. L 287 vom 24.10.1998, S. 25)

28. 31998 D 0599: Entscheidung 98/599/EG der Kommission vom 12. Oktober 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze für flüssig aufzubringende Dachabdichtungen (ABl. L 287 vom 24.10.1998, S. 30), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

29. 31998 D 0600: Entscheidung 98/600/EG der Kommission vom 12. Oktober 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze für selbsttragende lichtdurchlässige Bedachungen (Bausätze mit Glaselementen ausgenommen) (ABl. L 287 vom 24.10.1998, S. 35), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

30. 31998 D 0601: Entscheidung 98/601/EG der Kommission vom 13. Oktober 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Produkte für den Straßenbau (ABl. L 287 vom 24.10.1998, S. 41), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

31. 31999 D 0089: Entscheidung 1999/89/EG der Kommission vom 25. Januar 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze für Fertigtreppen (ABl. L 29 vom 3.2.1999, S. 34), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

32. 31999 D 0090: Entscheidung 1999/90/EG der Kommission vom 25. Januar 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Dichtungsbahnen (ABl. L 29 vom 3.2.1999, S. 38), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

33. 31999 D 0091: Entscheidung 1999/91/EG der Kommission vom 25. Januar 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Wärmedämmprodukte (ABl. L 29 vom 3.2.1999, S. 44), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

34. 31999 D 0092: Entscheidung 1999/92/EG der Kommission vom 25. Januar 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend leichte Verbundbalken und -stützen auf Holzbasis (ABl. L 29 vom 3.2.1999, S. 49)

35. 31999 D 0093: Entscheidung 1999/93/EG der Kommission vom 25. Januar 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Türen, Fenster, Fensterläden, Rollläden, Tore und Beschläge (ABl. L 29 vom 3.2.1999, S. 51), geändert durch:

– 32011 D 0246: Beschluss 2011/246/EU der Kommission vom 18. April 2011 (ABl. L 103 vom 19.4.2011, S. 114)

36. 31999 D 0094: Entscheidung 1999/94/EG der Kommission vom 25. Januar 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend vorgefertigten Normal-, Leicht- oder Porenbeton (ABl. L 29 vom 3.2.1999, S. 55), geändert durch:

– 32012 D 0202: Durchführungsbeschluss 2012/202/EU der Kommission vom 29. März 2012 (ABl. L 109 vom 21.4.2012, S. 22)

37. 31999 D 0454: Entscheidung 1999/454/EG der Kommission vom 22. Juni 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Brandschutzabschottungen und Brandschutzbekleidungen (ABl. L 178 vom 14.7.1999, S. 52), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

38. 31999 D 0455: Entscheidung 1999/455/EG der Kommission vom 22. Juni 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze für vorgefertigte Holzrahmen- und Blockhäuser (ABl. L 178 vom 14.7.1999, S. 56)

39. 31999 D 0469: Entscheidung 1999/469/EG der Kommission vom 25. Juni 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Produkte für Beton, Mörtel und Einpressmörtel (ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 27), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

40. 31999 D 0470: Entscheidung 1999/470/EG der Kommission vom 29. Juni 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bauklebstoffe (ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 32), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

41. 31999 D 0471: Entscheidung 1999/471/EG der Kommission vom 29. Juni 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Raumerwärmungsanlagen (ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 37), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

42. 31999 D 0472: Entscheidung 1999/472/EG der Kommission vom 1. Juli 1999 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Rohre, Behälter und Zubehörteile, die nicht mit Trinkwasser in Berührung kommen (ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 42), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

43. 32000 D 0245: Entscheidung 2000/245/EG der Kommission vom 2. Februar 2000 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 4 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Flachglas, Profilglas und Glassteinerzeugnisse (ABl. L 77 vom 28.3.2000, S. 13), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

44. 32000 D 0273: Entscheidung 2000/273/EG der Kommission vom 27. März 2000 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend sieben Produkte für europäische technische Zulassungen ohne Leitlinie (ABl. L 86 vom 7.4.2000, S. 15), geändert durch:

– 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

45. 32000 D 0367: Entscheidung 2000/367/EG der Kommission vom 3. Mai 2000 zur Durchführung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates im Hinblick auf die Klassifizierung des Feuerwiderstands von Bauprodukten, Bauwerken und Teilen davon (ABl. L 133 vom 6.6.2000, S. 26), geändert durch:

– 32011 D 0232: Beschluss 2011/232/EU der Kommission vom 11. April 2011 (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 49)

46. 32000 D 0447: Entscheidung 2000/447/EG der Kommission vom 13. Juni 2000 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend vorgefertigte tragende Tafeln aus Holz und Holzwerkstoffen und leichte nichttragende (selbsttragende) Verbundelemente (ABl. L 180 vom 19.7.2000, S. 40), geändert durch:

    – 32001 D 0596: Entscheidung 2001/596/EG der Kommission vom 8. Januar 2001 (ABl. L 209 vom 2.8.2001, S. 33)

47. 32000 D 0553: Entscheidung 2000/553/EG der Kommission vom 6. September 2000 zur Durchführung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates hinsichtlich des Verhaltens von Bedachungen bei einem Brand von außen (ABl. L 235 vom 19.9.2000, S. 19)

48. 32000 D 0606: Entscheidung 2000/606/EG der Kommission vom 26. September 2000 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend sechs Produkte für europäische technische Zulassungen ohne Leitlinie (ABl. L 258 vom 12.10.2000, S. 38)

49. 32001 D 0019: Entscheidung 2001/19/EG der Kommission vom 20. Dezember 2000 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Fahrbahnübergänge für Straßenbrücken (ABl. L 5 vom 10.1.2001, S. 6)

50. 32001 D 0308: Entscheidung 2001/308/EG der Kommission vom 31. Januar 2001 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend vorgefertigte Außenwandbekleidungselemente mit Wärmedämmschicht (ABl. L 107 vom 18.4.2001, S. 25)

51. 32001 D 0671: Entscheidung 2001/671/EG der Kommission vom 21. August 2001 zur Durchführung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates im Hinblick auf die Klassifizierung des Brandverhaltens von Dächern und Bedachungen bei einem Brand von außen (ABl. L 235 vom 4.9.2001, S. 20), geändert durch:

– 32005 D 0823: Entscheidung 2005/823/EG der Kommission vom 22. November 2005 (ABl. L 307 vom 25.11.2005, S. 53)

52. 32002 D 0359: Entscheidung 2002/359/EG der Kommission vom 13. Mai 2002 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Produkte, die in Kontakt mit Wasser für den menschlichen Gebrauch kommen (ABl. L 127 vom 14.5.2002, S. 16)

53. 32003 D 0639: Entscheidung 2003/639/EG der Kommission vom 4. September 2003 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG betreffend Querkraftdorne für tragende Verbindungen (ABl. L 226 vom 10.9.2003, S. 18)

54. 32003 D 0640: Entscheidung 2003/640/EG der Kommission vom 4. September 2003 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze für vorgehängte Außenwandbekleidungen (ABl. L 226 vom 10.9.2003, S. 21)

55. 32003 D 0655: Entscheidung 2003/655/EG der Kommission vom 12. September 2003 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG betreffend Bausätze für wasserdichte Boden- und Wandbeläge für Nassräume (ABl. L 231 vom 17.9.2003, S. 12)

56. 32003 D 0656: Entscheidung 2003/656/EG der Kommission vom 12. September 2003 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG betreffend sieben Produkte für europäische technische Zulassungen ohne Leitlinie (ABl. L 231 vom 17.9.2003, S. 15)

57. 32015 D 1936: Delegierter Beschluss (EU) 2015/1936 der Kommission vom 8. Juli 2015 über die anwendbaren Systeme zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit von Belüftungskanälen und -rohren zur Belüftung im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 282 vom 28.10.2015, S. 34)

58. 32015 D 1958: Delegierter Beschluss (EU) 2015/1958 der Kommission vom 1. Juli 2015 über die anwendbaren Systeme zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit von Geosynthetics und verwandten Produkten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 284 vom 30.10.2015, S. 181)

59. 32015 D 1959: Delegierter Beschluss (EU) 2015/1959 der Kommission vom 1. Juli 2015 über die anwendbaren Systeme zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit von Produkten für die Abwasserentsorgung und -behandlung im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 284 vom 30.10.2015, S. 184)

60. 32016 R 0364: Delegierte Verordnung (EU) 2016/364 der Kommission vom 1. Juli 2015 über die Klassifizierung des Brandverhaltens von Bauprodukten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 68 vom 15.3.2016, S. 4)

61. 32016 D 1610: Beschluss (EU) 2016/1610 der Kommission vom 7. September 2016 über die mit einer Einschränkung zu versehende Veröffentlichung der Nummer der harmonisierten Norm EN 13383-1:2002 „Wasserbausteine: Teil 1: Anforderungen“ gemäß der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 240 vom 8.9.2016, S. 6)

62. 32017 R 0959: Delegierte Verordnung (EU) 2017/959 der Kommission vom 24. Februar 2017 über die Klassifizierung der Leistung hinsichtlich der horizontalen Setzung und der Kurzzeit-Wasseraufnahme von an der Verwendungsstelle hergestellten und in den Anwendungsbereich der Norm EN 15101-1 fallenden Wärmedämmstoffprodukten aus Zellulosefüllstoff (LFCI) gemäß der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 145 vom 8.6.2017, S. 1)

63. 32017 R 1475: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1475 der Kommission vom 26. Januar 2017 über die Klassifizierung der Frostwiderstandsleistung von Dachziegeln gemäß der Norm EN 1304 und der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 211 vom 17.8.2017, S. 1)

64. 32018 D 0779: Delegierter Beschluss (EU) 2018/779 der Kommission vom 19. Februar 2018 über die anwendbaren Systeme zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit von Sandwich-Elementen mit Metalldeckschicht für tragende Verwendungszwecke gemäß der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 131 vom 29.5.2018, S. 23)

65. 32018 D 0771: Delegierter Beschluss (EU) 2018/771 der Kommission vom 25. Januar 2018 über das nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates anwendbare System zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit für Anschlageinrichtungen, die bei Bauwerken eingesetzt werden und dazu bestimmt sind, Stürzen von Personen aus der Höhe vorzubeugen oder Stürze abzufangen (ABl. L 129 vom 25.5.2018, S. 82)

66. 32019 D 1764: Delegierter Beschluss (EU) 2019/1764 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch anwendbare Systeme zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit von Brüstungs- und Geländerbausätzen, die ausschließlich zur Vermeidung von Abstürzen auf Baustellen bestimmt sind und keine strukturbedingten Vertikallasten tragen (ABl. L 270 vom 24.10.2019, S. 81)

67. 32019 D 0450: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/450 der Kommission vom 19. März 2019 über die Veröffentlichung der Europäischen Bewertungsdokumente für Bauprodukte zur Unterstützung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 77 vom 20.3.2019, S. 78), geändert durch:

– 32019 D 0896: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/896 der Kommission vom 28. Mai 2019 (ABl. L 142 vom 29.5.2019, S. 69)

– 32022 D 0962: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/962 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 211 vom 3.7.2020, S. 19)

– 32020 D 1574: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1574 der Kommission vom 28. Oktober 2020 (ABl. L 359 vom 29.10.2020, S. 10)

– 32022 D 1183 Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1183 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 103)

– 32022 D 1789 Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1789 der Kommission vom 8. Oktober 2021 (ABl. L 359 vom 11.10.2021, S. 117)

– 32022 D 0381 Durchführungsbeschluss (EU) 2022/381 der Kommission vom 4. März 2022 (ABl. L 75 vom 7.3.2022, S. 1)

– 32022 D 1517: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1517 der Kommission vom 9. September 2022 (ABl. L 235 vom 12.9.2022, S. 65)

68. 32019 R 1188 Delegierte Verordnung (EU) 2019/1188 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung von Leistungsklassen in Bezug auf den Widerstand gegenüber Windlasten für Außenjalousien und Markisen (ABl. L 187 vom 12.7.2019, S. 11)

69. 32019 R 1342 Delegierte Verordnung (EU) 2019/1342 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung von Leistungsklassen in Bezug auf die Luftdurchlässigkeit für Lichtkuppeln aus Kunststoff und Glas sowie Dachluken (ABl. L 211 vom 12.8.2019, S. 1)

70. 31994 D 0023: Beschluss 94/23/EG der Kommission vom 17. Januar 1994 über die gemeinsamen Verfahrensregeln für die europäischen technischen Zulassungen (ABl. L 17 vom 20.1.1994, S. 34)

71. 31997 D 0571: Beschluss 97/571/EG der Kommission vom 22. Juli 1997 über das Muster einer europäischen technischen Zulassung für Bauelemente (ABl. L 236 vom 27.8.1997, S. 7)

72. 32005 D 0403: Entscheidung 2005/403/EG der Kommission vom 25. Mai 2005 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen bestimmter Bauprodukte für Dächer und Bedachungen bei einem Brand von außen gemäß Richtlinie 89/106/EWG des Rates (ABl. L 135 vom 28.5.2005, S. 37)

73. 32005 D 0484: Entscheidung 2005/484/EG der Kommission vom 4. Juli 2005 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Bausätze für Kühlgebäude und Bausätze für Kühlgebäudehüllen (ABl. L 173 vom 6.7.2005, S. 15)

74. 32005 D 0610: Entscheidung 2005/610/EG der Kommission vom 9. August 2005 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (ABl. L 208 vom 11.8.2005, S. 21), geändert durch:

– 32017 R 1227: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1227 der Kommission vom 20. März 2017 (ABl. L 177 vom 8.7.2017, S. 1)

75. 32003 D 0043: Entscheidung 2003/43/EG der Kommission vom 17. Januar 2003 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (ABl. L 13 vom 18.1.2003, S. 35), berichtigt in ABl. L 33 vom 8.2.2003, S. 44, geändert durch:

– 32003 D 0593: Entscheidung 2003/593/EG der Kommission vom 7. August 2003 (ABl. L 201 vom 8.8.2003, S. 25)

– 32006 D 0673: Entscheidung 2006/673/EG der Kommission vom 5. Oktober 2006 (ABl. L 276 vom 7.10.2006, S. 77)

– 32007 D 0348: Entscheidung 2007/348/EG der Kommission vom 15. Mai 2007 (ABl. L 131 vom 23.5.2007, S. 21)

76. 32006 D 0213: Entscheidung 2006/213/EG der Kommission vom 6. März 2006 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (Holzfußböden sowie Wand- und Deckenbekleidungen aus Massivholz) (ABl. L 79 vom 16.3.2006, S. 27)

77. 32006 D 0600: Entscheidung 2006/600/EG der Kommission vom 4. September 2006 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (Sandwich-Elemente mit beidseitiger Metalldeckschicht für Dächer) bei einem Brand von außen (ABl. L 244 vom 7.9.2006, S. 24)

78. 32010 D 0081: Beschluss 2010/81/EU der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (Klebstoffe für Keramikfliesen) (ABl. L 38 vom 11.2.2010, S. 9)

79. 32010 D 0082: Beschluss 2010/82/EU der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (dekorative Wandbekleidungen in Rollen- und Plattenform) (ABl. L 38 vom 11.2.2010, S. 11)

80. 32010 D 0083: Beschluss 2010/83/EU der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (lufttrocknende Spachtelmaterialien) (ABl. L 38 vom 11.2.2010, S. 13)

81. 32010 D 0085: Beschluss 2010/85/EU der Kommission vom 9. Februar 2010 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (Zement-, Calciumsulfat- und Kunstharzestriche) (ABl. L 38 vom 11.2.2010, S. 17)

82. 32010 D 0737: Beschluss 2010/737/EU der Kommission vom 2. Dezember 2010 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (Stahlbleche mit Polyester- bzw. Plastisol-Beschichtung) (ABl. L 317 vom 3.12.2010, S. 39)

83. 32010 D 0738: Beschluss 2010/738/EU der Kommission vom 2. Dezember 2010 zur Festlegung der Brandverhaltensklassen für bestimmte Bauprodukte (Formteile aus faserverstärktem Gips) (ABl. L 317 vom 3.12.2010, S. 42)

84. 32011 D 0019: Beschluss 2011/19/EU der Kommission vom 14. Januar 2011 über das Verfahren der Konformitätsbescheinigung für Bauprodukte nach Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates im Hinblick auf Dichtstoffe für nichttragende Verbindungen in Gebäuden und Fußgängerwegen (ABl. L 11 vom 15.1.2011, S. 49)

85. 32011 D 0284: Beschluss 2011/284/EU der Kommission vom 12. Mai 2011 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Energie-, Steuer- und Kommunikationskabel (ABl. L 131 vom 18.5.2011, S. 22)

86. 32014 R 0157: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 157/2014 der Kommission vom 30. Oktober 2013 über die Bedingungen für die Zurverfügungstellung einer Leistungserklärung von Bauprodukten auf einer Website (ABl. L 52 vom 21.2.2014, S. 1)

87. 32013 R 1062: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1062/2013 der Kommission vom 30. Oktober 2013 über das Format der Europäischen Technischen Bewertung für Bauprodukte (ABl. L 289 vom 31.10.2013, S. 42)

88. 32014 R 1291: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1291/2014 der Kommission vom 16. Juli 2014 über die Bedingungen für eine ohne weitere Prüfungen vorgenommene Einstufung von Holzwerkstoffen gemäß der Norm EN 13986 sowie von Innen- und Außenbekleidungen aus Massivholz gemäß der Norm EN 14915 im Hinblick auf ihr Brandschutzvermögen, wenn sie für Wand- und Deckenbekleidungen verwendet werden (ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 25)

89. 32014 R 1292: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1292/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 über die Bedingungen für die ohne Prüfung erfolgende Klassifizierung bestimmter unter die Norm EN 14342 fallender unbeschichteter Holzfußböden im Hinblick auf deren Brandverhalten (ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 27)

90. 32014 R 1293: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1293/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 über die Bedingungen für die ohne Prüfung erfolgende Klassifizierung von Putzträgern und Putzprofilen aus Metall für Innenputze, für die die harmonisierte Norm EN 13658-1 gilt, von Putzträgern und Putzprofilen aus Metall für Außenputze, für die die harmonisierte Norm EN 13658-2 gilt, und von Hilfs- und Zusatzprofilen aus Metall, für die die harmonisierte Norm EN 14353 gilt, in Bezug auf ihr Brandverhalten (ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 29)

91. 32017 R 1228: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1228 der Kommission vom 20. März 2017 über die Bedingungen für die ohne Prüfung erfolgende Klassifizierung von Außen- und Innenputzen mit organischen Bindemitteln, für die die harmonisierte Norm EN 15824 gilt, und von Putzmörtel, für die die harmonisierte Norm EN 998-1 gilt, in Bezug auf ihr Brandverhalten (ABl. L 177 vom 8.7.2017, S. 4)

92. 32017 R 2293: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2293 der Kommission vom 3. August 2017 über die Bedingungen für die ohne Prüfung erfolgende Klassifizierung von Brettsperrholzprodukten, für die die harmonisierte Norm EN 16351 gilt, und von Furnierschichtholzprodukten, für die die harmonisierte Norm EN 14374 gilt, in Bezug auf ihr Brandverhalten (ABl. L 329 vom 13.12.2017, S. 1)

93. 32022 D 0451 Durchführungsbeschluss (EU) 2019/451 der Kommission vom 19. März 2019 über die harmonisierten Normen für Bauprodukte zur Unterstützung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 77 vom 20.3.2019, S. 80), geändert durch:

– 32022 D 2357 Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2357 der Kommission vom 1. Dezember 2022 (ABl. L 311 vom 2.12.2022, S. 165)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32003 H 0887: Empfehlung 2003/887/EG der Kommission vom 11. Dezember 2003 zur Einführung und Anwendung von Eurocodes für Bauwerke und tragwerksrelevante Bauprodukte (ABl. L 332 vom 19.12.2003, S. 62)

KAPITEL 19

PERSÖNLICHE SCHUTZAUSRÜSTUNGEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32016 R 0425: Verordnung (EU) 2016/425 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über persönliche Schutzausrüstungen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/686/EWG des Rates

KAPITEL 20

SPIELZEUG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32009 L 0048: Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Sicherheit von Spielzeug (ABl. L 170 vom 30.6.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32012 L 0007: Richtlinie 2012/7/EU der Kommission vom 2. März 2012 (ABl. L 64 vom 3.3.2012, S. 7)

   – 32013 R 0681: Verordnung (EU) Nr. 681/2013 der Kommission vom 17. Juli 2013 (ABl. L 195 vom 18.7.2013, S. 16)

   – 32014 L 0079: Richtlinie 2014/79/EU der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 49)

   – 32014 L 0081: Richtlinie 2014/81/EU der Kommission vom 23. Juni 2014 (ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 49)

   – 32014 L 0084: Richtlinie 2014/84/EU der Kommission vom 30. Juni 2014 (ABl. L 192 vom 1.7.2014, S. 49)

   – 32015 L 2115: Richtlinie (EU) 2015/2115 der Kommission vom 23. November 2015 (ABl. L 306 vom 24.11.2015, S. 17)

– 32015 L 2116: Richtlinie (EU) 2015/2116 der Kommission vom 23. November 2015 (ABl. L 306 vom 24.11.2015, S. 20)

– 32015 L 2117: Richtlinie (EU) 2015/2117 der Kommission vom 23. November 2015 (ABl. L 306 vom 24.11.2015, S. 23)

– 32017 L 0738: Richtlinie (EU) 2017/738 des Rates vom 27. März 2017 (ABl. L 110 vom 27.4.2017, S. 6)

– 32017 L 0774: Richtlinie (EU) 2017/774 der Kommission vom 3. Mai 2017 (ABl. L 115 vom 4.5.2017, S. 47)

– 32017 L 0898: Richtlinie (EU) 2017/898 der Kommission vom 24. Mai 2017 (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 128)

– 32018 L 0725: Richtlinie (EU) 2018/725 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 29)

– 32019 L 1922: Richtlinie (EU) 2019/1922 der Kommission vom 18. November 2019 (ABl. L 298 vom 19.11.2019, S. 5)

– 32019 L 1929: Richtlinie (EU) 2019/1929 der Kommission vom 19. November 2019 (ABl. L 299 vom 20.11.2019, S. 51)

– 32020 L 2089: Richtlinie (EU) 2020/2089 der Kommission vom 11. Dezember 2020 (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 58)

– 32020 L 2088: Richtlinie (EU) 2020/2088 der Kommission vom 11. Dezember 2020 (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 53)

– 32021 L 0903: Richtlinie (EU) 2021/903 der Kommission vom 3. Juni 2021 (ABl. L 197 vom 4.6.2021, S. 110)

KAPITEL 21

MASCHINEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32000 L 0014: Richtlinie 2000/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2000 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über umweltbelastende Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen (ABl. L 162 vom 3.7.2000, S. 1), berichtigt in ABl. L 165 vom 17.6.2006, S. 35, geändert durch:

   – 32005 L 0088: Richtlinie 2005/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2005 (ABl. L 344 vom 27.12.2005, S. 44), berichtigt in ABl. L 165 vom 17.6.2006, S. 35

   – 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

2. 32006 L 0042: Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Maschinen und zur Änderung der Richtlinie 95/16/EG (Neufassung) (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 24), berichtigt in ABl. L 76 vom 16.3.2007, S. 35, geändert durch:

   – 32009 L 0127: Richtlinie 2009/127/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 (ABl. L 310 vom 25.11.2009, S. 29)

– 32013 R 0167: Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Februar 2013 (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 1)

– 32014 L 0033: Richtlinie 2014/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 251)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

3. 32012 D 0032: Beschluss 2012/32/EU der Kommission vom 19. Januar 2012 zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten zum Verbot des Inverkehrbringens von schlegelartigen Schneidwerkzeugen für tragbare handgeführte Freischneider/Motorsensen (ABl. L 18 vom 21.1.2012, S. 5)

4. 32016 R 0424: Verordnung (EU) 2016/424 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Seilbahnen und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/9/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 1)

5. 32016 R 1628: Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 über die Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte für gasförmige Schadstoffe und luftverunreinigende Partikel und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1024/2012 und (EU) Nr. 167/2013 und zur Änderung und Aufhebung der Richtlinie 97/68/EG (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 53), berichtigt in ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 29, geändert durch:

– 32020 R 1040: Verordnung (EU) 2020/1040 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 231 vom 17.7.2020, S. 1)

– 32021 R 1068: Verordnung (EU) 2021/1068 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 (ABl. L 230 vom 30.6.2021, S. 1)

– 32022 R 0992: Verordnung (EU) 2022/992 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2022 (ABl. L 169 vom 27.6.2022, S. 43)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Angesichts des Beschlusses der EU, die Rechte und Pflichten San Marinos im Hinblick darauf, EU-Typgenehmigungen zu erteilen und andere als von den EU-Mitgliedstaaten eingerichtete oder benannte technische Dienste der EU zu benennen, nicht auszuweiten, gilt Folgendes:

a) Die Artikel 5, 6, 20 bis 30, 34, 35, 36, 38, 39, 40, 45 bis 54 und Artikel 61 finden keine Anwendung.

b) Artikel 41 erhält folgende Fassung: „Jede Entscheidung aufgrund dieser Verordnung und jede Entscheidung, durch die die Zulassung verweigert, das Inverkehrbringen, die Zulassung oder die Inbetriebnahme eines Fahrzeugs verboten oder beschränkt oder die Rücknahme eines Fahrzeugs vom Markt gefordert wird, ist genau zu begründen.“

Ungeachtet dieser Ausnahmen akzeptiert San Marino für Motoren, die in Verkehr gebracht werden sollen, die von den EU-Typgenehmigungsbehörden ausgestellten EU- und UN-Bescheinigungen und ihre Kennzeichnungen als Nachweis der Konformität ohne erneute Prüfung oder Kennzeichnung (über die bereits in den EU-Verordnungen/-Richtlinien oder UN-Regelungen vorgeschriebenen Kennzeichnungen oder Etiketten hinaus). In Bezug auf UN-Bescheinigungen und -Kennzeichnungen gilt dies nur für UNECE-Regelungen von 1958, die die EU anwendet.

Bei den UNECE-Regelungen von 1958, die sowohl die EU als auch San Marino in denselben Fassungen anwenden, erkennt die EU die von San Marino rechtmäßig ausgestellten UN-Bescheinigungen an.

San Marino ist verpflichtet, die Bestimmungen der EU-Rechtsvorschriften für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte in Bezug auf Emissionen zur Marktüberwachung anzuwenden. San Marino kann diese Aufgabe ganz oder teilweise an die Marktüberwachungsbehörde eines EU-Mitgliedstaats seiner Wahl auslagern.

Diese Anpassungen gelten entsprechend für die Bestimmungen über die EU-Typgenehmigung in folgenden Rechtsakten:

– 32017 R 0654: Delegierte Verordnung (EU) 2017/654 der Kommission vom 19. Dezember 2016 (ABl. L 102 vom 13.4.2017, S. 1)

– 32017 R 0655: Delegierte Verordnung (EU) 2017/655 der Kommission vom 19. Dezember 2016 (ABl. L 102 vom 13.4.2017, S. 334) und

– 32017 R 0656: Durchführungsverordnung (EU) 2017/656 der Kommission vom 19. Dezember 2016 (ABl. L 102 vom 13.4.2017, S. 364)

6. 32017 R 0654: Delegierte Verordnung (EU) 2017/654 der Kommission vom 19. Dezember 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich technischer und allgemeiner Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung von Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte (ABl. L 102 vom 13.4.2017, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 0989: Delegierte Verordnung (EU) 2018/989 der Kommission vom 18. Mai 2018 (ABl. L 182 vom 18.7.2018, S. 61)

   – 32021R1398: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1398 der Kommission vom 4. Juni 2021 (ABl. L 299 vom 24.8.2021, S. 1)

7. 32017 R 0655: Delegierte Verordnung (EU) 2017/655 der Kommission vom 19. Dezember 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Überwachung der Emissionen gasförmiger Schadstoffe von in Betrieb befindlichen Verbrennungsmotoren in nicht für den Straßenverkehr bestimmten mobilen Maschinen und Geräten (ABl. L 102 vom 13.4.2017, S. 334), geändert durch:

   – 32018 R 0987: Delegierte Verordnung (EU) 2018/987 der Kommission vom 27. April 2018 (ABl. L 182 vom 18.7.2018, S. 40)

   – 32022 R 2387: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2387 der Kommission vom 30. August 2022 (ABl. L 316 vom 8.12.2022, S. 1)

8. 32017 R 0656: Durchführungsverordnung (EU) 2017/656 der Kommission vom 19. Dezember 2016 zur Festlegung der verwaltungstechnischen Anforderungen für die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung von Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte gemäß der Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 102 vom 13.4.2017, S. 364), geändert durch:

   – 32018 R 0988: Durchführungsverordnung (EU) 2018/988 der Kommission vom 27. April 2018 (ABl. L 182 vom 18.7.2018, S. 46)

KAPITEL 22

TABAKWAREN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32003 L 0033: Richtlinie 2003/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Werbung und Sponsoring zugunsten von Tabakerzeugnissen (ABl. L 152 vom 20.6.2003, S. 16), berichtigt in ABl. L 67 vom 5.3.2004, S. 34

2. 32003 D 0641: Entscheidung 2003/641/EG der Kommission vom 5. September 2003 über die Verwendung von Farbfotografien oder anderen Abbildungen als gesundheitsbezogene Warnhinweise auf Verpackungen von Tabakerzeugnissen (ABl. L 226 vom 10.9.2003, S. 24)

3. 32014 L 0040: Richtlinie 2014/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/37/EG (ABl. L 127 vom 29.4.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 150 vom 17.6.2015, S. 24, ABl. L 40 vom 17.2.2016, S. 16, ABl. L 295 vom 29.10.2016, S. 84, ABl. L 123 vom 16.5.2017, S. 135, geändert durch:

   – 32014 L 0109 Delegierte Richtlinie 2014/109/EU der Kommission vom 10. Oktober 2014 (ABl. L 360 vom 17.12.2014, S. 22)

4. 32015 D 1735: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1735 der Kommission vom 24. September 2015 zur genauen Anordnung des allgemeinen Warnhinweises und der Informationsbotschaft auf in Beuteln verkauftem Tabak zum Selbstdrehen (ABl. L 252 vom 29.9.2015, S. 49)

5. 32015 D 1842: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1842 der Kommission vom 9. Oktober 2015 über die technischen Spezifikationen für das Layout, die Gestaltung und die Form der kombinierten gesundheitsbezogenen Warnhinweise für Rauchtabakerzeugnisse (ABl. L 267 vom 14.10.2015, S. 5)

6. 32015 D 2183: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2183 der Kommission vom 24. November 2015 zur Festlegung eines Formats für die Meldung von elektronischen Zigaretten und Nachfüllbehältern (ABl. L 309 vom 26.11.2015, S. 15)

7. 32015 D 2816: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2186 der Kommission vom 25. November 2015 zur Festlegung eines Formats für die Bereitstellung und Verfügbarmachung von Informationen über Tabakerzeugnisse (ABl. L 312 vom 27.11.2015, S. 5)

8. 32016 D 0586: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/586 der Kommission vom 14. April 2016 zu den technischen Normen für den Nachfüllmechanismus elektronischer Zigaretten (ABl. L 101 vom 16.4.2016, S. 15), berichtigt in ABl. L 238 vom 6.9.2016, S. 9

9. 32016 D 0786: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/786 der Kommission vom 18. Mai 2016 zur Festlegung des Verfahrens für die Einrichtung und die Arbeitsweise eines unabhängigen Beratergremiums, das den Mitgliedstaaten und der Kommission dabei hilft zu bestimmen, ob ein Tabakerzeugnis ein charakteristisches Aroma hat (ABl. L 131 vom 20.5.2016, S. 79)

10. 32016 D 0787: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/787 der Kommission vom 18. Mai 2016 mit einer Prioritätenliste von Zusatzstoffen, die in Zigaretten und in Tabak zum Selbstdrehen enthalten sind und erweiterten Meldepflichten unterliegen (ABl. L 131 vom 20.5.2016, S. 88)

11. 32016 R 0779: Durchführungsverordnung (EU) 2016/779 der Kommission vom 18. Mai 2016 zur Festlegung einheitlicher Regeln für die Verfahren, mit denen bestimmt wird, ob ein Tabakerzeugnis ein charakteristisches Aroma hat (ABl. L 131 vom 20.5.2016, S. 48)

12. 32018 R 0573: Delegierte Verordnung (EU) 2018/573 der Kommission vom 15. Dezember 2017 über Kernelemente der im Rahmen eines Rückverfolgbarkeitssystems für Tabakerzeugnisse zu schließenden Datenspeicherungsverträge (ABl. L 96 vom 16.4.2018, S. 1)

13. 32018 R 0574: Durchführungsverordnung (EU) 2018/574 der Kommission vom 15. Dezember 2017 über technische Standards für die Errichtung und den Betrieb eines Rückverfolgbarkeitssystems für Tabakerzeugnisse (ABl. L 96 vom 16.4.2018, S. 55)

14. 32018 D 0576: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/576 der Kommission vom 15. Dezember 2017 über technische Standards für Sicherheitsmerkmale von Tabakerzeugnissen (ABl. L 96 vom 16.4.2018, S. 57)

KAPITEL 23

SPIRITUOSEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 31992 R 2009: Verordnung (EWG) Nr. 2009/92 der Kommission vom 20. Juli 1992 zur Festlegung der gemeinschaftlichen Analysemethoden zum Nachweis des zur Bereitung von Spirituosen und aromatisierter weinhaltiger Getränke und Cocktails verwendeten landwirtschaftlichen Äthylalkohols (ABl. L 203 vom 21.7.1992, S. 10)

2. 31996 R 2215: Verordnung (EG) Nr. 2215/96 der Kommission vom 20. November 1996 zur Festlegung von abweichenden Bestimmungen für den Glühwein (ABl. L 296 vom 21.11.1996, S. 30)

3. 32000 R 2870: Verordnung (EG) Nr. 2870/2000 der Kommission vom 19. Dezember 2000 mit gemeinschaftlichen Referenzanalysemethoden für Spirituosen (ABl. L 333 vom 29.12.2000, S. 20), geändert durch:

   – 32002 R 2091: Verordnung (EG) Nr. 2091/2002 der Kommission vom 26. November 2002 (ABl. L 322 vom 27.11.2002, S. 11)

   – 32016 R 0635: Durchführungsverordnung (EU) 2016/635 der Kommission vom 22. April 2016 (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 1)

4. 32010 R 0976: Verordnung (EU) Nr. 976/2010 der Kommission vom 29. Oktober 2010 zur Eintragung einer Bezeichnung in das Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben (Hessischer Apfelwein (g. g. A.)) (ABl. L 285 vom 30.10.2010, S. 13)

5. 32013 R 0716: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 716/2013 der Kommission vom 25. Juli 2013 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 110/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung und Etikettierung von Spirituosen sowie zum Schutz geografischer Angaben für Spirituosen (ABl. L 201 vom 26.7.2013, S. 21)

6. 32014 R 0251: Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Begriffsbestimmung, Beschreibung, Aufmachung und Etikettierung von aromatisierten Weinerzeugnissen sowie den Schutz geografischer Angaben für aromatisierte Weinerzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 des Rates (ABl. L 84 vom 20.3.2014, S. 14)

7. 32016 H 0022: Empfehlung (EU) 2016/22 der Kommission vom 7. Januar 2016 zur Prävention und Reduzierung der Ethylcarbamatkontamination in Steinobstbränden und Steinobsttresterbränden und zur Aufhebung der Empfehlung 2010/133/EU (ABl. L 6 vom 9.1.2016, S. 8)

8. 32017 R 0670: Delegierte Verordnung (EU) 2017/670 der Kommission vom 31. Januar 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der zugelassenen Herstellungsverfahren für aromatisierte Weinerzeugnisse (ABl. L 97 vom 8.4.2017, S. 5)

9. 32018 R 1793: Verordnung (EU) 2018/1793 der Kommission vom 20. November 2018 zur Genehmigung einer Änderung der technischen Unterlage für die geografische Angabe einer in Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 110/2008 eingetragenen Spirituose, die zur Änderung der wichtigsten Spezifikationen geführt hat („Ron de Guatemala“ (g. A.)) (ABl. L 294 vom 21.11.2018, S. 1)

10. 32019 R 0787: Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen, die Verwendung der Bezeichnungen von Spirituosen bei der Aufmachung und Kennzeichnung von anderen Lebensmitteln, den Schutz geografischer Angaben für Spirituosen und die Verwendung von Ethylalkohol und Destillaten landwirtschaftlichen Ursprungs in alkoholischen Getränken sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 110/2008 (ABl. L 130 vom 17.5.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 316I vom 6.12.2019, S. 3, und ABl. L 178 vom 20.5.2021, S. 4, geändert durch:

    – 32021 R 1096: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1096 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 1)

    – 32021 R 1334: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1334 der Kommission vom 27. Mai 2021 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 1)

    – 32021 R 1335: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1335 der Kommission vom 27. Mai 2021 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 4)

    – 32021 R 1465: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1465 der Kommission vom 6. Juli 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 12)

    – 32022 R 1303: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1303 der Kommission vom 25. April 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 71)

11. 32019 R 1350: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1350 der Kommission vom 12. August 2019 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates („Absinthe de Pontarlier“) (ABl. L 215 vom 19.8.2019, S. 1)

12. 32019 R 1682: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1682 Der Kommission vom 2. Oktober 2019 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates „Ямболска гроздова ракия/Гроздова ракия от Ямбол/Yambolska grozdova rakya/Grozdova rakya ot Yambol“ (ABl. L 258 vom 9.10.2019, S. 6)

13. 32020 R 0154: Durchführungsverordnung (EU) 2020/154 der Kommission vom 23. Januar 2020 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates „Norsk Vodka“/„Norwegian Vodka“ (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 1)

14. 32020 R 0156: Durchführungsverordnung (EU) 2020/156 der Kommission vom 23. Januar 2020 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates „Norsk Akevitt“/„Norsk Aquavit“/„Norsk Akvavit“/„Norwegian Aquavit“ (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 13)

15. 32020 R 0179: Durchführungsverordnung (EU) 2020/179 der Kommission vom 3. Februar 2020 zur Genehmigung einer Änderung der Spezifikation für die geografische Angabe einer eingetragenen Spirituose (Berliner Kümmel) (ABl. L 37 vom 10.2.2020, S. 4)

16. 32020 R 0198: Durchführungsverordnung (EU) 2020/198 der Kommission vom 13. Februar 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Einrichtung des Registers geschützter geografischer Angaben im Sektor aromatisierte Weinerzeugnisse und die Aufnahme der bestehenden geografischen Angaben in dieses Register (ABl. L 42 vom 14.2.2020, S. 8)

17. 32020 R 0623: Durchführungsverordnung (EU) 2020/623 der Kommission vom 30. April 2020 zur Genehmigung einer Änderung der Spezifikation für die geografische Angabe einer eingetragenen Spirituose (Ratafia de Champagne) (ABl. L 144 vom 7.5.2020, S. 10)

18. 32020 R 1286: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1286 der Kommission vom 9. September 2020 zur Genehmigung einer Änderung der Produktspezifikation für die geografische Angabe einer eingetragenen Spirituose (Scotch Whisky) (ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 4)

19. 32020 R 1287: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1287 der Kommission vom 9. September 2020 zur Genehmigung einer Änderung der Produktspezifikation für die geografische Angabe einer eingetragenen Spirituose (Hierbas de Mallorca) (ABl. L 302 vom 16.9.2020, S. 6)

20. 32020 R 2079: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2079 der Kommission vom 8. Dezember 2020 zur Genehmigung einer Änderung der Produktspezifikation für die geografische Angabe einer eingetragenen Spirituose (Münchener Kümmel) (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 1)

21. 32021 R 0518: Durchführungsverordnung (EU) 2021/518 der Kommission vom 18. März 2021 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates „Vasi vadkörte pálinka“ (ABl. L 104 vom 25.3.2021, S. 34)

22. 32021 R 0717: Durchführungsverordnung (EU) 2021/717 der Kommission vom 26. April 2021 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates („Nagykunsági szilvapálinka“) (ABl. L 151 vom 3.5.2021, S. 8)

23. 32021 R 0723: Delegierte Verordnung (EU) 2021/723 der Kommission vom 26. Februar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Einrichtung eines öffentlichen Registers, in dem die von den einzelnen Mitgliedstaaten zur Überwachung der Alterungsprozesse von Spirituosen benannten Stellen aufgeführt werden (ABl. L 155 vom 5.5.2021, S. 1)

24. 32021 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) 2021/724 der Kommission vom 3. März 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Mitteilungen der Mitgliedstaaten an die Kommission zu den für die Überwachung der Alterungsprozesse von Spirituosen benannten Stellen und den für die Sicherstellung der Einhaltung der genannten Verordnung zuständigen Behörden (ABl. L 155 vom 5.5.2021, S. 3)

25. 32021 R 1235: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1235 der Kommission vom 12. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Vorschriften für Anträge auf Eintragung geografischer Angaben für Spirituosen, Änderungen der Produktspezifikation, die Löschung der Eintragung und das Register (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 1)

26. 32021 R 1236: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1236 der Kommission vom 12. Mai 2021 mit Einzelheiten der Anwendung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Eintragung geografischer Angaben für Spirituosen, das Einspruchsverfahren, Änderungen der Produktspezifikation, die Löschung der Eintragung, die Verwendung des Logos und die Kontrolle (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 10)

27. 32021 R 1265: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1265 der Kommission vom 26. Juli 2021 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates („Bayerischer Bärwurz“) (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 32)

28. 32021 R 1291: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1291 der Kommission vom 28. Juli 2021 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates („Demerara Rum“) (ABl. L 281 vom 4.8.2021, S. 1)

29. 32021 R 1343: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1343 der Kommission vom 10. August 2021 zur Genehmigung einer Änderung der Produktspezifikation für die geografische Angabe einer eingetragenen Spirituose (Újfehértói meggypálinka) (ABl. L 292 vom 16.8.2021, S. 25)

30. 32021 R 1419: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1419 der Kommission vom 24. August 2021 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates („Nagykunsági birspálinka“) (ABl. L 305 vom 31.8.2021, S. 8)

31. 32021 R 1687: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1687 der Kommission vom 14. September 2021 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates „Madarasi birspálinka“ (ABl. L 332 vom 21.9.2021, S. 4)

32. 32021 R 2262: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2262 der Kommission vom 13. Dezember 2021 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates („Bayerischer Blutwurz“) (ABl. L 455 vom 20.12.2021, S. 18)

33. 32022 R 0888: Durchführungsverordnung (EU) 2022/888 der Kommission vom 31. Mai 2022 zur Eintragung einer geografischen Angabe für eine Spirituose gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates („Hohenloher Birnenbrand/Hohenloher Birnenwasser“) (ABl. L 154 vom 7.6.2022, S. 35)

KAPITEL 24

KULTURGÜTER

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32014 L 0060: Richtlinie 2014/60/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 (ABl. L 159 vom 28.5.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 147 vom 12.6.2015, S. 24

KAPITEL 25

EXPLOSIVSTOFFE FÜR ZIVILE ZWECKE UND PYROTECHNISCHE GEGENSTÄNDE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32014 L 0028: Richtlinie 2014/28/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung auf dem Markt und die Kontrolle von Explosivstoffen für zivile Zwecke (Neufassung) (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 1)

2. 32004 D 0388: Entscheidung 2004/388/EG der Kommission vom 15. April 2004 über ein Begleitformular für die innergemeinschaftliche Verbringung von Explosivstoffen (ABl. L 120 vom 24.4.2004, S. 43), geändert durch:

   – 32010 D 0347: Beschluss 2010/347/EU der Kommission vom 19. Juni 2010 (ABl. L 155 vom 22.6.2010, S. 54)

3. 32013 L 0029: Richtlinie 2013/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung pyrotechnischer Gegenstände auf dem Markt (Neufassung) (ABl. L 178 vom 28.6.2013, S. 27)

4. 32014 L 0058: Durchführungsrichtlinie 2014/58/EU der Kommission vom 16. April 2014 über die Errichtung eines Systems zur Rückverfolgbarkeit von pyrotechnischen Gegenständen gemäß der Richtlinie 2007/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 115 vom 17.4.2014, S. 28)

5. 32008 L 0043: Richtlinie 2008/43/EG der Kommission vom 4. April 2008 zur Einführung eines Verfahrens zur Kennzeichnung und Rückverfolgung von Explosivstoffen für zivile Zwecke gemäß der Richtlinie 93/15/EWG des Rates (ABl. L 94 vom 5.4.2008, S. 8), geändert durch:

   – 32012 L 0004: Richtlinie 2012/4/EU der Kommission vom 22. Februar 2012 (ABl. L 50 vom 23.2.2012, S. 18)

6. 32019 R 1148: Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 98/2013 (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 30

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32017 H 1936: Empfehlung (EU) 2017/1936 der Kommission vom 18. Oktober 2017 für unverzügliche Maßnahmen zur Verhütung des Missbrauchs von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe (ABl. L 273 vom 24.10.2017, S. 12)

KAPITEL 26

MEDIZINPRODUKTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31998 L 0079: Richtlinie 98/79/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 1998 über In-vitro-Diagnostika (ABl. L 331 vom 7.12.1998, S. 1), berichtigt in ABl. L 22 vom 29.1.1999, S. 75, geändert durch:

   – 32011 L 0100: Richtlinie 2011/100/EU der Kommission vom 20. Dezember 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 50)

2. 32002 D 0364: Entscheidung 2002/364/EG der Kommission vom 7. Mai 2002 über Gemeinsame Technische Spezifikationen für In-Vitro-Diagnostika (ABl. L 131 vom 16.5.2002, S. 17), geändert durch:

   – 32009 D 0886: Entscheidung 2009/886/EG der Kommission vom 27. November 2009 (ABl. L 318 vom 4.12.2009, S. 25), berichtigt in ABl. L 348 vom 29.12.2009, S. 94

   – 32011 D 0869: Beschluss 2011/869/EU der Kommission vom 20. Dezember 2011 (ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 63)

   – 32019 D 1244: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1244 der Kommission vom 1. Juli 2019 (ABl. L 193 vom 19.7.2019, S. 1)

– 32020 D 0350: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/350 der Kommission vom 28. Februar 2020 (ABl. L 63 vom 3.3.2020, S. 3)

3. 32003 L 0012: Richtlinie 2003/12/EG der Kommission vom 3. Februar 2003 zur Neuklassifizierung von Brustimplantaten im Rahmen der Richtlinie 93/42/EWG über Medizinprodukte (ABl. L 28 vom 4.2.2003, S. 43)

4. 32012 R 0722: Verordnung (EU) Nr. 722/2012 der Kommission vom 8. August 2012 über besondere Anforderungen betreffend die in der Richtlinie 90/385/EWG bzw. 93/42/EWG des Rates festgelegten Anforderungen an unter Verwendung von Gewebe tierischen Ursprungs hergestellte aktive implantierbare medizinische Geräte und Medizinprodukte (ABl. L 212 vom 9.8.2012, S. 3)

5. 32005 L 0050: Richtlinie 2005/50/EG der Kommission vom 11. August 2005 zur Neuklassifizierung von Gelenkersatz für Hüfte, Knie und Schulter im Rahmen der Richtlinie 93/42/EWG über Medizinprodukte (ABl. L 210 vom 12.8.2005, S. 41)

6. 32010 D 0227: Beschluss 2010/227/EU der Kommission vom 19. April 2010 über die Europäische Datenbank für Medizinprodukte (Eudamed) (ABl. L 102 vom 23.4.2010, S. 45)

7. 32012 R 0207: Verordnung (EU) Nr. 207/2012 der Kommission vom 9. März 2012 über elektronische Gebrauchsanweisungen für Medizinprodukte (ABl. L 72 vom 10.3.2012, S. 28)

8. 32013 R 0920: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 920/2013 der Kommission vom 24. September 2013 über die Benennung und Beaufsichtigung benannter Stellen gemäß der Richtlinie 90/385/EWG des Rates über aktive implantierbare medizinische Geräte und der Richtlinie 93/42/EWG des Rates über Medizinprodukte (ABl. L 253 vom 25.9.2013, S. 8), geändert durch:

   – 32020 R 0666: Durchführungsverordnung (EU) 2020/666 der Kommission vom 18. Mai 2020 (ABl. L 156 vom 19.5.2020, S. 2)

9. 32017 R 0745: Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 117 vom 3.5.2019, S. 9, geändert durch:

   – 32020 R 0561: Verordnung (EU) 2020/561 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2020 (ABl. L 130 vom 24.4.2020, S. 18)

10. 32019 D 1396: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1396 der Kommission vom 10. September 2019 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Benennung von Expertengremien für Medizinprodukte (ABl. L 234 vom 11.9.2019, S. 23)

11. 32021 R 2226: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2226 der Kommission vom 14. Dezember 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich elektronischer Gebrauchsanweisungen für Medizinprodukte (ABl. L 448 vom 15.12.2021, S. 32)

12. 32021 R 2078: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2078 der Kommission vom 26. November 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Europäischen Datenbank für Medizinprodukte (Eudamed) (ABl. L 426 vom 29.11.2021, S. 9)

13. 32022 R 2346: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2346 der Kommission vom 1. Dezember 2022 zur Festlegung gemeinsamer Spezifikationen für die in Anhang XVI der Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates über Medizinprodukte aufgeführten Produktgruppen ohne medizinische Zweckbestimmung (ABl. L 311 vom 2.12.2022, S. 60)

14. 32022 R 2347: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2347 der Kommission vom 1. Dezember 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Neuklassifizierung von Gruppen bestimmter aktiver Produkte ohne medizinische Zweckbestimmung (ABl. L 311 vom 2.12.2022, S. 94)

15. 32017 R 0746: Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 176), berichtigt in ABl. L 117 vom 3.5.2019, S. 11, geändert durch:

    – 32022 R 0112: Verordnung (EU) 2022/112 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Januar 2022 (ABl. L 19 vom 28.1.2022, S. 3)

16. 32022 R 1107: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1107 der Kommission vom 4. Juli 2022 zur Festlegung gemeinsamer Spezifikationen für bestimmte In-vitro-Diagnostika der Klasse D gemäß der Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 178 vom 5.7.2022, S. 3)

17. 32022 R 0944: Durchführungsverordnung (EU) 2022/944 der Kommission vom 17. Juni 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Aufgaben von und der Kriterien für Referenzlaboratorien der Europäischen Union im Bereich der In-vitro-Diagnostika (ABl. L 164 vom 20.6.2022, S. 7)

18. 32022 R 0945: Durchführungsverordnung (EU) 2022/945 der Kommission vom 17. Juni 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Gebühren, die von EU-Referenzlaboratorien im Bereich der In-vitro-Diagnostika erhoben werden können (ABl. L 164 vom 20.6.2022, S. 20)

19. 32019 D 0939: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/939 der Kommission vom 6. Juni 2019 zur Benennung der Zuteilungsstellen, die für den Betrieb eines Systems zur Zuteilung von eindeutigen Produktidentifikationen im Bereich der Medizinprodukte benannt sind (ABl. L 149 vom 7.6.2019, S. 73)

20. 32017 R 2185: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2185 der Kommission vom 23. November 2017 über das Verzeichnis der Codes und der ihnen entsprechenden Produktarten zur Bestimmung des Geltungsbereichs der Benennung einer Benannten Stelle auf dem Gebiet der Medizinprodukte im Rahmen der Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie auf dem Gebiet der In-vitro-Diagnostika im Rahmen der Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 309 vom 24.11.2017, S. 7)

21. 32020 R 1207: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1207 der Kommission vom 19. August 2020 zur Festlegung von Vorschriften zur Anwendung der Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich gemeinsamer Spezifikationen für die Aufbereitung von Einmalprodukten (ABl. L 273 vom 20.8.2020, S. 3)

22. 32017 D 1445: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1445 der Kommission vom 8. August 2017 über die Produktgruppe, deren bestimmungsgemäße Hauptwirkung, die auf Proanthocyanidinen (PAC) aus Cranberries (*Vaccinium macrocarpon*) beruht, die Prävention und Behandlung von Zystitis ist (ABl. L 149 vom 7.6.2019, S. 73)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32013 H 0172: Empfehlung 2013/172/EU der Kommission vom 5. April 2013 über einen gemeinsamen Rahmen für ein System einmaliger Produktkennzeichnung für Medizinprodukte in der Union (ABl. L 99 vom 9.4.2013, S. 17)

2. 32013 H 0473: Empfehlung 2013/473/EU der Kommission vom 24. September 2013 zu den Audits und Bewertungen, die von benannten Stellen im Bereich der Medizinprodukte durchgeführt werden (ABl. L 253 vom 25.9.2013, S. 27)

KAPITEL 27

SPORTBOOTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32013 L 0053: Richtlinie 2013/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über Sportboote und Wassermotorräder und zur Aufhebung der Richtlinie 94/25/EG (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 90), berichtigt in ABl. L 297 vom 13.11.2015, S. 9, ergänzt durch:

   – 32022 D 1954: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1954 der Kommission vom 12. Oktober 2022 (ABl. L 269 vom 17.10.2022, S. 20)

2. 32017 R 0001: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1 der Kommission vom 3. Januar 2017 über Verfahren zur Kennzeichnung von Wasserfahrzeugen gemäß der Richtlinie 2013/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Sportboote und Wassermotorräder (ABl. L 1 vom 4.1.2017, S. 1)

KAPITEL 28

SCHIFFSAUSRÜSTUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32014 L 0090: Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richtlinie 96/98/EG des Rates (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 146), geändert durch:

   – 32021 L 1206: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1206 der Kommission vom 30. April 2021 (ABl. L 261 vom 22.7.2021, S. 45)

2. 32022 R 1157: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1157 der Kommission vom 4. Juli 2022 mit Vorschriften für die Anwendung der Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Entwurfs-, Bau- und Leistungsanforderungen sowie der Prüfnormen für Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/1158 der Kommission (ABl. L 180 vom 6.7.2022, S. 1)

3. 32018 R 0414: Delegierte Verordnung (EU) 2018/414 der Kommission vom 9. Januar 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung der Schiffsausrüstungsgegenstände, die elektronisch gekennzeichnet werden können (ABl. L 75 vom 19.3.2018, S. 3)

4. 32018 R 0608: Durchführungsverordnung (EU) 2018/608 der Kommission vom 19. April 2018 zur Festlegung technischer Kriterien für die elektronische Kennzeichnung von Schiffsausrüstungen (ABl. L 101 vom 20.4.2018, S. 64)

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 11/14

ANHANG

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

ANHANG III – SAN MARINO-PROTOKOLL

PRODUKTHAFTUNG

Liste nach Artikel 13 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31985 L 0374: Richtlinie 85/374/EWG des Rates vom 25. Juli 1985 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte (ABl. L 210 vom 7.8.1985, S. 29), geändert durch:

   – 31999 L 0034: Richtlinie 1999/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 1999 (ABl. L 141 vom 4.6.1999, S. 20)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) für die Haftung des Einführers gemäß Artikel 3 Absatz 2 gilt Folgendes:

      i) unbeschadet der Haftung des Herstellers ist als Hersteller verantwortlich, wer im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit ein Produkt zum Zweck des Verkaufs, der Vermietung, des Mietkaufs oder einer anderen Form des Vertriebs nach San Marino einführt;

      ii) unbeschadet der Haftung des Herstellers gilt dasselbe für Einfuhren aus San Marino in die EU oder aus der EU nach San Marino.

      Ab dem Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens von Lugano über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 16. September 1988[1] für einen EU-Mitgliedstaat oder San Marino gilt der erste Satz dieses Unterabsatzes zwischen den Staaten, die das Übereinkommen ratifiziert haben, nicht mehr, soweit ein nationales Urteil zugunsten des Geschädigten aufgrund dieser Ratifikationen gegen den Hersteller oder Einführer im Sinne von Ziffer i vollstreckbar ist.

[1] Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 339 vom 21.12.2007, S. 3).

www.parlament.gv.at

b) für Artikel 14 gilt Folgendes:

Die Richtlinie ist nicht auf Verletzungen oder Schäden infolge eines nuklearen Zwischenfalls anwendbar, die in einem von San Marino und den EU-Mitgliedstaaten ratifizierten internationalen Übereinkommen erfasst sind.

_____

ANHANG IV – SAN MARINO-PROTOKOLL

ENERGIE

Liste nach Artikel 13 Buchstabe d des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Allgemein 3
2 Erdöl 20
3 Erdgas 23
4 Elektrizität 30
5 Erneuerbare Energie 37
6 Energieeffizienz – Allgemeines 44
7 Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsgeräten 47
8 Energieeffizienz von Gebäuden 53
9 Reifen 56
10 Ökodesign energieverbrauchsrelevanter Produkte 57

www.parlament.gv.at

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

www.parlament.gv.at

KAPITEL 1

ALLGEMEIN

1. 31994 L 0022: Richtlinie 94/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 1994 über die Erteilung und Nutzung von Genehmigungen zur Prospektion, Exploration und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen (ABl. L 164 vom 30.6.1994, S. 3), geändert durch:

   – 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:
   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 erteilt San Marino keine Genehmigungen zur Prospektion, Exploration und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen auf seinem Hoheitsgebiet.

2. 32011 R 1227: Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts (ABl. L 326 vom 8.12.2011, S. 1)

3. 32013 L 0030: Richtlinie 2013/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über die Sicherheit von Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten und zur Änderung der Richtlinie 2004/35/EG (ABl. L 178 vom 28.6.2013, S. 66), geändert durch:

   – 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

4. 32016 R 1952: Verordnung (EU) 2016/1952 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über europäische Erdgas- und Strompreisstatistik und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/92/EG (ABl. L 311 vom 17.11.2016, S. 1)

5. 32017 D 0684: Beschluss (EU) 2017/684 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich, und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 994/2012/EU (ABl. L 99 vom 12.4.2017, S. 1)

6. 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 663/2009 und (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 94/22/EG, 98/70/EG, 2009/31/EG, 2009/73,/EG, 2010/31/EU, 2012/27/EU und 2013/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2009/119/EG und (EU) 2015/652 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32019 D 0504: Beschluss (EU) 2019/504 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 (ABl. L 85I vom 27.3.2019, S. 66)

   – 32021 R 1119: Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Artikel 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Mit dieser Verordnung wird ein Governance-Mechanismus eingerichtet

a) zur Umsetzung von Politiken und Maßnahmen, um die Ziele und Vorgaben der Energieunion und die langfristigen Verpflichtungen der EU im Bereich Treibhausgasemissionen im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris, und – im ersten Zehnjahreszeitraum 2021–2030 – insbesondere die energie- und klimapolitischen Vorgaben der EU für 2030 zu erreichen, und zur Umsetzung von Strategien und Maßnahmen, mit denen die entsprechenden Ziele und Vorgaben San Marinos und – im ersten Fünfjahreszeitraum 2026–2030 – insbesondere dessen energie- und klimapolitische Vorgaben für 2030 erreicht werden sollen;

b) zur Anregung der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und San Marino, erforderlichenfalls auch auf regionaler Ebene, um die Ziele und Vorgaben der Energieunion und Andorras energie- und klimapolitische Vorgaben zu erreichen;

c) zur Gewährleistung der rechtzeitigen Verfügbarkeit, Transparenz, Genauigkeit, Kohärenz, Vergleichbarkeit und Vollständigkeit der Berichterstattung der EU und ihrer Mitgliedstaaten an das Sekretariat des UNFCCC und des Übereinkommens von Paris und

d) als Beitrag zu mehr Rechtssicherheit und zu mehr Sicherheit für Investoren und zur vollen Ausschöpfung der Möglichkeiten für die Wirtschaftsentwicklung, die Schaffung von Anreizen für Investitionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und den sozialen Zusammenhalt.

Der Governance-Mechanismus stützt sich für San Marino auf Energie- und Klimaschutzpläne für den ersten Fünfjahreszeitraum von 2026 bis 2030 und anschließend auf Zehnjahreszeiträume ab 2031 bis 2040 sowie auf die entsprechenden integrierten nationalen energie- und klimabezogenen Fortschrittsberichte San Marinos. Der Governance-Mechanismus ermöglicht es der Öffentlichkeit, sich konkret an der Ausarbeitung dieser Energie- und Klimaschutzpläne und der langfristigen Strategien für Energie und Klimawandel gemäß Artikel 15 zu beteiligen.

2. Diese Verordnung betrifft die fünf Dimensionen der Energie- und Klimapolitik, die eng miteinander verbunden sind und sich gegenseitig verstärken:

a) Sicherheit der Energieversorgung;

b) Energiebinnenmarkt;

c) Energieeffizienz;

d) Dekarbonisierung sowie

e) Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.“

b) Artikel 2 wird wie folgt geändert:

i) Nummer 6 wird gestrichen.

www.parlament.gv.at

ii) Nummer 7 erhält folgende Fassung:

„7. ‚Projektionen' bezeichnet Projektionen anthropogener Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und des Abbaus dieser Gase durch Senken oder von Entwicklungen des Energiesystems."

iii) die Nummern 11 und 12 erhalten folgende Fassung:

„11. die ‚energie- und klimapolitischen Vorgaben San Marinos für 2030' sind der Wert, der auf der Grundlage der für San Marino angenommenen Ziele wie folgt berechnet wird: ein verbindliches Mindestziel für die Verringerung der nationalen Treibhausgasemissionen in der gesamten Wirtschaft im Vergleich zu 2005 – den höchsten Treibhausgasemissionen in Andorra – bis 2030, ein Mindestanteil an in San Marino genutzter Energie aus erneuerbaren Quellen im Jahr 2030, ein Mindestziel für die Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 und ein Mindestprozentsatz des Stromverbundziels für 2030 oder späterer Zielvorgaben unter den von San Marino in diesem Zusammenhang festzulegenden Bedingungen;"

iv) Nummer 14 erhält folgende Fassung:

„14. ‚Schlüsselindikator' bezeichnet die von der Kommission vorgeschlagenen Indikatoren für die Fortschritte bei den fünf Dimensionen der Energie- und Klimapolitik;"

v) Die Nummern 15, 16, 19 und 20 gelten nicht für San Marino.

c) Artikel 3 wird wie folgt geändert:

i) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„San Marino übermittelt dem Gemeinsamen Ausschuss des Assoziationsabkommens bis zum 1. Januar 2026 und anschließend bis zum 1. Januar 2029 und danach alle zehn Jahre seinen Energie- und Klimaschutzplan. Der Plan enthält die in Absatz 2 dieses Artikels genannten Elemente und trägt den in Anhang I aufgeführten Elementen weitestmöglich Rechnung. Der erste Plan deckt – unter Berücksichtigung der langfristigen Perspektive – den Zeitraum 2026–2030 ab. Die nachfolgenden Pläne beziehen sich auf den Zehnjahreszeitraum, der unmittelbar an das Ende des unter die vorige Strategie fallenden Zeitraums anschließt. “

ii) In Absatz 2 erhält der einleitende Satz folgende Fassung:

„Der Energie- und Klimaschutzplan umfasst die folgenden Hauptabschnitte:“

iii) Absatz 2 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) einen Überblick über das Verfahren, nach dem der Energie- und Klimaschutzplan aufgestellt wurde, in Form einer Zusammenfassung und einer Beschreibung der öffentlichen Konsultation und Einbeziehung von Interessenträgern, einschließlich der Ergebnisse sowie der regionalen Zusammenarbeit mit anderen EU-Mitgliedstaaten bei der Planaufstellung, wie in den Artikeln 10, 11 und 12 festgelegt;“

www.parlament.gv.at

iv) Absatz 2 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) eine Beschreibung der nationalen Ziele, Vorgaben und Beiträge im Zusammenhang mit den Dimensionen der Energie- und Klimapolitik gemäß Artikel 4;“

v) Absatz 2 Buchstabe d erhält folgende Fassung:

„d) eine Beschreibung der aktuellen Situation der fünf Dimensionen der Energie- und Klimapolitik, auch im Hinblick auf das Energiesystem und die Emissionen bzw. den Abbau von Treibhausgasen, sowie Projektionen für die unter Buchstabe b genannten Ziele mit den derzeitigen Politiken und Maßnahmen;“

vi) Absatz 2 Buchstabe h erhält folgende Fassung:

„h) einen gemäß den Anforderungen und der Struktur in Anhang III der vorliegenden Verordnung erstellten Anhang, der die Methoden und Maßnahmen San Marinos zur Erfüllung der Energieeinsparungsverpflichtung gemäß Artikel 7 und Anhang V der Richtlinie 2012/27/EU enthält.“

vii) In Absatz 3 erhält der einleitende Satz folgende Fassung:

„(3) Für den Energie- und Klimaschutzplan müssen die assoziierten Staaten“;

viii) Absatz 3 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) den Querverbindungen zwischen den fünf Dimensionen der Energie- und Klimapolitik Rechnung tragen, insbesondere dem Grundsatz ‚Energieeffizienz an erster Stelle‘;“

ix) Absatz 3 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Gelangt San Marino gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe d auf der Grundlage seiner Bewertung überprüfbarer Daten zu der Erkenntnis, dass in seinem Hoheitsgebiet eine erhebliche Anzahl von Haushalten von Energiearmut betroffen ist, so nimmt es ein nationales Richtziel für die Verringerung der Energiearmut in seinen Energie- und Klimaschutzplan auf. San Marino beschreibt in seinem Energie- und Klimaschutzplan die Politiken und Maßnahmen gegen Energiearmut, soweit einschlägig, einschließlich sozialpolitischer Maßnahmen und anderer nationaler Programme."

x) Absatz 4 erhält folgende Fassung:
„(4) San Marino macht seinen Energie- und Klimaschutzplan, der dem Gemeinsamen Ausschuss des Assoziationsabkommens gemäß diesem Artikel vorgelegt wird, öffentlich zugänglich."

xi) Absatz 5 gilt nicht für San Marino.

d) Der Text von Artikel 4 erhält folgende Fassung:

„San Marino erläutert in seinem Energie- und Klimaschutzplan für jede Energie- und Klimadimension die folgenden Ziele und Vorgaben:

a) Dimension ‚Dekarbonisierung':

(1) nationales Treibhausgasreduktionsziel und gegebenenfalls zur Erreichung dieses Treibhausgasreduktionsziels andere Ziele und Vorgaben, einschließlich sektorspezifischer Vorgaben und Anpassungsziele;

(2) nationales Ziel in Bezug auf den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendverbrauch;

b) nationales Ziel für die Energieeffizienz in absoluten Zahlen für den Primärenergieverbrauch und den Endenergieverbrauch;

c) nationales Ziel für die kumulierten Energieeinsparungen beim Energieendverbrauch;

d) nationales Ziel in Bezug auf die Gebäuderenovierung;

e) nationale Ziele für die Dimension ‚Sicherheit der Energieversorgung';

f) nationale Ziele in Bezug auf die Dimension ‚Energiebinnenmarkt';

g) nationale Ziele und Finanzierungsvorgaben für öffentliche und, soweit vorhanden, private Forschung und Innovation in Bezug auf die Dimensionen ‚Energie und Klima'."

e) Die Artikel 5 und 6 gelten nicht für San Marino.

f) Der Text von Artikel 7 erhält folgende Fassung:

„San Marino beschreibt in seinem Energie- und Klimaschutzplan die wichtigsten derzeitigen und geplanten Politiken und Maßnahmen zur Verwirklichung insbesondere der in dem Plan festgelegten Ziele, einschließlich etwaiger Maßnahmen, mit denen eine regionale Zusammenarbeit und eine angemessene Finanzierung auf nationaler und regionaler Ebene eingerichtet/geregelt wird, darunter die Mobilisierung von Programmen und Instrumenten der EU.

www.parlament.gv.at

San Marino legt einen allgemeinen Überblick über die Investitionen vor, die erforderlich sind, um die im Energie- und Klimaschutzplan festgelegten Ziele, Vorgaben und Beiträge zu verwirklichen, und eine allgemeine Einschätzung der Quellen für diese Investitionen."

g) Artikel 8 erhält folgende Fassung:

„San Marino beschreibt die derzeitige Lage jeder der fünf Dimensionen, einschließlich des Energiesystems und der Emissionen von Treibhausgasen und des Abbaus dieser Gase zum Zeitpunkt der Vorlage des Energie- und Klimaschutzplans oder auf Grundlage der jüngsten verfügbaren Informationen. Darüber hinaus beschreibt und erläutert San Marino die Projektionen für jede der fünf Dimensionen der Energie- und Klimapolitik mindestens für die Laufzeit des Plans, die sich voraussichtlich aus den derzeitigen Politiken und Maßnahmen ergeben. San Marino ist bestrebt, zusätzliche längerfristige Perspektiven für die fünf Dimensionen über die Laufzeit des Energie- und Klimaschutzplans hinaus zu beschreiben, wenn das sinnvoll und möglich ist."

h) Artikel 9 gilt nicht für San Marino.

i) Der Text von Artikel 10 erhält folgende Fassung:

„Unbeschadet anderer Anforderungen des EU-Rechts stellt San Marino sicher, dass der Öffentlichkeit frühzeitig und wirksam Gelegenheit geboten wird, an der Ausarbeitung des Energie- und Klimaschutzplans sowie der langfristigen Strategien gemäß Artikel 15 mitzuwirken. San Marino fügt bei der Übermittlung solcher Dokumente an den Gemeinsamen Ausschuss des Assoziationsabkommens eine Zusammenfassung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit bei. Soweit die Richtlinie 2001/42/EG anwendbar ist, gelten mit der Durchführung der Konsultationen zu dem Entwurf gemäß jener Richtlinie die Verpflichtungen zur Konsultation der Öffentlichkeit gemäß der vorliegenden Verordnung als erfüllt.

San Marino stellt sicher, dass die Öffentlichkeit unterrichtet wird. Bei der Umsetzung dieses Artikels begrenzt San Marino den Verwaltungsaufwand.“

j) Der Text von Artikel 11 erhält folgende Fassung:

„San Marino richtet gemäß seinen jeweiligen nationalen Vorschriften einen Dialog über klima- und energiepolitische Fragen auf mehreren Ebenen ein, in den sich lokale Gebietskörperschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft, die Wirtschaft, Investoren, andere bedeutende Interessenträger und die Allgemeinheit aktiv einbringen können und in dem sie die Verwirklichung des Ziels San Marinos der Klimaneutralität und die verschiedenen, auch langfristigen Szenarien, die in der Energie- und Klimapolitik ins Auge gefasst werden, erörtern und die Fortschritte überprüfen können, es sei denn, San Marino hat bereits eine Struktur, die dem gleichen Zweck dient. Im Rahmen dieses Dialogs können die Energie- und Klimaschutzpläne erörtert werden.“

k) Der Text von Artikel 12 erhält folgende Fassung:

„(1) San Marino arbeitet unter Berücksichtigung aller bestehenden und potenziellen Formen der regionalen Zusammenarbeit mit den benachbarten EU-Mitgliedstaaten zusammen, um die Ziele, Vorgaben und Beiträge ihres integrierten nationalen Energie- und Klimaplans zu verwirklichen.

(2) San Marino ermittelt ausreichend lange vor der Annahme seines Energie- und Klimaschutzplans Möglichkeiten für eine regionale Zusammenarbeit und konsultiert die benachbarten EU-Mitgliedstaaten, auch in Foren der regionalen Zusammenarbeit. Wenn San Marino dies für angemessen hält, kann es die EU-Mitgliedstaaten konsultieren, die ihr Interesse bekundet haben. San Marino und den konsultierten EU-Mitgliedstaaten sollte ein angemessener Zeitraum eingeräumt werden, in dem sie reagieren können. San Marino erläutert in seiner Strategie mindestens die vorläufigen Ergebnisse dieser regionalen Konsultationen, wobei anzugeben ist, wie die Anmerkungen der konsultierten EU-Mitgliedstaaten gegebenenfalls berücksichtigt wurden.

(3) San Marino kann Teile seiner Energie- und Klimaschutzpläne und Fortschrittsberichte freiwillig in Zusammenarbeit mit anderen ausarbeiten, auch in Foren der regionalen Zusammenarbeit. In diesem Fall werden durch das Ergebnis die entsprechenden Teile des Energie- und Klimaschutzplans San Marinos und der Fortschrittsberichte ersetzt.

(4) San Marino trägt den Anmerkungen der EU-Mitgliedstaaten gemäß den Absätzen 2 und 3 in seinem Energie- und Klimaschutzplan Rechnung und erläutert in diesen Plänen, wie diesen Anmerkungen Rechnung getragen wurde.

(5) Bei der Durchführung der einschlägigen Politiken und Maßnahmen der Energie- und Klimaschutzpläne setzt San Marino für die Zwecke des Absatzes 1 seine Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten auf regionaler Ebene und in etwaigen Foren der regionalen Zusammenarbeit fort.

(6) San Marino kann darüber hinaus die Zusammenarbeit mit den Vertragsparteien der Energiegemeinschaft und mit den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums, die nicht Mitgliedstaaten der EU sind, in Erwägung ziehen.

(7) Soweit die Richtlinie 2001/42/EG anwendbar ist, gelten mit den grenzüberschreitenden Konsultationen über den Entwurf gemäß Artikel 7 jener Richtlinie auch die Verpflichtungen zur regionalen Zusammenarbeit gemäß der vorliegenden Verordnung als erfüllt, sofern die Anforderungen des vorliegenden Artikels erfüllt sind.“

l) Der Text von Artikel 13 erhält folgende Fassung:

„Auf der Grundlage der gemäß den Artikeln 3 und 14 mitgeteilten Energie- und Klimaschutzpläne und ihren aktualisierten Fassungen kann der Gemeinsame Ausschuss des Assoziationsabkommens Stellungnahmen zu diesen Plänen abgeben.“

m) Der Text von Artikel 14 erhält folgende Fassung:

„(1) Bis zum 1. Januar 2034 und danach alle zehn Jahre legt San Marino dem Gemeinsamen Ausschuss des Assoziationsabkommens eine aktualisierte Fassung des zuletzt vorgelegten Energie- und Klimaschutzplans vor oder nennt dem Gemeinsamen Ausschuss die Gründe, warum der Plan nicht aktualisiert werden muss.

(2) Bei der Aktualisierung gemäß Absatz 1 ändert San Marino sein nationales Ziel, seine nationale Vorgabe oder seinen nationalen Beitrag, um einem ehrgeizigeren Ziel als im zuletzt übermittelten Energie- und Klimaschutzplan gemäß Artikel 2 oder dem letzten national festgelegten Beitrag, der dem UNFCCC-Sekretariat vorgelegt wurde, Ausdruck zu verleihen, je nachdem, was ehrgeiziger ist.

(3) San Marino bemüht sich, in seinem aktualisierten Energie- und Klimaschutzplan etwaige negative Auswirkungen auf die Umwelt einzudämmen, die im Rahmen der Umsetzung seiner Energie- und Klimaschutzpläne zutage treten.

(4) Für die Ausarbeitung der aktualisierten Energie- und Klimaschutzpläne gelten die in den Artikeln 10 und 12 festgelegten Verfahren.

(5) Dieser Artikel berührt nicht das Recht San Marinos, jederzeit Änderungen und Anpassungen an den nationalen Politiken vorzunehmen, die in seinen Energie- und Klimaschutzplänen festgelegt oder aufgeführt sind, sofern diese Änderungen und Anpassungen in den integrierten nationalen energie- und klimaschutzbezogenen Fortschrittsbericht aufgenommen werden.“

n) Artikel 15 wird wie folgt geändert:

i) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Wie in Artikel 3 vorgesehen, übermittelt San Marino dem Gemeinsamen Ausschuss des Assoziationsabkommens für die Zwecke der Governance-Mechanismen, die zum Nachweis der Einhaltung der Klima- und Energiemaßnahmen zu entwickeln sind, seine langfristige Strategie für Energie und Klimawandel und die Kommunikationsdokumente im Rahmen des UNFCCC und des Übereinkommens von Paris, insbesondere den halbjährlichen Transparenzbericht, die nationale Mitteilung und den national festgelegten Beitrag. Bis zum 1. Januar 2026 und anschließend alle zehn Jahre ab dem 1. Januar 2029 erstellt San Marino seine langfristige Strategie mit einer Perspektive von 30 Jahren und im Einklang mit seinem Ziel der Klimaneutralität und übermittelt sie dem Gemeinsamen Ausschuss.“

ii) Absatz 2 gilt nicht für San Marino;

iii) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die langfristige Strategie San Marinos dient als Beitrag zu

a) der Erfüllung der Verpflichtungen, die San Marino aus dem UNFCCC und dem Übereinkommen von Paris erwachsen, um die anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen zu verringern und den Abbau dieser Gase durch Senken zu verbessern sowie die stärkere Einbindung von Kohlenstoff zu fördern;

b) der Verwirklichung des Ziels des Übereinkommens von Paris, den Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen;

c) der Erzielung von langfristigen Reduktionen von Treibhausgasemissionen sowie eines verstärkten Abbaus dieser Gase durch Senken in allen Sektoren im Einklang mit dem Ziel der Klimaneutralität im Kontext erforderlicher Reduktionen von Treibhausgasemissionen und des verstärkten Abbaus der Gase durch Senken laut Zwischenstaatlichem Ausschuss für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel for Climate Change, IPCC), um die Treibhausgasemissionen kosteneffizient zu verringern und zur Verwirklichung der Temperaturziele gemäß dem Übereinkommen von Paris den Abbau durch Senken zu verbessern, damit ein Gleichgewicht zwischen anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und ihrem Abbau durch Senken hergestellt wird und danach, falls möglich, negative Emissionen erreicht werden;

d) einem hochgradig energieeffizienten Energiesystem, das in hohem Maße auf erneuerbaren Energieträgern beruht.“

iv) In Absatz 4 erhält der einleitende Satz folgende Fassung:
„(4) Die langfristigen Strategien San Marinos sollten die in Anhang IV aufgeführten Elemente enthalten. Darüber hinaus umfasst die langfristige Strategie San Marinos Folgendes:“;

v) Die Absätze 5 und 6 gelten nicht für San Marino;

vi) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„(7) San Marino unterrichtet die Öffentlichkeit über ihre langfristige Strategie und etwaige Aktualisierungen dieser Strategie und veröffentlicht sie umgehend. “

vii) Die Absätze 8 und 9 gelten nicht für San Marino;

o) Artikel 16 gilt nicht für San Marino;

p) Artikel 17 wird wie folgt geändert:

i) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Bis zum 15. März 2030 und danach alle zwei Jahre berichtet San Marino dem Gemeinsamen Ausschuss des Assoziationsabkommens über den Stand der Umsetzung seines Energie- und Klimaschutzplans, indem es einen integrierten nationalen energie- und klimabezogenen Fortschrittsbericht übermittelt, in dem auf alle fünf Dimensionen der Energie- und Klimapolitik eingegangen wird. Unbeschadet der Verpflichtungen der EU-Mitgliedstaaten nach den Artikeln 20 bis 25 kann San Marino in seine energie- und klimabezogenen Fortschrittsberichte die in den Artikeln 20 bis 25 genannten Elemente aufnehmen. “

ii) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Der integrierte nationale energie- und klimabezogene Fortschrittsbericht enthält Folgendes:

a) Informationen über die Fortschritte, die bei der Verwirklichung der in Artikel 2 genannten Ziele sowie bei der Finanzierung und Umsetzung der zu ihrer Erreichung erforderlichen Politiken und Maßnahmen erzielt wurden, einschließlich einer Überprüfung der tatsächlichen Investitionen im Vergleich zu den Investitionsannahmen;

b) etwaige Informationen zu den Fortschritten bei der Einrichtung des in Artikel 11 genannten Dialogs;

c) Informationen über die Anpassung gemäß Artikel 4.“

iii) Die Absätze 3 bis 6 gelten nicht für San Marino.

iv) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„(7) San Marino macht die dem Gemeinsamen Ausschuss vorgelegten Berichte öffentlich zugänglich.“

q) Die Artikel 18 bis 40 gelten nicht für San Marino.

r) Artikel 41 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Im Zusammenhang mit den Verpflichtungen aus dieser Verordnung pflegt San Marino eine umfassende Zusammenarbeit und Abstimmung mit der EU und ihren Mitgliedstaaten.“

7. 32014 R 1112: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1112/2014 der Kommission vom 13. Oktober 2014 zur Festlegung eines gemeinsamen Formats für den Informationsaustausch über Indikatoren für ernste Gefahren durch die Betreiber und Eigentümer von Offshore-Erdöl- und -Erdgasanlagen sowie eines gemeinsamen Formats für die Veröffentlichung der Informationen über Indikatoren für ernste Gefahren durch die Mitgliedstaaten (ABl. L 302 vom 22.10.2014, S. 1)

KAPITEL 2

ERDÖL

1. 31995 R 2964: Verordnung (EG) Nr. 2964/95 des Rates vom 20. Dezember 1995 zur Schaffung eines Registrierungssystems für Rohöleinfuhren und -lieferungen in der Gemeinschaft (ABl. L 310 vom 22.12.1995, S. 5)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt San Marino kein Rohöl ein.

2. 31999 D 0280: Entscheidung 1999/280/EG des Rates vom 22. April 1999 über ein gemeinschaftliches Verfahren zur Unterrichtung und Konsultation über die Kosten der Versorgung mit Rohöl und die Verbraucherpreise für Mineralölerzeugnisse (ABl. L 110 vom 28.4.1999, S. 8)

   Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt San Marino kein Rohöl ein.

3. 31999 D 0566: Entscheidung 1999/566/EG der Kommission vom 26. Juli 1999 zur Durchführung der Entscheidung 1999/280/EG des Rates über ein gemeinschaftliches Verfahren zur Unterrichtung und Konsultation über die Kosten der Versorgung mit Rohöl und die Verbraucherpreise für Mineralölerzeugnisse (ABl. L 216 vom 14.8.1999, S. 8)

   Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt San Marino kein Rohöl ein.

4. 32009 L 0119: Richtlinie 2009/119/EG des Rates vom 14. September 2009 zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölerzeugnissen zu halten (ABl. L 265 vom 9.10.2009, S. 9), geändert durch:

   – 32018 L 1581: Durchführungsrichtlinie (EU) 2018/1581 der Kommission vom 19. Oktober 2018 (ABl. L 263 vom 22.10.2018, S. 57)

   – 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) „San Marino stellt sicher, dass es die Verpflichtung nach Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie, dass die Erdölvorräte, die im Gebiet der Assoziationsparteien zum Nutzen San Marinos ständig gehalten werden, insgesamt mindestens den täglichen Durchschnittsnettoeinfuhren für 90 Tage oder dem täglichen durchschnittlichen Inlandsverbrauch für 61 Tage entsprechen, je nachdem, welche Menge größer ist, durch bilaterale Abkommen mit benachbarten EU-Mitgliedstaaten tatsächlich erfüllt. “

b) Die Artikel 5 bis 15, 17, 18, 20 und 21 der Richtlinie finden keine Anwendung.

c) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

KAPITEL 3

ERDGAS

1. 32009 L 0073: Richtlinie 2009/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 94), geändert durch:

– 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

– 32019 L 0692: Richtlinie (EU) 2019/692 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 (ABl. L 117 vom 3.5.2019, S. 1)

– 32022 R 0869: Verordnung (EU) 2022/869 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 45)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

a) In Artikel 49 Absatz 2 wird Folgendes angefügt:

„Artikel 41 Absätze 3, 5, 6 und 7 gilt nicht für San Marino, solange Ausnahmeregelungen gemäß Artikel 49 Absatz 9 gewährt werden.“

b) In Artikel 49 wird Folgendes angefügt:

„(9) Als Land mit einem kleinen Verbundnetz kann San Marino bis zum 31. Dezember 2030 von Artikel 3 Absatz 5, Artikel 3 Absatz 6 Buchstabe a und den Artikeln 32, 37 und 38 abweichen, sofern

a) die nationalen Erdgasunternehmen verpflichtet werden, Maßnahmen zu befolgen, die ihren umsichtigen und effizienten Betrieb gewährleisten, einschließlich Maßnahmen zum Ausgleich der Konten innerhalb eines angemessenen Zeitraums;

b) nationale Erdgasunternehmen ihren Kunden Preise, Dienstleistungsstandards und Wahlmöglichkeiten anbieten, die denen entsprechen, die Verbrauchern auf gut funktionierenden wettbewerbsorientierten Märkten zur Verfügung stehen, einschließlich mindestens zwei unterschiedlicher Tarife;

c) eine unabhängige Regulierungsbehörde die Lieferpreise der nationalen Elektrizitätsunternehmen an ihre Endkunden festlegt.

Die nationalen Behörden erheben und melden der Kommission jährlich Indikatoren für Preise, Dienstleistungsstandards und Wahlmöglichkeiten, die den Verbrauchern im Elektrizitätssektor zur Verfügung stehen.

Auf begründeten Antrag eines assoziierten Staats nimmt der Gemeinsame Ausschuss folgende Elemente zur Kenntnis und kann einige oder alle der in Unterabsatz 1 dieses Absatzes vorgesehenen Ausnahmeregelungen verlängern.

a) ob es weniger als 100 000 angeschlossene Gaskunden gibt;

b) ob die in Unterabsatz 1 Buchstaben a bis c dieses Absatzes genannten Bedingungen erfüllt sind;

c) ob Genehmigungen für den Bau zusätzlicher Stromübertragungsleitungen erteilt wurden.“

In dem Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses wird der Zeitraum festgelegt, für den die Verlängerung gewährt wird. Der Gemeinsame Ausschuss kann an seinen Beschluss Bedingungen und Pflichten knüpfen, um sicherzustellen, dass die in den Unterabsätzen 1 und 2 dieses Absatzes genannten Anforderungen erfüllt sind. Auf begründeten Antrag kann der Gemeinsame Ausschuss nach Ablauf der in seinem ursprünglichen Beschluss gesetzten Frist weitere Verlängerungen gewähren, sofern die Voraussetzungen für die Gewährung einer solchen Verlängerung weiterhin erfüllt sind.

c) Für die Kapitel III und IV sowie Artikel 41 Absatz 1 Buchstaben g, n, r und s gilt Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1.

Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungsnetzes nicht.

2. 32009 R 0715: Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005 (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 36), geändert durch:

– 32010 D 0685: Beschluss 2010/685/EU der Kommission vom 10. November 2010 (ABl. L 293 vom 11.11.2010, S. 67)

– 32012 D 0490: Beschluss 2012/490/EU der Kommission vom 24. August 2012 (ABl. L 231 vom 28.8.2012, S. 16)

– 32013 R 0347: Verordnung (EU) Nr. 347/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2013 (ABl. L 115 vom 25.4.2013, S. 39)

– 32015 D 0715: Beschluss (EU) 2015/715 der Kommission vom 30. April 2015 (ABl. L 114 vom 5.5.2015, S. 9)

– 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

– 32022 R 0869: Verordnung (EU) 2022/869 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 45)

– 32022 R 1032: Verordnung (EU) 2022/1032 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 17)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

3. 32017 R 1938: Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 (ABl. L 280 vom 28.10.2017, S. 1), geändert durch:

– 32022 R 0517: Delegierte Verordnung (EU) 2022/517 der Kommission vom 18. November 2021 (ABl. L 104 vom 1.4.2022, S. 53)

– 32022 R 1032: Verordnung (EU) 2022/1032 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 17)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

a) In Artikel 5 Absatz 1 wird Folgendes angefügt:

„San Marino bemüht sich, die Verpflichtung nach Unterabsatz 1 zu erfüllen."

b) In Artikel 13 Absatz 10 wird Folgendes angefügt:

„San Marino ist von der Verpflichtung befreit, technische, rechtliche und finanzielle Regelungen für die Zwecke der Solidarität San Marinos mit Italien zu schließen."

4. 32014 R 0312: Verordnung (EU) Nr. 312/2014 der Kommission vom 26. März 2014 zur Festlegung eines Netzkodex für die Gasbilanzierung in Fernleitungsnetzen (ABl. L 91 vom 27.3.2014, S. 15)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

5. 32015 R 0703: Verordnung (EU) 2015/703 der Kommission vom 30. April 2015 zur Festlegung eines Netzkodex mit Vorschriften für die Interoperabilität und den Datenaustausch (ABl. L 113 vom 1.5.2015, S. 13)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

6. 32015 D 0715: Beschluss (EU) 2015/715 der Kommission vom 30. April 2015 zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen (ABl. L 114 vom 5.5.2015, S. 9)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

7. 32017 R 0459: Verordnung (EU) 2017/459 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über Mechanismen für die Kapazitätszuweisung in Fernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 984/2013 (ABl. L 72 vom 17.3.2017, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

8. 32017 R 0460: Verordnung (EU) 2017/460 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über harmonisierte Fernleitungsentgeltstrukturen (ABl. L 72 vom 17.3.2017, S. 29)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Erdgasfernleitungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

KAPITEL 4

ELEKTRIZITÄT

1. 32019 R 0941: Verordnung (EU) 2019/941 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Risikovorsorge im Elektrizitätssektor und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/89/EG (ABl. L 158 vom 14.6.2019, S. 1)

2. 32019 R 943: Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt (ABl. L 158 vom 14.6.2019, S. 54), geändert durch:

   – 32022 R 0869: Verordnung (EU) 2022/869 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 45)

3. 32019 L 0944: Richtlinie (EU) 2019/944 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 158 vom 14.6.2019, S. 125), geändert durch:

   – 32022 R 0869: Verordnung (EU) 2022/869 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 45)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) In Artikel 66 Absatz 2 wird Folgendes angefügt:

      „Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe y und Artikel 59 Absätze 5 bis 8 gelten nicht für assoziierte Staaten, solange Ausnahmeregelungen gemäß Artikel 66 Absatz 6 gewährt werden.“

b) In Artikel 66 wird Folgendes angefügt:

„(6) Als Länder mit einem kleinen Verbundnetz können die assoziierten Staaten bis zum 31. Dezember 2030 von den Artikeln 4 bis 7, Artikel 10 Absatz 1, Artikel 10 Absatz 12, Artikel 12 und Artikel 14 abweichen, sofern

a) die nationalen Elektrizitätsunternehmen verpflichtet werden, Maßnahmen zu befolgen, die ihren umsichtigen und effizienten Betrieb gewährleisten, einschließlich Maßnahmen zum Ausgleich der Konten innerhalb eines angemessenen Zeitraums;

b) nationale Elektrizitätsunternehmen ihren Kunden Preise, Dienstleistungsstandards und Wahlmöglichkeiten anbieten, die denen entsprechen, die Verbrauchern auf gut funktionierenden wettbewerbsorientierten Märkten zur Verfügung stehen, einschließlich mindestens drei unterschiedlicher Tarife;

c) nationale Elektrizitätsunternehmen, die als Versorger fungieren, verpflichtet sind, die Laststeuerung durch Aggregierung zu fördern und zumindest größeren Kunden die Teilnahme an der Laststeuerung durch Aggregierung zu ermöglichen;

d) eine unabhängige Regulierungsbehörde die Lieferpreise der nationalen Elektrizitätsunternehmen an ihre Endkunden festlegt. Für die Zwecke der uneingeschränkten Durchführung der Artikel 15 und 16 wird keine Ausnahme von Artikel 6 gewährt, soweit es um den Zugang aktiver Kunden und Bürgerenergiegemeinschaften zum Verteilernetz geht.

Die nationalen Behörden erheben und melden der Kommission jährlich Indikatoren für Preise, Dienstleistungsstandards und Wahlmöglichkeiten, die den Verbrauchern im Elektrizitätssektor zur Verfügung stehen.

Auf begründeten Antrag San Marinos nimmt der Gemeinsame Ausschuss folgende Elemente zur Kenntnis und kann einige oder alle der in Unterabsatz 1 dieses Absatzes vorgesehenen Ausnahmeregelungen verlängern.

a) ob es weniger als 100 000 angeschlossene Stromkunden gibt;

b) ob die in Unterabsatz 1 Buchstaben a bis d dieses Absatzes genannten Bedingungen erfüllt sind;

c) ob Genehmigungen für den Bau zusätzlicher Stromübertragungsleitungen erteilt wurden.

In dem Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses wird der Zeitraum festgelegt, für den die Verlängerung gewährt wird. Der Gemeinsame Ausschuss kann an seinen Beschluss Bedingungen und Pflichten knüpfen, um sicherzustellen, dass die in den Unterabsätzen 1 und 2 dieses Absatzes genannten Anforderungen erfüllt sind. Auf begründeten Antrag kann der Gemeinsame Ausschuss nach Ablauf der in seinem ursprünglichen Beschluss gesetzten Frist weitere Verlängerungen gewähren, sofern die Voraussetzungen für die Gewährung einer solchen Verlängerung weiterhin erfüllt sind.“

c) Für die Kapitel V und VI sowie Artikel 59 Absatz 1 Buchstaben h, k und w und Artikel 62 gilt Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

4. 32010 R 0838: Verordnung (EU) Nr. 838/2010 der Kommission vom 23. September 2010 zur Festlegung von Leitlinien für den Ausgleichsmechanismus zwischen Übertragungsnetzbetreibern und für einen gemeinsamen Regelungsrahmen im Bereich der Übertragungsentgelte (ABl. L 250 vom 24.9.2010, S. 5)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

5. 32013 R 0543: Verordnung (EU) Nr. 543/2013 der Kommission vom 14. Juni 2013 über die Übermittlung und die Veröffentlichung von Daten in Strommärkten und zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 943: Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt (ABl. L 158 vom 14.6.2019, S. 54)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

6. 32015 R 1222: Verordnung (EU) 2015/1222 der Kommission vom 24. Juli 2015 zur Festlegung einer Leitlinie für die Kapazitätsvergabe und das Engpassmanagement (ABl. L 197 vom 25.7.2015, S. 24), geändert durch:

   – 32021 R 0280: Durchführungsverordnung (EU) 2021/280 der Kommission vom 22. Februar 2021 (ABl. L 62 vom 23.2.2021, S. 24)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

7. 32016 R 0631: Verordnung (EU) 2016/631 der Kommission vom 14. April 2016 zur Festlegung eines Netzkodex mit Netzanschlussbestimmungen für Stromerzeuger (ABl. L 112 vom 27.4.2016, S. 1)

8. 32016 R 1388: Verordnung (EU) 2016/1388 der Kommission vom 17. August 2016 zur Festlegung eines Netzkodex für den Lastanschluss (ABl. L 223 vom 18.8.2016, S. 10)

9. 32016 R 1447: Verordnung (EU) 2016/1447 der Kommission vom 26. August 2016 zur Festlegung eines Netzkodex mit Netzanschlussbestimmungen für Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungssysteme und nichtsynchrone Stromerzeugungsanlagen mit Gleichstromanbindung (ABl. L 241 vom 8.9.2016, S. 1)

10. 32016 R 1719: Verordnung (EU) 2016/1719 der Kommission vom 26. September 2016 zur Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe langfristiger Kapazität (ABl. L 259 vom 27.9.2016, S. 42), geändert durch:

    – 32021 R 0280: Durchführungsverordnung (EU) 2021/280 der Kommission vom 22. Februar 2021 (ABl. L 62 vom 23.2.2021, S. 24)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

11. 32017 R 1485: Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission vom 2. August 2017 zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb (ABl. L 220 vom 25.8.2017, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0280: Durchführungsverordnung (EU) 2021/280 der Kommission vom 22. Februar 2021 (ABl. L 62 vom 23.2.2021, S. 24)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

12. 32017 R 2195: Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem (ABl. L 312 vom 28.11.2017, S. 6), geändert durch:

– 32021 R 0280: Durchführungsverordnung (EU) 2021/280 der Kommission vom 22. Februar 2021 (ABl. L 62 vom 23.2.2021, S. 24)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

www.parlament.gv.at

13. 32017 R 2196: Verordnung (EU) 2017/2196 der Kommission vom 24. November 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über den Notzustand und den Netzwiederaufbau des Übertragungsnetzes (ABl. L 312 vom 28.11.2017, S. 54)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung: Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau und die Inbetriebnahme eines Elektrizitätsübertragungsnetzes in seinem Hoheitsgebiet nicht.

KAPITEL 5

ERNEUERBARE ENERGIE

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum endet am 31. Dezember 2025.

1. 32018 L 2001: Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 82), geändert durch:

   – 32022 R 0759: Delegierte Verordnung (EU) 2022/759 der Kommission vom 14. Dezember 2021 (ABl. L 139 vom 18.5.2022, S. 1)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Artikel 3 Absatz 1 findet keine Anwendung.

www.parlament.gv.at

b) Artikel 3 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) San Marino legt bis spätestens 31. Dezember 2025 als Teil seines Energie- und Klimaschutzplans gemäß den Artikeln 3, 4 und 10 bis 14 der Verordnung (EU) 2018/1999 ein indikatives nationales Ziel für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen an seinem Bruttoendenergieverbrauch im Jahr 2030 fest.

Abweichend von Absatz 4 darf der Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch San Marinos ab dem 1. Januar 2026 nicht niedriger sein als dieser Anteil im Jahr 2020. Hält San Marino seinen Ausgangswert, gemessen über einen Zeitraum von einem Jahr, nicht ein, so ergreift es innerhalb eines Jahres zusätzliche Maßnahmen, die ausreichen, um die Lücke innerhalb eines Jahres zu schließen."

c) Der Text von Artikel 25 erhält folgende Fassung:

„San Marino legt bis spätestens 31. Dezember 2025 als Teil seines Energie- und Klimaschutzplans gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2018/1999 ein indikatives nationales Ziel für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Endenergieverbrauch im Verkehr im Jahr 2030 fest."

d) Artikel 28 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) San Marino trifft Maßnahmen, um nach und nach die Verfügbarkeit von Kraftstoffen aus erneuerbaren Quellen für den Verkehrssektor in Hinblick darauf sicherzustellen, dass im Einklang mit seinem nationalen Strategierahmen gemäß der Richtlinie 2014/94/EU öffentlich zugängliche Hochleistungsladestationen und andere Betankungsinfrastrukturen bereitgestellt werden."

e) Artikel 30 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Werden Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe und Biomasse-Brennstoffe, oder andere Brennstoffe, die auf den Zähler gemäß Artikel 27 Absatz 1 Buchstabe b angerechnet werden können, für die in den Artikeln 23 und 25 sowie in Artikel 29 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a, b und c genannten Zwecke berücksichtigt, verpflichtet San Marino die Kraftstoffanbieter, eine Bescheinigung vom Verkäufer einzuholen, die bestätigt, dass die Nachhaltigkeitskriterien und Kriterien für Treibhausgaseinsparungen für diese Kraftstoffe erfüllt sind, und die über ein freiwilliges oder nationales System ausgestellt wird."

f) Artikel 30 Absätze 2, 3, 6, 9 und 10 findet keine Anwendung.

2. 32019 R 0807: Delegierte Verordnung (EU) 2019/807 der Kommission vom 13. März 2019 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Bestimmung der Rohstoffe mit hohem Risiko indirekter Landnutzungsänderungen, in deren Fall eine wesentliche Ausdehnung der Produktionsflächen auf Flächen mit hohem Kohlenstoffbestand zu beobachten ist, und die Zertifizierung von Biokraftstoffen, flüssigen Biobrennstoffen und Biomasse-Brennstoffen mit geringem Risiko indirekter Landnutzungsänderungen (ABl. L 133 vom 21.5.2019, S. 1)

3. 32022 D 0599: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/599 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „Biomass Biofuels Sustainability voluntary scheme" (2BSvs) zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 173)

www.parlament.gv.at

4. 32022 D 0600: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/600 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „Bonsucro EU“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 176)

5. 32022 D 0601: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/601 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „Better Biomass“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 179)

6. 32022 D 0602: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/602 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „International Sustainability & Carbon Certification — ISCC EU“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 182)

7. 32022 D 0604: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/604 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „Red Tractor Farm Assurance Crops and Sugar Beet Scheme“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 188)

8. 32022 D 0605: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/605 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „REDcert-EU“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 191)

9. 32022 D 0606: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/606 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „Round Table on Responsible Soy with EU RED Requirements (RTRS EU RED)“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 194)

10. 32022 D 0607: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/607 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „Roundtable on Sustainable Biomaterials (RSB) EU RED“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 197)

11. 32022 D 0608: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/608 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des Systems „Scottish Quality Crops Farm Assurance Scheme (SQC)“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 200)

12. 32022 D 0609: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/609 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „SURE“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 203)

13. 32022 D 0610: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/610 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des Systems „Trade Assurance Scheme for Combinable Crops (TASCC)“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 206)

14. 32022 D 0611: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/611 der Kommission vom 8. April 2022 über die Anerkennung des Systems „Universal Feed Assurance Scheme (UFAS)“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 209)

15. 32022 R 0996: Durchführungsverordnung (EU) 2022/996 der Kommission vom 14. Juni 2022 über Vorschriften für die Überprüfung in Bezug auf die Nachhaltigkeitskriterien und die Kriterien für Treibhausgaseinsparungen sowie die Kriterien für ein geringes Risiko indirekter Landnutzungsänderungen (ABl. L 168 vom 27.6.2022, S. 1)

16. 32022 D 1655: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1655 der Kommission vom 26. September 2022 über die Anerkennung des Berichts mit Angaben zu den typischen Treibhausgasemissionen aus dem Anbau von Sojabohnen in Argentinien gemäß Artikel 31 Absätze 3 und 4 der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 249 vom 27.9.2022, S. 47)

17. 32022 D 1656: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1656 der Kommission vom 26. September 2022 über die Anerkennung des Systems „Austrian agricultural certification scheme (AACS)“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 249 vom 27.9.2022, S. 50)

18. 32022 D 1657: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1657 der Kommission vom 26. September 2022 über die Anerkennung des freiwilligen Systems „Sustainable Biomass Program“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe (ABl. L 249 vom 27.9.2022, S. 53)

19. 32022 R 2448: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2448 der Kommission vom 13. Dezember 2022 zur Festlegung operativer Leitlinien für den Nachweis der Einhaltung der in Artikel 29 der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Nachhaltigkeitskriterien für forstwirtschaftliche Biomasse (ABl. L 320 vom 14.12.2022, S. 4)

20. 32022 D 2461: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2461 der Kommission vom 14. Dezember 2022 zur Anerkennung des Systems „KZR INiG“ zum Nachweis der Einhaltung der in der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Anforderungen für Biokraftstoffe, flüssige Biobrennstoffe, Biomasse-Brennstoffe, flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/603 (ABl. L 321 vom 15.12.2022, S. 38)

KAPITEL 6

ENERGIEEFFIZIENZ – ALLGEMEINES

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum endet am 31. Dezember 2025.

1. 32012 L 0027: Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG (ABl. L 315 vom 14.11.2012, S. 1), geändert durch:

   – 32013 L 0012: Richtlinie 2013/12/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 141 vom 28.5.2013, S. 28)

   – 32018 L 0844: Richtlinie (EU) 2018/844 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 156 vom 19.6.2018, S. 75)

   – 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

   – 32018 L 2002: Richtlinie (EU) 2018/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 210)

– 32019 D 0504: Beschluss (EU) 2019/504 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 (ABl. L 85I vom 27.3.2019, S. 66)

– 32019 R 0826: Delegierte Verordnung (EU) 2019/826 der Kommission vom 4. März 2019 (ABl. L 137 vom 23.5.2019, S. 3)

– 32019 L 0944: Richtlinie (EU) 2019/944 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 158 vom 14.6.2019, S. 125)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 1 Absatz 1 findet keine Anwendung.

b) Der Text von Artikel 3 erhält folgende Fassung:

„San Marino legt bis spätestens 31. Dezember 2025 als Teil seines Energie- und Klimaschutzplans gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2018/1999 ein indikatives nationales Energieeffizienzziel für 2030 fest.“

c) Der Text von Artikel 5 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Im Rahmen seines Energie- und Klimaschutzplans gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2018/1999 legt San Marino bis spätestens 31. Dezember 2025 ein indikatives nationales Ziel für den Anteil der Gesamtfläche der beheizten und/oder gekühlten Gebäude fest, die sich im Eigentum seiner Zentralregierung befinden und von ihr genutzt werden und die jedes Jahr bis 2030 renoviert werden. Das indikative nationale Ziel muss dem in Artikel 5 Absatz 1 festgelegten Satz möglichst nahekommen.“

d) Artikel 5 Absatz 3 findet keine Anwendung.

e) Artikel 8 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) San Marino stellt sicher, dass Unternehmen, die kein KMU sind, Gegenstand eines Energieaudits sind, das bis zum [ein Jahr nach Inkrafttreten der Richtlinie] und mindestens alle vier Jahre nach dem vorangegangenen Energieaudit in unabhängiger und kostenwirksamer Weise von qualifizierten und/oder akkreditierten Experten durchgeführt oder nach innerstaatlichem Recht von unabhängigen Behörden durchgeführt und überwacht wird.“

f) Anhang III Buchstabe c findet keine Anwendung.

2. 32008 D 0952: Entscheidung 2008/952/EG der Kommission vom 19. November 2008 zur Festlegung detaillierter Leitlinien für die Umsetzung und Anwendung des Anhangs II der Richtlinie 2004/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 338 vom 17.12.2008, S. 55)

3. 32013 D 0242: 2013/242/EU: Durchführungsbeschluss der Kommission vom 22. Mai 2013 zur Festlegung eines Musters für die Nationalen Energieeffizienz-Aktionspläne im Rahmen der Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 141 vom 28.5.2013, S. 48)

4. 32015 R 2402: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2402 der Kommission vom 12. Oktober 2015 zur Überarbeitung der harmonisierten Wirkungsgrad-Referenzwerte für die getrennte Erzeugung von Strom und Wärme gemäß der Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses 2011/877/EU der Kommission (ABl. L 333 vom 19.12.2015, S. 54)

KAPITEL 7

ENERGIEVERBRAUCHSKENNZEICHNUNG

1. 32017 R 1369: Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2017 zur Festlegung eines Rahmens für die Energieverbrauchskennzeichnung und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/30/EU (ABl. L 198 vom 28.7.2017, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 0740: Verordnung (EU) 2020/740 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 (ABl. L 177 vom 5.6.2020, S. 1)

2. 32011 R 0626: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 626/2011 der Kommission vom 4. Mai 2011 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Kennzeichnung von Luftkonditionierern in Bezug auf den Energieverbrauch (ABl. L 178 vom 6.7.2011, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1)

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

3. 32012 R 0392: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 392/2012 der Kommission vom 1. März 2012 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Kennzeichnung von Haushaltswäschetrocknern in Bezug auf den Energieverbrauch (ABl. L 123 vom 9.5.2012, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1)

– 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

4. 32013 R 0812: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 812/2013 der Kommission vom 18. Februar 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieeffizienzkennzeichnung von Warmwasserbereitern, Warmwasserspeichern und Verbundanlagen aus Warmwasserbereitern und Solareinrichtungen (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 83), geändert durch:

– 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1)

– 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

5. 32013 R 0811: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 811/2013 der Kommission vom 18. Februar 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energiekennzeichnung von Raumheizgeräten, Kombiheizgeräten, Verbundanlagen aus Raumheizgeräten, Temperaturreglern und Solareinrichtungen sowie von Verbundanlagen aus Kombiheizgeräten, Temperaturreglern und Solareinrichtungen (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 1), geändert durch:

– 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 1)

– 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

6. 32014 R 0065: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 65/2014 der Kommission vom 1. Oktober 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsbacköfen und -dunstabzugshauben (ABl. L 29 vom 31.1.2014, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

7. 32014 R 0518: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 zur Änderung der delegierten Verordnungen (EU) Nr. 1059/2010, (EU) Nr. 1060/2010, (EU) Nr. 1061/2010, (EU) Nr. 1062/2010, (EU) Nr. 626/2011, (EU) Nr. 392/2012, (EU) Nr. 874/2012, (EU) Nr. 665/2013, (EU) Nr. 811/2013 und (EU) Nr. 812/2013 der Kommission im Hinblick auf die Kennzeichnung energieverbrauchsrelevanter Produkte im Internet

8. 32014 R 1254: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1254/2014 der Kommission vom 11. Juli 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Kennzeichnung von Wohnraumlüftungsgeräten in Bezug auf den Energieverbrauch (ABl. L 337 vom 25.11.2014, S. 27), berichtigt in ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 1, geändert durch:

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

9. 32015 R 1186: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1186 der Kommission vom 24. April 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Einzelraumheizgeräten (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 20), geändert durch:

   – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

10. 32015 R 1187: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1187 der Kommission vom 27. April 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Festbrennstoffkesseln und Verbundanlagen aus einem Festbrennstoffkessel, Zusatzheizgeräten, Temperaturreglern und Solareinrichtungen (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 43), geändert durch:

    – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

11. 32015 R 1094: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1094 der Kommission vom 5. Mai 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von gewerblichen Kühllagerschränken (ABl. L 177 vom 8.7.2015, S. 2), geändert durch:

    – 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

12. 32017 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2017/254 der Kommission vom 30. November 2016 zur Änderung der Delegierten Verordnungen der Kommission (EU) Nr. 1059/2010, (EU) Nr. 1060/2010, (EU) Nr. 1061/2010, (EU) Nr. 1062/2010, (EU) Nr. 626/2011, (EU) Nr. 392/2012, (EU) Nr. 874/2012, (EU) Nr. 665/2013, (EU) Nr. 811/2013, (EU) Nr. 812/2013, (EU) Nr. 65/2014, (EU) Nr. 1254/2014, (EU) 2015/1094, (EU) 2015/1186 und (EU) 2015/1187 im Hinblick auf die Anwendung von Toleranzen bei Prüfverfahren (ABl. L 38 vom 15.2.2017, S. 1)

13. 32019 R 2013: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2013 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung elektronischer Displays und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1062/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

14. 32019 R 2014: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2014 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltswaschmaschinen und Haushaltswaschtrocknern sowie zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1061/2010 der Kommission und der Richtlinie 96/60/EG der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 29), geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

15. 32019 R 2015: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2015 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Lichtquellen und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 874/2012 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 68), geändert durch:

– 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

16. 32019 R 2016: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2016 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1060/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 102), geändert durch:

    – 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

17. 32019 R 2017: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2017 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsgeschirrspülern und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1059/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 134), geändert durch:

    – 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

18. 32019 R 2018: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2018 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten mit Direktverkaufsfunktion (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 155), geändert durch:

    – 32021 R 0340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/340 der Kommission vom 17. Dezember 2020 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 62)

KAPITEL 8

ENERGIEEFFIZIENZ VON GEBÄUDEN

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum endet am 31. Dezember 2025.

1. 32010 L 0031: Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (ABl. L 153 vom 18.6.2010, S. 13), geändert durch:

   – 32018 L 0844: Richtlinie (EU) 2018/844 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 156 vom 19.6.2018, S. 75)

   – 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 2a Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) San Marino legt im Rahmen seiner Energie- und Klimaschutzpläne gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2018/1999 bis spätestens 31. Dezember 2025 ein indikatives nationales Ziel fest, um für einen in hohem Maße energieeffizienten und dekarbonisierten nationalen Gebäudebestand zu sorgen und den kosteneffizienten Umbau bestehender Gebäude in Niedrigstenergiegebäude bis 2050 zu erleichtern. San Marino legt ferner indikative Meilensteine für 2030, 2040 und 2050 fest, um das indikative nationale Ziel zu erreichen."

b) Artikel 2a Absatz 8 erhält folgende Fassung:

„(8) San Marino legt der Kommission bis spätestens 31. Dezember 2025 eine langfristige Renovierungsstrategie vor."

c) Artikel 5 Absatz 2 Unterabsatz 2 letzter Satz erhält folgende Fassung:

„Der erste Bericht ist bis 30. Juni 2027 zu übermitteln."

2. 32020 R 2155: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2155 der Kommission vom 14. Oktober 2020 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung eines optionalen gemeinsamen Systems der Union zur Bewertung der Intelligenzfähigkeit von Gebäuden (ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 9)

3. 32020 R 2156: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2156 der Kommission vom 14. Oktober 2020 zur Festlegung der technischen Modalitäten für die wirksame Umsetzung eines optionalen gemeinsamen Systems der Union zur Bewertung der Intelligenzfähigkeit von Gebäuden (ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 25)

4. 32012 R 0244: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 244/2012 der Kommission vom 16. Januar 2012 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden durch die Schaffung eines Rahmens für eine Vergleichsmethode zur Berechnung kostenoptimaler Niveaus von Mindestanforderungen an die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und Gebäudekomponenten (ABl. L 81 vom 21.3.2012, S. 18)

KAPITEL 9

REIFEN

1. 32020 R 0740: Verordnung (EU) 2020/740 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere Parameter, zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1369 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1222/2009 (ABl. L 177 vom 5.6.2020, S. 1)

KAPITEL 10

ÖKODESIGN ENERGIEVERBRAUCHSRELEVANTER PRODUKTE

1. 31992 L 0042: Richtlinie 92/42/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 über die Wirkungsgrade von mit flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen beschickten neuen Warmwasserheizkesseln (ABl. L 167 vom 22.6.1992, S. 17), geändert durch:

   – 31993 L 0068: Richtlinie 93/68/EWG des Rates vom 22. Juli 1993 (ABl. L 220 vom 30.8.1993, S. 1)

   – 32008 L 0028: Richtlinie 2008/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 (ABl. L 81 vom 20.3.2008, S. 48)

   – 32013 R 0813: Verordnung (EU) Nr. 813/2013 der Kommission vom 2. August 2013 (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 136)

2. 32009 L 0125: Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte (Neufassung der Richtlinie 2005/32/EG) (ABl. L 285 vom 31.10.2009, S. 10), geändert durch:

   – 32012 L 0027: Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 (ABl. L 315 vom 14.11.2012, S. 1)

3. 32008 R 1275: Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission vom 17. Dezember 2008 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an den Stromverbrauch elektrischer und elektronischer Haushalts- und Bürogeräte im Bereitschafts- und im Aus-Zustand (ABl. L 339 vom 18.12.2008, S. 45), geändert durch:

– 32009 R 0278: Verordnung (EG) Nr. 278/2009 der Kommission vom 6. April 2009 (ABl. L 93 vom 7.4.2009, S. 3)

– 32009 R 0642: Verordnung (EG) Nr. 642/2009 der Kommission vom 22. Juli 2009 (ABl. L 191 vom 23.7.2009, S. 42)

– 32013 R 0617: Verordnung (EU) Nr. 617/2013 der Kommission vom 26. Juni 2013 (ABl. L 175 vom 27.6.2013, S. 13)

– 32013 R 0801: Verordnung (EU) Nr. 801/2013 der Kommission vom 22. August 2013 (ABl. L 225 vom 23.8.2013, S. 1)

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) Nr. 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

– 32019 R 2021: Verordnung (EU) 2019/2021 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 241)

– 32019 R 2022: Verordnung (EU) 2019/2022 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 267)

– 32019 R 2023: Verordnung (EU) 2019/2023 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 285)

4. 32009 R 0107: Verordnung (EG) Nr. 107/2009 der Kommission vom 4. Februar 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Set-Top-Boxen (ABl. L 36 vom 5.2.2009, S. 8), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

5. 32009 R 0641: Verordnung (EG) Nr. 641/2009 der Kommission vom 22. Juli 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von externen Nassläufer-Umwälzpumpen und in Produkte integrierten Nassläufer-Umwälzpumpen (ABl. L 191 vom 23.7.2009, S. 35), geändert durch:

– 32012 R 0622: Verordnung (EU) Nr. 622/2012 der Kommission vom 11. Juli 2012 (ABl. L 180 vom 12.7.2012, S. 4)

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

6. 32011 R 0327: Verordnung (EU) Nr. 327/2011 der Kommission vom 30. März 2011 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Ventilatoren, die durch Motoren mit einer elektrischen Eingangsleistung zwischen 125 W und 500 kW angetrieben werden (ABl. L 90 vom 6.4.2011, S. 8), geändert durch:

   – 32013 R 0666: Verordnung (EU) Nr. 666/2013 der Kommission vom 8. Juli 2013 (ABl. L 192 vom 13.7.2013, S. 24)

   – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

7. 32012 R 0206: Verordnung (EU) Nr. 206/2012 der Kommission vom 6. März 2012 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Raumklimageräten und Komfortventilatoren (ABl. L 72 vom 10.3.2012, S. 7), geändert durch:

   – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

8. 32012 R 0547: Verordnung (EU) Nr. 547/2012 der Kommission vom 25. Juni 2012 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Wasserpumpen (ABl. L 165 vom 26.6.2012, S. 28), geändert durch:

   – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

9. 32012 R 0932: Verordnung (EU) Nr. 932/2012 der Kommission vom 3. Oktober 2012 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Haushaltswäschetrocknern (ABl. L 278 vom 12.10.2012, S. 1), geändert durch:

   – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

10. 32013 R 0617: Verordnung (EU) Nr. 617/2013 der Kommission vom 26. Juni 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Computern und Computerservern (ABl. L 175 vom 27.6.2013, S. 13), geändert durch:

   – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

   – 32019 R 0424: Verordnung (EU) 2019/424 der Kommission vom 15. März 2019

11. 32013 R 0666: Verordnung (EU) Nr. 666/2013 der Kommission vom 8. Juli 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Staubsaugern (ABl. L 192 vom 13.7.2013, S. 24), geändert durch:

   – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

12. 32013 R 0813: Verordnung (EU) Nr. 813/2013 der Kommission vom 2. August 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Raumheizgeräten und Kombiheizgeräten (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 136), geändert durch:

    – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

13. 32013 R 0814: Verordnung (EU) Nr. 814/2013 der Kommission vom 2. August 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Warmwasserbereitern und Warmwasserspeichern (ABl. L 239 vom 6.9.2013, S. 162), geändert durch:

    – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

14. 32014 R 0066: Verordnung (EU) Nr. 66/2014 der Kommission vom 14. Januar 2014 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Haushaltsbacköfen, -kochmulden und -dunstabzugshauben (ABl. L 29 vom 31.1.2014, S. 33), geändert durch:

    – 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

15. 32014 R 0548: Verordnung (EU) Nr. 548/2014 der Kommission vom 21. Mai 2014 zur Umsetzung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Kleinleistungs-, Mittelleistungs- und Großleistungstransformatoren (ABl. L 152 vom 22.5.2014, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

– 32019 R 1783: Verordnung (EU) 2019/1783 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 107)

16. 32014 R 1253: Verordnung (EU) Nr. 1253/2014 der Kommission vom 7. Juli 2014 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Lüftungsanlagen (ABl. L 337 vom 25.11.2014, S. 8), berichtigt in ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 105, geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

17. 32015 R 1185: Verordnung (EU) 2015/1185 der Kommission vom 24. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Festbrennstoff-Einzelraumheizgeräten (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

18. 32015 R 1188: Verordnung (EU) 2015/1188 der Kommission vom 28. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Einzelraumheizgeräten (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 76), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

19. 32015 R 1189: Verordnung (EU) 2015/1189 der Kommission vom 28. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Festbrennstoffkesseln (ABl. L 193 vom 21.7.2015, S. 100), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

20. 32015 R 1095: Verordnung (EU) 2015/1095 der Kommission vom 5. Mai 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von gewerblichen Kühllagerschränken, Schnellkühlern/-frostern, Verflüssigungssätzen und Prozesskühlern (ABl. L 177 vom 8.7.2015, S. 19), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

21. 32016 R 2281: Verordnung (EU) 2016/2281 der Kommission vom 30. November 2016 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte im Hinblick auf Luftheizungsprodukte, Kühlungsprodukte, Prozesskühler mit hoher Betriebstemperatur und Gebläsekonvektoren (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 1), geändert durch:

– 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 51)

22. 32016 R 2282: Verordnung (EU) 2016/2282 der Kommission vom 30. November 2016 zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1275/2008, (EG) Nr. 107/2009, (EG) Nr. 278/2009, (EG) Nr. 640/2009, (EG) Nr. 641/2009, (EG) Nr. 642/2009, (EG) Nr. 643/2009, (EU) Nr. 1015/2010, (EU) Nr. 1016/2010, (EU) Nr. 327/2011, (EU) Nr. 206/2012, (EU) Nr. 547/2012, (EU) Nr. 932/2012, (EU) Nr. 617/2013, (EU) Nr. 666/2013, (EU) Nr. 813/2013, (EU) Nr. 814/2013, (EU) Nr. 66/2014, (EU) Nr. 548/2014, (EU) Nr. 1253/2014, (EU) 2015/1095, (EU) 2015/1185, (EU) 2015/1188, (EU) 2015/1189 und (EU) 2016/2281 im Hinblick auf die Anwendung von Toleranzen bei Prüfverfahren

23. 32019 R 0424: Verordnung (EU) 2019/424 der Kommission vom 15. März 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Server und Datenspeicherprodukte gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 617/2013 der Kommission (ABl. L 74 vom 18.3.2019, S. 46), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

24. 32019 R 1781: Verordnung (EU) 2019/1781 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Elektromotoren und Drehzahlregelungen gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 641/2009 im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von externen Nassläufer-Umwälzpumpen und in Produkte integrierten Nassläufer-Umwälzpumpen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 640/2009 der Kommission (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 74), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

25. 32019 R 1782: Verordnung (EU) 2019/1782 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an externe Netzteile gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 278/2009 der Kommission (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 95)

26. 32019 R 1784: Verordnung (EU) 2019/1784 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Schweißgeräten gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 121)

27. 32019 R 2019: Verordnung (EU) 2019/2019 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Kühlgeräte gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 643/2009 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 187), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

28. 32019 R 2020: Verordnung (EU) 2019/2020 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Lichtquellen und separate Betriebsgeräte gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 244/2009, (EG) Nr. 245/2009 und (EU) Nr. 1194/2012 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 209), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

29. 32019 R 2021: Verordnung (EU) 2019/2021 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an elektronische Displays gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 642/2009 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 241), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

30. 32019 R 2022: Verordnung (EU) 2019/2022 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Haushaltsgeschirrspüler gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1016/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 267), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

31. 32019 R 2023: Verordnung (EU) 2019/2023 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Haushaltswaschmaschinen und Haushaltswaschtrockner gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1275/2008 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1015/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 285), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

32. 32019 R 2024: Verordnung (EU) 2019/2024 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen an Kühlgeräte mit Direktverkaufsfunktion gemäß der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 313), geändert durch:

– 32021 R 0341: Verordnung (EU) 2021/341 der Kommission vom 23. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 108)

ANHANG V – SAN MARINO-PROTOKOLL

FREIZÜGIGKEIT DER ARBEITNEHMER

Liste nach Artikel 14 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Die Bestimmungen über die sektoralen Anpassungen in Anhang VIII des San Marino-Protokolls gelten entsprechend für diesen Anhang.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. Der unter Nummer 3 des Anhangs VIII dieses Abkommens genannte Rechtsakt (Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates) in der für die Zwecke des Abkommens angepassten Fassung gilt entsprechend für die unter diesen Anhang fallenden Bereiche.

2. Der unter Nummer 4 des Anhangs VIII genannte Rechtsakt (Verordnung (EU) 2019/1157 des Europäischen Parlaments und des Rates) in der für die Zwecke des Abkommens angepassten Fassung gilt entsprechend für die unter diesen Anhang fallenden Bereiche.

3. 32011 R 0492: Verordnung (EU) Nr. 492/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union (ABl. L 141 vom 27.5.2011, S. 1), geändert durch:

   – 32016 R 0589: Verordnung (EU) 2016/589 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. April 2016 (ABl. L 107 vom 22.4.2016, S. 1)

   – 32019 R 1149: Verordnung (EU) 2019/1149 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 21)

www.parlament.gv.at

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 36 Absatz 1 findet keine Anwendung.

b) In Artikel 36 Absatz 2 wird der Verweis auf Artikel 48 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union durch einen Verweis auf Artikel 15 dieses Abkommens ersetzt.

4. 32016 R 0589: Verordnung (EU) 2016/589 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. April 2016 über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen (EURES), den Zugang von Arbeitnehmern zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 492/2011 und (EU) Nr. 1296/2013 (ABl. L 107 vom 22.4.2016, S. 1)

5. 32018 D 0170: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/170 der Kommission vom 2. Februar 2018 über einheitliche detaillierte Spezifikationen für die Datenerhebung und -analyse zur Überwachung und Bewertung der Funktionsweise des EURES-Netzes (ABl. L 31 vom 3.2.2018, S. 104)

6. 32017 D 1255: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1255 der Kommission vom 11. Juli 2017 über ein Muster für die Beschreibung der nationalen Systeme und Verfahren zur Zulassung von Einrichtungen als EURES-Mitglieder und -Partner (ABl. L 179 vom 12.7.2017, S. 18)

7. 32017 D 1256: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1256 der Kommission vom 11. Juli 2017 über Muster und Verfahren für den Austausch auf Unionsebene von Informationen über die nationalen Arbeitsprogramme für die Tätigkeiten des EURES-Netzes (ABl. L 179 vom 12.7.2017, S. 24)

www.parlament.gv.at

8. 32017 D 1257: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1257 der Kommission vom 11. Juli 2017 über die notwendigen technischen Standards und Formate für ein einheitliches System zur Ermöglichung des Abgleichs von Stellenangeboten mit Stellengesuchen und Lebensläufen auf dem EURES-Portal (ABl. L 179 vom 12.7.2017, S. 32)

9. 31977 L 0486: Richtlinie 77/486/EWG des Rates vom 25. Juli 1977 über die schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern (ABl. L 199 vom 6.8.1977, S. 32)

10. 32014 L 0054: Richtlinie 2014/54/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Maßnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte, die Arbeitnehmern im Rahmen der Freizügigkeit zustehen (ABl. L 128 vom 30.4.2014, S. 8)

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

    a) Bezugnahmen auf „Unionsbürger“ beziehungsweise „Bürger der Union“ werden durch Bezugnahmen auf „Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten und San Marinos“ ersetzt.

    b) Bezugnahmen auf „Arbeitnehmer der Union“ werden durch Bezugnahmen auf „Arbeitnehmer“ ersetzt.

    c) In den Artikeln 1 und 3 wird die Angabe „Artikel 45 AEUV“ durch die Angabe „Artikel 14 des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

    d) In Artikel 4 werden die Worte „des Unionsrechts im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit“ durch die Worte „der Vorschriften über die Arbeitnehmerfreizügigkeit gemäß dem Assoziationsabkommen“ ersetzt.

    e) In Artikel 6 wird das Wort „Unionsrecht“ durch das Wort „Assoziationsabkommen“ ersetzt.

f) In Artikel 7 finden die Worte „Artikel 21 AEUV und“ keine Anwendung.

11. 32018 D 1020: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1020 der Kommission vom 18. Juli 2018 zur Annahme und Aktualisierung der Liste der Fähigkeiten, Kompetenzen und Berufe der europäischen Klassifikation zum Zweck des automatisierten Abgleichs über die gemeinsame IT-Plattform von EURES (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 17)

12. 32018 D 1021: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1021 der Kommission vom 18. Juli 2018 zur Festlegung der technischen Standards und Formate, die für die Anwendung des automatisierten Abgleichs über die gemeinsame IT-Plattform unter Nutzung der europäischen Klassifikation und für die Interoperabilität zwischen den nationalen Systemen und der europäischen Klassifikation benötigt werden (ABl. L 183 vom 19.7.2018, S. 20)

13. 32019 R 1149: Verordnung (EU) 2019/1149 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 883/2004, (EU) Nr. 492/2011 und (EU) 2016/589 sowie zur Aufhebung des Beschlusses (EU) 2016/344 (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 21)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Artikel 17 wird folgender Absatz eingefügt:

„(1a) San Marino kann an den Sitzungen und Beratungen des Verwaltungsrats der Europäischen Arbeitsbehörde als Beobachter teilnehmen, ohne sich an anderen Tätigkeiten der Europäischen Arbeitsbehörde zu beteiligen.“

Diese Anpassung wird fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens überprüft.

www.parlament.gv.at

ANHANG VI – SAN MARINO-PROTOKOLL

SOZIALE SICHERHEIT

Liste nach Artikel 15 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Allgemeine Koordinierung der sozialen Sicherheit 3
2 Wahrung ergänzender Rentenansprüche 6

www.parlament.gv.at

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 1

ALLGEMEINE KOORDINIERUNG DER SOZIALEN SICHERHEIT

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32004 R 0883: Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 166 vom 30.4.2004, S. 1), berichtigt in ABl. L 200 vom 7.6.2004, S. 1, und ABl. L 204 vom 4.8.2007, S. 30, geändert durch:

   – 32009 R 0988: Verordnung (EG) Nr. 988/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 (ABl. L 284 vom 30.10.2009, S. 43)

   – 32010 R 1244: Verordnung (EU) Nr. 1244/2010 der Kommission vom 9. Dezember 2010 (ABl. L 338 vom 22.12.2010, S. 35)

   – 32012 R 0465: Verordnung (EU) Nr. 465/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 (ABl. L 149 vom 8.6.2012, S. 4)

   – 32012 R 1224: Verordnung (EU) Nr. 1224/2012 der Kommission vom 18. Dezember 2012 (ABl. L 349 vom 19.12.2012, S. 45)

   – 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32013 R 1372: Verordnung (EU) Nr. 1372/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2013 (ABl. L 346 vom 20.12.2013, S. 27), geändert durch:

  – 32014 R 1368: Verordnung (EU) Nr. 1368/2014 der Kommission vom 17. Dezember 2014 (ABl. L 366 vom 20.12.2014, S. 15), berichtigt in ABl. L 288 vom 22.10.2016, S. 58

– 32017 R 0492: Verordnung (EU) 2017/492 der Kommission vom 21. März 2017 (ABl. L 76 vom 22.3.2017, S. 13)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

MODALITÄTEN FÜR DIE BETEILIGUNG SAN MARINOS AN DER VERWALTUNGSKOMMISSION FÜR DIE KOORDINIERUNG DER SYSTEME DER SOZIALEN SICHERHEIT UND AN DEM FACHAUSSCHUSS FÜR DATENVERARBEITUNG SOWIE DEM RECHNUNGSAUSSCHUSS DIESER VERWALTUNGSKOMMISSION NACH ARTIKEL 101 DES ABKOMMENS:

San Marino kann einen Vertreter in beratender Funktion (Beobachter) zu den Sitzungen der bei der Europäischen Kommission eingesetzten Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit sowie zu den Sitzungen des Fachausschusses für Datenverarbeitung und des Rechnungsausschusses dieser Verwaltungskommission entsenden.

2. 32019 R 0500: Verordnung (EU) 2019/500 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. März 2019 zur Einführung von Notfallmaßnahmen im Bereich der Koordinierung der sozialen Sicherheit nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union (ABl. L 85I vom 27.3.2019, S. 35)

www.parlament.gv.at

3. 32009 R 0987: Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 284 vom 30.10.2009, S. 1), geändert durch:

– 32010 R 1244: Verordnung (EU) Nr. 1244/2010 der Kommission vom 9. Dezember 2010 (ABl. L 338 vom 22.12.2010, S. 35)

– 32012 R 0465: Verordnung (EU) Nr. 465/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 (ABl. L 149 vom 8.6.2012, S. 4)

– 32012 R 1224: Verordnung (EU) Nr. 1224/2012 der Kommission vom 18. Dezember 2012 (ABl. L 349 vom 19.12.2012, S. 45)

– 32013 R 1372: Verordnung (EU) Nr. 1372/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2013 (ABl. L 346 vom 20.12.2013, S. 27)

– 32014 R 1368: Verordnung (EU) Nr. 1368/2014 der Kommission vom 17. Dezember 2014 (ABl. L 366 vom 20.12.2014, S. 15), berichtigt in ABl. L 288 vom 22.10.2016, S. 58

– 32017 R 0492: Verordnung (EU) 2017/492 der Kommission vom 21. März 2017 (ABl. L 76 vom 22.3.2017, S. 13)

KAPITEL 2

WAHRUNG ERGÄNZENDER RENTENANSPRÜCHE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31998 L 0049: Richtlinie 98/49/EG des Rates vom 29. Juni 1998 zur Wahrung ergänzender Rentenansprüche von Arbeitnehmern und Selbständigen, die innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. L 209 vom 25.7.1998, S. 46)

2. 32014 L 0050: Richtlinie 2014/50/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Mindestvorschriften zur Erhöhung der Mobilität von Arbeitnehmern zwischen den Mitgliedstaaten durch Verbesserung des Erwerbs und der Wahrung von Zusatzrentenansprüchen (ABl. L 128 vom 30.4.2014, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32010 D 0424(01): Beschluss Nr. A1 vom 12. Juni 2009 über die Einrichtung eines Dialog- und Vermittlungsverfahrens zu Fragen der Gültigkeit von Dokumenten, der Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften und der Leistungserbringung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 1)

2. 32010 D 0424(02): Beschluss Nr. A2 vom 12. Juni 2009 zur Auslegung des Artikels 12 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der auf entsandte Arbeitnehmer sowie auf Selbständige, die vorübergehend eine Tätigkeit in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat ausüben, anzuwendenden Rechtsvorschriften (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 5)

www.parlament.gv.at

3. 32010 D 0608(01): Beschluss Nr. A3 vom 17. Dezember 2009 über die Zusammenrechnung ununterbrochener Entsendezeiten, die gemäß den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates zurückgelegt wurden (ABl. C 149 vom 8.6.2010, S. 3)

4. 32010 D 0710(01): Beschluss Nr. E2 vom 3. März 2010 über die Einführung eines Verfahrens für die Vornahme von Änderungen an den Angaben zu den in Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates genannten Stellen, die in dem elektronischen Verzeichnis, das Bestandteil von EESSI ist, aufgeführt sind (ABl. C 187 vom 10.7.2010, S. 5)

5. 32014 D 0520(03): Beschluss Nr. E4 vom 13. März 2014 über die Übergangszeit gemäß Artikel 95 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 152 vom 20.5.2014, S. 21)

6. 32017 D 0719(01): Beschluss Nr. E5 vom 16. März 2017 über die praktischen Modalitäten für die Übergangszeit zum elektronischen Datenaustausch nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 (ABl. C 233 vom 19.7.2017, S. 3)

7. 32018 D 1004 (02): Beschluss Nr. E6 vom 19. Oktober 2017 zur Bestimmung des Zeitpunkts, ab dem eine Nachricht im System für den elektronischen Austausch von Sozialversicherungsdaten (EESSI) als rechtlich zugestellt gilt (ABl. C 355 vom 4.10.2018, S. 5)

8. 32020 D 0306 (01): Beschluss NR. E7 vom 27. Juni 2019 über die praktischen Modalitäten der Zusammenarbeit und des Datenaustauschs bis zur vollständigen Umsetzung des elektronischen Austauschs von Sozialversicherungsdaten (EESSI) in den Mitgliedstaaten (ABl. C 73 vom 6.3.2020, S. 5)

9. 32010 D 0424(04): Beschluss Nr. F1 vom 12. Juni 2009 zur Auslegung des Artikels 68 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Prioritätsregeln beim Zusammentreffen von Familienleistungen (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 11)

10. 32016 D 0211(05): Beschluss Nr. F2 vom 23. Juni 2015 über den Datenaustausch zwischen den Trägern zum Zweck der Gewährung von Familienleistungen (ABl. C 52 vom 11.2.2016, S. 11)

11. 32019 D 0626(01): Beschluss Nr. F3 vom 19. Dezember 2018 zur Auslegung des Artikels 68 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 in Bezug auf die Methode zur Berechnung des Unterschiedsbetrags (ABl. C 215 vom 26.6.2019, S. 2)

12. 32010 D 0424(05): Beschluss Nr. H1 vom 12. Juni 2009 über die Rahmenbedingungen für den Übergang von den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und (EWG) Nr. 574/72 des Rates zu den Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie über die Anwendung der Beschlüsse und Empfehlungen der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 13)

13. 32010 D 0608(02): Beschluss Nr. H5 vom 18. März 2010 über die Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Betrug und Fehlern im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. C 149 vom 8.6.2010, S. 5)

14. 32011 D 0212(01): Beschluss Nr. H6 vom 16. Dezember 2010 über die Anwendung bestimmter Grundsätze für die Zusammenrechnung der Zeiten gemäß Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. C 45 vom 12.2.2011, S. 5)

15. 32020 D 0807 (01): Beschluss Nr. H9 vom 17. Juni 2020 zur Verlängerung der in den Artikeln 67 und 70 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie im Beschluss Nr. S9 genannten Fristen aufgrund der COVID-19-Pandemie (ABl. C 259 vom 7.8.2020, S. 9)

16. 32021 D 0316(01): Beschluss Nr. H10 vom 21. Oktober 2020 über die Arbeitsweise und Zusammensetzung des Fachausschusses für Datenverarbeitung der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. C 89 vom 16.3.2021, S. 6)

17. 32021 D 0506 (01): Beschluss Nr. H11 vom 9. Dezember 2020 zur Verlängerung der in den Artikeln 67 und 70 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 sowie im Beschluss Nr. S9 genannten Fristen aufgrund der COVID-19-Pandemie (ABl. C 170 vom 6.5.2021, S. 4)

18. 32022 D 0228 (01): Beschluss Nr. H12 vom 19. Oktober 2021 über den Bezugszeitpunkt für die Festlegung der Umrechnungskurse gemäß Artikel 90 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 93 vom 28.2.2022, S. 6)

19. 32022 D 0810 (01): Beschluss Nr. H13 vom 30. März 2022 über die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Rechnungsausschusses der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit 2022/C 305/03 (ABl. C 305 vom 10.8.2022, S. 4)

20. 32010 D 0424(07): Beschluss Nr. P1 vom 12. Juni 2009 zur Auslegung der Artikel 50 Absatz 4, 58 und 87 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Feststellung von Leistungen bei Invalidität und Alter sowie Leistungen an Hinterbliebene (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 21)

21. 32013 D 0927(01): Beschluss Nr. R1 vom 20. Juni 2013 über die Auslegung des Artikels 85 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 (ABl. C 279 vom 27.9.2013, S. 11)

22. 32010 D 0424(08): Beschluss Nr. S1 vom 12. Juni 2009 betreffend die europäische Krankenversicherungskarte (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 23)

23. 32010 D 0424(09): Beschluss Nr. S2 vom 12. Juni 2009 betreffend die technischen Merkmale der europäischen Krankenversicherungskarte (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 26)

    Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Ungeachtet der Nummer 3.3.2 des Anhangs des Beschlusses hat San Marino die Möglichkeit, auf den von San Marino ausgestellten europäischen Krankenversicherungskarten die europäischen Sterne zu verwenden.

24. 32010 D 0424(10): Beschluss Nr. S3 vom 12. Juni 2009 zur Bestimmung der durch Artikel 19 Absatz 1 und Artikel 27 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie Artikel 25 Buchstabe A Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates abgedeckten Leistungen (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 40)

25. 32010 D 0424(15): Beschluss Nr. S5 vom 2. Oktober 2009 zur Auslegung des in Artikel 1 Buchstabe va der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates definierten Begriffs Sachleistungen bei Krankheit und Mutterschaft gemäß den Artikeln 17, 19, 20, 22, 24 Absatz 1, 25, 26, 27 Absätze 1, 3, 4 und 5, 28, 34 und 36 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 sowie zur Berechnung der Erstattungsbeträge nach den Artikeln 62, 63 und 64 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 54)

www.parlament.gv.at

26. 32010 D 0427(02): Beschluss Nr. S6 vom 22. Dezember 2009 über die Eintragung im Wohnmitgliedstaat gemäß Artikel 24 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 und die Erstellung der in Artikel 64 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 vorgesehenen Verzeichnisse (ABl. C 107 vom 27.4.2010, S. 6)

27. 32011 D 0906(01): Beschluss Nr. S8 vom 15. Juni 2011 über die Zuerkennung des Anspruchs auf Körperersatzstücke, größere Hilfsmittel oder andere Sachleistungen von erheblicher Bedeutung gemäß Artikel 33 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. C 262 vom 6.9.2011, S. 6)

28. 32014 D 0520(02): Beschluss Nr. S10 vom 19. Dezember 2013 betreffend den Übergang von den Verordnungen (EWG) Nrn. 1408/71 und 574/72 zu den Verordnungen (EG) Nrn. 883/2004 und 987/2009 sowie die Anwendung der Erstattungsverfahren (ABl. C 152 vom 20.5.2014, S. 16)

29. 32021 D 0618 (01): Beschluss Nr. S11 vom 9. Dezember 2020 über Erstattungsverfahren zur Durchführung der Artikel 35 und 41 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 (ABl. C 236 vom 18.6.2021, S. 4)

30. 32010 D 0424(11): Beschluss Nr. U1 vom 12. Juni 2009 zu Artikel 54 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Familienzuschläge zu Leistungen bei Arbeitslosigkeit (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 42)

31. 32010 D 0424(12): Beschluss Nr. U2 vom 12. Juni 2009 zum Geltungsbereich des Artikels 65 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Anspruch auf Leistungen wegen Arbeitslosigkeit bei anderen Vollarbeitslosen als Grenzgängern, die während ihrer letzten Beschäftigung oder selbstständigen Erwerbstätigkeit im Gebiet eines anderen als des zuständigen Mitgliedstaats gewohnt haben (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 43)

www.parlament.gv.at

32. 32010 D 0424(13): Beschluss Nr. U3 vom 12. Juni 2009 zur Bedeutung des Begriffs Kurzarbeit im Hinblick auf die in Artikel 65 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 genannten Personen (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 45)

33. 32012 D 0225(01): Beschluss Nr. U4 vom 13. Dezember 2011 über die Erstattungsverfahren gemäß Artikel 65 Absätze 6 und 7 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 und Artikel 70 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 (ABl. C 57 vom 25.2.2012, S. 4)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32018 H 0529 (01): Empfehlung Nr. A1 vom 18. Oktober 2017 zur Ausstellung der Bescheinigung gemäß Artikel 19 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 183 vom 29.5.2018, S. 5)

2. 32013 H 0927 (01): Empfehlung Nr. H1 vom 19. Juni 2013 betreffend das Urteil Gottardo, wonach die Vorteile, die den eigenen Staatsangehörigen aufgrund eines mit einem Drittstaat geschlossenen bilateralen Abkommens über soziale Sicherheit zustehen, auch Arbeitnehmern gewährt werden müssen, die Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten sind (ABl. C 279 vom 27.9.2013, S. 13)

3. 32019 H 0429 (01): Empfehlung Nr. H2 vom 10. Oktober 2018 betreffend die Aufnahme von Authentifizierungsmerkmalen in portablen Dokumenten, die von einem Träger eines Mitgliedstaats ausgestellt werden und den Status einer Person für die Zwecke der Anwendung der Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates bescheinigen (ABl. C 147 vom 29.4.2019, S. 6)

4. 32012 H 0810(01): Empfehlung Nr. S1 vom 15. März 2012 über die finanziellen Aspekte grenzübergreifender Lebendorganspenden (ABl. C 240 vom 10.8.2012, S. 3)

5. 32014 H 0218(01): Empfehlung Nr. S2 vom 22. Oktober 2013 über den Sachleistungsanspruch von Versicherten und ihren Familienangehörigen gemäß einem bilateralen Abkommen zwischen dem zuständigen Mitgliedstaat und einem Drittstaat während eines Aufenthalts in dem Drittstaat (ABl. C 46 vom 18.2.2014, S. 8)

6. 32010 H 0424(02): Empfehlung Nr. U1 vom 12. Juni 2009 über die Rechtsvorschriften, die auf Arbeitslose anzuwenden sind, die in einem anderen Mitgliedstaat als dem Wohnstaat eine Teilzeittätigkeit ausüben (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 49)

7. 32010 H 0424(03): Empfehlung Nr. U2 vom 12. Juni 2009 zur Anwendung des Artikels 64 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates auf Arbeitslose, die ihren Ehepartner oder Partner begleiten, der in einem anderen Mitgliedstaat als dem zuständigen Staat eine Erwerbstätigkeit ausübt (ABl. C 106 vom 24.4.2010, S. 51)

ANHANG VII – SAN MARINO-PROTOKOLL

ANERKENNUNG VON BERUFSQUALIFIKATIONEN

Liste nach Artikel 16 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Allgemeine Regelung, Anerkennung der Berufserfahrung und automatische Anerkennung 3

2 Rechtsberufe 7

3 Handels- und Vermittlungstätigkeiten 9

www.parlament.gv.at

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

www.parlament.gv.at

KAPITEL 1

ALLGEMEINE REGELUNG, ANERKENNUNG DER BERUFSERFAHRUNG UND AUTOMATISCHE ANERKENNUNG

1. 32005 L 0036: Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22), berichtigt in ABl. L 271 vom 16.10.2007, S. 18, berichtigt in ABl. L 93 vom 4.4.2008, S. 28, geändert durch:

   – 32006 L 0100: Richtlinie 2006/100/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 141), berichtigt in 32006L0100R(02) (ABl. L 177 vom 8.7.2015, S. 60)

   – 32011 R 0213: Verordnung (EU) Nr. 213/2011 der Kommission vom 3. März 2011 (ABl. L 59 vom 4.3.2011, S. 4)

   – 12012 J 003: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vom 9. Dezember 2011 (ABl. L 112 vom 24.4.2012, S. 21)

   – 32013 L 0025: Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 368)

   – 32013 L 0055: Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 132)

www.parlament.gv.at

– 32016 D 0790: Delegierter Beschluss (EU) 2016/790 der Kommission vom 13. Januar 2016 zur Änderung des Anhangs V der Richtlinie 2005/36/EG (ABl. L 134 vom 24.5.2016, S. 135)

– 32017 D 2113: Delegierter Beschluss (EU) 2017/2113 der Kommission vom 11. September 2017 zur Änderung des Anhangs V der Richtlinie 2005/36/EG (ABl. L 317 vom 1.12.2017, S. 119)

– 32019 D 0608: Delegierter Beschluss (EU) 2019/608 der Kommission vom 16. Januar 2019 zur Änderung des Anhangs V der Richtlinie 2005/36/EG (ABl. L 104 vom 15.4.2019, S. 1)

– 32020 D 0548: Delegierter Beschluss (EU) 2020/548 der Kommission vom 23. Januar 2020 zur Änderung des Anhangs V der Richtlinie 2005/36/EG (ABl. L 131 vom 24.4.2020, S. 1)

– 32021 D 2183: Delegierter Beschluss (EU) 2021/2183 der Kommission vom 25. August 2021 zur Änderung des Anhangs V der Richtlinie 2005/36/EG (ABl. L 444 vom 10.12.2021, S. 16)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

2. 32007 D 0172: Beschluss 2007/172/EG der Kommission vom 19. März 2007 zur Einsetzung einer Koordinatorengruppe auf dem Gebiet der Anerkennung der Berufsqualifikationen (ABl. L 79 vom 20.3.2007, S. 38)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Verfahren für die Beteiligung San Marinos gemäß Artikel 81 Absatz 7 des Abkommens:

i) San Marino kann gemäß Artikel 4 Absatz 1 des Beschlusses 2007/172/EG der Kommission Beobachter zur Teilnahme an den Sitzungen der Koordinatorengruppe auf dem Gebiet der Anerkennung der Berufsqualifikationen ernennen,

ii) Die Kommission informiert die Teilnehmer rechtzeitig über die Sitzungstermine dieser Gruppe und lässt ihnen die entsprechenden Unterlagen zukommen.

3. 32015 R 0983: Durchführungsverordnung (EU) 2015/983 der Kommission vom 24. Juni 2015 betreffend das Verfahren zur Ausstellung des Europäischen Berufsausweises und die Anwendung des Vorwarnmechanismus gemäß der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 159 vom 25.6.2015, S. 27)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

www.parlament.gv.at

4. 32018 L 0958: Richtlinie (EU) 2018/958 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen (ABl. L 173 vom 9.7.2018, S. 25)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

5. 32019 R 0907: Delegierte Verordnung (EU) 2019/907 der Kommission vom 14. März 2019 zur Festlegung einer gemeinsamen Ausbildungsprüfung für Skilehrer gemäß Artikel 49b der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 145 vom 4.6.2019, S. 7)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

KAPITEL 2

RECHTSBERUFE

1. 31977 L 0249: Richtlinie 77/249/EWG des Rates vom 22. März 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte (ABl. L 78 vom 26.3.1977, S. 17), geändert durch:

   – 1 79 H: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Griechenland und die Anpassungen der Verträge (ABl. L 291 vom 19.11.1979, S. 17)

   – 1 85 I: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge (ABl. L 302 vom 15.11.1985, S. 23)

   – 1 03 T: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, angenommen am 16. April 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

   – 1 94 N: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21, geändert durch ABl. L 1 vom 1.1.1995, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32006 L 0100: Richtlinie 2006/100/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 141)

– 32013 L 0025: Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 368)

2. 31998 L 0005: Richtlinie 98/5/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 zur Erleichterung der ständigen Ausübung des Rechtsanwaltsberufs in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem die Qualifikation erworben wurde (ABl. L 77 vom 14.3.1998, S. 36), geändert durch:

– 1 03 T: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, angenommen am 16. April 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

– 32006 L 0100: Richtlinie 2006/100/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 141)

– 32013 L 0025: Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 368)

KAPITEL 3

HANDELS- UND VERMITTLUNGSTÄTIGKEITEN

1. 31974 L 0556: Richtlinie 74/556/EWG des Rates vom 4. Juni 1974 über die Einzelheiten der Übergangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Tätigkeiten des Handels mit und der Verteilung von Giftstoffen und der Tätigkeiten, die die berufliche Verwendung dieser Stoffe umfassen, einschließlich der Vermittlertätigkeiten (ABl. L 307 vom 18.11.1974, S. 1)

2. 31974 L 0557: Richtlinie 74/557/EWG des Rates vom 4. Juni 1974 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbstständigen Tätigkeiten und die Vermittlertätigkeiten des Handels mit und der Verteilung von Giftstoffen (ABl. L 307 vom 18.11.1974, S. 5), geändert durch:

   – 1 03 T: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, angenommen am 16. April 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

   – 1 94 N: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21, geändert durch ABl. L 1 vom 1.1.1995, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32006 L 0101: Richtlinie 2006/0101/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 238)

– 32013 L 0025: Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 368)

3. 31986 L 0653: Richtlinie 86/653/EWG des Rates vom 18. Dezember 1986 zur Koordinierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die selbstständigen Handelsvertreter (ABl. L 382 vom 31.12.1986, S. 17)

ANHANG VIII – SAN MARINO-PROTOKOLL

NIEDERLASSUNGSFREIHEIT

Liste nach Artikel 17 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Die folgenden sektoralen Anpassungen gelten angesichts seiner besonderen geografischen Lage für San Marino. Diese Regelung wird alle zehn Jahre überprüft.

I

Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten dürfen sich nur dann in San Marino aufhalten, wenn sie von den Behörden San Marinos eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben. Mit den unten aufgeführten Einschränkungen haben sie einen Rechtsanspruch auf diese Genehmigung. Für einen Zeitraum von weniger als drei Monaten brauchen Personen, die in San Marino keine Beschäftigung oder sonstige ständige Erwerbstätigkeit aufnehmen, und Personen, die grenzüberschreitende Dienste erbringen, keine derartige Aufenthaltsgenehmigung.

Die Bedingungen für Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten dürfen nicht restriktiver sein als diejenigen, die für Drittstaatsangehörige gelten.

www.parlament.gv.at

II

1. Langzeitaufenthaltsgenehmigungen

Die Zahl der neuen Aufenthaltsgenehmigungen für Aufenthalte von mehr als zwölf Monaten, die Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten, die in San Marino eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, jährlich zur Verfügung stehen, ist so zu bestimmen, dass der jährliche Nettoanstieg der Zahl der in San Marino wohnhaften wirtschaftlich aktiven Staatsangehörigen mindestens 3 % ihrer Anzahl im Vergleich zum 1. Januar des Vorjahres beträgt. Aufenthaltsgenehmigungen für im Laufe des Jahres eingebürgerte Personen sind von der Berechnungsgrundlage für das folgende Jahr abzuziehen. Über das Mindestmaß hinaus erteilte Langzeitaufenthaltsgenehmigungen sind nicht auf den für das Folgejahr fälligen Anstieg anzurechnen.

2. Kurzzeitaufenthaltsgenehmigungen

Die Behörden San Marinos erteilen Staatsangehörigen von EU-Mitgliedstaaten, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, Aufenthaltsgenehmigungen für einen Zeitraum von höchstens 12 Monaten. Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten, die im Besitz einer Kurzzeitaufenthaltsgenehmigung sind und eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, sind in das in Absatz 1 genannte Kontingent einzubeziehen. Diese Personen dürfen nach Ablauf der Aufenthaltsgenehmigung unter den in der Richtlinie 2004/38/EG festgelegten Bedingungen im Rahmen des Kontingents, unter dem sie in das Land eingereist sind, in San Marino bleiben. Eine im Rahmen des Kontingents zugeteilte Genehmigung wird umverteilt, wenn die Person, der sie zugeteilt wurde, ihren Wohnsitz in ein anderes Land verlagert. Die Zahl der Kurzzeitaufenthaltsgenehmigungen, die für die Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit zur Verfügung stehen, darf nicht um mehr als 10 % vom Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre abweichen.

www.parlament.gv.at

(3) Aufenthaltsrecht für Personen, die keine Erwerbstätigkeit ausüben

Ein zusätzliches jährliches Kontingent von 1 % der in Absatz 1 genannten Bemessungsgrundlage ist Staatsangehörigen von EU-Mitgliedstaaten vorbehalten, die sich auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie 2004/38/EG niederlassen wollen. Für Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten, die sich auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe c der Richtlinie niederlassen wollen, gilt keine Quote.

Die Behörden der Republik San Marino erteilen die Aufenthaltsgenehmigungen in nichtdiskriminierender Weise.

III

Familienangehörige der Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten, die ihren rechtmäßigen Aufenthalt in San Marino haben, haben ein Anrecht auf eine Aufenthaltsgenehmigung der gleichen Gültigkeitsdauer wie die der Person, von der sie abhängen. Sie haben das Recht, eine wirtschaftliche Tätigkeit aufzunehmen; in diesem Fall werden sie in die Anzahl der Aufenthaltsgenehmigungen einbezogen, die Erwerbstätigen gemäß Abschnitt II erteilt werden. Die Bedingungen des Abschnitts II dürfen jedoch nicht zu einer Ablehnung der Aufenthaltsgenehmigung herangezogen werden, wenn die jährliche Quote der Genehmigungen für Erwerbstätige erschöpft ist.

www.parlament.gv.at

IV

Das Recht auf Daueraufenthalt nach Kapitel IV der Richtlinie 2004/38/EG gilt für 1) Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten, die sich rechtmäßig und gemäß den in der Richtlinie vor der Anwendung dieses Abkommens festgelegten Bedingungen in San Marino aufgehalten haben; 2) Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten, die sich aufgrund einer auf der Grundlage dieser sektoralen Anpassung erteilten Aufenthaltsgenehmigung in San Marino aufhalten; 3) Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten, die sich rechtmäßig und im Einklang mit den in der Richtlinie festgelegten Bedingungen in San Marino aufhalten und nicht unter die Nummern 1 und 2 fallen. Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten, die unter den in der Richtlinie festgelegten Bedingungen ein Recht auf Daueraufenthalt haben, werden nicht mehr in die Anzahl der verfügbaren Aufenthaltsgenehmigungen einbezogen.

V

Wer eine Aufenthaltsgenehmigung beantragt, erhält spätestens vor Ablauf des zweiten Monats ab dem Tag der Antragstellung einen schriftlichen Bescheid. Abgelehnte Antragsteller haben ein Anrecht auf eine schriftliche Begründung der Ablehnung. Sie müssen die gleichen Rechtsbehelfe einlegen können, die den Staatsangehörigen San Marinos gegenüber Verwaltungsakten zustehen.

Das Aufenthaltsrecht von Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten wird durch die Ausstellung eines Aufenthaltsdokuments nachgewiesen, das die Anforderungen des Artikels 6 der Verordnung (EU) 2019/1157 erfüllt.
Das Aufenthaltsrecht von Familienangehörigen von Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten, die selbst nicht Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaats sind, wird durch die Ausstellung einer Aufenthaltskarte nachgewiesen, die die Anforderungen des Artikels 7 der Verordnung (EU) 2019/1157 erfüllt.

VI

Die Republik San Marino ist verpflichtet, der EU alle Informationen zu übermitteln, die erforderlich sind, um die Einhaltung dieser sektoralen Anpassung zu überprüfen.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31961 X 1202: Allgemeines Programm zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit (französische Fassung: ABl. P 2 vom 15. Januar 1962, S. 36; englische Fassung: englische Sonderausgabe, Reihe II Band IX S. 7)

2. 32006 L 0123: Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36)

3. 32004 L 0038: Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365/EWG und 93/96/EWG (ABl. L 158 vom 30.4.2004, S. 77), berichtigt in ABl. L 229 vom 29.6.2004, S. 35, ABl. L 30 vom 3.2.2005, S. 27, und ABl. L 197 vom 28.7.2005, S. 34

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke des Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Die Richtlinie gilt entsprechend für die unter diesen Anhang fallenden Bereiche.

   b) Das Abkommen gilt für Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten und San Marinos. Ihren Familienangehörigen mit Drittstaatsangehörigkeit stehen jedoch bestimmte aus der Richtlinie abgeleitete Rechte zu.

www.parlament.gv.at

c) Bezugnahmen auf „Unionsbürger“ beziehungsweise „Bürger der Union“ werden durch Bezugnahmen auf „Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten und San Marinos“ ersetzt.

d) In Artikel 24 Absatz 1 wird das Wort „Vertrag“ durch das Wort „Abkommen“ und die Worte „abgeleiteten Recht“ werden durch die Worte „im Abkommen aufgenommenen abgeleiteten Recht“ ersetzt.

4. 32019 R 1157: Verordnung (EU) 2019/1157 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Erhöhung der Sicherheit der Personalausweise von Unionsbürgern und der Aufenthaltsdokumente, die Unionsbürgern und deren Familienangehörigen ausgestellt werden, die ihr Recht auf Freizügigkeit ausüben (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 67)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Bezugnahmen auf „Unionsbürger“ beziehungsweise „Bürger der Union“ werden durch Bezugnahmen auf „Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten und San Marinos“ ersetzt.

b) In Artikel 3 Absatz 4 gilt der Einschub „im Negativdruck in einem blauen Rechteck, umgeben von zwölf gelben Sternen“ nicht für San Marino.

c) In Artikel 5 Absatz 1 werden für San Marino die Worte „am 3. August 2031“ durch die Worte „zehn Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt.

d) In Artikel 5 Absatz 2 werden für San Marino die Worte „am 3. August 2026“ durch die Worte „fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt.

e) In Artikel 6 Buchstabe h gilt der Einschub „im Negativdruck in einem blauen Rechteck, umgeben von zwölf gelben Sternen“ nicht für San Marino.

f) In Artikel 7 Absatz 2 werden die Worte „EU – Familienangehöriger“ für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union durch „San Marino – Familienangehöriger“ ersetzt.

g) In Artikel 8 Absatz 1 werden für San Marino die Worte „am 3. August 2026“ durch die Worte „fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt.

h) In Artikel 8 Absatz 2 werden für San Marino die Worte „am 3. August 2023“ durch die Worte „zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt.

i) In Artikel 10 Absatz 2 gelten die Wörter „in der Charta“ nicht für San Marino.

ANHANG IX – SAN MARINO-PROTOKOLL

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

Liste nach Artikel 24 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Versicherung 2
2 Banken und Kreditinstitute 22
3 Börse und Wertpapiermärkte 60
4 Betriebliche Altersversorgung 124
5 Bestimmungen für alle Arten von Finanzdienstleistungen 125

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

VERSICHERUNG

ABSCHNITT A

NICHTLEBENS- UND LEBENSVERSICHERUNG

1. 32009 L 0138: Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (Neufassung) (ABl. L 335 vom 17.12.2009, S. 1), berichtigt in ABl. L 219 vom 25.7.2014, S. 66, geändert durch:

   – 32012 L 0023: Richtlinie 2012/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. September 2012 (ABl. L 249 vom 14.9.2012, S. 1)

   – 32013 L 0058: Richtlinie 2013/58/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 1)

   – 32013 L 0023: Richtlinie 2013/23/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 362)

www.parlament.gv.at

– 32014 L 0051: Richtlinie 2014/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 1)

– 32018 L 0843: Richtlinie (EU) 2018/843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 156 vom 19.6.2018, S. 43)

– 32011 L 0089: Richtlinie 2011/89/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 (ABl. L 326 vom 8.12.2011, S. 113)

– 32016 L 2341: Richtlinie (EU) 2016/2341 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 354 vom 23.12.2016, S. 37)

2. 32015 D 1602: Delegierter Beschluss (EU) 2015/1602 der Kommission vom 5. Juni 2015 über die Gleichwertigkeit der in der Schweiz geltenden Solvabilitäts- und Aufsichtssysteme für Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen auf der Grundlage von Artikel 172 Absatz 2, Artikel 227 Absatz 4 und Artikel 260 Absatz 3 der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 95)

3. 32015 D 2290: Delegierter Beschluss (EU) 2015/2290 der Kommission vom 12. Juni 2015 über die vorläufige Gleichwertigkeit der geltenden Solvabilitätssysteme in Australien, Bermuda, Brasilien, Kanada, Mexiko und den Vereinigten Staaten, die auf Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen mit Sitz in diesen Ländern anwendbar sind (ABl. L 323 vom 9.12.2015, S. 22), berichtigt in ABl. L 328 vom 12.12.2015, S. 126, geändert durch:

– 32016 D 0309: Delegierter Beschluss (EU) 2016/309 der Kommission vom 26. November 2015 (ABl. L 58 vom 4.3.2016, S. 50)

4. 32016 D 0309: Delegierter Beschluss (EU) 2016/309 der Kommission vom 26. November 2015 über die Gleichwertigkeit des in Bermuda geltenden Aufsichtssystems für Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen mit dem in der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten System, und zur Änderung des Delegierten Beschlusses (EU) 2015/2290 der Kommission (ABl. L 58 vom 4.3.2016, S. 50)

5. 32016 D 0310: Delegierter Beschluss (EU) 2016/310 der Kommission vom 26. November 2015 über die Gleichwertigkeit des japanischen Solvabilitätssystems für Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen mit dem in der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten System (ABl. L 58 vom 4.3.2016, S. 55)

6. 32015 R 0035: Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 der Kommission vom 10. Oktober 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (ABl. L 12 vom 17.1.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 307 vom 25.11.2015, S. 31, und ABl. L 2 vom 6.1.2022, S. 8, geändert durch:

   – 32016 R 0467: Delegierte Verordnung (EU) 2016/467 der Kommission vom 30. September 2015 (ABl. L 85 vom 1.4.2016, S. 6)

   – 32016 R 2283: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2283 der Kommission vom 22. August 2016 (ABl. L 346 vom 20.12.2016, S. 11)

   – 32017 R 0669: Delegierte Verordnung (EU) 2017/669 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 97 vom 8.4.2017, S. 3)

– 32017 R 1542: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1542 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 236 vom 14.9.2017, S. 14), berichtigt in ABl. L 264 vom 13.10.2017, S. 24

– 32019 R 0981: Delegierte Verordnung (EU) 2019/981 der Kommission vom 8. März 2019 (ABl. L 161 vom 18.6.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 168 vom 25.6.2019, S. 16

– 32019 R 1865: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1865 der Kommission vom 6. Juni 2019 (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 3)

– 32020 R 0442: Delegierte Verordnung (EU) 2020/442 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 92 vom 26.3.2020, S. 1)

– 32020 R 0988: Delegierte Verordnung (EU) 2020/988 der Kommission vom 12. März 2020 (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 3)

– 32021 R 0526: Delegierte Verordnung (EU) 2021/526 der Kommission vom 23. Oktober 2020 (ABl. L 106 vom 26.3.2021, S. 29)

– 32021 R 1256: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1256 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 14)

7. 32015 R 0460: Durchführungsverordnung (EU) 2015/460 der Kommission vom 19. März 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich des Verfahrens zur Genehmigung eines internen Modells gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 76 vom 20.3.2015, S. 13)

8. 32015 R 0461: Durchführungsverordnung (EU) 2015/461 der Kommission vom 19. März 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich des Prozesses zur Erzielung einer gemeinsamen Entscheidung über den Antrag auf Verwendung eines gruppeninternen Modells gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 76 vom 20.3.2015, S. 19)

9. 32015 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) 2015/462 der Kommission vom 19. März 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich der Verfahren für die aufsichtliche Genehmigung für die Errichtung von Zweckgesellschaften, für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den Aufsichtsbehörden im Hinblick auf Zweckgesellschaften sowie zur Festlegung der Formate und Muster für die von Zweckgesellschaften gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vorzulegenden Angaben (ABl. L 76 vom 20.3.2015, S. 23)

10. 32015 R 0498: Durchführungsverordnung (EU) 2015/498 der Kommission vom 24. März 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Verfahren zur aufsichtlichen Genehmigung der Verwendung unternehmensspezifischer Parameter gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 79 vom 25.3.2015, S. 8)

11. 32015 R 0499: Durchführungsverordnung (EU) 2015/499 der Kommission vom 24. März 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Verfahren zur aufsichtlichen Genehmigung der Verwendung ergänzender Eigenmittelbestandteile gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 79 vom 25.3.2015, S. 12)

12. 32015 R 0500: Durchführungsverordnung (EU) 2015/500 der Kommission vom 24. März 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Verfahren zur aufsichtlichen Genehmigung der Anwendung einer Matching-Anpassung gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 79 vom 25.3.2015, S. 18)

13. 32015 R 2011: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2011 der Kommission vom 11. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Verzeichnisse regionaler und lokaler Gebietskörperschaften, für die gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates gilt, dass Risiken ihnen gegenüber als Risiken gegenüber dem Zentralstaat zu betrachten sind (ABl. L 295 vom 12.11.2015, S. 3)

14. 32015 R 2012: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2012 der Kommission vom 11. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf die Verfahren für Beschlüsse zur Festsetzung, Berechnung und Aufhebung von Kapitalaufschlägen im Einklang mit der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 12.11.2015, S. 5)

15. 32015 R 2013: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2013 der Kommission vom 11. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf Standardabweichungen bei gesundheitsbasierten Risikoausgleichssystemen gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 12.11.2015, S. 9)

16. 32015 R 2014: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2014 der Kommission vom 11. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Verfahren und Muster für die Übermittlung der Informationen an die für die Gruppenaufsicht zuständige Behörde und für den Informationsaustausch zwischen den Aufsichtsbehörden gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 12.11.2015, S. 11)

17. 32015 R 2015: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2015 der Kommission vom 11. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Verfahren zur Bewertung externer Ratings im Einklang mit der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 12.11.2015, S. 16)

18. 32015 R 2016: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2016 der Kommission vom 11. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf den Aktienindex für die symmetrische Anpassung der Standardkapitalanforderung für Aktienanlagen gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 12.11.2015, S. 18)

19. 32015 R 2017: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2017 der Kommission vom 11. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf die angepassten Faktoren zur Berechnung der Kapitalanforderung für das Wechselkursrisiko für an den Euro gekoppelte Währungen im Einklang mit der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 295 vom 12.11.2015, S. 21)

20. 32015 R 2450: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2450 der Kommission vom 2. Dezember 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich der Meldebögen für die Übermittlung von Informationen an die Aufsichtsbehörde gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 347 vom 31.12.2015, S. 1), geändert durch:

    – 32016 R 1868: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1868 der Kommission vom 20. Oktober 2016 (ABl. L 286 vom 21.10.2016, S. 35)

    – 32017 R 2189: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2189 der Kommission vom 24. November 2017 (ABl. L 310 vom 25.11.2017, S. 3)

– 32018 R 1844: Verordnung (EU) 2018/1844 der Kommission vom 23. November 2018 (ABl. L 299 vom 26.11.2018, S. 5)

– 32019 R 2103: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2103 der Kommission vom 27. November 2019 (ABl. L 318 vom 10.12.2019, S. 13)

– 32020 R 0657: Durchführungsverordnung (EU) 2020/657 der Kommission vom 15. Mai 2020 (ABl. L 155 vom 18.5.2020, S. 1)

21. 32015 R 2451: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2451 der Kommission vom 2. Dezember 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Meldebögen und die Struktur für die gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates von den Aufsichtsbehörden offenzulegenden Informationen (ABl. L 347 vom 31.12.2015, S. 1224)

22. 32015 R 2452: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2452 der Kommission vom 2. Dezember 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich der Verfahren, Formate und Meldebögen für den Bericht über Solvabilität und Finanzlage gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 347 vom 31.12.2015, S. 1285), geändert durch:

– 32017 R 2190: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2190 der Kommission vom 24. November 2017 (ABl. L 310 vom 25.11.2017, S. 30)

– 32018 R 1843: Verordnung (EU) 2018/1843 der Kommission vom 23. November 2018 (ABl. L 299 vom 26.11.2018, S. 2)

– 32019 R 2102: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2102 der Kommission vom 27. November 2019 (ABl. L 318 vom 10.12.2019, S. 6)

23. 32016 R 0165: Durchführungsverordnung (EU) 2016/165 der Kommission vom 5. Februar 2016 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 1. Januar bis zum 30. März 2016 im Einklang mit der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates („Solvabilität II“) (ABl. L 32 vom 9.2.2016, S. 31)

24. 32016 R 0869: Durchführungsverordnung (EU) 2016/869 der Kommission vom 27. Mai 2016 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. März bis 29. Juni 2016 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 147 vom 3.6.2016, S. 1)

25. 32016 R 1376: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1376 der Kommission vom 8. August 2016 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. Juni bis 29. September 2016 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 224 vom 18.8.2016, S. 1)

26. 32016 R 1630: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1630 der Kommission vom 9. September 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Verfahren zur Anwendung der Übergangsmaßnahme für das Untermodul „Aktienrisiko“ im Einklang mit der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 243 vom 10.9.2016, S. 1)

27. 32016 R 1800: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1800 der Kommission vom 11. Oktober 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Zuweisung der Ratings externer Ratingagenturen zu einer objektiven Skala von Bonitätsstufen gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 275 vom 12.10.2016, S. 19), geändert durch:

– 32018 R 0633: Durchführungsverordnung (EU) 2018/633 der Kommission vom 24. April 2018 (ABl. L 105 vom 25.4.2018, S. 6)

– 32020 R 0744: Durchführungsverordnung (EU) 2020/744 der Kommission vom 4. Juni 2020 (ABl. L 176 vom 5.6.2020, S. 4)

– 32021 R 2006: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2006 der Kommission vom 16. November 2021 (ABl. L 407 vom 17.11.2021, S. 18)

28. 32016 R 1976: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1976 der Kommission vom 10. November 2016 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. September bis 30. Dezember 2016 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 309 vom 16.11.2016, S. 1)

29. 32018 R 0165: Durchführungsverordnung (EU) 2018/165 der Kommission vom 31. Januar 2018 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. Dezember 2017 bis 30. März 2018 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 31 vom 3.2.2018, S. 3)

30. 32018 R 0730: Durchführungsverordnung (EU) 2018/730 der Kommission vom 4. Mai 2018 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. März 2018 bis 29. Juni 2018 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 6)

31. 32018 R 1078: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1078 der Kommission vom 30. Juli 2018 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. Juni 2018 bis 29. September 2018 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 194 vom 31.7.2018, S. 47)

32. 32017 R 0309: Durchführungsverordnung (EU) 2017/309 der Kommission vom 23. Februar 2017 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. Dezember 2016 bis 30. März 2017 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 53 vom 28.2.2017, S. 1)

33. 32017 R 0812: Durchführungsverordnung (EU) 2017/812 der Kommission vom 15. Mai 2017 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. März bis 29. Juni 2017 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 126 vom 18.5.2017, S. 1)

34. 32017 R 1421: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1421 der Kommission vom 2. August 2017 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. Juni bis 29. September 2017 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 204 vom 5.8.2017, S. 7)

35. 32017 R 2015: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2015 der Kommission vom 9. November 2017 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. September 2017 bis 30. Dezember 2017 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 296 vom 14.11.2017, S. 1)

36. 32018 R 1699: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1699 der Kommission vom 9. November 2018 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. September 2018 bis 30. Dezember 2018 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 285 vom 13.11.2018, S. 1)

37. 32019 R 0228: Durchführungsverordnung (EU) 2019/228 der Kommission vom 7. Februar 2019 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. Dezember 2018 bis 30. März 2019 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 37 vom 8.2.2019, S. 22)

38. 32019 R 0699: Durchführungsverordnung (EU) 2019/699 der Kommission vom 6. Mai 2019 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. März 2019 bis 29. Juni 2019 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 119 vom 7.5.2019, S. 70)

39. 32019 R 1285: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1285 der Kommission vom 30. Juli 2019 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. Juni 2019 bis 29. September 2019 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 202 vom 31.7.2019, S. 1)

40. 32019 R 1902: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1902 der Kommission vom 7. November 2019 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. September 2019 bis 30. Dezember 2019 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 293 vom 14.11.2019, S. 5)

41. 32020 R 0193: Durchführungsverordnung (EU) 2020/193 der Kommission vom 12. Februar 2020 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. Dezember 2019 bis 30. März 2020 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 40 vom 13.2.2020, S. 18)

42. 32020 R 0641: Durchführungsverordnung (EU) 2020/641 der Kommission vom 12. Mai 2020 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. März 2020 bis 29. Juni 2020 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 150 vom 13.5.2020, S. 34)

43. 32020 R 1145: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1145 der Kommission vom 31. Juli 2020 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. Juni 2020 bis 29. September 2020 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 250 vom 3.8.2020, S. 1)

44. 32020 R 1647: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1647 der Kommission vom 9. November 2020 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. September 2020 bis 30. Dezember 2020 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 375 vom 10.11.2020, S. 1)

45. 32021 R 0178: Durchführungsverordnung (EU) 2021/178 der Kommission vom 8. Februar 2021 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. Dezember 2020 bis 30. März 2021 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 53 vom 16.2.2021, S. 6)

46. 32021 R 0744: Durchführungsverordnung (EU) 2021/744 der Kommission vom 6. Mai 2021 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. März 2021 bis 29. Juni 2021 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 160 vom 7.5.2021, S. 3)

47. 32021 R 1354: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1354 der Kommission vom 6. August 2021 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. Juni 2021 bis 29. September 2021 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 291 vom 13.8.2021, S. 24)

48. 32021 R 1964: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1964 der Kommission vom 11. November 2021 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. September 2021 bis 30. Dezember 2021 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 400 vom 12.11.2021, S. 52)

49. 32022 R 0186: Durchführungsverordnung (EU) 2022/186 der Kommission vom 10. Februar 2022 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. Dezember 2021 bis 30. März 2022 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 7)

50. 32022 R 0732: Durchführungsverordnung (EU) 2022/732 der Kommission vom 12. Mai 2022 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. März 2022 bis 29. Juni 2022 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 136 vom 13.5.2022, S. 8)

51. 32022 R 1384: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1384 der Kommission vom 8. August 2022 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. Juni 2022 bis 29. September 2022 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 207 vom 9.8.2022, S. 24)

52. 32022 R 2282: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2282 der Kommission vom 21. November 2022 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 30. September 2022 bis 30. Dezember 2022 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 301 vom 22.11.2022, S. 22)

53. 32023 R 0266: Durchführungsverordnung (EU) 2023/266 der Kommission vom 9. Februar 2023 zur Festlegung technischer Informationen für die Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen und Basiseigenmitteln für Meldungen mit Stichtagen vom 31. Dezember 2022 bis 30. März 2023 gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 41 vom 10.2.2023, S. 77)

54. Richtlinie (EU) 2019/2177 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2019 zur Änderung der Richtlinie 2009/138/EG betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II), der Richtlinie 2014/65/EU über Märkte für Finanzinstrumente, und der Richtlinie (EU) 2015/849 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (ABl. L 334 vom 27.12.2019, S. 155)

ABSCHNITT B

KFZ-VERSICHERUNG

54. 32009 L 0103: Richtlinie 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht (kodifizierte Fassung) (ABl. L 263 vom 7.10.2009, S. 11)

55. 32003 D 0564: Entscheidung 2003/564/EG der Kommission vom 28. Juli 2003 zur Durchführung der Richtlinie 72/166/EWG des Rates in Bezug auf die Kontrolle der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. L 192 vom 31.7.2003, S. 23)

56. 32004 D 0332: Entscheidung 2004/332/EG der Kommission vom 2. April 2004 zur Durchführung der Richtlinie 72/166/EWG des Rates in Bezug auf die Kontrolle der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. L 105 vom 14.4.2004, S. 39)

57. 32005 D 0849: Entscheidung 2005/849/EG der Kommission vom 29. November 2005 zur Durchführung der Richtlinie 72/166/EWG des Rates in Bezug auf die Kontrolle der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. L 315 vom 1.12.2005, S. 16)

58. 32007 D 0482: Entscheidung 2007/482/EG der Kommission vom 9. Juli 2007 zur Durchführung der Richtlinie 72/166/EWG des Rates in Bezug auf die Kontrolle der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. L 180 vom 10.7.2007, S. 42)

59. 32011 D 0754: Durchführungsbeschluss 2011/754/EU der Kommission vom 22. November 2011 zur Durchführung der Richtlinie 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Kontrolle der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. L 310 vom 25.11.2011, S. 17)

60. 32020 D 1358: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1358 der Kommission vom 28. September 2020 zur Anwendung der Richtlinie 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Kontrolle der Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge mit gewöhnlichem Standort in Bosnien und Herzegowina (ABl. L 314 vom 29.9.2020, S. 66)

61. 32021 D 1145: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1145 der Kommission vom 30. Juni 2021 zur Anwendung der Richtlinie 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Kontrolle der Haftpflichtversicherung bei Fahrzeugen mit gewöhnlichem Standort in Montenegro und im Vereinigten Königreich (ABl. L 247 vom 13.7.2021, S. 100)

ABSCHNITT C

BEAUFSICHTIGUNG UND ABSCHLÜSSE

62. 31991 L 0674: Richtlinie 91/674/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Versicherungsunternehmen (ABl. L 374 vom 31.12.1991, S. 7), geändert durch:

– 32003 L 0051: Richtlinie 2003/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 178 vom 17.7.2003, S. 16)

– 32006 L 0046: Richtlinie 2006/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 (ABl. L 224 vom 16.8.2006, S. 1)

ABSCHNITT D

SONSTIGES

63. 32016 L 0097: Richtlinie (EU) 2016/97 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Januar 2016 über Versicherungsvertrieb (Neufassung) (ABl. L 26 vom 2.2.2016, S. 19), geändert durch:

– 32018 L 0411: Richtlinie (EU) 2018/411 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2018 (ABl. L 76 vom 19.3.2018, S. 28)

– 32019 R 1935: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1935 der Kommission vom 13. Mai 2019 (ABl. L 301 vom 22.11.2019, S. 3)

www.parlament.gv.at

64. 32017 R 1469: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1469 der Kommission vom 11. August 2017 zur Festlegung eines Standardformats für das Informationsblatt zu Versicherungsprodukten (ABl. L 209 vom 12.8.2017, S. 19)

65. 32017 R 2358: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2358 der Kommission vom 21. September 2017 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2016/97 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Aufsichts- und Lenkungsanforderungen für Versicherungsunternehmen und Versicherungsvertreiber (ABl. L 341 vom 20.12.2017, S. 1), geändert durch:

– 32018 R 0541: Delegierte Verordnung (EU) 2018/541 der Kommission vom 20. Dezember 2017 (ABl. L 90 vom 6.4.2018, S. 59)

– 32021 R 1257: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1257 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 18)

66. 32017 R 2359: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2359 der Kommission vom 21. September 2017 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2016/97 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die für den Vertrieb von Versicherungsanlageprodukten geltenden Informationspflichten und Wohlverhaltensregeln (ABl. L 341 vom 20.12.2017, S. 8), geändert durch:

– 32018 R 0541: Delegierte Verordnung (EU) 2018/541 der Kommission vom 20. Dezember 2017 (ABl. L 90 vom 6.4.2018, S. 59)

– 32021 R 1257: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1257 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 18)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

BANKEN UND KREDITINSTITUTE

ABSCHNITT A

KOORDINIERUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN ÜBER DIE NIEDERLASSUNGSFREIHEIT UND DEN FREIEN DIENSTLEISTUNGSVERKEHR

1. 32013 L 0036: Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338), berichtigt in ABl. L 208 vom 2.8.2013, S. 73, und ABl. L 20 vom 25.1.2017, S. 1, geändert durch:

   – 32014 L 0059: Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 190)

   – 32015 L 2366: Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 35), berichtigt in ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 97

   – 32018 L 0843: Richtlinie (EU) 2018/843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 156 vom 19.6.2018, S. 43)

www.parlament.gv.at

– 32019 L 0878: Richtlinie (EU) 2019/878 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 (ABl. L 150 vom 7.6.2019, S. 253), berichtigt in ABl. L 212 vom 3.7.2020, S. 20

– 32021 L 0338: Richtlinie (EU) 2021/338 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 14)

2. 32013 R 0575: Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 208 vom 2.8.2013, S. 68, ABl. L 321 vom 30.11.2013, S. 6, und ABl. L 20 vom 25.1.2017, S. 2, geändert durch:

– 32017 R 2395: Verordnung (EU) 2017/2395 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 27)

– 32015 R 0062: Delegierte Verordnung (EU) 2015/62 der Kommission vom 10. Oktober 2014 (ABl. L 11 vom 17.1.2015, S. 37)

– 32016 R 1014: Verordnung (EU) 2016/1014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 153)

– 32019 R 0630: Verordnung (EU) 2019/630 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 (ABl. L 111 vom 25.4.2019, S. 4), berichtigt in ABl. L 111 vom 17.4.2019, S. 5

– 32017 R 2188: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2188 der Kommission vom 11. August 2017 (ABl. L 310 vom 25.11.2017, S. 1)

– 32018 R 0405: Delegierte Verordnung (EU) 2018/405 der Kommission vom 21. November 2017 (ABl. L 74 vom 16.3.2018, S. 3)

– 32019 R 0876: Verordnung (EU) 2019/876 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 (ABl. L 150 vom 7.6.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 65 vom 25.2.2021, S. 61, und ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 32

– 32020 R 0873: Verordnung (EU) 2020/873 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2020 (ABl. L 204 vom 26.6.2020, S. 4)

– 32021 R 0424: Delegierte Verordnung (EU) 2021/424 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 84 vom 11.3.2021, S. 1)

– 32019 R 2160: Verordnung (EU) 2019/2160 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 1)

– 32022 R 2257: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2257 der Kommission vom 11. August 2022 (ABl. L 299 vom 18.11.2022, S. 1)

– Verordnung (EU) 2021/558 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 mit dem Ziel, die wirtschaftliche Erholung von der COVID-19-Krise durch Anpassungen am Verbriefungsrahmen zu unterstützen (ABl. L 116 vom 6.4.2021, S. 25)

3. 32014 R 0241: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 241/2014 der Kommission vom 7. Januar 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Eigenmittelanforderungen an Institute (ABl. L 74 vom 14.3.2014, S. 8), geändert durch:

   – 32015 R 0488: Delegierte Verordnung (EU) 2015/488 der Kommission vom 4. September 2014 (ABl. L 78 vom 24.3.2015, S. 1)

   – 32015 R 0850: Delegierte Verordnung (EU) 2015/850 der Kommission vom 30. Januar 2015 (ABl. L 135 vom 2.6.2015, S. 1)

   – 32015 R 0923: Delegierte Verordnung (EU) 2015/923 der Kommission vom 11. März 2015 (ABl. L 150 vom 17.6.2015, S. 1)

   – 32020 R 2176: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2176 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 433 vom 22.12.2020, S. 27)

4. 32021 R 0451: Durchführungsverordnung (EU) 2021/451 der Kommission vom 17. Dezember 2020 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates auf die aufsichtlichen Meldungen der Institute und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 680/2014 (ABl. L 97 vom 19.3.2021, S. 1), geändert durch:

   – 32022 R 0185: Durchführungsverordnung (EU) 2022/185 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 5)

5. 32015 R 0061: Delegierte Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission vom 10. Oktober 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liquiditätsdeckungsanforderung an Kreditinstitute (ABl. L 11 vom 17.1.2015, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 1620: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1620 der Kommission vom 13. Juli 2018 (ABl. L 271 vom 30.10.2018, S. 10)

   – 32022 R 0786: Delegierte Verordnung (EU) 2022/786 der Kommission vom 10. Februar 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 1)

6. 32015 R 0585: Delegierte Verordnung (EU) 2015/585 der Kommission vom 18. Dezember 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Nachschuss-Risikoperioden (ABl. L 98 vom 15.4.2015, S. 1)

7. 32016 R 0100: Durchführungsverordnung (EU) 2016/100 der Kommission vom 16. Oktober 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards zur Spezifizierung des Verfahrens für gemeinsame Entscheidungen über Anträge auf bestimmte aufsichtliche Genehmigungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 45)

8. 32016 R 0101: Delegierte Verordnung (EU) 2016/101 der Kommission vom 26. Oktober 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die vorsichtige Bewertung nach Artikel 105 Absatz 14 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 54), berichtigt in ABl. L 28 vom 4.2.2016, S. 17, geändert durch:

   – 32020 R 0866: Delegierte Verordnung (EU) 2020/866 der Kommission vom 28. Mai 2020 (ABl. L 201 vom 25.6.2020, S. 1)

9. 32021 R 0637: Durchführungsverordnung (EU) 2021/637 der Kommission vom 15. März 2021 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Offenlegung der in Teil 8 Titel II und III der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates genannten Informationen durch die Institute und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423/2013 der Kommission, der Delegierten Verordnung (EU) 2015/1555 der Kommission, der Durchführungsverordnung (EU) 2016/200 der Kommission und der Delegierten Verordnung (EU) 2017/2295 der Kommission (ABl. L 136 vom 21.4.2021, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 1018: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1018 der Kommission vom 22. Juni 2021 (ABl. L 224 vom 24.6.2021, S. 6)

   – 32022 R 0631: Durchführungsverordnung (EU) 2022/631 der Kommission vom 13. April 2022 (ABl. L 117 vom 19.4.2022, S. 3)

   – 32022 R 2453: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2453 der Kommission vom 30. November 2022 (ABl. L 324 vom 19.12.2022, S. 1)

10. 32014 R 0183: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 183/2014 der Kommission vom 20. Dezember 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Berechnung der spezifischen und allgemeinen Kreditrisikoanpassungen (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 3), geändert durch:

   – 32022 R 0954: Delegierte Verordnung (EU) 2022/954 der Kommission vom 12. Mai 2022 (ABl. L 165 vom 21.6.2022, S. 24)

11. 32014 R 0523: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 523/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen festgelegt wird, was eine enge Übereinstimmung zwischen dem Wert der gedeckten Schuldverschreibungen und dem Wert der Aktiva eines Instituts darstellt (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 4)

12. 32014 R 0525: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 525/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Definition des Terminus „Markt“ (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 15)

13. 32014 R 0526: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 526/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Ermittlung eines Näherungswerts für die Risikoprämie und für die Bestimmung begrenzter kleinerer Portfolios für das Risiko einer Anpassung der Kreditbewertung (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 17)

14. 32014 R 0528: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 528/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für Nicht-Delta-Risiken von Optionen gemäß dem standardisierten Marktrisiko-Ansatz (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 29), berichtigt in ABl. L 265 vom 5.9.2014, S. 32, geändert durch:

    – 32016 R 0861: Delegierte Verordnung (EU) 2016/861 der Kommission vom 18. Februar 2016 (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 21)

15. 32014 R 0529: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 529/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Beurteilung der Wesentlichkeit von Erweiterungen und Änderungen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes und des fortgeschrittenen Messansatzes (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 36), geändert durch:

    – 32015 R 0942: Delegierte Verordnung (EU) 2015/942 der Kommission vom 4. März 2015 (ABl. L 154 vom 19.6.2015, S. 1)

16. 32014 R 0591: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 591/2014 der Kommission vom 3. Juni 2014 zur Verlängerung der in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 165 vom 4.6.2014, S. 31)

17. 32014 R 0602: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 602/2014 der Kommission vom 4. Juni 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards zur Erleichterung der Konvergenz der Aufsichtspraxis bezüglich der Anwendung zusätzlicher Risikogewichte gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 166 vom 5.6.2014, S. 22)

18. 32014 R 0625: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 625/2014 der Kommission vom 13. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Anforderungen, denen Anleger, Sponsoren, ursprüngliche Kreditgeber und Originatoren in Bezug auf Risikopositionen aus übertragenen Kreditrisiken unterliegen (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 16), geändert durch:

    – 32015 R 1798: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1798 der Kommission vom 2. Juli 2015 (ABl. L 263 vom 8.10.2015, S. 12)

19. 32014 R 0945: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 945/2014 der Kommission vom 4. September 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf relevante angemessen breit gestreute Indizes gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 265 vom 5.9.2014, S. 3), geändert durch:

    – 32020 R 0125: Durchführungsverordnung (EU) 2020/125 der Kommission vom 29. Januar 2020 (ABl. L 24 vom 30.1.2020, S. 1)

20. 32014 R 1187: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1187/2014 der Kommission vom 2. Oktober 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Bestimmung der Gesamtrisikoposition gegenüber einem Kunden oder einer Gruppe verbundener Kunden bei Geschäften mit zugrunde liegenden Vermögenswerten (ABl. L 324 vom 7.11.2014, S. 1)

21. 32021 D 1753: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1753 der Kommission vom 1. Oktober 2021 über die Gleichwertigkeit der aufsichtlichen und rechtlichen Anforderungen bestimmter Drittländer und Gebiete für die Zwecke der Behandlung von Risikopositionen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 349 vom 4.10.2021, S. 31)

22. 32015 R 0233: Durchführungsverordnung (EU) 2015/233 der Kommission vom 13. Februar 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Währungen, deren Zentralbankfähigkeit äußerst eng definiert ist (ABl. L 39 vom 14.2.2015, S. 11)

23. 32015 R 1556: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1556 der Kommission vom 11. Juni 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Übergangsbehandlung von Beteiligungspositionen bei der Anwendung des IRB-Ansatzes (ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 9)

24. 32015 R 2197: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2197 der Kommission vom 27. November 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf eng verbundene Währungen im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 313 vom 28.11.2015, S. 30), geändert durch:

   – 32018 R 1580: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1580 der Kommission vom 19. Oktober 2018 (ABl. L 263 vom 22.10.2018, S. 53)

   – 32019 R 2091: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2091 der Kommission vom 28. November 2019 (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 38)

   – 32021 R 0249: Durchführungsverordnung (EU) 2021/249 der Kommission vom 17. Februar 2021 (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 86)

25. 32015 R 2344: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2344 der Kommission vom 15. Dezember 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf Währungen mit begrenzter Verfügbarkeit liquider Aktiva gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 330 vom 16.12.2015, S. 26)

26. 32016 R 0709: Delegierte Verordnung (EU) 2016/709 der Kommission vom 26. Januar 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Voraussetzungen für die Anwendung der Ausnahmen bezüglich Währungen mit begrenzter Verfügbarkeit liquider Aktiva (ABl. L 125 vom 13.5.2016, S. 1)

27. 32016 R 1646: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1646 der Kommission vom 13. September 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf Hauptindizes und anerkannte Börsen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (ABl. L 245 vom 14.9.2016, S. 5), geändert durch:

– 32022 R 1650: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1650 der Kommission vom 24. März 2022 (ABl. L 249 vom 27.9.2022, S. 1)

28. 32016 R 1799: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1799 der Kommission vom 7. Oktober 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Zuordnung der Bonitätsbeurteilungen des Kreditrisikos durch externe Ratingagenturen gemäß Artikel 136 Absatz 1 und Artikel 136 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 275 vom 12.10.2016, S. 3), geändert durch:

– 32018 R 0634: Durchführungsverordnung (EU) 2018/634 der Kommission vom 24. April 2018 (ABl. L 105 vom 25.4.2018, S. 14)

– 32019 R 2028: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2028 der Kommission vom 29. November 2019 (ABl. L 313 vom 4.12.2019, S. 34)

– 32021 R 2005: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2005 der Kommission vom 16. November 2021 (ABl. L 407 vom 17.11.2021, S. 10)

29. 32016 R 1801: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1801 der Kommission vom 11. Oktober 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Zuordnung der Bonitätsbeurteilungen für Verbriefungen durch externe Ratingagenturen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 275 vom 12.10.2016, S. 27), geändert durch:

– 32022 R 2365: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2365 der Kommission vom 2. Dezember 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 101)

30. 32017 R 0072: Delegierte Verordnung (EU) 2017/72 der Kommission vom 23. September 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Bedingungen für Genehmigungen zum Datenverzicht (ABl. L 10 vom 14.1.2017, S. 1)

31. 32017 R 0208: Delegierte Verordnung (EU) 2017/208 der Kommission vom 31. Oktober 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards im Hinblick auf zusätzliche Liquiditätsabflüsse für Sicherheiten, die aufgrund der Auswirkungen ungünstiger Marktbedingungen auf die Derivatgeschäfte eines Instituts benötigt werden (ABl. L 33 vom 8.2.2017, S. 14)

32. 32014 R 1317: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1317/2014 der Kommission vom 11. Dezember 2014 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 355 vom 12.12.2014, S. 6)

33. 32015 R 0880: Durchführungsverordnung (EU) 2015/880 der Kommission vom 4. Juni 2015 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 143 vom 9.6.2015, S. 7), berichtigt in ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 60

34. 32015 R 2326: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2326 der Kommission vom 11. Dezember 2015 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 328 vom 12.12.2015, S. 108)

35. 32016 R 0892: Durchführungsverordnung (EU) 2016/892 der Kommission vom 7. Juni 2016 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 151 vom 8.6.2016, S. 4)

36. 32016 R 2227: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2227 der Kommission vom 9. Dezember 2016 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 336 vom 10.12.2016, S. 36)

37. 32017 R 0954: Durchführungsverordnung (EU) 2017/954 der Kommission vom 6. Juni 2017 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 144 vom 7.6.2017, S. 14)

38. 32017 R 1230: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1230 der Kommission vom 31. Mai 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Spezifizierung der zusätzlichen objektiven Kriterien für die Anwendung einer günstigeren Liquiditätsabfluss- oder -zuflussrate bei grenzüberschreitenden, nicht in Anspruch genommenen Kredit- oder Liquiditätsfazilitäten innerhalb einer Gruppe oder eines institutsbezogenen Sicherungssystems (ABl. L 177 vom 8.7.2017, S. 7)

39. 32018 R 0171: Delegierte Verordnung (EU) 2018/171 der Kommission vom 19. Oktober 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards bezüglich der Erheblichkeitsschwelle für überfällige Verbindlichkeiten (ABl. L 32 vom 6.2.2018, S. 1)

40. 32018 R 0728: Delegierte Verordnung (EU) 2018/728 der Kommission vom 24. Januar 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für Verfahren, nach denen Geschäfte mit in Drittländern niedergelassenen nichtfinanziellen Gegenparteien von der Eigenmittelanforderung für das CVA-Risiko ausgenommen werden können (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 1)

41. 32018 R 0959: Delegierte Verordnung (EU) 2018/959 der Kommission vom 14. März 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Beurteilungsmethode, nach der die zuständigen Behörden Instituten die Verwendung fortgeschrittener Messansätze für operationelle Risiken gestatten (ABl. L 169 vom 6.7.2018, S. 1)

42. 32017 R 2241: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2241 der Kommission vom 6. Dezember 2017 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 322 vom 7.12.2017, S. 27)

43. 32018 R 0815: Durchführungsverordnung (EU) 2018/815 der Kommission vom 1. Juni 2018 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 137 vom 4.6.2018, S. 3)

44. 32018 R 1889: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1889 der Kommission vom 4. Dezember 2018 zur Verlängerung der in den Verordnungen (EU) Nr. 575/2013 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangszeiträume in Bezug auf die Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 309 vom 5.12.2018, S. 1)

45. 32021 R 0453: Durchführungsverordnung (EU) 2021/453 der Kommission vom 15. März 2021 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die besonderen Meldepflichten für Marktrisiken (ABl. L 89 vom 16.3.2021, S. 3), berichtigt in ABl. L 106 vom 26.3.2021, S. 71

46. 32021 R 0598: Delegierte Verordnung (EU) 2021/598 der Kommission vom 14. Dezember 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Zuweisung von Risikogewichten für Spezialfinanzierungsrisikopositionen (ABl. L 127 vom 14.4.2021, S. 1)

47. 32021 R 0930: Delegierte Verordnung (EU) 2021/930 der Kommission vom 1. März 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung von Art, Schwere und Dauer eines Konjunkturabschwungs im Sinne von Artikel 181 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 182 Absatz 1 Buchstabe b jener Verordnung (ABl. L 204 vom 10.6.2021, S. 1)

48. 32021 R 0931: Delegierte Verordnung (EU) 2021/931 der Kommission vom 1. März 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Methode zur Ermittlung der Derivategeschäfte mit einem oder mehreren wesentlichen Risikofaktoren für die Zwecke von Artikel 277 Absatz 5, der Formel für die Berechnung des Aufsichtsdeltas von Kauf- und Verkaufsoptionen der Kategorie „Zinsrisiko“ und der Methode zur Bestimmung eines Geschäfts als Kauf- oder Verkaufsposition im primären Risikofaktor oder im wesentlichsten Risikofaktor der betreffenden Risikokategorie für die Zwecke von Artikel 279a Absatz 3 Buchstaben a und b des Standardansatzes für das Gegenparteiausfallrisiko (ABl. L 204 vom 10.6.2021, S. 7)

49. 32021 R 1043: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1043 der Kommission vom 24. Juni 2021 zur Verlängerung der in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Übergangsbestimmungen zu den Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (ABl. L 225 vom 25.6.2021, S. 52)

50. 32021 R 0763: Durchführungsverordnung (EU) 2021/763 der Kommission vom 23. April 2021 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die aufsichtlichen Meldungen und die Offenlegung der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (ABl. L 168 vom 12.5.2021, S. 1)

51. 32019 R 2160: Verordnung (EU) 2019/2160 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 hinsichtlich Risikopositionen in Form gedeckter Schuldverschreibungen (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 1)

52. 32022 R 0439: Delegierte Verordnung (EU) 2022/439 der Kommission vom 20. Oktober 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Bewertungsmethode, nach der die zuständigen Behörden beurteilen, ob Kreditinstitute und Wertpapierfirmen die Anforderungen für die Anwendung des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes (IRB-Ansatzes) erfüllen (ABl. L 90 vom 18.3.2022, S. 1)

53. 32022 R 0676: Delegierte Verordnung (EU) 2022/676 der Kommission vom 3. Dezember 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Bedingungen für eine Konsolidierung in den in Artikel 18 Absätze 3 bis 6 sowie 8 beschriebenen Fällen (ABl. L 123 vom 26.4.2022, S. 1)

54. 32022 R 1011: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1011 der Kommission vom 10. März 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zur Festlegung, wie die indirekten Risikopositionen gegenüber einem Kunden aus Derivatkontrakten und aus Kreditderivatkontrakten zu ermitteln sind, wenn der Kontrakt nicht direkt mit dem Kunden abgeschlossen wurde, jedoch der zugrunde liegende Schuldtitel oder das zugrunde liegende Eigenkapitalinstrument von diesem Kunden begeben wurde (ABl. L 170 vom 28.6.2022, S. 22)

55. 32022 R 2058: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2058 der Kommission vom 28. Februar 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Bestimmung der Liquiditätshorizonte beim alternativen auf einem internen Modell beruhenden Ansatz gemäß Artikel 325bd Absatz 7 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 40)

56. 32022 R 2059: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2059 der Kommission vom 14. Juni 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Spezifizierung der technischen Einzelheiten der Anforderungen an Rückvergleiche und die Gewinn- und Verlustzuweisung gemäß den Artikeln 325bf und 325bg der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 47)

57. 32022 R 2060: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2060 der Kommission vom 14. Juni 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Kriterien für die Bewertung der Modellierbarkeit von Risikofaktoren im Rahmen des auf einem internen Modell basierenden Ansatzes (IMA) und zur Festlegung der Häufigkeit dieser Bewertung gemäß Artikel 325be Absatz 3 der Verordnung (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 60)

58. 32022 R 2328: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2328 der Kommission vom 16. August 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung, was ein exotischer Basiswert ist und welche Instrumente für die Zwecke der Berechnung der Eigenmittelanforderungen als Instrumente mit Restrisiken gelten (ABl. L 308 vom 29.11.2022, S. 1)

www.parlament.gv.at

59. 32023 R 0511: Delegierte Verordnung (EU) 2023/511 der Kommission vom 24. November 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge von Organismen für gemeinsame Anlagen im Rahmen des mandatsbasierten Ansatzes (ABl. L 71 vom 9.3.2023, S. 1)

60. 32014 R 0710: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 710/2014 der Kommission vom 23. Juni 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf das Vorgehen bei der Beschlussfassung in Bezug auf gemeinsame Entscheidungen über institutsspezifische Aufsichtsanforderungen gemäß der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 188 vom 27.6.2014, S. 19)

61. 32014 R 0926: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 926/2014 der Kommission vom 27. August 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf Standardformulare, -meldebögen und -verfahren für Notifizierungen im Zusammenhang mit der Ausübung des Niederlassungsrechts und des freien Dienstleistungsverkehrs gemäß der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 254 vom 28.8.2014, S. 2), geändert durch:

   – 32022 R 0193: Durchführungsverordnung (EU) 2022/193 der Kommission vom 17. November 2021 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 4)

62. 32014 R 1151: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1151/2014 der Kommission vom 4. Juni 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen festgelegt wird, welche Angaben bei Ausübung des Niederlassungsrechts und des freien Dienstleistungsverkehrs zu übermitteln sind (ABl. L 309 vom 30.10.2014, S. 1), geändert durch:

– 32022 R 0192: Delegierte Verordnung (EU) 2022/192 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 31 vom 14.2.2022, S. 1)

63. 32016 R 0098: Delegierte Verordnung (EU) 2016/98 der Kommission vom 16. Oktober 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der allgemeinen Bedingungen für die Arbeitsweise der Aufsichtskollegien (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 2)

64. 32016 R 0099: Durchführungsverordnung (EU) 2016/99 der Kommission vom 16. Oktober 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Festsetzung der praktischen Arbeitsweise der Aufsichtskollegien gemäß der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 21)

65. 32014 R 0527: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 527/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Bezeichnung der Klassen von Instrumenten, die die Bonität eines Instituts unter der Annahme der Unternehmensfortführung angemessen widerspiegeln und die für eine Verwendung zu Zwecken der variablen Vergütung geeignet sind (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 21)

66. 32014 R 0530: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 530/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen für interne Ansätze zur Ermittlung spezifischer Risiken im Handelsbuch bedeutende Risikopositionen und Schwellen definiert werden (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 50)

67. 32021 R 0923: Delegierte Verordnung (EU) 2021/923 der Kommission vom 25. März 2021 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Kriterien für die Definition der Managementverantwortung, der Kontrollaufgaben, der wesentlichen Geschäftsbereiche und einer erheblichen Auswirkung auf das Risikoprofil eines wesentlichen Geschäftsbereichs sowie zur Festlegung der Kriterien für die Ermittlung der Mitarbeiter oder Mitarbeiterkategorien, deren berufliche Tätigkeiten vergleichsweise ebenso wesentliche Auswirkungen auf das Risikoprofil des Instituts haben wie diejenigen der in Artikel 92 Absatz 3 der genannten Richtlinie aufgeführten Mitarbeiter oder Mitarbeiterkategorien (ABl. L 203 vom 9.6.2021, S. 1)

68. 32014 R 0650: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 650/2014 der Kommission vom 4. Juni 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für das Format, den Aufbau, das Inhaltsverzeichnis und den Zeitpunkt der jährlichen Veröffentlichung der von den zuständigen Behörden gemäß der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu veröffentlichenden Informationen (ABl. L 185 vom 25.6.2014, S. 1), geändert durch:

– 32019 R 0912: Durchführungsverordnung (EU) 2019/912 der Kommission vom 28. Mai 2019 (ABl. L 146 vom 5.6.2019, S. 3)

69. 32014 R 1152: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1152/2014 der Kommission vom 4. Juni 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen festgelegt wird, wie für die Berechnung der Quote des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers der Belegenheitsort der wesentlichen Kreditrisikopositionen zu ermitteln ist (ABl. L 309 vom 30.10.2014, S. 5)

70. 32014 R 1222: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1222/2014 der Kommission vom 8. Oktober 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Methode zur Bestimmung global systemrelevanter Institute und zur Festlegung der Teilkategorien global systemrelevanter Institute (ABl. L 330 vom 15.11.2014, S. 27), geändert durch:

– 32016 R 1608: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1608 der Kommission vom 17. Mai 2016 (ABl. L 240 vom 8.9.2016, S. 1)

– 32021 R 0539: Delegierte Verordnung (EU) 2021/539 der Kommission vom 11. Februar 2021 (ABl. L 108 vom 29.3.2021, S. 10)

71. 32016 R 2070: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2070 der Kommission vom 14. September 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für Meldebögen, Begriffsbestimmungen und IT-Lösungen, die von Instituten für Meldungen an die Europäische Bankenaufsichtsbehörde und an zuständige Behörden gemäß Artikel 78 Absatz 2 der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu verwenden sind (ABl. L 328 vom 2.12.2016, S. 1), geändert durch:

– 32017 R 1486: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1486 der Kommission vom 10. Juli 2017 (ABl. L 225 vom 31.8.2017, S. 1)

– 32019 R 0439: Durchführungsverordnung (EU) 2019/439 der Kommission vom 15. Februar 2019 (ABl. L 90 vom 29.3.2019, S. 1)

– 32018 R 0688: Durchführungsverordnung (EU) 2018/688 der Kommission vom 23. März 2018 (ABl. L 124 vom 18.5.2018, S. 1)

– 32021 R 1971: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1971 der Kommission vom 13. September 2021 (ABl. L 412 vom 19.11.2021, S. 1)

– 32021 R 2017: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2017 der Kommission vom 13. September 2021 (ABl. L 424 vom 26.11.2021, S. 1)

– 32022 R 0951: Durchführungsverordnung (EU) 2022/951 der Kommission vom 24. Mai 2022 (ABl. L 174 vom 30.6.2022, S. 1)

72. 32017 R 0180: Delegierte Verordnung (EU) 2017/180 der Kommission vom 24. Oktober 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Normen für die Referenzportfoliobewertung und der Verfahren für die gemeinsame Nutzung der Bewertungen (ABl. L 29 vom 3.2.2017, S. 1)

73. 32014 R 0524: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 524/2014 der Kommission vom 12. März 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen festgelegt wird, welche Informationen die zuständigen Behörden von Herkunfts- und Aufnahmemitgliedstaaten einander zur Verfügung stellen müssen (ABl. L 148 vom 20.5.2014, S. 6)

www.parlament.gv.at

74. 32014 R 0620: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 620/2014 der Kommission vom 4. Juni 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden von Herkunfts- und Aufnahmemitgliedstaaten gemäß der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 172 vom 12.6.2014, S. 1)

75. 32017 R 0461: Durchführungsverordnung (EU) 2017/461 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für gemeinsame Verfahren, Formulare und Muster für den Konsultationsprozess zwischen den jeweils zuständigen Behörden bei dem geplanten Erwerb einer qualifizierten Beteiligung an einem Kreditinstitut gemäß Artikel 24 der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 72 vom 17.3.2017, S. 57)

76. 32022 R 2580: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2580 der Kommission vom 17. Juni 2022 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zu den im Antrag auf Zulassung als Kreditinstitut zu übermittelnden Informationen und zur Präzisierung möglicher Hindernisse für die ordnungsgemäße Wahrnehmung von Aufsichtsfunktionen durch die zuständigen Behörden (ABl. L 335 vom 29.12.2022, S. 64)

77. 32022 R 2581: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2581 der Kommission vom 20. Juni 2022 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Übermittlung von Angaben in Anträgen auf Zulassung als Kreditinstitut (ABl. L 335 vom 29.12.2022, S. 86)

78. 32009 L 0110: Richtlinie 2009/110/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über die Aufnahme, Ausübung und Beaufsichtigung der Tätigkeit von E-Geld-Instituten, zur Änderung der Richtlinien 2005/60/EG und 2006/48/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2000/46/EG (ABl. L 267 vom 10.10.2009, S. 7), geändert durch:

– 32015 L 2366: Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 35)

79. 398 L 0026: Richtlinie 98/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 1998 über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen (ABl. L 166 vom 11.6.1998, S. 45), geändert durch:

– 32009 L 0044: Richtlinie 2009/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 (ABl. L 146 vom 10.6.2009, S. 37)

– 32012 R 0648: Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 (ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 1)

– 32010 L 0078: Richtlinie 2010/78/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 120), berichtigt in ABl. L 170 vom 30.6.2011, S. 43, und ABl. L 54 vom 22.2.2014, S. 23

– 32014 R 0909: Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 349 vom 21.12.2016, S. 8

– 32019 L 0879: Richtlinie (EU) 2019/879 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 (ABl. L 150 vom 7.6.2019, S. 296), berichtigt in ABl. L 283 vom 31.8.2020, S. 2

80. 32001 L 0024: Richtlinie 2001/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. April 2001 über die Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten (ABl. L 125 vom 5.5.2001, S. 15), geändert durch:

– 32014 L 0059: Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 190)

81. 32015 L 2366: Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 2002/65/EG, 2009/110/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2007/64/EG (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 35)

82. 32017 R 2055: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2055 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen zuständigen Behörden im Zusammenhang mit der Ausübung des Niederlassungsrechts oder des Rechts auf freien Dienstleistungsverkehr durch Zahlungsinstitute (ABl. L 294 vom 11.11.2017, S. 1)

83. 32018 R 0389: Delegierte Verordnung (EU) 2018/389 der Kommission vom 27. November 2017 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für eine starke Kundenauthentifizierung und für sichere offene Standards für die Kommunikation (ABl. L 69 vom 13.3.2018, S. 23), geändert durch:

– 32022 R 2360: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2360 der Kommission vom 3. August 2022 (ABl. L 312 vom 5.12.2022, S. 1)

84. 32019 R 0410: Durchführungsverordnung (EU) 2019/410 der Kommission vom 29. November 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Einzelheiten und die Struktur der Angaben, die der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde nach der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates von den zuständigen Behörden im Bereich Zahlungsdienste zu übermitteln sind (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 20)

85. 32019 R 0411: Delegierte Verordnung (EU) 2019/411 der Kommission vom 29. November 2018 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der technischen Anforderungen für die Entwicklung, den Betrieb und die Führung des elektronischen zentralen Registers im Bereich der Zahlungsdienste und für den Zugang zu den darin enthaltenen Angaben (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 84)

86. 32020 R 1423: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1423 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für Kriterien für die Benennung zentraler Kontaktstellen auf dem Gebiet der Zahlungsdienste und die Aufgaben dieser zentralen Kontaktstellen (ABl. L 328 vom 9.10.2020, S. 1)

www.parlament.gv.at

87. 32021 R 1722: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1722 der Kommission vom 18. Juni 2021 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden des Herkunfts- und des Aufnahmemitgliedstaats im Zusammenhang mit der Beaufsichtigung von Zahlungsinstituten und E-Geld-Instituten, die grenzüberschreitend Zahlungsdienste erbringen (ABl. L 343 vom 28.9.2021, S. 1)

88. 32014 L 0092: Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 214)

89. 32018 R 0032: Delegierte Verordnung (EU) 2018/32 der Kommission vom 28. September 2017 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die standardisierte Unionsterminologie für die repräsentativsten mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste (ABl. L 6 vom 11.1.2018, S. 3)

90. 32018 R 0033: Durchführungsverordnung (EU) 2018/33 der Kommission vom 28. September 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für das standardisierte Format für die Präsentation der Entgeltaufstellung und des betreffenden gemeinsamen Symbols gemäß der Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 6 vom 11.1.2018, S. 26), berichtigt in ABl. L 221 vom 31.8.2018, S. 3

91. 32018 R 0034: Durchführungsverordnung (EU) 2018/34 der Kommission vom 28. September 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für das standardisierte Format für die Entgeltinformation und des betreffenden gemeinsamen Symbols gemäß der Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 6 vom 11.1.2018, S. 37), berichtigt in ABl. L 221 vom 31.8.2018, S. 3

92. Verordnung (EU) 2017/2401 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (ABl. L 347 vom 28.12.2017, S. 1)

ABSCHNITT B

AUFSICHTSRECHTLICHE VERPFLICHTUNGEN UND VORSCHRIFTEN

92. 32014 L 0049: Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme (Neufassung) (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 149), berichtigt in: ABl. L 212 vom 18.7.2014, S. 47, und: ABl. L 309 vom 30.10.2014, S. 37

93. 32014 L 0059: Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 190), geändert durch:

– 32017 L 2399: Richtlinie (EU) 2017/2399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 96)

– 32019 L 2162: Richtlinie (EU) 2019/2162 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 29)

– 32019 L 0879: Richtlinie (EU) 2019/879 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 (ABl. L 150 vom 7.6.2019, S. 296), berichtigt in ABl. L 283 vom 31.8.2020, S. 2

94. 32015 R 0063: Delegierte Verordnung (EU) 2015/63 der Kommission vom 21. Oktober 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf im Voraus erhobene Beiträge zu Abwicklungsfinanzierungsmechanismen (ABl. L 11 vom 17.1.2015, S. 44), berichtigt in ABl. L 156 vom 20.6.2017, S. 38, geändert durch:

– 32016 R 1434: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1434 der Kommission vom 14. Dezember 2015 (ABl. L 233 vom 30.8.2016, S. 1)

95. 32016 R 0860: Delegierte Verordnung (EU) 2016/860 der Kommission vom 4. Februar 2016 zur Präzisierung der Umstände, unter denen ein Ausschluss aus dem Anwendungsbereich der Herabschreibungs- oder Umwandlungsbefugnisse gemäß Artikel 44 Absatz 3 der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen erforderlich ist (ABl. L 144 vom 1.6.2016, S. 11)

96. 32016 R 1075: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1075 der Kommission vom 23. März 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen der Inhalt von Sanierungsplänen, Abwicklungsplänen und Gruppenabwicklungsplänen, die Mindestkriterien, anhand deren die zuständige Behörde Sanierungs- und Gruppensanierungspläne zu bewerten hat, die Voraussetzungen für gruppeninterne finanzielle Unterstützung, die Anforderungen an die Unabhängigkeit der Bewerter, die vertragliche Anerkennung von Herabschreibungs- und Umwandlungsbefugnissen, die Verfahren und Inhalte von Mitteilungen und Aussetzungsbekanntmachungen und die konkrete Arbeitsweise der Abwicklungskollegien festgelegt wird (ABl. L 184 vom 8.7.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 205 vom 30.7.2016, S. 27

www.parlament.gv.at

97. 32016 R 1400: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1400 der Kommission vom 10. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Mindestbestandteile eines Reorganisationsplans und des Mindestinhalts der Berichte über die Fortschritte bei der Durchführung eines Reorganisationsplans (ABl. L 228 vom 23.8.2016, S. 1)

98. 32016 R 1450: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1450 der Kommission vom 23. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Kriterien im Zusammenhang mit der Methode zur Festlegung der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (ABl. L 237 vom 3.9.2016, S. 1)

99. 32016 R 0911: Durchführungsverordnung (EU) 2016/911 der Kommission vom 9. Juni 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards zu Form und Inhalt der Beschreibung von Vereinbarungen über gruppeninterne finanzielle Unterstützung gemäß der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (ABl. L 153 vom 10.6.2016, S. 25)

100. 32016 R 1712: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1712 der Kommission vom 7. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zur Spezifizierung einer Mindestauswahl der in die detaillierten Aufzeichnungen aufzunehmenden Angaben zu Finanzkontrakten und der Umstände, unter denen die Anforderung aufzuerlegen ist (ABl. L 258 vom 24.9.2016, S. 1)

101. 32016 R 0778: Delegierte Verordnung (EU) 2016/778 der Kommission vom 2. Februar 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Umstände und Bedingungen, unter denen die Entrichtung von außerordentlichen nachträglich erhobenen Beiträgen teilweise oder vollständig aufgeschoben werden kann, und auf die Kriterien für die Bestimmung der Tätigkeiten, Dienstleistungen und Geschäfte im Zusammenhang mit „kritischen Funktionen“ und zur Präzisierung der Kriterien für die Bestimmung der Geschäftsbereiche und damit verbundenen Dienste im Zusammenhang mit den Kerngeschäftsbereichen (ABl. L 131 vom 20.5.2016, S. 41)

102. 32016 R 1401: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1401 der Kommission vom 23. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für Methoden und Grundsätze der Bewertung von aus Derivaten entstehenden Verbindlichkeiten (ABl. L 228 vom 23.8.2016, S. 7)

103. 32017 R 0867: Delegierte Verordnung (EU) 2017/867 der Kommission vom 7. Februar 2017 über die bei partiellen Vermögensübertragungen nach Artikel 76 der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu schützenden Kategorien von Vereinbarungen (ABl. L 131 vom 20.5.2017, S. 15)

104. 32021 R 0622: Durchführungsverordnung (EU) 2021/622 der Kommission vom 15. April 2021 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf einheitliche Meldebögen, Anweisungen und Methoden für die Meldung der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (ABl. L 131 vom 16.4.2021, S. 123)

105. 32018 R 0344: Delegierte Verordnung (EU) 2018/344 der Kommission vom 14. November 2017 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Kriterien für die Methoden zur Bewertung einer unterschiedlichen Behandlung bei der Abwicklung (ABl. L 67 vom 9.3.2018, S. 3)

106. 32018 R 0345: Delegierte Verordnung (EU) 2018/345 der Kommission vom 14. November 2017 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Kriterien im Zusammenhang mit der Methode zur Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von Instituten oder Unternehmen (ABl. L 67 vom 9.3.2018, S. 8)

107. 32018 R 1624: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1624 der Kommission vom 23. Oktober 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf Verfahren, Standardformulare und Meldebögen für die Bereitstellung von Informationen für die Erstellung von Abwicklungsplänen für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen gemäß der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2016/1066 der Kommission (ABl. L 277 vom 7.11.2018, S. 1), geändert durch:

    – 32022 R 0365: Durchführungsverordnung (EU) 2022/365 der Kommission vom 3. März 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 60)

108. 32019 R 0348: Delegierte Verordnung (EU) 2019/348 der Kommission vom 25. Oktober 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Kriterien, anhand deren die Auswirkungen eines Institutsausfalls auf die Finanzmärkte, auf andere Institute und auf die Finanzierungsbedingungen zu bewerten sind (ABl. L 63 vom 4.3.2019, S. 1)

109. 32021 R 1751: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1751 der Kommission vom 1. Oktober 2021 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf einheitliche Formate und Meldebögen für Mitteilungen über eine festgestellte Undurchführbarkeit der Aufnahme einer vertraglichen Anerkennung von Herabschreibungs- und Umwandlungsbefugnissen (ABl. L 349 vom 4.10.2021, S. 5)

110. 32021 R 1118: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1118 der Kommission vom 26. März 2021 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Methode zur Abschätzung der Anforderung nach Artikel 104a der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und der kombinierten Kapitalpufferanforderung für Abwicklungseinheiten auf konsolidierter Basis auf Ebene der Abwicklungsgruppe, sofern die Abwicklungsgruppe nicht selbst den Anforderungen nach jener Richtlinie unterliegt (ABl. L 241 vom 8.7.2021, S. 1)

111. 32021 R 1340: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1340 der Kommission vom 22. April 2021 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung des Inhalts der Vertragsklausel über die Anerkennung von Befugnissen zur Aussetzung bei der Abwicklung (ABl. L 292 vom 16.8.2021, S. 1)

112. Verordnung (EU) 2021/23 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über einen Rahmen für die Sanierung und Abwicklung zentraler Gegenparteien und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1095/2010, (EU) Nr. 648/2012, (EU) Nr. 600/2014, (EU) Nr. 806/2014 und (EU) 2015/2365 sowie der Richtlinien 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2007/36/EG, 2014/59/EU und (EU) 2017/1132 (ABl. L 22 vom 22.1.2021, S. 1)

113. Richtlinie (EU) 2019/2034 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Beaufsichtigung von Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinien 2002/87/EG, 2009/65/EG, 2011/61/EU, 2013/36/EU, 2014/59/EU und 2014/65/EU (ABl. L 314 vom 5.12.2019, S. 64)

114. Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 (ABl. L 225 vom 30.7.2014, S. 1)

ABSCHNITT C

BEAUFSICHTIGUNG UND ABSCHLÜSSE

112. 386 L 0635: Richtlinie 86/635/EWG des Rates vom 8. Dezember 1986 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten (ABl. L 372 vom 31.12.1986, S. 1), geändert durch:

– 32001 L 0065: Richtlinie 2001/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2001 (ABl. L 283 vom 27.10.2001, S. 28)

– 32003 L 0051: Richtlinie 2003/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2003 (ABl. L 178 vom 17.7.2003, S. 16)

– 32006 L 0046: Richtlinie 2006/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 (ABl. L 224 vom 16.8.2006, S. 1)

Es gelten die in den Anhängen der Beitrittsakte vom 16. April 2003 festgelegten Übergangsregelungen für Slowenien (Anhang XIII Kapitel 3 Nummer 1).

113. 389 L 0117: Richtlinie 89/117/EWG des Rates vom 13. Februar 1989 über die Pflichten der in einem Mitgliedstaat eingerichteten Zweigniederlassungen von Kreditinstituten und Finanzinstituten mit Sitz außerhalb dieses Mitgliedstaats zur Offenlegung von Jahresabschlussunterlagen (ABl. L 44 vom 16.2.1989, S. 40)

114. 32015 L 0849: Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2006/70/EG der Kommission (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 73), geändert durch:

   – 32018 L 0843: Richtlinie (EU) 2018/843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 156 vom 19.6.2018, S. 43)

115. 32015 R 0847: Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1781/2006 (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 1)

116. 32016 R 1675: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1675 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Ermittlung von Drittländern mit hohem Risiko, die strategische Mängel aufweisen (ABl. L 254 vom 20.9.2016, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 0105: Delegierte Verordnung (EU) 2018/105 der Kommission vom 27. Oktober 2017 (ABl. L 19 vom 24.1.2018, S. 1)

– 32018 R 0212: Delegierte Verordnung (EU) 2018/212 der Kommission vom 13. Dezember 2017 (ABl. L 41 vom 14.2.2018, S. 4)

– 32018 R 1467: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1467 der Kommission vom 27. Juli 2018 (ABl. L 246 vom 2.10.2018, S. 1)

– 32020 R 0855: Delegierte Verordnung (EU) 2020/855 der Kommission vom 7. Mai 2020 (ABl. L 195 vom 19.6.2020, S. 1)

– 32021 R 0037: Delegierte Verordnung (EU) 2021/37 der Kommission vom 7. Dezember 2020 (ABl. L 14 vom 18.1.2021, S. 1)

– 32022 R 0229: Delegierte Verordnung (EU) 2022/229 der Kommission vom 7. Januar 2022 (ABl. L 39 vom 21.2.2022, S. 4)

– 32023 R 0410: Delegierte Verordnung (EU) 2023/410 der Kommission vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 59 vom 24.2.2023, S. 3)

117. 32018 R 1108: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1108 der Kommission vom 7. Mai 2018 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Kriterien für die Benennung zentraler Kontaktstellen für E-Geld-Emittenten und Zahlungsdienstleister sowie ihrer Aufgaben (ABl. L 203 vom 10.8.2018, S. 2)

118. 32019 R 0758: Delegierte Verordnung (EU) 2019/758 der Kommission vom 31. Januar 2019 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die von Kredit- und Finanzinstituten zur Minderung des Risikos von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in bestimmten Drittländern mindestens zu treffenden Maßnahmen und die Art zusätzlich zu treffender Maßnahmen (ABl. L 125 vom 14.5.2019, S. 4)

119. 32021 R 0369: Durchführungsverordnung (EU) 2021/369 der Kommission vom 1. März 2021 zur Festlegung technischer Spezifikationen und Verfahren für das System der Vernetzung zentraler Register gemäß Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 71 vom 2.3.2021, S. 11)

120. 32008 D 0961: Entscheidung 2008/961/EG der Kommission vom 12. Dezember 2008 über die Verwendung der nationalen Rechnungslegungsgrundsätze bestimmter Drittländer und der International Financial Reporting Standards durch Wertpapieremittenten aus Drittländern bei der Erstellung ihrer konsolidierten Abschlüsse (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 112), geändert durch:

    – 32012 D 0194: Durchführungsbeschluss 2012/194/EU der Kommission vom 11. April 2012 (ABl. L 103 vom 13.4.2012, S. 49)

    – 32015 D 1612: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1612 der Kommission vom 23. September 2015 (ABl. L 249 vom 25.9.2015, S. 26)

KAPITEL 3

BÖRSE UND WERTPAPIERMÄRKTE

ABSCHNITT A

AMTLICHE NOTIERUNG UND TRANSAKTIONEN

1. 32001 L 0034: Richtlinie 2001/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Mai 2001 über die Zulassung von Wertpapieren zur amtlichen Börsennotierung und über die hinsichtlich dieser Wertpapiere zu veröffentlichenden Informationen (ABl. L 184 vom 6.7.2001, S. 1), geändert durch:

   – 32003 L 0071: Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 (ABl. L 345 vom 31.12.2003, S. 64)

   – 32005 L 0001: Richtlinie 2005/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2005 (ABl. L 79 vom 24.3.2005, S. 9)

   – 32004 L 0109: Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 (ABl. L 390 vom 31.12.2004, S. 38)

2. 32014 R 0596: Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 287 vom 21.10.2016, S. 320, geändert durch:

   – 32016 R 1011: Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 1)

   – 32019 R 2115: Verordnung (EU) 2019/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 320 vom 11.12.2019, S. 1)

3. 32015 L 2392: Durchführungsrichtlinie (EU) 2015/2392 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Meldung tatsächlicher oder möglicher Verstöße gegen diese Verordnung (ABl. L 332 vom 18.12.2015, S. 126)

4. 32022 R 1210: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1210 der Kommission vom 13. Juli 2022 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf das Format der Insiderlisten und deren Aktualisierungen (ABl. L 187 vom 14.7.2022, S. 23)

5. 32016 R 0378: Durchführungsverordnung (EU) 2016/378 der Kommission vom 11. März 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf den Zeitplan, das Format und Muster für die Übermittlung der Meldungen an die zuständigen Behörden gemäß Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 72 vom 17.3.2016, S. 1)

6. 32016 R 0522: Delegierte Verordnung (EU) 2016/522 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf eine Ausnahme für bestimmte öffentliche Stellen und Zentralbanken von Drittstaaten, die Indikatoren für Marktmanipulation, die Schwellenwerte für die Offenlegung, die zuständige Behörde, der ein Aufschub zu melden ist, die Erlaubnis zum Handel während eines geschlossenen Zeitraums und die Arten meldepflichtiger Eigengeschäfte von Führungskräften (ABl. L 88 vom 5.4.2016, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 0461: Delegierte Verordnung (EU) 2019/461 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 80 vom 22.3.2019, S. 10), berichtigt in ABl. L 103 vom 12.4.2019, S. 61

7. 32016 R 0523: Durchführungsverordnung (EU) 2016/523 der Kommission vom 10. März 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf das Format und die Vorlage für die Meldung und öffentliche Bekanntgabe der Eigengeschäfte von Führungskräften gemäß Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 88 vom 5.4.2016, S. 19)

8. 32016 R 0908: Delegierte Verordnung (EU) 2016/908 der Kommission vom 26. Februar 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Kriterien, das Verfahren und die Anforderungen für die Festlegung einer zulässigen Marktpraxis und die Anforderungen an ihre Beibehaltung, Beendigung oder Änderung der Bedingungen für ihre Zulässigkeit (ABl. L 153 vom 10.6.2016, S. 3)

9. 32016 R 0909: Delegierte Verordnung (EU) 2016/909 der Kommission vom 1. März 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für den Inhalt der Meldungen, die den zuständigen Behörden zu übermitteln sind, sowie für die Zusammenstellung, Veröffentlichung und Pflege der Liste der Meldungen (ABl. L 153 vom 10.6.2016, S. 13)

10. 32016 R 0957: Delegierte Verordnung (EU) 2016/957 der Kommission vom 9. März 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die geeigneten Regelungen, Systeme und Verfahren sowie Mitteilungsmuster zur Vorbeugung, Aufdeckung und Meldung von Missbrauchspraktiken oder verdächtigen Aufträgen oder Geschäften (ABl. L 160 vom 17.6.2016, S. 1)

11. 32016 R 0958: Delegierte Verordnung (EU) 2016/958 der Kommission vom 9. März 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die technischen Regulierungsstandards für die technischen Modalitäten für die objektive Darstellung von Anlageempfehlungen oder anderen Informationen mit Empfehlungen oder Vorschlägen zu Anlagestrategien sowie für die Offenlegung bestimmter Interessen oder Anzeichen für Interessenkonflikte (ABl. L 160 vom 17.6.2016, S. 15), berichtigt in ABl. L 110 vom 27.4.2017, S. 9

12. 32016 R 0959: Durchführungsverordnung (EU) 2016/959 der Kommission vom 17. Mai 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für Marktsondierungen in Bezug auf die von offenlegenden Marktteilnehmern zu nutzenden Systeme und Mitteilungsmuster und das Format der Aufzeichnungen gemäß Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 160 vom 17.6.2016, S. 23)

13. 32016 R 0960: Delegierte Verordnung (EU) 2016/960 der Kommission vom 17. Mai 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für angemessene Regelungen, Systeme und Verfahren für offenlegende Marktteilnehmer bei der Durchführung von Marktsondierungen (ABl. L 160 vom 17.6.2016, S. 29)

14. 32016 R 1052: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1052 der Kommission vom 8. März 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die auf Rückkaufprogramme und Stabilisierungsmaßnahmen anwendbaren Bedingungen (ABl. L 173 vom 30.6.2016, S. 34)

15. 32016 R 1055: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1055 der Kommission vom 29. Juni 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich der technischen Mittel für die angemessene Bekanntgabe von Insiderinformationen und für den Aufschub der Bekanntgabe von Insiderinformationen gemäß Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 173 vom 30.6.2016, S. 47)

16. 32017 R 1158: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1158 der Kommission vom 29. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Verfahren und Formen des Informationsaustauschs der zuständigen Behörden mit der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde im Sinne des Artikels 33 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 167 vom 30.6.2017, S. 22)

17. 32018 R 0292: Durchführungsverordnung (EU) 2018/292 der Kommission vom 26. Februar 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf Verfahren und Formulare für Informationsaustausch und Amtshilfe zwischen zuständigen Behörden gemäß der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Marktmissbrauch (ABl. L 55 vom 27.2.2018, S. 34)

18. 32020 R 1406: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1406 der Kommission vom 2. Oktober 2020 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf Verfahren und Formulare für Informationsaustausch und Zusammenarbeit zwischen zuständigen Behörden, ESMA, Kommission und anderen Stellen gemäß Artikel 24 Absatz 2 und Artikel 25 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Marktmissbrauch (ABl. L 325 vom 7.10.2020, S. 7)

19. 32017 R 1129: Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt zu veröffentlichen ist und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/71/EG (ABl. L 168 vom 30.6.2017, S. 12), geändert durch:

   – 32019 R 2115: Verordnung (EU) 2019/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 320 vom 11.12.2019, S. 1)

   – 32021 R 0337: Verordnung (EU) 2021/337 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 1)

20. 32019 R 0979: Delegierte Verordnung (EU) 2019/979 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für wesentliche Finanzinformationen in der Zusammenfassung des Prospekts, die Veröffentlichung und Klassifizierung von Prospekten, die Werbung für Wertpapiere, Nachträge zum Prospekt und das Notifizierungsportal und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 382/2014 der Kommission und der Delegierten Verordnung (EU) 2016/301 der Kommission (ABl. L 166 vom 21.6.2019, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 1272: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1272 der Kommission vom 4. Juni 2020 (ABl. L 300 vom 14.9.2020, S. 1)

21. 32019 R 0980: Delegierte Verordnung (EU) 2019/980 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Aufmachung, des Inhalts, der Prüfung und der Billigung des Prospekts, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt zu veröffentlichen ist, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission (ABl. L 166 vom 21.6.2019, S. 26), geändert durch:

– 32020 R 1273: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1273 der Kommission vom 4. Juni 2020 (ABl. L 300 vom 14.9.2020, S. 6)

22. 32021 R 0528: Delegierte Verordnung (EU) 2021/528 der Kommission vom 16. Dezember 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Mindestinformationen des Dokuments, das der Öffentlichkeit bei einer Ausnahme von der Prospektpflicht im Zusammenhang mit einer Übernahme im Wege eines Tauschangebots, einer Verschmelzung oder einer Spaltung zur Verfügung zu stellen ist (ABl. L 106 vom 26.3.2021, S. 32)

23. 32004 L 0109: Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (ABl. L 390 vom 21.12.2004, S. 38), geändert durch:

– 32010 L 0073: Richtlinie 2010/73/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 (ABl. L 327 vom 11.12.2010, S. 1)

– 32010 L 0078: Richtlinie 2010/78/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 120), berichtigt in ABl. L 170 vom 30.6.2011, S. 43, und ABl. L 54 vom 22.2.2014, S. 23

– 32013 L 0050: Richtlinie 2013/50/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 294 vom 6.11.2013, S. 13), berichtigt in ABl. L 14 vom 18.1.2014, S. 35

– 32021 R 0337: Verordnung (EU) 2021/337 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 1)

24. 32007 L 0014: Richtlinie 2007/14/EG der Kommission vom 8. März 2007 mit Durchführungsbestimmungen zu bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2004/109/EG zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt zugelassen sind (ABl. L 69 vom 9.3.2007, S. 27), geändert durch:

– 32013 L 0050: Richtlinie 2013/50/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 294 vom 6.11.2013, S. 13), berichtigt in ABl. L 14 vom 18.1.2014, S. 35

25. 32015 R 0761: Delegierte Verordnung (EU) 2015/761 der Kommission vom 17. Dezember 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf bestimmte technische Regulierungsstandards für bedeutende Beteiligungen (ABl. L 120 vom 13.5.2015, S. 2)

26. 32016 R 1437: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1437 der Kommission vom 19. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für den Zugang zu vorgeschriebenen Informationen auf Unionsebene (ABl. L 234 vom 31.8.2016, S. 1)

27. 32019 R 0815: Delegierte Verordnung (EU) 2019/815 der Kommission vom 17. Dezember 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Spezifikation eines einheitlichen elektronischen Berichtsformats (ABl. L 143 vom 29.5.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 145 vom 4.6.2019, S. 85, geändert durch:

– 32019 R 2100: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2100 der Kommission vom 30. September 2019 (ABl. L 326 vom 16.12.2019, S. 1)

– 32020 R 1989: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1989 der Kommission vom 6. November 2020 (ABl. L 429 vom 18.12.2020, S. 1)

– 32022 R 0352: Delegierte Verordnung (EU) 2022/352 der Kommission vom 29. November 2021 (ABl. L 77 vom 7.3.2022, S. 1)

– 32022 R 2553: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2553 der Kommission vom 21. September 2022 (ABl. L 339 vom 30.12.2022, S. 1)

28. 32007 R 1569: Verordnung (EG) Nr. 1569/2007 der Kommission vom 21. Dezember 2007 über die Einrichtung eines Mechanismus zur Festlegung der Gleichwertigkeit der von Drittstaatemittenten angewandten Rechnungslegungsgrundsätze gemäß den Richtlinien 2003/71/EG und 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 340 vom 22.12.2007, S. 66), geändert durch:

– 32012 R 0310: Delegierte Verordnung (EU) 310/2012 der Kommission vom 21. Dezember 2011 (ABl. L 103 vom 13.4.2012, S. 11)

– 32015 R 1605: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1605 der Kommission vom 12. Juni 2015 (ABl. L 249 vom 25.9.2015, S. 3)

29. 32012 R 0236: Verordnung (EU) Nr. 236/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps (ABl. L 86 vom 24.3.2012, S. 1), geändert durch:

– 32014 R 0909: Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 349 vom 21.12.2016, S. 8

– 32022 R 0027: Delegierte Verordnung (EU) 2022/27 der Kommission vom 27. September 2021 (ABl. L 6 vom 11.1.2022, S. 9)

30. 32012 R 0826: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 826/2012 der Kommission vom 29. Juni 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Melde- und Offenlegungspflichten in Bezug auf Netto-Leerverkaufspositionen, die Einzelheiten der in Bezug auf Netto-Leerverkaufspositionen an die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde zu übermittelnden Informationen und die Methode zur Berechnung des Umsatzes zwecks Ermittlung der unter die Ausnahmeregelung fallenden Aktien (ABl. L 251 vom 18.9.2012, S. 1)

31. 32012 R 0827: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 827/2012 der Kommission vom 29. Juni 2012 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf die Verfahren für die Offenlegung von Nettopositionen in Aktien gegenüber der Öffentlichkeit, das Format, in dem der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde Informationen zu Netto-Leerverkaufspositionen zu übermitteln sind, die Arten von Vereinbarungen, Zusagen und Maßnahmen, die angemessen gewährleisten, dass Aktien oder öffentliche Schuldtitel für die Abwicklung des Geschäfts verfügbar sind, und die Daten, zu denen die Ermittlung des Haupthandelsplatzes einer Aktie erfolgt, sowie den Zeitraum, auf den sich die betreffende Berechnung bezieht, gemäß der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps (ABl. L 251 vom 18.9.2012, S. 11)

32. 32012 R 0918: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 918/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps im Hinblick auf Begriffsbestimmungen, die Berechnung von Netto-Leerverkaufspositionen, gedeckte Credit Default Swaps auf öffentliche Schuldtitel, Meldeschwellen, Liquiditätsschwellen für die vorübergehende Aufhebung von Beschränkungen, signifikante Wertminderungen bei Finanzinstrumenten und ungünstige Ereignisse (ABl. L 274 vom 9.10.2012, S. 1), geändert durch:

– 32015 R 0097: Delegierte Verordnung (EU) 2015/97 der Kommission vom 17. Oktober 2014 (ABl. L 16 vom 23.1.2015, S. 22)

33. 32012 R 0919: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 919/2012 der Kommission vom 5. Juli 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Methode zur Berechnung der Wertminderung bei liquiden Aktien und anderen Finanzinstrumenten (ABl. L 274 vom 9.10.2012, S. 16)

ABSCHNITT B

ORGANISMEN FÜR GEMEINSAME ANLAGEN
IN WERTPAPIEREN (OGAW)

34. 32009 L 0065: Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) (Neufassung) (ABl. L 302 vom 17.11.2009, S. 32), geändert durch:

– 32011 L 0061: Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1)

– 32013 L 0014: Richtlinie 2013/14/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 (ABl. L 145 vom 31.5.2013, S. 1)

– 32014 L 0091: Richtlinie 2014/91/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 186), berichtigt in ABl. L 52 vom 27.2.2016, S. 37

– 32010 L 0078: Richtlinie 2010/78/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 120), berichtigt in ABl. L 170 vom 30.6.2011, S. 43, und ABl. L 54 vom 22.2.2014, S. 23

– 32019 L 1160: Richtlinie (EU) 2019/1160 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 106)

– 32019 L 2162: Richtlinie (EU) 2019/2162 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 29)

– 32021 L 2261: Richtlinie (EU) 2021/2261 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 455 vom 20.12.2021, S. 15)

35. 32007 L 0016: Richtlinie 2007/16/EG der Kommission vom 19. März 2007 zur Durchführung der Richtlinie 85/611/EWG des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) im Hinblick auf die Erläuterung gewisser Definitionen (ABl. L 79 vom 20.3.2007, S. 11)

36. 32010 R 0583: Verordnung (EU) Nr. 583/2010 der Kommission vom 1. Juli 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die wesentlichen Informationen für den Anleger und die Bedingungen, die einzuhalten sind, wenn die wesentlichen Informationen für den Anleger oder der Prospekt auf einem anderen dauerhaften Datenträger als Papier oder auf einer Website zur Verfügung gestellt werden (ABl. L 176 vom 10.7.2010, S. 1)

37. 32010 R 0584: Verordnung (EU) Nr. 584/2010 der Kommission vom 1. Juli 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Form und Inhalt des Standardmodells für das Anzeigeschreiben und die OGAW-Bescheinigung, die Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel durch die zuständigen Behörden für die Anzeige und die Verfahren für Überprüfungen vor Ort und Ermittlungen sowie für den Informationsaustausch zwischen zuständigen Behörden (ABl. L 176 vom 10.7.2010, S. 16)

38. 32010 L 0043: Richtlinie 2010/43/EU der Kommission vom 1. Juli 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf organisatorische Anforderungen, Interessenkonflikte, Wohlverhalten, Risikomanagement und den Inhalt der Vereinbarung zwischen Verwahrstelle und Verwaltungsgesellschaft (ABl. L 176 vom 10.7.2010, S. 42), geändert durch:

– 32021 L 1270: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1270 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 141)

39. 32010 L 0044: Richtlinie 2010/44/EU der Kommission vom 1. Juli 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Bestimmungen über Fondsverschmelzungen, Master-Feeder-Strukturen und das Anzeigeverfahren (ABl. L 176 vom 10.7.2010, S. 28), berichtigt in ABl. L 179 vom 14.7.2010, S. 16

40. 32016 R 0438: Delegierte Verordnung (EU) 2016/438 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Pflichten der Verwahrstellen (ABl. L 78 vom 24.3.2016, S. 11), geändert durch:

– 32018 R 1619: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1619 der Kommission vom 12. Juli 2018 (ABl. L 271 vom 30.10.2018, S. 6)

41. 32016 R 1212: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1212 der Kommission vom 25. Juli 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für Standardverfahren und -formulare zur Übermittlung von Informationen im Einklang mit der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 199 vom 26.7.2016, S. 6)

ABSCHNITT C

WERTPAPIERDIENSTLEISTUNGEN

42. 31997 L 0009: Richtlinie 97/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 1997 über Systeme für die Entschädigung der Anleger (ABl. L 84 vom 26.3.1997, S. 22)

Es gelten die Übergangsregelungen, die in den Anhängen zur Beitrittsakte vom 16. April 2003 für Estland (Anhang VI, Kapitel 2, Nummer 2), Lettland (Anhang VIII, Kapitel 2, Nummer 2), Litauen (Anhang IX, Kapitel 3, Nummer 2), Ungarn (Anhang X, Kapitel 2, Nummer 1), Polen (Anhang XII, Kapitel 3, Nummer 1), Slowenien (Anhang XIII, Kapitel 3, Nummer 3) und die Slowakei (Anhang XIV, Kapitel 2) festgelegt sind.

Es gelten die in den Anhängen der Beitrittsakte vom 25. April 2005 festgelegten Übergangsregelungen für Bulgarien (Anhang VI Kapitel 2) und Rumänien (Anhang VII, Kapitel 2).

43. 32014 L 0065: Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 349), berichtigt in ABl. L 188 vom 13.7.2016, S. 28, ABl. L 273 vom 8.10.2016, S. 35, und ABl. L 64 vom 10.3.2017, S. 116, geändert durch:

– 32016 L 1034: Richtlinie (EU) 2016/1034 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juni 2016 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 8)

– 32014 R 0909: Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 349 vom 21.12.2016, S. 8

– 32019 R 2115: Verordnung (EU) 2019/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 320 vom 11.12.2019, S. 1)

– 32021 L 0338: Richtlinie (EU) 2021/338 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 14)

– Richtlinie (EU) 2020/1504 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Oktober 2020 (ABl. L 347 vom 20.10.2020, S. 50)

44. 32014 R 0600: Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 84), berichtigt in ABl. L 270 vom 15.10.2015, S. 4, ABl. L 187 vom 12.7.2016, S. 30, und ABl. L 278 vom 27.10.2017, S. 54, geändert durch:

– 32016 R 1033: Verordnung (EU) 2016/1033 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juni 2016 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 1)

45. 32006 L 0073: Richtlinie 2006/73/EG der Kommission vom 10. August 2006 zur Durchführung der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die organisatorischen Anforderungen an Wertpapierfirmen und die Bedingungen für die Ausübung ihrer Tätigkeit sowie in Bezug auf die Definition bestimmter Begriffe für die Zwecke der genannten Richtlinie (ABl. L 241 vom 2.9.2006, S. 26)

46. 32006 R 1287: Verordnung (EG) Nr. 1287/2006 der Kommission vom 10. August 2006 zur Durchführung der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufzeichnungspflichten für Wertpapierfirmen, die Meldung von Geschäften, die Markttransparenz, die Zulassung von Finanzinstrumenten zum Handel und bestimmte Begriffe im Sinne dieser Richtlinie (ABl. L 241 vom 2.9.2006, S. 1)

47. 32016 R 0824: Durchführungsverordnung (EU) 2016/824 der Kommission vom 25. Mai 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf den Inhalt und das Format der Beschreibung der Funktionsweise multilateraler Handelssysteme und organisierter Handelssysteme sowie die Benachrichtigung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente (ABl. L 137 vom 26.5.2016, S. 10)

48. 32016 R 2020: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2020 der Kommission vom 26. Mai 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für Kriterien zur Entscheidung über die Auferlegung der Handelspflicht für der Clearingpflicht unterliegende Derivate (ABl. L 313 vom 19.11.2016, S. 2)

49. 32016 R 2021: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2021 der Kommission vom 2. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für den Zugang im Zusammenhang mit Referenzwerten (ABl. L 313 vom 19.11.2016, S. 6)

50. 32016 R 2022: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2022 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die zur Registrierung von Drittlandfirmen erforderlichen Angaben und das Format von Informationen für Kunden (ABl. L 313 vom 19.11.2016, S. 11)

51. 32017 R 0565: Delegierte Verordnung (EU) 2017/565 der Kommission vom 25. April 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die organisatorischen Anforderungen an Wertpapierfirmen und die Bedingungen für die Ausübung ihrer Tätigkeit sowie in Bezug auf die Definition bestimmter Begriffe für die Zwecke der genannten Richtlinie (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 1), geändert durch:

– 32017 R 2294: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2294 der Kommission vom 28. August 2017 (ABl. L 329 vom 13.12.2017, S. 4)

– 32019 R 1011: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1011 der Kommission vom 13. Dezember 2018 (ABl. L 165 vom 21.6.2019, S. 1)

– 32021 R 0527: Delegierte Verordnung (EU) 2021/527 der Kommission vom 15. Dezember 2020 (ABl. L 106 vom 26.3.2021, S. 30)

– 32021 R 1254: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1254 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 6)

– 32021 R 1253: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1253 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 1)

52. 32017 R 0566: Delegierte Verordnung (EU) 2017/566 der Kommission vom 18. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards für das Verhältnis zwischen nicht ausgeführten Verträgen und Geschäften zur Verhinderung marktstörender Handelsbedingungen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 84)

53. 32017 R 0567: Delegierte Verordnung (EU) 2017/567 der Kommission vom 18. Mai 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Begriffsbestimmungen, Transparenz, Portfoliokomprimierung und Aufsichtsmaßnahmen zur Produktintervention und zu den Positionen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 90)

54. 32017 R 0568: Delegierte Verordnung (EU) 2017/568 der Kommission vom 24. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Zulassung von Finanzinstrumenten zum Handel an geregelten Märkten (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 117)

55. 32017 R 0569: Delegierte Verordnung (EU) 2017/569 der Kommission vom 24. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Aussetzung des Handels und den Ausschluss von Finanzinstrumenten vom Handel (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 122)

56. 32017 R 0570: Delegierte Verordnung (EU) 2017/570 der Kommission vom 26. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards zur Bestimmung des in Bezug auf die Liquidität maßgeblichen Markts hinsichtlich Benachrichtigungen über vorübergehende Handelseinstellungen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 124)

57. 32017 R 0571: Delegierte Verordnung (EU) 2017/571 der Kommission vom 2. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Zulassung, die organisatorischen Anforderungen und die Veröffentlichung von Geschäften für Datenbereitstellungsdienste (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 126), geändert durch:

– 32018 R 0063: Delegierte Verordnung (EU) 2018/63 der Kommission vom 26. September 2017 (ABl. L 12 vom 17.1.2018, S. 2)

58. 32017 R 0572: Delegierte Verordnung (EU) 2017/572 der Kommission vom 2. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Festlegung der angebotenen Vor- und Nachhandelsdaten und des Disaggregationsniveaus der Daten (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 142)

59. 32017 R 0573: Delegierte Verordnung (EU) 2017/573 der Kommission vom 6. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards für Anforderungen zur Sicherstellung gerechter und nichtdiskriminierender Kollokationsdienste und Gebührenstrukturen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 145)

60. 32017 R 0574: Delegierte Verordnung (EU) 2017/574 der Kommission vom 7. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für den Grad an Genauigkeit von im Geschäftsverkehr verwendeten Uhren (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 148)

61. 32017 R 0575: Delegierte Verordnung (EU) 2017/575 der Kommission vom 8. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards bezüglich der Daten, die Ausführungsplätze zur Qualität der Ausführung von Geschäften veröffentlichen müssen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 152)

62. 32017 R 0576: Delegierte Verordnung (EU) 2017/576 der Kommission vom 8. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die jährliche Veröffentlichung von Informationen durch Wertpapierfirmen zur Identität von Handelsplätzen und zur Qualität der Ausführung (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 166)

63. 32017 R 0577: Delegierte Verordnung (EU) 2017/577 der Kommission vom 13. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards für den Mechanismus zur Begrenzung des Volumens und die Bereitstellung von Informationen für Transparenz- und andere Berechnungen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 174)

64. 32017 R 0578: Delegierte Verordnung (EU) 2017/578 der Kommission vom 13. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards zur Angabe von Anforderungen an Market-Making-Vereinbarungen und -Systeme (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 183)

65. 32017 R 0579: Delegierte Verordnung (EU) 2017/579 der Kommission vom 13. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards in Bezug auf unmittelbare, wesentliche und vorhersehbare Auswirkungen von Derivatekontrakten innerhalb der Union und die Verhinderung der Umgehung von Vorschriften und Pflichten (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 189)

66. 32017 R 0580: Delegierte Verordnung (EU) 2017/580 der Kommission vom 24. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Aufzeichnung einschlägiger Daten über Aufträge für Finanzinstrumente (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 193)

67. 32017 R 0581: Delegierte Verordnung (EU) 2017/581 der Kommission vom 24. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für den Clearing-Zugang im Zusammenhang mit Handelsplätzen und zentralen Gegenparteien (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 212)

68. 32017 R 0582: Delegierte Verordnung (EU) 2017/582 der Kommission vom 29. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Clearingpflicht für über geregelte Märkte gehandelte Derivate und Zeitrahmen für die Annahme zum Clearing (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 224)

69. 32017 R 0583: Delegierte Verordnung (EU) 2017/583 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards zu den Transparenzanforderungen für Handelsplätze und Wertpapierfirmen in Bezug auf Anleihen, strukturierte Finanzprodukte, Emissionszertifikate und Derivate (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 229), geändert durch:

– 32021 R 0529: Delegierte Verordnung (EU) 2021/529 der Kommission vom 18. Dezember 2020 (ABl. L 106 vom 26.3.2021, S. 47)

– 32022 R 0629: Delegierte Verordnung (EU) 2022/629 der Kommission vom 12. Januar 2022 (ABl. L 115I vom 13.4.2022, S. 1)

70. 32017 R 0584: Delegierte Verordnung (EU) 2017/584 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der organisatorischen Anforderungen an Handelsplätze (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 350)

71. 32017 R 0585: Delegierte Verordnung (EU) 2017/585 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Datenstandards und -formate für die Referenzdaten für Finanzinstrumente und die technischen Maßnahmen in Bezug auf die von der ESMA und den zuständigen Behörden zu treffenden Vorkehrungen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 368)

72. 32017 R 0586: Delegierte Verordnung (EU) 2017/586 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden im Rahmen der Zusammenarbeit bei der Überwachung, bei Überprüfungen vor Ort und bei Ermittlungen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 382)

73. 32017 R 0587: Delegierte Verordnung (EU) 2017/587 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards mit Transparenzanforderungen für Handelsplätze und Wertpapierfirmen in Bezug auf Aktien, Aktienzertifikate, börsengehandelte Fonds, Zertifikate und andere vergleichbare Finanzinstrumente und mit Ausführungspflichten in Bezug auf bestimmte Aktiengeschäfte an einem Handelsplatz oder über einen systematischen Internalisierer (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 387), geändert durch:

– 32019 R 0442: Delegierte Verordnung (EU) 2019/442 der Kommission vom 12. Dezember 2018 (ABl. L 77 vom 20.3.2019, S. 56)

74. 32017 R 0588: Delegierte Verordnung (EU) 2017/588 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für das Tick-Größen-System für Aktien, Aktienzertifikate und börsengehandelte Fonds (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 411), geändert durch:

– 32019 R 0443: Delegierte Verordnung (EU) 2019/443 der Kommission vom 13. Februar 2019 (ABl. L 77 vom 20.3.2019, S. 59)

www.parlament.gv.at

75. 32017 R 0589: Delegierte Verordnung (EU) 2017/589 der Kommission vom 19. Juli 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der organisatorischen Anforderungen an Wertpapierfirmen, die algorithmischen Handel betreiben (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 417)

76. 32017 R 0590: Delegierte Verordnung (EU) 2017/590 der Kommission vom 28. Juli 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Meldung von Geschäften an die zuständigen Behörden (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 449)

77. 32022 R 1302: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1302 der Kommission vom 20. April 2022 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Anwendung von Positionslimits für Warenderivate und für Verfahren für Anträge auf Ausnahmen von Positionslimits (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 52)

78. 32021 R 1833: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1833 der Kommission vom 14. Juli 2021 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Kriterien für die Feststellung, wann eine Tätigkeit als Nebentätigkeit zur Haupttätigkeit auf Gruppenebene gilt (ABl. L 372 vom 20.10.2021, S. 1)

79. 32017 L 0593: Delegierte Richtlinie (EU) 2017/593 der Kommission vom 7. April 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf den Schutz der Finanzinstrumente und Gelder von Kunden, Produktüberwachungspflichten und Vorschriften für die Entrichtung beziehungsweise Gewährung oder Entgegennahme von Gebühren, Provisionen oder anderen monetären oder nicht-monetären Vorteilen (ABl. L 87 vom 31.3.2017, S. 500), geändert durch:

– 32021 L 1269: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1269 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 137)

80. 32017 R 0953: Durchführungsverordnung (EU) 2017/953 der Kommission vom 6. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf das Format und den Zeitpunkt der Positionsmeldungen von Wertpapierfirmen und Marktbetreibern von Handelsplätzen gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente (ABl. L 144 vom 7.6.2017, S. 12)

81. 32017 R 0980: Durchführungsverordnung (EU) 2017/980 der Kommission vom 7. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Standardformulare, Muster und Verfahren für die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden bei der Überwachung, den Überprüfungen vor Ort und den Ermittlungen und für den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 148 vom 10.6.2017, S. 3)

82. 32017 R 0981: Durchführungsverordnung (EU) 2017/981 der Kommission vom 7. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Standardformulare, Muster und Verfahren zur Konsultation anderer zuständiger Behörden vor einer Zulassung gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 148 vom 10.6.2017, S. 16)

83. 32017 R 0988: Durchführungsverordnung (EU) 2017/988 der Kommission vom 6. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für Standardformulare, Muster und Verfahren für die Zusammenarbeit in Bezug auf Handelsplätze, deren Geschäfte in einem Aufnahmemitgliedstaat von wesentlicher Bedeutung sind (ABl. L 149 vom 13.6.2017, S. 3)

84. 32017 R 1005: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1005 der Kommission vom 15. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf Format und Zeitpunkt der Mitteilungen und der Veröffentlichung der Aussetzung des Handels und des Ausschlusses von Finanzinstrumenten gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 1)

85. 32017 R 1018: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1018 der Kommission vom 29. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Angaben, die von Wertpapierfirmen, Marktbetreibern und Kreditinstituten zu übermitteln sind (ABl. L 155 vom 17.6.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 292 vom 10.11.2017, S. 119

86. 32017 R 1093: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1093 der Kommission vom 20. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf das Format der Positionsberichte von Wertpapierfirmen und Marktbetreibern (ABl. L 158 vom 21.6.2017, S. 16), geändert durch:

– 32022 R 1300: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1300 der Kommission vom 24. März 2022 (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 4)

87. 32017 R 1110: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1110 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Standardformulare, Muster und Verfahren für die Zulassung von Datenbereitstellungsdiensten und die damit zusammenhängenden Mitteilungen gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 3)

88. 32017 R 1111: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1111 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards zu den Verfahren und Formularen für die Übermittlung von Informationen über Sanktionen und Maßnahmen im Einklang mit der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 162 vom 23.6.2017, S. 14)

89. 32017 R 1799: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1799 der Kommission vom 12. Juni 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die für bestimmte Zentralbanken von Drittländern geltende Ausnahme von Vorhandels- und Nachhandelstransparenzanforderungen bei der Ausübung der Geld-, Devisen- und Finanzmarktpolitik (ABl. L 259 vom 7.10.2017, S. 11), geändert durch:

– 32019 R 0462: Delegierte Verordnung (EU) 2019/462 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 80 vom 22.3.2019, S. 13)

– 32019 R 1000: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1000 der Kommission vom 14. März 2019 (ABl. L 163 vom 20.6.2019, S. 56)

90. 32017 R 1943: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1943 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards in Bezug auf Informationen und Anforderungen für die Zulassung von Wertpapierfirmen (ABl. L 276 vom 26.10.2017, S. 4)

91. 32017 R 1944: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1944 der Kommission vom 13. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Standardformulare, Muster und Verfahren für den Konsultationsprozess zwischen den jeweils zuständigen Behörden nach Anzeige eines geplanten Erwerbs einer qualifizierten Beteiligung an einer Wertpapierfirma gemäß den Richtlinien 2004/39/EG und 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 276 vom 26.10.2017, S. 12)

92. 32017 R 1945: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1945 der Kommission vom 19. Juni 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für Mitteilungen von und an Wertpapierfirmen, die eine Zulassung beantragen oder besitzen, gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 276 vom 26.10.2017, S. 22)

93. 32017 R 1946: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1946 der Kommission vom 11. Juli 2017 zur Ergänzung der Richtlinien 2004/39/EG und 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für eine erschöpfende Liste der Informationen, die interessierte Erwerber in die Anzeige des beabsichtigten Erwerbs einer qualifizierten Beteiligung an einer Wertpapierfirma aufnehmen müssen (ABl. L 276 vom 26.10.2017, S. 32)

94. 32017 R 2154: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2154 der Kommission vom 22. September 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für indirekte Clearingvereinbarungen (ABl. L 304 vom 21.11.2017, S. 6)

95. 32017 R 2194: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2194 der Kommission vom 14. August 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente im Hinblick auf Auftragspakete (ABl. L 312 vom 28.11.2017, S. 1)

96. 32017 D 2238: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2238 der Kommission vom 5. Dezember 2017 über die Gleichwertigkeit des Rechts- und Aufsichtsrahmens für anerkannte Kontraktmärkte und Swap-Ausführungssysteme in den Vereinigten Staaten von Amerika gemäß der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 320 vom 6.12.2017, S. 11)

97. 32017 D 2318: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2318 der Kommission vom 13. Dezember 2017 über die Gleichwertigkeit des Rechts- und Aufsichtsrahmens Australiens für Finanzmärkte gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 331 vom 14.12.2017, S. 81)

98. 32017 D 2319: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2319 der Kommission vom 13. Dezember 2017 über die Gleichwertigkeit des Rechts- und Aufsichtsrahmens der Sonderverwaltungsregion Hongkong für als Börse anerkannte Kapitalgesellschaften (Recognized Exchange Companies) gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 331 vom 14.12.2017, S. 87)

99. 32017 D 2320: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2320 der Kommission vom 13. Dezember 2017 über die Gleichwertigkeit des Rechts- und Aufsichtsrahmens der Vereinigten Staaten von Amerika für nationale Wertpapierbörsen und alternative Handelssysteme gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 331 vom 14.12.2017, S. 94)

100. 32017 R 2382: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2382 der Kommission vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf Standardformulare, Mustertexte und Verfahren für die Übermittlung von Angaben nach Maßgabe der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 340 vom 20.12.2017, S. 6), berichtigt in ABl. L 33 vom 7.2.2018, S. 5, geändert durch:

– 32022 R 1407: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1407 der Kommission vom 16. August 2022 (ABl. L 215 vom 18.8.2022, S. 27)

101. 32017 R 2417: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2417 der Kommission vom 17. November 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards zur Handelspflicht für bestimmte Derivate (ABl. L 343 vom 22.12.2017, S. 48), geändert durch:

– 32022 R 0749: Delegierte Verordnung (EU) 2022/749 der Kommission vom 8. Februar 2022 (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 4)

102. 32017 D 2441: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2441 der Kommission vom 21. Dezember 2017 über die Gleichwertigkeit des für Börsen in der Schweiz geltenden Rechts- und Aufsichtsrahmens gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 344 vom 23.12.2017, S. 52)

103. 32019 D 0541: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/541 der Kommission vom 1. April 2019 über die Gleichwertigkeit des Rechts- und Aufsichtsrahmens für genehmigte Börsen und anerkannte Marktbetreiber in Singapur im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 93 vom 2.4.2019, S. 18), geändert durch:

– 32020 D 2127: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2127 der Kommission vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 65)

104. 32022 R 1299: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1299 der Kommission vom 24. März 2022 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung des Inhalts von Positionsmanagementkontrollen der Handelsplätze (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 1)

105. 32011 L 0061: Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1), geändert durch:

– 32013 L 0014: Richtlinie 2013/14/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 (ABl. L 145 vom 31.5.2013, S. 1)

– 32019 L 1160: Richtlinie (EU) 2019/1160 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 106)

106. 32013 R 0231: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 231/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Ausnahmen, die Bedingungen für die Ausübung der Tätigkeit, Verwahrstellen, Hebelfinanzierung, Transparenz und Beaufsichtigung (ABl. L 83 vom 22.3.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 1618: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1618 der Kommission vom 12. Juli 2018 (ABl. L 271 vom 30.10.2018, S. 1)

   – 32021 R 1255: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1255 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 277 vom 2.8.2021, S. 11)

107. 32013 R 0447: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 447/2013 der Kommission vom 15. Mai 2013 zur Festlegung des Verfahrens für AIFM, die beschließen, sich der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu unterwerfen (ABl. L 132 vom 16.5.2013, S. 1)

108. 32013 R 0448: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 448/2013 der Kommission vom 15. Mai 2013 zur Festlegung eines Verfahrens für die Bestimmung des Referenzmitgliedstaats eines Nicht-EU-AIFM gemäß der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 132 vom 16.5.2013, S. 3)

109. 32014 R 0694: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 694/2014 der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zur Bestimmung der Arten von Verwaltern alternativer Investmentfonds (ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 18)

110. 32015 R 0514: Delegierte Verordnung (EU) 2015/514 der Kommission vom 18. Dezember 2014 über die nach Artikel 67 Absatz 3 der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates von den zuständigen Behörden an die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde zu übermittelnden Informationen (ABl. L 82 vom 27.3.2015, S. 5)

111. 32012 R 0648: Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 1), geändert durch:

– 32013 R 1002: Delegierte Verordnung (EU) 1002/2013 der Kommission vom 12. Juli 2013 (ABl. L 279 vom 19.10.2013, S. 2)

– 32014 L 0059: Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 190)

– 32015 R 1515: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1515 der Kommission vom 5. Juni 2015 (ABl. L 239 vom 15.9.2015, S. 63)

– 32015 L 0849: Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 73)

– 32014 R 0600: Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 84), berichtigt in ABl. L 270 vom 15.10.2015, S. 4, ABl. L 187 vom 12.7.2016, S. 30, und ABl. L 278 vom 27.10.2017, S. 54

– 32013 R 0575: Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 208 vom 2.8.2013, S. 68, ABl. L 321 vom 30.11.2013, S. 6, und ABl. L 20 vom 25.1.2017, S. 2

– 32017 R 0610: Delegierte Verordnung (EU) 2017/610 der Kommission vom 20. Dezember 2016 (ABl. L 86 vom 31.3.2017, S. 3)

– 32017 R 0979: Delegierte Verordnung (EU) 2017/979 der Kommission vom 2. März 2017 (ABl. L 148 vom 10.6.2017, S. 1)

– 32019 R 0460: Delegierte Verordnung (EU) 2019/460 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 80 vom 22.3.2019, S. 8)

– 32019 R 0834: Verordnung (EU) 2019/834 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 (ABl. L 141 vom 28.5.2019, S. 42)

– 32019 R 0876: Verordnung (EU) 2019/876 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 (ABl. L 150 vom 7.6.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 32

– 32015 R 2365: Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1)

112. 32014 D 0752: Durchführungsbeschluss 2014/752/EU der Kommission vom 30. Oktober 2014 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Japans für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 55)

113. 32014 D 0753: Durchführungsbeschluss 2014/753/EU der Kommission vom 30. Oktober 2014 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Singapurs für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 58)

114. 32014 D 0754: Durchführungsbeschluss 2014/754/EU der Kommission vom 30. Oktober 2014 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Hong Kongs für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 62)

115. 32014 D 0755: Durchführungsbeschluss 2014/755/EU der Kommission vom 30. Oktober 2014 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Australiens für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 66)

116. 32015 D 2038: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2038 der Kommission vom 13. November 2015 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens der Republik Korea für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 25)

117. 32015 D 2039: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2039 der Kommission vom 13. November 2015 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Südafrikas für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 29), geändert durch:

    – 32022 D 0900: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/900 der Kommission vom 8. Juni 2022 (ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 57)

118. 32015 D 2040: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2040 der Kommission vom 13. November 2015 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens bestimmter Provinzen Kanadas für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 32)

119. 32015 D 2041: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2041 der Kommission vom 13. November 2015 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Mexikos für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 38)

120. 32015 D 2042: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2042 der Kommission vom 13. November 2015 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens der Schweiz für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 42)

121. 32016 D 1073: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1073 der Kommission vom 1. Juli 2016 über die Gleichwertigkeit anerkannter Kontraktmärkte in den Vereinigten Staaten von Amerika gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 178 vom 2.7.2016, S. 24), geändert durch:

    – 32021 D 0583: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/583 der Kommission vom 9. April 2021 (ABl. L 124 vom 12.4.2021, S. 116)

122. 32016 D 2270: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2270 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit in Singapur genehmigter Börsen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 42)

123. 32016 D 2271: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2271 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit von Börsen für Finanzinstrumente und Warenbörsen in Japan gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 45)

124. 32016 D 2272: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2272 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit von Finanzmärkten in Australien gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 48)

125. 32016 D 2273: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2273 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit in Kanada anerkannter Börsen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 51)

126. 32016 D 0377: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/377 der Kommission vom 15. März 2016 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens der Vereinigten Staaten von Amerika für von der Commodity Futures Trading Commission (Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel) zugelassene und beaufsichtigte zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 70 vom 16.3.2016, S. 32)

127. 32016 D 2269: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2269 der Kommission vom 14. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Indiens für zentrale Gegenparteien gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 38), geändert durch:

    – 32022 D 0901: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/901 der Kommission vom 8. Juni 2022 (ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 60)

128. 32016 D 2274: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2274 der Kommission vom 14. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Neuseelands für zentrale Gegenparteien gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 54)

129. 32016 D 2275: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2275 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Japans für zentrale Gegenparteien gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 57)

130. 32016 D 2276: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2276 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Brasiliens für zentrale Gegenparteien gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 61)

131. 32016 D 2277: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2277 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens im Dubai International Financial Centre für zentrale Gegenparteien gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 65)

132. 32016 D 2278: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2278 der Kommission vom 15. Dezember 2016 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens der Vereinigten Arabischen Emirate für zentrale Gegenparteien gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 342 vom 16.12.2016, S. 68)

133. 32017 D 1857: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1857 der Kommission vom 13. Oktober 2017 über die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen der Vereinigten Staaten von Amerika für der Aufsicht der Commodity Futures Trading Commission (Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel) unterliegende Derivatgeschäfte mit bestimmten Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 265 vom 14.10.2017, S. 23)

134. 32022 D 0174: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/174 der Kommission vom 8. Februar 2022 zur Feststellung der Gleichwertigkeit des für zentrale Gegenparteien im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland geltenden Rechtsrahmens gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates für einen begrenzten Zeitraum (ABl. L 28 vom 9.2.2022, S. 40)

135. 32019 D 0684: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/684 der Kommission vom 25. April 2019 über die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen Japans für der Aufsicht der japanischen Finanzaufsichtsbehörde (Japan Financial Services Agency) unterliegende Derivategeschäfte mit den Bewertungs-, Streitbeilegungs- und Einschussanforderungen in Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 115 vom 2.5.2019, S. 11)

136. 32021 D 0085: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/85 der Kommission vom 27. Januar 2021 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens der Vereinigten Staaten von Amerika für von der Securities and Exchange Commission (Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde) zugelassene und beaufsichtigte zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 27), geändert durch:

– 32022 D 0551: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/551 der Kommission vom 4. April 2022 (ABl. L 107 vom 6.4.2022, S. 82)

137. 32021 D 1103: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1103 der Kommission vom 5. Juli 2021 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen Brasiliens für der Aufsicht der Zentralbank von Brasilien unterliegende, von brasilianischen Instituten geschlossene Derivategeschäfte mit bestimmten Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 84)

138. 32021 D 1104: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1104 der Kommission vom 5. Juli 2021 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen Kanadas für der Aufsicht der Aufsichtsbehörde für Finanzinstitute (Office of the Superintendent of Financial Institutions) unterliegende Derivategeschäfte mit bestimmten Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 89)

139. 32021 D 1105: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1105 der Kommission vom 5. Juli 2021 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen Singapurs für der Aufsicht der Währungsbehörde Singapurs (Monetary Authority of Singapore) unterliegende Derivategeschäfte mit bestimmten Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 94)

140. 32021 D 1106: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1106 der Kommission vom 5. Juli 2021 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen Australiens für der Aufsicht der australischen Aufsichtsbehörde (Australian Prudential Regulation Authority) unterliegende Derivategeschäfte mit bestimmten Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 99)

141. 32021 D 1107: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1107 der Kommission vom 5. Juli 2021 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen Hongkongs für der Aufsicht der Währungsbehörde Hongkongs (Hongkong Monetary Authority) unterliegende Derivategeschäfte mit bestimmten Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 104)

142. 32021 D 1108: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1108 der Kommission vom 5. Juli 2021 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechts-, Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen der Vereinigten Staaten von Amerika für der Aufsicht des Gouverneursrats des Zentralbanksystems (Board of Governors of the Federal Reserve System), der Kreditüberwachungsbehörde (Office of the Comptroller of the Currency), des Einlagensicherungsfonds (Federal Deposit Insurance Corporation), der Kreditanstalt für die Landwirtschaft (Farm Credit Administration) und der Bundesbehörde für Hypothekenkredite (Federal Housing Finance Agency) unterliegende Derivatgeschäfte mit bestimmten Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 109)

143. 32022 D 0899: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/899 der Kommission vom 8. Juni 2022 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens für zentrale Gegenparteien in Indonesien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf von der indonesischen Finanzdienstleistungsbehörde (Otoritas Jasa Keuangan) beaufsichtigte zentrale Gegenparteien (ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 53)

144. 32022 D 0902: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/902 der Kommission vom 8. Juni 2022 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Malaysias für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 64)

145. 32022 D 0903: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/903 der Kommission vom 8. Juni 2022 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Chiles für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 68)

146. 32022 D 0984: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/984 der Kommission vom 22. Juni 2022 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens der Volksrepublik China für die von der People's Bank of China zum Clearing von OTC-Derivaten auf dem Interbankenmarkt zugelassenen und beaufsichtigten zentralen Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 103)

147. 32022 D 0985: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/985 der Kommission vom 22. Juni 2022 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Israels für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 108)

148. 32022 D 1683: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1683 der Kommission vom 28. September 2022 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Kolumbiens für zentrale Gegenparteien mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 78)

149. 32022 D 1684: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1684 der Kommission vom 28. September 2022 über die Gleichwertigkeit des Regulierungsrahmens Taiwans für zentrale Gegenparteien mit der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf von der Finanzaufsichtskommission beaufsichtigte Clearingstellen für Terminkontrakte (ABl. L 252 vom 30.9.2022, S. 82)

150. 32012 R 1247: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1247/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf das Format und die Häufigkeit von Transaktionsmeldungen an Transaktionsregister gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 352 vom 21.12.2012, S. 20), geändert durch:

– 32017 R 0105: Durchführungsverordnung (EU) 2017/105 der Kommission vom 26. Oktober 2016 (ABl. L 17 vom 21.1.2017, S. 17), berichtigt in ABl. L 19 vom 25.1.2017, S. 17

– 32017 R 2155: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2155 der Kommission vom 22. September 2017 (ABl. L 304 vom 21.11.2017, S. 13)

151. 32012 R 1248: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1248/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für das Format von Anträgen auf Registrierung von Transaktionsregistern gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 352 vom 21.12.2012, S. 30), geändert durch:

– 32022 R 1859: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1859 der Kommission vom 10. Juni 2022 (ABl. L 262 vom 7.10.2022, S. 65)

152. 32012 R 1249: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1249/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf das Format der gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister von zentralen Gegenparteien aufzubewahrenden Aufzeichnungen (ABl. L 352 vom 21.12.2012, S. 32)

153. 32013 R 0148: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 148/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister bezüglich technischer Regulierungsstandards für die Mindestangaben der Meldungen an Transaktionsregister (ABl. L 52 vom 23.2.2013, S. 1), geändert durch:

– 32017 R 0104: Delegierte Verordnung (EU) 2017/104 der Kommission vom 19. Oktober 2016 (ABl. L 17 vom 21.1.2017, S. 1)

154. 32013 R 0149: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 149/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für indirekte Clearingvereinbarungen, die Clearingpflicht, das öffentliche Register, den Zugang zu einem Handelsplatz, nichtfinanzielle Gegenparteien und Risikominderungstechniken für nicht durch eine CCP geclearte OTC-Derivatekontrakte (ABl. L 52 vom 23.2.2013, S. 11), geändert durch:

– 32017 R 2155: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2155 der Kommission vom 22. September 2017 (ABl. L 304 vom 21.11.2017, S. 13)

– 32022 R 2310: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2310 der Kommission vom 18. Oktober 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 29)

155. 32013 R 0150: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 150/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister durch technische Regulierungsstandards, in denen die Einzelheiten eines Antrags auf Registrierung als Transaktionsregister festgelegt werden (ABl. L 52 vom 23.2.2013, S. 25), geändert durch:

– 32019 R 0362: Delegierte Verordnung (EU) 2019/362 der Kommission vom 13. Dezember 2018 (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 74)

156. 32013 R 0151: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 151/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die von Transaktionsregistern zu veröffentlichenden und zugänglich zu machenden Daten sowie operationelle Standards für die Zusammenstellung und den Vergleich von Daten sowie den Datenzugang (ABl. L 52 vom 23.2.2013, S. 33), geändert durch:

– 32017 R 1800: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1800 der Kommission vom 29. Juni 2017 (ABl. L 259 vom 7.10.2017, S. 14)

– 32019 R 0361: Delegierte Verordnung (EU) 2019/361 der Kommission vom 13. Dezember 2018 (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 69)

157. 32013 R 0152: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 152/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Eigenkapitalanforderungen an zentrale Gegenparteien (ABl. L 52 vom 23.2.2013, S. 37)

158. 32013 R 0153: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 153/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf technische Regulierungsstandards für Anforderungen an zentrale Gegenparteien (ABl. L 52 vom 23.2.2013, S. 41), geändert durch:

– 32016 R 0822: Delegierte Verordnung (EU) 2016/822 der Kommission vom 21. April 2016 (ABl. L 137 vom 26.5.2016, S. 1)

– 32022 R 2311: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2311 der Kommission vom 21. Oktober 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 31)

159. 32013 R 0876: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 876/2013 der Kommission vom 28. Mai 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards bezüglich Kollegien für zentrale Gegenparteien (ABl. L 244 vom 13.9.2013, S. 19)

160. 32013 R 1003: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1003/2013 der Kommission vom 12. Juli 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Gebühren, die den Transaktionsregistern von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde in Rechnung gestellt werden (ABl. L 279 vom 19.10.2013, S. 4), geändert durch:

– 32021 R 0822: Delegierte Verordnung (EU) 2021/822 der Kommission vom 24. März 2021 (ABl. L 183 vom 25.5.2021, S. 1)

161. 32014 R 0285: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 285/2014 der Kommission vom 13. Februar 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards in Bezug auf unmittelbare, wesentliche und vorhersehbare Auswirkungen von Kontrakten innerhalb der Union und die Verhinderung der Umgehung von Vorschriften und Pflichten (ABl. L 85 vom 21.3.2014, S. 1)

162. 32014 R 0484: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 484/2014 der Kommission vom 12. Mai 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards bezüglich des hypothetischen Kapitals einer zentralen Gegenpartei gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 57)

163. 32014 R 0667: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 667/2014 der Kommission vom 13. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Verfahrensvorschriften für von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) Transaktionsregistern auferlegte Sanktionen, einschließlich Vorschriften über das Verteidigungsrecht und Fristen (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 31), berichtigt in ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 31, geändert durch:

    – 32021 R 0732: Delegierte Verordnung (EU) 2021/732 der Kommission vom 26. Januar 2021 (ABl. L 158 vom 6.5.2021, S. 8)

164. 32015 R 2205: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2205 der Kommission vom 6. August 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Clearingpflicht (ABl. L 314 vom 1.12.2015, S. 13), geändert durch:

– 32017 R 0751: Delegierte Verordnung (EU) 2017/751 der Kommission vom 16. März 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 15)

– 32019 R 0396: Delegierte Verordnung (EU) 2019/396 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 71 vom 13.3.2019, S. 11)

– 32019 R 0565: Delegierte Verordnung (EU) 2019/565 der Kommission vom 28. März 2019 (ABl. L 99 vom 10.4.2019, S. 6)

– 32019 R 0667: Delegierte Verordnung (EU) 2019/667 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 113 vom 29.4.2019, S. 1)

– 32021 R 0237: Delegierte Verordnung (EU) 2021/237 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 56 vom 17.2.2021, S. 6)

– 32022 R 0750: Delegierte Verordnung (EU) 2022/750 der Kommission vom 8. Februar 2022 (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 6)

– 32022 R 0315: Delegierte Verordnung (EU) 2023/315 der Kommission vom 25. Oktober 2022 (ABl. L 43 vom 13.2.2023, S. 4)

165. 32016 R 0592: Delegierte Verordnung (EU) 2016/592 der Kommission vom 1. März 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Clearingpflicht (ABl. L 103 vom 19.4.2016, S. 5), geändert durch:

– 32017 R 0751: Delegierte Verordnung (EU) 2017/751 der Kommission vom 16. März 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 15)

– 32019 R 0396: Delegierte Verordnung (EU) 2019/396 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 71 vom 13.3.2019, S. 11)

– 32019 R 0565: Delegierte Verordnung (EU) 2019/565 der Kommission vom 28. März 2019 (ABl. L 99 vom 10.4.2019, S. 6)

– 32019 R 0667: Delegierte Verordnung (EU) 2019/667 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 113 vom 29.4.2019, S. 1)

– 32021 R 0237: Delegierte Verordnung (EU) 2021/237 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 56 vom 17.2.2021, S. 6)

– 32022 R 0315: Delegierte Verordnung (EU) 2023/315 der Kommission vom 25. Oktober 2022 (ABl. L 43 vom 13.2.2023, S. 4)

166. 32016 R 1178: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1178 der Kommission vom 10. Juni 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Clearingpflicht (ABl. L 195 vom 20.7.2016, S. 3), berichtigt in ABl. L 196 vom 21.7.2016, S. 56, geändert durch:

– 32017 R 0751: Delegierte Verordnung (EU) 2017/751 der Kommission vom 16. März 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 15)

– 32019 R 0396: Delegierte Verordnung (EU) 2019/396 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 71 vom 13.3.2019, S. 11)

– 32019 R 0565: Delegierte Verordnung (EU) 2019/565 der Kommission vom 28. März 2019 (ABl. L 99 vom 10.4.2019, S. 6)

– 32019 R 0667: Delegierte Verordnung (EU) 2019/667 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 113 vom 29.4.2019, S. 1)

– 32021 R 0237: Delegierte Verordnung (EU) 2021/237 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 56 vom 17.2.2021, S. 6)

– 32022 R 0315: Delegierte Verordnung (EU) 2023/315 der Kommission vom 25. Oktober 2022 (ABl. L 43 vom 13.2.2023, S. 4)

167. 32016 R 2251: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2251 der Kommission vom 4. Oktober 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister durch technische Regulierungsstandards zu Risikominderungstechniken für nicht durch eine zentrale Gegenpartei geclearte OTC-Derivatekontrakte (ABl. L 340 vom 15.12.2016, S. 9), berichtigt in ABl. L 29 vom 3.2.2017, S. 69, geändert durch:

– 32017 R 0323: Delegierte Verordnung (EU) 2017/323 der Kommission vom 20. Januar 2017 (ABl. L 49 vom 25.2.2017, S. 1)

– 32019 R 0397: Delegierte Verordnung (EU) 2019/397 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 71 vom 13.3.2019, S. 15)

– 32019 R 0564: Delegierte Verordnung (EU) 2019/564 der Kommission vom 28. März 2019 (ABl. L 99 vom 10.4.2019, S. 3)

– 32021 R 0236: Delegierte Verordnung (EU) 2021/236 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 56 vom 17.2.2021, S. 1)

– 32022 R 0314: Delegierte Verordnung (EU) 2022/314 der Kommission vom 25. Oktober 2022 (ABl. L 43 vom 13.2.2023, S. 2)

168. 32021 R 1456: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1456 der Kommission vom 2. Juni 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates mittels Festlegung der Voraussetzungen, unter denen die handelsüblichen Bedingungen von Clearingdiensten für OTC-Derivate als fair, angemessen, diskriminierungsfrei und transparent anzusehen sind (ABl. L 317 vom 8.9.2021, S. 1)

169. 32013 R 0345: Verordnung (EU) Nr. 345/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2013 über Europäische Risikokapitalfonds (ABl. L 115 vom 25.4.2013, S. 1), geändert durch:

– 32017 R 1991: Verordnung (EU) 2017/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 (ABl. L 293 vom 10.11.2017, S. 1)

– 32019 R 1156: Verordnung (EU) 2019/1156 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 55)

170. 32014 R 0593: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 593/2014 der Kommission vom 3. Juni 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für das Format der Notifizierung nach Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 345/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Europäische Risikokapitalfonds (ABl. L 165 vom 4.6.2014, S. 41)

171. 32019 R 0820: Delegierte Verordnung (EU) 2019/820 der Kommission vom 4. Februar 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 345/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Interessenkonflikte bei Europäischen Risikokapitalfonds (ABl. L 134 vom 22.5.2019, S. 8)

172. 32013 R 0346: Verordnung (EU) Nr. 346/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2013 über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (ABl. L 115 vom 25.4.2013, S. 18), geändert durch:

– 32017 R 1991: Verordnung (EU) 2017/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 (ABl. L 293 vom 10.11.2017, S. 1)

– 32019 R 1156: Verordnung (EU) 2019/1156 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 55)

173. 32014 R 0594: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 594/2014 der Kommission vom 3. Juni 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für das Format der Notifizierung nach Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 346/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (ABl. L 165 vom 4.6.2014, S. 44)

174. 32019 R 0819: Delegierte Verordnung (EU) 2019/819 der Kommission vom 1. Februar 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 346/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Interessenkonflikte, die Messung sozialer Wirkungen und Anlegerinformationen bei Europäischen Fonds für soziales Unternehmertum (ABl. L 134 vom 22.5.2019, S. 1)

175. 32014 R 0909: Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer sowie zur Änderung der Richtlinien 98/26/EG und 2014/65/EU und der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 349 vom 21.12.2016, S. 8

176. 32017 R 0389: Delegierte Verordnung (EU) 2017/389 der Kommission vom 11. November 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Parameter für die Berechnung von Geldbußen für gescheiterte Abwicklungen und die Tätigkeiten von CSD in Aufnahmemitgliedstaaten (ABl. L 65 vom 10.3.2017, S. 1)

177. 32017 R 0390: Delegierte Verordnung (EU) 2017/390 der Kommission vom 11. November 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für bestimmte aufsichtsrechtliche Anforderungen an Zentralverwahrer und benannte Kreditinstitute, die bankartige Nebendienstleistungen anbieten (ABl. L 65 vom 10.3.2017, S. 9), berichtigt in ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 35, und berichtigt in ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 35

178. 32017 R 0391: Delegierte Verordnung (EU) 2017/391 der Kommission vom 11. November 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur genaueren Bestimmung des Inhalts der Meldungen über internalisierte Abwicklungen (ABl. L 65 vom 10.3.2017, S. 44), berichtigt in ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 36, und berichtigt in ABl. L 122 vom 17.5.2018, S. 36

179. 32017 R 0392: Delegierte Verordnung (EU) 2017/392 der Kommission vom 11. November 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Zulassung von und für aufsichtliche und operationelle Anforderungen an Zentralverwahrer (ABl. L 65 vom 10.3.2017, S. 48)

180. 32017 R 0393: Durchführungsverordnung (EU) 2017/393 der Kommission vom 11. November 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Muster und Verfahren zur Meldung und Übermittlung von Angaben zur internalisierten Abwicklung gemäß der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 65 vom 10.3.2017, S. 116)

181. 32017 R 0394: Durchführungsverordnung (EU) 2017/394 der Kommission vom 11. November 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für standardisierte Formulare, Muster und Verfahren für die Zulassung, Überprüfung und Bewertung von Zentralverwahrern, für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden des Herkunftsmitgliedstaats und des Aufnahmemitgliedstaats, für die Anhörung der an der Zulassung für die Erbringung von bankartigen Nebendienstleistungen beteiligten Behörden, für den Zugang zu Zentralverwahrern oder für Zentralverwahrer und für das Format der von den Zentralverwahrern aufzubewahrenden Aufzeichnungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 65 vom 10.3.2017, S. 145)

182. 32018 D 2030: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/2030 der Kommission vom 19. Dezember 2018 zur Feststellung der Gleichwertigkeit des für Zentralverwahrer des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland geltenden Rechtsrahmens gemäß der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates für einen begrenzten Zeitraum (ABl. L 325 vom 20.12.2018, S. 47), geändert durch:

    – 32019 D 0545: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/545 der Kommission vom 3. April 2019 (ABl. L 95 vom 4.4.2019, S. 11)

183. 32018 R 1229: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1229 der Kommission vom 25. Mai 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Abwicklungsdisziplin (ABl. L 230 vom 13.9.2018, S. 1), geändert durch:

    – 32019 R 1689: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1689 der Kommission vom 29. Mai 2019 (ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 1)

– 32020 R 1212: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1212 der Kommission vom 8. Mai 2020 (ABl. L 275 vom 24.8.2020, S. 3)

– 32021 R 0070: Delegierte Verordnung (EU) 2021/70 der Kommission vom 23. Oktober 2020 (ABl. L 27 vom 27.1.2021, S. 1)

– 32022 R 1930: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1930 der Kommission vom 6. Juli 2022 (ABl. L 266 vom 13.10.2022, S. 13)

184. 32020 D 1766: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1766. der Kommission vom 25. November 2020 zur Feststellung der Gleichwertigkeit des für Zentralverwahrer des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland geltenden Rechtsrahmens gemäß der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates für einen begrenzten Zeitraum (ABl. L 397 vom 26.11.2020, S. 26)

185. 32014 R 1286: Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) (ABl. L 352 vom 9.2.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 358 vom 13.12.2014, S. 50, geändert durch:

– 32016 R 2340: Verordnung (EU) 2016/2340 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 354 vom 23.12.2016, S. 35)

– 32019 R 1156: Verordnung (EU) 2019/1156 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 55)

– 32021 R 2259: Verordnung (EU) 2021/2259 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 455 vom 20.12.2021, S. 1)

186. 32016 R 1904: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1904 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Produktintervention (ABl. L 295 vom 29.10.2016, S. 11)

187. 32017 R 0653: Delegierte Verordnung (EU) 2017/653 der Kommission vom 8. März 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) durch technische Regulierungsstandards in Bezug auf die Darstellung, den Inhalt, die Überprüfung und die Überarbeitung dieser Basisinformationsblätter sowie die Bedingungen für die Erfüllung der Verpflichtung zu ihrer Bereitstellung (ABl. L 100 vom 12.4.2017, S. 1), berichtigt in ABl. L 120 vom 11.5.2017, S. 31, ABl. L 210 vom 15.8.2017, S. 16, und ABl. L 176 vom 12.7.2018, S. 1, geändert durch:

– 32019 R 1866: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1866 der Kommission vom 3. Juli 2019 (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 4)

– 32021 R 2268: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2268 der Kommission vom 6. September 2021 (ABl. L 455I vom 20.12.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 46, und ABl. L 115 vom 13.4.2022, S. 187

– 32022 R 0975: Delegierte Verordnung (EU) 2022/975 der Kommission vom 17. März 2022 (ABl. L 167 vom 24.6.2022, S. 35)

188. 32015 R 0760: Verordnung (EU) 2015/760 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über europäische langfristige Investmentfonds (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 98)

189. 32018 R 0480: Delegierte Verordnung (EU) 2018/480 der Kommission vom 4. Dezember 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/760 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards im Hinblick auf einzig und allein der Absicherung dienende Finanzderivate, die ausreichende Länge der Laufzeit europäischer langfristiger Investmentfonds, die Kriterien für die Einschätzung des potenziellen Käufermarkts und die Bewertung der zu veräußernden Vermögenswerte sowie die Arten und Merkmale der den Kleinanlegern zur Verfügung stehenden Einrichtungen (ABl. L 81 vom 23.3.2018, S. 1)

190. 32015 R 2365: Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1), geändert durch:

    – 32019 R 0463: Delegierte Verordnung (EU) 2019/463 der Kommission vom 30. Januar 2019 (ABl. L 80 vom 22.3.2019, S. 16)

191. 32019 R 0356: Delegierte Verordnung (EU) 2019/356 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur genauen Festlegung der an Transaktionsregister zu meldenden Einzelheiten von Wertpapierfinanzierungsgeschäften (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 1)

192. 32019 R 0357: Delegierte Verordnung (EU) 2019/357 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für den Zugang zu den Einzelheiten von Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT) in Transaktionsregistern (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 22)

193. 32019 R 0358: Delegierte Verordnung (EU) 2019/358 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Erhebung, die Überprüfung, die Aggregierung, den Vergleich und die Veröffentlichung von Daten über Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT) durch Transaktionsregister (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 30)

194. 32019 R 0359: Delegierte Verordnung (EU) 2019/359 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen die Einzelheiten eines Antrags auf Registrierung oder Ausweitung der Registrierung als Transaktionsregister festgelegt werden (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 45)

195. 32019 R 0360: Delegierte Verordnung (EU) 2019/360 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Gebühren, die den Transaktionsregistern von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde in Rechnung gestellt werden (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 58), geändert durch:

    – 32021 R 0822: Delegierte Verordnung (EU) 2021/822 der Kommission vom 24. März 2021 (ABl. L 183 vom 25.5.2021, S. 1)

196. 32019 R 0363: Durchführungsverordnung (EU) 2019/363 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf das Format und die Häufigkeit der Meldung der Einzelheiten von Wertpapierfinanzierungsgeschäften an Transaktionsregister gemäß der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1247/2012 der Kommission im Hinblick auf die Verwendung von Codes für die Meldung von Derivatekontrakten (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 85)

197. 32019 R 0364: Durchführungsverordnung (EU) 2019/364 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für das Format von Anträgen auf Registrierung oder Ausweitung der Registrierung als Transaktionsregister gemäß der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 125)

198. 32019 R 0365: Durchführungsverordnung (EU) 2019/365 der Kommission vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf die Verfahren und Formate für den Austausch von Informationen zu Sanktionen, Maßnahmen und Ermittlungen gemäß der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 81 vom 22.3.2019, S. 128)

199. 32019 R 1156: Verordnung (EU) 2019/1156 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Vertriebs von Organismen für gemeinsame Anlagen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 345/2013, (EU) Nr. 346/2013 und (EU) Nr. 1286/2014 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 55)

200. 32021 R 0955: Durchführungsverordnung (EU) 2021/955 der Kommission vom 27. Mai 2021 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) 2019/1156 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Formulare, Mustertexte, Verfahren und technischen Voraussetzungen für die Veröffentlichung und Mitteilung der Vertriebsvorschriften, Gebühren und Entgelte sowie zur Festlegung der für die Einrichtung und das Führen der zentralen Datenbank für den grenzüberschreitenden Vertrieb von alternativen Investmentfonds und Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren zu übermittelnden Informationen und zur Festlegung der Formulare, Mustertexte und Verfahren für die Übermittlung dieser Informationen (ABl. L 211 vom 15.6.2021, S. 30), berichtigt in ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 49

201. 32019 L 2162: Richtlinie (EU) 2019/2162 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Emission gedeckter Schuldverschreibungen und die öffentliche Aufsicht über gedeckte Schuldverschreibungen und zur Änderung der Richtlinien 2009/65/EG und 2014/59/EU (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 29)

202. Verordnung (EU) 2019/2033 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über Aufsichtsanforderungen an Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 575/2013, (EU) Nr. 600/2014 und (EU) Nr. 806/2014 (ABl. L 314 vom 5.12.2019, S. 1)

KAPITEL 4

BETRIEBLICHE ALTERSVERSORGUNG

1. 32016 L 2341: Richtlinie (EU) 2016/2341 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV) (ABl. L 354 vom 23.12.2016, S. 37)

KAPITEL 5

BESTIMMUNGEN FÜR ALLE ARTEN VON FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. 32002 L 0065: Richtlinie 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002 über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung der Richtlinie 90/619/EWG des Rates und der Richtlinien 97/7/EG und 98/27/EG (ABl. L 271 vom 9.10.2002, S. 16), geändert durch:

   – 32005 L 0029: Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 (ABl. L 149 vom 11.6.2005, S. 22)

   – 32007 L 0064: Richtlinie 2007/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 (ABl. L 319 vom 5.12.2007, S. 1)

   – 32015 L 2366: Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 35), berichtigt in ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 97

2. 32002 L 0087: Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über die zusätzliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen eines Finanzkonglomerats und zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG, 79/267/EWG, 92/49/EWG, 92/96/EWG, 93/6/EWG und 93/22/EWG des Rates und der Richtlinien 98/78/EG und 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 35 vom 11.2.2003, S. 1), geändert durch:

   – 32005 L 0001: Richtlinie 2005/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2005 (ABl. L 79 vom 24.3.2005, S. 9)

– 32010 L 0078: Richtlinie 2010/78/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 120), berichtigt in ABl. L 170 vom 30.6.2011, S. 43, und ABl. L 54 vom 22.2.2014, S. 23

– 32013 L 0036: Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338), berichtigt in ABl. L 208 vom 2.8.2013, S. 73, und ABl. L 20 vom 25.1.2017, S. 1

– 32011 L 0089: Richtlinie 2011/89/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 (ABl. L 326 vom 8.12.2011, S. 113)

– Richtlinie 2008/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG über die zusätzliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen eines Finanzkonglomerats im Hinblick auf die der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse (ABl. L 81 vom 20.3.2008, S. 40)

3. 32014 R 0342: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 342/2014 der Kommission vom 21. Januar2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen die Bedingungen für die Anwendung der Methoden zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für Finanzkonglomerate festgelegt werden (ABl. L 100 vom 3.4.2014, S. 1)

4. 32015 R 2303: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2303 der Kommission vom 28. Juli 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Begriffsbestimmungen und zur Koordinierung der zusätzlichen Beaufsichtigung der Risikokonzentration und der gruppeninternen Transaktionen (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 34)

5. 32022 R 2454: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2454 der Kommission vom 14. Dezember 2022 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die aufsichtlichen Meldungen von Risikokonzentrationen und gruppeninternen Transaktionen (ABl. L 324 vom 19.12.2022, S. 55)

6. 32009 R 1060: Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen (ABl. L 302 vom 17.11.2009, S. 1), berichtigt in ABl. L 350 vom 29.12.2009, S. 59, geändert durch:

   – 32011 L 0061: Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1)

   – 32011 R 0513: Verordnung (EU) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 (ABl. L 145 vom 31.5.2011, S. 30)

   – 32013 R 0462: Verordnung (EU) Nr. 462/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 (ABl. L 146 vom 31.5.2013, S. 1)

   – 32014 L 0051: Richtlinie 2014/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 1)

7. 32019 D 1283: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1283 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Japans mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 40)

8. 32019 D 1279: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1279 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 26)

9. 32019 D 1280: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1280 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Mexikos mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 30)

10. 32019 D 1284: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1284 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Hongkongs mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 43)

11. 32012 R 0272: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 272/2012 der Kommission vom 7. Februar 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Gebühren, die den Ratingagenturen von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde in Rechnung gestellt werden (ABl. L 90 vom 28.3.2012, S. 6)

12. 32012 R 0447: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 447/2012 der Kommission vom 21. März 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung technischer Regulierungsstandards für die Bewertung der Normgerechtheit der Ratingmethoden (ABl. L 140 vom 30.5.2012, S. 14)

13. 32012 R 0449: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 449/2012 der Kommission vom 21. März 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für Informationen zur Registrierung und Zertifizierung von Ratingagenturen (ABl. L 140 vom 30.5.2012, S. 32)

14. 32012 R 0946: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 946/2012 der Kommission vom 12. Juli 2012 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Verfahrensvorschriften für von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) Ratingagenturen auferlegte Geldbußen, einschließlich der Vorschriften über das Recht auf Verteidigung und Fristen (ABl. L 282 vom 16.10.2012, S. 23)

15. 32015 R 0001: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1 der Kommission vom 30. September 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der technischen Regulierungsstandards für die regelmäßige Meldung der von den Ratingagenturen erhobenen Gebühren für die Zwecke der laufenden Beaufsichtigung durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ABl. L 2 vom 6.1.2015, S. 1)

16. 32015 R 0002: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2 der Kommission vom 30. September 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf technische Regulierungsstandards für die Präsentation von Informationen, die Ratingagenturen der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde zur Verfügung stellen (ABl. L 2 vom 6.1.2015, S. 24)

17. 32015 R 0003: Delegierte Verordnung (EU) 2015/3 der Kommission vom 30. September 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf technische Regulierungsstandards für die Offenlegungspflichten bei strukturierten Finanzinstrumenten (ABl. L 2 vom 6.1.2015, S. 57)

18. 32010 D 1203(02): Beschluss 2010/C 326/07 der Kommission vom 2. November 2010 zur Einsetzung des Europäischen Stakeholder-Forums für elektronische Rechnungsstellung (E-Invoicing) (ABl. C 326 vom 3.12.2010, S. 13)

19. 32010 R 1092: Verordnung (EU) Nr. 1092/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über die Finanzaufsicht der Europäischen Union auf Makroebene und zur Errichtung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 1)

20. 32010 R 1093: Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/78/EG der Kommission (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 12), geändert durch:

   – 32013 R 1022: Verordnung (EU) Nr. 1022/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 5)

   – 32014 L 0059: Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 190)

   – 32014 L 0017: Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 (ABl. L 60 vom 28.2.2014, S. 34), berichtigt in ABl. L 246 vom 23.9.2015, S. 11

   – 32015 L 2366: Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 35), berichtigt in ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 97

   – 32018 R 1717: Verordnung (EU) 2018/1717 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 (ABl. L 291 vom 16.11.2018, S. 1)

21. 32010 R 1094: Verordnung (EU) Nr. 1094/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/79/EG der Kommission (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 48), geändert durch:

– 32014 L 0051: Richtlinie 2014/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 1)

22. 32010 R 1095: Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/77/EG der Kommission (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 84), geändert durch:

– 32011 L 0061: Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1)

– 32014 L 0051: Richtlinie 2014/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 1)

23. 32014 L 0017: Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 (ABl. L 60 vom 28.2.2014, S. 34), berichtigt in ABl. L 246 vom 23.9.2015, S. 11, geändert durch:

– 32016 R 1011: Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 1)

24. 32015 R 0751: Verordnung (EU) 2015/751 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 1)

25. 32018 R 0072: Delegierte Verordnung (EU) 2018/72 der Kommission vom 4. Oktober 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2015/751 des Europäischen Parlaments und des Rates über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der von Kartenzahlverfahren und abwickelnden Stellen zu erfüllenden Anforderungen zur Gewährleistung der Anwendung von Anforderungen in Bezug auf ihre Unabhängigkeit hinsichtlich Rechnungslegung, Organisation und Entscheidungsverfahren (ABl. L 13 vom 18.1.2018, S. 1)

26. 32016 R 1011: Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 1), geändert durch:

    – 32019 R 2089: Verordnung (EU) 2019/2089 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 17)

    – 32021 R 0168: Verordnung (EU) 2021/168 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Februar 2021 (ABl. L 49 vom 12.2.2021, S. 6)

27. 32016 R 1368: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1368 der Kommission vom 11. August 2016 zur Erstellung einer Liste der an den Finanzmärkten verwendeten kritischen Referenzwerte gemäß der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 217 vom 12.8.2016, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 1147: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1147 der Kommission vom 28. Juni 2017 (ABl. L 166 vom 29.6.2017, S. 32)

   – 32017 R 2446: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2446 der Kommission vom 19. Dezember 2017 (ABl. L 346 vom 28.12.2017, S. 1)

   – 32018 R 1557: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1557 der Kommission vom 17. Oktober 2018 (ABl. L 261 vom 18.10.2018, S. 10)

   – 32019 R 0482: Durchführungsverordnung (EU) 2019/482 der Kommission vom 22. März 2019 (ABl. L 82 vom 25.3.2019, S. 26)

   – 32021 R 1122: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1122 der Kommission vom 8. Juli 2021 (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 39)

28. 32018 R 0064: Delegierte Verordnung (EU) 2018/64 der Kommission vom 29. September 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung, wie die in Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer iii genannten Kriterien anzuwenden sind, wenn beurteilt wird, ob bestimmte Ereignisse in einem oder mehreren Mitgliedstaaten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Integrität der Märkte, die Finanzstabilität, die Verbraucher, die Realwirtschaft oder die Finanzierung der Haushalte und Unternehmen hätten (ABl. L 12 vom 17.1.2018, S. 5)

29. 32018 R 0065: Delegierte Verordnung (EU) 2018/65 der Kommission vom 29. September 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Präzisierung technischer Elemente der Begriffsbestimmungen in Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (ABl. L 12 vom 17.1.2018, S. 9)

30. 32018 R 0066: Delegierte Verordnung (EU) 2018/66 der Kommission vom 29. September 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung, wie der Nennwert von Finanzinstrumenten mit Ausnahme von Derivaten, der nominelle Wert von Derivaten und der Nettoinventarwert von Investmentfonds bewertet werden muss (ABl. L 12 vom 17.1.2018, S. 11)

31. 32018 R 0067: Delegierte Verordnung (EU) 2018/67 der Kommission vom 3. Oktober 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Bedingungen für die Bewertung der Auswirkungen einer Einstellung oder Änderung bestehender Referenzwerte (ABl. L 12 vom 17.1.2018, S. 14)

32. 32018 R 1105: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1105 der Kommission vom 8. August 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards zu den Verfahren und Formularen, über die die zuständigen Behörden der ESMA nach der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates Informationen zur Verfügung zu stellen haben (ABl. L 202 vom 9.8.2018, S. 1)

33. 32018 R 1106: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1106 der Kommission vom 8. August 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards zu den Mustern für die Konformitätserklärung, die Administratoren signifikanter und nicht signifikanter Referenzwerte gemäß der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates zu veröffentlichen und zu pflegen haben (ABl. L 202 vom 9.8.2018, S. 9)

34. 32018 R 1637: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1637 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Verfahren und Merkmale der Aufsichtsfunktion (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 1)

35. 32018 R 1638: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1638 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards, in denen weiter ausgeführt wird, wie die Eignung und Nachprüfbarkeit von Eingabedaten zu gewährleisten ist, und welche internen Aufsichts- und Verifizierungsverfahren der Administrator eines kritischen oder signifikanten Referenzwerts bei einem Kontributor für den Fall sicherzustellen hat, dass Eingabedaten von einem Frontoffice oder einer Frontoffice-Funktion bereitgestellt werden (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 6)

36. 32018 R 1639: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1639 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur näheren Ausführung der Elemente des Verhaltenskodexes, der von den Administratoren der auf Eingabedaten von Kontributoren beruhenden Referenzwerte auszuarbeiten ist (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 11)

37. 32018 R 1640: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1640 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der für beaufsichtigte Kontributoren geltenden Anforderungen an die Unternehmensführung und die Kontrollen (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 16)

38. 32018 R 1641: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1641 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur näheren Ausführung der Informationen, die Administratoren kritischer oder signifikanter Referenzwerte über die Methodik zur Bestimmung des Referenzwerts, die interne Überprüfung und Genehmigung der Methodik und die Verfahren bei wesentlichen Änderungen der Methodik zur Verfügung stellen müssen (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 21)

39. 32018 R 1642: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1642 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur näheren Ausführung der von den zuständigen Behörden bei der Einschätzung, ob Administratoren signifikanter Referenzwerte bestimmte Anforderungen anwenden sollten, zu berücksichtigenden Kriterien (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 25)

40. 32018 R 1643: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1643 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung des Inhalts der von Referenzwert-Administratoren zu veröffentlichenden Referenzwert-Erklärungen und der Fälle, in denen ihre Aktualisierung erforderlich ist (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 29)

41. 32018 R 1644: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1644 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung des Mindestinhalts von Kooperationsvereinbarungen mit zuständigen Behörden von Drittländern, deren Rechtsrahmen und Aufsichtspraxis als gleichwertig anerkannt wurden (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 33)

42. 32018 R 1645: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1645 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die Form und den Inhalt des Antrags auf Anerkennung bei der zuständigen Behörde des Referenzmitgliedstaats und die Darstellung der Informationen in der Mitteilung an die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 36)

43. 32018 R 1646: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1646 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur näheren Bestimmung der Angaben, die bei einem Antrag auf Zulassung und bei einem Antrag auf Registrierung vorzulegen sind (ABl. L 274 vom 5.11.2018, S. 43)

44. 32019 D 1274: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1274 der Kommission vom 29. Juli 2019 über die Gleichwertigkeit des australischen Rechts- und Aufsichtsrahmens für Referenzwerte gemäß der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 9)

45. 32019 D 1275: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1275 der Kommission vom 29. Juli 2019 über die Gleichwertigkeit des singapurischen Rechts- und Aufsichtsrahmens für Referenzwerte gemäß der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 13)

46. 32020 R 1816: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1816 der Kommission vom 17. Juli 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Erläuterung in der Referenzwert-Erklärung, wie Umwelt-, Sozial- und Governance-Faktoren in den einzelnen Referenzwerten, die zur Verfügung gestellt und veröffentlicht werden, berücksichtigt werden (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 1)

47. 32020 R 1817: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1817 der Kommission vom 17. Juli 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Mindestinhalts der Erläuterung, wie Umwelt-, Sozial- und Governance-Faktoren in der Referenzwert-Methodik berücksichtigt werden (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 12)

48. 32020 R 1818: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1818 der Kommission vom 17. Juli 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Mindeststandards für EU-Referenzwerte für den klimabedingten Wandel und für Paris-abgestimmte EU-Referenzwerte (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 17)

49. 32021 R 1847: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1847 der Kommission vom 14. Oktober 2021 über die Bestimmung eines gesetzlichen Ersatzzinssatzes für bestimmte Anwendungen des CHF LIBOR (ABl. L 374 vom 22.10.2021, S. 1)

50. 32021 R 1848: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1848 der Kommission vom 21. Oktober 2021 über die Bestimmung eines Ersatzzinssatzes für den Referenzwert Euro Overnight Index Average (ABl. L 374 vom 22.10.2021, S. 6)

51. 32017 R 1131: Verordnung (EU) 2017/1131 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über Geldmarktfonds (ABl. L 169 vom 30.6.2017, S. 8), geändert durch:

    – 32018 R 0990: Delegierte Verordnung (EU) 2018/990 der Kommission vom 10. April 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 1)

52. 32018 R 0708: Durchführungsverordnung (EU) 2018/708 der Kommission vom 17. April 2018 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf die Meldevorlage, die von Geldmarktfondsverwaltern für die nach Artikel 37 der Verordnung (EU) 2017/1131 des Europäischen Parlaments und des Rates durchzuführende Berichterstattung an die zuständigen Behörden zu verwenden ist (ABl. L 119 vom 15.5.2018, S. 5)

53. 32018 R 0990: Delegierte Verordnung (EU) 2018/990 der Kommission vom 10. April 2018 zur Änderung und Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1131 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf einfache, transparente und standardisierte (STS-) Verbriefungen und forderungsgedeckte Geldmarktpapiere (ABCP), Anforderungen an im Rahmen von umgekehrten Pensionsgeschäften entgegengenommene Vermögenswerte und Methoden zur Bewertung der Kreditqualität (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 1383: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1383 der Kommission vom 15. Juni 2021 (ABl. L 298 vom 23.8.2021, S. 1)

54. 32019 R 2088: Verordnung (EU) 2019/2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 1), geändert durch:

– 32020 R 0852: Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 13), berichtigt in ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 159

55. 32020 R 0852: Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 13), berichtigt in ABl. L 156 vom 9.6.2022, S. 159

56. 32021 R 2139: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2139 der Kommission vom 4. Juni 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der technischen Bewertungskriterien, anhand deren bestimmt wird, unter welchen Bedingungen davon auszugehen ist, dass eine Wirtschaftstätigkeit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz oder zur Anpassung an den Klimawandel leistet, und anhand deren bestimmt wird, ob diese Wirtschaftstätigkeit erhebliche Beeinträchtigungen eines der übrigen Umweltziele vermeidet (ABl. L 442 vom 9.12.2021, S. 1), geändert durch:

– 32022 R 1214: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1214 der Kommission vom 9. März 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 1)

75. 32021 R 2178: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2178 der Kommission vom 6. Juli 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung des Inhalts und der Darstellung der Informationen, die von Unternehmen, die unter Artikel 19a oder Artikel 29a der Richtlinie 2013/34/EU fallen, in Bezug auf ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten offenzulegen sind, und durch Festlegung der Methode, anhand deren die Einhaltung dieser Offenlegungspflicht zu gewährleisten ist (ABl. L 443 vom 10.12.2021, S. 9), geändert durch:

– 32022 R 1214: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1214 der Kommission vom 9. März 2022 (ABl. L 188 vom 15.7.2022, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31974 X 0165: Empfehlung 74/165/EWG der Kommission vom 6. Februar 1974 zur Anwendung der Richtlinie des Rates vom 24. April 1972 (ABl. L 87 vom 30.3.1974, S. 12)

2. 31981 X 0076: Empfehlung 81/76/EWG der Kommission vom 8. Januar 1981 zur Beschleunigung der Regelung von Schadensfällen im Rahmen der Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge (ABl. L 57 vom 4.3.1981, S. 27)

3. 31985 X 0612: Empfehlung 85/612/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 zu Artikel 25 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Richtlinie 85/611/EWG (ABl. L 375 vom 31.12.1985, S. 19)

4. 31987 X 0062: Empfehlung 87/62/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1986 über die Überwachung und Kontrolle der Großkredite von Kreditinstituten (ABl. L 33 vom 4.2.1987, S. 10)

5. 31987 X 0063: Empfehlung 87/63/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1986 zur Einführung von Einlagensicherungssystemen in der Gemeinschaft (ABl. L 33 vom 4.2.1987, S. 16)

6. 31990 X 0109: Empfehlung 90/109/EWG der Kommission vom 14. Februar 1990 zur Transparenz der Bankkonditionen bei grenzüberschreitenden Finanztransaktionen (ABl. L 67 vom 15.3.1990, S. 39)

7. 31992 X 0048: Empfehlung 92/48/EWG der Kommission vom 18. Dezember 1991 über Versicherungsvermittler (ABl. L 19 vom 28.1.1992, S. 32)

8. 31997 X 0489: Empfehlung 97/489/EG der Kommission vom 30. Juli 1997 zu den Geschäften, die mit elektronischen Zahlungsinstrumenten getätigt werden (besonders zu den Beziehungen zwischen Emittenten und Inhabern solcher Instrumente) (ABl. L 208 vom 2.8.1997, S. 52)

9. 32000 X 0408: Empfehlung 2000/408/EG der Kommission vom 23. Juni 2000 zur Offenlegung von Informationen über Finanzinstrumente und andere ähnliche Instrumente in Ergänzung der Offenlegung gemäß der Richtlinie 86/635/EWG des Rates über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten (ABl. L 154 vom 27.6.2000, S. 36)

10. 32004 H 0383: Empfehlung 2004/383/EG der Kommission vom 27. April 2004 zum Einsatz derivativer Finanzinstrumente bei Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) (ABl. L 144 vom 30.4.2004, S. 33), berichtigt in ABl. L 199 vom 7.6.2004, S. 24

11. 32004 H 0384: Empfehlung 2004/384/EG der Kommission vom 27. April 2004 zu bestimmten Angaben, die nach Anhang I Schema C der Richtlinie 85/611/EWG im vereinfachten Prospekt enthalten sein müssen (ABl. L 144 vom 30.4.2004, S. 42), berichtigt in ABl. L 199 vom 7.6.2004, S. 30

12. 32007 H 0657: Empfehlung 2007/657/EG der Kommission vom 11. Oktober 2007 zum elektronischen Netz amtlicher bestellter Systeme für die zentrale Speicherung vorgeschriebener Informationen gemäß der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 267 vom 12.10.2007, S. 16)

13. 32009 H 0384: Empfehlung 2009/384/EG der Kommission vom 30. April 2009 zur Vergütungspolitik im Finanzdienstleistungssektor (ABl. L 120 vom 15.5.2009, S. 22)

ANHANG X – SAN MARINO-PROTOKOLL

DIENSTLEISTUNGEN IM ALLGEMEINEN

Liste nach Artikel 24 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31961 X 1201: Allgemeines Programm zur Aufhebung der Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs (ABl. 2 vom 15.1.1962, S. 32)

2. 32006 L 0123: Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36)
   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) In Artikel 3 Absatz 3 werden die Worte „Bestimmungen des Vertrags“ durch die Wort „Bestimmungen des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

   b) In Artikel 4 Absatz 1 werden die Worte „Artikel 50 des Vertrags“ durch die Worte „Artikel 24 des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

   c) In Artikel 4 Absätze 2 und 3 werden die Worte „im Sinne des Artikels 48 des Vertrags“ durch die Worte „im Sinne des Artikels 20 des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

   d) In Artikel 4 Absatz 5 werden die Worte „Artikel 43 des Vertrags“ durch die Worte „Artikel 17 des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

   e) Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe d findet keine Anwendung.

f) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Bei dem in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannten Zeitraum handelt es sich um Folgendes:

   i) eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens für Artikel 6;

ii) eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens für Artikel 7;

iii) eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens für Artikel 8;

iv) drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens für Artikel 9;

v) drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens für Artikel 10;

vi) eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens für Kapitel VI dieser Richtlinie in Bezug auf die IMI-Verordnung.

3. 32009 D 0739: Entscheidung 2009/739/EG der Kommission vom 2. Oktober 2009 zur Festlegung der praktischen Regelungen für den Informationsaustausch auf elektronischem Wege zwischen den Mitgliedstaaten gemäß Kapitel VI der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 263 vom 7.10.2009, S. 32)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt anderthalb Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

4. 32009 D 0767: Entscheidung 2009/767/EG der Kommission vom 16. Oktober 2009 über Maßnahmen zur Erleichterung der Nutzung elektronischer Verfahren über einheitliche Ansprechpartner gemäß der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 274 vom 20.10.2009, S. 36), berichtigt in ABl. L 299 vom 14.11.2009, S. 18, geändert durch:

– 32010 D 0425: Beschluss 2010/425/EU der Kommission vom 28. Juli 2010 (ABl. L 199 vom 31.7.2010, S. 30)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)
– 32013 D 0662: Durchführungsbeschluss 2013/662/EU der Kommission vom 14. Oktober 2013 (ABl. L 306 vom 16.11.2013, S. 21)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt anderthalb Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

5. 32011 D 0130: Beschluss 2011/130/EU der Kommission vom 25. Februar 2011 über Mindestanforderungen für die grenzüberschreitende Verarbeitung von Dokumenten, die gemäß der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt von zuständigen Behörden elektronisch signiert worden sind (ABl. L 53 vom 26.2.2011, S. 66), geändert durch:

   – 32014 D 0148: Durchführungsbeschluss 2014/148/EU der Kommission vom 17. März 2014 (ABl. L 80 vom 19.3.2014, S. 7), berichtigt in ABl. L 95 vom 29.3.2014, S. 69

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt anderthalb Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

6. 32011 L 0024: Richtlinie 2011/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (ABl. L 88 vom 4.4.2011, S. 45)

7. 32012 L 0052: Durchführungsrichtlinie 2012/52/EU der Kommission vom 20. Dezember 2012 mit Maßnahmen zur Erleichterung der Anerkennung von in einem anderen Mitgliedstaat ausgestellten ärztlichen Verschreibungen (ABl. L 356 vom 22.12.2012, S. 68)

8. 32013 D 0329: Durchführungsbeschluss 2013/329/EU der Kommission vom 26. Juni 2013 mit Vorschriften für die Einrichtung, die Verwaltung und die transparente Funktionsweise des Netzwerks der für die Bewertung von Gesundheitstechnologien zuständigen nationalen Behörden oder Stellen (ABl. L 175 vom 27.6.2013, S. 71)

www.parlament.gv.at

9. 32014 D 0286: Delegierter Beschluss 2014/286/EU der Kommission vom 10. März 2014 über die Kriterien und Bedingungen, die Europäische Referenznetzwerke und Gesundheitsdienstleister, die sich einem Europäischen Referenznetzwerk anschließen möchten, erfüllen müssen (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 71)

10. 32014 D 0287: Durchführungsbeschluss 2014/287/EU der Kommission vom 10. März 2014 zur Festlegung von Kriterien für die Einrichtung europäischer Referenznetzwerke, für die Evaluierung dieser Netzwerke und ihrer Mitglieder und zur Erleichterung des Austauschs von Informationen und Fachwissen in Bezug auf die Einrichtung und Evaluierung solcher Netzwerke (ABl. L 147 vom 17.5.2014, S. 79), geändert durch:

    – 32019 D 1269: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1269 der Kommission vom 26. Juli 2019 (ABl. L 200 vom 29.7.2019, S. 35)

11. 32020 D 0534: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/534 der Kommission vom 16. April 2020 zur Aussetzung der Bewertung der Anträge auf Aufnahme in bestehende europäische Referenznetzwerke (ABl. L 119 vom 17.4.2020, S. 18)

12. 32012 R 1024: Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/49/EG der Kommission (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 1), geändert durch:

    – 32014 L 0060: Richtlinie 2014/60/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 159 vom 28.5.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 147 vom 12.6.2015, S. 24

www.parlament.gv.at

– 32013 L 0055: Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 132)

– 32014 L 0067: Richtlinie 2014/67/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 159 vom 28.5.2014, S. 11)

– 32016 R 1628: Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 53), berichtigt in ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 29

– 32020 R 1055: Verordnung (EU) 2020/1055 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 17)

– 32020 L 1057: Richtlinie (EU) 2020/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 49)

– 32018 R 1724: Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 1)

13. 32014 D 0089: Durchführungsbeschluss 2014/89/EU der Kommission vom 14. Februar 2014 für ein Pilotprojekt zur Umsetzung der in der Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems (ABl. L 45 vom 15.2.2014, S. 36)

14. 32018 R 0302: Verordnung (EU) 2018/302 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2018 über Maßnahmen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2006/2004 und (EU) 2017/2394 sowie der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 60I vom 2.3.2018, S. 1), berichtigt in ABl. L 66 vom 8.3.2018, S. 1

15. 32018 R 1724: Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 über die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 1)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt anderthalb Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

16. 32020 R 1121: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1121 der Kommission vom 29. Juli 2020 über die Erhebung und den Austausch von Nutzerstatistiken und Rückmeldungen der Nutzer zu den Diensten des einheitlichen digitalen Zugangstors gemäß der Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 245 vom 30.7.2020, S. 3)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt anderthalb Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32013 H 0461: Empfehlung 2013/461/EU der Kommission vom 17. September 2013 zu den Grundsätzen für SOLVIT (ABl. L 249 vom 19.9.2013, S. 10)

www.parlament.gv.at

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 12/14

ANHANG

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

ANHANG XI – SAN MARINO-PROTOKOLL

ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATION, AUDIOVISUELLE DIENSTE UND INFORMATIONSGESELLSCHAFT

Liste nach den Artikeln 17 und 24 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Telekommunikationsdienstleistungen 3
2 Digitale Dekade 11
3 Roaming 13
4 Funkfrequenzpolitik 14
5 Gigabit-Gesellschaft 23
6 5G und Cybersicherheit 24
7 Künstliche Intelligenz 25
8 Europäische Cloud-Initiative 27
9 Freier Datenverkehr 29
10 Internet-Governance 30
11 Cybersicherheit 32
12 Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste 35
13 Elektronischer Geschäftsverkehr – Regulierung von Online-Plattformen 37
14 Geoblocking 39
15 Sektor- oder inhaltsspezifische Rechtsakte mit besonderer Bedeutung für das horizontale Gesetz über digitale Dienste und die Platform-to-Business-Verordnung 40

www.parlament.gv.at

16 Offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors 42
17 Barrierefreies Web 43
18 Elektronische Identifizierung, Authentifizierung und Vertrauensdienste 45
19 Privatsphäre und Datenschutz 48
20 Elektronische Gesundheitsdienste (eHealth) 56
21 Postdienste 58

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

KAPITEL 1

TELEKOMMUNIKATIONSDIENSTLEISTUNGEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32018 L 1972: Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36), berichtigt in ABl. L 334 vom 27.12.2019, S. 164, und ABl. L 419 vom 11.12.2020, S. 36

2. 32019 R 2243: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2243 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Festlegung eines Musters für die Vertragszusammenfassung, das von den Anbietern öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste gemäß der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates zu verwenden ist, berichtigt in ABl. L 16 vom 21.1.2020, S. 40 (ABl. L 336 vom 30.12.2019, S. 274)

3. 32021 R 0654: Delegierte Verordnung (EU) 2021/654 der Kommission vom 18. Dezember 2020 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung eines unionsweit einheitlichen maximalen Mobilfunkzustellungsentgelts und eines unionsweit einheitlichen maximalen Festnetzzustellungsentgelts (ABl. L 137 vom 22.4.2021, S. 1)

4. 32015 R 2120: Verordnung (EU) 2015/2120 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet und zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten sowie der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (ABl. L 310 vom 26.11.2015, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 1971: Verordnung (EU) 2018/1971 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 1)

5. 32014 L 0061: Richtlinie 2014/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation (ABl. L 155 vom 23.5.2014, S. 1)

6. 32007 D 0176: Entscheidung 2007/176/EG der Kommission vom 11. Dezember 2006 über das Verzeichnis der Normen und Spezifikationen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste sowie zugehörige Einrichtungen und Dienste, ersetzt alle vorherigen Fassungen (ABl. L 86 vom 27.3.2007, S. 11), geändert durch:

   – 32008 D 0286: Entscheidung 2008/286/EG der Kommission vom 17. März 2008 (ABl. L 93 vom 4.4.2008, S. 24)

7. 32007 D 0116: Entscheidung 2007/116/EG der Kommission vom 15. Februar 2007 über die Reservierung der mit 116 beginnenden nationalen Nummernbereiche für einheitliche Rufnummern für harmonisierte Dienste von sozialem Wert (ABl. L 49 vom 17.2.2007, S. 30), geändert durch:

   – 32007 D 0698: Entscheidung 2007/698/EG der Kommission vom 29. Oktober 2007 (ABl. L 284 vom 30.10.2007, S. 31)

   – 32009 D 0884: Entscheidung 2009/884/EG der Kommission vom 30. November 2009 (ABl. L 317 vom 3.12.2009, S. 46)

   – 32023 D 0468: Durchführungsbeschluss (EU) 2023/468 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 68 vom 6.3.2023, S. 96)

8. 32009 D 0449 Entscheidung 2009/449/EG der Kommission vom 13. Mai 2009 über die Auswahl der Betreiber europaweiter Systeme, die Satellitenmobilfunkdienste (MSS) erbringen (ABl. L 149 vom 12.6.2009, S. 65)

9. 32018 R 1971: Verordnung (EU) 2018/1971 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) und der Agentur zur Unterstützung des GEREK (GEREK-Büro), zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1211/2009 (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Modalitäten für die Beteiligung San Marinos gemäß Artikel 80 Absatz 7des Abkommens:

Die nationalen Regulierungsbehörden San Marinos, die in erster Linie für die Beaufsichtigung des laufenden Marktgeschehens im Bereich der elektronischen Kommunikationsnetze und -dienste zuständig sind, nehmen uneingeschränkt an der Arbeit des Regulierungsrats des GEREK, der Arbeitsgruppen des GEREK und des Verwaltungsrats des GEREK-Büros teil:

Sie werden gemäß den Bestimmungen der GEREK-Verordnung auf einer angemessenen Ebene vertreten.

Zu diesem Zweck haben die nationalen Regulierungsbehörden San Marinos die gleichen Rechte und Pflichten wie die nationalen Regulierungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten, mit Ausnahme des Stimmrechts. Angehörige San Marinos kommen nicht für den Vorsitz im Regulierungsrat oder im Verwaltungsrat in Betracht.

Das GEREK und das GEREK-Büro unterstützen die nationalen Regulierungsbehörden San Marinos gegebenenfalls bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

b) Artikel 4 wird wie folgt angepasst:

i) Folgender Absatz wird eingefügt:

„(1a) Die Standpunkte der nationalen Regulierungsbehörden des assoziierten Staates werden gesondert erfasst, wenn das GEREK eine Stellungnahme gemäß Absatz 1 Buchstabe c Ziffern i und ii abgibt."

ii) In Absatz 4 werden die Worte „einschlägigen Unionsrechts" durch das Wort „Assoziationsabkommens" ersetzt.

c) In Artikel 25 wird folgender Absatz angefügt:

„(5) San Marino beteiligt sich an dem in Absatz 3 Buchstabe a genannten Beitrag der EU. Für diesen Zweck gelten die Verfahren des Artikels 68 des Assoziationsabkommens und des San Marino-Protokolls sinngemäß."

d) In Artikel 30 werden folgende Unterabsätze angefügt:

„Abweichend von Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe a und Artikel 82 Absatz 3 Buchstabe a der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union können Staatsangehörige San Marinos, die im Besitz ihrer vollen staatsbürgerlichen Rechte sind, von der zuständigen Personalstelle der Agentur auf Vertragsbasis eingestellt werden.

www.parlament.gv.at

Abweichend von Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe e, Artikel 82 Absatz 3 Buchstabe e und Artikel 85 Absatz 3 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union betrachtet das Büro im Hinblick auf das eigene Personal die Sprachen nach Artikel 111 des Assoziationsabkommens als Sprachen der Union nach Artikel 55 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union.“

e) In Artikel 34 wird Folgendes angefügt:

„San Marino räumt dem GEREK-Büro Vorrechte und Befreiungen ein, die den im Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union aufgeführten entsprechen.“

f) In Artikel 36 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission gilt für die Zwecke der Anwendung der Verordnung für die nationalen Regulierungsbehörden San Marinos im Hinblick auf die Dokumente, die vom GEREK oder dem GEREK-Büro erstellt werden.“

g) Artikel 40 Absatz 2 wird wie folgt angepasst: Die Worte „dem Unionsrecht und dem nationalen Recht“ werden durch die Worte „dem Assoziationsabkommen und dem nationalen Recht“ ersetzt.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32010 H 0572: Empfehlung 2010/572/EU der Kommission vom 20. September 2010 über den regulierten Zugang zu Zugangsnetzen der nächsten Generation (NGA) (ABl. L 251 vom 25.9.2010, S. 35)

2. 32010 H 0167: Empfehlung 2010/167/EU der Kommission vom 19. März 2010 zur Genehmigung von Systemen für Mobilfunkdienste an Bord von Schiffen (MCV-Dienste) (ABl. L 72 vom 20.3.2010, S. 42)

3. 32013 H 0466: Empfehlung 2013/466/EU der Kommission vom 11. September 2013 über einheitliche Nichtdiskriminierungsverpflichtungen und Kostenrechnungsmethoden zur Förderung des Wettbewerbs und zur Verbesserung des Umfelds für Breitbandinvestitionen (ABl. L 251 vom 21.9.2013, S. 13)

4. 32009 H 0848: Empfehlung 2009/848/EG der Kommission vom 28. Oktober 2009 zur leichteren Freisetzung der digitalen Dividende in der Europäischen Union (ABl. L 308 vom 24.11.2009, S. 24)

5. 32009 H 0396: Empfehlung 2009/396/EG der Kommission vom 7. Mai 2009 über die Regulierung der Festnetz- und Mobilfunk-Zustellungsentgelte in der EU (ABl. L 124 vom 20.5.2009, S. 67)

6. 32014H0710: Empfehlung 2014/710/EU der Kommission vom 9. Oktober 2014 über relevante Produkt- und Dienstmärkte des elektronischen Kommunikationssektors, die aufgrund der Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste für eine Vorabregulierung in Betracht kommen; Erläuterungen beigefügt (ABl. C 159 vom 7.5.2018, S. 1)

www.parlament.gv.at

7. 31997Y1209(01): Bekanntmachung der Kommission über die Definition des relevanten Marktes im Sinne des Wettbewerbsrechts der Gemeinschaft (ABl. C 372 vom 9.12.1997, S. 5)

8. 52018XC0507(01): Mitteilung der Kommission (C/2018/2374) – Leitlinien zur Marktanalyse und Ermittlung beträchtlicher Marktmacht nach dem EU-Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste; zusammen mit einer Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen (SWD(2018) 124 final) (ABl. C 159 vom 7.5.2018, S. 1)

9. 32005 H 0698: Empfehlung 2005/698/EG der Kommission vom 19. September 2005 über die getrennte Buchführung und Kostenrechnungssysteme entsprechend dem Rechtsrahmen für die elektronische Kommunikation (ABl. L 266 vom 11.10.2005, S. 64)

KAPITEL 2

DIGITALE DEKADE

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52015 DC 0192: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN – Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa (COM(2015) 192 final)

2. 52017 DC 0228: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN über die Halbzeitüberprüfung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt – Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt für alle (COM(2017) 228 final)

3. 52005 DC 0204: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Beschleunigung des Übergangs vom analogen zum digitalen Rundfunk (SEK(2005)661, KOM(2005) 204 endg.)

4. 52003 DC 0541: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über den Übergang vom analogen zum digitalen Rundfunk (digitaler Übergang und Analogabschaltung) (SEK(2003)992, KOM(2003) 541 endg.)

www.parlament.gv.at

5. 52021 DC 0118: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN – Digitaler Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade (COM(2021) 118 final)

6. 32022 D 2481: Beschluss (EU) 2022/2481 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die Aufstellung des Politikprogramms 2030 für die digitale Dekade (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 4)

7. 32023 C 0123: Europäische Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen für die digitale Dekade (ABl. C 23 vom 23.1.2023, S. 1)

KAPITEL 3

ROAMING

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32022 R 0612: Verordnung (EU) 2022/612 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. April 2022 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (Neufassung) (ABl. L 115 vom 13.4.2022, S. 1)

2. 32016 R 2286: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2286 der Kommission vom 15. Dezember 2016 zur Festlegung detaillierter Vorschriften über die Anwendung der Regelung der angemessenen Nutzung und über die Methode zur Prüfung der Tragfähigkeit der Abschaffung der Endkundenroamingaufschläge sowie über den von Roaminganbietern für diese Prüfung zu stellenden Antrag (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 46), geändert durch:

   – 32019 R 0296: Durchführungsverordnung (EU) 2019/296 der Kommission vom 20. Februar 2019 (ABl. L 50 vom 21.2.2019, S. 4)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. GEREK-Roamingleitlinien für den Endkundenbereich, BoR(22)174, Dezember 2022

2. GEREK- Roamingleitlinien für den Vorleistungsbereich, BoR(22)147, September 2022

KAPITEL 4

FUNKFREQUENZPOLITIK

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32012 D 0243: Beschluss Nr. 243/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 über ein Mehrjahresprogramm für die Funkfrequenzpolitik (ABl. L 81 vom 21.3.2012, S. 7)

2. 32013 D 0195: Durchführungsbeschluss 2013/195/EU der Kommission vom 23. April 2013 zur Festlegung der näheren Vorschriften, der einheitlichen Formate und einer Methode für die im Beschluss Nr. 243/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Mehrjahresprogramm für die Funkfrequenzpolitik vorgesehene Bestandsaufnahme der Funkfrequenzen (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 18)

3. 32017 D 0899: Beschluss (EU) 2017/899 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 über die Nutzung des Frequenzbands 470-790 MHz in der Union (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 131)

4. 32019 D 0612(01): Beschluss der Kommission vom 11. Juni 2019 über die Einrichtung der Gruppe für Frequenzpolitik und zur Aufhebung des Beschlusses 2002/622/EG (ABl. C 196 vom 12.6.2019, S. 16)

5. 32007 D 0344: Entscheidung 2007/344/EG der Kommission vom 16. Mai 2007 über die einheitliche Bereitstellung von Informationen über die Frequenznutzung in der Gemeinschaft (ABl. L 129 vom 17.5.2007, S. 67)

6. 32010 D 0267: Beschluss 2010/267/EU der Kommission vom 6. Mai 2010 über harmonisierte technische Bedingungen für die Nutzung des Frequenzbands 790–862 MHz für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Europäischen Union erbringen können (ABl. L 117 vom 11.5.2010, S. 95)

7. 32022 D 0173: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/173 der Kommission vom 7. Februar 2022 zur Harmonisierung des 900-MHz-Frequenzbands und des 1800-MHz-Frequenzbands für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Union erbringen können, und zur Aufhebung der Entscheidung 2009/766/EG (ABl. L 28 vom 9.2.2022, S. 29)

8. 32015 D 0750: Durchführungsbeschluss der Kommission (EU) 2015/750 vom 8. Mai 2015 zur Harmonisierung des Frequenzbands 1452-1492 MHz für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Union erbringen können (ABl. L 119 vom 12.5.2015, S. 27), geändert durch:

   – 32018 D 0661: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/661 der Kommission (ABl. L 110 vom 30.4.2018, S. 127)

9. 32016 D 0339: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/339 der Kommission vom 8. März 2016 zur Harmonisierung des Frequenzbands 2010-2025 MHz für tragbare oder mobile drahtlose Videoverbindungen und kabellose Kameras, die für die Programmproduktion und Sonderveranstaltungen (PMSE) eingesetzt werden (ABl. L 63 vom 10.3.2016, S. 5)

10. 32012 D 0688: Durchführungsbeschluss 2012/688/EU der Kommission vom 5. November 2012 zur Harmonisierung der Frequenzbänder 1920 – 1980 MHz und 2110 – 2170 MHz für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Union erbringen können, geändert durch:

    – 32020 D 0667: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/667 der Kommission vom 6. Mai 2020 (ABl. L 307 vom 7.11.2012, S. 84)

11. 32008 D 0477: Entscheidung 2008/477/EG der Kommission vom 13. Juni 2008 zur Harmonisierung des Frequenzbands 2500 — 2690 MHz für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Gemeinschaft erbringen können, geändert durch:

    – 32020D0636: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/636 der Kommission vom 8. Mai 2020 (ABl. L 163 vom 24.6.2008, S. 37)

12. 32008 D 0411: Entscheidung 2008/411/EG der Kommission vom 21. Mai 2008 zur Harmonisierung des Frequenzbands 3400 — 3800 MHz für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Gemeinschaft erbringen können (ABl. L 144 vom 4.6.2008, S. 77), geändert durch:

    – 32014 D 0276: Durchführungsbeschluss 2014/276/EU der Kommission vom 2. Mai 2014 (ABl. L 139 vom 14.5.2014, S. 18)

    – 32019 D 0235: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/235 der Kommission vom 24. Januar 2019 (ABl. L 37 vom 8.2.2019, S. 135)

13. 32020 D 1426: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1426 der Kommission vom 7. Oktober 2020 zur harmonisierten Nutzung von Funkfrequenzen im Frequenzband 5875-5935 MHz für sicherheitsbezogene Anwendungen intelligenter Verkehrssysteme (IVS) und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/671/EG (ABl. L 328 vom 9.10.2020, S. 19)

14. 32022 D 0179: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/179 der Kommission vom 8. Februar 2022 über die harmonisierte Nutzung von Funkfrequenzen im 5-GHz-Band für die Einführung drahtloser Zugangssysteme einschließlich lokaler Funknetze und zur Aufhebung der Entscheidung 2005/513/EG (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 10)

15. 32022 D 2307: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2307 der Kommission vom 23. November 2022 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/179 im Hinblick auf die Ausweisung und Bereitstellung der Frequenzbänder 5150-5250 MHz, 5250-5350 MHz und 5470-5725 MHz gemäß den technischen Bedingungen im Anhang (ABl. L 305 vom 25.11.2022, S. 63)

16. 32021 D 1067: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1067 der Kommission vom 17. Juni 2021 über die harmonisierte Nutzung von Funkfrequenzen im Frequenzband 5945–6425 MHz für die Einführung drahtloser Zugangssysteme einschließlich lokaler Funknetze (WAS/Funk-LANs) (ABl. L 232 vom 30.6.2021, S. 1)

17. 32005 D 0050: Entscheidung 2005/50/EG der Kommission vom 17. Januar 2005 zur Harmonisierung der befristeten Nutzung des Frequenzbands im Bereich um 24 GHz durch Kfz-Kurzstreckenradargeräte in der Gemeinschaft (ABl. L 21 vom 25.1.2005, S. 15), geändert durch:

    – 32011 D 0485: Durchführungsbeschluss 2011/485/EU der Kommission vom 29. Juli 2011 (ABl. L 198 vom 30.7.2011, S. 71)

    – 32017 D 2077 Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2077 der Kommission vom 10. November 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 75)

18. 32019 D 0784: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/784 der Kommission vom 14. Mai 2019 zur Harmonisierung des Frequenzbands 24,25-27,5 GHz für terrestrische Systeme, die drahtlose breitbandige elektronische Kommunikationsdienste in der Union erbringen können (ABl. L 127 vom 16.5.2019, S. 13), geändert durch:

    – 32020D0590: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/590 der Kommission vom 24. April 2020 (ABl. L 127 vom 16.5.2019, S. 13)

19. 32004 D 0545: Entscheidung 2004/545/EG der Kommission vom 8. Juli 2004 zur Harmonisierung der Frequenznutzung im Bereich 79 GHz für Kfz-Kurzstreckenradargeräte in der Gemeinschaft (ABl. L 241 vom 13.7.2004, S. 66)

20. 32006 D 0771(01): Entscheidung 2006/771/EG der Kommission vom 9. November 2006 zur Harmonisierung der Frequenznutzung durch Geräte mit geringer Reichweite (ABl. L 312 vom 11.11.2006, S. 66), geändert durch:

– 32008 D 0432: Entscheidung 2008/432/EG der Kommission vom 23. Mai 2008 (ABl. L 151 vom 11.6.2008, S. 49), berichtigt in ABl. L 212 vom 7.8.2008, S. 15

– 32009 D 0381: Entscheidung 2009/381/EG der Kommission vom 13. Mai 2009 (ABl. L 119 vom 14.5.2009, S. 32)

– 32010 D 0368: Beschluss 2010/368/EU der Kommission vom 30. Juni 2010 (ABl. L 166 vom 1.7.2010, S. 33)

– 32011 D 0829: Durchführungsbeschluss 2011/829/EU der Kommission vom 8. Dezember 2011 (ABl. L 329 vom 13.12.2011, S. 10)

– 32013 D 0752: Durchführungsbeschluss 2013/752/EU der Kommission vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 334 vom 13.12.2013, S. 17)

– 32017 D 1483 Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1483 der Kommission vom 8. August 2017 (ABl. L 214 vom 18.8.2017, S. 3)

– 32018 D 1538 Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1538 der Kommission vom 11. Oktober 2018 (ABl. L 257 vom 15.10.2018, S. 57), geändert durch:

  – 32022 D 0172: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/172 der Kommission vom 7. Februar 2022 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2018/1538 der Kommission zur Harmonisierung der Frequenznutzung durch Geräte mit geringer Reichweite in den Frequenzbändern 874–876 MHz und 915–921 MHz (ABl. L 28 vom 9.2.2022, S. 21)

– 32019 D 1345: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1345 der Kommission vom 2. August 2019 zur Änderung der Entscheidung 2006/771/EG im Hinblick auf die Aktualisierung der harmonisierten technischen Bedingungen im Bereich der Funkfrequenznutzung für Geräte mit geringer Reichweite (ABl. L 212 vom 13.8.2019, S. 53)

– 32022 D 0180: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/180 der Kommission vom 8. Februar 2022 zur Änderung der Entscheidung 2006/771/EG im Hinblick auf die Aktualisierung der harmonisierten technischen Bedingungen im Bereich der Funkfrequenznutzung für Geräte mit geringer Reichweite (ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 17)

21. 32008 D 0294: Entscheidung 2008/294/EG der Kommission vom 7. April 2008 über harmonisierte Frequenznutzungsbedingungen für den Betrieb von Mobilfunkdiensten an Bord von Flugzeugen (MCA-Diensten) in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 98 vom 10.4.2008, S. 19), geändert durch:

  – 32013 D 0654: Durchführungsbeschluss 2013/654/EU der Kommission vom 12. November 2013 (ABl. L 303 vom 14.11.2013, S. 48), geändert durch:

    – 32016 D 2317: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2317 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 345 vom 20.12.2016, S. 67)

www.parlament.gv.at

– 32022 D 2324: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2324 der Kommission vom 23. November 2022 (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 262)

22. 32010 D 0166: Beschluss 2010/166/EU der Kommission vom 19. März 2010 über harmonisierte Frequenznutzungsbedingungen für den Betrieb von Mobilfunkdiensten an Bord von Schiffen (MCV-Dienste) in der Europäischen Union (ABl. L 72 vom 20.3.2010, S. 38), geändert durch:

– 32017 D 0191: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/191 der Kommission vom 1. Februar 2017 (ABl. L 29 vom 3.2.2017, S. 63)

23. 32021 D 1730: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1730 der Kommission vom 28. September 2021 über die harmonisierte Nutzung der gepaarten Frequenzbänder 874,4–880,0 MHz und 919,4–925,0 MHz sowie des ungepaarten Frequenzbands 1900–1910 MHz für den Bahnmobilfunk (ABl. L 346 vom 30.9.2021, S. 1)

24. 32019 D 0785: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/785 der Kommission vom 14. Mai 2019 über die Harmonisierung der Funkfrequenzen für Ultrabreitbandgeräte in der Union und zur Aufhebung der Entscheidung 2007/131/EG (ABl. L 127 vom 16.5.2019, S. 23)

25. 32014 D 0641: Durchführungsbeschluss 2014/641/EU der Kommission vom 1. September 2014 über harmonisierte technische Bedingungen für die Nutzung von Funkfrequenzen durch drahtlose PMSE-Audioausrüstungen in der Union (ABl. L 263 vom 3.9.2014, S. 29)

26. 32016 D 0687: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/687 der Kommission vom 28. April 2016 zur Harmonisierung des Frequenzbands 694-790 MHz für terrestrische Systeme, die drahtlose breitbandige elektronische Kommunikationsdienste erbringen können, und für eine flexible nationale Nutzung in der Union (ABl. L 118 vom 4.5.2016, S. 4)

27. 32020 R 1070: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1070 der Kommission vom 20. Juli 2020 zur Festlegung der Merkmale drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite gemäß Artikel 57 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (ABl. L 234 vom 21.7.2020, S. 11)

KAPITEL 5

GIGABIT-GESELLSCHAFT

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32021 R 1153: Verordnung (EU) 2021/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) Nr. 283/2014 (ABl. L 249 vom 14.7.2021, S. 38)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52010 D C0472: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Europäische Breitbandnetze: Investition in ein internetgestütztes Wachstum KOM(2010) 472

2. 52016 DC 0587: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Konnektivität für einen wettbewerbsfähigen digitalen Binnenmarkt - Hin zu einer europäischen Gigabit-Gesellschaft (COM(2016) 587 final)

3. 32022 D 2481: Beschluss (EU) 2022/2481 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die Aufstellung des Politikprogramms 2030 für die digitale Dekade (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 4)

4. 52023 XC 0131(01): Mitteilung der Kommission: Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Breitbandnetzen 2023/C 36/01 (ABl. C 36 vom 31.1.2023, S. 1)

KAPITEL 6

5G UND CYBERSICHERHEIT

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – 5G für Europa: ein Aktionsplan – COM(2016) 588

2. 32019 H 0534: Empfehlung (EU) 2019/534 der Kommission vom 26. März 2019 Cybersicherheit der 5G-Netze, C/2019/2335 (ABl. L 88 vom 29.3.2019, S. 42)

3. 52020 DC 0050 Mitteilung COM(2020) 50 final der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Sichere 5G-Einführung in der EU – Umsetzung des EU-Instrumentariums

4. Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen SWD(2020) 357 final - Bericht über die Auswirkungen der Empfehlung der Kommission vom 26. März 2019 zur Cybersicherheit von 5G-Netzen

www.parlament.gv.at

KAPITEL 7

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32019 R 0947: Durchführungsverordnung (EU) 2019/947 der Kommission vom 24. Mai 2019 über die Vorschriften und Verfahren für den Betrieb unbemannter Luftfahrzeuge (ABl. L 152 vom 11.6.2019, S. 45)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52018 DC 0237: Mitteilung COM(2018) 237 final – Künstliche Intelligenz für Europa

2. 52018 DC 0795: Mitteilung COM(2018) 795 final – Koordinierter Plan für künstliche Intelligenz

3. 52018 DC 0237: Mitteilung COM(2018) 237 final – Künstliche Intelligenz für Europa

4. 52019 AE 1830: COM(2019) 168 final –Schaffung von Vertrauen in eine auf den Menschen ausgerichtete künstliche Intelligenz (ABl. C 47 vom 11.2.2020, S. 64)

5. 52020 DC 0065: WEIßBUCH COM(2020) 65 – Zur Künstlichen Intelligenz – ein europäisches Konzept für Exzellenz und Vertrauen

www.parlament.gv.at

6. 52021 DC 0205: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Förderung eines europäischen Konzepts für künstliche Intelligenz (COM(2021) 205 final)

KAPITEL 8

EUROPÄISCHE CLOUD-INITIATIVE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32021 R 1173: Verordnung (EU) 2021/1173 des Rates vom 13. Juli 2021 zur Gründung des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1488 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 3)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52016 DC 0178: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Europäische Cloud-Initiative – Aufbau einer wettbewerbsfähigen Daten- und Wissenswirtschaft in Europa, COM(2016) 178 final

2. 52016 SC 0106: ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN Umsetzung des Aktionsplans für die europäische Strategie für Hochleistungsrechnen, als Begleitunterlage zu der MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Europäische Cloud-Initiative - Aufbau einer wettbewerbsfähigen Daten- und Wissenswirtschaft in Europa

www.parlament.gv.at

3. ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN Umsetzungsfahrplan für die Europäische Cloud für offene Wissenschaft, Brüssel, 14.3.2018, SWD(2018) 83 final

www.parlament.gv.at

KAPITEL 9

FREIER DATENVERKEHR

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32018 R 1807: Verordnung (EU) 2018/1807 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht-personenbezogener Daten in der Europäischen Union (ABl. L 303 vom 28.11.2018, S. 59)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52019 DC 0250: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat – Leitlinien zur Verordnung über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht-personenbezogener Daten in der Europäischen Union, COM(2019) 250 final

www.parlament.gv.at

KAPITEL 10

INTERNET-GOVERNANCE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32019 R 0517: Verordnung (EU) 2019/517 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die Durchführung und Funktionsweise der Domäne oberster Stufe.eu, zur Änderung und Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 733/2002 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 874/2004 der Kommission (ABl. L 91 vom 29.3.2019, S. 25)

2. 32020 R 0857: Durchführungsverordnung (EU) 2020/857 der Kommission vom 17. Juni 2020 zur Festlegung der Grundsätze, die in den gemäß der Verordnung (EU) 2019/517 des Europäischen Parlaments und des Rates zu schließenden Vertrag zwischen der Europäischen Kommission und dem Register für die Domäne oberster Stufe.eu aufzunehmen sind (ABl. L 195 vom 19.6.2020, S. 52)

3. Delegierte Verordnung (EU) 2020/1083 der Kommission vom 14. Mai 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/517 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Zulassungsvoraussetzungen und der Auswahlkriterien sowie des Verfahrens für die Benennung des Registers für die Domäne oberster Stufe.eu (ABl. L 239 vom 24.7.2020, S. 1)

4. 32021 D 1878: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1878 der Kommission vom 25. Oktober 2021 zur Benennung des Registers für die Domäne oberster Stufe.eu (ABl. L 378 vom 26.10.2021, S. 22)

5. Durchführungsverordnung (EU) 2022/1862 der Kommission vom 4. Oktober 2022 zur Erstellung der Listen der reservierten und gesperrten Domänennamen unter der Domäne oberster Stufe.eu gemäß der Verordnung (EU) 2019/517 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 259 vom 6.10.2022, S. 3)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52014 DC 0072: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Internet-Politik und Internet-Governance Europas Rolle bei der Mitgestaltung der Zukunft der Internet-Governance (COM(2014) 72 final)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 11

CYBERSICHERHEIT

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32022 L 2555: Richtlinie (EU) 2022/2555 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 und der Richtlinie (EU) 2018/1972 sowie zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2016/1148 (NIS-2-Richtlinie) (ABl. L 333 vom 27.12.2022, S. 80)

2. 32018 R 0151: Durchführungsverordnung (EU) 2018/151 der Kommission vom 30. Januar 2018 über Vorschriften für die Anwendung der Richtlinie (EU) 2016/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der weiteren Festlegung der von Anbietern digitaler Dienste beim Risikomanagement in Bezug auf die Sicherheit von Netz- und Informationssystemen zu berücksichtigenden Elemente und der Parameter für die Feststellung erheblicher Auswirkungen eines Sicherheitsvorfalls (ABl. L 26 vom 31.1.2018, S. 48)

3. 32019 R 0881: Verordnung (EU) 2019/881 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die ENISA (Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit) und über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 (Rechtsakt zur Cybersicherheit) (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 15)

4. 32021 R 0887: Verordnung (EU) 2021/887 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 zur Einrichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Industrie, Technologie und Forschung im Bereich der Cybersicherheit und des Netzwerks nationaler Koordinierungszentren (ABl. L 202 vom 8.6.2021, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52009 DC 0149 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über den Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen - „Schutz Europas vor Cyber-Angriffen und Störungen großen Ausmaßes: Stärkung der Abwehrbereitschaft, Sicherheit und Stabilität“ (30.3.2009, KOM(2009) 149 endg.)

2. 52011 DC 0163 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über den Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen „Ergebnisse und nächste Schritte: der Weg zur globalen Netzsicherheit“ (KOM(2011) 163 endgültig)

3. 52013 JC 0001: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen JOIN/2013/1 final Cybersicherheitsstrategie der Europäischen Union – ein offener, sicherer und geschützter Cyberraum

4. 32017 H 1584: Empfehlung (EU) 2017/1584 der Kommission vom 13. September 2017 für eine koordinierte Reaktion auf große Cybersicherheitsvorfälle und -krisen (C/2017/6100) (ABl. L 239 vom 19.9.2017, S. 36)

5. 52020 JC 0018: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat – Die Cybersicherheitsstrategie der EU für die digitale Dekade (JOIN/2020/18 final)

6. Mitteilung der Kommission C(2021) 7412 final – Leitlinien für die Bewertung der Kapazität nationaler Koordinierungszentren zur Mittelverwaltung im Hinblick auf die Erfüllung des Auftrags und der Ziele gemäß der Verordnung (EU) 2021/887

KAPITEL 12

AUDIOVISUELLE MEDIENDIENSTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32010 L 0013: Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 263 vom 6.10.2010, S. 15, geändert durch:

   – 32018 L 1808: Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 (ABl. L 303 vom 28.11.2018, S. 69)

2. C(2014) 462: Beschluss C(2014) 462 der Kommission vom 3.2.2014 zur Einsetzung der Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 51996 DC 0483: Grünbuch vom 23. Oktober 1996 über den Jugendschutz und den Schutz der Menschenwürde in den audiovisuellen und den Informationsdiensten (KOM(96) 483)

2. 31997 Y 0306(02): Schlussfolgerungen des Rates vom 17. Februar 1997 zum Grünbuch über den Jugendschutz und den Schutz der Menschenwürde in den audiovisuellen und den Informationsdiensten (ABl. C 70 vom 6.3.1997, S. 4)

www.parlament.gv.at

3. 31998 H 0560: Empfehlung 98/560/EG des Rates vom 24. September 1998 zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Industriezweigs der audiovisuellen Dienste und Informationsdienste durch die Förderung nationaler Rahmenbedingungen für die Verwirklichung eines vergleichbaren Niveaus in Bezug auf den Jugendschutz und den Schutz der Menschenwürde (ABl. L 270 vom 7.10.1998, S. 48)

4. 52004 XC 0428(01): Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen in Bezug auf bestimmte Aspekte der Bestimmungen der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ über die Fernsehwerbung C(2004) 1450 - 23.4.2004 (ABl. C 102 vom 28.4.2004, S. 2)

5. 32005 H 0865: Empfehlung 2005/865/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2005 zum Filmerbe und zur Wettbewerbsfähigkeit der einschlägigen Industriezweige (ABl. L 323 vom 9.12.2005, S. 57)

6. 32006 H 0952: Empfehlung 2006/952/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Schutz Minderjähriger und den Schutz der Menschenwürde und über das Recht auf Gegendarstellung im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Industriezweiges der audiovisuellen Dienste und Online-Informationsdienste (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 72)

7. 32011 H 0711: Empfehlung 2011/711/EU der Kommission vom 27. Oktober 2011 zur Digitalisierung und Online-Zugänglichkeit kulturellen Materials und dessen digitaler Bewahrung (ABl. L 283 vom 29.10.2011, S. 39)

KAPITEL 13

ELEKTRONISCHER GESCHÄFTSVERKEHR – REGULIERUNG VON ONLINE-PLATTFORMEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 31998 L 0084: Richtlinie 98/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 1998 über den rechtlichen Schutz von zugangskontrollierten Diensten und von Zugangskontrolldiensten (ABl. L 320 vom 28.11.1998, S. 54)

2. 32000 L 0031: Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“) (ABl. L 178 vom 17.7.2000, S. 1)

3. 32005 D 0752: Beschluss 2005/752/EG der Kommission vom 24. Oktober 2005 zur Einsetzung einer Expertengruppe „Elektronischer Geschäftsverkehr“ (ABl. L 282 vom 26.10.2005, S. 20)

4. 32015 L 1535: Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1)

5. 32019 R 1150: Platform-to-Business-Verordnung – Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 57)

6. 32022 R 1925: Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte) (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 1)

7. 32022 R 2065: Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) (ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. ST 8601 2018 INIT: Diskussionspapier des Vorsitzes: Verordnung über Beziehungen zwischen Online-Plattformen und Unternehmen

2. Beschluss der Kommission vom 26.4.2018 über die Einsetzung der Sachverständigengruppe für die Beobachtungsstelle für die Online-Plattformwirtschaft (C(2018) 2393 final)

3. 32018 H 0334: Empfehlung (EU) 2018/334 der Kommission vom 1. März 2018 für wirksame Maßnahmen im Umgang mit illegalen Online-Inhalten (C/2018/1177) (ABl. L 63 vom 6.3.2018, S. 50)

4. 52020 XC 1208(01): Bekanntmachung der Kommission Leitlinien zur Transparenz des Rankings gemäß der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates 2020/C 424/01 (ABl. C 424 vom 8.12.2020, S. 1)

KAPITEL 14

GEOBLOCKING

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32018 R 0302: Verordnung (EU) 2018/302 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2018 über Maßnahmen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2006/2004 und (EU) 2017/2394 sowie der Richtlinie 2009/22/EG (Text von Bedeutung für den EWR.) (ABl. L 60I vom 2.3.2018, S. 1)

KAPITEL 15

SEKTOR- ODER INHALTSSPEZIFISCHE RECHTSAKTE MIT BESONDERER BEDEUTUNG FÜR DAS HORIZONTALE GESETZ ÜBER DIGITALE DIENSTE UND DIE PLATFORM-TO-BUSINESS-VERORDNUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32021 R 0784: Verordnung (EU) 2021/784 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte (ABl. L 172 vom 17.5.2021, S. 79)

2. 32019 L 0770: Richtlinie (EU) 2019/770 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen (ABl. L 136 vom 22.5.2019, S. 1)

3. 32019 L 0771: Richtlinie (EU) 2019/771 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Warenkaufs, zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie 2009/22/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 1999/44/EG

4. 32017 R 2394: Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 1)

www.parlament.gv.at

5. 32018 R 0644: Verordnung (EU) 2018/644 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 über grenzüberschreitende Paketzustelldienste (ABl. L 112 vom 2.5.2018, S. 19)

6. 32018 R 1263: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1263 der Kommission vom 20. September 2018 zur Erstellung der Formulare für die Übermittlung von Informationen durch Paketzustelldienstanbieter gemäß der Verordnung (EU) 2018/644 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 65)

7. 32017 L 2455: Richtlinie (EU) 2017/2455 des Rates vom 5. Dezember 2017 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG und der Richtlinie 2009/132/EG in Bezug auf bestimmte mehrwertsteuerliche Pflichten für die Erbringung von Dienstleistungen und für Fernverkäufe von Gegenständen (ABl. L 348 vom 29.12.2017, S. 7)

8. 32017 R 2459: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2459 des Rates vom 5. Dezember 2017 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 282/2011 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (ABl. L 348 vom 29.12.2017, S. 32)

KAPITEL 16

OFFENE DATEN UND DIE WEITERVERWENDUNG VON INFORMATIONEN DES ÖFFENTLICHEN SEKTORS

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32019 L 1024: Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (ABl. L 172 vom 26.6.2019, S. 56)

2. 32023 R 0138: Durchführungsverordnung (EU) 2023/138 der Kommission vom 21. Dezember 2022 zur Festlegung bestimmter hochwertiger Datensätze und der Modalitäten ihrer Veröffentlichung und Weiterverwendung (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 19 vom 20.1.2023, S. 43)

3. 32022 R 0868: Verordnung (EU) 2022/868 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über europäische Daten-Governance und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt) (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52011 DC 0882: Mitteilung KOM(2011) 882 endgültig der Kommission vom 12.12.2011 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Offene Daten: Ein Motor für Innovation, Wachstum und transparente Verwaltung

2. 52020 DC 0066: Mitteilung COM(2020) 66 final der Kommission vom 19.2.2020 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Eine europäische Datenstrategie

KAPITEL 17

BARRIEREFREIES WEB

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32008 D 1351: Beschluss Nr. 1351/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein mehrjähriges Gemeinschaftsprogramm zum Schutz der Kinder bei der Nutzung des Internets und anderer Kommunikationstechnologien (Programm „Sicheres Internet 2009–2013“) (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 118)

2. 32014 D 0554: Beschluss Nr. 554/2014/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Beteiligung der Union an dem von mehreren Mitgliedstaaten gemeinsam durchgeführten Forschungs- und Entwicklungsprogramm „Aktives und unterstütztes Leben“ (ABl. L 169 vom 7.6.2014, S. 14)

3. 32016 L 2102: Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (ABl. L 327 vom 2.12.2016, S. 1)

4. 32018 D 1523: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1523 der Kommission vom 11. Oktober 2018 zur Festlegung einer Mustererklärung zur Barrierefreiheit gemäß der Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 103)

5. 32018 D 1524: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1524 der Kommission vom 11. Oktober 2018 zur Festlegung einer Überwachungsmethodik und der Modalitäten für die Berichterstattung der Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 108)

6. 32018 D 2048 Durchführungsbeschluss (EU) 2018/2048 der Kommission vom 20. Dezember 2018 über die harmonisierte Norm für Websites und mobile Anwendungen zur Unterstützung der Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 84), geändert durch:

   – 32021 D 1339: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1339 der Kommission vom 11. August 2021 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 53)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52012 DC 0196 Mitteilung COM(2012) 196 final der Kommission vom 2.5.2012 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Europäische Strategie für ein besseres Internet für Kinder

2. 52010 DC 0743 Mitteilung KOM(2010) 743 endg. der Kommission vom 15. Dezember 2010 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäischer eGovernment-Aktionsplan 2011–2015 – Einsatz der IKT zur Förderung intelligent, nachhaltig und innovativ handelnder Behörden

3. 52016 DC 0179: Mitteilung COM(2016) 179 final der Kommission vom 19. April 2016 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. EU-eGovernment-Aktionsplan 2016-2020 – Beschleunigung der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

4. Erklärung von Tallinn (2017), einschließlich Anhang: Nutzerzentrierte Prinzipien für das Design und die Bereitstellung digitaler öffentlicher Dienste

KAPITEL 18

ELEKTRONISCHE IDENTIFIZIERUNG, AUTHENTIFIZIERUNG UND VERTRAUENSDIENSTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32014 R 0910: Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG

2. 32015 R 0806: Durchführungsverordnung (EU) 2015/806 der Kommission vom 22. Mai 2015 zur Festlegung von Spezifikationen für die Form des EU-Vertrauenssiegels für qualifizierte Vertrauensdienste (ABl. L 128 vom 23.5.2015, S. 13)

3. 32015 D 1505: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1505 der Kommission vom 8. September 2015 über technische Spezifikationen und Formate in Bezug auf Vertrauenslisten gemäß Artikel 22 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (ABl. L 235 vom 9.9.2015, S. 26)

4. 32015 D 1506: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1506 der Kommission vom 8. September 2015 zur Festlegung von Spezifikationen für Formate fortgeschrittener elektronischer Signaturen und fortgeschrittener Siegel, die von öffentlichen Stellen gemäß Artikel 27 Absatz 5 und Artikel 37 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt anerkannt werden (ABl. L 235 vom 9.9.2015, S. 37)

5. 32016 D 0650: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/650 der Kommission vom 25. April 2016 zur Festlegung von Normen für die Sicherheitsbewertung qualifizierter Signatur- und Siegelerstellungseinheiten gemäß Artikel 30 Absatz 3 und Artikel 39 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (ABl. L 109 vom 26.4.2016, S. 40)

6. 32015 D 0296: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/296 der Kommission vom 24. Februar 2015 zur Festlegung von Verfahrensmodalitäten für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der elektronischen Identifizierung gemäß Artikel 12 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (ABl. L 53 vom 25.2.2015, S. 14)

7. 32015 R 1501: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1501 der Kommission vom 8. September 2015 über den Interoperabilitätsrahmen gemäß Artikel 12 Absatz 8 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (ABl. L 235 vom 9.9.2015, S. 1)

8. 32015 R 1502: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1502 der Kommission vom 8. September 2015 zur Festlegung von Mindestanforderungen an technische Spezifikationen und Verfahren für Sicherheitsniveaus elektronischer Identifizierungsmittel gemäß Artikel 8 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (ABl. L 235 vom 9.9.2015, S. 7)

9. 32015 D 1984: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1984 der Kommission vom 3. November 2015 zur Festlegung der Umstände, Formate und Verfahren der Notifizierung gemäß Artikel 9 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (ABl. L 289 vom 5.11.2015, S. 18)

KAPITEL 19

PRIVATSPHÄRE UND DATENSCHUTZ

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 32002 L 0058: Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 37), geändert durch:

   – 32009L0136: Richtlinie 2009/136/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 11); berichtigt in: ABl. L 241 vom 10.9.2013, S. 9

   – 32021R1232: Verordnung (EU) 2021/1232 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juli 2021 über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG hinsichtlich der Verwendung von Technologien durch Anbieter nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste zur Verarbeitung personenbezogener und anderer Daten zwecks Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet (ABl. L 274 vom 30.7.2021, S. 41)

2. 32013 R 0611: Verordnung (EU) Nr. 611/2013 der Kommission vom 24. Juni 2013 über die Maßnahmen für die Benachrichtigung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten gemäß der Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. L 173 vom 26.6.2013, S. 2)

3. 32016 L 0680: Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 89)

4. 32016 R 0679: Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 127 vom 23.5.2018, S. 2

5. 32000 D 0518: Entscheidung 2000/518/EG der Kommission vom 26. Juli 2000 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Schutzes personenbezogener Daten in der Schweiz (ABl. L 215 vom 25.8.2000, S. 1), geändert durch:

   – 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

6. 32001 D 0497: Entscheidung 2001/497/EG der Kommission vom 15. Juni 2001 hinsichtlich Standardvertragsklauseln für die Übermittlung personenbezogener Daten in Drittländer nach der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 181 vom 4.7.2001, S. 19), berichtigt in ABl. L 253 vom 21.9.2001, S. 34, geändert durch:

   – 32004 D 0915: Entscheidung 2004/915/EG der Kommission vom 27. Dezember 2004 (ABl. L 385 vom 29.12.2004, S. 74)

   – 32016 D 2297: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2297 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 100)

7. 32002 D 0002: Entscheidung 2002/2/EG der Kommission vom 20. Dezember 2001 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzes, den das kanadische Personal Information Protection and Electronic Documents Act bietet (ABl. L 2 vom 4.1.2002, S. 13), geändert durch:

   – 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

8. 32010 D 0087: Beschluss 2010/87/EU der Kommission vom 5. Februar 2010 über Standardvertragsklauseln für die Übermittlung personenbezogener Daten an Auftragsverarbeiter in Drittländern nach der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 39 vom 12.2.2010, S. 5), geändert durch:

   – 32016 D 2297: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2297 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 100)

www.parlament.gv.at

9. 32003 D 0490: Entscheidung 2003/490/EG der Kommission vom 30. Juni 2003 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzniveaus in Argentinien (ABl. L 168 vom 5.7.2003, S. 19), geändert durch:

   – 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

10. 32003 D 0821: Entscheidung 2003/821/EG der Kommission vom 21. November 2003 über die Angemessenheit des Schutzes personenbezogener Daten in Guernsey (ABl. L 308 vom 25.11.2003, S. 27), geändert durch:

   – 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

11. 32004 D 0411: Entscheidung 2004/411/EG der Kommission vom 28. April 2004 über die Angemessenheit des Schutzes personenbezogener Daten auf der Insel Man (ABl. L 151 vom 30.4.2004, S. 48), berichtigt in ABl. L 208 vom 10.6.2004, S. 47, geändert durch:

   – 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

12. 32008 D 0393: Entscheidung 2008/393/EG der Kommission vom 8. Mai 2008 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzniveaus in Jersey (ABl. L 138 vom 28.5.2008, S. 21), geändert durch:

   – 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

www.parlament.gv.at

13. 32010 D 0146: Beschluss 2010/146/EU der Kommission vom 5. März 2010 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Schutzniveaus, den das färöische Gesetz über die Verarbeitung personenbezogener Daten bietet (ABl. L 58 vom 9.3.2010, S. 17), geändert durch:

– 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

14. 32010 D 0625: Beschluss 2010/625/EU der Kommission vom 19. Oktober 2010 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzniveaus in Andorra (ABl. L 277 vom 21.10.2010, S. 27), geändert durch:

– 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

15. 32011 D 0061: Beschluss 2011/61/EU der Kommission vom 31. Januar 2011 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzniveaus im Staat Israel im Hinblick auf die automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten (ABl. L 27 vom 1.2.2011, S. 39), geändert durch:

– 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

16. 32012 D 0484: Durchführungsbeschluss 2012/484/EU der Kommission vom 21. August 2012 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzniveaus in der Republik Östlich des Uruguay im Hinblick auf die automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten (ABl. L 227 vom 23.8.2012, S. 11), geändert durch:

    – 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

17. 32013 D 0065: Durchführungsbeschluss 2013/65/EU der Kommission vom 19. Dezember 2012 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzniveaus in Neuseeland (ABl. L 28 vom 30.1.2013, S. 12), geändert durch:

    – 32016 D 2295: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2295 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 83)

18. 32016 D 1250: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1250 der Kommission vom 12. Juli 2016 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des vom EU-US-Datenschutzschild gebotenen Schutzes (ABl. L 207 vom 1.8.2016, S. 1)

19. 32019 D 0419: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/419 der Kommission vom 23. Januar 2019 nach der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Datenschutzniveaus in Japan im Rahmen des Gesetzes über den Schutz personenbezogener Informationen (ABl. L 76 vom 19.3.2019, S. 1)

20. 32018 D 0743: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/743 der Kommission vom 16. Mai 2018 über ein Pilotprojekt zur Umsetzung der in der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 115)

21. 32021 D 1772: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1772 der Kommission vom 28. Juni 2021 gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angemessenheit des Schutzes personenbezogener Daten durch das Vereinigte Königreich (ABl. L 360 vom 11.10.2021, S. 1), berichtigt in ABl. L 382 vom 28.10.2021, S. 55

22. 32022 D 0254: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/254 der Kommission vom 17. Dezember 2021 gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des Schutzes personenbezogener Daten durch die Republik Korea im Rahmen des koreanischen Gesetzes über den Schutz personenbezogener Daten (ABl. L 44 vom 24.2.2022, S. 1)

23. 32021 D 0914: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/914 der Kommission vom 4. Juni 2021 über Standardvertragsklauseln für die Übermittlung personenbezogener Daten an Drittländer gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 199 vom 7.6.2021, S. 31)

24. 32021 D 0915: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/915 der Kommission vom 4. Juni 2021 über Standardvertragsklauseln zwischen Verantwortlichen und Auftragsverarbeitern gemäß Artikel 28 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates und Artikel 29 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 199 vom 7.6.2021, S. 18)

25. 32022 D 2519: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2519 der Kommission vom 20. Dezember 2022 über die technischen Spezifikationen und Standards für das e-CODEX-System, einschließlich der Sicherheitsstandards und der Methoden zur Überprüfung der Integrität und Authentizität (ABl. L 326 vom 21.12.2022, S. 25)

26. 32022 D 2520: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2520 der Kommission vom 20. Dezember 2022 über die spezifischen Regelungen für den Übergabe- und Übernahmeprozess des e-CODEX-Systems (ABl. L 326 vom 21.12.2022, S. 34)

27. 32022 R 0868: Verordnung (EU) 2022/868 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über europäische Daten-Governance und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt) (ABl. L 152 vom 3.6.2022, S. 1)

28. 32022 R 0850: Verordnung (EU) 2022/850 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über ein EDV-System für den grenzüberschreitenden elektronischen Datenaustausch im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen (e-CODEX-System) und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1726 (ABl. L 150 vom 1.6.2022, S. 1)

29. 32023D0117: Durchführungsbeschluss (EU) 2023/117 der Kommission vom 13. Januar 2023 über die Anforderungen an das Dienstleistungsniveau für die von eu-LISA im Zusammenhang mit dem e-CODEX-System durchzuführenden Tätigkeiten, C/2023/197 (ABl. L 15 vom 17.1.2023, S. 17)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32021H1970: Empfehlung (EU) 2021/1970 der Kommission vom 10. November 2021 für einen gemeinsamen europäischen Datenraum für das Kulturerbe (ABl. L 401 vom 12.11.2021, S. 5)

KAPITEL 20

ELEKTRONISCHE GESUNDHEITSDIENSTE (EHEALTH)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32008 H 0594 Empfehlung 2008/594/EG der Kommission vom 2. Juli 2008 zur grenzübergreifenden Interoperabilität elektronischer Patientendatensysteme (ABl. L 190 vom 18.7.2008, S. 37)

2. 52012 DC 0736: Mitteilung COM(2012) 736 final der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Aktionsplan für elektronische Gesundheitsdienste 2012–2020 – innovative Gesundheitsfürsorge im 21. Jahrhundert

3. 32019 H 0243: Empfehlung (EU) 2019/243 (C(2019) 800) der Kommission vom 6. Februar 2019 über ein europäisches Austauschformat für elektronische Patientenakten (und Anhang) (ABl. L 39 vom 11.2.2019, S. 18)

4. 52018 DC 0233: Mitteilung COM(2018) 233 final der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Ermöglichung der digitalen Umgestaltung der Gesundheitsversorgung und Pflege im digitalen Binnenmarkt, die aufgeklärte Mitwirkung der Bürger und den Aufbau einer gesünderen Gesellschaft

5. Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen SWD(2018) 126 über die Ermöglichung der digitalen Umgestaltung der Gesundheitsversorgung und Pflege im digitalen Binnenmarkt, die aufgeklärte Mitwirkung der Bürger und den Aufbau einer gesünderen Gesellschaft

6. Schlussfolgerungen des Rates vom 1. Dezember 2009 zur sicheren und effizienten Gesundheitsversorgung durch eHealth

www.parlament.gv.at

7. Schlussfolgerungen des Rates zu personalisierter Medizin für Patienten, angenommen am 7. Dezember 2015

8. Schlussfolgerungen des Rates zum Gesundheitswesen in der digitalen Gesellschaft — Fortschritte bei der datengesteuerten Innovation im Gesundheitswesen, angenommen am 8. Dezember 2017

9. Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung einer von den Mitgliedstaaten ausgehenden freiwilligen Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitssystemen, angenommen am 16. Juni 2017

10. Grünbuch zu mobiler Gesundheit (mHealth), COM(2014) 219

KAPITEL 21

POSTDIENSTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. 31997 L 0067: Richtlinie 97/67/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 1997 über gemeinsame Vorschriften für die Entwicklung des Binnenmarktes der Postdienste der Gemeinschaft und die Verbesserung der Dienstequalität (ABl. L 15 vom 21.1.1998, S. 14), geändert durch:

   – 32002 L 0039: Richtlinie 2002/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Juni 2002 (ABl. L 176 vom 5.7.2002, S. 21)

   – 32008 L 0006: Richtlinie 2008/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 (ABl. L 52 vom 27.2.2008, S. 3)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Abweichend von Artikel 7 Absatz 1 kann San Marino vorübergehend und soweit dies für die Aufrechterhaltung des Universaldienstes notwendig ist, weiterhin Dienste für Anbieter von Universaldienstleistungen reservieren. Diese Dienste beschränken sich auf die Abholung, das Sortieren, den Transport und die Zustellung von Inlandsbriefsendungen und eingehenden grenzüberschreitenden Briefsendungen, entweder als beschleunigte oder als normale Zustellung, innerhalb der beiden nachfolgend genannten Preis- und Gewichtsgrenzen. Die Gewichtsobergrenze beträgt ab zwei Jahre nach Inkrafttreten 100 g und ab vier Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens 50 Gramm.

Diese Gewichtsobergrenzen gelten nicht ab zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens, wenn der Preis mindestens dem Dreifachen des öffentlichen Tarifs für eine Briefsendung der ersten Gewichtsklasse der schnellsten Kategorie entspricht, und ab vier Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens, wenn der Preis mindestens dem Zweieinhalbfachen dieses Tarifs entspricht.

b) In Artikel 5 Absatz 2 werden die Worte „den Vertrag, insbesondere dessen Artikel 30 und 46“ durch die Worte „das Abkommen, insbesondere dessen Artikel 9 und 19“ ersetzt.

c) In Artikel 7 Absatz 1 wird das Wort „Vertrag“ durch das Wort „Abkommen“ ersetzt.

d) Die Artikel 10 und 11 finden keine Anwendung.

2. 32018 R 0644: Verordnung (EU) 2018/644 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 über grenzüberschreitende Paketzustelldienste (ABl. L 112 vom 2.5.2018, S. 19)

ANHANG XII – SAN MARINO-PROTOKOLL

FREIER KAPITALVERKEHR

Liste nach Artikel 29 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Es gilt die in Anlage 6 des San Marino-Protokolls enthaltene Regelung.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31988 L 0361: Richtlinie 88/361/EWG des Rates vom 24. Juni 1988 zur Durchführung von Artikel 67 des Vertrages (ABl. L 178 vom 8.7.1988, S. 5)

2. 32011 L 0007: Richtlinie 2011/7/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr (ABl. L 48 vom 23.2.2011, S. 1)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Protokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Protokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

3. 32021 R 1230: Verordnung (EU) 2021/1230 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juli 2021 über grenzüberschreitende Zahlungen in der Union, zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 (ABl. L 274 vom 30.7.2021, S. 20)

www.parlament.gv.at

4. 32012 R 0260: Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 (ABl. L 94 vom 30.3.2012, S. 22), geändert durch:

   – 32014 R 0248: Verordnung (EU) Nr. 248/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 84 vom 20.3.2014, S. 1)

5. 32002 L 0047: Richtlinie 2002/47/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juni 2002 über Finanzsicherheiten (ABl. L 168 vom 27.6.2002, S. 43), geändert durch:

   – 32009 L 0044: Richtlinie 2009/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 (ABl. L 146 vom 10.6.2009, S. 37)

   – 32014 L 0059: Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 190)

ANHANG XIII – SAN MARINO-PROTOKOLL

VERKEHR

Liste nach Artikel 13 Buchstabe c des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Kombinierter Verkehr – Saubere Fahrzeuge – IVS 2
2 Straßenverkehr 9
3 Schienenverkehr 46
4 Binnenschiffsverkehr 65
5 Seeverkehr 73
6 Allgemeine Maßnahmen 94
7 Fahrgastrechte 96
8 Transeuropäische Netze 98
9 Sonstiges 100

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

www.parlament.gv.at

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

KOMBINIERTER VERKEHR –SAUBERE FAHRZEUGE – IVS

1. 31992 L 0106: Richtlinie 92/106/EWG des Rates vom 7. Dezember 1992 über die Festlegung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Güterverkehr zwischen Mitgliedstaaten (ABl. L 368 vom 17.12.1992, S. 38), geändert durch:

   – 11994 NN 01/06/A: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, ANHANG I - Liste nach Artikel 29 der Beitrittsakte - VI. VERKEHR - A. LANDVERKEHR (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 165)

www.parlament.gv.at

– 12003 TN 02/08/C: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge - Anhang II: Liste nach Artikel 20 der Beitrittsakte - 8. Verkehrspolitik - C. Straßenverkehr (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 449)

– 32006 L 0103: Richtlinie 2006/103/EG des Rates vom 20. November 2006 zur Anpassung bestimmter Richtlinien im Bereich Verkehrspolitik anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 344)

– 32013 L 0022: Richtlinie 2013/22/EU des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung bestimmter Richtlinien im Bereich Verkehr aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 356)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 6 Absatz 1 findet keine Anwendung.

b) Artikel 6 Absatz 3 wird wie folgt ergänzt:

– „San Marino: tassa di circolazione“.

2. 32009 L 0033: Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge (ABl. L 120 vom 15.5.2009, S. 5), geändert durch:

– 32019 L 1161: Richtlinie (EU) 2019/1161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 116)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 10 Absatz 2 der Richtlinie findet keine Anwendung.

b) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

Während der Aussetzung gemäß Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 sind Zielvorgaben oder sonstige Bedingungen, die von den öffentlichen Auftraggebern und Vergabestellen der EU-Mitgliedstaaten bei ihrer Beschaffung im Einklang mit den Verpflichtungen dieser Mitgliedstaaten aus dieser Richtlinie eingeführt werden, mit diesem Abkommen vereinbar.

3. 32014 L 0094: Richtlinie 2014/94/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 1)[1], geändert durch:

   – 32019 R 1745: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1745 der Kommission vom 13. August 2019 (ABl. L 207 vom 6.8.2010, S. 1)

4. 32010 L 0040: Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zum Rahmen für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr und für deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern (ABl. L 207 vom 6.8.2010, S. 1), geändert durch:

   – 32017 D 2380: Beschluss (EU) 2017/2380 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 340 vom 20.12.2017, S. 1)

5. 32011 D 0453: Durchführungsbeschluss 2011/453/EU der Kommission vom 13. Juli 2011 zur Annahme von Leitlinien für die Berichterstattung durch die Mitgliedstaaten nach Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 193 vom 23.7.2011, S. 48)

6. 32013 R 0305: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 305/2013 der Kommission vom 26. November 2012 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die harmonisierte Bereitstellung eines interoperablen EU-weiten e Call-Dienstes (ABl. L 91 vom 3.4.2013, S. 1)

[1] Verordnung (EU) 2023/1804 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2023 über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/94/EU.

www.parlament.gv.at

7. 32013 R 0885: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 885/2013 der Kommission vom 15. Mai 2013 zur Ergänzung der IVS-Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Bereitstellung von Informationsdiensten für sichere Parkplätze für Lastkraftwagen und andere gewerbliche Fahrzeuge (ABl. L 247 vom 18.9.2013, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt San Marino auf Straßen, die in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, keine Dienste nach anderen als den in der Verordnung vorgesehenen einzelstaatlichen Vorschriften ein und/oder genehmigt diese, und nimmt auch keine Infrastruktur nach anderen als den in der Verordnung vorgesehenen einzelstaatlichen Vorschriften in Betrieb.

8. 32013 R 0886: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 886/2013 der Kommission vom 15. Mai 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Daten und Verfahren für die möglichst unentgeltliche Bereitstellung eines Mindestniveaus allgemeiner für die Straßenverkehrssicherheit relevanter Verkehrsinformationen für die Nutzer (ABl. L 247 vom 18.9.2013, S. 6)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt San Marino auf Straßen, die in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, keine Dienste nach anderen als den in der Verordnung vorgesehenen einzelstaatlichen Vorschriften ein und/oder genehmigt diese, und nimmt auch keine Infrastruktur nach anderen als den in der Verordnung vorgesehenen einzelstaatlichen Vorschriften in Betrieb.

9. 32015 R 0962: Delegierte Verordnung (EU) 2015/962 der Kommission vom 18. Dezember 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bereitstellung EU-weiter Echtzeit-Verkehrsinformationsdienste (ABl. L 157 vom 23.6.2015, S. 21)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt San Marino auf Straßen, die in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, keine Dienste nach anderen als den in der Verordnung vorgesehenen einzelstaatlichen Vorschriften ein und/oder genehmigt diese, und nimmt auch keine Infrastruktur nach anderen als den in der Verordnung vorgesehenen einzelstaatlichen Vorschriften in Betrieb.

10. 32014 D 0585: Beschluss Nr. 585/2014/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Einführung des interoperablen EU-weiten eCall-Dienstes (ABl. L 164 vom 3.6.2014, S. 6)

11. 32017 R 1926: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1926 der Kommission vom 31. Mai 2017 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bereitstellung EU-weiter multimodaler Reiseinformationsdienste (ABl. L 272 vom 21.10.2017, S. 1)

12. 32022 R 0670: Delegierte Verordnung (EU) 2022/670 der Kommission vom 2. Februar 2022 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bereitstellung EU-weiter Echtzeit-Verkehrsinformationsdienste (ABl. L 122 vom 25.4.2022, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum endet am 1. Januar 2025.

b) Bis zum 31. Dezember 2027 ist San Marino in Bezug auf andere Straßen als das transeuropäische Gesamtstraßennetz sowie andere Autobahnen und Hauptstraßen nicht an die Verpflichtungen in Bezug auf Datenarten gemäß der Richtlinie 92/106/EWG des Rates, der Richtlinie 2014/94/EU, der Verordnung (EU) 2020/1056 und der Richtlinie (EU) 2019/520 gebunden.

13. 32020 R 1056: Verordnung (EU) 2020/1056 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 über elektronische Frachtbeförderungsinformationen (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 33)

KAPITEL 2

STRAßENVERKEHR

1. 32019 L 0520: Richtlinie (EU) 2019/520 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die Interoperabilität elektronischer Mautsysteme und die Erleichterung des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs über die Nichtzahlung von Straßenbenutzungsgebühren in der Union (ABl. L 91 vom 29.3.2019, S. 45), geändert durch:

   – 32022 L 0362: Richtlinie (EU) 2022/362 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Februar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 1)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt San Marino in seinem Hoheitsgebiet keine elektronischen Mautsysteme nach anderen als den in der Richtlinie vorgesehenen nationalen Vorschriften ein.

2. 32020 R 0203: Delegierte Verordnung (EU) 2020/203 der Kommission vom 28. November 2019 über die Klassifizierung von Fahrzeugen, Pflichten der Nutzer des europäischen elektronischen Mautdienstes, Anforderungen an Interoperabilitätskomponenten und Mindesteignungskriterien für benannte Stellen (ABl. L 43 vom 17.2.2020, S. 41)

www.parlament.gv.at

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt San Marino in seinem Hoheitsgebiet keine elektronischen Mautsysteme nach anderen als den in der Richtlinie vorgesehenen nationalen Vorschriften ein.

3. 32020 R 0204: Durchführungsverordnung (EU) 2020/204 der Kommission vom 28. November 2019 über detaillierte Pflichten der Anbieter des europäischen elektronischen Mautdienstes, den Mindestinhalt der Vorgabe für das EETS-Gebiet, elektronische Schnittstellen und Anforderungen an Interoperabilitätskomponenten sowie zur Aufhebung der Entscheidung 2009/750/EG (ABl. L 43 vom 17.2.2020, S. 49)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 führt San Marino in seinem Hoheitsgebiet keine elektronischen Mautsysteme nach anderen als den in der Richtlinie vorgesehenen nationalen Vorschriften ein.

4. 31999 L 0062: Richtlinie 1999/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 1999 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (ABl. L 187 vom 20.7.1999, S. 42), geändert durch:

– 12003T / ACT: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, angenommen am 16. April 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

– 32006 L 0038: Richtlinie 2006/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 8)

– 32006 L 0103: Richtlinie 2006/103/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 344)

– 32011 L 0076: Richtlinie 2011/76/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2011 (ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 1)

– 32013 L 0022: Richtlinie 2013/22/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 356)

– 52020XC0707(01): Aktualisierung des Anhangs II und des Anhangs IIIb Tabellen 1 und 2 in Bezug auf geltende Werte in Euro gemäß Artikel 10a der Richtlinie 1999/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in der durch die Richtlinie 2011/76/EU des Europäischen Parlaments und des Rates geänderten Fassung (ABl. C 223 vom 7.7.2020, S. 1)

– 32022 L 0362: Richtlinie (EU) 2022/362 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Februar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für Kapitel III der Richtlinie. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen führt San Marino in seinem Hoheitsgebiet keine Maut- oder Benutzungsgebühren nach anderen als den in der Richtlinie vorgesehenen nationalen Vorschriften ein.

b) In Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie wird Folgendes angefügt:

„– San Marino: Tassa di circolazione“.

c) Artikel 6 der Richtlinie erhält folgende Fassung:

„San Marino wendet weiterhin seine in Artikel 3 Absatz 1 genannten bestehenden Vorschriften an, um sicherzustellen, dass der Wettbewerb nicht verzerrt wird, d. h. dass der Steuersatz für jede der in Anhang I der Richtlinie genannten Fahrzeugklassen oder -unterklassen nicht niedriger ist als der in Anhang I der Richtlinie festgelegte Mindestsatz.“

d) Unbeschadet des Artikels 6 der Richtlinie 92/106/EWG des Rates vom 7. Dezember 1992 darf San Marino keine Befreiungen oder Ermäßigungen hinsichtlich der in Artikel 3 genannten Steuern gewähren, die den Wettbewerb verfälschen würden, d. h. durch die die zu entrichtende Steuer unter dem unter Buchstabe c genannten Mindestsatz liegen würde.

5. 32009 R 1071: Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Festlegung gemeinsamer Regeln für die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers und zur Aufhebung der Richtlinie 96/26/EG des Rates (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 51), geändert durch:

– 32012 R 0613: Verordnung (EU) Nr. 613/2012 der Kommission vom 9. Juli 2012 (ABl. L 178 vom 10.7.2012, S. 6)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32020 R 1055: Verordnung (EU) 2020/1055 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 17)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für die Verordnung und ihre ergänzenden Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Das Datum „4. Dezember 2009“ in Artikel 9 der Verordnung ist als der in Artikel 3 Absatz 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen genannte Zeitpunkt zu verstehen.

c) Ungeachtet des Artikels 5 Absatz 1 Buchstaben b und g der Verordnung darf sich die Betriebsstätte eines in San Marino niedergelassenen Unternehmens im Hoheitsgebiet Italiens höchstens 50 km Luftlinie von der Landgrenze entfernt befinden, sofern Artikel 5 der Verordnung eingehalten wird und eine tatsächliche Verbindung zwischen den Behörden San Marinos und dem betreffenden Unternehmen besteht. Briefkastenfirmen sind nicht zulässig.

d) San Marino kann beschließen, die in Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung genannten Prüfungen nicht durchzuführen. In diesem Fall gestattet San Marino der betreffenden Person bzw. den betreffenden Personen, diese Prüfungen in dem benachbarten EU-Mitgliedstaat bzw. den benachbarten EU-Mitgliedstaaten abzulegen.

e) San Marino erkennt die von den EU-Mitgliedstaaten gemäß Artikel 21 der Verordnung ausgestellten Bescheinigungen der fachlichen Eignung an. Für die Zwecke dieser Anerkennung werden in den Bestimmungen der Bescheinigung in Anhang III der Verordnung die Bezugnahmen auf „Mitgliedstaat(en)“ durch Bezugnahmen auf „EU-Mitgliedstaat(en) und San Marino“ ersetzt.

f) In Anhang I der Verordnung wird die Bezugnahme auf die Entscheidung 85/368/EWG des Rates durch die Bezugnahme auf die Empfehlung 2008/C 111/01 vom 23. April 2008 zur Einrichtung des Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen ersetzt.

g) Anhang III der Verordnung wird durch Anhang 1 Anlage 1 zu diesem Anhang ersetzt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten erkennen die von San Marino gemäß Anhang 1 Anlage 1 zu diesem Anhang ausgestellten Bescheinigungen an.

6. 32016 R 0403: Verordnung (EU) 2016/403 der Kommission vom 18. März 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Einstufung schwerwiegender Verstöße gegen die Unionsvorschriften, die zur Aberkennung der Zuverlässigkeit der Kraftverkehrsunternehmer führen können, sowie zur Änderung von Anhang III der Richtlinie 2006/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 74 vom 19.3.2016, S. 8), geändert durch:

   – 32022 R 0694: Durchführungsverordnung (EU) 2022/694 der Kommission vom 2. Mai 2022 (ABl. L 129 vom 3.5.2022, S. 22)

7. 32009 D 0992: Beschluss der Kommission vom 17. Dezember 2009 über Mindestanforderungen an die Daten, die in die einzelstaatlichen elektronischen Register der Kraftverkehrsunternehmen einzugeben sind (2009/992/EU) (ABl. L 339 vom 22.12.2009, S. 36)

8. 32016 R 0480: Durchführungsverordnung (EU) 2016/480 der Kommission vom 1. April 2016 zur Festlegung gemeinsamer Regeln für die Vernetzung der nationalen elektronischen Register der Kraftverkehrsunternehmen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1213/2010 (ABl. L 87 vom 2.4.2016, S. 4), geändert durch:

   – 32017 R 1440: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1440 der Kommission vom 8. August 2017 (ABl. L 206 vom 9.8.2017, S. 3)

9. 32009 R 1072: Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 72), geändert durch:

   – 32012 R 0612: Verordnung (EU) Nr. 612/2012 der Kommission vom 9. Juli 2012 (ABl. L 178 vom 10.7.2012, S. 5)

www.parlament.gv.at

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

– 32020 R 1055: Verordnung (EU) 2020/1055 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 17)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Artikel 1 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Bei Beförderungen aus einer Assoziationspartei nach einem Drittland und umgekehrt gilt die Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 nicht für die im Gebiet der Assoziationspartei der Be- oder Entladung zurückgelegte Wegstrecke."

c) Artikel 1 Absatz 3 findet keine Anwendung.

d) In Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung finden die Worte „im Sinne der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen", „im Sinne der Richtlinie 2003/109/EG" und „im Sinne der genannten Richtlinie" keine Anwendung.

e) Kapitel III dieser Verordnung findet keine Anwendung.

f) Die Anhänge II und III der Verordnung erhalten die Fassung der Anlagen 2 und 3 zu Anhang 1 dieses Anhangs. Die EU und ihre Mitgliedstaaten erkennen die von San Marino gemäß diesen Bestimmungen ausgestellten Lizenzen und Fahrerbescheinigungen an.

g) San Marino erkennt die von den EU-Mitgliedstaaten gemäß der in diesem Anhang angepassten Verordnung ausgestellten Gemeinschaftslizenzen und Fahrerbescheinigungen an. Für die Zwecke dieser Anerkennung werden in den allgemeinen Bestimmungen der Gemeinschaftslizenz gemäß Anhang II der Verordnung in der durch Anlage 2 zu Anhang 1 dieses Anhangs angepassten Fassung und der Fahrerbescheinigung gemäß Anhang III der Verordnung in der durch Anlage 3 zu Anhang 1 dieses Anhangs angepassten Fassung die Bezugnahmen auf „Gemeinschaft“ durch „Gemeinschaft und San Marino“ und Bezugnahmen auf „Mitgliedstaat(en)“ durch „EU-Mitgliedstaat(en) und San Marino“ ersetzt.

10. 32009 R 1073: Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 88), berichtigt in ABl. L 272 vom 16.10.2015, S. 15, geändert durch:

– 32012 R 0611: Verordnung (EU) Nr. 611/2012 der Kommission vom 9. Juli 2012 (ABl. L 178 vom 10.7.2012, S. 4)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Artikel 1 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Bei Beförderungen aus einer Assoziationspartei nach einem Drittland und umgekehrt gilt diese Verordnung nicht für die im Gebiet der Assoziationspartei der Aufnahme oder des Absetzens zurückgelegte Wegstrecke, sofern von den Assoziationsparteien nichts anderes vereinbart wird."

c) Artikel 1 Absatz 3 findet keine Anwendung.

d) Anhang II der Verordnung erhält die Fassung der Anlage 1 zu Anhang 2 dieses Anhangs.

e) San Marino erkennt die von den EU-Mitgliedstaaten gemäß dieser Verordnung ausgestellten Gemeinschaftslizenzen an. Für die Zwecke dieser Anerkennung werden in den Bestimmungen der Gemeinschaftslizenz in Anhang II der Verordnung in der durch Anlage 1 zu Anhang 2 dieses Anhangs angepassten Fassung die Bezugnahmen auf „Mitgliedstaat(en)" durch Bezugnahmen auf „EU-Mitgliedstaat(en) und San Marino" ersetzt.

f) Die EU und ihre Mitgliedstaaten erkennen die von San Marino gemäß der Verordnung in der für die Zwecke dieses Abkommens angepassten Fassung in Anhang 2 Anlage 4 zu diesem Anhang ausgestellten Lizenzen an.

g) Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe e der Verordnung erhält folgende Fassung: „MwSt. (Mehrwertsteuer) oder Umsatzsteuer auf die Beförderungsdienstleistungen."

11. 32014 R 0361: Verordnung (EU) Nr. 361/2014 der Kommission vom 9. April 2014 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 hinsichtlich der Beförderungsdokumente für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2121/98 der Kommission (ABl. L 107 vom 10.4.2014, S. 39), berichtigt in ABl. L 258 vom 3.10.2015, S. 11

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Die EU und San Marino erkennen die gemäß Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 ausgestellten Beförderungsdokumente für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen gegenseitig an.

c) In Artikel 7 werden die Worte „Rechtsvorschriften der Union" durch die Worte „nach dem Assoziationsabkommen anzuwendenden Rechtsvorschriften" ersetzt.

d) In den Dokumenten in den Anhängen II bis VI der Verordnung werden das Wort „Mitgliedstaat(en)“ durch die Worte „EU-Mitgliedstaat(en) oder San Marino“, die Worte „Rechtsvorschriften der Union“ und „maßgeblichen Rechtsvorschriften der Union“ durch das Wort „Assoziationsabkommen“, das Wort „Gemeinschaftsvorschriften“ durch die Worte „nach dem Assoziationsabkommen anzuwendenden Rechtsvorschriften“ und das Wort „Gemeinschaftslizenz“ durch das Wort „Lizenz“ ersetzt.

e) In Teil C des Dokuments in Anhang II der Verordnung wird der Text von Nummer 1 v) durch „Mehrwertsteuer (MwSt.) oder Umsatzsteuer auf Beförderungsdienstleistungen“ ersetzt.

f) In den Dokumenten in den Anhängen II, III, IV, V und VI der Verordnung werden in die Listen mit Nationalitätszeichen die Worte „San Marino (RSM)“ eingefügt und nach den Worten „Verordnung (EG) Nr. 1073/2009“ und „Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006“ werden die Worte „in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung“ angefügt.

g) Die Anhänge der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 werden durch Anhang 2 des vorliegenden Anhangs ersetzt.

h) Die EU erkennt die von San Marino gemäß Anhang 2 zu diesem Anhang ausgestellten Dokumente an.

i) In der Tabelle des Dokuments in Anhang VI der Verordnung wird die Abkürzung „RSM“ gemäß Anhang 2 Anlage 7 zu diesem Anhang eingefügt.

www.parlament.gv.at

12. 31992 R 3912: Verordnung (EWG) Nr. 3912/92 des Rates vom 17. Dezember 1992 über innerhalb der Gemeinschaft durchgeführte Kontrollen im Straßen- und im Binnenschiffsverkehr von in einem Drittland registrierten oder zum Verkehr zugelassenen Verkehrsmitteln (ABl. L 395 vom 31.12.1992, S. 6)

13. 31990 R 3916: Verordnung (EWG) Nr. 3916/90 des Rates vom 21. Dezember 1990 über Maßnahmen bei Krisen auf dem Güterkraftverkehrsmarkt (ABl. L 375 vom 31.12.1990, S. 10)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In den in Artikel 4 genannten Fällen:

i) Wenn bei der Europäischen Kommission ein Antrag eines EU-Mitgliedstaats oder San Marinos auf Anordnung von Schutzmaßnahmen eingeht, wird der Gemeinsame Ausschuss unter Übermittlung aller zweckdienlichen Informationen unverzüglich unterrichtet.

ii) Auf Antrag einer Assoziationspartei finden Konsultationen im Gemeinsamen Ausschuss statt. Diese Konsultationen können auch im Falle der Verlängerung der Schutzmaßnahmen beantragt werden.

iii) Sobald die Europäische Kommission einen Beschluss gefasst hat, unterrichtet sie unverzüglich den Gemeinsamen Ausschuss über die getroffenen Maßnahmen.

iv) Ist eine der Assoziationsparteien der Auffassung, dass durch die Schutzmaßnahmen ein Ungleichgewicht zwischen den Rechten und Pflichten der Assoziationsparteien entsteht, so gilt Artikel 97 Absatz 7 des Abkommens sinngemäß.

b) In Bezug auf Artikel 5 dieser Verordnung wird San Marino in die Arbeiten des beratenden Ausschusses einbezogen, was seine allgemeinen Aufgaben betrifft, die Lage auf dem Verkehrsmarkt zu beobachten und bei der Erfassung der Angaben zu beraten, die für die Verfolgung der Entwicklung des Marktes und die Erkennung einer Krise erforderlich sind.

14. 31960 R 0011: Verordnung Nr. 11 über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen gemäß Artikel 79 Absatz (3) des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. L 52 vom 16.8.1960, S. 1121), geändert durch:

– 31984 R 3626: Verordnung (EWG) Nr. 3626/84 des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. L 335 vom 22.12.1984, S. 4)

– 32008 R 0569: Verordnung (EG) Nr. 569/2008 des Rates vom 12. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die Artikel 11 bis 26 dieser Verordnung werden im Einklang mit dem Rahmenprotokoll 4 zu diesem Abkommen angewandt.

15. 32009 R 0169: Verordnung (EG) Nr. 169/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Anwendung von Wettbewerbsregeln auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (kodifizierte Fassung) (ABl. L 61 vom 5.3.2009, S. 1)

    Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Bezüglich der Anwendung siehe Anhang XIV „Wettbewerb“.

16. 31974 R 2988: Verordnung (EWG) Nr. 2988/74 des Rates vom 26. November 1974 über die Verfolgungs- und Vollstreckungsverjährung im Verkehrs- und Wettbewerbsrecht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. L 319 vom 29.11.1974, S. 1), geändert durch:

    – 32003 R 0001: Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1)

    Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Bezüglich der Anwendung siehe Rahmenprotokoll 4 zu diesem Abkommen.

17. 31989 R 4058: Verordnung (EWG) Nr. 4058/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Preisbildung im Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. L 390 vom 30.12.1989, S. 1)

18. 32006 R 0561: Verordnung (EG) Nr. 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr und zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 3821/85 und (EG) Nr. 2135/98 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3820/85 des Rates (ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 1), berichtigt in ABl. L 195 vom 20.7.2016, S. 83, geändert durch:

   – 32009 R 1073: Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 88)

   – 32014 R 0165: Verordnung (EU) Nr. 165/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 (ABl. L 60 vom 28.2.2014, S. 1)

   – 32020 R 1054: Verordnung (EU) 2020/1054 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 1)

19. 32010 R 0581: Verordnung (EU) Nr. 581/2010 der Kommission vom 1. Juli 2010 zur Festlegung der Höchstzeiträume für das Herunterladen relevanter Daten von Fahrzeugeinheiten und Fahrerkarten (ABl. L 168 vom 2.7.2010, S. 16)

20. C(2011) 3759/F1: Durchführungsbeschluss der Kommission vom 7.6.2011 zur Berechnung der Tageslenkzeit gemäß der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (nicht im Amtsblatt veröffentlicht, siehe https://transport.ec.europa.eu/system/files/2016-09/2011_3759_de.pdf)

21. 32017 D 1013: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1013 der Kommission vom 30. März 2017 über das in Artikel 17 der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates genannte Berichtsmuster (ABl. L 153 vom 16.6.2017, S. 28)

22. 32022 R 1012: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1012 der Kommission vom 7. April 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Festlegung von Normen für das Dienstleistungsniveau und das Sicherheitsniveau von sicheren und gesicherten Parkflächen sowie der Verfahren für deren Zertifizierung (ABl. L 170 vom 28.6.2022, S. 27)

23. 32014 R 0165: Verordnung (EU) Nr. 165/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 über Fahrtenschreiber im Straßenverkehr, zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 des Rates über das Kontrollgerät im Straßenverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr (ABl. L 60 vom 28.2.2014, S. 1), geändert durch:

    – 32020 R 1054: Verordnung (EU) 2020/1054 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Ungeachtet des Artikels 3 Absatz 1 und des Artikels 8 Absatz 1 Unterabsatz 3 und letzter Unterabsatz müssen spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens alle in San Marino zugelassenen Fahrzeuge, die in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen und ausschließlich im innerstaatlichen Verkehr eingesetzt werden, mit einem digitalen Fahrtenschreiber ausgerüstet sein, der dieser Verordnung entspricht.

b) In Anhang II Kapitel I Nummer 1 Buchstabe a wird das Verzeichnis der Kennzahlen oder Kennbuchstaben des Landes, das die Bauartengenehmigung erteilt hat, wie folgt ergänzt:

„San Marino 57“

24. 32016 R 0068: Durchführungsverordnung (EU) 2016/68 der Kommission vom 21. Januar 2016 über die für die Vernetzung der elektronischen Register von Fahrerkarten notwendigen gemeinsamen Verfahren und Spezifikationen (ABl. L 15 vom 22.1.2016, S. 51), geändert durch:

– 32017 R 1503: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1503 der Kommission vom 25. August 2017 (ABl. L 221 vom 26.8.2017, S. 10)

25. 32016 R 0799: Durchführungsverordnung (EU) 2016/799 der Kommission vom 18. März 2016 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 165/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Vorschriften über Bauart, Prüfung, Einbau, Betrieb und Reparatur von Fahrtenschreibern und ihren Komponenten (ABl. L 139 vom 26.5.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 146 vom 3.6.2016, S. 31, geändert durch:

– 32018 R 0502: Durchführungsverordnung (EU) 2018/502 der Kommission vom 28. Februar 2018 (ABl. L 85 vom 28.3.2018, S. 1)

– 32020 R 0158: Durchführungsverordnung (EU) 2020/158 der Kommission vom 5. Februar 2020 (ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 20)

– 32021 R 1228: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1228 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 273 vom 30.7.2021, S. 1), geändert durch:

  – 32023 R 0980: Durchführungsverordnung (EU) 2023/980 der Kommission vom 16. Mai 2023 (ABl. L 134 vom 22.5.2023, S. 28)

– 32023 R 0980: Durchführungsverordnung (EU) 2023/980 der Kommission vom 16. Mai 2023 (ABl. L 134 vom 22.5.2023, S. 28)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Anhang 1C Abschnitt 4.1 wird nach der Tabelle über die Unterscheidungszeichen in der Anforderung 229) folgender Absatz angefügt:

„das Unterscheidungszeichen San Marinos, schwarz und in einem elliptischen Kreis". Das Unterscheidungszeichen ist wie folgt:

„San Marino RSM".

b) In Anhang II Kapitel I Nummer 1 Buchstabe a wird das Verzeichnis der Kennzahlen oder Kennbuchstaben des Landes, das die Bauartengenehmigung erteilt hat, wie folgt ergänzt:

„San Marino 57"

26. 32017R0548: Durchführungsverordnung (EU) 2017/548 der Kommission vom 23. März 2017 zur Festlegung eines Musterformulars für die schriftliche Erklärung zu Entfernung oder Aufbrechen der Plombierung eines Fahrtenschreibers (ABl. L 79 vom 24.3.2017, S. 1)

27. 32006 L 0022: Richtlinie 2006/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über Mindestbedingungen für die Durchführung der Verordnungen (EWG) Nr. 3820/85 und (EWG) Nr. 3821/85 des Rates über Sozialvorschriften für Tätigkeiten im Kraftverkehr sowie zur Aufhebung der Richtlinie 88/599/EWG des Rates (ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 35), geändert durch:

   – 32009 L 0004: Richtlinie 2009/4/EG der Kommission vom 23. Januar 2009 (ABl. L 21 vom 24.1.2009, S. 39)

   – 32009 L 0005: Richtlinie 2009/5/EG der Kommission vom 30. Januar 2009 (ABl. L 29 vom 31.1.2009, S. 45), berichtigt in ABl. L 256 vom 29.9.2009, S. 38

   – 32016 R 0403: Verordnung (EU) 2016/403 der Kommission vom 18. März 2016 (ABl. L 74 vom 19.3.2016, S. 8)

   – 32020 L 1057: Richtlinie (EU) 2020/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 49)

28. 32007 D 0230: Entscheidung 2007/230/EG der Kommission vom 12. April 2007 über ein Formblatt betreffend die Sozialvorschriften für Tätigkeiten im Kraftverkehr (ABl. L 99 vom 14.4.2007, S. 14), geändert durch:

   – 32009 D 0959: Beschluss der Kommission vom 14. Dezember 2009 (ABl. L 330 vom 16.12.2009, S. 80)

29. 32022 R 0695: Durchführungsverordnung (EU) 2022/695 der Kommission vom 2. Mai 2022 zur Festlegung von Regeln für die Anwendung der Richtlinie 2006/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der gemeinsamen Formel für die Berechnung der Risikoeinstufung von Verkehrsunternehmen (ABl. L 129 vom 3.5.2022, S. 33)

30. 32020 L 1057: Richtlinie (EU) 2020/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 zur Festlegung besonderer Regeln im Zusammenhang mit der Richtlinie 96/71/EG und der Richtlinie 2014/67/EU für die Entsendung von Kraftfahrern im Straßenverkehrssektor und zur Änderung der Richtlinie 2006/22/EG bezüglich der Durchsetzungsanforderungen und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 (ABl. L 249 vom 31.7.2020, S. 49)

31. 32021 R 2179: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2179 der Kommission vom 9. Dezember 2021 zu den Funktionen der öffentlichen Schnittstelle des Binnenmarktinformationssystems für die Entsendung von Kraftfahrern im Straßenverkehrssektor (ABl. L 443 vom 10.12.2021, S. 68)

32. 32002 L 0015: Richtlinie 2002/15/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Regelung der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben (ABl. L 80 vom 23.3.2002, S. 35), berichtigt in ABl. L 57 vom 24.2.2007, S. 28

33. 32010 L 0035: Richtlinie 2010/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2010 über ortsbewegliche Druckgeräte und zur Aufhebung der Richtlinien des Rates 76/767/EWG, 84/525/EWG, 84/526/EWG, 84/527/EWG und 1999/36/EG (ABl. L 165 vom 30.6.2010, S. 1)

34. 32014 L 0045: Richtlinie 2014/45/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhägern und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/40/EG (ABl. L 127 vom 29.4.2014, S. 51), berichtigt in ABl. L 219 vom 22.8.2019, S. 25, geändert durch:

– 32021 L 1717: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1717 der Kommission vom 9. Juli 2021 (ABl. L 342 vom 27.9.2021, S. 48)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

Während der Aussetzung nach Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 gilt Artikel 8 Absatz 3 der Richtlinie für die Anerkennung durch San Marino von Prüfbescheinigungen, die von einem EU-Mitgliedstaat ausgestellt wurden, wenn ein im Bescheinigungsstaat zugelassenes Fahrzeug in San Marino erneut zugelassen wird.

35. 32021 R 0621: Durchführungsverordnung (EU) 2019/621 der Kommission vom 17. April 2019 über die für die technische Überwachung in Bezug auf die zu prüfenden Positionen erforderlichen technischen Angaben sowie zur Anwendung der empfohlenen Prüfmethoden und zur Festlegung detaillierter Regelungen hinsichtlich des Datenformats und der Verfahren für den Zugang zu den einschlägigen technischen Angaben (ABl. L 108 vom 23.4.2019, S. 5)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

36. 32014 L 0047: Richtlinie 2014/47/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die technische Unterwegskontrolle der Verkehrs- und Betriebssicherheit von Nutzfahrzeugen, die in der Union am Straßenverkehr teilnehmen, und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/30/EG (ABl. L 127 vom 29.4.2014, S. 134), berichtigt in ABl. L 197 vom 4.7.2014, S. 87, und ABl. L 219 vom 22.8.2019, S. 77, geändert durch:

– 32021 L 1716: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1716 der Kommission vom 29. Juni 2021 (ABl. L 342 vom 27.9.2021, S. 45)

37. 32017 R 2205: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2205 der Kommission vom 29. November 2017 mit Durchführungsbestimmungen für das Verfahren zur Meldung von Nutzfahrzeugen mit erheblichen oder gefährlichen Mängeln, die bei einer technischen Unterwegskontrolle festgestellt wurden (ABl. L 314 vom 30.11.2017, S. 3)

38. 31992 L 0006: Richtlinie 92/6/EWG des Rates vom 10. Februar 1992 über Einbau und Benutzung von Geschwindigkeitsbegrenzern für bestimmte Kraftfahrzeugklassen in der Gemeinschaft (ABl. L 57 vom 2.3.1992, S. 27), geändert durch:

– 32002 L 0085: Richtlinie 2002/85/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 (ABl. L 327 vom 4.12.2002, S. 4)

39. 31991 L 0671: Richtlinie 91/671/EWG des Rates vom 16. Dezember 1991 über die Gurtanlegepflicht und die Pflicht zur Benutzung von Kinderrückhalteeinrichtungen in Kraftfahrzeugen (ABl. L 373 vom 31.12.1991, S. 26), geändert durch:

   – 32003 L 0020: Richtlinie 2003/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. April 2003 (ABl. L 115 vom 9.5.2003, S. 63)

   – 32014 L 0037: Durchführungsrichtlinie 2014/37/EU der Kommission vom 27. Februar 2014 (ABl. L 59 vom 28.2.2014, S. 32)

40. 32007 L 0038: Richtlinie 2007/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über die Nachrüstung von in der Gemeinschaft zugelassenen schweren Lastkraftwagen mit Spiegeln (ABl. L 184 vom 14.7.2007, S. 25)

41. 31999 L 0037: Richtlinie 1999/37/EG des Rates vom 29. April 1999 über Zulassungsdokumente für Fahrzeuge (ABl. L 138 vom 1.6.1999, S. 57), geändert durch:

   – 32003 L 0127: Richtlinie 2003/127/EG der Kommission vom 23. Dezember 2003 (ABl. L 10 vom 16.1.2004, S. 29)

   – 32006 L 0103: Richtlinie 2006/103/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 344)

   – 32013 L 0022: Richtlinie 2013/22/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 356)

– 32014 L 0046: Richtlinie 2014/46/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 (ABl. L 127 vom 29.4.2014, S. 129)

– 32022 L 0362: Richtlinie (EU) 2022/362 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Februar 2022 (ABl. L 69 vom 4.3.2022, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

San Marino stellt Zulassungsbescheinigungen nach dem Muster in Anhang I der Richtlinie oder nach den Mustern in den Anhängen I und II der Richtlinie aus, die wie folgt angepasst werden:

a) In Anhang I Ziffer II.4 zweiter Gedankenstrich wird Folgendes angefügt:

1. „RSM: San Marino“.

b) In Anhang I Ziffer II.4 vierter Gedankenstrich werden die Worte „übrigen Sprachen der Europäischen Gemeinschaften“ durch die Worte „Sprachen der EU und San Marinos“ ersetzt.

c) In Anhang II Ziffer II.4 zweiter Gedankenstrich wird Folgendes angefügt:

1. „RSM: San Marino“.

d) In Anhang II Ziffer II.4 vierter Gedankenstrich werden die Worte „übrigen Sprachen der Europäischen Gemeinschaften“ durch die Worte „Sprachen der EU und San Marinos“ ersetzt.

e) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

Während der Aussetzung nach Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 gelten die Artikel 4 und 5 dieser Richtlinie für Zulassungsbescheinigungen, die von einem EU-Mitgliedstaat im Hinblick auf die Identifizierung des Fahrzeugs im grenzüberschreitenden Straßenverkehr im Hoheitsgebiet San Marinos oder dessen erneute Zulassung in San Marino ausgestellt werden.

42. 32006 L 0001: Richtlinie 2006/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2006 über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr (ABl. L 33 vom 4.2.2006, S. 82), geändert durch:

– 32022 L 0738: Richtlinie (EU) 2022/738 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. April 2022 (ABl. L 137 vom 16.5.2022, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

43. 31998 R 2411: Verordnung (EG) Nr. 2411/98 des Rates vom 3. November 1998 über die Anerkennung des Unterscheidungszeichens des Zulassungsmitgliedstaats von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern im innergemeinschaftlichen Verkehr (ABl. L 299 vom 10.11.1998, S. 1)

44. 32022 L 2561: Richtlinie (EU) 2022/2561 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr (ABl. L 330 vom 23.12.2022, S. 46)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 9 wird folgender Absatz angefügt:

„Fahrer im Sinne des Artikels 1, die ihren ordentlichen Wohnsitz in San Marino haben und dort arbeiten, haben alternativ das Recht, die Grundqualifikation nach Artikel 5 zu erwerben und eine Weiterbildung gemäß Artikel 7 in einem EU-Mitgliedstaat zu durchlaufen, sofern die dort vorgesehene Weiterbildung dieser Richtlinie in vollem Umfang entspricht.“

b) In Anhang II wird unter Nummer 2 Buchstabe c betreffend Seite 1 des Nachweises nach dem Eintrag für Schweden Folgendes angefügt:

„das Unterscheidungszeichen San Marinos, in einem elliptischen Kreis gemäß Artikel 37 des UN-Übereinkommens über den Straßenverkehr vom 8. November 1968 (mit demselben Hintergrund wie der Nachweis); das Unterscheidungszeichen ist wie folgt:

RSM: San Marino“.

www.parlament.gv.at

c) In Anhang II Nummer 2 Buchstabe e in Bezug auf Seite 1 des Nachweises werden die Worte „Modell der Europäischen Union“ durch die Worte „Dem EU-Modell entsprechendes Modell“ ersetzt.

d) Hinsichtlich Anhang II Nummer 2 Buchstabe e verwendet San Marino für Seite 1 des Nachweises seine Amtssprache.

e) Anhang II Nummer 2 Buchstabe f betreffend Seite 1 des Nachweises ist nicht auf San Marino anwendbar.

45. 32006 L 0126: Richtlinie 2006/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Führerschein (Neufassung) (ABl. L 403 vom 30.12.2006, S. 18), geändert durch:

– 32009 L 0113: Richtlinie 2009/113/EG der Kommission vom 25. August 2009 (ABl. L 223 vom 26.8.2009, S. 31)

– 32011 L 0094: Richtlinie 2011/94/EU der Kommission vom 28. November 2011 (ABl. L 314 vom 29.11.2011, S. 31)

– 32012 L 0036: Richtlinie 2012/36/EU der Kommission vom 19. November 2012 (ABl. L 321 vom 20.11.2012, S. 54), berichtigt in ABl. L 81 vom 28.3.2017, S. 20

– 32013 L 0022: Richtlinie 2013/22/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 356)

– 32013 L 0047: Richtlinie 2013/47/EU der Kommission vom 2. Oktober 2013 (ABl. L 261 vom 3.10.2013, S. 29)

– 32014 L 0085: Richtlinie 2014/85/EU der Kommission vom 1. Juli 2014 (ABl. L 194 vom 2.7.2014, S. 10)

– 32015 L 0653: Richtlinie (EU) 2015/653 der Kommission vom 24. April 2015 (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 68), berichtigt in ABl. L 89 vom 1.4.2017, S. 18

– 32016 L 1106: Richtlinie (EU) 2016/1106 der Kommission vom 7. Juli 2016 zur Änderung der Richtlinie 2006/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Führerschein (ABl. L 183 vom 8.7.2016, S. 59)

– 32018 L 0645: Richtlinie (EU) 2018/645 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 (ABl. L 112 vom 2.5.2018, S. 29)

– 32018 L 0933: Richtlinie (EU) 2018/933 der Kommission vom 29. Juni 2018 (ABl. L 165 vom 2.7.2018, S. 35)

– 32020 L 0612: Richtlinie (EU) 2020/612 der Kommission vom 4. Mai 2020 (ABl. L 141 vom 5.5.2020, S. 9)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 1 Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Führerscheine San Marinos enthalten folgendes Unterscheidungszeichen: ‚RSM (San Marino)‘.“

b) In Anhang I Nummer 3 erhält der einleitende Satz unter Buchstabe c betreffend Seite 1 des Führerscheins folgende Fassung:

„das Unterscheidungszeichen San Marinos, in einem elliptischen Kreis gemäß Artikel 37 des UN-Übereinkommens über den Straßenverkehr vom 8. November 1968 (mit demselben Hintergrund wie der Führerschein); das Unterscheidungszeichen ist wie folgt:“

c) In Anhang I Nummer 3 wird unter Buchstabe c betreffend Seite 1 des Führerscheins Folgendes angefügt:

„RSM: San Marino“.

d) In Anhang I Nummer 3 Buchstabe e betreffend Seite 1 des Führerscheins werden die Worte „Modell der Europäischen Union“ durch „Dem EU-Modell entsprechendes Modell“ ersetzt.

e) Anhang I Nummer 3 Buchstabe f betreffend Seite 1 des Führerscheins findet für San Marino keine Anwendung.

f) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

46. 32012 R 0383: Verordnung (EU) Nr. 383/2012 der Kommission vom 4. Mai 2012 zur Festlegung technischer Anforderungen in Bezug auf Führerscheine, die ein Speichermedium (einen Mikrochip) enthalten (ABl. L 120 vom 5.5.2012, S. 1), geändert durch:

– 32014 R 0575: Verordnung (EU) Nr. 575/2014 der Kommission vom 27. Mai 2014 (ABl. L 159 vom 28.5.2014, S. 47)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Anhang III Nummer III.4.2 wird unter Buchstabe a bei den Kennziffern Folgendes angefügt:

– „57 für San Marino“

b) Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 stellt San Marino keine Führerscheine mit Mikrochip nach anderen als den in dieser Verordnung festgelegten nationalen Vorschriften aus.

47. 32016 D 1945: Beschluss (EU) 2016/1945 der Kommission vom 14. Oktober 2016 über Äquivalenzen zwischen Führerscheinklassen (ABl. L 302 vom 9.11.2016, S. 62)

48. 32015 L 0413: Richtlinie (EU) 2015/413 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Austauschs von Informationen über die Straßenverkehrssicherheit gefährdende Verkehrsdelikte (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 9)

49. 32008 L 0068: Richtlinie 2008/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über die Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland (ABl. L 260 vom 30.9.2008, S. 13), geändert durch:

– 32009 D 0240: Entscheidung 2009/240/EG der Kommission vom 4. März 2009 (ABl. L 71 vom 17.3.2009, S. 23)

– 32010 D 0187: Beschluss 2010/187/EU der Kommission vom 25. März 2010 (ABl. L 83 vom 30.3.2010, S. 24)

– 32010 L 0061: Richtlinie 2010/61/EU der Kommission vom 2. September 2010 (ABl. L 233 vom 3.9.2010, S. 27)

– 32011 D 0026: Beschluss 2011/26/EU der Kommission vom 14. Januar 2011 (ABl. L 13 vom 18.1.2011, S. 64)

– 32012 L 0045: Richtlinie 2012/45/EU der Kommission vom 3. Dezember 2012 (ABl. L 332 vom 4.12.2012, S. 18)

– 32014 L 0103: Richtlinie 2014/103/EU der Kommission vom 21. November 2014 (ABl. L 335 vom 22.11.2014, S. 15)

– 32015 D 0217: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/217 der Kommission vom 10. April 2014 (ABl. L 44 vom 18.2.2015, S. 1)

– 32015 D 0974: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/974 der Kommission vom 17. Juni 2015 (ABl. L 157 vom 23.6.2015, S. 53)

– 32016 D 0629: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/629 der Kommission vom 20. April 2016 (ABl. L 106 vom 22.4.2016, S. 26)

– 32016 L 2309: Richtlinie (EU) 2016/2309 der Kommission vom 16. Dezember 2016 (ABl. L 345 vom 20.12.2016, S. 48)

– 32017 D 0695: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/695 der Kommission vom 7. April 2017 (ABl. L 101 vom 13.4.2017, S. 37)

– 32018 L 0217: Richtlinie (EU) 2018/217 der Kommission vom 31. Januar 2018 (ABl. L 42 vom 15.2.2018, S. 52)

– 32018 D 0936: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/936 der Kommission vom 29. Juni 2018 (ABl. L 165 vom 2.7.2018, S. 42)

– 32018 L 1846: Richtlinie (EU) 2018/1846 der Kommission vom 23. November 2018 (ABl. L 299 vom 26.11.2018, S. 58)

– 32019 D 1094: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1094 der Kommission vom 17. Juni 2019 (ABl. L 173 vom 27.6.2019, S. 52)

– 32020 L 1833: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/1833 der Kommission vom 2. Oktober 2020 (ABl. L 408 vom 4.12.2020, S. 1)

– 32020 D 1241: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1241 der Kommission vom 28. August 2020 (ABl. L 284 vom 1.9.2020, S. 9)

– 32022 D 1095: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1095 der Kommission vom 29. Juni 2022 (ABl. L 176 vom 1.7.2022, S. 33)

– 32022 L 2407: Delegierte Richtlinie (EU) 2022/2407 der Kommission vom 20. September 2022 (ABl. L 317 vom 9.12.2022, S. 64)

50. 32022 L 1999: Richtlinie (EU) 2022/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einheitliche Verfahren für die Kontrolle von Gefahrguttransporten auf der Straße (kodifizierter Text) (ABl. L 274 vom 24.10.2022, S. 1)

51. 32004 L 0054: Richtlinie 2004/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Mindestanforderungen an die Sicherheit von Tunneln im transeuropäischen Straßennetz (ABl. L 201 vom 7.6.2004, S. 56), berichtigt in ABl. L 201 vom 7.6.2004, S. 56

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino den Bau von Tunneln mit einer Länge von mehr als 500 m nach anderen als den in dieser Richtlinie festgelegten nationalen Vorschriften in seinem Hoheitsgebiet nicht und wendet die Bestimmungen dieser Richtlinie auf die betreffenden Tunnel an.

52. 32008 L 0096: Richtlinie 2008/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur (ABl. L 319 vom 29.11.2008, S. 59), geändert durch:

– 32019 L 1936: Richtlinie (EU) 2019/1936 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 (ABl. L 305 vom 26.11.2019, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

53. 31996 L 0053: Richtlinie 96/53/EG des Rates vom 25. Juli 1996 zur Festlegung der höchstzulässigen Abmessungen für bestimmte Straßenfahrzeuge im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr in der Gemeinschaft sowie zur Festlegung der höchstzulässigen Gewichte im grenzüberschreitenden Verkehr (ABl. L 235 vom 17.9.1996, S. 59), geändert durch:

– 32002 L 0007: Richtlinie 2002/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Februar 2002 (ABl. L 67 vom 9.3.2002, S. 47)

– 32015 L 0719: Richtlinie (EU) 2015/719 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 (ABl. L 115 vom 6.5.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 314

– 32019 D 0984: Beschluss (EU) 2019/984 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 164 vom 20.6.2019, S. 30)

– 32019 R 1242: Verordnung (EU) 2019/1242 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 202)

54. 32019 R 1213: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1213 der Kommission vom 12. Juli 2019 zur näheren Regelung der Sicherstellung einheitlicher Bedingungen für die Verwirklichung der Interoperabilität und Kompatibilität bordeigener Wiegesysteme nach der Richtlinie 96/53/EG des Rates (ABl. L 192 vom 18.7.2019, S. 1)

55. 31989 L 0459: Richtlinie 89/459/EWG des Rates vom 18. Juli 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Profiltiefe der Reifen an bestimmten Klassen von Kraftfahrzeugen und deren Anhängern (ABl. L 226 vom 3.8.1989, S. 4)

KAPITEL 3

SCHIENENVERKEHR

Die Bestimmungen der folgenden in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für

i) die Richtlinie 2012/34/EU mit Ausnahme von Kapitel I (Artikel 1–3), Kapitel III (Artikel 16–25) und Kapitel V (Artikel 58–67).

ii) die nachstehend unter den Nummern 3 bis 56 aufgeführten Rechtsakte der EU.

b) Während des Aussetzungszeitraums nach Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 gilt:

i) San Marino genehmigt den Aufbau oder die Inbetriebnahme eines Eisenbahnsystems, das in den Anwendungsbereich dieser Rechtsakte fällt, in seinem Hoheitsgebiet nicht.

ii) San Marino genehmigt weder die Einrichtung einer Genehmigungsbehörde oder von Ausbildungszentren noch die Einführung von Bedingungen und Verfahren für die Zertifizierung von Triebfahrzeugführern, die Lokomotiven und Züge im Eisenbahnsystem führen, nach anderen nationalen Vorschriften als denjenigen, die in den nachstehend unter den Nummern 19 bis 22 aufgeführten EU-Rechtsakten festgelegt sind.

iii) San Marino genehmigt nicht das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme von Eisenbahnausrüstung für den Entwurf, den Bau, die Umrüstung, die Erneuerung, den Betrieb und die Instandhaltung dieser Ausrüstung nach anderen nationalen Vorschriften als denen, die in den nachstehend unter den Nummern 23 bis 44 aufgeführten EU-Rechtsakten festgelegt sind.

www.parlament.gv.at

1. 31960 R 0011: Verordnung Nr. 11 über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen gemäß Artikel 79 Absatz (3) des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. 52 vom 16.8.1960, S. 1121), geändert durch:

   – 31984 R 3626: Verordnung (EWG) Nr. 3626/84 des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. L 335 vom 22.12.1984, S. 4)

   – 32008 R 0569: Verordnung (EG) Nr. 569/2008 des Rates vom 12. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 1)

2. 32012 L 0034: Richtlinie 2012/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums (ABl. L 343 vom 14.12.2012, S. 32), berichtigt in ABl. L 67 vom 12.3.2015, S. 32, geändert durch:

   – 32016 L 2370: Richtlinie (EU) 2016/2370 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 352 vom 23.12.2016, S. 1)

   – 32017 D 2075: Delegierter Beschluss (EU) 2017/2075 der Kommission vom 4. September 2017 (ABl. L 295 vom 14.11.2017, S. 69)

3. 32015 R 0010: Durchführungsverordnung (EU) 2015/10 der Kommission vom 6. Januar 2015 über Kriterien für Antragsteller hinsichtlich der Zuweisung von Eisenbahn-Fahrwegkapazität und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 870/2014 (ABl. L 3 vom 7.1.2015, S. 34)

4. 32015 R 0171: Durchführungsverordnung (EU) 2015/171 der Kommission vom 4. Februar 2015 über bestimmte Aspekte des Verfahrens der Genehmigung von Eisenbahnunternehmen (ABl. L 29 vom 5.2.2015, S. 3)

5. 32015 R 0429: Durchführungsverordnung (EU) 2015/429 der Kommission vom 13. März 2015 zur Festlegung der Modalitäten für die Anlastung der Kosten von Lärmauswirkungen (ABl. L 70 vom 14.3.2015, S. 36)

6. 32015 R 0909: Durchführungsverordnung (EU) 2015/909 der Kommission vom 12. Juni 2015 über die Modalitäten für die Berechnung der Kosten, die unmittelbar aufgrund des Zugbetriebs anfallen (ABl. L 148 vom 13.6.2015, S. 17)

7. 32015 R 1100: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1100 der Kommission vom 7. Juli 2015 über die Berichtspflichten der Mitgliedstaaten im Rahmen der Überwachung des Schienenverkehrsmarkts (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 1)

8. 32016 R 0545: Durchführungsverordnung (EU) 2016/545 der Kommission vom 7. April 2016 über Verfahren und Kriterien in Bezug auf Rahmenverträge für die Zuweisung von Fahrwegkapazität (ABl. L 94 vom 8.4.2016, S. 1)

9. 32017 R 2177: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2177 der Kommission vom 22. November 2017 über den Zugang zu Serviceeinrichtungen und schienenverkehrsbezogenen Leistungen (ABl. L 307 vom 23.11.2017, S. 1)

10. 32018 R 1795: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1795 der Kommission vom 20. November 2018 zur Festlegung des Verfahrens und der Kriterien für die Durchführung der Prüfung des wirtschaftlichen Gleichgewichts gemäß Artikel 11 der Richtlinie 2012/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 294 vom 21.11.2018, S. 5)

11. 32010 R 0913: Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2010 zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr (ABl. L 276 vom 20.10.2010, S. 22), geändert durch:

    – 32013 R 1316: Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129)

12. 32015 D 1111: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1111 der Kommission vom 7. Juli 2015 über die Vereinbarkeit des von den beteiligten Mitgliedstaaten vorgelegten gemeinsamen Vorschlags zur Verlängerung des Nord-Ostsee-Schienengüterverkehrskorridors mit Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr (ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 82)

13. 32017 D 0177: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/177 der Kommission vom 31. Januar 2017 über die Vereinbarkeit des gemeinsamen Vorschlags zur Schaffung des Schienengüterverkehrskorridors „Amber“ mit Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 69)

14. 32017 D 0178: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/178 der Kommission vom 31. Januar 2017 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2015/1111 über die Vereinbarkeit des von den beteiligten Mitgliedstaaten vorgelegten gemeinsamen Vorschlags zur Verlängerung des Nord-Ostsee-Schienengüterverkehrskorridors mit Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 71)

15. 32018 D 0300: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/300 der Kommission vom 11. Januar 2018 über die Vereinbarkeit des von den beteiligten Mitgliedstaaten vorgelegten gemeinsamen Vorschlags einer Verlängerung des Atlantik-Schienengüterverkehrskorridors mit Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 60)

16. 32018 D 0491: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/491 der Kommission vom 21. März 2018 über die Vereinbarkeit des von den beteiligten Mitgliedstaaten vorgelegten gemeinsamen Vorschlags einer Verlängerung des Nordsee-Mittelmeer-Schienengüterverkehrskorridors mit Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 81 vom 23.3.2018, S. 23)

17. 32018 D 0500: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/500 der Kommission vom 22. März 2018 zur Vereinbarkeit des Vorschlags zur Einrichtung des Schienengüterverkehrskorridors Alpen–Westbalkan mit Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 82 vom 26.3.2018, S. 13)

18. 32020 D 2168: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2168 der Kommission vom 17. Dezember 2020 über die Vereinbarkeit des von den beteiligten Mitgliedstaaten vorgelegten gemeinsamen Vorschlags zur Verlängerung des Nord-Ostsee-Schienengüterverkehrskorridors mit Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr (ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 72)

19. 32007 L 0059: Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Zertifizierung von Triebfahrzeugführern, die Lokomotiven und Züge im Eisenbahnsystem in der Gemeinschaft führen (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 51), geändert durch:

– 32014 L 0082: Richtlinie 2014/82/EU der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 11)

– 32016 L 0882: Richtlinie (EU) 2016/882 der Kommission vom 1. Juni 2016 (ABl. L 146 vom 3.6.2016, S. 22)

– 32019 R 0554: Verordnung (EU) 2019/554 der Kommission vom 5. April 2019 (ABl. L 97 vom 8.4.2019, S. 1)

20. 32010 R 0036: Verordnung (EU) Nr. 36/2010 der Kommission vom 3. Dezember 2009 über Gemeinschaftsmodelle für die Fahrerlaubnis der Triebfahrzeugführer, Zusatzbescheinigungen, beglaubigte Kopien von Zusatzbescheinigungen und Formulare für den Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis für Triebfahrzeugführer gemäß der Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 13 vom 19.1.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 286 vom 4.11.2010, S. 22, geändert durch:

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

21. 32010 D 0017: Entscheidung 2010/17/EG der Kommission vom 29. Oktober 2009 zur Festlegung der Eckdaten der Register der Fahrerlaubnisse und Zusatzbescheinigungen für Triebfahrzeugführer gemäß Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 8 vom 13.1.2010, S. 17)

22. 32011 D 0765: Beschluss 2011/765/EU der Kommission vom 22. November 2011 zu den Kriterien der Anerkennung von Ausbildungseinrichtungen, die an der Ausbildung von Triebfahrzeugführern beteiligt sind, den Kriterien der Anerkennung von Triebfahrzeugführer-Prüfern und den Kriterien für die Organisation von Prüfungen gemäß der Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 314 vom 29.11.2011, S. 36)

23. 32016 L 0797: Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (Neufassung) (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 44), geändert durch:

– 32020 L 0700: Richtlinie (EU) 2020/700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 (ABl. L 165 vom 27.5.2020, S. 27)

24. 32017 D 1474: Delegierter Beschluss (EU) 2017/1474 der Kommission vom 8. Juni 2017 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf spezifische Ziele für die Ausarbeitung, Annahme und Überarbeitung der Technischen Spezifikationen für die Interoperabilität (ABl. L 210 vom 15.8.2017, S. 5)

25. 32018 R 0545: Durchführungsverordnung (EU) 2018/545 der Kommission vom 4. April 2018 über die praktischen Modalitäten für die Genehmigung für das Inverkehrbringen von Schienenfahrzeugen und die Genehmigung von Schienenfahrzeugtypen gemäß der Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 90 vom 6.4.2018, S. 66)

26. 32018 D 1614: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1614 der Kommission vom 25. Oktober 2018 zur Festlegung der Spezifikationen für die Fahrzeugeinstellungsregister nach Artikel 47 der Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung und Aufhebung der Entscheidung 2007/756/EG der Kommission (ABl. L 268 vom 26.10.2018, S. 53)

27. 32019 R 0250: Durchführungsverordnung (EU) 2019/250 der Kommission vom 12. Februar 2019 über die Muster der EG-Erklärungen und -Bescheinigungen für Eisenbahn-Interoperabilitätskomponenten und -Teilsysteme, das Muster der Typenkonformitätserklärung für Schienenfahrzeuge und über die EG-Prüfverfahren für Teilsysteme gemäß der Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 201/2011 der Kommission (ABl. L 42 vom 13.2.2019, S. 9)

28. 32019 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2019/776 der Kommission vom 16. Mai 2019 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 321/2013, (EU) Nr. 1299/2014, (EU) Nr. 1301/2014, (EU) Nr. 1302/2014, (EU) Nr. 1303/2014 und (EU) 2016/919 der Kommission sowie des Durchführungsbeschlusses 2011/665/EU der Kommission im Hinblick auf die Angleichung an die Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates und Umsetzung der in dem Delegierten Beschluss (EU) 2017/1474 der Kommission festgelegten spezifischen Ziele (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 108)

29. 32009 D 0965: Entscheidung 2009/965/EG der Kommission vom 30. November 2009 über das Referenzdokument gemäß Artikel 27 Absatz 4 der Richtlinie 2008/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Gemeinschaft (ABl. L 341 vom 22.12.2009, S. 1), geändert durch:

– 32015 D 2299: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2299 der Kommission vom 17. November 2015 (ABl. L 324 vom 10.12.2015, S. 15)

30. 32014 R 1299: Verordnung (EU) Nr. 1299/2014 der Kommission vom 18. November 2014 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Infrastruktur“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 1), geändert durch:

– 32019 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2019/776 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 108)

31. 32014 R 1300: Verordnung (EU) Nr. 1300/2014 der Kommission vom 18. November 2014 über die technischen Spezifikationen für die Interoperabilität bezüglich der Zugänglichkeit des Eisenbahnsystems der Union für Menschen mit Behinderungen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 110), geändert durch:

– 32019 R 0772: Durchführungsverordnung (EU) 2019/772 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 1)

– 32022 R 0721: Durchführungsverordnung (EU) 2022/721 der Kommission vom 10. Mai 2022 (ABl. L 134 vom 11.5.2022, S. 14)

– 32023 R 0062: Durchführungsverordnung (EU) 2023/62 der Kommission vom 5. Januar 2023 (ABl. L 5 vom 6.1.2023, S. 31)

32. 32014 R 1301: Verordnung (EU) Nr. 1301/2014 der Kommission vom 18. November 2014 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Energie“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 179), berichtigt in (ABl. L 13 vom 20.1.2015, S. 13), geändert durch:

– 32018 R 0868: Durchführungsverordnung (EU) 2018/868 der Kommission vom 13. Juni 2018 (ABl. L 149 vom 14.6.2018, S. 16)

– 32019 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2019/776 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 108)

33. 32014 R 1302: Verordnung (EU) Nr. 1302/2014 der Kommission vom 18. November 2014 über eine technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Fahrzeuge — Lokomotiven und Personenwagen“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 228), berichtigt in ABl. L 10 vom 16.1.2015, S. 45, geändert durch:

– 32016 R 0919: Verordnung (EU) 2016/919 der Kommission vom 27. Mai 2016 (ABl. L 158 vom 15.6.2016, S. 1)

– 32018 R 0868: Durchführungsverordnung (EU) 2018/868 der Kommission vom 13. Juni 2018 (ABl. L 149 vom 14.6.2018, S. 16)

– 32019 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2019/776 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 108)

– 32020 R 0387: Durchführungsverordnung (EU) 2020/387 der Kommission vom 9. März 2020 (ABl. L 73 vom 10.3.2020, S. 6)

34. 32014 R 1303: Verordnung (EU) Nr. 1303/2014 der Kommission vom 18. November 2014 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität bezüglich der „Sicherheit in Eisenbahntunneln“ im Eisenbahnsystem der Europäischen Union (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 394), geändert durch:

– 32016 R 0912: Verordnung (EU) 2016/912 der Kommission vom 9. Juni 2016 (ABl. L 153 vom 10.6.2016, S. 28)

– 32019 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2019/776 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 108)

35. 32014 R 1304: Verordnung (EU) Nr. 1304/2014 der Kommission vom 26. November 2014 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Fahrzeuge — Lärm“ sowie zur Änderung der Entscheidung 2008/232/EG und Aufhebung des Beschlusses 2011/229/EU (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 421), geändert durch:

– 32019 R 0774: Durchführungsverordnung (EU) 2019/774 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 89)

36. 32014 R 1305: Verordnung (EU) Nr. 1305/2014 der Kommission vom 11. Dezember 2014 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität zum Teilsystem „Telematikanwendungen für den Güterverkehr“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 62/2006 der Kommission (ABl. L 356 vom 12.12.2014, S. 438), geändert durch:

– 32018 R 0278: Durchführungsverordnung (EU) 2018/278 der Kommission vom 23. Februar 2018 (ABl. L 54 vom 24.2.2018, S. 11)

– 32019 R 0778: Durchführungsverordnung (EU) 2019/778 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 356)

– 32021 R 0541: Durchführungsverordnung (EU) 2021/541 der Kommission vom 26. März 2021 (ABl. L 108 vom 29.3.2021, S. 19)

37. 32011 D 0665: Durchführungsbeschluss 2011/665/EU der Kommission vom 4. Oktober 2011 über das Europäische Register genehmigter Schienenfahrzeugtypen (ABl. L 264 vom 8.10.2011, S. 32), geändert durch:

– 32019 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2019/776 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 108)

– 32021 D 0701: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/701 der Kommission vom 27. April 2021 (ABl. L 145 vom 28.4.2021, S. 37)

38. 32019 R 0773: Durchführungsverordnung (EU) 2019/773 der Kommission vom 16. Mai 2019 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Verkehrsbetrieb und Verkehrssteuerung“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union und zur Aufhebung des Beschlusses 2012/757/EU (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 5)

– 32020 R 0778: Durchführungsverordnung (EU) 2020/778 der Kommission vom 12. Juni 2020 (ABl. L 188 vom 15.6.2020, S. 4)

– 32021 R 2238: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2238 der Kommission vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 450 vom 16.12.2021, S. 57)

39. 32011 R 0454: Verordnung (EU) Nr. 454/2011 der Kommission vom 5. Mai 2011 über die Technische Spezifikation für die Interoperabilität (TSI) zum Teilsystem „Telematikanwendungen für den Personenverkehr“ des transeuropäischen Eisenbahnsystems (ABl. L 123 vom 12.5.2011, S. 11), geändert durch:

– 32012 R 0665: Verordnung (EU) Nr. 665/2012 der Kommission vom 20. Juli 2012 (ABl. L 194 vom 21.7.2012, S. 1)

– 32013 R 1273: Verordnung (EU) Nr. 1273/2013 der Kommission vom 6. Dezember 2013 (ABl. L 328 vom 7.12.2013, S. 72)

– 32015 R 0302: Verordnung (EU) 2015/302 der Kommission vom 25. Februar 2015 (ABl. L 55 vom 26.2.2015, S. 2)

– 32016 R 0527: Verordnung (EU) 2016/527 der Kommission vom 4. April 2016 (ABl. L 88 vom 5.4.2016, S. 26)

– 32019 R 0775: Durchführungsverordnung (EU) 2019/775 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 103)

40. 32013 R 0321: Verordnung (EU) Nr. 321/2013 der Kommission vom 13. März 2013 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems „Fahrzeuge — Güterwagen“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union und zur Aufhebung der Entscheidung 2006/861/EG der Kommission (ABl. L 104 vom 12.4.2013, S. 1), geändert durch:

– 32013 R 1236: Verordnung (EU) Nr. 1236/2013 der Kommission vom 2. Dezember 2013 (ABl. L 322 vom 3.12.2013, S. 23)

– 32015 R 0924: Verordnung (EU) 2015/924 der Kommission vom 8. Juni 2015 (ABl. L 150 vom 17.6.2015, S. 10)

– 32019 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2019/776 der Kommission vom 16. Mai 2019 (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 108)

– 32020 R 0387: Durchführungsverordnung (EU) 2020/387 der Kommission vom 9. März 2020 (ABl. L 73 vom 10.3.2020, S. 6)

41. 32010 D 0713: Beschluss 2010/713/EU der Kommission vom 9. November 2010 über Module für die Verfahren der Konformitäts- und Gebrauchstauglichkeitsbewertung sowie der EG-Prüfung, die in den gemäß Richtlinie 2008/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates angenommenen technischen Spezifikationen für die Interoperabilität zu verwenden sind (ABl. L 319 vom 4.12.2010, S. 1)

42. 32011 D 0155: Beschluss 2011/155/EU der Kommission vom 9. März 2011 über die Veröffentlichung und Verwaltung des Referenzdokuments gemäß Artikel 27 Absatz 4 der Richtlinie 2008/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Gemeinschaft (ABl. L 63 vom 10.3.2011, S. 22)

43. 32020 R 0387: Durchführungsverordnung (EU) 2020/387 der Kommission vom 9. März 2020 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 321/2013, (EU) Nr. 1302/2014 und (EU) 2016/919 hinsichtlich der Erweiterung des Verwendungsgebiets und der Übergangszeiträume (ABl. L 73 vom 10.3.2020, S. 6)

44. 32020 R 0424: Durchführungsverordnung (EU) 2020/424 der Kommission vom 19. März 2020 über die Übermittlung von Informationen an die Kommission betreffend die Nichtanwendung technischer Spezifikationen für die Interoperabilität gemäß der Richtlinie (EU) 2016/797 (ABl. L 84 vom 20.3.2020, S. 20)

45. 32016 R 0796: Verordnung (EU) 2016/796 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Eisenbahnagentur der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 881/2004 (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 1)

46. 32018 R 0867: Durchführungsverordnung (EU) 2018/867 der Kommission vom 13. Juni 2018 zur Festlegung der Geschäftsordnung der Beschwerdekammer(n) der Eisenbahnagentur der Europäischen Union (ABl. L 149 vom 14.6.2018, S. 3)

www.parlament.gv.at

47. 32018 R 0764: Durchführungsverordnung (EU) 2018/764 der Kommission vom 2. Mai 2018 über die an die Eisenbahnagentur der Europäischen Union zu entrichtenden Gebühren und Entgelte und die Zahlungsbedingungen (ABl. L 129 vom 25.5.2018, S. 68)

48. 32016 L 0798: Richtlinie (EU) 2016/798 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über Eisenbahnsicherheit (Neufassung) (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 102), berichtigt in ABl. L 59 vom 7.3.2017, S. 41, und ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 114, geändert durch:

– 32020 L 0700: Richtlinie (EU) 2020/700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 (ABl. L 165 vom 27.5.2020, S. 27)

– 32020 R 1530: Verordnung (EU) 2020/1530 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2020 (ABl. L 352 vom 22.10.2020, S. 1)

49. 32018 R 0763: Durchführungsverordnung (EU) 2018/763 der Kommission vom 9. April 2018 über die praktischen Festlegungen für die Erteilung von einheitlichen Sicherheitsbescheinigungen an Eisenbahnunternehmen gemäß der Richtlinie (EU) 2016/798 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 653/2007 der Kommission (ABl. L 129 vom 25.5.2018, S. 49)

50. 32012 D 0226: Beschluss 2012/226/EU der Kommission vom 23. April 2012 über die zweite Reihe gemeinsamer Sicherheitsziele für das Eisenbahnsystem (ABl. L 115 vom 27.4.2012, S. 27), geändert durch:

– 32013 D 0753: Durchführungsbeschluss 2013/753/EU der Kommission vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 334 vom 13.12.2013, S. 37)

51. 32013 R 0402: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 402/2013 der Kommission vom 30. April 2013 über die gemeinsame Sicherheitsmethode für die Evaluierung und Bewertung von Risiken und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 352/2009 (ABl. L 121 vom 3.5.2013, S. 8), geändert durch:

– 32015 R 1136: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1136 der Kommission vom 13. Juli 2015 (ABl. L 185 vom 14.7.2015, S. 6)

52. 32018 R 0762: Delegierte Verordnung (EU) 2018/762 der Kommission vom 8. März 2018 über gemeinsame Sicherheitsmethoden bezüglich der Anforderungen an Sicherheitsmanagementsysteme gemäß der Richtlinie (EU) 2016/798 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1158/2010 und (EU) Nr. 1169/2010 (ABl. L 129 vom 25.5.2018, S. 26), geändert durch:

– 32020 R 0782: Delegierte Verordnung (EU) 2020/782 der Kommission vom 12. Juni 2020 (ABl. L 188 vom 15.6.2020, S. 14)

53. 32012 R 1078: Verordnung (EU) Nr. 1078/2012 der Kommission vom 16. November 2012 über eine gemeinsame Sicherheitsmethode für die Kontrolle, die von Eisenbahnunternehmen und Fahrwegbetreibern, denen eine Sicherheitsbescheinigung beziehungsweise Sicherheitsgenehmigung erteilt wurde, sowie von den für die Instandhaltung zuständigen Stellen anzuwenden ist (ABl. L 320 vom 17.11.2012, S. 8)

54. 32018 R 0761: Delegierte Verordnung (EU) 2018/761 der Kommission vom 16. Februar 2018 zur Festlegung gemeinsamer Sicherheitsmethoden für die Aufsicht durch die nationalen Sicherheitsbehörden nach Ausstellung einer einheitlichen Sicherheitsbescheinigung oder Erteilung einer Sicherheitsgenehmigung gemäß der Richtlinie (EU) 2016/798 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1077/2012 der Kommission (ABl. L 129 vom 25.5.2018, S. 16), geändert durch:

– 32020 R 0782: Delegierte Verordnung (EU) 2020/782 der Kommission vom 12. Juni 2020 (ABl. L 188 vom 15.6.2020, S. 14)

55. 32019 R 0779: Durchführungsverordnung (EU) 2019/779 der Kommission vom 16. Mai 2019 mit Durchführungsbestimmungen für ein System zur Zertifizierung von für die Instandhaltung von Fahrzeugen zuständigen Stellen gemäß der Richtlinie (EU) 2016/798 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 445/2011 der Kommission (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 360), geändert durch:

– 32020 R 0780: Durchführungsverordnung (EU) 2020/780 der Kommission vom 12. Juni 2020 (ABl. L 188 vom 15.6.2020, S. 8)

56. 32020 R 0572: Durchführungsverordnung (EU) 2020/572 der Kommission vom 24. April 2020 über die zu befolgende Berichterstattungsstruktur für Berichte über die Untersuchung von Eisenbahnunfällen und -störungen (ABl. L 132 vom 27.4.2020, S. 10)

57. 32003 R 0693: Verordnung (EG) Nr. 693/2003 des Rates vom 14. April 2003 zur Einführung eines Dokuments für den erleichterten Transit (FTD) und eines Dokuments für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) sowie zur Änderung der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion und des Gemeinsamen Handbuchs (ABl. L 99 vom 17.4.2003, S. 8)

58. 32003 R 0694: Verordnung (EG) Nr. 694/2003 des Rates vom 14. April 2003 über einheitliche Formate von Dokumenten für den erleichterten Transit (FTD) und Dokumenten für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 693/2003 (ABl. L 99 vom 17.4.2003, S. 15)

59. 32010 L 0035: Richtlinie 2010/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2010 über ortsbewegliche Druckgeräte und zur Aufhebung der Richtlinien des Rates 76/767/EWG, 84/525/EWG, 84/526/EWG, 84/527/EWG und 1999/36/EG (ABl. L 165 vom 30.6.2010, S. 1)

60. 32003 L 0088: Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (ABl. L 299 vom 18.11.2003, S. 9)

61. 32005 L 0047: Richtlinie 2005/47/EG des Rates vom 18. Juli 2005 betreffend die Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft der Europäischen Bahnen (CER) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) über bestimmte Aspekte der Einsatzbedingungen des fahrenden Personals im interoperablen grenzüberschreitenden Verkehr im Eisenbahnsektor – Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft der Europäischen Bahnen (CER) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) über bestimmte Aspekte der Einsatzbedingungen des fahrenden Personals im interoperablen grenzüberschreitenden Verkehr (ABl. L 195 vom 27.7.2005, S. 15)

62. 32021 R 2085: Verordnung (EU) 2021/2085 des Rates vom 19. November 2021 zur Gründung der gemeinsamen Unternehmen im Rahmen von „Horizont Europa“ und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 219/2007, (EU) Nr. 557/2014, (EU) Nr. 558/2014, (EU) Nr. 559/2014, (EU) Nr. 560/2014, (EU) Nr. 561/2014 und (EU) Nr. 642/2014 (ABl. L 427 vom 30.11.2021, S. 17)

63. 32015 D 0214: Beschluss (EU) 2015/214 des Rates vom 10. Februar 2015 zur Bestätigung des Shift2Rail-Masterplans (ABl. L 36 vom 12.2.2015, S. 7)

KAPITEL 4

BINNENSCHIFFSVERKEHR

Die Bestimmungen der folgenden in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für die unter den Nummern 1 bis 12, 14 bis 19 und 21 bis 26 aufgeführten Rechtsakte der EU.

b) Während des in Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannten Aussetzungszeitraums beteiligt sich San Marino nicht an Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Binnenschifffahrt, einschließlich der Einrichtung eines Registers der Binnenschiffe oder der Gesellschaften für die Einstellung von Besatzungen für die Binnenschifffahrt in seinem Hoheitsgebiet.

1. 31996 R 1356: Verordnung (EG) Nr. 1356/96 des Rates vom 8. Juli 1996 über gemeinsame Regeln zur Verwirklichung der Dienstleistungsfreiheit im Binnenschiffsgüter- und -personenverkehr zwischen Mitgliedstaaten (ABl. L 175 vom 13.7.1996, S. 7)

2. 31991 R 3921: Verordnung (EWG) Nr. 3921/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 über die Bedingungen für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum Binnenschiffsgüter- und -personenverkehr innerhalb eines Mitgliedstaats, in dem sie nicht ansässig sind (ABl. L 373 vom 31.12.1991, S. 1)

3. 31999 R 0718: Verordnung (EG) Nr. 718/1999 des Rates vom 29. März 1999 über kapazitätsbezogene Maßnahmen für die Binnenschifffahrtsflotten der Gemeinschaft zur Förderung des Binnenschiffsverkehrs (ABl. L 90 vom 2.4.1999, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 0546: Verordnung (EU) Nr. 546/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 163 vom 29.5.2014, S. 15)

4. 31996 L 0075: Richtlinie 96/75/EG des Rates vom 19. November 1996 über die Einzelheiten der Befrachtung und der Frachtratenbildung im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Binnenschiffsgüterverkehr in der Gemeinschaft (ABl. L 304 vom 27.11.1996, S. 12)

5. 32018 R 0974: Verordnung (EU) 2018/974 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 über die Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen (kodifizierter Text) (ABl. L 179 vom 16.7.2018, S. 14)

6. 32009 R 0169: Verordnung (EG) Nr. 169/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Anwendung von Wettbewerbsregeln auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (ABl. L 61 vom 5.3.2009, S. 1)

7. 31985 R 2919: Verordnung (EWG) Nr. 2919/85 des Rates vom 17. Oktober 1985 zur Festlegung der Bedingungen für die Inanspruchnahme der Regelung, die aufgrund der Revidierten Rheinschifffahrtsakte den Schiffen der Rheinschifffahrt vorbehalten ist (ABl. L 280 vom 22.10.1985, S. 4)

8. 32008 R 0181: Verordnung (EG) Nr. 181/2008 der Kommission vom 28. Februar 2008 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 718/1999 des Rates über kapazitätsbezogene Maßnahmen für die Binnenschifffahrtsflotten der Gemeinschaft zur Förderung des Binnenschiffsverkehrs (kodifizierte Fassung) (ABl. L 56 vom 29.2.2008, S. 8)

9. 31987 L 0540: Richtlinie 87/540/EWG des Rates vom 9. November 1987 über den Zugang zum Beruf des Unternehmers im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Binnenschiffsgüterverkehr und über die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise für diesen Beruf (ABl. L 322 vom 12.11.1987, S. 20)

10. 32017 L 2397: Richtlinie (EU) 2017/2397 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt und zur Aufhebung der Richtlinien 91/672/EWG und 96/50/EG des Rates (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 53), geändert durch:

    – 32021 L 1233: Richtlinie (EU) 2021/1233 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juli 2021 (ABl. L 274 vom 30.7.2021, S. 52)

    – 32022 R 0184: Delegierte Verordnung (EU) 2022/184 der Kommission vom 22. November 2021 (ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 3)

11. 32020 L 0012: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/12 der Kommission vom 2. August 2019 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2017/2397 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Standards für Befähigungen und entsprechende Kenntnisse und Fertigkeiten, für praktische Prüfungen, für die Zulassung von Simulatoren und für die medizinische Tauglichkeit (ABl. L 6 vom 10.1.2020, S. 15)

12. 32020 R 0182: Durchführungsverordnung (EU) 2020/182 der Kommission vom 14. Januar 2020 über Muster im Bereich der Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt (ABl. L 38 vom 11.2.2020, S. 1)

13. 32014 L 0112: Richtlinie 2014/112/EU des Rates vom 19. Dezember 2014 zur Durchführung der von der Europäischen Binnenschifffahrts Union (EBU), der Europäischen Schifferorganisation (ESO) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) geschlossenen Europäischen Vereinbarung über die Regelung bestimmter Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in der Binnenschifffahrt (ABl. L 367 vom 23.12.2014, S. 86)

14. 32009 L 0100: Richtlinie 2009/100/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über die gegenseitige Anerkennung von Schiffsattesten für Binnenschiffe (ABl. L 259 vom 2.10.2009, S. 8), geändert durch:

    – 32016 L 1629: Richtlinie (EU) 2016/1629 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 118)

15. Richtlinie (EU) 2016/1629 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 zur Festlegung technischer Vorschriften für Binnenschiffe, zur Änderung der Richtlinie 2009/100/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/87/EG (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 118), berichtigt in ABl. L 181 vom 5.7.2019, S. 123, geändert durch:

    – 32018 L 0970: Delegierte Richtlinie (EU) 2018/970 der Kommission vom 18. April 2018 (ABl. L 174 vom 10.7.2018, S. 15)

    – 32019 R 1668: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1668 der Kommission vom 26. Juni 2019 (ABl. L 256 vom 7.10.2019, S. 1)

– 32021 R 1308: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1308 der Kommission vom 28. April 2021 (ABl. L 284 vom 9.8.2021, S. 1)

– 32023 R 2477: Delegierte Verordnung (EU) 2023/2477 der Kommission vom 30. August 2023 (ABl. L, 2023/2477, 7.11.2023)

16. 32013 L 0049: Richtlinie 2013/49/EU der Kommission vom 11. Oktober 2013 zur Änderung des Anhangs II der Richtlinie 2006/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die technischen Vorschriften für Binnenschiffe (ABl. L 272 vom 12.10.2013, S. 41)

17. 32012 D 0064: Durchführungsbeschluss 2012/64/EU der Kommission vom 2. Februar 2012 über die Anerkennung von RINA s.p.a (Italienisches Schiffsregister) als Klassifikationsgesellschaft für Binnenschiffe (ABl. L 33 vom 4.2.2012, S. 6)

18. 32012 D 0065: Durchführungsbeschluss 2012/65/EU der Kommission vom 2. Februar 2012 über die Anerkennung des Russischen Schiffsregisters als Klassifikationsgesellschaft für Binnenschiffe (ABl. L 33 vom 4.2.2012, S. 7)

19. 32012 D 0066: Durchführungsbeschluss 2012/66/EU der Kommission vom 2. Februar 2012 über die Anerkennung von Polski Rejestr Statków S.A. (Polnisches Schiffsregister) als Klassifikationsgesellschaft für Binnenschiffe (ABl. L 33 vom 4.2.2012, S. 8)

20. 32010 L 0035: Richtlinie 2010/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2010 über ortsbewegliche Druckgeräte und zur Aufhebung der Richtlinien des Rates 76/767/EWG, 84/525/EWG, 84/526/EWG, 84/527/EWG und 1999/36/EG (ABl. L 165 vom 30.6.2010, S. 1)

21. 32005 L 0044: Richtlinie 2005/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über harmonisierte Binnenschifffahrtsinformationsdienste (RIS) auf den Binnenwasserstraßen der Gemeinschaft (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 152), geändert durch:

– 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

22. 32013 R 0909: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 909/2013 der Kommission vom 10. September 2013 zu den technischen Spezifikationen für das System zur elektronischen Darstellung von Binnenschifffahrtskarten und von damit verbundenen Informationen (Inland ECDIS) gemäß der Richtlinie 2005/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 258 vom 28.9.2013, S. 1), geändert durch:

– 32018 R 1973: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1973 der Kommission vom 7. Dezember 2018 (ABl. L 324 vom 19.12.2018, S. 1)

23. 32019 R 1744: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1744 der Kommission vom 17. September 2019 über technische Spezifikationen für elektronische Meldungen in der Binnenschifffahrt und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 164/2010 (ABl. L 273 vom 25.10.2019, S. 1)

24. 32007 R 0416: Verordnung (EG) Nr. 416/2007 der Kommission vom 22. März 2007 über die technischen Spezifikationen für Nachrichten für die Binnenschifffahrt gemäß Artikel 5 der Richtlinie 2005/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über harmonisierte Binnenschifffahrtsinformationsdienste (RIS) auf den Binnenwasserstraßen der Gemeinschaft (ABl. L 105 vom 23.4.2007, S. 88), geändert durch:

– 32018 R 2032: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2032 der Kommission vom 20. November 2018 (ABl. L 332 vom 28.12.2018, S. 1)

25. 32019 R 0838: Durchführungsverordnung (EU) 2019/838 der Kommission vom 20. Februar 2019 über die technischen Spezifikationen für Schiffsverfolgungs- und -aufspürungssysteme und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 415/2007 (ABl. L 138 vom 24.5.2019, S. 31)

26. 32007 R 0414: Verordnung (EG) Nr. 414/2007 der Kommission vom 13. März 2007 über die technischen Leitlinien für die Planung, die Einführung und den Betrieb der Binnenschifffahrtsinformationsdienste gemäß Artikel 5 der Richtlinie 2005/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über harmonisierte Binnenschifffahrtsinformationsdienste (RIS) auf den Binnenwasserstraßen der Gemeinschaft (ABl. L 105 vom 23.4.2007, S. 1)

27. 32009 L 0030: Richtlinie 2009/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG im Hinblick auf die Spezifikationen für Otto-, Diesel- und Gasölkraftstoffe und die Einführung eines Systems zur Überwachung und Verringerung der Treibhausgasemissionen sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG des Rates im Hinblick auf die Spezifikationen für von Binnenschiffen gebrauchte Kraftstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 93/12/EWG (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 88)

Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Bezüglich der Anwendung siehe Anhang II Kapitel 14 „Umweltschutz“.

28. 32016 R 1628: Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 über die Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte für gasförmige Schadstoffe und luftverunreinigende Partikel und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1024/2012 und (EU) Nr. 167/2013 und zur Änderung und Aufhebung der Richtlinie 97/68/EG (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 53), berichtigt in ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 29, geändert durch:

– 32020 R 1040: Verordnung (EU) 2020/1040 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 (ABl. L 231 vom 17.7.2020, S. 1)

– 32021 R 1068: Verordnung (EU) 2021/1068 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 (ABl. L 230 vom 30.6.2021, S. 1)

– 32022 R 0992: Verordnung (EU) 2022/992 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2022 (ABl. L 169 vom 27.6.2022, S. 43)

Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Bezüglich der Anwendung siehe Anhang II Kapitel 21 „Maschinen“.

KAPITEL 5

SEEVERKEHR

Die Bestimmungen der folgenden in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für alle in diesem Kapitel aufgeführten Rechtsakte der EU mit Ausnahme der unter den Nummern 20 bis 26, 28 bis 31, 50, 58 und 60 aufgeführten Rechtsakte. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens oder gegebenenfalls der vorläufigen Anwendung dieses Abkommens.

b) Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für die unter den Nummern 20 bis 26, 28 bis 31, 50, 58 und 60 aufgeführten Rechtsakte der EU.

c) San Marino trifft die erforderlichen Maßnahmen, um innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten oder gegebenenfalls nach der vorläufigen Anwendung dieses Abkommens Vertragspartei der folgenden Übereinkünfte zu werden:

   i) das Internationale Übereinkommen von 1996 über Haftung und Entschädigung für Schäden bei der Beförderung schädlicher und gefährlicher Stoffe auf See („HNS-Übereinkommen“);

   ii) das Protokoll von 2003 zum internationalen Übereinkommen von 1992 über die Errichtung eines internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden und gegebenenfalls die zugrunde liegenden Instrumente;

iii) das Übereinkommen der Vereinten Nationen über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen;

iv) das Internationale Übereinkommen von 2001 über die zivilrechtliche Haftung für Bunkerölverschmutzungsschäden („Bunkeröl-Übereinkommen“);

v) das Protokoll von 2002 zum Athener Übereinkommen von 1974 über die Beförderung von Reisenden und ihrem Gepäck auf See;

vi) das Übereinkommen von Kapstadt von 2012 über die Durchführung der Bestimmungen des Torremolinos-Protokolls von 1993 zu dem Internationalen Übereinkommen von Torremolinos über die Sicherheit von Fischereifahrzeugen von 1977.

1. 31986 R 4055: Verordnung (EWG) Nr. 4055/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf die Seeschifffahrt zwischen Mitgliedstaaten sowie zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern (ABl. L 378 vom 31.12.1986, S. 1), geändert durch:

   – 31990 R 3573: Verordnung (EWG) Nr. 3573/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. L 353 vom 17.12.1990, S. 16)

2. 31986 R 4058: Verordnung (EWG) Nr. 4058/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 für ein koordiniertes Vorgehen zum Schutz des freien Zugangs zu Ladungen in der Seeschifffahrt (ABl. L 378 vom 31.12.1986, S. 21)

3. 31992 R 3577: Verordnung (EWG) Nr. 3577/92 des Rates vom 7. Dezember 1992 zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf den Seeverkehr in den Mitgliedstaaten (Seekabotage) (ABl. L 364 vom 12.12.1992, S. 7), geändert durch:

   – 12012J/ACT: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, Anhang V, 7 (ABl. L 112 vom 24.4.2012, S. 74)

4. 32004 R 0789: Verordnung (EG) Nr. 789/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Umregistrierung von Fracht- und Fahrgastschiffen innerhalb der Gemeinschaft und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 613/91 des Rates (ABl. L 138 vom 30.4.2004, S. 19), geändert durch:

   – 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

5. 31986 R 4057: Verordnung (EWG) Nr. 4057/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über unlautere Preisbildungspraktiken in der Seeschifffahrt (ABl. L 378 vom 31.12.1986, S. 14)

6. 31977 D 0587: Entscheidung 77/587/EWG des Rates vom 13. September 1977 zur Einführung eines Konsultationsverfahrens betreffend die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern auf dem Gebiet des Seeverkehrs sowie die diesbezüglichen Aktionen in den internationalen Organisationen (ABl. L 239 vom 17.9.1977, S. 23)

7. 32006 D 0167: Entscheidung Nr. 167/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2006 betreffend die Tätigkeiten bestimmter Drittländer in der Frachtschifffahrt (kodifizierte Fassung) (ABl. L 33 vom 4.2.2006, S. 18)

8. 31992 D 0143: Entscheidung 92/143/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 über Funknavigationssysteme für Europa (ABl. L 59 vom 4.3.1992, S. 17)

9. 32009 L 0015: Richtlinie 2009/15/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über gemeinsame Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen und die einschlägigen Maßnahmen der Seebehörden (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 47), geändert durch:

   – 32014 L 0111: Durchführungsrichtlinie 2014/111/EU der Kommission vom 17. Dezember 2014 (ABl. L 366 vom 20.12.2014, S. 83)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

10. 32009 D 0491: Entscheidung 2009/491/EG der Kommission vom 16. Juni 2009 über die Kriterien, anhand derer entschieden wird, wann die Leistungsfähigkeit einer Organisation, die für einen Flaggenstaat tätig ist, eine unannehmbare Bedrohung für die Sicherheit und die Umwelt bedeutet (ABl. L 162 vom 25.6.2009, S. 6)

11. 32009 R 0391: Verordnung (EG) Nr. 391/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über gemeinsame Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen (Neufassung) (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 11), berichtigt in ABl. L 74 vom 22.3.2010, S. 1, geändert durch:

– 32014 R 1355: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1355/2014 der Kommission vom 17. Dezember 2014 (ABl. L 365 vom 19.12.2014, S. 82)

– 32019 R 0492: Verordnung (EU) 2019/492 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. März 2019 (ABl. L 85I vom 27.3.2019, S. 5)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

12. 32013 D 0765: Durchführungsbeschluss 2013/765/EU der Kommission vom 13. Dezember 2013 zur Änderung der Anerkennung von Det Norske Veritas gemäß der Verordnung (EG) Nr. 391/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen (ABl. L 338 vom 17.12.2013, S. 107)

13. 32014 D 0281: Durchführungsbeschluss 2014/281/EU der Kommission vom 14. Mai 2014 über die Anerkennung von „Hrvatski registar brodova“ (kroatisches Schiffsregister) durch die EU im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 391/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 43)

14. 32015 D 0668: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/668 der Kommission vom 24. April 2015 über die Änderung der Anerkennung bestimmter Organisationen gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 391/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 110 vom 29.4.2015, S. 22)

15. 32015 D 0669: Beschluss (EU) 2015/669 der Kommission vom 24. April 2015 zur Aufhebung der Entscheidung 2007/421/EG über die Veröffentlichung des Verzeichnisses der von den Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie 94/57/EG des Rates als anerkannt gemeldeten Organisationen (ABl. L 110 vom 29.4.2015, S. 24)

16. 32016 D 1327: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1327 der Kommission vom 1. August 2016 über die Anerkennung des indischen Schiffsregisters (Indian Register of Shipping) durch die EU gemäß der Verordnung (EG) Nr. 391/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen (ABl. L 209 vom 3.8.2016, S. 15)

17. 32014 R 0788: Verordnung (EU) Nr. 788/2014 der Kommission vom 18. Juli 2014 mit Bestimmungen für die Verhängung von Geldbußen und Zwangsgeldern und den Entzug der Anerkennung von Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen gemäß den Artikeln 6 und 7 der Verordnung (EG) Nr. 391/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 214 vom 19.7.2014, S. 12), berichtigt in ABl. L 234 vom 7.8.2014, S. 15

18. 32009 D 0728: Beschluss 2009/728/EG der Kommission vom 30. September 2009 über die unbeschränkte Verlängerung der gemeinschaftlichen Anerkennung des Polish Register of Shipping (ABl. L 258 vom 1.10.2009, S. 34)

19. 32009 L 0021: Richtlinie 2009/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Erfüllung der Flaggenstaatpflichten (ABl. L 131 vom 8.5.2009, S. 132)

20. 32009 L 0016: Richtlinie 2009/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Hafenstaatkontrolle (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 57), berichtigt in ABl. L 32 vom 1.2.2013, S. 23, geändert durch:

– 32013 L 0038: Richtlinie 2013/38/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 (ABl. L 218 vom 14.8.2013, S. 1)

– 32013 R 1257: Verordnung (EU) Nr. 1257/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 330 vom 10.12.2013, S. 1)

– 32015 R 0757: Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 55)

– 32017 L 2110: Richtlinie (EU) 2017/2110 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 (ABl. L 315 vom 30.11.2017, S. 61)

21. 32010 R 0428: Verordnung (EU) Nr. 428/2010 der Kommission vom 20. Mai 2010 zur Durchführung des Artikels 14 der Richtlinie 2009/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf erweiterte Überprüfungen von Schiffen (ABl. L 125 vom 21.5.2010, S. 2)

22. 32010 R 0801: Verordnung (EU) Nr. 801/2010 der Kommission vom 13. September 2010 zur Durchführung von Artikel 10 Absatz 3 der Richtlinie 2009/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Flaggenstaat-Kriterien (ABl. L 241 vom 14.9.2010, S. 1)

23. 32010 R 0802: Verordnung (EU) Nr. 802/2010 der Kommission vom 13. September 2010 zur Durchführung von Artikel 10 Absatz 3 und Artikel 27 der Richtlinie 2009/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Leistung von Unternehmen (ABl. L 241 vom 14.9.2010, S. 4), geändert durch:

– 32012 R 1205: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1205/2012 der Kommission vom 14. Dezember 2012 (ABl. L 347 vom 15.12.2012, S. 10)

24. 31996 L 0040: Richtlinie 96/40/EG der Kommission vom 25. Juni 1996 zur Erstellung eines einheitlichen Musters für die Ausweise der Besichtiger der Hafenstaatkontrolle (ABl. L 196 vom 7.8.1996, S. 8)

25. 32002 L 0059: Richtlinie 2002/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über die Einrichtung eines gemeinschaftlichen Überwachungs- und Informationssystems für den Schiffsverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 93/75/EWG des Rates (ABl. L 208 vom 5.8.2002, S. 10), geändert durch:

– 32009 L 0017: Richtlinie 2009/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 101)

– 32009 L 0018: Richtlinie 2009/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 114)

– 32011 L 0015: Richtlinie 2011/15/EU der Kommission vom 23. Februar 2011 (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 33)

– 32014 L 0100: Richtlinie 2014/100/EU der Kommission vom 28. Oktober 2014 (ABl. L 308 vom 29.10.2014, S. 82)

26. 32016 D 0566: Beschluss (EU) 2016/566 der Kommission vom 11. April 2016 zur Einsetzung der hochrangigen Lenkungsgruppe zur Steuerung des digitalen Seeverkehrssystems und der digitalen Seeverkehrsdienstleistungen sowie zur Aufhebung des Beschlusses 2009/584/EG (ABl. L 96 vom 12.4.2016, S. 46)

27. 32006 R 0336: Verordnung (EG) Nr. 336/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2006 (ABl. L 64 vom 4.3.2006, S. 1), geändert durch:

– 32008 R 0540: Verordnung (EG) Nr. 540/2008 der Kommission vom 16. Juni 2008 (ABl. L 157 vom 17.6.2008, S. 15)

– Beschluss der Kommission vom 21. Februar 2011 zur Einführung eines einheitlichen Formulars für Berichte gemäß der Verordnung (EG) Nr. 336/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2006 zur Umsetzung des Internationalen Codes für Maßnahmen zur Organisation eines sicheren Schiffsbetriebs innerhalb der Gemeinschaft und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 3051/95 des Rates (nicht veröffentlicht)

28. 31979 L 0115: Richtlinie 79/115/EWG des Rates vom 21. Dezember 1978 über die Beratung von Schiffen durch Überseelotsen in der Nordsee und im Englischen Kanal (ABl. L 33 vom 8.2.1979, S. 32)

29. 32010 L 0065: Richtlinie 2010/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über Meldeformalitäten für Schiffe beim Einlaufen in und/oder Auslaufen aus Häfen der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/6/EG (ABl. L 35 vom 6.2.2010, S. 18), geändert durch:

– 32017 L 2109: Richtlinie (EU) 2017/2109 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 (ABl. L 315 vom 30.11.2017, S. 52)

– 32019 L 0883: Richtlinie (EU) 2019/883 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 116)

30. 32017 R 0352: Verordnung (EU) 2017/352 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2017 (ABl. L 57 vom 3.3.2017, S. 1), geändert durch:

– 32020 R 0697: Verordnung (EU) 2020/697 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 (ABl. L 165 vom 27.5.2020, S. 7)

31. 32019 R 1239: Verordnung (EU) 2019/1239 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 64)

32. 32023 R 0204: Durchführungsverordnung (EU) 2023/204 der Kommission vom 28. Oktober 2022 zur Festlegung von technischen Spezifikationen, Normen und Verfahren für das europäische Umfeld zentraler Meldeportale für den Seeverkehr gemäß der Verordnung (EU) 2019/1239 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 33 vom 3.2.2023, S. 1)

33. 32023 R 0205: Delegierte Verordnung (EU) 2023/205 der Kommission vom 7. November 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1239 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Festlegung des Datensatzes für das europäische Umfeld zentraler Meldeportale für den Seeverkehr und zur Änderung ihres Anhangs (ABl. L 33 vom 3.2.2023, S. 24)

34. 32014 L 0090: Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richtlinie 96/98/EG des Rates (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 146), berichtigt in ABl. L 146 vom 11.6.2018, S. 8, geändert durch:

– 32021 L 1206: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1206 der Kommission vom 30. April 2021 (ABl. L 261 vom 22.7.2021, S. 45)

35. 32017 L 2110: Richtlinie (EU) 2017/2110 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 über ein System von Überprüfungen im Hinblick auf den sicheren Betrieb von Ro-Ro-Fahrgastschiffen und Fahrgast-Hochgeschwindigkeitsfahrzeugen im Linienverkehr und zur Änderung der Richtlinie 2009/16/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 1999/35/EG des Rates (ABl. L 315 vom 30.11.2017, S. 61)

36. 32003 L 0025: Richtlinie 2003/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. April 2003 (ABl. L 123 vom 17.5.2003, S. 22), geändert durch:

– 32005 L 0012: Richtlinie 2005/12/EG der Kommission vom 18. Februar 2005 (ABl. L 48 vom 19.2.2005, S. 19)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

37. 32009 R 0392: Verordnung (EG) Nr. 392/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 24), geändert durch:

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

38. 31998 L 0041: Richtlinie 98/41/EG des Rates vom 18. Juni 1998 über die Registrierung der an Bord von Fahrgastschiffen im Verkehr nach oder von einem Hafen eines Mitgliedstaates der Gemeinschaft befindlichen Personen (ABl. L 188 vom 2.7.1998, S. 35), geändert durch:

– 32002 L 0084: Richtlinie 2002/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 (ABl. L 324 vom 29.11.2002, S. 53)

– 32017 L 2109: Richtlinie (EU) 2017/2109 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 (ABl. L 315 vom 30.11.2017, S. 52)

39. 32016 D 1109: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1109 der Kommission vom 6. Juli 2016 über einen Antrag Italiens auf Befreiung gemäß Artikel 9 Absatz 4 der Richtlinie 98/41/EG des Rates über die Registrierung der an Bord von Fahrgastschiffen im Verkehr nach oder von einem Hafen eines Mitgliedstaats der Gemeinschaft befindlichen Personen (ABl. L 183 vom 8.7.2016, S. 66)

40. 32017 D 0711: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/711 der Kommission vom 18. April 2017 über einen Antrag des Königreichs Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland auf Befreiung von der Registrierungspflicht nach Artikel 9 Absatz 4 der Richtlinie 98/41/EG in Bezug auf die an Bord von Fahrgastschiffen im Verkehr nach oder von einem Hafen eines Mitgliedstaats der Gemeinschaft befindlichen Personen (ABl. L 104 vom 20.4.2017, S. 26)

41. 32017 D 0729: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/729 der Kommission vom 20. April 2017 über einen Antrag der Republik Kroatien auf Befreiung von der Registrierungspflicht nach Artikel 9 Absatz 4 der Richtlinie 98/41/EG des Rates in Bezug auf die an Bord von Fahrgastschiffen im Verkehr nach oder von einem Hafen eines Mitgliedstaats der Gemeinschaft befindlichen Personen (ABl. L 107 vom 25.4.2017, S. 35)

42. 32009 L 0045: Richtlinie 2009/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über Sicherheitsvorschriften und -normen für Fahrgastschiffe (Neufassung) (ABl. L 163 vom 25.6.2009, S. 1), geändert durch:

– 32010 L 0036: Richtlinie 2010/36/EU der Kommission vom 1. Juni 2010 (ABl. L 162 vom 29.6.2010, S. 1)

– 32016 L 0844: Richtlinie (EU) 2016/844 der Kommission vom 27. Mai 2016 (ABl. L 141 vom 28.5.2016, S. 51), berichtigt in ABl. L 193 vom 19.7.2016, S. 117

– 32017 L 2108: Richtlinie (EU) 2017/2108 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2017 (ABl. L 315 vom 30.11.2017, S. 40)

– 32020 R 0411: Delegierte Verordnung (EU) 2020/411 der Kommission vom 19. November 2019 (ABl. L 83 vom 19.3.2020, S. 1)

– 32022 R 1180: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1180 der Kommission vom 11. Januar 2022 (ABl. L 184 vom 11.7.2022, S. 1)

43. 31997 L 0070: Richtlinie 97/70/EG des Rates vom 11. Dezember 1997 über eine harmonisierte Sicherheitsregelung für Fischereifahrzeuge von 24 Meter Länge und mehr (ABl. L 34 vom 9.2.1998, S. 1), geändert durch:

– 31999 L 0019: Richtlinie 1999/19/EG der Kommission vom 18. März 1999 (ABl. L 83 vom 27.3.1999, S. 48)

– 32002 L 0035: Richtlinie 2002/35/EG der Kommission vom 25. April 2002 (ABl. L 112 vom 27.4.2002, S. 21)

– 32002 L 0084: Richtlinie 2002/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 (ABl. L 324 vom 29.11.2002, S. 53)

– 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

44. 32012 R 0530: Verordnung (EU) Nr. 530/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 zur beschleunigten Einführung von Doppelhüllen oder gleichwertigen Konstruktionsanforderungen für Einhüllen-Öltankschiffe (Neufassung) (ABl. L 172 vom 30.6.2012, S. 3)

45. 32001 L 0096: Richtlinie 2001/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Dezember 2001 zur Festlegung von harmonisierten Vorschriften und Verfahrensregeln für das sichere Be- und Entladen von Massengutschiffen (ABl. L 13 vom 16.1.2002, S. 9), geändert durch:

– 32002 L 0084: Richtlinie 2002/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 (ABl. L 324 vom 29.11.2002, S. 53)

46. 32009 L 0018: Richtlinie 2009/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Festlegung der Grundsätze für die Untersuchung von Unfällen im Seeverkehr und zur Änderung der Richtlinie 1999/35/EG des Rates und der Richtlinie 2002/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 114)

47. 32011 R 0651: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 651/2011 der Kommission vom 5. Juli 2011 zur Annahme der Verfahrensordnung für den von den Mitgliedstaaten im Einvernehmen mit der Kommission festgelegten Rahmen für die ständige Zusammenarbeit gemäß Artikel 10 der Richtlinie 2009/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 177 vom 6.7.2011, S. 18)

48. 32011 R 1286: Verordnung (EU) Nr. 1286/2011 der Kommission vom 9. Dezember 2011 über die Festlegung einer gemeinsamen Methodik zur Untersuchung von Unfällen und Vorkommnissen auf See gemäß Artikel 5 Absatz 4 der Richtlinie 2009/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 328 vom 10.12.2011, S. 36)

49. 32009 L 0020: Richtlinie 2009/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Versicherung von Schiffseigentümern für Seeforderungen (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 128)

50. 32005 L 0035: Richtlinie 2005/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Meeresverschmutzung durch Schiffe und die Einführung von Sanktionen, einschließlich strafrechtlicher Sanktionen, für Verschmutzungsdelikte (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 11), geändert durch:

    – 32009 L 0123: Richtlinie 2009/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 (ABl. L 280 vom 27.10.2009, S. 52)

51. 32019 L 0883: Richtlinie (EU) 2019/883 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen, zur Änderung der Richtlinie 2010/65/EU und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/59/EG (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 116)

52. 32022 R 0089: Durchführungsverordnung (EU) 2022/89 der Kommission vom 21. Januar 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie (EU) 2019/883 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Methode zur Berechnung der ausreichenden spezifischen Lagerkapazität (ABl. L 15 vom 24.1.2022, S. 1)

53. 32022 R 0090: Durchführungsverordnung (EU) 2022/90 der Kommission vom 21. Januar 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie (EU) 2019/883 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Einzelheiten des risikobasierten Auswahlmechanismus der Union für zu überprüfende Schiffe (ABl. L 15 vom 24.1.2022, S. 7)

54. 32022 R 0091: Durchführungsverordnung (EU) 2022/91 der Kommission vom 21. Januar 2022 mit Kriterien für die Feststellung gemäß der Richtlinie (EU) 2019/883 des Europäischen Parlaments und des Rates, dass ein Schiff geringere Abfallmengen erzeugt und seine Abfälle nachhaltig und umweltverträglich bewirtschaftet (ABl. L 15 vom 24.1.2022, S. 12)

55. 32022 R 0092: Durchführungsverordnung (EU) 2022/92 der Kommission vom 21. Januar 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie (EU) 2019/883 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Methodik für Überwachungsdaten und das Format für die Berichterstattung über passiv gefischte Abfälle (ABl. L 15 vom 24.1.2022, S. 16)

56. 32003 R 0782: Verordnung (EG) Nr. 782/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. April 2003 über das Verbot zinnorganischer Verbindungen auf Schiffen (ABl. L 115 vom 9.5.2003, S. 1), geändert durch:

    – 32008 R 0536: Verordnung (EG) Nr. 536/2008 der Kommission vom 13. Juni 2008 (ABl. L 156 vom 14.6.2008, S. 10)

57. 32004 R 0725: Verordnung (EG) Nr. 725/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Erhöhung der Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen (ABl. L 129 vom 29.4.2004, S. 6), geändert durch:

– 32009 D 0083: Entscheidung 2009/83/EG der Kommission vom 23. Januar 2009 (ABl. L 29 vom 31.1.2009, S. 53)

– 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

58. 32005 L 0065: Richtlinie 2005/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 zur Erhöhung der Gefahrenabwehr in Häfen (ABl. L 310 vom 25.11.2005, S. 28), geändert durch:

– 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

59. 32008 R 0324: Verordnung (EG) Nr. 324/2008 der Kommission vom 9. April 2008 (ABl. L 98 vom 10.4.2008, S. 5), geändert durch:

– 32016 R 0462: Durchführungsverordnung (EU) 2016/462 der Kommission vom 30. März 2016 (ABl. L 80 vom 31.3.2016, S. 28)

60. 32002 R 1406: Verordnung (EG) Nr. 1406/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (ABl. L 208 vom 5.8.2002, S. 1), geändert durch:

– 32003 R 1644: Verordnung (EG) Nr. 1644/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2003 (ABl. L 245 vom 29.9.2003, S. 10)

– 32004 R 0724: Verordnung (EG) Nr. 724/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 (ABl. L 129 vom 29.4.2004, S. 1)

– 32006 R 2038: Verordnung (EG) Nr. 2038/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 (ABl. L 394 vom 30.12.2006, S. 1), berichtigt in ABl. L 30 vom 3.2.2007, S. 12

– 32013 R 0100: Verordnung (EU) Nr. 100/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 (ABl. L 39 vom 9.2.2013, S. 30)

– 32016 R 1625: Verordnung (EU) 2016/1625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 (ABl. L 251 vom 16.9.2016, S. 77)

61. 32002 R 2099: Verordnung (EG) Nr. 2099/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 (ABl. L 324 vom 29.11.2002, S. 1), geändert durch:

– 32004 R 0415: Verordnung (EG) Nr. 415/2004 der Kommission vom 5. März 2004 (ABl. L 68 vom 6.3.2004, S. 10)

– 32007 R 0093: Verordnung (EG) Nr. 93/2007 der Kommission vom 30. Januar 2007 (ABl. L 22 vom 31.1.2007, S. 12)

– 32016 R 0103: Verordnung (EU) 2016/103 der Kommission vom 27. Januar 2016 (ABl. L 21 vom 28.1.2016, S. 67)

62. 32022 L 0993: Richtlinie (EU) 2022/993 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2022 über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten (kodifizierter Text) (ABl. L 169 vom 27.6.2022, S. 45)

63. 32022 D 1973: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1973 der Kommission vom 11. Oktober 2022 über die Anerkennung des Vereinigten Königreichs gemäß der Richtlinie (EU) 2022/993 in Bezug auf das Ausbildungs- und Zeugniserteilungssystem für Seeleute (ABl. L 270 vom 18.10.2022, S. 99)

64. 32011 D 0259: Beschluss 2011/259/EU der Kommission vom 27. April 2011 über die Anerkennung Tunesiens in Bezug auf die Aus- und Fortbildung von Seeleuten und die Erteilung von Befähigungszeugnissen im Hinblick auf die Anerkennung von Befähigungszeugnissen (ABl. L 110 vom 29.4.2011, S. 34)

65. 32010 D 0361: Beschluss 2010/361/EU der Kommission vom 28. Juni 2010 über die Anerkennung Israels in Bezug auf die Aus- und Fortbildung von Seeleuten und die Erteilung von Befähigungszeugnissen, im Hinblick auf die Anerkennung von Befähigungszeugnissen (ABl. L 161 vom 29.6.2010, S. 9)

66. 32010 D 0363: Beschluss 2010/363/EU der Kommission vom 28. Juni 2010 über die Anerkennung Algeriens in Bezug auf die Aus- und Fortbildung von Seeleuten und die Erteilung von Befähigungszeugnissen, im Hinblick auf die Anerkennung von Befähigungszeugnissen (ABl. L 163 vom 30.6.2010, S. 42)

67. 32011 D 0385: Beschluss 2011/385/EU der Kommission vom 28. Juni 2011 zur Anerkennung Ecuadors gemäß Richtlinie 2008/106/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Systeme für die Aus- und Fortbildung von Seeleuten (ABl. L 170 vom 30.6.2011, S. 38)

68. 32010 D 0704: Beschluss 2010/704/EU der Kommission vom 22. November 2010 über die Anerkennung Sri Lankas in Bezug auf die Aus- und Fortbildung von Seeleuten und die Erteilung von Befähigungszeugnissen für die Zwecke der Anerkennung von Befähigungszeugnissen (ABl. L 306 vom 23.11.2010, S. 77)

69. 32010 D 0705: Beschluss 2010/705/EU der Kommission vom 22. November 2010 über den Entzug der Anerkennung Georgiens in Bezug auf die Aus- und Fortbildung von Seeleuten und die Erteilung von Befähigungszeugnissen für die Zwecke der Anerkennung von Befähigungszeugnissen (ABl. L 306 vom 23.11.2010, S. 78)

70. 52002XC0629(02): Liste der entsprechenden Befähigungszeugnisse, die nach dem Verfahren nach Artikel 18, Absatz 3, Richtlinie 2001/25/EG über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten anerkannt sind (Stand vom 22. Mai 2002) (2002/C 155/03) (ABl. C 155 vom 29.6.2002, S. 11)

71. 52003XC1107(01): Liste der entsprechenden Befähigungszeugnisse, die nach dem Verfahren des Artikels 18 Absatz 3 der Richtlinie 2001/25/EG über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten anerkannt sind (Stand 17.2.2003) (2003/C 268/04) (ABl. C 268 vom 7.11.2003, S. 7)

72. 52005XC0407(01): Liste der entsprechenden Befähigungszeugnisse, die nach dem Verfahren des Artikels 18 Absatz 3 der Richtlinie 2001/25/EG über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten anerkannt wurden (Stand 31. Dezember 2004) (2005/C 85/04) (ABl. C 85 vom 7.4.2005, S. 8)

73. 32013 L 0054: Richtlinie 2013/54/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über bestimmte Verantwortlichkeiten der Flaggenstaaten für die Einhaltung und Durchsetzung des Seearbeitsübereinkommens 2006 (ABl. L 329 vom 10.12.2013, S. 1)

74. 31999 L 0063: Richtlinie 1999/63/EG des Rates vom 21. Juni 1999 zu der vom Verband der Reeder in der Europäischen Gemeinschaft (European Community Shipowners' Association ECSA) und dem Verband der Verkehrsgewerkschaften in der Europäischen Union (Federation of Transport Workers' Unions in the European Union FST) getroffenen Vereinbarung über die Regelung der Arbeitszeit von Seeleuten (ABl. L 167 vom 2.7.1999, S. 33), berichtigt in ABl. L 244 vom 16.6.1999, S. 64, geändert durch:

– 32009 L 0013: Richtlinie 2009/13/EG des Rates vom 16. Februar 2009 (ABl. L 124 vom 20.5.2009, S. 30)

75. 31999 L 0095: Richtlinie 1999/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 zur Durchsetzung der Arbeitszeitregelung für Seeleute an Bord von Schiffen, die Gemeinschaftshäfen anlaufen (ABl. L 14 vom 20.1.2000, S. 29)

KAPITEL 6

ALLGEMEINE MAßNAHMEN

1. 32012 D 0286: Beschluss 2012/286/EU der Kommission vom 31. Mai 2012 über die Einrichtung einer Sachverständigengruppe zur Gefahrenabwehr im Landverkehr (ABl. L 142 vom 1.6.2012, S. 47)

2. 32009 D 0357: Entscheidung Nr. 357/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. April 2009 über ein Verfahren zur vorherigen Prüfung und Beratung künftiger Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des Verkehrs (kodifizierte Fassung) (ABl. L 109 vom 30.4.2009, S. 37)

3. 32000 L 0084: Richtlinie 2000/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Januar 2001 zur Regelung der Sommerzeit (ABl. L 31 vom 2.2.2001, S. 21)

4. 32007 R 1370: Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1), geändert durch:

   – 32016 R 2338: Verordnung (EU) 2016/2338 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 354 vom 23.12.2016, S. 22)

5. 31960 R 0011: Verordnung Nr. 11 über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen gemäß Artikel 79 Absatz (3) des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. 52 vom 16.8.1960, S. 1121), geändert durch:

   – 31984 R 3626: Verordnung (EWG) Nr. 3626/84 des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. L 335 vom 22.12.1984, S. 4)

   – 32008 R 0569: Verordnung (EG) Nr. 569/2008 des Rates vom 12. Juni 2008 (ABl. L 161 vom 20.6.2008, S. 1)

KAPITEL 7

FAHRGASTRECHTE

1. 32010 R 1177: Verordnung (EU) Nr. 1177/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 1)

   Diese Verordnung gilt, soweit sie für die Binnenschifffahrt Anwendung findet, für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während des in Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannten Aussetzungszeitraums beteiligt sich San Marino nicht an Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Binnenschifffahrt, einschließlich der Einrichtung eines Registers der Binnenschiffe oder der Gesellschaften für die Einstellung von Besatzungen für die Binnenschifffahrt in seinem Hoheitsgebiet.

2. 32009 R 0392: Verordnung (EG) Nr. 392/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 24)

3. 32021 R 0782: Verordnung (EU) 2021/782 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (Neufassung) (ABl. L 172 vom 17.5.2021, S. 1)

4. 32011 R 0181: Verordnung (EU) Nr. 181/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 1)

5. 32009 L 0103: Richtlinie 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht (ABl. L 263 vom 7.10.2009, S. 11)

KAPITEL 8

TRANSEUROPÄISCHE NETZE

1. 32013 R 1315: Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 661/2010/EU (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 0473: Delegierte Verordnung (EU) 473/2014 der Kommission vom 17. Januar 2014 (ABl. L 136 vom 9.5.2014, S. 10)

   – 32016 R 0758: Delegierte Verordnung (EU) 2016/758 der Kommission vom 4. Februar 2016 (ABl. L 126 vom 14.5.2016, S. 3)

   – 32017 R 0849: Delegierte Verordnung (EU) 2017/849 der Kommission vom 7. Dezember 2016 (ABl. L 128I vom 19.5.2017, S. 1)

   – 32019 R 0254: Delegierte Verordnung (EU) 2019/254 der Kommission vom 9. November 2018 (ABl. L 43 vom 14.2.2019, S. 1)

   – 32023 R 1176: Delegierte Verordnung (EU) 2023/1176 der Kommission vom 14. Juli 2022 (ABl. L 156 vom 19.6.2023, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung.

2. 32017 R 0006: Durchführungsverordnung (EU) 2017/6 der Kommission vom 5. Januar 2017 über den europäischen Bereitstellungsplan für das Europäische Eisenbahnverkehrsleitsystem (ABl. L 3 vom 6.1.2017, S. 6)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung.

KAPITEL 9

SONSTIGES

1. 32021 D 0173: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/173 der Kommission vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Europäischen Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt, der Europäischen Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales, der Europäischen Exekutivagentur für die Forschung, der Europäischen Exekutivagentur für den Innovationsrat und für KMU, der Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrats sowie der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur und zur Aufhebung der Durchführungsbeschlüsse 2013/801/EU, 2013/771/EU, 2013/778/EU, 2013/779/EU, 2013/776/EU und 2013/770/EU (ABl. L 50 vom 15.2.2021, S. 9)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32001 H 0115: Empfehlung 2001/115/EG der Kommission vom 17. Januar 2001 über die maximal zulässige Blutalkoholkonzentration (BAK) bei Kraftfahrern (ABl. L 43 vom 14.2.2001, S. 31)

2. 32004 H 0345: Empfehlung 2004/345/EG der Kommission vom 6. April 2004 zu Durchsetzungsmaßnahmen im Bereich der Straßenverkehrssicherheit (ABl. L 111 vom 17.4.2004, S. 75)

3. 32009 H 0060: Empfehlung der Kommission vom 23. Januar 2009 Leitlinien zur optimalen Vorgehensweise bei der Prüfung von Kontrollgeräten im Rahmen von Fahrzeugkontrollen auf der Straße und durch zugelassene Werkstätten (ABl. L 21 vom 24.1.2009, S. 87)

4. 32010 H 0019: Empfehlung 2010/19/EU der Kommission vom 13. Januar 2010 für den sicheren elektronischen Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zur Überprüfung der Einzigkeit der von ihnen ausgestellten Fahrerkarten (ABl. L 9 vom 14.1.2010, S. 10)

5. 32010 H 0378: Empfehlung 2010/378/EU der Kommission vom 5. Juli 2010 zur Mängelbewertung bei der technischen Überwachung gemäß der Richtlinie 2009/40/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die technische Überwachung der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. L 173 vom 8.7.2010, S. 74)

6. 32010 H 0379: Empfehlung 2010/379/EU der Kommission vom 5. Juli 2010 zur Risikobewertung der bei technischen Unterwegskontrollen (von Nutzfahrzeugen) gemäß der Richtlinie 2000/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates festgestellten Mängel (ABl. L 173 vom 8.7.2010, S. 97)

7. 32011 H 0750: Empfehlung 2011/750/EU der Kommission vom 8. September 2011 zur Unterstützung eines EU-weiten e Call-Dienstes in elektronischen Kommunikationsnetzen für die Übertragung bordseitig ausgelöster 112-Notrufe („eCalls“) (ABl. L 303 vom 22.11.2011, S. 46)

8. 32023 H 0688: Empfehlung (EU) 2023/688 der Kommission vom 20. März 2023 über die Messung der Partikelzahl bei der regelmäßigen technischen Prüfung von Fahrzeugen mit Selbstzündungsmotor (ABl. L 90 vom 28.3.2023, S. 46)

9. 32010 H 0159: Empfehlung der Kommission vom 11. März 2010 für Maßnahmen zum Eigenschutz und zur Verhütung seeräuberischer Handlungen und bewaffneter Überfälle auf Schiffe (ABl. L 67 vom 17.3.2010, S. 13)

10. 32011 H 0766: Empfehlung der Kommission vom 22. November 2011 über das Verfahren zur Anerkennung von Ausbildungseinrichtungen für Triebfahrzeugführer und von Triebfahrzeugführer-Prüfern gemäß der Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 314 vom 29.11.2011, S. 41)

11. 32004 H 0358: Empfehlung der Kommission vom 7. April 2004 über die Verwendung eines einheitlichen europäischen Formats für Genehmigungsdokumente gemäß der Richtlinie 95/18/EG des Rates über die Erteilung von Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen (ABl. L 113 vom 20.4.2004, S. 37)

12. 32019 H 0780: Empfehlung (EU) 2019/780 der Kommission vom 16. Mai 2019 über praktische Festlegungen für die Ausstellung von Sicherheitsgenehmigungen für Infrastrukturbetreiber (ABl. L 139I vom 27.5.2019, S. 390)

ANHANG 1

STRAßENGÜTERVERKEHR

Anlage 1

Dem Muster der Europäischen Gemeinschaft gleichwertiges Muster für die Bescheinigung der fachlichen Eignung[1]

SAN MARINO

(Farbe: Pantone kräftig beigefarben („stout fawn"), Format DIN A4, Zellulosepapier 100 g/m^2 oder mehr)
(Text in der Amtssprache der Beförderer San Marinos, die die Bescheinigung ausstellen)

Nationalitätskennzeichen des Mitgliedstaats[2] Bezeichnung der ermächtigten Behörde oder Stelle[3]

BESCHEINIGUNG DER FACHLICHEN EIGNUNG FÜR DEN GÜTERKRAFTVERKEHR/PERSONENKRAFTVERKEHR[4]

Nr. …….....
Hiermit wird durch …….....
bescheinigt, dass [5]……..
geboren am ……..… in ……..
mit Erfolg die erforderliche Prüfung (Jahr: …; Prüfungstermin: ……)[6] zur Erlangung der Bescheinigung der fachlichen Eignung für den Güterkraftverkehr/Personenkraftverkehr[3] gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Festlegung gemeinsamer Regeln für die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung bestanden hat.

Durch diese Bescheinigung wird der ausreichende Nachweis der fachlichen Eignung gemäß Artikel 21 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 erbracht.

Ort: ……..., Datum: ……[7]

---

1 Auf der Grundlage des Assoziationsabkommens zwischen der Europäischen Union und San Marino.
2 Das Nationalitätskennzeichen des assoziierten Staates ist: (RSM) San Marino.
3 Behörde oder Stelle, die vom jeweiligen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder von San Marino zur Ausstellung dieser Bescheinigung vorab benannt wurde.
4 Nichtzutreffendes streichen.
5 Name, Vorname; Geburtsdatum und -ort.
6 Genaue Bezeichnung der Prüfung.
7 Dienstsiegel und Unterschrift der zugelassenen Behörde oder Stelle, die die Bescheinigung ausstellt.

Anlage 2

Dem Muster für die Europäische Gemeinschaftslizenz gleichwertiges Muster

[SAN MARINO[8]]

a)

(Farbe: Pantone hellblau 290 oder dieser Farbe so ähnlich wie möglich — Format DIN A4, Zellulosepapier 100 g/m^2 oder mehr)

(Erste Seite der Lizenz)

(Text in der Amtssprache San Marinos)

Nationalitätskennzeichen San Marinos[9], das die Lizenz ausstellt	Bezeichnung der zuständigen Behörde oder Stelle

LIZENZ Nr. …

(oder)

BEGLAUBIGTE KOPIE Nr. …

für den grenzüberschreitenden gewerblichen Güterkraftverkehr

Diese Lizenz berechtigt[10] ..……...……..……

…….

…….

auf allen Verkehrsverbindungen für die Wegstrecken im Gebiet der Gemeinschaft sowie San Marinos zum grenzüberschreitenden gewerblichen Güterkraftverkehr im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung und nach Maßgabe der allgemeinen Bestimmungen dieser Lizenz.

Diese Lizenz verleiht San Marino keine Rechte zur Durchführung von Kabotagebeförderungen gemäß den Artikeln 8 bis 10 der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung.

Besondere Bemerkungen: …..……..	
……..……..……	
Diese Lizenz gilt vom …….….....	bis zum ……..…..
Ausgestellt in …….....,	am ……
……[11]	

[8] Dieses Muster gilt für San Marino ab zwei Jahre nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens. Mit ihm wird Verkehrsunternehmern aus San Marino nicht die Durchführung von Kabotagebeförderungen im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung erlaubt.

[9] Das Nationalitätskennzeichen San Marinos ist: RSM (San Marino).

[10] Name oder Firma und vollständige Anschrift des Verkehrsunternehmers.

[11] Unterschrift und Dienstsiegel der ausstellenden zuständigen Behörde oder Stelle.

www.parlament.gv.at

b)

(Zweite Seite der Lizenz)

(Text in der Amtssprache San Marinos)

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Diese Lizenz wird gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung erteilt.

Sie berechtigt auf allen Verkehrsverbindungen für die Wegstrecken im Gebiet der Gemeinschaft und San Marinos, gegebenenfalls unter den in der Lizenz festgelegten Bedingungen, zum grenzüberschreitenden gewerblichen Güterkraftverkehr für Beförderungen,

– bei denen sich Ausgangspunkt und Bestimmungsort in zwei verschiedenen Staaten, bei denen es sich um EU-Mitgliedstaaten oder San Marino handelt, befinden, mit oder ohne Transit durch einen oder mehrere EU-Mitgliedstaaten oder San Marino oder ein oder mehrere Drittländer;

– von einem EU-Mitgliedstaat oder San Marino in ein Drittland oder umgekehrt, mit oder ohne Transit durch einen oder mehrere EU-Mitgliedstaaten oder San Marino oder ein oder mehrere Drittländer;

– zwischen Drittländern mit Transit durch einen oder mehrere EU-Mitgliedstaaten oder San Marino

sowie zu Leerfahrten in Verbindung mit diesen Beförderungen.

Bei Beförderungen von einem EU-Mitgliedstaat oder San Marino nach einem Drittland und umgekehrt gilt diese Lizenz nicht für die Wegstrecke im EU-Mitgliedstaat, in dem die Be- oder Entladung stattfindet, oder in San Marino.

Die Lizenz ist persönlich und nicht übertragbar.

www.parlament.gv.at

Sie kann von der zuständigen Behörde San Marinos, die sie erteilt hat, insbesondere dann entzogen werden, wenn der Lizenzinhaber

– nicht alle Bedingungen für die Verwendung der Lizenz erfüllt hat;

– zu Tatsachen, die für die Erteilung bzw. Erneuerung der Lizenz erheblich waren, unrichtige Angaben gemacht hat.

Das Original der Lizenz ist vom Verkehrsunternehmer aufzubewahren.

Eine beglaubigte Kopie der Lizenz ist im Fahrzeug mitzuführen[12]. Bei Fahrzeugkombinationen ist sie im Kraftfahrzeug mitzuführen. Sie gilt für die gesamte Fahrzeugkombination auch dann, wenn der Anhänger oder Sattelanhänger nicht auf den Namen des Lizenzinhabers amtlich zugelassen oder zum Verkehr zugelassen ist oder wenn er in einem anderen Staat amtlich zugelassen oder zum Verkehr zugelassen ist.

Die Lizenz ist jedem Kontrollberechtigten auf Verlangen vorzuzeigen.

Der Lizenzinhaber ist verpflichtet, im Hoheitsgebiet jedes EU-Mitgliedstaats und San Marinos die im jeweiligen Staat geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere für Beförderungen und für den Straßenverkehr, einzuhalten.

Diese Lizenz gestattet San Marino nicht, Kabotagebeförderungen gemäß Kapitel III Artikel 8 bis 10 der Verordnung durchzuführen.

[12] „Fahrzeug“ ist ein in San Marino amtlich zugelassenes Kraftfahrzeug oder eine Fahrzeugkombination, bei der zumindest das Kraftfahrzeug in San Marino amtlich zugelassen ist, sofern sie ausschließlich für die Güterbeförderung verwendet werden.

www.parlament.gv.at

Anlage 3

Dem Muster für die Fahrerbescheinigung der Gemeinschaft gleichwertiges Muster

SAN MARINO

a)

(Farbe: Pantone rosa 182 oder dieser Farbe so ähnlich wie möglich — Format DIN A4, Zellulosepapier 100 g/m^2 oder mehr)

(Erste Seite der Bescheinigung)

(Der Text ist in der Amtssprache San Marinos, das die Bescheinigung ausstellt, abgefasst)

Nationalitätskennzeichen San Marinos[13], das die Lizenz ausstellt	Bezeichnung der zuständigen Behörde oder Stelle

FAHRERBESCHEINIGUNG Nr. …

für den gewerblichen Güterkraftverkehr im Rahmen einer Lizenz, die von San Marino ausgestellt wird und der Gemeinschaftslizenz gleichwertig ist

(Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs, in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung)

Hiermit wird bescheinigt, dass angesichts der Unterlagen, die von

……

……[14]

der folgende Fahrer:

Name und Vorname: …..…….	
Geburtsdatum und Geburtsort: ……..……	Staatsangehörigkeit: ……
Art und Nummer des Ausweises: ……..……..……..	
ausgestellt am …..…….....	in ……..……
Nummer der Fahrerlaubnis ……..	
ausgestellt am …..…….....	in …….
Nummer der Sozialversicherung ……	

gemäß den Rechts- und Verwaltungsvorschriften und gegebenenfalls, je nach den Vorschriften San Marinos, gemäß den Tarifverträgen über die in San Marino geltenden Bedingungen für die Beschäftigung und Berufsausbildung von Fahrern beschäftigt wird, um dort Beförderungen im Güterkraftverkehr vorzunehmen:

……..…[15]

---

13 Das Nationalitätskennzeichen San Marinos ist: RSM (San Marino).

14 Name oder Firma und vollständige Anschrift des Verkehrsunternehmers.

15 Name des Staates, in dem der Verkehrsunternehmer ansässig ist (San Marino).

Besondere Bemerkungen: ……

……...

Diese Bescheinigung gilt vom ……	bis zum ……
Ausgestellt in ……..…..	am …….
……[16]	

[16] Unterschrift und Dienstsiegel der ausstellenden zuständigen Behörde oder Stelle.

b)

(Zweite Seite der Bescheinigung)

(Der Text ist in der Amtssprache San Marinos, das die Bescheinigung ausstellt, abgefasst)

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Diese Bescheinigung wird gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung erteilt.

Es wird bescheinigt, dass der Fahrer, dessen Name auf der Bescheinigung angegeben ist, gemäß den Rechts- und Verwaltungsvorschriften und gegebenenfalls, je nach den Vorschriften San Marinos, die auf der Bescheinigung genannt sind, gemäß den Tarifverträgen über die in San Marino geltenden Bedingungen für die Beschäftigung und Berufsausbildung von Fahrern beschäftigt wird, um dort Beförderungen im Güterkraftverkehr vorzunehmen.

Die Fahrerbescheinigung ist Eigentum des Verkehrsunternehmers, der sie dem hier genannten Fahrer zur Verfügung stellt, wenn dieser Fahrer ein Fahrzeug[17] mit einer dem Verkehrsunternehmer erteilten Gemeinschaftslizenz oder gleichwertigen Lizenz San Marinos führt. Die Fahrerbescheinigung ist nicht übertragbar. Die Fahrerbescheinigung gilt nur, solange die Bedingungen, unter denen sie ausgestellt wurde, weiterhin erfüllt sind; sie ist unverzüglich vom Verkehrsunternehmer an die ausstellende Behörde zurückzugeben, wenn die Bedingungen nicht mehr erfüllt sind.

Sie kann von der zuständigen Behörde San Marinos, die sie erteilt hat, insbesondere dann entzogen werden, wenn der Lizenzinhaber

– nicht alle Bedingungen für die Verwendung der Bescheinigung erfüllt hat;

– zu Tatsachen, die für die Ausstellung bzw. Erneuerung der Bescheinigung erheblich waren, unrichtige Angaben gemacht hat.

Eine beglaubigte Kopie der Bescheinigung ist vom Verkehrsunternehmer aufzubewahren.

Ein Original der Bescheinigung ist im Fahrzeug mitzuführen und jedem Kontrollberechtigten vom Fahrer auf Verlangen vorzuzeigen.

---

[17] „Fahrzeug“ ist ein in San Marino amtlich zugelassenes Kraftfahrzeug oder eine Fahrzeugkombination, bei der zumindest das Kraftfahrzeug in San Marino amtlich zugelassen ist, sofern sie ausschließlich für die Güterbeförderung verwendet werden.

www.parlament.gv.at

ANHANG 2

PERSONENBEFÖRDERUNG IM STRAßENVERKEHR

Anlage 1

Dem Muster für die Gemeinschaftslizenz gleichwertiges Muster

SAN MARINO

a)

(Farbe: Pantone hellblau 290 oder dieser Farbe so ähnlich wie möglich — Format DIN A4, Zellulosepapier 100 g/m^2 oder mehr)

(Erste Seite der Lizenz)

(Text in der Amtssprache San Marinos)

Nationalitätskennzeichen San Marinos[1], das die Lizenz ausstellt	Bezeichnung der zuständigen Behörde oder Stelle

LIZENZ Nr. …

(oder)

BEGLAUBIGTE KOPIE Nr. …

für den gewerblichen grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen

Der Inhaber dieser Lizenz[2]

……..……

……

……

ist zu den in der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung festgelegten Bedingungen sowie nach Maßgabe der allgemeinen Bestimmungen dieser Lizenz im Gebiet der Gemeinschaft und San Marinos zum gewerblichen grenzüberschreitenden Personenkraftverkehr zugelassen.

Besondere Bemerkungen: ……..…….	
……..……..……	
Diese Lizenz gilt vom ……..……	bis zum ……
Ausgestellt in …….....,	am ……...
……[3]	

[1] Das Nationalitätskennzeichen ist: RSM (San Marino).

[2] Name oder Firma und vollständige Anschrift des Verkehrsunternehmers.

[3] Unterschrift und Dienstsiegel der ausstellenden Behörde oder Stelle.

www.parlament.gv.at

b)

(Zweite Seite der Lizenz)

(Text in der Amtssprache San Marinos)

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. Diese Lizenz wird aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung erteilt.

2. Diese Lizenz wird von den zuständigen Behörden San Marinos erteilt, wo der gewerbliche Verkehrsunternehmer niedergelassen ist, der

   a) in San Marino die Genehmigung für Personenbeförderungen mit Kraftomnibussen im Linienverkehr, einschließlich der Sonderformen des Linienverkehrs, oder im Gelegenheitsverkehr erhalten hat;

   b) die Voraussetzungen der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung über den Zugang zum Beruf des Personenkraftverkehrsunternehmers im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr erfüllt und

   c) die Rechtsvorschriften hinsichtlich Fahrern und Fahrzeugen erfüllt.

3. Diese Lizenz berechtigt zur Durchführung gewerblicher grenzüberschreitender Personenbeförderungen mit Kraftomnibussen auf allen Verkehrsverbindungen im Gebiet der Gemeinschaft und San Marinos,

   a) bei denen sich Ausgangspunkt und Bestimmungsort in zwei verschiedenen Staaten, bei denen es sich um EU-Mitgliedstaaten oder San Marino handelt, befinden, mit oder ohne Transit durch einen oder mehrere EU-Mitgliedstaaten oder San Marino oder ein oder mehrere Drittländer;

   b) bei denen sich Ausgangspunkt und Bestimmungsort in demselben EU-Mitgliedstaat oder in San Marino befinden, das Aufnehmen und Absetzen von Fahrgästen jedoch in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder San Marino oder in einem Drittland stattfindet;

c) von einem EU-Mitgliedstaat oder San Marino in ein Drittland und umgekehrt, mit oder ohne Transit durch einen oder mehrere EU-Mitgliedstaaten oder San Marino oder ein oder mehrere Drittländer;

d) zwischen Drittländern mit Transit durch einen oder mehrere EU-Mitgliedstaaten oder San Marino

sowie zu Leerfahrten im Zusammenhang mit diesen Beförderungen gemäß den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung.

Bei Beförderungen von einem EU-Mitgliedstaat oder San Marino nach einem Drittland oder umgekehrt gilt diese Lizenz nicht für die im EU-Mitgliedstaat der Aufnahme oder des Absetzens zurückgelegte Wegstrecke oder in San Marino.

4. Diese Lizenz ist persönlich und nicht übertragbar.

5. Diese Lizenz kann von der zuständigen Behörde San Marinos insbesondere dann entzogen werden, wenn

a) der Verkehrsunternehmer die Bedingungen des Artikels 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung nicht mehr erfüllt;

b) die für die Erteilung oder Verlängerung der Lizenz wesentlichen Angaben des Verkehrsunternehmers unrichtig waren;

www.parlament.gv.at

c) der Verkehrsunternehmer in einem EU-Mitgliedstaat oder San Marino einen schwerwiegenden Verstoß oder schwerwiegende Verstöße gegen die Gemeinschaftsvorschriften im Bereich des Straßenverkehrs in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung begangen hat, insbesondere gegen die Bestimmungen betreffend die Fahrzeuge, die Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer und die Genehmigungspflicht für die Durchführung von parallelen oder zeitlich befristeten Verkehrsdiensten nach Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung. Wenn der Verstoß durch einen Verkehrsunternehmer mit Sitz in San Marino begangen wurde, können die zuständigen Behörden San Marinos insbesondere den Entzug der Lizenz des Verkehrsunternehmers, oder einen befristeten oder dauerhaften Entzug von beglaubigten Kopien der Lizenz verfügen.

Die entsprechenden Sanktionen bestimmen sich nach der Schwere des vom Inhaber der Lizenz begangenen Verstoßes und nach der Gesamtzahl der beglaubigten Kopien, über die dieser für seine grenzüberschreitenden Verkehrsdienste verfügt.

6. Das Original der Lizenz ist vom Verkehrsunternehmer aufzubewahren. Eine beglaubigte Kopie der Lizenz ist im Fahrzeug, das im grenzüberschreitenden Verkehr eingesetzt wird, mitzuführen.

7. Diese Lizenz ist jedem Kontrollberechtigten auf Verlangen vorzuzeigen.

8. Der Lizenzinhaber hat im Hoheitsgebiet eines jeden EU-Mitgliedstaats oder San Marinos die im jeweiligen Staat geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere für Beförderungen und für den Straßenverkehr, zu beachten.

9. „Linienverkehr“ ist die regelmäßige Beförderung von Fahrgästen auf einer bestimmten Verkehrsstrecke, wobei Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen aufgenommen oder abgesetzt werden können; Linienverkehr ist ungeachtet einer etwaigen Verpflichtung zur Buchung für jedermann zugänglich.

Eine Anpassung der Beförderungsbedingungen eines solchen Verkehrsdienstes beeinträchtigt nicht seine Eigenschaft als Linienverkehr.

Linienverkehr ist genehmigungspflichtig.

„Sonderformen des Linienverkehrs“ sind Dienste im Linienverkehr unabhängig davon, wer Veranstalter der Fahrten ist, zur Beförderung bestimmter Gruppen von Fahrgästen unter Ausschluss anderer Fahrgäste auf einer bestimmten Verkehrsstrecke, wobei Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen aufgenommen oder abgesetzt werden können.

Zu den Sonderformen des Linienverkehrs zählen insbesondere

a) die Beförderung von Arbeitnehmern zwischen Wohnort und Arbeitsstätte;

b) die Beförderung von Schülern und Studenten zwischen Wohnort und Lehranstalt.

Die Regelmäßigkeit der Sonderformen des Linienverkehrs wird nicht dadurch berührt, dass der Ablauf wechselnden Bedürfnissen der Nutzer angepasst wird.

Sonderformen des Linienverkehrs sind nicht genehmigungspflichtig, sofern sie zwischen dem Veranstalter und dem Verkehrsunternehmer vertraglich geregelt sind.

Die Durchführung von parallelen oder zeitlich befristeten Verkehrsdiensten, die auf die Benutzer der bestehenden Liniendienste ausgerichtet sind, ist genehmigungspflichtig.

„Gelegenheitsverkehr“ ist der Verkehrsdienst, der nicht der Begriffsbestimmung des Linienverkehrs, einschließlich der Sonderformen des Linienverkehrs, entspricht und dessen Hauptmerkmal die Beförderung vorab gebildeter Fahrgastgruppen auf Initiative eines Auftraggebers oder des Verkehrsunternehmers selbst ist. Die Durchführung von parallelen oder zeitlich befristeten Verkehrsdiensten, die bestehenden Liniendiensten vergleichbar und auf deren Benutzer ausgerichtet sind, unterliegt der Pflicht zur Genehmigung nach dem in Kapitel III der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung festgelegten Verfahren. Diese Dienste verlieren die Eigenschaft des Gelegenheitsverkehrs auch dann nicht, wenn sie mit einer gewissen Häufigkeit durchgeführt werden.

Gelegenheitsverkehr ist nicht genehmigungspflichtig.

Dem Muster eines Fahrtenblatts der Europäischen Union gleichwertiges Muster

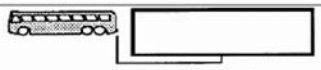
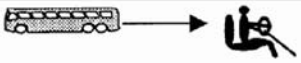
SAN MARINO[1]

JOURNEY FORM No ..... of Book No .....

(Colour Pantone 358 (light green), or as close as possible to this colour, format DIN A4 uncoated paper)

INTERNATIONAL OCCASIONAL SERVICES and CABOTAGE OPERATIONS IN THE FORM OF OCCASIONAL SERVICES

(Each item, if necessary, can be supplemented on a separate sheet)

1	 Registration number of the coach	..... Place, date and signature of the carrier
2	Carrier and, where appropriate, subcontractor or group of carriers	1. ..... 2. ..... 3. .....
3	 Name of driver(s)	1. ..... 2. ..... 3. .....
4	Organisation or person responsible for the occasional service	1. ..... 3. ..... 2. ..... 4. .....
5	**Type of service**	☐ International occasional service ☐ Cabotage operation in the form of occasional service ☐ Cabotage operations in the form of special regular services — monthly statement Month ..... Year .....
6	Place of departure of service: ..... Country: ..... Place of destination of service: ..... Country:	

7	Journey	Route/Daily stages and/or passenger pick-up or set-down points		number of passengers	empty (mark with an X)	Planned km
	Dates	from	to →			

8	Connection points, if any, with another carrier in the same group	Number of passengers set down	Final destination of the passengers set down	Carrier picking up the passengers

9	**Local excursions**				
	Date	Planned km	Place of departure	Place of excursion	No of passengers

10	**Unforeseen changes**
	.....
	.....

1

Anlage 3

Deckblatt des Fahrtenhefts

(Papier: Format DIN A4, Stärke 100 g/m^2 oder mehr, ungestrichen)

Wortlaut in der Amtssprache San Marinos

STAAT, IN DEM DAS HEFT AUSGEGEBEN WIRD Zuständige Behörde

Nationalitätszeichen[1] ……..……

Heft Nr. ……

Fahrtenblätter:

a) für grenzüberschreitende Gelegenheitsverkehre mit Kraftomnibussen zwischen den Mitgliedstaaten und San Marino, ausgegeben aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung;

b) für Kabotagebeförderungen im Gelegenheitsverkehr innerhalb eines Mitgliedstaats oder San Marinos durch einen Verkehrsunternehmer, der im betreffenden Mitgliedstaat oder in San Marino nicht ansässig ist, ausgegeben aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung;

an: ……

(Name und Vorname oder Bezeichnung der Firma des Verkehrsunternehmers)

……..

…..……....

(Vollständige Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer)

…….……. ……

(Ort und Datum der Ausstellung) (Unterschrift und Stempel der Behörde oder Stelle, die das Fahrtenheft ausgibt)

[1] San Marino (RSM).

www.parlament.gv.at

(Zweites Deckblatt)

Wortlaut in der Amtssprache San Marinos

WICHTIGER HINWEIS

A. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. Nach Artikel 12 Absatz 1, Artikel 5 Absatz 3 Unterabsatz 2 und Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung ist bei Beförderungen im Gelegenheitsverkehr ein Kontrollpapier (aus dem für den Verkehrsunternehmer ausgestellten Fahrtenheft abgetrenntes Fahrtenblatt) mitzuführen.

2. In Artikel 2 Nummer 4 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung wird der Gelegenheitsverkehr definiert als „Verkehrsdienst, der nicht der Begriffsbestimmung des Linienverkehrs, einschließlich der Sonderformen des Linienverkehrs, entspricht und dessen Hauptmerkmal die Beförderung vorab gebildeter Fahrgastgruppen auf Initiative eines Auftraggebers oder des Verkehrsunternehmers selbst ist“.

   In Artikel 2 Nummer 2 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 (in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung) wird der Linienverkehr definiert als „die regelmäßige Beförderung von Fahrgästen auf einer bestimmten Verkehrsstrecke, wobei Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen aufgenommen oder abgesetzt werden können“.

   Linienverkehr ist ungeachtet einer etwaigen Buchungspflicht für jedermann zugänglich.

   Die Regelmäßigkeit des Linienverkehrs wird nicht dadurch berührt, dass die Betriebsbedingungen des Linienverkehrs angepasst werden.
   Als Linienverkehr gilt unabhängig davon, wer Veranstalter der Fahrten ist, die regelmäßige Beförderung bestimmter Gruppen von Fahrgästen unter Ausschluss anderer Fahrgäste. Solche Verkehrsdienste werden als „Sonderformen des Linienverkehrs“ bezeichnet; dazu zählen insbesondere:

   a) die Beförderung von Arbeitnehmern zwischen Wohnort und Arbeitsstätte,

   b) die Beförderung von Schülern und Studenten zwischen Wohnort und Lehranstalt. Die Regelmäßigkeit der Sonderformen des Linienverkehrs wird nicht dadurch berührt, dass der Ablauf wechselnden Bedürfnissen der Nutzer angepasst wird.

3. Das Fahrtenblatt gilt für die gesamte Fahrtstrecke.

4. Der Inhaber der Gemeinschaftslizenz und des Fahrtenblattes ist berechtigt, folgende Verkehrsdienste durchzuführen:

   i) grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen zwischen zwei oder mehreren Mitgliedstaaten;

   ii) Kabotagebeförderungen im Gelegenheitsverkehr innerhalb eines Mitgliedstaats, in dem der Verkehrsunternehmer nicht ansässig ist.

5. Das Fahrtenblatt ist entweder vom Verkehrsunternehmer oder vom Fahrer vor Beginn einer jeden Fahrt in doppelter Ausfertigung auszufüllen. Eine Durchschrift des Fahrtenblattes verbleibt am Sitz des Unternehmens. Der Fahrer muss das Original des Fahrtenblattes während der Dauer der Fahrt im Fahrzeug mitführen und den Kontrollberechtigten auf Verlangen vorzeigen.

6. Nach Beendigung der Fahrt händigt der Fahrer das Fahrtenblatt dem Unternehmen aus. Der Verkehrsunternehmer ist für die Führung der Fahrtenblätter verantwortlich. Die Blätter sind in leserlicher und dauerhafter Schrift auszufüllen.

(Drittes Deckblatt)

B. BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR DEN GRENZÜBERSCHREITENDEN GELEGENHEITSVERKEHR

1. Nach Artikel 5 Nummer 3 Unterabsatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung unterliegt die Durchführung von parallelen oder zeitlich befristeten Verkehrsdiensten, die mit bestehenden Liniendiensten vergleichbar und auf deren Benutzer ausgerichtet sind, der Pflicht zur Genehmigung.

2. Im Rahmen eines grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehrs kann ein Verkehrsunternehmer örtliche Ausflüge in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem er niedergelassen ist, durchführen. Diese örtlichen Ausflüge sind nur für gebietsfremde Fahrgäste bestimmt, die zuvor von demselben Verkehrsunternehmer im Rahmen eines grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehrs befördert wurden. Dabei muss dasselbe Fahrzeug oder ein Fahrzeug desselben Unternehmens bzw. derselben Unternehmensgruppe eingesetzt werden.

3. Bei örtlichen Ausflügen ist das Fahrtenblatt vor der Abfahrt des Fahrzeugs für den betreffenden Ausflug auszufüllen.

4. Wird ein grenzüberschreitender Gelegenheitsverkehr von einer Gruppe von Verkehrsunternehmen betrieben, die für Rechnung desselben Auftraggebers tätig sind, und nehmen die Fahrgäste dabei gegebenenfalls bei einem anderen Verkehrsunternehmen derselben Gruppe eine Anschlussverbindung auf der Strecke wahr, muss sich das Original des Fahrtenblattes in dem diesen Dienst ausführenden Fahrzeug befinden. Eine Durchschrift dieses Fahrtenblattes befindet sich am Sitz jedes betreffenden Unternehmens.

C. BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR KABOTAGEBEFÖRDERUNGEN IM GELEGENHEITSVERKEHR

1. Vorbehaltlich der Anwendung der Gemeinschaftsregelung unterliegt die Durchführung von Kabotagebeförderungen im Gelegenheitsverkehr den Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Aufnahmemitgliedstaats in folgenden Bereichen:

   i) für den Beförderungsvertrag geltende Bedingungen;

   ii) Fahrzeuggewichte und -abmessungen;

www.parlament.gv.at

iii) Vorschriften für die Beförderung bestimmter Personengruppen, und zwar Schüler, Kinder und in ihrer Bewegungsfähigkeit beeinträchtigte Personen;

iv) ;Lenk- und Ruhezeiten

v) Mehrwertsteuer (MwSt.) oder Umsatzsteuer auf die Beförderungsdienstleistungen; dabei gelten für Leistungen gemäß Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung die Bestimmungen der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem[1], insbesondere Artikel 48 in Verbindung mit Artikel 193 und Artikel 194.

2. Für die bei der Kabotagebeförderung eingesetzten Fahrzeuge gelten dieselben technischen Bau- und Ausrüstungsnormen wie für die zum grenzüberschreitenden Verkehr zugelassenen Fahrzeuge.

3. Die unter Nummer 1 und Nummer 2 genannten einzelstaatlichen Vorschriften werden von den Mitgliedstaaten auf die nichtansässigen Verkehrsunternehmer unter denselben Bedingungen wie gegenüber ihren eigenen Staatsangehörigen angewandt, damit jede offenkundige oder versteckte Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Niederlassungsorts tatsächlich ausgeschlossen ist.

4. Bei Kabotagebeförderungen im Gelegenheitsverkehr sind die Fahrtenblätter vom Verkehrsunternehmer an die zuständige Behörde oder Stelle des Niederlassungsmitgliedstaats gemäß den von dieser festzulegenden Bedingungen zurückzusenden[2].

5. Bei der Durchführung von Kabotagebeförderungen in Sonderformen des Linienverkehrs ist das Fahrtenblatt in Form einer monatlichen Aufstellung auszufüllen und vom Verkehrsunternehmer an die zuständige Behörde oder Stelle des Niederlassungsmitgliedstaats gemäß den von dieser festzulegenden Bedingungen zurückzusenden.

---

1 ABl. L 347 vom 11.12.2006, S. 1.

2 Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten können diese Nummer 4 durch Auskünfte zu der Stelle, die mit der Entgegennahme der Fahrtenblätter betraut ist, sowie zu den Modalitäten der Weiterleitung dieser Informationen ergänzen.

Anlage 4

Deckblatt

(Papier: Format DIN A4, ungestrichen)

Wortlaut in der Amtssprache des Mitgliedstaats der Union oder des assoziierten Staates (San Marino), in dem der Verkehrsunternehmer niedergelassen ist.

GENEHMIGUNGSANTRAG FÜR[1]:

EINEN LINIENVERKEHR □

EINE SONDERFORM DES LINIENVERKEHRS[2] □

DIE ERNEUERUNG DER GENEHMIGUNG FÜR EINEN VERKEHRSDIENST[3] □

EINE ÄNDERUNG DER BEDINGUNGEN FÜR EINEN GENEHMIGTEN VERKEHRSDIENST[4] □

mit Kraftomnibussen zwischen den Mitgliedstaaten und San Marino auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung

an: ……..….

(zuständige Behörde)

1. Name und Vorname des Antragstellers oder Firmenbezeichnung sowie Anschrift, Telefon- und Faxnummer und/oder E-Mail des antragstellenden und ggf. des geschäftsführenden Unternehmens einer Unternehmensvereinigung:

…….....

…….....

2. Verkehrsdienst(e) betrieben durch[1]

Unternehmen □	Unternehmensvereinigung □	Unterauftragnehmer □

3. Namen und Anschriften des/der Verkehrsunternehmer(s), an der Vereinigung beteiligten Unternehmen(s) oder Unterauftragnehmer(s)[4], [5]

3.1 ……..……Tel. ……..……

3.2 ……..……Tel. ……..……

3.3 ……..……Tel. ……..……

3.4 ……..……Tel. ……..……

---

1 Zutreffendes bitte ankreuzen.

2 Sonderformen des Linienverkehrs, die zwischen dem Veranstalter und dem Verkehrsunternehmer nicht vertraglich geregelt sind.

3 Nach Maßgabe von Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009.

4 Bitte jeweils angeben, ob es sich um ein Mitglied einer Unternehmensvereinigung oder einen Unterauftragnehmer handelt.

5 Liste ggf. beifügen.

4. Bei Sonderformen des Linienverkehrs:

4.1 Fahrgastkategorie: …….

5. Gültigkeitsdauer der beantragten Genehmigung oder Termin der Durchführung des Verkehrsdienstes:

……

……

……

……

6. Hauptstrecke des Verkehrsdienstes (Orte, an denen Fahrgäste zusteigen, unterstreichen):

……

……

……

……

7. Dauer des Verkehrsdienstes:

……

……

……

8. Häufigkeit (täglich, wöchentlich usw.):

……

9. Fahrpreise: ……..… Anhang beigefügt

10. Bitte als Anlage einen Fahrplan beilegen, anhand dessen die Einhaltung der Rechtsvorschriften der Union über die Lenk- und Ruhezeiten überprüft werden kann.

11. Zahl der beantragten Genehmigungen oder Durchschriften[1]:

……

12. Zusätzliche Angaben:

……

……

……

13.	…….	……..
	(Ort und Datum)	(Unterschrift des Antragstellers)

[1] Der Antragsteller wird darauf hingewiesen, dass, da die Genehmigung stets im Fahrzeug mitzuführen ist, die Anzahl der Genehmigungen der Anzahl der für den beantragten Verkehrsdienst gleichzeitig eingesetzten Fahrzeuge entsprechen muss.

WICHTIGER HINWEIS

1. Dem Antrag sind beizufügen:

   a) die Fahrpläne;

   b) die Fahrpreistabellen;

   c) eine beglaubigte Kopie der Gemeinschaftslizenz für den gewerblichen grenzüberschreitenden Personenkraftverkehr gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung;

   d) detaillierte Angaben zu Art und Umfang des Verkehrsdienstes, den der Antragsteller betreiben will, falls es sich um einen Antrag auf Einrichtung eines Verkehrsdienstes handelt, oder den er betrieben hat, falls es sich um einen Antrag auf Erneuerung einer Genehmigung handelt;

   e) eine Karte in geeignetem Maßstab, auf der die Fahrtstrecke sowie die Orte, an denen Fahrgäste aufgenommen oder abgesetzt werden, verzeichnet sind;

   f) einen Fahrplan, anhand dessen die Einhaltung der Rechtsvorschriften der Union über die Lenk- und Ruhezeiten überprüft werden kann.

2. Der Antragsteller erteilt zur Begründung seines Genehmigungsantrags alle zusätzlichen Angaben, die er für zweckdienlich hält oder um die die Genehmigungsbehörde ersucht.

3. Nach Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung sind folgende Verkehrsdienste genehmigungspflichtig:

   a) Linienverkehr, d. h. die regelmäßige Beförderung von Fahrgästen auf einer bestimmten Verkehrsverbindung, wobei Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen aufgenommen oder abgesetzt werden können. Linienverkehr ist ungeachtet einer etwaigen Buchungspflicht für jedermann zugänglich. Eine Anpassung der Beförderungsbedingungen eines solchen Verkehrsdienstes beeinträchtigt nicht seine Eigenschaft als Linienverkehr;

b) Sonderformen des Linienverkehrs, die zwischen dem Veranstalter und dem Verkehrsunternehmer nicht vertraglich geregelt sind. Als Linienverkehr gelten auch Verkehrsdienste zur regelmäßigen Beförderung bestimmter Gruppen von Fahrgästen unter Ausschluss anderer Fahrgäste, unabhängig davon, wer Veranstalter der Fahrten ist. Solche Verkehrsdienste werden als „Sonderformen des Linienverkehrs“ bezeichnet; dazu zählen insbesondere:

i) die Beförderung von Arbeitnehmern zwischen Wohnort und Arbeitsstätte;

ii) die Beförderung von Schülern und Studenten zwischen Wohnort und Lehranstalt.

Die Anpassung eines Sonderverkehrsdienstes an wechselnde Bedürfnisse der Nutzer berührt nicht die Einstufung eines solchen Dienstes als Sonderform des Linienverkehrs.

4. Der Genehmigungsantrag ist bei der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats zu stellen, in dessen Hoheitsgebiet sich der Ausgangsort des Verkehrsdienstes, d. h. eine der Endhaltestellen des Verkehrsdienstes, befindet.

5. Die maximale Gültigkeitsdauer der Genehmigungen beträgt fünf Jahre.

Anlage 5

(Genehmigung – Seite 1)

(Papier: Farbe Pantone 182 (Pink), oder möglichst ähnlicher Farbton, Format DIN A4 Papier 100 g/m^2 oder mehr, ungestrichen)

Wortlaut in der Amtssprache San Marinos

STAAT, DER DIE GENEHMIGUNG AUSSTELLT — Zuständige Behörde

Nationalitätszeichen[1] — …….

GENEHMIGUNG Nr. …

eines Linienverkehrs[2]

einer Sonderform des Linienverkehrs

mit Kraftomnibussen zwischen den Mitgliedstaaten und San Marino auf der Grundlage von Kapitel III der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung

an: …….....

(Name und Vorname oder Firmenbezeichnung des Inhabers bzw. des geschäftsführenden Unternehmens einer Unternehmensvereinigung)

……

Anschrift: ……...

Tel., Fax und/oder E-Mail: ……

Namen, Anschrift, Telefon- und Telefax-Nummer und/oder E-Mail-Adresse der an der Unternehmensvereinigung beteiligten und der als Unterauftragnehmer tätigen Verkehrsunternehmer:

(1) …….

(2) …….....

(3) …….....

(4) …….....

(5) …….

Liste liegt ggf. bei.

Die Genehmigung erlischt am: ……..

…… ……..

(Ort und Datum der Ausstellung) — (Unterschrift und Stempel der Behörde oder Stelle, die das Fahrtenheft ausgibt)

[1] San Marino (RSM).

[2] Nichtzutreffendes streichen.

1. Streckenführung:

   a) Ausgangsort des Verkehrsdienstes: ……

   b) Zielort des Verkehrsdienstes: ……....

   c) Hauptstreckenführung des Verkehrsdienstes, wobei die Orte, an denen Fahrgäste aufgenommen oder abgesetzt werden, unterstrichen sind: …….

……

……

……

……

2. Dauer des Verkehrsdienstes: ……..

……

3. Häufigkeit: ……...

4. Fahrplan: ……..……...

5. Sonderformen des Linienverkehrs:

   – Fahrgastkategorie: …… …….

6. Besondere Bedingungen oder Bemerkungen (z. B. genehmigte Kabotagebeförderungen[1]):

……

……

……

……

……

……

……

(Stempel und/oder Unterschrift der Genehmigungsbehörde)

[1] Die mit dem Aufnahmemitgliedstaat vereinbart und der Genehmigungsbehörde innerhalb der Frist nach Artikel 8 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 mitgeteilt wurden.

Wortlaut in der Amtssprache San Marinos

WICHTIGER HINWEIS

1. Diese Genehmigung gilt für die gesamte Fahrtstrecke. Sie darf nicht von einem Unternehmen verwendet werden, dessen Namen darauf nicht genannt ist.

2. Die Genehmigung oder eine von der Genehmigungsbehörde beglaubigte Kopie ist während der gesamten Dauer der Fahrt im Fahrzeug mitzuführen und den Kontrollberechtigten auf Verlangen jederzeit vorzuzeigen.

3. Eine beglaubigte Kopie der Gemeinschaftslizenz ist im Fahrzeug mitzuführen.

Anlage 6

(Bescheinigung – Seite 1)

(Papier: Farbe Pantone 100 (gelb), oder möglichst ähnlicher Farbton, Format DIN A4 Papier 100 g/m^2 oder mehr, ungestrichen)

Wortlaut in der Amtssprache San Marinos

STAAT, DER DIE BESCHEINIGUNG AUSSTELLT

Nationalitätszeichen[1]

Zuständige Behörde

..……..

BESCHEINIGUNG

aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung für Beförderungen im Werkverkehr auf der Straße zwischen Mitgliedstaaten und San Marino

---

(Von der natürlichen oder juristischen Person auszufüllen, die diese Beförderungen im Werkverkehr durchführt)

Der/Die Unterzeichnete ……

verantwortliche Person des Unternehmens oder der Vereinigung ohne Erwerbszweck oder einer sonstigen Vereinigung (bitte erläutern)

……

(Name und Vorname oder andere amtliche Bezeichnung, vollständige Anschrift)

bestätigt,

– dass er/sie Beförderungen ohne Erwerbsabsicht durchführt,

– dass die Beförderung für die betreffende natürliche oder juristische Person lediglich eine Nebentätigkeit darstellt,

[1] San Marino (RSM).

www.parlament.gv.at

– dass der Kraftomnibus mit dem amtlichen Kennzeichen …… Eigentum, Gegenstand eines Abzahlungsgeschäfts oder eines Langzeitleasingvertrages ist,

– dass der Kraftomnibus von einem Angehörigen des Personals der natürlichen oder juristischen Person oder von der natürlichen Person selbst oder von Personal, das bei dem Unternehmen beschäftigt ist oder ihm im Rahmen einer vertraglichen Verpflichtung zur Verfügung gestellt wurde, geführt wird.

……

(Unterschrift der natürlichen Person oder eines Vertreters der juristischen Person)

_____

(von der zuständigen Behörde auszufüllen)

Dieses Dokument ist eine Bescheinigung im Sinne von Artikel 5 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung.

……. (Gültigkeitsdauer)

…….. (Ort und Datum der Ausstellung)

……. (Unterschrift und Stempel der zuständigen Behörde)

www.parlament.gv.at

Wortlaut in der Amtssprache San Marinos

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. Gemäß Artikel 2 Nummer 5 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung ist Werkverkehr der nicht kommerzielle Verkehrsdienst ohne Erwerbszweck, den eine natürliche oder juristische Person unter folgenden Bedingungen durchführt:

   – bei der Beförderungstätigkeit handelt es sich lediglich um eine Nebentätigkeit der natürlichen oder juristischen Person und

   – die eingesetzten Fahrzeuge sind Eigentum der natürlichen oder juristischen Person oder wurden von ihr im Rahmen eines Abzahlungsgeschäfts gekauft oder sind Gegenstand eines Langzeitleasingvertrages und werden von einem Angehörigen des Personals der natürlichen oder juristischen Person oder von der natürlichen Person selbst oder von Personal, das bei dem Unternehmen beschäftigt ist oder ihm im Rahmen einer vertraglichen Verpflichtung zur Verfügung gestellt wurde, geführt.

2. Jeder im Werkverkehr tätige Verkehrsunternehmer ist gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung ohne Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Ortes der Niederlassung zu diesen Verkehrsdiensten zugelassen, wenn er

   – im Mitgliedstaat, in dem er ansässig ist, nach den Bedingungen für den Zugang zum Markt, die in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften festgelegt sind, die Genehmigung für Personenbeförderungen mit Kraftomnibussen erhalten hat;

   – die Rechtsvorschriften über die Sicherheit im Straßenverkehr für Fahrer und Fahrzeuge erfüllt.

3. Für die in Nummer 1 genannten Beförderungen im Werkverkehr gilt eine Bescheinigungsregelung.

4. Die Bescheinigung berechtigt ihren Inhaber zu grenzüberschreitenden Beförderungen im Werkverkehr mit Kraftomnibussen. Sie wird von der zuständigen Stelle des Mitgliedstaats oder San Marinos, wo das Fahrzeug zugelassen ist, ausgestellt und gilt für die gesamte Fahrstrecke einschließlich des Transits.

5. Die Bescheinigung ist von einer natürlichen Person oder vom Verantwortlichen der juristischen Person in dreifacher Ausfertigung in dauerhaften Druckbuchstaben auszufüllen und von der zuständigen Behörde zu ergänzen. Eine Durchschrift wird bei der Verwaltungsbehörde aufbewahrt, eine zweite verbleibt bei der natürlichen oder juristischen Person. Das Original oder eine beglaubigte Durchschrift ist vom Fahrer während der gesamten Dauer der Fahrt im grenzüberschreitenden Verkehr im Fahrzeug mitzuführen. Die Bescheinigung ist den Kontrollberechtigten auf Verlangen jederzeit vorzuzeigen. Die natürliche oder juristische Person ist für die ordnungsgemäße Führung der Bescheinigungen verantwortlich.

6. Die Geltungsdauer der Bescheinigung beträgt höchstens fünf Jahre.

Anlage 7

MUSTER DER MITTEILUNG

(gemäß Artikel 28 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006) in der für die Zwecke des Assoziationsabkommens mit San Marino angepassten Fassung

Anzahl der Genehmigungen, die für Kabotagebeförderungen im Linienverkehr in den Jahren

…… (Zweijahreszeitraum)

in …….. (Name des Aufnahmemitgliedstaats oder assoziierten Staats) erteilt wurden

Land, in dem der Unternehmer ansässig ist	Anzahl der erteilten Genehmigungen
B	
BG	
CZ	
DK	
D	
EST	
GR	
E	
F	
IRL	
HR	
I	
CY	
LV	
LT	
L	
H	
M	

Land, in dem der Unternehmer ansässig ist	Anzahl der erteilten Genehmigungen
NL	
A	
PL	
P	
RO	
RSM	
SLO	
SK	
FIN	
S	
Insgesamt	

ANHANG XIV – SAN MARINO-PROTOKOLL

WETTBEWERB

Liste nach Artikel 41 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Gruppenfreistellungen 2
2 Landwirtschaft 5
3 Versicherungssektor 7
4 Verkehrswesen 8
5 Informations- und Kommunikationstechnologien 10

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

www.parlament.gv.at

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

GRUPPENFREISTELLUNGEN

1. 32014 R 0316: Verordnung (EU) Nr. 316/2014 der Kommission vom 21. März 2014 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von Technologietransfer-Vereinbarungen (ABl. L 93 vom 28.3.2014, S. 17)

2. 32010 R 1218: Verordnung (EU) Nr. 1218/2010 der Kommission vom 14. Dezember 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Spezialisierungsvereinbarungen (ABl. L 335 vom 18.12.2010, S. 43), geändert durch:

   – 32022 R 2456: Verordnung (EU) 2022/2456 der Kommission vom 8. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1218/2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Spezialisierungsvereinbarungen (ABl. L 321 vom 15.12.2022, S. 3)

www.parlament.gv.at

3. 32010 R 1217: Verordnung (EU) Nr. 1217/2010 der Kommission vom 14. Dezember 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung (ABl. L 335 vom 18.12.2010, S. 36), geändert durch:

   – 32022 R 2455: Verordnung (EU) 2022/2455 der Kommission vom 8. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1217/2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung (ABl. L 321 vom 15.12.2022, S. 1)

4. 32022 R 0720: Verordnung (EU) 2022/720 der Kommission vom 10. Mai 2022 über die Anwendung des Artikels 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen (ABl. L 134 vom 11.5.2022, S. 4)

5. 32010 R 0461: Verordnung (EU) Nr. 461/2010 der Kommission vom 27. Mai 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen im Kraftfahrzeugsektor (ABl. L 129 vom 28.5.2010, S. 52)

6. 31971 R 2821: Verordnung (EWG) Nr. 2821/71 des Rates vom 20. Dezember 1971 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen (ABl. L 285 vom 29.12.1971, S. 46), geändert durch:

   – 31972 R 2743: Verordnung (EWG) Nr. 2743/72 des Rates vom 19. Dezember 1972 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2821/71 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen (ABl. L 291 vom 28.12.1972, S. 144)

– 32003 R 0001: Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1)

7. 31965 R 0019: Verordnung Nr. 19/65/EWG des Rates vom 2. März 1965 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz (3) des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen (ABl. L 36 vom 6.3.1965, S. 533), geändert durch:

– 31999 R 1215: Verordnung (EG) Nr. 1215/1999 des Rates vom 10. Juni 1999 zur Änderung der Verordnung Nr. 19/65/EWG über die Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen (ABl. L 148 vom 15.6.1999, S. 1)

– 32003 R 0001: Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

LANDWIRTSCHAFT

1. 32013 R 1308: Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671), geändert durch:

   – 32013 R 1310: Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 865)

   – 32016 R 0791: Verordnung (EU) 2016/791 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 1)

   – 32016 R 1166: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1166 der Kommission vom 17. Mai 2016 (ABl. L 193 vom 19.7.2016, S. 17)

   – 32016 R 1226: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1226 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 202 vom 28.7.2016, S. 5)

   – 32017 R 2393: Verordnung (EU) 2017/2393 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2017 (ABl. L 350 vom 29.12.2017, S. 15)

   – 32020 R 2220: Verordnung (EU) 2020/2220 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 (ABl. L 437 vom 28.12.2020, S. 1)

– 32021 R 2117: Verordnung (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 262)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Nur die folgenden Bestimmungen der Verordnung finden Anwendung: Artikel 125, 149, 152, 164, 166a, 167, 167a, 206 bis 210a und 222.

2. 32013 R 1379: Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1184/2006 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 104/2000 des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 1), geändert durch:

– 32013 R 1385 Verordnung (EU) Nr. 1385/2013 des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 86)

– 32015 R 0812: Verordnung (EU) 2015/812 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 (ABl. L 133 vom 29.5.2015, S. 1)

– 32020 R 0560 Verordnung (EU) 2020/560 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2020 (ABl. L 130 vom 24.4.2020, S. 11)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Nur die folgenden Bestimmungen der Verordnung finden Anwendung: Artikel 40 und 41.

KAPITEL 3

VERSICHERUNGSSEKTOR

1. 31991 R 1534: Verordnung (EWG) Nr. 1534/91 des Rates vom 31. Mai 1991 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen im Bereich der Versicherungswirtschaft (ABl. L 143 vom 7.6.1991, S. 1)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 4

VERKEHR

1. 32009 R 0906: Verordnung (EG) Nr. 906/2009 der Kommission vom 28. September 2009 über die Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 EG-Vertrag auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen zwischen Seeschifffahrtsunternehmen (Konsortien) (ABl. L 256 vom 29.9.2009, S. 31), geändert durch:

   – 32014 R 0697: Verordnung (EU) Nr. 697/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 3)

   – 32020 R 0436: Verordnung (EU) 2020/436 der Kommission vom 24. März 2020 (ABl. L 90 vom 25.3.2020, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung.

2. 32009 R 0246: Verordnung (EG) Nr. 246/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Anwendung des Artikels 81 Absatz 3 des Vertrages auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen zwischen Seeschifffahrtsunternehmen (Konsortien) (kodifizierte Fassung) (ABl. L 79 vom 25.3.2009, S. 1)

www.parlament.gv.at

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung.

3. 32009 R 0169: Verordnung (EG) Nr. 169/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Anwendung von Wettbewerbsregeln auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (ABl. L 61 vom 5.3.2009, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für die Wettbewerbsregeln im Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehr.

KAPITEL 5

INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN

1. 32018 L 1972: Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36)

2. 32008 L 0063: Richtlinie 2008/63/EG der Kommission vom 20. Juni 2008 über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsendeinrichtungen (kodifizierte Fassung) (ABl. L 162 vom 21.6.2008, S. 20)

3. 32002 L 0077: Richtlinie 2002/77/EG der Kommission vom 16. September 2002 über den Wettbewerb auf den Märkten für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (ABl. L 249 vom 17.9.2002, S. 21)

RECHTSAKTE, DIE DIE KOMMISSION UND DIE NATIONALEN BEHÖRDEN SAN MARINOS ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Kommission und die nationalen Behörden San Marinos berücksichtigen bei der Anwendung der Artikel 38 bis 43 dieses Abkommens und der Vorschriften, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, die Grundsätze und Regelungen der folgenden Rechtsakte gebührend.

1. 52014 XC 0328(01): Mitteilung der Kommission — Leitlinien zur Anwendung von Artikel 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Technologietransfer-Vereinbarungen (ABl. C 89 vom 28.3.2014, S. 3)

www.parlament.gv.at

2. 52011 XC 0114(04): Mitteilung der Kommission — Leitlinien zur Anwendbarkeit des Artikels 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit (ABl. C 11 vom 14.1.2011, S. 1, Berichtigung in ABl. C 33 vom 2.2.2011, S. 20)

3. 52022 XC 0630(01): Leitlinien für vertikale Beschränkungen („Vertikal-Leitlinien“) Bekanntmachung der Kommission – Leitlinien für vertikale Beschränkungen 2022/C 248/01, C/2022/4238 (ABl. C 248 vom 30.6.2022, S. 1)

4. 52010 XC 0528(01): Bekanntmachung der Kommission — Ergänzende Leitlinien für vertikale Beschränkungen in Vereinbarungen über den Verkauf und die Instandsetzung von Kraftfahrzeugen und den Vertrieb von Kraftfahrzeugersatzteilen (ABl. C 138 vom 28.5.2010, S. 16)

5. 52004 XC 0427(07): Bekanntmachung der Kommission — Leitlinien zur Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 EG-Vertrag (ABl. C 101 vom 27.4.2004, S. 97)

6. 52009 XC 0224(01): Mitteilung der Kommission — Erläuterungen zu den Prioritäten der Kommission bei der Anwendung von Artikel 82 des EG-Vertrags auf Fälle von Behinderungsmissbrauch durch marktbeherrschende Unternehmen (ABl. C 45 vom 24.2.2009, S. 7)

7. 52004 XC 0427(06): Bekanntmachung der Kommission — Leitlinien über den Begriff der Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags (ABl. C 101 vom 27.4.2004, S. 81)

8. 52014 XC 0830(01): Mitteilung der Kommission — Bekanntmachung über Vereinbarungen von geringer Bedeutung, die im Sinne des Artikels 101 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union den Wettbewerb nicht spürbar beschränken (De-minimis-Bekanntmachung) (ABl. C 291 vom 30.8.2014, S. 1)

9. Leitlinien zu „bezweckten“ Wettbewerbsbeschränkungen im Hinblick auf die Bestimmung, welche Vereinbarungen unter die De-minimis-Bekanntmachung fallen können, SWD(2014) 198 final

10. 31979 Y 0103(01): Bekanntmachung der Kommission vom 18. Dezember 1978 über die Beurteilung von Zulieferverträgen nach Artikel 85 Absatz 1 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. C 1 vom 3.1.1979, S. 2)

11. 52010 XC 0330(02): Mitteilung der Kommission über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und abgestimmten Verhaltensweisen im Versicherungssektor (ABl. C 82 vom 30.3.2010, S. 20)

12. 31998 Y 0206(01): Bekanntmachung der Kommission über die Anwendung der Wettbewerbsregeln auf den Postsektor und über die Beurteilung bestimmter staatlicher Maßnahmen betreffend Postdienste (ABl. C 39 vom 6.2.1998, S. 2)

13. 31997 Y 0930(01): Erläuterung der Empfehlungen der Kommission zur Anwendung der Wettbewerbsregeln auf neue Verkehrsinfrastrukturprojekte (ABl. C 298 vom 30.9.1997, S. 5)

14. 52018 XC 0507(01): Mitteilung der Kommission — Leitlinien zur Marktanalyse und Ermittlung beträchtlicher Marktmacht nach dem EU-Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und –dienste (ABl. C 159 vom 7.5.2018, S. 1)

www.parlament.gv.at

ANHANG XV – SAN MARINO-PROTOKOLL

STAATLICHE BEIHILFEN

Liste nach Artikel 47 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Verfahrensvorschriften 2
2 Gruppenfreistellungsverordnungen 4
3 De-minimis-Beihilfen 6
4 Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen 8

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

www.parlament.gv.at

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

VERFAHRENSVORSCHRIFTEN

1. 32015 R 1589: Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 9)

2. 32004 R 0794: Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission vom 21. April 2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 93 des EG-Vertrags (ABl. L 140 vom 30.4.2004, S. 1), geändert durch:

   – 32006 R 1627: Verordnung (EG) Nr. 1627/2006 der Kommission vom 24. Oktober 2006 (ABl. L 302 vom 1.11.2006, S. 10)

   – 32008 R 0271: Verordnung (EG) Nr. 271/2008 der Kommission vom 30. Januar 2008 (ABl. L 82 vom 25.3.2008, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32009 R 0257: Verordnung (EG) Nr. 257/2009 der Kommission vom 24. März 2009 (ABl. L 81 vom 27.3.2009, S. 15)

– 32014 R 0372: Verordnung (EU) Nr. 372/2014 der Kommission vom 9. April 2014 (ABl. L 109 vom 12.4.2014, S. 14)

– 32015 R 2282: Verordnung (EU) 2015/2282 der Kommission vom 27. November 2015 (ABl. L 325 vom 10.12.2015, S. 1)

– 32016 R 0246: Verordnung (EU) 2016/246 der Kommission vom 3. Februar 2016 (ABl. L 51 vom 26.2.2016, S. 1)

– 32016 R 2105: Verordnung (EU) 2016/2105 der Kommission vom 1. Dezember 2016 (ABl. L 327 vom 2.12.2016, S. 19)

KAPITEL 2

GRUPPENFREISTELLUNGSVERORDNUNGEN

1. 32015 R 1588: Verordnung (EU) 2015/1588 des Rates vom 13. Juli 2015 (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 1911: Verordnung (EU) 2018/1911 der Kommission vom 26. November 2018 (ABl. L 311 vom 7.12.2018, S. 8)

2. 32014 R 0651: Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 1084: Verordnung (EU) 2017/1084 der Kommission vom 14. Juni 2017 (ABl. L 156 vom 20.6.2017, S. 1)

   – 32020 R 0972: Verordnung (EU) 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3)

   – 32021 R 0452: Verordnung (EU) 2021/452 der Kommission vom 15. März 2021 (ABl. L 89 vom 16.3.2021, S. 1)

   – 32021 R 1237: Verordnung (EU) 2021/1237 der Kommission vom 23. Juli 2021 (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 39)

www.parlament.gv.at

3. 32007 R 1370: Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1), geändert durch:

   – 32016 R 2338: Verordnung (EU) 2016/2338 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 354 vom 23.12.2016, S. 22)

4. 32022 R 2472: Verordnung (EU) 2022/2472 der Kommission vom 14. Dezember 2022 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 327 vom 21.12.2022, S. 1)

5. 32022 R 2473: Verordnung (EU) 2022/2473 der Kommission vom 14. Dezember 2022 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen zugunsten von in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Erzeugnissen der Fischerei und der Aquakultur tätigen Unternehmen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 327 vom 21.12.2022, S. 82)

6. 32010 D 0787: Beschluss 2010/787/EU des Rates vom 10. Dezember 2010 über staatliche Beihilfen zur Erleichterung der Stilllegung nicht wettbewerbsfähiger Steinkohlebergwerke (ABl. L 336 vom 21.12.2010, S. 24)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke des Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   Dieser Beschluss gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 3

„DE-MINIMIS“-BEIHILFEN

1. 32013 R 1407: Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 0972: Verordnung (EU) 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3)

2. 32012 R 0360: Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 8), geändert durch:

   – 32018 R 1923: Verordnung (EU) 2018/1923 der Kommission vom 7. Dezember 2018 (ABl. L 313 vom 10.12.2018, S. 2)

   – 32020 R 1474: Verordnung (EU) 2020/1474 der Kommission vom 13. Oktober 2020 (ABl. L 337 vom 14.10.2020, S. 1)

3. 32013 R 1408: Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 9), geändert durch:

   – 32019 R 0316: Verordnung (EU) 2019/316 der Kommission vom 21. Februar 2019 (ABl. L 511 vom 22.2.2019, S. 1)

4. 32014 R 0717: Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 45), geändert durch:

   – 32020 R 2008: Verordnung (EU) 2020/2008 der Kommission vom 8. Dezember 2020 (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 15)

   – 32022 R 2514: Verordnung (EU) 2022/2514 der Kommission vom 14. Dezember 2022 (ABl. L 326 vom 21.12.2022, S. 8)

KAPITEL 4

TRANSPARENZ DER FINANZIELLEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN
UND DEN ÖFFENTLICHEN UNTERNEHMEN

1. 32006 L 0111: Richtlinie 2006/111/EG der Kommission vom 16. November 2006 über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen (ABl. L 318 vom 17.11.2006, S. 17)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52019 XC 0723(01): Bekanntmachung der Kommission über die Rückforderung rechtswidriger und mit dem Binnenmarkt unvereinbarer staatlicher Beihilfen - C/2019/5396 (ABl. C 247 vom 23.7.2019, S. 1)

2. 52009 XC 0409(01): Bekanntmachung der Kommission über die Durchsetzung des Beihilfenrechts durch die einzelstaatlichen Gerichte (ABl. C 85 vom 9.4.2009, S. 1)

3. 52008 XC 0119(01): Mitteilung der Kommission über die Änderung der Methode zur Festsetzung der Referenz- und Abzinsungssätze (ABl. C 14 vom 19.1.2008, S. 6)

4. 52018 XC 0719(01): Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren – C/2018/4412 (ABl. C 253 vom 19.7.2018, S. 14)

5. 52003 XC 1209(02): Mitteilung der Kommission C(2003) 4582 vom 1. Dezember 2003 zum Berufsgeheimnis in Beihilfeentscheidungen (ABl. C 297 vom 9.12.2003, S. 6)

www.parlament.gv.at

6. 52016 XC 0719(05): Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. C 262 vom 19.7.2016, S. 1)

7. 52012 XC 0111(02): Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfevorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (ABl. C 8 vom 11.1.2012, S. 4)

8. 52008 XC 0620(02): Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften (ABl. C 155 vom 20.6.2008, S. 10)

9. 52021 XC 1230(02): Mitteilung der Kommission – Kriterien für die Würdigung der Vereinbarkeit von staatlichen Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse mit dem Binnenmarkt (2021/C 528/02) (ABl. C 528 vom 30.12.2021, S. 10)

10. 52021 XC 0429(01): Mitteilung der Kommission – Leitlinien für Regionalbeihilfen (2021/C 153/01) (ABl. C 153 vom 29.4.2021, S. 1)

11. 52022 XC 1028(03): Mitteilung der Kommission – Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (ABl. C 414 vom 28.10.2022, S. 1)

12. 52021 XC 1216(04): Mitteilung der Kommission — Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen (ABl. C 508 vom 16.12.2021, S. 1)

13. 52014 XC 0731(01): Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. C 249 vom 31.7.2014, S. 1), in ihrer verlängerten Fassung.

14. 52009 XC 0811(01): Mitteilung der Kommission — Kriterien für die Bewertung der Vereinbarkeit einzeln anzumeldender Ausbildungsbeihilfen mit dem Gemeinsamen Markt (ABl. C 188 vom 11.8.2009, S. 1)

15. 52009 XC 0811(02): Mitteilung der Kommission — Kriterien für die Bewertung der Vereinbarkeit einzeln anzumeldender staatlicher Beihilfen für die Beschäftigung von benachteiligten und behinderten Arbeitnehmern mit dem gemeinsamen Markt, ABl. C 188 vom 11.8.2009, S. 6

16. 52020 XC 0320(03): Mitteilung der Kommission – Befristeter Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19 (ABl. C 91I vom 20.3.2020, S. 1), geändert durch:

    – Mitteilung der Kommission C(2020) 2215 (ABl. C 112I vom 4.4.2020, S. 1)

    – Mitteilung der Kommission C(2020) 3156 (ABl. C 164 vom 13.5.2020, S. 3)

    – Mitteilung der Kommission C(2020) 4509 (ABl. C 218 vom 2.7.2020, S. 3)

    – Mitteilung der Kommission C(2020) 7127 (ABl. C 340I vom 13.10.2020, S. 1)

    – Mitteilung der Kommission C(2021) 564 (ABl. C 34 vom 1.2.2021, S. 6)

17. 52009 XC 0115(01): Mitteilung der Kommission — Die Rekapitalisierung von Finanzinstituten in der derzeitigen Finanzkrise: Beschränkung der Hilfen auf das erforderliche Minimum und Vorkehrungen gegen unverhältnismäßige Wettbewerbsverzerrungen (ABl. C 10 vom 15.1.2009, S. 2)

18. 52009 XC 0326(01): Mitteilung der Kommission über die Behandlung wertgeminderter Aktiva im Bankensektor der Gemeinschaft (ABl. C 72 vom 26.3.2009, S. 1)

19. 52009 XC 0819(03): Mitteilung der Kommission über die Wiederherstellung der Rentabilität und die Bewertung von Umstrukturierungsmaßnahmen im Finanzsektor im Rahmen der derzeitigen Krise gemäß den Beihilfevorschriften (ABl. C 195 vom 19.8.2009, S. 9)

20. 52010 XC 1207(04): Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen auf Maßnahmen zur Stützung von Finanzinstituten im Kontext der Finanzkrise ab dem 1. Januar 2011 (ABl. C 329 vom 7.12.2010, S. 7)

21. 52011 XC 1206(02): Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen auf Maßnahmen zur Stützung von Banken im Kontext der Finanzkrise ab dem 1. Januar 2012 (ABl. C 356 vom 6.12.2011, S. 7)

22. 52013 XC 0730(01): Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen ab dem 1. August 2013 auf Maßnahmen zur Stützung von Banken im Kontext der Finanzkrise („Bankenmitteilung“) (ABl. C 216 vom 30.7.2013, S. 1)

23. 52012 XC 1219(01): Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten zur Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf die kurzfristige Exportkreditversicherung (ABl. C 224 vom 8.7.2020, S. 2)

24. 52022 XC 0218(03): Mitteilung der Kommission — Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022 (ABl. C 80 vom 18.2.2022, S. 1)

25. 52020 XC0925(01): Mitteilung der Kommission – Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2021 (ABl. C 317 vom 25.9.2020, S. 5)

26. Mitteilung der Kommission vom 26. Juli 2001 über die Methode für die Analyse staatlicher Beihilfen in Verbindung mit verlorenen Kosten; den Mitgliedstaaten mit Schreiben SG(2001) D/290869 vom 6. August 2001 mitgeteilt (http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/stranded_costs_en.pdf)

27. 52002 XC 0626(02): Mitteilung der Kommission über bestimmte Aspekte der Behandlung von Wettbewerbsfällen nach Auslaufen des EGKS-Vertrags (ABl. C 152 vom 26.6.2002, S. 5)

28. 31998 Y 0206(01): Bekanntmachung der Kommission über die Anwendung der Wettbewerbsregeln auf den Postsektor und über die Beurteilung bestimmter staatlicher Maßnahmen betreffend Postdienste (ABl. C 39 vom 6.2.1998, S. 2)

29. 52013 XC 1115(01): Mitteilung der Kommission über staatliche Beihilfen für Filme und andere audiovisuelle Werke (ABl. C 332 vom 15.11.2013, S. 1)

30. 52009 XC 1027(01): Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften über Staatliche Beihilfen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ABl. C 257 vom 27.10.2009, S. 1)

31. 52023 XC 0131(01): Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Breitbandnetzen (ABl. C 36 vom 31.1.2023, S. 1)

32. 52008 XC 0722(04): Mitteilung der Kommission — Gemeinschaftliche Leitlinien für staatliche Beihilfen an Eisenbahnunternehmen (ABl. C 184 vom 22.7.2008, S. 13)

33. 52004 XC 0117(01): Mitteilung C(2004) 43 der Kommission — Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen im Seeverkehr (ABl. C 13 vom 17.1.2004, S. 3)

34. C2008/317/8: Mitteilung der Kommission betreffend die Leitlinien für staatliche Beihilfen, die die Anschubfinanzierung der Gemeinschaft für Meeresautobahnen ergänzen (ABl. C 317 vom 12.12.2008, S. 10)

35. 52009 XC 0611(01): Mitteilung der Kommission – Leitfaden zu staatlichen Beihilfen für Schiffsmanagementgesellschaften (ABl. C 132 vom 11.6.2009, S. 6)

36. 52012 XC 0111(03): Mitteilung der Kommission — Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (ABl. C 8 vom 11.1.2012, S. 15)

37. 52014 XC 0329(01): Mitteilung der Kommission über die Auslegungsleitlinien zu der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (ABl. C 92 vom 29.3.2014, S. 1)

38. 32012 D 0021: 2012/21/EU: Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. L 7 vom 11.1.2012, S. 3)

39. 52014 XC 0627(01): Mitteilung der Kommission – Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (ABl. C 198 vom 27.6.2014, S. 1)

40. Arbeitspapier der GD Wettbewerb über staatliche Beihilfen und Steuervorbescheide, 3.6.2016 (https://competition-policy.ec.europa.eu/system/files/2021-04/specific_aid_instruments_working_paper_tax_rulings.pdf)

41. Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über die gemeinsame Methodik für die Evaluierung staatlicher Beihilfen (SWD(2014) 179 final)

42. 52022 XC 1221(01): Mitteilung der Kommission – Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten (ABl. C 485 vom 21.12.2022, S. 1)

_____

ANHANG XVI – SAN MARINO-PROTOKOLL

AUFTRAGSVERGABE

Liste nach Artikel 49 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32014 L 0023: Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 114 vom 5.5.2015, S. 24, geändert durch:

   – 32017 R 2366: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2366 der Kommission vom 18. Dezember 2017 (ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 21)

   – 32019 R 1827: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1827 der Kommission vom 30. Oktober 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 23)

   – 32021 R 1951: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1951 der Kommission vom 10. November 2021 (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 21)

2. 32014 L 0024: Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65), geändert durch:

   – 32017 R 2365: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2365 der Kommission vom 18. Dezember 2017 (ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 19)

   – 32019 R 1828: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1828 der Kommission vom 30. Oktober 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 25)

– 32021 R 1952: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1952 der Kommission vom 10. November 2021 (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 23)

3. 32016 R 0007: Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 5. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 6.1.2016, S. 16)

4. 32014 L 0025: Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 243), geändert durch:

– 32017 R 2364: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2364 der Kommission vom 18. Dezember 2017 (ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 17)

– 32019 R 1829: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1829 der Kommission vom 30. Oktober 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 27)

– 32021 R 1953: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1953 der Kommission vom 10. November 2021 (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 25)

5. 31989 L 0665: Richtlinie 89/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge (ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 33), berichtigt in ABl. L 63 vom 10.3.2016, S. 44, geändert durch:

   – 32007 L 0066: Richtlinie 2007/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 (ABl. L 335 vom 20.12.2007, S. 31)

   – 32014 L 0023: Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 114 vom 5.5.2015, S. 24

6. 31992 L 0013: Richtlinie 92/13/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Gemeinschaftsvorschriften über die Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (ABl. L 76 vom 23.3.1992, S. 14), geändert durch:

   – 32007 L 0066: Richtlinie 2007/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 (ABl. L 335 vom 20.12.2007, S. 31)

   – 32014 L 0023: Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1), berichtigt in ABl. L 114 vom 5.5.2015, S. 24

7. 32009 L 0081: Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG (ABl. L 216 vom 20.8.2009, S. 76), geändert durch:

   – 32009 R 1177: Verordnung (EG) Nr. 1177/2009 der Kommission vom 30. November 2009 (ABl. L 314 vom 1.12.2009, S. 64)

   – 32011 R 1251: Verordnung (EU) Nr. 1251/2011 der Kommission vom 30. November 2011 (ABl. L 319 vom 2.12.2011, S. 43)

   – 32013 L 0016: Richtlinie 2013/16/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 184)

   – 32013 R 1336: Verordnung (EU) Nr. 1336/2013 der Kommission vom 13. Dezember 2013 (ABl. L 335 vom 14.12.2013, S. 17)

   – 32017 R 2367: Verordnung (EU) 2017/2367 der Kommission vom 18. Dezember 2017 (ABl. L 337 vom 19.12.2017, S. 22)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

   – 32019 R 1830: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1830 der Kommission vom 30. Oktober 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 29)

– 32021 R 1950: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1950 der Kommission vom 10. November 2021 (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 19)

8. 31971 R 1182: Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine (ABl. L 124 vom 8.6.1971, S. 1)

9. 32002 R 2195: Verordnung (EG) Nr. 2195/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 über das Gemeinsame Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV) (ABl. L 340 vom 16.12.2002, S. 1), geändert durch:

   – 32003 R 2151: Verordnung (EG) Nr. 2151/2003 der Kommission vom 16. Dezember 2003 (ABl. L 329 vom 17.12.2003, S. 1), berichtigt in ABl. L 330 vom 18.12.2003, S. 34

   – 32008 R 0213: Verordnung (EG) Nr. 213/2008 der Kommission vom 28. November 2007 (ABl. L 74 vom 15.3.2008, S. 1)

   – 32022 R 0943: Verordnung (EU) 2022/943 der Kommission vom 17. Juni 2022 (ABl. L 164 vom 20.6.2022, S. 6)

10. 32014 L 0055: Richtlinie 2014/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen (ABl. L 133 vom 6.5.2014, S. 1)

11. 32019 R 1780: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1780 der Kommission vom 23. September 2019 zur Einführung von Standardformularen für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen für öffentliche Aufträge und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1986 (elektronische Formulare — eForms) (ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 7), geändert durch:

   – 32022 R 2303: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2303 der Kommission vom 24. November 2022 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/1780 zur Einführung von Standardformularen für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen für öffentliche Aufträge (ABl. L 305 vom 25.11.2022, S. 12)

12. 32016 D 1804: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1804 der Kommission vom 10. Oktober 2016 über die Durchführungsmodalitäten für die Anwendung der Artikel 34 und 35 der Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste (ABl. L 275 vom 12.10.2016, S. 39)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32015 D 1302: Beschluss (EU) 2015/1302 der Kommission vom 28. Juli 2015 zur Festlegung von „Integrating the Healthcare Enterprise“-Profilen, auf die bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Bezug genommen werden kann (ABl. L 199 vom 29.7.2015, S. 43)

2. 32016 D 1765: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1765 der Kommission vom 3. Oktober 2016 zur Festlegung der technischen Spezifikationen im IKT-Bereich, auf die bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Bezug genommen werden kann (ABl. L 269 vom 4.10.2016, S. 20)

www.parlament.gv.at

3. 32017 H 1805: Empfehlung (EU) 2017/1805 der Kommission vom 3. Oktober 2017 zur Professionalisierung der öffentlichen Auftragsvergabe — Errichtung einer Architektur für die Professionalisierung der öffentlichen Auftragsvergabe (ABl. L 259 vom 7.10.2017, S. 28)

4. 32017 D 1870: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1870 der Kommission vom 16. Oktober 2017 über die Veröffentlichung der Fundstelle der europäischen Norm für die elektronische Rechnungsstellung und die Liste von Syntaxen gemäß der Richtlinie 2014/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 266 vom 17.10.2017, S. 19)

5. 52006 X C0801(01): Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen in Bezug auf das Gemeinschaftsrecht, das für die Vergabe öffentlicher Aufträge gilt, die nicht oder nur teilweise unter die Vergaberichtlinien fallen (ABl. C 179 vom 1.8.2006, S. 2)

6. 52019 X C0813(01): Mitteilung der Kommission — Leitlinien zur Teilnahme von Bietern und Waren aus Drittländern am EU-Beschaffungsmarkt (ABl. C 271 vom 13.8.2019, S. 43)

7. 32022 R 1031: Verordnung (EU) 2022/1031 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juni 2022 über den Zugang von Wirtschaftsteilnehmern, Waren und Dienstleistungen aus Drittländern zum Unionsmarkt für öffentliche Aufträge und Konzessionen und über die Verfahren zur Unterstützung von Verhandlungen über den Zugang von Wirtschaftsteilnehmern, Waren und Dienstleistungen aus der Union zu den Märkten für öffentliche Aufträge und Konzessionen von Drittländern (Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen — IPI) (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 1)

8. 32022 R 2560: Verordnung (EU) 2022/2560 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über den Binnenmarkt verzerrende drittstaatliche Subventionen (ABl. L 330 vom 23.12.2022, S. 1)

9. 32018 H 0624: Empfehlung (EU) 2018/624 der Kommission vom 20. April 2018 zum grenzüberschreitenden Marktzugang für Subunternehmer und KMU im Verteidigungssektor (ABl. L 102 vom 23.4.2018, S. 87)

10. 52019 XC 0508(01): Bekanntmachung der Kommission zu Leitlinien für die kooperative Beschaffung in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit (Richtlinie 2009/81/EG über die Vergabeverfahren im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich)

Anlage 1

LISTE ZENTRALER REGIERUNGSBEHÖRDEN
GEMÄß ARTIKEL 2 ABSATZ 1 UNTERABSATZ 2
DER RICHTLINIE 2014/24/EU

ANHANG I DER RICHTLINIE 2014/24/EU

ZENTRALE REGIERUNGSBEHÖRDEN

SAN MARINO

– Dipartimento Affari Esteri

– Dipartimento Affari Istituzionali e Giustizia

– Dipartimento Finanze e Bilancio

– Dipartimento Economia

– Dipartimento Territorio e Ambiente

– Dipartimento Istruzione

– Dipartimento Cultura e Turismo

– Dipartimento Funzione Pubblica

– Azienda Autonoma di Stato per i Lavori Pubblici (AASLP)

– Azienda Autonoma di Stato per i Servizi Pubblici (AASS)

– Istituto per la Sicurezza Sociale (ISS)

– Ente Autorità per l'Aviazione Civile e la Navigazione Marittima (AACNM)

– Comitato Olimpico Nazionale Sammarinese (CONS)

– Università degli Studi (UNIRSM)

– UO Approvvigionamenti, Contratti e Protezione dei dati personali

– UO Ufficio Registro Automezzi e Trasporti – URAT

– UO Ufficio Informatica, Tecnologia, Dati e Statistica

Anlage 2

VERZEICHNIS DER WAREN
NACH ARTIKEL 4 BUCHSTABE B DER RICHTLINIE 2014/24/EU
BETREFFEND AUFTRÄGE VON ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERN,
DIE IM VERTEIDIGUNGSBEREICH VERGEBEN WERDEN

ANHANG III DER RICHTLINIE 2014/24/EU

Anlage 3

REGISTER GEMÄß ARTIKEL 58 ABSATZ 2 DER RICHTLINIE 2014/24/EU

ANHANG XI DER RICHTLINIE 2014/24/EU

REGISTER

Die einschlägigen Berufs- oder Handelsregister, Bescheinigungen oder Erklärungen für die Assoziationsparteien sind

– in San Marino: Registro Unico per appalti pubblici di lavori, servizi e forniture complementari alle opere pubbliche e per fornitura o somministrazione di beni e servizi al Settore Pubblico Allargato.

ANHANG XVII – SAN MARINO-PROTOKOLL

GEISTIGES EIGENTUM

Liste nach Artikel 49 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31987 L 0054: Richtlinie 87/54/EWG des Rates vom 16. Dezember 1986 über den Rechtsschutz der Topographien von Halbleitererzeugnissen (ABl. L 24 vom 27.1.1987, S. 36)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) In Artikel 1 Buchstabe c wird die Bezugnahme auf Artikel 223 Absatz 1 Buchstabe b des EWG-Vertrages (heute Artikel 346 AEUV) durch einen Verweis auf Artikel 102 des Assoziationsabkommens ersetzt.

   b) Artikel 3 Absätze 6 bis 8 finden keine Anwendung.

   c) Der Text von Artikel 5 Absatz 5 erhält folgende Fassung:

      „Das ausschließliche Recht zur Zustimmung oder zum Verbot der in Absatz 1 Buchstabe b genannten Handlungen erstreckt sich nicht auf Handlungen, welche vorgenommen werden, wenn die Topographie oder das Halbleitererzeugnis bereits von der zur Erteilung der Zustimmung für das Inverkehrbringen berechtigten Person selber oder mit ihrer Zustimmung in San Marino oder einem EU-Mitgliedstaat in Verkehr gebracht worden ist.“

2. 31993 D 0016: Entscheidung 93/16/EWG des Rates vom 21. Dezember 1992 zur Ausdehnung des Rechtsschutzes der Topographien von Halbleitererzeugnissen auf Personen aus den Vereinigten Staaten von Amerika und aus bestimmten Gebieten (ABl. L 11 vom 19.1.1993, S. 20), geändert durch:

   – 31993 D 0520: Entscheidung 93/520/EWG des Rates vom 27. September 1993 (ABl. L 246 vom 2.10.1993, S. 31)

www.parlament.gv.at

3. 31994 D 0700: Entscheidung 94/700/EG des Rates vom 24. Oktober 1994 zur Ausdehnung des Rechtsschutzes der Topographien von Halbleitererzeugnissen auf Personen aus Kanada (ABl. L 284 vom 1.11.1994, S. 61)

4. 31994 D 0824: Entscheidung 94/824/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über die Ausdehnung des Rechtsschutzes der Topographien von Halbleitererzeugnissen auf Personen aus einem Mitgliedstaat der Welthandelsorganisation (ABl. L 349 vom 31.12.1994, S. 201)

5. 31996 D 0644: Entscheidung 96/644/EG des Rates vom 11. November 1996 zur Ausdehnung des Rechtsschutzes der Topographien von Halbleitererzeugnissen auf Personen von der Isle of Man (ABl. L 293 vom 16.11.1996, S. 18)

6. 31996 R 1610: Verordnung (EG) Nr. 1610/96 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 1996 über die Schaffung eines ergänzenden Schutzzertifikats für Pflanzenschutzmittel (ABl. L 193 vom 8.8.1996, S. 30), geändert durch:

   – 1 03 T: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, angenommen am 16. April 2003 (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

   – 1 2005 SA: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Bulgarischen Republik und Rumäniens und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, angenommen am 25. April 2005 (ABl. L 157 vom 21.6.2005, S. 203)

– 1 2012 J003: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, angenommen am 9. Dezember 2011 (ABl. L 112 vom 24.4.2012, S. 21)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b wird Folgendes angefügt:

„; für die Zwecke dieses Unterabsatzes und der Artikel, in denen auf ihn Bezug genommen wird, gilt eine nach den nationalen Rechtsvorschriften San Marinos erteilte Genehmigung für das Inverkehrbringen als Genehmigung, die gemäß der Richtlinie 91/414/EWG oder einer gleichwertigen Bestimmung des innerstaatlichen Rechts eines EU-Mitgliedstaats erteilt wurde."

b) Artikel 20 kommt nicht zur Anwendung.

7. 32019 R 0933: Verordnung (EU) 2019/933 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 469/2009 über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel (ABl. L 153 vom 11.6.2019, S. 1)

8. 31993 L 0083: Richtlinie 93/83/EWG des Rates vom 27. September 1993 zur Koordinierung bestimmter urheber- und leistungsschutzrechtlicher Vorschriften betreffend Satellitenrundfunk und Kabelweiterverbreitung (ABl. L 248 vom 6.10.1993, S. 15)

9. 31996 L 0009: Richtlinie 96/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 1996 über den rechtlichen Schutz von Datenbanken (ABl. L 77 vom 27.3.1996, S. 20)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 11 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Die Schutzdauer, die aufgrund von durch San Marino oder einen EU-Mitgliedstaat geschlossene Abkommen, mit denen das in Artikel 7 vorgesehene Recht auf Datenbanken ausgedehnt wird, die in Drittländern erstellt wurden und nicht unter die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 fallen, auf Datenbanken ausgedehnt wird, darf die nach Artikel 10 verfügbare Schutzdauer nicht überschreiten."

10. 31998 L 0071: Richtlinie 98/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über den rechtlichen Schutz von Mustern und Modellen (ABl. L 289 vom 28.10.1998, S. 28)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Der Text von Artikel 15 erhält folgende Fassung:

„Die Rechte aus einem Muster nach seiner Eintragung erstrecken sich nicht auf Handlungen, die ein Erzeugnis betreffen, in das ein unter den Schutzumfang des Rechts an einem Muster fallendes Muster eingefügt oder bei dem es verwendet wird, wenn das Erzeugnis vom Inhaber des Rechts an einem Muster oder mit seiner Zustimmung in San Marino oder einem EU-Mitgliedstaat in den Verkehr gebracht worden ist."

11. 32001 L 0084: Richtlinie 2001/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2001 über das Folgerecht des Urhebers des Originals eines Kunstwerks (ABl. L 272 vom 13.10.2001, S. 32)

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    San Marino wird aufgefordert, Vertreter zu den Sitzungen des Kontaktausschusses zu entsenden.

12. 31998 L 0044: Richtlinie 98/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 1998 über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen (ABl. L 213 vom 30.7.1998, S. 13)

13. 32001 L 0029: Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft (ABl. L 167 vom 22.6.2001, S. 10), berichtigt in ABl. L 6 vom 10.1.2002, S. 70

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    San Marino wird aufgefordert, Vertreter zu den Sitzungen des Kontaktausschusses zu entsenden.

14. 32009 L 0024: Richtlinie 2009/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über den Rechtsschutz von Computerprogrammen (kodifizierte Fassung) (ABl. L 111 vom 5.5.2009, S. 16)

15. 32006 L 0115: Richtlinie 2006/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zum Vermietrecht und Verleihrecht sowie zu bestimmten dem Urheberrecht verwandten Schutzrechten im Bereich des geistigen Eigentums (kodifizierte Fassung) (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 28)

16. 32006 L 0116: Richtlinie 2006/116/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über die Schutzdauer des Urheberrechts und bestimmter verwandter Schutzrechte (kodifizierte Fassung) (ABl. L 372 vom 27.12.2006, S. 12), geändert durch:

– 32011 L 0077: Richtlinie 2011/77/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2011 (ABl. L 265 vom 11.10.2011, S. 1)

17. 32015 L 2436: Richtlinie (EU) 2015/2436 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (ABl. L 336 vom 23.12.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 110 vom 26.4.2016, S. 5

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe i und Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe l ist unter den Begriffen „nationalem Recht des betreffenden Mitgliedstaats“ bzw. „nationalen Recht des betreffenden Mitgliedstaats“ das in San Marino oder einem EU-Mitgliedstaat geltende Markenrecht zu verstehen. Die Worte „internationalen Übereinkünften, denen die Union oder der betreffende Mitgliedstaat angehört“ sind als „internationalen Übereinkünften, denen San Marino oder ein EU-Mitgliedstaat angehört“ zu verstehen.

b) In Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe a werden die Worte „anderen Rechtsvorschriften als des Markenrechts des jeweiligen Mitgliedstaats“ durch die Worte „anderen Rechtsvorschriften als des Markenrechts San Marinos oder des jeweiligen EU-Mitgliedstaats“ ersetzt.

c) In Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer i, Absatz 2 Buchstabe b und Absatz 3 Buchstabe a, Artikel 6, Artikel 18 Absatz 2, Artikel 44 Absatz 3 und Artikel 46 Absatz 5 gelten die Bestimmungen über die Unionsmarke nicht für San Marino, es sei denn, die Unionsmarke erstreckt sich auf San Marino.

d) In Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe c werden die Worte „nach dem einschlägigen Recht des betreffenden Mitgliedstaats“ durch die Worte „nach dem einschlägigen Recht San Marinos oder eines betreffenden EU-Mitgliedstaats“ ersetzt.

e) Artikel 10 Absatz 4 findet keine Anwendung.

18. 32012 L 0028: Richtlinie 2012/28/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über bestimmte zulässige Formen der Nutzung verwaister Werke (ABl. L 299 vom 27.10.2012, S. 5)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) San Marino beteiligt sich an der einzigen öffentlich zugänglichen Online-Datenbank, die gemäß Artikel 3 Absatz 6 vom Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt eingerichtet wurde.

b) Der in Artikel 8 genannte Stichtag für die Anwendung ist der Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

19. 32014 L 0026: Richtlinie 2014/26/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung im Binnenmarkt (ABl. L 84 vom 20.3.2014, S. 72)

20. 32004 L 0048R(01): Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (ABl. L 195 vom 2.6.2004, S. 16)

21. 32009 R 0469: Verordnung (EG) Nr. 469/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel (kodifizierte Fassung) (ABl. L 152 vom 16.6.2009, S. 1)

22. 32016 L 0943: Richtlinie (EU) 2016/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung (ABl. L 157 vom 15.6.2016, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 1 Absatz 1 ist „AEUV“ als „Assoziationsabkommens“ zu lesen.

b) In Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a und Artikel 5 Buchstabe a werden die Worte „des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit gemäß der Charta“ durch die Worte „des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit“ ersetzt.

c) In Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben b und c sind die Worte „Vorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten“ als „EU-Vorschriften oder nationalen Vorschriften San Marinos“ zu lesen.

d) Die Worte „Organen und Einrichtungen der Union“ in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c sind so zu verstehen, dass sie auch bei „Organen und Einrichtungen San Marinos“ greifen.

e) In Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 3 Buchstabe c, Artikel 3 Absatz 2 und Artikel 5 Buchstaben c und d werden die Worte „Unionsrecht oder im nationalen Recht“ durch die Worte „EU-Recht oder im nationalen Recht San Marinos“, die Worte „Unionsrecht oder dem nationalen Recht“ durch „EU-Recht oder dem nationalen Recht San Marinos“, die Worte „Unionsrecht oder nationales Recht“ durch die Worte „EU-Recht oder nationales Recht San Marinos“ und die Worte „Unionsrecht oder das nationale Recht“ durch die Worte „EU-Recht oder das nationale Recht San Marinos“ ersetzt.

f) In Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d und Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c werden die Worte „Unionsrecht sowie gemäß den Gepflogenheiten und den Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten“ bzw. die Worte „Unionsrecht sowie gemäß den Rechtsvorschriften und den Gepflogenheiten der Mitgliedstaaten“ durch die Worte „EU-Recht sowie gemäß den nationalen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten San Marinos“ ersetzt.

23. 32017 L 1564: Richtlinie (EU) 2017/1564 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2017 über bestimmte zulässige Formen der Nutzung bestimmter urheberrechtlich oder durch verwandte Schutzrechte geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen und zur Änderung der Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft (ABl. L 242 vom 20.9.2017, S. 6)

24. 32017 R 1563: Verordnung (EU) 2017/1563 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2017 über den grenzüberschreitenden Austausch von Vervielfältigungsstücken bestimmter urheberrechtlich oder durch verwandte Schutzrechte geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände in einem barrierefreien Format zwischen der Union und Drittländern zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen (ABl. L 242 vom 20.9.2017, S. 1)

25. 32017 R 1128: Verordnung (EU) 2017/1128 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 zur grenzüberschreitenden Portabilität von Online-Inhaltediensten im Binnenmarkt (ABl. L 168 vom 30.6.2017, S. 1)

26. 32019 L 0790: Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG (ABl. L 130 vom 17.5.2019, S. 92)

27. 32019 L 0789: Richtlinie (EU) 2019/789 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 mit Vorschriften für die Ausübung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Sendeunternehmen und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen und zur Änderung der Richtlinie 93/83/EWG des Rates (ABl. L 130 vom 17.5.2019, S. 82)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31992 Y 0528(01): Entschließung 92/C 138/01 des Rates vom 14. Mai 1992 im Hinblick auf einen verstärkten Schutz des Urheberrechts und der Leistungsschutzrechte (ABl. C 138 vom 28.5.1992, S. 1)

2. 52017DC0712: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss vom 29. November 2017 über den Umgang der EU mit standardessenziellen Patenten, COM(2017) 712

www.parlament.gv.at

ANHANG XVIII – SAN MARINO-PROTOKOLL

GESUNDHEIT UND SICHERHEIT AM ARBEITSPLATZ, ARBEITSRECHT UND GLEICHBEHANDLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN, VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN, VON LGBTIQ-PERSONEN, UND VON ALLEN MENSCHEN OHNE UNTERSCHIED DER ETHNISCHEN HERKUNFT, DER RELIGION ODER DES ALTERS

Liste nach den Artikeln 51 bis 54 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2

2 Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitsrecht und Gleichbehandlung von Frauen und Männern, von Menschen mit Behinderungen, von LGBTIQ-Personen, und von allen Menschen ohne Unterschied der ethnischen Herkunft, der Religion oder des Alters 15

3 Arbeitsrecht 20

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

www.parlament.gv.at

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

KAPITEL 1

GESUNDHEIT UND SICHERHEIT AM ARBEITSPLATZ

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31989 L 0391: Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. L 183 vom 29.6.1989, S. 1), berichtigt in ABl. L 275 vom 5.10.1990, S. 42, geändert durch:

   – 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

   – 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

www.parlament.gv.at

2. 31989 L 0654: Richtlinie 89/654/EWG des Rates vom 30. November 1989 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz in Arbeitsstätten (Erste Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 393 vom 30.12.1989, S. 1), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

3. 32009 L 0104: Richtlinie 2009/104/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit (Zweite Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (kodifizierte Fassung) (ABl. L 260 vom 3.10.2009, S. 5)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für Richtlinie 2009/104/EG. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt ein Jahr ab dem Tag des Inkrafttretens des Assoziationsabkommens.

4. 31989 L 0656: Richtlinie 89/656/EWG des Rates vom 30. November 1989 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung persönlicher Schutzausrüstungen durch Arbeitnehmer bei der Arbeit (Dritte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 393 vom 30.12.1989, S. 18), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

www.parlament.gv.at

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

– 32019 R 1832: Verordnung (EU) 2019/1832 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 35)

5. 31990 L 0269: Richtlinie 90/269/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der manuellen Handhabung von Lasten, die für die Arbeitnehmer insbesondere eine Gefährdung der Lendenwirbelsäule mit sich bringt (Vierte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 9), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

6. 31990 L 0270: Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 156 vom 21.6.1990, S. 14), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

7. 31992 L 0058: Richtlinie 92/58/EWG des Rates vom 24. Juni 1992 über Mindestvorschriften für die Sicherheits- und/oder Gesundheitsschutzkennzeichnung am Arbeitsplatz (Neunte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 245 vom 26.8.1992, S. 23), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

   – 32014 L 0027: Richtlinie 2014/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 65 vom 5.3.2014, S. 1)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

8. 31992 L 0057: Richtlinie 92/57/EWG des Rates vom 24. Juni 1992 über die auf zeitlich begrenzte oder ortsveränderliche Baustellen anzuwendenden Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz (Achte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 245 vom 26.8.1992, S. 6), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

9. 31992 L 0091: Richtlinie 92/91/EWG des Rates vom 3. November 1992 über Mindestvorschriften zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer in den Betrieben, in denen durch Bohrungen Mineralien gewonnen werden (Elfte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 348 vom 28.11.1992, S. 9), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

10. 31992 L 0104: Richtlinie 92/104/EWG des Rates vom 3. Dezember 1992 über Mindestvorschriften zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer in übertägigen oder untertägigen mineralgewinnenden Betrieben (Zwölfte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 404 vom 31.12.1992, S. 10), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

11. 31992 L 0029: Richtlinie 92/29/EWG des Rates vom 31. März 1992 über Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz zum Zweck einer besseren medizinischen Versorgung auf Schiffen (ABl. L 113 vom 30.4.1992, S. 19), geändert durch:

   – 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

– 32019 L 1834: Richtlinie (EU) 2019/1834 der Kommission vom 24. Oktober 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 80)

12. 31993 L 0103: Richtlinie 93/103/EG des Rates vom 23. November 1993 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit an Bord von Fischereifahrzeugen (13. Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 307 vom 13.12.1993, S. 1), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32019 L 1832: Richtlinie (EU) 2019/1832 der Kommission vom 24. Oktober 2019 zur Änderung der Anhänge I, II und III der Richtlinie 89/656/EWG des Rates hinsichtlich rein technischer Anpassungen (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 35)

13. 32000 L 0054: Richtlinie 2000/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. September 2000 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (Siebte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 262 vom 17.10.2000, S. 21), geändert durch:

– 32019 L 1833: Richtlinie (EU) 2019/1833 der Kommission vom 24. Oktober 2019 (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 54)

– 32020 L 0739: Richtlinie (EU) 2020/739 der Kommission vom 3. Juni 2020 (ABl. L 175 vom 4.6.2020, S. 11)

14. 31999 L 0092: Richtlinie 1999/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1999 über Mindestvorschriften zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit der Arbeitnehmer, die durch explosionsfähige Atmosphären gefährdet werden können (Fünfzehnte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 23 vom 28.1.2000, S. 57), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

15. 32002 L 0044: Richtlinie 2002/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2002 über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (Vibrationen) (16. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 177 vom 6.7.2002, S. 13), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

16. 32003 L 0010: Richtlinie 2003/10/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Februar 2003 über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (Lärm) (17. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 42 vom 15.2.2003, S. 38), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

   – 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

17. 32006 L 0025: Richtlinie 2006/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (künstliche optische Strahlung) (19. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 114 vom 27.4.2006, S. 38), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

   – 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

– 32013 L 0064: Richtlinie 2013/64/EU des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 353 vom 28.12.2013, S. 8)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

18. 32010 L 0032: Richtlinie 2010/32/EU des Rates vom 10. Mai 2010 zur Durchführung der von HOSPEEM und EGÖD geschlossenen Rahmenvereinbarung zur Vermeidung von Verletzungen durch scharfe/spitze Instrumente im Krankenhaus- und Gesundheitssektor (ABl. L 134 vom 1.6.2010, S. 66)

19. 32013 L 0035: Richtlinie 2013/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder) (20. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/40/EG (ABl. L 179 vom 29.6.2013, S. 1)

20. 31991 L 0322: Richtlinie 91/322/EWG der Kommission vom 29. Mai 1991 zur Festsetzung von Richtgrenzwerten zur Durchführung der Richtlinie 80/1107/EWG des Rates über den Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische, physikalische und biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (ABl. L 177 vom 5.7.1991, S. 22), geändert durch:

– 32006 L 0015: Richtlinie 2006/15/EG der Kommission vom 7. Februar 2006 (ABl. L 38 vom 9.2.2006, S. 36)

– 32017 L 164: Richtlinie (EU) 2017/164 der Kommission vom 31. Januar 2017 (ABl. L 27 vom 1.2.2017, S. 115)

21. 31998 L 0024: Richtlinie 98/24/EG des Rates vom 7. April 1998 zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (vierzehnte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 131 vom 5.5.1998, S. 11), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

– 32014 L 0027: Richtlinie 2014/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 65 vom 5.3.2014, S. 1)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

22. 32000 L 0039: Richtlinie 2000/39/EG der Kommission vom 8. Juni 2000 zur Festlegung einer ersten Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (ABl. L 142 vom 16.6.2000, S. 47), geändert durch:

– 32006 L 0015: Richtlinie 2006/15/EG der Kommission vom 7. Februar 2006 zur Festlegung einer zweiten Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates und zur Änderung der Richtlinien 91/322/EWG und 2000/39/EG (ABl. L 38 vom 9.2.2006, S. 36)

– 32009 L 0161: Richtlinie 2009/161/EU der Kommission vom 17. Dezember 2009 zur Festlegung einer dritten Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates und zur Änderung der Richtlinie 2000/39/EG (ABl. L 338 vom 19.12.2009, S. 87)

– 32017 L 0164: Richtlinie (EU) 2017/164 der Kommission vom 31. Januar 2017 zur Festlegung einer vierten Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates und zur Änderung der Richtlinien 91/322/EWG, 2000/39/EG und 2009/161/EU der Kommission (ABl. L 27 vom 1.2.2017, S. 115)

– 32019 L 1831: Richtlinie (EU) 2019/1831 der Kommission vom 24. Oktober 2019 zur Festlegung einer fünften Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates und zur Änderung der Richtlinie 2000/39/EG der Kommission (ABl. L 279 vom 31.10.2019, S. 31)

23. 32004 L 0037: Richtlinie 2004/37/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit (Sechste Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG des Rates) (ABl. L 158 vom 30.4.2004, S. 50), berichtigt in ABl. L 229 vom 29.6.2004, S. 23., geändert durch:

– 32014 L 0027: Richtlinie 2014/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 65 vom 5.3.2014, S. 1)

– 32017 L 2398: Richtlinie (EU) 2017/2398 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 zur Änderung der Richtlinie 2004/37/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 87)

– 32019 L 0130: Richtlinie (EU) 2019/130 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Januar 2019 (ABl. L 30 vom 31.1.2019, S. 112)

– 32019 L 0983: Richtlinie (EU) 2019/983 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 164 vom 20.6.2019, S. 23)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

– 32022 L 0431: Richtlinie (EU) 2022/431 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2022 zur Änderung der Richtlinie 2004/37/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit (ABl. L 88 vom 16.3.2022, S. 1)

24. 32009 L 0148: Richtlinie 2009/148/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz (kodifizierte Fassung) (ABl. L 330 vom 16.12.2009, S. 28), geändert durch:

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

25. 31991 L 0383: Richtlinie 91/383/EWG des Rates vom 25. Juni 1991 zur Ergänzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von Arbeitnehmern mit befristetem Arbeitsverhältnis oder Leiharbeitsverhältnis (ABl. L 206 vom 29.7.1991, S. 19), geändert durch:

– 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 52000 DC 0466: Mitteilung der Kommission über die Leitlinien für die Beurteilung der chemischen, physikalischen und biologischen Agenzien sowie der industriellen Verfahren, die als Gefahrenquelle für Gesundheit und Sicherheit von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz gelten (Richtlinie des Rates 92/85/EWG) (KOM(2000) 466 endg., berichtigt in KOM(2000) 466 endg./2)

2. 32003 H 0134: Empfehlung 2003/134/EG des Rates vom 18. Februar 2003 zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit Selbstständiger am Arbeitsplatz (ABl. L 53 vom 28.2.2003, S. 45)

3. Mitteilung der Kommission vom 28. Juni 2021 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021–2027 Arbeitsschutz in einer sich wandelnden Arbeitswelt (COM(2021) 323 final)

4. Empfehlung (EU) 2022/2337 der Kommission vom 28. November 2022 über die Europäische Liste der Berufskrankheiten (ABl. L 309 vom 30.11.2022, S. 12)

KAPITEL 2

GLEICHBEHANDLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN, VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN,
VON LGBTIQ-PERSONEN, UND VON ALLEN MENSCHEN OHNE UNTERSCHIED DER ETHNISCHEN HERKUNFT, DER RELIGION ODER DES ALTERS

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31979 L 0007: Richtlinie 79/7/EWG des Rates vom 19. Dezember 1978 zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit (ABl. L 6 vom 10.1.1979, S. 24)

2. 32010 L 0041: Richtlinie 2010/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbstständige Erwerbstätigkeit ausüben, und zur Aufhebung der Richtlinie 86/613/EWG des Rates (ABl. L 180 vom 15.7.2010, S. 1)

3. 32006 L 0054: Richtlinie 2006/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen (Neufassung) (ABl. L 204 vom 26.7.2006, S. 23)

4. 32004 L 0113: Richtlinie 2004/113/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen (ABl. L 373 vom 21.12.2004, S. 37)

5. 32019 L 1158: Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 79)

6. 31992 L 0085: Richtlinie 92/85/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz (zehnte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 348 vom 28.11.1992, S. 1), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

   – 32014 L 0027: Richtlinie 2014/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 65 vom 5.3.2014, S. 1)

   – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

7. 32000 L 0078: Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (ABl. L 303 vom 2.12.2000, S. 16)

8. 32019 L 0882: Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (ABl. L 115 vom 7.6.2019, S. 70)

9. 32000 L 0043: Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (ABl. L 180 vom 19.7.2000, S. 22)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32010 D 0048: BESCHLUSS DES RATES vom 26. November 2009 über den Abschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die Europäische Gemeinschaft (2010/48/EG)

2. 52020 DC 0620: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat – Eine Union der Gleichheit: Strategischer Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma (COM(2020) 620 final)

3. 32021 H 0319: Empfehlung des Rates vom 12. März 2021 zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma (2021/C 93/01)

4. 32018 H 0951: Empfehlung (EU) 2018/951 der Kommission vom 22. Juni 2018 zu Standards für Gleichstellungsstellen (ABl. L 167 vom 4.7.2018, S. 28)

5. 52020 DC 0698: Mitteilung der Kommission vom 12. November 2020 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020-2025 (COM(2020) 698 final)

6. 52021 DC 0101: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Union der Gleichheit: Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021–2030 (COM(2021) 101 final)

7. 52020 DC 0565: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Eine Union der Gleichheit: EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025 (COM(2020) 565 final)

8. 52021 DC 0615: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens (2021-2030), COM(2021) 615 final

9. 52020 DC 0152: MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025 (COM(2020) 152 final)

KAPITEL 3

ARBEITSRECHT

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31998 L 0059: Richtlinie 98/59/EG des Rates vom 20. Juli 1998 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Massenentlassungen (ABl. L 225 vom 12.8.1998, S. 16), geändert durch:

   – 32015 L 1794: Richtlinie (EU) 2015/1794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Änderung der Richtlinien 2008/94/EG, 2009/38/EG und 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 98/59/EG und 2001/23/EG des Rates in Bezug auf Seeleute (ABl. L 263 vom 8.10.2015, S. 1)

2. 32008 L 0094: Richtlinie 2008/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 über den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (kodifizierte Fassung) (ABl. L 283 vom 28.10.2008, S. 36), geändert durch:

   – 32015 L 1794: Richtlinie (EU) 2015/1794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Änderung der Richtlinien 2008/94/EG, 2009/38/EG und 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 98/59/EG und 2001/23/EG des Rates in Bezug auf Seeleute (ABl. L 263 vom 8.10.2015, S. 1)

3. 32015 L 1794: Richtlinie (EU) 2015/1794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Änderung der Richtlinien 2008/94/EG, 2009/38/EG und 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 98/59/EG und 2001/23/EG des Rates in Bezug auf Seeleute (ABl. L 263 vom 8.10.2015, S. 1)

4. 32019 L 1152: Richtlinie (EU) 2019/1152 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 105)

5. 32009 L 0038: Richtlinie 2009/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen (Neufassung) (ABl. L 122 vom 16.5.2009, S. 28), geändert durch:

   – 32015 L 1794: Richtlinie (EU) 2015/1794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Änderung der Richtlinien 2008/94/EG, 2009/38/EG und 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 98/59/EG und 2001/23/EG des Rates in Bezug auf Seeleute (ABl. L 263 vom 8.10.2015, S. 1)

6. 31994 L 0033: Richtlinie 94/33/EG des Rates vom 22. Juni 1994 über den Jugendarbeitsschutz (ABl. L 216 vom 20.8.1994, S. 12), geändert durch:

   – 32007 L 0030: Richtlinie 2007/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 (ABl. L 165 vom 27.6.2007, S. 21)

   – 32014 L 0027: Richtlinie 2014/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 65 vom 5.3.2014, S. 1)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

7. 31996 L 0071: Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (ABl. L 18 vom 21.1.1997, S. 1), geändert durch:

– 32018 L 0957: Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (ABl. L 173 vom 9.7.2018, S. 16)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für Artikel 1 dieser Richtlinie. Bei dem in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannten Zeitraum handelt es sich um Folgendes:

a) ein Jahr nach Inkrafttreten des Abkommens für Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe b;

b) zwei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens für Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe a;

c) fünf Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens für Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe c, mit Ausnahme der Entsendung von Arbeitnehmern in ein entleihendes Unternehmen, das im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ansässig oder tätig ist und demselben Produktionszyklus angehört, für den der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls Nr. 1 genannte Zeitraum drei Jahre beträgt.

8. 32014 L 0067: Richtlinie 2014/67/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Durchsetzung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“) (ABl. L 159 vom 28.5.2014, S. 11)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt ein Jahr ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

9. 31997 L 0081: Richtlinie 97/81/EG des Rates vom 15. Dezember 1997 zu der von UNICE, CEEP und EGB geschlossenen Rahmenvereinigung über Teilzeitarbeit (ABl. L 14 vom 20.1.1998, S. 9), geändert durch:

   – 31998 L 0023: Richtlinie 98/23/EG des Rates vom 7. April 1998 (ABl. L 131 vom 5.5.1998, S. 10)

10. 31999 L 0070: Richtlinie 1999/70/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zu der EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge (ABl. L 175 vom 10.7.1999, S. 43), berichtigt in ABl. L 244 vom 16.9.1999, S. 64

11. 31999 L 0063: Richtlinie 1999/63/EG des Rates vom 21. Juni 1999 zu der vom Verband der Reeder in der Europäischen Gemeinschaft (European Community Shipowners' Association ECSA) und dem Verband der Verkehrsgewerkschaften in der Europäischen Union (Federation of Transport Workers' Unions in the European Union FST) getroffenen Vereinbarung über die Regelung der Arbeitszeit von Seeleuten (ABl. L 167 vom 2.7.1999, S. 33), berichtigt in ABl. L 244 vom 16.9.1999, S. 64, geändert durch:

   – 32009 L 0013: Richtlinie 2009/13/EG des Rates vom 16. Februar 2009 (ABl. L 124 vom 20.5.2009, S. 30)

12. 32000 L 0079: Richtlinie 2000/79/EG des Rates vom 27. November 2000 über die Durchführung der von der Vereinigung Europäischer Fluggesellschaften (AEA), der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF), der European Cockpit Association (ECA), der European Regions Airline Association (ERA) und der International Air Carrier Association (IACA) geschlossenen Europäischen Vereinbarung über die Arbeitszeitorganisation für das fliegende Personal der Zivilluftfahrt (ABl. L 302 vom 1.12.2000, S. 57)

13. 32001 L 0023: Richtlinie 2001/23/EG des Rates vom 12. März 2001 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Unternehmens- oder Betriebsteilen (ABl. L 82 vom 22.3.2001, S. 16), berichtigt in ABl. L 181 vom 9.7.2015, S. 84, geändert durch:

   – 32015 L 1794: Richtlinie (EU) 2015/1794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Änderung der Richtlinien 2008/94/EG, 2009/38/EG und 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 98/59/EG und 2001/23/EG des Rates in Bezug auf Seeleute (ABl. L 263 vom 8.10.2015, S. 1)

14. 32001 L 0086: Richtlinie 2001/86/EG des Rates vom 8. Oktober 2001 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer (ABl. L 294 vom 11.10.2001, S. 22)

15. 32002 L 0014: Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 80 vom 23.3.2002, S. 29), geändert durch:

    – 32015 L 1794: Richtlinie (EU) 2015/1794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Änderung der Richtlinien 2008/94/EG, 2009/38/EG und 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 98/59/EG und 2001/23/EG des Rates in Bezug auf Seeleute (ABl. L 263 vom 8.10.2015, S. 1)

16. 32003 L 0072: Richtlinie 2003/72/EG des Rates vom 22. Juli 2003 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Genossenschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer (ABl. L 207 vom 18.8.2003, S. 25)

17. 32003 L 0088: Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (ABl. L 299 vom 18.11.2003, S. 9)

18. 32005 L 0047: Richtlinie 2005/47/EG des Rates vom 18. Juli 2005 betreffend die Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft der Europäischen Bahnen (CER) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) über bestimmte Aspekte der Einsatzbedingungen des fahrenden Personals im interoperablen grenzüberschreitenden Verkehr im Eisenbahnsektor (ABl. L 195 vom 27.7.2005, S. 15)

19. 32002 L 0015: Richtlinie 2002/15/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Regelung der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben (ABl. L 80 vom 23.3.2002, S. 35)

20. 32009 L 0013: Richtlinie 2009/13/EG des Rates vom 16. Februar 2009 zur Durchführung der Vereinbarung zwischen dem Verband der Reeder in der Europäischen Gemeinschaft (ECSA) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) über das Seearbeitsübereinkommen 2006 und zur Änderung der Richtlinie 1999/63/EG (ABl. L 124 vom 20.5.2009, S. 30), geändert durch:

    – 32018 L 0131: Richtlinie (EU) 2018/131 des Rates vom 23. Januar 2018 zur Durchführung der Vereinbarung zwischen dem Verband der Reeder in der Europäischen Gemeinschaft (ECSA) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) zur Änderung der Richtlinie 2009/13/EG im Einklang mit den Änderungen von 2014 des Seearbeitsübereinkommens 2006 in ihrer von der Internationalen Arbeitskonferenz am 11. Juni 2014 gebilligten Form (ABl. L 22 vom 26.1.2018, S. 28)

21. 32017 L 0159: Richtlinie (EU) 2017/159 des Rates vom 19. Dezember 2016 zur Durchführung der Vereinbarung über die Durchführung des Übereinkommens über die Arbeit im Fischereisektor von 2007 der Internationalen Arbeitsorganisation, die am 21. Mai 2012 zwischen dem Allgemeinen Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Europäischen Union (COGECA), der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) und der Vereinigung der nationalen Verbände von Fischereiunternehmen in der Europäischen Union (Europêche) geschlossen wurde (ABl. L 25 vom 31.1.2017, S. 12)

22. 32008 L 0104: Richtlinie 2008/104/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Leiharbeit (ABl. L 327 vom 5.12.2008, S. 9)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

23. 32014 L 0112: Richtlinie 2014/112/EU des Rates vom 19. Dezember 2014 zur Durchführung der von der Europäischen Binnenschifffahrts Union (EBU), der Europäischen Schifferorganisation (ESO) und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) geschlossenen Europäischen Vereinbarung über die Regelung bestimmter Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in der Binnenschifffahrt (ABl. L 367 vom 23.12.2014, S. 86)

24. 32016 D 0344: Beschluss (EU) 2016/344 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über die Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit (ABl. L 65 vom 11.3.2016, S. 12)

25. 32019 L 1937: Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (ABl. L 305 vom 26.11.2019, S. 17), geändert durch:

– 32020 R 1503: Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Oktober 2020 über Europäische Schwarmfinanzierungsdienstleister für Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1129 und der Richtlinie (EU) 2019/1937 (ABl. L 347 vom 20.10.2020, S. 1)

– 32022 R 1925: Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte) (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 1)

26. 32022 L 2041: Richtlinie (EU) 2022/2041 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union (ABl. L 275 vom 25.10.2022, S. 33)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 41995 Y 1110(01): Entschließung 95/C 296/06 des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 5. Oktober 1995 zur Darstellung der Frau und des Mannes in Werbung und Medien (ABl. C 296 vom 10.11.1995, S. 15)

2. 31995 Y 0704(02): Entschließung 95/C 168/02 des Rates vom 27. März 1995 über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess (ABl. C 168 vom 4.7.1995, S. 3)

3. 31996 H 0694: Empfehlung 96/694/EG des Rates vom 2. Dezember 1996 über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess (ABl. L 319 vom 10.12.1996, S. 11)

4. 52013 DC 0882: Mitteilung der Kommission vom 13. Dezember 2013 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Qualitätsrahmen der EU für die Antizipation von Veränderungen und Umstrukturierungen (COM(2013) 882 final)

5. 32014 H 0327 (01): Empfehlung des Rates vom 10. März 2014 zu einem Qualitätsrahmen für Praktika (2014/C 88/01) (ABl. C 88 vom 27.3.2014, S. 1)

6. 52017 X C0524(01): Mitteilung zu Auslegungsfragen C/2017/2601 in Bezug auf die Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (ABl. C 165 vom 24.5.2017, S. 1)

7. 52017 DC 0254: Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss – Bericht über die Durchführung der Richtlinie 2003/88/EG über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in den Mitgliedstaaten (COM(2017) 254 final)

8. 32021 H 0402: Empfehlung (EU) 2021/402 der Kommission vom 4. März 2021 zu einer wirksamen aktiven Beschäftigungsförderung (EASE) nach der COVID-19-Krise (ABl. L 80 vom 8.3.2021, S. 1)

ANHANG XIX – SAN MARINO-PROTOKOLL

VERBRAUCHERSCHUTZ

Liste nach Artikel 56 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31998 L 0006: Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse (ABl. L 80 vom 18.3.1998, S. 27), geändert durch:

   – 32019 L 2161: Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 7)

2. 32006 L 0114: Richtlinie 2006/114/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über irreführende und vergleichende Werbung (kodifizierte Fassung) (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 21)

3. 31987 L 0357: Richtlinie 87/357/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Erzeugnisse, deren tatsächliche Beschaffenheit nicht erkennbar ist und die die Gesundheit oder die Sicherheit der Verbraucher gefährden (ABl. L 192 vom 11.7.1987, S. 49)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   In Artikel 4 Absatz 2 gilt der Verweis auf die Entscheidung 84/133/EWG als Verweis auf die Entscheidung 89/45/EWG.

www.parlament.gv.at

4. 31993 L 0013: Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen (ABl. L 95 vom 21.4.1993, S. 29), geändert durch:

   – 32011 L 0083: Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 64)

   – 32019 L 2161: Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 7)

5. 32008 L 0122: Richtlinie 2008/122/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Januar 2009 über den Schutz der Verbraucher im Hinblick auf bestimmte Aspekte von Teilzeitnutzungsverträgen, Verträgen über langfristige Urlaubsprodukte sowie Wiederverkaufs- und Tauschverträgen (ABl. L 33 vom 3.2.2009, S. 10)

6. 32020 L 1828: Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 409 vom 4.12.2020, S. 1), geändert durch:

   – 32022 R 1925: Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 1)

7. 32020 D 0369: Beschluss (EU) 2020/369 der Kommission vom 4. März 2020 zur Ermächtigung von Einrichtungen, die Verbraucherinteressen und Unternehmerinteressen auf Unionsebene vertreten, eine externe Warnmeldung gemäß der Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates abzugeben (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 139)

8. 32011 L 0083: Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 64), geändert durch:

   – 32019 L 2161: Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 7)

9. 32019 L 0770: Richtlinie (EU) 2019/770 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen (ABl. L 136 vom 22.5.2019, S. 1)

10. 32019 L 0771: Richtlinie (EU) 2019/771 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Warenkaufs, zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie 2009/22/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 1999/44/EG (ABl. L 136 vom 22.5.2019, S. 28)

11. 32018 R 2394: Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (ABl. L 345 vom 24.12.2017, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 0302: Verordnung (EU) 2018/302 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2018 (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 1)

12. 32019 D 2213: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2213 der Kommission vom 20. Dezember 2019 zur Festlegung der praktischen und operativen Modalitäten für die Funktionsweise der nach der Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates eingerichteten elektronischen Datenbank in Bezug auf bestimmte nach dieser Verordnung übermittelte Mitteilungen (ABl. L 332 vom 23.12.2019, S. 163)

13. 32019 D 2212: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2212 der Kommission vom 20. Dezember 2019 über ein Pilotprojekt zur Umsetzung bestimmter in der Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden enthaltener Bestimmungen zur Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems (ABl. L 332 vom 23.12.2019, S. 159)[1]

14. 32005 L 0029: Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates („Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken“) (ABl. L 149 vom 11.6.2005, S. 22), geändert durch:

    – 32019 L 2161: Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 7)

[1] Bestimmte Bestimmungen der Verordnung (EU) 2017/2394 über die Verwaltungszusammenarbeit sind Gegenstand eines Pilotprojekts unter Nutzung des Binnenmarkt-Informationssystems, das mit der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/49/EG der Kommission („IMI-Verordnung“) (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 1) eingerichtet wurde. Zu diesem Zweck wurde gemäß Artikel 4 der IMI-Verordnung ein gesonderter Durchführungsbeschluss erlassen.

www.parlament.gv.at

15. 32008 L 0048: Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates (ABl. L 133 vom 2.5.2008, S. 66), geändert durch:

– 32011 L 0090: Richtlinie 2011/90/EU der Kommission vom 14. November 2011 (ABl. L 296 vom 15.11.2011, S. 35)

– 32014 L 0017: Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 (ABl. L 60 vom 28.2.2014, S. 34)

– 32016 R 1011: Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 1)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen gilt für Artikel 9 dieser Richtlinie. Der oben genannte Artikel gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem San Marino Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Banksegment gewährt wurde.

16. 32013 R 0524: Verordnung (EU) Nr. 524/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 165 vom 18.6.2013, S. 1)

17. 32015 R 1051: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1051 der Kommission vom 1. Juli 2015 über die Modalitäten für die Ausübung der Funktionen der Plattform zur Online-Streitbeilegung, über die Modalitäten des elektronischen Beschwerdeformulars und die Modalitäten der Zusammenarbeit der Kontaktstellen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 524/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten (ABl. L 171 vom 2.7.2015, S. 1)

18. 32013 L 0011: Richtlinie 2013/11/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 165 vom 18.6.2013, S. 63)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In der Richtlinie enthaltene Verweise auf andere Rechtsakte gelten in dem Umfang und in der Form, in denen sie in dieses Abkommen übernommen wurden.

b) Artikel 11 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Für die Zwecke dieses Artikels wird der ‚gewöhnliche Aufenthalt' nach Maßgabe des Folgenden bestimmt:

a) Der Ort des gewöhnlichen Aufenthalts von Gesellschaften, Vereinen und juristischen Personen ist der Ort ihrer Hauptverwaltung;

der gewöhnliche Aufenthalt einer natürlichen Person, die im Rahmen der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit handelt, ist der Ort ihrer Hauptniederlassung;

b) wird der Vertrag im Rahmen des Betriebs einer Zweigniederlassung, Agentur oder sonstigen Niederlassung geschlossen oder ist für die Erfüllung gemäß dem Vertrag eine solche Zweigniederlassung, Agentur oder sonstige Niederlassung verantwortlich, so steht der Ort des gewöhnlichen Aufenthalts dem Ort gleich, an dem sich die Zweigniederlassung, Agentur oder sonstige Niederlassung befindet;

c) für die Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts ist der Zeitpunkt des Vertragsschlusses maßgebend."

c) In Artikel 18 Absatz 2 wird Folgendes angefügt:

„Die Kommission nimmt die von San Marino benannten zuständigen Stellen und zentralen Anlaufstellen in diese Liste auf."

d) In Artikel 20 Absatz 4 wird nach den Worten „bei jeder Mitteilung von Änderungen." Folgendes eingefügt:

„Die Kommission nimmt die gemäß Absatz 2 aufgeführten AS-Stellen mit Sitz in San Marino in diese Liste auf."

19. 32015 L 2302: Richtlinie (EU) 2015/2302 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 90/314/EWG des Rates (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 1)

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    In Artikel 14 Absatz 4 werden die Worte „die Union“ durch die Worte „San Marino“ ersetzt.

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 41986 X 0723(06): Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 9. Juni 1986 über die Verbrauchererziehung in Primar- und Sekundarschulen (ABl. C 184 vom 23.7.1986, S. 21)

2. 32010 H 0304: Empfehlung 2010/304/EU der Kommission vom 12. Mai 2010 zur Verwendung einer harmonisierten Methodik zur Klassifizierung und Meldung von Verbraucherbeschwerden und Verbraucheranfragen (ABl. L 136 vom 2.6.2010, S. 1)

www.parlament.gv.at

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 13/14

ANHANG

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

ANHANG XX – SAN MARINO-PROTOKOLL

UMWELT – KLIMA

Liste nach Artikel 57 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL I – UMWELT

1 Allgemein 3

2 Wasser 34

3 Luft 40

4 Chemische Stoffe, industrielle Risiken und Biotechnologie 45

5 Abfall 51

6 Lärm 62

TEIL II – KLIMA

1 EU-Überwachungsmechanismus 64

2 Überwachung in der EU – Seeverkehr 66

3 Emissionshandelssystem 67

4 Emissionshandelssystem der EU – Luftverkehr 77

5 Kraftstoffqualität 79

6 Schutz der Ozonschicht 81

7 Fluorierte Treibhausgase 83

8 Rechtsvorschriften zur Lastenteilung 87

9 Rechtsvorschriften über Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) 88

10 CO_2-Emissionsnormen für Pkw, leichte Nutzfahrzeuge und Lkw 89

11 CO_2-Abscheidung und -Speicherung 96

www.parlament.gv.at

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

TEIL I – UMWELT

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

ALLGEMEIN

1. 32009 R 0401: Verordnung (EG) Nr. 401/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Umweltagentur und das Europäische Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetz (ABl. L 126 vom 21.5.2009, S. 13), geändert durch:

   – 32021 R 1119: Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 1)

   Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   a) San Marino beteiligt sich uneingeschränkt an der Europäischen Umweltagentur (im Folgenden „Agentur“) und am Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetz gemäß Artikel 19 der Verordnung (EG) Nr. 401/2009.

   b) San Marino leistet nach Maßgabe des Artikels 68 des Rahmenabkommens und des San Marino-Protokolls zur Durchführung des Artikels 68 des Rahmenabkommens einen finanziellen Beitrag zu den unter Buchstabe a genannten Tätigkeiten.

www.parlament.gv.at

c) Infolge von Buchstabe b beteiligt sich Andorra in vollem Umfang, jedoch ohne Stimmrecht, am Verwaltungsrat der Agentur und wird an der Arbeit des wissenschaftlichen Beirats der Agentur beteiligt.

d) San Marino unterrichtet die Agentur gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1210/90 innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens über die wichtigsten Bestandteile seines innerstaatlichen Umweltinformationsnetzes.

e) San Marino kann aus den unter Buchstabe d genannten Einrichtungen oder anderen in seinem Hoheitsgebiet niedergelassenen Organisationen eine innerstaatliche Anlaufstelle benennen, die mit der Koordinierung und/oder Weitergabe der Informationen beauftragt ist, die auf innerstaatlicher Ebene der Agentur, den dem Netz angeschlossenen Stellen oder sonstigen Einrichtungen, einschließlich der in Buchstabe f genannten themenspezifischen Ansprechstellen, zu übermitteln sind.

f) San Marino kann ferner innerhalb der in Buchstabe d vorgesehenen Frist festlegen, welche Stellen oder sonstigen Einrichtungen in seinem Hoheitsgebiet eigens damit betraut werden könnten, mit der Agentur hinsichtlich bestimmter Themen von besonderem Interesse zusammenzuarbeiten. Eine auf diese Weise bestimmte Stelle sollte mit der Agentur eine Vereinbarung darüber treffen können, dass sie als themenspezifische Ansprechstelle des Netzes besondere Aufgaben in einem genau bestimmten geographischen Gebiet wahrnimmt. Diese Stellen arbeiten mit anderen an das Netz angeschlossenen Einrichtungen zusammen.

g) Innerhalb von 3 Monaten nach Eingang der unter den Buchstaben d, e und f genannten Angaben überprüft der Verwaltungsrat der Agentur die wichtigsten Bestandteile des Netzes, um der Beteiligung San Marinos Rechnung zu tragen.

www.parlament.gv.at

h) Die Agentur kann mit den von San Marino benannten und nach den Buchstaben d, e und f zum Netz gehörenden Stellen oder Einrichtungen die Vereinbarungen, insbesondere Verträge, schließen, die für die erfolgreiche Durchführung der ihnen von ihr übertragenen Aufgaben erforderlich sind.

i) Die an die Agentur übermittelten oder von ihr stammenden Umweltinformationen können veröffentlicht und der Allgemeinheit unter der Voraussetzung zugänglich gemacht werden, dass vertrauliche Daten in San Marino denselben Schutz genießen wie in der Union.

j) Die Agentur besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie besitzt in jedem Staat, der Assoziationspartei des Abkommens ist, die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen nach dessen Rechtsvorschriften zuerkannt ist.

k) San Marino wendet auf die Agentur das Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union an.

l) Abweichend von Artikel 28 Buchstabe a der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften können Staatsangehörige San Marinos, die im Besitz ihrer vollen staatsbürgerlichen Rechte sind, vom Geschäftsführenden Direktor der Agentur unter Vertrag genommen werden.

m) Nach Artikel 65 Absatz 3 gilt Teil VII (Institutionelle Bestimmungen) des Assoziationsabkommens für diesen Absatz.

www.parlament.gv.at

2. 32011 L 0092: Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 1), geändert durch:

   – 32014 L 0052: Richtlinie 2014/52/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 124 vom 25.4.2014, S. 1)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   In dieser Richtlinie enthaltene Verweise auf EU-Rechtsvorschriften gelten in dem Umfang und in der Form, in denen sie in das Abkommen übernommen wurden.

3. 32003 L 0004: Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2003 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen und zur Aufhebung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates (ABl. L 41 vom 14.2.2003, S. 26)

4. 31994 D 0741: Entscheidung 94/741/EG der Kommission vom 24. Oktober 1994 über die Fragebögen für die Berichte der Mitgliedstaaten über die Durchführung bestimmter Abfallrichtlinien (Durchführung der Richtlinie 91/692/EWG des Rates) (ABl. L 296 vom 17.11.1994, S. 42), geändert durch:

   – 32007 D 0151: Entscheidung 2007/151/EG der Kommission vom 6. März 2007 (ABl. L 67 vom 7.3.2007, S. 7)

   – 32021 D 2252: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2252 der Kommission vom 16. Dezember 2021 zur Änderung der Entscheidung 94/741/EG über die Fragebögen für die Berichte der Mitgliedstaaten über die Durchführung bestimmter Abfallrichtlinien (ABl. L 454 vom 17.12.2021, S. 4)

www.parlament.gv.at

5. 31997 D 0622: Entscheidung 97/622/EG der Kommission vom 27. Mai 1997 über Fragebögen zu den Berichten der Mitgliedstaaten über die Durchführung bestimmter Richtlinien auf dem Abfallsektor (Durchführung der Richtlinie 91/692/EWG des Rates) (ABl. L 256 vom 19.9.1997, S. 13), geändert durch:

   – 32007 D 0151: Entscheidung 2007/151/EG der Kommission vom 6. März 2007 (ABl. L 67 vom 7.3.2007, S. 7)

6. 32009 R 1221: Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001, sowie der Beschlüsse der Kommission 2001/681/EG und 2006/193/EG (ABl. L 342 vom 22.12.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

   – 32017 R 1505: Verordnung (EU) 2017/1505 der Kommission vom 28. August 2017 (ABl. L 222 vom 29.8.2017, S. 1)

   – 32018 R 2026: Verordnung (EU) 2018/2026 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 325 vom 20.12.2018, S. 18)

7. 32011 D 0832: Beschluss 2011/832/EU der Kommission vom 7. Dezember 2011 über einen Leitfaden zur EU-Sammelregistrierung, Drittlandregistrierung und weltweiten Registrierung nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 25)

8. 32013 D 0131: Beschluss 2013/131/EU der Kommission vom 4. März 2013 über ein Nutzerhandbuch mit den Schritten, die zur Teilnahme an EMAS nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung unternommen werden müssen (ABl. L 76 vom 19.3.2013, S. 1)

9. 32015 D 0801: Beschluss (EU) 2015/801 der Kommission vom 20. Mai 2015 über das Referenzdokument über bewährte Praktiken im Umweltmanagement, branchenspezifische einschlägige Indikatoren für die Umweltleistung und Leistungsrichtwerte für den Einzelhandel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (ABl. L 127 vom 22.5.2015, S. 25)

10. 32016 D 0611: Beschluss (EU) 2016/611 der Kommission vom 15. April 2016 über das Referenzdokument über bewährte Praktiken im Umweltmanagement, branchenspezifische einschlägige Indikatoren für die Umweltleistung und Leistungsrichtwerte für die Tourismusbranche gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 104 vom 20.4.2016, S. 27)

11. 32016 D 1621: Beschluss (EU) 2016/1621 der Kommission vom 7. September 2016 über einen Leitfaden für die Mitteilung von Angaben an Akkreditierungs- und Zulassungsstellen durch in einem anderen als dem Akkreditierungs- oder Zulassungsmitgliedstaat tätige Umweltgutachter gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 242 vom 9.9.2016, S. 32)

www.parlament.gv.at

12. 32017 D 1508: Beschluss (EU) 2017/1508 der Kommission vom 28. August 2017 über das Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Lebensmittel- und Getränkeindustrie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 223 vom 30.8.2017, S. 1)

13. 32017 D 2285: Beschluss (EU) 2017/2285 der Kommission vom 6. Dezember 2017 über die Änderung des Nutzerhandbuchs mit den Schritten, die zur Teilnahme an EMAS nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung unternommen werden müssen (ABl. L 328 vom 12.12.2017, S. 38)

14. 32017 D 2286: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2286 der Kommission vom 6. Dezember 2017 über die Anerkennung der Übereinstimmung der Anforderungen des Umweltmanagementsystems Eco-Lighthouse mit den entsprechenden Anforderungen des Gemeinschaftssystems für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) gemäß Artikel 45 der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (ABl. L 328 vom 12.12.2017, S. 87)

15. 32018 D 0813: Beschluss (EU) 2018/813 der Kommission vom 14. Mai 2018 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für den Agrarsektor gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 145 vom 8.6.2018, S. 1)

www.parlament.gv.at

16. 32019 D 0061: Beschluss (EU) 2019/61 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die öffentliche Verwaltung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 17 vom 18.1.2019, S. 1)

17. 32019 D 0062: Beschluss (EU) 2019/62 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Automobilindustrie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 17 vom 18.1.2019, S. 58)

18. 32019 D 0063: Beschluss (EU) 2019/63 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Elektro- und Elektronikgeräteindustrie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 17 vom 18.1.2019, S. 94)

19. 32020 D 0519: Beschluss (EU) 2020/519 der Kommission vom 3. April 2020 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Abfallbewirtschaftung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 115 vom 14.4.2020, S. 1)

www.parlament.gv.at

20. 32020 D 1802: Beschluss (EU) 2020/1802 der Kommission vom 27. November 2020 über die Änderung des Nutzerhandbuchs mit den Schritten, die zur Teilnahme an EMAS nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung unternommen werden müssen (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 51)

21. 32021 D 2053: Beschluss (EU) 2021/2053 der Kommission vom 8. November 2021 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Herstellung von Metallerzeugnissen für die Zwecke der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 55)

22. 32021 D 2054: Beschluss (EU) 2021/2054 der Kommission vom 8. November 2021 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für den Sektor Telekommunikationsdienste und Informations- und Kommunikationstechnologiedienste (IKT-Dienste) für die Zwecke der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 87)

23. 32010 L 0075: Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (Neufassung) (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 17), berichtigt in ABl. L 158 vom 19.6.2012, S. 25

24. 32012 D 0115: Durchführungsbeschluss 2012/115/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 mit Bestimmungen zu den nationalen Übergangsplänen gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen (ABl. L 52 vom 24.2.2012, S. 12)

www.parlament.gv.at

25. 32012 D 0119: Durchführungsbeschluss 2012/119/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 mit Leitlinien für die Erhebung von Daten sowie für die Ausarbeitung der BVT-Merkblätter und die entsprechenden Qualitätssicherungsmaßnahmen gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen (ABl. L 63 vom 2.3.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 328 vom 28.11.2012, S. 27

26. 32012 D 0134: Durchführungsbeschluss 2012/134/EU der Kommission vom 28. Februar 2012 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Glasherstellung (ABl. L 70 vom 8.3.2012, S. 1)

27. 32012 D 0135: Durchführungsbeschluss 2012/135/EU der Kommission vom 28. Februar 2012 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Eisen- und Stahlerzeugung (ABl. L 70 vom 8.3.2012, S. 63)

28. 32012 D 0249: Durchführungsbeschluss 2012/249/EU der Kommission vom 7. Mai 2012 zur Festlegung der Zeitabschnitte des An- und Abfahrens von Feuerungsanlagen zum Zwecke der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen (ABl. L 123 vom 9.5.2012, S. 44)

29. 32012 D 0795: Durchführungsbeschluss 2012/795/EU der Kommission vom 12. Dezember 2012 zur Festlegung, welche Art von Informationen die Mitgliedstaaten in welcher Form und mit welcher Häufigkeit für die Berichterstattung über die Umsetzung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen zu übermitteln haben (ABl. L 349 vom 19.12.2012, S. 57)

www.parlament.gv.at

30. 32013 D 0084: Durchführungsbeschluss 2013/84/EU der Kommission vom 11. Februar 2013 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf das Gerben von Häuten und Fellen (ABl. L 45 vom 16.2.2013, S. 13)

31. 32013 D 0163: Durchführungsbeschluss 2013/163/EU der Kommission vom 26. März 2013 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Herstellung von Zement, Kalk und Magnesiumoxid (ABl. L 100 vom 9.4.2013, S. 1)

32. 32013 D 0732: Durchführungsbeschluss 2013/732/EU der Kommission vom 9. Dezember 2013 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Chloralkaliindustrie (ABl. L 332 vom 11.12.2013, S. 34)

33. 32014 D 0687: Durchführungsbeschluss 2014/687/EU der Kommission vom 26. September 2014 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Herstellung von Zellstoff, Papier und Karton (ABl. L 284 vom 30.9.2014, S. 76), berichtigt in ABl. L 348 vom 4.12.2014, S. 30

34. 32014 D 0738: Durchführungsbeschluss 2014/738/EU der Kommission vom 9. Oktober 2014 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf das Raffinieren von Mineralöl und Gas (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 38), berichtigt in ABl. L 62 vom 6.3.2015, S. 35

www.parlament.gv.at

35. 32014 D 0768: Durchführungsbeschluss 2014/768/EU der Kommission vom 30. Oktober 2014 zur Festlegung, welche Art von Informationen die Mitgliedstaaten in welcher Form und mit welcher Häufigkeit gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über integrierte Emissionsmanagementtechniken in Mineralöl- und Gasraffinerien zu übermitteln haben (ABl. L 315 vom 1.11.2014, S. 15)

36. 32015 D 2119: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2119 der Kommission vom 20. November 2015 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Herstellung von Platten auf Holzbasis (ABl. L 306 vom 24.11.2015, S. 31)

37. 32016 D 1032: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1032 der Kommission vom 13. Juni 2016 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für die Nichteisenmetallindustrie (ABl. L 174 vom 30.6.2016, S. 32)

38. 32017 D 0302: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/302 der Kommission vom 15. Februar 2017 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Intensivhaltung oder -aufzucht von Geflügel oder Schweinen (ABl. L 43 vom 21.2.2017, S. 231)

39. 32016 D 0902: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/902 der Kommission vom 30. Mai 2016 zur Festlegung der Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für eine einheitliche Abwasser-/Abgasbehandlung und einheitliche Abwasser-/Abgasmanagementsysteme in der Chemiebranche (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 23)

40. 32017 D 1442: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1442 der Kommission vom 31. Juli 2017 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für Großfeuerungsanlagen (ABl. L 212 vom 17.8.2017, S. 1)

41. 32017 D 2117: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2117 der Kommission vom 21. November 2017 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die die Herstellung von organischen Grundchemikalien (ABl. L 323 vom 7.12.2017, S. 1)

42. 32018 D 1147: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1147 der Kommission vom 10. August 2018 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für die Abfallbehandlung (ABl. L 208 vom 17.8.2018, S. 38)

43. 32018 D 1135: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1135 der Kommission vom 10. August 2018 zur Festlegung, welche Art von Informationen die Mitgliedstaaten in welcher Form und mit welcher Häufigkeit für die Berichterstattung über die Umsetzung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen zu übermitteln haben (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 40)

44. 32019 D 2031: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2031 der Kommission vom 12. November 2019 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für die Nahrungsmittel-, Getränke- und Milchindustrie (ABl. L 313 vom 4.12.2019, S. 60)

www.parlament.gv.at

45. 32019 D 2010: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2010 der Kommission vom 12. November 2019 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Abfallverbrennung (ABl. L 312 vom 3.12.2019, S. 55)

46. 32020 D 2009: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2009 der Kommission vom 22. Juni 2020 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Behandlung von Oberflächen unter Verwendung von organischen Lösungsmitteln, einschließlich der Konservierung von Holz und Holzerzeugnissen mit Chemikalien (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 19)

47. 32021 D 2326: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2326 der Kommission vom 30. November 2021 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für Großfeuerungsanlagen (ABl. L 469 vom 30.12.2021, S. 1)

48. 32022 D 2110: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2110 der Kommission vom 11. Oktober 2022 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Eisenmetallverarbeitungsindustrie (ABl. L 284 vom 4.11.2022, S. 69)

49. 32022 D 2427: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2427 der Kommission vom 6. Dezember 2022 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf einheitliche Abgasmanagement- und -behandlungssysteme in der Chemiebranche (ABl. L 318 vom 12.12.2022, S. 157)

50. 32022 D 2508: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2508 der Kommission vom 9. Dezember 2022 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Textilindustrie (ABl. L 325 vom 20.12.2022, S. 112)

51. 32001 L 0042: Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (ABl. L 197 vom 21.7.2001, S. 30)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b der Richtlinie findet keine Anwendung.

b) Die Worte „wie etwa die gemäß den Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG ausgewiesenen Gebiete“ werden aus Anhang I Buchstabe d (Informationen gemäß Artikel 5 Absatz 1) der Richtlinie gestrichen.

c) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Absatz 2 dieses Artikels genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Inkrafttreten dieses Abkommens.

52. 32006 R 0166: Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2006 über die Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters und zur Änderung der Richtlinien 91/689/EWG und 96/61/EG des Rates (ABl. L 33 vom 4.2.2006, S. 1), geändert durch:

– 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

www.parlament.gv.at

– 32019 R 1010: Verordnung (EU) 2019/1010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 170 vom 25.6.2019, S. 115)

– 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

53. 32010 D 0205: Beschluss 2010/205/EU der Kommission vom 31. März 2010 über den Fragebogen für die Berichterstattung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters und zur Änderung der Richtlinien 91/689/EWG und 96/61/EG des Rates (ABl. L 88 vom 8.4.2010, S. 18)

54. 32019 D 1741: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1741 der Kommission vom 23. September 2019 zur Festlegung, in welcher Form und mit welcher Häufigkeit die Mitgliedstaaten Daten für die Berichterstattung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters und zur Änderung der Richtlinien 91/689/EWG und 96/61/EG des Rates zu übermitteln haben (ABl. L 267 vom 21.10.2019, S. 3), geändert durch:

– 32022 D 0142: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/142 der Kommission vom 31. Januar 2022 (ABl. L 23 vom 2.2.2022, S. 25)

Dieser Beschluss gilt mit folgender Anpassung:

In Artikel 1 werden die Worte „Berichtsjahr 2019“ durch die Worte „Berichtsjahr nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt.

www.parlament.gv.at

55. 32004 L 0035: Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (ABl. L 143 vom 30.4.2004, S. 56), geändert durch:

– 32006 L 0021: Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 (ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 15)

– 32009 L 0031: Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114)

– 32019 R 1010: Verordnung (EU) 2019/1010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 170 vom 25.6.2019, S. 115)

Diese Richtlinie gilt mit folgenden Anpassungen:

a) Unbeschadet künftiger Maßnahmen des mit diesem Abkommen eingerichteten Gemeinsamen Ausschusses ist darauf hinzuweisen, dass folgende Rechtsakte der Gemeinschaft nicht in dieses Abkommen aufgenommen wurden:

i) 31979 L 0409: Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (ABl. L 103 vom 25.4.1979, S. 1)

ii) 31992 L 0043: Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7)

Daher gelten keinerlei Bezugnahmen auf diese Rechtsakte.

www.parlament.gv.at

b) Artikel 2 Absatz 3 findet keine Anwendung.

c) „geschützte Arten und natürliche Lebensräume“ bedeutet:

Wenn San Marino dies vorsieht, Lebensräume oder Arten oder Typen von Lebensräumen oder Arten, die von San Marino für gleichartige Zwecke wie in den beiden in Artikel 2 Absatz 3 genannten Richtlinien ausgewiesen werden.

56. 32007 L 0002: Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE) (ABl. L 108 vom 25.4.2007, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die in Artikel 6 Buchstabe a, Artikel 6 Buchstabe b und Artikel 7 Absatz 3 genannten Fristen beziehen sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Die in Artikel 21 Absatz 2 und Artikel 24 Absatz 1 genannten Daten beziehen sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

c) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

www.parlament.gv.at

57. 32008 R 1205: Verordnung (EG) Nr. 1205/2008 der Kommission vom 3. Dezember 2008 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Metadaten (ABl. L 326 vom 4.12.2008, S. 12), berichtigt in ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 83

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

58. 32019 D 1372: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1372 der Kommission vom 19. August 2019 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Überwachung und Berichterstattung (ABl. L 220 vom 23.8.2019, S. 1)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

59. 32009 R 0976: Verordnung (EG) Nr. 976/2009 der Kommission vom 19. Oktober 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Netzdienste (ABl. L 274 vom 20.10.2009, S. 9), geändert durch:

– 32010 R 1088: Verordnung (EU) Nr. 1088/2010 der Kommission vom 23. November 2010 (ABl. L 323 vom 8.12.2010, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32014 R 1311: Verordnung (EU) Nr. 1311/2014 der Kommission vom 10. Dezember 2014 (ABl. L 354 vom 11.12.2014, S. 6)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die in Artikel 4 genannten Daten beziehen sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

60. 32010 R 0268: Verordnung (EU) Nr. 268/2010 der Kommission vom 29. März 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf den Zugang der Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft zu Geodatensätzen und -diensten der Mitgliedstaaten nach harmonisierten Bedingungen (ABl. L 83 vom 30.3.2010, S. 8)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die in Artikel 8 gesetzten Fristen beziehen sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

www.parlament.gv.at

61. 32010 R 1089: Verordnung (EG) Nr. 1089/2010 der Kommission vom 23. November 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Interoperabilität von Geodatensätzen und -diensten (ABl. L 323 vom 8.12.2010, S. 11), geändert durch:

– 32011 R 0102: Verordnung (EU) Nr. 102/2011 der Kommission vom 4. Februar 2011 (ABl. L 31 vom 5.2.2011, S. 13)

– 32013 R 1253: Verordnung (EU) Nr. 1253/2013 der Kommission vom 21. Oktober 2013 (ABl. L 331 vom 10.12.2013, S. 1)

– 32014 R 1312: Verordnung (EU) Nr. 1312/2014 der Kommission vom 10. Dezember 2014 (ABl. L 354 vom 11.12.2014, S. 8)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Das in Artikel 14a genannten Datum bezieht sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

62. 32003 L 0035: Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten (ABl. L 156 vom 25.6.2003, S. 17)

www.parlament.gv.at

63. 32009 L 0128: Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 71), berichtigt in ABl. L 161 vom 29.6.2010, S. 11, geändert durch:

– 32019 L 0782: Richtlinie (EU) 2019/782 der Kommission vom 15. Mai 2019 (ABl. L 127 vom 16.5.2019, S. 4)

64. 31997 R 0338: Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (ABl. L 61 vom 3.3.1997, S. 1)

65. 32008 L 0099: Richtlinie 2008/99/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt (ABl. L 328 vom 6.12.2008, S. 28)

Diese Richtlinie gilt mit folgender Anpassung:

Da bestimmte in dieser Richtlinie aufgeführten EU-Rechtsakte nicht in dieses Abkommen aufgenommen wurden, gelten alle Bezugnahmen auf diese Rechtsakte, auf Definitionen in diesen Rechtsakten und auf als Straftat geltendes Verhalten, das unter die in dieser Richtlinie aufgeführten Rechtsakte fällt, nicht. Derzeit handelt es sich um folgende Rechtsakte:

i) 31976 L 0160: Richtlinie 76/160/EWG des Rates vom 8. Dezember 1975 über die Qualität der Badegewässer (ABl. L 31 vom 5.2.1976, S. 1)

ii) 31979 L 0409: Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (ABl. L 103 vom 25.4.1979, S. 1)

iii) 31992 L 0043: Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7)

iv) 31996 L 0029: Richtlinie 96/29/Euratom des Rates vom 13. Mai 1996 zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren durch ionisierende Strahlungen (ABl. L 159 vom 29.6.1996, S. 1)

v) 32019 R 1587: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1587 der Kommission vom 24. September 2019 zum Verbot der Einfuhr von Exemplaren bestimmter Arten wild lebender Tiere und Pflanzen in die Union gemäß der Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates über den Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (ABl. L 248 vom 27.9.2019, S. 5)

vi) 32013 L 0059: Richtlinie 2013/59/Euratom des Rates vom 5. Dezember 2013 zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen für den Schutz vor den Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung und zur Aufhebung der Richtlinien 89/618/Euratom, 90/641/Euratom, 96/29/Euratom, 97/43/Euratom und 2003/122/Euratom (ABl. L 13 vom 17.1.2014, S. 1)

vii) 32006 L 0007: Richtlinie 2006/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2006 über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung (ABl. L 64 vom 4.3.2006, S. 37)

viii) 32006 L 0044: Richtlinie 2006/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Qualität von Süßwasser, das schutz- oder verbesserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten (ABl. L 264 vom 25.9.2006, S. 20)

ix) 32006 L 0117: Richtlinie 2006/117/Euratom des Rates vom 20. November 2006 über die Überwachung und Kontrolle der Verbringungen radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente (ABl. L 337 vom 5.12.2006, S. 21)

66. 32010 R 0066: Verordnung (EG) Nr. 66/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über das EU-Umweltzeichen (ABl. L 27 vom 30.1.2010, S. 1), berichtigt in ABl. L 108 vom 29.4.2010, S. 355, geändert durch:

– 32013 R 0782: Verordnung (EU) Nr. 782/2013 der Kommission vom 14. August 2013 (ABl. L 219 vom 15.8.2013, S. 26)

– 32017 R 1941: Verordnung (EU) 2017/1941 der Kommission vom 24. Oktober 2017 (ABl. L 275 vom 25.10.2017, S. 9)

67. 32022 D 1244: Beschluss (EU) 2022/1244 der Kommission vom 13. Juli 2022 zur Festlegung von EU-Umweltzeichenkriterien für Kultursubstrate und Bodenverbesserungsmittel (ABl. L 190 vom 19.7.2022, S. 141)

68. 32017 D 1218: Beschluss (EU) 2017/1218 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Waschmittel (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 63), geändert durch:

– 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)

– 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)

69. 32014 D 0350: Beschluss 2014/350/EU der Kommission vom 5. Juni 2014 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Textilerzeugnisse (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 45), geändert durch:

– 32017 D 1392: Beschluss (EU) 2017/1392 der Kommission vom 25. Juli 2017 (ABl. L 195 vom 27.7.2017, S. 36)

– 32020 D 1805: Beschluss (EU) 2020/1805 der Kommission vom 27. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 89)

70. 32016 D 1349: Beschluss (EU) 2016/1349 der Kommission vom 5. August 2016 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Schuhe (ABl. L 214 vom 9.8.2016, S. 16), geändert durch:

– 32020 D 1805: Beschluss (EU) 2020/1805 der Kommission vom 27. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 89)

71. 32017 D 1216: Beschluss (EU) 2017/1216 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Maschinengeschirrspülmittel (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 31), geändert durch:

– 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)

– 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)

www.parlament.gv.at

72. 32020 D 1804: Beschluss (EU) 2020/1804 der Kommission vom 27. November 2020 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für elektronische Displays (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 73)

73. 32021 D 0476: Beschluss (EU) 2021/476 der Kommission vom 16. März 2021 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Hartbeläge (ABl. L 99 vom 22.3.2021, S. 37)

74. 32017 D 0175: Beschluss (EU) 2017/175 der Kommission vom 25. Januar 2017 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens an Beherbergungsbetriebe (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 9), geändert durch:

– 32021 D 1845: Beschluss (EU) 2021/1845 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 376 vom 22.10.2021, S. 1)

– 32023 D 0705: Beschluss (EU) 2023/705 der Kommission vom 29. März 2023 (ABl. L 92 vom 30.3.2023, S. 19)

75. 32017 D 1214: Beschluss (EU) 2017/1214 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Handgeschirrspülmittel (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 1), geändert durch:

– 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)

– 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)

www.parlament.gv.at

76. 32017 D 1217: Beschluss (EU) 2017/1217 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Reinigungsmittel für harte Oberflächen (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 45), geändert durch:

– 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)

77. 32014 D 0312: Beschluss 2014/312/EU der Kommission vom 28. Mai 2014 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Innen- und Außenfarben und -lacke (ABl. L 164 vom 3.6.2014, S. 45), geändert durch:

– 32015 D 0886: Beschluss (EU) 2015/886 der Kommission vom 8. Juni 2015 (ABl. L 144 vom 10.6.2015, S. 12)

– 32016 D 0397: Beschluss (EU) 2016/397 der Kommission vom 16. März 2016 (ABl. L 73 vom 18.3.2016, S. 100)

– 32018 D 0666: Beschluss (EU) 2018/666 der Kommission vom 27. April 2018 (ABl. L 111 vom 2.5.2018, S. 2)

– 32020 D 0503: Beschluss (EU) 2020/503 der Kommission vom 3. April 2020 (ABl. L 109 vom 7.4.2020, S. 14)

– 32021 D 1871: Beschluss (EU) 2021/1871 der Kommission vom 22. Oktober 2021 (ABl. L 379 vom 26.10.2021, S. 49)

– 32022 D 1229: Beschluss (EU) 2022/1229 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 189 vom 18.7.2022, S. 20)

78. 32014 D 0391: Beschluss 2014/391/EU der Kommission vom 23. Juni 2014 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Bettmatratzen (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 18), geändert durch:

– 32018 D 1590: Beschluss (EU) 2018/1590 der Kommission vom 19. Oktober 2018 (ABl. L 264 vom 23.10.2018, S. 24)

– 32022 D 1229: Beschluss (EU) 2022/1229 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 189 vom 18.7.2022, S. 20)

79. 32021 D 1870: Beschluss (EU) 2021/1870 der Kommission vom 22. Oktober 2021 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für kosmetische Mittel und Tierpflegeprodukte (ABl. L 379 vom 26.10.2021, S. 8)

80. 32017 D 0176: Beschluss (EU) 2017/176 der Kommission vom 25. Januar 2017 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Bodenbeläge auf Holz-, Kork- und Bambusbasis (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 44), geändert durch:

– 32022 D 1229: Beschluss (EU) 2022/1229 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 189 vom 18.7.2022, S. 20)

81. 32016 D 1332: Beschluss (EU) 2016/1332 der Kommission vom 28. Juli 2016 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Möbel (ABl. L 210 vom 4.8.2016, S. 100), geändert durch:

– 32022 D 1229: Beschluss (EU) 2022/1229 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 189 vom 18.7.2022, S. 20)

www.parlament.gv.at

82. 32017 D 1215: Beschluss (EU) 2017/1215 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Maschinengeschirrspülmittel für den industriellen und institutionellen Bereich (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 16), geändert durch:

– 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)

– 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)

83. 32017 D 1219: Beschluss (EU) 2017/1219 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Waschmittel für den industriellen und institutionellen Bereich (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 79), geändert durch:

– 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)

– 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)

84. 32013 D 0250: Beschluss 2013/250/EU der Kommission vom 21. Mai 2013 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Sanitärarmaturen (ABl. L 145 vom 31.5.2013, S. 6), berichtigt in ABl. L 280 vom 22.10.2013, S. 32

85. 32013 D 0641: Beschluss 2013/641/EU der Kommission vom 7. November 2013 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für WC und Urinale (ABl. L 299 vom 9.11.2013, S. 38)

www.parlament.gv.at

86. 32013 D 0806: Beschluss 2013/806/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für bildgebende Geräte (ABl. L 353 vom 28.12.2013, S. 53)

87. 32014 D 0314: Beschluss 2014/314/EU der Kommission vom 28. Mai 2014 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Warmwasser-Heizgeräte (ABl. L 164 vom 3.6.2014, S. 83), berichtigt in ABl. L 298 vom 16.10.2014, S. 62

88. 32014 D 0350: Beschluss 2014/350/EU der Kommission vom 5. Juni 2014 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Textilerzeugnisse (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 45), geändert durch:

– 32017 D 1392: Beschluss (EU) 2017/1392 der Kommission vom 25. Juli 2017 (ABl. L 195 vom 27.7.2017, S. 36)

– 32020 D 1805: Beschluss (EU) 2020/1805 der Kommission vom 27. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 89)

89. 32018 D 0680: Beschluss (EU) 2018/680 der Kommission vom 2. Mai 2018 zur Festlegung der Kriterien des EU-Umweltzeichens für Gebäudereinigungsdienste (ABl. L 114 vom 4.5.2018, S. 22)

90. 32018 D 1702: Beschluss (EU) 2018/1702 der Kommission vom 8. November 2018 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Schmierstoffe (ABl. L 285 vom 13.11.2018, S. 82)

91. 32019 D 0070: Beschluss (EU) 2019/70 der Kommission vom 11. Januar 2019 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für grafisches Papier und der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Hygienepapier und Hygienepapierprodukte (ABl. L 15 vom 17.1.2019, S. 27)

www.parlament.gv.at

92. 32020 D 1803: Beschluss (EU) 2020/1803 der Kommission vom 27. November 2020 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Druckerzeugnisse, Schreibwaren aus Papier und Papiertragetaschenerzeugnisse (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 53)

KAPITEL 2

WASSER

1. 32020 L 2184: Richtlinie (EU) 2020/2184 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Neufassung) (ABl. L 435 vom 23.12.2020, S. 1)

2. 32022 D 0679: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/679 der Kommission vom 19. Januar 2022 zur Erstellung einer Beobachtungsliste der für Wasser für den menschlichen Gebrauch bedenklichen Stoffe und Verbindungen gemäß der Richtlinie (EU) 2020/2184 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 41)

3. 32020 R 0741: Verordnung (EU) 2020/741 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 über Mindestanforderungen an die Wasserwiederverwendung (ABl. L 177 vom 5.6.2020, S. 32)

4. 31991 L 0271: Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser (ABl. L 135 vom 30.5.1991, S. 40), geändert durch:

   – 31998 L 0015: Richtlinie 98/15/EG der Kommission vom 27. Februar 1998 (ABl. L 67 vom 7.3.1998, S. 29), berichtigt in ABl. L 189 vom 17.7.2015, S. 41

   – 32003 R 1882 Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

   – 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32013 L 0064: Richtlinie 2013/64/EU des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 353 vom 28.12.2013, S. 8)

5. 32014 D 0431: Durchführungsbeschluss 2014/431/EU der Kommission vom 26. Juni 2014 über die Formblätter für die Mitteilung der einzelstaatlichen Programme zur Durchführung der Richtlinie 91/271/EWG des Rates (ABl. L 197 vom 4.7.2014, S. 77)

6. 31991 L 0676: Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen (ABl. L 375 vom 31.12.1991, S. 1), geändert durch:

– 32003 R 1882 Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

7. 32000 L 0060: Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1), geändert durch:

– 32001 D 2455: Entscheidung Nr. 2455/2001/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2001 (ABl. L 331 vom 15.12.2001, S. 1)

– 32008 L 0105: Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 84)

www.parlament.gv.at

– 32009 L 0031: Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114)

– 32013 L 0039: Richtlinie 2013/39/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 (ABl. L 226 vom 24.8.2013, S. 1)

– 32014 L 0101: Richtlinie 2014/101/EU der Kommission vom 30. Oktober 2014 (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 32)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Unbeschadet künftiger Maßnahmen des mit diesem Abkommen eingerichteten Gemeinsamen Ausschusses werden folgende Rechtsakte der Gemeinschaft nicht in dieses Abkommen aufgenommen:

   i) 31976 L 0160: Richtlinie 76/160/EWG des Rates vom 8. Dezember 1975 über die Qualität der Badegewässer (ABl. L 31 vom 5.2.1976, S. 1)

   ii) 31979 L 0409: Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (ABl. L 103 vom 25.4.1979, S. 1)

   iii) 31992 L 0043: Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7)

   iv) 32006 L 0113: Richtlinie 2006/113/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über die Qualitätsanforderungen an Muschelgewässer (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 14)

v) 32006 L 0044: Richtlinie 2006/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Qualität von Süßwasser, das schutz- oder verbesserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten (ABl. L 264 vom 25.9.2006, S. 20)

b) Die in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a Ziffern ii und iii, Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii, Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c, Artikel 5 Absätze 1 und 2, Artikel 6 Absatz 1, Artikel 8 Absatz 2, Artikel 10 Absatz 2, Artikel 11 Absätze 7 und 8, Artikel 13 Absätze 6 und 7 sowie Artikel 17 Absatz 4 genannten Fristen, die ab dem Tag des Inkrafttretens der Richtlinie laufen, gelten ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

c) Gemäß Artikel 14 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt jede Bezugnahme auf das in Artikel 24 dieser Richtlinie genannte Datum als Bezugnahme auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

8. 32006 L 0118: Richtlinie 2006/118/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung (ABl. L 372 vom 27.12.2006, S. 19), geändert durch:

– 32014 L 0080: Richtlinie 2014/80/EU der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 52)

www.parlament.gv.at

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

9. 32018 D 0229: Beschluss (EU) 2018/229 der Kommission vom 12. Februar 2018 zur Festlegung der Werte für die Einstufungen im Rahmen des Überwachungssystems des jeweiligen Mitgliedstaats als Ergebnis der Interkalibrierung gemäß der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 2013/480/EU der Kommission (ABl. L 47 vom 20.2.2018, S. 1)

10. 32005 D 0646: Entscheidung 2005/646/EG der Kommission vom 17. August 2005 über die Erstellung eines Verzeichnisses von Orten, die das Interkalibrierungsnetz gemäß der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates bilden sollen (ABl. L 243 vom 19.9.2005, S. 1)

11. 32008 L 0105: Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien des Rates 82/176/EWG, 83/513/EWG, 84/156/EWG, 84/491/EWG und 86/280/EWG sowie zur Änderung der Richtlinie 2000/60/EG (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 84), geändert durch:

   – 32013 L 0039: Richtlinie 2013/39/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 (ABl. L 226 vom 24.8.2013, S. 1)

12. 32009 L 0090: Richtlinie 2009/90/EG der Kommission vom 31. Juli 2009 zur Festlegung technischer Spezifikationen für die chemische Analyse und die Überwachung des Gewässerzustands gemäß der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 201 vom 1.8.2009, S. 36)

13. 32022 D 1307: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1307 der Kommission vom 22. Juli 2022 zur Erstellung einer Beobachtungsliste von Stoffen für eine unionsweite Überwachung im Bereich der Wasserpolitik gemäß der Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 117)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 3

LUFT

1. 32008 L 0050: Richtlinie 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa (ABl. L 152 vom 11.6.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32015 L 1480: Richtlinie (EU) 2015/1480 der Kommission vom 28. August 2015 (ABl. L 226 vom 29.8.2015, S. 4)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

2. 32011 D 0850: Durchführungsbeschluss 2011/850/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 mit Bestimmungen zu den Richtlinien 2004/107/EG und 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf den Austausch von Informationen und die Berichterstattung über die Luftqualität (ABl. L 335 vom 17.12.2011, S. 86), berichtigt in ABl. L 156 vom 20.6.2017, S. 36

www.parlament.gv.at

3. 31987 L 0217: Richtlinie 87/217/EWG des Rates vom 19. März 1987 zur Verhütung und Verringerung der Umweltverschmutzung durch Asbest (ABl. L 85 vom 28.3.1987, S. 40), geändert durch:

   – 11994 N 003: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21), geändert durch ABl. L 1 vom 1.1.1995, S. 1)

   – 32018 D 0853: Beschluss (EU) 2018/853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 155)

4. 32009 L 0030: Richtlinie 2009/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG im Hinblick auf die Spezifikationen für Otto-, Diesel- und Gasölkraftstoffe und die Einführung eines Systems zur Überwachung und Verringerung der Treibhausgasemissionen sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG des Rates im Hinblick auf die Spezifikationen für von Binnenschiffen gebrauchte Kraftstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 93/12/EWG (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 88), geändert durch:

   – 32016 L 0802: Richtlinie (EU) 2016/802 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe (kodifizierter Text) (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 58)

   Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Zur Anwendung siehe Anhang II Kapitel 14 „Umweltschutz“.

5. 32016 L 0802: Richtlinie (EU) 2016/802 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe (kodifizierter Text) (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 58)

6. 32010 D 0769: Beschluss 2010/769/EU der Kommission vom 13. Dezember 2010 über die Festlegung von Kriterien für den Einsatz von Technologien, die bei Flüssiggastankern eine Alternative zur Verwendung schwefelarmer Schiffskraftstoffe darstellen, die den Anforderungen des Artikels 4b der Richtlinie 1999/32/EG des Rates über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe in der durch die Richtlinie 2005/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen geänderten Fassung entsprechen (ABl. L 328 vom 14.12.2010, S. 15)

7. 32015 D 0253: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/253 der Kommission vom 16. Februar 2015 zur Regelung der Probenahmen und der Berichterstattung gemäß der Richtlinie 1999/32/EG des Rates bezüglich des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen (ABl. L 41 vom 17.2.2015, S. 55)

8. 32004 D 0279: Entscheidung 2004/279/EG der Kommission vom 19. März 2004 über Leitlinien für die Umsetzung der Richtlinie 2002/3/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Ozongehalt der Luft (ABl. L 87 vom 25.3.2004, S. 50)

9. 32004 L 0107: Richtlinie 2004/107/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 über Arsen, Kadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in der Luft (ABl. L 23 vom 26.1.2005, S. 3), geändert durch:

   – 32015 L 1480: Richtlinie (EU) 2015/1480 der Kommission vom 28. August 2015 (ABl. L 226 vom 29.8.2015, S. 4)

10. 32016 L 2284: Richtlinie (EU) 2016/2284 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 über die Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe, zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/81/EG (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 1)

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

11. 32009 L 0126: Richtlinie 2009/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über Phase II der Benzindampf-Rückgewinnung beim Betanken von Kraftfahrzeugen an Tankstellen (ABl. L 285 vom 31.10.2009, S. 36), geändert durch:

    – 32014 L 0099: Richtlinie 2014/99/EU der Kommission vom 21. Oktober 2014 (ABl. L 304 vom 23.10.2014, S. 89)

    – 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

12. 32015 L 2193: Richtlinie (EU) 2015/2193 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 zur Begrenzung der Emissionen bestimmter Schadstoffe aus mittelgroßen Feuerungsanlagen in die Luft (ABl. L 313 vom 28.11.2015, S. 1)

13. 32019 D 1713: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1713 der Kommission vom 9. Oktober 2019 zur Festlegung des Formats der von den Mitgliedstaaten für die Berichterstattung über die Durchführung der Richtlinie (EU) 2015/2193 des Europäischen Parlaments und des Rates zu übermittelnden Informationen (ABl. L 260 vom 11.10.2019, S. 65)

KAPITEL 4

CHEMISCHE STOFFE, INDUSTRIELLE RISIKEN UND BIOTECHNOLOGIE

1. 31997 D 0283: Entscheidung 97/283/EG der Kommission vom 21. April 1997 über harmonisierte Maßnahmen für die Festlegung der Massenkonzentration von Dioxinen und Furanen in den Emissionen gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Richtlinie 94/67/EG über die Verbrennung gefährlicher Abfälle (ABl. L 113 vom 30.4.1997, S. 11)

2. 31996 L 0059: Richtlinie 96/59/EG des Rates vom 16. September 1996 über die Beseitigung polychlorierter Biphenyle und polychlorierter Terphenyle (PCB/PCT) (ABl. L 243 vom 24.9.1996, S. 31), geändert durch:

   – 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

3. 32017 R 0852: Verordnung (EU) 2017/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 über Quecksilber und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1102/2008 (ABl. L 137 vom 24.5.2017, S. 1), geändert durch:

   – 32022 R 2526: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2526 der Kommission vom 23. September 2022 (ABl. L 328 vom 22.12.2022, S. 66)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   a) In Artikel 2 Nummer 6 wird die Angabe „Artikel 28 Absatz 2 AEUV“ durch die Angabe „Artikel 6 des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

www.parlament.gv.at

b) In Artikel 2 Nummern 6 und 7 werden nach den Worten „das Zollgebiet der Union“ die Worte „oder das Gebiet San Marinos“ eingefügt.

c) In Artikel 2 Nummer 7 finden die Worte „anderen [Zollverfahren] als dem externen Unionsversandverfahren“ keine Anwendung.

d) Die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Ausfuhr- und Einfuhrbeschränkungen gelten nicht zwischen der EU und San Marino und umgekehrt. Dies gilt unbeschadet strengerer Ausfuhr- und Einfuhrverbote, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens in San Marino gelten. San Marino trifft wirksame Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Quecksilber nicht aus der EU ausgeführt oder über San Marino in die EU eingeführt wird.

e) In Artikel 8 Absatz 4 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Hat ein Wirtschaftsteilnehmer die zuständigen Behörden in San Marino gemäß Absatz 3 unterrichtet und ist San Marino der Auffassung, dass die in Absatz 6 Unterabsatz 1 genannten Kriterien erfüllt sind, so leitet San Marino die Mitteilung an die Kommission weiter. San Marino unterrichtet die Kommission über Fälle, in denen es der Ansicht ist, die Kriterien gemäß Absatz 6 Unterabsatz 1 seien nicht erfüllt gewesen.“

f) In Artikel 8 Absatz 6 wird folgender Unterabsatz angefügt: „Die Durchführungsrechtsakte der Kommission, in denen festgelegt wird, ob ein einschlägiges neues quecksilberhaltiges Produkt oder ein neues Herstellungsverfahren zugelassen ist, sind allgemein anwendbar und werden in das Assoziationsabkommens aufgenommen.“

www.parlament.gv.at

g) In Artikel 10 Absatz 1 werden die Worte „Ab dem 1. Januar 2019“ für San Marino durch die Worte „Ab einem Jahr nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 2 werden die Worte „Ab dem 1. Juli 2018“ für San Marino durch die Worte „Ab sechs Monate nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 3 werden die Worte „Bis zum 1. Juli 2019“ für San Marino durch die Worte „Ab achtzehn Monate nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 4 werden die Worte „Ab dem 1. Januar 2019“ für San Marino durch die Worte „Ab einem Jahr nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe a werden die Worte „nach dem 1. Januar 2018“ für San Marino durch die Worte „nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe b werden die Worte „ab dem 1. Januar 2021“ für San Marino durch die Worte „ab drei Jahre nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

h) In Artikel 18 Absatz 1 werden die Worte „bis zum 1. Januar 2020“ durch die Worte „ab zwei Jahre nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

i) Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b findet keine Anwendung.

4. 32019 D 1752: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1752 der Kommission vom 25. Februar 2019 zur Erstellung der Fragebögen sowie zur Festlegung von Format und Häufigkeit der von den Mitgliedstaaten im Einklang mit der Verordnung (EU) 2017/852 des Europäischen Parlaments und des Rates zu erstellenden Berichte (ABl. L 269 vom 23.10.2019, S. 5)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 1 und Anhang I gelten nicht für San Marino.

5. 32012 L 0018: Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG des Rates (ABl. L 197 vom 24.7.2012, S. 1)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

www.parlament.gv.at

6. 32014 D 0896: Durchführungsbeschluss 2014/896/EU der Kommission vom 10. Dezember 2014 über das Format für die Übermittlung der Informationen der Mitgliedstaaten über die Umsetzung der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (ABl. L 355 vom 12.12.2014, S. 55)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

7. 32009 D 0010: Entscheidung 2009/10/EG der Kommission vom 2. Dezember 2008 zur Festlegung eines Meldevordrucks für schwere Unfälle gemäß der Richtlinie 96/82/EG des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (ABl. L 6 vom 10.1.2009, S. 64)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

8. 32014 D 0895: Durchführungsbeschluss 2014/895/EU der Kommission vom 10. Dezember 2014 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (ABl. L 355 vom 12.12.2014, S. 51)

www.parlament.gv.at

9. 32022 D 1979: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1979 der Kommission vom 31. August 2022 zur Erstellung des Formulars und der Datenbanken für die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 18 Absatz 1 und Artikel 21 Absatz 3 der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen und zur Aufhebung des Beschlusses 2014/895/EU der Kommission (ABl. L 272 vom 20.10.2022, S. 14)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

KAPITEL 5

ABFALL

1. 31986 L 0278: Richtlinie 86/278/EWG des Rates vom 12. Juni 1986 über den Schutz der Umwelt und insbesondere der Böden bei der Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft (ABl. L 181 vom 4.7.1986, S. 6), geändert durch:

   – 32003 R 0807: Verordnung (EG) Nr. 807/2003 des Rates vom 14. April 2003 (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 36)

   – 32018 D 0853: Beschluss (EU) 2018/853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 155)

   – 32019 R 1010: Verordnung (EU) 2019/1010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 170 vom 25.6.2019, S. 115)

2. 32000 D 0532: Entscheidung 2000/532/EG der Kommission vom 3. Mai 2000 zur Ersetzung der Entscheidung 94/3/EG über ein Abfallverzeichnis gemäß Artikel 1 Buchstabe a) der Richtlinie 75/442/EWG des Rates über Abfälle und der Entscheidung 94/904/EG des Rates über ein Verzeichnis gefährlicher Abfälle im Sinne von Artikel 1 Absatz 4 der Richtlinie 91/689/EWG über gefährliche Abfälle (ABl. L 226 vom 6.9.2000, S. 3), geändert durch:

   – 32001 D 0118: Entscheidung 2001/118/EG der Kommission vom 16. Januar 2001 (ABl. L 47 vom 16.2.2001, S. 1)

   – 32001 D 0119: Entscheidung 2001/119/EG der Kommission vom 22. Januar 2001 (ABl. L 47 vom 16.2.2001, S. 32)

www.parlament.gv.at

– 32001 D 0573: Beschluss 2001/573/EG des Rates vom 23. Juli 2001 (ABl. L 203 vom 28.7.2001, S. 18)

– 32014 D 0955: Beschluss 2014/955/EU der Kommission vom 18. Dezember 2014 (ABl. L 370 vom 30.12.2014, S. 44), berichtigt in ABl. L 40 vom 17.2.2017, S. 78

3. 32006 R 1013: Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen (ABl. L 190 vom 12.7.2006, S. 1), geändert durch:

– 32007 R 1379: Verordnung (EG) Nr. 1379/2007 der Kommission vom 26. November 2007 (ABl. L 309 vom 27.11.2007, S. 7)

– 32008 R 0669: Verordnung (EG) Nr. 669/2008 der Kommission vom 15. Juli 2008 (ABl. L 188 vom 16.7.2008, S. 7)

– 32009 R 0308: Verordnung (EG) Nr. 308/2009 der Kommission vom 15. April 2009 (ABl. L 97 vom 16.4.2009, S. 8)

– 32009 L 0031: Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114)

– 32010 R 0413: Verordnung (EU) Nr. 413/2010 der Kommission vom 12. Mai 2010 (ABl. L 119 vom 13.5.2010, S. 1)

– 32011 R 0664: Verordnung (EU) Nr. 664/2011 der Kommission vom 11. Juli 2011 (ABl. L 182 vom 12.7.2011, S. 2)

www.parlament.gv.at

– 32012 R 0135: Verordnung (EU) Nr. 135/2012 der Kommission vom 16. Februar 2012 (ABl. L 46 vom 17.2.2012, S. 30)

– 32013 R 0255: Verordnung (EU) Nr. 255/2013 der Kommission vom 20. März 2013 (ABl. L 179 vom 21.3.2013, S. 19)

– 32014 R 0660: Verordnung (EU) Nr. 660/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 135)

– 32014 R 1234: Verordnung (EU) Nr. 1234/2014 der Kommission vom 18. November 2014 (ABl. L 332 vom 19.11.2014, S. 15)

– 32015 R 2002: Verordnung (EU) 2015/2002 der Kommission vom 10. November 2015 (ABl. L 294 vom 11.11.2015, S. 1)

– 32020 R 2174: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2174 der Kommission vom 19. Oktober 2020 (ABl. L 433 vom 22.12.2020, S. 11)

4. 32007 R 1418: Verordnung (EG) Nr. 1418/2007 der Kommission vom 29. November 2007 über die Ausfuhr von bestimmten in Anhang III oder IIIA der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten Abfällen, die zur Verwertung bestimmt sind, in bestimmte Staaten, für die der OECD-Beschluss über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen nicht gilt (ABl. L 316 vom 4.12.2007, S. 6), geändert durch:

– 32008 R 0740: Verordnung (EG) Nr. 740/2008 der Kommission vom 29. Juli 2008 (ABl. L 201 vom 30.7.2008, S. 36)

– 32009 R 0697: Verordnung (EG) Nr. 967/2009 der Kommission vom 15. Oktober 2009 (ABl. L 271 vom 16.10.2009, S. 12)

– 32010 R 0837: Verordnung (EU) Nr. 837/2010 der Kommission vom 23. September 2010 (ABl. L 250 vom 24.9.2010, S. 1)

– 32011 R 0661: Verordnung (EU) Nr. 661/2011 der Kommission vom 8. Juli 2011 (ABl. L 181 vom 9.7.2011, S. 22)

– 32012 R 0674: Verordnung (EU) Nr. 674/2012 der Kommission vom 23. Juli 2012 (ABl. L 196 vom 24.7.2012, S. 12)

– 32013 R 0057: Verordnung (EU) Nr. 57/2013 der Kommission vom 23. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 17)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

– 32014 R 0733: Verordnung (EU) Nr. 733/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 197 vom 4.7.2014, S. 10)

– 32021 R 1840: Verordnung (EU) 2021/1840 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 373 vom 21.10.2021, S. 1)

– 32022 R 0520: Verordnung (EU) 2022/520 der Kommission vom 31. März 2022 (ABl. L 104 vom 1.4.2022, S. 63)

www.parlament.gv.at

5. 31999 L 0031: Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien (ABl. L 182 vom 16.7.1999, S. 1), geändert durch:

   – 32011 L 0097: Richtlinie 2011/97/EU des Rates vom 5. Dezember 2011 (ABl. L 328 vom 10.12.2011, S. 49)

   – 32018 L 0850: Richtlinie (EU) 2018/850 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 100)

6. 32019 D 1885: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1885 der Kommission vom 6. November 2019 zur Festlegung der Vorschriften für die Berechnung, die Prüfung und die Übermittlung von Daten über die Ablagerung von Siedlungsabfällen auf Deponien gemäß der Richtlinie 1999/31/EG des Rates sowie zur Aufhebung der Entscheidung 2000/738/EG der Kommission (ABl. L 290 vom 11.11.2019, S. 18)

7. 32003 D 0033: Entscheidung 2003/33/EG des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung von Kriterien und Verfahren für die Annahme von Abfällen auf Abfalldeponien gemäß Artikel 16 und Anhang II der Richtlinie 1999/31/EG (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 27)

8. 32000 L 0053: Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. September 2000 über Altfahrzeuge (ABl. L 269 vom 21.10.2000, S. 34), geändert durch:

   – 32002 D 0525: Entscheidung 2002/525/EG der Kommission vom 27. Juni 2002 (ABl. L 170 vom 29.6.2002, S. 81)

   – 32005 D 0438: Entscheidung 2005/438/EG der Kommission vom 10. Juni 2005 (ABl. L 152 vom 15.6.2005, S. 19)

www.parlament.gv.at

– 32005 D 0673: Beschluss 2005/673/EG des Rates vom 20. September 2005 (ABl. L 254 vom 30.9.2005, S. 69)

– 32010 D 0115: Beschluss 2010/115/EU der Kommission vom 23. Februar 2010 (ABl. L 48 vom 25.2.2010, S. 12)

– 32008 L 0112: Richtlinie 2008/112/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 345 vom 23.12.2008, S. 68)

– 32011 L 0037: Richtlinie 2011/37/EU der Kommission vom 30. März 2011 (ABl. L 85 vom 31.3.2011, S. 3)

– 32013 L 0028: Richtlinie 2013/28/EU der Kommission vom 17. Mai 2013 (ABl. L 135 vom 22.5.2013, S. 14)

– 32016 L 0774: Richtlinie (EU) 2016/774 der Kommission vom 18. Mai 2016 (ABl. L 128 vom 19.5.2016, S. 4)

– 32017 L 2096: Richtlinie (EU) 2017/2096 der Kommission vom 15. November 2017 (ABl. L 299 vom 16.11.2017, S. 24)

– 32020 L 0363: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/363 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 119)

– 32020 L 0362: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/362 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 116), berichtigt in ABl. L 103 vom 3.4.2020, S. 53

– 32018 L 0849: Richtlinie (EU) 2018/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 93)

– 32023 L 0544: Delegierte Richtlinie (EU) 2023/544 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 73 vom 10.3.2023, S. 5)

9. 32002 D 0151: Entscheidung 2002/151/EG der Kommission vom 19. Februar 2002 über Mindestanforderungen für den gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Altfahrzeuge ausgestellten Verwertungsnachweis (ABl. L 50 vom 21.2.2002, S. 94)

10. 32003 D 0138: Entscheidung 2003/138/EG der Kommission vom 27. Februar 2003 zur Festlegung von Kennzeichnungsnormen für Bauteile und Werkstoffe gemäß der Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Altfahrzeuge (ABl. L 53 vom 28.2.2003, S. 58)

11. 32005 D 0293: Entscheidung 2005/293/EG der Kommission vom 1. April 2005 zur Festlegung der Einzelheiten für die Kontrolle der Einhaltung der Zielvorgaben für Wiederverwendung/Verwertung und Wiederverwendung/Recycling gemäß der Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Altfahrzeuge (ABl. L 94 vom 13.4.2005, S. 30)

12. 32012 L 0019: Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 197 vom 24.7.2012, S. 38), geändert durch:

– 32018 L 0849: Richtlinie (EU) 2018/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 93)

www.parlament.gv.at

13. 32017 R 0699: Durchführungsverordnung (EU) 2017/699 der Kommission vom 18. April 2017 über eine gemeinsame Methode für die Berechnung des Gewichts von in den einzelnen Mitgliedstaaten in den Verkehr gebrachten Elektro- und Elektronikgeräten und für die Berechnung der Menge, nach Gewicht, der in den einzelnen Mitgliedstaaten angefallenen Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 103 vom 19.4.2017, S. 17)

14. 32019 R 0290: Durchführungsverordnung (EU) 2019/290 der Kommission vom 19. Februar 2019 zur Festlegung des Formats für die Registrierung von Herstellern von Elektro- und Elektronikgeräten und deren Berichterstattung an das Register (ABl. L 48 vom 20.2.2019, S. 6)

15. 32019 D 2193: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2193 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Festlegung der Vorschriften für die Berechnung, die Prüfung und die Übermittlung von Daten sowie der Datenformate für die Zwecke der Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 330 vom 20.12.2019, S. 72)

16. 32004 D 0249: Entscheidung 2004/249/EG der Kommission vom 11. März 2004 über einen Fragebogen für Berichte der Mitgliedstaaten über die Umsetzung der Richtlinie 2002/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 78 vom 16.3.2004, S. 56)

17. 32005 D 0369: Entscheidung 2005/369/EG der Kommission vom 3. Mai 2005 über Bestimmungen zur Überwachung der Einhaltung der Vorschriften durch die Mitgliedstaaten und zur Festlegung von Datenformaten für die Zwecke der Richtlinie 2002/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 119 vom 11.5.2005, S. 13)

18. 32006 L 0021: Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie und zur Änderung der Richtlinie 2004/35/EG (ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 15)

www.parlament.gv.at

19. 32009 D 0335: Entscheidung 2009/335/EG der Kommission vom 20. April 2009 über technische Leitlinien für die Festsetzung der finanziellen Sicherheitsleistung gemäß der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 101 vom 21.4.2009, S. 25)

20. 32009 D 0337: Entscheidung 2009/337/EG der Kommission vom 20. April 2009 über die Festlegung der Kriterien für die Einstufung von Abfallentsorgungseinrichtungen gemäß Anhang III der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 102 vom 22.4.2009, S. 7)

21. 32009 D 0358: Entscheidung 2009/358/EG der Kommission vom 29. April 2009 über die Harmonisierung und die regelmäßige Übermittlung von Informationen sowie über den Fragebogen gemäß Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a bzw. Artikel 18 der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 110 vom 1.5.2009, S. 39)

22. 32009 D 0359: Entscheidung 2009/359/EG der Kommission vom 30. April 2009 zur Ergänzung der Begriffsbestimmung von Inertabfälle gemäß Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe f der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 110 vom 1.5.2009, S. 46)

23. 32009 D 0360: Entscheidung 2009/360/EG der Kommission vom 30. April 2009 zur Ergänzung der technischen Anforderungen für die Charakterisierung der Abfälle gemäß der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 110 vom 1.5.2009, S. 48)

24. 32020 D 0248: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/248 der Kommission vom 21. Februar 2020 zur Festlegung technischer Leitlinien für die Inspektionen gemäß Artikel 17 der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 51 vom 25.2.2020, S. 4)

www.parlament.gv.at

25. 32008 L 0098: Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien (ABl. L 312 vom 22.11.2008, S. 3), geändert durch:

– 32014 R 1357: Verordnung (EU) Nr. 1357/2014 der Kommission vom 18. Dezember 2014 (ABl. L 365 vom 19.12.2014, S. 89), berichtigt in ABl. L 42 vom 18.2.2017, S. 43

– 32015 L 1127: Richtlinie (EU) 2015/1127 der Kommission vom 10. Juli 2015 (ABl. L 184 vom 11.7.2015, S. 13), berichtigt in ABl. L 297 vom 13.11.2015, S. 9

– 32017 R 0997: Verordnung (EU) 2017/997 des Rates vom 8. Juni 2017 (ABl. L 150 vom 14.6.2017, S. 1)

– 32018 L 0851: Richtlinie (EU) 2018/851 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 109)

26. 32011 R 0333: Verordnung (EU) Nr. 333/2011 des Rates vom 31. März 2011 mit Kriterien zur Festlegung, wann bestimmte Arten von Schrott gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates nicht mehr als Abfall anzusehen sind (ABl. L 94 vom 8.4.2011, S. 2)

27. 32012 R 1179: Verordnung (EU) Nr. 1179/2012 der Kommission vom 10. Dezember 2012 mit Kriterien zur Festlegung, wann bestimmte Arten von Bruchglas gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates nicht mehr als Abfall anzusehen sind (ABl. L 337 vom 11.12.2012, S. 31)

28. 32013 R 0715: Verordnung (EU) Nr. 715/2013 der Kommission vom 25. Juli 2013 mit Kriterien zur Festlegung, wann bestimmte Arten von Kupferschrott gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates nicht mehr als Abfall anzusehen sind (ABl. L 201 vom 26.7.2013, S. 14)

www.parlament.gv.at

29. 32011 D 0753: Beschluss 2011/753/EU der Kommission vom 18. November 2011 mit Vorschriften und Berechnungsmethoden für die Überprüfung der Einhaltung der Zielvorgaben gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 310 vom 25.11.2011, S. 11)

30. 32013 D 0727: Durchführungsbeschluss 2013/727/EU der Kommission vom 6. Dezember 2013 zur Festlegung eines Formats für die Mitteilungen über die Annahme und die wesentliche Änderung von Abfallbewirtschaftungsplänen und Abfallvermeidungsprogrammen (ABl. L 329 vom 10.12.2013, S. 44)

31. 32019 L 0904: Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (ABl. L 155 vom 12.6.2019, S. 1)

32. 32019 D 1597: Delegierter Beschluss (EU) 2019/1597 der Kommission vom 3. Mai 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf eine gemeinsame Methodik und Mindestqualitätsanforderungen für die einheitliche Messung des Umfangs von Lebensmittelabfällen (ABl. L 248 vom 27.9.2019, S. 77)

33. 32019 D 2000: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2000 der Kommission vom 28. November 2019 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung von Daten zu Lebensmittelabfällen und für die Vorlage des Qualitätskontrollberichts gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 310 vom 2.12.2019, S. 39)

34. 32021 D 0019: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/19 der Kommission vom 18. Dezember 2020 zur Festlegung einer gemeinsamen Methode und eines Formats für die Berichterstattung über die Wiederverwendung gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 10 vom 12.1.2021, S. 1)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 6

LÄRM

1. 32002 L 0049: Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (ABl. L 189 vom 18.7.2002, S. 12), geändert durch:

   – 32020 L 0367: Richtlinie (EU) 2020/367 der Kommission vom 4. März 2020 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 132)

   – 32021 L 1226: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1226 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 269 vom 28.7.2021, S. 65)

2. 32015 L 0996: Richtlinie (EU) 2015/996 der Kommission vom 19. Mai 2015 zur Festlegung gemeinsamer Lärmbewertungsmethoden gemäß der Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 168 vom 1.7.2015, S. 1)

3. 32021 D 1967: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1967 der Kommission vom 11. November 2021 zur Einrichtung einer obligatorischen Datenablage und eines obligatorischen Mechanismus für den digitalen Informationsaustausch gemäß der Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 400 vom 12.11.2021, S. 160)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 375 X 0436: Empfehlung 75/436/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 3. März 1975 über die Kostenzurechnung und die Intervention der öffentlichen Hand bei Umweltschutzmaßnahmen (ABl. L 194 vom 25.7.1975, S. 1)

2. 379 X 0003: Empfehlung 79/3/EWG des Rates vom 19. Dezember 1978 an die Mitgliedstaaten betreffend Verfahren zur Berechnung der Umweltschutzkosten der Industrie (ABl. L 5 vom 9.1.1979, S. 28)

3. 32001 H 0331: Empfehlung 2001/331/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. April 2001 zur Festlegung von Mindestkriterien für Umweltinspektionen in den Mitgliedstaaten (ABl. L 118 vom 27.4.2001, S. 41)

4. 32003 H 0047: Empfehlung 2003/47/EG der Kommission vom 15. Januar 2003 über Leitlinien zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Erstellung eines nationalen Emissionsverminderungsplans gemäß den Bestimmungen der Richtlinie 2001/80/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft (ABl. L 16 vom 22.1.2003, S. 59)

5. 32006 H 0339: Empfehlung 2006/339/EG der Kommission vom 8. Mai 2006 über die Förderung der Landstromversorgung von Schiffen an Liegeplätzen in den Häfen der Gemeinschaft (ABl. L 125 vom 12.5.2006, S. 38)

www.parlament.gv.at

TEIL II

KLIMA

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

EU-ÜBERWACHUNGSMECHANISMUS

1. 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 663/2009 und (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 94/22/EG, 98/70/EG, 2009/31/EG, 2009/73,/EG, 2010/31/EU, 2012/27/EU und 2013/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2009/119/EG und (EU) 2015/652 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32019 D 0504: Beschluss (EU) 2019/504 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 (ABl. L 85I vom 27.3.2019, S. 66)

   – 32021 R 1119: Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 1)

   Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Bezüglich der Anwendung siehe Anhang IV, Kapitel 4 über Elektrizität.

www.parlament.gv.at

2. 32020 R 1044: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1044 der Kommission vom 8. Mai 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Werte für Treibhauspotenziale und die Inventarleitlinien und im Hinblick auf das Inventarsystem der Union sowie zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 666/2014 der Kommission (ABl. L 230 vom 17.7.2020, S. 1)

3. 32020 R 1208: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1208 der Kommission vom 7. August 2020 über die Struktur, das Format, die Verfahren für die Vorlage und die Überprüfung der von den Mitgliedstaaten gemäß der Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates gemeldeten Informationen und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 749/2014 der Kommission (ABl. L 278 vom 26.8.2020, S. 1)

   Die anwendbaren Bestimmungen dieser Verordnung sind nachstehend aufgeführt und gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   Nur die folgenden Bestimmungen der Verordnung finden Anwendung: die Artikel 1 bis 3, 7 bis 10, 12 bis 15, 17 bis 24, 26 bis 40 und die Anhänge VI bis VIII, X bis XX sowie XXII bis XXV.

4. 32022 R 2299: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2299 der Kommission vom 15. November 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Struktur, des Formats, der technischen Einzelheiten und des Verfahrens für die integrierten nationalen energie- und klimabezogenen Fortschrittsberichte (ABl. L 306 vom 25.11.2022, S. 1)

5. 32021 R 1119: Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401/2009 und (EU) 2018/1999 („Europäisches Klimagesetz“) (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 1)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

ÜBERWACHUNG IN DER EU – SEEVERKEHR

1. 32015 R 0757: Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen und zur Änderung der Richtlinie 2009/16/EG (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 55), geändert durch:

   – 32016 R 2071: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2071 der Kommission vom 22. September 2016 (ABl. L 320 vom 26.11.2016, S. 1)

2. 32016 R 2072: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2072 der Kommission vom 22. September 2016 über die Prüftätigkeiten und die Akkreditierung von Prüfstellen gemäß der Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen (ABl. L 320 vom 26.11.2016, S. 5)

3. 32016 R 1927: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1927 der Kommission vom 4. November 2016 über Vorlagen für Monitoringkonzepte, Emissionsberichte und Konformitätsbescheinigungen gemäß der Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 1)

4. 32016 R 1928: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1928 der Kommission vom 4. November 2016 über die Bestimmung der Ladung, die von anderen Kategorien von Schiffen als Fahrgastschiffen, Ro-Ro-Schiffen und Containerschiffen gemäß der Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen befördert wird (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 22)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 3

EMISSIONSHANDELSSYSTEM

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino die Ausübung einer der in Artikel 2 der Richtlinie 2003/87/EG genannten Tätigkeiten nicht; während dieser Aussetzung genehmigt San Marino zudem die Registrierung einer Person oder Organisation nicht, die eine der in Artikel 2 der Richtlinie 2003/87/EG genannten Tätigkeiten ausübt, wenn diese Registrierung zur Folge hätte, dass San Marino für die Verwaltung des EU-EHS in Bezug auf diese Person oder Organisation zuständig wäre.

1. 32003 L 0087: Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates (ABl. L 275 vom 25.10.2003, S. 32), geändert durch:

   – 32004 L 0101: Richtlinie 2004/101/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 2004 (ABl. L 338 vom 13.11.2004, S. 18)

   – 32008 L 0101: Richtlinie 2008/101/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 (ABl. L 8 vom 13.1.2009, S. 3)

   – 32009 L 0029: Richtlinie 2009/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 63)

www.parlament.gv.at

– 32013 D 1359: Beschluss Nr. 1359/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 1)

– 32014 R 0421: Verordnung (EU) Nr. 421/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 129 vom 30.4.2014, S. 1)

– 32015 D 1814: Beschluss (EU) 2015/1814 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 (ABl. L 264 vom 9.10.2015, S. 1)

– 32017 R 2392: Verordnung (EU) 2017/2392 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2017 (ABl. L 350 vom 29.12.2017, S. 7)

– 32018 L 0410: Richtlinie (EU) 2018/410 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2018 (ABl. L 76 vom 19.3.2018, S. 3)

– 32020 D 1071: Delegierter Beschluss (EU) 2020/1071 der Kommission vom 18. Mai 2020 (ABl. L 234 vom 21.7.2020, S. 16)

– 32021 R 1416: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1416 der Kommission vom 17. Juni 2021 (ABl. L 305 vom 31.8.2021, S. 1)

– 32023 D 0136: Beschluss (EU) 2023/136 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2023 (ABl. L 19 vom 20.1.2023, S. 1)

2. 32010 D 0634: Beschluss 2010/634/EU der Kommission vom 22. Oktober 2010 zur Anpassung der gemeinschaftsweiten Menge der im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems für 2013 zu vergebenden Zertifikate und zur Aufhebung des Beschlusses 2010/384/EU (ABl. L 279 vom 23.10.2010, S. 34), geändert durch:

   – 32013 D 0448: Beschluss 2013/448/EU der Kommission vom 5. September 2013 (ABl. L 240 vom 7.9.2013, S. 27)

3. 32011 R 0550: Verordnung (EU) Nr. 550/2011 der Kommission vom 7. Juni 2011 über Maßnahmen zur Beschränkung der Verwendung internationaler Gutschriften aus Industriegasprojekten gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 8.6.2011, S. 1)

4. 32013 D 0448: Beschluss 2013/448/EU der Kommission vom 5. September 2013 über nationale Umsetzungsmaßnahmen für die übergangsweise kostenlose Zuteilung von Treibhausgasemissionszertifikaten gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 240 vom 7.9.2013, S. 27), geändert durch:

   – 32017 D 0126: Beschluss (EU) 2017/126 der Kommission vom 24. Januar 2017 (ABl. L 19 vom 25.1.2017, S. 93)

5. 32013 D 0447: Beschluss der Kommission vom 5. September 2013 über den Standardauslastungsfaktor gemäß Artikel 18 Absatz 2 des Beschlusses 2011/278/EU (ABl. L 240 vom 7.9.2013, S. 23)

6. 32013 R 1123: Verordnung (EU) Nr. 1123/2013 der Kommission vom 8. November 2013 zur Festlegung der Verwendungsrechte für internationale Gutschriften gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 299 vom 9.11.2013, S. 32)

7. 32015 D 1814: Beschluss (EU) 2015/1814 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 über die Einrichtung und Anwendung einer Marktstabilitätsreserve für das System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union und zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG (ABl. L 264 vom 9.10.2015, S. 1), geändert durch:

   – 32018 L 0410: Richtlinie (EU) 2018/410 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2018 (ABl. L 76 vom 19.3.2018, S. 3)

8. 32019 R 0856: Delegierte Verordnung (EU) 2019/856 der Kommission vom 26. Februar 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Funktionsweise des Innovationsfonds (ABl. L 140 vom 28.5.2019, S. 6), geändert durch:

   – 32021 R 1204: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1204 der Kommission vom 10. Mai 2021 (ABl. L 261 vom 22.7.2021, S. 4)

9. 32019 R 0331: Delegierte Verordnung (EU) 2019/331 der Kommission vom 19. Dezember 2018 zur Festlegung EU-weiter Übergangsvorschriften zur Harmonisierung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten gemäß Artikel 10a der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 59 vom 27.2.2019, S. 8)

10. 32019 D 0708: Delegierter Beschluss (EU) 2019/708 der Kommission vom 15. Februar 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Festlegung der Sektoren und Teilsektoren, bei denen davon ausgegangen wird, dass für sie im Zeitraum 2021-2030 ein Risiko der Verlagerung von CO_2-Emissionen besteht (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 20)

www.parlament.gv.at

11. 32021 D 0355: Beschluss (EU) 2021/355 der Kommission vom 25. Februar 2021 über nationale Umsetzungsmaßnahmen für die übergangsweise kostenlose Zuteilung von Treibhausgasemissionszertifikaten gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 221), geändert durch:

    – 32022 D 1028: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1028 der Kommission vom 27. Juni 2022 (ABl. L 172 vom 29.6.2022, S. 21)

12. 32021 R 0447: Durchführungsverordnung (EU) 2021/447 der Kommission vom 12. März 2021 zur Festlegung angepasster Benchmarkwerte für die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten für den Zeitraum 2021–2025 gemäß Artikel 10a Absatz 2 der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 87 vom 15.3.2021, S. 29)

13. 32010 R 1031: Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 der Kommission vom 12. November 2010 über den zeitlichen und administrativen Ablauf sowie sonstige Aspekte der Versteigerung von Treibhausgasemissionszertifikaten gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft (ABl. L 302 vom 18.11.2010, S. 1), geändert durch:

    – 32011 R 1210: Verordnung (EU) Nr. 1210/2011 der Kommission vom 23. November 2011 (ABl. L 308 vom 24.11.2011, S. 2)

    – 32012 R 0784: Verordnung (EU) Nr. 784/2012 der Kommission vom 30. August 2012 (ABl. L 234 vom 31.8.2012, S. 4)

    – 32012 R 1042: Verordnung (EU) Nr. 1042/2012 der Kommission vom 7. November 2012 (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 19)

– 32013 R 1143: Verordnung (EU) Nr. 1143/2013 der Kommission vom 13. November 2013 (ABl. L 303 vom 14.11.2013, S. 10)

– 32014 R 0176: Verordnung (EU) Nr. 176/2014 der Kommission vom 25. Februar 2014 (ABl. L 56 vom 26.2.2014, S. 11)

– 32017 R 1902: Verordnung (EU) 2017/1902 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 56 vom 26.2.2014, S. 11)

– 32019 R 0007: Delegierte Verordnung (EU) 2019/7 der Kommission vom 30. Oktober 2018 (ABl. L 2 vom 4.1.2019, S. 1)

– 32019 R 1868: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1868 der Kommission vom 28. August 2019 (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 9)

14. 32021 D 0927: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/927 der Kommission vom 31. Mai 2021 zur Festlegung des einheitlichen sektorübergreifenden Korrekturfaktors für die Anpassung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten für den Zeitraum 2021 bis 2025 (ABl. L 203 vom 9.6.2021, S. 14)

15. 32020 D 2166: Beschluss (EU) 2020/2166 der Kommission vom 17. Dezember 2020 zur Festlegung der Versteigerungsanteile der Mitgliedstaaten in der Handelsperiode 2021-2030 des EU-Emissionshandelssystems (ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 66)

16. 32013 R 0389: Verordnung (EU) Nr. 389/2013 der Kommission vom 2. Mai 2013 zur Festlegung eines Unionsregisters gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und den Entscheidungen Nr. 280/2004/EG und Nr. 406/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 920/2010 und (EU) Nr. 1193/2011 der Kommission (ABl. L 122 vom 3.5.2013, S. 1), geändert durch:

– 32015 R 1844: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1844 der Kommission vom 13. Juli 2015 (ABl. L 268 vom 15.10.2015, S. 1)

– 32018 R 0208: Verordnung (EU) 2018/208 der Kommission vom 12. Februar 2018 (ABl. L 39 vom 13.2.2018, S. 3)

– 32019 R 0401: Delegierte Verordnung (EU) 2019/401 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 72 vom 14.3.2019, S. 4), berichtigt in ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 193

– 32019 R 1122: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1122 der Kommission vom 12. März 2019 (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 3)

– 32019 R 1123: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1123 der Kommission vom 12. März 2019 (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 63)

17. 32019 R 1122: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1122 der Kommission vom 12. März 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Funktionsweise des Unionsregisters (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 3), geändert durch:

– 32019 R 1124: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1124 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 66)

www.parlament.gv.at

18. 32006 D 0780: Entscheidung 2006/780/EG der Kommission vom 13. November 2006 zur Vermeidung der doppelten Erfassung von im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems erzielten Treibhausgasemissionsreduktionen gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates bei Projektmaßnahmen im Sinne des Kyoto-Protokolls (ABl. L 316 vom 16.11.2006, S. 12)

19. 32005 D 0381: Entscheidung 2005/381/EG der Kommission vom 4. Mai 2005 zur Einführung eines Fragebogens für die Berichterstattung über die Umsetzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates (ABl. L 126 vom 19.5.2005, S. 43), geändert durch:

    – 32006 D 0803: Entscheidung 2006/803/EG der Kommission vom 23. November 2006 (ABl. L 329 vom 25.11.2006, S. 38)

    – 32014 D 0166: Durchführungsbeschluss 2014/166/EU der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 89 vom 25.3.2014, S. 45)

    – 32022 D 0919: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/919 der Kommission vom 8. Juni 2022 (ABl. L 159 vom 14.6.2022, S. 52)

20. 32011 D 0389: Beschluss 2011/389/EU der Kommission vom 30. Juni 2011 über die EU-weite Menge der Zertifikate gemäß Artikel 3e Absatz 3 Buchstaben a bis d der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft (ABl. L 173 vom 1.7.2011, S. 13)

21. 32013 D 0377: Beschluss Nr. 377/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. April 2013 über die vorübergehende Abweichung von der Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 1)

22. 32018 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2066 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die Überwachung von und die Berichterstattung über Treibhausgasemissionen gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 601/2012 der Kommission (ABl. L 334 vom 31.12.2018, S. 1), geändert durch:

    – 32020 R 2085: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2085 der Kommission vom 14. Dezember 2020 (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 37)

    – 32022 R 0388: Durchführungsverordnung (EU) 2022/388 der Kommission vom 8. März 2022 (ABl. L 79 vom 9.3.2022, S. 1)

    – 32022 R 1371: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1371 der Kommission vom 5. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 15)

23. 32018 R 2067: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2067 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die Prüfung von Daten und die Akkreditierung von Prüfstellen gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 334 vom 31.12.2018, S. 94), geändert durch:

    – 32020 R 2084: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2084 der Kommission vom 14. Dezember 2020 (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 23)

www.parlament.gv.at

24. 32019 R 1842: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1842 der Kommission vom 31. Oktober 2019 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich weiterer Vorkehrungen für die Anpassung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten aufgrund von Änderungen der Aktivitätsraten (ABl. L 282 vom 4.11.2019, S. 20), geändert durch:

   – 32022 R 0827: Durchführungsverordnung (EU) 2022/827 der Kommission vom 20. Mai 2022 (ABl. L 147 vom 30.5.2022, S. 25)

25. 32020 D 1722: Beschluss (EU) 2020/1722 der Kommission vom 16. November 2020 über die unionsweite Menge der im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems für 2021 zu vergebenden Zertifikate (ABl. L 386 vom 18.11.2020, S. 26)

KAPITEL 4

EMISSIONSHANDELSSYSTEM DER EU – LUFTVERKEHR

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt San Marino die Ausübung einer der in Artikel 2 der Richtlinie 2003/87/EG genannten Tätigkeiten nicht; während dieser Aussetzung genehmigt San Marino zudem die Registrierung einer Person oder Organisation nicht, die eine der in Artikel 2 der Richtlinie 2003/87/EG genannten Tätigkeiten ausübt, wenn diese Registrierung zur Folge hätte, dass San Marino für die Verwaltung des EU-EHS in Bezug auf diese Person oder Organisation zuständig wäre.

1. 32009 D 0450: Entscheidung der Kommission vom 8. Juni 2009 zur genauen Auslegung der in Anhang I der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten Luftverkehrstätigkeiten (ABl. L 149 vom 12.6.2009, S. 69)

2. 32019 R 1603: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1603 der Kommission vom 18. Juli 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation angenommenen Maßnahmen für die Überwachung von, die Berichterstattung über und die Prüfung von Luftverkehrsemissionen für die Zwecke der Umsetzung eines globalen marktbasierten Mechanismus (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 10)

www.parlament.gv.at

3. 32009 R 0748: Verordnung (EG) Nr. 748/2009 der Kommission vom 5. August 2009 über die Liste der Luftfahrzeugbetreiber, die am oder nach dem 1. Januar 2006 einer Luftverkehrstätigkeit im Sinne von Anhang I der Richtlinie 2003/87/EG nachgekommen sind, mit Angabe des für die einzelnen Luftfahrzeugbetreiber zuständigen Verwaltungsmitgliedstaats (ABl. L 219 vom 22.8.2009, S. 1), zuletzt geändert durch:

   – 32022 R 0455: Verordnung (EU) 2022/455 der Kommission vom 14. März 2022 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 748/2009 in Bezug auf die Aktualisierung der Liste der Luftfahrzeugbetreiber, die am oder nach dem 1. Januar 2006 einer Luftverkehrstätigkeit im Sinne von Anhang I der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates nachgekommen sind, mit Angabe des für die einzelnen Luftfahrzeugbetreiber zuständigen Verwaltungsmitgliedstaats (ABl. L 93 vom 22.3.2022, S. 1)

4. 32010 R 0606: Verordnung (EU) Nr. 606/2010 der Kommission vom 9. Juli 2010 zur Genehmigung eines von der Europäischen Organisation für Flugsicherung (Eurocontrol) entwickelten vereinfachten Instruments zur Schätzung des Treibstoffverbrauchs bestimmter Luftfahrzeugbetreiber, die Kleinemittenten sind (ABl. L 175 vom 10.7.2010, S. 25)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 5

KRAFTSTOFFQUALITÄT

1. 31998 L 0070: Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG des Rates (ABl. L 350 vom 28.12.1998, S. 58), geändert durch:

   – 32000 L 0071: Richtlinie 2000/71/EG der Kommission vom 7. November 2000 (ABl. L 287 vom 14.11.2000, S. 46)

   – 32003 L 0017: Richtlinie 2003/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 2003 (ABl. L 76 vom 22.3.2003, S. 10)

   – 32011 L 0063: Richtlinie 2011/63/EU der Kommission vom 1. Juni 2011 (ABl. L 147 vom 2.6.2011, S. 15)

   – 32014 L 0077: Richtlinie 2014/77/EU der Kommission vom 10. Juni 2014 (ABl. L 170 vom 11.6.2014, S. 62)

   – 32009 L 0030: Richtlinie 2009/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 88)

   Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Zur Anwendung siehe Anhang II Kapitel 14 „Umweltschutz“.

www.parlament.gv.at

2. 32015 L 0652: Richtlinie (EU) 2015/652 des Rates vom 20. April 2015 zur Festlegung von Berechnungsverfahren und Berichterstattungspflichten gemäß der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 26), berichtigt in ABl. L 129 vom 27.5.2015, S. 53, geändert durch:

   – 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

   Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Zur Anwendung siehe Anhang II Kapitel 14 „Umweltschutz“.

3. 32002 D 0159: Entscheidung 2002/159/EG der Kommission vom 18. Februar 2002 über ein gemeinsames Muster für die Vorlage der zusammenfassenden Darstellungen der nationalen Daten zur Kraftstoffqualität (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 30)

   Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Zur Anwendung siehe Anhang II Kapitel 14 „Umweltschutz“.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 6

SCHUTZ DER OZONSCHICHT

1. 32009 R 1005: Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (ABl. L 286 vom 31.10.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32010 R 0744: Verordnung (EU) Nr. 744/2010 der Kommission vom 18. August 2010 (ABl. L 218 vom 19.8.2010, S. 2)

   – 32013 R 1087: Verordnung (EU) Nr. 1087/2013 der Kommission vom 4. November 2013 (ABl. L 293 vom 5.11.2013, S. 28)

   – 32013R1088: Verordnung (EU) Nr. 1088/2013 der Kommission vom 4. November 2013 (ABl. L 293 vom 5.11.2013, S. 29)

   – 32017 R 0605: Verordnung (EU) 2017/605 der Kommission vom 29. März 2017 (ABl. L 84 vom 30.3.2017, S. 3)

2. 32010 D 0372: Beschluss der Kommission vom 18. Juni 2010 über die Verwendung von geregelten Stoffen als Verarbeitungshilfsstoffe gemäß Artikel 8 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 169 vom 3.7.2010, S. 17), geändert durch:

   – 32014 D 0008 Durchführungsbeschluss 2014/8/EU der Kommission vom 10. Oktober 2013 (ABl. L 8 vom 11.1.2014, S. 27)

3. 32011 R 0291: Verordnung (EU) Nr. 291/2011 der Kommission vom 24. März 2011 über wesentliche Verwendungen geregelter Stoffe außer Fluorchlorkohlenwasserstoffen zu Labor- und Analysezwecken in der Union gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (ABl. L 79 vom 25.3.2011, S. 4)

4. 32011 R 0537: Verordnung (EU) Nr. 537/2011 der Kommission vom 1. Juni 2011 über den Mechanismus für die Zuweisung der Quoten der für Labor- und Analysezwecke in der Union zugelassenen geregelten Stoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (ABl. L 147 vom 2.6.2011, S. 4)

KAPITEL 7

FLUORIERTE TREIBHAUSGASE

1. 32014 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über fluorierte Treibhausgase und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 195)

   a) In Artikel 4 Absatz 2 wird die Angabe „bis zum 31. Dezember 2016“ für San Marino durch die Angabe „bis zu einem Jahr nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

   b) In Artikel 5 Absatz 2 wird die Angabe „ab dem 1. Januar 2017“ für San Marino durch die Angabe „ab einem Jahr nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

   c) In Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe c wird die Angabe „ab 1. Januar 2017“ für San Marino durch die Angabe „ab einem Jahr nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

   d) Die Artikel 14 bis 19 und Artikel 25 Absatz 2 finden keine Anwendung.

2. 32007 R 1497: Verordnung (EG) Nr. 1497/2007 der Kommission vom 18. Dezember 2007 zur Festlegung der Standardanforderungen an die Kontrolle auf Dichtheit ortsfester Brandschutzsysteme, die bestimmte fluorierte Treibhausgase enthalten, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 333 vom 19.12.2007, S. 4)

www.parlament.gv.at

3. 32007 R 1516: Verordnung (EG) Nr. 1516/2007 der Kommission vom 19. Dezember 2007 zur Festlegung der Standardanforderungen an die Kontrolle auf Dichtheit von ortsfesten Kälte- und Klimaanlagen sowie von Wärmepumpen, die bestimmte fluorierte Treibhausgase enthalten, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 335 vom 20.12.2007, S. 10)

4. 32008 R 0304: Verordnung (EG) Nr. 304/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für die Zertifizierung von Unternehmen und Personal in Bezug auf bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende ortsfeste Brandschutzsysteme und Feuerlöscher sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung der diesbezüglichen Zertifikate (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 12)

5. 32008 R 0306: Verordnung (EG) Nr. 306/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für die Zertifizierung von Personal, das bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende Lösungsmittel aus Ausrüstungen rückgewinnt, sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung der diesbezüglichen Zertifikate (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 21)

6. 32008 R 0307: Verordnung (EG) Nr. 307/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für Ausbildungsprogramme sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsbescheinigungen für Personal in Bezug auf bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende Klimaanlagen in bestimmten Kraftfahrzeugen (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 25)

7. 32015 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2066 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen und der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung im Hinblick auf die Zertifizierung von natürlichen Personen, die fluorierte Treibhausgase enthaltende elektrische Schaltanlagen installieren, warten, instand halten, reparieren oder stilllegen oder fluorierte Treibhausgase aus ortsfesten elektrischen Schaltanlagen zurückgewinnen (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 22)

8. 32015 R 2067: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2067 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen und der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung im Hinblick auf die Zertifizierung von natürlichen Personen in Bezug auf fluorierte Treibhausgase enthaltende ortsfeste Kälteanlagen, Klimaanlagen und Wärmepumpen sowie Kühlaggregate in Kühlkraftfahrzeugen und -anhängern und auf die Zertifizierung von Unternehmen in Bezug auf fluorierte Treibhausgase enthaltende ortsfeste Kälteanlagen, Klimaanlagen und Wärmepumpen (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 28)

9. 32016 R 0879: Durchführungsverordnung (EU) 2016/879 der Kommission vom 2. Juni 2016 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Einzelheiten der Konformitätserklärung für das Inverkehrbringen von Kälteanlagen, Klimaanlagen und Wärmepumpen, die mit teilfluorierten Kohlenwasserstoffen befüllt sind, und der Überprüfung durch einen unabhängigen Prüfer (ABl. L 146 vom 3.6.2016, S. 1)

10. 32015 R 2068: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2068 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Form der Kennzeichnung von Erzeugnissen und Einrichtungen, die fluorierte Treibhausgase enthalten (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 39)

11. 32014 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1191/2014 der Kommission vom 30. Oktober 2014 zur Festlegung von Form und Art der Übermittlung der Berichte gemäß Artikel 19 der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über fluorierte Treibhausgase (ABl. L 318 vom 5.11.2014, S. 5), geändert durch:

   – 32017 R 1375: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1375 der Kommission vom 25. Juli 2017 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 4)

   – 32018 R 1992: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1992 der Kommission vom 14. Dezember 2018 (ABl. L 320 vom 17.12.2018, S. 25)

   – 32019 R 0522: Durchführungsverordnung (EU) 2019/522 der Kommission vom 27. März 2019 (ABl. L 86 vom 28.3.2019, S. 37)

12. 32015 R 2065: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2065 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung der Form der Mitteilung der Ausbildungs- und Zertifizierungsprogramme der Mitgliedstaaten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 14)

13. 32019 R 0661: Durchführungsverordnung (EU) 2019/661 der Kommission vom 25. April 2019 zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des elektronischen Registers für Quoten für das Inverkehrbringen von teilfluorierten Kohlenwasserstoffen (ABl. L 112 vom 26.4.2019, S. 11), geändert durch:

   – 32021 R 0980: Durchführungsverordnung (EU) 2021/980 der Kommission vom 17. Juni 2021 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 133)

KAPITEL 8

RECHTSVORSCHRIFTEN ZUR LASTENTEILUNG

1. 32018 R 0842: Verordnung (EU) 2018/842 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 bis 2030 als Beitrag zu Klimaschutzmaßnahmen zwecks Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 (ABl. L 156 vom 19.6.2018, S. 26)

2. 32020 D 2126: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2126 der Kommission vom 16. Dezember 2020 zur Festlegung der jährlichen Emissionszuweisungen an die Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2021 bis 2030 gemäß der Verordnung (EU) 2018/842 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 58)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 9

RECHTSVORSCHRIFTEN ÜBER LANDNUTZUNG, LANDNUTZUNGSÄNDERUNG UND FORSTWIRTSCHAFT (LULUCF)

1. 32013 D 0529: Beschluss Nr. 529/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die Anrechnung und Verbuchung von Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen infolge von Tätigkeiten im Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft und über Informationen zu Maßnahmen in Zusammenhang mit derartigen Tätigkeiten (ABl. L 165 vom 18.6.2013, S. 80)

3. 32018 R 0841: Verordnung (EU) 2018/841 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 und des Beschlusses Nr. 529/2013/EU (ABl. L 156 vom 19.6.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 0268: Delegierte Verordnung (EU) 2021/268 der Kommission vom 28. Oktober 2020 (ABl. L 60 vom 22.2.2021, S. 21)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 10

CO_2-EMISSIONSNORMEN FÜR PKW, LEICHTE NUTZFAHRZEUGE UND LKW

1. 31999 L 0094: Richtlinie 1999/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 über die Bereitstellung von Verbraucherinformationen über den Kraftstoffverbrauch und CO_2-Emissionen beim Marketing für neue Personenkraftwagen (ABl. L 12 vom 18.1.2000, S. 16), geändert durch

   – 32003 L 0073: Richtlinie 2003/73/EG der Kommission vom 24. Juli 2003 (ABl. L 186 vom 25.7.2003, S. 34)

   – 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

   – 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1), berichtigt in ABl. L 276 vom 20.10.2010, S. 80, geändert durch:

   – 32014 L 0032: Richtlinie 2014/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 149)

www.parlament.gv.at

2. 32019 R 0631: Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 zur Festsetzung von CO_2-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 443/2009 und (EU) Nr. 510/2011 (ABl. L 111 vom 25.4.2019, S. 13), geändert durch:

   – 32020 R 0022: Delegierte Verordnung (EU) 2020/22 der Kommission vom 31. Oktober 2019 (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 2)

   – 32020 R 1590: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1590 der Kommission vom 19. August 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 8)

   – 32020 R 2173: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2173 der Kommission vom 16. Oktober 2020 (ABl. L 433 vom 22.12.2020, S. 1)

   – 32021 R 1961: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1961 der Kommission vom 5. August 2021 (ABl. L 400 vom 12.11.2021, S. 14)

3. 32021 R 0392: Durchführungsverordnung (EU) 2021/392 der Kommission vom 4. März 2021 über die Überwachung und Meldung von Daten zu den CO_2-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen gemäß der Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 1014/2010, (EU) Nr. 293/2012, (EU) 2017/1152 und (EU) 2017/1153 der Kommission (ABl. L 77 vom 5.3.2021, S. 8)

www.parlament.gv.at

4. 32011 R 0063: Verordnung (EU) Nr. 63/2011 der Kommission vom 26. Januar 2011 mit Durchführungsbestimmungen für die Beantragung einer Ausnahme von den Zielvorgaben für spezifische CO_2-Emissionen gemäß Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 23 vom 27.1.2011, S. 16), geändert durch:

   – 32019 R 0248: Delegierte Verordnung (EU) 2019/248 der Kommission vom 13. November 2018 (ABl. L 42 vom 13.2.2019, S. 5)

5. 32011 R 0725: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 725/2011 der Kommission vom 25. Juli 2011 zur Einführung eines Verfahrens zur Genehmigung und Zertifizierung innovativer Technologien zur Verringerung der CO_2-Emissionen von Personenkraftwagen nach der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 194 vom 26.7.2011, S. 19), geändert durch:

   – 32018 R 0258: Durchführungsverordnung (EU) 2018/258 der Kommission vom 21. Februar 2018 (ABl. L 49 vom 22.2.2018, S. 1)

6. 32012 D 0100: Beschluss 2012/100/EU der Kommission vom 17. Februar 2012 über ein Verfahren für die Erhebung der Abgaben wegen Überschreitung der CO_2-Emissionen neuer Personenkraftwagen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 71)

7. 32017 R 1153: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1153 der Kommission vom 2. Juni 2017 zur Festlegung eines Verfahrens für die Ermittlung der Korrelationsparameter, die erforderlich sind, um der Änderung des Regelprüfverfahrens Rechnung zu tragen, und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1014/2010 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 679), geändert durch:

   – 32017 R 1231: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1231 der Kommission vom 6. Juni 2017 (ABl. L 177 vom 8.7.2017, S. 11)

   – 32018 R 1002: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1002 der Kommission vom 16. Juli 2018 (ABl. L 180 vom 17.7.2018, S. 10)

   – 32018 R 2043: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2043 der Kommission vom 18. Dezember 2018 (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 58)

   – 32019 R 1840: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1840 der Kommission vom 31. Oktober 2019 (ABl. L 282 vom 4.11.2019, S. 9)

8. 32014 R 0427: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 427/2014 der Kommission vom 25. April 2014 zur Einführung eines Verfahrens zur Genehmigung und Zertifizierung innovativer Technologien zur Verringerung der CO_2-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen nach der Verordnung (EU) Nr. 510/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 125 vom 26.4.2014, S. 57), geändert durch:

   – 32018 R 0259: Durchführungsverordnung (EU) 2018/259 der Kommission vom 21. Februar 2018 (ABl. L 49 vom 22.2.2018, S. 9)

www.parlament.gv.at

9. 32012 D 0099: Durchführungsbeschluss 2012/99/EU der Kommission vom 17. Februar 2012 mit den Durchführungsbestimmungen für die Erhebung der Abgaben wegen Überschreitung der CO_2-Emissionen neuer leichter Nutzfahrzeuge gemäß der Verordnung (EG) Nr. 510/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 69)

10. 32013 R 0114: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 114/2013 der Kommission vom 6. November 2012 mit ergänzenden Vorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 510/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Gewährung einer Ausnahme von den spezifischen CO_2-Emissionszielen für neue leichte Nutzfahrzeuge (ABl. L 38 vom 9.2.2013, S. 1), geändert durch:

    – 32013 R 1047: Delegierte Verordnung (EU) 1047/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 285 vom 29.10.2013, S. 1)

    – 32014 R 0482: Delegierte Verordnung (EU) 482/2014 der Kommission vom 4. März 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 51)

11. 32017 R 1152: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1152 der Kommission vom 2. Juni 2017 zur Festlegung eines Verfahrens für die Ermittlung der Korrelationsparameter, die erforderlich sind, um der Änderung des Regelprüfverfahrens in Bezug auf leichte Nutzfahrzeuge Rechnung zu tragen, und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 293/2012 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 644), geändert durch:

    – 32018 R 1003: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1003 der Kommission vom 16. Juli 2018 (ABl. L 180 vom 17.7.2018, S. 16)

    – 32018 R 2042: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2042 der Kommission vom 18. Dezember 2018 (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 53)

– 32019 R 1839: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1839 der Kommission vom 31. Oktober 2019 (ABl. L 282 vom 4.11.2019, S. 1)

12. 32018 R 0956: Verordnung (EU) 2018/956 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über die Überwachung und Meldung der CO_2-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge (ABl. L 173 vom 9.7.2018, S. 1), geändert durch:

– 32019 R 0888: Delegierte Verordnung (EU) 2019/888 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 142 vom 29.5.2019, S. 43)

– 32019 R 1242: Verordnung (EU) 2019/1242 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 202)

– 32020 R 1589: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1589 der Kommission vom 22. Juli 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 4)

– 32021 R 1429: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1429 der Kommission vom 31. Mai 2021 (ABl. L 309 vom 2.9.2021, S. 1)

– 32022 R 0247: Delegierte Verordnung (EU) 2022/247 der Kommission vom 14. Dezember 2021 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 11)

13. 32019 R 1242: Verordnung (EU) 2019/1242 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Festlegung von CO_2-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 595/2009 und (EU) 2018/956 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Richtlinie 96/53/EG des Rates (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 202)

14. 32019 R 1859: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1859 der Kommission vom 6. November 2019 zur Festlegung von Vorschriften für die Anwendung des Artikels 10 der Verordnung (EU) 2019/1242 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Erhebung bestimmter Daten (ABl. L 286 vom 7.11.2019, S. 10), geändert durch:

    – 32022 R 0096: Durchführungsverordnung (EU) 2022/96 der Kommission vom 25. Januar 2022 (ABl. L 17 vom 26.1.2022, S. 1)

15. 32020 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1079 der Kommission vom 20. Juli 2020 über die Überprüfung und Berichtigung von Daten gemäß der Verordnung (EU) 2018/956 über die Überwachung und Meldung der CO_2-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge (ABl. L 235 vom 22.7.2020, S. 1)

16. 32021 R 1430: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1430 der Kommission vom 31. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/956 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Präzisierung der von den Mitgliedstaaten zur Prüfung der CO_2-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge zu meldenden Daten (ABl. L 309 vom 2.9.2021, S. 3)

17. 32021 R 0941: Durchführungsverordnung (EU) 2021/941 der Kommission vom 10. Juni 2021 zur Festlegung eines spezifischen Verfahrens für die Ermittlung von schweren Nutzfahrzeugen, die als Arbeitsfahrzeuge bescheinigt, aber nicht als solche zugelassen sind, und für die Anwendung von Korrekturen auf die jährlichen durchschnittlichen spezifischen CO_2-Emissionen eines Herstellers zwecks Berücksichtigung dieser Fahrzeuge (ABl. L 205 vom 11.6.2021, S. 77)

KAPITEL 11

CO2-ABSCHEIDUNG UND -SPEICHERUNG

1. 32009 L 0031: Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und 2008/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114), geändert durch:

   – 32018 D 0853: Beschluss (EU) 2018/853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 155)

2. 32011 D 0092: Beschluss 2011/92/EU der Kommission vom 10. Februar 2011 zur Einführung eines Fragebogens für den ersten Bericht über die Durchführung der Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die geologische Speicherung von Kohlendioxid (ABl. L 37 vom 11.2.2011, S. 19)

3. 32010 D 0670: Beschluss 2010/670/EU der Kommission vom 3. November 2010 über Kriterien und Maßnahmen für die Finanzierung von kommerziellen Demonstrationsprojekten, die auf eine umweltverträgliche Abscheidung und geologische Speicherung von CO_2 abzielen, und von Demonstrationsprojekten für innovative Technologien für erneuerbare Energien im Rahmen des Gemeinschaftssystems für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 290 vom 6.11.2010, S. 39), geändert durch:

   – 32015 D 0191: Beschluss (EU) 2015/191 der Kommission vom 5. Februar 2015 (ABl. L 31 vom 7.2.2015, S. 31)

   – 32017 D 2172: Beschluss (EU) 2017/2172 der Kommission vom 20. November 2017 (ABl. L 306 vom 22.11.2017, S. 24)

www.parlament.gv.at

ANHANG XXI – SAN MARINO-PROTOKOLL

STATISTIK

Liste nach Artikel 60 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Grundlegende und allgemeine Bestimmungen 3
2 Statistische Geheimhaltung 6
3 Unternehmensstatistiken 7
4 Tourismusstatistiken 12
5 Verkehrsstatistiken 14
6 Statistiken zur Bevölkerung und zu den sozialen Bedingungen 21
7 Wirtschafts- und Finanzstatistiken 42
8 Statistiken zu Tarifierung/Nomenklatur 53
9 Landwirtschafts- und Fischereistatistiken 60
10 Energiestatistiken 73
11 Umweltstatistiken 75

www.parlament.gv.at

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 1

GRUNDLEGENDE UND ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

EUROPÄISCHE STATISTIKEN: RECHTSRAHMEN

1. 32009 R 0223: Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1101/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken und des Beschlusses 89/382/EWG, Euratom des Rates zur Einsetzung eines Ausschusses für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 164), geändert durch:

   – 32015 R 0759: Verordnung (EU) 2015/759 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 90)

2. 32013 R 0557: Verordnung (EU) Nr. 557/2013 der Kommission vom 17. Juni 2013 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Statistiken in Bezug auf den Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 831/2002 der Kommission (ABl. L 164 vom 18.6.2013, S. 16)

3. 32012 D 0504: Beschluss 2012/504/EU der Kommission vom 17. September 2012 über Eurostat (ABl. L 251 vom 18.9.2012, S. 49)

www.parlament.gv.at

4. 32008 D 0235: Beschluss Nr. 235/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 zur Einsetzung eines Europäischen Beratungsgremiums für die Statistische Governance (ABl. L 73 vom 15.3.2008, S. 17)

EUROPÄISCHES STATISTISCHES PROGRAMM

1. 32021 R 0690: Verordnung (EU) 2021/690 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Aufstellung eines Programms für den Binnenmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen, den Bereich Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel sowie europäische Statistiken (Binnenmarktprogramm) und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 99/2013, (EU) Nr. 1287/2013, (EU) Nr. 254/2014 und (EU) Nr. 652/2014 (ABl. L 153 vom 3.5.2021, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG

1. 02016 R 0679: Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1)

EUROPÄISCHE DATENSCHUTZVERORDNUNG

1. 32018 R 1725: Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39)

www.parlament.gv.at

2. 32019 D 2071: Beschluss (EU) 2019/2071 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2019 zur Ernennung des Europäischen Datenschutzbeauftragten (ABl. L 316I vom 6.12.2019, S. 1)

KAPITEL 2

STATISTISCHE GEHEIMHALTUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32006 R 1367: Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens von Århus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten auf Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft (ABl. L 264 vom 25.9.2006, S. 13), geändert durch:

   – 32021 R 1767: Verordnung (EU) 2021/1767 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2021 (ABl. L 356 vom 8.10.2021, S. 1)

2. 32016 D 0128(02): Beschluss des Europäischen Datenschutzbeauftragten vom 3. Dezember 2015 über die Einsetzung eines externen Beirats für die ethische Dimension des Datenschutzes („Ethik-Beirat“) (ABl. C 33 vom 28.1.2016, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. Verhaltenskodex für europäische Statistiken für die nationalen statistischen Ämter und Eurostat (statistisches Amt der EU), angenommen vom Ausschuss für das Europäische Statistische System am 16. November 2017

www.parlament.gv.at

KAPITEL 3

UNTERNEHMENSSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32019 R 2152: Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über europäische Unternehmensstatistiken, zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken (ABl. L 327 vom 17.12.2019, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Kapitel V dieser Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32020 R 1030: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1030 der Kommission vom 15. Juli 2020 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „IKT-Nutzung und E-Commerce“ für das Bezugsjahr 2021 gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 12)

3. 32020 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission vom 30. Juli 2020 zur Festlegung technischer Spezifikationen und Einzelheiten nach der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Unternehmensstatistiken, zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken (ABl. L 271 vom 18.8.2020, S. 1)

www.parlament.gv.at

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

a) Anhang I Teil B dieser Verordnung gilt nicht für San Marino, mit Ausnahme der Variablen, die in der Anlage aufgeführt sind – Anhang XXI Teil A, Statistik.

b) Anhang VIII dieser Verordnung gilt nicht für San Marino, mit Ausnahme der Variablen, die in der Anlage aufgeführt sind – Anhang XXI Teil B, Statistik.

4. 32022 R 0918: Durchführungsverordnung (EU) 2022/918 der Kommission vom 13. Juni 2022 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „Globale Wertschöpfungsketten“ gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 159 vom 14.6.2022, S. 43)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

5. 32021 R 1190: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1190 der Kommission vom 15. Juli 2021 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „IKT-Nutzung und E-Commerce“ für das Bezugsjahr 2022 gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 258 vom 20.7.2021, S. 28)

www.parlament.gv.at

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

6. 32022 R 1344: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1344 der Kommission vom 1. August 2022 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „IKT-Nutzung und E-Commerce“ für das Bezugsjahr 2023 gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 182 vom 19.7.2023, S. 100)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

7. 32020 R 1470: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1470 der Kommission vom 12. Oktober 2020 über das Verzeichnis der Länder und Gebiete für die europäischen Statistiken über den internationalen Warenverkehr und die geografische Aufgliederung für sonstige Unternehmensstatistiken (ABl. L 334 vom 13.10.2020, S. 2)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

8. 32021 R 1704: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1704 der Kommission vom 14. Juli 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates durch genauere Festlegung der Einzelheiten der von den Steuer- und Zollbehörden zu übermittelnden statistischen Angaben und zur Änderung ihrer Anhänge V und VI (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 33)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

9. 32021 R 1225: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1225 der Kommission vom 27. Juli 2021 zur Festlegung der Einzelheiten für den Datenaustausch gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission in Bezug auf den Mitgliedstaat der Ausfuhr außerhalb der Union und die Pflichten der Meldeeinheiten (ABl. L 269 vom 28.7.2021, S. 58)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

10. 32022 R 1092: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1092 der Kommission vom 30. Juni 2022 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „Innovation“ gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 176 vom 1.7.2022, S. 10)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

11. 32022 R 2552: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2552 der Kommission vom 12. Dezember 2022 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für die Statistik für das Einzelthema Industrieproduktion zur Erstellung der Aufschlüsselung der Klassifikation der Industrieprodukte gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission im Hinblick auf den Abdeckungsbereich der Güterklassifikation (ABl. L 336 vom 29.12.2022, S. 1)

    Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 4

TOURISMUSSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32011 R 0692: Verordnung (EU) Nr. 692/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2011 über die europäische Tourismusstatistik und zur Aufhebung der Richtlinie 95/57/EG des Rates (ABl. L 192 vom 22.7.2011, S. 17), geändert durch:

   – 32013 R 0253: Delegierte Verordnung (EU) 253/2013 der Kommission vom 15. Januar 2013 (ABl. L 79 vom 21.3.2013, S. 5)

   – 32019 R 1681: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1681 der Kommission vom 1. August 2019 (ABl. L 258 vom 9.10.2019, S. 1)

   – 32020 R 1569: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1569 der Kommission vom 23. Juli 2020 (ABl. L 359 vom 29.10.2020, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Anhang II dieser Verordnung gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

2. 32011 R 1051: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1051/2011 der Kommission vom 20. Oktober 2011 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 692/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates über die europäische Tourismusstatistik in Bezug auf den Aufbau der Qualitätsberichte sowie die Datenübermittlung (ABl. L 276 vom 21.10.2011, S. 13), geändert durch:

   – 32013 R 0081: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 81/2013 der Kommission vom 29. Januar 2013 (ABl. L 28 vom 30.1.2013, S. 1)

   – 32021 R 1179: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1179 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 89)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 5

VERKEHRSSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

ABSCHNITT A

LUFT

1. 32003 R 0437: Verordnung (EG) Nr. 437/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2003 über die statistische Erfassung der Beförderung von Fluggästen, Fracht und Post im Luftverkehr (ABl. L 66 vom 11.3.2003, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32003 R 1358: Verordnung (EG) Nr. 1358/2003 der Kommission vom 31. Juli 2003 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 437/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die statistische Erfassung der Beförderung von Fluggästen, Fracht und Post im Luftverkehr und zur Änderung der Anhänge I und II der genannten Verordnung (ABl. L 194 vom 1.8.2003, S. 9), geändert durch:

   – 32005 R 0546: Verordnung (EG) Nr. 546/2005 der Kommission vom 8. April 2005 (ABl. L 91 vom 9.4.2005, S. 5)

www.parlament.gv.at

– 32007 R 0158: Verordnung (EG) Nr. 158/2007 der Kommission vom 16. Februar 2007 (ABl. L 49 vom 17.2.2007, S. 9)

3. 32005 R 0546: Verordnung (EG) Nr. 546/2005 der Kommission vom 8. April 2005 zur Anpassung der Verordnung (EG) Nr. 437/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Vergabe von Meldelandcodes und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1358/2003 der Kommission im Hinblick auf die Aktualisierung der Liste der Gemeinschaftsflughäfen (ABl. L 91 vom 9.4.2005, S. 5)

4. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT B

BINNENWASSERSTRASSEN

1. 32018 R 0974: Verordnung (EU) 2018/974 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 über die Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen (kodifizierter Text) (ABl. L 179 vom 16.7.2018, S. 14)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

ABSCHNITT C

SCHIENE

1. 32018 R 0643: Verordnung (EU) 2018/643 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 über die Statistik des Eisenbahnverkehrs (Neufassung) (ABl. L 112 vom 2.5.2018, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32007 R 0332: Verordnung (EG) Nr. 332/2007 der Kommission vom 27. März 2007 über die technischen Einzelheiten der Datenübermittlung der Statistiken über den Eisenbahnverkehr (ABl. L 88 vom 29.3.2007, S. 16)

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT D

STRAßENVERKEHR

1. 31993 D 0704: Entscheidung 93/704/EG des Rates vom 30. November 1993 über die Einrichtung einer gemeinschaftlichen Datenbank über Straßenverkehrsunfälle (ABl. L 329 vom 30.12.1993, S. 63)

   Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Für San Marino müssen die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Dateien erstmals im Jahr nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens übermittelt werden.

2. 32001 R 2163: Verordnung (EG) Nr. 2163/2001 der Kommission vom 7. November 2001 über die technischen Modalitäten für die Übermittlung der Daten zur Statistik des Güterkraftverkehrs (ABl. L 291 vom 8.11.2001, S. 13)

3. 32003 R 0006: Verordnung (EG) Nr. 6/2003 der Kommission vom 30. Dezember 2002 über die Verbreitung der Statistik des Güterkraftverkehrs (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 45), geändert durch:

   – 32010 R 0202: Verordnung (EU) Nr. 202/2010 der Kommission vom 10. März 2010 (ABl. L 61 vom 11.3.2010, S. 24)

4. 32004 R 0642: Verordnung (EG) Nr. 642/2004 der Kommission vom 6. April 2004 über Genauigkeitsanforderungen für die nach der Verordnung (EG) Nr. 1172/98 des Rates über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs erhobenen Daten (ABl. L 102 vom 7.4.2004, S. 26)

www.parlament.gv.at

5. 32012 R 0070: Verordnung (EU) Nr. 70/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2012 über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs (Neufassung) (ABl. L 32 vom 3.2.2012, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

6. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT E

SEEVERKEHR

1. 32009 L 0042: Richtlinie 2009/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs (Neufassung) (ABl. L 141 vom 6.6.2009, S. 29), geändert durch:

   – 32010 R 1090: Verordnung (EU) Nr. 1090/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 (ABl. L 325 vom 9.12.2010, S. 1)

   – 32010 D 1090: Beschluss 2010/216/EU der Kommission vom 14. April 2010 (ABl. L 94 vom 15.4.2010, S. 33)

   – 32012 D 0186: Delegierter Beschluss 2012/186/EU der Kommission vom 3. Februar 2012 (ABl. L 101 vom 11.4.2012, S. 5)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Richtlinie gilt nicht für San Marino.

2. 32018 D 01007: Delegierter Beschluss (EU) 2018/1007 der Kommission vom 25. April 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2009/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Hafenliste und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/861/EG der Kommission (ABl. L 180 vom 17.7.2018, S. 29)

www.parlament.gv.at

3. 32001 D 0423: Entscheidung 2001/423/EG der Kommission vom 22. Mai 2001 über die Einzelheiten der Veröffentlichung oder Verbreitung der statistischen Daten, die gemäß der Richtlinie 95/64/EG des Rates über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs erhoben werden (ABl. L 151 vom 7.6.2001, S. 41)

   Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Entscheidung gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

KAPITEL 6

STATISTIKEN ZUR BEVÖLKERUNG UND ZU DEN SOZIALEN BEDINGUNGEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

ABSCHNITT A

VOLKS- UND WOHNUNGSZÄHLUNGEN

1. 32008 R 0763: Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über Volks- und Wohnungszählungen (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 14)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt für San Marino nur auf nationaler Ebene.

2. 32009 R 1201: Verordnung (EG) Nr. 1201/2009 der Kommission vom 30. November 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die technischen Spezifikationen für die Themen sowie für deren Untergliederungen (ABl. L 329 vom 15.12.2009, S. 29)

www.parlament.gv.at

3. 32010 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2010 der Kommission vom 16. Juni 2010 zur Annahme des Programms der statistischen Daten und der Metadaten für Volks- und Wohnungszählungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 151 vom 17.6.2010, S. 1)

4. 32010 R 1151: Verordnung (EU) Nr. 1151/2010 der Kommission vom 8. Dezember 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die Modalitäten und die Struktur der Qualitätsberichte sowie das technische Format der Datenübermittlung (ABl. L 324 vom 9.12.2010, S. 1)

5. 32017 R 0543: Durchführungsverordnung (EU) 2017/543 der Kommission vom 22. März 2017 zur Festlegung der Regeln für die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die technischen Spezifikationen für die Themen sowie für deren Untergliederungen (ABl. L 78 vom 23.3.2017, S. 13)

6. 32017 R 0712: Verordnung (EU) 2017/712 der Kommission vom 20. April 2017 zur Festlegung des Bezugsjahrs und des Programms der statistischen Daten und Metadaten für Volks- und Wohnungszählungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 21.4.2014, S. 1)

7. 32017 R 0881: Durchführungsverordnung (EU) 2017/881 der Kommission vom 23. Mai 2017 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die Modalitäten und die Struktur der Qualitätsberichte sowie das technische Format der Datenübermittlung und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2010 (ABl. L 135 vom 24.5.2017, S. 6)

www.parlament.gv.at

8. 32018 R 1799: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1799 der Kommission vom 21. November 2018 über die Einführung einer zeitlich begrenzten statistischen Direktmaßnahme für die Verbreitung ausgewählter Themen der Volks- und Wohnungszählung 2021 geokodiert auf ein 1-km2-Gitter (ABl. L 296 vom 22.11.2018, S. 19)

ABSCHNITT B

DEMOGRAFIE

1. 32013 R 1260: Verordnung (EU) Nr. 1260/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über europäische demografische Statistiken (ABl. L 330 vom 10.12.2013, S. 39)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) San Marino ist von der Übermittlung von Daten zur Reihenfolge der Lebendgeburten befreit.

b) Artikel 4 gilt nicht für San Marino.

2. 32014 R 0205: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 205/2014 der Kommission vom 4. März 2014 zur Festlegung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1260/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische demografische Statistiken im Hinblick auf die Untergliederung der Daten, die Fristen und die Revision von Daten (ABl. L 65 vom 5.3.2014, S. 10)

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT C

STATISTIKEN ÜBER PERSONEN UND HAUSHALTE (STICHPROBENBASIS) FÜR DIE BEREICHE ARBEITSKRÄFTE, EINKOMMEN UND LEBENSBEDINGUNGEN, GESUNDHEIT, ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG, NUTZUNG VON INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN, ZEITVERWENDUNG, VERBRAUCH

1. 32019 R 1700: Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für europäische Statistiken über Personen und Haushalte auf der Grundlage von Einzeldaten aus Stichprobenerhebungen, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 808/2004, (EG) Nr. 452/2008 und (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates (ABl. L 261I vom 14.10.2019, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32019 R 2180: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2180 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte nach der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 330 vom 20.12.2019, S. 8)

www.parlament.gv.at

3. 32019 R 2181: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2181 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Festlegung der technischen Merkmale von in mehreren Datensätzen vorkommenden Elementen gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 330 vom 20.12.2019, S. 16)

4. 32020 R 0256: Delegierte Verordnung (EU) 2020/256 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung einer rotierenden Mehrjahresplanung (ABl. L 54 vom 26.2.2020, S. 1), geändert durch:

   – 32020 R 2175: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2175 der Kommission vom 20. Oktober 2020 (ABl. L 433 vom 22.12.2020, S. 20)

   – 32023 R 0167: Delegierte Verordnung (EU) 2023/167 der Kommission vom 3. November 2022 (ABl. L 24 vom 26.1.2023, S. 3)

5. 32020 R 0257: Delegierte Verordnung (EU) 2020/257 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Arbeitskräfte (ABl. L 54 vom 26.2.2020, S. 9)

6. 32019 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2240 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Arbeitskräfte gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 30.12.2019, S. 59)

www.parlament.gv.at

7. 32019 R 2241: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2241 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Beschreibung der Variablen und der Länge, der Qualitätsanforderungen und des Detaillierungsgrads der Zeitreihen für die Übermittlung monatlicher Daten zur Erwerbslosigkeit nach der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 30.12.2019, S. 125)

8. 32020 R 1640: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1640 der Kommission vom 12. August 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für das Ad-hoc-Thema 2022 „Berufliche Kompetenzen“ und für die achtjährlichen Variablen zu „Altersrenten, Alterspensionen und Erwerbsbeteiligung“ im Bereich Arbeitskräfte (ABl. L 370 vom 6.11.2020, S. 1)

9. 32020 R 1642: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1642 der Kommission vom 5. November 2020 zur Spezifizierung der technischen Eigenschaften des Datensatzes für das Ad-hoc-Thema 2022 „Berufliche Kompetenzen“ und für die achtjährlichen Variablen zu „Altersrenten, Alterspensionen und Erwerbsbeteiligung“ im Bereich Arbeitskräfte gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 370 vom 6.11.2020, S. 9)

10. 32022 R 2447: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2447 der Kommission vom 30. September 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und der Titel der achtjährlichen Variablen im Bereich Arbeitskräfte zu „Junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt“, „Bildungsstand — Einzelangaben, einschließlich unter- oder abgebrochener Ausbildung“ und „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ (ABl. L 320 vom 14.12.2022, S. 1)

11. 32022 R 2312: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2312 der Kommission vom 25. November 2022 über achtjährliche Variablen im Bereich Arbeitskräfte zu „Junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt“, „Bildungsstand — Einzelangaben, einschließlich unter- oder abgebrochener Ausbildung“ und „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 34)

12. 32020 R 0258: Delegierte Verordnung (EU) 2020/258 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Einkommen und Lebensbedingungen (ABl. L 54 vom 26.2.2020, S. 16)

13. 32019 R 2242: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2242 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Festlegung der technischen Angaben von Datensätzen, zur Festlegung der technischen Formate und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 30.12.2019, S. 133)

14. 32020 R 1721: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1721 der Kommission vom 17. November 2020 zur Festlegung der technischen Eigenschaften der Datensätze der Stichprobenerhebung im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen hinsichtlich „Gesundheit“ und „Lebensqualität“ gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 386 vom 18.11.2020, S. 9)

15. 32021 R 0466: Delegierte Verordnung (EU) 2021/466 der Kommission vom 17. November 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Einkommen und Lebensbedingungen hinsichtlich „Gesundheit“ und „Lebensqualität“ (ABl. L 96 vom 19.3.2021, S. 1)

16. 32022 R 0029: Delegierte Verordnung (EU) 2022/29 der Kommission vom 28. Oktober 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen hinsichtlich „Arbeitsmarkt und Wohnen“, „Intergenerationale Übertragung von Vorteilen und Benachteiligungen, Wohnungsnot“ und des Ad-hoc-Themas 2023 „Energieeffizienz der Haushalte“ (ABl. L 7 vom 12.1.2022, S. 1)

17. 32021 R 2052: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2052 der Kommission vom 24. November 2021 zur Festlegung der technischen Eigenschaften der Datensätze der Stichprobenerhebung im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen über Arbeitsmarkt und Wohnen, intergenerationale Übertragung von Vorteilen und Benachteiligungen, Wohnungsnot sowie des Ad-hoc-Themas 2023 zur Energieeffizienz von Haushalten gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 23)

18. 32023 R 0212: Delegierte Verordnung (EU) 2023/212 der Kommission vom 3. November 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen zum Zugang zu Dienstleistungen (ABl. L 30 vom 2.2.2023, S. 1)

19. 32022 R 2498: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2498 der Kommission Vom 9. Dezember 2022 zur Festlegung der technischen Angaben der Datensätze der Stichprobenerhebung im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen über Zugang zu Dienstleistungen gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 325 vom 20.12.2022, S. 16)

20. 32021 R 0859: Delegierte Verordnung (EU) 2021/859 der Kommission vom 4. Februar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Datensatz im Bereich Allgemeine und berufliche Bildung (ABl. L 190 vom 31.5.2021, S. 1)

21. 32021 R 0861: Durchführungsverordnung (EU) 2021/861 der Kommission vom 21. Mai 2021 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes und zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen für die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Allgemeine und berufliche Bildung gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 190 vom 31.5.2021, S. 25)

22. 32020 R 1432: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1432 der Kommission vom 14. Juli 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und Titel der Variablen für den Bereich Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2021 (ABl. L 331 vom 12.10.2020, S. 4)

23. 32020 R 1013: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1013 der Kommission vom 20. Juli 2020 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2021 gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 237 vom 22.7.2020, S. 1)

24. 32021 R 1898: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1898 der Kommission vom 20. Juli 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und Titel der Variablen für den Bereich Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2022 (ABl. L 387 vom 3.11.2021, S. 58)

www.parlament.gv.at

25. 32021 R 1223: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1223 der Kommission vom 27. Juli 2021 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2022 gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 269 vom 28.7.2021, S. 1)

26. 32022 R 2279: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2279 der Kommission vom 1. August 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und Titel der Variablen für den Bereich Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2023 (ABl. L 301 vom 22.11.2022, S. 1)

27. 32022 R 1399: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1399 der Kommission vom 1. August 2022 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2023 gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 213 vom 16.8.2022, S. 13)

28. 32023 R 0126: Delegierte Verordnung (EU) 2023/126 der Kommission vom 21. Oktober 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Verbrauch (ABl. L 17 vom 19.1.2023, S. 1)

www.parlament.gv.at

29. 32022 R 2094: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2094 der Kommission vom 28. Oktober 2022 zur Festlegung der technischen Angaben von Datensätzen, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Verbrauch gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 281 vom 31.10.2022, S. 23)

ABSCHNITT D

BILDUNG

1. 32008 R 0452: Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über die Erstellung und die Entwicklung von Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen (ABl. L 145 vom 4.6.2008, S. 227), geändert durch:

   – 32019 R 1700: Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 261I vom 14.10.2019, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino, mit Ausnahme der Daten zur Primar- und Sekundarstufe I.

www.parlament.gv.at

2. 32013 R 0912: Verordnung (EU) Nr. 912/2013 der Kommission vom 23. September 2013 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und die Entwicklung von Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen im Hinblick auf Statistiken über die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung (ABl. L 252 vom 24.9.2013, S. 5)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 4 gilt nicht für San Marino, mit Ausnahme der Übermittlung der ISCED-Zuordnung der nationalen Programme und Qualifikationen.

ABSCHNITT E

ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT SOWIE GESUNDHEITSSCHUTZ UND SICHERHEIT AM ARBEITSPLATZ

1. 32008 R 1338: Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 70), geändert durch:

   – 32019 R 1700: Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 261I vom 14.10.2019, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino, mit Ausnahme von Daten zur Gesundheitsversorgung (Anhang II).

www.parlament.gv.at

2. 32011 R 0328: Verordnung (EU) Nr. 328/2011 der Kommission vom 5. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz betreffend Statistiken über Todesursachen (ABl. L 90 vom 6.4.2011, S. 22)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

3. 32011 R 0349: Verordnung (EU) Nr. 349/2011 der Kommission vom 11. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz betreffend Statistiken über Arbeitsunfälle (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 3)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino und für Variablen der ESAW-Phase III über Ursachen und Begleitumstände.

4. 32021 R 1901: Verordnung (EU) 2021/1901 der Kommission vom 29. Oktober 2021 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Statistiken über die Kosten der Gesundheitsversorgung und ihre Finanzierung (ABl. L 387 vom 3.11.2021, S. 110)

www.parlament.gv.at

5. 32022 R 2294: Verordnung (EU) 2022/2294 der Kommission vom 23. November 2022 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Statistiken über Gesundheitsversorgungseinrichtungen, Humanressourcen im Bereich der Gesundheitsversorgung und Nutzung der Gesundheitsversorgung (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 42)

ABSCHNITT F

EUROPÄISCHES SYSTEM INTEGRIERTER SOZIALSCHUTZSTATISTIKEN

1. 32007 R 0458: Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. April 2007 über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) (ABl. L 113 vom 30.4.2007, S. 3)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32007 R 1322: Verordnung (EG) Nr. 1322/2007 der Kommission vom 12. November 2007 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) im Hinblick auf die geeigneten Formate für die Datenübermittlung, die zu übermittelnden Ergebnisse und die Kriterien für die Qualitätsbeurteilung für das ESSOSS-Kernsystem und das Modul Rentenempfänger (ABl. L 294 vom 13.11.2007, S. 5)

www.parlament.gv.at

3. 32008 R 0010: Verordnung (EG) Nr. 10/2008 der Kommission vom 8. Januar 2008 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) im Hinblick auf die Definitionen, die detaillierten Klassifikationen und die Aktualisierung der Verbreitungsregelungen für das ESSOSS-Kernsystem und das Modul Rentenempfänger (ABl. L 5 vom 9.1.2008, S. 3)

4. 32011 R 0110: Verordnung (EU) Nr. 110/2011 der Kommission vom 8. Februar 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) im Hinblick auf die geeigneten Formate für die Datenübermittlung, die zu übermittelnden Ergebnisse und die Kriterien für die Qualitätsbeurteilung für das ESSOSS-Modul Nettosozialschutzleistungen (ABl. L 34 vom 9.2.2011, S. 29)

5. 32011 R 0263: Verordnung (EU) Nr. 263/2011 der Kommission vom 17. März 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) in Bezug auf den Beginn einer umfassenden Datenerhebung für das ESSOSS-Modul Nettosozialschutzleistungen (ABl. L 71 vom 18.3.2011, S. 4)

ABSCHNITT G

MIGRATION UND INTERNATIONALER SCHUTZ

1. 32007 R 0862: Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer (ABl. L 199 vom 31.7.2007, S. 23), geändert durch:

   – 32020 R 0851: Verordnung (EU) 2020/851 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino, mit Ausnahme von Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und b.

2. 32010 R 0216: Verordnung (EU) Nr. 216/2010 der Kommission vom 15. März 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz betreffend die Definitionen der Kategorien der Gründe für die Erteilung von Aufenthaltstiteln (ABl. L 66 vom 16.3.2010, S. 1)

3. 32010 R 0351: Verordnung (EU) Nr. 351/2010 der Kommission vom 23. April 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz in Bezug auf die Definitionen der Kategorien der Gruppen für das Geburtsland, der Gruppen für das Land des letzten üblichen Aufenthaltsorts, der Gruppen für das Land des nächsten üblichen Aufenthaltsorts und der Gruppen für die Staatsangehörigkeit (ABl. L 104 vom 24.4.2010, S. 37)

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT H

BETRIEBLICHE BILDUNG

1. 32005 R 1552: Verordnung (EG) Nr. 1552/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Statistik der betrieblichen Bildung (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 1), geändert durch:

   – 32006 R 1893: Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1)

   – 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32006 R 0198: Verordnung (EG) Nr. 198/2006 der Kommission vom 3. Februar 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1552/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Statistik der betrieblichen Bildung (ABl. L 32 vom 4.2.2006, S. 15), geändert durch:

   – 32010 R 0822: Verordnung (EU) Nr. 822/2010 der Kommission vom 17. September 2010 (ABl. L 246 vom 18.9.2010, S. 18)

   – 32014 R 1153: Verordnung (EU) Nr. 1153/2014 der Kommission vom 29. Oktober 2014 (ABl. L 309 vom 30.10.2014, S. 9)

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT I

EUROPÄISCHE UNTERNEHMENSBEZOGENE ARBEITSMARKTSTATISTIKEN

1. 31999 R 0530: Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 9. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten (ABl. L 63 vom 12.3.1999, S. 6), geändert durch:

   – 32006 R 1893: Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 31999 R 1726: Verordnung (EG) Nr. 1726/1999 der Kommission vom 27. Juli 1999 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten in Bezug auf Definition und Übermittlung von Informationen über Arbeitskosten (ABl. L 203 vom 3.8.1999, S. 28), geändert durch:

   – 32005 R 1737: Verordnung (EU) Nr. 1737/2005 der Kommission vom 21. Oktober 2005 (ABl. L 279 vom 22.10.2005, S. 11)

www.parlament.gv.at

3. 32000 R 1916: Verordnung (EG) Nr. 1916/2000 der Kommission vom 8. September 2000 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten hinsichtlich der Definition und Übermittlung der Informationen über die Verdienststruktur (ABl. L 229 vom 9.9.2000, S. 3), geändert durch:

   – 32005 R 1738: Verordnung (EG) Nr. 1738/2005 der Kommission vom 21. Oktober 2005 (ABl. L 279 vom 22.10.2005, S. 32), geändert durch:

      – 32009 R 1022: Verordnung (EG) Nr. 1022/2009 der Kommission vom 29. Oktober 2009 (ABl. L 283 vom 30.10.2009, S. 3)

      – 32013 R 0317: Verordnung (EU) Nr. 317/2013 der Kommission vom 8. April 2013 (ABl. L 99 vom 9.4.2013, S. 1)

5. 32002 R 0072: Verordnung (EG) Nr. 72/2002 der Kommission vom 16. Januar 2002 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates hinsichtlich der Qualitätsbewertung der Verdienststrukturstatistik (ABl. L 15 vom 17.1.2002, S. 7)

4. 32006 R 0698: Verordnung (EG) Nr. 698/2006 der Kommission vom 5. Mai 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates hinsichtlich der Qualitätsbewertung der Statistik über die Struktur der Arbeitskosten und der Verdienste (ABl. L 121 vom 6.5.2006, S. 30), geändert durch:

   – 32009 R 1022: Verordnung (EG) Nr. 1022/2009 der Kommission vom 29. Oktober 2009 (ABl. L 283 vom 30.10.2009, S. 3)

5. 32003 R 0450: Verordnung (EG) Nr. 450/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2003 über den Arbeitskostenindex (ABl. L 63 vom 12.3.1999, S. 6)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

6. 32003 R 1216: Verordnung (EG) Nr. 1216/2003 der Kommission vom 7. Juli 2003 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 450/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Arbeitskostenindex (ABl. L 169 vom 8.7.2003, S. 37), geändert durch:

   – 32007 R 0224: Verordnung (EG) Nr. 224/2007 der Kommission vom 1. März 2007 (ABl. L 64 vom 2.3.2007, S. 23)

7. 32008 R 0453: Verordnung (EG) Nr. 453/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über die vierteljährliche Statistik der offenen Stellen in der Gemeinschaft (ABl. L 145 vom 4.6.2008, S. 234)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

8. 32008 R 1062: Verordnung (EG) Nr. 1062/2008 der Kommission vom 28. Oktober 2008 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 453/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die vierteljährliche Statistik der offenen Stellen in der Gemeinschaft im Hinblick auf Saisonbereinigungsverfahren und Qualitätsberichte (ABl. L 285 vom 29.10.2008, S. 3)

www.parlament.gv.at

9. 32009 R 0019: Verordnung (EG) Nr. 19/2009 der Kommission vom 13. Januar 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 453/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die vierteljährliche Statistik der offenen Stellen in der Gemeinschaft im Hinblick auf die Definition des Begriffs der offenen Stelle, die Messzeitpunkte für die Datenerhebung, die Spezifikationen für die Datenübermittlung und die Durchführbarkeitsstudien (ABl. L 9 vom 14.1.2009, S. 3)

KAPITEL 7

WIRTSCHAFTS- UND FINANZSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

ABSCHNITT A

AWFZ

1. 32006 D 0856: Beschluss des Rates vom 13. November 2006 zur Einsetzung eines Ausschusses für die Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken (ABl. L 332 vom 30.11.2006, S. 21)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Dieser Beschluss gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT B

BNE

1. 32019 R 0516: Verordnung (EU) 2019/516 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/130/EWG, Euratom des Rates und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 des Rates (BNE-Verordnung) (ABl. L 91 vom 29.3.2019, S. 19)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32019 D 0521(02): Beschluss C/2019/3651 der Kommission vom 17. Mai 2019 zur Einrichtung der Expertengruppe „Bruttonationaleinkommen“ der Kommission (ABl. C 174 vom 21.5.2019, S. 5)

3. 32020 R 1546: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1546 der Kommission vom 23. Oktober 2020 zur Festlegung der Struktur und der genauen Vorgaben des Verzeichnisses der zur Erstellung der Aggregate des Bruttonationaleinkommens und ihrer Bestandteile nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) genutzten Quellen und angewandten Methoden (ABl. L 354 vom 26.10.2020, S. 1)

4. 32021 R 1947: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1947 der Kommission vom 10. November 2021 zur Definition des geografischen Gebiets der Mitgliedstaaten für die Zwecke der Verordnung (EU) 2019/516 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (BNE-Verordnung) und zur Aufhebung der Entscheidung 91/450/EWG, Euratom der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 109/2005 der Kommission (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 1)

www.parlament.gv.at

5. 32021 R 1948: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1948 der Kommission vom 10. November 2021 über die Behandlung von Mehrwertsteuer-Rückzahlungen an Nichtsteuerpflichtige und an Steuerpflichtige mit Bezug auf deren steuerbefreite Tätigkeiten für die Zwecke der Verordnung (EU) 2019/516 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (BNE-Verordnung) und zur Aufhebung der Entscheidung 1999/622/EG, Euratom der Kommission und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 116/2005 der Kommission (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 4)

6. 32021 R 1949: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1949 der Kommission vom 10. November 2021 betreffend die Grundsätze zur Berechnung der Wohnungsdienstleistungen für die Zwecke der Verordnung (EU) 2019/516 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (BNE-Verordnung) und zur Aufhebung der Entscheidung 95/309/EG, Euratom der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 1722/2005 der Kommission (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 6)

7. 32010 D 0196: Beschluss des Rates vom 16. März 2010 über die Aufgliederung der unterstellten Bankgebühr (FISIM) zur Ermittlung des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Zwecke des Haushaltsplans und der Eigenmittel der Europäischen Union (ABl. L 87 vom 7.4.2010, S. 31)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Dieser Beschluss gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT C

VERFAHREN BEI EINEM ÜBERMÄSSIGEN DEFIZIT

1. 32009 R 0479: Verordnung (EG) Nr. 479/2009 des Rates vom 25. Mai 2009 über die Anwendung des dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügten Protokolls über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (kodifizierte Fassung) (ABl. L 145 vom 10.6.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32010 R 0679: Verordnung (EU) Nr. 679/2010 des Rates vom 26. Juli 2010 (ABl. L 198 vom 30.7.2010, S. 1)

   – 32014 R 0220: Verordnung (EU) Nr. 220/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 101)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32012 D 0678: Delegierter Beschluss 2012/678/EU der Kommission vom 29. Juni 2012 über Untersuchungen und Geldbußen in Zusammenhang mit der Manipulation von Statistiken gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1173/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates über die wirksame Durchsetzung der haushaltspolitischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 21)

   Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Dieser Beschluss gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

3. 31997 R 1467: Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 6), geändert durch:

   – 32005 R 1056: Verordnung (EG) Nr. 1056/2005 des Rates vom 27. Juni 2005 (ABl. L 174 vom 7.7.2005, S. 5)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

ABSCHNITT D

EUROPÄISCHES SYSTEM VOLKSWIRTSCHAFTLICHER GESAMTRECHNUNGEN – ESVG

1. 2013 R 549: Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union (ABl. L 174 vom 26.6.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32015 R 1342: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1342 der Kommission vom 22. April 2015 (ABl. L 207 vom 4.8.2015, S. 35)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

2. 32014 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 724/2014 der Kommission vom 26. Juni 2014 über das Standardaustauschformat für die Übermittlung von Daten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union (ABl. L 192 vom 1.7.2014, S. 38)

3. 32015 R 1365: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1365 der Kommission vom 30. April 2015 über das Format für die Übermittlung von Daten zu den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (ABl. L 211 vom 8.8.2015, S. 1)

4. 32016 R 2304: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2304 der Kommission vom 19. Dezember 2016 über die Modalitäten, den Aufbau, die Periodizität und die Indikatoren für die Bewertung der Qualitätsberichte über die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates übermittelten Daten (ABl. L 345 vom 20.12.2016, S. 27)

5. 31996 R 2223: Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 310 vom 30.11.1996, S. 1), geändert durch:

   – 31998 R 0448: Verordnung (EG) Nr. 448/98 des Rates vom 16. Februar 1998 (ABl. L 58 vom 27.2.1998, S. 1)

   – 32000 R 2516: Verordnung (EG) Nr. 2516/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. November 2000 (ABl. L 290 vom 17.11.2000, S. 1)

   – 32001 R 2558: Verordnung (EG) Nr. 2558/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Dezember 2001 (ABl. L 344 vom 28.12.2001, S. 1)

– 32002 R 0113: Verordnung (EG) Nr. 113/2002 der Kommission vom 23. Januar 2002 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates im Hinblick auf überarbeitete Klassifikationen der Ausgaben nach dem Verwendungszweck (ABl. L 21 vom 24.1.2002, S. 3)

– 32010 R 0715: Verordnung (EU) Nr. 715/2010 der Kommission vom 10. August 2010 (ABl. L 210 vom 11.8.2010, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

6. 32002 R 1889: Verordnung (EG) Nr. 1889/2002 der Kommission vom 23. Oktober 2002 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 448/98 des Rates zur Ergänzung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 hinsichtlich der Aufgliederung der unterstellten Bankgebühr (FISIM) im Rahmen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene (ESVG) (ABl. L 286 vom 24.10.2002, S. 11)

7. 32000 R 2516: Verordnung (EG) Nr. 2516/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. November 2000 zur Änderung der gemeinsamen Grundsätze des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Gemeinschaft (ESVG 95) im Hinblick auf Steuern und Sozialbeiträge und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates (ABl. L 290 vom 17.11.2000, S. 1)

8. 32001 R 0995: Verordnung (EG) Nr. 995/2001 der Kommission vom 22. Mai 2001 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2516/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der gemeinsamen Grundsätze des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Gemeinschaft (ESVG 95) im Hinblick auf Steuern und Sozialbeiträge (ABl. L 139 vom 23.5.2001, S. 3)

www.parlament.gv.at

9. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

10. 32000 R 1500: Verordnung (EG) Nr. 1500/2000 der Kommission vom 10. Juli 2000 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates im Hinblick auf die Ausgaben und Einnahmen des Staates (ABl. L 172 vom 12.7.2000, S. 3)

ABSCHNITT E

PREISE

1. 32016 R 0792: Verordnung (EU) 2016/792 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über harmonisierte Verbraucherpreisindizes und den Häuserpreisindex sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 11)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

2. 32020 R 1148: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1148 der Kommission vom 31. Juli 2020 zur Festlegung der methodischen und technischen Spezifikationen nach der Verordnung (EU) 2016/792 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf harmonisierte Verbraucherpreisindizes und den Häuserpreisindex (ABl. L 252 vom 4.8.2020, S. 12)

ABSCHNITT F

ZAHLUNGSBILANZ

1. 32005 R 0184: Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Januar 2005 betreffend die gemeinschaftliche Statistik der Zahlungsbilanz, des internationalen Dienstleistungsverkehrs und der Direktinvestitionen (ABl. L 35 vom 8.2.2005, S. 23), geändert durch:

   – 32012 R 0555: Verordnung (EU) Nr. 555/2012 der Kommission vom 22. Juni 2012 (ABl. L 166 vom 27.6.2012, S. 22)

   – 32016 R 1013: Verordnung (EU) 2016/1013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 144)

   – 32019 R 0505: Delegierte Verordnung (EU) 2019/505 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 85 vom 27.3.2019, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32009 R 0707: Verordnung (EG) Nr. 707/2009 der Kommission vom 5. August 2009 (ABl. L 202 vom 6.8.2009, S. 3)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32006 R 0601: Verordnung (EG) Nr. 601/2006 der Kommission vom 18. April 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf das Format und das Verfahren der Datenübertragung (ABl. L 106 vom 19.4.2006, S. 7), geändert durch:

– 32014 R 0228: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 228/2014 der Kommission vom 10. März 2014 (ABl. L 70 vom 11.3.2014, S. 16)

3. 32006 R 0602: Verordnung (EG) Nr. 602/2006 der Kommission vom 18. April 2006 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Aktualisierung der Datenanforderungen (ABl. L 106 vom 19.4.2006, S. 10)

4. 32008 R 1055: Verordnung (EG) Nr. 1055/2008 der Kommission vom 27. Oktober 2008 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Qualitätskriterien und der Qualitätsberichtserstattung für Zahlungsbilanzstatistiken (ABl. L 283 vom 28.10.2008, S. 3), geändert durch:

– 32010 R 1227: Verordnung (EU) Nr. 1227/2010 der Kommission vom 20. Dezember 2010 (ABl. L 336 vom 21.12.2010, S. 15)

ABSCHNITT G

Kaufkraftparitäten (KKP)

1. 32007 R 1445: Verordnung (EG) Nr. 1445/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 zur Festlegung gemeinsamer Regeln für die Bereitstellung der Basisinformationen für Kaufkraftparitäten sowie für deren Berechnung und Verbreitung (ABl. L 336 vom 20.12.2007, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32011 R 0193: Verordnung (EU) Nr. 193/2011 der Kommission vom 28. Februar 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1445/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich des Systems zur Qualitätskontrolle für Kaufkraftparitäten (ABl. L 56 vom 1.3.2011, S. 1)

3. 32015 R 1163: Verordnung (EU) 2015/1163 der Kommission vom 15. Juli 2015 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1445/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Liste der Einzelpositionen für Kaufkraftparitäten (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 6)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 8

STATISTIKEN ZU TARIFIERUNG/NOMENKLATUR

ABSCHNITT A

WIRTSCHAFTSZWEIGE (NACE)

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31990 R 3037: Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990 betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 293 vom 24.10.1990, S. 1), geändert durch:

   – 32002 R 0029: Verordnung (EG) Nr. 29/2002 der Kommission vom 19. Dezember 2001 (ABl. L 6 vom 10.1.2002, S. 3)

   – 32006 R 1893: Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1)

2. 32006 R 1893: Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1), geändert durch:

   – 32023 R 0137: Delegierte Verordnung (EU) 2023/137 der Kommission vom 10. Oktober 2022 (ABl. L 19 vom 20.1.2023, S. 5)

www.parlament.gv.at

3. 32007 R 0973: Verordnung (EG) Nr. 973/2007 der Kommission vom 20 August 2007 zur Änderung einiger Verordnungen der EG über bestimmte statistische Bereiche zum Zweck der Umsetzung der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Rev. 2 (ABl. L 216 vom 21.8.2007, S. 10)

4. 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Anpassung von Rechtsakten, in denen auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle Bezug genommen wird, an Artikel 290 und 291 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31996 H 0162: Empfehlung 96/162/EG der Kommission vom 8. Februar 1996 betreffend eine gemeinsame Aggregation für Wirtschaftsanalysen (ABl. L 38 vom 16.2.1996, S. 20)

ABSCHNITT B

NUTS

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32003 R 1059: Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) (ABl. L 154 vom 21.6.2003, S. 1), geändert durch:

   – 32005 R 1888: Verordnung (EG) Nr. 1888/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 (ABl. L 309 vom 25.11.2005, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32007 R 0105: Verordnung (EG) Nr. 105/2007 der Kommission vom 1. Februar 2007 (ABl. L 39 vom 10.2.2007, S. 1)

– 32008 R 0176: Verordnung (EG) Nr. 176/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 (ABl. L 61 vom 5.3.2008, S. 1)

– 32011 R 0031: Verordnung (EU) Nr. 31/2011 der Kommission vom 17. Januar 2011 (ABl. L 13 vom 18.1.2011, S. 3)

– 32013 R 1319: Verordnung (EU) Nr. 1319/2013 der Kommission vom 9. Dezember 2013 (ABl. L 342 vom 18.12.2013, S. 1)

– 32014 R 0868: Verordnung (EU) Nr. 868/2014 der Kommission vom 8. August 2014 (ABl. L 241 vom 13.8.2014, S. 1)

– 32016 R 2066: Verordnung (EU) 2016/2066 der Kommission vom 21. November 2016 (ABl. L 322 vom 29.11.2016, S. 1)

– 32017 R 2391: Verordnung (EU) 2017/2391 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 350 vom 29.12.2017, S. 1)

– 32019 R 1755: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1755 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 270 vom 24.10.2019, S. 1)

– 32023 R 0674: Delegierte Verordnung (EU) 2023/674 der Kommission vom 26. Dezember 2022 (ABl. L 87 vom 24.3.2023, S. 1)

www.parlament.gv.at

2. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

3. 32008 R 0011: Verordnung (EG) Nr. 11/2008 der Kommission vom 8. Januar 2008 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) im Hinblick auf die Übermittlung der Zeitreihen für die neue regionale Gliederung (ABl. L 5 vom 9.1.2008, S. 13)

4. 32012 R 1046: Verordnung (EU) Nr. 1046/2012 der Kommission vom 8. November 2012 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) im Hinblick auf die Übermittlung der Zeitreihen für die neue regionale Gliederung (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 34)

5. 32015 R 2381: Verordnung (EU) 2015/2381 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) im Hinblick auf die Übermittlung der Zeitreihen für die neue regionale Gliederung (ABl. L 332 vom 18.12.2015, S. 52)

6. 32018 R 1685: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1685 der Kommission vom 8. November 2018 über einheitliche Bedingungen für die Übermittlung von Zeitreihen für die neue regionale Gliederung nach der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 (ABl. L 279 vom 9.11.2018, S. 33)

7. 32019 R 1130: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1130 der Kommission vom 2. Juli 2019 über die Festlegung einheitlicher Bestimmungen für eine harmonisierte Anwendung territorialer Typologien gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 179 vom 3.7.2019, S. 9)

8. 32020 R 1703: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1703 der Kommission vom 13. November 2020 über einheitliche Bedingungen für die Übermittlung von Zeitreihen für die neue regionale Gliederung nach der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 382 vom 16.11.2020, S. 7)

ABSCHNITT C

PRODCOM

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32019 R 1933: Verordnung (EU) 2019/1933 der Kommission vom 6. November 2019 zur Erstellung der „Prodcom-Liste“ der produzierten Güter gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 des Rates (ABl. L 309 vom 29.11.2019, S. 1)

ABSCHNITT D

GÜTERKLASSIFIKATION IN VERBINDUNG MIT DEN WIRTSCHAFTSZWEIGEN (CPA)

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32008 R 0451: Verordnung (EG) Nr. 451/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 zur Schaffung einer neuen statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (CPA) und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3696/93 des Rates (ABl. L 145 vom 4.6.2008, S. 65), geändert durch:

   – 32014 R 1209: Verordnung (EU) Nr. 1209/2014 der Kommission vom 29. Oktober 2014 (ABl. L 336 vom 22.11.2014, S. 1)

2. 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Anpassung von Rechtsakten, in denen auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle Bezug genommen wird, an Artikel 290 und 291 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT E

STATISTISCHE EINHEITEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31993 R 0696: Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft (ABl. L 76 vom 30.3.1993, S. 1), geändert durch:

   – 11994 N 003: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21)

2. 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 zur Anpassung der Bestimmungen über die Ausschüsse zur Unterstützung der Kommission bei der Ausübung von deren Durchführungsbefugnissen, die in Rechtsakten vorgesehen sind, für die das Verfahren des Artikels 251 des EG-Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

3. 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Anpassung an das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Erster Teil (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 9

LANDWIRTSCHAFTS- UND FISCHEREISTATISTIKEN

ABSCHNITT A

STATISTIKEN ZU LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBSMITTELN UND ZUR LANDWIRTSCHAFTLICHEN ERZEUGUNG – SAIO

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32022 R 2379: Verordnung (EU) 2022/2379 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 über Statistiken zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und zur landwirtschaftlichen Erzeugung, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 617/2008 der Kommission sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1165/2008, (EG) Nr. 543/2009 und (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Richtlinie 96/16/EG des Rates (ABl. L 315 vom 7.12.2022, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32022 C 1207(02): Erklärung der Kommission in Bezug auf Verordnung (EU) 2022/2379 des Europäischen Parlaments und des Rates, zu den laufenden Arbeiten zur Gewährleistung der elektronischen Verfügbarkeit der Aufzeichnungen, die von beruflichen Verwendern von Pflanzenschutzmitteln gemäß Artikel 67 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates zu führen sind (2022/C 466/06) (ABl. C 466 vom 7.12.2022, S. 23)

2. 32022 C 1207(01): Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verordnung (EU) 2022/2379 zur großen Bedeutung der Einrichtung eines von den zuständigen nationalen Behörden geführten Registers über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft in allen Mitgliedstaaten (2022/C 466/04) (ABl. C 466 vom 7.12.2022, S. 21)

ABSCHNITT B

LANDWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32004 R 0138: Verordnung (EG) Nr. 138/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2003 zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Gemeinschaft (ABl. L 33 vom 5.2.2004, S. 1), geändert durch:

   – 32005 R 0306: Verordnung (EG) Nr. 306/2005 der Kommission vom 24. Februar 2005 (ABl. L 52 vom 25.2.2005, S. 9)

www.parlament.gv.at

– 32006 R 0909: Verordnung (EG) Nr. 909/2006 der Kommission vom 20. Juni 2006 (ABl. L 168 vom 21.6.2006, S. 14)

– 32008 R 0212: Verordnung (EG) Nr. 212/2008 der Kommission vom 7. März 2008 (ABl. L 65 vom 8.3.2008, S. 5)

– 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

– 32019 R 0280: Delegierte Verordnung (EU) 2019/280 der Kommission vom 3. Dezember 2018 (ABl. L 47 vom 19.2.2019, S. 7)

– 32022 R 0590: Verordnung (EU) 2022/590 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. April 2022 (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 2008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Anpassung an das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Erster Teil (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

www.parlament.gv.at

3. 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung bestimmter Gesetzgebungsakte im Bereich Agrar- und Fischereistatistik (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

ABSCHNITT C

ERHEBUNGEN ÜBER DIE STRUKTUR DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32018 R 1091: Verordnung (EU) 2018/1091 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1166/2008 und (EU) Nr. 1337/2011 (ABl. L 200 vom 7.8.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32021 R 2269: Verordnung (EU) 2021/2269 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 457 vom 21.12.2021, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32018 R 1874: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1874 der Kommission vom 29. November 2018 zu den für 2020 gemäß der Verordnung (EU) 2018/1091 des Europäischen Parlaments und des Rates über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1166/2008 und (EU) Nr. 1337/2011 hinsichtlich der Liste der Variablen und ihrer Beschreibung zu liefernden Daten (ABl. L 306 vom 30.11.2018, S. 14)

www.parlament.gv.at

3. 32020 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2020/405 der Kommission vom 16. März 2020 zur Festlegung der praktischen Vorkehrungen für die nach der Verordnung (EU) 2018/1091 des Europäischen Parlaments und des Rates über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben zu übermittelnden Qualitätsberichte und ihrer Inhalte (ABl. L 80 vom 17.3.2020, S. 3)

4. 32021 R 2286: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2286 der Kommission vom 16. Dezember 2021 zu den für das Referenzjahr 2023 gemäß der Verordnung (EU) 2018/1091 des Europäischen Parlaments und des Rates über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben zu liefernden Daten hinsichtlich der Liste der Variablen und ihrer Beschreibung sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1200/2009 der Kommission (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 284)

ABSCHNITT D

PFLANZLICHE ERZEUGUNG

1. 32009 R 0543: Verordnung (EG) Nr. 543/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Statistik der pflanzlichen Erzeugung und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 837/90 und (EWG) Nr. 959/93 des Rates (ABl. L 167 vom 29.6.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

   – 32015 R 1557: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1557 der Kommission vom 13. Juli 2015 (ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 11)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

2. 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung bestimmter Gesetzgebungsakte im Bereich Agrar- und Fischereistatistik (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

ABSCHNITT E

MILCH UND MILCHERZEUGNISSE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31996 L 0016: Richtlinie 96/16/EG des Rates vom 19. März 1996 betreffend die statistischen Erhebungen über Milch und Milcherzeugnisse (ABl. L 78 vom 28.3.1996, S. 27), geändert durch:

   – 32003 L 0107: Richtlinie 2003/107/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2003 (ABl. L 7 vom 13.1.2004, S. 40)

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Richtlinie gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

2. 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 zur Anpassung der Bestimmungen über die Ausschüsse zur Unterstützung der Kommission bei der Ausübung von deren Durchführungsbefugnissen, die in Rechtsakten vorgesehen sind, für die das Verfahren des Artikels 251 des EG-Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

3. 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Anpassung an das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Zweiter Teil (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

4. 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung bestimmter Gesetzgebungsakte im Bereich Agrar- und Fischereistatistik (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

5. 31997 D 0080 Entscheidung 97/80/EG der Kommission vom 18. Dezember 1996 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 96/16/EG des Rates betreffend die statistischen Erhebungen über Milch und Milcherzeugnisse (ABl. L 24 vom 25.1.1997, S. 26), geändert durch:

   – 31998 D 0582: Beschluss 98/582/EG des Rates vom 6. Oktober 1998 (ABl. L 281 vom 17.10.1998, S. 36)

   – 32005 D 0288: Entscheidung 2005/288/EG der Kommission vom 18. März 2005 (ABl. L 88 vom 7.4.2005, S. 10)

   – 32011 D 0142: Beschluss 2011/142/EU der Kommission vom 3. März 2011 (ABl. L 59 vom 4.3.2011, S. 66)

ABSCHNITT F

SCHWEINE, RINDER, SCHAFE UND ZIEGEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32008 R 1165: Verordnung (EG) Nr. 1165/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Viehbestands- und Fleischstatistiken und zur Aufhebung der Richtlinien 93/23/EWG, 93/24/EWG und 93/25/EWG des Rates (ABl. L 321 vom 1.12.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT G

PESTIZIDE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32009 R 1185: Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über Statistiken zu Pestiziden (ABl. L 324 vom 10.10.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 0269: Verordnung (EU) 2017/269 der Kommission vom 16. Februar 2017 (ABl. L 40 vom 17.2.2017, S. 4)

   – 32021 R 2010: Verordnung (EU) 2021/2010 der Kommission vom 17. November 2021 (ABl. L 410 vom 18.11.2021, S. 4)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32011 R 0408: Verordnung (EU) Nr. 408/2011 der Kommission vom 27. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Statistiken zu Pestiziden im Hinblick auf das Übermittlungsformat (ABl. L 108 vom 28.4.2011, S. 21), geändert durch:

   – 32014 R 1264: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1264/2014 der Kommission vom 26. November 2014 (ABl. L 341 vom 27.11.2014, S. 6)

www.parlament.gv.at

3. 32011 R 0656: Verordnung (EU) Nr. 656/2011 der Kommission vom 7. Juli 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Statistiken zu Pestiziden im Hinblick auf die Begriffsbestimmungen und die Liste der Wirkstoffe (ABl. L 180 vom 8.7.2011, S. 3)

ABSCHNITT H

FISCHEREI

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

UNTERABSCHNITT 1

ÜBERMITTLUNG VON DATEN ÜBER FISCHEREIERZEUGNISSE

1. 32006 R 1921: Verordnung (EG) Nr. 1921/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 betreffend die Übermittlung von statistischen Daten über die Anlandungen von Fischereierzeugnissen in den Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1382/91 des Rates (ABl. L 403 vom 30.12.2006, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

2. 32009 R 0216: Verordnung (EG) Nr. 216/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Fangstatistiken durch Mitgliedstaaten, die in bestimmten Gebieten außerhalb des Nordatlantiks Fischfang betreiben (Neufassung) (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

3. 32009 R 0217: Verordnung (EG) Nr. 217/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Statistiken über die Fänge und die Fischereitätigkeit der Mitgliedstaaten, die im Nordwestatlantik Fischfang betreiben (Neufassung) (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 42), geändert durch:

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

www.parlament.gv.at

4. 32009 R 0218: Verordnung (EG) Nr. 218/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Fangstatistiken durch die Mitgliedstaaten, die im Nordostatlantik Fischfang betreiben (Neufassung) (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 70), geändert durch:

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

UNTERABSCHNITT 2

AQUAKULTUR

1. 32008 R 0762: Verordnung (EG) Nr. 762/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorlage von Aquakulturstatistiken durch die Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 788/96 des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung bestimmter Gesetzgebungsakte im Bereich Agrar- und Fischereistatistik (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 10

ENERGIESTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32016 R 1952: Verordnung (EU) 2016/1952 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über europäische Erdgas- und Strompreisstatistik und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/92/EG (ABl. L 311 vom 17.11.2016, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino, mit Ausnahme der Strompreise für industrielle Endverbraucher der Gruppe IC und der Gaspreise für industrielle Endverbraucher der Gruppe I3. Diese Angaben (jeweils drei Preise: Preise ohne Steuern, Abgaben und sonstige staatlich verursachte Belastungen; Preise ohne MwSt. und sonstige erstattungsfähige Steuern; Preise einschließlich aller Steuern, Abgaben, sonstigen staatlich verursachten Belastungen und MwSt.) sind anhand des einschlägigen Fragebogens von Eurostat halbjährlich innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf des Bezugszeitraums zu übermitteln.

2. 32017 R 2169: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2169 der Kommission vom 21. November 2017 betreffend Format und Modalitäten für die Übermittlung europäischer Erdgas- und Strompreisstatistiken gemäß der Verordnung (EU) 2016/1952 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 306 vom 22.11.2017, S. 9)

3. 32019 R 0803: Durchführungsverordnung (EU) 2019/803 der Kommission vom 17. Mai 2019 über die technischen Anforderungen an den Inhalt der Qualitätsberichte über europäische Erdgas- und Strompreisstatistiken gemäß der Verordnung (EU) 2016/1952 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 132 vom 20.5.2019, S. 23)

www.parlament.gv.at

4. 32008 R 1099: Verordnung (EG) Nr. 1099/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 über die Energiestatistik (ABl. L 304 vom 14.11.2008, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 0147: Verordnung (EU) Nr. 147/2013 der Kommission vom 13. Februar 2013 (ABl. L 50 vom 22.2.2013, S. 1)

   – 32014 R 0431: Verordnung (EU) Nr. 431/2014 der Kommission vom 24. April 2014 (ABl. L 131 vom 1.5.2014, S. 1)

   – 32017 R 2010: Verordnung (EU) 2017/2010 der Kommission vom 9. November 2017 (ABl. L 292 vom 10.11.2017, S. 3)

   – 32019 R 2146: Verordnung (EU) 2019/2146 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 43)

   – 32022 R 0132: Verordnung (EU) 2022/132 der Kommission vom 28. Januar 2022 (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 208)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino, mit Ausnahme der Daten über Ein- und Ausfuhren der verschiedenen Energieprodukte und die Stromerzeugung für die jährlichen Energiestatistiken (Anhang B).

www.parlament.gv.at

KAPITEL 11

UMWELTSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

ABSCHNITT A

ABFALL

1. 32002 R 2150: Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2002 zur Abfallstatistik (ABl. L 332 vom 9.12.2002, S. 1), geändert durch:

   – 32004 R 0574: Verordnung (EG) Nr. 574/2004 der Kommission vom 23. Februar 2004 (ABl. L 90 vom 27.3.2004, S. 15)

   – 32005 R 0783: Verordnung (EG) Nr. 783/2005 der Kommission vom 24. Mai 2005 (ABl. L 131 vom 25.5.2005, S. 38)

   – 32009 R 0221: Verordnung (EG) Nr. 221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 157)

www.parlament.gv.at

– 32010 R 0849: Verordnung (EU) Nr. 849/2010 der Kommission vom 27. September 2010 (ABl. L 253 vom 28.9.2010, S. 2)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Anhang II dieser Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32005 R 0782: Verordnung (EG) Nr. 782/2005 der Kommission vom 24. Mai 2005 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung der Ergebnisse der Abfallstatistik (ABl. L 131 vom 25.5.2005, S. 26)

3. 32005 R 1445: Verordnung (EG) Nr. 1445/2005 der Kommission vom 5. September 2005 zur Festlegung der Kriterien für die Bewertung der Qualität der Abfallstatistik und des Inhalts der Berichte über ihre Qualität gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 229 vom 6.9.2005, S. 6)

www.parlament.gv.at

ABSCHNITT B

UMWELTÖKONOMISCHE GESAMTRECHNUNGEN

1. 32011 R 0691: Verordnung (EU) Nr. 691/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen (ABl. L 192 vom 22.7.2011, S. 1), geändert durch:

   – 32014 R 0538: Verordnung (EU) Nr. 538/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 113)

   – 32022 R 0125: Delegierte Verordnung (EU) 2022/125 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 40)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Diese Verordnung gilt nicht für San Marino.

2. 32015 R 2174: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2174 der Kommission vom 24. November 2015 über die indikative Übersicht der Umweltgüter und -dienstleistungen, über das Format für die Datenübermittlung für die europäischen umweltökonomischen Gesamtrechnungen sowie über Modalitäten, Aufbau und Periodizität der Qualitätsberichte gemäß der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen (ABl. L 307 vom 25.11.2015, S. 17)

3. 32016 R 0172: Delegierte Verordnung (EU) 2016/172 der Kommission vom 24. November 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Bestimmung der Energieerzeugnisse (ABl. L 33 vom 10.2.2016, S. 3)

www.parlament.gv.at

Anlage 1

Daten, die Eurostat gemäß der Verordnung über europäische Unternehmensstatistiken (EBS) (Verordnung (EU) 2019/2152) zu übermitteln sind

Teil A

Zu übermittelnde Daten zu den Tabellen im EBS-Durchführungsrechtsakt in Anhang I Teil B (nicht in der Tabelle aufgeführte Daten sind ausgenommen) – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission vom 30. Juli 2020 – allgemeiner EBS-Durchführungsrechtsakt:

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 1	Eintragungen	Aufschlüsselung nach Tätigkeit – Aggregate von NACE-Abschnitten: – B+C+D+E, K+L+M+N, P+Q+R+S95+S96 – NACE-Abschnitte: – F, G, H, I und J	Vierteljährlich	Erstes Quartal 2021	T + 40 D

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 2	Zahl der Lohn- und Gehalts-empfänger und Selbstständigen	Aufschlüsselung nach Tätigkeit – Industrielle Hauptgruppen der NACE-Abschnitte B, C, D und der Abteilung E36 nach Anhang II.A dieser Verordnung; – Aggregate von NACE-Abschnitten: – B+C+D+E36, H+I+J+L+M (ausgenommen M70.1, M72, M75)+N; – NACE-Abschnitte: – B, C, D, F, G, H, I, J, L, M (ausgenommen M70.1, M72, M75) und N; – NACE-Abteilungen: – E36, G45, G46, G47 und G47 (ausgenommen G47.3)	Vierteljährlich	Erstes Quartal 2001	T + 2M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabellen 10, 11 und 14	Zahl der aktiven Unternehmen	Aufschlüsselung nach Tätigkeit – Für die NACE-Abschnitte B bis J, L bis N und P bis R: Abschnitte, Abteilungen, Gruppen und Klassen; – Für den NACE-Abschnitt K: Abschnitt, Abteilung und die Gruppen 64.1, 64.2, 64.3, 64.9, 65.1, 65.2 und 65.3, Klassen 64.11, 64.19, 64.20, 64.30, 65.11, 65.12, 65.20 und 65.30; – Für die Abteilungen 95 und 96: Abteilungen, Gruppen und Klassen; 1. 2. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger	Jährlich	2021	T + 10 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		2. Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: – NACE-Abschnitte; – Aggregate von NACE-Abteilungen: – C10+C11+C12, C13+C14, C17+C18, C24+C25, C29+C30, C31+C32; – NACE-Abteilungen: – C15, C16, C19, C20, C21, C22, C23, C26, C27, C28, C33, S95, S96 und alle Abteilungen der NACE-Abschnitte G, H, I, J, K, L, M, N, P, Q und R; – Die Gruppen der NACE-Abteilungen G47 und J62 und der NACE-Abschnitte L, M und N; – Klassen der NACE-Abteilung J62; Aufschlüsselung nach Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 0 Lohn- und Gehaltsempfänger, 1-4 Lohn- und Gehaltsempfänger, 5-9 Lohn- und Gehaltsempfänger, 10 und mehr Lohn- und Gehaltsempfänger			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		3. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Rechtsform Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung nach Tätigkeit wie Aufschlüsselung 2 Aufschlüsselung nach Rechtsform: – Insgesamt, – Einzelunternehmen mit unbeschränkter Haftung, – Kapitalgesellschaften mit beschränkter Haftung, – Personengesellschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung (ebenfalls eingeschlossen sind andere Rechtsformen wie Genossenschaften, Verbände usw.)			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		4. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Umsatzgrößenklasse Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Abschnitte, Abteilungen und Gruppen der NACE Aufschlüsselung nach Umsatzgrößenklasse: Jahresumsatz in Mio. EUR: Insgesamt, 0 bis weniger als 1, 1 bis weniger als 2, 2 bis weniger als 5, 5 bis weniger als 10, 10 bis weniger als 20, 20 bis weniger als 50, 50 bis weniger als 200, 200 und mehr			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 12	Zahl der Unternehmen mit mindestens einem Lohn- und Gehalts-empfänger	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: – NACE-Abschnitte; – Aggregate von NACE-Abteilungen: – C10+C11+C12, C13+C14, C17+C18, C24+C25, C29+C30, C31+C32; – NACE-Abteilungen: – C15, C16, C19, C20, C21, C22, C23, C26, C27, C28, C33, S95, S96 und alle Abteilungen der NACE-Abschnitte G, H, I, J, K, L, M, N, P, Q und R; – Die Gruppen der NACE-Abteilungen G47 und J62 und der NACE-Abschnitte L, M und N; – Klassen der NACE-Abteilung J62;	Jährlich		T + 10 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		2. Aufschlüsselung nach Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger Insgesamt, 1-4 Lohn- und Gehaltsempfänger, 5-9 Lohn- und Gehaltsempfänger, 10 und mehr Lohn- und Gehaltsempfänger 3. Aufschlüsselung nach Tätigkeit, Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger und Zahl der Kalenderjahre des Fortbestands: Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung der Tätigkeiten wie Aufschlüsselung 1. Aufschlüsselung der Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 1-4, 5-9, 10+			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 12	Unternehmens-gründungen	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: – NACE-Abschnitte; – Aggregate von NACE-Abteilungen: – C10+C11+C12, C13+C14, C17+C18, C24+C25, C29+C30, C31+C32; – NACE-Abteilungen: – C15, C16, C19, C20, C21, C22, C23, C26, C27, C28, C33, S95, S96 und alle Abteilungen der NACE-Abschnitte G, H, I, J, K, L, M, N, P, Q und R; – Die Gruppen der NACE-Abteilungen G47 und J62 und der NACE-Abschnitte L, M und N; – Klassen der NACE-Abteilung J62;	Jährlich	2021	T + 10 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		Aufschlüsselung nach Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 0 Lohn- und Gehaltsempfänger, 1-4 Lohn- und Gehaltsempfänger, 5-9 Lohn- und Gehaltsempfänger, 10 und mehr Lohn- und Gehaltsempfänger 2. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Rechtsform Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung nach Tätigkeit wie Aufschlüsselung 1 Aufschlüsselung nach Rechtsform: – Insgesamt, – Einzelunternehmen mit unbeschränkter Haftung, – Kapitalgesellschaften mit beschränkter Haftung,			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		– Personengesellschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung (ebenfalls eingeschlossen sind andere Rechtsformen wie Genossenschaften, Verbände usw.) 3. Aufschlüsselung nach Tätigkeit, Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger und Zahl der Kalenderjahre des Fortbestands Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung der Tätigkeiten wie Aufschlüsselung 1. Aufschlüsselung der Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 0, 1-4, 5-9, 10+			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 12	Unternehmens-schließungen	4. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: – NACE-Abschnitte; – Aggregate von NACE-Abteilungen: – C10+C11+C12, C13+C14, C17+C18, C24+C25, C29+C30, C31+C32; – NACE-Abteilungen: – C15, C16, C19, C20, C21, C22, C23, C26, C27, C28, C33, S95, S96 und alle Abteilungen der NACE-Abschnitte G, H, I, J, K, L, M, N, P, Q und R; – Die Gruppen der NACE-Abteilungen G47 und J62 und der NACE-Abschnitte L, M und N; – Klassen der NACE-Abteilung J62;	Jährlich	2021	T + 30 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		Aufschlüsselung nach Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 0 Lohn- und Gehaltsempfänger, 1-4 Lohn- und Gehaltsempfänger, 5-9 Lohn- und Gehaltsempfänger, 10 und mehr Lohn- und Gehaltsempfänger 5. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Rechtsform Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung nach Tätigkeit wie Aufschlüsselung 1 Aufschlüsselung nach Rechtsform: – Insgesamt, – Einzelunternehmen mit unbeschränkter Haftung, – Kapitalgesellschaften mit beschränkter Haftung, – Personengesellschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung (ebenfalls eingeschlossen sind andere Rechtsformen wie Genossenschaften, Verbände usw.)			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		6. Aufschlüsselung nach Tätigkeit, Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger und Zahl der Kalenderjahre des Fortbestands Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung der Tätigkeiten wie Aufschlüsselung 1. Aufschlüsselung der Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 0, 1-4, 5-9, 10+			
Tabelle 12	Fortbestand von Unternehmen	3. Aufschlüsselung nach Tätigkeit, Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger und Zahl der Kalenderjahre des Fortbestands Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung der Tätigkeiten wie Aufschlüsselung 1. Aufschlüsselung der Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 0, 1-4, 5-9, 10+. Aufschlüsselung nach Zahl der Kalenderjahre des Fortbestands 1, 2, 3, 4, 5	Jährlich	2021	T + 18 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 12	Unternehmen, die einen ersten Lohn- und Gehalts-empfänger haben	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: – NACE-Abschnitte; – Aggregate von NACE-Abteilungen: – C10+C11+C12, C13+C14, C17+C18, C24+C25, C29+C30, C31+C32; – NACE-Abteilungen: – C15, C16, C19, C20, C21, C22, C23, C26, C27, C28, C33, S95, S96 und alle Abteilungen der NACE-Abschnitte G, H, I, J, K, L, M, N, P, Q und R; – Die Gruppen der NACE-Abteilungen G47 und J62 und der NACE-Abschnitte L, M und N; – Klassen der NACE-Abteilung J62;	Jährlich	2021	T + 20 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		Aufschlüsselung nach Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 1-4 Lohn- und Gehaltsempfänger, 5-9 Lohn- und Gehaltsempfänger, 10 und mehr Lohn- und Gehaltsempfänger; 2. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Rechtsform Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung nach Tätigkeit wie Aufschlüsselung 1 Aufschlüsselung nach Rechtsform: – Insgesamt, – Einzelunternehmen mit unbeschränkter Haftung, – Kapitalgesellschaften mit beschränkter Haftung, – Personengesellschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung (ebenfalls eingeschlossen sind andere Rechtsformen wie Genossenschaften, Verbände usw.)			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		3. Aufschlüsselung nach Tätigkeit, Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger und Zahl der Kalenderjahre des Fortbestands Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung der Tätigkeiten wie Aufschlüsselung 1. Aufschlüsselung der Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 0, 1-4, 5-9, 10+ Aufschlüsselung nach Zahl der Kalenderjahre des Fortbestands 1, 2, 3, 4, 5			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 12	Unternehmen, die keine Lohn- und Gehalts-empfänger mehr haben	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: – NACE-Abschnitte; – Aggregate von NACE-Abteilungen: – C10+C11+C12, C13+C14, C17+C18, C24+C25, C29+C30, C31+C32; – NACE-Abteilungen: – C15, C16, C19, C20, C21, C22, C23, C26, C27, C28, C33, S95, S96 und alle Abteilungen der NACE-Abschnitte G, H, I, J, K, L, M, N, P, Q und R; – Die Gruppen der NACE-Abteilungen G47 und J62 und der NACE-Abschnitte L, M und N; – Klassen der NACE-Abteilung J62;	Jährlich	2021	T + 32 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		Aufschlüsselung nach Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 1-4 Lohn- und Gehaltsempfänger, 5-9 Lohn- und Gehaltsempfänger, 10 und mehr Lohn- und Gehaltsempfänger; 2. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Rechtsform Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung nach Tätigkeit wie Aufschlüsselung 1 Aufschlüsselung nach Rechtsform: – Insgesamt, – Einzelunternehmen mit unbeschränkter Haftung, – Kapitalgesellschaften mit beschränkter Haftung, – Personengesellschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung (ebenfalls eingeschlossen sind andere Rechtsformen wie Genossenschaften, Verbände usw.)			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		3. Aufschlüsselung nach Tätigkeit, Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger und Zahl der Kalenderjahre des Fortbestands Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung der Tätigkeiten wie Aufschlüsselung 1. Aufschlüsselung der Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 0, 1-4, 5-9, 10+ Aufschlüsselung nach Zahl der Kalenderjahre des Fortbestands 1, 2, 3, 4, 5			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 12	Fortbestand von Unternehmen mit mindestens einem Lohn- und Gehalts-empfänger	3. Aufschlüsselung nach Tätigkeit, Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger und Zahl der Kalenderjahre des Fortbestands Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung der Tätigkeiten wie Aufschlüsselung 1. Aufschlüsselung der Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 0, 1-4, 5-9, 10+. Aufschlüsselung nach Zahl der Kalenderjahre des Fortbestands 1, 2, 3, 4, 5	Jährlich	2021	T + 20 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabellen 10, 11 und 14	Zahl der Lohn- und Gehalts-empfänger und Selbstständigen	Aufschlüsselung nach Tätigkeit – Für die NACE-Abschnitte B bis J, L bis N und P bis R: Abschnitte, Abteilungen, Gruppen und Klassen; – Für den NACE-Abschnitt K: Abschnitt, Abteilung und die Gruppen 64.1, 64.2, 64.3, 64.9, 65.1, 65.2 und 65.3, Klassen 64.11, 64.19, 64.20, 64.30, 65.11, 65.12, 65.20 und 65.30; – Für die Abteilungen 95 und 96: Abteilungen, Gruppen und Klassen; 5. 2. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger	Jährlich	2021	T + 20 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		6. Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: – NACE-Abschnitte; – Aggregate von NACE-Abteilungen: – C10+C11+C12, C13+C14, C17+C18, C24+C25, C29+C30, C31+C32; – NACE-Abteilungen: – C15, C16, C19, C20, C21, C22, C23, C26, C27, C28, C33, S95, S96 und alle Abteilungen der NACE-Abschnitte G, H, I, J, K, L, M, N, P, Q und R; – Die Gruppen der NACE-Abteilungen G47 und J62 und der NACE-Abschnitte L, M und N; – Klassen der NACE-Abteilung J62; Aufschlüsselung nach Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 0 Lohn- und Gehaltsempfänger, 1-4 Lohn- und Gehaltsempfänger, 5-9 Lohn- und Gehaltsempfänger, 10 und mehr Lohn- und Gehaltsempfänger			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		7. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Rechtsform Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung nach Tätigkeit wie Aufschlüsselung 2 Aufschlüsselung nach Rechtsform: – Insgesamt, – Einzelunternehmen mit unbeschränkter Haftung, – Kapitalgesellschaften mit beschränkter Haftung, – Personengesellschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung (ebenfalls eingeschlossen sind andere Rechtsformen wie Genossenschaften, Verbände usw.)			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		8. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Umsatzgrößenklasse Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Abschnitte, Abteilungen und Gruppen der NACE Aufschlüsselung nach Umsatzgrößenklasse: Jahresumsatz in Mio. EUR: Insgesamt, 0 bis weniger als 1, 1 bis weniger als 2, 2 bis weniger als 5, 5 bis weniger als 10, 10 bis weniger als 20, 20 bis weniger als 50, 50 bis weniger als 200, 200 und mehr			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabellen 10 und 11	Zahl der Lohn- und Gehalts-empfänger	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit – Für die NACE-Abschnitte B bis J, L bis N und P bis R: Abschnitte, Abteilungen, Gruppen und Klassen; – Für den NACE-Abschnitt K: Abschnitt, Abteilung und die Gruppen 64.1, 64.2, 64.3, 64.9, 65.1, 65.2 und 65.3, Klassen 64.11, 64.19, 64.20, 64.30, 65.11, 65.12, 65.20 und 65.30; – Für die Abteilungen 95 und 96: Abteilungen, Gruppen und Klassen;	Jährlich	2021	T + 18 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		2. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: – NACE-Abschnitte; – Aggregate von NACE-Abteilungen: – C10+C11+C12, C13+C14, C17+C18, C24+C25, C29+C30, C31+C32; – NACE-Abteilungen: – C15, C16, C19, C20, C21, C22, C23, C26, C27, C28, C33, S95, S96 und alle Abteilungen der NACE-Abschnitte G, H, I, J, K, L, M, N, P, Q und R; – Die Gruppen der NACE-Abteilungen G47 und J62 und der NACE-Abschnitte L, M und N; – Klassen der NACE-Abteilung J62;			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		Aufschlüsselung nach Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 0 Lohn- und Gehaltsempfänger, 1-4 Lohn- und Gehaltsempfänger, 5-9 Lohn- und Gehaltsempfänger, 10 und mehr Lohn- und Gehaltsempfänger 3. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Rechtsform Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung nach Tätigkeit wie Aufschlüsselung 2 Aufschlüsselung nach Rechtsform: – Insgesamt, – Einzelunternehmen mit unbeschränkter Haftung, – Kapitalgesellschaften mit beschränkter Haftung, – Personengesellschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung (ebenfalls eingeschlossen sind andere Rechtsformen wie Genossenschaften, Verbände usw.)			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		4. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Umsatzgrößenklasse Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Abschnitte, Abteilungen und Gruppen der NACE Aufschlüsselung nach Umsatzgrößenklasse: Jahresumsatz in Mio. EUR: Insgesamt, 0 bis weniger als 1, 1 bis weniger als 2, 2 bis weniger als 5, 5 bis weniger als 10, 10 bis weniger als 20, 20 bis weniger als 50, 50 bis weniger als 200, 200 und mehr			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 12	Zahl der Lohn- und Gehalts-empfänger in Unternehmen mit mindestens einem Lohn- und Gehalts-empfänger	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: – NACE-Abschnitte; – Aggregate von NACE-Abteilungen: – C10+C11+C12, C13+C14, C17+C18, C24+C25, C29+C30, C31+C32; – NACE-Abteilungen: – C15, C16, C19, C20, C21, C22, C23, C26, C27, C28, C33, S95, S96 und alle Abteilungen der NACE-Abschnitte G, H, I, J, K, L, M, N, P, Q und R; – Die Gruppen der NACE-Abteilungen G47 und J62 und der NACE-Abschnitte L, M und N; – Klassen der NACE-Abteilung J62;	Jährlich	2021	T + 20 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		Aufschlüsselung nach Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 1-4 Lohn- und Gehaltsempfänger, 5-9 Lohn- und Gehaltsempfänger, 10 und mehr Lohn- und Gehaltsempfänger Die Größenklasse „0 Lohn- und Gehaltsempfänger“ ist für folgende Variablen nicht anzugeben: 2. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Rechtsform Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung nach Tätigkeit wie Aufschlüsselung 1 Aufschlüsselung nach Rechtsform: – Insgesamt, – Einzelunternehmen mit unbeschränkter Haftung, – Kapitalgesellschaften mit beschränkter Haftung, – Personengesellschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung (ebenfalls eingeschlossen sind andere Rechtsformen wie Genossenschaften, Verbände usw.)			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabellen 10 und 11	Löhne und Gehälter	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit – Für die NACE-Abschnitte B bis J, L bis N und P bis R: Abschnitte, Abteilungen, Gruppen und Klassen; – Für den NACE-Abschnitt K: Abschnitt, Abteilung und die Gruppen 64.1, 64.2, 64.3, 64.9, 65.1, 65.2 und 65.3, Klassen 64.11, 64.19, 64.20, 64.30, 65.11, 65.12, 65.20 und 65.30; – Für die Abteilungen 95 und 96: Abteilungen, Gruppen und Klassen;	Jährlich	2021	T + 18 M
Tabellen 10 und 11	Sozialversicherungskosten	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit – Für die NACE-Abschnitte B bis J, L bis N und P bis R: Abschnitte, Abteilungen, Gruppen und Klassen; – Für den NACE-Abschnitt K: Abschnitt, Abteilung und die Gruppen 64.1, 64.2, 64.3, 64.9, 65.1, 65.2 und 65.3, Klassen 64.11, 64.19, 64.20, 64.30, 65.11, 65.12, 65.20 und 65.30; – Für die Abteilungen 95 und 96: Abteilungen, Gruppen und Klassen;	Jährlich	2021	T + 18 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 12	Zahl der Lohn- und Gehalts-empfänger in neu gegründeten Unternehmen	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: – NACE-Abschnitte; – Aggregate von NACE-Abteilungen: – C10+C11+C12, C13+C14, C17+C18, C24+C25, C29+C30, C31+C32; – NACE-Abteilungen: – C15, C16, C19, C20, C21, C22, C23, C26, C27, C28, C33, S95, S96 und alle Abteilungen der NACE-Abschnitte G, H, I, J, K, L, M, N, P, Q und R; – Die Gruppen der NACE-Abteilungen G47 und J62 und der NACE-Abschnitte L, M und N; – Klassen der NACE-Abteilung J62;	Jährlich	2021	T + 18 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		Aufschlüsselung nach Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 0 Lohn- und Gehaltsempfänger, 1-4 Lohn- und Gehaltsempfänger, 5-9 Lohn- und Gehaltsempfänger, 10 und mehr Lohn- und Gehaltsempfänger Die Größenklasse „0 Lohn- und Gehaltsempfänger“ ist für folgende Variablen nicht anzugeben: 2. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Rechtsform Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung nach Tätigkeit wie Aufschlüsselung 1 Aufschlüsselung nach Rechtsform: – Insgesamt, – Einzelunternehmen mit unbeschränkter Haftung, – Kapitalgesellschaften mit beschränkter Haftung, – Personengesellschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung (ebenfalls eingeschlossen sind andere Rechtsformen wie Genossenschaften, Verbände usw.)			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 12	Zahl der Lohn- und Gehalts-empfänger bei Unternehmens-schließungen	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: – NACE-Abschnitte; – Aggregate von NACE-Abteilungen: – C10+C11+C12, C13+C14, C17+C18, C24+C25, C29+C30, C31+C32; – NACE-Abteilungen: – C15, C16, C19, C20, C21, C22, C23, C26, C27, C28, C33, S95, S96 und alle Abteilungen der NACE-Abschnitte G, H, I, J, K, L, M, N, P, Q und R; – Die Gruppen der NACE-Abteilungen G47 und J62 und der NACE-Abschnitte L, M und N; – Klassen der NACE-Abteilung J62;	Jährlich	2021	T + 18 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		Aufschlüsselung nach Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 0 Lohn- und Gehaltsempfänger, 1-4 Lohn- und Gehaltsempfänger, 5-9 Lohn- und Gehaltsempfänger, 10 und mehr Lohn- und Gehaltsempfänger Die Größenklasse „0 Lohn- und Gehaltsempfänger“ ist für folgende Variablen nicht anzugeben: 2. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Rechtsform Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung nach Tätigkeit wie Aufschlüsselung 1 Aufschlüsselung nach Rechtsform: – Insgesamt, – Einzelunternehmen mit unbeschränkter Haftung, – Kapitalgesellschaften mit beschränkter Haftung, – Personengesellschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung (ebenfalls eingeschlossen sind andere Rechtsformen wie Genossenschaften, Verbände usw.)			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 12	Zahl der Lohn- und Gehalts-empfänger in Unternehmen, die einen ersten Lohn- und Gehalts-empfänger haben	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: – NACE-Abschnitte; – Aggregate von NACE-Abteilungen: – C10+C11+C12, C13+C14, C17+C18, C24+C25, C29+C30, C31+C32; – NACE-Abteilungen: – C15, C16, C19, C20, C21, C22, C23, C26, C27, C28, C33, S95, S96 und alle Abteilungen der NACE-Abschnitte G, H, I, J, K, L, M, N, P, Q und R; – Die Gruppen der NACE-Abteilungen G47 und J62 und der NACE-Abschnitte L, M und N; – Klassen der NACE-Abteilung J62;	Jährlich	2021	T + 18 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		Aufschlüsselung nach Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 1-4 Lohn- und Gehaltsempfänger, 5-9 Lohn- und Gehaltsempfänger, 10 und mehr Lohn- und Gehaltsempfänger Die Größenklasse „0 Lohn- und Gehaltsempfänger“ ist für folgende Variablen nicht anzugeben: 2. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Rechtsform Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung nach Tätigkeit wie Aufschlüsselung 1 Aufschlüsselung nach Rechtsform: – Insgesamt, – Einzelunternehmen mit unbeschränkter Haftung, – Kapitalgesellschaften mit beschränkter Haftung, – Personengesellschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung (ebenfalls eingeschlossen sind andere Rechtsformen wie Genossenschaften, Verbände usw.)			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 12	Zahl der Lohn- und Gehalts-empfänger in Unternehmen, die keine Lohn- und Gehalts-empfänger mehr haben	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: – NACE-Abschnitte; – Aggregate von NACE-Abteilungen: – C10+C11+C12, C13+C14, C17+C18, C24+C25, C29+C30, C31+C32; – NACE-Abteilungen: – C15, C16, C19, C20, C21, C22, C23, C26, C27, C28, C33, S95, S96 und alle Abteilungen der NACE-Abschnitte G, H, I, J, K, L, M, N, P, Q und R; – Die Gruppen der NACE-Abteilungen G47 und J62 und der NACE-Abschnitte L, M und N; – Klassen der NACE-Abteilung J62;	Jährlich	2021	T + 18 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
		Aufschlüsselung nach Größenklasse der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger: Insgesamt, 1-4 Lohn- und Gehaltsempfänger, 5-9 Lohn- und Gehaltsempfänger, 10 und mehr Lohn- und Gehaltsempfänger Die Größenklasse „0 Lohn- und Gehaltsempfänger“ ist für folgende Variablen nicht anzugeben: 2. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Rechtsform Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Aufschlüsselung nach Tätigkeit wie Aufschlüsselung 1 Aufschlüsselung nach Rechtsform: – Insgesamt, – Einzelunternehmen mit unbeschränkter Haftung, – Kapitalgesellschaften mit beschränkter Haftung, – Personengesellschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung (ebenfalls eingeschlossen sind andere Rechtsformen wie Genossenschaften, Verbände usw.)			

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabellen 10, 11 und 14	Produktionswert	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit – Für die NACE-Abschnitte B bis J, L bis N und P bis R: Abschnitte, Abteilungen, Gruppen und Klassen; – Für den NACE-Abschnitt K: Abschnitt, Abteilung und die Gruppen 64.1, 64.2, 64.3, 64.9, 65.1, 65.2 und 65.3, Klassen 64.11, 64.19, 64.20, 64.30, 65.11, 65.12, 65.20 und 65.30; – Für die Abteilungen 95 und 96: Abteilungen, Gruppen und Klassen; 4. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Umsatzgrößenklasse Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Abschnitte, Abteilungen und Gruppen der NACE Aufschlüsselung nach Umsatzgrößenklasse: Jahresumsatz in Mio. EUR: Insgesamt, 0 bis weniger als 1, 1 bis weniger als 2, 2 bis weniger als 5, 5 bis weniger als 10, 10 bis weniger als 20, 20 bis weniger als 50, 50 bis weniger als 200, 200 und mehr	Jährlich	2021	T + 18 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabellen 10, 11 und 14	Wertschöpfung	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit – Für die NACE-Abschnitte B bis J, L bis N und P bis R: Abschnitte, Abteilungen, Gruppen und Klassen; – Für den NACE-Abschnitt K: Abschnitt, Abteilung und die Gruppen 64.1, 64.2, 64.3, 64.9, 65.1, 65.2 und 65.3, Klassen 64.11, 64.19, 64.20, 64.30, 65.11, 65.12, 65.20 und 65.30; – Für die Abteilungen 95 und 96: Abteilungen, Gruppen und Klassen; 4. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Umsatzgrößenklasse Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Abschnitte, Abteilungen und Gruppen der NACE Aufschlüsselung nach Umsatzgrößenklasse: Jahresumsatz in Mio. EUR: Insgesamt, 0 bis weniger als 1, 1 bis weniger als 2, 2 bis weniger als 5, 5 bis weniger als 10, 10 bis weniger als 20, 20 bis weniger als 50, 50 bis weniger als 200, 200 und mehr	Jährlich	2021	T + 18 M

www.parlament.gv.at

Tabellen gemäß Anhang I Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabellen 10 und 11	Bruttobetriebs-überschuss	1. Aufschlüsselung nach Tätigkeit – Für die NACE-Abschnitte B bis J, L bis N und P bis R: Abschnitte, Abteilungen, Gruppen und Klassen; – Für den NACE-Abschnitt K: Abschnitt, Abteilung und die Gruppen 64.1, 64.2, 64.3, 64.9, 65.1, 65.2 und 65.3, Klassen 64.11, 64.19, 64.20, 64.30, 65.11, 65.12, 65.20 und 65.30; – Für die Abteilungen 95 und 96: Abteilungen, Gruppen und Klassen; 4. Aufschlüsselung nach Tätigkeit und Umsatzgrößenklasse Aufschlüsselung nach Tätigkeiten: Abschnitte, Abteilungen und Gruppen der NACE Aufschlüsselung nach Umsatzgrößenklasse: Jahresumsatz in Mio. EUR: Insgesamt, 0 bis weniger als 1, 1 bis weniger als 2, 2 bis weniger als 5, 5 bis weniger als 10, 10 bis weniger als 20, 20 bis weniger als 50, 50 bis weniger als 200, 200 und mehr	Jährlich	2021	T + 18 M

www.parlament.gv.at

Teil B

Aufzubewahrende Daten zu den Tabellen im EBS-Durchführungsrechtsakt in Anhang VIII (nicht in der Tabelle aufgeführte Daten sind ausgenommen) – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission vom 30. Juli 2020 – allgemeiner EBS-Durchführungsrechtsakt:

Anhang VIII Im Sinne der nationalen URS	Variablen
RECHTLICHE EINHEIT	1.1. Kennnummer
	1.2. Name
	1.3 Möglichst genaue Anschrift (einschließlich Postleitzahl)
DEMOGRAFISCHE EREIGNISSE	1.6 Datum der Gründung (juristische Personen) oder Datum der amtlichen Eintragung als Wirtschaftsteilnehmer (natürliche Personen)
SCHICHTUNGSPARAMETER	1.8 Rechtsform
	1.9 Rechtlicher Aktivitätsstatus

www.parlament.gv.at

ANHANG XXII – SAN MARINO-PROTOKOLL

GESELLSCHAFTSRECHT

Liste nach Artikel 61 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32017 L 1132: Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts (ABl. L 169 vom 30.6.2017, S. 46), geändert durch:

   – 32019 L 1151: Richtlinie (EU) 2019/1151 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 189 vom 11.7.2019, S. 80)

   – 32019 L 2121: Richtlinie (EU) 2019/2121 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 1)

   – 32021 R 1042: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1042 der Kommission vom 18. Juni 2021 (ABl. L 225 vom 25.6.2021, S. 7)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

   b) Die in Artikel 160 genannten Übergangsbestimmungen gelten auch für San Marino.

www.parlament.gv.at

c) In Anhang I wird Folgendes angefügt:

„– San Marino:

società per àzioni;“

d) In Anhang II wird Folgendes angefügt:

„– San Marino:

società per azioni, società a responsabilità limitata;“

e) In Anhang IIA wird Folgendes angefügt:

„– San Marino:

società a responsabilità limitata;“

2. 32009 L 0102: Richtlinie 2009/102/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts betreffend Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter (kodifizierte Fassung) (ABl. L 258 vom 1.10.2009, S. 20), geändert durch:

– 32013 L 0024: Richtlinie 2013/24/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 365)

www.parlament.gv.at

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang I wird Folgendes angefügt:

„– San Marino:

‚società a responsabilità limitata‘,“

3. 31985 R 2137: Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates vom 25. Juli 1985 über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) (ABl. L 199 vom 31.7.1985, S. 1)

4. 32001 R 2157: Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) (ABl. L 294 vom 10.11.2001, S. 1), geändert durch:

– 32004 R 0885: Verordnung (EG) Nr. 885/2004 des Rates vom 26. April 2004 (ABl. L 168 vom 1.5.2004, S. 1)

– 32006 R 1791: Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 1)

– 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

www.parlament.gv.at

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Anhang I der Verordnung wird Folgendes ergänzt:

„SAN MARINO

società per àzioni“

b) In Anhang II der Verordnung wird Folgendes ergänzt:

„SAN MARINO

società per azioni, società a responsabilità limitata;“

5. 32004 L 0025: Richtlinie 2004/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 betreffend Übernahmeangebote (ABl. L 142 vom 30.4.2004, S. 12)

6. 32007 L 0036: Richtlinie 2007/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften (ABl. L 184 vom 14.7.2007, S. 17), geändert durch:

– 32017 L 0828: Richtlinie (EU) 2017/828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 (ABl. L 132 vom 20.5.2017, S. 1)

– 32018 R 1212: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 der Kommission vom 3. September 2018 (ABl. L 223 vom 4.9.2018, S. 1)

www.parlament.gv.at

7. 32002 R 1606: Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (ABl. L 243 vom 11.9.2002, S. 1)

8. 32008 R 1126: Verordnung (EG) Nr. 1126/2008 der Kommission vom 3. November 2008 zur Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 320 vom 29.11.2008, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Für die Rechnungslegung von börsennotierten Unternehmen, Banken und Versicherungsgesellschaften mit Sitz in San Marino werden konsolidierte Abschlüsse nach den International Financial Reporting Standards erstellt, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1126/2008 der Kommission vom 3. November 2008 angenommen wurden.

   Der Regierung San Marinos steht es jedoch frei, die direkte Anwendung der International Financial Reporting Standards vorzuschreiben, sofern die Anhänge zu den geprüften Abschlüssen eine ausdrückliche und uneingeschränkte Erklärung enthalten, dass diese Abschlüsse den International Financial Reporting Standards entsprechen. Die Verordnung (EG) Nr. 1126/2008 der Kommission vom 3. November 2008 findet keine Anwendung, wenn diese Bedingung erfüllt ist.

9. 32003 R 1435: Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE) (ABl. L 207 vom 18.8.2003, S. 1)

10. 32006 L 0043: Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen, zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 84/253/EWG des Rates (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 87), geändert durch:

    – 32013 L 0034: Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19)

    – 32014 L 0056: Richtlinie 2014/56/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 196)

    Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    In Artikel 30c Absatz 3 gelten die Worte „den in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union festgelegten“ nicht.

11. 32010 D 0064: Beschluss 2010/64/EU der Kommission vom 5. Februar 2010 über die Angemessenheit der zuständigen Stellen bestimmter Drittländer gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 35 vom 6.2.2010, S. 15)

12. 32011 D 0030: Beschluss 2011/30/EU der Kommission vom 19. Januar 2011 über die Gleichwertigkeit bestimmter drittstaatlicher Aufsichts-, Qualitätssicherungs-, Untersuchungs- und Sanktionssysteme für Abschlussprüfer und Abschlussprüfungsgesellschaften und über eine Übergangsfrist für Prüfungstätigkeiten bestimmter drittstaatlicher Abschlussprüfer und Abschlussprüfungsgesellschaften in der Europäischen Union (ABl. L 15 vom 20.1.2011, S. 12), geändert durch:

    – 32013 D 0288: Durchführungsbeschluss 2013/288/EU der Kommission vom 13. Juni 2013 (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 26)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

– 32016 D 1223: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1223 der Kommission vom 25. Juli 2016 (ABl. L 201 vom 27.7.2016, S. 23)

13. 32016 D 1010: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1010 der Kommission vom 21. Juni 2016 über die Angemessenheit der zuständigen Stellen bestimmter Drittländer und Gebiete gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 165 vom 23.6.2016, S. 17)

14. 32022 D 1297: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1297 der Kommission vom 22. Juli 2022 über die Angemessenheit der zuständigen Stellen der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 25.7.2022, S. 134)

15. 32022D1298: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1298 der Kommission vom 22. Juli 2022 über die Gleichwertigkeit der öffentlichen Aufsichts-, Qualitätssicherungs-, Untersuchungs- und Sanktionssysteme für Abschlussprüfer und Prüfungsgesellschaften der zuständigen Stellen der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 25.7.2022, S. 138)

16. 32019 D 1874: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1874 der Kommission vom 6. November 2019 über die Angemessenheit der zuständigen Stellen der Volksrepublik China gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 55)

17. 32020 D 0589: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/589 der Kommission vom 23. April 2020 über die Angemessenheit der zuständigen Stelle der Republik Südafrika gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 138 vom 30.4.2020, S. 15)

18. 32013 L 0034: Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19), geändert durch:

– 32014 L 0102: Richtlinie 2014/102/EU des Rates vom 7. November 2014 (ABl. L 334 vom 21.11.2014, S. 86)

– 32014 L 0095: Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 (ABl. L 330 vom 15.11.2014, S. 1)

– 32021 L 2101: Richtlinie (EU) 2021/2101 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 1)

– 32022 L 2464: Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 (ABl. L 322 vom 16.12.2022, S. 15)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

www.parlament.gv.at

a) In Anhang I wird Folgendes angefügt:

„– San Marino:

Società per azioni, società a responsabilità limitata;“

b) In Anhang II wird Folgendes angefügt:

„– San Marino:

società in nome collettivo;“

19. 32014 R 0537: Verordnung (EU) Nr. 537/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse und zur Aufhebung des Beschlusses 2005/909/EG der Kommission (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 77), berichtigt in ABl. L 170 vom 11.6.2014, S. 66

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Modalitäten für die Beteiligung San Marinos gemäß Artikel 80 des Abkommens:

Die zuständigen Behörden San Marinos gemäß Artikel 32 Absatz 1 der Richtlinie 2006/43/EG haben das Recht, sich uneingeschränkt am Ausschuss der Europäischen Aufsichtsstellen für Abschlussprüfer unter den gleichen Bedingungen wie die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zu beteiligen – jedoch ohne Stimmrecht. Angehörige San Marinos kommen nicht für den Vorsitz des Ausschusses der Aufsichtsstellen gemäß Artikel 30 Absatz 6 in Betracht.

www.parlament.gv.at

b) Die Worte „Unionsrecht oder nationalem Recht“ werden ersetzt durch die Worte „dem Abkommen oder nationalem Recht“.

c) In Artikel 41:

i) die Angabe „Ab dem 17. Juni 2020“ wird durch die Angabe „Ab sechs Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt;

ii) die Angabe „Ab dem 17. Juni 2023“ wird durch die Angabe „Ab neun Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt;

iii) die Angabe „vor dem 16. Juni 2014“ wird durch die Angabe „vor Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt;

iv) die Angabe „zum 17. Juni 2016“ wird durch die Angabe „fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt.

d) In Artikel 44 wird die Angabe „ab dem 17. Juni 2017“ durch die Angabe „ab fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt.

20. 32009 R 1060: Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen (ABl. L 302 vom 17.11.2009, S. 1), geändert durch:

– 32011 R 0513 Verordnung (EU) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 (ABl. L 145 vom 31.5.2011, S. 30)

– 32011 L 0061 Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1)

– 32013 R 0462 Verordnung (EU) Nr. 462/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 (ABl. L 146 vom 31.5.2013, S. 1)

– 32014 L 0051 Richtlinie 2014/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 1)

– 32017 R 2402 Verordnung (EU) 2017/2402 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 347 vom 28.12.2017, S. 35)

21. 32019 D 1283: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1283 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Japans mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 40)

22. 32019 D 1280: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1280 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Mexikos mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 30)

23. 32019 D 1279: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1279 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 26)

24. 32019 D 1284: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1284 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Hongkongs mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 43)

25. 32004 D 0109: Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (ABl. L 390 vom 31.12.2004, S. 38), geändert durch:

   – 32008 L 0022: Richtlinie 2008/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 (ABl. L 76 vom 19.3.2008, S. 50)

   – 32013 D 0050: Richtlinie 2013/50/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 294 vom 6.11.2013, S. 13)

26. 32007 L 0014: Richtlinie 2007/14/EG der Kommission vom 8. März 2007 mit Durchführungsbestimmungen zu bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2004/109/EG zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt zugelassen sind (ABl. L 69 vom 9.3.2007, S. 27)

27. 32015 R 0761: Delegierte Verordnung (EU) 2015/761 der Kommission vom 17. Dezember 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf bestimmte technische Regulierungsstandards für bedeutende Beteiligungen (ABl. L 120 vom 13.5.2015, S. 2)

28. 32016 R 1437: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1437 der Kommission vom 19. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für den Zugang zu vorgeschriebenen Informationen auf Unionsebene (ABl. L 234 vom 31.8.2016, S. 1)

29. 32019 R 0815: Delegierte Verordnung (EU) 2018/815 der Kommission vom 17. Dezember 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Spezifikation eines einheitlichen elektronischen Berichtsformats (ABl. L 143 vom 29.5.2019, S. 1)

30. 32007 R 1569: Verordnung (EG) Nr. 1569/2007 der Kommission vom 21. Dezember 2007 über die Einrichtung eines Mechanismus zur Festlegung der Gleichwertigkeit der von Drittstaatemittenten angewandten Rechnungslegungsgrundsätze gemäß den Richtlinien 2003/71/EG und 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 340 vom 22.12.2007, S. 66)

31. 32008 D 0961: Entscheidung der Kommission vom 12. Dezember 2008 über die Verwendung der nationalen Rechnungslegungsgrundsätze bestimmter Drittländer und der International Financial Reporting Standards durch Wertpapieremittenten aus Drittländern bei der Erstellung ihrer konsolidierten Abschlüsse (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 112)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 2001 H 0256: Empfehlung 2001/256/EG der Kommission vom 15. November 2000 Mindestanforderungen an Qualitätssicherungssysteme für die Abschlussprüfung in der EU (ABl. L 91 vom 31.3.2001, S. 91)

2. 32002 H 0590: Empfehlung 2002/590/EG der Kommission vom 16. Mai 2002 — Unabhängigkeit des Abschlussprüfers in der EU — Grundprinzipien (ABl. L 191 vom 19.7.2002, S. 22)

3. 32001 H 0453: Empfehlung 2001/453/EG der Kommission vom 30. Mai 2001 zur Berücksichtigung von Umweltaspekten in Jahresabschluss und Lagebericht von Unternehmen: Ausweis, Bewertung und Offenlegung (ABl. L 156 vom 13.6.2001, S. 33)

4. 32004 H 0913: Empfehlung 2004/913/EG der Kommission vom 14. Dezember 2004 zur Einführung einer angemessenen Regelung für die Vergütung von Mitgliedern der Unternehmensleitung börsennotierter Gesellschaften (ABl. L 385 vom 29.12.2004, S. 55)

5. 32005 H 0162: Empfehlung 2005/162/EG der Kommission vom 15. Februar 2005 zu den Aufgaben von nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern/börsennotierter Gesellschaften sowie zu den Ausschüssen des Verwaltungs-/Aufsichtsrats (ABl. L 52 vom 25.2.2005, S. 51)

6. 32008 H 0473: Empfehlung der Kommission vom 5. Juni 2008 zur Beschränkung der zivilrechtlichen Haftung von Abschlussprüfern und Prüfungsgesellschaften (ABl. L 162 vom 21.6.2008, S. 39)

7. 32009 H 0385: Empfehlung 2009/385/EG der Kommission vom 30. April 2009 zur Ergänzung der Empfehlungen 2004/913/EG und 2005/162/EG zur Regelung der Vergütung von Mitgliedern der Unternehmensleitung börsennotierter Gesellschaften (ABl. L 120 vom 15.5.2009, S. 28)

8. 32014 H 0208: Empfehlung 2014/208/EU der Kommission vom 9. April 2014 zur Qualität der Berichterstattung über die Unternehmensführung („Comply or Explain“) (ABl. L 109 vom 12.4.2014, S. 43)

ANHANG XXIII – SAN MARINO-PROTOKOLL

ZOLL

Liste nach Artikel 13 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Allgemeine und besondere Zollvorschriften und -verfahren 3
2 Zolltarifliche Einreihung und Zolltarif 8
3 Drogenausgangsstoffe 11
4 Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums durch die Zollbehörden 13
5 Überwachung von Barmitteln 14
6 Kulturgüter 15
7 Unterstützung bei der Beitreibung von Forderungen 16

www.parlament.gv.at

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

www.parlament.gv.at

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

ALLGEMEINE UND BESONDERE ZOLLVORSCHRIFTEN UND -VERFAHREN

1. 32013 R 0952: Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 90, und ABl. L 267 vom 30.9.2016, S. 2, geändert durch:

   – 32016 R 2339: Verordnung (EU) 2016/2339 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 354 vom 23.12.2016, S. 32)

   – 32019 R 0474: Verordnung (EU) 2019/474 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 (ABl. L 83 vom 25.3.2019, S. 38)

   – 32019 R 0632: Verordnung (EU) 2019/632 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 (ABl. L 111 vom 25.4.2019, S. 54)

   – 32022 R 2399: Verordnung (EU) 2022/2399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 (ABl. L 317 vom 9.12.2022, S. 1)

www.parlament.gv.at

2. 32015 R 2446: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2446 der Kommission vom 28. Juli 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Einzelheiten zur Präzisierung von Bestimmungen des Zollkodex der Union (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 87 vom 2.4.2016, S. 35, und ABl. L 96 vom 5.4.2019, S. 55 (2016/341), geändert durch:

– 32016 R 0341: Delegierte Verordnung (EU) 2016/341 der Kommission vom 17. Dezember 2015 (ABl. L 69 vom 15.3.2016, S. 1)

– 32016 R 0651: Delegierte Verordnung (EU) 2016/651 der Kommission vom 5. April 2016 (ABl. L 111 vom 27.4.2016, S. 1)

– 32018 R 1063: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1063 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 192 vom 30.7.2018, S. 1)

– 32018 R 1118: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1118 der Kommission vom 7. Juni 2018 (ABl. L 204 vom 13.8.2018, S. 11)

– 32019 R 0841: Delegierte Verordnung (EU) 2019/841 der Kommission vom 14. März 2019 (ABl. L 138 vom 24.5.2019, S. 76)

– 32019 R 1143: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1143 der Kommission vom 14. März 2019 (ABl. L 181 vom 5.7.2019, S. 2)

– 32020 R 0877: Delegierte Verordnung (EU) 2020/877 der Kommission vom 3. April 2020 (ABl. L 203 vom 26.6.2020, S. 1)

– 32020 R 2191: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2191 der Kommission vom 20. November 2020 (ABl. L 434 vom 23.12.2020, S. 8)

– 32021 R 0234: Delegierte Verordnung (EU) 2021/234 der Kommission vom 7. Dezember 2020 (ABl. L 63 vom 23.2.2021, S. 1)

– 32021 R 1934: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1934 der Kommission vom 30. Juli 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 10)

3. 32016 R 0341: Delegierte Verordnung (EU) 2016/341 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Übergangsbestimmungen für bestimmte Vorschriften des Zollkodex der Union, für den Fall, dass die entsprechenden elektronischen Systeme noch nicht betriebsbereit sind, und zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2015/2446 (ABl. L 69 vom 15.3.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 101 vom 16.4.2016, S. 33, ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 34, und ABl. L 96 vom 5.4.2019, S. 55, geändert durch:

– 32016 R 0698: Delegierte Verordnung (EU) 2016/698 der Kommission vom 8. April 2016 (ABl. L 121 vom 11.5.2016, S. 1) Mit dieser Verordnung wurde Artikel 12 berichtigt. (ABl. L 121 vom 11.5.2016, S. 1)

– 32020 R 0877: Delegierte Verordnung (EU) 2020/877 der Kommission vom 3. April 2020 (ABl. L 203 vom 26.6.2020, S. 1)

– 32021 R 0234: Delegierte Verordnung (EU) 2021/234 der Kommission vom 7. Dezember 2020 (ABl. L 63 vom 23.2.2021, S. 1)

4. 32015 R 2447: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558), berichtigt in ABl. L 87 vom 2.4.2016, S. 35, geändert durch:

   – 32017 R 0989: Durchführungsverordnung (EU) 2017/989 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 149 vom 13.6.2017, S. 19)

   – 32018 R 0604: Durchführungsverordnung (EU) 2018/604 der Kommission vom 18. April 2018 (ABl. L 101 vom 20.4.2018, S. 22)

   – 32019 R 1394: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1394 der Kommission vom 10. September 2019 (ABl. L 234 vom 11.9.2019, S. 1)

   – 32020 R 0893: Durchführungsverordnung (EU) 2020/893 der Kommission vom 29. Juni 2020 (ABl. L 206 vom 30.6.2020, S. 8)

   – 32020 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1727 der Kommission vom 18. November 2020 (ABl. L 387 vom 19.11.2020, S. 1)

   – 32020 R 2038: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2038 der Kommission vom 10. Dezember 2020 (ABl. L 416 vom 11.12.2020, S. 48)

   – 32021 R 0235: Durchführungsverordnung (EU) 2021/235 der Kommission vom 8. Februar 2021 (ABl. L 63 vom 23.2.2021, S. 386)

– 32022 R 2334: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2334 der Kommission vom 29. November 2022 (ABl. L 309 vom 30.11.2022, S. 1)

5. 32019 D 2151: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2151 der Kommission vom 13. Dezember 2019 zur Festlegung des Arbeitsprogramms für die Entwicklung und Inbetriebnahme der im Zollkodex der Union vorgesehenen elektronischen Systeme (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 168)

6. 32016 R 0481: Durchführungsverordnung (EU) 2016/481 der Kommission vom 1. April 2016 zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. L 87 vom 2.4.2016, S. 24)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

ZOLLTARIFLICHE EINREIHUNG UND ZOLLTARIF

1. 31987 R 2658: Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. L 256 vom 7.9.1987, S. 1), geändert durch:

   – 32022 R 1998: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1998 der Kommission vom 20. September 2022 (ABl. L 282 vom 31.10.2022, S. 1)

2. 32021 R 2278: Verordnung (EU) 2021/2278 des Rates vom 20. Dezember 2021 zur Aussetzung der in Artikel 56 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 genannten Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte landwirtschaftliche und gewerbliche Waren und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1387/2013 (ABl. L 466 vom 29.12.2021, S. 1), geändert durch:

   – 32022 R 2583: Verordnung (EU) 2022/2583 des Rates vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 340 vom 30.12.2022, S. 1)

3. 32018 R 0581: Verordnung (EU) 2018/581 des Rates vom 16. April 2018 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte Waren, die zum Einbau in oder zur Verwendung für Luftfahrzeuge bestimmt sind, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1147/2002 (ABl. L 98 vom 18.4.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32018 R 1517: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1517 der Kommission vom 11. Oktober 2018 (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 58)

www.parlament.gv.at

4. 32021 R 2283: Verordnung (EU) 2021/2283 des Rates vom 20. Dezember 2021 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Zollkontingente der Union für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1388/2013 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 33), geändert durch:

   – 32022 R 2563: Verordnung (EU) 2022/2563 des Rates vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 330 vom 23.12.2022, S. 109)

5. 31988 R 3915: Verordnung (EWG) Nr. 3915/88 der Kommission vom 15. Dezember 1988 zur Durchführung von Artikel 63c der Verordnung (EWG) Nr. 918/83 des Rates über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen (ABl. L 347 vom 16.12.1988, S. 55)

6. 32009 R 1186: Verordnung (EG) Nr. 1186/2009 des Rates vom 16. November 2009 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen (ABl. L 324 vom 10.12.2009, S. 23), geändert durch:

7. 32011 R 1224: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1224/2011 der Kommission vom 28. November 2011 zu den Artikeln 66 bis 73 der Verordnung (EG) Nr. 1186/2009 des Rates über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen (ABl. L 314 vom 29.11.2011, S. 14), geändert durch:

   – 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

8. 32011 R 1225: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1225/2011 der Kommission vom 28. November 2011 (ABl. L 314 vom 29.11.2011, S. 20), geändert durch:

   – 32013 R 0504: Durchführungsverordnung (EU) 504/2013 der Kommission vom 31. Mai 2013 (ABl. L 147 vom 1.6.2013, S. 1)

   – 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

9. 32012 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 80/2012 der Kommission vom 31. Januar 2012 über die Aufstellung der in Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1186/2009 des Rates über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen genannten Liste der biologischen und chemischen Stoffe (ABl. L 29 vom 1.2.2012, S. 33), geändert durch:

   – 32013 R 0197: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 197/2013 der Kommission vom 7. März 2013 (ABl. L 65 vom 8.3.2013, S. 15)

KAPITEL 3

DROGENAUSGANGSSTOFFE

1. 32005 R 0111: Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates vom 22. Dezember 2004 zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenaustauschstoffen zwischen der Gemeinschaft und Drittländern (ABl. L 22 vom 26.1.2005, S. 1), geändert durch:

   – 32013 R 1259: Verordnung (EU) Nr. 1259/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 330 vom 10.12.2013, S. 30)

   – 32016 R 1443: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1443 der Kommission vom 29. Juni 2016 (ABl. L 235 vom 1.9.2016, S. 6)

   – 32018 R 0729: Delegierte Verordnung (EU) 2018/729 der Kommission vom 26. Februar 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 4)

   – 32020 R 1737: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1737 der Kommission vom 14. Juli 2020 (ABl. L 392 vom 23.11.2020, S. 1), berichtigt in ABl. L 282 vom 5.8.2021, S. 38

   – 32022 R 1518: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1518 der Kommission vom 29. März 2022 (ABl. L 236 vom 13.9.2022, S. 1)

   – 32023 R 0196: Delegierte Verordnung (EU) 2023/196 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 27 vom 31.1.2023, S. 1)

2. 32015 R 1011: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1011 der Kommission vom 24. April 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der Gemeinschaft und Drittländern sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1277/2005 der Kommission (ABl. L 162 vom 27.6.2015, S. 12, berichtigt in ABl. L 185 vom 14.7.2015, S. 31, und ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 75)

3. 32015 R 1013: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1013 der Kommission vom 25. Juni 2015 mit Vorschriften in Bezug auf die Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Drogenausgangsstoffe und auf die Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der Union und Drittländern (ABl. L 162 vom 27.6.2015, S. 33)

KAPITEL 4

DURCHSETZUNG DER RECHTE DES GEISTIGEN EIGENTUMS DURCH DIE ZOLLBEHÖRDEN

1. 32013 R 0608: Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 zur Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates (ABl. L 185 vom 29.6.2013, S. 15)

2. 32013 R 1352: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1352/2013 der Kommission vom 4. Dezember 2013 zur Festlegung der in der Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden vorgesehenen Formblätter (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 10)

3. 32020 R 1209: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1209 der Kommission vom 13. August 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1352/2013 zur Festlegung der in der Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden vorgesehenen Formblätter (ABl. L 274 vom 21.8.2020, S. 3)

4. 32020 R 2035: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2035 der Kommission vom 7. Dezember 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1352/2013 in Bezug auf das Formblatt für den Antrag auf Tätigwerden gemäß der Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zwecks Einführung der Möglichkeit eines Antrags auf Tätigwerden in Nordirland (ABl. L 416 vom 11.12.2020, S. 11)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 5

ÜBERWACHUNG VON BARMITTELN

1. 32018 R 1672: Verordnung (EU) 2018/1672 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 über die Überwachung von Barmitteln, die in die Union oder aus der Union verbracht werden, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1889/2005 (ABl. L 284 vom 12.11.2018, S. 6), berichtigt in ABl. L 435 vom 23.12.2020, S. 79

2. 32021 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2021/776 der Kommission vom 11. Mai 2021 zur Festlegung von Mustern für bestimmte Formulare sowie von technischen Vorschriften für den wirksamen Informationsaustausch gemäß der Verordnung (EU) 2018/1672 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung von Barmitteln, die in die Union oder aus der Union verbracht werden (ABl. L 167 vom 12.5.2021, S. 6)

3. Durchführungsbeschluss C(2022) 1801 der Kommission vom 24. März 2022 zur Festlegung von Maßnahmen für die einheitliche Anwendung der Kontrollen durch Festlegung gemeinsamer Risikokriterien und Standards für Barmittelbewegungen gemäß der Verordnung (EU) 2018/1672 des Europäischen Parlaments und des Rates (EU RESTRICTED)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 6

KULTURGÜTER

1. 32009 R 0116: Verordnung (EG) Nr. 116/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Ausfuhr von Kulturgütern (kodifizierte Fassung) (ABl. L 39 vom 10.2.2009, S. 1)

2. 32012 R 1081: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1081/2012 der Kommission vom 9. November 2012 zu der Verordnung (EG) Nr. 116/2009 des Rates über die Ausfuhr von Kulturgütern (ABl. L 324 vom 22.11.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 93 vom 28.3.2014, S. 86

3. 32019 R 0880: Verordnung (EU) 2019/880 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Verbringen und die Einfuhr von Kulturgütern (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 1)

4. 32021 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1079 der Kommission vom 24. Juni 2021 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) 2019/880 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Verbringen und die Einfuhr von Kulturgütern (ABl. L 234 vom 2.7.2021, S. 67)

KAPITEL 7

UNTERSTÜTZUNG BEI DER BEITREIBUNG VON FORDERUNGEN

1. 32010 L 0024: Richtlinie 2010/24/EU des Rates vom 16. März 2010 über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen (ABl. L 84 vom 31.3.2010, S. 1)

   Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Die Bestimmungen dieser Richtlinie gelten nur für Forderungen, die sich auf Abgaben beziehen, die infolge eines Zollvorgangs fällig werden.

2. 32011 R 1189: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1189/2011 der Kommission vom 18. November 2011 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zu bestimmten Artikeln der Richtlinie 2010/24/EU des Rates über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen (ABl. L 302 vom 19.11.2011, S. 16)

3. 32017 R 1966: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1966 der Kommission vom 27. Oktober 2017 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1189/2011 in Bezug auf die Übermittlung von Amtshilfeersuchen und die Weiterverfolgung dieser Ersuchen (ABl. L 279 vom 28.10.2017, S. 38)

www.parlament.gv.at

ANHANG XXIV – SAN MARINO-PROTOKOLL

LANDWIRTSCHAFT

Liste nach Artikel 13 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Landwirtschaftliche Grunderzeugnisse 2
2 Landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse 28

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

www.parlament.gv.at

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

LANDWIRTSCHAFTLICHE GRUNDERZEUGNISSE

1. 32013 R 1308: Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671), berichtigt in ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 261, und ABl. L 130 vom 19.5.2016, S. 9, geändert durch:

   – 32013 R 1310: Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 865)

   – 32016 R 0791: Verordnung (EU) 2016/791 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 1)

   – 32016 R 1166: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1166 der Kommission vom 17. Mai 2016 (ABl. L 193 vom 19.7.2016, S. 17)

www.parlament.gv.at

– 32016 R 1226: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1226 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 202 vom 28.7.2016, S. 5)

– 32017 R 2393: Verordnung (EU) 2017/2393 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2017 (ABl. L 350 vom 29.12.2017, S. 15)

– 32020 R 2220: Verordnung (EU) 2020/2220 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 (ABl. L 437 vom 28.12.2020, S. 1)

– 32021 R 2117: Verordnung (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 262)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Nur die folgenden Bestimmungen der Verordnung finden Anwendung: Artikel 73 bis 123, Artikel 125, 148, 149, 152 bis 162, 164, 165, 166a bis 168, 172a, 172b, 206 bis 210a und 222.

2. 32016 R 0232: Delegierte Verordnung (EU) 2016/232 der Kommission vom 15. Dezember 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf bestimmte Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Erzeugern (ABl. L 44 vom 19.2.2016, S. 1671)

www.parlament.gv.at

3. 32019 R 0033: Delegierte Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission vom 17. Oktober 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Schutz von Ursprungsbezeichnungen, geografischen Angaben und traditionellen Begriffen im Weinsektor, das Einspruchsverfahren, Einschränkungen der Verwendung, Änderungen der Produktspezifikationen, die Löschung des Schutzes sowie die Kennzeichnung und Aufmachung (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2), berichtigt in ABl. L 269 vom 23.10.2019, S. 13, geändert durch:

   – 32021 R 1375: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1375 der Kommission vom 11. Juni 2021 (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 16)

4. 32019 R 0934: Delegierte Verordnung (EU) 2019/934 der Kommission vom 12. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anbauflächen, auf denen der Alkoholgehalt der Weine erhöht werden darf, der zugelassenen önologischen Verfahren und der Einschränkungen für die Erzeugung und Haltbarmachung von Weinbauerzeugnissen, des Mindestalkoholgehalts von Nebenerzeugnissen und deren Beseitigung sowie der Veröffentlichung von OIV-Dossiers (ABl. L 149 vom 7.6.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 59, ABl. L 129 vom 24.4.2020, S. 1, und ABl. L 5 vom 10.1.2022, S. 1, geändert durch:

   – 32022 R 0068: Delegierte Verordnung (EU) 2022/68 der Kommission vom 27. Oktober 2021 (ABl. L 12 vom 19.1.2022, S. 1)

5. 32019 R 0935: Durchführungsverordnung (EU) 2019/935 der Kommission vom 16. April 2019 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Analysemethoden zur Feststellung der physikalischen, chemischen und organoleptischen Merkmale von Weinbauerzeugnissen und der Mitteilung von Beschlüssen der Mitgliedstaaten zur Erhöhung des natürlichen Alkoholgehalts (ABl. L 149 vom 7.6.2019, S. 53)

6. 32018 R 0273: Delegierte Verordnung (EU) 2018/273 der Kommission vom 11. Dezember 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Genehmigungssystems für Rebpflanzungen, der Weinbaukartei, der Begleitdokumente und der Zertifizierung, der Ein- und Ausgangsregister, der obligatorischen Meldungen, Mitteilungen und Veröffentlichung der mitgeteilten Informationen und zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die diesbezüglichen Kontrollen und Sanktionen sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 555/2008, (EG) Nr. 606/2009 und (EG) Nr. 607/2009 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 436/2009 und der Delegierten Verordnung (EU) 2015/560 der Kommission (ABl. L 58 vom 28.2.2018, S. 1)

7. 32018 R 0274: Durchführungsverordnung (EU) 2018/274 der Kommission vom 11. Dezember 2017 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Genehmigungssystems für Rebpflanzungen, der Zertifizierung, der Ein- und Ausgangsregister, der obligatorischen Meldungen und Mitteilungen sowie mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der einschlägigen Kontrollen und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/561 der Kommission (ABl. L 58 vom 28.2.2018, S. 60), berichtigt in ABl. L 354 vom 26.10.2020, S. 4, geändert durch:

   – 32021 R 1007: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1007 der Kommission vom 18. Juni 2021 (ABl. L 222 vom 22.6.2021, S. 8)

   – 32022 R 2567: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2567 der Kommission vom 13. Oktober 2022 (ABl. L 330 vom 23.12.2022, S. 139)

8. 32014 R 0251: Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Begriffsbestimmung, Beschreibung, Aufmachung und Etikettierung von aromatisierten Weinerzeugnissen sowie den Schutz geografischer Angaben für aromatisierte Weinerzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 des Rates (ABl. L 84 vom 20.3.2014, S. 14), geändert durch:

   – 32021 R 2117: Verordnung (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 262)

9. 32017 R 0670: Delegierte Verordnung (EU) 2017/670 der Kommission vom 31. Januar 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der zugelassenen Herstellungsverfahren für aromatisierte Weinerzeugnisse (ABl. L 97 vom 8.4.2017, S. 5)

10. 32020 R 0198: Durchführungsverordnung (EU) 2020/198 der Kommission vom 13. Februar 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Einrichtung des Registers geschützter geografischer Angaben im Sektor aromatisierte Weinerzeugnisse und die Aufnahme der bestehenden geografischen Angaben in dieses Register (ABl. L 42 vom 14.2.2020, S. 8)

www.parlament.gv.at

11. 32019 R 0787: Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen, die Verwendung der Bezeichnungen von Spirituosen bei der Aufmachung und Kennzeichnung von anderen Lebensmitteln, den Schutz geografischer Angaben für Spirituosen und die Verwendung von Ethylalkohol und Destillaten landwirtschaftlichen Ursprungs in alkoholischen Getränken sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 110/2008 (ABl. L 130 vom 17.5.2019, S. 1), geändert durch:

    – 32021 R 1096: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1096 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 1)

    – 32021 R 1334: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1334 der Kommission vom 27. Mai 2021 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 1)

    – 32021 R 1335: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1335 der Kommission vom 27. Mai 2021 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 4)

    – 32021 R 1465: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1465 der Kommission vom 6. Juli 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 12)

12. 32021 R 1235: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1235 der Kommission vom 12. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Vorschriften für Anträge auf Eintragung geografischer Angaben für Spirituosen, Änderungen der Produktspezifikation, die Löschung der Eintragung und das Register (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 1)

13. 32021 R 1236: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1236 der Kommission vom 12. Mai 2021 mit Einzelheiten der Anwendung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Eintragung geografischer Angaben für Spirituosen, das Einspruchsverfahren, Änderungen der Produktspezifikation, die Löschung der Eintragung, die Verwendung des Logos und die Kontrolle (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 10)

14. 32021 R 0723: Delegierte Verordnung (EU) 2021/723 der Kommission vom 26. Februar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Einrichtung eines öffentlichen Registers, in dem die von den einzelnen Mitgliedstaaten zur Überwachung der Alterungsprozesse von Spirituosen benannten Stellen aufgeführt werden (ABl. L 155 vom 5.5.2021, S. 1)

15. 32021 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) 2021/724 der Kommission vom 3. März 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Mitteilungen der Mitgliedstaaten an die Kommission zu den für die Überwachung der Alterungsprozesse von Spirituosen benannten Stellen und den für die Sicherstellung der Einhaltung der genannten Verordnung zuständigen Behörden (ABl. L 155 vom 5.5.2021, S. 3)

16. 32011 R 0543: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 der Kommission vom 7. Juni 2011 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates für die Sektoren Obst und Gemüse und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. L 157 vom 15.6.2011, S. 1), geändert durch:

    – 32021 R 1890: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1890 der Kommission vom 2. August 2021 (ABl. L 384 vom 29.10.2021, S. 23)

– 32019 R 0428: Delegierte Verordnung (EU) 2019/428 der Kommission vom 12. Juli 2018 (ABl. L 75 vom 19.3.2019, S. 1)

– 32015 R 2000: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2000 der Kommission vom 9. November 2015 (ABl. L 292 vom 10.11.2015, S. 4)

– 32013 R 0594: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 594/2013 der Kommission vom 21. Juni 2013 (ABl. L 170 vom 22.6.2013, S. 43)

– 32012 R 0302: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 302/2012 der Kommission vom 4. April 2012 (ABl. L 99 vom 5.4.2012, S. 21)

17. 32021 R 1926: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1926 der Kommission vom 5. November 2021 zur Anerkennung der vom Vereinigten Königreich durchgeführten Kontrollen auf Konformität mit den Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates für die Sektoren Obst und Gemüse und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. L 393 vom 8.11.2021, S. 9)

www.parlament.gv.at

18. 32017 R 0891: Delegierte Verordnung (EU) 2017/891 der Kommission vom 13. März 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Sektoren Obst und Gemüse sowie Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse und zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die in diesen Sektoren anzuwendenden Sanktionen und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 der Kommission (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 4)

19. 32014 R 0499: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 499/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 der Kommission in Bezug auf Obst und Gemüse und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 5)

20. 32011 R 1333: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1333/2011 der Kommission vom 19. Dezember 2011 zur Festsetzung von Vermarktungsnormen für Bananen, von Bestimmungen zur Kontrolle der Einhaltung dieser Vermarktungsnormen und von Anforderungen an Mitteilungen im Bananensektor (ABl. L 336 vom 20.12.2011, S. 23), berichtigt in ABl. L 177 vom 8.7.2017, S. 6

21. 32017 R 1185: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1185 der Kommission vom 20. April 2017 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) Nr. 1307/2013 und (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Übermittlung von Informationen und Dokumenten an die Kommission und zur Änderung und Aufhebung mehrerer Verordnungen der Kommission (ABl. L 171 vom 4.7.2017, S. 113), geändert durch:

    – 32019 R 1746: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1746 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 268 vom 22.10.2019, S. 6)

www.parlament.gv.at

– 32022 R 0791: Durchführungsverordnung (EU) 2022/791 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 15)

22. 32008 R 0589: Verordnung (EG) Nr. 589/2008 der Kommission vom 23. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Eier (ABl. L 163 vom 24.6.2008, S. 6), berichtigt in ABl. L 133 vom 17.5.2013, S. 17, geändert durch:

– 32008 R 0598: Verordnung (EG) Nr. 598/2008 der Kommission vom 24. Juni 2008 (ABl. L 164 vom 25.6.2008, S. 14)

– 32010 R 0557: Verordnung (EU) Nr. 557/2010 der Kommission vom 24. Juni 2010 (ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 13)

– 32013 R 0342: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 342/2013 der Kommission vom 16. April 2013 (ABl. L 107 vom 17.4.2013, S. 4)

– 32017 R 2168: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2168 der Kommission vom 20. September 2017 (ABl. L 306 vom 22.11.2017, S. 6)

23. 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Niederlassungsrecht und freier Dienstleistungsverkehr, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutzpolitik, Fischerei, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, Sozialpolitik und Beschäftigung, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen und Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufgrund des Beitritts Kroatiens (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

24. 32008 R 0617: Verordnung (EG) Nr. 617/2008 der Kommission vom 27. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Bruteier und Küken von Hausgeflügel (ABl. L 168 vom 28.6.2008, S. 5), berichtigt in ABl. L 248 vom 24.9.2011, S. 1, geändert durch:

– 32010 R 0557: Verordnung (EU) Nr. 557/2010 der Kommission vom 24. Juni 2010 (ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 13)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

25. 32008 R 0543: Verordnung (EG) Nr. 543/2008 der Kommission vom 16. Juni 2008 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch (ABl. L 157 vom 17.6.2008, S. 46), berichtigt in ABl. L 257 vom 25.9.2008, S. 7, und ABl. L 190 vom 19.7.2012, S. 1, geändert durch:

– 32009 R 0508: Verordnung (EG) Nr. 508/2009 der Kommission vom 15. Juni 2009 (ABl. L 151 vom 16.6.2009, S. 28)

– 32010 R 0557: Verordnung (EU) Nr. 557/2010 der Kommission vom 24. Juni 2010 (ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 13)

– 32011 R 0576: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 576/2011 der Kommission vom 16. Juni 2011 (ABl. L 159 vom 17.6.2011, S. 66)

– 32012 R 1239: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1239/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 63)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

26. 32008 R 0566: Verordnung (EG) Nr. 566/2008 der Kommission vom 18. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates in Bezug auf die Vermarktung von Fleisch von bis zu zwölf Monate alten Rindern (ABl. L 160 vom 19.6.2008, S. 22), geändert durch:

– 32013 R 0565: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 565/2013 der Kommission vom 18. Juni 2013 (ABl. L 167 vom 19.6.2013, S. 26)

27. 32006 R 1850: Verordnung (EG) Nr. 1850/2006 der Kommission vom 14. Dezember 2006 mit Durchführungsbestimmungen für die Zertifizierung von Hopfen und Hopfenerzeugnissen (ABl. L 355 vom 15.12.2006, S. 72), geändert durch:

– 32011 R 0173: Verordnung (EU) Nr. 173/2011 der Kommission vom 23. Februar 2011 (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 16)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

28. 32007 R 0445: Verordnung (EG) Nr. 445/2007 der Kommission vom 23. April 2007 mit bestimmten Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 2991/94 des Rates mit Normen für Streichfette und zur Verordnung (EWG) Nr. 1898/87 des Rates über den Schutz der Bezeichnung der Milch und Milcherzeugnisse bei ihrer Vermarktung (kodifizierte Fassung) (ABl. L 106 vom 24.4.2007, S. 24)

29. 32011 R 1169: Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1924/2006 und (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 87/250/EWG der Kommission, der Richtlinie 90/496/EWG des Rates, der Richtlinie 1999/10/EG der Kommission, der Richtlinie 2000/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2002/67/EG und 2008/5/EG der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 608/2004 der Kommission (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 18), geändert durch:

   – 32013 R 1155: Delegierte Verordnung (EU) 1155/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 306 vom 16.11.2013, S. 7)

   – 32014 R 0078: Delegierte Verordnung (EU) 78/2014 der Kommission vom 22. November 2013 (ABl. L 27 vom 30.1.2014, S. 7)

   – 32015 R 2283: Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 327 vom 11.12.2015, S. 1)

30. 31999 L 0004: Richtlinie 1999/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Februar 1999 über Kaffee- und Zichorien-Extrakte (ABl. L 66 vom 13.3.1999, S. 26), geändert durch:

– 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

– 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)

31. 32000 L 0036: Richtlinie 2000/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juni 2000 über Kakao- und Schokoladeerzeugnisse für die menschliche Ernährung (ABl. L 197 vom 3.8.2000, S. 19), geändert durch:

– 12003 TN 02/01/J: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge - Anhang II: Liste nach Artikel 20 der Beitrittsakte - 1. Freier Warenverkehr - J. Lebensmittel (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 92)

– 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

– 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)

32. 32001 L 0111: Richtlinie 2001/111/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über bestimmte Zuckerarten für die menschliche Ernährung (ABl. L 10 vom 12.1.2002, S. 53), geändert durch:

– 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)

– 32006 R 0951: Verordnung (EG) Nr. 951/2006 der Kommission vom 30. Juni 2006 (ABl. L 178 vom 1.7.2006, S. 24)

33. 32001 L 0113: Richtlinie 2001/113/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über Konfitüren, Gelees, Marmeladen und Maronenkrem für die menschliche Ernährung (ABl. L 10 vom 12.1.2002, S. 67), geändert durch:

– 32004 L 0084: Richtlinie 2004/84/EG des Rates vom 10. Juni 2004 (ABl. L 219 vom 19.6.2004, S. 8)

– 32007 R 1182: Verordnung (EG) Nr. 1182/2007 des Rates vom 26. September 2007 (ABl. L 273 vom 17.10.2007, S. 1)

– 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)

34. 32001 L 0114: Richtlinie 2001/114/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über bestimmte Sorten eingedickter Milch und Trockenmilch für die menschliche Ernährung (ABl. L 15 vom 17.1.2002, S. 19), geändert durch:

– 12003 TN 02/01/J: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge - Anhang II: Liste nach Artikel 20 der Beitrittsakte - 1. Freier Warenverkehr - J. Lebensmittel (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 92)

– 32007 L 0061: Richtlinie 2007/61/EG des Rates vom 26. September 2007 (ABl. L 258 vom 4.10.2007, S. 27)

– 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)

35. 32001 L 0112: Richtlinie 2001/112/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über Fruchtsäfte und bestimmte gleichartige Erzeugnisse für die menschliche Ernährung (ABl. L 10 vom 12.1.2002, S. 58), berichtigt in ABl. L 126 vom 22.5.2010, S. 23, geändert durch:

– 32007 R 1182: Verordnung (EG) Nr. 1182/2007 des Rates vom 26. September 2007 (ABl. L 273 vom 17.10.2007, S. 1)

– 32008 R 1332: Verordnung (EG) Nr. 1332/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 7)

– 32009 L 0106: Richtlinie 2009/106/EG der Kommission vom 14. August 2009 (ABl. L 212 vom 15.8.2009, S. 42)

– 32012 L 0012: Richtlinie 2012/12/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2012 (ABl. L 115 vom 27.4.2012, S. 1)

– 32014 R 1040: Delegierte Verordnung (EU) 1040/2014 der Kommission vom 25. Juli 2014 (ABl. L 288 vom 2.10.2014, S. 1)

36. 32001 L 0110: Richtlinie 2001/110/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über Honig (ABl. L 10 vom 12.1.2002, S. 47), geändert durch:

– 32014 L 0063: Richtlinie 2014/63/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 164 vom 3.6.2014, S. 1)

37. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

www.parlament.gv.at

38. 32018 R 0848: Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 1), berichtigt in ABl. L 374 vom 22.10.2021, S. 10, und ABl. L 391 vom 5.11.2021, S. 41, geändert durch:

– 32020 R 1693: Verordnung (EU) 2020/1693 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. November 2020 (ABl. L 381 vom 13.11.2020, S. 1)

– 32020 R 0427: Delegierte Verordnung (EU) 2020/427 der Kommission vom 13. Januar 2020 (ABl. L 87 vom 23.3.2020, S. 1)

– 32020 R 1794: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1794 der Kommission vom 16. September 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 23)

– 32021 R 0642: Delegierte Verordnung (EU) 2021/642 der Kommission vom 30. Oktober 2020 (ABl. L 133 vom 20.4.2021, S. 1)

– 32020 R 2042: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2042 der Kommission vom 11. Dezember 2020 (ABl. L 420 vom 14.12.2020, S. 9)

– 32021 R 0715: Delegierte Verordnung (EU) 2021/715 der Kommission vom 20. Januar 2021 (ABl. L 151 vom 3.5.2021, S. 1)

– 32021 R 0716: Delegierte Verordnung (EU) 2021/716 der Kommission vom 9. Februar 2021 (ABl. L 151 vom 3.5.2021, S. 5)

– 32021 R 0269: Delegierte Verordnung (EU) 2021/269 der Kommission vom 4. Dezember 2020 (ABl. L 60 vom 22.2.2021, S. 24)

– 32021 R 0716: Delegierte Verordnung (EU) 2021/716 der Kommission vom 9. Februar 2021 (ABl. L 151 vom 3.5.2021, S. 5)

– 32021 R 1006: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1006 der Kommission vom 12. April 2021 (ABl. L 222 vom 22.6.2021, S. 3)

– 32021 R 1697: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1697 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 336 vom 23.9.2021, S. 3)

– 32021 R 1691: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1691 der Kommission vom 12. Juli 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 1)

– 32021 R 1935: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1935 der Kommission vom 8. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 17)

– 32022 R 0474: Delegierte Verordnung (EU) 2022/474 der Kommission vom 17. Januar 2022 (ABl. L 98 vom 25.3.2022, S. 1)

39. 32020 R 0464: Durchführungsverordnung (EU) 2020/464 der Kommission vom 26. März 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der für die rückwirkende Anerkennung von Umstellungszeiträumen erforderlichen Dokumente, der Herstellung ökologischer/biologischer Erzeugnisse und der von den Mitgliedstaaten bereitzustellenden Informationen (ABl. L 98 vom 31.3.2020, S. 2)

40. 32020 R 2146: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2146 der Kommission vom 24. September 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich Ausnahmen von den Produktionsvorschriften für die ökologische/biologische Produktion (ABl. L 428 vom 18.12.2020, S. 5)

41. 32021 R 0279: Durchführungsverordnung (EU) 2021/279 der Kommission vom 22. Februar 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates über Kontrollen und andere Maßnahmen zur Gewährleistung der Rückverfolgbarkeit und Einhaltung der Vorschriften für die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen (ABl. L 62 vom 23.2.2021, S. 6)

42. 32021 R 0771: Delegierte Verordnung (EU) 2021/771 der Kommission vom 21. Januar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung spezifischer Kriterien und Bedingungen für die Prüfungen der Dokumentation im Rahmen der amtlichen Kontrollen in der ökologischen/biologischen Produktion und die amtlichen Kontrollen von Unternehmergruppen (ABl. L 165 vom 11.5.2021, S. 25)

43. 32021 R 1189: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1189 der Kommission vom 7. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Erzeugung und Vermarktung von Pflanzenvermehrungsmaterial aus ökologischem/biologischem heterogenem Material besonderer Gattungen oder Arten (ABl. L 258 vom 20.7.2021, S. 18)

www.parlament.gv.at

44. 32021 R 1342: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1342 der Kommission vom 27. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Vorschriften über die Informationen, die von Drittländern sowie von Kontrollbehörden und Kontrollstellen zwecks Überwachung ihrer Anerkennung gemäß Artikel 33 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates für eingeführte ökologische/biologische Erzeugnisse zu übermitteln sind, sowie über die Maßnahmen, die zur Ausübung dieser Überwachung zu ergreifen sind (ABl. L 292 vom 16.8.2021, S. 20)

45. 32021 R 1698: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1698 der Kommission vom 13. Juli 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Verfahrensvorschriften für die Anerkennung von Kontrollbehörden und Kontrollstellen, die für die Durchführung von Kontrollen von als ökologisch/biologisch zertifizierten Unternehmern und Unternehmergruppen und ökologischen/biologischen Erzeugnissen in Drittländern zuständig sind, und durch Vorschriften über deren Überwachung sowie über die Kontrollen und sonstigen Maßnahmen, die von diesen Kontrollbehörden und Kontrollstellen durchgeführt werden (ABl. L 336 vom 23.9.2021, S. 7)

46. 32021 R 2304: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2304 der Kommission vom 18. Oktober 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften zur Ausstellung von ergänzenden Zertifikaten, mit denen zum Zweck der Ausfuhr bescheinigt wird, dass bei der ökologischen/biologischen Produktion von tierischen Erzeugnissen keine Antibiotika eingesetzt werden (ABl. L 461 vom 27.12.2021, S. 2)

47. 32021 R 2306: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2306 der Kommission vom 21. Oktober 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Vorschriften über die amtlichen Kontrollen von zur Einfuhr in die Union bestimmten Sendungen von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und Umstellungserzeugnissen sowie über die Kontrollbescheinigung (ABl. L 461 vom 27.12.2021, S. 13)

48. 32021 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1165 der Kommission vom 15. Juli 2021 über die Zulassung bestimmter Erzeugnisse und Stoffe zur Verwendung in der ökologischen/biologischen Produktion und zur Erstellung entsprechender Verzeichnisse (ABl. L 253 vom 16.7.2021, S. 13)

49. 32021 R 1378: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1378 der Kommission vom 19. August 2021 mit Vorschriften zur Bescheinigung für Unternehmer, Unternehmergruppen und Ausführer in Drittländern, die ökologische/biologische Erzeugnisse und Umstellungserzeugnisse in die Union einführen und zur Erstellung des Verzeichnisses anerkannter Kontrollbehörden und Kontrollstellen gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 24)

50. 32021 R 2307: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2307 der Kommission vom 21. Oktober 2021 zur Festlegung von Vorschriften über die erforderlichen Unterlagen und Mitteilungen für ökologische/biologische Erzeugnisse und Umstellungserzeugnisse, die zur Einfuhr in die Union bestimmt sind (ABl. L 461 vom 27.12.2021, S. 30)

51. 32021 R 2119: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2119 der Kommission vom 1. Dezember 2021 zur Festlegung detaillierter Vorschriften über bestimmte von Unternehmern und Unternehmergruppen verlangte Aufzeichnungen und Erklärungen und über die technischen Mittel für die Ausstellung von Zertifikaten gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/1378 der Kommission hinsichtlich der Ausstellung der Bescheinigung für Unternehmer, Unternehmergruppen und Ausführer in Drittländern (ABl. L 430 vom 2.12.2021, S. 24)

52. 32021 R 2325: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2325 der Kommission vom 16. Dezember 2021 zur Erstellung — gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates — des Verzeichnisses der Drittländer und des Verzeichnisses der Kontrollbehörden und Kontrollstellen, die gemäß Artikel 33 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates für die Zwecke der Einfuhr ökologischer/biologischer Erzeugnisse in die Union anerkannt sind (ABl. L 465 vom 29.12.2021, S. 8)

53. 32012 R 1151: Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (ABl. L 343 vom 14.12.2012, S. 1), geändert durch:

– 32021 R 2117: Verordnung (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 262)

– 32017 R 0625: Verordnung (EU) Nr. 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)

54. 32014 R 0668: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 668/2014 der Kommission vom 13. Juni 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 36)

55. 32014 R 0664: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung der EU-Zeichen für geschützte Ursprungsbezeichnungen, geschützte geografische Angaben und garantiert traditionelle Spezialitäten sowie im Hinblick auf bestimmte herkunftsbezogene Vorschriften, Verfahrensvorschriften und zusätzliche Übergangsvorschriften (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 17)

56. 32014 R 0665: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 665/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bedingungen für die Verwendung der fakultativen Qualitätsangabe „Bergerzeugnis“ (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 23)

57. 32008 R 0555: Verordnung (EG) Nr. 555/2008 der Kommission vom 27. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 479/2008 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Wein hinsichtlich der Stützungsprogramme, des Handels mit Drittländern, des Produktionspotenzials und der Kontrollen im Weinsektor (ABl. L 170 vom 30.6.2008, S. 1), berichtigt in ABl. L 139 vom 5.6.2010, S. 3, geändert durch:

– 32009 R 0042: Verordnung (EG) Nr. 42/2009 der Kommission vom 20. Januar 2009 (ABl. L 16 vom 21.1.2009, S. 6)

– 32009 R 0702: Verordnung (EG) Nr. 702/2009 der Kommission vom 3. August 2009 (ABl. L 202 vom 4.8.2009, S. 5)

– 32010 R 0772: Verordnung (EU) Nr. 772/2010 der Kommission vom 1. September 2010 (ABl. L 232 vom 2.9.2010, S. 1)

– 32012 R 0314: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 314/2012 der Kommission vom 12. April 2012 (ABl. L 103 vom 13.4.2012, S. 21)

– 32012 R 0568: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 568/2012 der Kommission vom 28. Juni 2012 (ABl. L 169 vom 29.6.2012, S. 13)

– 32013 R 0202: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 202/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 10)

– 32013 R 0752: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 752/2013 der Kommission vom 31. Juli 2013 (ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 17)

– 32013 R 0994: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 994/2013 der Kommission vom 16. Oktober 2013 (ABl. L 276 vom 17.10.2013, S. 1)

– 32014 R 0168: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 168/2014 der Kommission vom 21. Februar 2014 (ABl. L 54 vom 22.2.2014, S. 14)

– 32014 R 0612: Delegierte Verordnung (EU) 612/2014 der Kommission vom 11. März 2014 (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 62)

– 32014 R 0614: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 614/2014 der Kommission vom 6. Juni 2014 (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 73)

– 32015 R 1991: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1991 der Kommission vom 5. November 2015 (ABl. L 290 vom 6.11.2015, S. 9)

– 32016 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2016/38 der Kommission vom 14. Januar 2016 (ABl. L 11 vom 16.1.2016, S. 1)

– 32016 R 1149: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1149 der Kommission vom 15. April 2016 (ABl. L 190 vom 15.7.2016, S. 1)

– 32018 R 0273: Delegierte Verordnung (EU) 2018/273 der Kommission vom 11. Dezember 2017 (ABl. L 58 vom 28.2.2018, S. 1)

58. 32014 R 0907: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die finanzielle Verwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 18)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 2

LANDWIRTSCHAFTLICHE VERARBEITUNGSERZEUGNISSE

1. 32014 R 0510: Verordnung (EU) Nr. 510/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur über die Handelsregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1216/2009 und (EG) Nr. 614/2009 des Rates (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 1)

   Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Die Artikel 22 bis 25 der Verordnung finden keine Anwendung.

2. 32011 R 0514: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 514/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 mit Durchführungsbestimmungen zu den Präferenzregelungen gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1216/2009 des Rates beim Handel mit bestimmten aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellten Waren (ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 18)

3. 32008 R 0900: Verordnung (EG) Nr. 900/2008 der Kommission vom 16. September 2008 zur Festlegung der Analysenmethoden und anderer technischer Bestimmungen für die Anwendung der Einfuhrregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren (kodifizierte Fassung) (ABl. L 248 vom 17.9.2008, S. 8), geändert durch:

   – 32010 R 0118: Verordnung (EU) Nr. 118/2010 der Kommission vom 9. Februar 2010 (ABl. L 37 vom 10.2.2010, S. 21)

www.parlament.gv.at

– 32011 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 617/2011 der Kommission vom 24. Juni 2011 (ABl. L 166 vom 25.6.2011, S. 6)

– 32015 R 0824: Durchführungsverordnung (EU) 2015/824 der Kommission vom 27. Mai 2015 (ABl. L 130 vom 28.5.2015, S. 4)

4. 32001 R 1488: Verordnung (EG) Nr. 1488/2001 der Kommission vom 19. Juli 2001 über Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 3448/93 des Rates für die Überführung bestimmter Mengen bestimmter unter Anhang I des Vertrags fallender Grunderzeugnisse in das Verfahren der aktiven Veredelung ohne vorherige Prüfung der wirtschaftlichen Voraussetzungen (ABl. L 196 vom 20.7.2001, S. 9), geändert durch:

– 32003 R 1914: Verordnung (EG) Nr. 1914/2003 der Kommission vom 30. Oktober 2003 (ABl. L 168 vom 1.5.2004, S. 14)

– 32004 R 0886: Verordnung (EG) Nr. 886/2004 der Kommission vom 4. März 2004 (ABl. L 168 vom 1.5.2004, S. 14)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

ANHANG XXV – SAN MARINO-PROTOKOLL

HANDEL

Liste nach den Artikeln 12 und 13 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1 Handelspolitische Schutzinstrumente 2
2 Gemeinsame Einfuhr-/Ausfuhrregelungen 4
3 Schutzbestimmungen 6
4 Durchsetzung 9
5 Spezifische Regeln für den Handelssektor 10
6 Präferentielle Handelsregelungen 15
7 Verordnungen zur Anwendung von Abkommen 19
8 Ausfuhrkredit 21

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

– Erwägungsgründe;

www.parlament.gv.at

– die Adressaten der EU-Rechtsakte;

– Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;

– Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und

– Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

KAPITEL 1

HANDELSPOLITISCHE SCHUTZINSTRUMENTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32016 R 1036: Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern (ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21), geändert durch:

   – 32017 R 2321: Verordnung (EU) 2017/2321 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 338 vom 19.12.2017, S. 1)

   – 32018 R 0825: Verordnung (EU) 2018/825 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 143 vom 7.6.2018, S. 1)

www.parlament.gv.at

– 32020 R 1173: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1173 der Kommission vom 4. Juni 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/1036 (ABl. L 259 vom 10.8.2020, S. 1)

2. 32016 R 1037: Verordnung (EU) 2016/1037 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern (ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 55), geändert durch:

– 32017 R 2321: Verordnung (EU) 2017/2321 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 338 vom 19.12.2017, S. 1)

– 32018 R 0825: Verordnung (EU) 2018/825 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 143 vom 7.6.2018, S. 1)

– 32020 R 1173: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1173 der Kommission vom 4. Juni 2020 (ABl. L 259 vom 10.8.2020, S. 1)

3. 32016 R 1035: Verordnung (EU) 2016/1035 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen schädigende Preisgestaltung im Schiffbau (ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 1)

KAPITEL 2

GEMEINSAME EINFUHR-/AUSFUHRREGELUNGEN

1. Verpflichtungen aus internationalen Übereinkünften, die von der EU, von den Mitgliedstaaten im Namen der EU oder von der EU und den Mitgliedstaaten gemeinsam geschlossen wurden, soweit sie den Warenverkehr zwischen der Union und Drittstaaten betreffen

2. 32015 R 0755: Verordnung (EU) 2015/755 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über eine gemeinsame Regelung der Einfuhren aus bestimmten Drittländern (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 33), geändert durch:

   – 32017 R 0749: Delegierte Verordnung (EU) 2017/749 der Kommission vom 24. Februar 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 11)

3. 32015 R 0478: Verordnung (EU) 2015/478 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über eine gemeinsame Einfuhrregelung (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 16)

4. 32015 R 0479: Verordnung (EU) 2015/479 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über eine gemeinsame Ausfuhrregelung (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 34)

5. 32018 R 0196: Verordnung (EU) 2018/196 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Februar 2018 über zusätzliche Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika (ABl. L 44 vom 16.2.2018, S. 1), geändert durch:

   – 32019 R 0673: Delegierte Verordnung (EU) 2019/673 der Kommission vom 27. Februar 2019 (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 5)

www.parlament.gv.at

– 32020 R 0578: Delegierte Verordnung (EU) 2020/578 der Kommission vom 21. Februar 2020 (ABl. L 133 vom 28.4.2020, S. 1)

– 32021 R 0704: Delegierte Verordnung (EU) 2021/704 der Kommission vom 26. Februar 2021 (ABl. L 146 vom 29.4.2021, S. 70)

– 32022 R 0682: Delegierte Verordnung (EU) 2022/682 der Kommission vom 25. Februar 2022 (ABl. L 126 vom 29.4.2022, S. 4)

KAPITEL 3

SCHUTZBESTIMMUNGEN

1. 32019 R 0287: Verordnung (EU) 2019/287 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Februar 2019 über die Anwendung von bilateralen Schutzklauseln und anderen Mechanismen für die vorübergehende Rücknahme von im Rahmen bestimmter Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Drittländern vereinbarten Präferenzen (ABl. L 53 vom 22.2.2019, S. 1)

2. 32015 R 0477: Verordnung (EU) 2015/477 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über mögliche Maßnahmen der Union im Fall einer gleichzeitigen Anwendung von Antidumping- bzw. Antisubventionsmaßnahmen und Schutzmaßnahmen (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 11)

3. 32015 R 1145: Verordnung (EU) 2015/1145 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juli 2015 über die im Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vorgesehenen Schutzmaßnahmen (ABl. L 191 vom 17.7.2015, S. 1)

4. 32015 R 0475: Verordnung (EU) 2015/475 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über die im Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Island vorgesehenen Schutzmaßnahmen (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 1)

www.parlament.gv.at

5. 32015 R 0938: Verordnung (EU) 2015/938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über die im Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Norwegen vorgesehenen Schutzmaßnahmen (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 57)

6. 32013 R 0019: Verordnung (EU) Nr. 19/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 zur Umsetzung der bilateralen Schutzklausel und des Stabilisierungsmechanismus für Bananen des Handelsübereinkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Kolumbien, Peru und Ecuador andererseits (ABl. L 17 vom 19.1.2013, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 0540: Verordnung (EU) 2017/540 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 88 vom 31.3.2017, S. 1)

7. 32013 R 0020: Verordnung (EU) Nr. 20/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 zur Umsetzung der bilateralen Schutzklausel und des Stabilisierungsmechanismus für Bananen des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Zentralamerika andererseits (ABl. L 17 vom 19.1.2013, S. 13), geändert durch:

   – 32017 R 0540: Verordnung (EU) 2017/540 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 88 vom 31.3.2017, S. 1)

8. 32016 R 0400: Verordnung (EU) 2016/400 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zur Anwendung der im Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits vorgesehenen Schutzklausel und des dort vorgesehenen Verfahrens zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken (ABl. L 77 vom 23.3.2016, S. 53)

9. 32016 R 0401: Verordnung (EU) 2016/401 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über die Anwendung des im Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits vorgesehenen Verfahrens zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken (ABl. L 77 vom 23.3.2016, S. 62)

10. 32011 R 0511: Verordnung (EU) Nr. 511/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Umsetzung der bilateralen Schutzklausel des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Korea (ABl. L 145 vom 31.5.2011, S. 19)

11. 32015 R 1145: Verordnung (EU) 2015/1145 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juli 2015 über die im Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vorgesehenen Schutzmaßnahmen (ABl. L 191 vom 17.7.2015, S. 1)

KAPITEL 4

DURCHSETZUNG

1. 32014 R 0654: Verordnung (EU) Nr. 654/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Ausübung der Rechte der Union in Bezug auf die Anwendung und die Durchsetzung internationaler Handelsregeln und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3286/94 des Rates zur Festlegung der Verfahren der Gemeinschaft im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik zur Ausübung der Rechte der Gemeinschaft nach internationalen Handelsregeln, insbesondere den im Rahmen der Welthandelsorganisation vereinbarten Regeln (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 50), geändert durch:

   – 32015 R 1843: Verordnung (EU) 2015/1843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 (ABl. L 272 vom 16.10.2015, S. 1)

   – 32021 R 0167: Verordnung (EU) 2021/167 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Februar 2021 (ABl. L 49 vom 12.2.2021, S. 1)

2. 32015 R 1843: Verordnung (EU) 2015/1843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Festlegung der Verfahren der Union im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik zur Ausübung der Rechte der Union nach internationalen Handelsregeln, insbesondere den im Rahmen der Welthandelsorganisation vereinbarten Regeln (ABl. L 272 vom 16.10.2015, S. 1)

3. 32015 R 0476: Verordnung (EU) 2015/476 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über die möglichen Maßnahmen der Union aufgrund eines vom WTO-Streitbeilegungsgremium angenommenen Berichts über Antidumping- oder Antisubventionsmaßnahmen (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 6)

www.parlament.gv.at

KAPITEL 5

SPEZIFISCHE REGELN FÜR DEN HANDELSSEKTOR

1. 32015 R 0936: Verordnung (EU) 2015/936 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über die gemeinsame Regelung der Einfuhren von Textilwaren aus bestimmten Drittländern, die nicht unter bilaterale Abkommen, Protokolle, andere Vereinbarungen oder eine spezifische Einfuhrregelung der Union fallen (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 1), geändert durch:

   – 32017 R 0354: Verordnung (EU) 2017/354 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2017 (ABl. L 57 vom 3.3.2017, S. 31)

   – 32018 R 0173: Delegierte Verordnung (EU) 2018/173 der Kommission vom 29. November 2017 (ABl. L 32 vom 6.2.2018, S. 12)

2. 32012 R 0498: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 498/2012 der Kommission vom 12. Juni 2012 über die Zuteilung von Zollkontingenten für Holzausfuhren aus der Russischen Föderation in die Europäische Union (ABl. L 152 vom 13.6.2012, S. 28), geändert durch:

   – 32014 R 0449: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 449/2014 der Kommission vom 2. Mai 2014 (ABl. L 132 vom 3.5.2014, S. 57)

   – 32015 R 0630: Durchführungsverordnung (EU) 2015/630 der Kommission vom 22. April 2015 (ABl. L 104 vom 23.4.2015, S. 8)

www.parlament.gv.at

– 32016 R 0623: Durchführungsverordnung (EU) 2016/623 der Kommission vom 21. April 2016 (ABl. L 106 vom 22.4.2016, S. 11)

– 32021 R 0011: Durchführungsverordnung (EU) 2021/11 der Kommission vom 7. Januar 2021 (ABl. L 5 vom 8.1.2021, S. 1)

3. 32006 R 0816: Verordnung (EG) Nr. 816/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Zwangslizenzen für Patente an der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen für die Ausfuhr in Länder mit Problemen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 1)

4. 32016 R 0793: Verordnung (EU) 2016/793 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 zur Vermeidung von Handelsumlenkungen bei bestimmten grundlegenden Arzneimitteln in die Europäische Union (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 39)

5. 32007 R 1418: Verordnung (EG) Nr. 1418/2007 der Kommission vom 29. November 2007 über die Ausfuhr von bestimmten in Anhang III oder IIIA der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten Abfällen, die zur Verwertung bestimmt sind, in bestimmte Staaten, für die der OECD-Beschluss über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen nicht gilt (ABl. L 316 vom 4.12.2007, S. 6), geändert durch:

– 32009 R 0967: Verordnung (EG) Nr. 967/2009 der Kommission vom 15. Oktober 2009 (ABl. L 271 vom 16.10.2009, S. 12)

– 32010 R 0837: Verordnung (EU) Nr. 837/2010 der Kommission vom 23. September 2010 (ABl. L 250 vom 24.9.2010, S. 1)

– 32011 R 0661: Verordnung (EU) Nr. 661/2011 der Kommission vom 8. Juli 2011 (ABl. L 181 vom 9.7.2011, S. 22)

– 32012 R 0674: Verordnung (EU) Nr. 674/2012 der Kommission vom 23. Juli 2012 (ABl. L 196 vom 24.7.2012, S. 12)

– 32013 R 0057: Verordnung (EU) Nr. 57/2013 der Kommission vom 23. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 17)

– 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

– 32014 R 0733: Verordnung (EU) Nr. 733/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 197 vom 4.7.2014, S. 10)

– 32021 R 1840: Verordnung (EU) 2021/1840 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 373 vom 21.10.2021, S. 1)

– 32022 R 0520: Verordnung (EU) 2022/520 der Kommission vom 31. März 2022 (ABl. L 104 vom 1.4.2022, S. 63)

6. 02021 R 0821: Verordnung (EU) 2021/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 über eine Unionsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Vermittlung, der technischen Unterstützung der Durchfuhr und der Verbringung betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Neufassung) (ABl. L 206 vom 11.6.2021, S. 1), geändert durch:

   – 32022 R 0001: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 3 vom 6.1.2022, S. 1)

   – 32022 R 0699: Delegierte Verordnung (EU) 2022/699 der Kommission vom 3. Mai 2022 (ABl. L 130I vom 4.5.2022, S. 1)

   – 32023 R 0066: Delegierte Verordnung (EU) 2023/66 der Kommission vom 21. Oktober 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/821 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liste der Güter mit doppeltem Verwendungszweck (ABl. L 9 vom 11.1.2023, S. 1)

7. 32009 R 0116: Verordnung (EG) Nr. 116/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Ausfuhr von Kulturgütern (ABl. L 39 vom 10.2.2009, S. 1)

8. 32012 R 1081: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1081/2012 der Kommission vom 9. November 2012 zu der Verordnung (EG) Nr. 116/2009 des Rates über die Ausfuhr von Kulturgütern (ABl. L 324 vom 22.11.2012, S. 1)

9. 32019 R 0880: Verordnung (EU) 2019/880 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Verbringen und die Einfuhr von Kulturgütern (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 1)

10. 32021 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1079 der Kommission vom 24. Juni 2021 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) 2019/880 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Verbringen und die Einfuhr von Kulturgütern (ABl. L 234 vom 2.7.2021, S. 67)

11. 32017 R 0821: Verordnung (EU) 2017/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Festlegung von Pflichten zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für Unionseinführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten (ABl. L 130 vom 19.5.2017, S. 1), geändert durch:

    – 32020 R 1588: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1588 der Kommission vom 25. Juni 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 1)

12. 32009 R 0428: Verordnung (EG) Nr. 428/2009 des Rates vom 5. Mai 2009 über eine Gemeinschaftsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung und der Durchfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (ABl. L 134 vom 29.5.2009, S. 1), geändert durch:

    – 32021 R 1528: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1528 der Kommission vom 8. Juni 2021 (ABl. L 329 vom 17.9.2021, S. 6)

KAPITEL 6

PRÄFERENTIELLE HANDELSREGELUNGEN

1. 32012 R 0978: Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 732/2008 des Rates (ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21), geändert durch:

   – 32013 R 1421: Delegierte Verordnung (EU) 1421/2013 der Kommission vom 30. Oktober 2013 (ABl. L 355 vom 31.12.2013, S. 1)

   – 32014 R 0001: Delegierte Verordnung (EU) 1/2014 der Kommission vom 28. August 2013 (ABl. L 1 vom 4.1.2014, S. 1)

   – 32014 R 0182: Delegierte Verordnung (EU) 182/2014 der Kommission vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 1)

   – 32014 R 1015: Delegierte Verordnung (EU) 1015/2014 der Kommission vom 22. Juli 2014 (ABl. L 283 vom 27.9.2014, S. 20)

   – 32014 R 1016: Delegierte Verordnung (EU) 1016/2014 der Kommission vom 22. Juli 2014 (ABl. L 283 vom 27.9.2014, S. 23)

   – 32014 R 1386: Delegierte Verordnung (EU) 1386/2014 der Kommission vom 19. August 2014 (ABl. L 369 vom 24.12.2014, S. 33)

www.parlament.gv.at

– 32015 R 0602: Delegierte Verordnung (EU) 2015/602 der Kommission vom 9. Februar 2015 (ABl. L 100 vom 17.4.2015, S. 8)

– 32015 R 1978: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1978 der Kommission vom 28. August 2015 (ABl. L 289 vom 5.11.2015, S. 1)

– 32015 R 1979: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1979 der Kommission vom 28. August 2015 (ABl. L 289 vom 5.11.2015, S. 3)

– 32016 R 0079: Delegierte Verordnung (EU) 2016/79 der Kommission vom 25. November 2015 (ABl. L 17 vom 26.1.2016, S. 1)

– 32017 R 0217: Delegierte Verordnung (EU) 2017/217 der Kommission vom 5. Dezember 2016 (ABl. L 34 vom 9.2.2017, S. 7)

– 32017 R 0836: Delegierte Verordnung (EU) 2017/836 der Kommission vom 11. Januar 2017 (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 1)

– 32018 R 0148: Delegierte Verordnung (EU) 2018/148 der Kommission vom 27. September 2017 (ABl. L 26 vom 31.1.2018, S. 8)

– 32018 R 0216: Delegierte Verordnung (EU) 2018/216 der Kommission vom 14. Dezember 2017 (ABl. L 42 vom 12.2.2018, S. 2)

– 32020 R 0128: Delegierte Verordnung (EU) 2020/128 der Kommission vom 25. November 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2020, S. 6)

– 32020 R 0129: Delegierte Verordnung (EU) 2020/129 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2020, S. 8)

– 32020 R 0550: Delegierte Verordnung (EU) 2020/550 der Kommission vom 12. Februar 2020 (ABl. L 127 vom 22.4.2020, S. 1)

– 32021 R 0114: Delegierte Verordnung (EU) 2021/114 der Kommission vom 25. September 2020 (ABl. L 36 vom 2.2.2021, S. 5)

– 32021 R 0576: Delegierte Verordnung (EU) 2021/576 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 123 vom 9.4.2021, S. 1)

2. 32009 R 1215: Verordnung (EG) Nr. 1215/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Einführung besonderer Handelsmaßnahmen für die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der Europäischen Union teilnehmenden oder damit verbundenen Länder und Gebiete (ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 1), geändert durch:

– 32011 R 1336: Verordnung (EU) Nr. 1336/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 (ABl. L 347 vom 30.12.2011, S. 1)

– 32013 R 1202: Verordnung (EU) Nr. 1202/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 321 vom 30.11.2013, S. 1)

– 32015 R 2423: Verordnung (EU) 2015/2423 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 (ABl. L 341 vom 24.12.2015, S. 18)

– 32017 R 1464: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1464 der Kommission vom 2. Juni 2017 (ABl. L 209 vom 12.8.2017, S. 1)

– 32020 R 2172: Verordnung (EU) 2020/2172 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 432 vom 21.12.2020, S. 7)

KAPITEL 7

VERORDNUNGEN ZUR ANWENDUNG VON ABKOMMEN

1. 32015 R 0752: Verordnung (EU) 2015/752 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über bestimmte Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Montenegro andererseits (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 16)

2. 32015 R 0941: Verordnung (EU) 2015/941 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien andererseits (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 76)

3. 32015 R 0940: Verordnung (EU) 2015/940 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Bosnien und Herzegowina andererseits und für die Anwendung des Interimsabkommens über Handel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und Bosnien und Herzegowina andererseits (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 69)

www.parlament.gv.at

4. 32015 R 0939: Verordnung (EU) 2015/939 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über bestimmte Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Albanien andererseits (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 62)

5. 32014 R 0332: Verordnung (EU) Nr. 332/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 über bestimmte Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Serbien andererseits (ABl. L 103 vom 5.4.2014, S. 10)

6. 32017 R 0355: Verordnung (EU) 2017/355 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2017 über bestimmte Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Kosovo* andererseits (ABl. L 57 vom 3.3.2017, S. 59)

7. 32016 R 1076: Verordnung (EU) 2016/1076 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 mit Durchführungsbestimmungen zu den Regelungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen oder der zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen führenden Abkommen für Waren mit Ursprung in bestimmten Staaten, die zur Gruppe der Staaten Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP) gehören (ABl. L 185 vom 8.7.2016, S. 1)

---

* Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.

KAPITEL 8

EXPORTKREDIT

1. 32011 R 1233: Verordnung (EU) Nr. 1233/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die Anwendung bestimmter Leitlinien auf dem Gebiet der öffentlich unterstützten Exportkredite sowie zur Aufhebung der Beschlüsse 2001/76/EG und 2001/77/EG des Rates (ABl. L 326 vom 8.12.2011, S. 45), geändert durch:

   – 32013 R 0727: Delegierte Verordnung (EU) 727/2013 der Kommission vom 14. März 2013 (ABl. L 207 vom 2.8.2013, S. 1)

   – 32016 R 0155: Delegierte Verordnung (EU) 2016/155 der Kommission vom 29. September 2015 (ABl. L 36 vom 11.2.2016, S. 1)

   – 32018 R 0179: Delegierte Verordnung (EU) 2018/179 der Kommission vom 25. September 2017 (ABl. L 37 vom 9.2.2018, S. 1)

   – 32023 R 0262: Delegierte Verordnung (EU) 2023/262 der Kommission vom 7. September 2022 (ABl. L 38 vom 8.2.2023, S. 1)

2. 31998 L 0029: Richtlinie 98/29/EG des Rates vom 7. Mai 1998 zur Harmonisierung der wichtigsten Bestimmungen über die Exportkreditversicherung zur Deckung mittel- und langfristiger Geschäfte (ABl. L 148 vom 19.5.1998, S. 22), geändert durch:

   – 32003 R 0806: Verordnung (EG) Nr. 806/2003 des Rates vom 14. April 2003 (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 1)

www.parlament.gv.at

3. 31984 L 0568: Richtlinie 84/568/EWG des Rates vom 27. November 1984 betreffend die gegenseitigen Verpflichtungen der Ausfuhrkredit-Versicherungsinstitutionen der Mitgliedstaaten, die für Rechnung oder mit Unterstützung des Staates handeln, oder der Behörden, die anstelle solcher Institutionen handeln, im Falle der Mitversicherung für ein Geschäft, das eine oder mehrere Zulieferungen aus einem oder mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften umfasst (ABl. L 314 vom 4.12.1984, S. 24)

4. 31982 D 0854: Entscheidung 82/854/EWG des Rates vom 10. Dezember 1982 über die Regelung, die auf dem Gebiet der Ausfuhrgarantien und -bürgschaften und der Ausfuhrfinanzierung auf bestimmte Zulieferungen aus anderen Mitgliedstaaten oder aus Nichtmitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften Anwendung findet (ABl. L 357 vom 18.12.1982, S. 20)

5. 32006 D 0789: Entscheidung 2006/789/EG des Rates vom 13. November 2006 über die Verfahren für Konsultationen und Notifizierungen auf dem Gebiet der Kreditversicherung, der Bürgschaften und der Finanzkredite (ABl. L 319 vom 18.11.2006, S. 37)

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 14/14

ANHANG

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

www.parlament.gv.at

ERKLÄRUNG ANDORRAS
ZUM TABAKSEKTOR

Seit einigen Jahren durchläuft Andorra einen tiefgreifenden und intensiven Reformprozess, um offener und transparenter zu werden und das Fürstentum näher an Europa heranzuführen.

Diese Reformen zielen darauf ab, einen strukturierten Übergang des Wirtschaftsmodells zu gewährleisten und die Wirtschaft zu diversifizieren. Unterstützt durch die Umsetzung des Assoziierungsabkommens sollte die Diversifizierung der Wirtschaft Andorras zur Entwicklung neuer Wirtschaftszweige und einer gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit bestimmter bestehender Sektoren beitragen.

Der wirtschaftliche Wandel muss mit der stabilen Entwicklung der Steuereinnahmen, herbeigeführt durch wichtige Reformen der letzten Jahre, sowie der sozioökonomischen Lage, einschließlich der Beschäftigung, einhergehen.

In diesem Zusammenhang besteht eine der Prioritäten Andorras darin, den verantwortungsvollen Tabakhandel weiter zu stärken und zu schützen. Andorra setzt sich uneingeschränkt für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit sowie die Eindämmung des Tabakkonsums ein, nicht zuletzt durch seinen Beitritt zum WHO-Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakkonsums und zum Protokoll zur Unterbindung des unerlaubten Handels mit Tabakerzeugnissen sowie durch die Annahme der einschlägigen EU-Rechtsvorschriften.

Ein Schlüsselaspekt der Gesundheitspolitik Andorras besteht in der Prävention und Bekämpfung von Betrug und Schmuggel mit Tabakerzeugnissen. Andorra bekennt sich nachdrücklich dazu, seine Anstrengungen in diesen Bereichen zu intensivieren, insbesondere durch die regelmäßige Annahme und Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften mit angemessenen administrativen, justiziellen und materiellen Kapazitäten.

Andorra verpflichtet sich dazu, im Bereich der Betrugsbekämpfung verstärkt mit der EU und seinen beiden benachbarten Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten. Es wird Veränderungen der Mengen an lokal hergestellten, eingeführten, vermarkteten und ausgeführten Tabakerzeugnissen genau überwachen. Andorra erinnert insbesondere an das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Fürstentums Andorra über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Polizei- und Zollangelegenheiten am 1. April 2018 sowie an die Unterzeichnung des Übereinkommens zwischen dem Fürstentum Andorra und dem Königreich Spanien über die Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung und über Sicherheit am 2. September 2015.

Angesichts der derzeitigen Preisunterschiede (einschließlich Steuern) für Tabakerzeugnisse zwischen Andorra und insbesondere den beiden benachbarten Mitgliedstaaten verpflichtet sich Andorra, die Preisunterschiede für Tabakerzeugnisse (einschließlich Steuern), die zum Zeitpunkt der Paraphierung des Assoziierungsabkommens zwischen Andorra und der EU gegenüber dem benachbarten Mitgliedstaat mit den niedrigsten Preisen bestehen, nicht zu erhöhen.

Andorra stellt sicher, dass während des Übergangszeitraums nach Artikel 10 des Protokolls für den assoziierten Staat jede Verringerung der Einnahmen, die sich aus der Zollsenkung ergibt, gleichzeitig durch andere staatliche Einnahmen ausgeglichen wird.

Andorra betont zwar, dass die Besteuerung nicht in den Geltungsbereich dieses Abkommens fällt, wird jedoch gegebenenfalls und im Hinblick auf die Sicherung angemessener staatlicher Einnahmen prüfen, ob es möglich ist, sich an den EU-Rechtsvorschriften über die Besteuerung von Tabakerzeugnissen zu orientieren.

www.parlament.gv.at

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER EU UND ANDORRAS
ZUM FREIEN PERSONENVERKEHR

Dieses Abkommen, in dem die Bedingungen für die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit durch Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaats bzw. Andorras und die Aufnahme der Richtlinie 2004/38/EG festgelegt sind, verpflichtet Andorra nicht, das Konzept der „Unionsbürgerschaft“ (Artikel 20 ff. AEUV) anzunehmen, zu dem dieses Abkommen kein Äquivalent enthält.

Die Artikel 18, 21, 46, 50 und 59 AEUV bilden die Rechtsgrundlage der Richtlinie 2004/38/EG.

Die Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates[1] über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, sieht ein System an Rechten auf Einreise, Aufenthalt, Ausreise und Gleichbehandlung vor, das bestimmten Beschränkungen unterliegt, die wiederum Verfahrensgarantien unterliegen (insbesondere der gerichtlichen Überprüfung).

Die Richtlinie 2004/38/EG findet in den Beziehungen zwischen der EU und Andorra gemäß den in den Anhängen VIII und V des Protokolls für den assoziierten Staat festgelegten Bedingungen Anwendung.

Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) enthält nützliche Klarstellungen, unter anderem in Bezug auf die Maßnahmen, die dem Wohnsitzstaat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zur Ausweisung ausländischer Straftäter zur Verfügung stehen.

[1] Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten (ABl. L 158 vom 30.4.2004, S. 77).

www.parlament.gv.at

Die Aufnahme der Richtlinie 2004/38/EG durch Andorra lässt die Bewertung der Bedeutung künftiger EU-Rechtsakte und der künftigen Rechtsprechung des EuGH auf der Grundlage des Begriffs der Unionsbürgerschaft unberührt. Dieses Abkommen bietet keine Rechtsgrundlage für politische Rechte von Staatsangehörigen Andorras oder eines EU-Mitgliedstaats.

Die EU und Andorra kommen überein, dass die Einwanderungspolitik nicht unter dieses Abkommen fällt. Das Aufenthaltsrecht von Drittstaatsangehörigen fällt nicht unter dieses Abkommen; ausgenommen sind Rechte, die Drittstaatsangehörigen gewährt werden, die Familienangehörige eines Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaats bzw. Andorras sind, der sein Recht auf Freizügigkeit gemäß diesem Abkommen ausübt, da diese Rechte mit dem Recht der Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaats bzw. Andorras auf Freizügigkeit einhergehen.

Andorra erkennt an, dass es für Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaats bzw. Andorras, die von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen, wichtig ist, dass ihre Familienangehörigen im Sinne der Richtlinie 2004/38/EG, die die Staatsangehörigkeit eines Drittstaats besitzen, ebenfalls bestimmte abgeleitete Rechte genießen, darunter jene gemäß Artikel 12(2) Artikel 13(2) und Artikel 18 der genannten Richtlinie.

ERKLÄRUNG ANDORRAS
ZUR BESONDEREN SITUATION DES LANDES
UND ZUM SCHUTZ DER SICHERHEIT UND DER ÖFFENTLICHEN ORDNUNG

Die Regierung des Fürstentums Andorra,

Unter Bezugnahme auf die Erklärung zu Artikel 8 des Vertrags über die Europäische Union,

Unter Hinweis darauf, dass Andorra über eine sehr kleine, gebirgige bewohnbare Fläche und einen ungewöhnlich hohen Anteil an Einwohnern und Arbeitnehmern, die nicht die Staatsangehörigkeit des Fürstentums besitzen, verfügt,

Unter Hinweis darauf, dass der Schutz der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung das höchste Ziel jedes Staates ist,
In Anbetracht dessen, dass Andorra unbedingt in der Lage sein muss, die Sicherheit des Staates, der Personen und des Vermögens sowie der öffentlichen Ordnung Andorras zu gewährleisten,

In Anbetracht dessen, dass die Bevölkerung Andorras ein hohes Maß an öffentlicher Sicherheit genießt, das im Hinblick auf den Ruf, den Lebensstandard und den sozialen Zusammenhalt als wichtiges Gut erhalten werden muss,

Unter Hinweis darauf, dass Andorra nicht über die Sicherheitsinstrumente, -institutionen und -infrastrukturen verfügt, die einem größeren Staat üblicherweise zur Verfügung stehen,

Hält es für notwendig, bei der Anwendung des Abkommens der besonderen geografischen Lage und der demografischen und sozialen Struktur Andorras gebührend Rechnung zu tragen,

In Bekräftigung ihrer Entschlossenheit, die Einhaltung aller Bestimmungen des Assoziierungsabkommens zu gewährleisten und nach Treu und Glauben anzuwenden,

www.parlament.gv.at

Ist der Ansicht, dass es Sache der andorranischen Gerichte ist, auf der Grundlage der Artikel 27 und 28 der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates[1] das Schutzniveau festzulegen, das sie für wünschenswert halten, um den Grundinteressen der Gesellschaft Rechnung zu tragen, und zwar im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH, der klargestellt hat, dass dieses Schutzniveau eng auszulegen ist.

Ist der Auffassung, dass bei der Auslegung der mit Fragen der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung zusammenhängenden Bestimmungen dieses Abkommens, unter Beachtung der Grundsätze der Gleichwertigkeit und der Wirksamkeit sowie der Auslegung durch den EuGH, die tatsächlichen Auswirkungen berücksichtigt werden müssen, die ein individuelles Verhalten, das laut der Rechtsprechung der nationalen Gerichte eine tatsächliche, gegenwärtige und hinreichend schwere Gefahr für eines der Grundinteressen der Gesellschaft sowie eine Gefahr für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung darstellt, in Anbetracht der geografischen, demografischen und sozialen Besonderheiten Andorras haben kann.

Ist der Auffassung, dass die Annahme der in Artikel 97 dieses Abkommens genannten Schutzmaßnahmen durch Andorra *unter anderem* dann gerechtfertigt sein könnte, wenn Kapitalzuflüsse seitens der anderen assoziierten Partei den Zugang der ansässigen Bevölkerung zum Immobilienmarkt gefährden könnten, wenn die Zahl der Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten außerordentlich stiege und dadurch die öffentlichen Systeme unter Druck kämen, oder wenn die Gesamtzahl der von der Volkswirtschaft geschaffenen Arbeitsplätze im Verhältnis zur Zahl der Einwohner zu einem offensichtlichen Ungleichgewicht führt.

Verpflichtet sich, die erforderlichen Mechanismen vorzusehen, um sicherzustellen, dass der Anteil der Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten an seiner Bevölkerung in dem Zeitraum, in dem Schutzmaßnahmen gelten, nicht verringert wird.

---

[1] Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten (ABl. L 158 vom 30.4.2004, S. 77).

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER EU UND ANDORRAS
ZUM LUFTVERKEHR

Innerhalb von acht Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens kommen die EU und Andorra überein, im Gemeinsamen Ausschuss zu prüfen, ob Anhang XIII (Verkehr) des Protokolls für den assoziierten Staat auf den Luftverkehr ausgedehnt werden könnte.

_____

www.parlament.gv.at